Anhang

zu den

stenographischen Protokollen

des

Hauses der Abgeordneten

des

österreichischen Reichsrates

im Jahre 1917.

XXII. Session.

IV. Band.

(36. bis 49. Sitzung.)
(38. Sitzung hat keinen Anhang.)

Wien 1918.
Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.
1581618

1249
I

Anfrage

des

Abgeordneten Baumgartner und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister, betreffend die Requisition der Wolle und des Flachses.

Wie schon im heurigen Frühjahr sind die Schafzucht treibenden Bergbauern nun auch in Oberösterreich wiederum verhalten, ihre gesamte Wolle abzuliefern, obwohl die Leute einen Teil derselben notwendig und dringend für den eigenen Haushalt selbst bedürfen zur Anfertigung warmer Bekleidung für die Winterarbeit im Freien, namentlich für die Holzarbeit, für die Kinder, welche die Schule besuchen sollen usw.

Mit der Requisition des Flachses steht es ebenso. Die Anforderung des gesamten Erzeugnisses zerstört geradezu das Interesse am Flachsbau und an der Schafzucht, und zwar zum empfindlichen Schaden der Allgemeinheit.

Die Gefertigten stellen daher an den Herrn Minister die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz bereit, Veranlassung zu treffen, daß den Produzenten von Wolle und Flachs das für den eigenen Haushalt dringend notwendige Quantum belassen werde?“

Wien, 9. November 1917.

Tomaschitz.	Georg Baumgartner.
Grafinger.	Roggler.
Waldl.	Schweiger.
M. Huber.	Eisterer.
Wagner.	Fisslthaler.

1250
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Bodirsky, Dr. Michl, Dr. Kindermann und Genossen an Seine Exzellenz den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Ärztenot und die Erneuerung des Erlasses des k. u. k. Kriegsministeriums vom 21. Dezember 1916, Abt. 14, Nr. 30.600 für 1918.

Es ist eine notorische Tatsache, daß sowohl bei der Armee im Felde und insbesondere im Zivil ein sehr empfindlicher Mangel an graduierten Ärzten besteht. Durch den oben zitierten Erlaß mit Nachträgen, so zum Beispiel Erlaß vom 2. Oktober 1917, Abt. 24, Nr. 27.000, über die Inskriptionsmöglichkeit, war für das Jahr 1917 die Möglichkeit geschaffen, daß eine große Anzahl von Medizinern, trotz erfolgter Einberufung und Militärdienstleistung, durch Erteilung von Prüfungsurlauben die letzten Rigorosen ablegen und das Doktorat der Medizin erreichen konnten. Es würde durch die Erneuerung obigen Erlasses für das Jahr 1918 dem Ärztemangel wenigstens einigermaßen gesteuert werden können.

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, beim k. u. k. Kriegsministerium eventuell beim Armeeoberkommando Veranlassung zu treffen, daß der oben zitierte Erlaß des k. u. k. Kriegsministeriums vom 21. Dezember 1916, Abt. 14, Nr. 30.600, im Einvernehmen mit dem Armeeoberkommando auch für das Jahr 1918 erneuert werde?"

Dr. Bodirsky.
Dr. Michl.
Dr. Kindermann.
Kopp.
Alois Rieger.
Knirsch.
Kraus.
Herzmansky.
Dr. Roller.
Schürl.
Dr. Mühlwerth.
Keschmann.

Teufel.
Hummer.
Wolf.
Pacher.
Schreiter.
Glöckner.
Heine.
Dr. Redlich.
Fahrner.
Dr. Herold.
Denk.

1251
I.

Anfrage

der

Abgeordneten Fisslthaler, Höher, Wollek und Genossen an Ihre Exzellenzen den Herrn Minister für Volksernährung, den Herrn Minister des Innern und den Herrn Ackerbauminister, betreffend die Übelstände an der „Landwirtschaftlichen Geschäftsstelle“ in Gmünd, Niederösterreich.

Nach übereinstimmenden Meldungen einwandfreier Zeugen herrschen an der der k. k. niederösterreichischen Statthalterei unterstehenden „Landwirtschaftlichen Geschäftsstelle“ in Gmünd große Übelstände, die sowohl bei der produzierenden als auch bei der konsumierenden Bevölkerung des ganzen politischen Bezirkes Gmünd das höchste Ärgernis erregen.

Auf den zwecks Versorgung eines großen, ursprünglich wertvollen Viehstandes in mehreren Teilen des Bezirkes Gmünd angepachteten Wiesen und Futterfeldern wurde das heurige Grummet gar nicht gemäht und eingeerntet, sondern dem Verderben preisgegeben.

Infolge des hierdurch eingetretenen Futtermangels sind die aus Holland eingeführten erstklassigen Melkkühe in den Stallungen dieser landwirtschaftlichen Geschäftsstelle schon ganz herabgekommen; ihre ursprünglich hohe Milchergiebigkeit ist versiegt und Notschlachtungen bei Kühen und Kälbern sind an der Tagesordnung.

Jetzt sollen, um dem gänzlichen Verderben zu steuern, die umliegenden Gemeinden für die Aufbringung des dort fehlenden Futters aufkommen und über behördlichen Auftrag von ihren nicht entfernt ausreichenden Heuvorräten große Quantitäten nach Gmünd zu dieser landwirtschaftlichen Geschäftsstelle zuführen. Dort läßt man das eigene, in Menge vorhandene Futter auf der Wurzel verderben und plündert dafür die umliegenden Gemeinden aus.

Außerdem hat man auch beobachtet, daß an der landwirtschaftlichen Geschäftsstelle in Gmünd Unmassen von eingelagertem Futter und auch menschliche Nahrungsmittel, sei es aus Unverstand oder Schlamperei, dem Verderben anheimfallen.

In einem Bezirke, der infolge der Sterilität seines Bodens zu den ärmsten in ganz Niederösterreich zählt, machen derartige Wahrnehmungen in allen Kreisen der Bevölkerung den denkbar übelsten Eindruck, reizen zum Widerstand und untergraben den Patriotismus.

Der k. k. Regierung, welche doch bemüht ist, die möglichste Ökonomie und Sparsamkeit hinsichtlich aller Gebrauchsartikel und Volksnahrungsmittel walten zu lassen, können solche Zustände und Vorgänge nicht gleichgültig bleiben.

Die Gefertigten stellen daher die Anfragen:

„1. Sind den Exzellenzen die vorerwähnten beklagenswerten Zustände an der landwirtschaftlichen Geschäftsstelle in Gmünd bekannt?

2. Sind Ihre Exzellenzen geneigt, in einer sofort einzuleitenden strengen Untersuchung die erhobenen Anklagen auf ihre Richtigkeit prüfen zu lassen, und

3. Was gedenken Ihre Exzellenzen zu veranlassen, um diese nach unserem Dafürhalten unhaltbaren Zustände an der landwirtschaftlichen Geschäftsstelle in Gmünd abzustellen? Endlich

4. Wäre es nicht zweckmäßiger, die aufgetragenen Heulieferungen statt an die unfähige Ökonomieleitung in Gmünd direkt der k. k. Heeresverwaltung zuzuführen?"

Wien, 9. November 1917.

Fisslthaler.
Parrer.
Höher.
Loser.
Wollek.
Pichler.
Lechner.
Georg Baumgartner.
Wille.
Ferd. Berger.
Eisenhut

1252
―――
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Robert Freißler und Genossen an Seine Exzellenz den Handelsminister, betreffend die Requisition von Zinnmaterialien.

Durch eine jüngst erschienene Verordnung wurde die Requisition verschiedener Zinnmaterialien angeordnet. Insbesondere sind die Zinnköpfe der Sodawasserflaschen und die Zinnröhren der zur Sodawassererzeugung dienenden Apparate abzuliefern. Während sich für die Zinnköpfe, wenn auch mit Schwierigkeiten, Ersatz schaffen läßt, ist das bei den Zinnröhren der Apparate nicht der Fall. Es müßte vielmehr die ganze Sodawassererzeugung sofort zum Stillstande kommen, tausende Existenzen wären sofort brotlos, die Erzeugung eines gerade unter den heutigen Verhältnissen für die breitesten Schichten der Bevölkerung besonders wichtigen Genußmittels wäre mit einem Schlage unterbunden und allen diesen schweren volkswirtschaftlichen Schäden stünde ein höchst bescheidener Erfolg gegenüber, da die Menge des auf diese Weise zu gewinnenden Zinns sehr geringfügig ist und kaum in Betracht kommt. Deshalb fragen die Gefertigten:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, den Vollzug der erwähnten Verordnung bezüglich der Zinnröhren sofort zu sistieren, um mit jeder nur möglichen Beschleunigung eine Novellierung, der zufolge die mehrfach genannten Zinnröhren von der Beschlagnahme ausgeschlossen sind, vorzubereiten und durchzuführen?"

Freißler.

Pantz.
Dr. Schürff.
Teufel.
Pacher.
Anton Hueber.
Fahrner.
Langenhan.
Dr. Roller.
Wedra.
Dr. Waber.

Gust. Richter.
Urban.
Hartl.
Dr. Stölzel.
Denk.
Dr. v. Oberleithner.
Einspinner.
Dr. Bodirsky.
Kittinger.
Dr. Kindermann.

1253
I

Anfrage

des

Abgeordneten Ritter v. Haller und Genossen an Ihre Exzellenzen den Minister für Volksernährung und den Minister des Innern bezüglich der Handhabung einer Verordnung hinsichtlich der Ausgabe von Mahlscheinen.

Das Ministerium für Volksernährung erließ unter Zahl 55.547 vom 2. August 1917 an alle Landesstellen einen Erlaß, welcher dieselben ermächtigt, Verfügungen zu erlassen, daß jenen Selbstversorgern, welche mit Rücksicht auf die Höhe ihres Ernteertrages Getreide an die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt abzuliefern haben, Mahlscheine höchstens nur für jene Mengen ausgefertigt werden, welche sie gleichzeitig an die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt zur Ablieferung bringen.

Dieser Erlaß führte in der Praxis vielfach zu schreienden Mißbräuchen, indem den Selbstversorgern, ohne Rücksicht auf die Höhe des Ernteertrages und der zum Eigenverbrauch benötigten Mengen, Mahlscheine überhaupt versagt werden, wenn sie nicht gleichzeitig die gleichen Getreidemengen an die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt zur Abfuhr bringen.

Diese Vorgangsweise führte in einigen Bezirken Galiziens dazu, daß den kleinsten Produzenten nur solche geringe Getreidemengen zum Eigengebrauch belassen werden, welche tief unter dem vorgeschriebenen Verbrauchsquantum stehen, verstößt somit gegen die grundlegenden Bestimmungen.

Die Gefertigten fragen an,

„ob die Regierung diesen Unfug abzustellen gewillt ist?

Ob die Regierung geneigt wäre, Belehrungen auszugeben, daß den Selbstversorgern die vorgeschriebenen Verbrauchsmengen unbedingt belassen werden?"

Wien, 7. November 1917.

Haller.

Średniawski. Osuchowski.
Ruebenbauer. Ptaś.
Kędzior. Skarbek.
Serwatowski. Dębski.
Matakiewicz. Potoczek.

1254
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Heilinger und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend Abhilfe gegen die in letzter Zeit eingetretene Unsicherheit in der Umgebung Wiens.

In letzter Zeit wird in der Bevölkerung vielfach Klage darüber geführt, daß keine Nacht vergeht, wo nicht an verschiedenen Orten in der Umgebung Wiens — insbesondere Langenzersdorf, Perchtoldsdorf — Diebstähle und Einbrüche zu verzeichnen sind. Da sich die Diebe sicher wissen, entwickeln sie eine unglaubliche Frechheit. Die Ortswache, die zumeist aus alten Männern besteht, sowie die Gendarmerie sind zu schwach, um hier gründlich Abhilfe zu schaffen. Es liegt ja in Wien viel Militär und es wäre möglich, daß kleine, aber sehr häufige Patrouillen diesem Zustande ein Ende machen. Betroffen sind meistens kleine Leute, Beamte, Eisenbahner, Kleinhäusler, die, um leichter durchhalten zu können, eine Ziege, ein bis zwei Schweine, etwas Geflügel und Hasen halten, auch ein wenig Gemüse bauen und für den Winter einlagern. Hunde können sich viele nicht halten, weil sie kein Futter haben. Die Leute schlafen vor Angst ganze Nächte nicht, weil sie für ihren kleinen Besitz fürchten. Es ist hohe Zeit, hier Remedur zu schaffen.

Es wird die Anfrage gestellt:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, ehemöglichst Abhilfe gegen die eingetretene Unsicherheit in der Umgebung Wiens zu schaffen?"

Dr. Heilinger.
W. Teltschik.
Luksch.
Herzmansky.
E. Kraft.
F. Held.
Iro.
Dr. Michl.
F. Wagner.
Kudlich.
Kletzenbauer.

1255
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Jarc und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung wegen Unregelmäßigkeiten bei der Kartoffelvorratsaufnahme bei den Produzenten in Krain.

Es findet gerade die Kartoffelvorratsaufnahme bei den Produzenten in Krain statt. Dabei wird auf die Deckung des Bedarfes an Kartoffeln für die landwirtschaftlichen Arbeiter keine Rücksicht genommen.

Infolge des herrschenden Arbeitermangels, der durch die Heranziehung in den Militärdienst aufs höchste gesteigert wurde, sind die landwirtschaftlichen Arbeiter äußerst schwer zu finden. Wenn aber der Landwirt dem Arbeiter nicht die gebührende und genügende Kost bieten kann, wird ihm die Aufnahme der Arbeiter geradezu unmöglich gemacht, was eben durch die geschilderte Vorgangsweise bei der Vorratsaufnahme unausbleiblich ist.

Deshalb stellen die Gefertigten die Anfragen:

„1. Ist es Eurer Exzellenz bekannt, daß bei der Kartoffelvorratsaufnahme in Krain der Bedarf der Landwirte für die landwirtschaftlichen Arbeiter unberücksichtigt gelassen wird?

2. Ist Eure Exzellenz geneigt, die sofortige dringende Abstellung dieser Vorgangsweise zu veranlassen?"

Wien, 9. November 1917.

Jarc.
Dr. Vukotić. Gostinčar.
Perić. Prodan.
Dr. Ravnihar. Dr. Dulibić.
Fr. Demšar. Dr. Gregorčič.
Roškar. Spinčić.
Dr. L. Pogačnik. Brenčič.
Dr. Rybář. Fon.
R. v. Pogačnik. Dr. Benković.

1256
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Jerzabek, Loser und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister, betreffend das Verschwinden österreichischer Schuhwarenerzeugnisse nach Ungarn.

Zu den vielen Sorgen, welche heute die Familien im Hinterlande drücken, gehört in erster Linie auch die Sorge um Beschaffung von Schuhen. Es sind nicht bloß die Mindestbemittelten, welche die gegenwärtigen Schuhpreise nicht mehr erschwingen können; die Schuhpreise haben eine so horrende Höhe erreicht, daß ein zerrissener Schuh bereits für jede Mittelstandsfamilie ein wahres Unglück bedeutet. Das Traurige daran aber ist, daß sich auch dieses Artikels die jüdische Spekulation bemächtigt hat, durch welche österreichische Schuherzeugnisse nach Ungarn abgebracht wurden, und daß es gerade die Regierungsverordnungen waren, welche diesem Treiben Tür und Tor offen ließen.

Die eigentliche Schuhnot begann mit dem Ausfuhrverbote von Oberleder im Deutschen Reiche, welches im August 1916 erlassen wurde. Welche Rückwirkung dasselbe auf Österreich haben mußte, ergibt sich aus der Tatsache, daß 75 Prozent Oberleders unseres gesamten Zivilkonsums aus Deutschland herrühren. Kaum daß das Ausfuhrverbot erlassen war, ist in Österreich wie mit einem Schlage sämtliches Oberleder bei unseren Lederengrossisten verschwunden, um erwiesenermaßen in Ungarn wieder aufzutauchen.

Erst im März 1917 wurden in Österreich Richtpreise für ganze Schuhe erlassen. Beim ersten Blick mag diese Verordnung als zweckentsprechend erschienen sein, weil sie, ohne bürokratische Beengung, auch den kleinen Geschäftsleuten Gelegenheit ließ, etwas zu verdienen. Es wurde aber übersehen, daß der fertige Schuh schon das Endprodukt ist, und daß, wenn Richtpreise hier wirkungsvoll sein sollten, auch gleichzeitig Richt-, beziehungsweise Höchstpreise für die Halbfabrikate und Rohprodukte festgesetzt hätten werden müssen. Der Mangel derartiger Richtpreise in der Verordnung hatte darum die Verschärfung der Schuhmisere zur Folge.

Ferner wäre notwendig gewesen, daß sofort mit der Festsetzung von Richtpreisen ein Ausfuhrverbot von Schuh- und Lederwaren nach Ungarn gleichzeitig erlassen worden wäre. Dies geschah aber nicht. Zwar wurden in Ungarn etwas später Preisbestimmungen für Schuhe getroffen, doch war diese Verordnung im Verhältnis zur österreichischen bedeutend weniger streng gehalten und viel weniger präzise. Die weitere Folge war darum, daß durch wüsteste Spekulation gewisser Händler Leder und Schuhe nach Ungarn abfluteten.

Erst viel später (im September dieses Jahres) wurden in Österreich Höchstpreise auf Oberleder und Schuhe festgesetzt und ein diesbezügliches Ausfuhrverbot nach Ungarn erlassen, viel zu spät, nachdem der „Spatz schon aus der Hand war", und darum wirkungslos.

Am besten ist die durch die geschilderten Mängel unserer Verordnungen verschärfte Schuhmisere dadurch illustriert, daß heute die von der Regierung geschaffenen Volksbekleidungsstellen österreichische Schuhe aus Ungarn um teuerstes Geld zurückkaufen müssen. Zum Beispiel, während nach den Höchstpreisen unsere Holzschuhe per Paar

höchstens 19 K kosten dürfen, zahlen die österreichischen Bekleidungsstellen in Ungarn für ein solches Paar 26 K; während in Österreich Oberleder gegenwärtig per Quadratfuß auf 3 K bis 3 K 60 h festgesetzt ist, zahlen dafür unsere Bekleidungsstellen in Ungarn 12 K bis 14 K!

Damit künftighin die Wirkung derartiger Kriegserlässe keine verfehlte ist und damit in dieser furchtbaren Zeit, welche ohnehin jedem einzelnen die schwersten materiellen Opfer auferlegt, nicht weitere ganz unnütze Opfer aufgebürdet, der ehrliche Geschäftsmann geknebelt und schließlich auch (wie in diesem Falle) Staatsgelder verschleudert werden, stellen die Gefertigten folgende Anfragen:

„I. Sind Eure Exzellenz geneigt, bei Erlaß derartiger Verordnungen früher mit der ungarischen Regierung Fühlung zu nehmen, damit in solchen Fällen in beiden Reichshälften gleiche Verordnungen erlassen werden?

II. Sind Eure Exzellenz geneigt, wenn eine solche Vereinbarung mit der ungarischen Regierung unmöglich sein sollte, alles noch rechtzeitig zu veranlassen, daß der Übergang der hier befindlichen Warenvorräte nach Ungarn unterbunden oder mindestens beschränkt werde, da nur so das Übel an der Wurzel zu fassen ist?“

Wien, 9. November 1917.

Diwald.	Dr. Jerzabek.
Parrer.	Loser.
Tomaschitz.	Zaunegger.
Baechlé.	Mich. Huber.
Dr. Scheicher.	Alois Höher.
Berger.	R. Gruber.
Meixner.	Eisenhut.
Bogendorfer.	Schweiger.

1257
I

Anfrage

des

Abgeordneten Wilhelm Keller und Genossen an den Handelsminister.

Bis zum Ausbruche des Weltkrieges wurden verkehrsgeprüfte Postadjunkten, die auf eine mehr als zehnjährige vorzügliche Dienstzeit zurückblicken konnten, zu Postassistenten ernannt. Seit Kriegsbeginn unterblieb nun aber die weitere Ernennung solcher Postadjunkten zu Assistenten infolge Einspruches des Finanz- und Landesverteidigungsministeriums gegen solche Übersetzungen von einer Kategorie von Staatsangestellten in die andere. Durch diese meines Erachtens nicht ganz kompetenzgemäß durchgeführte Sistierung entsteht eine Anomalie, indem bei allen Kategorien von Staatsangestellten die Ernennungen durchgeführt werden können, nur nicht bei 247 verkehrsgeprüften Postadjunkten und Postoffizianten Österreichs, welche durch die vorerwähnte Bestimmung von dieser Übersetzung ausgeschlossen erscheinen würden. Unter diesen befinden sich aber Personen mit 13- bis 15jähriger Dienstzeit und mit vorzüglich abgelegter Verkehrsprüfung. Betrachtet man die Gehaltsbezüge der verkehrsgeprüften Postadjunkten, so ergibt sich merkwürdigerweise, daß, wenn der Staat alle Postadjunkten ausnahmslos ernennen würde, er einen jährlichen Gewinn von 6462 K erzielen würde. Denn die geprüften Adjunkten beziehen derzeit als Postadjunkten zusammengenommen 526.150 K; würden sie, was nur recht und billig wäre, zu Postassistenten ernannt werden, so würden sie 519.688 K beziehen. Das ergibt im Hinblick auf die vorerwähnten Postadjunktengehälter den genannten Gewinn von 6462 K.

Die Gefertigten stellen sohin folgende Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz der Herr Handelsminister geneigt, bei dem Umstande, als, wie oben gezeigt, durch die Ernennung der 247 geprüften Postadjunkten Österreichs zu Postassistenten nicht nur keine Belastung des Staatssäckels, sondern im Gegenteil eine Ersparnis Platz greift, mit den beteiligten Ministerien der Finanzen und der Landesverteidigung sich ins Einvernehmen zu setzen, damit diese den sonst eine Unbilligkeit veranlassenden Einspruch zurückziehen und so die Möglichkeit geschaffen wird, den begründeten Ansprüchen der genannten Postadjunkten gerecht zu werden?"

Wien, 6. November 1917.

W. Keller.
W. Teltschik. Dr. Redlich.
Dr. Schürff. Dr. H. v. Oberleithner.
Kittinger. Dr. Waldner.
Richter. Wedra.
Kletzenbauer. Barbo.

1258
I

Anfrage

des

Abgeordneten Lukaszewicz und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister, betreffend die Beschaffung der Bekleidung und Beschuhung für die Bukowinaer Bevölkerung.

Anläßlich der wiederholten feindlichen Invasionen in der Bukowina haben die Russen alle dortselbst vorhandenen Vorräte an Bekleidungssachen, Wäsche und Schuhen, teils privat angekauft, teils requiriert, so daß die Bukowina nach der Befreiung aller dieser Artikel entblößt ist.

Die Anschaffung derselben im Lande ist, insolange neue Vorräte dorthin nicht dirigiert werden, unmöglich.

Da die Bukowina ohnehin dadurch, daß sie jahrelang unmittelbarer Kriegsschauplatz ist, die größten Opfer für das Vaterland gebracht hat — der Verlust an Bevölkerung allein beträgt ungefähr 50 Prozent, von den materiellen und psychischen Schäden nicht zu sprechen — muß alles aufgewendet werden, um das Los der Bukowinaer nicht zu verschlechtern und den Bevölkerungsverlust wegen Mangel an Bekleidung und Beschuhung nicht noch zu erhöhen.

Die rascheste Bereinigung dieser Frage ist umso dringender notwendig, als die Bukowina bekanntlich ein sehr kaltes Klima hat und schon jetzt die Kälte dortselbst eingesetzt hat. Die Beschaffung von Brennmaterial begegnet infolge der durch die vielfachen Requirierungen des Pferdematerials verursachten Transportverhältnisse schon jetzt den allergrößten Schwierigkeiten, weshalb — will man die Bukowinaer Bevölkerung vor ihrem gänzlichen Untergange retten — allerschleunigst für die Bekleidung und Beschuhung derselben vorgesorgt werden muß.

Besonders hart ist die arme Bevölkerung betroffen, welche nicht einmal über die Mittel zur Anschaffung dieser Artikel verfügt, weshalb ihr nur durch unentgeltliche Überlassung der Bekleidung und Beschuhung abgeholfen werden kann.

Die Gefertigten erlauben sich daher die Anfragen:

„1. Ist Eurer Exzellenz die Bekleidungs- und Beschuhungsnot in der Bukowina bekannt?

2. Was gedenken Eure Exzellenz zu veranlassen, um die arme Bevölkerung unentgeltlich mit diesen Artikeln zu beteilen und der übrigen Bevölkerung die Anschaffungsmöglichkeit zu bieten?“

Wien, 9. November 1917.

Lukaszewicz.

Stefanyk. Dr. Trylowskyj. Kolessa. Dr. Zahajkiewicz. Dr. Cehelskyj. N. Wassilko.

Leo Lewickyj. Dr. Eug. Lewickyj. Dr. Petruszewicz. Lawruk. Romanczuk. Budzynowskyj.

Wl. R. v. Singalewicz. Dr. Dnistriańskyj. Pohoreckyj. Dr. L. Baczyńskyj. Dr. Kost' Lewyckyj. Holubowycz.

Semaka. Spenul. Dr. Smal-Stockyj. Onyszkewycz. Okunewskyj. Lahodyńskyj.

1259
I

Anfrage

des

Abgeordneten Stefan Onyszkewycz und Genossen an Ihre Exzellenzen den Herrn Landesverteidigungsminister und Herrn Ackerbauminister in Angelegenheit der ungesetzlichen Zuführung der Landbevölkerung zur Feldarbeit bei Großgrundbesitzern und der schweren Verletzung eines Dorfbewohners durch Gendarmerie-assistenz.

Am 28. Oktober 1917 erschien bei Fedko Schkabara, einem 80jährigen Landwirt in Wjatzkowytschi, Bezirk Sambor, Galizien, ein Landsturmmann, der dem dortigen Großgrundbesitzer zur Hilfeleistung bei Zuführung der Landbevölkerung zur Feldarbeit beigegeben war, und forderte ihn auf, daß er sein 15jähriges Mädchen zur Kartoffelhebung auf dem Felde des Großgrundbesitzers beistelle. Darauf entgegnete seine 60jährige Frau, daß das Kind tagtäglich zu dieser Arbeit gehe, daß aber an dem Tage es ihm infolge eines Unwohlseins nicht möglich ist, zumal zuhause ein Waschtag ist. Da der Landsturmmann unbedingt das Mädchen mitnehmen wollte, stellte sich Fedko dazwischen. Der Landsturmmann ergriff den alten Mann, warf ihn mehreremale zu Boden und mißhandelte ihn bis zur Besinnungslosigkeit.

Noch krasser ist der Fall der Mißhandlung der Landbevölkerung durch Gendarmerie bei Requirierung der Fuhrwerke in Makuniw, Bezirk Mostyska, Galizien. Seit langer Zeit zwang die Gendarmerie die Leute in Makuniw, die Kartoffeln zur Bahnstation in Sudowa Wyschnia zu führen. Dadurch haben die Leute ihre Feld- und Hausarbeit vernachlässigt, um dem Zwange nachzugeben. Es erschien wie gewöhnlich am 18. Oktober 1917 ein Landsturmmann in Makuniw. Wie er ins Dorf ging, erblickte er einen Landmann, der mit einem Knaben auf einem Fuhrwerk vom Dorfe fuhr. Der Landsturmmann rief ihn mit „Halt“ an. Als jedoch der Angerufene nicht sofort stehen geblieben ist, schoß er mit seinem Gewehre gegen das Fuhrwerk und traf den Knaben in den Fußschenkel. Der Landmann heißt Anton Iwanytzkyj, sein schwer verwundeter Sohn Andreas Iwanytzkyj in Makuniw.

Der arme Vater hat schon viermal den verwundeten Sohn zum Arzt nach dem 14 Kilometer entfernten Städtchen Sudowa Wyschnia geführt und dadurch über 100 K verausgabt, was bei seiner Armut für sein Budget eine große Auslage bedeutet.

Infolgedessen fragen die Gefertigten:

„1. Ist Euren Exzellenzen bekannt, daß die Gendarmerie Landleute zu Feldarbeiten für die Großgrundbesitzer, ohne die Erntekommission zu Rate zu nehmen, zwingen?

2. Ist Seine Exzellenz der Herr Landesverteidigungsminister über die Vorfälle

in Wjatzkowytschi, Bezirk Sambor, und in Makuniw, Bezirk Mostyska, informiert worden, und was will er verfügen, daß solche Fälle nicht mehr sich ereignen?

3. Ist Seine Exzellenz der Herr Landesverteidigungsminister geneigt, zu veranlassen, daß die Schuldigen in Wjatzkowytschi und Makuniw zu strenger Verantwortung gezogen werden?

4. Ist Seine Exzellenz der Herr Minister für Landesverteidigung geneigt, dem Verletzten für die ihm zugefügte Verletzung volle Entschädigung zu gewähren?"

Wien, 9. November 1917.

Dr. Eugen Lewickyj.	Onyszkewycz.
Stefanyk.	Dr. Cehelskyj.
Dr. Okunewskyj.	Budzynowskyj.
Dr. Petruszewycz.	Dr. Smal-Stockyj.
Dr. L. Baczyńskyj.	Dr. Zahajkiewicz.

1260
I

Anfrage

der

Abgeordneten Schweiger, Tomaschitz und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern und an Seine Exzellenz den Herrn Justizminister, betreffend die Handhabung der Paßvorschriften an den Grenzen des Kriegsgebietes.

Die Paßvorschriften für das Überschreiten des weiteren Kriegsgebietes werden besonders von den Bewohnern der an der Grenze des Kriegsgebietes gelegenen Bezirke sehr unangenehm empfunden, weil dadurch der oft plötzlich notwendig werdende Besuch der jenseits der Kriegsgebietsgrenze gelegenen Grundstücke, Wälder, Weingärten sehr erschwert wird. Die Ausfertigung der vorgeschriebenen „Identitätsbescheinigungen" seitens der Bezirkshauptmannschaften bringt für die Landleute große Zeitverluste, für die mit Arbeit überlasteten Bezirksbehörden aber eine Unsumme von Arbeit mit sich. Andererseits ist aber die Handhabung der bestehenden Vorschriften seitens der Revisionsorgane eine sehr rigorose. So wurden beispielsweise auf den Strecken Wien—Graz und Leibnitz—Graz allgemein bekannte und angesehene Leute, welche die Identitätsbescheinigung nicht mehr rechtzeitig besorgen konnten, einfach auswaggoniert; vielfach wurden auch bisher ganz unbescholtene Staatsbürger wegen kleiner Formfehler und anderer Beanständigungen ihrer Bescheinigungen der gerichtlichen Abstrafung überliefert, die bekanntlich ganz unverhältnismäßig empfindlich ist und desto schwerer empfunden wird, als die im unmittelbaren Grenzverkehr ihren Berufspflichten nachgehende Bevölkerung für derartige rigorose Vorschriften kein Verständnis hat. Es wäre viel zweckmäßiger, wenn diese Identitätsbescheinigungen für den Nachbarverkehr an den Kriegsgebietsgrenzen einfach von den Gemeindevorstehungen ausgefertigt werden könnten. Vollends gerechtfertigt aber ist es, wenn jenen bisher unbescholtenen Bewohnern der Nachbarbezirke, die bei den durch ihren Beruf notwendig gewordenen Überschreitungen der Kriegsgebietsgrenze infolge irgend einer Beanständigung gerichtlich abgestraft worden sind, diese sonst für ihr ganzes Leben anhaftende Makel genommen wird.

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

„1. Ist Seine Exzellenz der Herr Minister des Innern geneigt, die unzweckmäßigen bezirksbehördlichen „Identitätsbescheinigungen" durch gemeindeamtliche Bescheinigungen ersetzen zu lassen?

2. Ist Seine Exzellenz der Herr Justizminister bereit, für jene Bewohner der Grenzbezirke, die in Ausübung ihrer Berufspflichten wegen einer Beanständigung der Identitätsbescheinigung in Untersuchung gezogen oder straffällig geworden sind, die Einstellung der Untersuchung, beziehungsweise Nachsicht der Strafe und der Straffolgen zu veranlassen?"

Wien, 9. November 1917.

			Alois Schweiger.
Meixner.	Siegele.	Bogendorfer.	Tomaschitz.
Berger.	Parrer.	G. Meier.	Eisterer.
R. Gruber.	Wagner.	Dr. Jerzabek.	Waldl.
Diwald.	Jos. Zaunegger.	Huber.	Höher.

1261
I

Anfrage

des

Abgeordneten Špaček und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister.

Frau Marie Moravcová aus Křečhoř, Bezirk Kolin, Böhmen, hat im Oktober 1917 folgendes Enthebungsgesuch ihrem Manne zur weiteren Amtshandlung zugeschickt:

„An das

hohe k. u. k. II. Armeekommando.

Feldpost 240.

Mein Gatte Wenzel Moravec, geboren 1868, jetzt der k. u. k. Sanitätspersonalreserve des II. Armeekommandos als Landsturminfanterist zugeteilt, dient schon seit dem Jahre 1886, weil er in diesem Jahre im Alter von 17 Jahren freiwillig den Militärdienst bei dem 17. Regiment in Laibach angetreten hat.

Im Sinne der Kaiserlichen Verordnung vom 1. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 108, ist daher seine Landsturmpflicht beendet und soll derselbe vom Heeresdienst entlassen werden.

Ich ergebenst Gefertigte bin mit meinem Gatten Mitbesitzerin der Landwirtschaft in Křečhoř, Bezirk Kolin, Böhmen, mit 33 Metzen Felder.

Die Besorgung dieser Landwirtschaft ist für mich eine schwere Last, weil ich zu Feldarbeiten ganz unfähig bin, außerdem auch um drei Kinder im Alter von neun, acht und sechs Jahren sorgen muß. Aus diesem Grunde kann ich meine Felder nicht so gut bebauen, so daß mir und der allgemeinen Approvisation ein großer Schaden entsteht.

Dies alles kann durch Anwesenheit meines Gatten beseitigt werden, weshalb ich die ergebene Bitte stelle:

Hohes k. u. k. Armeekommando geruhe meinen Gatten, Landsturminfanteristen Wenzel Moravec, der k. u. k. Sanitätspersonalreserve des II. Armeekommandos, der sich diesem meinem Gesuche beifügte, im Sinne der Kaiserlichen Verordnung vom 1. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 108, vom Heeresverbande zu entlassen und ihm bis zur Entscheidung über dieses Gesuch einen angemessenen Urlaub zur Versehung landwirtschaftlicher Arbeiten zu gewähren.

Křečhoř, 11. Oktober 1917.

Marie Moravec."

Dieses Gesuch hat auch der Gatte der Gesuchstellerin, Landsturminfanterist Wenzel Moravec, mitunterschrieben und beim Rapport seiner Abteilung vorgelegt.

Für diese Handlung hat er vom Kommandanten nicht die Beurlaubung, sondern sieben Tage verschärften Arrest bekommen und die Strafe am 22. Oktober 1917 angetreten.

Unterzeichnete fragen höflichst:

„Sind Eure Exzellenz geneigt, Schritte einzuleiten, daß dieser Vorfall, der für sehr viele niedere Kommandos typisch ist, untersucht und daß der Schuldige gehörig belehrt werde von der Unzulässigkeit einer solchen unmenschlichen Behandlung der pflichttreuen Mannschaft?

Sind Eure Exzellenz geneigt, dahin zu wirken, daß beim Rapporte vorgebrachte Bitten und Gesuche gebührend zu erwägen und ernst zu erledigen sind?“

Wien, 7. November 1917.

Krž.
Okleštěk.
Janovec.
Dr. Viškovský.
Bukvaj.
Staněk.
Špaček.
Prošek.
K. Prášek.
Jar. Rychtera.
Udržal.
Sedlák.

Anfrage

des

Abgeordneten Wagner und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ackerbauminister.

Die gefertigten Abgeordneten erlauben sich hiermit an Seine Exzellenz den Herrn Ackerbauminister mit Fragen heranzutreten und gleichzeitig um Einflußnahme und Abhilfe zu ersuchen.

In wiederholten Anfragen sowie auch offener Rede bei der Budgetdebatte im Abgeordnetenhause wurde auf die allzustarke Heranziehung der Viehabnahme für den Heeresbedarf verwiesen und auch auf die bestimmt einzutretenden Folgen, die kommen müssen, betreffend der Erhaltung des Viehzuchtbetriebes für Steiermark, Einwirkung auf den Ernteertrag, betreffend Düngermangel, der bereits schon bemerkbar wird, und den Rückgang der Milch- und Fettablieferung aufmerksam gemacht, trotzdem wird die Abnahme des Viehes nicht geringer, sondern stärker fortgeführt, weil teilweise von Fleischkonsumenten sowie auch vom Kriegsgefangenenlager das Vieh, welches teilweise als Ersatz aus Ungarn zu beziehen wäre, wegen höher gestellter Preise nicht angenommen und sohin das billigere Vieh aus Steiermark requiriert. Was nun die Auszahlung der Geldbeträge für das abgenommene Vieh betrifft, wird mit Recht vielfach Beschwerde geführt, daß die Auszahlung des zum großen Nachteil abgenommenen Jungviehes wegen Mangels an Körpergewicht sowie trächtige Kühe wegen Schädigung der Nachzucht und Zugvieh wegen Bewirtschaftung von Grund und Boden nicht gleich bezahlt wird, obwohl man annehmen sollte, daß dies vom Staat gleich erfolgen sollte.

Es sind leider Fälle bekannt, wo Besitzer nach Monatsfrist sogar mehrere Monate keine Zahlung erhielten — warum dies nicht geschieht, ist noch nicht aufgeklärt.

Auch muß auf die für Steiermark allzustrenge Vorgangsweise bei den Requirierungen, die schon in Durchführung sind, hingewiesen und Abhilfe verlangt werden, da es sich wieder herausstellt, daß die Berechnungen des Ernteertrages nach dem Flächenmaße wie schon einmal im Vorjahre, ganz irrige sind und nicht ein Durchschnittsertrag nach einem bestimmten ertragsreicheren Bodenstreifen berechnet werden darf, da ja oft auf einer Ackerparzelle der Ertrag verschieden sein kann, um praktischer sofort diesen Differenzunterschied zu kennen.

Wenn bei der Berechnung des Ertrages der Grundflächen diese Berücksichtigungen erfolgt wären, wäre es doch nicht möglich gewesen, daß zum Beispiel für den Bezirk Feldbach allein 660 Waggons Kartoffeln abzuliefern vorgeschrieben worden sind, wovon auf mittlere Gemeinden 6 bis 10 Waggons zu liefern beansprucht werden.

So wie die Ertragsberechnung bei Kartoffeln nicht stimmt, so ist es auch bei den übrigen Fruchtgattungen sowie Heu- und Strohberechnung, und scheint es daher, daß die vielen Millionen für die Grundertragsberechnung nach dem Flächenmaße für Steiermark auch wegen Unterschied der ländlichen Verhältnisse unnütz ausgegeben wurden.

Trotzdem bekannt sein muß, daß infolge der Kriegslage die männlichen Arbeiter samt dem Besitzer selbst zur militärischen Dienstleistung herangezogen wurden, und die vielen schweren und wichtigen Arbeiten nur mit Beiziehung der kriegsgefangenen Russen geleistet werden konnten, werden die jetzt schon eingelernten Kriegsgefangenen bei der Herbsternte und Anbauzeit, welche noch vielfach wegen Mangels an geeigneten Arbeitskräften nicht

beendet ist, abgezogen, was doch ganz gegen die praktischen Verhältnisse steht, da man annehmen sollte, daß der Staat dafür sorgen soll, damit diese dringenden Herbsternte- und Herbstanbauarbeiten zu Ende geführt werden können und nicht das Gegenteil geschieht.

Indem die Gefertigten ihre Zuflucht in erster Linie zum Ackerbauministerium nehmen, von da aus Hilfe erwartet und gehofft, daß von dieser Seite eingewirkt wird, daß die Produzenten geschützt und auch, weil im allgemeinen öffentlichen Interesse gelegen, auch unterstützt werden sollen, stellen die Gefertigten die Anfragen:

„Sind Eurer Exzellenz die in der Anfrage angegebenen Beschwerden bekannt und gedenken Eure Exzellenz den Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Viehabnahme für den Heeresbedarf auf das ganze Reich gleich aufgeteilt werde und von Ungarn die Überproduktion an Vieh und Frucht gleich herangezogen würde, sowie daß das abgenommene Vieh dem Besitzer gleich bezahlt würde?

Weiters sind Eure Exzellenz geneigt, daß Kriegsgefangene, die sich bei den landwirtschaftlichen Arbeiten bei dem Besitzer befinden, auch bei diesem belassen werden?

Sind Eure Exzellenz aber auch geneigt, mit allem Ernste beim Ernährungsminister Einfluß zu nehmen, daß die Requirierung nicht über das Maß und Belassung der notwendigen Lebensmittel für die landwirtschaftlichen Arbeiten hinaus durchgeführt, die übrigen Berechnungen nach der Baufläche ausgerechnet, auch bei Abnahme auf den Bedarf des Samens entsprechend Rücksicht genommen und zur Erhaltung des Viehes das notwendige Futter in jeder Richtung belassen wird?“

Wien, 8. November 1917.

Brandl.	Wagner.
Josef Grim.	Kreilmeir.
Prisching.	Roggler.
Schweiger.	C. Jedek.
Joh. Tomaschitz.	Meixner.
Pantz.	Dr. Jerzabek.

1263
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Leo Winter und Genossen an den Herrn Handelsminister und den Herrn Minister für Landesverteidigung wegen des Verkaufes von 80.000 Fellen seitens der Militär-Häute- und -Lederzentrale.

Es ist bereits die Frage aufgeworfen worden, was mit denjenigen Gegenständen zu geschehen habe, deren Eigentum infolge des Krieges dem Staate zugefallen ist, die jedoch der Staat entweder jetzt schon nicht benötigt oder nach dem Kriege nicht mehr benötigen wird. Diese Frage ist fast einstimmig dahin beantwortet worden, daß das Interesse der Volkswirtschaft erfordere, daß solche Gegenstände einem möglichst weiten Kreise der Interessenten zukommen, nicht aber einer kleinen Gruppe.

Dies liegt auch im finanziellen Interesse des Staates, der einen weit höheren Preis hierfür erzielen kann, wenn er sich an weitere Kreise wendet, als wenn er einer Gruppe, der er ein Monopol einräumt, ausgeliefert ist.

In der Öffentlichkeit wird darüber offen geklagt, daß der einzig richtige Vorgang nicht eingehalten wird; es ist leicht erklärlich, daß die Bevorzugung einzelner Personen oder Gruppen überdies auf unlautere Motive zurückgeführt wird. Bei dem Dunkel, in welches jetzt die Wirtschaft des Staates und der wirtschaftlichen Zentralen gehüllt ist, ist es wohl nicht leicht, konkrete Fälle in die Öffentlichkeit zu bringen. Von einem solchen Fall haben wir jedoch Kenntnis erlangt.

Die Militär-Häute- und -Lederzentrale Aktiengesellschaft in Wien hatte 80.000 Felle zur Verfügung, von denen sie die Interessenten in Kenntnis setzte und die sie durch die Militär-Häute- und -Lederzentrale zum Kaufe anbot. Auf Anfragen seitens einzelner Gerber erklärte die genannte Zentrale, daß die Felle nur zur Verarbeitung angeboten werden, daß sie jedoch nicht in das Eigentum des Käufers übergehen, sondern zur Verfügung der Zentrale bleiben werden.

Zu ihrem Erstaunen erfuhren jedoch die Handschuhmacher und Weißgerber, welche im Juli, beziehungsweise August 1917 in wirtschaftliche Verbände vereinigt wurden, daß die Häute- und Lederzentrale am 28. September die 80.000 Felle einem aus zwei oder drei Personen bestehenden Konsortium, an dem die Funktionäre der beiden Fachausschüsse beteiligt sind, verkauft hat.

Hierbei soll die Zentrale den Käufern einen Nachlaß von 80 Prozent vom Höchstpreise gewährt haben, wodurch ein Schaden von etwa eineinhalb Millionen Kronen entstanden ist.

Das Konsortium übergab 33.000 Stück an die Firma Brüder Utitz in Prag, welche das für Schuhzwecke gegerbte Leder der Volksbekleidungszentrale zu liefern hat. Diese Felle hätte die Häutezentrale in Lohn für die Zwecke der Volksbekleidung verarbeiten lassen sollen, damit ihr Preis durch den Gewinn der Mittelspersonen nicht in die Höhe getrieben werde.

Weitere 26.000 Stück Handschuhfelle sollen einer einzigen Firma, der Firma Werfel & Böhm

in Prag übergeben worden sein, obzwar sie der gesamten Handschuhlederindustrie zuzuführen waren, die Mangel an Material leidet.

Die Gefertigten fragen die Herren Minister, denen dieser Fall kaum bekannt sein dürfte:

„Ob sie dafür Sorge tragen wollen, daß die an das Konsortium übergebenen Felle von demselben an die Häute- und Lederzentrale zurückgestellt und von dieser an die Interessenten gleichmäßig verteilt werden und daß sich der von der genannten Zentrale eingeschlagene Vorgang weder bei dieser noch bei einer anderen Zentrale wiederhole?“

Wien, 7. November 1917.

Dr. Winter.

Aust.	Jaroš.
Tomášek.	Witt.
Biňovec.	Stejskal.
Haberman.	Němec.
Hnátek.	Pik.
Charvát.	Svěcený.
Svoboda.	Soukup.
Prokeš.	Modráček.

1264
I

Anfrage

des

Abgeordneten Wityk und Genossen an den Herrn Landesverteidigungsminister wegen widerrechtlicher Entziehung der den Einwohnern von Zawadka, Bezirk Turka am Stryj, für die von denselben auf den Kampfplätzen im Bereiche ihrer Gemeinde durchgeführte Sammlung von Patronen, Hülsen und Gewehren vorschriftsmäßig zukommenden Belohnung.

Die Bauern von Zawadka, Bezirk Turka am Stryj, darunter eine Anzahl von Frauen und Kindern, haben im Verlaufe der Zeit auf den im Bereiche ihrer Gemeinde liegenden Schlachtfeldern 38 Wagen Patronen und Hülsen sowie 390 Stück Gewehre gesammelt und dieselben an die dortigen Behörden abgeliefert.

Für diese ehrliche Arbeitsleistung, als würde sie nicht in gleichem Maße wie andere Dienstleistungen während des Krieges dem Staate dienlich sein, wurde bisher der Gemeinde Zawadka überhaupt keine Belohnung ausgezahlt.

Die Gefertigten fragen den Herrn Landesverteidigungsminister:

„Ist er geneigt, den Bauern von Zawadka für die von denselben durchgeführte Sammlung von Patronen, Hülsen und Gewehren ein entsprechendes Entgelt zukommen zu lassen?"

Petruszewycz.
Dr. Trylowskyj.
Wl. R. v. Singalewycz.
Budzynowskyj.
Dr. Lew Baczyńskyj.

Semen Wityk.
Dr. Zahajkiewicz.
Lawruk.
Dr. Hołubowicz.
Dr. Eugen Lewickyj.

1265
I

Anfrage

des

Abgeordneten Wityk und Genossen an den Herrn Justizminister wegen Entwendung großer Hafermengen, die für Saatzwecke im Bezirke Turka am Stryj in Galizien bestimmt waren und an private Zwischenhändler in Wien abgetreten wurden, sowie wegen unerklärbarer Einstellung jeglicher strafrechtlicher Verfolgung der an dieser Entwendung Schuldigen.

Dem Bezirke Turka am Stryj in Galizien wurde im Verlaufe des Vorjahres von der Getreide-Verkehrsanstalt Hafer für Saatzwecke abgetreten. Dieser Hafer sollte bis zur Aufteilung unter die dortige Bevölkerung beim Bezirkshauptmann in Turka am Stryj, Herrn Zukotyński, in Verwahrung bleiben.

Inzwischen ereignete es sich, daß von diesem für Saatzwecke bestimmten Hafer volle zehn Waggons, die angeblich Hagebutten als Frachtgut führen sollten, nach Wien zurückgesandt wurden. Infolgedessen mußten auch im Bereiche des ganzen genannten Bezirkes große Landstriche unbesät bleiben. Und während die Getreide-Verkehrsanstalt einen Meterzentner Hafer an die Bauern im Bezirke Turka am Stryj um den Betrag von 30 K verkaufen ließ, hatten die Zwischenhändler in Wien den Preis für einen Meterzentner des aus dem Saatkorn heimlich entwendeten Hafers in unerhörte Höhe getrieben und setzten den Verkaufspreis auf 110 K fest.

Die in dieser Angelegenheit vom Untersuchungsrichter in Turka am Stryj, Herrn Osuchowski, durchgeführte genaue Untersuchung hatte sichtlich ein großes Belastungsmaterial ergeben, das später der Staatsanwaltschaft in Sambir abgetreten wurde.

Seit einem Jahre bereits wird die ganze Angelegenheit von der Staatsanwaltschaft in Sambir totgeschwiegen und auch jegliche weiteren Schritte zur Verfolgung der Schuldigen sind bisnun ausgeblieben.

Die Unterzeichneten fragen den Herrn Justizminister:

„1. Ist diese Angelegenheit dem Herrn Justizminister bekannt?

2. Was gedenkt der Herr Justizminister zu tun, um die Staatsanwaltschaft in Sambir dazu zu veranlassen, daß sie ihrerseits gegen die Hungeranstifter im Bezirke Turka am Stryj gerichtliche Schritte unternehmen soll?"

Petruszewycz.
Dr. Holubowicz.
Wl. R. v. Singalewycz.
Budzynowskyj.
Dr. Baczyńskyj.

Semen Wityk.
Dr. Zahajkiewicz.
Dr. Trylowskyj.
Lawruk.
Dr. Eugen Lewickyj.

1266
I

Anfrage

des

Abgeordneten Zaunegger und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister, betreffend Teuerungszulagen an die Familien von mobilisierten Staatsangestellten.

Die Staatsangestellten aller Kategorien erhalten mit 1. Jänner 1918 abermals Teuerungszulagen, wobei insbesondere anzuerkennen ist, daß die Bemühungen, sozialer Gerechtigkeit auch in diesem wichtigen Punkte zum Durchbruche zu verhelfen, wenigstens teilweise von Erfolg begleitet war.

Eine Kategorie Bedauernswerter leidet unter den Kriegsverhältnissen besonders schwer. Es sind dies die Frauen und Kinder der mobilisierten Staatsangestellten. Sie erhalten zwar den Unterhaltsbeitrag; auch ist es richtig, daß der Unterhaltsbeitrag in mehrköpfigen Familien den Lohn des Mannes zur Friedenszeit sogar übersteigt. Demgegenüber stehen die Tatsachen, daß die ihren Familien verbliebenen Staatsangestellten wesentliche Lohnaufbesserungen erhielten, während die Familien der Eingerückten ausschließlich auf den Unterhaltsbeitrag, der nach der Kopfzahl berechnet wird, angewiesen sind und im Vergleich mit den ersteren ein Dasein in Not und Sorge fristen müssen.

Die Gefertigten stellen daher an den Herrn Finanzminister die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, dafür zu sorgen, daß die dem Finanzressort unterstellten Familien eingerückter Staatsangestellter, wenn schon die Gewährung von Teuerungszulagen nicht möglich sein sollte, so doch einen sogenannten Anschaffungsbeitrag erhalten, um wenigstens der allerbittersten Notlage überhoben zu werden?“

Wien, 9. November 1917.

Zaunegger.

Grafinger.	Georg Baumgartner.
Noggler.	Schweiger.
Waldl.	M. Huber.
Loser.	Eisterer.
Wagner.	Tomaschitz.

1267
I

Anfrage

des

Abgeordneten Zaunegger und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend Auflassung der k. u. k. Notreservespitäler II, III und IV in Gmunden.

Die Stadtgemeinde Gmunden mußte zu Beginn des Krieges innerhalb 24 Stunden ihr Schulgebäude zu Spitalszwecken räumen und tat dies mit opfermutiger Bereitwilligkeit, um so mehr, als niemand mit einer mehrjährigen Dauer des Krieges rechnen konnte.

Wenn schon die Aufbringung anderer Schulräume mit großen Schwierigkeiten verbunden war, und die Beschaffung dieser Noträume in hygienischer Beziehung auch den bescheidensten Anforderungen in keiner Weise entsprachen, so wird die naturgemäße Undurchführbarkeit eines geordneten und erfolgreichen Schulunterrichtes, der im eminentesten Interesse der Gesamtheit gelegen ist, von Jahr zu Jahr bedenklicher. Wenn daher der Ortsschulrat von Gmunden über den Bezirks- und Landesschulrat an das k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht ein Gesuch um Erwirkung der Freigabe des Gmundner Schulgebäudes richtete, so geschah dies in Erfüllung einer ernsten Pflicht, welche auch die Gefertigten veranlaßt, an den Herrn Minister für Landesverteidigung die Anfrage zu richten:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, das Gesuch des Ortsschulrates Gmunden um Auflassung der k. u. k. Notreservespitäler II, III und IV in Gmunden und Freigabe des Schulgebäudes zu Unterrichtszwecken seitens der Heeresverwaltung an kompetenter Stelle tatkräftigst zu unterstützen?"

Wien, 9. November 1917.

Georg Baumgartner.	Jos. Zaunegger.
Schweiger.	Grafinger.
Tomaschitz.	Roggler.
Eisterer.	Waldl.
Wagner.	Wollek.
M. Huber.	Loser.

1268
I

Anfrage

der

Abgeordneten Hillebrand, Glöckel und Genossen an den Herrn Unterrichtsminister, betreffend den Zwang zu religiösen Übungen.

In Böhmen wurde die Anordnung getroffen, daß die Schüler der zweiten Klasse (zweites Schuljahr) zur Beichte und Kommunion geführt werden müssen. Während die Teilnahme an diesen religiösen Übungen früher erst von Kindern im Alter von elf oder zwölf Jahren verlangt wurde, wird also jetzt dieser ganz gesetz- und kulturwidrige Gewissenszwang schon an siebenjährigen Kindern geübt, unbekümmert darum, daß Gemüt und Sittlichkeit der Kinder unmöglich dadurch gehoben werden können, daß man sie zwingt, ihre Gedanken „Sünden" zuzuwenden, die ihrem Bewußtsein vorher fremd waren. Da sich die in Rede stehende Anordnung zweifellos als eine krasse Verletzung der allen Staatsangehörigen staatsgrundgesetzlich verbürgten Freiheit darstellt, an religiösen Übungen teilzunehmen oder sie zu unterlassen, fragen wir den Herrn Minister:

„Ist er bereit, die Schulbehörden unverzüglich darüber aufzuklären, daß Schulkinder von ihnen zur Teilnahme an religiösen Übungen überhaupt und an Beichte und Kommunion im besonderen unter gar keinen Umständen gezwungen werden können?

Ist der Herr Minister bereit, die betreffenden Konsistorien in gleichem Sinne nachdrücklich zu belehren?"

Wien, 9. November 1917.

		Domes.	Hillebrand.
D. Löw	Forstner.	Seliger.	Glöckel.
David.	Dr. K. Renner.	Palme.	Reifmüller.
Schäfer.	Volkert.	Jokl.	Oliva.
Josef Pongratz.	Jos. Tomschik.	Polke.	Resel.
Abram.	Schiegl.	Leuthner.	Wutschel.
Pernerstorfer.	Ellenbogen.	Rud. Müller.	Max Winter.
Pittoni.	K. Seitz.	Sever.	Gröger
F. Skaret.	L. Widholz.	Smitka.	Muchitsch.

1269
I

Anfrage

der

Abgeordneten Hillebrand, Löw und Genossen an die Herren Minister für Kultus und Unterricht und für Landesverteidigung, betreffend die Verwendung von Schulen zu Spitalszwecken und die Überfüllung der Militärspitäler mit dienstuntauglichen Soldaten.

In Wien wurden in der jüngsten Zeit eine größere Anzahl von Schulen, die bisher militärischen Zwecken gedient haben, dem ursprünglichen Zwecke, der Jugendbildung zu dienen, wieder zurückgegeben.

Leider sind in Wien und in der Provinz noch immer Schulen in übergroßer Zahl in militärischer Verwendung, wodurch die Jugendbildung unermeßlichen Schaden nimmt. Ganz unverständlich ist es aber, daß man auch in den Kurstädten mit vielen leerstehenden Gebäuden die kranken Soldaten in Schulräume pferchte. So wird zum Beispiel die Schule in der Habsburgerstraße in Karlsbad seit drei Jahren als Spital verwendet, während die dort untergebrachten Soldaten in dem völlig leerstehenden „Weißen Kreuz" untergebracht werden könnten.

Würde das sinn- und zwecklose Festhalten absolut untauglicher, unheilbarer und für ihre Umgebung ungefährlicher Soldaten in den Militärspitälern endlich aufgegeben, so könnten viele tausende Menschen ihren Familien und im Interesse der Volkswirtschaft ihren Berufen zurückgegeben werden, die sie in vielen Fällen wenigstens noch teilweise auszuüben imstande wären. Man könnte sie um so früher nach Hause schicken, als sich immer noch genug diensttaugliche Müßiggänger und Wucherer dem Waffendienste zu entziehen wissen.

Wir fragen:

„Sind die Herren Minister bereit, endlich dafür zu sorgen, daß die zu militärischen Zwecken mißbrauchten Schulgebäude wieder als Erziehungs- und Unterrichtsstätten dienen können?

Will der Herr Landesverteidigungsminister mit allem Nachdruck dahin wirken, daß dauernd dienstuntaugliche Soldaten, die der Spitalspflege entraten können, mit entsprechend hohen Entschädigungen für die erlittene Herabminderung ihrer Erwerbsfähigkeit aus der Spitalspflege entlassen und ihren Familien und Berufen zurückgegeben werden?"

Wien, 9. November 1917.

Hillebrand.
D. Löw.

Rudolf Müller.	F. Skaret.	Wutschel.	Domes.
Josef Tomschik.	Volkert.	Pernerstorfer.	L. Widholz.
Abram.	Resel.	Gröger.	Palme.
Oliva.	David.	Seliger.	Schäfer.
Ellenbogen.	K. Seitz.	Polke.	Glöckel.
Reifmüller.	Sever.	Forstner.	Dr. K. Renner.
Muchitsch.	Jokl.	Pittoni.	Josef Pongratz.
Max Winter.	Schiegl.	Leuthner.	

1270
I

Anfrage

des

Abgeordneten Hillebrand und Genossen an den Herrn Landesverteidigungsminister.

Trotz der klaren Bestimmung des Gesetzes vom 27. Juli 1917, wonach die Auszahlung der Unterhaltsbeiträge halbmonatlich im vorhinein zu erfolgen hat, erfolgt die Auszahlung im Bezirke Elbogen in Böhmen nur einmal im Monate. Da alle Beschwerden bisher nicht ausreichten diese krasse Ungesetzlichkeit abzustellen, fragen wir den Herrn Minister:

„Ist er bereit, zu veranlassen, daß endlich auch im Bezirke Elbogen die halbmonatliche Auszahlung der Unterhaltsbeiträge durchgeführt wird?"

Wien, 9. November 1917.

Rudolf Müller.	Oswald Hillebrand.
K. Seitz.	Reifmüller.
Palme.	David.
Jokl.	Polke.
Smitka.	Schäfer.
Volkert.	Domes.
Josef Tomschik.	D. Löw.
Pittoni.	Seliger.
Resel.	F. Skaret.
Sever.	Forstner.
Pernerstorfer.	Wutschel.
Leuthner.	Max Winter.
Dr. K. Renner.	Oliva.
Glöckel.	Muchitsch.
Schiegl.	Gröger.
Josef Pongratz.	Ellenbogen.
L. Widholz.	Abram.

1271
/I

Anfrage

des

Abgeordneten Freiherrn v. Hock und Genossen an den Herrn Minister des Innern wegen gleichmäßiger Handhabung der preßpolizeilichen Vorschriften durch die öffentlichen Sicherheitsorgane.

Noch immer steht bedauerlicherweise das Verbot der Druckschriftenverteilung nach § 23 des Preßgesetzes in Kraft. Noch immer achten — pflichtgemäß! — die öffentlichen Wachen und die Sicherheitsbehörden auf alle Übertretungen dieses Verbotes und führen die Übertreter der gesetzlichen Strafe zu.

Auf alle, mit Ausnahme einer bestimmten Gattung gewohnheitsmäßiger Übertreter dieser Gesetzvorschrift, der geistlichen Personen und Kultusdiener, die, wie dies beispielsweise erst wieder am 14. Oktober 1917 zu Wien in der Salesianerkirche selbst während der sonntäglichen sogenannten „Nobel"-Messe durch Verteilung von gedruckten Werbeschriften des Katholischen Schulvereines unter gleichzeitiger Sammlung von Geldbeträgen für diesen Verein durch Darreichen einer Metallplatte, auf die diese Beträge, so wie dies bei Sammlungen für Wohltätigkeitszwecke in den Kirchen eingeführt ist, niedergelegt werden sollen, geschehen ist: Alles dies, wie nochmals hervorgehoben werden soll, in der Kirche während des Gottesdienstes! — politische Agitationsschriften klerikaler Richtung — in der Regel in oder in der Nähe von geweihten Orten, wo sich die Andächtigen versammeln, unter die Menge verteilen.

Wiederholte Zusicherungen früherer Minister unter Berufung auf das „Gleiche Recht für alle", für eine gleichmäßige Handhabung des Gesetzes Sorge tragen zu wollen, sind, wie die Tatsachen beweisen, nicht eingehalten worden.

Wir richten an Exzellenz die Frage:

„Haben Sie den Willen und dürfen wir auch hoffen, daß Sie die nötige Kraft aufwenden wollen, daß nun endlich wenigstens auf diesem Gebiete, so lange das bezeichnete Verbot in Kraft steht, die Gleichheit vor dem Gesetz zur Wahrheit werde?"

Wien, November 1917.

		Rud. Müller.	Hock.
Forstner.	Glöckel.	D. Löw.	Abram.
Reifmüller.	David.	Volkert.	Muchitsch.
Leuthner.	Schäfer.	Pernerstorfer.	Zenker.
Jokl.	Palme.	Pittoni.	Kuranda.
Smitka.	Wutschel.	L. Widholz.	Ofner.
Oliva.	Gröger.	F. Skaret.	K. Seitz.
Resel.	Hillebrand.	Sever.	Seliger.
Schiegl.	Domes.	Ellenbogen.	Josef Tomschik.

1272
I

Anfrage

der

Abgeordneten Palme und Glöckel an den Herrn Handelsminister, betreffend die Einstellung der monatlichen Zuweisung von Leinengarn für die Spitzen- und Zwirnknopferzeugung durch das Generalkommissariat des Handelsministeriums.

Das Generalkommissariat des Handelsministeriums hat mit Zuschrift vom 8. August 1917, Z. 18785/IV, den Kriegsausschuß der Leinenindustrie in Wien schriftlich verständigt, daß im Verfolge des dortigen Erlasses vom 14. August 1916, Z. 16189/IV und im Hinblicke auf die Ausführung der Note des k. u. k. Kriegsministeriums vom 9. Juni 1917, Z. 30426, das Handelsministerium die Aufhebung der monatlichen Zuweisung von 300 Schock Leinengarn für die Zwirnindustrie, Spitzen- und Zwirnknopferzeuger verfügt.

Diese Verfügung wurde in einer vom Kriegsausschuß der Leinenindustrie am 12. September 1917 in Wien einberufenen Interessentenversammlung, welcher auch Vertreter des Kriegs- und Handelsministeriums beiwohnten, zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Der anwesende Vertreter des Kriegsministeriums begründete diese Maßregel mit dem vollständigen Mangel an Wolle und Flachs, sowie der schlechten Flachsernte in Österreich-Ungarn und erklärte es für gänzlich unmöglich, daß mit Rücksicht auf den Heeres- und Zivilbedarf eine weitere Belieferung von Zwirn an die Spitzen- und Zwirnknopferzeugung erfolgen könne. Bei der folgenden Beratung, blieben die Bemühungen der Interessenten, ein Übergangsstadium zu erreichen, ohne jeden Erfolg. Nachdem die meisten Unternehmer wenig oder gar keinen Zwirnvorrat mehr haben, werden die kleineren Unternehmer mit ihrer Arbeiterschaft teilweise sofort oder doch in den nächsten Wochen arbeitslos. In Betracht kommen einige hundert kleinere Unternehmer und über 30.000 Arbeiterinnen. Von diesen sind: 23.200 Klöpplerinnen, und zwar im Erzgebirge 8000, Böhmerwald 3500, Ostböhmen 4000, Krain und Küstenland 7000, Tirol 400, Galizien 300, ferner 2800 Spitzennäherinnen und 2500 Filetarbeiterinnen, sowie mehrere tausend Zwirnknopfarbeiterinnen.

Eine weitere Verschärfung der Krise wird dadurch herbeigeführt, daß in nächster Zeit auch die vom Staate erhaltenen Spitzenschulen mit ihren 5000 bis 6000 Schülerinnen gezwungen sein werden, ihre Tätigkeit einzustellen. Damit wird eine alte Heimindustrie dem Ruin überantwortet, weil dieser dadurch auf unbestimmte Zeit hinaus jedes Betätigungsfeld genommen ist.

Die Katastrophe trifft diese Industrie in einer Zeit erfreulichen Aufschwunges. Durch die wesentlich gehobene Qualität der handgeklöppelten Spitzen wurde gerade in der letzten Zeit nicht nur ein lebhafter Innenhandel, sondern auch ein beachtenswerter Export nach Deutschland und den nordischen Staaten Europas erzielt, was wieder eine Besserung der Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen hervorrief.

Nun stehen die Arbeiterinnen tatsächlich vor dem Nichts. Sowohl in den Gegenden des Erzgebirges als auch des Böhmerwaldes ist die Einführung einer Kriegsindustrie ausgeschlossen, weil es sich meistens um Kinder oder sehr alte Frauen, die für andere Arbeiten ungeeignet sind, handelt. Dazu kommt, daß es fast immer kinderreiche

Familien trifft, Kleinhäusler, die nur auf den geringen Bodenertrag bei gemeinsamer Arbeit aller Familienangehörigen angewiesen sind.

Durch ausführliche Debatten im Abgeordneten- wie im Herrenhause ist die Öffentlichkeit über das entsetzliche Elend, das gerade in den Spitzenklöppelgegenden herrscht, genügend unterrichtet. Verschiedene Maßnahmen, deren Wirksamkeit noch nicht erprobt werden konnte, stellt die Regierung in Aussicht. Unterdessen tritt durch den Entzug des Zwirnes eine weitere, in ihren Folgen gar nicht absehbare Verschärfung ein. Nur rasches, planmäßiges Eingreifen kann das Äußerste vermeiden. Zwei Wege wären gangbar: Entweder versucht man der arbeitslosen Bevölkerung wieder Verdienst und Arbeit zu verschaffen oder, falls sich dieses als unmöglich erweist, muß man durch finanzielle Unterstützungen, insbesondere durch Zuweisung von Lebensmitteln die Not zu lindern trachten.

Am besten wäre es, der Spitzenindustrie ein Mindestquantum von Zwirn zur notdürftigen Fortführung der Spitzenklöppelei in den am meisten bedrohten Bezirken anzuweisen. Sollte sich dies als ganz unmöglich erweisen, so könnten Arbeiten, die bisher in aufgelassenen Interniertenlagern geleistet wurden, in den Notstandsgebieten eingeführt werden.

Gleichzeitig ist jedoch dort, wo Arbeit nicht beschafft werden kann, eine entsprechende staatliche Unterstützung an alle Bedürftigen, ob Arbeitnehmer oder Arbeitgeber und ihre Familien zu gewähren.

Die Unterzeichneten stellen daher an den Herrn Handelsminister folgende Anfragen:

„1. Ist er bereit, im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium der Spitzenindustrie in den Notstandsgebieten ein Mindestquantum von Zwirn zur weiteren Erzeugung von handgeklöppelten und genähten Spitzen zur Verfügung zu stellen, oder die Herstellung anderer Arbeiten in diesen Gebieten in die Wege zu leiten?

2. Ist er bereit, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und dem Ernährungsamte die nötigen Geld- und Lebensmittel bereitzustellen, um die fleißige Bevölkerung vor dem Hungertode zu schützen?“

Wien, 6. November 1917.

	Franz Palme.
Rudolf Müller.	Glöckel.
Max Winter.	Volkert.
K. Seitz.	Sever.
L. Widholz.	Hillebrand.
Reifmüller.	Resel.
Polke.	Leuthner.
Ellenbogen.	Seliger.
Schäfer.	F. Skaret.
Jos. Tomschik.	David.
Pernerstorfer.	Wutschel.
Forstner.	D. Löw.
Oliva.	Abram.
Gröger.	Josef Pongratz.
Muchitsch.	V. Pittoni.
Schiegl.	Jokl.
Domes.	Smitka.

1273

I

Anfrage

des

Abgeordneten Hans Jokl und Genossen an den Herrn Ernährungsminister, betreffend die Beschlagnahme und Requisition des durch Ährenlesen gewonnenen Getreides.

Seit altersher ist es Sitte, daß, nachdem der Bauer die Getreidefelder abgeerntet hat, arme Leute und Kinder kommen, welche die noch zurückgebliebenen verstreuten einzelnen Getreideähren für sich sammeln. Der Bauer läßt dies gewähren, weil es eine alte Einführung ist, er auch nicht die Zeit hätte, derart nachzulesen. Das Feld wird später umgeackert und so wären diese Ähren ohnehin auch für ihn verloren. Und das Auflesen der Ähren ist für den Bauer eine nützliche Sache, weil dadurch der heuer ohnedies sehr stark aufgetretenen Mäuseplage gesteuert wird. Schon früher hat sich der Fall ereignet, daß übereifrige Staatsanwälte sich auf den Standpunkt stellten, auch das durch Ährenlesen gewonnene Getreide sei beschlagnahmte Brotfrucht und sie haben die Anklage wegen Übertretung erhoben. Solche Angeklagte wurden aber bisher noch immer freigesprochen.

Den vernünftigen und richtigen Standpunkt der Richter nehmen aber nicht die Verwaltungsbehörden ein. Wiederholt ist es in der letzten Zeit vorgekommen, daß die Bezirkshauptmannschaften den armen Leuten das mit vieler Mühe durch Ährenlesen gewonnene bißchen Getreide abgenommen haben.

Wir fragen den Herrn Minister:

„Ist er geneigt, die Unterbehörden dahin zu informieren, daß dieses durch Ährenlesen gewonnene Getreide nicht mit Beschlag zu belegen ist, daß es den armen Leuten zu belassen ist und diese die nötigen Mahlscheine ausgefolgt bekommen?

Ist der Herr Minister geneigt, zu verfügen, daß die bisher auf diese Art beschlagnahmte Getreidemenge den armen Leuten wieder ausgefolgt werde?"

Hans Jokl.
K. Seitz. Dr. Karl Renner.
Polke. Reifmüller.
Schiegl. Resel.
L. Widholz. D. Löw.
Josef Pongratz. Glöckel.
Oliva. Gröger.
Domes. Forstner.
Jos. Tomschik. Volkert.
Hillebrand. Wutschel.
Seliger. Palme.
Rud. Müller. Smitka.
Grigorovici. Leuthner.
Pittoni. Abram.
Muchitsch. Pernerstorfer.

1274
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Hans Jokl und Genossen an den Herrn Leiter des k. k. Amtes für Volksernährung, betreffend die Gleichstellung der Arbeiter der Landgemeinden mit der städtischen Bevölkerung bei Festsetzung der Zuckerquote.

Das k. k. Amt für Volksernährung hat mittels Verordnung eine Kürzung der Zuckerquote um ein viertel Kilogramm pro Monat verfügt. Die Zuckerquote beträgt nun für die städtische Bevölkerung dreiviertel, für die ländliche Bevölkerung ein halbes Kilogramm pro Monat. Unter den Begriff ländliche Bevölkerung fallen nicht nur die landwirtschaftlichen Produzenten, auch die vielen tausende Arbeiter und Arbeiterinnen, die teils in den Landgemeinden wohnen und arbeiten, zumeist aber in Industriestädten und Industrieorten arbeiten und in Landgemeinden wohnen, kommen dabei in Betracht. Diese Arbeiterschaft lebte schon im Frieden nur von Kartoffeln und Kaffee und ist heute mehr denn je darauf angewiesen. Diese Arbeiterschaft konnte schon mit der früheren Zuckerquote von dreiviertel Kilogramm nicht auskommen und wird durch die Kürzung des letzten Ersatzlebensmittels beraubt Sie muß der Verzweiflung in die Arme getrieben werden.

Wir fragen den Herrn Leiter des k. k. Volksernährungsamtes:

„Ist er geneigt zu verfügen, daß die in den Landgemeinden wohnende Arbeiterschaft in bezug auf die Zuckerquote der städtischen Bevölkerung gleichgestellt wird?“

Hans Jokl.

Resel. K. Seitz. Hillebrand. Jos. Tomschik. Polke. Schiegl. Volkert.

Rudolf Müller. L. Widholz. Josef Pongratz. V. Pittoni. Grigorovici. Muchitsch. Domes.

Abram. Leuthner. Dr. Löw. Gröger. Oliva. Palme. Wutschel.

Reifmüller. Dr. K. Renner. Seliger. Pernerstorfer. Forstner. Glöckel. J. Smitka.

1275
———
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Stesłowicz und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern und Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister, betreffend die Buchausfuhr.

Mittels telegraphischen Zirkulars sind die Postämter in Galizien auf Grund des Handelsministerialerlasses vom 29. August 1917, Z. H. M. 28081/P, angewiesen worden, Postsendungen mit Büchern nach dem außerdeutschen Auslande und den k. u. k. Okkupationsgebieten Polens, Serbiens, Montenegros nur dann anzunehmen, wenn sie Hartsiegel der k. u. k. Buchausfuhrstelle Wien tragen.

Gegen diese höchst unpraktische und für die Geschäftswelt katastrophale Verfügung, insbesondere in Anbetracht der wegen des Schulbeginnes im Okkupationsgebiete Polens dringenden Versendung von Schulbüchern, hat die Handels- und Gewerbekammer in Lemberg am 6. September 1917 bei dem k. k. Handelsministerium auf telegraphischem Wege Vorstellung erhoben.

Auf diese Vorstellung hat das k. k. Handelsministerium mit Erlaß vom 15. September 1917, Z. 29669/P, zur Kenntnis gebracht, daß zur Regelung des Buchhandels mit dem außerdeutschen Auslande einschließlich der okkupierten Gebiete in Polen, Serbien, Montenegro und Rumänien in Wien und Budapest eigene Buchausfuhrstellen geschaffen wurden, welche ihre Tätigkeit am 1. September 1917 aufgenommen haben.

Die Handels- und Gewerbekammern in Lemberg und Krakau haben nun die Bitte gestellt, die direkte und unbeschränkte Verschickung von Schulbüchern aus Galizien nach dem k. u. k. Okkupationsgebiete in Polen unter Ausschluß der Mitwirkung der Buchausfuhrstelle zuzulassen.

Diesem Verlangen wurde nicht entsprochen, doch keine Einwendung dagegen erhoben, wenn die Polizeidirektionen in Lemberg und Krakau die für die Versendung nach dem k. u. k. Okkupationsgebiete in Polen bestimmten Schulbücher übernehmen und die Verschickung auf Kosten der Einreicher in amtlichen Paketen der k. k. Direktionen an die Adreßstellen besorgen, die dann der Siegelung durch die Buchausfuhrstelle nicht bedürfen.

Diese ausnahmsweise Behandlung wurde jedoch auf Schulbücher im strengen Sinne beschränkt und darf nur von den k. k. Polizeidirektionen in Krakau und Lemberg ausgeübt werden.

Kurz darauf im Oktober 1917 wurde kundgegeben, daß, um eine jeweilige Übermittlung des zu versendenden Druckschriftenmateriales an die Buchausfuhrstelle in Wien selbst entbehrlich zu machen und eine überflüssige Inanspruchnahme der Transportmitteln zu vermeiden, zur Vornahme der Siegelung der in Rede stehenden Druckschriftensendungen auch noch jene militärische Stellen ermächtigt, welche im Sinne des Punktes 4 des Erlasses, K. Ue. A. 54.000, vom 1. Jänner 1916 zur Prüfung und Bestätigung wichtiger Geschäftsbriefe während einer Sperre kompetent sind, und zwar die Militärkommandos und die von diesen zu bestimmenden Stationskommandanten in größeren Orten und das Kriegshafenkommando in Pola. Der Vorgang bei dieser Versiegelung, von welchem auch die Buchhändler und Verleger verständigt wurden, wird folgender sein: Die Verleger und Buchhändler,

welche beabsichtigen, nichtperiodische Druckschriften in das außerdeutsche Ausland inklusive der okkupierten Gebiete zu versenden, haben eine Liste dieser Druckschriften (die keinerlei Ergänzungen oder nachträgliche Einschaltungen und Korrekturen ꝛc. aufweisen darf) an die Buchausfuhrstelle in Wien zu übersenden. Diese Stelle wird in der Liste jene Bücher bestätigen, gegen deren Ausfuhr kein Anstand besteht, sowie unter namentlicher Anführung jene Werke bezeichnen, die von der Ausfuhr ausgeschlossen sind. Bei nichtperiodischen Druckschriften, die aus Deutschland stammen, muß die Genehmigungsklausel auch das deutsche Ausfuhrzeichen anführen, welches am Buche ersichtlich sein muß, wenn letzteres zur Ausfuhr überhaupt zugelassen werden soll. Die so ergänzte Liste wird an den Buchhändler, beziehungsweise Verleger rückgesendet. Dieser letztere hat das Verzeichnis samt den zugehörigen Büchern der zur Prüfung ermächtigten militärischen Stelle vorzulegen, welche sich davon zu überzeugen hat, daß

1. nur solche Bücher zur Versendung gelangen, deren Ausfuhr die Buchausfuhrstelle Wien bewilligt und auf der vorgelegten Liste bestätigt hat,
2. daß die Bücher neu sind und
3. daß die Sendung keine brieflichen Mitteilungen oder Geheimzeichen enthält.

Das betreffende Kommando hat die Sendung an einer sichtbaren Stelle mit dem eigenen Hartsiegel zu versehen und auf dem Begleitdokument (Postbegleitadresse, Frachtbrief) den Vermerk:

„Namens der k. u. k. Buchausfuhrstelle Wien das k. u. k. . . . .“ anzubringen.

Die Siegelung auf dem Pakete ist derart vorzunehmen, daß eine nachträgliche Eröffnung durch den Absender ohne Verletzung des Siegels nicht erfolgen kann.

Die in Galizien nach den okkupierten Gebieten Polens zur Aufgabe gelangenden Sendungen mit Schulbüchern können auch ohne Bewilligung der Buchausfuhrstelle versendet werden und können daher die mit der Siegelung betrauten Kommandos, nachdem sie sich davon überzeugt haben, daß tatsächlich nur Schulbücher zur Versendung gelangen, welche an den Lehranstalten behördlich zugelassen sind, das Siegel an dem Pakete anbringen, auch wenn eine mit der Bewilligung der Buchausfuhrstelle versehene Liste nicht vorliegt.

Im Sinne dieser Verfügung wäre, was insbesondere die in Galizien nach den okkupierten Gebieten Polens zur Aufgabe gelangenden Sendungen mit Schulbüchern betrifft, das k. u. k. Militärkommando Lemberg berufen, entweder unmittelbar oder durch die von ihm zu bestimmenden Stationskommandanten in größeren Orten die Siegelung vorzunehmen. Da aber das Militärkommando Lemberg derzeit sich nicht in Lemberg, sondern in Mährisch-Ostrau befindet, hat die Handels- und Gewerbekammer Lemberg sich Anfang Oktober einerseits an das k. u. k. Militärkommando Lemberg in Mährisch-Ostrau, andrerseits an das k. u. k. Kriegsministerium (Ministerialkommission) mit dem telegraphischen Ansuchen gewendet, im Hinblick auf die derzeitige Entfernung des Standortes des Militärkommandos Lemberg das Stationskommando, beziehungsweise eine andere militärische Stelle in Lemberg zur Vornahme der Siegelung zu ermächtigen.

Von dem k. u. k. Kriegsministerium (Ministerialkommission) ist trotz nachher wiederholt am 18. Oktober und am 22. Oktober dringend abgesandter telegraphischen Bitten bisher keine Antwort herabgelangt. Hingegen teilte das Militärkommando Lemberg in Mährisch-Ostrau am 17. Oktober telegraphisch mit: „Etappenstationskommando Lemberg untersteht nicht hier, wegen Weisungen sich an Quartiermeisterabteilung wenden“.

Demzufolge ist die Handels- und Gewerbekammer Lemberg am 18. Oktober und am 26. Oktober an das k. u. k. 2. Armeekommando (Quartiermeisterabteilung) in Lemberg mit einer Darstellung des Sachverhaltes und mit der Bitte um Unterstützung der Bemühungen wegen Betrauung einer geeigneten, in Lemberg amtierenden militärischen Stelle mit der Vornahme der Siegelung der nach den okkupierten Gebieten Polens zur Aufgabe gelangenden Schulbüchersendungen herangetreten, ohne jedoch sofort auch von dieser Seite eine Verständigung über die gefallene Entscheidung zu erhalten, obgleich die Geschäftswelt, namentlich der Buchhandel, durch die so lange dauernde Einstellung der Schulbücherausfuhr, insbesondere angesichts der bereits vorgerückten Schulsaison den schwersten, kaum wettzumachenden Verlusten und der Gefahr der Debitentziehung ausgesetzt war.

Schließlich wurde doch der Bitte der Interessenten insofern Folge gegeben, daß mit Erlaß des 2. Armeekommandos das Etappenstationskommando Lemberg mit der Vornahme der angeordneten Kontrolle der Buchausfuhr beauftragt worden ist.

Aus dem vorstehenden Sachverhalte ist zu entnehmen, daß die Behörden diese Angelegenheit, obgleich dieselbe seitens der Interessenten bereits vor zwei Monaten zur Sprache gebracht worden ist, die nötige Zeit nicht gefunden haben, rechtzeitig endgültig zu regeln. Wenn daher davon erzählt wird, daß den derzeitigen sehr schwierigen und beklagenswerten Erwerbs- und Lebensverhältnissen der Industrie und des Handels in weitestgehendem Maße Rechnung getragen wird, so erscheinen diese Versicherungen nur als leere Frasen, denn die praktische Durchführung ignoriert vollständig die Bedürfnisse der Bevölkerung und dient ausschließlich den Polizeizwecken. Und doch glaubte man, daß der Exporttätigkeit der heimischen Interessentenkreise schon mit

Rücksicht auf unsere Valuta und auf die Förderung des Erwerbes unserer Bevölkerung seitens der Behörden tunlichste Unterstützung gewährt werden wird. Die Behörden kümmern sich aber nur um die angeblich unumgänglich notwendigen Verfügungen der Staatspolizei. Ob dies zum Durchhalten der Bevölkerung ausreicht, werden die Behörden selbst bezweifeln. Ferner stellt es sich heraus, daß die sogenannte Ministerialkommission nach den alten Methoden des berüchtigten Kriegsüberwachungsamtes arbeitet und für dieselbe weder die Bedürfnisse der Bevölkerung noch die Dringlichkeit dieser Verfügungen, welche den Interessen der Bevölkerung dienen sollen, bestehe.

Mit Rücksicht auf die vorstehend geschilderten Verhältnisse erlauben sich die Gefertigten die Anfragen zu stellen:

„1. Sind Eure Exzellenzen geneigt, die arbeitende und erwerbende Bevölkerung in Schutz zu nehmen?

2. Ihre Vertreter in der k. k. Ministerialkommission zu beauftragen, in diesem Sinne vorzugehen, den Interessen der Bevölkerung tunlichste Berücksichtigung und Unterstützung angedeihen zu lassen und jedes begründete Einschreiten der Interessenten mit besonderer Dringlichkeit und tunlichstem Wohlwollen zu behandeln?

3. In vorliegendem Falle die Veranlassung zu treffen, daß insbesondere die Versendung der Schulbücher nach dem Königreiche Polen tunlichst erleichtert werde?“

Reger.	Stesłowicz.
Klemensiewicz.	Galik.
Dr. Bobrowski.	Rychlik.
Moraczewski.	Kroguls̄ki.
Diamand.	Edmund Zieleniewski.
Loewenstein.	Tertil.
Śliwiński.	German.
Dr. Adolf Groß.	Dr. Marek.
Kleski.	Zarański.

1276
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Grandi und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung, betreffend die direkte Zuweisung der für die Volksernährung bestimmten Zuckerquote an die Bezirksapprovisionierungskomitees.

Es kommt vor, wie zum Beispiel im Bezirke Cles, daß die für die Volksernährung auf den Bezirk entfallende Zuckerquote nicht direkt an das Bezirksapprovisionierungskomitee, sondern an einen Kaufmann zur Ausgabe geliefert wird.

Dieser Umstand kann sehr leicht zu Verspätungen in der Verteilung, sogar zur Verteuerung der Ware, zur Erschwerung der Kontrolle, kurz zu Übelständen jeder Art führen, die sehr oft die Bevölkerung zu scharfen Klagen veranlassen.

Auf den Wunsch der Mitglieder des Approvisionierungskomitees und der Bevölkerung des genannten Bezirkes, es wolle verfügt werden, daß die betreffende Zuckerquote direkt an das Bezirksapprovisionierungskomitee, welches den Empfang und die Ausgabe vieler anderer Lebensmittel ohne Zwischenhandel besorgt, zur Verteilung geliefert werde, hat die Bezirkshauptmannschaft Cles die einfache Antwort gegeben, die Zuckerraffinerien wollen nicht die Ware an das Approvisionierungskomitee, sondern ausschließlich an einen Kaufmann liefern, welcher schon in Friedenszeit von ihnen direkt bezogen hat und man könne anderes von ihnen nicht verlangen.

Diese Antwort ist für die Interessenten unbefriedigend, und da die Produktion und Ausgabe des Zuckers als eines unentbehrlichen Lebensmittels staatlich geregelt ist, stellen die Gefertigten an den Herrn Minister für Volksernährung die Fragen:

„1. Entspricht es der Wahrheit, daß die Zuckerraffinerien die für die Volksernährung bestimmte Zuckerquote direkt an die Bezirksapprovisionierungskomitees nicht liefern wollen?

2. Im bejahenden Falle ist Eure Exzellenz geneigt, im Interesse des Volkes Verfügungen zu treffen, damit die Zuckerraffinerien diesen sonderbaren Standpunkt aufgeben, und im verneinenden Falle ist Eure Exzellenz geneigt, die Bezirkshauptmannschaft Cles, deren Leiter Präsident des Bezirksapprovisionierungskomitees ist, zu beauftragen, die nötigen Schritte zu machen, damit die auf den Bezirk für die Volksernährung entfallende Zuckerquote direkt an das Bezirksapprovisionierungskomitee zur Ausgabe geliefert werde?"

Delugan.
Onciul.
Isopescul.
Simionovici.
Dr. Degasperi.

Dr. Grandi.
De Carli.
Dr. G. Gentili.
Tonelli.
Conci.

1277
―
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Grandi und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung, betreffend die Zuweisung von Zucker zur Aufbesserung des Weines und zur Nachweinbereitung an die Bevölkerung des Bezirkes Cles.

Schon in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 14. Juli 1917 haben die Abgeordneten Dr. Grandi, De Carli und Genossen unter Hinweis auf den Schaden, den eine verspätete Zuweisung des für die Herstellung des unentbehrlichen Haustrunkes und für die Aufbesserung des Weines notwendigen Zuckers mit sich bringt, den Antrag gestellt, daß der von ihnen vertretenen Bevölkerung Zucker zu den obigen Zwecken in ausreichender Menge spätestens bis 15. September zur Verfügung gestellt werde.

Nun hat die Traubenernte schon stattgefunden, die Bevölkerung hat seit Wochen ihren Zuckerbedarf der politischen Bezirksbehörde mitgeteilt; die Zeit zur Aufbesserung des Weines und zur Zubereitung des Haustrunkes ist schon seit langem eingetreten und es wird zu diesen Zwecken im Bezirke Cles noch kein Zucker verteilt.

Die Bezirkshauptmannschaft wälzt die Schuld der Verspätung auf den Herrn Kellereiinspektor in Trient, dieser auf die Bezirkshauptmannschaft und niemand kümmert sich dort, wie dies auch bei manchen anderen Zweigen der Volksernährung und der sozialen und ökonomischen Fürsorge des Volkes geschieht, um diese dringende und unaufschiebbare Angelegenheit.

Die Bevölkerung ist unzufrieden und empört von dieser Passivität der Behörden, um so mehr, als man Zucker in jedem Quantum zum haarsträubenden Preis von 8 bis 10 K pro Kilogramm seit langer Zeit und unter den Augen der Behörden bei mehreren Großkaufleuten in Trient und Bozen beziehen kann.

Die Gefertigten stellen an den Herrn Minister für Volksernährung die Fragen:

„1. Sind Eurer Exzellenz die obigen Tatsachen bekannt?

2. Ist Eure Exzellenz geneigt, sofort zu verfügen, daß die für die Zubereitung des Haustrunkes und zur Aufbesserung des Weines nötige Menge Zucker der Bevölkerung des Bezirkes Cles unverzüglich zur Verfügung gestellt werde?"

Isopescul.	Dr. Grandi.
Simionovici.	De Carli.
Conci.	Dr. G. Gentili.
Delugan.	Tonelli.
Dr. Degasperi.	Onciul.

1278
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Grandi und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend die Erhebungen der Kriegsschäden im Gerichtsbezirke Malè.

Es verlautet, daß die Bezirkshauptmannschaft Cles beauftragt wurde, die infolge des Krieges in ihrem Sprengel eingetretenen Schäden zu erheben, ausgenommen jedoch der Gerichtsbezirk Malè.

Mit Rücksicht darauf, daß kein richtiger Grund für die Ausschließung des genannten Gerichtsbezirkes vorhanden ist, daß im Gegenteil die Erhebungen der Kriegsschäden besonders dringend und notwendig in jenem Bezirke sind, wo die meisten und die größten Schäden stattgefunden haben, stellen die Gefertigten an den Herrn Minister des Innern die Anfragen:

„1. Entspricht es der Wahrheit, daß die Bezirkshauptmannschaft Cles beauftragt wurde, in der Erhebungsaktion der Kriegsschäden den Gerichtsbezirk Malè nicht in Betracht zu ziehen?

2. Warum wurde der genannte Bezirk aus dieser Erhebungsaktion ausgeschlossen?

3. Ist Eure Exzellenz geneigt, die Bezirkshauptmannschaft Cles zu beauftragen, sofort die Erhebungen der Kriegsschäden auch im Gerichtsbezirke Malè einzuleiten?"

Dr. Degasperi.
Conci.
Tonelli.
Dr. G. Gentili.
Simionovici.

Dr. Grandi.
De Carli.
Delugan.
Onciul.
Isopescul.

1279
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Grandi und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister, betreffend die Beförderung von Postpaketen an die aus ihrer Heimat aus politischen Gründen entfernten Personen.

Es geschieht, daß manche Postämter des Trentino sich weigern, für die aus ihrer Heimat aus politischen Gründen entfernten Personen bestimmte Postpakete anzunehmen und an die Adressaten zu befördern und daß die betreffenden Postbeamten bei irgendeiner Ausnahme offenbar einsehen lassen, es handle sich hier um eine pure Gefälligkeit.

Es folgt daraus, daß die aus ihrer Heimat entfernten Personen keine Sachen von ihren Familien beziehen können, weder Sachen, die zu kulturellen Zwecken, noch Sachen, die zu materiellen Zwecken dienen könnten.

Diese Verfügung erschwert am schärfsten die schon aus vielen anderen Gründen großen Leiden dieser Personen und indem sie auf keiner gesetzlichen Vorschrift fußen kann, ist sie auch vom humanitären Standpunkte aus unbegreiflich.

Die Gefertigten stellen daher an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister die Fragen:

„1. Ist Eurer Exzellenz diese Tatsache bekannt?

2. Ist Eure Exzellenz geneigt, die Verfügung zu treffen, daß die für die aus ihrer Heimat entfernten Personen bestimmten Postpakete von allen funktionierenden Postämtern angenommen und an die Adressaten befördert werden?“

Onciul.	Dr. Grandi.
G. De Carli.	Dr. G. Gentili.
Isopescul.	Simionovici.
Delugan.	Tonelli.
Conci.	Dr. Degasperi.

1280
I

Anfrage

des

Abgeordneten Florian Gröger und Genossen an den Herrn Unterrichtsminister, betreffend den mangelhaften Schulbetrieb in den Städten Klagenfurt, Villach und St. Veit a. d. Glan.

Seit Kriegsausbruch sind in den Städten Klagenfurt, Villach und St. Veit die Volks- und Bürgerschulen größtenteils für militärische Zwecke in Anspruch genommen, so daß der Unterricht bedeutend eingeschränkt, oft ganz eingestellt und vielfach in Privatlokale verlegt werden mußte. Letztere entsprechen durchaus nicht den hygienischen und pädagogischen Anforderungen. Dadurch ist die Erziehung der Schuljugend gröblich vernachlässigt worden. Um so mehr, als viele Väter seit Jahren in militärischen Diensten stehen, die Mütter entweder tagsüber in Arbeit sind oder mit der Beschaffung der nötigsten Lebensmittel die Zeit verbringen müssen. Die Schulkinder, insbesondere jene der Arbeiterschaft, sind deshalb zumeist ohne Aufsicht, obwohl sie gerade deshalb des erzieherischen Einflußes durch die Schule doppelt bedürfen.

Durch die zeitweise Sperrung der Schule oder durch die Einführung des Halbtagsunterrichtes wurden die Kinder nicht nur der Aufsicht durch die Schule entzogen, sondern sie erleiden auch schweren geistigen Schaden, der für ihre weitere Entwicklung geradezu eine Gefahr bildet. Wie schwer in der Kriegszeit an den Kindern des Volkes gesündigt wird, wird die Zukunft mit erschreckender Deutlichkeit lehren.

Es ist daher allerhöchste Zeit, daß die Schulen wieder ihren natürlichen Zwecken zugeführt werden, wenn nicht der völlige geistige und moralische Ruin der Schulkinder herbeigeführt werden soll.

Dies zu verhüten ist die heiligste Pflicht des Staates und die Unterrichtsverwaltung muß daher mit ihrem ganzen Einfluß für die Freimachung der Schulen eintreten.

Während in Klagenfurt und Villach der Schulbetrieb noch zur Not aufrecht erhalten wird (Halbtagsunterricht und Unterbringung der Schulkinder in Privatlokalen) ist er in St. Veit seit 15. Juli l. J., ganz eingestellt, weil die Volks- und Bürgerschule für militärische Zwecke in Anspruch genommen ist. Ja es ist zu befürchten, daß die Schüler dort noch längere Zeit des Unterrichtes entbehren müssen.

Dieser Zustand ist unerträglich, er bedarf einer sofortigen Beseitigung.

Deshalb verlangen wir, daß sich der Herr Unterrichtsminister sofort mit den militärischen Stellen ins Einvernehmen setzt, damit die Volks- und Bürgerschulen in Klagenfurt, St. Veit und Villach geräumt und für den Unterricht bereitgestellt werden.

Wir fragen daher den Herrn Unterrichtsminister:

„Ist er bereit, das Nötige zu veranlassen, damit endlich die genannten Schulen ihrer ursprünglichen Bestimmung wieder zugeführt werden?“

Wien, 9. November 1917.

Ellenbogen.	Glöckel.	Leutner.	Gröger.
David.	Sever.	Josef Pongratz.	F. Skaret.
Wutschel.	D. Löw.	J. Tomschik.	Oliva.
Schäfer.	Pernerstorfer.	Forstner.	Seliger.
Schiegl.	Pittoni.	Resel.	Reifmüller.
Hillebrand.	Volkert.	Palme.	L. Widholz.
K. Seitz.	Polke.	Dr. K. Renner.	R. Müller.
Abram.	Domes.	Max Winter.	Jokl.
			Muchitsch.

1281
―――
I

Anfrage

der

Abgeordneten Grafinger, Baumgartner, Eisterer und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister.

Der Leder- und Schuhwarenerzeuger Kitzmantel in Vorchdorf, Bezirk Gmunden, hatte während des Krieges längere Zeit Schuhe an das k. u. k. Militärärar zu liefern, 1000 Paar wöchentlich, und entsprach dem Auftrage zur vollsten Zufriedenheit. Nach und nach wurde ihm die Möglichkeit, rechtzeitig zu liefern, immer mehr eingeschränkt, endlich die Lieferung ganz entzogen.

Dadurch gezwungen, wieder Privatkunden zu suchen, gelang es Kitzmantel tatsächlich, von der Alpinen Montangesellschaft eine Bestellung von 1000 Paar Schuhen zu erlangen. Um hierzu, wie andere Schuhfabriken, das Sohlleder zu erhalten, mußte Kitzmantel den erhaltenen Auftrag zur Bestätigung an das k. k. Handelsministerium einsenden.

Anstatt einer Antwort an Kitzmantel übergab das Handelsministerium dessen Eingabe der Lederbeschaffungsgesellschaft zur Erledigung. Diese verständigte Kitzmantel, es könne ihm das nötige Sohlleder nicht zugewiesen werden, die Alpine Montangesellschaft sei mit den gewünschten Schuhen bereits versehen.

Nachträglich erfuhr Kitzmantel, daß die Lederbeschaffungsgesellschaft kurzerhand den Auftrag der Firma Gerngroß zur Ausführung zugewiesen hatte.

Die Gefertigten fragen Seine Exzellenz:

„Wie gedenkt er eine derartige Schädigung eines strebsamen Geschäftsmannes zugunsten jüdischer Spekulanten und Großkapitalisten in Zukunft hintanzuhalten?"

Wien, 9. November 1917.

Dr. Jerzabek.	Grafinger.
Weiss.	Georg Baumgartner.
J. Wohlmeyer.	Eisterer.
Tomaschitz.	Loser.
Waldl.	Bauchinger.
Schweiger.	Mich. Huber.
Pichler.	Wagner.

1282
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Korošec und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherrn v. Banhans wegen rechtswidriger und ungleichmäßiger Behandlung der evakuierten Bediensteten der Südbahn.

Die rechtliche Grundlage des Dienstverhältnisses der Bediensteten gegenüber der Verwaltung der k. k. privilegierten Südbahngesellschaft ist bekanntlich die Dienstordnung. Doch wie diese keine erschöpfenden Bestimmungen für die Behandlung der Bediensteten im Kriegsfall überhaupt enthält, so auch nicht für das Personal geräumter Dienststellen, der sogenannten Evakuierten. Um diese Lücke auszufüllen, übernahm die Gesellschaft im Jahre 1915 von den k. k. Staatsbahnen den Nachtrag I des Anhanges zur Instruktion für den Eisenbahnkriegsverkehr, worin die Behandlung der evakuierten Bediensteten genau geregelt ist. Die diesbezüglichen Bestimmungen sind in der Folge in die „Bergungsvorschrift" übertragen worden und enthalten unter anderem auch folgende Punkte:

„§ 4.

Evakuierung des Personals.

Punkt 16. Die Heranziehung der im Dienstverbande verbliebenen evakuierten Bediensteten zum Dienste durch das Aufenthaltsinspektorat ist nur für den Fall des dringendsten Bedarfes in Aussicht zu nehmen.

Sollten solche Bedienstete freiwillig um ihre Wiederverwendung bittlich werden, so kann dieser Bitte unter der Bedingung stattgegeben werden, daß sie in aller Form schriftlich auf die Rechte, die ihnen in den Nachträgen I und IV zur allgemeinen Dienstordnung für Beamte und Diener, beziehungsweise in den diese Nachträge ergänzenden oder berichtigenden Zirkularien gewährleistet sind, für die Dauer dieser freiwilligen und ausnahmsweisen Dienstleistung verzichten.

Punkt 18. Den evakuierten Bediensteten, welche bei der wegverlegten oder bei einer auswärtigen Dienststelle infolge eines dringenden Personalbedarfes in Verwendung genommen werden, können die aus Anlaß der Evakuierung bei der Reise in den neuen Verwendungsort für die eigene Person und für die Familienangehörigen samt Reisegepäck tatsächlich ausgelegten und in glaubwürdiger Weise bescheinigten Reisekosten bis zum Ausmaße der im Zirkular 538 a 1913 normierten Reisekostenentschädigung vergütet und für die Dauer dieser dienstlichen Verwendung die vorschriftsmäßigen Diäten oder Zehrgelder angewiesen werden.

Den übrigen evakuierten Bediensteten, welche nicht oder nur über eigenes Ansuchen ohne dienstlichen Bedarf bei der eigenen oder bei einer anderen Dienststelle in Verwendung genommen werden, gebühren nur der Gehalt und das bisherige Quartiergeld, nicht aber Diäten beziehungsweise Zehrgelder oder irgendeine Übersiedlungsentschädigung."

Die allgemeine Auffassung hierüber vor dem italienischen Krieg im Jahre 1915 war die, daß den dienstlich nach der Evakuierung weiter verwendeten Bediensteten die normalen einfachen Diäten gebühren. In diesem Sinne wurden mehrfache Anfragen des Personals von Funktionären

der Betriebsinspektorate (besonders in Tirol) beantwortet und so auch auftragsgemäß das Personal belehrt.

Und wahrlich! Wozu denn sonst die Verklausulierung betreffs der sich freiwillig zur Dienstleistung meldenden Bediensteten? Gewiß hat bei Hinausgabe der beiden Dienstbehelfe niemand daran gedacht, daß nach erfolgter Evakuierung eine „Versetzung“ von der geräumten Dienststelle nach einer anderen möglich sei. Und doch, siehe da! Schon in der letzten Woche des Monates Mai 1915, kaum einige Tage nach der ersten Räumung von Dienststellen der Südbahn, begann die Verwaltung einzelne evakuierte Bedienstete zu versetzen und sie dadurch trotz dienstlicher Inanspruchnahme des Diätenbezuges zu berauben.

Wer wurde nun versetzt? Man würde meinen, daß die Verwaltung, wenn sie sich schon die bedeutenden Mehrauslagen ersparen wollte, einfach alle Evakuierten der zweifelhaften Wohltat der Versetzung teilhaftig werden ließe. Dem ist aber nicht so. Es wäre doch eine zu gewaltsame Rechtsbeugung gewesen und hätte viel Staub aufgewirbelt. Die Verwaltung nahm daher anfangs die von den Militär- und Zivilbehörden erteilten Aufträge beziehungsweise geäußerten Wünsche, gewisse evakuierte Bedienstete nicht im Etappenraume zu verwenden, zum Anlaß, sie zu versetzen. Es hätte dies jedenfalls eine Maßregelung der als politisch unverläßlich oder verdächtig bezeichneten Bediensteten bedeuten sollen.

Bevor wir weitere Schritte der Verwaltung vorbringen, ist eine Würdigung der erwähnten militär- und zivilbehördlichen Aufträge und Wünsche am Platze. Sie bilden offenbar einen Ausfluß der Tätigkeit des Kriegsüberwachungsamtes. Die Fülle der im Abgeordnetenhause vorgebrachten Beschwerden und die Zeitungsnachrichten haben wohl jeden einsichtigen und gerecht fühlenden Menschen überzeugt, daß vielfach über die Schnur gehauen wurde. Es wäre daher müßig, sich über die Stichhaltigkeit der Gründe für die Amovierungen bei der Südbahn weiter auszulassen. Nur drei den beobachteten Vorgang äußerst kennzeichnende Fälle, die sich bei der Südbahn zutrugen, mögen kurz wiedergegeben werden.

1. Vier evakuierte Beamte italienischer Zunge, welche alle aus ein- und derselben geräumten Station stammen, sind einer Knotenstation im Etappengebiet zur Dienstleistung zugewiesen. Sie sind hier vollkommen fremd und verkehren natürlicherweise miteinander, speisen gemeinsam in der Bahnhofgastwirtschaft und bedienen sich untereinander außer Dienst der italienischen Umgangssprache. In der nämlichen Station befindet sich ein Organ der k. k. Generalinspektion, das — als Überwachungsorgan — alsbald sein wachsames Auge auf das gefährliche welsche Viereck wirft. Ihr verschüchtertes Gehaben — sie sind ja Flüchtlinge — und ihre Sprache veranlassen ihn auch binnen kurzem zu einem Ersuchen an die zuständige Feldtransportleitung um Entfernung der Verdächtigen. Daß sein Rufen nicht jenes des Rufenden in der Wüste blieb, ist selbstverständlich.

2. Ein Stationsvorstand im Etappengebiet beschwert sich mündlich bei seinem Bahnhofoffizier, daß bei einem Nachtzug kein Feldgendarm zugegen sei, woraus sich mannigfache Anstände beim Einsteigen der Militärmannschaft ergäben. Die Folge ist ein Kopfwaschen des säumigen, zum Dienst bei dem bewußten Zug bestimmten Feldgendarmen. Dieser schwört natürlich Rache, welche zu üben ihm in jenen Zeitläuften wahrlich nicht schwer war. Ein Kärtchen an die Feldtransportleitung des Inhaltes, daß das Gehaben des Stationsvorstandes verdächtig sei, und dieser fliegt weit ins Hinterland!

3. In einem Grenzort kommt viel aus Ungarn geschmuggeltes Leder an. Dies gelangt zur Kenntnis der Militärbehörden, welche ein Interesse an der Abstellung des Anstandes haben und infolgedessen nach den säumigen Überwachungsorganen fahnden. Natürlich muß der Stationsvorstand ja das eingeschmuggelte Leder gesehen haben, weil er ja „alles“ sehen muß. Warum zeigt er nichts an? Diese Frage wird an die vorgesetzte Eisenbahndienststelle mit dem Ersuchen gerichtet, die Amovierung vorzunehmen. Die Bahn geht jedoch der Sache nach und stellt fest, daß der Schmuggel gar nicht durch die Bahn, sondern durch Straßenfuhrwerk bewerkstelligt worden ist. Darob Vorstellungen bei der Militärbehörde, die nichts fruchten. „Der Name des Stationsvorstandes ist bei dieser Angelegenheit zu oft genannt worden.“ Ergo amoveatur!

Es ist nicht Aufgabe dieser Zeilen, das Wirken der Militärbehörden als verwerflich oder sinnlos hinzustellen. Hierüber muten wir uns kein Urteil zu. Doch aus den drei Beispielen können wir zur Genüge erkennen, daß die alleinige Tatsache des Auftrages oder Wunsches der Militärbehörden auf Entfernung eines Bediensteten ganz und gar nicht der Grund zu dessen Maßregelung durch Entziehung der Diäten und Nebenbezüge bilden kann!

Man kam nach und nach zur Anschauung, daß nur deutsche Beamte als verläßlich angesehen werden können. Und alsbald war die gesamte nichtdeutsche Beamtenschaft Tirols wegversetzt, während die evakuierten Beamten deutscher Zunge vollzählig im Genusse der Diäten verblieben. Ja, noch eine zweite Differenzierung tauchte auf. Von den nichtdeutschen Bediensteten niederer Dienstklassen wurde der Großteil noch der Gnade wert befunden, im Zustande der Evakuierung belassen zu werden, während ihre gewesenen Führer, die Beamten,

gemaßregelt wurden. Also Muttersprache und Bildungsgrad als Grundlage für die Behandlung der Evakuierten Tirols!

Nicht zu übersehen ist ferner die verschiedene Behandlungsart der Tiroler und Küstenländer Evakuierten. Unter den ersteren sind Versetzungen die Regel, Belassung im Status „evakuiert" die Ausnahme. Im Küstenland gerade das Gegenteil! Warum? Soll daran nicht die Kriegspsychose eines Generals schuld sein, welcher sich von Verrat umgeben wähnte und Südtirol „rein" machen wollte? Untersuchungen über angebliche Verrätereien seitens der Südtiroler Bediensteten gab es viele, doch keinen einzigen Fall einer Schuld!

Der Ungleichmäßigkeiten bei der Behandlung der Evakuierten gibt es noch mehrere Arten. Da nach Versetzung der „Unverläßlichen" und „Verdächtigen" noch eine beträchtliche Anzahl von Evakuierten übrig blieb, griff die Verwaltung aus Ersparungsgründen zu einem weiteren Differenzierungsmittel. Die verheirateten Bediensteten sollten im Genuß der Diäten verbleiben, die ledigen versetzt werden. Vergeblich fragt man sich, womit die Verwaltung ihr ungleiches Vorgehen begründet. Weder die Dienstordnung noch die Militärinstruktionen kennen Bestimmungen, die zwischen militärmißliebigen und militärbeliebten, zwischen deutschen und nichtdeutschen, zwischen Südtiroler und Küstenländer, zwischen verheirateten und ledigen Bediensteten hinsichtlich ihrer Gebührenansprüche einen Unterschied machten. Nur die Willkür erklärt alles.

Besonders deutlich tritt uns diese Willkür bei jenen Evakuierten vor die Augen, welche im Augenblicke der Räumung ihrer Dienststelle nicht im Dienstort weilten, weil sie sich auf Substitution auswärts befanden. Diese Bediensteten waren gar nicht in der Lage, ihre Familienangehörigen und Möbel in Sicherheit zu bringen. Auf Grund ihres Dienstvertrages verpflichtet, während der Evakuierung außerhalb des ständigen Aufenthaltsortes zu weilen, haben sie das Recht auf vollkommene Schadloshaltung durch die Verwaltung. Doch nur die einmalige geringfügige Entschädigung im Monatsbetrag des Gehaltes und Quartiergeldes wurde ihnen, wenn sie versetzt waren, zuteil.

Schließlich sei noch erwähnt, daß auch jene beim Militär eingerückt gewesenen Bediensteten, deren Dienststelle während ihrer militärischen Dienstleistung geräumt wurde, und die in der Folge nach militärischer Rückbeurlaubung wieder zur Bahn kamen, nicht gleichmäßig behandelt wurden. Ein Beispiel beweist dies sehr drastisch. Der verheiratete Assistent Filomeno Pizzolato aus Ala wurde nach der Rückkehr vom Militär nach Wiener Neustadt versetzt, der ledige Kanzleigehilfe Aristide Azzolini, gleichfalls aus Ala, dem Betriebsinspektorat Innsbruck als Evakuierter zugewiesen. Dieser Zustand dauert jetzt bereits zwei Jahre.

1. Beiliegender Erlaß, Z. 19980 V/II, vom 10. Juli 1915 zeigt uns, daß es nicht nur die Diäten waren, deren die Versetzten verlustig gingen, sondern eine ganze Reihe von Nebenbezügen. Klingt das nicht wie eine Schicksalsironie, daß demjenigen, der täglich soundso viel an Diäten einsteckt, noch alles andere gewahrt bleiben muß, was er früher bezog, während der arme Teufel, den der Versetzungsblitzstrahl traf, alles einbüßt?

Der Herr Generaldirektor soll den Grundsatz aufgestellt haben, daß niemand etwas genommen werden soll, was er vor der Evakuierung bezog. Warum wird dies nur auf jenen Teil angewendet, welcher die Diäten bezieht?

Noch eine andere Erwägung drängt sich uns hier auf. Anläßlich der Aufhebung des Akkords werden die im Genusse von Akkordprämien stehenden Bediensteten durch Zuerkennung von Personalzulagen schadlos gehalten, solange sie in der nämlichen Station auf dem gleichen Dienstposten verbleiben. Nun bestand der Akkord in den Stationen Görz Südbahnhof, Mori, Rovereto und Ala bis zur Evakuierung, erst die Räumung dieser Stationen wurde zur Aufhebung benutzt. Die Evakuierung muß jedoch als eine „vis major" betrachtet werden, welche die Bediensteten aus ihren Dienststellen hinausschleuderte. Es wäre daher nur eine Betätigung des Grundsatzes, bei der Akkordaufhebung niemand zu schädigen, wenn den Evakuierten dieser Stationen auch Personalzulagen zuerkannt würden, wobei natürlich auch eine Versetzung keine Rolle spielen dürfte. Geschieht dies doch bei allen jenen gegenwärtig in Südtirol exponierten Bediensteten, welchen neben den Diäten auch alle Nebenbezüge gewahrt blieben. Niemand neidet ihnen dies, doch was einem recht ist, ist dem anderen billig.

2. Während in Südtirol noch erhöhte Diäten eingeführt sind (siehe beiliegenden Erlaß Z. 22787 V/II, vom 24. Juni 1916), während dort vielfach die Wohltat des Besuches von Offiziersmessen besteht und auch die Lebensmittel leichter und billiger erhältlich sind als beispielsweise in Wien, Graz und Umgebung, sind die unglücklichen, nach Einbuße an Hab und Gut von der Scholle vertriebenen Evakuierten bei ihren kargen Bezügen auf das Aussterbeetat gesetzt! Man braucht nur ihre bleichen und abgezehrten Gesichter anzusehen und die Sterblichkeit unter ihnen zu kennen, um ihren Zustand recht zu würdigen.

Doch zum Schluß!

Die vorgebrachten Tatsachen verfolgen den Zweck, die Südbahnverwaltung zu veranlassen, die bisher bei der Behandlung der Evakuierten beobachteten Grundsätze einer Überprüfung zu unterziehen und hierbei den Geboten der Gerechtigkeit

und Menschlichkeit ein willigeres Ohr zu schenken als bisher. Wenn auch manches, was bisher verfügt wurde, auf den ersten Blick juristisch begründet erscheinen mag, muß schließlich doch bedacht werden, daß „jus“ nicht „justitia“ ist, und nur Gerechtigkeit kann das Gedeihen eines Unternehmens verbürgen.

Die Gefertigten stellen daher an Seine Exzellenz den Herrn Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherrn v. Banhans die Anfragen:

„1. Sind die geschilderten Zustände Seiner Exzellenz bekannt?

2. Ist Seine Exzellenz gewillt, sofort energische Schritte zur Beseitigung dieser Mißstände zu unternehmen und die Verwaltung der k. k. priv. Südbahn zum Ersatze des erlittenen Schadens an die rechtswidrig behandelten Angestellten sowie zu einer gleichmäßigen Behandlung der Angestellten künftighin zu veranlassen?“

Wien, 9. November 1917.

Dr. Korošec.
Jon.
Dr. Gregorčič.
Dr. Dulibić.
Dr. Ravnihar.
Dr. Verstovšek.
Brenčič.
Pišek.
Hladnik.
Dr. Benkovič.
Dr. Rybář.
Dr. Fr. Jankovič.
Gostinčar.
Roškar.
Jarc.
Perić.
Dr. Pogačnik.
Pogačnik.
Fr. Demšar.

1283
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Schürff, Wedra und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung, betreffend die Einfuhr von Lebensmitteln aus Ungarn nach Österreich und betreffend die Ausfuhr österreichischer Industrieartikel nach Ungarn.

Die Versuche der österreichischen Regierung, eine Erhöhung des Lebensmittelkontingents für Österreich bei der ungarischen Regierung zu erreichen, sind, wie aus den Zeitungsnachrichten hervorgeht, bisher ergebnislos geblieben. Die ungarische Regierung soll vielmehr zunächst Gegenleistungen in Industrieartikeln, Petroleum und Kohle gefordert und die Erhöhung des Nahrungsmittelkontingents von der Erfüllung dieser Bedingung abhängig gemacht haben.

Diese Forderung Ungarns läßt den Schein aufkommen, daß Ungarn gegenüber Österreich seine Pflicht in der Abgabe von Nahrungsmitteln erfüllt hätte, wogegen Österreich es an den entsprechenden Gegenleistungen hätte fehlen lassen.

Um nun Klarheit in dieser Angelegenheit zu schaffen, stellen die Gefertigten mit der Bitte um ehebaldigste Beantwortung folgende Fragen:

„1. Wie groß war die Einfuhr von Lebensmitteln seitens Ungarns nach Österreich in den letzten Friedensjahren?

2. Wie groß ist derzeit diese Einfuhr?

3. Wie groß ist überhaupt der Abgang an Nahrungsmitteln in Österreich, der durch Einfuhr aus Ungarn zu decken wäre?

4. In welchem Ausmaße wurden die Bedürfnisse Ungarns in Industrieartikeln durch Österreich in den letzten Friedensjahren und während der Kriegszeit befriedigt?

5. Ist die Regierung geneigt, über den Umfang der letzten Forderungen Österreichs an Ungarn in der Ernährungsfrage und über die Gegenforderungen Ungarns genaue Mitteilungen zu machen?

6. Hat die Regierung Anordnungen getroffen, festzustellen, welche und wie viele Waren aus Österreich nach Ungarn ausgeführt und von dort zu höheren Preisen als „ungarische“ Erzeugnisse wieder auf den österreichischen Markt gelangten?“

Wien, 9. November 1917.

Dr. Heilinger.	Nagele.	Dr. Waber.	Dr. Schürff.
Hartl.	Beyer.	Dr. Schreiner.	Wedra.
Erb.	W. Keller.	Kletzenbauer.	Kittinger.
Luksch.	R. Marckhl.	Josef Mayer.	Richter.

1284
I

Anfrage

der

Abgeordneten Max Winter, August Forstner und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung.

Herr Minister!

Den Unterfertigten kommen Meldungen zu, daß es im Fahrpostdetachement in Simmering, Rautenstrauchgasse, reglementswidrig zugeht. Der Wachtmeister Weißwasser hat vor kurzem einen Pferdewärter, namens Persina, geohrfeigt. Die Ursache dazu war, daß Weißwasser auf die Tafel einen Mann zum Dienst aufgeschrieben hatte und daß eine andere Charge den Namen gelöscht und nun einen anderen Namen hingeschrieben hatte. Fälschlich nahm Weißwasser an, daß Persina den anderen Namen hingesetzt habe und ohne weiteres versetzte er ihm einige Ohrfeigen. Weißwasser zeichnet sich auch dadurch aus, daß er mit den dorthin kommandierten Mannschaften fortwährend in den rohesten Ausdrücken spricht. Gesindel, Bagage, Hunde sind seine Lieblingsworte. „I nimm a Schaufel und hau euch nieder, daß euch der Teufel holt!" ist eine von seinen beliebten Drohungen.

Am 21. Oktober hat der Kanzleirechnungsführer einen Trainsoldaten, der vormittags zu acht Tagen Kasernarrest verurteilt worden war, als er zu Mittag zum Essen gehen wollte, in das Mannschaftszimmer gerufen und ihm dort einige Ohrfeigen gegeben, weil er sich entfernen wollte. Erst dann sah er im Strafprotokoll nach, sah, daß die Strafe noch nicht eingetragen war und sagte nun dem Geohrfeigten, daß er nun zum Essen gehen könne. Beschwerden gegen diese Vorkommnisse haben keinen Erfolg. Den Rapport hält ein Leutnant ab, der jeden Beschwerdeführer barsch anfährt und die „gehorsamste Bitte", die Beschwerde beim Bataillonsrapport vortragen zu dürfen, neuerdings mit Bedrohungen beantwortet. „Sind Sie ruhig, sonst lasse ich Sie sofort in den Arrest setzen", hat er vor kurzem einem solchen Beschwerdeführer gesagt. Einem anderen aber: „Wenn Sie nicht ruhig sind, lasse ich Sie binden wie einen Hund, lasse Sie in einen Postwagen hineinschmeißen und in die Trainkaserne in den Arrest führen."

Dieser rohen Behandlung entspricht die Mannschaftspflege. Der Satz des Dienstreglements: „Schonung von Mannschaft und Material" scheint für dieses Detachement gar nicht zu bestehen. Neu Hinkommandierte werden gar nicht darauf untersucht, ob sie etwa verlaust sind oder nicht. Die Wirkung ist, daß die Ubikationen fortwährend verlaust sind. Der Abort ist ungeheuer verschweint, eine Abortreinigung gibt es nicht. Der Arrest ist über dem Stalle und unter einem Boden, in den Heu und Stroh eingelagert sind, untergebracht. Die Arrestanten müssen tagsüber arbeiten und werden abends in den Arrest hineingetrieben. Dann wird die Türe verschlossen und es steht nicht einmal ein Wachtposten vor der Türe. Sie

bekommen nichts in den Arrest hinein als einen Kübel Wasser. Wenn heute in einem der Ställe ein Brand ausbricht, so gibt es keine Rettung für die Arrestanten. Sie müssen bei lebendigem Leibe verbrennen.

Wir fragen Sie, Herr Minister:

„ob Sie gewillt sind, diese Beschwerden zu untersuchen, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen und im Fahrpostdetachement Simmering Ordnung zu schaffen?"

Hillebrand.	Max Winter.
Leuthner.	Forstner.
Jokl.	Reifmüller.
Polke.	Resel.
Muchitsch.	Rudolf Müller.
Pernerstorfer.	Sever.
Glöckel.	L. Widholz.
Oliva.	Wutschel.
Volkert.	Ellenbogen.
Dr. K. Renner.	Smitka.
Abram.	D. Löw.
Schäfer.	Palme.
Jos. Tomschik.	V. Pittoni.
Schiegl.	K. Seitz.
David.	Seliger.
Josef Pongratz.	Gröger.
Domes.	F. Skaret.

1285
I

Anfrage

der

Abgeordneten Max Winter, Franz Domes und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung.

Herr Minister!

Die Soldatenmißhandlungen im Felde und im Hinterlande nehmen in erschreckender Weise zu. Es vergeht fast kein Tag, wo nicht Meldungen über solche Vorfälle an die Anfragenden gelangen. Insbesondere sind leider sehr viele Offiziere geneigt, die Mannschaften mit Ohrfeigen zu traktieren. Die Ohrfeige, gegen die der Mann im Felde und im Hinterlande völlig wehrlos ist, wenn er sich nicht schwerer Bestrafung aussetzen will, ist fast zu dem häufigsten Disziplinarmittel geworden, obgleich Ohrfeigen, als in den Begriff der Mißhandlungen fallend, dem Dienstreglement vollkommen widersprechen. Daß immer wieder Höhere ihre Untergebenen ohrfeigen und gemein beschimpfen, ist nur möglich, weil die Sühne für diese Vergehen oft gar nicht eintritt, wenn sie aber eintritt, eine viel zu geringe ist, endlich aber darum, weil sich das Strafverfahren ganz im geheimen abspielt und die Öffentlichkeit nur äußerst selten davon erfährt, daß einer dieser Mannschaftsquäler auch wirklich Strafe erhalten hat.

Den Anfragenden wird glaubwürdig dieser Vorfall mitgeteilt:

Am 7. August wurde auf dem vorgeschobenen Hilfsplatz der 35. Infanteriedivision, Sanitätskolonne, von dem Regimentsarzt Dr. Kraus Marodenvisite abgehalten. Dabei ereignete sich folgender Vorfall:

Der Vormeister Andreas Hoffmann hatte am 3. August bei der Marodenvisite 3 Tage dienstfrei erhalten und mußte liegen. Am Abend des 6. August hatte er 38 Grad Fieber und wollte sich darum am 7. August neuerdings marod melden. Er ging daher zur Visite. Der Arzt ließ durch einen Sanitätsmann seine Temperatur messen. Indessen kam der Kanonier Illek daran. Er hatte vom Bombenabladen Armschmerzen. Der Regimentsarzt schrie ihn gleich an:

„Sie Schwindler! Zwei Watsch'n und 'nausschmeissen, das ist alles, was ich für Sie habe. Diensttauglich!"

Dann schimpfte er den Sanitätsunteroffizier zusammen, daß er ihm lauter Schwindler bringe.

Einstweilen hatte der Sanitätsgehilfe dem Vormeister Hoffmann das Thermometer herausgenommen und dem Arzt gemeldet, daß Hoffmann kein Fieber habe. Dr. Kraus nannte nun auch Hoffmann einen Schwindler. Darauf meldete dieser gehorsamst, daß er nicht arbeiten könne, da er doch krank sei. Da stand der Arzt auf und gab Hoffmann, anstatt ihn zu untersuchen, eine Ohrfeige.

Hoffmann erwiderte: „Ist das eine Behandlung von einem Regimentsarzt? Das melde ich meinem Kommandanten."

Darauf gab ihm der Regimentsarzt noch zwei Ohrfeigen und, als Hoffmann sagte, daß er sich das nicht gefallen lassen werde, daß er das anzeigen werde, stieß der Arzt den Kranken mit dem Fuß in den Bauch, worauf sich dieser umkehrte und weggehen wollte. Da stieß ihn der Arzt noch mit dem Fuß in den Rücken.

Dann trat er noch aus dem Untersuchungsraum heraus und versetzte ihm außerhalb dieses noch einige Stöße. Dann rief er: „Sanität antreten!" 5 oder 6 Mann kamen und mußten Hoffmann bewachen, weil er an den Kommandanten Hoffmanns einen Dienstzettel über diesen wegen frechen Benehmens schrieb.

Hoffmann meldete den Vorfall augenblicklich seinem Kommandanten, einem Herrn Oberleutnant, und dieser verfaßte ein Protokoll, mit dem die ganze Sache angezeigt wurde. Das war am 9. August. Dennoch ist bis heute, 6. November, also fast 2 Monate seither, keine wie immer geartete Erledigung dieser Sache gekommen. Um dieselbe Zeit hatte Regimentsarzt Dr. Kraus den Kanonier Berndl, der 40 Grad Fieber hatte, weggeschickt und der Batteriekommandant mußte erst einen Dienstzettel an den Arzt schreiben, um es durchzusetzen, daß der fiebernde Kanonier ins Spital geschickt wurde.

Wenn ein Arzt, der als Helfer der Mannschaften ins Feld geschickt wird, sich derartiger roher Übergriffe schuldig macht, so verdienen diese Übergriffe doppelt schwere Ahndung.

Wir fragen darum:

„Sind Sie, Herr Minister, willens, den Vorfall zu untersuchen, das Protokoll über diese Mißhandlung dem Abgeordnetenhause vorzulegen und dem Abgeordnetenhause Mitteilung zu machen, welcher Strafe Regimentsarzt Dr. Kraus zugeführt wurde? Dann aber sind Sie, Herr Minister, geneigt, in Ihrem Wirkungskreis und über diesen hinaus beim Kriegsminister dahin zu wirken, daß die Mißhandlungen in der Armee im Felde und im Hinterlande endlich ein Ende nehmen?"

Max Winter.
Ellenbogen.
Pernerstorfer.
K. Seitz.
Sever.
David.
Schäfer.
V. Pittoni.
Abram.
F. Skaret.
Glöckel.
Grigorovici.
Muchitsch.
Josef Pongratz.
D. Löw.
Jos. Tomschik.
Palme.
Smitka.
Domes.
Reifmüller.
Resel.
Seliger.
Hillebrand.
Dr. K. Renner.
Jokl.
Polke.
Schiegl.
Volkert.
Gröger.
Wutschel.
Forstner.
Oliva.
Leuthner.
L. Widholz.
Rud. Müller.

1286
I

Anfrage

der

Abgeordneten Max Winter, Karl Volkert und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung.

Herr Minister!

Die Radfahrkompagnie des 20. Jägerbataillons Hauptfeldpost 500, hatte am 8. August 1917 eine Gletscherübung in einer Höhe von 2000 Meter. Um 4 Uhr früh war Tagwache, um 6 Uhr 30 Minuten Abmarsch vom Kantonierungsort. Mit kleinen Rasten ging es bis halb 10 Uhr zur Höhe. Es war ein riesig schwieriger Aufstieg, da der vorangehende Mann durch Steinschlag die ganze, einzeln abgefallene Kompagnie gefährdete. Trotz aller Vorsicht und allen Maßnahmen traf ein kopfgroßer Stein einen Jäger und verletzte ihn schwer. Dieser stürzte zum Glück bloß 15 bis 20 Schritte ab, wo ihn verwachsenes Gesträuch aufhielt. Der Mann wurde zu Tal gebracht und nun wurde befohlen, daß die Kompagnie in Gruppen von zehn Mann immer erst nach einem Zeichen der Vorangegangenen aufzusteigen hätte. Bei der letzten Gruppe war der Landsturmmann Adolf Riehs. Diese Gruppe hatte naturgemäß die längste Rast, mußte aber dann ohne Rast zur Höhe steigen.

Riehs blieb völlig erschöpft 20 Schritte unterhalb der Höhe zurück. Seine Knie zitterten, er konnte einfach nicht mehr weiter und er setzte sich auf einen Baumstumpf. Hinter ihm kamen noch einige Mann, dann der dienstführende Oberjäger Knaß. Schon aus ziemlicher Entfernung schrie er: „Auf, weiter gehen!“ So kam er bis an Riehs heran. Er schrie ihn nochmals an: „Geh'n S' weiter, sonst gebe ich Ihnen eine Ohrfeige.“ Diese Drohung schien auf die Füße des Riehs nicht zu wirken. Er meldete nur gehorsamst, daß er augenblicklich unfähig sei, daß er aber sicherlich nach fünf Minuten Rast die 20 Schritte zurücklegen werde. Er hatte noch nicht ausgesprochen, als er von dem Oberjäger eine Ohrfeige erhielt. Außerdem packte der Oberjäger den Landsturmmann beim Kragen und wollte ihn nach vorne, das heißt nach aufwärts stoßen. Riehs fiel aber, stürzte den Abhang hinunter. Zum Glück kam als letzter noch ein Sanitätssoldat und diesem rief nun der Oberjäger zu, er solle den Kollernden aufhalten. Der Sanitätsmann tat dies auch und Riehs war dadurch gerettet.

Der Gerettete unterließ eine Beschwerde über diesen Vorfall, der übrigens entsprechend viele Zeugen hatte, weil er fürchtete, mit der Beschwerde nicht durchzudringen. Die Kompagnie ist zumeist aus Slowenen, Tschechen, Kroaten und Italienern gebildet. Die wenigen Deutschen bei der Kompagnie sind nicht am besten angeschrieben. Der Herr Hauptmann hat zum Beispiel alle Chargen, die von dem Landsturmradfahrbataillon zur Kompagnie gestoßen sind, ohne Grund degradiert. Unter diesen Chargen sind größtenteils intelligente Leute. Auch ein Feldwebel vom Landsturm ist jetzt Jäger. Dieser, ein besonders intelligenter Deutschböhme, hat jetzt Chargen über sich, die nicht fähig sind, ohne Irrtum eine Löhnung an einen Zug zu verteilen. Dies die Gründe, warum Riehs die Beschwerde unterließ.

Zu bemerken ist noch, daß Adolf Riehs bei Kriegsbeginn freiwillig eingerückt ist, daß er im Dezember 1914 scheinbar an Tuberkulose erkrankte, zurückkam, auf einige Monate superarbitriert wurde, im April 1915 neuerdings gemustert und nun wachdiensttauglich erklärt wurde. Nach etwa einjähriger Dienstzeit im Kriegsministerium wurde Riehs dem Radfahrlandsturmbataillon zugeteilt und ging mit

diesem im Vorfrühling 1917 an die italienische Front.

Das Vorgehen des Oberjägers Knaß kann nicht ohne Sühne bleiben.

Wir fragen darum:

„Sind Sie, Herr Minister, geneigt, diesen Vorfall untersuchen zu lassen, und sind Sie geneigt, entsprechend dem Ergebnis dieser Untersuchung gegen den oder die Schuldigen vorzugehen, und sind Sie geneigt, solche Maßnahmen zu treffen, daß die Mannschaft des 20. Jägerbataillons endlich Vertrauen in das Beschwerderecht der Soldaten gewinnen könne?“

Max Winter.
Abram.
L. Widholz.
Glöckel.
Wutschel.
F. Skaret.
K. Seitz.
Ellenbogen.
Seliger.
Dr. K. Renner.
Reifmüller.
Jokl.
Pernerstorfer.
Jos. Tomschik.
Polke.
Hillebrand.
Pittoni.
Karl Volkert.
Domes.
Palme.
Gröger.
Oliva.
Muchitsch.
Josef Pongratz.
Schiegl.
Leuthner.
Schäfer.
Forstner.
David.
Sever.
D. Löw.
Resel.
Rudolf Müller.

1287
I

Anfrage

des

Abgeordneten Max Winter und Genossen an den Herrn Justizminister.

Herr Minister!

In der Sitzung vom 26. Oktober haben die Abgeordneten Max Winter und Genossen diese Anfrage an Sie, Herr Minister, gerichtet, um festzustellen, ob die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses der Zensur unterliegen oder nicht:

Herr Minister!

Am 18. Oktober haben die Unterfertigten an Sie und den Herrn Minister des Innern diese Anfrage gestellt:

Die Zeitschrift „A. Z. am Abend" hat in ihrer Nummer vom 17. Oktober diese Mitteilung gebracht:

Ein Zwischenfall im Abgeordnetenhaus. Im Abgeordnetenhaus hat sich gestern während der Flüchtlingsdebatte unmittelbar nach der Rede des Ministers des Innern Grafen Toggenburg ein Zwischenfall ereignet, über den die Reichsratskorrespondenz „über höheren Befehl" dieses berichtet:

Nach der Rede des Ministers machte ein Galeriebesucher mehrere laute Zurufe .... Vizepräsident Udržal forderte die Ordner auf, ihres Amtes zu walten und unterbrach die Sitzung ...

Dieser „höhere Befehl" kam vom Kriegsminister. Der Minister des Innern hatte gegen eine Darstellung des Zwischenfalls nichts einzuwenden und sagte dem Obmann des Preßausschusses, dem Abgeordneten Zenker, zu, er werde sofort den im Kriegsministerium sitzenden Hofrat Swoboda entsprechend anweisen. Aber dieser Anweisung des Ministers des Innern zum Trotz hat der Kriegsminister wieder einmal die Rücksicht auf das sonst natürlich gar nicht unterrichtete Ausland vorgeschoben, um dem Inland vorzuenthalten, daß ein Hauptmann von der ersten Galerie des Parlaments an die Abgeordneten eine Friedensrede hielt, in der er die Abgeordneten aufforderte, den Streit unter den Nationen zu lassen und nur dem vom Kaiser angestrebten Ziel, zu einem Verständigungsfrieden zu gelangen und Schiedsgerichte einzusetzen, zu dienen. Aus der Verfügung des Kriegsministers, die übrigens keinen Sinn hat, da das Ausland ja doch erfährt, was es will und auf die amtlichen Parlamentsberichte nicht angewiesen ist, erkennt man aber deutlich, wer in Österreich regiert. Es ist ausschließlich der Militarismus. Das Zivilpack — und sei es auch der Minister des Innern — habe nichts dreinzureden.

Der Aufsatz wurde zur Gänze vom Staatsanwalt beschlagnahmt. Selbst die wenigen Zeilen, die der zensurierte Bericht der Reichsratskorrespondenz über den Zwischenfall im Abgeordnetenhaus verlautbaren durfte, selbst diese wenigen Zeilen mußten über Auftrag des Staatsanwaltes herausgenommen werden. Es ist den Anfragenden klar, daß hier ein Übergriff des Wiener Staatsanwaltes vorliegt und die Unterzeichneten fragen darum die angeführten Minister, ob sie geneigt sind, diesen Unfug des Mißbrauches der Zensurgewalt des Staatsanwaltes künftighin durch klare und strenge Weisungen über die Behandlung der Reichsratsberichte zu steuern.

Ehe Sie, Herr Minister, noch Gelegenheit hatten, den Anfragenden im Abgeordnetenhause eine Antwort zu erteilen, hat es sich der Herr Staatsanwalt herausgenommen, die Antwort für Sie zu erteilen. Die „A. Z. am Abend" vom 23. Oktober hat die Anfrage der Abgeordneten Max Winter und Genossen abgedruckt und der Herr Staatsanwalt hat die Kühnheit gehabt, zu verfügen, daß der Absatz 4 dieser Anfrage, beginnend mit den Worten: „Dieser ‚höhere Befehl' kam vom

Kriegsminister . . .", endigend mit dem Satz: „Das Zivilpack — und sei es auch der Minister des Innern — hat nichts dreinzureden", aus der Zeitung herausgenommen werden müsse.

Die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses sind unverletzlich. Sie unterliegen nicht der Zensur des Staatsanwaltes. Dennoch wurde hier ein Stück aus den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses von der Staatsanwaltschaft der Öffentlichkeit entzogen.

Die Unterzeichneten fragen Sie darum:

„Sind Sie, Herr Minister, geneigt und willens, endlich einmal die Verfügung zu treffen, daß das Gesetz auch vor dem Staatsanwalt Achtung finde?"

Wie in den vorangegangenen Fällen hat auch diesmal der Herr Staatsanwalt für Sie, Herr Minister, die Antwort gegeben. Die „A. Z. am Abend" wollte am 27. Oktober diese Anfrage als einen Teil der Verhandlungen des Reichsrates vollinhaltlich abdrucken. Aber der Herr Staatsanwalt hat verfügt, daß der ganze vierte Absatz, der ganze fünfte Absatz und aus dem siebenten Absatz eine Stelle entfernt werde. Beide entfernten Stellen beginnen mit: „Dieser ‚höhere Befehl' kam vom Kriegsminister" und sie endigen mit dem Satz: „Das Zivilpack — und sei es auch der Minister des Innern — hat nichts dreinzureden." Wir haben schon in der oben zum zweiten Male mitgeteilten Anfrage darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses unverletzlich sind und Sie gefragt, Herr Minister, ob Sie willens sind, endlich einmal Ordnung zu schaffen.

Wir fragen Sie heute dringend,

„ob Sie diesen ungesetzlichen Zustand weiter dulden wollen und verlangen umgehende Beantwortung der an Sie in dieser Sache gestellten Anfrage."

Max Winter.

K. Seitz.
Seliger.
Smitka.
Pernerstorfer.
Volkert.
D. Löw.
Schiegl.
Dr. K. Renner.
Hillebrand.
David.
Polke.
Pittoni.
Gröger.
Leuthner.
Jokl.
Josef Pongratz.

Resel.
Glöckel.
Jos. Tomschik.
Forstner.
Reifmüller.
Sever.
Ellenbogen.
Rud. Müller.
F. Skaret.
Schäfer.
L. Widholz.
Abram.
Domes.
Muchitsch.
Wutschel.
Palme.

1288
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Heilinger und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Justizminister Dr. v. Schauer, betreffend die Besetzung von Richterstellen und Festigung der Unabhängigkeit der Richter.

Wenn der Richter sich wahrhaft unabhängig fühlen soll, sind bezüglich der Begutachtung und Beförderung derselben besondere Garantien zu schaffen.

Die österreichischen Richter haben daher folgende Grundsätze zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit insbesondere empfohlen:

Die Besetzung einer Richterstelle kann nur auf Grund eines Ernennungsvorschlages erfolgen. Die Ernennungsvorschläge werden von Personalsenaten erstattet. Dieselben bestehen aus dem Gerichtspräsidenten, in dessen Verhinderung aus dessen Stellvertreter und aus gewählten Mitgliedern. Die Ernennung kann nur aus der Reihe der für die erledigte Stelle vorgeschlagenen Personen erfolgen. Für jede sind drei Bewerber vorzuschlagen. Als vorgeschlagen gilt derjenige, dem die relative Stimmenmehrheit zufällt. Der für Stellen bei Gerichten 1. Instanz erstattete Ernennungsvorschlag wird von den Personalsenaten der Gerichtshöfe I. Instanz dem Personalsenate des Oberlandesgerichtes und von diesem samt dem eigenen Vorschlage dem Justizminister, wenn es sich aber um Stellen handelt, deren Ernennung dem Kaiser vorbehalten ist, dem Personalsenate des Obersten Gerichts- und Kassationshofes vorgelegt, welcher ihn unter Anschluß des eigenen Vorschlages dem Justizminister übermittelt.

Wenn der Personalsenat des Oberlandesgerichtes den ersten Ernennungsvorschlag zu erstatten hat, legt er ihn dem Personalsenate des Obersten Gerichts- und Kassationshofes vor, der ihn nebst dem eigenen Ernennungsvorschlage dem Justizminister übersendet.

Ein vom Personalsenate des Obersten Gerichts- und Kassationshofes allein zu erstattender Ernennungsvorschlag ist durch den Justizminister dem Kaiser vorzulegen.

Es wird die Anfrage gestellt:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, ehestens dem hohen Hause einen Gesetzentwurf, betreffend die Festigung der Unabhängigkeit der Richter, vorzulegen?“

Iro.	Dr. Heilinger.
Josef Mayer.	Strziska.
Bernt.	Wedra.
Dr. Michl.	E. Kraft.
Dr. W. Neumann.	F. Held.
Wedra.	Erb.
Dr. Bodirsky.	Kuhn.

1289
I

Dotaz

poslance dra. Baxy a spolupodepsaných na Jeho Excellenci pana ministra spravedlnosti pro zdržování soudcovského jmenování v království českém.

Po dlouhá léta před válkou docházelo každoročně ku soudcovskému jmenování v království českém, čímž takto kandidatům soudcovským umožňován byl normální postup do výšších tříd hodnostních.

Jmenování v posledních letech provedena byla 31. října 1907, 30. března 1909, 18. března 1910, 9. července 1911, 27. prosince 1912, 30. srpna 1913 a 8. srpna 1915. Při každém z nich jmenováno bylo soudci kolem 100 auskultantů.

Předposlední z těchto jmenování — jak zřejmo — bylo provedeno v prosinci roku 1913, načež následovalo poslední jmenování po 19 měsících v srpnu 1915, od kteréžto doby, tedy po dva a čtvrt roku k dalšímu jmenováví soudců nedošlo. Tím nastala proti dřívějším poměrům pro kandidáty soudcovství a pro veškeré soudcovské úřednictvo změna, kterou pociťuje tento stav jako těžkou křivdu páchanou na svých zájmech.

Dnes, kdy veškerý střední stav a jmenovitě úřednictvo včetně vyšších hodnostních tříd je zproletarisováno, nemajíc prostredků, aby si ze svých dnešními drahotními poměry mnohonásobně redukovaných platů opatřilo potraviny, obuv, šatstvo, po celá léta nedochází k normálnímu jmenování radů, okresních soudců; okresními soudci jmenováni jsou až teprve, když rok až dva roky jako soudci podle služební pragmatiky berou plat VIII. hodnostní třídy a ku jmenování kandidátů soudcovství dochází v posledním pětiletí od konce roku 1913 až do nynější doby pouze jednou.

Tím způsobem množí se každoročně počet zkoušených kandidátů soudcovství, z nichž nejstarší vyčkávají namnoze již pátý až šestý rok po složení zkoušky soudcovské, osmý až devatý rok od nastoupení státní služby na jmenování soudcem, jsou pouze zaměstnáváni na mnoze jako referenti samostatně. Při tom jsou odkázáni na adjutum, které za dnešních poměrů naprosto nepostačuje na krytí životních potřeb, které by se shodovalo se sociální vážností stavu kandidátů soudcovství.

Tyto poměry pociťují kandidáti soudcovství jako nesnesitelné a již z důvodů spravedlnosti stejně jako z důvodů státoveřejných zájmů nelze klidně přihlížeti k tomu, jak jsou v postupu do vyšších hodnostních tříd takovýmto chováním justiční správy pro celý život zkracováni a bezdůvodně poškozováni.

Trpíť nyní úřednictvo vůbec nezměrně dnešní drahotou, která zvýšila cenu předmětů nutných k živobytí na mnoze na výši patero- až desateronásobnou, trpí dále jsouc přetíženo prací a vykonávajích při restringovaném stavu službu také za kolegy konájící válečnou službu, a přináší tyto oběti mlčky jako věci samozřejmé a související s povahou poměrů válkou způsobených.

Tím je více politování hodno, jestliže jeho velmi trudné postavení je zhoršováno ještě zadržováním postupu do vyšších hodnostních tříd ničím neoprávněným, kterým stejně jsou poškozováni nejen kollegové v civilní službě setrvavší, nýbrž i jich kollegové v poli a ve službě válečné vůbec, kteří mají rovněž ničím nezmenšený nárok na povyšování do vyšších tříd hodnostních. Není nikterak nutným, aby nesnáze doby pro kandidáty soudcovství komplikovány byly takovýmto postupem justiční správy, který za dnešních poměrů, kdy

vláda situaci úřednictva den ode dne tísnivější snaží se alespoň poněkud zlepšiti přídavky drahotními, jest tím méně pochopitelným, a který se velmi podobá persekuci.

Ostatně jest to podivný způsob zlepšování hmotných poměrů úřednictva: na jedné straně dává se drahotní přídavek, na druhé straně se však odpírá spravedlivý postup, směřující ku hmotnému zlepšení.

Z důvodů uvedených se tážeme:

„Uznává-li Vaše Excellence, že přítomnými poměry těžce a bezdůvodně jsou poškozováni soudcovství kandidáti v království českém a jest ochotna učiniti neprodleně kroky k odstranění tohoto nespravedlivého stavu věci náležitým jmenonováním soudcův?“

Vídeň, 6. listopada 1917.

Vacek.
Bukvaj.
Kratochvíl.
Donát.
Dr. Koerner.
Stránský.
F. Staněk.
Dr. Lukavský.
Fiedler.
Dr. Zahradník.
Vodňanský.
Klofáč.
Dr. Víškovský.

Dr. Baxa.
Dr. E. Formánek.
Dr. Šubrt.
Dr. Franta.
Dr. Funk.
Exner.
Votruba.
Konečný.
Č. J. Lisý.
Slavíček.
Bradáč.
Stříbrný.
Dr. Ot. Hübschmann.

Authentische Übersetzung.

1289
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Karl Baxa und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Justizminister, betreffend die Zurückhaltung der Richterernennungen im Königreiche Böhmen.

Vor dem Kriege kam es durch lange Jahre alljährlich zu einer Richterernennung im Königreiche Böhmen, wodurch den Kandidaten des Richterstandes die normale Vorrückung in höhere Rangklassen ermöglicht wurde.

In den letzten Jahren haben die Ernennungen stattgefunden: 3. Oktober 1907, 30. März 1909, 18. März 1910, 9. Juli 1911, 27. Dezember 1912, 30. August 1913 und 8. August 1915. Bei jeder derselben wurden ungefähr 100 Auskultanten zu Richtern ernannt.

Die vorletzte von diesen Ernennungen hat — wie ersichtlich — im Dezember 1913 stattgefunden, worauf die letzte Ernennung nach 19 Monaten im August 1915 folgte, seit welcher Zeit somit durch 2¼ Jahr es zu einer weiteren Richterernennung nicht gekommen ist. Dadurch trat gegenüber den früheren Verhältnissen für die Kandidaten des Richteramtes und für die gesamte Gerichtsbeamtenschaft eine Änderung ein, die von diesem Stande, als ein schweres an seinen Interessen begangenes Unrecht empfunden wird.

Heutzutage, wo der gesamte Mittelstand und namentlich die Beamtenschaft einschließlich der höheren Rangklassen proletarisiert ist, indem sie nicht die Mittel besitzt, um sich aus ihren durch die heutigen Teuerungsverhältnisse vielfach reduzierten Bezügen die Nahrungsmittel, Schuhe, Kleider zu beschaffen, kommt es durch ganze Jahre nicht zu der normalen Ernennung von Räten, von Bezirksrichtern; die Bezirksrichter werden erst dann ernannt, bis sie 1 oder 2 Jahre als Richter nach der Dienstpragmatik den Gehalt der VIII. Rangklasse beziehen, und zur Ernennung von Kandidaten des Richterstandes kam es im letzten Quinquennium seit Ende des Jahres 1913 bis heute nur einmal.

Auf diese Weise vermehrt sich alljährlich die Anzahl der geprüften Kandidaten des Richterstandes, von welchen die ältesten vielfach bereits das 5. bis 6. Jahr seit der Ablegung der Richteramtsprüfung, das 8. bis 9. Jahr seit dem Antritte des Staatsdienstes auf die Ernennung zu Richtern warten, wobei sie vielfach als selbständige Referenten verwendet werden. Dabei sind sie auf das Adjutum angewiesen, welches unter den heutigen Verhältnissen absolut nicht zur Deckung der Lebensbedürfnisse genügt, die dem sozialen Ansehen des Standes der Richteramtskandidaten entsprechen würden.

Diese Verhältnisse werden von den Kandidaten des Richteramtes als unerträglich empfunden und man kann schon aus Gerechtigkeitsgründen ebenso wie aus staatsöffentlichen Interessen nicht ruhig zuschauen, wie sie in der Vorrückung in höhere Rangklassen durch solches Verhalten der Justizverwaltung für das ganze Leben verkürzt und grundlos benachteiligt werden.

Es leidet gegenwärtig die Beamtenschaft überhaupt unermeßlich durch die heutige Teuerung, durch welche die Preise der Lebenserfordernisse vielfach eine fünf- bis zehnfache Höhe erreichten, sie leidet ferner durch Arbeitsüberbürdung und dadurch, daß sie beim restringierten Standesverhältnisse den Dienst auch für die im Kriegsdienst stehenden Kollegen verrichtet und sie bringt diese Opfer still-

schweigend als selbstverständlich und mit dem Charakter der durch den Krieg herbeigeführten Verhältnisse zusammenhängend.

Um so bedauerlicher ist es, wenn ihre sehr traurige Lage noch durch die ganz unbegründete Zurückhaltung der Vorrückung in höhere Rangklassen verschlechtert wird, wodurch nicht nur die im Zivildienst verbliebenen Kollegen benachteiligt werden, sondern auch ihre Kollegen im Felde und im Kriegsdienste überhaupt, die ebenfalls einen durch gar nichts verminderten Anspruch auf Beförderung in höhere Rangklassen besitzen. Es ist keineswegs notwendig, daß die Schwierigkeiten der Zeit für die Kandidaten des Richteramtes durch solches Vorgehen der Justizverwaltung kompliziert werden, welches unter den heutigen Verhältnissen, wo die Regierung die von Tag zu Tag sich verschlimmernde Situation der Beamtenschaft wenigstens teilweise durch Teuerungszulagen zu verbessern trachtet, um so weniger begreiflich und einer Persekution sehr ähnlich ist.

Übrigens ist es eine merkwürdige Art von Verbesserung der materiellen Verhältnisse der Beamtenschaft: auf der einen Seite gibt man die Teuerungszulage, auf der anderen Seite verweigert man jedoch die zur Verbesserung der materiellen Lage dienende gerechte Vorrückung.

Aus den angeführten Gründen fragen wir:

„Anerkennt Eure Exzellenz, daß die Kandidaten des Richteramtes im Königreiche Böhmen durch die gegenwärtigen Verhältnisse schwer und unbegründet benachteiligt werden und ist Eure Exzellenz geneigt, unverzüglich Schritte zur Beseitigung dieser ungerechten Sachlage durch gehörige Richterernennung zu unternehmen?"

Wien, 6. November 1917.

Bukvaj.
Stříbrný.
Fiedler.
Slavíček.
Dr. Formánek.
Konečný.
Dr. Franta.
Dr. Funk.
Vacek.
Stránský.
Dr. Zahradník.
Donát.
Lukavský.
Dr. Baxa.
Dr. Šubrt.
Staněk.
Vodňanský.
Bradáč.
Lisý.
Klofáč.
Exner.
Votruba.
Dr. Viškovský.
Dr. Koerner.
Kratochvíl.
Dr. Winter.

1290
I

Dotaz

poslance Ladislava Čecha a soudruhů k Jeho Excellenci panu ministru obchodu v příčině zásobování královského hlavního města Prahy petrolejem.

Královské hlavní město Praha dostává velice skrovné příděly petroleje, udělované Petrolejovou centralou ve Vídni pro zásobování pražského obyvatelstva petrolejem, kteréžto příděly při největší šetrnosti, nejskrovnější potřebě zdejšího průmyslu, živností a obchodů (domácím dělníkům) naprosto nestačí. Rovněž i domácnostem přidělováno býti musí tak nepatrné skrovné množství petroleje (v září 1/2 litru, v říjnu 1/3 litru na měsíc), že není možno ani nejnutnější práce domácí vykonávati, nehledě k tomu, že studující mládež a ostatní kulturní práce obyvatelstva, trpí tím značnou újmu.

Na toto zakročení magistrátu královského hlavního města Prahy dostalo se jemu od Petrolejové ústředny ve Vídni určitého slibu, že příděl bude pro Prahu zvýšen. Žádáme uctivě, aby zvýšení bylo takové, aby aspoň nejnutnější potřebě pražské vyhovovalo, zvláště pak aby c. k. ministerstvem veřejných prací ve Vídni ze státní továrny v Drohobyči v Haliči byl zvýšeny příděl pro pražskou potřebu poskytnut, který by sloužil jako zvláštní přídavek ku okresnímu kontingentu, přidělovanému Petrolejovou centrálou ve Vídni.

Pro informaci uvádíme, že městu Praze přiděleno bylo petroleje:

v měsíci září 1917	25.380	kilogramů,
„ „ říjnu 1917 . . .	66.288	„
„ „ listopadu 1917 . .	73.000	„

ač nutná a nejskrovnější potřeba dle připojené tabulky jest nepoměrně vyšší, t. j. 168.167 kilogramů měsíčně.

Tážeme se proto Vaší Excellenci:

„Je-li ochotna zájmů královského hlavního města Prahy v záležitosti zásobování Prahy nutným množstvím petroleje ve smyslu tohoto dotazu se ujati?“

V Praze, 7. listopadu 1917.

Fiedler.	Ladislav Čech.
Franta.	Dr. Funk.
Dr. Koerner.	Dr. Baxa.
Dr. Šubrt.	Stříbrný.
Kratochvíl.	Němec.
Tobolka.	Hráský.
Vodňanský.	Lukavský.

Authentische Übersetzung.

1290
I

Anfrage

des

Abgeordneten Ladislaus Čech und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister, betreffend die Versorgung der königlichen Hauptstadt Prag mit Petroleum.

Der königlichen Hauptstadt Prag werden seitens der Petroleumzentrale in Wien sehr geringfügige Petroleummengen zur Versorgung der Prager Bevölkerung mit Petroleum zugewiesen, so daß diese Zuweisungen selbst bei größter Sparsamkeit dem bescheidensten Bedarfe der dortigen Industrien, Gewerbe und Geschäfte (Heimarbeiter) absolut nicht genügen. Auch den Haushaltungen muß eine so geringfügige Petroleummenge zugewiesen werden (im September einen halben Liter, im Oktober einen drittel Liter pro Monat), so daß nicht einmal die dringendsten häuslichen Arbeiten verrichtet werden können, abgesehen davon, daß die studierende Jugend und die kulturellen Arbeiten der Bevölkerung dadurch sehr leiden.

Über Einschreiten des Magistrates der königlichen Hauptstadt Prag wurde demselben seitens der Petroleumzentrale in Wien die bestimmte Zusage erteilt, daß die Zuweisung für Prag erhöht werden wird.

Wir ersuchen höflich, daß diese Erhöhung derart sei, damit sie wenigstens dem dringendsten Bedürfnisse der Stadt Prag entspreche, namentlich, daß seitens des k. k. Ministeriums für öffentliche Arbeiten in Wien aus der Staatsfabrik in Drohobycz in Galizien eine erhöhte Zuweisung für den Prager Bedarf gewährt werde, die als besondere Zugabe zu dem von der Petroleumzentrale in Wien zugewiesenen Bezirkskontingent dienen möchte.

Zur Information führen wir an, daß der Stadt Prag an Petroleum

im Monate September 1917	25.380	Kilogramm,
„ „ Oktober	66.288	„
„ „ November	73.000	„

zugewiesen wurden, obwohl der notwendige und bescheidenste Bedarf nach der beigeschlossenen Tabelle unverhältnismäßig höher ist, das ist 168.167 Kilogramm monatlich.

Wir fragen daher:

„Ob Eure Exzellenz geneigt ist, sich der Interessen der königlichen Hauptstadt Prag in Angelegenheit der Versorgung Prags mit der notwendigen Petroleummenge im Sinne dieser Anfrage anzunehmen?"

Prag, 7. November 1917.

Ladislaus Čech.
Lukavský. Dr. Funk.
Hráský. Dr. Baxa.
Dr. Koerner. Stříbrný.
Dr. Šubrt. Němec.
Kratochvíl. Franta.
Tobolka. Vodňanský.

1291
I

Dotaz

poslance Lad. Čecha a soudruhů k Jeho Excellenci panu ministru financí v příčině dodávky sole ze solivároen v Ebensee do Čech.

C. k. ministerstvo financí nařídilo prý, aby sůl ze solivaren v Ebensee do určitých míst dodávána nebyla. Zpráva o tom však nikde publikována nebyla, též obchodní a živnostenské komory nemají o tom vědomosti. Zprávu tu však potvrzuje fakt, že firma Jan Hokův v Unhošti čeká od 19. října 1916 na dodání 1 vagonu soli, který předem zaplatila; čekala tedy přes rok, až se jí nyní oznámilo, že sůl nedostane z příčiny shora naznačené.

„Žádáme proto Vaší Excellenci o možná-li brzkou zprávu, byla-li podobná instrukce dána či nic, proč byla vydána a kdy a odkud hořeji uvedená firma sůl konečně dostane?“

Ve Vídni, 7. listopadu 1917.

Funk.
J. V. Hráský.
Fiedler.
Dr. Koerner.
Dr. Šubrt.
Tobolka.
Kratochvíl.

Ladislav Čech.
Dr. Baxa.
Vodňanský.
Votruba.
Dr. Lukavský.
Franta.
Maštálka.

Authentische Übersetzung.

1291
I

Anfrage

des

Abgeordneten Ladislaus Čech und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister, betreffend die Salzlieferung aus den Salinen in Ebensee nach Böhmen.

Das k. k. Finanzministerium soll angeordnet haben, daß das Salz aus den Salinen in Ebensee nach bestimmten Orten nicht zu liefern sei. Ein Bericht darüber wurde jedoch nirgends publiziert und auch die Handels- und Gewerbekammern besitzen davon keine Kenntnis. Dieses Gerücht wird jedoch durch das Faktum bestätigt, daß die Firma Johann Hokův in Unhoscht seit 19. Oktober 1916 auf die Lieferung eines Waggons Salz, welches sie bereits vorausbezahlte wartet; sie wartete somit über ein Jahr, bis ihr jetzt mitgeteilt wurde, daß sie das Salz aus dem angedeuteten Grunde nicht bekomme.

Wir ersuchen somit Euere Exzellenz um möglichst baldige Auskunft:

„Ob eine solche Instruktion erlassen wurde oder nicht, warum sie erlassen wurde und wann und woher die oberwähnte Firma das Salz endlich bekommen wird.“

Wien, 7. November 1917.

Ladislaus Čech.
Hrásky. Dr. Lukavsky.
Fiedler. Maštálka.
Dr. Koerner. Votruba.
Dr. Šubrt. Franta.
Dr. Baxa. Vodňansky.
Tobolka. Funk.

1292
I

Interpellace

slance Ladislava Čecha a soudruhů k Jeho Excellenci panu mini-
u financí a k Jeho Excellenci panu ministru spravedlnosti o za-
ýšlené změně ustanovení všeobecného zákonníka občanského o cessích.

Dovídáme se, že vysoká c. k. vláda zanáší úmyslem, změniti ustanovení všeobecného onníka občanského o cessích v tom směru, cesse pohledávky proti eráru bude považována tehdy za právoplatnou, bude-li u ní zřízena na řádně zpoplatněná.

Provedení této změny postihlo by kruhy hodní a živnostenské, jež jsou dodavateli eráru, oť by jim vznikly práce s opatřováním a vyováním listin o cessích.

Stát by při tom nezískal však téměř praeho. Neboť kolek respektive poplatek za cessi dý dodavatel by již započítal do ceny a přeul jej takto na erár. A kdyby z důvodů konenčních možno to nebylo, podnikatelé cessím se vyhýbali a našli si jinou formu opatření ru od peněžních ústavů a kapitalistů, předpolajíc ovšem ochotu těchto.

V nejzazším, však pravděnepodobném případě, že totiž peněžní ústavy podnikatelům eráru v příčině formy záruky vstříc by vyjíti nechtěly, postiženi by byli jen ti, kdo by kolek respektive poplatek s ohledem na konkurenci nésti musili sami. A to jsou právě kapitálově slabší podnikatelé.

Shrnujíc důvody, které také obchodní a živnostenská komora v Praze uvedla ve svém protestu proti zamýšlené změně občanského zákona jako z části neúčelné a z části protisociální, tážeme se Vaších Excellencí:

„Je-li skutečně úmyslem c. k. vlády návrh na změnu občanského zákonníka ve smyslu výšeuvedeném sněmovně předložiti, či zda pověst tato není pravdiva, čímž by se interesenti nejlépe upokojili a což by také stávajícímu poměru nejlépe vyhovělo.“

Ve Vídni, 7. listopadu 1917.

Dr. Lukavský.	Lad. Čech.
Vodňanský.	Maštálka.
Dr. Šubrt.	Hráský.
Dr. Baxa.	Funk.
Dr. Koerner.	Dr. Fiedler.
Tobolka.	Kratochvíl.
Franta.	Votruba.

Authentische Übersetzung.

1292
I

Anfrage

des

Abgeordneten Ladislaus Čech und Genossen an Seine Exzell den Herrn Finanzminister und Seine Exzellenz den Herrn Ju minister, betreffend die geplante Änderung der Bestimmungen allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches über Zessionen.

Wir erfahren, daß die hohe k. k. Regierung die Absicht hegt, die Bestimmungen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches über Zessionen in der Richtung abzuändern, daß die Zession einer Forderung gegen das Ärar nur dann als rechtsgültig angesehen wird, wenn über dieselbe eine ordnungsmäßig vergebührte Urkunde errichtet wird.

Die Durchführung dieser Änderung würde die Handels- und Gewerbekreise treffen, die Lieferanten des Ärars sind, denn es würden ihnen durch die Beschaffung und Ausstellung von Urkunden über Zessionen Arbeiten erwachsen.

Der Staat würde jedoch dabei beinahe gar nichts profitieren. Denn der Stempel, beziehungsweise die Gebühr für die Zession würde jeder Lieferant schon in den Preis einrechnen und auf diese Weise die Gebühr auf das Ärar überwälzen. Und wenn es aus Konkurrenzrücksichten nicht möglich wäre, würden die Unternehmer Zessionen meiden und eine andere Form von Kreditbeschaffung bei Geldinstituten und Kapitalisten finden, die Bereitwilligkeit der letzteren allerdings vorausgesetzt.

Im äußersten, jedoch unwahrscheinlichen daß nämlich die Geldinstitute den Unternehmer Lieferanten des Ärars hinsichtlich der Garantie — nicht entgegenkommen wollten, wären nur jenigen betroffen, welche den Stempel, beziehu weise die Gebühr aus Konkurrenzrücksichten tragen müßten. Und das sind eben die kapi schwächeren Unternehmer.

Unter Zusammenfassung dieser Gründe, auch die Handels- und Gewerbekammer in Pra ihrem Proteste gegen die beabsichtigte Ände des bürgerlichen Gesetzbuches als teils unzweckm und teils antisozial angeführt hat, fragen Eure Exzellenzen,

„ob die k. k. Regierung tatsächlich d Absicht hat, den Antrag auf Änderung d bürgerlichen Gesetzbuches in dem obang deuteten Sinne dem Parlamente zu unte breiten oder ob dieses Gerücht nicht a Wahrheit beruht, wodurch sich die Intere senten am besten beruhigen würden u was auch den bestehenden Verhältnissen a besten Rechnung tragen würde?"

Wien, 7. November 1917.

Maštálka.	Ladislaus Čech.
Hrásky.	Funk.
Dr. Fiedler.	Kratochvil.
Franta.	Votruba,
Tobolka.	Dr. Koerner.
Vodňansky.	Dr. Lukavsky.
Dr. Šubrt.	Dr. Baxa.

1293
I

Dotaz

lance dr. Fiedlera a soudruhů k ministru financí v příčině úpravy válečného přídavku drahotního pro státní zřízence.

Způsob, jakým upraven jest válečný přídavek otní, spojen jest s nespravedlivosti vůči m zřízencům, obdařeným větším počtem než dvěma.

Vysvítá to nejlépe z čísel:

Kdežto ku příkladu úředník VII. hodnostní mající jedno dítko, požívá drahotního pří- 2232 K ročně, to jest 186 K měsíčně, přídavek ten u úředníka téže třídy, který má více dětí (bez dalšího odstupňování) toliko K ročně, to jest 223 K měsíčně, tedy ných 37 K více.

Jest nepochybno, že v úřednických rodinách čtyři až šest dětí není zjevem neobyčejným, menaji čísla právě uvedená — hledíc k tomu, natý bezdětný úředník téže třídy má drahotní vek o 63 K vyšší (to jest 148 K měsíčně) úředník svobodný (85 K měsíčně) —, že první dítě se poskytuje úředníku s čtyři přídavek 38 K, na další tři děti však n 37 K, tedy na každé pouhých 12 K, děti pět, na každé asi 9 K, má-li jich ale na každé asi 7 K.

To se děje přes to, že, jak samozřejmo, kdo větší počet dětí, jistě již několik jich jest dospělejších, takových, které studují, nehledí k tomu, že i výživa, oděv, obuv a jiné potřeby pro ně stojí daleko více než stejné potřeby pro děti věku útlejšího.

Každé dítě v rodině znamená násobek toho nákladu, který vyžaduje dítě první tak, že je spravedlivý požadavek takové úpravy drahotních přídavků, aby byla výše přídavků odstupňována dle skutečného počtu dítek v té které rodině, tedy čtyři, pět, šest a t. d. a nikoli dle jakési poslední mlhavé stupnice „více než dvěma dětmi.“

Posavádní soustava, zejména dnes, v době, kdy otázka dorostu je tak nesmírně palčivá, znamená pro ty, kdož nebránili se požehnání rodinnému a tím tedy třeba nepřímo sledovali tendence dnes tak nesmírně důležité, přímo trest za to, že mají četnou rodinu a zahrnuje tím v sobě nespravedlnost, kterou odstraniti dlužno.

Podepsaní se proto táží:

„Hodlá-li c. k. ministr financí ve směru tomto sjednati nápravu?“

Ve Vídni, 22. října 1917.

Franta.	Dr. Fiedler.
Funk.	Tobolka.
Maštálka.	Dr. Šubrt.
Čech.	Vodňanský.
Kratochvíl.	Hráský.
Dr. Lukavský.	Dr. Ed. Koerner.

Authentische Übersetzung.

1293
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Fiedler und Genossen an den Herrn Fina[nz]minister, betreffend die Regelung der Kriegsteuerungszulage f[ür] Staatsangestellte.

Die Art, wie die Kriegsteuerungszulage geregelt erscheint, ist mit einer Ungerechtigkeit gegenüber jenen Staatsangestellten verbunden, die mehr als zwei Kinder haben.

Dies ergibt sich am deutlichsten aus folgenden Ziffern:

Während beispielsweise ein Beamter der VII. Rangklasse, welcher nur ein Kind hat, eine Teuerungszulage von 2232 K jährlich = 186 K monatlich bezieht, beträgt diese Zulage beim Beamten derselben Rangklasse, der drei und mehr Kinder hat (ohne weitere Abstufung), bloß 2676 K jährlich = 223 K monatlich, somit bloß um 37 K mehr.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß in Beamtenfamilien die Anzahl von vier bis sechs Kindern keine ungewöhnliche Erscheinung bildet und es bedeuten die soeben angeführten Ziffern angesichts des Umstandes, daß ein verheirateter kinderloser Beamter derselben Rangklasse eine um 63 K höhere Teuerungszulage (das ist 148 K monatlich) bezieht als ein lediger Beamter (85 K monatlich), daß für das erste Kind dem Beamten mit vier Kindern eine Zulage von 38 K, für die weiteren drei Kinder jedoch zusammen 37 K, somit für jedes bloß 12 K, wenn er fünf Kinder hat, für jedes ungefähr 9 K, wenn er jedoch sechs Kinder hat, für jedes ungefähr 7 K gewährt werden.

Dies geschieht ungeachtet dessen, daß, wi[e] selbstverständlich ist, wenn jemand eine grö[ßere] Kinderanzahl hat, gewiß schon mehrere von i[hnen] älter sind, studieren, abgesehen davon, daß auch [die] Ernährung, die Kleider, die Schuhe und an[dere] Bedürfnisse für dieselben viel mehr kosten als [die] gleichen Bedürfnisse für Kinder im zarteren A[lter].

Jedes Kind in der Familie bedeutet das [illegible]fache jenes Aufwandes, welchen das erste [illegible] erfordert, so daß die Forderung nach einer so[lchen] Regelung der Teuerungszulagen gerecht ersch[eint], daß die Höhe der Beiträge nach der wirkl[ichen] Kinderzahl der betreffenden Familie, also vier, [illegible] sechs usw., und nicht nach irgendeiner letzten nebul[illegible] Skala „mit mehr als zwei Kindern" abge[illegible] werde.

Das bisherige System bedeutet namen[tlich] heutzutage, wo die Frage des Nachwuchses [illegible] ungemein brennend ist, für diejenigen, die sich ge[illegible] den Familiensegen nicht wehrten und dadurch, [illegible] auch indirekt, die heutzutage so wichtigen Tende[nzen] verfolgten, direkt eine Strafe dafür, daß sie [illegible] zahlreiche Familie haben und beinhaltet somit [illegible] Ungerechtigkeit, die beseitigt werden muß.

Die Gefertigten fragen somit:

„ob der Herr k. k. Finanzminister genei[gt] ist, in dieser Hinsicht Remedur zu schaffen?"

Wien, 22. Oktober 1917.

Maštálka.	Čech.	Tobolka.	Dr. Fiedler.
Funk.	Kratochvíl.	Dr. Lukavský.	Vodňanský.
Franta.	Dr. Šubrt.	Dr. Koerner.	Hrášký.

1294
I

Interpellace

poslanců Kličky, Pika a soudruhů na pana ministra veřejných prací v záležitosti nemocenského pojišťování dělnictva, zaměstnaného při c. k. horním závodu v Příbrami.

Dělnictvo zaměstnané u c. k. horního závodu v Příbrami, koná při nynější podvýživě těžkou a namahavou práci ve vzorné obětavosti a ku spokojenosti ministerstva veřejných prací jako svého zaměstnavatele.

Dne 9. dubna t. r. vstoupilo v platnost nemocenské pojišťování, jímž celá řada dělnictva, pojištěného u okresních nemocenských pokladen, zařaděna byla do mzdových výdělkových tříd, tím zlepšen má býti nemocenský plat.

Dělnictvu c. k. horního závodu v Příbrami přes veškeré žádosti, by i ono bylo zařaděno do tříd výdělkových, byl tomuto ku škodě penechán starý způsob vyměřování nemocenského platu ze základní mzdy.

Je přece všeobecně známo, že dnes zdravý dělník vzhledem k nesnesitelné drahotě nemůze na svůj výdělek rodinu svoji uživit. Jaké asi smutné poměry musí vládnout v rodinách nemocných dělníků, jimž se vyměřuje nemocenský plat na místo z výdělku ze základní mzdy.

Vždyť průměrný nemocenský plat obnáší K 2·10 a jen ve výminečných případech K 2·52 denně.

Hrozná bída panuje však v té rodině, kde otec — dělník dán je do nemocnice a ženě vyplatí se jen poloviční nemocenský plat.

Je zjištěno, že dle tohoto způsobu obdržela žena se 4 dítkami měsíčně pouhých 31 K., co nemocenskou podporu na výživu.

Následkem takovéhoto vyměřování nemocenského platu jest dělnictvo u c. k. závodu zaměstnané hůře pojištěno než u okresních nemocenských pokladen. Na základě § 1154, lit. B, veškeré kovo- a dřevoprůmyslové závody usnesly se za dohody svého dělnictva za prvé dva dny v nemoci platiti dělnictvu plný výdělek denní z prostředků závodních. Dělnictvo u c. k. horního závodu v Příbrami jest přes veškeré žádosti o nemocenský plat za 2 až 3 dny zkracováno.

Podepsaní se táží:

„Jsou panu ministru veřejných prací tyto smutné poměry, jaké v nemocenském pojištění dělnictva u c. k. horního závodu v Příbrami vládnou, známy?

Jest pan ministr veřejných prací ochoten naříditi, by dělnictvo u c. k. horního závodu zaměstnané zařaděno bylo do mzdových tříd dle platné normy pojišťovací a současně dělnictvu by nahrazeny byly prvé dny v nemoci s plným denním výdělkem?

Jest pan ministr veřejných prací ochoten naříditi, by těm dělníkům, kteří od 9. dubna onemocněli a na základě vyměření nemocenského platu ze základní mzdy byli zkráceni se vyplatil dodatečně rozdíl, oč byli oproti novému pojištění zkráceni?“

Klička.

Biňovec.	Svěcený.	Hybeš.	Pik.
Soukup.	A. Němec.	Bechyně.	Haberman.
Svoboda.	Jaroš.	Modráček.	Dr. Witt.
Filipínský.	Charvát.	Aust.	J. Marek.

Authentische Übersetzung.

1294
I

Anfrage

der

Abgeordneten Klička, Pik und Genossen an den Herrn Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend die Krankenversicherung der beim k. k. Bergwerke in Příbram beschäftigten Arbeiterschaft.

Die beim k. k. Bergwerke in Příbram beschäftigte Arbeiterschaft verrichtet bei der heutigen Unterernährung eine schwere und anstrengende Arbeit mit musterhafter Opferwilligkeit und zur Zufriedenheit des Ministeriums für öffentliche Arbeiten als ihres Arbeitsgebers.

Am 9. April d. J. trat die Krankenversicherung in Kraft, durch welche eine ganze Reihe der bei den Bezirkskrankenkassen versicherten Arbeiterschaft in Lohnerwerbsklassen eingereiht worden ist, womit auch ihr Krankengeld verbessert wurde.

Für die Arbeiterschaft des k. k. Bergwerkes in Příbram wurde trotz aller Gesuche, daß auch sie in die Lohnklassen eingereiht werde, zu ihrem Nachteil die alte Art der Bemessung des Krankengeldes vom Grundlohne beibehalten.

Es ist doch allgemein bekannt, daß heutzutage ein gesunder Arbeiter angesichts der unerträglichen Teuerung von seinem Arbeitsverdienste seine Familie nicht ernähren kann. Was für traurige Verhältnisse müssen nun in den Familien kranker Arbeiter herrschen, denen das Krankengeld anstatt vom Arbeitsverdienste nach dem Grundlohne bemessen wird.

Das durchschnittliche Krankengeld beträgt ja 2 K 10 h und nur in Ausnahmsfällen 2 K 52 h täglich. Eine fürchterliche Notlage herrscht jedoch in jener Familie, wo der Vater — Arbeiter ins Spital kommt und dem Weibe nur das halbe Krankengeld ausgezahlt wird.

Es ist festgestellt, daß auf diese Weise ein Weib mit vier Kindern monatlich nur 31 K als Krankenunterstützung zum Lebensunterhalt bekommen hat.

Infolge solcher Bemessung des Krankengeldes erscheint die beim k. k. Bergwerke beschäftigte Arbeiterschaft schlechter versichert als bei den Bezirkskrankenkassen.

Auf Grund des § 1154, lit. B) haben sämtliche Metall- und Holzindustriebetriebe im Einvernehmen mit ihrer Arbeiterschaft beschlossen, für die ersten zwei Krankentage der Arbeiterschaft den vollen Tagesarbeitsverdienst aus den Betriebsmitteln zu zahlen.

Die Arbeiterschaft des k. k. Bergwerkes in Příbram wird trotz aller Gesuche um das Krankengeld für zwei bis drei Tage verkürzt.

Die Gefertigten fragen:

„Sind dem Herrn Minister für öffentliche Arbeiten diese traurigen Verhältnisse, welche in betreff der Krankenversicherung der Arbeiterschaft beim k. k. Bergwerke in Příbram herrschen, bekannt?

Ist der Herr Minister für öffentliche Arbeiten geneigt, anzuordnen, daß die beim k. k. Bergwerke beschäftigte Arbeiterschaft in Lohnklassen nach der geltenden Versicherungsnorm eingereiht werde und daß gleichzeitig der Arbeiterschaft die ersten Tage der Krankheit mit vollem Tagesarbeitsverdienste ersetzt werden?

Ist der Herr Minister für öffentliche Arbeiten geneigt, anzuordnen, daß jenen Arbeitern, welche seit 9. April erkrankten und durch die Bemessung des Krankengeldes nach dem Grundlohne verkürzt wurden, nachträglich die Differenz, um welche sie gegenüber der neuen Versicherung verkürzt wurden, ausgezahlt werde?“

Modráček. Svoboda. A. Němec. Klička.
Bechyně. Hybeš. Charvát. Pik.
Marek. Filipínský. Joroš. Dr. Winter.
Aust. Soukup. Biňovec. Svěcený.

1295
—
I

Dotaz

poslance Špačka a soudruhů na Jejich Excellenci pana ministra zeměbrany a pana ministra vnitra v záležitosti odepření vyživovací podpory rodině zajatého vojina, který bez náležitého vyšetření prohlášen za sběha.

Dne 1. února 1915 nastoupil službu vojenskou u c. a k. pěšího pluku čís. 36, 6. setniny, do Liberce Karel Chochola, v občanském povolání truhlář v Kolině. Jest roku 1884 v Konárovicích, okres Kolín v Čechách, rozený a tamtéž příslušný.

Dnem 19. března 1915 odejel z Liberce do pole a více o něm žádná zpráva nepřišla. Po delším čase teprve dostala manželka jeho dopis, že je živ a zdráv v zajetí ruském. Nyní nachází se v Rusku v Rostově nad D., Donská oblast.

Na základě zákona vyživovacího ze dne 26. prosince 1912, Z. Ř. čis. 237, dostala manželka téhož Marie Chocholová a 11. listopadu roku 1911 rozený syn Karel Chochola dnem 1. února 1915 počínaje vyživovací podporu v celkovém správném obnosu 1 K 91 1/4 h.

Tato podpora byla však dnem 15. června 1915 zastavena c. k. okresní vyživovací komisí v Kolíně, bez udání důvodů.

Marie Chocholová jsouc úplně nemajetná a pokraji zoufalství snažila se dovolati spravedlnosti a důvodů zastavení podpory, ale vše marně! Nebyla k předsedovi c. k. okresní komise v Kolíně c. k. okresnímu hejtmanovi Pourovi ani připuštěna.

Teprve později nepřímo zvěděla, že dotyčná podpora byla odňata proto, že prý její manžel sběhl k nepříteli.

Nevědouc vlastně jak se celá věc má a jsouc se svým děckem v největší bídě psala o této události svému manželi do Ruska se žádosti o vysvětlení.

Po dlouhém čase dostala od něho, lístek ze dne 16. července 1917, následujícího znění:

„Drahá Mařenko! Dnes dostal jsem dopis od pana Štrupa lak., ve kterém mně vypisuje, proč bylo na mě učiněno udání a Tobě zastavena podpora. Pravím, že je to drzá lež anebo velká spletivost. Nebyl jsem se žádným Králem na patrole, jak to vypravoval praporčík od 59., nýbrž byl jsem na docela jiné patrole, kdež při útěku spadl jsem do jámy a byl jsem zajat sám a nikdy dva. Jsi tam trestána pro nic a za nic; takového něco může se státi jen u nás, neb se nic nevyšetří a hned se tresce.

Buď zdráva

Tvůj Karel.“

Jest jím dosvědčeno zcela zřejmě, že nikdy sám o své vůli k nepříteli nepřeběhl, nýbrž jen tím, že na ústupu spadl do hluboké jámy, se stalo, že byl proti své vůli od nepřítele zajat.

Karel Chochola jest nesporně jen omylem a nedopatřením se strany správy vojenské považován za sběha a to beze všeho důkladného šetření, snad jen na pouhé nezaručené udání! Nešťastné manželce v základě toho jest již téměř

půl třetího roku neprávem podpora odpírána a táž nalézá se se svým dítětem v důsledku všeho toho, jsouc úplně bez jakéhokoliv jmění, na pokraji záhuby a zoufalství.

V uvážení všech uvedených skutečností, zaviněných beze vší pochyby lehkomyslným, bezdůvodným nařknutím, jakému naše úřady bez náležitého vyšetření nemají dávati slechu, dovolují si podepsaní tázati:

„Jste Vaše Excellence ochotni, učiniti patřičné kroky, aby celá záležitost domnělého sběhnutí Karla Chocholy byla náležitě vyšetřena a aby při průkazu neviny byl dán c. k. vyživovací okresní komisi v Kolíně rozkaz, by neprodleně vyplatila manželce a děcku zmíněného zadrželou vyživovací podporu od 15. června 1915?“

Vídeň, 6. listopadu 1917.

J. Sedlák.
Dr. Viškovský.
Krž.
Kotlant.
Oklešťěk.
F. Němec.
F. Mlčoch.
Udržal.
Janovec.

Špaček.
F. Staněk.
Rozkošný.
Kulich.
Paďour.
H. Srdínko.
Vojta.
Bukvaj.
Prošek.

Authentische Übersetzung.

1295
I

Anfrage

des

Abgeordneten Špaček und Genossen an Ihre Exzellenzen die Herren Minister für Landesverteidigung und des Innern, betreffend die verweigerte Gewährung des Unterhaltsbeitrages an die Familie eines in die Kriegsgefangenschaft geratenen Soldaten, der ohne gehörige Untersuchung als Deserteur erklärt wurde.

Am 1. Februar 1915 trat Karl Chochola, im Zivilberuf Tischler in Kolin, den Militärdienst beim k. u. k. Infanterieregiment Nr. 36, 3. Kompagnie in Reichenberg an. Er ist im Jahre 1884 in Konarowitz, Bezirk Kolin in Böhmen, geboren und daselbst zuständig.

Am 19. März 1915 ging er von Reichenberg ins Feld und seither kam keine Nachricht von ihm. Erst nach längerer Zeit kam seiner Gattin ein Schreiben von ihm zu, daß er am Leben und gesund in russischer Kriegsgefangenschaft sich befindet. Gegenwärtig befindet er sich in Rußland in Rostow a. D. im Dongebiet.

Auf Grund des Unterhaltsgesetzes vom 26. Dezember 1912, R. G. Bl. Nr. 237, bekam seine Gattin Marie Chochola und der am 11. November 1911 geborene Sohn Karl Chochola vom 1. Februar 1915 angefangen den Unterhaltsbeitrag im richtigen Gesamtbetrag von 1 K $91^{1}/_{4}$ h.

Dieser Unterhaltsbeitrag wurde jedoch mit 15. Juni 1915 von der k. k. Bezirksunterhaltskommission in Kolin ohne Angabe von Gründen eingestellt.

Marie Chochola, die gänzlich mittellos ist und am Rande der Verzweiflung steht, trachtete Gerechtigkeit zu finden und die Gründe der Einstellung der Unterstützung zu erfahren, aber alles vergeblich! Sie wurde zum Vorsitzenden der k. k. Bezirksunterhaltskommission in Kolin, dem k. k. Bezirkshauptmanne Pour, nicht einmal vorgelassen.

Erst später hat sie indirekt erfahren, daß die betreffende Unterstützung deshalb entzogen wurde, weil ihr Gatte zum Feinde übergegangen sein soll.

Da sie nicht wußte, wie sich die ganze Sache eigentlich verhält, und sie mit ihrem Kinde in größter Notlage sich befand, schrieb sie über diese Begebenheit ihrem Gatten nach Rußland, mit dem Ersuchen um Aufklärung.

Nach langer Zeit bekam sie von ihm eine Karte, de dato 16. Juli 1917, nachstehenden Wortlautes: „Liebe Marie! Heute bekam ich ein Schreiben vom Herrn Strup, in welchem er mir mitteilt, warum gegen mich eine Anzeige erstattet und Dir die Unterstützung eingestellt wurde. Ich erkläre, daß es eine freche Lüge oder ein großes Mißverständnis ist. Ich war mit keinem Kral auf der Patrouille, wie es der Fähnrich vom 59. erzählte, sondern ich war bei einer ganz anderen Patrouille, wo ich bei der Flucht in eine Grube fiel und wurde allein gefangen und nicht mit einem anderen. Du bist dort für nichts und gar nichts bestraft; etwas solches kann nur bei uns geschehen, denn es wird nichts untersucht, sondern gleich gestraft.

Lebe wohl!

Dein Karl!"

Hiermit ist klar bewiesen, daß er niemals eigenmächtig zum Feinde übergegangen ist, sondern daß es nur dadurch, daß er beim Rückzug in eine

tiefe Grube fiel, geschah, daß er gegen seinen Willen vom Feinde gefangengenommen wurde.

Karl Chochola wird unbestritten nur irrtümlich und durch Versehen seitens der Militärverwaltung als Deserteur angesehen, und zwar ohne jede gründliche Untersuchung, vielleicht nur auf Grund einer unverbürgten Anzeige! Seiner unglücklichen Gattin wird auf Grund dessen beinahe schon durch zweieinhalb Jahre mit Unrecht die Unterstützung verweigert und sie befindet sich mit ihrem Kinde infolgedessen, da sie ganz ohne irgendwelches Vermögen dasteht, am Rande des Ruins und der Verzweiflung.

In Anbetracht aller hier angeführten Tatsachen, die offenbar durch eine leichtsinnige, grundlose Beschuldigung verschuldet wurden, der unsere Behörden ohne gehörige Untersuchung nicht Gehör schenken sollen, erlauben sich die Gefertigten die Anfrage zu stellen:

„Sind Eure Exzellenzen geneigt, die entsprechenden Schritte zu unternehmen, damit die ganze Angelegenheit der vermutlichen Desertion des Karl Chochola entsprechend untersucht und bei Feststellung der Unschuld die k. k. Bezirksunterhaltskommission in Kolin beauftragt werde, der Gattin und dem Kinde des Genannten den seit 15. Juni 1915 vorenthaltenen Unterhaltsbeitrag unverzüglich auszuzahlen?"

Wien, 6. November 1917.

Němec.	Špaček.
Okleštěk.	Udržal.
Kotlant.	Rozkošny.
Kulich.	Janovec.
Paďour.	Mlčoch.
Srdínko.	Staněk.
Vojta.	Prošek.
Bukvaj.	Sedlák.
Krž.	Dr. Viškovský.

1296
I

Dotaz

poslance Špačka a soudruhů na Jeho Excellenci pana ministra orby v záležitosti naprostého nedostatku železa, nezbytně nutného pro výrobu zemědělskou.

V posledních měsících nastal takový nedostatek železa obručového, podkovového a nožů plužních, že tím je vážně ohrožen provoz zemědělství. V době, kdy se dopravuje obilí, brambory, řípa, řízky atd. po nápravě, mnohdy na značné vzdálenosti, kdy vozy i kování koní nejvíce trpí, není — železa. V době, kdy zorává se půda k podzimní setbě a provádí se orba zimní pro jarní setí není — nožů ke pluhum. Vyzírá z toho všeho úplné zchátrání zemědělství a nemůže to vésti než k nejvážnějšímu úpadku výroby zemědělské — tedy jen ku zvětšení dnešní bídy a hladu i do budoucna.

V uvážení této skutečnosti dovolujeme si slušný dotaz:

„Jest Vaše Excellence ochotna v zájmu nerušené výroby zemědělské a tím přímo i ve prospěch všeobecné výživy učiniti patřičná opatření, aby zemědělství dostalo se dostatečných přídělů nezbytných druhů železa a aby dotýčné žádosti obchodníků a zejména hospodářských družstev nebyly beze všeho odmrťovány?“

Ve Vídni, 6. listopadu 1917.

Špaček.
Rozkošný.
Hyrš.
Kulich.
Bukvaj.
Udržal.
F. Staněk.
F. Němec.
Mašata.
J. Sedlák.
Vacek.
Janovec.
Malík.
Dr. Viškovský.
Mlčoch.
Jar. Rychtera.
K. Prášek.
Ant. Rydlo.
Donát.
Krž.

Authentische Übersetzung.

1296
I

Anfrage

des

Abgeordneten Špaček und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ackerbauminister, betreffend den absoluten Mangel an für die landwirtschaftliche Produktion unumgänglich notwendigem Eisen.

In den letzten Monaten trat ein solcher Mangel an Reifen-, Huf- und Pflugmessereisen ein, daß dadurch der Betrieb der Landwirtschaft ernstlich gefährdet erscheint. Zu einer Zeit, wo das Getreide, die Kartoffeln, Rübe, Rübenschnitzel usw. per Achse, oft auf bedeutende Entfernungen, befördert werden, wo die Wagen und der Pferdebeschlag am meisten leiden, gibt es kein Eisen. Zu einer Zeit, wo der Boden für die Herbstsaat bebaut und die Winterbearbeitung für die Frühjahrssaat vorgenommen wird, gibt es kein Pflugmessereisen. Aus dem ganzen ist der gänzliche Verfall der Landwirtschaft ersichtlich und es kann zu nichts anderem als zum ernstlichsten Niedergange der landwirtschaftlichen Produktion, also nur zur Vermehrung der heutigen Notlage und der Hungersnot auch für die Zukunft führen.

In Anbetracht dieser Tatsache erlauben wir uns zu fragen:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, im Interesse einer ungestörten landwirtschaftlichen Produktion und dadurch auch im unmittelbaren Interesse der allgemeinen Approvisionierung die entsprechenden Maßnahmen zu treffen, daß der Landwirtschaft genügende Zuweisungen an unumgänglichen Eisenarten zuteil werden und daß die betreffenden Gesuche der Geschäftsleute und namentlich der landwirtschaftlichen Genossenschaften nicht ohneweiters abgewiesen werden?"

Wien, 6. November 1917.

Špaček.

Donát. Ant. Rydlo.
Kulich. J. Sedlák.
Mašata. Mlčoch.
Udržal. Bukvaj.
Rychtera. Němec.
Vacek. Prášek.
Hyrš. Malík.
Janovec. Krž.
Rozkošný. Viškovský.

1297
I

Dotaz

poslance Špačka a soudruhů na pana ministra vnitra a pro lidovou výživu v záležitosti nespořádaných poměrů vyživovacích na politickém okrese českobrodském (okresy Český Brod a Kostelec nad Černými Lesy).

Dle rozhodnutí vysokého c. k. místodržitelství království českého, které stalo se na základě úředního vyšetření, určen byl pro obyvatelstvo politického okresu českobrodského, který čítá asi 53.000 obyvatel, mezi nimi přibližně 28.000 osob, odkázaných na veřejnou approvisaci, kontingent mouky z 2200 q obilí měsíčně. Kontingent tento byl od 1. května t. r. snížen, neznámo z jakých důvodů, o 20 procent na 1560 q, avšak od 1. srpna t. r. upraven byl zase na původní výši.

Měla tedy politickému okresu českobrodskému dodána býti pro potřebu obyvatelstva mouka:

od 1. ledna do 30. dubna t. r. z 8800 q,
od 1. května do 31. července t. r. ze 4680 q
a od 1. srpna do 15. října t. r. z 5500 q
tedy dohromady z 18.980 q obilí.

Odbočka Válečného obilního ústavu v Praze přikázala však za celou tu dobu okresu mouku okrouhle ze 12.200 q obilí, tak že bylo obyvatelstvo okresu skráceno ve své výživě o mouku skoro ze 7000 q obilí.

Že za těchto okolností nemohlo obcím a obyvatelstvu dostati se ani minimálních dávek mouky dle nařízení c. k. ministerstva ze dne 15. srpna 1917, Z. Ř. čís. 339, a že obyvatelstvo následkem toho trpělo bídou a hladem, jest samozřejmo.

Od začátku května t. r. počínaje, plných 14 týdnů dostávalo se obyvatelstvu tak řečených nouzových přídělů, které činily v obcích šťastnějších nejvýše 100 gramů na osobu denně, v obcích méně šťastných také jen 50 gramů na osobu denně.

A skutečnost tato, sama v sobě velmi smutná a povážlivá, jest tím smutnější, že tyto nouzové naprosto nedostatečné dávky zasáhly právě do doby pilných a nejpilnějších prací zemědělských, kdy mělo se právě obyvatelstvu, pracujícímu mimořádně dlouho a těžce, dostati zvýšených dávek chleba a mouky, aby těžké práce, důležité pro budoucí sklizeň a ve sklizni samé, mohlo dobře a správně vykonati.

A taková neblahá situace zásobovací přivoděna byla v okresu, který ze sklizně za 1916 odvedl pro potřeby celku skoro 1000 vagonů obilí.

Nic nebylo dbáno na varovné hlasy okresního výboru, a jen prováděny byly stále rekvisice obilí. Obilí bylo z okresu vyváženo bez ohledu na prokázanou potřebu obyvatelstva, tak že v dobách nejpilnějších prací byl okres úplně vyčerpán a zůstaven bez zásob. Aby situace byla zachráněna, aby zabráněno bylo hrozícím vzpourám lidu z hladu, sáhnuto bylo k zostřeným rekvisicím — kontribucím — při kterých nedbalo se na tu nejnutnější potřebu zemědělcovu, a kterými i zbytek obyvatelstva zdejšího — samozásobitelé — uvržen byl v nedostatek a bídu.

Obyvatelstvo okresu snášelo nouzi a bídu, do níž bylo uvrženo, s bezpříkladnou trpělivostí, jsouc utěšováno nadějí, že poměry vyživovací se po žních upraví a zlepší, a že panující smutné poměry nebudou se již opakovati.

Leč přišly žně a poměry zůstaly téměř stejné. Obyvatelstvo zase jen vidí snahu, aby obilí bylo rekvirováno a z okresu vyveženo, a nevidí nikde a nemůže se dovolati pravého pochopení pro své potřeby.

Předepsaný kontingent obilí do 15. října t. r. byl z okresu netoliko v pravý čas dodán, nýbrž odvedeno bylo i více, avšak na potřeby obyvatelstva a na hlasy, volající povolané činitele ke konání povinností vůči obyvatelstvu, zase se nic nedbá.

Od 1. srpna do 15. října t. r. mělo se dostati okresu mouky z 5500 q obilí, bylo mu však odbočkou Válečného obilního ústavu přiděleno toliko 4850 q obilí, tedy dosud méně o 650 q obilí.

Obyvatelstvo okresu pociťuje poměry tyto jako křivdu, která se mu děje, jako nezasloužený trest, přes to, že až dosud splnil správně všechny těžké povinnosti, které mu byly uloženy a nemůže pochopiti, proč se s ním tak bezohledně nakládá.

Že na těchto poměrů obyvatelstvo okresu, když vidí, že povolaní činitelé nedbají nic jeho zájmů a potřeb, že oproti němu nešetří a nesnáží se ani šetřiti svých vlastních předpisů a nařízení, ztrácí všechnu dosavadní trpělivost a ztrácí také důvěru ve všechna úřední opatření, jest samozřejmo.

Poukazujíce na tyto velmi oprávněné stížnosti, jakož i na opětované žádosti autonomních úřadů jak k c. k. okresním hejtmanství tak na c. k. ministerstvo pro lidovou výživu, tážeme se:

„Jsou Vaše Excellence ochotny s uspíšením vše zaříditi, aby

1. příslušné úřady při rekvisicích braly patřičný zřetel na výživu a zásobování domácího obyvatelstva?

2. politickém okresu bylo včasně přikazováno tolik obilí, kolik je ho zapotřebí k nejnutnějšímu zaopatřování obyvatelstva moukou a chlebem v míře úředními dodávkami stanovené?

3. bylo v politickém okresu ponecháno tolik zásob obilí z vlastní výroby, by potřeba obyvatelstva byla kryta do nových žní, tak, aby žalostný stav z měsíců dubna až srpna roku letošního, kdy panoval skutečný hlad se neopakoval?"

Ve Vídni, 6. listopadu 1917.

Sedlák.	Jos. Špaček.
Janovec.	Švejk.
Kulich.	Dr. Zahradník.
Donát.	F. Staněk.
Dr. Viškovský.	Fr. Mašata.
Bukvaj.	Bohumír Bradáč.
Krž.	Okleštěk.
K. Prášek.	Udržal.
Kotlant.	Jos. Prošek.

Authentische Übersetzung.

1297
I

Anfrage

des

Abgeordneten Špaček und Genossen an die Herren Minister des Innern und für Volksernährung, betreffend die ungeregelten Approvisionierungsverhältnisse im politischen Bezirke Böhmisch-Brod (Bezirk Böhmisch-Brod und Schwarzkostelek).

Zufolge der auf Grund amtlicher Erhebungen erflossenen Entscheidung der hohen k. k. Statthalterei für das Königreich Böhmen wurde für die Bewohner des politischen Bezirkes Böhmisch-Brod, der ungefähr 53.000 Einwohner, darunter annähernd 28.000 auf die öffentliche Approvisionierung angewiesene Personen, zählt, das Mehlkontingent mit 2200 Meterzentner Getreide monatlich festgesetzt. Dieses Kontingent wurde ab 1. Mai l. J. aus unbekannten Gründen um 20 Prozent, auf 1560 Meterzentner, herabgesetzt, jedoch vom 1. August l. J. angefangen wieder in der ursprünglichen Höhe festgesetzt.

Es hätte somit dem politischen Bezirke Böhmisch-Brod für den Bedarf der Bevölkerung folgende Mehlmenge, und zwar:

vom 1. Jänner bis zum 30. April 1917 von	8800 q
vom 1. Mai bis zum 31. Juli 1917 von	4680 „
und vom 1. August bis zum 15. Oktober 1917 von	5500 „
somit zusammen von	18980 q

Getreide zukommen sollen.

Die Zweigstelle der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt in Prag hat jedoch für diese ganze Zeit dem Bezirke Mehl von rund 12.200 Meterzentner Getreide zugewiesen, so daß die Bevölkerung dieses Bezirkes in ihrer Ernährung um das Mehl von beinahe 7000 Meterzentner Getreide verkürzt wurde.

Es ist selbstverständlich, daß unter diesen Verhältnissen den Gemeinden und der Bevölkerung nicht einmal die gemäß der Verordnung des k. k. Ministeriums vom 15. August 1917, R. G. Bl. Nr. 339, entfallenden Minimalmehlquoten zugewiesen werden konnten und daß die Bevölkerung infolgedessen Not und Hunger gelitten hat.

Seit anfangs Mai l. J. bekam die Bevölkerung durch volle 14 Tage sogenannte Notzuweisungen, die in den glücklichsten Gemeinden höchstens 100 Gramm pro Person täglich, in weniger glücklichen Gemeinden auch nur 50 Gramm pro Person täglich betrugen.

Und diese an und für sich sehr traurige und bedenkliche Tatsache ist um so trauriger, als diese absolut unzulänglichen Notzuweisungen gerade in die Zeit dringender und dringlichster landwirtschaftlicher Arbeiten kamen, wo gerade der außerordentlich lang und schwer arbeitenden Bevölkerung erhöhte Brot- und Mehlrationen zukommen sollten, damit sie die für die künftige Ernte wichtigen schweren Arbeiten sowie die mit der Ernte selbst verbundenen Arbeiten gut und richtig verrichten kann.

Und diese unheilvolle Approvisionierungssituation wurde in einem Bezirke herbeigeführt, welcher von der Ernte des Jahres 1916 beinahe 1000 Waggons Getreide abgeliefert hat.

Man nahm keine Rücksicht auf die warnenden Stimmen des Bezirksausschusses, es wurden fort nur Getreiderequisitionen vorgenommen. Das Getreide wurde aus dem Bezirke ohne Rücksicht auf den nachgewiesenen Bedarf der Bevölkerung ausgeführt, so daß der Bezirk zur Zeit der dring-

lichsten Arbeiten gänzlich erschöpft war und ohne Vorräte belassen wurde. Um die Situation zu retten, um die drohenden Hungerrevolten des Volkes zu verhindern, wurde zu verschärften Requisitionen — Kontributionen — gegriffen, bei welchen nicht einmal der dringende Bedarf des Landwirtes berücksichtigt wurde und durch welche auch der Rest der hiesigen Bevölkerung — die Selbstversorger — in Not und Elend versetzt wurde.

Die Bevölkerung des Bezirkes hat die Notlage und das Elend, in welches sie gebracht wurde, mit beispielloser Geduld ertragen, indem sie durch die Hoffnung vertröstet wurde, daß die Ernährungsverhältnisse nach der Ernte eine Regelung und Besserung erfahren werden und daß es zu einer Wiederholung der herrschenden traurigen Verhältnisse nicht mehr kommen wird.

Doch es kam die Ernte und die Verhältnisse blieben beinahe die gleichen. Die Bevölkerung sieht wieder nur das Bestreben, daß das Getreide requiriert und aus dem Bezirke ausgeführt werde und findet nirgends und kann auch nirgends das richtige Verständnis für ihre Bedürfnisse herbeirufen.

Das bis 15. Oktober l. J. vorgeschriebene Getreidekontingent wurde aus dem Bezirke nicht nur rechtzeitig abgeliefert, sondern es wurde noch mehr in Abfuhr gebracht, aber auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und auf die Stimmen, welche die berufenen Faktoren zur Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber der Bevölkerung rufen, wird abermals keine Rücksicht genommen.

Vom 1. August bis zum 15. Oktober l. J. sollte dem Bezirke Mehl von 5500 Meterzentner Getreide zukommen, es wurden ihm jedoch von der Zweigstelle der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt bloß 4850 Meterzentner Getreide, somit bisher um 650 Meterzentner Getreide weniger, zugewiesen.

Die Bevölkerung des Bezirkes empfindet diese Verhältnisse als ein an ihr begangenes Unrecht, als eine unverdiente Strafe, obwohl sie bis jetzt allen schweren Verpflichtungen, die ihr auferlegt worden sind, ordnungsmäßig nachgekommen ist, und kann nicht begreifen, warum man sie so rücksichtslos behandelt.

Daß die Bevölkerung des Bezirkes unter solchen Verhältnissen, wenn sie sieht, daß die berufenen Faktoren auf ihre Interessen und Bedürfnisse keine Rücksicht nehmen, daß sie ihr gegenüber nicht einmal die eigenen Vorschriften und Verordnungen beobachten und zu beobachten trachten, die ganze bisherige Geduld verliert und auch das Vertrauen zu allen behördlichen Maßnahmen einbüßt, ist selbstverständlich.

Indem wir auf diese sehr berechtigten Beschwerden sowie auf die wiederholten sowohl an die k. k. Bezirkshauptmannschaft als auch an das k. k. Ministerium für Volksernährung gerichteten Gesuche der autonomen Behörden hinweisen, fragen wir:

„Sind Eure Exzellenzen geneigt, mit Beschleunigung alles zu veranlassen, damit

1. die kompetenten Behörden bei den Requisitionen entsprechende Rücksicht auf die Ernährung und Versorgung der heimischen Bevölkerung nehmen?

2. dem politischen Bezirke rechtzeitig so viel Getreide zugewiesen wird, wieviel zu der notwendigsten Versorgung der Bevölkerung mit Mehl und Brot in dem durch die amtlichen Quoten festgesetzten Ausmaße notwendig erscheint?

3. im politischen Bezirke so viel Getreidevorräte eigener Produktion belassen werden, daß der Bedarf der Bevölkerung bis zur neuen Ernte gedeckt und eine Wiederholung der traurigen Verhältnisse der Monate April bis August des heurigen Jahres, wo wirklich Hunger herrschte, vermieden werde?"

Wien, 6. November 1917.

Staněk.
Prášek.
Janovec.
Dr. Zahradník.
Kotlant.
Sedlák.
Dr. Viškovský.
Švejk.
Udržal.

Jos. Špaček.
Okleštěk.
Jos. Prošek.
Donát.
Fr. Mašata.
Bradáč.
Kulich.
Krž.
Bukvaj.

1298
―――
I

Dotaz

poslance dra. Zahradníka a soudruhů k Jejich Excellencím pánům ministrům vyučování a zeměbrany ve příčině zlepšení zoufalého postavení rodin učitelů ve válce nezvěstných.

V nynější hrozné válce trpí neobyčejnou a přímo strašlivou drahotou všech životních potřeb nejvíce rodiny tak zvaných „gážistů“, a z těch pak ovšem i učitelé. Se svým poměrně skrovným služným nemohli i při největší šetrnosti vystačiti dříve — před válkou — tím méně nyní. Upadají do dluhů a nedostatek, bída a hlad hrozí v jejich rodinách; následky budou veliké! Nejhůře jsou na tom učitelé, nemající vlastního jmění.

A jsou-li tak krušné poměry v rodinách učitelů vůbec, tím horší jsou v rodinách po oněch učitelích, kteří jako vojíni odešli do války a jsou nezvěstní. Ztrativše svého živitele, trpí a strádají rodiny ty nyní velice: neboť dostávají výživné poměrně tak nepatrné, že za nynější úžasné drahoty nemohou býti z něho naprosto živy.

Následující skutečné případy vše objasní:

I. Definitivní učitel II. třídy, ženatý, mající jedno dítě, nezvěstný od 8. září 1914, Josef Kothera z Prčice (okres sedlčanský).

Manželce tohoto nezvěstného učitele-vojína, Anně Kotherové, bylo vyměřeno výživné ročně 380 K, pro její dítě 64 K, tedy dohromady ročně 444 K. Podkladem k tomuto vyměření je vdovská pense, připadající jmenované dle §§ 63. a 66. zákona ze dne 27. ledna 1913. Dále pro rok 1916 a 1917 podle oběžníku zemské školní rady ze dne 5. srpna 1916, čís. II, A 482/2, dostala z mimořádného přídavku manželova ročního 360 K přídavek k výživnému pro sebe 144 K a pro dítě 28 K 80 h ročně. Bylo tedy pro ni a její dítě v posledních dvou létech vyměřeno výživné ročně 616 K 80 h, z čehož připadá na měsíc 51 K 40 h, čili na den 1 K 71 h!! Avšak ve skutečnosti nedostávala jmenovaná celé této částky, poněvadž její muž byl kadetem aspirantem, a manželka má nárok na roční částku 180 K a na příspěvek vychovávací pro dítě ročně 48 K z vojenského pensijního etatu, kteréžto částky byly jí z vyměřeného výživného i vychovávacího příspěvku od školních úřadů odraženy.

II. Definitivní učitel I. třídy, ženatý, mající 1 dítě, nezvěstný od 1. října 1914, František Hobzík z Krásné Hory (školní okres sedlčanský). Manželce Anně vyměřen vyživovací příspěvek ročně 808 K, pro její dítě 140 K, dohromady 948 K.

III. Definitivní učitel II. třídy, ženatý, mající 3 děti, nezvěstný od února 1915, Jindřich Krajíc ze Šlapánova (školní okres sedlčanský). Manželce Marii přiřknuto bylo výživné takto: v roce 1915: 560 K a pro 3 děti 336 K, dohromady 896 K, v roce 1916; pro ni i po 3 děti 1241 K 60 h (i s přídavky z drahotní výpomoci).

Situace jmenovaných rodin jest ještě kritičtější z následující příčiny: Manželky vybíraly po jistý čas služné svých manželů, i když byli jako vojíni nezvěstní, a to až do doby, kdy jim vyměřeno bylo výživné. A když se vyměření vyživného stalo, bylo nařízeno, aby přeplatky, vzniklé z rozdílu mezi vybraným služným a přiznaným výživným vrátily, až se zjistí smrt nezvěstných učitelů. Zároveň bylo podotknuto, že nemají-li jmění, z něhož by přeplatky uhraženy býti mohly, budou sraženy z pense a pohřebného, jež přiřknuty budou vdovám po úředním zjištění smrti jejich manželů. Ták má Anna Kotherová vrátiti přeplatek 2000 K, Anna Hobzíková 2542 K 42 h a Marie Kraijícová 1502 K 03 h.

A poněvadž rodiny tyto nemají jmění, je otázkou, jak a z čeho budou živy, když se jim ze skrovného a na nynější hrozné životní poměry úplně nedostatečného vyživovacího příspěvku strhovati mají ještě tak značné přeplatky v měsíčních lhutách po celou řadu let? Tím způsobem budou rodiny tyto přímo vehnány do největší bídy!

Nejjednodušší rozluštění pomoci té bylo by asi následující! Nechť manželky nezvěstných učitelů dostávají místo výživného plného platu svých manželů — ovšem se všemi srážkami (do pense, osobní daně z příjmů a podobné) až do té doby, kdy se zjistí, jsou-li živi nebo mrtvi. V případě prvém konala by se výplata služného nepřetržitě dále, v případě druhém vyměřila by se vdovám pense a pohřebné. A poněvadž by dostávaly služné svého živitele, měly by po ten čas i právo na drahotní výpomoc a aktivní přídavek. Tím způsobem — zajisté spravedlivým a odůvodněným — pomohlo by se opuštěným rodinám učitelským v tak těžké době nejlépe!

Podepsaní se táží:

„1. Jsou Vaším Excellencím tyto případy známy?

2. Jsou Vaši Excellencí ochotny všem vlivem svým o nápravu v době nejkratší se postarati?“

Ve Vídni, 6. listopadu 1917.

Dr. Zahradník.
H. Srdínko.
Bukvaj.
K. Prášek.
Janovec.
Dr. Velich.
Krž.
Udržal.
Bohumír Bradáč.
Prošek.
Kulich.
J. Sedlák.
F. Staněk.
Měchura.
Špaček.

Authentische Übersetzung.

1298
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Zahradnik und Genossen an Ihre Exzellenzen die Herren Minister für Kultus und Unterricht und für Landesverteidigung, betreffend die Verbesserung der verzweifelten Lage der im Kriege verschollenen Lehrer.

In dem gegenwärtigen furchtbaren Kriege leiden durch die ungewöhnliche und geradezu fürchterliche Teuerung sämtlicher Lebensbedürfnisse am meisten die Familien der sogenannten „Gagisten“ und darunter, natürlich auch die Lehrer. Mit ihrem verhältnismäßig bescheidenen Einkommen konnten sie selbst bei größter Sparsamkeit schon früher — vor dem Kriege — das Auslangen nicht finden, um so weniger jetzt. Sie geraten in Schulden, und Mangel, Not und Hunger droht ihren Familen. Die Folgen werden groß sein! Am ärgsten sind jene Lehrer daran, die kein eigenes Vermögen besitzen.

Und wenn so mißliche Verhältnisse in den Lehrerfamilien überhaupt herrschen, um so ärger sind sie in den Familien jener Lehrer, die als Soldaten in den Krieg abgegangen und verschollen sind. Durch den Verlust ihres Ernährers müssen diese Familien jetzt viel leiden und entbehren, denn sie bekommen einen verhältnismäßig so geringfügigen Unterhaltsbeitrag, daß sie bei der heutigen horrenden Teuerung davon absolut nicht leben können.

Die nachstehenden wirklichen Fälle werden alles beleuchten:

1. Definitiver Lehrer II. Klasse, verheiratet, Vater eines Kindes, vermißt seit 8. September 1914, Josef Kothera in Prčitz, Bezirk Selčan.

Der Gattin dieses verschollenen Lehrers, Soldaten Anton Kothera, wurde ein jährlicher Unterhaltsbeitrag von 380 K, für ihr Kind 64 K, somit zusammen 444 K zuerkannt. Die Grundlage für die Bemessung bildet die der Genannten nach den §§ 63 und 66 des Gesetzes vom 27. Jänner 1913 zukommende Witwenpension. Weiters erhielt sie für die Jahre 1916 und 1917 gemäß des Zirkularerlasses des Landesschulrates vom 5. August 1916, Z. II. A, 482/2, von der außerordentlichen Zulage des Gatten jährlicher 360 K einen Unterhaltsbeitrag für sich per 144 K und für das Kind per 28 K 80 h jährlich. Es wurde somit für sie und ihr Kind in den letzten zwei Jahren ein Unterhaltsbeitrag von 616 K 80 h bemessen, wovon pro Monat 51 K 40 h oder pro Tag 1 K 71 h entfallen! Doch in Wirklichkeit bekam die Genannte nicht diesen ganzen Betrag, weil ihr Mann Kadettaspirant war, und die Gattin den Anspruch auf den Betrag von 180 K jährlich und auf einen Erziehungsbeitrag für das Kind von 48 K jährlich aus dem Militärpensionsetat hat, welche Beträge ihr von dem bemessenen Unterhalts- und Erziehungsbeitrag von den Schulbehörden in Abzug gebracht wurden.

2. Definitiver Lehrer I. Klasse, verheiratet, Vater eines Kindes, vermißt seit 1. Oktober 1914, Franz Hobzik, aus Schönberg, (Schulbezirk Selčan).

Der Gattin Anna wurde ein Unterhaltsbeitrag von 808 K jährlich, für ihr Kind 140 K, somit zusammen 948 K bemessen.

3. Definitiver Lehrer II. Klasse, verheiratet, Vater von drei Kindern, verschollen seit Februar 1915, Heinrich Krajíc, aus Schlapanow (Schulbezirk Selčan).

Der Gattin Marie wurde folgender Unterhaltsbeitrag zuerkannt: Im Jahre 1915 560 K und für drei Kinder 336 K, zusammen 896 K; im Jahre 1916: für sie und für drei Kinder 1241 K 60 h (einschließlich der Zulagen aus der Teuerungszulage).

Die Situation der genannten Familien ist aus nachstehendem Grunde noch kritischer: Die Gattinnen haben durch einige Zeit den Gehalt ihrer Gatten auch dann bezogen, als sie als Soldaten verschollen waren, und zwar bis zum Zeitpunkte der Bemessung des Unterhaltsbeitrages. Und als die Bemessung des Unterhaltsbeitrages erfolgte, wurde angeordnet, daß die aus der Differenz zwischen dem bezogenen Gehalt und dem zuerkannten Unterhaltsbeitrage entstandenen Überzahlungen zurückzuerstatten sind, bis der Tod der verschollenen Lehrer festgestellt wird. Gleichzeitig wurde bemerkt, daß, falls sie kein Vermögen besitzen, von welchem die Überzahlungen gedeckt werden könnten, dieselben von der Pension und von dem Sterbequartal abgezogen werden, die den Witwen nach der amtlichen Feststellung des Todes ihrer Gatten zuerkannt werden. So hat Anna Kothera eine Überzahlung von 2000 K, Anna Hobzík 2542 K 42 h und Marie Krajíc 1502 K 03 h rückzuerstatten.

Und da diese Familien kein Vermögen besitzen, entsteht die Frage, wie und wovon sie leben werden, wenn ihnen von dem geringfügigen und für die heutigen furchtbaren Lebensverhältnisse gänzlich unzureichenden Unterhaltsbeitrag noch so bedeutende Überzahlungen in Monatsraten durch eine ganze Reihe von Jahren abgezogen werden sollen? Auf diese Weise werden diese Familien geradezu in die größte Notlage getrieben!

Die einfachste Art der Lösung wäre ungefähr folgende: Die Gattinnen verschollener Lehrer bekommen anstatt des Unterhaltsbeitrages den vollen Gehalt ihrer Gatten — natürlich mit allen Abzügen (für die Pension, Personaleinkommensteuer u. dgl.) — bis zu jenem Zeitpunkt, wo festgestellt wird, ob sich dieselben am Leben befinden oder tot sind. Im ersteren Falle würde die Auszahlung des Gehaltes ununterbrochen weiter erfolgen, im letzteren Falle würde den Witwen die Pension und das Sterbequartal bemessen werden. Und da sie den Gehalt ihres Ernährers beziehen würden, hätten sie für diese Zeit auch den Anspruch auf die Teuerungsaushilfe und die Aktivitätszulage. Auf diese — gewiß gerechte und begründete — Weise wäre den verlassenen Lehrerfamilien in dieser so schweren Zeit am besten geholfen!

Die Gefertigten fragen:

„1. Sind Euren Exzellenzen diese Fälle bekannt?

2. Sind Eure Exzellenzen geneigt, durch Ihren Einfluß für eine Remedur in kürzester Zeit Sorge zu tragen?"

Wien, 6. November 1917.

Dr. Zahradník.
H. Srdínko.
Měchura.
Dr. Velich.
Prašek.
Bradáč.
Prošek.
Sedlák.
F. Staněk.
Janovec.
Bukvaj.
Udržal.
Kulich.
Krž.
Špaček.

1299
I

Interpelacya

posła Dra E. Bobrowskiego i towarzyszy do Jego Ekscellencyi pana Ministra obrony krajowej w sprawie zastrzelenia górnika Franciszka Dolewki.

Franciszek Dolewka, 45letni robotnik salinarny z Wieliczki, żonaty, ojciec ośmiorga dzieci w wieku od 17 miesięcy do 16 lat, pełnił służbę wojskową w 16. pułku obrony krajowej od 2. sierpnia 1914, był $1\frac{1}{2}$ roku na froncie, odniósł ranę postrzałową klatki piersiowej; odesłany po wyleczeniu do kadry, został przydzielony do pracy w kopalni miedzi w Ilobabánya.

W dniu 30. września 1917 wracając z zakupionymi artykułami żywności do domu, został zastrzelonym z flinty przez zamożnego gospodarza Jerzego Baltosa, zamieszkałego w Nagysikárló, powiat Szinérváralja, komitat Szatmárnémeti na Węgrzech. Zabójca został oddanym sądowi.

Wypadek powyższy dowodzi wymownie szkodliwości zatrudniania żołnierzy do robót zdala od ojczystych stron wśród obcej ludności, z którą nie mogą się porozumieć z powodu nieznajomości języka. Wymieniony wyżej górnik Wieliczki, utraciwszy wskutek odniesionej rany zdolność do służby frontowej, mógł z większym pożytkiem być użytym do pracy w salinach wieliczkich i byłby uniknął śmierci.

Podpisani zapytują wobec tego:

„1. Czy Jego Ekscellencya będzie skłonnym zapewnić wdowie zabitego należytą obronę wobec władz sądowych węgierskich w postępowaniu cywilnem, do którego nie będzie wdowa w stanie wysłać swego adwokata?

2. Czy Jego Ekscellencya zechce zarządzić, by wdowa zabitego i ośmioro nieletnich dzieci otrzymały należyte zaopatrzenie?“

Wiedeń, 26. października 1917.

Moraczewski.
Lieberman.
Dr. Marek.
Daszyński.
Diamand.
Dr. Emil Bobrowski.
Klemensiewicz.
Cingr.
Śliwiński.
T. Reger.

Authentische Übersetzung.

1299
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. E. Bobrowski und Genossen an Seine Exzellenz den Minister für Landesverteidigung, in Angelegenheit des erschossenen Bergmannes Franz Dolewka.

Franz Dolewka, 45 Jahre alt, Salinenarbeiter in Wieliczka, verheiratet, Vater von acht Kindern im Alter von 17 Monaten bis zu 16 Jahren, stand seit dem 2. August 1914 im Militärdienste beim 16. Landwehrregiment, war eineinhalb Jahre an der Front, wo er einen Streifschuß am Brustkasten erlitten hat, worauf er nach der Ausheilung durch den Kader den Kupfergruben in Zloba bania als Arbeiter zugewiesen wurde.

Als er am 30. September 1917 mit den angekauften Lebensmitteln nachhause ging, wurde er von einem wohlhabenden, in Nagysikarlo, Bezirk Szinéz názalja, Komitat Szatmar Nemetya in Ungarn wohnhaften Landwirt Georg Baltos aus einem Gewehr erschossen. Der Mörder wurde dem Gerichte eingeliefert.

Dieser Vorfall beweist zur Genüge, wie die Verwendung von Soldaten, weit von der Heimat, unter einer fremden Bevölkerung, mit der sie sich wegen der Unkenntnis der Sprache nicht verständigen können, abträglich ist. Dieser Bergmann, nachdem er infolge der erlittenen Wunde zum Frontdienste nicht mehr geeignet war, hätte mit einem viel größeren Nutzen zur Arbeit in den Salinen von Wieliczka verwendet werden und den Tod vermeiden können.

Angesichts dessen fragen die Gefertigten:

„1. Ist Seine Exzellenz geneigt, der Witwe des Getöteten eine entsprechende Verteidigung gegenüber den ungarischen Gerichtsbehörden im Zivilverfahren; zu dem die Witwe einen Advokaten zu bestimmen nicht imstande ist, zu sichern?

2. Ist Seine Exzellenz geneigt, zu verfügen, daß der Witwe des Getöteten und den acht minderjährigen Kindern eine entsprechende Versorgung zuteil werde?"

Wien, 26. Oktober 1917.

Jedrzej Moraczewski.	Dr. Emil Bobrowski.
Liebermann.	Klemensiewicz.
T. Reger.	Śliwiński.
Dr. Marek.	Diamand.
Daszyński.	Eingr.

1300
———
I

Interpelacya

posłów inż. Moraczewskiego, Dra Marka i towarzyszy do Ekscellencyi Ministra kolei w sprawie zaopatrzenia kolejarzy dyrekcyi galicyjskich w żywność.

W niesłychanie ciężkich warunkach pracują obecnie kolejarze dyrekcyi krakowskiej, lwowskiej, stanisławowskiej i krakowskiego inspektoratu kolei północnej. Szalone przeciążenie pracą datuje się niemal od początku 1914 roku i odbija się fatalnie na ich zdrowiu, zwłaszcza, że odżywianie nie idzie w parze ze wzmożonym wytężeniem w pracy. Zdawałoby się, że interes państwa nakazywałby, w pierwszej linii po wojsku, troszczyć się o wyżywienie i utrzymanie przy zdrowiu personalu kolejowego.

Tymczasem tak nie jest. Płace w ciągu wojny pozostały niezmienione. Dodatki drożyźniane nie osiągają tej wysokości, jaka jest wymaganą ze względu na wzrost cen artykułów spożywczych i odzieży. Ceny podskoczyły o 400 procent a dochody kolejarzy wzrosły od 50 do 100 procent. Rezultatem jest: przepracowanie i niedojadanie. Ale gdyby personal kolejowy otrzymał to wszystko, co każdy obywatel tego państwa w tych ciężkich czasach otrzymuje, wiedziałby, że nie należąc do uprzywilejowanych ludzi w państwie, jest jednak na równi traktowany z każdym innym obywatelem, że tedy nie jest obowiązany do żadnych nad siły świadczeń dla państwa.

Tymczasem państwo wymaga od personalu kolejowego więcej niż od przeciętnego obywatela, odejmuje mu prawa obywatelskie, a wzamian za to odżywia go gorzej niż każdego innego.

Że twierdzenia nasze nie są gołosłowne, wystarczy zacytować przykład z dyrekcyi lwowskiej. Konsum kolejarzy „Oszczędność“, spółka wzorowo prowadzona, zaopatrująca 4000 do 5000 kolejarzy w chleb i żywność, może kupować towar tylko w magazynie żywnościowym c. k. dyrekcyi kolejowej we Lwowie. Jak niezbicie liczbami wykazał dyrekcyi kolejowej, otrzymał konsum w okresie 1. stycznia do 31. lipca 1917 o 12 procent mąki chlebowej i wszelkiego rodzaju mącznych towarów mniej, niż rozporządzenie rządu na głowę ludności Galicyi przyznało. Referent dyrekcyjny, dyrygujący towar ze składnicy przyznał, że Stryj i okoliczne linie kolejowe otrzymały o 12 procent mniej mąki, a jako jedyną pociechę przytoczył posłowi Moraczewskiemu argument, że inne części lwowskiej dyrekcyi otrzymały w tym okresie czasu o 20 procent mniej, niż norma w Galicyi przypisuje.

Również w dyrekcyi krakowskiej nie lepiej się dzieje: Konsum w Tarnowie, zaopatrujący 4797 kolejarzy, w tem 1125 ciężko pracujących w żywność, otrzymał od 1. stycznia do 31. lipca 1917 161.115 kilogramów mącznych towarów, podczas gdy wedle norm powinien był otrzymać 231.319 kilogramów. Otrzymał tedy zaledwo 70 procent należytości.

Jedna trzecia część kolejarzy nie otrzymała zupełnie chleba ani mąki.

Możnaby mniemać, że przynajmniej innemi artykułami wynagrodzi im to troskliwa dyrekcya. Może osłodziła ich los cukrem? Cukru otrzymali (od 1. stycznia do 30. czerwca 1917) 26.811·5 kilogramów, a ponieważ wedle przepisanych norm należało się 34.610 kilogramów, przeto otrzymali zaledwo 77 procent ilości normalnej a niedobór wynosi 23 procent. Prawie jedna czwarta część cukru nie otrzymała. I tak jest z każdym artykułem spożywczym. 20 do 30 procent otrzymują kolejarze mniej niż na każdego z nich wypada.

To samo dzieje się w Sączu, Dębicy, Lwowie, Stanisławowie i całym szeregu wielkich i małych stacyi. W jednym wypadku nie dostarcza składnica lwowska, w drugim skawińska, w trzecim stanisławowska itd. bez końca.

To nie jest sprawa tej lub owej składnicy, tego lub owego konsumu ale jest to fakt ogólny, chociaż tu tylko przykładowo szkicowany, dla nie przeciążania cyframi niniejszej interpelacyi.

Instytucya kuchni wojennej wprowadzona na kolejach, mająca wielkie znaczenie dla personalu ruchu wywołuje ogólne skargi, podobnie jak składnice. Niepodobna dziś już ująć cyfrowo gospodarki w tych kuchniach by udowodnić ponad wszelką wątpliwość słuszność tych zażaleń. Nie ulega jednak najmniejszej wątpliwości, że prawidłowe funkcyonowanie kuchen wojennych zależy przedewszystkiem od sprawności i sprężystości zarządu. Niestety mimo rozporządzeń Ministerstwa kolejowego, dyrekcye kolejowe nie dopuszczą do zarządu ani kuchni ani składnic, najbardziej w dobrym ich funkcyonowaniu zainteresowanych, to jest podurzędników, sług i robotników.

Również nie została uregulowana należycie sprawa opału. Wymiar węgla czy drzewa jest zbyt niski i w żadnym razie, w kraju ostrej zimy jakim jest Galicya, nie może wystarczyć, tembardziej, że w Galicyi bardzo niewielka liczba miast posiada gazownie (5 miast), że zatem jedynym źródłem opału w miastach po wsiach jest węgiel i drzewo.

Sprowadzanie ziemniaków przed zimą przewleka się z powodu spóźnienia się zbioru ziemniaków w Galicyi, z drugiej jednak strony powodem zwłoki jest również brak sprężystości odnośnych władz. Władze kolejowe nie dostarczyły dotąd kolejarzom odpowiednich środków na zaopatrzenie się w konieczne przed zimą ziemniaki opał i odzież. Inicyatywę prywatną dla zaopatrzenia się w ziemniaki skrępował biurokratyzm niesłycharzemi wprost postanowieniami. Aby módz, od rodziny sprowadzić 100 kilogramów kartofli należy przedkładać władzy politycznej metryki urodzeń, metryki ślubów, jednym słowem gromadzić jakie tylko są dokumenta rodzinne.

Mimo tego jednak niema się pewności, czy władze wojskowe dopuszczą do przewiezienia lub wywiezienia zakupionych ziemniaków.

Wobec tego zapytują podpisani:

„1. Czy Jego Ekscellencya Minister kolei skłonnym jest zarządzić natychmiastowe dopuszczenie całego personalu do zarządu składnic i kuchni wojennych kolejowych?

2. Podnieść wymiar opału dla personalu kolejowego?

3. Wyjednać dla personalu kolejowego ułatwienia przy sprowadzaniu dla siebie ziemniaków?

4. Polecić dyrekcyom kolejowym ścisłe dopilnowanie, aby personal kolejowy otrzymał te racye żywności, które są przepisami i rozporządzeniami unormowane?“

Wiedeń, 26. października 1917.

Klemensiewicz.	Inż. Moraczewski.
Rauch.	Dr. Marek.
Diamand.	T. Reger.
Cingr.	Daszyński.
Jabłoński.	Dr. Liebermann.

Authentische Übersetzung.

1300
I

Anfrage

der

Abgeordneten Ing. Moraczewski, Dr. Marek und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Eisenbahnminister, betreffend die Lebensmittelversorgung der Bediensteten der galizischen Eisenbahndirektionen.

Die Bediensteten der Eisenbahndirektionen Krakau, Lemberg, Stanislau und des Krakauer Inspektorates der Nordbahn müssen gegenwärtig unter äußerst schwierigen Verhältnissen arbeiten. Diese unglaubliche Überbürdung derselben datiert seit Beginn des Jahres 1914 und hat sehr fatale Folgen, namentlich in bezug auf ihre Gesundheit, deshalb gezeitigt, weil ihre Ernährung mit der Mehrleistung an Arbeit nicht gleichen Schritt hält. Man sollte zwar glauben, daß das Interesse des Staates es erfordern würde, daß gleich nach dem Heere in erster Linie für die Verpflegung des Eisenbahnpersonals und für dessen Erhaltung in einem guten Gesundheitszustand Sorge zu tragen ist. Indessen ist es anders. Die Bezüge der Eisenbahnbediensteten sind während des Krieges unverändert geblieben. Die Teuerungszulagen erreichen nicht einmal den Betrag, der mit Rücksicht auf die Steigerung der Lebensmittel- und Kleiderpreise erforderlich wäre. Die Preise sind um 400 Prozent gestiegen und das Einkommen der Eisenbahnbediensteten nur um 50 bis 100 Prozent. Die Folge dessen ist Überarbeitung und Unterernährung. Wenn das Eisenbahnpersonal nur das bekäme, was in diesen schweren Zeitläuften jeder Staatsbürger erhält, dann würde es wenigstens wissen, daß es, ohne zu der bevorzugten Klasse zu gehören, genau so wie alle anderen Staatsbürger behandelt werde und daher zu keinen übermenschlichen Leistungen für den Staat verpflichtet sei.

Indessen werden vom Staate an die Eisenbahnbediensteten viel höhere Anforderungen gestellt als an alle anderen Staatsbürger, sie werden ihrer Staatsbürgerrechte beraubt und dafür noch viel schlechter ernährt als die übrigen Einwohner des Staates.

Daß dies keine wortleere Behauptung ist, genügt folgendes Beispiel aus dem Lemberger Direktionsbereiche.

Der Konsumverein der Eisenbahnbediensteten „Oszczednoś¿", eine musterhaft geleitete Vereinigung, welche 4000 bis 5000 Eisenbahnbedienstete mit Brot und Lebensmitteln versorgt, darf seine Waren nur von der Lebensmittelverschleißstelle der k. k. Staatsbahndirektion in Lemberg beziehen. Wie der Konsumverein der Staatsbahndirektion ziffernmäßig nachgewiesen hat, hat er in der Zeit vom 1. Jänner 1917 bis 31. Juli 1917 an Brotmehl und anderen Mahlprodukten um 12 Prozent weniger erhalten, als die in den Regierungsverordnungen vorgesehene Kopfquote der galizischen Bevölkerung betragen hat. Der Referent der Staatsbahndirektion, welcher über die Waren der Verschleißstelle verfügt, hat zugegeben, daß Stryj und die angrenzenden Eisenbahnlinien an Mehl um 12 Prozent weniger zugewiesen erhielten. Zugleich hat er, um den Abgeordneten Moraczewski zu trösten, erwähnt, daß andere Gebiete des Lemberger Direktionsbereiches in demselben Zeitraume um 20 Prozent weniger erhalten haben, als in der für Galizien geltenden Norm vorgesehen ist.

Im Bereiche der Krakauer Staatsbahndirektion ist es nicht besser bestellt. Der Konsumverein in Tarnów, welcher 4797 Eisenbahnbedienstete, darunter

1125 Schwerarbeiter, mit Lebensmitteln versorgt, hat in der Zeit vom 1. Jänner 1917 bis 31. Juli 1917 161.115 Kilogramm Mahlprodukte erhalten, während er nach der Norm 231.319 Kilogramm hätte bekommen sollen. Es ist ihm demnach kaum 70 Prozent dessen zugewiesen worden, was ihm gebührt hätte. Ein Drittel der Eisenbahnbediensteten hat kein Brot und kein Mehl bekommen. Man könnte glauben, daß die vorsorgliche Direktion sie durch Zuweisung anderer Lebensmittel schadlos gehalten habe. Vielleicht hat sie ihr Los durch Zucker versüßt?

An Zucker haben die Bediensteten (vom 1. Jänner bis 30. Juni 1917) 26.811·5 Kilogramm bekommen. Da ihnen nach der Norm 34.610 Kilogramm gebührt hätten, erhielten sie kaum 77 Prozent der gesetzlichen Menge, demnach beträgt der Ausfall rund 23 Prozent. Fast ein Viertel der Bediensteten hat keinen Zucker erhalten. Und so verhält es sich mit jedem anderen Konsumartikel. Die Eisenbahnbediensteten bekommen um 20 bis 30 Prozent weniger als auf den einzelnen entfällt. Dasselbe ist der Fall in Neu-Sandec, Dębica, Lemberg, Stanislau und auf vielen anderen größeren und kleineren Stationen. Einmal ist es die Lemberger Verschleißstelle, welche nicht liefert, ein andermal jene in Skawina oder in Stanislau und so fort ohne Ende.

Das ist nicht eine Angelegenheit, welche diese oder jene Verschleißstelle oder irgendeinen Konsumverein betrifft, sondern eine allgemeine Erscheinung, welche hier nur in einem Beispiel dargelegt wurde, um in der vorliegenden Interpellation nicht zu viel Ziffern anzuführen.

Die auf den Staatsbahnen eingeführten Kriegsküchen, welche für die Eisenbahnbediensteten von solcher Wichtigkeit sind, haben, ähnlich wie die Lebensmittelverschleißstellen, allgemein Klagen hervorgerufen. Es ist gegenwärtig nicht mehr möglich, die Geschäftsführung dieser Kriegsküchen ziffermäßig zu erfassen, um die Richtigkeit der bezüglichen Beschwerden unzweifelhaft nachzuweisen. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß ein normales Funktionieren der Kriegsküchen in erster Reihe von der Tüchtigkeit und Tatkraft der Verwaltung abhängt. Leider haben die Staatsbahndirektionen trotz der einschlägigen Bestimmungen der Ministerialverordnungen zur Verwaltung der Kriegsküchen und Lebensmittelverschleißstellen gerade die an einem gehörigen Funktionieren derselben am meisten interessierten Unterbeamten, Diener und Arbeiter nicht zugelassen.

Ferner ist auch die Beheizungsfrage nicht in entsprechender Weise geregelt worden. Das Ausmaß an Kohle, beziehungsweise Holz, ist viel zu niedrig und kann in einem Lande wie Galizien, wo ein strenger Winter ist, unter keinen Umständen ausreichen, und das um so weniger, als es nur wenige Städte gibt (fünf Städte), welche Gaswerke besitzen, so daß sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande ausschließlich mit Kohle oder Holz geheizt werden muß.

Die Kartoffelbeschaffung vor dem Winter hat einerseits infolge der verspäteten Kartoffelernte in Galizien, andrerseits wegen Mangel an Tatkraft der betreffenden Organe eine Verzögerung erfahren. Die Eisenbahnbehörden haben ihre Bediensteten jetzt vor dem Winter noch immer nicht mit Kartoffeln, Heizmaterial und Kleidern versorgt. Die private Initiative in der Kartoffelversorgung wird aber vom Bureaukratismus durch geradezu unerhörte Vorschriften unterbunden. Um von seinen nächsten Verwandten 100 Kilogramm Kartoffeln beziehen zu können, muß man der politischen Behörde Geburts- und Trauungsschein und überhaupt alle möglichen Familiendokumente vorlegen. Trotzdem hat man noch immer nicht die Sicherheit, daß die militärischen Behörden die Durchfuhr, beziehungsweise die Ausfuhr der angekauften Kartoffeln gestatten werden.

Die Unterzeichneten stellen demnach die Anfragen:

„Ist Seine Exzellenz der Herr Eisenbahnminister bereit, unverzüglich anzuordnen:

1. Daß alle Eisenbahnbediensteten zu der Verwaltung der Lebensmittelverschleißstellen und Kriegsküchen zugelassen werden?

2. Daß das Ausmaß an Heizmaterial für das Eisenbahnpersonal erhöht werde?

3. Daß den Eisenbahnbediensteten der Bezug von Kartoffeln für den eigenen Bedarf erleichtert werde?

4. Daß die Staatsbahndirektionen unbedingt dafür Sorge tragen, daß das Eisenbahnpersonal die in den einschlägigen Vorschriften und Verordnungen vorgesehenen Lebensmittelmengen erhalte?"

Wien, 26. Oktober 1917.

Ing. Moraczewski.

Daszyński. Dr. Liebermann. Rauch. Dr. Mareк.
Cingr. Reger. Diamand. Klemensiewicz.

1301
I

Zapytanie

posła Zygmunta Klemensiewicza i towarzyszy do pana Ministra obrony krajowej i pana Ministra robót publicznych w sprawie prowokacyjnego zachowania się porucznika Tkaczyka, wojskowego komendanta chrzanowskiego rewiru węglowego wobec delegatów c. k. kopalni węgla w Brzeszczach.

We wniesionem w dniu 25. października b. r. zapytaniu przedstawiliśmy zachowanie się porucznika Tkaczyka, który postępowaniem swojem wobec delegatów robotników c. k. kopalni węgla w Brzeszczach spowodował wybuch strejku. Robotnicy bowiem byli zmuszeni stanąć w obronie swoich przedstawicieli, których porucznik Tkaczyk zupełnie bezprawnie i bezpotrzebnie kazał aresztować, prowokując tem samem wybuch obronnego strejku.

Zdawało się, iż pouczony smutnem doświadczeniem, będzie porucznik Tkaczyk na przyszłość postępować wobec delegatów robotniczych taktownie i niczem nie będzie i ich i ogółu robotniczego prowokować. Tymczasem ostatni strejk niczego go nie nauczył i oto znów bez najmniejszego powodu, wyłącznie, aby tylko okazać swoje „Ja“ wobec oddanych jego komendzie ludzi, nie udzielił delegatom robotniczym jednodniowego urlopu na dzień 4. listopada b. r., to jest niedzielę z Brzeszcz do Trzebinii, gdzie się właśnie odbywała konferencya górnicza przedstawicieli robotników całego zagłębia węglowego chrzanowskiego. To niczem nieuzasadnione postępowanie porucznika Tkaczyka odczuć musieli i delegaci i ogół robotników jako zupełnie niepotrzebną prowokacyę i zamach na ich materyalne interesa.

Ponieważ postępowanie porucznika Tkaczyka wobec górników jest zgoła nieobliczalnem i może dać w najbliższej przyszłości powód do zupełnie niepotrzebnych, a nawet wysoce obopólnie szkodliwych starć i nieporozumień, zapytują podpisani:

„1. Czy panom Ministrom znaną jest już interpelacya z dnia 25. października dotycząca postępowania porucznika Tkaczyka wobec delegatów górniczych?

2. Czy i co zamierza uczynić pan Minister, aby zapobiedz ewentualnemu wybuchowi niezadowolenia górników, doprowadzonych do ostateczności prowokującem postępowaniem porucznika Tkaczyka?“

Wiedeń, 5. listopada 1917.

Zygmunt Klemensiewicz.

Kubik.	T. Reger.
Madej.	Dr. Marek.
Łyszczarz.	Stapiński.
Dr. Bobrowski.	Liebermann.
Diamand.	Moraczewski.

Ruthenische Übersetzung.

1301
I

Anfrage

des

Abgeordneten Zygmunt Klemensiewicz und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung und den Herrn Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend das provokatorische Verhalten des militärischen Kommandanten des Chrzanówer Kohlenrevieres Leutnants Tkaczyk gegenüber den Arbeitervertretern im k. k. Kohlenbergwerke in Brzeszcze.

In der am 25. Oktober d. J. gestellten Anfrage haben wir das Verhalten des Leutnants Tkaczyk geschildert, der durch sein Vorgehen gegen die Arbeitervertreter im k. k. Kohlenbergwerke in Brzeszcze den Ausbruch des Streikes hervorgerufen hat. Die Arbeiter waren nämlich gezwungen, ihre Vertreter in Schutz zu nehmen, die über Auftrag des Leutnants Tkaczyk ganz zwecklos und gesetzwidrig verhaftet wurden, was den Ausbruch des Verteidigungsstreiks provoziert hat.

Es hatte den Anschein, daß der Leutnant Tkaczyk, durch diesen Vorfall des Besseren belehrt, in Hinkunft gegenüber den Arbeitervertretern mit Takt vorgehen und weder sie noch die Arbeiterschaft provozieren wird. Diese Vermutung ging nicht in Erfüllung. Zuletzt hat er ohne den geringsten Grund und ausschließlich nur, um gegenüber den seinem Kommando unterstehenden Leuten sein „Ich" zu zeigen, den Arbeitervertretern die Erteilung eines eintägigen Urlaubes für den 4. November d. J, das ist für einen Sonntag, nach Trzebinia verweigert, wo gerade eine Konferenz der Arbeitervertreter aus dem ganzen Chrzanówer Kohlenrevier abgehalten wurde. Dieses vollkommen unbegründete Vorgehen des Leutnants Tkaczyk haben sowohl die Delegierten als auch die Allgemeinheit der Arbeiter als eine vollkommen unnötige Provokation und als Anschlag auf ihre materiellen Interessen aufgefaßt.

Da das Vorgehen des Leutnants Tkaczyk gegenüber den Bergleuten gar unberechenbar ist und in der nächsten Zukunft vollkommen unnötige und für beide Parteien höchst schädliche Reibungen und Mißverständnisse veranlassen kann, fragen die Gefertigten:

„1. Ist den Herren Ministern die Anfrage vom 25. Oktober d. J., betreffend das Vorgehen des Leutnants Tkaczyk gegenüber den Vertretern der Bergleute, bekannt?

2. Ob und was gedenkt der Herr Minister zu unternehmen, um dem allfälligen Ausbruche der Unzufriedenheit der Bergleute vorzubeugen, die durch das provokatorische Vorgehen des Leutnants Tkaczyk bis zum Äußersten getrieben werden?"

Wien, 5. November 1917.

	Moraczewski.	Diamand.	Zygmunt Klemensiewicz.
Madej.	Stapiński.	Dr. Liebermann.	T. Reger.
Dr. Mareck.	Kubik.	Łyszczarz.	Dr. Bobrowski.

1302
I

Zapytanie

posła Zygmunta Klemensiewicza i towarzyszy do pana Ministra obrony krajowej w sprawie znęcania się nad robotnikami sanockiej fabryki wagonów przez sierżanta Sokołowskiego.

W miesiącu lipcu zwróciłem uwagę pana Ministra obrony krajowej w obszernym liście na nienormalne stosunki, panujące w sanockiej fabryce wagonów i na wielkie rozgoryczenie, panujące wśród tamtejszych robotników z powodu poranienia szablą, bicia i poniewierania robotników przez sierżanta Sokołowskiego, przydzielonego do tamtejszej fabrycznej komendy wojskowej.

Mimo tego pisma, mimo depesz, proszących o uregulowanie tych niesłychanych stosunków, pan Minister nie uznał za stosowne uczynić ani jednego kroku, aby znęcaniu się sierżanta Sokołowskiego nad ludźmi wreszcze kres położyć.

Ponieważ to postąpienie pana Ministra rozzuchwaliło Sokołowskiego, albowiem w swej bezkarności widział aprobatę swego postępowania ze strony władz wojskowych i pana Ministra — widzę się zmuszonym raz jeszcze zaapelować do pana Ministra i zwrócić jego uwagę, iż dalsze z jego strony tolerowanie znęcania się nad ludźmi przez Sokołowskiego, może bardzo przykre skutki pociągnąć za sobą. Albowiem człowiek ten — już dziś pewny zupełnej bezkarności — w dalszym ciągu poniewiera ludzi.

Tak na przykład zbił po twarzy i sponiewierał w nieludzki sposób robotnika Floryana Doszlika, lat 48, który nie jest żołnierzem, zaś we fabryce pracuje lat około 20! Nie lepiej postępuje z odkomenderowanymi do fabryki profesyonistami, którym bez względu na ich zdrowie i siły każe wykonywać wszelke roboty, choć im nie mogą podołać, jako słabi i niektórzy — na froncie — byli ranni! Wobec wybryków rozzuchwalonego sierżanta Sokołowskiego jest bezsilnym komendant porucznik Hoffmann, tak, iż rzeczywistym komendantem fabryki wagonów jest sierżant Sokołowski.

Ponieważ ludzi bić bezwarunkowo i pod żadnym pozorem nie wolno, ani też w jakikolwiekbądź sposób znęcać się nad ciężko pracującymi robotnikami pod żadnym pozorem nie można, ponieważ ten stan trwa nie od dzisiaj, a sierżant Sokołowski nawet ranił szablą bezbronnych robotników, zapytują podpisani:

„1. Czy pan Minister, któremu stan stosunków w sanockiej fabryce wagonów jest dobrze znany, zechce wreszcie poczynić wszelkie kroki, aby ciężko pracujących robotników uchronić od prześladowań, policzkowania, bicia a nawet ran i jak najprędzej usunąć panujące we fabryce do najwyższego stopniu oburzające stosunki?

2. Czy pan Minister zechce wydać odpowiednie zarządzenia, aby tego rodzaju wypadki wogóle nigdzie we fabrykach i kopalniach zmilitaryzowanych nie były na przyszłość możliwe, lecz aby z robotnikami, którzy nie mniej ważną i godną uznania pracę spełniają, jak żołnierze na froncie, postępowano w sposób ludzki i godny?“

Wiedeń, 5. października 1917.

Zygm. Klemensiewicz.

Moraczewski.	Diamand.
Dr. Marek.	J. Reger.
Madej.	Dr. Liebermann.
Kubik.	Dr. Bobroński.
Łyszczarz.	Stapiński.

Authentische Übersetzung.

1302
I

Anfrage

des

Abgeordneten Zygmunt Klemensiewicz und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend das Martern der Arbeiter in der Waggonfabrik in Sanok durch den Feldwebel Sokołowski.

Im Juli habe ich an den Herrn Minister für Landesverteidigung ein ausführliches Schreiben gerichtet, in dem ich ihn auf die in der Waggonfabrik in Sanok herrschenden Zustände sowie auf die große Erbitterung aufmerksam machte, welche sich der Arbeiter infolgedessen bemächtigte, daß der dem dortigen militärischen Fabrikskommando zugeteilte Feldwebel Sokołowski die Arbeiter prügelt, martert und durch Säbelhiebe verwundet.

Trotz dieses Schreibens und trotz der Telegramme, in denen um Abstellung dieser unerhörten Zustände ersucht wurde, hat der Herr Minister es nicht für gut befunden, auch nur einen Schritt zu unternehmen, um dem Martern der Leute durch den Feldwebel Sokołowski ein Ende zu machen.

Da das Verhalten des Herrn Ministers den besagten Sokołowski nur noch weiter erdreisten und er in seiner Straflosigkeit eine Gutheißung seines Vorgehens durch den Minister und die militärischen Kommanden erblicken könnte, sehe ich mich veranlaßt, nochmals an den Herrn Minister zu appellieren und ihn darauf aufmerksam zu machen, daß ein weiteres Dulden dieser von Sokołowski betriebenen Menschenquälerei sehr traurige Folgen nach sich ziehen könnte. Der besagte Mann, welcher gegenwärtig seiner Straflosigkeit sicher ist, martert die Leute nach wie vor. So hat er beispielsweise den Arbeiter Florian Doszlik (48 Jahre alt), der kein Soldat und in der Fabrik seit 20 Jahren angestellt ist, geohrfeigt und unmenschlich gequält. Nicht viel besser geht er mit den dorthin abkommandierten Professionisten um, welche er ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit und Kräfte alle Arbeiten verrichten läßt, obwohl sie denselben wegen Schwäche oder der an der Front zugezogenen Verwundungen nicht gewachsen sind. Gegen diese Ausschreitungen des dreist gewordenen Feldwebels Sokołowski ist der Kommandant, Leutnant Hoffmann, machtlos, so daß Sokołowski, obwohl nur Feldwebel, der eigentliche Kommandant der Waggonfabrik ist.

Da es unter keinen Umständen erlaubt ist, die Arbeiter zu prügeln und unter was immer für einem Vorwande und auf welche Art immer zu quälen, da ferner diese Zustände bereits seit geraumer Zeit dauern und der Feldwebel Sokołowski sogar wehrlose Arbeiter durch Säbelhiebe verwundet hat, stellen die Gefertigten die Anfragen:

„1. Wäre der Herr Minister, welchem die geschilderten Zustände in der Waggonfabrik in Sanok wohlbekannt sind, nicht doch endlich geneigt, Schritte zu unternehmen, damit die Arbeiter von Verfolgungen,

Ohrfeigen, Prügeln und Verwundungen befreit werden und daß diesen höchst empörenden Zuständen ein Ende bereitet werde?

2. Ist der Herr Minister geneigt, geeignete Verfügungen zu treffen, daß derartige Vorfälle sich künftig in keiner der militarisierten Fabriken und Bergwerke ereignen und die Arbeiter, welche eine nicht minder wichtige und anerkennenswerte Aufgabe als die an der Front stehenden Soldaten haben, menschlich behandelt werden?"

Wien, 5. November 1917.

Stapiński.	Zygmunt Klemensiewicz.
Madej.	Reger.
Dr. Marek.	Moraczewski.
Łyszczarz.	Dr. Bobrowski.
Diamand.	Kubik.

1303
I

Zapytanie

posła Zygmunta Klemensiewicza i towarzyszy do pana Ministra handlu w sprawie niesłychanych nieporządków w ambulansach pocztowych na linii Kraków—Wiedeń.

Administracya tygodnika „Prawo ludu“ nadała w Urzędzie pocztowym Kraków-Dworzec dnia 7. października b. r. szereg pakietów, zawierających tygodnik, adresowanych do odbiorców w Trzebinii, Myślachowicach, Brzeszczach, Oświęcimiu. Pakiety te do dnia 4. listopada do rąk adresatów nie doszły zupełnie. Tylko pojedyncze numera pisma otrzymali niektórzy odbiorcy w tych miejscowościach.

Ponieważ tego rodzaju niedbałe i niesumienne ekspedyowanie opłaconych przecież przesyłek zdarza się nie po raz pierwszy i to nietylko na linii Kraków—Wiedeń, jest jasną rzeczą, iż winę ponosi tu cały aparat pocztowy, który w ten sposób naraża wydawnictwo na niepowetowane straty.

Rzeczywiście, jak wywiady przeprowadzone w tej kwestyi wykazały, personal pocztowy w Urzędzie pocztowym Kraków-Dworzec nie posiada ani potrzebnych worków, ani nawet sznurka w dostatecznej ilości, aby pakiety przeznaczone do jednej stacyi powiązać ze sobą! Worki zaś dostarczane są w niedostatecznej ilości, z papieru wykonane, nie nadają się wcale do ekspedycyi. Skutkiem tego przesyłki zwalone w jeden stos na stacyi w Krakowie, jadą do Wiednia i z powrotem, lub zupełnie przepadają, nie dochodząc w zupełności rąk adresatów!

Jest to rzeczywiście niesłychane niedbalstwo i wysoko — nawet jak na austryackie stosunki — posunięta niesumienność, albowiem widać z tego, iż Zarząd pocztowy o powierzone mu i sowicie opłacane przesyłki zupełnie się nie troszczy.

Ponieważ ten stan nie jest możliwym do utrzymania, ponieważ usunięcie usterek zależy wyłącznie tylko od dobrej woli i staranności Zarządu poczt, zapytują podpisani:

„1. Czy panu Ministrowi wiadomy jest stan ekspedycyi przesyłek pocztowych na kolejach?

2. Czy pan Minister zamierza w najkrótszym czasie wydać odpowiednie zarządzenia, aby wreszcie kres położyć, doprowadzaniu do zupełnej ruiny wydawnictw pism?

3. Czy pan Minister zechce pouczyć podwładne mu organa, aby swoje obowiązki spełniały jaknajsumienniej i nie narażały wydawnictw pisma na niepowetowane straty?“

Wiedeń, 5. października 1917.

Zygmunt Klemensiewicz.

Dr. Marek.	Diamand.
Jan Stapiński.	Reger.
Łyszczarz.	Dr. Liebermann.
Kubik.	Dr. Bobrowski.
Madej.	Moraczewski.

Authentische Übersetzung.

1303
I

Anfrage

des

Abgeordneten Zygmunt Klemensiewicz und Genossen an den Herrn Handelsminister betreffend die unerhörte Unordnung in den Postambulanzen auf der Strecke Krakau—Wien.

Die Administration der Wochenschrift „Pravo ludu“ (Das Volksrecht) hat am 7. Oktober d. J. in dem Postamte Krakau-Bahnhof mehrere die Wochenschrift enthaltende, an die Abnehmer in Trzebinia, Myslachowice, Brzeszcze und Oświecim adressierte Pakete aufgegeben. Diese Pakete sind bis zum 4. November den Adressaten gar nicht zugekommen und nur einige Abnehmer in diesen Ortschaften haben einzelne Nummern dieses Blattes erhalten.

Da eine derartige nachlässige und gewissenlose Expedierung der ordnungsmäßig frankierten Sendungen nicht zum ersten Male und nicht nur auf der Strecke Krakau—Wien vorkommt, ist es klar, daß die Schuld daran den ganzen Postapparat trifft, der auf diese Weise den Verlag einem uneinbringlichen Schaden aussetzt.

Nach den in dieser Richtung eingezogenen Erkundigungen verfügt das Postpersonal in dem Postamte Krakau-Bahnhof tatsächlich weder über erforderliche Säcke noch über eine genügende Menge Spagat, um die für dieselbe Station bestimmten Pakete zusammenzubinden. Die in unzureichender Zahl gelieferten, aus Papier angefertigten Säcke sind zur Expedition gar nicht geeignet. Infolgedessen werden die auf einen Haufen zusammengeworfenen Pakete von Krakau nach Wien und zurück geführt oder sie gehen verloren, ohne an die Adressaten zu gelangen.

Das ist tatsächlich eine unerhörte Nachlässigkeit und auch für österreichische Verhältnisse zu weit gehende Gewissenlosigkeit, denn man sieht daraus, daß die Postverwaltung sich um die ihr anvertrauten und reichlich bezahlten Sendungen gar nicht kümmert.

Da dieser Zustand nicht haltbar ist und die Beseitigung der Mängel einzig und allein von dem guten Willen und der Sorgfalt der Postverwaltung abhängt, fragen die Gefertigten:

„1. Ist dem Herrn Minister die Art der Behandlung der Postsendungen auf den Bahnen bekannt?

2. Ist der Herr Minister geneigt, baldmöglichst entsprechende Verfügung zu treffen, damit die Zeitungsverläge nicht dem vollständigen Ruin anheimfallen?

3. Ist der Herr Minister geneigt, die ihm unterstehenden Organe dahin zu belehren, daß sie ihre Pflichten gewissenhaft zu erfüllen haben, um die Zeitungsverläge nicht den unersetzbaren Schäden auszusetzen?“

Wien, 5. November 1917.

Moraczewski. T. Reger. Zygmunt Klemensiewicz.
Diamant. Stapiński. Dr. Bobrowski. Madej.
Liebermann. Kubik. Dr. Marek. Lyszczarz.

1304
I

Zapytanie

posła Z. Klemensiewicza i towarzyszy do pana Ministra obrony krajowej i pana Ministra robót publicznych w sprawie postępowania porucznika Tkaczyka, komendanta wojskowego chrzanowskiego rewiru węglowego.

Dnia 19. października wybuchł w c. k. kopalni węgla w Brzeszczach strejk, spowodowany zarówno niskimi płacami górników, lecz sprowokowany nietaktownem i brutalnem zachowaniem się porucznika Tkaczyka, wojskowego komendanta rewiru wobec delegatów robotniczych. Z powodu wniesienia memoryału, żądającego uregulowania płac i stosunków pracy, wysłało c. k. Ministerstwo robót publicznych swego delegata, który na miejscu miał zbadać zażalenia robotników. Niestety zupełnie niepotrzebnie stanął między delegacyą robotniczą a przedstawicielem Ministerstwa porucznik Tkaczyk, który szarpiąc i popychając delegatów stara się zarówno ich, jak i nieliczną garstkę obecnych przy tem robotników, zupełnie niepotrzebnie rozpędzić! Zrozumiało jest rzeczą, iż tego rodzaju postępowanie musiało do głębi oburzyć ogół robotników, albowiem delegatów, wybranych przez ten ogół a uznanych przez zarząd kopalni (jak to jest we wszystkich przedsiębiorstwach!) nie wolno poniewierać, szarpać, a tembardziej zupełnie niewinnie zamykać do aresztu i więzić! Robotnicy ujmując się więc za swoimi przedstawicielami, zrobili dobrze i słusznie, albowiem porucznik Tkaczyk poniewierając robotników, poniewierał ogół robotniczy, ale tego, teraz szczególniej, w tych ciężkich, tragicznych czasach, gdy źle odżywiany, źle płatny górnik pełni conajmniej równie ciężką służbę jak żołnierz na froncie, nie wolno bezwarunkowo nikomu tego robotnika w osobie jego przedstawicieli i delegatów poniewierać, jak to uczynił właśnie porucznik Tkaczyk.

Jaskrawym dowodem, iż niewłaściwe postępowanie przełożonego rozzuchwala jego podwładnych, jest postępowanie żołnierza Kruka, zdegradowanego komendanta posterunku żandarmeryi, który ośmielony brutalnością porucznika Tkaczyka, zgromadzonych robotników kolbował i w najordynarniejszy sposób się zachowywał.

Tego rodzaju postępowanie nie może być stanowczo tolerowane, bo tego w żadnym wypadku czynić nie wolno, i na to sobie cierpliwi i ze spokojem swój krwawy los znoszący górnicy bezwarunkowo nie zasłużyli!

Dlatego podpisani zapytują:

„1. Czy panom Ministrom wiadome są zajścia w czasie strejku robotników c. k. kopalni węgla w Brzeszczach?

2. Czy pan Minister obrony krajowej zechce pouczyć porucznika Tkaczyka o niewłaściwości jego wobec górników postępowania i zabronić mu na przyszłość jak najsurowiej prowokowanie swem zachowaniem spokojnych górników?

3. Czy pan Minister obrony krajowej zechce polecić pociągnąć do najsurowszej odpowiedzialności żołnierza Kruka, za jego dzikie zachowanie się wobec spokojnych górników i zarządzić jego przeniesienie w odpowiednie jego waleczności miejsce?“

Wiedeń, 25. października 1917.

Łyszczarz.	Śliwiński.	Dr. Marek.	Zygmt. Klemensiewicz.
Cingr.	Moraczewski.	Stapiński.	Kubik.
Diamand.	Liebermann.	T. Reger.	Madej.

Authentische Übersetzung.

1304
I

Anfrage

des

Abgeordneten Siegmund Klemensiewicz und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung und den Herrn Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend das Vorgehen des Militärkommandanten des Chrzanower Kohlenreviers Leutnant Tkaczyk.

Am 19. Oktober d. J. ist im k. k. Kohlenbergwerke in Brzeszcze ein Streik ausgebrochen, der nicht nur durch niedrige Arbeiterlöhne, sondern hauptsächlich durch das taktlose und brutale Verhalten des militärischen Kommandanten des Kohlenreviers Leutnants Tkaczyk gegenüber den Arbeitervertretern hervorgerufen wurde. Infolge der Einbringung eines Memorandums wegen Regelung der Löhne und Arbeitsverhältnisse hat das k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten einen Delegierten mit dem Auftrage entsendet, die von den Arbeitern vorgebrachten Beschwerden an Ort und Stelle zu prüfen. Es hat sich leider zwischen den Delegierten des Ministeriums und die Vertreter der Arbeiterschaft der Leutnant Tkaczyk eingeschoben, der die Arbeitervertreter fortgestoßen hat und bestrebt war, sowohl diese als auch einige wenige dabei anwesende Arbeiter ohne jeden Grund auseinander zu jagen. Ein derartiges Vorgehen mußte selbstverständlich alle Arbeiter aufs äußerste empören, weil die von den Arbeitern gewählten und von der Leitung des Bergwerkes (wie es in allen Betrieben der Fall ist) anerkannten Vertreter nicht mißachtet und fortgestoßen, geschweige denn ganz unschuldig verhaftet und gefangen gehalten werden dürfen. Wenn die Arbeiter sich ihrer Vertreter angenommen haben, sind sie vollkommen richtig vorgegangen, denn durch Mißachtung der Vertreter hat der Leutnant Tkaczyk alle Arbeiter mißachtet, welches Vorgehen heutzutage, wo der schlecht genährte und schlecht entlohnte Arbeiter in dieser schweren, tragischen Zeit zumindest gleich schweren Dienst wie ein Soldat an der Front leistet, nicht am Platze ist. Niemand darf jetzt den Arbeiter in der Person seines Vertreters drangsalieren, wie es der Leutnant Tkaczyk getan hat.

Ein grelles Beispiel dafür, daß das ungehörige Vorgehen eines Vorgesetzten dessen Untergebenen trotzig macht, liefert das Verhalten des Soldaten Kruk, eines degradierten Gendarmeriepostenkommandanten, der, durch die Brutalität des Leutnants Tkaczyk ermutigt, die versammelten Arbeiter mit dem Gewehrkolben in ordinärster Weise behandelte.

Ein solches Vorgehen darf absolut nicht geduldet werden, weil eine derartige Behandlung sich die ihr trauriges Schicksal mit Geduld und Ruhe ertragenden Arbeiter nicht verdient haben.

Angesichts dessen fragen die Gefertigten:

„1. Ist dem Herrn Minister dieser Vorfall während des Arbeiterstreiks in dem k. k. Kohlenbergwerke in Brzeszcze bekannt?

2. Ist der Herr Minister für Landesverteidigung geneigt, den Leutnant Tkaczyk über die Ungehörigkeit seines Vorgehens gegenüber den Bergleuten zu belehren und ihm die Herausforderung der Arbeiter durch ein solches Vorgehen künftighin aufs strengste zu untersagen?

3. Ist der Herr Minister für Landesverteidigung geneigt, zu verfügen, daß der Soldat Kruk für seine wilde Behandlung der ruhigen Bergleute zur strengsten Verantwortung gezogen und auf einen anderen seiner Tapferkeit entsprechenden Posten transferiert werde?"

Wien, 25. Oktober 1917.

Moraczwski.	Klemensiewicz.
Cingr.	J. Stapiński.
Kubik.	Śliwiński.
Madej.	T. Reger.
Dr. Marek.	Lyszczarz.
Diamand.	Liebermann.

1305
I

Interpelacya

posła Zygmunta Klemensiewicza i towarzyszy do pana Ministra obrony krajowej w sprawie krzywdzenia żołnierzy w majdanie końskim (Pferdedepot) w Wieliczce.

Jeżeli żołnierzom, stojącym na froncie, należy się jaknajlepsza opieka, to nie ma żadnego powodu skazywać żołnierzy, z powodu swego wieku, choroby, inwalidztwa itp., przeznaczonych do służby etapowej na niepotrzebne udręki i umęczenie. Jest najświętszym obowiązkiem władz wojskowych, dbać o wszystkich żołnierzy, a krzewiącą się samowolę poszczególnych jednostek tępić jaknajsurowiej.

Jako przykład krzywdzenia żołnierzy służby etapowej, niech posłużą stosunki w majdanie końskim w Wieliczce.

Karol Zboś, pospolitak, lat 42, powołany do służby wojskowej 2. kwietnia 1917 do 13. p. p. do Nowego Sącza, chorował w szpitalu Czerwonego Krzyża w Sączu przez 3 miesiące i 7 dni na ciężkie zapalenie płuc. Z Nowego Sącza odesłany jako rekonwalescent do Ołomuńca, wysłany został po 3 dniach pobytu do kadry — bez urlopu dla wypoczynku — przydzielony do dywizyi trenu Nr. 1, skąd został ostatecznie przydzielony do majdanu koni w Wieliczce.

Stosunki, panujące w stajniach majdanu, urągają wprost opisom. Stajnie te — własność zarządu salin — długości około 30 metrów szerokości około 10 metrów, mieszczą 45 do 50 koni. Znaczna część żołnierzy, około 50 ludzi, po całodziennej ciężkiej i żmudnej pracy sypiać musi w tej samej stajni wśród koni w kale i gnoju.

Pospolitak Zboś został wysłany do kopania kartofli we wsi Zabawa, mimo, że nie posiada odpowiedniego ubrania, ani płaszcza, ani trzewików, coby mu, jako jeszcze choremu, umożliwiło pracę w zimnem powietrzu. Skutkiem tego Zboś rozchorował się i prosił przy raporcie o przedstawienie go do wizyty lekarskiej. Sztabowy wachmistrz Długoń, na którego niezmiernie surowe i brutalne postępowanie żołnierze się uskarżają, zamiast do lekarza zamknął Zbosia do aresztu celkowego, gdzie tenże przebył 2 i $1/4$ dnia ciężko chory. Dopiero trzeciego dnia po raporcie został przedstawiony do wizyty lekarskiej, gdzie go uznano ciężko chorym.

Ponieważ tego rodzaju postępowania sztabowego wachmistrza Długonia jest wysoce krzywdzące żołnierzy, zapytują podpisani:

„1. Czy panu Ministrowi wiadome są stosunki powyższe w majdanie końskim w Wieliczce?

2. Czy pan Minister zechce pouczyć komendę majdanu, iż maltretowanie żołnierzy nie jest bezwarunkowo dopuszczalne?

3. Czy pan Minister zechce zarządzić, aby tego rodzaju wypadki więcej się nie powtórzyły?“

Wiedeń, 25. października 1917.

Liebermann.	Klemensiewicz.
Moraczewski.	Łyszczarz.
Dr. Marek.	Madej.
Kubik.	Śliwiński.
Cingr.	Diamand.
Stapiński.	T. Reger.

Authentische Übersetzung.

1305
I

Anfrage

des

Abgeordneten Zygmunt Klemensiewicz und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend das Martern der Soldaten im Pferdedepot in Wieliczka.

Wenn man den Soldaten an der Front die größtmögliche Fürsorge angedeihen lassen muß, ist wohl kein Grund vorhanden, um die wegen höheren Alters, wegen Krankheit oder Invalidität für den Etappendienst bestimmten Soldaten unnützen Quälereien und Martern auszusetzen. Es ist heiligste Pflicht der militärischen Behörden, für alle Soldaten zu sorgen und die überhandnehmende Willkür einzelner Organe mit größter Strenge zu unterdrücken.

Als Beispiel dafür, wie die Soldaten des Etappendienstes gequält werden, mögen die Zustände im Pferdedepot in Wieliczka dienen:

Der Landsturmmann Karl Zboś, 42 Jahre alt, am 2. April 1917 zur Dienstleistung beim 13. J. R. in Neu-Sandez eingerückt, ist im Spital des Roten Kreuzes in Neu-Sandez durch 3 Monate und 7 Tage an einer schweren Lungenentzündung krank gelegen. Von Neu-Sandez wurde er als Rekonvaleszent nach Olmütz abgeschoben und nach drei Tagen, ohne vorherigen Erholungsurlaub, zum Kader weggeschickt, wo er der Traindivision Nr. 1 zugewiesen worden ist. Schließlich wurde er beim Pferdedepot in Wieliczka eingeteilt.

Die in den Stallungen des Pferdedepots herrschenden Verhältnisse sind geradezu ein Hohn. In diesen Stallungen (Eigentum der Salinenverwaltung), ungefähr 30 Meter lang und 10 Meter hoch, sind 45 bis 50 Pferde untergebracht. Ein großer Teil der Soldaten, ungefähr 50 Mann, muß nach der schweren und aufreibenden Arbeit in diesen Stallungen zusammen mit den Pferden in dem Mist und den Abfällen derselben schlafen.

Der Landsturmmann Zboś wurde in die Dorfgemeinde Zabawa zum Kartoffelausgraben geschickt, obwohl er keine entsprechende Bekleidung, Mantel und Schuhe besitzt, welche ihm bei seinem schwachen Gesundheitszustande das Arbeiten bei kaltem Wetter ermöglicht hätten. Infolgedessen ist Zboś krank geworden und hat beim Rapport um seine Vorführung zur Marodenvisite gebeten. Der Stabswachtmeister Dlugoń, über dessen ungemein strenges und brutales Vorgehen sich die Soldaten beschweren, hat den Zboś dem Arzt nicht vorgeführt, aber anstatt dessen, obwohl er schon schwer krank war, mit zweieinvierteltägigem Einzelnarrest bestraft! Erst am dritten Tage ist er nach dem Rapport zur Marodenvisite befohlen worden, bei der er als schwer krank befunden wurde!

Da die Soldaten durch dieses Vorgehen des Stabswachtmeisters Dlugoń gequält werden, stellen die Gefertigten die Anfragen:

„1. Sind dem Herrn Minister die geschilderten Zustände im Pferdedepot in Wieliczka bekannt?

2. Ist der Herr Minister bereit, das Kommando des Pferdedepots zu belehren, daß das Quälen der Soldaten unbedingt unzulässig ist?

3. Ist der Herr Minister bereit, das Erforderliche zu veranlassen, damit sich derartige Vorfälle nicht mehr wiederholen?"

Wien, 25. Oktober 1917.

Klemensiewicz.
Diamand. Cingr. Dr. Marek.
Stapiński. Łyszczarz.
Kubik. Moraczewski.
Madej. Reger.

1306
I

Zapytanie

posła Zygmunta Klemensiewicza i towarzyszy do pana Ministra obrony krajowej w sprawie wycofania z armii żołnierzy powołanych do służby pomocniczej (grupa C).

Ekonomiczne położenie kraju wymaga jak najszybszego dostarczenia odpowiedniej ilości rąk do pracy zarówno na roli jak w fabrykach i warsztatach. Ten brak rąk roboczych da się w znacznej mierze usunąć, jeżeli ze strony zarządu armii okaże się dobra chęć i dobra wola, co powinno przecież mieć miejsce we własnym interesie armii, jeżeli już nie kraju całego.

Faktem jest, iż zarówno kadry pułkowe czy batalionowe, zarówno szpitale jak i domy dla ozdrowieńców mają dziesiątki tysięcy pospolitaków, rolników i robotników, którzy zarówno skutkiem złego odżywiania jak nie mniej skutkiem chorób są w armii do żadnej pracy, ani służby niezdolni. Ale ludzie ci powróceni na łono rodziny, odzyskają niewątpliwie siły do pracy, dzięki domowej opiece i bądź co bądź, lepszemu odżywieniu, aniżeli to dziś ma niestety miejsce w kadrach armii. Przybędą w ten sposób w krótkim czasie bardzo znaczne siły robocze do pracy w kraju, co z natury rzeczy i dla armii jest sprawą niezmiernego przecież znaczenia.

W uwzględnieniu powyższych faktów zapytują podpisani:

„Czy pan Minister obrony krajowej zechce w porozumieniu z Ministrem wojny przeprowadzić zbadanie tych pospolitaków, którzy dziś zupełnie bezpotrzebnie, ze szkodą dla armii, kraju i siebie przebywają w kadrach pułkowych, batalionowych, schroniskach dla rekonwalescentów, żołnierskich domach zdrowia itp. i tych z pośrednich, których do dalszej służby wojskowej użyć nie można, w jak najkrótszym czasie stale względnie na pewien czas zwolnić ze związku armii?“

Wiedeń, 25. października 1917.

Zygmt. Klemensiewicz.

Moraczewski.	Łyszczarz.
Diamand.	Madej.
T. Reger.	Kubik.
Liebermann.	Cingr.
Dr. Marek.	Jan Stapiński.
Śliwiński.	

Authentische Übersetzung.

1306
I

Anfrage

des

Abgeordneten Siegmund Klemensiewicz und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Enthebung der im Hilfsdienste stehenden Soldaten (Gruppe C).

Die volkswirtschaftliche Lage des Landes erfordert die schleunigste Beistellung der erforderlichen Anzahl von Arbeitskräften sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Fabriken und Werkstätten. Der Mangel an Arbeitskräften würde zum überwiegenden Teile sofort behoben werden, wollte die Armeeverwaltung den guten Willen zeigen, welchen man wohl im eigenen Interesse der Armee, wenn schon nicht in jenem des ganzen Landes voraussetzen darf.

Es ist die Tatsache, daß sowohl in den Regiments- und Bataillonskadern als auch in den Spitälern und Rekonvaleszentenheimen viele tausende Landwirte und Arbeiter als Landsturmmänner festgehalten werden, trotzdem sie infolge der Unterernährung und verschiedener Krankheiten zu keiner Arbeit oder Dienstleistung geeignet sind. Diese Leute würden aber bestimmt im Kreise ihrer Familien dank einer besseren Pflege und Ernährung viel früher ihre Kräfte wieder erlangen, als dies bei den Kadern der Armee leider der Fall ist. Auf diese Weise würden in einer kurzen Zeit namhafte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, was naturgemäß auch für die Armee eine ungeheure Bedeutung hätte.

Angesichts dieser Tatsachen fragen die Gefertigten:

„Ist der Herr Minister für Landesverteidigung geneigt, im Einvernehmen mit dem Kriegsminister jene Landsturmmänner, die heutzutage zum Schaden der Armee, des Landes und zu ihrem eigenen Nachteil in den Regiments- und Bataillonskadern, Rekonvaleszentenheimen und Militärspitälern vollkommen zwecklos festgehalten werden, untersuchen zu lassen und anzuordnen, daß jene von denselben, die zu einem weiteren Militärdienste ungeeignet sind, baldmöglichst definitiv oder auf eine bestimmte Zeit von dem Armeeverbande enthoben werden?“

Wien, 25. Oktober 1917.

Moraczewski.	Klemensiewicz.
Liebermann.	Madej.
Diamand.	Kubik.
T. Reger.	Łyszczarz.
Dr. Marek.	Śliwiński.
Jan Stapiński.	Cingr.

1307
I

Zapytanie

posła Zygmunta Klemensiewicza i towarzyszy do pana Ministra obrony krajowej w sprawie przeniesienia z linii bojowej żołnierzy, którzy w linii służą bez przerwy od czasu wybuchu wojny.

Rok czwarty ciągnąca się bez przerwy wojna dała sposobność żołnierzom wszystkich narodów Austryi do okazania swego męstwa, nadzwyczajnej ofiarności, niezwykłej pogardy śmierci, częstokroć prawdziwego bohaterstwa. Ale nowoczesna technika wojenna, niezmierne trudy wojenne, niebywałe przemęczenie ducha i ciała wyłączyły z biegiem tego krwawego czasu tych wszystkich, którzy tym wymaganiom podołać nie mogli, których rany i trudy bojowe zmogły ostatecznie. To też dzisiejsze formacye pułkowe zawierają zupełnie inny materyał ludzki, aniżeli pułki, które w pamiętnych dniach sierpniowych 1914. roku ciągnęły na wojnę. Z żołnierzy, którzy wtedy wymaszerowali, zostaje dziś na pułk 4, 6, 8 ludzi najwyżej.

Tych nic nie zdołało złamać, ci się nie dali zmoc ani trudom, ani zmęczeniu, ani chorobom. Stoją rok czwarty miernie w szeregu...

I o nich tu właśnie chodzi! O tę maleńką garstkę niepokonanych, którzy chyba przez te trzy przeszło lata wojny dosyć złożyli dowodów swej wartości jako obywatele-żołnierze!

I dlatego podpisani zwracają sie z zapytaniem:

„1. Czy pan Minister nie zechciałby tych żołnierzy, którzy rok czwarty stoją w linii bojowej bez przerwy — polecić z linii wycofać z przeznaczeniem do służby pozafrontowej?

2. Czy panu Ministrowi wiadomo, iż tego rodzaju zarządzenie — zupełnie słuszne i sprawiedliwe na zupełne uznanie zasługujące — przeprowadzono w wielu pułkach, z wyjątkiem pułków, złożonych z Polaków?

3. Czy więc pan Minister zechce to zarządzenie polecić rozciągnąć i na pułki złożone z żołnierzy Polaków, względnie od tego zarządzenia — żołnierzy Polaków nie wykluczać?“

Wiedeń, 25. października 1917.

Dr. Marek.	Zygmt. Klemensiewicz.
Śliwiński.	Moraczewski.
Diamand.	Liebermann.
T. Reger.	Cingr.
Madej.	Stapiński.
Łyszczarz.	Kubik.

Authentische Übersetzung.

1307
I

Anfrage

des

Abgeordneten Zygmunt Klemensiewicz und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Zurückziehung aus der Feuerlinie jener Soldaten, welche seit Kriegsausbruch ununterbrochen im Feuer stehen.

Der bereits vier Jahre dauernde Krieg hat den Soldaten aller Völker Österreichs Gelegenheit gegeben, Tapferkeit, außerordentliche Opferwilligkeit, Todesverachtung und nicht selten wahren Heldenmut zu beweisen. Aber die moderne Kriegstechnik, die unglaublichen Kriegsstrapazen, die geistige und körperliche Überanstrengung haben mit der Zeit von den weiteren Kämpfen alle ausgeschlossen, welche diesen Anforderungen nicht gewachsen waren oder durch Verwundungen oder sonstige Anstrengungen kampfunfähig wurden. Die gegenwärtigen Regimentsformationen weisen demnach ein ganz anderes Menschenmaterial auf, als es beim Auszug in den Krieg in den denkwürdigen Augusttagen des Jahres 1914 der Fall war. Von den Soldaten, welche damals ausgerückt waren, sind gegenwärtig in jedem Regiment vier, sechs oder höchstens acht Mann vorhanden.

Diese Soldaten konnten durch nichts gebrochen werden, weder durch Strapazen noch durch Mühsal oder Krankheiten. Sie stehen bereits das vierte Jahr treu im Kampfe.

Um diese Männer handelt es sich gerade! Es sind hier diese wenigen Männer gemeint, die durch nichts bezwungen werden konnten und während dieses mehr als drei Jahre dauernden Krieges genügend Beweise ihres Wertes als Soldatenbürger an den Tag gelegt haben.

Demnach stellen die Gefertigten die Anfrage:

„1. Wäre der Herr Minister bereit, anzuordnen, daß diejenigen Soldaten, welche bereits das vierte Jahr ohne Unterbrechung in der Feuerlinie stehen, aus der Front zurückgenommen und zur Dienstleistung hinter der Front bestimmt werden?

2. Ist es dem Herrn Minister bekannt, daß diese vollkommen richtige, gerechte und anerkennenswerte Maßnahme in vielen Regimentern, aber mit Ausschluß jener Regimenter durchgeführt wurde, die aus Polen gebildet sind?

3. Ist der Herr Minister bereit, die Verfügung zu treffen, daß die gedachte Maßnahme auch auf jene Regimenter erstreckt werde, welche aus Polen bestehen, beziehungsweise, daß die polnischen Soldaten bei dieser Maßnahme nicht ausgenommen werden?"

Wien, 25. Oktober 1917.

Dr. Marek.	Klemensiewicz.
Stapiński.	Madej.
Reger.	Łyszarz.
Moraczewski.	Diamand.
Kubik.	Cingr.
Śliwiński.	Dr. Liebermann.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

3556

Anhang I.

Anträge.

(Urtexte.)

227
A

Predlog

poslancev dra. Korošca, dra. L. Pogačnika, dra. Jankoviča in tovarišev

glede invalidov.

Preskrba invalidov je v vsakem oziru povsem nezadostna.

C. kr. vlada se pozivlja, da čimprej predloži državnemu zboru zakonski načrt, s katerim

1. Invalidske penzije in ranjeniške doklade primerno regulira in zviša. Pri tem je napraviti večje število kategorij poškodb, kakor jih pozna sedanji zakon;

2. nalaga avtonomnim uradom, javnim podjetjem, akcijskim družbam, bankam itd., da morajo vzeti določeno število invalidov v službo, pri čemer je invalidom zasigurati minimalno mezdo;

3. sili državo samo, da pri oddaji svojih služb v večji meri nego zdaj vpošteva invalide;

4. prizna nujno potrebo invalidskih šol s slovenskim učnim jezikom, v prvi vrsti šol kmetijskega in obrtnega, a tudi trgovskega značaja;

5. zagotovi ustanovitev trajne protezne delavnice v Ljubljani, ki bo oskrbovala poprave protez vojnim invalidom, oziroma izdelovala nove proteze;

6. Zagotovi invalidom, ki po superarbitriranju bolehajo in trpe na posledicah svojih ran brezplačno zdravniško pomoč in brezplačna zdravila.

Dr. K. Verstovšek.	Dr. Korošec.
Dr. Dulibić.	Dr. L. Pogačnik.
Dr. Benkovič.	Dr. Jankovič.
Fon.	Gostinčar.
Dr. Gregorčič.	J. Hladnik.
Brenčič.	Dr. V. Ravnihar.
Jarc.	Dr. Rybář.
Spinčić.	Dr. Laginja.
Perić.	Roškar.
Pogačnik.	Fr. Demšar.

228
A

Predlog

poslancev Fona, dra. L. Pogačnika in tovarišev

glede povračila vojnih škod.

1. C. kr. vlada se pozivlja, da čim preje predloži državnemu zboru zakonski načrt o povračilu vojnih poškodb.

Zakon naj temelji na sledečih načelih:

a) Povračilo vojnih poškodb, ki so bile prizadete avstrijskim podanikom na avstrijskem ozemlju; je obvezana avstrijska državna polovica izvršiti takoj, ne glede na tozadevna pogajanja z Ogrsko.

b) Povrniti se ima vsa materijalna neposredna škoda, ki je nastala državljanom na katerihkoli predmetih nepremičnega ali premičnega premoženja.

c) Povrniti se ima vsaka taka škoda, ako je le posledica vojnih dogodkov; zlasti ne glede na to, ali je škoda nastala po sovražnem ali našem vojaštvu ali po civilnem prebivalstvu.

d) Višina in uporaba odškodnine se določi najprej v upravnem postopanju; poškodovancu pa je v vsakem slučaju pridržana za uveljavljenje njegovih pravic tudi civilno-sodna (pravna) pot.

2. C. kr. vlada se pozivlje, da vso škodo nemudoma uradno ugotovi.

Fon.
Dr. L. Pogačnik.
Dr. Rybář.
Pogačnik.
Laginja.
Dr. K. Verstovšek.
J. Hladnik.
Spinčić.
Dr. V. Ravnihar.
Dr. Gregorčič.
Gostinčar.

Roškar.
Dr. Korošec.
Dr. Benkovič.
M. Brenčič.
Dr. Jankovič.
Dr. Dulibić.
Pišek.
Perić.
Jarc.
Fr. Demšar.

229
A

Návrh

poslance Hráského a soudruhů,

na novostavbu nádražní budovy a přestavbu nádraží v Nymburce.

Stanice nymburská, jedna z největších a nejdůležitějších na dráze severozápadní, která již dřívějším předválečným požadavkům dopravy při nejmírnějších nárocích nestačila, potřebuje naléhavě značného rozšíření aby stále rostoucí dopravě plně hověti mohla.

V prvé řadě platí to o staniční budově přijímací. Ta budiž vystavěna dle dříve již vypracovaného projektu (velkého*) — to jest jako novostavba moderní, s podzemními nástupišti k osobním vlakům, všem dopravním i hygienickým požadavkům plně odpovídající. Nynější budova využita budiž k interním, služebním účelům, zejména pro úřední byty.

Nynější budova hlavní je na dané poměry naprosto nedostatečnou, vykazujíc celou řadu vad.

Chybí řádná, slušná kancelář pro náměstka přednosty stanice. Týž musí nyní obcházeti budovu, prodírat se buď vcházejícím nebo vycházejícím obecenstvem, aby mohl z peronu dostati se do své kanceláře; ta ma jediný vchod a to z ulice, vedle toho jest neobyčejně malá, ač jen pro jednoho úředníka určena, jest používána ještě úředníkem školním (Schulbeamte), který by též měl míti kancelář svou vlastní.

Dále kancelář dopravní (Verkehrsbureau). Je to malá, tmavá, několika psacími stoly, pak stoly s telegrafními i různými jinými apparáty a konečně 2 skříněmi zastavena, takže v ní dva dopravní úředníci a dva telegrafisté sotva místa mají.

Totéž platí o kanceláři telegrafní (Telegraphenbureau), kde tou dobou umístěno je 18 telegrafních apparátů, jedna velká telefonní centrála, státní telefon, několik skříní a pak několik stolů.

Ježto se všechny telegrafní apparáty do jedné řady nevešly, bylo nutno 5 telegrafních apparátu postaviti i s příslušnými stoly, do řady druhé v pološeru, kde za tmavších dnů i za dne svítiti se musí.

Dále chybí řádná místnost pro osobní pokladny; ty jsou tři, dvě z nich jsou tou dobou současně otevřeny. Jediné okno téže kanceláře poskytuje denního světla jen té manipulantce, která sedí u okna samého, kdežto manipulantka druhá, oddělena je od okénka zděnou příčkou a kamny, zabraňujícími ve dne přístupu světla, takže se ona část místnosti po celý den uměle osvětlovati musí. Jak zhoubně to na oči i nervy působí, je samozřejmo.

Chybí řádné místnosti pro manipulaci se zavazadly, místnost pro portýry, staniční sluhy a konečně šatna i toileta.

*) Na rozdíl od projektu malého, dle kteréhož by měla býti budova staniční jen částečně přistavěna.

Dosavadní pro zavazadla určená místnost je pro tuto manipulaci naprosto neupotřebitelnou — ježto není v ní ani místa pro decimální váhu, natož pak pro zavazadla. Veškeré vážení zavazadel musí obstaráno býti na peroně, beztak úzkém, kdež také zavazadla po odvážení až skoro do odjezdu toho kterého vlaku jsou deponována a při větší frequenci, zejména o výročních trzích do výše nakupena, čímž průchod obecenstva po peroně úplně znemožněn.

Čekárny jsou co do prostory neobyčejně ubohé. Čekárna třetí třídy je současně restaurací třetí třídy a ježto se v ní neustále a většinou z dýmek kouří, je v místnosti otravná atmosféra. Čekárna II. třídy jest tak malá, že sejde-li se trochu více cestujících, není v ní hnutí. Místo prostorného vestibulu pouze těsná chodba. Místo šatny, malá, obyčejná z prken zbitá budka. umístěná v hlavní chodbě (vestibulu), podobná na vlas budkám výběrčích u mostů. Více místa pro větší šatnu v chodbě vůbec není a překáží ostatně i tato budka při vchodu i východu.

Toilety vůbec chybí. Záchody jsou v ubohém stavu, zcela primitivní, bez vodního splachování.

V nové budově nádražní nebudiž opomenuto ordinační síně pro železničního lékaře s řádnou čekárnou, dále učebního sálu pro staniční personál. druhý sál přednáškový, kancelář pro školního úředníka (Schulbeamte) a konečně několik kanceláří pro administrativní a pomocný personál staniční.

S novou staniční budovou též úzce souvisí stavba poštovního úřadu nádražního se všemi tím podmíněnými vedlejšími místnostmi, i skladištěm pro poštovní zásilky. Dosavadní místnosti poštovní jsou jen dvě a podobají se spíše tmavým kobkám žalářním, než místnostem úředním. Za skladiště poštovních zásilek slouží zatím bývalý železniční vůz!

Další. co vyžaduje úplně nové budovy je skladiště nákladové. Nynější skladiště nehoví ani v nejmenším. Ježto je skladiště prostorově nepatrné. musí velká většina zboží ležeti na volném prostranství otevřené rampy — čímž zásilky neobyčejně trpí — jsouce vydány, při nepříznivém počasí jisté zkáze, ježto není s dostatek plachet, aby všechny přikryty a tak chráněny býti mohly.

O novostavbě tohoto skladiště bylo již před válkou jednáno. Je samozřejmo, že při novostavbě skladiště musí zřízeny býti též pokladny a kanceláře pro vydej a příjem zboží, kancelář pokladny staniční a konečně řádná kancelář pro skladníka a ostatní personál skladištní.

Personál skladištní má nyní své útulky v místnostech hygienicky nemožných. což platí i o kanceláři pro nákladovou pokladnu. Přes to pracuje tam po celý den v jedné místnosti 6 až 7 osob, právě tak i v expeditu.

Další novostavby jest třeba k umístnění kasáren pro průvodčí vlaků, posunovače, skladního dozorce majícího službu u osobních a nákladních vlaků, transiteura, zapisovače vozů, vozmistra, personál pro technickou revisi vlaků, pro lampáře, zámečníky, čidiče vozů i skladištní dělníky.

Dále zřízena a účelně vypravena budiž lampárna, zámečnická dílna, místnost pro uschování různých předmětů a requisit pro vytápění železničních vozů a konečně příruční skladiště pro staniční inventář a materiál, jakož i účelné, bezpečnosti odpovídající skladiště petroleje, lihu benzinu a jiných podobných neb výbušných látek.

Mnohé, uvedeným účelům sloužící místnosti jsou zatím nahraženy starými železničními vozy, co do prostory tedy neobyčejně sporými — některé místnosti pro tyto účely chybí vůbec.

Pokud se technického vypravení a vybudování stanice týče, i tu bude třeba radikálního zasáhnutí, ježto po léta skoro ničeho většího neprovedeno, takže stanice jen stěží dostáti může do ní kladeným požadavkům, což při velké a stále rostoucí dopravě jen neobyčejné zdatnosti a svědomitosti účastněného úřednictva a zřízenectva děkovati dlužno.

V prvé řadě postrádá tato stanice úplně zabezpečovacího blokového zařízení (Sicherungsanlage). O bezpečnost dopravy má být postaráno uzávěrou celé řady výhybek a to Götzovými zámky, kteréž jsou na dotyčné výhybky pouze namontovány a kteroužto uzávěru respektive uzamčení obstarává po předběžné revisi výhybek jich kontrolor.

Vzhledem k tomu, že při vší svědomitosti a spolehlivosti kontrolora výhybek není vyloučena možnost opomenutí uzamčení některé z nich, ať už z příčiny jakékoliv. stává se tato bezpečnost illusorní a to tím spíše, ježto při vjezdu neb výjezdu vlaků výhybka ani nemusí být uzavřena a vlak přece přes ni může vjeti neb vyjeti.

Z toho patrno, že při vší svědomitosti i opatrnosti službu konající úředník, kterému by nebylo možno o správnosti postavení výhybek a uzamčení jich osobně se přesvědčiti, nemá vlastně žádné jistoty, že vlak správně buď vjede neb vyjede.

Tyto eventuality jsou při zabezpečovacím ústroji (Sicherungsanlage) vůbec vyloučeny — ježto uzávěr výhybek při tomto zařízení je vždy v rukou službu konajícího úředníka, výhybkář jen postavení výhybek obstarává, aneb na vyzvání úředníka přijíždějícímu vlaku na volný vjezd neb výjezd návěšt postaví a uzavření úředník opatří.

Pro tuto jistotu je tedy zabezpečovací blokové ústrojí (Sicherungsanlage) zejména pro velké stanice nesmírné důležitosti již k bezpečnosti dopravy, i osob při osobních vlacích a právě proto bylo by tohoto zařízení v Nymburce jakož i ve všech důležitějších stanicích nevyhnutelně žádoucí. Je to již tím spíše nutno, Že v dobách předválečných nymburskou stanicí projíždělo všemi čtyřmi směry (Poříčany, Praha—Děčín, Mladá Boleslav a Vídeň) celkem až 130 vlaků za 24 hodin — tedy číslice velice slušná, že nepřihodilo se při tak neobyčejně silné dopravě a úžasně primitivních, bezpečnostních opatřeních vážnějšího neštěstí, lze jedině zdatnosti a svědomitosti úřednictva a zřízenectva přičísti.

S novým zabezpečovacím blokovým zařízením úzce souvisí přestavba, po případě úprava kolejové sítě ve stanici, kterážto již dříve, před válkou požadavkům nestačila, o dnešních poměrech ani nemluvě.

Kalamity zaviněné jen nedostatkem místa v Nymburce opakují se v posledních létech nejen při silné dopravě podzimní, ale i vždy při trochu silnější dopravě během celého roku. Nákladní vlaky bývají z nedostatku místa a postranných kolejí pak zadržovány ve vedlejších malých stanicích a ježto tyto také nadbytkem kolejí neoplývají, další vlaky i ve větších vzdálených stanicích zadržovány jsou, čímž vznikají značná zpoždění i nepravidelnost dopravy, kteráž se pak nedostatkem místa, zadržováním lokomotiv ještě stupňuje a přenáší nejen na další vlaky nákladní, osobní i rychlíky, což zejména v době válečné bylo častokráte pozorováno, kdy i osobní vlaky — o nákladních ani nemluvě — doznaly zpoždění několikahodinného.

Za příčinou pravidelnosti a tím i bezpečnosti dopravy je nutno rozšířiti v Nymburce kolejovou síť pro vlaky nákladní i osobní, upraviti zvlášť část nádraží jako seřaďovací, aby posunování nebylo ani vjezdem, ani výjezdem jiných vlaků rušeno. To týká se zejména strany k Mladé Boleslavi a k Praze, kde současně není možno vlaky vypravovati a posunovati.

V poslední době byly nymburské dílny na straně jižní, to jest k Vídni, na úkor stanice značně rozšířeny, kdežto stanici samé nedostalo se toho nejmenšího zlepšení, ač poslední zvětšení dílenské kolejové sítě znemožňuje rozvoj stanice do šířky. Na straně druhé, a sice ku Praze a Mladé Boleslavi vadí rozšíření stanice topírna, sice jedna z největších v Rakousku, jejíž přeložení na nynější lokální nádraží dlužno též konečně uvážiti a to z důvodů nutného zvětšení.

Toto rozšíření stanice bylo by ovšem jen dočasné; měla-li by se však tato otázka řešiti důkladně a trvale, to jest tak, aby nová úprava stanice nebyla jen zase zatímní, nýbrž trvalá do budoucna, pak musilo by nynější nádraží nymburské sloužiti jen jako nádraží pro dopravu osob, kdežto nádraží lokální dráhy musilo by být přestavěno v nádraží nákladní se všemi moderními náležitostmi. Spojení trati od Děčína pro vlaky nákladní s nynějším lokálním nádražím bylo by snadno proveditelné.

V obou těchto případech musí však konečně dojíti k onomu dávno již chystanému projektu, totiž k převedení veškeré dopravy z tratě Poříčany—Jičín přímo do hlavního nádraží nymburského.

Že by ovšem počet kolejí vzhledem k rozšíření provozu při převedení veškeré dopravy jmenované trati do hlavního nádraží musil býti podstatně zvětšen, je samozřejmo. Též musila by býti trať na straně severní (k Mladé Boleslavi a Praze) v místech, kde protíná říšskou silnici ku Mladé Boleslavi, přepnuta lávkou pro pěší, by osobní frekvence neustálým uzavíráním závor pro častý vjezd nebo výjezd vlaků směrem ku Praze, Děčínu, Mladé Boleslavi a Jičínu a konečně i pro neustálé posunování nebyla stále rušena.

Ještě jest třeba se zmíniti o nutnosti stavby zřízeneckých, hlavně ale úřednických bytů v Nymburce, anať v nynější době panuje v Nymburce citelná nouze o byty, hlavně o úřednické. Stavby buďtež řešeny po způsobu villovém, nikoliv jako dosavad kasárnami a budiž přihlíženo

k tomu, by nejen byty byly moderně a hygienicky vypraveny, ale aby byly i poměrně levné opatřeny jsouce každý nejen dvorkem, ale i zahrádkou, třeba malou, tak jako je tomu již dávno v jiných státech, kde se to nejen ku prospěchu zřízenců, ale i státu samého osvědčilo.

Navrhujeme proto:

Slavná sněmovno, račiž se usnésti:

„C. k. vláda se vyzývá, aby s novostavbou nádražní budovy a přestavbou nádraží v Nymburce co nejdříve započala."

Po smyslu formelném žádáme, aby návrh ten bez prvního čtení přikázán byl výboru železničnímu.

Ve Vídni, 6. listopadu 1917.

	Hráský.
Jos. Švejk.	Funk.
Vojta.	Smrček.
Hyrš.	Maštálka.
Dr. Lukavský.	Exner.
Fiedler.	Č. Lisý.
Kalina.	Stříbrný.
Dr. Koerner.	Dr. E. Formánek.
Čech.	Kratochvíl.
Franta.	Dr. Šubrt.
Tobolka.	J. Sedlák.

230
―
A

Návrh

poslance Hráského a soudruhů

na zakoupení staveniště na Letné pro českou vysokou školu v Praze a na zahájení výstavby celého komplexu potřebných budov na místě tomto.

Česká vysoká škola technická v Praze, založením svým, buďsi jako škola inženýrská z počátku 18. století, aneb jako stavovský ústav polytechnický z počátku 19. století, nejstarší to technické učení v celé střední Evropě a od roku 1913 až 1914 nejčetněji — Vídeň nevyjímaje — navštěvovaná vysoká škola technická v Rakousku uchází se ode dávna vším možným úsilím o řádné ubikace, any nynější jsou naprosto nedostatečny.

K vysvětlení uvádíme jen tolik, že jest vyučování posluchačů roztříštěno do 19 budov, obyčejných to činžáků, daleko od sebe vzdálených, takže přecházení posluchačů z přednášky do přednášky do různých domů sdržuje a značné poruchy ve vyučování působí, že tím v zimě i zdraví posluchačů trpí, jest zjevno.

V jakém stavu jsou posluchárny a cvičební místnosti — o podružných místnostech ani nemluvě — dokazuje nejlépe výrok bývalého ministra vyučování dra. Hartla, že jsou „evropským skandálem“, dále, že v říjnu 1913 se strop celé jedné hlavní budovy sřítil, konečně i laiku je patrno, že v činžáku nelze účelné učebné síně zříditi, při čemž spousta vedlejších místností najatých domů zůstává nepoužita, ovšem k neprospěchu finančních nákladů státu.

O těchto záležitostech po celé čtvrtstoletí jednalo se i zde na radě říšské a mnohá případná karakteristika odkládacích a sdržovacích soustav vládních a různých ministrů vyučování zde byla vyřknuta — vyzněla, ministr se otřásl a zase se nestalo ničeho — vláda se uchopila nějakého šibru a odkládalo se dále.

Za ministra dra. Hussarka připadli na nový prostředeček odkladu, prý se sbor profesorský nedovedl rozhodnout pro staveniště. V té příčině uvádíme na základě fakt, jak následuje:

Již čtyry léta jsou tomu, co upozornil sbor profesorský svým memorandem ze dne 31. října 1913 na aktuelní nedostatky c. k. české vysoké školy technické v Praze a snažně žádal vládu, respektive ministerstvo kultu a vyučování, aby zakoupily pozemek na Letné pro výstavbu nových budov této vysoké školy technické.

Vláda sice vyslala v prosinci roku 1913 své zástupce do Prahy jednat o staveništi pro novostavby české techniky, ale dosud nesdělila se sborem profesorským, že pomýšlí zakoupiti staveniště na Letné, pro které se týž rozhodl a je při místním řízení co nejlépe doporučoval.

Naproti tomu v dubnu 1914 bylo sboru profesorskému oznámeno tehdejším rektorem, že c. k. ministerstvo financí zakoupiti hodlá staveniště pro c. k. českou vysokou školu technickou v Praze na Král. Vinohradech.

Sbor profesorský vzal sice tuto zprávu na vědomí, domnívaje se, že děje se tak v důsledku jeho usnesení ze dne 16. prosince 1913, obsaženého ve slovech:

„Sbor profesorský c. k. české vysoké školy technické v Praze pokládá za svoji povinnost, zjednati staveniště pro vysokou školu technickou nejprve v Praze a teprve kdyby proti všemu očekávání objevily se nepřekonatelné překážky, uvádí jako nejblíže způsobilé staveniště pozemek na Král. Vinohradech."

Když však poznal sbor z dalšího jednání s pražskou radou městskou, že přerušeno bylo řízení o koupi staveniště letenského, aniž se vůbec nějaké překážky naskytly, nerci-li nepřekonatelné, aniž vůbec o tom zpravena byla obec pražská, setrval při svém původním, zásadním, jednomyslném usnesení, zjednati staveniště pro vysokou školu technickou nejprve v Praze a pokračoval v jednání se zástupci města Prahy, až dospělo se k staveništi podle Rudolfových sadů, které nabízí rada královského hlavního města Prahy c. k. vládě za 800.000 K, to jest za tutéž částku, jakou by stál pozemek na Král. Vinohradech.

Sbor profesorský rozhodl se pro tuto nabídku města Prahy a žádal již v srpnu 1916 písemně i osobně svými delegáty vládu, respektive súčastněná ministerstva, aby dle této nabídky zakoupily staveniště na Letné. Tím dokázal, že splněna býti mohou jeho základní usnesení, a to jak ze dne 10. května roku 1911, „že souhlasí se stavbou c. k. české vysoké školy technické na volném prostranství mimo nynější stanoviště na Karlově náměstí, když by jí bylo umožněno získati v brzkém čase moderní, v každém směru rozvoji technických věd odpovídající budovu techniky" tak i jeho usnesení ze dne 16. prosince 1913, „že pokládá za svoji povinnost zjednati staveniště pro vysokou školu technickou nejprve v Praze."

Z toho jest zřejmo, že odklad stavební akce není vinou sboru profesorského, nýbrž nechutí vlády, pro české vysoké školy technické nejnezbytnější podmínku „přiměřených budov" opatřiti.

Se zřením k neudržitelným poměrům ubikačním nyní již trvajícím a ku zhoršení, jež přirozeně po válce nastane, vždyť nával posluchačů ku vědám technickým bude neobyčejný, žádáme a navrhujeme:

Slavná sněmovno, račiž se usnésti:

„1. C. k. vláda vyzývá se, by zakoupila od pražské obce pro stavbu budov pro c. k. českou vysokou školu technickou v Praze staveniště na Letné a se stavbou bez odkladu započala.

2. C. k. vláda vyzývá se, aby do rozpočtu 1917/18 dodatně vložila k tomu přiměřený úvěr."

Po stránce formelné navrhujeme, aby tento návrh přikázán byl bez prvého čtení výboru budžetnímu.

Ve Vídni, 6. listopadu 1917.

J. V. Hráský.

Dr. Lukavský.	Jos. Švejk.
Fiedler.	J. Sedlák.
Funk.	Smrček.
Maštálka.	Kalina.
Exner.	Dr. Koerner.
Čech.	Vojta.
Hyrš.	Dr. E. Formánek.
Dr. Šubrt.	Tobolka.
Kratochvíl.	Franta.
Č. Lisý.	Stříbrný.

231
A

Návrh

poslance Hráského a soudruhů

na dostavbu nádraží dráhy severozápadní v Lázních Poděbradech.

Stanice Lázně Poděbrady v posledních letech následkem neobyčejného rozkvětu místních uhličitých lázní doznala znamenité frekvence osobní, při čemž ukázalo se, že tato stanice, a zejména její budova přijímací požadavkům osobní dopravy nevyhovuje, ale i Poděbrady jako lázeňské město nikterak nerepresentuje.

V prvé řadě jsou to čekárny I., II. i III. třídy, kteréž jsou prostorově tak sporé, že jen při trochu silnější frekvenci jsou i s verandou a peronem přeplněny.

Povšimnutí zasluhuje nynější místnost pro zavazadla, ta sloužiti má současně za lampárnu, za útulek portýrům a staničním sluhům. Místnost ta je tak malá, že tam k expedici určená zavazadla vůbec místa nemají a hned po odvážení na peron přeloženy býti musí, kde ve vysoké hromady nakupeny, peron zcela zabírají, což zejména v době hlavní lázeňské sezony k nesnesitelným obtížím příčinu dává. Tøuto manipulací jest nejen cestující obecenstvo hrubě obtěžováno, pobyt na peroně naprostě znemožněn a zavazadla neustálým smýkáním s místa na místo jen zbytečně poškozována jsou.

Dosavadní místnost osobní pokladny je opravdovým unikem. Je to místnost asi 5 m² velká, zastavená skříněmi, pouze s jediným úzkým oknem; je tmavá a musí se poměrně brzo za dne osvětlovati; kamen v ní není. Vzhledem k neobyčejné frekvenci osobní za sezony je třeba zříditi pokladny dvě — aby lístky, a to do všech stanic současně u obou pokladen vydávány býti mohly. Dřevěná budka na verandě, kde v předválečných letech se též lístky prodávaly, je jako druhá pokladna naprosto nedostatečná. Při této příležitosti budiž také připomenuto, aby za příčinou rychlé expedice pro cestující do Poděbrad a z Poděbrad ku pohodlí obecenstva postaráno bylo o lístky zpáteční, čímž by výdej lístků v Poděbradech byl podstatně usnadněn a mnohá úspora by z toho vzešla.

Do předlohy zákona o místních drahách v době předválečné byla pojata i trať Pečky—Poděbrady, tím spíše bylo by žádoucno rozšíření nádražní budovy tak upraviti, aby i pro tuto eventualitu stačila, zejména postaráno buď o dostatek místa pro kanceláře, pro osobní pokladny, prostranné čekárny zejména II. a III. třídy, místnosti pro výpravu zavazadel, pro řádnou, prostornou šatnu, dámskou i panskou toiletu, místnost pro portýry, staniční sluhy a jiný staniční personál.

Pokladny nákladní a staniční již dnes, v době válečné, kdy doprava zboží je značně zredukována, naprosto nestačí a potřebují značného zvětšení, rozšíření. Též místnost pro pomocný personál skladištní a kasárna pro dělnictvo jsou nedostatečny; též třeba zříditi řádnou, účelnou místnost pro lampaře a úschovnu pro petrolej, líh, benzin a jiné výbušné látky.

V technickém zařízení stanice poděbradské jest velikou závadou nedostatečné osvětlení, ředitelství uzavřelo sice smlouvu s městskou elektrárnou pro osvětlení celé stanice, dosud však a jen spoře zřídilo instalaci v budově přijímací; perony, nákladní pokladny, skladiště, strážní domky při vjezdech dosud elektrického osvětlení postrádají.

Jelikož mnoho chorých ve stanici poděbradské vystupuje a nastupuje, žádoucno jest perony zvýšiti, ovrubními kameny opatřiti.

Konečně jest ještě jedna otázka, zasluhující povšimnutí, a sice „úřednické byty“. Tou dobou jest velký nedostatek menších úřednických bytů v Lázních Poděbradech, pravá kalamita a je proto nutno cestou úřední postarati se o vystavění domků úřednických po způsobu villovém se zahrádkami a dvorky, tak aby se v dnešních intencích ministerstva úřednictvo též pěstováním zeleniny, ovoce a malého domácího zvířectva zabývati mohlo. V poslední době staly se právě v Lázních Poděbradech případy, že museli býti úředníci přeloženi do jiného působiště, když byvše z bytů vypovězeni, jiných bytů vůbec najmouti nemohli.

Se zřením k těmto důvodům navrhujeme:

Slavná sněmovno, račiž se usnésti:

„Ministerstvo železnic se vyzývá, aby postaralo se o rozšíření budovy nádražní v Lázních Poděbradech a o všechny náležitosti řádného vypravení této stanice.“

Po smyslu formelním žádáme, aby tento návrh byl přikázán výboru železničnímu bez prvého čtení.

Ve Vídni, 6. listopadu 1917.

J. V. Hráský.

Dr. Koerner.	Dr. Franta.
Dr. Lukavský.	Stříbrný.
Fiedler.	Č. Lisý.
Funk.	Hyrš.
Kalina.	Dr. Formánek.
Lad. Čech.	Kratochvíl.
Jos. Švejk.	J. Sedlák.
Tobolka.	Vojta.
Exner.	Maštálka.
Smrček.	Dr. Šubrt.

232
A

Návrh

poslance Hráského a soudruhů

na zařadění dělmistrů a strojmistrů státních drah do kategorie úřednické.

Dělmistři a strojmistři c. k. státních drah dožadují se po celé desetiletí na povolaných činitelích a místech zlepšení svého postavení tím, že žádají závazné jmenování úředníky — avšak marně — bylot jim nedávno oznámeno, že jmenování dělmistrů a strojmistrů úředníky se zřením k podúřednické kategorii nemůže býti vzato v úvahu.

V důsledku této neodůvodněné příčiny obrátili se postiženi na poslaneckou sněmovnu s prosbou o uskutečnění jich spravedlivého, zaslouženého požadavku.

Pro důležitá a zodpovědná služební místa dělmistrů a strojmistrů bývá vždy vyhlédnut jen nejlépe kvalifikovaný, s plnou zdatností technickou, praktickým i theoretickým vzděláním, které vyučným listem a vysvědčením o absolvování c. k. státní průmyslový školy mistrovské — jež v praktickém směru středním školám na roveň stavěna býti může — doložena býti musí, jakož i dlouholetou praksí v dílnách železničních, či jízdní službou na stroji. Proto jest požadavek úřednického karakteru zajisté oprávněný, vládě pak přijatelný již z toho důvodu, že se v něm nejedná o žádné velké obnosy, které by vyžadovaly zvláštních obtíží při vymáhání úvěru.

Každý dělmistr a strojmistr zodpovídá za práci 35 až 100 lidí, dále za přesné a spolehlivé provedení důležitých výkonů, za prohlížení a prozkoumání všech součástek vozidel na čemž bezpečnost tisíců lidských životů závisí. Avšak nejenom že zodpovídají za vykonané práce ale i za přesné a úsporné hospodaření všemi materialiemi, jakož i za svědomité úkolování práce, což vše leží v rukou dělmistrů a strojmistrů. Roční obrat u př. nymburských dílen pokud prochází činností dělmistrů obnáší přes deset milionů korun.

V podnicích soukromých je dělmistrovi titul úředníka zákonem přiřknut. u soukromých drah (jižní dráha) a různých státních podniků bývá dělmistr v hodnosti úředníka veden.

Důvodem pro jmenování dělmistrů a strojmistrů úředníky jest i ta skutečnost, že pro ně uznána byla vyšší platební stupnice než pro úředníky statu III. okolnost to, kteráž vycházela při stanovení těchto stupnic zajisté z předpokladu: „za důležitější, odpovědnější službu vyšší plat“, v důsledku čehož by finanční náklad spojený s jmenováním dělmistrů a strojmistrů úředníky nebyl o mnoho větší než nyní, obzvláště když se uváží, že počet těchže obnáší asi 630, jednalo by se celkem o úvěr asi 10.000 K ročně.

Mimo to bylo při posledním porovnání výdělků jednotlivých zřízeneckých kategorií číselně dokázáno, že dělmistři a strojmistři oproti ostatním kategoriím zůstali poměrně pozadu, což by mohlo býti částečně jich jmenováním úředníky odčiněno.

V úvaze těchto skutečností navrhujeme:

Slavná sněmovno, račiž se usnésti:

„C. k. vláda se zmocňuje, aby v příčině zařadění dělmistrů a strojmistrů při c. k. státních drahách do kategorie úřednické zařídila čeho žádoucno, aby všem oprávněným požadavkům těchto státních zaměstnanců vyhověno bylo.“

Po smyslu formelném žádáme, aby tento návrh bez prvého čtení v plenu přikázán byl výboru státně zřízeneckému.

Ve Vídni, 5. listopadu 1917.

Franta.	J. V. Hráský.
Funk.	Dr. Lukavský.
Č. J. Lisý.	Kalina.
Exner.	Čech.
Kratochvíl.	Hyrš.
Stříbrný.	Jos. Švejk.
Maštálka.	Dr. Koerner.
Fiedler.	Dr. E. Formánek.
Smrček.	J. Sedlák.
Tobolka.	Vojta.

Anhang II.

Anfragen.

1308
I

Anfrage

des

Abgeordneten Alois Heilinger und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für öffentliche Arbeiten und an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern.

Durch einen Erlaß der Statthalterei von Niederösterreich wurde voriges Jahr eine beinahe dreiwöchentliche Sperre der Kinos von Wien und Niederösterreich verfügt und wurde diese behördliche Maßnahme mit dem Kohlenmangel in Zusammenhang gebracht. Es wurde jedoch schon damals seitens der beteiligten Unternehmungen den Behörden der Nachweis erbracht, daß das durch die verfügte Sperre erzielbare Kohlenersparnis ein so geringfügiges sei, daß es zumindest mit der wirtschaftlichen Schädigung einer ganzen Berufskategorie und der mit derselben in Verbindung stehenden weiteren Interessenkreisen in keinem Verhältnis stehe. In Erkenntnis dessen wurde dann voriges Jahr die die Sperre verfügende Verordnung aufgehoben.

Dieses Jahr erscheinen die Kinounternehmungen von ganz Österreich in ihrem wirtschaftlichen Bestande stark bedroht. Auf Grund einer Rahmenverordnung des hohen Arbeitsministeriums wurde durch die Erlässe der Statthaltereien sämtlicher Kronländer ein Heizverbot geschaffen, durch welches den Kinounternehmungen das Beheizen ihrer Lokalitäten während des kommenden Winters untersagt wird. Abermals wurde durch eine seitens des Reichsverbandes der Kinematographenbesitzer in Österreich an das Ministerium für öffentliche Arbeiten gerichtete und eingehend begründete Eingabe darauf hingewiesen, daß das bei den Kinos erzielbare Kohlenersparnis ein so geringfügiges sei, daß es mit der durch das Heizverbot verursachten weitgehenden wirtschaftlichen Schädigung der Kinobranche in gar keinem Verhältnis stehe und wurde um Modifizierung dieser Erlässe, zumindest um Umwandlung des generellen Heizverbotes in ein differenziertes, sich bloß auf Kohle und die Produkte derselben, Koks und Gas, erstreckendes Heizverbot gebeten, wodurch also die Beheizung der Kinolokalitäten durch Holz und andere Heizmaterialien, an denen ja bekanntlich kein Mangel herrscht, gestattet wäre. Den in ihrer Existenz schwer bedrohten, bei den Behörden wiederholt petitionierenden Kinobesitzern wurden seitens derselben bisher Versprechungen zuteil, ohne daß diesen auch die Tat gefolgt wäre. Es steht jedoch der Winter vor der Tür und es ist rasche Abhilfe dringendst geboten. Schon ist die wirtschaftliche Lage der Kinobranche eine schwierige und es sind einzelne Konkursfälle schon zu verzeichnen. Eine weitere Gefährdung der Branche, wie sie das Heizverbot unbedingt darstellt, würde dahinführen, daß Entlassungen der Angestellten nicht zu vermeiden wären, wodurch viele Existenzen brotlos würden. Es stellt übrigens das Heizverbot in seiner derzeitigen Form auch eine nicht gerechte Maßregel dar, da für das Verbot des Heizens mit Holz, beispielsweise mit unbrauchbar gewordenem Holzstöckelpflaster, Gerüstholz und ähnlichem Gelegenheitsbrennmaterial, das — falls es jetzt nicht zum Heizen verwendet würde — vollständig nutzlos verfaulen müßte, gar keine zutreffende Begründung vorhanden ist. Und dann möge auch der Umstand nicht unbeachtet gelassen werden, daß den geheizten Kinolokalitäten in gewisser Weise die Mission der Wärmestuben zukommt, daß dadurch also Hunderttausenden täglich Gelegenheit geboten wäre, zu einer billigen Wärmequelle zu gelangen, was ja wieder mit einem bei dem Zimmerbrand erzielbaren nicht unbedeutenden Kohlenersparnis verbunden wäre.

Es sei übrigens auch darauf hingewiesen, daß weder in Berlin noch in den andern größeren Städten Deutschlands, noch auch beispielsweise in

Budapest — wo doch in Ansehung des Kohlenmangels die ganz gleichen Verhältnisse herrschen — das Beheizen der Kinolokalitäten verboten wurde.

Daß seitens unserer Behörden unter der Devise einer Kulturmission ein Unterschied zwischen Theater und Kino gemacht, dem ersteren das Heizen erlaubt, dem letzteren aber verboten wurde, ist nicht nur eine große Ungerechtigkeit, sondern kommt geradezu einer unsozialen Haltung gleich, da das Kino als das Theater der breiten minderbemittelten Schichten der Bevölkerung betrachtet werden muß und diese daher durch das Heizverbot ihres einzigen Vergnügens beraubt würden, während den wohlhabenden Kreisen durch die den Theatern eingeräumte Sonderstellung das Vergnügen auch seitens der Behörden gewahrt bliebe. Es käme also das Heizverbot in seiner derzeitigen Form einer durch die Verhältnisse nicht motivierbaren ungerechten Parteinahme der wohlhabenden Bevölkerungskreise gegenüber den breiten minderbemittelten Schichten der Bevölkerung gleich. Die deutsche Regierung kommt den Kinobesitzern mit allem möglichen Wohlwollen entgegen.

Ein in Deutschland auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes herausgegebener Bundesratserlaß, der für die Kinounternehmungen von nachteiligen Folgen gewesen wäre, wurde soeben über ein in der Schlußsitzung vom 11. Oktober d. J. gestelltes Verlangen des deutschen Reichstages aufgehoben.

Die deutsche Volksvertretung hat in Würdigung der dem Kino unstreitig zukommenden Bedeutung demselben sogar der Bundesregierung gegenüber ihren Schutz angedeihen lassen.

Es wird die Anfrage gestellt:

„Ist die hohe Regierung geneigt, ehestens eine entsprechende Modifizierung der das Heizverbot für Kinos beinhaltenden Verfügungen veranlassen zu wollen?"

Heine.	Dr. Heilinger.
Dr. Waber.	Dr. W. Neumann.
Dr. Bugatto.	Dr. Kindermann.
Friedmann.	Dr. Dinghofer.
Dr. Jerzabek.	Kratochvil.

1309
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Heilinger an Seine Exzellenz den Herrn Ernährungsminister Höfer, betreffend die Erhöhung der Milchpreise in Wien.

Die Erhöhung der Lebensmittelpreise erfolgt Schlag auf Schlag, und zwar unter Mitwirkung der Behörden. Neuestens wurden die Milchpreise in Wien verteuert. Es wurde sowohl der Gewinn der Erzeuger als auch der Gewinn der Händler erhöht. Der Milchproduzent, der bisher einschließlich der Fracht nach Wien pro Liter 46 h bekam, bekommt 64 h, also 18 h mehr. Die Großhändler durften bisher 5 h Zwischengewinn nehmen, von heute an 8 h, ebenso die Kleinhändler. Es stellt sich ein Liter Kannenmilch, der bisher höchstens 56 h kosten durfte, fortab auf 80 h. Unverändert bleibt der Zuschlag für Flaschenmilch 6 h, für Zustellung ins Haus 2 h, so daß jene Ausgaben, die nahezu ausschließlich für Reiche Leute in Betracht kommen, ohne Erhöhung geblieben sind. Im Frieden kostet in Wien ein Liter Vollmilch 24 h, genau so viel, als die gegenwärtige Preiserhöhung beträgt. Die Lebensmittelverhältnisse werden unter diesen Umständen in Wien unerträglich. In der Öffentlichkeit wird vielfach die Frage aufgeworfen, ob diese Preiserhöhung nicht hintangehalten werden konnte, weiters insbesondere die Frage gestellt, wie denn durch die Erhöhung der Gewinne der Milchgroßhändler die Milchzufuhr gehoben werden soll.

Es wird die Anfrage gestellt:

„Ist die hohe Regierung geneigt, das Erforderliche zu veranlassen, daß jede weitere unter Zustimmung der Behörde erfolgende Erhöhung der Lebensmittelpreise in Hinkunft unterbleibe?“

Dr. Heilinger.

Dr. Schürff.
Kittinger.
Richter.
Wedra.
Dr. W. Neumann.
Dr. Erler.
Dr. Waber.

Kraft.
Kofler.
Einspinner.
Hartl.
Keller.
Denk.
Held.

1310
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. v. Baechlé und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister Höfer, betreffend die Vorkommnisse auf den Wiener Gemüse- und Obstmärkten.

Der Gemeinderat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien hat sich bereits mehrmals an das k. k. Amt für Volksernährung mit dem dringenden Ersuchen gewendet, die Mißstände, die durch das ziel- und planlose Treiben der „Geos" auf den Wiener Obst- und Gemüsemärkten hervorgerufen wurden, endlich einmal zu beseitigen. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß mit Rücksicht auf die heurige glänzende Obsternte es viel zweckmäßiger wäre, unter staatlicher Kontrolle den freien Handel wieder in seine Rechte einzusetzen, als durch großkapitalistische Syndikatsgründungen den Detailhandel gänzlich zu unterbinden.

Es muß als ein öffentlicher Skandal bezeichnet werden, daß bei dem Überfluß an Obst es nicht möglich war, den Detailhandel und in weiterer Folge den Konsum auch nur teilweise zu befriedigen. Obst und Gemüse müssen den Produzenten verderben, während der Kleinhandel und Konsument durch das Eingreifen der „Geos" verhindert werden, sich die vorgenannten Produkte zu verschaffen.

Unter allen Kriegszentralen hat vielleicht die „Geos" am allermeisten versagt, wobei noch erschwerend der Umstand hinzu tritt, daß eigentlich ein Mangel an den von der „Geos" bewirtschafteten Artikeln nur in den wenigsten Fällen zu verzeichnen war.

Die Erregung über diese Vorgänge ist in den hauptsächlich in Mitleidenschaft gezogenen Kreisen eine außerordentlich große, weil das k. k. Ernährungsamt trotz wiederholter motivierter Vorstellungen der Wiener Gemeindeverwaltung, trotz Petitionen der Kleinhändler bei Seiner Majestät bisher nichts unternommen hat, um die geschilderten Mißstände zu beseitigen oder doch wenigstens zu mildern.

Durch diese Untätigkeit des k. k. Ernährungsamtes gegenüber der „Geos" und ihren leitenden Personen, welche sich außerdem durch ihr schroffes Verhalten gegenüber den Produzenten und Händlerkreisen mißliebig gemacht haben, verschlechtern sich die Verhältnisse immer mehr und mehr.

Gegenwärtig kann man das wieder bei der Beschaffung von Kraut beobachten, wo das Kraut an den Produktionsorten, wie Moosbrunn in Niederösterreich, in großen Mengen verdirbt und auf den Märkten andrerseits von dem Kraut nichts zu sehen ist.

Die Gefertigten stellen daher an Seine Exzellenz den Herrn Leiter des k. k. Ernährungsamtes folgende Anfragen:

„1. Sind Seiner Exzellenz diese Vorgänge auf den Wiener Obst- und Gemüsemärkten bekannt?

2. Was hat das k. k. Ernährungsamt bisher in Angelegenheit der Eingaben der Gemeinde Wien zur Abstellung dieser Mißstände unternommen?

3. Ist Seine Exzellenz bereit, dem Treiben der „Geos" endlich einmal Einhalt zu tun und den freien Handel unter staatlicher Kontrolle im Interesse der konsumierenden Bevölkerung wieder in seine Rechte einzusetzen?"

Wien, 13. November 1917.

Dr. Josef v. Baechlé.

Weiss.	Georg Baumgartner.	Grafinger.	Mich. Huber.
Perwein.	Josef Grim.	Kreilmeir.	Loser.
Hötzendorfer.	Dr. Jerzabek.	Prisching.	Eisterer.

1311
I

Anfrage

des

Abgeordneten Fon und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Angelegenheit der Schuhmacherproduktivgenossenschaft in Merna.

Die Schuhmacherproduktivgenossenschaft in Merna bei Görz, derzeit in Altenburg bei Praßberg, hat an das Gewerbeförderungsamt in Wien das in Abschrift angeschlossene Gesuch eingereicht.

Aus demselben ist zu ersehen, in welcher unerhörten Art und Weise die genannte Genossenschaft bei der Beteilung mit Oberleder behandelt wird. Die Schuldfrage an diesen Zuständen soll vorderhand unerörtert bleiben; klar scheint das eine zu sein, daß mit aller Macht dahin gearbeitet wird, diese leistungsfähigste Genossenschaft zu erschlagen nur zu dem Zwecke, damit das Großkapital um so größere Geschäfte mache. Man bedenke bloß, daß es überall, auch beim Militär, an Fußbekleidung mangelt, eine Genossenschaft aber, die in der Lage war, 800 bis 1000 Paar Schuhe täglich fürs Militär abzugeben, muß ihren Betrieb einstellen, weil ihr kein Oberleder zur Verfügung gestellt wird!

Wir fragen daher:

„1. Sind Seiner Exzellenz diese Zustände bekannt?

2. Will Seine Exzellenz beim k. u. k. Kriegsministerium in der Angelegenheit dahin intervenieren, daß der erwähnten Genossenschaft vom k. u. k. Monturdepot Nr. 3 unverzüglich das notwendige Leder übergeben werde?"

Wien, 13. November 1917.

M. Brenčič.	Fon.
Dr. Fr. Jankovič.	Dr. Korošec.
Prodan.	Dr. Dulibić.
Dr. Benkovič.	Dr. A. Gregorčič.
Dr. Sesardić.	Perić.

1312
I

Anfrage

des

Abgeordneten Jon und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung in Angelegenheit des Unterhaltsbeitrages.

Das Abgeordnetenhaus hat in der kürzlich abgeführten Debatte in klarer und unzweideutiger Weise seine Ansicht darüber ausgesprochen, wie das Unterhaltsgesetz zu handhaben ist. Der Herr Minister für Landesverteidigung hat die Erklärung abgegeben, daß er genauestens darüber wachen werde, daß die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten und die Unterhaltsbeiträge raschestens angewiesen werden.

Wie ein Hohn auf diese Erklärung nehmen sich folgende Tatsachen aus:

1. Johanna Vižintin aus Sovodnje bei Görz, derzeit Sa. Marija o Polje bei Laibach, bezog den Unterhaltsbeitrag nach ihrem Sohne Željko Vižintin schon im Jahre 1915; im Bezuge trat eine Unterbrechung ein; das am 28. August 1916 eingebrachte Gesuch um neuerliche Zuerkennung ist bis heute nicht erledigt. Trotzdem der Landeskommission in Laibach militärische Auskünfte darüber vorlagen, daß Željko Vižintin Landsturmmann mit Einjährig-Freiwilligenabzeichen ist (einmal vom Bataillons-Kommando des Gebirgsschützenregiments Nr. 2, das zweite Mal des Landsturmkommandos Nr. 27), werden in dieser Richtung weitere Erhebungen in Admont gepflogen.

2. Amalie Vižintin aus Sovodnje, derzeit Zadvor bei Laibach, hat ihren Mann seit Oktober 1916 beim Militär, überdies drei Söhne an der Front; sie bezieht heute noch einen Beitrag von 1 K 40 h, trotzdem sie fünf unerwachsene Kinder besitzt; nach Ansicht der Kommission ist das Gesuch nie vollständig instruiert, dies aber nur deswegen, weil die Beilagen desselben bei der Kommission in Laibach immer wieder verlegt werden.

3. Auch Johann Vižintin, derzeit Zadvor bei Laibach, wartet über ein Jahr auf die Erledigung seines Gesuches.

Solche Fälle lassen sich natürlich vielfach multiplizieren, denn unzähligemale mußte im Interesse der Flüchtlinge aus dem Görzischen interveniert werden, wobei noch hervorzuheben ist, daß die meisten Flüchtlinge die Hilfe der Abgeordneten gar nicht in Anspruch nehmen, sondern geduldig warten und — hungern.

Einen Schandfleck in diesem Belange bilden die Landes-Unterhaltskommissionen in Laibach und Graz. Gesuche, welche über ein Jahr der Erledigung harren, scheinen dort die Regel zu sein; man scheint dort nur mit „Schiebern" zu arbeiten. Die Parteien legen weite Reisen zurück, um die Erledigung zu betreiben, aber wieder werden sie mit der baldigen Erledigung vertröstet. Daß die Parteien hierbei, abgesehen vom Zeitverlust, gewaltige Kosten tragen müssen, liegt auf der Hand. Und es handelt sich doch um Flüchtlinge, welche am meisten einer raschen Hilfe bedürfen.

Es ist daher die allerhöchste Zeit, daß das Ministerium die Geschäftsführung dieser Stelle einer eingehenden Revision unterzieht.

Wir fragen daher:

„1. Sind Seiner Exzellenz diese unglaublichen Zustände bekannt?

2. Ist Seine Exzellenz gewillt, durch ein Organ seines Ministeriums die Geschäftsführung der Laibacher und Grazer Landes-Unterhaltskommission unverzüglich einer gründlichen Revision zu unterziehen und sodann die krassen Mißstände sofort abzustellen?"

Wien, 13. November 1917.

Dr. A. Gregorčič. Prodan.
Dr. Dulibić. Perić.
Dr. Verstovšek. Dr. Sesardić. Dr. Benković.
Jon. Dr. Korošec. Dr. Janković.

1313
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. v. Baechlé an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern.

Als die Kriegsverhältnisse im Herbste des Jahres 1914 Tausende von Bewohnern Galiziens nötigten, die heimatliche Scholle zu verlassen, hat die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien nicht verabsäumt einer großen Anzahl dieser Flüchtlinge Aufnahme zu gewähren und wurde von der Stadt eine eigene Flüchtlingszentrale geschaffen, welche erst später in die Hände der Regierung überging.

Zu einer gewissen Zeit dürfte Wien nahezu eine Viertelmillion Flüchtlinge beherbergt haben, deren Zahl inzwischen nach Maßgabe der allmählichen Befreiung des Kronlandes Galizien vom Feinde durch Repatriierung vermindert wurde.

Inzwischen ist das gesamte Kronland wiederum in unseren Händen, dessenungeachtet sind noch Tausende von Flüchtlingen in Wien. Nach der letzten vom Magistrate vorgenommenen Wohnungszählung sind noch 7710 Wohnungen an Flüchtlinge vermietet und dies zu einer Zeit, da eine starke Wohnungsnot bereits die einheimische Bevölkerung zu bedrücken beginnt.

Es ist daher im Interesse der bodenständigen Bevölkerung eine Pflicht der Regierung, ungesäumt die Repatriierung fortzusetzen.

Allerdings werden Stimmen laut, welche darauf hinweisen, daß eine Anzahl von Städten, Märkten und Orten Galiziens noch immer so zerstört sei, daß dieselben nicht geeignet seien, ihre früheren Bewohner wieder aufzunehmen.

Demgegenüber steht die Wiener Gemeindeverwaltung, wie aus den Beschlüssen des gemeinderätlichen Wohnungsfürsorgeausschusses hervorgeht, auf dem Standpunkte, daß die Rückführung der Flüchtlinge ja nicht immer in den von ihnen seinerzeit bewohnten Orten erfolgen müsse, sondern zweckmäßig auch in das Heimatskronland, in dem gewiß zahlreiche Ortschaften nicht zerstört, vielmehr so erhalten sind, daß sie für die Repatriierten Obdach und Beschäftigung bieten können.

Die Gefertigten stellen daher an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern die Anfrage:

„Ist derselbe geneigt, im Interesse der Behebung der in Wien bestehenden Not an Kleinwohnungen die Repatriierung der noch in Wien weilenden jüdisch-polnischen Flüchtlinge ehestens durchzuführen?"

Zauner. Kreilmeir. Dr. Josef v. Baechlé.
Wagner. L. Diwald. Frankenberger. Lechner.
Mayer. Schraffl. Hagenhofer. Siegele.
Jukel. Niedrist. List. Hauser.

1314
I

Anfrage

des

Abgeordneten Bauchinger und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffs Ablieferung der Kirchenglocken.

Schon heute sind sämtliche Glocken bis auf eine und zwar die kleinste zu militärischen Zwecken von den Kirchtürmen genommen worden und zwar zum lächerlichen Preise von 4 K pro Kilogramm. Der Schaden, den hierdurch das religiöse Leben, sowie das Kirchenvermögen erlitten haben, ist unberechenbar. Das gläubige Volk kommt zu spät zum Gottesdienste auch an Sonn- und Feiertagen oder besucht denselben gar nicht mehr, weil es vom Beginn desselben nicht ordentlich verständigt wird. Die Leichen werden mit einem Glöcklein zu Grabe gewimmert. An vielen Orten verkündet keine Turmuhr mehr die Tagesstunde. Das Volk weiß, daß seine geweihten Glocken, deren Ton ihm seine feierlichsten und traurigsten Lebensereignisse ins Gedächtnis rief, und die ihm daher ans Herz gewachsen sind, in oft barbarischer Weise entfernt wurden, daß dieselben vielfach der jüdischen Firma Manfred Weiß in Pest zum Einschmelzen abgeliefert wurden. Eine unaussprechliche Erregung hat sich desselben bemächtigt. Zu einer Zeit, wo das Glockenmaterial 12 bis 14 K pro Kilo kostet, erhält die Kirche 4 K für das Kilogramm. Der finanzielle Schaden, den hierdurch die Kirche erleidet, geht in Österreich in die Milliarden. Und viele Kirchen sind überhaupt nicht mehr imstande, bei dem Mangel an finanziellen Mitteln die Glocken auf den früheren Stand zu bringen. Es klingt wie Hohn, wenn dieser Spottpreis damit motiviert wird, weil die Glocken vor dem Kriege nicht mehr kosteten. Kauft das Ärar auch Mehl, Fleisch, Pferde, Monturen usw. auch zu dem früheren Friedenspreise? Warum soll gerade die Kirche diese durch nichts gerechtfertigte Kriegssteuer zahlen? Die Pfarrkirche des gefertigten Anfragestellers erleidet durch diesen unverständlichen Preisunterschied allein einen Schaden von mindestens 16.000 K. Das Volk bringt diese Preisbestimmung mit der jüdischen Firma Manfred Weiß in Verbindung und fragt sich, ob die 37 Millionen Kriegsgewinnsteuer obiger Firma aus den geweihten Glocken der katholischen Gotteshäuser gezahlt wurden.

Die Unruhe der katholischen Bevölkerung wächst, da sie in den Zeitungen liest, daß nun auch die letzten Glocken, die noch auf den Kirchtürmen vorhanden sind, herabgenommen werden sollen. Selbst die historisch wertvollen und ältesten Glocken, von denen nur noch wenige vorhanden sind, sollen entfernt werden. Soll gar kein Zeichen mehr zum Gottesdienste rufen? Sollen die altehrwürdigen Gebräuche wie das Engel-des-Herrn-Läuten auf ewige Zeiten verschwinden? Oder soll der Priester wie der Muezzin die Gebetstunden vom Kirchturm ausrufen? Soll nicht einmal mehr ein Glöcklein die Leichen der Christen zu Grabe begleiten, jener Christen, die heute schon fragen, ob sie denn wie Hunde beerdigt werden sollen? Soll keine Glocke mehr in der Sterbestunde eines Christen die Überlebenden zum Gebete mahnen? Soll auch die Friedensfeier klanglos vorübergehen? Soll auch diese Glocke wieder zum Spottpreise von 4 K verschachert werden? Religion und Vaterlandsliebe leiden unter einem solchen Vorgehen auf gleiche Weise. Das Volk soll jetzt zur Zeichnung der 7. Kriegsanleihe gewonnen werden und zu gleicher Zeit wird es am empfindlichsten Punkte seiner Seele schmerzlich berührt. Die Kirche und

das gläubige Volk haben in diesem Kriege ihren Patriotismus glänzend gezeigt, ohne Murren fügte es sich in alle oft kaum erträglichen Kriegsopfer. Aber auch die letzte Glocke sich nehmen lassen, wo noch verschiedene andere Kupfer- und Metallgeräte in Menge vorhanden sind, und zwar um den Preis von 4 K, das versteht dasselbe einfach nicht. In den großen Hotels zu Gastein und anderswo sollen noch Metallgeräte aus der Friedenszeit vorhanden sein, in den besseren Häusern sind noch die Messingtürschnallen, Stangen usw., ja sogar Messingbettstellen unangetastet. Viele öffentliche Gebäude und Schlösser sind noch mit Kupferdächern bedeckt. Kupfer- und Zinngeschirr sind noch vorhanden. In einem Militärspital, das unter der Leitung einer Jüdin steht, soll nach einer Nachricht der „Reichspost" sogar der nicht eingemauerte Kupferkochkessel als unentbehrlich erklärt worden sein. Die Regierung möge vor der Ablieferung der letzten Kirchenglocke das noch anderwärts vorhandene Metall einsammeln. Wenn es dann noch notwendig ist, trotz der enormen Tätigkeit unserer Kupferbergwerke, trotz der Berge von noch uneingeschmolzen herumliegenden Glocken, trotz der Siegesbeute auf dem italienischen Kriegsschauplatze, werden die Glocken noch immer leichter abgegeben, da man dann weiß, daß kein Unterschied herrscht und daß vor gewissen Kreisen nicht halt gemacht wird. Dann muß aber auch der Ablösungspreis um das Dreifache erhöht werden, soll die katholische Kirche nicht schlechter behandelt werden als ein jüdischer Kriegslieferant.

Die Gefertigten stellen daher an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung die Anfragen:

„1. Ist es wahr, daß auch die letzten Glocken zu Heereszwecken herangezogen werden?

2. Wenn ja, ist die unbedingte Notwendigkeit dieser Maßregel trotz des anderweitig vorhandenen Metalls, der Leistung unserer Kupferbergwerke, des erbeuteten italienischen Kriegsmaterials und der bereits beschlagnahmten unverarbeiteten Glocken nachzuweisen?

3. Welchen Preis gedenkt die Kriegsverwaltung für diese Glocken zu zahlen?"

4. Ist die Kriegsverwaltung bereit, eine Aufzahlung auf den offenbar ungerechten Preis der früher beschlagnahmten Glocken zu leisten?"

Matth. Bauchinger.
Mich. Huber. Lechner.
Waldl. Eisenhut.
Karl Schachinger. R. Gruber.
Hötzendorfer. Josef Grim.
Schweiger. F. Hagenhofer.
Tomaschitz. Wagner.
G. Mayer. Parrer.
Fink. J. Wohlmeyer.

1315
———
I

Interpelacya

posłów Drà E. Bobrowskiego, Stesłowicza, Witosa i towarzyszy do Jego Ekscellencyi Ministra obrony krajowej w sprawie krzywdzącego traktowania lekarzy Legionu Polskiego, przeniesionych do armii.

Przy sposobności przeniesienia kilku tysięcy polskich legionistów do c. i k. armii zarządziło Ministerstwo obrony krajowej, że oficerowie legionowi, mianowani w swych rangach na czas trwania wojny przez naczelną komendę armii mają — po wcieleniu do armii — otrzymać szarżę sierżanta. To niesłychane pokrzywdzenie kilkuset oficerów frontowych, którzy swe rangi zdobyli studyami, wiedzą, doświadczeniem, odważną i dzielną służbą frontową oraz własną krwią, wywołało w całem polskiem społeczeństwie uczucie niesłychanej krzywdy, a wśród oficerów innych narodowości serdeczne współczucie, sympatyę i szacunek wobec tych polskich sierżantów ozdobionych oficerskiemi odznaczeniami.

Jeżeli jednak w tych wypadkach mogłyby władze wojskowe powoływać się — z pozorami słuszności — na brak u dotyczących oficerów legionowych potrzebnych austryackich studyów i egzaminów; od których złożenia uzależnia się przyznanie dotyczącym rangi oficerskiej w szeregach armii, niczem już nie można usprawiedliwić faktu, że lekarze legionowi i podporucznicy sanitarni posiadający swe rangi na podstawie fachowych studyów zostali po wcieleniu do armii zdegradowani na sierżantów, a to bez jakiegokolwiek zawinienia z ich strony oraz bez jakiegokolwiek dochodzenia sądowego lub dyscyplinarnego. Niczem nie można usprawiedliwić, że lekarz-porucznik (Oberarzt) polskich legionów Dr. Teofil Kucharski jest obecnie po trzyletniej, znakomitej służbie lekarskiej na froncie i w szpitalu jednorocznym ochotnikiem wachmistrzem (Einjährig-Freiwilliger-Wachtmeiter I. K. D. Etappenpost 265), że podporucznicy sanitarni J. Gołąb (I. K. D. Etappenpost 265) i Jan Szumski (Reserveoffizierskurs Radymno) są sierżantami.

Wobec powyżej opisanych wypadków bezprzykładnego moralnego i materyalnego pokrzywdzenia lekarza i dwóch starszych medyków, zapytują podpisani:

„1. Czy Jego Ekscellencyi znane są wyżej opisane wypadki?

2. Czy Jego Ekscellencya skłonnym jest, corychlej usunąć to pokrzywdzenie i przywrócić poszkodowanym ich rangi oficerskie?“

Wiedeń, 9. listopada 1917.

Dr. Emil Bobrowski.

Liebermann.	Daszyński.	Matakiewicz.	Stesłowicz.
Moraczewski.	Tertil.	Rusin.	Witos.
German.	T. Reger.	Rauch.	Edmund Zieleniewski.
Dr. Marek.	Godek.	Bomba.	Krogulski.
Z. Klemensiewicz.	Śliwiński.	Siwula.	Dr. Adolf Gross.

Authentische Übersetzung.

1315
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. E. Bobrowski, Stesłowicz, Witos und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die ungerechte Behandlung der der Armee zugeteilten Ärzte der polnischen Legionen.

Anläßlich der Versetzung einiger tausender polnischer Legionäre in die k. u. k. Armee, hat das Ministerium für Landesverteidigung die Verfügung getroffen, daß die vom Armeeoberkommando für die Dauer des Krieges ernannten Legionsoffiziere nach ihrer Einverleibung in die Armee den Rang eines Fähnrichs zu erhalten haben. Diese unerhörte Benachteiligung einer großen Anzahl von Offizieren, die ihren Rang dank ihrer Studien, Kenntnisse, ihrer Erfahrung und des tapferen und opfervollen Frontdienstes sowie des eigenen Blutes erworben haben, hat bei der ganzen polnischen Gesellschaft das Gefühl eines unerhörten Unrechtes und bei den Offizieren anderer Nationalitäten die herzliche Teilnahme, Sympathie und Verehrung für diese polnischen mit offiziersmäßigen Auszeichnungen ausgestatteten Fähnriche hervorgerufen.

Wenn jedoch die Militärbehörden in diesen Fällen sich mit einem Schein von Gerechtigkeit auf den Mangel von für die österreichischen Offiziere erforderlichen Studien und Prüfungen berufen können, so kann durch nichts die Tatsache gerechtfertigt werden, daß die Legionsärzte und die Assistenzärzte, die ihren Rang auf Grund der Fachstudien erworben haben, nach der Einverleibung in die Armee zu Fähnrichen ohne irgendwelche Schuld ihrerseits und ohne irgendwelche gerichtliche oder disziplinäre Untersuchung degradiert wurden. Es kann gar nicht gerechtfertigt werden, daß der Oberarzt der polnischen Legionen, Dr. Theophil Kucharski nach dreijährigem ausgezeichneten ärztlichen Dienste an der Front und im Spital nunmehr Einjährig-Freiwilliger, Wachtmeister (I. K. D. Etappenpost 265) und die Assistenzärzte J. Gołąb (I. K. D. Etappenpost 265) und Johann Szumski (Reserveoffizierskurs Radymno) Fähnriche geworden sind.

Angesichts dieser beispiellosen moralischen und materiellen Benachteiligung eines Arztes und zweier älterer Mediziner, fragen die Gefertigten:

„1. Sind Seiner Exzellenz die oben geschilderten Fälle bekannt?

2. Ist Seine Exzellenz geneigt, dieses Unrecht baldmöglichst gutzumachen und den Geschädigten ihren Offiziersrang wieder herzustellen?“

Wien, 9. November 1917.

Dr. Emil Bobrowski.

Klemensiewicz.	German.	Moraczewski.	Stesłowicz.
Edmund Zieleniewski.	Śliwiński.	Godek.	Witos.
Tertil.	Dr. Adolf Groß.	Kroguiski.	Matakiewicz.
Daszyński.	Dr. Marek.	Liebermann.	T. Reger.
Rauch.	Rusin.	Siwula.	Bomba.

1316
I

Interpelacya

posłów Dra E. Bobrowskiego, Dra H. Liebermanna i towarzyszy do Jego Ekscellencyi Ministra obrony krajowej w sprawie wstrzymania wypłaty zasiłków rządowych rodzinom legionistów polskich.

Z dniem 31. lipca 1917 roku wstrzymało c. k. Ministerstwo obrony krajowej wypłatę zasiłków rodzinom legionistów polskich z powodu przejścia polskich legionów na etat niemiecki. Równocześnie należało zarządzić wypłacanie zasiłków wedle norm niemieckich, co się nie stało, wskutek czego rodziny legionistów polskich nie otrzymały wogóle żadnych zasiłków rządowych. Zarazem wiele komisyi zasiłkowych wstrzymało wypłatę zasiłków rodzinom inwalidów, poległych, zmarłych, zaginionych oraz będących w niewoli, jakkolwiek w tych wszystkich wypadkach było szczególniejszym obowiązkiem władz przestrzegać ścisłego i punktualnego wypłacania zasiłków. Nadto wiele rodzin legionistów nie może się doczekać załatwienia swych zgłoszeń o należne im zasiłki, a podania od miesięcy, a nawet i lat zalegają niezałatwione.

W międzyczasie, a mianowicie z dniem 1. września przeszły polskie legiony jako polski korpus posiłkowy ponownie na etat austryacki i obowiązek wypłacania zasiłków rodzinom legionistów polskich przeszedł na rząd austryacki. Mimo, iż od tej chwili mija dwa i pół miesiąca, nie zarządzono dotąd wypłaty zasiłków dla rodzin i skazuje się tysiące rodzin na głód i nędzę za to chyba jedynie, że żywiciele ich poszli dobrowolnie na wojnę. Ze wszystkich stron kraju, z miast i wsi nadchodzą rozpaczliwe listy wołające o pomoc, a biurokratyzm rządowy spokojnie sporządza spisy legionistów pozostających w polskim korpusie posiłkowym, spisy internowanych w obozie jeńców w Szczypiórnie oraz przeniesionych do armii. To lekkomyślne igranie z głodem i nędzą tysięcy rodzin w tych ciężkich czasach odczuwa polskie społeczeństwo jako niezasłużoną szykanę władz. Należy przez natychmiastowe zarządzenia położyć kres temu systematycznemu krzywdzeniu tysięcy rodzin.

Podpisani zapytują:

„1. Czy Jego Ekscellencyi znanym jest powyżej opisany stan rzeczy?

2. Czy Jego Ekscellencya jest skłonnym zarządzić natychmiastową wypłatę zasiłków rodzinom wszystkich legionistów bez względu na ich chwilowy przydział lub miejsce pobytu?“

Wiedeń, 9. listopada 1917.

Dr. Emil Bobrowski.
Liebermann.
Daszyński.
Cingr.
Dr. Adolf Groß.
St. Biały.
Dr. Banaś.
Lewicki.

Zygmt. Klemensiewicz.
Dr. Marek.
T. Reger.
J. Jachowicz.
Lasocki.
Rusin.
Witos.

Authentische Übersetzung.

1316
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. E. Bobrowski, Dr. H. Liebermann und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Einstellung der Auszahlung der Unterhaltsbeiträge für die Familien der polnischen Legionäre.

Mit dem 31. Juli 1917 hat das k. k. Ministerium für Landesverteidigung die Auszahlung der Unterhaltsbeiträge für die Familien der polnischen Legionäre infolge des Überganges der polnischen Legionen in die deutsche Verwaltung eingestellt.

Es hätte gleichzeitig die Auszahlung der Unterhaltsbeiträge nach den deutschen Vorschriften verfügen sollen, was aber nicht geschehen ist, weshalb die Familien der polnischen Legionäre überhaupt keine Unterhaltsbeiträge erhalten haben.

Gleichzeitig haben viele Unterhaltskommissionen die Auszahlung der Beiträge an die Familien der Invaliden, der Gefallenen, der Verstorbenen, der Vermißten oder der in der Kriegsgefangenschaft Befindlichen eingestellt, trotzdem gerade in diesen Fällen es eine besondere Pflicht der Behörden war, die genaue und pünktliche Auszahlung der Beiträge zu überwachen. Überdies warten viele Familien der Legionäre seit Monaten und Jahren auf Erledigung ihrer Anmeldungen um die Auszahlung der ihnen gebührenden Unterhaltsbeiträge.

In der Zwischenzeit, und zwar am 1. September, sind die polnischen Legionen als polnisches Hilfskorps wieder in die österreichische Verwaltung übergegangen und ist seit dieser Zeit die österreichische Regierung zur Auszahlung der Beiträge an die Familienangehörigen der Legionäre verpflichtet.

Trotzdem aber seither bereits $2^1/_2$ Monate vergangen sind, wurde die Auszahlung dieser Beiträge nicht verfügt, weshalb tausende Familien dem Hunger und Elend einzig und allein dafür preisgegeben wurden, daß ihre Ernährer freiwillig in den Krieg gezogen sind.

Aus allen Gebieten des Landes, aus Städten und Dörfern sind verzweiflungsvolle Rufe laut geworden, indessen werden nach einem bureaukratischen Schimmel in aller Ruhe die Verzeichnisse der im polnischen Hilfskorps sich befindlichen, dann der im Kriegsgefangenenlager in Szczypiórno internierten und schließlich der der Armee zugeteilten Legionäre verfaßt.

Dieses leichtsinnige Spielen mit dem Hunger und Elend tausender Familien in dieser schweren Zeit wird von der polnischen Gesellschaft als eine unverdiente Schikane der Behörden empfunden. Es ist notwendig, dieser systematischen Benachteiligung vieler tausender Familien durch eine sofortige Verfügung ein Ende zu machen.

Die Gefertigten fragen:

„1. Ist Seiner Exzellenz der oben angeführte Sachverhalt bekannt?

2. Ist Seine Exzellenz geneigt, die sofortige Auszahlung der Unterhaltsbeiträge an die Familienangehörigen aller Legionäre ohne Rücksicht auf deren vorübergehende Zuteilung oder Aufenthaltsort zu verfügen?"

Wien, 9. November 1917.

Dr. Emil Bobrowski.
Liebermann.
Klemensiewicz.
T. Reger.
J. Jachowicz.
Lasocki.
Rusin.
Witos.
Lewicki.
Dr. Marek.
Daszynski.
Cingr.
Dr. Adolf Groß.
St. Bialy.
Dr. Banaś.

1317
I

Dotaz

poslance dra. Frant. Lukavského a soudruhů na c. k. ministra vnitra v záležitosti jednání c. k. politických úřadů v království českém vůči české žurnalistice.

Česká žurnalistika jest vážně ohrožena ve své působnosti a vývoji nedostatkem papíru. Veškeré kroky v této záležitosti podniknuté u c. k. ministerstva obchodu vyzněly marně. Česká žurnalistika nevidí však v tomto zamítavém stanovisku vlády pouze úsporný system, nýbrž též, a to v prvé řadě nepřátelský akt vládních kruhů vůči českým novinám a jejich projevům. Srovnáme-li, jak nepatrně, téměř nepoznatelně jest změněn rozsah listů vládě blízkých a jak jest i při zmenšeném rozsahu následkem naprosto nedostatečného přídělu papíru ohrožen ve své existenci český tisk, musíme v tom viděti známý dvojí loket, neměřící u nás všem národnostem stejně.

Přes tuto krisi, již působením vládních kruhů musí česká žurnalistika prožívati, ukládají se se strany veřejných orgánů, zvláště pak c. k. politických úřadů stále úkoly větší a větší. C. k. okresní hejtmanství v království českém nutí redakce českých novin, aby otiskovaly různé obsáhlé zprávy a publikace. Při tom žádají, aby do určitého dne byla podána zpráva o tom, zda dotyčné výzvě bylo vyhověno. Tak na příklad v poslední době zaslala redakcím českých listů velkou publikaci: „Výtah ze sbírky dokladů, vydané c. k. ministerstvem zahraničních záležitostí o tom, jak státy s Rakousko-Uherskem válčící porušují mezinárodní právo“, mající 50 velkých tiskových stran, s výzvou, aby z této sbírky redakce co nejdříve nejkřiklavější případy bezplatně uveřejnily. Neuposlechnou-li, vidí v tom nedostatek vlasteneckého jednání. Tím, že od c. k. ministerstva obchodu se nedostává vydavatelstvům českých novin náležitého přídělu papíru, nemohou české noviny vůbec otiskovati zpráv od veřejných úřadů k informaci obecenstva zasílaných v tom rozsahu, jak se žádá a jak by bylo ke prospěchu čtenářstva, zvláště za nynější doby nemohou uveřejňovati ani placených inserátů, jak se objednateli žádá, na druhé straně však stále c. k. politickými úřady donucovány pod záminkou vlasteneckosti, aby bezplatně otiskovaly nejrůznější obsáhlé zprávy, zvláště takové, jež ve dnešní situaci nemají žádného významu a které snad jen z naprosté neznalosti skutečných poměrů c. k. ministerstvo zahraničních záležitostí nebo jiný orgán vládní prostřednictvím nižších úřadů státních otiskovati ukládá.

V takovémto jednání c. k. politických úřadů vůči českému tisku vidíme ještě další zhoršování existence jeho, vidíme v tom však i po stránce morální nedůstojný nátlak na veřejné projevy tisku, kterýžto nátlak není v žádném souhlasu s vůlí poslanecké sněmovny, jak dosavadní její jednání ukázala.

Podepsaní se táží:

„Jest Vaše Excellence ochotna naříditi, aby c. k. politické úřady nedonucovaly český tisk k otiskování nejrůznějších zpráv a publikací, vycházejících zvláště z ministerstva zahraničních záležitostí?“

Dr. Fr. Lukavský.

Čech.	Valoušek.	Kratochvíl.	Franta.
Tobolka.	Dr. Hruban.	Hráský.	Navrátil.
Funk.	Šubrt.	Smrček.	Fiedler.

Authentische Übersetzung.

1317
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Franz Lukavský und Genossen an den k. k. Minister des Innern, betreffend das Vorgehen der k. k. politischen Behörden im Königreiche Böhmen gegenüber der böhmischen Journalistik.

Die böhmische Journalistik ist in ihrer Wirksamkeit und Entwicklung durch den Papiermangel ernstlich gefährdet. Alle in dieser Angelegenheit beim k. k. Handelsministerium unternommenen Schritte sind erfolglos geblieben. Die böhmische Journalistik erblickt jedoch in diesem ablehnenden Standpunkte der Regierung nicht bloß ein Sparsystem, sondern auch, und zwar in erster Reihe einen feindseligen Akt der Regierungskreise gegenüber böhmischen Zeitungen und ihren Kundgebungen. Wenn man vergleicht, wie wenig, beinahe unmerkbar der Umfang der der Regierung nahen Blätter vermindert ist, und wie selbst bei dem verminderten Umfange infolge absolut unzulänglicher Papierzuteilung die böhmische Presse in ihrer Existenz gefährdet ist, müssen wir darin die bekannte zweifache Elle erblicken, nach welcher bei uns nicht allen Nationen gleich gemessen wird.

Trotz dieser Krisis, die durch Einwirkung der Regierungskreise die böhmische Journalistik durchzumachen hat, werden ihr seitens der öffentlichen Organe und namentlich jedoch seitens der politischen Behörden immer größere und größere Aufgaben auferlegt. Die k. k. Bezirkshauptmannschaften im Königreiche Böhmen zwingen die Redaktionen böhmischer Zeitungen zum Abdrucke verschiedener umfangreicher Mitteilungen und Publikationen, dabei verlangen sie, daß bis zu einem bestimmten Tage bekanntgegeben werde, ob der bezüglichen Aufforderung Rechnung getragen wurde.

So ließen sie beispielsweise in letzter Zeit den Redaktionen böhmischer Blätter eine große Publikation: „Auszug aus der vom k. u. k. Ministerium des Äußern herausgegebenen Sammlung der Belege darüber, wie die mit Österreich-Ungarn kriegführenden Staaten die internationalen Rechte verletzen“, die fünfzig große Druckseiten umfaßt, mit der Aufforderung zukommen, daß die Redaktion aus dieser Sammlung ehestens die schreiensten Fälle unentgeltlich veröffentliche. Im Falle der Nichtbefolgung wird darin ein Mangel an patriotischer Handlungsweise erblickt.

Dadurch, daß seitens des k. k. Handelsministeriums den Herausgebern böhmischer Zeitungen nicht eine genügende Papierzuteilung zukommt, können die böhmischen Zeitungen, die von den öffentlichen Behörden zur Information des Publikums eingesendeten Mitteilungen in jenem Umfange, wie es verlangt wird, und wie es für die Leser von Vorteil wäre, überhaupt nicht veröffentlichen, sie können heutzutage nicht einmal gezahlte Inserate, wie es von den Bestellern verlangt wird, veröffentlichen, andrerseits werden sie jedoch fortwährend von den k. k. politischen Behörden unter dem Vorwande des Patriotismus zur unentgeltlichen Veröffentlichung verschiedenster umfangreicher Mitteilungen namentlich solcher verhalten, die bei der heutigen Situation keine Bedeutung haben und deren Abdruck vielleicht nur aus gänzlicher Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, das k. k. Ministerium des Äußern

oder ein anderes Regierungsorgan durch Vermittlung der staatlichen Unterbehörden vorschreibt.

In einer solchen Handlungsweise der k. k. politischen Behörden gegenüber der böhmischen Presse erblicken wir eine noch weitere Schädigung ihrer Existenz, wir erblicken darin aber auch in moralischer Hinsicht eine unwürdige Pression auf die öffentlichen Kundgebungen der Presse, welche Pression in gar keinem Einklange mit dem Willen des Abgeordnetenhauses steht, wie die bisherigen Verhandlungen desselben zeigten.

Die Gefertigten fragen:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, anzuordnen, daß die k. k. politischen Behörden die böhmische Presse nicht zur Veröffentlichung verschiedenster, namentlich vom Ministerium des Äußern herrührender Mitteilungen und Publikationen verhalten?"

Dr. Tobolka.
Dr. Hruban.
Valoušek.
Dr. Funk.
Čech.
Fiedler.

Dr. Lukavský.
Kratochvíl.
Hráský.
Smrček.
Dr. Franta.
Dr. Šubrt.

1318
I

Anfrage

des

Abgeordneten Václav Prunar und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl Czapp von Birkenstetten bezüglich eines provokativen und beleidigenden Benehmens des Leutnants Fürth.

Am 5. November 1917, nach 6 Uhr abends, ist es in dem Personenzug, welcher von Pilsen gegen Klattau fährt, durch ein sehr provokatives und äußerst beleidigendes Benehmen des Leutnants Fürth zu einem außerordentlich peinlichen, alle Zuschauer sehr erregenden Zwischenfall gekommen.

In einem Coupé der ersten Klasse haben drei Damen gesessen, welche sich ganz ruhig unterhalten haben. Es waren Frau Rosalie Kuba, Gemahlin des Oberrevidenten der k. k. Staatsbahnen und Stationsvorstandes in Janovic an der Angel, Frau Götz, Gemahlin des k. k. Oberbergrates in Klattau, und Frau Elisabeth Kabát, Gemahlin eines Handelsmannes aus Königliche Weinberge. In das Coupé ist in der Nähe von Pilsen ein junger Leutnant mit zwei Damen eingetreten; weil das Coupé schon vollbesetzt war, konnten diese Damen keinen Platz mehr finden. Infolgedessen hat sich der die beiden Damen begleitende Leutnant sehr provokativ benommen. Er hat die Frau Oberrevidentin Kuba aufgefordert, sie soll ihm sofort die Fahrkarte vorzeigen. Die Frau hat geantwortet, sie ist keineswegs verpflichtet, ihm die Fahrkarte zu zeigen. Hierauf der Leutnant: „Ich will aber, daß Sie mir sofort Ihre Fahrkarte zeigen.“ Die Frau: „Dem Kondukteur oder Zugsführer bin ich verpflichtet, die Karte vorzuzeigen, Ihnen jedoch nicht.“ Der Leutnant (fortwährend arroganter sich benehmend und stärker und stärker schreiend): „Ich will sehen, welche Klasse Sie haben.“ Die Frau: „Ich habe die erste Klasse, an die ich Anspruch habe.“ Der Leutnant: „Schweigen Sie! Sie haben doch vor Ihnen einen Leutnant. Sie wissen nicht, mit wem Sie sprechen, da steht vor Ihnen ein Offizier. Zeigen Sie mir sofort die Fahrkarte!“ Die Frau: „Das werde ich nicht machen.“ Der Leutnant: „Zeigen Sie mir nicht die Fahrkarte, so gebe ich Ihnen paar Ohrfeigen (der Leutnant, welcher mit der Frau böhmisch gesprochen hat, hat gesagt: „Dám Vám pár facek!“), Sie sind eine grobe Frauensperson (Vy jedna sprostá ženská)!“ Dabei hat er den Arm zu einem Schlage vorbereitet.

Die Frau Oberrevidentin begann am ganzen Körper zu zittern, war keines einzigen Wortes weiter mächtig und war nahe der Ohnmacht.

Als das der Leutnant bemerkt hat und als die Zeugen, durch ein so unanständiges und beleidigendes Benehmen eines Offiziers überrascht, die Frau Oberrevidentin aufmerksam gemacht haben, sie soll den Kondukteur, Zugsführer oder den diensthabenden Beamten in der nächsten Station herbeirufen, ist der Leutnant aus dem Coupé weggegangen.

Dann ist der Kondukteur gekommen (es war vor der Station Přestic) und als er gefragt wurde, ob die Frau die Fahrkarte dem Leutnant vorzeigen muß, hat er geantwortet: „Nein.“ Dann hat er konstatiert, daß die Frau Oberrevidentin tatsächlich Anspruch auf die erste Klasse hat und der Leutnant nur auf die zweite.

Da in Přeštic wegen Zugsverspätung keine Zeit war, mit dem diensthabenden Beamten oder Stationsvorstand zu sprechen, ist in Lužan der diensthabende Beamte in den Zug gekommen und hat den Offizier aufgesucht, um seine Identität sicherzustellen. Der Leutnant wollte nicht seinen Namen angeben; erst auf erneuerte Aufforderung hat er seinen Namen genannt. Der Beamte bat dann um den Reiseausweis, welchen der Leutnant nicht vorzeigen wollte. Erst nach erneuerter Aufforderung hat er die Marschroute gezeigt, nach welcher er Leutnant Fürth heißt und zu dem Militärverpflegsmagazin in Temesvár gehört.

Zeugen, außer den oben angeführten Damen und außer dem Zugs-, eventuell Bahnpersonal, sind: der Herr J. Buchbinder, Ziegeleibesitzer in Kažňov bei Pilsen, Frau Verduna, Beamtensgattin, Monsignore Miláček, Dechant aus Klattau, Dr. med. Alois Císař, Primararztstellvertreter aus Klattau und andere.

Dies genügt, um das strafbare und eines intelligenten Menschen unwürdige, äußerst beleidigende Benehmen zu charakterisieren.

Außerdem ist noch beizufügen, daß bei demselben Zug einige Coupés für die Offiziere bestimmt waren, wo der betreffende Leutnant den Platz einnehmen konnte und sollte.

Der betreffende Leutnant ließ sich nach der Affäre die Fahrkarte nach Nemělkau ausstellen und in Nemělkau ließ er sich die Fahrkarte erst nach Schüttenhofen, wo er wahrscheinlich zu Hause ist, verlängern.

So behaupten mit aller Bestimmtheit, bezüglich der Fahrtverlängerung, die Mitreisenden.

Der Leutnant Fürth hat durch sein provokatives, beleidigendes Benehmen die betreffende Dame, welche sich jetzt infolge des brutalen Vorgehens des Leutnants in ärztlicher Pflege befindet, schwer beleidigt und hat durch sein unwürdiges Benehmen große Entrüstung bei allen Mitreisenden erregt.

Die Interpellanten fragen daher:

„1. Hat Leutnant Fürth von dieser Affäre sofort an das zuständige Kommando die Meldung erstattet?

2. Ist der Herr Minister für Landesverteidigung bereit, die Vorkehrungen zu treffen, daß der betreffende Leutnant exemplarisch bestraft wird und daß sich solche Exzesse seitens der Offiziere nicht wiederholen?“

Wien, 9. November 1917.

Slavíček.	Václav Prunar.
Votruba.	Tomášek.
Klofáč.	Kalina.
Lisý.	Exner.
Stříbrný.	Pokorný.

1319
I

Dotaz

poslanců dra. Eduarda Šubrta, Jos. Hyrše a soudruhů k Jeho Excellenci panu ministru v vnitra v záležitosti rozpuštění klubu státních úředníků v Německém Brodě.

Klub státních úředníků v Německém Brodě odbýval dne 21. října 1917 veřejnou schůzi, na které bylo porokováno o těžké situaci v otázkách aprovisačních a zoufalém postavení v kterém v důsledku této situace nacházejí se úžedníci a zřízenci státní, železniční, samosprávní, soukromní i učitelstvo.

Na schůzi této vedle řečníků ze řad úřednictva a učitelstva promluvili říšští poslanci městské i venkovské skupiny dr. E. Šubrt a Josef Hyrš. Na základě úřední zprávy c. k. zeměpanského komisaře o této schůzi, rozpustilo c. k. místodržitelství rozhodnutím ze dne 29. října 1917, čís. 34.026 klub státních úředníků z důvodu, že na schůzi řečníci: ředitel městských úřadů A. Bartušek a poslanci dr. E. Šubrt a Josef Hyrš „politické otázky do svých úvah zavlekli". Z jmenovaných prvý mluvil jménem samosprávných úředníků a politických otázek se vůbec nedotkl, poslanci dr. E. Šubrt i Hyrš promluvili o otázkách zásobovacích, nevhodném postupu orgánů vládních při provádění různých nařízení a o škodlivosti takovéhoto postupu na celou otázku zásobovací.

Při všech řečích neměl přítomný zeměpanský komisař příležitost ani jedenkráte nechati napomenouti řečnika a také celá schůze se v klidu odbyla. Vzbuzuje tudíž rozhodnutí c. k. místodržitelství opravdový úžas a musí býti vykládán jako nová persekuce.

Vzhledem k tomu táží se podepsaní:

„1. Jest Vaší Excellenci jmenované rozhodnutí c. k. místodržitelství známo?

2. Jest Vaše Excellence ochotna, rozhodnutí toto odvolati a pečovat o to, aby podobnému systému c. k. místodržitelství pro budoucnost přítrž učiněna byla."

Ve Vídni, 9. listopadu 1917.

Dr. Šubrt.
Hyrš.
Hráský.
Dr. Lukavský.
Kratochvíl.
Franta.
Č. J. Lisý.
Exner.
V. Klofáč.
Vacek.
Votruba.

Dr. Koerner.
Stránský.
Ant. Rydlo.
Maštálka.
Smrček.
Stříbrný.
Vojta.
Slavíček.
Čech.
Funk.

Authentische Übersetzung.

1319
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Eduard Šubrt, Josef Hyrš und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend die Auflösung des Staatsbeamtenklubs in Deutschbrod.

Der Klub der Staatsbeamten in Deutschbrod hat am 21. Oktober 1917 eine öffentliche Versammlung abgehalten, in welcher die schwere Situation in Approvisionierungsfragen und die verzweifelte Lage, in welcher sich in Konsequenz dieser Situation die Staats-, Eisenbahn-, autonomen und Privatbeamten und Angestellten sowie die Lehrerschaft befinden, besprochen wurde. In dieser Versammlung haben neben den Rednern aus den Reihen der Beamtenschaft und der Lehrerschaft die Reichsratsabgeordneten der Städte- und der Landgemeindengruppe Dr. E. Šubrt und Josef Hyrš das Wort ergriffen. Auf Grund des amtlichen Berichtes des k. k. landesfürstlichen Kommissärs über diese Versammlung hat die k. k. Statthalterei mit der Entscheidung vom 29. Oktober 1917, Z. 34026, den Klub der Staatsbeamten aus dem Grunde aufgelöst, weil in der Versammlung die Redner: der Direktor der städtischen Ämter A. Bartušek und die Abgeordneten Dr. E. Šubrt und Josef Hyrš „politische Fragen in ihre Ausführungen einbezogen haben". Von den Genannten sprach der erstere im Namen der autonomen Beamten und hat die politischen Fragen überhaupt nicht berührt, die Abgeordneten Dr. E. Šubrt und Hyrš sprachen über Approvisionierungsfragen, über den unzweckmäßigen Vorgang der Regierungsorgane bei der Durchführung verschiedener Verordnungen und über die Schädlichkeit eines solchen Vorganges für die ganze Approvisionierungsfrage.

Bei allen diesen Reden hatte der anwesende landesfürstliche Kommissär keine einzige Gelegenheit gehabt, den Redner ermahnen zu lassen und es spielte sich auch die ganze Versammlung ruhig ab. Es ruft somit die Entscheidung der k. k. Statthalterei eine wirkliche Überraschung hervor und muß als eine neue Persekution aufgefaßt werden.

In Anbetracht dessen fragen die Gefertigten:

„1. Ist Eurer Exzellenz die erwähnte Entscheidung der k. k. Statthalterei bekannt?

2. Ist Eure Exzellenz bereit, diese Entscheidung zu widerrufen und dafür Sorge zu tragen, daß einem solchen System bei der k. k. Statthalterei in Hinkunft Einhalt gemacht werde?"

Wien, 9. November 1917.

Dr. Šubrt.

Kratochvíl.	Vacek.	Dr. Koerner.	Hyrš.
Hrášký.	E. J. Lisý.	Maštálka.	Vojta.
Exner.	Lukavský.	Rydlo.	Funk.
Klofáč.	Franta.	Smrček.	Čech.
Votruba.	Stránský.	Stříbrný.	Slavíček.

1320
I

Interpellace

poslance Biňovce a soudruhů na pana ministra železnic ve příčině nemístného nadužívání jízdních výhod arcibiskupem Huynem a ministrem orby hrabětem Silva-Tarouca, jež má za následek zbytečné zatěžování a zpoždění osobních vlaků.

Vlak čís. 204 jest následkem omezeného počtu rychlovlaků jediným rychlovlakem mezi Prahou a Vídní a jest proto každý den maximálně zatížen. Přes toto zatížení vlakové vyžádali si v pondělí, dne 5. listopadu, arcibiskup Huyn a ministr orby Silva-Tarouca přivěšení dvou salonních vozů a setrvali na tomto požadavku i přes upozornění dopravního úřadu v Praze, který vzhledem k přetížení vlaku doporučoval zmíněným pasažerům použíti jen jednoho vozu salonního.

Toto zavěšení dvou vozů na vlak jinak již dosti zatížený zavinilo jednohodinné zpoždění vlaku, jež pro veliký počet cestujících mělo v zápětí nepříjemné následky.

Z příčiny té se podepsaní táží:

„1. Jest Vaší Excellenci tento případ znám?

Hodlá Vaše Excellence ministra orby a pražského arcibiskupa upozorniti na to, že i pro ně platí alespoň omezování pohodlí za doby války, když musí ostatní obyvatelstvo obětovat jmění, krev i životy a když chudina se svými dětmi hladem a zimou zmírá?

Jest Vaše Excellence ochotna připomenouti zmíněným pánům, že zneužíváním svého úředního postavení na úkor cestujících za svým povoláním jezdících dopouštějí se nebezpečné provokace, a dále, že nesmějí své pohodlí stavět nad zájmy a potřeby veřejné?“

Ve Vídni, 9. listopadu 1917.

Fr. Tomášek.	Fr. Biňovec.
Haberman.	J. Marek.
Pik.	Prokeš.
Soukup.	Tusar.
J. V. Stejskal.	Modráček.
K. Vaněk.	Filipínský.
Klička.	Hnátek.
A. Němec.	Svoboda.
Aust.	Jaroš.

Authentische Übersetzung.

1320
I

Anfrage

des

Abgeordneten Biňovec und Genossen an den Herrn Eisenbahnminister, betreffend den unstatthaften Mißbrauch der Fahrbegünstigungen durch den Erzbischof Huyn und den Ackerbauminister Grafen Silva-Tarouca, was eine überflüssige Belastung und Verspätung von Personenzügen zur Folge hat.

Der Zug Nr. 204 ist infolge der beschränkten Anzahl der Schnellzüge der einzige Schnellzug zwischen Prag und Wien und daher jeden Tag maximal belastet.

Trotz dieser Belastung des Zuges haben Montag den 5. November der Erzbischof Huyn und der Ackerbauminister Silva-Tarouca die Ankuppelung von zwei Salonwagen verlangt und beharrten auf dieser Forderung trotz der Vorstellung des Verkehrsamtes in Prag, welches in Anbetracht der Überlastung des Zuges den erwähnten Passagieren die Benützung eines einzigen Salonwagens empfohlen hat.

Diese Ankoppelung von zwei Wagen an den ohnehin bereits genug belasteten Zug hatte eine einstündige Verspätung des Zuges zur Folge, was für eine große Anzahl von Reisenden unangenehme Konsequenzen hatte.

Aus diesem Grunde fragen die Gefertigten:

„Ist Euer Exzellenz dieser Fall bekannt? Gedenkt Eure Exzellenz den Ackerbauminister und den Prager Erzbischof darauf aufmerksam zu machen, daß auch für sie wenigstens die Einschränkung der Bequemlichkeit während des Krieges Geltung hat, wenn die übrige Bevölkerung ihr Vermögen, Blut und Leben opfern muß und wenn die armen Bevölkerungsschichten mit ihren Kindern durch Hunger und Kälte zugrunde gehen?

Ist Eure Exzellenz bereit, den erwähnten Herren in Erinnerung zu bringen, daß sie durch Mißbrauch ihrer amtlichen Stellung zum Nachteile der ihrem Berufe nachgehenden Reisenden eine gefährliche Provokation begehen und daß sie ihre Bequemlichkeit nicht über öffentliche Interessen und Bedürfnisse stellen dürfen?"

Wien, 9. November 1917.

		Klička.	Biňovec.
Modráček.	Soukup.	Hnátek.	Tomášek.
Stejskal.	Jaroš.	Svoboda.	Prokeš.
Němec.	Tusar.	Habermann.	Aust.
Vaněk.	Filipínský.	Marek.	Pik.

1321
I

Interpelacija

poslanca dra. Ravniharja in tovarišev do Ekscelence domobranskega ministra glede postopanja c. in kr. nadporočnika Avgusta Stoinschegga, župana v Rogaški Slatini.

Gospa Marija Klobučarjeva, soproga c. kr. višjedež. sodnega svetnika v Ljubljani se, je iz zdravstvenih ozirov s svojo učerko Slavo podala dne 18. septembra 1915 v Rogaško Slatino.

Treba ji je pa bilo skrbeti za pravočasno vrnitev v Ljubljano. Zato je takoj začetkom oktobra 1915 pisala (v slovenskem jeziku) ekspresno-priporočeno pismo za dopolnilne potne listine c. in kr. etapnemu poveljstvu 5. armade v Ljubljano. Po preteku treh tednov je dospel odgovor preko rogaško-slatinškega županstva, da se ima glede dopolnilnih potnih listin zglasiti na županstvu.

Še istega dne je šla v županski urad in prosila službujočega tajnika Mačeka za posredovanje. Zahteval je vložitev prošnje na c. kr. okrajno glavarstvo v Ptuju. Sestavila je takoj v županski pisarni prošnjo v slovenskem jeziku (tajnik Maček je opetovano naglašal, da se morajo take reči pisati le v nemščini), navedla vzrok zadeve same in nujnost rešitve, priložila za se in hčerko potna lista, ki jih je že imela, naslovila vse to na c. kr. okrajno glavarstvo v Ptuju ter vse izročila omenjenemu tajniku v nadaljno odpravo in rešitev. Treba pa je bilo še podpisa župana. c. in kr. nadporočnika Avgusta Stoinschegga. Ker tega ni bilo doma, jo je prosil tajnik, naj kar sama nese pismo prvemu občinskemu svetniku, takratnemu c. kr. postajenačelnika v Rogaški Slatini v podpis. Zgodilo se je. Omenjeni prvi občinski svetnik je prebral prošnjo, pregledal vse, podpisal prošnjo ter prositeljici izročil vse v pismu, katero je potem oddala pismonoši.

Čakala je sedaj dan na dan potnih listin, pa zaman. Skrbelo jo je glede selitve in tudi glede denarja, ki ji je skoraj že ves pošel. Podala se je torej 1. novembra 1915 vnovič v županski urad ter vprašala tajnika Mačeka po svojih potnih listinah. Odgovoril je, da še niso došle. Prosila je, naj uradnim potom kar najhitreje pospeši to zadevo, ker bi morala biti vsaj do 6. novembra 1915 radi selitve v Ljubljani. Odgovoril je, da je vse že storil, kar je bilo v njegovi moči ter dostavil: „Sicer pa je tukaj gospod župan sam“, ter namignil k sosedni pisalni mizi. Stopila je tja in rekla slovenski: „Prosim, gospod župan!“ Župan in c. in kr. nadporočnik Avgust Stoinschegg je vstal rekoč v nemškem jeziku: „Was wünschen Sie?“ — Nato se je razvil ta-le dvogovor:

Ona: Vložila sem na c. kr. okrajno glavarstvo v Ptuju prošnjo za dopolnilne potne listine, priložila za se in hčerko potna lista, a do danes jih še nimam. Moram pa radi selitve do 6. novembra 1915 odpotovati v Ljubljano. Prosim, da nujno uradnim potom urgirate moje potne listine, da pridem pravočasno domov.“

Župan: „To ne gre, morate čakati, tudi drugi morajo čakati po cele tedne in mesece!“

Ona: „Ne morem čakati več, moram biti pravočasno v Ljubljani. Tudi mi že primanjkuje denarja.“

Župan (nemški): „Sie sprechen ja gut deutsch. Hier ist die Amtssprache die deutsche, sprechen Sie also deutsch!“

Ona (slovenski): „Vi ste župan slovenske občine in jaz sem slovenska stranka; govoriti

imate z menoj slovensko! Prosim, da mi preskrbite vse moje potne listine nujno in uradnim potom, sicer odpotujem brez njih in kjer me ustavijo, tam dam na zapisnik, zakaj jih nimam."

Župan (nemški): „Das ist Amtsbeleidigung (obrnjen proti tajniku nadaljuje), nehmen Sie sie zu Protokoll!"

Ona: „Prosim, saj sem se zglasila že pri svojem prihodu, pa nič ne škoduje, če zapišete še enkrat moje ime."

Župan (besno po pisarni gor in dol dirjajoč je zavpil): „So ein gemeines Luder! Dort ist die Tür! Ich pflege nur mit anständigen Damen zu verkehren!"

Ona: „Gemein ste Vi, kdo je Vaš komandant?"

Pri teh besedah je župan kar obstal in nobene več zinil.

Ona: „Ga že najdem!"

Nato je gospa odšla.

Vse to se je vršilo ob navzočnosti žene župana c. in kr. nadporočnika Avgusta Stoinschegga, občinskega tajnika Mačeka, občinskega redarja in še dveh drugih gospej neznanih oseb.

Žaljena gospa je šla nemudoma do takratnega c. in kr. štacijskega poveljnika polkovnika v Rogaški Slatini. Naznanila mu je dobesedno vso žalitev in zahtevala zadoščenja. Temu je sledil ta-le dvogovor:

Polkovnik: „Ach was! Jetzt gibt es keine Nationalitäten; jetzt gibt es nur Österreicher."

Gospa ga je opozorila, da je Slovenka, da je žena in mati in kruto žaljena na časti.

Polkovnik: „Gnädige Frau, jetzt gibt es keine Ehre. Ich habe keine Ehre, Sie haben keine Ehre, kein Mensch hat eine Ehre, — jetzt ist Kriegszeit!"

Ona: „Es kann ja sein, daß Sie keine Ehre haben, aber ich habe welche, und die man mir hier nehmen will, werde ich mir zu verschaffen wissen, wenn nicht heute, so morgen; wenn nicht jetzt, wo Kriegszeit ist, so nachher im Parlament. Guten Tag!" Na to je odšla.

Drugo dopoldne je šla zopet do gospoda c. in kr. polkovnika. Treba ji je bilo njegovega potrdila, da se vabilu c. kr. okrajnega glavarstva v Ptuju ni mogla pravočasno odzvati, ker ji je pošta dotično vabilo dostavila prepozno. Pri izročitvi potrdila jo je nagovoril gospod c. in kr. polkovnik: „Gnädige Frau! Treiben Sie den Fall Stoinschegg nicht zu weit. Für Ihren Herrn Gemahl könnte dies üble Folgen haben!"

Ona: „Mein Mann und ich sind zwei Personen. Ich die beleidigte Person hier; mein Mann aber jene Person, die von dieser Beleidigung nichts weiß."

Polkovnik: „Es wird Sie auch viel Geld kosten und auch viel Zeit!"

Ona: „Ich werde kein Geld und keine Zeit scheuen, um meine Ehre zu retten. Guten Tag!"

Gospa Klobučarjeva je ves slučaj naznanila c. in kr. vojaškemu poveljstvu v Gradcu. Do danes ni še dobila nobenega zadoščenja, niti ni bila obveščena, da bi bile vojaške oblasti primerno nastopile proti gospodu Stoinscheggu kot c. in kr. nadporočniku, proti kateremu ona ni mogla nastopiti pred civilnim kazenskim sodiščem.

Vsled tega si usojajo podpisani poslanci vprašati:

1. „Je-li Vaša Ekscelenca pripravljena dati se poučiti o tej zadevi?

2. Kaj namerava Vaša Ekscelenca ukreniti, da dobi žaljena gospa primernega zadoščenja od strani gospoda Avgusta Stoinschegga, c. in kr. nadporočnika v Rogaški Slatini."

Dunaj, 9. novembra 1917.

Fon.	Dr. Ravnihar.
Fr. Demšar.	Dr. Korošec.
Dr. L. Pogačnik.	Dr. Fr. Jankovič.
Jarc.	Gostinčar.
Dr. K. Verstovšek.	Dr. Rybář.

Authentische Übersetzung.

1321

I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Ravnihar und Genossen an Seine Exzellenz den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen des k. u. k. Oberleutnants August Stoinschegg, Bürgermeisters in Rohitsch-Sauerbrunn.

Frau Maria Klobučar, die Gemahlin des k. k. Oberlandesgerichtsrates in Laibach, hat sich am 18. September 1915 aus Gesundheitsrücksichten mit ihrer Tochter Slava nach Rohitsch-Sauerbrunn begeben.

Sie mußte jedoch für die rechtzeitige Rückkehr nach Laibach Sorge tragen. Deshalb hat sie sogleich anfangs Oktober 1915 (in slowenischer Sprache) einen rekommandierten Expreßbrief um die Ergänzungsreisedokumente an das k. u. k. Etappenkommando der fünften Armee in Laibach geschrieben. Nach Ablauf von drei Wochen langte die Antwort im Wege des Bürgermeisteramtes von Rohitsch-Sauerbrunn ein, daß sie sich bezüglich der Ergänzungsreisedokumente beim Bürgermeisteramte zu melden habe.

Noch an demselben Tage ging sie ins Bürgermeisteramt und bat den diensthabenden Sekretär Mačck um Vermittlung. Er verlangte die Überreichung eines Gesuches an die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Pettau. Sie verfaßte sogleich in der Bürgermeisterkanzlei das Gesuch in slowenischer Sprache (Sekretär Mačck hob wiederholt hervor, daß solche Sachen nur in deutscher Sprache geschrieben werden müssen), führte den Grund der Angelegenheit selbst an und die Dringlichkeit der Erledigung, legte für sich und ihre Tochter die Reisepässe bei, die sie schon besaß, adressierte das alles an die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Pettau und übergab alles dem erwähnten Sekretär zur weiteren Abfertigung und Erledigung. Es war aber noch die Unterschrift des Bürgermeisters, des k. u. k. Oberleutnants August Stoinschegg, notwendig. Weil dieser nicht zu Hause war, ersuchte sie der Sekretär, sie möge gleich selbst den Brief zum ersten Gemeinderate, dem damaligen k. k. Stationschef in Rohitsch-Sauerbrunn, zur Unterfertigung tragen. So geschah es. Der erwähnte erste Gemeinderat hat das Gesuch durchgelesen, alles durchgesehen, das Gesuch unterfertigt und der Gesuchstellerin alles in einem Brief überreicht, den sie dann dem Briefträger übergab.

Nun wartete sie Tag für Tag auf die Reisedokumente, aber vergebens. Sie hatte schon Sorgen bezüglich der Übersiedlung und auch bezüglich des Geldes, das ihr schon fast ganz ausgegangen war. Sie begab sich daher am 1. November 1915 neuerlich ins Bürgermeisteramt und fragte den Sekretär Mačck nach ihren Reisedokumenten. Er antwortete, daß sie noch nicht gekommen seien. Sie bat, er möge im amtlichen Wege die Angelegenheit so schnell als möglich beschleunigen, weil sie wenigstens bis zum 6. November 1915 wegen der Übersiedlung in Laibach sein müßte. Er antwortete, daß er schon alles getan habe, was in seiner Kraft war, und fügte hinzu: „Übrigens, der Herr Bürgermeister ist selbst hier" und deutete zum benachbarten Schreibtisch. Sie trat hinzu und sagte in slowenischer Sprache: „Bitte, Herr Bürgermeister!" Der Bürgermeister und k. u. k. Oberleutnant August Stoinschegg erhob sich und sagte in deutscher Sprache: „Was wünschen Sie?" Darauf entwickelte sich folgendes Zwiegespräch: Sie: Ich habe an die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Pettau ein Gesuch um die Ergänzungsreisedokumente überreicht, habe für mich und meine

Tochter die Reisepässe beigelegt, habe sie aber bis heute noch nicht. Ich muß jedoch wegen der Übersiedlung bis zum 6. November 1915 nach Laibach abreisen. Ich bitte, daß Sie dringend im amtlichen Wege meine Reisedokumente urgieren, damit ich rechtzeitig nach Hause komme."

Der Bürgermeister: „Das geht nicht, Sie müssen warten, auch andere müssen warten, ganze Wochen und Monate!"

Sie: „Ich kann nicht mehr warten, ich muß rechtzeitig in Laibach sein. Ich leide auch schon Mangel an Geld."

Der Bürgermeister (deutsch): „Sie sprechen ja gut deutsch! Hier ist die Amtssprache die deutsche, sprechen Sie also deutsch!"

Sie (slowenisch): „Sie sind Bürgermeister einer slowenischen Gemeinde und ich bin eine slowenische Partei; Sie haben mit mir slowenisch zu sprechen! Ich bitte, daß Sie mir alle meine Reisedokumente dringend und im amtlichen Wege besorgen, sonst reise ich ohne sie ab, und wo man mich aufhalten wird, dort werde ich zu Protokoll geben, warum ich sie nicht habe."

Der Bürgermeister (deutsch): „Das ist — Amtsbeleidigung — (zum Sekretär gewendet, fährt er fort), nehmen Sie sie zu Protokoll!"

Sie: „Ich bitte, ich habe mich ja schon bei meiner Ankunft gemeldet, aber es schadet nichts, wenn Sie meinen Namen noch einmal aufschreiben."

Der Bürgermeister (wütend in der Kanzlei auf- und abrennend, schrie er auf): „So ein gemeines Luder! Dort ist die Tür! Ich pflege nur mit anständigen Damen zu verkehren!"

Sie: „Gemein sind Sie, wer ist Ihr Kommandant?"

Bei diesen Worten blieb der Bürgermeister stehen und sprach kein Wort mehr.

Sie: „Ich werde ihn schon finden!"

Darauf entfernte sich die Frau.

Das alles spielte sich in Gegenwart der Frau des Bürgermeisters, des k. u. k. Oberleutnants August Stoinschegg, des Gemeindesekretärs Maček, des Gemeindepolizisten und noch zweier anderer Frauen, unbekannter Personen, ab. Die beleidigte Frau ging ungesäumt zum damaligen k. u. k. Stationskommandanten, einem Obersten in Rohitsch-Sauerbrunn. Sie teilte ihm wörtlich die Beleidigung mit und verlangte Genugtuung. Daran schloß sich folgender Dialog:

Der Oberst: „Ach was! Jetzt gibt es keine Nationalitäten; jetzt gibt es nur Österreicher!"

Die Frau machte ihn aufmerksam, daß sie Slowenin, daß sie Frau und Mutter sei und daß sie in ihrer Ehre schwer beleidigt worden sei.

Der Oberst: „Gnädige Frau! Jetzt gibt es keine Ehre. Ich habe keine Ehre, Sie haben keine Ehre, kein Mensch hat eine Ehre — jetzt ist Kriegszeit!"

Sie: „Es kann ja sein, daß Sie keine Ehre haben, aber ich habe welche, und die man mir hier nehmen will, werde ich mir zu verschaffen wissen, wenn nicht heute, so morgen; wenn nicht jetzt, wo Kriegszeit ist, so nachher im Parlament. Guten Tag!"

Darauf ging sie fort.

Am nächsten Vormittag ging sie wieder zum Herrn k. u. k. Oberst. Sie benötigte seine Bestätigung, daß sie der Vorladung der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Pettau nicht rechtzeitig entsprechen konnte, weil ihr die Post die betreffende Vorladung zu spät zugestellt habe. Bei der Aushändigung der Bestätigung redete sie der k. u. k. Oberst an: „Gnädige Frau! Treiben Sie den Fall Stoinschegg nicht zu weit. Für Ihren Herrn Gemahl könnte das üble Folgen haben!"

Sie: „Mein Mann und ich sind zwei Personen. Ich, die beleidigte Person, hier; mein Mann aber jene Person, die von dieser Beleidigung nichts weiß!"

Der Oberst: „Es wird Sie auch viel Geld kosten und auch viel, viel Zeit!"

Sie: „Ich werde kein Geld und keine Zeit scheuen, um meine Ehre zu retten. Guten Tag!"

Frau Klobučar hat den ganzen Fall dem k. u. k. Militärkommando in Graz zur Anzeige gebracht. Bis heute hat sie noch keine Genugtuung erhalten, noch ist sie verständigt worden, daß die Militärbehörden gegen Herrn Steinschegg als k. u. k. Oberleutnant entsprechend vorgegangen wären, gegen den sie vor dem zivilen Strafgerichte nicht auftreten konnte.

Infolgedessen erlauben sich die gefertigten Abgeordneten die Fragen zu stellen:

„1. Ist Eure Exzellenz bereit, sich über diese Angelegenheit unterrichten zu lassen?

2. Was gedenken Eure Exzellenz zu verfügen, daß die beleidigte Frau von seiten des Herrn August Stoinschegg, k. u. k. Oberleutnants in Rohitsch-Sauerbrunn, eine Genugtuung erhalte?"

Wien, 9. November 1917.

Dr. Korošec. Dr. Ravnihar.
Fon. Dr. Verstovšek. Dr. Janković. Jarc.
Dr. Pogačnik. Fr. Demšar. Dr. Rybař. Gostinčar.

1322
I

Interpelacija

poslanca dra. Ravniharja in tovarišev do Ekscelence ministra za notranje zadeve glede nedovolitve ustanovitve „Društva zasebnih uradnikov in uradnic na slovenskem ozemlju“.

V Ljubljani se je ustanovilo društvo, ki mu je po § 3 društvenih pravil namen združevati zasebne uradnike in uradnice vseh vrst, gojiti med njimi stanovsko zavest in vzajemnost, skrbeti za izpolnjevanje njihove strokovne izobrazbe, zastopati njihove stanovske koristi, boljšati njih gmotni in družabni položaj. Politična vprašanja pridejo v poštev le toliko, kolikor zahtevajo to stanovske koristi članov.

Območje društva obsega vse slovensko ozemlje na Koroškem, Štajerskem, Kranjskem in Primorskem. Društvo se imenuje: „Društvo zasebnih uradnikov in uradnic na slovenskem ozemlju in ima svoj sedež v Ljubljani“.

C. kr. ministrstvo notranjih zadev glasom razpisa od 14. oktobra 1917, štev. 54757, ni dovolilo ustanovitve tega društva, sklicujé se na § 6 zakona od 5. maja 1869, drž. zak. štev. 66, in naredbe celokupnega ministrstva od 25. julija 1914, drž. zak. štev. 158. Iz tega razpisa ni razvidno, iz katerih razlogov se odklanja dovolitev ustanovitve imenovanega društva. Najbrže se c. kr. ministrstvo spodtika ob imenu društva, čigar območje obsega „vse slovensko ozemlje na Koroškem, Štajerskem, Kranjskem in Primorskem“. Ni pa uvideti, da bi ta razlog mogel biti ovira za dovolitev zgolj stanovskega nepolitičnega društva. Niti društveni zakon, niti citirana naredba celokupnega ministrstva ne morata utemeljiti zabranitve ustanovitve društva iz navedenega razloga.

Zategadelj si usojajo podpisani poslanci vprašati Vašo Ekscelenco:

„1. Je-li ste Ekscelenca pripravljeni pojasniti, iz katerih razlogov je c. kr. ministrstvo notranjih zadev zabranilo ustanovitev društva z imenom „Društvo zasebnih uradnikov in uradnic na slovenskem ozemlju“ s sedežem v Ljubljani?

2. Je-li ste Ekscelenca pripravljeni izposlovati, da c. kr. ministrstvo notranjih zadev dovoli ustanovitev imenovanega društva?“

Na Dunaju, 6. listopada 1917.

Roškar.
Pišek.
Dr. Vukotić.
Jaklič.
Gostinčar.

Dr. Ravnihar.
Dr. L. Pogačnik.
Dr. Rybář.
Dr. Jankovič.
Dr. Verstovšek.

Authentische Übersetzung.

1322
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Ravnihar und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend die Nichtbewilligung der Gründung des „Vereines der Privatbeamten und -beamtinnen im slowenischen Gebiete“.

In Laibach wurde ein Verein gegründet, dessen Zweck nach § 3 der Vereinsstatuten darin besteht, die Privatbeamten und -beamtinnen aller Kategorien zu vereinigen, unter ihnen das Standesbewußtsein und die Wechselseitigkeit zu pflegen, für die Vervollkommnung ihrer fachlichen Ausbildung zu sorgen, ihre Standesinteressen zu vertreten, ihre materielle und gesellschaftliche Lage zu verbessern. Politische Fragen kommen nur insoweit in Betracht, als dies die Standesinteressen der Mitglieder erfordern.

Der Wirkungskreis des Vereines umfaßt das ganze slowenische Gebiet in Kärnten, Steiermark, Krain und Küstenland. Der Verein führt den Namen: „Verein der Privatbeamten und -beamtinnen im slowenischen Gebiete“ und hat seinen Sitz in Laibach.

Das k. k. Ministerium des Innern hat laut Erlaß vom 14. Oktober 1917, Z. 54757, die Gründung dieses Vereines nicht bewilligt unter Berufung auf den § 6 des Gesetzes vom 5. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 66, und auf die Verordnung des Gesamtministeriums vom 25. Juli 1914, R. G. Bl. Nr. 158. Aus diesem Erlasse ist nicht ersichtlich, aus welchen Gründen die Bewilligung der Gründung des genannten Vereines verweigert wird. Wahrscheinlich nimmt das k. k. Ministerium Anstoß an dem Namen des Vereines, dessen Wirkungskreis „das ganze slowenische Gebiet in Kärnten, Steiermark, Krain und Küstenland“ umfaßt. Es ist aber nicht einzusehen, daß dieser Grund ein Hindernis für die Bewilligung eines reinen Standesvereines, eines unpolitischen Vereines bilden könnte. Weder das Vereinsgesetz noch die zitierte Verordnung des Gesamtministeriums können die Verweigerung der Vereinsgründung aus dem angeführten Grunde begründen.

Deshalb erlauben sich die unterfertigten Abgeordneten an Eure Exzellenz die Frage zu stellen:

„1. Ist Eure Exzellenz bereit, Aufklärung zu geben, aus welchen Gründen das k. k. Ministerium des Innern die Gründung des Vereines unter dem Namen „Verein der Privatbeamten und -beamtinnen im slowenischen Gebiete“ mit dem Sitze in Laibach verweigert hat?

2. Ist Eure Exzellenz bereit, zu verfügen, daß das k. k. Ministerium des Innern die Gründung des genannten Vereines bewillige?“

Wien, 6. November 1917.

		Jaklič.	Dr. Ravnihar.
Dr. Rybař.	Dr. Verstovšek.	Roškar.	Dr. L. Pogačnik.
Dr. Jankovič.	Gostinčar.	Pišek.	Dr. Vukotić.

1323
I

Interpellace

poslanců Habermana, Pika a soudruhů na pana ministra vyučování ohledně zabavování školních učebnic a obtíží zavládnuvších při obstarání školních knih vůbec.

Pane ministr! Z nespočetných případů a stížností, stejně znějících uvádíme následovný případ.

Správa školy v Třemošné u Plzně. zaslala dne 20. září t. r. náležitý peněžný obnos na potřebné knihy pro školu objednané u c. k. knihoskladu v Praze. Napřed zaplacené a objednané knihy nedošly dosud. Škola jest většinou bez knih. Ačkoliv bylo o ně žádáno, nebyly škole ani zaslány knihy staré nekonfiskované. Čítanky obecných škol byly téměř všecky konfiskovány a nemělo se jich používati. O nové náhradní knihy nebylo však doposud postaráno.

Dvě léta učí se bez knih. Nejvíce trpí žáci chudých rodičů, poněvadž knihy pro chudé určené jsou zabaveny a mnohá škola zbavena byla všech čítanek a cvičebnic, které těžce nastřídala a o náhradu nikdo se nestará. Knihy mohly býti dávno vytisknuty a školám včas dodány. Kde vězí příčiny. Proč nedodají se knihy, které knihoskladu předem placeny býti musí.

Vedle toho dnes hotoví se knihy brožírované s papírovým neklíženým hřbetem za velice zdraženou cenu. Taková kniha vydrží měsíc a pak se rozpadne.

Kdo může kupovati nové, když jedna čítanka stojí 3 K a nic nevydrží.

Pane ministr! Podepsaní se táží:

„Jest pan ministr ochoten postarati se o nápravu. Vymožením zrušení konfiskace a příkazem knihoskladu v Praze, aby odstranil všecky obtíže zneodůvodňející dodávky knih školám."

Vídeň, 6. listopadu 1917.

Prokeš.	Haberman.
Aust.	Pik.
Hybeš.	Bechyně.
Svoboda.	Stejskal.
Filipínský.	Dr. Winter.
Vaněk.	Dr. Witt.
Soukup.	Hnátek.
Svěcený.	Tusar.
Charvát.	Modráček.

Authentische Übersetzung.

1323
I

Anfrage

der

Abgeordneten Habermann, Pik und Genossen an den Herrn Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Konfiszierung von Lehrbüchern und die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Schulbüchern überhaupt.

Herr Minister!

Von den unzähligen Fällen und gleichlautenden Beschwerden führen wir folgenden Fall an:

Die Leitung der Schule in Třemoschna bei Pilsen schickte am 20. September l. J. den gehörigen Geldbetrag für die für die Schule benötigten, beim k. k. Schulbücherverlag in Prag bestellten Bücher ein. Die im voraus bezahlten und bestellten Bücher sind bis jetzt nicht eingelangt. Die Schule ist meist ohne Bücher. Obzwar man sie verlangte, wurden der Schule nicht einmal die alten, nichtkonfiszierten Bücher zugesendet. Die Volksschullesebücher wurden fast sämtlich konfisziert und man soll sie nicht benützen. Für neue Ersatzbücher wurde jedoch bis jetzt nicht gesorgt.

Zwei Jahre wird ohne Bücher unterrichtet. Am meisten leiden die Schüler armer Eltern, weil die für die Armen bestimmten Bücher konfisziert sind und so manche Schule wurde aller Lesebücher und Lehrbücher beraubt, die sie schwer ansammelte und niemand kümmert sich um einen Ersatz. Die Bücher hätten schon längst gedruckt sein und den Schulen rechtzeitig geliefert werden können. Wo liegt die Ursache? Warum liefert man nicht die Bücher, die dem Schulbücherverlag im Voraus bezahlt werden müssen?

Daneben werden heute broschierte Bücher mit papierenem, ungeleimtem Rücken um einen bedeutend erhöhten Preis angefertigt. Ein solches Buch hält einen Monat aus und zerfällt dann.

Wer kann neue kaufen, wenn ein Lesebuch 3 K kostet und nichts aushält?

Herr Minister!

Die Gefertigten fragen:

„Ist der Herr Minister geneigt, durch Erwirkung der Aufhebung der Konfiskation und Anweisung des Schulbücherverlages in Prag, damit dieser alle unbegründeten Schwierigkeiten der Lieferung der Bücher an die Schulen beseitige, Remedur zu schaffen?“

Wien, 6. November 1917.

Charvát.			Habermann.
Filipínský.	Svecený.	Dr. Witt.	Pik.
Hnátek.	Aust.	Tusar.	Bechyně.
Soukup.	Vaněk.	Modráček.	Stejskal.
Hybeš.	Svoboda.	Prokeš.	Dr. Winter.

1324
———
I

Interpellace

poslanců Habermana, Pika a soudruhů na pana ministra vnitra a pana ministra výživy ohledně nesprávného počínání orgánů úředních při rekvisicích

Páni ministři! Z řad drobných zemědělců, domkářů a chalupníků přichází četné stížnosti na nesprávné jednání orgánů úředních, určujících povinné dodávky zemědělců ze sklizně a na brutálnost jejich počínání při vymáhání těchto. Z četných případů vyjímáme dva:

V České Třebové, okresní hejtmanství Lanškroun, stěžují si malí domkáři a chalupníci, že při soupisu sklizně a vymáhání této, zejména při vymáhání bramborů, nešetří se náležitě a přesně ustanovení a možnosti malých hospodářství a nižších hodnot půdy. Výkonní orgánové určují povinné dodávky dle počtu arů. aniž by brali zřetel na hodnotu a třídu půdy a na to, je-li hospodářství malé, poskytující hospodáři třeba sebe nedostatečnější výživu pro vlastní rodinu, anebo velké, poskytující možnost odprodeje ze sklizně a blahobyt. Všecky poukazy a prosby, aby domkářům a chalupníkům nebylo bráno k živobytí jejich rodin a pro hospodářství nejnutnější, zůstávají marnými. Podobně děje se v okresním hejtmanství přestickém.

V obci Lišicích na Přešticku nadiktován výkonnými orgány příkaz k odevzdání bramborů, bez ohledu na velikost hospodářství, dle počtu arů. Chudí domkáři a chalupníci mají odevzdati tolik bramborů, dle počtu arů bez ohledu na to, co sklidili, jako velcí zemědělci. Stížnosti v tomto směru podané nevedou k cíli, naopak přivoďují nesnáze. a brutálnosti, jichž se dopouští úředníci politického úřadu v Přešticích.

Do obce výše uvedené dostavil se zřízenec okresního hejtmanství v Přešticích, dr. Endršt na obecní úřad, kam si obeslal stěžovatele, většinou manželky narukovaných, chudých domkářů a chalupníků. Na místo vyšetření a sjednání nápravy anebo aspoň povinného věcného vysvětlení hrozil jim, že je nechá z úřadu v případě opakování stížnosti „holí vyhnat a zavřít“ a jinak se na stěžovatele osopil a utrhoval, způsobem vzdělaného úředníka a státního zřízence, jednajícího ve službě státu a tudíž i občanstva, naprosto nehodným.

Podepsaní se proto táží:

„Jsou výše uvedení páni ministři ochotni nařiditi podřízeným orgánům, aby při rekvisicích brán byl náležitý zřetel na malá hospodářství, domkáře a chalupníky a stížnosti jejich byly řádně, rychle, spravedlivě a bez brutálnosti a dráždění vyřizovány?“

Ve Vídni, 6. listopadu 1917.

Dr. Winter.	Haberman.
Hnátek.	Pik.
Soukup.	Bechyně.
Filipínský.	Charvát.
Aust.	Svoboda.
V. Tusar.	K. Vaněk.
Svěcený.	J. V. Stejskal.
Hybeš.	Modráček.

Authentische Übersetzung.

1324
I

Anfrage

der

Abgeordneten Habermann, Pik und Genossen an den Herrn Minister des Innern und den Herrn Minister für Volksernährung, betreffend das inkorrekte Vorgehen der Amtsorgane bei Requisitionen.

Herren Minister!

Aus den Reihen der kleinen Landwirte, Häusler und Hüttler kommen zahlreiche Beschwerden über inkorrektes Vorgehen der Amtsorgane, die die zu leistenden Erntelieferungen der Landwirte bestimmen, und über ihre Brutalität beim Eintreiben derselben. Aus den zahlreichen Beispielen greifen wir zwei heraus:

In Böhmisch Trübau, Bezirkshauptmannschaft Landskron, beklagen sich die Kleinhäusler und Hüttler, daß bei der Ernteaufnahme und beim Eintreiben derselben, namentlich beim Eintreiben der Kartoffeln, die Vorschriften und die Leistungsfähigkeit der kleinen Landwirte sowie die mindere Bodenqualität nicht gebührend und genau beachtet werden. Die Vollzugsorgane bestimmen die zu leistenden Lieferungen nach der Anzahl der Are, ohne auf die Qualität und Klasse des Bodens sowie darauf Rücksicht zu nehmen, ob die Wirtschaft klein ist und dem Landwirte wenn auch noch so kümmerlichen Lebensunterhalt für die eigene Familie bietet oder ob sie groß ist und den Abverkauf von der Ernte und einen Wohlstand ermöglicht. Alle Hinweise und Bitten, daß den Häuslern und Hüttlern nicht das zur Ernährung ihrer Familie und für die Wirtschaft Notwendigste genommen werde, bleiben vergeblich. Ähnlich geschieht es im Sprengel der Bezirkshauptmannschaft Přeschtitz.

In der Gemeinde Lischitz im Bezirke Přeschtitz wurde von den Vollzugsorganen ein Auftrag zur Ablieferung von Kartoffeln ohne Rücksicht auf die Größe der Wirschaft nach dem Arausmaße diktiert. Arme Häusler und Hüttler sollen ohne Rücksicht darauf, wieviel sie geerntet haben, nach dem Arausmaße ebensoviel Kartoffeln abliefern wie die großen Landwirte. Die in dieser Richtung überreichten Beschwerden führten nicht zum Ziel, sie führen im Gegenteil Unannehmlichkeiten und Brutalitäten herbei, die von den Beamten der politischen Behörde in Přeschtitz begangen werden.

In der oberwähnten Gemeinde erschien ein Angestellter der Bezirkshauptmannschaft Přeschtitz beim Gemeindeamte, wohin er die Beschwerdeführer, zumeist Frauen eingerückter armer Häusler und Hüttler, vorgeladen hatte. Anstatt einer Untersuchung und Abhilfe oder wenigstens einer pflichtgemäßen sachlichen Aufklärung drohte er ihnen, daß er sie im Falle einer Wiederholung ihrer Beschwerde mit dem Stock hinaustreiben und einsperren lassen werde und noch anders fuhr er gegen die Beschwerdeführer los und schmähte sie in einer für einen gebildeten Beamten und Staatsangestellten, der im Dienste des Staates und somit auch der Bevölkerung handelt, ganz unwürdigen Weise.

Die Gefertigten fragen deshalb:

„Sind die Herren Minister geneigt, den untergeordneten Organen anzuordnen, daß bei den Reqisitionen gebührend auf die kleinen Wirtschaften, Häusler und Hüttler Rücksicht genommen werde und ihre Beschwerden ordnungsmäßig, rasch, gerecht und ohne Brutalitäten und Aufreizung erledigt werden?“

Wien, 6. November 1917.

		Tusar.	Habermann.
Hybeš.	Dr. Winter.	Svĕcený.	Pik.
Hnátek.	Soukup.	Bechynĕ.	Charvát.
Filipínsky.	Aust.	Svoboda.	Stejskal.

1325

I

Interpelacija

poslanca dra. Verstovšeka in tovarišev na Ekscelenco gospoda trgovskega ministra zaradi rekviriranja volne in prediva na Štajerskem.

Na podlagi odredbe trgovskega ministrstva od 30. maja 1916, drž. zak. štev. 156, točka 1, morajo posestniki, ki imajo ovce, oddati vso volno c. kr. erárju.

Dasi je umevno, da se potrebuje sedaj volna v splošne svrhe, se morajo vendar uvaževati tudi potrebe civilnega prebivalstva, zlasti v hribovitih krajih, kjer se ne dobi pri trgovcih nobenega blaga za obleko.

C. kr. namestnija v Gradcu je ukazala celo, da rekvirirajo oblasti vse predivo. Znano je, da se je na Štajerskem zlasti v zadnjem času gojilo le malo lanu in konoplje. Radi tega se na ukaz grofa Claryja ljudstvo po nepotrebnem šikanira s preiskavami shramb za predivom in volno.

V hribovitih krajih zlasti v Spodnjem Štajerju kmečko ljudstvo nujno potrebuje volno in predivo za se.

Zato si dovoljujejo podpisani vprašanje na Ekscelenco gospoda trgovskega ministra:

„Ali je voljna Vaša Ekscelenca znižati množino volne odraslih ovc in določiti, da se od jagnjet sploh nič ne zahteva?

Dalje je-li pripravljena Vaša Ekscelenca odrediti, da se pusti toliko volne in prediva posestnikom, kolikor zahtevajo njih lastne potrebe?“

Dunaj, 9. novembra 1917.

Dr. Verstovšek.
Dr. L. Pogačnik. Jarc.
Roškar. Jaklič.
Pišek. Hladnik.
Dr. Korošec. Dr. Dulibić.
M. Brenčič. Fon.
Prodan. Dr. Gregorčič.
Dr. Janković. Dr. Benkovič.

Authentische Übersetzung.

1325
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Verstovšek und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister, betreffend die Requirierung von Wolle und Flachs in Steiermark.

Auf Grund der Verordnung des Handelsministeriums vom 30. Mai 1916, R. G. Bl. Nr. 156, Punkt 1, müssen Besitzer, welche Schafe halten, die ganze Wolle dem k. k. Ärar abliefern.

Obwohl es begreiflich ist, daß man gegenwärtig die Wolle zu allgemeinen Zwecken benötigt, müssen doch auch die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung berücksichtigt werden, insbesondere in Gebirgsgegenden, wo bei Kaufleuten keine Waren für Kleider zu haben sind.

Die k. k. Statthalterei in Graz hat sogar angeordnet, daß die Behörden den gesamten Flachs requirieren. Es ist bekannt, daß in Steiermark, besonders in letzterer Zeit, nur wenig Flachs und Hanf gepflanzt wurde. Deshalb wird das Volk über Anordnung des Grafen Clary unnötigerweise mit Untersuchungen der Vorratsräume nach Flachs und Wolle schikaniert.

In den Gebirgsgegenden, besonders in Untersteiermark, benötigt die Landbevölkerung dringend Wolle und Flachs für sich.

Deshalb erlauben sich die Unterzeichneten an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister die Frage:

„Ist Eure Exzellenz gewillt, die Wollmenge der erwachsenen Schafe herabzusetzen und zu bestimmen, daß von Lämmern überhaupt nichts angefordert werde. Ferner, ist Eure Exzellenz bereit, die Verfügung zu treffen, daß den Besitzern soviel Wolle und Flachs belassen werde, als ihre eigenen Bedürfnisse es erfordern?“

Wien, 9. November 1917.

Dr. K. Verstovšek.
Dr. Janković.
Dr. L. Pogačnik.
Dr. Benković.
Jarc.
J. Hladnik.
Roškar.
Dr. Dulibić.
Pišek.
Prodan.
Jaklič.
Dr. Gregorčič.
Dr. Korošec.
Fon.
Brenčič.

1326
I

Interpelacija

poslanca Jarca in tovarišev na Njegovo Ekscelenco domobranskega ministra v zadevi prostovoljne prodaje konj c. in kr. vojaškemu erarju na Kranjskem.

Na poziv poveljnika soške armade je odredila c. kr. deželna vlada na Kranjskem prostovoljni nakup konj na Kranjskem.

V dotičnem razglasu se je obljubila za konje primerna, današnjim tržnim razmeram odgovarjajoča cena.

Ko so pa posestniki prignali v pondeljek dne 5. novembra 1917 konje pred komisijo v Novem mestu, je ta določila za prevzete konje ceno, ki niti od daleč ne odgovarja obljubljeni tržni ceni. S tem so bili kmetje za svojo patrijotično požrtvovalnost samo oškodovani.

Podpisani vsled tega vprašamo:

„Ali hoče Vaša Ekscelenca slučaj preiskati in odrediti, da se takoj povrne kmetom škoda?“

Dunaj, 9. novembra 1917.

Jarc.
Roškar. Perič.
Dr. L. Pogačnik. Dr. Vukotić.
Dr. Rybář. Gostinčar.
Dr. Gregorčič. Dr. Ravnihar.
Dr. Verstovšek. Pogačnik.
Fon. Fr. Demšar.
Spinčić. Dr. Dulibić.
Prodan. Brenčić.

Authentische Übersetzung.

1326
I

Anfrage

des

Abgeordneten Jarc und Genossen an Seine Exzellenz den Minister für Landesverteidigung, betreffend den freiwilligen Verkauf von Pferden an das k. u. k. Militärärar in Krain.

Über Aufforderung des Kommandanten der Isonzoarmee hat die k. k. Landesregierung in Krain den freiwilligen Ankauf von Pferden in Krain verfügt.

In der betreffenden Kundmachung wurde für Pferde der den heutigen Marktverhältnissen entsprechende Preis in Aussicht gestellt.

Als aber die Besitzer am Montag, den 5. November 1917 die Pferde vor die Kommission in Rudolfswert auftrieben, bestimmte diese für die übernommenen Pferde einen Preis, der dem versprochenen Marktpreise bei weitem nicht entspricht. Damit wurden die Bauern für ihre patriotische Opferwilligkeit nur geschädigt.

Die Unterzeichneten stellen infolgedessen die Frage:

„Will Eure Exzellenz den Fall untersuchen und verfügen, daß den Bauern der Schaden sofort vergütet werde?“

Wien, 9. November 1917.

Jarc.
Dr. Pogačnik. Gostinčar.
Dr. Gregorčič. Dr. Ravnihar.
Dr. Rybář. Pogačnik.
Roškar. Perić.
Brenčič. Dr. Vukotić.
Fr. Demšar. Dr. Dulibić.
Dr. K. Verstovšek. Spinčić.
Fon. Prodan.

1327
I

Interpelacija

poslanca Jarca in tovarišev na Njegovo Ekscelenco domobranskega ministra radi izplačila za dobavljeno seno in slamo raznih občin v črnomeljskem okraju na Belokranjskem.

Razne občine v črnomeljskem okraju na Kranjskem so dobavile že leta 1916 vojaški upravi seno in slamo.

Po preteku poldrugega leta po dobavi pa občini Loka in Butoraj še do danes nista dobile plačanega sena in slame, dobavljene že marca 1916.

Podpisani vprašajo:

„Ali hoče odrediti Vaša Ekscelenca, da se prizadetim dobavljeno seno in slama takoj plača?"

Dunaj, 9. novembra 1917.

Jarc.
Dr. Vukotić. Gostinčar.
Brenčič. Dr. Dulibić.
Roškar. Dr. Ravnihar.
Dr. L. Pogačnik. Dr. Gregorčič.
Dr. Rybář. Perić.
Pogačnik. Fon.
Fr. Demšar. Prodan.
Dr. K. Verstovšek. Spinčić.

Authentische Übersetzung.

1327
I

Anfrage

des

Abgeordneten Jarc und Genossen an Seine Exzellenz den Minister für Landesverteidigung wegen der Auszahlung für geliefertes Heu und Stroh verschiedener Gemeinden im Bezirke Tschernembel in Weißkrain.

Verschiedene Gemeinden im Bezirke Tschernembel in Krain haben schon im Jahre 1916 der Heeresverwaltung Heu und Stroh geliefert.

Nach Ablauf von $1^{1}/_{2}$ Jahren nach der Lieferung aber haben die Gemeinden Loka und Butoraj bis heute noch nicht die Bezahlung für das schon im März 1916 gelieferte Heu und Stroh erhalten.

Die Unterfertigten stellen die Frage:

„Will Eure Exzellenz die Verfügung treffen, daß den Betroffenen das gelieferte Heu und Stroh sofort bezahlt werde?"

Wien, 9. November 1917.

Jarc.
Dr. Verstovšek. Gostinčar.
Dr. Dulibić. Dr. Ravnihar.
Dr. Rybář. Dr. Gregorčič.
Pogačnik. Perić.
Fr. Demšar. Jon.
Spinčić. Prodan.
Dr. Pogačnik. Dr. Vukotić.
Roškar. Brenčič.

1328
I

Interpelacija

poslanca Jarca in tovarišev na Njegovo Ekscelenco poljedelskega ministra radi nepravilne razdelitve sladkorja, določenega za vinogradnike v novomeškem okraju na Kranjskem.

Pri razdelitvi sladkorja vinogradnikom v novomeškem okraju so se dogodile velike nerednosti.

Velika občina Šmihel-Stopiče, ki je prosila za 9000 kilogramov sladkorja, ga je dobila le 410 kilogramov. Podobno druge občine.

Nasprotno pa so posamezne osebe, zlasti veleposestniki bili tako protežirani, da so dobili pod roko 50 kilogramov sladkorja; neki lekarnar celo 990 kilogramov za izdelovanje malinovca.

Podpisani vprašamo:

„1. Ali je Vaši Ekscelenci znano to nepravilno postopanje?

2. Kaj hoče ukreniti Vaša Ekscelenca, da se v bodoče prepreči ponovitev takih nepravilnosti?“

Dunaj, 9. oktobra 1917.

Jarc.
Dr. Gregorčič. Perić.
Dr. L. Pogačnik. Prodan.
Fr. Demšar. Gostinčar.
Spinčić. Dr. Ravnihar.
Roškar. Pogačnik.
Brenčič. Dr. Dulibić.
Dr. Rybář. Fon.
Dr. Vukotić. Dr. Verstovšek.

Authentische Übersetzung.

1328
I

Anfrage

des

Abgeordneten Jarc und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ackerbauminister wegen der unrichtigen Verteilung des für die Weinbauern bestimmten Zuckers im Bezirke Rudolfswert in Krain.

Bei der Verteilung des Zuckers an die Weinbauern im Bezirke Rudolfswert kommen große Unregelmäßigkeiten vor.

Die große Gemeinde St. Michael-Stopiče, welche um 9000 Kilogramm Zucker angesucht hatte, erhielt nur 410 Kilogramm. Ähnlich erging es anderen Gemeinden.

Dagegen wurden einzelne Personen, insbesondere Großgrundbesitzer, derart protegiert, daß sie zu 50 Kilogramm Zucker unter der Hand erhielten; ein Apotheker sogar 990 Kilogramm zur Erzeugung von Himbeersaft.

Die Unterzeichneten stellen die Fragen:

„1. Ist Eurer Exzellenz dieses unrichtige Vorgehen bekannt?

2. Welche Vorkehrungen will Eure Exzellenz treffen, damit in Hinkunft die Wiederholung derartiger Unregelmäßigkeiten vereitelt werde?"

Wien, 9. Oktober 1917.

	Jarc.
Dr. Gregorčič.	Gostinčar.
Dr. Rybař.	Dr. Ravnihar.
Dr. Pogačnik.	Pogačnik.
Dr. Vukotić.	Prodan.
Fr. Demšar.	Perić.
Spinčić.	Dr. Dulibić.
Dr. K. Verstovšek.	Jon.
Roškar	Brenčič.

1329
I

Interpelacija

poslanca Jarca in tovarišev na Njegovo Ekscelenco ministra za prehrano v zadevi preskrbe kmečkega prebivalstva z mesom.

V kljub temu, da je treba radi silnega pomanjkanja krme poklati večje število živine, kakor bi bilo gospodarsko dopustno, deželna nakupovalnica klavne živine v Ljubljani noče dobavljati zadostne množine mesa za kmečko prebivalstvo. Kmet ne more dobiti mesa niti za starce in bolnike.

V občinah, ki štejejo po več tisoč prebivalcev, ni dovoljeno zaklati niti repa.

Vrhutega je deželna vlada zaplenila vse prešiče ter pustila kmetu za osebo le 35 kilogramov teže (mesa in masti skupaj!). Ti prešiči pa naj se koljejo v režiji deželnega mesta!

S tem je najobčutnejše prizadeto kmečko prebivalstvo, ker je zanj določena množina mesa in masti brez dvoma prepičla. Od zaklanih prašičev mu tako ne ostane niti drobovina, ki bi jo kmet sam porabil bolj ekonomično, kakor deželna nakupovalnica.

Končno se imenovana nakupovalnica vkljub opetovanim intervencijam podpisanih protivi želji prizadetih, da bi se olajšalo klanje živine doma, ker je bilo na Kranjskem od nekdaj v navadi, da se je goveje meso na kmetih prekajevalo.

Z ozirom na navedeno si usojamo podpisani vprašati:

„1. Ali je Vaši Ekscelenci znan opisani nedostatek?

2. Ali je Vaša Ekscelenca voljna odrediti potrebno, da se to takoj odstrani?“

Dunaj, 9. novembra 1917.

Jarc.

Roškar.	Gostinčar.
Brenčič.	Dr. Ravnihar.
Fon.	Dr. Rybář.
Dr. Gregorčič.	Dr. Dulibić.
Spinčić.	Pogačnik.
Dr. Verstovšek.	Perić.
Dr. Vukotić.	Dr. L. Pogačnik.
Prodan.	Fr. Demšar.

Authentische Übersetzung.

1329
I

Anfrage

des

Abgeordneten Jarc und Genossen an Seine Exzellenz den Minister für Volksernährung, betreffend die Versorgung der Landbevölkerung mit Fleisch.

Trotzdem, daß wegen des ungeheuren Mangels an Futter eine größere Zahl von Vieh geschlachtet werden muß, als es wirtschaftlich zulässig wäre, will die Landeseinkaufsstelle für Schlachtvieh in Laibach nicht genügende Fleischmengen für die Landbevölkerung liefern. Der Bauer kann kein Fleisch bekommen, nicht einmal für Greise und Kranke.

In Gemeinden, welche mehrere Tausend Einwohner haben, ist es nicht erlaubt, auch nicht ein Stück Vieh zu schlachten.

Überdies hat die Landesregierung alle Schweine beschlagnahmt und dem Bauer nur 35 Kilogramm Gewicht (Fleisch und Fett zusammen!) pro Person belassen. Diese Schweine aber sollen in der Regie der Landesstelle geschlachtet werden.

Damit ist die Landbevölkerung am empfindlichsten getroffen, weil die für sie bestimmte Menge von Fleisch und Fett ohne Zweifel zu knapp ist. Von den geschlachteten Schweinen bleiben ihr ohnehin nicht einmal die Innereien, welche vom Bauer selbst ökonomischer verwendet würden, als von der Landeseinkaufsstelle.

Schließlich widersetzt sich die genannte Einkaufsstelle trotz wiederholter Interventionen der Unterzeichneten dem Wunsche der Betroffenen, daß die Hausschlachtung des Viehes erleichtert werde, weil es in Krain seit jeher üblich war, das Rindfleisch auf dem Lande zu räuchern.

Mit Rücksicht auf das Angeführte erlauben wir Gefertigten uns, die Fragen zu stellen:

„1. Ist Eurer Exzellenz der geschilderte Mangel bekannt?

2. Ist Eure Exzellenz gewillt, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, daß das abgestellt werde?“

Wien, 9. November 1917.

Jarc.

Gostinčar. Dr. Ravnihar.
Dr. Pogačnik. Dr. Rybař.
Dr. Dulibić. Perić.
Fr. Demšar. Dr. Vukotić.
Fon. Dr. Gregorčič.
Prodan. Spinčić.
Dr. K. Verstovšek. Roškar.
Brenčič. Pogačnik.

1330
I

Anfrage

des

Abgeordneten Richard Wollek und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Kultus und Unterricht.

Margarete Blümel, Tochter des im Felde stehenden k. k. Oberstleutnants Blümel, besuchte als Hospitantin bis zum Mai 1916 die IV. Klasse des k. k. Staatsgymnasiums in Graz. Auf Grund eines angeblichen Ministerialerlasses wurde Margarete Blümel am 20. Mai 1916 deshalb von der Schule ausgewiesen, weil sie nicht geimpft war und deren Mutter sich unter Berufung auf ärztliche Zeugnisse weigerte, an dem Kinde die Impfung vornehmen zu lassen. Der k. k. Landesschulrat für Steiermark begründete die Ausschließung mit folgendem Gutachten des Sanitätsdepartements der k. k. Statthalterei in Graz.

„Fernhaltung ungeimpfter oder nicht rechtzeitig wiedergeimpfter Schüler vom Schulbesuche ist eine prophylaktische Maßnahme gegen die Ausbreitung der Blattern. Wenn auch bei einem ungeimpften Schüler tatsächlich ärztliche Bedenken gegen die Vornahme der Impfung sprechen würden, so ist dies ganz irrelevant, ein solcher ungeimpfter Schüler bildet für die Mitschüler dieselbe Gefahr wie bei ungerechtfertigter Impfrenitenz und es muß seine Fernhaltung vom Schulbesuche trotzdem verlangt werden." Diese Äußerung der k. k. Statthalterei steht im vollsten Widerspruche zu dem Gesetze, das einen Impfzwang nicht kennt; außerdem muß es als ein Hohn bezeichnet werden, denn ein normaler Verstand kann unmöglich fordern, daß ein Kind auch dann geimpft werden müsse, wenn ärztliche Bedenken gegen die Vornahme der Impfung sprechen.

Auf Grund dieses höchst sonderbaren Gutachtens verfügte der Landesschulrat die Fernhaltung der Hospitantin Margarete Blümel für die Dauer des Vorkommens von Blatternerkrankungen in der Stadt Graz. Seitdem sind die Blatternerkrankungen in Graz erloschen, nichtsdestoweniger wird aber Margarete Blümel noch immer nicht zum Besuche der Schule zugelassen. Einen gegen dieses Verhalten eingebrachten Rekurs hat das k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht abschlägig beschieden und sich darauf berufen, daß es ihm frei stünde, für die Zulassung von Hospitantinnen gewisse Voraussetzungen zu bestimmen und auf deren Einhaltung zu bestehen. Demgegenüber ist zu bemerken, daß die Entscheidung des Ministeriums für Kultus und Unterricht, mittels welcher seinerzeit die Margarete Blümel zum Studium zugelassen wurde und sie das Recht erhielt, ihre Studien am k. k. Staatsgymnasium in Graz als Hospitantin fortsetzen und beenden zu dürfen, mit keinem Worte diese Erlaubnis an die Bedingung der vorgenommenen oder zu erfolgenden Impfung bindet.

Die Ausschließung der Margarete Blümel vom Studium am k. k. Staatsgymnasium in Graz stellt sich somit sowohl im Hinblick auf die Tatsache, daß das österreichische Gesetz keinen Impfzwang kennt, wie auch im Hinblick auf die Entscheidung des k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht, auf Grund welcher die Margarete Blümel zum Studium am genannten Gymnasium zugelassen wurde, als

eine schwere Rechtsbeugung dar, welche um so erbitternder wirken muß, als der Vater des Kindes in treuester Pflichterfüllung als Offizier dem Vaterlande dient.

Ich stelle daher an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Kultus und Unterricht die dringende Anfrage:

„Ist er bereit, die der Margarete Blümel, beziehungsweise deren Eltern gegenüber begangene Rechtsverweigerung unverzüglich zu beheben und anzuordnen, daß der Genannten die Fortsetzung ihres Studiums gestattet werde?"

Wien, 13. November 1917.

Hötzendorfer.
Parrer.
Grafinger.
Jedek.
Roggler.
Richard Wollek
Alois Brandl.
M. Huber.
J. Wohlmeyer.
Wille.

1331
I

Interpellace

poslance Stříbrného, Klofáče a soudruhů k jeho Excellence ministra vnitra v záležitosti zastavení periodního časopisů „Česká Demokracie".

Výměrem c. k. policejního ředitelství v Praze, čís. j. 8375, S. II. ze dne 6. listopadu 1917 bylo vycházení „České Demokracie" a „Pondělníku" úředně zastaveno pro psaní státu nebezpečné. V rozhodnutí uvedeno několik případů způsobu psaní, jež nutno prý považovati za státu nebezpečné, jež svým zněním v ničem neodchylují se od obvyklé kritiky politické a proto nutno v tomto kroku pražského policejního ředitelství viděti akt čiré libovůle.

Uváží-li se, že mohutná strana národně sociální, zastoupená na radě říšské 14 poslanci a rovněž zastoupena i na zemském sněmu a skorem ve všech samosprávných korporacích svými stoupenci — je úplně beze všeho tisku, protože hned v začátcích války oba její denníky „České Slovo" a „Naše Slovo" jakož i celá řada krajinských listů byla zastavena — spatřují podepsaní v tomto rozhudnutí c. k. policejního ředitelství novou tendenční politickou persekuci. Nejedná se zde o pronásledování jediné politické strany, nýbrž podepsaní v tomto kroku spatřují nepřátelský akt oproti celému českému národu usilujícímu o uznání práva sebeurčení všech národů a zřízení samostatného státu československého.

Podepsaní táží se proto:

„1. Je Vaší Excellenci známo ono rozhodnutí c. k. policejního ředitelství?

2. Je Vaše Excellence ochotna výměr ten zrušiti?"

Ve Vídni, 10. listopadu 1917.

Dr. Baxa.	Stříbrný.
Dr. Koerner.	Klofáč.
J. Sedlák.	Kalina.
F. Staněk.	Hráský.
Stránský.	Bechyně.
Konečný.	Habermann.
Tusar.	Pik.
Dr. Hübschman.	Č. J. Lisý.
Dr. Formánek.	Exner.
	Slavíček.

Authentische Übersetzung.

1331
I

Anfrage

der

Abgeordneten Střibrný, Klofáč und Genossen an Seine Exzellenz den Minister des Innern, betreffend die Einstellung der periodischen Zeitschrift „Česká Demokracie“.

Mit dem Bescheide der k. k. Polizeidirektion in Prag, G. Z. 8375, S. II, vom 6. November 1917, wurde das Erscheinen der Zeitschriften „Česká Demokracie“ und „Pondělník“ wegen staatsgefährlicher Schreibweise amtlich eingestellt. In der Entscheidung sind einige Fälle der angeblich als staatsgefährlich anzusehenden Schreibweise angeführt, die in ihrem Wortlaute in keiner Weise von der üblichen politischen Kritik abweichen und es muß daher in diesem Schritte der Prager Polizeidirektion ein Akt reiner Willkür erblickt werden.

Wenn man bedenkt, daß die mächtige nationalsoziale Partei, die im Reichsrate durch 14 Abgeordnete und ebenso auch im Landtage und beinahe in allen autonomen Korporationen durch ihre Anhänger vertreten ist, ganz ohne Presse dasteht, weil gleich am Anfang des Krieges ihre beiden Tageszeitungen „České Slovo“ und „Naše Slovo“ sowie eine ganze Reihe von Provinzblättern eingestellt wurde, müssen die Gefertigten in dieser Entscheidung der k. k. Polizeidirektion eine neue tendenziöse politische Persekution erblicken. Es handelt sich hier nicht um die Verfolgung einer einzigen politischen Partei, sondern die Gefertigten erblicken in diesem Schritte einen feindseligen Akt gegen die ganze böhmische Nation, die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes aller Nationen und die Errichtung eines selbständigen böhmisch-slowakischen Staates anstrebt.

Die Gefertigten fragen somit:

„1. Ist Eurer Exzellenz jene Entscheidung der k. k. Polizeidirektion bekannt?

2. Ist Eure Exzellenz geneigt, diesen Bescheid aufzuheben?“

Wien, 10. November 1917.

Georg Střibrný.
Dr. Baxa. Klofáč.
Dr. Koerner. Kalina.
J. Sedlák. Hrášký.
F. Staněk. Stránský.
Habermann. Tusar.
Pik. Dr. Hübschmann.
Dr. Formánek. C. Lisý.
Exner. Bechyně.
Konečný. Slavíček.

1332
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Sylvester und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung.

Ein Teil des Landes Salzburg gehört noch zum sogenannten „weiteren Kriegsgebiete“. Durch unsere glänzenden Siege in Italien ist der Kriegsschauplatz so weit weggerückt, daß die Aufrechterhaltung des weiteren Kriegsgebietes im Herzogtume Salzburg unnütz erscheint.

Ich stelle deshalb die Anfrage:

„Ob die Auflassung des „weiteren Kriegsgebietes“ im Herzogtume Salzburg nicht ohneweiters verfügt werden könnte?“

Dr. Sylvester.
Dr. Schürff.
Strziska.
Dr. Stölzel.
Herzmansky.
Kittinger.
F. Held.
Wedra.
Gust. Richter.
O. Teufel.
Dr. Waber.

1333
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Sylvester und Genossen an Seine Exzellenz General v. Höfer.

Die Zuckerzentrale in Wien verweigerte vor kurzem der Landeshauptstadt Salzburg mit der Begründung die ihr zukommende Zuckermenge, daß aus den Monaten Juli bis Oktober d. J. soviel Vorräte erübrigt sein müßten, daß die Bevölkerung dieser Stadt damit ihr Auslangen finden müßte. Diese Ausflucht ist ganz unbegründet, weil Salzburg in diesen Monaten kaum die ihr gebührende Menge erhalten hat und daher gar kein Vorrat erübrigt werden konnte. Salzburg ist daher im Monate November ganz ohne Zucker. Infolge dieses Umstandes hat sich der Bevölkerung eine hochgradige Erregung bemächtigt, welche gegen die Wiener Zuckerzentrale gerichtet ist.

Wir fragen demnach Seine Exzellenz:

„Ob das k. k. Ernährungsamt geneigt ist, unverzüglich Wandel zu schaffen und die Zuckerzentrale anzuweisen, sofort der Stadt Salzburg die ihr für den Monat November d. J. gebührende Zuckermenge anweisen zu lassen?"

Wien, 12. November 1917.

O. Teufel.	Dr. Sylvester.
Dr. Schürff.	Dr. Stölzel.
J. Goll.	A. Seidel.
Herzmansky.	Kindermann.
F. Held.	Gust. Richter
Kittinger.	Strziska.
Wedra.	Dr. Waber.

1334
I

Anfrage

des

Abgeordneten Richard Marckhl und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung, betreffend Maßnahmen zur möglichsten Einschränkung der Verminderung des Viehbestandes.

Bekanntlich haben die vielfachen Schlachtviehrequisitionen, unter denen insbesondere das Land Steiermark stark zu leiden hatte, in weiten Gebieten eine bedenkliche Verminderung des Viehbestandes herbeigeführt. Die Sorge um die Zukunft legt es nahe, solche Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, die bei ungestörter Aufrechthaltung der Versorgung der Armee im Felde mit Fleisch es ermöglichen, die Requisitionen von Schlachtvieh und die Verminderung des Viehbestandes auf das notwendige Mindestmaß einzuschränken.

In dieser Beziehung muß es Bedenken erregen, wenn ohne Bedachtnahme auf die unausbleiblichen Folgen für den Viehbestand und ihre Rückwirkung auf den gesamten landwirtschaftlichen Betrieb und die allgemeinen Ernährungsfragen das bisherige System der Versorgung der Armee im Felde mit Schlachtvieh im vollen Umfang aufrechterhalten wird.

Entgegen den Angaben der Anfragebeantwortung ad Nr. 537/I, XXII. Session (108), Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Gostinčar und Genossen, betreffend die militärischen Schlachtviehdepots, sind die Gefertigten in der Lage, an der Hand von Tatsachen, auch aus der jüngsten Zeit, nachzuweisen, daß die Abfuhr des requirierten Schlachtviehs nach der Einwaggonierung häufig infolge unzulänglicher Transportbestimmungen sich allzusehr verzögert und daß die Maßnahmen, welche die mit dem langwierigen Transport verbundenen Nachteile verhüten oder doch auf ein Mindestmaß herabsetzen sollen, entweder unzulänglich sind oder nicht immer entsprechend gehandhabt werden, so was die Tränkung, Fütterung und Wartung des einwaggonierten Viehs anbelangt. Wir verweisen auf den in den Tagesblättern besprochenen Vorfall in Lamnach in Steiermark.

Aber ganz abgesehen davon ist es eine erfahrungsgemäße Tatsache, daß der Transport von Lebendvieh an und für sich schon eine nicht unbedeutende Gewichtsabnahme des zur Deckung des Frontbedarfes bestimmten Schlachtviehs zur Folge hat. Daran vermag auch die Einrichtung der Schlachtviehdepots nichts zu ändern. Diese Gewichtsabnahme wird um so größer sein, je weiter die Strecke ist, die der jeweilige Viehtransport bis zur Feldschlachtstätte zurückzulegen hat.

Nach fachmännischen Gutachten kann angenommen werden, daß ein Schlachtrind vom Orte der Requisition, beziehungsweise der Verfrachtungsstation weg bis zur Feldschlachtstätte gering gerechnet eine durchschnittliche Einbuße von 20 bis 30 Kilogramm an Gewicht erleidet.

Bei der Annahme, daß eine Infanterietruppendivision einen Wochenbedarf von 300 Stück Rindern hat, ergäbe dies einen wöchentlichen Ausfall von 6000 Kilogramm bei einer Division oder bei 100 Divisionen einen Verlust von 6000 Meterzentnern wöchentlich.

Nun sind sich die Gefertigten darüber klar, daß eine gänzliche Vermeidung dieses Verlustes durch Gewichtsabnahme, der sich, wenn die Versorgung der gesamten im Felde stehenden Armee in Betracht gezogen wird, als sehr bedeutend darstellt, nicht erreichbar ist. Allein zweifellos würde eine ausschlaggebende Verringerung dieses Verlustes erzielt werden, wenn wenigstens zum Teil an Stelle der Versorgung der Armee im Felde mit Schlachtvieh

jene mit Fleisch von im Hinterland geschlachtetem Vieh treten würde.

Dieses Versorgungssystem wäre insbesondere nach Eintritt der Kälte, also ungefähr während 30 Winterwochen, vor allem dort möglich, wo sich die Armee im Stellungskrieg befindet und kann es nach obigem keinem Zweifel unterliegen, daß bei diesem System der Aufwand an Schlachtvieh für die Armee im Felde sehr bedeutend verringert würde, ein größerer Prozentsatz an Vieh den landwirtschaftlichen Betrieben erhalten bliebe, beziehungsweise im Notfalle dem Verbrauch im Hinterland zugeführt werden könnte.

Die Ersparnis würde sich — ganz abgesehen davon, daß die Inanspruchnahme der Eisenbahntransportmittel bei dieser Art der Fleischversorgung der Armee im Felde eine bedeutend geringere wäre — noch deshalb höher stellen, weil der unvermeidliche Verlust durch Verenden von Rindern während des Transportes und durch Verseuchung im Etappenraume wegfallen würde. Auch ist die Annahme eines Gewichtsschwundes von durchschnittlich 20 bis 30 Kilogramm für ein Stück Rind infolge des Transportes sicherlich zu nieder gehalten. Außerdem könnten immerhin bei dieser Versorgungsart alle Abfälle, wie Blut, Darmfett, Gedärme usw. eine weit gründlichere und ergiebigere Verwertung finden, als bei Vornahme der Schlachtungen in den Feldschlachtstätten. Nicht zu unterschätzen wäre auch angesichts des fühlbaren Futtermangels die Ersparnis der derzeit in den Schlachtviehdepots zum Verbrauch gelangenden Futtermengen, wie auch die in diesen Depots verwendete Mannschaft einer anderen Verwendung zugeführt werden könnte.

Der Mangel an den für die Zufuhr des Fleisches in die vordersten Versorgungs- und Verteilungsstellen nötigen Transportmittel (Train) ist sicherlich kein so großer, als daß nicht eine derartige Sparmaßnahme je nach den Verhältnissen wenigstens teilweise durchgeführt werden könnte.

Die nötigen Massenschlachtungen könnten in den vorhandenen Schlachthäusern, wie in Villach, Klagenfurt, Bozen, Meran, Trient, Innsbruck, Graz, Marburg, Cilli, Pettau, Laibach, Agram, Lemberg, Przemyśl, Krakau usw., allenfalls in noch zu errichtenden Schlachthäusern (Baracken) bewerkstelligt werden. Im Sommer könnte der Armee im Felde wohl auch Gefrierfleisch oder geräuchertes Fleisch nachgeschickt werden.

Der Erfolg der oben der Erwägung anheim gestellten Sparmaßnahmen kann beiläufig gewertet werden, wenn man bedenkt, daß der Jahresbedarf an Fleisch der in Verpflegung der Heeresverwaltung stehenden Personen ungefähr die Höhe von 4½ Millionen Meterzentner für das Jahr, oder ungefähr umgerechnet in Lebendvieh 2,002.500, mit einem Lebendgewichte von 9 Millionen Meterzentner erreicht.

Die Endesgefertigten stellen daher an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, obige Angaben ehestens einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die in Vorschlag gebrachte Art der Versorgung der Armee im Felde mit Fleisch, insoweit sie sich nach den Verhältnissen der verschiedenen Fronten als möglich erweist und noch nicht gehandhabt wird, von den hierzu berufenen Stellen im Interesse der möglichsten Erhaltung des Viehbestandes sowie einer ausgiebigeren Versorgung des Hinterlandes, insbesondere der größeren Verbrauchsorte mit Fleisch in Anwendung gebracht wird?"

Wien, 9. November 1917.

Langenhan.	R. Marckhl.
Einspinner.	F. Held.
J. Goll.	Erb.
R. Neunteufel.	Brandl.
Nagele.	M. Soukup.
Dr. Schreiner.	Waldner.
Spies.	Josef Mayer.
Dr. Hofmann.	A. Seidel.
Waber.	Pirker.

1335
I

Anfrage

des

Abgeordneten Seitz und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die nicht sachgemäße Aufbewahrung gefährlichen Explosionsmaterials in Arbeitsräumen des Betriebes Wöllersdorf.

Am 19. Oktober 1917 hat in Wöllersdorf abermals eine Explosion stattgefunden, der zwei Fähnriche und ein Landsturmarbeiter als Todesopfer erlegen sind. Die Fähnriche Löblich und Kunz waren ganz junge Männer — die einzigen Söhne ihrer Eltern! —, der Landsturmarbeiter hinterläßt eine Frau und sechs Kinder. Die Explosion fand in einem gewöhnlichen Arbeitszimmer eines Objektes von Wöllersdorf statt, wahrscheinlich beim Desadjustieren eines dem Feinde abgewonnenen Geschosses. In dem betreffenden Arbeitszimmer befindet sich eine Mustersammlung zahlreicher ausländischer, beziehungsweise feindlicher Geschosse, die alle noch nicht entladen sind. Darunter sollen sogar 30·5 cm-kalibrige sein. Es war ein ganz besonderer Glücksfall, daß sich bei der Explosion nicht auch Geschosse dieser Sammlung entladen haben, denn sonst hätte die Katastrophe einen unabsehbaren Umfang angenommen, etwa wie die im Sommer 1917. Unbegreiflich ist, warum eine so gefährliche Sammlung in einem Arbeitszimmer untergebracht wird, statt in einem isolierten Objekt. Es scheint auch der Kommandant wiederholt auf diesen Umstand aufmerksam gemacht worden zu sein. Mindestens war das Ereignis vom 19. Oktober eine ernste Mahnung. Nichtsdestoweniger ist auch seither diese eigenartige Sammlung weder entfernt worden, noch hat man die Geschosse einzeln und an abgelegenen Stellen entladen. Es besteht also die Gefahr für eine große Zahl von Personen unausgesetzt fort, ja ein unglücklicher Zufall könnte auch die umliegenden Ortschaften aufs höchste gefährden.

Die Gefertigten richten daher an den Herrn Minister für Landesverteidigung die Anfragen:

„1. Ist der Herr Minister bereit, sofort obige Angaben, die von vertrauenswürdiger Seite bestätigt werden, genau zu überprüfen, insbesondere festzustellen, wen die Schuld an dem Tode der drei unglücklichen Opfer trifft, oder ob nicht gar feststehende Regeln und Arbeitsmethoden so verfehlt verfügt wurden, daß die Katastrophe eine vorauszusehende Folge war?

2. Ist er bereit, falls die Untersuchung die Angaben bestätigt, sofort anzuordnen, daß die genannten gefährlichen Geschosse an einen geeigneten Platz verlegt oder an einem isolierten Ort entladen und erst dann wieder in dem Arbeitszimmer untergebracht werden?"

Wien, 31. Oktober 1917.

		Hillebrand.	K. Seitz.
Ellenbogen.	Polke.	Reifmüller.	Rudolf Müller.
David.	Schiegl.	D. Löw.	F. Skaret.
Jos. Tomschik.	Palme.	Resel.	Volkert.
Glöckel.	Sever.	Dötsch.	Forstner.
Max Winter.	Pernerstorfer.	Dr. K. Renner.	Domes.
Schäfer.	Seliger.	Neumann.	Jokl.

1336
I

Anfrage

des

Abgeordneten Prokeš und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister Generalmajor Höfer als Leiter des k. k. Ernährungsamtes wegen Festsetzung von Höchstpreisen für Ferkel am Ostrauer Wochenmarkte.

In Mährisch Ostrau findet jede Woche ein Markt für Ferkel statt, welchen die Bewohner der gesamten mährischen und schlesischen Umgebung und zumeist Angehörige aus dem Bergarbeiterstande, welche sich ein Schwein mästen, zu besuchen pflegen.

Die schlesische Landesregierung hat daher, um den Bedürfnissen dieser Kreise Rechnung zu tragen, die Ausfuhr einer bestimmten Anzahl von Ferkeln zum Ostrauer Schweinemarkte bewilligt.

Leider kommt diese bewilligte Ausfuhr nicht mehr den bedachten Kreisen zugute, weil sich bereits eine wilde Spekulation des Marktes bemächtigt hat. Es erscheinen daselbst Großhändler aus den verschiedensten Gebieten der Monarchie, welche diese Ferkel, namentlich die ausgewachsenen, geradezu exorbitant übertriebenen Preisen aufkaufen, um sie in andere Länder zu verschicken.

Die Bergarbeiter, für welche diese Ferkel in erster Linie bestimmt waren, sowie die weiteren ortsansässigen Bewohner sowie auch die Bewohner der anliegenden schlesischen und mährischen Umgebung sind nicht mehr imstande, auch nur ein Ferkel zum erschwinglichen Preise anzukaufen.

Soll die bewilligte Ausfuhr für diesen Markt ihren sozialen Zweck nicht verfehlen, so wird es notwendig sein, daß seitens der mährischen Statthalterei, analog dem Vorgehen der schlesischen Landesregierung, entsprechende Höchstpreise festgesetzt werden und daß weiterhin eine Marktordnung erlassen werde, in Gemäßheit deren zunächst die Arbeiter aus den Kohlen- und Munitionsbetrieben, sodann die übrige Bevölkerung aus Mährisch Ostrau und Umgebung zum Ankaufe zugelassen werde und eine Ausfuhr in andere Gegenden nur insoweit stattfinden darf, als die vorhin erwähnten Kreise an dem jeweiligen Markte für ihren Bedarf Deckung gefunden haben.

Die Höchstpreise sowie die Marktordnung der erwähnten Art ist zum Schutze der hier angeführten Bevölkerungskreise unerläßlich und es ist gar nicht zu verstehen, warum die mährische Statthalterei in dieser Richtung keine eigene Initiative zeigt und eine anderweitige nicht genug würdigt. Der Staat hat gewiß ein eminentes Interesse daran, daß in erster Linie die Familien der Arbeiter in der Kohlen- und Munitionsindustrie sich leicht und zu gesetzlich festgesetzten Preisen ein Schwein behufs Mästung für den eigenen Familienbedarf beschaffen können, zumal doch der Fettmangel in diesen Kreisen der Bevölkerung schon die traurigsten Folgen gezeitigt hat.

Aus diesen Gründen stellen die Gefertigten die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz der Herr Leiter des k. k. Ernährungsamtes geneigt, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, daß für den Verkauf von Ferkeln auf dem Wochenmarkte in Mährisch Ostrau Höchstpreise festgesetzt werden und daß eine im Sinne der obigen Ausführungen die heimischen Bevölkerungskreise schützende Marktordnung erlassen werde?"

Wien, 12. November 1917.

Tusar.
Modráček.
Hnátek.
Svěcený.
Habermann.
Svoboda.
Pik.
Biňovec.
Dr. Soukup.
Dr. Winter.
J. Marek.
Prokeš.
Vaněk.
Dr. Witt.
Němec.
Bechyně.
Hybeš.
Tomášek.
Šmeral.
Stejskal.
Filipínský.
Jaroš.

1337
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Witt und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung in Angelegenheit der Verweigerung des Unterhaltsbeitrages an wiederverehelichte Kriegerswitwen und deren Kinder.

Die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Troppau hat der Kriegerswitwe Marie Zdražila sowie deren Kindern den Unterhaltsbeitrag eingestellt und den letzteren eine Unterstützung in Gemäßheit des § 2 der Verordnung des Ministeriums für Landesverteidigung vom 12. Juni 1915, R. G. Bl. Nr. 132 und des § 3 b der Verordnung vom 28. September 1915, R. G. Bl. Nr. 288, zuerkannt.

Dieser Vorgang widerspricht ausdrücklich der Bestimmung des § 4, Absatz 3, des Gesetzes vom 27. Juli 1917, R. G. Bl. Nr. 313, wonach den Kriegerswitwen und deren Kindern der Unterhaltsbeitrag für die Dauer des Krieges und noch für sechs Monate nach dessen Beendigung insofern gebührt, als nicht eine gesetzliche Neuregelung der Militärversorgung früher erfolgt. Letzteres war bisher nicht der Fall. Das Gesetz erwähnt in keiner Weise, daß die Wiederverehelichung den Verlust des Unterhaltsbeitrages für die Kriegerswitwen und ihre Kinder zur Folge hat. Dies war nicht Absicht der Gesetzgebung und hätte es namentlich bezüglich der Kinder gar nicht sein können, weil ja der neue Ehegatte wohl eine Alimentierungspflicht gegenüber der Ehegattin, nicht aber gegen ihrer Kinder aus ihrer früheren Ehe übernimmt, so daß also diese Kinder der Not preisgegeben wären. Es war auch gewiß nicht Absicht der Gesetzgebung den Kriegerswitwen bei der Eingehung neuer Ehe durch Verlust des Unterhaltsbeitrages Schwierigkeiten zu bereiten. Bei der klaren, einen jeden Zweifel ausschließenden Fassung des Gesetzes, hat die Wiederverehelichung einer Kriegerswitwe hinsichtlich der Weitergewährung des Unterhaltsbeitrages an sie und ihre Kinder nicht den mindesten Einfluß.

Die Unterhaltsbezirkskommission in Troppau kam zu ihrer falschen gegenteiligen Ansicht durch die Ausführungen der Durchführungsverordnung vom 10. August 1917 zu § 12, in welcher Verordnung nur § 1 der Ministerialverordnung vom 28. September 1915, R. G. Bl. Nr. 288, für aufgehoben erklärt wird. Diese letztere Erklärung der zitierten Durchführungsverordnung ist aber, wie oben bereits nachgewiesen erscheint, eine irrtümliche oder eine auf einem Versehen beruhende.

Da es sich hier um eine prinzipielle Frage handelt, gestatten sich die Gefertigten die Anfrage:

„Ist der Herr Minister für Landesverteidigung bereit, den Schlußpassus der Durchführungsverordnung vom 10. August 1917 zu § 12 des Unterhaltsbeitragsgesetzes vom 27. Juli 1917, R. G. Bl. Nr. 313, richtigstellen und den Unterhaltsbezirkskommissionen die Weisung zukommen zu lassen, daß den Witwen und Waisen der Krieger auch im Falle der Wiederverehelichung der ersteren der Anspruch auf den Unterhaltsbeitrag nicht verloren geht?"

Wien, 13. November 1917.

Dr. Witt.

Pik.	J. Marek.	Svoboda.	Habermann.
Hnátek.	Jo. Stejskal.	Jaroš.	Filipínský.
Biňovec.	Hybeš.	Dr. Winter.	Svěcený.
Bechyně.	Dr. Soukup.	Prokeš.	Tusar.
Šmeral.	Tomášek.	Modráček.	K. Vaněk.

1338
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Witt, Prokeš und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung wegen Verwendung der nicht frontdiensttauglichen Militärärzte aus dem Zivilstande in deren Heimatsorten.

Durch die Heranziehung der Ärzte zum Kriegsdienste ist überall auf dem Lande ein großer Mangel an Ärzten eingetreten, der schon im Hinblick auf die durch die jetzigen Verpflegsverhältnisse hervorgerufene Verschlechterung des allgemeinen Gesundheitszustandes und der sich mehrenden Krankheiten eine gemeine Gefahr bilden muß. Wohl hat die Heeresverwaltung den Militärärzten, soweit dies ihren dienstlichen Obliegenheiten nicht zum Nachteile gereicht, die Behandlung von Zivilpersonen gestattet. Bei der Wahl des Arztes spielt aber gewiß das persönliche Vertrauen eine große Rolle und es ist leicht einzusehen, daß sich die Bevölkerung nicht gern an fremde Ärzte wendet, deren fachliches Wirken sie nicht kennt, und ganz besonders nicht an solche, die sich mit der Bevölkerung in ihrer eigenen Sprache nicht verständigen können.

Es ist nicht einzusehen, warum Ärzte, die nicht für die Front bestimmt sind, nicht den militärischen Dienst in ihrer Heimat verrichten können und beispielsweise Ärzte aus Galizien oder Ungarn bei uns in Mähren oder Schlesien ihren Dienst verrichten müssen und umgekehrt wieder mährische und schlesische Ärzte in Galizien und Ungarn. Die Heeresverwaltung könnte doch ganz gut, ohne die Interessen der Armee zu schädigen, Ärzte nach Tunlichkeit in ihrer eigenen Heimat verwenden und sie würde damit der Bevölkerung und dem öffentlichen Interesse einen großen Dienst erweisen. Sie würde damit auch einen sozialen Zweck erfüllen, weil es vielen Ärzten durch die Militärdienste ermöglicht würde, in der Heimat einen Verdienst zu finden und vielen, welche bisher mit ihren Familien auf das militärische Einkommen angewiesen waren, würde der wirtschaftliche Ruin erspart bleiben. Die Heeresverwaltung würde somit durch einen allgemeinen Austausch der Ärzte auf deren Rückversetzung in die Heimat der Bevölkerung und dem Staate in der angeführten Richtung keine geringe Wohltat erweisen.

Aus diesem Grunde gestatten sich die Gefertigten die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz der Herr Minister für Landesverteidigung geneigt, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die zur Kriegsdienstleistung herangezogenen Zivilärzte, die nicht frontdiensttauglich sind, am Orte des von ihnen ausgeübten Berufes oder in der Nähe desselben verwendet werden?“

Wien, 13. November 1917.

	Habermann.	Svěcený.	Dr. Witt.
Dr. Soukup.	J. Stejskal.	Hnátek.	Prokeš.
Biňovec.	J. Marek.	Tomášek.	Hybeš.
Vaněk.	Filipínský.	Modráček.	Bechyně.
Tusar.	Pík.	Jaroš.	Svoboda.

1339
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Renner und Genossen an den Minister für Landesverteidigung über die Behandlung der Arbeiterschaft in dem unter das Kriegsleistungsgesetz gestellten und militarisierten Betriebe Urban & Brevillier in Neunkirchen.

Herr Minister!

Die Militarisierung der Arbeiterschaft hat in vielen Kriegsleistungsbetrieben schlimme Übelstände gezeitigt, da die mit der Aufsicht betrauten Fabriksorgane durch diese Maßregel sich aller Rücksichten auf die Arbeiterschaft entbunden halten. Das zeigt mit aller Deutlichkeit ein Fall, der sich in der Schraubenfabrik Urban & Brevillier in Neunkirchen ereignet hat.

Hugo Mateicich, ein junger Flüchtling aus Pola, war, nachdem er früher in einem Munitionsbetriebe bei Wiener-Neustadt gearbeitet hatte, seit einigen Monaten in der Schraubenfabrik Urban & Brevillier in der Werkstätte des Meisters Kurz beschäftigt. Fern der Heimat suchte und fand der junge Mann Anschluß in der Organisation, deren treues Mitglied er schon war, ehe er nach Neunkirchen kam. Bei seinen Arbeitskollegen war Mateicich wegen seines immer heiteren Naturells und seiner Anstelligkeit und Hilfsbereitschaft wohlgelitten. Am Montag des 15. Oktober erkrankte Mateicich und blieb an diesem Tage zu Hause. Schon einige Tage vorher bei der Nachtschicht klagte er über Kopfschmerz und Kälte und redeten ihm Kollegen zu, er möge sich krank melden. Wenn nur das Krankmelden in einem militarisierten Betriebe nicht mit so viel Schwierigkeiten und Gefahren verbunden wäre! Dienstag früh ging Mateicich, dessen Krankheit sich noch verschlechtert hatte, in die Arbeit. Wie Kollegen angeben, zitterte er an Händen und Füßen, er konnte sich kaum aufrecht erhalten. Die Kameraden redeten ihm zu, er möge sich doch beim Meister einen Krankenschein holen. Mateicich erklärte, daß ihm der Meister Kurz keinen gebe. Bei der Maschine des Kollegen K. blieb er stehen, da kam der Meister und machte dem Kranken eine Szene. Kurz verlangte kategorisch, daß Mateicich arbeiten gehe. Dieser erklärte, er könne beim besten Willen nicht, da er krank sei. Daraufhin beschimpfte ihn der Meister und ließ ihn stehen. Am Nachmittag wurde Mateicich zur Maschine Hoberland gestellt. Da Mateicich nicht arbeiten konnte, setzte er sich in einem Winkel nieder. Dort holte ihn der Vormeister Krois hervor, der verlangte, er möge arbeiten gehen. Grob war Krois mit dem kranken Arbeiter nicht. Nun kam der Meister Kurz dazu und beschimpfte und bedrohte den Bedauernswerten derart, daß den umstehenden Zeugen das Blut vor Empörung kochte. Zuerst schrie Kurz Mateicich an: „Sie sind ein fauler Hund und verdienen eingesperrt zu werden.“ Da der Beschimpfte auf diese gemeine Grobheit nichts erwiderte, kam Herr Kurz noch mehr in Hitze und schimpfte wieder: „Sie gehören gar nicht hierher, sie gehören nach Stein und aufgehängt; ich haue Ihnen ein paar Fotzen herunter, ich werde mich mit Ihnen nicht ärgern, ich lasse Sie mit der Patrouille abführen.“ Ohne ein Wort auf diese Flut von Schimpfwörtern und Drohungen zu entgegnen, ließ Mateicich den rohen Meister stehen und verließ die Werkstätte. Am Mittwoch blieb Mateicich krank zu Hause. Schlafkollegen fragten ihn, ob er nicht zur Marodenvisite gehen wolle. Mateicich sagte: „Mir ist so schlecht, aber ich werde aufstehen und zum Doktor gehen.“ Bevor er aber noch aufstehen konnte, kam

die Militärpatrouille und holte ihn aus dem Bette. Beim Rapport, wohin er von der Patrouille überstellt wurde, wurde Mateicich, ohne ein Wort zu seiner Verteidigung sagen zu können, zu einem Tage Arrest, verschärft durch Fasten verurteilt und sofort in den Arrest gesteckt. Ein Kollege, dem der kranke Freund dauerte, brachte ihm Donnerstag früh einen Kaffee in den Arrest, damit der Kranke, der ohnehin zum Frieren verurteilt war, nicht auch noch hungern müsse. Mateicich trank den Kaffee, das Brot wies er zurück, da er nicht mehr schlucken konnte. Donnerstag vormittags kam Mateicich aus dem Arrest und wurde von der Patrouille wieder in die Fabrik gestellt.

In der Werkstatt lehnte der gequälte Mensch, an dem so furchtbar gesündigt wurde, blaß und elend, unfähig zu jeder Arbeit herum. Kollegen und Mitarbeiterinnen, die den jungen Menschen sehr bedauerten, sagten ihm, er solle doch zum Doktor gehen. Einige Zeit weinte Mateicich still vor sich hin; er konnte nicht ordentlich sprechen, blieb aber trotzdem am Vormittage in der Werkstätte. Am Nachmittage blieb Mateicich, der sich immer elender fühlte, zu Hause. Sein Schlafkollege meldete dem Meister Kurz, daß Mateicich krank sei, nicht aufstehen könne und dringend Hilfe brauche. Kurz sagte: „Von mir aus kann er schon zu Hause bleiben, ich werde schon wieder die Patrouille schicken — Freitag schleppte sich der junge Mensch, der nicht mehr sprechen konnte, da ihm die Zunge schon ganz dick verschwollen war, nochmals in die Fabrik, um selbst den Doktor aufzusuchen. Er klagte dem Doktor, daß er furchtbar Kopfweh habe und vor Schmerzen nicht schlafen könne. Der Arzt, der jetzt auch überbürdet ist, nahm sich nicht die Mühe, Mateicich zu untersuchen und verschrieb ihm nur einige Pulver. — Samstag ging Mateicich das letzte Mal in die Fabrik, um, sich einen Krankenschein zu holen. Der Meister sagte: „Sie brauchen sich nicht krank zu melden, kommen Sie am Montag wieder." Von Samstag an blieb der geplagte kranke Arbeiter, der nirgends Schutz und Hilfe finden konnte, krank daheim liegen. Mit größter Mühe konnte Mateicich, der jetzt schon acht Tage schwer krank war, sich mit einem Kollegen verständigen. Er mußte die Worte mühsam zusammenbuchstabieren. Am Dienstag den 23. Oktober kam zum ersten Mal der Fabriksarzt Dr. v. Kutscha, zu dem Kranken, untersuchte ihn und ließ ihn am Nachmittag sofort ins Spital transportieren. Kollegen besuchten Mateicich im Krankenhause, doch konnte er mit den Freunden nicht mehr reden. Samstag und Sonntag kamen wieder Kameraden, doch Mateicich lag im heftigsten Fieber, phantasierte und erkannte keinen der Freunde mehr. Der arme Flüchtling kam nicht mehr zum Bewußtsein.

Am Mittwoch, den 31. Oktober erlöste der barmherzige Tod den armen Mateicich von seinen Leiden.

Auf Grund dieser beglaubigten Tatsachen stellen die Gefertigten die Anfragen:

„1. Ist der Herr Minister geneigt, den militärischen Leiter dieses Betriebes mit der eingehenden Untersuchung dieses Falles zu beauftragen und vorzusorgen, daß die Schuldtragenden zur Verantwortung gezogen werden?

2. Welche Verfügungen gedenkt das k. k. Ministerium für Landesverteidigung zu treffen, um die Arbeiterschaft der Kriegsindustrie im allgemeinen und insbesondere im Erkrankungsfalle vor derartiger Peinigung zu schützen?"

Wien, 14. November 1917.

	Dötsch.	Domes.	Dr. K. Renner.
Forstner.	David.	Cingr.	Neumann.
Reifmüller.	Glöckel.	Seliger.	Schäfer.
Palme.	Jokl.	D. Löw.	K. Seitz.
Pernerstorfer.	Hillebrand.	Resel.	Ellenbogen.
Jos. Tomschik.	Rudolf Müller.	Sever.	Max Winter.
F. Skaret.	Schiegl.	Volkert.	Polke.

1340
I

Anfrage

des

Abgeordneten Wassilkó und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister in Angelegenheit der Requirierungen in der Bukowina.

Nur mit großer schwerer Mühe hat die unter den Russen verbliebene Bevölkerung in der Bukowina einen Teil ihrer Grundstücke bebauen können, weil das Pferdematerial, Vieh, Wagen usw. auf über 90 Prozent des Bestandes vor dem Kriege sowohl von unseren heldenmütigen Truppen als auch vom Feinde requiriert war, infolge der kriegerischen Ereignisse in der Bukowina ein Teil der Bevölkerung den feindlichen Geschoßen und epidemischen Krankheiten zum Opfer fiel und ein Großteil derselben evakuiert wurde, so daß ein Arbeitermangel im eminentesten Sinne des Wortes vorhanden war.

Daß der Ertrag der Felder bei dieser Art der Bearbeitung und dem Fehlen an Dünger sowie angesichts der im Frühjahr und Sommer dieses Jahres herrschenden Dürre ein geringer war und zur Ernährung der Bevölkerung, die auch in normalen Zeiten durch Zufuhr von 4000 Waggons Getreide aus Rumänien erhalten wurde, nicht hinreicht, liegt klar auf der Hand.

Unmittelbar nach der Befreiung der Bukowina durch unsere heldenmütige Armee und die verbündeten reichsdeutschen Truppen, haben die von der ukrainischen Bevölkerung des Landes mit wahrer Begeisterung begrüßten eigenen und reichsdeutschen Truppen Requirierungen von Getreide, Lebensmittel und Viehfutter in der schonungslosesten Weise vorgenommen.

Nicht nur das Getreide in den Wirtschaften, aber auch das zum Mahlen in die Mühlen übergebene Getreide wird erbarmungslos requiriert.

Heu wurde auf den Feldern abgemäht, Kartoffel und Mais direkt vom Felde entnommen, ohne daß der Besitzer befragt oder ihm auch nur eine Bescheinigung ausgestellt wäre.

Diese Art der Requirierung wurde mit Vorliebe von dem seit August dieses Jahres in der Bukowina operierenden reichsdeutschen Militär sowie den magyarischen Truppen geübt.

Die Bürgermeister des befreiten Teiles der Bukowina sowie die Gendarmerieposten werden nach vielen Tausenden konkrete Fälle angeben können.

Wenn einige wenige Glückliche sich im Besitze von Requirierungsscheinen befinden, so müssen sie wiederholt den Weg in die Operationskassen machen, bis sie zu ihrem Gelde kommen. Hierbei werden ihnen solche Preise zuerkannt, die in gar keiner Relation zu den Erstehungskosten — nicht zu sprechen von den in den Nichtkriegsgebieten geltenden amtlichen Preisen — stehen.

Die von den Bezirkshauptmannschaften aufgestellten Preise werden vom Militär gar nicht respektiert.

Bei dieser Art der Durchführung der Requirierungen hat der Hunger bereits in einzelne befreite Bezirke Bukowinas seinen Einzug gehalten und droht derselbe auf die ganze Bukowina überzugreifen, wenn nicht noch in letzter Stunde Einhalt getan wird.

Der Winteranbau konnte in der Bukowina fast gar nicht bewirkt werden, weil das hierzu bestimmte Saatgut requiriert wurde.

Der noch vorhandene geringe Viehstand kann nicht erhalten werden, weil sämtliche Viehfuttermittel requiriert wurden.

Das Land geht einer Katastrophe entgegen die auch vom politischen Gesichtspunkt um so beachtenswerter ist, als die während der letzten Russeninvasion in der Bukowina stationierten ukrainischen Regimenter nach den amtlichen Erhebungen höchst schonend mit der Bevölkerung umgegangen sind.

Es muß daher dringend Abhilfe geschaffen werden, und zwar auf die Art, daß weitere militärische Requirierungen nur mit Zustimmung der Bezirkshauptmannschaften gemacht werden, daß Requirierungen von Futtermittel überhaupt aufhören und der Bevölkerung für das requirierte Getreide, Vieh und Lebensmittel usw., die vom Militär bezahlten üblichen Preise, nicht aber wie es in vielen Bezirken insbesondere im Waschkoutzer der Fall war 1 K pro Kilogramm Lebendgewicht Vieh vergütet wurden.

Die Gefertigten erlauben sich daher die Anfragen:

„1. Sind Eurer Exzellenz die obgeschilderten Vorkommnisse bekannt?

2. Was gedenken Eure Exzellenz zu veranlassen, um die Bevölkerung Bukowinas vor derartigen weiteren Requirierungen in Schutz zu nehmen?

3. Was gedenken Eure Exzellenz zu veranlassen, damit sämtliche also auch die ohne Ausstellung von Scheinen vorgenommenen militärischen Requirierungen ohne allen Verzug, nach den vom Militär gezahlten üblichen Preisen vergütet werden?“

Wien, 13. November 1917.

Dr. Kost' Lewyckyj.	Wassilkó.
Lukaszewicz.	Stefanyk.
Semaka.	Lawruk.
Spenul.	Dr. Okunewskyj.
Leo Lewyckyj.	Petryckyj
Wl. R. v. Singalewicz.	Eugen Lewickyj
E. Pohoreckyj.	Dr. Cehelskyj.
Dr. Smal-Stockyj.	Holubowycz.
Dr. Zahajkiewicz.	Dnistriańskyj.
Budzynowskyj.	Baczyńskyj.

1341

I

Anfrage

des

Abgeordneten Lukaszewicz und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister, betreffend den Paketpostverkehr in die Bukowina.

Unter allen Kronländern der Monarchie hat die Bukowina zweifellos die größten und schwersten Opfer für das teure Vaterland gebracht.

Dreimal mußte der Großteil der Bevölkerung wegen der feindlichen Invasionen die heimatliche Scholle verlassen. Wie die Evakuierungen in der Bukowina vorgenommen wurden und was die verbliebene Bevölkerung sowie die armen Flüchtlinge erdulden mußten, ist in wiederholten Reden der Bukowinaer Abgeordneten im Abgeordnetenhause sowie in den diesbezüglich eingebrachten Interpellationen niedergelegt.

Betont muß werden, daß die Bukowina infolge ihrer unmittelbaren Situierung im engsten Kriegsgebiete und weil das Land unmittelbarer Schauplatz kriegerischer Operationen ist, sowie wegen der wiederholten planlos durchgeführten Evakuierungen und mangelnder Fürsorge für die Flüchtlinge fast die Hälfte ihrer Bevölkerung im Kriege eingebüßt hat.

Für die Kriegsleistungen und Kriegsschäden hat die Bevölkerung trotz wiederholter Urgenzen bisnun eine Vergütung nicht erhalten, aber nicht genug all dieses Unglückes, auch in anderen Belangen sollen die Bukowinaer Insassen hintangesetzt werden.

Während nach anderen Gebieten Österreichs der Paketpostverkehr mit Wertangabe somit mit einer Ersatzpflicht des Staates für den allfälligen Verlust zu Recht besteht, gilt diese Bestimmung für die Bukowina nicht, weshalb auch die Paketsendungen dorthin fast völlig unterbunden sind, da bei der beklagten Unsicherheit des Paketpostverkehrs und der Zustellungen nur wenige wagen, solche Pakete aufzugeben.

Hierdurch wird der Warenverkehr mit der Bukowina bedeutend erschwert und der Bevölkerung die Möglichkeit benommen, dringend notwendige Bestellungen zu machen.

Die Gefertigten erlauben sich daher an Eure Exzellenz die Anfragen zu stellen:

„1. Sind Eurer Exzellenz diese die Bukowina schwer treffenden Maßnahmen bekannt?

2. Was gedenken Eure Exzellenz zu veranlassen, um den Paketpostverkehr in die Bukowina mit Wertangaben zu ermöglichen?

3. Welche Vorkehrungen gedenken Eure Exzellenz zu treffen, damit die Paketpostsendungen in die Bukowina auch tatsächlich die Parteien erreichen?"

Wien, 13. November 1917.

Budzynowskyj.
Stefanyk.
Lawruk.
Dr. Okunewskyj.
Petryckyj.

Dr. Kost' Lewyckyj.
Dr. Eugen Lewickyj.
Dr. Dnistriańskyj.
Baczyńskyj.
Holubowycz.

N. Wassilkó.
Semaka.
Leo Lewickyj.
Wl. R. v. Singalewycz.
Spenul.

Lukaszewicz.
E. Pohoreckyj.
Dr. Smal-Stockyj.
Dr. Zahajkiewicz.
Dr. Cehelskyj.

1342
―――
I

Interpelacya

posła Inż. Moraczewskiego i towarzyszy do Jego Ekscellencyi pana Ministra obrony krajowej w sprawie rozkazu komendy polskiego korpusu posiłkowego.

W końcu października bieżącego roku wydała komenda polskiego korpusu posiłkowego rozkaz dzienny do żołnierzy, w którym zupełnie fałszywie posłużyła się listem ks. Zdzisława Lubomirskiego z dnia 13. października 1917, a więc wysłanego w czasie, w którym ks. Lubomirski nie był członkiem Rady Regencyjnej państwa polskiego. To wywołało następujące sprostowanie rozesłane do wszystkich pism polskich przez sekretarza generalnego Rady Regencyjnej królestwa polskiego:

„W Nr. 297 krakowskiego „Il. Kur. Codz.“ z soboty, dnia 27. b. m. ukazał się rozkaz dowództwa legionów do żołnierzy, w którym między innemi powiedziano:

„Za zgodą Najjaśniejszej Rady Regencyjnej, macie Ojczyźnie i jej dobru świadczyć służby wojenne na kresach dawnych dzierżaw Rzeczypospolitej, raz już tak godnie bronionych ofiarą i krwią drugiej brygady i wypróbowaną mocą znaczyć trwałe granice państwa polskiego.“

Ustęp ten ma swoje źródło w nieścisłej interpretacyi prywatnego listu księcia Zdzisława Lubomirskiego z dnia 13. października, a przeto kiedy jeszcze Rada Regencyjna nie istniała, do oficerów i żołnierzy legionów w Przemyślu, w którym książę wypowiedział radę, aby przez opór naczelnej komendzie c. i k. armii austryackiej nie wywołać zgubnych następstw dla legionów i tem samem nie utrudniać powrotu tychże legionów, jako wojska polskiego, do kraju.

Sekretarz generalny Rady
Regencyjnej królestwa polskiego.“

Nie mówiąc już o tem, że posługiwanie się w rozkazach dziennych do żołnierzy listami osób prywatnych i wzmacnianie tym sposobem swego autorytetu, źle świadczy o własnej powadze oficerów c. i k. armii stojących na czele tego oddziału wojskowego należy stwierdzić, że komenda polskiego korpusu posiłkowego wprowadza zupełnie świadomie w błąd swoich podkomendnych. Komendzie było bowiem doskonale wiadomem, że intromisya Rady Regencyjnej odbyła się dopiero 27. października 1917, gdyż komenda w tej intromisyi brała udział, że przeto w chwili gdy rozkaz ten żołnierzom odczytywano, to jest 23. lub 24. października Rada Regencyjna wcale nie istniała. Również wiadomem jest komendzie, że przed utworzeniem się rządu polskiego Rada Regencyjna, żadnych obowiązujących oświadczeń ani kroków powziąść nie może. Wreszcie wiadomem było komendzie, że w liście ks. Zdzisława Lubomirskiego nie było tej treści, którą mu komenda podsuwa.

Należy na przyszłość koniecznie zapobiedz wprowadzaniu żołnierzy polskiego korpusu posiłkowego w błąd przez niefortunną komendę i należy niedopuścić do szkandalu, aby Rada Regencyjna, nosząca w sobie godność państwa polskiego, musiała we formie publicznych sprostowań, dementować delikatnie mówiąc: „nieścisłości“ dowództwa wojska, mającego być kadrami wojska polskiego.

Z tych powodów zapytują podpisani Ekscellencyę Ministra obrony krajowej:

„Czy znane są mu te fakta i co zamierza uczynić, aby w przyszłości podobne wypadki nie mogły się powtórzyć?“

Wiedeń, 6. listopada 1917.

Ruebenbauer.	Dębski.		Inż. Moraczewski.
Potoczek.	Diamand.	Klemensiewicz.	Dr. Marek.
Śliwiński.	Londzin.	J. Jachowicz.	Reger.
Bomba.	Dr. Liebermann.	Bobrowski.	Witos.

Authentische Übersetzung.

1342
I

Anfrage

des

Abgeordneten Ing. Moraczewski und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend einen Befehl des Kommandos des polnischen Hilfskorps.

Ende Oktober dieses Jahres hat das Kommando des polnischen Hilfskorps einen Tagesbefehl an die Soldaten herausgegeben, in welchem es sich vollkommen unrichtig mit einem Schreiben des Fürsten Zdzisław Lubomirski vom 13. Oktober 1917, somit aus einer Zeit, in welcher der Fürst Lubomirski noch nicht Mitglied des Regentschaftsrates des polnischen Staates war, bedient hat. Dies hat die folgende von dem Generalsekretär des Regentschaftsrates des Königreiches Polen an alle polnischen Zeitungen versendete Berichtigung hervorgerufen: „In der Nr. 297 des Krakauer „Il. Kur. Codz." vom Samstag, den 27. d. M., ist ein Befehl des Legionskommandos an die Soldaten erschienen, in welchem unter anderem gesagt wurde:

‚Mit Zustimmung des hohen Regentschaftsrates habt ihr dem Vaterlande und seinem Wohle die Kriegsdienste an den bereits einmal so würdig und opfervoll mit dem Blute der 2. Brigade verteidigten Grenzen der ehemaligen Gebiete der Republik zu leisten und mit der erprobten Kraft die definitiven Grenzen des polnischen Staates vorzuzeichnen!

Dieser Absatz ist auf eine ungenaue Interpretation des an die Offiziere und Legionäre in Przemyśl gerichteten Privatschreibens des Fürsten Zdzisław Lubomirski vom 13. Oktober, somit aus der Zeit, in welcher der Regentschaftsrat noch nicht bestand, zurückzuführen; in diesem Briefe hat der Fürst den Rat ausgesprochen, man möge durch einen Widerstand gegen das österreichische Armeeoberkommando nachteilige Folgen für die Legionen nicht hervorrufen und dadurch die Rückkehr dieser Legionen als des polnischen Heeres in das Land nicht erschweren. Generalsekretär des Regentschaftsrates des Königreiches Polen."

Abgesehen davon, daß die Ausnutzung von Privatbriefen für militärische Tagesbefehle zu dem Zwecke, um sich auf diese Weise die Autorität zu verschaffen, ein abfälliges Zeugnis für das eigene Ansehen der an der Spitze dieser militärischen Abteilung stehenden Offiziere der k. u. k. Armee abgibt, muß festgestellt werden, daß das Kommando des polnischen Hilfskorps vollkommen bewußt seine Untergebenen irreführt. Dem Kommando war es nämlich sehr gut bekannt, daß die Inthronisation des Regentschaftsrates, an welcher dieses Kommando teilnahm, erst am 27. Oktober 1917 stattgefunden hat, daß daher in der Zeit, in welcher der betreffende Befehl den Soldaten verlesen wurde, das ist am 23. oder 24. Oktober, der Regentschaftsrat noch gar nicht bestand. Ebenso war es dem Kommando bekannt, daß der Regentschaftsrat vor der Bildung der polnischen Regierung keine bindenden Erklärungen abgeben oder irgendwelche Verfügungen treffen kann. Es war schließlich dem Kommando bekannt, daß das Schreiben des Fürsten Zdzisław Lubomirski nicht diesen Inhalt hatte, den ihm das Kommando unterschiebt.

Es wäre in Hinkunft unbedingt notwendig, der Irreführung der Soldaten des polnischen Hilfskorps durch das unselige Kommando vorzu-

beugen und es nicht zu dem Skandal kommen zu lassen, daß der das Ansehen des polnischen Staates repräsentierende Regentschaftsrat gezwungen ist, durch öffentliche Berichtigungen, die zumindest als „ungenau“ zu bezeichnenden Emanationen des Kommandos jenes Militärs, das die Kader des polnischen Heeres zu bilden haben wird, zu dementieren.

Angesichts dessen fragen die Gefertigten Seine Exzellenz den Minister für Landesverteidigung:

„Sind ihm diese Tatsachen bekannt und was gedenkt er zu unternehmen, damit ähnliche Fälle in der Zukunft sich nicht wiederholen können?“

Wien, 6. November 1917.

Ing. Moraczewski.
Klemensiewicz. Śliwiński.
Diamand. Bomba.
Dębski. Londzin.
Dr. Liebermann. J. Jachowicz.
Dr. Marek. Bobrowski.
Reger. Witos.
Potoczek. Ruebenbauer.

1343
I

Dotaz

poslanců Hráského, Exnera a soudruhů k panu ministru železnic o germanisačních zlořádech u dráhy severozápadní.

Počínaje známými Forstrovými výnosy o germanisaci u státních drah z roku 1915 nepřestává ředitelství dráhy severozápadní pronásledovati veškerý personál české národnosti vtloukáním němčiny a opovrhováním češtinou, jak ve službě tak v soukromém rozhovoru — nejsou tedy správná prohlášení, kteréž pan ministr železnic v příčině té učinil v železničním výboru při projednávání návrhu Kadlčákově.

Ředitelství dráhy severozápadní dosud udržuje soustavu slídilů a donášečů o každém českém rozhovoru; ještě nedávno vydalo inspektorátům důvěrný příkaz o dodržování němčení s podotknutím, že se o výsledcích svými orgány přesvědčí a inspektoráty daly zase příkaz ten dále svým místům podřízeným.

U žádné dráhy snad neklesla výkonnost dopravy a péče o hmotné poměry zřízenectva tak hluboko, jako u dráhy severozápadní, kde ředitelství všechnu energii na pronásledování češtiny a českých zřízenců věnuje, místo, aby se o dopravu a o existenční podmínky zřízenectva staralo.

Iniciativa k pronásledování češtiny vychází od ředitele dra. Geutebrücka a jeho nejbližšího úředního okolí, a násilí žene se do takových krajností, že tím služba dopravní ohrožena býti může.

Zajímavý doklad toho dává následující skutečná událost.

V létě roku 1916 projížděl ředitel severozápadní dráhy dr. Geutebrück na zpáteční cestě z Liberce Nymburkem a měl býti jeho salonní vůz od večerního vlaku čís. 1114 přidán na konec vlaku čís. 14 tak, aby ve Velkém Oseku, kde přenocovati hodlal, mohl býti pouze odvěšen. Připomenouti dlužno, že od téhož vlaku čís. 1114 přidáván býval přímý vůz I. a II. třídy Liberec—Vídeň na konec vlaku čís. 14.

Aby manipulace s opětným odvěšením salonního vozu ve Velkém Oseku usnadněna byla, dána v poslední chvíli disposice přidati onen přímý liberecko-vídeňský vůz až na druhý díl vlaku čís. 14, kterýž prvému dílu v intervalu následoval. O této změně byl veškeren při manipulaci súčastněný personál vyrozuměn, až na lampáře Altmanna, kterýž srovna tou dobou byl zaměstnán na jiném místě stanice.

Po příjezdu pražsko-vídeňského vlaku čís. 14 bylo nejen se salonním vozem, ale i liberecko-vídeňským vozem na dotyčný vlak najeto, než přidán jen salonní vůz, kdežto s oním přímým vozem odjeli stranou. Mezi připínáním vozu na vlak vystoupil ředitel dr. Geutebrück z vozu, byv uvítán všemi vyššími úředníky provozního inspektorátu nymburského, přednostou stanice, inspektorem Vollerem a ještě jinými zástupci místních železničních úřadů, rozmlouval s nimi.

Tou dobou dlel lampář Altmann, takto Čech, na střeše salonního vozu a drže v ruce připraveny návěštní svítilny, čekal ještě na normální přivěšení liberecko-vídeňského vozu (o jehož přidání na druhý díl vlaku čís. 14 vyrozuměn nebyl), aby je na střechu posledního vozu nastrčil. Nyní teprve spozorováno, že lampář Altmann o nastalé změně o přidání liberecko-vídeňského vozu vyrozuměn není a bylo proto staničními úředníky naň voláno — ovšem k vůli přísnému zachování „Dienstsprache“ voláno německy —, že vídeňský vůz zůstane zpět k druhému dílu, aby v ruce držící

svítilny zastrčil již na střechu salonního vozu a slezl pak dolů. Samozřejmě, že Altmann, jsa Čech a nerozuměje ani slova z toho, co bylo naň voláno, ani různým posuňkům, kterými mu měl býti smysl smluveného naznačen, prodléval na střeše vozu dále a drže stále ještě k nastrčení připravené svítilny v ruce. Česky báli se promluviti i vyšší úředníci inspektorátu z ohledu na „Dienstsprache“ — koníčka to pana ředitele dra. Geutebrücka — a tak se stalo, že mezi tím vlak se hnul a lampář Altmann — v tomto případě bezděčná obět „svaté Dienstsprache“ — zůstal na střeše vozu, unášen jsa dále k Poděbradům.

Ač to museli všichni, tedy i páni hodnostáři inspektorátu viděti, že Altmann na střeše při odjezdu vlaku zůstal, nezadržel nikdo z nich vlak, ba dělali, jako by o této události ani tušení neměli. Vlak tedy nezastavili a Altmanna z nebezpečné situace nevyprostili. Teprve později telefonováno do Poděbrad, odkudž se pak příštím vlakem Altmann vrátil, na štěstí bez úrazu, ale mohlo to snadno též jinak dopadnout.

Připomínáme, že Altmann — starší, v každém ohledu řádný, naprosto spolehlivý a krajně svědomitý zřízenec byl toho dalek, aby nějakou schválností chtěl nesmyslné lpění na „Dienstsprache“ sesměšniti, nebylo mu při takové jízdě pranic do smíchu, ale to musí pokáráno a odsouzeno býti, že ředitelství a sám ředitel ve vlastní osobě své tak terorisují s němčením úřednictvo, že netroufají si v jeho přítomnosti i vyšší úředníci českého slova hlesnouti, byť lidský život k vůli tomu v obět padl. Takové vtloukání němčiny demoralisuje kde koho a není též divu, když ředitel sám a jiní úředníci severozápadní dráhy, jejíž síť ze čtyř pětin probíhá českým krajem, ostentativně se vynášejí, že neumí česky, že nemusí umět česky; za to ovšem i nejprostšího dělníka i ženskou dělnici na výpomoc přijatou nutí do němčiny nejsurovnějšími prostředky.

Drastickým dokladem toho jest, že přednosta stanice v Okříšku vrchní revident Kotschi potrestal peněžitou pokutou kuchařku (!) v personální kuchyni, že nemluvila německy, ač tato kategorie železničních zřízenců nespadá do pojmu organisačního statutu. Stalo se v říjnu 1917.

Správa personální kuchyně v Nymburce považuje též za svůj vlastní úkol germanisační propagandu a ústrk českého zřízenectva železničního — péče o usnadnění výživy jest poslední na řadě.

Germanisační zpupnost u dráhy severozápadní nevztahuje se však jen na železniční úřednictvo a vůbec na zřízenectvo české národnosti, nýbrž i na české cestující obecenstvo a na některý styk českého obchodnictva i obecenstva vůbec se správou severozápadní dráhy. Po celou dobu války vydává ředitelstvo vyhlášky ve vagonech, ve stanicích, jízdní řády pro české kraje a stanice jen po německu, nařizuje vyvolávání jen německé, dosazuje češtiny neznalé konduktery k osobním i místním vlakům, pro rychlíky však takové průvodčí, kteří si troufají obecenstvo němčením svým urážeti.

Jízdní řád zkomolilo ředitelství úmyslně tak, aby jakékoliv vhodné dopolední spojení s Prahou znemožnilo, bezohledně nedbá udržení školních vlaků. Přistavování nákladních vagonů i pro nejnaléhavější životní potřeby pro české firmy, pro české obce stěžuje ředitelství měrou neomluvitelnou.

Tážeme se pana ministra železnic:

„Zdali je ochoten učiniti bez průtahu přítrž germanisačním zlořádům u dráhy severozápadní?“

Ve Vídni, 6. listopadu 1917.

	J. V. Hráský.
Jiří Stříbrný.	Exner.
Č. J. Lisý.	Tobolka.
Jos. Švejk.	Funk.
J. Sedlák.	Dr. Lukavský.
Čech.	Fiedler.
Dr. Šubrt.	Franta.
Novotný.	Kratochvíl.
Smrček.	Dr. Formánek.
Koerner.	Kalina.
Vojta.	Hyrš.

Authentische Übersetzung.

1343
I

Anfrage

der

Abgeordneten Hráský, Exner und Genossen an den Herrn Eisenbahnminister, betreffend die Germanisierungsmißstände bei der Nordwestbahn.

Seit den bekannten Forsterschen Erlässen über die Germanisierung bei den Staatsbahnen vom Jahre 1915 hört die Direktion der Nordwestbahn nicht auf, das gesamte Personal böhmischer Nationalität durch das Eindrillen der deutschen Sprache und Verspottung der böhmischen Sprache sowohl im Dienst als auch im Privatgespräch zu verfolgen, es sind somit keineswegs die vom Herrn Eisenbahnminister in dieser Hinsicht im Eisenbahnausschusse anläßlich der Durchberatung des Antrages Kadlčák gemachten Erklärungen richtig.

Die Direktion der Nordwestbahn hält noch immer an dem Spitzel- und Zuträgersystem bei jedem böhmischen Gespräch fest; noch vor kurzem erließ sie eine vertrauliche Weisung an die Inspektorate über die Einhaltung des Gebrauches der deutschen Sprache, mit dem Bedeuten, daß sie sich von den Ergebnissen durch ihre Organe die Überzeugung verschaffen werde und die Inspektorate leiteten wieder diesen Auftrag an ihre untergeordneten Stellen weiter.

Bei keiner anderen Bahn dürfte die Leistungsfähigkeit des Verkehres und die Fürsorge für die materiellen Verhältnisse der Angestellten so tief gesunken sein, wie bei der Nordwestbahn, wo die Direktion die gesamte Energie der Verfolgung der böhmischen Sprache und der böhmischen Angestellten widmet, anstatt für den Verkehr und die Existenzbedingungen der Angestellten zu sorgen.

Die Initiative zur Verfolgung der böhmischen Sprache kommt direkt vom Direktor Dr. Geutebrück und aus seiner nächsten amtlichen Umgebung und die Gewaltanwendung wird soweit getrieben, daß dadurch der Verkehrsdienst gefährdet werden kann.

Im Sommer 1916 fuhr der Direktor der Nordwestbahn, Dr. Geutebrück, auf der Rückfahrt von Reichenberg durch Nimburg und es sollte sein Salonwagen von dem Abendzuge Nr. 1114 dem Zuge Nr. 14 angehängt werden, damit er in Groß-Wossek, wo der Genannte übernachten wollte, bloß abgekoppelt werden kann. Es ist zu bemerken, daß von demselben Zug Nr. 1114 ein direkter Wagen I. und II. Klasse Reichenberg—Wien dem Zug Nr. 14 angehängt zu werden pflegte.

Um die Manipulation mit der neuerlichen Abkoppelung des Salonwagens in Groß-Wossek zu erleichtern, wurde im letzten Moment die Disposition getroffen, jenen direkten Reichenberg—Wiener Wagen dem zweiten Teil des Zuges Nr. 14 anzukoppeln, welcher dem ersten Teil in einem Intervall folgte.

Von dieser Änderung wurde das gesamte, bei der Manipulation beschäftigte Personal bis auf den Lampenmann Altmann, der gerade um diese Zeit auf einem anderen Orte der Station beschäftigt war, verständigt.

Nach der Ankunft des Prag—Wiener Zuges Nr. 14 wurden nicht nur der Salonwagen, sondern auch der Reichenberg—Wiener Wagen dem betreffenden Zuge angeschoben, es wurde jedoch nur der Salonwagen angekoppelt, während man mit

dem direkten Wagen seitwärts fuhr. Während der Ankoppelung des Wagens an den Zug stieg Direktor Dr. Geutebrück aus dem Wagen aus und ließ sich, nachdem er von allen höheren Beamten des Betriebsinspektorates Nimburg, dem Stationsvorstande, dem Inspektor Voller und noch anderen Vertretern der dortigen Eisenbahnbehörden begrüßt wurde, mit denselben in ein Gespräch ein.

Zu dieser Zeit weilte der Lampenmann Altmann, ein Böhme, auf dem Dache des Salonwagens und hielt in der Hand die vorbereiteten Signallaternen und wartete noch auf die normale Ankoppelung des Reichenberg—Wiener Wagens (von dessen Ankoppelung an den zweiten Teil des Zuges Nr. 14 er nicht verständigt worden ist), um dieselben auf dem Dache des letzten Wagens anzubringen.

Erst jetzt wurde wahrgenommen, daß der Lampenmann Altmann von der eingetretenen Änderung hinsichtlich der Ankoppelung des Reichenberg—Wiener Wagens keine Kenntnis hat und es wurde ihm daher von den Stationsbeamten — allerdings behufs strenger Einhaltung der „Dienstsprache" deutsch zugerufen —, daß der Wiener Wagen zum zweiten Teile zurückbleibt, er möge die in seinen Händen befindlichen Laternen auf dem Dache des Salonwagens befestigen und dann herunterkommen. Es ist selbstverständlich, daß Altmann, da er ein Böhme ist und von dem was ihm zugerufen wurde, kein Wort verstand und auch die verschiedenen Gesten, mit welchen ihm der Sinn des Gesprochenen verständlich gemacht werden sollte, nicht begriffen hat, auf dem Dache des Wagens weiter verweilte und noch immer die zur Befestigung vorbereiteten Laternen in der Hand hielt. Böhmisch zu sprechen trauten sich die höheren Beamten des Inspektorates aus Rücksichten auf die „Dienstsprache" — ein Steckenpferd des Herrn Direktor Dr. Geutebrück — nicht, und so geschah es, daß sich inzwischen der Zug in Bewegung setzte und der Lampenmann Altmann — in diesem Falle ein unwillkürliches Opfer der „heiligen Dienstsprache" — auf dem Wagendache blieb und gegen Poděbrad mitgeführt wurde.

Obwohl es alle, also auch die Herren Würdenträger des Inspektorates sehen mußten, daß Altmann auf dem Wagendache bei der Abfahrt des Zuges geblieben ist, hielt niemand von ihnen den Zug auf, ja sie stellten sich so, als ob sie von dieser Begebenheit gar keine Ahnung hätten. Sie haben also den Zug nicht aufgehalten und Altmann aus der gefährlichen Situation nicht befreit. Erst später wurde nach Poděbrad telephoniert, von wo dann Altmann mit dem nächsten Zuge zum Glück ohne Unfall zurückgekehrt ist, aber die Sache hätte leicht auch anders ausfallen können.

Wir bemerken, daß es Altmann — einem älteren und in jeder Hinsicht ordentlichen, absolut verläßlichen und äußerst gewissenhaften Angestellten — vollständig ferne lag, durch irgendeine Absichtlichkeit die unsinnige Festhaltung an der „Dienstsprache" lächerlich zu machen, er hatte bei einer solchen Fahrt keinen Grund zum Lachen, aber es muß gerügt und verurteilt werden, daß die Direktion und der Direktor in eigener Person selbst mit der Germanisierung die Beamtenschaft so terrorisieren, daß sich in seiner Anwesenheit nicht einmal die Oberbeamten trauen, ein böhmisches Wort zu gebrauchen, selbst wenn dabei ein Menschenleben zugrunde gehen sollte. Ein solches Eindrillen der deutschen Sprache demoralisiert einen jeden und es ist auch kein Wunder, wenn sich der Direktor selbst und andere Beamte der Nordwestbahn, deren Strecken zu vier Fünftel durch böhmische Gebiete führen, ostentativ prahlen, daß sie kein Wort böhmisch können, daß sie es nicht notwendig haben, böhmisch zu können; dafür zwingen sie allerdings unter Anwendung von rohesten Mitteln selbst den gemeinsten Arbeiter und die zur Aushilfe aufgenommene weibliche Arbeiterin zum Gebrauch der deutschen Sprache.

Einen drastischen Beleg hierfür bildet der Umstand, daß der Stationsvorstand in Ořišchko, Oberrevident Kotschi, die Köchin (!) in der Personalküche mit einer Geldbuße bestrafte, weil sie nicht deutsch gesprochen hat, obwohl diese Kategorie der Eisenbahnbediensteten nicht unter den Begriff des Organisationsstatutes fällt. So geschah es im Oktober 1917.

Die Leitung der Personalküche in Nimburg erblickt ebenfalls ihre eigentliche Aufgabe in der Germanisationspropaganda und der Zurücksetzung der böhmischen Eisenbahnbediensteten — die Fürsorge für die Erleichterung der Ernährung kommt erst in letzter Reihe.

Der Germanisierungsübermut bei der Nordwestbahn erstreckt sich jedoch nicht bloß auf die Eisenbahnbeamtenschaft und die Angestellten böhmischer Nationalität überhaupt, sondern auch auf das böhmische reisende Publikum und den gesamten Verkehr der böhmischen Kaufmannschaft und des böhmischen Publikums überhaupt mit der Verwaltung der Nordwestbahn.

Während der ganzen Dauer des Krieges erläßt die Direktion die Kundmachungen in den Waggons, in den Stationen, die Fahrpläne für böhmische Gegenden und Stationen nur in deutscher Sprache, sie ordnet an, daß die Stationen nur deutsch ausgerufen werden, bestellt für die Personen- und Lokalzüge der böhmischen Sprache unkundige Schaffnerinnen, bei den Schnellzügen jedoch solche Kondukteure, die es wagen, das Publikum durch Deutscheln zu beleidigen.

Die Fahrordnung hat die Direktion absichtlich derart verstümmelt, daß jede passende Vormittagsverbindung mit Prag unmöglich gemacht werde; sie mißachtet rücksichtslos die Aufrechterhaltung der Schulzüge.

Die Beistellung von Frachtenwaggons selbst für die dringendsten Lebensbedürfnisse für böhmische Firmen, für böhmische Gemeinden, wird seitens der Direktion in nicht entschuldbarer Weise erschwert.

Wir fragen den Herrn Eisenbahnminister:

„Ob er geneigt sei, den Germanisierungsmißständen bei der Nordwestbahn unverzüglich Einhalt zu tun?"

Wien, 6. November 1917.

Stříbrný.	Hrásky.
Č. Lisý.	Exner.
Sedlák.	Švejk.
Dr. Formánek.	Smrček.
Vojta.	Kalina.
Čech.	Kratochvíl.
Dr. Šubrt.	Hyrš.
Dr. Koerner.	Funk.
Lukavský.	Franta.
Tobolka.	Fiedler.

1344
I

Dotaz

poslance Hráského a soudruhů k panu ministru vnitra po censurování článku: „Kdo bojuje nadávkami?“ v čís. 35 ze dne 1. září 1917 časopisu „Nezávislosť“.

V časopise „Nezávislosť“ v čís. 35 ze dne 1. září 1917 otištěn byl článek:

„Kdo bojuje nadávkami?“

K polsko-německému poměru.

(Kulturní dokument!)

Pravou nefalšovanou pruskou kulturu zachytil zdařile jistý polský poslanec ve své řeči na říšském sněmu německém dne 25. ledna roce 1904. Zmíněný poslanec — zvolený Poláky v Pruském Slezsku — podal svojí řečí obraz utrpení polského.

Pravil pod ochranou imunity mezi jiným:

Hrabě Bülov zanotil chvalozpěvy na vůdčí třídy ve Slezsku. Kultura těchto tříd však stojí hluboko pod dnešní úrovní polského dělníka. Nejen tělo a život, ale i své politické a národní přesvědčení mají dělníci za bídnou mzdu dáti jim v obět. A za to jmenujete Němce nositeli osvěty! Není země v Evropě, kde by se lidská důstojnost šlapala takto nohama tako ve Slezsku. (Sociální demokraté: Sasko!) Ani v Sasku ne! Řeknou-lí Poláci, že neumějí mluvit německy, odpovíjim dílovedoucí:

„Vy prasata, vy zatracení polští hlupáci, nebudete-li mluvit německy, vyrazíme Vám zuby kameny!“

Stěžuje-li si dělník polsky u živnostenského úředníka, hned jest propuštěn z práce. Dělníkům polským se strhují příspěvky se mzdy na různé německé spolky. Řečník uvádi případy, kdy dělníci byli z práce propuštěni pro své hlasování. Říšský kancléř řekl, že sledujeme státu nepřátelské tendence, že chceme zbudovati most z Krakova do Poznaně: to není pravda! Chceme klidně s Němci společně žíti a pracovati k povznesení osvěty. Ale užívá-li se školy a kostela k tomu, aby nám byl náš jazyk uloupen, pravíme: Děkujeme za tuto kulturu!

Řečník protestuje proti nadávce, jíž užil kancléř Bülow, když nazval Poláky ve Slezsku „Wasserpolaken“. Dále praví: Říšský kancléř vyzval Němce ve Slezsku, aby byli čilejší v boji proti Polákům. Němci jeho vyzvání uposlechnou a v budoucnosti budou nám za to více nadávati polských volů, ovcí a prasat.

Postaráme se o to, aby vědomost o těchto nadávkách vnikla do každého domu. Tak se musí němectví stavětí na pranýř. U nás jsou Němci podvodníci, kteří všude plení a drancují. Němečtí rolníci dostávají peníze od osazovací komise a úředníci strkají do kapes přídavek za to, že germanisují Polaky. Tak se němectví posilňuje a utlačují se Polácí. Ve schůzi nemocenských pokladen řekl jistý pruský úředník: „Svobodná volba nesmí se zavésti, aby nebyl zvolen polský lékař.“ A jíný pruský úředník řekl: „Nač potřebují Poláci lékaře? Dobytčí lékaři jim postačí!“

To jest němeká kultura. Podporuje-li vláda takový systém, jest to evropský skandál.

Tážeme se pana ministra vnitra:

„V čem spatřuje závadnosť článku toho a zda-li jest ochoten zabavení téhož bez průtahu zrušiti?“

Ve Vídni, 6. listopadu 1917.

	Funk.	Dr. Lukavský.	J. V. Hráský.
J. Sedlák.	Čech.	Dr. Šubrt.	Fiedler.
Tobolka.	Kalina.	Dr. Koerner.	Exner.
Kratochvíl.	Maštálka.	Smrček.	Dr. E. Formánek.
Stříbrný.	Vojta.	Hyrš.	Č. J. Lisý.

Authentische Übersetzung.

1344
I

Anfrage

des

Abgeordneten Hrásky und Genossen an den Herrn Minister des Innern wegen Zensurierung des Artikels: „Wer kämpft mit Schimpfworten?", in der Nummer 35 vom 1. September 1917 der Zeitschrift „Nezávislost".

In der Zeitschrift „Nezávislost", Nr. 35 vom 1. September 1917, wurde nachstehender Artikel veröffentlicht:

„Wer kämpft mit Schimpfworten?"

Zum polnisch-deutschen Verhältnis.

(Ein Kulturdokument!)

Die wahre unverfälschte preußische Kultur hat in gelungener Weise ein polnischer Abgeordneter im Deutschen Reichstag am 25. Jänner 1904 erfaßt. Der erwähnte Abgeordnete — gewählt von den Polen in Preußisch Schlesien — brachte in seiner Rede ein Bild der Leidensgeschichte der Polen.

Er sprach unter dem Schutze der Immunität unter anderem folgendes:

Graf Bülow brachte Lobgesänge auf die leitenden Klassen in Schlesien vor. Die Kultur dieser Klassen steht jedoch tief unter dem heutigen Niveau des polnischen Arbeiters. Nicht nur Leib und Leben, sondern auch ihre politische und nationale Überzeugung sollen ihnen die Arbeiter für einen elenden Lohn opfern und dafür bezeichnet Ihr die Deutschen als Kulturträger! Es gibt kein anderes Land in Europa, wo die menschliche Würde so mit Füßen getreten würde, wie in Schlesien. (Die Sozialdemokraten: Sachsen!) Nicht einmal in Sachsen! Wenn die Polen erklären, daß sie nicht Deutsch können, erwidert ihnen der Werkführer: „Ihr Schweine, Ihr verfluchte polnische Trotteln, wenn Ihr nicht Deutsch sprechen werdet werden wir Euch die Zähne mit Steinen herausschlagen!" Wenn sich ein Arbeiter bei dem Betriebsbeamten polnisch beschwert, wird er gleich aus der Arbeit entlassen. Den polnischen Arbeitern werden vom Lohne Beiträge für verschiedene deutsche Vereine abgezogen. Der Redner führt Fälle an, wo die Arbeiter wegen ihrer Abstimmung aus der Arbeit entlassen wurden. Der Reichskanzler sagte, daß wir im Staate gefährliche Tendenzen verfolgen, daß wir eine Brücke von Krakau nach Posen erbauen wollen. Das ist nicht richtig! Wir wollen ruhig, gemeinschaftlich mit den Deutschen leben und zur Hebung der Kultur arbeiten, wenn jedoch die Schule und die Kirche dazu mißbraucht wird, um uns unsere Sprache zu rauben, dann sagen wir: Wir danken für diese Kultur!

Der Redner protestiert gegen das Schimpfwort, welches der Kanzler Bülow gebrauchte, als er die Polen in Schlesien „Wasserpollaken" nannte. Ferner sagte er: Der Reichskanzler fordert die Deutschen in Schlesien auf, im Kampfe gegen die Polen reger zu sein. Die Deutschen werden seine Aufforderung befolgen und in Hinkunft uns dafür noch mehr als polnische Ochsen, Schafe und Schweine beschimpfen.

Wir werden dafür Sorge tragen, daß die Kenntnis von diesen Schimpfworten in jedes Haus eindringt. So muß man das Deutschtum auf den Pranger setzen. Bei uns gibt es Deutsche, Schwindler, die alles plündern und verwüsten. Deutsche Land-

wirte bekommen Geld von der Ansiedlungskommission und die Beamten stecken Zulagen dafür in die Taschen ein, daß sie die Polen germanisieren. So stärkt man das Deutschtum und bedrückt die Polen.

In einer Versammlung der Krankenkassen sagte ein gewisser preußischer Beamter folgendes: „Die freie Wahl darf nicht eingeführt werden, damit nicht ein polnischer Arzt gewählt wird" und ein anderer preußischer Beamter sagte: „Wozu brauchen die Polen einen Arzt? Für sie genügen die Tierärzte!" Das ist die deutsche Kultur. Wenn die Regierung ein solches System fördert, ist das ein europäischer Skandal.

„Wir fragen den Herrn Minister des Innern, worin er eine Anstößigkeit dieses Artikels erblickt und ob er geneigt ist, die Konfiskation desselben unverzüglich aufzuheben?"

Wien, 6. November 1917.

	J. V. Hráský.
Kratochvil.	Smrček.
Funk.	Maštálka.
Fiedler.	Hyrš.
Dr. Formánek.	Dr. Šubrt.
Čech.	Sedlák.
Dr. Koerner.	Dr. Lukavský.
Kalina.	Exner,
Tobolka.	Stříbrný.
Vojta.	C. Listý.

1345
I

Anfrage

des

Abgeordneten Freiherrn v. Pantz und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister.

Die französische Kriegsanleihe wird, wie telegraphische Berichte melden, in England zur Zeichnung aufgelegt.

Auch bei uns sollte die auf Leben und Tod besiegelte Waffenbrüderschaft mit dem verbündeten Deutschen Reiche nicht nur auf dem Schlachtfelde, sondern auch im Hinterland durch einen finanziellen Zusammenschluß von Volk zu Volk zum Ausdruck kommen. In der Ausgabe von Kriegsanleihen wäre in den verbündeten Staaten, dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn leicht Gelegenheit geboten, die finanzielle Kriegführung der Bundesgenossen durch Beteiligung an der Zeichnung der Kriegsanleihe zu fördern. Die gegenwärtige Emission der VII. österreichischen und VII. ungarischen Kriegsanleihe könnte zum Anlaß einer gemeinsamen Betätigung genommen werden.

Die Gefertigten stellen daher an Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister die ergebene Anfrage:

„Ob derselbe geneigt ist, im Einvernehmen mit der königlich ungarischen Finanzverwaltung bei der Kaiserlich deutschen Regierung vorstellig zu werden, durch geeignete Maßnahmen die Zeichnungen auf VII. österreichische und VII. ungarische Kriegsanleihe im Deutschen Reiche zu fördern.“

Wien, 13. November 1917.

Pantz.

Lodgman.	Dr. Sylvester.
R. Neunteufel.	Meixner.
Brandl.	Primavesi.
Hartl.	Dr. Stumpf.
Dr. Waldner.	Hagenhofer.
Schweiger.	Schraffl.
Kemetter.	Langenhan.
d'Elvert.	Dr. H. v. Oberleithner.
Hruska.	Freißler.
Kittinger.	Wolf.

1346
—
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Leo Winter, Aust und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Durchführung der Enthebungsverordnungen.

In dem „Böhmischen Kaiser Franz Josef-Kinderspital" in Prag stehen auf der chirurgischen Abteilung jährlich 6000 Kinder, fast durchwegs Kinder der unbemittelten Klassen, in ärztlicher Behandlung; es werden dort 3000 Operationen jährlich vorgenommen.

Der einzige Chirurg dieser Anstalt, der Primararzt M. U. Dr. W. Kafka, bestritt seit dem 15. August 1914 neben seiner Tätigkeit in dem genannten Spital den militärischen Dienst in einem Prager Spital. Trotzdem das Kinderspital auf seine chirurgische Tätigkeit vollkommen angewiesen war, wurde er von seinem militärischen Dienst in Prag enthoben und dem k. u. k. Garnisonsspital in Kaschau zugeteilt.

Das Kinderspital brachte ein Enthebungsgesuch ein, welches, von allen Instanzen wärmstens befürwortet, von dem k. k. Ministerium für Landesverteidigung unter E. G. Nr. 36169/6 vom 5. Oktober 1917 günstig erledigt wurde. Diese Verordnung wurde durch das k. u. k. Kriegsministerium am 28. Oktober dem k. u. k. Militärkommando in Kaschau zugestellt.

Der dortige Sanitätschef Generalstabsarzt Dr. Ellbogen hat jedoch die Verordnung bis zum heutigen Tage nicht erledigt und den Dr. Kafka nicht entlassen. Er hat im Gegenteil bei dem Kriegsministerium gegen die Enthebung des genannten Arztes remonstriert und ihn für unentbehrlich erklärt.

Diese Behauptung ist vollkommen unrichtig, denn neben Dr. Kafka sind in dem Garnisonsspital in Kaschau als Chirurgen zugeteilt: Dr. Blum, welcher vom Kriegsministerium als Ersatz hingeschickt wurde und auch bereits von Dr. Kafka das Inventar übernommen hatte, weiters Dr. Slavik und ein junger Arzt, Dr. Müller. Dr. Kafka hat bereits seit acht Wochen keine einzige Operation durchgeführt.

Auf der einen Seite hat er in Kaschau nichts zu tun, auf der andern aber gehen Menschenleben zugrunde, weil ihnen ärztliche Hilfe nicht zuteil wird.

Wir fragen deshalb den Herrn Minister für Landesverteidigung:

„Ob er seinen Verordnungen bei den Unterstellen Gehorsam verschaffen will und ob er namentlich die sofortige Entlassung des Dr. Kafka anordnen wird?"

Wien, 13. November 1917.

Svěcený.	Biňovec.	Hnátek.	Dr. Winter.
Pik.	Charvát.	Klička.	Aust.
Habermann.	Svoboda.	Jaroš.	Tusar.
Witt.	Prokeš.	Tomášek.	Bechyně.
Němec Anton.	Filipinský.	Marek Jar.	Stejskal.

1347
I

Interpelacya

posła Śmiłowskiego i towarzyszy do Jego Ekscellencyi pana Ministra oświaty tudzież wszystkich c. k. Ministerstw w sprawie zniesienia zakazu nie przyjmowania na pocztach w Galicyi książek naukowych i oświatowych do okupacyi Austro-Węgierskiej królestwa polskiego nadawanych.

Wiele osób wojskowych, pełniących służbę wojskową w etapach okupacyi Austro-Węgierskiej królestwa polskiego, nie władają językiem niemieckim, lub rzadko tylko z nich ktoś i bardzo słabo.

By jednak odpowiedzieć zadość swemu obowiązkowi i wykonać niezrozumiałe dla nich w języku niemieckim rozkazy i polecenia, przez Wysokie c. k. Austryackie Władze im przydzielane, osoby te rzuciły się do śpiesznej nauki języka niemieckiego.

Z tego powodu posypały się liczne zamówienia do księgarń galicyjskich z żądaniami przesłania im o ile można najśpieszniej samouczków polsko-niemieckich.

Nadto wiele z żądających, — samouczki te z góry zapłacili i mimo to, takowe z powodu tego zakazu, dotąd przesłane im być nie mogły.

Na dowód załączam pod *A* obstalunku między setkami innych, niektórych tylko osób wojskowych.

Ponieważ wszelkie oświatowe uświadomienie obywateli Państwa, leży właśnie w interesie Państwa, przeto taki zakaz o ile on się odnosi do przesyłki książek naukowych i oświatowych, winien być zniesiony.

W końcu dodać muszę, że ostatnie zarządzenia na tym punkcie wydane, ażeby c. k. komenda stacyjna (Stations-Kommando) w Krakowie kontrolowała te książki, — okazały się w wykonaniu — wprost niemożliwe, albowtem na setki tysięcy egzemplarzy także innych książek szkolnych, do tejże okupacyi austryackiej w królestwie przeznaczonych, — rzeczona komenda z braku czasu, nie jest w żaden sposób wstanie książki te kontrolować, w terminie przez c. k. poczty w Galicyi oznaczonym.

Byłoby raczej wskazanem, ażeby każda księgarnia lub każdy autor książek oświatowych, uzyskał najpierw od Wyskokich c. k. Władz pozwolenie na przesłanie określonej liczby książek oświatowych i naukowych, a tem pozwoleniem legitymował się, bądź na c. k. poczcie, bądź na c. k. komendzie stacyjnej, stając się tem samem, sam za te książki odpowiedzialnym.

Zapytujemy więc Wysokie c. k. Ministerstwa:

a) Czy ten stan rzeczy jest Im znany?

b) Czy taki zakaz przesyłania do okupacyi Austro-Węgierskiej królestwa polskiego książek oświatowych i naukowych, a nie żadnych politycznych może być dalej tolerowanym?

c) Czy nie znalazłby się środek aby ten uszczerbek nauki i oświaty w Państwie nie mógł być najśpieszniej usunięty?“

Moraczewski.	Śmiłowski.
Dębski.	Witos.
Dobija.	Łyszczarz.
Dr. Bobrowski.	Matakiewicz.
Rey.	Myjak.

Authentische Übersetzung.

1347
I

Anfrage

des

Abgeordneten Śmiłowski und Genossen an das k. k. Gesamtministerium, insbesondere an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Aufhebung des Verbotes der Nichtannahme von für das österreichisch-ungarische Okkupationsgebiet im Königreich Polen aufgegebenen Lehr- und Unterrichtsbüchern durch die Post.

Viele im österreichisch-ungarischen Okkupationsgebiete im Königreich Polen im Etappendienst stehende Militärpersonen sind nur selten und das auch sehr ungenügend der deutschen Sprache mächtig.

Um jedoch ihren Pflichten zu entsprechen und die ihnen von den hohen k. k. österreichischen Behörden in der für sie unverständlichen deutschen Sprache erteilten Aufträge und Befehle auszuführen, trachten diese Personen sich die Kenntnis der deutschen Sprache rasch anzueignen. Darauf ist es zurückzuführen, daß die galizischen Buchhandlungen mit den dringendsten Bestellungen auf deutsch-polnische Sprachführer bestürmt werden. Viele Besteller haben den Preis für diese Bücher bereits im vorhinein eingeschickt, trotzdem können diese Bestellungen infolge des vorhandenen Verbotes nicht durchgeführt werden.

Als Beweis schließe ich einige Bestellungen, deren Hunderte hauptsächlich von den Militärpersonen den Buchhandlungen zugekommen an sind.

Da jede wissenschaftliche Aufklärung der Staatsbürger gerade im Interesse des Staates gelegen ist, wäre ein solches Verbot, insoweit es sich auf die Sendungen der Lehrbücher bezieht, aufzuheben.

Schließlich muß ich erwähnen, daß die letzte in dieser Richtung getroffene Verfügung, nämlich, daß das Stationskommando in Krakau diese Bücher zu überprüfen hat, sich praktisch als undurchführbar erwiesen hat, weil dieses Kommando bei Hunderttausenden für das österreichische Okkupationsgebiet im Königreich Polen bestimmten verschiedenartigen Büchern einfach infolge Zeitmangels nicht imstande ist, diese Bücher innerhalb der von der k. k. Post in Galizien festgesetzten Frist zu kontrollieren.

Es wäre vielmehr angezeigt, daß jede Buchhandlung und jeder Verfasser von Lehrbüchern zunächst von den hohen k. k. Behörden die Bewilligung zur Übersendung einer bestimmten Anzahl derartiger Bücher erhält und daß er sich mit dieser Bewilligung sowohl bei der k. k. Post als auch bei dem Stationskommando legitimiert und hiedurch selbst die Verantwortung für diese Bücher übernimmt.

Wir fragen daher das hohe k. k. Gesamtministerium:

„1. Ist ihm dieser Sachverhalt bekannt?

2. Darf ein solches Verbot der Übersendung von allerlei Lehrbüchern, die keinen politischen Charakter haben, an das österreichisch-ungarische Okkupationsgebiet im Königreich Polen geduldet werden?

3. Ist kein Mittel vorhanden, daß diese Beeinträchtigung des Unterrichtes und der Aufklärung im Staate baldmöglichst beseitigt werde?"

Śmiłowski. Witos. Dr. Bobrowski.
Moraczewski. Łyszczarz. Matakiewicz.
Dębski. Banaś.
Dobija. Myjak.

Beilagen.

1.

Wohlgeboren
Herrn Stanislaus Goldman
Krakau,
Szewskagasse Nr. 17.

Absender: A. Wachowicz, Staszów ad Sandomierz, Epid. Mobilkolonne des galizischen Roten Kreuzes.

Staszów, am 1. Oktober 1917.

Euer Wohlgeboren!

Mit Beziehung auf die Information vom 22. September d. J. übersende ich am heutigen Tage mittels Postanweisung für den deutschen Sprachführer von Anson den Betrag von acht (8) Kronen mit der Bitte, dieses Buch unverzüglich unter folgender Adresse zuzusenden: A. Wachowicz, Leiter der I. Mobilkolonne des galizischen Roten Kreuzes, Etappenpost Staszów ad Sandomierz, Königreich Polen.

2.

Wohlgeboren
Herrn Stanislaus Goldman
in Krakau,
Szewskagasse 17.

Absender: A. Wachowicz, Staszów ad Sandomierz (Königreich Polen), Mob. Fleckfieberkolonne Nr. I des galizischen Roten Kreuzes.

Da ich im Laufe dieser Woche aus Staszów wegfahre und mein neuer Aufenthaltsort mir noch nicht bekannt ist, bitte ich, den deutschen Sprachführer erst nach Bekanntgabe meiner neuen Adresse zu expedieren.

3.

Wohlgeboren
Herrn Stanislaus Goldman
Krakau,
Szewskagasse Nr. 17.

Absender: A. Wachowicz, Lemberg, Spital des Roten Kreuzes in Zamarstynów.

Geehrter Herr!

Ich bitte um die freundliche sofortige Übersendung des deutschen Sprachführers von Anson unter der Adresse: Apolinary Wachowicz, Lemberg, Spital des Roten Kreuzes Nr. 12 in Zamarstynów.

Die Karte wegen Zurückhaltung der Sendung nach Staszów schrieb ich am 7. Oktober und bin selbst von dort am 10. Oktober weggefahren, das Buch ist aber bis heute nicht eingelangt.

4.

Wohlgeboren
Herrn Stanislaus Goldman
in Krakau,
Szewskagasse Nr. 17.

Absender: Josef Filipowicz, k. u. k. Kreiskommando in Lubartów (Königreich Polen).

Geehrter Herr!

Ich bitte um freundliche Übersendung des I. und II. Teiles des deutschen Sprachführers „Argus". Den entfallenden Betrag (13 K) übersende ich gleichzeitig.

5.

An
Herrn Stanislaus Goldman
Verlagsbuchhandlung
in Krakau,
Szewskagasse 17.

Absender: Zugsführer Lukas Kuzyk, k. u. k. Gendarmeriekommando in Dąbrova, Posten zu Zahy Nr. 12, Russisch Polen.

Mit Beziehung auf Ihre Information habe ich den Betrag von 6 K 50 h geschickt. Ich bitte, mir ein Exemplar des deutsch-polnischen Sprachführers zu übersenden. Ich werde bald mehr bestellen.

6.

Die Buchhandlung St. Goldman
in Krakau,
Szewskagasse 17, II. St.

Absender: Zugsführer Konyk, 33. Schütz.-Reg., 31./II. M.-K., Cholm (Polen).

Euer Wohlgeboren!

Gleichzeitig mit dieser Karte überweise ich unter Ihrer Adresse den Betrag von acht Kronen mit der Bitte, mir den polnisch-italienischen Sprachführer (das Buch 7 K 50 h, Porto 50 h) sofort zu übersenden, wofür ich im vorhinein herzlich danke.

1348
I

Interpelacya

posła Śmiłowskiego i towarzyszy do Jego Ekscellencyi pana Ministra rolnictwa i pana Ministra obrony krajowej w sprawie urlopowania na czas zimy b. r. wszystkich rzemieślników wiejskich jakoto: kowali, ślusarzy, cieśli, bednarzy, stelmachów i rymarzy, do dokonania reparacyi wszelkich narzędzi rolniczych i gospodarczych, uległych przez trzy lata trwającej wojny zupełnemu zużyciu, celem uruchomienia na wiosnę r. p. wiejskich gospodarstw rolnych.

Trwająca czwarty rok wojna obecna, dała się we znaki wszystkim, każdemu i w każdej dziedzinie życia społecznego. Jako najważniejszą podwaliną egzystencyi państwa, jest jednak rolnictwo. W tę stronę winno być zwrócone wszelkie oko, wszystkich klas ludności.

Tymczasem rolne gospodarstwa wiejskie, z powodu zupełnego zużycia wszelkich narzędzi rolniczych, przez cztery lata ani raz niepoprawionych, nie będą mogły być na wiosnę b. r. uruchomione.

Dodać należy, że wszelkie inne, jak wozy, siekiery, łańcuchy, liny, piły, powrozy, chomąta, prawie z każdego gospodarstwa najlepsze były rekwirowane w czasie przemarszu wojsk. Zostały najgorsze.

Brak ręki rzemieślniczej, tak na wsiach jak w mieście, brak gospodarza, brak materyału itd. wszystko to poskładało się na to, że dziś niema ani na jadnem gospodarstwie wiejskiem najmniejszej nawet ilości lub części zdatnych narzędzi rolniczych, któremi by cokolwiek w polu robić się dało.

Jeżeli przeto wysokie c. k. Władze nie wglądną najśpieszniej w stronę ruchu gospodarczego, to straszne skutki w tej najważniejszej dziedzinie życia ludności okażą się w jesieni roku przyszłego.

Jest przeto wskazanem, aby ratując ten dział w obrocie gospodarczym wiejskich gospodarstw rolnych, wszyscy rzemieślnicy wiejscy na wstępie wymienieni, urlopowani zostali na czas zimy, to jest przynajmniej na czas od 1. grudnia b. r. do 1. kwietnia 1918 i by przydzieleni zostali każdy do swojej gminy, celem dokonania wszystkim i każdemu w gminie reperacyi narzędzi rolniczych.

Zapytujemy więc Ich Ekscellencye panów Ministrów rolnictwa i wojny:

„a) Czy ten stan niemożliwości uruchomienia wiejskich gospodarstw rolnych na rok przyszły jest Im znany?

b) Czy w uwzględnieniu niebezpieczeństwa dla małego rolnictwa będą skłonnymi do wszelkiego w tym względzie działania, w szczególności

c) do udzielenia na czas obecnej zimy urlopów dla wszelkich rzemieślników wiejskich, do dokonania reperacyj wszelkich narzędzi rolniczych?“

Śmiłowski.
Dr. Matakiewicz.
W. Myjak.
Witos.
Łyszczarz.

Banaś.
Dobija.
Dębski.
Moraczewski.

Authentische Übersetzung.

1348
I

Anfrage

des

Abgeordneten Śmilowski und Genossen an Ihre Exzellenzen den Herrn Ackerbauminister und den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Beurlaubung für den Winter dieses Jahres aller Landhandwerker, wie Schmiede, Schlosser, Zimmermeister, Faßbinder, Wagner und Riemer zur Durchführung der Reparatur aller durch die drei Kriegsjahre vollkommen abgenützten landwirtschaftlichen Geräte, und zwar zum Zwecke der Mobilmachung der Landwirtschaft im Frühjahr des nächsten Jahres.

Der nunmehr das vierte Jahr dauernde Krieg ist auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens fühlbar geworden. Die wichtigste Grundlage der Existenz des Staates ist jedoch die Landwirtschaft, der die Sorgfalt aller Bevölkerungskreise zugewendet werden soll.

Indessen wird die Landwirtschaft infolge der vollständigen Abnützung aller durch vier Jahre nicht ausgebesserter landwirtschaftlicher Geräte im nächsten Frühjahr nicht mobil gemacht werden können.

Es sei bemerkt, daß an Wagen, Äxten, Ketten, Seilen, Sägen, Stricken, Kummeten alle besseren Stücke in jeder Wirtschaft von den durchziehenden Truppen beschlagnahmt wurden und nur die schlechtesten zurückgeblieben sind.

Der sowohl auf den Dörfern als auch in der Stadt herrschende Mangel an Handwerkern, die Abwesenheit der Wirte, der Mangel an Material usw., alle diese Umstände haben ergeben, daß heutzutage in keiner einzigen Wirtschaft landwirtschaftliche Geräte vorhanden sind, die zu Feldbestellungsarbeiten geeignet wären.

Wenn daher die hohen k. k. Behörden diesen Verhältnissen ihre Aufmerksamkeit nicht sofort zuwenden, werden sich die Folgen dieser Versäumnis auf dem wichtigsten Gebiete des wirtschaftlichen Lebens in schrecklicher Weise fühlbar machen.

Es ist daher dringend notwendig, daß die vorangeführten Kategorien von Handwerkern im Winter wenigstens für die Zeit vom 1. Dezember d. J. bis zum 1. April 1918 beurlaubt und ihren Heimatsgemeinden zur Ausbesserung der landwirtschaftlichen Geräte zugewiesen werden.

Wir fragen daher Ihre Exzellenzen die Herren Minister des Ackerbaues und der Landesverteidigung:

„1. Ist Ihnen die Unmöglichkeit der Mobilmachung der Landwirtschaft im nächsten Jahre infolge Mangels an geeigneten landwirtschaftlichen Geräten bekannt?

2. Sind Sie in Berücksichtigung dieser der Landwirtschaft drohenden Gefahr geneigt, entsprechende Verfügungen zu treffen, insbesondere

3. alle Landhandwerker im kommenden Winter zur Durchführung der Reparatur allerlei landwirtschaftlicher Geräte zu beurlauben?"

Dębski. Śmilowski.
Moraczewski. Witos. Banaś. Myjak.
Dobija. Łyszczarz. Dr. Matakiewicz. Dr. Bobrowski.

1349
I

Anfrage

der

Abgeordneten Wilhelm Maixner, August Ansorge und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung.

Die vielen Vorstellungen der deutschen Agrarpartei bei der Regierung haben gezeigt, daß die Getreideaufbringung mit einer Härte durchgeführt wird, die kaum erträglich ist; die Vorschreibung der Kontingente in den fast ertrügnislosen deutschen Randgebirgen Böhmens sind neuerdings solche, die überhaupt nicht erfüllt werden können und viele brave, patriotisch gesinnte Landwirte mußten, die Unmöglichkeit der geforderten Ablieferung erkennend, die Unterschrift auf den ihnen zugestellten Lieferungsaufträgen verweigern.

Nunmehr ist die zu hohe Ernteschätzung erwiesen, die Landwirte der Gebirge können ihren Verpflichtungen nicht nachkommen und die k. k. Statthalterei in Prag verweigert jenen Landwirten, die nicht abliefern, Mahlausweise, das heißt Brotkarten, ferner Zucker und Petroleum. Diese Maßnahme der k. k. Statthalterei in Prag ist mittelalterlich, im höchsten Grade verwerflich und empörend; nach Meinung der Gefertigten würde eine gleiche Maßregel, für die Arbeiter der Eisenbahnen, der Kohlengruben und anderer für den Krieg wichtigen Industrien angewendet, sofort einen Generalstreik hervorrufen, der für das Bestehen des Staates in hohem Grade bedenklich sein könnte.

Die Landwirte haben auch diesmal von scharfen Gegenmaßregeln abgesehen, in der Hoffnung, daß die Regierung endlich einsehen wird, wie hart und ungerecht die staatstreue ländliche Bevölkerung behandelt wird; die Aufregung über diese letzte Maßnahme der k. k. Statthalterei in Prag ist jedoch eine derartige, daß auch am Lande Ausschreitungen zu befürchten sind.

Die Gefertigten fragen daher:

„Ob diese entehrenden Strafverfügungen bekannt sind und was Exzellenz veranlassen wollen, um solche Übergriffe der Behörde zu verhindern.“

Wien, 13. November 1917.

Wilhelm Maixner.
A. Ansorge.
Lutschounig.
M. Soukup.
Kletzenbauer.
A. Seidel.
J. Goll.
W. Teltschik.
Pirker.
Strziska.
Herzmansky.
Nagele.
Wüst.
F. Wagner.
M. Brandl.
Barbo.
J. Krützner.
Müller.
Brunner.

1350
I

Anfrage

der

Abgeordneten Karl Iro, Spies und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die generelle Weiterenthebung selbständiger Landwirte.

Jeder sach- und fachkundige Kenner der landwirtschaftlichen Produktion wird einsehen, daß die Felder und Wiesen nach der totalen Vernachlässigung der vier Kriegsjahre im vierten Herbste doch endlich einmal wieder gründlich für den Frühjahrsanbau und den Frühjahrswuchs hergerichtet werden müssen, wenn überhaupt im nächsten Jahre von einem, den jetzigen gesteigerten Ernährungsanforderungen entsprechenden Ertrag, von einer Ernte, die das Land vor Hungersnot schützt, die Rede sein soll.

Während der Wintermonate müssen die Felder gedüngt, kompostiert und teils entwässert werden, um im kommenden Jahr ertragsfähig zu sein. Die durch den Herbstanbau unbrauchbar gewordenen und abgenutzten Geräte müssen wieder in Stand gesetzt werden; das Vieh bedarf bei dem heurigen Futtermangel mehr Wartung und sachkundige Pflege als sonst, sollen unsere Viehstände nicht vor der Frühjahrsfütterung verschwinden. Die Fütterung muß gerade heuer äußerst ökonomisch und sparsam eingeteilt, vom Besitzer selbst geleitet werden, soll nicht mitten im Winter der Bauer vor den leeren Futterböden stehen. Dazu kommt noch die Konservierung der Ernte 1917.

Das alles ist nur möglich, wenn die selbstständigen Landwirte oder die Söhne arbeitsunfähig gewordener Landwirte auch den Winter über vom Militärdienst enthoben bleiben.

Andernfalls muß die Militärverwaltung die Verantwortung dafür tragen, wenn im nächsten Jahre infolge Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Produktionsstätten die Ernte keine solche sein wird, wie sie von den mit der Versorgung der Verpflegung für Armee und Zivilbevölkerung betrauten öffentlichen Organen und Einrichtungen erwartet und dann gefordert wird.

Es wird daher an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung die dringende Anfrage gerichtet:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, unverzüglich zu verfügen:

1. Daß alle jene Landwirte, die bisher mit Endtermin 30. November 1917 enthoben sind, generell sogleich bis mindestens 15. Februar 1918 weiter enthoben werden?

2. Die jetzt eben in großer Zahl erfolgten Einberufungen von „bis auf Weiteres" enthoben gewesenen Landwirten eingestellt und die bereits einberufenen sofort rückbeurlaubt werden?

3. Die Armeekommanden anzugehen, die denselben zur Erledigung überwiesenen Gesuche um Enthebung von Landwirten aus dem Felde rasch und in willfahrender Weise der Entscheidung zuzuführen, wenn dieselben von den kompetenten Zivilbehörden des Hinterlandes und vom Ministerium für Landesverteidigung befürwortet sind?

4. Den politischen Bezirksbehörden Auftrag zu geben, daß die Gemeindevorsteher unterschiedslos vom Militärdienst befreit bleiben."

Wien, 13. November 1917.

	Wüst.	F. Wagner.	Karl Iro.
Josef Mayer.	G. Kletzenbauer.	Dr. Michl.	Erdman Spies.
W. Teltschik.	Heine.	Dr. Mühlwerth.	Wilhelm Maixner.
M. Soukup.	Strziska.	Herzmansky.	R. Paulik.

1351
I

Anfrage

des

Reichsratsabgeordneten Rudolf Paulik und Genossen, betreffend die Heu- und Strohrequirierungen im Böhmerwalde, an Seine Exzellenz den Herrn Ernährungsminister.

Seitens der politischen Behörde Prachatitz wird in unseren Bezirken eine in die wirtschaftlichen Verhältnisse derselben tief eingreifende Requirierung von Heu und Stroh vorgenommen.

Unsere Landwirte sind sich ihrer Verpflichtung, alles halbwegs verfügbare Heu und Stroh für Zwecke des Militärs abzuliefern, vollständig bewußt.

Es ist bisher der Fall einer Weigerung zur Ablieferung von Heu und Stroh nicht festgestellt worden.

Nahezu täglich wird aus dem oberen Teile des Bezirkes ein Waggon Heu abgeliefert und sind einige Pressen in Verwendung, um die Ablieferung möglichst zu beschleunigen. Allerdings sind die Zufuhrverhältnisse so schwierig, daß die seitens der Landwirte bereitwilligst geübte Lieferung auf große Schwierigkeiten stößt, deren Überwindung sich alle beteiligten Faktoren und behördlichen Funktionäre angelegen sein lassen. Trotzdem die Landwirte der Aufforderung der politischen Behörde gern und ununterbrochen entsprechen, eine Weigerung zur Ablieferung nicht vorliegt, hat das Militärkommando in Prag es für nötig befunden, mit einer militärischen Requisition einzusetzen, welche aber gar nicht zur Geltung kommen kann, weil die freiwillige Ablieferung sich anstandslos vollzieht und die Schwierigkeiten der Expedition des Heues in anderen Umständen begründet sind und auch von den zur Requirierung bestimmten Soldaten nicht behoben werden können, viel eher durch zur Arbeit bestimmte Soldaten. Diese ganz überflüssige Maßnahme ist nur geeignet, unsere landwirtschaftliche Bevölkerung, welche vom Kriegsbeginn an die größten Proben von Opferwilligkeit an den Tag gelegt hat, in ganz ungewöhnlicher Weise zu erbittern und ihr diese niemals unterbrochene Bereitwilligkeit zur Erhaltung ihrer Pflichten dem Staate und vor allem unserer heldenmütigen Armee zu verleihen.

Die Gefertigten, denen daran gelegen ist, daß im Kreise dieser reichs- und kaisertreuen Bevölkerung auch nicht die geringste Mißstimmung Platz greift, erlauben sich an den Herrn Minister und Leiter der Volksernährung die Anfragen zu richten:

„1. Ist das der Wunsch und der Wille Seiner Exzellenz, daß man auch dort, wo Anforderungen zur Leistung von Erzeugnissen der Landwirtschaft in bereitwilligster Weise entsprochen wird, ohne zwingende Not mit militärischen Requisitionen einsetzt, und dadurch die Bevölkerung unnützerweise aufregt und verbittert?

2. Ist Seine Exzellenz für den als sicher angenommenen Fall, daß diese Art des Vorgehens bei Requisitionen nicht gebilligt wird, bereit, einen sofortigen Auftrag an maßgebender Stelle ergehen zu lassen, die im Prachatitzer Bezirke in überflüssiger Weise eingeleitete militärische Requisition von Heu rückgängig zu machen?"

Wien, 13. November 1917.

Josef Mayer.	Dr. Stölzl.	Wedra.	Rudolf Paulik.
Albrecht.	Herzmansky.	Spies.	Hartl.
Wilhelm Meixner.	Strziska.	Pacher.	W. Teltschik.
Kletzenbauer.	Waldner.	Goll.	F. Wagner.
Luksch.	Dr. H. v. Oberleithner.	M. Soukup.	Keschmann.

1352
I.

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Dinghofer, Dr. Stölzel, Dr. Erler und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Eisenbahnminister, betreffend Zustreifung von Zucker, Kohle und Petroleum nach Linz, Salzburg und Innsbruck, beziehungsweise Oberösterreich, Salzburg und Tirol.

Von seiten der Bevölkerung werden die Abgeordneten auf das Entschiedenste aufgefordert, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die notwendige Zustreifung von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln, ganz besonders aber gegenwärtig von Zucker, Petroleum und Kohle für die Gasanstalten erfolge, beziehungsweise daß diesem empfindlichen Mangel endlich abgeholfen werde.

In Linz und auch in anderen Städten Oberösterreichs hat sich der Unwille der Bevölkerung schon wiederholt sehr energisch geäußert. In Salzburg steht das Gaswerk vor der Notwendigkeit, seinen Betrieb einzustellen, wodurch nicht nur die Beleuchtung in der Stadt Salzburg, sondern auch die Beheizung und der Betrieb der Krankenanstalten vollständig unterbunden würde. In Innsbruck steht das Allgemeine Krankenhaus infolge Kohlenmangels vor einer Katastrophe. Die Bevölkerung hat kein Petroleum. Es ist unmöglich, in denjenigen Familien, welche nicht anderweitige öffentliche Beleuchtung haben, wie Gas und elektrisches Licht, welche aber gegenwärtig wieder wegen Mangel an Material nicht installiert werden können, abends irgendwelche häusliche Arbeiten zu verrichten, geschweige denn sich geistig mit Lesen zu beschäftigen oder aber für die Schulkinder, ihre notwendigen Aufgaben zu machen.

Es wurden wiederholt von den Abgeordneten und auch gerade am heutigen Tage wieder, bei dem Herrn Arbeitsminister, Handelsminister und Minister für Volksernährung Vorstellungen erhoben und dringend Abhilfe verlangt. Die Antwort, welche den Abgeordneten zuteil wird, geht dahin, daß keine Waggons zur Zustreifung vorhanden sind.

So sehr eingesehen werden muß, daß bei der gegenwärtigen Kriegslage die Inanspruchnahme der Waggons eine gesteigerte ist, so muß dennoch wieder auf die unbedingte Notwendigkeit entsprechender Dispositionen und Reservierungen der Waggons für die unentbehrlichen Lebensmittel und Bedarfsartikel, gerade im Interesse des Krieges, für die Bevölkerung im Hinterlande hingewiesen werden.

Es stellen daher die Gefertigten die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz der Herr Eisenbahnminister geneigt, mit aller Entschiedenheit derartige Dispositionen zu treffen, daß die notwendigste Zufuhr von Kohle insbesondere für die Gasanstalten, ferner von Zucker und Petroleum für Salzburg, Linz und Innsbruck endlich raschestens erfolge?“

Wien, 13. November 1917.

Dr. Dinghofer.
Kittinger. Dr. Stölzel.
Sylvester. Dr. Erler.
Lutschounig. E. Kraft.
Dr. Waber. Dr. Schürff.
Wedra. Gust. Richter.

1353
―――
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Stölzel und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten, betreffend die Zuweisung von Zeitungspapier an die Provinzblätter.

Von seiten der Staatsverwaltung in allen Ressorts, von seiten der Kriegsverwaltung, von sämtlichen humanitären und öffentlichen Körperschaften und in allerletzter Zeit ganz besonders auch vom k. k. Finanzministerium im Hinblick auf die siebente Kriegsanleihe wird an das patriotische Empfinden nicht nur der hauptstädtischen Blätter, sondern auch der Provinzpresse in höchstem Maße appelliert und auch von dieser die Aufnahme von Artikeln, Mitteilungen, Aufrufen usw. verlangt. Der hauptstädtischen Presse gegenüber, deren überragende Bedeutung ohneweiters zugegeben wird, wird nach Möglichkeit von seiten der Staatsverwaltung bei Zuweisung von Druckpapier Rechnung getragen. In keiner Weise aber ist dies bei der Provinzpresse der Fall und wird deren große und ausschlaggebende Bedeutung in der Verbreitung der vom Staate gewünschten und mit Recht geförderten Ideen im ganzen Staate bis in das fernste Gebirgsdorf hinaus scheinbar unterschätzt.

Die Zuweisung des Papiers für die Provinzpresse ist eine vollkommen ungenügende und steht in keiner Weise im Verhältnisse zu den Leistungen derselben. Die Provinzpresse, welche ohnedies immer unter großen Schwierigkeiten in bezug auf die Berichterstattung zu kämpfen hat, wird auch durch die minimale Zuweisung von Druckpapier gezwungen, ihr Inseratenwesen vollständig zu vernachlässigen, weshalb sie schwer in ihrer Existenz leidet.

Es wird unter neuerlicher Hervorhebung der Bedeutung der Provinzpresse für alle Angelegenheiten im Kriege, ganz besonders aber auch der Kriegsanleihezeichnung, die dringende Anfrage an den Herrn Ministerpräsidenten gestellt:

„Ist Seiner Exzellenz die ungünstige Lage der österreichischen Provinzpresse im Hinblick auf die Zuweisung von Druckpapier bekannt?

Was gedenkt Seine Exzellenz zu tun, um diesen unhaltbaren Zuständen raschestens, noch vor Beendigung der Aktion für die siebente Kriegsanleihe ein Ende zu machen?"

Wien, 13. November 1917.

Dr. Dinghofer.	Dr. Stölzel.
Dr. Waber.	Kittinger.
A. Einspinner.	Dr. Schürff.
Wedra.	Sylvester.
E. Kraft.	Gust. Richter.
Dr. Erler.	Lutschonig.

1354
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Benkovič, Jankovič und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für das Ernährungswesen wegen der Mühlenrayonierung im politischen Bezirke Rann a. d. S.

Die Bezirkshauptmannschaft Rann hat mit dem Erlasse vom 8. August 1917, Z. 4133, die Mühlen für die Gemeinden Gorica und Raztez derart bestimmt, daß die Einhaltung dieses Erlasses gänzlich unmöglich ist. Diese zwei Gemeinden bedienen sich seit jeher der Mühlen des Anton Ašič und Ivan Zajber; in beiden Gemeinden befinden sich drei Mühlen, jedoch die zwei Gemeinden wurden an eine Mühle verwiesen, welche 4 Kilometer, für einzelne Gemeindeteile sogar 6 Kilometer entfernt und in einer anderen Gemeinde gelegen ist. Das Gesuch dieser zwei Gemeinden um Zuweisung an eine Mühle, die im Gemeindegebiete liegt, wurde abgewiesen.

Dagegen sprechen sehr gewichtige Gründe. Da alle wehrfähigen Männer eingerückt sind, so sind es die zurückgebliebenen Kinder, Frauen und ältere Leute, die das Getreide in die Mühle tragen sollten.

Der Weg, der zur betreffenden Mühle führt, ist außerordentlich beschwerlich, kaum für gesunde und starke Männer gangbar. Es kommt oft vor daß dieser Weg durch Überschwemmungen oder Schneefall gänzlich unbrauchbar wird. Bei diesen Verhältnissen kann man die Kinder unmöglich mit schweren Lasten in die 1 bis 1½ Stunden entfernte Mühle schicken; andere Hilfskräfte stehen hierzu nicht zur Verfügung, da die Frauen die Hauswirtschaft führen, während arbeitsfähige Männer in diesen Gemeinden sehr selten geworden sind.

Da man bei der Bezirkshauptmannschaft Rann zu wenig Verständnis für die Bedürfnisse des Volkes und die realen Verhältnisse findet, so beschreiten wir den Weg der Interpellation und stellen die Anfrage:

„Ist Eure Exzellenz geneigt zu verfügen, daß die Gemeinden Gorica und Raztez des politischen Bezirkes Rann an eine im Gemeindegebiete selbst gelegene Mühle gewiesen werden und die Mühlenrayonierung diesbezüglich abgeändert werde?“

Wien, 11. November 1917.

	Dr. Benkovič.
J. Hladnik.	Dr. Fr. Jankovič.
Jarc.	Roškar.
Jaklič.	Dr. Korošec.
Fon.	Demšar.
Dr. Gregorčič.	Dr. Dulibić.
Brenčič.	Pišek.
Spinčić.	Gostinčar.

1355
―――
I

Anfrage

des

Abgeordneten Karl Iro und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Herabsetzung der Quartiergebühr der von der Felddienstleistung enthobenen, dann während der Felddienstleistung verwundeten oder erkrankten aktiven Gagisten.

Mit Erlaß des k. u. k. Kriegsministeriums, Abteilung 11, Nr. 16700 von 1917, wurde den von der Felddienstleistung enthobenen, dann den während der Felddienstleistung verwundeten oder erkrankten verheirateten aktiven Gagisten die „Quartierbeihilfe" eingestellt und dabei gleichzeitig verfügt, daß diese Gagisten vom 1. September 1917 ab statt der „Quartierbeihilfe" auf die „bleibende Quartiergebühr" nach der Zinsklasse des ständigen Garnisonsortes vor der Mobilisierung Anspruch haben. Da die Quartierbeihilfe in dem Ausmaße der zweiten Zinsklasse der bleibenden Quartiergebühr ausgefolgt wurde, erscheinen durch den zitierten Erlaß alle in Betracht kommenden aktiven Gagisten, welche vor der Mobilisierung der dritten bis zehnten Zinsklasse angehört haben, in ihrer Quartiergebühr verkürzt. Über die Höhe dieser Verkürzung gibt die angeheftete Tabelle Aufschluß.

Wie aus derselben zu entnehmen ist, hat das k. u. k. Kriegsministerium bei der oberwähnten Gagistenkategorie eine wesentliche Verkürzung der bisher zu Recht bestehenden Quartierbezüge vorgenommen und dies zu einer Zeit, in der mit Rücksicht auf die von Tag zu Tag wachsende Teuerung jeder Dienstgeber sich verpflichtet, beziehungsweise gezwungen sieht, die Bezüge seiner Angestellten zu verbessern.

Ganz sonderbarerweise wurden die aus dem nichtaktiven Verhältnis (Ruhestand, Reserve, Verhältnis a. D., Evidenz der Landwehr, Landsturm) eingerückten verheirateten Gagisten im Fortbezug der ihnen mit Recht und durch die Kriegsverhältnisse gebührenden Quartierbeihilfe belassen; deren militärische Bezüge sind daher bei sonst gleichen Verhältnissen (gleicher Charge, gleicher Dienstverwendung, gleichem Domizil vor der Mobilisierung) nunmehr höher als jene der aktiven Gagisten. Dieser Umstand namentlich läßt die Annahme zu, daß der zitierte, offenbar nur auf Erzielung von einseitigen Ersparnissen berechnete Erlaß in seinen Wirkungen nicht reiflich genug überprüft wurde. Bei Ausgabe von Erläßen und sonstigen Verfügungen betreffs Erzielung von Sparmaßnahmen im Wege von Gebührverkürzungen sollte wohl grundsätzlich vorher stets in Erwägung gezogen werden, ob der zu erhoffende finanzielle Effekt in einem gewissen Verhältnisse zu den verbitternden Empfinden steht, welche die Gebührverkürzung bei den Beteiligten naturgemäß hervorruft.

Da dieser selbstverständliche Grundsatz in dem vorliegenden Falle ganz außer Acht gelassen wurde und die Gefertigten auch die Meinung vertreten, daß aktive und nichtaktive Gagisten in jeder Beziehung gleich zu behandeln und gleich zu bewerten sind, daher auch beiden Kategorien die gleichen Gebühren zukommen müssen, stellen die Gefertigten an Eure Exzellenz folgende Anfragen:

„1. Wie hoch wird der Betrag präliminiert, der durch die Verkürzung der

Quartierbezüge laut Erlaß vom 23. Juli 1917, Abteilung 11, Nr. 16700, erspart werden soll?

2. In welcher Weise vermag Eure Exzellenz, angesichts der stets wachsenden Teuerung, eine einseitige Verkürzung von Gagistengebühren zu rechtfertigen?

3. Warum werden von dieser Verkürzung gerade nur jene in Betracht kommenden aktiven Gagisten betroffen, die vor der Mobilisierung einer Station der dritten bis zehnten Zinsklasse angehört haben, während die aus dem nichtaktiven Verhältnis eingerückten Gagisten — ohne Rücksicht auf ihr Domizil vor der Mobilisierung, beziehungsweise dessen Zugehörigkeit zu einer bestimmten Zinsklasse — im, wie nachmals bemerkt werden muß, vollberechtigten und notwendigen Weiterbezuge der Quartierbeihilfe belassen wurden, demnach bei sonst gleichen Verhältnissen (gleicher Charge, gleicher Dienstverwendung) höhere Bezüge genießen, als ihre aktiven Kameraden?

4. Gedenken Eure Exzellenz den zitierten, in seiner Tendenz wohl ganz einzig dastehenden Erlaß, sofort und in der gleichen Weise wie er verlautbart wurde — also im Erlaßwege — außer Wirksamkeit zu setzen und es damit sowohl bezüglich der aktiven als auch nichtaktiven Gagisten bei den früheren Quartierbeihilfen zu belassen?"

Wien, 12. November 1917.

Waber.	Karl Iro.
Dr. Lodgman.	Dr. Schürff.
O. Teufel.	Marckhl.
Spies.	Dr. Jerzabek.
Dobernig.	Dr. Waldner.
Kemetter.	A. Seidel.
Pacher.	Dr. Mühlwerth.
F. Held.	Dr. Redlich.
Ofner.	Ganser.
Lukſch.	Dr. Dinghofer.
Dr. Herold.	Keschmann.

Gagisten-Rangklasse	Höhe der Quartierbeihilfe, welche laut Erlaß vom 22. November 1914, Abteilung 11, Nr. 6867/I, im Ausmaße der 2. Zinsklasse gebührt hat	Bleibende Quartiergebühr nach Erlaß vom 23. Juli 1917, Abteilung 11, Nr. 16700 für die																Anmerkung
		X.		IX.		VIII.		VII.		VI.		V.		IV.		III.		
		Zinsklasse																
		Gebühr	Differenz im Vergleich zur Vertikalrubrik 2*)	Gebühr	Differenz im Vergleich zur Vertikalrubrik 2*)	Gebühr	Differenz im Vergleich zur Vertikalrubrik 2*)	Gebühr	Differenz im Vergleich zur Vertikalrubrik 2*)	Gebühr	Differenz im Vergleich zur Vertikalrubrik 2*)	Gebühr	Differenz im Vergleich zur Vertikalrubrik 2*)	Gebühr	Differenz im Vergleich zur Vertikalrubrik 2*)	Gebühr	Differenz im Vergleich zur Vertikalrubrik 2*)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
XI X	868	388	**480**	468	**400**	540	**328**	604	**264**	668	**200**	740	**128**	812	**56**	852	**16**	*) Diese Differenz (Verkürzung der Quartiergebühr) betrifft jedoch nur die aktiven Gagisten da die nichtaktiven Gagisten im Fortbezuge der Quartierbeihilfe laut Vertikalrubrik 2 belassen wurden.
IX	1.436	544	**892**	660	**776**	772	**664**	888	**548**	1.000	**436**	1.116	**320**	1.232	**204**	1.328	**108**	
VIII VII	1.884	712	**1.172**	892	**992**	1.032	**852**	1.168	**716**	1.276	**608**	1.424	**460**	1.624	**260**	1.756	**128**	
VI	2.264	792	**1.472**	1.052	**1.212**	1.272	**992**	1.412	**852**	1.532	**732**	1.728	**536**	1.944	**320**	2.008	**256**	

1356
―――
I

Anfrage

des

Abgeordneten Rudolf Gruber und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung.

Im Verlaufe der Kriegsjahre wurden bei verschiedenen Truppenkörpern, Kadern und militärischen Anstalten im Hinterlande mit bedeutenden Kosten landwirtschaftliche Betriebe errichtet. Die Führung dieser Betriebe obliegt Offizieren, die vielfach nicht die sachliche Eignung zur Leitung derartiger Unternehmungen besitzen. Die Bewirtschaftung dieser Betriebe ist daher mangelhaft und entspricht in den meisten Fällen nicht den Forderungen eines geregelten Ökonomiebetriebes. Der Erfolg der Bewirtschaftung und der Ertrag derselben steht daher in gar keinem Verhältnis zu den gemachten Aufwendungen. Es ist gewiß sehr anerkennenswert, daß seitens der Heeresverwaltung Vorkehrungen zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion getroffen werden, wünschenswert wäre es jedoch, daß bei Durchführung der notwendigen Maßnahmen, nur Personen Verwendung finden, welche mit dem Wesen der Landwirtschaft vertraut sind. Eine große Zahl nicht frontdiensttauglicher Landwirte wird im Hinterlande auf Posten verwendet, die ihrer landwirtschaftlicher Befähigung nicht entsprechen. Wenn nun in Betracht gezogen wird, daß diese Landwirte der heimatlichen Scholle entzogen, in ihrer militärischen Verwendung auch nicht ihren Fähigkeiten entsprechend ausgenutzt werden, so kann man leider die Behauptung nicht umgehen, daß diese Tatsache eine bedeutende Schädigung der landwirtschaftlichen Produktion bedeutet. Im Interesse der gerade jetzt dringend gebotenen Sparsamkeit ist es notwendig, daß bei Einrichtung derartiger landwirtschaftlicher Betriebe bei militärischen Stellen, die Führung derselben geeigneten Personen übertragen wird, und bei bereits bestehenden Anstalten der notwendige Wandel geschaffen wird.

Die Gefertigten gestatten sich daher nachstehende Anfrage:

„Sind Seiner Exzellenz die in Rede stehenden Verhältnisse bekannt, wenn ja, was gedenken Exzellenz zu veranlassen, daß die vorkommenden Mängel behoben werden, damit die Rentabilität dieser militärischen Betriebe gesichert erscheint?"

Bogendorfer.
Eisenhut.
Alois Höher.
Grafinger.
Siegele.

Rudolf Gruber.
Roitinger.
Bauchinger.
Perwein.
Lechner.

1357
I.

Anfrage

des

Abgeordneten Rudolf Gruber und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Ackerbauminister.

Die Auswahl des Besten der Ernte als Saatgut sowie die rechtzeitige Zuweisung desselben an die Landwirte bildet eine der allerwichtigsten Maßnahmen zur Erzielung einer qualitativ und insbesondere einer quantitativ guten Ernte.

Weit davon entfernt, diesen allen Landwirten geläufigen Grundsatz zu befolgen, hat die k. k. niederösterreichische Statthalterei über Initiative der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt vor dem Herbstanbau angeordnet, daß überall das Saatgut erst gedroschen werden darf, wenn das Konsumgetreide gedroschen ist. Da Konsumgetreide dringend zur Approvisionierung gebraucht worden ist, wäre an sich gegen diese Verordnung nichts einzuwenden gewesen. Es wurde jedoch der Drusch des so notwendig zum Herbstanbau gebrauchten Saatgutes so lange verboten, bis nicht etwa nur das in der nächsten Zeit benötigte Konsumgetreide gedroschen war, sondern bis der Großteil der ganzen Ernte ausgedroschen war.

Anstatt zum Zwecke der Gewinnung des schon im August und September also fast unmittelbar nach der Ernte zum Anbau dringend benötigten Saatgutes, eine kurze Pause in der Aufbringung des Konsumgetreides einzuschalten, wurde das Verbot des Ausdrusches von Saatgut erst dann aufgehoben, bis der größte Teil der Ernte ausgedroschen war, so daß zum Anbau denjenigen Landwirten, die kein oder nur schlechtes Saatgut hatten, nur 60 Prozent ihres Bedarfes an Saatgut zum Anbau rechtzeitig zugewiesen werden konnten. Durch diese Maßnahmen ist ein ganz bedeutender Ausfall an mit Brotfrucht bebauten Flächen zu erwarten, welcher leicht hätte vermieden werden können, wenn anfangs nur soviel Konsumgetreide erdroschen worden wäre, als für die ersten paar Monate des Konsumes notwendig gewesen ist. Es ist den Interpellierenden bekannt, daß nunmehr nach Abschluß des Herbstanbaues genügend gutes, als Saatgut verwendbares Korn und Winterweizen, vorhanden ist und daß nur somit durch die, jede landwirtschaftliche Kenntnis vermissen lassende Handhabung der erwähnten Statthaltereiverordnung, der Herbstanbau auf das empfindlichste beeinträchtigt worden ist. Die Gefertigten stellen an Seine Exzellenz den k. k. Ackerbauminister die dringliche Anfrage:

„Sind Eure Exzellenz geneigt, in Hinkunft dafür Sorge zu tragen, daß derartige, die landwirtschaftliche Produktion aufs engste berührende Verordnungen stets im Einvernehmen mit dem k. k. Ackerbauministerium erfließen und daß bei der Handhabung solcher landwirtschaftlicher Fragen tangierender Verordnungen, stets landwirtschaftliche Fachleute herangezogen werden?“

Rudolf Gruber.
Eisenhut.
Grafinger.
Perwein.
Roitinger.

Lechner.
Bogendorfer.
Alois Höher.
Siegele.
Matth. Bauchinger.

1358
I

Anfrage

der

Abgeordneten Richter, Wedra, Kittinger, Hartl und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister, betreffend die ungerechtfertigte Zurückbehaltung bereits Enthobener und Transferierter.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß bereits durch Verfügung des k. k. Landesverteidigungsministeriums enthobenen und transferierten Soldaten des Mannschaftsstandes die Rückkehr in ihren Heimatsort erschwert, ja häufig verhindert wird.

Die von höherer Stelle verfügten Enthebungen und Transferierungen werden einfach von den Kommandostellen nicht beachtet und die Enthobenen und Transferierten willkürlich bei ihren jeweiligen Formationen zurückbehalten.

Derartige Zurückbehaltungen werden unter dem Titel des Dienstesinteresses zu rechtfertigen versucht, obgleich diese Leute keineswegs qualifizierte, sondern zumeist solche Dienstleistungen verrichten, für welche jeden Augenblick aus dem Mannschaftsstande am Loquayplatz oder Türkenschanzpark usw. Ersatzkräfte zu beschaffen sind.

Abgesehen davon, daß Enthebungen und Transferierungen nur nach gewissenhafter Prüfung erfolgen und nur schwerwiegende, wirtschaftliche Gründe hiefür maßgebend sind, muß dieses eigenmächtige Vorgehen der Unterkommanden auch den Glauben an die Kompetenz der obersten Militärbehörden erschüttern sowie das bittere Gefühl der Ungerechtigkeit aufkommen lassen.

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz der Herr Landesverteidigungsminister geneigt, die strikte Durchführung der Verfügungen des Landesverteidigungsministeriums zu veranlassen, damit in Zukunft die geschilderten ungerechtfertigten Zurückbehaltungen beseitigt werden?“

Dr. Waber.	Gust. Richter.
Dr. Sylvester.	Wedra.
Dr. Waldner.	Kittinger.
M. Brandl.	Hartl.
Dr. Schürff.	F. Held.

1357

I

Anfrage

des

Abgeordneten Rudolf Gruber und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Ackerbauminister.

Die Auswahl des Besten der Ernte als Saatgut sowie die rechtzeitige Zuweisung desselben an die Landwirte bildet eine der allerwichtigsten Maßnahmen zur Erzielung einer qualitativ und insbesondere einer quantitativ guten Ernte.

Weit davon entfernt, diesen allen Landwirten geläufigen Grundsatz zu befolgen, hat die k. k. niederösterreichische Statthalterei über Initiative der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt vor dem Herbstanbau angeordnet, daß überall das Saatgut erst gedroschen werden darf, wenn das Konsumgetreide gedroschen ist. Da Konsumgetreide dringend zur Approvisionierung gebraucht worden ist, wäre an sich gegen diese Verordnung nichts einzuwenden gewesen. Es wurde jedoch der Drusch des so notwendig zum Herbstanbau gebrauchten Saatgutes so lange verboten, bis nicht etwa nur das in der nächsten Zeit benötigte Konsumgetreide gedroschen war, sondern bis der Großteil der ganzen Ernte ausgedroschen war.

Anstatt zum Zwecke der Gewinnung des schon im August und September also fast unmittelbar nach der Ernte zum Anbau dringend benötigten Saatgutes, eine kurze Pause in der Aufbringung des Konsumgetreides einzuschalten, wurde das Verbot des Ausdrusches von Saatgut erst dann aufgehoben, bis der größte Teil der Ernte ausgedroschen war, so daß zum Anbau denjenigen Landwirten, die kein oder nur schlechtes Saatgut hatten, nur 60 Prozent ihres Bedarfes an Saatgut zum Anbau rechtzeitig zugewiesen werden konnten. Durch diese Maßnahmen ist ein ganz bedeutender Ausfall an mit Brotfrucht bebauten Flächen zu erwarten, welcher leicht hätte vermieden werden können, wenn anfangs nur soviel Konsumgetreide erdroschen worden wäre, als für die ersten paar Monate des Konsumes notwendig gewesen ist. Es ist den Interpellierenden bekannt, daß nunmehr nach Abschluß des Herbstanbaues genügend gutes, als Saatgut verwendbares Korn und Winterweizen, vorhanden ist und daß nur somit durch die, jede landwirtschaftliche Kenntnis vermissen lassende Handhabung der erwähnten Statthaltereiverordnung, der Herbstanbau auf das empfindlichste beeinträchtigt worden ist. Die Gefertigten stellen an Seine Exzellenz den k. k. Ackerbauminister die dringliche Anfrage:

„Sind Eure Exzellenz geneigt, in Hinkunft dafür Sorge zu tragen, daß derartige, die landwirtschaftliche Produktion aufs engste berührende Verordnungen stets im Einvernehmen mit dem k. k. Ackerbauministerium erfließen und daß bei der Handhabung solcher landwirtschaftlicher Fragen tangierender Verordnungen, stets landwirtschaftliche Fachleute herangezogen werden?"

Lechner.	Rudolf Gruber.
Bogendorfer.	Eisenhut.
Alois Höher.	Grafinger.
Siegele.	Perwein.
Matth. Bauchinger.	Roitinger.

wenn man das Mehr von 40 Millionen Essern in Deutschland in Rechnung zieht. Unzutreffend ist es auch, daß ein Übermaß österreichischer Ernteprodukte, Brotgetreide und Obst, besonders aus den Sudetenländern, nach Deutschland geht.

Um nun allen Quertreibereien und Verdächtigungen in dieser Frage die Spitze abzubrechen, erscheint hier eine öffentliche Stellungnahme der Regierung unbedingt notwendig.

Darum stellen die Gefertigten an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung folgende Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz in der Lage, ehestens über die Art der Verteilung der rumänischen Ernte dem hohen Hause Aufschluß zu geben?"

Wien, 13. November 1917.

	Dr. Schürff.
Dr. Michl.	Dr. Waber.
Erb.	Wedra.
Beyer.	Kittinger.
Dr. Kofler.	Richter.
Dr. Erler.	R. Paulik.
M. Brandl.	Fr. Schreiter.
Hruska.	Kraft.
Dr. Dinghofer.	Denk.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

1359
―――
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Schürff, Dr. Waber, Wedra und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung, betreffend die Verteilung der rumänischen Ernte unter die Mittelmächte.

Die gefertigten Anfragesteller haben bereits in der Sitzung vom 25. September 1917 an Eure Exzellenz die Anfrage (Anhang II 767/I) gerichtet, in welchem Ausmaße die Verteilung der rumänischen Ernte an die Mittelmächte erfolgt und wie groß insbesondere der Anteil Österreich-Ungarns und Österreichs an ihr ist. Das Ausbleiben dieser Aufklärung unterstützt alle jene dunklen Absichten und Agitationen, die sich gegen das im jetzigen Weltkriege so herrlich erprobte Bündnis mit dem Deutschen Reiche richten und die im Inland und sogar auch im neutralen Auslande die irrige Meinung verbreiten, daß Deutschland die gesamten Ernteschätze Rumäniens für sich allein in Anspruch nimmt, während Österreich leer ausgehe. Nach privaten Mitteilungen ist aber diese Annahme gänzlich unbegründet.

Bei der Verteilung der Ernte und der Bodenschätze Rumäniens ist natürlich nach dem Prinzip verfahren worden, daß jede der Mittelmächte ihrem augenblicklichen dringenden Bedürfnis gemäß bedacht wird. Für Deutschland kam daher in erster Linie die Einfuhr von Ölfrüchten in Betracht, während Österreich bei der Verteilung des Getreides den Hauptanteil erhielt. Statistisch verhält sich die Gesamtausfuhr an Nahrungs- und Futtermitteln in der Zeit vom 1. Dezember 1916 bis zum 15. September 1917 für Deutschland 601.666 Tonnen, für Österreich 712.656 Tonnen, Österreich ist somit am 15. September 1917 um rund 110.000 Tonnen im Vorsprung.

Diese Zahlen allein für Weizen, Roggen, Mehl, Gerste und Hafer berechnet, betragen für denselben Zeitabschnitt für Deutschland 451.732 Tonnen, für Österreich 608.605 Tonnen, Österreich ist demnach bei Brotgetreide usw. um 156.873 Tonnen im Vorsprung. Besonders günstig gestaltet sich die Einfuhr von Weizen für Österreich, die am 15. September 1917 für Österreich 582.418 Tonnen, für Deutschland 423.201 Tonnen betrug. Österreich hatte demnach gegenüber Deutschland ein Mehr von 159.217 Tonnen Weizeneinfuhr. Dieselben Zahlen stehen am 27. Oktober 1917 allein für Weizen wie folgt: Deutschland 266.529 Tonnen, Österreich 461.189 Tonnen, was einen Vorsprung von Weizen bei Österreich von 194.660 Tonnen ergibt. Zu demselben Zeitpunkt, am 27. Oktober 1917, betrug die gesamte Einfuhr an Brotgetreide, einschließlich Mehl, Gerste und Hafer für Deutschland 508.943 Tonnen, für Österreich 664.209 Tonnen, sonach ist Österreich auch heute noch mit 155.266 Tonnen bei diesen für die Volksernährung so überaus wichtigen Nahrungsmitteln im Vorsprung. Es zeigt sich, daß das mehr agrarische Österreich keineswegs gegenüber dem mehr industriellen Deutschland benachteiligt wurde, zumal

wenn man das Mehr von 40 Millionen Essern in Deutschland in Rechnung zieht. Unzutreffend ist es auch, daß ein Übermaß österreichischer Ernteprodukte, Brotgetreide und Obst, besonders aus den Sudetenländern, nach Deutschland geht.

Um nun allen Quertreibereien und Verdächtigungen in dieser Frage die Spitze abzubrechen, erscheint hier eine öffentliche Stellungnahme der Regierung unbedingt notwendig.

Darum stellen die Gefertigten an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung folgende Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz in der Lage, ehestens über die Art der Verteilung der rumänischen Ernte dem hohen Hause Aufschluß zu geben?"

Wien, 13. November 1917.

Dr. Schürff.
Dr. Michl.
Dr. Waber.
Erb.
Wedra.
Beyer.
Kittinger.
Dr. Kofler.
Richter.
Dr. Erler.
R. Paulik.
M. Brandl.
Fr. Schreiter.
Hruska.
Kraft.
Dr. Dinghofer.
Denk.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

Anhang I.

Anträge.

(Urtexte.)

233
A

Návrh

poslance Ladislava Čecha a soudruhů

na zařadění zprostředkovatelství soukromých obchodů mezi živnosti koncessované.

Článkem V, lit *f*, uvozovacího zákona k řádu živnostenskému ze dne 20. prosince 1859, Z. Ř. čís. 227, byly podniky zprostředkování soukromých obchodů z ustanovení řádu živnostenského vyňaty a novella řádu živnostenského zákonem ze dne 5. února 1907, Z. Ř. čís. 26, přinesla změnu jen v tom směru, že zprostředkování služeb a míst dle § 21, *a* až *f*, živnostenského řádu byla vřaděna mezi živnosti koncessované živnostenského řádu, a tím řádu tomuto podrobeno. Pro zprostředkování obchodů realitních a půjček platí jako dříve až dosud jen ustanovení výnosu státního ministerstva ze dne 28. února 1863, čís. 2306.

Již u příležitosti porad a novellování živnostenského řádu bylo zprostředkovateli realitních obchodů a půjček opětně na to poukázáno, že pro taková zprostředkovatelství ustanovení uvedeného ministeriálního výnosu více nepostačuje a že spíše důležité ohledy veřejné odůvodňují nutno potřebu, aby tyto podniky byly podrobeny přísnejším ustanovením živnostenského řádu a zařaděny mezi koncessované živnosti.

Uvedeným výnosem státního ministerstva byla stanovena zásada, že udělení zprostředkovatelství soukromých obchodů „jest omeziti na případy zcela zvláštního, zřetele hodné“, že „při rozhodování o novém povolení přísně jest zkoušeti stávající skutečnou potřebu“ a že „každé svémocné rozšíření koncesse musilo by míti za následek její neprominutelnou ztrátu“.

Přísnost těchto předpisů jeví se plně odůvodněnou, uváží-li se, že při realitním a hypothekárním obchodování namnoze jedná se o velmi cenné statky, často dokonce celé jmění smlouvajících se stran tvoří předmět právního jednání, tak že musí býti nanejvýše povážlivo, když při zprostředkování takových právních jednání intervenují osoby, jichž obchodní mravnost nebyla by úplně bezvadnou. Stát má tudíž v zájmu bezpečnosti majetku svých občanů se vším důrazem k tomu působiti, aby jednak takoví povážliví živlové byli od soukromého zprostředkování bezpodmínečně vyloučeni, on musí ale také o to pečovati, by koncessovaným zprostředkovatelům přílišnou nebo dokonce nereellní konkurrencí pohnutka nebyla dána k tomu, aby zprostředkováním pochybných obchodů svoji činnost výnosnější učinili.

Nutno zajisté uznati, že správní úřady poctivě se snaží, svrchu uvedeným zásadám co možno vyhovovati. Avšak toto plně odůvodněné, opatrné omezení při udělení koncessí má nyní jen ten jediný výsledek, že tím více neoprávněných agentů zprostředkování soukromých obchodů provozuje a úřady jsou bezmocny tomuto zlořadu čeliti, poněvadž k použití zde stojící trestní ustanovení ministeriálního nařízení ze dne 30. září 1857, Z. Ř. čís. 198, neposkytuje dostatečných prostředků trestných.

Již přece se přihodilo, že agenti, kteří pro neoprávněné zprostředkování soukromých obchodů dle ministeriálního nařízení ze dne 30. září 1857, Z. Ř. čís. 198, potrestáni byli, nejvýše přípustnou peněžitou pokutu 200 K ihned složili s úsměšným podotknutím, že tento obnos rádi platí, poněvadž zprostředkováním tři- i čtyřikrát více vyzískali.

K tomuto přichází ještě ta závada, že trestnost neoprávněného zprostředkování dle ministeriálního výnosu ze dne 30. září 1857. Z. Ř. čís. 198, již po uplynutí tří měsíců jest promlčena, tak že neoprávněný zprostředkovatel, dík této pro něho tak pečlivé promlčecí lhůtě, téměř s jistotou může počítati na svoji beztrestnost.

Jest zřejmo, že za takových poměrů dobře míněná ustanovení výnosu státního ministerstva ze dne 28. února 1863, čís. 2306, jsou úplně bezúčinnými. Oprávněným zprostředkovatelům vnucuje se tím konkurrenční boj, který jest tím rozhořčenější, že neoprávnění agenti dovedou se také vyhnouti berním povinnostem, kdežto oprávněný zprostředkovatel nésti musí těžké břímě daňové.

Těmto nesnázím bylo by však možno zcela jednoduchým způsobem čeliti, kdyby zprostředkovatelství soukromých obchodů za koncessovanou živnost bylo prohlášeno a podrobeno řádu živnostenskému.

Dle ustanovení § 131 ž. ř. jest pro přestupky živnostenského řádu přípustna pokuta peněžitá až 1000 K, respektive vězení až do třech měsíců, a dle §§ 134 a 135 živnostenského řádu též okamzté uložení trestu vězení, v případech opakování se, přípustno; mimo to nastává promlčení trestnosti až po šesti měsících. Omezení trestní sazby na 500 K dle § 132 *a* ž. ř. jeví se pro takovou neoprávněnou činnost samozřejmě nedoporučitelným, ježto v jednotlivých případech získané provise tuto sazbu značně mohou převýšiti.

Podrobení činnosti zprostředkovatelské pod řád živnostenský mělo by mimo to také tu výhodu, že by dnešní čistě soukromé organisace realitních a úvěrových zprostředkovatelů též účastny byly dobrodiní zákona o společenstvech (VII. hlava řádu živnostenského) a že by své společné zájmy daleko důrazněji hájiti mohly, než nyní.

Z důvodů svrchu uvedených činíme návrh:

„Zprostředkovatelství soukromých obchodů budiž prohlášeno za živnost koncessovanou a tím podrobeno řádu živnostenskému."

V ohledu formálním navrhujeme, aby tento návrh ihned bez prvého čtení živnostenskému výboru ku projednání byl přikázán.

Ve Vídni, 7. listopadu 1917.

Ladislav Čech.

Exner.	Konečný.
Stříbrný.	Hráský.
Maštálka.	Tobolka.
Vodňanský.	Dr. Šubrt.
Slavíček.	Dr. O. Hübschman.
Dr. Baxa.	Klofáč.
Lukavský.	Dr. Funk.
Dr. Formánek.	Dr. Ed. Koerner.
Dr. Fiedler.	Kratochvíl.
Lisý.	Dr. Franta.

234
A

Wniosek

posłów Siwuli, Witosa i towarzyszy

w sprawie

pogorzelców gminy Pustków w powiecie ropczyckim.

Wysoka Izbo!

W dniu 28. września 1917 z niewiadomej przyczyny wybuchł w gminie Pustków, powiatu ropczyckiego, pożar, który obrócił w perzynę trzy gospodarstwa wiejskie.

Z powodu posuchy długotrwałej jak również braku ludzi, odpowiednich środków ratunkowych, ogień rozszerzył się tak szybko, że niemożliwem było uratowanie najpotrzebniejszych narzędzi rolniczych, sprzętów domowych, zboża, paszy dla inwentarza, a bardzo często i koniecznej odzieży.

Szkoda wynosi około 60.000 koron zupełnie nieubezpieczona.

Klęska ta jest tem więcej dotkliwą, że interesowani zostali w wysokim stopniu przez wojnę zniszczeni, ponadto wszyscy trzej pogorzelcy pełnią służbę wojskową, a mianowicie:

I. Stanisław Kosiński, wdowiec, ojciec sześciorga małoletnich dzieci, pozostawił gospodarstwo 12-morgowe i wymienione rodzeństwo pod opieką swej teściowej Katarzyny Kamaj, 80-letniej staruszki, zaś najstarsza córka 15-letnia uległa strasznemu poparzeniu.

II. Franciszek Mazór pozostawił gospodarstwo 12-morgowe pod opieką żony i czworga małoletnich dzieci.

III. Ludwig Kamaj, 8mio-morgowe gospodarstwo, pozostawił żonę z dwoma małoletniemi dziećmi; sam wraz z synem służy w wojsku.

Ponieważ pogorzelcy owi nie są w możności własnym kosztem się odbudować, a odbudowa ta ze względów gospodarczych i ludzkich jest konieczną, podpisani wnoszą:

Wysoka Izba raczy uchwalić:

Wzywa się c. k. Rząd:

Ażeby w drodze właściwej przyszedł pogorzelcom gminy Pustków, powiatu ropczyckiego, z dodatnią pomocą do odbudowania swych gospodarstw przez dostarczenie im materyału budowlanego z lasów rządowych lub też gotówki potrzebnej.

Pod względem formalnym proszą podpisani, bez pierwszego czytania, o odesłanie niniejszego wniosku do komisyi zapomogowej.

Wiedeń, 9. listopada 1917.

Głąbiński.
Skarbek.
Angerman.
Gall.
Banaś.

Kędzior.
Dyło.
Długosz.
Ptaś.
Dobija.

Lewicki.
Rusin.
Średniawski.
Myjak.
Bojko.
St. Biały.

Jan Siwula.
Witos.
J. Jachowicz.
Śmiłowski.
Lasocki.
Tetmajer.

Anhang II.

Anfragen.

1360
I

Anfrage

der

Abgeordneten Fink, Meixner und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Enthebungen mit Endtermin.

In letzter Zeit werden zahlreiche selbständige Landwirte mit dem Endtermine 30. November 1917 enthoben, welcher Umstand die Auffassung zuläßt, als ob bei der Heeresverwaltung die Anschauung vorherrschte, daß für die selbständigen Landwirte die Monate Dezember, Jänner und Februar die tote Saison bilden, in der sie für die Beaufsichtigung und Bewirtschaftung ihrer Betriebe entbehrlich erscheinen.

Insbesondere bei den viehhaltenden Landwirten ist das gerade Gegenteil der Fall. In den genannten Wintermonaten sind verschiedene landwirtschaftliche Arbeiten zu leisten, zu denen der Landwirt weder im eigenen Wirkungskreise noch militärischerseits Ersatz finden kann. In den Alpenländern, wo die Gehöfte oft stundenweit von einander entfernt liegen, fällt gerade in diese Monate die Abkalbung des größeren Teiles des Viehbestandes; weiters ist die Arbeit des Melkens der Kalbinnen in den ersten Wochen besonders schwierig, so daß hierbei die Leitung, Beaufsichtigung und Mitarbeit des Landwirtes unbedingt erforderlich ist. Auch die Behandlung der ablieferungspflichtigen Konsummilch bedarf einer verläßlichen und kundigen Kraft. In diese Wintermonate fällt ferner bei vielen Viehbesitzern die Fütterung in den Bergen und allgemein die Bereitstellung des Jahresbedarfes an Holz, das auf verschneiten Wegen auf Schlitten herbeigeschafft werden muß usw. Zu allen diesen Arbeiten können unmöglich Frauen oder Kinder verwendet werden; der selbständige Landwirt ist zu dieser Zeit in seiner Wirtschaft unentbehrlicher als zu einer anderen Jahreszeit.

Da bei der eingeführten Zentralisierung der Enthebungsagenden an eine rechtzeitige Erledigung von Weiterenthebungsgesuchen nicht gedacht werden kann, stellen die Gefertigten die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz der Herr Landesverteidigungsminister geneigt Veranlassung zu treffen, daß den Bezirksbehörden die Ermächtigung erteilt wird, auch für Landwirte, die mit bestimmtem Endtermin enthoben sind, bei Vorlage eines neuerlichen von der Behörde befürworteten Weiterenthebungsgesuches Abwartebewilligungen bis zur Erledigung des Gesuches zu erteilen?"

Wien, 16. November 1917.

Kienzl.	Jodok Fink.
Prisching.	Meixner.
Joh. Tomaschitz.	Jukel.
Huber.	Fisslthaler.
Schweiger.	Eisenhut.
Wollek.	Dr. Jerzabek.

1361
―
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Heilinger und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Kultus und Unterricht Dr. Cwikliński, betreffend die mangelnde Lehrfreiheit an den Universitäten.

Nach dem Artikel 17 und 18 des Gesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger ist die Lehrfreiheit allgemein gewährleistet und ist nach dem Gesetz jeder Staatsbürger berechtigt, an der Universität Unterricht zu erteilen, der seine Befähigung hierzu durch das Doktordiplom einer inländischen Universität nachgewiesen hat.

Das Recht der akademischen Lehrfreiheit „jus ac privilegium“ ist im Laufe der Zeit durch dem Gesetz widersprechende, daher ungültige Verordnungen vergangener Unterrichtsverwaltungen nahezu in Fesseln gelegt worden, indem die Zulassung an den Universitäten Vorlesungen zu halten, allmählich dem Belieben der bezüglichen Universitätslehrer anheimgestellt wurde. Hervorragenden Fachmännern war es unter solchen Umständen nicht selten verwehrt, an den Universitäten zu lesen; dafür trieb das Cliquenwesen, Nepotismus und Protektion das Unwesen. Daß diese Verhältnisse nicht zum Vorteil der Wissenschaft beitragen, ist erklärlich, erklärlich auch, daß infolge dieser Umstände die sogenannten „Schnellsiederkurse in nie geahnter Weise blühten.

Es wird die Anfrage gestellt:

„Ist die Regierung geneigt, jedem an einer inländischen Universität promovierten Doktor das Recht zu gewährleisten, nach Maßgabe der Platzverhältnisse an der Universität zu lehren und einige Lehrsäle zu diesem Zwecke zur Verfügung zu stellen.“

	Dr. Jerzabek.	Kittinger.	Dr. Heilinger.
Iro.	Dr. v. Mühlwerth.	Kemetter.	Schrafl.
F. Held.	A. Einspinner.	Lutschounig.	Jukel.
Kopp.	R. Paulik.	Dr. W. Neumann.	R. Neunteufel.
Dr. Waber.	Pirker.	Zenker.	Prisching.
Wedra.	Spies.	Joh. Tomaschik.	Kletzenbauer.
Dr. Michl.	Dr. Hruban.	Pišek.	Dr. Gentili.
Kudlich.	M. Brenčič.	Dr. Bugatto.	Dr. Degasperi.
Udržal.	Wüst.	E. Kraft.	Dr. Benkovič.

1362
I

Anfrage

der

Abgeordneten Hartl, Dr. Bodirsky und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend hochverräterische, an tschechische Soldaten gerichtete Aufrufe.

Mit hellem Jubel verfolgen alle vaterländisch fühlenden Herzen den Siegeszug unserer verbündeten Armeen gegen den tückischen italienischen Feind, dessen Eintritt in den Krieg einen in der Geschichte aller Zeiten unerhörten Treubruch darstellt. In diesem Jubel über die herrlichen Erfolge unserer tapferen, heldenmütigen Truppen dringen auch Meldungen über neuerliche Bemühungen des tschecho-slawischen Auslandskomitees, die in unserer gegen Italien operierenden Armee eingeteilten tschechischen Truppen zur Fahnenflucht, zum Überlauf zu den treulosesten unserer Feinde zu verleiten.

Den Unterzeichneten liegt eine genaue Übersetzung eines Aufrufes vor, der an die tschechischen Soldaten unserer Südwestfront gerichtet und von dem ehemaligen österreichischen Reichsratsabgeordneten und Universitätsprofessor Dr. Masaryk gefertigt ist. Dieser Aufruf beginnt mit einer Verherrlichung der angeblich von der ganzen für Freiheit begeisterten Menschheit bewunderten Tatsache, daß „sich tschechische Soldaten und Offiziere einzeln und in größeren Verbänden, sogar in ganzen Regimentern gegen die österreichisch-ungarische Tyrannei erheben und ihren Freunden, den Herren Rußlands, Serbiens und Italiens freiwillig ergeben haben". Er fordert zu weiterem Überlauf aller „bewußter Tschechen" zu den Italienern, diesen Freunden des tschechischen Volkes auf, „die auch für die Freiheit der Tschechen und Slovaken kämpfen".

Eingehend werden die vorzüglichen Verpflegsverhältnisse geschildert, welche die Überläufer im italienischen Lager erwarten sollen, woran sich die abermalige Mahnung schließt: „Darum ergebt Euch! Erhaltet Euch Euren Familien! In Italien werdet Ihr ausgezeichnet verpflegt werden und gut bezahlte Arbeit finden! Dafür bürgt Euch neben dem Edelsinn der italienischen Nation auch der Schutz des auswärtigen tschechischen Nationalrates, der Euch durch seinen Delegierten Dr. Sokolař hinter den italienischen Linien erwartet und Euch in jeder Hinsicht betreuen wird."

Mit besonderer Wärme richtet sich der Aufruf an die „Kinder des goldenen Prag" und der anderen Bezirke des tschechischen Vaterlandes mit den schönen Worten: „Tuet alles, was Ihr könnt, gegen Österreich, dessen Vernichtung unabwendbar ist! Helfet diese Vernichtung zu beschleunigen. Ihr beschleunigt damit die Befreiung unseres teuren Vaterlandes, die Erlösung Eurer Familien aus der Not des Hungers und der Entbehrungen!"

Der durch vorstehende wortgetreue Auszüge genügend gekennzeichnete Aufruf bildet einen neuerlichen Versuch, unsere braven, heldenmütigen Truppen verräterisch im Rücken zu bedrohen. Wie dies leider schon wiederholt geschehen, sollen sie in entscheidenden Augenblicken durch den Überlauf ehrvergessener Elemente in schwerste Todesnot gebracht werden, sollen sie zu Hunderten und Tausenden als Opfer schmachvollen Verrates sterben. Einer solchen verbrecherischen Hinopferung wertvoller, dem Staate treuergebener Menschenleben muß mit allen Mitteln vorgebeugt und entgegengewirkt werden.

Das sind wir, das ist die Regierung unseren pflichttreuen in ihrer Aufopferung für den Staat über alles Lob erhabenen Truppen schuldig.

Wir fordern daher mit allem Nachdruck, daß Regierung und Armeeleitung den neuerlichen hochverräterischen Umtrieben des tschechoslovakischen

Auslandskomitees und jeder Unterstützung derselben im Hinterlande mit rücksichtsloser Strenge entgegentrete.

An Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung aber richten wir folgende Anfragen:

„Ist Seiner Exzellenz der von italienischen Fliegern abgeworfene, an die tschechischen Soldaten gerichtete Aufruf zur Fahnenflucht bekannt?

Hat Seine Exzellenz Kenntnis darüber, ob und in welcher Weise dafür vorgesorgt wurde, daß die furchtbare Schande dieses Krieges, der im besagten Aufruf geradezu verherrlichte Überlauf tschechischer Truppen zum Feinde, nicht auch auf dem italienischen Kriegsschauplatz neu auflebe?"

Wien, 16. November 1917.

Kroy.	Hartl.
Dr. v. Mühlwerth.	Dr. Bodirsky.
Teltschik.	Fahrner.
Lukſch.	Knirsch.
Felzmann.	Langenhan.
Schürl.	Freißler.
Schreiter.	Wolf.
Bernt.	Pacher.
Kasper.	O. Teufel.
Dr. Kindermann.	Hummer.
Dr. Roller.	Dr. Herold.
Heine.	Kopp.
Glöckner.	Al. Rieger.

1363
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Bodirsky, Schreiter, Wedra und Genossen an Seine Exzellenz den Minister für Landesverteidigung, betreffend Rangs- und Ernennungsverhältnisse der zu Fähnrichen ernannten Lehrer (Ersatzreservisten).

Die Lehrer, die 1916 als ehemalige Ersatzreservisten aus dem Felde zurückberufen wurden und Reserveoffizierskurse besuchten, wurden nach Beendigung dieser Kurse zu Fähnrichen ernannt und ins Feld abgeschickt. Trotzdem sie nun fast ein Jahr als Fähnriche im Felde stehen und vielfach eine anerkannte Dienstleistung aufweisen, erfahren sie nichts über ihren Rang und können deshalb auch nicht zu Leutnants ernannt werden. Es ist nur anzunehmen, daß über die Rangstellung dieser Fähnriche Weisungen oder Entscheidungen hierüber bis jetzt nicht erflossen sind.

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, in dieser Angelegenheit entsprechende Weisungen und Verfügungen zu treffen, beziehungsweise anzuregen und zu beantragen, daß auch seitens des k. u. k. Kriegsministeriums diese Verfügungen und Weisungen ergehen?"

Dr. Bodirsky.
Schreiter.
Wedra.
O. Teufel.
Al. Rieger.
Hummer.
Kopp.
Dr. Kindermann.
W. Teltschik.
K. Schürl.
Kroy.
Fahrner.
Knirsch.
Pacher.
K. H. Wolf.
Dr. Herold.
Dr. v. Mühlwerth.
Herzmansky.
Dr. Schürff.
Kittinger.
Dr. Waber.
Gust. Richter.

1364
I

Anfrage

des

Abgeordneten Jukel und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Eisenbahnminister, betreffend die Eisenbahndiebstähle.

Die Diebstähle an Eisenbahn- und Transportgütern haben einen derartigen Umfang angenommen, daß Maßregeln gegen dieselben sofort ergriffen werden müssen, soll nicht eine Katastrophe für die allgemeine Approvisionierung und im geschäftlichen Verkehr eintreten.

Es werden nicht nur Kisten erbrochen und fast des gesamten Inhalts beraubt, ganze Kollis verschwinden aus plombierten Waggons. Von Kohlensendungen fehlte fast die Hälfte des Gesamtgewichtes, Säcke, ja sogar Plachen in bedeutendem Werte werden gestohlen.

Insbesonders Lebensmittel sind der Beraubung ausgesetzt und wird der Gewichtsabgang durch wertloses Material ersetzt. Die Diebstahlsreklamationen auf der Südbahn sollen in großen Stationen bereits über 10.000 Fälle betragen. Bei derzeitiger Unmöglichkeit einen Ersatz an Ware zu schaffen, ist eine Entschädigung an Geld, welche aber auch nur in seltenen Fällen zu erreichen ist, nicht genügend.

Die Gefertigten stellen in Hinsicht auf diese allbekannten Vorkommnisse an Seine Exzellenz die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, alles vorzukehren, daß endlich den Bahndieben das Handwerk gelegt wird, und wenn nötig, zur Sicherung der Verkehrsgüter auch militärische Hilfe in Anspruch zu nehmen?“

Wien, 16. November 1917.

Dr. Jerzabek.	Jukel.
Meixner.	Weiß.
Johann Tomaschitz.	J. Prisching.
Eisenhut.	Schweiger.
Huber.	Fißlthaler.

1365
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Lodgman, Dr. Roller, Goll und Genossen an die Herren Minister des Innern und für Landesverteidigung, betreffend die Standesverhältnisse des k. k. Gendarmeriekorps.

Anerkanntermaßen hat die k. k. Gendarmerie einen schwierigen und opferreichen Dienst zu versehen. Sie ist ihm nicht nur im Frieden, sondern auch in diesem Kriege mit einer Pflichttreue nachgekommen, welche gewiß eine volle Würdigung seitens der Allgemeinheit und der Regierung erheischt. Die Art ihres Dienstes bringt es mit sich, daß die Gendarmerie als ausführendes Organ der Verwaltung oftmals Pflichten erfüllen muß, welche nicht nur den vollen Einsatz der Persönlichkeit erfordern, sondern auch geeignet sind, den einzelnen Gendarmen schuldloserweise in den Augen der Bevölkerung dadurch mißliebig zu machen, daß er genötigt ist, Aufträgen nachzukommen, deren Durchführung in der Öffentlichkeit auf Ablehnung stößt. Gleichzeitig ist aber die Gendarmerie infolge ihrer militärischen Organisation fast ganz auf das Wohlwollen der Regierung angewiesen und weniger als andere Bevölkerungsklassen imstande, das Augenmerk der Öffentlichkeit auf die Opfer zu lenken, welche sie infolge der Verschärfung aller Lebensbedingungen nicht minder, wie die anderer Staatsbürger darbringt. Gerade die jetzigen Verhältnisse beleuchten wohl zur Genüge, daß die Bezüge der Gendarmen im Verhältnisse zur Lebenshaltung lächerlich gering genannt werden müssen und es ist nicht nur ein Gebot der Billigkeit, sondern kluge Voraussicht, Vorkehrungen zu treffen, damit der Gendarm in seiner Lebenshaltung gesichert und so vor Versuchungen bewahrt werde, welche an ihn mehr als an andere Staatsorgane herantreten können.

In dieser Erwägung stellen wir die Anfrage:

„Ist die Regierung bereit, dem Abgeordnetenhause jene Maßnahmen mitzuteilen, welche im Interesse der k. k. Gendarmerie im Hinblick auf die herrschende Teuerung getroffen worden sind?

Gedenkt sie, die Fürsorgemaßnahmen für die Staatsangestellten auch auf die Gendarmerie auszudehnen, allenfalls die nötigen Anträge zu stellen und die erforderlichen Summen anzufordern."

Wien, 13. November 1917.

Dr. Lodgman.
Dr. Roller.
Goll.
Hartl.
Strziska.
Wedra.
Kraft.

Neunteufel.
M. Brandl.
Denk.
Dr. Waber.
Erb.
Richter.
Barbo.

Dr. Schürff.
Kittinger.
Kemetter.
Dr. Waldner.
Dr. Heilinger.
Pantz.

Dr. Dinghofer.
Dr. Stölzel.
d'Elvert.
Dr. Erler.
Dobernig.
Hruska.

1366
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Lodgman an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend das Schicksal einiger, in rumänische Gefangenschaft geratener Österreicher.

Bei den Kämpfen am Rotenturm-Paß gerieten am 7. September 1916 mehrere Angehörige des 20. Landsturm-Etappenbataillons in rumänische Gefangenschaft. Ihre Angehörigen sind in begreiflicher Sorge über deren Schicksal, da bis jetzt in keiner Zeitung eine Merke über ihre Behandlung durch die Rumänen zu finden war. Auch die Nachforschungen durch das Rote Kreuz haben zu keinem Erfolge geführt. Wir fragen daher Seine Exzellenz:

„Ist der Heeresverwaltung etwas über das Schicksal, die Unterkunft, Verpflegung und sonstige Versorgung dieser Gefangenen bekannt? Gedenkt die Heeresverwaltung allenfalls zu veranlassen, daß die notwendigen Erhebungen im Wege einer neutralen Macht gepflogen und ihr Ergebnis bekanntgegeben werde?"

Wien, 13. November 1917.

Dr. Lodgman.
Waber. Heilinger.
Denk. Kemetter.
Richter. Goll.
Erb. Dr. Roller.
Dr. Dinghofer. Strziska.
E. Kraft. Wedra.
Dr. Erler. Dr. Schürff.
Hruska. Kittinger.
Dr. Stölzel. Dr. Waldner.
Hartl. Michael Brandl.

1367
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Eisenbahnminister, betreffend die Gewährung von Teuerungsaushilfen an die Südbahnpensionisten.

Die Direktion der k. k. privilegierten Südbahngesellschaft hat bisher keine Verfügung erlassen, auf Grund deren, allen ihren Pensionisten Teuerungszulagen zukommen würden. Nach dem Rechnungsabschlusse für 1916 betrug die Anzahl der Südbahnbeamten-Pensionisten am 31. Dezember 1916:

Beamte	612	Personen
Beamtinnen . . .	7	"
Witwen	796	"
vaterlose Waisen .	236	"
elternlose Waisen .	17	"
zusammen .	1.668	Personen.

Die Anzahl der Südbahndiener-Pensionisten betrug am 31. Dezember 1916:

Männer	2.782	Personen
Witwen	2.367	"
vaterlose Waisen .	1.585	"
elternlose Waisen .	93	"
zusammen .	6.827	Personen.

Insgesamt kommen also für Teuerungsaushilfen 8495 Pensionisten in Betracht.

Da sich die Regierung entschlossen hat, den Staatspensionisten und den Pensionisten der k. k. Staatsbahnen einmalige Zuschüsse und vom 1. Jänner 1918 eine 50prozentige Erhöhung der bisherigen Teuerungszulagen zu gewähren, stellen die Gefertigten an Eure Exzellenz die Anfrage:

„Sind Eure Exzellenz geneigt, der Direktion der k. k. privilegierten Südbahngesellschaft in nachdrücklicher Weise nahezulegen, daß sie ihrer Pflicht gegenüber ihren Pensionisten nachkommt und denselben mindestens Zuschüsse und Teuerungszulagen in den den Staatsbahnpensionisten gewährten Beträgen anweist?“

Wien, 13. November 1917.

Dr. Schürff.

Wedra.	Dr. Waber.
Kraft.	Denk.
Beyer.	Dr. Erler.
Einspinner.	Dr. Kofler.
Held.	Richter.
Hofmann v. Wellenhof.	Kittinger.

1368
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Karl Verstovšek und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung, betreffend die unregelmäßigen Zuweisungen von Zucker an die Bewohner der Bezirkshauptmannschaft Windischgraz in Steiermark.

Die Bevölkerung der Bezirkshauptmannschaft Windischgraz hat weder im Monate Oktober noch November Zucker zugewiesen erhalten, so daß sie bereits durch 40 Tage ohne Zucker ist.

Alle Beschwerden an die unteren Behörden haben bisher keine Erfolge erzielt; die Landbevölkerung kann den Zucker nicht entbehren. Besonders werden jene Familien hart getroffen, die daheim nichts produzieren und an den Bezug aller Lebensmittel angewiesen sind. In keiner Weise können den Zucker kranke Leute und Kinder entbehren. Es macht sich wegen der Nichtzuweisung des Zuckers unter der Landbevölkerung großer Unwille geltend, und zwar mit Recht, da der Bauer alle seine Produkte und das Vieh hergeben muß, während man ihm nicht einmal Zucker in nötiger Menge zuweist.

Aus diesen Gründen erlauben sich die Unterfertigten an Seine Exzellenz folgende Anfragen zu stellen:

„1. Ist Seine Exzellenz bereit, veranlassen zu wollen, daß der Bezirkshauptmannschaft Windischgraz für die mit Zucker nicht beteilten Gemeinden der Rückstand an Zucker nachgetragen wird?

2. Ist seine Exzellenz bereit, veranlassen zu wollen, daß den Bewohnern dieser Bezirke Zucker regelmäßig zugewiesen werde.“

Wien, 14. November 1917.

Dr. Verstovšek.
Pišek.
Dr. Dulibić.
Gostinčar.
Dr. Sesardić.
Dr. Ravnihar.
Prodan.
Dr. Korošec.
Demšar.
Dr. Benkovič.
Hladnik.
Dr. Jankovič.
Brenčič.
Fon.
Roškar.

1369
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Karl Verstovšek und Genossen an Seine Exzellenz den Minister des Innern und Seine Exzellenz den Ackerbauminister, betreffend das Vorgehen und die Äußerungen Seiner Exzellenz des Statthalters Grafen Clary gegenüber dem Bauernstande in der Steiermark.

In der letzten Sitzung des Landeswirtschaftsrates in Graz soll, nach Mitteilungen eines bei der Sitzung gewesenen Mitgliedes, der Statthalter Graf Clary den Ausdruck gebraucht haben, daß er gegen die Bauern mit der größten Strenge vorgehen werde. Aus dieser Äußerung des Statthalters ist zu schließen, daß alle bisherigen Maßnahmen, die weit über das gesetzmäßige hinausgingen und den steirischen Bauernstand wie in keinem Kronlande hart trafen, vom Statthalter selbst ausgingen. Die Äußerungen beweisen aber auch, daß der Statthalter von Vorurteilen gegen den größten Stand im Lande, den Bauernstand, der die größten Opfer im Kriege gebracht hat, erfüllt ist und sich gegen hilflose Bäuerinnen und Landwirte mit Hilfe der ihm untergeordneten Organe und der Gendarmerie wendet, sie reizt, peinigt, ihnen unnötige Härten aufbürdet, durch seine Organe Strafen diktieren läßt, sie in ihrem wirtschaftlichen Bestande durch übermäßige Requisitionen gefährdet. Diese Äußerung des Statthalters macht es auch erklärlich, daß gerade in der Steiermark die ihm untergeordneten Beamten mit größter Schroffheit, mit unglaublichem, wenig Takt an den Tag legenden Benehmen gegen die bäuerliche Bevölkerung vorgehen. Es ist auch kein Wunder, daß die Bevölkerung, besonders der Bauernstand, dieses Gebaren der k. k. Statthalterei verwünscht und sich wegen der Drangsalierungen von seiten der Behörden am meisten das Ende des Krieges herbeiwünscht.

Da ein Landeschef mit solchen Vorurteilen gegen den größten Stand im Lande, den Bauernstand, Unheil anstiften kann von unabsehbaren Folgen, erlauben sich die Unterfertigten die Anfragen zu stellen:

„1. Ist Seine Exzellenz der Minister des Innern bereit, diese Mitteilung auf Wahrheit zu prüfen und daraus für den Statthalter Grafen Clary die nötigen Konsequenzen zu ziehen?

2. Ist Seine Exzellenz der Minister für Ackerbau bereit, den Bauernstand vor unnötigen Vexationen durch den Statthalter Grafen Clary zu schützen?"

Wien, 14. November 1917.

	Dr. Janković.	Pišek.	Dr. Verstovšek.
Roškar.	M. Brenčič.	Dr. Sesardić.	J. Hladnik.
Dr. Korošec.	Gostinčar.	Dr. Dulibić.	Demšar.
Fon.	Dr. Benković.	Prodan.	Dr. Ravnihar.

1370
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Zahradník und Genossen an Ihre Exzellenzen die Herren Minister für Kultus und Unterricht und Landesverteidigung.

Am 9. November 1917 kamen nach Jesenice bei Selčan in Böhmen 6 Soldaten um die Glocken zu requirieren. An dem Tage haben sie in Bolechovice eine Glocke im Gewichte von 3 1/2 Kilogramm und in Jesenice eine von 3 1/4 Kilogramm, also im ganzen 6 3/4 Kilogramm requiriert. Dazu waren 6 Soldaten notwendig. Wenn wir bedenken, was die Soldaten verbrauchen und an Gehalt bekommen, ihre Familien an Unterstützung — wie hoch kommt da diese Requisition! Dazu hatten sie einen Wagen zur „Förderung" dieser „Glocken".

Die Glocke von Jesenice, Nr. 1615 a, im Durchschnitte 17 Zentimeter hoch und 3 1/4 Kilogramm schwer, ist sehr alt, aus dem Anfang des XVI. Jahrhunderts, mit 6 sehr schönen Reliefen.

Diese 3 1/4 Kilogramm Material entscheiden doch nicht, für die Kunst wäre es aber doch ein schwerer Verlust.

Mit Rücksicht darauf fragen die Gefertigten:

„Sind Eure Exzellenzen geneigt, die Vernichtung dieser Glocke hintanzuhalten und ihre Retournierung an den früheren Standort anzuordnen?"

Wien, 16. November 1917.

Dr. Zahradník.
Srdínko. Bradač.
J. Sedlák. Vojta.
Špaček. Bukvaj.
Vacek. Prošek.
Okleštěk. Dr. Viškovský.

1371
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Straucher und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister.

In einem feierlichen Manifest haben Österreich-Ungarn und Deutschland, sowie ihre Armeeoberkommandos beim Einrücken ihrer Truppen in Russisch-Polen verkündet, daß sie der Bevölkerung des Landes die Befreiung vom russisch-zarischen Joch bringen und daß sie die Eigenart aller Volksstämme respektieren und schützen werden.

Deshalb sind auch die k. u. k. Truppen in Wolhynien als Befreier mit Freude, Jubel und mit der größten Sympathie von der Bevölkerung aufgenommen worden. In der Folge sind diese Zusicherungen leider nicht in Erfüllung gegangen.

In gegenwärtiger Beschwerde sollen bloß folgende Ausschreitungen geschildert werden, deren sich bedauerlicher Weise ein Oberleutnant namens Moser in Wladimir-Wolinsky, der dort eine wahre Schreckensherrschaft einführte, schuldig gemacht und der dadurch berechtigte Erbitterung hervorgerufen hat.

So hat dieser Herr Oberleutnant Moser einen Pferdehändler Namens Salomon Schreier, der denunziert wurde, sich gegen das Verbot, Pferde zu kaufen, vergangen zu haben, diese Anschuldigung jedoch bestritt, selbst derart mißhandelt und auch von zwei Soldaten derart prügeln lassen — um von ihm durch diese Folter ein Geständnis zu erzwingen — daß Schreier nach vier Tagen starb. Oberleutnant Moser ließ sich zwar ein ärztliches Zeugnis ausstellen, daß der Mann ohnehin krank gewesen, aber die Knute, die er einführte, blieb als Schreckgespenst in Wladimir-Wolinsky und Umgebung. Der Mann trägt stets eine Peitsche in der Hand und züchtigt auf offener Straße wem er will; während seiner Amtstätigkeit liegt die Peitsche auf seinem Tische, von der er auch gelegentlich Gebrauch macht. Als man erfuhr, daß er Frauenjäger ist, da griff man in der Not zu diesem abscheulichen Mittel, um den Tyrannen zu besänftigen, so daß diese bis dahin angesehene Stadt sittlich und moralisch arg gelitten hat.

Dazu kommen die schwierigen Approvisionierungsverhältnisse. Oberleutnant Moser, der die Volksküche leitete, fand da Gelegenheit, die Bevölkerung von seinem Geschmacke wissen zu lassen. Als die Beschwerden gegen seine Willkür sich mehrten, übergab er die Leitung einem Leutnant Daliniyuk, um der Bevölkerung zu zeigen, daß es noch schlimmer sein kann, als unter seinem Regiment.

Die großen Schikanen, die gegenüber der Bevölkerung verübt werden, äußern sich durch willkürliche, völlig unnötige Entlausungen und Desinfiszierungen, die sich fast täglich wiederholen. So wurden anläßlich einer Entlausung Frauen von Soldaten gezwungen, sich nackt photographieren zu lassen, wobei eine Frau Namens Mühlstein, aus Scham und Ärger wahnsinnig geworden ist und noch gegenwärtig in einer Irrenanstalt interniert ist. Ein jüdisches Bethaus wurde während der Verrichtung des Gottesdienstes von Soldaten umringt und sind die Andächtigen gezwungen worden, während aus der Thora vorgelesen wurde, sich nackt auszuziehen, um eine Entlausung vorzunehmen!

Die vielfachen Schikanen hören nicht auf und die Zustände sind unerträglich. Die Not der Bevölkerung in der Ernährung ist überaus groß und ist deshalb auch eine Verbesserung der Approvisionierung unaufschiebbar, da die Einwohner Hunger halber Tag für Tag erkranken. Ein Militärarzt berichtete auch an sein vorgesetztes Kommando, daß die Krankheiten infolge des Hungers katastrophal werden können.

Über dringende Bitten aus den Kreisen der dortigen Bevölkerung richte ich daher die folgende Anfrage:

„Sind Eure Exzellenz geneigt, angesichts der überaus traurigen Lage, bei den kompetenten Stellen unverzüglich Schritte einzuleiten, damit den geschilderten Übelständen ohne Aufschub abgeholfen werde, daß alle Schuldtragenden ohne Ansehen der Person zur Verantwortung gezogen und nach der Strenge der Gesetze und Vorschriften bestraft sowie daß geeignete Maßnahmen zur unverzüglichen Steuerung der Lebensmittelnot in den betroffenen Gebieten getroffen werden?"

Wien, 9. November 1917.

Dr. Straucher.
Dr. Wladimir Baczyński. Bernhard Stern.
Dr. Smal-Stockyj. Dr. Trylowskyj.
Serbu. Dr. Eugen Lewickyj.
Dr. Petruszewycz. Dr. Lew Baczyński.
Kolessa. Reizes.

1372
I

Dotaz

poslance dra. Karla Baxy a spolupodepsaných na Jeho Excellenci c. k. ministra pro výživu v záležitosti nedostatku krmiva v Praze a předměstí a v důsledku toho hrozícího zastavení veškeré dopravy místní.

Stále si stěžují nejen majitelé povozů v Praze a předměstí, ale i příslušné obecní úřady poukazují na nebezpečí, které hrozí výživě obyvatelstva následkem trvalého a nedostatečného zásobování potahů krmivem. Zemská úřadovna pro krmiva v Praze (oddělení pro seno a slámu). Tato úřadovna nestará se o to, aby opatřila nezbytně nutné množství píce pro pražskou místní potřebu, čímž ohrožen jest i pravidelný hospodářský život podmíněný v první řadě bezvadným a nepřetržitým udržením pravidelné místní dopravy.

Následky zastavení pražské místní dopravy byly by přímo katastrofální, neboť veškeré zboží, kteréž do Prahy přichází po železnici, jakož i ono, kteréž dráhou z Prahy má býti dopraveno, musí na místní nádraží, pokud se týče z nich býti odvezeno.

Každá porucha v dopravě zboží a nákladu měla by přirozeně za následek stížení, po případě i znemožnění veškerého hospodářského života. Veškeré továrny, obchodní a průmyslové závody musily by se zastaviti, kdyby dovoz surovin, materiálu a ostatních potřeb, na kterýž jeden každý podnik pravidelně denně čeká, se nedostavil. Rychlá doprava z nádraží a na nádraží jest první podmínkou bezvadného hospodářského života v místě; zastavení dopravy vyvolalo by v několika dnech zácpu v nádražních skladištích a automaticky zastavil by se celý místní hospodářský život.

Stejně důležitá jest doprava uhlí do továren, úřadů, škol, veřejných ústavů, nemocnic a soukromých domácností. Jakákoliv porucha zde měla by za následek nesmírné obtíže ve výživě místního obyvatelstva. Majitelé povozů byli by válečnými poměry dotčeni velice, ježto koňský materiál stížen jest četnými zákonitými služebnostmi, jako: koňskými klasifikacemi a odvody, dodáváním vojenských přípřeží a jiných služeb na základě zákona o válečných úkonech.

Obec pražská krmí již 14 dní koně v obecních dvorech slámou, koně padají únavou a nebude-li rychle náprava zjednána, zastaviti by musela obec službu hasičskou, odvoz popelu a převoz raněných a jiné funkce veřejně dopravní.

Majitelé koní nemají čím krmiti, ježto nedostávají potřebného množství slámy a sena, za něž musí platiti horentní ceny. Zemská úřadovna pro krmiva na místě, aby se starala o soupis zásob sena a slámy a správou jejich distribuci mezi majitele koní, vybízí majitelé potahů, aby si zamluvili venku seno, že jim vydá osvědčení dopravní. To má za následek, že maximální ceny na seno a slámu se přeplácejí až čtyřnásobně.

Nařízení úřadu pro výživu lidu ze dne 29. května 1917, Z. Ř. čís. 243, věnovalo městu Vídni v § 5 zvláštní privilegované pořadí, pokud se týče zaopatření potahů pící a krmivem. Jakkoliv poměry pražské a vídeňské v ničem se neliší, nebylo takovéto výsadní postavení městu Praze přiznáno.

Největší a nejcitelnější chybou ve špatném zásobování krmivy a největším vinníkem je Ústředna pro krmiva, jež jediná má právo rekvisice sena a jejíž činnost spočívá jedině v tom, že povoluje jisté kvantum sena cestou rekvisiční,

ale jen tehdy, když spotřebitel udá adressu osoby, jež dotyčné seno má. Při tom však ústředna na udanou adresu poukáže i mnoho jiných uchazečů, čímž se stává, že za rekvirírované seno, jehož maximální cena jest 17 K, platí se 75 až 80 K, ježto spotřebitelé, chtějíce seno získati, přeplácejí jeden druhého. Bylo by třeba, aby obec a jiní interesenti byli vyprošténi z rukou majitelů sena a aby se celé dodávání sena vyřizovalo prostřednictvím ústředny, která by ovšem musila řádně konati svoji povinnost; pak se budou moci dodržovati maximální ceny.

Jetelové strusky musila obec zakoupiti 1 q po 100 K. Jsou to poměry udržitelné?

Zde je potřebí nutné odpomoci a proto se tážeme:

„Jest Vaše Excellence ochotna těmto nesnesitelným a přímo záhubným poměrům učiniti přítrž a zaříditi, aby Praze dostalo se v tomto směru co nejdříve pomoci, aby místní doprava byla udržena?“

Dr. Baxa.
Dr. Šubrt.
Čech.
Funk.
V. Klofáč.
Lisý.
Stříbrný.
Konečný.
Slavíček.
Maštálka.
Dr. Formánek.
Tobolka.
Hráský.
Fiedler.
Dr. O. Hübschmann.
Franta.
Dr. Koerner.
Vodňanský.
Kratochvíl.

Authentische Übersetzung.

1372
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Karl Baxa und Genossen an Seine Exzellenz den k. k. Minister für Volksernährung, betreffend den Futtermangel in Prag und den Vororten, sowie die in Konsequenz dessen drohende Einstellung des gesamten Lokalverkehres.

Es beschweren sich fortwährend nicht nur die Fuhrwerksbesitzer in Prag und Vororten, sondern es verweisen auch die betreffenden Gemeindeämter auf die Gefahr, die der Approvisionierung der Bevölkerung infolge der dauernd unzulänglichen Versorgung der Gespanne mit Futter droht. Die Landesfuttermittelstelle in Prag (Abteilung für Heu und Stroh) sorgt nicht für die Beschaffung der unumgänglich notwendigen Futtermenge für den Prager Lokalbedarf, wodurch auch das regelmäßige wirtschaftliche Leben, welches in erster Reihe durch die einwandfreie und ununterbrochene Aufrechterhaltung eines regelmäßigen Lokalverkehres bedingt ist, gefährdet erscheint.

Die Folgen der Einstellung des Prager Lokalverkehres wären geradezu katastrophal, denn die gesamte Ware, welche mit der Bahn nach Prag kommt, sowie jene, welche von Prag abtransportiert werden soll, muß auf die dortigen Bahnhöfe, beziehungsweise von denselben abgeführt werden.

Jede Störung des Waren- und Lastenverkehres hätte naturgemäß eine Erschwerung, eventuell auch Verhinderung des gesamten wirtschaftlichen Lebens zur Folge. Alle Fabriken und Industriebetriebe müßten eingestellt werden, wenn die Zufuhr von Rohstoffen, Material und anderen Bedürfnissen, auf welche jede Unternehmung in der Regel täglich wartet, nicht eintreffen sollten. Ein rascher Verkehr von und zur Bahn bildet die erste Bedingung eines einwandfreien wirtschaftlichen Lebens im Orte; die Einstellung des Verkehres würde in einigen Tagen eine Verstopfung in den Bahnmagazinen hervorrufen und es möchte das gesamte lokale wirtschaftliche Leben automatisch eingestellt werden.

Gleich wichtig ist die Beförderung der Kohle in die Fabriken, Ämter, Schulen, öffentliche Anstalten, Krankenhäuser und Privathaushaltungen. Jede Störung in dieser Hinsicht möchte ungeheure Schwierigkeiten in der Ernährung der Lokalbevölkerung zur Folge haben. Die Fuhrwerksbesitzer wurden durch die Kriegsverhältnisse sehr betroffen, weil das Pferdematerial mit zahlreichen gesetzlichen Dienstbarkeiten, wie Pferdeklassifikationen und Pferdestellungen, Beistellung von Militärvorspann und sonstiger Dienstleistungen auf Grund des Kriegsdienstleistungsgesetzes, belastet ist.

Die Gemeinde Prag füttert bereits durch 14 Tage die Pferde in den Gemeindehöfen mit Stroh, die Pferde fallen vor Erschöpfung und wenn es nicht zu einer baldigen Remedur kommen sollte, müßte die Gemeinde den Feuerwehrdienst, die Abfuhr von Asche und die Überfuhr von Kranken sowie andere öffentliche Transportfunktionen einstellen.

Die Pferdebesitzer haben kein Futter, weil sie nicht die notwendige Menge von Stroh und Heu bekommen, wofür sie horrende Preise bezahlen müssen. Die Landesfuttermittelstelle, anstatt daß sie für eine Vorratsaufnahme von Heu und Stroh und

eine richtige Distribution dieser Vorräte unter die Pferdebesitzer sorgen möchte, fordert sie die Besitzer von Zugtieren auf, sich das Heu auf dem Lande zu beschaffen, wofür sie ihnen Transportbewilligungen ausfolgen werde. Dies hat zur Folge, daß die Maximalpreise für Heu und Stroh bis vierfach überzahlt werden.

Durch die Verordnung des Amtes für Volksernährung vom 29. Mai 1917, R. G. Bl. Nr. 343, wurde der Stadt Wien im § 5 eine besondere privilegierte Stellung, was die Versorgung der Zugtiere mit Futter anbelangt, eingeräumt. Obwohl sich die Prager und Wiener Verhältnisse in gar nichts voneinander unterscheiden, wurde eine solche bevorzugte Stellung der Stadt Prag nicht zuerkannt.

Den größten und empfindlichsten Fehler bei der schlechten Versorgung mit Futtermitteln bildet das Vorgehen der Zentralstelle für Futtermittel, welche die Hauptschuld trifft und die allein das Recht der Heurequisition besitzt; deren Tätigkeit besteht einzig darin, daß sie ein gewisses Heuquantum im Requisitionswege bewilligt, aber nur dann, wenn der Verbraucher die Adresse jener Person angibt, die das betreffende Heu besitzt. Dabei verweist jedoch die Zentralstelle auf die ihr angegebene Adresse auch viele andere Bewerber, wodurch es geschieht, daß für das requirierte Heu, dessen Maximalpreis 17 K beträgt, bis zu 75 und 80 K gezahlt werden, da die Verbraucher, in dem Bestreben, das Heu zu erlangen, einer den anderen überzahlt. Es wäre daher notwendig, daß die Gemeinde und andere Interessenten aus den Händen der Heubesitzer befreit werden und daß die gesamte Heulieferung durch Vermittlung der Zentralstelle erledigt werde, die allerdings ihre Pflichten ordentlich erfüllen müßte; dann wird man die Maximalpreise einhalten können.

Kleeabfälle mußte die Gemeinde zu 100 K pro ein Zentner ankaufen. Sind das haltbare Verhältnisse?

Hier erscheint eine Abhilfe notwendig und deshalb fragen wir:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, diesen unerträglichen und geradezu verderbenbringenden Verhältnissen Einhalt zu tun und zu veranlassen, daß der Gemeinde Prag in dieser Richtung ehestens geholfen werde, damit der Lokalverkehr aufrechterhalten bleibe?"

Čech.	Dr. Baxa.
Stříbrný.	Klofáč.
Dr. Formánek.	Slavíček.
Hrásky.	Funk.
Konečný.	Lisý.
Dr. Koerner.	Dr. Šubrt.
Dr. Hübschmann.	Maštálka.
Vodňanský.	Kratochvíl.
Fiedler.	Tobolka.

1373
I

Dotaz

poslanců Josefa Šamalíka, Františka Navrátila a soudruhů na Jeho Excellenci pana c. k. ministra zeměbrany ve příčině přidělování válečných zajatců do rolnických hospodářství.

Polní hospodářství trpí zvlášť v poslední době velkým nedostatkem pracovních sil. Aby této tísni hospodářské bylo uleveno, byli do rolnických hospodářství přidělováni za jistých podmínek váleční zajatci. Na Moravu bylo pro polní hospodářství přiděleno celkem 5000 zajatců. Před nedávnou dobou bylo však 2000 mužů — zajatců — z rolnických usedlostí odvoláno s odůvodněním, že musí býti přiděleni velkostatkům. Toto opatření způsobilo v rolnických hospodářstvích velké nesnáze, a nebudou-li rodinám těm nové pracovní síly přiděleny, utrpí tato opuštěná hospodářství nesmírných škod.

Z toho důvodu táží se podepsaní:

„Jest Vaše Excellence ochotna v zájmu udržení opuštěných rolnických hospodářství v dobrém stavu a vykonávání polních prací přiděliti zemskému ústavu pro zprostředkování práce na Moravě větší počet zajatců, aby byli výhradně rolnickým rodinám přiděleni?“

Ve Vídni, 13. listopadu 1917.

Dr. Hruban.	Jos. Šamalík.
Dr. Stojan.	Fr. Navrátil.
Prošek.	Dr. Šubrt.
Franta.	Dr. Velich.
F. Staněk.	Antonín Rydlo.
Čech.	Valoušek.
Kratochvíl.	Vacek.

Authentische Übersetzung.

1373
I

Anfrage

der

Abgeordneten Josef Šamalík, Franz Navrátil und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Minister für Landesverteidigung, betreffend die Zuweisung von Kriegsgefangenen an Landwirtschaften.

Die Feldwirtschaft leidet, namentlich in letzter Zeit, an großem Mangel an Arbeitskräften. Damit dieser wirtschaftlichen Bedrängnis eine Erleichterung zuteil werde, wurden den Landwirtschaften unter gewissen Bedingungen Kriegsgefangene zugewiesen. In Mähren wurden für die Feldwirtschaft im ganzen 5000 Kriegsgefangene zugewiesen. Vor kurzer Zeit wurden jedoch 2000 Mann — Kriegsgefangene — von den Landwirtschaften abberufen mit der Begründung, daß sie den Großgrundbesitzern zugewiesen werden müssen. Diese Maßnahme verursachte in den Landwirtschaften große Schwierigkeiten und, falls diesen Familien nicht neue Arbeitskräfte zugewiesen werden, werden diese verlassenen Wirtschaften ungeheure Schäden erleiden.

Aus diesem Grunde fragen die Gefertigten:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, im Interesse der Erhaltung der verlassenen Landwirtschaften im guten Zustande und der Besorgung der Feldarbeiten der Landesanstalt für Arbeitsvermittlung in Mähren eine größere Anzahl von Kriegsgefangenen behufs ausschließlicher Zuteilung an landwirtschaftliche Familien zuzuweisen?"

Wien, 13. November 1917.

Dr. Velich.	Jos. Šamalík.
Kratochvíl.	F. Navrátil.
Dr. Hruban.	Rýdlo.
Dr. Stojan.	Vacek.
Čech.	Dr. Šubrt.
Dr. Franta.	Staněk.
Prošek.	Valoušek.

1374
I

Dotaz

poslanců Josefa Šamalíka, Fr. Navrátila a soudruhů na Jeho Excellenci pana c. k. ministra výživy ve příčině spravedlivé úpravy spotřební kvoty bramborů v Čechách, na Moravě a ve Slezsku.

Dle novinářských zpráv jest povoleno spotřebovati obyvatelstvu Haliče 240 kg bramborů na jednu osobu do nové sklizně. V Dolních Rakousích povolen nákup bramborů pro jednu osobu v měsíci listopadu 80 kg a v příštích měsících pak vždy množství o 10 procent menší. Může si tedy nakoupiti — je-li ovšem zpráva novin správnou — v prosinci 70 kg, v lednu 60 kg, v únoru 50 kg, v březnu 40 kg, v dubnu 30 kg, v květnu 20 kg a v červnu 10 kg. Tak může si jedna osoba do nové sklizně zakoupiti celkem 360 kg bramborů.

V Čechách, na Moravě a ve Slezsku může samozásobitel spotřebovati z vlastní sklizně 150 kg, nezásobený pak si může nakoupiti 100 kg na jednu osobu.

To jest přece neslýchaný rozdíl v úpravě výživy, který svědčí o tom, že pro české země jest jiné měřítko, než pro země německé.

Podepsaní se táží:

„Jest Vaše Excellence ochotna zavésti správný a jednotný postup v akci vyživovací a stanoviti jednotnou kvotu bramborů pro obyvatelstvo všech zemí rakouských?

Jest Vaše Excellence ochotna zvýšiti spotřební kvotu bramborů pro obyvatelstvo Čech, Moravy a Slezska, aby odpovídala kvotě jiných zemí?“

Ve Vídni, 13. listopadu 1917.

Čech.	Jos. Šamalík.
Funk.	Fr. Navrátil.
Kratochvíl.	Franta.
Dr. Velich.	Dr. Šubrt.
Valoušek.	Vacek.
Prošek.	Dr. Stojan.
Dr. Hruban.	F. Staněk.

Authentische Übersetzung.

1374
I

Anfrage

der

Abgeordneten Josef Šamalík, Franz Navrátil und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Minister für Volksernährung, betreffend eine gerechte Regelung der Kartoffelverbrauchsquote in Böhmen, Mähren und Schlesien.

Zeitungsberichten zufolge ist der Bevölkerung Galiziens der Verbrauch von 240 Kilogramm Kartoffeln pro Person bis zur neuen Ernte bewilligt. In Niederösterreich wurde im Monate November der Ankauf von 80 Kilogramm Kartoffeln pro Person und in den folgenden Monaten um je 10 Prozent weniger bewilligt. Man kann sich somit — allerdings wenn die Zeitungsnachricht zutreffend ist — im Dezember 70 Kilogramm, im Jänner 60 Kilogramm, im Februar 50 Kilogramm, im März 40 Kilogramm, im April 30 Kilogramm, im Mai 20 Kilogramm und im Juni 10 Kilogramm anschaffen. So kann sich eine Person bis zur neuen Ernte im ganzen 360 Kilogramm Kartoffeln anschaffen.

In Böhmen, Mähren und Schlesien kann ein Selbstversorger von eigener Ernte 150 Kilogramm verbrauchen, ein Nichtselbstversorger kann jedoch 100 Kilogramm pro Person ankaufen.

Das ist doch ein unerhörter Unterschied in der Regelung der Ernährung, welcher beweist, daß für die böhmischen Länder ein anderer Maßstab angewendet wird, als für die deutschen Länder.

Die Gefertigten fragen:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, einen richtigen und einheitlichen Vorgang in der Ernährungsaktion einzuführen und eine einheitliche Kartoffelquote für die Bevölkerung aller österreichischen Länder einzuführen?

Ist Eure Exzellenz bereit, die Kartoffelverbrauchsquote für die Bevölkerung Böhmens, Mährens und Schlesiens zu erhöhen, damit sie der Quote anderer Länder entspricht?"

Wien, 13. November 1917.

Čech.	Šamalík.
Funk.	Franz Navrátil.
Franta.	Vácek.
Kratochvíl.	F. Stanek.
Dr. Šubrt.	Dr. Stojan.
Dr. Hruban.	Valoušek.
Prošek.	Dr. Velich.

1375
I

Interpellace

poslanců Pika, Habermana a soudruhů na pana ministra zeměbrany ohledně útoků proti české národnosti na lodi „Arcivévoda František Ferdinand".

Na lodi „Arcivévoda František Ferdinand" konala se dne 4. listopadu 1917, v den jmenin císaře a krále Karla slavnost dekorování mužstva bronzovým penízem za statečnost. Mezi vyznamenanými nalézali se tři Češi.

Velitel lodi, řadový kapitán rytíř Purschka, dal vytroubiti nástup celé lodní posádky na zádi lodě, kde byla vyznamenání připnuta. Přítomen byl též lodní štáb. Pro paměť budoucím stůjte zde slova, která pan velitel pronesl. Nepřekládáme, jest lépe napsati vše v řeči německé, doslovně,: „Wir sind heute versammelt, um acht Mann, welche sich bei dem letzten Fliegerangriffe tapfer gehalten haben, mit bronzenen Tapferkeitsmedaillen auszuzeichnen." Vyznamenání prvních tří, z nichž jeden Němec a dva Maďaři, bylo provázeno těmito slovy: „Es freut mich sehr, daß das lauter Ungarn sind." K Němci řekl: „Trachten Sie, daß Sie bald die silberne Tapferkeitsmedaille verdienen, bis wir nach . . ."

Dále stál dělostřelecký nápředník Karel Taraba. Co jemu bylo řečeno, zaslouží povšimnutí a ocenění: „Was sind Sie für ein Landsmann?" Odpověď: „Ein Böhm." Otázka: „Aus welcher Gegend?" Odpověď: „Aus Jičin." — „Kämpfen die Jičiner anständig?" Odpověď: „Jawohl!" — „Ich glaube nicht, dort sind auch die Landesverräter und Feiglinge und wenn Sie nach Jičin kommen, sagen Sie Ihren Landsleuten, Sie sollen sich brav aufführen, nicht wie die Schweine!"

Další dělostřelecký poddůstojník Alois Štěpán byl poctěn touto rozmluvou: „Was für Landsmann sind Sie?" — „Ein Böhm." — „Von was für einer Gegend?" — „Aus Kuttenberg." — „Das ist schon in deutscher Gegend?" — „Nein, Herr Kommandant!" — „Sind Sie ein Tscheche?" — „Jawohl, Herr Kommandant, ein Böhm!" — Slova předcházející byla pronesena hlasitě, že jim každý z lodní posádky, německé řeči mocný, rozuměti musil. Na tvářích přítomného „štábu" objevil se při této „pochvale" českého národa škodolibý úsměv.

Neslýchaným projevem velitele kapitána rytíře Purschky uráženo bylo nejen mužstvo c. k. armády z kraje jičínského a kutnohorského, nýbrž celý český národ, který v době války přináší těžké oběti ve všech směrech. Poněvadž není zajisté v intencích vojenské správy, aby vojsko jednotlivých národností bylo uráženo a snižováno a tím také kterákoliv z národností tohoto státu, táží se podepsaní:

„1. Jest pan ministr ochoten zahájiti vyšetřování dle svrchu uvedených údajů a po zjištění uvedených fakt postarati se o pokárání neslýchaných útoků proti české národnosti?

2. Jest pan ministr ochoten postarati se o vydání rozkazu na ochranu vojska české národnosti?"

Ve Vídni, 13. listopadu 1917.

Charvát. Biňovec. Dr. Winter.
Filipínský. Klička. Svoboda. Hybeš.
Vaněk. Němec. Jaroš. Marek.
Pik. Haberman. Bechyně. Modráček.

Authentische Übersetzung.

1375
I

Anfrage

der

Abgeordneten Pik, Habermann und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend Angriffe gegen die böhmische Nationalität auf dem Schiffe „Erzherzog Franz Ferdinand".

Am 4. November 1917, am Namenstag des Kaisers und Königs Karl fand auf dem Schiffe „Erzherzog Franz Ferdinand" die feierliche Dekorierung der Mannschaft mit der bronzenen Tapferkeitsmedaille statt. Unter den Ausgezeichneten befanden sich drei Böhmen. Der Schiffskommandant, Linienschiffskapitän Ritter Purschka, ließ die gesamte Schiffsbemannung am Achterdeck antreten, wo die Auszeichnungen den betreffenden angeheftet wurden. Es war auch der Schiffsstab anwesend. Zum Gedächtnis für die Zukunft werden hier die vom Herrn Kommandanten gesprochenen Worte angeführt. Wir übersetzen sie nicht. Es ist besser alles in deutscher Sprache wörtlich zu schreiben:

„Wir sind heute versammelt, um acht Mann, welche sich bei den letzten Fliegerangriffen tapfer gehalten haben, mit bronzenen Tapferkeitsmedaillen auszuzeichnen."

Die Auszeichnung der ersten drei, von welchen einer ein Deutscher, die anderen Magyaren waren, wurden mit folgenden Worten eingeleitet:

„Es freut mich sehr, daß das lauter Ungarn sind." Zu dem Deutschen sprach er: „Trachten Sie, daß Sie bald die silberne Tapferkeitsmedaille verdienen, bis wir nach . . . . Der nächste war der Geschützvormeister Karl Taraba. Das, was diesem gesagt wurde, verdient beachtet und gewürdigt zu werden: „Was sind Sie für ein Landsmann?" Antwort: „Ein Böhm." Frage: „Aus welcher Gegend?" Antwort: „Aus Jičin." — „Kämpfen die Jičiner anständig?" Antwort: „Jawohl!" — „Ich glaube nicht, dort sind auch die Landesverräter und Feiglinge und wenn Sie nach Jičin kommen, sagen Sie Ihren Landsleuten, sie sollen sich brav aufführen, nicht wie die Schweine!"

Der weitere, der Artillerieunteroffizier Alois Štěpan, wurde durch folgendes Gespräch ausgezeichnet: „Was für ein Landsmann sind Sie?" — „Ein Böhm." — „Von was für einer Gegend?„ — „Aus Kuttenberg." — Das ist schon in deutscher Gegend?" — „Nein, Herr Kommandant!" — „Sind Sie ein Tscheche?" — „Jawohl, Herr Kommandant, ein Böhm!" — Die vorstehenden Worte wurden laut gesprochen, sodaß sie jeder von der Schiffsbesatzung, der der deutschen Sprache mächtig ist, verstehen mußte. In den Gesichtern des anwesenden „Stabes" zeigte sich bei dieser „Belobung" der böhmischen Nation ein spöttisches Lächeln.

Durch die unerhörte Kundgebung des Kommandanten, Schiffskapitäns Ritter Purschka, wurde nicht nur die Mannschaft der k. u. k. Armee aus der Jičiner und Kuttenberger Gegend, sondern die ganze böhmische Nation, die während des Krieges in jeder Richtung schwere Opfer bringt, beleidigt. Da es gewiß nicht in den Intentionen der Militär=

verwaltung liegt, daß die Heeresangehörigen einzelner Nationen und damit auch irgendwelche von den Nationalitäten dieses Staates beleidigt und herabgesetzt werden, fragen die Gefertigten:

„1. Ist der Herr Minister geneigt, auf Grund der oberwähnten Angaben eine Untersuchung einzuleiten, und nach Feststellung der angeführten Fakten für die Bestrafung der unerhörten Angriffe gegen die böhmische Nationalität Sorge zu tragen?

2. Ist der Herr Minister bereit, für die Erlassung eines Befehles zum Schutze der Armeeangehörigen böhmischer Nationalität Sorge zu tragen?"

Wien, 13. November 1917.

	Pik.
Svoboda.	Habermann.
Hybeš.	Klička.
Charvát.	Vaněk.
Biňovec.	Němec.
Dr. Winter.	Jaroš.
Bechyně.	Marek.
Modráček.	Filipinský.

1376
—
I

Dotaz

poslance Špačka a soudruhů na Jeho Excellenci pana ministra financí v záležitosti rozdílení výdělkové daně Pražsko-železářské společnosti v okresích Beroun, Hořovice a Unhošť.

Od vydání zákona o přímých daních osobních ze dne 25. října 1896, Z. Ř. čís. 220, jímž finance vyšších těles samosprávných, okresů i zemí, stejně byly dotčeny, jako finance obcí, domáhá se okres Unhošťský a s ním okresní výbory v Berouně a v Hořovicích, aby okresním výborům stejně jako obcím přiznána byla legitimace k opravným prostředkům o rozhodnutí úřadů finančních, aby za tím účelem finanční úřady ukladací, v tomto případě c. k. berní administrace pro I. okres ukladací ve Vídni, povinny byly súčastněným okresům sdělovati předpis a rozvrh výdělkové daně Pražsko-železářské společnosti.

Nestačí-li k tomu nynější ustanovení zákona, žádají dotyčné okresní výbory o doplněk článku 45, odstavec 10 až 13, vykonávacího předpisu c. k. finančního ministerstva ze dne 18. května 1897, Z. Ř. čís. 124.

Ve věci samé žádají súčastněné okresní výbory, aby při posuzování dosud prováděného rozdělení výdělkové daně na jednotlivé obce přihlíželo se k úmyslu a duchu zákona ustanovení, zejména k § 102 citovaného říšského zákona a vykonávacích nařízení k tomuto ustanovení vydaných.

Uvedené tři okresní výbory jsou toho názoru, že osou průmyslové a v důsledku toho i obchodní činnosti Pražsko-železářské společnosti, o jejíž daňový předpis zde jde, je těžba a výroba železa, hlavně však těžba železné rudy a prvé její zpracování v závodech, které leží v okresu Beroun, Unhošť, Hořovice a právě na tom záleží, aby ona míra, kterou tyto závody a provozovárny působí k úhrnnému výtěžku podnikovému, správně byla vystižena.

To však — budiž žalováno — až dosud nebylo, tak že obce podepsaných okresů od vydání svrchu citovaného zákona ustavičně byly nuceny opravných prostředků se chápati, aby ve zdlouhavé cestě správního řízení finančního téměř každoročně k uhájení svých životních zájmů tuto cestu znovu nastupovaly, až teprve v letech 1903 až 1911, když tato cesta čím dále tím neschůdnější se jevila, mlčky k tomu přistoupily, aby se používalo měřítka v odstavei 3 § 102 uvedeného, to jest, aby výdělková daň Pražsko-železářské společnosti rozdělována byla podle toho, co peněz vynaloženo na služné a mzdy, včetně tantiem, v každém jednotlivém závodě.

Ačkoliv toto měřítko dojista není zcela způsobilé, aby úplně vystihlo největší důležitost základu průmyslové a tím i obchodní činnosti podniku, kterýž základ je nepopíratelně v území dotčených okresů, domnívali jsme se, že alespoň tohoto způsobu rozdělování bude šetřeno do té doby, dokud jiného způsobu buď dohodou stran, či jinak v správním řízení nebude dosaženo.

Z předpisů v posledních letech však shledáváme, že berní administrace I. ve Vídni používá k rozdělení daňové kvoty prostě návrhů společnosti, které jsou vedeny různými hledisky a zřetely na zájmy vlastní a jednotlivých obcí, čímž se více či méně oddalují tomu, co zákon určuje.

Stabilita súčastněných autonomních financí obecních a okresních je tím po několika letech klidného vývoje znovu ohrožena a hospodářství

jednotlivých komun do povážlivého stavu uvedeno, ano rozvráceno.

Jako příklad uvádíme celkovou kvotu daňovou, předepsanou pro obce okresu Unhošťského, jak tato bez podstatné příčiny z normálního předpisu 160 až 180.000 K až závratně klesá.

Byloť v roce	1910	předepsáno	99.244·50 K
„ „	1911	„	167.143·83 „
„ „	1912	„	182.584·70 „
„ „	1913	„	95.612·52 „
„ „	1914	„	183.128·18 „
„ „	1915	„	93.699·25 „
„ „	1916	„	98.163·71 „

Daňové kvoty pro jednotlivé obce pro roky 1915 a 1916 určené neodpovídají žádnému ze způsobů v zákoně vytčených, to jest ani významu jednotlivých provozoven, ani poměru vyplacené mzdy a služného.

Neboť celková daň po odrážce 20 procent na sídlo podniku, to jest Vídeň, v obnosu 949.706·66 K pro rok 1915 a 1,229.160·21 K pro rok 1916 předepsaná, rozděluje se dle poměru vyplacené mzdy a služného na důlní podniky uhelné a na horní podniky železné rudy a hutě s tím dodatkem, že dle znaleckého dobrozdání kvota na podniky uhelné výroby se o dva procenta zvyšuje.

Tím, že berní administrace I., jako vyměřovací úřad I. instance bez bližšího zkoumání tento návrh společnosti akceptuje, prolamuje sama zákonem určenou zásadu jednoho neb druhého způsobu vyměřování daně.

Nejvíce škody však způsobuje súčastněným obcím a podepsaným okresům příděl 25 procent kvoty, tedy celé čtvrtiny daně dle předuvedeného již zmenšené, na prodejny společnosti ve Vídni a v Praze.

Hlavní říšské město Vídeň má jako sídlo společnosti zaručenu z celého daňového předpisu kvotu 20procentní, čili celou jednu pětinu per 237.426·67 K pro rok 1915 a při rozdělení zbývajícího obnosu k návrhu společnosti dostává se jí z jedné čtvrtiny per 198.132·55 K téměř polovina, to jest 88.064·52 K dle poměru vyplacené mzdy a služného.

Stejný poměr platí i o rozdělení pro rok 1916.

Jmenované okresní výbory jsou toho názoru, že kanceláře v Praze a ve Vídni nejsou žádnými provozovnami a že zvláště Vídeň jako sídlo společnosti je přídělem zákonné 20 procent kvoty zcela úplně se svými nároky vyrovnána.

Kanceláře administrativy podniku, nahodile a bez příčinné souvislosti s podnikem v Praze a ve Vídni umístěné, nemají z důvodu svého umístění žádného podílu na utvoření zisku, který vyplyne vždy a pouze z vlastní činnosti skutečných provozoven, výrobou bezprostředně se zabývajících.

Pro příděl daňové kvoty v té výši, jak právě je uvedeno, není v § 102 zákona shora citovaného vůbec opory, tím méně pro dvojí příděl městu Vídni.

Nepříznivý výsledek rozdělení daně pro rok 1915 a 1916 pro súčastněné okresy vysvětluje se mimo to tím, že stagnací v průmyslové výrobě na počátku války nastalou, došlo k použití zásob materiálu všeho druhu, zejména hotového železa a výhodným prodejem materiálu v dřívějších letech levně vyrobeného docíleno, že vykázala Pražsko-železářská společnost bilanci velmi příznivou, při níž však daňová kvota provozoven třech zmíněných okresů klesla o celou polovinu.

Z toho je patrno, jakou krajní nespravedlivost může v sobě zahrnovati ono měřítko v odstavci 3 § 102 ř. z. z 25. listopadu 1896, ř. z. čís. 220, uvedené.

Okresní výbory v Berouně, Hořovicích a Unhošti jsou odhodlány v zájmu vlastním a v zájmu dotčených svých obcí domáhati se nápravy všemi zákonitými prostředky.

Při tom zvláště k tomu poukazujeme, že současně s působností zákona o přímých daních osobních z roku 1896 započala působnost novelly k zákonu o právu domovském z 5. prosince 1896, Z. Ř. čís. 222, která místům provozoven Pražsko-železářských spolků způsobila nově nabytými příslušníky takové náklady na chudinství, které je třeba alespoň z části úpravou příjmů obecních uhraditi.

Nejenom náklady na chudinství pro příslušníky obci nově připadnuvší, nýbrž i náklady na podpory pro invalidy průmyslové práce, nedostatečně opatřené, připadají vesměs obcím provozoven a v důsledku zákona o opatřování chudých z 3. prosince 1868, ř. z. čís. 59, i okresům a zemi.

Prodejní kanceláře naproti tomu svým zařízením, počtem a vlastnostmi zaměstnanců, jsou pro dotyčnou obec spojeny s tak malým risikem nákladů sociálních, že přidělení 20% daňové kvoty na sídlo podniku, přes to, že stanoveno je zákonem, a další přidělování kvoty podle mzdy a služného, jeví se býti při dosavadním způsobu zdanění nespravedlivo a na dále neudržitelno.

V stručnosti shrnuto domáhají se okresní výbory:

I.

Uznání legitimace ve správním řízení finančním, rovnoprávně s obcemi, po případě i doplněním článku 45 nařízení finančního ministerstva z 18. května 1897, ř. z. čís. 124, a doručování ukladacích výměrů okresním výborům z povinnosti úřední.

II.

Při realisaci rozvrhu daňového žádají uvedené okresy, aby za souhlasu stran především stal se pokus o ujednání pevného klíče rozdělovacího ve smyslu druhého odstavce § 102 zákona z 25. října 1896, ř. z. čís. 220, a teprve, kdyby tohoto ujednání nebylo lze dosíci, by se přikročilo k rozdělovacímu způsobu dle odstavce 3.

III.

Od způsobu jednoho nebo druhého nebudiž nikdy úchylka k jednostranné výhodě.

Pojem provozóvárny buď vyjasněn ať zákonem, ať cestou nařizovací, aby místa administrativní správy a tak zvané prodejen podniku nemohla býti dosavadním způsobem favorisována, jmenovitě však, aby nemohl nastat případ dvojího přídělu jako u města Vídně.

IV.

Daňové předpisy z roku 1915 a 1916 buďtež ve smyslu vytčených zásad ad II. a III. dohodou stran, po případě z moci úřední upraveny a nastalé diference v následujícím roce, dle potřeby i ve lhůtách do třech roků vyrovnány.

Podepsaní se táží:

„Jste Vaše Excellence ochoten ve spravedlivém uznání oprávněnosti vytčených čtyr požadavků upraviti rozdílení daně výdělkové tak, aby to odpovídalo duchu zákona a zvýšeným potřebám dotčených obcí a okresů?

Jste Vaše Excellence ochoten předložiti případnou změnu zákona z 25. října 1896, Z. Ř. čís. 220, o přímých daních osobních ve smyslu uvedených požádavků?“

Ve Vídni, 14. listopadu 1917.

Žďárský.
Udržal.
Janovec.
F. Staněk.
Krž.
Vojta.
J. Rychtera.
Vacek.
Dr. Viškovský.
Bradáč.

Špaček.
Bukvaj.
K. Prášek.
Bradáč.
Prošek.
J. Sedlák.
Ant. Rydlo.
V. Donát.
Dr. Zahradník.
Kulich.

Authentische Übersetzung.

1376
I

Anfrage

des

Abgeordneten Špaček und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister, betreffend die Aufteilung der Erwerbsteuer der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft in den Bezirken Beraun, Hořowitz und Unhoscht.

Seit der Erlassung des Gesetzes vom 25. Oktober 1896, R. G. Bl. Nr. 220, betreffend die direkten Personalsteuern, durch welches die Finanzen der höheren autonomen Körperschaften, der Bezirke und der Länder gleich berührt wurden, wie die Finanzen der Gemeinden, strebt es der Bezirk Unhoscht und mit ihm die Bezirksausschüsse in Beraun und in Hořowitz an, daß den Bezirksausschüssen in gleicher Weise wie den Gemeinden die Legitimation zur Ergreifung von Rechtsmitteln gegen Entscheidungen der Finanzbehörden zuerkannt werde und daß die Veranlagungs-Finanzbehörden, in diesem Falle die k. k. Steueradministration für den I. Veranlagungsbezirk in Wien, verpflichtet werden, den beteiligten Bezirken die Vorschreibung und die Aufteilung der Erwerbsteuer der Prager Eisenindustriegesellschaft bekanntzugeben.

Falls die gegenwärtige gesetzliche Bestimmung hierzu nicht ausreicht, verlangen die betreffenden Bezirksausschüsse eine Ergänzung des Artikels 45, Absatz 10—13, der Vollzugsvorschrift des k. k. Finanzministeriums vom 18. Mai 1897, R. G. Bl. Nr. 124.

In der Sache selbst verlangen die beteiligten Bezirksausschüsse, daß bei der Beurteilung der bisher vorgenommenen Aufteilung der Erwerbsteuer auf die einzelnen Gemeinden auf die Absicht und den Geist der gesetzlichen Bestimmungen namentlich auf § 102 des bezogenen Reichsgesetzes und der zu dieser Bestimmung erlassenen Vollzugsvorschriften Rücksicht genommen werde.

Die erwähnten drei Bezirksausschüsse sind der Ansicht, daß die Achse der industriellen und in Konsequenz dessen auch der geschäftlichen Tätigkeit der Prager Eisenindustriegesellschaft, um deren Steuervorschreibung es sich hier handelt, die Gewinnung und Produktion von Eisen, namentlich jedoch die Gewinnung von Eisenerz und dessen erste Bearbeitung in den in den Bezirken Beraun, Unhoscht, Hořowitz liegenden Betrieben bildet und es namentlich darauf ankommt, daß jenes Ausmaß, in welchem diese Unternehmungen und Betriebsstätten zu dem Gesamterträgnis der Unternehmung beitragen, richtig erfaßt werde.

Dies geschieht jedoch, was hier beklagt werden muß, bis jetzt nicht, so daß die Gemeinden der erwähnten Bezirke seit Erlassung des obbezogenen Gesetzes fortwährend genötigt waren, Rechtsmittel zu ergreifen, um auf dem langwierigen Instanzenwege des administrativen Finanzverfahrens beinahe alljährlich zur Wahrung ihrer Lebensinteressen diesen Weg von neuem zu betreten, bis sie schließlich in den Jahren 1903—1911, als dieser Weg immer mehr und mehr ungangbar erschien, stillschweigend darauf eingegangen sind, daß der im Absatz 3 des § 102 angeführte Maßstab angewendet, das ist, daß die Erwerbsteuer der Prager Eisenindustriegesellschaft nach Maßgabe dessen aufgeteilt werde, wieviel Geld an Gehalt und Lohn, einschließlich der Tantiemen in jedem einzelnen Betriebe verausgabt wurde.

Obwohl dieser Maßstab gewiß nicht vollkommen geeignet erscheint, um die größte Wichtigkeit der Grundlage der industriellen und damit auch der geschäftlichen Tätigkeit des Unternehmens, welche Grundlage unbestreitbar auf dem Territorium der

erwähnten Bezirke gelegen ist, vollständig zu erfassen, waren wir der Meinung, daß wenigstens diese Art der Aufteilung solange beobachtet werden wird, als nicht eine andere Art, sei es durch Übereinkommen der Parteien, sei es auf eine andere Weise, im administrativen Verfahren nicht erreicht werden wird.

Aus den Vorschreibungen der letzten Jahre ersehen wir jedoch, daß die Steueradministration I in Wien sich bei der Aufteilung der Steuerquote einfach nach den Anträgen der Gesellschaft richtet, die von verschiedenen Gesichtspunkten und Rücksichten auf die eigenen Interessen und die Interessen einzelner Gemeinden beeinflußt sind, wodurch sie sich mehr oder weniger von demjenigen entfernen, was das Gesetz vorschreibt.

Die Stabilität der beteiligten autonomen Gemeinde und Bezirksfinanzen ist dadurch nach einigen Jahren ruhiger Entwicklung abermals gefährdet und die Gebarung einzelner Kommunen in einen bedenklichen Zustand gebracht, ja sogar erschüttert.

Als Beispiel führen wir die gesamte, für die Gemeinden des Bezirkes Unhoscht vorgeschriebene Steuerquote an, wie diese ohne wesentliche Ursache von der normalen Vorschreibung 160.000 K bis 180.000 K geradezu schwindelerregend sinkt.

Es wurden im Jahre

1910	99.244·50 K
1911	167.143·83 „
1912	182.584·70 „
1913	95.612·52 „
1914	183.128·18 „
1915	93.699·25 „
1916	98.163·71 „

vorgeschrieben.

Die für die einzelnen Gemeinden pro 1915 und 1916 festgesetzten Steuerquoten entsprechen keiner der im Gesetze vorgesehenen Arten, das ist weder der Bedeutung der einzelnen Betriebsstätten, noch dem Verhältnisse des ausgezahlten Lohnes und Gehaltes.

Denn die gesamte, nach Abzug von 20 Prozent für den Sitz des Unternehmens, das ist für Wien mit dem Betrage von 949.706·66 K pro 1915 und 1,229.160·21 K pro 1916 vorgeschriebene Steuer wird nach dem Verhältnisse des ausgezahlten Lohnes und Gehaltes auf die Kohlenbergwerke und auf die Eisenerzbergwerke und Hüttenwerke mit dem Beisatze aufgeteilt, daß nach dem fachmännischen Gutachten die auf Kohlenproduktions-Unternehmungen entfallende Quote sich um zwei Prozent erhöht.

Dadurch, daß die Steueradministration I. als Veranlagungsbehörde I. Instanz ohne nähere Prüfung diesen Vorschlag der Gesellschaft akzeptiert, bricht sie selbst den im Gesetze normierten Grundsatz der einen oder der anderen Art der Steuerbemessung durch.

Den größten Schaden verursacht jedoch den beteiligten Gemeinden und den gefertigten Bezirken die Zuweisung einer 25prozentigen Quote, also eines ganzen Viertels, der nach dem Vorhergesagten bereits reduzierten Steuer für die Verkaufsstätten der Gesellschaft in Wien und Prag.

Die Reichshauptstadt Wien hat als Sitz der Gesellschaft von der gesamten Steuervorschreibung eine 20prozentige Quote, das ist ein ganzes Fünftel pro 237.426 K 67 h pro 1915 garantiert und bei der Aufteilung des erübrigenden Betrages nach Vorschlag der Gesellschaft bekommt sie von einem Viertel pro 198.132 K 55 h beinahe die Hälfte das ist 88.064 K 52 h nach Verhältnis des ausgezahlten Lohnes und Gehaltes.

Ein gleiches Verhältnis gilt auch für die Aufteilung pro 1916.

Die gedachten Bezirksausschüsse sind der Ansicht, daß die Kanzleien in Prag und in Wien keine Betriebsstätten sind und daß namentlich Wien als Sitz der Gesellschaft durch Zuweisung der gesetzlichen 20prozentigen Quote mit seinen Ansprüchen vollständig befriedigt erscheint.

Die Kanzleien der Administration des Unternehmens, die zufällig und ohne Kausalnexus mit dem Unternehmen in Prag und in Wien untergebracht sind, haben aus dem Grunde ihrer Unterbringung keinen Anteil an der Bildung des Gewinnes, welcher stets und nur aus der eigenen Tätigkeit der mit der Produktion unmittelbar sich befaßenden Betriebsstätten resultiert.

Für die Zuteilung der Steuerquote in der soeben erwähnten Höhe, findet sich im § 102 des obzitierten Gesetzes überhaupt keine Stütze, um so weniger aber für eine doppelte Zuteilung an die Stadt Wien.

Das ungünstige Ergebnis der Steueraufteilung pro 1915 und 1916 für die beteiligten Bezirke erklärt sich überdies dadurch, daß infolge der zu Beginn des Krieges eingetretenen Stagnation der Industrieerzeugung es zur Verwendung von Materialvorräten jeder Art, insbesondere von fertigem Eisen kam und durch vorteilhafte Veräußerung des in früheren Jahren billig erzeugten Materiales erzielt wurde, daß die Prager Eisenindustriegesellschaft eine sehr günstige Bilanz aufgewiesen hat, wobei jedoch die Steuerquote der Betriebsstätten in den oberwähnten drei Bezirken um ganze Hälfte zurückgegangen ist.

Daraus ist ersichtlich, welch äußerste Ungerechtigkeit jener im Absatze 3 des § 102 des Reichsgesetzes vom 25. November 1896, R. G. Bl. Nr. 220, angeführte Maßstab beinhalten kann.

Die Bezirksausschüsse in Beraun, Hořowitz und Unhoscht sind im eigenen Interesse und im Interesse ihrer beteiligten Gemeinden entschlossen, mit allen gesetzlichen Mitteln eine Abhilfe anzustreben.

Dabei verweisen wir namentlich darauf, daß gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die direkten Personalsteuern vom Jahre 1896 auch die Wirksamkeit der Heimatgesetznovelle vom 5. Dezember 1896, R. G. Bl. Nr. 222, begonnen hat, welche den Gemeinden, in denen sich die Betriebsstätten der Prager Eisenindustriegesellschaft befinden, durch die neuerworbenen Angehörigen solche Armenauslagen verursachte, die wenigstens teilweise durch Regulierung der Gemeindeeinnahmen gedeckt werden müssen.

Nicht nur der Aufwand für das Armenwesen für die der Gemeinde neu zugefallenen Angehörigen, sondern auch der Aufwand an Unterstützungen für die unzulänglich versorgten Invaliden der Industriearbeit fallen durchwegs den Gemeinden der Betriebsstätten und in Konsequenz des Gesetzes über die Armenversorgung vom 3. Dezember 1868, L. G. Bl. Nr. 59, auch den Bezirken und dem Lande zur Last.

Die Verkaufkanzleien dagegen sind mit ihrer Einrichtung, der Anzahl und den Eigenschaften der Bediensteten für die betreffende Gemeinde mit einem so geringen Risiko an sozialen Auslagen verbunden, daß die Zuteilung einer 20prozentigen Steuerquote an den Sitz des Unternehmens trotzdem, daß es gesetzlich normiert ist, und die weitere Zuweisung einer Quote nach dem Lohne und Gehalte bei der bisherigen Art der Besteuerung ungerecht und für die Zukunft unhaltbar erscheint.

In Kürze zusammengefaßt, streben die Bezirksausschüsse folgendes an:

I.

Die Anerkennung der Legitimation im administrativen Finanzverfahren gleichberechtigt mit den Gemeinden, eventuell auch durch Ergänzung des Artikels 45 der Verordnung des Finanzministeriums vom 18. Mai 1897, R. G. Bl. Nr. 124 und die Zustellung der Veranlagungsbescheide an die Bezirksausschüsse von Amts wegen.

II.

Bei der Realisierung der Steueraufteilung verlangen die erwähnten Bezirke, daß unter Zustimmung der Parteien zunächst die Vereinbarung eines festen Aufteilungsschlüssels im Sinne des zweiten Absatzes des § 102, des Gesetzes vom 25. Oktober 1896, R. G. Bl. Nr. 220, versucht werde und daß erst dann, wenn sich eine solche Vereinbarung nicht erzielen ließe, mit der Aufteilung nach Absatz 3 vorgegangen werde.

III.

Von der einen oder anderen Art ist niemals zum Zwecke einer einseitigen Begünstigung abzugehen.

Der Begriff der Betriebsstätte ist, sei es durch das Gesetz, sei es im Verordnungswege klarzustellen, damit die Orte der administrativen Verwaltung und der sogenannten Verkaufsstätten des Unternehmens nicht in der bisherigen Weise favorisiert werden können, namentlich jedoch daß nicht der Fall einer doppelten Zuteilung wie bei der Stadt Wien eintreten kann.

IV.

Die Steuervorschreibungen vom Jahre 1915 und 1916 sind im Sinne der angeführten Grundsätze ad II und III durch Übereinkommen der Parteien eventuell von Amts wegen zu regeln und die entstandenen Differenzen im nächsten Jahre, nach Bedarf auch in Raten binnen drei Jahren auszugleichen.

Die Gefertigten fragen:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, in gerechter Anerkennung der Berechtigung der angeführten vier Forderungen die Aufteilung der Erwerbsteuer derart zu regeln, daß sie dem Geiste des Gesetzes und den erhöhten Bedürfnissen der erwähnten Gemeinden und Bezirken entspreche?

Ist Eure Exzellenz bereit, eventuell eine Änderung des Gesetzes vom 25. Oktober 1896, R. G. Bl. Nr. 220, über die direkten Personalsteuern im Sinne der angeführten Forderungen zu unterbreiten?"

Wien, 14. November 1917.

	Prošek.	Kulich.	Špaček.
Bradáč.	Ant. Rydlo.	Bukvaj.	J. Rychtera.
J. Sedlák.	Vojta.	F. Staněk.	Dr. Zahradník.
Udržal.	Ždárský.	Dr. Viškovský.	Donát.
Janovec.	Vacek.	K. Prášek.	Krž.

1377
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Benkovič und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Nichtdurchführung von mehreren bewilligten Enthebungen.

Es mehren sich die Fälle, daß bewilligte Enthebungen von den vorgesetzten militärischen Kommandos der Enthobenen nicht durchgeführt werden. Wir bringen hiermit nachstehende, darunter besonders krasse Fälle zur Kenntnis:

1. Franz Gregorevčič, Landsturminfanterist des Infanterieregiments Nr. 87, derzeit Landsturm-Marschbataillons 153, 19. Kompagnie, Divisionsausbildungsgruppe 30, Feldpost 650, dient seit Kriegsausbruch, geboren 1880 in Malivrh, Gemeinde Globoko (Bezirk Rann), Besitzer von 99 Joch Grund, mit einem Viehstand von noch 20 Stück Hornvieh, 4 Pferden, 30 Schweinen, verwitwet, Vater von 5 Kindern unter 14 Jahren, enthoben mit Erlaß des Ministeriums für Landesverteidigung E. G. vom 24. September 1917, Z. 124532, bis 31. Oktober 1917, auf ein zweites Gesuch bis 30. November 1917, jedoch nicht entlassen, das Gesuch vom Jänner l. J. unerledigt. Anfangs Oktober 1917 wieder ein Enthebungsgesuch eingereicht; die Familie und der ausgedehnte Besitz sind gänzlich verwahrlost, weil beides den Dienstboten überlassen ist;

2. Franz Vorina, Landsturmmann, derzeit im k. u. k. Reservespital Cilli, geboren 1872, Besitzer von 20 Hektar Grund und Boden in der Gemeinde Maria Graz, Bezirk Cilli, Vater von sechs Kindern im Alter unter zwölf Jahren, ohne männliche Hilfskräfte, enthoben laut Erlaß des Ministeriums für Landesverteidigung vom 25. November 1917, Z. 133027, bis 30. November 1917, früher schon im Mai l. J., erhielt jedoch im Mai l. J. nur einen 16tägigen Urlaub, anfangs November l. J. an Stelle der Enthebung wiederum nur einen 20tägigen Urlaub;

3. Josef Kostevc, Landsturminfanterist (Tragtierführer) des Infanterieregiments 87, 4. Kompagnie, Feldpost 304, geboren 1873, Vater von sechs minderjährigen Kindern, Besitzer einer mittleren Landwirtschaft mit einem Viehstande von sechs Hornvieh und zwölf Schweinen in Curnovec, Gemeinde Sromlje, Bezirk Rann, dient seit 28 Monaten, nunmehr enthoben bis 1. November 1918, aber noch immer nicht entlassen;

4. Franz Kodela, Landsturmkanonier, der k. k. Gebirgshaubitzbatterie, Regiment Nr. 3/17, derzeit im Militärspital in Knittelfeld, geboren 1889 in Cilli Umgebung und dort zuständig, einziger Ökonom des Großgrundbesitzers Josef Sribar in Videm (Bezirk Rann), der als Katechet in Trifail den Besitz vernachlässigen muß, enthoben laut Enthebungsscheines der Bezirkshauptmannschaft Rann vom 31. August 1917, Z. 26092, auf Grund des Erlasses des Ministeriums für Landesverteidigung vom 9. August 1917, E. G. IV 71452, bis 30. September 1917 (mit der Klausel: Weiterenthebung nur bei Frontdienstuntauglichkeit), die Enthebung nicht durchgeführt, Urlaubsgesuche erfolglos, weshalb die Ernte- und Anbauarbeiten nur teilweise besorgt, Druscharbeiten nicht vollendet, Militärlieferungen gar nicht ausgeführt werden konnten, um so mehr als demselben Grundbesitzer durch den Militärdienst neun weitere Hilfskräfte entzogen wurden;

5. Johann Gabrič, Landsturminfanterist der Gebirgs-Infanteriemunitionskolonne Nr. 154, Feldpost 636, Grundbesitzer (26 Hektar) in Dobrava Nr. 43, Gemeinde Brezje, Bezirk Rann, mit einem großen Viehstande, einer zahlreichen Familie und einer kranken Frau, von der Gemeinde wiederholt als für die Landwirtschaft unentbehrlich reklamiert,

angeblich zuletzt enthoben (Erlaß vom 22. September 1917, E. G. IV Nr. 114079), aber nicht entlassen.

Der Fall 2 ist bei der Bezirkshauptmannschaft Cilli, die anderen bei jener in Rann anhängig. Die Nichtdurchführung der Enthebung bedeutet eine grobe Mißachtung der Verfügung einer Zentralbehörde und ist mit empfindlicher Schädigung der betroffenen Familien und des öffentlichen Interesses verbunden.

Falls der Fall ad 5 nicht im Sinne der Anträge der Unterinstanzen erledigt wurde, so wäre die Revidierung des Enthebungsverfahrens mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretene Verschlechterung der ökonomischen Verhältnisse der betroffenen Familie begründet, welche in telegraphischen Urgenzen der zuständigen Gemeinden ihren Ausdruck findet.

Wir stellen die Anfrage:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, die oben dargelegten bewilligten Enthebungen durchführen zu lassen, wegen der Verkürzung der Enthebungsperiode infolge Nichtentlassung eine entsprechende Verlängerung der Enthebung eintreten zu lassen und allgemein die sofortige Durchführung bewilligter Enthebungen anzuordnen?"

Wien, 14. November 1917.

Gostinčar.	Dr. Benković.
Pišek.	Dr. Verstovšek.
Dr. Gregorčič.	Jarc.
Prodan.	J. Hladnik.
Spinčić.	Dr. Pogačnik.
Dr. Dulibić.	Dr. Korošec.
Dr. F. Janković.	Brenčič.
Fon.	Roškar.

1378
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Benković und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Verlängerung der Enthebung der mit Endtermin Enthobenen.

Am 4. Oktober 1917 erschien in den Zeitungen eine halbamtliche Verlautbarung, betreffend die Neuregelung der befristeten Enthebungen. Laut derselben haben die befristet „mit einem Endtermine" Enthobenen, insbesondere auch jene, die im Zuge der Kontrollaktion durchgesichtet wurden, mit Ablauf des Endtermines einzurücken; Ansuchen um Weiterenthebung solcher Personen konnten nur bis zum 25. Oktober eingebracht werden; Abwartebewilligungen durften in diesem Falle nur bis zum 1. Jänner 1918 erteilt werden.

Diese Regelung der Enthebungen beinhaltet unbegründete Härten.

Viele politische Behörden wurden erst nach dem 25. Oktober 1917 von diesem Erlasse in Kenntnis gesetzt, ebenso ist der Erlaß in landwirtschaftlichen Kreisen zu spät oder gar nicht bekannt geworden, weshalb die Gesuche um Weiterenthebung bis 25. Oktober 1917 nicht eingebracht werden konnten, während sie jetzt nicht angenommen werden.

Unter den durch diesen Erlaß Betroffenen befindet sich eine große Anzahl von Enthobenen, die bisher nur gemustert, aber noch nicht präsentiert worden sind; darunter sind sehr viele, die nur für Hilfs- oder Bewachungsdienste geeignet sind. Dieselben werden am 1. Jänner 1918 einrücken müssen, obwohl viele in ihrem Berufe unentbehrlich sind; es kann monatelang dauern bis ihre Frontdienstuntauglichkeit festgestellt wird und sie wieder enthoben werden. Solche Nichtgediente mit B- oder C-Befund, werden daher schlechter behandelt als schon gediente Enthobene, deren Untersuchung auf Frontdiensttauglichkeit vor dem Ablauf der Enthebung stattfinden kann. Es ist dies eine offenbare Ungerechtigkeit. Es wäre recht und billig, daß nichtgediente Enthobene ebenfalls vor dem Ablaufe der Enthebungsfrist sich auf Frontdiensttauglichkeit vor deren zuständigen Landsturmbezirkskommando untersuchen lassen können und daß ihnen sodann im Falle eines neuen Enthebungsansuchens Abwartebewilligungen bis zum Erledigen des Gesuches erteilt werden, falls sie den B- oder gar den C-Befund erhalten. Bei zweifelloser Unentbehrlichkeit im Zivilberufe sollte ihnen jedenfalls die Abwartebewilligung erteilt werden oder wäre ihnen im Falle des B- oder C-Befundes die Weiterenthebung generell erteilt werden, da deren Unentbehrlichkeit doch schon feststeht.

Wir stellen die Anfrage:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, das Enthebungsverfahren im Sinne der obigen Ausführungen neu zu regeln und die politischen Behörden raschestens von den jeweiligen Änderungen des Enthebungsverfahrens in Kenntnis setzen zu lassen?"

Wien, 15. November 1917.

Dr. Dulibić.	Dr. Verstovšek.	Dr. Gregorčič.	Dr. Benković.
Gostinčar.	Roškar.	V. Hladnik.	Prodan.
Dr. Korošec.	Fon.	Spinčić.	Dr. Janković.
Dr. Pogačnik.	Jarc.	Pišek.	M. Brenčič.

1379
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Straucher und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Landesverteidigungsminister.

Der jetzige k. u. k. Trainleutnant Artur Fischer ist am 30. Dezember 1881 zu Schlan in Böhmen geboren. Hierselbst besuchte er die Volksschule, sodann in Prag die Unterrealschule und absolvierte daselbst auch die Handelsakademie. Nach einer siebenjährigen Banktätigkeit in der Böhmischen Unionbank in Prag und der Allgemeinen Verkehrsbank in Wien wurde er Disponent einer großen Wiener Fabriksfirma, etablierte sich dann im Jahre 1909 als selbständiger Kaufmann in Wien. Im Jahre 1910 ging er nach Kanada als Generalvertreter diverser europäischer Fabrikanten, woselbst er die Dominion Import- und Export-Co. in Montreal begründete. Nach kurzer Zeit seiner erfolgreichen Tätigkeit wurde er, in Anerkennung seiner Verdienste als Direktor der North Western Asbestos Mills Co. für Kanada berufen, in welcher Tätigkeit er bis Anfang 1912 wirkte. Durch Krankheit und unvorhergesehene Zwischenfälle genötigt, kehrte er im selben Jahre nach Europa zurück, woselbst er sich, nach mehrfacher kaufmännischer Betätigung, kurz vor Ausbruch des Krieges als Importeur und Exporteur in Prag etablierte. Im Juli 1914 rückte er als Reserveleutnant zur Traindivision Nr. 2 nach Wien ein, wurde infolge einer Verwundung im September 1914 superarbitriert, meldete sich jedoch freiwillig zum Kriegsdienst an die Front und ging nach genehmigender Erledigung im November 1914 als Kommandant der 83. Kriegsbrückenequipage an die serbische Front ab. In Klenak übernahm er das Kommando, welches infolge Krankheit des früheren Kommandanten fast einen Monat von Unteroffizieren geführt wurde. Nachdem er vorher speziell darauf aufmerksam gemacht worden war, daß man sich auf die Tätigkeit der Rechnungsunteroffiziere nicht blind verlassen könne, beschloß er, auf deren Manipulationen ein wachsames Auge zu haben, um sich und das Ärar vor Schaden zu schützen, nachdem er Grund hatte, seinem Rechnungsunteroffizier Schwarzott, der auf ihn einen ungünstigen Eindruck gemacht hatte, zu mißtrauen.

Derselbe hatte nämlich eine Kalbin um 60 K gekauft, die aber nach seiner Angabe für zirka 100 Mann der Unterabteilung durch drei Tage eine Menage von zirka 150 K ergeben hat. Auf die Frage, wie der Überschuß verrechnet werde, gab Schwarzott zur Auskunft, daß dies „Ersparnisse“ seien, welche durch „Quittungen mit drei Kreuzen“, „durch Auslassungen im Handkaufsjournal“ verdeckt werden, und man dann mit dem so „ersparten“ Gelde machen könne, was man wolle. Diese dem Leutnant Fischer bis dahin unbekannt gewesenen, nun mitgeteilten unlauteren Manipulationen, bestimmten ihn, den Schwarzott scharf zu überwachen, sich so zu stellen, als ob er mit seinen Manipulationen einverstanden wäre, damit beim Monatsakt durch tatsächliche Belege der Betrug des Schwarzott an den Tag komme und derselbe zur Verantwortung gezogen werden könne.

Zu diesem Zwecke mußte er trachten, das Vertrauen des Schwarzott zu gewinnen, was er dadurch erreichte, indem er dem letzteren, selbstredend als Finte, aus den Ersparnissen 40 Prozent in Aussicht stellte. Es ist aufliegend, daß sich Leutnant Fischer, als erfahrener, makelloser Kaufmann, aus

angesehener, vermögender Familie, mit seinem Rechnungsunteroffizier, dem er ohnehin vom ersten Moment auf Grund von Warnungen mißtraute, niemals in verbotene, den Staat schädigende Manipulationen im Ernst eingelassen hat, wenn er nicht die Absicht gefaßt hätte, den Schwarzott zu entlarven.

Am 16. November 1914 waren einige Einkäufe zu besorgen, weshalb Leutnant Fischer mit dem dienstführenden Wachtmeister Sikora, Schwarzott und einigen Soldaten auf zwei Fuhrwerken nach dem zirka 4 bis 5 Stunden entfernten Ruma fuhren. In Klenak hatte Leutnant Fischer den Befehl erhalten, mit seiner Unterabteilung nach Nikinci zu fahren und daselbst bis auf weiteres Winterquartiere zu beziehen. Gleichzeitig erhielt er vom Armeeoberkommando den Befehl, in den Ortschaften seines Rayons Visitierungen vorzunehmen, hierbei hauptsächlich die serbischen Kirchen, Wohnhäuser, Schulen durchzusuchen, ob nicht Gewehre, Munition, Dokumente 2c. versteckt wären. Auf dem Wege nach Ruma kam er durch das serbische Dorf Budjanovci, woselbst er sich mit Wachtmeister Sikora zum Kommissär in die Gemeindestube begab.

Dieser hatte gerade einige serbische Bauern bei sich, denen er serbische Trikolordecken abnahm und konfiszierte. Leutnant Fischer teilte dem Kommissär seinen vom Armeekommando erhaltenen Befehl mit. Der Kommissär erklärte sich bereit, ihm bei der Visitierung an die Hand zu gehen, wobei er erwähnte, daß der Pope aus Budjanovci, welcher, nachdem er unsere Truppen durch geheime Telephonsignale verraten hatte, mit den serbischen Truppen entflohen sei, und nebst dem ebenfalls entflohenen Gemeindeschreiber, Funktionär der großserbischen Bewegung gewesen ist. Leutnant Fischer und Wachtmeister Sikora begaben sich hierauf, vom Gemeindediener geleitet, in die offene Kirche, wo nichts vorgefunden wurde, hierauf in die gleichfalls offene Popenwohnung, woselbst aber nichts Verdächtiges vorgefunden wurde. Die gründliche Visitierung anderer Häuser sollte am nächsten Tage stattfinden. Aus Ruma zurückgekehrt, hatte Leutnant Fischer das Bestreben, seine Unterabteilung, welche schlecht bequartiert war, zu konzentrieren, wozu er die leerstehende ungarische Schule samt Lehrerhaus in Nikinci am geeignetsten fand. Er war deshalb im Einverständnis mit dem Kommissär aus Budjanovci bemüht, sich einige herrenlose, nicht konfiszierte Möbelstücke aus der Popenwohnung 2c. auszuleihen, um sich vorübergehend ein standesgemäßes Quartier in der Lehrerwohnung einzurichten, mit der Absicht, die Möbel vor seinem Abmarsch rückzustellen, oder in Nikinci zu hinterlassen, da er ja keine Möbel mitführen durfte. Am 17. November 1914 begab er sich mit einem Teil seiner Mannschaft nach Budjanovci, woselbst er im Beisein des Wachtmeisters Sikora vom Kommissär die Erlaubnis erhielt, die nötigen Möbel wegzuführen. Rechnungsunteroffizier Schwarzott, welcher inzwischen, da weder Hafer noch Heu aufzutreiben gewesen war, etwas Kukuruz gekauft hatte, brachte solchen am folgenden Tage aus Budjanovci und noch ein drittes Bettgestell. Schwarzott, dem Leutnant Fischer dies aufgetragen hatte, nahm sich heraus zu bemerken: „Gestohlene Sachen nehme er nicht“, was zu einem erregten Auftritt führte. Leutnant Fischer suspendierte deshalb den Schwarzott sofort vom Dienste und wollte ihn dem Kriegsgericht überstellen, wobei er Schwarzott als „abgefeimten Charakter niederster Denkungsart“ titulierte, ein Beweis, wie Leutnant Fischer über Schwarzott dachte. Durch Intervention des Wachtmeisters Sikora, mittels dessen Schwarzott um Verzeihung gebeten hatte, ließ sich leider Leutnant Fischer zwecks leichterer Durchführung seiner früher gefaßten Absicht umstimmen und schob seine Anzeige auf. Nach scheinbarer Verzeihung und Wiedereinsetzung in seine frühere Tätigkeit fand Leutnant Fischer den Schwarzott um so bereitwilliger, die diversen „Manipulationen“ auszuführen. Am 20. November 1914 fand im benachbarten Tovarnik eine öffentliche Lizitation serbischer, ärarisch konfiszierter Schweine und Gänse statt. Nachdem in der ganzen Gegend keine Rinder aufzutreiben waren, entschloß sich Leutnant Fischer, für seine Unterabteilung mehrere Schweine im Kaufwege zu erwerben, zu welchem Zweck er mit mehreren Fuhrwerken und sämtlichen Unteroffizieren abrückte, um die anbefohlenen Visitierungen auch hier vorzunehmen. In der serbischen Kirche fand er einige serbische Trikolordecken und eine breite serbische Trikolorschleife unter dem Sakristeikasten versteckt vor, welche er im Beisein des Gemeindeältesten konfiszierte. In der vom Gemeindeältesten aufgesperrten, nicht versiegelten Lehrerwohnung, lieh sich Leutnant Fischer im Einverständnis mit dem ersteren einige Küchengeräte, zwei bis drei Möbelstücke und ein Harmonium, gegen Aushändigung einer von ihm unterfertigten Bestätigung aus, die Sachen später wieder retoursenden zu wollen. Am Nachmittag führte er, auf Verlangen des Kommissärs Pavličić, die ausgeliehenen Gegenstände, darunter einige Holzbilder, auf der Bestätigung namentlich an. In der Gemeindestube erhielt er von der Lizitation in Anwesenheit des Wachtmeisters Sikora, eine Anweisung über 30 Schweine und 50 Gänse, welche ihm vom Verwahrer, dem Militärlieferanten Ingenieur Kugler, im nahen Pusztahof ausgefolgt werden sollten. Nach Übergabe der Anweisung an Kugler, wurden fünf Schweine und 50 Gänse ausgefolgt. Am Pusztahof erfuhr Leutnant Fischer von Kugler, daß noch ärarisch konfiszierte Kukuruzfelder, das Joch zu 3·50 K, lizitiert werden sollen. Er reservierte sich deshalb für das Ärar, da er einen

Stand von 100 Pferden hatte und täglich zirka 8 Zentner Futter benötigte, 100 Joch), mit dem Bemerken, daß er am nächsten Tage seine Mannschaft auf die ihm vom Kommissär Pavličič zugewiesene Teilstrecke zwecks Einsammlung des Kukuruz senden werde, daß er sich persönlich überzeugen werde von der Menge und Qualität und darnach seinen Entschluß fassen werde. Die lizitierenden Bauern waren mißmutig und rieten ihm, den Kukuruz nicht zu kaufen, offenbar, um mehr Felder zugewiesen zu erhalten. Leutnant Fischer sagte zum Kommissär, daß er ihn am Sonntag, den 22. November, besuchen werde, um seine Entscheidung bezüglich der Kukuruzfelder zu treffen und die zur Gänze abgelieferten Schweine und Gänse vereinbarungsgemäß bar zu bezahlen. Am 22. November ritt Leutnant Fischer mit Wachtmeister Sikora und Korporal Fähurich über die ihm zugewiesene Kukuruzfelderstrecke, mußte aber konstatieren, daß sich darauf meist Heide- und Moorland befanden. Auf der Straße begegnete er seinem Korporal Stejskal, der ihm sagte, daß sich Kugler mit der Begründung weigere, die restlichen zehn gekauften Schweine auszufolgen, daß Leutnant Fischer ihm die inzwischen gelieferten 20 Schweine vorher bezahle. Selbe wurden aber von Pavličič und nicht von Kugler verkauft.

Nach erfolgloser Intervention bei Kugler ritten sie nach Ogar, woselbst sie trotz Avisierung den Kommissär nicht antrafen. Er ließ durch den Gemeindepolizist ausrichten, daß er in Ruma sei (ließ sich aber verleugnen). Leutnant Fischer teilte dem Kommissär durch den Gemeindepolizisten mit, daß er auf Lieferung der gekauften restlichen 10 Schweine (laut ausgestellter Anweisung) beharren müsse, worauf er die Bezahlung an ihn und nicht an Kugler leisten werde, daß er die ihm zugewiesenen, reservierten 100 Joch Kukuruzfelder, die zumeist Moor- und Heideland waren, nicht akzeptiere und die inzwischen gesammelten Kolben, dem Jochpreise entsprechend, bezahlen werde, ihn deshalb in Nikinci erwarte, da er keine Zeit habe, nochmals unnütz vorzusprechen. Am 24. November erfuhr Leutnant Fischer, daß einige Bauern die Anzeige gemacht hätten, wonach die Soldaten der 83. Kriegsbrückenequipage, Kukuruz von ihren Feldern weggeführt haben, worauf er die Einsammlung sofort einstellte. Er versuchte das Mißverständnis seiner Mannschaft, falls wirklich etwas irrtümlicherweise weggenommen wurde, durch entsprechende Vergütung zu regeln, stieß jedoch auf exorbitante Forderungen, die er im Interesse des Ärars nicht erfüllen durfte, worauf die Anzeigen weitergeleitet worden sind. Inzwischen hatte Leutnant Fischer erfahren, daß die Lizitation infolge der Betrugsanzeige des Nikincer Gemeindekassiers, dem Kugler trotz seiner Barbezahlung 50 gekaufte Schweine nicht ausfolgen wollte, annulliert wurde und am 6. Dezember 1914 eine neuerliche Lizitation stattfinden solle. Es lag klar zutage, daß Pavličič und Kugler gemeinschaftlich operierten, um sich zum Schaden der anderen und des Ärars bei Militärlieferungen zu bereichern.

Am 30. November gab Leutnant Fischer als Zeuge dem Untersuchungsrichter Oberleutnantauditor Adolf Weber den Sachverhalt wahrheitsgetreu zu Protokoll, wurde aber, nachdem sich Rechnungsunteroffizier Schwarzott am nächsten Tage einvernehmen ließ und angab, daß Leutnant Fischer ihm 40 Prozent der Ersparnisse angetragen habe — was jedoch unwahr ist und aus Rache geschah, um sich des Leutnants Fischer zu entledigen —, am 1. Dezember 1914 von einem Gendarmeriemajor und zwei Gendarmen mit aufgepflanztem Bajonett vor seiner Mannschaft abgeholt und in den Feldarrest nach Schabatz gebracht. Leutnant Fischer übergab vorher seinem Nachfolger Kadett Baum, das Kommando, Kassa und seine Habseligkeiten. Am Vormittag desselben Tages hatte Oberleutnantauditor Weber dem Leutnant Fischer angedeutet, dieser solle sich lieber erschießen. Am 2. Dezember wurde Leutnant Fischer dem Oberleutnant Weber nochmals vorgeführt, der ihm sagte, seine Mannschaft sei laut Protokoll des Pionierfeldwebels Fritz Kohl, da sie sich angeblich geweigert hätte, in Budjanovci die Möbel aufzuladen, vor der Meuterei gestanden, worauf Leutnant Fischer in Anwesenheit des Oberleutnantauditors Srauyi erstaunt fragte:

Wieso man ihm das Verbrechen anderer als Belastung anrechnen dürfe, daß dies unwahr ist, und daß Oberleutnant Weber als Justizoffizier bei bloßem Verdacht einer Meuterei hätte gegen die Verdächtigen strenge eingreifen müssen. Oberleutnant Weber wurde verlegen und meinte, daß Leutnant Fischer das Verbrechen der Plünderung begangen habe, worauf Tod durch Erschießen beantragt würde. So wurde er durch 24 Stunden in der furchtbarsten Todesangst gelassen, jeden Moment gewärtig, zum Richtplatz geführt und als Unschuldiger erschossen zu werden. Am Nachmittag des 3. Dezember wurde Leutnant Fischer nochmals vorgeführt, wo er erfahren sollte, daß seine ohne Standrecht beantragte Füsilierung vom Armeekommandanten, infolge des Falles von Belgrad und des Kaiserjubiläums nicht vollzogen und am 4. Dezember die Verhandlung vor dem Kriegsgericht stattfinden werde. Eine halbe Stunde wurde ihm erlaubt, die Akten einzusehen, so daß ihm ein Studium des voluminösen Aktes unmöglich war, sich deshalb gar nicht auskannte, doch glaubte er, daß er bei Konfrontierungen werde seine Unschuld beweisen können.

Bei der Verhandlung wurde die Anklage (darin die Meutereiangelegenheit) und die vielfach unwahre Aussagen enthaltenden Protokolle verlesen. Die vom Leutnant Fischer beantragte Vorladung neuer entlastender Zeugen und Beweise, sowie Vertagung der Verhandlung wurden abgewiesen, so daß Leutnant Fischer nebst Kassation seiner Charge zu fünf Jahren schweren Kerkers verurteilt worden ist. Dies geschah auf bloße Angaben serbischer Grenzbauern, unehrlicher, rachsüchtiger Unteroffiziere und verbrecherischer Beamten, man glaubte diesen mehr als einem ehrlichen, offenen, stets makellosen Reserveoffizier, der sich zur Betätigung seines Patriotismus freiwillig zum Kriegsdienst ins Feld gemeldet hatte.

Am 24. Dezember 1914 wurde das Urteil bestätigt und bei allen Offiziersversammlungen der Armee die Verurteilung als abschreckendes Beispiel dargestellt. Hierbei wurde das einseitige Urteil als Richtschnur genommen und sogar als wichtig die Plünderung der Tovarniker Kirche hervorgehoben. Es war aber bloßer Schein und nicht die Wahrheit, es war Lüge und Verleumdung, die als bare Münze angenommen wurden.

So ist ein völlig Unschuldiger verurteilt, degradiert und geradezu mit dem moralischen und bürgerlichen Tode bestraft worden.

Am 15. Jänner 1915 wurde der nunmehrige Kerkersträfling I. Kategorie Fischer in die Militärstrafanstalt nach Möllersdorf gebracht. Hierselbst mußte er durch volle 32 Monate, im steten Bewußtsein seiner Unschuld, die furchtbarsten seelischen Qualen erleiden. Hier mußte er mitansehen, wie durch das unverantwortliche Gebaren der leitenden Verwaltungsorgane, die alle ihr eigenes Interesse wahrten, brutal und rücksichtslos das Recht und die Vorschriften mit Füßen getreten und daß deshalb durch ungenießbare Menage die armen Sträflinge an Tuberkulose und Hunger dahinstarben. Von Anfang Jänner 1917 bis Ende Juli 1917 sind in Möllersdorf nicht weniger als 150 dortselbst gefangen gehaltene Menschen gestorben. Leutnant Fischer erfuhr am eigenen Leibe, wie der Hunger seine Gesundheit untergrub, so daß er ins Spital gebracht werden mußte, kaum auf den Beinen stehen konnte und zum Skelett abgemagert, zirka 50 Kilogramm wog. Im Februar 1917 wurde, trotz wiederholter Bitten, durch Intervention des inspizierenden damaligen Kriegsministers erlaubt, von auswärts Lebensmittel zu erhalten. Dies war früher strenge verboten, und wurden einige Insassen, welche sich Nahrungsmittel einschmuggeln ließen, mit sehr harten Disziplinarstrafen belegt.

Im August 1915 hatte der Kerkersträfling I. Kategorie Fischer, ein umfangreiches Wiederaufnahmsgesuch gemäß § 483 der Militärstrafprozeßordnung mit neuen Zeugen und Beweisen eingereicht, selbes ist aber mit Entscheidung vom 8. Dezember 1915 von der General-Militäranwaltschaft als unbegründet abgewiesen worden. Inzwischen wurde Leutnant Fischer, auf Grund einer verspäteten Anzeige der Frau Prinz aus Grabovci vom 4. Dezember 1914, worin sie angab, daß ihr Leutnant Fischer sechs Schweine im Werte von K 1800 (was den damaligen Verhältnissen entsprechend einer Erpressung am Ärar gleichkommt) weggenommen hat, gegen Leutnant Fischer eine neuerliche Untersuchung eingeleitet, und zwar wegen Plünderung.

Im Juni 1916 erblickte er im Jahrgang 1914 der Gartenlaube Seite 782 einen vom Geheimen Kriegsrat Dr. Jur. Romen verfaßten Artikel, inhaltlich dessen laut den Bestimmungen der Haager Friedenskonferenz Lebensmittel, Futterartikel, Transportmittel 2c., die nicht das Verhältnis des Bedarfes überschreiten, von jeder Plünderung ausgeschlossen sind. Demzufolge reichte Leutnant Fischer ein umfangreiches Wiederaufnahmsgesuch ein und fügte demselben eine Strafanzeige gegen den Kommissär Pavličič und Ingenieur Kugler bei. Diese Anzeige wurde weitergeleitet. Nach zweimaliger Einvernahme in der neuen Prozeßangelegenheit wurde dem Leutnant Fischer am 30. September 1916 beim Heeresdivisionsgericht in Wien die Anklageschrift verlesen, worauf er seine Akten durchstudieren konnte. Zum Ex-offo-Verteidiger wurde ihm Herr Dr. Hein bestellt. Auf Veranlassung des Bruders des Leutnants Fischer, der Dozent und Psychiater ist und Briefe des Angeklagten aus den Jahren 1909 bis 1911 dem Gerichte vorlegte, die zwar vom Standpunkte des Psychiaters bedenklich erscheinen können, vom Standpunkte eines erfahrenen, weitgereisten Kaufmannes, vom logischen Momente der Praxis jedoch als ganz einwandfrei nachgewiesen werden können, wurde vom Verteidiger mit Einverständnis des Angeklagten die Untersuchung seines Geisteszustandes beantragt. Leutnant Fischer entschloß sich gute Miene zum bösen Spiel zu machen, weil er ahnte, daß dies der einzige Weg sei, der ihn als Unschuldigen aus Kerkermauern befreien könne. Durch seine eigene gekünstelte Indolenz in psychiatrischer Hinsicht wurde er, wie vorauszusehen war, als „derzeit unzurechnungsfähig" erklärt und von der zweiten Anklage freigesprochen. Angesichts der in diesem Strafprozesse enthaltenen widersprechenden Zeugenaussagen hätte aber jedes gewissenhafte Gericht den Freispruch fällen müssen. Auf Grund des psychiatrischen Gutachtens, welches den Angeklagten als krankhaft veranlagt, mit dem Bestreben sich durch Macht, Ruhm und Ansehen auszuzeichnen, erklärte, wurde vom Verteidiger im November 1916 ein neuerliches Wiederaufnahmsgesuch eingereicht, welches dazu führte, daß Leutnant Fischer am 22. Juli 1917 vom Obersten Militärgerichtshof in

Wien von der Anklage der Plünderung freigesprochen wurde. Gegen jede Vorschrift wurde Leutnant Fischer auf Veranlassung des Strafanstaltskommandanten Oberst Navratil, mit einem Feldwebel an seinen früheren Truppenkörper, das Ersatzdepot des 2. Trainbataillons, in die Wiener Trainkaserne überstellt, woselbst er trotz seines wiederholten Einspruches interniert blieb und als rehabilitierter Offizier im Transenenlokal mit Mannschaftspersonen eine schlaflose Nacht verbringen mußte und speziell von einem Trainsoldaten bewacht wurde. Auf sein Verlangen wurde am folgenden Tage ein Offizier zum Kriegsministerium geschickt, der die Bestätigung brachte, daß Artur Fischer tatsächlich wieder Offizier sei. Er konnte aber beim Offiziersrapporte leider nur in Zivilkleidung seine Einrückung melden, wobei ihm Major Wodwařka mit erregten Worten tadelte, warum er nicht in Uniform erscheine, was Leutnant Fischer als Unmöglichkeit erklärte. Auf seine Bitte, sich aus der Kaserne entfernen zu dürfen, um seine Besorgungen zu machen, sagte ihm Major Wodwařka, daß er eine Legitimation haben und sich deshalb photographieren lassen müsse. In der ausgeliehenen Bluse und Kappe eines Kameraden ließ sich Leutnant Fischer photographieren, doch weigerte sich Major Wodwařka ihn aus der Kaserne zu lassen, weil er Zivilkleidung trug. Dieses ungerechtfertigte sekkante Vorgehen mußte den Leutnant Fischer natürlich berechtigt erregen. Mit einer alten Legitimation aus dem Jahre 1914 konnte Leutnant Fischer nach langem Bitten die Verlängerung derselben erreichen, worauf er die Kaserne verließ. Major Wodwařka sagte ihm noch, er müsse am nächsten Tage früh wieder in die Kaserne kommen, was er selbstverständlich befolgte. Hier wurde er zum Regimentsarzt Dr. Herrnfeld dirigiert, der ihn über seine Prozeßsache ausfragte und ihn aufforderte, zwecks Konstatierung für die Superarbitrierung mit ihm ins Garnisonsspital Nr. 1 zu fahren, von wo er dann gleich wird zurückkehren könne. Daselbst wurde aber Leutnant Fischer gegen seinen Willen in die psychiatrische Abteilung aufgenommen und woselbst er wieder interniert bleiben mußte. So ist dieser unglückliche Leutnant Fischer in diese Falle gelockt worden. Am dritten Tage wurde er vom Stabsarzt Dr. Albrecht etwa 5 Minuten vorgenommen, wobei derselbe sagte, daß er Leutnant Fischer nicht einmal so als Kameraden, wie als Bruder seines Kollegen, des Dozenten Dr. Oskar Fischer betrachte. Am nächsten Tage ist Leutnant Fischer in Begleitung eines Offiziers ins Garnisonsspital Nr. 11 nach Prag gebracht worden, woselbst Herr Stabsarzt Dr. Schlechta ihm mitteilte, daß er ihn, nach dem Wiener Gutachten, wornach er als geistesgestört klassifiziert sei und in eine Irrenanstalt abzugeben wäre, in häusliche Pflege gegen Revers seines Vaters übergeben wolle, da er dies nicht verantworten könne. So wurde Leutnant Fischer von seinem Vater Herrn Ferdinand Fischer in häusliche Pflege übernommen. Dieser weigerte sich jedoch, ihn in seiner Wohnung zu belassen und sagte, Leutnant Fischer sollte nach Wien fahren &c. So begab sich Leutnant Fischer wieder nach Wien. Er hatte das heiße Bestreben, seine Ehre wieder zu gewinnen, da er sich als Offizier und ehrlicher Mann nicht damit begnügen konnte. Infolge eines bei den Haaren herbeigezogenen psychiatrischen Gutachtens, rehabilitiert zu erscheinen, bemühte er sich deshalb, daß sein Prozeß nochmals vor einem kompetenten und unparteiischen Gerichte durchgeführt werde, vor welchem sich seine völlige Unschuld herausstellen müßte. Im Kriegsministerium hatte er Gelegenheit, mit dem Flügeladjutanten des Kriegsministers, Herrn Major Baron Dörr, zu konferieren, der nach Anhörung des tragischen Schicksals tief bewegt war und Leutnant Fischer den guten Rat gab, am 2. August vor Seiner Exzellenz dem Herrn Kriegsminister v. Stöger-Steiner in Audienz zu erscheinen, der ihm in seiner Gerechtigkeitsliebe gewiß die verdiente Genugtuung verschaffen werde. Am selben Tage telegraphierte Leutnant Fischer seinem Vater und einem guten Freund in Möllersdorf, daß er zur Audienz gehe. Am 1. August fuhr Leutnant Fischer nach Möllersdorf, um sich daselbst seine Habseligkeiten, die er trotz wiederholter Urgenz nicht erhalten konnte, selbst abzuholen. Nachdem er in der Kanzlei erfahren hatte, daß sein Telegramm an den Adressaten nicht ausgefolgt worden ist, bat er, mit dem Major Schmuck in seiner Gepäcksangelegenheit sprechen zu können. Leutnant Fischer, der in Uniform erschien, wurde vom Major Schmuck angeschnauzt, der ihm auch sagte, er glaube nicht, daß er wieder Offizier sei, für ihn (Major Schmuck) ist er der gewesene Kerkersträfling. Erst nach Vorzeigung der Legitimation entschuldigte er sich ironisch. Die Bitte um Ausfolgung des Gepäcks wurde mit der Motivierung abgewiesen, daß ihn das nichts angehe. Leutnant Fischer intervenierte hierauf beim Obersten Navratil, der ihm grob die Tür wies. In Wien angekommen, schrieb Leutnant Fischer für seine Audienz ein Elaborat, worin er auch die verschiedenen Mißstände in der Möllersdorfer Strafanstalt schilderte, da ihn seine Behandlung daselbst erbost hatte. Bei der Audienz hatte Leutnant Fischer Gelegenheit, seine Schrift persönlich abzugeben, er wurde sehr wohlwollend aufgenommen, und versprach ihm auch Seine Exzellenz der Herr Kriegsminister, in der liebenswürdigsten und leutseligsten Weise, zu veranlassen daß er in jeder Hinsicht volle Genugtuung erhalten solle. Es gebühre ihm nach seiner Rehabilitierung die ganze Gage seit seiner Verhaftung, er solle zur Intendanz gehen, woselbst er beim Oberintendanten Böhm

weitere Informationen erhalten werde, auch könne er in einiger Zeit zur Audienz kommen. Leutnant Fischer, dem diese liebenswürdige Behandlung seitens Seiner Exzellenz erfreute, ging sogleich zu Herrn Oberintendanten, der bereits früher verständigt wurde und ihm mitteilte, er solle die gesamten nachträglichen Gebühren bei seinem Truppenkörper, dem 2. Trainbataillon anfordern, wo er das Geld ausgezahlt erhalten werde. Bei seiner Vorsprache bei Major Wodwařka wurde er aber gleich unfreundlich gefragt, was er in Wien mache, da er in Prag in häusliche Pflege übernommen wurde und nicht das Recht habe, sich in Wien aufzuhalten. Leutnant Fischer klärte dies auf, daß er auf Anraten und Veranlassung seines Vaters nach Wien gekommen sei, er bitte laut Anordnung des Herrn Oberintendanten Böhm um Auszahlung seiner nachträglichen Gebühren.

Dies wurde von Major Wodwařka rundweg abgeschlagen, er sagte zum Leutnant Fischer, daß, wenn er nochmals in die Kaserne komme, er ihn nochmals zur Beobachtung seines Geisteszustandes ins Spital schicken werde. Auch erklärte er dem Leutnant Fischer auf seine diesbezügliche Anfrage, ob die erste psychiatrische Untersuchung von einem höheren Kommando oder vom Herrn Major veranlaßt worden ist, daß er selbst dies veranlaßt habe. Leutnant Fischer entgegnete, er werde in der Kaserne nicht mehr erscheinen. Seither hatte Leutnant Fischer nichts mehr unternommen, mit niemandem eine Kontroverse gehabt, sondern verbrachte seine Zeit in ruhigster Weise. Bei seinem letzten Besuche in der Trainkaserne hatte er jedoch erfahren, daß sein Telegramm nach Möllersdorf mit einigen ihn verletzenden Worten an das 2. Trainbataillon gesandt wurde.

Am 13. August d. J. wurde Leutnant Fischer beim Mittagessen im „Hotel Regina" vom Herrn Regimentsarzt Dr. Herrnfeld aufgefordert, mit ihm sofort ins Garnisonsspital Nr. 1 zu fahren, da er den strengen Befehl habe, ohne ihn nicht wegzugehen. Anfangs weigerte sich Leutnant Fischer, später aber ging er ruhig mit zum Platzkommando, woselbst er erfahren mußte, daß sein Vater auf Veranlassung des Majors Wodwařka, und zwar durch ein Telegramm an die Prager Polizeidirektion, persönlich in Wien war und durch eigenhändige Unterschrift, mit der Begründung, daß er für Leutnant Fischer in Wien keine Verantwortung übernehmen kann, seinen Revers zurückzog. Major Wodwařka soll angegeben haben, daß Leutnant Fischer die Behörden behellige. Leutnant Fischer mußte nun wieder sofort ins Garnisonsspital Nr. 1; seine Sachen konnte er aus dem Hotel nicht selbst abholen, dieselben wurden am selben Tage von einem Offizier und zwei Soldaten aus versperrten Kästen eingepackt und ins Spital gebracht.

Neuerlich ins Garnisonsspital nach Prag, in Begleitung instradiert, wollte Herr Stabsarzt Dr. Schlechta das Experiment mit dem Vater nicht wieder versuchen, weshalb im Einverständnis mit den Angehörigen, Leutnant Fischer am 21. August l. J. in die Irrenanstalt nach Dobrzan gebracht wurde. Daselbst mußte er als gesunder, normaler Mensch unter wirklich Geisteskranken, Idioten &c. weilen; er erhielt zwar eine vorzügliche Verpflegung, doch war er wieder seiner Freiheit beraubt. In der Kanzlei beschäftigt, hatte er zwar Arbeit und Zerstreuung, doch ging ihm seine ungerechte Internierung sehr nahe. Am 25. August kamen nach Dobrzan zwei Auditore von der Militäranwaltschaft in Wien, die von Seiner Exzellenz dem Herrn Kriegsminister beauftragt waren, die Möllersdorfer Mißstände strengstens zu untersuchen. Die Angaben des Leutnants Fischer, dem Seine Exzellenz eine strenge Untersuchung zusagte, wurden wörtlich im Protokoll aufgenommen, was die Gerechtigkeitsliebe Seiner Exzellenz des Herrn Kriegsministers bewies. Es wurde ein umfangreiches Zeugenprotokoll aufgenommen, was schließlich in den letzten Tagen zum Gerichtsverfahren beim Heeresdivisionsgericht in Wien gegen die Möllersdorfer Funktionäre führte.

Am 2. Oktober wurde Leutnant Fischer von der Gerichtskommission in Dobrzan überprüft und sollte von derselben in einigen Tagen als nicht geisteskranker normaler Mensch entlassen werden. Inzwischen erhielt er vom Militärkommando in Prag eine an seine Prager Adresse gerichtete Vorladung, sich am 8. Oktober zur Superarbitrierung vorzustellen. Er reiste in Begleitung eines Rittmeisters aus Dobrzan nach Prag und wurde als „invalid zu jedem Landsturmdienste ungeeignet" klassifiziert. Nach Dobrzan zurückgekehrt, wurde Leutnant Fischer mitgeteilt, daß er am 13. Oktober als „gesund" entlassen wird. An diesem Tage konnte er endlich allein mit Marschroute nach Prag fahren. Beim Militärkommando in Prag erhielt er den Befehl nach Wien zu fahren und daselbst die Entscheidung des Kriegsministeriums in seiner Superarbitrierung abzuwarten. Er hatte sich durch ein von Dobrzan an das Militärkommando in Prag und an das Kriegsministerium vor seiner Superarbitrierung eingereichtes Gesuch nochmals freiwillig zum Dienste in entsprechender Verwendung seiner Fähigkeiten gemeldet. Seine seit dem 13. September angewiesenen nachträglichen Gebühren hat er bis jetzt nicht ausgezahlt erhalten.

I. Leutnant Artur Fischer sollte im Dezember 1914 mit dem Range vom 1. Jänner 1905 mit rückwirkendem Rang und Gage vom 1. November 1914 zum Oberleutnant befördert werden, was im Vergleiche zu seinen Jahrgangskameraden nachträglich geschehen müßte.

II. Sein eigenes, nachweisbar in Nikinci hinterlassenes Pferd nebst komplettem Sattelzeug, Repetierpistole, Feldstecher, drei Paar Gamaschen, die er nicht zurückerhalten, müßten ihm in natura zurückgegeben werden. Seine tägliche Feldgebühr von 25 Zigaretten müßte ihm mit den nachträglichen Gebühren ebenfalls nur in natura ausgefolgt werden.

III. Seine Rehabilitierung müßte laut Militärstrafprozeßordnung offiziell durchgeführt werden, und zwar im Verordnungsblatt, Armeebefehle, da seine seinerzeitige Verurteilung in Offiziersversammlungen vorgelesen wurde.

IV. Seine gesamten Feldgebühren müßten ihm, im Vergleiche zu seinen Jahrgangsgenossen, nachträglich ausgezahlt werden,

V. die Wiederaufnahme seines Prozesses müßte bewilligt und solche neuerlich genauest durchgeführt werden,

VI. müßte Leutnant Fischer eine seinen ausgestandenen Leiden angemessene Entschädigung, die durch seine unschuldig erlittene 32monatliche Kerkerhaft niemals hoch genug sein könnte, baldigst zugesprochen erhalten,

VII. eine entsprechende staatliche oder soziale Verwendung und Versorgung erhalten.

Die Unterzeichneten richten an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister die Anfrage:

„Ist derselbe geneigt, den geschilderten Fall des Leutnants Artur Fischer schleunigst durch ein unparteiisches Gericht überprüfen zu lassen, um ihm die gebührende volle Genugtuung zu gewähren?"

Wien, 9. November 1917.

Dr. Kolessa.	Dr. Straucher.
Bernhard Stern.	Dr. Lew Baczyński.
Dr. Trylowskyj.	Dr. Petruszewycz.
Serbu.	Dr. Smal-Stockyj.
Dr. Eugen Lewickyj.	Dr. Baczyński.

1380
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Jerzabek und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten, betreffend die zunehmende Einschränkung der Papierabgabe an die arische Provinzpresse.

Seit längerer Zeit leiden die arischen Provinzblätter an einem verhängnisvollen Papiermangel. Ihren Druckereien wird es trotz der schon wiederholt vorgenommenen Einschränkung der Auflage und des Umfanges der Blätter immer schwieriger, das allernotwendigste Papiermaterial für Flachpresse zu erhalten, weil die Papierfabriken ihren Lieferungsaufträgen nicht mehr nachkommen und dies zum Teile mit dem Mangel der ihnen zur Verfügung stehenden Kohle, teils mit dem Hinweise darauf begründen, daß sie verpflichtet seien, der Regierung, beziehungsweise Papierzentrale Rotationspapier in Mengen zu liefern, welche eine Lieferung anderen Papieres unmöglich machen.

Die auf diese Weise erfolgte Knebelung der Provinzblätter muß um so mehr bedauert werden, als gerade die Kleinpresse (Wochen- und Halbmonatsblätter) den einfachen Leuten am Lande die nötige, in patriotischem Sinne gehaltene Aufklärung in politischen und wirtschaftlichen Fragen vermittelt und überdies den Behörden durch Veröffentlichung von Kundmachungen und Erlässen bisher immer in uneigennütziger Weise sehr wertvolle Dienste geleistet hat. Hält man sich aber überdies vor Augen, daß unsere zumeist in Judenhänden befindliche Zentralpresse von der Papierzentrale keineswegs zu auch nur annähernd ähnlichen Einschränkungen gezwungen, sondern auch heute noch verhältnismäßig reich mit Papiermaterial bedacht wird, so ist es erklärlich, wenn bei den Herausgebern der christlicharischen Provinzblätter der Verdacht immer mehr Nahrung gewinnt, daß man von gewisser Seite ein jüdisches Preßmonopol anstrebe, und es darf infolgedessen auch nicht Wunder nehmen, wenn nachgerade in allen Kreisen der christlichen Bevölkerung eine solche Entrüstung Platz greift, wie sie im Leitartikel der „Salzburger Chronik“ vom 8. November l. J. zum Ausdruck gelangt.

Dieser Artikel lautet:

„Kriegsanleihe und Provinzpresse.

Salzburg, 7. November.

Mit der ihr eigenen Selbstgefälligkeit berichtet die Wiener Großpresse, allen voran natürlich die an potenzierter Eitelkeit krankende „Neue Freie Presse“ von einer informativen Besprechung beim Gouverneur der Postsparkasse über die siebente Kriegsanleihe. Unter dem Eindruck der großen Siege im Südwesten der Monarchie wurde an den Kaiser ein Huldigungstelegramm geschickt und darin versichert, die Presse werde ihre unermüdliche Tätigkeit auch der neuen Kriegsanleihe widmen, die unter dem Eindruck der gewaltigen weltgeschichtlichen Ereignisse auf dem südwestlichen Kriegsschauplatze zu einem glanzvollen Sieg der Heimat werden soll. Im Antworttelegramm der kaiserlichen Kabinettskanzlei wird der Dank des Kaisers ausgesprochen und der kaiserlichen Überzeugung Ausdruck verliehen, daß die im Zeitpunkte besonders ruhmvoller Kämpfe beginnende neue Kriegsanleihe in der bewährten patriotischen Mitarbeit der Presse eine erfolgreiche Förderung finden wird. Darob wälzt sich die Judenpresse in Wonne. Moritz Benedikt kann nicht genug darauf hinweisen, daß die Werbearbeit seiner Spalten das wesentlichste Element bei

der Erringung des Heimatsieges sei. Wir kommen auf die kaiserliche Antwort nicht zurück, um Kapital für unsere Haltung daraus zu schlagen. Was die Provinzpresse im vaterländischen Sinne bisher geleistet hat, braucht sie nicht erst selbstgefällig in die Welt posaunen. Wenn wir an dieser Stelle der kaiserlichen Würdigung der Werbearbeit der Presse für die Kriegsanleihe gedenken, so müssen wir es leider tun, um ein ernstes Wort an alle öffentlichen Faktoren zu richten.

Just in dem Momente, da die Kriegsanleihe-propaganda beginnen sollte, wurde die Provinzpresse in einem solchen Maße bei der Beteilung des Rotationspapieres durch die Papierzentrale (das Wort Zentrale sagt ja alles) eingeschränkt, daß die Kürzung einen Eingriff in den wesentlichen Bedarf darstellt, die Provinzblätter und nur sie allein müssen auf die Mitteilung und Besprechung der notwendigsten Tagesfragen und Ereignisse verzichten. Die wirtschaftlichen Aufgaben und Mißstände — es sind ihrer erschrecklich viele — können vielfach wegen Raummangel kaum angedeutet werden. Wir müssen zum Beispiel die ohnedies schon sehr dürftigen Berichte über die Tagung des Abgeordnetenhauses, die uns das amtliche Korrespondenzbureau übermittelt, im letzten Augenblicke zusammenstreichen, weil bei sechs Seiten kein Platz dafür ist. Originalberichte unseres Wiener Korrespondenten wandern trotz der großen finanziellen Opfer, die ihre Erwerbung kostet, aus dem gleichen Grunde in den Papierkorb. Die besten Mitarbeiter müssen abgestoßen, ihre Beiträge im Kleindruck gegeben werden, von einer erschöpfenden Behandlung der den Tag bewegenden Fragen kann keine Rede mehr sein, weil die Papierzentrale die Provinzpresse als etwas ganz nebensächliches, fast als etwas lästiges behandelt und jede Urgierung des notwendigen Bedarfes mit der den Zentralen Österreichs eigenen Brüstheit abtut.

Wir wollten uns unter dem Zwange der Kriegsverhältnisse beugen, wenn wir die Überzeugung gewinnen könnten, daß allen die gleichen Opfer auferlegt werden. Aber hierin fehlt es himmelschreiend weit. Man betrachte zum Beispiel die letzte Sonntagsnummer der „Neuen Freien Presse“, die sich einem armseligen Provinzblatte gegenüber wie ein Buch ausnimmt. Auf der ersten Seite leitartikelt Moritz Benedikt. Das muß man ja noch hinnehmen. Dann enthält die gleiche Nummer ein acht Spalten langes Feuilleton über Görz, einen langen Stimmungsartikel, natürlich Originalgeserres, über Amerika, einen zwei Seiten langen Artikel über die Lebensmittelversorgung in Berlin; 3½ Seiten Kriegsnachrichten, zwei volle Spalten Spendenausweise der eitlen Geldleute und Kriegsgewinner, die mit ihrer Wohltätigkeit für öffentliche Zwecke in der Presse glänzen wollen.

Sechs Seiten kann Moritz Benedikt den Tagesneuigkeiten widmen und 3½ Spalten reserviert er einer orientalischen Phantasie, die ein Zukunftsbild eines „Kunstministers“ in Form eines Gespräches entwickelt. Mehr als zwei Seiten gehören der Kunst und ihren in der bekannten redlichen und unparteiischen Kunstliebe aufgenommenen Anzeigen und Besprechungen. Über zwei Seiten bleiben den Wirtschaftsfragen, vor welchen die Redaktion keck Volkswirtschaft hinsetzen läßt. Gegen 20 Seiten füllen noch Inserate, über deren Güte bei der „Neuen Freien Presse“ kein Wort zu verlieren ist. Das „Neue Wiener Tagblatt“, das in einem Jahre gegen 150.000 K für Kuppelinserate allein einnimmt und die Presse zur öffentlichen Schanddirne erniedrigt, hatte gestern, also in einem Dienstagblatte, noch volle 30 Seiten Inserate. Bei dieser fürsorglichen Beteilung durch die Papierzentrale kann man ja gelegentlich für Kriegsanleihe Propaganda machen oder bezahlte Zeichnungsausweise aufnehmen.

Der Vergleich zwischen der Provinzpresse und der Wiener Judenpresse und ihrer Beteilung durch die amtlichen Papierzentralen wirft ein erschreckendes Streiflicht auf die österreichischen Presseverhältnisse. Hält die Regierung täglich 20 bis 30 Seiten Judeninserate wirklich für wichtiger als die solide Aufklärungsarbeit der Provinzpresse? Wenn ja, dann ist das die behördliche Sanktion unserer in der ganzen Welt als Skandal gebrandmarkten Presseverhältnisse. Unter den jetzigen Umständen ist es der Provinzpresse einfach unmöglich, eine wirksame Propagandaarbeit für den Heimatsieg zu leisten. Oder ist man schon zur Überzeugung gelangt, daß aus den Leserkreisen der Provinzpresse, dem Mittelstande, nichts mehr heraus zu bringen ist? Man fand früher immer den Weg zur Provinzpresse und appellierte an ihre loyale Haltung und patriotische Gesinnung. Es ist uns fürwahr oft bitter hart geworden, unter der Knebelung der Zensur, diese oft gepriesene Loyalität zu bewahren.

Man möge sich dafür auch jetzt dieser Presse, die eigentlich die Zeitung der breiten Bevölkerungsschichten ist, erinnern. Jene, die sich kein Zentralblatt halten können oder keines halten wollen, haben auch das Recht, in den gegenwärtigen, so ereignisschweren Tagen aus ihrem Tagblatte das wesentlichste zu erfahren. Wenn sich die Landesregierungen und Statthaltereien, denen die Provinzpresse nach ihrem eigenen Zeugnisse in drei Kriegsjahren wirklich die Aufgabe erleichtert hat, zu einem energischen Schritte in Wien aufraffen wollten, müßten sie eine gerechtere Behandlung in der Papierverteilung erlangen. Die Ansicht boshafter Leute wollen wir doch nicht teilen, daß man sich ob der empfindlichen Einschränkung der bürgerlichen Presse in den Landeshauptstädten freue, weil sie einen Ersatz für die aufgehobene Zensur darstelle.

Auch die deutsch-bürgerlichen Abgeordneten mögen sich daran erinnern, daß die Wahlen nicht durch die Wiener Blätter gemacht werden, sondern durch die dauernde Kleinarbeit der Provinzpresse. Es wäre hoch an der Zeit, wenn sich alle deutschbürgerlichen Abgeordneten ihrer Pflichten gegenüber der Presse bewußt würden. Die Judenpresse hat im deutschen Volke Unheil genug angerichtet und jetzt stolziert sie nach Art der Kriegsgewinner in voller Ausstattung daher, hat im Vergleiche zur Presse der Provinz, Lebensbedingungen wie im Frieden und die Zeitungen der Landeshauptstädte sind wehrlos dem behördlich festgelegten Aufteilungsschlüssel der Papierzentrale ausgeliefert. (In Salzburg kann sich nur noch die in Innsbruck erscheinende sozialdemokratische „Wacht" täglich 8 Seiten leisten.) So fördert man die patriotische Stimmung nicht, so macht man die Kriegsanleihe den breiten Volksschichten nicht populär, wenn man ihren Blättern die Lebensbedingungen einschränkt. Die christlicharische Provinzpresse hat dem Staate immer gegeben, was er braucht, sie wird es auch weiter tun — aber nur, wenn man sie wenigstens annähernd gleich behandelt wie die Schädlinge Österreichs, die dem Kapitale verkauften Judenblätter. Die Verantwortung für das eventuelle Versagen der Landespresse tragen jene, die sie mit Absicht oder aus Unverstand in die Ecke stellten. Das muß einmal gesagt sein."

Die hier vollinhaltlich wiedergegebenen Ausführungen des Salzburger Blattes bedürfen wohl keines weiteren Kommentares, sondern sprechen für sich deutlich genug, um bei jedermann, in dessen Brust noch ein Funke Gerechtigkeitsgefühl glimmt, die Empfindung wachzurufen, daß der christlich-arischen Provinzpresse durch die lediglich im Interesse der jüdischen Zentralpresse arbeitende Papierzentrale ein schreiendes Unrecht zugefügt und das von unseren Provinzblättern bisher an den Tag gelegte staatstreue Verhalten nur mit schnödem Undanke quittiert wird.

Die Gefertigten erachten es daher als ihre Pflicht, der augenscheinlich beabsichtigten Ausschaltung der christlich-arischen Provinzpresse mit allem Nachdrucke entgegenzuarbeiten und sehen sich aus diesem Anlasse genötigt, an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten nachstehende Anfragen zu richten:

„1. Sind Eure Exzellenz geneigt, die hier ohne Übertreibung mitgeteilten Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen?

2. Können Eure Exzellenz den Gefertigten die Zusicherung erteilen, daß von seiten der Regierung unverzüglich das Nötige veranlaßt werden wird, um einer weiteren Drosselung der Provinzpresse Einhalt zu tun und der mehr als stiefmütterlichen Behandlung der letzteren bei der Papierversorgung ein Ende zu machen?

3. Sind endlich Eure Exzellenz willens, dafür Vorsorge zu treffen, daß die Papierfabriken durch Zuweisung genügender Kohlenmengen in den Stand gesetzt werden, auch Papier für Flachpresse in dem für die Provinzblätter notwendigen Ausmaße zu liefern?"

Wien, 16. November 1917.

Dr. Anton Jerzabek.

Fisslthaler.	Huber.
Jukel.	Guggenberg.
Miklas.	Weiß.
Schweiger.	Eisenhut.
G. Mayer.	Johann Tomaschitz.

1381
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Dulibić und Genossen an Ihre Exzellenzen den Herrn Ministerpräsidenten, den Herrn Landesverteidigungsminister und den Herrn Handelsminister, betreffend die desolaten Zustände der Postbeförderung aus und nach Dalmatien.

Die seit dem Ausbruch des Krieges eingetretene Verlangsamung der Postbeförderung in Dalmatien, sowie zwischen Dalmatien und den übrigen Ländern, findet wohl ihre Erklärung in der eingeführten Briefzensur und in der fast gänzlichen Einstellung der Schiffahrt. Dennoch waren bis vor einigen Monaten die unsere Briefpostbeförderung betreffenden Verhältnisse nie derart desolat und unerträglich, wie sie es heute sind.

Es ist genug darauf zu verweisen, daß Briefe, die in Dalmatien aufgegeben werden und nach Wien adressiert sind, erst nach 15 Tagen den Adressaten in Wien erreichen und umgekehrt. Und da handelt es sich nicht um Briefe, die etwa in entlegenen, inneren, kommunikationslosen Ortschaften in Dalmatien aufgegeben werden, denn in diesen Fällen erfordert ihre Beförderung auch ganze Monate, sondern um Briefe, die in größeren Städten am Meer oder bei der Eisenbahn zur Absendung gelangen. Diese beklagte Postbeförderung bildet die Regel, denn es gibt noch weit ärgere Verspätungen.

Und diese Zustände sind eigentlich nicht auf den gänzlichen Mangel an Verkehrsmitteln zurückzuführen. Die Städte Sebenico und Spalato zum Beispiel sind durch die Steinbeißbahn mit dem Bahnnetz der Monarchie verbunden, und haben dennoch unter der Misere der langsamen Postbeförderung zu leiden. Der Grund hierfür liegt hauptsächlich in der gänzlichen Vernachlässigung und Mißachtung der Interessen des Landes seitens der kompetenten Faktoren. Durch eine energischere zielbewußte Organisierung der Postbeförderung aus und nach Dalmatien, wie auch innerhalb desselben können die bestehenden Mißstände behoben werden. Es ließen sich auch die Verbindungen auf dem Meere zwischen Dalmatien und Fiume ohne erhebliche Schwierigkeiten herstellen. Insbesondere aber ist eine vernünftige Regelung der Anschlüsse der schwerfälligen, schmalspurigen Steinbeißbahn an das übrige Bahnnetz in Bosnien und Kroatien dringend notwendig.

Was die Briefzensur anbelangt, braucht nicht hervorgehoben zu werden, daß sie zu den Verschleppungen der Briefzustellungen in Dalmatien viel beiträgt. Die wenigen Briefzensurstellen im Lande sind überbürdet und nicht in der Lage, das ansehnliche Material an Briefpost mit der erforderlichen Raschheit zu bewältigen. Die bestehende Briefzensur ist ganz überflüssig und wäre aufzuheben. Wenn sie dennoch aufrechterhalten werden sollte, so müßte man an mehreren Orten Zensurstellen errichten, damit die Geschäfte rascher abgewickelt werden können. Das würde eine Entlastung auch für die Verkehrsmittel bedeuten, da jetzt die Briefe zu den Zensurstellen nach entfernten Orten hin und her wandern müssen, was eine unnütze Belastung des Postpersonals selbst bewirkt. Die Briefe aus dem ganzen Kreise von Sebenico, der den vierten Teil des Landes ausmacht, müssen zuerst nach Spalato wandern und umgekehrt. Mit wie viel Zeitverlust, Mühe, Belastung der Verkehrsmittel und der Post-

anstalten, Schwierigkeiten und Schäden für die Bevölkerung das alles verbunden ist, braucht nicht des näheren erörtert zu werden.

Das Land leidet doch schwer unter den Folgen des Krieges, der das Land sowohl vom Festlande wie auch von der Meeresseite umfaßt. Es wäre nur gerecht und human, wenn man wenigstens dort, wo es leicht und möglich ist, der schwer geprüften Bevölkerung die Ertragung der Kriegserschwernisse erleichtert.

Infolgedessen beehren sich die Gefertigten die folgende Anfrage zu stellen:

„Sind Ihre Exzellenzen geneigt, Maßnahmen zu treffen, damit die unnötigen Verschleppungen und Verspätungen der Briefpostbeförderung nach und aus Dalmatien und im Lande selbst aufhören; geordnetere Zustände bei den spärlichen, dem Lande zur Verfügung stehenden Verkehrsmitteln geschaffen, einige bessere Verbindungen Dalmatiens mit Fiume hergestellt werden; die Briefzensur abgeschafft, widrigenfalls neue Zensurstellen in den wichtigeren Städten zur rascheren Abwicklung der Briefpost errichtet werden?"

Wien, 16. November 1917.

Dr. Benković.
Perić.
Laginja.
Spinčić.
Dr. Janković.
Pišek.
Prodan.

Dr. Dulibić.
Roškar.
Dr. Gregorčič.
M. Brenčič.
Dr. Pogačnik.
Dr. Verstovšek.
Dr. Korošec.

1382
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. A. Degasperi und Genossen an Ihre Exzellenzen die Herren Minister für Landesverteidigung und des Innern, betreffend die Auszahlung des Unterhaltsbeitrages an Flüchtlinge.

Die Art und Weise, wie das neue Unterhaltsgesetz durchgeführt wird, ruft im Kreise der Anspruchsberechtigten begründete Aufregung und Verstimmung hervor. Dies ereignet sich auch bei den Kriegsflüchtlingen. Seit der Wirksamkeit des Gesetzes sind $3^1/_2$ Monate verflossen und die meisten warten noch auf eine Entscheidung über ihre Ansprüche; zum Beispiel aus dem Barackenlager in Mitterndorf gelangten an die Unterhaltslandeskommission (Nebenstelle) in Wien ungefähr 1660 Anspruchsmeldungen, von diesen war bis vor wenigen Tagen nicht ein Viertel erledigt. Die Bezugsberechtigten warten vergeblich auf die ihnen gesetzlich gebührenden Beiträge.

In den verhältnismäßig wenigen Fällen, wo der Unterhaltsbeitrag zuerkannt und angewiesen wurde, wurden in manchen Flüchtlingslagern Abzüge gemacht, welche in offenem Widerspruch mit dem Gesetz (§ 5) stehen. Es wurde nämlich allen für die Zeit vom 1. Juli bis 21. Juli soviel vom Unterhaltsbeitrag abgezogen, daß den Bezugsberechtigten nur 50 h pro Tag und Kopf erübrigt. Die staatlichen Organe berufen sich auf höhere Weisungen. Die Proteste der Parteien blieben bisher unbeantwortet.

Im Flüchtlingslager von Mitterndorf wird ferner vom Unterhaltsbeitrag auch der Betrag von 20 h pro Person und Tag abgezogen und dies mit Hinweis auf den Umstand, daß den Unterhaltsbeitragsberechtigten der sogenannte Lagergeldzuschuß ausbezahlt wird, auf welchen sie nicht Anspruch haben. Abgesehen von der Gesetzwidrigkeit (§ 5 U. G.) dieses Vorganges, erscheint es merkwürdig, daß den Unterhaltsbeitragsberechtigten bewußt eine Zahlung geleistet wird, welche ihnen nicht gebührt, um dann ihnen diese Beträge bei der Auszahlung des Unterhaltsbeitrages in Abzug zu bringen. Es dürfte wohl einfacher sein, nur denjenigen den Lagergeldzuschuß auszubezahlen, welche darauf einen Anspruch haben.

Das Begehren der Anspruchsberechtigten aus den Flüchtlingskreisen auf Anweisung der ihnen gebührenden Rückstände wird seitens der Unterhaltskommissionen konsequent abgewiesen, obwohl der Verwaltungsgerichtshof in zahlreichen Fällen konstant ausgesprochen hat, daß auch nach dem Gesetze vom 26. Dezember 1912 den Flüchtlingen ungeachtet der genossenen Flüchtlingsfürsorge der Unterhaltsbeitrag gebührt und obwohl die Gesetzgebung diesen Ausspruch des Verwaltungsgerichthofes durch eine ausdrückliche Bestimmung im neuen Gesetz gebilligt hat.

Nun sind alle Parteien gezwungen, den Weg des Rekurses an das Ministerium und der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu betreten, um zu ihrem offenkundigen Rechte zu gelangen.

Es gibt noch mehr! Bis vor wenigen Monaten wurde den Flüchtlingen, die in staatlicher Fürsorge standen, von seiten der amtlichen Organe energisch abgeraten, Schritte zur Geltendmachung ihres Rechtes zu unternehmen und ihnen sogar im Beharrungsfalle mit der Entziehung der staatlichen Flüchtlingsfürsorge gedroht. So kam es, daß viele Flüchtlinge es unterließen, gegen die ihnen zugegangenen abweislichen Entscheidungen der Unterhaltskommission die Beschwerde zu ergreifen. Nun werden solchen Parteien, welche nur infolge Beeinflussung der behördlichen Organe es unterlassen haben, ihr Recht weiter zu verfechten, die Rechtskraft entgegengehalten.

Wir sind überzeugt, daß die Regierung solches Vorgehen nicht billigt und erlauben wir uns daher an Eure Exzellenzen folgende Anfragen zu richten:

„1. Sind diese Tatsachen Euren Exzellenzen bekannt?

2. Sind Eure Exzellenzen bereit, den unterstehenden Unterhaltslandeskommissionen zur Pflicht zu machen, die Anspruchsanmeldungen der Flüchtlinge ohne Verzug zu erledigen und eventuell durch Einsetzung von Parallelkommissionen die Erledigung dieser Angelegenheiten zu beschleunigen?

3. Sind Eure Exzellenzen bereit, die unterstehenden Behörden auf die Gesetzwidrigkeit der gemachten Abzüge aufmerksam zu machen, ihnen diesen Vorgang zu rügen und anzuordnen, daß die bisher gemachten Abzüge rückvergütet werden?

4. Sind Eure Exzellenzen bereit, den Unterhaltslandeskommissionen den Auftrag zu erteilen, die erhobenen Ansprüche auf Auszahlung der rückständigen Unterhaltsbeiträge im Sinne der obbezogenen ständigen Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes zu erledigen und den Anspruchsberechtigten ohne Rücksicht auf etwa vorangegangene Entscheidungen die entfallenden Beträge anzuweisen?“

Wien, 16. Oktober 1917.

Val Malfatti.
Gasser.
Spennl.
Hormuzaki.
Onciul.

Dr. Degasperi.
Dr. G. Gentili.
Delugan.
De Carli.
Rizzi.

1383
I

Anfrage

der

Abgeordneten Serbu, Dr. Straucher, Simionovici und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister, betreffend die materielle Besserstellung der Bukowinaer Staatsbediensteten.

Durch die Kriegsereignisse, von denen die Bukowina schon vom Kriegsbeginn an infolge wiederholter feindlicher Invasionen und der Erschwerung jeglichen Wirtschaftslebens empfindlichst betroffen worden ist, wurden die Bukowinaer Staatsbediensteten am härtesten getroffen. Deren geordneter Haushalt ist seit 1914 aufgelöst und kann mangels Stabilität der Verhältnisse nicht wieder in ordentliche Bahnen gebracht werden. Müssen doch die Staatsbediensteten zumeist außerhalb des Amtsortes den Dienst versehen und mußten sie mehrmals mitsamt den Ämtern übersiedeln, zum Beispiel Ende 1914 bis Mitte März 1915 nach Kolozsvár, von da zurück nach Dorna Watra, beziehungsweise in den Bezirksamtsorten, Ende Juni bis Ende August 1916 nach Kolozsvár, beziehungsweise Kronstadt in Ungarn, von da anfangs September 1916 nach Prag usw. Von da kam ein Teil der Bediensteten nach Befreiung der Bukowina ins Land zurück, ein Teil nach Stanislau, ein Teil verblieb vorläufig in Prag. Jederzeit müssen immer wieder neue Übersiedlungen gewärtigt werden. Und überall, wohin die Bediensteten kommen, nicht zuletzt in der Bukowina selbst, müssen sie die herrschende Teuerung doppelt und dreifach auskosten, weil die unsteten Verhältnisse ihnen die Lebensführung nach dem ökonomischen Prinzipe nicht gestatten. Zahlreiche Bedienstete kamen um ihr Hab und Gut; so manche konnten nur das retten, was sie am Leibe hatten.

Der Staat hat diesen spezifischen, außerordentlichen, überaus traurigen Verhältnissen der Bukowinaer Staatsbediensteten nur in ganz unzulänglicher Weise Rechnung getragen.

Eine Evakuierungszulage wurde bloß gelegentlich der ersten feindlichen Invasion im Jahre 1914 in der Höhe der einmonatlichen Bezüge gewährt. Die außerordentlichen hohen Kosten gelegentlich der jeweiligen Amtsübersiedlungen mußten die Staatsbediensteten zum größten Teil aus eigenen Mitteln bestreiten, da ihnen bloß die normalmäßigen Reisekosten ersetzt wurden, welche nur einen kleinen Teil der wirklichen Kosten ausmachen.

Die gewährten Mobilaraushilfen decken nur einen verhältnismäßig geringen Teil der Verluste an Hab und Gut. Die gewährten Bekleidungsaushilfen waren derart gering bemessen, daß sie nicht einmal für die Instandsetzung gebrauchter Kleider, geschweige denn für die Anschaffung neuer Kleidungsstücke ausreichten.

Das Los der Staatsbediensteten, welche am fremden Dienstorte in Verwendung stehen, ist durch den damit verbundenen Bezug von Diäten einigermaßen gelindert. Jene Bediensteten aber, welche auf ihren gewöhnlichen Dienstort heimkehren mußten, sind in eine hoffnungslose Lage versetzt, wirtschaftlich gebrochen, da sie nicht im Genusse von Diäten oder dementsprechenden stetigen Aushilfen stehen, wiewohl sie auch hier, gleichwie am fremden Orte, wegen Unsicherheit der Verhältnisse keinen geordneten Haushalt errichten können, vielmehr der ganzen exorbitanten Teuerung ausgesetzt bleiben.

Hierbei muß besonders darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Bukowinaer Postbeamtenschaft hinsichtlich des während der Invasionszeit in fremden Bezirken zugebrachten Zeitraumes durch die ungleiche Behandlung rücksichtlich der Diäten und Zulagen in weitaus höherem Maße betroffen wurde, als alle übrigen Beamtenkategorien. Während den übrigen Staatsangestellten bei ihrer Verwendung an fremden Orten volle Diäten oder zumindest den Teuerungsverhältnissen wenigstens teilweise nahekommende Diensteszulagen flüssig gehalten wurden, wurden die Postangestellten gezwungen, gegen tägliche Zulagen von 1 K 50 h bis zum Höchstausmaße von 2 K, in der Folge erst vom 1. Mai 1917 bis zu 3 K an fremden Orten, bei fremden Ämtern und unter den schwierigsten Verhältnissen die verantwortlichsten Dienste zu versehen. Die Folge davon war, daß die Postangestellten, gezwungen durch die notorischen Teuerungsverhältnisse, um ihr Dasein und das ihrer in den meisten Fällen vielköpfigen Familie nur fristen zu können, sich in nunmehr nicht abtragbare Schuldenlasten stürzten, welche ihre weitere wirtschaftliche Existenz ganz besonders in Frage stellen.

Seitens jedes billig Denkenden muß diese Behandlungsweise der Bukowinaer Postbeamtenschaft, deren Dienstleistungen an Allerhöchster Stelle wiederholt Anerkennung erfahren haben, als eine überaus große Ungerechtigkeit angesehen und vom dienstlichen Standpunkte, wo gerade zurzeit, insbesondere seitens der Postbeamtenschaft, in den Kriegsgebieten die aufopferungsvollsten Dienste verlangt werden, als dem dienstlichen Interesse entschieden abträglich bezeichnet werden.

Die Bukowinaer Postangestellten hätten, wenn sie nicht gezwungen worden wären, sich im Postdienste in Verwendung nehmen zu lassen, gewiß eine dem Stande angemessene Privatbeschäftigung gefunden und hätten sich dadurch ein Nebeneinkommen geschafft, welches sie der materiellen Sorgen enthoben hätte.

Durch die für das ganze Reich geltenden Teuerungszulagen erscheint aber bloß der allgemein herrschenden Teuerung teilweise Rechnung getragen, nicht auch den außerordentlichen Teuerungsverhältnissen, unter denen die Bukowinaer Staatsbediensteten leben müssen. Ja, auch diese Teuerungszulagen wurden bisher einem Teile der Staatsbediensteten — nämlich den Ledigen, Alleinstehenden — vorenthalten, falls diese im Genusse der vollen Diäten stehen; dies geschah, beziehungsweise geschieht gestützt auf die Ausnahmsbestimmungen des § 6 der Ministerialverordnung vom 9. Februar 1916, R. G. Bl. Nr. 33, § 8, der Ministerialverordnung vom 4. Dezember 1916, R. G. Bl. Nr. 9 ex 1917, und Artikel III, Absatz 3, der Ministerialverordnung vom 14. Juli 1917, R. G. Bl. Nr. 295, wonach jene alleinstehenden Staatsbediensteten von der Teuerungszulage ausgenommen sind, welche im dauernden Genusse der vollen Diäten stehen. Die Ausdehnung dieser Ausnahmsbestimmungen auf die alleinstehenden Bukowinaer Staatsbediensteten ist angesichts ihrer empfindlichen Notlage unbillig; übrigens in den zitierten gesetzlichen Bestimmungen wohl auch unbegründet, da es sich bei den Bukowinaer Staatsbediensteten nur um zeitlichen, nicht aber um dauernden Genuß von Diäten handelt, auch dann, falls sie durch längere Zeit volle Diäten am fremden Dienstorte beziehen.

Das Bild, welches die Bukowinaer Staatsbediensteten bieten, ist allgemein ein überaus trauriges. Viele haben auch den Rest ihrer kleinen Ersparnisse aus Friedenszeit aufzehren, viele sich verschulden müssen und fast durchwegs müssen sie bei aufreibender Tätigkeit in jeglicher Beziehung schwer darben. Deren Notlage unterscheidet sich wegen der spezifisch außerordentlichen Verhältnisse durchaus von der durch die allgemeine Teuerung hervorgerufenen Notlage der Bediensteten des Hinterlandes und erheischt dementsprechend eine spezielle, tiefgehende Fürsorge.

Alle den Bukowinaer Beamten gemäß der nachfolgenden Anträge zu gewährenden Benefizien werden kaum hinreichen, um die materielle Notlage, in welche diese Beamtenschaft infolge des Krieges unverschuldet hineingeraten ist, ganz zu lindern und noch weniger, um die kontrahierten Schulden zu tilgen.

Man kann da gewiß nicht auf die Beamtenschaft der von der Invasion nicht heimgesuchten Länder hinweisen, welche jedenfalls unter der enormen Teuerung auch gelitten hat. Denn letztere hat zumindest ihr Hab und Gut noch unversehrt, die Familienmitglieder beieinander, ist in der Lage, einen ordentlichen Haushalt zu führen und hat auch keine Übersiedlungen durchgemacht, die den Bukowinaer Staatsbediensteten auch den letzten Sparpfennig aus der Tasche gezogen haben.

Was nun das finanzielle Erfordernis betrifft, dürfte dieses kaum die Höhe einer halben Million Kronen pro Jahr ausmachen, und es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß die Bukowinaer Staatsbediensteten, die in diesem Kriege so Außerordentliches geleistet, diese halbe Million doppelt und dreifach verdient haben.

Demgemäß stellen die Gefertigten an Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister die Anfragen:

„Ist Seine Exzellenz geneigt:

1. Den Bukowinaer Staatsbediensteten anläßlich von Amtsübersiedlungen, beziehungsweise der länger andauernden Zuteilung zur Dienstleistung bei anderen Dienststellen als

jener ihres normalen Amtes und sofern diese Zuteilung deren Übersiedlung auf einen andern Dienstort zur Folge hat, sowie anläßlich der Rückberufung von solchen Zuteilungen außer den normalen Reisekosten außerordentliche Übersiedlungskosten, und zwar an alleinstehende Staatsbedienstete in der Höhe ihrer Monatsbezüge, an nicht alleinstehende bei einem Haushalt bis zu drei Familienangehörigen im Ausmaß des einundeinhalbfachen, bei einem Haushalte mit mehr als drei Familienangehörigen im Ausmaß des doppelten Betrages ihrer Bezüge und nach obigem Maßstabe den Bukowinaer Staatsbediensteten aus Anlaß der bisher in den Jahren 1916 und 1917 vorgekommenen dienstlichen Übersiedlungen außerordentliche Übersiedlungskosten flüssig zu machen?

2. Den in ihrem normalen Dienstort amtlich tätigen Bukowinaer Staatsbediensteten ohne Unterschied der Allein- oder Nichtalleinstehenden außerordentliche Remunerationen im Ausmaße der vollen Diäten, rückwirkend vom Zeitpunkt ihrer nach der letzten feindlichen Invasion erfolgten Wiederkehr auf den normalen Dienstort, beziehungsweise in ihren normalen Amtssprengel nachträglich, beziehungsweise in Hinkunft fortlaufend auszahlen zu lassen?

3. Die Teuerungszulagen und außerordentlichen Aushilfen, welche bisher allgemein für Staatsbedienstete im Jahre 1916 und 1917 normiert worden sind oder fernerhin normiert werden sollten, auch den alleinstehenden Bukowinaer Staatsbediensteten, selbst wenn diese im Genusse der vollen Diäten gestanden sind oder stehen, insoweit diese Zuwendungen ihnen bisher vorenthalten wurden, nachträglich, beziehungsweise in Hinkunft monatlich ratenweise auszahlen zu lassen?

4. Den Bukowinaer Staatsbediensteten einmalige Bekleidungsaushilfen, und zwar an Alleinstehende in der Höhe ihrer Monatsbezüge, an Nichtalleinstehende bei einem Haushalt bis zu drei Familienangehörigen im Ausmaß des einundeinhalbfachen, bei einem Haushalt mit mehr als drei Familienangehörigen im Ausmaß des zweifachen ihrer Monatsbezüge bis längstens Ende November 1917 anweisen zu lassen?

5. Den Bukowinaer Postangestellten außerdem für die am fremden Ort ausgeübten Dienste die seinerzeit flüssig gehaltenen minimalen Dienstzulagen auf das Ausmaß der vollen vertragsmäßigen Diäten, beziehungsweise Zehrgelder, zu erhöhen und in dieser Höhe nachträglich anzuweisen?

Wien, 16. November 1917.

Hruska.
Isopescul-Grecul.
Langenhan.
Spenul.
Hormuzaki.

Serbu.
Dr. Straucher.
Simionovici.
Keschmann.
Dr. Smal-Stockyj.
Onciul.

1384
―――
I

Anfrage

des

Abgeordneten J. Nagele und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Auflassung des engsten und engeren Kriegsgebietes in Kärnten.

Durch die Erfolge unserer Waffen ist das Grenzgebiet Kärntens vom italienischen Feind endgültig befreit und derselbe bis tief in sein eigenes Land hinein zurückgeworfen.

Dadurch hat das kärntnerische Grenzgebiet und das ganze Land Kärnten tatsächlich aufgehört engstes und engeres Kriegsgebiet zu sein und ist entferntes Hinterland geworden.

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

„Ist der Herr Minister für Landesverteidigung geneigt, die Auflassung Kärntens als engstes und engeres Kriegsgebiet ungesäumt zu veranlassen und insbesondere die nun zwecklos gewordenen Paßschwierigkeiten zur Beseitigung zu bringen?"

Wien, 16. November 1917.

J. Nagele.
Fahrner. H. Hofer.
W. Teltschik. Dobernig.
Pirker. Dr. Steinwender.
Müller. F. Wagner.
Krützner. Dr. Kindermann.
Dr. Waldner. Lutschounig.

1385
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Trylowskyj, Lawruk und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister, betreffend die durch das Militär der deutschen Armee in Kornycz, Bezirk Kolomea, verursachten Schäden durch Requisitionen von Getreide, Heu, Stroh und Kartoffeln.

Wie aus dem in ukrainischer Sprache zusammengestellten und hier angeschlossenen Verzeichnisse zu ersehen ist, haben die Soldaten der deutschen Armee, insbesondere die vom 2. Schwer. Reiterregiment, 2. Eskadron, 1. Garde, Reserve-Fuß-Artillerieregiment, 6. Batterie, königlich bayrisches 1. Chevauxlegerregiment, Regimentsstab und 15. Husarenregiment bei den Einwohnern des Bezirkes Kolomea in der Zeit vom 22. bis 28. August 1917 bei ihrem Durchmarsch zur Front bedeutende Schäden verursacht, indem sie von den Feldern, Gärten und Scheunen oder sogar aus den Wohnungen Weizen, Gerste, Hafer, Korn, Heu, Stroh, Kartoffeln, Kukuruz usw. für sich gewaltsam nahmen und zur Fütterung ihrer Pferde oder für sich verwendeten, wobei sie oft die Eigentümer der genommenen Gegenstände mißhandelten, insbesondere wenn gegen diese eigenmächtigen Entwendungen Einspruch erhoben wurde.

Die Bevölkerung des Bezirkes Kolomea ist dadurch sehr erbittert, da sie ohne Viehfutter geblieben ist und ihr Vieh nicht erhalten kann. Außerdem ist die Bevölkerung ganz ohne Nahrung für sich selbst geblieben.

Wir stellen daher die Anfragen:

„1. Ist Eurer Exzellenz das Vorgehen der Soldaten der deutschen Armee im Bezirk Kolomea bekannt?

2. Sind Eure Exzellenz geneigt, dafür Sorge zu tragen, daß die Schuldigen zur strengen Verantwortung gezogen werden?

3. Sind Eure Exzellenz geneigt, unverzüglich die weiteren unberechtigten Requisitionen seitens der Soldaten der deutschen Armee im Bezirk Kolomea einzustellen und dafür zu sorgen, daß künftighin Requisitionen seitens der Militärbehörden nicht vorgenommen werden?

4. Sind Eure Exzellenz geneigt, dafür zu sorgen, daß den Beschädigten volle Entschädigung für das requirierte Getreide und Kartoffeln usw. am schleunigsten ausbezahlt wird?“

Reizes.
Dr. Lahodyńskyj.
Stefanyk.
Onyszkewycz.
Singalewicz.
Holubowicz.
Dnistriańskyj.
Petryckyj.
Smal-Stockyj.

Dr. Trylowskyj.
Lawruk.
Dr. Straucher.
Budzynowskyj.
Cehelskyj.
Kolessa.
Leo Lewickyj.
Wityk.
Dr. Baczyńskyj.

Громада: **Корнич.** Повіт: **Коломия.**

Виказ

шкід, зроблених підчас перемаршу війск німецких в часї від 22. серпня до 28. серпня 1917 року.

Число порядкове	Імя і назвиско пошкодованих	Число дому	Знищено снопів немолоченого				Забрано фір			Забрано чистого збіжа в кг			Заплачено в коронах		Замітка
			жита	пшениці	ячміня	вівса	конюшини	сіна	соломи	ячміня	вівса	кукурузи			
1	Василь Клапчук .	311	—	—	60	60	—	5	1	—	—	—	100	—	
2	Анна Лахнюк . .	354	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	5	—	
3	Софон Юрійчук .	152	75	—	—	120	—	7	—	—	—	—	52	—	
4	Параска Гаврилюк	196	—	—	—	—	7	—	—	—	—	—	9	—	
5	Анна Литвинчук .	310	—	—	—	—	—	3	1	—	—	—	8	—	
6	Параска Граб . .	220	—	—	240	—	—	2	—	—	—	25	6	—	
7	Никола Григорчук	7	—	—	—	—	1	4	—	—	—	—	—	—	
8	Параска Григочрук	155	—	—	—	—	—	3	—	—	—	—	5	—	
9	Анна Павлюк . .	241	—	—	—	—	—	2	1	—	—	100	7	—	
10	Мария Мелничук .	145	30	—	—	180	—	2	1	—	—	—	20	—	
11	Мария Антонюк .	118	—	—	—	—	—	2	2	—	—	—	9	—	
12	Йосиф Литвинчук .	282	—	—	120	—	—	—	1	—	—	—	—	—	
13	Анна Павлюк . .	196	90	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	
14	Данило Гаврилюк .	320	30	—	—	—	—	5	1	—	—	—	30	—	
15	Доця Гаврилюк .	120	—	—	—	—	—	4	1	—	—	—	6	—	
16	Йосиф Козак . . .	250	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
17	Антін Федуник . .	157	—	60	60	60	4	2	3	—	—	—	—	—	
18	Анна Грегорчук .	41	—	—	—	—	4	—	—	—	—	—	58	—	
19	Іван Бабущак . .	444	240	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	
20	Мария Чобап . .	122	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—		—	
21	Гаврило Нижник .	129	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	
22	Юрко Павлюк . .	463	—	—	60	200	—	1	—	—	—	—	—	—	
23	Мария Клапчук . .	311	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	40	—	Застрілено пацюка 6 місячного
24	Параска Граб . .	447	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	

Число порядкове	Імя і назвиско пошкодованих	Число дому	Знищено снопів немолоченого				Забрано фір			Забрано чистого збіжа в кг			Заплачено в коронах		Замітка
			жита	пшениці	ячміня	вівса	конюшини	сіна	соломи	ячміня	вівса	кукурузи			
25	Ілько Тимощук . .	8	390	75	180	—	2	—	1	—	—	50	13	—	
26	Семен Оленюк . .	494	—	—	—	120	2	—	—	—	—	—	—	—	
27	Дмітро Ганущак . .	383	—	—	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
28	Семен Антонюк . .	151	240	30	120	600	2	1	—	—	—	50	12	—	
29	Михайло Нижник .	60	15	—	—	30	—	—	1	—	—	—	—	—	
30	Дмитро Гаврилюк .	149	20	60	120	240	—	1	—	—	—	—	—	—	
31	Василь Гаврилюк .	33	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	15	—	
32	Мария Гаврилюк .	264	—	—	—	—	1	2	—	—	—	—	14	—	
33	Анна Грегорчук .	41	—	—	30	60	1	1	1	—	—	—	—	—	
34	Никола Сіщук . .	222	—	—	60	—	—	1	—	—	—	—	—	—	
35	Ілько Сіщук . . .	357	—	—	60	180	—	1	—	—	—	—	16	—	
36	Мария Угорска . .	49	30	—	—	—	1 1/2	—	—	—	—	—	—	—	
37	Михайло Антонюк .	117	—	—	—	30	—	—	1	—	—	—	—	—	
38	Іван Оленюк . . .	165	—	—	60	120	2	—	1	50	—	—	—	—	
39	Ілько Павлюк . .	263	—	30	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	
40	Параска Дутчак . .	96	120	—	—	—	—	1 1/2	1	—	—	—	—	—	
41	Проць Павлюк . .	343	—	—	—	—	1	3	—	—	—	—	—	—	
42	Філип Бабущак . .	130	120	—	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
43	Калина Гаврилюк .	432	60	—	60	300	3	—	2	—	—	—	50	—	
44	Йосиф Грицюк . .	386	—	—	60	—	—	1/2	1	—	—	—	—	—	
45	Калина Сіщук . .	363	—	—	—	120	1	2	1	—	—	—	36	—	Забрано 50 кг фасолї.
46	Кость Клапчук . .	99	—	—	—	180	—	—	—	—	—	—	—	—	
47	Мария Калиняк . .	168	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
48	Михайло Турецкий	313	120	—	—	150	—	—	—	—	—	—	—	—	
49	Олена Дутчак . .	383	20	—	—	60	—	1/2	—	—	—	—	—	—	
50	Йосиф Оленюк . .	312	120	90	—	120	1	—	1	—	—	—	—	—	
51	Іван Павлюк . . .	139	—	—	60	420	1/2	—	1	—	—	—	76	—	
52	Анна Оленюк . . .	14	60	—	—	240	3	—	—	—	—	—	31	—	
53	Мария Антонюк . .	507	—	—	60	—	1	—	—	—	—	—	—	—	

Число порядкове	Імя і назвиско пошкодованих	Число дому	Знищено снопів немолоченого				Забрано фір			Забрано чистого збіжа в *кг*			Заплачено в коронах		Замітка
			жита	пшениці	ячміня	вівса	конюшини	сїна	соломи	ячміня	вівса	кукурузи			
54	Анна Оленюк . .	439	—	—	—	120	—	—	1	—	—	—	12	—	
55	Іван Григорчук . .	87	—	—	—	60	$1\frac{1}{2}$	—	—	—	—	—	6	—	
56	Параска Мендзат .	271	60	—	90	180	—	—	—	—	—	—	20	—	
57	Іван Угорский . .	10	60	120	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	
58	Параска Чобан . .	314	30	—	—	180	—	$1\frac{1}{2}$	—	—	—	—	—	—	
59	Параска Іванчук .	111	—	—	—	60	—	1	—	—	—	—	—	—	
60	Параска Антонюк .	236	—	—	60	120	$1\frac{1}{2}$	—	—	—	—	—	4	—	
61	Параска Ганущак .	39	—	—	90	40	—	$\frac{1}{2}$	—	—	—	—	3	—	Забрано 50 *кг* пшениці.
62	Мария Ганущак . .	276	—	—	—	40	$\frac{1}{2}$	3	—	—	—	—	10	—	
63	Мария Павлюк . .	212	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	22	—	
64	Грицко Павлюк . .	52	—	—	—	—	1	4	—	—	—	—	—	—	
65	Олена Федуник . .	294	—	—	—	—	3	—	4	—	—	—	—	—	
66	Михайло Григорчук	272	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	
67	Мария Федуник . .	421	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	
68	Василь Ганущак .	173	50	30	60	—	—	1	—	—	—	—	—	—	
69	Іван Антонюк . .	79	—	—	—	—	1	$\frac{1}{2}$	1	—	50	—	22	—	
70	Федір Граб	282	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	
71	Мария Колиняк . .	145	—	120	—	—	1	—	2	—	—	25	35	—	
72	Мария Дутчак . .	85	—	—	—	150	—	—	1	—	—	—	2	—	
73	Анна Уграк . . .	91	—	—	—	—	1	—	$\frac{1}{2}$	—	—	—	—	—	
74	Анна Граб	233	—	—	—	30	—	—	1	—	—	—	—	—	
75	Анна Павлюк . . .	309	—	—	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
76	Анна Бирчак . . .	421	30	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—		
77	Маланка Оленюк .	26	—	—	60	—	—	1	1	—	—	—	—	—	
78	Кость Нагніт . . .	292	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	
79	Михайло Павлюк .	293	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	
80	Федір Пізик . . .	448	—	—	—	30	1	3	—	—	—	—	—	—	
81	Яків Павлюк . . .	276	—	—	270	180	16	1	1	100 *кг* жита 50 *кг* пшениці			—	—	
82	Іван Угорский . .	388	—	—	—	—	—	2	—	—	—	50	—	—	

Число порядкове	Імя і назвиско пошкодованих	Число дому	Знищено снопів немолоченого: жита	пшениці	ячміня	вівса	Забрано фір: конюшини	сіна	соломи	Забрано чистого збіжа в kг: ячміня	вівса	кукурузи	Заплачено в коронах		Замітка
83	Філип Оленюк	429	—	—	—	60	—	—	1	—	—	—	—	—	
84	Параска Нагніт	24	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	
85	Федір Уграк	156	60	60	40	—	1	3	—	—	—	—	—	—	
86	Тимось Антонюк	177	120	—	—	180	1	3	—	—	—	—	—	—	
87	Параска Тимощук	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	
88	Михайло Оленюк	375	—	90	—	180	3	—	—	—	—	—	—	—	
89	Анна Павлюк	320	—	—	240	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
90	Михайло Павлюк	134	360	—	120	—	2	—	—	—	—	—	—	—	
91	Лукин Гобчук	397	—	—	—	—	1/2	—	—	—	—	—	—	—	
92	Параска Ганущак	122	—	—	—	—	2	—	1	—	—	—	—	—	
93	Петро Ганущак	394	—	—	—	60	—	1	—	—	—	—	—	—	
94	Варвара Турецка	437	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	4	—	
95	Анна Чобан	369	—	—	—	60	3	—	—	—	—	—	—	—	
96	Мария Федуник	377	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	
97	Василь Павлюк	134	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	
98	Семен Антонюк	22	160	150	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
99	Мария Павлюк	191	—	—	—	—	—	2	2	—	—	—	—	—	
100	Мария Оленюк	373	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	
101	Параска Гушулей	346	вибрано бараболь на 2 цетн. метр.										—	—	
102	Яків Юрійчук	35	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	
103	Йосиф Гушулей	119	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	
104	Данило Іванчук	269	—	—	—	—	—	—	10 околотів	—	—	—	—	—	
105	Анна Павлюк	492	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	
106	Лесь Іванчук	501	—	30	—	180	1	—	—	—	—	—	21	—	
107	Йосиф Антонюк	236	—	—	—	30	—	1	—	—	—	100	38	—	
108	Параска Павлюк	4	—	—	—	120	—	1	—	—	—	—	—	—	
109	Анна Гопущак	188	180	—	—	—	—	2	—	—	—	—	16·60	—	
110	Тимось Павлюк	82	120	—	60	60	1	—	—	—	—	—	—	—	
111	Василь Радчук	80	—	30	—	20	1	—	—	—	—	—	—	—	

Число порядкове	Імя і назвиско пошкодованих	Число дому	Знищено снопів немолоченого				Забрано фір			Забрано чистого збіжа в кг			Заплачено в коронах		Замітка
			жита	пшениці	ячміня	вівса	конюшини	сіна	соломи	ячміня	вівса	кукурузи			
112	Василь Іванчук . .	47	60	—	60	120	—	1	—	—	—	—	—	—	
113	Маланка Павлюк .	419	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	
114	Гафія Юрійчук . .	114	—	—	30	—	—	1	1	—	—	—	—	—	
115	Софія Дутчак . . .	270	60	40	—	—	—	½	—	—	—	—	—	—	
116	Олена Боклащук .	144	—	—	—	120	—	—	—	—	—	—	—	—	
117	Олена Угорска . .	388	—	60	—	240	—	—	2	—	—	—	11	—	
118	Мария Антонюк .	66	—	—	—	240	8	—	—	—	—	—	—	—	
119	Ілько Дутчак . . .	104	—	30	—	60	—	1	—	—	—	—	—	—	
120	Параска Угорска .	63	—	—	—	—	2	—	1	—	—	—	—	—	
121	Іван Бавлюк . . .	32	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
122	Параска Оленюк .	137	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
123	Андрій Григорчук .	97	—	—	240	300	—	—	—	—	—	—	20	—	
124	Іван Антонюк . .	245	—	—	—	120	3	4	—	50	—	—	—	—	
125	Олена Антонюк . .	29	—	—	—	—	—	2	—	вимикано на 2 міхи бараболь			—	—	
126	Анна Антонюк . .	45	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	
127	Антін Гаврилюк .	248	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	
128	Максим Григорчук	300	—	—	—	45	—	—	—	—	—	—	—	—	
129	Анна Гаврилюк . .	227	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	
130	Мария Бабущак . .	27	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	
131	Мария Уграк . .	246	30	—	30	—	2	—	—	—	—	—	1	—	
132	Текина Дутчак . .	85	90	—	—	120	5	3	1	—	—	—	56	—	
133	Анна Федуняк . .	281	—	—	45	60	—	—		—	—	—	—	—	
134	Іван Іванчук . . .	418	—	—	—	160	—	—	—	—	—	—	14	—	
135	Мария Григорчук .	185	—	—	15	—	—	1	—	—	—	—	—	—	
136	Мария Угорска . .	49	30	—	—	—	1	—	—	—	—		—	—	
137	Василь Ганущак .	508	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	
138	Гнат Калиняк . .	37	—	—	—	40	2	—	—	—	—	—	—	—	
139	Іван Григорчук . .	107	—	—	—	180	1	—	1	—	—	—	10	—	
140	Мария Антонюк .	94	—	20	—	210	—	—	—	—	—	—	21	—	

Число порядкове	Імя і назвиско пошкодованих	Число дому	Знищено снопів немолоченого				Забрано фір			Забрано чистого збіжа в *кг*			Заплачено в коронах		Замітка
			жита	пшениці	ячміня	вівса	конюшини	сіна	соломи	ячміня	вівса	кукурузи			
141	Анна Антонюк . .	94	—	—	—	60	—	—	1	—	—	—	—	—	
142	Параска Павлюк .	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	
143	Олена Боклащук .	389	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	
144	Юрко Гушулей	198	45	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	
145	Михайло Череміщук	64	—	—	60	180	—	1	—	—	—	—	—	—	
146	Лесь Сіщук . . .	118	—	—	—	—	—	1	—	забрано 50 *кг* фасолі			—	—	
147	Тимось Романюк .	93	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	
148	Мария Вербіщук .	443	60	—	120	—	1	—	—	—	—	—	—	—	
149	Никола Лахнюк .	337	60	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	
150	Ілько Лахнюк . .	308	—	—	—	60	—	—	—	—	—	—	—	—	
151	Василь Граб . . .	95	—	—	45	60	—	1	—	—	—	100	50·20	—	
152	Анна Чобан . . .	397	—	180	180	—	—	2	—	—	—	—	10	—	
153	Іван Граб	15	—	—	—	—	1	—	—	забрано 10 *кг* меду пчільного			—	—	
154	Василь Сіщук . .	223	—	420	—	1140	—	1	1	забрано 100 *кг* пшениці			—	—	
155	Іван Григорчук . .	159	—	—	—	1500	—	3	—	—	—	—	—	—	Двері розломили, вікно вибили, 46 корон взяли і набили мене і жену.
156	Евґенія Татарчукова	1	4800	1200	1200	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
157	Уграк	458	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	

Шкоди зроблено загально на 150.000 корон.

Корнич, дня 2. вересня 1917.

Василь Сіщук.

Урядова печать.

Громада: **Перерів.** Повіт: **Коломия.**

Виказ

шкід, зроблених підчас перемаршу німецких військ в часї від 22. серпня до 28. серпня 1917 року.

Число порядкове	Імя і назвиско пошкодованих	Число дому	Знищено снопів немолоченого				Забрано фір			Забрало чистого збіжа в кг			Заплачено в коронах	Високість шкоди в коронах	Замітка
			жита	пшениці	ячміня	вівса	конюшини	сїна	соломи	ячміня	вівса	кукурузи			
1	Василь Микитюк .	44	—	30	60	480	—	3	1	—	—	—	60	300	
2	Іван Савчук . . .	62	—	—	—	—	3	3	1	—	—	25	9	190	
3	Марія Бейковска .	30	—	—	—	60	—	2	—	—	—	13	6·50	96	
4	Катарина Данищук	188	—	—	—	60	1	—	—	—	—	—	34	70	
5	Полагна Данищук .	243	—	60	—	180	—	—	—	—	—	—	7	130	
6	Гафія Бирчак . .	61	—	—	—	—	1/2	—	—	—	—	—	—	20	
7	Полагна Волощук .	240	—	—	—	60	2	—	—	—	—	—	—	110	
8	Софія Савчук . .	119	30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	34	Знищено в городї кукурузи на 25 *кг*
9	Анна Костенчук .	—	—	—	—	80	—	—	1	—	—	—	5·60	60	
10	Параска Палійчук .	117	—	—	—	—	1 1/2	—	1	—	—	—	9	80	
11	Стефан Боронюк .	5	—	—	—	30	—	1/2	1	—	—	—	4	50	
12	Анна Данищук . .	15	—	—	—	—	—	1	—	50	—	—	4·40	55	
13	Іван Данищук . .	80	—	—	—	30	—	1	—	—	50	—	7·80	75	
14	Яків Скальчук . .	18	20	—	60	20	—	4	—	—	—	—	12	174	
15	Олена Тимчук . .	—	—	—	30	—	—	—	1	—	—	—	—	35	
16	Никола Бирчак . .	28	—	—	—	—	—	1 1/2	—	—	—	—	—	45	
17	Юрко Савчук . .	391	—	—	—	40	—	2	1/2	—	—	—	10	86	
18	Яків Данищук . .	133	—	—	—	120	—	—	—	—	—	—	2·40	60	
19	Іван Данищук Юрка	160	—	—	60	60	—	1/2	1	—	—	—	4·22	95	
20	Василь Данищук .	133	—	—	—	38	—	1	—	—	—	—	21	40	
21	Доця Кубачвич . .	39	—	—	—	60	—	—	—	—	—	—	2·20	30	

Число порядкове	Імя і назвиско пошкодованих	Число дому	Знищено снопів немолоченого				Забрано фір			Забрано чистого збіжа в кг			Заплачено в коронах	Високість шкоди в коронах	Замітка
			жита	пшениці	ячміня	вівса	конюшини	сіна	соломи	ячміня	вівса	кукурузи			
22	Параска Савчук .	251	—	—	30	—	—	1	—	—	—	—	—	45	
23	Лесь Дідик	340	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	6	70	
24	Никола Данищук .	136	60	60	120	120	$^1/_2$	1	—	—	—	—	24	250	
25	Кость Кондрук . .	25	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	20	
26	Софія Куриляк . .	22	—	—	—	60	—	1	—	—	—	—	8	60	
27	Параска Данищук	261	—	—	—	100	—	—	$^1/_2$	—	—	—	8	50	
28	Михайло Мелничук	228	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	8	30	
29	Лесь Данищук . .	376	—	—	—	240	1	2	—	—	—	—	12	220	
30	Яків Микитюк . .	27	10	60	150	840	—	1	1	—	—	—	80	557	
31	Никола Данищук .	72	—	—	—	50	—	1	—	—	—	—	9·80	55	
32	Захарій Тимощук .	294	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	30	
33	Анна Лучка . . .	—	30	—	150	—	1	—	—	—	—	—	—	130	
34	Грицко Калиняк .	54	—	—	—	190	—	—	—	—	—	—	—	90	
35	Гнат Дубльовский .	17	30	—	30	—	1	—	—	—	—	—	—	75	
36	Андрій Данищук .	35	10	—	60	120	2	1	$^1/_2$	—	—	—	46	216	
37	Іван Цебулька . .	377	90	—	—	30	1	1	—	—	—	—	16	145	
38	Онофрій Кондрук .	23	—	—	—	—	—	3	$^1/_2$	—	—	—	43	120	
39	Олена Рубльовска .	17	10	—	15	50	—	—	—	—	—	—	—	42	
40	Василь Арсенюк .	132	—	—	—	50	—	—	$^1/_2$	—	—	—	0·60	38	
41	Ілько Куриляк . .	272	—	—	90	90	—	3	1	—	—	—	22·25	200	
42	Іван Бирчак . . .	52	20	—	—	240	—	$^1/_2$	—	—	—	—	20	148	
43	Петро Савчук . .	37	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	8	90	
44	Іван Чужак . . .	238	—	20	—	60	—	—	1	—	—	—	15	44	
45	Юліянна Чужак . .	49	—	—	—	30	—	—	—	—	—	—	5	30	
46	Федір Мелничук .	6	—	30	—	—	—	$^1/_2$	—	—	—	—	2	35	
47	Кс. Партеній Чубатий	—	—	—	—	—	—	11	1	—	—	—	109	360	
48	Никола Бейковский	338	—	—	—	10	—	1	—	—	—	—	12	36	
49	Марко Чорнепчук .	341	—	—	—	—	—	$1^1/_2$	—	—	—	—	20	45	

Число порядкове	Імя і назвиско пошкодованих	Число дому	Знищено снопів немолоченого				Забрано фір			Забрано чистого збіжа в кг			Заплачено в коронах	Високість шкоди в коронах	Замітка
			жита	пшениці	ячміня	вівса	конюшини	сіна	соломи	ячміня	вівса	кукурузи			
50	Марія Тимчук . .	—	—	—	—	60	—	$^1/_2$	—	—	—	—	—	45	
51	Настя Савчук . .	19	—	10	20	120	—	$^1/_2$	—	—	25	—	8·30	106	
52	Онофрій Бирчак .	10	—	—	—	720	—	3	1	—	—	100	35	520	
53	Анна Скалчук . .	16	—	—	—	—	—	2	2	—	—	—	6	100	
54	Мария Стефановска	57	20	—	20	—	—	$1^1/_2$	—	13	—	—	24	76	
55	Параска Лучка . .	69	—	20	—	60	—	$1^1/_2$	—	—	—	—	—	89	
56	Федір Калиняк . .	282	—	—	—	—	$1^1/_2$	—	—	—	—	—	—	65	
57	Аксана Левіцка . .	24	—	—	—	50	—	1	—	—	—	—	—	69	Змикано бараболь на 100 кг

Перерів, дня 2. вересня 1917.

Онуфрій Бирчак, начальник уряду.

Р. Данищук.

Урядова печать.

Повіт: **Коломия.** Громада: **Пядики.**

Виказ

шкід, заподіяних німецким військом 4./6. полка кінноти в днях 27. і 28. серпня 1917.

Число порядкове	Імя і назвиско пошкодованих	Предмет	Ціла вартість предмета		Військо заплатило		Решта належитости	
			K	c	K	c	K	c
1	Марія Семенюк	30 снопів пшениці і одна копиця конюшини	36	—	—	—	36	—
2	Марія Черска	100 кільоґрамів конюшини	32	—	8	—	24	—
3	Доця Мельничук	1 копиця соломи, 4 околоти, 30 приколотків	20	—	—	—	20	—
4	Варвара Типчук	2 копиці сіна і копа пшениці і 30 снопів жита	120	—	—	—	120	—
5	Олена Шатюк	овес в снопах	12	—	—	—	12	—
6	Дмитро Пєтничаньский . .	25 снопів вівса і конюшина	30	—	—	—	30	—
7	Доця Жолобайлюк . . .	1 копиця ячменя	14	—	—	—	14	—
8	Параска Гуцуляк	овес і конюшина	20	—	—	—	20	—
9	Параска Кубай	2 копиці конюшини	30	—	8	10	21	90
10	Марія Чередорчук . . .	жито і пшениця	12	—	—	—	12	—
11	Василь Гуцуляк	1 фіра конюшини, овес і сіно	100	—	40	—	60	—
12	Никола Шевчук Федора .	овес і сіно	10	—	—	—	10	—
13	Катарина Онурфія Пєтничаньска	1 фіра вівса, 1 фіра конюшини і картофля	214	—	51	—	163	—
14	Анна Романюк	1 фіра вівса і жито	80	—	20	—	60	—
15	Єрстина Гнатюк	2 фіри конюшини	140	—	80	—	60	—
16	Катарина Гнатюк	1 фіра сіна	50	—	36	—	14	—
17	Василь Волошин Івана . .	1 фіра сіна	50	—	15	—	35	—
18	Іван Ковальчук	15 снопів вівса	40	—	—	—	40	—
19	Василь Чорнецький . . .	сіно	10	—	—	—	10	—
		До перенесеня . .	1020	—	258	10	761	90

Число порядкове	Імя і назвиско пошкодованих	Предмет	Ціла вартість предмета		Війско заплатило		Решта належитости	
			K	h	K	h	K	h
		З перенесеня . .	1020	—	258	10	761	90
20	Онуфрій Полюк	сіно	25	—	—	—	25	—
21	Грицко Ковальчук . . .	20 снопів жита і 2 фіри сіна	80	—	15	—	65	—
22	Марія Волошин	пшениця і одна копа 15 снопів вівса	40	—	—	—	60	—
23	Іван Корнат	солома	10	—	—	—	10	—
24	Яків Палій	сіно	20	—	—	—	20	—
25	Іван Шатюк Петра . . .	пшениця	50	—	—	—	50	—
26	Анна Германюк	1 копиця сіна	20	—	—	—	20	—
27	Дмитро Бабюк	жито, овес і сіно	60	—	—	—	60	—
28	О. Теофіль Глібовицкий .	3 копи вівса, конюшини і $1^1/_2$ копи приколотків	182	—	—	—	182	—
29	Яків Романюк	приколотки житні	40	—	—	—	40	—
		Разом . . .	1567	—	273	10	1293	90

З громадского уряду.

Пядики, 3. вересня 1917.

Начальник громади:

Никола Мельничук.

Gemeinde: **Kornycz.** Politischer Bezirk: **Kolomea.**

Ausweis

jener Schäden, die während des Durchmarsches von den deutschen Truppen in der Zeit vom 22. August bis zum 28. August 1917 zugefügt worden sind.

Laufende Nummer	Vor- und Zuname des Beschädigten	Hausnummer	Im ungedroschenen Zustande wurden in Garben vernichtet				In Beschlag genommen Fuhrwerke			In Beschlag genommen Kilogramm reines Getreide			Vergütet in Kronen		Anmerkung
			Korn	Weizen	Gerste	Hafer	Klee	Heu	Stroh	Gerste	Hafer	Kukuruz			
1	Wasyl Klapczuk . .	311	—	—	60	60	—	5	1	—	—	—	100	—	
2	Anna Lachnjuk . .	354	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	5	—	
3	Sofron Jurijczuk .	152	75	—	—	120	—	7	—	—	—	—	52	—	
4	Paraska Hawryluk .	196	—	—	—	—	7	—	—	—	—	—	9	—	
5	Paraska Hrab . .	220	—	—	240	—	—	2	—	—	—	25	6	—	
6	Anna Lytwynczuk .	310	—	—	—	—	—	3	1	—	—	—	8	—	
7	Nykola Hryhorczuk .	7	—	—	—	—	1	4	—	—	—	—	—	—	
8	Paraska Hryhorczuk	155	—	—	—	—	—	3	—	—	—	—	5	—	
9	Anna Pawluk . .	241	—	—	—	—	—	2	1	—	—	100	7	—	
10	Marija Melnyczuk .	145	30	—	—	180	—	2	1	—	—	—	20	—	
11	Marija Antonjuk .	118	—	—	—	—	—	2	2	—	—	—	9	—	
12	Josyf Lytwynczuk .	282	—	—	120	—	—	—	1	—	—	—	—	—	
13	Anna Pawluk . .	196	90	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	
14	Danylo Hawryluk .	320	30	—	—	—	—	5	1	—	—	—	30	—	
15	Dozja Hawryluk .	120	—	—	—	—	—	4	1	—	—	—	6	—	
16	Josyf Kozak . . .	250	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
17	Antin Fedunyk . .	157	—	60	60	60	4	2	3	—	—	—	—	—	
18	Anna Hrehorczuk .	41	—	—	—	—	4	—	—	—	—	—	58	—	
19	Iwan Babuszczak .	444	240	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	
20	Marija Czaban . .	122	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	

Laufende Nummer	Vor- und Zuname des Beschädigten	Hausnummer	Im ungedroschenen Zustande wurden in Garben vernichtet				In Beschlag genommen Fuhrwerke			In Beschlag genommen Kilogramm reines Getreide			Vergütet in Kronen		Anmerkung
			Korn	Weizen	Gerste	Hafer	Klee	Heu	Stroh	Gerste	Hafer	Kukuruz			
21	Hawryło Nyžnyk .	129	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	
22	Jurko Pawluk . .	463	—	—	60	200	—	1	—	—	—	—	—	—	
23	Marija Kłapczuk .	311	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	40	—	Sechsmonatliches Schwein (männliches) erschossen.
24	Paraska Hrab . .	447	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	
25	Ilko Tymoszczuk .	8	390	75	180	—	2	—	1	—	—	50	13	—	
26	Semen Olenjuk . .	494	—	—	—	120	2	—	—	—	—	—	—	—	
27	Dmytro Hanuszczak	383	—	—	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
28	Semen Antonjuk .	151	240	30	120	600	2	1	—	—	—	50	12	—	
29	Mychajło Nyžnyk .	60	15	—	—	30	—	—	1	—	—	—	—	—	
30	Dmytro Hawryluk .	149	20	60	120	240	—	1	—	—	—	—	—	—	
31	Wasyl Hawryluk .	33	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	15	—	
32	Marija Hawryluk .	264	—	—	—	—	1	2	—	—	—	—	14	—	
33	Anna Hrehorczuk .	41	—	—	30	60	1	1	1	—	—	—	—	—	
34	Nykoła Siszczuk .	222	—	—	60	—	—	1	—	—	—	—	—	—	
35	Ilko Siszczuk . .	357	—	—	60	180	—	1	—	—	—	—	16	—	
36	Marija Uhorska .	49	30	—	—	—	1½	—	—	—	—	—	—	—	
37	Mychajło Antonjuk	117	—	—	—	30	—	—	1	—	—	—	—	—	
38	Iwan Ołenjuk . .	165	—	—	60	120	2	—	1	50	—	—	—	—	
39	Ilko Pawluk . . .	263	—	30	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	
40	Paraska Dutczak .	96	120	—	—	—	—	1½	1	—	—	—	—	—	
41	Prozi Pawluk . .	343	—	—	—	—	1	3	—	—	—	—	—	—	
42	Fyłyp Babuszczak .	130	120	—	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
43	Kałyna Hawryluk .	432	60	—	60	300	3	—	2	—	—	—	50	—	
44	Josyf Hryzjuk . .	386	—	—	60	—	—	½	1	—	—	—	—	—	
45	Kałyna Siszczuk .	363	—	—	—	120	1	2	1	—	—	—	36	—	50 Kilogramm Fisolen abgenommen.
46	Kostj Kłapczuk . .	99	—	—	—	180	—	—	—	—	—	—	—	—	

Laufende Nummer	Vor- und Zuname des Beschädigten	Hausnummer	Im ungedroschenen Zustande wurden in Garben vernichtet				In Beschlag genommen Fuhrwerke			In Beschlag genommen Kilogramm reines Getreide			Vergütet in Kronen		Anmerkung
			Korn	Weizen	Gerste	Hafer	Klee	Heu	Stroh	Gerste	Hafer	Kukuruz			
47	Marija Kalynjak .	168	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
48	Michajko Tureckyj .	313	120	—	—	150	—	—	—	—	—	—	—	—	
49	Olena Dutczak . .	383	20	—	—	60	—	$\frac{1}{2}$	—	—	—	—	—	—	
50	Josyf Olenjuk . .	312	120	90	—	120	1	—	1	—	—	—	—	—	
51	Iwan Pawluk . .	139	—	—	60	420	$\frac{1}{2}$	—	1	—	—	—	76	—	
52	Anna Olenjuk . .	14	60	—	—	240	3	—	—	—	—	—	31	—	
53	Marija Antonjuk .	507	—	—	60	—	1	—	—	—	—	—	—	—	
54	Anna Olenjuk . .	439	—	—	—	120	—	—	1	—	—	—	12	—	
55	Iwan Hryhorczuk .	87	—	—	—	60	$1\frac{1}{2}$	—	—	—	—	—	6	—	
56	Paraska Mendzat .	271	60	—	90	180	—	—	—	—	—	—	20	—	
57	Iwan Uhorskyj . .	10	60	120	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	
58	Paraska Czaban .	314	30	—	—	180	—	$1\frac{1}{2}$	—	—	—	—	—	—	
59	Paraska Iwanczuk	111	—	—	—	60	—	1	—	—	—	—	—	—	
60	Paraska Antonjuk .	236	—	—	60	120	$\frac{1}{2}$	—	—	—	—	—	4	—	
61	Paraska Hanuszczak	39	—	—	90	40	—	$\frac{1}{2}$	—	—	—	—	3	—	50 Kilogramm Weizen abgenommen.
62	Marija Hanuszczak	276	—	—	—	40	$\frac{1}{2}$	3	—	—	—	—	10	—	
63	Marija Pawluk . .	212	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	22	—	
64	Hryćko Pawluk . .	52	—	—	—	—	1	4	—	—	—	—	—	—	
65	Olena Fedunyk . .	294	—	—	—	—	3	—	4	—	—	—	—	—	
66	Mychajko Hryhorczuk	272	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	
67	Marija Fedunyk .	421	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	
68	Wasyl Hanuszczak .	173	50	30	60	—	—	1	—	—	—	—	—	—	
69	Iwan Antonjuk . .	79	—	—	—	—	1	$\frac{1}{2}$	1	—	50	—	22	—	
70	Fedir Hrab . . .	282	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	
71	Marija Kalynjak .	145	—	120	—	—	1	—	2	—	—	25	35	—	
72	Marija Dutczak . .	85	—	—	—	150	—	—	1	—	—	—	2	—	
73	Anna Uhrak . . .	91	—	—	—	—	1	—	$\frac{1}{2}$	—	—	—	—	—	

Laufende Nummer	Vor- und Zuname des Beschädigten	Hausnummer	Im ungedroschenen Zustande wurden in Garben vernichtet				In Beschlag genommen Fuhrwerke			In Beschlag genommen Kilogramm reines Getreide			Vergütet in Kronen		Anmerkung
			Korn	Weizen	Gerste	Hafer	Klee	Heu	Stroh	Gerste	Hafer	Kukuruz			
74	Anna Hrab . . .	233	—	—	—	30	—	—	1	—	—	—	—	—	
75	Anna Pawluk . .	309	—	—	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
76	Anna Byzczak . .	421	—	30	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	
77	Makanka Olenjuk .	26	—	—	60	—	—	1	1	—	—	—	—	—	
78	Kostj Nahnit . . .	292	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	
79	Mychajlo Pawluk .	293	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	
80	Fedir Pieuk . . .	448	—	—	—	30	1	3	—	—	—	—	—	—	
81	Jakiw Pawluk . .	276	—	—	270	180	16	1	1	50 Kilogramm Weizen 100 Kilogramm Korn			—	—	
82	Iwan Uhorskyj . .	388	—	—	—	—	—	2	—	—	—	50	—	—	
83	Fylyp Olenjuk . .	429	—	—	—	60	—	—	1	—	—	—	—	—	
84	Paraska Nahnit . .	24	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	
85	Fedir Uhrak . . .	156	60	60	40	—	1	3	—	—	—	—	—	—	
86	Tymoij Antonjuk .	177	120	—	—	180	1	3	—	—	—	—	—	—	
87	Paraska Tymoszczuk	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	
88	Mychajlo Olenjuk .	375	—	90	—	180	3	—	—	—	—	—	—	—	
89	Anna Pawluk . .	320	—	—	240	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
90	Mychajlo Pawluk .	134	360	—	120	—	2	—	—	—	—	—	—	—	
91	Lukyn Hobczuk . .	397	—	—	—	—	1/2	—	—	—	—	—	—	—	
92	Paraska Hanuszczak	122	—	—	—	—	2	—	1	—	—	—	—	—	
93	Petro Hanuszczak .	394	—	—	—	60	—	1	—	—	—	—	—	—	
94	Warwara Turecka .	437	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	4	—	
95	Anna Czoban . .	369	—	—	—	60	3	—	—	—	—	—	—	—	
96	Marija Fedunyk .	377	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	
97	Wasyl Pawluk . .	134	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	
98	Semen Antonjuk .	22	160	150	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
99	Marija Pawluk . .	191	—	—	—	—	—	2	2	—	—	—	—	—	

Laufende Nummer	Vor- und Zuname des Beschädigten	Hausnummer	Im ungedroschenen Zustande wurden in Garben vernichtet				In Beschlag genommen Fuhrwerke			In Beschlag genommen Kilogramm reines Getreide			Vergütet in Kronen		Anmerkung
			Korn	Weizen	Gerste	Hafer	Klee	Heu	Stroh	Gerste	Hafer	Kukurutz			
100	Marija Olenjuk . .	373	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	
101	Paraska Huszulej .	Die Erdäpfel wurden in der Menge von 2 Meterzentner ausgegraben.											—	—	
102	Jakiw Jurijczuk .	35	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	
103	Josyf Huszulej . .	119	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	
104	Danylo Iwanczuk .	269	—	—	—	—	—	—	10 Strohbünde	—	—	—	—	—	
105	Anna Pawluk . .	492	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	
106	Lesj Iwanczuk . .	501	—	30	—	180	1	—	—	—	—	—	21	—	
107	Josyf Antonjuk . .	236	—	—	—	30	—	1	—	—	—	100	38	—	
108	Paraska Pawluk .	4	—	—	—	120	—	1	—	—	—	—	—	—	
109	Anna Hanuszczak .	188	180	—	—	—	—	2	—	—	—	—	16·60	—	
110	Tymosj Pawluk .	82	120	—	60	60	1	—	—	—	—	—	—	—	
111	Wasyl Radczuk . .	80	—	30	—	20	1	—	—	—	—	—	—	—	
112	Wasyl Iwanczuk .	47	60	—	60	120	—	1	—	—	—	—	—	—	
113	Malanka Pawluk .	419	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	
114	Hafija Jurijczuk .	114	—	—	30	—	—	1	1	—	—	—	—	—	
115	Sofia Dutczak . .	270	60	40	—	—	—	$^1/_2$	—	—	—	—	—	—	
116	Olena Bokkaszczuk .	144	—	—	—	120	—	—	—	—	—	—	—	—	
117	Olena Uhorska . .	388	—	60	—	240	—	—	2	—	—	—	11	—	
118	Marija Antonjuk .	66	—	—	—	240	8	—	—	—	—	—	—	—	
119	Ilko Dutczak . . .	104	—	30	—	60	—	1	—	—	—	—	—	—	
120	Paraska Uhorska .	63	—	—	—	—	2	—	1	—	—	—	—	—	
121	Iwan Pawluk . .	32	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
122	Paraska Olenjuk .	137	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
123	Andrij Hryhorczuk .	97	—	—	240	300	—	—	—	—	—	—	20	—	
124	Iwan Antonjuk . .	245	—	—	—	120	3	4	—	50	—	—	—	—	

Laufende Nummer	Vor- und Zuname des Beschädigten	Hausnummer	Im ungedroschenen Zustande wurden in Garben vernichtet				In Beschlag genommen Fuhrwerke			In Beschlag genommen Kilogramm reines Getreide			Vergütet in Kronen		Anmerkung
			Korn	Weizen	Gerste	Hafer	Klee	Heu	Stroh	Gerste	Hafer	Kukuruz			
125	Olena Antonjuk . .	29	—	—	—	—	—	2	—	2 Säcke Erdäpfel sind aus dem Boden herausgerissen worden.			—	—	
126	Anna Antonjuk . .	45	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	
127	Antin Hawryluk .	248	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	
128	Maxym Hryhorczuk	300	—	—	—	45	—	—	—	—	—	—	—	—	
129	Anna Hawryluk . .	227	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	
130	Marija Babuszczak	27	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	
131	Marija Uhrak . .	246	30	—	30	—	2	—	—	—	—	—	4	—	
132	Tekla Dutczak . .	85	90	—	—	120	5	3	1	—	—	-	56	—	
133	Anna Fedunyk . .	281	—	—	45	60	—	—	—	—	—	—	—	—	
134	Iwan Iwanczuk .	418	—	—	—	160	—	—	—	—	—	—	14	—	
135	Marija Hryhorczuk	185	—	—	15	—	—	1	—	—	—	—	—	—	
136	Marija Uhorska .	49	30	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	
137	Wasyl Hanuszczak .	508	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	
138	Hnat Kalynjak . .	37	—	—	—	40	2	—	—	—	—	—	—	—	
139	Iwan Hryhorczuk .	107	—	—	—	180	1	—	1	—	—	—	10	—	
140	Marija Antonjuk .	94	—	20	—	210	—	—	—	—	—	—	21	—	
141	Anna Antonjuk . .	94	—	—	—	60	—	—	1	—	—	—	—	—	
142	Paraska Pawluk .	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	
143	Olena Baklaszczuk .	389	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	
144	Jurko Huszulej . .	198	45	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	
145	Michajko Czeremiszczuk	64	—	—	60	180	—	1	—	—	—	—	—	—	
146	Lesj Siszczuk . .	118	—	—	—	—	—	1	—	50 Kilogramm Fisolen			—	—	
147	Tymosj Romanjuk .	93	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	
148	Marija Werbiszczuk	443	60	—	120	—	1	—	—	—	—	—	—	—	
149	Nikola Lachnjuk . .	337	60	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	

Laufende Nummer	Vor- und Zuname des Beschädigten	Hausnummer	Im ungedroschenen Zustande wurden in Garben vernichtet				In Beschlag genommen Fuhrwerke			In Beschlag genommen Kilogramm reines Getreide			Vergütet in Kronen		Anmerkung
			Korn	Weizen	Gerste	Hafer	Klee	Heu	Stroh	Gerste	Hafer	Kukurutz			
150	Ilko Lachnjuk . .	308	—	—	—	60	—	—	—	—	—	—	—	—	
151	Wasyl Hrab . . .	95	—	—	45	60	—	1	—	—	—	100	50·20	—	
152	Anna Czoban . .	397	—	180	180	—	—	2	—	—	—	—	10	—	
153	Iwan Hrab . . .	15	—	—	—	—	1	—	—	10 Kilogramm Bienenhonig wurden abgenommen			—	—	
154	Wasyl Siszczuk . .	223	—	420	—	1140	—	1	1	100 Kilogramm Weizen abgenommen			—	—	
155	Iwan Hryhorczuk .	159	—	—	—	1500	—	3	—	—	—	—	—	—	Die Tür erbrochen, ein Fenster ausgeschlagen, 46 K abgenommen, ich und meine Frau mißhandelt.
156	Euhenija Tatarczukowa	1	4800	1200	1200	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
157	Uhrak	458	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	

Insgesamt beläuft sich der Schade auf 150.000 K.

Kornycz, am 2. September 1917.

(L. S.) Amtssiegel des Gemeindeamtes in Kornycz.

Wasyl Siszczuk m. p.

Gemeinde: **Pereriw.** Politischer Bezirk: **Kolomea.**

Ausweis

jener Schäden, die während des Durchmarsches von den deutschen Truppen in der Zeit vom 22. August bis zum 28. August 1917 zugefügt worden sind.

Laufende Nummer	Vor- und Zuname des Beschädigten	Hausnummer	Im ungedroschenen Zustande wurden in Garben vernichtet				In Beschlag genommen Fuhrwerke			In Beschlag genommen Kilogramm reines Getreide			Vergütet in Kronen	Schaden in Kronen	Anmerkung
			Korn	Weizen	Gerste	Hafer	Klee	Heu	Stroh	Gerste	Hafer	Kukuruz			
1	Wasyl Mykytjuk .	44	—	30	60	480	—	3	1	—	—	—	60	300	
2	Iwan Sawczuk . .	62	—	—	—	—	3	3	1	—	—	25	9	190	
3	Marija Bejkowska .	30	—	—	—	60	—	2	—	—	—	13	6·50	96	
4	Kateryna Danyszczuk	188	—	—	—	60	1	—	—	—	—	—	34	70	
5	Pakahna Danyszczuk	243	—	60	—	180	—	—	—	—	—	—	7	130	
6	Hafia Byrczak . .	61	—	—	—	—	1/2	—	—	—	—	—	—	20	
7	Pokahna Woloszczuk	240	—	—	—	60	2	—	—	—	—	—	—	110	
8	Sofia Sawczuk . .	119	30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	34	25 Kilogramm Kukuruz wurden im Garten vernichtet.
9	Anna Kostenczuk .	—	—	—	—	80	—	—	1	—	—	—	5·60	60	
10	Paraska Palijczuk .	117	—	—	—	—	1 1/2	—	1	—	—	—	9	80	
11	Stefan Woronjuk .	5	—	—	—	30	—	1/2	1	—	—	—	4	50	
12	Anna Danyszczuk .	15	—	—	—	—	—	1	—	50	—	—	4·40	55	
13	Iwan Danyszczuk	80	—	—	—	30	—	1	—	—	50	—	7·80	75	
14	Jakiw Skalczuk . .	18	20	—	60	20	—	4	—	—	—	—	12	174	
15	Olena Tymczuk . .	—	—	—	30	—	—	—	1	—	—	—	—	35	
16	Nykola Byrczak . .	28	—	—	—	—	—	1 1/2	—	—	—	—	—	45	
17	Jurko Sawczuk . .	391	—	—	—	40	—	2	1/2	—	—	—	10	86	

Laufende Nummer	Vor- und Zuname des Beschädigten	Hausnummer	Im ungedroschenen Zustande wurden in Garben vernichtet				In Beschlag genommen Fuhrwerke			In Beschlag genommen Kilogramm reines Getreide			Vergütet in Kronen	Schaden in Kronen	Anmerkung
			Korn	Weizen	Gerste	Hafer	Klee	Heu	Stroh	Gerste	Hafer	Kukurutz			
18	Jakiw Danyszczuk .	133	—	—	—	120	—	—	—	—	—	—	2·40	60	
19	Iwan Jurkiw Danyszczuk	160	—	—	60	60	—	$1/2$	1	—	—	—	4·22	95	
20	Wasyl Danyszczuk .	133	—	—	—	38	—	1	—	—	—	—	21	40	
21	Docja Kubaczwycz	39	—	—	—	60	—	—	—	—	—	—	2·20	30	
22	Paraska Sowczuk .	251	—	—	30	—	—	1	—	—	—	—	—	45	
23	Lesj Didyk	340	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	6	70	
24	Nykola Danyszczuk	136	60	60	120	120	$1/2$	1	—	—	—	—	24	250	
25	Kostj Kondruk . .	25	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	20	
26	Sofia Kurylak . .	22	—	—	—	60	—	1	—	—	—	—	8	60	
27	Paraska Danyszczuk	261	—	—	—	100	—	—	$1/2$	—	—	—	8	50	
28	Mychajko Melnyczuk	228	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	8	30	
29	Lesj Danyszczuk . .	376	—	—	—	240	1	2	—	—	—	—	12	220	
30	Jakiw Mykytjuk .	27	10	60	150	840	—	1	1	—	—	—	80	557	
31	Nykola Danyszczuk	72	—	—	—	50	—	1	—	—	—	—	9·80	55	
32	Zacharyj Tymoszczuk	294	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	30	
33	Anna Luczka . . .	—	30	—	150	—	1	—	—	—	—	—	—	130	
34	Hrycjko Kalynjak .	54	—	—	—	100	—	—	—	—	—	—	—	90	
35	Hnat Rublowskyj .	17	30	—	30	—	1	—	—	—	—	—	—	75	
36	Andrij Danyszczuk .	35	10	—	60	190	2	1	$1/2$	—	—	—	46	216	
37	Iwan Cybulka . .	377	90	—	—	30	1	1	—	—	—	—	16	145	
38	Onofryj Kondruk .	23	—	—	—	—	—	3	$1/2$	—	—	—	43	120	
39	Olena Rublowska .	17	10	—	15	50	—	—	—	—	—	—	—	42	
40	Wasyl Arsenjuk . .	132	—	—	—	50	—	—	$1/2$	—	—	—	0·60	38	
41	Ilko Kurylak . . .	272	—	—	90	90	—	3	1	—	—	—	22·25	200	
42	Iwan Byrczak . .	52	20	—	—	240	—	$1/2$	—	—	—	—	20	148	
43	Petro Sawczuk . .	37	—	—	—	—	1	1	1	—	—	—	8	90	
44	Iwan Czużak . .	238	—	20	—	60	—	—	1	—	—	—	15	44	

Laufende Nummer	Vor- und Zuname des Beschädigten	Hausnummer	Im ungedroschenen Zustande wurden in Garben vernichtet				In Beschlag genommen Fuhrwerke			In Beschlag genommen Kilogramm reines Getreide			Vergütet in Kronen	Schaden in Kronen	Anmerkung
			Korn	Weizen	Gerste	Hafer	Klee	Heu	Stroh	Gerste	Hafer	Kukuruz			
45	Julijanna Czużak .	49	—	—	—	30	—	—	—	—	—	—	5	30	
46	Fedir Melnyczuk .	6	—	30	—	—	—	$^1/_2$	—	—	—	—	2	35	
47	P. Partenij Czubatyj	—	—	—	—	—	—	11	1	—	—	—	109	360	
48	Nykola Bejkowskyj	338	—	—	—	10	—	1	—	—	—	—	12	36	
49	Marko Czornenczuk	341	—	—	—	—	—	$1^1/_2$	—	—	—	—	20	45	
50	Marija Tymczuk .	—	—	—	—	60	—	$^1/_2$	—	—	—	—	—	45	
51	Nastja Sawczuk . .	19	—	10	20	120	—	$^1/_2$	—	—	25	—	8·30	106	
52	Onofryj Byrczak .	10	—	—	—	720	—	3	1	—	—	100	35	520	
53	Anna Skakczuk . .	16	—	—	—	—	—	2	2	—	—	—	6	100	
54	Marija Stefanowska	57	20	—	20	—	—	$1^1/_2$	—	13	—	—	24	76	
55	Paraska Luczka . .	69	—	20		60	—	$1^1/_2$	—	—	—	—	—	89	
56	Fedir Kalynjak . .	282	—	—	—	—	$1^1/_2$	—	—	—	—	—	—	65	
57	Oksana Lewycka . .	24	—	—	—	50	—	1	—	—	—	—	—	69	Erdäpfel wurden in der Menge von 100 Kilogramm vom Boden herausgerissen.

Pereriw, 2. September 1917.

(L. S.) Gemeindeamt in Pereriw.

Onufrij Birczak m. p.

per me Danyszczuk m. p.

Bezirk: **Kolomea.** Ortsgemeinde: **Pjodyky.**

Ausweis

der von den deutschen Truppen (4/6 Kavallerieregiment) am 26. und 28. August 1917 zugefügten Schäden.

Laufende Nummer	Vor- und Zuname des Beschädigten	Gegenstand	Voller Wert des Gegenstandes K	h	Der Truppenteil zahlte K	h	Es gebührt noch der Rest von K	h
1	Marija Semenjuk	30 Garben Weizen und ein Schober Klee	36	—	—	—	36	—
2	Marija Czerska	100 Kilogramm Klee	32	—	8	—	24	—
3	Docja Melnyczuk	1 Schober Stroh, 4 Strohbünde und 30 kleine Strohbündel	20	—	—	—	20	—
4	Warwara Typczuk	2 Schober Heu, 1 Schock Weizen und 30 Garben Roggen	120	—	—	—	120	—
5	Okena Hnatjuk	Hafer in Garben	12	—	—	—	12	—
6	Dmytro Pjatnyczanskyj .	25 Garben Hafer und Klee	30	—	—	—	30	—
7	Docja Žokobajluk	1 Schober Gerste	14	—	—	—	14	—
8	Paraska-Huculak	Hafer und Klee	20	—	—	—	20	—
9	Paraska Kubaj	2 Schober Klee	30	—	8	10	21	90
10	Marija Czeredorczuk . . .	Roggen und Weizen	12	—	—	—	12	—
11	Wasyl Huculak	1 Fuhr Klee, Hafer und Heu	100	—	40	—	60	—
12	Fedoriw Nykoka Szewczuk .	Hafer und Heu	10	—	—	—	10	—
13	Onofria Katarina Piatnyczanska	1 Fuhr Hafer, 1 Fuhr Klee und Erdäpfel	214	—	51	—	163	—
14	Anna Romanjuk	1 Fuhr Hafer und Roggen	80	—	20	—	60	—
15	Jerstyna Hnatjuk	2 Fuhren Klee	140	—	80	—	60	—
16	Katarina Hnatjuk	1 Fuhr Heu	50	—	36	—	14	—
17	Jwaniw Wasyl Woloszyn	1 Fuhr Heu	50	—	15	—	35	—
18	Jwan Kowalczuk	15 Garben Hafer	40	—	—	—	40	—
19	Wasyl Czornenkyj	Heu	10	—	—	—	10	—

Laufende Nummer	Vor- und Zuname des Beschädigten	Gegenstand	Voller Wert des Gegenstandes		Der Truppenteil zahlte		Es gebührt noch der Rest von	
			K	h	K	h	K	h
20	Onofrij Poluk	Heu	25	—	—	—	25	—
21	Hrycjko Kowalczuk . . .	20 Garben Roggen, 2 Fuhren Heu	80	—	15	—	65	—
22	Marija Wołoszyn	1 Schock Weizen, 15 Garben Hafer	60	—	—	—	60	—
23	Iwan Kornat	Stroh	10	—	—	—	10	—
24	Jakiw Palij	Heu	20	—	—	—	20	—
25	Iwan Petriw Hnatjuk . .	Weizen	50	—	—	—	50	—
26	Anna Hermanjuk	1 Schober Heu	20	—	—	—	20	—
27	Dmytro Babjuk	Roggen, Hafer und Heu	60	—	—	—	60	—
28	Teofil P. Hlibowyckyj . .	3 Schober Hafer, Klee, 90 kleine Strohbündel	182	—	—	—	182	—
29	Jakiw Romanjuk	Roggen, kleine Bündel	40	—	—	—	40	—
		Zusammen .	1567	—	273	10	1293	90

Vom Gemeinderate in Pjadyky, am 3. September 1917.

Gemeindevorsteher:

Mykola Melnyczuk m. p.

1386
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Trylowskyj, Lawruk und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister, betreffend die Requirierungen durch die Soldaten der deutschen Armee, sowie die Mißhandlungen der Einwohner in Stari Kuty, Bezirk Kosiw, durch dieselben Soldaten.

Wie aus der sub *A* beigeschlossenen Zuschrift der Gemeinde Stari Kuty, Bezirk Kosiw, zu ersehen ist, kamen am 21. September l. J. zwei Abteilungen des 6. Chevaulegers-Regiments der bayrischen Kavalleriedivision nach Stari Kuty, wo sich die Soldaten einquartierten. Die Pferde wurden in die Scheunen, wo die ganze heurige Ernte untergebracht war, eingestellt. Die Soldaten, die seit dem 21. bis zum 28. September 1917 dort ihren Standort hatten, requirierten eigenmächtig bei den Einwohnern in Stari Kuty das Heu für die Pferde, sie betteten für die Pferde das noch nicht gedroschene Getreide, sie requirierten eigenmächtig Kartoffeln und Bohnen für ihren eigenen Bedarf, so daß viele Einwohner der Ortschaft Stari Kuty ganz durch diese eigenmächtigen Requirierungen materiell schwer geschädigt wurden. Die Soldaten, als gegen die Requirierungen Einspruch erhoben wurde, mißhandelten die Einwohner, die in dieser schweren Zeit ihre Ernte mit Bangen erwartet haben um ihre Familien ernähren zu können.

Aus der Beilage ist zu ersehen, daß den Einwohnern der Gemeinde Stari Kuty ein Schaden im Betrage von 1396 K erwachsen ist. Dieser Schaden hat meistens Reservistenfrauen und ältere Bauern, deren Männer, respektive Kinder eingerückt sind, getroffen.

Bei den Requirierungen wurden Odokia Budz, Iwan Pawluk, Hnat Makowijczuk, Olena Czepyha, Petro Fedyńczuk und Kateryna Pawluk aus Stari Kuty mißhandelt.

Wir stellen daher die Anfrage:

„1. Ist Eurer Exzellenz das Vorgehen der Soldaten der deutschen Armee in Ostgalizien bekannt?

2. Sind Eure Exzellenz geneigt, den Fall zu prüfen und eine exemplarische Bestrafung der Schuldigen zu veranlassen?

3. Sind Eure Exzellenz geneigt zu veranlassen, daß den Beschädigten der volle Schadenersatz ehestens ausgezahlt werde?“

Dr. Trylowskyj.
Lawruk.
Budzynowskyj.
Holubowycz.
Dr. Dnistriańskyj.
Kolessa.
Petryckyj.
Dr. Baczyńskyj.
Dr. Smal-Stockyj.

Stefanyk.
Dr. Lahodyńskyj.
Onyszkewycz.
Dr. Baczyńskyj.
Wlad. R. v. Singalewicz.
Leo Lewickyj.
Dr. Eugen Lewickyj.
Wityk.

До української Парляментарної Репрезентациї у Відни.

Низше підписана громада вносить до Хвальної Репрезентациї слідуюче зажалене: Дня 21. жовтня 1917. прибули в село два відділи 6-ого Cheveaulegerregiment-а баварської дивізийної кавалерії, а комендантами їх були: пан рітмайстер ґраф Квард, комендант першого відділу, а пан лейтнант Брави другого і без попереднього завідомленя громадського уряду, закватирували ся на селї. Свої конї позапроваджували до стоділ, де звичайно все селянське добро: жито, пшениця, сїно і т. п.

Жовнїри висше згаданих відділів, оминаюче те, що без волї господарів закватирували ся в їх стодолах і перестояли від 11. до 28. вересня 1917, брали без позволу сїно для коний і то в такій скількости, що конї більше нищили, нїж їли. Рівнож стелили під конї немолочене збіже, а тим шкодили не лише поодиноким людям, але й державі.

Люди бачили таке загальне знищене своєї кервавої працї, облитої потом цїлого року, молили їх, щоб не нищили їх плодів, а вони відповідали сурово, понижаючо, а не одного й набили.

Що більше: Нас, що кровію батьків, мужів, синів та братів поливаємо землю, виставляючи свою груд в обоОт державы, называють зрадниками — русофілами.

Тут подаємо шкоду, яку наробили висше згадані відділи:

Порядкове число	Імя	Число дому	Скількість закватир. коний	Скількість жовнїрів	Рід шкоди	Вартість К
1	Олекса Глїбчук .	429	4	4	забрали: 30 снопів немолоченого жита . .	20
					1 фіру сїна	60
					12 кільоґрамів бараболь	04
					1 фіру дров	10
2	Танасій Будз . .	801	2	1	забрали сїна вартости 300 корон а заплатили 60 корони	240
3	Іван Павлюк . .	773	—	—	забрали сїна вартости 300 корон а заплатили 92 корони	208
4	Марія Лазорик .	840	4	4	запровадили конї в город, в фасолї наробили шкоди на	100
5	Анна Герцюк . .	119	4	2	взяли сїна вартости	10
6	Олена Несторук .	111	4	4	вистелили коням немолоченого жита . . .	20
					взяли сїна вартости	10
7	Ігнат Маковійчук	197	—	—	взяли сїна вартости 80 корон а заплатити 32 корони	48
8	Катерина Будз .	—	10	10	забрали сїна і дров	100

Порядкове число	Імя	Число дому	Скількість закватир. коний	Скількість жовнірів	Рід шкоди	Вартість К
9	Олена Чепига . .	562	8	8	забрали сіна, соломи і дров, вартости . . .	42
10	Тома Фединчук .	—	4	4	стелили під коні немолоченого жита . . . . забрали сіна вартости	30 32
11	Максим Кулешір .	27	3	3	взяли сіна вартости 160 корон а заплатили 35 корон	125
12	Тимофій Фединчук	110	4	4	забрали конюшину, полишену на насіне, вартість	50
13	Мафтей Юсипчук	—	—	—	взяли 500 кільоґрамів сіна вартости 100 корон а заплатили 40 корон	60
14	Петро Фединчук .	718	2	2	забрали сіна вартости . . . . „ пшениці „ . . . . „ бараболь „ . . . . „ соломи „	12 12 2 30
15	Катерина Павлюк	105	6	5	забрали сіна вартости . . . . „ 25 кільоґрамів жита „ . . . . „ 60 снопів жита „ . . . . „ 1 пару мештів „ . . . . „ 1 подушку „ . . . . „ 1 хустку „ . . . . „ 1 ручник „	40 15 20 60 4 16 6
					Разом . .	1.396

Повисші шкоди оцінили фахові люди, до того призначені:

Антон Будз в. р. Николай Лївак в. р.

Дальше наводимо імена тих всїх осіб, котрих висше згадані жовнїри набили:

Одокія Будз . . . . Число дому 801,
Іван Павлюк . . . . „ „ 773,
Гнат Маковійчук . . . . . . „ „ 197,
Олена Чепига . . . . „ „ 562,
Петро Фединчук . . . . . „ „ 718,
Катерина Павлюк . . . . . „ „ 105.

Думаємо, що на таке поступоване своїх приятелів і союзників зовсїм не заслугуємо, тому отже сподїваємо ся в короткім часї відповідного зарядженя.

Рівнож надїємо ся вирівнаня заподїяної нам кривди, за що дякуємо з гори.

З глубоким пошанованєм

Громада Старі Кути, повіт Косів, Галичина.

Печатка: А. Тома.

Зверхність громадска в Старих Кутах.

Ruthenische Übersetzung.

An die ukrainische parlamentarische Vertretung in Wien.

Die gefertigte Gemeindevertretung überreicht an die hochverehrte Repräsentanz nachstehende Beschwerde: Am 21. Oktober 1917 kamen in unser Dorf zwei Abteilungen des 6. Chevaulegers-Regiments der bayrischen Divisionskavallerie, deren Kommandanten waren: Rittmeister Quard als Führer der ersten Abteilung und Leutnant Braun der zweiten. Sie bezogen ihre Quartiere in der Gemeinde, ohne vorher das Gemeindeamt verständigt zu haben. Sie unterbrachten ihre Pferde in den Scheunen, wo sich gewöhnlich die ganze Bauernhabe: Roggen, Weizen, Heu 2c. befindet.

Abgesehen davon, daß die Mannschaft der oberwähnten Kavallerieabteilungen ohne Zustimmung der Landwirte sich in deren Scheunen einquartierte und seit dem 21. bis 28. September 1917 in diesen Quartieren verblieb, nahm sie für ihre Pferde Futter und Heu ohne Einwilligung der Eigentümer, und zwar in einer so übermäßigen Menge, daß die Pferde dieses Futter mehr vernichteten als verzehrten. Obendrein verwendeten die Soldaten das ungedroschene Getreide als Streustroh, wodurch sie nicht nur einzelne Besitzer, sondern auch den Staat selbst schädigten und die Volksernährung beeinträchtigten. Die Ortsbevölkerung sah dieser skrupellosen Vernichtung ihrer mühseligen Arbeitsfrüchte der ganzjährigen Bemühungen bei der Landwirtschaft zu. Die Leute flehten die übermütigen Eindringlinge um die Verschonung der teuren Feldfrüchte, worauf sie nur brüske und herabsetzende Antworten erhielten und oft auch mißhandelt wurden. Obendrein werden wir, die mit dem Blute unserer Väter, Gatten, Söhne und Brüder unseren heimatlichen Boden getränkt haben und unsere Brust in der Verteidigung des Vaterlandes jeder Gefahr aussetzten, Verräter und Russophile genannt.

Im Nachstehenden führen wir jene Schäden an, welche von den obbezeichneten deutschen Truppenteilen angerichtet worden sind:

Laufende Nummer	Vor- und Zuname	Hausnummer	Zahl der einquartierten Pferde	Zahl der Mannschaft	Schadensart	Gesamtwert K
1	Olexa Hlibczuk . .	429	4	4	Requiriert: 30 Garben ungedroschenen Roggen .	20
					1 Fuhre Heu	60
					12 Kilogramm Erdäpfel	4
					1 Fuhre Holz	10
2	Tanasij Budz . .	801	2	1	Heu im Werte von 300 K abgenommen und kaum 60 K vergütet	240
3	Iwan Pawluk . .	773	—	—	Heu im Werte von 300 K abgenommen, vergütet 92 K	208
4	Marija Lazoryk .	840	4	4	Ließen die Pferde in den Garten herein, wo die Fisolen vernichtet wurden	100
5	Anna Hercjuk . .	119	4	2	Heu im Werte von 10 K abgenommen	10

Laufende Nummer	Vor- und Zuname	Hausnummer	Zahl der einquartierten Pferde	Zahl der Mannschaft	Schadensart	Gesamtwert K
6	Olena Nestoruk . .	111	4	4	Ungedroschenes Korn unter die Pferde gestreut . Heu requiriert, Wert	20 10
7	Jhnat Makowijczuk	197	—	—	Heu im Werte von 80 K abgenommen und 32 K vergütet	48
8	Katerуna Budz . .	—	10	10	Heu und Holz requiriert	100
9	Olena Czepуha . .	562	8	8	Heu, Stroh und Holz im Werte von	42
10	Thomas Fedynczuk	—	4	4	Ungedroschenen Roggen als Streu verwendet . . Heu requiriert	30 32
11	Maxim Kuleszir .	27	3	3	Heu abgenommen im Werte von 160 K, hiervon 35 K vergütet	125
12	Tymofij Fedynczuk	110	4	4	Als Saatgut zurückgelassenen Klee requiriert im Werte von	50
13	Maftej Jusypczuk .	—	—	—	500 Kilogramm Heu im Werte von 100 K abgenommen und kaum 40 K vergütet	60
14	Petro Fedynczuk .	718	2	2	Requiriert: Heu im Werte von . . . . Weizen " " " . . . . Erdäpfel " " " . . . . Stroh " " "	12 12 2 30
15	Katarуna Pawluk .	105	6	5	Requiriert: Heu im Werte von . . . . 25 Kilogramm Roggen im Werte von 60 Garben " " " " 1 Paar Hausschuhe " " " 1 Polster " " " 1 Tuch " " " 1 Handtuch " " "	40 15 20 60 4 16 6
					Zusammen .	1.396

Die oben angeführten Schäden wurden von den hierzu bestimmten Fachleuten eingeschätzt:

Antin Budz m. p. Nykola Liwak m. p.

Ferner führen wir die Namen derjenigen Personen an, welche von den oberwähnten Soldaten mißhandelt wurden:

Odokija Budz . . . . Haus Nr. 801,
Jwan Pawluk . . . . " " 773,
Hnat Makowijczuk . . . . " " 197,
Olena Czepуha . . . . " " 562,
Petro Fedynczuk . . . . " " 718,
Katerуna Pawluk . . . . " " 105.

Wir glauben, daß wir so ein Vorgehen von seiten unserer Verbündeten und Freunde gar nicht verdienen, wir hegen daher die Hoffnung, daß in kürzester Zeit eine Genugtuung für uns verschafft werden wird. Wir erhoffen auch den vollen Ersatz der uns erwachsenen Schäden.

Mit vorzüglichster Hochachtung

Die Gemeinde Stari Kuty im Bezirk Kosiw in Galizien.

A. Toma m. p.

L. S.

Amtssiegel der Gemeindeobrigkeit in Stari Kuty.

1387
I

Запит

посла Стефана Онишкевича і товаришів до Їх Ексцеленций панів Міністрів внутрішних справ і краєвої оборони в справі надужитя власти, якого допустив ся комісар ц. к. Староства в Старім Самборі в Галичині, Корженьовский.

В пятницю перед Зеленими Сьвятами 1917, скликав комісар від причинків Корженьовский зі Старого Самбора в Галичині всї жінки зі Старої Ропи, що побирають причинки, до громадскої канцеляриї в Старій Ропі, старосамбірского повіта, і зажадав, щоби підписувати шесту воєнну позичку. В тій цїли відбирав від кождої листу виплат, щоби підписану суму прямо з каси податкового уряду стягнути.

На Анну Хомик зі Старої Ропи наложив комісар Корженьовский 50 корон на воєнну позичку і взяв від неї листу виплат. На се заявила Анна Хомик, що она на разї не може нїчого підписувати, бо єї хата валить ся і она мусїла наняти коштовних як на тепер майстрів, щоби хату направили, і на сьвідків покликала саме тих майстрів: Івана Плитича і Михайла Бучківского. Коли она так толкувала ся перед війтом, крикнув до неї Корженьовский, що она має еще давні гроші, на що дістав відповідь, що жадних гроший не має, бо заспокоїла своїх вірителїв. Комісар на се заявив, що тепер не треба довгів сплачувати, на що Хомик відповіла, що она для того віддала, бо не знати, що еще може стати ся. Тогди крикнув комісар: „Nie można tu pyskować — 14 dni aresztu!“ На се відповіла завстиджена Анна Хомик (хата була повна людей): „Можете менї дати і більше чим 14 днїв, можете мене і повісити, менї вже все одно: мій чоловік не пише, як іно пішов з першою мобілїзациєю на війну, певно не жиє. Маю двоє дітий, одному 10, другому 13 лїт, певно вже сироти, котрим і так не дам ради“, на що комісар крикнув: „szlag by cię trafił z babami“, вискочив ізза стола, хопив Анну Хомик за карк, вдарив кілька разів колїном в плечі і викинув на двір. Сьвідки: Ясько Дубас, Марія Грегорович і Ганýня Кучірка всї зі Старої Ропи.

Другого дня прийшов жандáрм, забрав зі собою Анну Хомик і відпровадив 10 кільометрів далеко до Старого Самбора до ц. к. Староства. Тут якийсь пан прочитав єї що комісар Корженьовский засудив єї на 7 діб арешту за „pyskowanie“. І знова під жандармскою ескортою відвели єї до Старої Соли до арешту. Мала сидіти в Старім Самборі, але тутешний якийсь вахмайтер жандармериї випросив, що відіслали єї близше до дому. А дома лишила Анна Хомик 2 малих дітий без опіки, а навіть розчинений хліб в коритї!

Та мало було пімсти можновладного комісаря над бідною, нещасливою жінкою: він задержав єї листу виплат, і она вже шестий місяць не побирає причинка, та з дрібними дїтьми примирає голодом. На жалобу до краєвої причинкової комісиї в Бялій з 10. серпня 1917. не має до тепер жадної відповіди.

Підписані запитують:

„1. Чи знають Ваші Ексцеленциї, як поводить ся комісар староства в Старім Самборі в Галичині Корженьовский з жінками покликаних на війну?

2. З'осібна чи відомо Вашим Ексцеленциям про брутальне поведенє сего

комісаря з Анною Хомик зі Старого Самбора?

3. Чи Ексцеленция пан Міністер внутрішних справ схоче потягнути до строгої відвічальности комісаря Корженьовского зі Старого Самбора за єго нелюдске поведенє супроти безборонної жінки і матери дрібних дітий?

4. Чи Ексцеленция пан міністер краєвої оборони схоче наказати підчиненим óрґанам, щоби віддали незаконно забраний лист виплат Анні Хомик зі Старої Ропи і виплатили їй як найскорше разом з відсотками незаконно задержаний від кількох місяців причинок?“

Відень, 7. листопада 1917.

Dr. Zahajkewycz.
Dr. Wl. Baczyńskyj.
Dr. Eugen Lewickyj.
Stefanyk.
Dr. Okunewskyj.
Stefan Onyszkewycz.
Dr. Petruszewycz.
Dr. Smal-Stockyj.
Dr. Cehelskyj.
Budzynowskyj.

Authentische Übersetzung.

1387
I

Anfrage

des

Abgeordneten P. Stefan Onyszkewycz und Genossen an Ihre Exzellenzen die Herren Minister des Innern und für Landesverteidigung, betreffend den vom Kommissär der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Staryj Sambir in Galizien Korzeniowski begangenen Mißbrauch der Amtsgewalt.

Am Freitag vor den Pfingsten 1917 berief der Kommissär Korzeniowski in Staryj Sambir in Galizien, welcher als Referent für die Unterhaltsbeiträge bei der dortigen Bezirkshauptmannschaft fungiert, sämtliche beteiligten Frauen aus Stara Ropa, welche im Bezuge dieser Beiträge stehen, in die Gemeindekanzlei in Stara Ropa ein und verlangte von ihnen, daß diese die sechste Kriegsanleihe zeichnen. Zu diesem Zwecke nahm er jeder derselben ihren Zahlungsbogen ab, um die gezeichnete Anleihesumme direkt bei der k. k. Steueramtskassa einzutreiben.

Der Anna Chomyk aus Stara Ropa legte der Kommissär Korzeniowski 50 K für die Kriegsanleihe auf und nahm von ihr ihren Zahlungsbogen. Hierauf erklärte Anna Chomik, sie wäre vorläufig außerstande, etwas zu zeichnen, weil ihr Wohnhaus im desolaten Zustande sei und sie genötigt war, in der jetzigen Zeit teure Arbeitskräfte und Meister aufzunehmen, um das Haus wieder herzustellen. Als Zeugen machte sie eben jene Meister namhaft, und zwar Iwan Plytycz und Mychajlo Buczkiewskyj.

Als sie die obige Entschuldigung dem Gemeindevorsteher vorbrachte, schrie Korzeniowski die Frau an, sie besitze angeblich noch andere Geldmittel von früherer Zeit, worauf sie zur Antwort gab, daß sie sonst kein Geld habe, weil sie ihre Gläubiger befriedigen mußte. Der Kommissär verwies die Frau auf die gewährte gesetzliche Stundung, kraft welcher man die Schulden nicht zu tilgen brauchte, Chomyk erwiderte jedoch, sie habe trotzdem die Schulden bezahlt, weil man nicht wissen kann, was noch kommen wird. Darauf schrie der Kommissär: „Sie dürfen hier nicht raisonieren — 14 Tage Arrest!“ Dies geschah in Anwesenheit vieler Personen, welche das Zimmer voll ausfüllten. Zum innersten betroffen sagte Anna Chomik: „Sie können mir auch mehr als 14 Tage Arrest diktieren, Sie können mich auch aufhängen, es ist mir schon alles eins, mein Mann schreibt an mich gar nicht, seit er mit der ersten Mobilisierung in den Krieg zog, wahrscheinlich lebt er schon nicht mehr. Ich stehe mit meinen zwei unmündigen Kindern da, das eine kaum zehn, das andere 13 Jahre alt, sie sind schon sicher Waisen und ich kann sowieso ihnen nicht helfen!“

Auf diese Äußerung schrie der Kommissär: „Schlag soll dich treffen!“, sprang von seinem Sitz hinter dem Tische auf, erfaßte Anna Chomyk beim Nacken, versetzte ihr einige Kniestöße auf den Rücken und stieß sie aus dem Zimmer hinaus. Als Zeugen dieses Vorfalles führen an: Jasjko Dubas, Marija Hrehorowycz und Hannsja Kuczirka, sämtliche aus Stara Ropa.

Am nächsten Tage erschien ein Gendarm, nahm die Anna Chomyk mit und eskortierte sie zehn Kilometer weit nach Staryj Sambir in die k. k. Bezirkshauptmannschaft. Im Amte verlas ihr ein Herr das Straferkenntnis, laut dessen sie zu sieben Tagen Arrest wegen des „Nichtmaulhaltens“ von dem Kommissär Korzeniowski verurteilt wurde.

Sie wurde nachher unter der Eskorte eines Gendarmen nach Stara Sil zur Abbüßung der Arreststrafe abgeführt.

Sie sollte in Staryj Sambir die Arreststrafe antreten, aber der dortige Gendarmeriewachtmeister bat für sie, daß sie näher ihres Wohnsitzes ihre Strafe antrete. Anna Chomyk ließ ja zu Hause zwei unmündige Kinder ohne jede Obsorge. Vor dem Verlassen des Hauses hat sie eben den Teig geknetet, um das Brot zu backen und so ist der Teig im Trog liegen geblieben.

Die Racheluft des allmächtigen Kommissärs der armen, alleinstehenden Frau gegenüber war noch nicht gesättigt. Er zog ihren Zahlungsbogen ein und sie bezieht bereits ein halbes Jahr, trotz des unabstreitbaren, gesetzlichen Anspruches, keinen Unterhaltsbeitrag mehr, weswegen sie mit ihren kleinen Kindern Hungersnot leiden muß. Über die am 10. August 1917 an die Landes-Unterhaltsbeitragskommission in Biala überreichte Beschwerde ist bisnun keine Antwort herabgelangt.

Die Gefertigten stellen sohin nachstehende Anfragen:

„I. Ist Euren Exzellenzen bekannt, wie der Kommissär der Bezirkshauptmannschaft in Staryj Sambir in Galizien, Korzeniowski, die Frauen der zur Kriegsdienstleistung Einberufenen behandelt?

II. Insbesondere ist Euren Exzellenzen das brutale Vorgehen des genannten Kommissärs der Anna Chomyk aus Staryj Sambir gegenüber bekannt?

III. Sind Eure Exzellenz der Herr Minister des Innern geneigt, den Kommissär Korzeniowski aus Staryj Sambir wegen dessen inhumanen Vorgehens gegenüber einer wehrlosen Frau und Mutter von zwei kleinen Kindern zur strengsten Verantwortung zu ziehen?

IV. Gedenken Eure Exzellenz der Herr Minister für Landesverteidigung den unterstehenden Stellen, beziehungsweise Organen den Befehl zu erteilen, daß der der Anna Chomyk aus Stara Ropa ungesetzlich abgenommene Zahlungsbogen zurückgegeben und daß derselben der ihr seit mehreren Monaten ungesetzlich zurückgehaltene Unterhaltsbeitrag samt entfallenden Zinsen so rasch als möglich ausgezahlt werde?“

Wien, 7. November 1917.

Dr. Petruszewycz.	Stefan Onyskewycz.
Dr. Cehelskyj.	Dr. Smal-Stockyj.
Dr. Zahajkewycz.	Stefanyk.
Dr. W. Baczynskyj.	Budzynowskyj.
Dr. Okunewskyj.	Dr. Euhen Lewyckyj.

1388
—
I

Запит

посла Стефана Онишкевича і товаришів до Єго Ексцеленциї пана Міністра краєвої оборони в справі повільного полагоджуваня причинкових справ у причинковій комісиї в Мостисках в Галичині.

Марія Бервецка, 47 літна вдовиця з Макунева, мостиского повіта в Галичині, мати четверо незаосмотрених дітий, з котрих наймолодше числить 8 літ, посїдає 5 морґів поля, значно обтяженого довгами. В часї ворожої інвазиї знищили єї російскі війска господарство, забрали пару коний, корову, теля і дріб, побили єї і єї мужа Миколу так, що сей помер. Єї син Михайло Бервецкий служить при 23. полку краєвої оборони 4/14 і він помагав єї, як був дома і своєю працею удержував родину. Причинкова комісия в Мостисках відмовила їй за сина причинка до удержаня, а на представлене, котре Марія Бервецка внесла єще в грудни 1916, не має до тепер жадної відповіди.

Онофер Бервецкий з Макунева пішов до підводи (на форшпан) яко 57 лїтний старець, полишив 51 лїтну жену без заосмотреня, понеже їх син Михайло Бервецкий служить при війску від року 1913, а тепер при ц. к. відділї будов (k. k. Militär-Bauabteilung) при арсеналї у Відни. Коли Онофер вернув з форшпану, вніс подане о причинок, однак повітова комісия причинкова в Мостисках до тепер єго справи не полагодила.

Підписані запитують:

„1. Чи зволять Ваша Ексцеленция відповідно подбати, щоби Марії Бервецкій і Онофрови Бервецкому, обом з Макунева, мостиского повіта, як найскорше виплачено причинки за їх синів?

2. Що зволять Ваша Ексцеленция зарядити, щоби повітова причинкова комісия в Мостисках скорше полагоджувала причинкові справи?“

Відень, 7. листопада 1917.

Dr. Petruszewycz.
Dr. Eugen Lewickyj.
Stefanyk.
Dr. Okunewskyj.
Dr. Wl. Baczyński.
S. Onyszkewycz.
Dr. Smal-Stockyj.
Dr. Cehelskyj.
Budzynowskyj.
Dr. Zahajkewicz.

Authentische Übersetzung.

1388
I

Anfrage

des

Abgeordneten P. Stefan Onyszkewycz und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend eine säumige Erledigung der Beitragsansprüche bei der Bezirksbeitragskommission in Mostyska in Galizien.

Marija Berwecka, 47jährige Witwe aus Makuliw, politischer Bezirk Mostyska in Galizien, Mutter von vier unversorgten Kindern, von denen das jüngste acht Jahre alt ist, besitzt im ganzen fünf Joch Feld, auf denen bedeutende Hypothekarlasten haften. Während der feindlichen Invasion wurde ihre Landwirtschaft von den russischen Truppenteilen devastiert; die Russen nahmen ihr ein Paar Pferde, eine Kuh, ein Kalb und Geflügel ab, sie selbst und ihr Mann Nykola wurden so heftig mißhandelt, daß der letztere gestorben ist. Ihr Sohn Mychajlo Berweckyj dient beim k. k. Schützenregiment Nr. 23 bei der 14. Kompagnie. Der Sohn half ihr in der Wirtschaft und unterhielt durch seine Arbeit die ganze Familie. Die Bezirksbeitragskommission in Mostyska wies ihren Anspruch auf einen Unterhaltsbeitrag für den Sohn ab, während von der Marija Berwecka noch im Dezember 1916 eingebrachte Vorstellung bis zum heutigen Tage unerledigt blieb.

Onofer Berweckyj aus Makuliw wurde als 52jähriger Landsturmmann zu Vorspannleistungen herangezogen, er ließ zu Hause eine unversorgte 51jährige Ehefrau, während ihr Sohn Mychajlo Berweckyj seit dem Jahre 1913 den Kriegsdienst leistet und gegenwärtig bei der k. k. Militärbauabteilung beim k. k. Arsenal in Wien dient. Als Onofer Berweckyj vom Vorspanndienst zurückkehrte, überreichte er ein Gesuch um Gewährung des Unterhaltsbeitrages, dieser Anspruch wurde jedoch bis heute von der Bezirksbeitragskommission nicht erledigt.

Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten an Eure Exzellenz nachstehende Anfragen:

„I. Sind Eure Exzellenz geneigt, die nötige Verfügung zu treffen, daß an Marija Berwecka und Onofer Berweckyj, beide aus Makuliw, politischer Bezirk Mostyska, die ihnen zukommenden Unterhaltsbeiträge für ihre Söhne in möglichst kurzer Zeit ausbezahlt werden?

II. Gedenken Eure Exzellenz die Anordnung zu treffen, daß die Bezirksbeitragskommission in Mostyska alle bei ihr anhängig gemachten Beitragsangelegenheiten so rasch als möglich zu erledigen nicht versäume?"

Wien, 9. November 1917.

Dr. Cehelskyj.
Budzynowskyj.
Dr. W. Baczynskyj.
Dr. Eugen Lewickyj.
Dr. Okunewskyj.
Dr. Zahajkewycz.
Dr. Petruszewycz.
S. Onyszkewycz.
Dr. Smal-Stockyj.
Stefanyk.

1389
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Wladimir Baczyńskyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffs der widerrechtlichen Nichtbeachtung der ukrainischen Sprache und Verweigerung der Ausfolgung eines Reisepasses, beziehungsweise eines Passierscheines zur Fahrt aus Kalyniw, Bezirk Sambir, nach Kalusz, für den Landwirt Jakiw Basaraba, seitens der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Sambir.

Die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Sambir schikaniert die ukrainische Bevölkerung des Bezirkes Sambir in der Weise, daß sie sämtliche Eingaben, welche in ukrainischer Schrift und Sprache verfaßt sind, entweder widerrechtlich mit der Aufforderung, dieselben in polnischer Sprache einzubringen, zurückstellt, oder in Erledigung derselben, polnische Beschlüsse ukrainischen Parteien zustellt.

Dieses widerrechtliche Vorgehen der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Sambir ist, abgesehen davon, daß durch dieses Vorgehen die betreffenden Parteien empfindlich geschädigt werden, weil sie durch das Zurückstellen der nicht erledigten Eingaben, die oft dringlich sind, Zeit und Geld verlieren, auch eine krasse Verletzung der durch die Staatsgrundgesetze verbürgten nationalen Rechte der ukrainischen Bevölkerung.

Wir erlauben uns einen der vielen Fälle nachstehend darzustellen:

Wie aus beigeschlossenem Schreiben zu ersehen ist, hat der Landwirt Jakiw Basaraba, ein Evakuierter aus dem besetzten Gebiete Galiziens, der sich zu der Zeit in Kalyniw, Bezirk Sambir aufhielt, an die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Sambir eine Eingabe zur G. Z. 35563, am 7. August 1917, wegen Erteilung einer Reisebewilligung zur Fahrt von Sambir nach Kalusz, wo sich seine Angehörigen als Evakuierte aufhielten, eingebracht.

Der k. k. Bezirkshauptmann in Sambir, Statthaltereirat Grabowski, hat die Eingabe mit Beschluß vom 8. August 1917, G. Z. 314, mit der Aufforderung, dieselbe in polnischer oder deutscher Schrift und Sprache zu verfassen und einzubringen, an das Gemeindeamt in Kalyniw (Kaiserdorf) zurückgestellt.

Wir stellen daher die Anfragen:

„1. Ist Eurer Exzellenz das Vorgehen des k. k. Bezirkshauptmannes in Sambir bekannt?

2. Sind Eure Exzellenz geneigt, den k. k. Bezirkshauptmann in Sambir hierfür zur strengen Verantwortung zu ziehen?

3. Sind Eure Exzellenz geneigt, dafür zu sorgen, daß künftighin Eingaben, die in ukrainischer Schrift und Sprache verfaßt sind, nicht unerledigt zurückgestellt werden und daß die betreffenden Beschlüsse der Bezirkshauptmannschaft in der Schrift und Sprache herausgegeben werden, in welcher die Eingabe eingebracht wurde?“

Kolessa. — Dr. Wladimir Baczyńskyj.
Smal Stockyj. — Dr. Kost' Lewyckyj.
Petryckyj. — Stefanyk.
Dr. Lew Baczyńskyj. — Cehelskyj.
Okunewskyj. — Holubowycz.
Budzynowskyj. — M. R. v. Singalewycz.

1390
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Wladymir Baczyńskyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern und den Herrn Landesverteidigungsminister, betreffend Nichtbeachtung der ukrainischen Sprache und Benutzung statt deren der russischen durch die k. u. k. Zensurstelle 2 in Lemberg Hauptbahnhof.

Die Agrarhypothekenbank in Lemberg, Podwale 7, hat an die ukrainische Institution „Ruskyj Narodnyj Dim in Olesko" (Ruthenisches Nationalhaus in Olesko) einen Geldbrief mit dem Inhalt von Wechseln im Werte von 1000 K per Post geschickt. Die Adresse war in ukrainischer Schrift und Sprache angegeben.

Die k. u. k. Zensurstelle 2 in Lemberg Hauptbahnhof, die den Brief zum Zensurieren bekam, hat, wie es in solchen Fällen üblich ist, nach der Zensurvornahme einen neuen Briefumschlag gegeben und die Adresse statt in ukrainischer in russischer Schrift und Sprache angegeben, wobei sie die Institution, die als eine rein ukrainische allgemein bekannt ist, auf den Briefumschlag ostentativ als russisch mit den Worten „Russkoj Narodnyj Dom" bezeichnet hat.

Dieser krasse Fall der absichtlichen Nichtbeachtung der ukrainischen Sprache ist eine empfindliche Verletzung der nationalen Gefühle der Ukrainer, die eine tiefe Entrüstung hervorgerufen hat und nicht ungestraft bleiben darf.

Die beiden Briefumschläge schließen wir sub 1, 2, bei.

Wir stellen daher die Anfragen:

„1. Ist Euren Exzellenzen der Fall bekannt?

2. Sind Eure Exzellenzen geneigt, den Schuldigen zur strengen Verantwortung zu ziehen?

3. Sind Eure Exzellenzen geneigt, dafür zu sorgen, daß bei der Zensurstelle in Lemberg Hauptbahnhof solche Kräfte angestellt werden, die der ukrainischen Sprache in Wort und Schrift mächtig sind und daß künftighin solche Fälle nicht mehr vorkommen?"

Kędzior.	Dr. Wladimir Baczyńskyj.
Budzynowskyj.	Okunewskyj.
Dr. Kost' Lewickyj.	Cehelskyj.
Holubowycz.	Petryckyj.
Stefanyk.	Zahajkiewicz.
Kolessa.	Wl. R. v. Singalewycz.

1391
I

Anfrage

des

Abgeordneten Brenčič und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ernährungsminister.

Die Erntekommission in St. Lorenzen am Draufelde, Bezirkshauptmannschaft Pettau, sendete mir folgendes Telegramm:

„Hier werden Kartoffeln rücksichtslos requiriert ohne die vorgeschriebene Menge für die Ernährung zu belassen; die Ernte verrechnen sie 80 Meterzentner auf ein Hektar, während in Wirklichkeit nur 40 bis 60 Meterzentner pro Hektar gewonnen werden. Die Lieferungsverträge waren in vielen Fällen erzwungen und größere Mengen eingeschrieben als in Verträgen abgemacht. Wir bitten dringend um Vermittlung, daß die Requisitionen auf Grund der tatsächlichen nicht beliebig angenommenen Vorräte vorgenommen werden."

Auf Grund dieser Nachricht erlauben sich die Gefertigten anzufragen:

„1. Ist Seine Exzellenz gewillt, sofort anzuordnen, daß im Pettauer Bezirk der Bevölkerung die für die Ernährung, Saatgut und Viehzucht vorgeschriebenen Mengen belassen werden?

2. Ist Seine Exzellenz gewillt, anzuordnen, daß die Requisitionen überprüft und die Abgabe auf Grund der wirklichen und nicht beliebig angenommenen Ernte angeordnet werde?

3. Ist Seine Exzellenz gewillt, die nun im Gange befindlichen Abgaben sofort einzustellen und auf die Überprüfung der Requisitionsvorschriften der jetzigen Aktion zu warten?

4. Ist Seine Exzellenz gewillt, dem Statthalter von Steiermark, Herrn Grafen Clary, den Auftrag zu geben, die Rechtmäßigkeit der Abgaben strenge zu überwachen?"

Wien, 16. November 1917.

Roškar.	M. Brenčič.
Dr. Korošec.	Dr. Pogačnik.
Pišek.	Fon.
Jarc.	Gostinčar.
Fr. Demšar.	Dr. Smodlaka.
Pogačnik.	Benkovič.
Dr. Sesardić.	Dr. Fr. Jankovič.

1392
I

Anfrage

des

Abgeordneten Mr. Gustav Hummer und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung und an Seine Exzellenz den Herrn Minister Höfer.

Ich erhalte folgendes Schreiben:

„Eine Anregung! Ich ging gestern durch den Wienerwald und traf knapp hinter dem Gasthaus „Jägerwiese“, Richtung Weidling, auf Teile der 1915 angelegten Befestigungen. Da verfaulen nun viele, viele Meterzentner Holz, die durchaus keinem Zweck mehr dienen und doch entweder von der ärmeren Bevölkerung der Außenbezirke sehr gut als willkommenes Brennholz benutzt werden könnten. Auch im Vorfeld liegen Hunderte von Stämmen, um die sich scheinbar niemand kümmert, die sicher auch der Heeresverwaltung gehören, da sie, um Schußfeld zu gewinnen, niedergelegt wurden. Nach dem Aussehen liegen sie schon Jahr und Tag und können wohl nur noch als Brennholz benutzt werden.

Was nun hier auf einem ehemaligen Stützpunkt der Fall ist, dürfte man rings um Wien finden.

Eine Anfrage, wem das Holz gehört, und wenn der Heeresverwaltung (Befestigungs-Baudirektion), was sie damit zu tun gedenkt, würde sich empfehlen.

Auch massenhaft Draht ist dort noch zu finden.“

Die vorstehenden Ausführungen sind sehr zutreffend. Der Erstunterzeichnete hatte selbst Gelegenheit, sich von der Richtigkeit der vorgebrachten Tatsachen zu überzeugen. Ohne auf die Frage der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der seinerzeit im Wienerwald gerichteten Befestigungswerke einzugehen, stellen die Gefertigten die Anfragen:

„1. Ist Seiner Exzellenz dem Herrn Minister Höfer das unbenutzte Vorhandensein des seinerzeit vergeudeten Holzes bekannt und gedenkt er, es der notleidenden Bevölkerung Wiens ehestens zuzuführen?

2. Ist Seine Exzellenz der Herr Minister für Landesverteidigung geneigt, der sofortigen Verwendung des vorgenannten Holzes für Zwecke der Beheizung jede Unterstützung angedeihen zu lassen?“

	Dr. Sommer.	Pacher.	Mr. Hummer.
O. Teufel.	Felzmann.	Frz. Schreiter.	Dr. Roller.
Kroy.	Dr. Michl.	K. H. Wolf.	Kopp.
Kraus.	Glöckner.	Bernt.	A. Rieger.
Dr. Bodirsky.	Heine.	Dr. Herold.	K. Schürl.
Kasper.	Dr. v. Mühlwerth.	Dr. F. Wichtl.	Dr. Kindermann.

1393
I

Anfrage

des

Abgeordneten Grafen Baworowski und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister wegen Behandlung der Enthebungsgesuche der polnischen Presse durch die Enthebungsgruppe.

Nach Ausbruch des Weltkrieges geriet die polnische Presse in eine äußerst schwierige Lage. Die jüngeren Mitarbeiter, soweit sie nicht der k. u. k. Armee angehört haben, sind zahlreich den polnischen Legionen beigetreten, um an dem Kampfe gegen den Zarismus teilzunehmen. Viele von ihnen sind noch heute an der Front, so mancher hat den Heldentod erlitten. Übrig geblieben sind fast ausschließlich die Unentbehrlichsten, solche, ohne deren Mithilfe die betreffende Zeitung dem Ruin entgegensteuern würde. Nach Eroberung des Königreiches Polen durch die Zentralmächte ist dennoch von den Übriggebliebenen ein Teil nach Polen gezogen, um dort die Pflicht gegenüber der Nation und dem Staate zu erfüllen. Bei den Redaktionen der polnischen Zeitungen in Österreich macht sich daher ein Mangel an Redaktionskräften stark geltend. Die gleichen Redakteure arbeiten Tag und Nacht mit Anstrengung aller Kraft.

Die Aufgaben der polnischen Presse während des Weltkrieges sind aber besonders wichtig und schwierig. Steht doch die polnische Frage an der Spitze der europäischen Fragen.

Angesichts dessen, angesichts der Tatsache, daß die Lösung der polnischen Frage zu den wichtigsten europäischen Problemen gehört, sollte man vermuten, daß die k. k. Regierung alles veranlassen werde, um der polnischen Presse die Erfüllung ihrer schwierigen Aufgaben zu erleichtern, keinesfalls aber ihre Lage zu erschweren, um so mehr, als die maßgebenden Faktoren aller europäischen Staaten die Bedeutung der Presse im Weltkriege zu würdigen gelernt haben. Es genügt diesbezüglich auf die Äußerungen des Kaisers über die Aufgaben und Bedeutung der Presse im Weltkriege zu verweisen.

Das k. k. Landesverteidigungsministerium nimmt jedoch diesen Standpunkt — was die polnische Presse anbetrifft — nicht ein. So manches Gesuch um Enthebung eines unentbehrlichen Redakteurs einer polnischen Tageszeitung wurde abgewiesen, so manche polnische Zeitung wurde hierdurch stark geschädigt.

In letzter Zeit hat das k. k. Landesverteidigungsministerium das Gesuch der polnischen Tageszeitung „Nowa Reforma“ in Krakau um Enthebung von drei Redakteuren, die bei der Musterung für tauglich befunden wurden, abschlägig erledigt, und zwar bezüglich aller drei Redakteure. Sollte das k. k. Landesverteidigungsministerium festgestellt haben, daß alle drei Redakteure, die jahrelang in der betreffenden Zeitschrift arbeiten, sofort, ohne die Interessen der Zeitung zu gefährden, durch andere ersetzt werden können? Redakteure können doch nicht so ersetzt werden wie Gewerbetreibende oder Arbeiter! Der Mangel an polnischen Redaktionskräften in Österreich seit Ausbruch des Weltkrieges ist überdies notorisch.

Ist es nicht im öffentlichen Interesse gelegen, daß der polnischen Presse in Österreich eine wirksame Tätigkeit ermöglicht werde?

Es wird diesbezüglich hervorgehoben, daß auch die polnische Presse im Kriege dem öffentlichen Interesse dient, sie leistet gute Dienste sowohl dem

Lande wie der Heeresleitung, die nicht genug hoch eingeschätzt und anerkannt werden können. Dieser Anerkennung darf sich niemand verschließen. Abgesehen hiervon kann man heute erprobte und bewährte Mitarbeiter der Zeitungen nicht durch Anfänger oder mit der eigenartigen Arbeit in den Redaktionen nicht vertrauten Personen ersetzen, die den großen Anforderungen keinesfalls zu entsprechen vermögen.

Nach reifer Überlegung muß man wohl zugeben, daß die weitgehendste Unterstützung der polnischen Presse im Interesse der Monarchie, sohin im öffentlichen Interesse gelegen ist.

Es sei schließlich betont, daß die strengste Behandlung der Eingaben um Enthebung der polnischen Redakteure der Armee kaum eine Handvoll Soldaten zuführen würde, während der dem öffentlichen Interesse und der polnischen Presse zugefügte Schaden unverhältnismäßig größer wäre.

Da eine jede, somit auch die polnische Nation, betreffs ihrer nationalen Presse sehr empfindlich ist, müßte sie die allzustrenge Behandlung der Enthebungsgesuche der polnischen Zeitungen hart empfinden.

Die Gefertigten stellen daher an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister die Anfrage:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, der Enthebungsgruppe des Landesverteidigungsministeriums die Weisung zu erteilen, sie möge die polnische Presse nicht härter als die Presse anderer Nationen behandeln, sie möge vielmehr angesichts der schwierigen Verhältnisse der polnischen Zeitungen die Gesuche um Enthebung der unentbehrlichen Redakteure entsprechend wohlwollend behandeln?"

Steslowicz.	Gf. Baworowski.
Goetz.	Tertil.
Banaś.	Kasimir Wysocki.
Matakiewicz.	Osuchowski.
Rauch.	Kleski.

1394
I

Anfrage

des

Abgeordneten Ing. Smrček und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister, betreffend Ernennung von Sanitätsfähnrichen zu Sanitätsleutnants.

Laut Zirkularverordnung des k. u. k. Kriegsministeriums vom 13. April 1915, Abteilung Nr. 14, Nr. 7459, können Einjährig-Freiwillige Mediziner, die bei der Armee im Felde im Sanitätshilfsdienste verwendet werden, nach einer Dienstzeit von mindestens sechs Monaten zu „Sanitätskadetten", nach mindestens einjähriger Dienstzeit zu „Sanitätsfähnrichen" ernannt werden. Diese Zirkularverordnung besagt des weiteren, daß eine weitere Beförderung der Sanitätsfähnriche vor Erlangung des Doktorgrades nicht in Aussicht genommen ist. Die letztere, den Einjährig-Freiwilligen Mediziner gegenüber anderen akademischen Studierenden zurücksetzende Bestimmung wurde erfreulicherweise durch eine Allerhöchste Entschließung am 21. Oktober 1916 (Zirkularverordnung vom 6. November 1916, Abteilung 14, Nr. 26690) dahin abgeändert, daß auf die Dauer des Krieges jene Sanitätsfähnriche, die bei der Armee im Felde im Sanitätshilfsdienste vorzüglich entsprochen haben, mindestens ein halbes Jahr in dieser Charge sind und auch außerdienstlich die volle Würdigkeit zur Erlangung der Offizierscharge besitzen, zu „Sanitätsleutnants in der Reserve" ernannt werden können. Diese überaus anerkennenswerte Entschließung Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät, die unter den Einjährig-Freiwilligen Medizinern so große Freude hervorgerufen und nicht anders als eine besondere Anerkennung ihrer Dienstleistungen bei der Armee im Felde angesehen werden kann, hat bei ihrer Durchführung eine für die Betroffenen sehr empfindliche Einschränkung erfahren. Es wurde nämlich im Verordnungswege verfügt, daß für die Ernennung zu „Sanitätsleutnants in der Reserve" nur solche Sanitätsfähnriche in Betracht kommen, welche mindestens vier medizinische Studiensemester beendigt haben. Diese Verfügung beinhaltet schon im Hinblick auf die lange Dauer des Krieges zweifellos eine ganz besondere Härte. Denn diejenigen Mediziner, welche nur zwei Studiensemester aufzuweisen haben, sind nach dieser Verfügung, trotzdem sie seit dem ersten Kriegstage bei der Armee im Felde stehen, von der Erlangung der Charge eines Sanitätsleutnants ausgeschlossen. Andere Einjährig-Freiwillige dagegen, die nicht zu den akademischen Bürgern gehören, ja selbst solche mit nur Notmatura, sind, trotzdem sie bedeutend später, oft zwei Jahre später, zum Militär eingezogen wurden, oft nicht einmal zum Frontdienst tauglich sind, daher nur im Etappendienst Verwendung finden, haben inzwischen die Offizierscharge erreicht. Die vorerwähnte Zirkularverordnung bestimmt zwar weiter, daß jene Sanitätsfähnriche, welche die Offizierscharge anstreben, der Erprobung für die Übersetzung zum Frontdienste zuzuführen sind. Es ist aber den Sanitätsfähnrichen mit nur zwei medizinischen Semestern, die seit Kriegsbeginn bei ihrem Regiment oder Bataillon im Sanitätsdienste ersprießliche Verwendung gefunden haben und sich in ihrem künftigen Beruf eingearbeitet haben, gewiß nicht leicht, noch einmal umzulernen. Es erscheint auch gar nicht im Interesse der Heran-

bildung eines militärärztlichen Nachwuchses gelegen, den Mediziner aus seiner Praxis im Sanitätsdienste, in welchem er sich beruflich weiter auszubilden vermag, herauszureißen und einer anderen militärischen Beschäftigung zuzuführen.

Allgemein wird diesen Sanitätsfähnrichen, deren Leben ebenso wie das anderer Krieger dem feindlichen Feuer und noch dazu infektiösen Krankheiten ausgesetzt ist, das beste Zeugnis ausgestellt, sie haben sich im Felde auf das vorzüglichste bewährt.

Die Gefertigten stellen demnach die Anfrage und gleichzeitig die Bitte:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, den Sanitätsfähnrichen in der Reserve bei der Armee im Felde, welche weniger als vier aber mindestens zwei medizinische Studiensemester aufweisen, die Erlangung der Charge eines Sanitätsleutnans in der Reserve ehestens zu ermöglichen? Die Zahl der Anwärter, die hier in Betracht kommen könnten, dürfte ohnehin eine sehr kleine sein. Es könnte ja daran die Bedingung des Besitzes des Karl-Truppen-Kreuzes geknüpft werden."

Wien, 16. November 1917.

Špaček.	Smrček.
Okleštěk.	Exner.
Kotlant.	Č. J. Lisy.
Prošek.	Udržal.
Kalina.	Votruba.
Kadlčák.	Dr. Zahradník.
Dr. Stojan.	H. Srdínko.
Vacek.	Prunar.
Pokorný.	Tusar.

1395
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Franz Kindermann und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend die Versorgung der Schulen im politischen Bezirke Schluckenau (Wahlkreis Nr. 100) mit der nötigen Kohlenmenge.

Aus dem Gerichtsbezirke Heimpach erhielt ich von einem 12jährigen Schulmädchen eine Karte, in welcher folgende Zeilen waren: „Von Samstag, den 10. November l. J. beginnen bei uns die Kohlenferien; es ist sehr schade, wir wissen nicht, was wir den ganzen Tag anfangen sollen.“ Wenn nun auch die Eltern dieses schulpflichtigen Kindes in der Lage sind, dem Kinde den nötigen Privatunterricht zu besorgen und daheim auch, wenn auch nur ungenügend, gegen das Erfrieren zu schützen, so muß man doch auch die so trostlose Lage der hunderte, ja tausende armer Schulkinder sich vor Augen halten.

Was nützt da alles, der verlangte Schutz der Kinder, die behördlich propagierte „Jugendfürsorge“, wenn diese empfängliche Jugend sich selbst überlassen, vor Kälte nicht geschützt wird.

Daß die Zahl dieser unglücklichen Kinder gewiß keine geringe ist, geht auch aus der folgenden Zuschrift des Ortsschulrates in Fugau, eines von drei Seiten von dem Königreich Sachsen umschlossenen Ortes der Bezirkshauptmannschaft in Schluckenau vom 24. Oktober 1917 — hier beigeschlossen — hervor.

Beilage A.

An das

k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten
(Abteilung für Kohlenversorgung)
in Wien.

Bereits am 27. April l. J. und neuerdings am 1. Oktober sandte der Fugauer Ortsschulrat, am 27. April im Wege des k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht sogar durch den Reichsratsabgeordneten Herrn Dr. Franz Kindermann das Anforderungsschreiben um Beistellung eines bevorzugten Eisenbahnwagens zur Herbeischaffung der für die Schule benötigten Winterkohle an das k. k. Arbeitsministerium.

Um einen raschen Bezug der Kohle zu ermöglichen, ging an das königlich sächsische Eisenbahnministerium das Ansuchen um Überführung dieses Wagens in der Station Bodenbach nach Sachsen, Station Taubenheim der königlich sächsischen Staatsbahn, um von dort die Kohle per Bespannung nach Fugau zu schaffen.

Vor längerer Zeit schon erteilte die königlich sächsische Regierung die erbetene Bewilligung der Kohlendurchfuhr, das k. k. österreichische Ministerium für öffentliche Arbeiten ließ bis heute den ansuchenden Ortsschulrat ohne jeden Bescheid.

In dieser jetzt eingebrochenen rauhen Jahreszeit, wo es ohne Beheizung der Amtslokale nicht möglich ist, seine Pflicht zu erfüllen, müssen Tausende von Schulen gesperrt werden, wenn das k. k. Arbeitsministerium nicht für den Zuschub von Kohle sorgt, ja ein großer Prozentsatz der Schulen des Schluckenauer Schulbezirkes ist bereits gesperrt. Die Kinder wachsen ohne Unterricht auf, vergessen das Gelernte, der Vater steht vor dem Feinde, die Mutter muß außer dem Hause arbeiten, die armen Kinder kommen um ihre in der Schule bereitete und ihnen kostenlos verabreichte Mittagssuppe, treiben sich auf der Gasse herum und gehen so der Verrohung und sittlichen Verwahrlosung entgegen,

die berechtigte Erbitterung über solches Vorgehen der k. k. Behörde wächst zusehends, da sich die Frauen die Frage vorlegen: „Kämpfen unsere Söhne und Männer deshalb und gehen deshalb dem Tode fürs Vaterland mutig entgegen, opfern wir deshalb Kraft und Gesundheit, damit unsere Kinder gegen Verwahrlosung keinen Schutz finden, ja in der Schule wegen des Ausfalles eines jeden Unterrichtes nicht einmal in den religiösen Glaubens- und Sittengesetzen unterrichtet werden können, wird den hungrigen Kleinen der Armen nicht einmal die warme Mittagssuppe gegönnt?"

Die gefertigten Vertreter des Fugauer Ortsschulrates sehen sich daher genötigt, gegen dieses Vorgehen der Beamten des k. k. Ministeriums für öffentliche Arbeiten, Abteilung Kohlenversorgung, energisch Einsprache zu erheben und dringend zu ersuchen, die beanspruchte Winterkohle für die Fugauer Volksschule durch Beistellung eines bevorzugten Wagens schleunigst zu ermöglichen.

Anton Eiselt, Oberlehrer. — Johann Reinisch. Vorsitzender.

Daß sich die Gemeinde Fugau schon rechtzeitig um Erlangung von Kohlen für die Schule bemühte, ist aus der beigeschlossenen Beilage B ersichtlich.

Beilage B.

Abschrift.

Königliche Generaldirektion der sächsischen Staatseisenbahnen. II. Abteilung.

Nr. II C. 4077.

Es wird gebeten, bei der Antwort diese Nummer anzugeben.

Dresden, am 27. Juli 1917.

Auf das Schreiben vom 19. Juli d. J. wird ergebenst erwidert, daß die königlich sächsische Eisenbahnverwaltung auf die Lieferung von Kohlen für Fugau und die Verwendung deutscher Wagen für Taubenheim keinen Einfluß hat.

Das k. k. Arbeitsministerium hat die Ausfuhr böhmischer Kohle nach Deutschland auf die ungenügende Menge von 350.000 Tonnen monatlich beschränkt. Auf diese 350.000 Tonnen wurde daher der nach Taubenheim abgefertigte Kohlenbezug der österreichischen Gemeinde Fugau angerechnet.

Es ist selbstverständlich, daß dies unter keinen Umständen zugelassen werden kann.

Die nach Deutschland eingetretene und österreichischer- wie deutscherseits genau kontrollierte Kohle muß in Deutschland verbleiben, es sei denn, daß österreichischerseits gewährleistet wird, daß die Kohle für Fugau nicht auf das deutsche Kohlenkontingent von monatlich 350.000 Tonnen angerechnet wird.

Hierüber Entschließungen zu fassen, ist Sache der zuständigen k. k. österreichischen Behörden.

Unterschrift unleserlich.

Daß diese Abschrift mit dem Originale wörtlich übereinstimmt, wird bestätigt.

Gemeindeamt Fugau, am 8. August 1917.

Johann Reinisch,
Gemeindevorsteher.

Auf eine Eingabe um Zuschiebung von Kohle, an Seine Exzellenz den Herrn Statthalter in Prag, ist folgender Satz enthalten: „Da die Festsetzung der Verbrauchsquote von dem jeweiligen Stande der Kohlenvorräte im Bezirke abhängen wird, ist eine den Bedürfnissen der Bevölkerung tunlichst entsprechende Abwicklung des Kohlenversorgungsdienstes nur dann zu gewärtigen, wenn das vom Ministerium für öffentliche Arbeiten zur Deckung des hierländischen Bedarfes in Aussicht gestellte Landeskontingent der Statthalterei rechtzeitig und wenigstens in dem zugesicherten Ausmaße behufs weiterer Verteilung zur Verfügung gestellt und der Abtransport der betreffenden Mengen von den Bergwerken durch die Beistellung des hierzu nötigen Wagenmateriales ermöglicht werden wird. Von meiner Seite wird sicherlich alles geschehen, was möglich ist, um die Kohlenkalamität nach Tunlichkeit zu lindern".

In Anbetracht aller dieser so traurigen Verhältnisse, dieser Verhältnisse in unseren Schulen des politischen Bezirkes Schluckenau erlauben sich die Gefertigten die Anfrage:

„Sind diese Verhältnisse Seiner Exzellenz bekannt, wenn nicht, gedenkt diesbezüglich Seine Exzellenz die nötigen Erhebungen zu veranlassen?

Gedenkt Seine Exzellenz in Rücksicht auf unsere so gefährdete Jugend, die doch das Mitgefühl aller Besorgten hervorruft, die so dringende Abhilfe zu schaffen?"

Wien, 16. November 1917.

Rieger.	Bernt.		Dr. Franz Kindermann.
Felzmann.	Dr. Herold.	Glöckner.	Pacher.
Hummer.	Franz Schreiter.	Schürl.	Wolf.
O. Teufel.	Dr. Michl.	Kopp.	Kroy.

1396
I

Anfrage

des

Abgeordneten Leo Lewyckyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern wegen ungesetzmäßiger Amtierung des Regierungskommissärs und wegen Nichtkonstituierung des neugewählten Gemeinderates in Mikolajiw des Bezirkes Żydaczіw.

Seit dem Jahre 1909 fungiert in Mikolajiw a. Dn. als Regierungskommissär Herr Solaryk, welcher auch 10 K täglich an Diäten bezieht, dagegen der im Jahre 1913 neugewählte Gemeinderat wurde bis heute nicht konstituiert.

Die Folge dessen ist, daß das Vermögen dieser einst reichen Gemeinde geschmälert wurde und daß die Gemeindeumlagen ins Unermeßliche wachsen, die rechtmäßigen Gemeindeangehörigen dagegen keine Möglichkeit haben, irgendeine Kontrolle über die Vermögensgebarung ihrer eigenen Gemeinde auszuüben.

Die Gefertigten fragen deshalb an:

„1. Sind Eurer Exzellenz diese Umstände bekannt?

3. Ob Exzellenz geneigt sind, einzuwirken, daß die Konstituierung des neugewählten Gemeinderates in Mikolajiw a. Dn. unverzüglich vorgenommen werde und daß die Einführung rechtmäßiger Zustände in der autonomen Verwaltung der Gemeinde Mikolajiw, Bezirk Żydaczіw, sobald wie möglich stattfinde?"

Leo Lewyckyj.

Dr. Lew Baczyńskyj. Dr. Dnistriańskyj.
Dr. Czehelskyj. Wl. R. v. Singalewycz.
Dr. Kolessa. Okunewskyj.
Dr. Petruszewycz. Onyszkewycz.
Dr. Kost' Lewyckyj. Dr. Wl. Baczyńskyj.

1397
I

Anfrage

des

Abgeordneten Leo Lewyckyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung und an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend Militärrequisitionen im politischen Bezirke Alt-Sambir.

Laut Mitteilung der landwirtschaftlichen Organisation in Alt-Sambor „Rada Rilnycza" weist dieser Bezirk zur gänzlichen Verpflegung einen Mangel auf und benötigt selbst 300 Waggons Gemüse, 300 Waggons Kartoffeln und 772 Waggons Korn.

Inzwischen wurden über Anordnung der Quartiermeisterabteilung 9, Feldpost 333, über 800 Waggons Kartoffeln beschlagnahmt.

Da diesem Bezirke offenbar der Hunger droht, stellen die Gefertigten an Eure Exzellenzen die Anfrage:

„Sind der hohen k. k. Regierung die obangeführten Tatsachen bekannt und was für Anordnungen gedenkt dieselbe zu treffen, um die Bevölkerung vor den weiteren Requisitionen und vor dem offenbaren Hunger zu beschützen?"

Leo Lewyckyj.
Dr. Dnistrianskyj.
Wlad. R. v. Singalewycz.
Okunewskyj.
Onyszkewycz.
Dr. Lew Baczyńskyj.
Dr. Cehelskyj.
Dr. Kost' Lewyckyj.
Dr. Petruszewycz.
Dr. Kolessa.
Dr. Wlad. Baczyńskyj.

1398
I

Anfrage

des

Abgeordneten Leo Lewickyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung und an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister, betreffend militärische Ausschreitungen und Mißbräuche im Sprengel der k. k. Bezirkshauptmannschaft Żydaczów.

Die in den Ortschaften Mikolajiw, Drohobycz, Wola welyka und in Demnia dislozierten ungarischen Soldaten haben vor drei Wochen

a) 1 Sack Kartoffel vom Hofe des Iwan Czajkowskyj, 2 Säcke Kartoffeln bei Nastia Kobryn, 5 Säcke Kartoffeln bei Nikolaus Doskoczyńskyj, ohne auf die Vorstellungen der Beraubten eine Bescheinigung oder Entgelt gegeben zu haben, geraubt;

b) gewaltsam den Keller des Iwan Suszkiewycz geöffnet;

c) bei Iwan Dobusowskyj, Andrij Hirniak, Josef Dobusowskyj, Stefan Molodeckyj zu 100, 200 und mehr Stück Bäume gefällt und sich dieselben, ohne zu bezahlen, angeeignet;

d) dasselbe haben sie auch bei Michael Paliwodycz mit 23 Bäumen getan und wollten auf dringliches Ansuchen desselben nur 23 K zahlen, was derselbe in Anbetracht des viel höheren Schadens und Wertes des gefällten Holzes nicht annehmen wollte;

e) diese unentgeltlichen Enteignungen haben diese Soldaten auch auf Stroh, Mehl und andere Gegenstände ausgedehnt.

Die Gefertigten fragen deshalb an:

„1. Sind diese Zustände in den oben angeführten Ortschaften Ihren Exzellenzen bekannt?

2. Was gedenken Ihre Exzellenzen zu verfügen, daß diesen Ausschreitungen und Mißbräuchen der ungarischen Soldaten Einhalt getan werde und daß den Beschädigten der Ersatz voll und ehebaldigst ausgezahlt werde?“

Leo Lewickyj.

Dr. Kolessa. Dr. Dnistriańskyj.
Dr. Lew Baczyńskyj. Wl. R. v. Singalewycz.
Dr. Wl. Baczyńskyj. Onyszkewycz.
Dr. Kost' Lewyckyj. Dr. Petruszewycz.
Okunewskyj. Dr. Cehelskyj.

1399
I

Anfrage

des

Abgeordneten Leo Lewickyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern und an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung, betreffend die Konfiszierung der Handmühlen im politischen Bezirke Żydaczów.

Im politischen Bezirke Żydaczów wurden ungerechtfertigter Weise und ohne eine gesetzliche Verfügung zu haben, die allerorts in Ostgalien von den ärmsten Klassen der Bevölkerung verwendeten Handmühlen von den Behörden weggenommen und auf diese Art die Armen der Möglichkeit beraubt, sich kostenlos ihr Mehl herzustellen.

In Anbetracht dessen, daß alle Gemeinden des genannten Bezirkes sowie alle dortselbst wohnenden Landwirte den Überschuß an Getreide den Behörden zur Verfügung gestellt, ja auch tatsächlich abgeliefert haben, steht der Rückgabe der weggenommenen Handmühlen nichts mehr im Wege.

Deshalb stellen die Gefertigten die Anfragen:

„1. Ist dieser ungerechtfertigte Vorgang der politischen Verwaltung im Bezirke Żydaczów bekannt?

2. Was gedenken Exzellenzen zu verfügen, daß solche Maßnahmen der politischen Behörde nicht mehr stattfinden und daß die weggenommenen Handmühlen den Eignern unverzüglich rückgestellt werden?"

Leo Lewickyj.

Dr. Kost' Lewickyj. Wlad. R. v. Singalewicz.
Dr. Dnistriańskyj. Okunewskyj.
Dr. Petruszewycz. Onyszkewycz.
Dr. Kolessa. Dr. Leo Baczyńskyj.
Dr. Cehelskyj. Dr. Wl. Baczyńskyj.

1400
I

Anfrage

des

Abgeordneten Leo Lewickyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung und an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend die Militärrequisitionen in den politischen Bezirken Skole, Żydaczów, Dolyna, Kałusz und andere.

Zufolge AOK. Qu. Nr. 156740/1 Ch. D. Glstb. wurde die gesamte überschüssige Kartoffelernte in dem Bezirke Skole mit Beschlag belegt. Es werden nämlich in einem armen Gebirgsbezirke über 1000 Waggons Kartoffeln in Anspruch genommen.

In diesem Bezirke wurden nur 2987 Joch mit Kartoffeln angebaut. Die ganze Kartoffelernte kann höchstens 1344 Waggons betragen, aus welchen der Bedarf der Produzenten und Nichtproduzenten (47.000 Seelen), der im militärischen Betriebe im Bezirke angestellten Mannschaften, Kriegsgefangenen und Arbeiter, über 5000 Mann, dann Bedarf an Saatgut und Futtermittel gedeckt werden müssen.

Die Berechnungen der III. Armee, insoweit es sich um den Bezirk Skole handelt, beruhen offenbar auf einem Irrtum, dem Bezirk darf eigentlich nichts weggenommen werden, denn sonst droht der Bevölkerung der Hunger.

1. Aus einer Depesche de dato Lemberg, den 10. November l. J. entnehmen die Gefertigten, daß die Requisition der Kartoffeln zu Kruszelnica ohne Rücksicht geschieht und daß der Hunger dort droht.

2. Bezirk Żydaczów:

Von dem Gesamtergebnis der diesjährigen Kartoffelernte wurden 1000 Waggons beschlagnahmt.

Aus dem Gesamtergebnis muß der Bedarf der Einwohner (79.026 Seelen), 3801 Evakuierten, der im Bezirk angestellten Mannschaften, dann der Bedarf an Saatgut und Futtermittel gedeckt werden.

Die Ansprüche der k. u. k. Armee gehen unbedingt zu weit.

3. Ähnlich ist es in den Bezirken Bibrka und Stryj.

4. Bezirk Dolyna:

Gesamtergebnis der Kartoffelernte angeblich 4560 Waggons, wovon 4130 Waggons beschlagnahmt wurden.

Dagegen der Bedarf des Bezirkes selbst beträgt über 3800 Waggons.

Kleine Ortschaften, Kniaziwske, Janiwka, Jasenowec haben selbst nicht einmal das, was in Anspruch genommen wird.

Erwähnte Ortschaften sollten nämlich 20, respektive 18 und 19 Waggons zuliefern.

Die Berechnungen scheinen aus der Luft gegriffen zu sein.

5. Der Bezirk Kałusz, wo im Monate Juli l. J. große Schlachten stattgefunden haben, wo ganze Dörfer (Babyn u. a.) zerstört und abgebrannt sind, sollte von seinem Gesamtergebnis 1400 Waggons für die Zwecke der III. Armee hergeben, was direkt an Unmöglichkeit grenzt.

Der Anspruch der k. u. k. III. Armee steht in keinem Verhältnis zum Bedarf des Bezirkes selbst.

Angesichts dessen stellen die Gefertigten an Eure Exzellenzen die Anfrage:

„Sind der hohen k. k. Regierung die obangeführten Fakten bekannt und was für Anordnungen gedenkt dieselbe zu treffen, um die Bevölkerung vor den obgeschilderten Requisitionen und vor dem offenbaren Hunger zu beschützen?"

Dr. Kolessa. Okunewskyj. Leo Lewickyj.
Dr. Kost' Lewyckyj. Dr. Wlad. Baczyński. Onyszkewycz. Dr. Dnistriańskyj.
Dr. Petruszewycz. Dr. Czelskyj. Dr. Lew. Baczyńskyj. Wl. R. v. Singalewycz.

1401
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Leo Lewyckyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern und an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister, betreffs die Mißwirtschaft in der politischen Verwaltung des Bezirkes Zydaczow.

Die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Zydaczow hat aus unbekannten Gründen das Verbot erlassen, womit den mit der Ölpressung beschäftigten Landwirten, und zwar Jwan Czajkowskyj, Stefan Hnatiw, Michael Pryszlak, Rozalia Petrowska und Marko Juryk in Mykolajiw a. Dn. dieses Ölpressen verboten wurde.

Diese kleinen Ölpresser waren bis jetzt Konkurrenten für die auch ölpressenden Juden und haben zugunsten des k. k. Militärärars als Abnehmer den Preis für Ölpressung niedrig gehalten. Durch das Verbot ist die von den Juden geplante Steigerung des Preises möglich gemacht, in Aussicht gestellt und somit der Schädigung des k. u. k. Militärärars einerseits als auch der kleinen Landwirte Vorschub geleistet.

Die an die k. k. Bezirkshauptmannschaft gerichtete Vorstellungen sind erfolglos geblieben.

Dieselbe k. k. Bezirkshauptmannschaft läßt die um Ausstellung der Pässe ansuchende Parteien auf die Ausfolgung dieser Pässe bis drei Monate lang warten. Den Michael Palidowycz und Jwan Czajkowskyj aus Mykolajiw a. Dn. hat diese Bezirkshauptmannschaft direkt ohne irgendwelche gesetzliche Begründung erklärt, daß dieselben überhaupt keine Pässe ausgestellt bekommen werden.

Die Gefertigten fragen deshalb an:

„1. Ist diese Mißwirtschaft der k. k. Bezirkshauptmannschaft Zydaczow Euren Exzellenzen bekannt?

2. Was gedenken Exzellenzen zu verfügen, daß das Verbot der Ölpressung für die Landwirte aufgehoben werde, respektive dasselbe auch auf die von der k. k. Bezirkshauptmannschaft Zydaczow protegierten jüdischen Spekulanten auszudehnen?

3. Sind Exzellenzen geneigt dahin einzuwirken, daß die Amtshandlung bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft Zydaczow korrekt vor sich gehen möge und den dortigen Staatsbürgern seitens der Behörden ein gewisses Entgegenkommen zustatten komme?“

Leo Lewyckyj.
Dr. Dnistriańskyj. Okunewskyj.
Onyszkewicz. Dr. Cehelskyj.
Wl. R. v. Singalewicz. Dr. Kost' Lewyckyj.
Dr. Kolessa. Dr. Lew Baczyńskyj.
Dr. Petruszewycz. Dr. Wl. Baczyński.

1402
I

Anfrage

des

Abgeordneten Tomaschitz und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten und an Seine Exzellenz den Herrn Minister Höfer, betreffend die Requisition verderblicher Ware.

In der letzten Zeit ereigneten sich in Steiermark zwei bedauerliche Vorfälle, die geeignet erscheinen, in weiten Volkskreisen Unwillen und Mißmut auszulösen:

Vom 31. Oktober bis zum Abend des 9. November standen am Bahnhof in Lannach 16 Waggon mit 132 Stück Vieh, ohne abtransportiert zu werden. Eine solche Maßnahme bedeutet eine Verschwendung von Heu, das nutzlos verfüttert werden muß, weiters aber auch eine bedeutende Wertverminderung und einen empfindlichen Schaden in der Volksernährung, da der Fleischverlust ungefähr 20 Prozent, das heißt von 132 ganze 26 Stück Vieh beträgt.

Am Bahnhof in Leibnitz lagert eine große Menge requiriertes und gepreßtes Heu, vielleicht 15 bis 16 Waggons. Dieses Heu, jeder Unbill der Witterung ungedeckt ausgesetzt, ist dem sicheren Verderben preisgegeben, was bei dem notorischen Futtermangel keineswegs gleichgültig sein kann.

Die Gefertigten stellen daher an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten sowie an Seine Exzellenz den Herrn Minister Höfer die Anfrage:

„Sind Ihre Exzellenzen geneigt, zu veranlassen, daß requirierte Waren, welche durch unsachgemäße Behandlung verderben, entweder so lange dem Besitzer zur sorgsamen Aufbewahrung zu belassen sind, bis sie an den Verbrauchsort abtransportiert werden können, oder vorzusorgen, daß für die Aufbewahrung verderblicher Waren geeignete Baulichkeiten erstellt werden?“

Wien, 16. November 1917.

Johann Tomaschitz.

Hauser.	Prisching.
Schweiger.	Lechner.
Huber.	Ferd. Berger.
Wagner.	Dr. Jerzabek.
Dr. Fuchs.	F. Hagenhofer.
Wollek.	Parrer.

1403
—
I

Anfrage

der

Abgeordneten Schweiger, Tomaschitz, Huber, Wagner, Berger und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Enthebungen mit Endtermin.

In letzter Zeit werden zahlreiche selbständige Landwirte mit dem Endtermin 30. November 1917 enthoben, welcher Umstand die Auffassung zuläßt, als ob bei der Heeresverwaltung die Anschauung vorherrsche, daß für die selbständigen Landwirte die Monate Dezember, Jänner und Februar die tote Saison bilden, in der sie für die Beaufsichtigung und Bewirtschaftung ihrer Betriebe entbehrlich erscheinen.

Insbesondere bei den Vieh haltenden Landwirten ist das gerade Gegenteil der Fall. In den genannten Wintermonaten sind verschiedene landwirtschaftliche Arbeiten zu leisten, zu denen der Landwirt weder im eigenen Wirkungskreise, noch militärischerseits Ersatz finden kann.

In diese Wintermonate fällt allgemein die Bereitstellung des Jahresbedarfes an Brennholz, das auf verschneiten Wegen auf Schlitten herbeigeschafft werden muß, der Dünger wird in dieser Zeit auf die Felder geführt.

Zu all diesen Arbeiten können unmöglich Frauen oder Kinder verwendet werden und der selbständige Landwirt ist zu dieser Zeit in seiner Wirtschaft unentbehrlich.

Wegen des großen Arbeitermangels muß das Rigolen der Weingärten in den Wintermonaten durchgeführt werden, im Monate Februar beginnen ohnedies schon die Weingartenarbeiten.

Da bei der eingeführten Zentralisierung der Enthebungsagenden an eine rechtzeitige Erledigung von Weiterenthebungsgesuchen nicht gedacht werden kann, stellen die Gefertigten die Anfrage:

„Ist seine Exzellenz der Herr Landesverteidigungsminister geneigt, Veranlassung zu treffen, daß den Bezirksbehörden die Ermächtigung erteilt wird, auch für Landwirte, die mit bestimmtem Endtermin enthoben sind, bei Vorlage eines neuerlichen, von der Behörde befürworteten Enthebungsgesuches Abwartebewilligungen bis zur Erledigung des Gesuches zu erteilen?"

Wien, 16. November 1917.

Hauser.	Alois Schweiger.
G. Mayer.	Johann Tomaschitz.
Weiss.	Huber.
Mich. Huber.	Wagner.
Waldl.	Ferd. Berger.
Baumgartner.	Eisenhut.
Dr. Jerzabek.	Bogendorfer.
Miklas.	Wille.

1404
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Lovro Pogačnik und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister in betreff der Gleichberechtigung im Gebrauch des Poststempels in den südlichen Ländern.

Während in Dalmatien der Poststempel an erster Stelle kroatischen, an zweiter Stelle italienischen Wortlaut hat, während in Böhmen und Mähren die böhmische und deutsche Bezeichnung als gleichberechtigt angebracht wird, ist diese Gleichberechtigung in den von Slowenen bewohnten Ländern Krain, Steiermark, Kärnten und im Küstenlande nirgends durchgeführt. Immer steht die Bezeichnung in deutscher Sprache an erster Stelle. Ja, in Untersteiermark haben viele Ortschaften mit starker slowenischer Minorität überhaupt keine slowenische Bezeichnung, in Kärnten sogar rein slowenische Ortschaften, mit wenigen Ausnahmen, gar keine. Ebenso führt der Poststempel im Küstenlande, insbesondere der Stadt Görz, der Stadt Triest und andere, gar keine slowenische Bezeichnung und in küstenländischen Ortschaften mit rein slowenischer Bevölkerung, wie Tolmein, Karfreit, Flitsch und viele andere, die deutsche Bezeichnung an erster Stelle.

In Anbetracht dessen fragen wir:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, die Durchführung der vollkommenen Gleichberechtigung in Bezeichnung des Poststempels in allen obgenannten Ländern in die Wege zu leiten?"

Wien, 16. November 1917.

Dr. Rybář.	Dr. Pogačnik.
Pogačnik.	Gostinčar.
J. Hladnik.	Demšar.
Dr. Ravnihar.	Dr. Fr. Jankovič.
Dr. Korošec.	Roškar.
Dr. Benkovič.	Pišek.
Jarc.	Prodan.
Fon.	M. Brenčič.

1405
I

Anfrage

des

Abgeordneten Fon und Genossen an Ihre Exzellenzen die Minister des Innern, für öffentliche Arbeiten und Landesverteidigung, betreffend den Wiederaufbau im Küstenland und die Repatriierung der Flüchtlinge im Süden.

Durch die Befreiung der gefürsteten Grafschaft Görz vom Feinde ist die Frage des Wiederaufbaues dieses kriegszerstörten Gebietes sowie die Repatriierung der Flüchtlinge dahin ins Rollen gekommen. Es ist begreiflich, daß eine allgemeine Rückkehr der Flüchtlinge vorderhand leider unmöglich ist, allein manche Ortschaften, beziehungsweise Teile derselben, werden immerhin zur Rückkehr geeignet sein.

Dort, wo die Häuser zerstört sind, wird die Wiederaufbauaktion schleunigst einsetzen müssen, um die Repatriierung möglichst rasch in Fluß zu bringen.

Es wird hierbei auf die Fruchtbarkeit des Landes aufmerksam gemacht, welche, wenn der Anbau zur rechten Zeit stattfindet, es ermöglicht, daß auch andere Gebiete des Staates mit Nahrungsmitteln, insbesondere Gemüse und Wein werden versorgt werden können. Es wird daher das dringende Verlangen gestellt, daß die Aktion rasch und im weitestgehenden Umfang Platz greift.

Zahllose Familienväter dienen beim Militär, und wenn nur deren Familien in die Heimat zurückkehren sollten, wird der Anbau unmöglich von den durch das Flüchtlingsleben herabgekommenen Familien vollführt werden können. Es muß daher die Forderung aufgestellt werden, daß auch die Familienväter, beziehungsweise, wo es solche nicht gibt, mindestens ein Sohn aus dem Militärdienste entlassen werde.

Da es sich im Görzischen vielfach um Weingegenden handelt, wird darauf hingewiesen, daß in den dortigen Weingegenden den ganzen Winter hindurch in den Weingärten gearbeitet werden kann, so daß mit aller Macht darauf hinzuwirken ist, daß die Flüchtlinge möglichst bald zurückkehren können. Ansonsten wäre als der späteste Termin für ihre Repatriierung Anfang Februar anzusetzen, weil der Anbau bei halbwegs günstigem Wetter schon im Februar beginnt.

Wir fragen daher:

„Sind die betreffenden Herren Ressortminister geneigt, den Wiederaufbau und die Repatriierung der Flüchtlinge im angegebenen Sinne durchzuführen und die Entlassung der Militärdienstleister zu erwirken?“

Wien, 16. November 1917.

J. Hladnik. — Fon.
Roškar. — Dr. Rybář.
Dr. Dulibić. — Dr. Fr. Janković.
Dr. L. Pogačnik. — Dr. Korošec.
Jarc. — Prodan.
J. Pogačnik. — Dr. Ravnihar.
M. Brenčič. — Fr. Demšar.
Dr. Benkovič. — Gostinčar.

1406
I

Anfrage

des

Abgeordneten K. H. Wolf und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Justizminister.

In einem Leitaufsatze der „Ostdeutschen Rundschau“, der sich mit der Haltung der „Arbeiter-Zeitung“ während des Krieges beschäftigte, wurden folgende Stellen mit Beschlag belegt:

„Dafür veranstalten sie in Wien eine Massenkundgebung, in der für den Friedensschluß, und zwar für den sofortigen, bedingungslosen Verzichtfrieden Stimmung gemacht werden soll, die aber im Grunde nichts anderes ist als eine Kundgebung für den englischen Frieden, und die dartun soll, daß Österreich bei der Fortdauer des Krieges auf seine sozialdemokratisch organisierten Arbeiter nicht zählen darf. England, Frankreich, Nordamerika und Italien müssen ihre helle Freude an unseren österreichischen Genossen haben, die besorgen gründlich und rücksichtslos die bestellte Arbeit. Und um ja keinen Zweifel über den Zweck dieser Friedensversammlung zu lassen, zogen sie auf die Straßen und ließen die Revolution hochleben. Die Revolution! Welche denn? Man wird sagen, die Revolution in Rußland, weil diese uns den Frieden näherbringt. Nehmen wir das so an. So tapfer sind ja unsere Genossen nicht, die führenden am allerwenigsten, daß sie den Mut fänden, ihre wahre Absicht offen zu sagen und zu vertreten. Es lebe also die russische Revolution! Da ist doch wohl die Frage gestattet, welche?“ — — — —

„Ist es so einladend, Revolution zu machen, um den Bürgerkrieg zu bekommen? Welche Revolution soll also leben? Es wäre gut, wenn man von der „Arbeiter-Zeitung“ hierüber eine bündige Antwort bekommen könnte.“

Welche strafbare Handlung soll durch die Unterdrückung dieser Stellen verhindert werden? Ist es nur der sozialdemokratischen Presse gestattet, offen die Revolution zu preisen und Friedensbewegungen zunutzen der Feinde zu betreiben, dagegen der bürgerlichen Presse untersagt, der sozialdemokratischen deswegen entgegenzutreten? Sind die Staatsanwälte dazu bestellt, um die sozialdemokratische Presse vor ihr unangenehmen Polemiken und Feststellungen deutschnationaler Blätter zu schützen?

Die Gefertigten fragen Seine Exzellenz,

„wie er die Beschlagnahme der angeführten Stellen in der „Ostdeutschen Rundschau“ vom 15. November 1917 mit seiner Versicherung, Preßfreiheit zu wahren, in Übereinstimmung bringen kann?“

Mr. Hummer.	Schürl.	Richter.	K. H. Wolf.
Urban.	Dr. Bodirsky.	Pacher.	O. Teufel.
M. Soukup.	Wedra.	E. Kraft.	Kopp.
Goll.	Kittinger.	Langenhan.	Dr. Schürff.
Dr. Waber.	Al. Rieger.	Dr. Roller.	Felzmann.

1407
I

Anfrage

des

Abgeordneten Lukaszewicz und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ackerbauminister, betreffend die Vergütung für das aus der Bukowina evakuierte Vieh.

Bei der dritten Russeninvasion in die Bukowina wurde ein großer Teil des dortigen Viehbestandes evakuiert.

Die Evakuierung wurde derart planlos durchgeführt, daß die Mehrzahl der evakuierten Viehstücke infolge der mangelnden staatlichen Vorsorge zugrunde gegangen ist. Die Viehstücke, die an die ungarische Grenze instradiert werden konnten, wurden von den Magyaren, die der Weiterbeförderung der Flüchtlinge und des Flüchtlingsviehs die denkbar größten Schwierigkeiten in den Weg legten, zumeist zu sehr geringen Beträgen erstanden, da der Besitzer vor die Alternative gestellt, das Vieh verhungern zu lassen oder es den Magyaren um Spottpreise auszuliefern, das letztere vorzog, um nicht alles zu verlieren.

Nur 4500 Stück bukowinaer Provenienz konnten nach Gmünd gerettet werden.

Wäre die Evakuierung des Viehs nicht erfolgt, dann blieben dem Lande jedenfalls mehr Stücke erhalten, weil von dem evakuierten nur einige wirklich wenige gerettet wurden.

Die Ersatzpflicht des Staates für allen durch die Viehevakuierung und Viehverluste den Betroffenen erwachsenen Schaden steht außer allem Zweifel.

Bisnun haben jedoch die Betroffenen, trotzdem bereits anderthalb Jahre seit der im Jahre 1916 verfügten Evakuierung des Viehs verflossen sind, eine Vergütung immer noch nicht erhalten.

Die Gefertigten erlauben sich daher die Anfrage:

„Was gedenken Eure Exzellenz zu veranlassen, damit das den Bukowinaern evakuierte Vieh endlich einmal in natura rückerstattet und, wenn dies sich als untunlich herausstellen sollte, mit jenem Betrage vergütet wird, der den Anschaffungskosten eines gleichartigen und gleichwertigen Viehs entspricht?“

Wien, 16. November 1917.

Lukaszewicz.

Petryckyj.	Semaka.
Lahodyńskyj.	Spenul.
Lew Lewickyj.	Onyszkewycz.
K. Lewyckyj.	Dr. Okunewskyj.
N. Wassilkó.	Dnistriańskyj.
Serbu.	Budzynowskyj.

1408
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister wegen des Vorgehens der Militärzensur.

Am 12. Oktober 1917 abends wurde uns von der Schriftleitung der Zeitschrift „Deutsch-Österreich", Deutsche soziale Rundschau, mitgeteilt, die Zensurbehörde habe sie verständigt, daß der Artikel „Quertreibereien" auf Seite 123 bis 126 des Doppelheftes 7/8 dieser Zeitschrift vom Oktober 1917 der Militärzensur vorgelegt werden müßte. Dies geschah und am 14. wurde der Artikel von der Militärzensur mit der Stampiglie: „Vom Preßbureau des Kriegsministeriums genehmigt. Pokorny, Major." mit dem Bemerken zurückgestellt, daß aus dem vorerwähnten Artikel die mit ⟨ ⟩ bezeichneten Stellen beschlagnahmt wurden:

„Quertreibereien.

Es hieße Wasser in die Donau tragen, wenn wir neuerlich den Beweis für die günstige Lage auf den Kriegsschauplätzen erbringen wollten. An ihr vermögen einzelne örtliche Erfolge der Feinde, ⟨einzelne Schlappen, die unsere Truppen da und dort erleiden,⟩ nichts zu ändern. Das Vertrauen zu unseren Heerführern, ⟨namentlich zu Hindenburg und Ludendorff,⟩ ist bisher noch nicht getäuscht worden.

Wir halten es bei dieser Gelegenheit für unsere Pflicht, auch jener bewährten Heerführer unserer Armee zu gedenken, die unter den widrigsten Umständen ihr Talent bewährt haben. ⟨Für sie gilt nicht, was Abgeordneter Leuthner auf dem sozialdemokratischen Parteitag in ungerechter Verallgemeinerung von unserer Generalität sagte: „Während die deutsche Generalität die Welt mit ihrem Ruhme erfüllt hat, trägt unser militärisches Prestige bereits zum Teile Zylinderhüte und genießt den Ruhestand in Ehren oder Unehren."⟩

So frei wir uns von dem Laster des Hurra-Patriotismus fühlen, so wenig können wir ⟨diese⟩ Selbstverkleinerung billigen; denn das Ausland nicht zuletzt unsere Verbündeten, werden dadurch verführt, Österreich-Ungarns Leistungen als Ganzes gering zu schätzen. Wer aber sind die Hauptträger dieser Leistungen. Die Deutschen und die Magyaren!

⟨So famos die Leuthnersche Bemerkung als bissiger Witz ist, so falsch ist sie als Kennzeichnung der tatsächlichen Verhältnisse.

Viel bezeichnender ist hierfür eine Mitteilung Dr. Adlers auf demselben Parteitage: „Es ist ja heute so, daß die ältesten Hofräte nach Revolution schreien. Sie möchten gern, daß sich etwas ereignet, und sie begreifen nicht, daß die Arbeiterschaft nicht auf die Straße geht, um ihnen die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Ich sage solchen alten Hofräten und Generaldirektoren, auch Generalen: Sie haben ganz recht! Aber wenn Sie Blut sehen wollen, probieren Sie es selber oder lassen Sie sich zur Ader."

Dr. Adler ist unstreitig eine politische Macht; er hat es also nicht nötig, mit seinen hohen Beziehungen zu flunkern. Er sagt gewiß die Wahrheit, wenn er uns mitteilt, daß in der höchsten k. k. Bureaukratie in Generalität sowie in der Geld-Industriemagnatenschaft mit dem Gedanken gespielt wird, dem Kriege durch eine Revolution ein Ende zu machen. Dr. Adler weiß natürlich sehr gut, daß diese Revoluzzer mit Großkreuzen ihre ganz besonderen Interessen verfolgen und lehnt es daher ab, „ihnen die Kastanien aus dem Feuer zu holen".

Welches aber sind diese besonderen Interessen? Da man doch nicht gut annehmen kann, daß so hohe Herren nach Blut dürsten, nur um wieder ihre altgewohnte Behaglichkeit zu erlangen, so müssen wir wohl politische Interessen annehmen. Es ist

kein Geheimnis, daß diese hohen Kreise ihre instinktive Abneigung gegen das Deutsche Reich schwarzgelb drapieren. Die Waffengenossenschaft zu sprengen, mit der Entente einen billigen Frieden zu machen, das verhaßte Deutsche Reich zur politischen Ohnmacht herabzudrücken und unserer Monarchie, richtiger unserer Dynastie, die Vorherrschaft in Mitteleuropa wieder zu erringen — das sind die Ziele, die diese hohen Kreise durch eine Revolution erreichen wollen und für die Dr. Adler als kluger Mann die Mitwirkung des Proletariats versagt.

Hofräte, Generale und Generaldirektoren, die mit der Revolution zündeln, sind wirklich nur in Österreich möglich.

Die deutsche Öffentlichkeit kann Herrn Dr. Adler nur dankbar sein für diese pikanten Mitteilungen — bestärken sie uns doch in unserer Überzeugung, daß die offene und versteckte Hetze gegen das Deutsche Reich, die seit einigen Monaten in einem Teile der Wiener Presse getrieben wird, von sehr einflußreichen Persönlichkeiten unterstützt wird, vielleicht sogar angeregt wurde.)

Das neueste Schlagwort (dieser Hetzer) hat Lord George geprägt: „Elsaß-Lothringen ist das einzige Hindernis, um zu Friedensverhandlungen zu gelangen."

Den österreichischen Lesern der deutschfeindlichen Hetzblätter wird Tag für Tag eingehämmert: „Wenn Deutschland heute Elsaß-Lothringen abtritt oder wenigstens eine Volksabstimmung zuläßt, so hört morgen das Morden auf! Wenn also dein Mann oder Sohn fällt, wenn du hungern mußt, wenn du dich in Wind und Wetter um ein bißchen Kohle anstellen mußt, dann verdankst du dein Unglück nur Deutschland. Und weil niemand von dir verlangen kann, daß du dich für die Hartköpfigkeit anderer verblutest, so darf man dir auch nicht den Vorwurf des Verrates machen, wenn du einen Friedensschluß ohne Rücksicht auf Deutschland verlangst."

Leider ist diese Begründung bei den urteilslosen Massen wirkungsvoller als man glauben sollte. Die Leute denken natürlich keinen Augenblick darüber nach, ob dann wirklich die Bundesgenossen Englands — Serbien, Rumänien, Italien — großmütig auf Bosnien, Siebenbürgen, Südtirol und Triest verzichten und sich mit dem Ruhme begnügen würden, ihr Blut für die Rückgabe Elaß-Lothringens an Frankreich verspritzt zu haben.

Ein zweites Schlagwort übt seit längerer Zeit seine üble Wirkung, das Schlagwort von dem Annexionswahn der „Alldeutschen". Zu diesen verruchten Gesellen zählt man aber nicht nur die Mitglieder des Alldeutschen Vereines, sondern alle Mitglieder der sogenannten Vaterlandspartei, die sich gegen einen Verzichtfrieden aussprechen. Ihr gehören unter anderen Angehörigen der akademischen Berufe mehr als 1000 Hochschullehrer an — wohlgemerkt: Nationalliberale und Freisinnige so gut wie Ultramontane und Konservative.

Die Sozialdemokratie, die sich sonst nicht genug tun kann in der Hochachtung der Wissenschaft, gießt diesmal Spott und Hohn über die „Lateinlehrer und Oberlehrer" aus; sie hat aber auch Ursache, dieses rückhaltslose Bekenntnis der geistigen Oberschichte zu einem deutschen Frieden zu fürchten — stärkt es doch zahlreichen Schwankungen das Rückgrat und macht sie mißtrauisch gegen die Prediger des Verzichtfriedens, der nichts anderes wäre als ein englischer Frieden.

Einer dieser Hochschullehrer — ein politischer Gegner der Alldeutschen — hat jüngst die Auffassung dieser Kreise über Belgien folgendermaßen kundgetan: „Wir wollen Belgien auch nicht um einen Tag eher herausgeben, als bis wir alles uns Genommene zurückerhalten haben, bis jeder in der Welt beraubte Deutsche entschädigt, bis jeder Wirtschaftskrieg gegen uns unmöglich gemacht ist und bis das unklare Problem von der Freiheit der Meere durch Englands politische Schwächung eine gewisse Lösung gefunden hat."

Ob dieser Geschichtslehrer — Walter Goetze in Leipzig, zur Zeit Bataillonsführer an der Westfront — Mitglied der Vaterlandspartei ist, wissen wir nicht, daß er aber ein Gegner der bekannten Reichstagsresolution ist, gesteht er selbst in seiner Polemik gegen Naumann ein. Die Gegnerschaft gegen diese im Zustande eines politischen Katzenjammers geborene Resolution ist eben das, was die einsichtigen Männer der Vaterlandspartei zugetrieben hat.

In gewissen Wiener Zeitungen macht man den österreichischen Gegnern eines Verzichtfriedens den Vorwurf, daß sie statt österreichischer Politik reichsdeutsche Politik treiben. Sie mißbrauchen eine Äußerung des Grafen Czernin, der in seiner Budapester Rede den Zweck des Krieges für die Monarchie erfüllt sieht, seit Serbien und Rumänien niedergerungen und Rußland ausgeschaltet sei. Daraus folgern sie, daß wir Unrecht täten, gegen einen Verzichtfrieden zu agitieren.

Diese Herren muß man darauf aufmerksam machen, daß das Wesen jedes Bündniskrieges darin besteht, so lange zu kämpfen, bis das Lebensinteresse jedes Verbündeten gewahrt ist. Damit wir unseren Kriegszweck erreichen, haben deutsche Soldaten in Serbien, Albanien, Rumänien, Galizien geblutet und bluten jetzt am Karst, in Venetien und in den Alpen.

Was für uns ein feindliches Serbien ist, ist in höherem Maße ein von England und Frankreich geschobenes Belgien. Und was uns die bis vor kurzem besetzten Gebiete in Südtirol und Istrien sind, sind den Deutschen die Kolonien. Das freie Meer aber und die Vermeidung des Wirt-

schaftskrieges sind ebenso Lebensinteressen unserer Monarchie wie solche Deutschlands.

Wie will man England zur Rückgabe seiner Eroberungen in Kleinasien zwingen, wenn man das stärkste Faustpfand — Belgien — aus der Hand gibt?

Nicht Kriegshetze ist es, wenn auch wir fordern, daß man endlich mit der schon so oft erfolglosen Friedensanbiederung aufhöre. Der Gang unserer Sozialdemokratie nach Stockholm war ebenso vergeblich wie unser Friedensangebot, wie die Friedensreden Bethmanns und Czernins, wie die Friedensvermittlung des Papstes und die schonende Behandlung der russischen Revolutionsregierungen.

Die Antworten waren neue Brandreden Lloyd Georges und Briands, neue Anstürme in Flandern, am Isonzo, in Galizien.

Dagegen ist das Friedensbedürfnis in Rußland sofort gewachsen, als wir die Revolutionsgenerale aus Galizien und Riga hinaus manövrierten. Hoffentlich haben wir recht bald in Italien ähnliche Friedenserfolge.

Das einzige Mittel den Frieden rasch zu erlangen, liegt in der Hand unserer Heerführer!"

Diese Konfiskation ist so ungeheuerlich, daß wir es notwendig finden, Eure Exzellenz darauf ganz besonders aufmerksam zu machen. Wie aus dieser Konfiskation hervorgeht, ist es also in Österreich verboten, zu sagen, daß wir zu Hindenburg und Ludendorff Vertrauen haben. Aber nicht nur das! Es ist zwar erlaubt, daß überall die scharfen Angriffe des Abgeordneten Leuthner auf dem sozialdemokratischen Parteitage gegen unsere Generalität in allen Zeitungen verbreitet werden, es ist aber dann verboten, dagegen Stellung zu nehmen! Man sollte das nicht für möglich halten, daß in diesem Staate sogar schon eine Verteidigung nicht nur der reichsdeutschen, sondern auch der österreichischen Heerführer beschlagnahmt wird! Auch die ferneren Konfiskationen aus diesem Artikel sind sehr interessant!

Es darf Dr. Adlers wissenswerte Mitteilung, daß ihn alte Hofräte, Generaldirektoren und Generale gebeten haben, er sollte doch schon endlich Revolution machen, anstandslos überall gedruckt werden. Es ist aber verboten, gegen diese ungeheuerlichen Tatsachen Stellung zu nehmen und dagegen zu polemisieren! Es ist zwar erlaubt, gegen das Deutsche Reich zu hetzen und davon zu sprechen, aber eine Stellungnahme gegen die Hetzer wird beschlagnahmt!

Während die Tschechen immer noch in ernstester und offenster Weise ohne jeden Anstand über die Losreißung des Kronlandes Böhmen von Österreich — etwas anderes kann ja die geforderte „volle Souveränität" für dieses Kronland nicht bedeuten — sprechen und schreiben dürfen, während die „Národni Listy" am 21. September 1917 sogar eine Karte dieses künftigen „Staates" veröffentlichen darf, in dessen Grenzen auch reichsdeutsche und ungarische Gebiete, nach Wunsch der „Národni Listy", eingeschlossen werden sollen, werden die deutschen Zeitungen von der Zensurbehörde schärfer als je überwacht, verfolgt und gemaßregelt und es stellt sich heute die Sache so dar, daß wohl alles staatsfeindliche zu schreiben erlaubt ist, daß aber jedes Wort im Interesse des Staates konfisziert wird!

Dies alles, nachdem von allen Seiten zugesichert wurde, daß die Zensur von nun an in freiheitlichster Weise ausgeübt werden würde! Dies alles, nachdem man sich an allen hohen und höheren Stellen angewöhnt hat, das Schlagwort von der Demokratie im Munde zu führen!

Es ist unbegreiflich, daß eine hohe Regierung nicht einsieht, daß ein derartiges parteiisches Vorgehen gerade jene Kreise verbittern muß, die bisher in noch nie dagewesener Weise ohne jede Aufforderung und ohne jede Hoffnung auf Lohn oder Dank ihr Vertrauen für den Staat durch unermeßliche Opfer bewiesen haben.

Und auch heute fordern diese Kreise keinen Dank, sondern nur Gerechtigkeit und zum wenigsten gleichmäßige Behandlung, wie sie offen Staatsfeinden zuteil wird.

Man kann auch nicht behaupten, daß die angeführten konfiszierten Stellen irgendein militärisches Interesse betreffen. Es sind rein politische Polemiken und es ist einfach unerfindlich, wie das Preßbureau des Kriegsministeriums dazu kommt, in dieser ganz unerhörten Weise vorzugehen.

Wir fragen daher Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister:

„Ist Seine Exzellenz der Herr Landesverteidigungsminister geneigt, dafür Sorge zu tragen, daß derartige Übergriffe der Militärzensur, welche geradezu aufreizend und verbitternd wirken, von nun an unterbleiben?"

Wien, 16. November 1917.

	F. Wagner.	Pirker.	Dr. Schürff.
Dr. Waber.	Wedra.	W. Teltschik.	Knirsch.
Dr. Waldner.	Richter.	Fahrner.	A. Einspinner.
Denk.	Kittinger.	O. Teufel.	E. Kraft.
Primavesi.	Lutschounig.	Beyer.	Strzista.

1409
—
I

Anfrage

der

Abgeordneten Gruber, Jedek und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung in Angelegenheit der Enthebungen von der Landsturmdienstleistung.

Mit nicht geringem Befremden wurde seitens der Gefertigten die Beobachtung gemacht, daß im Zuge der Kontrollaktion der Enthebungen der größte Teil der dem land- und forstwirtschaftlichen Berufsstande angehörigen Personen nur mehr mit Endtermin 30. November, beziehungsweise 31. Dezember enthoben wurde. Noch dazu kommt es häufig vor, daß die Entscheidung des Ministeriums erst drei oder vier Wochen vor Ablauf des Enthebungstermines bekannt wird, wenn nicht gar, wie schon oft geschehen, eine momentane Einrückung zu erfolgen hat. Infolge ihrer Unentbehrlichkeit, beziehungsweise Unersetzbarkeit sind viele Landwirte um die weitere Enthebung eingeschritten ohne jedoch, wie dies bisher der Fall war, die Bewilligung zu erhalten, im Zivilberufe die Entscheidung über das eingebrachte Ansuchen abwarten zu dürfen. In zahllosen Fällen tritt daher die außerordentlich bedauerliche Erscheinung ein, daß momentan die einzige noch verfügbare männliche Kraft abgezogen und der Betrieb zum völligen Stillstande und sicheren Niedergang gezwungen wird. Daß durch diese Lahmlegung zahlloser landwirtschaftlicher Betriebe der Allgemeinheit unermeßlicher Schaden zugefügt wird, steht außer Zweifel. Wer soll für die zeitgerechte Abgabe der angeforderten Mengen an Getreide, Heu und Stroh vorsorgen, wer die zu Schlachtzwecken requirierten Rinder abstellen, wenn letzten Endes die einzige männliche Kraft dem bäuerlichen Besitz entzogen wird?

Wiewohl anerkannt werden muß, daß infolge der getroffenen Verfügungen die Erledigung der Enthebungsansuchen nunmehr etwas rascher vor sich geht, ist es trotz der Vereinfachung des Verfahrens noch immer nicht möglich, binnen fünf oder sechs Wochen eine Entscheidung zu erlangen. Es wird daher nach wie vor notwendig, Abwartebewilligungen bei Einbringung von Enthebungsansuchen zu erteilen.

So sehr die Gefertigten das Bestreben der Militärbehörden anerkennen, der Armee im Felde in möglichst ausgiebigem Maße Ersatz durch frontdiensttaugliche Enthobene zu beschaffen, muß dennoch mit ganz besonderem Nachdrucke auf die Bedürfnisse des produzierenden Hinterlandes verwiesen werden. Nicht allein die Schlagkraft unserer glorreichen Armee ist es, die uns zum Siege verhilft, auch die Erhaltung der Schaffenskraft des Hinterlandes und speziell jene der Landwirtschaft ist notwendig, um bis ans Ende durchhalten zu können.

Stark sind bereits die Reihen der Land- und Forstwirte gelichtet, die Produktionskraft des Bauernstandes im Mark getroffen. Vier Jahre hindurch haben Greise, Weib und Kinder mit ehernem Fleiße unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen an der Bestellung der heimatlichen Scholle gearbeitet. Schon sind die Kräfte dieser Helden des Hinterlandes im Sinken begriffen und bange Sorge erfaßt die Gemüter um die Zukunft.

In Würdigung dieses Momentes stellen die Gefertigten an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung die dringliche Bitte, ist Seine Exzellenz geneigt zu veranlassen, daß

„1. die Enthebungsansuchen aus den Kreisen der Land- und Forstwirtschaft in

weitestgehendem Maße berücksichtigt werden und unverweilt die politischen Behörden wieder die Ermächtigung erhalten, Abwartebewilligungen zu gewähren;

2. die Enthebung der den landwirtschaftlichen Hauptkorporationen und landwirtschaftlichen Genossenschaften angehörigen Organe zur unbedingten Führung ihrer Aufgaben in ausgedehntestem Maße bewilligt werde;

3. die Enthebung der mit der behördlich angeordneten Aufbringung von Schlachtvieh betrauten und amtlich legitimierten Personen sichergestellt werde;

4. die Enthebung der mit der Land- und Forstwirtschaft eng verbundenen unentbehrlichen Handwerker und der Angehörigen der notwendigen Approvisionierungsgewerbe bewilligt werde.

Die Gefertigten erwarten, daß mit Rücksicht auf die staatserhaltende Funktion, die der Land- und Forstwirtschaft zukommt, Seine Exzellenz in kürzester Frist die erbetenen Verfügungen treffen werde."

Stöckler. Rudolf Gruber.
Fißlthaler. Jedek.
Höher. Lechner.
Bauchinger. Mayer.
List. Jukel.

1410
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Ing. Smrček an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister, betreffs sofortige Beschlagnahme von Nähzwirn bei Preistreibern und dessen gerechter Verteilung an Verbraucher.

Vor dem Kriege kostete eine Spule Nähzwirn 12 h, ihr jetziger Preis beträgt bis 30 K.

Der Zwirn ist unbedingt notwendig nicht nur für die Konfektionsindustrie, nicht nur für ehrliche Schneider und Schneiderinnen, sondern für eine jede Familie, insbesondere zu jetziger Zeit, wo mangels an neuen Kleidern jedes noch so alte vorhandene Kleid geflickt, respektive umgenäht und wiederholt ausgebessert werden muß.

Der Zwirn wurde jedoch von Preistreibern und Schleichhändlern zusammengekauft, wurde dem freien Handel entzogen, ohne daß die Regierung diesem frevelhaften Beginnen halt geboten hätte, wie es ihre Pflicht war und heute kann infolgedessen nur zu Wucherpreisen, die für ärmere Bevölkerungsklassen unerschwinglich sind, eine gänzlich unzureichende Menge von Zwirn für den allerdringendsten Bedarf beschafft werden.

Die Gefertigten fragen deswegen:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, im Interesse der gesamten arbeitenden Bevölkerung — insbesondere der ärmsten Klassen derselben — unverzüglich die Verfügung zu treffen, daß die bei Preiswucherern aufgestapelten Zwirnvorräte beschlagnahmt und zu angemessenen Preisen an die Bevölkerung — nach Bedarf der einzelnen — verteilt werden?“

Wien, 12. November 1917.

Tomášek.	Smrček.
Kratochvil.	Kalina.
Vacek.	Konečný.
Svoboda.	Votruba.
Kadlčák.	Č. J. Lisý.
A. Němec.	J. Sedlák.
Exner.	Slavíček.
Dr. Zahradník.	Dr. Baxa.

1411
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Benković, Brenčič und Genossen, betreffend die Anwendung der slowenischen Sprache im Verkehr der Gerichte mit den Pfarrämtern in Untersteiermark und Kärnten.

Seit einiger Zeit bedienen sich die k. k. Gerichte im Verkehr mit den Pfarrämtern in Untersteiermark und Kärnten ausschließlich der deutschen Sprache und übersenden ihnen ausschließlich deutsche Formulare zur Ausfüllung. Dieser Vorgang widerspricht der bisherigen unangefochtenen Übung, welche sonst nach Ansicht der Gerichte, zu respektieren ist, und der staatsgrundgesetzlich gewährleisteten sprachlichen Gleichberechtigung; es ist dies ein Glied in der Kette der Germanisierungstendenzen, welche auch bei den Gerichten gehandhabt werden.

Wir protestieren gegen diese neue Verletzung des sprachlichen Rechtszustandes und stellen die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz der Herr Justizminister geneigt, den k. k. Gerichten in den Sprengeln der Gerichtshöfe in Marburg, Cilli und Klagenfurt aufzutragen, daß sie mit den Pfarrämtern im slowenischen Sprachgebiete in slowenischer Sprache verkehren?“

Wien, 16. November 1917.

Dr. Gregorčič.	Dr. Benković.
Dr. Fr. Janković.	M. Brenčič.
Pišek.	Gostinčar.
Dr. Verstovšek.	Roškar.
Fon.	Prodan.
Jarc.	Dr. Dulibić.
Hladnik.	Demšar.

Anhang I.

Anträge.

(Urtexte.)

235
A

Návrh

poslance Okleštka a soudruhů

ve příčině snížení Bolelouckého jezu na řece Moravě, odstranění náhonu u Tážal a regulace Moravy v těchže místech v okresu olomouckém.

V době, kdy každá píď půdy sebe horší se obdělává, aby co možno nejvyššího výtěžku obilí se dosáhlo, by nezdařilo se našim nepřátelům nás vyhladověti, trpí přes 8000 měr pozemků na Hané, obilnici to Rakouska, ohromnými záplavami a zvedáním normálního stavu vody; jsou to obce:

Kožušany, Tážaly, Charvaty, Blatec, Čertoryje, Drahlov, Bolelouc, Tučapy, Dub, Nenakonice, Rakodavy, Věrovany, Vsisko, Grygov, Majetín, Brodek a Citov.

Obce tyto leží přímo na řece Moravě anebo v bezprostřední blízkosti její a jsou nyní po regulaci řeky Bečvy a částečné regulaci řeky Moravy vysokou vodou nesčetněkráte do roka zaplavovány, což dříve nikdy tak často a v takové míře nebývalo.

Příčinu toho jest hledati v tom, že voda shora regulovaným tokem ohromnou rychlostí sem svedená, zdýmaná náhonem Tážalským a jezem Boleloucký, zadržuje se v oklikách tratí dosavad neregulovaných, nemá v nich místa, z řečiště se vylévá a okolní pozemky zaplavuje.

Pozemky v tomto rozsáhlém terrainu, daleko přes 8000 mír, musejí pak ponechati se jako luka anebo močály vzduch otravující a veřejné zdravotnictví ohrožující a dokud nebude provedeno odstranění náhonu u Tážal, snížení jezu Boleloucké a doplněna regulace řeky Moravy v těchto místech, pokud ještě nestává, nelze žádoucí melioraci těchto mnoha tisíc mír pozemků na Hané provésti.

Uvážíme-li jak velké škody trpí též vysoký c. k. erár každoročním odpisem daní, uvážíme-li, o jak vysoké procento stoupl by výnos těchto pozemků, které po provedení meliorací vesměs staly by se prvotřídními a obilím obseti se daly, jeví se náklad s tím spojený nepatrným.

Nížepsaní žádají:

„C. k. vláda se vyzývá, aby projekty zemským výborem markrabství moravského vypracované, týkající se snížení jezu Boleloucké, odstranění náhonu u Tážal a regulace řeky Moravy v těchto místech — pokud ještě nestávají — k provedení došly, aby konečně škoda svedením ohromných mas vody do nejúrodnějších částí Hané učiněná, námi trpěna, odstraněna byla.“

V ohledu formálním budiž tento návrh přikázán odboru pro vodní cesty.

Ve Vídni, 8. října 1917.

Okleštěk.
Fr. Němec.
Udržal.
Vacek.
Krž.
Chaloupka.

Měchura.
Janovec.
T. Mlčoch.
Prášek.
J. Sedlák.

H. Srdínko.
Dr. Viškovský.
Feltl.
Bradáč.
Hyrš.

Rozkošný.
V. Klofáč.
Kotlant.
F. Staněk.
Malík.

Anhang II.

Anfragen.

1412
I

Anfrage

des

Abgeordneten Diamand und Genossen an den Herrn Finanzminister, betreffend die Umgehung der Bestimmungen des Zoll- und Handelsvertrages, insbesondere dessen Artikel XIII, betreffend den Verkehr mit Branntwein durch die königl. ungarische Regierung.

— Nach den Bestimmungen des Artikels XIII des Zoll- und Handelsvertrages mit Ungarn ist der Verkehr mit Branntwein zwischen beiden Staaten frei und dürfen die geltenden Gesetze und Verordnungen, betreffend diesen Verkehr, nur im gemeinsamen Einverständnisse abgeändert werden.

Die Grundlage dieser Gesetze bildet ein gemeinsames Branntweinsteuersystem und sind bloß Verschiedenheiten im Steuersatz zulässig, die im gegenseitigen Verkehr durch Abgabevergütung ausgeglichen werden.

Während des Krieges hat die ungarische Regierung das geltende Branntweinsteuersystem durchbrochen, indem sie neben der Steuer eine Preisbeteiligung beim Branntwein eingeführt hat. Diese Preisbeteiligung besteht nicht aus einem Anteil am Gewinn der Branntweinindustrie, sondern einem Zuschlag zum Branntweinpreis, der alle Merkmale einer Steuer erhalten hat. Die Höhe des Preisanteiles ist nicht gesetzlich normiert, ein Ermächtigungsgesetz bestimmt bloß den Höchstanteil und läßt der Regierung innerhalb dieses Höchstanteiles freien Spielraum.

Durch Einführung einer Doppelbesteuerung nach zwei Systemen, von denen das neue eine genaue Kontrolle seitens der österreichischen Regierung außerordentlich erschwert, sind die Vereinbarungen des Zoll- und Handelsvertrages durchbrochen.

Da die österreichische Regierung eine Verlängerung des Zoll- und Handelsvertrages dem Reichsrate vorzulegen beabsichtigt, erhält der ungarische Vertragsbruch erhöhte Bedeutung.

Durch den Preiszuschlag hat sich der Branntweinpreis in Ungarn auf 2000 K für den hundertprozentigen Hektoliter Alkohol erhöht, während der Höchstpreis in Österreich 600 K beträgt, was eine Aufrechterhaltung des freien Branntweinverkehres unter Rücksichtnahme auf die Interessen der Volkswirtschaft beider Staaten ausschließt.

Da eine gründliche Aufklärung dieser Verhältnisse dringend notwendig erscheint, stellen die Gefertigten folgende Anfragen:

„1. Hat die österreichische Regierung der Branntweinbesteuerung im Wege einer Preisbeteiligung in Ungarn zugestimmt?

2. Im bejahenden Falle. Auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen hielt sich die österreichische Regierung für berechtigt, den Zoll- und Handelsvertrag mit Umgehung des Reichsrates abzuändern?"

Daszyński. — Diamand.
Bobrowski. — Moraczewski.
Klemensiewicz. — Reger.
Dr. Liebermann. — Dębski.
Dr. Marek. — Stesłowicz.

1413
I

Anfrage

des

Abgeordneten Diamand und Genossen an den Herrn Finanzminister, betreffend ein unter dem Schutze der Staatsverwaltung errichtetes Privatmonopol für Erzeugung künstlicher Süßstoffe.

Mit Kaiserlicher Verordnung vom 25. Jänner 1917 wurden die künstlichen Süßstoffe der ausschließlichen Verfügung des Staates vorbehalten und dem Finanzministerium im Einvernehmen mit den übrigen beteiligten Ministerien überlassen, im Verordnungswege die besonderen Bestimmungen, unter denen Erzeugung, Verschleiß, Verkehr und Verwendung gestattet wird, zu erlassen. Am 12. Februar 1917 erließ das Finanzministerium eine Durchführungsverordnung, in welcher die Bedingungen festgelegt wurden, an welche die Erzeugung künstlicher Süßstoffe gebunden ist.

Der im Frieden durch den Einfluß der Zuckerindustriellen arg bedrängten Süßstoffindustrie ist im Kriege die Aufgabe erwachsen, für die gänzlich ungenügende Zuckerproduktion Ersatz zu schaffen. Der Zuckernot könnte durch eine dieser Aufgabe gemäß entwickelte Süßstofferzeugung gesteuert werden. Auch nach Friedensschluß wird Österreich genötigt sein, im Interesse seiner Währung den Zuckerexport derart zu gestalten, daß die eigene Volkswirtschaft eines künstlichen Süßstoffes nicht wird entraten können.

Die Süßstofferzeugung in Österreich deckt kaum einen kleinen Teil des Bedarfes, der mit der Kürzung der Zuckerration in stetigem Steigen begriffen ist. Die einzige Sacharinfabrik mit dem Sitze in Oderberg kann, wenn auch vergrößert, den Anforderungen nicht entsprechen und wird es auch nach dem Kriege kaum tun können.

Nun heißt es in der öffentlichen Meinung, die Staatsverwaltung hätte, ohne hierzu berechtigt zu sein, da selbst die Kaiserliche Verordnung, deren rechtlicher Bestand erst vom Parlament wird überprüft werden müssen, ihr hierzu keine Berechtigung gibt, der Sacharinfabrik in Oderberg ein Erzeugungsmonopol erteilt.

Dieses Gerücht wird durch eine Mitteilung bekräftigt, welche die chemischen Werke von Lißt & Komp. A. G. in der reichsdeutschen Kapitalistenpresse haben erscheinen lassen. Zum Zwecke der Begründung einer bedeutenden Vergrößerung ihres Aktienkapitals teilen die Listwerke mit, daß sie in den Mitbesitz des Süßstoffmonopols der Oderberger Sacharinfabrik getreten sind.

Ein solches Privatmonopol bringt die Staatsverwaltung in ein Abhängigkeitsverhältnis zur österreichischen Süßstoffindustrie, ebenso in Rücksicht auf den Preis wie auch in Rücksicht auf die erzeugte Menge, wenn diese Fabrik in österreichischen Händen verbliebe; gelangen aber bedeutend Teile der Aktien in ausländische Hände, dann üben Ausländer ein Monopol über österreichische Wirtschaftsobjekte, unsere Wirtschaft gelangt in selbstgeschaffene Abhängigkeit von ausländischen Kapitalistengruppen. Die großen Kapitalien, die sich in unseren Banken und Sparkassen stauen, rechtfertigen gewiß nicht die Heranziehung ausländischer Kapitalien zu einer monopolistischen Unternehmung.

Eine von amtlicher Seite stammende Mitteilung erhält im Lichte dieser Tatsachen ein eigentümliches Licht. Nach dieser Mitteilung ständen große Quantitäten von zur Erzeugung von Dulcin, eines Süßstoffes, dessen auch die oben angeführte Durchführungsverordnung erwähnt, zur Verfügung des Kriegsministeriums, welches geneigt sein soll, die Dulcinerzeugung zu fördern. Ein darauf bezügliches Gesuch soll nach dieser amtlichen Quelle unerledigt im Finanzministerium erliegen.

Die Gefertigten stellen somit an den Herrn Finanzminister die Anfragen:

„1. Welche Gründe bewogen die Finanzverwaltung, ein staatliches Monopol ausschließlich über Süßstoffe zu verfügen, zu einem privaten Produktionsmonopol auszugestalten?

2. Welche Maßregeln gedenkt die Finanzverwaltung zu ergreifen, um das Übergehen dieses Produktionsmonopols in ausländischen Besitz zu verhindern?

3. Welche Gründe veranlassen die Finanzverwaltung, die Erzeugung von künstlichen Süßstoffen durch andere Unternehmungen als die Oderberger Sacharinfabrik zu hindern, trotzdem der Mangel an zur Sacharinerzeugung notwendigen Stoffen es unmöglich macht, auch nur einen Teil des Süßstoffbedarfes durch diese Fabrik zu decken?

4. Was gedenkt die Regierung zu veranlassen, um das notwendige Quantum an künstlichem Süßstoff zu sichern?“

Stesłowicz.	Diamand.
Daszyński.	Bobrowski.
Klemensiewicz.	Liebermann.
Dr. Marek.	Moraczewski.
Reger.	Dębski.

1414
I

Anfrage

des

Abgeordneten Diamand und Genossen an die Herren Minister des Innern, für Landesverteidigung und des Handels, betreffend die Post- und Telegraphenzensur in Ostgalizien.

Seit Juli des Jahres 1915 ist ein großer Teil Ostgaliziens von den Russen befreit und die siegreiche Offensive dieses Sommers verdrängte die Russen bis an die Grenzen des Landes. Die meisten Zweige der Staatsverwaltung sind an den Wiederaufbau herangetreten, die Behörden beziehen ihre verlassenen Amtsorte und ein erleichterter Verkehr mit dem Westen des Landes und des Reiches wird zum unabweislichen Erfordernis. Die Ernährung des Landes, sein Handel und seine Industrie, sind auf diesen Verkehr angewiesen, sie können ohne ihn nicht bestehen, nicht ihre Aufgabe erfüllen. Nun wird aber die Brief- und Telegraphenzensur in vollem Umfange aufrecht erhalten und verzögern den Brief- und Depeschenwechsel in einer Weise, daß von einer Möglichkeit der schriftlichen Verständigung nicht gesprochen werden kann. Der Brief- oder Depeschenwechsel — der Telegraph funktioniert oft saumseliger als die Post — zwischen Wien oder Krakau und Lemberg dauert oft zehn Tage oder mehr. Dabei ist das Reisen außerordentlich erschwert, oft ganz ausgeschlossen, man kann sich somit leicht vorstellen, welche unüberwindlichen Hindernisse dem wirtschaftlichen, amtlichen und privaten Leben durch Unterbindung des Postverkehrs ohne jeden triftigen Grund in den Weg gelegt werden.

Dem militärischen Interesse dient diese Zensur unbedingt nicht, denn welche Geheimnisse können zum Beispiel aus Lemberg verbreitet werden, die in Westgalizien nicht ebenso bekannt wären? Im Gegenteil, durch die Behinderung des Verkehrs leidet die Militärverwaltung, die doch auch aus dem zivilen Handel und der Industrie schöpft, nicht weniger als die zivile Bevölkerung. Das Kommando der zweiten Armee hat dieser Ansicht unverhohlen Ausdruck gegeben und die Wiederherstellung normaler Verhältnisse, normalen Post- und Telegraphenverkehrs als eine allgemein erkannte Notwendigkeit gefordert.

Alle Ämter sind ungenügend besetzt, es werden der Wirtschaft allernotwendigste Kräfte entzogen und in Ostgalizien wird ein riesiger Stab von Kräften damit beschäftigt, sich in die Geheimnisse privater und geschäftlicher Korrespondenz einzuweihen.

Die Gefertigten stellen somit die Anfrage:

„Wann gedenkt die Regierung die vom militärischen Standpunkte gänzlich überflüssige, für den geschäftlichen Verkehr schädliche und äußerst zeitraubende Brief- und Telegraphenzensur aufzuheben?“

Dr. Liebermann. Dr. Diamand.
Dębski. Klemensiewicz. Dr. Marek. Daszyński.
Stesłowicz. Reger. Moraczewski. Dr. Bobrowski.

1415
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Viktor Freiherrn v. Fuchs, Perwein, Heilmayer und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Ackerbauminister.

Die in Salzburg erscheinende Tageszeitung „Salzburger Chronik“ brachte am 15. November l. J. unter Nr. 260 einen Artikel unter der Aufschrift: „Die Heulieferung des Lungaues“ d. d. Lungau, am 10. November 1917, der folgendermaßen lautet:

„Es gibt sonderbare Dinge unter der Sonne. Darunter fällt seit neuestem auch die Aufteilung der abzuliefernden Futtermengen auf die einzelnen Bezirke, welche die Landes-Futtermittelstelle mit besonderem Scharf- und Spürsinn in die Welt gesetzt hat. Und ganz besonders der Lungau scheint bei dieser Behörde Liebkind zu sein. Nach dem Aufteilungsschlüssel dieser Stelle haben zu liefern:

Bezirkshauptmannschaft Salzburg mit 38.300 Hektar Futterfläche 64.000 Meterzentner;

Bezirkshauptmannschaft Hallein mit 10.300 Hektar Futterfläche 17.200 Meterzentner;

Bezirkshauptmannschaft St. Johann mit 7.600 Hektar Futterfläche 12.800 Meterzentner;

Bezirkshauptmannschaft Zell am See mit 22.800 Hektar Futterfläche 38.100 Meterzentner;

Bezirkshauptmannschaft Tamsweg mit 10.800 Hektar Futterfläche 18.000 Meterzentner.

Vor allem bezeichnend ist bei dieser Aufteilerei, daß in sehr bequemer Weise die sehr geehrte Landes-Futtermittelstelle die Futterflächen in ihrem Jahresertrage vollkommen gleich beurteilt und jedem Hektar Fläche, gleichviel, ob ein-, zwei- oder dreimähdig, einfach 167 Kilogramm abzulieferndes Futter hinaufpelzt! Daß bei einer derartigen Austeilung der hochgelegene Lungau geradezu ruiniert wird, wenn er das ihn dabei treffende Quantum zur Gänze liefern muß, ist der fürsorglichen Futtermittelstelle natürlich ‚Wurst‘! Jeder halbwegs vernünftige Mensch muß doch einsehen, daß es einen großen Unterschied geben muß zwischen dem Ernteertrag einer Futterfläche im kalten, hochgelegenen Lungau und einer solchen im Flachgau. Wir haben im ganzen Bezirk nicht eine einzige dreimähdige Bodenfläche, wohl aber ist das Verhältnis der einmähdigen zu den zweimähdigen im ganzen Bezirke 3 : 1! Dazu kommt, daß hier vor allem nur die sonnseitigen Böden im Futterertrag in Betracht kommen, die eben heuer sehr unter der Trockenheit litten! Wegen Arbeitsmangels konnten heuer große Bergwiesen überhaupt nicht gemäht werden; weiter waren wir schon im Frühjahre wegen der starken Futterablieferung gezwungen, viele unserer Heimgründe abweiden zu lassen, so daß das Ernteerträgnis natürlich ein noch viel schlechteres wurde! Auch in normalen Jahren sind wir wegen der im Verhältnis zur Größe unserer Flächen regelmäßig zu geringen Futtererträgnisse zu sehr starker Strohfütterung gezwungen; um dem auszuweichen, könnte man sagen, müssen halt die Lungauer ihren Viehstand reduzieren! Leider ist aber dies ohne Gefährdung unserer Existenz nicht möglich! Der Viehstand ist nämlich die einzige Einnahmsquelle des Gaues! Auf eine gute Grummeternte können wir wegen der kalten Nächte auch in guten Jahren nicht rechnen; heuer war sie natürlich im allgemeinen noch schlechter! Und da geht die Futtermittelstelle her und rechnet für die Lungauer Futterböden einfach

167 Kilogramm abzulieferndes Futter pro Hektar heraus, also um kein Kilogramm weniger als für die Flachgauer Böden! Aber es kommt noch schöner! Die Landes-Futtermittelstelle sagt: ‚Die Futterflächen wurden nach dem Kataster für die einzelnen Bezirke genau, unparteiisch natürlich (!), ihrer Größe nach berechnet‘. Bei dieser herrlichen Berechnung kommt nun folgendes heraus: Die Bezirkshauptmannschaft St. Johann, also der ganze Pongau, der dreimal, sage dreimal größer ist als der Lungau, hat 7600 Hektar, und der Lungau, der dreimal kleiner ist als der Pongau, hat 10.800 Hektar Futterfläche aufzuweisen, wie oben angegeben. Bei dieser Rechnerei bleibt einem der Verstand still! Wahrscheinlich werden bei uns im Lungau die Futterflächen übereinanderliegen wie die Frösche im Frühjahr oder wie weiland die Gärten der Semiramis! Natürlich hat bei dieser Rechnerei der dreimal größere Pongau nur 12.800 Meterzentner und der dreimal kleinere Lungau dafür 18.000 Meterzentner abzuliefern! Wir können den Pongauern nur gratulieren! Weiter: Die Futtermittelstelle sagt: ‚Bei der Heuablieferung wird auch der Viehstand maßgebend sein‘! Selbstverständlich! Deswegen wird beim Pongau obige Rechnerei notwendig gewesen sein! Je mehr Vieh, desto mehr Futter muß natürlich da sein und muß selbstredend, damit die Sache gerecht verteilt wird, das abzuliefernde Quantum nach der Kopfzahl des vorhandenen Viehstandes aufgeteilt werden, so daß, wo ein größerer Viehstand da ist, auch ein relativ größeres Futterquantum abgeliefert wird. Nun hat die Bezirkshauptmannschaft St. Johann nach amtlichen Erhebungen, die mir bekannt sind, 21.500 Stück Großvieh und muß auf Grund dieses Viehstandes 12.800 Meterzentner Futter abliefern, der Lungau hat nach amtlichen Erhebungen 10.800 Stück Großvieh und muß dafür 18.000 Meterzentner abgeben!

Nach Adam Riese ist die Zahl 10.000 kleiner als 21.000, also müßte natürlich nach dieser Rechnung der Lungau weniger Futter abliefern, als der Pongau. Aber wahrscheinlich wird die Futtermittelstelle amtlich erhoben haben, daß die Lungauer Ochsen dreimal weniger fressen als die Pongauer, dann stimmt's ja wohl wieder.

Die Bezirkshauptmannschaft Zell am See hat 28.000 Stück Großrinder aufzuweisen und dürfte nach diesem Schlüssel auch zu kurz kommen! So steht die Sache! Für den Lungau kommt sie einer Katastrophe gleich.“

Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Vorgang im Schoße der Landes-Futtermittelstelle in Salzburg ein berechtigtes Befremden nicht nur im Lungau, sondern in der ganzen Öffentlichkeit hervorrufen muß und deren Vertreter im öffentlichen Leben veranlaßt, rechtzeitig einzugreifen, um derartige unqualifizierbare Vorkommnisse hintanzuhalten. Die Gefertigten erachten es vorläufig für angemessen, den Inhalt dieser Zeitungsnachricht Eurer Exzellenz zur amtlichen Kenntnisnahme zu bringen, und stellen daher die Anfrage:

„Sind Eure Exzellenz geneigt, in dieser Angelegenheit zu intervenieren, und die von der Landes-Futtermittelstelle Salzburg im Lungau verfügten Maßnahmen rückgängig zu machen?“

Wien, 20. November 1917.

Dr. Viktor Freiherr v. Fuchs.
Perwein.

Hueber.	Heilmayer.
Wollek.	Miklas.
Baechlé.	Fink.
Guggenberg.	J. Wohlmeyer.
Dr. Jerzabek.	Niedrist.
Waldl.	Dr. Stölzel.
P. Unterkircher.	Dr. Sylvester.

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. v. Isopescul-Grecul und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung in Angelegenheiten des ehrenrätlichen Verfahrens gegen nichtaktive Offiziere und Gleichgestellte.

Obschon seit Kriegsbeginn in vollem Verständnis für die Bedürfnisse der Zeit in Beziehung auf Offiziere und Gleichgestellte, die seinerzeit infolge eines ehrenrätlichen Verfahrens ihre Chargen verloren hatten, eine durchaus gerechtfertigte, mildere Praxis Platz gegriffen hat, sind mit Rucksicht auf Offiziere und Gleichgestellte des nichtaktiven Standes des k. u. k. Heeres und der Landwehr, gegen die während der Kriegszeit Anzeigen gemacht worden sind, ehrenrätliche Grundsätze in Anwendung gebracht worden, die im Widerspruche mit der Auffassung früherer Zeiten stehen, eine in keiner Weise begründete Strenge aufweisen und infolge eines vollständigen Verkennens der Zeitverhältnisse durchaus geeignet sind, in die weitesten Kreise der Bevölkerung Beunruhigung zu tragen. Dazu kommt, daß in Nachträgen zu den Vorschriften für das ehrenrätliche Verfahren, welche Nachträge nicht öffentlich verlautbart worden sind, weitere unbekannte Grundsätze aufgestellt wurden, die nur in Einzelfällen in eigenartigem Ausdruck zur Kenntnis der interessierten Kreise kommen, aber schon durch die Tatsache ihrer Nichtveröffentlichung allein auf dem Gebiete des Ehrenrechts die größte Rechtsunsicherheit schaffen.

Der Krieg hat sämtliche wehrhaften Elemente des Volkes aus allen Schichten der Gesellschaft in ein Volksheer vereinigt. Die Zahl der Offiziere und Gleichgestellten des nichtaktiven Standes übersteigt um ein Vielfaches die der Berufsoffiziere. Viele Tausende haben ihre Berufe und ihre Familie verlassen, um unter den Fahnen des Allerhöchsten Kriegsherrn für ihr Vaterland zu kämpfen. Unterschiede bei der Auswahl dieser Offiziere und Gleichgestellten des nichtaktiven Standes wurden nicht gemacht, so daß ohneweiters sogar gewesenen Offizieren und Gleichgestellten, die sich darum bewarben, ja, wie hervorgehoben, sogar solchen, die ihre Charge ehrenrätlich verloren hatten, der Offiziersrang zurückgegeben worden ist. Der einzelne Eingerückte mußte die mit der Eigenart seines Berufes zusammenhängenden Lebensauffassungen und Gedankengänge vorübergehend aufgeben, um sozusagen mit des Kaisers Rock den einzigen Gedanken und das vorläufige Lebensziel, das jeden von uns beherrschen muß, in sich aufzunehmen: den Krieg durch ein Zusammenwirken der Kräfte aller zu einem für die Monarchie siegreichen Ende zu führen. Insofern war es Erfordernis, daß alle Eingerückten gleich denken und gleich fühlen, darüber hinaus konnte von niemand verlangt werden, daß er sich den Grundbedingungen und Begleitumständen seiner früheren bürgerlichen Existenz entfremde und sich mit einem Schlage Lebensauffassungen aneigne, die lediglich als dem Stande der Berufsoffiziere entsprechend bezeichnet werden. Das in der schwersten Zeit des Krieges aufgebotene Volksheer umfaßt eben das ganze Volk in allen seinen eigenartigen sozialen und wirtschaftlichen Schichten mit variablen Anschauungen und Überzeugungen und nicht bloß wie seinerzeit die abgesonderte Gruppe von Berufssoldaten mit traditionellen und scharf umrissenen Lebensgrundsätzen. Vom Volksheer kann nur verlangt werden, was

unbedingt zur Erreichung des Kriegszieles notwendig ist; ein übriges stellt sich als ungerechtfertigter Eingriff in die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht des einzelnen und der Völker dar.

Nun ist es notorische Tatsache, daß gerade in der Kriegszeit Individuen von niedriger Gesinnung die in außerordentlichen Zeitverhältnissen begründete besondere Vorsicht der Behörden durch falsche und zumeist anonyme Anzeigen dazu benützen, um ihnen mißliebige Personen, zumeist aus Rachsucht, in ihrer Existenz zu schädigen. Dazu bietet in der Regel der Umstand willkommenen Anlaß, daß jemand als Offizier einrückt, der ehrenrätlichen Verantwortung unterliegt und daß mit Rücksicht auf die mit der Aberkennung des Offizierscharakters verbundenen sozialen Schädigung jeder Angezeigte auf das empfindlichste getroffen wird. Wird auch davon abgesehen, daß infolge der durch die Kriegszeit außerordentlich erschwerten Verkehrsverhältnisse ehrenrätliche Erhebungen fast nie mit der im Gesetze vorgeschriebenen Vollständigkeit durchgeführt werden können und daß schon darin eine besondere Gefahr für den Betroffenen gelegen ist, so kann doch nicht übersehen werden, daß die in der Kriegszeit herrschende allgemeine Nervenerregung in Verbindung mit den durch die Kriegsereignisse beeinflußten Anschauungen für die Rechtsprechung im allgemeinen, insbesondere aber für das so empfindliche und diskretionäre Gebiet der Rechtsprechung in Ehrensachen, eine durchaus schädliche Begleiterscheinung schafft.

Das geltende ehrenrätliche Verfahren scheint aber auch an sich vom Standpunkt des jetzt unter Waffen stehenden Volksheeres ganz unzulänglich. Es überläßt den einzelnen nichtaktiven Offizier oder Gleichgestellten vollkommen der Beurteilung von Berufsoffizieren. Sogar als Verteidiger darf nur ein aktiver Offizier beigezogen werden. Der einzelne dem bürgerlichen Berufe Entzogene sieht sich bei Beurteilung seiner Ehrenhaftigkeit einer Anzahl aktiver Offiziere gegenüber, die, erzogen und eingelebt in der Gedankenwelt eines Berufssoldaten, nur geringe Eignung haben, sich in den Gedankengang und das Gefühlsleben anderer Stände und sozialen Schichten einzufinden und die mit dem Maßstab der ausschließlich der Erfüllung der Soldatenpflichten angepaßten Weltanschauung die manigfachen Verhältnisse einer anderen, ihnen im übrigen fremden und oft unsympathischen Welt zu messen sich für verpflichtet halten, ohne für die Eigenart der natürlichen Verhältnisse, die für den Angezeigten seinerzeit handlungsbestimmend waren, auch nur einiges Verständnis aufbringen zu können.

So ist es gekommen, daß die Beschwerden, die gegen die ehrenrätlichen Vorkehrungen, Maßnahmen und Entscheidungen in der Kriegszeit erfolgt sind, immer zahlreicher werden und in den Kreisen der Bevölkerung geradezu Beunruhigung erwecken. Wenn beispielsweise einem Kaufmanne, der nichtaktiver Offizier ist, vorgeworfen wird, daß er in seinem Geschäftsgebaren zur Sicherung seines Vermögens in rechtlich durchaus einwandfreier Weise gegen einen andern scharf vorgegangen ist und der darum nach vielen Jahren schließlich in ehrenrätliche Untersuchung gezogen wird und als ergrauter Mensch Gefahr läuft, seiner Charge verlustig erklärt und vor seiner Familie und seinen Söhnen kompromittiert zu werden, so ist das eine Erscheinung, die durchaus die Ehre des einzelnen und ganzer Familien in die Diskretion eines Gerichtes stellt, deren Mitglieder in ihren Anschauungen weit ab von den kaufmännischen Usancen und juristischen Gepflogenheiten, für die Bedürfnisse des Handelslebens kein Einsehen haben. Dasselbe gilt auch von den nach gerichtlichen Einstellungen und Freisprüchen einzuleitenden ehrenrätlichen Untersuchungen, die sich im Wesen als ungesetzliche Nachprüfung der gesetzlich begründeten Einstellung und freisprechenden Urteilsgründe darstellen und mit den Grundsätzen der geltenden neuen Strafprozeßordnung durchaus im Widerspruche steht.

Es sollen sich aber in der letzten Zeit sogar die Fälle gemehrt haben, daß gegen nichtaktive Offiziere und Gleichgestellte ehrenrätliche Untersuchungen mit bezug auf die von ihnen abgeschlossenen Ehen und die Standesgemäßheit in der Wahl der Ehegattin anhängig gemacht worden sind. Diese Vorgänge müssen geradezu als gesetzwidrige und unerlaubte Eingriffe in die staatsgrundgesetzlich gewährleistete Freiheit des Privat- und Familienlebens bezeichnet werden; sie sind geeignet, die sozialen Grundlagen der gewiß das wichtigste Element des staatlichen Gemeinwesens bildenden Familie zu untergraben. Es geht nicht an, an die Familienverhältnisse des nichtaktiven Offiziers den Maßstab der Ehe und Familie des Berufsoffiziers zu stellen. Während letzterer schon vor der Eheschließung infolge eines dafür bestehenden besonderen Verfahrens sich darüber klar wird, ob seine Ehe standesgemäß sein kann und daraus seine Konsequenzen ziehen muß, besteht für den nichtaktiven Offizier in dieser Richtung keine gesetzliche Bestimmung. Es kann ihm somit mit Bezug auf seine Eheschließung kein militärischer Zwang auferlegt werden. Das ist aus natürlichen Erwägungen auch erklärlich, weil der Berufsoffizier und seine Gattin in ständigem Kontakte mit dem militärischen Standeskörper, den Kameraden sowie deren Frauen kommen und bleiben, während rücksichtlich der nichtaktiven Offiziere ein solcher Kontakt vermieden werden kann, aber jedenfalls dauernd nicht bestehen muß. Wenn aber der Grundsatz der Überprüfung der Ehen der nichtaktiven Offiziere auf die geringste anonyme Anzeige hin dem persönlichen Verfahren eines

Ehrenrates unterzogen und die Ehre ganzer Familien schon durch die Tatsache einer Untersuchung allein auf den Pranger der Öffentlichkeit gestellt werden, dann müssen Familienmütter, erwachsene Söhne und Töchter befürchten, daß ein Ehrenrat sich fände, der durch die Disqualifikation der vielleicht bei übertriebenen Forderungen nicht standesgemäßen Ehe des Familienerhalters die ganze Familie mit einem einzigen Urteile sozial für alle Zeiten deklassiert. Ist schon im bürgerlichen, aber auch im Militärstrafgesetz ausdrücklich ausgeschlossen, daß über Tatsachen des Familienlebens Wahrheitsbeweise geführt werden, so kann dieser Grundsatz für das Gebiet des ehrenrätlichen Verfahrens um so weniger ausgeschlossen werden, als sich diese Verhältnisse und Tatsachen der immerhin unberufenen Hand jedes Richters, ebenso auch des Ehrenrichters, schon mit Rücksicht auf die ethischen Grundlagen der Familie entziehen.

Aus der dargestellten Sachlage ergibt sich zunächst, daß ehrenrätliche Untersuchungen während der Kriegszeit weder einwandfrei geführt werden können, noch überhaupt einen Zweck haben, wenn nicht infolge eines gerichtlich verurteilenden Erkenntnisses bereits genügende Gründe vorhanden sind, um den Betroffenen des Offizierscharakters unwürdig zu erklären; es ergibt sich aber auch, daß durch eine mißverständliche Auffassung seitens der Ehrenräte Tatbestände in den Kreis ihrer Untersuchung und Beurteilung einbezogen werden, die sich ihrer Rechtsprechung entziehen und daher eine Überschreitung ihrer Zuständigkeit sind.

Mit Rücksicht darauf, stellen die Gefertigten nachstehende Anfragen:

„1. Sind Eurer Exzellenz die angeführten Tatsachen bekannt?

2. Ist Eure Exzellenz bereit, dem Abgeordnetenhaus die veränderten Grundsätze bekanntzugeben, nach denen das ehrenrätliche Verfahren gegenwärtig gehandhabt wird?

3. Ist Eure Exzellenz bereit, sofort anzuordnen, daß eine Revision der anhängigen ehrenrätlichen Angelegenheiten stattfinde und daß nur rücksichtlich derjenigen ehrenrätlichen Angelegenheiten das Verfahren fortgesetzt werde, wo eine strafgerichtliche Untersuchung die Unwürdigkeit des Angezeigten bereits erwiesen hat, während die übrigen ehrenrätlichen Untersuchungen bis zum Friedensschlusse zu sistieren sind?“

Mr. Hummer.
Redlich.
Staněk.
Dr. G. Gentili.
Dr. Degasperi.
Delugan.
Dr. R. Grandi.
Holubowycz.
Lew Lewickyj.
Onciul.
Dr. Adolf Groß.
Lukaszewicz.
Semaka.
Kuranda.
Dr. Benkovič.
Dr. Fr. Jankovič.
Roškar.
Udržal.
Reizes.
Prašek.
Ganser.

Isopescul-Grecul.
Simionovici.
Dr. Neumann.
G. de Carli.
Dr. Conci.
Tonelli.
Petruszewycz.
Dr. Leo Baczyńskyj.
Budzynowskyj.
Serbu.
Liebermann.
Pogačnik.
Spenul.
Ofner.
Dr. Korošec.
Pišek.
Gostinčar.
Fiedler.
Kadlčák.
Zenker.
Hormuzaki.

1417
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Jerzabek und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Eisenbahnminister, betreffend die Verkehrsverhältnisse auf den nordböhmischen Eisenbahnen.

Die abnormen Erscheinungen, die seit längerer Zeit im nordböhmischen Eisenbahnverkehr zutage treten, scheinen nachgerade in einen öffentlichen Skandal ausarten zu wollen. Denn nicht genug an dem, daß bei jeder stärkeren Inanspruchnahme des rollenden Bahnmaterials durch die Heeresverwaltung, ausgerechnet Nordböhmen sich die meisten Wagenabdirigierungen gefallen lassen muß, und aus diesem Grunde viele Bezirke monatelang ohne Kohlenbelieferung bleiben, ja auch wochenlang kein Mehl zugeschoben erhalten, verkehren die wenigen, dem zivilen Personen- und Güterverkehre dienenden Züge mit einer solchen Unregelmäßigkeit, daß Verspätungen der Post um einen ganzen Tag durchaus nicht zu den Seltenheiten gehören und in der Presse auch schon wiederholt zu Beschwerden Anlaß gegeben haben. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht eine Notiz der „Rumburger Zeitung“ vom 16. November l. J., welche folgendes ausführt:

„Die Rücksichtslosigkeit und das Chaos unserer Bahnen. Im Monat Juni hatte sich unsere Zeitung energisch beschwert, daß öfters die Post ausbleibt, weil in Jungbunzlau die Züge der Böhmischen Nordbahn das Eintreffen der Nordwestbahnzüge nicht abwarten, sondern ganz einfach abfahren. Auf unsere offene Beschwerde erhielten wir vom hiesigen k. k. Post- und Telegraphenamte eine Zuschrift der k. k. Postdirektion in Prag des Inhalts, die k. k. Nordwestbahndirektion habe Veranlassung getroffen, eine etwaige Verspätung des Zuges Nr. 517 auf ein Mindestmaß zu beschränken, um den Zuganschluß in der Station Jungbunzlau zu wahren, sodaß die beklagten Unregelmäßigkeiten im Verkehr der Bahnpost Nimburg—Nixdorf sich wohl nicht mehr wiederholen werden. Diese Zusicherung war sehr erfreulich, aber leider sollte die Freude nicht lange dauern. Zu was braucht die deutsch-böhmische Bevölkerung auch eine Freude zu haben! Sie mag zufrieden sein, wenn sie bluten, opfern und darben darf und dafür einmal von hoher Stelle aus belobt wird. Nach wenigen Wochen blieb die Post wieder einmal über das andere aus, weil, ganz wie früher, die Nordbahn in Jungbunzlau nicht auf die Nordwestbahn warten mochte. Das geschah am 14., 15., 16., 20. und 30. September, am 23. und 31. Oktober, am 1., 4., 7. und 14. November, also seither elfmal. Macht sich diese Bockbeinigkeit schon an Werktagen höchst unangenehm bemerkbar, weil das Eintreffen der Post dadurch um fast einen Tag verzögert wird, so ist das noch schlimmer, wenn sie auf einen Sonntag fällt. Am Sonntag nachmittags wird keine Post ausgetragen, wenn sie schon am Nachmittage mit der Bahn eingetroffen ist. Man erhält sie also Montag früh wenigstens in den an der Hauptstrecke nach Georgswalde gelegenen Orten. Nach den Orten an der Strecke nach Niedereinsiedel bringt die Bahn die Post aber noch später und wo einmalige, vielleicht nachmittägige Austragung ist, wie in Orten, die abseits der Bahn liegen, erhalten die Empfänger ihre Post endlich am Montag nachmittags oder abends, die, wie es vorkommen kann, in einem nicht weit entfernten Orte am Samstag aufgegeben wurde. Gestern, Mittwoch, am Tage des elften Ausbleibens der Vormittagspost, konnte man noch dazu auf dem Rumburger Bahnhofe folgenden merkwürdigen Vorgang beobachten. Der Prager Zug war nachmittags 1/2 3 Uhr eingefahren. Neben ihm hielt der über Zeidler-Ehrenberg verkehrende Zug der Nordböhmischen Industriebahn, der nicht nur etwaige Reisende, sondern auch die nach seiner Richtung bestimmte Post mitnehmen soll. Diese wurde auch von dem einen Zuge zum andern in den dazu bestimmten Karren herübergefahren. Bevor sie aber aufgeladen

werden konnte, gab der dienstführende Stationsbeamte das Zeichen zur Abfahrt des Ehrenberger Zuges, dieser fuhr tatsächlich ab und die ganze Post samt dem Postschaffner blieb in Rumburg. Der Amtsschimmel riß also auch in Rumburg seine alten Knochen zu einer trauriglächerlichen Kapriole zusammen und die Anwohner der Industriebahn erhalten infolge der ganz unrichtig angewandten „Pünktlichkeit“ in Jungbunzlau und Rumburg ihre Post um einen vollen Tag verspätet. Das Vorkommnis in Rumburg steht indes, was betont werden muß, ganz vereinzelt da. Anders aber liegt es in Jungbunzlau, wo der Unsinn zur Methode geworden ist. Das bedeutet in vielen Fällen aber eine schwere Schädigung der Bevölkerung. Warum man sich bemüßigt fühlt, diese, allen modernen Begriffen über Verkehr hohnsprechenden Zustände nicht zu beseitigen, ist uns unbekannt. Man weiß wohl, daß in der Organisation mancher Behörden geradezu ein Wirrwarr herrscht; untergebene Stellen finden es nicht für notwendig, die Anordnungen vorgesetzter Ämter durchzuführen und diese lassen das hingehen. Wir wollen keine Beispiele dafür anführen, obwohl wir über solche verfügen. Sollte es vielleicht der Zugsführer der Böhmischen Nordbahn als in seiner Machtbefugnis liegend halten, in Jungbunzlau nach der ihm genehmen Zeit, sagen wir pünktlich abzufahren? Dann sollte er aber auch wissen, daß er auf der Strecke bis Georgswalde keinen Anschluß mehr versäumt, also in Jungbunzlau über die fahrplanmäßige Zeit — haben wir denn überhaupt einen genau und richtig gehenden Fahrplan? — hinaus ein wenig warten könnte, wenn die Nordwestbahn noch nicht zur Stelle ist. Sollte es nicht möglich sein, andrerseits, daß auf der Nordwestbahn ebenso viele Revisoren mit erhöhten Kriegsdiäten die Stationen bereisen, um die rasche Beförderung zu beeinflussen, wie das bei der Nordbahn der Fall ist? Schließlich ist das Sache der Bahndirektionen, die es auch wissen werden, ob sie vielleich die Absicht haben, der Post einen Schabernack zu spielen. Wir aber sind es müde, uns diese schon an Frozzelei streifende Rücksichtslosigkeit und rückständige Bockbeinigkeit, unter der die ganze nordböhmische Bevölkerung schwer zu leiden hat, noch lange gefallen zu lassen. Wir wissen noch andere Wege zur Beschwerde und werden sie betreten, wenn sich der Fall in Jungbunzlau noch einmal wiederholen sollte.“

Es bedarf wohl kaum erst einer ausführlichen Erklärung, um die schweren Nachteile ermessen zu können, welche die unausbleibliche Folge derartiger Verzögerungen im Postverkehr in einem Industriegebiete bilden müssen, wie denn auch niemand die Notwendigkeit einer sofortigen Behebung der geschilderten Übelstände im Interesse der geschädigten Bevölkerung wird bestreiten dürfen.

Die Gefertigten sehen sich daher veranlaßt, an Seine Exzellenz den Herrn Eisenbahnminister nachstehende Anfrage zu richten:

„Sind Eure Exzellenz geneigt, sofort das Nötige zu veranlassen, damit in das Chaos des nordböhmischen Eisenbahnverkehrs endlich einmal Ordnung gebracht und den oben geschilderten Unregelmäßigkeiten im Postverkehre schleunigst und gründlich abgeholfen werde?“

Wien, 20. November 1917.

Josef Grim.	Dr. Anton Jerzabek.
J. Wohlmeyer.	Fisslthaler.
Miklas.	Prisching.
M. Huber.	Georg Baumgartner.
Jedek.	Eisterer.
Jodok Fink.	Kienzl.

1418

I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Franz Kindermann und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ernährungsminister und an den Herrn Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend den allgemein bekannten so großen Mangel einerseits an Mehl und Brot, gleichzeitig aber auch an Kohle und Brennmaterial.

Aus der Gemeinde Filippsdorf, unmitelbar an der sächsischen Grenze gelegen, mit der Stadt Neugersdorf (Sachsen) durch die dort beschäftigten Arbeiter im steten Grenzverkehr stehend, kommt folgender Notschrei vom 15. November 1917:

„Euer Hochwohlgeboren!

Nachdem die Brotmehlzuweisungen von seiten der Bezirksverteilungsstelle seit einigen Wochen schon wieder sehr viel zu wünschen übrig lassen, so daß nur ein halbes, einmal dreiviertel Brote auf den Kopf der Bevölkerung in der Woche verabfolgt werden konnten. bitten wir, gütigst zu entschuldigen, wenn wir uns erlauben, Euer Hochwohlgeboren mit einer Bitte zu belästigen.

Die Bevölkerung in Filippsdorf, die — wie Euer Hochwohlgeboren bekannt ist — zu drei Vierteln aus Fabriksarbeitern, die sich in Neugersdorf (Sachsen) ihr Brot verdienen, besteht, ist begreiflicherweise, da schon jetzt nach der Ernte solche Unregelmäßigkeiten bestehen, in höchster Aufregung, und zwar aus nachstehenden Gründen:

Die sächsische gewöhnliche Brotkarte lautet auf $2^1/_2$ Kilogramm Brot wöchentlich, welches regelmäßig und zur Gänze allwöchentlich bezogen wird.

Unsere gewöhnliche Brotkarte lautet auf wöchentlich nur 1·28 Kilogramm Brot, welches wir aber sehr häufig nur zur Hälfte, mit 0·64 Kilogramm, höchstens mit 0·96 Kilogramm erhalten können.

Die sächsische Kartoffelkarte lautet auf $3^1/_2$ Kilogramm Kartoffeln wöchentlich, die ebenfalls zur Gänze verabfolgt werden, und sogar noch eine Erhöhung der Quote in Aussicht gestellt ist, die auf jeden Fall auch eintreten wird.

Unsere Kartoffelkarte lautet auf $1^1/_2$ Kilogramm Kartoffeln pro Kopf wöchentlich; zwar heißt es auch bei uns, daß eine Erhöhung dieser Quote eintreten soll, doch glaubt hieran bei uns niemand mehr.

In Neugersdorf sind die Familien beinahe für den ganzen Winter mit Kohle versorgt und sind Kohlen stets bei den Händlern zu haben, aber natürlich nur für die einheimischen Familien, weil auf Kohle Ausfuhrverbot besteht.

Wir haben vor ungefähr zwei Monaten 20 Kilogramm Kohle für eine Familie verteilen können; seit dieser Zeit ist keine Kohle mehr eingelangt und derzeit auch noch gar nichts bekannt, wann wieder Kohle einlangen könnte. Zwar wurde uns von der k. k. Bezirkshauptmannschaft durch einen Intervenienten zur Kenntnis gebracht, daß wir für den Winter 9 Waggon Kohle erhalten sollen, was ein Quantum von 150 Kilogramm für eine Familie ausmachen würde. Mit einem derartig geringen Quantum ist aber doch niemand imstande, das Auskommen für den ganzen Winter zu finden, wo die Leute schon jetzt nicht mehr imstande sind, sich eine Mahlzeit am eigenen Herde zu bereiten.

Die große Mehrzahl der Familien ist heute schon gezwungen, das Essen in einem Nachbarhause, das zufällig noch etwas Kohlenvorrat besitzt, zu bereiten. Bald werden aber auch diese wenigen Ausnahmen ihre geringen Vorräte aufgebraucht haben.

Was soll dann werden?

Von Kleidern, Schuhwerk und dergleichen wollen wir noch gar nicht reden.

Unter solchen Verhältnissen ist es wohl kein Wunder, wenn sich der Leute Verzweiflung und Mutlosigkeit bemächtigt und unter der Bevölkerung eine große Aufregung herrscht.

Wir wagen es daher, das tiefergebenste Ersuchen an Euer Hochwohlgeboren zu richten, gelegentlich einmal an maßgebender Stelle zu intervenieren, daß diese geschilderten Übelstände wenigstens etwas hoffnungsvoller sich gestalten möchten und die Bevölkerung etwas beruhigt werden kann, was uns jetzt leider nicht möglich ist.

Alois Klinger,
Gemeindevorsteher."

Das ist ein neuerlicher Notschrei. Ein früherer ist vom 8. August 1917. Denselben hier mit anzuführen ist nötig, damit ersichtlich wird, wie lange diese unsere Bevölkerung schon mit Not und Elend kämpft. Dieses und das nachfolgende sind Beweise für die Wahrheit der Worte der Herren im Herrenhause, des Abtes Helmer und Grafen Erwein Nostitz.

„Bemerkt muß werden, daß die Gemeinde Filippsdorf (2500 Einwohner) seit der vorjährigen Ernte — auf den Kopf der Nichtselbstversorger — bis heute höchstens 28 Kilogramm Kartoffeln vom Staate zugewiesen erhalten hat. Da in der Gemeinde — wie in hiesiger Gegend überall — im Vorjahre eine schlechte Kartoffelernte war, konnten sich die Leute gar keine Vorräte beschaffen, weil sie von den hiesigen Kartoffelproduzenten (von Landwirten kann ja gar nicht gesprochen werden, unser größter Produzent hat vielleicht soviel Grund — von dem der Großteil noch gepachtet ist —, daß er vielleicht zwei bis drei Kühe mit einem bis zwei Stück Jungvieh erhalten kann) keine Kartoffeln zu kaufen bekamen, da dieselben nicht einmal so viel geerntet hatten, um ihren eigenen Bedarf für ihre eigene Ernährung — das Vieh konnte selbstverständlich gar keine bekommen — zu decken.

Dasselbe war auch mit der Kohle der Fall. Für die zirka 700 Haushalte der Gemeinde sind der Gemeinde seit Mai vorigen Jahres höchstens 60 Tonnen Kohle zugewiesen worden. Zwar konnte sich die arme Bevölkerung ab und zu zirka 50 Kilogramm Kohle von den Neugersdorfer Händlern — wenn diese gerade etwas Vorrat hatten — beschaffen. Dies kommt aber heuer infolge des letzthin erlassenen Ausfuhrverbotes auf Kohle auch noch in Wegfall.

Die letzte Kohlenzuweisung an die Gemeinde erfolgte Anfang April laufenden Jahres. Seit dieser Zeit ist weder der Gemeinde noch einem der Händler in der Gemeinde ein Stückchen Kohle zugewiesen worden.

Ist es dann ein Wunder, wenn die Bevölkerung durch die Not gezwungen — weil sie sich nicht einmal mehr eine Mahlzeit kochen konnte — Gerüchte, wie „Die Kaiserin Zita hat den Fürsten Liechtenstein bewogen, daß er der notleidenden Bevölkerung einen Streifen Wald überläßt und jeder könne sich bis 1. Juli dort soviel Holz machen, als er für den Winter brauche usw." gern glaubt und daß diese auch — von der angeblichen Erlaubnis — ebenfalls wieder durch die Not gezwungen, den weitestgehenden Gebrauch machen? Leider sehen die Betroffenen jetzt zu all der Not, den Mühen und Entbehrungen, trotzdem sie den erhobenen Wert des Holzes bezahlt haben, noch vielleicht einer empfindlichen Strafe entgegen.

Eine wahrheitsgetreue Schilderung dieses Vorfalles wollen Euer Hochwohlgeboren aus dem anruhenden Ansuchen an den Fürsten Liechtenstein, worauf bis jetzt eine Erledigung nicht eingetroffen ist, gütigst entnehmen.

Die Bevölkerung, welche zu drei Vierteln aus Fabriksarbeitern, die in Neugersdorf ihr Brot verdienen müssen, besteht, ist selbstverständlich bei dem Umstande, daß ihre Mitarbeiter in Neugersdorf, wie aus den Beilagen ersichtlich, regelmäßig und gut versorgt sind, während sie in den letzten vier Wochen einmal durch 13 Tage gar keinen Bissen Brot hatten und Pausen in der Approvisionierung mit Brot — nachdem sie vorher ein Viertel Brot erhalten haben — von zwei bis drei Tagen an der Tagesordnung sind, im höchsten Grade aufgeregt. Auch jetzt haben wir schon wieder drei Tage keinen Bissen Brot zu essen, da wir vergangenen Freitag (d. i. 3. August) ein Viertel Brot auf den Kopf erhielten. Wie aus den Beilagen ersichtlich, erhält die Bevölkerung von Neugersdorf seit dem 29. Juli l. J., bis zu welchem Tage sie mit Kartoffeln regelmäßig versorgt gewesen ist, „Brot statt Kartoffeln, beziehungsweise Mehl oder Haferflocken statt Kartoffeln", das ihr nach der Brotkarte gebührende Brot aber regelmäßig außerdem, da dieser Ersatz auf die Kartoffelkarten ausgefolgt wird.

Die Neugersdorfer Arbeitgeber drohen den Leuten von Filippsdorf mit der Entlassung, weil dieselben der Arbeit — infolge Unterernährung — nicht mehr vorstehen können und nicht selten vor Hunger und Entkräftung bei der Arbeit umfallen. Auch ist es vorgekommen, daß die Leute auf dem Wege zur Arbeit oder zurück vor Hunger und

Entkräftung auf der Straße umgefallen sind, was dadurch erklärlich wird, daß die Leute, wenn sie kein Brot haben, sich ausschließlich nur von dünner Suppe ernähren müssen, weil andere Lebensmittel absolut hier nicht zu beschaffen sind.

Wenn die Leute nun — aus eigener Wahrnehmung — die Versorgung und die Lebensweise ihrer Arbeitskollegen von Sachsen sehen und kennen, die Versorgung bei uns am eigenen Leibe verspüren, außerdem dann noch von ihren sächsischen Arbeitskollegen hierwegen gefrozzelt werden, sollen unter diesen Umständen diese Leute noch gute Patrioten sein?

Ist es dann ein Wunder, wenn es zu Ausschreitungen wie am 26. März l. J., wo diesen Leuten — welche seit 7. Jänner l. J. keine Kartoffeln mehr zugewiesen erhielten, andere Lebensmittel absolut nicht zu haben waren — die Brotzuschlagskarte über behördliche Verfügung auf unbestimmte Zeit entzogen werden mußte?

In Sachsen (Neugersdorf) ist die Bevölkerung regelmäßig — bis 28. Juli l. J. — mit Kartoffeln versorgt gewesen. Nachdem diese Versorgung (gewöhnliche Arbeiter wöchentlich mit zweieinhalb Kilo Kartoffeln, Schwerarbeiter noch mehr) aufgehört, werden dort außer dem gewöhnlichen Brotquantum von 2 Kilogramm pro Woche auch Brot statt Kartoffeln oder Mehl statt Kartoffeln auf die Kartoffelmarken zugewiesen, so daß zum Beispiel eine dreiköpfige Familie einschließlich des ihnen sonst zukommenden Quantums pro Woche drei und dreiviertel Kilogramm Mehl bezieht.

Und was noch die Hauptsache ist, die Leute dort bekommen Waren soviel sie Marken haben, während bei uns sehr häufig, namentlich in der letzten Zeit, ein Teil der Lebensmittelmarken regelmäßig in den Ofen gesteckt werden mußte, weil der hiesige Lebensmittelausschuß, beziehungsweise dessen Verteilungsstelle nicht in der Lage war, die Lebensmittelmarken einzulösen, da keine Vorräte vorhanden waren.

Zu näheren Auskünften gerne bereit, zeichnet mit dem Ausdrucke ganz besonderer Hochachtung

der Gemeindevorsteher
Alois Klinger.

NB. Bezüglich der Gesundheitsverhältnisse in der Gemeinde Filippsdorf muß noch erwähnt werden, daß mindestens ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung krank ist; zum großen Teile leiden dieselben nicht nur an geschwollenen Füßen und Beinen, sondern man sieht auch viele Leute, welche im Gesicht geschwollen sind.

Die Sterblichkeit betrug im Jahre 1913 insgesamt 29 Personen, im Jahre 1914 schon 32 Personen, 1915 wieder 28 Personen, während im Jahre 1916 wieder 37 Personen, bis heute den 8. August 1917 aber schon 32 Personen gestorben sind. Die Geburten betragen im heurigen Jahre bis heute insgesamt 8, während in normalen Zeiten jährlich 80 bis 90 Geburten zu verzeichnen waren."

Ein Brief eines Arbeiters aus Filippsdorf vom 9. August 1917 mit dem aus dem sächsischen Blatte in Neugersdorf beigeschlossenen Zeitungsartikel, welcher für uns beschämend ist und aufreizt, lautet:

„Geehrter Herr Doktor!

Ich bitte Sie, hier den Artikel dieser ausländischen Zeitung unter „Neugersdorf", welcher rot angestrichen ist, zur Kenntnis zu nehmen. Wenn das Ausland schon unseren Jammer und unser Elend anerkennt und daß wir Deutschböhmen betteln im Auslande müssen, so glaube ich, wäre es bald an der Zeit um Abhilfe. Was wir durchgemacht haben, ist nicht zu beschreiben. Und immer noch keine Aussicht auf Besserung. Solche Artikel tragen sicherlich nicht zum Ansehen und zur Ehre unseres Deutschböhmerlandes bei. Kein Wunder, wenn ein Familienvater, um den Hunger seiner Kinder zu stillen, zum Dieb wird und Feldfrüchte stiehlt. Daß bei uns in Österreich solche Zustände herrschen gegenüber Deutschland, was doch viel weniger als Österreich an Lebensmitteln produziert, ist nicht zu begreifen. Wenn dieses Elend noch einen Monat dauert, so wird es sicherlich zur Katastrophe kommen. Denn die Sterblichkeit ist so schon erschreckend groß geworden. Ich bitte Sie, wenn irgend möglich, diesen Zeitungsartikel an höherer Stelle zu verwerten, welcher ja unsere Not beweist, vielleicht hilft es doch, und wir bekämen Abhilfe.

Mit treudeutschem Gruß

Johann Petters,
Mitglied des Verpflegsausschusses,
Filippsdorf 40.

Neugersdorf. Hungernde arme Kinder, die namentlich jetzt zur Ferienzeit in großer Zahl von Böhmen herüberkommen, zeigen sich täglich in den hiesigen Häusern und Familien und sprechen mit Beharren hauptsächlich um ein Stück Brot an, das ihnen aber bei aller Bemitleidung in den meisten Fällen nicht gewährt werden kann, da doch die Brotration hier zu Lande auf das geringste Maß bemessen ist und eine Abgabe davon unmöglich erscheint. Auch erwachsene Leute, namentlich Frauen, die ebenfalls von drüben sind, klopfen häufig genug bettelnd an und klagen, ein abgehärmtes, erbarmungswürdiges Aussehen zur Schau tragend, die bitterste Not, welche ja in ihrem böhmischen Heimatlande einen viel größeren Umfang angenommen hat, als es innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches der Fall ist. Und ähnliche Elendsbilder, wie sie von hier erwähnt werden und als eine traurige

Folge des endlosen Krieges anzusehen sind, begegnen einem in allen sächsisch-böhmischen Grenzbezirken mit mehr oder weniger scharfer Ausprägung und geben dem Beobachter viel zu denken."

Daß diese große Kohlennot die Bewohner von Filippsdorf um so härter trifft, geht aus dem folgenden hervor:

„Gemeindeamt Filippsdorf, 7. Juni 1917.

An die Zentralstelle für die Ausfuhrbewilligungen in der Holzindustrie in Berlin!

Nähere Begründung des Antrages:

Die Gemeinde Filippsdorf, Bezirk Schluckenau in Böhmen, ist mit der Gemeinde Neugersdorf in Sachsen derart verbunden, daß nur der Einheimische wissen kann, ob er sich in Böhmen oder Sachsen, das heißt in Neugersdorf oder Filippsdorf befindet. Die nächsten Ortschaften in Böhmen sind die Städte Georgswalde und Rumburg. In beiden dieser Städte ist nur je ein Sägewerk, welches aber nicht einmal den Bedarf der eigenen Einwohner (in Georgswalde nahezu 10.000, in Rumburg über 10.000) decken kann.

Beide Städte haben in ihrem Areal nur wenig Waldbestand, während Filippsdorf gar keinen Waldbestand hat.

Die Bewohnerschaft von Filippsdorf (das auf der andern Seite auch noch an Spreedorf-Ebersbach in Sachsen grenzt) hat daher ihr Brenn- beziehungsweise Anfeuerholz seit Menschengedenken ausschließlich nur von Neugersdorf decken müssen, weil dies infolge der großen räumlichen Entfernung von den Nachbargemeinden in Böhmen nicht gut möglich war.

Es wird daher gebeten, dem vorstehenden Ansuchen hochgeneigtest stattzugeben; da die Frist, wie im königlichen Zollamte in Neugersdorf erhoben wurde, mit 29. d. M. abläuft, wird auch um geneigteste umgehende Erledigung höflichst ersucht.

Der Gemeindevorster
Alois Klinger."

Dabei handelt es sich um Anfeuerungsholz im Haushalte: Abfälle von Brettern, Latten, Stollen, und dergleichen in verschiedenen, meistenteils ungleichen Stärken, lauter weiches Holz von Fichten, Kiefern und Tannen.

Während diese Beschaffung früher frei war, ohne jede Zollzahlung und weitere Umstände, erfordert dieselbe jetzt eine Ausfuhrbewilligung und wird außerdem mit einem Zoll von 72 Mark bis zum Werte von 900 Mark und eines Gebührenbetrages von 2 Mark belegt.

Ein weiterer Beleg für unsere Not ist der Notschrei aus der Stadt Nixdorf, enthalten in der Rumburger Zeitung vom 16. November 1917. Derselbe lautet:

„Nixdorf. (Brotmangel.) Trotzdem wir erst im Anfange des Winters stehen, tritt jetzt schon die gefürchtete Brotknappheit auf. Seit Freitag, den 9. November, gab es kein Brot. Möglicherweise wird Donnerstag eine Ausgabe stattfinden können, wobei aber schon diese Woche höchstens ein Brot pro Kopf ohne Berücksichtigung aller Zusätze zur Aufteilung kommen kann. Für neuerliche Mehlzufuhr ist augenblicklich noch gar keine Aussicht vorhanden. Die Folge dieser großen Kalamität wird sein, daß die Bevölkerung die bisher von der Approvisionierung ausgegebenen Kartoffeln gezwungenermaßen in Angriff nimmt und dann wieder mit den Kartoffeln nicht auslangt. Dabei fehlen zurzeit alle als Ersatz in Betracht kommenden Rübenfrüchte, es gibt keine Kohle, wohl aber jeden Tag neue Verordnungen. Die verängstigte Bevölkerung sieht den kommenden Monaten in angstvoller Sorge entgegen. Dringende Abhilfte tut not. Ist in Tschechien die gleiche Notlage? Gelten dort andere Gesetze oder amtiert dort die Behörde anders?"

Alle diese hier angeführten, ebenso traurigen wie wahren Tatsachen drängen die Gefertigten zu den Anfragen:

„1. Sind diese Tatsachen den genannten Exzellenzen, den Herrn Ministern bekannt?

2. Sind dieselben, falls dies nicht der Fall sein sollte, geneigt, die nötigen Erhebungen an Ort und Stelle pflegen zu lassen?

3. Sind Ihre Exzellenzen geneigt, dieser braven, bis jetzt so ruhig ausharrenden Grenzbevölkerung möglichst Linderung zu bieten und die Beschaffung des Allernotwendigsten zu veranlassen?"

Wien, 18. November 1917.

	O. Teufel.	Heilmayer.	Dr. Franz Kindermann.
Kraus.	Knirsch.	Al. Rieger.	Dr. Waldner.
Pacher.	R. Marckhl.	K. H. Wolf.	Friedmann.
Dr. Herold.	Kopp.	Dr. Bodirsky.	Heine.
Schürl.	Felzmann.	Albrecht.	Langenhan.
Kroy.	Fahrner.	Dr. Michl.	F. Bernt.

1419
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Franz Kindermann und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister sowie auch an Seine Exzellenz den Herrn Eisenbahnminister, betreffend die Rücksichtslosigkeit in der Postbeförderung im nördlichsten deutschen Teile von Böhmen.

In Nr. 196 der „Rumburger Zeitung“ vom 16. November l. J. ist folgende Beschwerde, betreffend unsere Postverbindung, die verspätete Zustellung der Poststücke wegen verspäteter Ankunft, hell beleuchtet. Folgende Tatsachen sind hierfür angeführt:

„Die Rücksichtslosigkeit und das Chaos unserer Bahnen.

Im Monat Juni hatte sich unsere Zeitung energisch beschwert, daß öfters die Post ausbleibt, weil in Jungbunzlau die Züge der Böhmischen Nordbahn das Eintreffen der Nordwestbahnzüge nicht abwarten, sondern ganz einfach abfahren. Auf unsere offene Beschwerde erhielten wir vom hiesigen k. k. Post- und Telegraphenamte eine Zuschrift der k. k. Postdirektion in Prag des Inhalts, die k. k. Nordwestbahndirektion habe Veranlassung getroffen, eine etwaige Verspätung des Zuges Nr. 517 auf ein Mindestmaß zu beschränken, um den Zuganschluß in der Station Jungbunzlau zu wahren, so daß die beklagten Unregelmäßigkeiten im Verkehre der Bahnpost Nimburg—Nixdorf sich wohl nicht mehr wiederholen werden. Diese Zusicherung war sehr erfreulich, aber leider sollte die Freude nicht lange dauern. Zu was braucht die deutschböhmische Bevölkerung auch eine Freude zu haben! Sie mag zufrieden sein, wenn sie bluten, opfern und darben darf und dafür einmal von hoher Stelle aus belobt wird. Nach wenigen Wochen blieb die Post wieder einmal über das andere aus, weil, ganz wie früher, die Nordbahn in Jungbunzlau nicht auf die Norwestbahn warten mochte. Das geschah am 14., 15., 16., 20. und 30. September, am 23. und 31. Oktober, am 1., 4., 7. und 14. November, also seither elfmal. Macht sich diese Bockbeinigkeit schon an Werktagen höchst unangenehm bemerkbar, weil das Eintreffen der Post dadurch um fast einen Tag verzögert wird, so ist das noch schlimmer, wenn sie auf einen Sonntag fällt. Am Sonntag Nachmittag wird keine Post ausgetragen, wenn sie schon am Nachmittag mit der Bahn eingetroffen ist. Man erhält sie also Montag früh, wenigstens in den an der Hauptstrecke nach Georgswalde gelegenen Orten. Nach den Orten an der Strecke nach Niedereinsiedel bringt die Bahn die Post aber noch später und wo einmalige, vielleicht nachmittägige Austragung ist, wie in Orten, die abseits der Bahn liegen, erhalten die Empfänger ihre Post endlich am Montag nachmittags oder abends, die, wie es vorkommen kann, in einem nicht weit entfernten Orte am Samstag aufgegeben wurde. Gestern, Mittwoch, am Tage des elften Ausbleibens der Vormittagspost, konnte man noch dazu auf dem Rumburger Bahnhofe folgenden merkwürdigen Vorgang beobachten. Der Prager Zug war nachmittags $^1/_2 3$ Uhr eingefahren. Neben ihm hielt der über Zeidler-Ehrenberg verkehrende Zug der Nordböhmischen Industriebahn, der nicht nur etwaige Reisende, sondern auch die nach seiner Richtung bestimmte Post mitnehmen soll. Diese wurde auch von dem einen Zug zum andern in den dazu bestimmten Karren herüber gefahren. Bevor sie aber aufgeladen werden konnte, gab der dienstführende

Stationsbeamte das Zeichen zur Abfahrt des Ehrenberger Zuges, dieser fuhr tatsächlich ab und die ganze Post samt dem Postschaffner blieb in Rumburg. Der Amtsschimmel riß also auch in Rumburg seine alten Knochen zu einer trauriglächerlichen Kapriole zusammen und die Anwohner der Industriebahn erhalten infolge der ganz unrichtig angewandten „Pünktlichkeit" in Jungbunzlau und Rumburg ihre Post um einen vollen Tag verspätet. Das Vorkommnis in Rumburg steht indes, was betont werden muß, ganz vereinzelt da. Anders aber liegt es in Jungbunzlau, wo der Unsinn zur Methode geworden ist. Das bedeutet in vielen Fällen aber eine schwere Schädigung der Bevölkerung. Warum man sich bemüssigt fühlt, diese allen modernen Begriffen über Verkehr hohnsprechenden Zustände nicht zu beseitigen, ist uns unbekannt. Man weiß wohl, daß in der Organisation mancher Behörden geradezu ein Wirrwar herrscht; untergebene Stellen finden es nicht für notwendig, die Anordnungen vorgesetzter Ämter durchzuführen und diese lassen das hingehen. Wir wollen keine Beispiele dafür anführen, obwohl wir über solche verfügen. Sollte es vielleicht der Zugsführer der Böhmischen Nordbahn als in seiner Machtbefugnis liegend halten, in Jungbunzlau nach der ihm genehmen Zeit, sagen wir pünklich abzufahren? Dann sollte er aber auch wissen, daß er auf der Strecke bis Georgswalde keinen Anschluß mehr versäumt, also in Jungbunzlau über die fahrplanmäßige Zeit — haben wir denn überhaupt einen genau und richtig gehenden Fahrplan? — hinaus ein wenig warten könnte, wenn die Nordwestbahn noch nicht zur Stelle ist. Sollte es nicht möglich sein andererseits, daß auf der Nordwestbahn ebenso viele Revisoren mit erhöhten Kriegsdiäten die Stationen bereisen, um die rasche Beförderung zu beeinflussen, wie das bei der Nordbahn der Fall ist? Schließlich ist das Sache der Bahndirektionen, die es auch wissen werden, ob sie vielleicht die Absicht haben, der Post einen Schabernack zu spielen. Wir aber sind es müde, uns diese schon an Frozzelei streifende Rücksichtslosigkeit und rückständige Bockbeinigkeit, unter der die ganze nordböhmische Bevölkerung schwer zu leiden hat, noch lange gefallen zu lassen. Wir wissen noch andere Wege zur Beschwerde und werden sie betreten, wenn sich der Fall in Jungbunzlau noch einmal wiederholen sollte."

Es drängt sich die Frage auf: Wer trägt die Schuld an diesem die Bevölkerung unnötig reizenden Übelstande: Post oder Eisenbahn? Jedenfalls aber müssen die Gefertigten die Anfragen sich erlauben:

„1. Sind Seiner Exzellenz dem Herrn Handelsminister, Seiner Exzellenz dem Herrn Eisenbahnminister diese wiederholten Übelstände bekannt?

2. Sind die Herren Minister geneigt, Erhebungen pflegen zu lassen und dann auch eine dauernde Abhilfe zu schaffen?"

Wien, 18. November 1917.

Dr. Franz Kindermann.

R. Marckhl.	Kroy.
Kraus.	Knirsch.
Dr. Herold.	Dr. Waldner.
Pacher.	Friedmann.
Heilinger.	K. H. Wolf.
Albrecht.	Dr. Michl.
Kopp.	O. Teufel.
Schürl.	Dr. Bodirsky.
Rieger.	Felzmann.
F. Bernt.	Heine.
Langenhan.	Dr. Sommer

1420
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Franz Kindermann und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister, betreffend Wünsche und Beschwerden aus industriellen Kreisen über die Furcht vor den k. k. Finanzbehörden.

In der nordböhmischen Industrie gibt es eine große Anzahl Firmen, welche ihre Fabriken seit Kriegsbeginn stillstehen haben. Wenn nun das Betriebskapital, welches gewöhnlich doch nur erst durch jahrelange Arbeit verdient wurde, ebenfalls von der sehr hohen Kriegssteuer betroffen würde, wird vielen Fabrikationsgeschäften die Möglichkeit genommen, mit dem Rest desselben ihre Betriebe wieder eröffnen zu können. Den Finanzbehörden wie den Abgeordneten wird vor Augen gehalten, wie mühsam und unter welchen Beschwerden sich die Industrie zu ihrer heutigen Höhe emporgearbeitet hat. Es wird nur immer vom Zahlen gesprochen, niemals vom Verdienen respektive von dem Risiko, welches mit diesem Worte verbunden ist; auch nicht davon, wie sich die Verhältnisse nach dem Kriege gestalten werden.

Zur Klarstellung schreibt ein Industrieller aus Nordböhmen: „Infolge Rohmaterialmangels, hervorgerufen durch den Krieg, bin ich mit meiner Baumwollspinnerei und -weberei beinahe zwei Jahre gänzlich außer Betrieb und habe ich mein ganzes Betriebsmaterial, welches aus den vor dem Kriege erzeugten Waren und Garnen sowie den auf den Maschinen befindlichen Materialien bestand, liquidiert. Dieses liquidierte Betriebskapital gelangt nun, nachdem ich infolge Bezugsunmöglichkeit von Rohmaterialien keine Passiven habe, in voller Höhe zur Bemessung für die Kriegssteuer. Es geschieht mir hierdurch ein schreiendes Unrecht gegenüber denjenigen, welche in der glücklichen Lage sind oder waren, ihre Betriebe aufrecht erhalten zu können, denn bei diesen Firmen kommt nur die Differenz zwischen Aktiva und Passiva als Reingewinn zur Besteuerung. Nachdem ich nach Friedensschluß das Betriebskapital wieder in ganzer Höhe zur Inbetriebsetzung meiner Fabriken benötige, wäre ich nicht mehr in der Lage, den Betrieb derselben wieder aufzunehmen, wenn mein Betriebskapital durch die enorm hohe Kriegssteuer geschwächt würde. Ich kann nicht glauben, daß ein Kapital, welches als Anlage- respektive Betriebskapital dient und in Friedenszeit verdient wurde, von der Kriegssteuer betroffen werden kann."

Im weiteren Sinne mit einem Appell an unsere Finanzverwaltung und auch die Abgeordneten beschäftigt sich der Generalrat Karl v. Zimmermann, Mitglied des Herrenhauses, unter dem Titel: „Kriegssteuer und Privatwirtschaft" in einer Nummer der „Industrie". Er lautet:

„Exzellenz Teleszky, dem man als langjährigen ungarischen Staatssekretär und Finanzminister gewiß nicht den Vorwurf der Steuerfeindlichkeit machen kann, schreibt in einer Wiener Zeitung unter anderem:

‚Die Ersparnisse der inländischen Wirtschaft werden für die Beschaffung der im Interesse der Steigerung der inländischen Produktion auftauchenden

großen Kapitalsbedürfnisse den Privatwirtschaften zu überlassen sein und der Staat wird sich davor hüten müssen, auf diesem Gebiete der Privatwirtschaft Konkurrenz zu machen.' Teleszky verlangt dies, wie man sieht, deshalb, um nicht nur die normale Produktion wie vor dem Kriege wieder aufnehmen zu können, sondern denkt schon heute an eine intensive Produktionssteigerung.

Wenn dies für Ungarn richtig ist, um in wieviel höherem Maße benötigt die österreichische Industrie diese Ersparnisse. Ungarn hat durch die in seiner Landwirtschaft erzielten hohen Preise ganz enorme Mehrgewinne eingeheimst und seine Industrie durch die vom rein industriellen Standpunkte ganz ungerechtfertigte quotenmäßige Zuteilung der Kriegslieferungen in kürzester Zeit auf eine ungeahnt hohe Stufe gebracht. Wie höchst ungerecht die rein quotenmäßige Aufteilung dieser Lieferungen bei der Textilindustrie ist, ersieht man daraus, daß die ungarische Textilindustrie nach der Anzahl der Maschinen und dabei beschäftigten Arbeiter keine 10 Prozent der österreichischen ausmacht, dagegen jetzt nach der Quote mit 35 Prozent beteilt wird.

Aus dem eben Gesagten ergibt sich, daß Ungarn uns nicht nur politisch, was sich schon vor dem Kriege sehr oft gezeigt hat, sondern heute auch wirtschaftlich überlegen ist, was sich ganz deutlich in den Rentenkursen beider Staaten ausdrückt. Ich würde Herrn Dr. Steinwender und den österreichischen Finanzminister dringendst bitten, diese Kurse einer eingehenden Würdigung zu unterziehen, vielleicht gibt ihnen dies doch etwas zu denken, und sie werden es sich dann überlegen, die Industrie in Österreich im Gegensatze zu Ungarn noch weiter einseitig mit Steuern belasten zu wollen. Ich gebe zu, daß der Staat zur Aufbringung der Zinsen für die durch den Krieg aufgenommenen Milliardenanlehen ganz gewaltige Beträge benötigt, doch darf er hierfür nicht eine Form wählen, wobei er hauptsächlich der Industrie das Kapital nimmt, sondern muß vor allem trachten, dieselbe zu stärken, damit sie fähig ist, die großen Steuerlasten zu ertragen. Man müßte aus diesem gewiß für jeden Unvoreingenommenen verständlichen Grunde annehmen, daß auch alle Abgeordneten, in erster Linie aber alle deutschen Abgeordneten, da die Industrie in Österreich zum größten Teile in deutschen Händen ist, alles daran setzen, um dieselbe für die Übergangswirtschaft leistungsfähig zu gestalten. Doch gerade das Gegenteil geschieht und damit auch das Gegenteil von dem, was Exzellenz Teleszky vom Staate fordert.

Die Herren Abgeordneten beschließen jedoch Gesetze und geben früheren Kaiserlichen Verordnungen ihre Zustimmung, welche durch hohe Kriegssteuer, erhöhte Einkommensteuer und die neueste Steuerpraxis, Einzelunternehmungen aus dem Erwerbsteuerkontingent auszureihen, der Industrie das mobile Kapital fast vollständig konfisziert.

Als Textilindustrieller möchte ich vor allem einiges über die Kriegsgewinnsteuer, eigentlich Kriegssteuer, sagen, was sicher auch für viele andere Industrien Geltung hat. Die Vergleichsjahre 1911, 1912 und 1913 waren durch die Balkanwirren und die damit im Zusammenhang stehenden Zahlungseinstellungen in Galizien und Rumänien die allerungünstigsten im letzten Dezennium und geben daher kein richtiges Bild, um aus dem Vergleich mit denselben eine Kriegsgewinnsteuer zu bilden.

Die Textilindustrie muß daher schon bei einem Verdienste Kriegssteuer zahlen, bei welchem die meisten anderen Kriegsindustrien noch gar nicht zur Kriegssteuer herangezogen werden, und welcher Verdienst bei den letzteren auch vor dem Kriege als ganz normaler angesehen wurde. Den Hauptkriegsgewinn erzielte die Textilindustrie nicht in der Fabrikation, sondern fast nur durch höhere Verwertung ihrer vor dem Kriege angesammelten Lagerbestände in Rohmaterialien und fertigen Waren. Die zur Bezahlung vorgeschriebenen Beträge der Kriegsgewinnsteuer werden daher eigentlich von der Summe entrichtet, welche die Textilindustrie aus der Liquidation ihrer Unternehmungen erzielt hat. Diese Liquidierung hat nun durch die lange Kriegsdauer noch weiter gegriffen, sie ist auch auf die meisten Hilfsstoffe in der Fabrikation übergegangen, welche durch das Kriegsministerium beschlagnahmt und nicht ersetzt werden konnten. Man muß sich in den Fabriken schon längst damit helfen, daß man Riemen, Kratzenbelege, Maschinenteile usw. von den dort befindlichen und jetzt stilliegenden Maschinen nimmt, um mit dem anderen Teile der Fabrik weiter arbeiten zu können. Dasselbe gilt auch für alle vorzunehmenden baulichen Reparaturen, da auch diese wegen Mangels an Arbeitskräften und Baumaterialien während des Krieges zurückgestellt werden müssen.

Bei dieser für die Industrie so ernsten Sachlage muß man derselben unbedingt mobiles Kapital in reichlichstem Maße belassen, damit sie imstande ist, ihre Fabriken und industriellen Anlagen nach Friedensschluß und Freigabe aller hierzu nötigen Hilfsmittel so rasch als möglich wieder in den alten Zustand herzustellen.

Bei Beurteilung der Höhe des hierfür nötigen Kapitales muß aber, und das möchte ich in allererster Linie unterstreichen, der ganz exorbitanten Preissteigerung Rechnung getragen werden. Jeder Industrielle wird zur Fortführung seiner Geschäfte,

besonders im Anfang, wo er größere Mengen Rohmaterialen zu jedenfalls sehr hohen Preisen anschaffen muß, das drei- bis vierfache Kapital wie vor dem Kriege aufwenden müssen. Um dem Staate zu ermöglichen, nicht nur seinen inländischen Verbindlichkeiten, sondern im Interesse des ausländischen Kredites auch seinen ausländischen Zahlungen gerecht zu werden, muß auch die Industrie alles daran setzen, den Export mit allen Mitteln zu fördern.

Das kann aber nur geschehen, wenn die Industrie soweit als nur irgend möglich sich spezialisiert, um auch bei den sicher eintretenden höheren Lohnverhältnissen leistungsfähig zu sein. Um diese Spezialisierung zu ermöglichen, ist aber in allererster Linie ein großes, freies Absatzgebiet nötig, und da komme ich, ohne daß es meine Absicht war, vom wirtschaftlichen auf das politische Gebiet; es zeigt sich da wieder, daß es ganz irrig ist, wie von verschiedenen Seiten behauptet wird, daß sich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse vollständig scheiden lassen. Unser Österreich ist leider trotz der im Kriege vorgenommenen Namensänderung noch immer das Reich der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder, ja es soll sogar, wenn die Absichten verschiedener Redner des Abgeordnetenhauses verwirklicht würden, in einzelne, wenn auch wirtschaftlich zusammenhängende Bundesstaaten zerlegt werden. Wie es mit einer solchen wirtschaftlichen Verbindung praktisch aussehen würde, können wir uns beiläufig nach den vor dem Kriege gemachten Erfahrungen sehr leicht vorstellen. Trotzdem Österreich heute ein Einheitsstaat ist, wurden, besonders bei Vergebung von öffentlichen Lieferungen, von einzelnen Kronländern oder auch Nationen oft unsichtbare Grenzen für die Industrie errichtet und auch nicht zum Nutzen dieser Lieferungen strenge eingehalten.

Es ergeht daher die ernste Mahnung an die Abgeordneten aller Nationen, im ureigensten Interesse ihrer bodenständigen Industrie das innere Absatzgebiet nicht zu verkleinern, im Gegenteil, dasselbe so groß als möglich auszugestalten und durch gute Handelsverträge so weit als möglich zu erweitern. Ich denke hier natürlich in erster Linie an einen so innig wie möglichen Anschluß an die mit uns jetzt verbündeten Staaten, was jedoch nicht ausschließen darf, daß die alten Verbindungen mit den jetzt im Kriege mit uns befindlichen Staaten durch günstige Handelsverträge wieder recht bald aufgenommen werden sollen. Es wird jetzt so viel geschrieben und gesprochen über Frieden mit oder ohne Annexion, mit oder ohne Kriegsentschädigungen. Man mag darüber denken wie man will, die Hauptsache dabei bleibt, und dies muß unbedingt von unseren Friedensunterhändlern verlangt werden, daß bei Friedensschluß der Bezug von für die Industrie nötigen Rohmaterialien und Hilfsstoffen vollkommen freigegeben und außerdem die Ernährung der Gesamtbevölkerung in einwandfreier Weise sichergestellt wird."

Welche Klagen, welche Beschwerden und Rufe um Klarstellung in den Kreisen der nordböhmischen Industrie herrschen, geht deutlich aus einer Entschließung der „Vereinigung zur Wahrung industrieller, gewerblicher und kaufmännischer Interessen für den politischen Bezirk Schluckenau in Böhmen" hervor, welcher folgendes beinhaltet:

„Zum Erlasse des Finanzministeriums vom 4. September 1917, R. G. Bl. Nr. 373 (Vollzugsvorschrift zum V. Hauptstücke des Gesetzes vom 25. Oktober 1896, R. G. Bl. Nr. 220, betreffend die direkten Personalsteuern unter Berücksichtigung der mit dem Gesetze vom 23. Jänner 1914, R. G. Bl. Nr. 13, Personalsteuernovelle), und mit Artikel III der Kaiserlichen Verordnung vom 16. März 1917, R. G. Bl. Nr. 124, getroffenen Abänderungen.

Die von uns wie von anderen wirtschaftlichen Interessenvertretungen erhobenen Einwendungen und Bedenken gegen Artikel III der Kaiserlichen Verordnung vom 16. März 1917, R. G. Bl. Nr. 124, sind durch obbezeichnete Vollzugsvorschrift nicht gemildert, geschweige denn beseitigt worden, sondern haben durch sie nur an Berechtigung gewonnen.

Dem Verlangen nach völliger Eliminierung oder mindestens nach einer genauen Begriffsbestimmung der „Fahrlässigkeit" ist in der Vollzugsvorschrift nicht im geringsten Rechnung getragen worden. Fahrlässigkeit wird hart bestraft, man kann wegen Fahrlässigkeit mindestens durch Anwendung subsidiärer Arreststrafen auch in entehrender Weise der Freiheit beraubt werden, aber was unter Fahrlässigkeit zu verstehen ist, wird in der Vollzugsvorschrift ebensowenig definiert wie in der Kaiserlichem Verordnung vom 16. März 1917. Das schwere Bedenken, daß es dem freien Ermessen der Steuerbehörde überlassen bleibt, die Grenzen zwischen bloßem Versehen, grober Fahrlässigkeit und absichtlichen Steuerdelikte nach Belieben zu ziehen und demnach gegebenenfalls wegen einer mehr oder minder entschuldbaren Nachlässigkeit, ja vielleicht auch nur wegen einer mit den Ansichten fiskalischer Organe nicht übereinstimmenden Gesetzesauslegung auf die Verhängung von Freiheitsstrafen zu dringen, bleibt somit vollständig aufrecht.

Ebensowenig haben unsere Bedenken gegen die Strafbarkeit der Mitschuld oder Beihilfe bei Steuervergehen in der Vollzugsvorschrift Beachtung gefunden. Dieselbe gibt nicht einmal den Steuerbehörden Anhaltspunkte, wie sie die Tatsache einer gegen die Steuergesetze verstoßenden Beihilfeleistung festzu-

stellen hat, und natürlich fehlt auch jegliche Bestimmung darüber, wie jemand gegen falsche Bezichtigungen einer solchen verpönten Hilfeleistung geschützt werden kann. Eine Ergänzung ist umso notwendiger, als es sich auch hier um Ehre und Freiheit handelt.

Was das Verfahren betrifft, so sind alle unsere Befürchtungen durch die Vollzugsvorschrift nicht nur bekräftigt, sondern sogar noch überboten worden.

Die Steuerbehörde, welche die Funktionen des Staatsanwaltes versieht, ist zugleich auch Untersuchungsinstanz, und zwar eine Instanz mit uneingeschränkten Machtvollkommenheiten. Schon aus psychologischen Gründen wird der Steuerreferent, welcher jemand im Verdachte einer Steuerhinterziehung oder Steuerverheimlichung hat, in seiner Eigenschaft als Untersuchungsrichter dahin trachten, seinen Verdacht bestätigt zu finden, demgemäß den Gang des Verfahrens unwillkürlich beeinflussen und aus bloßem Versehen grobe Fahrlässigkeiten oder absichtliche Steuerdelikte machen.

Im Untersuchungsstadium sind die Befugnisse der Steuerbehörde unbeschränkt, dagegen die Rechte des Beschuldigten sehr dürftig. Ganz entschieden muß dagegen protestiert werden, daß die Steuerbehörde darüber zu entscheiden hat, ob der Antrag des Beschuldigten auf Einvernahme von Zeugen, Sachverständigen und Auskunftspersonen durchzuführen ist oder nicht (Artikel 11, Punkt 2 c); daß interne Amtsstücke von der Einsicht ausgeschlossen werden können (Artikel 11, Punkt 2 e) entspricht gleichfalls nicht den Erfordernissen eines streng ehrlichen Verfahrens, sofern in letzterem solche Amtsstücke gewertet werden sollen. Ist der Steuerreferent einerseits Staatsanwalt und Untersuchungsrichter in einer Person, so ist er in Fällen qualifizierter vorsätzlicher Vergehen auch noch dazu Vorsitzender des Spruchsenates. Derartiges ist juristisch unerhört! Nicht genug daran, daß er im Untersuchungsverfahren Gelegenheit hatte, allen staatsanwaltschaftlichen Gelüsten die Zügel schießen zu lassen und den Straffall in einer Weise zu präparieren, daß selbst ein vollkommen objektiv zusammengesetzter Spruchsenat beeinflußt werden muß, so präsidiert er auch noch diesem Spruchsenate und hat also auf das Urteil den allermaßgebendsten Einfluß. Was werden und was können die beiden übrigen Mitglieder des Spruchsenates, ein richterlicher und ein Laienbeisitzer, gegen eine solche Dreieinigkeit des Steuerreferenten vorzubringen vermögen!? Dazu kommt, daß der Laienbeisitzer (Artikel 7, III, Punkt 2, Absatz 4) über Ternavorschlag der Finanzlandesbehörde vom Finanzminister ernannt wird, also volle Gelegenheit geboten ist, sich über fiskalische Elemente auszusuchen und jeden vom Spruchsenate fernzuhalten, der Herz und Sinn für eine liberale Handhabung der Steuerstrafvorschriften besitzt.

Es ist eine bloße Konsequenz einer so einseitigen bureaukratischen Einrichtung, daß laut Artikel 7, III, Punkt 6, die Verhandlung des Spruchsenates in „Abwesenheit des Beschuldigten“ stattzufinden hat. Der Spruchsenat bekommt eben eine fertige Sache, zu welcher er nur Ja und Amen zu sagen hat, und wenn auch dem Steuerpflichtigen gestattet wird, seine Verteidigung vor dem Spruchsenate in eigener Person oder durch Hinzuziehung eines Advokaten mündlich näher auszuführen, so ist dies eine bloße Komödie, welche ihm keinerlei Schutz gewährt, weil eben die Verhandlung im Untersuchungsverfahren schon vollständig abgeschlossen ist, und weil nach der eben bezogenen Bestimmung „die Vorbringung neuer Tatsachen oder Beweismittel unzulässig ist“!! Letztere Vorschrift verdient die schärfste Zurückweisung und Verurteilung. Ein Spruchsenat, dem keine neuen Tatsachen oder Beweismittel vorgebracht werden dürfen, ist ein mehr als überflüssiges Institut.

Die Bestimmung des Artikels 14, Punkt 4, wonach die Fällung des Straferkenntnisses unter freier Beweiswürdigung aller erhobenen Umstände zu erfolgen hat, ist danach angetan, dem Verurteilten auch jede geringste Aussicht auf den Erfolg eines Rechtsmittels gegen das Urteil zu benehmen.

Daß in so wichtigen Dingen der Rechtsmittelzug schon in der zweiten Instanz sein Ende hat (Artikel 16), ist jedenfalls sehr bedenklich.

Ebenso bedenklich ist, daß eine Sicherstellung der Strafbeträge schon vor Zustellung des Straferkenntnisses auf Veranlassung der Steuerbehörde erfolgen kann.

Der bureaukratischen Tendenz der ganzen Vollzugsvorschrift entspricht es schließlich, daß nach Artikel 17, Punkt ?, es dem Ermessen der Finanzlandesbehörde überlassen bleibt, ein die Arreststrafe betreffendes Gnadengesuch an das Finanzministerium vorzulegen oder die Vorlage abzulehnen.

Die ganze Vollzugsvorschrift läßt sich in den knappen Satz zusammenfassen: „Die Verurteilung des von der Steuerbehörde eines Steuerdeliktes Beschuldigten sowie die Art und die Höhe seiner Bestrafung hängt vom freien Ermessen der Steuerbehörde ab.“

Wahre, mit Freuden aufgenommene Worte sprach Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident auf dem Industriellentag am 11. November l. J. in Wien, lautend:

„Daß der Staat, wenn er von dem edlen Stamme der Industrie reiche Früchte abschütteln

wolle, sich sorgfältig davor hüten müsse, diesem Stamme die Lebenssäfte zu entziehen oder gar die Axt an seine Wurzeln zu legen, da eine blühende Volkswirtschaft ohne eine blühende Industrie nicht zu denken sei."

Wünschend, daß diesen schönen Worten die Tat folgen möge, erlauben sich die Gefertigten die Anfragen:

„1. Gedenkt Seine Exzellenz die hier vorgebrachten Wünsche und Beschwerden einer genauen Erhebung und Würdigung zu unterziehen?

2. Gedenkt Seine Exzellenz nach Prüfung dieser vorgebrachten Tatsachen die verlangte, erstrebte nötige Abhilfe zu schaffen?"

Wien, 19. November 1917.

Kraus.	Dr. Franz Kindermann.
Kopp.	R. Marckhl.
O. Teufel.	Pacher.
Schürl.	Dr. Waldner.
Felzmann.	Kroy.
Dr. Bodirsky.	Heine.
Albrecht.	Dr. Herold.
Dr. Michl.	Langenhan.
K. H. Wolf.	Bernt.
Rieger.	Knirsch.
Dr. Heilinger.	Fahrner.

1421
I

Anfrage

des

Abgeordneten R. Marckhl und Genossen an Ihre Exzellenzen den Herrn Ministerpräsidenten und den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend das slawisierende Vorgehen staatlicher Behörden und Anstalten in Steiermark und Krain.

Die in der staatsrechtlichen Erklärung der südslawischen parlamentarischen Führung vom 30. Mai l. J. und ähnlichen Kundgebungen zutage getretenen, gegen die Einheit und den Bestand des Staates sowie gegen die nationale und wirtschaftliche Existenz des unterländischen Deutschtums gerichteten Bestrebungen fanden bisher seitens der Regierung nicht jene klare Zurückweisung, die die pflichtgemäße Wahrung der von diesen zersetzenden Bestrebungen berührten Interessen erheischt. Die in dieser Richtung in Wort und Schrift, in Reden und in der Presse, unter Mißbrauch des kirchlichen Einflusses auf die Landbevölkerung betriebene Wühlarbeit wird vielmehr durch das passive Verhalten der Regierung gefördert.

Vorkommnisse der letzteren Zeit auf sprachlichem Gebiete deuten aber darauf hin, daß sich gewisse Behörden und Anstalten mit den in den erwähnten Bestrebungen vertretenen Anschauungen insofern identifizieren, als sie sich über die Existenz der Deutschen in Untersteiermark und Krain gänzlich hinwegsetzen und diese Gebiete mit einsprachigen slowenischen Drucksorten überschwemmen.

Es sei darauf verwiesen, daß in der vom k. k. Militärkommando in Graz veranstalteten Wollsammlung an deutsche Orte Untersteiermarks nur in slowenischer Sprache abgefaßte Übernahmsbestätigungen hinausgegeben wurden.

Eine solche, betreffend den Markt Hohenmauthen im Bezirk Windischgraz, liegt in der Anlage bei.

Daß es sich hier nicht um vereinzelte Verstöße untergeordneter Organe, sondern um ein planmäßiges Vorgehen handelt, ist neben anderen, hier nicht zu erörternden Wahrnehmungen auch aus nachstehendem zu schließen.

Das Komitee für die Kriegsgräberfürsorge Österreichs, an dessen Spitze der Minister Exzellenz v. Twardowski steht, hat die Stadt Laibach, ohne Rücksicht auf die dort seßhaften Deutschen und die gesetzlich festgelegte Zweisprachigkeit Krains, ausschließlich nur mit slowenischen Aufrufen bedacht.

Es ist nicht anzunehmen, daß dieses Komitee von der Existenz der Deutschen in Laibach keine Kenntnis hat, zumal gerade diese sich an den Kriegsfürsorgeaktionen stets in hervorragendem Maße beteiligen, wie auch zu dem gedachten Zwecke deutsche Mädchen allein in Laibach den Betrag von 3747 K 01 h aufgebracht haben.

Geradezu als eine Herausforderung muß es bezeichnet werden, wenn, wie dies in letzterer Zeit geschehen, die Bevölkerung der deutschen Stadt Marburg an der Drau mit in einem Gemisch von Kroatisch und Slowenisch abgefaßten Druckschriften des Kriegsfürsorgeamtes des k. u. k. Kriegsministeriums überschwemmt wurde und dem dortigen Stadtrate von dem erwähnten Komitee der Kriegsgräberfürsorge bloß in dieser Sprache abgefaßte Kundmachungen zugekommen sind.

Die deutsche Bevölkerung des Unterlandes, die für das Vaterland die allergrößten Opfer an Gut

und Blut gebracht, sich stets freudig in den Dienst der Kriegsfürsorge gestellt und bei allen Veranstaltungen für vaterländische Zwecke in anerkannt hervorragendem Maße Anteil genommen hat, weist alle, sei es auf grober Fahrlässigkeit, sei es auf Absichtlichkeit zurückzuführenden Versuche, sich über ihre sprachlichen Rechte hinwegzusetzen, mit aller Entschiedenheit zurück und verlangt, daß auch bei derartigen Unternehmungen ihrem Empfinden Rechnung getragen wird, ganz abgesehen davon, daß durch ein derartiges Vorgehen der gute Zweck kaum gefördert wird.

Die Gefertigten stellen daher an Ihre Exzellenzen den Herrn Ministerpräsidenten und den Herrn Minister für Landesverteidigung die Anfragen:

„1. Sind Ihnen die obenangeführten Vorkommnisse bekannt?

2. Sind Sie geneigt, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß dem obgeschilderten — schon im Hinblick auf den wohltätigen Zweck der Veranstaltungen — äußerst bedauerlichen Vorgehen unverzüglich Einhalt geboten wird und die nationalen Rechte der Deutschen Steiermarks und Krains auch in sprachlicher Hinsicht stets geachtet und gewahrt werden?“

Wien, 20. November 1917.

Knirsch.	R. Marckhl.
Kittinger.	Dr. Waldner.
Pongratz.	Dobernig.
Hofmann v. Wellenhof.	L. Erb.
Nagele.	Wedra.
Pirker.	Barbo.
Sylvester.	Dr. Schürff.
Hueber.	Einspinner.
Held.	Fahrner.

1422
I

Anfrage

des

Abgeordneten Jaroslav Marek und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Eisenbahnminister, betreffend Nichteinrechnung der Teuerungszulage in die Löhne bei der Direktion für die Böhmische Nordbahn.

Über Anordnung des k. k. Eisenbahnministeriums vom Juni 1917 wurde bei allen Direktionen die Einrechnung von 50 Prozent der damaligen erhöhten Teuerungszulage in die Löhne durchgeführt.

Nur die Direktion für die Böhmische Nordbahn zögert bis zum heutigen Tage mit der Durchführung der oberwähnten Anordnung.

Durch die Nichteinrechnung der Teuerungszulage in die Löhne sind die Arbeiter durch fünf Monate im Bezuge des Krankengeldes geschädigt, da dieses sich nach dem Lohne richtet.

Und das geschieht in einer Zeit, in welcher die Staatsbahnverwaltung gezwungen wurde, durch verschiedene Maßnahmen den Bediensteten behilflich zu sein, um ihnen die Lebenserhaltung zu ermöglichen.

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

„Ist der Herr Eisenbahnminister geneigt, die sofortige Durchführung der im Juni 1917 erlassenen Einrechnung der Teuerungszulage in die Löhne bei der Direktion für die Böhmische Nordbahn anzuordnen?"

Wien, 20. November 1917.

Jaroslav Marek.
Winter.
Bechyně.
Stejskal.
A. Němec.
Tusar.
Aust.
Svoboda.
Vaněk.

Pik.
Charvát.
Tomášek.
Habermann.
Jaroš.
Klička.
Svěcený.
Filipinský.

1423
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Ofner und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend die Ausübung des Zensurdienstes.

Laut Erklärung des Herrn Ministers des Innern wird die Zensur der Zeitungen in Wien derzeit noch so ausgeübt, daß Aufsätze und Meldungen militärischen und außenpolitischen Inhaltes der Ministerialkommission im Kriegsministerium zur Begutachtung vorgelegt werden müssen. Bei dieser Erklärung wurde als selbstverständlich vorausgesetzt, daß die Zensurbehörden einen den modernen Zeitungsbetrieb entsprechenden Dienst einrichten, da sich sonst der Zustand ergibt, daß die Zeitungen gezwungen sind, zensurieren zu lassen, daß aber der Zensor nicht rechtzeitig die Verfügung trifft.

Die Wiener Zeitungen, die zwischen 11 Uhr vormittags und 6 Uhr abends erscheinen, haben nun die Erfahrung machen müssen, daß ihre Arbeiten außenpolitischen Inhalts entweder gar nicht oder erst zu einer so späten Stunde erledigt werden, daß sie auch im Falle der Freigabe nicht mehr in die Zeitungsausgaben aufgenommen werden können, für die sie bestimmt waren, und rechtzeitig eingereicht wurden. Der Grund dieser den Zeitungsdienst schädigenden Erscheinung ist eingehenden Erhebungen und Beobachtungen zufolge entweder darin zu suchen, daß vom Ministerium des Äußern in ganz unangebrachter Unterschätzung der Wichtigkeit dieses Dienstes keine Vorsorge zur rechtzeitigen Abfertigung der zwischen 9 Uhr früh und 4 Uhr nachmittags vorgelegten Arbeiten außenpolitischen Inhalts getroffen wurde, oder darin, daß die mit dieser Aufgabe betrauten Beamten ihren Dienst vernachlässigen. Beschwerden hierüber, die im Verlaufe von nahezu drei Jahren fast von sämtlichen Wiener Zeitungen noch unter der Herrschaft des jetzt abgeschafften Kriegsüberwachungsamtes eingebracht wurden, hatten keinen Erfolg.

Das Verhalten bei der außenpolitischen Zensur verdient um so schwereren Tadel, als sich der weit mehr in Anspruch genommene militärische Zensurdienst klaglos abwickelt und die dort arbeitenden Offiziere trotz ihrer an manchen Tagen sehr starken Überlastung das ihnen vorgelegte Zensurmaterial in der Regel im Laufe einer halben Stunde abfertigen.

Auch ein anderer Unterschied in der Handhabung der militärischen und außenpolitischen Zensur macht sich besonders in der letzten Zeit sehr peinlich bemerkbar. Während sich nämlich die militärische Zensur eine wenn auch begrenzte Freiheit der Auffassung zu eigen gemacht hat und der Kritik einigen Raum ließ, macht sich bei den außenpolitischen Zensoren ein Rückfall in die Zeiten der Stürgkhschen Willkür bemerkbar, indem jede ernste Kritik der Führung unserer äußeren Politik mit der stereotypen Begründung der „Gefährdung außenpolitischer Interessen des Staates“ unterdrückt wird.

Die Unterzeichneten richten daher an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern als die für die Ausübung der Zensur verantwortliche Behörde die Anfragen:

„1. Ist der Herr Minister geneigt, dafür zu sorgen, daß die mit der außenpolitischen Zensur in Wien betrauten Beamten einen den Bedürfnissen des modernen Zeitungsdienstes entsprechenden Zensurdienst versehen und in der Zeit zwischen 9 Uhr

vormittags und 4 Uhr nachmittags, wenn sie von den Zeitungen gebraucht werden, auch zur Stelle sind?

2. Ist der Herr Minister des Innern geneigt, dafür zu sorgen, daß sich in der außenpolitischen Zensur kein Polizeigeist geltend macht und die Meinungsfreiheit in außenpolitischen Angelegenheiten nicht in einer Weise unterdrückt wird, die mit den Erklärungen der Regierungen über den Wert der Mitarbeit und der Kritik von Parlament und Presse als Ausdruck der Volksmeinung und mit seinen eigenen Erklärungen in Widerspruch steht?"

Dr. Ofner.
Zenker.
Funk.
Ganser.
Hock.
Delugan.
Kuranda.
Kratochvil.
Dr. Lukavski.
G. De Carli.
Tobolka.

1424
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Wilhelm Neumann und Genossen an den Herrn Justizminister, betreffend die Benachteiligung der eingerückten Advokaturskandidaten bei Ablegung der Advokatenprüfung durch die vermeintliche Begünstigungsverordnung.

Die Justizministerialverordnung vom 21. August 1916 verkürzte die Vorbereitungszeit zur Ablegung der Advokatenprüfung, in der Absicht, die eingerückten Kandidaten zu begünstigen, auf zweieinhalb Jahre tatsächlich vollstreckter Praxis.

Obwohl viele eingerückte Kandidaten in ihrer dienstfreien Zeit der advokatorischen Praxis obliegen, entscheiden die zuständigen Amtsstellen, daß eingerückte Kandidaten die Praxis tatsächlich nicht vollstrecken können, so daß eingerückten Advokaturskandidaten — im Gegensatze zu Hochschülern, Gymnasiasten, Gewerbeschülern usw. — eine Begünstigung bei Ablegung ihrer Prüfung tatsächlich nicht zuteil wird.

Die obige Justizministerialverordnung hat deshalb den vor ihr bestandenen Rechtszustand (Gesetz vom 12. Juli 1913), daß eingerückten Advokaturskandidaten von jedem Kalenderjahr mindestens ein Halbjahr als Praxis anzurechnen sei, verschlechtert.

Wir stellen deshalb die Anfrage:

„Ist der Herr Justizminister geneigt, die Bestimmung des § 3, Punkt 1, Alinea 2 der Justizministerialverordnung vom 21. August 1916, durch welche eingerückte Advokaturskandidaten an der Ablegung der Advokatenprüfung gehindert werden, ehestens zu beseitigen oder in favorem der eingerückten Kandidaten authentisch auszulegen?“

Dr. Wilhelm Neumann.

Farner.	Dr. Waldner.
Knirsch.	Erb.
Zenker.	Dr. Herold.
Iro.	Dr. Mühlwerth.
Ganser.	Simionovici.
Friedmann.	Dr. Adolf Groß.
Bodiersky.	Starck.

1425
———
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Rybář und Genossen an das Gesamtministerium wegen Rückkehr der Staatsbehörden nach Triest.

Nach der im Mai 1915 erfolgten Kriegserklärung Italiens wurde der größte Teil der staatlichen Behörden aus Triest ins Hinterland verlegt und befindet sich zum großen Schaden der Bevölkerung und der Amtsführung noch heute dortselbst.

Besonders empfindlich war die Verlegung eines Teiles der Statthalterei, namentlich aber der Gerichtsbehörden, nach Voloska, beziehungsweise nach Graz.

Ohne in eine Erörterung über die Notwendigkeit dieser Verlegung eingehen zu wollen, soll doch festgestellt werden, daß diese mit der größten Hast und allen Anzeichen einer offenkundigen Furcht für das Schicksal von Triest erfolgte Verlegung in einem ganz eigentümlichen Gegensatze zu der Zuversicht steht, mit welcher der größte Teil der Bevölkerung von Triest in der Stadt auch während der heftigsten feindlichen Offensiven verblieben ist.

Sollte aber auch die seinerzeitige Verlegung in höheren staatlichen und namentlich militärischen Gründen ihre Erklärung finden, so ist wohl heute, nach dem Vordringen unserer Armeen bis weit nach Italien hinein, jeder Grund für ein weiteres Fernbleiben der genannten Behörden von Triest entfallen.

Wenn von seiten einzelner Behörden geltend gemacht wurde, daß die Rückverlegung derselben nach Triest für die betreffenden Beamten den Verlust von Diäten und sonstigen außerordentlichen Gebühren und somit eine sehr empfindliche Schädigung ihrer finanziellen Verhältnisse zur Folge hätte, die um so empfindlicher wäre, als die Beschaffung von Lebensmitteln in Triest eine äußerst schwierige und kostspielige ist, so könnte diesem nicht zu leugnenden Übelstande dadurch abgeholfen werden, daß den Triester Beamten angesichts der schwierigen Verhältnisse eine außerordentliche ständige Zulage gewährt werde.

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

„Gedenkt die hohe Regierung die Rückverlegung der seinerzeit aus Triest ins Hinterland verlegten Behörden und Ämter baldmöglichst zu verfügen und für den Entfall der den betreffenden Beamten gegenwärtig zukommenden Diäten durch Zuerkennung einer außerordentlichen Zulage an alle Triester Beamten Vorsorge zu treffen?“

Wien, 20. November 1917.

Jarc.
Perić.
Dr. Vukotić.
Brenčič.
Pišek.
Dr. Verstovšek.
Dr. Gregorčič.
Dr. Benković.

Dr. Rybář.
Dr. Fr. Janković.
Dr. Dulibić.
Roškar.
Dr. Korošec.
Dr. Pogačnik.
Fon.
Prodan.

1426
———
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Schürff, Dr. Waber und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend „militärische Zugeständnisse an Ungarn“.

Seine Exzellenz der ungarische Ministerpräsident Dr. Wekerle, der sich die Gründung einer Einheitspartei zur Aufgabe macht, hat den Eintritt einzelner parlamentarischer Gruppen, insbesondere der Apponypartei dadurch erreichen wollen, daß er sich auf militärische Errungenschaften seitens der Kriegsverwaltung an die ungarische Regierung berufen konnte.

Nach diesen Zugeständnissen soll in Budapest ein königlich ungarisches Kriegsministerium, dagegen in Wien ein k. k. Kriegsministerium errichtet werden. Als Bindeglied zwischen beiden Kriegsministerien soll außer der Person des Allerhöchsten Kriegsherrn der gemeinsame Generalstab des Heeres fungieren. Mit dieser Neuordnung geht auch die Regelung der Sprachenfrage einher. In Ungarn soll die Kommando- und Dienstsprache des Heeres ungarisch, in Kroatien kroatisch sein. Die Kenntnis der deutschen Sprache bleibt bloß für Stabsoffiziere obligatorisch.

Sollte die Nachricht von diesen militärischen Zugeständnissen an Ungarn den Tatsachen entsprechen, so würde dies nicht nur die Erfüllung militärischer Wünsche der ungarischen Regierung bedeuten, sondern zu einer einschneidenden Änderung unserer Heeresverhältnisse führen.

Da es nicht angeht, daß so einschneidende Neuordnungen ohne Wissen der österreichischen Volksvertretung zugesichert werden, stellen die Gefertigten an Seine Exzellenz die Anfrage,

> „ob er in der Lage ist, über diese militärischen Zugeständnisse an Ungarn ehestens dem Abgeordnetenhause genaue Aufschlüsse zu erteilen.“

Wien, 20. November 1917.

Kittinger.	Dr. Schürff.
Richter.	Dr. Waber.
Erb.	Beyer.
Dr. Kofler.	Kraft.
Wedra.	Dr. Erler.

1427
I

Anfrage

des

Abgeordneten Spenul und Genossen an Ihre Exzellenzen den Herrn Minister für Kultus und Unterricht und den Herrn Landesverteidigungsminister, betreffend die Beurlaubung der frontdienstuntauglichen Mittel-, Bürger- und Volksschullehrpersonen aus der Bukowina behufs Ausübung ihres Zivilberufes.

Der k. k. Bukowinaer Landesschulrat hat in seiner noch vor einigen Wochen stattgefundenen Sitzung den Beschluß gefaßt, sämtliche Lehrpersonen, die zum Landsturmdienste eingerückt sind und im Hinterlande verwendet werden, zum Schuldienste zu reklamieren. Seitens der kompetenten Faktoren ist jedoch in dieser Hinsicht bisher noch keine Entscheidung getroffen worden.

Es ist nun allgemein bekannt, daß unsere Schuljugend durch die Einberufung deren Ernährer und Vormünder, weil in den meisten Fällen sich selbst überlassen, stark verwahrlost ist. Wenn dies jedoch im allgemeinen der Fall ist, so trifft dies im besonderen bei der Schuljugend unseres Heimatlandes Bukowina, wo sich die Kriegsoperationen seit Kriegsbeginn abgespielt haben, um so mehr zu. Die Schuljugend blieb da ohne Aufsicht, Erziehung und Unterricht und auch ohne Beschäftigung. Um nun unsere Jugend vor weiteren schädlichen Folgen zu bewahren, um derselben endlich wieder eine entsprechende Erziehung angedeihen zu lassen und um dieselbe mit den für das künftige praktische Leben notwendigen Kenntnissen und Fertigkeiten auszustatten und sie auf diese Weise zu brauchbaren Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft und zu tüchtigen Staatsbürgern heranzubilden, ist es dringend notwendig, daß dieselbe ehestens wieder zum Schulbesuche herangezogen werde.

In Erwägung des Vorgebrachten sowie dessen, daß die meisten Lehrpersonen zur Militärdienstleistung einberufen wurden und infolgedessen ein großer Lehrermangel herrscht; in weiterer Berücksichtigung des Umstandes, daß die Tätigkeit einer Lehrperson inner- und außerhalb der Schule für den Staat und das Land von weit wichtigerer Bedeutung ist, als wenn dieselbe im Etappen- oder Hilfsdienst als Landsturmmann verwendet werde, stellen die Gefertigten nachstehende Anfragen:

„1. Sind Euren Exzellenzen die vorstehend angeführten Übelstände bekannt?

2. Sind Eure Exzellenzen geneigt, das Entsprechende zu veranlassen, damit die frontdienstuntauglichen, im Militärdienste stehenden Mittel-, Bürger- und Volksschullehrpersonen der Bukowina ehebaldigst zur Ausübung ihres Zivilberufes beurlaubt werden?"

Wien, 20. November 1917.

E. Pohoreckij.
Okunewskyj.
Dr. Dnistriańskyj.
Dr. Zahajkiewicz.
Petruszewicz.
Semaka.

Stefanyk.
Isopescul-Grecul.
Simionovici.
Onciul.
Serbu.

S. Wityk.
Dr. Eugen Lewickyj.
Leo Lewickyj.
Dr. Kost' Lewyckyj.
Nikolaj Ritter v. Wassilko.

Spenul.
Dr. Lew Baczyński.
Lukaszewicz.
Hormuzaki.
Petryckyj.
Dr. Wladimir Baczyński.

1428
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Waber und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister, Seine Exzellenz den Herrn Minister Dr. Horbaczewski, Seine Exzellenz den Herrn Minister Dr. v. Mataja, betreffend Sicherung und Ausgestaltung der allgemeinen Gehaltsklasse der Apotheker Österreichs.

Im Jahre 1908, als die trostlosen Verhältnisse der pharmazeutischen Mitarbeiterschaft der Apotheken Österreichs geradezu unhaltbar geworden waren und die dadurch entstandene Bewegung eine große Gefahr für die Aufrechterhaltung der Apothekerbetriebe bedeutete, erfolgte nach langen Verhandlungen der Regierung durch Herrn Sektionschef Baron Hein mit den Vertretern der beiden Standesgruppen, der Apothekenbesitzer und der Apothekenmitarbeiter der österreichischen Pharmazie, eine Maßnahme der Regierung, dahingehend, daß den Apothekern (laut Verordnung des Ministeriums des Innern vom 28. Jänner 1908, betreffend die Arzneitaxe zur österreichischen Pharmakopöe Ed. VIII) gestattet wurde, eine Dispensationsgebühr von 20 h für jedes angefertigte Rezept in Anrechnung zu bringen unter der von der Regierung gestellten und von den Vertretern der Apothekenbesitzer mittels Erklärungen angenommenen Bedingung: das Erträgnis dieser Taxerhöhung ausschließlich zum Zwecke der Regelung und Schaffung stabiler Gehaltsverhältnisse der pharmazeutischen Mitarbeiterschaft zu verwenden.

Auf Grund dieser von der Regierung bewilligten Taxerhöhung, also Mehreinnahmen, wurde nun die von dem damaligen Vertreter der pharmazeutischen Mitarbeiterschaft Ph. Mr. Josef Longinovits angeregte „Allgemeine Gehaltsklasse der Apotheker Österreichs“ begründet, die auf der Grundlage fußt: den pharmazeutischen Mitarbeitern einen mit ihren Dienstjahren steigenden Gehalt zu sichern, ähnlich dem System der Zeitvorrückung der Staatsbeamtenschaft!

Die allgemeinen Erwartungen des Standes und der Regierung: daß sich nun alle Apothekerinhaber Österreichs restlos diesem Institute anschließen würden, um dadurch, dem der Regierung gegebenen Versprechen gemäß, geordnete und stabile Gehaltsverhältnisse zu schaffen, wurden aber enttäuscht!

Ein Teil der Besitzerschaft — namentlich in gewissen Gebieten Österreichs — bleibt dem Institut fern und wenn auch mehr oder minder geringfügige Erhöhungen der Gehalte in den Betrieben dieser Apotheker eingeführt worden sein mögen und so wenigstens ein Teil der von der Regierung zugebilligten Mehreinnahmen dem bestimmten Zweck zugeführt wurde, so konnte doch der von der Regierung und der Mehrheit des Standes gewollte und beabsichtigte Hauptzweck: geordnete und stabile Gehaltsverhältnisse für die gesamte pharmazeutische Mitarbeiterschaft Österreichs zu schaffen, bisher nicht erreicht werden!

Dieser Umstand brachte es in der Folge mit sich, daß auch ein Teil der jüngeren Mitarbeiterschaft Bedenken gegen das Institut trug, indem sie in dem Fernbleiben eines Teiles der Apothekenbesitzerschaft eine Gefährdung ihrer für die Zukunft erwarteten Anwartschaften erblickten und befürchteten.

Trotz dieser im ungünstigen Sinne wirkenden Umstände hat das Institut doch eine segensreiche Tätigkeit entfaltet, hat sich durchaus als lebensfähig erwiesen und war sogar imstande, das erste Jahr des Krieges, trotz der großen Erschütterung, die durch das Wegfallen der jüngeren, durch das Institut besoldeten Mitarbeiter bedingt war, aus eigenen Kräften zu überdauern.

Das große Interesse, das die Regierung diesem Institut in Würdigung seiner sozialen Aufgaben entgegenbringt, ist nun neuerlich durch die — in Anbetracht der durch die Kriegsverhältnisse entstandenen Notlage erfolgten — Gewährung eines unverzinslichen Darlehens (mit Bewilligung des Finanzministeriums vom Jahre 1917) bekundet worden. Mit diesem Darlehen der Regierung — zusammen mit einer im Stande selbst seit März 1915 aufgebrachten monatlichen „Kriegssteuer" — ist das Institut imstande, seinen Verpflichtungen vorläufig nachzukommen.

Um nun den weiteren Bestand der Gehaltskasse zu sichern und dieses Institut so auszugestalten, daß den sozialen Anforderungen der kommenden Friedenszeit entsprochen werden kann, ist unerläßlich: die größtmögliche Verallgemeinerung des Institutes, die sich — allen diesbezüglichen Versuchen zum Trotz — auf dem Wege einer freiwilligen Zugehörigkeit aller Apothekenbesitzer Österreichs leider nicht erzielen läßt!

Mit Berücksichtigung der ganz besonderen Verhältnisse des pharmazeutischen Standes, der es — im Gegensatz zu anderen Berufen — nur dem kleineren Teil ermöglicht, den Beruf selbständig auszuüben, während der größere Teil trotz gleichmäßiger Ausbildung zur lebenslänglichen Mitarbeit in Apotheken, also zum Konditionieren gezwungen ist — weiters mit Rücksicht darauf, daß die einzelnen Betriebe durch gesetzliche Bestimmungen vor Konkurrenz geschützt und dadurch in ihrem Bestande gesichert erscheinen — ist wohl auch die logische Folgerung zulässig, daß auch die Existenz der nicht zur Selbständigkeit gelangenden pharmazeutischen Standesmitglieder gesichert werde, ebenso wie laut § 11 des Apothekengesetzes (Gesetz vom 18. Dezember 1906, R. G. Bl. Nr. 5 ex 1907, betreffend die Regelung des Apothekenwesens) die Altersversorgung dieser Standesmitglieder gesichert ist.

Diese Sicherung ist möglich! Sie ist möglich durch die „Allgemeine Gehaltskasse der Apotheker Österreichs", sobald die Pflichtzugehörigkeit aller Mitglieder des Standes festgelegt ist und ist um so eher möglich, als rechnerisch erwiesen worden ist, daß bei einer solchen Pflichtzugehörigkeit die Belastung der einzelnen Apothekenbetriebe nicht erhöht, dagegen die Leistungsfähigkeit des Instituts bedeutend gesteigert werden könnte!

Auf der Grundlage dieser Tatsachen und Folgerungen richten daher die gefertigten Abgeordneten an Ihre Exzellenzen die Anfrage:

„Sind Ihre Exzellenzen geneigt, in Anbetracht der außerordentlichen sozialen Bedeutung des in Frage stehenden Instituts für die gesamte Pharmazie und damit im Interesse der öffentlichen Sanitätspflege eine Gesetzesvorlage einzubringen, durch welche vorgesorgt wird, daß dieses Institut durch pflichtgemäße Zugehörigkeit aller Mitglieder des Apothekerstandes in die Lage versetzt wird: die Existenz der nicht zur Selbständigkeit kommenden Mitglieder des pharmazeutischen Standes ebenso sicher zu stellen, wie die Existenz der Betriebsinhaber durch das bestehende Konzessionssystem gesichert ist?"

d'Elvert.	Dr. Waber.
Erb.	A. Einspinner.
Kittinger.	Hruska.
Denk.	Wedra.
W. Maixner.	Richter.
Held.	Keschmann.
Kemetter.	Karl Iro.
Dr. Erler.	Dr. Heilinger.
Dr. Kinz.	Kraft.
Barbo.	Hartl.

1429
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Bugatto und Genossen über die Postverbindung nach Görz und den wiedereroberten Ortschaften des Landes Görz-Gradisca.

Am 28. Oktober sind die Truppen der Monarchie in Görz einmarschiert, wenige Tage darauf war das ganze Kronland Görz-Gradisca wieder erobert.

Seither sind volle drei Wochen vergangen, ohne daß die Postverbindung mit Görz und den Gemeinden der politischen Bezirke Gradisca und Monfalcone wiederhergestellt worden wäre.

Die Gefertigten fragen an:

„1. Was wurde seitens der Postverwaltung verfügt, um den Nachrichtendienst nach und von Görz Stadt und Land wieder einzurichten?

2. Mit welchem Zeitpunkte wird die Korrespondenz mit diesem Gebiete wieder ermöglicht sein?

3. Hat die Bevölkerung die Möglichkeit bis zur Wiederherstellung der Zivilpost die Feldpost zu benützen und wie?"

Wien, 20. November 1917.

Dr. Grandi.	Dr. Bugatto.
Conci.	Faidutti.
Tonelli.	Spadaro.
Gentili.	Delugan.
De Carli.	Dr. Degasperi.

1430

I

Dotaz

poslance dra. Karla Baxy a spolupodepsaných na Jeho Excellenci ministra veřejných prací v příčině záchrany živnosti lakýrnické, natěračské a malířské v Praze a předměstích tím způsobem, aby jim potřebné materialy nebyly zadržovány a jejich žádostem za příděly co nejdříve bylo vyhověno.

Málo která živnost byla tak těžce válkou postížena jako živnost lakýrnicka. Příčina tkví hlavně v tom, že není dostatek potřebného materiálu a že tento materiál se z c. k. úředních míst a z vídeňských centrál odpírá, anebo poskytuje v tak nedostatečném množství, že mistři dotyčných živností vůbec nemohou své řemeslo provozovati.

Nejnutnější materiál pozůstává hlavně z fermeže, to jest převařeného lněného oleje s přídavkem sušících praeparátů. Olej lněný rekvírován počátkem roku 1915. Předválečná cena obnášela již hotové fermeže 84 K za 100 kilogramů, dnes se požaduje 4000 K i více za 100 kilogramů. Rekvírovaným lněným olejem disponuje olejová a tuková ústředna ve Vídni a uvolňuje tento jen na odporučené žádosti za 900 K za 100 kilogramů. Společenstvo lakýrníků, natěračů a malířů v Praze spolu s Nákupním družstvem se již několikráte na ústřednu tu obrátilo se žádostmi, ve kterých byly potvrzeny různé vojenské, státní, obecní, nemocniční práce, dostalo se však mu v měsíci květnu toho roku toliko 1 sudu ve váze 150 kilogramů oleje, kterážto množství rozděleno mezi 65 členů, takže připadlo na jednotlivého člena, od 1 kilogramu do 2½ kilogramu. Zajisté že množství takové neodpovídá ani potřebě ku psaní písma, natož pro práce natěračské. Na intervenci pak u c. k. místodržitelství v témže měsíci, uvolněn opětně 1 sud lněného oleje, který teprve po více jak 4 měsících došel.

Druhou nutnou potřebou v této živnosti jest terpentýn, který ihned v počátcích války byl rekvírován. Těžba v Haliči a v zemích karpatských skýtá dostatečné množství, žádost o příděl však ani zodpověděna nebyla. Podalo proto společenstvo žádost c. k. ministerstvu války o uvolnění benzinu těžkého anebo benzolu; podání stalo se 1. červnem toho roku a ministerstvo žádost předalo Svazu rakouských továrníků laků a tito teprve tento měsíc uvědomili Společenstvo o přídělu 750 kilogramů solventnafty na přípravu fermežových a terpentýnových náhražek. Náhražky tyto byly by třetí důležitou a nyní nevyhnutelně potřebnou částí materiálu. Čtvrtou jaksi práci dohotovující potřebou jsou laky a smalty. Ku přípravě těchto jest zapotřebí terpentýn, v nejkrajnějším případě benzol a pryskyřice, nad kterou zase tu rozhoduje a uvolňuje pryskyřičná centrála ve Vídni. Žádostem v tomto směru podaným, nebylo vyhověno a odporučeny na krytí potřeb pražské továrny laků. Obrátilo se proto Společenstvo na vhodné odporučené některé firmy, dostalo se mu však odpovědí, že nemají dostatečných surovin. A tím jest stále odkazováno Společenstvo jen na zásoby, které různí spekulanti mají uschovány, a tyto jest nuceno kupovati za předepsanou horentní cenu.

Továrnám laků ústředny přidělují pravidelné množství jak pryskyřice, tak lněného oleje, benzolu a terpentýnu. Společenstvo však z výrobků těch nemůže z továren ničeho obdržeti. Příslušníkům těchto živností, kteří v počtu 120 mistrů

zaměstnávají 130 dělníků, většinou sestárlých pomocníků a dorostu řemeslného, v počtu 70 učňů zajisté zasluhuje, aby jejích spravedlivým potřebám bylo co nejrychleji vyhověno.

Ústřednám budiž dán pokyn, aby vyšly vstříc Nákupnímu družstvu, které dle nařízení uvolněné suroviny dá zpracovati a mezi pracující členstvo rozdělí.

Nepřijde-li v nejkratším čase nejvydatnější pomoc, pak skutečně spějí tyto živnosti jistému žániku vstříc.

Co platny zadávky nouzových prací od státních, vojenských, obecních atd. úřadu a ústavů, když živnostník nemá potřebného materiálu na provedení jejich.

Proto se tážeme:

Jest Vaše Excellence ochotna působiti k tomu, aby členové uvedených živnosti v čas dostali potřebných materialií k provozování svých živností a tím je uchrániti před jistou zahubou a zkázou?"

Dr Baxa.
Kratochvíl. Hráský.
Dr. Šubrt. Funk.
Stříbrný. A. Konečný.
Slavíček. Č. J. Lisý.
Dr. Hübschmann. Vodňanský.
Fiedler. Dr. Koerner.
Franta.. Čech.
V. Klofáč. Dr. Formánek.

Authentische Übersetzung.

1430
I

Anfrage

des

Abgeordneten Karl Baxa und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend die Rettung des Lackierer-, Anstreicher- und Malergewerbes in Prag und den Vororten durch Nichthintanhaltung der notwendigen Materialien und eheste Stattgebung ihrer Gesuche um Zuweisungen.

Es gibt wenige Gewerbe, die so schwer von dem Kriege betroffen wurden, wie das Lackierergewerbe. Die Ursache liegt hauptsächlich darin, daß es nicht genug notwendigen Materials gibt und daß dieses Material von den k. k. behördlichen Stellen und von den Wiener Zentralen verweigert oder in einer so unzulänglichen Menge beigestellt wird, daß die Meister der betreffenden Gewerbe überhaupt ihr Handwerk nicht ausüben können.

Das notwendigste Material besteht namentlich aus Firnis, das ist aus gekochtem Leinöl mit Zugabe von Trockenpräparaten. Leinöl wurde anfangs 1915 requiriert. Vor dem Kriege betrug der Preis für fertigen Firnis 84 K pro 100 Kilogramm, heute verlangt man 4000 K und noch mehr pro 100 Kilogramm. Über das requirierte Leinöl disponiert die Öl- und Fettzentrale in Wien und gibt dasselbe nur über befürwortetes Gesuch um 900 K pro 100 Kilogramm frei. Die Genossenschaft der Lackierer, Anstreicher und Maler in Prag hat sich zusammen mit der Einkaufsgenossenschaft bereits wiederholt an diese Zentrale mit Gesuchen gewendet, in welchen verschiedene militärische, staatliche, Gemeinde- und Spitalsarbeiten bestätigt waren, es wurde ihr jedoch im Monat Mai d. J. bloß ein Faß Öl im Gewicht von 150 Kilogramm zugewiesen, welche Menge unter 65 Mitglieder verteilt wurde, so daß auf ein einzelnes Mitglied 1 Kilogramm bis 2½ Kilogramm entfielen. Eine solche Menge entspricht gewiß nicht einmal dem Bedarf für Schriftenmaler-, um so weniger für Anstreicherarbeiten. Auf Grund einer Intervention bei der k. k. Statthalterei im selben Monat wurde abermals ein Faß Leinöl freigegeben, welches nach mehr als vier Monaten eingelangt ist. Einen weiteren dringenden Bedarfsartikel bildet bei diesem Gewerbe das Terpentin, welches gleich zu Beginn des Krieges requiriert wurde. Die Produktion in Galizien und den Karpathenländern liefert eine genügende Menge, das Gesuch um Zuweisung wurde jedoch gar nicht beantwortet. Deshalb überreichte die Genossenschaft beim k. u. k. Kriegsministerium ein Gesuch um Freigabe von Schwerbenzin oder Benzol; die Eingabe wurde am 1. Juni l. J. überreicht und das Ministerium trat das Gesuch dem Verband der österreichischen Lackfabrikanten ab und diese haben erst in diesem Monat die Genossenschaft von der Zuweisung von 750 Kilogramm Solventnaphtha für die Zubereitung von Firnis und Terpentinersatzstoffen benachrichtigt. Diese Ersatzstoffe wären der dritte wichtige und jetzt unumgänglich notwendige Bestandteil des Materials. Den vierten, gewissermaßen zur Vollendung der Arbeit dienenden Bedarfsartikel bildet der Lack und der Email. Zur Zubereitung derselben braucht man Terpentin, im äußersten Fall Benzol und Harz, hinsichtlich welcher Artikel die Entscheidung und Freigabe wieder der Harzzentrale in Wien zusteht. Den in dieser Richtung überreichten Gesuchen wurde nicht stattgegeben und es wurden zur Deckung des

Bedarfes die Prager Lackfabriken empfohlen. Die Genossenschaft hat sich somit an einige entsprechende und empfohlene Firmen gewendet, es wurde ihr jedoch die Antwort zuteil, daß sie nicht genügend Rohstoffe besitzen und dadurch ist die Genossenschaft stets nur auf jene Vorräte angewiesen, welche verschiedene Spekulanten aufbewahrt haben, und wird genötigt, dieselben zu den diktierten horrenden Preisen zu kaufen.

Den Lackfabriken wird seitens der Zentralen eine regelmäßige Menge sowohl von Harz als auch von Leinöl, Benzol und Terpentin zugewiesen. Die Genossenschaft kann jedoch von diesen Produkten von den Fabriken gar nichts erhalten. Die Angehörigen dieser Gewerbe, die in einer Anzahl von 120 Meistern 130 Arbeiter, meistens altgewordene Gehilfen und einen gewerblichen Nachwuchs in der Anzahl von 70 Lehrlingen beschäftigen, verdienen es gewiß, daß ihren gerechten Bedürfnissen schleunigst Rechnung getragen werde.

Es wollen die Zentralstellen angewiesen werden, der Einkaufsgenossenschaft entgegenzukommen, die auftragsgemäß die freigegebenen Rohstoffe verarbeiten und unter die arbeitenden Mitglieder verteilen lassen wird.

Falls nicht in kürzester Zeit eine ausgiebigste Hilfe kommt, dann gehen diese Gewerbe wahrhaft einem sicheren Untergang entgegen.

Was hilft die Vergebung von Notstandsarbeiten seitens der staatlichen, militärischen, Gemeinde- und anderen Behörden und Anstalten, wenn der Gewerbetreibende nicht genug Material zur Ausführung derselben besitzt.

Deshalb fragen wir:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, dahin zu wirken, daß die Mitglieder der erwähnten Gewerbe rechtzeitig die zur Ausübung ihrer Gewerbe erforderlichen Materialien bekommen und sie auf diese Weise vor dem sicheren Niedergang und Ruin zu retten?“

	Dr. Baxa.
Čech.	Konečný.
Klofáč.	Fiedler.
Stříbrný.	Funk.
Slavíček.	Dr. Hübschmann.
Dr. Formánek.	Vodňanský.
Listý.	Franta.
Hrásky.	Dr. Šubrt.
Dr. Koerner.	Kratochvíl.

1431
———
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. v. Halban und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Minister des Innern und an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Minister für Galizien, betreffend die ungenügende Bekämpfung der Tuberkulose in diesem Lande.

Die Bekämpfung der Tuberkulose hat im ganzen Reiche unter dem Eindrucke der durch die Kriegsereignisse und durch die damit zusammenhängenden Entbehrungen, die eine Steigerung dieser Volksgeisel hervorgerufen haben, eine — wenn auch noch immer unzureichende — Entwicklung erfahren. Zu den früheren Vorkehrungen treten seit einiger Zeit Maßregeln hinzu, die insbesondere die Fürsorge für heimkehrende Krieger, daneben aber auch die Heilung tuberkulöser Kinder anstreben.

Doch auch da bewährt sich staatlicherseits das Gegenteil des schönen Spruches, wonach Gottes Hilfe am nächsten ist, wo die Not am größten; staatlicherseits scheint das Gegenteil zu gelten. Ein Land, das seit drei Jahren durch Kämpfe und Durchmärsche am härtesten und am längsten leidet, dem Ärzte und Hilfsmittel fehlen, in dem ein großer Teil aller Wohngebäude vernichtet oder durch Truppenanforderungen der Benützung entzogen ist, überdies noch immer neuerliche Evakuationen, ganze Gruppen seiner Bevölkerung gesundheitsschädlichen Einflüssen aussetzen — dieses Land erfährt noch keine Hilfe des Staates.

Mit Erlaß vom 2. Jänner 1917, Z. 7461 ex 1916, hat das k. k. Ministerium des Innern zur Bekämpfung der Tuberkulose die Errichtung von Fürsorgestellen sowohl im Interesse der heimkehrenden Krieger als auch im Interesse der Zivilbevölkerung, insbesondere der Kinder ins Auge gefaßt. Der Erlaß spricht von Aufnahme des Kampfes „auf der ganzen Linie", von kräftiger Förderung der Fürsorgebewegung, wo dieselbe schon besteht, und will dieselbe „neu ins Leben rufen, wo Ansätze dazu noch nicht bestehen". Nun haben wir in Galizien nicht nur Ansätze, sondern einen seit acht Jahren in Lemberg wirkenden Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose, der natürlich seine Dienste angeboten hat; er erhielt jedoch bisher keine Subvention! Nicht der Staat, wohl aber das Rote Kreuz hat bisher aus eigenen Mitteln sechs Fürsorgestellen angelegt. Ebenso besteht in Galizien ein einziges Volkssanatorium (in Hołosko bei Lemberg), das als Musteranstalt anerkannt wird, derzeit jedoch von der zweiten Armee besetzt ist. Für die Erweiterung desselben ist eine Subvention angesucht und versprochen worden; sie blieb aber aus. Für tuberkulöse Kinder hat nur das fürstbischöfliche Komitee eine provisorische Baracke angelegt; der Staat hat nichts getan, obwohl es in Galizien eine Reihe von Heilquellen gibt, die sich ganz besonders zur Behandlung der Drüsentuberkulose eignen.

Aus dem im Jahre 1915 den Landeskommissionen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger, speziell zur Errichtung von Lungenheilstätten eingeräumten Kredite von zehn Millionen hat Galizien gar nichts erhalten; im Verzeichnisse der staatlichen Zuwendungen für die österreichische Vereinigung zur Bekämpfung der Tuberkulose, die bereits 16,465.000 K betragen, erscheint Galizien mit 150.000 K. Galizien ist in den Ausschüssen dieser staatlich patronisierten Vereinigung fast gar nicht vertreten; nur im Heilausschusse finden wir unter 50 Mitgliedern drei aus Galizien, die übrigens niemals eingeladen werden; unter den 12 amtsärztlichen Mitgliedern finden wir wohl Sanitätsreferenten aller Kronländer, ein galizischer aber fehlt; ebenso im Arbeitsausschusse.

Nun sollen endlich einige Landesspitäler eine Erweiterung durch Zubau von Pavillons für Lungenkranke erfahren. Im ganzen ist die Errichtung von je 50 Betten in Lemberg, Krakau,

Jaroslau, Gorlice und Nowy-Targ sowie von je 24 Betten in Tarnobrzeg, Wadowice und Żywiec in Aussicht genommen; zusammen 322 Krankenplätze. Ist schon diese Zahl nur als ein ganz unzulänglicher Anfang zu bewerten, so muß überdies die bisherige Vorarbeit als eine eigenartige Wanderung auf dem dornenvollen bureaukratischen Weg bezeichnet werden. Zwar hat das k. k. Ministerium des Innern mit Erlaß vom 31. Juli 1916, Z. 14856, die Vorbedingungen des galizischen Landesausschusses und das Prinzip der Bauführung auf Staatskosten angenommen, doch ist dies durch den Erlaß vom 3. April 1917, Z. 29669, abgeändert worden. Es wurde nunmehr anstatt der Kostendeckung nur Subventionierung gewährt, im übrigen aber auf andere „interessierte" Körperschaften verwiesen; die vorher vorgelegten Normalskizzen wurden ignoriert und die Ausarbeitung detaillierter Pläne für jeden Zubau angewendet, was einen bedenklichen Zeitverlust und eine Verteuerung bedeutet, weil Baumaterialien und Löhne dermalen so steigen, daß jeder Kostenvoranschlag vom Zeitpunkte seiner Vorlage bis zum Zeitpunkte der Überprüfung durch die zahlreichen Instanzen eine enorme Erhöhung erfährt.

Wir gaben uns der Hoffnung hin, daß durch den Ministerialerlaß vom 31. Juli 1916 wenigstens ein bescheidener Anfang dieser gewiß gebotenen Notstandsaktion gemacht wird; der Erlaß vom 3. April 1917 benahm diese Hoffnung; der Hinweis auf interessierte Körperschaften beruht auf gänzlicher Verkennung des Umstandes, daß dermalen in Galizien weder Land noch Gemeinden in der Lage sind, Auslagen zu machen und daß die private Wohltätigkeit, die in der Russenzeit für alles mögliche (insbesondere für die zurückgebliebenen kranken k. u. k. Soldaten, für die Bergung Kriegsgefangener usw.) aufkam, auch seither Opfer bringen muß, die die Kräfte des erschöpften Landes übersteigen. Die Normalkosten eines Krankenbettes bezifferten sich vor einiger Zeit auf zirka 8000 K, die Regierung wollte 7000 K zugestehen; durch die Verzögerung wird sich auch der erstgenannte Betrag wahrscheinlich zu niedrig erweisen.

Aber selbst wenn es endlich gelingt, den Leidensweg dieser Frage abzukürzen und wenn die Vorschläge des Landesausschusses vom 7. September d. J., Z. 153.562, Genehmigung finden, ist damit doch so wenig geschehen, daß dies gegenüber den Bedürfnissen kaum in die Wagschale fällt. Für die heimkehrenden tuberkulösen Soldaten sollen die Auswandererbaracken in Oświęcim, die eine andere Bestimmung hatten, da sie zu vorübergehendem Aufenthalte gesunder Saisonarbeiter dienen sollten, hergerichtet werden! Nun dürften nach verläßlicher Schätzung im Wege der Austauschaktion demnächst gegen 60.000 k. u. k. Soldaten mit Tuberkulose aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehren. Wenn hiervon nur zehn Prozent auf Galizien entfallen sollten, so entstünde schon die überaus peinliche Frage, wo denn diese 6000 Kranken untergebracht werden sollen? Alle Kronländer haben zahlreiche Heilstätten, in denen sie den größten Teil ihrer mit Tuberkulose vom Kampfplatze oder aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden Landeskinder werden beherbergen können, so daß dieselben der Genesung oder dem schmerzlichen Ende wenigstens in heimischer Umgebung entgegengehen werden. Den galizischen Invaliden soll auch diese Tröstung vorenthalten bleiben; man wird sie vielleicht — ähnlich wie bisher die Evakuierten und Flüchtlinge — als lästigen Zuzug empfinden, da ihr Kronland zerstört, die Heilorte Galiziens verwüstet und für die Aufnahme jener, die ihre Gesundheit dem Reiche geopfert, in der engeren Heimat nicht vorgesorgt ist.

Nachdem die Unterzeichneten nicht annehmen können, daß diese Umstände der k. k. Regierung unbekannt wären und sie hoffen, daß sich die gegenwärtige k. k. Regierung mit dem bisherigen Vorgehen auf diesem Gebiete nicht identifizieren will, stellen sie die Anfragen:

„1. Was gedenkt die k. k. Regierung vorzunehmen, um das Versäumte nachzuholen und der Bekämpfung der Tuberkulose in Galizien die nötigen Mittel zu sichern?

2. Was gedenkt die k. k. Regierung zu tun, um den nach Galizien zuständigen tuberkulösen Kriegern eine ihrem Krankheitszustande entsprechende Unterkunft in der engeren Heimat zu ermöglichen?"

	Dr. Adolf Groß.	Serwatowski.	Halban.
Stesłowicz.	Tertil.	Rauch.	Angerman.
Londzin.	Matakiewicz.	Głąbiński.	Wysocki.
Lasocki.	Haller.	Lubomirski.	Dr. Steinhaus.
Baworowski.	Dr. Czaykowski.	Götz.	Rychlik.

1432
―――
I

Anfrage

des

Abgeordneten Hladnik und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Justizminister, betreffend die Konfiskation einer Rede, die im Abgeordnetenhause gehalten wurde, in der Zeitschrift „Slovenec“ in Laibach.

Die in Laibach in slowenischer Sprache herausgegebene Zeitung „Slovenec“ brachte in der Nummer 244 am 24. Oktober in der Übersetzung die Rede, welche der Abgeordnete Hladnik in der 33. Sitzung am 23. Oktober 1917 in der Debatte über das Budgetprovisorium gehalten hatte. Aus dieser Rede wurden folgende zwei Absätze inhibiert:

„Vprašam: Ali more pravi domoljub za nadaljevanje te vojske glasovati in vladi dovoliti sredstva za to? Kam naj nas to gospodarstvo privede? Ali ni še dovolj strašne vojske? Ali nimamo še dovolj dolgov?“

„Ich frage nun: Kann ein wahrer Patriot für die Fortsetzung dieses Krieges stimmen und der Regierung die Mittel dazu bewilligen? Wohin soll uns diese Wirtschaft bringen? Haben wir noch nicht genug von dem furchtbaren Kriege? Haben wir noch nicht genug Schulden?“

Der zweite Absatz hat folgenden Wortlaut:

„Ker nam narodno in gospodarsko slabo gre, ker se čutimo kot tlačeni, ne moremo se odločiti za to vlado in za njo glasovati. Mi ne moremo pred narodom, ki po miru hrepeni prevzeti odgovornosti, da bi še glasovali za nadaljevanje te strašne svetovne vojske in dovolili vladi za njo potrebna sredstva.“

„Weil es uns national und wirtschaftlich schlecht geht, weil wir uns als Unterdrückte fühlen, können wir uns nicht für diese Regierung entscheiden und für sie stimmen. Wir können vor dem Volke, das sich nach Frieden sehnt, die Verantwortung nicht übernehmen, daß wir noch für die Fortsetzung dieses furchtbaren Weltkrieges stimmen und der Regierung die dazu nötigen Mittel bewilligen würden.“

Die Druckerei ließ dann das Blatt ohne diese zwei Absätze erscheinen. Jetzt wurde aber die ganze Ausgabe des Blattes konfisziert. Die zum zweitenmal konfiszierte Rede hat folgenden Wortlaut:

„Govor poslanca Hladnika.
Zakaj glasujemo proti vladi?
Dunaj, 23. oktobra 1917.

Visoka zbornica! Prvi govornik v tej razpravi je trdil, da Jugoslovani niso patriotični, ker hočejo glasovati proti proračunu. Temu nasproti si pa dovoljujem trditi, da ravno radi tega, ker ljubimo cesarja in domovino, hočemo glasovati proti proračunu. Za kaj se gre pri tem proračunu? G. poročevalec je jasno povedal, da primanjkuje 1800 miljonov kron brez onih 9 miljard, katere se zahtevajo za nadaljevanje vojske.

Čez 60 miljard jih že štejejo in gotovo je, da se tudi v 100 letih ne bodo poplačali.

Vsled strašne, dolgotrajne vojske je skoraj vse naše gospodarsko življenje uničeno! Manjka nam živil, nimamo obleke, ne čevljev, ne mila, ne premoga, ne svetlobe. Naj se pomudim nekoliko pri zadnjem predmetu. V Avstriji imamo sicer veliko vodnih moči, toda še malo električnih naprav. Vkljub obljubam gospoda ministrskega

predsednika tudi v bližnji bodočnosti ni upati, da bi se nove električne naprave uredile. Manjkalo bode denarja, manjkalo bode delavcev, manjkalo bode blaga. V Avstriji imamo tako malo bakra, da so nam že skoraj vse zvonove vzeli. V zadnjem času so zaplenili tudi piščalke pri orgljah. Niti ene tolažbe vernikom ne privoščijo. Nameravajo zapleniti še bakrene strelovode. Ker v Avstriji pridobivamo le malo bakra, bode komaj v 10 letih mogoče, zaplenjene strelovode nadomestiti. Kje naj vzamemo baker za električne naprave? Imamo precej plinarn. Toda tem primanjkuje premoga, radi tega je mnogo mest v temi. Manjša mesta so navezana na petrolej. Petroleja pridelamo v Avstriji zadostno. Saj ga je okrog 6 miljonov kvintalov letno na razpolago. Skoraj dve tretjini se ga je navadno izvažalo, ker je zadostovala za domače potrebe ena tretjina. V sedanjem času nam pa državna oblast petrolej tako pičlo deli, da pride na eno hišo vsaki mesec le pol litra petroleja. Ali more to zadostovati? Mislimo si kmečko hišo. Čez dan je treba naporno delati. Saj najboljših delavcev ni. Poklicani so bili v vojsko. Ko nastopi noč, je vse polno opravil v kuhinji, v hlevu, v zelenjadni in vinski kleti. Šolski učenci bi morali narediti svoje šolske naloge. Toda luči ni, vse zaostane. In vendar zahteva državna oblast, naj da kmetica veliko pridelkov, več kakor pred vojsko. Naj bi državna oblast preskrbela vsaj zadostno petroleja! In za tako vlado, katera tako slabo skrbi za potrebe ljudstva, naj bi mi glasovali?

Tej vladi naj dovolimo sredstva, da vojsko nadaljuje in nas pripravi v še hujše težave?

Obračun z grofom Barbom. Zatiranje Slovencev.

Ali naj bi morebiti mi Jugoslovani zato glasovali za proračun, ker se nam pod to vlado v političnem oziru dobro godi? Gospod grof Barbo je trdil, da imamo na primer mi Slovenci na Kranjskem pravi raj, Nemci pa vice, če ne pravi pekel. Temu nasproti pa moram izpovedati to-le: Na Kranjskem so našteli 27.000 Nemcev po občevalnem jeziku (ne pa po materinem jeziku) in 490.000 Slovencev. In vendar imajo Nemci dve čisto nemški polni gimnaziji, eno nemško realko, eno nemško meščansko šolo, ki je v okraju, v katerem morebiti niti 20 Nemcev. Občine v tem okraju morajo vzdrževati to šolo, za katero je nemško misleči bogataš dal poslopje s pogojem, da za vedno ostane nemška.

Gospod grof Barbo je tudi trdil, da imajo Slovenci obrtno šolo, Nemci pa ne. Ali je gospod grof pozabil, da obstoji v Kočevju že okrog 40 let obrtna šola, med tem ko se je slovenska obrtna šola v Ljubljani veliko pozneje ustanovila. Tudi šolo za invalide se je preje ustanovilo v Kočevju nego v Ljubljani.

Velemožnost nemškega narodnega sveta se tudi spozna iz tega, da je na Kranjskem, ki ima 95 odstotkov Slovencev in 5 odstotkov Nemcev, deželni predsednik Nemec, deželni sodni predsednik, finančni prokurator, sta tudi Nemca. Tudi finančni ravnatelj ni Slovenec. Eden deželnih šolskih nadzornikov je strog Nemec. Višji uradniki so navadno Nemci. Večina okrajnih glavarjev je nemškega mišljenja. Z nižjimi uradniki tako oblastno ravnajo, da je na primer uradnikom pri deželni sodniji prepovedano slovensko se pozdravljati. In grof Barbo se drzne govoriti o zatiranju in preziranju Nemcev. Slovenci bi bili veseli, ako bi imeli tiste pravice kakor Nemci. Ne morem govoriti o razmerah na Koroškem. 120.000 Slovencev im eno samo slovensko ljudsko šolo. Ali ni sramota za Nemce, ki hočejo biti kulturni narod, da Slovence, ki so prvotni prebivalci na Koroškem, tako preganjajo in zatirajo! Celo zapirali so Slovence, ki so pri blagajni na kolodvoru v Celovcu zahtevali vozni list v lovenskem jeziku.

Slovenske krvave žrtve.

Slovencem Nemci tudi ne dovolijo narodno čutiti. Poslanec Marckhl je pri zadnji seji očital škofoma v Ljubljani in Mariboru, duhovnikom in onim korporacijam, ki so se izjavili za deklaracijo jugoslovanskega kluba, da so izdajalci. Da so taka očitanja neosnovana, se lahko razvidi iz tega, da so se ravno slovenski vojaki v tej vojski silno izkazali. Pešpolk štev. 17, ki ima naborni okraj v Ljubljani, je poslal že 32 maršbataljonov v vojsko. Pri 10. ofenzivi je bil poslan en bataljon 900 mož v bitko, vrnilo se jih je samo 100. Kdo pa je navdušil te junake, da so šli tako navdušeno v boj zoper sovražnike domovine? Ali ni ravno slovenska duhovščina, na čelu ji slovenske vladike, učila te junake, da je njihova vestna dolžnost, braniti domovino, prelivati kri za cesarja? In taka duhovščina naj bi bila izdajalska? Ako je izdajstvo, izreči se za deklaracijo jugoslovanskega kluba, zakaj pa dovoli sicer tako stroga sedanja cenzura pisati o tej deklaraciji, zakaj se je dovolil tisk in razširjenje pred kratkim izšle knjižice „Narodne meje Jugoslovanov“ (Die nationale Abgrenzung der Südslaven)?

Izdajalcev iščite med Vsenemci!

Gospod Marckhl naj ne išče izdajalcev med Jugoslovani, ampak raje med tistimi, ki so še pred vojsko klicali: „živijo Hohenzollernci“ in škilili v Berlin.

Vsem odločilnim krogom zakličem: Imejte vendar usmiljenje z ubogimi narodi Avstrije, de-

lujte vendar resno za mir, povejte vendar take mirovne pogoje, da jih bodo sovražniki mogli sprejeti! Nikar ne upoštevajte zahtev nemških mož v oklicu z dne 27. septembra 1917, v katerem stoje besede: „mi hočemo le tak mir, iz katerega bomo izšli kot zmagovalci!“ Na tak mir lahko še dolgo čakamo. Med tem lahko pade še na milijone naših bratov in utegne se zgoditi, da se izpolni staro prerokovanje: po dolgi, strašni vojski bode na svetu tako malo ljudi, da bode človek, ki bode opazil v gori dim, hitel z ene gore na drugo, da bi vendar zopet videl človeka in se z njim zamogel razgovarjati.

Da do tega ne pride, je zadnji čas izjaviti: dosti je vojskovanja, dosti prelivanja krvi! Naj se odpro vse duri tolikanj zaželjenemu miru. (Veliko odobravanje.)“

(Übersetzung.)

„Rede des Abgeordneten Hladnik.

Warum stimmen wir gegen die Regierung?

Hohes Haus! Der erste Redner in dieser Debatte hat behauptet, daß die Südslawen nicht patriotisch sind, weil sie gegen den Voranschlag stimmen wollen. Demgegenüber aber erlaube ich mir zu behaupten, daß wir gerade deshalb, weil wir Kaiser und Vaterland lieben, gegen den Voranschlag stimmen wollen. Um was handelt es sich bei diesem Voranschlag? Der Herr Berichterstatter hat klar gesagt, daß ein Defizit von 1800 Millionen Kronen vorhanden sei, ohne jene 9 Milliarden, welche für die Fortsetzung des Krieges gefordert werden (konfiszierte Stelle). Über 60 Milliarden zählt man schon und es ist gewiß, daß sie auch in hundert Jahren nicht werden bezahlt werden.

Infolge des furchtbaren langwierigen Krieges ist fast unser gesamtes wirtschaftliches Leben vernichtet. Wir haben Mangel an Lebensmitteln, wir haben keine Kleider, keine Schuhe, keine Seife, keine Kohle, kein Licht. Ich will einige Zeit beim letzten Gegenstande verweilen. In Österreich haben wir zwar viele Wasserkräfte, aber noch wenig elektrische Anlagen. Trotz der Versprechungen des Herrn Ministerpräsidenten ist auch in der nächsten Zukunft nicht zu hoffen, daß neue elektrische Anlagen eingerichtet würden. Es wird an Geld fehlen, es wird an Arbeitern fehlen und es wird an Stoffen fehlen. In Österreich haben wir so wenig Kupfer, daß man uns schon fast alle Glocken genommen hat. In der letzten Zeit wurden auch die Orgelpfeifen beschlagnahmt. Nicht einen einzigen Trost gönnt man den Gläubigen. Man beabsichtigt auch noch die Blitzableiter aus Kupfer zu beschlagnahmen. Weil wir in Österreich nur wenig Kupfer gewinnen, wird es kaum in 10 Jahren möglich sein, die beschlagnahmten Blitzableiter zu ersetzen. Wo sollen wir das Kupfer für die elektrischen Anlagen hernehmen? Wir haben ziemlich viel Gaswerke, doch ihnen fehlt es an Kohle, deshalb sind viele Städte in Dunkel gehüllt. Kleinere Städte sind auf Petroleum angewiesen. Petroleum gewinnen wir in Österreich in hinreichendem Maße. Es stehen ja ungefähr 6 Millionen Meterzentner im Jahre zur Verfügung. Fast zwei Drittel davon wurden in der Regel ausgeführt, weil für die Bedürfnisse zu Hause ein Drittel genügte. Jetzt aber teilt uns die Staatsgewalt das Petroleum in so kargem Maße zu, daß auf ein Haus jeden Monat nur ein halber Liter Petroleum kommt. Kann das genügen? Denken wir uns ein Bauernhaus! Während des Tages muß man angestrengt arbeiten. Die besten Arbeiter fehlen ja. Sie wurden in den Krieg gerufen. Sobald die Nacht anbricht, gibt es eine Menge Arbeiten in der Küche, im Stall, im Gemüse- und im Weinkeller. Die Schüler müßten ihre Schularbeiten machen. Aber es gibt kein Licht, alles muß zurückbleiben. Und doch verlangt die Staatsgewalt, daß die Bäuerin viele Produkte liefern solle, mehr als vor dem Kriege. Die Staatsgewalt solle wenigstens für eine genügende Menge Petroleum sorgen! Und für eine solche Regierung, die für die Bedürfnisse des Volkes so schlecht sorgt, sollen wir stimmen?

Dieser Regierung sollen wir die Mittel bewilligen, den Krieg fortzusetzen und uns in noch ärgere Nöten zu bringen?

Abrechnung mit dem Grafen Barbo.

Sollen wir Südslawen vielleicht deshalb für den Voranschlag stimmen, weil es uns unter dieser Regierung in politischer Beziehung gut geht? Herr Graf Barbo hat behauptet, daß zum Beispiel wir Slowenen in Krain das wahre Paradies haben, die Deutschen aber das Fegefeuer, wenn nicht die wahre Hölle. Demgegenüber aber kann ich folgendes erklären: In Krain hat man 27.000 Deutsche gezählt nach der Umgangssprache (nicht nach der Muttersprache) und 490.000 Slowenen und doch haben die Deutschen zwei reindeutsche vollständige Gymnasien, eine deutsche Realschule, eine deutsche Bürgerschule, die sich in einem Bezirke befindet, in welchem vielleicht nicht einmal 20 Deutsche wohnen. Die Gemeinden in diesem Bezirke müssen diese Schule erhalten, für welche ein deutschgesinnter reicher Mann das Gebäude unter der Bedingung gegeben hat, daß sie für immer deutsch bleibe.

Herr Graf Barbo hat behauptet, daß die Slowenen eine Gewerbeschule haben, die Deutschen aber keine. Hat Herr Graf Barbo vergessen, daß in Gottschee schon ungefähr 40 Jahre eine Gewerbeschule besteht, während die slowenische Gewerbeschule in Laibach viel später errichtet wurde. Auch die Invaliden-

schule wurde früher in Gottschee als in Laibach errichtet.

Die Allmacht des deutschen Volksrates erkennt man auch daraus, daß in Krain, das 95 Prozent Slowenen und 5 Prozent Deutsche hat, der Landespräsident ein Deutscher ist, der Landesgerichtspräsident und der Finanzprokurator. Auch der Finanzdirektor ist kein Slowene. Einer der Landesschulinspektoren ist ein entschiedener Deutscher. Die höheren Beamten sind in der Regel Deutsche. Die Mehrzahl der Bezirkshauptleute ist deutsch gesinnt. Mit den niederen Beamten verfährt man so gewaltsam, daß es zum Beispiel den Beamten beim Landesgerichte verboten ist, einander slowenisch zu grüßen; und Herr Graf Barbo traut sich noch von einer Bedrückung und Hintansetzung der Deutschen zu sprechen. Die Slowenen wären froh, wenn sie dieselben Rechte hätten wie die Deutschen. Ich kann über die Verhältnisse in Kärnten nicht sprechen. 120.000 Slowenen haben eine einzige slowenische Volksschule. Ist es nicht eine Schande für die Deutschen, die ein Kulturvolk sein wollen, daß sie die Slowenen, welche die Ureinwohner von Kärnten sind, so verfolgen und vertilgen. Man hat sogar Slowenen eingesperrt, die bei der Bahnhofkasse in Klagenfurt die Fahrkarte in slowenischer Sprache verlangt haben.

Slowenische Blutopfer.

Die Deutschen gestatten den Slowenen auch nicht, national zu fühlen. Der Abgeordnete Marckhl hat in der letzten Sitzung den Bischöfen in Laibach und Marburg, den Priestern und jenen Korporationen, die sich für die Deklaration des südslawischen Klubs erklärt haben, den Vorwurf gemacht, daß sie Verräter sind. Daß solche Vorwürfe unbegründet sind, kann man schon daraus ersehen, daß gerade die slowenischen Soldaten in diesem Kriege ihren Mann gestellt haben. Das Infanterieregiment Nr. 17, das seinen Ergänzungsbezirk in Laibach hat, hat schon 32 Marschbataillone in den Krieg geschickt. Bei der zehnten Offensive wurde ein Bataillon mit 900 Mann in die Schlacht geschickt, wovon nur 100 zurückkehrten. Wer hat diese Helden begeistert, daß sie so kühn in den Kampf gegen die Feinde des Vaterlandes gezogen sind? Hat nicht gerade die slowenische Geistlichkeit, an ihrer Spitze die slowenischen Bischöfe, diese Helden gelehrt, daß es ihre gewissenhafte Pflicht ist, das Vaterland zu verteidigen, für den Kaiser das Blut zu vergießen; und eine solche Geistlichkeit soll verräterisch sein? Wenn es Verrat ist, sich für die Deklaration des südslawischen Klubs zu erklären, warum gestattet denn die sonst so strenge gegenwärtige Zensur, über diese Deklaration zu schreiben, warum hat man den Druck und die Verbreitung der vor kurzer Zeit erschienenen Broschüre „Die nationale Abgrenzung der Südslawen" gestattet?

Verräter suchet unter den Alldeutschen!

Herr Marckhl soll Verräter nicht unter den Südslawen suchen, sondern lieber unter denjenigen, die noch vor dem Kriege „Heil Hohenzollern" gerufen und nach Berlin geschielt haben (konfiszierte Stelle).

Allen maßgebenden Kreisen rufe ich zu: Habet doch Erbarmen mit den armen Völkern Österreichs, arbeitet doch mit Ernst für den Frieden, gebet solche Friedensbedingungen an, daß die Feinde sie werden annehmen können! Hören Sie doch nicht auf die Forderungen der deutschen Männer im Aufruf vom 27. September 1917, in welchem die Worte stehen: „Wir wollen nur einen solchen Frieden, bei dem wir als Sieger aus dem Kampfe hervorgehen!" Auf einen solchen Frieden können wir noch lange warten. Inzwischen können noch Millionen unserer Brüder fallen und es kann geschehen, daß sich die alte Prophezeihung erfüllt: Nach einem langen furchtbaren Kriege wird es auf der Welt so wenig Menschen geben, daß ein Mensch, der auf einem Berg einen Rauch bemerken wird, von einem Berg auf den anderen eilen wird, um doch wieder einen Menschen zu sehen und mit ihm sprechen zu können."

Damit es nicht dazu komme, ist es höchste Zeit, zu erklären: Es ist genug des Krieges, genug des Blutvergießens! Es sollen alle Tore geöffnet werden dem so sehr ersehnten Frieden! (Lebhafter Beifall.)

Da den gesetzlichen Bestimmungen gemäß die im Abgeordnetenhaus gehaltenen Reden nicht konfisziert werden dürfen, und da die oben erwähnte Rede überhaupt nichts staatsfeindliches beinhaltet, sondern nur pazifistischen Ansichten Ausdruck gibt, fragen die Unterzeichneten:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, die k. k. Staatsanwaltschaft in Laibach über die Zulässigkeit der Konfiskationen zu belehren?"

Wien, 13. November 1917.

Brenčič.	Fon.	Dr. Fr. Jankovič.	Hladnik.
Roškar.	Gostinčar.	Jarc.	Pišek.
Benkovič.	Pogačnik.	Jaklič.	Dr. L. Pogačnik
Dr. Verstovšek.	Prodan.	Dr. Dulibič.	Fr. Demšar.

1433
I

Dotaz

poslance Konečného a společníků ve příčině zvýšení drahotních přídavků pensistům a rentistům c. k. státních drah.

Předpisy, které doposud ve příčině zlepšení příjmů státním zaměstnancům přiznáním drahotních přídavků byly učiněny, vylučují z pronikavé úpravy osoby pensistů a rentistů a sice tím, že vedle normálních požitků od správy státních drah — berou li k tomu důchod úrazový, převyšující půldruhonásobnou drahotní výpomoc — mohou přiznané drahotní požitky bráti jen tehdy, když normální zaopatřovací požitky — včetně úrazového důchodu — nepřevyšují ročně 1000 K. Hranici tuto vzhledem k poměrům, které způsobeny byly nynější válkou, nutno zvýšiti.

Jsou velice vážné případy, kde osoby požívají něco přes 1000 K zaopatřovacích požitků i s úrazovou rentou, následkem čehož zbaveny jsou možnosti uplatniti svůj nárok na drahotní přídavek, čímž situace jejich jest příšerná.

Stůjtež zde následující případy:

Kouba Karel, výhybkář ve výslužbě, Plasy. c. k. ředitelství státních drah v Plzni, béře provise i úrazové renty ročně úhrnem 1099 K 68 h a následkem toho nedostal drahotního přídavku. Jest však otcem sedmi nezaopatřených dítek ve stáří 10 až 18 roků. Jistě by bylo správným, aby i jemu za stávajících obtížných poměrů byla i tato výpomoc poskytnuta.

Budilovský František, sedlář dílen společnosti státní dráhy v Praze ve výslužbě, požívá sice renty vyšší, úhrnem ročně 979 K 02 h, oproti tomu požívá provise ročně pouze 252 K. Jeho úhrnný příjem obnáší 1231 K 20 h, ale se zřetelem k tomu, že se zde jedná o pensistu, kterému byly ujety obě nohy a který potřebuje stálé pomoci a ošetřování, jeví se žádoucím, aby i v takovémto případě drahotní výpomoc byla poskytnuta.

Hubáč František, posunovač v Turnově ve výslužbě, požívá sice ročně 1894 K provise a renty, ale musí z toho živiti jedenáctičlennou rodinu, což za dnešních poměrů jest jistě velkou dovedností, zvlášť když se žádné strany není podána pomocná ruka.

Bylo by tedy aktem naprosté spravedlivosti a lidskosti, kdyby hranice byla stanovena ve výši 2000 K, a jsme přesvědčeni, že tím správě státní nikterak nevzejde taková škoda, která by vážně ohrožovala státní rozpočet. Správa státní má povinnost oproti těmto zaměstnancům, poněvadž všichni věnovali státním podnikům veškeré své fysické a duševní síly, sloužívše podniku po celý svůj věk, anebo následkem úrap služebních předčasně ke službě byli neschopni.

Při stanovené hranici 2000 K nemůže býti řečeno, že poměry jejich tím nabývají celé vlídnější tvářnosti a jedná se pouze o to, aby situace jejich stala se vzhledem k nadobyčejné drahotě poněkud příznivější.

Z těchto důvodů táží se podepsaní:

Je Vaše Excellence ochotna v tomto směru ve prospěch zmíněných pensistů a rentistů c. k. státních drah něco učiniti? Jestliže ano, v jakém duchu hodlá Vaše Excellence úděl těchto lidí zlepšiti?"

Ve Vídni, 12. listopadu 1917.

Smrček. Vodňanský. Dr. Franta.
Slavíček. Dr. Baxa. Dr. Tobolka.
Funk. Exner. Dr. Lukavský. Stříbrný.
J. Konečný. Votruba. Ant. Kalina. M. Pokorný.

Authentische Übersetzung.

1433
I

Anfrage

des

Abgeordneten Konečný und Genossen, betreffend die Erhöhung der Teuerungszulagen der Pensionisten und Rentner bei den k. k. Staatsbahnen.

Die in betreff der Verbesserung der Bezüge der Staatsbediensteten durch Zuerkennung von Teuerungszulagen bisher erlassenen Bestimmungen schließen aus der durchgreifenden Regelung die Pensionisten und Rentner, und zwar dadurch aus, daß sie neben den normalen Genüssen von der Verwaltung der Staatsbahnen, wenn sie nebstdem eine die anderthalbfache Teuerungszulage übersteigende Unfallsrente beziehen, die zuerkannten Teuerungszulagen nur dann beziehen können, wenn die normalmäßigen Versorgungsgenüsse einschließlich der Unfallsrente den Betrag von 1000 K jährlich nicht übersteigen. Diese Grenze muß im Hinblick auf die durch den gegenwärtigen Krieg geschaffenen Verhältnisse erhöht werden.

Es gibt sehr ernste Fälle, wo Personen an Versorgungsgenüssen und Unfallsrente etwas wenig über 1000 K beziehen und infolgedessen der Möglichkeit, ihren Anspruch auf Teuerungszulage geltend zu machen, beraubt sind, wodurch ihre Situation schauerlich wird.

Wir wollen hier folgende Fälle anführen:

Kouba Karl, Weichenwächter in Ruhe, in Plas (k. k. Staatsbahndirektion in Pilsen), bezieht an Provision und Unfallsrente jährlich zusammen 1099·68 K und bekam infolgedessen keine Teuerungszulage. Er ist jedoch Vater von 7 unversorgten Kindern im Alter von 10 bis 18 Jahren. Es wäre gewiß gerechtfertigt, daß auch ihm unter den obwaltenden schwierigen Verhältnissen auch diese Aushilfe zuteil werde.

Budilovský Franz, Sattler der Werkstätten der Staatseisenbahngesellschaft in Prag, in Ruhe, bezieht zwar eine höhere Rente von zusammen jährlich 979·2 K, dagegen jedoch eine Provision von bloß 252 K jährlich. Sein Gesamteinkommen beträgt 1231·20 K, aber angesichts des Umstandes, daß es sich hier um einen Pensionisten handelt, welcher durch Überfahren beide Füße verloren hat und der einer ständigen Hilfe und Pflege bedürftig ist, erscheint es wünschenswert, daß auch in einem solchen Falle die Teuerungszulage gewährt werde.

Hubáč Franz, Verschieber in Turnau, in Ruhe, bezieht zwar an Provision und Rente 1894 K jährlich, muß jedoch davon eine elfköpfige Familie erhalten, was unter den heutigen Verhältnissen gewiß eine große Kunst bedeutet, namentlich wenn von keiner Seite Hilfe zuteil wird.

Es wäre daher ein Akt absoluter Gerechtigkeit und Menschlichkeit, wenn die Grenze in der Höhe von 2000 K festgesetzt würde und wir sind überzeugt, daß dadurch der Staatsverwaltung keineswegs ein solcher Schaden erwachsen würde, der eine ernstliche Gefährdung des Staatsvoranschlages zur Folge hätte. Die Staatsverwaltung hat Verpflichtungen gegenüber diesen Bediensteten, weil alle den staatlichen Betrieben ihre gesamten physischen und geistigen Kräfte gewidmet haben, indem sie dem

Betriebe durch ihr ganzes Leben dienten oder infolge dienstlicher Plagen vorzeitig dienstunfähig geworden sind.

Bei der Festsetzung der Grenze von 2000 K kann nicht behauptet werden, daß sich ihre Verhältnisse dadurch zur Gänze freundlicher gestalten werden, es handelt sich bloß darum, daß ihre Situation angesichts der außerordentlichen Teuerung etwas günstiger werde.

Aus diesen Gründen fragen die Gefertigten:

„Ist Eure Exzellenz bereit, in dieser Richtung etwas zugunsten der erwähnten Pensionisten und Rentner der k. k. Staatsbahnen zu unternehmen?

Bejahendenfalls in welchem Sinne gedenkt Eure Exzellenz das Schicksal dieser Leute zu verbessern?"

Wien, 12. November 1917.

Konečný.
Ant. Kalina.
Baxa.
Slavíček.
Smrček.
Funk.
Bodňanský.
Exner.
Dr. Franta.
Dr. Lukavský.
Votruba.
Stříbrný.
Dr. Tobolka.

1434
I

Interpellace

poslance Konečného a společníků na pana ministra železnic ve příčině nestejného rozdělování služby při desinfekci vozů ve stanici České Budějovice.

Ve stanici c. k. státních drah, Českých Budějovicích, přikázal pan vrchní inspektor Fordermayer, aby dělníci ve skladištích pro výdej zboží zaměstnaní, střídavě vykonávali vymývání vozů k desinfekci určených. V tomto skladišti jsou téměř všichni dělníci staří, aneb jinak k práci méně schopní, následkem zranění, jimž přiděleno proto lehčí zaměstnání. Jde tedy o lidi, kteří ve službách železničních sestárli, aneb se zmrzačili a zbytek jejich života jen proto musí pracovati, jelikož se nedodělali určitých výhod ohledně zabezpečení svého stáří a bvvše jinak po celý život zkracováni. I jsou mezi nimi lidé, kteří trpí těžkým revmatismem a jimž právě tato choroba brání, aby svoje tělo močili po celé dny ve studené vodě, nemajíce možnost za dnešních poměrů spoléhati se — následkem nedostatku otopu —, že se dostatek doma zahřejí a mimo té majíce prázdné žaludky, následkem nedostatečných přídělů potravin. Toho dokladem jest případ jednoho dělníka, který se rozkazu tomu opřel vzhledem ku své chorobě.

Dělník Josef Vančura, když byl rozkaz vydán, osmělil se požádati jmenovaného přednostu, aby jej na stanici desinfekční nedal, neboť před rokem těžce onemocněl revmatismem a dodnes nese následky této choroby. Vančura jest otcem šesti dítek. Po prohlídce lékařské, ku které byl přikázán, byl od této pohromy ušetřen a vrácen na bývalé své zaměstnání.

Oproti tomu jiný dělník, Ludvík Eleshauser, rovněž těžce nemocný, musil vykonávati práce desinfekční a stav jeho jest od té doby beznadějný.

Toto nelidské zacházení jest příčinou, že se v úctě podepsaní táží:

„Jsou tyto případy Vaší Excellenci známy?"

Co hodlá Vaše Excellence zaříditi, aby zejména staří a onemocnělí zřízenci, jimž právě z těchto důvodů byla přikázána lehčí služba, nebyli povinni vykonávati takovou práci, při které beztak chatrné zdraví jejich jest ohroženo a k desinfekci vozů v Českých Budějovicích přibráni byli tací lidé, kteří se k tomu hodí?"

Ve Vídni, 7. listopadu 1917.

A. Konečný.
Votruba.
V. Tusar.
Č. Lisý.
Dr. Baxa.
Smrček.
Dr. Šubrt.

Stříbrný.
Slavíček.
J. Sedlák.
Dr. Hübschmann.
Klofáč.
Hyrš.

Authentische Übersetzung.

1434
I

Anfrage

des

Abgeordneten Konečný und Genossen an den Herrn Eisenbahnminister, betreffend die ungleichmäßige Diensteinteilung bei der Wagendesinfektion der Station Budweis.

In der Station Budweis der k. k. Staatsbahnen ordnete der Herr Oberinspektor Fordermayer an, daß die in den Magazinen für Frachtenausgabe beschäftigten Arbeiter abwechselnd die Reinigung der zur Desinfektion bestimmten Wagen besorgen. In diesem Magazin sind beinahe alle Arbeiter alt oder sonst infolge von Verletzungen weniger arbeitsfähig und es wurde ihnen deshalb eine leichtere Beschäftigung zugewiesen. Es handelt sich also um Leute, die im Eisenbahndienste alt geworden sind oder verkrüppelt wurden und während des restlichen Teiles ihres Lebens nur deshalb arbeiten müssen, weil es ihnen nicht gelungen ist, gewisse Begünstigungen hinsichtlich der Sicherstellung ihres Alters zu erlangen und weil sie sonst während des ganzen Lebens verkürzt wurden. Es sind unter ihnen auch Leute, die an schwerem Rheumatismus leiden und denen gerade dieses Leiden verwehrt, ihren Körper ganze Tage hindurch im kalten Wasser naß zu machen, da sie unter den heutigen Verhältnissen infolge mangels an Heizmaterial nicht die Möglichkeit besitzen, sich darauf zu verlassen, daß sie sich zu Hause genügend erwärmen würden und überdies infolge unzulänglicher Zuweisung von Nahrungsmitteln noch leeren Magen haben. Als Beleg dienen der Vorfall eines Arbeiters, welcher sich angesichts seines Leidens diesem Auftrage widersetzte.

Dieser Arbeiter — Josef Vančura — wagte es, als der Auftrag erlassen wurde, den genannten Vorstand zu ersuchen, daß er ihn nicht der Desinfektionsstation zuweise, da er vor einem Jahre schwer an Rheumatismus erkrankt ist und bis heute an den Folgen dieser Krankheit leide. Vančura ist Vater von sechs Kindern. Nach der ärztlichen Untersuchung, zu welcher er bestimmt wurde, wurde er von diesem Mißgeschick verschont und seiner früheren Beschäftigung zurückgestellt.

Dagegen mußte ein anderer Arbeiter — Ludwig Eleshauser — der gleichfalls schwer leidend ist, die Desinfektionsarbeiten verrichten und sein Zustand ist seit dieser Zeit hoffnungslos.

Diese unmenschliche Behandlung bildet die Ursache, daß die achtungsvoll Gefertigten fragen:

„Sind diese Fälle Eurer Exzellenz bekannt?

Was gedenkt Eure Exzellenz zu veranlassen, damit namentlich alte und erkrankte Bedienstete, denen gerade aus diesen Gründen ein leichterer Dienst zugewiesen wurde, nicht zu einer solchen Arbeit verhalten werden, bei welcher ihre ohnehin gebrechliche Gesundheit gefährdet wird, und daß zur Wagendesinfektion in Budweis nur solche Leute herangezogen werden, die dazu geeignet sind?"

Wien, 7. November 1917.

Konečný.

Smrček.	Dr. Hübschmann.	Tusar.	Stříbrný.
Hirš.	Dr. Baxa.	J. Sedlák.	Votruba.
Dr. Šubrt.	Klofáč.	E. Lisý.	Slavíček.

1435
I

Dotaz

poslance Konečného a soudruhů na Jeho Excellenci pana ministra železnic jakož i pana ministra zemské obrany ohledně propuštění ze svazku vojenského mnohých železničních zřízenců, kteří již více než tři léta konají službu u c. k. strojní polní dráhy.

Všichni po tři léta sloužící zaměstnanci železniční u c. k. strojní polní dráhy právem dožadují se propuštění ze svazku služby vojenské a opírají své žádosti o následující:

Se stanoviska úsporného jest tato žádost odůvodněna tím, že povoláním oněch zřízenců ke službě vojenské byly jednotlivé dráhy přinuceny přijmouti síly nové, a to ponejvíce lidi mladší, jimž od počátku platí se denní mzda, kteráž za tak dlouhou dobu a při tak velkém počtu dosti značný obnos obnáší. Obnos tento zůstal by při výměně definitivních zaměstnanců za mladší lidi správám drah i státu ušetřen. Budiž dále upozorněno, že starší, najmě definitivní zaměstnanci, kteří si službu železniční jako životní povolání vyvolili, se vždy snažili povinností svých se zvláštní obezřetností a svědomitostí vykonávati, nežli tak mohou učiniti lidé nehledající existenci u dráhy a kteří jen po čas války službu železniční vykonávají a po válce pak ji zanechají.

Je nesporno, že zřízence s dlouhou dobou služební lze při každé sebe zodpovědnější službě upotřebiti, což zejména nyní, kdy výkonné síly přijmuté jsou nedostatečné, dvojnásobně padá na váhu. Výkon u c. k. strojní polní dráhy dal by se mladšími úplně obstarati, neb služba tato nevyžaduje takových znalostí železničních, jako u hlavní služby železniční.

Konečně mluví pro tento požadavek i důvod zdravotní železničních zřízenců, kteří od počátku války u c. k. polní strojní dráhy jsou přiděleni a veškerému strádání a válečným svízelům byli vydáni na pospas, jsou fysicky vyčerpáni. Jest to tedy jen příkaz lidskosti, poněvadž se jedná ponejvíce o otce, živitele rodin, aby pro službu železniční jejich životní síly se zachránily. Jde tedy o to, aby těmto otcům rodin, jimž více než tři léta přísluší dlíti mimo domov, byla posléze dána možnost vykonávati také vliv v rodině. Dítky za těchto okolností, když žena ponejvíce jest přidržována poměry, aby obstarávala výživu pro rodinu, ponechávány bývají sobě na vůli a tak vyrůstají bez dohledu, kterážto okolnost způsobiti může i škodu pro celou společnost.

Z těchto důvodů táží se podepsaní:

„Jsou-li Vaše Excellence ochotny způsobiti, aby všichni ti, kteří již po tři léta konají službu u c. k. strojní polní dráhy a byli dříve po vícero roků železničními zaměstnanci, byli vyměněni a přesazeni k svému povolání pro službu, která konečně za daných okolností má také ráz vojenský?“

Ve Vídni, 7. listopadu 1917.

Exner. Dr. Hübechmann. Smrček.
Slavíček. J. Sedlák. V. Tusar.
Votruba. Klofáč. Stříbrný. Dr. Baxa.
Al. Konečný. Č. Lisý. Dr. Šubrt. Hyrš.

Authentische Übersetzung.

1435
I

Anfrage

des

Abgeordneten Konečný und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Eisenbahnminister sowie an den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Entlassung der zahlreichen Eisenbahnbediensteten, die bereits mehr als drei Jahre bei der k. k. Maschinenfeldbahn im Dienste stehen, aus dem Militärverbande.

Alle durch drei Jahre bei der k. k. Feldbahn im Dienste stehenden Eisenbahnbediensteten streben mit Recht ihre Entlassung aus dem Militärdienste an und stützen ihre Gesuche auf folgende Gründe:

Aus Ersparungsrücksichten stellt sich dieses Gesuch dadurch als begründet an, daß infolge der Einberufung jener Bediensteten zum Militärdienste einzelne Bahnen genötigt waren, neue Kräfte aufzunehmen und zwar zumeist jüngere Leute, denen von Anfang an ein Taggeld gezahlt wird, welches für eine so lange Zeit und bei so großer Anzahl einen ziemlich namhaften Betrag ausmacht. Diesen Betrag möchten die Bahnverwaltungen und der Staat beim Austausch definitiver Bediensteter für jüngere Leute ersparen.

Ferner ist darauf hinzuweisen, daß die älteren, namentlich die definitiven Bediensteten, welche den Eisenbahndienst als ihren Lebensberuf gewählt haben, stets bestrebt waren, ihren Verpflichtungen mit besonderer Vorsicht und Gewissenhaftigkeit nachzukommen, was bei jenen, die ihre Existenz bei der Bahn nicht suchen und nur während der Kriegsdauer den Eisenbahndienst verrichten und nach dem Kriege denselben aufgeben werden, nicht zu erwarten ist.

Es ist unbestritten, daß man Bedienstete mit langer Dienstzeit bei jeder noch so verantwortlichen Dienstleistung verwenden kann, was namentlich jetzt, wo die aufgenommenen Vollzugskräfte unzulänglich sind, doppelt ins Gewicht fällt. Die Dienstleistung bei der k. k. Maschinenfeldbahn ließe sich ganz gut durch jüngere Kräfte besorgen, denn dieser Dienst erfordert keineswegs solche Eisenbahnkenntnisse, wie es bei dem Haupteisenbahndienste der Fall ist.

Schließlich spricht für diese Forderung auch die Rücksicht auf die Gesundheit der Eisenbahnbediensteten, die seit Kriegsbeginn bei der k. k. Maschinenfeldbahn zugeteilt sind und allen Entbehrungen und Kriegsstrapazen preisgegeben waren und physisch erschöpft sind. Es ist dies also nur ein Gebot der Menschlichkeit, weil es sich zumeist um Väter, Familienernährer handelt, damit ihre Lebenskraft für den Eisenbahndienst erhalten bleibe.

Es handelt sich also darum, daß diesen Familienvätern, die bereits länger als drei Jahre außerhalb der Heimat weilen, schließlich die Möglichkeit gewährt werde, auch einen Einfluß in der Familie auszuüben. Die Kinder werden unter solchen Umständen, wo das Weib zumeist durch Verhältnisse dazu genötigt ist, den Unterhalt der Familie

zu besorgen, sich selbst belassen werden, und wachsen so ohne Aufsicht heran, welcher Umstand auch für die ganze Gesellschaft schädliche Folgen herbeiziehen kann.

Aus diesen Gründen fragen die Gefertigten:

„Sind Eure Exzellenzen geneigt zu veranlassen, daß alle diejenigen, die bereits durch drei Jahre den Dienst bei der k. k. Maschinenfeldbahn verrichten und früher zumeist Eisenbahnbedienstete waren, ausgewechselt werden und zur Dienstleistung in ihrem Berufe versetzt werden, der unter den gegebenen Verhältnissen schließlich auch ein Militärcharakter zukommt?"

Wien, 7. November 1917.

Dr. Baxa.	Al. Konečný.
Hyrš.	Exner.
Stříbrný.	Smrček.
Klofáč.	Tusar.
Dr. Šubrt.	J. Sedlák.
Votruba.	E. Lisý.
Slavíček.	Dr. Hübschmann.

1436
I

Dotaz

poslance Konečného a společníků na Jeho Excellenci pana ministra zeměbrany a Jeho Excellenci pana ministra železnic ve příčině neslýchaného počínání důstojníka Isáka Hoffmana oproti zaměstnancům železničním.

Ve Frýdku dne 17. srpna t. r. odpoledne konal službu vrátného u vlaku, který jede o 4. hod. z Frýdku k Moravské Ostravě, Josef Josefovič a strojní topič Králík. Mimo jiné přišel ku vlaku poručík dr. Isák Hoffman ve vojenském stejnokroji a snažil se přejíti přes koleje. Viděl, že všichni lidé, jdoucí z druhého perronu, musí přejíti most. Ví, jako každý jiný, o přísném zákazu pouštěti kohokoliv přes koleje. Toho všeho však nedbal a násilně snažil se jíti touto zapovězenou cestou. Musel býti tedy jedním zřízencem zadržán a odkázán přes most. Jmenovaný neposlechl však. Strhl povyk a poctil zřízence službu konajícího nadávkami a vyhrožoval, že ho na místě probodne, jestliže jej nepustí. Pan Isák Hoffman na to vytáhl šavli z pochvy, křičel dále, že zastřelí zřízence jako psa, avšak marně hrozby vyslovoval, neboť zřízenec konal svou povinnost. Když nezmohl tímto způsobem praničeho, odebral se do kanceláře k panu přednostovi, častoval i téhož rozuými tituly a způsobil i zde značné výtržnosti. Po chvilce, když byl nařídil službu konajícímu kaprálu na nádraží, aby zjistil všechny osoby od přednosty počínaje, přiblížil se Isák Hoffman opětně k přednostovi stanice, vytáhl poboční zbraň svou a sekl po přednostovi po hlavě, který jen šťastnou náhodou ušel ráně. V té chvíli přiskočil Josefovič k důstojníkovi, chytil jej za pravou ruku, ve které držel šavli, aby jej učinil neškodným. Poručík ve své zuřivosti nemoha použíti šavle, došel si pro browning, který měl v brašně a ve vlaku, vyběhl z vlaku a hledal zřízence, který zabránil prvnímu nebezpečí, chtěje jej zastřeliti. Pan přednosta, když konečně pan dr. Isák Hoffman s vlakem odjel, požádal telegraficky, aby v Moravské Ostravě byl týž zjištěn a mimo té učinil trestní oznámení u vojenského velitelství, ustal dále od stíhání, když mu bylo oznámeno, že celá záležitost vyšetřována bude soudem.

V protiudání jmenovaného strážníka jsou však obsaženy nepravdy, jako zejména ta, že Josef Josefovič hrozil mu kleštičkami a že mu nadával. To však neodpovídá pravdě, jak svědky může býti doloženo.

Vzhledem k nahoře vylíčenému táží se podepsaní:

„Jest tento případ Jeho Excellenci panu ministru zeměbrany znám? a co hodlá Vaše Excellence učiniti, aby toto nedůstojné chování důstojníka bylo napraveno?

Jest Jeho Excellence pan ministr železnic ochoten železniční zaměstnance proti násilnému a surovému počínání nepříčetných osob vojenských chrániti?“

Ve Vídni, 16. listopadu 1917.

Smrček.	J. Sedlák.	Slavíček.	Al. Konečný.
V. Klofáč.	Dr. Hübschmann.	Tusar.	Stříbrný.
Hyrš.	Dr. Baxa.	Č. J. Lisý.	Votruba.
Dr. Šubrt.	Exner.		

Authentische Übersetzung.

1436
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Konečný und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung und Seine Exzellenz den Herrn Eisenbahnminister, betreffend das unerhörte Vorgehen des Offiziers Isaak Hoffmann gegenüber Eisenbahnbediensteten.

Am 17. August d. J. nachmittags verrichtete in Friedek den Türsteherdienst bei dem um 4 Uhr von Friedek gegen Mährisch-Ostrau abgehenden Zuge Josef Josefovič und der Maschinenheizer Králík. Nebst anderen kam zu dem Zuge der Leutnant Dr. Isaak Hoffmann in militärischer Uniform und wollte über das Geleise gehen. Er sah, daß sämtliche Personen, die vom zweiten Perron kommen, über die Brücke gehen müssen, er weiß wie jeder andere, daß es streng verboten ist, irgend jemand über das Geleise gehen zu lassen. Er beachtete jedoch dies alles nicht und trachtete gewaltsam diesen verbotenen Weg einzuschlagen. Er mußte also von einem Bediensteten angehalten und zur Benutzung der Brücke verwiesen werden. Der Genannte folgte jedoch nicht. Er begann zu lärmen und belegte den diensthabenden Bediensteten mit Schimpfworten und drohte, daß er ihn an Ort und Stelle niederstechen werde, falls er ihn nicht gehen lasse. Herr Isaak Hoffmann zog hierauf den Säbel, schrie weiter, daß er jeden Bediensteten wie einen Hund erschießen werde, er sprach jedoch seine Drohungen vergeblich aus, denn der Bedienstete hat seine Pflicht erfüllt. Als er auf diese Weise gar nichts erreichte, begab er sich in die Kanzlei zum Herrn Vorstand, traktierte auch diesen mit verschiedenen Titeln und verursachte auch hier eine bedeutende Ausschreitung. Nach einer Weile, als er den im Bahnhof diensthabenden Korporal beauftragte, alle Personen vom Stationsvorstand angefangen festzustellen, näherte sich Isaak Hoffmann abermals dem Stationsvorstande, zog seine Seitenwaffe los und wollte einen Hieb auf den Kopf des Vorstandes versetzen, dem dieser nur durch einen glücklichen Zufall entgangen ist. In diesem Augenblicke sprang Josefovič zu dem Offizier, packte seine rechte Hand, in der er den Säbel hielt, um ihn unschädlich zu machen. Der Leutnant eilte in seiner Wut, da er von dem Säbel nicht Gebrauch machen konnte, um den Browning in seiner Reisetasche, die er im Zug hatte, lief aus dem Zuge heraus und suchte den Bediensteten, der die erste Gefahr verhinderte, um ihn zu erschießen. Als schließlich Herr Dr. Isaak Hoffmann mit dem Zuge wegfuhr, ersuchte der Vorstand telegraphisch, daß derselbe in Mährisch-Ostrau festgestellt werde und erstattete überdies eine Strafanzeige beim Militärkommando, ließ jedoch von der weiteren Verfolgung ab, als ihm eröffnet wurde, daß die ganze Angelegenheit gerichtlich untersucht werden wird.

In der Gegenaussage des erwähnten Wachorganes sind Unwahrheiten enthalten, namentlich jene, daß Josef Josefovič ihn mit der Zange gedroht und ihn beschimpft habe. Das entspricht jedoch nicht der Wahrheit, die durch Zeugen bestätigt werden kann.

Angesichts des obgeschilderten Vorfalles fragen die Gefertigten:

„Ist dieser Fall Seiner Exzellenz dem Herrn Minister für Landesverteidigung bekannt?

Und was gedenkt Eure Exzellenz zu unternehmen, damit dieses eines Offiziers unwürdige Verhalten gutgemacht werde?

Ist Seine Exzellenz der Herr Eisenbahnminister bereit, Eisenbahnbedienstete gegen gewaltsames und rohes Vorgehen unzurechnungsfähiger Militärpersonen zu schützen?“

Wien, 16. November 1917.

		Č. Lisý.	Konečný.
Stříbrný.	Dr. Šubrt.	Dr. Hübschmann.	Exner.
Votruba.	Slavíček.	Smrček.	Dr. Baxa.
Tusar.	J. Sedlák.	Hyrš.	Klofáč.

1437
I

Dotaz

poslance Slavíčka a společníků na Jeho Excellenci pana ministra vnitra stran konfiskace periodického časopisu „České Snahy“ čísla 14. ze dne 29. září 1917 a čísla 16. ze dne 13. října 1917.

Tiskové poměry v království českém a hlavně v Praze dospěly dík censuře tak daleko, že časopisy nesmí se obírati již ani kritkou věcí všemu občanstvu škodících. Tak pražská censura škrtla v časopise „České Snahy“ čís. 14. ze dne 29. září 1917 následující statě:

Žel však, že okresní hejtmanství v Hořovicích rozhodnutí místodržitelské učinilo úplně illusorním, neboť do správní komise jmenovalo zase staré členy tohoto rozpuštěného zastupitelstva. Jaká to právní nelogičnost a nesmyslnost! Celý účel a smysl místodržitelského suspendačního výnosu staví se tím vzhůru nohama a zaviňuje se špatným a protiprávním jeho provedením opáčně v horší zlo, nežli jaké bylo při stavu starém. Bylo přece potřeba měnit nejen systém obecní správy, ale i lidí, neboť ti právě systém špatné obecní správy a hospodaření zaviňovali. Ale takto nemění se ani lidé, ani starý systém a jsme na tom zase tak, jako jsme byli dříve! Bohužel, nestalo se tak. Právě naopak! Pan Zatloukal za celou tu dobu ukázal, že buď nemá té dobré vůle, abe shora uvedené nápravy a změny provedl, anebo nemá k tomu tolik odvahy a moci! Buďto podléhá a je v moci cizích vlivů, anebo je sláb a nestačí na zjednání pořádku, bez něhož nelze přejíti k řádné obecní správě vůbec. Byla by to, pravda, operace velmi těžká, ale tím nutnější.

A nejenom to, že nechce anebo nemůže na radnici udělati pořádek, ale on ustavením nových odborů obecní správy ukázal, že mu vážně o řádnou a poctivou správu obce nejde a že mu na ni nezáleží, protože do těchto odborů jmenoval velikou většinu lidí, kteří již ve starém rozpuštěném zastupitelstvu s Horákem špatně hospodařili a mnoho zla se natropili. Jedni jsou jen prospěcháři, nebo kývalové, nebo mazaní chytráci, hledící každé příležitosti využitkovati ve svůj prospěch osobní a druzí, kteří proti své vůli, bez zájmu a často i schopnosti do funkcí byli vnuceni a mají jménem svým krýti všecko to, co prvně jmenovaní ve své většině se usnášeti budou.

A tak vstupuje do života zdánlivě nový útvar, nová obecní správa — dílo to pana Zatloukala — nešťastné ve své myšlénce i ve svém provedení. Je to hodně ironické — staví nový dům ze starého materiálu a pokrývá ho starým šindelem . . . Jak mu dlouho vydrží?

Horákova éra, na níž bez zakletí žádný poplatník nevzpomene a o ní nepromluví, je u

konce . . . Nastává éra Zatloukalova a — bohužel — začíná opět tam, kde Horákova končila . . .

Kdo je vinen?

V čísle 16. časopisu „České-Snahy“ ze dne 13. října 1917 zabavil pražský censor tyto věty:

Máme zde pohřbených více obětí vojenského soudu. Kde — nikdo neví. Ale máme malý dotaz. Nemohli bychom se dověděti, proč se tak stalo, kdo soudil a kdo jsou denuncianti? Kus černé kapitoly, kterou nutno v zájmu všenárodním vyjasniti.

Podepsaní se táží:

„Jsou Vaší Excellenci tyto pražské censurní poměry známy, a hodlá Vaše Exellence zjednati nápravy?“

Ve Vídni, 19. listopadu 1917.

Dr. Lukavský.
Vacek.
Smrček.
Stříbrný.
Č. J. Lisý.
Konečný.
Dr. Baxa.
Dr. Hübschman.

Slavíček.
Dr. Šubrt.
H. Srdínko.
Exner.
Dr. Formánek.
Josef Prošek.
Pavlok.
Malík.

Authentische Übersetzung.

1437
I

Anfrage

des

Abgeordneten Slavíček und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend die Konfiskation der periodischen Zeitschrift: „České Snahy“ Nr. 14 vom 29. September 1917 und Nr. 16 vom 13. Oktober 1917.

Die Preßverhältnisse im Königreiche Böhmen und namentlich in Prag sind dank der Zensur soweit gelangt, daß sich die Zeitschriften nicht einmal mit der Kritik der für die gesamte Bürgerschaft schädlichen Sachen befassen dürfen. So hat die Prager Zensur in der Zeitschrift „České Snahy“ Nr. 14 vom 29. September 1917 folgende Abschnitte gestrichen:

„Die Bezirkshauptmannschaft in Hořowitz hat jedoch leider ... die Statthaltereientscheidung ganz illusorisch gemacht, denn sie ernannte in die Verwaltungskommission wieder die ehemaligen Mitglieder dieser aufgelösten Gemeindevertretung. Welcher Mangel an rechtlicher Logik und welche Unsinnigkeit! Der ganze Zweck und Sinn des Suspendierungserlasses der Statthalterei wird dadurch auf den Kopf gestellt und es wird durch die schlechte und widerrechtliche Durchführung desselben ein noch ärgeres Übel herbeigeführt, als jenes, welches bei den alten Verhältnissen vorhanden war. Es war doch notwendig, nicht nur das System der Gemeindeverwaltung zu ändern, sondern auch die Personen auszuwechseln, denn gerade diese haben das schlechte System der Gemeindeverwaltung und der Gemeindewirtschaft verschuldet. Aber so ändern sich weder die Personen, noch das alte System und wir sind wieder ebenso daran, wie wir es früher waren! . . .

Leider es geschah nicht so. Gerade das Gegenteil! Herr Zatloukal hat während dieser ganzen Zeit gezeigt, daß er entweder nicht den guten Willen besitzt, um die oberwähnten Verbesserungen und Änderungen durchzuführen, oder daß er hierzu nicht genug Mut und Macht hat! Entweder unterliegt er und steht in der Gewalt fremder Einflüsse, oder er ist zu schwach und nicht imstande Ordnung zu schaffen, ohne die man zu einer ordentlichen Gemeindeverwaltung überhaupt nicht gelangen kann. Es wäre dies allerdings eine sehr schwere, aber um so notwendigere Operation.

Aber nicht nur das, daß er nicht will oder nicht in der Lage ist, im Rathause Ordnung zu schaffen, er zeigte noch durch die Aufstellung neuer Gruppen der Gemeindeverwaltung, daß es sich ihm um eine ordentliche und ehrliche Gemeindeverwaltung gar nicht ernstlich handelt, und daß ihm an ihr gar nichts liegt, da er in diese Gruppen größtenteils jene Leute ernannte, die bereits in der alten aufgelösten Gemeindevertretung mit Horák schlecht gewirtschaftet und viel Schlechtes angestiftet haben. Die einen sind nur Vorteilsjäger, oder Kopfnicker, oder geriebene Schlaumeier, die jede Gelegenheit zu ihrem persönlichen Vorteil auszunützen trachten und die anderen solche, die gegen ihren Willen, ohne Interesse und oft auch ohne Fähigkeit in ihre

Funktionen eingedrängt wurden, und mit ihrem Namen alles dasjenige decken sollen, was die Erstgenannten infolge ihrer Majorität beschließen werden.

Und so tritt scheinbar ein neues Gebilde, eine neue Gemeindeverwaltung — ein Werk des Herrn Zatloukal — unglückselig in seiner Idee und in seiner Durchführung ins Leben. Es ist dies recht ironisch — er baut ein neues Haus aus altem Material und deckt es mit alten Schindeln . . . wie lange wird es nun aushalten? Die Ära Horák, an welche sich kein Steuerträger ohne Fluch erinnert, und von ihr spricht, ist zu Ende. . . Es kommt die Ära Zatloukal und beginnt leider wieder dort, wo die Ära Horák geendet hat. . .

Wen trifft die Schuld?"

In der Nummer 16 der Zeitschrift „České Snahy" vom 13. Oktober 1917 konfiszierte der Prager Zensor folgende Sätze:

„Wir haben hier mehrere Opfer des Militärgerichtes begraben. Wo — das weiß niemand. Aber wir haben eine kleine Frage. Könnten wir es nicht erfahren, warum es so geschah, wer gerichtet hat, und wer die Denunzianten sind? Ein Stück schwarzen Kapitels, welches man im Interesse der gesamten Nation klarstellen muß."

Die Gefertigten fragen:

„Sind diese Prager Zensurverhältnisse Eurer Exzellenz bekannt und gedenkt Eure Exzellenz Remedur zu schaffen?"

Wien, 17. November 1917.

Dr. Lukavský.

Vacek.	Slavíček.
Smrček.	Srdínko.
Stříbrný.	Jos. Prošek.
Konečný.	Exner.
Lisý.	Dr. Formánek.
Malik.	Dr. Hübschmann.
Pavlok.	Dr. Baxa.

1438
I

Dotaz

poslance Miloše Vojty a soudruhů k Jeho Excellenci panu c. k. ministru zeměbrany Karlu Czappovi z Birkenstättenu ohledně zatknutí obecního starosty Jana Švehly z Malých Malovic.

Vaše Excellence! V měsíci květnu 1917 prováděna byla rekvisice obilí v okrese netolickém komisionářem Aloisem Kulišem z Netolic a Ferdinandem Puldou z Těšovic, za asistence četnického strážmistra Antonína Loužeka z Libějic. V obci Malých Malovicích zabavila tato komise obecnímu starostovi poslední obilí pozůstávající z 68 kg pšenice, kterou měl k výživě desetičlenné rodiny. Manželka starostova nemajíc žádných zásob mouky ani jiného obilí a nechtějíc nechati svých osm dítek hladověti, vyměnila si tuto pšenici za mouku. Když pak manžel její, Jan Švehla, obecní starosta a vážený občan na celém okrese, nemohl těchto mu zabavených 68 kg pšenice komisionáři dodati, zatkl jej četnický strážmistr Antonín Loužek z Libějic a odvedl k okresnímu soudu do Netolic, kdež po výslechu propuštěn byl.

Tímto bezdůvodným zatknutím a za asistence četníka vedením k okresnímu soudu učiněno křiklavé bezpráví, pokoření a pohanění před celým okresem zachovalému a váženému obecnímu starostovi Janu Švehlovi z Malých Malovic.

Podepsaní táží se Vaší Excellence:

„Hodlá Vaše Excellence naříditi vyšetření tohoto přehmatu četnickým strážmistrem, jímž zachovalý a vážený občan bezdůvodně těžce na své cti poškozen a naříditi, aby podobné přehmaty se strany c. k. četnictva se neopakovaly?“

Staněk.
Kulich.
Hyrš.
Bradáč Bohumir.
Dr. Víškovský.
K. Prášek.
Dr. Zahradník.
Špaček.
Udržal.
Krž.

Miloš Vojta.
Rychtera.
Rydlo.
Bukvaj.
Kotlant.
Mašata.
Janovec.
Prošek.
Vacek.
J. Sedlák.

Authentische Übersetzung.

1438
I

Anfrage

des

Abgeordneten Miloš Vojta und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Minister für Landesverteidigung Karl Czapp v. Birkenstetten, betreffend die Verhaftung des Gemeindevorstehers Johann Švehla aus Klein-Malowitz.

Eure Exzellenz!

Im Monate Mai 1917 wurde im Bezirke Netolitz die Getreiderequisition vom Kommissionär Alois Kuliš aus Netolitz und Ferdinand Pulda aus Těschowitz unter der Assistenz des Gendarmeriewachtmeisters Ant. Lonžek aus Libějitz vorgenommen.

In der Gemeinde Klein-Malowitz hat diese Kommission dem Gemeindevorsteher das letzte aus 68 Kilogramm Weizen bestehende Getreide beschlagnahmt, welches zur Ernährung seiner zehnköpfigen Familie bestimmt war.

Die Gattin des Gemeindevorstehers tauschte diesen Weizen, da sie keine sonstigen Mehlvorräte und auch kein anderes Getreide besaß, gegen Mehl um, da sie ihre acht Kinder nicht hungern lassen wollte. Als dann ihr Gatte Johann Švehla, ein im ganzen Bezirke geachteter Bürger, diese bei ihm beschlagnahmten 68 Kilogramm Weizen dem Kommissionär nicht abliefern konnte, wurde er vom Gendarmeriewachtmeister Ant. Lonžek aus Libějitz verhaftet und dem Bezirksgerichte in Netolitz eingeliefert, wo man ihn nach erfolgter Einvernahme entließ.

Durch diese unbegründete Verhaftung und Eskortierung zum Bezirksgerichte unter Gendarmerieassistenz wurde an dem unbescholtenen und geachteten Gemeindevorsteher Johann Švehla aus Klein-Malowitz ein schreiendes Unrecht begangen und ihm vor dem ganzen Bezirke eine Demütigung und Schmach zugefügt.

Die Gefertigten fragen Eure Exzellenz:

„Gedenkt Eure Exzellenz eine Untersuchung dieses Mißgriffes eines Gendarmeriewachtmeisters, durch welchen die Ehre eines unbescholtenen und geachteten Bürgers grundlos schwer angetastet wurde, anzuordnen und zu veranlassen, daß sich ähnliche Mißgriffe seitens der k. k. Gendarmerie nicht wiederholen?"

Staněk.	Janovec.	Mašata.	Miloš Vojta.
Dr. Zahradník.	Bradáč.	Prošek.	J. Sedlák.
Rychtera.	Udržal.	Bukvaj.	Vacek.
Špaček.	Rýdlo.	Hyrš.	Kratochvíl.
Kulich.	Prášek.	Krž.	Dr. Viškovský.

1439
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Wüst und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung, betreffend die Aufnahme von Getreide bei den Landwirten, und wegen Vorkommnisse im Bezirke Kaaden und Brüx.

Nach erhaltenen Mitteilungen erfolgt die Aufnahme von Getreide bei den Landwirten und wird hierzu auch Militär verwendet. Bereits im Ernährungsausschuß wurde gegen die Maßregel Stellung genommen und die Erhebung seitens des Gemeindevorstehers verlangt, der gewiß auch mit derselben Umsicht diesen Auftrag vorgenommen hätte. Die harten und drakonischen Maßregeln insbesondere gegen die deutsche Landwirtschaft wird als schwer verletzend angesehen, wenn man weiß, wie die deutschen Landwirte ihren Pflichten bis heute nachgekommen sind, ohne daß man ein militärisches Aufgebot nötig gehabt hätte. Mit Rücksicht auf die im heurigen Jahre erfolgte große Dürre haben insbesondere auch die Landwirte in den Bezirken Kaaden, Podersam, Duppau sehr darunter gelitten und ist der Körnerertrag um 50 Prozent gegen das Vorjahr zurückgeblieben, Futter um 60 Prozent, Rübe um 50 Prozent. Das Vorgehen der einzelnen Getreideinspektoren ist ungeheuerlich. So kam der Getreideinspektor Barth aus Kaaden am 12. d. M. nach Willomitz, ging von Wirtschaft zu Wirtschaft und ohne jemand zu verständigen, nahm er förmliche Hausdurchsuchungen vor. Die Art seines Vorganges ist verdammenswert. So äußerte er sich bei einem Landwirte: Sie haben 20 Meterzentner Gerste, worauf der Landwirt dies verneinte und Barth die sofortige Protokollierung verlangte. Der Besitzer ließ hierauf die Gerste sacken, nachdem Barth erklärte, für mich kostet eine Stunde 5 K, ich habe keine Zeit mich herzustellen, denn wenn ich sage, Sie haben 20 Meterzentner Gerste, so müssen Sie dieselbe auch abführen, gleichviel, woher Sie dieselbe nehmen. Die Gerste wurde gesackt und das Ergebnis waren gegen 600 Kilogramm Gerste. Ja, darf sich denn ein Getreideinspektor ein solch unqualifizierbares Benehmen erlauben? Wird das diesen Leuten anempfohlen? Wundert man sich dann, wenn sich die Landwirte erregen und vielleicht auch noch zur Abwehr dieser Behandlung schreiten? So wie Barth bei dem einen Landwirt vorging, benahm er sich auch bei anderen Landwirten. Wir protestieren gegen eine solche Behandlung und dulden dies unter keinen Umständen, und würden es auch begreiflich finden, wenn die Landwirte diesem Manne den Zutritt in ihr Haus verwehren. Nachdem Seine Exzellenz im Ernährungsausschusse erklärte, daß der Vorrat an Getreide und Futtermitteln nach Sicherstellung des eigenen Bedarfes des Landwirtes für sich, seine Leute und für die allgemeine Viehhaltung sowie auch das Saatgut bei den Landwirten bleibt und erst nach Feststellung bei der politischen Behörde eine Verfügung getroffen werden soll, die aber alles nur keiner Requisition gleicht, heute aber bereits Mitteilungen vorliegen, daß die Requisitionen gleich nach der Aufnahme vorgenommen werden müssen, so liegt dies im Widerspruch zur Äußerung des Ministers. Nachdem bereits aus einem deutschen Lagerhaus viele Waggons von Getreide nach Pilsen und Kladno abgeliefert wurden, so verwahren sich die Landwirte der deutschen Bezirke dagegen, daß eine Ausfuhr in dieser Weise erfolgt.

Des weiteren bringen die Gefertigten nachstehenden Fall zur Kenntnis: In den Bezirken Brüx

und Saaz reist ein Mann herum, der sich mit einer Legitimation der Bezirkhauptmannschaft in Brüx ausweist und angibt, berechtigt zu sein, Aufkäufe von Nahrungsmitteln für die Kriegsvolksküche in Brüx vornehmen zu können. Er erklärt den Landwirten, daß sie für 100 Kilogramm Weizen 50 Kilogramm reines Mehl erhalten, daß der Mühlenbesitzer Spitz in Brüx den Produzenten um 6 K das Kilogramm abkauft, so daß der Landwirt 300 K für die gelieferten 100 Kilogramm Weizen erhält. Nachdem es nicht ausgeschlossen ist, daß der Betreffende dem Schleichhandel dient, so ist gewiß die dringendste Untersuchung, beziehungsweise Verfolgung dieses Mannes durchzuführen. Bei der Landwirtschaft bedingt man die höchste Ausmahlung des Getreides bis zu 90 Prozent und hier gestattet man, daß das Getreide nur zu 50 Prozent ausgemahlen wird?

Die Gefertigten stellen deshalb die Anfrage?

„Ist Seine Exzellenz von den geschilderten Vorkommnissen unterrichtet? Wenn nicht, ist Seine Exzellenz geneigt, gegen die geschilderten Übelstände sofort einzuschreiten und Abhilfe zu schaffen?“

Wien, 20. November 1917.

Knirsch.	Wüst.
Fr. Held.	Strziska.
Jäger.	Spies.
Herzmansky.	Dr. Waldner.
E. Kraft.	Jro.

1440
I

Dotaz

poslance dra. Zahradníka a soudruhů na Jejich Excellence pány ministry železnic a výživy v záležitosti zásobování a úpravy existenčních podmínek železničních zaměstnanců v Plzni.

Železniční zaměstnanci všech kategorií v Plzni konali dne 28. října 1917 veřejnou schůzi. na níž přijata byla následující resoluce:

„Železniční zaměstnanci všech kategorií. shromáždění na veřejné schůzi 28. října 1917 v Měšťanské Besedě v Plzni, litují. že není postaráno o jejich zásobování. které by odpovídalo namáhavé službě železniční. a to zvláště pro špatně hospodářství válečných centrál. jejichž činnost v nynějším složení se většinou naprosto neosvědčila.

Konstatují, že nedocíleno dosud ani pravidelnosti v přídělu a rozdělování zákonitých dávek nejnutnějších potravin, ač se jich vyvážejí neustále z Čech značná množství. Odstranění tohoto stavu nedůstojného podniku takového významu, jako jsou státní dráhy, žádame se vší rozhodností.

Budiž postaráno mimo jiné zvláště o dostatečný příděl tuku.

Stále rostouci drahota nutí nás naléhavě žádati pronikavé zvýšení platů. a to jak aktivního personálu tak i pensistů a rentistů i zlepšení našeho hospodářského postavení dle zásad, které byly v poslední době v četných memorandech všech železničních organisací opětovně předloženy vysokému c. k. ministerstvu železnic. Požadavky ty jsou nejmenším. co musí železničníci obdržeti, aby uhájil holé životy.

Pro mimořádné poměry v Plzni, vzniklé neobyčejným vzrůstem počtu obyvatelstva, bytovou nouzí, drahotou všech potřeb a většími mzdami zaměstnanců válečného průmyslu, které příjmy železničníků až i desetkráte převyšují, opakujeme znovu požadavek 40procentního přídavku ke služnému a příbytečnému pro Plzeň a sousední obce.

Doufáme, a očekáváme určitě, že bude učiněno vše, aby bylo umožněno nám žíti a tím i vykonávati naši těžkou práci tolikráte i z nejvyšších míst vřele oceněnou, jak řádným pravidelným a zvýšeným přídělem potravin, zvláště tuku, opatřením obuvi, šatstva, svítiva a uhlí a jiných potřeb. tak i přiměřeným zvýšením našich pravidelných a vedlejších příjmů. Jinak hrozí úplný rozvrat v našich rodinách a úplné vyčerpání sil všeho personálu železničního, čímž i železniční provoz je ohrožen.“

Podepsaní táží se:

„Jest Vašim Excellencím tato resoluce známa?

Jaké hodláte Exellence zaujmouti stanovisko k ní?“

Ve Vídni, 14. listopadu 1917.

H. Srdínko.	Dr. Zahradník.
Janovec.	Okleštěk.
Krž.	Udržal.
Bradáč.	Kulich.
Rozkošný.	F. Staněk.
Prošek.	Dr. Velich.

Authentische Übersetzung.

1440
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Zahradník und Genossen an Ihre Exzellenzen den Herrn Eisenbahnminister und den Herrn Minister für Volksernährung, betreffend die Versorgung der Eisenbahnbediensteten in Pilsen mit Lebensmitteln und die Regelung ihrer Existenzbedingungen.

Am 28. Oktober 1917 haben die Eisenbahnbediensteten aller Kategorien in Pilsen eine öffentliche Versammlung abgehalten, in welcher nachstehende Resolution angenommen wurde:

„Die in der öffentlichen Versammlung im bürgerlichen Kasino in Pilsen am 28. Oktober 1917 versammelten Eisenbahnbediensteten aller Kategorien geben dem Bedauern Ausdruck, daß man für ihre Versorgung nicht in einer dem anstrengenden Eisenbahndienste entsprechenden Weise, und zwar namentlich infolge der schlechten Wirtschaft der Kriegszentralen, deren Tätigkeit sich in der gegenwärtigen Zusammensetzung größtenteils absolut nicht bewährte, vorgesorgt hat.

Sie konstatieren, daß bis jetzt nicht einmal eine Regelmäßigkeit in der Zuweisung und Verteilung der gesetzlichen Quoten der notwendigsten Lebensmittel erreicht wurde, obzwar fortwährend namhafte Mengen derselben aus Böhmen ausgeführt werden.

Die Beseitigung dieses, eines Unternehmens von solcher Bedeutung, wie es die Staatsbahnen sind, unwürdigen Zustandes, müssen wir mit aller Entschiedenheit verlangen.

Unter anderem ist namentlich für eine ausreichende Fettzuweisung zu sorgen.

Die fortwährend zunehmende Teuerung zwingt uns, eine durchgreifende Erhöhung der Bezüge zu verlangen, und zwar sowohl beim aktiven Personal, als auch bei den Pensionisten und Rentnern, sowie eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Stellung nach jenen Grundsätzen, die in letzter Zeit in zahlreichen Memoranden aller Eisenbahnerorganisationen wiederholt dem hohen k. k. Eisenbahnministerium unterbreitet worden sind.

Diese Forderungen bilden das Minimum, welches die Eisenbahner bekommen müssen, um das nackte Leben zu retten.

Angesichts der außerordentlichen Verhältnisse in Pilsen, die durch die außergewöhnliche Zunahme der Bevölkerungszahl durch die Wohnungsnot, Teuerung aller Bedarfsartikel und die höhere Entlohnung der Bediensteten der Kriegsindustrie, die die Bezüge der Eisenbahner bis um das Zehnfache übersteigen, verursacht worden sind, wiederholen wir neuerlich die Forderung nach einer 40prozentigen Gehalts- und Quartiergeldzulage für Pilsen und die benachbarten Gemeinden.

Wir hoffen und erwarten bestimmt, daß alles unternommen werden wird, um uns das Leben und damit auch die Verrichtung unserer schweren, wiederholt auch von den höchsten Stellen warm gewürdigten Arbeit, sowohl durch ordentliche, regelmäßige und erhöhte Zuteilung von Nahrungsmitteln, namentlich von Fett, durch Beschaffung von Beschuhung, Kleidung, Beleuchtungsmaterial und Kohle sowie anderer Bedarfsartikel, als auch durch entsprechende Erhöhung unserer regel-

mäßigen Bezüge und unserer Nebeneinkünfte zu ermöglichen.

Sonst ist ein gänzlicher Zerfall in unseren Familien und eine vollständige Erschöpfung der Kräfte des gesamten Eisenbahnpersonals zu besorgen, wodurch auch der Eisenbahnbetrieb gefährdet erscheint."

Die Gefertigten fragen:

„Ist diese Resolution Euren Exzellenzen bekannt?

Welchen Standpunkt gedenken Eure Exzellenzen dazu einzunehmen?"

Wien, 14. November 1917.

Janovec.	Dr. Zahradník.
Udržal.	Kulich.
Dr. Velich.	Staněk.
Bradáč.	Okleštěk.
H. Srdínko.	Prošek.
Krž.	Rozkošný.

1441
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Bodirsky, Teufel und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister, betreffend die staatsfeindliche Agitation unter den tschechischen Soldaten an der Südwestfront.

In Tausenden von Exemplaren wurden vor der 11. Isonzoschlacht an der südwestlichen Front Flugzettel abgeworfen, welche in deutscher Übersetzung folgenden Wortlaut hatten:

„Tschechen! Slowaken! Teure Brüder! Wie im Vorjahre, so treten auch jetzt jene an Euch heran, welche in Italien, Frankreich, England, Rußland und Amerika für unsere Freiheit arbeiten. Wir haben die Freundschaft der Verbündeten für unsere Sache gewonnen. Die Verbündeten versprachen uns feierlich die Befreiung der Tschechen, Slowaken. Wir bereiten eine große tschecho-slawische Armee vor, deren Teile bereits ruhmvoll an der russischen und französischen Front kämpfen.

Tschechen! Slowaken! Teure Brüder! Kämpft nicht gegen Eure Freunde! Schlagt Euch nicht für Eure eigenen Mörder, für die Vergewaltiger und Unterdrücker Eures Volkes! Wir arbeiten in Italien, Frankreich, England und Amerika sowie in Rußland für unsere Ideale und erzielen neue Vorteile für unsere Sache. Eurer eigenen Sache, Eurem Volke, Euren Familien und Euch selbst würdet Ihr schaden, wenn Ihr für Eure jetzigen Herren kämpfen würdet.

Das Ende des Krieges naht. Deutschland und Österreich-Ungarn werden böse geschlagen werden, denn die Verbündeten werden nicht eher den Kampf einstellen, bis diese Ziele erreicht sind. Alle Unseren wissen dies zu Hause, deshalb haben sie am 1. Juni im Parlamente erklärt, daß wir aus diesem Kriege selbständig hervorgehen und Österreich-Ungarn zerschlagen wollen.

Höret auf unsere Stimme, höret auf die Unsrigen zu Hause und auf unsere Abgeordneten im Parlament. Verlängert nicht den Krieg gegen die Interessen des eigenen Volkes! Kämpfet nicht! Ergebt Euch Italien! Wir warten auf Euch! Auf Wiedersehen!

Im Namen des tschecho-slawischen Nationalrates in Paris: Professor T. G. Masaryk, Vorsitzender, Professor Eduard Benes, Generalsekretär, Dr. M. R. Stefannik, Vertreter der Slowaken."

Von sehr verläßlicher Seite wurde ferner über die Ereignisse an der Südwestfront folgendes mitgeteilt:

Der Erfolg dieser Agitation österreichischer, beziehungsweise ungarischer Staatsbürger unter den Soldaten tschechischer Nationalität zeigte sich darin, daß im Gefechte bei Carzano am 18. September 1917 und bei anderen Gelegenheiten tschechische Reserveoffiziere zum Feinde übergingen, und zwar waren es unter anderen der Oberleutnant i. d. R. Dr. Pivko, Oberleutnant i. d. R. Irsa, Leutnant i. d. R. Kohoutek und Leutnant i. d. R. Zeleny. Man fand auch bei gefallenen italienischen Offizieren die Beweise, daß seit langem tschechische Soldaten den Italienern militärische Daten auslieferten und daß die verräterische Propaganda in tschechischen Regimentern stark betrieben wird. Ein tschechischer Leutnant namens Martinec soll an der Agitation beteiligt gewesen sein; da er in einem Spitale lag, konnte er nichts weiteres unternehmen, jedoch steht er in gerichtlicher Untersuchung.

Auch nach der letzten glorreichen Offensive der Mittelmächte an der Südwestfront fand man in italienischen Kundschaftsaktenstücken Andeutungen, daß man über Ort und Zeitpunkt des Beginnes des An-

griffes genau informiert war, und zwar nicht nur durch Abhören der darüber geführten österreichischen telephonischen Gespräche, sondern auch durch direkte Nachrichten aus den österreichischen Linien. Es ist nur der überwiegenden Heldenkraft unserer Truppen zu danken, daß es trotz dieser Tatsache gelang, die italienische Front zu durchbrechen.

Auf die vorerwähnte tschechische Agitation ist wohl auch der bekannte Verlauf der 11. Isonzoschlacht zurückzuführen. Der italienische Angriff auf der Hochfläche von Bainsizza geschah beim Schützenregiment Nr. 28, und zwar beim rechten Bataillon (bei Podrež) Ergänzungsbezirk Pisek (90 Prozent Tschechen). Wie es sich dabei eigentlich zutrug, ist niemand bekannt. Wie stark, beziehungsweise wie schwach der Widerstand war, kann man daraus ersehen, daß das linke Bataillon (bei Canale), allerdings sehr stark unter den italienischen Minenwerfern leidend, von dem linken Nachbarn (Schützen 7, Pilsen, 70 Prozent Tschechen, 30 Prozent Deutsche aus Mies, Bischofteinitz, Offiziere meist deutsche Lehrer) mit Handgranaten aus den Kavernen gejagt werden mußte, als die Italiener den Isonzo schon überbrückt hatten. Hier erweiterte sich infolge der Haltung dieser Truppen der Durchbruchsraum, so daß die Siebener nur mit Mühe gegen rechts abriegelnd sich halten konnten.

Inzwischen gingen die Italiener durch die Lücke weiter gegen Vrch, wie das aus den Zeitungen bekannt ist. Hier „warfen“ sich ihnen die Achter, das Prager Landwehrregiment entgegen (90 bis 95 Prozent Tschechen), die den Gegenangriff zu spät ansetzten. Das Regiment, freilich unter dem schweren Feuer sehr leidend, setzte, wie behauptet wird, nicht den notwendigen Widerstand entgegen, der an dieser Stelle den Angriff hätte aufhalten können, ja Truppenteile (Züge und Schwärme) ergaben sich. Durch diese zwei Regimenter wurde also alles, was dann in der 11. Isonzoschlacht verloren ging, verschuldet. Zwischen dem 15. und 17. September griffen die Italiener bei den Stellungen der Schützenregimenter Nr. 8 und 28 an. Sie wußten also schon, wo diese Truppen standen. Der Anfangserfolg war ebenfalls wieder auf ihrer Seite, doch wurde es von anderen verläßlichen Truppen wieder gutgemacht.

Diese Mitteilungen von verläßlicher Seite beleuchten die immer wiederholten Behauptungen, daß die Tschechen wenigstens an dieser Front ihre Pflicht getan hätten. Wenn nun auch der bekannte Zwischenruf des tschechischen Abgeordneten Stříbrny, der besagt, daß jene Tschechen ganz recht hätten, die sich freiwillig dem Feinde ergeben, also ein endliches Geständnis von tschechischer Seite selbst, den Sachverhalt klarstellt, scheint es doch im Interesse der historischen Wahrheit notwendig, daß die vorstehend erwähnten Ereignisse restlos aufgeklärt werden.

Die Gefertigten stellen daher an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister folgende Anfragen:

„Ist Seine Exzellenz bereit, dem Abgeordnetenhause darüber der Wahrheit entsprechend Aufklärung zu geben, ob die vorerwähnten Ereignisse sich tatsächlich so zugetragen haben?

Ist Seine Exzellenz geneigt, im Interesse der historischen Wahrheit alle etwa darüber vorhandenen Dokumente und Belege dem Abgeordnetenhause vorzulegen?

Welche Maßnahmen wurden getroffen, um für die Zukunft allen derartigen, kriegsverlängernden und die Wehrmacht des Staates auf das äußerste schädigenden Vorkommnissen und Agitationen vorzubeugen?“

Wien, 20. November 1917.

	K. H. Wolf.	R. Pacher.	Dr. Bodirsky.
Urban.	Dr. Herold.	Mr. G. Hummer.	O. Teufel.
Dr. v. Mühlwerth.	Rieger.	Kopp.	Bernt.
Dr. Wichtl.	Schürl.	Felzmann.	Kroy.
Kraus.	Schreiter.	Dr. Michl.	Kasper.
Heine.	Dr. Roller.	Dr. Kindermann.	Glöckner.
Dr. Sommer.	Luksch.	Hartl.	Primavesi.
Strziska.	Dr. Lodgman.	Spies.	Iro.
Brunner.	F. Wagner.	A. Seidel.	Pirker.
Freißler.	F. Held.	W. Teltschik.	Denk.
L. Pongratz.	Herzmansky.	Wedra.	Dr. Dinghofer.
Nagele.	Dr. H. v. Oberleithner.	Dr. Schürff.	Kittinger.
Albrecht.	R. Neunteufel.	Dr. Waber.	M. Friedmann.
G. Richter.	d'Elvert.	Hueber.	Sylvester.

1442
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. v. Hofmann, Einspinner, Held, Marckhl und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Abziehung der in landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben sowie bei öffentlichen Arbeiten in Steiermark beschäftigten Kriegsgefangenen.

Als im Oktober d. J. verlautete, daß die neuerliche Abziehung von weit über 4000 Kriegsgefangenen, die zu industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiten in Steiermark hinausgegeben waren, unmittelbar bevorstehe, wandten sich Reichsratsabgeordnete aller Parteien an das k. u. k. Kriegsministerium sowie an den Herrn k. k. Ministerpräsidenten und ersuchten auf das dringlichste, von dieser Maßregel unbedingt abzusehen, weil eine weitere Entziehung von Arbeitskräften aus dem schwerbedrängten Lande zu unabsehbaren verhängnisvollen Folgen sowohl für die steirische Industrie als auch Landwirtschaft führen müßte.

Leider blieb dieser Hilferuf ohne Erfolg. Die Kriegsverwaltung erklärte, aus militärischen Rücksichten die Abziehung durchführen zu müssen, da es sich um Vervollständigung der Kriegsgefangenen-Arbeiterkompagnien bei der Armee im Felde handle.

Man könnte sich nun mit diesen Maßnahmen wohl oder übel immerhin noch leichter abfinden, wenn sie überall nur nach rein sachlichen Rücksichten planmäßig und gleichmäßig ins Werk gesetzt würden und keine unnötigen Härten dabei zutage träten. In dieser Hinsicht werden aber Beschwerden erhoben, deren Prüfung und Berücksichtigung entschieden gefordert werden muß.

So wird aus zwei mittelsteirischen Bezirken — Frohnleiten und Weiz — folgendes mitgeteilt: Während einzelne private Unternehmungen, die nicht im Dienste der Kriegsleistung stehen, ihren Betrieb noch mit einer verhältnismäßig hohen Anzahl von Kriegsgefangenen weiterführen können, mußten die beiden Bezirksausschüsse einen ungemein wichtigen, zum großen Teil vollendeten Straßenbau — Bezirksstraße Frohnleiten—Passail — an dem 14 Gemeinden beteiligt sind, vollkommen einstellen, weil sämtliche Kriegsgefangene — zu Beginn des Baues 220 Mann — ohne jeden Ersatz abgezogen wurden. Dadurch wird die wirtschaftliche Entwicklung eines ganzen ansehnlichen Gebietes arg beeinträchtigt. Desgleichen wird der Zustand vieler landwirtschaftlicher Betriebe, deren aufrechter Fortbestand doch in dieser Zeit ärgster Lebensmittelnot im Lande auf jede Weise zu stützen wäre, bei dem Mangel jeglicher männlicher Arbeitskraft geradezu unhaltbar, nachdem sehr viele Bauernwirtschaften ihren Betrieb längst bereits wesentlich einschränken mußten.

Auf die bei der L. A. N. S. in Graz erhobenen Vorstellungen wurde versichert, daß alle Kriegsgefangenen sämtlicher Lager zu den von der Militärbehörde beabsichtigten Unternehmungen herangezogen würden. Das geschieht aber nicht. Vielmehr konnte festgestellt werden, daß noch am 31. Oktober zu Feldbach an 5000 Kriegsgefangene in verschwenderischer Weise zu Arbeiten im dortigen Lagerbereiche Verwendung fanden, daß weiters die am 14. Oktober über Hals und Kopf von den Straßenbauten abgezogenen Kriegsgefangenen, die nicht einmal mehr zur notdürftigen Aufräumung hatten verwendet werden dürfen, noch am 31. Oktober untätig im Sammellager Lebring lagen!

Ein anderer, schon in einer Anfrage des Abgeordneten Marckhl und Genossen erwähnter Fall

betrifft ein großes, derzeit mit der so wichtigen und dringenden Obst- und Gemüseverwertung vollauf beschäftigtes Industrieunternehmen in Untersteiermark. Die betreffende Firma, Thomas Götz in Marburg, hatte im Juli 1915 mit dem k. u. k. Militärkommando in Graz einen Vertrag wegen Überlassung von Kriegsgefangenen mit gegenseitiger achttägiger Kündigung abgeschlossen. Trotzdem wurden im September d. J., in der Zeit gehäufter dringendster Arbeit, von 16 Kriegsgefangenen fünf Mann drahtlich abberufen, die schon am folgenden Tage in das Lager Marchtrenk abzugehen hatten. Durch Entgegenkommen der politischen Behörde konnte ein Aufschub von 24 Stunden erwirkt werden. Dagegen hatte eine Einsprache gegen den Befehl bei der L. A. K. S. keinen Erfolg. Es wurde mitgeteilt, daß der Ersatz umgehend erfolgen werde, jedoch eine Belassung der Kriegsgefangenen, die tüchtige und eingearbeitete Hilfskräfte waren, ganz unmöglich sei, zumal sie für die Armee im Felde bestimmt seien. Der versprochene Ersatz kam nicht, wohl aber wurden abermals weitere fünf Kriegsgefangene ebenso plötzlich abberufen. Wie aber diese Kriegsgefangenen, die angeblich so dringlich benötigt werden, in Wirklichkeit verwendet werden, beweist die Tatsache, daß die bereits am 15. September 1917 an das Lager Marchtrenk abgegangenen fünf Mann nach einem vollen Monat den Unternehmer, in dessen Dienste sie gestanden waren, brieflich baten, er möge bei dem Kommandanten des Lagers Marchtrenk ihre Rücksendung zur Wiederaufnahme ihrer früheren Arbeit erwirken. Es zeigt doch gewiß ein geringes Verständnis für die Not der Zeit, wenn man die heute so unentbehrlichen Arbeitskräfte entgegen den Vertragsbestimmungen sofort ihrer Arbeit entzieht unter der Angabe dringenden militärischen Bedarfes, während sie in Wirklichkeit monatelang in einem Lager „konzentriert“ der Arbeit entzogen werden.

Die Gefertigten verweisen noch darauf, daß bei vielen Unternehmungen in Steiermark darauf gerechnet wird, daß nunmehr aus der großen Zahl italienischer Kriegsgefangener ohne Verzug die angesprochenen nötigen Arbeitskräfte werden zugewiesen werden und fragen den Herrn Minister für Landesverteidigung:

„Ob er in dieser Richtung sich mit der k. u. k. Kriegsverwaltung ins Einvernehmen zu setzen geneigt sei, damit dem Lande Steiermark ein Ersatz für die in der letzten Zeit abgezogenen Arbeitskräfte möglichst bald zuteil werde und damit weiters künftig nicht wieder die unbedingt gebotenen Rücksichten auf die Bedürfnisse der steiermärkischen Industrie und Landwirtschaft ohne zwingende militärische Notwendigkeit hintangesetzt werden?“

Wien, im November 1917.

Iro.
Glöckner.
Herzmansky.
Kittinger.
Heine.
Berger.
Dr. Stölzl.
Jäger.
Dr. Sylvester.
Strziska.

Dr. Hofmann.
Einspinner.
F. Held.
R. Marckhl.
A. F. Beyer.
Nagele.
Dobernig.
R. Neunteufel.
Spies.
Albrecht.
Wüst.

1443
I

Upit

zastupnika Prodana i družine na Njegovu Preuzvišenost gospodina ministra za prehranu o ponovnom pomoru u zadarskom kotaru.

Lani je, osobito zimi, bila uprav kobna godina za pučanstvo, kako cijeloga Primorja, tako poimence za pučanstvo Istre i Dalmacije, a na osobit pak način za svedj zanemarivano pučanstvo sjevero-zapadnog dijela Dalmacije, premda je tu glavni grad pokrajine i sijelo svih pokrajinskih vlasti. Osim općih uzroka ima i specijalnih, a u te spada nedostatnost općila i veoma slaba aprovizacija u djelokrugu zadarske općine. Uprava se ove aprovizacije pokazala skroz nesposobna, sasvim nedorasla svojoj važnoj zadaći, a k tomu nemarna i bešćutna prema stradajućemu pučanstvu, da je prava sablazan. Što se o toj upravi i javno u novinam opetovano iznijelo, osim toliko drugih tužaba, koje premučavamo, nije niti je moglo bit porečeno, jer je živa živcata istina i jer je za neke slučajeve bilo obilje svjedoka „de visu et de auditu“. Nešto „meminisse juvabit“. Kad je prošle ljute zime bio zameo u Zadru i okolici neobično debeo snijeg, a općinska aprovizacija za dugo i dugo vremena, osim ono malo od vlade pruženoga kruha, ne davala pučanstvu za više mjeseci ama baš nikakve hrane i nikakva začina, a bila i nestašica drva za kuhanje i ogrjev, te je pomor bio kao nuždna posljedica na dnevnom redu u cijelom opsegu općine; puk se u zdvojnosti svakamo obraćao, i sam i preko zastupnika, vapeć pomoć, pa naravno u prvom redu na političke vlasti i na aprovizaciju. Bilo je majka, koje su u čemeru gledale, kako im gladna djeca od slabosti padaju u nesvijest, u naručaju, te neznajuć kud bi i što bi, nosile ih jadnice, kao „argumentum ad hominem“, pred odgovorne javne službenike na općini, zvane da se skrbe za udes gladnoga puka. A kakvo je raspoloženje u to doba vladalo, da se puku kako god pomogne, dokazuje onaj notorni, cinički, nikad dovoljno nenaglašeni odgovor: „Dajte im (djeci) jesti snijega“ (tekstualno: „Deghe da magnar neve“) i varianta: „Ako ih donesete na općinu, bit će bačeni kroz prozor“. Vjerujemo, da tko je takvim odgovorim činio trnut majčina srca i sablaznio prisutnu čeljad, ne bi ipak bio kadar, da bude hijena u ljudskoj spodobi te za slučaj ne bi bio učinio što je valjda u srditosti izlanuo, ali odgovori karakterišu situaciju i svak može uvidjet u kakvim je rukama udes naroda u Zadru i okolici. Uz takve okolnosti i uz druge nepogode nije čudo, ako je prošle zime, u samoj zadarskoj pokrajinskoj bolnici, preminulo u malo dana više osoba od posljedica gladovanja, nego drugda od svih vrsti nemoći skupa u pune pô godine. Dnevni pak pomor od glada i iznemoglosti u Zadru i okolici, a to je nedvojbeno, privatno (jer se javno nije smjelo) konstatovano, iznosio je u srednju 18 do 20 osoba, najviše, naravno, staraca i djece, koji radi svoje dobe manje mogu odoljeti posljedicama gladovanja.

Sličan je položaj glede opskrbe bio i na drugim mjestima, na otocima pogotovo, poimence na Silbi, Rabu, Pagu itd. Sa harnošću i pohvalom priznaje pučanstvo ovoga zadnjega otoka, da je preuzvišeno ministarstvo za prehranu, netom je došlo preko upita u cesarevinskom vijeću do znanja za zdvojno stanje pučanstva na Pagu, poprimilo razne mjere, uslijed kojih se stanje za onda poboljšalo.

Ali na žalost zima, koja je na pragu, prijeti, da će biti i na kopnu i na otocima još gora od lanjske, sa još brojnijim žrtvama glada, jer je ovoga ljeta suša trajala iznimno dugo: preko pô godine, kako po cijeloj Dalmaciji, tako osobito

u zadarskoj okolici, te je stavila i gradsko i seosko pučanstvo očito pred smrtnu kosu, jer je osim nešto vina, koje nije hrana, sva ostala ljetina potpuno izdala. Već se javno u novinama pronijelo, da su u jednoj samoj obitelji kroz malo vremena s nestašice hrane trojica umrla. Da pomora od gladi ima već i drugdje, posvuda, to potvrdjuju razni vjerodostojni glasovi s više strana. Takva je nevolja, da tko ima koju paru, ili tko nema a može zaimat, plaća rado, ćak i 19 i više kruna za jedan kilogram bilo kakva brašna, a po 20 i više kruna kilogram tjestenine. Uz ovakve i druge slične cijene, plaćane na očigled smrti, nije moguće, da se i najbolje stojeća obitelj dugo očuva od posvemašnjeg ekonomskog rasula. A pri tom je lako pojmiti, kako pak prolaze one tužne obitelji, a tih je sada ogromna većina, koje ne mogu trošiti za prehranu niti dvije ili tri krune dnevno, a kamo li deset i dvadeset i više, i koliko će se umnožiti pomor, ako se hitno ne providi, da pučanstvo dobije krumpira, pure, repe, graha, pasulja, ili bilo koje druge hrane, i ako se ne povisi opća dnevna hrana: kruh.

U nadi, da će se uzeti u obzir periculum in mora i da će vapaj na vladu biti bez krzmanja i adekvatno prema ljutome stanju stvari saslušan i uvažen, potpisani, da otklone istodobno od sebe svaku eventualnu odgovornost, pitaju sveukupnu centralnu vladu, a osobito Njegovu Preuzvišenost gospodina ministra za prehranu, koji je i dosle pokazao samilosti i skrbi prema onima, koji stradaju:

„Je li c. kr. vladi poznato, da je prehrana pučanstva u Zadru i okolici, kao više manje i po ostaloj Dalmaciji, uslijed vanredno duge suše, koja je sve proizvode osim vina, malne posvuda i sasvim uništila i uslijed nikakve zalihe i nikakve dnevne naknade, osim ono malo deka kruha, gora nego lanjske zime, te da se već javlja o mnogo slučajeva smrti, prouzrokovane isključivo od oskudice i glada, i je li voljna c. kr. vlada najhitnijim načinom požuriti dobavu i brzu diobu hrane i naredit podredjenim organima, da bolje paze na pravo stanje naroda i ne zabašuruju istinu, eda se brigom i pospješnošću brže i bolje priskoči u pomoć onome veoma bijednom, a inače toli plemenitom pučanstvu, čiji se sinovi, kako svedj, tako i prigodom ovoga užasnoga rata, herojski žrtvuju na fronti za cesara i domovinu, dok ono kod kuće trpi svaki jad i nevolju i ćak umire od glada?“

Beč, 9. studenoga 1917.

Prodan.

Dr. Dulibić. J. Hladnik.
Dr. Jankovič. Spinčić.
Dr. Korošec. Fr. Demšar.
J. Biankini. Fon.
Dr. Smodlaka. Perić.
Dr. Sesardić. Dr. Vukotić.

Authentische Übersetzung.

1443
I

Anfrage

des

Abgeordneten Prodan und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ernährungsminister, betreffend neuerliche Massensterbefälle im Bezirke Zadar.

Das vergangene Jahr, insbesondere der Winter war für die Bevölkerung aller Küstenländer, namentlich für die Bevölkerung Istriens und Dalmatiens eine unheilvolle Zeit, insbesondere aber gilt das von der Bevölkerung des nordwestlichen Teiles Dalmatiens, der immer vernachlässigt wird, trotzdem sich dort die Landeshauptstadt und der Sitz aller Landesbehörden befindet. Außer den allgemeinen gibt es dafür auch spezielle Ursachen, zu welchen die Unzulänglichkeit der Verkehrsmittel und die sehr schlechte Approvisation im Wirkungskreise der Gemeinde Zadar gehören. Die Leitung dieser Approvisation hat sich als durchaus unfähig, ihrer wichtigen Aufgabe gar nicht gewachsen erwiesen, außerdem aber ist sie nachlässig und der notleidenden Bevölkerung gegenüber gefühllos, daß es wirklich ein Skandal ist. Was über diese Leitung zu wiederholten Malen öffentlich in den Zeitungen geschrieben wurde — so viele andere Beschwerden wollen wir mit Stillschweigen übergehen —, wurde nicht widerlegt und könnte auch nicht widerlegt werden, weil es eine unbestreitbare Wahrheit ist und weil für die einzelnen Fälle eine Menge Zeugen de visu et de auditu vorhanden waren. Jedoch eines meminisse juvabit: Als im vorigen strengen Winter in Zadar und in dessen Umgebung ein ungewöhnlich hoher Schnee fiel und die Gemeindeapprovisation lange Zeit hindurch — abgesehen von dem wenigen, von der Regierung beschafften Brot — der Bevölkerung monatelang gar keine Nahrungsmittel bot und auch Mangel an Holz zum Kochen und Heizen herrschte, so daß Massensterbefälle als notwendige Folge im ganzen Gemeindegebiete auf der Tagesordnung waren, wendete sich das Volk unmittelbar und durch Vermittlung der Abgeordneten nach allen Seiten um Hilfe, vor allem aber an die politischen Behörden und an die Approvisationsstelle. Die Mütter mußten voll Entsetzen zusehen, wie ihre hungrigen Kinder infolge Erschöpfung in ihren eigenen Armen ohnmächtig werden, und da sie nicht wußten, wo und bei wem sie Hilfe suchen sollten, trugen die Bedauernswerten ihre Kinder als ein Argumentum ad hominem vor die verantwortlichen öffentlichen Angestellten der Gemeinde, denen es obliegt, für das hungernde Volk zu sorgen. Welche Stimmung, welche Hilfsbereitschaft dem Volke gegenüber derzeit herrschte, beweist die folgende, allgemein bekannte zynische, nie genug hervorzuhebende Antwort: „Gebt den Kindern Schnee zu essen!“ (Wörtlich: Deghe da magnar neve) und deren Variante: „Wenn ihr die Kinder ins Gemeindehaus bringt, wird man sie durchs Fenster hinausschmeißen.“ Wir glauben wohl, daß diejenigen, die mit solchen Antworten die Mutterherzen mit Entsetzen erfüllten und die Anwesenden skandalisierten, es doch nicht zustande gebracht hätten, Hyänen in der Menschengestalt zu sein, und gegebenenfalls nicht ausgeführt hätten, was ihnen wohl im Zornausbruche entschlüpft war; immerhin aber sind diese Antworten für die Situation bezeichnend und jedermann kann daraus ersehen, in was für Händen das Schicksal des Volkes in Zadar und der Umgebung liegt. Unter solchen Verhältnissen und infolge anderer Mißstände ist es kein Wunder, daß im vorigen Winter im Landesspitale von Zadar allein innerhalb weniger Tage mehr Personen an Hungersfolgen verschieden sind, als sonst an allen Krankheiten zusammen in einem halben Jahre zu sterben pflegten. Die Zahl der Personen, die an Hunger und Erschöpfung in

Zadar und der Umgebung täglich starben, betrug, wie es unzweifelhaft privat festgestellt wurde (denn öffentlich durfte man es nicht tun), durchschnittlich 18 bis 20, vor allem natürlich Greise und Kinder, die infolge ihres Alters weniger widerstandsfähig sind.

Ähnlich waren die Versorgungsverhältnisse auch in anderen Ortschaften, vor allem auf den Inseln, namentlich auf Sibba, Rab, Pag usw. Mit Dank und Anerkennung erkennt die Bevölkerung der letztgenannten Insel an, daß das hohe Ernährungsministerium, sobald es durch Anfragen im Reichsrate von der verzweifelten Lage der Bevölkerung auf Pag erfahren hatte, verschiedene Maßnahmen traf, durch welche die damalige Not gelindert wurde.

Der bevorstehende Winter droht leider sowohl dem Festlande als auch den Inseln noch verhängnisvoller zu werden als der vergangene. Die Zahl der Opfer dürfte noch zunehmen, weil im vergangenen Sommer die Dürre ausnahmsweise lang, über ein halbes Jahr in ganz Dalmatien und insbesondere in der Umgebung von Zadar anhielt, so daß sowohl die Stadt- als auch die Landbevölkerung dem Hungertode ausgeliefert ist, da — abgesehen von etwas Wein, der kein Nahrungsmittel ist — alle übrigen Bodenprodukte vollkommen mißraten sind. Es ist bereits durch Zeitungen in die Öffentlichkeit gekommen, daß in einer Familie allein innerhalb kurzer Zeit infolge Nahrungsmangels drei Personen gestorben sind. Daß Hungersterbefälle auch sonst überall vorkommen, wird durch verschiedene glaubwürdige Nachrichten von mehreren Seiten bestätigt. Die Not ist so groß, daß, wer Geld hat oder wer es durch Darlehen beschaffen kann, recht gerne sogar 19 und mehr Kronen für ein Kilogramm Mehl welcher Art immer, sowie 20 und mehr Kronen für ein Kilogramm Teigware zahlt. Bei diesen und anderen ähnlichen Preisen, die in Todesangst gezahlt werden, können auch die wohlhabendsten Familien nicht lange dem völligen wirtschaftlichen Ruin entgehen. Man kann sich leicht denken, wie es dabei den bedauernswerten Familien geht — und die bilden jetzt bei weitem die Mehrheit —, die nicht in der Lage sind, für die Ernährung 2 oder 3 K täglich, geschweige den 10, 20 K und darüber auszugeben; man kann sich denken, wie schrecklich die Sterbefälle zunehmen werden, falls nicht eiligst vorgesorgt wird, daß die Bevölkerung Erdäpfel, Maismehl, Rüben, Erbsen, Fisolen oder welche immer andere Lebensmittel bekomme und wenn die tägliche Brotration nicht erhöht wird.

In der Hoffnung, daß die Regierung bedenken wird, daß periculum in movia liegt und dem Hilferuf ohne Zögerung und der höchsten Not entsprechend Rechnung tragen wird, richten die Gefertigten, um zugleich von sich jede Verantwortung abzuwenden, an die gesamte Zentralregierung und insbesondere an Seine Exzellenz den Herrn Ernährungsminister, der auch bisher für die Notleidenden Mitleid gezeigt und gesorgt hat, folgende Frage:

„Ist es der k. k. Regierung bekannt, daß die Ernährung der Bevölkerung in Zadar und der Umgebung, sowie mehr oder weniger auch im übrigen Dalmatien infolge der außerordentlich langen Dürre, die alle Bodenprodukte, außer Wein, fast überall und gänzlich vernichtet hat, und infolge des völligen Mangels an Vorräten und Tagesrationen, abgesehen von den wenigen Dekagramm Brot, eine schlechtere ist als im vorigen Winter, so daß bereits über viele, ausschließlich durch Not und Hunger verursachte Todesfälle berichtet wird — und ist die k. k. Regierung geneigt, die Beschaffung und schnelle Verteilung der Nahrungsmittel mit aller Beschleunigung durchzuführen und den untergeordneten Organen einzuschärfen, sie sollen die wirkliche Lage des Volkes aufmerksamer beobachten und die Wahrheit nicht vertuschen, damit man mit aller Sorgfalt und Beschleunigung diesem notleidenden aber so edlen Volke zu Hilfe eile, dessen Söhne wie immer, so auch in diesem entsetzlichen Kriege heldenmütig ihr Leben für den Kaiser und das Vaterland an der Front opfern, während das Volk zu Hause Not leidet und sogar Hungers stirbt?“

Wien, 9. November 1917.

Jankovič.	Prodan.
Hladnik.	Perić.
Demšar.	Dr. Vukotić.
Fon.	Dr. Benkovič.
Dr. Dulibić.	Biankini.
Dr. Korošec.	Dr. Smodlaka.
Spinčić.	Dr. Sesardić.

1444
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Roller, Einspinner und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister, betreffend die Versorgung der Handwerker mit Petroleum.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß insbesondere die Handwerker unter den Folgen des Krieges ganz besonders zu leiden haben und es ist ein dringendes Gebot der Gerechtigkeit, daß sie, falls sie Beschäftigung haben, zur Erhaltung ihrer Familie in die Möglichkeit versetzt werden, die Arbeitszeit, die ihnen zu Gebote steht, in vollem Maße auszunutzen. Dies wäre jedoch ausgeschlossen, wenn sie in den kurzen Tagen der langen Winterszeit nicht die hierzu nötige Menge Petroleum zur Verfügung hätten. Namentlich in den Provinzstädten und Häusern, in denen weder Gas noch elektrisches Licht eingeführt ist, ist die nötige Versorgung mit Petroleum geradezu eine Existenzfrage für den Handwerker und seine Familie.

Zufolge der Bedeutung, welche hierin auch für die Allgemeinheit und den Staat gelegen ist, stellen die Gefertigten an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister die Anfragen:

„1. Ist Eurer Exzellenz die unzureichende Versorgung der Handwerker mit Petroleum bekannt?

2. Was gedenken Eure Exzellenz zu tun, um den Handwerkern die notwendige Versorgung mit Petroleum zu verschaffen und das Durchhalten zu ermöglichen?"

Wien, 13. November 1917.

Dr. Erler.
W. Teltschik.
Lutschounig.
Dr. Bodirsky.
Barbo.
Dr. Lodgman.
Kraus.
Kroy.
Langenhan.
Dr. H. v. Oberleithner.
Dr. Herold.
Dr. Kindermann.

Dr. Roller.
A. Einspinner.
Dr. Hofmann.
Dr. Michl.
Kopp.
Pacher.
Hartl.
Bernt.
M. Soukup.
Goll.
E. Kraft.
Rieger.

1445
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Straucher und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Minister des Innern, betreffend die Behandlung von Flüchtlingen.

Entgegen den durch vielfache Erlässe und Verordnungen des k. k. Ministeriums und den wiederholten öffentlichen Erklärungen des Herrn Ministers des Innern kundgegebenen verständnisvollen Fürsorgebestrebungen und von sozialem Geiste eingegebenen Intentionen für die vielfach unglücklichen Flüchtlinge, erfahren diese mehrfach von den unterstehenden politischen und autonomen Behörden sowie deren Organen empfindliche Zurücksetzungen, nicht zu schildernde Kränkungen und rohe Behandlung sowie schweres Unrecht.

Überdies wird durch eine verständnislose oder übelwollende Auslegung und Handhabung der die Flüchtlingsunterstützung betreffenden Ministerialerlässe, den notleidenden, ja oft hungernden Flüchtlingen die ihnen gebührende Unterstützung verweigert oder vorenthalten.

Und was übrigens die Repatriierung der Flüchtlinge in ihre Heimatsorte betrifft, so ignorieren viele Unterbehörden und deren Organe (Gemeindevorstände, Gendarmen 2c.) die ergangenen ministeriellen Verfügungen, indem die Flüchtlinge selbst in solche Heimatsgemeinden zwangsweise abgeschoben werden, in denen ihre Wohnstätten eingeäschert oder sonst zerstört sind, die Flüchtlinge selbst ihrer gesamten Einrichtung und Habe beraubt wurden und in der gegenwärtigen Jahreszeit weder eine Erwerbsgelegenheit, noch infolge ihrer Verarmung überhaupt irgendeine Möglichkeit zur Anschaffung einer Einrichtung und unentbehrlicher Bedarfsartikel oder gar zum Wiederaufbau besitzen.

Die Zahl der diesfalls von Flüchtlingen einlaufenden Klagen und Beschwerden ist unübersehbar. Es sollen aber im Folgenden bloß einige konkrete Beispiele angeführt werden, die ein überaus düsteres Bild der Leiden und Behandlung der namenlos unglücklichen Flüchtlinge entrollen:

I.

In Zlatnik, Bezirkshauptmannschaft Königliche Weinberge, befindet sich seit dem Sommer (Juli) 1916 Frau Dora Deutsch (recte Schwitz) mit ihrem Kinde und mit der Familie ihres Vaters. Ihr (rituell angetrauter) Gatte Moses Deutsch aus Waszkoutz in der Bukowina war bei den damals behördlich erfolgten Evakuierungen in das Barackenlager Deutschbrod geschafft worden und kam, als sein Gesuch, zu seiner Familie nach Zlatnik übersiedeln zu dürfen, sonderbarerweise abschlägig beschieden worden war, am 9. Februar 1916 ohne besondere Bewilligung nach Zlatnik. Er wollte daselbst, notgedrungen, auf eigene Kosten leben, doch widersetzte sich seine Familie dem Verkaufe der wenigen geretteten Goldsachen und mochte er selbst die vor 2½ Jahren von ihm gezeichnete und bezahlte dritte Kriegsanleihe von 1800 K, in welcher er den Rest seines Vermögens angelegt

hatte, nicht veräußern. So war er gezwungen, nachdem sein Bargeld aufgezehrt war, am 8. Juni 1917 ein Gesuch an die Bezirkshauptmannschaft Königliche Weinberge zu richten, um Gewährung der staatlichen Unterstützung. Eine Erledigung dieses Gesuches hat er bisher nicht erhalten.

Als nach Auflösung der Baracken in Deutschbrod die daselbst untergebrachten Flüchtlinge frei geworden waren und die staatliche Unterstützung erhielten, überreichte Moses Deutsch abermals ein Gesuch an die Bezirkshauptmannschaft, und zwar am 15. August 1917. Der Statthaltereikonzipist Johann Krejči hat aber darauf keine Antwort erteilt. Aus Anlaß späterer mündlicher Bitten stellte er sogar in Abrede, überhaupt ein neues Gesuch erhalten zu haben.

Und so hat Moses Deutsch bisher keinen Heller an Unterstützung erhalten, ebenso nicht den geringsten Bekleidungsgegenstand.

Der Unglückliche leidet bittere Not, hungert, da er nichts besitzt, wovon er leben könnte — das kümmert aber den Herrn Krejči nicht.

Die amtlichen Bestätigungen über die überreichten beiden Gesuche (8. Juni 1917 und 15. August 1917) befinden sich in Händen des Herrn Rabbiners Dr. Josef Winternitz in Prag Nr. 849—I.

Bei der Statthalterei in Prag deshalb zu intervenieren hat Herr Dr. Winternitz unterlassen, da er sah, wie wenig sich der Statthaltereikonzipist Krejči aus den Anordnungen des Statthaltereisekretärs Dr. Anders machte. War nun eine wohlwollende Erledigung des Gesuches vom 8. Juni 1917 ganz in der Hand des Konzipisten Krejči — der Amtsleiter Bezirkskommissär Iserle fand offenbar die Tätigkeit des Krejči ganz in Ordnung — so lagen die Verhältnisse am 15. August 1917 ganz anders. Da waren die Baracken aufgelöst, respektive die Insassen derselben befreit, und mußte und sollte der Barackenhäftling Deutsch zu seiner Familie in Zlatnik zugelassen und ihm die staatliche Unterstützung gegeben werden. Der sich über jedes Gebot der Menschlichkeit hinwegsetzende Krejči hat aber den durch Not und Hunger zermürbten alten Mann — entgegen den erlassenen Verordnungen — gezwungen, seine Familie in Zlatnik zurückzulassen und mit dem Transport am 25. Oktober nach Hause nach Waszkoutz (Bukowina) zu fahren.

Ist das nicht die krasseste Verletzung seiner Amtspflichten durch Herrn Krejči?

Denn im Grunde der im Juli 1917 erflossenen Ministerialverordnung gebührt diesem Flüchtling die staatliche Unterstützung von 2 K täglich.

II.

Im Juli 1916 ist die Gattin des Leiser Majer, Frau Ita Majer, mit sechs Kindern von Roztotie, Galizien, als Flüchtling nach Teptin, Bezirkshauptmannschaft Königliche Weinberge, gebracht worden.

Ihr Gatte war in Ungarn geblieben, da er hoffte, daß der Feind bald verdrängt sein werde, und er zu seinem heimatlichen Anwesen bald zurückkehren werde. Da letzteres sich als unmöglich erwies und seine Barmittel erschöpft waren, fuhr er notgedrungen zu seiner Familie nach Teptin, wo er am 10. November 1916 anlangte. Er meldete sich sofort bei dem Gemeindeamte und bei der k. k. Gendarmerie mit der Bitte, gleich seiner Familie der staatlichen Flüchtlingsunterstützung teilhaftig zu werden.

Seine Bitte wurde aber abschlägig beschieden!

Da seine öfteren bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft mündlich vorgebrachten Bitten ergebnislos waren, hat er durch Vermittlung des Herrn Dr. Josef Zalud, Prag, Ferdinandsstraße 23, ein schriftliches Gesuch eingebracht, man möge ihm doch endlich auch für seine Person die Unterstützung geben, wie sie seine Familie von Beginn an erhielt. Auch dieses Gesuch wurde nicht berücksichtigt, und dies mit der ebenso unstichhältigen als verständnis- und herzlosen Begründung, daß er zu seiner Familie gekommen sei, statt in Ungarn zu bleiben, und weil letztere schon genug (?) Geld bekommen hätte; auch hätte er in Ungarn bleiben und dort Handel treiben sollen! Ja, noch mehr!

Man hat ihn sogar einer Leibesvisitation — natürlich fruchtlos — unterzogen, da man ihn beschuldigte, noch etwas Geld zu besitzen.

So bekommen die acht Personen seit dem 10. November 1916, dem Tage der Ankunft des Majer, nur den für sieben Personen normierten staatlichen Unterstützungsbeitrag, und muß dadurch Leiser Majer bei der gegenwärtigen horrenden Teuerung seiner Familie zur Last fallen.

Und dieser Leiser Majer hat seine drei militärpflichtigen Söhne im Feld stehen, die alle bereits wiederholt verwundet worden sind!

So handhaben die Unterbehörden und ihre Organe ministerielle Weisungen, so herzlos werden arme Flüchtlinge behandelt, so ungerecht und unvernünftig wird Staatsbürgern begegnet, deren Kinder für das Vaterland bluten und ihr Leben hingeben!

III.

Die Gattin des Schaje Panzer aus Wygoda bei Dolina, Galizien, Frau Lea Panzer, kam am

12. November 1916, und zwar aus Ungarn, Kelecseny, Bezirk Okormezö (Komitat Marmaros), wo sie bei ihrem Bruder noch vor Kriegsbeginn (also 1914) sich aufgehalten hat. Sie konnte damals (1914) nicht mehr nach Hause und so mußte Schaje Panzer mit seinem Sohn allein flüchten (1914), gleich wie alle Einwohner des Dorfes. Seine Frau war die ganze Zeit über bei ihrem Bruder ohne staatliche Unterstützung. Als sie endlich erfuhr, wo ihre Gatte Schaje Panzer als Flüchtling sich aufhielt und die steigenden Ernährungsschwierigkeiten ihr den Aufenthalt bei ihrem Bruder unmöglich machten, kam sie naturgemäß zu ihrem Gatten nach Jesenić. Sofort nach ihrer Ankunft (12. November 1916) begab sich ihr Mann zur k. k. Gendarmerie, meldete sie an und sagte ihm der Wachtmeister Tumlíř: Schaje Panzer brauche gar nichts weiter zu veranlassen, er werde das Gesuch behufs Erteilung der staatlichen Unterstützung für seine Frau selbst machen. Der Wachtmeister sagte dabei, er tue es deshalb, weil Schaje Panzer als der einzige Flüchtling keinen Anlaß zur Beschwerde gegeben habe. Als dann Kleider kamen, zirka am dritten Tage, gab der Wachtmeister seiner Frau auch etwas Bekleidungsgegenstände, was er nicht getan haben würde, wenn er nicht sicher gewußt hätte, daß sie die Unterstützung bekommt.

Inzwischen verstrich die Zeit, ohne daß auch nur ein Heller Unterstützung der Frau des Schaje Panzer gegeben worden wäre! Sie sind dort drei Personen und ging es ihnen in dieser Zeit sehr schlecht. Schaje Panzer selbst ist ganz mittellos dort angelangt und hatte Not gelitten mit dem bisherigen Unterstützungsbeitrag, der nun aber für drei Personen langen sollte!

Auch die ihm von seinem Bruder zugekommenen kleinen Beträge reichten nicht hin und ist er seinem Bruder und anderen Leuten schon viel Geld schuldig geworden.

Schaje Panzer hat sich oft beim Wachtmeister beklagt, daß er noch immer kein Geld für die Frau erhalte.

Die Antwort des Wachtmeisters war stets: Panzer solle nur Geduld haben, er werde bestimmt alles nachträglich vom Tage der Anmeldung durch ihn erhalten.

Dementsprechend konnte Panzer sich auch nicht entschließen, über Aufforderungen des Rabbiners Dr. Winternitz selbst ein Gesuch an die Bezirkshauptmannschaft zu richten, weil er ja um viel Geld gekommen wäre, da vom Zeitpunkt der Überreichung der Eingabe gerechnet wird.

Der Wachtmeister schickte den Schaje Panzer selbst zur Bezirkshauptmannschaft, er solle sich berufen auf die vom Wachtmeister überreichte Eingabe und werde alles erhalten. Panzer ist aber nicht zur Bezirkshauptmannschaft gegangen, da er zu dem weiten Gange ganz entkräftet ist infolge all der Entbehrungen. Auch fürchtete er sich, da er die deutsche Sprache nur im Jargon beherrsche, bei der Behörde mißverstanden zu werden und auch vor der Rachsucht des Wachtmeisters Karl Tumlíř.

Schaje Panzer ist ein blutarmer Mensch und wurde deshalb vom Rabbiner Dr. Winternitz vielfach unterstützt, da die Verweigerung der Auszahlung der seiner Frau rechtmäßig zukommenden Unterstützung die dreiköpfige Familie in furchtbarer Not ließ. Auch bezüglich der Beteilung mit Kleidern und Wäsche wurde die Familie in gröblichster Weise verkürzt. Da der Mann kaum 3 K bei der Abreise in die Heimat hatte, mußte ihm Dr. Winternitz noch auf der Bahn 20 K geben.

Der Sohn, Leser Panzer, fuhr mit wunden Füßen nach Hause, da er keine Schuhe hatte; der Konzipist Krejči hat ihm, allen Bitten trotzend, keine geben wollen! Das sehr minderwertige Schuhwerk des Leser Panzer, das er noch im vorjährigen Winter erhalten hatte, lag zerfetzt schon auf dem Misthaufen und die Sandalen, die ihm sein Vater von dem erhungerten Gelde gekauft hatte, waren längst zerbrochen.

Schaje Panzer verließ Jesenić mit Schulden an allen Ecken und Enden. Die Unterstützung gebührte seiner Frau, die Vorenthaltung derselben schafft sein Recht doch nicht aus der Welt!

Und diese, aller Mittel entblößte blutarme Familie, die durch die Nichtauszahlung der der Frau Lea Panzer rechtmäßig gebührenden staatlichen Unterstützung gehungert hat, ist zwangsweise zur sogenannten „Heimkehr“ in eine Ortschaft verhalten worden, woselbst sie weiterhin sich in bitterster Not befindet und buchstäblich am Hungertuche nagt!

Die vorstehends wahrheitsgetreu geschilderten Vorfälle, für deren Richtigkeit auch Dr. Josef Winternitz in Prag einsteht, beweisen klar, wie kraß ergangene ministerielle Verfügungen ignoriert, wie geradezu brutal und rücksichtslos viele Flüchtlinge behandelt werden, wie pflichtvergessen und unmenschlich Unterbehörden und deren Organe „amtieren“ und für die Flüchtlinge „sorgen“.

Es ist deshalb äußerst dringend, daß in diesen Belangen endlich gründlich und rücksichtslos Wandel geschaffen werde! Es darf nicht länger mit der Gesundheit und dem Leben vieler tausende Flüchtlinge derartig leichtfertig gespielt werden!

Demgemäß richten die Unterzeichneten an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Minister des Innern die Anfrage:

„Ist derselbe Willens, über die vorstehends geschilderten Vorfälle die zweckdienlichen Erhebungen durch unparteiische Personen schleunigst durchführen zu lassen, die Schuldtragenden, ohne Ansehen der Person, zur Verantwortung und Strafe zu ziehen — den durch Vorenthaltung der staatlichen Unterstützung verkürzten Flüchtlingen solche nachträglich auszahlen zu lassen — zugleich aber auch strenge Weisungen wegen genauester Befolgung der in Sachen der Flüchtlinge ergangenen ministeriellen Verordnungen, zu erteilen?“

Wien, 20. November 1917.

Reizes.	Dr. Straucher.
Dr. Trylowskyj.	Lawruk.
Onciul.	Wassilkó.
Simionovici.	Semaka.
Hormuzaki.	Spenul.
Dr. Lahodyńskyj.	Lukaszewicz.
S. Wityk.	Stefanyk.
Rauch.	Stern.

1446
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Straucher und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Landesverteidigungsminister, betreffend die im Zentrum der Stadt Czernowitz errichtete Feldbuchhandlung.

Eure Exzellenz!

Sämtliche behördlich konzessionierten Buchhändler von Czernowitz bringen folgende begründete Beschwerde vor:

I. Eine k. und k. Feldbuchhandlung, die sich dort im Weichbilde der Stadt auf dem Ringplatze etabliert hat, droht ihren wirtschaftlichen Ruin herbeizuführen, falls nicht ihrem schon vor längerer Zeit dem k. k. Armee-Oberkommando überreichten vollbegründeten Ansuchen nach Verlegung der Feldbuchhandlung von Czernowitz ehestens stattgegeben wird. Ihr Geschäftsleiter ist nämlich der wohl in Czernowitz geborene Korporal Widmann, der jedoch seit mehr als 15 Jahren seinen Wohnsitz nach Berlin verlegt hat und dort seinen Erwerb betreibt.

Diese k. und k. Feldbuchhandlung fügt nun seit ihrem Bestande den in Czernowitz seßhaften konzessionierten Buchhändlern unabsehbaren Schaden zu.

Diese Buchhändler sind zunächst schon durch die dreimalige Russeninvasion wirtschaftlich schwer betroffen wurden. Ihre Geschäfte sind fast durchwegs zum Teil ausgeplündert und zum Teil von unehrlichen Elementen angekauft und die Waren nach Rußland verschleppt worden. Der Schaden, den hierdurch die Buchhändler in Czernowitz erlitten haben, ist ein unermeßlich großer. In welchem Maße sie infolge der Kriegslage durch das Brachliegen ihrer Geschäftstätigkeit allein geschädigt worden sind, soll hier nicht detailliert ausgeführt werden, es sei lediglich tatsächlich festgestellt: Der Verdienstentgang ist ein enorm hoher, und sind deshalb mehrere von ihnen wirtschaftlich zugrunde gerichtet. Besonders empfindlich und hart sind die Czernowitzer Buchhändler während der dritten Besetzung der Stadt Czernowitz durch die Russen durch hier nicht zu schildernde Umtriebe geschädigt worden. Nun kam die Befreiung von Czernowitz und sie erhofften die Wiederaufnahme ihrer Geschäftstätigkeit, um sich und ihre Familien wieder erhalten und den Schaden, den sie erlitten hatten, zum geringen Teile durch solide Geschäftsführung wieder hereinbringen zu können.

Die k. und k. Feldbuchhandlung aber, die am Czernowitzer Ringplatze etabliert wurde, hat alle ihre Hoffnungen zerstört.

Doch nur zum geringen Teile liegt die Ursache der für die Czernowitzer konzessionierten Buchhändler entstandenen Geschäftsstörung in der Errichtung der k. und k. Feldbuchhandlung selbst, in der Hauptsache liegt sie in der Art der Geschäftsführung der Feldbuchhandlung, in ihren eigenen Praktiken, die darauf hinzielen, die Buchhändler auf dem Platze unmöglich zu machen und sie, die so schwer vom Kriege betroffenen einheimischen Geschäftsleute, wirtschaftlich nicht aufkommen zu lassen, so daß sie bald gezwungen sein würden, ihre Geschäfte zu schließen.

Im wesentlichen besteht der Geschäftsbetrieb der Czernowitzer Buchhändler in erster Linie im Zeitungsverschleiß, der nunmehr aber vornehmlich die Quelle der sie schädigenden Konkurrenz durch die k. und k. Feldbuchhandlung bildet.

Die Buchhändler sind schon an und für sich deshalb schwer geschädigt, weil die k. und k. Feldbuchhandlung auf leichterem Wege, nämlich durch die militärische Mithilfe der k. und k. Feldpost, als sie — die jetzt armen und schwer gedrückten Steuerzahler — zu den Wiener und Budapester Zeitungen kommen.

Das ist ein eigenes Kapitel, welches in der unter allen Umständen nicht gerechtfertigten Errichtung der k. und k. Feldbuchhandlung inmitten der Stadt Czernowitz seine Ursache hat.

In allen übrigen Artikeln bietet die k. und k. Feldbuchhandlung den konzessionierten lokalen Buchhändlern eine Konkurrenz, der sie nicht standhalten können.

Es ist nämlich aufliegend, daß die unter militärischer Firma betriebene Feldbuchhandlung auf die leichteste Art die Waren, als: Bücher, Papierware, Ansichtskarten, Hülsen, Taschenlampen und dergleichen Artikel besorgen kann, daß ferner für die Feldbuchhandlung die für die lokalen Buchhändler so komplizierte Transportfrage geradezu eine Spielerei ist, daß sie weiters eine unbezahlte Hilfsdienstmannschaft stets und in jeder Zahl erhält, während die Buchhändler mit dem Mangel an Arbeitskräften schwere Sorge tragen, so daß mit einem Worte die Aufrechterhaltung und die Führung der Buchhandlung durch die konzessionierten lokalen Buchhändler zu den sorgenvollsten Aufgaben eines Kaufmannes gehört.

II. Die Czernowitzer Buchhändler standen immer auf der Höhe ihrer Verpflichtungen. In einer Universitätsstadt tätig, waren sie durch Jahrzehnte geschult und geübt, auch größere Aufgaben zu erfüllen. Den Verlag von Büchern und Zeitschriften, Ansichtskarten und dgl. haben sie in bester Weise besorgt. Gestützt auf diese ihre Vergangenheit sind sie imstande, auch jetzt nach der dritten Russeninvasion allen Anforderungen der Truppen, der militärischen wie zivilen Behörden nachzukommen. Die Errichtung einer Feldbuchhandlung im Zentrum der Stadt Czernowitz trifft aber die Czernowitzer Buchhändler in ihrem Existenznerv und widerspricht der gerechten Anerkennung und Schonung der dortigen Buchhändler seitens der militärischen Stellen. Selbst wenn die Feldbuchhandlung eine rein militärische Institution wäre, muß gegen ihre Errichtung im Mittelpunkte der Stadt, wo genügende gleiche Geschäfte für die Deckung des Bedarfes vorhanden sind, Einspruch erhoben werden. Eine Feldbuchhandlung gehört naturgemäß an eine Stelle, wo Truppen und militärische Behörden ihren Bedarf sonst nicht in Städten oder nahegelegenen Zivilbuchhandlungen decken können. Eine Feldbuchhandlung in einer so großen Stadt wie Czernowitz, woselbst im Innern der Stadt in einem Umkreise von kaum 300 Metern nahezu zehn groß angelegte und fachlich vorzüglich eingerichtete Zivilbuchhandlungen existieren, ist völlig überflüssig und ist es insbesondere ein schweres Unrecht, eine ihnen geschildertermaßen empfindliche Konkurrenz bietende Feldbuchhandlung, gleichfalls im Zentrum der Stadt, zu etablieren, zumal den wesentlichen Vorteil ausschließlich ihr Leiter zieht. Dies geht aus dem speziellen Verhältnisse des Korporals Widmann den lokalen Buchhändlern gegenüber und auch aus dessen persönlichem Verhalten deutlich hervor. Denn als sich mehrere von ihnen mit ihm in Verbindung setzen wollten, um ihn auf das Schädliche seiner Handlungsweise und auf die ungerechtfertigte und für die Buchhändler ruinöse Niederlassung der Feldbuchhandlung im Zentrum von Czernowitz aufmerksam zu machen, drohte er ganz offen, er werde dort jeden Buchhändler, wie er dies bereits anderwärts getan hat, assentieren und für seine Feldbuchhandlung anstellen lassen. Er sagte: „Das werden die Herren haben, wenn Sie noch viel gegen die k. und k. Feldbuchhandlung opponieren.“ Allgemein wird denn auch behauptet, daß dieser Herr Widmann mit dem Militärärar einen Vertrag besitzt, welchem zufolge er von den militärischen Behörden unterstützt wird, daß aber dies seine eigenen Geschäfte sind, die bloß den Titel k. und k. Feldbuchhandlung „führen“, und daß er hierfür einen Prozentsatz gewissen militärischen Zwecken zur Verfügung stellt. Daß er sich für diesen Prozentsatz auf andere Weise entschädigt, ist leicht zu verstehen. Die Feldbuchhandlung bezieht ihren Bedarf durch die Feldpost, erspart also das Porto, das aber die Buchhändler zahlen müssen. Seine Buchhandlung hat hierdurch einen militärischen Stempel bekommen. Herrn Widmann genügt aber nicht, daß er die Geschäfte mit den Truppen besorgt, sondern er führt die Vernichtung der Existenz von Kaufleuten herbei, die nicht den Schutz und die Bevorzugung genießen, wie er solche als Feldbuchhändler besitzt. Für diesen Umstand kann folgender konkrete Fall gelten: Der hiesige Buchhändler Jäger besitzt einen noch für Jahre laufenden Vertrag mit dem Bahnärar, wonach ihm der Bücher- und Zeitungsverkauf auf den Bahnhöfen, darunter auch auf dem Bahnhofe von Czernowitz, zusteht. Die k. u. k. Feldbuchhandlung hat sich aber kurzer Hand in den Besitz des Herrn Jäger gehörigen Verkaufslokales gesetzt und damit einfach den konzessionierten Buchhändler Jäger weggeschafft! So — das Beispiel gelte für viele — springt diese k. u. k. Feldbuchhandlung mit behördlich konzessionierten, steuerzahlenden, durch den Krieg überaus schwer betroffenen und mit allen bestehenden Abgaben belasteten Buchhändlern in Czernowitz um und bringt sie zur Verzweiflung, ohne daß bisher Abhilfe geschaffen werden konnte.

III. Zur Klarlegung und Ergänzung der dargestellten Sachlage sowie zur Würdigung des den

Czernowitzer konzessionierten Buchhändlern zugefügten schweren Unrechtes und ihrer wirtschaftlichen Schädigung sei folgendes ausgeführt:

Die k. u. k. Feldbuchhandlung in Czernowitz ist eine Einrichtung der Armee. Weder der dortige Stadtmagistrat, noch die k. k. Landesregierung wurden bei der Errichtung auch nur gefragt, so daß keine Behörde vorher in die Lage gekommen ist, sich kompetenzgemäß zu äußern: ob die Feldbuchhandlung notwendig ist oder nicht und insbesondere — selbst wenn zugegebenermaßen eine solche nötig wäre — wo, das heißt in welchem Teile der Stadt und an welcher Stelle sie errichtet werden könnte. Die Errichtung einer Feldbuchhandlung hat im eigentlichen Sinne nur den Zweck, die Truppen mit Lektüre zu versorgen; aber es ist selbverständlich auch den Schöpfern dieser Einrichtung niemals darum gegangen, die Feldbuchhandlung in Konkurrenz mit den konzessionierten Buchhändlern treten zu lassen. Man gründet überall Feldbuchhandlungen nur dort, wo Zivilbuchhandlungen nicht existieren, es aber notwendig ist, daß die Truppen eine Einkaufsstelle für Bücher und Schreibsachen besitzen. Größtenteils sind deshalb die Feldbuchhandlungen unmittelbar an der Front entstanden, in abgelegenen Gegenden, wo es für die Soldaten unmöglich war, eine Zivilbuchhandlung zu erreichen.

Die Buchhändler in Czernowitz haben sich mit ihrer Beschwerde an das k. u. k. Armeeoberkommando gewendet, ferner an das k. k. Bukowinaer Landesregierungspräsidium, auch durch die Handelskammer beim zuständigen Armeekommando Beschwerde geführt; überall jedoch war der Erfolg gleich Null: ihre Beschwerden wurden wohl anerkannt, jedoch ist ihnen bisher nicht willfahrt worden!

Gibt es denn aber gegenwärtig bei uns keine Stelle, so fragen die so schwer geschädigten Buchhändler, die in einer derart gerechten Sache Abhilfe schaffen soll? Und sind denn alle gesetzlich kompetenten Zivilbehörden ausgeschaltet?

Die Feldbuchhandlung gehört mit einem Worte nicht an einen Ort, wo in einem Umkreise von einigen Metern fast zehn Zivilbuchhandlungen existieren, die den Bedarf der militärischen Behörden und Soldaten vollständig decken können. Wenn hier nicht ein materielles Interesse des Feldbuchhändlers, des Korporals Widmann, vorhanden wäre, indem er eigentlich den großen Nutzen einstreift und bloß einen Prozentsatz für den Witwen- und Waisenfonds abführt, dann wäre die Buchhandlung der Armee schon längst fort. Muß sie aber bestehen, dann soll sie aus dem Zentrum von Czernowitz an die Peripherie, näher der Front, verlegt werden. Die durch die Kriegsverhältnisse so schwer geschädigten Czernowitzer Buchhändler haben es wahrlich nicht verdient, daß die Militärbehörden sie jetzt noch, wo sie sich etwas erholen könnten, so gründlich zudecken sollten.

Die Unterzeichneten richten deshalb an Eure Exzellenz die folgende Anfrage:

„Sind Eure Exzellenz geneigt, die erforderlichen Maßnahmen, allenfalls im Einvernehmen mit den zuständigen Militärstellen, und dies im Hinblicke auf die große Dringlichkeit der geschilderten Beschwerde, mit möglichster Beschleunigung zu ergreifen, damit die im Zentrum der Stadt Czernowitz errichtete Feldbuchhandlung entweder gänzlich aufgelassen, jedenfalls aber aus dem Bereiche der inneren Stadt entfernt und möglichst an die Peripherie derselben oder in die Nähe der Front verlegt werde?“

Wien, 16. November 1917.

Reizes.	Dr. Straucher.
Stern.	S. Withk.
Dr. Trylowskyj.	Onciul.
Rauch.	Dr. Zahajkiewicz.
Spenul.	N. Wassilkó.
Lawruk.	Semaka.
Lukaszewicz.	Simionovici.
Hormuzaki.	Stefanyk.

1447
I

Upit

zastupnika dra. A. Tresića-Pavičića i drugova na Njihove Preuzvišenosti g. ministra nutarnjih posala, g. ministra pravde, g. ministra domobranstva, g. ministra željeznica i g. ministra opskrbe o zloporabama u Kninu na štetu državnog erara, državnih željeznica, ratnih zarobljenika i civilnog pučanstva, te na štetu ugleda političke uprave u Dalmaciji, počinjenih od g. Julija Mazelle, njegovog ortaka g. općinskog upravitelja i namjesništvenog tajnika dra. Gloninga, kninskog kotarskog poglavarstva i c. kr. dalmatinskog namjesništva, te ostalih osoba, upletenih u ovaj nečisti posao.

G. Petar Skrbić, umirovljeni žandarski stražmeštar, podnio je c. kr. žandarskom zapovjedništvu u Šibeniku proti g. Juliju Mazelle slijedeću prijavu, koju u njemačkom originalu prilažemo:

(Prijava.)

Isti g. Petar Skrbić podnio je sličnu prijavu i na c. kr. ministarstvo opskrbe u Beču. On je bio činovnik, kako se iz prijave vidi, u magazinu kod istoga J. Mazelle, blagajnika društva za gradnju željezničkog spoja Knin—Pribudić, „Dalmaspoj“, i kada je od njega otišao, dobio je svjedodžbu čestita ponašanja. Istom kada je Mazelle saznao za prijavu na c. kr. ministarstvo opskrbe, tužio ga je zbog pronevjerenja i dao zatvoriti, ali je ovaj bio pušten nakon deset dana na slobodu, po zapovijedi državnog odvjetništva u Šibeniku. Tada je Skrbić podnio sličnu prijavu i na c. kr. ministarstvo rata u Beču. Na to je g. Petar Skrbić bio prognan iz Knina uplivom općinskog upravitelja g. dra. Gloninga, namjesništvenog tajnika, a po nalogu c. kr. kninskog kotarskog poglavarstva, premda u Kninu visi proti njemu parnica uslijed tužbe Mazella, a proti Mazellu uslijed tužbe državnog odvjetništva, koje je moralo posredovati, vidjevši ozbiljnost i važnost prijave podnešene od Skrbića. Ne razumije se zašto nije i Mazelle bio istodobno izagnan iz Knina, kada i Skrbić; ni nopće zašto je Skrbić bio izagnan, te prikraćen u svojim gradjanskim zakonom zajamčenim pravima, pošto je on posve neporočan i do danas mu nije nikakva krivnja dokazana. Postoji pogibelj, da će Mazelle, koji se je gori opisanim poslovanjem silno obogatio, zlorabiti ta velika sumljivo stečena novčana sredstva na korist svoju u istrazi, koja se proti njemu vodi, a na štetu Skrbića; pa je tim čudniji izgon g. Skrbića, što je u te nečiste poslove upleten i g. dr. Gloning, namjesništveni tajnik, koji je, kako prijava tvrdi, bio u poslovnim odnošajima sa Mazellom, te je kod kupnje 10 vagona šećernih repa i jednog vagona masti i slanine dao da Mazelle zasluži silne svote, s toga je opravdana sumnja, da nije ni on pri tome ostao čistih ruku. Uslijed toga nastaje sumnja, da je dr. Gloning izgonom Skrbića htio odstraniti po svoju čast opasna čovjeka.

Nu što je najčudnije, to je, da je i c. kr. namjesništvo odlukom od 24./9. 1917., br. 42.841/VIII., potvrdilo izgon Skrbića iz Knina sa strane c. kr. kotarskog poglavarstva odlukom od 28./8. 1917. To je vrlo čudno, jer u toj odluci nema nikakove motivacije toga izgona, pa nastaje sumnja, da li nije i samo c. kr. namjesništvo u ovaj nečisti posao upleteno, kao i mnogi njegovi i ini činovnici, koji se u prijavi spominju,

kao n. pr. namjesništveni savjetnik Szilva de Szilvas, koji je primio raznih živežnih namirnica, u znatnim količinama, od Mazella, kao c. kr. Oberleutnant Gospodnetić u Šibeniku itd.

Pošto su sve te zloporabe učinjene na štetu državnog erara i ratnih zarobljenika, koji rade na pruzi Knin—Pribudić, ter su time izvrgnuti pogibelji gladi i na štetu civilnog pučanstva, jer se takim nedopuštenim poslovanjem diže cijena živežnim namirnicama, a pučanstvo izvrgava pogibelji smrti od gladi, dok se besavjesni činovnici i ini imućnici obogaćuju, to se ne razumije zašto oblasti bezodvlačno u ovome poslu ne posreduju, da se stvar razjasni i da se krivci kazne; tim više, jer se sa svih strana dižu glasovi, da politička uprava u Dalmaciji pravi velikih nečistih poslova, ter daje ogromne količine šećera bogatim trgovcima, nekim višim činovnicima i drugim mogućnicima, dočim siromašno pučanstvo ne može da dobije nimalo šećera. Opravdana je sumnja, da je u ove poslove upletena i osoba c. kr. namjesnika, jer kolikogod bio notorno umno ograničen, nije moguće, da su mu sve ove stvari ostale posve tajne, tim više, što novinstvo javno o njima govori, kao n. pr. zagrebačka „Hrvatska Država" od 10. t. mj., u članku pod naslovom „Tužne prilike u Dalmaciji".

Zbog svih tih razloga niže potpisani stavljaju na gg. ministre nutarnjih posala, pravde, domobranstva, željeznica i opskrbe slijedeće upite:

„I. Zašto je g. Petar Skrbić bio izagnan iz Knina?

II. Zašto se ne požuri istraga proti g. Juliju Mazelle?

III. Ako se dokaže, da su navodi u priloženoj Skrbićevoj prijavi istiniti, koje korake misle poduzeti spomenuta ministarstva proti c. kr. namjesniku u Dalmaciji, proti namjesništvenom savjetniku Szilva de Szilvasu, proti namjesništvenom tajniku dru. Gloningu i proti ostalim u spomenutoj prijavi optuženim osobama?"

Č. J. Lisý. Dr. A. Tresić-Pavičić.
A. Konečný. Ant. Kalina.
Dr. Lukavský. Hyrš.
J. V. Pokorný. Janovec.
Antonín Rydlo. Dr. Franta.

Authentische Übersetzung.

1447
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. A. Tresić-Pavičić und Genossen an Ihre Exzellenzen die Herren Minister des Innern, Justizminister, Minister für Landesverteidigung, Eisenbahnminister und Ernährungsminister, betreffend die zum Schaden des Ärars der Staatsbahnen, der Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung sowie zum Nachteile des Ansehens der politischen Verwaltung Dalmatiens in Knin vorgekommenen Mißbräuche, die von Herrn Julius Mazelle, seinem Helfershelfer, dem Herrn Gemeindegerenten und Statthaltereisekretär Dr. Gloning von der Bezirkshauptmannschaft Knin und der k. k. dalmatinischen Statthalterei sowie von anderen in dieses unlautere Geschäft verwickelten Personen begangen wurden.

Herr Petar Skrbić, pensionierter Gendarmeriewachtmeister, hat bei dem k. k. Gendarmeriekommando in Šibenik gegen Herrn Julius Mazelle die nachfolgende, im deutschen Originaltexte angeschlossene Anzeige erstattet:

„An

das k. k. Gendarmerie-Abteilungskommando

in Sebenico.

Der Gefertigte erlaubt sich, dem löblichen Kommando bezugnehmend auf die vom Herrn Rittmeister Klemens gepflogenen Erhebungen betreffs des von Julius Mazelle betriebenen Schwindels mit Lebensmitteln zu spekulativen Zwecken, folgendes mitzuteilen.

Der Julius Mazelle, Kassier bei der Firma „Dalmaspoj“ Bahnbau Knin—Pribudic, hat an verschiedene Firmen und Private Lebensmittel, welche für die beim Bahnbau beschäftigten Kriegsgefangenen bestimmt waren, verkauft und zwar:

dem beim hiesigen Stationskommando angeblich als Schreiber gewesenen, nunmehr vom Militärgericht verhafteten Infanteristen des 22. Infanterieregiments Hugo Nonveiller, Seife, Kartoffeln, Öl, Zucker, Teigware, Kaffee, Mais, Brotmehl, Backmehl, Maismehl, Fisolen, Kochmehl, Gerstenmehl, Reis, Tee, Speck, Zichorie, Kneippkaffee, Äpfel, Kraut und Käse im Gesamtwerte von zirka 60.000 K, sechzigtausend Kronen;

dem Privaten Vicko Sakic in Spalato in größeren Quantitäten Zucker, Kartoffeln, Teigware, Fisolen und Rollgerste;

dem hiesigen Eisenbahnstationsvorstand Buttorac Frankkaffee, Salz, Öl, Zucker, Kartoffeln, Kochmehl, Teigware, Kraut, Gerstenmehl, Fett;

nach Spalato an mir Unbekannte zirka 30.000 (dreißigtausend) Kilogramm Hafer;

dem k. k. Bahnbauingenieur Polletti Kochmehl, Backmehl, Sohlenleder, Fisolen, Gerste, Kartoffeln;

dem hiesigen Kaufmann Sava Omcikus Kochmehl, Teigware und Fisolen;

dem „Sufid"-Werke in Dugirat bei Almissa Salz, Zichorie, Zwiebel, Brotmehl, Fisolen, Zucker, Maismehl, Kartoffeln, Rollgerste, Konserven, Fett, Kraut, Kneipp. Speck, Kaffee, Pfeffer, Tee und Zigaretten zirka 6 bis 7 Waggons;

der k. k. Bahnbetriebsleitung in Spalato Öl und Fisolen;

der Laibacher Kreditbank in Spalato zirka 40.000 (vierzigtausend) Kilogramm Zucker, 10.000 (zehntausend) Kilogramm Kraut, 190 Kilogramm Teigware, 460 Kilogramm Kartoffeln, 170 Kilogramm Fisolen, 1000 Kilogramm Backmehl;

der Firma Westermann in Knin, Fisolen, Brotmehl, Kochmehl, Kraut, Speck, Gerstenmehl und Kartoffeln;

dem Direktor Schwinger der Laibacher Kreditbank in Spalato Backmehl;

dem Expeditor Franz Hoffmann in Spalato Kraut und Fisolen;

der Österreichisch-ungarischen Bank in Spalato Backmehl, Brotmehl und Kartoffeln.

dem Ingenieur Cigerli der Firma Westermann in Knin Zucker, Fisolen, Seife, Öl, Teigware, Kaffee, Gerste, Backmehl und Fett;

dem Kaufmann Požar in Knin Hafer, Käse und Kartoffeln;

dem Maurer Josip Sakic in Knin Kochmehl, Haferreis und Rollgerste;

der Hrvatska stedionica in Spalato Stockfisch;

dem Kohlenwerke Monte Promina Siveric Fisolen und Seife;

der k. k. Bahnbaulosführung (Ingenieur Kavcic) St. Straza Teigware, Kraut, Kochmehl, Zucker und Kartoffeln;

dem Dr. Ljubic, Bezirksarzt in Knin, Kochmehl, Teigwaren und Kartoffeln;

dem gewesenen Bahnhofkommandanten Oberleutnant Ingenieur Matosic zwei Säcke Kochmehl, dann Zucker und Fisolen;

dem Ingenieur Pajerli der Firma Westermann Mais, Teigware, Zucker und Backmehl;

dem k. k. Oberleutnant Gospodnetic in Sebenico einen Sack Bohnenkaffee;

dem k. k. Oberbaurat Pavlicek in Knin Maismehl, Fisolen, Salz, Zucker, Kartoffeln, Kochmehl, Brotmehl und Kaffee;

dem k. k. Ingenieur Wolf Zucker und Kochmehl;

dem Kaufmann Duplancic in Spalato Fisolen und Kochmehl;

dem k. k. Oberrevidenten der Staatsbahn Mecek Kartoffeln und Kochmehl;

dem k. k. Oberbaurat Giacomelli Backmehl;

der Bankdirektorsfrau Lavs in Spalato Backmehl;

der Köchin Amalie Knezek in Knin Kochmehl;

dem hiesigen Gemeindeleiter und Statthaltereisekretär Dr. Gloning Zucker, weiters demselben zirka 100.000 (einhunderttausend) Kilogramm Zuckerrübe und zirka 10.000 (zehntausend) Kilogramm Speck und Fett;

dem hiesigen Kaufmann Miro Simunovic Kraut, Fett, Speck, Kartoffeln, Äpfel und Käse;

dem k. k. Statthaltereirat Szilva de Szilvas in Zara Teigware, Kochmehl, Haferreis und Gerste und

dem Kaufmann Casolini in Spalato 100 Kilogramm Sohlenleder.

Der Mazelle hat für sich selbst zwei Säcke Weißmehl genommen und einmal dem Staatsbahnstationsvorstand Butorac und noch einigen Personen das für die Kriegsgefangenen bestimmte Mehl gegen minderwertiges Mehl umgetauscht.

Die Getreideprodukte wurden von der Getreidezentrale stets nur für die Kriegsgefangenen angewiesen.

Im Sommer des Vorjahres hatten die Kriegsgefangenen zirka einen Waggon sehr schlechtes Mehl bekommen und sah sich die Getreidezentrale über diesbezügliches Einschreiten seitens der Bahnbauleitung veranlaßt, einen Waggon (zirka 8000 Kilogramm) Weißmehl, um die Kriegsgefangenen zufriedenzustellen, für dieselben nach Knin zu senden.

Von diesem Mehl bekamen aber die Kriegsgefangenen nur ein- oder zweimal zirka 600 (sechshundert) Kilogramm Brot und der Rest von Weißmehl im Gewichte von über 7000 Kilogramm wurde auf die vorangeführte Weise an verschiedene reicherere Private, k. k. Beamte zirka und für die Menage der dalmatinischen Beamten widerrechtlich verbraucht.

Das zu 70 h pro Kilogramm von der Getreidezentrale gekaufte Brotmehl hat Mazelle an Bahnbauarbeiter zu 1·20 K bis 1·30 K pro Kilogramm verkauft.

Der Gemeindeleiter in Knin, Dr. Gloning, hat im Laufe dieses Jahres, wie oben angeführt, zirka 100.000 Kilogramm Zuckerrübe und zirka 10.000 Kilogramm Fett und Speck von Mazelle für den Gemeindeapprovisionierungsausschuß in Knin gekauft und denselben Mazelle hierbei einen riesig großen Betrag verdienen lassen, indem Mazelle dem Gloning diese Waren viel teurer verkaufte, als sie ihn kosteten.

Alle diese und sonstigen Waren für das von Mazelle verwaltete Approvisionierungsmagazin wurden nur gegen Bestätigung und Vidierung der bezüglichen Frachtbriefe seitens der militärischen Kommandos in Knin nach Knin gebracht, wobei von militärischer Seite stets bestätigt wurde, daß

die einzuführenden Waren nur für die beim Bahnbau Knin—Pribudic beschäftigten Kriegsgefangenen bestimmt sind; daher handelt es sich hier um keine von irgendwo eingeschmuggelten Lebensmittel, mit welchen Mazelle frei verfügen könnte. Mazelle hat überhaupt nie geschmuggelte Lebensmittel von irgendwo bekommen und mit diesen der hungerleidenden Bevölkerung auch nicht geholfen.

Die Ware aus dem Approvisionierungsmagazin der Kriegsgefangenen in Knin gelangte zur Versendung nach Spalato derart, daß ein Waggon der Staatsbahn vor dasselbe Magazin kam, die betreffenden nach Spalato bestimmten Waren in denselben verladen, mit Schlössern des Mazelle verschlossen, vom Bahnhofkommando Knin an das Bahnhofkommando Spalato für den Expediteur F. R. Hoffmann instradiert wurden. Diesen auf diese Weise versendeten und angeblich für die Kriegsgefangenen in Dugirat bei Almissa bestimmten Waren wurden auch die an die vorgenannten Privatiere und k. k. Beamten verkauften Lebensmittel beigepackt und auf diese Weise nach Spalato als militärisches Frachtgut geschmuggelt.

Nur einige Waren, wie zum Beispiel der Zucker für die Filiale der Laibacher Kreditbank in Spalato, wurden als Zivilfrachtgut mit Frachtbriefen, jedoch ohne Beibringung der Transportbescheinigungen nach Spalato befördert.

Im Vorjahre hat der Vorstand der Staatsbahnstation in Knin, Buttorac, dem Mazelle zwei Waggon (zirka 20.000 Kilogramm) Salz zu 20 h pro Kilogramm verkauft, trotzdem dasselbe Salz laut Entscheidung der Finanzdirektion in Zara nur für zirka 16 bis 17 h pro Kilogramm verkauft werden durfte. Dieses Salz hat Mazelle zu 50 h pro Kilogramm weiterverkauft.

Ich war in dem genannten Magazin vom 19. Juni 1916 als Magazineur angestellt und als ich dem vorangeführten unerhörten, von meinem Dienstgeber Mazelle betriebenen Lebensmittelwucher nicht mehr ruhig zuschauen konnte, zerstritt ich mich mit Mazelle und trat ich am 19. Mai 1917 aus dieser Anstellung aus und erstattete über das Treiben des Mazelle einen erschöpfenden Bericht an das k. k. Ernährungsministerium in Wien direkte.

Ich sandte diesen Bericht im Wege der Post rekommandiert nach Wien und als Mazelle dies erfuhr, zeigte er mich vier Wochen nachher wegen angeblich im Magazine begangener Veruntreuung der Lebensmittel dem Gerichte an und veranlaßte mit seinen Komplizen meine Inhaftierung, trotzdem er bei meinem Austritte aus der Anstellung die von mir verlangte Magazinsrevision nicht vornehmen wollte und ich ein Ehrlichkeits- und Verläßlichkeitszeugnis von seiner Kanzlei erhielt.

Ich habe dem Untersuchungsrichter Kuljis in Knin bei meiner Einvernahme den Antrag gestellt, das vom Infanteristen Nonveiller zum selben Untersuchungsrichter gebrachte Hauptgeschäftsbuch des Mazelle zu konfiszieren, da dasselbe Indizienbeweise enthält; der Untersuchungsrichter ließ aber diesen Antrag unbeachtet.

Ich bitte, diesbezüglich den Infanteristen Nonveiller im Militärarreste in Ragusa einvernehmen lassen zu wollen.

Petar Skrbić,
pensionierter Gendarmeriewachtmeister."

Derselbe Herr Petar Skrbić hat eine ähnliche Anzeige auch an das k. k. Ernährungsministerium in Wien gerichtet. Wie es aus der Anzeige hervorgeht, war er Beamter im Magazin desselben J. Mazelle, der Kassier der Gesellschaft für den Bau der Bahnverbindung Knin—Pribudić „Dalmaspoj“, ist und als er von ihm wegging, erhielt er von demselben ein Zeugnis über sein gutes Verhalten. Erst als Mazelle von der an das k. k. Ernährungsministerium gerichteten Anzeige erfuhr, klagte er ihn wegen Veruntreuung an und ließ ihn verhaften. Skrbić wurde jedoch nach zehn Tagen über Auftrag der Staatsanwaltschaft in Šibenik freigelassen. Daraufhin richtete Skrbić eine ähnliche Anzeige auch an das k. k. Kriegsministerium Wien. Nun wurde Herr Petar Skrbić auf Betreiben des Gemeindegerenten Herrn Statthaltereisekretärs Dr. Gloning und über Auftrag der k. k. Bezirkshauptmannschaft Knin aus Knin ausgewiesen, obwohl in Knin gegen ihn ein Prozeß auf Grund der Klage Mazelles anhängig ist und ebenso gegen Mazelle auf Grund der Anklage der Staatsanwaltschaft, die angesichts des Ernstes und der Bedeutung der von Skrbić erstatteten Anzeige intervenieren mußte. Man kann nicht recht gut verstehen, warum nicht auch Mazelle gleichzeitig mit Skrbić aus Knin ausgewiesen wurde und warum überhaupt Skrbić der Ausweisung verfiel und in seinen gesetzlich gewährleisteten Staatsbürgerrechten verkürzt wurde, da er vollkommen unbescholten ist und ihm bis zur Stunde keine Schuld nachgewiesen wurde. Es besteht die Gefahr, daß Mazelle, der sich durch die im vorstehenden beschriebenen Geschäfte ungemein bereichert hat, seine großen Geldmittel verdächtigen Ursprungs in der gegen ihn geführten Untersuchung zu seinem Vorteile und zum Nachteil des Skrbić mißbrauchen wird; noch auffälliger ist die Ausweisung des Herrn Skrbić deshalb, weil in diese unlauteren Geschäfte auch der Herr Statthaltereisekretär Dr. Gloning verwickelt ist, der, wie die Anzeige behauptet, in Geschäftsbeziehungen zu Mazelle stand und Mazelle beim Ankauf von zehn Waggons Zuckerrüben und einem Waggon Fett und Speck ungeheure Summen verdienen ließ, weshalb der Verdacht gerechtfertigt ist, daß in dieser Angelegenheit auch seine Hände nicht rein geblieben

sind. Infolgedessen entsteht der Verdacht, daß Dr. Gloning durch die Ausweisung des Skrbić einen für seine Ehre gefährlichen Menschen beseitigen wollte.

Am merkwürdigsten aber ist es, daß die seitens der k. k. Bezirkshauptmannschaft mit der Entscheidung vom 28. August 1917 verfügte Ausweisung des Skrbić aus Knin auch von der k. k. Statthalterei mit der Entscheidung vom 24. September 1917, Z. 42841/VIII, bestätigt wurde. Das fällt sehr auf, denn diese Entscheidung enthält keine Motivierung der Ausweisung und es entsteht der Verdacht, ob nicht auch die k. k. Statthalterei selbst ebenso wie viele Beamte derselben und auch andere Beamte, die in der Anzeige angeführt werden, wie zum Beispiel Statthaltereirat Szilva de Szilvas, der von Mazelle bedeutende Mengen verschiedener Lebensmittel erhielt, k. k. Oberleutnant Gospodnetić in Šibenik usw. in dieses unlautere Geschäft verwickelt ist.

Da alle diese Mißbräuche zum Nachteil des Ärars und der Kriegsgefangenen, die auf der Strecke Knin—Pribudić arbeiten und dadurch der Hungersgefahr ausgesetzt wurden — und zum Nachteil der Zivilbevölkerung begangen wurden, weil durch solche unerlaubte Gebarung die Lebensmittelpreise in die Höhe getrieben und die Bevölkerung der Hungertodesgefahr ausgesetzt wird, während sich gewissenlose Beamte und andere wohlhabende Menschen bereichern, so ist es nicht einzusehen, warum die Behörden in dieser Angelegenheit nicht unverzüglich einschreiten, damit die Sachlage geklärt und die Schuldigen bestraft werden, um so mehr, als man von allen Seiten Stimmen hört, daß die politische Verwaltung in Dalmatien große unlautere Geschäfte treibe, indem sie reichen Kaufleuten, einigen höheren Beamten und anderen Machthabern sehr große Mengen Zucker zuführe, während das arme Volk gar keinen Zucker bekommen kann. Es ist der Verdacht gerechtfertigt, daß in diese Geschäfte auch die Person des k. k. Statthalters verwickelt ist, denn mag er bekannterweise noch so sehr geistig beschränkt sein, so ist es doch nicht möglich, daß ihm alle diese Sachen völlig unbekannt geblieben sind, um so mehr als sie in der Presse öffentlich besprochen werden, wie zum Beispiel in der in Agram erscheinenden „Hrvatska Država“ vom 10. d. M. in einem „Tužne prilike v Dalmaciji“ („Traurige Verhältnisse in Dalmatien“) betitelten Artikel.

Aus allen diesen Gründen richten die Gefertigten an die Herren Minister des Innern, Justizminister, Minister für Landesverteidigung, Eisenbahnminister und Ernährungsminister folgende Fragen:

„I. Warum wurde Herr Petar Skrbić aus Knin ausgewiesen?

II. Warum wird die Untersuchung gegen Herrn Julius Mazelle nicht beschleunigt?

III. Falls es nachgewiesen wird, daß die in der angeschlossenen Anzeige des Skrbić enthaltenen Angaben auf Wahrheit beruhen, welche Schritte gedenken die genannten Ministerien gegen den k. k. Statthalter in Dalmatien, gegen den Statthaltereirat Szilva de Szilvas, gegen den Statthaltereisekretär Dr. Gloning und gegen die übrigen in der genannten Anzeige beschuldigten Personen zu unternehmen?“

Kalina.	Dr. A. Tresić-Pavičić.
Dr. Franta.	Lukavský.
Č. Lisý.	A. Konečný.
Hyrš.	Janovec.
Pokorný.	Rydlo.

1448

I

Upit

zastupnika Prodana i drugova Njegovoj Preuzvišenosti gospodinu ministru za zemaljsku obranu o plijenjenju starinskih zvona i zvona sa glagolskim natpisom u Dalmaciji.

Prvi potpisani, netom je obaznao, smatrao je svojom dužnošću kao svećenik, Hrvat i zastupnik zadarskoga kotara, da opširnom brzojavkom, upravljenom dne 14. rujna, upozori predsjedništvo ministarstva na postupanje vlasti u zadarskom kotaru pri rekviziciji zvona sa crkava. Dokazano je, da se plijene spomen-zvona, velike narodne i historične znamenitosti, kao što su zvona sa glagolskim natpisom. I u našim osnovnim državnim zakonima, kako je dobro poznato, zajamčen je dužni obzir na vrst slova, a pogotovo na vrst jezika, kao oznaku narodnosti.

Natpisi u staroslovenskom ili bilo i u živućem hrvatskom jeziku, a sa glagolskim slovima, od davnine su svojstvo i obilježje našega naroda u južnim krajevima habsburžke monarhije i dio njegove narodne i duševne imovine. Ta se oznaka kroz vijekove poštovala i u doba četiristoljetne mletaćke, inače zle uspomene, vladavine u Dalmaciji.

Ipak ni nakon gorispomenute brzojavke, c. kr. vlasti nemaju bit poduzele nikakva koraka na štovanje i očuvanje ovog hrvatskog narodnog amaneta, jer se kašnje ustanovilo novih slučajeva, da se i nadalje odnose zvona sa glagolskim natpisom, premda su bez sumnje i općine i mjesne i dijecezanske vlasti uložile pismeno ili usmeno ogradu i opaske proti takvom postupku.

U Dalmaciji se je takodjer dogodilo, da se plijene zvona iz 13. i 14. vijeka, zvona dakle salivena i rabljena od prije otkrića Amerike ili blizu tomu roku. Tim se žalosnim poslom imao da bavi i slavni učenjak, arkeolog, konzervator starina u Dalmaciji Mr. Bulić, koji je bio upozoren na veoma starinska zvona vidjena pri izvozu iz središnje ili južne Dalmacije. Ako zvona sa glagolskim natpisom i zvona ovako davna nemaju historične vrijednosti, onda ne pojmimo, kakvu mogu imati oni neizbrojni predmeti, rijetko po selima ali često po gradovima, osobito velegradovima, u palačama i na palačama, koji su takodjer od kovina potrebitih vladi u ratne svrhe (i spekulantima u svrhe izrabljivanja i lihvarstva), a ipak se ne oduzimlju, kako se bezobzirno i k tomu uz prenisku cijenu oduzimlju posvećena zvona božjih hramova. Mnogim crkvama nije bilo ostavljeno ni jedno jedino zvono za službu božju i školu. Lako je shvatiti, kakvo je raspoloženje i kakvo tumačenje to izazvalo u puku i kako ga je takav postupak potresao i ogorčio punim pravom do u dno njegove bogobojeće i narodne duše.

Nije se imalo obzira posebice u Zadru ni na zvona onih crkava, koje po svojoj znamenitosti: kako hram posvećen sv. Šimunu proroku, ovim najdavnijim moćima što ih svijet posjeduje; spadaju u ponos i diku cijeloga kršćanstva; ni crkava, koje predstavljaju tisućgodišnjih i preko tisućgodišnjih uspomena, te bi već radi toga imale biti poštedjene.

Sad se jednako bezobziran postupak opaža na žalost i sa plijenjenjem orgulja, da sve to pak svrši tko zna u čije ruke, a da od svega toga vojnička vlast ne oćuti nego neznatnu ili baš nikakvu korist u prave ratne svrhe.

Obzirom na gori navedeno, potpisani pitaju c. k. ministarstvo:

„1. Je li c. kr. ministarstvo za zemaljsku obranu bilo upozoreno od predsjedništva ministarstva ili inače na skrajnju,

recimo samo: neshodnost, da se plijene zvona sa glagolskim natpisom i zvona iz prije otkrića Amerike, i zvona čak i najslavnijih i najsvetijih hramova kršćanstva?

2. Je li istomu c. kr. ministarstvu poznato, da su mnogim crkvama oduzeta ama baš sva zvona, premda je zvono u mnogim mjestima jedino sredstvo preko kojega vjernici uopće a učenici napose mogu saznati doba dana i doba za vršenje svojih dužnosti?

3. Je li c. kr. ministarstvo za zemaljsku obranu, u interesu vjere, naroda i ugleda državne vlasti pred naobraženim svijetom i na otklon odgovornosti pred povješću, spravno žurno narediti povratak svih zvona sa glagolskim natpisom i onih zvona i orgulja, koje je dugotrajno vrijeme opstanka ili pripadnost vanredno glasovitim božjim hramovima tako posvetilo, da se ne smiju rabiti u druge svrhe osim one, za koju su dosle služile?"

Beč, 9. studenoga 1917.

Dr. Dulibić.	Prodan.
J. Biankini.	Hladnik.
Dr. Smodlaka.	Spinčić.
Dr. Sesardić.	Dr. Korošec.
Dr. Janković.	Pon.
Fr. Demšar.	Dr. Vukotić.

Authentische Übersetzung.

Anfrage

der

Abgeordneten Prodan und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Inanspruchnahme altertümlicher Glocken sowie Glocken mit glagolitischen Inschriften in Dalmatien.

Sobald es der Erstgefertigte in Erfahrung gebracht hatte, hielt er es als Priester, Kroate und Abgeordneter des Bezirkes Zadar für seine Pflicht, in einem ausführlichen, am 14. September gesendeten Telegramm das Ministerratspräsidium auf das Vorgehen der Behörden im Bezirk Zadar bei der Requirierung der Kirchenglocken aufmerksam zu machen. Es ist erwiesen, daß auch Glocken, die eine große nationale und historische Bedeutung haben, sowie Glocken mit glagolitischen Inschriften weggenommen werden. Auch in unseren Staatsgrundgesetzen ist bekanntlich die gebührende Rücksicht auf die Schrift und insbesondere auf die Sprache als Kennzeichen der Nationalität gewährleistet. Die Inschriften in altslowenischer und auch in lebender kroatischer Sprache mit glagolitischen Lettern sind seit alters her eine Eigenart und ein Kennzeichen unseres Volkes in den südlichen Ländern der habsburgischen Monarchie, sie sind sein nationales und geistiges Gut. Jedoch auch nach dem erwähnten Telegramme werden die k. k. Behörden behufs Achtung und Erhaltung dieses kroatischen Nationalschatzes keine Schritte unternommen haben, denn auch später wurden neue Fälle festgestellt, in denen Glocken mit glagolitischen Inschriften auch weiterhin weggenommen wurden, wiewohl ohne Zweifel sowohl die Gemeinde- und Lokal- als auch die Diözesanbehörden schriftlich oder mündlich gegen ein solches Vorgehen Verwahrung eingelegt und Einspruch erhoben haben. In Dalmatien ist es auch vorgekommen, daß sogar Glocken aus dem 13. und 14. Jahrhundert weggenommen wurden, somit Glocken, die vor der Entdeckung Amerikas oder um diese Zeit herum gegossen wurden und im Gebrauch standen. Mit dieser peinlichen Angelegenheit hätte sich auch der berühmte Gelehrte, Archäologe und Landeskonservator für Dalmatien Monsignor Bulič befassen sollen, der auf sehr alte Glocken aufmerksam gemacht wurde, die man aus Zentral- oder Süddalmatien ausführen gesehen hatte. Wenn die Glocken mit glagolitischen Inschriften und die Glocken aus einer so alten Zeit keinen historischen Wert haben, dann ist es unbegreiflich, welchen Wert die unzähligen Gegenstände haben können, die sich — selten in den Dörfern — sehr oft aber in den Städten, insbesondere in den Großstädten in den Palästen und auf den Palästen befinden und ebenfalls aus den Metallen hergestellt sind, die die Regierung zu Kriegszwecken (und die Spekulanten zu Ausnutzungs- und Wuchererzwecken) benötigen, die aber trotzdem nicht weggenommen werden, während die geweihten Glocken der Kirchen Gottes rücksichtslos und außerdem noch zu einem äußerst niedrigen Preis weggenommen werden. Vielen Kirchen wurde nicht einmal eine Glocke für den Gottesdienst und die Schule belassen. Leicht kann man sich denken, welche Stimmung und welche Deutungen ein solches Vorgehen im Volke hervorgerufen hat und wie sehr die gottesfürchtige Volksseele durch ein solches Vorgehen mit Recht aufgeregt und erbittert wurde.

Insbesondere in Zadar wurden nicht einmal die Glocken jener Kirchen verschont, die wegen ihrer Bedeutung, wie zum Beispiel die Kirche des heiligen Propheten Simeon mit den ältesten Reliquien, die man überhaupt besitzt, eine Zierde und der Stolz der ganzen Christenwelt sind; ebensowenig wurden

die Kirchen verschont, an die sich tausendjährige und noch ältere Erinnerungen knüpfen und die schon deshalb hätten verschont werden sollen.

Ebenso rücksichtslos geht man jetzt leider auch bei der Inanspruchnahme der Orgeln vor, damit das alles Gott weiß in wessen Hände gerate und die Militärverwaltung nur einen geringfügigen oder gar keinen Nutzen für Kriegszwecke habe.

Mit Rücksicht auf die im vorstehenden angeführten Tatsachen richten die Gefertigten an das k. k. Ministerium folgende Fragen:

„1. Ist das k. k. Ministerium für Landesverteidigung vom Ministerratspräsidium oder sonst irgendwie auf die höchste, sagen wir Unzweckmäßigkeit der Inanspruchnahme von Glocken mit glagolitischen Inschriften, von Glocken aus der Zeit vor der Entdeckung Amerikas und sogar von Glocken aus den berühmtesten und heiligsten Kirchen der Christenwelt aufmerksam gemacht worden?

2. Ist es demselben k. k. Ministerium bekannt, daß in vielen Kirchen geradezu alle Glocken weggenommen wurden, trotzdem die Glocke in vielen Ortschaften das einzige Mittel ist, durch welches die Gläubigen im allgemeinen und die Schulkinder insbesondere die Tageszeit und die Zeit, zu der sie ihre Pflichten zu erfüllen haben, erfahren können?

3. Ist das k. k. Ministerium für Landesverteidigung bereit, im Interesse der Religion und des Volkes, zur Wahrung des Ansehens des Staates vor der gebildeten Welt und behufs der Abwendung der Verantwortlichkeit vor der Geschichte die sofortige Zurückstellung aller Glocken mit glagolitischen Inschriften, sowie derjenigen Glocken und Orgeln zu verfügen, die durch ihren Jahrhunderte langen Bestand oder durch Zugehörigkeit zu außerordentlich berühmten Gotteshäusern so geheiligt sind, daß sie zu anderen als den bisherigen Zwecken nicht verwendet werden dürfen?"

Wien, 9. November 1917.

Hladnik.	Prodan.
Demšar.	Dr. Fr. Jankovič.
Dr. Korošec.	Biankini.
Spinčič.	Dr. Sesardič.
Fon.	Dr. Smodlaka.
Dr. Dulibič.	Dr. Vukotič.

1449
—
I

Запит

посла Дра Володимира Бачиньского і товаришів до Їх Екселенций пана Міністра краєвої оборони і пана Міністра судівництва в справі яскравих надужить власти і безправств сповнених комендантом станиці жандармерії в Мшані коло Львова, Ґолембйовского і тамошного громадского писаря Ґаґля.

В Мшані під Львовом є комендантом станиці жандармерії вахмістр Ґолембйовский, а громадским секретарем народний учитель Ґаґель, котрий, власне задля веденя громадскої писарки звреклямований з війска.

Урядоване обох тих панів становить одну чергу безправств і надужить. Змонополізовавши в своїх руках всі поданя в реклямацийних справах, військових причинків, воєнних чинитьб — вимушує названа спілка від інтересентів значні дарунки в грошах і в натураліях. Тих, котрі жаданих дарунків не хотять зложити, шиканують, переслідують, виганяють раз по раз на підводи, до робіт на двірских ланах і т. д. В той спосіб з кубанів тих, з утратою соток бідних людий побирає Ґаґель кількатисячні доходи. Ті махінациї сего достойника покриває вітверто вахмістр Ґолембйовский, кажучи виразно що „секретареви вільно брати ті дарунки, бо він бере для громади“. Благородні ті слова чули судия пан Евген Тиховский і пані Стефанія Ґірска, обоє тепер в Сокали.

Нехай говорять факти:

1. Марії Заяць, жені Дмитра в Мальчицях зробив подане о реклямацию єї мужа і казав собі за се заплатити грішми та принести гуску. На поданю тім підписав названий жандарм самовільно начальника громади Федька Оліярника та прибив печатку станиці жандармерії в місто громадскої печатки. Сьвідки: кромі інтересованої Марії Заяць, о. Евген Дуткевич, парох в Мальчицях і Володислав Войцеховский, жандарм при маринарці в Полі.

2. Той сам Ґолембйовский взяв примусом від Анни Тупись (Воробій) з Залужа поле під аренду; упираючу ся тій аренді шиканував, виганяючи єї безнастанно на підводи, призначуючи до єї хати евакуованих і т. д. Внесена Анною Тупись до повітової команди жандармерії жалоба не є до нині полагоджена.

3. Евакуовані Євдоху Максимів і Юстину Пилипечко з Залужа, намагав ся він викинути з хати, де они були приміщені, аби зробити тим способом місце на коршму і грозив нещасним словами „cicho, bo ci zęby wybiję, a nie — to wrzucę do piwnicy, gdzie skrepirujesz“.

4. Від Стефана Борика в Сухій Волі жадав Ґолембйовский сотнар пшениці, обіцюючи, що єго за се зробить війтом.

5. До спілки добрав собі той жандарм Федя Оліярника і постарав ся о зроблене єго війтом, хотяй він находить ся в судових розслідах о злочини з часів російскої інвазиї. На спілку з ним робить Ґолембйовский всілякі надужитя, що посьвідчать виевакуовані що мешкають в громаді та парох в Мальчицях.

6. Анна Цар з Сторонні мусіла Ґолембйовскому за написане якогось поданя дати фаску масла.

7. Від селан скуповувала жандармерия в Мшані телята, вимушуючи від них в превеликою їх втратою нечувано низькі ціни.

8. Той сам жандарм допустив ся разячого над'ужитя власти, арештуючи безправно і без причини, та без заєствованя вимогів з § 175. к. з. панну Стефанію Ґірску під закидом покутного писарства. Закид сей вповні без'основний, а в ніякім же случаю не давав Ґолембйовскому права сї арештувати, і серед брутального знущаня ся, мимо предcтавленя сї нареченого, ц. к. судиї, відставити до суду, де сї сейчас випущено на волю. Факт сей сьвідчить, що лише зьвірска жажда секатури і бестіяльство були мотивом сего о пімсту кличучого поступка жандарма Ґолембйовского.

9. При розслідах які відтак провадив він проти позваної панни Стефанії Ґірскої, намовляв Ґолембйовский селянина Бідного з Мшани, щоби говорив в судовім слідстві, що панна Ґірска намовляла евакуованих людий до вношеня подань о дозвіл на поворот до дому і що через се люди не йшли на роботу.

10. Від Павла Стецика з Мальчиць взяв Ґолембйовский безправно 30 корон і миску яєць, що потвердить о. Дуткевич і Тома Телеґа, оба в Залужу.

Інспіратором тих над'ужить Ґолембйовского є згаданий громадский секретар Ґаґель. Сей панок виробляє управненим і неуправненим військові причинки, побираючи за се від інтересованих по 20—30 корон.

Реґіна Заттенберґ з Мшани посьвідчить, що від жінок побирав Ґаґель при виплаті військових причинків по 20—30 корон, а як котра не хотіла на се згодити ся, зневажав їх всілякими словами.

З надсиланих для евакуованих провіянтів задержував Ґаґель і его жена для себе цукор, каву і цикорию, обкрадаючи в сей спосіб і евакуованих і державний скарб на сотки корон. Посьвідчить се Марія Фішер в Мшанї.

Часами бував для пана Ґаґля 20 чи 30 корон замало за виплачене причинку, тож бере трошка більше. І так належним чи може неналежним урльопованому Карольови Фельштиньскому в Мшанї, зглядно его женї причинком в квоті 1000 корон поділив ся Ґаґель сумлїнно по половинї, беручи собі за фатиґу 500 корон, про що оповідав докладнїйше Яким Сліпак панї Клементинї Ґірскій в Мшанї.

В той спосіб збив собі Ґаґель під покровом Ґолембйовского значний маєточок з покривдженя соток людий. Факти ті можна ствердити переслуханем всїх жінок з Мшанї, які побирають військові причинки.

Підписані питають:

„1. Чи знані суть Вашим Екcцеленциям ті факти?

2. Чи знане є Вашим Екcцеленциям з'окрема над'ужите урядової власти жандарма Ґолембйовского, сповнене безправним арештованем панни Стефанїї Ґірскої, і яке доволївчинене готові є Ваші Екcцеленциї зневаженій удїлити?

3. Чи суть Ваші Екcцеленциї склонні обох названих прилюдних функцiонарів потягнути до суворої відвічальности і їх безпроволочно від урядованя усунути?"

Віденъ, 9. листопада 1917.

	Dr. Wol. Baczyńskyj.
Dr. Smal-Stockyj.	Dr. Trylowskyj.
Łew Lewickyj.	Onyszkewycz.
Dnistriańskyj.	Kolessa.
Dr. Eugen Lewickyj.	Wl. R. v. Singalewycz.
Stefanyk.	Pohoreckyj.
Dr. Cehelskyj.	Dr. Zahajkiewicz.

Authentische Übersetzung.

1449
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Wolodymyr Barzynskyj und Genossen an Ihre Exzellenzen den Herrn Minister für Landesverteidigung und den Herrn Justizminister, betreffend grasse Mißbräuche der Amtsgewalt und Gesetzwidrigkeiten, welche von dem k. k. Gendarmeriepostenkommandanten in Mszana (bei Lemberg) Gołębiowski und von dem dortigen Gemeindeschreiber Hagel verübt wurden.

In Mszana bei Lemberg ist Kommandant des k. k. Gendarmeriepostens der Wachtmeister Gołębiowski und als Gemeindesekretär amtiert der Volksschullehrer Hagel, welcher eben behufs Führung der Gemeindekanzlei von der Militärdienstpflicht enthoben wurde.

Die Amtstätigkeit dieser beiden „Herren" bildet eine ganze Reihe von Gesetzwidrigkeiten und Mißbräuchen.

Indem die genannte Kompagnie in ihren Händen alle Eingaben, betreffend die Reklamationen und Enthebungen, Unterhaltsbeiträge, Kriegsleistungen rc. in ihren Händen monopolisiert hat, erpreßt sie von den betreffenden Bittstellern, beziehungsweise Anspruchswerbern, bedeutende Geschenke und Trinkgelder in Geldbeträgen sowie in natura.

Diejenigen, welche keine Geschenke anbieten und geben wollen, werden schikaniert, verfolgt, unaufhörlich zu Vorspannleistungen angetrieben, zu Arbeitsleistungen auf den Feldern der Gutshöfe bestimmt rc.

Auf diese Weise bezieht Hagel aus diesen Trinkgeldern bedeutende Einnahmen, welche einige Tausend im Jahre ausmachen und der ärmsten Bevölkerungsschichte zur Last fallen.

Die Machinationen dieses Dorfwürdenträgers werden von dem Gendarmeriewachtmeister Gołębiowski augenfällig gedeckt und vertuscht; der letztere äußerte sich ausdrücklich dahin, daß „dem Gemeindesekretär gestattet sei, diese Geschenke anzunehmen, weil er dieselben für die Gemeinde annimmt". Diese großmütige Äußerung hörte der Richter Eugen Tychowskyj sowie die Frau Stefanie Girska, beide gegenwärtig in Sokal.

Wir führen diesbezüglich nachstehende Tatsachen an:

1. Für die Frau Marija Zajacj, Gattin des Dmytro in Malczyci, verfaßte er die Eingabe wegen der Reklamation ihres Mannes und ließ sich hierfür einen Geldbetrag bezahlen und eine Gans bringen. Auf dieser Eingabe unterfertigte der genannte Gendarmeriewachtmeister eigenmächtig den Gemeindevorsteher Fedjko Olijarnyk und anstatt des Gemeindeamtssiegels drückte er die Stampiglie des Gendarmeriepostens bei. Als Zeugen: Außer der beteiligten Marija Zajacj, P. Eugen Dutkewycz, Pfarrer in Malczyci und Wolodyslaw Wojciechowski, k. k. Gendarm bei der Kriegsmarine in Pola.

2. Der genannte Gołębiowski nahm von der Anna Tupysj (Worobij) aus Zaluze ein

Feldstück unter Zwangsanwendung in Pacht; die Eigentümerin, welche sich weigerte, das Feld zu verpachten, wurde von ihm schikaniert; sie wurde unaufhörlich zu Vorspannleistungen bestimmt, in ihrem Hause wurden Evakuierte untergebracht etc. Eine von Anna Tupysz an das Gendarmeriebezirkskommando überreichte Beschwerde wurde bis heute nicht erledigt.

3. Die Evakuierten Jawdocha Maxymiw und Justyna Pylypeczko aus Zaluze versuchte er aus jenem Hause, wo sie untergebracht waren, zu delogieren, um auf diese Weise einen Raum für eine Dorfschenke zu gewinnen, wobei er den Unglücklichen folgenderweise drohte: „Sei ruhig, da ich dir sonst die Zähne herausschlagen werde oder ich schmeiße dich in den Keller hinein, wo du krepieren wirst!“

4. Vom Stephan Boryk in Suchawola verlangte Gołębiowski einen Zentner Weizen, indem er ihm hierfür versprach, daß er ihn um diesen Preis zum Gemeindevorsteher machen wird.

5. Als Kompagnon zog sich dieser Gendarm den Landwirt Fedjko Olijarnik bei und erwirkte, daß der Letztere Gemeindevorsteher wurde, obwohl dieser gegenwärtig in strafgerichtlicher Untersuchung wegen verschiedener Verbrechen aus der Zeit der russischen Invasion sich befindet.

Gemeinsam mit Olijarnik läßt Gołębiowski sich verschiedene Mißbräuche zuschulden kommen, was von sämtlichen Evakuierten bekräftigt werden kann, welche in der Gemeinde wohnen, auch der Pfarrer in Malczyci kann das bezeugen.

6. Anna Car, aus Storonna, mußte dem Gendarmen Gołębiowski für die Abfassung einer Eingabe ein Fäßlein Butter geben.

7. Bei den Bauern kauften die Gendarmerieorgane in Mszana Kälber ein, wobei die Besitzer empfindlich verkürzt wurden, weil bei ihnen unerhört niedrige Preise erpreßt wurden.

8. Der genannte Gendarmeriewachtmeister beging einen augenfälligen Mißbrauch der Amtsgewalt, indem er gesetzwidrig und ohne irgendeinen Grund, und zwar ohne Vorhandensein der Voraussetzungen des § 175 St. G., Fräulein Stefanie Girska unter der Anschuldigung der Winkelschreiberei verhaftete. Die Anschuldigung ist vollkommen unbegründet und keinesfalls bot sie dem Gendarmen Gołębiowski die Handhabe, das Fräulein zu verhaften.

Dabei peinigte er sein Opfer in brutalster Weise und eskortierte die Verhaftete trotz der Intervention ihres Verlobten, eines k. k. Richters, in das Bezirksgericht, wo sie sofort freigelassen wurde. Dieses Faktum zeigt zur Evidenz, daß lediglich ein bestialischer Hang zur Sekkatur und die tyrannische Brutalität die einzigen Motive dieses himmelschreienden Mißbrauches der Amtsgewalt eines k. k. Gendarmerieorganes waren.

9. Im Laufe der Erhebungen, welche Gołębiowski nachher gegen das obgenannte Fräulein Stefanie Girska führte, versuchte der Gendarm den Landwirt Bidnyj aus Mszana hierzu zu verleiten, er solle in der gerichtlichen Untersuchung angeben, daß Fräulein Girska die Evakuierten beredete, Gesuche um die Gestattung der Rückkehr einzubringen, weswegen die Leute nicht zur Arbeit gehen wollten.

10. Vom Pawło Stecyk aus Malczyci nahm Gołębiowski rechtswidrig 30 K und eine Schüssel Eier, was Pater Dutkewycz und Toma Telega, beide in Zaluze, als Zeugen bekräftigen können.

Als spiritus movens dieser Amtsmißbräuche Gołębiowskis ist der erwähnte Gemeindesekretär Hagel anzusehen. Dieses Individuum erwirkt für die Anspruchsberechtigten sowie auch für die hierzu Nichtberechtigten Unterhaltsbeiträge, indem er von den Interessenten zu je 20 bis 30 K als Honorar hierfür sich zahlen läßt.

Regina Sattenberg, aus Mszana, wird als Zeugin angeben, daß Hagel von den Frauen bei der Auszahlung der Unterhaltsbeiträge je 20 bis 30 K sich zahlen läßt und, wenn irgendeine damit nicht einverstanden war, wurde sie von Hagel mit verschiedenen Schimpfworten belegt und öffentlich verunglimpft.

Von den für die Evakuierten geschickten Lebensmitteln, hielt Hagel und seine Frau für eigenen Gebrauch: Zucker, Kaffee und Feigenkaffee zurück, indem er auf diese Weise sowohl die Evakuierten als auch das k. k. Ärar auf Hunderte von Kronen verkürzte oder — richtiger gesagt — beschwindelte. Als Zeugin führen wir Maria Fischer in Mszana an.

Öfters sind für den Herrn Hagel die 20 oder 30 K als Trinkgeld für die Auszahlung des Unterhaltsbeitrages zu wenig und deshalb nimmt er manchmal auch mehr ein.

Beispielsweise den Unterhaltsbeitrag im Betrage von 100 K, welcher dem beurlaubten Karl Felsztynśkyj in Mszana, beziehungsweise seiner Gattin gebührte oder etwa nicht zukam, teilte Hagel gewissenhaft zur Hälfte, indem er für seine Mühewaltung 50 K sich geben ließ, worüber Jakym Slipak nähere Details dem Fräulein Klementine Girska in Mszana anzugeben wußte.

Auf diese Weise verstand es Hagel, unter dem Protektorate Gołębiowskis aus der bewußten Schädigung vieler Hunderte von Interessenten ein bedeutendes Vermögen aufzusparen. Diese grassen Mißbräuche und Malversationen können durch die

Einvernahme sämtlicher Frauen in Mszana festgestellt werden, welche im Bezuge der Unterhaltsbeiträge stehen.

Aus diesen Gründen stellen die Gefertigten an Eure Exzellenzen nachstehende Anfragen:

„1. Haben Eure Exzellenzen Kenntnis von den geschilderten Verhältnissen und Fakten?

2. Ist Euren Exzellenzen, insbesondere jener Mißbrauch der Amtsgewalt bekannt, welcher von dem k. k. Gendarmeriewachtmeister Gołębiowski durch die gesetzwidrige Verhaftung des Fräuleins Stefanie Girska begangen wurde und was für eine Genugtuung gedenken Eure Exzellenzen dem öffentlich kompromittierten Fräulein zu verschaffen?

3. Sind Eure Exzellenzen geneigt, diese beiden öffentlichen Funktionäre wegen obiger Mißbräuche und Malversationen zur strengsten Verantwortung zu ziehen und dieselben unverzüglich von ihren Amtsfunktionen zu entheben?"

Wien, 9. November 1917.

Lew Lewyckyj. Dr. Wol. Baczyński.
Wlad. R. v. Singalewycz. Dr. Zahajkewycz.
Dr. Eugen Lewyckyj. Onyszkewycz.
Stefanyk. Dr. Smal-Stockyj.
Kolessa. Dr. Cehelskyj.
Dr. Trylowskyj. Pohoreckyj.

1450
―
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Stölzel, Dr. Sylvester, Hueber, Baron Fuchs, Perwein, Heilmayer und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Minister für Landesverteidigung, betreffend die Notwendigkeit der Enthebung von Kaminkehrermeistern sowie -gehilfen.

Die „Kaminkehrergenossenschaft des Kronlandes Salzburg" hat in einer an die autonomen Behörden gerichteten Eingabe auf die großen Gefahren aufmerksam gemacht, die für die Allgemeinheit daraus entstehen, daß infolge der immer geringer werdenden Zahl der Kaminkehrermeister und -gehilfen die Kaminkehrerarbeiten nur höchst mangelhaft, zum Teil (auf dem Lande) gar nicht mehr durchgeführt werden können. Die Eingabe spricht die Vermutung aus, daß einer oder der andere der in der letztvergangenen Zeit ausgebrochenen Brände, die ganze Ortsteile vernichtet und unermeßlichen Schaden angerichtet haben, auf solche mangelhafte oder gar unterlassene Kaminreinigung zurückzuführen sind.

Die Stadtgemeindevorstehung Salzburg hat die von der Genossenschaft in Beschwerde gezogenen Übelstände auf Grund der im Stadtgebiete Salzburg gemachten Erfahrungen bestätigt. Es fehlt tatsächlich auch in der Stadt schon vollständig an dem unbedingt notwendigen Arbeitspersonal; von den acht Meistern sind vier eingerückt, einer ist schwer krank und berufsunfähig und die drei verbliebenen (einer davon enthoben) sind vornehmlich auf ihre eigene Tätigkeit und die Hilfe von Lehrlingen angewiesen, während sie im Frieden je zwei bis vier Gehilfen beschäftigen mußten.

In der Stadt arbeitet nur ein enthobener Gehilfe, um die Enthebung zweier anderer wurde angesucht.

Dem furchtbaren Übelstand ist jetzt nicht einmal mehr durch Zuweisung (Kommandierung) aus den Ersatzkörpern und dem k. k. Arbeitersammelkader in Innsbruck beizukommen, da dort auch keine Kaminkehrer mehr vorhanden sind.

Andrerseits beklagt sich die Genossenschaft darüber, daß hin und wieder ganz unverläßliche oder unfähige Leute zugewiesen wurden, die mehr Schaden gestiftet als genützt haben. Der Stadt Salzburg wurden tatsächlich zweimal Leute zugewiesen, die einerseits von der Arbeit in einer Stadt keine Ahnung hatten und kein Wort deutsch konnten und deshalb sofort zurückgeschickt werden mußten.

Die Landesbrandschaden-Versicherungsanstalten haben wiederholt auf die angeführten Übelstände im ganzen Lande und in der Stadt Salzburg hingewiesen. Es bedeutet die Abwesenheit der geschulten Kaminkehrerschaft eine eminente Gefahr für die Sicherheit in Stadt und Land Salzburg, insbesondere jetzt zur Winterszeit.

Der Dienst als Kaminkehrer ist als öffentlicher Dienst aufzufassen, wie er auch als solcher im Strafgesetze aufscheint. Gegenwärtig unter den erschwerten Kriegsverhältnissen, wo die Sicherheit der eingebrachten Ernte und der Lebensmittelvorräte, des Viehes im ganzen Lande von höchster Bedeutung ist, wo in der Stadt Salzburg die Wohnungsnot leider eine große ist und in der Stadt Salzburg naturgemäß in allen Haushaltungen mit jedem Vorrat gerechnet werden muß und andrerseits von Zeit zu Zeit bei entsprechender Zufuhr Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, Vorräte, sich in den Lagerräumen öffentlicher Körperschaften, Kaufleuten ꝛc. befinden, erscheint die Sicherheit gegen Feuersgefahr um so wichtiger.

Aber auch der Mangel an allem Rohmaterial nötigt zur größten Obsorge.

Kaminkehrergehilfen lassen sich nicht in wenigen Wochen ausbilden, insbesondere nicht, wenn kein

junges Männermaterial vorhanden ist, kleine Buben müssen die wichtigsten Rauchfangkehrerarbeiten verrichten, mit welchem Erfolg, bleibt dahingestellt.

Vor kurzer Zeit stürzte erst ein kleiner, gerade erst die Arbeit beginnender Kaminkehrerbub in Salzburg-Nonnthal tot ab. Kurz, die Zustände sind geradezu höchst gefährlich.

Die Kommandierungen haben sich vielfach als ungünstig erwiesen, zumal auch leider Personen kommandiert worden sind, deren Vertrauenswürdigkeit unter keinen Umständen gewährleistet ist.

Es ist unmöglich, daß insbesondere bei Meistern, Geschäftsführern oder ersten Gehilfen die Enthebung von der strikten Voraussetzung der Frontdienstuntauglichkeit abhängig gemacht wird oder aber auch die bloße Zugehörigkeit zur Marschformation eine solche dringende Enthebung hindert.

Auch das Alter kann hier nicht die entscheidende Rolle spielen, da es sich hier um einen öffentlichen Dienst handelt. Die ganze Verantwortung für allenfalls entstehende schwere Brände in Land und Stadt Salzburg, wobei mehr Material für Kriegsführung und Durchhaltung im Hinterlande zugrunde gehen und die Kriegsführung schädigen kann, als durch die Nichtenthebung einzelner weniger frontdiensttauglicher Kaminkehrer genützt wird, trifft die Militärverwaltung.

Es wird daher die Anfrage gestellt:

„Ist Seine Exzellenz der Herr Minister für Landesverteidigung geneigt, den Inhalt dieser Anfrage eingehend zu prüfen und Vorkehrungen zu treffen, sowie an maßgebender Stelle dahin Vorstellungen zu erheben, daß bei der im öffentlichen Interesse erbetenen Enthebung von Kaminkehrermeistern und -gehilfen von dem Erfordernisse der Frontuntauglichkeit und der Einteilung im Hinterlande abgesehen werde, so daß auch aus dem Felde solche Enthebungen erfolgen können?"

Dr. Stölzel.
Dr. Sylvester.
Hueber.
Dr. Fuchs.
Perwein.
Heilmayer.
Eisterer.
M. Huber.
Roitinger.

Dr. Kindermann.
F. Held.
O. Teufel.
M. Hummer.
Kopp.
Schürl.
F. Bernt.
Felzmann.

1451
I

Anfrage

des

Abgeordneten Vaněk und Genossen an den Herrn Landesverteidigungsminister bezüglich der Behandlung der Anzeigen gegen die sogenannten „politisch Verdächtigen".

Einjährig-Freiwilliger Laun Jaroslav, Sohn eines Arztes in Eichhorn-Bytischka, Bezirkshauptmannschaft Tischnowitz, zuständig nach Herrndorf, Bezirkshauptmannschaft Rakonitz, geboren im Jahre 1897 in Eichhorn-Bytischka, assentiert 1915, rückte ein am 15. Oktober 1915 zum Landwehrinfanterieregiment Nr. 7. Nach der Ausbildung wurde er am 13. Dezember 1915 zugeteilt als mindertauglich zum Etappendienst in Brody, wo er zehn Monate im Wachdienste ohne Anstand gedient hat. Nachher wurde er versetzt zum Infanterieregiment Nr. 88 und zugeteilt zum Kader in Szolnok, Ungarn, wo er ebenfalls ohne Anstand fünf Monate lang seinen Dienst versah. Zuletzt wurde der Genannte drei Monate in Lublin zum Kanzleidienst in der Etappe verwendet, ohne daß gegen sein Verhalten ein Anstand erhoben wäre.

In der zweiten Hälfte des Monates September wurde der Genannte beordert in die Offiziers-Aspirantenschule in Budapest bis zum 14. November 1917. An dem Tage wurde ihm beim Rapport mitgeteilt, daß er aus der Offiziers-Aspirantenschule ausgeschieden und sofort zum Kader nach Szolnok einzurücken habe.

Wie der Unterzeichnete erfahren hat, ist die plötzliche Ausscheidung des oben Genannten zurückzuführen auf die Anzeigen des k. k. Landwehr-Ergänzungsbezirkskommandos in Brünn, Res.-Nr. 3783 vom 22. Oktober 1917, wegen russophilischer Gesinnung, politisch unverläßlich.

Grund zu dieser Anzeige ist zweifellos zu suchen in irgendeiner nichtswürdigen Denunziation irgendeines persönlichen Feindes des Vaters des genannten Einjährig-Freiwilligen. Denn das bisherige Verhalten nicht nur des Einjährig-Freiwilligen, sondern auch seiner Familie bietet die Garantie dafür, daß die Anzeige auf einer böswillig erfundenen Denunziation beruht. Dafür spricht auch tadelloser, beinahe zweijähriger Dienst des Jaroslav Laun bei verschiedenen Truppenkörpern und bedeutet daher dieser Vorgang eine schwer verständliche Benachteiligung des Genannten.

Nachdem diese Fälle nicht vereinzelt sind, fragen die Unterzeichneten:

„Ist Eure Exzellenz gewillt, diesen Fall untersuchen zu lassen und zu veranlassen, daß der Einjährig-Freiwillige Jaroslav Laun nicht auf Grund einer Denunziation, sondern auf Grund seines tatsächlichen Verhaltens im Dienste behandelt werde?

Ist Eure Exzellenz geneigt, im Sinne der im Verfassungsausschusse angenommenen Resolution die Bezeichnung der „politisch Verdächtigen" abzuschaffen und die Mannschaft nur nach den Leistungen und Verhalten im Dienste zu beurteilen?

Ist Eure Exzellenz geneigt, die Personen des Mannschaftsstandes, welche durch die Bezeichnung „politisch verdächtig" ungerecht behandelt und benachteiligt worden sind, zu rehabilitieren, das heißt, soweit sie durch sonstige Qualifikation einer Beförderung fähig sind, die Beförderung nachträglich eintreten zu lassen?"

Wien, 20. November 1917.

K. Vaněk.
Habermann. Biňovec. Bechyně. J. Marek.
Tusar. Winter. Pik. Hnátek.
Klička. Dr. Soukup. Modráček. A. Němec.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

1470
—
I

Der Wortlaut der Anfrage 1470/I befindet sich im stenographischen Protokolle der 41. Sitzung, Seite 2167 bis 2168.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

1457
I

Der Wortlaut der Anfrage 1457/I befindet sich im stenographischen Protokolle der 41. Sitzung, Seite 2220.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

Anhang.

Anfragen.

1452
I

Запит

посла Дра Володимира Бачинського і товаришів до Єго Ексцеленції пана Міністра внутрішних справ в ділї виплати евакуацийних причинків в старествах в Жидачеві, Бібрці і Рогатині, для Анастазиї Кузої і товаришів, евакуованим з Гнильча повіт Підгайці.

В часї цофаня нашої боєвої лінії з над Стрипи евакуовано село Гнильче в повіті Підгайці і розміщено евакуованих в повітах Жидачів, Бібрка і Рогатин.

Евакуация наступила дня 3. вересня 1916 року, а дозволено селянам на поворот до рідної громади аж у вересні 1917 по побідній офензиві наших військ. В часї побуту на чужині — на евакуациї удержували ся селяни власним коштом, а навіть оплачували дорого помешканя, бо платили за них готівкою, відробком, молоком від своїх коров, навіть телятами від своїх коров, а в кінци полишали господарям, у котрих мешкали, даром весь обірник.

Мимо сього, що евакуация тревала цілий рік, не стало старостввм в Жидачеві, Бібрці і Рогатині часу, займитись сими нещасними евакуованими і зарядити виплату евакуацийних причинків.

Вертаючи домів у вересні 1917 р., а не маючи своїх коний, платили за підвози по 100 до 150 К за фіру.

Повернувши до рідного села, не застали своїх домів анї господарських будинків, бо ворожі війська попалили їх або порозбирали. Часть мешканців села Гнильче, що зуміла заховати ся перед евакуацнєю, охоронила ціле своє майно: на жаль є їх всего до 50. Се оден з доказів, які втрати приносить евакуация, часто цілком злишна!)

Повернувші евакуованці, босі, нагі і голодні. Ту одежу і обув, що вспіли забрати зі собою здерли через рік, а нової нема защо справити.

На виживлене через рік видали весь гріш, котрий мали за конї і худобу від війська, а богато з них мусїло на евакуациї попродати всю худобу, аби мати з чого жити.

Ті, що виїмково заховали худобу і вернули з нею домів, не мають тепер чим тої худоби визимувати, бо фіра сїна, о скілько можно єї дістати, коштує вже близько 150 К.

Пекучим обовязком держави, котра спричинила нужду тих нещасних селян, є заопікувати ся тепер ними, прийти їм з потрібною помочею, а передовсїм виплатити їм негайно належні їм евакуацийні причинки за час від 3. вересня 1916 аж до їх повороту.

В прилозї залучаємо спис тих нещасних евакуованців з поданєм їх імен і назвиск, числа дому, віку, місцевости, повіта і господарів, у котрих мешкали і питаємо:

„Чи Ваша Ексцеленция зволить зарядити аби тим нещасним громадянам села Гнильче виплачено безпроволочно належні їм евакуацийні причинки?"

Dr. Petruszewycz.
Kolessa.
Dr. Eugen Lewickyj.
Cehelskyj.
Dr. Lew Baczyński.
Onyszkewycz.
Dr. Kost Lewickyj.
Hołubowycz.
Dr. Smal-Stockyj.
Dr. W. Baczyńskyj.
Stefanyk.
Budzynowskyj.
Lew Lewickyj.

Authentische Übersetzung.

1452
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Wolodymyr Bačynśkyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend die Auszahlung der Evakuierungsbeiträge durch die k. k. Bezirkshauptmannschaften in Żydacziw, Biberka und Rohatyn an Anastasia Ruda und Genossen, die aus Hnylcze im politischen Bezirke Pidhajci evakuiert worden sind.

Während der Zurücknahme unserer Frontlinie am Strypafluß wurde die Dorfgemeinde Hnylcze im politischen Bezirk Pidhajci evakuiert und die evakuierte Bevölkerung in die politischen Bezirke Żydacziw, Biberka und Rohatyn disloziert. Die Evakuierung erfolgte am 3. September 1916, während die Rückkehr den Gemeindeangehörigen in ihre Heimatsgemeinde erst im September 1917 nach der siegreichen Offensive unserer Truppen bewilligt wurde.

Während ihres Aufenthaltes in der Fremde, nach der Evakuierung, sorgten diese Unglücklichen für ihren Lebensunterhalt aus ihren eigenen Mitteln, sie mußten sogar sehr teuer ihre dürftige Unterkunft bezahlen, weil sie dafür entweder bar bezahlten, ihre Arbeit leisteten, die Milch von ihren Kühen, ja sogar Kälber von denselben gaben und schließlich ließen sie den Landwirten, bei denen sie wohnten, ihren Dünger ganz unentgeltlich zurück.

Obwohl die Evakuierung ein ganzes Jahr dauerte, fanden die k. k. Bezirkshauptmannschaften in Żydacziw, Biberka und Rohatyn wenig Zeit hierzu, um sich mit dem Schicksale dieser Unglücksmenschen zu befassen und die gebührende Auszahlung der Evakuierungsbeiträge sogleich zu veranlassen.

Als sie im September 1917 in die Heimat zurückkehrten, mußten sie für die Vorspänne zu je 50 bis 150 K für eine Fuhr bezahlen, weil sie eigene Pferde nicht besaßen.

Nach ihrer Rückkehr in die Heimatsgemeinde trafen sie weder ihre Wohnhäuser noch Wirtschaftsgebäude unversehrt an, weil dieselben von den feindlichen Truppen niedergebrannt oder demoliert worden sind (ein Teil der Bevölkerung von Hnylcze, welche es verstand, sich vor der Evakuierung zu verbergen, beschützte sein ganzes Vermögen; leider gibt es im ganzen kaum 50 solche Gemeindemitglieder. Das ist einer der schlagenden Beweise, wie groß die Verluste sind, die sich aus einer Evakuierung ergeben; oft wäre diese Maßregel als vollkommen überflüssig anzusehen).

Die nach Hause zurückgekehrten Evakuierten waren barfuß, beinahe nackt und verhungert. Jene Bekleidung und Beschuhung, welche sie einst mitnahmen, nützten sie durch dieses Jahr vollkommen ab; neue Kleider und Schuhe sind sie nicht imstande anzuschaffen, da sie für ihre Ernährung in diesem Jahre all das Geld aufgewendet haben, welches sie für die Beistellung der Pferde und der Viehstücke von der Militärverwaltung erhielten. Viele von ihnen mußten nach der Evakuierung ihren ganzen Viehstand veräußern, um nur zur äußersten Not existieren zu können.

Andrerseits diejenigen, welche ausnahmsweise ihr Vieh erhielten und mit ihm nach Hause zurückkehrten, haben gegenwärtig kein Viehfutter, um das Vieh zu überwintern, denn eine Fuhr Heu kostet heutzutage ungefähr 1150 K, sofern Heu überhaupt zu bekommen ist.

Es ist die dringende moralische Pflicht des Staates, welcher dieses Elend der evakuierten Bauernschaft verursachte, dieselbe eifrig in Schutz zu nehmen,

den Armen hilfreich beizuspringen und zunächst denselben als unschuldigen Opfern des Krieges die ihnen gebührenden Evakuierungsbeiträge für die Zeit vom 3. September 1916 bis zu ihrer Rückkehr unverzüglich auszuzahlen.

In der Beilage schließen wir das Verzeichnis jener unglücklichen Evakuierten unter Angabe deren Vor- und Zunamen, der Hausnummern, des Alters, der Ortschaften, des Bezirkes sowie jener Landwirte bei, bei denen sie gewohnt haben und stellen an Eure Exzellenz nachstehende Anfrage:

„Sind Eure Exzellenz geneigt, die Verfügung zu treffen, daß diesen unglücklichen Gemeindeangehörigen von Hnylcze die ihnen entfallenden Evakuierungsbeiträge unverzüglich ausbezahlt werden?"

Dr. Wolodymyr Baczyński.

Dr. Petruszewycz.	Onyszkewycz.
Dr. Kost' Lewyckyj.	Dr. Lew Baczyński.
Budzynowskyj.	Dr. Smal-Stockyj.
Dr. Cehelskyj.	Dr. Eugen Lewickyj.
Stefanyk.	Dr. Holubowicz.
Dr. Kolessa.	Lew Lewyckyj.

1453
I

Запит

посла Дра Володимира Бачинського і товаришів до Єго Ексцеленції пана Міністра внутрішних справ в ділї виплати евакуацийних причинків громадянам села Гнильче, котрі перебували в повіті Жидачів від 3. вересня 1916 до 5. грудня 1916.

3. вересня 1916 року евакували наші війська село Гнильче в повіті Підгайці і часть тих евакуованих розмістили в повіті Жидачів.

Там перебували евакуовані аж до 5. грудня 1916 року, почім переведено їх до бараків в Ґмінд.

Цілий той час від 3. вересня до 5. грудня 1916 мусїли ті нещасні евакуовані жити і удержувати ся своїм коштом, бо ц. к. Староство в Жидачеві не виплачувало їм належних причинків.

Залучаючи в прилозї спис тих евакуованих з поданем їх імен і назвиск, числа дому в Гнильчу, віку, місцевости і господарів, у котрих до евакуації мешкали, запитуємо:

„Чи Ваша Ексцеленция зволить зарядити, аби тим нещасним громадянам села Гнильче виплачено безпроволочно належні їм евакуацийні причинки за час від 3. вересня до 5. грудня 1916. року?“

Dr. W. Baczyński.
Dr. Kost Lewickyj.
Onyszkewycz.
Cehelskyj.
Dr. Lew Baczyńskyj.
Dr. Petruszewycz.
Budzynowskyj.
Stefanyk.
Dr. Eugen Lewickyj.
Lew Lewickyj.
Hołubowycz.
Kolessa.
Dr. Smal-Stockyj.

Authentische Übersetzung.

1453
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Wolodymyr Baczyńskyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend die Auszahlung der Evakuierungsbeiträge an jene Gemeindangehörigen von Hnylcze, die im Bezirke Żydaczïw vom 3. September 1916 bis zum 5. Dezember 1916 weilten.

Am 3. September 1916 wurde von unseren Truppen in der Dorfgemeinde Hnylcze im politischen Bezirk Pidhajci die Evakuierung vorgenommen und ein Teil der evakuierten Bevölkerung im politischen Bezirk Żydaczïw disloziert.

Daselbst hielten sich die Evakuierten bis zum 5. Dezember 1916 auf, worauf sie ins k. k. Barackenlager in Gmünd überführt wurden.

Diese ganze Zeit hindurch, vom 3. September 1916 bis inklusive 5. Dezember 1916 mußten diese unglückseligen Evakuierten auf eigene Kosten für ihren Lebensunterhalt sorgen, denn die k. k. politische Bezirksbehörde in Żydaczïw zahlte für dieselben gar keine Unterstützungen und auch keine Beiträge aus.

Indem wir in der Beilage das Verzeichnis jener Evakuierten unter Anführung deren Vor- und Zunamen, der Hausnummer in Hnylcze, des Alters, der Orte und Landwirte, bei denen die Evakuierten nach der Evakuierung wohnten, anschließen, stellen wir an Eure Exzellenz als Minister des Innern nachstehende Anfrage:

„Sind Eure Exzellenz geneigt, die Verfügung zu treffen, daß den im Verzeichnis genannten evakuierten Gemeindeangehörigen von Hnylcze die ihnen gebührenden Evakuierungsbeiträge, beziehungsweise Unterstützungen für die Zeit vom 3. September bis zum 5. Dezember 1916 unverzüglich ausbezahlt werden?

Dr. Wolodymyr Baczyńskyj.

Dr. Petruszewycz.	Onyszkewycz.
Dr. Kost' Lewickyj.	Dr. Holubowycz.
Dr. Eugen Lewickyj.	Stefanyk.
Dr. Smal-Stockyj.	Budzynowskyj.
Dr. Lew Baczyńskyj.	Dr. Cehelskyj.
Dr. Kolessa.	Lew Lewyckyj.

1454

I

Interpelacya

posła Dra. Białego i towarzyszy do Jego Ekscellencyi Pana Ministra kolei w sprawie niewłaściwego postępowania przy przewożeniu uchodźców wojennych.

W pierwszych dniach października b. r. wysłano większy transport uchodźców z Cilli do Budy Brodzkiej, powiat Radziechów w Galicyi wschodniej.

Uchodźców tych zatrzymały władze wojskowe w Krasnem, stamtąd skierowały ich do stacyi perlustracyjnej w Samborze, a ta stacya nie wpuściła ich do siedzib, lecz przeznaczyła im pobyt w Orzechówce, powiat Brzozów i tam ich odesłała. Natomiast wszystkie rzeczy, które ci uchodźcy ze sobą wieźli, pozostawiono na stacyi w Ożydowie i rzeczy tym uchodźcom ze sobą zabrać nie dozwolono, tak, że uchodźcy przyjechali do Orzechówki bez żadnych rzeczy, tylko w tem ubraniu i bieliźnie, które mieli na sobie.

Po przybyciu do Orzechówki wysłali uchodźcy telegram do Ożydowa o odesłanie im ich rzeczy i na telegram ten otrzymali 11. października następującą telegraficzną odpowiedź: „Die Pakete dürfen nicht abgesendet werden; der Empfänger muß persönlich kommen und Lagerzins zahlen. Magazin, Bahnhof Ożydów“.

Ponieważ zaś władze wojskowe i polityczne uchodźców do Ożydowa nie wpuszczą, przeto oni swych rzeczy, które nie z ich winy pozostały, otrzymać z powrotem nie mogą.

Tu przedewszystkiem jest zaniedbanie władz politycznych, że wysłały uchodźców, nie sprawdziwszy, że będą wpuszczeni do swych miejsc zamieszkania i wielkie niedbalstwo władz kolejowych, że za uchodźcami, którzy z rozkazu władzy musieli odjechać do Orzechówki, nie odesłano ich rzeczy, lecz jakby dla ironii kazano im wszystkim przyjechać do Ożydowa i płacić składowe.

Podpisani zatem zapytują Waszą Ekscellencyę:

„1. Czy znane mu są powyższe fakta?

2. Czy i co Wasza Ekscellencya zamierza zarządzić, by owi uchodźcy otrzymali z powrotem swe rzeczy bez jakichkolwiek kosztów?“

Wiedeń, 3. listopada 1917.

Bojko.	St. Biały.
Dr. Marek.	Kędzior.
Dr. Bobrowski.	Dr. Wróbel.
Dr. Steinhaus.	Kroguiski.
Dr. Czajkowski.	Dębski.
Skarbek.	Jachowicz.
Średniawski.	Rusin.
Jabłoński.	Witos.

Authentische Übersetzung.

1454
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Biały und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Eisenbahnminister, betreffend unkorrektes Vorgehen beim Transporte der Kriegsflüchtlinge.

In den ersten Tagen des Monats Oktober laufenden Jahres wurde ein größerer Transport von Flüchtlingen aus Cilli nach Ruda Brodzka, Bezirk Radziechów in Ostgalizien expediert.

Diese Flüchtlinge wurden von Militärbehörden in Krasne angehalten und von dort in die Perlustrierungsstation nach Sambor dirigiert. Die letzterwähnte Station ließ die Flüchtlinge in ihre Wohnstätten nicht hinein, sondern sie bestimmte für ihren Aufenthalt den Ort Orzechówka, Bezirk Brzozów, und schickte die Flüchtlinge dorthin.

Die Sachen, welche die Flüchtlinge mit sich führten, wurden aber in der Bahnstation in Ozydów zurückgelassen, die Flüchtlinge durften sie nicht mitnehmen, so daß sie in Orzechówka ohne ihre Sachen, nur in jenen Kleidern und Wäsche, welche sie anhatten, angekommen sind.

Nach Ankunft in Orzechówka, drahteten die Flüchtlinge nach Ozydów wegen Nachsendung ihrer Sachen, worauf sie am 11. Oktober nachstehende Antwort erhielten: „Die Pakete dürfen nicht abgesendet werden, der Empfänger muß persönlich kommen und Lagerzins zahlen, Magazin Bahnhof Ozydów.“

Da aber die Militär- und politischen Behörden die Flüchtlinge nach Ozydów nicht werden reisen lassen, so werden sie ihre Sachen, welche nicht aus ihrem Verschulden dortselbst geblieben sind, nicht zurückbekommen können.

Es ist vor allem eine Negligenz seitens der politischen Behörden, daß sie die Flüchtlinge hinschickten, ohne festgestellt zu haben, ob sie zu ihren Wohnorten werden zugelassen werden. Es ist auch große Negligenz der Eisenbahnbehörden, daß den Flüchtlingen, welche über behördlichen Auftrag nach Orzechówka weiterreisen mußten, ihre Sachen nicht nachgeschickt wurden, sondern daß man sie, wie zum Spott, nach Ozydów kommen und Lagerzins zahlen läßt.

Die Gefertigten stellen daher an Eure Exzellenz die Anfragen:

„1. Sind Eurer Exzellenz die oben angeführten Tatsachen bekannt?

2. Ob und was Eure Exzellenz zu verfügen gedenken, damit die Flüchtlinge ihre Sachen kostenlos zurückerhalten können?“

Wien, 3. November 1917.

	Jachowicz.	Średniawski.	Biały.
Skarbek.	Jabłoński.	Kędzior.	Dr. Wróbel.
Bojko.	Dr. Marek.	Krogulski.	Dębski.
Dr. Bobrowski.	Dr. Steinhaus.	Rusin.	Witos.

1455
I

Zapytanie

posła Antoniego Lewickiego i towarzyszy do Jego Ekscellencyi pana Ministra obrony krajowej w sprawie niezałatwionej dotąd Interpelacyi wniesionej w dniu 13. lipca 1917 do l. 615/I w sprawie wynagrodzenia szkody 2060 K względnie 2860 K z p. p., wyrządzonej Wincentemu Wojtasowi, rolnikowi w Przyszowej, powiat Limanowa w Galicyi.

Na XXII. posiedzeniu Izby Rady Państwa, odbytem dnia 13. lipca 1917, wniósł podpisany poseł i towarzysze Interpelacyę do Jego Ekscellencyi pana Ministra obrony krajowej w sprawie nietaktownego postąpienia c. k. komendy rejonowej w Nowym Sączu i c. k. żandarmeryi w Starym Sączu, skierowanego rozmyślnie przez te organa na szkodę 2060 K wyrządzoną Wincentemu Wojtasowi, rolnikowi w Przyszowej, powiat Limanowa w Galicyi, przez to: że kupionego przez niego w dniu 18. lutego b. r. na jarmarku w Starym Sączu za cenę kupna 2860 K konia, ani nie wojskowego, ani dla c. k. armii jako ogier nie zdatnego, c. k. żandarmerya w Starym Sączu tego konia w drodze z jarmarku mu odebrała i c. k. komendzie rejonowej w Nowym Sączu oddała, a ta ostatnia, mimo wykazania się Wojtasa dokumentami, że tego konia kupił jedynie do celów gospodarczych, i mimo polecenia jej przez c. k. Namiestnictwo w Białej oddania mu tego konia, takowego nie oddała, lecz wymijającą dawała odpowiedź, a zamiast zapłacić cenę kupna 2860 K i narosłe koszta, kazała Wojtasa aresztować, a następnie poleciła Starostwu w Limanowej, by wbrew rozporządzeniom cesarskim w tej mierze wydanym, polecającym c. k. armii nabywanie koni za taką cenę, jaka w danej miejscowości praktykowaną jest, ofiarowała mu tytułem ceny kupna tylko 800 K.

Ponieważ Wojtas nic dotąd nie otrzymał, to jest:

a) ani konia (dziś zniszczonego),
b) ani tych 800 K,
c) ani tych 2060 K i
d) ani żadnych kosztów,

przeto zapytujemy niniejszem Jego Ekscellencyę:

„1. Czy wiadome Mu są wykazane powyżej, a w najwyższym stopniu rażące nadużycia wzmiankowanych organów rządowych?

2. Co Jego Ekscellencya uczynić zamierza, aby wyrządzona Wincentemu Wojtasowi krzywda jak najspieszniej zapłaconą została, a tem samem najspieszniej załatwioną została powołana na wstępie Interpelacya, która znów gdzieś utknęła?“

Wiedeń, 14. listopada 1917.

Antoni Lewicki.

Witos.	Siwula.
Średniawski.	Śmiłowski.
Rusin.	Kędzior.
St. Biały.	Bojko.
J. Jachowicz.	Tetmajer.

Authentische Übersetzung.

1455
I

Anfrage

des

Abgeordneten Anton Lewicki und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die bisher unerledigte, am 13. Juli 1917 zur Zahl 615/I gestellte Anfrage in Sachen der Vergütung des dem Vinzenz Wojtas, Landwirt in Przyszowa, Bezirk Limanowa, in Galizien zugefügten Schadens im Betrage von 2060 Kronen, beziehungsweise 2860 Kronen samt Nebengebühren.

In der 22. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 13. Juli 1917 richtete der gefertigte Abgeordnete und Genossen eine Anfrage an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend das taktlose Vorgehen des k. k. Rayonskommandos in Nowy Sácz und der k. k. Gendarmerie in Stary Sácz, welches absichtlich auf die Zufügung dem Vinzenz Wojtas, Landwirt in Przyszowa, Bezirk Limanowa, eines Schadens im Betrage von 2060 Kronen gerichtet war, dadurch, daß die k. k. Gendarmerie in Stary Sácz das von Vinzenz Wojtas am 18. Februar l. J. auf dem Jahrmarkte in Stary Sácz um den Betrag von 2860 Kronen gekaufte Pferd, welches weder als Militärpferd noch für die Armee als Hengst verwendbar war, ihm auf dem Rückwege vom Jahrmarkte abgenommen und dem k. k. Rayonskommando in Nowy Sácz übergeben hat, das letztere Kommando aber, wiewohl Wojtas mit den Urkunden nachgewiesen hat, er habe dieses Pferd bloß zu Wirtschaftszwecken gekauft und wiewohl die k. k. Statthalterei in Biala dem Vinzenz Wojtas es zurückstellen ließ, ihm dieses Pferd nicht zurückgestellt hat, sondern ausweichende Antwort gab und statt den Kaufpreis von 2860 Kronen samt den aufgelaufenen Kosten zu bezahlen, den Wojtas arretieren ließ und sodann die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Limanowa beauftragte, entgegen den diesbezüglichen Kaiserlichen Verordnungen, welche der k. k. Armee das Ankaufen der Pferde um den in dem betreffenden Orte üblichen Preis anordnen, dem Vinzenz Wojtas als Kaufpreis bloß 800 Kronen anzubieten.

Da Wojtas bisher gar nichts, das ist

a) weder das Pferd (heute ruiniert),
b) noch diese 800 Kronen,
c) noch diese 2060 Kronen,
d) noch seine Kosten erhalten hat,

stellen wir hiermit an Seine Exzellenz folgende Anfragen:

„1. Ist Seiner Exzellenz der obgeschilderte, im höchsten Grade krasse Mißbrauch der obgenannten Amtsorgane bekannt?

2. Was gedenkt Seine Exzellenz zu tun, damit der dem Wojtas zugefügte Schaden möglichst bald bezahlt und dadurch möglichst bald die obbezogene Anfrage, welche wieder irgendwo stecken blieb, erledigt werde?“

	Jachowicz.	Witos.	Anton Lewicki.
Śmiłowski.	Bojko.	Rusin.	Średniawski.
Biały.	Tetmajer.	Siwula.	Kędzior.

1456
———
I

Interpelacya

posła Dra. Wróbla i towarzyszy do Jego Ekscellencyi pana Ministra żywnościowego w sprawie aprowizacyi wiejskiej ludności bezrolnej w Galicyi.

W interpelacyi mojej, wniesionej do Jego Ekscellencyi pana Ministra żywnościowego z dnia 28. września 1917 (załączniki Nr. $\frac{837}{I}$) w sprawie aprowizacyi niedostatecznej powiatu chrzanowskiego zaznaczono, że ludność wiejska tego powiatu bardzo ubogiego pod względem ilości produkcyi środków żywności, od paru lat pobiera zamiast przepisanej ilości 200 gramów mąki dziennie na głowę, zaledwie 66 gramów i to z częstemi przerwami.

Od początku września b. r. aż do tej chwili ludność wiejska bezrolna powiatu chrzanowskiego nie otrzymała żadnej ilości mąki na chleb ani do gotowania, co wobec ścisłych przepisów w kierunku nabycia i obrotu mąką, tudzież wobec ścisłej kontroli władz, równa się skazaniu tej ludności na powolną śmierć głodową.

To co spotkało ludność wiejską bezrolną (robotnicy leśni, drogowi, polni, nauczycielstwo itd.) powiatu chrzanowskiego od września b. r., jest udziałem ludności bezrolnej wiejskiej całego kraju już od paru lat.

Ludność ta znaczny procent mieszkańców wsi stanowiąca, nie otrzymuje od odnośnych władz wcale żadnej mąki ani do gotowania ani na chleb ani też chleba.

C. k. starostwa rozdzielają tę szczupłą ilość mąki, jaka bywa na poszczególne powiaty przydzieloną, wyłącznie pomiędzy ludność miejską, pozostawiając ludność wiejską bezrolną na pastwę losu w tem przekonaniu, że ona przecież na wsi znajdzie źródło do otrzymania mąki lub chleba.

W ten sposób pozostawia się ogromną ilość obywateli państwa, spełniających wszystkie wobec państwa obowiązki, bez opieki państwowej na pastwę niedoli i nędzy.

Bo i jakież jest życie tych ludzi? Skoro bez chleba, wobec braku i innych środków spożywczych, egzystencya jest niemożliwa, więc ludność ta zmuszoną jest szukać gdzie może kawałek chleba lub trochę mąki.

Ponieważ na wsi niema kart chlebowych, a mąka — jak się wyżej powiedziało — wcale nie przychodzi, więc nabycie każdego kawałka chleba lub każdego kilogramu mąki przez te szerze ludzi połączone jest z niesłychanemi trudnościami, a nadto jest zagrożonem w myśl obowiązujących przepisów, srogiemi karami tak po stronie nabywającego jak i po stronie pozbywającego. Jeżeli wieśniak, któremu według ściśle przeprowadzonych rekwizycyi, tak tylko się zostawia ile niezbędnie na swoje życie potrzebuje, tknięty niedolą swego bezrolnego sąsiada odstąpi temuż ze swych szczupłych zapasów parę kilogramów mąki lub zboża, popełnia — wobec obowiązujących przepisów — czyn wysokiemi karami zagrożony, tak samo jak i ten jego sąsiad bezrolny, który tych parę kilogramów mąki lub zboża, wbrew obowiązującym przepisom nabył.

To też i jeden i drugi kryć się musi, jakby jaki przestępca, a życie ludzi wiejskich bezrolnych — skutkiem braku opieki władz — jest jednym łańcuchem czynów nielegalnych i męczarnia bez końca.

To też nie rzadkie są wypadki, że ludność wiejska bezrolna miesiącami nie widzi chleba

ani mąki i żyją drogo przepłaconymi ziemniakami.

Jeżeli się zważy, że ludność wiejska bezrolna, co się tyczy płac, należy do kategoryi najniższej, natomiast ceny chleba lub mąki przez nią w drodze nielegalnej nabywanej są często bardzo wysokie, to jest rzeczą oczywistą, że chleb lub mąka u tej ludności jest rzadkością.

Głód i to prawdziwy głód jest u tej ludności gościem codziennym, a przecież ludność ma takie same prawo do opieki ze strony państwa jak i każda inna klasa ludności.

Wobec tego podpisani zapytują Jego Ekscellencyę pana Ministra żywnościowego:

„1. Czy znane są Jego Ekscellencyi wyżej podane stosunki wadliwej aprowizacyi wiejskiej ludności bezrolnej w Galicyi?

2. Co Wasza Ekscellencya zamierza uczynić, aby ludności wiejskiej bezrolnej, na przepisach opartą aprowizacyę zapewnić?“

Dr. Wróbel.
Gall.
Jachowicz.
Bojko.
Krogulski.
Stesłowicz.
Dr. Łazarski.

Rusin.
Skarbek.
Kędzior.
Serwatowski.
Jabłoński.
St. Biały.

Authentische Übersetzung.

1456
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Wróbel und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung, betreffend die Approvisionierung der Landbevölkerung in Galizien, die keinen Grund und Boden besitzt.

In meiner an Seine Exzellenz Herrn Minister für Volksernährung gerichteten Anfrage vom 28. September 1917 (Beilagen Nr. 837), betreffend die ungenügende Approvisionierung des Bezirkes Chrzanów, wurde betont, daß die Landbevölkerung dieses Bezirkes, welcher rücksichtlich der Menge der Lebensmittelproduktion sehr arm ist, seit paar Jahren statt des vorgeschriebenen Quantums von 200 Gramm Mehl pro Kopf und Tag kaum 60 Gramm, und dies sogar mit öfteren Unterbrechungen bezieht.

Seit Anfang September l. J. bis zur Stunde hat jene Landbevölkerung des Bezirkes Chrzanów, welche keinen Grund und Boden besitzt, überhaupt kein Brotmehl und kein Kochmehl erhalten, was bei strengen Vorschriften, betreffend den Verkehr und Ankauf von Mehl, wie auch angesichts der strikten Kontrolle seitens der Behörden der Verurteilung dieser Bevölkerung zum langsamen Sterben vor Hunger gleichkommt.

Die grundbesitzlose Landbevölkerung des ganzen Landes ist schon seit ein paar Jahren teilhaftig dessen, was der grundbesitzlosen Landbevölkerung (Wald-, Straßen- und Feldarbeiter, Lehrer 2c.) des Bezirkes Chrzanów seit September l. J. widerfahren ist.

Diese Bevölkerung, welche bedeutendes Prozent der Einwohner am flachen Lande bildet, bekommt von den betreffenden Behörden überhaupt kein Brotmehl und kein Kochmehl, wie auch kein Brot.

Die k. k. Bezirkshauptmannschaften verteilen das geringe Mehlquantum, welches einzelnen Bezirken zugewiesen wird, ausschließlich unter die städtische Bevölkerung, indem sie die grundbesitzlose Dorfbevölkerung ihrem Geschicke in der Überzeugung überlassen, sie werde doch auf dem flachen Lande Mehl- und Brotbezugsquelle wohl finden.

Auf diese Weise wird die große Anzahl der Staatsbürger, welche doch dem Staate gegenüber sämtliche ihre Pflichten erfüllen, ohne Staatsschutz zum Opfer der Not und des Elends.

Denn wie ist das Leben dieser Leute? Da ohne Brot beim Mangel anderer Lebensmittel das Dasein unmöglich ist, ist diese Bevölkerung gezwungen, ein Stück Brot oder ein bißchen Mehl zu suchen, wo sie es tun kann.

Da nun auf dem flachen Lande die Brotkarten nicht existieren und das Mehl — wie oben gesagt wurde — nicht zugewiesen wird, ist die Beschaffung jedes Stückes Brot oder jedes Kilogramms Mehl für diese Leute mit enormen Schwierigkeiten verbunden; überdies ist diese Beschaffung nach den geltenden Vorschriften mit empfindlichen Strafen sowohl auf seiten des Anschaffenden als auch auf seiten des Veräußernden bedroht. Wenn ein Bauer, dem nach den strenge durchgeführten Requisitionen nur so viel übrig blieb, wie viel ihm für sein Leben unentbehrlich ist, dennoch durch Elend seines ackerlosen Nachbarn gerührt, demselben von seinen geringen Vorräten ein paar Kilogramm Mehl oder Getreide überläßt, begeht er nach den geltenden Vorschriften gleich diesem seinem grundbesitzlosen Nachbarn, welcher die paar Kilogramm Mehl oder Getreide entgegen den geltenden Vorschriften erwarb,

eine mit großen Strafen bedrohte Tat. Deshalb muß der eine wie der andere sein Handeln wie ein Verbrecher geheimhalten; das Leben der auf dem flachen Lande lebenden Menschen, die keinen Grund und Boden besitzen, ist mangels des Schutzes seitens der Behörden zu einer Reihe von illegalen Handlungen, zu einer Qual ohne Ende geworden.

Es kommt daher nicht selten vor, daß diese Kategorie der Dorfbevölkerung Monate hindurch kein Mehl und kein Brot sieht und sich mit teuer erkauften Kartoffeln nährt.

Wenn erwogen wird, daß die Landbevölkerung, die weder Grund noch Boden besitzt, was die Löhne anlangt, zu der untersten Kategorie gehört, dagegen die Preise des von ihr auf illegaler Weise angeschaften Brotes oder Mehles sehr oft äußerst hoch sind, ist es klar, daß das Brot und das Mehl bei dieser Bevölkerung selten zu finden sind.

Täglicher Gast ist dagegen bei ihr der Hunger, der echte Hunger, und doch hat sie denselben Anspruch auf den Staatsschutz wie jede andere Bevölkerungsklasse.

Angesichts dessen richten die Gefertigten an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung die Anfrage:

„1. Sind Euer Exzellenz obgeschilderte Verhältnisse der mangelhaften Approvisionierung jener Bevölkerung am flachen Lande in Galizien, die keinen Grund und Boden besitzt, bekannt?

2. Was gedenken Eure Exzellenz zu tun, um dieser Dorfbevölkerung die den Vorschriften entsprechende Approvisionierung sicherzustellen?"

Dr. Wróbel.
Serwatowski. Rusin.
Jabłoński. Kędzior.
Dr. Biały. Jachowicz.
Bojko. Krogulski.
Stesłowicz. Dr. Łazarski.
Skarbek. Gall.

1458
I

Anfrage

der

Abgeordneten Gröger, Hofer, Hueber Anton, Iro, Lutschounig, Nagele, Pirker, Pongratz Leopold, Schreiner, Steinwender, Sylvester, Urban und Waldner an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern wegen unzulässiger Einwirkung leitender politischer Beamten in Kärnten auf die Verleihung der Ehrenbürgerschaft.

Einzelne leitende bezirksbehördliche Beamte in Kärnten **nehmen** sich **heraus**, auf die Gemeinden wegen Verleihung der Ehrenbürgerschaft an sie oder an dritte Personen, im ersten Falle natürlich nur **mittelbar oder vertraulich**, im letzteren Falle auch **ganz offen und unmittelbar** einen Druck auszuüben. **Bei der bezirksbehördlichen** Diktatur, unter der **gegenwärtig infolge** der **Kriegswirtschaft** die Gemeinden **stehen**, geben sie eingeschüchtert meist dem Druck nach und verleihen äußerlich, doch ohne inneren Willen, das Ehrenbürgerrecht.

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

„Ist der Herr Minister gewillt, diesem Unfug, der ebenso das Ansehen des Beamten wie das Ansehen der Gemeinden, aber auch den Wert der Ehrung schädigt, abzustellen?"

Gröger.
Hofer.
Hueber Anton.
Iro.
Lutschounig.
Nagele.
Pirker.
L. Pongratz.
Dr. Schreiner.
Steinwender.
Sylvester.
Urban.
Waldner.

1459
I

Anfrage

der

Abgeordneten Wedra, Dr. Waber und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend das Schicksal des österreichisch-ungarischen Torpedobootes Nr. 11.

Der „Corriere della Sera“ enthält in Nummer 282 vom 9. Oktober 1917 folgende Mitteilung:

Una torpediniera austriaca catturata.

Roma, 8. Ottobre, notte.

L'Ufficio del Capo di Stato Maggiore della Marina comunica:

„Nella scorsa settimana catturammo in adriatico una torpediniera austriaca, essa è entrata a far parte del nostro naviglio silurante“ (Stefani).

Daraus geht hervor, daß in der ersten Oktoberwoche in der Adria ein österreichisch-ungarisches Torpedoboot, das in einen italienischen Hafen einlief und sich als Teil der italienischen Flotte meldete, von den Italienern in Besitz genommen wurde. Darüber verlautet, daß dieses Torpedoboot am 5. Oktober d. J. aus Sebenico ausgelaufen sein soll, die Offiziere von der unter dem Einfluß eines tschechischen Torpedomeisters stehenden Mannschaft geknebelt worden sein sollen, und daß das Torpedoboot dann in Ancona durch die verräterische Mannschaft den Italienern überliefert wurde. Und zwar soll es sich um das Torpedoboot Nr. 11 unter dem Kommandanten Linienschiffsleutnant Simmel handeln.

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

„Ob Seine Exzellenz geneigt ist, über diesen Vorfall und die daran schuldtragenden Personen und deren Nationalität Aufschluß zu geben?“

Wien, 9. November 1917.

Wedra.
Dr. Waber.
Paulik.
Albrecht.
Strziska.
Dr. Schürff.
Kittinger.
Richter.
Denk.
F. Held.
Keschmann.

A. Seidel.
Kraft.
Beyer.
Erb.
Goll.
Dr. Kofler.
Iro.
A. Einspinner.
Sylvester.
Herzmansky.

1460
I

Anfrage

der

Abgeordneten Schreiter, Bodirsky, Al. Rieger, Dr. Michl und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Enthebung älterer und minder-, beziehungsweise nur zu Hilfsdiensten geeigneter Lehrer.

Die Fortführung eines lückenlosen und gedeihlichen Unterrichtes sowie die Erziehung unserer Schuljugend werden immer mehr in Frage gestellt, und häufig liegen die Ursachen nicht in unabänderlichen, durch die Not des Krieges geschaffenen Verhältnissen. Dies gilt auch in hervorragendem Maße von den Enthebungen der Lehrer. Die Lehrerschaft, insbesondere die deutsche, hat in diesem Kriege durch ihre Blutopfer, durch ihre unermüdliche Tätigkeit auf allen Gebieten der Kriegsfürsorge, des Ernährungswesens und der Kriegsanleihezeichnungen den Beweis erbracht, daß sie im Dienste für Volk und Vaterland hinter keinem Stande zurücksteht. Sie will auch ihre Standesgenossen den Reihen der Kämpfer nicht entziehen. Wenn aber die allgemeine Schulbildung und Jugenderziehung so stark gefährdet erscheint wie dermalen, dann ist es unbedingt nötig, daß die Regierung eingreife, wo es sich um ganz ungehörige und die Allgemeinbelange der Volkswohlfahrt schädigende Verfügungen oder Unterlassungen handelt.

Eine Anzahl Schulen müssen gesperrt werden, auf schwerem Posten, der die volle Tatkraft eines Mannes erheischt, stehen schwächliche, kaum der Anstalt entwachsene weibliche Hilfskräfte; an Bürgerschulen sind die Fachgruppen nicht oder mangelhaft besetzt usw.

Die von den Bezirks- und Landesschulräten beantragten Enthebungen aber schlummern immer noch einer in nebelgrauer Ferne liegenden ungewissen Erledigung entgegen. Dazu kommen noch fortwährend neue Einberufungen. All das ließe sich entschuldigen, wenn es sich bei Enthebungen und Einberufungen ausschließlich um junge felddiensttaugliche Kräfte handeln würde. Daß aber eine ganz erhebliche Anzahl von älteren bis weit über 40 Jahre zählenden Lehrern, die nur zu Hilfsdiensten geeignet, also mit „C“ gewertet sind, im Hinterlande in allen möglichen Diensten verwendet werden, welche durch Kriegsverletzte ohne Posten, weibliche Hilfskräfte und überzählige Heeresangehörige ganz leicht besorgt werden könnten, während tausende von Schulkindern infolge des großen Lehrermangels keinen oder unzulänglichen Unterricht erhalten und Schulen gesperrt werden müssen, das ist doch gewiß nicht zu rechtfertigen. Alle Schritte der Schulbehörden sind bislang vergebens gewesen; dieser eines Kulturstaates unwürdige Zustand ist noch immer nicht beseitigt worden. Vor uns liegen mehr als 20 Beschwerden, in welchen es sich durchgehends um nicht felddiensttaugliche, nur zu Hilfsdiensten geeignete Lehrkräfte handelt. In den Sitzungen der Bezirks- und Landesschulbehörden wird immer und immer wieder auf diesen Umstand hingewiesen. Vergebens! Ist es denn im vaterländischen, im Staats- und Volksinteresse gelegen, daß Lehrkräfte, die an ihren Schulen unbedingt unentbehrlich sind, als Schreib- und Hilfskräfte auf Posten verwendet werden, für welche man leicht Ersatz schaffen kann? Das ist eine Versündigung gegen das Volks- und Staatswohl. Hier muß unverzüglich Abhilfe geschaffen werden.

Die Gefertigten stellen deshalb an Seine Exzellenz den Herrn Unterrichtsminister als berufenen Wahrer des Erziehungs- und Unterrichtswesens die Anfragen:

„1. Sind Seiner Exzellenz diese Verhältnisse bekannt?

2. Will Seine Exzellenz ungesäumt die nötigen Schritte beim Landesverteidigungs- und Kriegsministerium unternehmen, daß die Enthebung aller mindertauglichen und nur zu Hilfsdiensten geeigneten Lehrkräfte erfolge und diese ihrem Berufe, für den sie unentbehrlich sind, zugeführt werden?

3. Ist Seine Exzellenz bereit, Vorsorge zu treffen, daß das Enthebungs- und Austauschverfahren bis Ende dieses Monates abgeschlossen werde?

4. Will der Herr Unterrichtsminister dahin wirken, daß die plötzliche Einberufung solcher Lehrkräfte, die das Schulwesen schwer schädigt und der Heeresverwaltung nicht frommt, in Zukunft unterbleibe?"

Wien, 21. November 1917.

Strziska.
Dr. Kindermann.
Kraus.
Heine.
Glöckner.
Kopp.
Dr. Herold.
O. Teufel.
Mr. Hummer.
Felzmann.
Dr. Wichtl.
Bernt.
Dr. v. Mühlwerth.
Fr. Schreiter.
Dr. Bodirsky.
Al. Rieger.
Dr. Michl.
K. H. Wolf.
Schürl.
Kroy.
Kasper.
Brunner.
Langenhan.
Goll.
Pacher.
Dr. Urban.

1461
I

Anfrage

der

Abgeordneten Schreiter, Dr. Bodirsky, Knirsch und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung.

Mit Erlaß vom 20. April 1917, Z. 9502, hat das hohe k. u. k. Kriegsministerium und mit Erlaß, Abt. X, Nr. 4405 das k. k. Landesverteidigungsministerium Bestimmungen getroffen, nach welchen den Familien der eingerückten Landes- und Gemeindebeamten und Lehrer ein Familienzuschuß dann gewährt wird, wenn die Zivilbezüge die Höhe der Familiengebühren, welche diesen Kategorien seit September 1916 entzogen wurden, nicht erreichen. Dieser Zuschuß besteht in der Höhe der Differenz zwischen den höheren Familiengebühren und den niedrigeren Zivilgebühren. Stellt sich schon die Aberkennung der Familiengebühren für diese Kategorien öffentlich Angestellter als eine harte, ihre Existenz tief berührende Maßregel dar, und ist die Zuerkennung eines Zuschusses tatsächlich nur eine ganz geringe Milderung dieser gänzlich unsozialen Maßnahme, so ist eine Bestimmung dieser Verordnung als nahezu unbegreiflich zu bezeichnen und muß sicherlich nur auf einem Mißverständnisse beruhen. Es ist dies der Punkt 5 des Abschnittes I, der lautet: „Eine Verminderung oder Einstellung der Zivilbezüge nach dem 31. Jänner 1916 begründet keinen Anspruch auf die Erhöhung des Familienzuschusses oder auf die vollen Familiengebühren."

Diese Bestimmung schließt alle jene von der Zuerkennung des Familienzuschusses aus, welche erst nach dem 31. Jänner 1916 in den Gagistenstand treten und — wie es nach den bestehenden Vorschriften fast allgemein der Fall ist — dadurch zwei Drittel ihrer Zivilbezüge verlieren, beziehungsweise diese Bestimmung schließt dann, wenn schon früher ein Familienzuschuß bezogen wurde, eine Erhöhung dieses Zuschusses aus, wenn die Zivilgebühren geringer werden.

In der Praxis bewirkt dies, daß bei gleichem Zivileinkommen die Gattin des einen Gagisten Anspruch auf Familienzuschuß besitzt, die des anderen aber bloß deshalb nicht, weil er nach dem 31. Jänner 1916 Gagist geworden ist.

Eine solche Rechtsungleichheit zu schaffen, lag sicherlich nicht in der Absicht der hohen Militärbehörden und ist nicht begründet.

Die Unterzeichneten stellen daher die Anfrage:

„Ist Eure Exzellenz bereit, im Einvernehmen mit dem hohen Kriegsministerium die Streichung der erwähnten Verfügung (Abschnitt I, Punkt 5 der zitierten Verordnung) zu veranlassen?"

			Frz. Schreiter.
Glöckner.	O. Teufel.	Kraus.	Dr. Bodirsky.
Pacher.	Hummer.	Fahrner.	Knirsch.
Dr. Herold.	Michl.	Hueber.	Dr. v. Mühlwerth.
Felzmann.	Heine.	Dr. Roller.	Schürl.
Rieger.	Kopp.	K. H. Wolf.	Kasper.

1462
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Bodirsky, Schreiter, Knirsch und Genossen an Seine Exzellenz den Minister für Landesverteidigung.

Mit Erlaß des hohen k. u. k. Kriegsministeriums vom 20. Mai 1916, Abteilung 10, Nr. 5525 (Beiblatt 33 ex 1916), wurde verfügt, daß die im 10. Hauptabschnitte der Gebührenverordnung normierten Familiengebühren denjenigen Gagisten mit Ende August 1916 einzustellen sind, welche im Zivilberufe Landes- oder Gemeindebedienstete sind. Die k. k. Liquidatur für Familiengebühren hat nun mit Ende August 1916 die Familiengebühren auch dann eingestellt, wenn es sich um Familien der Lehrpersonen an öffentlichen Schulen handelte. Die gegen diese Verfügung eingebrachte Beschwerde vieler Lehrersfrauen wurde mit Entscheidungen des hohen k. u. k. Kriegsministeriums und des hohen k. k. Landesverteidigungsministeriums aus dem Grunde abgewiesen, weil die Lehrer an öffentlichen Schulen zu den Landes- und Gemeindebediensteten zu zählen sind. Der k. k. Verwaltungsgerichtshof hat aber in seinen Entscheidungen vom 2. Mai, 22. Juni und 27. Oktober 1917, die angefochtenen Entscheidungen als im Gesetze nicht begründet aufgehoben, da die Lehrpersonen an öffentlichen Schulen nicht als Landes- oder Gemeindebedienstete, sondern als Angehörige einer besonderen Kategorie Öffentlich-Angestellter zu betrachten sind. Den Lehrern, beziehungsweise ihren Familien, sind daher die Familiengebühren mit 31. August 1916 mit Unrecht eingestellt worden. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß, wie der Vertreter der belangten Behörde in der mündlichen Verhandlung vor dem Verwaltungsgerichtshofe ausführte, seither eine neuerliche Verordnung des k. u. k. Kriegsministeriums vom 20. April 1917, Z. 9502, Abteilung 11, erschienen ist, welche den Anspruch der Lehrpersonen auf diese Gebühren ausdrücklich behebt und dieser Verordnung rückwirkende Kraft verleiht.

Die Einstellung der Familiengebühren hat die Familien der Lehrpersonen hart getroffen. Die Rechtsverhältnisse der der bewaffneten Macht angehörigen Lehrpersonen sind nämlich durch besondere Landesgesetze geregelt, die in den einzelnen Ländern ganz verschieden sind. Diese Landesgesetze haben die die Existenz der zurückgebliebenen Familien sichernden Bestimmungen im Hinblick auf die zur Zeit der Gesetzwerdung bestehenden Militärfamilienzulagen getroffen, bei deren plötzlichem Wegfall nun Not und Elend geschaffen wird, das nur verhütet werden könnte, wenn mit der Abänderung der Militärfamilienbezüge sofort, wie von selbst, die Bestimmungen der Landesgesetze geändert werden könnten. Das ist aber unmöglich. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Lehrpersonen schon im allgemeinen nach ihren einzelnen Landesgesetzen nicht so behandelt werden wie die Staats-, Landes- und Gemeindebediensteten, daß sie materiell diesen gegenüber meist im Nachteil sind. Die Lehrer streben noch immer vergeblich die Gleichstellung mit den vier untersten Kategorien der Staatsbeamten an und von einer Gleichstellung mit den Bezügen der Landesbeamten kann schon gar keine Rede sein. Aber auch die Gesetze, betreffend die Rechtsverhältnisse der der bewaffneten Macht angehörigen Lehrer, behandeln die Lehrpersonen anders, als dies bei den Staatsbeamten, Landes- und Gemeindebediensteten der Fall ist. So stehen die dem Landsturm angehörigen Gagisten, welche im Zivilstaatsdienste stehen, im vollen Genusse ihrer Zivilgebühren, während die

Landesgesetze von Mähren, Niederösterreich und anderen Ländern, die Landsturmgagisten ebenso behandeln wie die Gagisten des Heeres und der Landwehr, indem sie sie auf das sogenannte Gagistendrittel setzen. Was dies bedeutet, zeigen einige der eingebrachten Fälle. Es gab nach dem Erscheinen dieser Verordnung Lehrersfrauen, die eine Zivilgebühr von 33 K im Monate bezogen, ja einzelne Landesausschüsse mußten im Hinblick auf diese Notlage einzelnen Lehrersfrauen in Anerkennung ihrer Bedürftigkeit Aushilfen zuerkennen. Im allgemeinen aber ist der Schulerhalter nicht gewillt, und es ist dies begreiflich, für die Familien der eingerückten Lehrpersonen aufzukommen und damit dem Staate eine Sache abzunehmen, die ihm einzig und allein obliegt, gewährt das Land doch den eingerückten Lehrern auch keine Teuerungszulage.

Im Hinblick auf die Entscheidungen des hohen k. k. Verwaltungsgerichtshofes wird das Ministerium für Landesverteidigung, dessen Entscheidungen aufgehoben worden sind, nunmehr nicht anders können, als dem verletzten Rechte Geltung zu schaffen und den Beschwerdeführerinnen die ihnen entgangenen Gebühren vom 31. August 1916 bis zum Tage der in Kraft getretenen Verordnung vom 20. April 1917, das ist also bis zum 31. Mai 1917, auszubezahlen. Diese Lösung der Frage bedeutet aber eine große Ungerechtigkeit gegenüber einer großen Zahl von Betroffenen, zunächst gegen diejenigen, die dem Ministerium für Landesverteidigung nicht unterstehen und denen die Austragung durch gerichtliche Klage gegen das k. u. k. Kriegsministerium unmöglich ist und dann gegen alle diejenigen, die zwar dem Landesverteidigungsministerium unterstehen, es aber unterlassen haben, gegen die Entscheidung des Landesverteidigungsministeriums Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshofe einzulegen oder die überhaupt nicht gegen die Einstellung der Familiengebühren den Rechtsweg betreten haben. Es bliebe den letzteren nichts übrig, als beim hohen k. u. k. Reichsgerichte die Klage auf die entgangenen Gebühren einzubringen und es ist bei der bisher in bezug auf die Stellung der Lehrpersonen geübten Rechtsprechung dieses hohen Gerichtshofes zu erwarten, daß diesen Klagen auch stattgegeben wird. Aber auch dann wird es noch eine Kategorie von Lehrerfamilien geben, die, deren Ernährer dem k. u. k. Kriegsministerium unterstehen und welchen die Familiengebühren versagt bleiben.

Da dies sicherlich weder dem Gesetze noch den Absichten der hohen Militärbehörden entsprechen dürfte, stellen die Gefertigten an Seine Exzellenz die Anfrage:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, im Sinne der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes im Wege einer allgemein gültigen Verordnung den Familien der Lehrpersonen an öffentlichen Schulen die Gebühren für die Zeit vom 1. September 1916 bis 1. Mai 1917 zuzuerkennen und den ganzen Einfluß auch darauf zu verwenden, daß die gleiche Behandlung auch jenen zuteil werde, die als Gagisten dem hohen k. u. k. Kriegsministerium unterstehen?"

Dr. Bodirsky.
Hummer. Schreiter.
Kopp. Knirsch.
Glöckner. K. H. Wolf.
Dr. Michl. O. Teufel.
Fahrner. Al. Rieger.
Pacher. Felzmann.
Dr. Roller. Heine.
Dr. Herold. Kroy.
Krauß. Schürl.
Hueber. Dr. v. Mühlwerth.

1463
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Dulibić und Genossen an Ihre Exzellenzen den Herrn Ministerpräsidenten, Herrn Minister für Volksernährung und Herrn Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend die Ernährungs- und Verkehrsnot in Dalmatien.

Die k. k. Regierung hatte im vorigen Sommer endlich die dringend unumgängliche Notwendigkeit anerkannt, daß für Dalmatien ein Vorrat an Brotfrucht für den Fall der Kommunikationsunterbrechungen und anderer Störungen an der Küste bestimmt werde. Zu diesem Zwecke hat das Amt für Volksernährung die nötigen Verfügungen getroffen und in Dalmatien wurde auch für den Empfang und die Aufbewahrung dieses Vorrates Vorsorge getroffen. Die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt hatte dementsprechend die erforderlichen Dispositionen getroffen. Es sind sogar einzelne Waggons Getreide in Fiume eingetroffen und nach Dalmatien verschifft worden. Aber es blieb bloß bei 20 Waggons, während 750 Waggons, die noch zugesagt wurden, ausblieben.

Alle Reklamationen blieben erfolglos. Heute erfahren die Gefertigten, daß infolge Kohlenmangels die Schiffahrtsgesellschaften die Fahrten von Fiume nach Dalmatien einstellen werden. Diese Tatsache wird durch ein behördliches aus Dalmatien an die k. k. Regierung angekommenes Telegramm bestätigt.

Da in Dalmatien infolge absoluter Mißernte und aus Mangel an irgendwelchen Vorräten gar keine Brotfrucht mehr vorhanden ist, so wird in den nächsten Tagen die in Dalmatien ohnehin bestehende schwere Not zu einer Katastrophe werden.

Die Gefertigten stellen deshalb folgende Anfragen:

„1. Warum sind die für Dalmatien bestimmten Vorräte an Brotfrucht ausgeblieben?

2. Warum wurden die für die Schiffahrten im Sommer angeforderten ohnehin sehr beschränkten Kohlenmengen für die Aufrechterhaltung der einzigen mit Dalmatien bestehenden Schiffsverbindung nicht abdisponiert?

3. Was gedenkt die k. k. Regierung zu tun, damit die unausbleibliche Katastrophe nicht eintrete?"

Wien, 21. November 1917.

Dr. Vuković.	Dr. Dulibić.
Dr. Korošec.	Prodan.
Dr. Janković.	Gostinčar.
Pišek.	Fon.
Roškar.	Dr. Laginja.
Perić.	Spinčić.
Pogačnik.	Dr. Benković.

1464
I

Anfrage

des

Abgeordneten Sever und Genossen an den Herrn Landesverteidigungsminister betreffs Abgabe einer Mannschaftsperson an das ordentliche Gericht.

Der beim k. u. k. Feldkanonenregiment Nr. 3, Feldpost 403, eingeteilte Landsturmfeuerwerker Karl List hat sich während seines Urlaubes hinreißen lassen, in einer Gesellschaft, in der über militärische Unregelmäßigkeiten gesprochen wurde, zu erklären, daß die Gebarung seines Proviantoffiziers auch nicht einwandfrei sei. Er erklärte dabei, daß er in dem Momente, wo sein Beweismaterial lückenlos vorliegen werde, die Anzeige bei seinem Kommando zu erstatten willens sei.

Dieses Gespräch wurde durch eine Indiskretion einem Leutnant hinterbracht, welcher die Mitteilung dem betreffenden Proviantoffizier zukommen ließ.

Am 30. Mai 1917 wurde Feuerwerker List beim Regimente einvernommen und im Standorte des Feldgerichtes, bei Belassung auf freiem Fuß, interniert.

Am 7. Juni l. J. wurde Feuerwerker List in Präventivhaft gesetzt und am 9. Juli l. J. über ihn die Untersuchungshaft verhängt.

Die Voruntersuchung gegen Feuerwerker Karl List fand am 2. September 1917 ihren Abschluß. Da von einer Verleumdung oder Meuterei nicht die Rede sein konnte, wurde er nach einer Untersuchungshaft von 87 Tagen auf freien Fuß gesetzt, darf aber, da eine Verhandlung nicht stattfinden konnte, weil das Gericht der 3. Infanterietruppendivision an eine andere Front abgegangen ist und ein neues Gericht bis heute nicht festgestellt wurde, noch immer nicht zu seinem Regimente einrücken.

Der Akt erliegt dermalen bei Herrn Oberleutnantauditor Dr. Protsch beim Gericht der 8. Infanterietruppendivision, Feldpost 218, welcher alle Agenden der zurückgebliebenen Truppen übernommen hat.

Die Gefertigten stellen die Anfragen:

„Ist der Herr Landesverteidigungsminister bereit, dafür zu sorgen, daß der Feuerwerker Karl List seinem ordentlichen Richter vorgeführt werde?

Ist der Herr Landesverteidigungsminister bereit, dafür zu sorgen, daß die Angaben Lists über den Proviantoffizier gewissenhaft untersucht und der Schuldige zur Rechenschaft gezogen werde?"

Ellenbogen.	F. Skaret.	Schiegl.	A. Sever.
Max Winter.	Leuthner.	Reumann.	L. Widholz.
K. Seitz.	Volkert.	Reifmüller.	Forstner.
Pernerstorfer.	Jos. Pongratz.	Grigorovici.	Hillebrand.
David.	Polke.	Schäfer.	Domes.
Seliger.	Hanusch.	Dr. Schacherl.	L. Bretschneider.
Resel.	Abram.	Dr. K. Renner.	Smitka.
Glöckel.	Oliva.	Dötsch.	Pittoni.

1465
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Benkovič und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister wegen Versorgung der Landwirte mit Leder.

Wegen absoluten Mangels an Leder in einigen Gebieten hat sich der bäuerlichen Bevölkerung angesichts des nahenden Winters große Erregung bemächtigt; die Leute sind gezwungen, barfüßig zu gehen oder schützen sich vor Kälte auf eine unzulängliche Weise.

Die Freigabe von Schweinshäuten genügt bei weitem nicht, da ja nicht jedermann der glückliche Schweinebesitzer ist, der die Häute für seinen eigenen Bedarf benötigt; auch kann man mit Schweinshäuten nicht Sohlen oder Oberleder herstellen.

Eine teilweise Abhilfe wäre möglich, wenn man der Bevölkerung mindestens die Häute der notgeschlachteten Tiere beläßt.

Die Ministerialverordnung vom 16. Oktober 1916 gestattet zwar, daß solche Häute zur Gerbung übergeben werden dürfen, doch ist den Häutebesitzern nicht garantiert, daß sie die Häute auch für ihre Zwecke verwenden dürfen, da auch dieses Leder der Anzeigepflicht unterliegt und regelmäßig für die Lederbeschaffungsgesellschaft, beziehungsweise für Heeresbedürfnisse beschlagnahmt wird.

Die Landwirte haben derzeit keine entsprechende Beschuhung, aber auch das Schuhmachergewerbe leidet unter diesen Zuständen, die unerträglich geworden sind.

Wir stellen die Anfrage:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, unverzüglich zu veranlassen, daß die Häute der notgeschlachteten Tiere den Besitzern derselben zwecks Verarbeitung zu Leder überlassen werden?“

Wien, 21. November 1917.

Fon.	Dr. Benkovič.
Gostinčar.	Dr. Gregorčič.
Dr. Laginja.	Dr. Korošec.
Perić.	Pogačnik.
Jarc.	Demšar.
Dr. Pogačnik.	Dr. Dulibić.

1466
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Soukup, Aust und Genossen an den Herrn Landesverteidigungsminister, betreffend die militärische Leitung der unter die Staatsaufsicht gestellten Unternehmungen in Kladno.

Am 29. und 30. Oktober 1917 fand vor dem k. k. Divisionsgerichte in Prag die Hauptverhandlung gegen Feldwebel Klobasa und 30 Soldaten wegen Verbrechens der Meuterei statt. Bei dieser Verhandlung wurde auch der militärische Leiter von Kladno, Oberst Franz Hložek, als Zeuge vernommen.

Es wurde festgestellt, daß dieser Prozeß nur durch das Verschulden dieses militärischen Leiters hervorgerufen wurde. Er ist in Wirklichkeit ein bezahlter Agent der dortigen Aktiengesellschaften, denn er bekommt von ihnen eine monatliche Gratifikation im Betrage von 1000 K, und kümmert sich die ganze Zeit hindurch um die Arbeits- und Lohnverhältnisse weder der kommandierten Soldaten, noch der in den Hüttenwerken beschäftigten Arbeiter.

Im oben erwähnten Prozesse haben die kommandierten Soldaten in Räumen voll Ungeziefer geschlafen, haben nicht einmal Seife zum Waschen bekommen, und, nachdem sie nachts anstatt zu schlafen, nach Prag gegangen sind, um sich Wäsche und Seife zu holen, sind sie noch verhaftet und wegen Meuterei angeklagt worden.

Die Verhältnisse in Kladno sind unter der militärischen Leitung dieses Obersten Franz Hložek unhaltbar und unerträglich geworden. Der Oberst behauptet, er habe Aufträge erhalten, nur das Strafrecht auszuüben und sich jeder anderen Einmengung in die sozialen Verhältnisse der Werke fernzuhalten.

Die Art und Weise, wie er dieses Strafrecht ausübt, ist die äußerste Willkür, Ungerechtigkeit, Brutalität und Barbarei. Hat irgendein Arbeiter den Mut, sich über die Arbeitsverhältnisse zu beschweren, so wird er ohne weitere Untersuchung beim Rapport erbarmungslos bestraft. Die Arbeiter werden nachts wochenlang in den ungesündesten und schmutzigsten Löchern eingesperrt. Die Wut und Roheit dieses Obersten kennt in dieser Beziehung keine Grenzen. Er ist ein alter, chronischer Alkoholiker, und je mehr er getrunken hat, desto schärfere Strafen spricht er aus. Nachdem er nur selten ganz nüchtern ist, ist eine Aussprache mit ihm überhaupt unmöglich. Er ist deswegen auch zum Gespötte seiner ganzen Umgebung geworden.

Es ist begreiflich, daß die Aufregung über das Vorgehen dieses unwürdigen, pathologischen und grausamen militärischen Leiters in Kladno zwischen der Arbeiterschaft eine allgemeine und ungeheuere ist und daß der Oberst Hložek dadurch auch zur eminenten Gefahr für die weitere Erhaltung der Ruhe und Ordnung im ganzen Kladnoer Revier geworden ist.

Die Gezeichneten stellen daher die Anfrage:

„Sind diese unhaltbaren Verhältnisse in der militärischen Leitung in Kladno Seiner Exzellenz dem Herrn Landesverteidigungsminister bekannt?

Ist Eure Exzellenz geneigt, diese Verhältnisse durch unbefangene und objektive Organe untersuchen zu lassen und den Obersten Franz Hložek im öffentlichen Interesse von seiner äußerst verantwortlichen Stelle ohne Verzug zu entfernen?"

Wien, 17. November 1917.

Tomášek.	Svěcený.	Tusar.	Soukup.
Klička.	Svoboda.	Bechyně.	Aust.
Stejskal.	Němec.	Modráček.	Hnátek.
Filipinský.	Marek Jaroslav.	Habermann.	Dr. Witt.
Vaněk.	Biňovec.	Charvát.	Winter.

1467
I

Anfrage

des

Abgeordneten Roman Czajkowski und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Kultus und Unterricht in der Angelegenheit der Zuerkennung einer Pension für die Witwe Zenobia Durkot und Waisen nach dem verstorbenen griechisch-katholischen Pfarrer Johann Durkot in Labowa, Bezirk Neu-Sandez, Galizien.

Am 5. August 1914 wurde der griechisch-katholische Pater Johann Chrysostomus Durkot in Labowa, Bezirk Neu-Sandez, Galizien, über Auftrag der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Neu-Sandez verhaftet und dem k. k. Kreisgericht in Neu-Sandez überstellt. Nach dem Verhör durch den k. k. Bezirkskommissär Gr. Loś wurde er am 19. August 1914 dem k. u. k. Militärgerichte in Krakau überliefert, welches nunmehr eine Untersuchung einleitete, dieselbe aber bald infolge Mangels an Beweisen einstellte. Dennoch aber erhielt Pater Durkot seine Freiheit nicht, sondern wurde nach Thalerhof bei Graz geschickt, wo er interniert wurde. In Thalerhof verblieb Pater Durkot vom 12. November 1914 bis zu seinem Tode, der ihn am 8. August 1915 ereilte.

Pater Durkot hinterließ kein wie immer geartetes Vermögen, so daß seine Hinterbliebenen (die Witwe Zenobia und sechs unmündige, völlig unversorgte Waisen: Theodosius 19 Jahre, Sergius 16 Jahre, Helene 13 Jahre, Sever 11 Jahre, Johanne 8 Jahre, Stephanie 4 Jahre alt) vollständig hilf- und mittellos geblieben sind.

Die Witwe des Verstorbenen leitete gleich nach dem Tode desselben entsprechende Schritte ein, um den ihr und den Waisen gebührenden Gnadengehalt zu erhalten. Ihre Bemühungen blieben aber erfolglos, weil die k. k. galizische Statthalterei auf Grund unrichtiger und unzulänglicher Daten seitens der untergeordneten niederen Behörden dieses Einschreiten abschlägig beschied, ohne die hierfür maßgebend gewesenen Gründe anzugeben.

Ich beehre mich an Eure Exzellenz die nachstehende Anfrage zu richten:

„Sind Eure Exzellenz geneigt, die Überprüfung der hier dargestellten Tatsachen anzuordnen, damit die darbenden und der größten Not ausgelieferten Angehörigen des in Thalerhof verstorbenen Pfarrers Durkot zu den ihnen gebührenden Versorgungsgenüssen kommen?"

Roman Czajkowski.

Č. J. Lisý. | F. Němec.
Slavíček. | Feltl.
Exner. | Klofáč.
Chaloupka. | Dr. Hübschmann.
Václ. Donát. | Dr. Baxa.
A. Konečný. | Fr. Mašata.

1468
―――
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Soukup und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister, betreffend den Tod eines Soldaten in Nagyszeben in Ungarn.

Im Monate Mai 1917 ist die Familie Fatka in Tursko bei Prag seitens der k. u. k. Personalsammelstation in Nagyszeben benachrichtigt worden, daß der Sohn Jaroslav Fatka am 5. Mai 1917 im k. u. k. Garnisonsspital Nr. 22 zu Nagyszeben gestorben ist.

Laut ex offo-Sterberegisterextrakt der k. u. k. Militärseelsorge des Garnisonsspitals Nr. 22 in Nagyszeben (Tom. V, Fol. 248) ist als Todesursache angeführt: Bauchschuß laut Kopfzettel. Zeuge: Dr. Eitel, Regimentsarzt.

Die Familie des Verstorbenen hat sich schon mehrere Male an die Leitung des k. u. k. Garnisonsspitals in Nagyszeben mit der Bitte um Aufklärung gewendet und ersucht, wieso der Verstorbene zu einem Bauchschuß kam, nachdem er im Felde noch nicht war, und ob hier ein Zufall, Selbstmord, Totschlag oder Mord vorliegt, hat aber bis jetzt überhaupt keine Antwort bekommen.

Nachdem aber eine Mutter, die dem Staate ihren einzigen Sohn geopfert hat, wenigstens den Anspruch auf eine Aufklärung dieses mysteriösen Todes besitzt, so fragen die Gezeichneten:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, diesen Fall untersuchen und eine Antwort der schwer betroffenen Familie zukommen zu lassen?“

Wien, 20. November 1917.

	Dr. Soukup.
Charvát.	Aust.
Vaněk.	Dr. Winter.
Tusar.	Svoboda.
Habermann.	Jaroš.
Stejskal.	Pik.
Klička.	Hnátek.
Filipínský.	Hybeš.
Tomášek.	Svěcený.
Dr. Witt.	Prokeš.

1469
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Meixner und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend den Austausch der Kupferkessel.

In den ländlichen Bezirken, wo der Austausch der Kupferkessel gegen Emailkessel noch nicht stattfand, wird derselbe jetzt vorgenommen. Abgesehen davon, daß diese Emailkessel eigentlich ein minderwertiger Ersatz sind und sich für verschiedene Zwecke auf die Dauer nicht eignen, empfindet die Bevölkerung diesen Austausch deswegen recht schwer, weil in der gegenwärtigen Winterszeit die Montage und Demontage der eingemauerten großen Wasch- und Viehfutterkessel beim vollständigen Mangel an Professionisten und Material die größten Schwierigkeiten bereitet und insbesondere auch deswegen, weil bei den meisten Landwirten diese Kupferkessel zugleich als Käsekessel dienen, wozu die Emailkessel unbrauchbar sind.

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz der Herr Minister für Landesverteidigung bereit und in der Lage, bei der k. u. k. Heeresverwaltung zu vermitteln, daß der Austausch von Kupferkesseln gegen Emailkessel vorderhand unterbleibe?“

Wien, 21. November 1917.

Meixner.
Kreilmeir. Roggler.
Parrer. J. Mayer.
Karl Schachinger. Weiss.
Waldl. Fisslthaler.
P. Unterkircher. Ferd. Berger.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

$\frac{1471}{I}$

Der Wortlaut der Anfrage 1471/I befindet sich im stenographischen Protokolle der 42. Sitzung, Seite 2229.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

Anhang I.

Anträge.

(Urtexte.)

236
A

Wniosek

posłów Witosa, Dyły i towarzyszy

w sprawie

olnienia kierowników i nauczycieli szkół ludowych od służby wojskowej.

Wysoka Izbo!

Tak w czasie mobilizacyi jak przy innych licznych poborach jakie miały miejsce w Galicyi ała wielka ilość nauczycieli ludowych powołaną do służby wojskowej, którą też spełnia aż do pory.

Skutkiem tego bardzo wiele szkół musiało zostać nieczynnych, albo też obsadzonych siłami skiemi zupełnie do kierownictwa, a często i prowadzenia nauki się nienadającemi.

Między powołanymi jest też znaczna część kierowników szkół, których brak w wysokim stopniu ywał na obniżenie się poziomu nauki, a nawet moralności u młodzieży szkolnej. Tem więcej, znaczna część budynków szkolnych w czasie wojny uległa zupełnemu lub częściowemu zczemu, przez co nauka musiała być niejednokrotnie na dłuższy czas zupełnie wstrzymaną, co vysokim stopniu ujemnie musiało wpłynąć na wychowanie młodzieży.

Ażeby to złe bodaj w części naprawić koniecznem jest ażeby naukę poprowadzili ludzie ący nie tylko dobre chęci naprawienia złego, ale też potrzebne zdolności i powagę.

W tych niezwykle trudnych warunkach jakie wytworzyła wojna i okoliczności jej towarzyszące, nie mężczyzna, nauczyciel potrafi spełnić swoje zadanie, siły nauczycielskie kobiece mimo epszej woli nie są uczynić tego wstanie.

Gdy wnoszone przez krajowe władze szkolne reklamacye dotyczące zwolnienia nauczycieli od by wojskowej, bardzo często nie odnoszą skutku, gdy ponadto w wielu wypadkach władze te więcej potrzebnych i kwalifikowanych nauczycieli reklamować nie chcą z powodów często ych i nieuzasadnionych.

Gdy bardzo często najtęższi nauczyciele powołani do służby wojskowej spełniają czynności, których mogą być bardzo łatwo zastąpieni.

Z uwagi, że w skutek ich nieobecności szkoła i nauka niesłychane szkody ponosi, a przy dynczo wnoszonych reklamacyach, bardzo często główną rolę odgrywa szkodliwa protekcya, pisani wnoszą:

Wysoka Izba raczy uchwalić:

Wzywa się c. k. Rząd:

„Ażeby w drodze właściwej zarządził zwolnienie od służby wojskowej wszystkich nauczycieli, zy skończyli 36. rok życia, jak również zwolnienie wszystkich kierowników szkół od tejże służby względu na to czy wiek ten przekroczyli.“

Madej.	Kubik.	J. Jachowicz.	Witos.
Tetmajer.	Ruebenbauer.	Rusin.	Dyło.
St. Biały.	Średniawski.	Myjak.	Bomba.
Lewicki.	Fila.	Bojko.	Siwula.
Śmiłowski.	Łyszczarz.	Długosz.	Dubija.

Anhang II.

Anfragen.

1472
I

Interpelacya

posła Dra Banasia i towarzyszy do Ekscellencyi Ministra obrony krajowej w sprawie zaniedbań władz bezpieczeństwa w kraju Galicyi.

W zachodniej Galicyi a w szczególności w powiatach Wadowice, Oświęcim, Myślenice i Podgórze w zastraszający sposób mnożą się morderstwa, rabunki i kradzieże.

Dosyć wymienić, iż od blisko dwóch lat banda niewyśledzonych sprawców dokonała szereg morderstw, jak żandarma w Spytkowicach, kobietę i chłopca we Lgocie, gospodarzy w Lesiczach górnych i w Głębowicach, żołnierza w Tarnowie, a władze bezpieczeństwa krajowe wobec tych morderstw, rabunków i kradzieży dochodzących w setki wypadków są bezsilne i wogóle nie silą się coś uczynić by ludność od tego nieszczęścia uwolnić.

Ludność wiejska tych okolic jest wprost zdeterminowana, należy się obawiać, że w braku opieki władz bezpieczeństwa musi się rzucić do samo pomocy, która może potoczyć się niewłaściwym torem i wywołać nieobliczalne następstwa, czego by należało uniknąć i dotychczasowe zaniedbania władz bezpieczeństwa co rychlej usunąć.

Dlatego podpisani pozwolą sobie wystosować do Jego Ekscellencyi Ministra obrony krajowej zapytanie:

„1. Czy Jego Ekscellencyi wiadome są te zaniedbania władz bezpieczeństwa w dochodzeniu wykrycia sprawców szerzących się zbrodni?

2. Co zamierza Jego Ekcellencya uczynić, aby ludność zachodnich powiatów Galicyi dać tę ochronę mienia i życia, jaką się cieszą mieszkańcy innych krajów koronnych?“

Wiedeń, 20. listopada 1917.

Banaś.

Angerman.	Madej.
Ruebenbauer.	Dr. Steinhaus.
Rusin.	Londzin.
Potoczek.	Liebermann.
Haller.	Kędzior.
Rauch.	Witos.
Lasocki.	Tetmajer.
Gall.	Głąbiński.

Authentische Übersetzung.

1472

I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Banaś und Genossen an Seine Exzellenz den Minister für Landesverteidigung, betreffend Unterlassungen der Sicherheitsbehörden im Lande Galizien.

In Westgalizien, insbesondere in den Bezirken Wadowice, Oświęcim, Myślenice und Podgórze, mehren sich in erschreckender Weise die Mord- und Raubtaten sowie die Diebstähle. Es ist genug zu erwähnen, daß eine Bande unausgeforschter Verbrecher seit ungefähr zwei Jahren eine ganze Reihe von Mordtaten begangen hat, so an einem Gendarmen in Spytkowice, an einer Frau und einem Burschen in Lgota, an den Landwirten in Łęcze górne und Glebowice, an einem Soldaten in Tarnów. Die Sicherheitsbehörden im Lande stehen diesen bereits in Hunderte von Fällen gehenden Mord- und Raubtaten kraftlos gegenüber und machen überhaupt keine Anstalten, um die Bevölkerung von diesem Unglücke zu befreien.

Die Landbevölkerung dieser Gegend ist direkt eingeschüchtert und es ist zu befürchten, daß sie bei mangelnder Fürsorge der Sicherheitsbehörden an die Selbsthilfe wird greifen müssen, welche leicht ausarten und unberechenbare Folgen hervorrufen kann, was unter allen Umständen zu vermeiden und den bisherigen Unterlassungen der Sicherheitsbehörden schleunigst ein Ende zu machen wäre.

Angesichts dessen erlauben sich die Gefertigten an Seine Exzellenz den Minister für Landesverteidigung die Anfragen zu richten:

„1. Sind Seiner Exzellenz diese Unterlassungen der Sicherheitsbehörden bei der Untersuchung wegen Aufklärung der sich mehrenden Verbrechen bekannt?

2. Was gedenkt Seine Exzellenz zu unternehmen, um der Bevölkerung der westlichen Bezirke Galiziens jenen Schutz des Lebens und des Eigentums sicherzustellen, den die Bevölkerung anderer Kronländer genießt?"

Wien, 20. November 1917.

Ruebenbauer.	Banaś.
Potoczek.	Lasocki.
Kędzior.	Głąbiński.
Rusin.	Tetmajer.
Witos.	Liebermann.
Londzin.	Rauch.
Angermann.	Madej.
Haller.	Gall.

1473
―
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Franz Dinghofer, A. F. Beyer, Dr. Sylvester, Dr. Stölzel, Erb und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister.

Durch die Verordnung vom 30. Oktober 1917, R. G. Bl. Nr. 418, wurde der Ablieferungszwang für Baumwollwaren verfügt. Hierdurch wird der größte Teil der Kaufleute zur Sperrung ihrer Geschäfte gezwungen sein, da die freigegebene Menge von 20 Prozent viel zu gering ist, um den Betrieb auch nur kurze Zeit aufrecht zu erhalten, und da Nachschaffungen nicht mehr möglich sind.

Ungerecht ist besonders die in obige Verordnung einbezogene Ablieferung der mit Verordnung vom 13. April 1916, R. G. Bl. Nr. 100, freigegebenen Importware. Diese Ware ist von den Kaufleuten zur Streckung ihrer Vorräte gekauft worden, da bei den seinerzeit freigegebenen Mengen der Betrieb sich ohne diese Importware nicht hätte aufrecht erhalten lassen. Sie ist in der Voraussetzung gekauft worden, daß sie dem Handel auch freigegeben bleiben werde, um den allgemeinen Konsum auf möglichst lange Zeit befriedigen zu können. Durch die Ablieferungspflicht dieser Ware leidet besonders der kleine Kaufmann, weil er nicht mehr in der Lage ist, die für seinen Kundenkreis geeigneten Artikel sich bei seinen bisherigen Lieferanten zu besorgen.

Eine derart weitgehende Beschlagnahme läßt sich auch nicht damit rechtfertigen, daß dadurch die gesamten Vorräte erfaßt und ein Durchhalten für längere Zeit ermöglicht wäre. Denn mit Verordnung vom 21. September 1917, R. G. Bl. Nr. 383, wurde das Bedarfsscheinsystem eingeführt, und damit ist ein Abströmen der Waren aus dem Verkehr ohnehin unmöglich gemacht; außerdem ist es jederzeit möglich, durch strenge Vorschriften bei Ausgabe der Bedarfsscheine, nötigenfalls durch deren zeitweilige Einstellung, den Absatz nach Erfordernis zu regulieren.

Große Bedeuten ruft auch die Frage hervor, in welcher Weise und durch welche Wege die abgelieferte Ware dem Verbraucher zugeführt werden soll. Erfolgt der Verkauf durch eigens zu schaffende Verkaufsstellen, so würde das ein in keiner Weise zu rechtfertigendes Monopol der Baumwollzentrale-Aktiengesellschaft bilden. Würden nur einzelne Kaufleute mit dem Verkauf dieser Waren betraut, so würde das zu einer Protektionswirtschaft und zu einer Zurücksetzung und dem Ruin der anderen Kaufleute führen. Sollen alle Kaufleute an diesem Verkauf teilnehmen, indem sie ihren Bedarf bei den einzelnen Landesstellen einfordern, so bestünde die ganze Wirkung dieser Verordnung in einer ungeheuren Vergeudung von Arbeit und Zeit und in einer Verteuerung dieser Bedarfsartikel.

Über die Art der Durchführung Aufklärung zu geben, ist zur Beruhigung der mit Recht aufgebrachten Kaufleute, da es doch um die Existenz geht, unbedingt notwendig.

Die Einwendung, daß die abzuliefernden Waren dem Besitzer mit einem entsprechenden Nutzen bezahlt werden, so daß er keinen Schaden erleide, ist hinfällig, weil es dem soliden, angemessenen Kaufmann nicht um einen Augenblicksvorteil zu tun ist, sondern darum, das Geschäft dauernd aufrecht und lebensfähig zu erhalten.

Der Staat hat ein Interesse an einem gesunden, seine Steuern zahlenden Kaufmannsstande. Durch diese Verordnung wird er aber zum größten

Teile außer Betrieb gesetzt, namentlich die mittleren Geschäfte, und ein Aufbau dieser Existenzen ist, wie die Verhältnisse heute liegen, nicht so bald im Bereich der Möglichkeit.

Es ist daher eine Abänderung der erwähnten Verordnung vom 30. Oktober 1917 zumindest in der Richtung anzustreben, daß die in der Verordnung vom 31. August 1916 freigegebene Auslandsware von der Ablieferungspflicht ausgeschaltet bleibe, oder daß, wenn eine Inanspruchnahme dieser Waren sich mit der Zeit notwendig erweisen würde, diese nur mit einem geringen Prozentsatz erfolgen sollte, und dem Kaufmann zur Aufrechterhaltung seines Betriebes mindestens 60 Prozent belassen würden.

Auf Grund dieser Sachlage gestatten sich die Gefertigten die Anfragen:

„1. Ist Seine Exzellenz bereit, Aufklärungen zu geben, in welcher Weise und auf welchem Wege die abgelieferte Ware dem Verbrauche zugeführt wird?

2. Ist Seine Exzellenz bereit, die Verordnung vom 30. Oktober 1917 dahin abzuändern, daß die in der Verordnung vom 31. August 1916 freigegebene Auslandsware von der Ablieferungspflicht ausgeschaltet bleibe oder doch, daß wenn eine Inanspruchnahme dieser Waren sich mit der Zeit notwendig erweisen würde, diese nur mit einem Prozentsatz erfolgt, welcher dem Kaufmann auch weiter die Aufrechterhaltung seines Betriebes ermöglicht?"

Wien, 23. November 1917.

Dr. Schürff.	Dr. Franz Dinghofer.
Lukſch.	Beyer.
Dr. H. v. Oberleithner.	Dr. Sylvester.
Kraus.	Dr. Stölzel.
W. Teltschik.	Erb.
Dr. Lodgman.	E. Kraft.
O. Teufel.	A. Seidel.

1474

I

Dotaz

poslance dra. Franty a soudruhů k Jeho Excellenci panu ministru výživy ve příčině hospodaření ústředen v okresu Hradec Králové.

V Hradci Králové ubytovali se v říjnu t. r. dva zástupci vídeňské „Geos“, kteří prokázali se oprávněním skupovati zeleninu a ovoce, jakož i spoustou dopravních osvědčení pro toto zboží, in bianco vystavených. Nehledíc k tomu, že tato dopravní osvědčení prodávali pod rukou jiným, po většině neoprávněným obchodníkům za pevnou taxu 400 K, zakupovali též zeleninu ve vagonových kvantech za přemrštěnou cenu, maximální ceny daleko převyšující. Za nedlouho objevili se však další oficielní nakupovači zeleniny, legitimovaní místodržitelstvím pro pražskou „Aprovii“, a by zmatek byl dovršen, dostavili se počátkem listopadu do Hradce Králové ještě zástupci pražské „Ovoceny“, legitimovaní rovněž místodržitelstvím. Tržní tito zástupcové navzájem se přeplácejí a vyhánějí ceny zboží na úkor místního solidního obchodu neuvěřitelným způsobem do výše.

Vzhledem k těmto neuvěřitelným a neudržitelným poměrům táží se podepsaní:

„Je Vaše Excellence ochotna, nesnesitelným těmto poměrům ihned učiniti přítrž?“

Ve Vídni, 20. listopadu 1917.

Vodňanský.
Dr. Ot. Hübschmann.
Dr. Baxa.
Exner.
Dr. Lukavský.

Franta.
Vacek.
Dr. Šubrt.
Dr. Koerner.
Konečný.

Authentische Übersetzung.

1474
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Franta und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung, betreffend das Wirtschaften der Zentralen im Bezirke Königgrätz.

Im Oktober l. J. haben sich in Königgrätz zwei Vertreter der Wiener Zentrale „Geos" einquartiert, welche die Berechtigung zum Einkauf von Gemüse und Obst sowie eine Menge von in Bianko ausgefertigten Transportbescheinigungen für diese Waren vorgewiesen haben. Abgesehen davon, daß sie diese Transportbescheinigungen unter der Hand verschiedenen, zumeist nicht befugten Geschäftsleuten um die feste Taxe von 400 K verkauft haben, kauften sie das Gemüse auch waggonweise um übertriebene, die Maximalpreise weit übersteigende Preise. Nach kurzer Zeit erschienen jedoch weitere offizielle Gemüseeinkäufer, die von der Statthalterei für die Prager „Aprovia" legitimiert waren, und, damit die Konfusion vollständig werde, kamen anfangs November nach Königgrätz noch die gleichfalls von der Statthalterei legitimierten Vertreter der Prager „Ovocena". Diese verschiedenen Vertreter überbieten sich gegenseitig und treiben die Warenpreise zum Nachteile des soliden Lokalhandels in unglaublicher Weise in die Höhe.

Angesichts dieser unglaublichen und unhaltbaren Verhältnisse fragen die Gefertigen:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, diesen unerträglichen Verhältnissen unverzüglich Einhalt zu tun?"

Wien, 21. November 1917.

Konečny.	Dr. Franta.
Dr. Šubrt.	Vacek.
Dr. Koerner.	Dr. Lukavský.
Dr. Baxa.	Vodňansky.
Dr. Hübschmann.	Dr. Exner.

1475
———
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Franta und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend das Verbot der Veröffentlichung des wesentlichen Teiles des Artikels „Kriminál I." von J. S. Machar in der Zeitschrift „Národní Listy" vom 11. November 1917.

In der periodischen Zeitschrift „Národní Listy" vom 11. November 1917 wurde der wesentliche Teil des Feuilletons beschlagnahmt. Die konfiszierten Stellen lauten:

„Rámec je asi tento: Při vypuknutí války odevzdal nebožtík císař část své vladařské moci hlavnímu stanu vojenskému, jehož čelnými představiteli byli, vedle vrchního velitele arcivévody Friedricha, Conrád v. Hötzendorf, podmaršálek Metzger a plukovníci Slameczka a Gregori. Hlavní stan obracel svůj bdělý zřetel nejen na nepřítele vnějšího, ale ovšem, což přirozeno, i na záškodníka vnitřního. A tu se stal tragický omyl, jenž měl dalekosáhající následky: v mylném předpokladu, že Rakousko-Uhersko, soustátí většinou slovanských národností, když vypovědělo válku jediným třem slovanským státům zahraničním, nenajde souhlasu a patřičného nadšení pro válku tu u své slovanské většiny, ač většina ta, jak dokázala mobilisace, dávala loyálně císaři, což je císařovo — začal se hlavní stan dívati s nedůvěrou na slovanské národnosti, později i na italské a ještě později i na rumunské své příslušníky a dávaje dřívější civilní správě — ona existovala jen dle jména, stavši se ve válce poslušnou pomocnicí orgánů vojenských — vinu laxní patriotické výchovy, nedosti vštěpovaného rakušanství, trpěného partikularismu, nedbající shovívavosti ve věcech dynastických a náboženských, slepoty vůči všelijakým centrifugálním snahám, chopil se výchovy té sám a chtěl ji provésti po vojensku: rychle a důkladně. Jistě, že ještě jedna okolnost byla pro něj velmi významna: Bethmann-Hollweg pronesl v říšském sněmu německém řeč, v níž mluvil „o zúčtování mezi germánskou a slovanskou rassou". kteréžto slovo zůstalo z Rakousko-Uherska, většinou slovanského, bez vyvrácení, mlčela tři hrabata, Tisza, Berchtold a Stürgkh, mlčely i národnosti, bojující pod dvojhlavým orlem proti Rusům, Srbům a Černohorcům — a mlčení to bylo dojista vojenské správě nápadno — zase mylný předpoklad, jenž posiloval tragický omyl: vedoucí hrabata přehlídla asi větu kancléřovu a národové rakouští se ozvat nemohli — nebylo parlamentu, nebylo tribuny, ale mlčení bylo považováno za pofouchlictví a známku tajeného nepřátelství k situaci říše.

A tak začala patriotická výchova. V království českém, v Haliči, v Chorvatsku, Dalmacii, všude vojáci ukazovali civilní správě, čeho opomíjela a jak se to dělá. Zaveden nový duch do škol a učitelstva; čítanky, kde se mluvilo o království českém, byly konfiskovány; znaky zemí koruny české — konfiskovány; zemské barvy ať byly na šatech, na škatulkách sirek, na obalech cukrlátek — zakázány; lidové popěvky a národní

písně, staleté a nevinné jako boží den — byly zakazovány; byly zabaveny zpěvníky, byly zabavovány knihy staré sborníky, verše, prosa: noviny vycházely plny slepých bílých oken a přinášely články, dodané jim z policie a ty musily přinést na čelném místě pod trestem okamžitého zastavení, a vycházely, aby v posled byly přec jen zastaveny; podezřelí lidé — oh, slavná okresní hejtmanství, četníci a státní policie, měly tehdy tuze mnoho práce! — byli odváženi a internováni v táborech; odvedencům vepsáno do dokumentu uriašovské p. v. (politisch verdächtig), kterážto dvě písmenka odporoučela nositele svého po všech bojištích, ať v Rusku, ať v Srbsku, ať v Rumunsku, ať v Italii stálému přísnému dozoru a jiným příjemnostem; byla zachycována a čtena korrespondence: lidé všech vrstev a stavů žili pod stálým policejním dozorem; hostince, kavárny, divadla, promenády hemžily se špicly a špehování vnikalo i do rodin; annonymní udání pršela ze všech konců a na základě jich konaly se výslechy, domovní prohlídky, zatýkání věznění; dětinské letáky byly, bozi vědí jak, rozšiřovány mezi pobožným obecenstvem, a běda každému, o němž se prokázalo, že něco takového měl, četl, nebo jen zahlídl; všecka občanská práva byla zrušena, nebylo svobod osobních, nebylo svobod ústavních, byly jen vojenské soudy a ty pracovaly, jak pracovat musily; čeští lidé byli vyšetřováni a souzeni soudci, slůvka českého neznajícími: nikdo nebyl jist ani ve dne ani v noci, pršely provazy, doživotní vazby, sta a sta roků kriminálu, zabavováno jmění; zavírány ženy, studenti, komptoiristky, spisovatelé, poslanci, ředitelové bank, funkcionáři nejrůznějších korporací, hokynáři, dělníci, žurnalisté, kněží všech vyznání — všechno bylo podezřelým, celý národ byl podezřelým.

Od persekuce pobělohorské nebylo krutější nad tuto vojáckou v letech 1915—1916, v království českém prováděnou, obě si stojí důstojně po boku, ba persekuce naše je novým souhrnem všech persekucí, které byly na nás po tři sta roků prováděny.

Dnes, doufáme, že byla také persekucí poslední."

Aus dem obigen Artikel geht hervor, daß in demselben lediglich faktische Zustände geschildert wurden und daß niemand anderer als die parteiische Zensur der Presse unbegreifliche Hindernisse in den Weg stellt. Nachdem trotz wiederholter Versicherungen von einem mildernden Einfluß der k. k. Regierung auf die Zensur in Prag nichts zu sehen ist, stellen die Gefertigten an Eure Exzellenz die Anfragen:

„1. Billigen Eure Exzellenz das Vorgehen der Zensur im vorliegenden Falle?

2. Sind Eure Exzellenz geneigt, zu verfügen, daß die Veröffentlichung der konfiszierten Stellen sofort gestattet wird?

3. Sind Eure Exzellenz bereit, zur vollständigen Aufhebung der politischen Zensur zu schreiten und der Willkür der Zensurorgane eine Ende zu bereiten?"

Wien, 20. November 1917.

A. Konečný. Dr. Franta.
Dr. Koerner. Vacek.
Exner. Dr. Baxa.
Dr. Lukavský. Dr. Šubrt.
Dr. O. Hübschmann. Vodňanský.

Authentische Übersetzung.

1475
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Franta und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend das Verbot der Veröffentlichung des wesentlichen Teiles des Artikels „Kriminal I“ von J. S. Machar in der Zeitschrift „Národní Listy“ vom 11. November 1917.

In der periodischen Zeitschrift „Národni Listy“ vom 11. November 1917 wurde der wesentliche Teil des Feuilletons beschlagnahmt. Die konfiszierten Stellen lauten:

„. . . Der Rahmen ist ungefähr folgender: Beim Kriegsausbruch übergab der verstorbene Kaiser einen Teil seiner Herrschermacht dem militärischen Hauptquartier, dessen Hauptrepräsentanten neben dem Oberkommandierenden Erzherzog Friedrich, Konrad von Hötzendorf, Feldmarschalleutnant Metzger und die Oberste Slameczka und Gregori waren. Das Hauptquartier widmete seine rege Aufmerksamkeit nicht nur dem äußeren Feinde, sondern natürlich auch dem inneren Schadenstifter. Und da geschah ein tragischer Irrtum, der weitgehende Folgen hatte: In der irrtümlichen Voraussetzung, daß Österreich-Ungarn, ein Staatenbund von größtenteils slawischen Nationalitäten, nachdem es den einzigen drei auswärtigen slawischen Staaten den Krieg erklärt hat, für diesen Krieg bei seiner slawischen Mehrheit keine Zustimmung und keine richtige Begeisterung finden wird, obwohl diese Mehrheit, wie es die Mobilisierung bewiesen hat, loyal dem Kaiser gab, was des Kaisers ist, begann das Hauptquartier die slawischen Nationalitäten und später auch die italienischen und noch später auch die rumänischen Angehörigen mit Mißtrauen zu betrachten und hat unter Beschuldigung der früheren Zivilverwaltung — diese existierte nur mehr dem Namen nach, da sie im Kriege zu einer folgsamen Hilfsarbeiterin der militärischen Organe wurde — die Schuld einer laxen patriotischen Erziehung, mangelhafter Einprägung der österreichischen Gesinnung, geduldeten Partikularismus, einer sorglosen Nachsicht in dynastischen und religiösen Sachen, einer Blendung gegenüber verschiedenen zentrifugalen Bestrebungen und nahm diese Erziehung selbst in die Hand und wollte sie nach militärischer Art rasch und gründlich durchführen. Gewiß war für das Hauptquartier noch ein Umstand von großer Bedeutung: Bethmann-Hollweg hielt im deutschen Reichstage eine Rede, in welcher er „von einer Abrechnung zwischen der germanischen und der slawischen Rasse“ sprach, welches Wort ohne Widerlegung seitens des in seiner Mehrheit slawischen Österreich-Ungarns geblieben ist; es schwiegen die drei Grafen Tisza, Berchtold und Stürgkh, es schwiegen auch die unter dem Doppeladler gegen die Russen, Serben und Montenegriner kämpfenden Nationalitäten — und dieses Schweigen war der militärischen Verwaltung gewiß auffallend — wieder eine falsche Voraussetzung, die den tragischen Irrtum bestärkte: Die führenden Grafen übersahen offenbar den Satz des Kanzlers und die österreichischen Nationen konnten sich nicht melden — denn es gab kein Parlament, keine Tribüne, aber das Schweigen wurde als heimtückisch und als ein Zeichen geheimer Feindseligkeit gegenüber der Situation des Reiches angesehen.

Und so begann die patriotische Erziehung. Im Königreich Böhmen, in Galizien, in Kroatien,

in Dalmatien, überall zeigten die Soldaten der Zivilverwaltung, was sie unterlassen hat und wie man es macht. Es wurde in das Schulwesen und in diese Leserschaft ein neuer Geist gebracht: die Lehrbücher, in denen vom Königreiche Böhmen die Rede war, wurden konfisziert; die Wappen der Länder der böhmischen Krone wurden konfisziert; die Landesfarben, sei es auf Kleidern, auf Zündhölzchenschachteln, auf Zuckerlhüllen wurden verboten; volkstümliche Gesänge und Nationallieder, Jahrhunderte alt und unschuldig wie der Tag Gottes, wurden verboten; es wurden Gesangbücher konfisziert, es wurden alte Bücher, Sammelwerke, Verse, Prosa konfisziert; die Zeitungen erschienen voll weißer Stellen und brachten Artikel, die ihnen von der Polizei geliefert wurden, und mußten dieselben bei sonstiger Strafe der sofortigen Einstellung an vornehmer Stelle bringen und erschienen, um schließlich doch nur eingestellt zu werden; verdächtige Personen — oh, die löblichen Bezirkshauptmannschaften, Gendarmen und die Staatspolizei hatten damals sehr viel zu tun — wurden abgeführt und in Lagern interniert: den Assentierten wurde in ihr Dokument das Uriaszeichen p. v. (politisch verdächtig) eingetragen, welche zwei Buchstaben den Träger auf allen Schlachtfeldern, sei es in Rußland, sei es in Serbien, sei es in Rumänien, sei es in Italien, der fortwährenden strengen Aufsicht und sonstigen Annehmlichkeiten empfahl; die Korrespondenz wurde aufgehalten und gelesen; Leute aller Schichten und Stände lebten unter fortwährender Polizeiaufsicht; Gasthäuser, Kaffeehäuser, Theater, Promenaden waren voll Spitzel und das Spitzeltum drang selbst in die Familien ein; anonyme Anzeigen kamen massenhaft von allen Seiten und auf Grund derselben fanden Verhöre, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Gefangenhaltungen statt; kindische Flugzettel wurden, weiß Gott wie, unter der frommen Bevölkerung verbreitet und wehe jedem, von dem es erwiesen wurde, daß er etwas Solches besessen, gelesen oder auch nur gesehen hat; alle bürgerlichen Rechte waren aufgehoben, es gab keine persönlichen Freiheiten, es gab keine Verfassungsfreiheiten, es gab nur Militärgerichte und diese arbeiteten, wie sie arbeiten mußten; böhmische Leute wurden in Untersuchung gezogen und von Richtern gerichtet, die kein Wort böhmisch verstanden; es war niemand, sowohl bei Tag als auch bei Nacht, sicher, es kam ein Regenguß von Todesurteilen, lebenslänglichen Kerkerstrafen, hunderten und hunderten Jahren Kriminal, es wurde das Vermögen konfisziert: Frauen, Studenten, Komptoiristinnen, Schriftsteller, Abgeordnete, Bankdirektoren, Funktionäre verschiedenster Korporationen, Greisler, Arbeiter, Journalisten, Geistliche aller Bekenntnisse — alles war verdächtig, die ganze Nation war verdächtig . . .

Seit der Persekution nach der Schlacht am Weißen Berge gab es keine grausamere als diese in den Jahren 1915 bis 1916 im Königreiche Böhmen gehandhabte militärische Persekution; beide stehen würdig nebeneinander, ja die unsere Persekution ist die Summe aller Persekutionen, welche an uns durch drei Jahrhunderte vollzogen wurden.

Heute hoffen wir, daß es auch die letzte Persekution war."

Aus dem obigen Artikel geht hervor, daß in demselben lediglich faktische Zustände geschildert wurden und daß niemand anderer als die parteiische Zensur der Presse unbegreifliche Hindernisse in den Weg stellt. Nachdem trotz wiederholter Versicherungen von einem mildernden Einfluß der k. k. Regierung auf die Zensur in Prag nichts zu sehen ist, stellen die Gefertigten an Eure Exzellenz die Anfragen:

„1. Billigen Eure Exzellenz das Vorgehen der Zensur im vorliegenden Falle?

2. Sind Eure Exzellenz geneigt zu verfügen, daß die Veröffentlichung der konfiszierten Stellen sofort gestattet wird?

3. Sind Eure Exzellenz bereit, zur vollständigen Aufhebung der politischen Zensur zu schreiten und der Willkür der Zensurorgane ein Ende zu bereiten?"

Wien, 20. November 1917.

Exner.	Dr. Franta.
Dr. Šubrt.	Konečný.
Vodňanský.	Vacek.
Dr. Lukovský.	Dr. Koerner.
Dr. Hübschmann.	Dr. Baxa.

1476
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Gostinčar und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ernährungsminister, betreffend den Zuckermangel.

Der Zucker ist bekanntlich ein unentbehrliches Nahrungsmittel, insbesondere für die ärmere Bevölkerung, welche sich oft mit Nahrung begnügen muß, bei welcher der Zucker einen der wichtigsten Bestandteile bildet.

In sehr vielen Familien ist der Kaffee oder ein dem Kaffee ähnliches Gebräu die Hauptnahrung, besonders jetzt, wo die Lebensmittelteuerung einen Höhegrad erreichte, der allen Begriffen spottet. Zum Kaffee braucht man Zucker, der aber jetzt auf einmal verschwunden ist und die Leute wohl Zuckerkarten, aber keinen Zucker haben können.

Die Bevölkerung fragt, wieso daß der Zucker nicht zu haben ist und vermutet dahinter nur die spekulative Absicht der Zuckerfabrikanten und der Zentrale, die den Zucker derzeit zurückhalten, um ihn später teurer abzugeben.

Da aber der Zuckermangel eine ernste Volksfrage bildet, die baldmöglichst gelöst werden muß, fragen die Unterfertigten:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, dahin zu wirken, daß das für die Bevölkerung bestimmte Quantum Zucker an die Bevölkerung regelmäßig abgegeben wird?"

Wien, 23. November 1917.

Dr. Pogačnik.
Dr. Gregorčič.
Dr. Vukotić.
Prodan.
Dr. Laginja.
Benkovič.

Gostinčar.
Biankini.
V. Hladnik.
Perić.
Dr. Rybař.
Jočević.

1477
I

Anfrage

des

Abgeordneten Josef Grim und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister, betreffend den Mangel an Petroleum und Kerzen.

Dieser langandauernde Kriegszustand hat schon in allen Lagen der notwendigen Bedarfsartikel in der breiten Masse der produzierenden Bevölkerung ungeheure Einschränkungen hervorgerufen und zwar so, daß unter diesen Umständen in Weiterbetrieb vollständig ausgeschlossen erscheint.

Unter diese abgängigen Bedarfsartikeln reiht sich jetzt in erster Linie die Beleuchtungsfrage in den einzelnen Wirtschaftsgehöften und Gewerbebetrieben.

Bei der ständigen Abnahme der Arbeitskraft wird die Ausnützung der Nachtarbeit immer mehr in Anspruch genommen und ist hiezu unbedingt das notwendige Licht erforderlich, wenn man bedenkt, daß schon vor dem Kriege auf dem Lande um 4 Uhr früh mit der Stallarbeit begonnen werden mußte, um das Milchprodukt zur rechten Zeit an Ort und Stelle zu bringen, so ist es gerade jetzt in der arbeiterarmen Zeit von großer Wichtigkeit die Morgen- und Abendzeit in Verwendung zu bringen.

Nun fehlt aber das notwendige Petroleum und die Kerzen und die Zuweisungen sind viel zu gering, daß größeren und ganz großen Besitzern nur 1 bis 2 Liter im Monat überwiesen werden können. Es wird jedem vernünftig denkenden Menschen klar sein, daß mit diesem Quantum nicht 5 bis 10 Wirtschaftsräume 5 bis 6 Stunden täglich in einem Monat beleuchtet werden können. Dabei kommen noch nicht alle übrigen Wohnräume in Betracht, wo man doch auch aus Gründen des Menschlichkeitsgefühls Anspruch auf eine Stunde Beleuchtung früh und abends haben sollte; es sind Fälle bekannt, wo Wöchnerinnen und Kranke ganz und gar ohne Licht sich dem Schicksal ihres Elends preisgeben müssen. Dabei gibt es Leute, welche Petroleum in den Handel bringen, wo es ohne Bezugschein bezogen werden kann, wenn nur 7 K für den Liter bezahlt werden. Solche Fälle haben sich ergeben bei dem jüdischen Kaufmann Gregor in Amstetten.

Den Gemeinden des politischen Bezirkes Amstetten sind auch im Monat Oktober Kerzen zum Bezuge zugewiesen worden, sind aber bis heute noch nicht zur Ausgabe gelangt. Die ganze Bevölkerung hat sich schon ohnedies an kolossale Einschränkungen gewöhnt, ein weiteres gibt es nicht mehr, jetzt ist es wohl schon Sache der Regierung, wenn sie noch einen Funken Patriotismus hat, dafür zu sorgen, daß das wenige Vieh, das noch vorhanden ist, noch mit dem Rest Futter, welches die Heeres- und Zivilverwaltung noch übrig läßt, auch gefüttert und betreut werden kann, wenn überhaupt noch Milch, Fett und Fleisch geleistet werden soll.

Die gleichen Verhältnisse sind in den Mühlen, Fleischhauereien und allen Geschäftszweigen, welche

ebenfalls gezwungen werden, ihre Betriebe fast einzustellen.

Die Gefertigten stellen daher mit Rücksicht auf die geschilderten Umstände die Anfrage:

„Sind Seiner Exzellenz die großen Kürzungen von Zuweisungen des Petroleums an die Landwirtschaft und die daraus entstehenden Schädigungen in bezug der Approvisionierung bekannt?

Ist Seine Exzellenz auch bereit, sofort dafür Sorge zu tragen, daß um mindestens 50 Prozent der jetzigen Zuweisungen im allgemeinen mehr verabfolgt werden?"

Wien, 23. November 1917.

Josef Grim.
M. Huber.
Jedek.
Joh. Kreilmeir.
Miklas.
Grafinger.
Frankenberger.
Hötzendorfer.
Perwein.
Dr. Jerczabek.
Riedrist.
Guggenberg.
Parrer.
Dr. Baechlé.
Eisterer.

1478
―――
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. v. Halban und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Ministerpräsidenten und an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Minister für Galizien, betreffs der unzureichenden Invalidenfürsorge in Galizien, sowohl hinsichtlich ihrer Schulung als auch hinsichtlich ihrer Nachkuren.

Die Fürsorge für Kriegsbeschädigte muß wohl als eine der wichtigsten Ehrenpflichten des Staates betrachtet werden. Dieser Auffassung huldigen alle Kreise und auch der Staat ist sich seiner Aufgaben auf diesem Gebiete bewußt, indem er die Vorbereitung der Kriegsbeschädigten für viele Erwerbszweige fördert, außerdem aber bemüht ist, ihre Gesundheit durch längere Nachbehandlung in Kurorten zu kräftigen. Doch ist in Galizien in diesen Richtungen unvergleichlich weniger geschehen, als anderwärts.

Wohl haben wir seit 1. April 1916 eine Invalidenschule in Lemberg, doch fehlt derselben noch immer eine orthopädische Anstalt, so daß die orthopädische Nachbehandlung und die praktische Übung in der Benützung der beschädigten Gliedmaßen, was eine zweckentsprechende Ergänzung der Invalidenschulung bildet, bisher unmöglich ist. Ebenso empfindlich ist der Mangel einer Prothesenwerkstätte. Das hat nun zur Folge, daß einerseits der Unterricht weniger erfolgreich ist, weil die Teilnehmer ohne entsprechende orthopädische Nachbehandlung niemals die nötige Geschicklichkeit und Beweglichkeit erlangen können, andererseits aber jede Notwendigkeit einer Prothesenreparatur die Unterbrechung des Unterrichtes hervorruft, da der Betreffende Lemberg verlassen und nach Frankstadt fahren muß. Alle Bemühungen blieben bisher vergeblich; es gelang weder einen orthopädischen Spezialisten für die Invalidenschule zu erlangen, noch auch die Mittel zur Errichtung einer Prothesenwerkstätte. Wie diese Anstalt behandelt wird, geht übrigens schon daraus hervor, daß dieselbe bis 11. November d. J. nicht einmal Heizstoff erlangen konnte, so daß die Arbeit in den Lehrsälen zu Beginn dieses Monates ausgesetzt werden mußte!

Ebenso erscheinen die zahlreichen Kurorte, in denen die erforderliche Nachbehandlung der Kriegsbeschädigten erfolgen könnte, gänzlich vernachlässigt. Hierbei sind die im Kriege zerstörten Kurorte, wie Delatyn, Rymanów, Iwonicz, Niemirów usw. von den noch nicht ganz ruinierten zu unterscheiden. Für die ersteren muß man eine schleunige Wiederherstellung fordern, damit sie den immer zahlreicheren Kriegsbeschädigten ehebaldigst dienen können; hinsichtlich der anderen aber, die weniger gelitten haben, ist die sofortige Instandsetzung geboten und es erscheint direkt unerklärlich, warum diese Kurorte nicht ausgenützt werden.

Es genügt zu erwähnen, daß zum Beispiel Truskawiec, ein Kurort, in welchem vor dem Kriege 5000 bis 6000 Kurgäste jährlich Heilung suchten, dermalen zu militärischen Bequartierungszwecken verwendet wird, anstatt als Heilstätte zu dienen. Ein anderer Ort, Lubień, der eine Frequenz von 4000 Kranken, also monatlich 1000, aufwies, beherbergt ein Spital, zu welchem Zwecke zum Beispiel Badekabinen ausgebrochen wurden, um durch Vereinigung mehrerer Baderäume größere Belagräume zu schaffen. Es werden überhaupt die Kurorte und ihre mühselig hergestellten Einrichtungen zweckwidrig behandelt, förmlich vernichtet, anstatt

ausgestaltet und für die Kriegsbeschädigten oder für Zivilkranke verwendet zu werden. Der Verband der galizischen Kurorte hat vor mehreren Monaten der k. k. Zentrale für Wiederaufbau ein ausführliches Promemoria vorgelegt, die Schäden angeführt und den Plan einer großzügigen Aktion entworfen — alles bisher vergeblich.

Während in allen Kronländern Invalidenschulen und Werkstätten gefördert werden und alle Kurorte den gesundheitlichen Anforderungen gemäß eine Ausgestaltung anstreben, um nicht nur den Zivilkranken, sondern auch den Kriegsbeschädigten dienen zu können, besteht in Galizien in beiden Hinsichten die erwähnte Vernachlässigung, zum Nachteile der Kriegsbeschädigten, aber auch aller Landesinteressen. Die anderen Kronländer dürfen erwarten, daß ihre Invaliden im Lande Nachbehandlung und Einübung erfahren, so daß sie widerstandsfähig und erwerbsfähig werden; die nach Galizien zuständigen entbehren entweder ganz der erwünschten Rekonvaleszentenbehandlung oder aber sie müssen dieselbe weit von ihrer engeren Heimat suchen; auch ihre Vorbildung für das Erwerbsleben fällt — wie betont wurde — nicht so sorgfältig aus.

Nachdem es sich hier nicht um eine einfache Ressortangelegenheit handelt, sondern um eine durch die Verquickung vieler Umstände komplizierte Frage, insbesondere auch um die Notwendigkeit des Schutzes der Kurorte vor militärisch zweckwidriger Verwendung, erwarten die Unterzeichneten, daß sich Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident und Seine Exzellenz der Herr Minister für Galizien der angeführten Mängel annehmen, die nicht ausschließlich vom Standpunkte kompetenter Ressorts, sondern vom Standpunkte der speziell in Frage kommenden Landesinteressen beurteilt und behoben werden.

Die Unterzeichneten fragen daher:

„1. Sind der k. k. Regierung die hier erwähnten Versäumnisse bekannt?

2. Ist die k. k. Regierung geneigt, dieselben zu untersuchen und zu beheben?“

Halban.
Smitowski. Götz.
Kędzior. Matakiewicz.
Gall. Potoczek.
Rychlik. Dr. Steinhaus.
Czaykowski. Stesłowicz.
Dr. Marek. Abrahamowicz.

1479
I

Anfrage

des

Abgeordneten Hartl und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend überflüssige Härten und Rücksichtslosigkeiten bei Einberufungen zur Kriegsdienstleistung.

In Johannesthal bei Reichenberg und jedenfalls auch in anderen Gemeinden wurden am Sonntag den 18. November zahlreichen Arbeitern Einberufungskarten zugestellt, durch welche ihnen befohlen wurde, bereits am Vormittage des nächsten Tages, also am 19. November, beim k. k. Landsturmbezirkskommando Nr. 10 in Jungbunzlau zu erscheinen.

Die Einberufungskarten sind von dem genannten Landsturmbezirkskommando bereits am 16. November ausgestellt worden. Während also von der Ausstellung der Einberufungskarte bis zu ihrer Zustellung ein Zeitraum von zwei Tagen aufgewendet wurde, ist den von der Einberufung betroffenen Männern zur Einrückung und Regelung ihrer privatwirtschaftlichen und Familienangelegenheiten eine Frist von kaum 24 Stunden eingeräumt worden. Darin liegt eine besondere Härte, die umso verbitternder wirkt, da aus der Langsamkeit, mit der die Einberufungskarte befördert wurde, auf keine besondere Dringlichkeit geschlossen werden kann.

Auch aus der Dienstesbestimmung der Einberufenen ist ersichtlich, daß es sich keineswegs um unaufschiebbaren, dringlichen Dienstantritt handelt. Um dies an einzelnen Beispielen zu erweisen, sei angeführt, daß in der Einberufungskarte unter „Verwendungsart" ein Vergolder zur Verwendung als „Lithograph" und ein Tischler als „Polier" bestimmt wurde. Es wird kaum behauptet werden können, daß der Vergolder schon nach 24 Stunden lithographische Arbeiten wird leisten können.

Diese plötzlichen Einberufungen und die zweckwidrige Verwendung der Einberufenen zu Arbeiten, für welche ihnen jede fachliche Ausbildung fehlt, zeigen wiederum, daß seitens einzelner militärischer Behörden die so dringend nötige, wiederholt geforderte und auch zugesagte möglichste Rücksichtnahme auf menschliche und wirtschaftliche Interessen der Bevölkerung vollständig außer Acht gelassen wird. Dies ist umsomehr zu bedauern, als die Bevölkerung ohnehin unter den unvermeidlichen Lasten des Krieges furchtbar leidet und jede ungerechtfertigte Verschärfung dieser Lasten nur geeignet ist, Verbitterung erzeugen.

Die Unterzeichneten stellen daher an den Herrn Minister für Landesverteidigung die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, die unterstehenden Militärbehörden strengstens dazu zu verhalten, daß bei Einberufungen alle mit dem Zwecke derselben vereinbarlichen Rücksichten beachtet und daß ungerechtfertigte Härten unter allen Umständen hintangehalten werden?"

Wien, 23. November 1917.

	Kemetter.	Dr. v. Langenhan.	Hartl.
Spies.	Dr. Bodirsky.	Brunner.	J. Goll.
Hofer.	Nagele.	F. Wagner.	Soukup.
Dr. Lodgman.	O. Teufel.	Kletzenbauer.	Paulik.
Pacher.	Strziska.	Iro.	Wilhelm Maixner.

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Herold, Schreiter, Kroy und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung, betreffend die Kürzung der Mehlquote im Bezirke Brüx.

Die Bezirkshauptmannschaft Brüx sah sich veranlaßt, eine Kürzung der Mehlquote um ein Viertel Kilogramm vorzunehmen. Allerdings wird diese Kürzung nur als eine vorübergehende bezeichnet, zugleich aber hinzugefügt, daß es auch weiterhin nicht ausgeschlossen sei, daß zeitweise nicht das volle Kochmehl zur Verfügung stehen werde, in welchem Falle das Fehlende durch Erhöhung der Brotration werde ersetzt werden können.

Nicht um Beunruhigung in der Bevölkerung hervorzurufen, sondern im Gegenteile, um die Beruhigung der Bevölkerung wieder anzubahnen, sehen sich die Gefertigten genötigt, von dieser vorgenommenen Mehlkürzung Eurer Exzellenz Mitteilung zu machen und ungesäumte Abhilfe zu fordern.

Denn, wenn auch die Bezirkshauptmannschaft in Brüx erklärt, es sei auf absehbare Zeit kein Grund zu ernster Beunruhigung vorhanden, so muß doch mit allem Nachdrucke darauf verwiesen werden, daß eine solche Beunruhigung bereits entstanden ist und entstehen mußte.

Es sei hier ausdrücklich hervorgehoben, daß die Bezirkshauptmannschaft Brüx an dem eingetretenen Mangel des nötigen Kochmehles keinerlei Verschulden trägt, im Gegenteile, die Bezirkshauptmannschaft in Brüx leistet das unter den bestehenden Verhältnissen Möglichste, um die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versehen.

Auch an den Getreideproduzenten des Brüxer Bezirkes ist es nicht gelegen, daß dieser Mangel eingetreten ist, steht doch der Brüxer Bezirk, der im überwiegenden Teile industriell und durch den Bergbau der Landwirtschaft entzogen ist, bezüglich der Getreideablieferung mit an erster Stelle in ganz Böhmen.

Die Schuld liegt einzig und allein in ungenügendem Zuschube in unseren dichtbevölkerten, hochwichtigen Bezirk.

Wenn nun aus einem solchen Bezirke auch noch erhebliche Mengen Getreides, angeblich als Saatgut, nach anderen, vornehmlich tschechischen Bezirken, beispielsweise nach dem ganz agrarischen Wittingauer Bezirke im fernen Südböhmen, wegdisponiert werden, so ist es wahrlich nicht zu wundern, daß dann plötzlich einmal Mangel an Getreide und Mehl eintritt.

Um so größer aber wird dann die Verpflichtung der staatlichen Bewirtschaftung, für den genügenden und rechtzeitigen Ersatz ungesäumt Sorge zu tragen, und um so größer wird das Recht der Bevölkerung, die jederzeitige und zureichende Sicherstellung der ohnehin kargen, zum bloßen Fortfristen des Lebens kaum genügenden Mehlmenge zu fordern.

Wenn dies bisher nicht geschah, so muß sich der Bevölkerung begründete Beunruhigung bemächtigen, aber auch Entrüstung, die um so größer wird, als es eine unwiderlegbare Tatsache ist, daß im tschechischen Gebiete Böhmens die Getreideablieferung vielfach alles zu wünschen übrig läßt.

Die Gefertigten stellen sohin die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz bereit, ungesäumt Veranlassung zu treffen, daß dem Bezirke Brüx sofort jene Mengen an Getreide, beziehungsweise Mehl zugeschoben werden, die zur Ausgabe der ungekürzten Mehlquote erforderlich sind?"

Wien, 23. November 1917.

Dr. Herold.
Pacher. Fr. Schreiter.
Dr. Roller. Kroy.
Felzmann. Kraus.
Kopp. M. Hummer.
K. H. Wolf. O. Teufel.
Dr. Bodirsky. Dr. Michl.
Al. Rieger. Bernt.
Dr. Wichtl. Heine.

1481
I

Anfrage

der

Abgeordneten Hofer, Pirker und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Entlassung der im Jahre 1867 geborenen Landsturmmänner.

Durch Allerhöchste Gnade wurden die in den Jahren 1865 und 1866 geborenen Landsturmmänner entlassen, beziehungsweise rückbeurlaubt.

Gleichzeitig mit diesen sind im Jänner 1916 auch die im Jahre 1867 Geborenen eingerückt. Diese haben zum größten Teil das fünfzigste Lebensjahr vollendet und sind vorwiegend körperlich minderwertig.

Eine große Anzahl von Familien könnte gerettet, viele landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebe könnten erhalten, viele Bedürfnisse nicht nur der Volkswirtschaft, sondern auch des Heeres könnten befriedigt werden, wenn auf den Kriegsdienst der Fünfzigjährigen nunmehr verzichtet würde.

Die Unterzeichneten stellen daher die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz der Herr Minister für Landesverteidigung geneigt, Seiner Majestät dem Kaiser die Bitte auf Entlassung der im Jahre 1867 geborenen Landsturmmänner zu unterbreiten?“

Soukup. | H. Hofer.
Dr. Waldner. | Pirker.
Dr. Schreiner. | Goll.
A. Seidel. | Strziska.
W. Teltschik. | Spies.
Luksch. | Barbo.
Nagele. | F. Wagner.
Herzmansky. | Dr. Steinwender.
Josef Brunner. | Wilhelm Maixner.
L. Pongratz. | Lutschounig.

1482
―
I

Interpelacya

posła J. Jachowicza i towarzyszy do Jego Ekscellencyi pana Ministra obrony krajowej w sprawie nadużycia landsturmisty Jüdla Mardera, rzeźnika z Łańcuta i towarzyszy przy rekwizycyach bydła w powiecie łańcuckim w Galicyi.

W roku 1914 w październiku Jüdel Marder, landsturmista z posterunku c. k. żandarmeryi został przydzielony przez tenże posterunek do assystencyi przy rekwizycyach dla konsumcyi wojska stacyonowanego w Łańcucie.

Landsturmista Jüdel Marder awansował w krótkim czasie do stopnia tytularnego wachmistrza.

Aby mu łatwiej było swoje rzemiosło dokładniej spełnić, dobrał sobie do pomocy jeszcze dwóch, to jest Abę Sauer, handlarza bydła z Łańcuta i Saula Rübenfelda, handlarza z Wysokiej. Spółka ta zjawiła się często niespodzianie w stajniach włościańskich, wybierała sztuki bydła, które im się najbardziej podobały, niepytając się nikogo, czy ta sztuka lub inna jest do sprzedania, rzucała właścicielowi jakąkolwiek kwotę, zdaniem jego wystarczającą, zabierała wybraną sztukę, nie zważając na lamenty i płacz kobiet, a jeżeli się ktoś poważył słówko oporne wypowiedzieć groźnemu panu wachmistrzowi w mundurze wojskowym, otrzymywał nietylko szturkańce i kułaki, ale wzywał do pomocy żołnierzy landsturmistów przydzielonych do posterunków żandarmeryi, jak to miało miejsce w Albigowej, którzy przykładali bagnet do piersi właściciela grożąc, że za najmniejsze słówko oporne użyją broni, a wszystko bydło zabiorą bez wynagrodzenia, co naturalnie odnosiło ten skutek, że właściciele, a najwięcej kobiety, czując ostre żelazo na piersiach, ulegały przemocy, z obawy przed użyciem broni i dla uratowania reszty bydła od grabierzy czyli tak zwanej rekwizycyi.

Że tak było, niechaj posłużą następujące fakta:

W gminie Albigowej zabrała ta spółka 18 sztuk bydła w ten sposób praktykowany, a mianowicie:

Wojciechowi Reizer, Nr. 353, krowę wartości w owym czasie 500 K, a zapłaciła ta spółka 180 K. Tomaszowi Trojnar za buhaja wartości 300 K, zapłacono 160 K. Walentemu Sobek, Nr. 2, za jałówkę wartości 200 K, zapłacono 60 K, Tomaszowi Filar, Nr. 77, za jałówkę wartości 300 K, zapłacono 120 K, Maryi Bytnar, Nr. 131, za jałówkę wartości 400 K, zapłacono 300 K. Mikołajowi Bytnar, Nr. 43, za jałówkę wartości 300 K, zapłacono 110 K, Annie Filar, Nr. 352, za krowę wartości 340 K, zapłacono 120 K, Maryi Nawojskiej, Nr. 323, za krowę i jałówkę wartości 800 K, zapłacono 210 K, Jędrzejowi Wojnarowi, Nr. 50, za krowę wartości 220 K, zapłacono 80 K, Jędrzejowi Kuzniarowi, Nr. 204, za jałówkę wartości 160 K, zapłacono 70 K, Katarzynie Nowak, Nr. 378, za jałówkę wartości 200 K, zapłacono 130 K. Sebastyanowi Trojnar, Nr. 12, za jałówkę wartości 220 K, zapłacono 100 K, Józefie Reizer, Nr. 310, za jałówkę wartości 140 K, zapłacono 50 K. Józefowi Szpunar, Nr. 58, za krowę wartości 400 K, zapłacono 140 K, Wojciechowi Trojnar, Nr. 393, za krowę wartości 400 K, zapłacono 220 K. Weronice Trojnar, Nr. 60, za krowę wartości 300 K, zapłacono 140 K, Tomaszowi Kuzniar, Nr. 339, za krowę wartości 200 K, zapłacono 112 K.

W gminie Krzemienicy zapłacono za dwie sztuki bydła Klemensowi Głowiakowi 190 K. Maryi Pelc za jedną sztukę 120 K, Zofii Balawender 120 K, Annie Nycz 80 K. Maryi Rejman 80 K, Julii Władyka 200 K. Stanisławie Szubart 220 K. Wojciechowi Szubart 176 K, Józefowi Władyce 120 K. wszystkie te sztuki były same cielne jałówki.

Takie postępowanie działo się nietylko w tych dwóch gminach ale i w sąsiednich wioskach.

Wobec takiego postępowania Jüdla Mardera, tytularnego wachmistrza, podpisani zapytują:

„Czy są mu znane wyż podane fakta?

Czy uznaję za stosowne, aby przeprowadzono w tej sprawie dochodzenie i winnych pociągnięto do odpowiedzialności?

Czy nie byłby skłonny wydać zarządzenie, aby pokrzywdzonym właścicielom wynagrodzono szkodę, jaką wskutek tego ponieśli?“

J. Jachowicz.
Witos. Średniawski.
Dyło. Lewicki.
Rusin. Długosz.
Kędzior. Tetmajer.
Ruebenbauer. Dr. Biały.
Bomba. Fila.
Myjak. Łyszczarz.
Siwula. Śmiłowski.
Bojko. Kubik.

Authentische Übersetzung.

1482
I.

Anfrage

des

Abgeordneten J. Jachowicz und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Übergriffe des Landsturmmannes Jüdl Marder, Fleischhauers aus Łańcut, und Genossen bei den Viehrequisitionen im Bezirke Łańcut in Galizien.

Im Oktober 1914 wurde Jüdl Marder, Landsturmmann des Gendarmeriepostens, von demselben zur Assistenzleistung bei den für die in Łańcut dislozierten Truppenverbände vorgenommenen Requisitionen bestimmt.

Der Landsturmmann Jüdl Marder ist in kurzer Zeit bis zum Titularwachtmeister befördert worden.

Um sein Handwerk besser ausüben zu können, hat er sich noch den Viehhändler Aba Sauer aus Łańcut und den Händler Saul Rübenfeld aus Wysoka als Helfer mitgenommen. Diese Gesellschaft erschien häufig ganz unerwartet in bäuerlichen Stallungen, suchte sich das beste Vieh aus, ohne jemanden zu fragen, ob das betreffende Stück überhaupt verkauft wird, warf dem Besitzer irgendeinen Betrag hin, der ihm als ausreichend erschien und nahm die betreffenden Tiere weg, ohne das Jammern und Weinen der Frauen zu berücksichtigen. Hat es aber jemand gewagt, ein Wort des Widerspruches dem in militärischer Uniform fungierenden gestrengen Herrn Wachtmeister zu erwidern, dann erhielt er nicht nur Püffe und Faustschläge, sondern es wurden von ihm sogar die dem Gendarmerieposten zugeteilten Landsturmmänner zur Hilfeleistung herangezogen. Dies war beispielsweise in Albigowa der Fall, wo dem Besitzer Bajonette an die Brust gelegt und ihm für das geringste Wort mit dem Waffengebrauche gedroht wurde. Das ganze Vieh ist ihm ohne Entschädigung weggenommen worden und die Besitzer, vor allem die Frauen, die den scharfen Stahl an der Brust fühlten, mußten der Gewalt weichen aus Furcht, daß von der Schießwaffe Gebrauch gemacht werde und sie den Rest ihres Viehstandes vor der gewaltsamen Wegnahme, das ist der sogenannten Requisition, nicht werden retten können.

Zum Beweis des Vorausgeschickten führen wir folgende Tatsachen an:

In der Gemeinde Albigowa hat die vorerwähnte Gesellschaft auf diese Weise 18 Stück Vieh weggenommen, und zwar dem Wojciech Reizer die Kuh Nr. 353 im Werte von 500 K um den Kaufpreis von 180 K, dem Tomasz Trojnar einen Stier im Werte von 300 K um einen Kaufpreis von 160 K, dem Walenty Pobek die Kalbin Nr. 2 im Werte von 300 K gegen Bezahlung von 60 K, dem Tomasz Filar die Kalbin Nr. 77 im Werte von 300 K um 120 K, der Marie Bytnar die Kalbin Nr. 131 im Werte von 400 K um 300 K, dem Mikolaj Bytnar die Kalbin Nr. 43 im Werte von 300 K um 110 K, der Anna Filar die Kuh Nr. 352 im Werte von 340 K um 120 K, der Marya Nowajska die Kuh Nr. 323 und eine Kalbin im Gesamtwerte von 800 K um 210 K.

Jędrzej Wojnar bekam für die Kuh Nr. 50 im Werte von 220 K nur 80 K, Jędrzej Kuźniar für die Kalbin Nr. 204 im Werte von 260 K nur 70 K, Katarzyna Nowak für die Kalbin Nr. 378 im Werte von 200 K nur 130 K, Sebastyan Trojnar für die Kalbin Nr. 12 im Werte von 220 K nur 100 K, Józefa Reizer für die Kalbin Nr. 310 im Werte von 140 K nur 50 K.

Józef Szpunar für die Kuh Nr. 58 im Werte von 400 K nur 140 K, Wojciech Trojnar für die Kuh Nr. 393 im Werte von 400 K nur 220 K, Weronika Trojnar für die Kuh Nr. 60 im Werte von 300 K nur 140 K, Tomasz Kuźniar für die Kuh Nr. 399 im Werte von 200 K nur 112 K.

In der Gemeinde Krzemienica erhielt Klemens Głowiak für zwei Stück Vieh 190 K, Marya Pelz für ein Stück Vieh 120 K, Zofia Balawender 120 K, Anna Rycz 80 K, Marya Reżman 80 K, Julia Władyka 200 K, Stanisław Szubart 220 K, Wojciech Szubart 176 K, Józef Władyka 120 K, wobei es sich durchwegs um trächtige Kalbinnen handelte. Auf diese Weise ist nicht nur in den zwei erwähnten Gemeinden, sondern auch in den umliegenden Dorfgemeinden vorgegangen worden.

In Anbetracht des obgeschilderten Vorgehens des Titularwachtmeisters Jüdl Marder stellen die Gefertigten die Anfragen:

„Sind Eurer Exzellenz die oben angegebenen Vorfälle bekannt?

Sind Eure Exzellenz geneigt, in dieser Angelegenheit eine Untersuchung einleiten und die Schuldigen zur Verantwortung ziehen zu lassen?

Sind Eure Exzellenz bereit zu veranlassen, daß den geschädigten Viehbesitzern der entstandene Schaden wieder gutgemacht werde?“

J. Jachowicz.

Witos. — Myjak.
Ruebenbauer. — Bojko.
Średniawski. — Fila.
Długosz. — Kubik.
Siwula. — Łyszczarz.
Tetmajer. — Dyko.
St. Biały. — Rusin.
Smiłowski. — Bomba.
Kędzior. — Lewicki.

1483
I

Interpelacya

posła Jachowicza i towarzyszy do Jego Ekscellencyi pana Ministra rolnictwa w sprawie zniszczenia zasiewów przez dziki w powiecie łańcuckim w Galicyi.

Od roku 1914., to jest od wybuchu wojny, dzierżawcy polowań zaniechali urządzać polowań na dziki, wskutek czego tak się rozmnożyły, że w niektórych okolicach a szczególnie w pobliżu lasów bardzo wielkie szkody narobiły w plonach w roku bieżącym przed zbiorami, a szczególnie w kartoflach, zagrażają również zupełnemu zniszczeniu zasianej oziminie i to w ten sposób, że trudno rozpoznać czy to pole zasiane czy świeżo zorane.

Wieśniacy są zupełnie bezsilni, aby zapobiedz tej katastrofie, gdyż żaden z nich, z powodu zakazu, nie posiada palnej broni, aby mógł od czasu do czasu odstraszyć zwierzynę, dzierżawcy zaś polowań mało się tą sprawą interesują, gdyż sami nie ponoszą żadnej szkody, a skutek jest taki, że gminy w powiecie łańcuckim Husów, Handzlówka i inne są narażone na zupełne zniszczenie zasianej oziminy. W jednej tylko gminie to jest Husowie zostało zniszczonych w ubiegłym roku przeszło 50 morgów a niemniej i w zasiewach jesiennych w Handzlówce zaś nieco dalej oddalonej od lasów przeszło 30 morgów.

Gospodarstwa te z tego powodu nietylko nie nie mogą pomódz państwu w dostarczeniu żywności ale same będą potrzebowały do wyżywienia swej rodziny pomocy od tego państwa.

Wobec tego podpisani zapytują:

„Czy Jego Ekscellencyi panu Ministrowi rolnictwa znane są wyż wymienione fakta?

Czy nie uzna za stosowne wydać zarządzenie, aby w tych gminach przeprowadzono dochodzenia i wynagrodzono poszkodowanym za wyrządzone szkody?

Czy nie byłby skłonny wydać odpowiedne rozporządzenie, aby wytępiono dziki w lasach celem uchronienia włościańskich szkód podobnych na przyszłość?“

J. Jachowicz.

Witos.	Kędzior.
Dyło.	Ruebenbauer.
Rusin.	Myjak.
Dr. Biały.	Długosz.
Łyszczarz.	Śmiłowski.
Kubik.	Siwula.
Bomba.	Bojko.
Średniawski.	Tetmajer.
Lewicki.	Fila.

Authentische Übersetzung.

1483
I

Anfrage

des

Abgeordneten Jachowicz und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ackerbauminister, betreffend die im Bezirke Łańcut in Galizien von Wildschweinen an Saaten verursachten Schäden.

Seit dem Jahre 1914, das ist seit Kriegsausbruch, unterlassen es die Jagdpächter, Wildschweinjagden zu veranstalten. Infolgedessen haben sich die Wildschweine derart vermehrt, daß sie heuer in vielen Gegenden, namentlich dort, wo sich Wälder in der Nähe befinden, an Feldfrüchten, insbesondere an Kartoffeln, große Schäden verursachten. Die Wintersaat ist vielfach derart zugerichtet, daß es schwer zu erkennen ist, ob das ein angebautes oder frisch geackertes Feld ist.

Die Landleute stehen dem machtlos gegenüber und können diese Katastrophe nicht abwenden, da infolge der bestehenden Verbote keiner von ihnen über eine Schießwaffe verfügt, um das Wild wenigstens ab und zu verscheuchen zu können, die Jagdpächter dagegen haben kein Interesse an der Sache, da sie dadurch keinen Schaden erleiden, und die Folge dessen ist, daß die Gemeinden Husów und Handzlówka (Bezirk Łańcut) und andere der Gefahr ausgesetzt sind, daß ihre ganze Wintersaat zugrunde geht. In der Gemeinde Husów allein sind im vorigen Jahre auf diese Weise 50 Joch Feld und in Handzlówka, von dem die Wälder weiter entfernt sind, mehr als 30 Joch Feld zugrunde gerichtet worden.

Aus diesem Grunde können die betreffenden landwirtschaftlichen Unternehmungen zur Lebensmittelversorgung des Staates nicht nur nichts beitragen, sondern sie werden sogar von der Regierung Lebensmittel für die Versorgung ihrer Familien benötigen.

Die Gefertigten stellen demnach die Anfrage:

„Sind Seiner Exzellenz dem Herrn Ackerbauminister die obgeschilderten Zustände bekannt?

Ist Seine Exzellenz geneigt, entsprechende Verfügungen zu treffen, daß in den betreffenden Gemeinden nach durchgeführten Erhebungen die verursachten Wildschäden vergütet werden?

Ist Seine Exzellenz bereit das Erforderliche zu veranlassen, daß in den erwähnten Wäldern die Wildschweine vertilgt werden, um auf diese Weise die Landwirte dieser Gegend vor ähnlichen Schäden in Hinkunft zu bewahren?"

Długosz.	Łyszczarz.		J. Jachowicz.
Siwula.	Śmiłowski.	Kędzior.	Witos.
Bojko.	Kubik.	Rusin.	Dyło.
Średniawski.	Lewicki.	Ruebenbauer.	Dr.-Biały.
Tetmajer.	Fila.	Mojak.	Bomba.

1484
I

Anfrage

der

Abgeordneten Kemetter, Freiherrn v. Pantz und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten, betreffend das Waffenstillstandsangebot Rußlands.

Wie verlautet, haben die derzeitigen Machthaber Rußlands nach dem Willen des russischen Volkes beschlossen, sich den Befehlshabern unserer Truppen mit dem Angebot eines Waffenstillstandes zwecks Eröffnung von Friedensverhandlungen zu nähern. Soll der nach Frieden lechzenden Welt in absehbarer Zeit geholfen werden, so darf der gegenwärtige Augenblick nicht ungenützt bleiben. Weder Bedenklichkeiten wegen der Legitimation der jetzigen russischen Machthaber noch diplomatische Überklugheit, noch die Einflüsse der verschiedenen Kriegsinteressenten dürfen jetzt ihre hemmende Wirkung ausüben. Vielmehr muß jenen Faktoren, welche Rußland und damit der Welt den Frieden bringen wollen, jede sittlich erlaubte moralische Hilfe geboten werden. Schwerste Verantwortung würden unsere Staatsmänner auf sich laden, wenn sie diese Möglichkeit, einen für alle Beteiligten ehrenhaften Frieden so rasch als möglich herbeizuführen und dem schrecklichen Massenschlachten ein Ende zu machen, nicht nutzen würden. Die Unterzeichneten stellen daher an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten die Anfrage:

„Sind Eure Exzellenz bereit, den heißen Wünschen des Volkes entsprechend, auf das k. u. k. auswärtige Amt und durch dasselbe auf die Regierungen der uns treu verbündeten Staaten in dem Sinne Einfluß zu nehmen, daß das Waffenstillstandsangebot des russischen Volkes zwecks Eröffnung von Friedensverhandlungen in vollster Erkenntnis und Wertung der ungeheuren Bedeutung dieses Ereignisses für den Gesamtfrieden aller Völker behandelt werde?"

Wien, 23. November 1917.

Redlich.	Kemetter.
Stefanyk.	Pantz.
Friedmann.	Dr. Heilinger.
Dr. Holubowycz.	Ganser.
Lahodyńskyj.	Zenker.
Hruska.	Ofner.
Lawruk.	Michael Brandl.
Leo Lewiczkyj.	Onciul.

1485
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Al. Konečný und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung, betreffend die Ablieferung von Mahlgerste aus Mähren nach Wien.

Über Auftrag des Volksernährungsamtes muß die Zweigstelle Brünn der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt täglich zehn Waggons Mahlgerste an die Dampfmühle Schöller in Wien abliefern. Diese Maßnahme schädigt die mährischen Mühlen und die mährische Landwirtschaft in ganz enormer Weise. Infolge mangelhafter Getreidezuweisung sind viele mährische Mühlen zur Einstellung ihrer Betriebe durch viele Wochen schon verurteilt, während die Wiener Mühlen sehr gut beschäftigt sind, da das Kronland Niederösterreich viel Getreide aufgebracht hat und die Wiener Mühlen überdies noch sehr viel rumänisches Getreide zugewiesen erhalten, das nach Mähren heuer überhaupt noch nicht gekommen ist und voraussichtlich auch nicht kommen wird, so daß die mährischen Mühlen nur auf das mährische Getreide angewiesen sind. Bereits im vorigen Jahre hat man die mährischen Mühlen durch die Hinwegbringung von Getreide kolossal geschädigt und es bedurfte monatelanger Proteste und Interventionen, um das mährische Getreide in Mähren zu behalten. Es erscheint daher erforderlich, schon jetzt gleich bei den ersten diesbezüglichen Verfügungen auf das entschiedenste zu protestieren. Durch die Hinwegbringung des Getreides werden aber nicht nur die Mühlen, sondern auch die Allgemeinheit namhaft geschädigt. Die Kleie fällt dem Lande zu, in welchem das Getreide gemahlen wird, es würden also auch die mährischen Landwirte Futtermittel verlieren, was sie angesichts des heurigen Futtermittelmangels schwer schädigen müßte. Auch ist es für die allgemeine Versorgung besser, wenn das Getreide im Lande vermahlen wird, da hierüber dann die mährischen Amtsstellen verfügen können, während an einen Rückersatz von anderen Kronländern nicht mehr zu denken ist. Besonders auffallend erscheint die Zuweisung an die Schöllerschen Mühlen, deren Generaldirektor Braun gleichzeitig Mühlenreferent der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt ist.

Nebstbei sei bemerkt, daß die Schöllermühlen nämlich in den letzten Wochen eine Fusion mit ungarischen Mühlen geschlossen haben, die von den österreichischen Mühlen als schwerer Angriff ihrer Interessen empfunden wird.

Auf Grund dieser Tatsachen fragen die Gefertigten:

„1. Aus welchen Gründen wurde die oben angeführte, die mährischen Mühlen und die mährischen Landwirte so kolossal schädigende Ablieferung von Mahlgerste aus Mähren nach Wien und deren Zuweisung an die Schöllerschen Mühlen verfügt?

2. Ist Eure Exzellenz geneigt, diese unbegründete Bevorzugung der Wiener Mühlen abzustellen und die Ablieferung von Mahlgerste aus Mähren unverzüglich einzustellen?“

Č. J. Lisý. Dr. Zahradník. Votruba. Vaněk. Bradáč.
J. V. Pokorný. Dr. Hruban. Kadlčák. A. Němec. J. Staněk.
Šamalík. Smrček. Klofáč. Oklešťek.
A. Konečný. T. Mlčoch. Stranský. Vaněk. Tomášek.

1486
I

Anfrage

des

Abgeordneten Kreilmeir und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Abziehung der Kriegsgefangenen von den landwirtschaftlichen Betrieben in Oberösterreich sowie die mangelhafte Bewachung derselben in den k. k. Kriegsgefangenenlagern.

Es mehren sich in Oberösterreich berechtigte Beschwerden, daß die Kriegsgefangenen, welche schon länger in den bäuerlichen Wirtschaften arbeiten, infolgedessen mit dem Betrieb vertraut sind, abgezogen und angeblich in industrielle Betriebe weiter gegeben werden, wodurch die landwirtschaftlichen Betriebe stark geschädigt werden, da ihnen Arbeitskräfte entzogen werden, welche die Produktion von Lebensmitteln sehr in Frage stellten. Der Schaden, der dadurch der Allgemeinheit zugefügt wird, kann in keiner Weise gerechtfertigt werden.

Durch die mangelhafte Bewachung der Kriegsgefangenen in den Lagern kommt es vor, daß sehr viele sich entfernen und sich raubend und stehlend herumtreiben, infolgedessen Aufregung und Unsicherheit in Oberösterreich in erschreckender Weise um sich greift, die Aufgegriffenen, wenn sie eingeliefert werden, entweichen in kürzester Zeit wieder und setzen ihre Beutezüge von neuem fort.

Ich stelle daher die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, das weitere Abziehen von Kriegsgefangenen von den landwirtschaftlichen Betrieben in Oberösterreich einzustellen und die Gründe für eine angeblich bestehende gegenteilige Verfügung bekanntzugeben und sind Euer Exzellenz geneigt, das massenhafte Entweichen der Kriegsgefangenen aus den k. k. Lagern mit allen Mitteln hintanzuhalten, damit das Eigentum in Oberösterreich gesichert erscheint?“

Wien, 23. November 1917.

Johann Kreilmeir.

Schweiger. Frankenberger.
Pichler. Hagenhofer.
L. Diwald. Tomaschitz.
Wollek. Berger.
List. Waldl.
Weiss. Grafinger.
Eisterer. Hötzendorfer.
Alois Brandl. Huber.

1487
I

Dotaz

poslance dra. Fr. Lukavského a soudruhů na pana c. k. ministra spravedlnosti pro hrubé porušování práva jazykového u okresního soudu ve Stříbře v království českém.

Dne 31. října podáno k c. k. okresnímu soudu ve Stříbře místopřísežné seznání jmění po zesnulé Antonii Čepkové, vdově po velkostatkáři v Rochlově, okres Stříbro, a to jazykem českým.

Dne 17. listopadu t. r. bylo však toto podání již registrované pod A 64/17/10 i s přílohami vráceno s tímto odůvodněním: „Wird behufs Einbringung in deutscher Sprache rückgestellt, da hiergerichts nur die deutsche Sprache üblich ist. K. k. Bezirksgericht in Mies. Abt. I, am 16. November 1917.“

Poněvadž toto jednání c. k. okresního soudu ve Stříbře odporuje zákonitým ustánovením, ježto uráží národní cit českého národa a poškozuje hmotně podavatele českých podání, táží se podepsaní:

Jest Vaše Excellence ochotna působiti k tomu, by c. k. okresní soud ve Stříbře, jenž až donedávna česká podání přijímal, činil tak i nadále?

Dr. Lukavský.

Fiedler. Funk.
Čech. Franta.
Kratochvíl. Vodňanský.
Tobolka. Šamalík.
Navrátil. Valoušek.
Stojan. Kadlčák.

Authentische Übersetzung.

1487
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Franz Lukavský und Genossen an den Herrn k. k. Justizminister, betreffend die grobe Verletzung des Sprachenrechtes beim Bezirksgericht in Mies im Königreich Böhmen.

Am 31. Oktober wurde beim k. k. Bezirksgericht in Mies das eidesstattige Vermögensbekenntnis hinsichtlich des Vermögens nach der verstorbenen Antonia Čepek, Großgrundbesitzerswitwe in Rochlowa, Bezirk Mies, und zwar in böhmischer Sprache überreicht.

Am 17. November d. J. wurde jedoch diese bereits sub A 64/17/10 registrierte Eingabe samt Beilagen mit nachstehender Begründung zurückgestellt: „Wird behufs Einbringung in deutscher Sprache rückgestellt, da hiergerichts nur die deutsche Sprache üblich ist. K. k. Bezirksgericht in Mies, Abt. I am 16. November 1917."

Da diese Handlungsweise des k. k. Bezirksgerichtes in Mies den gesetzlichen Bestimmungen widerspricht, da sie das nationale Empfinden der böhmischen Nation verletzt und die Überreicher böhmischer Eingaben materiell schädigt, fragen die Gefertigten:

„Ist Eure Exzellenz geneigt dahin zu wirken, daß das k. k. Bezirksgericht in Mies, welches bis vor kurzem böhmische Eingaben angenommen hat, dies auch weiterhin tue?"

Dr. Lukavský.

Dr. Franta.	Funk.
Čech.	Tobolka.
Kratochvíl.	Vodňanský.
F. Navrátil.	Kadlčák.
Stojan.	Fiedler.
Šamalík.	Valoušek.

1488
———
I.

Interpelacya

posła Madeja i towarzyszy do pana Ministra obrony krajowej o wypłatę świadczeń.

Dnia 22. grudnia 1914 wojska austryackie zabrały Jana Szafarza z Harklowy (poczta Skołyszyn, powiat Jasło) z wozem i parę koni będącymi własnością Michała Szafarza, ojca Jana z tejże miejscowości, jako podwodę. W osiem miesięcy później komenda c. i k. 5./3. kompanii pionierów stwierdziła w dniu 21. sierpnia 1915, że wedle komisyjnego oszacowania wojskowego, dwa duże konie przedstawiały wartość 1600 K. a wóz 200 K, razem 1800 K.

Tymczasem wedle pisma c. i k. Intendantury komendy wojskowej z 28. listopada 1915, galicyjska Dyrekcya krajowa skarbowa wypłaciła przez starostwo Jasielskie Michałowi Szafarzowi kwotę 800 K za konie i 120 K za wóz, razem 920 K.

Ponieważ Michał Szafarz bezskutecznie zabiega o wypłatę należnej mu wedle komisyjnego oszacowania wojskowego pozostałej kwoty 880 K. przeto podpisani zapytują:

„Czy Jego Ekscellencya zechce zarządzić co należy, aby wypłata za powyższe świadczenie wojenne nastąpiło w całości?“

Wiedeń, 20. listopada 1917.

J. Stapiński.	Madej.
J. Jachowicz.	Kubik.
Łyszczarz.	Lewicki.
Dyło.	Potoczek.
Rusin.	Dr. Matakiewicz.

Authentische Übersetzung.

1488
I

Anfrage

des

Abgeordneten Madej und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Bezahlung von Kriegsleistungen.

Am 22. Dezember 1914 haben die österreichischen Truppen den Johann Szafarz aus Hartlowa (letzte Post Skolyszyn, Bezirk Jasło) samt dem Wagen und einem Paar Pferde, die seinem Vater Michael Szafarz angehören, als Vorspann mitgenommen. Nach acht Monaten, das ist am 21. August 1915, hat das Kommando der k. u. k. 5/3. Pionierkompagnie festgestellt, daß die militärische kommissionelle Abschätzung die zwei großen Pferde mit 1600 K, den Wagen mit 200 K, das ist zusammen mit 1800 K bewertet hat.

Indessen hat laut Zuschrift der k. u. k. Militärintendanz vom 28. November 1915 die galizische Finanzlandesdirektion durch Vermittlung der Bezirkshauptmannschaft in Jasło dem Michael Szafarz den Betrag von 800 K für die Pferde und 120 K für den Wagen, das ist zusammen 920 K, ausgezahlt.

Da die bisherigen Bemühungen des Michael Szafarz um die Auszahlung des ihm nach der militärischen Abschätzung noch gebührenden Restbetrages von 880 K bisher erfolglos geblieben sind, fragen die Gefertigten:

„1. Ist Seine Exzellenz geneigt, das Notwendige zu verfügen, damit die obigen Kriegsleistungen zur Gänze bezahlt werden?"

Wien, 20. November 1917.

Stapiński.	Madej.
Kubik.	Łyszczarz.
Jachowicz.	Dyło.
Rusin.	Dr. Matakiewicz.
Lewicki.	Potoczek.

1489
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Zigismund Marek und Genossen, betreffend die Hungersnot in der Stadt Krakau.

Die kriegerischen Ereignisse haben eine Verelendung Galiziens zur Folge, die ihresgleichen im ganzen vergangenen Jahrhundert vergeblich sucht. Das Land wurde nicht nur durch den normalen Lauf der kriegerischen Operationen, sondern auch durch die verschiedenen Maßregeln seitens der zivilen und militärischen Behörden aufs ärgste heimgesucht. Wir waren und sind wie Feindesland behandelt und man hat vor keiner Ausnahms- oder Gewaltmaßnahme gescheut, um aus Galizien alles herauszupressen: auf Grund von nur für unser Land herausgegebenen Reservaterlässen wurde das ganze Menschenmaterial, auch die Krüppel, ausgehoben — und diesem Verluste des Menschenmaterials entspricht der Verlust von Hab und Gut, von allen Nahrungsmitteln, mit denen wir das ganze Reich versehen müssen.

Die staatliche Verwaltung hat gänzlich versagt. Unsere Zugehörigkeit zu diesem Staate dient nur dazu, damit wir alles zugunsten der Militärverwaltung und anderer Provinzen abgeben und der Staat erachtet es nicht als seine Pflicht, dem unglücklichen Lande mit Hilfe beizuspringen.

Im Lande selbst hat sich die gänzliche Schwäche der staatlichen Landesverwaltung gezeigt. Die staatliche Bewirtschaftung aller Nahrungsmittel, vor allem Getreide und Kartoffeln, ist nur auf dem Papier; die Regierungsorgane sind nicht genug stark und haben nicht den Mut, das im öffentlichen Interesse der Allgemeinheit beschlagnahmte Getreide in ihre Hand zu bekommen und der städtischen Bevölkerung zuzuführen.

Im Lande herrscht der Schleichhandel mit Mehl, welches den Preis von 600 K und mehr für 100 Kilogramm erreicht, und die elenden Wucherer stolzieren in Glanz und Ehren und die Regierung wagt nicht, sie festzunehmen und die ganze Schwere der gesetzlichen Bestimmungen gegen sie anzuwenden.

Die städtische Bevölkerung — die arbeitenden Klassen, das besitzlose Proletariat, die kleinen Beamten — wird in eine Lage versetzt die verzweiflungsvoll ist. Die Hungernden müssen in Gewaltausbrüchen ihrem Leiden Ausdruck geben, nachdem sie sehen, daß sie unter den Augen der Staatsgewalt und tatsächlich mit ihrem Zutun dem unausweichlichen Hungertote ausgeliefert sind.

Die Einwohner der Stadt Krakau, deren Zahl fast eine Viertelmillion erreicht, leiden am meisten unter diesen traurigen Verhältnissen.

Es geschieht seit einigen Monaten so, daß die Bevölkerung kaum zwei bis drei Tage in jeder Woche ihre Brotrationen bekommt, während sie die zweite Hälfte der Woche hungern muß.

Die Zuckerrationen wurden bei uns schon ab September l. J. vermindert, obwohl dies in allen anderen Provinzen erst ab November erfolgte.

Außerdem bekommt man überhaupt keinen Zucker, nur im Winkelhandel zu Wucherpreisen pro 10 K und höher pro 1 Kilogramm.

Die Stadt Krakau, welche in ihrer nächsten Nähe Kohlengruben besitzt, ist ohne Kohle. Beinahe zwei Drittel der Einwohner haben keine Kohle, das heißt zirka 150.000 Einwohner.

Angesichts dieser Tatsachen stellen wir an die Gesamtregierung die Anfrage:

„Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Bevölkerung der Stadt Krakau unverzüglich mit Lebensmitteln und anderen Bedarfsartikeln zu versehen?“

Diamand.	Dr. Steinhaus.	Moraczewski.	Dr. Marek.
Kleski.	Rychlik.	Daszyński.	Klemensiewicz.
Dr. Bobrowski.	Dr. Groß.	Reger.	Liebermann.
Kroguiski.	Rauch.	Galik.	Tertil.
		Sliwiński.	Steskowicz.

1490
I

Anfrage

der

Abgeordneten Freiherrn v. Pantz, Kemetter und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister.

Wiener Zeitungen brachten eine Anregung des Herrn Julius Schwarz zur Heranziehung der österreichischen Rentenwerte für die VII. Kriegsanleihe wie folgt:

Die Milliarden österreichischer Renten sind in ihrem Erträgnis durch die höheren Zinsen, welche für die Kriegsanleihen bewilligt worden, geschmälert worden. Nichtsdestoweniger hat der konservative Besitzer an ihnen vertrauensvoll festgehalten in Erwartung einer besseren Zukunft für Rentenwerte.

Die bisherigen Zeichnungen der Rentner auf Kriegsanleihe waren vielleicht aus diesem Grunde geringfügiger als es sonst der Fall gewesen wäre. Die Gewährung einer mäßigen Begünstigung an die Besitzer von österreichischen Friedenswerten bei der Zeichnung auf die VII. Kriegsanleihe wäre geeignet, die Kriegsanleihezeichnungen wesentlich zu fördern und zweifellos in den Besitzern der alten Renten eine neue große Zeichnerschichte für die Zwecke der VII. Kriegsanleihe mobil zu machen. Der Gedanke geht dahin, daß derjenige, der österreichische Renten welcher Kategorie immer in natura vorweist und VII. Kriegsanleihe in der Höhe des Nominalbetrages der vorgewiesenen Friedensrenten zeichnet, die Kriegsanleihe wohl auch nur zu den allgemeinen Bedingungen berechnet erhält, ihm aber außerdem ein halbes Prozent auf den Nominalbetrag der vorgewiesenen Friedensrente ausbezahlt wird. Die Zeichnungsstelle hätte die Friedensrente mit einem Vermerk zu versehen und dem Inhaber in natura wieder auszufolgen, so daß das Recht des billigen Bezuges nicht zweimal ausgeübt werden kann. Ein Verleihen von Renten zwecks Zeichnung auf Kriegsanleihe und zwecks Erwerbes der halbprozentigen Prämie und daher ein Handel mit Bezugsrechten wäre zu untersagen.

Eine weitere Anregung geht dahin, daß der Bevölkerung die leichte Gelegenheit geboten wäre, abgesehen von der Zeichnungsmöglichkeit bei den autorisierten Stellen Hundertkronen-Stücke und Fünfzigkronen-Stücke der VII. Kriegsanleihe gegen runde Beträge in fertigen Interimsstücken während der Emissionszeit und einen Monat darüber hinaus bei neuzuschaffenden Verkaufsstellen zu erwerben. Solche fertige Interimsstücke würden ununterbrochen aufgenommen werden und würden die kleinsten Sparer wiederholt zum Ankauf animiert werden. Perforierte Juxtenbücher mit 100 K und 50 K-Interimsscheinen müßten sogleich hergestellt werden und bei der Wichtigkeit der Kriegsanleihe müßten wohl die Schwierigkeiten der Herstellung zu beheben sein. Den breiten Schichten der Bevölkerung ist die Zeichnungsmanipulation lästig, sie will nur eine fertige Sache erwerben.

In Erwägung, daß eine Bevorzugung der österreichischen Rentenwerte im staatlichen Interesse liegt, daß durch die Heranziehung neuer größerer Zeichnungsschichten wesentlich mehr Kriegsanleihe gezeichnet werden würde, stellen die Gefertigten die Anfrage:

„Ob diese Anregungen Seiner Exzellenz bekannt sind?

Ob die österreichische Finanzverwaltung dieselben zu verwerten gedenkt oder welche Erwägungen dagegen ausschlaggebend sind?“

Wien, 23. November 1917.

	Dr. Bugatto.	Tomaschitz.	Pantz.
Spadaro.	Dr. Degasperi.	Okunewskyj.	Kemetter.
Barbo.	Dr. G. Gentili.	Schweiger.	Leo Lewickyj.
Hruska.	Baczyński.	Brandl.	Onyszkewycz.

1491
I

Anfrage

des

Abgeordneten Michael Petryckyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister in Angelegenheit der dem Einjährig-Freiwilligen Infanteristen Petryckyj Stefan zugefügten grassen Ungerechtigkeit infolge einer Verleumdung.

Stefan Petryckyj, Einjährig-Freiwilliger Infanterist, ordentlicher Hörer der rechtswissenschaftlichen Fakultät, wurde seitens eines galizischen k. k. Gendarmen, eines Polen, wegen Russophilentums sowie Spionage zugunsten Rußlands verleumdet. Als Beweise seiner Illoyalität wurde angeführt, daß seine Familie russophil gesinnt ist, doch es fehlt der ganzen erwähnten Gendarmerieanzeige an einem einzigen Beweise für diese seine lügenhafte Behauptung, da der genannte Gendarm kein einziges wahres Faktum der Spionage des Verleumdeten angeben konnte sowie überhaupt des vermeintlichen Russophilentums des Stefan Petryckyj oder eines irgendwelchen anderen Mitgliedes seiner ganzen Familie! Was ganz klar, wie die Sonne am Himmel ist, denn nicht nur Stefan Petryckyj aber niemand von seiner Familie niemals ein Russophile war und eben das Gegenteil davon sind, alle als entschiedene Ukrainer, dadurch Erbfeinde der Russen, Jahrhunderte langen wilden Unterdrücker der Ukraine, allbekannt sind.

Aus oben nahegelegten Gründen reichte zwar diese unerhörte verleumderische Anzeige zur Verurteilung des Stefan Petryckyj selbstverständlich nicht aus, aber erzielte hiermit der Gendarm seine tückische Absicht wenigstens teilweise, denn der Stefan Petryckyj wurde ohne jeden Grund in die Gruppe der politisch unverläßlichen Soldaten eingeteilt und als solchen versetzte man ihn aus seinem Infanterieregiment Nr. 95 in ein fremdes Regiment an der italienischen Front und obendrein wurde ihm das Einjährig-Freiwilligenrecht, hiermit Eintritt in die Reserveoffiziersschule und durch diese, Erlangung der Offizierscharge, wie überhaupt jede Beförderung zu irgendwelcher Charge (!) abgesagt!

Der Vater des Verleumdeten war ein entschiedener, vielbekannter Ukrainer und nur deswegen konnte er durch volle 20 (!) Jahre keine Pfründe erhalten, obwohl russophile Geistliche schon nach zwei bis drei Jahren, noch dazu die besten Pfründen bekamen. Da er jede Hoffnung verloren hat, je in Galizien unter polnischer Wirtschaft eine Pfründe zu erhalten, so sah er sich gezwungen, nach Brasilien zu übersiedeln, wo eine ukrainische Kolonie besteht und dazu mehr keine polnischen Machthaber und zugleich herzliche Protektore der Russophilen, aber gleich den Russen, erbitterte Feinde alles ukrainischen sind. Ich, auch in der genannten Anzeige als gefährlicher Russophile angegeben, habe seit Jahrzehnten Russophilentum samt ihren polnischen Schutzherren aufs entschiedenste bekämpft, in Wort und Schrift, unter anderem in meiner Wochenschrift „Hajdamaky."

Mein ältester Bruder Peter Petryckyj, griechisch-katholischer Geistlicher, konnte auch durch 16 Jahre keine Pfründe erhalten, nur weil er ein entschlossener Ukrainer ist und in dem Sinne sich öffentlich betätigte. Sein älterer Sohn Jaroslau dient beim Militär obligat und der jüngere, Roman, ist freiwillig in die ukrainische Legion eingetreten.

Mein zweiter Bruder Johann Petryckyj, Lehrer, gleichfalls seines entschiedenen Ukrainertums, hat erst nach 19 (!) Jahren, definitiven Posten als Lehrer bekommen. Er hat seinen einzigen

Sohn Eugen, auf den er seit sieben Jahren mit Sehnsucht gewartet hat, freiwillig zur ukrainischen Legion geschickt.

Fernerhin meine Schwester Michaeline Lysyj hat zwei Söhne, von denen der ältere obligat beim Militär dient und der jüngere freiwillig in die ukrainische Legion eingetreten ist.

Am markantesten doch ist, daß der jüngere Bruder des verleumdeten Stefan Petryckyj, Alexander, am ersten Tage des Aufrufes des ukrainischen Nationalkomitees, sich freiwillig zur ukrainischen Legion gemeldet hat, da er aber der schwachen Gesundheit wegen anfangs nicht aufgenommen wurde, so folgte er der ukrainischen Legion nach Ungarn und bemühte sich hartnäckig um seine Aufnahme so lange, bis er es nicht erreicht habe.

Zuletzt der Verleumdete selbst ist nicht nur seinen Schulkameraden schon von der Volksschulbank angefangen, aber auch beinahe allen ukrainischen Politikern persönlich bekannt als entschiedener Ukrainer und hierdurch als ein Erbfeind alles Russentums.

Ich erlaube mir zu glauben, daß es schon zuviele Beweise dafür sind, daß meine ganze Familie nicht nur loyal, sondern über jeden Zweifel patriotisch gesinnt ist.

Die Gefertigten stellen daher an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister die Anfragen:

„1. Ist es Seiner Exzellenz bekannt, daß man im allgemeinen die Ukrainer ohne jeden Grund der Staatsuntreue beschuldigt?

2. Was für Anordnungen gedenkt Seine Exzellenz zu treffen, damit der schmählich verleumdete Stefan Petryckyj unverzüglich in seine Rechte gesetzt werde, das definitive Einjährigenrecht wiederum erhalte und sofort in die Reserveoffiziersschule zwecks Erlangung der Offizierscharge geschickt werde?“

Dr. Smal-Stockyj.	Michael Petryckyj.
Onyszkewycz.	Dr. Eugen Lewickyj.
Lawruk.	Dr. L. Baczyńskyj.
Stefanyk.	Dr. Trylowskyj.
S Wityk.	Dr. Petruszewycz.
Dr. Zahajkiewicz.	Dr. Cehelskyj.

1492
―――
I

Anfrage

des

Abgeordneten Michael Petryckyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister in Angelegenheit der Vernichtung des ganzen Landwirtevermögens seitens deutscher Truppen.

Von Gemeindeämtern der Gemeinden Horyliw malyj, Peremyliw und Uwysla ist nachstehende Klageschrift eingelangt: In den Ortschaften haben deutsche Truppen aus zwei Dritteln Bauernhöfen ihre Eigentümer samt ganzer Familie vertrieben und in ein Drittel überlassener, noch dazu miserabelster Bauernhöfe alle Vertriebenen zusammengepfercht. Selbstverständlich in kurzer Zeitspanne war es keinem Landwirte möglich schon wenigstens wichtigste Haus- und Wirtschaftsgeräte, geschweige denn Getreide und Viehfutter, mitzunehmen. Obendrein keiner aus seinem Hofe Vertriebener darf mehr eigenen Hof betreten, um etwas abzuholen. Unterdessen vernichten die Soldaten alles, was zurückgeblieben ist. Die Vorräte an gedroschenem Getreide, Erdäpfel, Kraut, Rüben 2c. werden insgesamt von Soldaten gänzlich verbraucht, selbst in die geschlossenen Scheunen, wo noch ungedroschenes Getreide und Viehfutter sich befindet, brechen die Soldaten ein und führen dorthin ihre Pferde hinein, die es verzehren und größtenteils vermisten. Alle Hofzäune, Hausmöbel und Türen werden herausgenommen und verbrannt. Auch Bilder werden nicht geschont: die Gläser werden weggenommen und Bilder verbrannt. Alle Vorstellungen und Bitten um Schonung sind total umsonst. Sie werden alle rücksichtslos mit Drohungen abgewiesen. Zum Beispiel einem Landwirte in Peremyliw wurde eine Futterschneidmaschine abgenommen. Der Betreffende ist mit dem Militärbeamten Korporal Johann Golasch erschienen, um dieselbe zurückzufordern. Doch ein Soldat hat aus dem Hofzaune eine Holzstütze gerissen und mit drohender Geberde deren Auslieferung verwehrt. Weiterhin das ganze Geflügel, Gänse, Enten, Hühner werden mit Gewalt abgenommen und gestohlen. Ich habe auch meinen Hof und alle meine Wirtschaftsgebäude für Militär ausgeräumt und da meine Viehstallung bis zum Grundboden von Soldaten auseinandergenommen wurde, sowie außerdem meine Getreide- und Futterscheune derart vernichtet worden ist, daß es absolut ausgeschlossen war, irgendwas drinnen aufzubewahren, habe ich den Rest von meinem Getreide und Viehfutter in die Scheune des Postmeisters Stefan Safian überführen lassen. Aber das war vergebliche Mühe. Obwohl der genannte Postmeister alle seine Wirtschaftsgebäude dem Militär zur Verfügung gestellt hatte, haben trotzdem die Soldaten diese einzige geschlossene Scheune erbrochen und ihre Pferde hineingeführt, von denen alles verzehrt und vermistet worden ist.

Daher stellen die Gefertigten an Seine Exzellenz die Anfragen:

„1. Ob Seiner Exzellenz oben angeführte Tatsachen bekannt sind?

2. Was für Maßnahmen gedenkt Seine Exzellenz zu treffen, damit solche gewalttätigen Mißbräuche absolut ausgeschlossen wären?“

Stefanyk. Michael Petryckyj.
Dr. Eugen Lewickyj. Dr. Cehelskyj. Dr. Trylowskyj Dr. Petruszewycz.
Dr. Zahajkiewicz. Onyszkewycz. Lawruk. Dr. L. Baczynskyj.

1493
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Michael Petryckyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister, betreffs Rückversetzung ostgalizischer Kaders wiederum nach Galizien, Verbesserung der Mannschaftsmenage und Beurlaubung.

Alle ostgalizischen Ersatzkaders der in Ostgalizien stationierten Regimenter, die am Anfang des Krieges nach Ungarn, Schlesien, Mähren ꝛc. versetzt wurden, befinden sich trotz Wiedereroberung Ostgaliziens auf dem nichtgalizischen Boden. Es ist bekannt, daß die Mannschaft bei den Ersatzkaders unterernährt wird, was selbstverständlich die Soldaten körperlich ganz ruiniert und kampfunfähig macht. Ersatzkaffee ohne Zucker früh und abends, Kürbißbräu, manchmal selten Erdäpfelsuppe, jedenfalls höchst wässerig, mit stark verkleinerten Fleischportionen täglich, kann absolut gar keine Soldatenernährung sein. Dazu kommt noch, daß im anderssprachigen Lande Soldaten für Geld fast nichts erhalten können, so bleibt es dabei, daß sie hungern müssen. Ganz anders verhält es sich mit denjenigen Kaders, die in ihrem Heimatlande stationiert sind, da es doch allbekannt ist, daß die engsten Landsleute aus allen Kräften mit Hilfe kommen. Obwohl, was beurlaubte Soldaten anbelangt, die Urlauber wegen der absolut zu knappen Gebühren gezwungen sind, öfters auf Urlaubsreisen zu verzichten, was der Fall hauptsächlich bei Beurlaubten vom Kader ist, haben unsere Isonzohelden noch Schlimmeres zu leiden, da ihre Beurlaubung, insbesondere in engeres Kriegsgebiet, an die Bedingung geknüpft wird, daß zuerst ihre politische Zuverlässigkeit im schriftlichen Wege seitens ihres Zuständigkeitsortes bestätigt werden soll. Daher gibt es viele, die über zwei Jahre noch nicht ein einziges Mal auf Urlaub waren. Es läßt sich nicht rechtfertigen, wie der Mann, der über drei Jahre beim Militär dient, noch mehr dazu, die ungeheueren Strapazen der Isonzofront mitgemacht hat, wenn er um einige Tage gut verdienten Urlaubes bittet, die Erteilung desselben von der Bestätigung seiner politischen Verläßlichkeit abhängt. Das muß man für nichts anderes als nur eine unnötige und sinnlose Schikanierung halten.

Daher stellen die Gefertigten an Seine Exzellenz die Anfragen:

„1. Ob es Seiner Exzellenz bekannt ist, was für mangelhafte Ernährung bei Kaders, hauptsächlich bei ostgalizischen, die Mannschaft zu erdulden hat; weiterhin, was für Schikanierungen bei Beurlaubungen hauptsächlich bei ostgalizischen Regimentern, die an der Isonzofront sich befinden, verübt werden; und schließlich, daß beinahe alle Kaders der ostgalizischen Regimenter jetzt leider noch außer Galizien stationiert sind?

2. Was für Maßnahmen gedenkt Eure Exzellenz zu treffen, um nach Möglichkeit bald ostgalizische Kaders wieder in Galizien stationieren zu lassen; die Mannschaftsmenage bei denselben unbedingt aufzubessern sowie alle Urlaubshindernisse aus dem Wege zu schaffen?“

Wien, 22. November 1917.

Lawruk.	Stefanyk.	Dr. Eugen Lewickyj.	Michael Petryckyj.
Dr. Zahajkiewicz.	Dr. Petruszewycz.	Dr. Smal-Stockyj.	Dr. Trylowskyj.
S. Wityk.	Dr. Lew Baczyńskyj.	Onyszkewycz.	Dr. Cehelskyj.

1494
I

Anfrage

des

Reichsratsabgeordneten Michael Petryckyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister in Angelegenheit der rechtswidrigen Zwangsarbeit und viel zu niedrigen Maximaltarife für landwirtschaftliche Produkte.

Das Gemeindeamt der Gemeinde Karaszynci, Bezirk Husiatyn, hat nachstehende Klage vorgelegt:

„Seinerzeit haben uns die Russen viele Pferde und Rindvieh geraubt. Nachdem wiederum haben deutsche Truppen uns viele Haustiere abgenommen, so daß jetzt im Dorfe fast keine Pferde zu finden sind, ausgenommen verkrüppelte Gäule und Fohlen. Somit kann von einem Feldanbau gar keine Rede sein.

Zu alledem ist über uns jetzt noch ein größeres Unglück gekommen, es wurde nämlich eine regelrechte Leibeigenschaft eingeführt.

Es wurde nämlich angeordnet, daß jeder Landwirt durch zwei Tage in der Woche ein Paar Pferde und noch außerdem einen Arbeiter auf zwei Tage in der Woche an den Herrschaftsmeierhof zu liefern hat. Wir verschweigen schon diesen Umstand, daß wir Landwirte selbst untereinander zwei- bis dreimal soviel für den Anbau eines Jochs bezahlen müssen, als es jetzt behördlich bestimmt ist, doch das größte Übel ist, daß wir zum Anbau des eigenen Feldes keine Zugtiere besitzen und trotzdem mit strengen Strafen zum Anbau der Herrschaftsfelder gezwungen werden.

Wenn Sie, Herr Abgeordneter, das nicht abschaffen, so müssen wir mit unseren Kindern bald den Hungertod sterben oder alle im Meierhof zu Knechten werden, da wir kein eigenes Getreide haben werden.

Daß diejenigen, welche genannte Leibeigenschaftsverordnung zu erfüllen nicht imstande sind, bestraft werden, geben wir nachstehend die Bestraften zum Beweis an:

Kosteckyj Stefan mit 10 K, Halabickyj Jakym mit 5 K, Tidur Marie mit 5 K, Broszczak Anna mit 5 K, Byczyk Kataryna mit 5 K, Semko Chrystian mit 5 K, Hrajnyk Stefan mit 10 K und Paszyńskyj Vinzenz mit 5 K.

Unser zweites Unglück ist der eingesetzte Maximaltarif für landwirtschaftliche Produkte, und zwar:

Weizen 38 K, Roggen 31 K, Gerste 30 K, Hafer 30 K, Mais 30 K, Bohnen 30 K, Linsen 30 K, Kartoffeln 8 K pro Meterzentner, Eier je 12 h, ein Kilogramm Butter 8 K, ein Liter Milch 50 h.

Vorstehende Preise im Vergleich mit denjenigen, die wir für die uns nötigen Artikel bezahlen müssen, stehen offenkundig in gar keinem Verhältnis. Infolgedessen werden nicht einmal unsere Anbaukosten, geschweige denn Aussaatgetreide beglichen. Anbaukosten eines Joches betragen bis 50 K.

Vorigen Jahres waren folgende Preise des Aussaatgetreides:

Weizen 140 K, Roggen 100 K, Hafer 140 K, Gerste 60 K. Was wir von unseren Produkten kaufen wollen, das muß man sehr teuer bezahlen.“

Da ähnliche Klageschriften von allen Gemeinden des Bezirkes Husiatyn ankommen, stellen wir an Seine Exzellenz die Anfragen:

„1. Ob dieser Umstand Seiner Exzellenz bekannt ist?

2. Was gedenkt Seine Exzellenz anzuordnen, um diese Zwangsarbeit auf Herrschaftsfeldern abzuschaffen und ruinierend niedrige Preise für landwirtschaftliche Produkte entsprechend zu erhöhen?

S. Wityk.
Leo Baczyńskyj.
Dr. Eugen Lewickyj.
Dr. Czelskyj.
Onyszkewycz.
Lawruk.
Dr. Zahajkiewicz.
Dr. Smal-Stockyj.
Dr. Petruszewicz.
Michael Petryckyj.
Stefanyk.
Dr. Trylowskyj.

1495
I

Anfrage

des

Reichsratsabgeordneten Michael Petryckyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister in Angelegenheit der Unterhaltsbezirkskommissionen und der Unterhaltsbeiträge.

In manchen wiedereroberten Gebieten Ostgaliziens sind nach vier Monaten die Unterhaltsbezirkskommissionen nicht eingesetzt. Es werden nur spärliche Summen als Vorschüsse ausgezahlt. Der Winter ist schon nahe und die arme Bevölkerung wartet verzweifelt jeden Tag auf Gnade, wann die Kommissionen endlich zu amtieren beginnen. Die Bevölkerung, welche durch Kriegsereignisse zugrunde gerichtet ist, steht vor dem Winter ohne Brot und oft ohne Dach.

Daher stellen die Gefertigten an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister die Anfragen:

„1. Ob der Umstand, daß in Ostgalizien die Unterhaltsbezirkskommissionen bis zur Zeit nicht eingesetzt sind und die gebührenden Unterhaltsbeiträge der Bevölkerung nicht ausbezahlt werden, Seiner Exzellenz bekannt ist?

2. Was gedenkt Seine Exzellenz anzuordnen, damit die erwähnten Unterhaltsbezirkskommissionen in Ostgalizien ehestens eingesetzt und die gebührenden Unterhaltsbeiträge der Bevölkerung ausbezahlt werden?"

Wien, 22. November 1917.

Stefanyk.
Onyszkewycz.
Dr. Cehelskyj.
Lawruk.
Dr. Zahajkiewicz.
Dr. Petruszewycz.
Michael Petryckyj.
Dr. Eugen Lewickyj.
Dr. Smal-Stockyj.
S. Wityk.
Dr. Baczyński.
Dr. Trylowskyj.

1496
I

Upit

zastupnika Prodana i drugova na Njihove Preuzvišenosti gospodu ministra za socijalnu skrb i ministra rata o privrednim stanovima i skrbi uopće za ratne invalide i radnike.

Radnici su, osobito po manjim gradovima, stališ još jako zapušten u svakom pogledu. Po velikim gradovima putem udruženja postali su faktor, koji se svojim brojem i uplivom donekle nameće i vlastima, te su ove moralno prisiljene, da posvete tomu važnomu stališu, bez kojega bi najednom zapeo sav javni život, primjerenu brigu, akoprem, na žalost, ta je briga više regulatorne naravi, nego prava sustavna briga za materijalno, prosvjetno i moralno pridizanje radničkog staleža i za osiguranje pristojne egzistencije za odnosne obitelji. U manjim pak mjestima briga je državnih vlasti još manja, a i uspjeh i doseg radničkih organizacija svadja se glavno na slučajeve nemoći i besposlenosti, dakle samo na jedan dio radničkih nevolja i potreba, koje se s toga, uz nedostatak ostalih uvjeta za ljudski život, više puta izrabljuju na štetu trgovine i obrta te ne samo širokih masa, nego takodjer trajnih radničkih interesa.

K pitanju radnika glede moralnog i materijalnog napretka i egzistencije njihovih obitelji, nadošlo je ratom i veliko pitanje ratnih invalida, kojih ima već i u malim gradovima na stotine, a i u najmanjim pokrajinama na hiljade.

Mjere, koje se poduzimlju, te su minimalne. Kako radnici, tako i jadni invalidi, dobrim dijelom jur i fizično i moralno satrveni još više, prepušteni su u suštini sreći, slučaju i milostinji.

I glede stanova, ovoga već po sebi za svakoga, a ne samo za radnika i invalida, životnoga pitanja, ne čini se, najskoli po malim gradovima i po selima, skoro nigdje ništa, akoprem ima mnogo i radnika i invalida, koji ne posjeduju ni najmanju vlastitu kućicu, da bez troška u njoj zaklone glavu.

S toga potpisani pitaju c. kr. vladu:

„Kani li visoka vlada i kojim načinom priskočiti sustavnim postupkom u pomoć materijalnomu i moralnomu pridizanju i obezbijedjivanju radnika i invalida uopće, a beskućnika napose, osobito po manjim gradovima i po selima, gdje su udruženja rijetka ili nikakva i gdje javna dobrotvornost, ako postoji, malo ili nimalo može u tom pogledu da učini na oblakšanje ljute sudbine ovih sada nebrojenih masa, kuburećih svakojako s dana na dan, i što namjerava učiniti posebno, da i radnici i invalidi dobiju vlastite privredne stanove?“

Beč, 20. studenoga 1917.

Dr. Sesardić.	Dr. L. Pogačnik.	Dr. Janković.	Prodan.
Roškar.	Dr. Gregorčič.	Dr. Dulibić.	Dr. Korošec.
Perić.	Dr. Rybář.	Dr. Verstovšek.	Brenčič.
	Pišek.	Pogačnik.	Fon.

Authentische Übersetzung.

1496
I

Anfrage

des

Abgeordneten Prodan und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für soziale Fürsorge und an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Erwerbsheime und die allgemeine Fürsorge für die Kriegsinvaliden und Arbeiter.

Die Arbeiter, insbesondere in den kleineren Städten, sind noch immer in jeder Beziehung sehr vernachlässigt. In den großen Städten sind sie dank ihrer Organisation ein Faktor geworden, mit dem infolge ihrer Zahl und ihres Einflusses auch die Behörden bis zu einem gewissen Grade rechnen müssen und moralisch bemüßigt sind, diesem wichtigen Stande, ohne welchen das gesamte öffentliche Leben plötzlich ins Stocken geraten würde, entsprechende Sorge zu widmen, obwohl diese Sorge leider mehr regulativer Natur als eine wirkliche systematische Sorge für die materielle, geistige und moralische Hebung des Arbeiterstandes und die Sicherung einer anständigen Existenz für die betreffenden Familien ist. In den kleineren Ortschaften ist die Fürsorge der staatlichen Behörden noch geringer, während die Tätigkeit und der Wirkungskreis der Arbeiterorganisationen hauptsächlich auf die Fälle der Erkrankung und der Arbeitslosigkeit, somit nur auf einen Teil der Bedürfnisse der Arbeiter beschränkt ist, die infolge des Mangels der übrigen Bedingungen eines menschenwürdigen Lebens vielfach zum Nachteile des Handels und Gewerbes sowie zum Nachteile der weiten Volksmassen und auch der dauernden Arbeiterinteressen mißbraucht werden.

Zur Frage der moralischen und materiellen Hebung und Existenz der Arbeiterfamilien ist im Laufe des Krieges auch die große Frage der Kriegsinvaliden hinzugetreten, die bereits in den kleinen Städten auf Hunderte und auch in den kleinsten Ländern auf Tausende zählen.

Die Maßnahmen, die getroffen werden, sind minimal. Sowohl die Arbeiter als auch die bedauernswerten Invaliden, die zum großen Teil bereits physisch und geistig erschöpft sind, sind im wesentlichen auf einen glücklichen Zufall und Almosen angewiesen.

Auch in der Wohnungsfrage, die schon an und für sich nicht nur für den Arbeiter und Invaliden, sondern für jedermann eine Lebensfrage ist, geschieht in den kleinen Städten und auf dem Lande fast gar nichts, wiewohl es viele Arbeiter und Invalide gibt, die nicht einmal ein kleines eigenes Haus besitzen, um ohne Auslagen ein Obdach zu haben.

Deshalb fragen die Gefertigten die k. k. Regierung:

„Gedenkt die hohe Regierung und in welcher Weise gedenkt sie die materielle und

geistige Hebung und Versorgung der Arbeiter und Invaliden im allgemeinen, der Obdachlosen insbesondere, systematisch zu fördern, und zwar vor allem in kleineren Städten und auf dem Lande, wo Vereinigungen selten oder gar nicht bestehen und wo die öffentliche Wohltätigkeit, falls eine solche überhaupt besteht, in dieser Beziehung wenig oder gar nichts tun kann, um das bittere Los dieser nun unzählig gewordenen Notleidenden, die ihr Leben von Tag zu Tag schwer fristen, einigermaßen zu lindern, und insbesondere, was gedenkt die Regierung zu tun, auf daß Arbeiter und Invalide ihre eigenen Erwerbsheime erhalten?“

Wien, 20. November 1917.

Prodan.
Dr. Korošec.
Brenčič.
Perić.
Fon.
Dr. Janković.
Dr. Pogačnik.
Dr. Rybař.
Dr. Dulibić.
Dr. Verstovšek.
Pišek.
Roškar.
Dr. Gregorčič.
Dr. Sesardić.
Pogačnik.

1497
—
I

Upit

zastupnika Prodana i drugova Njegovoj Preuzvišenosti gospodinu ministru trgovine za poštanske oficijante i za listonoše.

Poboljšanje u stanju državnih namještenika i ako nosi većih tereta, doprinaša s druge strane riješenju socijalnih problema i daje veće pravo državi i pučanstvu, da traže što uspješnije i savjesnije vršenje dužnosti skopčanih sa položajem.

Medju zanemarenike, koji, osobito u ovo crno ekonomno doba, puno rade i puno trpe, jer slabo nagradjeni, spodaju bez dvojbe i poštanski oficijanti.

I listonoše, koji trape svoj život, kako možda nitko u poštanskoj službi, pa bili to listonoše u gradovima, ili na selima, ne dobivaju ni iz daleka nagradu za svoj trud prema zasluzi.

Obzirom na to, potpisani pitaju c. k. ministarstvo trgovine:

„1. Je li c. kr. ministarstvo trgovine spravno što prije poboljšati, prema zaslugama, trudu i potrebi teških vremena u koja smo spali, položaj poštanskih oficijanata, uvrstiv ih u rang državnih činovnika i medjutim udijelit im dostatan ratni doplatak?

2. Je li c. kr. ministarstvo trgovine voljno što prije nagraditi izdašnije trud listonoša, to po gradovima, to po selima, gdje im vrletni i daleki putevi umnažaju muku i troške, uslijed službe već i tako za sve listonoše veoma tegotne i pune brige i odgovornosti?“

Beč, 20. studenoga 1917.

	Prodan.
Dr. Korošec.	Fon.
Brenčič.	Perić.
Dr. Fr. Jankovič.	Roškar.
Dr. Dulibić.	Pišek.
Pogačnik.	Dr. Gregorčič.
Dr. Verstovšek.	Dr. L. Pogačnik.
Dr. Rybář.	Dr. Sesardić.

Authentische Übersetzung.

1497
I

Anfrage

des

Abgeordneten Prodan und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister, betreffend die Postoffizianten und die Briefträger.

Die Verbesserung der Lage der Staatsangestellten, wenn sie auch mit größeren Lasten verbunden ist, trägt andrerseits zur Lösung der sozialen Probleme bei und gibt dem Staate und der Bevölkerung ein größeres Recht, möglichst erfolgreiche und gewissenhafte Erfüllung der mit der betreffenden Stellung verbundenen Pflichten zu verlangen.

Zu den Vernachlässigten, die insbesondere jetzt in dieser ökonomisch schweren Zeit viel arbeiten und viel leiden, weil sie schlecht entlohnt werden, gehören auch die Postoffizianten.

Auch die Briefträger, die sich so viel plagen, wie kaum jemand im Postdienste, und zwar sowohl die Briefträger in den Städten als auch am Lande, erhalten bei weitem nicht die Entlohnung, die ihrer Mühewaltung entsprechen würde.

Mit Rücksicht darauf, richten die Gefertigten an das k. k. Handelsministerium folgende Fragen:

„1. Ist das k. k. Handelsministerium bereit, die Lage der Postoffizianten entsprechend den Verdiensten und der Mühewaltung derselben und den Bedürfnissen der schweren Zeit, in der wir leben, ehebaldigst aufzubessern, indem es diese Angestellten in die Rangsklassen der Staatsbeamten einreiht und inzwischen ihnen eine ausreichende Kriegszulage gewährt?

2. Ist das k. k. Handelsministerium bereit, die Mühewaltung der Briefträger ehebaldigst ausgiebiger zu entlohnen, und zwar sowohl in den Städten als auch am Lande, wo die weiten Wege und gebirgigen Gegenden den ohnehin für alle Briefträger sehr schweren sowie sorgen- und verantwortungsvollen Dienst erschweren und ihre Auslagen vermehren?"

Wien, 20. November 1917.

Prodan.
Roškar.
Pogačnik.
Dr. Gregorčič.
Dr. Korošec.
Dr. Janković.
Dr. Rybař.
Dr. Pogačnik.
Dr. Dulibić.
Fon.
Pišek.
Dr. Verstovšek.
Dr. Sesardić.
Brenčič.
Perić.

1498
I

Upit

zastupnika Prodana i drugova na Njegovu Preuzvišenost gospodina ministra bogoštovlja i nastave za kanonike uopće i prvostolni kaptol u Zadru napose.

Kako kanonički zborovi uopće, tako napose kanonički zbor prvostolne crkve u Zadru takodjer veoma trpi od materijalnih posljedica sadašnjega strašnoga svjetskoga rata, ne imajuć nikakovih osobitih prihoda, osim državne opskrbe po starom zakonu. Od godine 1894. nije prvostolni kaptol u Zadru dobio na svojim prihodima nikakve povišice, premda su i za nj vrijedili oni razlozi, koji su ponukovali c. kr. vladu, da, i ako nedostatno, povisi kongruu svećenstva. Slavna c. k. vlada uvidja, da je ono 3300 K godišnjih opskrbe za crkovnjake na odličnu društvenom i crkovnom položaju premalo, te je na odnosne molbe za potporu udijeljivala godišnje 700 K izvanredne doplate (za kanonike, a za „Dignitates“ nešto više). U redovito doba, i ako s tom opskrbom kanonici prvostolnog kaptola u Zadru nijesu prolazili nimalo sjajno, ali mogli su prečednim načinom življenja kako tako prokuburit godinu. Nu sada, kada su svi predmeti poskupili do nikad ne vidjene ni slućene visine, opskrba je prvostolnog kaptola po starom iznosu postala daleko ispod najčednijih potreba i zahtjeva i stavlja zdravlje i život kanonika na veoma tešku kušnju. Da se doskoči tomu neugodnomu zapostavljanju stališa, koji je za najmanje ravan barem položaju c. k. savjetnika, potpisani pitaju visoku vladu:

„1. Je li c. kr. vlada, obzirom na očitu nedostatnost kanoničke plate za sve kanonike uopće, a poimence za kaptol prvostolne crkve u Zadru, spravna primjereno povisiti što prije temeljnu plaću kanonicima i razmjerno takodjer za „Dignitates“ kaptola?

2. Je li, prema općoj praksi za državljane, koje vlada opskrbljuje, spravna c. kr. vlada udijeliti kanonicima uopće, napose članovima prečasnog kaptola prvostolne crkve u Zadru, petogodišnjice?

3. Je li prema istoj praksi c. kr. vlada spravna udijeliti i kanonicima uopće, a napose i kaptolu prvostolne crkve u Zadru, pravo na doličnu i dostatnu mirovinu?“

Beč, 16. studenoga 1917.

Prodan.
Spinčić. Pišek.
Dr. Pogačnik. Dr. Korošec.
Roškar. Dr. Janković.
Dr. Dulibić. Perić.
Laginja. Dr. Benkovič.

Authentische Übersetzung.

1498
I

Anfrage

des

Abgeordneten Prodan und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Domherren im allgemeinen und das Metropolitankapitel in Zadar insbesondere.

Wie die Domherrenkollegien im allgemeinen, so leidet insbesondere das Domherrenkollegium der Metropolitankirche in Zadar allzusehr unter den materiellen Folgen des gegenwärtigen schrecklichen Weltkrieges, da es abgesehen von der staatlichen Versorgung nach dem alten Gesetze keine anderen besonderen Einkünfte hat.

Seit dem Jahre 1894 erhielt das Metropolitankapitel in Zadar keine Erhöhung seiner Einkünfte, obwohl auch für dieses Kapitel dieselben Gründe galten, die die k. k. Regierung bewogen hatten, die Kongrua der Geistlichkeit, wenn auch unausreichend, zu erhöhen. Auch die k. k. Regierung sah ein, daß 3300 K jährlich als Versorgung für Geistliche in einer vornehmen, gesellschaftlichen und kirchlichen Stellung nicht ausreichen und so wurde auf diesbezügliche Gesuche um Unterstützung eine außerordentliche Zulage von 700 K für die Domherren (für die „Dignitates“ etwas mehr) bewilligt.

In den normalen Zeiten konnten die Domherren des Metropolitankapitels in Zadar, wenn auch nicht glänzend, doch wenigstens bescheiden auskommen. Gegenwärtig aber, wo alle Artikel einen noch nie dagewesenen, nie geahnten Preis erreicht haben, bleibt die Versorgung des Metropolitankapitels in der bisherigen Höhe hinter den bescheidensten Bedürfnissen und Ansprüchen weit zurück, setzt die Gesundheit und das Leben der Domherren einer schweren Gefahr aus.

Um diese peinliche Zurücksetzung eines Standes, der nach seiner Stellung wenigstens den k. k. Räten gleichgestellt ist, zu beseitigen, richten die Gefertigten an die hohe Regierung folgende Fragen:

„1. Ist die k. k. Regierung geneigt, mit Rücksicht auf die offensichtliche Unzulänglichkeit der Domherrenbezüge für alle Domherren überhaupt und insbesondere für das Kapitel der Metropolitankirche in Zadar den Grundgehalt der Domherren und auch der „Dignitates“ des Kapitels entsprechend zu erhöhen?

2. Ist die k. k. Regierung bereit, nach der allgemeinen Praxis, die bei den von der Regierung versorgten Staatsbürgern befolgt wird, auch den Domherren im allgemeinen und insbesondere den Mitgliedern des Kapitels der Metropolitankirche in Zadar Quinquennalzulagen zu gewähren?

3. Ist die k. k. Regierung bereit, in Befolgung derselben Praxis sowohl den Domherren im allgemeinen als auch dem Kapitel der Metropolitankirche in Zadar insbesondere das Recht auf eine entsprechende und ausreichende Pension zuzuerkennen?“

Wien, 16. November 1917.

		Roškar.	Prodan.
Pišek.	Dr. Pogačnik.	Spinčić.	Dr. Jankovič.
Perić.	Dr. Benkovič.	Dr. Dulibić.	Dr. Korošec.

1499
I

Upit

zastupnika Prodana i drugova Njihovim Preuzvišenostima gospodi ministrima poljodjelstva, financija, unutrnjih posala, za prehranu i novomu ministru za socijalnu skrb o uljarskom i ribarskom pitanju u Primorju uopće a u Istri i Dalmaciji napose, i o upravnoj i socijalnoj regeneraciji i purifikaciji.

Izgleda kao paradoks ili ironija, da pokrajine na moru moraju željet često šaku morske soli; da iz našega mora, odakle su u zlokobno doba trojnoga saveza i najgrdnijih trgovačkih ugovora s Italijom, na tisuće i tisuće pogodovanih talijanskih ribara nahodili svoj Eldorado, tu autohtono pučanstvo nije stavljeno u mogućnost, da crpi ni deseti dio one koristi, koje more, blago neizmjerno, može da pruži. Izgleda nevjerovatno, da u pokrajinam, gdje ulje radja i odakle se izvozi, stanovnici ne mogu dobiti, kako je to specijalno slučaj za Dalmaciju, niti jednu litru ulja na godinu i na glavu, premda vlasti znadu, da puk, osobito po gradovima, nema skoro nikad u ovo nesretno ratno doba, ikakva drugoga začina.

Ulje je Primorcima, Istranima, Dalmatincima od vajkada glavna i skoro jedina začina, te potrebito kao svagdanji kruh. Začina i s higieničnog vida potrebita je za ljudski organizam, a od dvije godine sasvim fali u Dalmaciji.

Kriva je pomanjkanju, naravno, i nerodica, kriva je i okolnost, što s nedostatnosti gnoja i radnih sila masline ne nose ploda koliko drugda; ali da je posvemašnjem pomanjkanju ulja i začine uopće najviše kriva javna uprava, i da su centrale i kapitaliste i plejada spekulanata i lihvara stvorili, više nego težaci i priroda, ovo sadašnje nesnosno i neodrživo stanje, to je takodjer svakomu poznavaocu pravih sadašnjih prilika, jasno kao sunce.

Da se tomu zlu doskoči, prva bi briga vlade imala biti, da uklanja uzroke i zatočnike tolikih patnja u narodima i ukida i smanjuje i priječi sve ono, što ide za izrabljivanjem slabijega, siromašnijega i neiskusnijega, te upozorujemo vladu, da pazi: zašto, kako i od koga se ustanovljuju neka poduzeća i monopoli sa proizvodima naših zemalja na jugu monarkije i da ne vjeruje svedj slijepo svojim organima i njihovim izvješćima često „ad usum Delphini“ i naručenim. Na vidiku je takodjer, baš u najnovije doba, u koliko doznajemo a i u novinama čitamo, i jedno novo uljarsko društvo, ured, šta li, sa, sva prilika, običnim kapitalističnim i centralističkim izrabljivačkim namjerama u Trstu.

Na svaku novu pogibelj, štetu i dosadu treba da puk i proizvadjači budu shodno i na vrijeme upozoreni i od eventualnih loših posljedica obranjeni.

U tu svrhu, i obzirom na sve gori rečeno, potpisani pitaju c. kr. vladu:

„1. Je li c. kr. vlada spravna ići što više na ruku ribarima od zanata i ribarima od nevolje takvima, navremnim priskrbljivanjem dostatne i jeftine morske soli i nabavom ribarskih alata i svega što može da unaprijedi, na opću korist, ribarski zanat i da umnoži ribarske proizvode i priskrbi bolju prehranu pučanstva?

2. Je li c. kr. vlada spravna olakotiti i ostalomu pučanstvu po gradovima i po selima, u primorju i zagorju, nabavu morske soli, i domaćim morskim proizvodima u trgovini za vani omogućit cijene primjerene tudjim, inozemnim proizvodima, kako što su sardele i slično iz sjeverozapadnih krajeva Europe, da se tako stvori zdrava utakmica i uveća domaći proizvod, a povećanjem proizvoda smanji cijena i olakoti prehrana pučanstva?

3. Što vlada kani učiniti, da puk u Primorju dobije dostatno začine, kako se to čini na korist gradova u unutrnjosti monarkije, gdje stanovništvo više dobije začine, masti uopće, u jednu sedmicu, nego primorsko pučanstvo i pučanstvo primorsko i zagorsko u Istri i Dalmaciji u cijelu godinu dana?

4. Kani li c. kr. vlada poprimit mjere za postepeno ukidanje centrala, za smanjenje rekvizicija i svih onih ustanova, koje su u rukama ili pod uplivom bezdušnih kapitalista, „grosista", lihvara i svake vrsti izrabljivača, a osobito onemogućit sva ona nova poduzeća, koja nijesu po svom ustrojstvu i cilju pučka, nego idu na korist nekolicine i ne dadu se nego teško ili nimalo kontrolirat glede savjesnosti u manipulacijam i u nabavam i prodajam?

5. Je li vlada spravna sa svoje strane sustavno isključivat u javnom interesu, iz gospodarskih i uopće ekonomnih uprava i zavoda, one osobe, o kojima se zna i vidi, da su parasiti i da su se više ili manje obogatili u ratno doba, sisajuć krv puka i zlorabeć na ličnu korist svoj položaj; osobe, naime, koje ne mogu dokazati poštene izvore svoje brze i velike dobiti?

6. Je li c. kr. vlada voljna energično pročistiti sve one okužene ambiente, glede kojih državna uprava ima pravo i dužnost, da na korist širokih masa i javnog morala posreduje, te tako izvesti veliko djelo toli potrebite socijalne i administrativne regeneracije i purifikacije, da podanici ne budu i nadalje morali trošiti, radi zloporaba i skupoće i deračine, iza fronte, sveukupno, preko potrebe i reda, možda onoliko miljarda, koliko se troši za opskrbu milijunskih vojska i vodjenje sadašnjega besprimjernoga rata proti neprijateljima na fronti?"

Beč, 16. studenoga 1917.

	Prodan.
Dr. Korošec.	Pišek.
Perić.	Dr. Benkovič.
Roškar.	Dr. L. Pogačnik.
Spinčić.	Dr. Jankovič.
Dr. Laginja.	Dr. Dulibić.

Authentische Übersetzung.

1499
I

Anfrage

des

Abgeordneten Prodan und Genossen an Ihre Exzellenzen die Herren Ackerbauminister, Finanzminister, Minister des Innern, Ernährungsminister sowie den neuen Minister für soziale Fürsorge, betreffend die Öl- und Fischereifrage in den Küstenländern im allgemeinen und in Istrien und Dalmatien insbesondere sowie betreffend die administrative und soziale Regeneration und Purifikation.

Es klingt wie ein Paradox oder eine Ironie, daß die Küstenländer sich oft nach einer Handvoll Seesalz sehnen müssen sowie daß, während zur unheilvollen Zeit des langjährigen Bundes und der unsinnigsten Handelsverträge mit Italien Tausende begünstigter italienischer Fischer auf unserer See ihr Eldorado hatten, die autochtone Bevölkerung nicht in der Lage ist, den zehnten Teil der Vorteile zu haben, welche die See, dieser unermeßliche Schatz, bieten kann. Es klingt unwahrscheinlich, daß in den Ländern, wo Öl erzeugt und von wo es ausgeführt wird, die Einwohner, wie es speziell in Dalmatien der Fall ist, nicht ein Liter Öl pro Jahr und Kopf erhalten können, obwohl die Behörden wohl wissen, daß die Bevölkerung, insbesondere in den Städten, in dieser unheilvollen Kriegszeit fast nie welche anderen Speisezubereitungszutaten hat.

Das Öl ist den Einwohnern der Küstenländer, den Istrianern und den Dalmatinern, seit jeher die hauptsächlichste und fast die einzige Speisezutat und ebenso wie das alltägliche Brot notwendig. Diese auch vom hygienischen Standpunkte für den menschlichen Organismus notwendige Zutat fehlt nun seit zwei Jahren in Dalmatien vollständig.

Die Schuld an diesem Mangel trägt natürlich auch die Mißernte, wohl auch der Umstand, daß infolge des Mangels an Dünger und an Arbeitskräften die Ölbäume nicht so viel Früchte tragen wie früher; jedoch jedem Kenner der gegenwärtigen Verhältnisse ist es sonnenklar, daß an dem völligen Mangel an Öl und Zutaten im allgemeinen die größte Schuld die öffentliche Verwaltung trifft und daß die gegenwärtige unerträgliche und unhaltbare Lage mehr von den Zentralen, den Kapitalisten und einer Plejade von Spekulanten und Wucherern verschuldet wurde, als von den Bauern und der Mißernte.

Um diesem Übel abzuhelfen, sollte die Regierung vor allem dafür sorgen, daß die Ursachen und die Urheber dieser Leiden der Bevölkerung beseitigt werden sowie daß alles, was auf Ausnützung der Schwächeren, Ärmeren und Unerfahrenen abzielt, aufgehoben und behindert werde; deshalb machen wir die Regierung aufmerksam, sie soll genau acht geben, warum, wie und von wem gewisse Unternehmen und Monopole mit Produkten unserer Länder im Süden der Monarchie errichtet werden, sie soll nicht immer ihren Organen und deren oft ad usum Delphini verfaßten und bestellten Berichten blinden Glauben schenken. Soweit wir erfahren und auch in den Blättern lesen, steht gerade in der neuesten Zeit die Gründung einer Gesellschaft, eines Amtes oder etwas ähnlichem für die Ölindustrie allem Anschein nach mit den gewöhnlichen kapitalistischen und zentralistischen Ausnützungsabsichten in Triest bevor.

Auf jede neue Gefahr, jeden Schaden und jede Belästigung sollen das Volk und die Erzeuger rechtzeitig und entsprechend aufmerksam gemacht und vor eventuellen schlechten Folgen geschützt werden.

Zu diesem Zwecke und mit Rücksicht auf die im vorstehenden vorgebrachten Tatsachen richten die Gefertigten an die k. k. Regierung folgende Fragen:

„I. Ist die k. k. Regierung bereit, den Berufsfischern sowie denjenigen, die sich aus Not mit der Fischerei befassen, zu helfen, indem sie ihnen rechtzeitig genug billiges Seesalz sowie Fischereigeräte und alles beschafft, was im öffentlichen Interesse das Fischereigewerbe heben, die Fischereiprodukte vermehren und der Bevölkerung eine bessere Nahrung bieten kann?

II. Ist die k. k. Regierung bereit, auch der übrigen Bevölkerung in den Städten und am Lande, im Küstengebiete und im Binnenlande die Beschaffung von Seesalz zu erleichtern sowie den einheimischen Seeprodukten im Außenhandel Preise zu ermöglichen, die denen der fremden, ausländischen Produkte, wie es die Sardellen und dergleichen aus nordwestlichen Ländern Europas sind, entsprechen, damit auf diese Weise eine gesunde Konkurrenz geschaffen und die einheimischen Produkte vermehrt werden sowie durch diese Vermehrung der Produkte der Preis erniedrigt und die Ernährung der Bevölkerung erleichtert werde?

III. Was gedenkt die Regierung zu tun, damit die Bevölkerung in den Küstenländern genügend Speisezubereitungszutaten erhalte, wie dies für die Städte im Innern der Monarchie geschieht, wo die Bevölkerung an Speisezubereitungszutaten und Fett im allgemeinen in einer Woche mehr erhält als die Küstenbevölkerung und die Bewohner der Küste und des Binnenlandes in Istrien und Dalmatien in einem ganzen Jahr?

IV. Gedenkt die k. k. Regierung die entsprechenden Maßnahmen zu treffen, damit die Zentralen stufenweise aufgehoben, die Requisitionen und alle diejenigen Einrichtungen, die sich in den Händen oder unter dem Einflusse der gewissenlosen Kapitalisten, Grossisten, Wucherer und allerlei Ausnützer befinden, abgeschafft werden, insbesondere aber, daß alle neuen Unternehmen unmöglich gemacht werden, die hinsichtlich ihrer Einrichtung und ihrer Ziele nicht volkstümlich sind, vielmehr den Nutzen einzelner vor Augen haben und deren Gewissenhaftigkeit in den Manipulationen, An- und Verkäufen sich schwer oder gar nicht kontrollieren läßt?

V. Ist die k. k. Regierung geneigt, ihrerseits im öffentlichen Interesse aus den wirtschaftlichen und überhaupt ökonomischen Verwaltungen und Anstalten diejenigen Personen systematisch auszuschließen, von denen man allgemein weiß, daß sie Parasiten sind und sich zur Kriegszeit mehr oder weniger bereichert haben, indem sie dem Volke das Blut aussogen und ihre Stellung zu ihrem persönlichen Vorteile mißbrauchten, die Personen namentlich, welche eine ehrliche Quelle ihrer schnellen und großen Bereicherung nicht nachweisen können?

VI. Ist die k. k. Regierung geneigt, alle diejenigen verpesteten Ambienten, bezüglich welcher die Staatsverwaltung Recht und Pflicht hat, im Interesse der Volksmassen und der öffentlichen Moral zu intervenieren, energisch zu säubern und auf diese Weise das große Werk der so notwendigen sozialen und administrativen Regeneration und Purifikation durchzuführen, damit die Untertanen nicht auch weiterhin bemüßigt seien, infolge der Mißbräuche, der Teuerung und der Schinderei hinter der Front unnötigerweise vielleicht ebensoviele Milliarden auszugeben, als an der Front für die Versorgung der Millionenheere und für die Führung des gegenwärtigen beispiellosen Krieges gegen unsere Feinde ausgegeben werden?"

Wien, 16. November 1917.

Prodan.

Pišek.	Dr. Benković.
Roškar.	Dr. Dulibić.
Laginja.	Dr. Korošec.
Perić.	Dr. Pogačnik.
Spinčić.	Dr. Janković.

1500
I

Anfrage

der

Abgeordneten Prošek, Staněk und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung.

Am 11. Oktober l. J. habe ich und meine Kollegen an Eure Exzellenz eine Anfrage gerichtet, welche die angebliche Mißhandlung des Landsturmmannes Wenzel Šmid der 1. Landsturmkompagnie in Kobhaza in Ungarn von seiten des Kompagniekommandanten Oberleutnant Ehinger betrifft.

Nachdem wir uns nachträglich überzeugt haben, daß dies nicht der Wahrheit entspricht und daß das Benehmen des obgenannten Kompagniekommandanten gerecht ist, ziehen wir unsere Anfrage zurück und stellen folgende Anfrage:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, dies zur Kenntnis zu nehmen und eine etwa eingeleitete Untersuchung einzustellen?"

Wien, 23. November 1917.

Okleštěk.	Jos. Prošek.
Ždárský.	F. Staněk.
Bradáč Bohumír.	Kulich.
Pádour.	Feltl.
Malik.	Hyrš.
Frant. Mašata.	Chaloupka.
Dr. Velich.	Bukvaj.
Vojta.	Vacek.
Donát.	Kotlant.
Viškovský.	Udržal.

1501
I

Interpelacya

posłów Rusina, Witosa, Jachowicza, Dyły i towarzyszy do Jego Ekscellencyi pana Ministra obrony krajowej w sprawie zwolnienia od służby wojskowej rolników do prowadzenia gospodarstwa potrzebnych.

Skutkiem licznych powołań do służby wojskowej koniecznie do prowadzenia gospodarstwa potrzebnych rolników, bardzo wiele gospodarstw uległo zupełnej ruinie, a wielka część ziemi urodzajnej musi leżeć odłogiem, gdyż pozostały tylko kobiety i dzieci, a często tylko małoletnie dzieci, które żadną miarą nie są w stanie prowadzić danego gospodarstwa, gdyż ani sił, ani znajomości potrzebnych do prowadzenia go nie posiadają.

Wskutek tego wytwarza się w kraju coraz mniej niezbędnych produktów rolnych, co powoduje niezwykłą i niesłychaną drożyznę i głód coraz w większych grasujący rozmiarach, a liczne rodziny z braku opieki pozostawione na łasce losu z nędzy marnieją.

Mimo że rodziny powołanych wnoszą reklamacye o zwolnienie tychże od służby wojskowej przynajmniej na czas koniecznych robót w polu, reklamacye tychże w przeważnej części nie zostają uwzględniane. A jeżeli niektórzy po długim czasie i wielkich staraniach zostają zwolnieni przez dotyczące c. k. Ministerstwo, to władze wojskowe albo ich wcale nie puszczają, albo puszczają ich zapóźno tak, że wracają zaledwie na parę dni przed upływem terminu zwolnienia. Wypadków takich możnaby bardzo dużo przytoczyć.

I tak:

I. Kazimierz Pająk z Bienkówki, powiat Myślenice, który jest właścicielem znacznego gospodarstwa, a któremu w czasie jego nieobecności zmarła żona z braku opieki, pozostawiwszy czworo małoletnich dzieci bez żadnej opieki i zaopatrzenia, mimo iż rozporządzeniem c. k. Ministerstwa z dnia 19. września 1917, E. G. IV H., L. 109893, został zwolniony do 30. listopada 1917, dotychczas nie został puszczony.

II. Józef Rymarczyk, także z Bienkówki, powiat Myślenice, został zwolniony rozporządzeniem z dnia 9. września 1917, L. E. P. IV N. do L. 109865, mimo to nie został dotychczas puszczony.

III. Józef Niedojadło z Ostrowa, powiat Tarnów, mimo zwolnienia na okres czteromiesięczny, mimo że ten czas minął, spełnia bez przerwy służbę wojskową.

IV. Piotr Bysiek ze Siedlca, tenże powiat, właściciel 36-morgowego gospodarstwa zniszczonego zupełnie przez wojnę, mimo uwzględnionej reklamacyi nie został przez władze wojskowe zwolniony od służby wojskowej.

V. Władysław Ostręga ze Śmignu, tegoż powiatu, zwolniony przez Ministerstwo obrony krajowej do L. 1224/XIV do dnia 30. października 1917 nie został dotąd ze służby wojskowej puszczony.

VI. Antoni Pasia z gminy Bystrzyca, powiat Ropczyce, mimo że ojciec jego jako dotychczasowy właściciel 40-morgowego gospodarstwa, liczący lat 67 i do prowadzenia gospodarstwa zupełnie niezdolnym, mający nadto żonę chorą, a utrzymanie i prowadzenie gospodarstwa polegało jedynie i wyłącznie na synie Antonim, mimo to reklamacyi jego nie uwzględniono.

VII. Jan Mac z gminy Husów, powiat Łańcut, został rozporządzeniem c. k. Ministerstwa obrony krajowej z dnia 24. marca 1917, E. G. Nr. 6200/XIV

zwolniony, dotąd jednak nie został ze służby wojskowej puszczony.

Gdy wskutek rozdrobienia gospodarstw nie wiele się znajduje posiadaczy większych gospodarstw, gdy wskutek licznych powołań odmownie załatwionych podań reklamacyjnych, lub zatrzymanych w służbie już przez władze zwolnionych rolników wytworzył się stan nie do wytrzymania, zapytują podpisani:

„Czy Jego Ekscellencyi znane są wyż naprowadzone wypadki?

Czy uznaje za stosowne wydać odpowiedne zarządenie, aby w ten sposób nie postępowano z enthebowanemi?

Co zamierza uczynić, aby na przyszłość enthebowani otrzymali zwolnienia w rzeczywistości?“

Wiedeń, 21. listopada 1917.

Bojko.	Józef Rusin.
Średniawski.	Witos.
Długosz.	Jachowicz.
Myjak.	Dyło.
Śmiłowski.	Siwula.
Bomba.	Fila.
Łyszczarz.	Lewicki.
Tetmajer.	Dr. Biały.

Authentische Übersetzung.

1501
I

Anfrage

der

Abgeordneten Rusin, Witos, Jachowicz, Dylo und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Enthebung vom Militärdienste der für die Landwirtschaft unentbehrlichen Landleute.

Dadurch, daß sehr viele für die Landwirtschaft unentbehrliche Landleute zum Militärdienste einberufen wurden, sind die meisten landwirtschaftlichen Unternehmungen dem gänzlichen Ruin anheimgefallen und muß ein großer Teil fruchtbaren Ackerlandes brachliegen, weil die daheimgebliebenen Frauen und unmündigen Kinder unter keinen Umständen das betreffende landwirtschaftliche Unternehmen mangels der hierzu erforderlichen körperlichen Kräfte und Fachkenntnisse fortführen können.

Infolgedessen wird im Lande immer weniger Brotgetreide produziert, was eine unerhörte Teuerung und eine überhandnehmende Hungersnot im Gefolge hat, wodurch viele ihrem Schicksal überlassene Familien elend zugrunde gehen.

Trotzdem die Familien der Eingerückten Gesuche um Enthebung vom Militärdienste der Betreffenden wenigstens für die Zeit der notwendigsten Feldarbeiten einbringen, werden die meisten dieser Eingaben nicht berücksichtigt. Und werden einige von ihnen nach langer Zeit und großen Mühen von dem zuständigen Ministerium enthoben, dann läßt sie die betreffende militärische Behörde entweder gar nicht fort, und wenn schon, dann so spät, daß sie schon einige Tage vor Ablauf des Enthebungstermines zurückkehren müssen. Es könnten noch viele solche Fälle angeführt werden.

I. So wurde Kazimierz Pajgh aus Bienkówka, Bezirk Myślenice, Besitzer einer großen Wirtschaft, dem während seiner Abwesenheit seine Frau mangels der erforderlichen Pflege starb und vier unversorgte Kinder hinterließ, nicht nach Hause gelassen, obwohl er laut Ministerialverordnung vom 19. September 1917, E. G. IV H. 109893, bis 30. November 1917 enthoben worden war.

II. Józef Rymarczyk, ebenfalls aus Bienkówka, Bezirk Myślenice, der laut Verordnung vom 19. September 1917, E. P. IV M. 109865, enthoben war, wurde auch nicht nach Hause gelassen.

III. Józef Niedojadło aus Ostrów, Bezirk Tarnów, versieht, trotzdem er für die Dauer von vier Monaten enthoben wurde und diese Frist verstrichen ist, noch immer ohne Unterbrechung den Militärdienst.

IV. Piotr Bysiek aus Siedlec des vorerwähnten Bezirkes, Besitzer einer Wirtschaft von 36 Joch, die infolge des Krieges gänzlich verwüstet ist, wurde von den Militärbehörden trotz günstig erledigter Reklamation vom Militärdienste nicht enthoben.

V. Władysław Ostrega aus Śmigno, desselben Bezirkes, vom Landesverteidigungsministerium z. Z. 1224/XIV bis zum 30. Oktober 1917 enthoben, ist bis jetzt noch immer nicht entlassen worden.

VI. Dem Antoni Pasia aus Bystrzyca, Bezirk Ropczyce, dessen Vater, Besitzer einer Grundwirtschaft von 40 Joch, 67 Jahre alt, zur Fortführung der Landwirtschaft unfähig ist, dessen Frau krank und die Wirtschaftsführung nur vom Sohne Anton besorgt wird, wurde die Reklamation nicht berücksichtigt.

VII. Jan Mac aus Husów, Bezirk Łańcut, der laut Verordnung des Landesverteidigungsministeriums vom 24. März 1917, E. G. Nr. 6200/XIV, enthoben wurde, ist bis jetzt vom Militärdienste nicht entlassen worden.

Da infolge der Grundteilungen nicht viele Besitzer größerer Grundwirtschaften vorhanden sind und durch die zahlreichen Einberufungen der nicht enthobenen, beziehungsweise Fortbelassung im Militärdienste der bereits enthobenen Landwirte ein unerträglicher Zustand sich herausgebildet hat, stellen die Gefertigten die Anfragen:

„Sind Eurer Exzellenz die obgeschilderten Zustände bekannt? Sind Eure Exzellenz bereit, entsprechende Verfügungen zu treffen, daß in Hinkunft bezüglich der Enthebungen nicht mehr derart vorgegangen werde?

Was beabsichtigen Euer Exzellenz zu veranlassen, daß die Enthobenen künftighin auch tatsächlich vom Dienste entlassen werden?"

Wien, 21. November 1917.

Dr. St. Biały.
Myjak.
Bojko.
Tetmajer.
Bomba.
Fila.
Długosz.
Siwula.
Josef Rusin.
Witos.
Jachowicz.
Dyło.
Śmiłowski.
Łyszczarz.
Średniawski.
Lewicki.

1502
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Schürff, Dr. Waber, Wedra, Kittinger und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Eisenbahnminister, betreffend Verkehrserleichterungen für den Weihnachtswarentransport.

Infolge der in der letzten Zeit erfolgten Einschränkungen des Frachtentransportes stockt fast ganz die Zufuhr von Waren nach Wien und den übrigen Handelszentren. Die schwere Schädigung, die dadurch dem Kaufmanns- und Handelsstande überhaupt erwächst, wird aber insbesondere dadurch gesteigert, daß auch die Zufuhr von Weihnachtswaren fast gänzlich unterbunden ist und daraus für deren Besteller die große Gefahr entsteht, daß diese Verkaufsgegenstände zu spät einlangen und nicht mehr rechtzeitig abgesetzt werden könnten.

Darum stellen die Gefertigten folgende Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, sofort derartige Erleichterungen im Eisenbahnfrachtenverkehr anzuordnen, daß sich der Weihnachtswarentransport ungestört abwickeln kann und die bisherigen Störungen des Geschäftsverkehres mit Weihnachtswaren beseitigt werden?"

Wien, 21. November 1917.

Albrecht.	Dr. Schürff.
Erb.	Dr. Waber.
Dr. Erler.	Wedra.
Beyer.	Kittinger.
Fahrner.	Denk.
Kraft.	Richter.
Held.	Dr. Sylvester.
Hueber.	Dr. Lodgman.
Knirsch.	Dr. Kofler.

1503
I

Anfrage

des

Abgeordneten Erdmann Spies und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Unterrichtsverhältnisse auf dem Lande und die Entlohnung älterer und minder geeigneter Lehrer.

Das gesamte Unterrichtswesen an unseren Volks- und Bürgerschulen auf dem Lande befindet sich derzeit in einem vollkommen trostlosen Zustande und die Erziehung unserer Schuljugend sowie die Erteilung eines gedeihlichen Unterrichtes ist in Frage gestellt, wenn nicht ehebaldigst Abhilfe getroffen wird.

Es muß anerkannt werden, daß die Not des Krieges unabänderliche Verhältnisse geschaffen hat, eine Anzahl von Schulen ist bereits seit Jahren gesperrt, an Bürgerschulen sind die Fachgruppen nur mangelhaft oder gar nicht besetzt, bei manchen Volksschulen, wo unbedingt eine Manneskraft notwendig wäre, erteilt eine schwache weibliche Hilfskraft den Unterricht, in anderen Schulen wieder hat man die Klassen zusammengezogen, so daß dann bei der großen Anzahl der Kinder der Lehrer oft nicht imstande ist, die ganze Klasse übersehen zu können, hingegen in anderen Schulen nur Halbtagsunterricht eingeführt ist.

Die Bezirksschulräte geben sich alle mögliche Mühe und beantragen besonders die Enthebung derjenigen Lehrkräfte, welche Hilfsdienste leisten, bis jetzt aber sind noch sehr wenige solcher beantragter Enthebungen durchgeführt, wahrscheinlich schlummert der betreffende Akt irgendwo auf einem Aktentisch und harrt vergebens der Erledigung; dazu kommen immer wieder neue Einberufungen, so daß es noch so weit kommt, daß ein großer Teil der Schulen gesperrt werden muß.

Wenn es bei diesen beantragten Enthebungen sich um jüngere Lehrkräfte allein handeln würde, so wäre ein Entschuldigungsgrund gefunden, da aber hierbei eine große Anzahl von älteren Lehrpersonen, meist 40 bis 50 Jahre alt, in Betracht kommen, darunter noch sehr viele zu Hilfsdiensten klassifiziert sind und im Hinterlande zu allen möglichen Diensten, die ihrer vielfach unwürdig sind, verwendet werden, ein Ersatz für dieselben sehr leicht möglich wäre, hingegen Tausende von Schulkindern mangels jeder Lehrkraft keinen oder nur einen unzulänglichen Unterricht genießen und immer mehr Schulen gesperrt werden müssen, so ist das gewiß nicht gerechtfertigt und eines Kulturstaates unwürdig und muß geradezu als eine Versündigung gegen das Volks- und Staatswohl bezeichnet werden.

Da nun bisher alle diesbezüglich unternommenen Schritte der Bezirks- und Landesschulbehörden vergebens waren und es im gesamten Volks- und Staatsinteresse gelegen ist, daß der Unterricht an Volks- und Bürgerschulen aufrecht erhalten bleibt und Lehrkräfte ihrem Berufe zurückgeführt werden, anstatt Hilfs- und Schreiberdienste zu leisten, stellen die Gefertigten die Anfrage:

„1. Sind Seiner Exzellenz diese unhaltbaren Zustände bekannt?

2. Ist Seine Exzellenz geneigt, ehestens die notwendigen Schritte zu unternehmen,

daß die Enthebung der mindertauglichen, zum Hilfsdienste klassifizierten Lehrkräfte ehestens erfolge und diese ihrem Berufe, bei dem sie unentbehrlich sind, zurückgegeben werden?

3. Ist Seine Exzellenz weiterhin geneigt, dahin zu wirken, daß die Einberufung von Lehrpersonen, durch deren Einberufung das Schulwesen sehr schwer geschädigt wird, in Hinkunft unterbleibt, und ist Seine Exzellenz weiterhin geneigt, Schritte zu unternehmen, daß alle gestellten Enthebungsanträge ehestens der Erledigung zugeführt werden?"

Wien, 23. November 1917.

F. Wagner.
Michael Brandl.
Müller.
Pirker.
Dr. Sylvester.
Barbo,
Erdmann Spies.
Iro.
Dr. Waldner.
Goll.
W. Maixner.
A. Seidel.

1504
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Stölzel, Dr. Dinghofer und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten, betreffend die Erledigung der Enthebungsgesuche, Verwendung der eingerückten und kommandierten Mannschaft und entsprechende Rücksichtnahme auf die Notwendigkeit der Wirtschaftsführung im Hinterland.

Eure Exzellenz!

Die Anfrager wenden sich an den Herrn Ministerpräsidenten als obersten Chef der k. k. Regierung, welchem die Obsorge für die geordnete Verwaltung im Staate obliegt und welcher für das Parlament die einzige Stelle ist, an die es sich in Fragen, welche den Gesamtstaat, seine wirtschaftliche Erhaltung und das Bestehen im Kriege betreffen, kompetenzgemäß wenden kann.

Die Anfrage ist nicht vom militärischen, sondern vom staatlichen und wirtschaftlichen Standpunkt im Kriege gestellt und verlangt vom obersten Chef der k. k. Regierung die Pflege entsprechenden Einvernehmens mit den militärischen Behörden.

Eure Exzellenz!

Seit Kriegsbeginn geht die Klage durch die Bevölkerung, daß eine Reihe von eingerückten Personen mit bestimmter fachlicher Qualität zu Diensten verwendet wird, welche nicht eine entsprechende Auswertung der besonderen Fähigkeiten der Eingerückten bedeuten, sondern welche oft willkürlich und durch Zufall oder nach der Schablone bestimmt wurden. Insbesondere ist in den ersten Jahren des Krieges mit dem hochqualifizierten Menschenmaterial ohne besondere Sorgfalt gewirtschaftet worden und wurden Kräfte sowohl dem militärischen als auch dem Zivildienste im Kriege entzogen und oft geopfert, welche späterhin nicht mehr zu ersetzen waren.

Wieviel heute notwendig gebrauchte Ingenieure, Eisenbahner, Chemiker, qualifizierte Eisenarbeiter usw. sind in treuer Pflichterfüllung für das Vaterland gefallen oder dienstunfähig geworden.

Im Laufe der Zeit ist allmählich allerdings diese Verwendung ohne Beachtung der besonderen Qualifikation wesentlich gebessert worden, und zwar unter dem Drucke der harten Notwendigkeit, weil von seiten gewisser Stellen, welche besondere Qualifikation im Kriegsdienste verlangten, im Wege von Armeebefehlen entsprechend qualifizierte Leute in der Armee gesucht wurden.

Bezüglich der besonderen Kommandierung, insbesondere der Mannschaftspersonen, wird aber heute noch vielfach ohne entsprechende Rücksichtnahme auf die Qualifikation der betreffenden Leute vorgegangen und haben sich diese Mißstände insbesondere auf den Gebieten der landwirtschaftlichen Kommandierungen, insbesondere auch Holzarbeiter, derart herausgestellt, daß große Arbeiterpartien, welche dem allgemeinen Bedürfnisse zu Hilfe kommen sollten, von den Gemeinden und politischen Behörden abgelehnt werden mußten. Denn es stellte sich sehr oft heraus, daß diese zur Landwirtschaft kommandierten Arbeiterpartien, sei es wegen ihrer früheren Berufe, die ferne von jeder landwirtschaftlichen Arbeit gewesen

sind, sei es aus anderen, insbesondere aus nationalen und sprachlichen Gründen für die Bevölkerung, zu deren Hilfe sie kommandiert waren, nicht die gewünschte Hilfe gewährleisteten.

Die Anfrager glauben ruhig den Satz aufstellen zu können, daß die rechtzeitige Beurlaubung oder Enthebung der selbständigen Landwirte, beziehungsweise der Bearbeiter von landwirtschaftlichen Gütern selbst nur in geringer Zahl weitaus mehr Nutzen für die Landwirtschaft hervorgebracht hätten, als die Kommandierung großer, ungeeigneter Arbeiterpartien. Gerade aber diese Arbeiterpartien enthalten ebenfalls eine große Anzahl von Landschaften, welche auch dem eigentlichen militärischen Dienste entzogen sind.

Allerdings ist bei Beurlaubungen oder Enthebungen das Moment der Rechtzeitigkeit die Hauptsache und können die Anfragesteller nicht umhin, darauf hinzuweisen und jederzeit unter Beweis zu stellen, daß die jetzige Art der Behandlung von Beurlaubungen und Enthebungen in keiner Weise den zu stellenden Anforderungen entsprochen hat und oft geradezu mit die Ursache ist, daß vielfach über die Möglichkeit der Hereinbringung und Verwertung der Ernte geklagt werde. Enthebungen und Beurlaubungen für Holzarbeiten im Spätwinter oder Frühjahr wurden im Spätherbst, besten Falles aber auch nicht immer effektiv, Anbauurlaube häufig zur Zeit der Ernte gegeben und Ernteurlaube oder Enthebungen kamen oft nicht mehr zum Herbstanbau zurecht. Es soll aber nicht vielleicht der Versuch gemacht werden, diesbezüglich auf die militärische Lage zu verweisen, sondern die Ursachen lagen in der Aktenbehandlung in der diesbezüglich zentralisierten Behörde, wogegen die Formationen im Felde fast immer, wenn ein Gesuch oder eine Entscheidung rechtzeitig an sie gelangte, im hohen Verständnis der Notwendigkeit des Durchhaltens im Hinterland wirklich nach Möglichkeit des militärischen Dienstes Beurlaubungen ja sogar Enthebungen zustimmten.

Es ist auch eine zwar vielleicht technisch bequeme, aber den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechende Form der Behandlung von Enthebungsgesuchen gewählt worden, daß schon die Zugehörigkeit zu einer Marschformation und der zufällige Abgang ins Feld eine bereits bewilligte Enthebung in den allermeisten Fällen unmöglich macht.

Den Anfragestellern ist es vollkommen klar und ihnen zur Genüge bewußt, daß alle verfügbaren felddiensttauglichen Kräfte auch im Felde Verwendung finden sollen; jedoch kann diese allgemein als richtig anzuerkennende und anerkannte Norm nicht dazu führen, daß eben von den Zivilverwaltungs- und militärischen Stellen erkannte Notwendigkeiten der Beurlaubung oder Enthebung zunichte werden.

Ein weiter sehr fühlbarer Übelstand ist der, daß in den Sammelkaders oder bei den Sammelstellen Leute, die unbedingt wichtig und notwendig in ihrem Zivildienste wären, sei es als Handwerker, Arbeiter, Landwirte usw., wochen- und monatelang warten müssen, bis sie irgendwohin in eine Dienstleistung abgeschoben werden, während es ganz gut möglich wäre, die Leute in ihrem Zivilverhältnisse zu belassen und besonders im Falle des Bedarfes telegraphisch auf den neuen Dienstposten einzuberufen. Daß dies technisch möglich ist, ergibt sich klarerweise aus dem Umstande, daß die Beurlaubten und Enthobenen stets prompt einrücken und die politischen Behörden und Gemeinden trotz ihrer großen Überlastung pflichtgemäß alle Einberufungen raschestens durchführen und für deren Durchführung sorgen.

Allerdings hat man sich allmählich schon mit Recht daran gewöhnt, für viele Stellen, welche auch vom weiblichen Personal im Militärdienste versehen werden können, solche heranzuziehen und es beweisen dies vielfach Zeitungsaufrufe nach dieser Richtung hin. Diese Maßregel ist sehr zu begrüßen, weil dadurch alle männlichen Kräfte entsprechend verwendet werden können. Noch immer aber gibt es eine große Anzahl von Nebenbeschäftigungen, welche ganz gut ohne Befürchtung eines Verrates militärischer Geheimnisse von weiblichen Personen oder bezahlten Kräften besorgt werden könnten, für welche aber eingerückte Soldaten verwendet werden, deren Arbeitskraft dadurch nicht nur ihrer eigenen Wirtschaft, sondern auch der Allgemeinheit verloren gehen. Den Anfragern sind Besitzer großer Landwirtschaften, gewerblicher Betriebe, Kaufleute oder auch qualifizierte Facharbeiter bekannt, welche oft in lächerlich geringwertigen Beschäftigungen ihre Zeit verbringen und deren Kräfte also brachliegen. Die Anfragesteller wollen nicht hier eine umfassende Reihe ihnen bekannter Beispiele anführen, würden sich aber dazu genötigt sehen, wenn diesen Behauptungen in offizieller Weise widersprochen würde, zum Beispiel in Linz Bergarbeiter für Schweinestallbau und Friseure, Zeichner als Holzarbeiter rc.

Die Möglichkeit der Verwendung solcher nicht frontdiensttauglicher Personen im Hinterlande oder auch in der Etappe in entsprechender Weise liegt in einer entsprechend genauen und stets bereiten Evidenzführung. Nicht, daß es vorkommen muß, daß bereits längst eingerückte Personen von einem Truppenkörper zum anderen gesucht werden müssen. Diese Evidenzführung vorausgesetzt und nur unter dieser Bedingung wäre aber die Belassung solcher im Augenblick nicht unbedingt gebrauchter Leute im Hinterlande in ihrer gewohnten Beschäftigung möglich gegen sofortige Einberufung im Falle des wirklichen Bedarfes. Die Kosten der Bezahlung weiblichen oder anderen Arbeitspersonales sowohl

im Hinterlande wie in der Etappe kommen wohl bei den allgemeinen Kriegskosten nicht mehr in Betracht.

Wenn die Anfragesteller alles dies Euer Exzellenz gegenüber anführen, so geschieht es in der Überzeugung, daß Eure Exzellenz in voller Wahrnehmung der Interessen des Staates nach jeder Richtung hin auch gewiß bestrebt sind, die militärische Lage des Staates im Kriege dadurch zu stärken, daß das Hinterland arbeitsfähig erhalten wird.

Wenn auch vielleicht gegenwärtig und noch mehr in der Zukunft sogar Einberufungen von nicht militärdiensttauglichen Personen für die allgemeine Kriegsdienstleistung erfolgen, und in erhöhtem Masse zu erwarten sind, was durch die lange Dauer des Krieges erklärlich erscheint, so muß gerade jetzt mit Rücksicht auf die zu erwartenden Einberufungen um so mehr von Seite der Volksvertreter an Eure Exzellenz die dringende Bitte gestellt werden, bei den zuständigen hohen militärischen Stellen dahin zu wirken, daß bei diesen Einberufungen im höchsten Maße auf die Möglichkeit des Durchhaltens im Hinterlande Rücksicht genommen wird. Es wäre nicht zu verantworten vor der Weltgeschichte, daß durch Vergeudung wirtschaftlicher Kräfte die herrlichen Kriegstaten der Armee im Felde in ihren Wirkungen für die Zukunft geschwächt würden und so die Siege unserer Helden im Felde dem Staate und seiner Bevölkerung für die Zukunft nicht zugute kommen würden.

Erfüllt von patriotischem Gefühle, in höchster Wertschätzung unserer herrlichen Armee und durchdrungen von dem Pflichtgefühl, alles aufzubieten, um diesen Krieg baldigst siegreich beenden zu können, bitten die gefertigten Anfragesteller Eure Exzellenz, dieser Anfrage ihre Aufmerksamkeit schenken zu wollen und auf Grund derselben mit den hohen militärischen Stellen das Einvernehmen zu pflegen.

Es wird sohin die Anfrage gestellt:

„Ist Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident geneigt, Vorsorge zu treffen, daß bei Durchführung der Beurlaubungen und Enthebungen, Verwendung der eingerückten und kommandierten Mannschaften unter voller Bedachtnahme auf die Notwendigkeit der Wirtschaftsführung im Staate und auf die Möglichkeit des Durchhaltens im Kriege bis zu einem ehrenvollen Frieden vorgegangen wird?"

Wien, 23. November 1917.

Goll.	Dr. Stölzel.
Dr. Bodirsky.	Dr. Dinghofer.
Wedra.	Schreiter.
Kittinger.	Erb.
Barbo.	Beyer.
Luksch.	Einspinner.
Langenhan.	Richter.
Dr. Schürff.	Hofmann.
v. Pantz.	Anton Hueber.
Fahrner.	Knirsch.

1505
I

Dotaz

poslance Josefa Šamalíka a soudruhů na Jeho Excellenci pana předsedu c. k. ministerstev ve příčině rekvisicí životních potřeb v zemědělských rodinách a vývozu obilí, bramborů, sena a slámy ze země Moravy.

Vaše Excellence! Na našem venkově moravském provádí se v těchto dnech vojenské soupisy polních plodin, hlavně obilí, bramborů, sena a slámy. Jsou to vlastně vojenské rekvisice, které jsou pokračováním rekvisicí úředních, jež politické úřady v mnoha krajích pomocí svých úředníků, četnictva a subkomisionářů (pokud se bramborů, sena a slámy týče) s naprostou bezohledností provádí.

Lid rolnický jest tímto postupem c. k. úřadu pro výživu lidu do nejvyšší míry roztrpčen, poněvadž začátkem července t. r. bylo prohlášením Jeho Excellence pana c. k. ministra pro výživu lidu v poslanecké sněmovně proneseno ujištění, že postup při odběru polních plodin bude zachováván dle zásady: „Každý zemědělec dostane předepsáno: Jak veliká jest jeho spotřeba pro celou rodinu, hospodářství, hlavně dobytek, jak velká jest potřeba osevu, a teprve přebytek sklizně bude určen pro erámí dodávku.“

Přede žněmi provedeny byly po celé Moravě soupisy osetých parcel, pak provedeny byly odhady úrody komisionelním ohledáváním každé jednotlivé parcely, na to provedeny nové revise sklizně a výmlatu. Tyto soupisy, které stály mnoho námahy a vyžadovaly mnoho nákladu, jsou vůbec odloženy, a úřední rekvisiční komise okresní se dle nich neřídí.

Předpisy obilí pro dodávky Válečnému obilnímu ústavu provádí se tak, že se zasílají obcím každého měsíce předpisy prozatímní. Rolnictvo jest následkem toho svedeno k náhledům, že tyto prozatímní předpisy budou mu zasílány každého měsíce, a proto odvádí obilí, pokud je vymláceno má, v malých částkách. Následkem nedostatku potahů, pracovních sil, uhlí a koksu není výmlat namnoze ještě proveden, a proto odevzdávání obilí vázne, čímž pak nastává porucha v zásobování. Ale tím není vinno rolnictvo.

Hůře dopadá to s dodávkami bramborů. Úroda bramborů následkem sucha byla v mnoha krajích slabá. Vzdor tomu žádá se, aby z Moravy vyvezeno bylo 14.000 vagonů bramborů bez ohledu na to, jak bude lid moravský zásoben.

Loni, ač byla na Moravě úroda bramborů obstojná, bylo vyvezeno z Moravy přes 5000 vagonů bramborů. Vzdor velké úrodě zelí a řepy (tuřínu) nebylo již v březnu v moravských městech bramborů k dostání. Letos se nejméně 5000 vagonů bramborů vykopalo a spotřebovalo před sklizní. Více než 5000 vagonů bramborů bylo rolníkům za nocí rozkradeno a o 5000 vagonů byla na Moravě menší sklizeň bramborů následkem zmenšené osevní plochy.

To znamená, že Morava má letos při sklizni bramborů oproti loňskému roku až 15.000 vagonů ztráty.

Bez ohledu na to, že letos jest neúroda zelí a tuřínu, že sklizeň obilnin a hlavně luštěnin jest menší, že v četných městech moravských není už dnes bramborů pro výživu nezásobeného obyvatelstva, celá sta a tisíce vagonů bramborů, hlavně z Velkomeziříčska, Novoměstska, Dačicka atd. vyváží se z Moravy pryč!

Rekvisice bramborů provádí se způsobem bezohledným. Majitelům pozemků předpisovány jsou dodávky bramborů bez ohledu na to, zda zásoby bramborů mají nebo ne!

V Biškovicích předepsáno 500 kilogramů bramborů podruhovi, který bydlí v obecní pastoušce, a který měl osázenu as 1 měřici pole bramborami, z nichž má živiti čtyřčlennou rodinu.

Ve Velké Routce vnikla rekvisiční komise jisté podruhyni za její nepřítomnosti (vyhledavše si v jejím bytě klíč) do sklepa odhadovati zásoby bramborů.

Na Velko-Bytečsku rekvirují brambory četníci. Rolníkům ponechává se pouze 150 kilogramů bramborů pro osobu a 20 metrických centů na osázení 1 hektaru půdy. Pro výkrm dobytka a na seschnutí se celé řadě rolníků neponechalo bramborů žádných. V jedné obci odměřoval četník zásoby bramborů ve sklepě — holí.

Na Blanensku, kde je více než 4000 nezásobených dělníků, jest nařízeno, několik vagonů bramborů vyvážeti ven z okresu, ačkoliv brambory v okresu tom sklizené daleko nestačí pro výživu obyvatelstva v okresu. Následkem přísného, ba výhružného nařízení úřadu pro výživu lidu nutí se úřady politické sehnati co nejvíce bramborů pro vývoz, bez ohledu na to, zda bude lid v okresích míti co jísti, či nikoliv! Zrovna tak postupuje se při rekvisicích sena a slámy. Úředně jest sice stanoveno, kolik smí rolník sena a slámy pro svůj dobytek skrmiti, avšak při rekvisicích sena a slámy se na toto nařízení nehledí.

Do domu pana Al. Bayera, rolníka v Příboře, přišel dne 23. července t. r. úředník pan Hotový z Nového Jičína a odhadnuv mu zásoby sena na 30 metrických centů. 20 metrických centů mu ho zabavil a přes protesty rolníka hned odvésti dal. Když 20 metrických centů sena bylo odvezeno, nezůstalo rolníkovi panu Bayerovi vůbec žádné seno. Rolník ten choval 8 kusů hovězího dobytka.

Skrovničké zásoby sena a slámy se rolnictvu moravskému odbírají a z Moravy pryč vyváží, a rolnictvo naše jest nuceno mladý dobytek šmahem vyprodávati, jelikož ho nemá čím živiti. V Horních Rakousích, Tyrolích, Haliči, Polsku a Rumunsku jsou velké zásoby píce. Rolníku moravskému se napřed odebere píce, a pak se mu odebírá dobytek, který se vyváží do Rakous a Tyrol na chov, aby se tam mohla píce využitkovati. To jest úplně zvrácený postup, to jest přímé ubíjení hospodářského života na Moravě, v zemi to, která má po stránce výrobní pro celou říši tak veliký význam! Takové hospodářské politice náš rolnický lid nerozumí a rozuměti nemůže, zvláště když jest vystaven jako letos nebezpečí, že jeho vlastní nepatrné zásoby se mu odebírají a vyváží pryč, a on pak má býti vystaven na jaře a přede žněmi nebezpečí hladu! Vyveze-li se nám z Moravy obilí, bude nám scházet chleba; vyvezou-li se nám brambory, bude nám scházeti ostatní výživa; vyveze-li se nám seno a sláma, musíme pak vyprodati i dobytek, a to znamená, že nebude v zemi naší ani mléka, ani másla, ani potahů na jaře pro obdělání pole nezbytných!

Rekvisice obilí provádí se na Moravě mimo to i ve mlýnech, a sice úředními revisory, kteří zabavují rolnictvu i to obilí k semletí do mlýna dodané, které jest k semletí úředně povoleno, a které následkem sucha nemohlo býti do určité doby semleto. Rolnické rodiny vypomáhají si půjčováním mouky navzájem, kterou pak se semletého obilí oplácí. Nyní jest rolníkům i toto obilí zabavováno, a tak rolnictvu znemožňováno navrácení vypůjčené mouky, čímž budou postiženi i zemědělci, kteří půjčením mouky svým spoludruhům vypomohli. Takovéto rekvisice obilí ve mlýnech jsou protizákonné a rolnictvo velmi poškozují a roztrpčují, a do přímé nouze o výživu přivádí.

Těchto trampot mohlo býti naše rolnictvo ušetřeno, kdyby byl zaveden, pokud se týče bramborů a obilí, válečný kontingent. Kdyby se byla potřeba zemí a států rozvrhla spravedlivě na jednotlivé pěstitele úrody s vyloučením malých zemědělců, kterýžto úbytek by nahradily velkostatky, kde je výnosnost pozemků vyšší, a kdyby se byla spotřeba nahradila přiměřeným kontingentem, a ostatní úroda zůstala uvolněna pro jejího majitele, pak měl vyživovací úřad zajištěnu celoroční potřebu, a rolnický lid mohl by klidně a volně ponechanou mu část úrody spotřebovati.

Jeho Excellenci panu c. k. ministru výživy byly návrhy ku zavedení válečného kontingentu včas podány a vysvětleny, a osudnou chybou jest, že nebyly provedeny!

Každý zemědělec určenou dávku plodin by byl odevzdal, když by ostatní úroda byla mu k volnému používání ponechána.

Jelikož rekvisice všech polních plodin, právě prováděné za asistence vojska, jsou bezpotřebným týráním lidu zemědělského a jelikož vývoz rolnic

kých výrobků, hlavně obilí, bramborů, sena a slámy, přivodí na Moravě hospodářskou katastrofu, táží se podepsaní:

„Jest ochotna Vaše Excellence vojenské soupisy, respektive rekvisice obilí, bramborů, sena a slámy neprodleně zastaviti a zavedením válečného kontingentu po odčítání dosud odevzdaných dávek polních plodin potřebu pro zásobení obyvatelstva opatřiti?

Jest Vaše Excellence ochotna zastaviti vývoz životních potřeb z Moravy, pokud nebude potřeba výživy až do nové sklizně na Moravě kryta?“

Ve Vídni, 20. listopadu 1917.

Okleštěk.
Navrátil.
J. V. Stejskal.
Filipínský.
Bechyně.
Svoboda.
Prokeš.
Tomášek.

Jos. Šamalík.
F. Staněk.
T. Mlčoch.
F. Němec.
Měchura.
Rozkošný.
Dr. Stojan.
Dr. Hruban.

Authentische Übersetzung.

1505
I.

Anfrage

des

Abgeordneten Josef Šamalík und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Ministerpräsidenten, betreffend die Lebensmittelrequisitionen bei Familien der Landwirte und die Getreide-, Kartoffel-, Heu- und Strohausfuhr aus dem Lande Mähren.

Euere Exzellenz!

In unseren mährischen Landgemeinden finden dieser Tage militärische Aufnahmen von Feldfrüchten, namentlich von Getreide, Kartoffeln, Heu und Stroh statt. Es sind dies eigentlich militärische Requisitionen, die eine Fortsetzung der behördlichen Requisitionen bilden, welche die politischen Behörden in vielen Gegenden mit Hilfe ihrer Beamten, der Gendarmerie und der Subkommissionäre (was die Kartoffeln, das Heu und Stroh anbelangt) mit absoluter Rücksichtslosigkeit durchführen. Die landwirtschaftliche Bevölkerung ist durch diesen Vorgang des k. k. Amtes für Volksernährung im höchsten Grade erbittert, weil anfangs Juli laufenden Jahres durch eine Erklärung Seiner Exzellenz des Herrn k. k. Ministers für Volksernährung im Abgeordnetenhause die Zusicherung gegeben wurde, daß sich der Vorgang bei der Abnahme von Feldfrüchten nach folgendem Grundsatze richten wird: „Jeder Landwirt bekommt eine Vorschreibung: Wie groß sein Bedarf für die ganze Familie, für die Wirtschaft, namentlich für das Vieh ist, wie groß der Bedarf an Saatgut ist, und erst der Überschuß der Ernte wird für die ärarische Lieferung bestimmt sein."

Vor der Ernte wurden in ganz Mähren Aufnahmen der besäten Parzellen und sodann Ernteschätzungen durch kommissionelle Besichtigung jeder einzelnen Parzelle und hierauf neuerliche Revisionen der Ernte und des Druschergebnisses vorgenommen.

Diese Aufnahmen, welche viel Arbeit erforderten und mit großem Aufwand verbunden waren, sind überhaupt beiseite geschoben und die amtlichen Bezirksrequisitionskommissionen richten sich nicht nach ihnen.

Die Getreidevorschreibungen für die Lieferungen an die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt finden in der Weise statt, daß man den Gemeinden jeden Monat provisorische Vorschreibungen übermittelt. Die Landwirte sind infolgedessen zu der Meinung verleitet, daß ihnen diese provisorischen Vorschreibungen jeden Monat zukommen werden und führen deshalb das Getreide, soweit sie es ausgedroschen haben, in kleinen Partien ab. Infolge des Mangels an Zugtieren, Arbeitskräften, Kohle und Koks ist der Drusch vielfach noch nicht durchgeführt und deshalb stockt die Abfuhr des Getreides, wodurch dann eine Störung in der Approvisionierung entsteht. Die Schuld trifft jedoch nicht die Landwirte.

Ärger verhält sich jedoch die Sache mit den Kartoffellieferungen. Die Kartoffelernte war infolge der Dürre in manchen Gegenden schwach. Trotzdem verlangt man, daß aus Mähren über 14.000 Waggons Kartoffeln zur Ausfuhr gelangen, ohne Rücksicht darauf, wie die mährische Bevölkerung versorgt sein wird. Im Vorjahre wurden, obwohl die Kartoffelernte in Mähren erträglich war, über 5000 Waggons Kartoffeln aus Mähren ausgeführt. Trotz der reichen Ernte an Kraut und Rübe (Tellerrübe) waren bereits im März in den mährischen Städten keine Kartoffeln erhältlich. Heuer

wurden mindestens 5000 Waggons Kartoffeln bereits vor der Ernte ausgegraben und verbraucht. Mehr als 5000 Waggons Kartoffeln wurden den Landwirten bei Nacht gestohlen und um 5000 Waggons Kartoffeln war die Kartoffelernte in Mähren infolge der verminderten Anbaufläche geringer. Das bedeutet, daß Mähren heuer bei der Kartoffelernte gegenüber dem Vorjahre bereits einen Abgang von 15.000 Waggons aufweist.

Ohne Rücksicht darauf, daß heuer eine Mißernte von Kraut und Rübe war, daß die Fechsung an Getreide und namentlich an Hülsenfrüchten geringer ist, daß es in zahlreichen mährischen Städten bereits heute keine Kartoffeln zur Ernährung der nicht versorgten Bevölkerung gibt, werden hunderte und tausende Waggons Kartoffeln namentlich aus den Bezirken Groß-Meseritsch, Neustadtl, Datschitz usw. aus Mähren ausgeführt!

Die Kartoffelrequisition wird rücksichtslos durchgeführt. Den Grundbesitzern werden Kartoffellieferungen ohne Rücksicht darauf vorgeschrieben, ob sie Kartoffelvorräte besitzen oder nicht. In Bischkowitz wurden einem Landwirt Inmann, welcher im Gemeindehirtenhaus wohnt und ungefähr ein Metzen Feld mit Kartoffeln angebaut hatte, wovon er eine vierköpfige Familie ernähren soll, 500 Kilogramm Kartoffeln vorgeschrieben.

In Großroutka kam die Requisitionskommission bei einem Mietweib in Abwesenheit desselben, nachdem sie in ihrer Wohnung den Schlüssel fand, in den Keller, um die Kartoffelvorräte zu schätzen.

Im Bezirke Groß-Bittesch werden die Kartoffeln selbst von Gendarmen requiriert.

Den Landwirten werden bloß 150 Kilogramm Kartoffeln pro Person und 20 Meterzentner zum Anbau pro ein Hektar belassen. Zur Viehfütterung und für den Schwund wurden einer ganzen Reihe von Landwirten keine Kartoffeln belassen. In einer Gemeinde hat der Gendarm die Kartoffelvorräte im Keller mit dem Stock abgemessen.

Im Bezirke Blansko, wo es mehr als 4000 nichtversorgte Arbeiter gibt, ist die Ausfuhr von mehreren Waggons Kartoffeln aus dem Bezirke angeordnet, obwohl die in diesem Bezirke geernteten Kartoffeln zur Ernährung der Bevölkerung im Bezirke bei weitem nicht ausreichen. Infolge der strengen, ja drohlichen Verordnung des Amtes für Volksernährung bemühen sich die politischen Behörden, möglichst viel Kartoffeln für die Ausfuhr aufzutreiben, ohne Rücksicht darauf, ob die Bevölkerung in den Bezirken etwas zu essen haben wird oder nicht. Ebenso wird bei den Heu- und Strohrequisitionen vorgegangen. Es ist behördlich festgesetzt, wieviel Heu und Stroh der Landwirt für sein Vieh verfüttern darf. Bei den Heu- und Strohrequisitionen wird jedoch auf diese Verordnung keine Rücksicht genommen.

In das Haus des Herrn Al. Bayer, Landwirtes in Freiberg, kam am 23. Juli l. J. der Beamte Hotovy aus Neutitschein und hat nach Abschätzung seiner Heuvorräte mit 30 Meterzentner 20 Meterzentner hiervon beschlagnahmt und trotz der Proteste des Landwirtes gleich abführen lassen. Als die 20 Meterzentner Heu weggeführt waren, blieb dem Landwirte Herrn Bayer überhaupt kein Heu übrig. Dieser Landwirt hielt acht Stück Rindvieh!

Die geringfügigen Heu- und Strohvorräte werden den mährischen Landwirten abgenommen und aus Mähren ausgeführt und unsere Landwirte sind genötigt, Jungvieh völlig auszuverkaufen, weil man für dasselbe kein Futter hat. In Oberösterreich, Tirol, Galizien, Polen und Rumänien gibt es große Futtervorräte. Den mährischen Landwirten wird zunächst das Futter abgenommen, dann nimmt man ihnen das Vieh ab, welches nach Österreich und Tirol zur Zucht ausgeführt wird, damit das dortige Futter verwertet werden kann. Das ist ein ganz verkehrter Vorgang, das ist eine direkte Ruinierung des wirtschaftlichen Lebens in Mähren, in einem Lande, welches, was die Produktion anbelangt, für das ganze Reich von so hoher Bedeutung ist. Solche wirtschaftliche Politik versteht unsere landwirtschaftliche Bevölkerung nicht und kann sie nicht verstehen, namentlich wenn sie wie heuer der Gefahr preisgegeben ist, daß ihr ihre eigenen geringfügigen Vorräte abgenommen und ausgeführt werden und sie dann im Frühjahr und vor der Ernte der Hungersgefahr ausgesetzt werden soll! Wenn man uns aus Mähren Getreide ausführt, wird es uns an Brot mangeln, wenn man uns Kartoffeln ausführt, wird es uns an den sonstigen Nahrungsmitteln mangeln; wenn man uns Heu und Stroh ausführt, dann müssen wir auch das Vieh verkaufen und das bedeutet, daß es dann in unserem Lande weder Milch noch Butter, noch die unumgänglich notwendige Bespannung im Frühjahr zur Bebauung der Felder geben wird.

Die Getreiderequisition wird in Mähren überdies auch in den Mühlen vorgenommen, und zwar durch amtliche Revisoren, welche den Landwirten auch das zur Vermahlung in die Mühle gebrachte Getreide konfiszieren, dessen Vermahlung behördlich bewilligt ist und welches infolge der Dürre bis zu einem bestimmten Zeitpunkte nicht vermahlen werden konnte. Die Familien der Landwirte helfen sich durch Ausleihen von Mehl gegenseitig aus, welches dann aus dem vermahlenen Getreide rückerstattet wird. Jetzt wird den Landwirten auch dieses Getreide konfisziert und so den Landwirten die Rückerstattung des ausgeliehenen Mehles unmöglich gemacht, wodurch auch jene Landwirte betroffen werden, die durch Leihen des Mehles ihren Genossen ausgeholfen haben. Solche Getreiderequisitionen in

den Mühlen sind gesetzwidrig, schädigen die Landwirte sehr und erbittern sie und bringen sie direkt in eine Nahrungsnotlage.

Diese Qualen hätten unseren Landwirten erspart bleiben können, wenn, was die Kartoffeln und das Getreide anbelangt, ein Kriegskontingent eingeführt worden wäre. Wenn man den Bedarf der Länder und des Staates in gerechter Weise auf die einzelnen landwirtschaftlichen Unternehmer mit Ausschluß der kleinen Landwirte repartiert hätte, wobei den letzteren Abgang die Großgrundbesitze ersetzt hätten, bei denen die Ertragsfähigkeit der Grundstücke höher ist, und wenn der Verbrauch durch ein entsprechendes Kontingent gedeckt würde und der übrige Ernteertrag seinen Besitzern freigegeben worden wäre, dann hätte das Ernährungsamt den ganzjährigen Bedarf sichergestellt und die landwirtschaftliche Bevölkerung hätte den belassenen Teil der Ernte ruhig und frei behalten können.

Die Anträge auf Einführung eines Kriegskontingentes wurden Seiner Exzellenz dem Herrn k. k. Minister für Volksernährung rechtzeitig überreicht und erläutert und es ist ein verhängnisvoller Fehler, daß sie nicht durchgeführt worden sind.

Jeder Landwirt hätte die festgesetzte Quote von Früchten abgeführt, wenn ihm der übrige Teil der Ernte zur freien Benützung belassen worden wäre.

Da die soeben unter militärischer Assistenz durchgeführten Requisitionen aller Feldfrüchte eine überflüssige Schikanierung der landwirtschaftlichen Bevölkerung bilden und weil die Ausfuhr der landwirtschaftlichen Produkte namentlich von Getreide, Kartoffeln, Heu und Stroh in Mähren eine wirtschaftliche Katastrophe herbeiführen wird, fragen die Gefertigten:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, die militärischen Vorratsaufnahmen, beziehungsweise Requisitionen von Getreide, Kartoffeln, Heu und Stroh unverzüglich zu sistieren und den Bedarf für die Versorgung der Bevölkerung durch Einführung eines Kriegskontingentes nach Abrechnung der bisher in Abfuhr gebrachten Quoten von Feldfrüchten zu beschaffen?

Ist Eure Exzellenz bereit, die Ausfuhr von Lebensbedürfnissen aus Mähren für so lange zu sistieren, bis der Ernährungsbedarf in Mähren bis zur neuen Ernte gedeckt sein wird?“

Wien, 20. November 1917.

Dr. Stojan.	Šamalík.
F. Staněk.	T. Mlčoch.
Němec.	Měchura.
Rozkošný.	Navrátil.
Prokeš.	Svoboda.
Dr. Hruban.	Tomášek.
Okleštěk.	Bechyně.
Stejskal.	Filipínský.

1506
I

Dotaz

poslance Špačka a druhů na Jejich Excellence pány ministry lidové výživy a financí v záležitosti opatřování semen hospodářských a zahradnických z Uher a ze zahraničí.

Letošní katastrofální sucho zavinilo naprostou neúrodu veškerých semen. Nebezpečí nedostatku semen nejpotřebnějších zelenin i nejběžnějších plodin pro výživu lidovou jest nebezpečnou předzvěstí nového nedostatku jak zeleniny zahradní tak i polní v roce budoucím. Aby tomu bylo vyvarováno, jest nezbytně zapotřebí, aby vláda učinila vhodné kroky, by úsilí českých semenářů a pěstitelů zeleniny vůbec o nákup potřebných semen bylo pokud možno podporováno a všemožnou úřední péčí vedeno k cíli.

Doporučuje se zejména aby výnos královského uherského ministerstva financí, týkající se zápovědi vývozu semen z Uher do Rakouska, byl zrušen, neboť je jisto, že úroda semen je v Uhrách více než dostatečná.

Dovoz semen z Německa nebude vůbec dovolen. V pádu že by tamnější pěstitelé byli ochotni pro zdejší potřebu odprodati nějaké množství, hrozí zase nebezpečí, že příslušný obnos v markách nebude valutní ústřednou povolen k výplatě.

Mimo Německo, které jest svým semenářstvím vyhlášeno, proslulo i Dánsko, kde jest celá řada spolehlivých, světoznámých pěstitelů semen. Než pravidelný dovoz semen byl letos přerušen nařízením c. k. finančního ministerstva ve Vídni, že bez jeho zvláštního dovolení nesmí býti semena do Rakouska dovážena. Odvetou za toto jednání zakázala dánská vláda vývoz semen do Rakouska vůbec a zároveň nařídila exportním firmám, které měly určité přebytky, aby tato semena byla dodána do Berlína „an die Reichsstelle für Gemüse und Obst, Abt. Samen“, s pominutím Rakouska. Z této skutečnosti jde jasně na jevo, že semena se vůbec k nám nedostanou, neboť Berlín nevydá ničeho z toho, co dostane, ani svému nejvěrnějšímu spojenci.

Máme ovšem domácí svoji Ústřednu „Geos“ k nákupu semen, leč ta jest příliš málo zásobena, než aby stačila uspokojiti jenom nejnaléhavější poptávku po semenech a potom výslovně ve svých podmínkách prodejních uvádí, že neručí za pravost druhů. Již tato okolnost sama o sobě dává málo záruky úspěchu pěstování plodin ze semen „Geosu“.

Vzhledem k veliké důležitosti pěstování zeleniny pro lidovou výživu vůbec a zvláště pro vojsko, činí podepsaní zdvořilý dotaz:

„Jsou Vaše Excellence ochotny postarati se rozhodným způsobem o opatření dostatečných semen v Uhrách a v zahraničí?

Jsou Vaše Excellence ochotny umožniti nákup semen v cizině, pokud možno největšími úlevami dovozními a platebními a to v čase nejbližším, dokud ještě zásoby v cizině jsou?“

Ve Vídni, 21. listopadu 1917.

Antonín Rydlo.	Dr. Zahradník.	Jar. Rychtera.	Špaček.
Rozkošný.	Dr. Víškovský.	Janovec.	Žďárský.
Mašata.	J. Sedlák.	Krž.	Kulich.
Vojta.	Mlčoch.	Bradáč.	Vacek.
Udržal.	Dr. Velich.	F. Staněk.	K. Prášek.

Authentische Übersetzung.

1506
I

Anfrage

des

Abgeordneten Špaček und Genossen an Ihre Exzellenzen den Herrn Minister für Volksernährung und den Herrn Finanzminister, betreffend die Beschaffung von landwirtschaftlichen und Gärtnereisamen aus Ungarn und aus dem Auslande.

Die heurige katastrophale Dürre hat eine absolute Mißernte sämtlicher Samen zur Folge gehabt. Die Gefahr eines Samenmangels bei den notwendigsten Gemüsegattungen sowie den gewöhnlichsten Früchten für die Volksernährung bildet ein gefährliches Prognostikon für einen neuerlichen Mangel sowohl an Gartengemüse als auch an Feldgemüse im kommenden Jahre. Zur Vermeidung desselben erscheint es unbedingt notwendig, daß die Regierung geeignete Schritte unternehme, damit das Bestreben der böhmischen Samenhändler und der Gemüsezüchter überhaupt in bezug auf den Ankauf der notwendigen Samengattungen möglichst gefördert und mit tunlichster amtlicher Unterstützung zum Ziele gebracht werde.

Es empfiehlt sich namentlich, daß der Erlaß des königlich-ungarischen Finanzministeriums, betreffend das Verbot der Samenausfuhr aus Ungarn nach Österreich aufgehoben werde, denn es ist sicher, daß die Samenernte in Ungarn mehr als hinreichend ist.

Die Sameneinfuhr aus Deutschland wird überhaupt nicht bewilligt werden. Falls die dortigen Züchter geneigt wären, irgendeine Menge für den hiesigen Bedarf abzugeben, droht wieder die Gefahr, daß der betreffende Betrag in Mark seitens der Valutazentrale nicht zur Auszahlung bewilligt werden wird.

Außer Deutschland, welches in bezug auf die Samenzucht renommiert ist, ist auch Dänemark berühmt, wo es eine ganze Reihe verläßlicher, weltbekannter Samenzüchter gibt. Doch die regelmäßige Einfuhr von Samen wurde heuer durch die Verordnung des k. k. Finanzministeriums in Wien, daß ohne seine spezielle Bewilligung keine Samen nach Österreich eingeführt werden dürfen, unterbrochen. Im Retorsionswege für diese Handlungsweise verbot die dänische Regierung die Samenausfuhr nach Österreich überhaupt und ordnete gleichzeitig an, daß die Exportfirmen, welche gewisse Überschüsse besaßen, diese Samen nach Berlin „An die Reichsstelle für Gemüse und Obst, Abteilung: Samen", mit Übergehung Österreichs liefern.

Aus dieser Tatsache geht klar hervor, daß die Samen zu uns überhaupt nicht gelangen, denn Berlin gibt gar nichts von dem, was es bekommt, heraus, nicht einmal seinem treuesten Bundesgenossen.

Wir besitzen allerdings zum Ankauf von Samen unsere heimische Zentralstelle „Geos", doch diese ist zu wenig versorgt, um zur Befriedigung selbst nur der dringlichsten Nachfrage nach Samen zu genügen, und führt überdies in ihren Verkaufsbedingungen ausdrücklich an, daß sie für die Echtheit der Gattungen nicht garantiert. Schon dieser Umstand allein gibt wenig Gewähr für den Erfolg

der Züchtung von Früchten aus den Samen der „Geos".

Angesichts der großen Wichtigkeit der Gemüsezucht für die Volksernährung überhaupt und namentlich für das Heer, stellen die Gefertigten die höflichen Anfragen:

„Sind Eure Exzellenzen geneigt, in entschiedener Weise für die Beschaffung genügender Samenmengen in Ungarn und im Ausland Sorge zu tragen?

Sind Eure Exzellenzen bereit, den Samenankauf im Auslande durch möglichst große Einfuhr- und Zahlungserleichterungen, und zwar in der allernächsten Zeit, so lange noch Vorräte im Ausland vorhanden sind, zu ermöglichen?"

Wien, 21. November 1917.

Dr. Velich.
Ant. Rydlo.
Zahradník.
Viškovský.
J. Sedlák.
Mlčoch.
Udržal.
Vojta.
Mašata.
Rozkošný.

Špaček.
Zďárský.
K. Prášek.
Kulich.
Vacek.
Krž.
Janovec.
Jar. Rychtera.
Bradáč.
F. Staněk.

1507
I

Anfrage

des

Abgeordneten Jos. Špaček und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ackerbauminister, betreffend die Zucht von kaltblütigen belgischen Pferden und Lizentierung von belgischen Hengsten der Pferdezuchtgenossenschaften.

Mit Bescheid der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Neupaka vom 3. Juli 1914, Zahl 20892/14, wurde dem „Vereine zur Förderung der Pferdezucht in Bad Bělohrad" mitgeteilt, daß der am 23. Juni 1914 der Körungskommission vorgeführte, dem genannten Verein gehörige und beim Jan Měšťan, Landwirt in Lhota Šárová, befindliche belgische kaltblütige Hengst von der Kommission wohl zu Zuchtzwecken für geeignet erkannt, jedoch, da sowohl Bad Bělohrad als Sitz des Vereines als auch Lhota Šárová als Standort des Hengstes im Bereiche der Bezirkshauptmannschaft Neupaka, die in der warmblütigen Zuchtzone liegt, auf Grund der Kundmachung der k. k. Statthalterei für das Königreich Böhmen vom 17. September 1913, Zahl 18/A 1868, nicht lizentiert wurde.

Gegen diesen Bescheid der Lizentierungskommission brachte der genannte Verein die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof ein, der mit Entscheidung vom 6. März 1915, Zahl 1670/1915, den angefochtenen Beschluß als gesetzlich nicht begründet aufhob, da zur Erteilung von Lizenzen nicht die Kommission, sondern bloß die Bezirkshauptmannschaft selbst zuständig ist.

Im Hinblick auf diese Entscheidung fand die k. k. Bezirkshauptmannschaft mit Bescheid vom 7. Mai 1916, Zahl 21962, daß der von der Lizentierungskommission in Jičín am 23. Juni 1913 zur Körung vorgeführte reinblütige kaltblütige belgische Hengst nicht lizentiert werden könne, weil er Eigentum des Vereines ist, der seinen Sitz in Bad Bělohrad hat, und weil er sich bei Jan Měšťan, Grundbesitzer in Lhota Šárová, in Pflege befindet, welche beiden Orte im Bereiche der k. k. Bezirkshauptmannschaft Neupaka liegen, die durch das k. k. Ackerbauministerium, dem die oberste Leitung der Pferdezucht zusteht, gemäß dem mit Allerhöchster Entschließung vom 15. Oktober 1868 genehmigten Delegationsbeschlusse vom 24. März 1868 in die Zone der kaltblütigen Pferde eingereiht wurde. Die Bezirkshauptmannschaft fügte noch hinzu, daß der Hengst wohl den im Lande gezüchteten Gattungen entspreche, so daß gegen seine Zulassung in der Zone kaltblütiger Pferde kein Anstand obwalten würde, daß jedoch seine Lizentierung im Bereiche der dortigen Zone warmblütiger Pferde grundsätzlich nicht zuläßig sei.

Der Beschwerde des genannten Vereines wurde von der k. k. Statthalterei für das Königreich Böhmen nicht stattgegeben, weil Beschällizenzen — allerdings die Eignung des Hengstes zu dem angeführten Zwecke annehmend — nur für einen solchen Ort erteilt werden können, welcher in jener Zuchtzone liegt, für welche der Hengst nach Rasse und Eigenschaft paßt, so daß ein Hengst von kaltblütiger Rasse nur in der kaltblütigen Zone benutzt und somit nur für diese Zone lizentiert werden darf. Zu den Ausführungen der Beschwerde, daß die Verwendung eines dem Vereine zur Förderung der Zucht kaltblütiger Pferde gehörigen Hengstes zur

Beschälung von den Vereinsmitgliedern gehörigen Stuten in den statutarischen Wirkungskreis des Vereines gehöre, bemerkte die k. k. Statthalterei, daß Zweck des Vereines nach den Statuten sei, rein- und gemischtblütige Pferde kaltblütiger Rasse zur Zucht und zur Verwendung in der Landwirtschaft zu beschaffen, Musterungen und Ausstellungen der Zuchtpferde zu veranstalten und so zur Veredlung und Hebung der darniederliegenden Zucht beizutragen.

Durch die Bestätigung der Statuten habe der Verein bloß das Recht erworben, seine Tätigkeit in den Grenzen des angegebenen Wirkungskreises zu entfalten. Dadurch sei jedoch der Verein nicht der Pflicht zur Beobachtung der allgemeinen Rechtsnormen entledigt worden und deshalb gehalten, die besondere amtliche Bewilligung für jene Zweige der Vereinstätigkeit zu erwirken, für welche eine solche Bewilligung nach den allgemeinen Vorschriften erforderlich ist. Es müssen deshalb Genossenschaften und Vereine, falls sie ihre Hengste zur Beschälung der Stuten ihrer Mitglieder verwenden wollen, im Sinne der Ministerialverordnung vom 25. April 1855, Zahl 379 R. G. Bl., vom 3. Februar 1866, Zahl 18 R. G. Bl., und vom 15. Mai 1874, Zahl 76 R. G. Bl., geradeso wie ein jeder Einzelnbesitzer um die Lizentierung ihrer Hengste einschreiten, und dürfen zur Beschälung der den Vereinsmitgliedern gehörigen Stuten bloß lizentierte Hengste benutzen.

Daß die Begründung der abschlägigen Bescheide nicht stichhaltig ist, ist außer Zweifel.

Die von der Bezirkshauptmannschaft angeführte, von der k. k. Statthalterei geteilte Ansicht, die Lizenz könne nicht erteilt werden, weil sowohl Bad Bělohrad als auch Lhota Šárová in einem Bezirke liege, der vom Ackerbauministerium, dem die oberste Leitung der Pferdezucht zustehe, gemäß dem mit Allerhöchster Entschließung vom 15. Oktober 1868 genehmigten Beschlusse der Delegation vom 24. März 1868 in die Zone der warmblütigen Pferde eingereiht sei, ist wohl unklar, da nicht erkennbar ist, ob der Delegationsbeschluß die Zuständigkeit des Ackerbauministeriums zur obersten Leitung der Pferdezucht begründete, oder ob durch diesen Delegationsbeschluß das Königreich Böhmen in Zuchtzonen geteilt wurde, oder schließlich, ob durch diesen Delegationsbeschluß die Einreihung der politischen Bezirke in diese Zone erfolgte. Allein, mag dem so oder so sein, der betreffende Delegationsbeschluß hat weder für diese noch für jene Frage rechtliche Bedeutung und hätte sie selbst dann nicht, wenn er so allgemein lauten würde, wie dies nach dem erstinstanzlichen Bescheide scheint.

Die Pferdezucht insbesondere der Landwirte ist eine Angelegenheit der Landeskultur; nach § 12 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, Zahl 141 R. G. Bl. und § 18, Alinea I, 1, der Landesordnung für das Königreich Böhmen gehören alle Anordnungen in betreff der Landeskultur ausschließlich in den Wirkungskreis des Landtages des Königreiches Böhmen.

Infolgedessen haben die Delegationen, denen ausschließlich die im Gesetze vom 21. Dezember 1867, Zahl 146 R. G. Bl., angeführten Angelegenheiten zugewiesen sind, in Landeskulturangelegenheiten keine Kompetenz. Es sei jedoch konstatiert, daß sich die Delegationen auch im Jahre 1868 des Umfanges ihrer Kompetenz gut bewußt und weit entfernt davon waren, in Landeskulturangelegenheiten eingreifen zu wollen.

Durch den Delegationsbeschluß vom 24. März 1868 geschah nichts anderes, als daß die Militärgestüte aus der Verwaltung des k. u. k. Kriegsministeriums ausgeschieden wurden, worauf sie den Zivilinstanzen (den Ackerbauministerien) unterstellt wurden.

Dieser Delegationsbeschluß hat somit für die Lösung der Zuchtzonenfrage nicht die geringste Bedeutung. Aus diesem Beschlusse läßt sich faktisch — um so weniger rechtlich — weder die Einteilung des Königreiches Böhmen in Pferdezuchtgebiete, noch die Einreihung der politischen Bezirke in diese Gebiete, am allerwenigsten aber die Nichtlizentierung von Hengsten wegen der Inkongruenz der Rasse des Hengstes mit der Rassenbezeichnung der — vermeintlichen — Zone ableiten.

Auf eine gesetzliche Vorschrift berief sich weder die erste noch die zweite Instanz; eine Verordnung — falls eine solche besteht, was sehr zweifelhaft ist, da eine solche nicht zitiert wurde — hat keine rechtliche Bedeutung, weil nach dem strikten Wortlaute alle Anordnungen in Landeskulturangelegenheiten der Landesvertretung vorbehalten sind. Übrigens sind nach § 11 des Staatsgrundgesetzes vom 21. September 1867, Zahl 145 R. G. Bl., die staatsbehördlichen Verordnungen nur auf Grund von Gesetzen und nur innerhalb ihres amtlichen Wirkungskreises zu erlassen befugt. Abgesehen jedoch davon, daß der amtliche Wirkungskreis fehlt, besteht kein Gesetz, durch welches das Königreich Böhmen in Zuchtgebiete geteilt wäre.

Angesichts dieses Sachverhaltes möge nur zur vollständigen und unzweifelhaften Widerlegung des hier besprochenen Erlasses derselbe auch in puncto erwogen werden, in welchem er das Argument bekämpft, welches aus dem Faktum abgeleitet wird, daß der Verein nach seinen Statuten berechtigt ist, rein- und gemischtblütige Pferde kaltblütiger Rasse zur Zucht und landwirtschaftlichen Verwendung in Běhlorad und Umgebung zu beschaffen.

In diesem Punkte wich die Statthalterei dem eigentlichen Kern der Sache aus und leitete dieselbe sozusagen auf einen Nebenweg.

Es ist unzweifelhaft, daß die Bestätigung oder richtiger gesagt die Nichtuntersagung der Statuten, beziehungsweise der Vereinsgründung keine konstitutive, sondern bloß deklarative Bedeutung hat, in der Konstatierung, daß eine juristische Person entstand.

Es ist ebenso unzweifelhaft, daß die juristische Person eben Kraft der konstitutiven Bestimmung des § 26 a. b. G. B. ebenso wie die physischen Personen verpflichtet ist, sich nach den Gesetzen zu richten.

Allein darum handelt es sich hier nicht, sondern die logische Schlußfolgerung ist eine andere.

Nach § 6 des Gesetzes vom 15. November 1867, Zahl 134 R. G. Bl., obliegt es der Landesstelle, die Bildung eines Vereines zu untersagen, der nach seinem Zwecke gesetz- oder rechtswidrig ist.

Die Gründung des Vereines, der den Zweck verfolgt:

„für Bad Bělohrad und Umgebung rein- und gemischtblütige Pferde kaltblütiger Rasse zur Zucht . . . . . . zu beschaffen . . . . . . und so zur Veredelung . . . . der Pferdezucht des Landes beizutragen . . .“,

hat die k. k. Statthalterei für das Königreich Böhmen nicht bloß stillschweigend durch Nichtuntersagung, sondern ausdrücklich durch Bestätigung der Vereinsstatuten genehmigt und dadurch selbst anerkannt, daß die Zucht kaltblütiger Pferde in Bad Bělohrad und Umgebung weder gesetzwidrig noch rechtswidrig ist.

Angesichts dieses vom rechtlichen Gesichtspunkte ganz klaren Sachverhaltes wollen wir nur noch darauf hinweisen, daß eine Einteilung des Königreiches Böhmen in Zuchtzonen sachlich nicht nur unzweckmäßig, sondern im vollen Maße auch undurchführbar ist, da die Zuchtgebiete sich nicht wie politische oder Gerichtsbezirke abgrenzen lassen und ein Übergreifen aus einem Gebiete in das andere niemals vollständig ausgeschlossen werden kann und auch im Falle der Beschälung durch ärarische Hengste nicht ausgeschlossen wird.

Mit Rücksicht auf den dargestellten Sachverhalt und insbesondere auch in Erwägung der für die Landeskultur ungemein wichtigen Vorsorge für die Beschaffung und Erhaltung eines tüchtigen Arbeitspferdemateriales für die Zeit nach dem Kriege, stellen die Gefertigten an Eure Exzellenz die Anfragen:

„1. Sind Eurer Exzellenz die von uns oben dargestellten gesetzwidrigen Tatsachen bekannt?

2. Gedenkt Eure Exzellenz dem gesetzlich vollbegründetem Begehren des eingangs genannten Vereines baldigst zur Geltung zu verhelfen?

3. Was gedenkt Eure Exzellenz vorzukehren, damit die Interessen unserer Landwirtschaft an der Züchtung wichtiger arbeitstüchtiger, starker Pferde nicht behindert, sondern möglichst gefördert werden?“

Wien, 23. November 1917.

Spaček.
Kulich. Frant. Mašata.
Feltl. Krž.
Antonín Rýdlo. Dr. Zaharadník.
Udržal. Janovec.
Zdárský. Okleštěk.
Prašek. H. Srdínko.
Prošek. H. Staněk.
Bukvaj. Jar. Rychtera.
J. Sedlák. Jos. Švejk.

1508
I

Anfrage

des

Abgeordneten Wolf und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister, betreffend die Beschaffung von Zwirn.

Im Laufe der letzten Monate hat sich der Mangel an Zwirn in den Haushalten besonders der mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung sehr unangenehm geltend gemacht und der Mangel tritt jetzt, wo verschiedene Reparaturen an Winterkleidungsstücken notwendig sind, besonders in Erscheinung. Zwirn ist ebenso wie andere wichtige Gebrauchsgegenstände gar nicht oder nur zu hohen Wucherpreisen oder nur im Tauschweg gegen Lebensmittel erhältlich. Es ist begreiflich, daß dieser Mangel eines wichtigen Gebrauchsgegenstandes in den mittelständischen Bevölkerungskreisen schwer empfunden wird und es sind infolge dieser Zustände und der Unmöglichkeit, schadhaft gewordene Kleidungsstücke herzurichten oder neue im Haus anzufertigen, schwere gesundheitliche Schäden zu erwarten.

Die Gefertigten stellen deshalb an Seine Exzellenz die Anfragen:

„1. Ist Seine Exzellenz über den erwähnten Mangel unterrichtet?

2. Ist Seine Exzellenz bereit, Maßnahmen zu treffen, daß der Bevölkerung im Weg gleichmäßiger Verteilung wenigstens die unbedingt notwendige Menge an gebrauchsfähigem Zwirn zugeführt wird?"

Wien, 22. November 1917.

K. H. Wolf.

Dr. Roller.	Teufel.
Mr. Hummer.	Pacher.
Kraus.	Bodirsky.
Rieger.	Bernt.
Kroy.	Kopp.
Schürl.	Felzmann.
Dr. Michl.	Dr. v. Mühlwerth.

1509
―
I

Anfrage

der

Abgeordneten Wolf, Dr. Michl und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend Transferierung länger dienender Mediziner in Hochschulstädte zu Studienzwecken.

Vor kurzem wurde ein Erlaß veröffentlicht, in dem es unter anderem heißt:

„Alle Mediziner, Sanitätsleutnants und Fähnriche, die ununterbrochen zwei Jahre im Felde stehen, sind in die Universitätsstädt ihres Militärkommandobereiches zu transferieren, damit sie ihren Studien weiter obliegen können."

Die Gefertigten machen darauf aufmerksam, daß in dieser Verordnung zahlreiche Mediziner, die infolge einer Verwundung oder Erkrankung nicht die erforderliche Zeit im Felde verbringen konnten, die aber bereits seit Beginn des Krieges oder weit über zwei Jahre in Militärdienstleistung stehen und während ihrer oft drei- bis dreieinhalbjährigen Dienstzeit nie Gelegenheit hatten, zu inskribieren oder Prüfungen abzulegen, nicht berücksichtigt sind.

Die Gefertigten stellen deshalb an Seine Exzellenz die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, eine Nachtragsverordnung ergehen zu lassen, derzufolge diejenigen Mediziner, die zu Beginn des Krieges oder in den ersten Monaten desselben eingerückt sind, in die Universitätsstadt ihres Militärkommandobereiches zu transferieren sind, damit sie dort ihren Studien obliegen und wenigstens einen Teil der verlorenen Zeit einbringen können?"

Wien, 22. November 1917.

Wolf.
Dr. Michl.
Pacher.
Rieger.
Dr. Roller.
Kraus.
Kroy.
Schürl.

Felzmann.
Mr. Hummer.
Kopp.
Dr. Wichtl.
Bernt.
O. Teufel.
Dr. v. Mühlwerth.

1510
―――
I

Запит

посла Дра Льва Бачинського до Єго Ексцеленциї пана Міністра желїжниць в дїлї неможливих відносин на зелїзничім шлясї Львів—Чернівцї.

На желїзничім шлясї Львів—Чернівцї цивільні подорожні є формально виключені від їзди желїзницею.

Дуже мала скількість возів, призначених для цивільних подорожних, є все занята військом і цивільним майже не можливо здобути сидяче місце в поїздї. Они мусять цїлу дорогу стояти в коридорах возів, переповнених пакунками, а дуже часто мусять зрезиґнувати з їзди, бо поїзди є так переповнені, що навіть на ступенях возів нема місця.

На тій лінії курсує лише дві пари поїздів, а то один поїзд особовий, а другий поспішний.

Сей так званий поспішний поїзд їде так поволи і задержує ся на так многих станицях, що незрозуміло є, длячого єго названо поспішним і длячого подорожні мають оплачувати висшу цїну їзди.

До того той поїзд (з правила) спізняє ся, а що найгірше тратить у Львові злуку з поспішним поїздом, курсуючим межи Львовом а Віднем.

Щоби запобігти сим відносинам, а в слїд за тим уможливити цивільним подорожним їзду желїзницею, було би вказаним завести окремі поїзди для війска, а окремі хотьби лиш раз на добу курсуючі поїзди для цивільних, зглядно призначити для цивільних, хотьби як ограничену скількість возів і видати зарядженє, щоби до тих возів не вільно було військовим подорожним входити.

Відтак належало би видати персоналеви желїзничому строгі прикази, щоби не пускав подорожних низшої кляси до висших кляс, та щоби з огляду на небезпеку заборонив їзду на плятформах і ступенях возів, або на дахах возів.

Вкінци слїдувалоби так звані поспішні їзди дійсно приспішити, або назвати їх просто звичайними, а що найбільше приспішеними поїздами особовими і після того побирати цїну їзди.

Підписані запитують про те:

„Чи Вашій Ексцеленциї є відомі висше намічені відносини?

Що Ваша Ексцеленция думають зарядити, щоби цивільним подорожним була бодай в ограниченій мірі уможливлена подорож на зелїзничім шлясї Львів—Чернівцї та щоби поїзди на тім шлясї як слїд курсували?“

Petryckyj.	Dr. Lew Baczyński.
Dr. Petruszewycz.	Dr. Eugen Lewickyj.
Kolessa.	Stefanyk.
Dr. Łahodyński.	Dr. Woł. Baczyński.
Reizes.	Okunewskyj.

Authentische Übersetzung.

1510
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Lew Baczyńskyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Eisenbahnminister, betreffend die unhaltbaren Verhältnisse auf der Bahnstrecke Lemberg—Czernowitz.

Auf der Bahnstrecke Lemberg—Czernowitz wurden Zivilreisende von der Bahnfahrt förmlich ausgeschlossen. Eine ganz geringe Anzahl der für die Zivilreisenden bestimmten Wagen ist stets von den Militärpersonen besetzt, während es den Zivilpersonen beinahe unmöglich erscheint, irgendeinen Sitzplatz im Bahnzuge zu erreichen. Sie müssen ganze Fahrstrecken in Wagengängen stehen, obendrein sind die Wagen von Reisegepäck überfüllt. Sehr oft müssen die Zivilpersonen auf das Mitfahren verzichten, weil die Bahnzüge so überfüllt sind, daß es sogar auf den Wagentreppen keinen Platz mehr gibt.

Auf dieser Bahnstrecke verkehren bloß zwei Paar Züge, und zwar je ein Personenzug und je ein Schnellzug. —

Dieser sogenannte Schnellzug fährt so langsam und bleibt auf so vielen Stationen und Haltestellen stehen, daß es direkt unerfindlich ist, weswegen er „Schnellzug“ genannt wird und warum die mitfahrenden Passagiere einen höheren Fahrpreis bezahlen müssen.

Obendrein weist dieser „Schnellzug“ regelmäßig starke Verspätungen auf und, was die Interessenten am empfindlichsten trifft, versäumt er regelmäßig in Lemberg den erwünschten Anschluß mit dem zwischen Lemberg und Wien verkehrenden Schnellzug.

Um diesen Mißständen vorzubeugen und in der Folge den Zivilreisenden die Bahnfahrt zu ermöglichen, wäre es angezeigt, besondere Militärzüge und besondere, auch bloß einmal im Tage verkehrende Züge für Zivilpersonen einzuführen, beziehungsweise für die Zivilpersonen eine gewisse, wenn auch beschränkte Wagenanzahl zu bestimmen, ferner die Verfügung zu treffen, daß die Militärpersonen diese Wagen als Passagiere nicht benützen dürfen. Weiter wäre es von Nutzen, dem Zugspersonal die Beobachtung der Betriebsreglementsvorschriften einzuschärfen, daß die Passagiere unterer Wagenklasse in die oberen Wagenklassen nicht hereingelassen werden dürfen, ferner daß mit Rücksicht auf die Gefahr eventueller Unfälle die Fahrt auf der Wagenplattform und auf der Wagentreppe oder am Wagendache streng zu verbieten ist.

Schließlich wäre die Fahrt mit den sogenannten Eilzügen wirklich zu beschleunigen, beziehungsweise wären dieselben als gewöhnliche Personenzüge und höchstens als beschleunigte Personenzüge zu bezeichnen, weshalb für ihre Benützung ein angemessener Fahrpreis, jedenfalls nicht der eines wirklichen Eilzuges zu zahlen wäre.

Aus diesen Gründen stellen die Gefertigten an Eure Exzellenz nachstehende Anfragen:

„Sind Eurer Exzellenz obgeschilderte Verhältnisse auf der Bahnstrecke Lemberg—Czernowitz bekannt?

Was für Anordnungen gedenken Eure Exzellenz zu treffen, daß den Zivilpersonen als Reisenden die Fahrt auf der Bahnstrecke Lemberg—Czernowitz wenigstens im beschränkten Maße ermöglicht wäre und daß die auf dieser Bahnstrecke verkehrenden Bahnzüge ihre vorgeschriebene Fahrzeit und Anschlüsse fahrplanmäßig möglichst einhalten?“

Dr. Lew Baczyńskyj.
Reizes.
Dr. Lahodyńskyj. Petryckyj. Dr. Wolodymyr Baczyńskyj. Dr. Eugen Lewickyj.
Stefanyk. Dr. Petruszewycz. Dr. Kolessa. Dr. Okunewskyj.

1511/I

Запит

посла Дра Льва Бачинського до Єго Ексцеленциї пана Мінїстра краєвої оборони з причини неудїлюваня відпусток (урльопів) жовнїрам, що находять ся в полевім віддїлї, хорих на трахому в Липовицї.

В Липовицї коло Перемишля перебуває коло 1200 жовнїрів в так званім „Feldtrachomaabteilung, Regiment 45“. Є се люди, що перебули трахому, або що до котрих заходило підозріне, що набавили ся тої страшної очної недуги.

Тим усїм, що приділені до сего віддїлу, не уділяє ся цїлковито відпусток і они не можуть відвідати своїх родин, котрих часом роками не бачили, анї уділити їм в господарстві помочи.

А діє ся те не задля того, що заходилаби небезпека розширеня хороби очий, коли би жовнїр зі згаданого віддїлу поїхав на урльоп до своєї громади, бо ті люди є цїлком уже здорові, о чім найлїпше сьвідчить те, що жовнїрів тих уживає ся до робіт в Перемишлї, в ґарнїзоновім арештї і що допускає ся до них родини, коли прийдуть їх відвідати, а вкінци що місяця формує ся з них компанії і висилає ся в поле.

Супроти неузасадненого відмовлюваня відпусток, панує огірчене межи жовнїрами, приділеними до заданого на вступі віддїлу, і много з них, самовольно виїздить до своїх родин, коли туга до своїх переможе обовязок до послуху.

Підписані запитують проте:

„Чи Ваша Ексцеленция зволять зарядити щоби, жовнїрам, находячим ся в „Feldtrachomaabteilung“ в Липовицї під Перемишлем уділювано урльопів?“

Dr. Lew Baczyńskyj.
Stefanyk.
Dr. Wol. Baczyńskyj.
Dr. Okunewskyj.
Petryckyj.
Dr. Petruszewycz.
Dr. Kolessa.
Dr. Eugen Lewickyj.
Dr. Kost' Lewyckyj.
Dr. Łahodyńskyj.
Reizes.

Ruthenische Übersetzung.

1511
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Lew Baczyńskyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung wegen der Nichtgewährung der Urlaube an jene Soldaten, welche in der Feldtrachomabteilung in Lypowycja sich befinden.

In Lypowycja bei Peremyśl sind zirka 1200 Soldaten bei der sogenannten „Feldtrachomabteilung Regiment 45" untergebracht. Das ist die Mannschaft, welche diese Augenkrankheit überstanden hat oder hinsichtlich welcher der Verdacht vorliegt, daß sie von dieser Krankheit behaftet ist. Allen jenen Personen des Mannschaftsstandes, welche zu dieser Abteilung gehören, werden keine Urlaube gewährt und sie können ihre Familienangehörigen nicht besuchen, welche sie oft jahrelang nicht gesehen haben. Auch ist ihnen die Möglichkeit entzogen, ihrer Familie bei der Landwirtschaft zu helfen.

Das geschieht nicht deswegen, weil etwa die Gefahr der Verschleppung dieser Augenkrankheit drohen würde, wenn ein Soldat aus der obgenannten Abteilung als Urlauber zu seiner Familie käme. Diese Soldaten sind schon vollkommen geheilt, was außer jedem Zweifel aus dem Umstande zu folgern ist, daß diese Soldaten zu verschiedenen Arbeitsleistungen in Peremyśl im Garnisonsarreste verwendet werden und daß zu ihnen ihre Familienangehörigen zugelassen werden, wenn sie zu ihrem Besuche nach Lypowycja kommen. Schließlich werden aus den dieser Abteilung angehörenden Soldaten jeden Monat Marschkompagnien formiert, welche ins Feld geschickt werden.

Angesichts dieser unbegründeten Abweisung der Urlaubsgesuche herrscht unter der zu der Feldtrachomabteilung gehörenden Mannschaft eine große Erbitterung und viele von ihnen verlassen ihre Abteilung eigenmächtig und besuchen ihre Familie ohne Erlaubnis, wenn das Heimweh ihre Pflicht des Gehorsams und der Unterordnung überwindet.

In Anbetracht dessen stellen die Gefertigten an Eure Exzellenz die Anfrage:

„Sind Eure Exzellenz geneigt, die Verfügung zu treffen, daß den bei der Feldtrachomabteilung in Lypowycja bei Peremyśl weilenden Soldaten Urlaube zum Besuche ihrer Familien gewährt werden?"

Dr. Lew Baczyńskyj.
Dr. Petruszewycz.
Petryckyj.
Dr. Eugen Lewickyj.
Dr. Kost' Lewyckyj.
Dr. Okunewskyj.
Stefanyk.
Dr. Wolodymyr Baczyńskyj.
Dr. Kolessa.
Dr. Lahodyńskyj.
Reizes.

1512
I

Anfrage

des

Abgeordneten Hagenhofer und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten.

Die vielfachen Anfragen der Volksvertreter an die Regierung in Ernährungsangelegenheiten, das Ergebnis der vorgestrigen und heutigen Debatte im Abgeordnetenhause, wo einerseits schwere Klagen und Beschwerden der Vertreter der Landgemeinden vorgebracht wurden, aus welchen hervorgeht, daß unter den obwaltenden Verhältnissen der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung es beim besten Willen nicht mehr möglich ist, einen entsprechenden Betrieb ihrer Wirtschaften und somit die Erzeugung von Lebensmitteln fortzusetzen, während die Vertreter der Konsumenten darüber Beschwerde führten, daß die Versorgung mit Lebensmitteln mitunter eine sehr mangelhafte ist und ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei offen mit Revolution drohte, ergeben, daß die Lage in Österreich eine sehr ernste geworden ist.

Es war für jeden halbwegs mit den Verhältnissen unseres Reiches vertrauten Menschen klar, daß die Drohung der Aushungerung mit einer vermehrten Produktion von Lebensmitteln im Inlande beantwortet werden müsse. Statt dessen hat unsere Regierung ihr Augenmerk nur auf die Verteilung der vorhandenen Lebensmittel gerichtet, während die Produktion nicht nur nicht gehoben, sondern durch vielfach unnötige Verringerung der Arbeitskräfte, Abnahme fast aller Lebens- und Futtermittel und vielfache sonstige Drangsalierung der Bauernschaft usw. geschmälert wurde.

Am schwersten wurde die Bauernschaft dadurch getroffen, daß die Regierung es absichtlich vermied, die landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften der einzelnen Länder um ein Gutachten zu befragen, bevor sie wichtige und einschneidende Verordnungen erließ. Die landwirtschaftlichen Berufskörperschaften wurden einfach von den diesbezüglichen Mitarbeiten direkt abgeschlossen und von der Regierung Körperschaften und Zentralstellen geschaffen, welche weder geeignet noch gewillt sind, auf die Verhältnisse und Bedürfnisse der Landwirtschaft die entsprechende Rücksicht zu nehmen.

So kam es, daß in der Ernährungsfrage die diesbezüglich wichtigste Gruppe der Bevölkerung, die landwirtschaftliche Bevölkerung, so viel wie nichts mitzureden hatte und die Regierung hauptsächlich nur nach den Ratschlägen der Konsumenten und vielfach nach den Vorschlägen jener Personen vorging, von denen es offenkundig war, daß sie weder kaisertreu sind noch für die Erhaltung des Staates ein besonderes Interesse hatten.

Die Gefertigten, welche als staatserhaltende Partei bekannt sind, sprechen daher die Erwartung aus, daß die Regierung endlich mit allem Ernste und mit allem Nachdruck Maßnahmen ergreife, wodurch die bisherigen Fehler bezüglich der Ernährungsfragen beseitigt und Einrichtungen geschaffen werden, welche den Verhältnissen und Bedürfnissen aller Kreise der Bevölkerung nach Möglichkeit entsprechen und eine Aushungerung derselben unmöglich machen.

Die Gefertigten verlangen von der Regierung, daß sie dafür sorge, daß es der Bevölkerung möglich sei, bis zu einem ehrenvollen Frieden durchzuhalten.

Weiß die Bevölkerung, daß sie diesbezüglich sich auf die Regierung verlassen kann und daß ernste, zielbewußte, sachverständige Männer an den Spitzen derselben stehen, welche mit aller Entschiedenheit dafür sorgen, daß auch ihre untergeord-

neten Organe nach ihren Weisungen vorgehen, so wird dieselbe mit allem Opfermute und aller Treue an der schweren Arbeit des Durchhaltens auch weiter mitwirken.

Aus diesem Grunde sehen wir uns veranlaßt, folgende Anfragen zu stellen:

„1. Sind Eure Exzellenz entschlossen und gewillt, bezüglich der Ernährungsfragen die Hauptorganisationen der landwirtschaftlichen Bevölkerung zur Beratung heranzuziehen und die Ratschläge derselben tunlichst zu berücksichtigen?

2. Sind Eure Exzellenz bereit dafür zu sorgen, daß alle untergeordneten Organe nach den Weisungen der Regierung vorgehen?

3. Sind Eure Exzellenz bereit dafür zu sorgen, daß die Produktion der Lebens- und Futtermittel den dringenden Verhältnissen entsprechend gehoben und gefördert werde?“

Wien, 23. November 1917.

J. Wohlmeyer.	Hagenhofer.
Kreilmeir.	Schweiger.
G. Mayer.	Tomaschitz.
Wagner.	Pichler.
M. Huber.	Eisterer.
Josef Grim.	Alois Brandl.

1513
I

Anfrage

des

Abgeordneten Hladnik und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister, betreffend die Requisition von Flachs.

Laut Verordnung des hohen Handelsministeriums und des Ministeriums für Landesverteidigung vom 26. April 1916, R. G. Bl. Nr. 116, ist selbst den Produzenten das Verspinnen und sonstige Verarbeiten von Flachs und Flachswerg allein oder mit irgendwelchen anderen Spinnstoffen nur insoweit gestattet, als für die Verarbeitung fallweise eine besondere Bewilligung erteilt wird.

Ansuchen um Bewilligung für jede Art der Verarbeitung oder Verwendung von Flachs und Flachswerg sind beim Kriegsausschusse der Leinenindustrie einzubringen. Über solche Ansuchen entscheidet das Handelsministerium.

Diese Verordnung steht im Gegensatze mit dem Kriegsleistungsgesetze vom 26. Dezember 1912, laut welchem die angeforderten Kriegsleistungen unter Bedachtnahme auf die Existenzmöglichkeit der einzelnen Leistungspflichtigen zu verteilen sind.

Flachs muß zu den unumgänglich notwendigen Bedürfnissen einer jeden Bauernwirtschaft gezählt werden. Beim Zugvieh braucht man Stränge. Die Pferdehalftern, die Seile, die bei Heuwagen benötigt werden, sind aus Flachs. In vielen Ländern, insbesondere in Krain, Steiermark und Kärnten, wird während des Winters Flachs gesponnen und zu Hausleinwand verarbeitet. Nicht nur Unterkleider, sondern auch Oberkleider werden noch in mehreren Gegenden aus Hausleinwand verfertigt. In Weißkrain zum Beispiel tragen sowohl Frauen als auch Männer zu Hause ausgearbeitete linnene Kleider.

Besonders jetzt, da es so großen Mangel an Kleidungsstoffen gibt, da von den Kaufleuten fast alle Kleidungsstoffe requiriert werden, wäre es wünschenswert, daß noch größere Mengen Flachs zu Hausleinwaren verarbeitet würden, denn sonst müßten die armen Leute, wenn die alten Kleider einmal zerrissen werden, ohne Kleider bleiben.

Ohne Stränge ist es nicht möglich zu pflügen, Transporte zu den Eisenbahnstationen zu bringen. In Kaufläden sind Stränge, Seile, Pferdehalftern und anderes nicht mehr zu bekommen.

Bei allen Requisitionen ist an dem Grundsatze festgehalten worden, daß dem Eigenproduzenten von seinen Produkten soviel gelassen wird, als er für sich und seine Familie unumgänglich benötigt, nur Flachs wird gänzlich requiriert. Auch Flachs soll den Eigenproduzenten für den Hausgebrauch in genügender Menge gelassen werden, darum stellen die Gefertigten die Anfrage:

„Ist Eure Exzellenz gewillt, den § 3 der Verordnung vom 26. April 1916, R. G. Bl. Nr. 116, so zu ändern, daß nur der zum Zwecke der Veräußerung ausgearbeitete Stengelflachs der Zentraleinkaufsstelle des Vereines der Flachsspinner Österreichs in Trautenau zum Kauf anzubieten ist?“

Wien, 23. November 1917.

Dr. Laginja.
Dr. Pogačnik.
Dr. Rybář.
Prodan.
Gostinčar.
Dr. Korošec.
Pogačnik.
J. Biankini.
Perić.
Dr. Dulibić.
Hladnik.
Dr. Gregorčič.
Dr. Benković.
Dr. Fr. Janković.

1514
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Matakiewicz, Londzin, Potoczek und Genossen an Seine Exzellenz den Landesverteidigungsminister, betreffend Einteilung von Mannschaften polnischer Nationalität in anderssprachige Truppenkörper.

Michael Sak, Landmann, geboren im Jahre 1872, heimatsberechtigt in Lisia Góra, Bezirk Tarnów, verheiratet, Vater von 5 Kindern, dessen Wohn- und Wirtschaftsgebäude während des Krieges verbrannt wurden, diente seit Kriegsbeginn als Korporal beim Landsturminfanterieregiment Neu-Sandez Nr. 32 (Standesregiment Nr. 57).

Der Mann wurde vor 10 Monaten zum königlich ungarischen Bataillon Nr. 28 (kr. ug. Osječko 28 pućko ustaško zapovjedničtwo Bataljun), Feldpost Nr. 168, transferiert.

Im Stande dieses Bataillons sind lauter Kroaten und Ungarn, der Mann kann sich mit ihnen nicht verständigen, er kann als Wachkommandant den Posten über seine Obliegenheiten nicht belehren, da er dessen Sprache nicht mächtig ist. Solche Transferierungen, die nicht vereinzelt sind, sind nicht nur für den Dienst nachteilig, aber verursachen auch, daß für die Soldaten, welche bei den Truppenkörpern mit ihrer Muttersprache mit Lust den Dienst leisten könnten, bei fremdsprachigen Truppenkörpern der Dienst unerträglich wird und daß sie wegen der Unkenntnis der Regimentssprache verschiedenen Unannehmlichkeiten und Härten ausgesetzt werden und wegen mangelnden Vollzuges des schlecht verstandenen Befehles &c. oft empfindlich bestraft werden.

Angesichts dieser Sachlage fragen die Gefertigten:

„Sind Eurer Exzellenz diese Zustände bekannt?

Sind Eure Exzellenz geneigt, veranlassen zu wollen, damit Soldaten polnischer Nationalität, welche nur der polnischen Sprache mächtig sind, von anderssprachigen Truppenkörpern zu Truppenkörpern mit polnischer Sprache zurücktransferiert werden und daß der geschilderte Vorgang in Zukunft vermieden wird?“

Wien, 23. November 1917.

Tertil. Lasocki. Smiłowski.
Ruebenbauer. Rauch.
Myjak. Baworowski.
Dr. Matakiewicz. Londzin. Potoczek.

1515
―――
I

Anfrage

des

Abgeordneten Michael Petryckyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister in Angelegenheit der vom Militärdienst befreiten und trotzdem im Lager für Flüchtlinge zu Gmünd zurückbehaltenen Invaliden.

Die nachstehenden Personen wurden seinerzeit als Invaliden ihrer Militärdienstpflicht enthoben und dessenungeachtet ins Lager der Flüchtlinge zu Gmünd überführt und dort bis heute zurückbehalten.

Es herrscht in ihrer Heimat, wie überall, ein großer Mangel an jeder Arbeitskraft, so daß jeder Mensch, wenn auch ein Invalide, außerordentlich nötig ist und auch ein solcher ist doch imstande eine entsprechende Beschäftigung aufzunehmen und nicht arbeitslos, ohne jeden Nutzen für die Gemeinschaft im Flüchtlingslager zu brüten.

Es sind folgende Invaliden:

1. Muzyka Paul, von der Gemeinde Wasylków bei Krywenke;
2. Sakiwskyj Demeter, von der Gemeinde Wasylkó bei Krywenke;
3. Pucentajla Mathias, von der Gemeinde Bosyry;
4. Hantscharyk Demeter, von der Gemeinde Tudorów;
5. Zlotschowskyj Stefan, von der Gemeinde Tudorów;
6. Husak Konstantin, von der Gemeinde Kopyczyńce;
7. Schtańko Michael, von der Gemeinde Kopyczyńce;
8. Procyschyn Stefan, von der Gemeinde Nyzbirek nowyj;
9. Kozak Daniel, von der Gemeinde Nizbirek nowyj;
10. Lapanowskyj Nikolaus, von der Gemeinde Nyzbirek nowyj;
11. Klutschewytsch Athanasius, von der Gemeinde Nyzbirek nowyj;
12. Bodnartschuk Basil, von der Gemeinde Nyzbirek staryj;
13. Schurgot Karl, von der Gemeinde Wilchowec;
14. Kurtscheba Demeter, von der Gemeinde Wilchowec;
15. Berezańskyj Josef, von der Gemeinde Hrynkiwci;
16. Kuschnir Josef, von der Gemeinde Hadynkirci;
17. Zmud Paul, von der Gemeinde Postoliwka;
18. Werys Stefan, von der Gemeinde Kluwynci;
19. Turtschyn Basil, von der Gemeinde Kluwynci;
20. Tschornobil Isidor, von der Gemeinde Wasylkiwci;
21. Kolomyjec Demeter, von der Gemeinde Wasylkiwci;
22. Chometa Dionisius, von der Gemeinde Tschabariwka;
23. Stefanyschyn Basil, von der Gemeinde Jabloniw;

24. Skab Theodor, von der Gemeinde Jabloniw;
25. Fyk Nikolaus, von der Gemeinde Jabloniw;
26. Schkatula Michael, von der Gemeinde Jabloniw;
27. Hrabec Stefan, von der Gemeinde Tschornokinci mati;
28. Zadunajskyj Cyryll, von der Gemeinde Tschornokinci mati;
29. Soroka Mathias, von der Gemeinde Kopytschynci;
30. Kolisnyk Stefan, von der Gemeinde Tschornokunecka Wola;
31. Paradowskyj Stefan, von der Gemeinde Chlopiwka;
32. Welykyj Demeter, von der Gemeinde Pewemyliw;
33. Moroz Georg, von der Gemeinde Tschornohinci welyki;
34. Soltys Sozon, von der Gemeinde Wasylkiwci.

Es wird Seine Exzellenz vom Reichsratsabgeordneten Michael Petruckyj und Genossen gefragt:

„1. Ob es Seiner Exzellenz bekannt ist, daß obige, vom Militär entlassene Invaliden im Flüchtlingslager zu Gmünd grundlos zurückbehalten werden: und

2. was gedenkt Seine Exzellenz anzuordnen, damit diese Invaliden unverzüglich in ihre Heimatsortschaften zurückgeschickt werden?“

Wien, 22. November 1917.

Lawruk.
Onyszkewycz.
Dr. Trylowskyj.
Dr. Cehelskyj.
S. Wityk.
Dr. L. Baczyńskyj.
Michael Petryckyj.
Dr. Eugen Lewickyj.
Dr. Smal-Stockyj.
Dr. Zahajkewicz.
Dr. Petruszewycz.
Stefanyk.

1516
I

Anfrage

der

Abgeordneten Hillebrand, Gröger und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend das Mißverhältnis in der Höhe der Bereitschaftszulagen für Offiziere und Mannschaften.

Das Kriegsministerium hat mit einem Erlaß vom 27. Oktober 1917 die Bereitschaftszulagen für die Offiziere des Hinterlandes derart erhöht, daß diese Zulagen für Oberleutnants und Leutnants nunmehr anstatt 2 K 3 K 50 h betragen. In aufreizendem Gegensatz zu dieser Verfügung steht die empörende Tatsache, daß die Bereitschaftszulage der Mannschaftspersonen, die an und für sich doch nur 10 h betrug, Ende Dezember 1916 eingestellt worden ist.

Der schroffe Gegensatz, der sich in dieser Behandlung der Offiziere und Mannschaften offenbart, wird indes nicht nur in diesem Falle sichtbar. Die Offiziere beziehen außer ihrem Gehalt seit dem vorigen Jahre eine Teuerungszulage, die allein der Aufwendung des Staates für die Verköstigung eines Soldaten entspricht — für den einfachen Soldaten hingegen wird eine Löhnung von 16 h für zureichend erachtet und ihm eine Teuerungszulage zu gewähren ist der Heeresverwaltung nicht eingefallen, obwohl all das, was der Soldat mit diesen 16 h bezahlen soll, enorm im Preise gestiegen ist. Die geringste Feldzulage für Offiziere ist mit 5 K täglich bemessen — dem Soldaten hingegen hat man nur den armseligen Betrag von 20 h als Feldzulage zuerkannt. Die Offiziere werden im Hinterlande und vielfach auch an der Front noch ausgezeichnet verpflegt, während die Menage der Mannschaft so knapp bemessen ist, daß sie nicht ausreicht, um den Hunger zu stillen, so daß bettelnde Soldaten eine Alltagserscheinung geworden sind. Und die Qualität der Mannschaftsmenage läßt, im Gegensatz zu jener der Offiziere, in vielen Fällen alles zu wünschen übrig. Nicht minder schroff ist der Gegensatz in der Behandlung der Offiziere und Mannschaften bezüglich der Bekleidung. Und während sich die Familien der einfachen Soldaten oft viele Monate bemühen und mit den Behörden herumstreiten müssen, um den Unterhaltsbeitrag zu erhalten, bekommen die Familien der Offiziere mühelos die Sustentation, unbekümmert darum, ob sie derselben zu ihrem Unterhalte bedürfen oder nicht.

Unbestreitbar ist also in allen Beziehungen eine ganz unverhältnismäßige Begünstigung der Offiziere gegenüber der Behandlung der Mannschaft zu erkennen, eine Begünstigung, die auf die Mannschaftspersonen erbitternd wirken muß — ein Zustand, der allem Rechtsempfinden Hohn spricht und der auch in der Bevölkerung die schroffste Kritik erfährt. Die Erhöhung der Bereitschaftszulagen für die Offiziere erfordert gebieterisch auch die Gewährung entsprechender Zuwendungen an die Mannschaften.

Wir fragen deshalb:

„Ist sich der Herr Minister bewußt, daß der grelle Kontrast in der Besoldung, Verköstigung und Behandlung von Offizieren und Mannschaftspersonen auf Soldaten und Zivilpersonen verbitternd und aufreizend wirkt? Will der Herr Minister dahin wirken, daß eine gleichmäßigere Behandlung platzgreift und daß angesichts der Erhöhung der Bereitschaftszulagen der Offiziere auch die Mannschaftspersonen endlich wieder eine Bereitschaftszulage, und zwar in angemessener Höhe erhalten? Will der Herr Minister endlich mit aller Energie dafür eintreten, daß die wahrhaft beschämend niedrige Löhnung der Soldaten eine ausreichende Erhöhung erfährt?“

Wien, 23. November 1917.

	Schiegl.	Dr. K. Renner.	Hillebrand.
Dötsch.	Pernerstorfer.	K. Seitz.	Gröger.
Seliger.	D. Löw.	Wutschel.	Ellenbogen.
Glöckel.	Resel.	Max Winter	Polke.
Sever.	David.	F. Skaret.	Jos. Tomschik.

1517
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Rybář und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Kultus und Unterricht, betreffend den mangelhaften Unterricht an den Triester Mittelschulen.

1. An den beiden Triester Mittelschulen mit deutscher Unterrichtssprache ist für Schüler slowenischer und italienischer Nationalität der Unterricht in ihrer Muttersprache als relativ obligater Lehrgegenstand vorgeschrieben und wurde auch bis zum heurigen Jahre — wenngleich für Slowenen in äußerst mangelhafter Weise — erteilt. Heuer jedoch ist, trotzdem der allgemeine Unterricht bereits mit Mitte September begonnen hat, für den Unterricht im Slowenischen in keiner Weise vorgesorgt, so daß ein solcher auch bis heute nicht stattfand. Während für selbst während des Krieges eröffnete deutsche Unterrichtsanstalten im Küstenlande — wo das Deutsche nicht einmal Landessprache ist — sofort die nötigen Lehrkräfte, eventuell durch Enthebung vom Militärdienste beschafft wurden, scheint man sich keine besonderen Sorgen wegen Anstellung einer Unterrichtskraft für das Slowenische zu machen. So bleiben denn die slowenischen Mittelschüler in einem seiner Majorität nach slowenischen Kronlande ohne Unterricht in ihrer Muttersprache, was die Slowenen um so schmerzlicher empfinden müssen, als ihnen außer den provisorischen und unvollständigen Görzer Beschäftigungskursen im ganzen Küstenlande keine slowenischen Mittelschulen zur Verfügung stehen.

2. Aber auch an den eben erwähnten Görzer Beschäftigungskursen, die provisorisch in Triest untergebracht sind, ist der Unterricht ein unzulänglicher, weil sich einige der für diese Anstalt bestellten Lehrkräfte aus bisher nicht aufgeklärten Gründen weigern, nach Triest zu kommen. Es ist nicht Sache der Gefertigten zu untersuchen, inwieweit ihre Weigerung gerechtfertigt ist. Jedenfalls aber muß im Interesse eines geordneten Unterrichts verlangt werden, daß entweder diese oder andere Lehrkräfte an die Anstalt berufen werden.

Die Gefertigten stellen daher die Anfragen:

„Was gedenkt Eure Exzellenz zu verfügen:

1. damit unverzüglich für die beiden Staatsmittelschulen mit deutscher Unterrichtssprache in Triest eine Lehrkraft für den Unterricht im Slowenischen bestellt werde?

2. damit die für die slowenischen Görzer Beschäftigungskurse (derzeit in Triest) notwendigen Lehrkräfte nach Triest berufen werden und den Unterricht an der Anstalt sofort aufnehmen?“

Wien, 23. November 1917.

	Brenčič.	Dr. Verstovšek.	Dr. Rybář.
Fon.	Dr. Pogačnik.	Dr. Dulibič.	Perić.
Jarc.	Demšar.	Pišek.	J. Hladnik.
Dr. Laginja.	Gostinčar.	Roškar.	Dr. Janković.

1518

I

Interpelacija

poslanca dra. Korošca in tovarišev na Njegovo ekscelenco gospoda ministra za notranje zadeve glede poostrene konfiskacijske prakse po policijski oblasti v Celovcu.

Njegova ekscelenca gospod notranji minister je 11. oktobra t. l. v zbornici obljubil omejiti delokrog cenzure. ako ni kazenskega dejanskega stanja, le na slučaje, ki so z interesi vojskovanja neposredno ali posredno v zvezi ali pa spadajo v stroko zunanjega urada; izrečno pa je Njegova ekscelenca povdarjal, da zgolj politična vprašanja ali taka. ki se vojskovanja sploh ne tičejo. ne spadajo pod cenzuro. in je obljubil. da bo skrbel zato, da bo cenzura hitreje delovala.

Odkar pa je v Celovcu prešla cenzura od državnega pravdništva na policijsko oblast. cenzura ni samo počasnejša, ampak tudi brezobzirnejša kakor prej in v direktnem nasprotju z obljubami Njegove ekscelence v zbornici. Cenzura se ni niti za las zboljšala. ampak šele neprimeroma poslabšala.

Dočim je cenzura na državnem pravdništvu točno delovala in ščetne odtise. ki so se ji predložili popoldne med 5. in 6. uro, pregledala ponavadi do 9. ure prihodnjega jutra ali še prej, zastaja sedaj pri policijski cenzuri, kolikor se tiče slovenskega časnika „Mira“, do 11. ure in še dalje.

V številki tednika „Mira“ je cenzura zaplenila sledečo notico, poslano od načelnika Jugoslovanskega kluba na slovensko časopisje:

„Poziv! Jugoslovanski klub potrebuje o persekucijah v vseh naših krajih izza početka vojne posebno o načinu postopanja proti našim ljudem točne informacije. Navesti je treba ne le dejstva, ampak tudi imena prizadetih ter priče. Splošno je potrebno. da se vsaka stvar more dokazati. Vsled tega se prosi, da se pošiljajo vsi podatki o persekucijah in krivicah na slovenskem jugu ali v priporočenem pismu ali pa potom zaupnih oseb na: Predsedništvo Jugoslovanskega kluba na Dunaju. I., parlament.

Dunaj, dne 6. novembra 1917.

Načelnik.“

To notico, ki niti z zunanjo politiko niti z interesi vojskovanja ni v nobeni zvezi, ne neposredno, ne posredno, in ki so jo vsi drugi slovenski listi smeli objaviti, je politična cenzura v Celovcu dne 15. novembra 1917. brez navedbe kakega razloga zaplenila.

Podpisani prašajo:

„Je Njegovi ekscelenci gospodu ministru za notranje zadeve ta nova poostrena in povsem neopravičljiva, samolastna konfiskacijska praksa policijske oblasti pri c. kr. deželni vladi v Celovcu znana, in je Njega ekscelenca volje, s strogim ukazom poskrbeti, da se boda Njegova navodila glede omiljenja cenzure tudi za glasilo koroških Slovencev, „Mir“. izvajala?“

Dunaj. 20. novembra 1917.

Demšar.	Dr. Korošec.
Gostinčar.	Dr. Benkovič.
Jarc.	Pišek.
Dr. Pogačnik.	Roškar.
Dr. Laginja.	Brenčič.
Prof. Spinčić.	Dr. Janković.

Authentische Übersetzung.

1518
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Korošec und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend die verschärfte Konfiskationspraxis durch die Polizeibehörde in Klagenfurt.

Seine Exzellenz der Herr Minister des Innern hat am 11. Oktober l. J. im Abgeordnetenhause das Versprechen gegeben, den Wirkungskreis der Zensur, wenn kein Straftatbestand vorhanden ist, nur auf Fälle zu beschränken, welche mit den Interessen der Kriegführung unmittelbar oder mittelbar im Zusammenhang stehen oder aber in das Fach des Auswärtigen Amtes gehören.

Seine Exzellenz hat aber ausdrücklich hervorgehoben, daß rein politische Fragen oder solche Fragen, die die Kriegführung überhaupt nicht betreffen, nicht unter die Zensur fallen und hat versprochen, dafür Sorge zu tragen, daß die Zensur schneller arbeiten werde.

Seitdem aber in Klagenfurt die Zensur von der Staatsanwaltschaft auf die Polizeibehörde übergegangen ist, ist die Zensur nicht nur langsamer, sondern auch rücksichtsloser als früher und in direktem Widerspruch mit den Versprechungen Seiner Exzellenz im Abgeordnetenhause. Die Zensur ist nicht um ein Haar besser geworden, sondern hat sich nur noch unverhältnismäßig verschlechtert.

Während die Zensur bei der Staatsanwaltschaft pünktlich funktionierte und die Bürstenabzüge, die ihr am Nachmittag zwischen 5 und [illegible] Uhr vorgelegt wurden, in der Regel bis [illegible] Uhr des nächsten Morgens oder noch früher durchgesehen hat, bleibt sie jetzt bei der Polizeizensur, soweit sie die slowenische Zeitschrift „Mir" betrifft bis 11 Uhr und noch länger liegen.

In einer Nummer der Wochenschrift „Mir" hat die Zensur folgende Notiz beschlagnahmt, welche vom Obmann des Südslawischen Klubs an die slowenische Presse gesendet wurde:

„Aufruf!

Der Südslawische Klub benötigt über die Persekutionen in allen unseren Gegenden seit Beginn des Krieges, insbesondere über die Art und Weise des Vorgehens gegen unsere Leute genaue Informationen.

Anzugeben sind nicht nur Tatsachen, sondern auch Namen der Betroffenen und Zeugen. Überhaupt ist es notwendig, daß jede Sache bewiesen werden könne. Infolgedessen wird ersucht, alle Daten über Persekutionen und Rechtswidrigkeiten im slowenischen Süden entweder mittels rekommandierten Briefes oder aber im Wege von vertrauenswürdigen Personen an den Vorstand des Südslawischen Klubs in Wien, I., Parlament, zu senden.

Wien, 6. November 1917.

Obmann."

Diese Notiz, die weder mit der äußeren Politik noch mit den Interessen der Krieg-

führung in irgendeinem Zusammenhang steht, weder unmittelbar noch mittelbar, und welche alle anderen slowenischen Blätter veröffentlichen durften, hat die politische Zensur in Klagenfurt am 15. November 1917 ohne Angabe irgendeines Grundes beschlagnahmt.

Die Unterzeichneten stellen die Frage:

„Ist Seiner Exzellenz dem Herrn Minister des Innern diese neue, verschärfte und durchaus nicht zu rechtfertigende, eigenmächtige Konfiskationspraxis der Polizeibehörde bei der k. k. Landesregierung in Klagenfurt bekannt und ist Seine Exzellenz gewillt, mit einer strengen Verfügung Vorsorge zu treffen, daß seine Anleitungen bezüglich der Milderung der Zensur auch für das Organ der Kärntner Slowenen „Mir“ durchgeführt werden?“

Wien, 20. November 1917.

Demšar.	Dr. Korošec.
Gostinčar.	Dr. Benkovič.
Jarc.	Pišek.
Dr. Pogačnik.	Roškar.
Dr. Laginja.	Brenčič.
Prof. Spinčić.	Dr. Janković.

1519
I

Interpelacija

poslancev dra. Korošca, dra. Ravniharja, profesorja Jarca in dra. L. Pogačnika in tovarišev do celokupnega ministrstva v zadevi prepovedi rabe slovenskih čitank na srednjih šolah.

Začetkom leta 1915. je pričela gonja proti Sketovim, odnosno Sket-Westrovim slovenskim čitankam, ki so bile doslej desetletja v rabi na naših srednjih šolah. Pričel je to gonjo neki „Arbeitsausschuß der deutschen Hochschuljugend in Graz“, šla je preko zloglasnega ptujskega župana Ornigga ter našla svoje zavetišče v referentu za kranjski deželni šolski svet, dvornemu svetniku vitezu Kalteneggerju ter nemškem deželnem šolskem nadzorniku za Kranjsko, Belarju. Na podlagi nekega zaznamka, ki graja več beril v navedenih čitankah kot ne-, oziroma manje patrijotičnih, ki se obrača proti prevelikemu poudarku „slovenstva“ in „slovanstva“ v teh berilih — je deželni šolski svet kranjski po inicijativi omenjenih dveh gospodov prepovedal nadaljno rabo čitank na utrakvističnih srednjih šolah. Ta zaznamek, ki sta mu omenjena gospoda prejkone tudi avtorja, se glasi v izvirniku tako-le:

Ad Zl. 43 L. Sch. R. Pr. Prepis.
Beilage A.

Verzeichnis

der zu bemängelnden Stellen in der Slovenska čitanka za V. in VI. razred srednjih šol, III. verbesserte Auflage, Klagenfurt 1903. (Neueste Auflage.)

Wiesthaler. S. 59. (Nr. 21: „Volkodlak“) Z. 106 und ff. „Pri nobenem narodu se ni volkodlaška vraža tako močno in ob enem tako strahovito razvila, kako pri Slovanih . . . res slovansko pleme“. (Übertriebene Prahlerei.)

Bartel. S. 84. (Nr. 25: „O živalskih pravljicah“.) „Koliko živalskih prič hrani narod slovenski . . . kar velja več ali manj tudi od drugih rodovih slovanskih . . .“ (Prahlerei.)

Hubad. S. 97. (Nr. 33: „Obredna narodna pesem“.) „. . . veličastne „zagovore“ slovanske — kako veličastno „nam“ doni . . .“ (Übertriebener Preis.) „Zagovor Slovana“.

Hubad. S. 108 (Nr. 42: „Pripovedka o Edipu v slovanski obliki“.) „. . . ampak nam kažejo sorodnosti v duševnem razvoju narodov slovanskih in grškega.“ (Großer Eigendünkel.)

Hubad. S. 178. (Nr. 67: „Kraljevič Marko v narodnih pesmih“.) Z. 98. „. . . nesrečnemu ljudstvu do naših časov“. (Das Schicksal der Slawen beklagend.)

Prešeren. S. 199. (Nr. 71: „Krst“.) Uvod. Z. 46. „Največ sveta otrokom sliši slave!“ (Aufreizende Behauptung.)

M. Vilhar. S. 259. (Nr. 95: „Kras“.) Str. 5, Z. 4. „. . . tebe pa usoda v prah . . .“ (Aufreizende Klage.)

S. Jenko. S. 259. (Nr. 96: „Jadransko morje“.) (Das ganze Gedicht dto.)

A. Aškerc. S. 259. (Nr. 97: „Čez Kavkaz“.) (Gedicht. Verherrlichung einer russischen Gegend und Begeisterung für die russische Landschaft.)

A. Aškerc. S. 261. (Nr. 98: „Krajinska stepa“.) Str. 1. Z. 2. „Tu ležiš na solncu kakor božja dlan“. Nr. 7. Z. 1 und 2: „. . . je kak Kozak — junak“. (Verherrlichung russischer Krieger.)

Cegnar. S. 62. (Nr. 99: „Rojakom“) und Seite 263. Nr. 100: „Kdo je mar?“ (In beiden Gedichten überschwenglicher Preis der Slowenen.)

Koseski. S. 265. (Nr. 104: „Vojaška“. (Große Selbstverherrlichung und Selbstüberschätzung der Slowenen.)

Funtek. S. 273. (Nr. 110: „Na božji poti“.) Str. 8: „Milejša bodi ti usoda“. (Das Los des Landes beklagend.)

Prešeren. S. 291. (Nr. 121: „V spomin Andreja Smoleta“.) Str. 8: „. . . v zemlji slovenski, katera zdaj ima grob komaj za nas“. (Klage.)

Koseski. S. 303. (Nr. 130: „Novine bralcem h koncu leta“.) Str. 5. Z. 2. 3: „. . . biti slovenske krvi, bodi Slovencem ponos“. Str. 6. Z. 5: „. . . pričal vašo modrost — narodom“. Str. 10. Z. 3 (S. 304): „Krasno bo sad slovenske reči dozorel“. (Übertriebener Eigendünkel.)

Stritar. S. 338. („Regulovo slovo“.) Nr. 158. Z. 118 und ff.: „Vse je blago, pravo, lepo, kar domovini je na prid“. (Irreleitend.)

Jurčič. S. 343. „Tugomer“. Z. 65: „. . . da vojno z vragi grdimi začnimo“. S. 345, Z. 101: „. . . na Franke vrage . . .“ Z. 126: „. . . kipečega sovraštva, ki mi vre na Franke, divjo zver v človeškem licu.

Jurčič. S. 348, Z. 225: „Gad plazivi“. S. 249, Z. 245: „Vrage veličave“. S. 358, Z. 496: „. . . ter nikdar ne udade se Frankom“. (Zahllose, gegen Deutsche (Franke) höchst gehässige und aufreizende Stellen. Aufforderung zum Widerstande gegen die Franken. Höchste Verunglimpfung.)

Rutar. S. 374, Z. 313. 314. (161. Z. 14: „Akvileja“.) „Akvileja ne more več prenašati biča brezbožnih Longobardov“. (Verunglimpfung eines deutschen Volksstammes.)

Parapat. S. 376. (162: „Narodna bramba“ etc.) Z. 4: „. . . narodni ponos in hrabrost naših pradedov se je takrat kazala v svitu“ usw. (Überhebung.)

Parapat. S. 361, Z. 224: „. . . njih dična kri slovenska — njihova slava bo donela na veke“. (Übertriebene Selbstverherrlichung.)

Wiesthaler. S. 414. (Nr. 166: „Pobratimstvo“. Z. 9: „. . . pleme slovansko blago“. Z. 15 und ff.: „Kdo še ni slišal preslavljati jugoslovanskega prijateljstva“. (Anpreisung des Allslawentums usw.)

Iz ocene, kakor nam jo prinaša ravnokar citirani zaznamek o posameznih berilih, je spoznati največjo animoznost, če ne sovražnost proti slovenskemu, življu. Slovenec se ne sme ponašati s svojimi prednostmi, ne sme poudariti svojega sorodstva z ostalimi slovanskimi narodi, ne sme hvaliti svoje lepe narodne pesmi, ne sme povzdigovati svojih vspehov v zgodovini narodov, ne sme blagrovati svoje rodne zemlje, ne sme ugotavljati svojega udejstvovanja v zgodovini avstroogerske monarhije, sploh on ne sme biti Slovenec, ampak k večjemu brezbarven državljan avstrijski. Temu brezmiselnemu in skozi in skozi nepedagogičnemu stališču sledi slepo prepoved deželnega šolskega sveta — brez premisleka in brez preudarka. Vodi jo — kakor rečeno — očividno komaj zaželjeni trenotek, nastopiti proti narodu slovenskemu kot takemu.

Kranjski deželni šolski svet je v seji 1. julija 1915 izmed sebe volil odsek, ki je dobil nalogo, da odda svoje mnenje o prepovedi in oziroma o razlogih, ki so vedli do prepovedi. Odsek je izdelal ta le elaborat:

„In der Sitzung des hochlöblichen k. k. Landesschulrates vom 1. Juli 1915 wurde der unterzeichnete Ausschuß*) gewählt, um

1. ein dem hohen k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht vorzulegendes Promemoria auszuarbeiten, in welchem zu den beiden über die Stetschen Lehrbücher für den slowenischen Sprachunterricht an utraquistischen Mittelschulen abgegebenen Gutachten Stellung genommen und die gegen gewisse Stellen in den Lesebüchern, beziehungsweise gegen ganze Lesestücke erhobenen Anwürfe auf ihre Berechtigung hin geprüft werden sollten;

2. um den dem hohen k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht vorzulegenden Entwurf eines Lehrplanes für den slowenischen Sprachunterricht an utraquistischen Gymnasien und Realschulen in Krain und am Mädchenlyzeum in Laibach zu revidieren;

3. um Grundsätze für die Verfassung neuer Lehrbücher für den slowenischen Sprachunterricht an den obgenannten Anstalten aufzustellen.

I. Promemoria.

Die Unterzeichneten haben sich zunächst der sub 1. gestellten Aufgabe unterzogen, haben die Anwürfe vom sachlichen, didaktischen und pädagogischen Standpunkte aus in durchaus objektiver Weise „sine ira et studio“ geprüft und beehren sich dem hochgeehrten Gremium darüber in nachstehender Weise Bericht zu erstatten.

An die Spitze seiner Äußerung stellt der Ausschuß die Erklärung, daß er mit dem Grundsatze, den der Verfasser des Gutachtens Nr. II aufstellt und der sich auf die nationale und patriotische

*) Der Ausschuß hat sich im Sinne des Sitzungsbeschlusses durch zwei Professoren (Fachmänner) verstärkt

Erziehung bezieht, vollkommen übereinstimmt. Der Verfasser sagt nämlich darüber nachstehendes:

„Nach den allgemeinen pädagogischen Grundsätzen fällt der Schule zwar die Aufgabe zu, die Schüler zur Liebe zum angestammten Volkstum anzuleiten, allein sie ist nach dem gleichen Prinzip auch verpflichtet, die nationale Duldsamkeit zu pflegen und vor allem die Anhänglichkeit an das gemeinsame Vaterland zu kultivieren.“

Auch damit ist der Ausschuß einverstanden, wenn der Verfasser noch hinzufügt, daß die Pflicht der patriotischen Erziehung wichtiger ist als die Aufgabe der nationalen Erziehung. Andrerseits kann und darf jedoch kein einsichtiger und gerechter Staatsmann, Politiker oder Schulmann, die Unterdrückung der nationalen Erziehung fordern, wird ja doch im § 71 der vom hohen k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht erlassenen Schul- und Unterrichtsordnung aus dem Jahre 1915 als eine der wichtigsten Aufgaben der Schule die Erziehung der Schuljugend zur Liebe zum angestammten Volkstum und zum gemeinsamen Vaterland hingestellt.

Über die Sketschen Lesebücher liegen zwei Gutachten vor: das eine beschäftigt sich nur mit dem Bande V und VI (für die 5. und 6. Gymnasialklasse), das andere mit II. bezeichnet, bezieht sich auf verschiedene Bände der Lesebücher und ist im ganzen maßvoller gehalten.

Es handelt sich nun darum, festzustellen und nachzuweisen, ob durch die beanstandeten Lesestücke einerseits die Pflicht der patriotischen Erziehung verletzt, andrerseits der nationale Standpunkt zu sehr betont und der nationalen Gesinnung der Schüler auf Kosten der patriotischen Gesinnung neue Nahrung zugeführt wird.

Gutachten II.

Dem Verfasser des zweiten Gutachtens, um mit diesem zu beginnen, lag eine dem Ausschusse unbekannte Beschwerdeschrift gegen die Sketschen Lesebücher vor. Nach eingehender Prüfung derselben gelangt der Verfasser zu dem allgemeinen Ergebnisse, daß

1. einzelne der in der Beschwerdeschrift beanstandeten Lesestücke in den neuen Auflagen nicht mehr vorhanden sind;

2. daß anderen der ihnen zugeschriebene aufreizende Charakter fehlt;

3. daß bei mehreren die Eliminierungsanträge der Beschwerde mehr oder weniger begründet sind;

4. daß überdies Lesestücke ausgeschieden werden sollten, welche die Beschwerdeschrift nicht speziell anführt. Hierbei erklärt der Rezensent selbst, daß die sofortige Vornahme einer strengen Revision aus Opportunitätsgründen nicht beantragt werden kann.

Ad 1. Die in den neuen Auflagen bereits eliminierten Lesestücke bilden keinen Grund für eine Erörterung, da sie in der Schule nicht gelesen werden. Die beiden beanstandeten Gedichte im I. Bande „Heimatliebe“ und „Slovenski svet“ sind durch das Gedicht „Slovenska zemlja“ von Gangl ersetzt, das vom Rezensenten nicht beanstandet wird. (I., Nr. 3.) Der Dichter sagt darin auch nur, daß dort, wo der Triglav sein Haupt erhebt, wo das adriatische Meer rauscht, wo der Isonzo die Hügel kühlt und der Karst wunderbare Höhlen birgt, seine Heimat sei. Dann schildert er die Schönheit des Landes, der Lage und Seen, die weißen Straßen und die Rebhügel und das Ackerland und die Schätze im Innern der Erde, und schließt mit der Bitte, Gott möge die slowenische Heimat beschützen. Daran kann wohl nichts Anstößiges gefunden werden; denn die Liebe zur Heimat, zur heimischen Scholle bildet unter allen Völkern der Erde, mögen sie nun reich und mächtig oder arm und klein sein, einen mit der innersten Volksseele verbundenen Begriff und wurde von Dichtern aller Zeiten vielfach besungen.

Ad 2. Die Äußerung des Rezensenten über die in der erwähnten Beschwerdeschrift als aufreizend bezeichneten Lesestücke, und zwar Vodniks Gedicht „Na moje rojake“ (I., Nr. 6), Slomšeks Prosastück: „Materina beseda“ (II., Nr. 2), des Janežič Beschreibung „Domovina Slovencev“ (III., Nr. 5) und Cegnars Gedicht „Kolednica“ (Nr. 46) ist objektiv und gerecht: der Verfasser betont ausdrücklich, daß diesen Stücken jeglicher aufreizender Charakter fehlt.

Ad 3. Der Rezensent bespricht nun vier Stücke, bei denen die Eliminierung mehr oder weniger begründet sei:

a) Tri sestre.
(Bd. I,
Nr. 66.)

Das erste Stück hiervon ist das Gedicht von Lujiza Pesjakova „Tri sestre“ (Drei Schwestern) (I., Nr. 66), dessen erste Strophe die beanstandete Stelle enthält. Der Inhalt des Gedichtes ist kurz folgender: Die ruhige Drau, die lebhafte Soča (der lebhafte Isonzo: Soča, um die Vorstellung, daß sie Schwestern sind beizubehalten) und die schnelle Save sprachen einst darüber, welche von ihnen zuerst in den Schoß des Meeres gelangen werde. Da machte sich die Drau zuerst in der Nacht stille auf und begann zu fließen. Als die Save bei ihrem Erwachen dessen gewahr wurde, stürzte sie voll Zorn über Felsklippen im wilden Laufe dem Meere entgegen und nun sprang auch die Soča in die Höhe, drang gewaltig durch Berge und Felsen in entgegengesetzter Richtung vorwärts und gelangte zuerst ins Meer. Das Gedicht enthält also eine

poetische Schilderung des Laufes der drei obgenannten Flüsse, von denen der Isonzo den kürzesten hat und somit zuerst zum Meere gelangt.

Die erste Strophe lautet: „Drava mirna' in živahna Soča sestri bistre Save sta obe. vse tri hčere krasne, imenitne, drage nam slovenske so zemlje (die ruhige Drau und die lebhafte Soča sind beide Schwestern der Save, alle drei sind Töchter der herrlichen, bedeutenden, teuren slowenischen Erde). Der Verfasser des Gutachtens beanstandet hierbei nur den Gedanken, daß die Drau als die Tochter der slowenischen Erde bezeichnet wird. „Diese Behauptung konnte", sagt er, „nur in jener grauen Vergangenheit gelten, in der die Slowenen auch im östlichen Tirol ansässig waren."

Übrigens sei es mißlich, von slowenischen Bergen und Flüssen zu reden, weil sich diese Bezeichnungen mit keinem geographischen Begriff deckten. Die Geographie kenne zwar eine bulgarische und eine serbische Morava, eine deutsche und österreichische Donau, unbekannt seien aber die slowenische Drau, der slowenische Triglav usw.

Was zunächst die letztere Äußerung anlangt, so dürfte ein Dichter wohl schwerlich geographische Begriffe besingen wollen, auch fragt er nicht danach, ob seine von dichterischer Intuition ihm eingegebenen Worte vor dem Forum der gelehrten und wissenschaftlichen Kritik Stand halten können. In einem wissenschaftlichen Werke oder in einem Geographiebuch wird man freilich den Begriff slowenischer Fluß vergeblich suchen, obwohl es immerhin möglich wäre, einen Fluß, der nur durch ein von Slowenen bewohntes Gebiet fließt, wie zum Beispiel die Laibach, einen slowenischen Fluß zu nennen. Übrigens muß darauf hingewiesen werden, daß die Dichterin nirgends von der slowenischen Drau spricht und hierbei auch an keinen geographischen Begriff denkt; denn dann hätte sie slowenisch mit großen Anfangsbuchstaben schreiben müssen. Wenn aber der Isonzo und die Save Töchter slowenischer Erde genannt werden, so ist dies gewiß keine Unwahrheit. Die Dichterin will damit einfach sagen, daß diese beiden Flüsse auf einem von Slowenen bewohnten Gebiete entspringen, was in alter Zeit auch bei der Drau der Fall war. Daß der Dichterin in der letzten Beziehung ein Anachronismus passiert ist, daß heute die Drau bei solcher Auffassung der Stelle nicht mehr als Tochter slowenischer Erde gelten kann, wird ohneweiters zugegeben; deshalb aber braucht das Gedicht noch nicht eliminiert zu werden. Wie viele Anachronismen gibt es doch in den verschiedensten Werken der deutschen und anderen Literaturen! Übrigens ist der Ausdruck „hči slovenske zemlje" auch bei der Drau insofern nicht ganz von der Hand zu weisen, als dieser Fluß einer der drei Hauptflüsse ist, die durch das von Slowenen bewohnte Gebiet fließen. Bei der Behandlung des Gedichtes hätte der betreffende Fachlehrer den erwähnten Anachronismus ohnehin aufdecken müssen. Wenn hierbei die Schüler erfahren, daß die Slowenen in alter Zeit auch im östlichen Tirol ansässig waren, so wäre dies eher geeignet, ihr nationales Bewußtsein herabzudrücken, als es zu heben. Übrigens erfahren sie diese historische Tatsache ohnehin im Geographieunterrichte.

Dies ist die einzige Stelle im I. Bande der Ausgabe von Sket-Wester, die dem Rezensenten eliminierungsbedürftig erschienen ist. Das hohe k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht scheint jedoch nicht derselben Meinung zu sein; denn der erwähnte I. Band (Slovenska čitanka za prvi razred srednjih šol von Sket-Wester) wird seit dem Jahre 1910 in seiner Gänze — nur noch vermehrt mit Lesestücken aus der antiken und slawischen Sage und österreichischen Geschichte — auch in der ersten Klasse des hiesigen städtischen Mädchenlyzeums gebraucht — approbiert mit Erlaß vom 14. Jänner 1910, Z. 48340 ex 1909 — und befindet sich nun auch in dem vom genannten hohen Ministerium mit dem Erlasse vom 15. Mai 1915, Z. 15843, genehmigten Verzeichnisse der für österreichische Mittelschulen (einschließlich der Mädchenlyzeen) für den Unterrichtsgebrauch in Hinkunft allgemein zulässiger Lehrbücher und Lehrmittel auf Seite 117.

b) Narodna pesem zrcalo narodnega života (V. Band, Seite 110)

b) Der Rezensent ist ferner mit der im V. Bande, Seite 110, vorkommenden Behauptung nicht einverstanden. Diese lautet: „Ni ga lahko najti naroda, ki bi s tako živahnostjo razodeval v pesmih svoje življenje. notranje in zunanje. kakor Slovani in med njimi zlasti Slovenci." (Man wird nicht leicht eine Nation finden, die mit solcher Lebhaftigkeit ihr Innen- und Außenleben in Liedern kund täte wie die Slawen und unter ihnen besonders die Slowenen.) Dieser Satz stehe nach der Äußerung des Rezensenten mit der Wahrheit nicht im Einklange und bilde eine der übertriebensten Hyperbeln.

Diese Hyperbel hat der Rezensent durch seine Übersetzung geschaffen. Er schreibt, man kann keine Nation finden, die . . . in Liedern verherrlichen könnte — das klingt freilich anders als das Richtige: Man wird nicht leicht eine Nation finden, die . . . kund täte. Hier wird die Möglichkeit des Findens zugegeben, dort ausgeschlossen, hier ist nur die Rede von einem Kundtun oder Offenbaren, dort von einem Verherrlichen. Auch durch das „könnte" bekommt der Satz einen anderen Sinn als durch

das richtige „täte". Dadurch wird die Unmöglichkeit, eine andere so liederkundige und gesangsfreudige Nation zu finden, noch gesteigert.

Auf das richtige Maß zurückgeführt, behauptet demnach der Satz, den der Verfasser des Lesestückes „Narodna pesem — zrcalo narodnega življa" (Das Volkslied — ein Spiegel des Volkslebens) zu Beginn seiner Abhandlung aufstellt, die nackte Tatsache, daß die Slawen, insbesondere die Slowenen, ein gar gesangliebendes Volk sind. Wer das Volkstum, die Kultur und Literatur der Slawen hinreichend kennt, wird die Wahrheit der obigen Behauptung ohneweiters zugeben müssen. Von den Slowenen aber gilt diese Behauptung im ganz besonderen Maße. Bei allen Zusammenkünften und Festlichkeiten, bei allen ländlichen Arbeiten erschallt ihr fröhlicher Gesang. Man gehe an Sonntagen von Kirche zu Kirche und vernehme, mit welcher Innigkeit die gesamte anwesende Gemeinde im Chorgesange Gott preist! Dies beweist auch die große Zahl weltlicher und geistlicher Volkslieder. Die vom leider schon gestorbenen slowenischen Universitätsprofessor Dr. Štrekelj herausgegebene Sammlung hat bereits vier starke Bände erreicht. Übrigens mag hierbei auf die Tatsache hingewiesen werden, daß deutsche Tagesblätter („Tagespost" und „Reichspost") in „Briefen von der Front" darüber Klage geführt haben, daß die deutschen Soldaten nur Schul- und Kommerslieder sängen, während ihnen das Volkslied fast ganz unbekannt sei, daß hingegen die slowenischen Soldaten einen reichen Schatz von volkstümlichen Marsch- und Soldatenliedern und anderen Volksliedern besäßen und daß es daher nötig sein werde, dem deutschen Volksliede eine größere Sorgfalt zuzuwenden.

Von den Südslawen sagt der deutsche Gelehrte Dr. Friedrich Krauß in der Einleitung zu seinem Werke „Sitte und Brauch der Südslawen": „Aus den geistigen Erzeugnissen des Volkes erkennt man das Volk. Was es liebt, was es haßt, was es glaubt, was es schaut, kunden Sage und Lied. Wie liederreich ist nicht das südslawische Volk! Über 500.000 Verse aus dem Volksmunde sind bisher schon gedruckt (im Jahre 1885, jetzt noch viel mehr). Doch dieser Born ist unerschöpflich (so reich, daß die Nachtigall verstummt und ihren Preis im Gesange an ein liederreiches und gesangfrohes Mädchen verliert, wie das bulgarische Volkslied meldet). Das Volkslied, besonders das lyrische, bot reichen Stoff dar für die Schilderung des Familienlebens". Man lese ferner die verschiedenen Kapitel über die Gesangsliebe und das Volkslied der slawischen Bewohner des Küstenlandes, Dalmatiens und Kroatiens und der Slowenen in dem großen Werke „Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild", und ferner über das Heldenlied der Südslawen im großen Geschichtswerke von Pflug-Harttung im Bande „Mittelalter", Seite 590, nach.

Es ist daher ausgeschlossen, daß diese den Schülern bekannte Tatsache ihr Nationalempfinden zum Schaden der patriotischen Gesinnung irgendwie beeinflussen könnte.

c) In der nämlichen Abhandlung gefällt folgender Satz dem Rezensenten nicht (Seite 113): „Nalogo, ki je pripadala Jugoslovanom, da rešijo evropsko prosveto pogina, pretečega ji od azijatskih kopit, so pomagali tudi Slovenci v največjo svojo slavo in čast reševati." (Zur Lösung der den Südslawen zugefallenen Aufgabe, die europäische Kultur vor dem ihr von den asiatischen Hufen drohenden Untergange zu retten, haben auch die Slowenen zu ihrem größten Ruhm und zu ihrer Ehre beigetragen.)

Diese Behauptung bedürfte in historischer Hinsicht einer mehrfachen Korrektur.

Da mit derselben noch zwei vom zweiten Rezensenten beanstandeten Sätze aus der Abhandlung Nr. 162 „Narodna bramba za časa turških bojev" (Die Volkswehr zur Zeit der Türkenkriege) inhaltlich zusammenhängen, so mögen auch diese beiden hier Platz finden und mitbehandelt werden. Sie lautet: a) „Zavest, narodni ponos in hrabrost naših pradedov se je takrat kazala v svitu, v katerem bi se morali odlikovati tudi mi, njih potomci." (Das Selbstbewußtsein, der nationale Stolz und die Tapferkeit unserer Vorfahren zeigte sich damals in einem Lichte, in welchem auch wir, ihre Nachkommen uns auszeichnen müßten.) (Seite 376, Z. 4). Diese Äußerung wird als Überhebung bezeichnet.

b) Le iz ponižne pripovedke, iz junaške pesmi še doni njihova slava in bo donela na veke (Nur aus der bescheidenen Sage und aus dem Heldenliede tönt noch ihr Ruhm und wird in Ewigkeit tönen.) (Seite 381, Z. 224.) Dies gilt als übertriebene Selbstverherrlichung. Der Rezensent Nr. 2 hat diese beiden Stellen nicht als ungehörig gefunden, da er sie gar nicht erwähnt.

Betrachten wir nun zuerst den ersten Gedanken vom geschichtlichen Standpunkt aus.

Die europäische — gemeint ist naturgemäß die westeuropäische — Kultur wurde von asiatischen Horden seit dem 13. Jahrhundert (Mongoleneinfall) bedroht. Die Raubzüge der Avaren und Magyaren übergehen wir hier; denn gemeint sind im obigen Satze die Zeiten des 15. bis 17. Jahrhunderts. Insofern bedarf der Satz einer genaueren Bezeichnung. Die furchtbarste Gefahr für das westliche Europa aber bildeten die Türken, die seit der unglücklichen Schlacht bei Nikopolis, 1396 durch volle drei Jahrhunderte Westeuropa bedrohten und insbesondere in die inneröstereichischen Karst- und Alpenländer Einfälle machten, wodurch Südsteier-

mark, Kärnten, Istrien und insbesondere Krain an den Rand des Verderbens gebracht wurden.

Daß unter den Türkeneinfällen und -kriegen die südslawischen Länder am meisten zu leiden hatten, ist eine historische unumstößliche Tatsache. Sie bildeten gleichsam das Bollwerk des südöstlichen Europa gegen die immense Türkengefahr. Die zeitgenössischen Geschichtsschreiber nannten die in den Türkenkriegen in der Wehrorganisation gemeinsam auftretenden Kroaten und Slowenen „antemurale christianitatis“ (das Bollwerk des Christentums). Zuerst wurde die Macht der Serben in der Schlacht auf dem Kosovo polje (Amselfeld) vernichtet, dann kamen die Bulgaren an die Reihe und schließlich drangen die Türken einerseits nach Ungarn, andrerseits nach Bosnien und bis Kroatien vor. So wurden sie die nächsten Nachbarn der österreichischen Länder.

Es wird gern zugegeben, und in dieser Hinsicht stimmt der Ausschuß der Äußerung des Referenten, daß der oben angeführte Satz einer Korrektur bedürfte, bei; es wird also zugegeben, daß teilweise im 16., sodann im 17. und in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts die österreichischen Heere den größten Anteil an der Besiegung und schließlich Niederwerfung der Türken (Prinz Eugen) hatten. Der Geschichtsforscher Weiß nennt in dieser Hinsicht im VII. Bande, Seite 797, Österreich den Schild Deutschlands und schreibt folgendes: „Ungarn lag also todesmatt zu den Füßen des Sultans, der Islam schien unaufhaltsam nach Westen vorzudringen“. Zur selben Zeit, als auch die Gefahr der Spaltung für die alte Kirche auf den höchsten Grad gestiegen war, da schufen die Brüder Karl und Ferdinand von Habsburg einen Staat (zu Beginn des 16. Jahrhunderts), der stark genug war, als Bollwerk des Westens gegen die kriegerische Kraft des Ostens zu dienen. Aber bei der Befreiung Wiens im Jahre 1683 haben auch die Polen unter König Sobieski mitgeholfen, der zehn Jahre vorher selbst die Türken besiegt hatte, und in den österreichischen Heeren kämpften auch Südslawen mit, und im ganzen 15. Jahrhundert kam es zu keinem großen Kriegszug gegen den Erbfeind der Christenheit. Auf mehreren Reichstagen, so auf dem von Regensburg und Nürnberg (1470 und 1471), wurden zwar allerlei Maßnahmen gegen die Türken beschlossen, aber es blieb bei Plänen und leeren Versprechungen und schließlich wurde dem Kaiser Friedrich III. die geforderte Reichshilfe gegen die Türken von den Reichsfürsten ganz abgeschlagen. Es war auch bei der damaligen Stellung Ungarns zu Polen, Burgunds zu Frankreich, Friedrichs des III. zu Böhmen und Ungarn, an einen Kriegszug der Fürsten des Abendlandes gegen die Türken nicht zu denken.

Demnach waren die Landstände von Innerösterreich (Steiermark, Kärnten, Krain) und die Bewohner der den Türken angrenzenden Länder, besonders von Kroatien, Krain und Istrien auf sich selbst angewiesen und das Volk traf selbst zweckmäßige Anstalten zur Verteidigung seines Lebens und seiner Habe. Es genüge hierbei nur der Hinweis auf die bekannten Tabors (befestigte Plätze, Kirchen, Türme u. dgl.) und auf die sogenannten Kreidefeuer (Grmade) auf den Gipfeln der Berge, welche zur raschen Signalisierung des anrückenden Feindes dienten. Die Bewohner der genannten Länder kämpften nicht bloß unter den Fahnen der österreichischen Befehlshaber, sondern oft auch unter der Leitung ihrer Ritter, unter denen Kacijanar, die beiden Grafen Auersperg Andreas und Herbert, Thurn, Lenković und Ravbar die bekanntesten sind. Es ist uns auch überliefert, daß beispielsweise die türkischen Raubhorden, als sie Krain und Kärnten verwüstet hatten und mit reicher Beute und 9000 gefangenen Christen gegen Bosnien zurückzogen, von einem christlichen aus Krainern, Kroaten und Serben bestehenden Heere von 12.000 Mann unter der Führung des kroatischen Banns Gara, eines Grafen Zrinyi, des Grafen Frankopan und zweier Grafen von Auersperg im Jahre 1483 an der Una überfallen und vollständig geschlagen wurden. Dies war der erste große Sieg über die Türken im 15. Jahrhundert, den nur die Südslawen erfochten haben. Bekannt ist ferner die Besiegung der Türken durch den Banus von Kroatien Nikolaus Zrinyi (Nikolaj Zrinjski) im Jahre 1562 und dessen heldenmütige Verteidigung der Stadt Szigeth im Jahre 1566, welche sogar Gegenstand poetischer Behandlung — man denke an Körners Drama — geworden ist.

Von den Kroaten sagt der berühmte Geschichtsforscher Dr. Brückner in dem vorerwähnten Geschichtswerke von Pflug-Harttung im Bande „Neuzeit“ Pagina 4: „Kroatien, heimgesucht von großer Einbußen an die Türken, war seit jeher ungarische Dependenz gewesen, — führte keinerlei eigenes politisches Leben trotz heroischer Kämpfe, zum Beispiel eines Zrinyi, in denen es die habsburgischen Grenzen gegen die Türken verteidigte. So schreibt objektiv ein deutscher Gelehrter.

Dies als Erläuterung zum ersten Satz.

Wie furchtbar die Bewohner von Krain und Istrien und wohl auch die von Südsteiermark und Südkärnten in dieser langen Periode von drei Jahrhunderten unter den räuberischen Einfällen der Türken zu leiden hatten, wie schrecklich ihre Blutsteuer war, wie viel Hab und Gut sie einbüßten, mit welcher Tapferkeit sie sich gegen den unmenschlichen Feind gewehrt, für Heimat, Vaterland und Glauben gekämpft und gestritten haben, das kann

nur jener richtig beurteilen und ganz ermessen, der in der Geschichte des slowenischen Volkes in jenen schweren Zeiten ganz bewandert ist. Man höre davon die Chronisten Unrest und Valvasor erzählen, man schlage in der Geschichte Krains von Dimitz und in der österreichischen Geschichte von Krones und von Huber nach, man lese die darauf bezügliche, unter dem Titel „Die Einfälle der Türken in Krain und Istrien" im Jahresberichte der hiesigen Staatsoberrealschule vom Jahre 1891 veröffentlichte Abhandlung des gewesenen Landesschulinspektors Hofrat Levec. Dieser schließt den ersten Abschnitt seiner Abhandlung mit folgenden Worten:

In kurzen, schlichten Worten haben uns gleichzeitig Chronisten diese Einfälle geschildert, aber aus einer jeden Zeile ihrer ungeschmückten Erzählung tönt uns ein Schrei des Jammers und Entsetzens entgegen über die bestialische Grausamkeit, Mord- und Zerstörungswut, von denen diese Barbarenzüge in unseren Ländern stets begleitet waren. Wer nennt die Hunderte von verbrannten Dörfern und eingeäscherten Städten; wer zählt alle die Tausende von Gefangenen, auf ewige Zeiten dahingeschleppten Christen; wer kennt die Zahl jener, die entweder auf dem Schlachtfelde ihr Blut verspritzt oder in ihrer Heimat von den blutdürstigen Asiaten gemartert und aus purer Lust am Quälen und Morden getötet wurden; wer schildert den grenzenlosen Jammer der ihrer Kinder, Frauen oder Männer beraubten und ohne Erhaltungsmittel in der verwüsteten Heimat zurückgebliebenen Unglücklichen? Weit und breit ist das Land durch Feuer und Schwert in eine Wüste verwandelt und die Bewohner, die noch ein glückliches Schicksal in dieser Öde zurückgelassen, fristeten mit tränenden Augen und bebendem Herzen ihr trauriges Dasein.

Und wenn es nun ein Schriftsteller in gerechter Würdigung dieser Zeiten wagt, die Entschlossenheit und Tapferkeit der slowenischen Vorfahren den Nachkommen als leuchtendes Beispiel hinzustellen und zu behaupten, daß ihr Ruhm in den Sagen und Liedern immerdar fortdauern werde, so wird er der Überhebung und Selbstverherrlichung geziehen!

Und dieses leuchtende Beispiel an Tapferkeit und Vaterlandsliebe wirkt unter den Nachkommen tatsächlich fort. Dies beweist der furchtbare Weltkrieg, dessen Zeugen wir sind, dies beweist zumal das an Seine Exzellenz den Herrn Landespräsidenten und an den Herrn Landeshauptmann von Krain gerichtete Schreiben des Kommandanten des 17. Infanterieregiments Ritter von Milde, des Obersten Baron Stillfried vom 26. Juli 1915, das ein höchst ehrenvolles Zeugnis von der Tapferkeit der Söhne des Kronlandes Krain gibt. Der genannte Kommandant gibt darin die Versicherung, daß ganz Österreich, vor allem aber das Herzogtum Krain stolz sein kann auf seine Söhne, die in 240jähriger Tradition nach den glänzenden Beispielen ihrer Vorfahren in zwölfmonatigem Ringen mit einem tapferen Feinde in angestammter Treue zu Kaiser und Reich Heldentaten ohnegleichen vollbracht und zu den herrlichen Siegen beigetragen haben, die unser Vaterland aus schwerer Bedrängnis befreiten. Und wenn der Schüler hört, daß seine Vorfahren für den heimatlichen Boden, für das österreichische Vaterland und für den Glauben so mutig gestritten und solche Opfer an Gut und Blut gebracht haben, sollte dieses Vorbild echter Vaterlandsliebe nicht auch in ihm den wahren Patriotismus entflammen? Gewiß, er wird sein herrliches Vaterland Österreich um so höher schätzen und lieben lernen, je mehr er zur Einsicht gelangt, daß seine Heimat, die dem Vaterlande angehört, vom Blute seiner Vorfahren getränkt worden ist und daß seine Vorfahren, so sehr sie auch unter den Hufen der Asiaten zu leiden hatten, „trotzdem," um mit Levec zu reden, „sich glücklich schätzen mußten, daß sie ein Teil eines mächtigen Ganzen, durch die kräftige Hand der Habsburger Fürsten geschützt, wenigstens vor dem traurigen Schicksal, das die anderen Südslawen getroffen, bewahrt blieben, vor dem Schicksal, Freiheit und Glauben zu verlieren und durch Jahrhunderte hindurch das drückende Joch der Osmanen tragen zu müssen."

d) Ilirija oživljena.

Die Forderung des Rezensenten, die „Ode zur Ehre und zum Ruhme Napoleons", „Ilirija oživljena" (Das wiedererweckte Illyrien), worin Vodnik die Gründung der Provinz Illyrien durch Napoleon (1809) besingt, aus dem Lesebuche auszuscheiden, ist insofern berechtigt, als das Gedicht vom patriotisch-erziehlichen Standpunkt in ein ethisches Lesebuch, welches nur patriotischen Erziehungszwecken dienen sollte, nicht gehört. In einem literarhistorischen Lesebuch (für die VII. Gymnasialklasse), das Proben aus den Werken der Schriftsteller und Dichter bringen soll, aus denen die Schüler den Bildungsgang und die dichterische Tätigkeit eines Dichters oder Schriftstellers, sowie den literarischen und kulturhistorischen Charakter einer Epoche erkennen sollen, wird man es jedoch kaum entbehren können. Die erwähnte Ode muß als Irrtum des Dichters bei seiner Biographie unbedingt zur Sprache kommen, weil sonst sein Widerruf „Ilirija zveličana", „Illyria magnificata", in welcher er das Lob auf Napoleon widerruft, unverständlich bliebe. Zur Ehre Vodniks und zum Verständnis für die bisherige Aufnahme des Gedichtes ins Lesebuch sei hierbei auf nachstehendes hingewiesen.

Die Ode „Ilirija oživljena“ stammt aus dem Jahre 1811, als Krain an Napoleon abgetreten worden war, sich somit Vodnik als Untertan Napoleons fühlte. Napoleon, der Schwiegersohn des Kaisers Franz und damalige Bundesgenosse Österreichs, erschien eben damals dem Dichter als der legitime Herrscher, von dem er einen neuen Aufschwung für sein Heimatland erwartete.

Die Beurteilung, die dieses Gedicht im Jahre 1814, also gleich nach der Wiedergewinnung Illyriens durch unsere Armee, seitens der k. k. Studienhofkommission und der Zentral-Organisierungs-Hofkommission erfahren hat, ist sehr bezeichnend. Jene schreibt darüber: . . . „Allein dieses Gedicht ist (sc. mehr) eine bloße Äußerung der Freude über das Wiederaufleben des alten Illyriens als ein Lobgedicht auf Frankreichs Herrscher (siehe Jagić, Festschrift, Berlin 1908, Seite 633); diese (Kommission) fügte ausdrücklich hinzu, daß das Gedicht übrigens keine Invektive gegen die österreichische Regierung enthält. Diese von Vodnik besungene Wiederherstellung des alten Illyriens ist dann auch von der österreichischen Regierung längere Zeit beibehalten und erst 1849 endgültig beseitigt worden. Derselben Meinung ist in bezug auf dieses Gedicht auch der schon einmal erwähnte Geschichtsschreiber Krains, Dimitz, seiner Nationalität nach ein Deutscher, der im IV. Band seiner Geschichte Krains, Seite 354, Vodnik verteidigt und nach Anführung seiner Gründe schließlich bemerkt: „Aus dem allen ergibt es sich aber auch bis zur Evidenz, daß Vodniks jedenfalls formvollendete, poetisch schöne Hymne weniger eine Huldigung für Napoleon als der schwärmerische Erguß nationalen Selbstgefühls, eine patriotische Phantasie war, für welche man mit dem offenen, warmfühlenden, durch und durch edlen Poeten nicht ins Gericht gehen kann!“

Auf demselben Standpunkt stand auch der berühmte Gelehrte und einwandfreie Patriot Miklosich, der das Gedicht Vodniks als erster in sein Lesebuch für die achte Klasse (1865 als erstes derartiges Lesebuch für Slowenen erschienen) ohne auf Widerspruch zu stoßen, aufgenommen hat, in welchem es auch seitdem geblieben ist.

Vodnik ließ sich eben von der gewaltigen Gestalt des korsischen Eroberers ebenso blenden, wie Klopstock von der französischen Freiheitsbewegung, die er in den „Etats généraux“ mit glühenden Worten verherrlicht hat. Er begrüßt den kühnen Reichstag Galliens (1788) als neue lebende, nie geträumte Sonne, und preist sich selig, dies erlebt zu haben. „Verzeiht, o Franken (Name der Brüder ist der edle Name), daß ich den Deutschen einst zurufte, das zu fliehen, warum ich ihnen jetzt flehe, euch nachzuahmen.“ Früher hielt Klopstock die Taten des Königs Friedrich von Preußen und seine Kämpfe für die größte Handlung des Jahrhunderts, jetzt denkt er nicht mehr so, denn Gallien kröne sich mit einem glänzenden Bürgerkranze.

Und doch hat deswegen noch niemand den Dichter Klopstock verurteilt. Als er später die furchtbaren Folgen der Revolution sah, wandte er sich davon mit Entsetzen ab und schrieb sein Bekenntnis „Mein Irrtum“. Beide Gedichte „Etats généraux“ und „Mein Irrtum“ sind in mehreren Mittelschullesebüchern nebeneinander abgedruckt, weil sie zusammen gehören. Ebenso könnte man Vodniks „Ilirija oživljena“ und den Widerruf seines Irrtums, „Illyria magnificata“, mit einem entsprechenden Kommentar im literarhistorischen Lesebuche abdrucken, weil beide zusammen erst das richtige Bild von Vodniks Odendichtung geben. Die beiden Gedichte ständen dann zu einander in einem ähnlichen Verhältnisse, wie bei Goethe der gotteslästernde „Prometheus“ zur gemessenen, schönen Hymne „Grenzen der Menschheit“, die sich in allen literarhistorischen Lesebüchern, und zwar für die VI. Gymnasialklasse finden.

Auch Goethe selbst war ein Verehrer Napoleons und sein Indifferentismus in den Befreiungskriegen 1813 wurde ihm sogar zum Vorwurfe gemacht; aber auch Goethe schrieb später sein „Confiteor“ im Gedichte „Des Epimenides Erwachen“. Der Mensch ist eben dem Irrtum unterworfen: Errare humanum est.

An Liedern, die Napoleon verherrlichen, fehlt es übrigens auch in deutschen Lesebüchern nicht. Heines „Grenadiere“ und Zedlitz „Nächtliche Heerschau“ stehen in jedem deutschen Lesebuche für die IV. Klasse der Gymnasien und haben der patriotischen Gesinnung der Jugend sicherlich keinen Abbruch getan, ebensowenig wie die „Ilirija oživljena“, die wir heute nach hundert Jahren gewiß nicht strenger zu beurteilen brauchen, als es im Jahre 1814 durch die obersten Zentralstellen geschehen ist. Daß übrigens solche Gedichte, denen eine rein historische Bedeutung zuzumessen ist, auf die Gesinnung der Schüler keinen Einfluß machen, beweist am besten Schillers Drama „Wilhelm Tell“. Wer von den Schülern und Lehrern würde heute bei diesem herrlichen Freiheitsdrama im Ernste glauben, daß dieses gegen die habsburgische Herrschaft in der Schweiz im 14. Jahrhundert gerichtete Werk dem Patriotismus der Schüler schaden könnte?

Nun kommt der Rezensent Nr. 2 auf jene eliminierungsbedürftigen Stücke zu sprechen, die in der Beschwerdeschrift nicht angeführt erscheinen, weil sie scheinbar übersehen worden sind.

Zu diesen gehöre auch das Bruchstück „Tugomer“ (V. Band, pag. 340), ein Tendenztrauerspiel, das den zwischen Deutschen und Slowenen bestehenden Antagonismus der Jetztzeit im Bilde des erbitterten und blutigen Kampfes zwischen dem Markgrafen

Gero und den Elbeslawen des zehnten Jahrhundertes vorstellt.

Wäre dies tatsächlich ein Tendenzstück, so unterschrieben die Unterzeichneten ohneweiters die vom Rezensenten erhobene Forderung auf Entfernung dieses Bruchstückes. Denn vom Standpunkte der nationalen Duldsamkeit, die jeder Lehrer zu wecken und zu pflegen hat, wäre das Stück ganz entschieden verwerflich. Allein diese Tendenz ist darin nicht zu finden, sie wird vom Rezensenten in das Stück hineinkonstruiert. Mit keiner einzigen Zeile erwähnt der Dichter Jurčič darin die heutigen Verhältnisse, es ist auch nirgends die geringste Anspielung auf die Jetztzeit enthalten. Mit Absicht wendet der Dichter sogar altertümliche Worte und Ausdrücke an, um die Sprache archaistisch zu machen und so den Leser in jene alte Zeit zu versetzen. Die starken Ausdrücke, wie kleti vragi (die verruchten Feinde) (vrag — sovrag — sovražnik — Feind, nicht vrag — Teufel), grdi vragi (die häßlichen Feinde), vragi veličavi (die hochfahrenden Feinde) und sofort, die der zweite Rezensent für höchst gehässige und aufreizende Stellen und für eine Verunglimpfung der Deutschen hält, ergeben sich naturgemäß aus der historischen Situation; denn zwischen den Franken westlich der Elbe und den Elbeslawen herrschte damals ein erbitterter Haß und eine furchtbare Feindschaft. Unter der Spitzmarke Gero kann man im Konversationslexikon von Brockhaus darüber folgendes lesen: „Gero, Markgraf und Herzog der Ostmark, war der siegreiche Verbreiter der deutschen Herrschaft und des Christentums in den wendischen Landen von der Elbe bis nach Polen. Von Otto I. wurde er 939 zum wirklichen Markgrafen erhoben und als solcher mit der Bekämpfung und Unterwerfung sämtlicher Wendenstämme an der mittleren Elbe und längs der Saale beauftragt. Schon in demselben Jahre hatte er die Slawen zu bekämpfen, welche des Königs Beschäftigung im Westen des Reiches zu einem Aufstande benützt hatten. Einer Verschwörung gegen sein Leben kam Gero dadurch zuvor, daß er deren Häupter, 30 an der Zahl, zu einem glänzenden Gastmahle lud und die Berauschten sämtlich erschlug. Diese Tat führte zu einer allgemeinen Erhebung der Wenden gegen die deutsche Zwingherrschaft. Nach einem verheerenden Kriege gelang es Gero 940 durch Verräterei des wendischen Fürsten Tugomer das Bündnis der Slawen aufzulösen, sich Brandenburgs, der Hauptstadt der Heweller, zu bemächtigen und durch deren Unterwerfung inmitten der wendischen Bevölkerung zwischen Elbe und Oder festen Fuß zu fassen. In beständigen Kämpfen machte er mit unermüdlicher Tätigkeit allmählich sämtliche slawische Völkerschaften bis an die Oder tributpflichtig und sicherte deren Botmäßigkeit durch feste Plätze."

Diese historischen Tatsachen liegen dem Drama „Tugomer" zugrunde, nur mit dem Unterschiede, daß Tugomer seinen scheinbaren oder vermeintlichen Verrat durch den Tod fürs Vaterland büßt. Von diesem Standpunkte aufgefaßt ist „Tugomer" ein historisches Drama, wie solche in der Weltliteratur häufig zu finden sind. Man braucht ja nur an Schillers historische Dramen zu erinnern. Und dann fehlt ihm wohl jegliche scharfe Spitze. Die Zumutung, Jurčič habe hiermit ein Tendenzdrama von so einschneidend nationalem Einschlag schreiben wollen, ist übrigens ganz neu und wie gesagt, nicht zu erweisen; bisher hat noch kein einziger slowenischer Literarhistoriker etwas Ähnliches behauptet. Von einer Tendenz kann schon deshalb nicht gesprochen werden, da weder die Elbeslawen noch die Franken heute als Volksstamm existieren. Die Elbeslawen sind bis auf geringe Reste zugrunde gegangen, aus einem Teile der Franken und aus anderen germanischen Volksstämmen ist das deutsche, aus dem anderen Teile der Franken das französische Volk entstanden.

Um jedoch die leiseste Möglichkeit zur Annahme einer solchen Tendenz, wie sie dem Stücke „Tugomer" imputiert wird, in der Schule für alle Fälle in Hinkunft zu benehmen, tritt der Ausschuß dafür ein, daß das Stück weder mehr gelesen noch in die neuen Lesebücher aufgenommen werde, da es auch seinen Zweck, ein Beispiel für die dramatische Poesie zu bieten, als Bruchstück ohnehin verfehlt hat.

Weiters fordert der Rezensent die Entfernung der Lesestücke Nr. 43 bis 60 im IV. Band, weil sie sämtlich dem Russischen entnommen seien.

Hier muß entschieden ein Irrtum obwalten. Der Ausdruck „sämtlich dem Russischen entnommen", stimmt in zweifacher Weise nicht; denn erstens behandeln die Stücke Nr. 51 einschließlich 59 nichts Russisches; 2. sind nur die Nummern 45, 46, 48, 50 und 60 freie Übersetzungen, beziehungsweise Bearbeitungen russischer Stücke, hingegen enthält Nr. 47 die Mitteilung einer russischen Sage und in Nr. 49 schildert der Dichter Aškerc seine Reise über den Kaukasus.

Betrachten wir nun den Inhalt dieser Stücke zunächst ohne Rücksicht auf unsere Kriegslage mit Rußland! Nr. 43 hat die Überschrift „V hišici Petra Velikega" (Im Häuschen Peters des Großen). Der Dichter behandelt in diesem Gedichte die geschichtliche Tatsache von der Gründung Petersburgs durch Peter den Großen, worüber in allen approbierten Geschichtsbüchern nachgelesen werden kann. (Zum Beispiel Gindelys Lesebuch der Geschichte, III. Teil. Herausgegeben von Doublier und Schmidt. S. 77). Zunächst erzählt Aškerc, er habe in Petersburg ein kostbares Haus, welches alle Paläste in Schatten stelle, gefunden, jenes Häuschen, in welchem Peter der Große einst gewohnt und gearbeitet habe. Dann

schildert der Dichter, wie der Genannte oft gedankenvoll auf die Newa hinausgesehen, auf die Inseln und die sumpfige, öde und traurige Gegend und wie ihm eines Tages die Fata morgana ein herrliches Bild vorgezaubert habe, das Bild der zukünftigen großen Stadt Petersburg, wo ein Palast neben dem anderen stehe, die Kuppeln in der Sonne glänzten, das Volk auf den Straßen sich dränge und auf dem breiten Strome Handelsschiffe schwammen. Und als das Bild verschwand, sei er aufgesprungen und habe ausgerufen: „Ja, werde Wahrheit, du mein Traumbild! Ich will es!" Und tatsächlich wurde dieses Bild Wirklichkeit und das Häuschen beweist, daß unser Wille die größte Macht ist. „Volja naša največja je moč." Für die Erziehung des Willens ein höchst wirksames Beispiel.

Nr. 44. In dieser „Najdražja kupica na svetu" (Das teuerste Glas Wasser) betitelten Beschreibung schildert der Verfasser zunächst in kurzen Zügen die Entstehung der Festung Kronstadt, beziehungsweise der Stadt Petersburg, beschreibt sodann das Wasser der Newa, das als Trinkwasser dient, ferner das Leben und Treiben auf diesem Flusse zur Sommerszeit. Im Winter friert dieser jedoch ganz zu und alles erwartet mit Sehnsucht den Frühling, der das Eis hinwegnimmt. Sobald der Fluß vom Eise befreit ist, fährt der Befehlshaber der Festung herüber zum Winterpalaste des Zaren, schöpft im Flusse ein Glas kristallhellen Wassers und bringt es dem Herrscher, der es aufs Wohl der Stadt austrinkt und dem Überbringer bis zum Rande mit Gold gefüllt zurückgibt. Da aber der Kommandant von Jahr zu Jahr dem Zaren ein größeres Glas zu überreichen pflegte, so wurde schließlich das Geschenk mit 200 Goldstücken festgesetzt. Somit ist dies das teuerste Glas Wasser der Welt.

Nr. 44. „Trije poti" (Drei Wege) ist eine Übersetzung des ukrainischen Dichters Taras Ševčenko und hat folgenden Inhalt: Aus der Ukraine zogen drei Brüder nach drei Richtungen in die Welt. Sie verließen ihr altes Mütterchen, der eine außerdem seine Frau, der andere seine Schwester, der dritte seine Braut. Das Mütterchen pflanzte drei Eschen auf dem Felde, die junge Frau eine hohe Pappel, die Schwester drei Ahorne und die Braut eine Rainweide. Alle Bäume verwelkten und verdorrten, aber die Brüder kehrten nicht zurück. Die alte Mutter weinte, die Frau weinte in ihrer kalten Hütte mit ihrem Kindlein, die Schwester suchte traurig ihre Brüder in der Ferne und die Braut trug man hinaus auf den Friedhof. Die Brüder aber kamen nicht wieder, sondern blieben in der Welt draußen, auf den drei breiten Wegen aber begannen Dornen zu wachsen.

Nr. 46. „Grob na Poljani" (Das Grab auf der Haide) ist eine Übersetzung eines großrussischen Volksliedes. Du weites Feld, so spricht das Volkslied, breitest dich unermeßlich nach allen Seiten aus, du trägst Gras und Blumen, aber etwas gefällt mir nicht an dir. In deiner Mitte dort ist ein dichter Strauch emporgesprossen und darauf sitzt ein grauer Adler und hält einen schwarzen Raben in den Krallen, von dem Blut herabträufelt: unter dem Strauche aber liegt ein toter junger Bursche und daneben befinden sich drei weibliche Schwäne. Es ist die Mutter, die sich in Schmerz windet und Tränen vergießt, die da fließen wie ein Fluß; es ist die Schwester, deren Tränen fließen wie ein Quell, es ist des Toten Weib, es weint und seine Tränen sind wie der Morgentau, die Sonne scheint darauf und trocknet ihn. (Der Schmerz, den die Mutter um den toten Jüngling empfindet, ist der größte, den das Weib empfindet, der kleinste. Sehr charakteristisch für die volkstümlichen Anschauungen der Russen.)

Nr. 47 ist eine kleine russische ukrainische Sage, die von den Taten des Ilija Muromec handelt und insofern interessant ist, weil sich darin Spuren aus der Odysee finden. Erstens Muromec kann 30 Jahre nicht gehen: weil er sich aber gegen zwei Wahlfahrer mitleidig erweist, erhält er zum Dienste eine ungeheuere Kraft, begibt sich in die Welt, um Heldentaten zu verrichten, begnadigt Räuber, mit denen er zusammentrifft, entsetzt eine Burg von heidnischen Belagerern, nimmt den furchtbaren Räuber Solovej, der auf zwölf Eichen sein Nest hat, gefangen, bringt ihn vor den Fürsten in Kijew, wo er schließlich einen ungeheueren Riesen erschlägt.

Nr. 48. Das klein-russische (russinische) Volkslied „Ubiti kozak" (Der erschlagene Kosak) hat kurz folgenden Inhalt:

Auf ein ebenes Feld fällt Schnee. Darauf liegt ein erschlagener Kosak. Zu seinen Häupten krächzt ein hungriger Rabe, zu seinen Füßen weint sein treues Roß und heischt vom sterbenden Kosaken, er möge es in die Welt lassen. Der Kosak trägt ihm auf, in die weite Ebene zu rennen und in seine Heimat zu eilen, dort an die Tür seines Heims mit dem Hufe zu klopfen. Es werde sein Mütterchen erscheinen und nach dem Herrn des Rosses (ihrem Sohne) fragen, ob er im Kriege gefallen sei oder ob das Roß ihn böswillig zertreten habe. Darauf solle das Roß zur Antwort geben, weder sei ihr Sohn im Kriege gefallen, noch habe ihn das Roß zertreten, ihr Sohn habe nur ein Weibchen gefunden, auf dem ebenen Felde habe er sich mit der Erde vermählt.

Nr. 49. „Iz Tifliza črez Kavkaz". (Aus Tiflis über den Kaukasus). Darin schildert der Dichter und Schriftsteller Aškerc seine Reiseeindrücke auf dieser Fahrt, die er in einem russischen Post-

wagen gemacht hat, insbesondere den mächtigen Eindruck, welchen das zerklüftete, gewaltige Gebirgspanorama des Kaukasus mit der Spitze des Berges Kazbek, der 5043 Meter hoch in die Wolken sich erhebt, auf ihn gemacht hat. Die Straße selbst überwindet das Gebirge in einer Höhe von 2379 Meter und zieht sich dann durch eine wildromantische zerrissene Enge über Brücken, die sich über schwindelerregende Tiefen wölben.

Es ist dies eine Schilderung, wie sie in deutschen Lesebüchern gleichfalls aus allen Weltteilen und aus verschiedenen Reichen, insbesondere aus Deutschland, aber auch aus Italien, Griechenland und so weiter, zahlreich aufgenommen erscheinen.

Nr. 50. Utopljenec (Der Ertrunkene), ist die Übersetzung oder Bearbeitung einer Ballade des russischen Dichters Puškin. In dem Netze eines Fischers bleibt der Leichnam eines Ertrunkenen hängen. Um davon keine Unannehmlichkeiten, insbesondere bei Gericht, zu haben, entfernt ihn der Fischer aus dem Netze und stößt ihn weiter in den Fluß. „Mrlič pa je plaval znova, križa, groba iskajčo“. (Der Leichnam aber schwamm neuerdings weiter, ein Grab, ein Kreuz suchend.) Für diese gottlose Tat wird der Fischer dadurch bestraft, daß in der nächsten Nacht der Leichnam vor seinem Fenster erscheint. Der Dichter schildert ihn so: Aus dem dichten Barte rinnt das Wasser herab, er ist furchtbar, auch in seinem Schweigen, eingefallen und hohl sind die Augen, zur Erde hängen ihm die Hände und an dem aufgetriebenen Leibe halten sich Krebse fest. Und jedes Jahr erscheint der Ertrunkene zur nämlichen Zeit und ist Gast des Fischers.

Nr. 60. „Kozaška zazibalka“ (Das Schlummerlied des Kosaken). Bearbeitung nach Lermontov. Die Mutter des Kosaken wiegt ihr Kind zum Schlafe ein. Sie will ihm Märchen erzählen. Lieder singen, damit es einschlafe. Sein Vater sei im Kampfe gefallen, auch er werde einst in den Kampf ziehen; dann werde er ein tapferer Ritter sein und sie werde ihn mit Gebeten begleiten. Manch bittere Träne werde sie dann vergießen, werde in stillem Gebete auf ihn warten und sein gedenken. Sie werde ihm für die gefährliche Stelle ein heiliges Bild geben, das er vor seine Augen stellen und herzlich und innig beten soll, damit, wenn man ihn zum Kampfe rufe, er seiner Mutter gedenke. Nun aber schlafe, so schließt das Gedicht, mein liebes Kindlein, und denke an die Bitte deiner Mutter!

Das ist der Inhalt der zu entfernenden Lesestücke.

Auch im V. Bande stehen zwei hierher gehörige Gedichte, die vom Rezensenten Nr. 1 ganz, beziehungsweise teilweise beanstandet worden sind. Das eine hat die Überschrift „Črez Kavkaz“ (Nr. 97) und sei deshalb zu entfernen, weil darin eine Verherrlichung einer russischen Gegend und eine Begeisterung für eine russische Landschaft enthalten sei. Dieses Gedicht ist aber nur eine poetische Darstellung der oberwähnten Schilderung des Dichters Aškerc, seine Reise von Tiflis über den Kaukasus betreffend. Er fährt durch das Land Grusinien dem Kaukasus entgegen und ruft aus: Du schönes Land, meine Augen sind in diese goldenen Weizenfelder, in die Hügel versunken, wo die Traube reift. Von ferne winkt schon der ernste Kaukasus und freundliche Dörfer und dunkle Kirchen und alte Schloßmauern schauen in das dunkle Tal. Das Flüßchen Aragva kommt uns entgegen und entrichtet uns Alpengrüße und immer höher strebt unser Gespann, vorbei an finsteren Abgründen, über denen der Adler schwebt, und zwischen felsigen Engpässen über Schnee und Eis. Schon hat uns der stolze, ehrwürdige Kazbek erblickt. Der Dichter schließt mit dem Gedanken: Wie herrlich und mächtig erhebt sich der Kaukasus in die Lüfte!

Die dichterisch schwungvolle Schilderung einer Landschaft, und mag diese auch russisch sein, ist an und für sich noch kein hinreichender Grund für die Eliminierung des bezüglichen Gedichtes. Der kunstsinnige und naturliebende Wanderer und Reisende erfreut sich an der Schönheit der Natur allüberall, wo er sie findet, mag es in Rußland, in Deutschland, in Italien, in England, in Frankreich, in Amerika sein. Die Natur als solche hat mit den Bewohnern der Landschaft nichts zu tun. Aškerc hat ja ebenso auch das schöne Neapel, das Meer und den Vesuv besungen. Diese Gedichte befinden sich im II. Bande. Er schildert zum Beispiel gleichfalls die Schönheit der Umgebung des Vesuv, spricht vom großen bunten Garten, der zu seinen Füßen sich erstreckt, von den Burgen und Tempeln, die wie Perlen glänzen usw. Im erwähnten II. Bande schildert Professor Tominšek einen Ausflug auf den Vesuv und nach Pompei.

Aber auch ein deutscher Dichter, Robert Hamerling, verherrlicht den Kaukasus in seinem Gedichte „Aus dem Germanenzug“ (Deutsches Lesebuch für österreichische Mittelschulen von Kummer-Stejskal, Schlußband, Wien. 967, Seite 194), wo er sagt:

„Der Abend sinkt herab. Als goldene Mäler im letzten Dämmerschein erglühn die Kuppen des Kaukasus und wie aus fernen Welten schauen sie bedeutsam nieder auf die Gruppen des Volkes . . .

Spät glüht noch ein höchster Gipfel, schweigsam ragend und steht noch glänzend als erhabene Säule, den Flammenball auf seiner Spitze tragend.“

Aškerc sagt auch ähnlich in der vorletzten Strophe: In solnce kot večen lestenc Nad glavo mu sveto gori; Iskri se mu krona srebrna. Leskeče na vse strani. — (Und die Sonne glüht als ewiger Luster ob seinem Haupte; es funkelt seine Silberkrone und schimmert nach allen Seiten.)

Und Nr. 98 (Seite 261) „Ukrajinska step.“ (Die ukrainische Steppe) — In diesem Gedichte werden die Verse „Tu ležiš na solncu kakor božja dlan“ (Du liegst an der Sonne wie Gottes flache Hand) und „kje je kak kozak-junak?“ (Wo ist ein Kosak — ein Held?), beanständet, die letzteren mit dem Zusatz „Verherrlichung russischer Krieger“. Zum Verständnisse des Gedichtes muß der Inhalt vollständig wiedergegeben werden. Der Dichter Aškerc fährt in einem Eisenbahnzuge über die weite, stille „ukrainische Steppe, die vor ihm wie Gottes flache Hand in der Sonne liegt.“ (Das ist selbstverständlich ein dichterisches Bild, das zur Charakterisierung der scheinbaren Unendlichkeit der Steppe dienen soll: Sie liegt da und erstreckt sich so weit wie Gottes flache Hand, die auch in Anbetracht der Allgewalt und Größe Gottes unendlich sein muß.) Der Dichter schaut und schaut, allein sein Blick kann nirgends ruhen. Soweit sein Auge reicht, es sieht nichts als die unendliche Ebene und des Himmels Blau darüber. Der Zug scheint schneckengleich dahin zu kriechen. Der Dichter nickt ein. Als er wieder aufblickt, sieht er noch immer dieselbe weite Ebene. Ringsum herrscht tiefe Stille und es ist auch kein Kosak zu sehen, der ein Held auf seinem Rosse — über die Ebene ritte. Nirgends ist am Horizonte ein lebender Punkt zu erblicken, alles ist tot wie auf dem uferlosen Meere. Dann ruft der Dichter aus: He, Mazeppa, wo bist du, berühmter Heerführer? Sammle doch deine Schar vor mir in der Ebene! Aber Mazeppa ist nirgends — nur unsere Dampfmaschine stößt grauen Rauch aus und läßt ihn hinter sich. Nun erblickt der Dichter in der Ferne ein Gespenst, nein, es ist die Steppenwindmühle, welche ihre Windflügel bewegt. Er sieht genau zu und sieht schließlich, daß es keine Mühle ist, es ist doch der Steppengeist, der seine Hände in die Höhe hebt und aus lauter Langweile um Hilfe fleht. (Stepni duh sam roke svoje tam vzdiguje, Dolg čas je i njemu, na pomoč vzdiguje.)

Der Dichter schildert demnach die unendlich weite, öde und schrecklich langweilige ukrainische Steppe.

Die Erwähnung des Kosaken und Mazeppas ist etwas ganz Natürliches und kann allen Ernstes doch nicht als Verherrlichung russischer Krieger aufgefaßt werden. Dem Dichter fällt es bei seiner Beschreibung ein, daß die Kosaken die ukrainischen Steppen bewohnen. Sie sind daher eine typische Erscheinung der südrussischen Steppe. Auf das Wort junak (Held) darf kein solches Gewicht gelegt werden. Es paßte dem Dichter sehr gut zum Reim: kozak — junak. Das ganze ist eine rhetorische Frage sowie die spätere an Mazeppa. Die Verse lauten nämlich: Krog in krog vse tiho. — Kje je kak kozak, Ki bi vranca jahal mi čez plan junak?

(Ringsum alles still. — Wo ist ein Kosak, der mir über die Ebene einen Rappen ritte, der Held?) Übrigens waren ja die Kosaken als tüchtige und tapfere Krieger bekannt. Und Mazeppa war ja tatsächlich ein berühmter Führer der ukrainischen Kosaken, von dem in jedem Schulgeschichtsbuche zu lesen ist, den der deutsche Dichter Gottschall sogar zum Gegenstande eines Dramas und Lord Byron zum Helden eines seiner schönsten Gedichte gemacht hat und der bekanntlich im Kampfe gegen Peter den Großen und die großrussische Idee zugrunde gegangen ist.

Wie man demnach aus den mitgeteilten Inhaltsangaben ersehen kann, enthält keines der russischen Stücke irgendeinen Gedanken, gegen den vom patriotischen oder moralischen oder sonst erziehlichem Standpunkte aus etwas einzuwenden wäre.

Einige der mitgeteilten Gedichte haben sogar einen recht traurigen Inhalt. Alle die erwähnten Stücke wurden schon im Jahre 1903 in die Lesebücher aufgenommen. Damals war kein Grund vorhanden, sie zu beanstanden. Heute steht es allerdings anders. Heute sind die Russen unsere Feinde und da könnte man das Prinzip aufstellen: Deshalb müssen alle russischen oder russische Geschichte, Sage, Landschaften usw. behandelnden Stücke aus dem Lesebuche heraus. Wohin aber käme man, wollte man dieses Prinzip auch nur in der Literatur konsequent durchführen! Dann müßte alles aus dem Sprachunterrichte entfernt werden, was von Russen, Italienern, Franzosen und Engländern handelt und seinen Stoff von ihnen genommen hat. Dann müßte man Goethes begeisterte Schilderung Italiens in seiner „Italienischen Reise“ und alle seine Gedichte, die sich auf Italien beziehen, ferner sein Drama „Torquato Tasso“ aus dem Kanon der deutschen Lektüre streichen. Dann dürfte Schillers „Jungfrau von Orleans“ und „Maria Stuart“ und die „Braut von Messina“, dann dürfte Shakespeare und Lord Byron und Dantes „Divina comedia“ usw. usw. nicht mehr gelesen werden.

Dann müßte man die schottische volkstümliche Ballade „Eduard“, sodann die schöne Ballade von Theodor Fontane „Archibald Douglas“, die vom geächteten Grafen Archibald Douglas und vom König Jakob V. von Schottland handelt, ferner Müllers Gedicht „Vineta“, das von der versunkenen Wendenstadt spricht, dann Platens Sonette auf Venedig und sein Gedicht „Vesuv“ im Jahre 1834 aus dem fünften

Bande, ferner alle Proben aus der Weltliteratur (21) (mit Ausnahme zweier spanischer Stücke) aus dem VI. Bande des deutschen Lesebuches für Gymnasien von Bauer-Streinz entfernen. Letztere Beispiele ließen sich aus verschiedenen Lesebüchern noch um vieles vermehren. Es wird aber gewiß niemand ein solches Verlangen allen Ernstes stellen wollen.

Die Kunst und Literatur hatten von jeher einen internationalen Charakter und Deutschlands Dichter und Schriftsteller sind doch nur deshalb so groß geworden, weil sie die Weltliteratur berücksichtigt, gekannt, mit ihr gewetteifert und das Beste daraus inhaltlich (stofflich) und formell verwertet haben. Dadurch haben sie auch zur Bereicherung der deutschen Literatur wesentlich beigetragen. Dann dürfte ja auch (um noch dies zu erwähnen) Französisch und Englisch an unseren Schulen nicht mehr gelehrt werden.

Gegen eine solche Auffassung der Kriegslage hat aber das hohe k. k. Ministerium selbst Stellung genommen, indem es mit dem Erlaß vom 7. September 1914, Z. 2814, K. U. M. verfügt hat, „daß es zweckmäßig sein werde, sowohl beim Geschichts- und Geographieunterrichte als insbesondere beim Unterrichte jener fremden Sprachen, welche in Staaten gesprochen werden, mit denen unsere Monarchie im Kriegszustande sich befindet, jedweder aus dem Überschwange jugendlicher Gefühle etwa zu besorgenden Störung des Unterrichtes rechtzeitig dadurch vorzubeugen, daß den Schülern der ernste Zweck und der besondere kulturelle Wert der Kenntnis fremder Einrichtungen und Sprachen gerade an der Hand der gegenwärtigen Ereignisse aufgezeigt und ihnen die Notwendigkeit eines solchen Studiums als patriotische Aufgabe überzeugend dargetan werde". Wer aber fremde Sprachen lernt, lernt auch unwillkürlich Literaturwerke der betreffenden Nation kennen.

Das gleiche gilt von den serbischen Lesestücken im dritten Bande, von denen der Rezensent bemerkt, daß die glorifizierten „serbischen Helden" zu verabschieden sind. Das sind die Stücke 81, 82, 83 und 85 (drei serbische Volkslieder in Übersetzung und eine Beschreibung, die von dem fälschlich der Untreue gegen Zar Lazar beschuldigten Miloš Obilić und vom Kampfe auf dem Amselfelde handeln und die Abhandlung „Kraljevič Marko v narodnih pesmih jugoslovanskih" (der Königssohn Marko in den südslavischen Volksliedern) (Nr. 67, V. Band). Jedes Volk hat ein Heldenzeitalter und daher auch geschichtliche Persönlichkeiten, die es mit besonderer Liebe verehrt und mit einem gewissen Glorienschein und poetischen Sagen umgibt und in Volksliedern verherrlicht. Man denke an die Helden der trojanischen und anderer altklassischen Sagen sowie der alten Geschichte; man denke an die Helden der Nibelungensage, an Friedrich Barbarossa, an den französischen Helden Hoon de Bordeau, an den spanischen Cid, an die englischen Helden, an Matthias Corvinus, der bei den Slowenen als Kralj Matjaž besungen worden ist usw. So haben auch die Serben ihre Helden, die sie in Volksliedern besingen, aber nur als typische Vertreter des christlichen Kämpfers gegen das heidnische Osmanentum mit Ausschluß jeglicher Politik. Diese serbischen Volkslieder haben einen solchen epischen Kunstwert, daß sich selbst Grimm und Goethe darum interessiert und daß der letztere selbst an eine Übersetzung derselben ins Deutsche gedacht hat. Der Inhalt der erwähnten Lesestücke, die ja in das 14. Jahrhundert zurückreichen, hat also nur eine historische und keine aktuelle Bedeutung und ist einwandfrei. Übrigens ist die Lektüre serbischer Volkslieder nach dem bisherigen vom k. k. Landesschulrate mit dem Erlasse vom 28. Mai 1888, Z. 885, genehmigten Lehrplane für die slowenische Sprache gefordert worden. Der Ausschuß hielt es für seine Pflicht, diese Frage ausführlich zu behandeln, um nachzuweisen, daß in der Lektüre der mehrerwähnten beanstandeten Stücke keine Gefahr für die slowenische Schuljugend liege.

Um jedoch jeglicher mißverständlichen Auffassung zu begegnen, so ist der Ausschuß damit einverstanden, daß diese russischen und serbischen Stücke auf die Dauer des Krieges von der Lektüre ausgeschlossen bleiben und daß in die neuen Lesebücher solche Lesestücke aus der russischen und serbischen Literatur keine Aufnahme mehr finden dürfen, die nur im geringsten zu Bedenken Anlaß geben könnten.

Der Rezensent Nr. 2 will auch die „Kroatischen Brüder" verabschiedet wissen. Auf welche Lesestücke dies abzielt, ist nicht klar. Der Rezensent gibt keines an und der Ausschuß hat auch keines finden können. Warum er aber die Kroaten, deren Patriotismus und heldenhafte Tapferkeit sich im jetzigen Weltkriege aufs glänzendste bewährt hat und die jetzt im Kampfe gegen die verräterischen Italiener wahre Wunder an Heldenmut verrichten, so fürchtet, ist dem Ausschuß unerfindlich.

Gutachten Nr. I.

Das Gutachten Nr. I enthält nur ein Verzeichnis der im 5. Bande (für die 5. und 6. Klasse) beanstandeten Stellen, beziehungsweise Lesestücke mit wenigen den Grund der Beanstandung angebenden Schlagworten in Klamern. Eine weitere sachgemäße Begründung fehlt.

Es gibt fogende:

Nr. 21, Zeile 6
(Volkodlak).

1. Aus der Abhandlung Volkodlak: Pri nobenem narodu se ni volkodlaška vraža tako močno in ob enem tako strahovito razvila kakor pri Slo-

vanih. (Übertriebene Prahlerei.) Die Stelle lautet zu deutsch: „Bei keinem Volke hat sich der Aberglaube vom Werwolfe so stark und zugleich so furchtbar entwickelt als bei den Slawen.“ Wenn von einem starken und furchtbaren Aberglauben eines Volkes gesprochen wird, so ist dies kein besonders günstiges Zeugnis, das hiermit dem Volke ausgestellt wird und eine darauf bezügliche Äußerung kann ernstlich doch nicht als Prahlerei und sogar übertriebene Prahlerei angesehen werden, da niemand mit seinen Schwächen zu prahlen pflegt. Der obige Satz konstatiert nur eine Tatsache. Der Verfasser (Regierungsrat Wiesthaler) schildert die Entwicklung der Sage vom Werwolfe (einem Manne, der die Fähigkeit besitzt, sich in einen Wolf zu verwandeln), spricht von der Bedeutung des Wolfes in der Sage bei den Griechen, Römern, Germanen und Slawen und stellt die Tatsache fest, daß dieser Aberglaube unter den letzteren am meisten verbreitet ist und auch die furchtbarste Gestalt angenommen hat; denn es wird erzählt, daß er Gräber aufreiße, Kinder stehle, über alle Maßen gierig und grausam sei.

Man braucht hierüber kein Wort mehr zu verlieren.

Nr. 25.
(O živalskih pravljicah.)

2. In der Abhandlung des Professors Bartel „O živalskih pravljicah“ (von den Tiermärchen) wird die unschuldige Bemerkung, Seite 84: Koliko živalskih prič hrani narod slovanski! (Wie viel Tiermärchen und Tiersagen bewahrt das slawische Volk auf!) als Prahlerei stigmatisiert. Der ganze Abschnitt, Z. 84 bis 95, mit den inkriminierten Worten, ist eine gedrängte Zusammenfassung der Ausführungen des verstorbenen Grazer o. ö. Universitätsprofessors der Slavistik Dr. Gregor Krek in seinem Hauptwerke „Einleitung in die slawische Literaturgeschichte“, 2. Auflage (Graz, 1887), Seite 639 bis 650. Der ganze Abschnitt handelt dort vom Tiermärchen bei den Slawen, das mit dem indogermanischen Tiermärchen verglichen wird. Von Eigendünkel oder Prahlerei kann wohl keine Rede sein, weil ja nur darauf hingewiesen wird, daß die Slawen, ebenso wie die übrigen Indogermanen, insbesonders die Deutschen, zahlreiche Tiermärchen besitzen. Es heißt da im Lesebuche, Z. 89 und 90, daß die Tiermärchen ein Gemeingut des ganzen arischen Volksstammes (vzajemna dedščina vsega arijskega plemena) sind, was wohl niemand wird leugnen wollen.

Daß die Märchensammlungen auf slawischem Boden sehr umfangreich sind, beweisen zum Beispiel: Die acht Bände mit über 1500 Seiten betragende Sammlung des russischen Gelehrten Afanasjew, die des Vrčević (aus Hercegovina, Dalmatien und Montenegro), die Sammlung serbischer Tiermärchen und Tiersagen von Vuk Stef. Karadžić (Wien, 1821), die von F. S. Krauß in „Sagen und Märchen der Südslawen“ (Leipzig, 1883 bis 1884, 2. Bände), die von Valjavec, welche Tiersagen und Märchen der kajkavischen Kroaten enthält. Eine slowenische Gesamtausgabe ist zwar vom verstorbenen Universitätsprofessor Dr. Štrekelj vorbereitet worden, aber bisher noch nicht erschienen.

Nr. 33
(Obredna narodna pesem).

3. Ganz das gleiche wie von der eben besprochenen Stelle gilt von dem beanstandeten Satze in Hofrat Hubads Abhandlung „Obredna narodna pesem“ (Das Kultusvolkslied, Nr. 33, Seite 97), wo der Ausdruck „veličastni zagovor Slovana“ als übertriebener Preis hingestellt wird. Der betreffende Abschnitt lautet in wörtlicher Übersetzung: Das Lied pries zuerst Gott und die Götter. Das fühlt am besten, wer die Psalmen Davids liest, das fühlt jener, der die alten Gebete (Hymnen) der klassischen Völker liest oder in den erhabenen slawischen Zaubersprüchen blättert, wodurch der Mensch von überirdischen Gewalten Hilfe in Leid und Elend zu erhalten versucht. Wie erhaben tönt uns noch heute ans Ohr der Zauberspruch des Slawen, der den Gott Svarog, seine Kinder und Enkel zu Hilfe ruft: „Du, Himmel, hörst es! Du, Himmel, siehst es! Ihr klaren Sterne kommet in den Hochzeitskelch, in meinem Kelche aber sei Wasser aus dem Zauberbrunnen! Mond, du herrlicher, komm in meinen Keller! Du liebe Sonne, komm in meinen Hof!“ Das retorische Epitheton: „veličastni“ (erhaben) gilt natürlich nicht nur von den altheidnischen slawischen Gebeten, Zauber- und Beschwörungsformeln, sondern von den alten Gebeten und Zauberformeln aller übrigen Völker — als Beispiele werden ja die Psalmen und die altklassischen Hymnen angeführt — es gilt nur eben auch von den slawischen Gebeten. Interessant ist die Vergleichung der altdeutschen, altrussischen und altböhmischen Zauberformeln bei Krek, Einleitung, Seite 803, Anmerkung, wo die Ähnlichkeit dieser wohl aus urarischer, vielleicht noch aus älterer Zeit stammenden Literatur bei den verschiedenen Völkern klar nachgewiesen wird. Eine sehr interessante slowenische Parallele hat Professor Grafenauer in der Marburger Zeitschrift für Geschichte und Volkskunde 1907, Seite 5 bis 8 aus den legendarischen Volksliedern der Slowenen beigebracht. Einer der Merseburger altheidnischen, in altdeutscher Sprache verfaßten Zaubersprüche erzählt uns von den der Schlacht waltenden Jungfrauen, im Spruche Idisi, im Norden Walküren genannt. Zugunsten

einer Partei greifen sie in die Schlacht ein und teilen sich in drei Haufen. Der erste derselben fesselt die Gefangenen, der zweite hemmt das Heer, der dritte löst die Fesseln der hinter der Schlachtordnung liegenden gefesselten Freunde unter Zuraunen des Zauberspruches: „insprine haptbandun ivar wigandun“ (entspringe den Haftbanden, entfliehe den Feinden). Und der Literaturhistoriker Könik, der den ganzen Spruch in altdeutscher Sprache in sein Werk aufgenommen hat, fügt hinzu: „So tönt geheimnisvoll das Lied der heidnischen Urzeit zu uns herüber“ (Seite 6).

Man übersehe hierbei auch nicht die Tatsache, daß die alten indogermanischen Sprachen (sei es indisch, germanisch, slawisch, römisch usw.) für unser Ohr wirklich erhaben klingen. Man höre nur den Beginn des altgotischen Vaterunsers: Atta unser thu in himinam veihnai namo thein. Quimai thiudinassus theins. Vairthai vilja theins sve in himina jah ana aurthai usw.

Nr. 42.
(Pripovedka o Edipu v Slovanski obliki).

4. Einen großen Eigendünkel findet der Rezensent auch in dem teilweise zitierten Satze der Abhandlung des vorgenannten Verfassers Hubad „Pripovedka o Epidu v slovanski obliki“ (Die Ödipussage in slawischer Form): ampak nam kažejo sorodnost v duševnem razvoju narodov slovanskih in grškega (Seite 108).

Was sagt nun der Verfasser an dieser Stelle im Zusammenhang? „In der mittelalterlichen Ödipussage“, heißt es dort, „müssen wir zwei Arten unterscheiden: erstens jene Sagen, die der altgriechischen, aber nachher im christlichen Sinne umgedeuteten Sage von Ödipus entsprechen, und zweitens die ursprünglich slawischen. Diese zeigen zwar einige Verwandtschaft mit den ersteren, aber wir können und dürfen von ihnen nicht annehmen, daß sie eine reine Nachbildung der griechischen Sage seien, sondern sie zeigen uns nur eine Verwandtschaft in der geistigen Entwicklung des slawischen und des griechischen Volksstammes.“

Der Verfasser behauptet hier nur die wissenschaftlich nachgewiesene Tatsache von der sprachlichen, geistigen und ethnologischen Verwandtschaft zwischen Slawen und Griechen. Daß die indogermanischen Stämme, zu denen ja Griechen und Slawen gehören, untereinander geistig und sprachlich verwandt sind, daß manche Sitten und Gebräuche, Mythen, Märchen, Sagen und Volkslieder in die urälteste gemeinsame Periode und in die gemeinsame arische Urheimat zurückgehen, ist seit den Forschungen der berühmten Gelehrten Bopp und Grimm auch in den gebildeten Laienkreisen hinreichend bekannt. Von der Verwandtschaft der romanischen, germanischen und keltischen Sprachstämme untereinander und zu den Griechen und Slawen zu sprechen, bietet aber die Stelle keine Gelegenheit, da ja das Lesestück die Verwandtschaft gewisser slawischer Sagen mit der griechischen Ödipussage nachweisen will, eine Tatsache, die auch der germanistischen Wissenschaft nicht verborgen geblieben ist. (Vergleiche Hermann Paul „Die Werke Hartmanns von Aue“, IV. Band, Gregorius, 2. Auflage [Halle a. d. Saale, bei Max Niemeyer, 1900], Seite 6 bis 8.)

Wenn demnach in solchen rein wissenschaftlichen Darstellungen, in denen, wollte man es auch bei den Haaren herbeiziehen, nicht im geringsten Anstößiges oder zu Beanstandendes zu finden ist, die obige wissenschaftliche Tatsache als großer Eigendünkel bezeichnet wird, dann hört sich überhaupt jegliche wissenschaftliche Forschung auf!

Nr. 67.
(Kraljevič Marko v narodnih pesmih).

5. In der dritten Abhandlung des Hofrates Hubad „Kraljevič Marko v narodnih pesmih“ (Der Königssohn Marko in den Volksliedern) (Nr. 67) findet ein Satz, von dem nur das Ende „nesrečnemu ljudsivu do naših časov“ zitiert wird, keine Gnade, da er das Schicksal der Slawen beklagt. Der Satz lautet: „Kdor je le enkrat čul slepca, tožnim glasom pevajočega o tem junaku, je slišal iz glasu njegovega vso žalost in vso bedo, ki je trla srce nesrečnemu ljudstvu do naših časov“. (Wer nur einmal den Blinden mit trauriger Stimme von diesem Helden singen gehört hat, hat aus dessen Stimme die ganze Trauer und das ganze Elend gehört, welches das Herz des unglücklichen Volkes bis zu unseren Zeiten bedrückt hat.) (Der blinde Sänger ist bekanntlich eine volkstümliche Erscheinung bei den Serben.)

Zunächst ist zu konstatieren, daß die Generalisierung „das Schicksal der Slawen beklagend“ ein Rezensionsfehler ist, der in einem wohlüberlegten Gutachten wohl nicht vorkommen kann, da doch nur von den Serben die Rede ist. Ferner ist „Naši časi“ (Plural!) nicht gleichbedeutend mit „naš čas“: der Ausdruck enthält die Bedeutung der geschichtlichen Gegenwart, das ist ungefähr die letzten 50 Jahre, also nicht heute und weil die erste Auflage des V. Bandes im Jahre 1889 erschien, somit die Zeit vor gut 25 Jahren. Daß aber der Satz, wenn auch eine Klage, doch keine irgendwie zu beanstandende Klage enthält, beweist der Zustand Bosniens und Hercegovinas vor dem Eingreifen Österreichs im Jahre 1878. In welch

kläglichem Zustande befanden sich diese Provinzen vorher! Daß ferner die Serben seit dem 14. Jahrhundert unter dem Türkenjoche viel gelitten haben, ist ja keine geschichtliche Unwahrheit. Auch als Feinde der Serben können wir auf diese Tatsache hinweisen; umsoeher durfte es der Verfasser tun, da Österreich vor 25 Jahren, als die Abhandlung geschrieben wurde, in keinem feindschaftlichen Verhältnis zu Serbien stand.

Nr. 71.
(Krst pri Savici: Uvod.)

6. In Prešerns Epos „Krst pri Savici“ (Die Taufe an der Savica), und zwar aus der Einleitung dazu, wird die Zeile 46 „Največ sveta otrokom sliši Slave“ (der größte Teil der Welt gehört den Kindern Slavas) als aufreizende Behauptung gebrandmarkt.

Es wäre ein grober Verstoß gegen die Gesetze der Hermeneutik, wollte man diesen Satz außer Zusammenhang mit der Gesamtdichtung beurteilen. Davon herausgelöst klingt er allerdings anmaßend und wollte jemand die obige Behauptung vom Standpunkt der Jetztzeit tatsächlich aufstellen, so könnte er nicht ernst genommen werden. Allein der Satz steht in Prešerns Bekehrungsgedichte „Krst pri Savici“, das etwa im Jahre 769 nach Christi Geburt spielt. Die heidnischen Slowenen wehren sich unter Črtomirs Anführung gegen die vereinigten slowenischen und bayrischen Christen, die unter der Leitung Valjhuns Tassilos stehen. Sie werden in ihrer Burg im Wocheiner Tale belagert, die Lebensmittel sind zu Ende, Črtomir ordnet einen Ausfall an und in der Anrede an seine Mitkämpfer, womit er ihren Mut zu entflammen sucht, spricht er unter anderem die Worte: „Die weitesten Länderstrecken gehören den Söhnen Slavas; dorthin wollen wir uns flüchten, wo wir Religion und Gesetze noch frei wählen können.“ Der Ausfall mißglückt, alles wird niedergehauen, nur Črtomir entkommt. Er wird dann auf Zureden seiner Braut Bogomila, die früher heidnische Priesterin gewesen, dann aber Christin geworden ist, selbst Christ und Priester und verkündigt seinen Landsleuten das Christentum, das er früher bekämpft hat. Der inkriminierte Ausdruck gilt also fürs 8. Jahrhundert, wo die „Welt“ — noch die damals bekannte Welt — Europa bedeutet und die Behauptung ist dann (für Europa und das 8. Jahrhundert) jedenfalls richtig. Der bekannte Geschichtsschreiber des 6. Jahrhunderts, Jordanes, sagt in seinem Werke „Getica“ Seite 347, per immensa spatia Venetarum natio populosa consedit (in ungeheueren Länderstrecken hat sich die volkreiche Nation der Veneterslawen niedergelassen). Der deutsche Dichter und Philosoph Herder fügt in seinem Werke „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“ im 4. Teil, Seite 278 (Ausgabe von Bernhard Suphan, Berlin, 1911, V. Band), nachdem er die Wohnsitze der alten Slawen aufgezählt hat, noch hinzu „Der ungeheuerste Erdstrich, den in Europa eine Nation größtenteils noch jetzt bewohnt.“ Im 8. Jahrhundert aber waren sie noch weiter gegen Westen: bis Innichen, Kremsmünster und bis an die Saale vorgedrungen. Črtomir will also den Mut seiner Mitkämpfer durch den Hinweis auf die Größe ihrer slawischen Stammesgenossen, wo sie Schutz finden würden, entfachen. Daß aber der Held der Dichtung mit dem Inhalte seiner Rede, in welcher er Kampf gegen das Christentum und Begeisterung für das heidnische Slawentum predigt, im Unrecht ist, zeigt der Dichter durch den herrlichen Ausgang seines Epos, das zu dem schönsten Werke der slowenischen und slawischen Literatur überhaupt gehört.

Übrigens konnte sogar die überstrenge vormärzliche Zensur (1836) in dieser Stelle keine aufreizende Behauptung finden.

Dem hohen ethischen Werke der Dichtung kann demnach jener Satz keinen Eintrag tun. Der Lehrer muß ihn den Schülern ja ohnehin in dem eben ausgeführten Sinne erklären und mit Beziehung auf die heutigen Verhältnisse richtigstellen. In den beiden Gestalten des Werkes, Črtomir und Bogomila, aber findet der Schüler die schönsten Vorbilder für Selbstentäußerung, Beherrschung seiner Leidenschaft für das soziale Gefühl des Altruismus, der Selbstlosigkeit und des echt christlichen Glaubens.

Bei dieser Gelegenheit muß mit aller Entschiedenheit darauf hingewiesen werden, daß zu den wichtigsten Gesetzen der wissenschaftlichen Erklärung von Reden, Gesprächen, Gefühlsäußerungen in epischen, lyrischen und dramatischen Darstellungen unbedingt folgende gehören:

1. Die Äußerungen, Ansichten und Gefühle auftretender Personen sind nicht mit denen des Dichters oder Schriftstellers zu indentifizieren.

2. sie sind aus dem Zusammenhange der betreffenden Stelle, aus dem ganzen Stücke und aus dem Charakter des Redenden,

3. aus der Zeitgeschichte, Kultur- und Literaturgeschichte zu erklären.

Würde man diesen Gesetzen entgegen einzelne Stellen in den Werken der bedeutendsten deutschen Dichter und Schriftsteller aus dem Kontexte loslösen und für sich betrachten, welch verkehrte Anschauungen würden zutage treten, in welch schiefes Licht würde man die Literaten in manchem Falle stellen.

Man braucht nur auf eine Stelle zu verweisen, die im deutschen Lesebuche für österreichische Mittelschulen von Lazke, VIII. Band, Seite 4, abgedruckt ist. Da läßt Heinrich Laube — die Stelle ist aus

seinem Romane „Das junge Europa“ — in einem Briefe des Valerius an Konstantin (zwei Personen des Romans), den ersteren folgendes sagen: „Hätte ich doch einen Franzosen bei der Hand, daß ich ihn küssen, drücken und wieder küssen könnte. Also wieder dieses leichtblütige Volk muß es sein, daß zum zweiten Male die Riegel der Entwicklungsgeschichte hinwegstoßen mußte von der finsteren Zeit, auf daß Licht hereinbreche, strahlendes Licht (gemeint ist die Julirevolution vom Jahre 1830 in Paris). O mein Vaterland, mit deinen Philistern, nur diesmal nicht wieder den abscheulichen Undank, jene Pförtner der Weltgeschichte, jene rosenroten Franken (gemeint sind die Franzosen) nicht anerkennen zu wollen!“

Wollte man diese Stelle als Äußerung Laubes auf die heutigen Verhältnisse beziehen, Laube müßte in Deutschland, wenn er noch lebte, als Hochverräter justifiziert werden.

Nr. 158.
Regulovo slovo.

7. Einen ähnlichen Verstoß gegen die erwähnten Beurteilungsgesetze ist dem Rezensenten mit Zeile 118 ff. im Stücke Nr. 158 „Regulovo slovo“ (Der Abschied des Regulus), S. 338, passiert, wo der Genannte die Stelle: Vse je blago, pravo, lepo, kar domovini je na prid (Alles ist edel, recht und schön, was dem Vaterlande frommt) als „irreleitend“ bezeichnet. Offenbar hat der Beurteiler die Stelle nur oberflächlich angesehen oder nicht verstanden; denn man kann bei ihm doch nicht eine solche Gewissenlosigkeit voraussetzen, daß er die Stelle mit Absicht aus dem Kontexte herausgerissen und sodann die Behauptung von der Irreleitung aufgestellt hätte. Hätte Stritar tatsächlich einen solchen machiavellistischen Grundsatz den Schülern predigen wollen, so wäre er samt dem Stücke aufs höchste zu verurteilen. Sehen wir uns also die Sache genau an!

Stritar führt uns in der erwähnten dramatischen Szene den Abschied des bekannten römischen Feldherrn M. Attilius Regulus von seiner Gattin, seinem Sohne, seiner Mutter, seinem Freunde und vom römischen Volke vor.

Den Hintergrund bildet die geschichtlich allerdings nicht verbürgte Erzählung, daß die Karthager nach dem ersten punischen Kriege den gefangenen Konsul Regulus mit dem Auftrage nach Rom geschickt hätten, die Römer zu einem Friedensschluß mit ihnen zu bewegen. Sollte ihm dies nicht gelingen, so hätte er dem gegebenen Worte gemäß in die Gefangenschaft zurückzukehren. Regulus begeistert jedoch seine Landsleute zur Fortsetzung des Krieges, da Karthagos Hilfsmittel bereits erschöpft seien und kehrt getreu dem geschworenen Eide trotz der Bitten und Tränen seiner Mutter, seiner Gattin und seines Sohnes in die Gefangenschaft und in den sicheren Tod zurück. Sein Freund Manlius sucht ihn zwar mit den oben beanstandeten Worten zurückzuhalten, indem er erklärt, daß alles edel, recht und schön sei, was dem Vaterlande fromme; der Vorteil des Vaterlandes sei der einzige Maßstab für die Handlung eines Mannes; selbst die Ehre habe man ihm zu opfern. Dieser sophistische Grundsatz jedoch, der allerdings in der Politik vielfach angewendet wird und hier eine persönliche Meinung des Manlius enthält, ist nicht imstande, des Regulus Überzeugung zu ändern; denn er weist ihn zurück. „Ja“, sagt er, „das Vaterland muß uns das Heiligste sein, in meiner Liebe zum Vaterlande weiche ich niemandem, allein meine Überzeugung ist, heilig sollen wir dem heil'gen Vaterlande dienen (Sveto služimo sveti domovini!). „Wehe dem Volke, wenn bei ihm die ewigen Gesetze nicht mehr fest stehen, wenn das gegebene Wort keine Bedeutung mehr hat.“ Und in dem Vermächtnis an das römische Volk erteilt er ihm zum Abschied die Lehre: „Vom rechten Wege weiche nimmermehr, die Wahrheit soll dir über alles heilig sein! Die Wahrheit, die Tugend, die Männlichkeit, die Gerechtigkeit soll gelten und dich leiten und die Welt wird dein sein!“

Diese dramatische Szene ist nachgerade von bedeutendem ethischen Erziehungswerte; sie ist geeignet in den Schülern die echten patriotischen Gefühle auszulösen und setzt den Lehrer in die Lage, sie zur Nachahmung dieses leuchtenden Beispiels von echter Vaterlandsliebe und erhabener Gesinnung anzufeuern.

Nr. 95 (Kras).

8. Vilhars Gedicht „Kras“ (Der Karst), Seite 295, ist geradezu ein klassisches Beispiel, wozu mangelhafte oder oberflächliche Beurteilung eines Lesestückes den Rezensenten führen kann.

Im genannten Gedichte wird die letzte Zeile der 5. Strophe „Tebe pa usoda v prah“ als aufreizende Klage hingestellt. Diese irrige Behauptung des Rezensenten entspringt einem totalen Mißverstehen der betreffenden Stelle.

Der Dichter Vilhar schildert das Schicksal des Karstes, der einst grün war, jetzt aber den heißen Sonnenstrahlen und den Stürmen preisgegeben ist. In der fünften Strophe heißt es nun: „Sreča sladka ni ti dana, dan ti je trepet in strah; sapa meče v morje pesek, tebe pa usoda v prah.“ (Es ist dir (dem Karste) kein süßes Glück beschieden, beschieden ist dir Zittern und Furcht; der Wind wirft den Sand in das Meer, dich aber verwandelt das Schicksal zu Staub.) Damit ist ja doch nur der geologische Verwitterungsprozeß gemeint. Der Kalk des Karstes, dem die Humusdecke fehlt, verwittert sehr rasch und zerfällt in Staub; unter usoda ist daher dieses Naturgesetz zu verstehen. Im ganzen Gedichte werden die Bewohner des Karstes

mit keinem Worte erwähnt, es wird nur vom Karstboden gesprochen. Wo in aller Welt steckt also die aufreizende Klage!

Nr. 96 (Jadransko morje).

9. Im Gedichte Nr. 96, Seite 259, „Jadransko morje“, von Simon Jenko, soll gleichfalls eine aufreizende Klage enthalten sein.

Der Dichter sagt in seinem Gedichte, das Adriatische Meer sei einst slawisch gewesen, die Schiffe und Städte der einstigen Bewohner aber existieren nicht mehr, weil sie das fremde Schwert vernichtet hat.

Zum Verständnisse des Gedichtes ist es nötig, den historischen Hintergrund aufzurollen. Bekanntlich saß im 3. Jahrhunderte vor Christi Geburt an der Ostküste des Adriatischen Meeres hinunter bis an Griechenland und über das heutige Bosnien und Hercegovina bis an die Donau der Volksstamm der Illyrier, welche mit ihren schnell segelnden Schiffen, den sogenannten Liburnen, die Küsten- und Inselstädte des Adriatischen und Jonischen Meeres plünderten und den Handel hinderten und mit welchem die Römer häufig Kriege zu bestehen hatten. Am bekanntesten ist wohl der Kampf mit der Königin Teuta, welche im Jahre 229 vor Christi Geburt von den Römern besiegt wurde und sich verpflichten mußte, mit ihren Schiffen das Adriatische Meer nicht mehr zu befahren. Trotzdem kam es später zu wiederholten Aufständen und erst unter Caesar Augustus wurden die Illyrier und Pannonier im Jahre 6 nach Christi Geburt durch Tiberius vollständig bezwungen und aus ihren Gebieten die Provinzen Dalmatien und Pannonien gebildet.

Schon frühzeitig erweckte das Volk der Illyrier das Interesse der Historiographen, weil man es unter die bekannten Völkerschaften nicht einreihen konnte. Schon seit Beginn der wissenschaftlichen Geschichtsforschung war die allgemeine Meinung verbreitet, sie seien Slawen gewesen. Diese Ansicht herrschte bis in die neueste Zeit und findet sich schon in der Grammatik des slowenischen Schriftstellers Bohorič im 16. Jahrhundert (1584). Diese Ansicht suchten im 19. Jahrhunderte, insbesonders die slowenischen Geschichtsforscher, auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen. Aber auch die deutschen Gelehrten geben einige Zeit dieser Anschauung Raum. So liest man in der „Bibliothek der Weltkunde“, einer geschichtlichen Uebersicht denkwürdiger Ereignisse der Gegenwart und Vergangenheit bei allen Völkern der Erde, die von H. Malten in Frankfurt am Main herausgegeben wurde, im Jahrgange 1842, folgendes von den Illyriern (Abgedruckt in der Zuschrift Carniola vom Jahre 1842, Seite 102 und 110): „Es gibt vielleicht kein Land in Europa, das ein so sonderbares, aus homogenen, dem Anscheine nach aber entgegengesetzten Teilen gebildetes Ganze bietet als die Urheimat des slawischen Volkes, das alte an die nordöstliche Küste des Adriatischen Meeres angelehnte Illyrien. Viele illyrische Stämme bildeten in jener Vorzeit kleine Reiche, den zivilisierten Staaten wenigstens näher verwandt als jemals nachher. Auch gab es schon damals an dem illyrischen Gestade bedeutende Handels- und Waffenplätze. Der letzte illyrische König war Gecius, dessen Thron und Land eine Beute der sieggewohnten Römer wurden.

Hier müssen wir noch des Zweifels erwähnen, den einige Skeptiker ohne allen Grund, auf ihre eigene Ansicht oder richtiger auf ihr Vorurteil gestützt, gegen die Slawenität der alten Illyrier erhoben haben. Die enge Verwandtschaft der slawischen Sprache mit der griechischen, lateinischen und deutschen liefert den unumstößlichen Beweis, daß die Slawen seit ihrem Ursprunge mitten unter diesen ihren Verwandten gewohnt haben müßten. Wo aber konnte nach aller Geschichte und Geographie diese notwendig direkte Berührung mit den vorbenannten Völkern zugleich statthaben außer in Illyrien? Dieser allein genügende und offenbar schlagende Beweis überhebt und um so mehr jenen nichtigen Zweifel zu bekämpfen, da selbst mehrere der berühmten deutschen Geschichtsschreiber als Schlözer, Johannes v. Müller, Pöhlitz, Groß-Hoffinger und andere mehr in ihren Schriften die alten Illyrier für slawische Urväter halten.“

Die Folge davon war, daß auch die slowenischen Dichter in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts von dieser Idee, welche in verschiedenen Dichtungen zum Ausdrucke kam, ergriffen wurden, so zum Beispiel in Vodniks früher erwähnten Ode „Ilirija oživljena“, in Koseskis „Slovenija cesarju Ferdinandu ob Njega prihodu v Ljubljano“ (1843). Und dieser Idee verdankt auch Jenkos „Jadransko morje“ seine Entstehung. Das fremde Schwert, das im Gedichte erwähnt wird und das die Slawen am Adriatischen Meere vernichtet haben soll, ist selbstverständlich das römische.

Diese aber in den Fünfzigerjahren des vorigen Jahrhunderts entstandene Anschauung, daß die Illyrier Slawen gewesen seien, ist heute ein überwundener Standpunkt, nachdem man erkannt hat, daß die Reste ihrer Nachkommen, die heutigen Albanesen oder Skipetaren, eine mit der slawischen nicht verwandte Sprache sprechen, wurde aber allerdings erst in den Neunzigerjahren des vorigen Jahrhundertes, also nach dem Erscheinen des V. Bandes der Sketschen Lesebücher, durch die Forschungen des Professors Kos, wissenschaftlich begründet. Wo liegt nun das Gefährliche des Gedichtes, wenn man dieses auf Grund der geschichtlichen Tatsachen richtig erklärt?

10. Nun wollen wir die Gedichte Koseskis „Novice bralcem h koncu leta“ (Nr. 130, Seite 303), („Die Novize“ [eine belletristisch-belehrende Zeitschrift] den Lesern am Schlusse des Jahres). „Kdo je mar?“ („Wer ist es wohl?“) (Nr. 100, Seite 263) und „Vojaška“ („Kriegslied“), (Nr. 104, Seite 265) zusammenfassen. Im ersten soll nach der Meinung des Begutachters übertriebener Eigendünkel, im zweiten überschwenglicher Preis der Slowenen, im dritten große Selbstverherrlichung und Selbstüberschätzung der Slowenen enthalten sein.

Vor allem ist daran festzuhalten, daß diese drei Gedichte in der kulturellen Misere des Vormärz entstanden sind, unter der auch der österreichische Dichter Grillparzer sattsam gelitten und über die er genug geklagt hat.

Novice.

Das erste Gedicht: „Novice“ . . . worin die Worte: bili slovenske krvi, bodi Slovencu ponos (Slowenischem Blute entsprossen zu sein, erfülle den Slowenen mit Stolz) und: pričal bo (jezik) vašo modrost — narodom (Die Sprache wird eure Weisheit den Völkern künden) beanstandet werden, gehört ans Ende von 1845 und ist nur mit Beziehung auf die damaligen politischen und kulturellen Verhältnisse verständlich.

Das Gedicht ist ein eminent ethisches, wertvolles Ermahnungsgedicht an die Leser der Zeitschrift Novice, in welchem auch Koseskis wahrhaft patriotische Gesinnung zu Worte kommt. Man lese nur die 3. Strophe, die lautet:

Bogu dušo in vest, vladarju zvestobo do smrti,
Veri zaupa poklon, glasu zakona posluh,
Starosti čast, mladenču pouk, otroku ljubezen.
Ženi prijazno pomoč, bratu Slovencu objem,
Vezi edinstva krepost — to so naše prve naročbe.

In sinngemäßer Prosaübersetzung heißt dies: Gott gehöre Seele und Gewissen, dem Herrscher Treue bis in den Tod, volles Vertrauen der Religion, Gehorsam dem Rufe des Gesetzes, dem Alter Ehre, dem Jüngling Belehrung, dem Kinde Liebe, der Frau freundliche Hilfe, Anhänglichkeit (Umarmung) dem slowenischen Bruder, dem Bande der Einigkeit Kraft — das sind unsere (der Zeitschrift Novice) ersten Aufträge (an die Leser).

Und fährt er fort (4. Strophe): „Sehet voll Eifer dann aufs Arbeitsfeld des slowenischen Volkes! Viel Feld liegt noch brach, viel gibt es noch müssige Hände: Rühret euch, reinigt die Äcker gründlich vom Moos, schwört ab den Geist des Zweifels, der Nachlässigkeit, der Unwissenheit (des Dunkels), hebet beherzt den Schatz, den der Hände und des Geistes Fleiß auch bringen wird. — (5. Strophe): Zeiget der Welt das Wesen heimischer Sitte und Denkart! Ein Slowene zu sein, sei des Slowenen Stolz. (Das ist doch nur eine dichterische Wendung statt: Schämet euch nicht eurer Nation!). Erinnert auch an die Taten euerer Altvordern, achtet aber auch den Wert des jetzigen Geschlechtes! Wer sich selbst verachtet, wird auch vom Fremdling verachtet und unterdrückt.

Dann weist Koseski auf die harrende Kulturarbeit: Sprachreinigung, Pflege der Poesie und Wissenschaft hin, indem er durch eine Reihe von Vergleichen auf den alten Erfahrungssatz hinweist, daß zwar aller Anfang schwer ist, daß aber aus dem unscheinbaren Kern der künftige Baum erwächst.

Vom „Eigendünkel“ hierbei zu sprechen ist ein müssiges Beginnen; das Gedicht enthält vielmehr ein ganz unumwundenes Bekenntnis, daß die slowenische Kultur damals (1845) noch ganz in den Kinderschuhen stack, daß es an Arbeitern fehlte, daß die Pflege der Sprache darniederlag, ja daß es sogar an der nötigen Selbstachtung fehlte und daß man daran zweifelte, ob es jemals besser werden könnte. Der Dichter sucht daher den Fleiß zu wecken, den Mut zu heben, die Selbstachtung des Volkes zu gewinnen; man solle sich nicht seines Volkes und seiner Sprache schämen. Daß die Sprache des Gedichtes schwungvoll ist, hängt doch mit seiner Form — es ist eine Ode — zusammen. In dieser Hinsicht ist Koseskis Wirken einigermaßen mit dem Klopstocks zu vergleichen. Auch zu Klopstocks Zeiten schlief noch der deutsche Nationalgedanke und Klopstock war der erste bedeutende Dichter der Deutschen, der durch seine schwungvollen Oden, in welchen er deutsche Helden, deutsche Fürsten, die deutsche Sprache, das deutsche Vaterland gepriesen hat, in die Herzen der deutschen Jugend die Begeisterung für deutsche Sprache, Art und Sitte und für das deutsche Volk gepflanzt hat. Er donnerte gegen die Nachahmung der Franzosen, gegen die Überschätzung der Engländer, sah die deutsche und die britannische Muse im Wettkampfe, erblickte am germanischen Bardenquell die Göttin der deutschen Sprache. „Mit Hoheit in der Miene stand sie da. Den Gedanken, die Empfindung treffend und mit Kraft, mit Wendungen der Kühnheit zu sagen, das ist Sprache des Thuiskon, Göttin, dir wie unseren Helden Eroberung — ein Spiel. O Begeisterung! Sie erhebt sich, feurigen Blickes ergießet sich ihr Auge in die Seele, in der Glut usw.“ (Im VIa Bande des deutschen Lesebuches für österreichische Gymnasten von Kummer-Stejskal unter dem Titel „Unsere Sprache“.)

Zum Teil ähnliche Gedichte, in welchen auf die Bedeutung der Muttersprache und der Nation hingewiesen wird, findet man auch mehrmals in deutschen Lesebüchern.

Zum Beispiel im Lesebuch von Kummer-Stejskal, IV. Band (für die IV. Klasse der Gym-

nasien), Seite 205, das Gedicht Greifs „Wert der Muttersprache“.

„1. Vieles kann ein Volk entbehren — Wenn dazu die Not es zwingt; — Doch dem Feinde muß es wehren, — Der es um die Sprache bringt.

2. In ihr wurzelt unser Leben — Und erhält durch sie Bestand, — Wer sich ihrer hat begeben, — Der verlor sein Vaterland.“

In Robert Hammerlings „Schwanenlied“ der Romantik, VIII., 1. (VIII. Band des deutschen Lesebuches für österreichische Mittelschulen von Dr. Letzke) liest man:

1. „Ja, Vaterland, geliebtes! Umströme dich Glück und Heil! — Was Bestes bringen die Zeiten, es werde dir zuteil! — Nur fleh' ich, nie mißachte, in neuen Strebens Drang. — Was deutschen Namens Ehre gewesen ein Jahrtausend lang.

2. Entfache des Geistes, Leuchte zu nie geseh'nem Glanz, — Doch pflege du das Herz auch, pflege den keuschen Kranz — Tiefsinniger Gefühle; wahre duftig zart — Die Blume deutschen Gemütes im frost'gen Hauch der Gegenwart.

5. Ruhmvoll ist deutsche Treue, hoch gilt Germanenwort — So bleibe, mein Volk, denn ewig des ewigen Rechtes Hort.“

In dem im gleichen Bande abgedruckten Gedichte Ottokar Kernstocks „Ein Wort an die Abiturienten“ fordert der Dichter den deutschen Knaben auf, kein Ämterjäger zu sein, sich nicht vor dem Gnadensonnenscheine zu bücken, sondern sich selbst treu zu bleiben!

„Stolz sein mußt du auf der Alten deutschen Art, die heilig ist. Stark sein mußt du, droh'n Gewalten oder lockt Sirenenlist.“

In dem gleichen Bande ist auch Kernstocks Festprolog zur Jubelfeier des deutschen Schulvereines am 13. Mai 1905 abgedruckt.

Der Verfasser des zweiten Gutachtens sagt ja, um noch darauf hinzuweisen, bei der Besprechung von Slomšeks Prosastück „Die Muttersprache“ selbst ausdrücklich, daß die Worte Slomšeks ein Seitenstück zu Schenkendorfs bekanntem Gedichte „Muttersprache, Mutterlaut“ oder zu Kl. Grots „O Muttersprache, schön und weich“, also zu Liedern bilden, deren Entfernung aus deutschen Lehrbüchern die moderne Pädagogik nicht gut heißen würde.

Da Koseskis Gedicht einen literarischen Beleg für die damaligen Kultur- und Literaturzustände der Slowenen bietet und zu seinen schönsten Oden gehört, wird man es im literarischen Lesebuche wohl nicht missen können.

Dieses Gedicht hat übrigens auch, wie oben gesagt, einen echten patriotischen Geist und enthält nicht die geringste Spitze gegen eine andere Nation und nur den einzigen inkriminierten, positiven national wirkenden Satz, der aber auf die Schüler keine hypernationale Wirkung — und darum handelt es sich — ausüben kann. Denn die nationale Erziehung der Jugend, insofern sie nur mit der echten patriotischen Gesinnung und mit nationaler Duldsamkeit verbunden ist, ist nicht fehlerhaft, sondern liegt, wie wir zu Beginn dieser Äußerung erwähnt, in den Intentionen des hohen k. k. Ministeriums; um es nämlich noch einmal zu betonen, so stellt hochdasselbe im § 71 der definitiven Schulunterrichtsordnung als einer der wichtigsten Aufgaben der Schule die Erziehung der Schuljugend zur Liebe zum angestammten Volkstum hin.

Kdo je mar?

Ein ähnliches Ziel, wie die eben behandelte Ode, verfolgt auch das Gedicht: „Kdo je mar?“ Die Voraussetzung desselben ist der Umstand, daß das slowenische Volk damals (1846), fast ganz und gar ein Bauernvolk war, was ihm auch zum Vorwurfe gemacht wurde. Der Dichter wollte zeigen, daß es sich dessen nicht zu schämen brauche, da auch aus dem slowenischen Bauernvolke tüchtige Leute hervorgegangen seien, und zwar reiche Kaufleute (ein gewisser Kallister, Millionär in Triest, wurde damals auch als Förderer der slowenischen Literatur wiederholt genannt), tapfere Soldaten, woran heute wohl niemand zweifelt, große Gelehrte, zum Beispiel Kopitar, vom deutschen Gelehrten Jak. Grimm monstrum scientiarum genannt, der berühmte Mathematiker Vega, Prešers Freund Čop, der 19 Sprachen gesprochen hat, Lyzealbibliothekar in Laibach, gerechte Richter, hohe Kirchenfürsten (Slatkonja, unter Kaiser Max I. Bischof von Wien) und fromme Priester.

Diese Zahl ließe sich aus der späteren Zeit noch bedeutend vermehren. Man denke zum Beispiel an den Millionär Gorup, an den heldenmütigen Verteidiger Andrej Baron Čehovin, an den großen Gelehrten Miklosich, den der deutsche Gelehrte Müllenhoff den größten Philologen der Welt genannt hat, ferner an den größten Physiker in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Universitätsprofessor in Wien Dr. Stefan, an den Kardinal Missia, an den Bischof Slomšek usw.

Auch hier ist die Sprache in echt Koseskischem Sinne überschwänglich, weshalb man sich auch an der poetischen Hyperbel „šest jih pade, kjer porine“ (Sechs fallen, wo er zustößt) nicht zu stoßen braucht. Dann müßte man sich auch an Schillers Hyperbel „Seid umschlungen Millionen, diesen Kuß der ganzen Welt“ stoßen. Es wird aber niemand dabei daran denken, daß dazu eigentlich kilometerlange Hände gehören müßten.

Vojaška.

Ein Vorwurf, mag er wie immer geartet sein, gegen das Gedicht „Vojaška" (Seite 265), in der die Tapferkeit der Slowenen im Dienste des Kaisers (Mi gremo na boj za pravdo, za dom, za cesarja — Wir gehen in den Kampf für Recht, Heimat und den Kaiser) gepriesen wird, kann nicht ernst genommen werden und wird, wie schon erwähnt, durch die Geschichte der tapferen Regimenter, die sich aus Slowenen rekrutieren, genügend zurückgewiesen. Wir verweisen auf den bereits angeführten Brief des Obersten Baron Stillfried.

Nr. 99. Rojakom.

Cegnars inkriminiertes Gedicht (Nr. 99, Seite 262) „Rojakom" (Den Landsleuten), in den fünfziger Jahren entstanden, deckt sich ideal mit dem oben besprochenen Gedichte Koseskis „Novice". Es ist ein Aufruf zur Kulturarbeit, besonders auf dem Gebiete der Literatur. Der Dichter wendet sich mit dichterischer Begeisterung an seine Landsleute mit der Aufforderung, des Geistes helle Schwerter zu umgürten und ihre wackeren Stimmen zum Ruhme des Vaterlandes zu erheben, da ihnen Gott ein gutes Herz und gesunden Verstand gegeben hat. Aus dem Weizen soll der Taumelloch ausgejätet und gesunder Same in die Furchen des heimatlichen Ackers (Heimatsboden) gesäet werde, auf daß dieser von Stamm zu Stamm sich kräftige und nach allen Seiten geziert werde. Vollenden wir den Auftrag des Himmels, damit die Sonne nicht früher hinter den Bergen verschwinde, damit das goldene Zeitalter (der Literatur) komme. Jäten wir die Dornen aus und pflügen wir den Rasen, bis die finstere Nacht unsere Gräber deckt. Das Wetter hellt sich auf, die Stürme schweigen, der Rasen taut auf, der Frost hat abgenommen. Die weiße Vila (Muse des Gesanges) erwacht auf den grünen Höhen, ihr Antlitz und ihr Auge glänzen in der Morgenröte. Sie singt und singt, daß der Berg erzittert, daß es vom Himmelsgewölbe widerhallt.

Nr. 12. V spomin Andreja Smoleta.

Aus der vormärzlichen Zeit stammt auch Prešerens Elegie auf den Tod seines Freundes Andreas Smole (Nr. 121, Seite 291), in welcher die Worte „V zemlji slovenski, ktera zdaj ima grob komaj za nas (du ruhst in slowenischer Erde, die jetzt für uns kaum ein Grab hat) als Klage beanstandet werden. Diese Worte sind historisch zu fassen, wie so manches Grillparzersche Wort vom vormärzlichen Österreich, so vom „Capua der Geister" usw. Steht ja im Lesebuche für Österreichische Mittelschulen vom Kummer und Stejskal (Schlußband, XIX. Jahrhundert, Wien 1907, Seite 30) folgendes zu lesen: „Der Druck, der unter dem Staatsministerium Metternich (1810 bis 1848) auf allen Geistern lag und jede freiheitliche Regung in Keime erstickte, rief auch in Österreich Unzufriedenheit und Unmut hervor". Und es ist ja eine der edelsten Taten unseres erhabenen Monarchen, daß er allen Völkern Österreichs die freie kulturelle Entwicklung ermöglicht hat. Heute haben daher die obigen Worte keine Bedeutung mehr.

Bei der Erklärung obiger Elegie hat der Lehrer gerade Gelegenheit, durch den Hinweis auf den großen Unterschied in den politischen Verhältnissen vor dem Jahre 1848 und nachher die Segnungen der Regierungstätigkeit unseres Kaisers zu preisen und hierdurch die Schüler zu neuer Liebe zum edlen Monarchen zu entflammen. Hierdurch ist der inkriminierten Stelle wohl jeder Schein einer Gefährlichkeit für die patriotische Gesinnung der Schüler benommen.

Nr. 110. Na božji poti.

13. Der Ausruf Funteks im Gedichte „Na božji poti" (Auf der Wallfahrt), in welchem der Dichter eine Wallfahrt zu einer hochgelegenen Wallfahrtskirche, den herrlichen Ausblick auf die weite Umgebung, auf die Täler und fernen Berge, auf die grünen Felder und Wälder und dunklen Wässer, auf die freundlichen Kirchen ringsum schildert, der Ausruf also in der letzten Strophe: „Milejša bodi ti usoda" (milder sei dein Los), welchen der Rezensent als Klage über das Los des Landes beanstandet, bezieht sich, das steht ganz außer Zweifel, nur auf die bedrängte Lage des Bauernstandes in Krain, namentlich in Unterkrain, und der Dichter meint ja die Wallfahrtskirche auf dem „Heiligen Berge" (Sv. Gora) bei Littai in Unterkrain.

Man denke hierbei nur an die statistisch festgestellte massenhafte Auswanderung nach Amerika! Wie viele Gehöfte liegen verlassen, wieviele Bewohner können ihr Brot nicht im Lande finden! Die Richtigkeit dieser Auffassung beweist schon die Landschaftschilderung des Gedichtes.

Nr. 161. Akvileja.

Der Abhandlung des Geschichtsforschers Rutar über Aquileja (Nr. 161, S. 374) wird der Satz: Akvileja ne more več prenašati biča brezbožnih Ingobardov (Aquileja kann die Geißel der gottlosen Langobarden nicht mehr ertragen) als Verunglimpfung eines deutschen Volksstammes hingestellt. Hier hat der Rezensent wieder einen Verstoß gegen die Hermeneutik begangen, er hat den Satz aus dem Zusammenhange gerissen, ohne auf die oben angeführten Erklärungsgesetze zu achten.

Nachdem der Verfasser den furchtbaren Hunneneinfall in Aquileja im 5. Jahrhundert nach Christi

Geburt geschildert hat, bespricht er den im Jahre 569 nach Christi Geburt erfolgten Einfall des germanischen Volksstammes der Langobarden in Oberitalien und den Überfall auf Aquileja. Dann fährt er fort: „Die Stadt hatte jetzt keine Mauern mehr und konnte sich daher nicht verteidigen. Deshalb erhob sich der Patriarch Paulinus I. mit der ganzen Geistlichkeit und ließ alle Heiligtümer und Kirchenschätze auf die Insel Grado übertragen, wo er sich ständig niederließ und neue Kirchen gründete. Allein die Langobarden hausten in Aquileja so arg, daß des Paulinus Nachfolger, der Patriarch Helias, im Jahre 579 auf der Kirchenversammlung in Grado darüber mit den Worten Klage führte, das alte Aquileja könne die Geißel der gottlosen Langobarden nicht mehr ertragen. Deshalb beschloß Geistlichkeit und Volk, nach Aquileja nicht mehr zurückzukehren, sondern auf den sicheren Inseln zu verbleiben."

So der Sachverhalt. Der inkriminierte Satz ist demnach eine Äußerung des Patriarchen Helias und steht im Lesebuche unter Anführungszeichen. Es lag also dem Schriftsteller ganz ferne, einen „deutschen" Volksstamm verunglimpfen zu wollen. Nebenbei erlaubt sich der Ausschuß die Korrektur anzubringen, daß die Langobarden kein deutscher, sondern ein ostgermanischer Volksstamm waren, der im italienischen aufgegangen ist. Übrigens weiß die Geschichte zu erzählen, daß die Langobarden gerade keine Engel gewesen sind. Oder soll der Schüler glauben, wenn er gehört, was in jedem Schulgeschichtsbuch zu lesen ist, daß König Alboin aus dem Schödel des überwundenen Königs der Gepiden Kunimund sich einen Trinkbecher machen ließ und einmal sogar seine Frau Rosamunde, die Tochter Kunimunds, daraus trinken zwang und daß er bei der Belagerung von Pavia, das im dritten Jahre widerstand, im Zorne schwur, daß, wenn er die Stadt einnehme, kein Bewohner dem Schwerte der Langobarden entrinnen solle, soll der Schüler also glauben, daß die Langobarden ein Kulturvolk gewesen sind? In der großen Weltgeschichte von Pflug-Harttung steht von ihnen im Bande des Mittelalters § 52 folgendes zu lesen: „Die Langobarden traten wesentlich gewaltsamer auf als ihre Vorgänger, die Goten. Sie lebten noch als waffenfrohes Heldenvolk, sie waren erfolgreiche Eroberer und fühlten sich als solche. Mit naiver Gier entfesselter Orkane stürmten sie einher, um zu gewinnen, zu plündern, zu besitzen." Der Patriarch Helias scheint sie daher nicht mit Unrecht eine Geißel genannt zu haben.

No. 168. (Pobratimstvo).

15. Endlich findet der Rezensent in der Abhandlung des Regierungsrates Wiesthaler „Pobratimstvo" (Verbrüderung, Nr. 168, S. 414) eine Anpreisung des Allslawentums, und zwar in den Worten: Pleme slovenskoblago (Z. 9) und Kdo še ni slišal proslavljati jugoslovanskega prijateljstva in z njim združenega običaja, nazivajoč ga pobratimstvo" (Z. 15 ff).

Betrachten wir also diese Stellen genauer! Der Verfasser geht von der Bemerkung aus, daß die Menschen einander nur ähnlich, aber niemals gleich sind und so unterscheidet sich auch jede Nation von der anderen in irgendeinem Charakterzuge, der sie schmückt oder entstellt.

„Auch der vielverzweigte slawische Volksstamm", fährt der Verfasser weiter, welchen uns die ältesten Schriftsteller als friedliebend, ehrlich und edel bezeichnen, „hat sich bis zum heutigen Tage schöne Eigenschaften bewahrt, wenngleich der Zufluß der immer weiter vordringenden westlichen Kultur schon manchen echtslawischen Zug weggeschwemmt hat. Wessen Herz hat zum Beispiel das übereinstimmende Lob verschiedener Geschichtsschreiber von der uralten slawischen Gastfreundschaft nicht erfreut? Wer hat keine Gelegenheit gehabt, mit eigenen Augen die Gläubigkeit und kindliche Frömmigkeit unseres Volkes zu beobachten? Wer hat noch nicht die südslawische Freundschaft und die damit verbundene Sitte, an welcher noch heute, insbesondere die Serben und Bulgaren mit ungewöhnlichem Feuereifer festhalten und die sie Pobratimstvo (Verbrüderung) nennen, rühmen gehört? Das ist die wörtliche Übersetzung des oben teilweise angeführten Abschnittes. Hierauf geht der Verfasser auf die nähere Beschreibung dieser erwähnten Sitte der Verbrüderung ein.

Wo in aller Welt wird in den obigen Worten das Allslawentum angepriesen? Etwa dadurch, daß der Verfasser die Meinung alter Schriftsteller über die Slawen anführt? Dann müßte man jenen Schriftstellern das Allslawentum vorwerfen.

Spricht sich ja auch der deutsche Philosoph Herder in dem bereits früher zitierten Werke (Seite 43 dieses Promemoria) Pagina 278—279 über die alten Slawen folgendermaßen lobend aus:

„Allenthalben ließen sie sich nieder, um das von anderen Völkern verlassene Land zu besitzen, es als Kolonisten, als Hirten oder Ackerleute zu bauen und zu nützen; mithin war nach allen vorhergegangenen Verheerungen, Durch- und Auszügen ihre geräuschlose, fleißige Gegenwart den Ländern ersprießlich. Sie liebten die Landwirtschaft, einen Vorrat von Herden und Getreide, auch mancherlei häusliche Künste und eröffneten allenthalben mit den Erzeugnissen ihres Landes und Fleißes einen nützlichen Handel.

In Deutschland trieben sie den Bergbau, verstanden das Schmelzen und Gießen der Metalle, bereiteten das Salz, verfertigten Leinwand, braueten Met, pflanzten Fruchtbäume und führeten nach

ihrer Art ein fröhliches musikalisches Leben. Sie waren mildtätig, bis zur Verschwendung gastfrei, Liebhaber der ländlichen Freiheit, aber unterwürfig und gehorsam, des Raubens und Plünderns Feinde.

Alles das half ihnen nicht gegen die Unterdrückung, ja es trug zu derselben bei."

Oder liegt das Allslawentum darin, daß die Slowenen fromm und gläubig genannt worden? Oder darin, daß die südslawische Sitte der „Verbrüderung", der Freundschaft bis zum Tode, rühmend erwähnt wird? Und daß die alten Slawen sehr gastfreundlich waren, ist eine ebensolche geschichtliche, mit den damaligen Urzuständen zusammenhängende Tatsache, wie die Gastfreundschaft der alten Germanen. Die alten Slawen nennt der früher erwähnte Gelehrte Dr. Brückner „Mittelalter", Pagina 559) in seinem Artikel: Eintritt der Slawen in die „Weltgeschichte" gutmütig und gastfrei, sorglos und lebenslustig, lebhaft aber unsteten Geistes, Herder aber, wie wir soeben gehört, „bis zur Verschwendung gastfrei". Von der Gastfreundschaft der alten Germanen lesen wir in Weinholds Abhandlung „Die Gastfreundschaft im Mittelalter" (aus dem Werke „Die deutschen Frauen in dem Mittelalter"), abgedruckt im dritten Bande des deutschen Lesebuches für österreichische Mittelschulen von Bauer-Streinz, Seite 210 (Wien 1908) folgendes: „Die germanische Gastfreundschaft war allberühmt; schon Caesar und Tacitus hatten sie der Welt verkündet. Caesar erzählt, wie heilig die Deutschen das Gastrecht hielten, weil sie die Fremden für unverletzlich erklärten. — Tacitus spricht aus, daß sich kein anderes Volk mit den Germanen in dieser Tugend messen könne. — Was die Römer hier rühmen, wird uns viele Jahrhunderte später von Chronisten und in Gedichten und Erzählungen über die Isländer, Angelsachsen und die deutschen Stämme berichtet." Dann spricht Weinhold noch von der nordischen Gastlichkeit in Skandinavien und in Island.

Würde es wohl jemand beifallen, den Schriftsteller Weinhold wegen dieser Abhandlnng des Allgermanentums zeihen zu wollen? Und wenn die deutschen Schüler dies lesen, so erfreuen und erbauen sie sich an einer edlen Tugend ihrer Altvordern, dazu haben sie volles Recht und daß ist auch ihre Pflicht. Und schon bei den alten Römern war es eine der schönsten Tugenden, die Taten der Vorfahren wert zu halten und zu achten.

Durch diese reiflich überlegte Beurteilung der zensurierten Stellen in den Sketschen Lesebüchern glaubt der Ausschuß seine Aufgabe erledigt zu haben. Aus dem Gesagten ist ersichtlich, daß die Gefahr, die Jugend könnte durch diese Lesebücher, durch Weckung hypernationaler Gesinnung und Schädigung der patriotischen Denkweise in ungünstigem Sinne beeinflußt werden, nicht vorhanden ist. Jedenfalls wäre der auf Seite 3 angeführten Äußerung des zweiten Rezensenten, daß eine sofortige Revision nicht zu beantragen wäre, beizupflichten.

Wohl aber wäre für das Obergymnasium eine Neuverfassung von Lesebüchern notwendig, die dem literarischen, in den Sketschen Lesebüchern fürs Obergymnasium zu wenig berücksichtigten Fortschritte der letzten 25 Jahre gerecht würde.

Da jedoch die Approbation eines Lehrplanes für die slowenische Sprache an den utraquistischen Gymnasien, beziehungsweise Realschulen bevorsteht, wird nach der erfolgten Approbation auch die Neuverfassung des ganzen Lesebuchwerkes angezeigt sein und es wird dann nur im Interesse der Schuljugend liegen, wenn die neuen Lesebücher auf Grund der vom unterzeichneten Ausschusse festgestellten Grundsätze, welche das hohe k. k. Ministerium zu genehmigen geruhe, verfaßt werden.

Schließlich stellt der Ausschuß die ergebene Bitte, das hohe k. k. Ministerium geruhe bis zum Erscheinen der neuen Lesebücher die Weiterverwendung der bisherigen zu gestatten.]

To mnenje, podprto s tehtnimi razlogi, po svoji vsebini razveljavlja prepoved deželnega šolskega sveta, to je napravlja to prepoved nepotrebno. Spomenica omenja le nekaj malo mest v berilih, ki naj bi jih bilo izločiti iz čitank. To pa še ni nikak vzrok za splošno prepoved rabe čitank. Zadoščalo bi navodilo za učitelja, da dotičnih mest ne uporablja za učno tvarino. Vže velika gmotna škoda, ki bi jo povzročili s tako splošno prepovedjo in ki bi zahtevala sestavo, za dijake pa nabavo novih učnih knjig, nam veleva, da odstranimo neosnovano prepoved čim prej.

Spomenica je bila predložena visokemu c. kr. naučnemu ministrstvu. Slično spomenico je predložil tudi bivši deželni šolski nadzornik, sedaj že umrli dvorni svetnik Fra Hubad, ki ga je hudo bolelo, da se njegovim in od njega urejenim spisom v navedenih čitankah podtikajo nameni, ki se ne zlagajo z njegovimi čistimi rodoljubnimi in patrijotičnimi nazori. Ti spomenici bi bilo moralo c. kr. naučno ministrstvo tembolj upoštevati, ker se v njih izražena načela docela strinjajo z načeli, po katerih naj se sestavijo slovenske čitanke.

Ta glavna načela po novem učnem načrtu za slovenski jezik, ki so bila v posebni spomenici predložena deželnemu školskemu svetu za Kranjsko, so ta-le:

„Po svojih ciljih in sredstvih se čitanka za slovenski jezik skoro docela krije s cilji in sredstvi nemških čitank, le da ji je podlaga mesto nemškega slovenski jezik in slovensko slovstvo.

Zato ne bo odveč, da za orientacijo postavim na čelo besede znanega pedagoga dra. Karla

Kebra, ki je v svojem delu „Geschichte der Methodik des deutschen Volksschulunterrichtes“ (1877) sledeče formuril glavne zahteve, ki jih je treba staviti na dobro nemško čitanko (v prvi vrsti za ljudske šole):

„Das Volksschullesebuch muß wie Bibel und Gesangbuch ein wertvolles Besitztum sein, geeignet, die Sprache zu bilden und zu veredeln, Herz und Gemüt zu erwärmen und zu erfrischen, es muß ein Fundort klassischer, nach Form und Inhalt schön abgerundeter Schilderungen und Charakterbilder aus dem vergangenen und gegenwärtigen Kulturleben des deutschen Volkes und der Natur des Landes sein, aber auch ein Buch, durch welches der Blick in ferne Zonen gelenkt wird, an die uns täglich mehr Fäden knüpfen; es muß eine weltliche Bibel sein, darin „das Kindlein liest mit Lust und der Alte mit Andacht“, ein Buch, das nicht bestimmt ist, Hader säen zu helfen zwischen Konfessionen und Volksstämmen, aber ein Buch, das ein religiöser Hauch durchweht, das einen stark ausgeprägten nationalen Zug hat und „wohl geeignet ist, die Liebe zu Kaiser und Reich zu pflegen“. Gl. dež šol. nadz. Jos. Loos, Enzyklopädisches Handbuch der Erziehungskunde, Wien, Leipzig 1906, Pichlers Wwe. & Sohn, I. zv. str. 1030.

Mutatis mutandis veljajo te zahteve tudi za srednješolske čitanke, za avstrijske in slovenske razmere. Hočemo jih razložiti nekoliko natančneje.

I. Prva naloga jezikovne čitanke je formalna ter odgovarja glavnemu cilju jezikovnega pouka, da goji in uči jezik. Zato je treba izbirati take sestavke, ki so dovršeni ne samo v logično gramatikalnem oziru, ampak tudi po lepoti izražanja. Čitanka naj nudi, kar so najboljšega ustvarili pisatelji naroda, v kolikor je za mladino primerno. Ta zahteva jezikovne dovršenosti je toliko večje važnosti, ker sprejemljivost in zmisel za pravo lepoto vzbuja v mladini tudi veselje za vse dobro, resnično in blago.

II. To pa je druga glavna naloga čitanke: njena idejna naloga. Čitanka naj poživlja duha, blaži srce, vzgaja in krepi voljo, bistri um. Zdrav idealizem, kakršen veje iz del velikih duševnih voditeljev, pesnikov in mislecev vseh narodov in kakršnih imamo, dasi ne v taki neizčrpni obilici kakor veliki svetovni narodi, tudi Slovenci, naj zadiha iz čitanke učencu naproti, da ga napolni z ljubeznijo in spoštovanjem do idealnih dobrin človeštva.

a) Ta idealizem, ki dela šele človeka za to, kar je, naj se izraža — in to se sklada s konfesionalno enotnostjo slovenskega naroda — kot globoko spoštovanje krščansko katoliške religije, ki je s svojimi nauki preustvarila svet, a tudi kot spoštljivo priznanje tega, kar je dobrega („anima naturaliter christiana“) v drugih verstvih; izraža naj se kot ljubezen do etičnih dobrin, do resnice in pravice, do zvestobe in kreposti življenja.

b) Zlasti kot zvestoba in ljubezen do naše skupne domovine Avstrije in njene presvetle vladarske hiše. Čitanka naj uči spoznavati lepoto in bogastvo avstrijskih dežel, a tudi tam, kjer narava le skopo meri svoje dari, naj kaže, kako trdna vez ljubezni in vdanosti veže trpina na domačo grudo. Pogled v zgodovino avstrijsko naj uči mladeniča, da se klanja velikosti in slavi in sili svoje domovine tudi v preteklih stoletjih, naj kaže, kako je tudi v najtežjih razmerah njena notranja moč premogla vse vnanje in notranje sovražnike, ki so jo mogli sicer mimogrede ponižati, a je streti niso mogli, kaže naj, kako so ravno v časih največje sile avstrijski narodi z največjo požrtvovalnostjo z občudovanja vredno zvestobo polagali blago in kri na oltar domovine, žrtvovali svoje življenje in svoje imetje za svojega cesarja; saj z ljubeznijo do domovine je nerazrušno spojena tudi ljubezen do cesarja in do vse presvetle vladarske rodbine Habsburške: „S habsburškim bo tronom vedno — Sreča trdna Avstrije.“

c) S to državno naj se harmonično sklada tudi ljubezen do našega lastnega naroda kot enega izmed otrok matere Avstrije, do naše ožje domovine in do našega jezika, do naše kulture, do ljudskih šeg in navad. Saj je že nad pol tisočletja zgodovina Slovencev v najtesnejši zvezi z zgodovino Habsburžanov, ki so kot postavni dediči zavladali v naši ožji domovini ter obračali nanjo svojo ljubezen in svojo skrb. Naši očetje pa so pomagali braniti dedovino Habsburške proti vsem sovražnikom, posebno pa v prvih vrstah proti razbojniškim Mohamedovcem iz vzhoda in proti Benečanom na zapadu, ki so pogosto ogrožali avstrijske dežele preko slovenskih pokrajin. In ravno toliko časa se je razvijala naša kultura, v začetku počasi, pozneje hitreje, v tesnem stiku s kulturo avstrijskih narodov, posebno Nemcev, a tudi ostalih evropskih kulturnih narodov (reformacija, protireformacija, prosvetljenost, romantika itd.), dasi je zrasla iz nje kot lastna individualnost. Pogled v ta razvoj naše kulture, ki koraka vštric z razvojem našega jezika, bo kazal isto, kar kaže tudi zgodovina habsburške monarhije (v edinosti in skupnosti vseh njenih narodov je njena moč),

le v drugačni razsvetljavi; da je namreč razvoj duševnega življenja posameznega naroda tedaj najživahnejši, kadar se vrši v mirni tekmi (ne pa v sovražnem boju) s sosedi.

d) Poleg tega naj se pa učenci uče spoznavati tudi posebnosti in vrline drugih narodov. Temu smotru naj služijo dobri prevodi del svetovnega slovstva in sploh spisi, ki učenca lahko seznanijo z lepotami ostalega sveta.

Strogo je pa treba izločiti vse, „kar ne bi prineslo dobička za vzgojo uma, srca in volje, posebno pa vse, kar bi žalilo učenca v njegovem verskem, patriotičnem in narodnem čustvovanju“. (Prim. Loos, o. c., I. str. 1037).

* * *

Razume se pa, da oba cilja čitanke, formalni in idejni, ne moreta priti drugače do veljave nego združena drug z drugim: ideja naj ne vpliva samo po svoji notranji sili, ampak naj se prijubi mladini tudi po sili in lepoti jezika. Ob opazovanju te vzajemnosti jezika in vsebine, forme in ideje, ta je ravno priborila novodobnemu učilu čitanke njen veliki pomen v moderni šoli — se bo bogatil in razvijal jezikovni zaklad učencev, se bo uril njihov jezikovni čut, obenem pa se bo razvijal tudi um in se učil ljubiti resnico, srce se bo odpiralo lepoti, volja pa bo dobivala pobude za napredek v dobrem.

Izbor in ureditev tvarine, ki se je nabrala po teh načelih, se mora vršiti z ozirom na duševne zmožnosti drugače za nižjo, drugače za višjo stopnjo. To pa zlasti, ker že učni cilj za višjo stopnjo to zahteva: učenčeve zmožnosti naj se ne izobrazijo samo v jezikovnem in stilističnem oziru do višje stopnje, ampak odpro naj se mu oči tudi za umevanje in presojevanje prozaičnih in poetičnih umestnih oblik, da naj se mu tudi pregled zgodovinskega razvoja slovenske književnosti in naj se mu na ta način utemelji pravo, gorko osebno razmerje do velikih del poezije. Za vodilo pri tem naj služi učni načrt za slovenski jezik.“

Visoko c. kr. naučno ministrstvo žal ni upoštevalo v predloženih mu spomenicah izraženih načel in s temi načeli strinjajoče se želje, da naj se prepoved razveljavi in naj ostanejo inhibirane čitanke še nadalje v rabi na naših srednjih šolah — vse tako kakor doslej. Kajti z razpisom od 13. XI. 1915, št. 3508 K. U. M., je le dovolilo, da se smejo čitanke na zavodih rabiti le še v šolskem letu 1915/16 in v skrajnem slučaju še v letu 1916/17. Razpis se glasi:

„Z. 882. Eingelangt am 27./11. 1915.

K. k. Landesschulratspräsidium für Krain.

Laibach, am 23. November 1915.

Z. 246 L. Sch. R./Pr.

Sehr dringend!

Weiterverwendung der Sketschen Lesebücher.

An die Direktion der Staats-Oberrealschule in Laibach.

Seine Exzellenz der Herr Minister für Kultus und Unterricht hat mit dem Erlasse vom 13. November 1915, Z. 3508/K. U. M., gestattet, daß die slowenischen Lesebücher von Sket, beziehungsweise von Sket-Wester an der dortigen Anstalt noch im laufenden Schuljahre 1915/16 und im äußersten Bedarfsfalle auch im Schuljahre 1916/17, jedoch in diesem Schuljahre nur noch die Lesebücher für die vier unteren Klassen wieder in Verwendung genommen werden dürfen.

Hiervon wird die Direktion mit nachstehenden Weisungen in Kenntnis gesetzt.

1. Die Fachlehrer (Fachlehrerinnen) der slowenischen Sprache haben den Schülern (Zöglingen, Schülerinnen) in der ersten nächsten Unterrichtsstunde zu bedeuten, daß der slowenische Sprachunterricht bisher zwar ohne Verwendung von Lesebüchern stattgefunden hat, daß jedoch, weil sich die Herstellung neuer Lesebücher verzögert hat, die bisherigen Lesebücher noch weiter in Verwendung genommen werden und daß demnach die Schüler (Zöglinge, Schülerinnen) von nun an mit den Lesebüchern von Sket, beziehungsweise Sket-Wester in der Schule zu erscheinen haben.

An diese Mitteilung, welche den Schülern wörtlich zu machen ist, dürfen seitens der Mitglieder des Lehrkörpers weder in- noch außerhalb der Schule weitere Bemerkungen oder Erörterungen geknüpft werden.

2. Nachstehend verzeichnete Lesestücke dürfen weder in der Schule gelesen und behandelt, noch zur häuslichen Lektüre aufgegeben werden. Sie sind mit Stillschweigen zu übergehen, als ob sie in den Lesebüchern gar nicht abgedruckt wären und es ist den Schülern (Zöglingen, Schülerinnen) hiervon keine Mitteilung zu machen.

Im I. Bande: Nr. 66. „Tri sestre“.

Im III. Bande: Nr. 81. „Miloš Obilič, obdolžen izdajstva“, Nr. 82. „Boj na Kosovem polju“, Nr. 83. „Kosovka devojka“, Nr. 85. „Carica Milica in Vladeta vojvoda“.

Im IV. Bande: Nr. 43. „V hišici Petra Velikega“, Nr. 44. „Najdražja kupica vode na svetu“. Nr. 45. „Trije poti“, Nr. 46. „Grob na poljani“.

Nr. 47. „Ilija Huromec“, Nr. 48. „Ubiti kozak“, Nr. 49. „Iz Tiflisa črez Kavkaz“, Nr. 50. „Utopljenec“, Nr. 60. „Kozaška zazibelka“.

Im V. und VI. Bande: Nr. 43. „Narodna pesen — zrcalo narodnega života“, Nr. 67. „Kraljevič Marko v narodnih pesmih jugoslovanskih“, Nr. 71. „Krst pri Savici“, Nr. 95. „Kras“, Nr. 96. „Jadransko morje“, Nr. 97. „Črez Kavkaz“, Nr. 98. „Ukrajinska stepa“, Nr. 121. „V spomin Andreja Smoleta“, Nr. 159. „Tugomer“, Nr. 168. „Pobratimstvo“.

Im VII. und VIII. Bande: „Ilirija oživljena“ (pagina 174).

3. In den nach Zensurkonferenzperioden zu verfassenden und anher vorzulegenden Lehrstoffausweisen sind die in der betreffenden Konferenzperiode in den einzelnen Klassen behandelten Lesestücke nach Nummern und Überschriften auszuweisen sowie auch die Themen der schriftlichen Aufgaben anzuführen.

4. Der slowenische Sprachunterricht ist unbeschadet der für die Pflege der Sprachrichtigkeit notwendigen Behandlungen der Sprachlehre auf Grund der Lektüre, der Sprach- und Redeübungen, der freien Vorträge und schließlich der schriftlichen Aufgaben nach den im Anschlusse mitfolgenden Hauptgrundsätzen für die Verfassung slowenischer Lesebücher zu gestalten und vorzunehmen.

Die Direktion wird hierbei auf die in diesen Grundsätzen dargelegten Gesichtspunkte, betreffend die durch den Sprachunterricht zu verfolgenden allgemeinen Erziehungsaufgaben aufmerksam gemacht und mit allem Nachdruck aufgefordert, unter persönlicher Verantwortung darauf zu achten, daß die Fachlehrer es ebenfalls als ihre persönliche Pflicht erachten, den Unterricht bei der Behandlung der Lesestücke und der sonstigen Lektüre im Sinne dieser Gesichtspunkte derart zu gestalten, daß sich die Erziehung der ihnen anvertrauten Jugend ihrer patriotischen Bedeutung gemäß vollziehe; die infolge unangebrachter Lektüre zu befürchtenden Schädigungen des Erziehungswerkes dürfen nicht allein im negativen Sinne durch einfaches Ausschalten der bedenklichen Lesestücke hintangehalten, sondern es muß seitens des Lehrers positiv durch die zielbewußte Erklärung des Lesestoffes und bei jeder während des Unterrichtes sich ergebenden Gelegenheit die sittlich religiöse, streng staatsbürgerliche und dynastisch-patriotische Gesinnung der Schüler gehoben werden.

Schließlich hat die Direktion die Fachlehrer (Fachlehrerinnen) in geeigneter Weise auf die unausbleiblichen Folgen aufmerksam zu machen, die jedes, auch das leiseste Abirren von der staatstreuen Erfüllung ihrer unterrichtlichen und erziehlichen Pflichten nach sich ziehen würde.

Über den Vollzug dieses Auftrages ist anher zu berichten.

Der k. k. Landespräsident:〉

Zanimivo pri tem razpisu je to, da ministrstvo kljub vsemu dovoljuje z označenimi omejitvami rabo čitank, da jih torej samo ne smatra za tako okužene, da bi vtegnile postati nevarne poduku, učiteljem in učencem. V rabi so torej bile v teh dveh letih kakor prej leta in leta.

Za šolsko leto 1917/18 se ni ukrenilo ničesar, niti se ni izreklo, da je raba čitank prepovedana, niti da se raba — kakor v predidočih dveh letih — vsaj začasno dovoljuje.

Podpisani poslanci pa stojimo na stališču prejkoslej, da je bila prepoved rabe čitank nepotrebna in neutemeljena; da ta prepoved ni zasledovala drugega namena, kakor oblatiti ves narod slovenski, češ, da črpa svoja baje ne- ali manje patrijotična čuvstva že v šoli. Ta svoj namen pa skuša prepoved s svojo motivacijo doseči s tem, da podtika posameznim berilom tendenco, kakršne nimajo, ali pa ugotavlja kot greh in kot nedopustno učno tvarino, kar vže po glavnih načelih, po katerih naj bodo sestavljene slovenske čitanke, ne more biti nedovoljeno.

Spričo temu se usojajo podpisani poslanci vprašati visoko celokupno ministrstvo:

„1. Je-li pripravljeno poučiti se o zadevi?

2. Je-li pripravljeno, povzročitelje omenjene neosnovane prepovedi staviti na odgovor ter s tem dati zadoščenje upravičeno žaljeni slovenski javnosti?

3. Je-li pripravljeno povzročiti, da pridejo Sketove, odnosno Sket-Westrove slovenske čitanke zopet in to nemudoma v neomejeno rabo na naših srednjih šolah?“

Na Dunaju, 20. listopada 1917.

Čingrija.			Dr. Korošec.
Dr. Vukotić.	Dr. Benkovič.	Gostinčar.	Dr. Ravnihar.
Dr. Laginja.	M. Brenčič.	Dr. Verstovšek.	Jarc.
Dr. Rybář.	J. Hladnik.	Perić.	Dr. Lovro Pogačnik.
Smodlaka.	Dr. Gregorčič.	Ivčević.	Roškar.
Pogačnik.	Fon.	Dr. Dulibić.	Pišek.
Baljak.	Demšar.	Prodan.	Dr. Jankovič.

Authentische Übersetzung.

1519
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Korošec, Dr. Ravnihar, Prof. Jarc, Dr. L. Pogačnik und Genossen an das Gesamtministerium, betreffend das Verbot der Benutzung slowenischer Lesebücher an Mittelschulen.

Zu Beginn des Jahres 1915 setzte ein Kesseltreiben gegen die slowenischen Lesebücher von Sket, beziehungsweise Sket-Wester, welche bis zu dieser Zeit durch Jahrzente an unseren Mittelschulen in Gebrauch waren, ein. Dieses Kesseltreiben hat irgendein „Arbeitsausschuß der deutschen Hochschuljugend in Graz“ begonnen, es ging über den berüchtigten Bürgermeister Ornigg in Pettau hinweg und fand seine Zufluchtsstätte beim Referenten für den Landesschulrat in Krain Hofrat Ritter v. Kaltenegger sowie beim deutschen Landesschulinspektor für Krain Belar. Auf Grund eines Verzeichnisses, welches mehrere Lesestücke in den erwähnten Lesebüchern als nicht, beziehungsweise minder patriotisch tadelt, das sich gegen das allzugroße Betonen „des Slowenentums“ und „Slawentums“ in diesen Lesestücken wendet, hat der Landesschulrat von Krain auf Initiative der erwähnten zwei Herren den weiteren Gebrauch der Lesebücher an den utraquistischen Mittelschulen verboten. Dieses Verzeichnis, dessen Autoren höchstwahrscheinlich auch die erwähnten beiden Herren sind, lautet im Original folgendermaßen:

Abschrift.

Ad Z. 43 L. Sch. R. Pr. Beilage A.

Verzeichnis

der zu bemängelnden Stellen in der Slovenska čitanka za V. in VI. razred srednjih šol. III (Lesebuch für die V. und VI. Klasse der Mittelschulen), III. verbesserte Auflage, Klagenfurt 1903. (Neueste Auflage.)

Wiesthaler. S. 59 (Nr. 21: „Volkodlak“), Z. 6 u. ff.: „Bei keinem Volke hat sich der Aberglaube vom Werwolf so stark und zugleich so furchtbar entwickelt als bei den Slawen . . . wirklich ein slawischer Stamm.“ (Übertriebene Prahlerei.)

Bartel. S. 84 (Nr. 25: „Von den Tiermärchen“): „Wieviel Tiermärchen und Tiersagen bewahrt das slowenische Volk auf . . . was mehr oder weniger auch von anderen slawischen Stämmen gilt.“ (Prahlerei.)

Hubad. S. 97 (Nr. 33: „Das Kultusvolkslied“): „Erhabene Beschwörungen“ (Zaubersprüche) „. . . wie erhaben tönt uns . . “ (Übertriebener Preis.) Der Zauberspruch des Slawen.

Hubad. S. 108 (Nr. 42: „Die Ödipussage in slawischer Form“): „. . . sondern sie zeigen uns eine Verwandtschaft in der geistigen Entwicklung des slawischen und des griechischen Volksstammes.“ (Großer Eigendünkel.)

Hubad. S. 178 (Nr. 67: „Der Königssohn Marko in den Volksliedern“), Z. 98: „Dem unglücklichen Volke bis zu unseren Zeiten.“ (Das Schicksal der Slawen beklagend.)

Prešeren. S. 199 (Nr. 71: „Krst“ — Die Taufe). Einleitung. Z. 46: „Der größte Teil der

Welt gehört den Kindern Slavas!" (Aufreizende Behauptung.)

M. Vilhar. S. 259 (Nr. 95: „Kras" — Der Karst), S. 5, Z. 4: „. . . dich aber das Schicksal zu Staub." (Aufreizende Klage.)

S. Jenko. S. 259 (Nr. 96: „Jadransko morje" — Das Adriatische Meer). (Das ganze Gedicht dto.)

A. Aškerc. S. 259 (Nr. 97: „Črez Kavkas" — Über den Kaukasus). (Gedicht.) (Verherrlichung einer russischen Gegend und Begeisterung für die russische Landschaft.)

A. Aškerc. S. 261 (Nr. 98: „Krajinska step" — Die ukrainische Steppe), S. 1, Z. 2: „Hier liegst du in der Sonne wie Gottes Handfläche." Nr. 7, Z. 1 und 2: „. . . ist ein Kosake — ein Held." (Verherrlichung russischer Krieger.)

Cegnar. S. 262 (Nr. 99: „Rojakom" — An die Landsleute) und S. 263, Nr. 100: „Kdo je mar" — Wer ist es? (In beiden Gedichten überschwenglicher Preis der Slowenen.)

Koseski. S. 265 (Nr. 104: „Vojaška" — Soldatenlied). (Große Selbstverherrlichung und Selbstüberschätzung der Slowenen.)

Funtek. S. 273 (Nr. 110: „Na božji poti" — Auf der Wallfahrt.) S. 8: „Das Schicksal sei dir milder." (Das Los des Landes beklagend.)

Prešeren. S. 291 (Nr. 121: „V spomin Andreja Smoleta" — Dem Andenken des Andreas Smole), S. 8: „. . . in slowenischer Erde, die jetzt für uns kaum ein Grab." (Klage.)

Koseski. S. 303 (Nr. 130: „Novinc bralcem h koncu leta" — Die Zeitung an die Leser zum Jahresschluß), S. 5, Z. 2, 3: „Ein Slowene zu sein, sei den Slowenen ein Stolz." S. 6, Z. 5: „. . . . wird den Völkern eure Weisheit künden." S. 10, Z. 3 (S. 304): „Herrlich wird die Frucht der slowenischen Sache reifen." (Übertriebener Eigendünkel.)

Stritar. S. 338 („Regulovo slovo" — Der Abschied des Regulus), Nr. 158, Z. 118 u. ff.: „Alles ist edel, recht, schön, was dem Vaterlande zum Nutzen ist." (Irreleitend.)

Jurčič. S. 343: „Tugomer", Z. 65: „. . . daß wir mit den häßlichen Feinden den Krieg beginnen." S. 345, Z. 101: „. . . auf die Feinde, Franken, los." Z. 126: „. . . von kochender Feindschaft, die mir gegen die Franken siedet, das wilde Tier in Menschengestalt."

Jurčič. S. 348, Z. 225: „Die schleichende Natter." S. 249, Z. 245: „Die großen Feinde". S. 358, Z. 496: „. . . und niemals ergeben sie sich den Franken." (Zahllose, gegen Deutsche [Franken] höchst gehässige und aufreizende Stellen. Aufforderung zum Widerstande gegen die Franken. Höchste Verunglimpfung.)

Rutar. S. 374, Z. 313, 314 (161, Z. 14: „Akvileja"): „Akvileja kann nicht mehr ertragen die Geißel der gottlosen Langobarden." (Verunglimpfung eines deutschen Volksstammes.)

Parapat. S. 376 (162: „Volkswehr" 2c.), Z. 4: „Der Nationalstolz und der Mut unserer Vorfahren hat sich damals im Glanze gezeigt" usw. (Überhebung.)

Parapat. S. 361, Z. 224: „. . . ihr herrliches slowenisches Blut — ihr Ruhm wird in Ewigkeit klingen". (Übertriebene Selbstverherrlichung.)

Wiesthaler. S. 414 (Nr. 166: „Pobratimstvo"), Z. 9: „. . . . edler slawischer Stamm." Z. 15 u. ff.: „Wer hat noch nicht die südslawische Freundschaft rühmen gehört." (Anpreisung des Allslawentums usw.)

Aus der Rezension, wie sie uns das soeben zitierte Verzeichnis über die einzelnen Lesestücke bringt, ist die größte Animosität, wenn nicht Feindseligkeit gegen das slowenische Element zu erkennen. Der Slowene darf auf seine Vorzüge nicht stolz sein, er darf seine Verwandtschaft mit den übrigen slawischen Nationen nicht betonen, darf seine schönen Volkslieder nicht loben, darf seine Erfolge in der Völkergeschichte nicht verherrlichen, darf sein Mutterland nicht preisen, darf seine Betätigung in der Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie nicht geltend machen — überhaupt er darf nicht Slowene sein, sondern höchstens ein farbloser österreichischer Staatsbürger. Diesem sinnlosen und durch und durch unpädagogischen Standpunkte folgt blind das Verbot des Landesschulrates ohne Überlegung und ohne Besinnen. Es wird geleitet, wie gesagt, offenbar von dem kaum erwarteten Augenblick, gegen die slowenische Nation als solche aufzutreten.

Der Landesschulrat von Krain hat in seiner Sitzung am 1. Juli 1915 aus seiner Mitte ein Komitee gewählt, welchem die Aufgabe zufiel, über das Verbot, beziehungsweise über die Gründe, die zum Verbot führten, sein Gutachten abzugeben. Das Komitee hat folgendes Elaborat ausgearbeitet:

Siehe das Original < bis >.

Dieses Gutachten, gestützt durch gewichtige Gründe, setzt seinem Inhalte nach das Verbot des Landesschulrates außer Kraft, das heißt es macht dieses Verbot überflüssig. Die Denkschrift erwähnt nur einige wenige Stellen in den Lesestücken, die aus den Lesebüchern auszuscheiden wären. Das aber ist noch kein Grund für das allgemeine Verbot des

Gebrauches der Lesebücher. Es würde eine Anleitung für den Lehrer genügen, daß er die betreffenden Stellen nicht als Lehrstoff verwende. Schon der große materielle Schaden, der durch ein solches allgemeines Verbot verursacht würde und der die Verfassung, für die Studenten aber die Anschaffung neuer Lehrbücher fordern würde, heißt uns, das unbegründete Verbot so bald als möglich aus dem Wege zu räumen.

Die Denkschrift wurde dem hohen k. k. Unterrichtsministerium vorgelegt. Eine ähnliche Denkschrift hat auch der gewesene Landesschulinspektor, der jetzt schon verstorbene Hofrat Franz Hubad vorgelegt, den es bitter geschmerzt hat, daß seinen und den von ihm redigierten Aufsätzen in den angeführten Lesebüchern Absichten unterstellt werden, welche mit seinen reinen patriotischen Ansichten nicht übereinstimmen. Diese Denkschriften hätte das k. k. Unterrichtsministerium um so mehr berücksichtigen müssen, weil die darin ausgedrückten Grundsätze mit den Grundsätzen, nach welchen slowenische Lesebücher verfaßt werden sollen, vollkommen übereinstimmen. Diese Hauptprinzipien nach dem neuen Lehrplane für die slowenische Sprache, welche in einer besonderen Denkschrift dem Landesschulrate für Krain vorgelegt wurden, sind folgende:

„Nach seinen Zielen und Mitteln deckt sich das Lesebuch für die slowenische Sprache fast vollkommen mit den Zielen und Mitteln der deutschen Lesebücher; es bildet nur seine Grundlage anstatt der deutschen die slowenische Sprache und die slowenische Literatur."

Deshalb wird es nicht überflüssig sein, wenn ich zur Orientierung die Worte des bekannten Pädagogen Dr. Karl Kehr an die Spitze stelle, der in seinem Werke „Geschichte der Methodik des deutschen Volksschulunterrichtes" (1877) die Hauptforderungen, die an ein gutes deutsches Lesebuch (in erster Linie für Volksschulen) zu stellen sind, folgendermaßen formuliert hat:

„Das Volksschullesebuch muß wie Bibel und Gesangbuch ein wertvolles Besitztum sein, geeignet, die Sprache zu bilden und zu veredeln, Herz und Gemüt zu erwärmen und zu erfrischen, es muß ein Fundort klassischer, nach Form und Inhalt schön abgerundeter Schilderungen und Charakterbilder aus dem vergangenen und gegenwärtigen Kulturleben des deutschen Volkes und der Natur des Landes sein, aber auch ein Buch, durch welches der Blick in ferne Zonen gelenkt wird, an die uns täglich mehr Fäden knüpfen; es muß eine weltliche Bibel sein, darin ‚das Kindlein liest mit Lust und der Alte mit Andacht', ein Buch, das nicht bestimmt ist, Hader säen zu helfen zwischen Konfessionen und Volksstämmen, aber ein Buch, das ein religiöser Hauch durchweht, das einen stark ausgeprägten nationalen Zug hat und wohl geeignet ist, die Liebe zu Kaiser und Reich zu pflegen." Siehe Landesschulinspektor Josef Loos, Enzyklopädisches Handbuch der Erziehungskunde, Wien-Leipzig 1906, Pichlers Witwe und Sohn, 1. Band, Seite 1030.

Mutatis mutandis gelten diese Forderungen auch für die Mittelschullesebücher für die österreichischen und slowenischen Verhältnisse. Wir wollen sie etwas genauer auseinandersetzen.

I.

Die erste Aufgabe eines Sprachlesebuches ist formell und entspricht dem Hauptziel des Sprachunterrichtes, die Sprache zu pflegen und zu lehren. Deshalb ist es notwendig, solche Aufsätze auszuwählen, die nicht nur in logisch-grammatikalischer Hinsicht, sondern auch bezüglich der Schönheit der Ausdrucksweise vollendet sind. Das Lesebuch soll das Beste bieten, was die Schriftsteller der Nation geschaffen haben, soweit es für die Jugend entsprechend ist. Diese Forderung der sprachlichen Vollendung ist von um so größerer Wichtigkeit, weil die Empfänglichkeit und der Sinn für die wahre Schönheit in der Jugend auch die Freude für alles Gute, Wahre und Edle weckt.

II.

Das aber ist die zweite Hauptaufgabe des Lesebuches, ihre Ideenaufgabe. Das Lesebuch soll den Geist auffrischen, das Herz veredeln, den Willen erziehen und kräftigen, den Geist schärfen. Ein gesunder Idealismus, wie er aus den Werken der großen geistigen Führer, der Dichter und Denker aller Nationen weht, und wie auch wir Slowenen sie haben, wenn auch nicht in einer so unerschöpflichen Fülle wie die großen Weltnationen, soll dem Schüler aus dem Lesebuche entgegenatmen, um ihn mit der Liebe und Verehrung für die ideellen Güter der Menschheit zu erfüllen.

a) Dieser Idealismus, der den Menschen erst dazu macht, was er ist, soll — und das verträgt sich mit der konfessionellen Einheit des slowenischen Volkes — in der tiefen Verehrung der christlich-katholischen Religion seinen Ausdruck finden, die mit ihren Lehren die Welt umgeformt hat, aber auch in der ehrerbietigen Anerkennung dessen, was bei anderen Religionen gut ist („anima naturaliter christiana"); er soll in der Liebe zu den ethischen Gütern, zur Wahrheit und zum Recht, zur Treue und Tugend des Lebens seinen Ausdruck finden.

b) Insbesondere als Treue und Liebe zu unserem gemeinsamen Vaterlande Österreich und seinem erlauchten Herrscherhause. Das Lesebuch soll lehren, die Schönheit und den Reichtum der

österreichischen Länder kennen zu lernen, aber auch dort, wo die Natur nur in geizigem Maße ihre Geschenke austeilt, soll es zeigen, ein wie festes Band der Liebe und Ergebenheit den Dulder an die heimatliche Scholle fesselt. Der Blick in die österreichische Geschichte soll den Jüngling lehren, daß er sich vor der Größe und dem Ruhme und der Macht seines Vaterlandes auch in den vergangenen Jahrhunderten beuge, er soll zeigen, wie auch in den schwierigsten Verhältnissen seine innere Kraft alle äußeren und inneren Feinde bezwungen hat, die es zwar vorübergehend erniedrigen konnten, aber es nicht brechen konnten, er soll zeigen, wie gerade in den Zeiten der größten Not die österreichischen Völker mit der größten Opferwilligkeit, mit bewunderungswürdiger Treue Gut und Blut auf den Altar des Vaterlandes gelegt haben, wie sie ihr Leben und ihre Habe für ihren Kaiser geopfert haben; es ist ja mit der Liebe zum Vaterlande auch unerschütterlich verknüpft die Liebe zum Kaiser und zum ganzen erlauchten habsburgischen Herrscherhause: „Ewig bleibt mit Habsburgs Throne Österreichs Geschick vereint“.

c) Mit dieser Liebe zum Staat soll harmonisch übereinstimmen auch die Liebe zu unserem eigenen Volke, als zu einem unter den Kindern der Mutter Austria, zu unserem engeren Vaterlande und zu unserer Sprache, zu unserer Kultur, zu unseren Volkssitten und Gewohnheiten. Es ist ja schon über ein halbes Jahrtausend die Geschichte der Slowenen aufs engste verbunden mit der Geschichte der Habsburger, die als gesetzliche Erben in unserem engeren Vaterlande geherrscht haben und ihm ihre Liebe und ihre Sorge zugewendet haben. Unsere Väter haben das Erbgut der Habsburger gegen alle Feinde verteidigen geholfen, besonders aber in den ersten Reihen gegen die räuberischen Moslims aus dem Osten und gegen die Venetianer im Westen, die die österreichischen Länder über die slowenischen Provinzen häufig bedroht haben. Und gerade so lange hat sich unsere Kultur entwickelt, im Anfange langsam, später schneller, in enger Beziehung mit der Kultur der österreichischen Völker, besonders der Deutschen, aber auch der übrigen europäischen Kulturnationen (Reformation, Gegenreformation, Aufklärung, Romantik usw.), obwohl sie aus ihr als eigene Individualität hervorgegangen ist. Der Blick in diese Entwicklung unserer Kultur, welche parallel mit der Entwicklung unserer Sprache einherschreitet, wird das nämliche zeigen, was auch die Geschichte der Habsburgischen Monarchie zeigt (in der Einigkeit und Gemeinsamkeit aller ihrer Völker ist ihre Kraft), nur in einer anderen Beleuchtung, daß nämlich die Entwicklung des geistigen Lebens des einzelnen Volkes dann am lebhaftesten ist, wenn sie in ruhigem Wetteifer (nicht aber im feindlichen Kampfe) mit den Nachbarn vor sich geht.

d) Daneben aber sollen die Schüler lernen, auch die Besonderheiten und Vorzüge der anderen Völker kennen zu lernen. Diesem Zwecke sollen gute Übersetzungen der Werke der Weltliteratur dienen und überhaupt Schriften, die den Schüler mit den Schönheiten der übrigen Welt bekannt machen können.

Strenge aber ist alles auszuscheiden, was keinen Gewinn bringen würde für die Erziehung des Geistes, des Herzens und des Willens, besonders aber alles, was den Schüler in seinem religiösen, patriotischen und nationalen Fühlen beleidigen würde. (Vergleiche Loos o. c., I, Seite 1037.)

Es versteht sich aber, daß beide Ziele des Lesebuches, das formale und das Ideenziel nicht anders zur Geltung kommen können, als miteinander vereint; die Idee soll nicht nur durch ihre innere Kraft einwirken, sondern soll sich der Jugend auch durch die Kraft und Schönheit der Sprache beliebt machen. Bei Beobachtung dieser Wechselseitigkeit der Sprache und des Inhaltes, der Form und der Idee — gerade sie hat dem neuzeitigen Lehrmittel des Lesebuches seine große Bedeutung in der modernen Schule erkämpft —, wird sich der Sprachschatz der Schüler bereichern und entwickeln, es wird sich ihr Sprachgefühl üben, zugleich aber wird sich auch der Verstand entwickeln und die Wahrheit lieben lernen, das Herz wird sich der Schönheit öffnen, der Wille aber wird die Aufmunterung zum Fortschritt im guten erhalten.

Die Auswahl und die Ordnung des Stoffes, der nach diesen Prinzipien gesammelt wurde, muß mit Rücksicht auf die geistigen Fähigkeiten anders für die Unterstufe, anders für die Oberstufe erfolgen. Das aber besonders deshalb, weil schon das Lehrziel für die Oberstufe das fordert: Die Fähigkeiten des Schülers sollen nicht nur in sprachlicher und stilistischer Hinsicht zu einer höheren Stufe entwickelt werden, sondern es sollen ihm die Augen geöffnet werden auch für das Verständnis und für die Beurteilung passender prosaischer und poetischer Formen, es soll ihm auch ein Überblick über die historische Entwicklung der slowenischen Literatur gegeben werden und es soll ihm auf diese Weise das wahre, warme, persönliche Verhältnis zu den

großen Werken der Poesie begründet werden. Als Anleitung dabei soll ihm der Lehrplan für die slowenische Sprache dienen!

Das hohe k. k. Unterrichtsministerium hat die in den ihm vorgelegten Denkschriften zum Ausdruck gebrachten Prinzipien und die mit diesen Grundsätzen übereinstimmenden Wünschen leider nicht berücksichtigt, daß das Verbot aufgehoben werde und daß die inhibierten Lesebücher noch weiterhin an unseren Mittelschulen in Gebrauch bleiben sollen — alles so wie bisher; denn mit Erlaß vom 13. November 1915, Z. 3508/K. U. M., hat es nur die Bewilligung erteilt, daß die Lesebücher an den Anstalten nur noch im Schuljahre 1915/16 und im äußersten Falle noch im Jahre 1916/17 benützt werden dürfen.

Der Erlaß hat folgenden Wortlaut:

Siehe Original < bis >.

Bei diesem Erlasse ist das interessant, daß das Ministerium trotz alledem den Gebrauch der Lesebücher mit den bezeichneten Einschränkungen bewilligt, daß es also selbst sie nicht für so verseucht erachtet, daß sie dem Unterricht, den Lehrern und den Schülern gefährlich werden könnten. Sie waren demnach in diesen zwei Jahren wie früher jahrelang in Gebrauch.

Für das Schuljahr 1917/18 ist keine Verfügung getroffen worden, es wurde weder ausgesprochen, daß die Benützung der Lesebücher verboten sei, noch daß die Benützung — wie in den vorangegangenen zwei Jahren — wenigstens zeitweise bewilligt werde.

Wir gefertigten Abgeordneten aber stehen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß das Verbot der Benützung der Lesebücher überflüssig und unbegründet war; daß dieses Verbot keinen anderen Zweck verfolgt hat, als das ganze slowenische Volk zu beschmutzen, daß es seine angeblich unpatriotischen oder minderpatriotischen Gefühle schon in der Schule schöpfe. Diesen seinen Zweck aber sucht das Verbot mit seiner Motivierung dadurch zu erreichen, daß es den einzelnen Lesestücken eine Tendenz unterschiebt, die sie nicht haben, oder aber als Sünde und als unzulässigen Lehrstoff hinstellt, was schon nach den Hauptgrundsätzen, nach welchen die slowenischen Lesebücher verfaßt sein sollen, nicht unzulässig sein kann.

Angesichts dessen erlauben sich die Gefertigten an das hohe Gesamtministerium die Fragen zu stellen:

„1. Ist es bereit, sich von dieser Angelegenheit unterrichten zu lassen?

2. Ist es bereit, die Urheber des erwähnten unbegründeten Verbotes zur Verantwortung zu ziehen und dadurch der berechtigt gekränkten slowenischen Öffentlichkeit Genugtuung zu geben?

3. Ist es bereit, Veranlassung zu treffen, daß die slowenischen Lesebücher von Sket, beziehungsweise Sket-Wester, an unseren Mittelschulen wieder, und zwar unverzüglich in unbeschränkten Gebrauch kommen?“

Wien, 20. November 1917.

Pišek.	Dr. Korošec.
Roškar.	Dr. Ravnihar.
Dr. Benković.	Jarc.
Dr. Janković.	Dr. Lovro Pogačnik.
Brenčič.	V. Hladnik.
Fon.	Dr. Gregorčič.
Demšar.	Pogačnik.
Gostinčar.	Dr. Dulibić.
Dr. Verstovšek.	Perić.
Dr. Laginja.	Prodan.
Dr. Rybář.	Jukević.
Baljak.	Smodlaka.
Cingrija.	Dr. Vukotić.

1520
―――
I

Anfrage

der

Abgeordneten Max Winter, Anton David, Franz Domes, Ferd. Skaret, Jakob Reumann und Genossen an den Herrn Eisenbahnminister.

Herr Minister!

Die Ankündigung, daß die Bahntarife vom 1. Dezember an neuerlich um die Hälfte ihres bisherigen Ausmaßes erhöht werden sollen, muß die ernstesten Bedenken wecken. Die amtlichen Ausweise des Wiener Magistrats stellen fest, daß von Woche zu Woche die Zahl der leerstehenden Wohnungen abnimmt. Nach den jüngsten Meldungen hat sich die Zahl der leeren Wohnungen vom September bis zum Oktober um 400 auf 2543 vermindert. Würde dieses Verhältnis so weitergehen, dann müßten in einem halben Jahre alle leerstehenden Wohnungen Wiens besetzt und kein verfügbarer Wohnraum mehr vorhanden sein. Wir stehen demnach der Zeit, in der die Klein- und Mittelwohnungen ganz besetzt sein werden, so nahe, daß schon die nächsten Monate das Wiener Wohnungselend weiter verschärfen und uns neuerlich noch viel schlimmere Zustände bringen werden, wie wir sie in den Jahren 1910 bis 1913 erlebten. Damals war die Zahl der leerstehenden Wohnungen, die in Wien noch im Jahre 1909 3987 betrug, auf 2521 im Jahre 1910, auf 1698 im Jahre 1911 zurückgegangen. 1912 waren es bloß 1864 und 1913 3433. Über 1914 und die zwei folgenden Jahre liegen noch keine Ausweise vor. Kurz nach dem Kriegsbeginn gab es die größte Zahl der freien Wohnungen seit langer Zeit. Dann kam die Flüchtlingswoge, und auch jetzt, nachdem so viele Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sind, sinkt die Zahl der leerstehenden Wohnungen. Wir haben daher in Wien augenblicklich weniger leere Wohnungen als 1913 und nähern uns rasch dem Stande der schlimmsten Jahre, während deren man so oft hörte, daß ganze Familien auf freien Plätzen hausten und die unangenehmsten Schlupfwinkel aufsuchten. Die Ursachen dieser Erscheinungen liegen klar zu Tage. Der Krieg hat die Einstellung der Bautätigkeit gebracht. In den Jahren der Wohnungsnot vor dem Kriege wurden alljährlich eine Menge neuer Häuser errichtet. Von 1909 auf 1910 war die Zahl der Wohnungen nur um 4000 größer geworden, bis 1912 wuchs sie jährlich um etwa 10.000, von 1912 auf 1913 um 33.000.

Dieser große Zuwachs milderte dann knapp vor dem Kriege die Wohnungsnot. Sie nahm weiter ab, als die vielen Einberufungen Wohnungen frei machten, weil sich manche Familien einschränken mußten.

Langsam wuchs die Bevölkerung, sie füllte mehr und mehr die leeren Wohnungen; 1914 kamen nur noch 8722 neue Wohnungen dazu, der Zuwachs ging 1915 auf 4654 zurück, 1916 sind es bloß um 831 Wohnungen mehr geworden.

Jetzt ist aber die Bautätigkeit gänzlich eingestellt, deshalb stehen wir vor dem Schlimmsten, das man sich denken kann. Der Winter naht, er vermehrt die Schrecken für die Unbemittelten und die Heimlosen und kommt es heute zu einer Abrüstung, so steht Wien vor einer Katastrophe. Die Bevölkerung, die durch Unterernährung furchtbar herabgebracht ist, wird noch dichter wohnen und die Tuberkulose, die Wiener Wohnungskrankheit, die heute doppelt so viele Todesopfer fordert, als sie

noch 1916 gefordert hat, würde noch reichere Ernte halten. Ein Massensterben wird die Folge der Wohnungsnot sein.

Da gibt es nur einen Ausweg. In der näheren und weiteren Umgebung von Wien sind viele Landhäuser, die für Sommerfrischler dienten. Diese Häuser müßten nun rasch für die Wohnzwecke Wiens dienstbar gemacht werden. Sie können diesen Dienst aber nur leisten, wenn diese Orte rasch und billig erreichbar sind. Sonst bleiben sie leer stehen, weil Miete und Fahrt unerschwingbare Posten im Haushalt des einzelnen sind.

Statt, daß diese Voraussicht geübt wird, hören wir von einer neuerlichen, äußerst empfindlichen Erhöhung der Bahntarife. Sie würden notgedrungen die Wiener Wohnungsnot dadurch neuerdings verschärfen, als viele Außenwohner wieder nach Wien zurückwandern werden.

Die Erhöhung der Bahn- und der Stadtbahntarife ist so gewaltig, daß viele kleine Beamte, die heute noch außerhalb von Wien wohnen, weil sie dort billiger wegzukommen glaubten, jetzt diese Wohnung aufgeben wollen, um nach Wien zu ziehen. Wer noch Ende 1916 in der Lage war, eine Jahreskarte etwa auf eine Strecke von 15 Kilometer zu lösen, bezahlte im Monatsdurchschnitt 9 K 50 h. Die Steigerung der Bahntarife im Jahre 1917 hat es vielen unmöglich gemacht, sich eine so teure Bahnkarte für ein Jahr zu kaufen. Sie bezahlen nun monatlich 19 K für dieselbe Strecke, die früher im Jahresdurchschnitt 9 K 50 h kostete. Nun soll abermals eine Verteuerung die Bahnfahrt in dieser Strecke auf 28 K 50 h im Monat steigern. Innerhalb eines Jahres ein Sprung um fast 20 K im Monat oder 240 K im Jahr!

Das ist für viele kleine Beamte, die Streckenkarten haben, eine Steigerung, die sie nicht mehr zu ertragen vermögen, weil viele auch noch Familienmitglieder haben, die diese Last ebenfalls auf sich nehmen müssen.

Zudem kommen noch, daß auch die Stadtbahnfahrten wesentlich verteuert und die Monatskarten gleichfalls um mindestens 50 Prozent erhöht werden sollen. Das erhöht den Preis der Fahrten für eine Person auf eine Strecke von etwa 15 Kilometer im Monat auf 45 K und mehr, wenn er die Stadtbahn mitbenutzt. Einen solch hohen Betrag können auf die Dauer nur wenige leisten.

Wenn man vernünftigerweise die Arbeiter- und Schülerkarten von der Verteuerung ausgenommen hat, so sollten auch die Karten für den Nahverkehr aller großen Städte eine gleiche Begünstigung erfahren.

Geschieht das nicht, so werden in den nächsten Monaten tausende Leute nach Wien und in den anderen großen Städte aus ihren nahen Landorten strömen, weil sie diese Belastung nicht mehr ertragen. Die Orte um Wien sind heute fast allgemein viel schlechter mit Nahrungsmitteln versorgt als Wien selbst. Fehlt auch noch der Anreiz, draußen einige Nahrungsmittel zu bekommen, dann bleibt eben nichts mehr, was den in Wien Tätigen noch draußen festhält.

Man verschlechtert von Monat zu Monat den Zugsverkehr, viele Bahnwagen haben zerbrochene Scheiben, die nicht eingeschnitten werden. Sie werden den Aufenthalt im Bahnwagen im Winter unerträglich machen, wenn es friert. Tritt noch diese gewaltige Verteuerung der Bahnfahrten hinzu und die Aussicht im Winter im Nahverkehr im ungeheizten Wagen zu fahren, dann wird die Wohnungsnot in Wien und in den großen Städten unheimlich rasch anwachsen. Unsere Verwaltung muß mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie diese Gefahren unterschätzen würde. Sie treiben das Volk in Not und beschleunigen die Verschärfung der Lebensschwierigkeiten.

Die Gefertigten fragen daher:

„Sind Sie Herr Minister geneigt zu veranlassen, daß die geplante Erhöhung der Personentarife auf Streckenkarten in der Nähe großer Städte und auf die Wiener Stadtbahn nicht ausgedehnt werde?“

Wien, 23. November 1917.

			Max Winter.
Jos. Tomschik.	Sever.	Reifmüller.	David.
Ellenbogen.	Schäfer.	Volkert.	Franz Domes.
K. Seitz.	Smitka.	Resel.	F. Skaret.
Polke.	Widholz.	Glöckel.	Jakob Reumann.
Schiegl.	Pernerstorfer.	V. Adler.	Hillebrand.
Dr. K. Renner.	Seliger.	Bretschneider.	Leuthner.

1521
I

Anfrage

der

Abgeordneten Otto Glöckel, Rudolf Müller und Genossen an den Herrn Landesverteidigungsminister, betreffend den ungesetzlichen Zwang zum Besuche des Gottesdienstes.

Das „Nachrichtenblatt des Kriegsministeriums" vom 2. November 1917 verlautbart:

„Im Militär- und Landwehrstationskommandobefehl wird die Abhaltung des Gottesdienstes mit der Zeitangabe wöchentlich verlautbart.

Es wurde von hoher Stelle die Wahrnehmung gemacht, daß diesen sonntägigen Gottesdiensten entweder gar keine Mannschaften oder nur in geringer Zahl, welche in gar keinem Verhältnisse zum tatsächlich vorhandenen Stand an Mannschaftspersonen steht, beiwohnen.

Von nun an haben sämtliche dienstfreien Mannschaften dem Militärgottesdienst ihres Glaubens beizuwohnen.

Die Verlautbarung an die Mannschaftspersonen, wann und wo die Gottesdienste stattfinden, haben die Abteilungsvorstände gemäß der diesbezüglichen Anzeige im Militär- und Landwehrstationskommandobefehl an die unterstehenden Mannschaften zu veranlassen.

Für den Minister:
v. Kiß, Feldmarschalleutnant m. p."

Dieser Befehl und die kürzlich erfolgte Verurteilung des Landsturmmannes Leopold Kocier, der sich weigerte, an einem Sonntag in die Kirche zu gehen und dafür zu nicht weniger als drei Monate Kerker verurteilt wurde, geben davon Zeugnis ab, daß die militärische Befehlsgewalt weit über die ihr gesteckten Grenzen hinausgeht und in Konsequenz dieses ungesetzlichen Zustandes auch völlig ungesetzliche Urteile hervorruft. Ganz abgesehen davon, daß man ja Soldaten alles mögliche befehlen kann, ist es doch nicht gut möglich, eine fromme Gesinnung zu kommandieren. Man kann nur erreichen, daß geheuchelt wird, was auch nach den Lehren jeder Religion das Ergebnis einer gefestigten Überzeugung sein soll. Vom sittlichen Standpunkt also ist der oben angeführte Befehl durchaus verwerflich.

Das Entscheidende aber liegt in der rechtlichen Beurteilung dieser Frage. Für alle Staatsbürger — auch Soldaten sind Staatsbürger — gilt der Artikel XIV des Staatsgrundgesetzes, der festlegt, daß niemand zu einer kirchlichen Handlung oder zur Teilnahme an einer kirchlichen Feierlichkeit gezwungen werden kann. Wohl sagt das Dienstreglement: „An den dem Gottesdienst vornehmlich geweihten Tagen, mindestens monatlich einmal, sind, wo es angeht, die Truppen, nach ihren Religionsgenossenschaften gesondert, zum Kirchenbesuch zu führen." Der Sinn dieser Bestimmung kann nur dahin aufgefaßt werden, daß man den Soldaten die Gelegenheit geben will, ihrem religiösen Bedürfnis nachkommen zu können. Es wäre ja gar zu merkwürdig, könnte durch ein militärisches Dienstreglement das Staatsgrundgesetz aufgehoben werden.

Wenn nun die „hohe Stelle" die Wahrnehmung machte, daß zu wenig Mannschaftspersonen die Kirche besuchen, dann wäre es viel zweckentsprechender, diese „hohe Stelle" über die im Staate geltenden Gesetze aufzuklären, als ungesetzliche Befehle zu erlassen. Das schon angeführte

Urteil gegen Leopold Kocier hat in der Öffentlichkeit schon darum sehr unangenehmes Aufsehen erregt, als es sich um einen Soldaten handelte, der bereits dreimal im Felde verwundet worden war. Militärische Stellen werteten also die Tapferkeit vor dem Feinde viel geringer als die geheuchelte Frömmigkeit, die durch ungesetzliche Anordnung erzwungen werden soll.

Die Unterzeichneten richten daher an den Herrn Landesverteidigungsminister folgende Anfragen:

„1. Ist dem Herrn Landesverteidigungsminister der oben erwähnte Erlaß bekannt?

2. Ist er bereit, für die Aufhebung dieses gesetzwidrigen Erlasses sofort Sorge zu tragen?"

Wien, 23. November 1917.

Otto Glöckel.

Ellenbogen.	Rudolf Müller.
David.	Volkert.
Sever.	Pernerstorfer.
Bretschneider.	F. Skaret.
Dr. K. Renner.	Polke.
K. Seitz.	Schäfer.
Max Winter.	Tötsch.
Resel.	Jos. Tomschik.
Seliger.	Neumann.

1522
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Volkert und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung und den Herrn Justizminister, betreffend eine Erpressung an dem Schlosser Adolf Grollig durch das k. k. Bezirksgericht Mährisch-Trübau.

Der seit der Mobilisierung in die k. k. Landwehrzeugsanstalt, Wien, X., kommandierte Schlosser Adolf Grollig bezieht dort täglich 16 h Löhnung und eine Arbeitszulage von 30 h. Der Genannte, der außer einer kleinen Liegenschaft keinen Besitz hat, hat das mütterliche Erbe seiner beiden minderjährigen Kinder zu verwalten, aus dessen Kapitalszinsen er diese bis zum 14., beziehungsweise 24. Lebensjahre zu verpflegen und zu bekleiden hat.

Grollig, der Soldat ist, erhielt nun unterm Datum des 15. November 1917 nachstehende amtliche Zuschrift des k. k. Bezirksgerichtes Mährisch-Trübau:

Praes. 588
———
10/17.

Herrn Adolf Grollig, Hausbesitzer

in Kunzendorf 50.

Sie werden aufgefordert, die für Ihre minderjährigen Kinder ob Ihrer Liegenschaft pfandrechtlich sichergestellten Erbteilforderungen oder wenigstens einen größeren Teil derselben zwecks Zeichnung von Kriegsanleihe bis zum 30. d. M. zu erlegen, nachdem ansonsten diese Forderungen eventuell gekündigt werden würden.

K. k. Bezirksgericht Mährisch-Trübau.

Abteilung I, am 15. November 1917.

Unterschrift:
Unleserlich.

Minderjährige August und Emilie Grollig.

P. 84/11.

Da die vorstehende Zuschrift eine ausgesprochene Erpressung darstellt, stellen die Gefertigten folgende Anfragen:

„I. Ist der Herr Minister für Landesverteidigung bereit, den Soldaten Adolf Grollig vor dem Begehren des Gerichtes in Schutz zu nehmen?

II. Ist der Herr Justizminister bereit, dieses vollständig ungesetzliche Verlangen des k. k. Bezirksgerichtes Mährisch-Trübau aufzuheben?

III. Ist er bereit, den schuldigen Beamten ungesäumt zur Verantwortung zu ziehen?“

Sever.	Bretschneider.	Resel.	Karl Volkert.
K. Seitz.	Pernerstorfer.	Seliger.	Glöckel.
Dr. K. Renner.	David.	Ellenbogen.	Polke.
Max Winter.	Smitka.	Widholz.	F. Skaret.
Neumann.	Schäfer.	Jos. Tomschik.	Dötsch.

1523

1

Anfrage

des

Abgeordneten Lawruk und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Räubereien, die durch die reichsdeutschen Soldaten verübt worden sind.

Beim k. u. k. Etappen-Stationskommando Bednarów ist folgende Beschwerde, welche als Dokument der Schande dieser Zeit vollinhaltlich angeführt wird, eingelaufen:

„An
das k. u. k. Etappenbezirkskommando in Bednarów.

Wiktorów, am 4. Juni 1917.

Im August 1916, während des großen Rückzuges aus Südostgalizien, kamen nach Wiktorów ohne höheres Kommando die Soldaten des Kaiserlich deutschen (höchstwahrscheinlich) des Infanterieregiments Nr. 237.

Diese deutschen Soldaten machten im Dorfe große Greueltaten. Die Notlage der Bevölkerung ausnützend, nahmen sie große Viehstücke oder Schweine für ein paar Mark weg, wer aber für dieses Spottgeld sein Vieh nicht geben wollte, den schlugen sie blutig; dann kamen sie in der Nacht und stahlen dieses Vieh weg.

So haben sie unter anderem bei der Unterfertigten zwei große Schweine, die wenigstens 1000 K wert waren, gestohlen.

Die obigen Angaben wurden auch von dem Gendarmeriepostenkommando in Wiktorów durch den Gendarmen Ignaz Kuz festgestellt.

Die Unterfertigte bittet deshalb das hohe Kommando um Durchführung der notwendigen Erhebungen und Erwirkung der Bezahlung der Entschädigung, da die Unterfertigte wegen der Kriegsereignisse ihr ganzes bewegliches Hab verloren hat, also die obige Entschädigung sehr benötigt.

Junia Olijnyk, verh. Wybyk
Wiktorów bei Bednarów,
Bezirk Stanislau."

Die Gefertigten stellen die Anfragen:

„1. Ist Euer Exzellenz dieses Vorgehen bekannt?

2. Sind Eure Exzellenz geneigt, darüber den k. u. k. Kriegsminister sowie den k. u. k. Minister des Äußern in Kenntnis zu setzen und zu veranlassen, daß die Beraubte volle Entschädigung und Genugtuung erhält und die Schuldigen exemplarisch bestraft werden?"

Dr. Straucher. S. Wityk. Reizes. Dr. Laginja.
Dr. Lahodyńskyj. Stefanyk. Petryckyj. Dr. Korošec.
Dr. Holubowycz. Dr. Cehelskyj. Leo Lewickyj. Dr. Zahajkiewicz.
Lawruk. Dr. Trylowskyj. Dr. Petruszewycz. Okunewskyj.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

Anhang I.

Anträge.

(Urtexte.)

237
A

Návrh

poslance inž. Smrčka a soudruhů

na pokračování a brzké ukončení regulačních prací na řece Moravě a Dyji s příslušnou kostrou meliorační.

Zákonem vodocestným z roku 1901 a příslušným zemským zákonem markrabství moravského zabezpečena byla regulace řek Moravy a Dyje a jejich přítoků, pokud jsou v inundačním území.

Po mnoha překážkách se konečně s úpravou řeky Moravy na několika místech, navzájem nesouvisících, započalo, a sice z hora, na místě systematické regulace z dola, za účelem zjednání odtoku. Očekávalo se, že v brzké době otevře se i dole odtok velkým vodám, takže bude možno částečné regulace v horním toku, jež samy o sobě mnoho užitku přinésti nemohou, v jeden celek spojiti a docíliti tak zmenšení povodní a vysušení respektivně odvodnění zbahnělých části údolí, aby se získalo tak půdy pro účely zemědělské.

Chod těchto prací byl pomalejší, než jak bylo ve stavebním programu; s regulací dolního toku Moravy po mnoha námahách také se sice konečně začalo — avšak při vypuknutí nynější války byly naráz zastaveny veškeré tyto částečné regulační práce na rozkaz c. k. vlády — ač by se v nich bylo dalo pokračovati, dokud bylo dostatek dělnictva a materialu, což po celý rok 1914 a i v roce 1915 při trochu dobré vůle by se bylo opatřiti dalo.

Neukončené regulace nejen že jsou ohroženy a poškozovány velkými vodami, nejen že nenesou žádného užitka, že bezúčelně je v nich investován velký díl národního jmění, neukončené dílčí regulace tyto ohrožují i svoje okolí a obce i je třeba nezbytně a co nejdříve je ukončiti, nemají-li škody růsti do nedohledna.

Mimo toho třeba je připraviti detailní plány, projednati je a zabezpečiti potřebné k tomu peněžní prostředky, aby ihned po válce co nejrychlejí celá systematická úprava řek Moravy a Dyje byla ukončena a aby získány byly četné tisíce hektarů nejlepší půdy pro účely zemědělské, čehož pro výživu obyvatelstva tak svrchovaně bude potřebí.

Žádají proto podepsaní:

Slavná sněmovno, račiž se usnésti:

„C. k. vláda se vyzívá, aby společně se zemským výborem markrabství moravského

1. ukončila co nejdříve rozdělané částečné regulace moravní a to bez ohledu, trvái-li válka či ne;

2. připravila podrobné plány prováděcí s příslušnou kostrou meliorační na odvodnění a zavlažování údolí řek Moravy a Dyje, plány tyto aby byly neodvislými a nestrannými znalci přezkoušeny, pak se zájemníky vodopravním řízením projednány a v čas aby bylo postaráno o finanční zabezpečení úprav těchto;

3. pro úpravu Dyje budiž vzato zřetel na retensní nádržky na horním toku jejím nad Znojmem a budiž pro stavbu těchto údolních přehrad co nejdříve příslušný příspěvek zabezpečen.

Po stránce formální návrhujeme, aby návrh tento bez prvního čtení přidělen byl výboru vodocestnému.

Ve Vídni, 23. listopadu 1917.

Tomášek.
Svoboda.
Hnátek.
Votruba.
Bradáč.
J. Marek.
Č. J. Lisý.
Frant. Mašata.
Špaček.
Měchura.
Smrček.
Habermann.
F. Staněk.
Dr. Zahradník.
Hyrš.
Paďour.
Stránský.
Votruba.
A Němec.
Mlčoch.

Anhang II.

Anfragen.

1524
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Benkovič und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung in Sachen des Unterhaltsbeitrages.

§ 3 des Gesetzes vom 27. Juli 1917, R. G. Bl. Nr. 313, bestimmt, daß Alimentationsberechtigten der Unterhaltsbeitrag jedenfalls, und zwar in einem von der Behörde nach den wirtschaftlichen Verhältnissen des Herangezogenen festzusetzenden Ausmaß gebührt, wenn bisherige Zuwendungen des Herangezogenen unzureichend waren.

Die Unterhaltsbezirkskommission Cilli (Land) hat, wie aus einigen Fällen ersichtlich, das Ausmaß des Beitrages nach § 3, Alinea 3, in fine in so engherziger Weise festgesetzt, daß den Berechtigten das Auslangen zur Unmöglichkeit gemacht wird. So wurde zum Beispiel mit der Entscheidung vom 5. Oktober 1917, Z. 6604 (Zahlungsbogen M), dem 72jährigen verwitweten Taglöhner Johann Golouh in Loke 254, Gemeinde Trifail, der vor dem Kriege von seinem in Deutschland lebenden Sohne Josef monatlich 20 bis 40 K bezogen hatte, der Beitrag von 33 h täglich, 10 K monatlich zuerkannt; die Zuerkennung eines solchen Almosens bei der jetzigen Teuerung entspricht nicht dem Sinne der obzitierten Bestimmung. Golouh ist dem Hunger preisgegeben, da er wegen Kränklichkeit nur zeitweise arbeiten kann und die Unterstützung durch die Gemeinde bei teilweiser Arbeitsfähigkeit abgelehnt wird.

Dem Keuschler Nikolaus Dremšek in St. Margarethen 3, Gemeinde St. Christoph, Bezirk Cilli, 65 Jahre alt, krank, derzeit auf die Hilfe von zwei Töchtern, Taglöhnerinnen, angewiesen, früher unterstützt mit Geld und Arbeit von seinem einzigen Sohne, Eisenbahnarbeiter, zu Beginn des Krieges eingerückt, nun kriegsgefangen, wurde trotz vielfacher Gesuche kein Unterhaltsbeitrag zuerkannt; der Mann lebt im größten Elend, das angesichts der Lebensmittelnot infolge schlechter Ernte zur Katastrophe führen kann; mindestens der Durchschnitt der vom Sohne erhaltenen Geldunterstützungen und des Wertes der von ihm geleisteten Arbeit wäre ihm zuzubilligen.

Wir stellen die Anfragen:

„Ist Eure Exzellenz geneigt,

1. die Unterhaltsbezirkskommissionen anzuweisen, daß sie den Unterhaltsbeitrag gemäß § 3, Alinea 3, infolge des Gesetzes vom 27. Juli 1917, 313, R. G. Bl. Nr., in ausreichendem Maße festsetzen, insbesondere mindestens die bisherigen Zuwendungen im vollen Ausmaße als Unterhaltsbeitrag zubilligen?

2. die Unterhaltsbezirkskommission Cilli (Land) anzuweisen, daß dem Johann Golouh und Nikolaus Dremšek ein den heutigen Lebensverhältnissen halbwegs entsprechender Unterhaltsbeitrag zuerkannt werde?"

Wien, 26. November 1917.

Dr. Verstovšek.	Dr. Benkovič.
Prodan.	Dr. Jankovič.
Brenčič.	Pišek.
Pogačnik.	Fon.
Dr. Korošec.	Roškar.

1525
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Benkovič und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung in einer Enthebungsangelegenheit.

Die Gemeinde Zakot (Umgebung Rann) des politischen Bezirk Rann (Steiermark) hat im Laufe des Jahres 1917 drei Gesuche, zuerst im April l. J., später noch zweimal um Enthebung des Vincenz Grabner, geboren 1884, gemustert 1. Juli 1916, zuständig nach Möttnig, Bezirk Stein i Kr., Kaufmann in St. Leonhard, Gemeinde Zakot bei Rann, derzeit Landsturminfanterist des Infanterieregiments Nr. 17, Stabsabteilung in Judenburg, zuletzt im k. u. k. Reservespital Nr. 1 in Graz, Rosensteingasse, Zimmer Nr. 106a im Krankenstande, eingereicht; das letzte Gesuch wurde am 28. August 1917 von der k. k. Bezirkshauptmannschaft Rann an die k. k. Statthalterei Graz abgesendet. Alle Nachforschungen nach dem Verbleib der Gesuche blieben erfolglos.

Das Enthebungsgesuch gründet sich auf den Umstand, daß Grabner bis zu seiner Einrückung die Approvisionierungsgeschäfte für die Gemeinden Zakot und Artiče führte, als der einzige Kaufmann in diesen zwei Gemeinden, die eine fast durchwegs bäuerliche Bevölkerung aufweisen. Nunmehr müssen die Gemeindevorsteher und zeitweise andere Gemeindeorgane diese Geschäfte besorgen, welche mangels jeder kaufmännischen Erfahrung und Bildung der Aufgabe gänzlich ungewachsen sind, ihre Feldarbeiten vernachlässigen müssen, weil zum Beispiel die Verteilung von Lebensmitteln drei Tage in der Woche dauert, wegen der geschäftlichen Unerfahrenheit oft das entstandene Manko aus eigenen Taschen zahlen müssen; die Nichtenthebung, beziehungsweise Verzögerung der Erledigung des Gesuches ist um so mehr unverständlich, als Grabner nur für Hilfsdienste geeignet ist, er infolge seines Herzfehlers und Lungenleidens von einem Spital ins andere wandert, und als in den Gemeinden Zakot und Artiče mit zirka 4000 Einwohnern kein Kaufmann enthoben ist, während in der Stadtgemeinde Rann mit kaum 1500 Einwohnern drei Kaufleute, bei den Firmen Delcott und Löschnig sogar Handlungsgehilfen enthoben sind, und dazu noch andere Kaufleute nicht den Militärdienst leisten. Grabner ist für die Approvisionierung der genannten Gemeinden unentbehrlich.

Wir stellen die Anfrage:

„Ist Eure Exzellenz geneigt zu veranlassen, daß Vinzenz Grabner vom Militärdienste enthoben werde?"

Wien, 24. November 1917.

Brenčič.	Dr. Verstovšek.	Pišek.	Benkovič.
Dr. Korošec.	Fon.	Pogačnik.	Roškar.
		Dr. Janković.	Prodan.

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Bugatto und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister, betreffend die Regelung der Bezüge für die Görzer Postbeamten.

Nach der Kriegserklärung Italiens wurden die meisten Postbeamten aus Görz evakuiert. Die in Görz zurückgebliebenen, welche ihre Familien wegen der großen Lebensgefahr in Sicherheit gebracht hatten, baten vergebens bei allen möglichen Stellen um Gewährung von Zulagen zur Bestreitung des doppelten Haushaltes. Es wurden ihnen viele Versprechungen gemacht, aber es blieb dabei. In der Folge kamen sogenannte außerordentliche Remunerationen zur Auszahlung, die in keinem Verhältnisse zu den wirklichen Auslagen standen. Der maßgebende Umstand war, daß im Stationsorte laut Dienstinstruktion keine Diäten ausbezahlt werden können.

Nach Besetzung der Stadt Görz durch den Feind wurden die dortselbst zuletzt im Dienste gestandenen Postbeamten zu anderwärtigen Dienstleistungen einberufen, aber es wurden ihnen im Sinne des Handelsministerialerlasses 37216/P. vom 27. Februar 1915 nicht die rangklassenmäßigen Diäten wie allen anderen Staatsbediensteten anderer Ressorts, sondern eine Zulage von täglichen 4 bis 5 K bewilligt. Mit Erlaß 29177/P. vom 26. September 1916 verfügte sodann das Handelsministerium, daß diese Zulage je nach den Familienverhältnissen der Bezugsberechtigten bis auf 90 Prozent der rangklassenmäßigen Diäten zu erhöhen sei. Dieser Erlaß fand bei der Triester Postdirektion den schärfsten Widerstand; sie berief sich nämlich auf einen Ministerialerlaß 49504/P. vom 17. Dezember 1914, behauptete, die Beamten hätten sich ihren Dienstort selbst gewählt, was keineswegs zutrifft und setzte die Diensteszulage, statt selbe zu erhöhen, auf täglich 2 K herab. Die dagegen eingebrachten Einwendungen blieben erfolglos, ebenso ein Rekurs an das Handelsministerium, welcher vom Postoffizial Sixtus Hrovatin eingebracht wurde.

Das Ministerium scheint von der Rechtmäßigkeit des Vorganges der Triester Postdirektion nicht ganz überzeugt gewesen zu sein, da es Hrovatin eine Remuneration von 300 K anwies, was nur anzudeuten scheint, daß das Ministerium lediglich des Autoritätsprinzipes wegen den Rekurs abgewiesen hat.

Als Illustration diene der Umstand, daß Postassistent Ignaz Drosg aus Görz, der nach Graz auf Urlaub zu seiner Familie fuhr und dortselbst, also im selbstgewählten Aufenthaltsorte, sich zum Dienste meldete, seit November 1917 90 Prozent der Diäten erhält laut Ministerialerlaß 29177/P.

Durch Herrn Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Friedrich Frey, Wien, I. Helferstorferstraße 3, hat Hrovatin beim Verwaltungsgerichtshof die Beschwerde gegen die ministerielle Entscheidung erhoben, weil erstens durch die vorhin zitierten Verordnungen, welche bloß die Postbeamten betreffen, das Gesetz verletzt wurde, welches bestimmt, daß Beamten, welche außerhalb ihres Stationsortes zur Dienstleistung einberufen werden, die rangklassenmäßig fixierten Diäten auszuzahlen sind und in untergeordneter Linie, weil es nicht zutrifft, er habe seinen Dienstort selbst gewählt. Diese Behauptung

sei nur ein Trugschluß des Triester Postdirektion zum Schaden der kriegsflüchtigen küstenländischen Postbeamten, da erwiesenermaßen sämtliche anderen Staatsbeamten noch immer unter den gleichen Verhältnissen die vollen Diäten erhalten.

Mit Handelsministerialerlaß 14827/P. vom 5. Mai d. J. sind den Dienern die Zulagen auf 2 K 50 h, den Beamten auf 3 K erhöht worden. Es erhalten daher die Diener die vollen ihnen gebührenden Diäten und es ist zu wünschen, daß auch die Postbeamten die gesetzlich fixierten Diäten endlich erhalten, wenn die Dienstpragmatik, welche die Rechte der Diener und Beamten nicht gleichstellt, noch Gesetzeskraft hat.

Auf Grund dieser Schilderung des Sachverhaltes fragen die Gefertigten:

„Sind Eure Exzellenz geneigt, den Görzer Postbeamten die ihnen gebührenden Taggelder für die Vergangenheit in vollem Maße anweisen zu lassen?

Sind Eure Exzellenz geneigt, den jetzt wieder nach Görz kommenden Postbeamten besondere Kriegsaushilfen auf die Dauer ihrer Trennung von den Familien zu bewilligen?“

Dr. Bugatto.
Faidutti.
Spadaro.
Dr. Degasperi.
De Carli.
Delugan.

Dr. Onciul.
Hormuzaki.
Isopescul.
Serbu.
Simionovici.

1527
———
I

Interpellace

poslance Habermana a soudruhů na pana ministra vnitra ohledně zabavení nepatrných dávek potravin chudým lidem četnictvem ve Staňkově a ohledně nepřístojného jednání téhož četnictva při této příležitosti.

Dne 24. října t. r. vykonalo četnictvo ve Staňkově městysi, okres Horšův Týn v Čechách, z neznámé příčiny domovní prohlídky u více chudých žen ve Staňkově, jejichž mužové nalézají se na bojišti, z nichž někteří již padli. Prohlídka vykonána bez asistence obecního starosty nebo jeho zástupce a ve většině případů též v nepřítomnosti zúčastněných. Při prohlídce zabaveny a z domácnosti odvezeny docela nepatrné dávky obilí a bramborů po většině po žních na sklizených polích nasbírané nebo odměnou za práci od rolníků z jich vlastních dávek poskytnuté, tudíž úplně legální cestou získané a předpisům o zásobování lidu se nepříčící.

Tento výkon prováděli četničtí strážmistři Míka, Svatoň a Dědina, při čemž počínali si velice brutálně a hrubě. Tak ku příkladu v domácnosti Marie Housarové v čís. pop. 163, jejíž manžel nachází se po dva roky na válečném poli a která musí se starati o tři dítky, rozkřikl se strážmistr Mika na dcerku téže, která mlčky přihlížela k rekvirování trošky bramborů, které v domácnosti byly, takto: „Táhni odsud, nebo ti dám jednu přes tlamu, ty tu nemáš co dělat!“

Postupujíce ve všech případech takovýmto způsobem odejmuli dotyční tři četníci těmto chudákům následující dávky potravin, a to bez jakékoliv náhrady:

1. Dělnici Anně Šilháčkové, čís. 163, jejíž muž padl na bojišti, 62 kilogramů žita, 33 kilogramů ječmene a 64 kilogramů pšenice. Obilí toto dostala Šilháčková od několika rolníků v Jílově za práci na polích z dávky na dotyčné rolníky připadající, což písemně potvrdil jí obecní úřad v Jílově, soudní okres Nová Kdyně.

2. Dělníku Janu Šteinbachovi, čís. 127 odebráno jeden a půl pytle bramborů, které měl nasázeny na poli rolníka Jana Šteinbacha v Močeradech čís. p. 8.

3. Dělnici Barboře Brůžkové asi 60 kilogramů žita, které si s dětmi svými po žních na polích nasbírala a něco vyměnila za zeleninu ze své zahrady. Část tohoto žita určeno bylo k setí. Zasíti ovšem nemohla, poněvadž jí četníci žito vzali.

4. Dělnici Marii Egrové, čís. 150, jejíž muž jest na vojně a stále dovolává se od ženy chleba, odebráno asi 70 kilogramů různého obilí napaběrkovaného, z něhož část určena ku pražení jako náhražka kávy.

5. Markétě Šteinbachové, čís. 150 odejmuto 60 kilogramů žita, z čehož 10 kilogramů daroval jí otec a asi 50 kilogramů nasbírala. Muže má již po dobu dvou roků na vojně.

6. Václavu Lepičovi, dělníku, čís. 91, cirka jeden strych žita, které jeho žena nasbírala.

7. Marii Houserové, čís. 163, odejmuto 350 kilogramů kramborů, které dostala za 8 fůr mrvy k pohnojení pole a která zřekla se nároku na brambory aprovisační.

8. Dělníku J. Šindelářovi asi 70 kilogramů nasbíraného žita a 44 kilogramů bramborů, které dostal od rolníka Fr. Šobra ve Staňkově za mrvu.

Písemné doklady o těchto tvrzeních nalézají se v úředních aktech u c. k. okresního hejtmanství v Horšově Týně, kam se postižení obrátili s písemnými stížnostmi.

Z uvedených případů jest zjevno, že jde o akt brutální četnické zlovůle a proto se podepsaní táží:

„Jest Vaše Excellence ochotna postarati se o to, aby takovéto ničím neodůvodněné brutální násilí na bezbranném a válečnými poměry utýraném chudém lidu, zejména žen, jejichž mužové konají těžkou službu v poli válečném, bylo zamezeno a v daném případě nařídíti c. k. okresnímu hejtmanství v Horšové Týně, aby zabavené a ničím nenahrazené obilí a brambory těm nebohým lidem vrátilo?

„Jest Vaše Excellence dále ochotna nařiditi témuž hejtmanství, že má četnické orgány poučiti o tom, že obyvatelstvo není objektem, na němž může býti uplatňována četnická hrubost, k níž neslušní lidé oblečení do četnického stejnokroje zneužívají svého úředního postavení?“

Ve Vídni, 21. listopadu 1917.

Haberman.
Svoboda. Pik.
Soukup. K. Vaněk.
Biňovec. Filipínský.
Charvát. Hybeš.
Bechyně. Aust.
Dr. Winter. Jaroš.
Hnátek. A. Němec.
Dr. Witt. V. Tusar.

Authentische Übersetzung.

1527
I

Anfrage

des

Abgeordneten Habermann und Genossen an den Herrn Minister des Innern, betreffend die Beschlagnahme geringfügiger Nahrungsmittelmengen armer Leute durch die Gendarmerie in Stankau und das ungeziemende Vorgehen der Gendarmerie bei diesem Anlasse.

Am 24. Oktober l. J. nahm die Gendarmerie in der Marktgemeinde Stankau, Bezirk Bischofteinitz in Böhmen, aus unbekannter Ursache Hausdurchsuchungen bei mehreren armen Weibern in Stankau vor, deren Männer im Felde stehen und manche bereits gefallen sind. Die Hausdurchsuchung wurde ohne Assistenz des Gemeindevorstehers oder seines Stellvertreters und in der Mehrzahl der Fälle auch in Abwesenheit der Beteiligten vorgenommen. Bei der Durchsuchung wurden ganz geringfügige Getreide- und Kartoffelmengen beschlagnahmt und weggeführt, die zumeist nach der Ernte auf den Stoppelfeldern eingesammelt oder als Belohnung für geleistete Arbeit von den Landwirten aus ihren eigenen Quoten gewährt, somit auf vollkommen legalem Wege und nicht auf eine den Vorschriften über die Approvisionierung der Bevölkerung widerstreitende Weise erworben wurden.

Diese Handlungen haben die Gendarmeriewachtmeister Mika, Svatoň und Dědina vorgenommen, wobei sie sich sehr brutal und grob benommen haben. So hat zum Beispiel im Haushalte der Marie Housar im Hause Nr. 163, deren Gatte bereits durch zwei Jahre im Felde steht und die für drei Kinder sorgen muß, der Wachtmeister Mika die Tochter derselben, die schweigend der Requirierung des Bißchens Kartoffeln, die im Haushalt vorhanden waren, zusah, mit folgenden Worten angeschrien: „Schau, daß du weiter kommst oder ich gib dir eine übers Maul, du hast hier nichts zu suchen!"

Durch diese in allen Fällen beobachtete Vorgangsweise nahmen die genannten drei Gendarmen diesen armen Schluckern folgende Nahrungsmittelmengen, und zwar ohne jeden Ersatz ab:

1. Der Taglöhnerin Anna Šilháček, Nr. 163, deren Mann auf dem Schlachtfelde fiel, 62 Kilogramm Korn, 33 Kilogramm Gerste und 64 Kilogramm Weizen. Dieses Getreide bekam die Šilháček von einigen Landwirten in Zillau für Feldarbeiten aus den auf die betreffenden Landwirte entfallenden Quoten, was ihr das Gemeindeamt in Zillau, Gerichtsbezirk Neugedein, schriftlich bestätigte.

2. Dem Arbeiter Johann Šteinbach, Nr. 127, wurden einundeinhalb Sack Kartoffeln abgenommen, die er auf dem Felde des Landwirtes Johann Šteinbach in Močerad, Nr. 8, angebaut hatte.

3. Der Taglöhnerin Barbara Brůžek ungefähr 60 Kilogramm Korn, welches dieselbe mit ihren Kindern nach der Ernte auf den Feldern eingesammelt und zum Teil gegen Gemüse aus ihrem Garten eingetauscht hat. Ein Teil dieses Kornes war zur Aussaat bestimmt. Säen konnte sie freilich nichts, weil ihr die Gendarmen das Korn abgenommen haben.

4. Der Taglöhnerin Marie Eger, Nr. 150, deren Mann beim Militär dient und fortwährend von dem Weibe Brot verlangt, wurden ungefähr

70 Kilogramm verschiedenen, durch Nachlese gesammelten Getreides, wovon ein Teil zum Rösten als Kaffeersatz bestimmt war, abgenommen.

5. Der Margarete Šteinbach, Nr. 150, wurden 60 Kilogramm Korn abgenommen, wovon ihr 10 Kilogramm der Vater schenkte und ungefähr 50 Kilogramm durch Nachlese eingesammelt wurden. Ihr Mann befindet sich schon seit zwei Jahren beim Militär.

6. Dem Arbeiter Wenzel Lepič, Nr. 91, wurde ungefähr ein Strich Korn abgenommen, welchen sein Weib eingesammelt hatte.

7. Der Marie Housar, Nr. 163, wurden 350 Kilogramm Kartoffeln abgenommen, welche sie für acht Fuhren Dünger zum Düngen des Feldes bekam und wobei sie auf die Approvisionierungskartoffeln verzichtete.

8. Dem Arbeiter J. Šindelář wurden ungefähr 70 Kilogramm durch Nachlese gesammeltes Korn und 44 Kilogramm Kartoffeln abgenommen, die er vom Landwirte Fr. Šobr in Stankau für Dünger bekam.

Die schriftlichen Belege für diese Behauptungen befinden sich in den Amtsakten bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Bischofteinitz, wohin sich die Betroffenen mit schriftlichen Beschwerden gewendet hatten.

Aus den angeführten Fällen ist zu ersehen, daß es sich um einen Akt brutaler Gendarmenböswilligkeit handelt und deshalb fragen die Gefertigten:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, dafür Sorge zu tragen, daß eine derartige, durch nichts begründete brutale Gewalttätigkeit an der wehrlosen und durch Kriegsverhältnisse abgeplagten armen Bevölkerung, namentlich an Weibern, deren Gatten den schweren Dienst im Felde leisten, verhindert werde und gegebenenfalls die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Bischofteinitz anzuweisen, daß die beschlagnahmten und in keiner Weise vergüteten Getreide- und Kartoffelmengen diesen armen Leuten rückerstattet werden?

Ist Eure Exzellenz ferner geneigt, dieselbe Bezirkshauptmannschaft anzuweisen, daß sie die Gendarmerieorgane darüber zu belehren habe, daß die Bevölkerung nicht zum Objekte der Gendarmengrobheit gemacht werden darf, zu der ungehobelte Leute in Gendarmerieuniform ihre amtliche Stellung mißbrauchen?“

Wien, 21. November 1917.

Habermann.

Tusar.	Pik.
Svoboda.	Hybeš.
Vaněk.	Aust.
Filipinsky.	Němec.
Jaroš.	Soukup.
Charvát.	Hnátek.
Bechyně.	Dr. Winter.
Biňovec.	Witt.

1528
I

Anfrage

der

Abgeordneten Kittinger, Dr. Waber und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend die Erwirkung von Teuerungszulagen an die Pensionisten von Privatbanken und derlei Instituten.

Die herrschenden Teuerungsverhältnisse zeitigten bei allen Arbeitgebern die Erkenntnis der Notwendigkeit, den Bediensteten Teuerungszuschüsse zu gewähren und haben dieser Erkenntnis in mehr oder minder entsprechender Weise realen Ausdruck gegeben.

Auch die Privatbanken taten dies gegenüber ihren aktiven Beamten und Bediensteten in anerkennenswerter Art; nur eine Klasse blieb auch bei diesen Anstalten unberücksichtigt, trotzdem gesagt werden kann, daß viele von ihnen durch ihre ersprießliche Arbeit zur Entfaltung des Unternehmens nicht wenig beigetragen haben. Es sind die in dem Ruhestand befindlichen ehemaligen Beamten und Diener, die Pensionisten dieser Anstalten, welche heute, nachdem ihre Arbeitskraft verbraucht ist, schlechtweg als lästige Drohnen betrachtet und behandelt werden.

So kam es, daß alle diese Personen trotz der 300- bis 500prozentigen Preissteigerung aller Lebensbedarfsartikel auch keinen Heller Zulage bekamen.

Es ist nach unserer Auffassung ein dringendes Gebot reiner Menschlichkeit, unserer Alten nicht zu vergessen und insbesondere in der gegenwärtig schweren Zeit alles im Rahmen der Möglichkeit Liegende zu ihrer Lebensfristung beizutragen.

Nachdem überdies während der letzten Jahre die Tätigkeit der Banken und derlei Instituten eine solche war, daß sie sehr leicht in der Lage sind, mit Aufwendung eines ganz kleinen Teiles der Betriebsüberschüsse die gedachte Fürsorge in weitestgehendem Maße erfüllen zu können, gestatten sich die Gefertigten die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz der Herr Minister geneigt, die vorstehende Anregung einer gütigen Erwägung zu unterziehen und auf die in Rede stehenden Anstalten Einfluß zu nehmen, damit dieser so sehr gebotenen Menschenpflicht Rechnung getragen werde?“

Wedra.
Dr. Schürff.
Dr. Kofler.
G. Hofer.
Steinwender.
Dobernig.
Dr. v. Mühlwerth.

K. Kittinger.
Dr. Waber.
Kudlich.
Sylvester.
Denk.
Freißler.
R. Marckhl.

1529
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Kost' Lewyckyj und Genossen an die kaiserliche Regierung, betreffend die Hungerkatastrophe in den Bezirken Rohatyn, Pidhajci und Berezany.

Die an der Zlota Lipa und Strypa gelegenen Bezirke Rohatyn, Pidhajci und Berezany, welche bis Juli dieses Jahres in den Bereich der Kampffront gehörten, bieten seither ein Bild der Verwüstung und des Elends. Die Erwartungen, daß die Regierung sich die Linderung der Not der leidenden Bevölkerung einstweilen wenigstens insofern angelegen sein lassen werde, um die Obdachlosen in Notunterkünften unter Dach zu bringen und das Gespenst des Hungers zu scheuchen, sind trotz zahlreicher Vorstellungen an den zuständigen Stellen leider nicht in Erfüllung gegangen. Inzwischen hielten bereits die zwei großen Feinde, Kälte und Hunger, ihren Einzug und fordern ihre Opfer.

Zur Illustrierung der über alle Maßen tristen Lage der Bevölkerung seien im nachstehenden die Verhältnisse im Bezirke Rohatyn geschildert.

Im Bezirke Rohatyn wurde eine große Anzahl der Gemeinden verwüstet oder sogar dem Boden gleichgemacht. Ganz von der Erdoberfläche verschwunden sind die Dorfgemeiden: Swystilnyky, Skomorochy stari, Skomorochy nowi, Pidszumlanci, Herbutiw, Bolsziwci und Slobidka bolszowecka. Fast ganz verwüstet, so nämlich, daß nur ein Teil der Wohnstätten geblieben ist, wurden die Dorfgemeinden: Lypycia doliszna, Haniwci, Poplawnyky, Konkolnyky, Slobidka konkolnycka, Zahirje konkolnycke, Bowsziw, Jabloniw, Dytiatyn, Kunasziw, Byblo, Chochoniw, Dryszcziw und Zelibory. An Städtchen und Märkten gingen im Bezirke Rohatyn folgende in Flammen auf: Rohatyn, Bursztyn, Bukaczіwci, Knihynyczi, Pidhorodie, Stratyn Stadt und Zuriw.

Hatte schon diese gänzliche oder teilweise Zerstörung von insgesamt 28 Gemeinden im Bezirke eine große Obdachlosenkalamität verursacht, so steigerte sich diese Not noch mehr, als die Repatriierung der seinerzeit evakuierten oder geflüchteten Bevölkerung aus dem Bezirke durchgeführt wurde. Trotz zahlreicher Vorstellungen wurde weder ein Baumaterial für den Wiederaufbau der Wohnstätten den Leuten zur Verfügung gestellt, noch auch provisorische Unterkünfte für die obdachlos Gebliebenen errichtet, wenngleich für diesen Zweck die freigewordenen Militärbaracken im fertigen Zustand und um billiges Geld erstanden werden konnten. Dafür zu sorgen war die Pflicht der Bauexpositur, deren Leiter jedoch, trotzdem er bereits vor zwei Monaten ernannt wurde, im Bezirke nicht erschien.

So ist die obdachlos gebliebene Bevölkerung gezwungen, in menschenunwürdigen Schlupfwinkeln und in der Erde gegrabenen Höhlen zu wohnen, wo sie nicht nur Kälte leiden, sondern auch hungern muß. Denn der Hunger beginnt sich bereits im ganzen Bezirke in seinen üblichen Begleiterscheinungen, Unterernährungszuständen, Hungertyphus u. dgl. zu äußern. Die Hungersnot hatte sich im übrigen schon längst angesagt, nachdem der Bezirk in diesem Jahre von der durch Hagelfälle verursachten Mißernte heimgesucht wurde. Eine zweite Heimsuchung waren aber die Requisitionen und die Art ihrer Durchführung. Auf die Bedürfnisse der bereits notleidenden Bevölkerung wird nicht im geringsten Rücksicht genommen, auch die letzten spärlichen Bissen werden den Leuten weggenommen. Nebst Requisitionen wurde aber auch gewöhnlicher Raub und Diebstahl seitens der Soldaten zur gewohnten Erscheinung, wobei selbst Gotteshäuser nicht verschont werden. Beispielsweise wurden von deutschen Soldaten griechisch-katholische Kirchen in Kunasziw und Zelibory ausgeplündert.

Die Sterblichkeit unter der Bevölkerung nimmt erschreckenden Umfang an. Leute, die aus Hunger und Erschöpfung umfallen, sind ein gewohntes Straßenbild geworden. Dieses erschöpfte unterernährte Volk wird nun von den landwirtschaftlichen Expposituren gezwungen, die Gründe der Großgrundbesitzer zu bebauen, wobei auch die Arbeitskraft der Leute in schreiendster Weise ausgebeutet wird. Wie die Arbeit der Leute bewertet wird, genügt anzuführen, daß die zu Vorspanndiensten herangezogenen Besitzer von Pferden und Wagen für ihre und ihrer Tiere Arbeit, abgesehen von der Abnützung des Wagens und Geschirr und eigener Kost, sage und schreibe pro Tag sechs Kronen Lohn erhalten. Inzwischen ist das nach allen Seiten hin so in Anspruch genommene Volk nicht imstande, sein eigenes Gut zu bebauen, so daß es Gemeinden gibt, in welchen bis drei Viertel Bauerngründe unbebaut brachliegen.

Obiges stellt das Bild der Verhältnisse im Bezirke **Rohatyn** dar, denen die Verhältnisse in den Bezirken Berezany und **Pidhajci** in ihrer Schrecklichkeit auf das genaueste gleichen.

Angesichts dessen erscheint es dringend notwendig, um dem Sterben der notleidenden Bevölkerung durch Erfrieren und Hunger vorzubeugen, unverzüglich den Bau von provisorischen Unterkünften für die obdachlose Bevölkerung anzuordnen, alle Requisitionen in den Bezirken, außer für Approvisionierungszwecke der Bezirke selbst, einzustellen und durch schleunigste Durchführung der Approvisionierung der Bezirke die drohende Hungerkatastrophe von der Bevölkerung abzuwenden. Von diesen Wünschen und Absichten geleitet, stellen die Gefertigten folgende Anfragen:

„1. Ist der k. k. Regierung die Lage der Bevölkerung in den Bezirken Rohatyn, Pidhajci und Berezany bekannt?

2. Hat die k. k. Regierung den Willen und die Kraft, die militärischen Requisitionen in diesen Bezirken aufzuhalten, die Zwangsarbeiten der Bevölkerung abzuschaffen und für die Approvisionierung der genannten Bezirke zu sorgen?

3. Ist die k. k. Regierung geneigt, im Falle der Vereitlung obiger Wünsche infolge eventueller Weigerung seitens der Militärbehörden, sich an die höchste Stelle zu wenden, damit der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit zuliebe die unglückliche Bevölkerung von dem unentrinnbaren Tode gerettet werde?“

Wien, 27. November 1917.

Dr. Wlad. Baczyński. — Dr. Kost' Lewyckyj.
Leo Lewyckyj. — Dr. Smal-Stockyj.
Dr. Okunewskyj. — Onyszkewycz.
Dr. Cehelskyj. — E. Pohoreckyj.
Dr. Holubowycz. — Dr. Petruszewycz.
Dr. Eugen Lewickyj. — Semaka.
Lukaszewycz. — Spenul.

1530
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Jaroslav Marek und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend Übergabe von Kohle seitens der Militärbehörde an Zivilpersonen.

Mit dem am 29. Oktober 1917 ausgefertigten Frachtbrief Nr. 173 wurde von der Station Podgorze-Wisla mit 11.360 Kilogramm Steinkohle beladener Wagen B. E. B. Nr. 7427 an das k. u. k. Bahnhofskommando in Prerau abgesendet. Als Absender ist die k. u. k. Garnisonsgroßmenagewirtschaft des Militärkommandos Krakau (Unterschrift unleserlich) bezeichnet. Auf der Titelseite des Frachtbriefes ist die Anmerkung. Ohne Umladung weiter! Militärgut.

Auf der nichtbedruckten Seite ist folgende Bestätigung:

„K. k. Intendanz der Landwehrgruppe des k. u. k. Militärkommandos in Krakau.

Nr. 25262/L/17.

Es wird hiermit bestätigt, daß innbezeichnetes Versandgut Eigentum der k. u. k. Heeresverwaltung ist.

Krakau, am 25. Oktober 1917.

Der Intendanzchef
J. V.
Unterschrift.

(Amtsstempel der Intendanz)

Derselbe Wagen ist am 3. November 1917 in Prerau angelangt und wurde mit dem Frachtbrief Nr. 2261 an die Frau Marie Husička (oder Ružička), Tabakhauptverlag in Tobitschau abgesendet. Als Absender ist das k. u. k. Bahnhofkommando in Prerau bezeichnet und am Frachtbrief befindet sich wieder die Anmerkung: Ohne Umladen weiter.

Die auf dem erstgenannten Frachtbriefe Nr. 173 ausgewiesenen Gebühren per K 138·20 wurden als Barvorschuß behoben. Es ist somit erwiesen, daß die Kohle, die als Eigentum der Heeresverwaltung erklärt, an eine Zivilperson übergeben wurde.

Und das geschieht in einer Zeit, in welcher den für die Öffentlichkeit notwendigsten Anstalten entweder gar nicht oder nur mit größten Schwierigkeiten die Kohle verschafft werden kann und außerdem im Momente, in welchem seitens der k. k. Statthalterei in Mähren die Anordnung getroffen wurde, daß bis zur endgültigen Regelung der Kohlenversorgung an die Einzelnen nicht mehr als ein Bedarf für drei Wochen ausgefolgt werden darf. Es ist unbegreiflich, wie ein Militärkommando dazukommt, Zivilpersonen mit Kohle zu versorgen.

Deswegen fragen die Gefertigten:

„Ist der Herr Minister für Landesverteidigung geneigt, die angeführte Angelegenheit strengstens untersuchen zu lassen?

Ist er weiters geneigt, dieser ins Auge fallenden Wirtschaft mit dem Eigentum der k. u. k. Heeresverwaltung mit aller Strenge ein Ende zu setzen?

Ist Herr Minister geneigt, der Öffentlichkeit mitzuteilen, über wessen Auftrag dieses Geschenk oder dieser Handel durchgeführt wurde?"

Wien, 27. November 1917.

	Habermann.	Tusár.	Jaroslav Marek.
Anst.	Bechyně.	Svěcený.	Hnátek.
J. Stejskal.	Filipínský.	Pik.	Jaroš.
Charvát.	Dr. Witt.	A. Němec.	Prokeš.

1531/I

Dotaz

poslance Mašaty a společníků na Jeho Excellenci pana ministra obchodu a pana ministra pro lidovou výživu v záležitosti špatné úpravy obchodu se zápalkami a zásobování obyvatelstva zápalkami.

Ze řad maloobchodnictva a trafikantů docházejí stížnosti, že nákup zápalek v malém na bedny jest takovou měrou stížen, tak že jest nemožno opatřiti maloobchodu a trafikám potřebné množství zápalek pro drobný prodej. Společnost „Solo“ odmítá malé objednávky poukazem, že prodává zboží pouze na vagony. Tím dostává se tento výrobek do rukou velkoobchodů, po případě spekulantů, kteří potom dále s výrobkem tímto provádí obchody často hodně nekalé pověsti. Do drobného prodeje dostanou se zápalky pouze několika vyvoleným a obyvatelstvo tím trpí, neboť schází mu tento předmět denní potřeby.

V důsledku toho táží se podepsaní:

1. Jsou Vaše Excellence ochotny vyšetřiti tyto poměry v obchodu se zápalkami vládnoucí?

2. Jsou Vaše Excellence ochotny postarati se o řádnou úpravu obchodu se zápalkami v tom smyslu, aby i maloobchodu nákup byl znadno přístupný a netrpělo tím obyvatelstvo?“

Ve Vídni, 23. listopadu 1917.

Mašata.
J. V. Pokorný. Víškovský.
F. Staněk. Malík.
Udržal. Slavíček.
Vacek. Chaloupka.
Mlčoch. Okleštěk.
Krž. Bradáč.
Sedlák. Feltl.
Dr. Zahradník. Paďour.
Kulich. Dr. Velich.
Rydlo. Kotlant.
Fr. Němec. Hyrš.
K. Prášek. Vojta.

Authentische Übersetzung.

1531
I

Anfrage

des

Abgeordneten Mašata und Genossen an Ihre Exzellenzen den Herrn Handelsminister und den Herrn Minister für Volksernährung, betreffend die schlechte Regelung des Zündhölzerhandels und der Versorgung der Bevölkerung mit Zündhölzern.

Aus den Reihen der Kleinhändler und Trafikanten kommen Beschwerden, daß der kistenweise Einkauf von Zündhölzern im kleinen derart erschwert ist, daß es dem Kleinhandel und den Trafiken unmöglich ist, die notwendige Menge von Zündhölzern für den Detailverkauf sich zu beschaffen. Die „Solo"-Gesellschaft weist kleine Bestellungen mit dem Hinweis zurück, daß sie die Ware nur waggonweise verkaufe. Dadurch gelangt dieses Erzeugnis in die Hände des Großkapitals, beziehungsweise in die Hände von Spekulanten, welche dann mit diesem Erzeugnisse weitere Geschäfte von oft sehr unlauterem Rufe betreiben. Für den Detailverkauf bekommen die Zündhölzer nur einige Auserwählte und die Bevölkerung leidet dadurch, denn es fehlt ihr dieser Gegenstand des täglichen Bedarfes.

In Konsequenz dessen fragen die Gefertigten:

„1. Sind Eure Exzellenzen geneigt, diese im Zündhölzerhandel herrschenden Verhältnisse zu untersuchen?

2. Sind Eure Exzellenzen bereit, für eine ordentliche Regulierung des Zündhölzerhandels in dem Sinne Sorge zu tragen, damit der Einkauf auch für den Kleinhandel leicht zugänglich werde und die Bevölkerung nicht dadurch leide?"

Wien, 23. November 1917.

Fr. Mašata.

			Dr. Zahradník.
Slavíček.	Krž.	Hyrš.	Feltl.
Bradáč.	Malík.	Padour.	Pokorny.
Kotlant.	K. Prášek.	Rydlo.	Vojta.
Udržal.	F. Němec.	Mlčoch.	Staněk.
Sedlák.	Okleštěk.	Chaloupka.	Kulich.
Viškovský.	Vacek.	Dr. Velich.	

1532
I

Dotaz

poslance Františka Mašaty a společníků na Jeho Excellenci pana ministra pro lidovou výživu v záležitosti náhlého nedostatku kuchyňské soli.

K zásobovacím potížím v poslední době přidružila se potíž, povstalá při opatřování kuchyňské soli. Hospodyně marně snaží se, opatřiti si i to nejmenší množství soli, potřebné ku úpravě pokrmů. Zjev tento jest tím pozoruhodnější, nebot se jedná o předmět denní spotřeby, jehož výroba v naší říši jest zabezpečena, podléhajíc státnímu monopolu. Mimo toho i Německo, jako náš spojenec, jest ve výrobě soli nadproduktivní. Jest zde vážná obava, aby tento nejnutnější předmět denní spotřeby, bez něhož úprava pokrmů jest nemyslitelna a jehož nedostatek mohl by přivoditi vážné ohrožení lidského zdraví, nestal se předmětem lichvářské spekulace, anebo aby, následkem opomenutí řádné úpravy zásobování obyvatelstva solí, nestala porucha nedozírných následků.

V důsledku toho tází se podepsaní:

1. Jsou známy Vaší Excellenci zhoršené poměry při zásobování obyvatelstva kuchyňskou solí?

2. Jest Vaše Excellence ochotna postarati se o dostatečnou výrobu kuchyňské soli, případně zajistiti potřebné množství dovozem z Německa?

3. Jest Vaše Excellence ochotna postarati se o řádnou organisaci zásobování obyvatelstva kuchyňskou solí, aby i tomu nejchudšímu občanu bylo opatření lehce přistupné?"

Ve Vídni, 23. listopadu 1917.

Frant. Mašata.

Víškovský. Kulich.
Sedlák. Slavíček.
Rýdlo. J. V. Pokorný.
Malík. Hyrš.
F. Němec. Dr. Zahradník.
Vojta. Chaloupka.
Okleštěk. Vacek.
K. Prášek. Paďour.
Dr. Velich. T. Mlčoch.
Krž. Feltl.
Kotlant. Udržal.
Staněk. Bradáč.

Ruthenische Übersetzung.

1532
I

Anfrage

des

Abgeordneten Franz Mašata und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung, betreffend den plötzlichen Mangel an Küchensalz.

Zu den Approvisionierungskalamitäten kam in letzter Zeit auch die bei der Beschaffung von Küchensalz eingetretene Schwierigkeit. Die Hausfrauen bemühen sich umsonst, sich selbst das geringste Salzquantum zu beschaffen, welches zur Zubereitung von Speisen benötigt wird. Diese Erscheinung ist umso merkwürdiger, als es sich um einen Gegenstand des täglichen Bedarfes handelt, dessen Produktion in unserer Monarchie sichergestellt ist, da sie dem staatlichen Monopol unterliegt. Überdies weist auch Deutschland als unser Bundesgenosse eine Überproduktion an Salz auf. Es besteht eine ernste Besorgnis, daß dieser dringlichste Gegenstand des Tagesbedarfes, ohne den die Speisenzubereitung undenkbar ist, und dessen Mangel eine ernstliche Gefährdung der menschlichen Gesundheit herbeiführen könnte, nicht zum Gegenstande einer Wucherspekulation werde, oder daß infolge Unterlassung einer ordentlichen Regelung der Versorgung der Bevölkerung mit Salz nicht eine von unabsehbaren Folgen begleitete Störung eintrete.

In Konsequenz dessen fragen die Gefertigten:

„1. Ist die Verschlechterung der Verhältnisse bei der Versorgung der Bevölkerung mit Küchensalz Eurer Exzellenz bekannt?

2. Ist Eure Exzellenz geneigt, für eine ausreichende Produktion von Küchensalz Sorge zu tragen, eventuell die notwendige Menge durch Einfuhr aus Deutschland sicherzustellen?

3. Ist Eure Exzellenz bereit, für eine ordentliche Organisierung der Versorgung der Bevölkerung mit Küchensalz Sorge zu tragen, damit selbst den ärmsten Bürgern die Beschaffung desselben leicht zugänglich sei?"

Wien, 23. November 1917.

Franz Mašata.

Kulich.	K. Prášek.	Viškovský.	Vojta.
Udržal.	Padour.	Pokorny.	Kotlant.
Hyrš.	Mlčoch.	Chaloupka.	Vacek.
Feltl.	Sedlák.	Rydlo.	F. Němec.
Oklešťek.	Dr. Velich.	Dr. Zahradník.	Slavíček.
Staněk.	Bradáč.	Krž.	Malík.

1533

I

Vprašanje

poslanca dr. Rybářa in tovarišev na gospoda ministra deželne brambe gledé nezakonitega postopanja deželnih komisij za vzdrževalni prispevek.

Deželne komisije za odmero vzdrževalnega prispevka po vpoklicancih poslujejo skoro brez izjeme silno počasno, nemarno in tudi krivično. Na prošnje prizadetih rodbin ne dajo po več mesecev nikakega odgovora, v mnogih slučajih sploh ne odgovoré, a često so rešitve naravnost kričeča nezakonitost.

Naj navedemo par slučajev:

Vzdrževalna deželna komisija v Gradcu je izrekla na primer to-le rešitev:

„Zl. F. 3726. Graz, 26. Feber 1917.

An Franz Pavlica

in St. Georgen a. Tabor.

Die Unterhaltslandeskommission hat mit dem Beschlusse vom 26. Feber 1917 Ihr Ansuchen um einen Unterhaltsbeitrag auf Grund des Gesetzes vom 26. Dezember 1912, R. G. Bl. Nr. 237, abgewiesen, weil Ihr sowie Ihre Familie Unterhalt nicht durch die Einrückung, sondern durch die Flucht gefährdet erscheint.

Suchen Sie bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft Cilli um eine staatliche Flüchtlingsunterstützung an.

Gegen diese Entscheidung ist gemäß § 9 des bezogenen Gesetzes eine Berufung nicht zulässig.

Der Vorsitzende:
(Unleserlich.)"

Franz Pavlica je begunec, ki bi doma morda niti ne prosil vzdrževalnega prispevka, dasi bi morda imel pravico do njega. Ali kot begunec, ki je rešil malo več nego golo življenje, je bil vzdrževalnine zelo potreben in zato je bilo pri presoji o potrebnosti presojati njegov sedanji, ne neki njegov prejšnji gospodarski položaj.

Anton Erzetič, posestnik v Krminu na Goriškem, služi pri k. u. k. Pferdespital in St. Veit an der Glan. Tik pred vojno z Italijo je bežala njegova rodbina v Teharje na Štajersko. Ker so mu pohajala denarna sredstva, ki jih je rodbina mogla rešiti, se je obrnil na isto komisijo v Gradcu, ki je prošnjo zavrnila na povsem enak način, kakor v prvem slučaju Franca Pavlica.

Rodbina se je preselila v septembru leta 1915, v Št. Vid ob Glani in 16. oktobra leta 1916, je zopet vložila prošnjo za vzdrževalni prispevek. Deželna komisija v Celovcu je isto prošnjo rešila šele maja leta 1917 in je odklonila z istim razlogom, kakor ona v Gradcu. Dné 1. junija t. l. je vložila pritožbo na upravno sodišče, kjer čaka še vedno rešitve.

Res je, rodbina je bila doma premožna, toda v begunstvu je živela v največji stiski, tako, da je dobila od deželne pomožne komisije v Trstu majhno posojilo, kar je dokaz, da je ta komisija priznala nujno potrebo te rodbine.

Samo v ilustracijo kako se je postopalo z našimi begunci z juga, naj še dostavimo, da je rodbina Erzetič prosila potem za begunsko podporo ali bila je zavrnjena od c. kr. okrajnega glavarstva z razlogom, da so deležni teh podpor le — koroški begunci.

Tej rodbini je bil torej odklonjen vzdrževalni prispevek, ker je imela v Krminu dosti lepo posestvo, na katerem se je pa veselil — sovražnik.

begunske podpore pa tudi ni mogla doseči, ker je bila rodbina begunka iz Goriškega in ne iz Koroškega.

Ker te rešitve niso osamljene, dovoljujemo si podpisani vprašati:

„1. Ali hoče gospod minister za deželno brambo naročiti deželnim komisijam, da mu predložijo vse slučaje, ki so bili enako odklonjeni kakor v teh dveh slučajih Franca Pavlice in Antona Erzetiča ter tako rešitev kot nezakonito zrušiti in nakazati vzdrževalni prispevek za ves zamujeni čas?

2. Ali hoče zlasti v prej imenovanih dveh slučajih takoj odrediti, da dobita rodbini vzdrževalni prispevek za ves čas od vpoklica rediteljev teh dveh rodbin?“

Na Dunaju, 23. novembra 1917.

Dr. Laginja.
Dr. Jankovič.
Pogačnik.
Roškar.
Pišek.
Prodan.
Brenčič.
J. Hladnik.
Dr. Rybář.
Dr. Gregorčič.
Dr. Benkovič.
Gostinčar.
Dr. Vukotić.
Perić.
Biankini.
Dr. Dulibić.

Authentische Übersetzung.

1533
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Rybář und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend das ungesetzliche Vorgehen der Landesunterhaltskommission.

Die Landeskommissionen für die Bemessung des Unterhaltsbeitrages nach den Einberufenen funktionieren fast ohne Ausnahme ungemein langsam, nachlässig und auch ungerecht. Auf Bitten der betroffenen Familien geben sie durch mehrere Monate gar keine Antwort, in vielen Fällen antworten sie überhaupt nicht und häufig sind die Erledigungen geradezu eine schreiende Ungesetzlichkeit. Wir wollen ein paar Fälle anführen:

Die Unterhaltskommission in Graz hat zum Beispiel folgende Erledigung herausgegeben:

„Z. F. 3726. Graz, 26. Februar 1917.

An Franz Pavlica

in St. Georgen am Tabor.

Die Unterhaltslandeskommission hat mit dem Beschlusse vom 26. Februar 1917 Ihr Ansuchen um einen Unterhaltsbeitrag auf Grund des Gesetzes vom 26. Dezember 1912, R. G. Bl. Nr. 237, abgewiesen, weil Ihr sowie Ihrer Familie Unterhalt nicht durch die Einrückung, sondern durch die Flucht gefährdet erscheint.

Suchen Sie bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft Cilli um eine staatliche Flüchtlingsunterstützung an.

Gegen diese Entscheidung ist gemäß § 9 des bezogenen Gesetzes eine Berufung nicht zulässig.

Der Vorsitzende: (unleserlich)."

Franz Pavlica ist ein Flüchtling, welcher zu Hause vielleicht gar nicht um einen Unterhaltsbeitrag ansuchen würde, obwohl er vielleicht einen Anspruch darauf hätte. Aber als Flüchtling, der wenig mehr als das nackte Leben gerettet hat, war er des Unterhaltsbeitrages sehr bedürftig und deshalb war bei der Beurteilung der Bedürftigkeit seine gegenwärtige Lage, nicht aber seine frühere wirtschaftliche Lage in Betracht zu ziehen.

Anton Erzetič, Grundbesitzer in Kormons im Görzischen, dient bei dem k. u. k. Pferdespital in St. Veit an der Glan. Knapp vor dem Kriege mit Italien flüchtete seine Familie nach Tüchern in Steiermark. Weil ihm die Geldmittel auszugehen begannen, die die Familie hatte retten können, wendete er sich an die nämliche Kommission in Graz, welche das Ansuchen auf die ganz gleiche Art abgewiesen hat, wie im ersten Falle des Franz Pavlica.

Die Familie zog im September des Jahres 1915 nach St. Veit an der Glan und am 16. Oktober 1916 brachte sie wieder ein Gesuch um einen Unterhaltsbeitrag ein. Die Landeskommission in Klagenfurt hat dieses Gesuch erst im Mai des Jahres 1917 erledigt und hat es abgewiesen mit derselben Begründung, wie jene in Graz. Am 1. Juni l. J. hat sie eine Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof eingebracht, wo sie noch immer der Erledigung harrt.

Es ist wahr, daß die Familie zu Hause vermögend war, doch als Flüchtling lebte sie in der größten Bedrängnis, so daß sie von der Landeshilfskommission in Triest eine kleine Anleihe erhielt, was als Beweis dient, daß diese Kommission die dringende Bedürftigkeit dieser Familie anerkannt hat.

Nur zur Illustrierung, wie man mit unseren Flüchtlingen aus dem Süden verfahren hat, wollen wir noch hinzufügen, daß die Familie Erzetič hierauf um eine Flüchtlingsunterstützung angesucht hat, aber sie wurde von der k. k. Bezirkshauptmannschaft abgewiesen mit der Begründung, daß dieser Unterstützungen nur die Kärntner Flüchtlinge teilhaftig seien.

Dieser Familie ist also der Unterhaltsbeitrag abgelehnt worden, weil sie in Kormons einen ziemlich schönen Besitz hatte, auf welchem sich jedoch der Feind seinen Freuden hingab, eine Flüchtlingsunterstützung aber konnte sie auch nicht erlangen, weil sie eine Flüchtlingsfamilie aus dem Görzischen und nicht aus Kärnten war.

Weil diese Erledigungen nicht vereinzelt sind, erlauben sich die Unterzeichneten die Fragen zu stellen:

„1. Will der Herr Minister für Landesverteidigung den Landeskommissionen den Auftrag erteilen, daß ihm alle Fälle vorgelegt werden, die in gleicher Weise abgewiesen worden sind, wie in diesen beiden Fällen des Franz Pavlica und Franz Erzetič, und eine solche Erledigung als ungesetzlich aufheben, und für die ganze versäumte Zeit den Unterhaltsbeitrag anweisen.

2. Will er insbesondere in den vorgenannten zwei Fällen sofort die Verfügung treffen, daß die beiden Familien den Unterhaltsbeitrag für die ganze Zeit seit der Einberufung der Ernährer dieser zwei Familien erhalten?"

Wien, 23. November 1917.

Dr. Laginja.	Dr. Rybář.
Dr. Jankovič.	Dr. Gregorčič.
Prodan.	Dr. Benkovič.
V. Hladnik.	Gostinčar.
Pišek.	Dr. Bukotić.
Roškar.	Perić.
Brenčič.	Biankini.
Pogačnik.	Dr. Dulibić.

1534
I

Vprašanje

poslanca dra. Rybářa in tovarišev na c. kr. vlado v obče v zadevi uradnega poitalijančevanja jugoslovanskih krajevnih imen in rabe italijanskega jezika v čisto slovenskih krajih.

Ljubljanski „Slovenski Narod“ od 16. t. m. je objavil, da ima zdaj goriški mestni pečat napis: „Stadtmagistrat Görz — Regierungskommissär: Dandini“. Tak pečat si da narediti vladni komisar v deželi, kjer nemščina ni v deželi običajen jezik! Zato pa izdaja ta nemški „Stadtmagistrat“ za čisto slovensko Prvačino ali Vipolže nemška dovoljenja za Prebacina ali Vipolzano.

Dalje čitamo tam: „Kaj pojdemo v Gorici po starem naprej? Mislimo, da ne, marveč se bo morala izvršiti tam prav korenita izpremenmba. Goriški magistrat mora imeti slovenski pečat in uradovati s Slovenci slovensko. Tiste stare jezikovne krivice, pod katerimi smo toliko trpeli, morajo razpasti, kakor so razpadle mestne stavbe in kakor bo vzrastla iz razvalin nova Gorica, mora zrasti iz starih krivic pravica za Slovence v vsakem oziru.

Prvi so prihiteli Slovenci v mesto, med sedanjim prebivalstvom so skoro sami Slovenci in v bodoče bodo tudi prevladovali. Zato pa hočemo pri vseh oblastih nemudoma, da se otresejo starega sistema, ki ni poznal slovenskega jezika v mestu, ter začno takoj izvajati ravnopravnost.

Našim poslancem pa priporočamo, da pazijo na naše pravice takoj sedaj, ko klijejo prvi začetki življenja v Gorici.

Drugi ljubljanski dnevnik „Slovenec“ od 15. t. m. popisuje, kako je italijanska uprava gospodarila v našem Kobaridu ob Soči. Poitalijančila je imena ulic in krajev, popolnoma poitalijančila šolo in naši slovenski otroci so morali biti često okrašeni z italijanskimi trobojnicami o raznih svečanostnih prilikah. Vsepovsod so bili postavljeni italijanski napisi, a slovenske napise je odpravila.

Takoj po osvoboditvi Kobarida pa so domačini odpravili laške ulične napise in jih nadomestili s slovenskimi: Gregorčičeva ulica, Cesarja Karla I., Erjavčeva, Volaričeva itd. Poročilo dostavlja: „Po skladiščih in bolnišnicah so poleg prejšnjih laških zdaj tudi — nemški napisi. Tu in tam je nalepljen tudi svarilni oglas generala Belowa, a ta je le nemško-laški, pač najboljši dokaz, da vojna svarila za naše vseskozi lojalno in pošteno ljudstvo sploh niso potrebna.“

Pripomniti je treba, da je Kobarid središče čisto slovenskega okraja, ki meji tudi na slovenski del Benečije (Videmske provincije) in da torej daleč na okoli ni Italijanov ali Nemcev, katerim bi bili namenjeni laško-nemški napisi.

Kakor so vrle Kobaridce srdili v dno duše laški napisi, a so vsled vojnih razmer morali molčati in vse pretrpeti, prav tako in še v pomnoženi meri jih dražijo, razburjajo, žalijo prejšnjim laškim dodani — nemški napisi. Njihovo vročo željo, da bi bili čim prej odrešeni laškega gospodstva, so poplačali odrešitelji vrhu laških še z — nemškimi napisi.

Podpisanci vprašajo:

„1. Ali namerava c. kr. vlada tudi v prihodnje po dosedanjem sistemu žaliti in prezirati jezikovne pravice slovenskega prebivalstva na Goriškem?

2. Ali c. kr. vlada ne meni še spoštovati dejstva, da nemščina v tej naši deželi ni deželen jezik?

3. Ali hoče c. kr. vlada spoštovati enakopravnost obeh deželnih jezik na edino pravi način, da rabi italijanščino le v italijanskih krajih in za Italijane, — v slovenskem delu pa slovenščino?

4. Ali hoče c. kr. vlada odrediti, da c. kr. uradi in oblasti vendar enkrat že nehajo poitalijančevati naše slovenske kraje in na ta način nehajo podpirati tista stemljenja, ki se trudijo z dokazovanjem, da obstojijo neke „italijanske province“ (provincie italiane), katere bi morala Italija „odrešiti izpod avstrijskega jarma“?

Na Dunaju, 20. novembra 1917.

Jarc.	Dr. Rybář.
J. Hladnik.	Dr. Dulibić.
J. Biankini.	Dr. Korošec.
Prodan.	Dr. L. Pogačnik.
Dr. Laginja.	Gostinčar.
Perić.	Demšar.
Dr. Jankovič.	Fon.

Authentische Übersetzung.

1534
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Rybář und Genossen an die k. k. Regierung im allgemeinen, betreffend die amtliche Italienisierung südslawischer Ortsnamen und den Gebrauch der italienischen Sprache in rein slowenischen Gegenden.

Der Laibacher „Slovenski Narod“ vom 16. d. M. brachte die Nachricht, daß das Stadtsiegel von Görz jetzt die Aufschrift trage: „Stadtmagistrat Görz — Regierungskommissär: Dandini“. Ein solches Siegel läßt sich der Regierungskommissär anfertigen in einem Lande, in dem die deutsche Sprache nicht landesüblich ist! Deshalb erteilt dieser deutsche „Stadtmagistrat“ für das rein slowenische Pervačina oder Vipolže deutsche Bewilligungen für: Prebacina oder Vipolzano. Weiters lesen wir dort: „Wird es in Görz in der alten Weise weitergehen? Wir glauben, nein, sondern es wird dort eine recht gründliche Änderung eintreten müssen. Der Magistrat von Görz muß ein slowenisches Siegel haben und mit den Slowenen slowenisch amtieren. Jene alten sprachlichen Rechtswidrigkeiten, unter denen wir so viel gelitten haben, müssen zerfallen, wie die Stadtbauten zerfallen sind und wie aus den Ruinen ein neues Görz emporwachsen wird, so muß aus den alten Unbilden für die Slowenen in jeder Hinsicht die Gerechtigkeit erwachsen. Als die ersten sind die Slowenen in die Stadt geeilt, unter der gegenwärtigen Bevölkerung sind fast durchwegs Slowenen und in Hinkunft werden sie auch das Übergewicht haben. Deshalb wollen wir, daß bei allen Behörden ungesäumt das alte System abgeschüttelt werde, das in der Stadt die slowenische Sprache nicht kannte, und daß man sofort beginne, die Gleichberechtigung auszuüben. Unseren Abgeordneten aber empfehlen wir, daß sie auf unsere Rechte schon jetzt achtgeben, da die ersten Anfänge des Lebens in Görz sprießen.

Das zweite Tagblatt von Laibach „Slovenec“ vom 15. d. M. beschreibt, wie die italienische Verwaltung in unserem Kobarid (Karfreit) am Isonzo gewirtschaftet hat. Sie hat die Namen der Gassen und Orte italienisiert, sie hat die Schule vollkommen italienisiert und unsere slowenischen Kinder mußten häufig bei verschiedenen festlichen Anlässen mit den italienischen Trikoloren geschmückt sein. Allüberall waren italienische Aufschriften aufgestellt, die slowenischen Aufschriften aber wurden entfernt. Sofort nach der Befreiung von Kobarid aber hat die einheimische Bevölkerung die italienischen Gassenaufschriften entfernt und sie mit slowenischen Namen ersetzt: Gregorčičgasse, Kaiser Karl I.-Gasse, Erjavecgasse, Volaričgasse usw. Der Bericht fügt hinzu: „In den Magazinen und in den Krankenhäusern sind neben den früheren italienischen jetzt auch deutsche Aufschriften. Hie und da ist auch ein warnender Aufruf des Generals Below angeklebt, aber dieser ist nur deutsch-italienisch, wohl der beste Beweis, daß Kriegswarnungen für unser durch und durch loyales und ehrliches Volk überhaupt nicht notwendig sind.“ Es ist zu bemerken, daß Kobarid der Mittelpunkt eines rein slowenischen Bezirkes ist, der auch an den slowenischen Teil von Venetien (Provinz Udine) angrenzt und daß es also weit umher keine Italiener oder Deutsche gibt, für welche die italienisch-deutschen Aufschriften bestimmt wären.

Wie die wackeren Bewohner von Kobarid die italienischen Aufschriften bis auf den Grund der Seele brannten, sie aber infolge der Kriegsverhältnisse schweigen und alles erdulden mußten, geradeso

und noch im erhöhten Maße reizen, erregen, kränken sie die den früheren italienischen beigefügten — deutschen Aufschriften. Ihren heißen Wunsch, sobald als möglich von der italienischen Herrschaft erlöst zu sein, haben die Befreier neben den italienischen noch mit den deutschen Aufschriften bezahlt.

Die Gefertigten stellen die Fragen:

„1. Gedenkt die k. k. Regierung auch in Hinkunft nach dem bisherigen Systeme die sprachlichen Rechte der slowenischen Bevölkerung im Görzischen zu ignorieren und zu kränken?

2. Gedenkt die k. k. Regierung noch nicht die Tatsache zu achten, daß die deutsche Sprache in diesem unseren Lande keine landesübliche Sprache ist?

3. Will die k. k. Regierung die Gleichberechtigung beider Landessprachen auf die einzig und allein richtige Weise achten, daß sie die italienische Sprache nur in den italienischen Gegenden und für die Italiener — im slowenischen Teile aber die slowenische Sprache gebrauche?

4. Will die k. k. Regierung die Verfügung treffen, daß die k. k. Ämter und Behörden doch schon einmal aufhören, unsere slowenischen Ortschaften und Städte zu italienisieren, daß sie aufhören, jene Bestrebungen zu unterstützen, die sich mit dem Beweise abmühen, daß gewisse „italienischen Provinzen“ (Provincie italiane) bestehen, welche Italien vom österreichischen Joche erlösen müßte?“

Wien, 20. November 1917.

Demšar.	Dr. Rybář.
J. Biankini.	Dr. Korošec.
V. Hladnik.	Dr. Dulibić.
Dr. Jankovič.	Dr. Pogačnik.
Perić.	Gostinčar.
Dr. Laginja.	Fon.
Prodan.	Jarc.

1535
—
I

Interpellace

poslance Svobody a soudruhů na Jeho Excellenci pana ministra zeměbrany v záležitosti zacházení s českými domobranci u uherského 64. pěšího pluku.

Čeští domobranci přidělení uherským plukům stěžují si pravidelně na hrubé s nimi zacházení, zabíhající často až k nepřípustným a trestuhodným činům tělesného týrání. Zacházení s českými domobranci u maďarských pluků bude tvořiti velmi objemnou a velmi smutnou kapitolu domobraneckého života za války, s níž ještě blíže Jeho Excellenci pana ministra zeměbrany seznámíme.

U uherského 64. pluku, t. č. umístěného ve Vídni, jest stravování mužstva nedostatečné a nelze se tudíž diviti, že mnozí domobranci rozjíždějí se do svých domovů nebo ku svým známým opatřiti si potraviny, aby netrpěli hladem. Před krátkou dobou za podobným účelem rozjela se část mužstva z pochodového oddílu strojních pušek. Asi 38 mužů při zpětné cestě se opozdilo. Při návratu do ubikací byli pozatýkáni a uvězněni, potraviny z domu přivezené byly jim odebrány i s tlumoky a čtyři dni také hladovou torturou trestáni. Maďarský šikovatel Miko dovolil si mimo mnoha drzostí týrati trestem postížené domobrance fackováním a bitím holí. Mezi trestanými a týranými byli mnozí otcové rodin, jichž synové také již vykonávají obětí plnou válečnou službu domobraneckou. Také prádlo uvězněným uzmuto, takže jim zbylo jen to, co měli na sobě.

Podepsaní vznáší na Jeho Excellenci pana ministra zeměbrany dotaz:

„Je Vaše Excellence ochotna dáti vyšetřiti a zjistiti uvedené nepřístojnosti u 64. pěšího pluku a učiniti opatření, aby se českým domobrancům u tohoto pluku hrubostmi a týráním vojenský život neztrpčoval?“

Ve Vídni, 23. listopadu 1917.

Svoboda.

Haberman.	Modráček.
A. Němec.	Hybeš.
Filipínský.	Pik.
J. V. Stejskal.	K. Vaněk.
Bechyně.	Prokeš.
Tomášek.	Svěcený.
Jaroš.	Aust.
Hnátek.	Klička.
Biňovec.	Witt.

Authentische Übersetzung.

1535
I

Anfrage

des

Abgeordneten Svoboda und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung böhmischer Landsturmmänner beim ungarischen 64. Infanterieregiment.

Böhmische Landsturmmänner, die den ungarischen Regimentern zugeteilt sind, beschweren sich in der Regel über die grobe Behandlung, die häufig bis zu unzulässigen und strafwürdigen Taten der körperlichen Mißhandlung ausschreitet. Die Behandlung der böhmischen Landsturmmänner bei den magyarischen Regimentern wird ein sehr umfangreiches und sehr trauriges Kapitel des Landstürmerlebens im Kriege bilden, mit welchem wir Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung noch näher bekanntmachen werden.

Bei dem derzeit in Wien untergebrachten ungarischen Regimente Nr. 64 ist die Verköstigung der Mannschaft unzulänglich und es ist daher kein Wunder, daß manche Landsturmmänner in ihre Heimat oder zu ihren Bekannten fahren, um sich Nahrungsmittel zu beschaffen, damit sie nicht Hunger leiden. Vor kurzer Zeit fuhr ein Teil der Mannschaft der Maschinengewehr-Marschabteilung zu solchem Zweck auseinander. Ungefähr 38 Mann haben sich bei der Rückfahrt verspätet. Bei der Rückkehr in die Ubikationen wurden sie verhaftet und eingesperrt, die aus der Heimat gebrachten Nahrungsmittel wurden ihnen samt Rucksäcken abgenommen und durch vier Tage wurden sie auch mit Hungertortur bestraft. Der magyarische Feldwebel Miko erlaubte sich nebst vielen anderen Frechheiten die von der Strafe betroffenen Landsturmleute mit Ohrfeigen und Stockhieben zu mißhandeln. Unter den Bestraften und Mißhandelten befanden sich auch viele Familienväter, deren Söhne ebenfalls bereits den opferreichen Landsturmkriegsdienst verrichten. Auch die Wäsche wurde den Eingesperrten entwendet, so daß ihnen nur dasjenige geblieben ist, was sie anhatten.

Die Gefertigten richten an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung die

Anfrage:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, die angeführten Unzukömmlichkeiten beim 64. Infanterieregiment erheben und feststellen zu lassen und die Veranlassung zu treffen, daß den böhmischen Landsturmmännern bei diesem Regiment das militärische Leben nicht durch Grobheiten und Mißhandlungen verbittert werde?"

Wien, 23. November 1917.

Tomašek.	Svěcený.	Filipinský.	Svoboda.
Anšt.	Bechyně.	Svěcený.	Habermann.
Biňovec.	Klička.	Jaroš.	J. V. Stejskal.
Prokeš.	Witt.	Hybeš.	Hnátek.
Modráček.	Němec.	Pik.	K. Vaněk.

1536
I

Dotaz

poslance Josefa Šamalíka a soudruhů na Jeho Excellenci pana c. k. ministra zemské obrany pro šikanování a trestání vojínů, kteří konají své náboženské povinnosti.

O svátku Všech svatých bylo od velitelství zákopnické setniny čís. 4/2, polní pošta 297, rozkázáno udělati pořádek, a těm, kteří chtěli jíti na mši svatou, bylo rozkázáno vystoupiti a ohlásiti se. Od celé setniny vystoupilo asi 44 mužů. Když tito vojíni přišli z kostela, museli znova nastoupit a šikovatel nechal je za trest kopat jámy na smetí, jámy na lidské odpadky a mnoho jiné podobné práce. Na to ještě poručil, aby prý se těm „Kristovým vyvoleným" hledělo dostat více podobného zaměstnání, zvláště ve volném čase. Tak se zachází s vojíny v poli, když konají své náboženské povinnosti.

Podepsaní se táží:

„Co hodlá Vaše Excellence zařídíti, aby takové šikanování a trestání vojínů, kteří své náboženské povinnosti vykonávají, nebylo prováděno?"

Ve Vídni, 23. listopadu 1917.

F. Staněk. — Josef Šamalík.
Dr. Stojan. — Dr. Hruban.
Valoušek. — Krž.
Navrátil. — Janovec.
T. Mlčoch. — Měchura.

1536
―――
I

Anfrage

des

Abgeordneten Josef Šamalík und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Schikanierung und Bestrafung der ihren religiösen Pflichten nachgehenden Soldaten.

Am Allerheiligentag kam vom Kommando der Sappeurkompagnie Nr. 4/2, Feldpost 297, der Befehl, Ordnung zu machen, und denjenigen, die an der heiligen Messe teilnehmen wollten, wurde befohlen, vorzutreten und sich zu melden. Von der ganzen Kompagnie sind ungefähr 44 Mann vorgetreten. Als diese Soldaten aus der Kirche kamen, mußten sie neuerlich antreten und der Feldwebel ließ sie strafweise Mistgruben, Gruben für menschliche Abfälle graben und mehrere andere solche Arbeiten verrichten. Hierauf hatte er noch befohlen, daß man trachten solle, diesen „Auserwählten Christi" noch mehr solche Beschäftigungen, namentlich in freier Zeit zuzuweisen. So werden im Felde Soldaten behandelt, wenn sie ihren religiösen Pflichten nachgehen.

Die Gefertigten fragen:

Was gedenkt Eure Exzellenz zu veranlassen, damit solche Schikanierung und Bestrafung von Soldaten, welche ihren religiösen Pflichten nachgehen, nicht stattfinde?"

Wien, 23. November 1917.

Dr. Hruban.	Josef Šamalík.
Mlčoch.	Baloušek.
Krz.	Dr. Siojan.
Navrátil.	Měchura.
Staněk.	Janovec.

1537/I

Dotaz

poslanců Josefa Šamalíka, Fr. Navrátila a soudruhů na Jeho Excellenci pana c. k. ministra zemské obrany ve příčině udělování dovolených rolníkům, jichž hospodářství jsou zcela osiřelá, na polní práce.

Ve Vráhovicích u Prostějova zemřela rolníkovi Františkovi Dragounovi před osmi týdny manželka, zanechavše pět maličkých dítek: nejstarší 9 roků, nejmladší 8 měsíců. Na telegrafickou žádost dostal od svého pluku, velitelství k. u. k. Ettap. Mag. polní pošta 117, dovolenou; ještě však ani ženy nepochoval, přišel četník s příkazem, že má ihned narukovati. Neměl nikoho doma, kromě těch pět sirotků; v poli měla se kopati řepa a brambory. Když četníci hrozili mu násilným odvedením, nastoupil opět vojenskou službu. Dům a celé hospodářství musel uzavříti, děti a pak živý inventář hospodářský převésti musel do sousední obce ku stařičkým rodičům. Dům zůstal prázdný; polní úroda řepy a bramborů byla od cizích lidí rozkradena.

Vojín František Dragoun jest od počátku války v poli, v Karpatech v roce 1915 úplně omrzl, tak že dnes má zdraví zničeno, žena se mu přímo upracovala a zemřela a nyní má přijíti úplně o své hospodářství. Vzdor telegrafickým prosbám nebyla mu dovolená na polní práce povolena.

Podepsaní kladou dotaz:

„Hodlá Vaše Excellence příslušná opatření učiniti, aby v takových případech, jako je shora uvedený, c. a k. vojenská velitelství rolníkům - vojínům, potřebné dovolené blahovolně udělovala?“

Ve Vídni, 22. listopadu 1917.

Janovec.
Měchura.
Valoušek.
Dr. Stojan.
F. Staněk.

Jos. Šamalík.
Navrátil.
Dr. Hruban.
T. Mlčoch.
Krž.

Authentische Übersetzung.

1537
I

Anfrage

der

Abgeordneten Josef Šamalík, Fr. Navrátil und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Minister für Landesverteidigung, betreffend die Gewährung von Feldarbeitenurlauben an Landwirte, deren Wirtschaft ganz verwaist ist.

In Wrahowitz bei Proßnitz ist dem Landwirte Franz Dragoun vor acht Wochen die Frau gestorben unter Hinterlassung von fünf kleinen Kindern, von welchen das Älteste neun Jahre, das Jüngste acht Monate alt ist. Über telegraphisches Ansuchen bekam er von seinem Regimentskommando, k. u. k. Etappenmagazin, Feldpost 117, einen Urlaub; er hatte jedoch sein Weib noch gar nicht begraben, als ein Gendarm mit dem Auftrage kam, daß er sofort einzurücken habe. Er hatte niemanden zu Hause außer jene fünf Waisen; auf dem Felde sollten Rüben und Kartoffeln ausgegraben werden. Als ihm die Gendarmen mit zwangsweiser Abführung drohten, trat er den Militärdienst wieder an. Das Haus und die ganze Wirtschaft mußte er zusperren, die Kinder und das lebende Wirtschaftsinventar mußte er in die Nachbargemeinde zu den alten Eltern bringen. Das Haus blieb leer, die Rüben und die Kartoffeln auf dem Felde wurden von fremden Leuten gestohlen. Der Soldat Franz Dragoun steht seit Kriegsbeginn im Felde. In den Karpathen im Jahre 1915 ist er gänzlich umfroren, so daß heute seine Gesundheit ruiniert ist. Sein Weib hat sich direkt abgearbeitet und ist gestorben und jetzt soll er seine Wirtschaft gänzlich verlieren. Trotz telegraphischer Bitten wurde ihm nicht einmal für die Feldarbeiten ein Urlaub gewährt.

Die Gefertigten fragen:

„Gedenkt Eure Exzellenz entsprechende Maßnahmen zu treffen, damit in solchen Fällen, wie es der obangeführte Fall ist, die k. u. k. Militärkommanden den Landwirten-Soldaten die erforderlichen Urlaube wohlwollend gewähren?“

Wien, 22. November 1917.

Janovec.
Měchura.
Staněk.
Dr. Stojan.
Valoušek.

Jos. Šamalík.
Navrátil.
Dr. Hruban.
Mlčoch.
Krz.

1538
I.

Dotaz

poslance Josefa Šamalíka a soudruhů na Jeho Excellenci pana c. k. ministra zeměbrany ve příčině poškozování rolnictva na Moravě nesprávným odvažováním dobytka, odevzdávaného pro vojenský erár.

Při odvádění dobytka pro vojenský erár jeví se v mnoha okresích, zejména na Novoměstsku a Velkomeziříčsku, nepřístojnosti oproti rolnictvu, jevící se v tom, že rolníkům působeny srážky na váze dobytka, čímž tito jsou značně poškozováni.

Tak dne 10. listopadu t. r. odváděn byl rekvisiční cestou dobytek v Bystřici n. P., okres Nové Město. Po odvážení několika kusů shledalo se, že váha jest opřena kaménkem, a správně že neváží. Některý dobytek se převažoval po druhé, a tu se shledalo, že dobytek má mnohem vyšší váhu. Když se rolník pan B. Fiala z Rožné dostavil k váze, aby znova dobytek převážil, osopil se na něho pan nadporučík a beze vší příčiny mu srazil s váhy ještě 20 kg. Když byla kráva přece znova převážena, zjistilo se, že při prvním vážení bylo odváženo 380 kg, kdežto pri druhém vážení 410 kg. Tato značná srážka na váze, zaviněná chybným postavením váhy — nemá býti rolníkovi Fialovi přiznána k celkové váze dobytčete, jež bylo pod čís. 33 odesláno do pole. Rolnictvo si všeobecně naříká, že se s ním hrubě zachází, velké srážky na váze činí, ale že i nízké ceny stanoví, aniž by rolnictvu byla na jeho prosbu cena zlepšena. Prosby rolnického lidu o zvýšení ceny nebo zmenšení srážky nejsou vůbec v úvahu vzaty! Co prý se naváží a jaká cena se vyřkne, s tím prý se musí souhlasiti! Ženy rolnické se bojí ozvati, a některý ten rolník sproštěný také. Jak k tomu ale přijde rolnický lid v horských chudých krajích, aby byl při rekvisičním odběru dobytka pro vojenský erár takovým způsobem poškozován na váze i ceně dobytka?

Proto se táží podepsaní:

„Jest Vaší Excellenci známo, že se při rekvisičním odběru dobytka pro vojenský erár působí rolnickému lidu, hlavně na Novoměstsku a Velkomeziříčsku, značná škoda na váze a ceně dobytka?

Hodlá Vaše Excellence příslušné kroky učiniti, aby v této příčině náprava zjednána byla?“

Ve Vídni, 22. listopadu 1917.

Měchura.	Jos. Šamalík.
Janovec.	F. Staněk.
Dr. Stojan.	Valoušek.
Dr. Hruban.	Navrátil.
T. Mlčoch.	Krž.

Authentische Übersetzung.

1538
I

Anfrage

des

Abgeordneten Josef Šamalik und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Minister für Landesverteidigung, betreffend die Benachteiligung der Landwirte in Mähren durch unrichtiges Abwägen des für das Militärärar abgelieferten Viehes.

Bei der Viehablieferung für das Militärärar kommen in manchen Bezirken, namentlich in den Bezirken Neustadtl und Groß-Meseritsch, Unzukömmlichkeiten gegenüber den Landwirten in der Richtung vor, daß den Landwirten beim Vieh Gewichtsabzüge verursacht werden, wodurch diese namhaft benachteiligt erscheinen.

So wurde am 10. November l. J. in Bystritz a. P., Bezirk Neustadtl, Vieh im Requisitionswege abgeliefert. Nach Abwägen einiger Stücke wurde festgestellt, daß sich unter der Wage ein Stein befindet und dieselbe infolgedessen nicht richtig funktioniert. Manches Vieh wurde zum zweiten Male abgewogen und da fand man, daß es bedeutend mehr wiegt. Als der Landwirt, Herr V. Fiala aus Rožna, zur Wage kam, damit das Vieh neuerlich abgewogen werde, fuhr ihn der Herr Oberleutnant ohne Grund grob an und zog ihm ohne jede Ursache noch 20 Kilogramm vom Gewicht ab. Als die Kuh doch neuerlich abgewogen wurde, wurde festgestellt, daß die erste Abwägung 380 Kilogramm ergab, bei der zweiten Abwägung jedoch 410 Kilogramm konstatiert wurden. Dieser namhafte Gewichtsabzug, der durch schlechtes Aufstellen der Wage verschuldet wurde, soll dem Landwirte Fiala zu dem Gesamtgewichte des Viehstückes, welches sub Nr. 33 ins Feld abgeschickt wurde, nicht zugebilligt werden. Die Landwirte beklagen sich allgemein, daß man sie grob behandelt, große Gewichtsabzüge macht und daß auch niedrige Preise festgesetzt werden, ohne daß den Landwirten über ihre Bitte eine Preisaufbesserung zuerkannt würde. Die Bitten der Landwirte um Erhöhung des Preises oder Ermäßigung des Gewichtsabzuges werden überhaupt nicht in Erwägung gezogen! Was bei der Abwägung konstatiert wird und welcher Preis ausgesprochen wird, damit müsse man sich begnügen! Die Gattinnen der Landwirte fürchten sich, etwas einzuwenden, und irgendein enthobener Landwirt ebenfalls. Wie kommt jedoch die landwirtschaftliche Bevölkerung in armen Gebirgsgegenden dazu, daß sie bei der Viehabnahme im Requisitionswege für das Militärärar auf solche Weise an Gewicht und Preis des Viehes benachteiligt werde?

Deshalb fragen die Gefertigten:

„Ist Eurer Exzellenz bekannt, das bei der Viehabnahme im Requisitionswege für das Militärärar den Landwirten, namentlich in den Bezirken Neustadtl und Groß-Meseritsch ein bedeutender Schaden an Gewicht und Preis des Viehes zugefügt wird?

Gedenkt Eure Exzellenz die entsprechenden Schritte zu unternehmen, damit in dieser Hinsicht eine Remedur geschaffen werde?“

Wien, 22. November 1917.

Valoušek. Jos. Šamalik.
Dr. Hruban. Měchura.
Navrátil. Staněk.
Mlčoch. Dr. Stojan.
Krž. Janovec.

1539
———
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Witt, Staněk, Klofáč, Habermann und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten und an die Gesamtregierung in Angelegenheit der durch die ungarische Regierung für unsere Staatsbürger statuierten Einschränkungen beim Erwerbe von Grundbesitz in Ungarn.

Wie bereits aus den Zeitungen der Regierung bekannt sein dürfte, hat die königlich ungarische Regierung am 1. November d. J. eine Verordnung erlassen, der zufolge die Erwerbung von Grundeigentum in gewissen Komitaten von der Bewilligung der administrativen Behörden abhängig gemacht wird. Durch diese Verordnung, welche offenbar politische Tendenzen verfolgt, die sich mit den bisherigen geltenden Rechtsgrundsätzen nicht vereinbaren lassen, wird die gesetzlich garantierte Gleichstellung der beiderseitigen Staatsbürger zum offenbaren Nachteile der unsrigen in der flagrantesten Weise verletzt, indem diese Verordnung für unsere Staatsbürger Einschränkungen statuiert, die gegenüber den ungarischen Staatsbürgern in Österreich keine Geltung haben.

Die Interpellanten gestatten sich im Hinblicke auf dieses einseitige und willkürliche Vorgehen der ungarischen Regierung die nachstehenden Anfragen:

„1. Ist die oberwähnte Verordnung der Regierung bekannt?

2. Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Parität der österreichischen Staatsbürger beim Erwerbe von Grundbesitz in Ungarn zu schützen?“

Wien, 27. November 1917.

Dr. Zahradník.	Dr. Witt.
R. Malík.	F. Staněk.
Padour.	Klofáč.
Rozkošný.	Habermann.
Bradáč.	Tusar.
Rydlo.	F. Šubrt.
Měchura.	Špaček.
Dr. Viškovský.	Vacek.

1540

I

Anfrage

des

Abgeordneten Valoušek, Kadlčak und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ernährungsminister, betreffend die Requisitionen von Getreide, Kartoffeln und Futtermittel in Mähren und Schlesien.

Mähren und Schlesien haben in den verflossenen Kriegsjahren unverhältnismäßige Mengen an Lebensmittel und Futtermittel der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt. Dadurch wurden die Bewohner beider Länder übermäßig dieser notwendigsten Lebensbedürfnisse entblößt und zum Schlusse des Wirtschaftsjahres in eine Notlage gestellt, die hart an Hungersnot grenzte.

Durch ungemeine Dürre in diesem Jahre wurde alle Ernte sehr stark herabgemindert, Futtermittel sind fast ganz mißraten und der Jahresertrag aller Brotfrüchte und Futtermittel unter das Normale herabgedrückt. Ja, in vielen Gegenden ist eine nie bekannte Mißernte zu verzeichnen. Trotzdem aber werden in beiden so hart mitgenommenen Ländern die Requisitionen von Getreide, Kartoffeln, Kraut und Futtermitteln sowie Streu derart vorgenommen, daß allgemeine Not und Hunger zu erwarten sind.

Aus diesem Grunde stellen wir die Anfrage:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, in Mähren und Schlesien weitere Requisitionen einzustellen und dem Volke die Möglichkeit eines ersprießlichen Wirtschaftslebens zu ermöglichen?“

Wien, 27. November 1917.

Padour.
Samalík.
Srdínko.
Dr. Šubrt.
F. Němec.
Dr. Stojan.
Navrátil.
Mašata.
Kotlant.
Zdárský.

Valoušek.
Kadlčak.
Cech.
Vacek.
Pavlok.
Dr. Lukavský.
Rozkošný.
Kratochvil.
Okleštěk.
Dr. Hruban.

1541
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Waber, Richter, Dr. Schürff, Kemetter und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Eisenbahnminister, betreffend die Preise für Streckenkarten.

Im letzten Jahrzehnt haben viele in Wien Beschäftigte ihre Wohnung in die benachbarten Gemeinden Klosterneuburg, Kritzendorf, Langenzersdorf, Stockerau, Brunn, Mödling und auch in weiter gelegene Orte verlegt. Sie haben entweder Jahreswohnungen gemietet oder Einfamilienhäuser erworben, teilweise mit Unterstützung der Wohnungsfürsorgefonds des Staates. Nun hat das Eisenbahnministerium einschneidende Erhöhungen der Fuhrpreise durchgeführt und auch die Streckenkarten nicht ausgenommen.

Die in Wien beschäftigten Personen, die auswärts wohnen, trifft diese Erhöhung um so härter, als häufig zwei oder drei Familienangehörige in Wien ihrem Berufe nachgehen. Die Erhöhung der Preise für Streckenkarten zwingt die auf dem Lande Ansässigen, ihre Wohnung auf dem Lande aufzugeben und wieder in die Stadt zu ziehen, was vom Standpunkte der Wohnungsfürsorge und Gesundheitspflege gewiß zu bedauern ist, denn die schädliche Menschenanhäufung in der Großstadt wird gesteigert und überdies die bisherige Wohngemeinde geschädigt. Die Bürger aber, die sich im Vertrauen auf die Stetigkeit der Fahrpreise ein Familienhaus erworben haben, sehen ihren Besitz entwertet, sie werden geradezu gezwungen, ihn zu verschleudern und wieder in die Stadt zu ziehen.

Die Erhöhung der Preise für Streckenkarten wirkt also geradezu eigentumszerstörend. Getroffen sind dadurch hauptsächlich kleine Beamte und Lehrer, welche ihrem Beruf in Wien nachgehen und in den benachbarten Orten wegen der billigeren Mietzinse wohnen. Die Verlegung des Wohnortes nach Wien müßte aber die Wohnungsnot in Wien außerordentlich verschärfen und schwerwiegende Nachteile für die Gesundheit der großstädtischen Bevölkerung nach sich ziehen. Es handelt sich also um eine Frage, die nicht nur das Eisenbahnministerium, sondern auch das Ministerium für soziale Fürsorge, dem das Wohnungswesen unterstellt ist, und das Ministerium für Gesundheitspflege angeht. Die Mehreinnahmen, welche das Eisenbahnministerium durch die Erhöhung der Preise für Streckenkarten erreicht, stehen in gar keinem Verhältnis zu den Nachteilen, welche den betroffenen Familien aus dieser Verfügung des Eisenbahnministeriums erwachsen, und zu der Schädigung der öffentlichen Interessen in der Richtung der Wohnungsfürsorge und Gesundheitspflege. Der Staat muß alles daransetzen, die wünschenswerte Dezentralisation der Siedlung zu fördern.

Die Erhöhung der Preise der Streckenkarten hat mittelbar eine Verteuerung des Wohnens auf dem Lande zur Folge. Die Regierung aber hat es selbst für notwendig gefunden, einer Mietzinssteigerung durch das Mieterschutzgesetz entgegenzuwirken. Sie hat es aus berechtigter sozialer Rücksicht dem Hausbesitzer verwehrt, Mietzinssteigerungen vorzunehmen. Daraus ergibt sich aber mit zwingender Notwendigkeit, daß auch das Eisenbahnministerium sich nicht gegen den Geist des Mieterschutzgesetzes vergehen und die Verteuerung der Wohnungen durch Fahrpreiserhöhungen nicht herbeiführen darf. Was dem privaten Hausbesitzer verboten ist, darf eine staatliche Behörde nicht tun.

Die hier aufgeworfene Frage berührt also das Ressort des Ministers für soziale Fürsorge, des Ministers für Gesundheitspflege und des Justiz-

ministers. Die Gefertigten wünschen aber durchaus nicht alle in Betracht kommenden Minister mit dieser Frage zu beschäftigen und erwarten eine volle Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Gesichtspunkte von Seiner Exzellenz dem Herrn Eisenbahnminister, sie ersuchen um Mitteilung der Höhe der bisherigen Einnahmen der Staatsbahnverwaltung und der Südbahn aus dem Erlöse der in Rede stehenden Streckenkarten und sorgfältige Erwägung der Vor- und Nachteile der Preiserhöhung und stellen die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz der Herr Eisenbahnminister geneigt, jedwede Erhöhung der Fahrpreise der Streckenkarten von Wien und anderen Großgemeinden in die benachbarten Gemeinden zu unterlassen und die Preise, die vor dem Kriegsausbruche bestanden haben, wieder herzustellen?

Ist Seine Exzellenz auch geneigt, die Südbahndirektion zu der gleichen Maßnahme zu veranlassen?"

Wien, 27. November 1917.

Denk.	Dr. Waber.
Dr. Kofler.	Gustav Richter.
Kittinger.	Dr. Schürff.
Jesser.	Kemetter.
Wedra.	Hartl.
E. Marckhl.	Dr. Sylvester.
d'Elvert.	Beyer.
Dr. Lodgman.	Erb.
Held.	Kraft.
Dr. Dinghofer.	Dr. Erler.

1542
I

Dotaz

poslance Pokorného a soudruhů k Jejím Excellencím panům ministrům orby a výživy.

Letoší katastrofální sucho mělo za následek ve většině okresů Moravy zapoždění setí ozimého obilí, neboť nebylo možno pro tvrdost půdy tuto rozpracovati a ku setí připraviti.

Obilí, rež a pšenice do této na prach vyschlé půdy zaseté buďto vůbec nevzklíčilo aneb co vzklíčilo, pro nedostatek vláhy v půdě uschlo a vyhynulo.

Žalostný byl letos v krajích našich pohled na lány ozimým obilím oseté, neboť lány ty zely delší dobu prázdnotou a jen místy jsouce zelení protkané.

Až když ku konci října dostavivší se déšť oživil přírodu, pole zasetá počala se zelenati.

Leč radost rolníkova ze vzrůstu zasetého obilí dlouho netrvala, neboť svěží zeleň se zasetých lánů počala mizeti, nabývajíce prázdnota na nich netušených rozměrů, tak že nejen velká pásma na zasetých polích, nýbrž celé lány, dříve zelené, zmizely, a pole zůstalo jako po vymření černé.

Pátráno po příčině a brzy shledáno, že půda jest plna hmyzu, dosud v takovém nesmírném množství nevídaném, neboť letoší katastrofální sucho bylo vývinu hmyzu všelikého velmi příznivo. V tuto chvíli jest již na střední Moravě na 50 procent zasetých pozemků ozimým obilím neobyčejně poškozeno a dokonce zničeno a potrvá-li na dále mírné počasí, může zmizeti osení v mnohých okresích úplně.

V dobách mírových rolník navštíven takovou pohromou byl by si rady a pomoci věděl, neboť byl by vyhledal jiný pozemek, na nimž aneb v sousedství jeho by se přesvědčil, že hmyz se v takém množství nenachází, a zasel by do půdy té nové osivo, v důvěře, že snad alespoň zde se zdaří. Vždyť rolník ve svém žití zažil mnohých jobových rán, nemálomyslněl, pracoval dál v naději, že se dočká zase požehnané žně.

Hrůzy válečné zavinily, že hospodářství dnes bez hospodáře, bez potřebného obilí k druhému osetí, a při rekvisicích, které se dnes po venkově provádějí, dle instrukcí na Moravě vydaných, dle § 11, lit. A, při vypočítávání osiva mají býti v úvahu brány jen ony plochy, jež mají býti na jaře 1918 obdělány, a pakli by nastaly případy, že by výrobce tvrdil, že potřebuje ještě osivo pro setbu podzimní 1917, že je třeba jej odkázati s nárokem na politický úřad (soupisného komisaře).

Jak ustanovení tomuto rozuměti, vysvětluje nařízení pozdější moravským místodržitelstvím vydané, které před započetím nynějších rekvisic bylo soupisným komisařům v instrukčních kursech sděleno, kde se uvádí, že v oněch případech, kde by rolnictvo při soupisu zásob obilí, přes množství osiva pro jaro 1918 ponechané, ještě další množství obilí, na příklad ku osetí špatně přezimovaných pšenic a rži, které snad budou se museti zaorati, požadovalo, aby ku žádostem těmto žádný zřetel brán nebyl, jelikož nejvyšší míra osiva pro jarní setbu 1918 ponechaného poskytuje prý možnost, úsporami potřebné osivo pro vyhynulé obilí si opatřiti.

Po zkušenostech z minulého roku a letošího roku, kde stejně nepromyšleně bylo na osivo rolnictva sáhnuto a jemu kvota osiva byla více jak o 10 procent ztenčena, což byla také jedna z příčin, která zavinila slabší sklizeň, poškozen nejen výrobce, zemědělec, nýbrž i obyvatelstvo tohoto státu na výsledek žní odkázané. Což nemohou pochopiti vládní orgány, které dnes rolnictvu pokyny a rady dávají, že půda za války čím dál více se ochuzuje, neboť nedostává se jí

hnoje jak minerálního tak animálního, ani dobré přípravy, tak že vzklíčené zrní neobnoží a tudíž nutno, chceme-li více klasů, více zrní do půdy vložiti.

Proto se tážeme:

„1. Jsou Vašim Excellencím události tyto známy?“

2. Jsou Vaše Excellence ochotny dáti na Moravě škody hmyzem způsobené bezodkladně vyšetřiti a místodržitelství moravskému poručiti a prostřednictvím téhož nařídíti c. k. hejtmanstvím, aby v oněch okresích, kde škody letos hmyzem byly způsobený, u příležitosti nyní prováděných soupisů zásob obilí další osivo pro druhé osetí bylo rolnictvu ponecháno a tím k zabezpečení jistější sklizně příští byly přípravy učiněny?“

Ve Vídni, 22. listopadu 1917.

Vacek.	J. V. Pokorný.
Kalina.	Antonín Rýdlo.
Prunar.	Konečný.
Stránský.	Votruba.
Kulich.	Paďour.
Malík.	Mašata.
Feltl.	Krž.
Hyrš.	Dr. Zahradník.
F. Staněk.	Kotlant.
Jos. Švejk.	Mlčoch.
Okleštěk.	Smrček.

Authentische Übersetzung.

1542
I

Anfrage

des

Abgeordneten Pokorný und Genossen an Ihre Exzellenzen den Herrn Ackerbauminister und den Herrn Minister für Volksernährung.

Die heurige katastrophale Dürre hatte in der Mehrzahl der Bezirke Mährens eine Verspätung des Herbstgetreideanbaues zur Folge, denn es war infolge der Bodenhärte nicht möglich, den Boden zu bearbeiten und für den Anbau vorzubereiten.

Das Getreide, Korn und Weizen, welches in diesen staubtrockenen Boden gesät wurde, ist entweder überhaupt nicht aufgegangen oder, wenn es aufgegangen ist, infolge Feuchtigkeitsmangels eingetrocknet und zugrunde gegangen. Die mit Herbstgetreide besäten Felder gewährten heuer in unseren Gegenden einen traurigen Anblick, denn sie waren durch längere Zeit ganz leer und nur stellenweise zeigten sie grüne Stellen.

Erst als Ende Oktober infolge des eingetretenen Regens die Natur wieder zum Leben erwachte, begannen die angebauten Felder grün zu werden. Doch die Freude des Landwirtes an dem Aufgehen des gesäten Getreides dauerte nicht lange, denn bald begann das frische Grün von den bebauten Feldern zu schwinden und es breitete sich auf denselben in unverhofftem Ausmaß eine Leere aus, so daß nicht nur große Streifen auf den bebauten Feldern, sondern ganze Felder, die früher grün waren, verschwanden und wie nach Absterben schwarz blieben.

Man forschte nach der Ursache und machte bald die Wahrnehmung, daß der Boden voll Ungeziefer ist — in einer ungeheuren, nie dagewesenen Menge —, denn die heurige katastrophale Dürre war für die Entwicklung von Ungeziefer jeder Art sehr günstig. Gegenwärtig sind im mittleren Teile Mährens bereits gegen 50 Prozent der mit Herbstgetreide angebauten Felder außerordentlich geschädigt, ja sogar vernichtet und, wenn die milde Witterung weiter anhält, kann die Saat in manchen Bezirken gänzlich verschwinden.

In Friedenszeiten hätte der von solcher Katastrophe heimgesuchte Landwirt schon Rat und Hilfe gefunden, denn er hätte ein anderes Grundstück ausgesucht, bei welchem oder in dessen Nachbarschaft er die Überzeugung gewonnen hätte, daß das Ungeziefer dort nicht in solcher Menge vorkommt und hätte in diesen neuen Boden das Getreide gesät in der Hoffnung, daß es wenigstens hier gedeihen wird, denn der Landwirt hat in seinem Leben mehrere Hiobsschläge durchgemacht, er wurde nicht kleinmütig, sondern arbeitete in der Hoffnung weiter, daß er wieder eine gesegnete Ernte erleben wird.

Die Kriegsschrecken haben es verschuldet, daß die Landwirtschaft heutzutage ohne Landwirt, ohne das zur zweiten Aussaat notwendige Getreide dasteht, und bei den gegenwärtig auf dem Lande stattfindenden Requisitionen sollen nach den für Mähren erlassenen Instruktionen nach § 11, lit. A, bei der Berechnung von Saatgut nur jene Flächen in Betracht gezogen werden, welche im Frühjahr 1918 bebaut werden sollen und, falls sich Fälle ereignen sollten, daß der Produzent behaupten würde, daß er noch Saatgut für Herbstaussaat 1917 benötige, soll er mit seinem Anspruch an die politische Behörde (den Aufnahmskommissär) verwiesen werden.

Wie man diese Bestimmung aufzufassen hat, erklärt die spätere, von der mährischen Statthalterei erlassene Verordnung, welche vor Beginn der gegenwärtigen Requisitionen den Aufnahmskommissären

in den Instruktionskursen mitgeteilt wurde, wo es heißt, daß in jenen Fällen, wo die Landwirte bei der Aufnahme der Getreidevorräte nebst der für das Frühjahr 1918 belassenen Saatgutmenge noch eine weitere Getreidemenge, zum Beispiel zum Wiederanbau schlecht überwinterter Weizen- und Kornsaat, die vielleicht eingeackert werden muß, verlangen möchten, auf diese Gesuche keine Rücksicht zu nehmen sei, weil die für den Frühjahrsanbau 1918 belassene Höchstmenge von Saatgut die Möglichkeit biete, sich das notwendige Saatgut für das zugrunde gegangene Getreide durch Ersparnisse zu beschaffen.

Nach den Erfahrungen aus dem Vorjahre und dem heurigen Jahre, wo ebenso unbedacht das Saatgut der Landwirte angegriffen und denselben die Saatgutquote um mehr als zehn Prozent restringiert wurde, was auch eine der Ursachen bildete, welche die schwächere Ernte verschuldeten, wurde nicht nur der Produzent, Landwirt, sondern auch die Bevölkerung dieses Staates, die auf das Ernteerträgnis angewiesen ist, benachteiligt. Können denn die Regierungsorgane, die heutzutage den Landwirten Weisungen und Ratschläge erteilen, es nicht begreifen, daß der Boden während des Krieges immer mehr und mehr an seiner Ertragfähigkeit einbüßt, denn es wird ihm weder mineralischer noch animalischer Dünger, noch eine gründliche Bearbeitung zuteil, so daß sich das aufgegangene Getreidekorn nicht vermehrt und man daher, wenn man mehr Ähren haben will, mehr Körner in den Boden einlegen muß?

Deshalb fragen wir:

„1. Sind diese Begebenheiten Euren Exzellenzen bekannt?

2. Sind Eure Exzellenzen bereit, den in Mähren durch Ungeziefer verursachten Schaden unverzüglich erheben zu lassen und die mährische Statthalterei anzuweisen und im Wege derselben die k. k. Bezirkshauptmannschaften zu beauftragen, daß in jenen Bezirken, wo heuer Schäden durch Ungeziefer verursacht wurden, gelegentlich der gegenwärtig stattfindenden Aufnahmen der Getreidevorräte weiteres Saatgut für die zweite Aussaat den Landwirten belassen werde und dadurch Vorbereitungen zur Sicherstellung einer zuverlässigeren künftigen Ernte getroffen werden?"

Wien, 22. November 1917.

Otleštěk.	Pokorny.
Malik.	Dr. Zahradník.
Mlčoch.	Kotlant.
F. Staněk.	Kulich.
Hyrš.	Kalina.
Feltl.	Prunar.
Šmrček.	Svěcený.
Padour.	Votruba.
Mašata.	Vacek.
Ant. Rýdlo.	Stránský.
Krz.	Jos. Švejk.

1543

I.

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Alfred v. Halban und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Minister des Innern und an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Minister für Galizien, betreffend die ganz unzureichende Bekämpfung infektiöser Krankheiten im allgemeinen und insbesondere der Syphilis im Kronlande Galizien.

Schon vor Ausbruch des Krieges klagte die öffentliche Meinung über die seit jeher unzulänglichen Maßregeln gegen die in Galizien herrschenden infektiösen Krankheiten, die geradezu bodenständig wurden. Die zum Teil aus den benachbarten russischen Gebieten trotz peinlichster Grenzkontrolle sich einschleichenden Epidemien fanden staatlicherseits nur fallweise die erforderliche Bekämpfung, die aber auch dann nur den Charakter eines Notkampfes annahm. An Vorbeugung wurde kaum gedacht. Während in den glücklicher gelegenen westlichen Kronländern schon im vorhinein für den oft unwahrscheinlichen Fall des Ausbruches einer Epidemie reichlich vorgesorgt wurde, beschränkte sich in Galizien der Staat auf die augenblicklich allernotwendigsten Vorkehrungen. Dies geschieht auch jetzt. Denn auch während des Krieges wurden nur die westlichen Kronländer mit Spitälern für den Epidemiefall, mit dem nötigen Sanitätsmaterial usw. ausgestattet, in Galizien aber, wo tatsächlich Epidemien auftraten, überließ man den Kampf der Fürsorge des Roten Kreuzes und dem guten Willen der Armee. Dadurch gewannen die westlichen Kronländer, ohne den Epidemien einen Todestribut geleistet zu haben, die zeitgemäß gewünschte Ausgestaltung ihrer Sanitätseinrichtungen, die wir ihnen gewiß herzlich gönnen; Galizien aber, dessen vielgeprüfte Bevölkerung nebst allen Kriegsleiden auch Epidemien zu überstehen hat, ist gänzlich unberücksichtigt geblieben. Dafür hat man dem Lande den größten Teil seiner Ärzte entzogen, die meisten brauchbaren Gebäude militärisch beschlagnahmt und somit jede planvolle Aktion in einer Verzweiflung erregenden Weise unmöglich gemacht. Hilflos und hoffnungslos sieht die Bevölkerung ihrem weiteren Schicksal entgegen!

Besonders traurig ist die eklatante Vernachlässigung auf dem Gebiete der Syphilis, die schon vor dem Kriege in den östlichen Karpathen in bedrohendster Weise auftrat, seither aber natürlich einen katastrophalen Umfang angenommen hat. War schon vorher das Mißverhältnis zwischen Gefahr und Abwehr ein sehr betrübendes, so hat es sich während des Krieges in einer alle Befürchtungen übersteigenden Weise vergrößert.

Die k. k. Regierung hat ja im allgemeinen dieses furchtbare Übel nicht unterschätzt, ihre Fürsorge aber nicht auf Galizien ausgedehnt. Wohl wurde der am 5. November 1915 an die niederösterreichische Statthalterei erflossene Erlaß (15357/5) allen Landesstellen, mithin auch der k. k. galizischen Statthalterei mitgeteilt, aber die Wünsche und Ratschläge aller von der Statthalterei einvernommenen Enqueten, alle im Statthaltereiberichte vom 4. Juli 1916, Z. 126005, gemachten Vorschläge, blieben erfolglos.

Es wurde weder der von der Statthalterei beantragte bescheidene Kredit von 2,000.000 K bewilligt noch irgendeine andere der Vorgeschlagenen Maßregeln ergriffen. Nicht einmal die im eigenen Interesse des Ärars liegende Rettung der im Verfall begriffenen neuen Klinik in Lemberg

wurde besorgt; dieses mit einem Aufwande von 800.000 K aufgeführte Gebäude, dessen Heizanlagen während der russischen Invasion Schaden gelitten hatten, wird nicht instand gesetzt, ist also unbenützbar und leidet durch die Verwahrlosung steigenden Schaden. Natürlich ist auch kein entsprechendes neues Spital geschaffen, es sind nicht einmal die zahlreich notwendigen Ambulatorien und Dispensatorien errichtet worden.

Nachdem die Unterzeichneten unmöglich annehmen können, daß die gegenwärtige Regierung Zustände billigen könnte, die ihrem sozialpolitischen Fürsorgeprogramme gänzlich widersprechen, die Bevölkerung Galiziens dem Verderben aussetzen, aber auch dem Staate zum Schaden und zur Unehre gereichen, sehen sie sich verpflichtet, zu fragen:

„1. Ist der k. k. Regierung der Mangel entsprechender Vorkehrungen gegen die Ausbreitung infektiöser Krankheiten in Galizien bekannt?

2. Ist der k. k. Regierung der Umfang der syphilitischen Verheerung in Galizien bekannt?

3. Wann gedenkt die k. k. Regierung das von der k. k. Statthalterei und dem Landesausschusse vorgelegte Material und die betreffenden Anträge zu würdigen?

4. Wann gedenkt die k. k. Regierung die nötigen Mittel zu bewilligen und die erforderlichen ärztlichen Kräfte zu sichern?"

Halban.
Kedzior. German.
Londzin. Götz.
Serwatowski, Godek.
Skarbek. Steslowicz
Edmund Zieleniewski. Bojko.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

Anhang.

Anfragen.

1544
―――
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. v. Baechlé und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister, betreffend den Tabakmangel.

Die tatsächlich herrschende Tabaknot läßt den
rechtigten Schluß zu, daß dieselbe — entgegen
n offiziellen Beteuerungen der k. k. Tabakregie —
eniger im Verteilungsmodus als vielmehr in der
rosselung der Erzeugung ihren letzten Grund hat.

Die fiskalische Ausnutzung des Luxuskonsums
t unzweifelhaft ihre volle Berechtigung. Doch ist
r Tabakgenuß nur für den kleineren Teil der
nsumenten als Luxus zu betrachten, dem über-
egenden Teil derselben bildet der Tabakgenuß ein
echtes Bedürfnis, und das Verlangen auf die
friedigung desselben zu verzichten, ist derzeit
m so unberechtigter, als gerade der Tabak über die
wersten Nahrungssorgen hinwegzutäuschen und so
s Durchhalten zu erleichtern vermag.

Wenn also schon die gewaltige Teuerung der
bakfabrikate den ernstesten Bedenken begegnet, so ist die Sperrung der Grenze bezüglich der Einfuhr von Rohtabak als einem notwendigen Bedarfsartikel auch aus valutarischen Gründen eine volkswirtschaftlich unhaltbare Maßnahme. Ebenso unverständlich ist die Drosselung des Tabakanbaues im Inlande, die durch unverhältnismäßig gedrückte Preise hervorgerufen werden muß.

Die Gefertigten stellen daher an den Herrn Finanzminister die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz bereit zu veranlassen, daß die Tabakregie einerseits günstige Tabakeinkaufsgelegenheiten im verbündeten und neutralen Ausland ehemöglichst effektuiert und andrerseits für einheimischen Rohtabak angemessene Preise zahlt?"

Wien, 28. November 1917.

Eisterer.	Dr. Josef v. Baechlé.
Rogendorfer.	Loser.
Kreilmeier.	Roggler.
Alois Brandl.	Perwein.
Schweiger.	Johann Tomaschitz.

1545
―――
I

Anfrage

des

Abgeordneten Ladislaus Čech und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Generalmajor Höfer, k. k. Minister und Vorstand des k. k. Amtes für Volksernährung, betreffs der unverhältnismäßig niedrig angesetzten Richtpreise für böhmische Weine.

Die Zentral-Preisprüfungs-Kommission in Wien hat mit Beschluß vom 8. November d. J. für die Mittelweine die nachstehenden Richtpreise festgesetzt:

Für Weine böhmischer Herkunft beim Erzeuger ab Erzeugerkeller pro Hektoliter 300 K.

Für Weine Tiroler und österreichischer Herkunft ab Erzeugerkeller pro Hektoliter ebenfalls 300 K.

Aus diesen Richtpreisen ist es evident, daß ein Kenner der böhmischen Weinbauverhältnisse bei dieser Richtpreisbestimmung in der Kommission nicht zugegen war.

Der Durchschnittspreis der böhmischen Weine im Frieden war für die billigsten Marken (also Mittelweine) immer mindestens 200 K pro 100 Liter. Der Durchschnittspreis für Mittelweine österreichischer und Tiroler Herkunft, wenn hoch bemessen, 60 K pro 100 Liter.

Steigt nun der Richtpreis für die Weine österreichischer und Tiroler Provenienz gleich um 500 Prozent gegenüber dem Durchschnittspreis der Mittelweine im Frieden, warum sollen die Weinbauer des Königreiches Böhmen so stiefmütterlich behandelt werden und ihre Weinpreise nur um 50 Prozent erhöht werden?

Der gerechte Richtpreis für die Mittelweine böhmischer Herkunft sollte ebenfalls erheblich höher sein als der Friedenspreis und mindestens 700 K pro 100 Liter betragen, obzwar nach dem Maßstabe der Preiserhöhung der österreichischen Mittelweine, das ist um 500 Prozent, der erhöhte Preis für die böhmischen Weine 1000 K pro 100 Liter betragen sollte.

Daß die Weinpreise der böhmischen Weine erheblich höher sein müssen, als die der anderen Weinbauländer, zum Beispiel Tirol, folgt aus folgenden Gründen: Die höhere geographische Breite der böhmischen Weinbauzone bedingt einen sehr ungleichmäßigen Ertrag der Weinberge. Die Winter- und Frühjahrsfröste machen die Erträge sehr unsicher.

Aus diesen Gründen empfiehlt sich in Böhmen kein Quantitätsbau, sondern es werden nur Rebensorten gepflanzt, die ausgesprochene Qualitätsweine geben. Wie nun allgemein bekannt ist, gibt der blaue Burgunder, der Riesling, Traminer, Sylvaner und Ruländer einen sehr guten Wein, aber verhältnismäßig sehr wenig und diese wenig tragenden Sorten werden in Böhmen fast ausschließlich gebaut.

Die beiden letzten Jahrgänge waren im Ertrage besonders schwach, im Jahre 1916 wurde die Ernte durch die Pilze, Peronospora und Oidium fast gänzlich vernichtet, im Jahre 1917 vernichteten wieder Winterfröste (in Melnik bis zu 22 Grad Reaumur) die ganze Hoffnung auf eine Mittelernte.

Eine genaue Berechnung der Kosten eines Hektoliter Weines betrug zum Beispiel bei der fürstlich v. Lobkowiczschen Weinbaudomäne in Melnik im Jahre 1916 636 K, auf dem gew. gräflich Sylva-Taroucaschen Weingut in Czernosek 800 K pro Hektoliter.

Der Erzeugungspreis von 100 Liter Wein im Jahre 1917 wird infolge des sehr kleinen Ertrages und der großen Spesen noch viel höher sein.

Der beste Beweis dafür ist der nie dagewesene diesjährige Preis für Keltertrauben.

In der Melniker Gegend zahlte man in der Friedenszeit 80 bis 100 K für 100 Kilogramm Keltertrauben; im Jahre 1917 420 bis 500 K

Berechnet man bei diesen kleinbeerigen Sorten 60 Liter Wein auf 100 Kilogramm Trauben, so kosten heuer 100 Liter Jungwein 700 bis 800 K und der Richtpreis für die in Böhmen erzeugten Weine ist 300 K.

Es könnte infolgedessen kein Produzent seinen Wein ohne Schaden verkaufen, ohne in steter Angst zu sein, wegen Preistreiberei angeklagt zu werden.

Die Wahrheit dieser Angaben wird am besten der Fachreferent über Weinbau im k. k. Ackerbauministerium, Herr Hofrat v. Portele, dem die Weinbauverhältnisse Böhmens sehr gut bekannt sind — bezeugen können.

„Aus diesem Grunde erheben wir an Eure Exzellenz die höfliche Anfrage, ob Eure Exzellenz bereit sei, dahinzuwirken, daß für die in Böhmen produzierten Weine von der Zentral-Preisprüfungs-Kommission ein neuer erhöhter Richtpreis gerechterweise festgesetzt wird."

Vodňanský. Lad. Čech.
Dr. Ed. Koerner. Kratochvíl.
Maštálka. Dr. E. Formánek.
Hrásky. Dr. Šubrt.
Dr. Lukavský. Franta.
Dr. Fiedler. Dr. Baxa.
Dr. Tobolka. Funk.

1546
I

Anfrage

des

Abgeordneten Karel Exner und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffs Mißhandlung des Landsturmmannes Otto Wachek bei der k. u. k. Scheinwerferkompagnie Nr. 15, Scheinwerferzug Nr. 10, k. u. k. Feldpost 618, durch den Leutnant Vámosz.

Donnerstag, den 25. Oktober d. J., ist der oben genannte Landsturmmann Otto Wachek am Posten gestanden von 12 Uhr nachts bis 6 Uhr früh. Er hatte sich verkühlt. Abends des folgenden Tages kam die Inspektion und es wurde ihm befohlen, in der kommenden Nacht um 1/24 Uhr in voller Rüstung bereit zu sein. Er meldete jedoch, daß er krank ist, da er sich durch Verkühlung Magen- und Darmschmerzen und starken Durchfall zugezogen hat. Es wurde ihm jedoch trotzdem befohlen, sich zur angegebenen Stunde bereitzuhalten. Um 3 Uhr nachts wurde Wachek geweckt. Er ging jedoch ohne Rüstung herunter und meldete dem Leutnant Vámosz, daß er marod ist. Leutnant Vámosz befahl jedoch, daß Wachek gehen muß. Darauf ging Wachek sich die nötigen Sachen zu holen. Da er nicht genug rasch zur Stelle war, wozu er einen dringenden Grund vermöge seines Zustandes hatte, wurde er, als er kam, sofort zum Leutnant Vámosz gerufen und von demselben grundlos geschlagen. Leutnant Vámosz schlug den vor ihm ruhig stehenden Wachek nicht nur mit der Reitpeitsche dreimal über den Kopf und zweimal ins Gesicht, sondern er versetzte ihm auch zwei Ohrfeigen und schoß sogar in blinder Wut auf denselben, glücklicherweise ohne zu treffen. Dieser Vorfall wird durch anwesende Zeugen bestätigt!

Dann ließ Leutnant Vámosz den Wachek in Arrest abführen.

Wachek meldete sich krank und wurde zur Marodenvisite geführt unter Aufsicht eines Postens, dem ein Zettel des Leutnants Vámosz mitgegeben wurde. Da der Regimentsarzt nicht zugegen war, wurde Wachek ins Feldspital Nr. 1305 geführt. Der dortige Arzt übernahm den Zettel, untersuchte den Wachek gründlich, konstatierte Darmkatarrh, Kontusion des Kopfes und Gesichtes und schrieb: Dienstfrei.

Nach der Rückkehr diktierte Leutnant Vámosz dem Wachek 10 Tage Arrest, verschärft durch 2 Fasttage. Ein Feldwebel machte jedoch den Leutnant Vámosz aufmerksam auf den ärztlichen Befund und daß der Wachek nicht eingesperrt werden kann und sagte auch, daß Wachek sich zum Divisionsrapport gemeldet hat. Darauf rief Leutnant Vámosz den Wachek zu sich in die Offiziersmesse und forderte ihn dort auf, ihm zu zeigen, wo er ihn geschlagen hat.

Soweit die Tatsache.

Da der Divisionsrapport auf sich lange warten läßt und daraus hervorgeht, daß die Tendenz besteht, diese Sache zu vertuschen, wenden sich die Unterfertigten an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, welcher dem Hause das Versprechen gab, daß er gewissenhaft und unnachsichtlich alle solchen Übergriffe und Mißhandlungen der Soldaten durch die Offiziere strenge ahnden wird, mit der Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz bereit, diesen hier angeführten Fall sofort untersuchen zu lassen und Leutnant Vámosz für seine unmenschliche Behandlung, der beinahe ein Menschenleben unnütz nur aus blinder Wut zum Opfer gefallen wäre, der gerechten Strafe zuzuführen?"

Wien, 27. November 1917.

		A. Konečný.	Karel Exner.
Dr. Šubrt.	Dr. Baxa.	Vodňanský.	Bradáč.
C. J. Lisý.	Dr. Ot. Hübschmann.	Votruba.	Dr. Franta.

1547
I

Anfrage

der

Abgeordneten Gregor Kletzenbauer, Wagner und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Enthebung von Landwirten vom Landsturm-, beziehungsweise Militärdienste.

Das in der Geschichte einzig dastehende Völkerringen hat uns so recht vor Augen geführt, daß die Landwirtschaft die Grundfeste des Staates ist.

Mit den Waffen sind wir nicht zu besiegen, dies zu betonen, hieße Eulen nach Athen tragen, dafür bürgen uns unsere genialen, weltberühmten und unbesiegbaren Schlachtenlenker, unsere über alles Lob erhabenen Helden an der Front und unsere militärische und finanzielle Kriegswirtschaft.

Die einzige Art, wie wir geschlagen werden könnten, ist die der Aushungerung, beziehungsweise Erschöpfung der Widerstandskraft von Mensch und Tier und die daraus sich folgernde Zerrüttung des Ordnungssinnes der Völker. Es nützt nichts, die Tatsache zu verschleiern, daß wir einen großen Mangel an Lebensmittel haben. Wir sind ja nicht schuld daran. Österreich wird erst dann mächtig und unbesiegbar dastehen, wenn es imstande ist, sein Heer und Volk ordentlich zu ernähren und die notwendigen Lebensmitteln aus eigener Kraft und auf eigenem Boden zu erzeugen. Der Bestand unserer Monarchie ist daher auf das innigste verknüpft mit der Produktion ihrer heimischen Landwirtschaft. Es muß die erste Sorge des Staates und aller maßgebenden Faktoren sein, die Landwirtschaft mit allen verfügbaren Mitteln zu unterstützen und zu fördern. Zur Sicherung des Bestandes der Monarchie und zur Erhaltung und Stärkung ihrer Macht darf kein Mittel unversucht bleiben, welches zur Versorgung unseres Heeres und der Zivilbevölkerung mit dem notwendigen Brotgetreide durch eigene Erzeugung beizutragen imstande ist.

Welch ausschlaggebende Bedeutung eine tunlichst ungehemmte und ungestörte Aufrechterhaltung und Steigerung der Produktion eines jeden landwirtschaftlichen Betriebes für die Kriegführung hat, ist längst jedem aufrichtigen Österreicher klar.

Die Gefertigten sind vollkommen überzeugt, daß Eure Exzellenz aufrichtig und ernsthaft bestrebt sind, die Landwirtschaft in jeder Weise zu unterstützen.

Doch der Verwirklichung Ihrer Bestrebungen, durch Ihre Ihnen unterstellten Organe zuzusehen, tut einem Österreicher wirklich weh. Mit dem jetzigen System der Enthebung von Landwirten vom Landsturm-, beziehungsweise Militärdienst muß gebrochen werden. Wenn es nicht geschieht, wird sich dieser Umstand furchtbar rächen. Die Unterzeichneten warnen als aufrichtige Patrioten Eure Exzellenz auf das entschiedenste, dieses System länger zu dulden.

Nur einige Illustrationen zu diesem verwerflichen System. Was soll man dazu sagen, wenn viele Landwirte, welche in ihren Betrieben unentbehrlich und unersetzlich sind, vor einigen Tagen von der Enthebungsgruppe IV durch die k. k. Bezirkshauptmannschaften Entscheidungen zugestellt bekamen, wonach sie bis 30. November, beziehungsweise 31. Dezember 1917 mit Endtermin enthoben

sind? Jetzt, wo die Druscharbeiten mit aller Kraft einsetzen sollen, soll der Leiter und zugleich die einzige männliche Arbeitskraft vom Betriebe weggerissen werden? Hat denn die k. u. k. Heeresverwaltung nicht ein vehementes Interesse daran, daß unsere Soldaten an der Front und ihre Angehörigen im Hinterland mit Brot versorgt werden? Man erwäge doch die Schwierigkeiten bezüglich der Versorgung der Bevölkerung, insbesondere der Zweimillionenstadt Wien mit Mehl!

Oder glaubt man, es gäbe in einem Bauernhause jetzt und in der kommenden Jahreszeit keine Arbeiten? Die Unterzeichneten werden einmal die wichtigsten Arbeiten eines Landwirtes in den Wintermonaten skizzieren; nachstehend angeführte Arbeiten sind ja zum Teil schon wieder das unbedingt notwendige Fundament zur Sicherung der Aufrechterhaltung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion für das nächste Erntejahr und zur Sicherung der Approvisionierung des Heeres und Volkes. Nach Beendigung der landwirtschaftlichen Hochkonjunktur außer dem Hause beginnt jetzt die landwirtschaftliche Hochkonjunktur im Hause und der Durchführung folgender Arbeiten:

a) Die so überaus dringenden Druscharbeiten;
b) die tägliche Zubereitung des Futters für den gesamten Viehstand und die täglich dreimalige Fütterung der Rinder, Pferde und Schweine;
c) die Sorge und Aufsicht über die lagernden Getreide-, Kartoffel- und Futtermengen;
d) der Abtransport der für die Heeresverwaltung und die Allgemeinheit behördlich aufgekauften Getreide-, Kartoffel-, Stroh-, Heu- und Viehmengen zu leider oft mehrere Stunden weit entlegenen nächsten Bahnstationen;
e) die Reparaturen der Wirtschaftsgeräte, Wagen und der den Betrieb dienenden und denselben sichernden baulichen Anlagen;
f) die jetzt so dringenden Ausbesserungsarbeiten der Dächer überhaupt, hervorgerufen durch einen am 25. d. M. wütenden Orkan und die Aufräumungsarbeiten in der durch diesen Orkan beschädigten Waldgebieten:
g) besondere Fälle der Viehzucht wie das Abkalben und das Abfohlen, verlangen die Anwesenheit eines kräftigen und fachkundigen Landwirtes. Zur Durchführung der spezifizierten Arbeiten gehört doch mindestens eine männliche Arbeitskraft, welche die Wirtschaft individuell behandeln kann; also die besonderen Eigenheiten der Wirtschaft gut kennt.

Auf all dies wird bei der Durchführung der jetzigen Enthebungen der Landwirte leider keine Rücksicht genommen.

Müßten die mit Endtermin enthobenen Landwirte wirklich einrücken, so würde ein plötzlicher Stillstand in den meisten Wirtschaftsbetrieben eintreten. Glaubt denn wirklich jemand, daß eine Bäuerin, der oft die Sorge für mehrere kleine Kinder obliegt und die im Haushalt vollauf zu tun hat, die aufgezählten dringenden Arbeiten mit Hilfe einer oder höchstens zwei Dienstmägden bewältigen kann?

Dies vorausgesetzt, erlauben sich die Gefertigten an Eure Exzellenz die Anfragen zu stellen:

„Sind Eure Exzellenz geneigt, folgende Verfügungen umgehend zur Durchführung zu bringen, beziehungsweise zu treffen:

1. Daß allen mit Endtermin Enthobenen (Landwirte) noch vor dem 30. November eine vierwöchentliche und nach günstiger Erhebung der Angaben im Enthebungsgesuche durch die berufenen Organe noch eine weitere sechswöchentliche Zuwartebescheinigung von der kompetenten Bezirksbehörde zuerkannt wird und der Akt sodann an das hohe k. k. Ackerbauministerium zur weiteren Amtshandlung zu leiten ist?

2. Daß die kompetenten Zivil- und Militärbehörden noch vor dem 30. November von der vorbezeichneten Verfügung telegraphisch verständigt werden?“

Wien, 28. November 1917.

L. Pongratz.	Hötzendorfer.	Aug. Anforge.	Gregor Kletzenbauer.
Roitinger.	Huber.	Schweiger.	Wagner.
Kudlich.	Georg Baumgartner.	G. Meier.	Herzmansky.
Kopp.	Parrer.	Lutschounig.	W. Teltschik.
Pirker.	Perwein.	Weiss.	K. Schürl.
A. Seidel.	Kienzl.	Lutsch.	M. Soukup.

1548
—
I

Anfrage

der

Abgeordneten Johann Mayer, Jukel, Jedek und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister, betreffend die Vornahme von Kelleraufnahmen bei Weinbautreibenden.

Die k. k. Finanzlandesdirektion in Wien läßt in Niederösterreich zur Förderung der Personalsteuerveranlagung in den Kellern der Weinbautreibenden von Finanzwachorganen die Weinvorräte feststellen und gibt vor, diese Maßnahme sei im § 280 des Gesetzes vom 25. Oktober 1896, R. G. Bl. Nr. 220, begründet.

In Berücksichtigung der Tatsache, daß die bäuerliche Kellerwirtschaft kein angemeldeter oder konzessionierter Gewerbebetrieb, sondern ebenso wie etwa die Viehzucht, der Obstbau ꝛc. nur ein Teil oder Zweig des Landwirtschaftsbetriebes ist, widerspricht die erwähnte Maßnahme der k. k. Finanzlandesdirektion Wien dem Wortlaut und Geist des Gesetzes völlig.

Zudem werden diese Aufnahmen durch Finanzwachleute vorgenommen, während nach Absatz 3 des zitierten Paragraphen mit der Vornahme solcher Revisionen nur Staatsbeamte beauftragt werden können.

Die Unterzeichneten beehren sich daher anzufragen:

„1. Ist Seine Exzellenz geneigt, die Aufnahme der Weinvorräte in den Produzentenkellern in Niederösterreich sofort zu verbieten?

2. Ist Seine Exzellenz bereit, die k. k. Finanzlandesdirektion dahin zu belehren, daß auch sie die Pflicht hat, sich zu bemühen, die gesetzlichen Vorschriften nicht allein dem Wortlaute, sondern auch dem Geiste nach zu erfassen und genau zu beachten?

Wien, 28. November 1917.

Mayer.
Jukel.
Jedek.
Weiß.
Eisenhut.
Waldl.
Fisslthaler.
Bogendorfer.
Josef Grim.
Parrer.
List.
Johann Tomaschitz.
Karl Schachinger.
Kienzl.
Leys.
Siegele.
Hötzendorfer.
J. Prisching.
Eisterer.

1549
I

Anfrage

der

Abgeordneten Franz Staněk, Wenzel Klofáč und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung wegen ungleichmäßiger Verteilung requirierten Getreides und wegen Bevorzugung eines Teiles von Mühlen bei dessen Vermahlung im Königreich Böhmen.

Eure Exzellenz!

Laut Mitteilung Eurer Exzellenz ist in Westböhmen ein Wirtschaftsgebiet, bestehend aus 17 politischen Bezirken, behufs besserer Versorgung dieser Bezirke mit Nahrungsmitteln geschaffen worden. Wie klar vorauszusehen war und bei der allgemeinen Knappheit an Lebensmitteln nicht anders möglich ist, bedeutet diese Maßnahme nur die Bevorzugung und bessere Versorgung einzelner Bezirke zum Nachteile der anderen. So wurden zum Beispiel am 20. November d. J. von der Prager Zweigstelle der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt 343 Wagons Getreide aufgebracht, wovon 163 Wagons für die Versorgung jenes bevorzugten Gebietes zugewiesen wurden, was im Auftrage des Ernährungsamtes geschehen sein soll. Es ist klar, daß diese Art der Verteilung keine gleichmäßige Versorgung des Königreiches Böhmen mit Lebensmitteln bewirken kann und daß wir damit nur neuen Verwirrungen engegengehen.

Die erwähnte Maßnahme wirkt aber auch schädigend auf die Interessen der Mühlenindustrie Böhmens, denn sie bedeutet die offensichtige Bevorzugung einiger Mühlen und Mühlenverbände, die unverhältnismäßig hohe, ihrer Leistungsfähigkeit nicht entsprechende Zuweisungen an Getreide erhalten, während andere sehr leistungsfähige Mühlen beinahe unbeschäftigt sind.

So erhielt zum Beispiel ein ganz kleiner Mühlenverband mit einer Tagesleistungsfähigkeit von nur 16 Meterzentner 16 Waggons (also das Hundertfache) zugewiesen, ein anderer Mühlenverband mit einer Tagesleistungsfähigkeit von 195 Meterzentnern eine Zuweisung von 39 Waggons 2c.

Hieraus ist zu ersehen, daß die erwähnte Maßnahme eine einseitig ungerechte ist und zudem geeignet ist, die allgemeine gleichmäßige Versorgung des Königreiches Böhmen nur zu schädigen und zu bedrohen.

Wir fragen daher Eure Exzellenz:

„Ist Eure Exzellenz bereit von jeder Bevorzugung einzelner Gebiete und dabei auch gewisser Mühlengruppen Abstand zu nehmen und für eine gleichmäßig gerechte Versorgung des Königreiches Böhmen mit Mahlprodukten Sorge zu tragen?“

Wien, 28. November 1917.

	Krž.	Hyrš.	Staněk.
Měchura.	Bacek.	Dr. Zahradník.	Klofáč.
Mašata.	Jar. Rychtera.	F. Oklešťek.	Kotlant.
Pavlok.	Dr. Velich.	Čech.	Zďárský.
J. Sedlák.	Dr. Šubrt.	Maštálka.	Donát.
Feltl.	Kratochvíl.	Stříbrný.	H. Srdínko.
T. Mlčoch.	Franta.	Slavíček.	A. Rydlo.
Viškovský.	Vodňanský.	Dr. Hübschmann.	Dr. Lukavský.
Vojta.	Udržal.	Hrášky.	Funk.
Prošek.	Jos. Švejk.	Malík.	Janovec.
Chaloupka.	Bukvaj.	Padour.	Bradáč.

1550
I

Anfrage

des

Abgeordneten Michael Brandl und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ernährungsminister v. Höfer.

Die politische Expositur Knittelfeld hatte allen Gemeinden ihres Bereiches ein bestimmtes Quantum Heu und Stroh zur Lieferung vorgeschrieben. Von dieser Vorschreibung entfiel auf die Gemeinde Mittelobming 19.600 Kilogramm Heu und 3200 Kilogramm Stroh. Die Aufteilung dieses Quantums auf die einzelnen Besitzer wurde der Gemeinde selbst überlassen.

Vertrauend auf die seinerzeitige Zusicherung Eurer Exzellenz, daß auf die freiwillige Ablieferung der landwirtschaftlichen Produzenten das Hauptgewicht gelegt werde und daß diejenigen Bauern, welche ihr vorgeschriebenes Quantum liefern, von zwangsweisen Ablieferungen verschont bleiben, habe ich meinen ganzen Einfluß bei der Gemeinde und bei den Bauern eingesetzt und den Leuten die Not des Staates ans Herz gelegt mit der Aufforderung, abzuliefern, soviel als nur möglich ist und nur das zurückzubehalten, was zur Viehfütterung unbedingt notwendig ist.

So ist es auch tatsächlich gelungen, daß statt 19.600 Kilogramm Heu in Wirklichkeit 23.600 Kilogramm geliefert wurden, sowie auch etwas mehr Stroh, als vorgeschrieben war.

Trotzdem die Gemeinde der politischen Behörde bekannt gab, daß mehr als die verlangte Quote abgeliefert worden war, wird die Gemeinde beständig drangsaliert, weiter Heu zu liefern. Die Bauern sehen nun mit Staunen, daß ich ihnen nicht die Wahrheit gesagt habe und daß es besser gewesen wäre, nicht mehr abzuliefern, weil dadurch die Drangsalierungen gekommen seien.

Am 21. d. kam ein Fuhrmann in die Gemeinde und hatte von Herrn Fritz Lazer, Heueinkaufskommissionär der Landesfuttermittelstelle für Heu und Stroh in Graz, einen Ausstellungsschein Nr. 169, womit der Fuhrmann Paul Zacher angewiesen wurde, in der Gemeinde Mitterlobming bei vier Bauern 34 Meterzentner Heu aufzuladen und wegzuführen. In Abwesenheit eines Bauern, wo der Fuhrmann auflegen wollte, kam die Bäuerin zu mir und sagte: „Wir haben ohnehin schon mehr Heu freiwillig abgeliefert, als wir entbehren können. Was sollen wir denn mit unserem Vieh anfangen? Wie können wir Milch liefern, wenn wir selbst kein Futter mehr haben?“

Ich habe dann veranlaßt, daß dem Fuhrmann ein Quantum saures Heu aufgeladen wurde, das für die Lieferung einer anderen Gemeinde bestimmt war und das diese wieder für einen abgebrannten Bauern zurückerstatten muß.

Ferner stelle ich fest, daß bei der Heuübernahme nicht in der Weise vorgegangen wird, wie es die Absichten Eurer Exzellenz und die Gerechtigkeit erfordern. Die Bauern erhalten wohl Übernahmsscheine, aber ohne jede Unterschrift des Übernehmers, ohne Datum und Jahreszahl, so daß leicht Irrtümer bei der Verrechnung vorkommen können. Dann haben die meisten Bauern, die schon vor einem Monat Heu und Stroh abgeliefert haben, bis heute noch kein Geld erhalten oder sie bekamen im Vergleich zu der ausgestellten Übernahmsbescheinigung, wo das Gewicht genau angegeben ist, viel zu wenig.

Die Gefertigten stellen daher an Eure Exzellenz die Anfragen:

„1. Ist Eure Exzellenz geneigt, den politischen Behörden den Auftrag zu geben, sich mit den Gemeindevorstehern persönlich ins Einvernehmen zu setzen, bevor dem Einkaufskommissionär Glauben geschenkt wird, daß die angeforderten Mengen an Heu und Stroh noch nicht abgeliefert worden sind und daß solche Fälle ausbleiben, daß Fuhrleute ohne Wissen der Gemeindevorsteher hinausgeschickt werden, obwohl überhaupt kein Recht mehr besteht, etwas zu holen?

2. Ist Eure Exzellenz bereit, den Auftrag zu geben, daß der Einkaufskommissionär angewiesen wird, das Heu und Stroh samt Zufuhrsgebühr sofort oder wenigstens binnen acht Tagen an die Bauern ordnungsgemäß zu bezahlen."

Wien, 27. November 1917.

M. Soukup.	M. Brandl.
Pirker.	Herzmansky.
Spies.	Kudlich.
Kemetter.	Luksch.
Brunner.	L. Hofer.
Neunteufel.	A. Einspinner.
Pantz.	Strziska.
Paulik.	F. Wagner.

1551

I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Stölzel, Dr. Dinghofer, Anton Hueber und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten, betreffend die unverzügliche Flüssigmachung der für die Lehrer bestimmten Anschaffungsbeiträge.

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung vom 13. November folgenden Beschluß gefaßt: „Die Regierung wird ermächtigt, 70 Millionen Kronen den Landesvertretungen (Landesausschüssen, Landesverwaltungskommissionen) zum Zwecke der Gewährung eines für die Lehrer bestimmten Anschaffungsbeitrages für das Jahr 1917 ohne Rücksicht auf die Dienstbezüge und auf die bereits zugewendeten Teuerungsbeihilfen zur Verfügung zu stellen."

Die Regierung hat zu diesem Beschlusse des Abgeordnetenhauses ihre Zustimmung erteilt, welcher auch besagt, daß „die Auszahlung dieses Anschaffungsbeitrages bis längstens Mitte Dezember durchzuführen ist".

Bisher sind aber weder an die Statthaltereien und Landesregierungen noch viel weniger an die Landesschulräte und Landesausschüsse die Durchführungsverfügungen der Zentralregierung gelangt, ohne die es den Landesbehörden unmöglich ist, die technischen Arbeiten behufs Flüssigmachung der Beträge zu erledigen.

Damit nun die notleidende Lehrerschaft ehebaldigst in den Bezug der ihr bereits zugesprochenen Beträge gelangt, ist aber dringende und rascheste Erledigung erforderlich.

Die Gefertigten fragen daher Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten:

„Ist Seine Exzellenz im Vereine mit dem Finanzminister und dem Minister für Kultus und Unterricht geneigt, raschestens diejenigen Verfügungen zu treffen, welche zur Realisierung der zugesagten Beträge führen?"

Wien, 28. November 1917.

	Dr. Stölzel.
F. Wagner.	Dr. Dinghofer.
Strziska.	Anton Hueber.
Kudlich.	Dr. Waldner.
R. Marckhl.	Erb.
Herzmansky.	W. Teltschik.
Beyer.	Pirker.
O. Teufel.	Lutschounig.

1552
―――
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. v. Langenhan und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten und an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung, betreffend den Zuschub von Kartoffeln in den Bezirk Warnsdorf.

Die Zahl der Nichtselbstversorger des Warnsdorfer Bezirkes beträgt laut Bedarfsbedeckungsplan 29822. Diese Personen haben also nach Weisung der k. k. Statthalterei Prag unter Zugrundelegung des vom k. k. Volksernährungsamte festgelegten Schlüssels für das Kartoffelwirtschaftsjahr 1917/18 Anspruch auf 29.822 Meterzentner Kartoffeln.

Zur Deckung dieses Bedarfes hat über Auftrag der k. k. Statthalterei Prag zunächst das dem Bezirke zur Aufbringung vorgeschriebene Quantum von 4500 Meterzentner Kartoffeln zu dienen, der Rest von 25.322 Meterzentner wird dem Bezirke aus fremden Bezirken zuzuschieben sein. Wie aus dem Bedarfsbedeckungsplane vom 10. Oktober 1917 hervorgeht, ist von der k. k. Statthalterei der aus fremden Bezirken zu deckende Abgang mit 22.810 Meterzentner festgestellt worden.

Zur Deckung dieses Bedarfsabganges sind von der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, Zweigstelle Prag, in der Zeit vom 1. Oktober bis 15. November 8640 Meterzentner Kartoffeln aus fremden Bezirken zugewiesen worden.

Es verblieb also ein ungedeckter, durch Zuschub aus fremden Bezirken zu deckender Bedarfsabgang von 10.170 Meterzentnern.

In der letzten Zeit stockte der Zuschub von Kartoffeln in den Warnsdorfer Bezirk vollständig. Als sich daher die Bezirkshauptmannschaft und der Bezirksausschuß von Warnsdorf an die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, Zweigstelle Prag, mit dem Ersuchen wandten, diese möge dem Bezirke die noch ausstehenden Kartoffeln zuschieben lassen, solange die Witterung noch einen Bahntransport zuläßt, erklärte ein gewisser Börsenrat Stern der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt in Prag, daß der Warnsdorfer Bezirk nicht 4500 Meterzentner, sondern 15.500 Meterzentner Kartoffeln aufzubringen habe; diese Kartoffeln seien zur Deckung des Bedarfsabganges zu verwenden, die Stockung der Zufuhr in den Warnsdorfer Bezirk sei daher eine begründete.

Diese Behauptung des Börsenrates Stern, daß der Warnsdorfer Bezirk von der k. k. Statthalterei ein Quantum von 15.500 Meterzentner Kartoffeln zur Aufbringung vorgeschrieben erhalten hätte, ist entweder eine bewußte Unwahrheit oder beruht auf einem Irrtum des Börsenrates Stern; der Bezirk Warnsdorf erhielt die Aufbringung von 4500 Meterzentner Kartoffeln vorgeschrieben; denn die Aufbringung eines größeren Quantums wäre bei der heurigen Mißernte eine glatte Unmöglichkeit gewesen.

Börsenrat Stern in Prag hat also entgegen den behördlichen Verfügungen die Einfuhr der dem Bezirke Warnsdorf gebührenden Kartoffeln verhindert; durch die Unterbrechung der Zufuhr der Kartoffeln ist die Gefahr nahegerückt, daß bei Eintritt der Winterkälte der Bahntransport der Kartoffeln überhaupt eingestellt werden muß und die Bevölkerung vor einer Hungerkatastrophe steht.

Die Gefertigten stellen daher an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten und an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung die Anfragen:

„Ist Seine Exzellenz der Herr Minister für Volksernährung geneigt, zu veranlassen, daß dem Bezirke Warnsdorf die gebührende Kartoffelmenge unverzüglich, jedenfalls aber noch vor Eintritt der Winterkälte zugeschoben werde?

Was gedenkt Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident zu veranlassen, damit nicht in Zukunft wiederum behördliche Verfügungen durch untergeordnete Organe irgendeiner Stelle zum Schaden vieler Tausender ignoriert werden?"

Wien, 28. November 1917.

Dr. v. Mühlwerth.	Langenhan.
Jerzabek.	Hartl.
Dr. Lodgman.	Denk.
Knirsch.	Dobernig.
Fahrner.	Freißler.
Mr. Hummer.	Dr. Herold.
Wolf.	Dr. Urban.
Pacher.	Heine.

1553
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Votruba und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Minister für Landesverteidigung in Angelegenheit der bisherigen Nichtentlassung des Landsturmmannes Josef Hájek aus Lomnitz, beim 17. Jägerbataillon in Brünn, vom Militärdienste.

Laut Erlaß des k. u. k. Kriegsministeriums vom 14. Juli 1917, Nr. 141320, wurde Josef Hájek, wohnhaft in Lomnitz, Bezirk Tischnowitz, geboren im Jahre 1883 zu Lipůvka, zuständig nach Malostowitz, Bezirk Tischnowitz, eingeteilt zur Dienstleistung im k. u. k. Reservespital Nr. 1 in Stein bei Laibach, auf die Dauer bis 31. Oktober 1917 beurlaubt. Genannter Josef Hájek wurde jedoch bis heute aus seiner Dienstleistung noch nicht entlassen.

Mit weiterem Erlaß des k. u. k. Kriegsministeriums, vom 15. Oktober 1917, Nr. 195861, Abteilung X, wurde über Reklamation der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt in Brünn demselben Josef Hájek die Enthebungsverlängerung bis 31. Dezember 1917 bewilligt; trotz dieser doppelten Enthebungsbewilligung jedoch befindet sich Josef Hájek noch immer in seiner Diensteinteilung und wurde aus derselben bis heute nicht entlassen.

Diese widerrechtliche Nichtentlassung erscheint um so ungerechtfertigter, als es sich hier um einen Kriegsbeschädigten handelt, welcher bereits durch ein Jahr als für Militärdienste ungeeignet in seinen Zivilberuf entlassen wurde und dessen Enthebung zu dem Zweck erfolgte, damit derselbe als Fachmann in der Tischnowitzer Mühle beschäftigt werde.

In Anbetracht der bereits zweimal bewilligten, jedoch noch nicht vollzogenen Enthebung stellen die Gefertigten die Anfragen:

„Ist Seine Exzellenz der Herr k. k. Minister für Landesverteidigung gesonnen:

1. Das Kommando des k. u. k. Reservespitals Nr. 1 in Stein bei Laibach telegraphisch zu veranlassen, damit der Jäger Josef Hájek, geboren 1883, wohnhaft in Lomnitz bei Tischnowitz in Mähren, als enthoben unverzögert entlassen werde?

2. Zu erheben, aus welchen Ursachen die Enthebung des genannten Josef Hájek bisher nicht erfolgte und eine Reparatur dieses Falles herbeizuführen?“

Wien, 27. November 1917.

A. Konečný.	Wilém Votruba.
Dr. Baxa.	Smrček.
Stránský.	J. V. Pokorný.
Prunar.	Slavíček.
Konečny.	E. F. Lisý.

1554
I

Anfrage

des

Abgeordneten Kroy und Genossen an Seine Exzellenz den Ernährungsminister wegen der schlechten Ernährungsverhältnisse im Görkauer Bezirk.

Die Ernährungsverhältnisse in der Stadt Görkau sowie des Görkauer Bezirkes werden von Tag zu Tag trostloser.

Der Monat November geht zu Ende und immer noch erhalten die Besitzer der Zuckerkarten keinen Zucker ausgefolgt.

In Görkau gibt es nun nicht nur kein Fett, keine Milch, sondern nunmehr auch keinen Zucker mehr.

Saccharin fehlt seit dem 20. September l. J. vollständig.

Viele Gastwirte haben Extrakte lagern, die nun verderben müssen, weil kein Zucker oder sonstiger Süßstoff zu erhalten ist.

Will man die Bevölkerung von Görkau systematisch aushungern und einen wichtigen Erwerbszweig, den der Gastwirte, vollständig zugrunde richten?

„Gedenkt der Minister sich der staatstreuen deutschen Bevölkerung des Görkauer Bezirkes endlich anzunehmen und dafür Sorge zu tragen, daß raschestens und in ausgiebigster Weise die Ernährungsverhältnisse im Görkauer Bezirke einer Besserung zugeführt werden?“

Wien, 27. November 1917.

Kroy.
Felzmann. Rieger.
Schürl. Kraus.
Kopp. Pacher.
Dr. Michl. Dr. F. Wichtl.
K. H. Wolf. Dr. v. Mühlwerth.
Dr. Herold. Mr. Hummer.
Teufel. Frz. Schreiter.
Glöckner. Kasper.

1555
I

Anfrage

der

Abgeordneten Michl, Hans Strziska und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Eisenbahnminister.

Schon in der Zeit der ersten russischen Offensive in der Bukowina im Jahre 1914, wurden beim Herannahen der Feinde alle mit Fracht beladenen Eisenbahnwagen in den gefährdeten Stationen der Bukowina und Galiziens in das Hinterland dirigiert, um das Frachtgut zu retten.

Überdies wurden wertvolle, an den Bahnhöfen gelegene aufgestapelte Materialien rasch, soweit als noch möglich, verladen und ebenfalls in das Hinterland — viele Wagen bis nach Mähren, Böhmen, Nieder- und Oberösterreich — verfrachtet, um dieses mitunter sehr wertvolle Material zu retten und gesichert zu lagern.

So wurden auch auf der Strecke Pilsen—Eger mehrere Wagen Bretter und Holzschnittmaterial in mehreren Stationen unter freiem Himmel abgelagert. Dies geschah auch mit einigen Wagenladungen schöner, fast neuer Eichenfässer in der Größe von 3 bis 10 Hektoliter.

Solche Ablagerungen fanden zum Beispiel in den Stationen Ullitz, Schweissing und anderen statt.

Diese Bretter, vor allem aber diese Fässer, liegen nun seit dem Herbste 1914 unter freiem Himmel und sind in den drei verflossenen Jahren durch die Witterungseinflüsse entsprechend hergenommen worden.

Insbesondere rosten selbstverständlich die eisernen Reifen der Fässer, zerspringen und die Dauben fallen auseinander, den verschiedensten Leuten ein willkommenes Heizmaterial darbietend.

Es werden daher diese Fässer immer weniger. Eine Anfrage bei den betreffenden Stationsämtern von seiten Kauflustiger wurde dahin beantwortet, daß diese Materialien nicht verkauft werden können, da sie unbekannten Besitzern gehören, welche erst sichergestellt werden müßten.

Nun liegt aber die Sache so, daß die Besitzer dieser geretteten, aber dem Verderben preisgegebenen Materialien überhaupt schwer zu ermitteln sein werden, da die Verladung unter der feindlichen Gefahr, also unter der größten Überhastung stattfand.

Und wenn es wirklich endlich gelingen sollte, die Besitzer festzustellen, so wird gewiß von dem abgeladenen Materiale auch nicht ein Stück mehr vorhanden sein.

Ferner ist doch ins Auge zu fassen, daß Bretter und Holzwaren, insbesondere aber Fässer, drei bis zehnmal so teuer sind wie früher und daß gerade Weinfässer fast gar nicht mehr erhältlich sind.

So ist der Handel mit Wein durch den Mangel an Fässern sehr gehemmt und es wäre gerade von diesem Gesichtspunkte sehr zu begrüßen, wenn mehr Fässer zur Verfügung stünden.

So schwer es ist, die rechtliche Frage der Möglichkeit des Verkaufes dieser Materialien zu lösen, so kann andrerseits doch nicht abgewartet werden bis auch das letzte dieser Materialien, die ja „gerettet" werden sollten, dem Einfluß der Witterung und verbrecherischer Langfinger zum Opfer gefallen, respektive verschwunden ist.

Dies um so weniger, als gerade Holzwaren im Preise so hoch gestiegen und schwer erhältlich sind.

Es muß doch ein Weg zu gehen sein, auf dem man einerseits das Recht der unbekannten Besitzer auf diese Ware anerkennt, andrerseits aber es auch so rasch wie möglich wirklich dadurch rettet, daß man es veräußert, ehe es ganz verschwunden ist und den Gegenwert für die unbekannten Besitzer hinterlegt.

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, feststellen zu lassen, wo überall solches gerettetes Material auf den Linien der Staatsbahnen abgelagert ist, in welchem Zustande es sich befindet und, falls für die Öffentlichkeit noch brauchbar, tunlichst rasch verkaufen zu lassen?“

Wien, 28. November 1917.

Dr. F. Wichtl.	Dr. Michl.
Kraus.	Hans Strzista.
Al. Rieger.	Kopp.
K. H. Wolf.	Bernt.
Fr. Schreiter.	K. Schürl.
Dr. Herold.	Pacher.
Dr. Jäger.	Felzmann.
Dr. Bodirsky.	Dr. v. Mühlwerth.

1556
I

Anfrage

der

Abgeordneten Schweiger, Tomaschitz und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister, betreffend die Tabaknot.

Die überall, aber besonders auf dem flachen Lande herrschende Tabaknot ruft allenthalben unter der Bevölkerung große Erbitterung hervor, namentlich seit es bekannt wurde, daß die Regierung — angeblich um die Valuta zu schonen — die Einfuhr von Tabak aus Bulgarien verhinderte und ebenso eine Tabakeinkaufsgelegenheit in Holland von der Hand wies, dagegen bedeutende Mengen nach Deutschland ausführte, wo die Tabakversorgung vollkommen geregelt erscheint.

In der Erwägung, daß bei einem unentbehrlichen Bedarfsartikel, wie bei Tabak, valutarische Rücksichten nicht am Platze sind, stellen die Gefertigten an den Herrn Finanzminister die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, für eine ausreichende Versorgung der gesamten Bevölkerung mit Tabak unverzüglich Sorge zu tragen?“

Wien, 28. November 1917.

Mich. Huber.	Schweiger.
G. Mayer.	Tomaschitz.
Parrer.	F. Huber.
Karl Schachinger.	J. Wohlmeyer.
Roitinger.	Eisenhut.
Wagner.	Hötzendorfer.
Alois Brandl.	Berger.

1557
I

Anfrage

des

Abgeordneten Anton Němec, Stejskal und Genossen an den Herrn Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die neue Ausgabe von Lesebüchern für böhmische Mittelschulen.

Nach Kriegsbeginn wurde auf Betreiben der deutsch-nationalistischen und tschechisch-reaktionären Kreise unter Mithilfe verschiedener Naderer, die aus Staatsmitteln gezahlt und von der Polizei, namentlich in Prag, zu diesem Behufe angeworben wurden, die gesamte tschechische Literatur, korrigiert und auf die in Österreich von Amts wegen vorgeschriebene Gesinnung gebracht.

Ein besonders scharfes Augenmerk wurde den Lehrbüchern in den tschechischen Schulen und deren Bibliotheken gewidmet. Es wurden jeder Hinweis auf die Geschichte Böhmens und auf alle großen Traditionen des tschechischen Volkes herauskonfisziert und mit dem unsinnigsten Gewäsch ersetzt, um die Kinder zu verwirren und ihnen Mißachtung zur Geschichte des eigenen Volkes einzubläuen. Wie weit man sich in dieser Hinsicht verstieg, beweist das Lesebuch für die II. Klasse der Mittelschulen welches für die Erziehungsbedürfnisse der jungen Studenten der Professor F. V. Vykoukal bearbeitete, In diesem Lesebuche wechseln in anmutiger Reihenfolge Lesestücke, wie: Aus den Kriegserinnerungen. Aus den Prager Blättern. Aus Kriegsereignissen. Aus Berichten des Kriegspressequartis Aus Briefen eines Offiziers im Felde. Aus Zeitungsberichten usw. usw. Es fehlt hier nicht einmal der Soldateneid. In welchem Sinne hier die Sorte von Kriegsliteratur verarbeitet und den Mittelschülern verabreicht wird, davon legt ein beredtes Zeugnis das Lesestück: „Aus der Schule in das Feld." (Aus den Kriegsereignissen. Nach polnischen Quellen.) Das Lesestück kommt zum folgenden Abschlusse:

„Tak ležel s rozbytou nohou několik hodin, až ho náhodou zhledl voják z naší hlídky. Přiblížil se k němu, odnesl nejprve kolo, neboť na tomto vojsku záleží víc než na postřeleném vojáku, a potom dopravil i raněného soudruha na obvaziště. V nemocnici potom Pavlovského vyhojili a za několik neděl mohl už o holi kulhati po ulicích krakovských. Kulhavá noha mu zůstala, na kole již jezdit nebude, na vojně ho už nemohou potřebovat. Rozhodl se tedy, že řádně dostuduje — a tak přišel do třídy osmé mladý hrdina, ozdobený válečným vyznamenáním."

In der Übersetzung:

„So lag er mit dem zerschmetterten Fuße einige Stunden, bis ihn zufälligerweise ein Soldat unserer Patrouille erblickte. Er schlich sich an ihn heran, trug zuerst das Rad weg, denn an diesem liegt dem Heere mehr daran, als an einem verwundeten Soldaten, und dann brachte er auch den verwundeten Kameraden auf den Verbandplatz. Im Spitale wurde dann Pavlovsky ausgeheilt und in einigen Wochen konnte er schon in den Krakauer Gassen an dem Stocke herumhinken. Der hinkende Fuß blieb ihm, Radfahren wird er nicht mehr, im Kriege kann man ihn nicht mehr brauchen. Er entschloß sich daher, seine Studien ordentlich zu beenden — und so kam in die achte Klasse ein junger Held, geschmückt mit einer Kriegsauszeichnung."

Es ist sehr gefährlich, den Schülern Mißachtung für das eigene Leben einzuimpfen, da sie dann selbstverständlich auch keine größere Achtung

für fremdes Leben haben werden. Die schlagendsten Belege hierfür bietet uns die Geschichte, besonders der großen französischen Revolution, wo man auch vor einem König und einer Königin nicht haltmachte und ihnen bewies, daß ihr Leben nicht mehr Wert habe, wie das jedes anderen Menschen, zumal der König seinen Willen nur durch Waffengewalt und rücksichtsloses Morden zur Geltung brachte. Dieser Krieg hat schon so viel der idealsten Kulturgüter vernichtet, daß es Jahrzehnte dauern wird, bevor wir uns wenigstens auf jene Kulturhöhe aufschwingen werden, auf der wir uns vor dem Kriege befanden, und daher ist es gar nicht notwendig, die Kriegsgreuel noch in den Lesebüchern zu verherrlichen.

Die Unterzeichneten fragen daher:

„1. Ist dem Herrn Unterrichtsminister bekannt, wie man die tschechische Schuljugend durch die Herausgabe von auf der tiefsten Kulturstufe sich befindlichen Schulbüchern durch ungebildete und rückgratlose Professoren, wie es dieser F. V. Vykoukal ist, zu erniedrigen und zu verrotten trachtet?

2. Ist der Herr Unterrichtsminister geneigt, auch die tschechischen Schulbücher im Einklange mit den humanistischen und pazifistischen Bestrebungen, wie sie in der ganzen Kulturwelt vorherrschen, herausgeben zu lassen?“

Wien, 28. November 1917.

Winter.	Ant. Němec.
Prokeš.	Jos. Stejskal.
Bechyně.	Svoboda.
Dr. Witt.	Jar. Marek.
Modráček.	Klička.
Biňovec.	Charvát.
Pik.	Habermann.
Aust.	Hnátek.
Svěcený.	Jaroš.

1558
―――
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Rybář und Genossen an den Herrn Ministerpräsidenten und an den Herrn Minister für Kultus und Unterricht, betreffend Vorschriften über die Prüfung ungarischer Staatsprüfungs-, Maturitätszeugnisse und sonstiger amtlicher Urkunden.

Die heutige „Zeit“ bringt folgende Nachricht:

Ein Staatsprüfungsskandal.

Das Zeugnis des Neffen Tiszas.

Budapest, im November.

In der gegenwärtigen Kriegszeit, wo für alles Notwendige ein entsprechender Ersatz gesucht und gefunden wird, darf man sich eigentlich nicht mehr über die sonderbaren Staatsprüfungen wundern, die in der jüngsten Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses zur Sprache kamen und seither in der Budapester Presse gründlich erörtert werden. Die Angelegenheit selbst wird nicht nur solche Menschen, die studiert haben, sondern noch viel mehr solche, die nicht studieren konnten oder wollten, interessieren, und zwar ebenso in wie außerhalb Ungarns.

Das Faktum selbst dürfte bereits bekannt sein. Die Budapester Universität stellte zwei Hörern Zeugnisse aus, wonach diese die Staatsprüfung bestanden haben — obleich sie zur entscheidenden Prüfung nicht einmal zugelassen wurden. Es handelt sich dabei in erster Reihe um einen Fürsten Odescalchi — einen Neffen des Grafen Tisza —, der bei der Staatsprüfung durchfiel. Er hatte einen Genossen im Unglück, einen bescheidenen Universitätshörer namens Kiss. Daß sich ein Odescalchi, und dazu noch ein Neffe Tiszas (in der Ära Tisza, nebenbei bemerkt), leicht vom Ministerium eine Nachprüfung festsetzen lassen konnte, ist begreiflich. Im Übereifer gab aber das Ministerium dem jungen Fürsten einen Termin, der den Normen nicht entsprach, weshalb der Präsident der Prüfungskommission, Professor Julius Kovács, die bereits begonnene Prüfung unterbrach und den Kandidaten abtreten ließ.

Doch Professor Kovács hatte nicht mit dem Unterrichtsministerium anno Tisza gerechnet. Dieses verlangte nämlich von ihm, er möge nachträglich dem Fürsten ein Zeugnis über die glücklich abgelegte Staatsprüfung ausfolgen. Professor Kovács lehnte diese Zumutung ab und berief sich darauf, daß dasjenige, was der Unterrichtsminister (er hieß Jankovich) von ihm fordere, gegen die Bestimmungen des Strafgesetzes verstoße, das eine solche Tat als Dokumentenfälschung qualifiziert. Doch der Minister Jankovich wußte, als Bitten und Drohungen nichts nützten, sich und dem jungen Fürsten zu helfen. Er ernannte eine spezielle Prüfungskommission für den Fürsten Odescalchi, deren Präsident ein Anhänger Tiszas war, und diese Kommission gab dem Fürsten anstandslos das gewünschte Zeugnis, obgleich sie den Kandidaten niemals sah und ihn daher auch niemals geprüft hatte!

Das wäre also schon an und für sich eine Kriegsstaatsprüfung erster Ordnung. Doch es kommt noch besser. Der erwähnte Kollege des Fürsten Odescalchi namens Kiss war ebenfalls bei der ersten Prüfung gefallen — aber offenbar nicht auf den Kopf. Er vernahm die Kunde von der Prüfung ohne Prüfung und forderte auf der demokratischen Basis: Gleiches Recht für alle! daß man auch ihm ein Zeugnis — ohne Prüfung natürlich — ausfolge. Und ihm wurde schließlich das Zeugnis ebenfalls zuteil, obgleich dieser Fall noch komplizierter erscheint, zumal aus den Akten ein wichtiges Dokument verschwand, so zwar, daß eine nachträgliche Untersuchung der mysteriösen Affäre bevorsteht, wie die Blätter zumindest melden.

Jedenfalls hat die Budapester Universität durch diese beiden Kriegsstaatsprüfungen erster Ordnung ein neues „Ersatzmittel" produziert, das vorerst an allen Hochschulen Mitteleuropas patentiert werden müßte.

Diese Angelegenheit wurde auch in der Sitzung des ungarischen Reichstages vom 23. November l. J. zur Sprache gebracht und konnte vom früheren ungarischen Unterrichtsminister im Kabinett Tisza, Dr. Béla v. Jankovich, so wenig gerechtfertigt werden, daß der Abgeordnete Dr. Desider Polónyi in seiner Erwiderung feststellen konnte, daß Abgeordneter Jankovich die Behauptungen des Redners nur bestätigt habe.

Ist das richtig, dann besteht der begründete Verdacht, daß das ungarische Unterrichtsministerium sich eines Mißbrauches der Amtsgewalt und einer Urkundenfälschung schuldig gemacht habe und daß gegenüber ungarischen Hochschul- und wohl auch Mittelschulzeugnissen die größte Vorsicht geboten ist.

Diese Vorsicht ist bei der weltbekannten Skrupellosigkeit ungarischer Regierungsorgane auch gegenüber sonstigen Dokumenten notwendig, gegenüber Schulzeugnissen aber schon aus dem Grunde, weil unter gewissen Bedingungen die Nostrifikation ungarischer Zeugnisse möglich ist.

Die Gefertigten stellen daher die Anfragen:

„1. Sind die Exzellenzen gewillt, genaue Bestimmungen über die Nostrifizierung ungarischer Maturitäts- und Staatsprüfungszeugnisse herauszugeben und hierbei besonders den Fall ins Auge zu fassen, daß von den ungarischen Staatsbehörden Zeugnisse auch ohne die vorgeschriebenen Prüfungen ausgestellt werden?

2. Den unterstellten Behörden überhaupt bei der Prüfung ungarischer Dokumente die größte Vorsicht und Genauigkeit zur Pflicht zu machen?"

Dr. Rybář.
Dr. Pogačnik. Dr. Dulibić.
Brenčič. Biankini.
Pišek. Perić.
Roškar. Spinčič.
Dr. Janković. Dr. Ravnihar.
Dr. L. Pogačnik. J. Hladnik.
Dr. Laginja. Dr. Verstovšek.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

Anhang.

Anfragen.

1559
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Dnistriańskyj und Genossen an den Minister des Innern und den Minister für Landesverteidigung über die Behandlung der Bevölkerung in der Gemeinde Kornie des Bezirkes Rawa ruska in Galizien.

Zu den Anfragen des Anfragestellers über die Mißbräuche der Behörden im Bezirke Rawa ruska erlauben sich die Gefertigten, Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, beziehungsweise den Minister für Landesverteidigung auf folgende aus der Gemeinde Kornie desselben Bezirkes berichtete Umstände aufmerksam zu machen:

1. Im Jahre 1915 requirierte die Gendarmerie von vielen Landwirten Rindshaut und übergab sie dem k. u. k. Etappenkommando in Rawa ruska. Einige Tage darauf wurde den Landwirten nachstehende Quittung ausgestellt:

„K. u. k. Etappenstationskommando in Rawa ruska.

Quittung

über zwei Stück Rindshäute Nr. . . ., welche das unterfertigte Kommando von . . . . aus . . . die am heutigen Tage richtig übernommen hat.

Rawa ruska, am 12. Oktober 1915.

(Unterschrift.)"

Auf diese Quittungen wurde bis jetzt nur einigen Eigentümern der Wert erstattet; der größte Teil der Berechtigten erhielt aber bis heute keine den Ersatz nicht, obwohl sie keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, im k. u. k. Etappenkommando zu Rawa ruska ihre Ansprüche auf Grund der Quittungen geltend zu machen. Unter den benachteiligten Landwirten befinden sich: Iwan ...ch, Mykola Szewczuk, Dmytro Procyk, Paraska ...ch, Schlome Lotner usw.

2. Für Pferde und Vorspänne, welche die Bauern von Kornie bereits bei der Mobilisierung geliefert haben, haben sie bisher noch keine Entschädigung erhalten. So zum Beispiel wurde dem Landwirt Iwan Makuch für die anläßlich der Mobilisierung und am Anfang des Krieges gemachten Kriegsleistungen, und zwar: 12 Fuhren Heu, 8 Schock Hafer, 1 Wagen und 1 Kasten, noch bis jetzt keine Entschädigung gezahlt, obgleich er die Ausweise der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Rawa ruska schon längst vorgelegt hat.

3. Die Bevölkerung der Gemeinde Kornie klagt über rücksichtslose Requisitionen von Getreide und Kartoffeln.

4. Die Gendarmerie aus Hrebenne zwingt Weiber und Kinder der Gemeinde Kornie zu landwirtschaftlichen Arbeiten auf dem Gutsgebiete, ohne Rücksicht darauf, ob sie ihren Grund und Boden bereits bearbeitet haben oder nicht. Auch schwangere Frauen werden zu den Zwangsarbeiten herbeigeholt. Bemerkt wird, daß für diese Zwangsarbeiten, wobei oft landwirtschaftliche Geräte und Zugvieh verwendet wird, ein Lohn von 1 K 60 h bis 3 K ausgesetzt wird.

5. Endlich klagt die Bevölkerung, daß für Söhne und Männer, die beim Militär dienen, oft ohne genügenden Grund Unterhaltsbeiträge nicht ausgezahlt werden.

Mithin fragen die Gefertigten:

„Sind Eure Exzellenzen geneigt, der hier geschilderten Behandlung der Bevölkerung der Gemeinde Kornie ein Ende zu setzen?"

Wien, 28. November 1917.

Wladimir Baczyńskyj. Stefanyk. Lawruk. Dr. Smal-Stockyj.

Dr. Leo Baczyńskyj. Dr. Zahajkiewicz. Dr. Okunewskyj. Dr. Holubowycz.

Dr. Chelskyj. Leo Lewyckyj. Petryckyj.

Dr. Dnistriańskyj. Dr. Kost' Lewyckyj. Dr. Eugen Lewyckyj. Onyszkewycz.

1560
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Dnistrianśkyj und Genossen an den Herr Minister für Landesverteidigung über die Mißbräuche der Ge darmerie im Bezirk Sokal (Galizien).

Beim Zwang zu landwirtschaftlichen Arbeiten wird von der Gendarmerie sehr viel Unfug betrieben. Um ein Beispiel herauszugreifen, wird hier auf folgenden Fall aufmerksam gemacht.

Am 8. August 1917 erschien der Gendarm Jaroslawski bei den Landwirten Iwan und Anna Salabub in Śniatyn (Bezirk Sokal) und forderte Anna Salabub auf, sofort auf das Gutsgebiet zu gehen und dort landwirtschaftliche Arbeit zu leisten. Da es in der Erntezeit war und die Genannte auch auf eigener Scholle die Arbeit nicht verrichtet hatte, so weigerte sie sich, auf das Gutsgebiet zu gehen, worauf der Gendarm sie mit einem dicken Stock schlug. Sowohl der Statthalter von Galizien wie der Minister für Landesverteidigung wurden von diesem Mißbrauch in Kenntnis gesetzt, es wurde aber bisher nichts verfügt, derartigen gesetzwidrigen Vorgängen vorzubeugen

Im Gegenteil erschien in jüngster wiederum ein Gendarm aus Śniatyn (Bezirk So in der Wohnung der Anna Salabub, forderte auf, beim Gutsgebiet die Arbeit zu leisten und sie Unwohlsein vorschützte, zog er sie mit zwangsweise nach Sokal (21 Kilometer), wo si drei Tagen Arrest eingesperrt wurde.

Daher fragen die Gefertigten:

„Wie gedenken Eure Exzellenz der un schuldig Betroffenen eine Genugtuung f das rechtswidrige Verhalten der Gendarmer zu geben?"

Wien, 28. November 1917.

Dr. Dnistriańskyj.
Dr. Eugen Lewickyj.
Dr. Leo Baczyńskyj.
Dr. Wladimir Baczyńskyj.
Dr. Smal-Stockyj.
Dr. Zahajkiewicz.
Stefanyk.
Dr. Cehelskyj.

Dr. Kost' Lewyckyj.
Leo Lewyckyj.
Dr. Lahodyńskyj.
Dr. Holubowycz.
Dr. Okunewskyj.
Petryckyj.
Onyszkewycz.

1561
—
I

Anfrage

des

bgeordneten Dr. Franz Dinghofer und Genossen an Seine xzellenz den Minister des k. k. Amtes für Volksernährung, betreffend Rückersatz von Zivilmehl durch das Militärärar.

Die Stadtgemeinde Linz hat seit der Inanspruch-
hme von Belagräumen in der städtischen Armen-
sorgungsanstalt und im Allgemeinen Kranken-
use durch die Heeresverwaltung für die Ver-
gung der dort untergebrachten kranken Militär-
sonen mit Mahlerzeugnissen das erforderliche
ehl solange beigestellt, bis mit Erlaß der
tendanz des Militärkommandos in Innsbruck
n 21. Mai 1917, Nr. 17897, angeordnet
rde, daß diese Versorgung aus den Militär-
levorräten zu erfolgen habe. Eine weitere
istellung von Mehl entfiel somit vom Juni
17 an.

Der Ersatz des in der Armenversorgungs-
talt aufgewendeten Mehles wurde mit Ent-
eidung des k. u. k. Kriegsministeriums vom
. Juni 1917, Abteilung 12, Nr. 67318, bis
schließlich März in natura geleistet.

Der Ersatz des Verbrauches von 6723·58
ogramm Mehl in den Monaten April und Mai
es Jahres wird jedoch vom Militärkommando
Innsbruck mit Erlaß vom 1. November 1917,
31961, abgelehnt, die Vergütung in Geld
eordnet und verfügt, daß als Grundlage der
gütung die gegenwärtig geltenden Großhandels-
se der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt in Linz
Grundlage angenommen werden sollen.

Der vom Magistrate gestellte Anspruch auf
tz des im Allgemeinen Krankenhause im Jahre
6 aufgewendeten Mehles — 4764·9 Kilo-
mm — wurde vom Kriegsministerium mit
ß vom 4. Juli 1917, Abteilung 12, Nr. 80471,
dem Bemerken rundweg abgewiesen, daß die
in natura zum Rückersatz bewilligten 7237 Kilo-
gramm (das ist eine Teilmenge des Verbrauches in
der Armenversorgungsanstalt!) „die äußerste Grenze
des Entgegenkommens bedeutet“.

Hierzu kommt noch die vom 1. Jänner bis
31. Mai d. J. im Allgemeinen Krankenhause auf-
gewendete Menge von 2275·3 Kilogramm Mehl,
wofür der Ersatzanspruch noch nicht erhoben wurde.

Die Gesamtmenge des hier für Militärper-
sonen verbrauchten Mehles beträgt also 7040·2
Kilogramm.

Im Zusammenhalte mit dem Magistratsberichte
vom 31. Oktober d. J., Zl. 2384 praes., ergeben
sich nun endgültig folgende Ersatzansprüche der
Stadtgemeinde Linz an die Heeresverwaltung:

1. Armenversorgungsanstalt 6723·58 Kilogramm Mehl,

2. Allgemeines Krankenhaus 7040·2 Kilogramm Mehl,

3. „Rote Kreuz“-Spitäler 35.045·6 Kilogramm Mehl,

zusammen 48.809·38 Kilogramm Mehl.

Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Gemeinde
Linz auf eine so außergewöhnliche große Mehl-
menge verzichten oder auch nur noch länger auf
den Ersatz warten kann. Es ist dies um so mehr
ausgeschlossen, nachdem die Stadtgemeinde Linz
auch nicht über die geringsten Reservevorräte an
Mehl für die Bevölkerung verfügt und sich der
Zuschub an Mehl nach Linz auch nur für
einen Wochenbedarf unter äußersten Schwierigkeiten
vollzieht.

Eine Vergütung in Geld muß mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden; daher entfällt auch eine besondere Stellungnahme dagegen, daß sie zum Großhandelspreise erfolgen soll, obwohl die Militärverwaltung die Vergütung für Mehl, wenn sie es aus dem gleichen Anlasse abgibt, zum Kleinhandelspreise verlangt.

Sicher ist, daß das Mehl für Militärpersonen verbraucht wurde, für deren Verpflegung die Militärverwaltung aufzukommen hat.

Fest steht auch, daß es aus den Zivilvorräten entnommen, und der Zivilbevölkerung, da es aus keiner Reserve stammt, vorenthalten, ihr buchstäblich vom Munde weggenommen worden ist.

Da ist es doch mehr als merkwürdig, wenn die Heeresverwaltung auf dem Standpunkte steht: Ersatzleistung sei ein Entgegenkommen.

So steht die Sache nicht. Wenn der Ersatzanspruch gerechtfertigt ist, und dies kann nicht bestritten werden, dann ist die Ersatzleistung ei[ne] Pflicht. Von einem Entgegenkommen kann da kei[ne] Rede sein.

Die vorliegende Frage kann daher nur [in] einem Sinne entschieden werden, der dem Anspru[ch] der Gemeinde Linz vollauf gerecht wird.

Die Gefertigten gestatten sich daher die A[n]frage:

„Ist Seine Exzellenz bereit, auf das Kriegsministerium entsprechend Einfluß nehmen zu wollen, daß es von einem Standpunkt abgehe, der von Rechtsbegriffen zeugt, die auch im Kriege nicht anerkannt werden können, daß vielmehr die nachgewiesenermaßen für die Verpflegung von Militärpersonen in Linzer Spitälern aufgewendete Menge von 48.809·38 Kilogramm Mehl umgehend ersetzt werden?"

Dr. Dinghofer.
Wedra.
Herzmansky.
Paulik.
Spies.
E. Kraft.
Beyer.

Dr. Schreiner.
Kittinger.
Dr. Stölzel.
R. Marckhl.
Hueber.
Erler.

1562

I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Korošec und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Eisenbahnminister, betreffend die Urlaube der politisch verdächtigen Eisenbahnangestellten.

Die Verwaltung der k. k. priv. Südbahngesellschaft hat im Mai des Jahres 1916 mit einem vertraulichen Erlasse, dessen Abschrift beiliegt, an die untergeordneten Dienststellen Bestimmungen über Vorbehalte hinausgegeben, unter denen Erholungsfristen an Bedienstete erteilt werden können, welche angeblich über einen militärbehördlichen Auftrag von ihren Dienstposten abgezogen werden mußten.

Diese Bestimmungen versteigen sich so weit, daß der Grundsatz ausgesprochen wird, Erholungsfristen seien an die „politisch Bedenklichen" gar nicht zu erteilen. Nur ausnahmsweise könne davon abgegangen werden, dies jedoch unter Einhaltung von Förmlichkeiten, die den untergeordneten Organen zu Schikanen und Vexationen Tür und Tor offen lassen und welche auch tatsächlich in quälerischester Weise zur Anwendung gelangt sind.

Über Einschreiten der Betroffenen beim Generaldirektor ließ sich die Südbahnverwaltung im August 1917 herbei, die ursprünglichen Vorbehalte mittels eines zweiten Erlasses, dessen Abschrift gleichfalls beigeschlossen ist, zu mildern. Doch wurde die Beschränkung des Anspruches auf Erholungsurlaub im halben Ausmaße eingeführt und ist dessen Bewilligung an die Zustimmung des Fachdirektors gebunden geblieben, während die übrigen Bediensteten den ganzen ihnen gebührenden Urlaub ausnützen können und hierzu nur die Bewilligung des örtlichen Dienstvorstandes oder in Zeiten von Personalmangel höchstens an jene des Betriebsinspektorates gebunden ist.

Es leuchtet ohneweiters ein, daß durch derlei Erlässe für einen Teil der Südbahner ein Ausnahmszustand geschaffen wird, welcher mit den im Dienstvertrag enthaltenen Grundsätzen nicht im Einklang steht. Auch sind diese Vorbehalte tief entwürdigend und für den gedachten Zweck ganz ohne Bedeutung, ja — beispielsweise die Herabsetzung des Urlaubes auf das halbe Ausmaß — ganz unsinnig zu nennen.

Nachdem sich die Südbahnverwaltung einerseits offen auf Verfügungen des k. k. Eisenbahnministeriums beruft, andrerseits aber dieses als Aufsichtsbehörde hinsichtlich der Personalbehandlung auf die Südbahn Einfluß zu nehmen berechtigt, ja verpflichtet ist, stellen die Gefertigten an den Herrn k. k. Eisenbahnminister die Anfragen:

„1. Sind ihm die angeführten Tatsachen bekannt?

2. Ist er gewillt, die beklagten Mißstände unverzüglich abzustellen?"

Wien, 28. November 1917.

Dr. Korošec.

Pišek.	Fon.	Dr. Verstovšek.	Dr. Jankovič.
Prodan.	Brenčič.	Roškar.	Spinčič.
Dr. Benkovič.	Dr. Rybář.	Dr. Ravnihar.	J. Hladnik.

1563
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Trylowskyj, Lawruk und Genossen an Ihre Exzellenzen den Herren Ministern für Landesverteidigung und des Innern, betreffend den Etappenbezirkskommandanten Oberst Csasar in Kolomea.

In Kolomea (Ostgalizien) amtiert seit der Zeit, als Kolomea von russischer Okkupation befreit wurde, als Etappenbezirkskommandant ein gewisser Oberst Csasar. Es ist ein zirka 70 Jahre alter Magyar, welcher keiner einzigen slawischen Sprache mächtig ist und die deutsche Sprache sehr unzureichend beherrscht.

Die ganze Bevölkerung, ohne Unterschied der Nation und Konfession, ist mit seiner Amtsführung höchst unzufrieden und man wird leicht diese Tatsache begreifen können, wenn man die Art und Weise seiner Amtsführung in Betracht zieht.

Als die Stadt Kolomea am 27. Juli l. J. von der russischen Okkupation befreit wurde, hat Herr Csasar eigenmächtig den städtischen Assessor Jgnaz Palkowski zum Bürgermeister, respektive Regierungskommissär ernannt und ließ ihn am 3. August l. J. einen Lebensmitteltarif veröffentlichen, welcher den Verhältnissen gar nicht entsprach und für die Bevölkerung sehr ungünstig war.

Die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Kolomea hat ungefähr am 8. August dem Etappenbezirkskommando den Entwurf eines neuen richtigeren Tarifs vorgelegt, welcher jedoch erst am 27. August mit vielen Änderungen veröffentlicht wurde.

Herr Csasar hat sich unter anderem dadurch sehr mißliebig gemacht, daß er ohne Rücksicht auf seine Offizierswürde die Leute auf der Straße anrempelt und sie zur Rede stellt, warum sie nicht beim Militär dienen. Das passierte unter anderen den Advokaten Dr. Hrabar und Dr. Leborr, dem Schriftsteller Omelan Karaszkewycz aus Kolomea.

Bereits aus der Zeit der ersten Befreiung Kolomeas im Jahre 1915 war es bekannt, daß manche jüdische Spekulanten die Unwissenheit der Bauern in bezug auf Rubelkurs zu eigenem Nutzen exploitierten.

Am 28. Juli l. J., einen Tag nach der zweiten Befreiung Kolomeas, passierten Kolomea zwei Gendarmen ukrainischer Nationalität und haben die dortigen intelligenten Ukrainer auf die aufs neue drohenden Spekulationen mit Rubeln aufmerksam gemacht. Der Administrator der griechisch-katholischen Pfarre in Kolomea, Losynskyj, erachtete es also für seine Pflicht, in der Kirche öffentlich die Bevölkerung vor den Rubelspekulanten zu warnen und dieselbe aufzufordern, daß sie die Rubel nur zu einem öffentlich verkündeten Kurse abgebe.

Zu seiner großen Verwunderung wurde Pater Losynskyj am 18. August 1917 vor den gestrengen Herrn Csasar vorgeladen, welcher ihn wegen seiner Aufkündigung in der Kirche zur Rede stellte und ihm mit einer Anklage wegen des Hochverrates (?) drohte.

Als man die Anstalten traf, das ukrainische Gymnasium wieder zu eröffnen und man keine Arbeiter bekommen konnte, um das Mobiliar in das neu adaptierte Schulgebäude zu tragen, wendete

sich der Leiter des Gymnasiums, Professor Moslowycz, an Herrn Csasar mit der Bitte, er möge einige Kriegsgefangene zu diesem Zwecke bestimmen. Herr Csasar antwortete jedoch barsch: „Ich brauche die Kriegsgefangenen für den Krieg; die Schule geht mich gar nichts an!" „Ja — sagte Professor Moslowycz — die Schule bildet jedoch die zukünftigen Offiziere heran!" „Das geht mich gar nichts an!" war die stereotype Antwort. Das sind nur einige Beispiele der Amtstätigkeit des Herrn Csasar und wir bemerken, daß auch die Zivilbehörden in Kolomea mit derselben sehr unzufrieden sind.

Wir stellen also an Eure Exzellenzen die Anfrage:

„Ist Euren Exzellenzen die Art und Weise, wie Herr Oberst Csasar in Kolomea als Etappenbezirkskommandant amtiert, bekannt, und ob Eure Exzellenzen geneigt sind die Stadt Kolomea samt Umgebung von seiner Person zu befreien?"

Dr. Lahodyńskyj.	Dr. Trylowskyj.
Budzynowskyj.	Lawruk.
Stefanyk.	Dr. Petruszewycz.
Dr. Holubowicz.	Okunewskij.
Dr. Wladimir Baczyńskyj.	E. Pohoreckyj.

1564
I.

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Trylowskyj und Genossen an Ihre Exzellenzen den Herrn Ministerpräsidenten und den Herrn Landesverteidigungsminister, betreffs der widerrechtlichen Requirierung von 69 Rindsfellen durch einen ungarischen Zugsführer bei Dmytro Dutkowskyj und anderen in Kuty (Bezirk Kosiw).

Am 21. September 1917 erschien bei Dmytro Dutkowskyj in Kuty ein ungarischer Zugsführer mit aufgepflanztem Bajonett in Begleitung zweier anderer ungarischer Soldaten und forderte ihn auf, alle in seinem Besitze befindlichen Felle ihnen auszufolgen, wozu sie einen Auftrag des Etappenstationskommandos in Wiznitz, Bukowina, hatten.

Als Dmytro Dutkowskyj ihnen, der Aufforderung Folge leistend, 69 Rindsfelle ausfolgte und ersuchte, die Soldaten sollen ihm eine Empfangsbestätigung zurücklassen, weigerten sich die Soldaten, dies zu tun, auch wollten sie nicht die Felle abwiegen lassen.

Durch diese Requirierung erlitt Dmytro Dutkowskyj einen bedeutenden Schaden, da er weder weiß, wie hoch das Gewicht der requirierten Felle war, noch wurde ihm eine Empfangsbestätigung ausgefolgt. Es wurde ihm auf seine Bitte nicht einmal erlaubt, ein Fell für seinen eigenen Bedarf für Stiefel zurückzulassen.

Solche Requirierungen seitens der ungarischen Soldaten kommen täglich vor. Auch bei Iwan Dytkowskyj, Mychajlo Babiuk und vielen anderen Einwohnern in Kuty, Bezirk Kosiw, wurden seitens der ungarischen Soldaten Requirierungen von Leder und Fellen vorgenommen, worauf sie keine Empfangsbestätigungen ausfolgten und abzuwiegen verboten haben.

Wir stellen daher die Anfrage:

„Sind Euren Exzellenzen dieses Vorgehen der ungarischen Soldaten im Bezirke Kosiw bekannt und sind Eure Exzellenzen bereit, die nötigen Maßregeln zu treffen, um diesem gesetzwidrigen Vorgehen der ungarischen Soldaten die Schranke zu ziehen?

Dr. Holubowycz. Dr. Trylowskyj.
Dr. Cehelskyj. Lawruk.
Dr. Lahodynskyj. Stefanyk.
E. Pohoreckyj. Dr. Petruszewycz.
Dr. Wladimir Baczynskyj. Okunewskyj.

1565

I.

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Kyrylo Trylowskyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Mißhandlung von Rekruten in der Rekrutensammelstelle Lysenyczi (Lesienice) bei Lemberg.

Den Gefertigten ist eine Karte von einem 18jährigen Rekruten folgenden Inhaltes zugekommen:

„Ich bin jetzt in der Rekrutensammelstelle Lesienice bei Lemberg. Es sind frühere Magazine. Ich weiß noch nicht, wie lange wir hier noch verbleiben, wir möchten aber so bald als möglich von hier fort, denn hier gibt es keine Ordnung. Es sind hier sehr viele Leute, wir haben hier nicht wo zu schlafen, die Leute schreien und der Korporal schlägt sie jeden Morgen so fürchterlich, daß man kaum zusehen kann. Ich freue mich schon auf den Augenblick, wo wir zum Kader kommen werden, denn hier ist es schon nicht zum aushalten und dort beim Kader wird es vielleicht besser."

Die Gefertigten stellen die Anfrage:

„Sind Eure Exzellenz geneigt, bei den am 17. November 1917 in der Rekrutensammelstelle Lysenyczi gewesenen Rekruten die Namen jener Chargen, welche sich die Mißhandlung der Leute zuschulden kommen ließen, zu eruieren und die Schuldtragenden zur Verantwortung zu ziehen?"

Dr. Trylowskyj.
Lawruk.
Stefanyk.
Dr. Straucher.
E. Pohoreckyj.
Dr. Wladimir Baczyńskyj.
Dr. Okunewskyj.
Dr. Holubowycz.
Reitzes.
Dr. Petruszewycz.
Dr. Lahodyńskyj.

1566
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Kyrylo Trylowskyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die willkürliche Einrückendmachung des ehemaligen Zugsführers Moczerniuk Georg durch einen Gendarmeriewachtmeister.

Zugsführer Georg Moczerniuk, derzeit in Iwaniwci, Bezirk Kolomea, wohnhaft, wurde am 20. Juli 1917 superarbitriert und „als derzeit untauglich, 50 Prozent berufsunfähig, minderarbeitsfähig, auf die Dauer von zwölf Monaten zu beurlauben, vor Ablauf des Urlaubes neuerlich zu superarbitrieren“ klassifiziert. Der Befund und Antrag der Superarbitrierungskommission wurden ad M. A. Nr. 69677/H. E. vom 28. Juli 1917 des k. u. k. Militärkommandos Lemberg in Mährisch Ostrau bestätigt und dem Manne außerdem die Invalidenpension von 144 K und Verwundungszulage von 192 K jährlich zeitlich auf ein Jahr ab 1. September 1917 zuerkannt.

Der Mann sollte daher auf Grund dieses Superarbitrierungsbeschlusses die Einberufung bis 1. September 1917 abwarten.

Trotzdem daß er im Besitze eines diesbezüglichen Dokumentes war, ist zu ihm ein Gendarmeriewachtmeister aus Slobidka lisna, Bezirk Kolomea, in der Nacht vom 17. auf den 18. November 1917 gekommen und befahl ihm, unverzüglich zu seinem Kader einzurücken, widrigenfalls er ihn per Eskorte überstellen wird.

Dabei hat ihm der Gendarm ein Papier von weitem gezeigt, mit der Behauptung, daß es die betreffende Einberufung ist.

Der Mann mußte dem Befehle gehorchen. Nachdem er aber sich mit keiner Einberufungskarte ausweisen konnte und das bei ihm befindliche Dokument von einer Einrückung desselben in der jetzigen Zeit kein Wort enthielt, mußte er ohne Fahrkarte reisen, weswegen er in Stryj beanständet wurde und auch durch einen Tag unter Sperre verbleiben mußte.

Nachdem das Vorgehen des Gendarmeriewachtmeisters willkürlich und höchstwahrscheinlich nur ein Akt der Rache war und der Mann infolgedessen den Reisestrapazen ausgesetzt war sowie mehrere Kosten auf die unnütze Reise erlegen mußte,

stellen die Gefertigten die Anfragen:

„1. Sind Eure Exzellenz geneigt, das Nötige zu veranlassen, daß der schuldtragende Gendarmeriewachtmeister (oder Vizewachtmeister) zur Verantwortung gezogen werde?

2. Sind Eure Exzellenz geneigt, zu veranlassen, daß dem ehemaligen Zugsführer Moczerniuk seine Reisekosten und die Entschädigung für die verlorenen Arbeitstage ersetzt werden?“

Lawruk.	Dr. Trylowskyj.
Stefanyk.	Dr. Straucher.
Reizes.	Dr. Petruszewycz.
Okunewskyj.	E. Pohoreckyj.
Dr. Wladimir Baczyński.	Dr. Holubowycz.

1567
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Waber, Dr. Schürff und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Vorrückungsverhältnisse der im Militärjustizdienste stehenden Juristen.

Mit Erlaß des k. u. k. Kriegsministeriums vom 15. November 1916 wurde für mindertaugliche Juristen die Charge des Militärgerichtspraktikanten (Militärbeamter der XII. Rangklasse), beziehungsweise Militärgerichtsakzessisten (Militärbeamter der XI. Rangklasse) neu geschaffen und die Erlangung dieser Chargen an folgende Voraussetzungen geknüpft:

Zur Erreichung der XII. Rangklasse die mit Erfolg absolvierten rechts- und staatswissenschaftlichen Studien sowie eine sechsmonatliche Verwendung im Militärjustizdienste, zur Erreichung der XI. Rangklasse, überdies die mit Erfolg abgelegte Richter-, Notariats- oder Advokatenprüfung und eine einjährige Verwendung im Militärjustizdienste.

Es ist also für den Militärgerichtspraktikanten ohne praktische Prüfung jedes weitere Avancement ausgeschlossen.

Dieser Umstand wirkt auf die vielen in Betracht kommenden Juristen um so niederdrückender, als sie durch den Militärdienst einerseits an der Ablegung der bezüglichen praktischen Prüfung gehindert werden — nach den gesetzlichen Bestimmungen ist hierfür eine gewisse in der Advokaturs-, Richteramts- oder Notariatspraxis vollstreckte Vorbereitungszeit erforderlich — andrerseits aber eben das Abhandensein dieser Prüfung eine Vorrückung in die höhere Rangklasse ausschließt. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß in keinem anderen Militärdienstzweige, weder bei den Medizinern, die, wofern sie nur ein Studium von vier Semestern aufzuweisen haben, Sanitätsfähnriche und -leutnants werden, noch bei den mannigfachen anderen Gruppen der Militärbeamten, wie der Verpflegs-, Rechnungs-, Baurechnungsbeamten usw. eine ähnliche Einschränkung festgesetzt ist. Schließlich ist nicht einzusehen, warum gerade die Juristen gegenüber anderen Akademikern benachteiligt sein sollen, zumal der größte Teil der in Betracht kommenden Personen akademisch graduiert ist, während, wie bereits erwähnt, Mediziner schon nach vier Semestern Sanitätsfähnriche und weiters Leutnants werden können.

Da im allgemeinen beim Militär günstige Vorrückungsverhältnisse bestehen und das Landesverteidigungs- und Kriegsministerium sonst Wert darauf legt, durch gerechte Behandlung die volle Dienstfreudigkeit der in Kriegsdienstleistung stehenden Personen zu erhalten, muß die ungünstige Behandlung der absolvierten Juristen als beabsichtigte Kränkung und Zurücksetzung erscheinen, die wohl nicht in der Absicht Euer Exzellenz gelegen sein kann.

Die Gefertigten stellen deshalb die Anfragen:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, auch den Militärgerichtspraktikanten ohne praktische Prüfung die Möglichkeit eines Avancements zu bieten, mindestens in dem Ausmaße, daß sie ohne Rücksicht auf die praktische Prüfung nach einjähriger Verwendung im Militärjustizdienste zu Militärgerichtsakzessisten befördert werden?

Ist Seine Exzellenz geneigt, auch mit Seiner Exzellenz dem Herrn Kriegsminister das entsprechende Einvernehmen zu pflegen?"

Wien, 28. November 1917.

Dr. Dinghofer.	Dr. Waber.
Erb.	Dr. Schürff.
Beyer.	Richter.
Dr. Erler.	Denk.
E. Kraft.	Wedra.
Dr. Kofler.	Kittinger.
Kroy.	Dr. Heilinger.
Held.	Kemetter.

1568
I

Anfrage

des

Abgeordneten Wagner und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung in Angelegenheit der landwirtschaftlichen Urlaube.

Bei der k. u. k. Militärbauleitung in Feldbach, Steiermark, dient ein gewisser Karl Ofenbacher als Landsturminfanterist.

Derselbe hat einen Grundbesitz von 16 Joch in Plankenwart, Gemeinde St. Oswald, in Steiermark. Seine Gattin Anna Ofenbacher ist eine kränkliche Frau mit vier Kindern, welche, nachdem ihr keine Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, die dringendst notwendigen landwirtschaftlichen Arbeiten nicht allein verrichten kann und hierdurch große wirtschaftliche Schäden verursacht wurden.

Aus diesem Grunde hatte Anna Ofenbacher im Wege der politischen Behörde in Graz an das k. u. k. Militärkommando in Graz die dringendste Bitte unterbreitet, es möge ihrem Manne ein vier- bis sechswöchentlicher Ernte- und Anbauurlaub erwirkt werden.

Der Mann wurde am 23. Oktober zum dienstführenden Feldwebel der k. u. k. Militärbauleitung befohlen, wo ihm mitgeteilt wurde, er müsse einen Zweikronenstempel bringen, welcher für das Urlaubsgesuch benötigt werde.

Am 24. Oktober wurde der Mann neuerlich zum dienstführenden Feldwebel beordert, wo ihm dieser dann mitteilte, daß das k. u. k. Militärbauleitungs-Kommando das Urlaubsgesuch abgewiesen hat und daß er jetzt, weil das Gesuch eingebracht wurde, erst recht keinen Urlaub bekommen werde und, wenn noch einmal so ein Gesuch eingebracht werden würde, werde er eingesperrt.

Karl Ofenbacher erhielt von dem k. u. k. Militärbauleitungs-Kommando im heurigen Jahre im Frühjahr und im Monate September je einen zehntägigen Urlaub für landwirtschaftliche Arbeiten.

In Erwägung des Vorgebrachten beehren sich die Gefertigten an Eure Exzellenz die Anfragen zu stellen:

„1. Sind diese Verhältnisse dem Herrn Minister bekannt?

2. Was gedenkt er zu veranlassen, um den Weisungen wegen der landwirtschaftlichen Urlaube Beachtung zu verschaffen?“

Wien, 13. November 1917.

Schoiswohl.	Wagner.
Prisching.	Kienzl.
Berger.	Tomaschitz.
Perwein.	Jedek.
Eisterer.	Mayer Georg.
Huber.	Schweiger.

1569
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Trylowskyj, Lawruk und Genossen an Ihre Exzellenzen den Herrn Ministerpräsidenten und Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend eine Mordtat, begangen vom Gendarmeriepostenkommandanten Gustav Kopecki.

Ungefähr am 25. September 1915 ist in das Dorf Tekucza, Bezirk Peczenizyn der Gendarmeriepostenkommandant Gustav Kopecki aus Berezów serednyj gekommen und arretierte den dortigen Insassen Nykolyszyn, indem er ihn der Spionage verdächtigte.

Er stützte sich dabei auf die umlaufenden Gerüchte, wonach Nykolyszyn in letzter Zeit oft das benachbarte Städtchen Jabloniw besucht haben soll, obwohl das früher bei ihm sehr selten der Fall war.

Ohne Nykolyszyn irgend einem Militärgerichte zu übergeben, gab Kopecki einem dortigen Bauer den Befehl, Nykolyszyn sofort aufzuhängen, was dieser unter Waffendrohung seitens des Kopecki tatsächlich tun mußte.

Flehentliche Bitten der Familie und der Ortsbewohner, die entschiedene Erklärung des Ortsvorstandes, daß Nykolyszyn ein ruhiger, unbedeutender Mensch ist, haben nichts geholfen.

Kopecki ließ ihn ermorden!

Es ist interessant, daß bis zum heutigen Tage dem Kopecki wegen dieses Verbrechens kein Haar gekrümmt wurde. Er wurde nur auf einen einige Meilen weiter liegenden besseren Posten in Kuty versetzt, wo er zum Ärgernis und zur Empörung des ganzen Kosower Bezirkes weiter das Amt eines Gendarmeriepostenkommandanten ausübt.

Wir stellen also an Eure Exzellenzen die Anfrage:

„Ist Euren Exzellenzen dieses empörende, bis nun nicht gesühnte Verbrechen bekannt, und was beabsichtigen Eure Exzellenzen zu tun, um den Mörder zu bestrafen, den Namen des Ermordeten zu rehabilitieren und seiner Familie einen vollen Schadenersatz zu gewähren?"

E. Pohorecki.	Dr. Trylowskyj.
Dr. Holubowycz.	Lawruk.
Dr. Tehelskyj.	Stefanyk.
Budzynowskyj.	Dr. Lahodyńskyj
Wityk.	Onyszkewycz.
Dr. Wladimir Baczyńskyj.	Petruszewycz.
Dr. Straucher.	Reizes.

1570
I

Anfrage

des

Abgeordneten Hladnik und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ackerbauminister, betreffend die ungerechtfertigte Zurücksetzung der fachlich geprüften Forstzöglinge.

Laut einer Verordnung des hohen k. k. Ackerbauministeriums wurde nach dem Ausbruch des Krieges jede Beförderung im k. k. Forstdienste eingestellt.

Die offenen Stellen wurden auf Verlangen des hohen k. k. Ministeriums für Landesverteidigung gesperrt, weil dieselben für die Besetzung mit Zertifikatisten vorbehalten werden sollten. Darin liegt jedoch eine Ungerechtigkeit für viele Forstzöglinge. Nur im Bereiche der k. k. Forst- und Domänendirektion Görz (jetzt in Hofgastein) sind mehr als zehn Forstgehilfenposten freigeworden. Die staatlich geprüften Forstzöglinge warten umsonst sehnsüchtig auf die endliche Ernennung zu k. k. Forstgehilfen. Es gibt solche, die schon neun Jahre Forstzöglinge sind und als k. k. Förstersubstituten zur Zufriedenheit wirken. Dafür bekommen sie einen Taglohn von 3 K. Da es doch nicht möglich ist, weder einem Taglöhner, noch weniger einem intelligenten Manne, in der jetzigen Zeit mit 3 K Taglohn ohne alle Emolumente auszukommen, erlauben sich die Gefertigten folgende Fragen zu stellen:

„1. Ist Eure Exzellenz bereit, die Verordnung, durch welche eine so ungerechtfertigte Zurücksetzung der fachlich geprüften Forstzöglinge verursacht wurde, durch eine bessere zu ersetzen?

2. Ist Eure Exzellenz bereit, zu verfügen, daß den Forstzöglingen die im Forstdienste, eventuell auch im Kriegsdienste zugebrachte Zeit von der Ablegung der Staatsprüfung an in die Dienstjahre einzurechnen sei?“

Wien, 23. November 1917.

Hladnik.

Pogačnik.	Dr. A. Gregorčič.
M. Brenčič.	Dr. Pogačnik.
Prodan.	Korošec.
Gostinčar.	Verstovšek.
Pišek.	Dr. Ravnihar.
Jankovič.	Dr. Rybař.
Roškar.	Fr. Demšar.
Jarc.	Jaklič.

1571
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Trylowskyj und Genossen an Ihre Exzellenzen den Herrn Ministerpräsidenten, den Herrn Minister für Landesverteidigung und den Herrn Minister des Innern, betreffend widerrechtliche Requisitionen seitens des Militärs.

Als am 28. Juli 1917 die verbündeten Truppen die Stadt Horodenka besetzten, überfielen die reichsdeutschen Soldaten die ukrainische Konsumgenossenschaft „Narodna Torhowla“ und raubten sie vollständig aus. Man nahm Tabak, Seife, Kerzen, Salz 2c., und die Soldaten haben ihre Achselstücke umgewendet, um damit dem Personal die Möglichkeit zu nehmen, den betreffenden Truppenkörper konstatieren zu können.

Auch in den benachbarten Dörfern, wie zum Beispiel in Serafynci und Tyschkiwci sind seitens des reichsdeutschen Militärs große Raubüberfälle verübt worden. So hat man unter andern in Serafynci beim Landwirt Konowal (Vater des Leiters der „Narodna Torhowla“ in Kolomea) ein Pferd ohne jede Vergütung genommen und für ein zweites Pferd nur den halben Preis bezahlt.

Nähere Auskünfte über ähnliche Raubanfälle können unter andern der griechisch-katholische Pfarrer in Debeslawci, Bezirk Kolomea, Werhun und der Schuldirektor Rawlak in Wolczkiwci, Bezirk Śniatyn, erteilen.

Dem Landwirte Stephan Horiaczka aus Chlebyczyn polnyj, Bezirk Śniatyn, hat die Bezirkshauptmannschaft im Jahre 1914 ein Pferd für Militärzwecke requiriert, ohne den Wert desselben zu bezahlen. Am 26. Juli 1917 hat ihn das deutsche Militär als Vorspann auf fünf Tage genommen, ohne ihm nur einen Pfennig zu bezahlen und nahm ihm endlich seine Stute, welche 2000 K wert war, ab und zahlte ihm dafür bloß 500 Mark. Es war ein Garde-Reservejägerbataillon.

Eine große Empörung und Ärgernis wird durch das Verhalten der Feldgendarmerie, betreffend die Beschuhung, hervorgerufen. Wenn man in den Bezirken Kolomea, Horodenka, Śniatyn 2c. bei einem Bauern gute Schuhe bemerkt, so erklärt man, daß sie militärischer Provenienz oder russische Schuhe sind und zieht man dieselben dem Bauer aus. Man hat natürlich keine Beweise, woher die Schuhe stammen und handelt in dieser Beziehung ganz willkürlich.

Insbesondere die „russischen Schuhe“ behandelt man als „Kriegsbeute“ (!!), obwohl in der Regel der Bauer auf die Weise in den Besitz derselben gekommen ist, daß ein russischer Soldat ihm seine guten Stiefel auszog und ihm großmütig seine alten abgetreten hat! Jedoch auch diese werden jetzt von der (ungarischen!) Feldgendarmerie den Bauern konfisziert und die Bauern bleiben jetzt im Winter ohne Beschuhung, um so mehr als jüdische Kaufleute jetzt in Kolomea auch zirka 500 K für ein Paar Schuhe verlangen!

Wir führen beispielsweise an, daß am 24. September 1917 in Hwozdec (false Gwozdziec) eine Militärpatrouille 25 Bauern öffentlich auf der Straße Schuhe auszog unter dem Vorwand, daß sie Kriegsbeute sind.

Es bleibt dahingestellt, ob ein solches Benehmen den eigenen Staatsbürgern gegenüber der Würde und dem Ansehen eines modernen Kulturstaates entspricht!

Wir stellen daher die Anfragen:

„Sind diese Fälle Ihren Exzellenzen bekannt und sind Ihre Exzellenzen bereit, die notwendigen Maßregeln zu ergreifen, daß die Schuldigen bestraft und die Beschädigten den vollen Schadenersatz erhalten?

Wäre Seine Exzellenz der Herr Minister des Innern geneigt, das Nötige anzuordnen, damit die Bevölkerung in Ostgalizien billige Beschuhung bekomme, insbesondere wäre Seine Exzellenz geneigt, zu verfügen, daß der Bevölkerung das zur Herstellung der holländischen Holzschuhe nötige Material und Gerät von den administrativen Behörden beigestellt werden?"

Dr. Trylowskyj.
Dr. Petruszewycz. Lawruk.
Dr. Cehelskyj. Dr. Wl. Baczyńskyj.
Onyszkewycz. Stefanyk.
Dr. Lahodyńskyj. Dr. Eugen Lewickyj.
Dr. Holubowycz. Budzynowskyj.

1572
―――
I

Anfrage

des

Abgeordneten Rudolf Paulik und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ackerbauminister, betreffend der Rindviehlieferungen im Bezirke Prachatitz im Böhmerwalde.

Den deutschen Gemeinden des Vertretungsbezirkes Prachatitz werden seit dem Monate Mai 1917, das ist seit dem Einsetzen der Fleischhilfsaktion, allmonatlich eine immer mehr steigende Rinderzahl zur Lieferung für die Deckung des Fleischbedarfes des Heeres und der Zivilbevölkerung vorgeschrieben und werden dieselben daher im Gegensatze zu anderen Gemeinden, besonders der Gemeinden der fruchtbarer gelegenen Teile des Bezirkes in einer Weise zu den Rinderlieferungen herangezogen, welche die örtlichen Verhältnisse der Gemeinden rücksichtslos überschreiten und die landwirtschaftliche Bevölkerung in ihrem Interesse auf das schwerste bedrohen.

Die Viehbestände sind in erschreckender Weise gelichtet, was die letzte Viehzählung nachweist, wobei in Betracht kommt, daß selbst bei der schon bedeutend minderen Viehzahl der größte Teil hiervon aus Kälbern und nicht lieferungsfähigem Jungvieh besteht, während sich der kleine Rest aus dem schon unbedingt notwendigen Zug- und Milchvieh zusammensetzt.

Selbst zur Abnahme dieses mußte durch die unverhältnismäßig hohen Vorschreibungen geschritten, beziehungsweise behördlich requiriert werden.

Dadurch sind die landwirtschaftlichen Betriebe sehr gefährdet, die weitere Bearbeitung dieser nahezu unmöglich geworden. Auch die Befriedigung der Bevölkerung mit der unentbehrlichen Milch ist zu einer der größten Schwierigkeiten geworden, um so mehr die Gemeinden zur Milch- und Butterlieferung für das k. k. Reservespital Prachatitz und anderer Institute behördlich gemußt werden. Jede weitere Verminderung des Zug- und Milchviehes würde unausbleiblich vernichtend wirken und eine katastrophale Wirkung auf die Viehzucht, auf welche die Bevölkerung im Böhmerwalde angewiesen ist, herbeiführen. Die rationelle Nachzucht ist vernichtet, weil Jungtiere des Jahres 1915 wie auch schon Zuchttiere des Jahres 1916 geliefert werden mußten.

Wiederholte Interventionen und Eingaben blieben erfolglos, im Gegenteile wurde die Rindervorschreibung noch erhöht, und zwar so, daß die Gemeinden nicht weiter imstande sind, diesen Anforderungen von Rindvieh in der bisherigen Weise zu entsprechen und verlangen als eine nur zu sehr begründende Notwendigkeit, daß diese betroffenen Gemeinden des Bezirkes Prachatitz eine Zeit vollständig von der Rinderlieferung ausgeschaltet werden und auch dann diesen nur mehr 50 Prozent der bisherigen Lieferungen vorzuschreiben.

Da nun weiters in Böhmen hingegen, viele Bezirke auf die rascheste Viehabgabe drängen, weil die Überwinterung ihrer Viehbestände infolge Futtermangels erschwert sind und daher ein gerechter Ausgleich möglich und auch leicht durchführbar wäre, stellen die Gefertigten die Anfragen:

„1. Sind Eure Exzellenz geneigt, dahin zu wirken, daß die Landesbehörden ungesäumt beauftragt werden, bei Aufteilung des Viehkontingentes zuerst jene Bezirke

in höherem Maße zu den Lieferungen heranzuziehen, welche infolge Futtermangel außerstande sind, ihre Viehbestände weiter zu ernähren und die Viehablieferung verlangen?

II. Sind Eure Exzellenz weiter geneigt, dahin zu wirken, daß die betroffenen deutschen Gemeinden des Bezirkes Prachatitz von den Viehlieferungen auf eine Zeit ausgeschaltet werden, damit die dortige Viehzucht, auf deren Erträge die Landwirte nahezu ausschließlich angewiesen sind, auf Jahre hinaus geschädigt werde, deren Wiederaufleben nahezu unmöglich macht."

Wien, 28. November 1917.

Rudolf Paulik.
Wedra.
E. Spies.
Kittinger.
Knirsch.
Hueber.
Strziskal.
Fr. Schreiter.
Dr. Exner.
Dr. Schreiner.
Dobernig.
Goll.
Fahrner.
Dr. Stölzl.
Dr. Roller.
Heilinger.
Barbo.

1573
I

Anfrage

des

Abgeordneten Erdmann Spies und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ackerbauminister, betreffend die Ablieferung von Vieh für den Heeresbedarf und den Zivilkonsum in den politischen Bezirken Tepl und Marienbad.

Den Gemeinden der politischen Bezirke Tepl und Marienbad werden seit dem Monate Mai 1917, d. i. seit dem Einsetzen der Fleischhilfsaktion, allmonatlich 250 bis 350, für den Monat November sogar über 500 Rinder für jeden politischen Bezirk zur Lieferung für die Deckung des Fleischbedarfes des Heeres und der Zivilbevölkerung vorgeschrieben und wird daher der Vorgang eingehalten, daß diese beiden Bezirke, im Gegensatze zu anderen Bezirken im Innern Böhmens, in einer Weise zu den Rinderlieferungen herangezogen werden, welche die Verhältnisse dieser Bezirke rücksichtslos überschreiten und die Interessen der landwirtschaftlichen Bevölkerung sowie deren Existenz schwer bedrohen.

Die Viehbestände sind in erschreckender Weise gelichtet, und wenn zum Beispiel die letzte Viehzählung im politischen Bezirke Tepl einen Rinderstand von rund 14.000 Stück ausweist, so darf nicht vergessen werden, daß der weitaus größte Teil hiervon aus Kälbern und nicht lieferungsfähigem Jungvieh besteht, während sich der andere Teil aus dem unbedingt notwendigen Zug- und Milchvieh zusammensetzt.

Aber auch dieses mußte durch die unverhältnismäßig hohen Anforderungen derart in Mitleidenschaft gezogen werden, daß die Besorgung der landwirtschaftlichen Arbeiten und die Befriedigung der Bevölkerung mit der unentbehrlichen Milch zu einer der größten Schwierigkeiten geworden ist und jede weitere Verminderung des Zug- und Milchviehes unausbleiblich katastrophal wirken muß.

Hierbei ist noch der Umstand in Betracht zu ziehen, daß die Landgemeinden dieser Bezirke noch die Militärspitäler in Marienbad und Karlsbad größtenteils mit Milch zu versorgen haben und müßten bei weiteren Anforderungen unbedingt die Milchlieferungen eingestellt werden.

Von einer rationellen Nachzucht kann überhaupt nicht mehr gesprochen werden, da alle Jungtiere des Jahres 1915 längst abgeliefert sind und auch bereits Tiere, besonders Kalbinnen, unter einem Jahre abgegeben werden müssen.

Wiederholte Eingaben der landwirtschaftlichen Organisationen, die wahrheitsgetreu die Verhältnisse schilderten und um Schonung der Bezirke bittlich wurden, die Lieferungen zu reduzieren und für zwei bis drei Monate einzustellen, blieben unerledigt oder wurden damit beantwortet, daß die Rinderlieferungen anstatt vermindert noch in bedeutenderem Maße erhöht wurden. Nachdem alle gütlichen Vorstellungen in dieser Angelegenheit ohne jede Rücksicht auf die Seite geworfen wurden, so ist es bereits so weit gekommen, daß die Viehzüchter nicht mehr imstande sind, den Rinderlieferungen in der bisherigen Weise nachzukommen und verlangen als eine nur zu sehr begründete Notwendigkeit, daß die beiden politischen Bezirke Tepl und Marienbad durch wenigstens drei Monate vollständig von den Rinderlieferungen ausgeschaltet und auch dann nur mehr 50 Prozent der bisherigen Lieferungen vorgeschrieben werden.

Da nun weiters in Böhmen hingegen viele Bezirke auf die rascheste Ablieferung von Rindvieh drängen, da infolge großen Futtermangels die Rindviehbestände über den Winter hindurch nicht erhalten werden können, ein gerechter Ausgleich also sehr gut

in der Weise durchzuführen ist, daß man jene Bezirke zu stärkeren Lieferungen heranzieht, so stellt der Gefertigte die Anfragen:

„I. Sind Eure Exzellenz geneigt, ehestens Verfügungen zu erlassen, daß die Landesbehörde beauftragt wird, bei Aufteilung der zu liefernden Viehkontingente zuerst jene Bezirke in höherem Maße zu den Viehlieferungen heranzuziehen, welche infolge großen Futtermangels die Rinderbestände über den Winter hindurch nicht erhalten können und welche schon längst auf der raschesten Ablieferung von Rindvieh bestehen?

II. Sind Eure Exzellenz weiters geneigt, dahin zu wirken, daß die politischen Bezirke Tepl und Marienbad, in denen seit Jahren eine rationelle Viehzucht betrieben und wo die Landwirtschaft ausschließlich ihre Existenzberechtigung in der Erhaltung ihres Viehstapels findet, dessen Vernichtung aber bei diesen horrenden Lieferungen nur noch eine kurze Frage der Zeit ist, für drei Monate von allen Lieferungen auszuschalten und nach dieser Zeit auch dann nur 50 Prozent zur Ablieferung vorzuschreiben?“

Wien, 29. November 1917.

Iro.	Erdmann Spies.
Dr. Schreiner.	Anforge.
Al. Rieger.	Herzmansky.
Kopp.	Josef Mayer.
Wilh. Mairner.	L. Pongratz.
Strziska.	F. Held.

1574/I

Anfrage

der

Abgeordneten Roškar, Brenčič und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ernährungsminister.

Laut uns zugekommener telegraphischer und schriftlicher Berichte aus den Bezirken Luttenberg, Marburg und Pettau werden dort alle in Betracht kommenden Lebens- und Futtermittel in einer Weise requiriert, welcher eine verhängnisvolle Katastrophe unabwendbar folgen muß.

Bei der Requirierung der Kartoffeln wird nur die mutmaßliche, zweifellos jedoch irrige Berechnung von 80 Meterzentnern pro Hektar zur Grundlage genommen, trotzdem es erwiesen ist, daß im günstigsten Falle nur 50 bis 68 Meterzentner geerntet wurden. Für den Anbau im kommenden Jahre werden nur 15 Meterzentner pro Hektar belassen, welches Quantum auf keinen Fall ausreichend ist.

Auf den tatsächlichen Ernteerfolg wird keine entsprechende Rücksicht genommen, wie auch auf den Umstand nicht, daß alle Wassermühlen während des ganzen Sommers bis in den Spätherbst stillgestanden sind und den unabwendbaren Mehrverbrauch der Kartoffeln zur Folge hatte.

Besitzer mit über ein Drittel Rückstand werden ausnahmslos zur Anzeige gebracht und mit Arrest bestraft.

Der gleiche Vorgang wird bei der Requirierung aller Getreidearten eingehalten. Der tatsächlich vorhandene Vorrat wird nicht beachtet. Das durch die Witterungsverhältnisse verursachte Mißjahr wird nicht berücksichtigt.

Im Bezirke Marburg wurde bei den Besitzern in zahlreichen Gemeinden die Zwangsabnahme durchgeführt und ihnen noch das letzte Körnlein abgenommen; die Familien wurden so der Verhungerung preisgegeben und die Produktion der Lebensmittel für das kommende Jahr unmöglich gemacht. So zum Beispiel in den Gemeinden Zamarkova, Zgornji Tosčič, Sv. Benedikt, Kremberg, Krvanje und anderen.

Nicht minder werden sämtliche Futtermittel in solchen Mengen in Anspruch genommen, daß die Erhaltung des schon äußerst dezimierten Viehstandes in Frage gestellt wird und der Anbau der Frühjahrssaaten im kommenden Jahre unterbunden, vielfach unmöglich gemacht wird.

Auf Grund dieser Nachrichten und der sich daraus ergebenden traurigen Zustände stellen die Gefertigten folgende Anfragen:

„1. Ist Seine Exzellenz gewillt, sofort anzuordnen, daß in den Bezirken Luttenberg, Marburg und Pettau die vorgenannten Requisitionen auf eine rechtliche Grundlage gestellt und die für die Ernährung der Bevölkerung und Erhaltung des Viehstandes notwendigen Mengen im vorgeschriebenen Ausmaße belassen und gewährleistet werden?

2. Ist Seine Exzellenz gewillt, mit dem notwendigen Nachdruck anzuordnen, daß sämtliche Requisitionen nur auf Grundlage des tatsächlichen Bestandes der Vorräte, nicht aber nach den überaus falschen Ernteaufschreibungen durchgeführt werden?

3. Ist Seine Exzellenz gewillt, künftighin zu verhindern, daß dem Produzenten unverdienterweise sämtliche Produkte schonungslos abgenommen und sie der Gefahr des Verhungerns preisgegeben werden?

4. Ist Seine Exzellenz endlich gewillt, den Statthalter von Steiermark, Exzellenz Herrn Grafen Clary-Aldringen, zu beauftragen, daß alle Landesteile in gleichmäßiger Weise nach Gesetz und Recht behandelt und überall entsprechend vorgegangen wird?"

Wien, 29. November 1917.

Dr. Gregorčič.	Roškar.
Dr Vukotić.	M. Brenčič.
J. Hladnik.	Jarc.
Fon.	Gostinčar.
Dr. Benković.	Dr. Korošec.
Dr. Ravnihar.	Dr. Rybař.
Dr. Janković.	Fr. Demšar.

1575
―
I

Anfrage

des

Abgeordneten Fon und Genossen an Ihre Exzellenzen die Herren Ernährungsminister und Minister des Innern wegen Abnahme von Nahrungsmitteln der heimkehrenden Flüchtlinge.

Viele Flüchtlinge haben Felder gemietet und in der Folge durch eigenen Anbau Feldfrüchte erzielt, die sie nunmehr bei ihrer Heimkehr in die freigegebenen Gebiete begreiflicherweise mitnehmen wollen, da in den verwüsteten evakuierten Gebieten keine Nahrungsmittel zu bekommen sind.

Nun wird den Flüchtlingen gedroht, daß ihnen Feldfrüchte, beispielsweise Erdäpfel, vor der Einwaggonierung abgenommen werden. Dies geschah unter anderem auch den Flüchtlingen im Markt Ardagger bei Amstetten in Niederösterreich.

Schon wiederholt ist darüber geklagt worden, daß den Flüchtlingen die von ihnen gekauften Lebensmittel abgenommen werden, ohne sie zu bebezahlen. Höchstwahrscheinlich will man diesen Vorgang neuerdings wiederholen. Aber abgesehen davon, werden ja die Flüchtlinge geradezu der Hungersnot preisgegeben, wenn ihnen die geringen Lebensmittel, die sie sich durch eigene Arbeit erworben haben, bei ihrer Abreise in die Heimat abgenommen werden.

Es muß daher die Forderung aufgestellt werden, daß den Flüchtlingen solche Lebensmittel die sie für sich und ihre Familien über den Winter unbedingt brauchen, bei ihrer Rückkehr in die Heimat belassen werden.

Wir fragen daher:

„Ob der Herr Minister als Leiter des Ernährungsamtes und der Herr Minister des Innern gewillt sind, unverzüglich die untergeordneten Organe dahin anzuweisen, daß sie den Flüchtlingen bei der Rückkehr in die Heimat die notwendigen Lebensmittel mitnehmen lassen?“

Wien, 29. November 1917.

Fr. Demšar.
Dr. Pogačnik.
Hladnik.
Spinčić.
Prodan.
Dr. Ravnihar.

Fon.
Dr. Vukotić.
Roškar.
Jarc.
Dr. Dulibić.
Gostinčar.

1576
I

Anfrage

des

Abgeordneten Jaroš und Genossen an den Herrn Handelsminister in Angelegenheit der Ausstellung der Rechnungen für Telephongespräche in Prag.

In den Monatsrechnungen für telephonische Gespräche, welche von der Postverwaltung an die Parteien herausgegeben werden, wird jedes Monat nur der summarische Betrag angegeben, ohne die spezielle Anführung der einzelnen, in dem betreffenden Zeitabschnitte gehabten telephonischen Gespräche.

In Wien ist ein anderes System in Übung und es wird den Parteien immer eine spezifizierte Rechnung ausgestellt, welche doch weit mehr den Grundsätzen der Kontrolle entspricht.

In Wien kommt man den Parteien in diesem Belange soweit entgegen, daß sogar Ort und Zeit des Gespräches neben der Taxe und Nummer angeführt werden. Es ist gar nicht einzusehen, warum auch in Prag eine solche Art der Rechnungen, die den Parteien größere Vorteile bietet, nicht eingeführt werden sollte.

Die Interpellanten gestatten sich daher die Anfrage:

„Ist der Herr Handelsminister bereit, der Telephonverwaltung in Prag den Auftrag zu erteilen, daß sie an die Parteien spezifizierte Rechnungen nach Wiener Muster herausgebe?“

Wien, 29. November 1917.

Rudolf Jaroš.
Vaněk. Bechyně.
Tusar. Prokeš.
Klička. Filipinský.
Tomašek. Pik.
Charvát. Svěcený.
Svoboda. Haberman.
Modráček. Biňovec.
Lud. Aust. Winter.
Šmeral. Hnátek.
F. Marek. Soukup.

1577
I

Anfrage

der

Abgeordneten Pacher, Dr. Michl und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister.

Die Tätigkeit der Militärärzte hat in diesem nun über drei Jahre dauernden Kriege die allseitigste Anerkennung gefunden.

So haben der Kaiser, wie seine obersten Beamten und nicht zuletzt die ganze Bevölkerung jederzeit Worte des höchsten Lobes für diese Tätigkeit ausgesprochen.

Der Arzt zieht mit den Truppen ins Feld und teilt mit ihnen alle Gefahren und Beschwerden des Schützengrabens.

Und im Hinterlande gehört oft mehr Mut dazu, in ein Seuchenspital kommandiert zu werden, als selbst ins Feld zu gehen.

Viele hunderte Ärzte sind durch Seuchen in den Spitälern gestorben, an der Front gefallen oder sind Jahre lang in Kriegsgefangenschaft.

Das sind wohl Tatsachen, welche für die Ebenbürtigkeit, für die Gleichstellung des Standes der Ärzte mit dem Offiziersstande laut genug sprechen sollten, ganz abgesehen davon, daß auch die Bildung dieser Ärzte sich mit der eines jeden anderen Standes messen kann.

Allgemein ist nun die Unzufriedenheit der Ärzte über den Kontrast zwischen Umfang und Art ihrer Tätigkeit und den sichtbaren Belohnungen derselben, respektive Auszeichnungen, sowie über ihre Rangverhältnisse.

Der größte Teil der Ärzte ist nach mehr wie dreijähriger aufreibender Tätigkeit, im Gegensatze zu den Offizieren, überhaupt mit keinem Zeichen irgendeiner Anerkennung beteilt worden.

Der kleine Teil jener Ärzte aber, welche doch irgendwie ein Zeichen der Anerkennung erhielten, machten die beschämende und erbitternde Erfahrung, daß es Auszeichnungen solchen Grades sind, wie sie Personen niederer Rangstufen verliehen und mit welchen unter anderen auch Lakaien ausgezeichnet werden.

Auch die Vorrückungsverhältnisse sind absolut ungerecht und unbillig, verbittern das Empfinden des ganzen Standes und erheischen Abhilfe.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister, die Bitte:

„Er wolle im Einvernehmen mit Seiner Exzellenz dem Herrn Kriegsminister obigen Sachverhalt prüfen und tunlichst bald veranlassen, daß

1. die Militärärzte den Offizieren in einer eigenen Gruppe gleichgestellt,

2. die Regimentsärzte in der Evidenz, welche über 50 Jahre alt sind, zu Stabsärzten, und

3. daß Landsturmoberärzte, wenn sie über 40 Jahre alt sind, zu Regimentsärzten ernannt werden.

Schließlich möge den Ärzten in der Erwägung, daß ihr Stand und ihr Bildungsgrad diesen Wunsch durchaus gerechtfertigt erscheinen lassen, eine höhere Auszeichnung, als bisher normiert wurde, zuteil werden.

Es geht nicht an, sie diesbezüglich auf eine Stufe mit Hilfspflegerinnen, Offiziersfrauen, Hoflakaien rc. zu stellen.“

Die Gefertigten fragen schließlich:

„Ist Eure Exzellenz gewillt, diesen Vorschlägen in allerkürzester Frist Rechnung zu tragen und sie zu verwirklichen?“

Wien, 28. November 1917.

Wolf.
Dr. Roller.
Kroy.

Dr. v. Mühlwerth.
O. Teufel.
Kasper.
Felzmann.

Frz. Schreiter.
K. Schürl.
Kraus.
Mr. Hummer.

Pacher.
Dr. Michl.
Dr. Herold.
Dr. Wichtl.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

Anhang I.

Anträge.

(Urtexte.)

238
A

Návrh

poslance Vacka a soudruhů

ohledně práva na inženýrský titul pro státně zkoušené absolventy vyšších ústavů lesnických.

Dne 14. března t. r. vydáno bylo císařské nařízení pod čís. 130 Z. Ř., jímž má býti upravena ochrana stavovského označení „inženýr".

V nařízení nečiní se zmínka o absolventech vyšších ústavů lesnických — státně zkoušených lesních hospodářích —, ač naproti tomu dle § 5 tohoto nařízení umožňuje se i absolventům škol průmyslových do průkazu nutné praxe, stavovského označení „inženýr" užívati.

Odbor lesnický jest vedle polního hospodářství a hornictví nejdůležitějším povoláním v oborech prvotních, tedy při nejmenším stejně důležitým jako odvětví průmyslová, od něhož vlastně tato jsou závislá a tu mohlo se toto opomenutí státi jenom politovánihodným nedopatřením.

Jest to bezdůvodné přehlédnutí a sociální snížení lesnictví a lesnictva vůči jiným povoláním.

Jak jest možné, že Jeho Excellence pan ministr orby zapoměl ujati se absolventů vyšších lesnických ústavů, když v téže záležitosti ministerstvo obchodu ujalo se, jak náleží, absolventů škol průmyslových?

A přece co znamená škola průmyslová vůči vysoké škole technické, to v míře mnohem větší značí vyšší ústav lesnický vůči vysoké škole zemědělské, jejíž absolventi právě tak jako absolventi vysokých škol technických, do shora zmíněného nařízení byli pojati.

Jest zajisté známo, že na příklad lesnický vyšší ústav v Bělé (Weißwasser) existoval již dříve (1855) než vysoká škola zemědělská ve Vídni, a že tento lesnický ústav v Bělé absolvovali ve velké míře abiturienti středních škol a že tento ústav poskytuje absolventům týchž práv skládati státní zkoušku pro samostatné lesní hospodáře, jako vysoká škola zemědělská ve Vídni a že jako nejnižší předběžné studium opravňující uchazeče ku přijetí do tohoto vyššího lesnického ústavu jest absolvování nejméně 5 až 6 tříd škol středních, kdežto pro školy průmyslové stačí vychození školy měšťanské.

Jest dále známo, že v celém rakouském státě jest jediná vysoká škola zemědělská a že tudíž jednak z důvodů finančních a jednak z důvodů národnostních není každému, jenž se povolání lesnicko-technickému hodlá věnovati, možno podniknouti studium velmi nákladné na vysoké škole zemědělské ve Vídni, čehož také není třeba z uvedeného shora již důvodu, že totiž vyšší ústavy lesnické, pokud skládání vyšší státní zkoušky se týká, rovnocenny jsou s vysokou školou zemědělskou ve Vídni.

Jest zajisté i dále známo, že stavovské označení „lesní inženýr" a „inženýr" v lesnicko-technických oborech úřadů lesních, jest od dávných dob v užívání a že v přítomné době jest veliký počet zasloužilých a vynikajících a významná místa lesnicko-inženýrská zaujímajících, lesních inženýrů s vyšším předběžným vzděláním. Z jakého důvodu mělo by býti sociální postavení těchto odborníků vůči povoláním jiným, daleko méně významným znehodnoceno a sníženo?

Podepsaní tudíž navrhují:

„Aby vysoká vláda zjednala vůči lesnictví a lesnictvu po této stránce nápravu, aby tento stav vysoké národohospodářské důležitosti a technického významu postaven byl ve shora uvedeném císařském nařízení na patřičné místo a vyhražena mu byla v něm nejméně taková práva jako odvětvím průmyslovým.“

V ohledu formálním navrhují podepsaní, aby tento návrh přikázán byl bez prvního čtení zemědělskému výboru.

Ve Vídni, 28. listopadu 1917.

Jan Vacek.

Chaloupka.	Žďárský.
Kulich.	Vojta.
Udržal.	Bukvaj.
Pavlok.	J. V. Pokorný.
Bradáč.	Krž.
H. Srdínko.	Janovec.
Feltl.	Mašata.
Prášek.	Donát.
Jar. Rychtera.	Malík.
J. Sedlák.	Měchura.

Anhang II.

Anfragen.

1578
I

Anfrage

der

Abgeordneten Adler, Pernerstorfer, Seitz und Genossen an den Herrn Ministerpräsidenten.

Wir stellen die Anfrage:

„Ist die Regierung bereit, die Einladung der russischen Regierung zu sofortigen Verhandlungen über Waffenstillstand und allgemeinen Frieden anzunehmen, die Verhandlungen im versöhnlichen Geiste zu führen und als Ziel dieser Verhandlungen einen allgemeinen, für beide kämpfenden Gruppen gleich ehrenvollen Verständigungsfrieden ohne Eroberungen und ohne Kriegsentschädigungen im Geiste des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen anzustreben?“

Adler.
Pernerstorfer.
K. Seitz.
Dötsch.
Hillebrand.
Jos. Tomschik.
Glöckel.
Jokl.
Leuthner.
Max Winter.
Volkert.
Josef Pongratz
Sever.
Neumann.
Muchitsch.
Smitka.

Bretschneider
Dr. Schacherl.
D. Löw.
Seliger.
Ellenbogen.
Reifmüller.
Dr. K. Renner.
Gröger.
L. Widholz.
Grigorovici.
Schiegl.
Resel.
F. Skaret.
Schäfer.
Ed Rieger

1579
―
I

Anfrage

der

Abgeordneten Fink, Dr. Waldner, Dr. Sylvester, Dr. Urban, Wolf, Pantz, Wüst, Knirsch, Friedmann und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten.

Mit großer Genugtuung haben wir Kenntnis genommen, daß die gegenwärtige russische Regierung den Mittelmächten ein Friedensangebot gemacht hat. Wir erklären uns mit der Antwort, welche Seine Exzellenz der Minister des Äußern, Graf Czernin und der Kanzler des mit uns eng verbündeten Deutschen Reiches gegeben haben, vollkommen einverstanden.

Die Unterfertigten fragen nun Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten:

„Ob auch Rumänien den Mittelmächten ein gleiches Friedensangebot gemacht hat und ob Seine Exzellenz bereit ist, von obiger Anfrage Seiner Exzellenz dem Minister des Äußern Kenntnis zu geben?"

Wien, 30. November 1917.

	Fink.
Bauchinger.	Dr. Waldner.
Guggenberg.	Dr. Sylvester.
Miklas.	Dr. Urban.
Jukel.	Wolf.
W. Teltschik.	Pantz.
Josef Mayer.	Wüst.
Kraft.	Knirsch.
Schürff.	Friedmann.
Erb.	Waber.
Kofler.	Kuhn.
Richter.	Thurnher.
Berger.	Schoiswohl.
Held.	Huber.
Wedra.	Wollek.
M. Soukup.	Pirker.
L. Pongratz.	Herzmansky.
Loser.	F. Wagner.
Dr. Jerzabek.	Kudlich.

Interpellace

poslance Ladislava Čecha a soudruhů k Jeho Excellenci panu ministru obchodu v příčině poškozování textilního průmyslu pozdním účtováním úroků z prodlení za zboží odvedené v nucené nabídce.

Dle posavadní praxe nahražují se dodavatelům bavlněného zboží úroky z prodlení teprve za tu dobu, jež projde po 8 týdnech ode dne převzetí zboží, do dne zaplacení jeho. Toto převzetí zboží děje se však téměř na veskrz velice pozdě, zejména v nuceném řízení nabídkovém, kde offerentu dostane se potvrzení o došlé nabídce často až po mnoha měsících po odeslání vzorkované offerty. Teprve ode dne vystavení tohoto potvrzení běží pak třínedělní lhůta, v níž „bavlnářská ústředna akcová společnost" pověřená nákupem bavlněného zboží jak pro vojenskou tak státní a jinou potřebu, má se pro akceptaci nabídky rozhodnouti.

Bohužel i pak, když se bavlnářská ústředna pro přijetí té či oné nabídky rozhodne, otálí často s odebráním zakoupeného zboží a po řadu dalších měsíců zůstavuje je u majitele, který tím trpí další značnou ztrátu úroků. Kromě toho musí prodávající firma po celou dobu nabídkového řízení a skladování zboží platiti ze svého pojistné, čímž se arci její ztráta pronikavě zvyšuje. Obdobná zpoždění a průtahy dály se i v nabídkovém řízení dobrovolném.

Uvážíme-li pak, že v nuceném řízení nabídkovém povolované ceny přejímací jsou tak stlačeny, jako při žádných jiných artiklech k účelům válečným nutných a že se velmi často přihazují případy, kde firmy striktně dokáží, že nuceně nabízené zboží bavlněné žádným způsobem obchodování nabyly za značně vyšší ceny, než jest cena, povolená jim přejímací komisí v nucené nabídce, pak dlužno nesporné uznati, že ztráta úroků z prodlení a výloh pojišťovacích doléhá na nabízející firmy velmi těžce a že jest nejvýše spravedlivo, aby se těmto firmám plné náhrady úrokové dostalo.

Posavadní praxe, nahražovati úroky od 8 týdnů po odebrání zboží, jest proto naprosto nepřiměřená a prodávající firmy zbytečně poškozuje, poněvadž, jak z předeslaného jest zřejmo, zpravidla projde velmi dlouhá doba (9. 12. 15 i více měsíců), než k převzetí zboží dojde, aniž by to v nejmenším bylo vinou prodávající firmy. To vše jest křiklavou nesrovnalostí a křivdou průmyslu našemu činěnou, přirovnáme-li ceny a podmínky, jaké se povolují jiným oborům průmyslovým a zemědělským k cenám a podmínkám, stanoveným pro tovary textilní. Na druhé straně pak náležitá náhrada úroků z prodlení, kteráž má význam pro dodávající firmy, není takového rozsahu, aby tísnivým způsobem zatížila vojenský erár nebo jiného odběratele.

Nápravy dosavadní praxe úrokové jest zapotřebí alespoň potud, že by při nucených nabídkách náhrada úroků z prodlení byla minimálně přiznána od chvíle, kdy nabídka byla potvrzena, ve všech případech pak a za všech okolností ode dne, kdy firmě bylo oznámeno, že její nabídka se přijímá a zboží že se odebéře. I tento způsob může vésti k značné ztrátě úrokové, poněvadž, jak svrchu řečeno, trvá vždy více měsíců, než potvrzení nabídky vůbec dojde, leč přece by se jím zabránilo alespoň případům křiklavým a zřejmým nesrovnalostem.

Kromě toho jest žádoucno, aby bavlnářské ústředně akciová společnost uložena byla povinnost náhrady 6procentních úroků z prodlení také v těch případech, kde v důsledku neúplné a nečasné dodávky výrobního materiálu tkalcovna bez jakékoliv své viny značné úroky ztrácí. Bavlnářská ústředna akciová společnost trvá totiž i v takovýchto případech na okamžitém zaplacení účtů za dodané přádlo a odmítá bezohledně požadavek buď odložení placení nebo náhrady úroků z prodlení z materiálu předčasně zaplaceného, jehož se zřetelem k neúplnosti dodávky (buď len osnovního nebo jen útkového materiálu) — začasté teprve po mnoha týdnech lze k výrobě skutečně použíti.

Kdežto pro bavlnářskou ústřednu akciové společnost tato náhrada úroková jest vydáním zcela nepatrným, znamená dnes velmi mnoho pro tkalcovny, přejímající podávky za tak stlačených cen, jaké se snad za žádné jiné artikle, k účelům válečným potřebné, vůbec neplatí.

Jest nutno, aby žádoucí náprava stala se se zpětnou platností vzhledem k tomu, že od nuceného řízení nabídkového upuštěno a že místo něho nařízeno bylo přímo nucené odvedení bavlněného zboží všeho druhu, takže dnes veškeré zbylé zásoby — až na 20 procent ponechaných i nadále detailním obchodníkům pod závorou — nalézají se v disposici bavlnářské ústředny akciové společnost.

Ve věci této obrátili se interesenti již v září a říjnu toho roku (tedy ještě před vydáním nařízení o povinném odvádění bavlněného zboží) jednak na ministerstvo obchodu, jednak na ministerstvo války (skupina textilní) a posléze na samu bavlnářskou ústřednu akciové společnost, žádajíce, aby zlepšení posavadní praxe v nahražování úroků z prodlení bez odkladu nastalo. Ministerstvo obchodu zůstavilo naše podání, jež přímou intervenci podpořila také obchodní a živnostenská komora pražská, až dotud bez jakéhokoliv vyřízení vůbec. Ministerstvo války stručným přípisem ze dne 25. října 1917, čís. 55316 v. 1917, prostě zamítlo naši žádost a bavlnářská ústředna akciové společnost svým dopisem z 25. října t. r. postavila se na stanovisko, že by bylo nutno vydati nové nařízení, aby náprava námi žádaná byla zjednána.

Stanovisko toto jest zajisté nespravedlivé, ponévadž dodavatelé jsou nuceni příze hotově platiti, je zpracovati, načež hotové zboží zůstane po dlouhou dobu ležeti, než jest oficielně převzato, takže při nízkých cenách, za které se dnes dodávky dějí, ztráta úroková pohltí celý nepatrný zisk, ba začasté ještě více. Textilní firmy dnes samozřejmě se ziskem vůbec nepočítají, jdeť jim v prvé řadě o zaměstnání dělnictva, leč rozhodně nemohou zůstati trpnými vůči ztrátám, které pro ně vojenské a jiné veřejné dodávky mají v zápětí. Při tom také nemůže ujíti jich pozornosti, že v jiných oborech průmyslových (jako na příklad v průmyslu železa) svěřují se dodávky za cen, jichž efekt jest nejlépe patrným v nebývalých ziscích těchto oborů, zatím co textilní průmyslníci musí mluviti o štěstí, jestliže v tom či onom případu vyjdou beze ztráty. Toto „spravedlivé“ rozvražení břemen a výhod zajisté bije do očí.

Proto tážeme se Vaší Excellenci,

„je-li ochotna zakročiti ve prospěch textilního průmyslu a proti jeho poškozování způsobem, jak výše je uvedeno?“

Ve Vídni, 27. listopadu 1917.

Ladislav Čech.
Dr. Lukavský.
Dr. Fiedler.
Dr. Franta.
Dr. Šubrt.
Dr. Formánek.
Vodňanský.
Dr. Funk.

Kratochvíl.
Dr. Koerner.
Maštálka.
Hráský.
V. Klofáč.
Dr. Baxa.
Tobolka.

Authentische Übersetzung.

1580
I

Anfrage

des

Abgeordneten Ladislaus Čech und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister, betreffend die Benachteiligung der Textilindustrie durch die späte Berechnung von Verzugszinsen für die im Zwangsanbotswege abgelieferte Ware.

Nach der bisherigen Praxis werden den Lieferanten von Baumwollwaren Verzugszinsen erst für jene Zeit vergütet, die nach acht Wochen vom Tage der Übernahme der Ware bis zum Tage ihrer Bezahlung verstreicht. Diese Übernahme der Ware geschieht jedoch fast durchwegs sehr spät, namentlich im Zwangsanbotsverfahren, wo der Offerent die Bestätigung über das Einlangen des Anbotes häufig erst nach mehreren Monaten nach der Absendung des mit Mustern belegten Offertes bekommt. Erst vom Ausstellungstage dieser Bestätigung an läuft dann die dreiwöchige Frist, innerhalb welcher die mit dem Ankaufe von Baumwollwaren sowohl für den Militär- als auch für den staatlichen und sonstigen Bedarf betraute Baumwollzentrale-Aktiengesellschaft sich für die Akzeptierung des Offertes zu entscheiden hat.

Leider pflegt die Baumwollzentrale auch dann, wenn sie sich für die Annahme dieses oder jenes Anbotes entscheidet, häufig mit der Abnahme der gekauften Ware zu zögern und beläßt sie durch eine Reihe von weiteren Monaten beim Besitzer, der dadurch einen weiteren bedeutenden Zinsenverlust erleidet. Außerdem muß die veräußernde Firma während der ganzen Dauer des Anbotverfahrens und der Wareneinlagerung die Versicherung aus eigenem zahlen, wodurch sich allerdings ihr Verlust sehr erhöht. Analoge Verspätungen und Verzögerungen kamen auch in freiwilligen Offertverfahren vor.

Wenn man nun bedenkt, daß die im Zwangsanbotsverfahren bewilligten Übernahmspreise so herabgedrückt sind, wie bei keinem anderen für Kriegszwecke benötigten Artikel und daß sich sehr häufig Fälle ereignen, wo die Firmen strikte beweisen, daß sie die zwangsweise angebotene Baumwollware im ordentlichen Geschäftswege zu bedeutend höheren Preisen erworben haben, als der ihnen von der Übernahmskommission beim zwangsweisen Anbot bewilligte Preis ist, dann muß man unbestrittenermaßen anerkennen, daß der Verlust an Verzugszinsen und an Versicherungsauslagen die offerierenden Firmen sehr schwer trifft und daß es höchst gerecht erscheint, daß diesen Firmen voller Zinsenersatz gewährt werde.

Die bisherige Praxis, wonach die Zinsen nach acht Wochen nach erfolgter Übernahme der Waren vergütet werden, ist somit absolut unzweckmäßig und benachteiligt überflüssigerweise die veräußernden Firmen, weil, wie aus dem Vorhergesagten ersichtlich ist, in der Regel ein sehr langer Zeitraum verstreicht (9, 12, 15 und auch mehr Monate), bevor es zur Übernahme der Ware kommt, ohne daß selbst das geringste Verschulden der veräußernden Firmen vorliegen würde.

Das alles bildet eine schreiende Inkongruenz und ein an unserer Industrie begangenes Unrecht, wenn man die den übrigen Industriezweigen und landwirtschaftlichen Zweigen bewilligten Preise und Bedingungen mit den für die Textilerzeugnisse festgesetzten Preisen und Bedingungen vergleicht. Andrerseits erreicht jedoch eine entsprechende Vergütung von Verzugszinsen, die für die liefernden Firmen von Bedeutung ist, keinen solchen Umfang, daß sie in drückender Weise das Militärärar oder einen anderen Abnehmer belasten würde.

Eine Remedur der bisherigen Zinsenpraxis ist wenigstens soweit erforderlich, daß bei Zwangsanboten der Ersatz von Verzugszinsen zumindest von dem Zeitpunkte an zugebilligt werde, wo das Anbot bestätigt wurde. In allen Fällen jedoch und unter allen Umständen von jenem Tage angefangen, wo der Firma eröffnet wurde, daß ihr Anbot angenommen wurde und daß die Ware übernommen werden wird. Auch diese Art kann zu einem bedeutenden Zinsenverlust führen, weil es, wie oben erwähnt wurde, stets mehrere Monate dauert, bevor die Bestätigung des Anbotes überhaupt eintrifft,

aber es würde dadurch doch schreienden Fällen und offenkundigen Ungleichmäßigkeiten vorgebeugt.

Überdies erscheint es erforderlich, daß der Baumwollzentrale-Aktiengesellschaft die Verpflichtung zum Ersatze von sechsprozentigen Verzugszinsen auch in jenen Fällen auferlegt werde, wo die Weberei infolge unvollständiger und nicht zeitgemäßer Lieferung des Erzeugungsmaterials ohne irgend welches eigenes Verschulden einen nahmhaften Zinsenverlust erleidet. Die Baumwollzentrale-Aktiengesellschaft beharrt nämlich auch in solchen Fällen auf der sofortigen Begleichung der Rechnungen für das gelieferte Spinnmaterial und weist rücksichtslos das Verlangen, sei es nach Zahlungsaufschub oder Ersatz von Verzugszinsen bei vorzeitig bezahltem Material, zurück, welches infolge der Unvollständigkeit der Lieferung (entweder nur des Ketten- oder nur des Einschlagmaterials) häufig erst nach vielen Wochen zur Erzeugung wirklich verwendbar ist.

Während für die Baumwollzentrale-Aktiengesellschaft dieser Zinsenersatz eine ganz geringfügige Ausgabe bildet, bedeutet er für die Webereien, welche die Lieferungen zu so herabgedrückten Preisen übernehmen, wie sie vielleicht bei keinem andern für Kriegszwecke benötigten Artikel bezahlt werden, heutzutage sehr viel.

Es erscheint notwendig, daß die künftige Remedur angesichts des Umstandes, daß von dem zwangsweisen Anbotverfahren Umgang genommen und an seiner Stelle die direkte zwangsweise Ablieferung von Baumwollwaren jeder Art angeordnet wurde, so daß heutzutage alle übriggebliebenen Vorräte — bis auf die auch weiterhin den Detailhändlern unter Sperre belassenen zwanzigprozentigen — der Disposition der Baumwollzentrale-Aktiengesellschaft unterliegen, mit rückwirkender Kraft stattfinde.

In dieser Angelegenheit haben sich die Interessenten bereits im September und Oktober laufenden Jahres (also noch vor dem Erscheinen der Verordnung über die zwangsweise Ablieferung der Baumwollwaren) einerseits an das Handelsministerium, andrerseits an das Kriegsministerium (Textilgruppe) und schließlich an die Baumwollzentrale-Aktiengesellschaft selbst mit dem Ersuchen gewendet, daß die Verbesserung der bisherigen Praxis bei der Vergütung von Verzugszinsen unverzüglich stattfinde. Das Handelsministerium hat die Eingabe, welche durch direkte Intervention auch seitens der Prager Handels- und Gewerbekammer unterstützt wurde, bisher überhaupt unerledigt gelassen. Das Kriegsministerium hat das Gesuch mit kurzer Note vom 25. Oktober 1917, Z. 55316 ex 1917, einfach abgewiesen und die Baumwollzentrale-Aktiengesellschaft hat mit ihrer Zuschrift vom 25. Oktober l. J. den Standpunkt eingenommen, daß es notwendig wäre, eine neue Verordnung zu erlassen, damit die geforderte Remedur geschaffen werde.

Dieser Standpunkt ist gewiß ungerecht, weil die Lieferanten genötigt sind, das Garn baar zu bezahlen, es zu verarbeiten, worauf die fertige Ware durch lange Zeit liegen bleibt, bevor sie offiziell übernommen wird, so daß bei den niedrigen Preisen, um welche heutzutage geliefert wird, der Zinsenverlust den ganzen minimalen Gewinn, ja häufig noch mehr verschlingt. Die Textilfirmen rechnen heutzutage selbstverständlich überhaupt nicht mit einem Gewinn, es handelt sich ihnen in erster Reihe um die Beschäftigung der Arbeiterschaft, sie können jedoch gegenüber Verlusten, die für sie die militärischen und anderen öffentlichen Lieferungen zur Folge haben, entschieden nicht passiv bleiben. Dabei kann es ihrer Aufmerksamkeit nicht entgehen, daß in anderen Industriezweigen (so zum Beispiel in der Eisenindustrie) Lieferungen zu Preisen vergeben werden, deren Effekt am besten aus den nie dagewesenen Gewinnen dieser Zweige ersichtlich ist, während die Textilindustrien vom Glück reden müssen, wenn sie in diesem oder jenem Falle ohne Verlust herauskommen. Diese „gerechte" Aufteilung der Lasten und Vorteile schlägt gewiß in die Augen.

Deshalb fragen wir:

„Ob Eure Exzellenz geneigt ist, zu gunsten der Textilindustrie einzuschreiten und zu veranlassen, daß sie nicht in der oberwähnten Weise benachteiligt wird?"

Wien, 27. November 1917.

Dr. Koerner.	Maštálka.	Dr. Formánek.	Ladislaus Čech.
Tobolka.	Dr. Koerner.	Dr. Franta.	Dr. Funk.
Vodňanský.	Dr. Lukavský.	Dr. Fiedler.	Hráský.
V. Klofáč.	Kratochvíl.	Dr. Šubrt.	Dr. Baxa.

1581
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Dinghofer, Dr. Stölzel und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung wegen Erhöhung der Gebühren, Gewährung von Bereitschaftszulagen für die Mannschaft im Hinterlande und Kreditierung der Urlaubsfahrten.

Eure Exzellenz!

Die gegenwärtige Löhnung für die Mannschaft steht nicht im Verhältnis zu den gegenwärtigen Preisen aller Lebens- und Bedarfsmittel. Die Löhnung im Hinterlande beträgt:

Für Infanteristen (Kanoniere usw.) täglich 16 h — monatlich K 4·80.

Für Gefreite (Vormeister usw.) täglich 20 h — monatlich K 6·—.

Für Korporale täglich 30 h — monatlich K 9·—.

Für Zugsführer täglich 45 h — monatlich K 13·50.

Für Feldwebel (Feuerwerker usw.) 70 h — monatlich K 21·—.

Hiervon haben sie sich zu kaufen:

Seife, einmal monatlich, 33 h,

Tabak, dreimal monatlich (300 Gramm 20 h), 60 h.

Tabak: Während der ersten Monate des Krieges wurde der Tabak von der Mannschaft unentgeltlich gefaßt, dann mußte sie sich denselben kaufen, und zwar das Quantum zu 10 h. Vor ungefähr vier Monaten trat eine hundertprozentige Erhöhung des Tabakpreises ein.

Bereitschaftszulage: Bis Ende 1916 bezog die gesamte, bei den Ersatzkörpern befindliche Mannschaft die Bereitschaftszulage von 10 h täglich. Diese wurde durch Beiblatt 64/16 des K. M. auf die in Marschformationen eingeteilte Mannschaft eingeschränkt, was gegenwärtig aber nur 14 Tage dauert.

Urlaubsgebühren: Bis Frühjahr 1917 bezog die auf Urlaub befindliche Mannschaft ihre Löhnung weiter und erhielt außerdem das Menagegeld ausbezahlt. Seit 1917 bekommen auf Urlaub befindliche Infanteristen und Gefreite keinen Heller, Unteroffiziere nur mehr die Löhnung.

Urlaubsfahrtkosten: Bis Frühjahr 1917 wurden den auf Urlaub fahrenden Mannschaftspersonen die Fahrtkosten kreditiert, das heißt sie fuhren unentgeltlich, seit dieser Zeit haben sie die Kosten der Urlaubsfahrten, mit Ausnahme solcher zu landwirtschaftlichen Urlauben, selbst zu tragen.

Weiters muß aber noch auf nachstehende Umstände verwiesen werden: Während die sogenannten längerdienenden Unteroffiziere seit kurzer Zeit endlich im Felde eine Feldzulage von 2 K beziehen, erhalten die Reserveunteroffiziere eine solche noch immer nicht. Hierzu muß bemerkt werden, daß es heute Reserveunteroffiziere im Felde gibt, welche fünf bis sechs Jahre aktiv dienen und vollständigen Unteroffiziersdienst in jeder Hinsicht verrichten. So selbstverständlich es ist, daß wirkliche Unteroffiziere auch in dieser Angelegenheit bevorzugt werden, so darf doch nicht vergessen werden, daß es eine Reihe von sogenannten längerdienenden Unteroffizeren im gegenwärtigen Kriege gibt, welche in Wirklichkeit auch nicht länger dienen als die Reserveunteroffiziere, welche oft nur durch Familiengründe gehindert werden, sich als längerdienende Unteroffiziere zu melden.

Wie gesagt, erscheint die Gewährung der Feldzulage an längerdienende Unteroffiziere vollkommen gerechtfertigt, nur soll dieselbe auch denjenigen

Unteroffizieren zukommen, welche zwar im Reservestand sind, aber über ihre Präsenzdienstzeit gegenwärtig im Kriege weiterdienen müssen, weil ja eben die Kriegsdienstleistung dieselbe ist.

Mit Rücksicht auf alle die angeführten Umstände fragen die Gefertigten an:

„Ist Seine Exzellenz der Herr Minister für Landesverteidigung geneigt, im Einvernehmen mit dem k. u. k. Kriegsministerium Verfügungen zu treffen und diejenigen Schritte einzuleiten, welche dazu führen, daß die Gebühren der Mannschaft den jetzigen Verhältnissen entsprechend geregelt werden, die Bereitschaftszulage auch der Mannschaft erhöht wird und auch im Hinterlande zur Auszahlung kommt? Daß auf Urlaub befindliche Mannschaftspersonen und Gefreite, sowie Unteroffiziere wieder in bezug auf ihre Gebühren so wie bis zum Jahre 1917 behandelt werden, weiters daß die Urlaubsfahrten, gleichgültig für welchen Zweck, wieder krediticrt werden und endlich, daß die Feldzulagen auch den Reserveoffizieren zuerkannt werden?"

Dr. Dinghofer.

Erb. — Dr. Stölzel.
Richter. — Dr. Kinz.
Dr. Waber. — Wedra.
Kittinger. — Hueber.
Beyer. — Dr. Sylvester.
Dr. Schürff. — Dr. Kofler.

1582
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Dinghofer und Dr. Stölzel an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister, wegen Beschaffung von Zwirn für die beteiligten Gewerbetreibenden und den Privatbedarf.

Es ist eine leider feststehende Tatsache, daß im reellen Handelsverkehr Zwirn, das unbedingt notwendige Betriebsmittel für alle Arten Bekleidungsgewerbe, kaum mehr erhältlich ist und daß leider im Schleichwege oft geradzu Phantasiepreise, zum Beispiel für eine Spule K 24 verlangt und bezahlt werden. Das Versagen jeglicher Zwirnbezugsquellen würde für die Zukunft die Einstellung der ganzen Bekleidungsindustrie einschließlich der Modistengeschäfte, insbesondere aber für die kleineren Gewerbetreibenden, welche nicht imstande sind, ähnliche phantastische Preise zu bezahlen, zur Folge haben. Ein Zustand, welcher nicht nur für diese Gewerbetreibenden katastrophal wäre, sondern auch das ganze Bekleidungswesen auf das ungünstigste beeinflussen müßte.

Die Landesbekleidungsstellen sind bisher noch nicht in die Lage versetzt worden, Zwirn auszugeben und muß daher jetzt mit aller Entschiedenheit vom hohen Handelsministerium verlangt werden, daß es in Voraussicht der Entwicklung rechtzeitig Abhilfe schafft, ehe es zu spät ist.

Es stellen die Gefertigten die Anfrage an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, raschest und entschiedenst Vorsorge zu treffen, daß Zwirn zu annehmbaren Preisen in Verkehr kommt und auch den in Betracht kommenden Betrieben entsprechend zugewiesen wird?“

Dr. Dinghofer
Dr. Stölzel.
Dr. Kosler.
Hueber.
Dr. Sylvester.
Kinz.
Erb.

Dr. Schürff.
Wedra.
Kittinger.
Richter.
Dr. Waber.
Beyer.

1583
—
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Hruban, Valoušek, Dr. Stojan und Genossen an die gesamte Regierung, betreffend die Ablieferung der Kirchenglocken.

In einer früheren Anfrage haben wir die k. k. Regierung auf die Folgen der streng durchgeführten Glockenablieferung aufmerksam gemacht, welche dieselbe auf die breitesten Schichten der Bevölkerung nicht nur in kulturhistorischer, sondern auch in religiöser und moralischer Hinsicht zeitigen muß. In der letzten Zeit sind in der Öffentlichkeit Vermutungen und Klagen aufgetaucht, daß die requirierten Glocken nicht ausschließlich zur Herstellung von Kriegsmaterial verwendet, sondern der Privatspekulation einzelner bevorzugter Metallindustrien, ja sogar der größte Teil des Glockengutes zur Gewinnung von Vitriol überlassen wurden. Sollte dies zutreffen, dann war es ein Verbrechen, daß geweihte Gegenstände überhaupt abgefordert worden sind.

Wir stellen daher die Anfrage:

„Ist die k. k. Regierung geneigt, eine strenge Untersuchung in dieser Hinsicht einzuleiten und dem hohen Hause die Zahl der konfiszierten Glocken, deren Gewicht, das Gewicht des daraus gewonnenen Kupfers und sonstigen Metalles mitzuteilen sowie einen ausführlichen Bericht über die Gebarung mit dem Glockengute und über die Verwendung der beschlagnahmten Glocken vorzulegen?“

Wien, 30. November 1917.

Dr. Hruban.
Valoušek.
Dr. Stojan.
Kratochvil.
Šamalík.
Dr. K. Verstovšek.
Fon.
M. Brenčič.
Okleštěk.
J. Biankini.
Navrátil.

Dr. Pogačnik.
J. Hladnik.
Dr. Korošec.
Gostinčar.
Roškar.
Dr. Benković.
Dr. Janković.
Fr. Demšar.
Dr. Laginja.
Kadlčák.

1584
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Zahradník und Genossen an Ihre Exzellenzen die Herren Minister für Kultus und Unterricht und Landesverteidigung, betreffend die Glockenrequisition.

Wie wir hören, soll eine neue scharfe Glockenrequisition vorgenommen werden, so daß auch die wertvollsten Glocken zerschlagen und dem Militärärar zugeführt werden sollen. Wir bekommen Nachrichten über Vernichten von kleinen, 3¼ Kilogramm schweren Glocken aus dem 16. und Anfang des 17. Jahrhunderts. Wertvolle Glocken aus dem Jahre 1483 und 1501 wurden in den Filialkirchen requiriert, ohne daß der zuständige Priester davon verständigt worden wäre.

Wir brauchen nicht zu betonen, daß durch die Vernichtung von diesen letzten Glocken sowohl die Kunst als auch der religiöse Sinn der Bevölkerung den unermeßlichsten Schaden erleiden.

Mit Rücksicht auf diese traurigen Folgen fragen wir Eure Exzellenzen:

„1. Sind diese Requirierungserlässe unter Zustimmung Eurer Exzellenzen hinausgegangen?

2. Sind Eure Exzellenzen geneigt, im letzten Augenblick diese Erlässe zu widerrufen und die wenigen wertvollen Glocken, welche noch im Lande sind, zu retten?"

Wien, 30. November 1917.

Janovec.	Dr. Zahradník.
Ant. Rydlo.	J. Sedlák.
Okleštěk.	F. Staněk.
Bukvaj.	Prášek.
F. Němec.	Udržal.
Hyrš.	Malik.
Vojta.	Kotlant.
Měchura.	Jar. Rychtera.
Bradač Bohumír.	Krž.
Vacek.	Fon.
Zdárský.	Feltl.

1585
I

Anfrage

des

Abgeordneten Parrer und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Verwendung der requirierten Glocken.

In Provinzblättern, und zwar im „Westböhmischen Grenzboten“ vom 31. Oktober, ferner im kroatischen Blatt „Banovac“ vom 8. September werden Mitteilungen gemacht, wonach die jedem Christen heiligen Kirchenglocken in ansehnlicher Zahl zur privaten Spekulation und darunter auch jüdischen Spekulanten überlassen werden.

Nachdem die Gemeinden und Kirchenverwaltungen ihre Glocken, wenn auch schweren Herzens, aber doch, zur Verteidigung des Vaterlandes, zum Schutze unserer Söhne und Brüder, die gefahrvollen Frontdienst leisten, gerne geopfert haben, nun diese Glocken privaten Unternehmungen als wucherisches Spekulationsobjekt überlassen wurden, so ist dieser Vorgang aufs schärfste zu tadeln und ungemein zu bedauern.

Die Gefertigten verlangen eine strenge Untersuchung und fragen:

„wie viele Kilogramm Glocken abgenommen wurden und welche Quanten an Privatunternehmungen ausgeliefert wurden?“

Wien, 30. November 1917.

Schweiger.	Parrer.
Stumpf.	Eisenhut.
Niedrist.	Alois Höher.
Bogendorfer.	Fisslthaler.
Miklas.	Loser.
Eisterer.	Roggler.
M. Huber.	Alois Brandl.
Thurnher.	R. Gruber.

1586
—
I

Anfrage

der

Abgeordneten Schweiger, Tomaschitz und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten, betreffend die Kirchenglocken- und Orgelpfeifenrequisition.

In letzter Zeit häufen sich die Klagen über die Verwendung der requirierten Glocken und Orgelpfeifen seitens der Heeresverwaltung, insbesondere bemächtigt sich des christlichen Volkes in ganz Österreich, das ohnedies die gesamten Kriegslasten zu tragen hat, eine ungeheure Erregung und gerechtfertigte Erbitterung darüber, daß das requirierte Metall zum großen Teile einer wüsten Privatspekulation überlassen werde. Die diesbezüglichen Nachrichten und Veröffentlichungen sind bisher unwidersprochen geblieben. Tatsache ist, daß der für das Metall gezahlte Preis von vier Kronen den heutigen Verhältnissen in keiner Weise entspricht und vielen Gemeinden großen Schaden verursacht.

In Erwägung des Umstandes, daß eine amtliche und belegte Aufklärung über die Tätigkeit der Metallabteilung des Kriegsministeriums schon allein in Rücksicht auf das empfindlichst verletzte religiöse Empfinden des Volkes unaufschiebbar geworden ist, stellen die Gefertigten an den Herrn Ministerpräsidenten die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, im Namen des gesamten christlichen Volkes Österreichs von der Heeresverwaltung über die Verrechnung und Verwendung der requirierten Glocken und Orgelpfeifen restlose Aufklärung und Rechnungslegung anzufordern und darüber dem hohen Hause Bericht zu erstatten?“

Wien, 30. November 1917.

Berger.	Schweiger.
Huber.	Johann Tomaschitz.
Wagner.	Perwein.
G. Mayer.	Alois Höher.
Schoiswohl.	Fisslthaler.
Prisching.	Noggler.
Wille.	Siegele.
Niedrist.	Fink.
Parrer.	Kienzl.

1587
I

Interpellace

poslanců Pika, Habermana a soudruhů na pana ministra zeměbrany ohledně vymáhání osobní daně na zmilitarisovaných dělnících.

Vaše Excellence! Na základě výkladů c. k. ministerstva zeměbrany, vojenské správy a vojenských soudů podléhají zmilitarisovaní dělníci předpisům vojenským, jsouce zařazeni pod velení tak zvaných dělnických zeměbraneckých oddílů. Podepsaní neuznávají tento stav a trvají s největší rozhodností na požadavku zrušení zmilitarisování dělnictva a zavedení stavu dřívějšího, se všemi právy dělnictvu. Leč s podivem musí přijímati zprávy, že přes stanovisko vojenské správy vymáhají berní úřady na zmilitarisovaných dělnících osobní daň z příjmu, ač mužstvo vojenských oddílů jest této daně sproštěno. Berní úřad v Plzni vymáhá na dělnících závodů Škodových v Plzni osobní daň z příjmu a nařizuje, aby v případě neplacení byla dělníkům se mzdy zadržena.

Poněvadž tímto způsobem finanční správa říše neuznává zmilitarisované dělníky za příslušníky oddílů c. k. zeměbrany, nýbrž za civilní osoby, podléhající zákonu o osobní dani z příjmu, táží se podepsaní:

„1. Jest pan ministr ochoten uznati stanovisko berní správy a zrušiti ustanovení o zmilitarisování dělnictva?

2. Jest pan ministr ochoten v opačném případě učiniti opatření, aby zmilitarisovaní dělníci nebyli nuceni osobní daň z příjmu platiti?“

Ve Vídni, 27. listopadu 1917.

Bechyně.
Svěcený.
Dr. Soukup.
Hybeš.
Svoboda.
Němec.
Hnátek.
Jaroš.

Pik.
Haberman.
Tomášek.
Charvát.
Dr. Witt.
Vaněk.
Biňovec.
Filipínský.

Authentische Übersetzung.

1587
I

Anfrage

der

Abgeordneten Pik, Habermann und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Eintreibung der Personaleinkommensteuer von militarisierten Arbeitern.

Eure Exzellenz!

Auf Grund der Interpretationen des k. k. Ministeriums für Landesverteidigung, der Militärverwaltung und der Militärgerichte unterliegen die militarisierten Arbeiter den militärischen Vorschriften, indem sie dem Kommando der sogenannten Landsturm-Arbeiterabteilungen untergeordnet sind. Die Gefertigten können diesen Zustand nicht anerkennen und beharren mit der größten Entschiedenheit auf der Forderung, daß die Militarisierung der Arbeiterschaft aufgehoben und der frühere Zustand mit allen Rechten der Arbeiter eingeführt werde. Sie müssen jedoch mit Verwunderung die Nachrichten vernehmen, daß die Steuerbehörden, ungeachtet des Standpunktes der Militärverwaltung, von den militarisierten Arbeitern die Personaleinkommensteuer eintreiben, obwohl die Mannschaft der militärischen Abteilungen von dieser Steuer befreit ist. Das Steueramt in Pilsen treibt von den Arbeitern der Skodawerke in Pilsen die Personaleinkommensteuer ein und ordnet an, daß im Falle der Nichtbezahlung dieselbe den Arbeitern vom Lohne abgezogen werde.

Da auf diese Weise die Reichsfinanzverwaltung die militarisierten Arbeiter nicht als Angehörige der k. k. Landsturmabteilungen, sondern als Zivilpersonen betrachtet, die dem Personaleinkommensteuergesetze unterliegen, fragen die Gefertigten:

„1. Ist der Herr Minister geneigt, den Standpunkt der Steuerverwaltung anzuerkennen und die Bestimmungen über die Militarisierung der Arbeiterschaft aufzuheben?

2. Ist der Herr Minister bereit, im entgegengesetzten Fall die Veranlassung zu treffen, daß die militarisierten Arbeiter nicht genötigt werden, die Personaleinkommensteuer zu entrichten?“

Wien, 27. November 1917.

Hnátek.	Pik.
Svoboda.	Habermann.
Dr. Witt.	Biňovec.
Svěcený.	Vaněk.
Filipinský.	Frant. Němec.
Bechyně.	Jaroš.
Charvat.	Dr. Soukop.
Tomášek.	Hybeš.

1588
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Rybář und Genossen an den Herrn Handelsminister, betreffend die Zuweisung von Papier für die Presse außerhalb Wiens.

In den letzten Monaten wird die Zuweisung von Papier für die Presse außerhalb Wiens immer mehr eingeschränkt, so daß Tagesblätter, die noch zu Beginn des Krieges auf 4 bis 6 Seiten und mit einer Abendausgabe erschienen, sich gezwungen sahen, die Abendausgaben vollständig einzustellen und die Morgenausgaben auf 2 Seiten zu beschränken. Trotzdem verlangt die Regierung vor Einberufung des Parlaments, sogar unter Androhung der Einstellung, daß in die Zeitung alle möglichen amtlichen und offiziösen Bekanntmachungen, angefangen von den Kriegsberichten und Mitteilungen über Besuche von hohen und höchsten Persönlichkeiten und Landeschefs, Kundmachungen der Polizeibehörden und der verschiedenen amtlichen und halbamtlichen Kommissionen bis zu den sehr wenig Interesse bietenden Sammlungen für das Rote Kreuz, Soldatenheime u. dgl., unentgeltlich aufgenommen werden. Diese Bekanntmachungen nehmen oft zwei Drittel des Blattes in Anspruch, so daß für sonstige Mitteilungen und Leitartikel nur sehr wenig Platz erübrigt, Inserate aber fast ganz ausgeschlossen sind.

Nun wurde in der letzten Zeit selbst an die auf nur zwei Seiten erscheinenden Tagesblätter von der Verteilungsstelle des Handelsministeriums die Aufforderung gerichtet, die Druckfläche noch um 20 Prozent zu verringern. Als Grund wird Papiermangel angegeben.

Demgegenüber kann man täglich sehen, daß die in Wien erscheinende, namentlich aber die sogenannte große Presse unter dem Papiermangel nicht im mindesten zu leiden hat, sondern bis zu 40 Seiten (an Sonntagen bis zu 60 Seiten) stark erscheinen und das Inseratengeschäft im ausgedehntesten Maße weiterbetreiben kann. Von 40 Seiten in der Woche sind nicht weniger als 26 und von 60 an Sonntagen nicht weniger als 45 mit Inseraten bedruckt, in welchen von falschen Zähnen angefangen bis zur Ehe und freien Liebe alles nur irgendwie Verkäufliche angeboten oder zu kaufen gesucht wird, und ganze Seiten mit Todesanzeigen, auch bis zehn über denselben Todesfall bedeckt sind.

Während die Provinzpresse selbst sehr wichtige Nachrichten wegen Raummangel gar nicht oder nur sehr verkürzt veröffentlichen kann, ist die Wiener große Presse in der Lage, eine und dieselbe Nachricht auch dreimal in derselben Nummer ihren Lesern aufzutischen und zwar als Telegramm, als politische Nachricht und schließlich als Gegenstand eines politischen Artikels.

Die Bedeutung Wiens als Groß- und Reichshauptstadt wird von dem Gefertigten ohneweiters anerkannt, wie auch eine besondere Berücksichtigung seiner Bedürfnisse gern zugestanden werden soll; es darf aber nicht übersehen werden, daß infolge der geschichtlichen Entwicklung und der Vielheit der Völker Wien kein solches Kulturzentrum wie zum Beispiel Paris für Frankreich ist, und daß schon wegen der Verschiedenheit der Sprache die Wiener Presse für die Bedürfnisse der einzelnen Teile des Reiches fast gar nicht in Betracht kommt. Eine größere Berücksichtigung der Presse außerhalb Wiens ist daher unbedingt notwendig, wobei noch zu bedenken ist,

daß die Wiener Zeitungen schon durch ihre meistens größeren Auflagen mehr Papier verbrauchen, welcher Verbrauch nicht durch den Umfang der einzelnen Nummern zur Verschwendung gesteigert werden soll. Besteht wirklich Papiernot, dann muß eben das Bedürfnis des öffentlichen Verkehrs in Wien auf andere Weise als durch Zeitungsinserate befriedigt oder aber eingeschränkt werden.

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

„Ist Eure Exzellenz gewillt zu verfügen, daß den Zeitungen außerhalb Wiens eine ihren Bedürfnissen entsprechend größere Menge von Papier, namentlich Rotationspapier, zugewiesen werde?"

Wien, 30. November 1917.

Gostinčar.
Dr. K. Verstovšek.
Fr. Demšar.
J. Hladnik.
Dr. Janković.
Dr. Lew Baczyńskyj.
Onyszkewycz.
Dr. Pogačnik.
Jarc.

Dr. Rybář.
Dr. Dulibić.
Perić.
Roškar.
Prodan.
Budzynowskyj.
J. Biankini.
M. Brenčič.
Dr. Vukotić.

1589
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Schürff, Dr. Waber, Wedra und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung und an Seine Exzellenz den Herrn Eisenbahnminister, betreffend die Zustände auf den Wiener Bahnhöfen.

Täglich spielen sich auf den Wiener Bahnhöfen sehr unliebsame und überflüssige Vorfälle ab. Die nach vielen Hunderten zählenden militärischen Fahrgäste müssen mangels genügender Warteräume in den Bahnhofvorräumen oft viele Stunden bis zur Abfahrt ihrer Züge warten.

Dadurch besetzen und belegen sie nicht nur diese hauptsächlich Passagezwecken dienenden Räume, sondern sie sind auch, da sie auf dem Steinboden lagern müssen, großen gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt. Das zivile Fahrpublikum leidet unter solchen Zuständen ebenfalls außerordentlich, da ihm der Zugang zu den Fahrkartenkassen behindert und insbesondere am Südbahnhofe von den Militärpersonen, die den Eintritt auf den Bahnhofperron geradezu blockieren, der Zutritt zu den Zügen unmöglich gemacht wird. Daher spielen sich fast täglich abends am Südbahnhofe sehr bedauerliche Szenen zwischen Zivilisten und Militärpersonen ab, die ihre Ursache darin finden, daß die zivilen Fahrgäste durch die große Menge der vor den Eingängen stehenden Militärpersonen nicht zu den Zügen gelangen können und daher wegen Versäumung eines Fernzuges bis zum nächsten Tage warten müssen.

Daher stellen die Gefertigten die Anfrage:

„Ist die Regierung bereit, einerseits für die abfahrenden Militärfahrgäste ausreichende Warteräume zu beschaffen und andrerseits für das zivile Fahrpublikum die notwendige Zugangsfreiheit auf den Wiener Bahnhöfen wieder herzustellen?"

Wien, 29. November 1917.

Dr. Erler.	Dr. Schürff.
Beyer.	Dr. Waber.
Kittinger.	Wedra.
Richter.	E. Kraft.
Denk.	A. Einspinner.
Dr. Kofler.	Erb.

1590
I

Dotaz

poslance dra. Velicha a soudruhů na Jeho Excellenci pana ministra obchodu a Jeho Excellenci pana ministra vnitra o lichvářském velkoobchodu s nítěmi.

Dne 26. t. m. dostala jedna z největších továren na prádlo v Čechách, to jest firma Weiss v Libni nabídku špulek nití ve velkém, a to

velké špulky . . . . 24 K za kus
malé „ . . . . 7 „ „ „

proti dobírce nebo zaslání peněz předem při bezodkladné objednávce.

Při dodávkách v malých tuctech 5 procent přirážka.

N. Herget, Horní Brandýsek v Čechách.
(N. Herget, Ober Brandeisl.)

Z uvedené nabídky, již v originálu předkládám, plyne nový doklad toho, že nítě jsou předmětem nezřízené spekulace jednotlivců, kteří zmocnili se jich za zločiným, lichvářským úmyslem obohatiti se obchodem s tímto předmětem naprosto nutné potřeby. Za dnešních dnů, kdy není možno největší části obyvatelstva jinak se odívati než obracením, záplatováním a spravováním starého šatstva, kdy s největšími obětmi seženou rodiče pro mrznoucí děti roztrhané oděvy, znemožňuje se jim i ta úprava nejnutnější tak, aby aspoň nahota byla zakryta, lichvou spekulantů, kteří skoupili nítě a prodávají je v malém i za 50 K jedinou špulku.

Podepsaní táží se:

„Jsou Vaše Excellence ochotny okamžitě zaříditi soustavné pátrání po spekulantech velké zásoby nití v tajných skladištích nahromadivších a co hodlají Vaše Excellence podniknouti, aby byli všichni zadržovatelé velkých množství nití vypátráni a zásoby jejich za cenu přiměřenou mezi strádající obyvatelstvo přímo rozprodávány."

Ve Vídni, 27. listopadu 1917.

F. Staněk.	Dr. Velich.
Vojta.	Vacek.
Feltl.	Bukvaj.
Donát.	J. Sedlák.
H. Srdínko.	Bradáč.
Kulich.	Špaček.
Paďour.	Krž.
Janovec.	Dr. Viškovský.
Chaloupka.	Udržal.
Měchura.	Ant. Rydlo.
Prášek.	Jos. Prošek.

Authentische Übersetzung.

1590
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Velich und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister und an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend den wucherischen Zwirngroßhandel.

Am 26. d. M. bekam eine der größten Wäschefabriken in Böhmen, das ist die Firma Weiß in Lieben, ein Offert von Spulenzwirn en gros, und zwar:

Große Spulen 24 K per Stück
kleine „ 7 „ „ „

gegen Nachnahme oder Voraussendung des Betrages bei umgehender Bestellung.

Bei Auftrag unter ein Gros fünf Prozent Zuschlag.

N. Herget,
Oberbrandeisl in Böhmen.

Aus dem erwähnten Offert, welches ich im Original beischließe, ergibt sich ein neuer Beleg dafür, daß die Zwirne den Gegenstand einer ordnungswidrigen Spekulation einzelner Personen bilden, die sich ihrer in verbrecherischer Wucherabsicht bemächtigten, um sich durch den Handel mit diesem Artikel des unbedingt notwendigen Bedarfes zu bereichern. Heutzutage, wo der größte Teil der Bevölkerung sich nicht anders kleiden kann, als durch Wendung der Stoffe, Flicken und Richten der alten Kleider, wo die Eltern für ihre frierenden Kinder mit größten Opfern zerrissene Kleidungsstücke auftreiben, wird ihnen selbst die zum Bedecken des nackten Körpers notwendigste Instandsetzung durch Wucher von Spekulanten, welche die Zwirne aufgekauft haben und sie im Kleinen sogar zu 50 K per Spule verkaufen, unmöglich gemacht.

„Die Gefertigten fragen:

„Sind Eure Exzellenzen geneigt, unverzüglich eine systematische Nachforschung nach den Spekulanten, welche große Zwirnvorräte in geheimen Magazinen angehäuft haben, zu veranlassen, und was gedenken Eure Exzellenzen zu unternehmen, damit alle zurückgehaltenen großen Zwirnmengen ausgeforscht und ihre Vorräte zu angemessenem Preise direkt an die darbende Bevölkerung ausverkauft werden?"

Wien, 27. November 1917.

Chaloupka.	Rydlo.	Donát.	Dr. Velich.
Srdínko.	Feltl.	Bukvaj.	Vacek.
Urdžal.	Vojta.	Špaček.	Prodan.
Krž.	Prošek.	Maštalka.	Kulich.
Janovec.	Měchura.	Prašek.	Padour.
Staněk.	Dr. Viškovský.	Bradáč.	Sedlák.

1591

I

Запит

посла Дра Льва Бачинського і товаришів до Єго Екцеленциї пана Мінїстра скарбу, в справі браку соли в станиславівськім і сумежних повітах.

В станиславівськім повіті і в сумежних ново відбитих повітах, дає ся мешканцям в знаки цілковитий брак соли.

Ходить тут також о тисячі людий, що повернули яко евакуовані з чужини і не мають відповідних засобів поживи, бо їх господарства цілковито знищені. Коли ще те населене, що живить ся лише бульбою, набутою за дорогі гроші в невистарчаючій скількости, не має одинокої омасти — соли, то ясне стане, що положене того населеня є прямо розпучливе.

Люди зі станиславівського повіта відбувають формальні вандрівки до бані (салїн) в Калуши і Долинї (5—10 миль), на жаль не дістають там соли.

І так відправлено з нічим зі салїн з Калуша людий Опришовець, Креховець, Угорник і з Ямниці.

З Ямниці, яка цілковито знищена, вислала громада Василя Савчака з фірою по сіль. Фіра коштувала 60 корон, однакож начальник салїни відправив єї з нічим, кажучи якби на глум до Савчака: „купи собі соли в Станиславові“.

Коли на се Савчак сказав, що пожалує ся послам, відповів єму той начальник: „скарж мене і до цїсаря, я не бою ся.“

Найприкрійше для петентів є те, що той самий начальник рівночасно видавав сіль жидівським шпекулянтам, котрі відтак ту сіль продають голодуючим по 2 корони за топку.

Запитують проте підписані:

„1. Що Ваша Ексцеленция задумують зарядити, щоби як найскорше зарядити бракови кухонної соли в станиславівськім і сумежних повітах?

2. Чи Ваша Ексцеленция потягнуть до строгої відвічальности зухвалого начальника салїн в Калуши?“

Dr. Lew Baczyńskyj.
Dr. Eugen Lewickyj.
Petryckyj.
Dr. Łahodyńskyj.
Onyszkewycz.
Dr. Petruszewycz.
Stefanyk.
Ławruk.
Semaka.
Dr. Okunewskyj.

Ruthenische Übersetzung.

1591
I

Anfrage

des

Abgeordneten Lew Baczyńskyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister, betreffend den Salzmangel im Stanislauer Bezirke sowie in den angrenzenden Bezirken.

Im Stanislauer Bezirke sowie in den angrenzenden wiedereroberten Bezirken läßt sich der Bevölkerung ein totaler Salzmangel verspüren.

Es handelt sich im vorliegenden Falle auch um Tausende von Menschen, welche als Evakuierte aus der Fremde zurückgekehrt sind und über keine entsprechende Mengen an Lebensmitteln verfügen, weil ihre Landwirtschaften einer vollständigen Zerstörung unterlegen sind. Wenn diese Bevölkerung, die sich lediglich von Erdäpfeln nährt, welche in einer bei weitem nicht hinreichenden Menge um teures Geld angekauft werden, diesen einzigen Speisezusatz und zugleich Fettersatz — als was Salz für die Landbevölkerung gilt — denselben nicht besitzt, ist es evident, daß die wirtschaftliche Lage dieser Landbevölkerung direkt an die Verzweiflung grenzt.

Die Landleute vom Stanislauer Bezirk unternehmen förmliche Wanderungen zu den Salzwerken in Kalusz und Dolyna (5 bis 10 Meilen Entfernung), jedoch zu ihrem Leidwesen wird ihnen dort kein Salz abgegeben.

Beispielsweise wurden vom Kaluszer Salzwerke die Leute aus Opryszitwci, Krychiwci, Uhornyky und Jamnycja unverrichteter Dinge abgefertigt.

Aus Jamnycja, welche Gemeinde vollständig zerstört wurde, wurde vom Gemeindeamte der Landwirt Wasyl Sawczak mit einem Fuhrwerke um Salz geschickt. Der Wagen kostete 60 K, wurde jedoch von dem Leiter des Salzwerkes ganz leer zurückgeschickt. Derselbe äußerte sich zu Sawczak wie zum Hohn: „Kaufe Dir Salz in Stanislau".

Als Sawczak darauf reagierte, er werde sich vor den Abgeordneten darüber beschweren, gab ihm der Leiter zur Antwort: „Meinetwegen kannst auch vor dem Kaiser Deine Klage über mich führen, ich habe keine Furcht."

Noch peinlicher werden die Interessenten dadurch betroffen, daß derselbe Leiter des Salzwerkes größere Salzmengen gleichzeitig an jüdische Spekulanten ausfolgte, welche nachher dieselbe billig eingekaufte Ware um einen horrenden Preis (2 K pro Stück) an hungernde Bauern verkaufen.

Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten an Eure Exzellenz nachstehende Anfragen:

„Was für Verfügungen gedenken Eure Exzellenz zu treffen, um diesem schwer empfundenen Kochsalzmangel im Stanislauer Bezirke sowie in angrenzenden Bezirken sobald als möglich abzuhelfen?

Sind Eure Exzellenz geneigt, den zynischen Leiter des Salzwerkes in Kalusz zur strengen Verantwortung zu ziehen?"

Lawruk. Dr. Lew Baczyńskyj.
Dr. Lahodyńskyj. Onyszkewycz. Dr. Eugen Lewickyj. Semaka.
Dr. Okunewskyj. Petryckyj. Stefanyk. Dr. Petruszewycz.

1592
I

Dotaz

poslance Ladislava Čecha a soudruhů k Jeho Excellenci panu ministru obchodu v záležitosti tiskopisů o nucené nabídce bavlněného zboží jen v řeči německé.

Nucená nabídka bavlněného zboží, která se provádí, zjednala potřebu řady tiskopisů, které slouží jednak ku poučení zainteresovaných obchodníků a živnostníků, jednak jsou tito nuceni, tiskopisy ty vyplňovati. Poněvadž tyto tiskopisy až na malou vyjímku vydány byly jen v jazyce německém, nerozumí jím velká část českých a ostatním mimoněmeckých zájemců.

Obchodní a živnostenská komora v Praze upozornila svaz bavlnářského průmyslu v čas na tuto okolnost a žádala vydání dotýčných tiskopisů také v jazyce českém nabídnuvši při tomto opatření svojí součinnost. Leč vzdor tomu svaz vydal tyto tiskopisy pouze z části v jazyku českém a právě ty nejdůležitější tiskopisy, na nichž se má přihláška zboží díti, vydal jen v jazyku německém.

Na příslušnou reklamaci obchodní a živnostenské komory pražské dostalo se téže svazem úplně nepříhodné odpovědi, následujícího znění:

Opis.

Wien, 19. November 1917.

Abt. W. I.
Dr. H/Schn.

Kriegsverband der Baumwollindustrie.

An die verehrliche
Handels- und Gewerbekammer
in Prag.

Wir bekennen uns zum Empfang der Zuschrift vom 15. d. M., Z. 3467 A, betreffend die Herausgabe verschiedener Drucksorten für den Ablieferungszwang in böhmischer Sprache und beehren uns höflich mitzuteilen, daß in der Verordnung vom 30. Oktober 1917, R. G. Bl. Nr. 418, keinerlei amtliche Formulare vorgesehen wurden, welche den Parteien zur Verfügung zu stellen sind; lediglich aus besonderem Entgegenkommen für die Parteien wurden Drucksorten für die Anmeldung und Konsignation für die Ablieferung der Waren aufgelegt, um zu vermeiden, daß infolge mangelhafter Angaben Ungelegenheiten für die Parteien entstehen.

Die Erläuterungen zu der Verordnung sowie die Kundmachungen und das Merkblatt sind ohnedies in alle Landessprachen übersetzt und den Handelskammern, beziehungsweise den Gremien zur Verbreitung an die Interessenten übermittelt worden, sodaß die Kenntnis der wichtigsten Bestimmungen der zitierten Verordnung jedenfalls allen Beteiligten in ihrer Landessprache vermittelt wurde.

Schließlich müssen wir auch noch bemerken, daß die Herausgabe vielsprachiger Drucksorten die Arbeit in der Zentrale vollständig unmöglich machen würde; auch bei allen früheren Anbotverordnungen wurde im Interesse der internen Geschäftsführung von der Herausgabe der Drucksorten in anderer als der deutschen Sprache Abstand genommen, ohne daß diesbezüglich von den Parteien Beschwerden erhoben worden wären.

Die als Behelfe übersendeten Drucksorten enthalten auch nahezu keinen Text und sind die als Überschriften der einzelnen Rubriken vorgedruckten deutschen Bezeichnungen, wie Meter, Stückzahl, Dutzend etc. der böhmischen Kaufmannswelt, die gewiß einen Teil der Korrespondenz auch in deutscher Sprache zu führen genötigt ist, sicherlich geläufig.

Wir glauben daher, daß die Beschwerden nicht begründet sind und können auch mit Rücksicht auf die kurze Zeit, welche bis zur Beendigung des Ablieferungszwanges noch zur Verfügung steht, eine Änderung in dem gewünschten Sinne nicht mehr veranlassen.

Wir zeichnen

hochachtungsvoll

Kriegsverband der Baumwollindustrie.

Der Sekretär: Der Vorsitzende:

./. ./.

S odpovědí svazu nelze ovšem naprosto souhlasiti.

Svaz podotýká, že tiskopisy pro přihlášku a soupis byly vydány pouze z ochoty vůči stranám, aby bylo zabráněno nepříjemnostem, které by pro strany z neúplných údajů vzešly. Okolnost tato nemůže býti důvodem k vydání těchto tiskopisů pouze německy, neboť projevil-li válečný svaz takovouto ochotu vůči německému obyvatelstvu, zajisté jest naprosto spravedlivým požadavkem rozumovým a obchodním, aby tutéž ochotu projevil také vůči obyvatelstvu ostatních národností, neboť veškeré národnosti jsou v této říši rovnoprávné a mají organisace veřejné rovnoprávně s nimi nakládati. Tímto postupem jsou tedy interesenti české národnosti odstrkováni a poškozováni tím, že nedostává se jim řádného poučení a ochrany ohledně neúplných údajů ve stejné míře jako obyvatelstvu národnosti německé.

Nelze ani vyličiti obtíže, které vznikají tím, že interesenti nedostanou do ruky české tiskopisy. Na obchodní a živnostenské komory docházejí denně ve velkém počtu dotazy písemné i ústní, jak mají rozuměti tiskopisům, takže komory při nejlepší vůli a námaze nemohou za nynějšího přetížení jinými pracemi tuto práci vůbec zmoci. Stejné dotazy (písemné i ústní) se shrnují v kancelářích jiných českých korporací. Zemská jednota českých obchodních gremií v království českém vydala o věci mnoho poučení i překlad nařízení. Vzdor tomu dochází i tam spousty žádostí o informace, jež pak se komoře postupují k vyřízení. Byly vydány sice vyhlášky v jazyku českém, avšak tyto vyhlášky neobsahují ani všeobecné údaje o tom, jaké druhy bavlněného zboží mají býti odvedeny, nýbrž naopak obsahují dlouhé údaje o tom, kde všude v Rakousku může býti odvedeno zboží, což zajisté pro české interesenty jest bezvýznamné. Vysvětlivky byly sice vydány obšírné v jazyku českém, avšak v nepatrném nákladu, z něhož se pražské komoře dostalo snad asi pouze 100 výtisků, takže nemohla všem žádostem ani vyhověti. Ani pražské přejímací místo jich nemělo dostatečně k disposici. Přehledné tabulky obsažené na zadní straně tiskopisu E Z 24, 27 a 30 česky vydány vůbec nebyly. Uznáváme, že vydáním tiskopisů ve všech řečích zvětší se práce s tím spojená, avšak okolnost tato naprosto nemůže padati na váhu v naší říši a musí s ní právě při všech takových opatřeních již předem býti počítáno. Ostatně válečný svaz vydal již dříve při soupisu bavlněného zboží mnohem obsáhlejší tiskopisy německo-české, takže, bylo-li to tehdy možno, nestojí tomu ani nyní nepřekonatelné překážky v cestě.

Proto nutno trvati na tom, aby při této právě tak dalekosáhající akci, dotýkající se i těch nejmenších interesentů, byl zájem obchodníků a živnostníků chráněn, ku kterémužto účeli jak válečný svaz podotýká, právě tyto tiskopisy byly vydány, a tážeme se proto Vaší Excellenci:

„Je-li ochotna sjednati českému jazyku v tomto případě rovného práva a je-li ochotna přiměti svaz bavlnářského průmyslu, aby tiskopisy pro přejímání bavlněného zboží vydal pro české interesenty také česky?“

Ve Vídni, 27. listopadu 1917.

	Franta.	F. Staněk.	Ladislav Čech.
Stříbrný.	Funk.	Dr. Ed. Koerner.	Formánek.
Dr. Hübschmann.	Hráský.	Dr. Šubrt.	Lisý.
V. Klofáč.	Dr. Fiedler.	Tobolka.	Dr. Baxa.
Dr. Lukavský.	Vodňanský.	Kratochvíl.	Maštálka.

Authentische Übersetzung.

1592
I

Anfrage

der

Reichsratsabgeordneten Ladislaus Čech und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister in Angelegenheit der Herausgabe der Drucksorten, betreffend den Anbotzwang für Baumwollwaren, nur in deutscher Sprache.

Die zur Durchführung gelangende zwangsweise Anbietung von Baumwollwaren verursachte den Bedarf einer Reihe von Drucksorten, die einerseits zur Belehrung der interessierten Geschäftsleute und Gewerbetreibenden dienen, andrerseits von diesen auszufüllen sind. Da diese Drucksorten bis auf eine kleine Ausnahme nur in deutscher Sprache herausgegeben wurden, werden dieselben von einem großen Teil der böhmischen und der übrigen nichtdeutschen Interessenten nicht verstanden.

Die Handels- und Gewerbekammer in Prag hat den Verband der Baumwollindustrie rechtzeitig auf diesen Umstand aufmerksam gemacht und verlangte die Herausgabe der betreffenden Drucksorten auch in böhmischer Sprache, wobei sie ihre Mitwirkung bei dieser Maßnahme angetragen hat. Trotzdem hat jedoch der Verband diese Drucksorten nur zum Teil in böhmischer Sprache und gerade die wichtigsten Drucksorten, mittels welcher die Anmeldung der Ware erfolgen soll, nur in deutscher Sprache herausgegeben.

Auf die betreffende Reklamation der Handels- und Gewerbekammer in Prag ist derselben seitens des Verbandes eine ganz unzutreffende Antwort nachstehenden Wortlautes zugekommen:

Wien, 19. November 1917.

Abt. W. I.

Dr. H/Schn.

Kriegsverband der Baumwollindustrie.

An die verehrliche
Handels- und Gewerbekammer
in Prag.

Wir bekennen uns zum Empfange der Zuschrift vom 15. d. M., Z. 34637 A, betreffend die Herausgabe verschiedener Drucksorten für den Ablieferungszwang in böhmischer Sprache und beehren uns höflich mitzuteilen, daß in der Verordnung vom 30. Oktober 1917, R. G. Bl. Nr. 418, keinerlei amtliche Formulare vorgesehen wurden, welche den Parteien zur Verfügung zu stellen sind; lediglich aus besonderem Entgegenkommen für die Parteien wurden Drucksorten für die Anmeldung und Konsignationen für die Ablieferung der Waren aufgelegt, um zu vermeiden, daß infolge mangelhafter Angaben Ungelegenheiten für die Parteien entstehen.

Die Erläuterungen zu der Verordnung, sowie die Kundmachungen und das Merkblatt sind ohnedies in allen Landessprachen übersetzt und den Handelskammern, beziehungsweise den Gremien zur Verbreitung an die Interessenten übermittelt worden, so daß die Kenntnis der wichtigsten Bestimmungen der zitierten Verordnung jedenfalls allen Beteiligten in ihrer Landessprache vermittelt wurde.

Schließlich müssen wir auch noch bemerken, daß die Herausgabe vielsprachiger Drucksorten die Arbeit in der Zentrale vollständig unmöglich machen würde; auch bei allen früheren Anbotverordnungen wurde im Interesse der internen Geschäftsführung von der Herausgabe der Drucksorten in anderer als der deutschen Sprache Abstand genommen, ohne daß diesbezüglich von den Parteien Beschwerden erhoben worden wären.

Die als Behelfe übersendeten Drucksorten enthalten auch nahezu keinen Text und sind die als Überschriften der einzelnen Rubriken vorgedruckten deutschen Bezeichnungen, wie Meter, Stückzahl, Dutzend rc. der böhmischen Kaufmannswelt, die gewiß einen Teil der Korrespondenz auch in deutscher Sprache zu führen genötigt ist, sicherlich geläufig.

Wir glauben daher, daß die Beschwerden nicht begründet sind, und können auch mit Rücksicht auf die kurze Zeit, welche bis zur Beendigung des Ablieferungszwanges noch zur Verfügung steht, eine Änderung in dem gewünschten Sinne nicht mehr veranlassen.

Wir zeichnen

hochachtungsvoll

Kriegsverband der Baumwollindustrie.

Der Sekretär: Der Vorsitzende:

Mit dieser Antwort des Verbandes kann man natürlich nicht einverstanden sein. Der Verband bemerkt, daß die Drucksorten für die Anmeldung und Aufnahme nur aus Entgegenkommen für die Parteien herausgegeben wurden, um zu vermeiden, daß infolge mangelhafter Angaben Ungelegenheiten für die Parteien entstehen. Dieser Umstand kann keinen Grund für die Herausgabe dieser Drucksorten nur in deutscher Sprache bilden. Denn wenn der Kriegsverband solches Entgegenkommen gegenüber der deutschen Bevölkerung bekundet hat, ist es gewiß, eine absolut gerechte Vernunft- und Geschäftsforderung, daß dasselbe Entgegenkommen auch gegenüber der Bevölkerung der übrigen Nationalitäten bekundet werde, denn es sind alle Nationalitäten in diesem Reiche gleichberechtigt, und sollen von den öffentlich rechtlichen Organisationen nach dem Grundsatze der Gleichberechtigung behandelt werden. Durch diesen Vorgang werden also die Interessenten böhmischer Nationalität dadurch zurückgesetzt und benachteiligt, daß ihnen nicht eine entsprechende Belehrung und Schutz in Betreff mangelhafter Angaben in gleichem Maß wie der Bevölkerung deutscher Nationalität zuteil wird.

Es läßt sich gar nicht schildern, was für Schwierigkeiten dadurch entstehen, daß die Interessenten nicht böhmische Drucksorten in die Hand bekommen. Bei den Handels- und Gewerbekammern laufen täglich in großer Anzahl schriftliche und mündliche Anfragen ein, wie man die Drucksorten zu verstehen habe, so daß die Kammern beim besten Willen und bei größter Mühe bei der heutigen Überbürdung mit anderen Arbeiten diese Arbeit überhaupt nicht bewältigen können.

Gleiche (schriftliche und mündliche) Anfragen häufen sich auch in den Kanzleien anderer böhmischer Korporationen. Der Landesverband der böhmischen Handelsgremien im Königreiche Böhmen hat in dieser Angelegenheit viele Belehrungen und eine Übersetzung der Verordnung herausgegeben. Trotzdem laufen auch dort massenhaft Gesuche um Informationen ein, die dann der Kammer zur Erledigung abgetreten werden. Es wurden zwar Kundmachungen in böhmischer Sprache erlassen, diese Kundmachungen enthalten jedoch nicht einmal allgemeine Angaben darüber, welche Arten von Baumwollwaren abzuführen sind, sondern sie enthalten im Gegenteil lange Angaben darüber, wo überall in Österreich die Ware in Abfuhr gebracht werden kann, was gewiß für böhmische Interessenten bedeutungslos ist. Es wurden zwar umfassende Erläuterungen in böhmischer Sprache herausgegeben, aber in einer geringfügigen Auflage, von welcher die Prager Handelskammer vielleicht ungefähr bloß 100 Exemplare bekommen hat, so daß sie nicht allen Gesuchen Rechnung tragen konnte. Nicht einmal die Prager Übernahmsstelle hatte eine genügende Anzahl derselben zur Verfügung. Die auf der Rückseite der Drucksorte E. Z. 24, 27 und 30 enthaltenen Übersichtstabellen wurden überhaupt nicht in böhmischer Sprache herausgegeben.

Wir anerkennen, daß durch die Herausgabe der Drucksorten in allen Sprachen die damit verbundene Arbeit sich vergrößert, dieser Umstand kann jedoch in unserem Reiche absolut nicht ins Gewicht fallen und man muß mit denselben gerade bei allen solchen Maßnahmen bereits im vorhinein rechnen. Übrigens hat der Kriegsverband bereits früher bei der Aufnahme von Baumwollwaren weit umfangreichere deutsch-böhmische Drucksorten herausgegeben, so daß, wenn es damals möglich war, auch gegenwärtig einem solchen Vorgange

keine unüberwindlichen Hindernisse im Wege stehen.

Deshalb erscheint es notwendig, darauf zu beharren, daß bei dieser gerade so weit gehenden Aktion, die auch die kleinsten Interessenten berührt, das Interesse der Geschäftsleute und der Gewerbetreibenden geschützt werde, zu welchem Zwecke, wie der Kriegsverband bemerkt, eben diese Drucksorten herausgegeben wurden.

Wir fragen somit:

„Ob Eure Exzellenz geneigt ist, der böhmischen Sprache in diesem Falle die Gleichberechtigung zu verschaffen und ob Eure Exzellenz bereit ist, den Verband der Baumwollindustrie zu verhalten, die Drucksorten für die Übernahme von Baumwollwaren für böhmische Interessenten auch in böhmischer Sprache herauszugeben."

Wien, 27. November 1917.

Ladislaus Čech.
Maštálka.
Dr. Fiedler.
Dr. Koerner.
Staněk.
Dr. Šubrt.
V. Klofáč.
Tobolka.
Vodňanský.
Fr. Kratochvíl.
Dr. Baxa.
Franta.
Lukavský.
Hráský.
Lisý.
Funk.
Dr. Hübschmann.
Stříbrný.
Formánek.

1593
I

Dotaz

poslance Austa a soudruhů na pana ministra zeměbrany ve příčině krutého odsuzování dělnictva na Kladně plukovníkem F. Hložkem.

Závody „Poldina huť“, „Železárny Kladenské“, patřící Pražské železářské průmyslové společnosti na Kladně jakož i závody horní na Kladně nalézají se pod vojenskou správou. Vojenským správcem jest plukovník Frt. Hložek, který stal se svým jednáním smutně proslulým.

Ve své nenávisti vůči dělnictvu kladenskému počíná si vůči němu nejvýš nespravedlivě a nešťastný dělník, který dopustil se nějakého nepatrného přestupku, tu trestá jej způsobem, který jest nejen v rozporu se zákonem lidskosti, ale jest v rozporu i s ustanovením, které vydalo samo c. k. ministerstvo vojenství.

Kruté tresty vězením doplňuje posty, a to v tom rozsahu, že ku nadiktovaným pěti dnům vězení připojí tři dny půstu, ač výnosem c. k. ministerstva vojenství, odd. 5, čís. 7902, ze dne 7. dubna 1917, jest takový způsob trestání zakázán.

Podepsaní proto se táží:

„Jest pan ministr zeměbrany ochoten dáti plukovníku Frt. Hložkovi na Kladně napomenutí v tom smyslu, že nesmí jednáním svým dopouštěti se nespravedlnosti a brutálnosti vůči dělnictvu pod jeho dozorem se nalézajícím, by nebyla jeho jednáním v neúctu a v opovržení uvedena vojenská správa a případně porušen klidný vývoj pracovních poměrů na Kladensku?“

Ve Vídni, 28. listopadu 1917.

Svěcený.	Aust.
Pik.	Biňovec.
Bechyně.	Dr. Winter.
Modráček.	Dr. Witt.
Svoboda.	Jaroš.
Klička.	Filipínský.
Soukup.	Tusar.
Hybeš.	Němec.
Hnátek.	Vaněk.
Marek.	Stejskal.

Authentische Übersetzung.

1593
I

Anfrage

des

Abgeordneten Aust und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die grausame Bestrafung der Arbeiterschaft in Kladno durch den Obersten F. Hložek.

Die der Prager Eisenindustriegesellschaft gehörigen Betriebe „Poldihütte", „Kladnoer Eisenwerke" in Kladno sowie die Bergwerke in Kladno stehen unter militärischer Leitung. Militärischer Leiter ist der Oberst Franz Hložek, der durch seine Handlungsweise traurig berüchtigt geworden ist.

In seinem Hasse gegen die Arbeiterschaft in Kladno geht er gegen dieselbe höchst ungerecht vor und es ist jeder Arbeiter unglücklich, der sich irgendeine geringfügige Übertretung zuschulden kommen ließ; den straft er in einer Weise, die nicht nur mit den Gesetzen der Menschlichkeit, sondern auch mit den vom k. u. k. Kriegsministerium selbst erlassenen Bestimmungen in Widerspruch steht.

Die harten Arreststrafen ergänzt er durch Fasten, und zwar in einem solchen Ausmaße, daß er zu einer diktierten fünftägigen Arreststrafe drei Fasttage beigibt, obwohl mit dem Erlasse des k. u. k. Kriegsministeriums, Abteilung 5, Nr. 7902, vom 7. April 1917, diese Art von Strafen verboten ist.

Die Gefertigten fragen somit:

„Ist der Herr Minister für Landesverteidigung geneigt, den Obersten Franz Hložek in Kladno in der Richtung zu ermahnen, daß er sich durch seine Handlungsweise keine Ungerechtigkeiten und Brutalitäten gegenüber der unter seiner Aufsicht stehenden Arbeiterschaft zuschulden kommen lassen dürfe, damit nicht durch seine Handlungsweise die Militärverwaltung in Geringschätzung und Verachtung gebracht und eventuell die ruhige Entwicklung der Arbeitsverhältnisse im Bezirk Kladno gestört werde?"

Wien, 28. November 1917.

Stejskal.	Aust.
Hnátek.	Baněk.
Hybeš.	Klička.
Svoboda.	Bechyně.
Modráček.	Němec.
Tusar.	Soukup.
Biňovec.	Dr. Winter.
Dr. Witt.	Svěcený.
Pik.	Jaroš.
Filipínský.	Marek.

1594
I

Interpellace

poslance Jana Sedláka, Frant. Staňka a soudruhů stran vyřizování žádostí o vyživovací příspěvky ženám vojínů v poli stojících na Jeho Excellenci pana ministra vnitra.

V srpnu 1917 hlásila se paní Božena Milde-ová u okresního hejtmanství v Sušici, co jest s vyživovacím příspěvkem jejím v dubnu 1917 žádaným; pan referent c. k. okresního hejtmanství v Sušici, Dr. Arnošt šl. Ratzenbeck, odbyl ji jako jinou ženu před tím a začal ji na chodbě ode dveří své kanceláře čís. 5 strkati ke schodům drže ji rukou za bluzu tak mocně, že jí bluzu i košili roztrhl. Na stížnost touto nehorázností postižené ženy u povolaného místa, u pana c. k. okresního hejtmana, podanou, nic jiného se nestalo, než že byla policejním revisorem Engelbertem Prossrem vyzvána, aby platební rozkaz na vyživovací podporu na rozkaz hejtmanství předložila.

To učinila, domnívajíc se, že je toho třeba k vyřízení její žádosti, a po nějakém čase zase se dotazovala u pana referenta dra. šl. Ratzenbecka, dostala však místo věcné odpovědi „vyhazov“ a zase vyhubování i odešla.

Za měsíc tázala se opět a tu poprvé jí odpověděl, že spisy odeslal do Vídně, rozjela se tudíž k magistrátu vídeňskému, kde však spisy nebyly lze nalézti, a když přirozeně tím rozčílena slovy snad ostrými to vytkla, odsoudil ji pan dr. šl. Ratzenbeck k pokutě 10 K, kterou zaplatila, ale vyřízení své žádosti dosud nemá.

Bydlela totiž se svým manželem, nyní vojínem, ve Vídni, když však manžel odešel na vojnu, odstěhovala se s dětmi k otci do Sušice — tu však jí podpora na výživu její a dětí spůsobem jistě brutálním a neoprávněným je zadržována a nemůže se ani u pana okresního hejtmana v Sušici, ani u jmenovaného referenta dovolati práva.

Poněvadž jednání dle pravdy vylíčené, nelze pokládati za úřední a správné vyřizování žádostí, činíme k Vaší Excellenci tento dotaz:

„1. Ráčíte-li Vaše Excellence případ ten neodkladně vyšetřiti dáti?

2. C. k. okresnímu hejtmanství v Sušici nařídíti, aby osobám na podporu vyživovací odkázaným žádosti podané slušně, řádně a včas vyřizovalo a při tom všech násilností se vystříhalo?“

Ve Vídni, 28. listopadu 1917.

Jan Sedlák.
F. Staněk.
Kotlant.
Okleštěk.
Prošek.
Paďour.
Frant. Mašata.

Špaček.
Viškovský.
Jar. Rychtera.
Mlčoch.
Kulich.
Feltl.
Udržal.

Vojta.
H. Srdínko.
Chaloupka.
Vodňanský.
Dr. Velich.
Bradáč.

Žďárský.
Prášek.
Funk.
Hyrš.
Vacek.
Donát.

Authentische Übersetzung.

1594
I

Anfrage

der

Abgeordneten Johann Sedlák, Fr. Staněk und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend die Erledigung der Gesuche der Gattinnen der im Felde stehenden Soldaten um Unterhaltsbeiträge.

Im August 1917 erkundigte sich Frau Božena Milde bei der Bezirkshauptmannschaft in Schüttenhofen, was mit ihrem Unterhaltsbeitrage sei, um den sie im April 1917 angesucht habe. Der Referent der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Schüttenhofen, Dr. Ernst Edler v. Ratzenbeck, wies sie wie ein anderes Weib vorher ab und begann sie auf dem Gange von der Tür seiner Kanzlei Nr. 5 zur Stiege zu stoßen, wobei er sie mit der Hand an der Bluse so kräftig hielt, daß er ihr die Bluse und das Hemd zerrissen hat. Über die Beschwerde, welche die von dieser Impertinenz betroffene Frau an der kompetenten Stelle beim Herrn k. k. Bezirkshauptmann überreichte, ist nichts anderes geschehen, als daß sie von dem Polizeirevisor Engelbert Prosser aufgefordert wurde, den auf den Unterhaltsbeitrag lautenden Zahlungsauftrag über Auftrag der Bezirkshauptmannschaft vorzulegen.

Dies tat sie in der Meinung, daß es zur Erledigung ihres Gesuches notwendig sei und erkundigte sich nach einiger Zeit wieder bei dem Referenten Dr. Edlen v. Ratzenbeck, bekam jedoch wieder anstatt einer sachlichen Antwort den „Hinauswurf", wurde wieder ausgescholten und ist weggegangen.

Nach einem Monat fragte sie wieder und da antwortete er ihr zum ersten Mal, daß er die Akten nach Wien geschickt habe; sie fuhr daher zum Wiener Magistrat, wo jedoch die Akten nicht zu finden waren und als sie in begreiflicher Aufregung über diesen Umstand es mit vielleicht zu scharfen Worten dem Genannten vorgehalten hat, verurteilte sie Herr Dr. Edler v. Ratzenbeck zu einer Geldstrafe von 10 K, die sie bezahlte, aber eine Erledigung ihres Gesuches besitzt sie noch immer nicht.

Sie wohnte nämlich mit ihrem Gatten, dem jetzigen Soldaten in Wien, als jedoch der Gatte den Militärdienst angetreten hat, übersiedelte sie mit ihren Kindern zu ihrem Vater nach Schüttenhofen — hier wird ihr jedoch der Unterhaltsbeitrag für sie und ihre Kinder auf eine gewiß brutale und unbegründete Weise vorenthalten und sie kann weder beim Bezirkshauptmann in Schüttenhofen, noch bei dem genannten Referenten ihr Recht erlangen.

Da die wahrheitsgemäß geschilderte Handlungsweise nicht als eine amtliche und korrekte Erledigung von Gesuchen angesehen werden kann, fragen wir Eure Exzellenz:

„1. Gedenkt Eure Exzellenz diesen Vorfall unverzüglich erheben zu lassen und

2. die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Schüttenhofen anzuweisen, daß sie die von Personen, die auf den Unterhaltsbeitrag angewiesen sind, überreichten Gesuche anständig, ordnungsmäßig und rechtzeitig erledige und dabei jede Gewalttätigkeit vermeide?"

Wien, 28. November 1917.

F. Sedlák.
F. Staněk.
Vodňanský.
Donát.
Feltl.
Vacek.
Prošek.
Viškovský.
Mlčoch.
Hyrš.
Jár. Rychtera.
Okleštěk.
Chaloupka.
Kulich.
Udržal.
Dr. Velich.
Bradáč.
Vojta.
H. Srdinko.
Špaček.
H. Padour.
Prášek.
Kotlant.
F. Mašata.
Funk.
Zdárský.

1595
I

Interpellace

poslance Ladislava Čecha a soudruhů na Jeho Excellenci pana ministra obchodu a Jeho Excellenci pana ministra zeměbrany v příčině dalšího povolání poštovních úředníků a zřízenců k službě vojenské.

Vaše Excellence!

Poměry panující v přítomné době na poštách, u telegrafu a telefonu dostoupily kritického vrchole. Počet ztrácejících se zásilek denně v hrozivé míře stoupá, takže ústav, jenž před válkou těšil se neomezené důvěře občanstva, tuto nyní ztrácí, neboť bezmála každá druhá zásilka buď zmizí nebo je vykradena nebo poškozena. Podobně má se tak i s poštou listovní. Dopisy, časopisy, vzorky buď vůbec adresáta nedojdou nebo tak opožděně, že mnohdy vznikne mu z toho značná škoda.

Zásilky a vzorky adresovaná vojínům, obsahující potraviny nebo prádlo ztrácejí se pravidelně a co tato ztrata znamená, dovede nejlépe oceniti Jeho Excellence pan ministr zeměbrany.

Je dokázanou věcí, že tyto hrozné poměry zaviněny byly tím, že zapracovaný, spolehlivý, vyzkoušený a poctivý personál povolán byl k vykonávání vojenské služby a nahražen z větší části individuemi nespolehlivými, aneb nebyl nahražen vůbec nikým.

Narukovavší poštovní personál vykonává z velké části u vojska službu naprosto neodpovídající jeho speciálnímu výcviku, tak na příklad poštovní oficiál zametá kasárenský dvůr a podobné a proto mohl by býti tam úplně nahražen, kdežto u pošty nahražen býti nemůže.

Nedosti na tom, že poštovní doprava za války se značně zvýšila a že poštovní správa musila dodati k polním poštám, telegrafu a telefonu a do okupovaných území veškerý tam potřebný personál poštovní, ona má dodávati ještě i nyní další personál do etap a na frontu.

Podobně jako pošta trpí i telegraf a telefon značným zpožďováním depeší a hovorů.

A je to právě vojenská správa, která poštovní ústav, telegraf a telefon nejvíce používá a na úkor ostatního občanstva a nyní má v úmyslu poštovní dopravu zničiti úplně.

Přesto, že poměry tyto jsou všeobecně známy, povolává vojenská zpráva i na dále poštovní personál ke konání vojenská povinnosti a má v úmyslu 1. lednem 1918 povolat takový počet poštovních úředníků a zřízenců, že to bude znamenati úplné zastavení dopravy. To byla by katastrofa, které musí býti zamezeno všemi prostředky.

Proto táží se podepsaní:

„Jsou Vaším Excellencím tyto poměry známy a co hodlají podniknouti k zabránění této katastrofy, která bude neodvratnou, jestliže bude úmysl vojenské správy proveden?

Hodlá Jeho Excellence pan ministr zeměbrany osvoboditi všechen poštovní personál vojenské povinnosti, aby poštovní doprava mohla býti uvedena opětně do dřívějších kolejí?“

Ve Vídni, dne 27. listopadu 1917.

Dr. Šubrt. Dr. Koerner. Dr. Formánek.
Maštálka. Tobolka. Funk.
Kratochvíl. Dr. Franta. Dr. Lukavský. Vodňanský.
Lad. Čech. Hráský. Exner. Dr. Baxa.

Authentische Übersetzung.

1595
I

Anfrage

des

Abgeordneten Ladislaus Čech und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister und Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die weitere Berufung der Postbeamten und Postbediensteten zum Militärdienste.

Eure Exzellenz!

Die heutzutage bei der Post, beim Telegraph und Telephon herrschenden Verhältnisse haben eine kritische Höhe erreicht. Die Anzahl der in Verlust gehenden Sendungen steigt täglich in bedrohlichem Maße, so daß die Anstalt, die sich vor dem Kriege eines unbegrenzten Vertrauens des Publikums erfreute, dasselbe gegenwärtig verliert, da beinahe jede zweite Sendung entweder verschwindet oder bestohlen oder beschädigt wird. Ähnlich verhält sich die Sache bei der Briefpost. Briefe, Zeitschriften, Mustersendungen erreichen den Adressaten entweder überhaupt nicht oder mit solcher Verspätung, daß ihm daraus manchmal ein namhafter Schaden erwächst.

Die an Soldaten adressierten Nahrungsmittel oder Wäsche enthaltenden Sendungen oder Mustersendungen gehen in der Regel verloren, und was ein solcher Verlust bedeutet, kann am besten Seine Exzellenz der Herr Minister für Landesverteidigung beurteilen.

Es ist eine Tatsache, daß diese furchtbaren Verhältnisse dadurch verschuldet wurden, daß das eingearbeitete, verläßliche, erprobte und ehrliche Personal zur Ableistung des Militärdienstes einberufen und größtenteils durch unverläßliche und nicht erprobte Individuen ersetzt wurde oder überhaupt durch niemand ersetzt worden ist.

Das eingerückte Postpersonal verrichtet beim Militär zumeist einen seiner speziellen Ausbildung absolut nicht entsprechenden Dienst. So muß zum Beispeil ein Postoffizial den Kasernenhof auskehren und dergleichen und könnte daher dort vollständig ersetzt werden, während er bei der Post nicht ersetzt werden kann.

Nicht genug daran, daß der Postverkehr während des Krieges bedeutend zugenommen hat und daß die Postverwaltung den Feldpostämtern, Telegraphen- und Telephonämtern sowie in die okkupierten Gebiete das gesamte dort benötigte Postpersonal beistellen mußte, soll sie auch jetzt noch weiteres Personal für den Etappendienst und an die Front abgeben.

Ähnlich wie die Post leidet auch der Telegraphen- und Telephonverkehr durch bedeutende Verspätung der Depeschen und Gespräche.

Und es ist gerade die Militärverwaltung, welche zum Schaden der übrigen Bevölkerung die Postanstalt, die Telegraphen- und Telephonanstalt am meisten benützt und nunmehr die Absicht hat, den Postverkehr gänzlich zu ruinieren.

Ungeachtet dessen, daß diese Verhältnisse allgemein bekannt sind, beruft die Militärverwaltung auch weiter das Personal zur militärischen Dienstleistung und hat die Absicht, mit 1. Jänner 1918 eine solche Anzahl von Postbeamten und Postbediensteten einzuberufen, daß es die gänzliche Einstellung des Verkehres bedeuten wird. Dies wäre eine Katastrophe, die mit allen Mitteln verhindert werden muß.

Deshalb fragen die Gefertigten:

„Sind Euren Exzellenzen diese Verhältnisse bekannt und was gedenken Eure Exzellenzen zur Verhinderung dieser Katastrophe zu unternehmen, die unabwendbar sein wird, falls die Absicht der Militärverwaltung zur Durchführung gelangt?

Gedenkt Seine Exzellenz der Herr Minister für Landesverteidigung das gesamte Postpersonal von der Militärpflicht zu befreien, damit der Postverkehr wieder in das frühere Geleise gebracht werden kann?"

Wien, 27. November 1917.

Kratochvil.	Ladislaus Čech.
Dr. Šubrt.	Maštálka.
Dr. Koerner.	Tobolka.
Dr. Franta.	Funk.
Dr. Formánek.	Hrásky.
Dr. Lukavský.	Exner.
Vodňanský.	Dr. Baxa.

1596
I

Запит

посла Стефана Онишкевича і товаришів до Єго Ексцеленциї пана Міністра краєвої оборони в справі надужитя урядової власти і визиску, доконуваного на населеню ц. к. евіденцийним офіциялом Кострисом в Старім Самборі, в Галичині.

Є самозрозуміло, що тисячі народа старає ся звільнитись бодай на короткий час з війска, аби, прийшовши до дому, відпочати по воєнних трудах та допомочи родині. Відносить ся се особливо до селяньского і маломіского населеня. Дотичні ц. к. староства чи їх військові референти ц. к. евіденцийні офіцияли яко перша настоя, мають в справі узисканя урльопу чи часового звільненя від військової служби великий вплив, в першій мірі они можуть впливати на корисну чи некорисну полагоду внесеної на їх руки просьби о рекламацию чи відпустку. Населенє се знає і запобігає ласки такого пана офіцияла та не жалує, сли він того домагає ся, коштів, щоби лише мужа чи сина з війска добути. На жаль лучають ся несовістні урядники, котрі використовують свою власть та кривдять людий безмилосердно. Прикладом такого несовістного визиску населеня є безперечно Кострис, ц. к. евіденцийний офіциял при ц. к. старостві в Старім Самборі.

Маючи в руках всї покликаня до війска і всї рекламациї, каже собі сей ц. к. офіциял платити грішми, натураліями чи роботою за кожду прихильно полагоджену справу, а хто єму не оплатить ся, на тім мстить ся. В році 1915 прийшов сей Кострис до Старого Самбора бідний, нинї єго числять на 100.000 корон маєтку, він має дім, 6 коний, 7 коров, 30 штук свиний і безліч дробу.

Міщане Старого Самбора і селяне оплачують ся грубо за рекламациї і доки платять, доси сидить рекламований дома, а сли приміром за трету просьбу о продовженє рекламациї не оплатить ся, мусить іти до війска. Ніхто не хоче на него жалувати ся, бо боїть ся, щоб не пішов до війска або й не був судово караний за перекупство. Війти і писарі мусять достарчувати вівса, сїна, соломи, инші курий, качок, а один жид купив і дав сему Кострисови свиню, щоби лише не видав до війска єго сина, громадского писаря. Стельмахи, ковалї мусять задармо робити вози, котрі опісля Кострис продає. Чесного ремісника ганьбить послїдними словами, коли приходить просити о виробленє відпустки чи виреклямуваня, ба навіть не стидає ся кричати: „а на що взявєсь від мене гроші за роботу воза!“ Підписані мають спис кільканайцятьох осіб, котрі були змушені оплатити ся сему „совісному“ ц. к. урядникови війському.

В виду сего фактичного стану запитують підписані Вашу Ексцеленцию:

„1. Чи Ваша Ексцеленция знають про надужитє власти і визиск, доконуваний на населеню ц. к. евіденцийним офіциялом Кострисом, приділеним до ц. к. староства в Старім Самборі?

2. Чи дотична ц. к. коменда доповняючої повітової кадри контролювала

урядоване і поведене ц. к. евіденцийного офіцияла в Старім Самборі Костриса, і для чого допустила до так яскравого над'ужитя власти і визиски?

3. Чи Ваша Ексцеленция схочуть потягнути ц. к. коменду доповняючої повітової кадри до строгої відвічальности за занедбане своїх обовязків, а ц. к. евіденцийного офіцияла Костриса за над'ужитя власти і визиск, доконуваний на населеню?

4. Що схочуть Ваша Ексцеленция зарядити, щоби подібні случаї над'ужитя власти і визиску більше нігде не повторяли ся?"

Відень, 26. листопада 1917.

Dr. Baczyńskyj. S. Onyszkewycz.
Dr. Cehelskyj. Dr. Kost' Lewyckyj.
Budzynowskyj. Dr. Petruszewycz.
Dr. Okunewskyj. Łew Lewickyj.
Dr. Eugen Lewickyj. Singalewycz.
E. Pohoreckyj.

Authentische Übersetzung.

1596
I

Anfrage

des

Abgeordneten P. Stefan Onyszkewycz und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Mißbräuche der Amtsgewalt sowie die Ausbeutung, welche durch den k. k. Evidenzoffizial Kostrys in Staryj Sambir in Galizien an der Bevölkerung verübt werden.

Es ist begreiflich, daß sehr viele Militärdienstpflichtige ihre Enthebung wenigstens auf eine kurze Zeit anstreben um nach ihrer Rückkehr in die Heimat und nach überstandenen Kriegsstrapazen bei ihrer Familie auszuruhen und den Familienangehörigen bei der Arbeit zu helfen. Insbesondere trifft das bei der landwirtschaftlichen und kleinstädtischen Bevölkerung zu.

Die betreffenden k. k. Bezirkshauptmannschaften, beziehungsweise deren Militärreferenten, k. k. Evidenzoffiziale als erste Instanz haben in bezug auf die Erreichung eines Urlaubes oder einer zeitlichen Enthebung von der Militärdienstleistung einen großen Einfluß, allererst können sie die günstige oder ungünstige Erledigung des zu ihren Handen eingebrachten Gesuches wegen der Enthebung oder des Urlaubes beeinflussen. Der Bevölkerung ist es bekannt und sie bewirbt sich um die Gunst eines solchen Herrn Offizials und spart nie an Kosten, wenn diese etwa damit verbunden sind, um nur den Gatten oder den Sohn 2c. aus dem Militärdienst herauszukriegen. Leider sind gewissenlose Beamte nicht selten, welche ihre Amtsgewalt mißbräuchlich ausnützen und erbarmungslos die Bevölkerung aussaugen. Ein Beispiel einer solchen gewissenlosen Ausbeutung der Bevölkerung schafft ohne Zweifel der k. k. Evidenzoffizial bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Staryj Sambir Kostrys.

Indem er in seinem Amtswirkungskreise sämtliche Einberufungsakte und alle Reklamationen hat, läßt sich dieser k. k. Offizial für jedes aufrecht erledigte Gesuch entweder Geld oder in natura bezahlen oder mit einer Gegenleistung honorieren. Wer dagegen ihm seine Mühe nicht bezahlt, an dem übt er seine Rache.

Im Jahre 1915 kam dieser Kostrys in seinen jetzigen Amtsort nach Staryj Sambir als armer Schlucker, während er heute ein Vermögen von zirka 100.000 K besitzt; er besitzt ein Haus, 6 Pferde, 7 Kühe, 30 Stück Schweine und eine Unzahl von Geflügel. Die Kleinstädter von Staryj Sambir und die Bauern zahlen bedeutende Summen für ihre Enthebungen und so lange sie zahlen, bleibt der Enthobene zu Hause, falls sie aber beispielsweise anläßlich ihres späteren Gesuches um die Verlängerung der Enthebung die übliche Taxe nicht bezahlen, muß der bisher Enthobene ohne weiteres einrücken. Niemand traut sich eine Beschwerde gegen Kostrys zu führen, weil er befürchtet, sofort einberufen oder gerichtlich wegen der Bestechung bestraft zu werden. Die Gemeindevorsteher und Gemeindesekretäre müssen dem allmächtigen Herrn Offizial Hafer, Heu, Stroh, andere wiederum Hühner, Enten 2c. liefern; ein Jude kaufte und übergab dem Kostrys ein Schwein um nur seinen Sohn, einen Gemeindeschreiber, vor der Einberufung, beziehungsweise der Allmacht Kostrys zu beschützen. Wagenmeister und Schmiede müssen umsonst Wagen herstellen, welche Kostrys nachher verkauft. Einen anständigen Gewerbetreibenden beschimpft er ordinärerweise, wenn er Kostrys um die Erwirkung eines Urlaubes oder einer Enthebung ansucht, obendrein geniert er sich dabei nicht, auszurufen: „Warum

hast du von mir Geld für die Wagenarbeit genommen?"

Die Gefertigten haben ein ganzes Verzeichnis von zirka 20 Personen, welche gemüssigt waren, sich bei diesem „ehrlichen" k. k. Militärbeamten zu erkaufen.

Angesicht dieser Mißstände stellen die Gefertigten an Eure Exzellenz nachstehende Anfragen:

„1. Haben Eure Exzellenz Kenntnis von jenen Mißbräuchen der Amtsgewalt und Ausbeutungen, welche an der Landbevölkerung von dem k. k. Evidenzoffizial Kostrys bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Staryj Sambir verübt werden?

2. Hat das betreffende k. k. Kommando des Ergänzungsbezirkskaders die Amtstätigkeit und das Betragen des k. k. Evidenzoffizials Kostrys in Staryj Sambir einer gehörigen Kontrolle unterzogen und warum ließ dieses Kommando solche augenfällige Mißbräuche der Amtsgewalt und Ausbeutungen der armen Leute durch diesen Offizial zu?

3. Sind Eure Exzellenz geneigt, das k. k. Kommando des Ergänzungsbezirkskaders wegen dieser Versäumung seiner Amtspflichten und den k. k. Evidenzoffizial Kostrys wegen aller dieser Mißbräuche der Amtsgewalt sowie wegen der Ausbeutungsfälle zur strengsten Verantwortung zu ziehen?

4. Was für Anordnungen gedenken Eure Exzellenz zu treffen, damit ähnliche krasse Fälle der Mißbräuche der Amtsgewalt sowie der Ausbeutung der Landbevölkerung von seiten eines k. k. Militäramtsorganes nimmermehr und nirgends in Hinkunft vorkommen?"

Wien, 26. November 1917.

Dr. Kost' Lewyckyj.
Dr. Eugen Lewickyj.
Dr. Okunewskyj.
Lew Lewyckyj.
E. Pohoreckyj.
St. Onyszkewycz.
Budzynowskyj.
Singalewycz.
Dr. Petruszewycz.
Dr. W. Baczyńskyj.
Dr. Cehelskyj.

1597
—
I

Запит

посла Стефана Онишкевича і товаришів до Его Ексцеленциї пана Міністра краєвої оборони в справі нелюдско переводжених ц. і к. армією реквізиций бульби в Галичині.

Ц. і к. армія переводить реквізицию бульби в Галичині без розуміня фактичного стану, без жадного господарского пляну, а до того так неполюдски, що викликує цілком справедливо загальне обурене на реквіруючі ц. і к. військові відділи.

Ц. і к. армія не порозумівши ся з краєвим Урядом господарским або з ц. к. староством накладає дуже часто на повіти такі скількости бульби до зареквірованя, котрі не то що переходять сили повіта, але загрожують житюбутю повіта. Приміром на повіт Старий Самбір наложила ц. і к. армія доставити 700 ваґонів бульби, коли повіт потребує для свого виживленя бодай 300 ваґонів бульби докупити. Так само діє ся в повітах Долина, Калуш і много инших.

Знова до реквірованя бульби прислала ц. і к. армія відділи війска мадярскої народности, котрі не розуміють місцевого населеня і поводять ся зі супокійними горожанами як зі злочинцями. Такий жовнір-мадяр не говорить инакше з чоловіком, як не наставивши до грудей баґнета, при тім кричить, лає невинних людий зовсім без потреби. Українське населенє дає дуже радо призначену єму скількість бульби, єсли се не виходить понад єго сили, тож військова асистенция в тім случаю зовсім непотрібна.

А знова населенє жалує ся загально, що при доставі бульби єго обманюють на вазі. Приміром громада Карів в повіті Рава Руска достарчила до дня 16. падолиста 1917 понад 11 ваґонів бульби, а при відборі на стациї Угнів почислено їй приблизно 10 ваґонів. Семко Осташевский, Марія Стороняньска, Луць Пігуря, Матрона Мазур, Климко Мазур, Олена Іваник та инші всї з Карова, ба ц. к. вахмайстер жандармерії пан Гертман можуть посьвідчити, що за дома наважених 100 кільоґрамів бульби почислено лише 80 кільоґрамів. А сего року задля посухи бульба цілком чиста. Заінтерпельований в тій справі командант етапа в Угнові, котрого фунционар ц. і к. хорунжий відбирає бульбу, заявив, що мають порученя — обтягати. Сей хорунжий поводить ся зі сторонами нелюдяно, зневажає, шарпає, як приміром начальника громади Піддубці, не видає посьвідок відбору ані стороні ані громаді, а виплату робить залежною від дальших достав.

Такі самі невідрадні вісти приходять з повітів Жовква, Рудки і инші. В Жовкві мадяри рабують господарям, що привезли до стациї бульби, з возів хліб чи пашу, котру привезли на попас, а коли пошкодований упімне ся за своєю шкодою, грозять баґнетом.

Обтяганє з ваги бульби є на желізничій стациї Рудки щось звичайного. Тут стягають 10—15 від ста. Люди підозрівають, що обтягнені квоти бульби обертають команди на свою користь, чи то продаючи чи споживаючи, бо можна часто побачити, як мадяр-жовнір тащить мішок бульби, котру набрав з ваґона.

В виду сего фактичного стану запитують підписані:

„1. Чи Ваша Ексцеленция знають про нелюдске переводженє реквізиций бульби в Галичині?

2. Чи Ваша Ексцеленция схочуть постарати ся, щоби зроблено по всїх селах розслїди, кого обманено на вазї, і щоби покривджених винагородити?

3. Чи Ваша Ексцеленция схочуть постарати ся, щоби винуватих військових функционарів при відборі зареквірованої войском бульби потягнено до строгої відвічальности?

4. Що схочуть Ваша Ексцеленция зарядити, щоби при реквізициї бульби у східній Галичинї функционарі ц. і к. армії не допускали ся надужить?

Віденъ, 26. надолиста 1917.

Stefan Onyszkewycz.
Dr. Wl. Baczyńskyj.
Dr. Kost' Lewyckyj.
Dr. Cehelskyj.
Łew Lewickyj.
Budzynowskyj.
Singalewycz.
Dr. Okunewskyj.
Dr. Petruszewycz.
Dr. Eugen Lewickyj.
E. Pohoreckyj.

Authentische Übersetzung.

1597
I

Anfrage

des

Abgeordneten P. Stefan Onyszkewycz und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Erdäpfelrequisitionen in Galizien, welche von der k. u. k. Armee inhuman durchgeführt werden.

Die Erdäpfelrequisitionen in Galizien werden von der k. u. k. Armee ohne Verständnis der faktischen Zustände, ohne irgend einen wirtschaftlichen Plan und obendrein in einer so inhumanen Weise durchgeführt, daß diese Aktion mit vollem Recht eine allgemeine Erbitterung gegen die requirierenden k. u. k. Militärabteilungen bei der Landbevölkerung hervorrufen.

Einzelnen Bezirken werden von der k. u. k. Armee im Einverständnisse mit dem Landwirtschaftsamte oder mit der k. k. Bezirkshauptmannschaft sehr oft so bedeutende Mengen an Erdäpfeln behufs Requirierung auferlegt, welche nicht nur die Leistungsfähigkeit des Bezirkes weit übersteigen, sondern auch die Existenz der betreffenden Bezirksbevölkerung gefährden.

Beispielsweise wurde dem Bezirke Staryj Sambir von der k. u. k. Armee die Lieferung von 700 Waggons Erdäpfel auferlegt, während dieser Bezirk selbst für die Ernährung seiner Bevölkerung wenigstens 300 Waggons Erdäpfel zukaufen muß. Ähnliche Verfügungen wurden in den Bezirken Dolyna, Kalusz und in mehreren anderen getroffen.

Anderseits wurden zur Durchführung der Erdäpfelrequisitionen von dem k. u. k. Armeekommando magyarische Truppenabteilungen entsendet, welche die Sprache der lokalen Bevölkerung gar nicht verstehen und den ruhigen Staatsbürgern gegenüber wie gegen Verbrecher vorgehen.

Der requirierende magyarische Soldat verkehrt mit einem Landwirte nicht anders als nur, daß er das aufgepflanzte Bajonett an die Brust der Zivilperson anlegt, wobei er über alle Maßen schreit und ohne jede Notwendigkeit ganz unschuldige Leute beschimpft. Die ukrainische Bevölkerung liefert sehr gerne die ihr auferlegte Erdäpfelmenge, wenn dies ihre Lieferungsmöglichkeit nicht übersteigt, daher ist eine militärische Assistenz in vorliegendem Falle vollkommen überflüssig.

Auch beklagt sich allgemein die Landbevölkerung darüber, daß sie bei der Erdäpfellieferung an Gewicht rücksichtslos betrogen wird. Beispielsweise wurden von der Gemeinde Kariw im politischen Bezirke Rawa ruska bis inklusive 16. November 1917 über elf Waggons Erdäpfel geliefert, bei dem Empfange wurden der Gemeinde jedoch nur auf der Bahnstation Uhniw approximativ zehn Waggons angerechnet. Semko Ostaszewskyj, Marija Storonjanska, Lucj Pihura, Matrona Mazur, Klymko Mazur, Olena Iwanyk sowie andere, sämtliche aus Kariw, auch der k. k. Gendarmeriewachtmeister Hertmann, können dies bezeugen, daß für die zu Hause abgewogenen 100 Kilogramm Erdäpfeln, bloß 80 Kilogramm angerechnet wurden, obwohl dieses Jahr die Erdäpfel wegen der Dürre vollkommen gesund und rein waren.

Diesbezüglich interpelliert, erklärte der k. k. Etappenkommandant in Uhniw, dessen Funktionär k. u. k. Fähnrich die Erdäpfel abnimmt, daß das Etappenkommando die Weisung erhalten habe, diese Abzüge vorzunehmen. Der erwähnte Fähnrich behandelt die beteiligten Parteien inhuman, beschimpft dieselben, wird mit ihnen handgreiflich, wie zum Beispiel mit dem Gemeindevorsteher von Piddubcji,

folgt die Empfangsbestätigungen weder an die Parteien noch an die Gemeinde aus, schließlich macht er die Auszahlung der Vergütungen von den weiteren Lieferungen abhängig.

Ähnliche unerfreuliche Nachrichten erhalten wir auch aus den politischen Bezirken Zowkwa, Rudky 2c. In Zowkwa wird von den magyarischen Soldaten jenen Landwirten, welche zur Station Erdäpfel gebracht haben, von ihren Wagen ihr Brot oder Futter oder sonst was sie für die Abfütterung ihrer Zugtiere oder für eigene Verpflegung auf die Reise mitgenommen haben, rücksichtslos geraubt und wenn der Geschädigte den Ersatz seines Schadens verlangt, wird ihm mit dem Bajonette gedroht.

Der Abzug von der gelieferten Gewichtsmenge der Erdäpfel ist schon eine Gewohnheit auf der Bahnstation Rudky geworden. Dieser Gewichtsabschlag beträgt 10 bis 15 Prozent. Unter den Leuten tauchte der Verdacht auf, daß die in Abzug gebrachten Kartoffelmengen zum Nutzen des Etappenkommandos verwertet werden, indem diese Mengen von den Kommanden verkauft oder verbraucht werden, denn es ist sehr oft zu sehen, wie ein magyarischer Soldat einen Sack voll Erdäpfel, die er der Waggonladung entnommen hat, davonträgt.

In Ansehung der obgeschilderten Zustände stellen die Gefertigten an Eure Exzellenz nachstehende Anfragen:

„1. Ist es Eurer Exzellenz bekannt, wie rücksichtslos und inhuman die Erdäpfelrequisitionen in Galizien durchgeführt werden?

2. Sind Eure Exzellenz geneigt, dahin zu wirken, daß in sämtlichen Dorfgemeinden Erhebungen gepflogen werden, um feststellen zu können, wer in bezug auf das Gewicht betrogen wurde, ferner daß die Verkürzten die entfallende Vergütung erhalten?

3. Sind Eure Exzellenz Willens, dahin zu wirken, daß die schuldtragenden Militärpersonen, welche bei der Abnahme der für Militärzwecke beschlagnahmten Kartoffelmengen amtlich fungieren, zur strengsten Verantwortung gezogen werden?

4. Was für Anordnungen gedenken Eure Exzellenz zu treffen, daß die bei der Erdäpfelrequisition in Ostgalizien mitwirkenden Funktionäre der k. u. k. Armee sich keine Mißbräuche der Landbevölkerung gegenüber zuschulden kommen lassen?“

Wien, 26. November 1917.

Dr. Kost' Lewyckyj.
Leo Lewickyj.
E. Pohoreckyj.
Dr. Okunewskyj.
Dr. W. Baczyński.

S. Onyszkewycz.
Petruszewycz.
v. Singalewycz.
Dr. Eugen Lewickyj.
Budzynowskyj.
Cehelskyj.

1598
I

Upit

zastupnika Prodana i drugova na Njegovu preuzvišenost gospodina ministra trgovine o našim trgovcima vinom i magjarskim oblastima.

Kako je bez sumnje c. kr. vladi poznato, ugarska vlada, koja nas rado izgladnjuje po engleskom receptu, provadja rekviziciju bačava za vino iz Dalmacije na Rijeci. Pokle je bez bačava nemoguća trgovina vinom i pokle su takvim postupkom magjarskih vlasti naši trgovci stavljeni u nemogućnost trgovanja, jer Dalmacija, dok je Trst još nedostiživ, ne ima nego samo Rijeku otvorenu za izvoz iz pokrajine, potpisani pitaju c. kr. vladu:

„Je li c. kr. vlada već poprimila shodnih koraka, ako li nije, je li spravna postarat se najživlje, da ugarske vlasti odustanu od daljih rekvizicija i zapljena bačava, a već rekvirirane i zaplijenjene bačve stave ponovno i bezodvlačno, kao tudju svojinu, trgovcima na raspoloženje?“

Beč, 16. studenoga 1917.

Prodan.
Perić.
Dr. Jankovič.
Roškar.
Dr. Benkovič.
Fon.
Dr. Dulibić.
Dr. Laginja.
Pišek.
M. Brenčič.
Dr. Korošec.

Authentische Übersetzung.

1598
I

Anfrage

des

Abgeordneten Prodan und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister, betreffend unsere Weinhändler und die ungarischen Behörden.

Wie es der k. k. Regierung ohne Zweifel bekannt ist, führt die ungarische Regierung, die uns gerne nach dem englischen Rezepte aushungert, in Fiume die Requisition der für den Wein aus Dalmatien bestimmten Fässer durch. Da ohne Fässer jeder Weinhandel unmöglich ist und durch dieses Vorgehen der ungarischen Behörden unseren Weinhändlern der Handelsbetrieb unmöglich gemacht wird, weil Dalmatien, solange Triest noch unerreichbar ist, für die Ausfuhr aus dem Lande ausschließlich auf Fiume angewiesen ist, richten die Gefertigten an die k. k. Regierung folgende Frage:

„Hat die k. k. Regierung die entsprechenden Schritte bereits unternommen und — sollte das nicht der Fall sein — ist sie geneigt, nachdrücklichst dafür einzutreten, daß die ungarischen Behörden weitere Requisitionen und die Beschlagnahme von Fässern einstellen und die bereits requirierten und beschlagnahmten Fässer als fremdes Eigentum unverzüglich wieder den Weinhändlern zur Verfügung stellen?"

Wien, 16. November 1917.

Prodan.
Roškar.
Fon.
Dr. Laginja.
Brenčič.
Perić.
Dr. Janković.
Dr. Benković.
Dr. Dulibić.
Pišek.
Dr. Korošec.

1599
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Emil Bobrowski und Genossen an den Herrn Minister des Innern, betreffend die Unterdrückung der Publikation eines wissenschaftlichen Artikels durch die k. k. Staatsanwaltschaft in Wien.

Am 24. Jänner 1917 hat die k. k. Staatsanwaltschaft in Wien die Veröffentlichung des folgenden medizinisch-wissenschaftlichen Artikels nicht genehmigt:

„Vorschläge zur Ergänzung der ‚Vorschrift für die ärztliche Untersuchung der Wehrpflichtigen' (Dienstbuch N—1).

Von Dr. R. Spira in Krakau.

Anknüpfend an den Vortrag des Herrn Professor Biehl in der wissenschaftlichen Sitzung der Militärärzte in Krakau vom 22. Juli 1916 und einer Anregung des Vortragenden Folge leistend, möchte ich mir erlauben, einige Vorschläge zur Ergänzung der im Titel angegebenen Vorschriften, betreffend die Untersuchung und die Beurteilung von Ohrenkrankheiten, vorzulegen. Daß diese Vorschriften lückenhaft sind und den zeitgemäßen Anforderungen nicht mehr ganz entsprechen, dürfte wohl so mancher Militärarzt schon empfunden haben und wurde vom Herrn Oberstabsarzt Biehl indirekt zugegeben, indem er sich bereit erklärt hat, Vorschläge zu Abänderungen und zu Ergänzungen anzunehmen.

Das erwähnte Dienstbuch zerfällt in zwei Teile, wovon der erste, allgemeine Teil, die Vorgänge bei der Untersuchung, der zweite, spezielle Teil, die Verwertung der Untersuchungsergebnisse behufs Beurteilung der größeren oder geringeren Diensttauglichkeit des Untersuchten enthält. Diese Vorschriften zeichnen sich durch eine große und anerkennenswerte Kürze und Bündigkeit vorteilhaft aus. Allein allzu scharf macht schartig und ich halte es für dankenswert, daß Dozent Imhofer in seinem Aufsatze ‚Chronische Mittelohreiterung und Kriegsdiensttauglichkeit' (Der Militärarzt 1916) die Initiative zur Remedur ergriffen hat.

Wenn man den das Gehörorgan betreffenden Abschnitt des speziellen Teils des Dienstbuches, das ist die Nummern von 8 bis 13 überblickt, muß es sofort auffallen, daß Mittelohreiterungen, die doch unstreitig zu den häufigsten und wichtigsten Affektionen des Gehörorgans gehören, nur durch eine einzige Nummer, und zwar 13, Verzeichnis C, vertreten sind. Da heißt es: ‚Chronische, offenkundig schwer heilbare, eitrige Entzündungen des Mittelohres usw.' gehören zu den Gebrechen, welche die Tauglichkeit zum Waffen- und Hilfsdienst aufheben. Was soll aber mit allen anderen Formen von chronischen und akuten Ohreiterungen geschehen? Darüber schweigt sich das Dienstbuch gründlich aus.

Es ist richtig, ich habe während meiner Dienstzeit im Garnisonsspital in Baden bei Wien einige Soldaten angetroffen, die mit chronischer Mittelohreiterung zur Gruppe A ausgemustert worden waren und einige Monate an der Front gedient hatten. Wie viele solche Kranke mit Exacerbationen und Komplikationen vom Felde zurückkommen, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich kann ein solches Verfahren nicht für richtig halten und mich auch nicht der Ansicht Imhofers (l. c) anschließen, daß Rekruten mit Ohrenfluß, selbst ohne eitrigen Charakter als vollständig diensttauglich zu begutachten sind.

Der in der erwähnten Sitzung hervorgehobene Vergleich der Soldaten an der Front mit schwer arbeitenden Fabriksarbeitern im Zivil erscheint mir

durchaus nicht zutreffend und bei den Haaren herbeigezogen. Die rein mechanische plastische Arbeit mag vielleicht bei beiden Ständen gleich schwer sein. Aber nicht das kommt als Schädlichkeit bei dieser Krankheit in Betracht. Man bedenke nur, welchen Unbilden der Witterung der Soldat im Felde ausgesetzt ist, wie oft er bei Sturm und Regen, bei Wind und Schneegestöber stundenlang, bei Tag und bei Nacht unter freiem Himmel aushalten, wie oft er im Schützengraben knietief im Wasser, Schlamm oder Schnee zubringen, wie viele Nächte er unter freiem Himmel auf feuchtem, sumpfigem Boden kampieren muß! Das sind Schädlichkeiten, die der Fabriksarbeiter nicht kennt. Dieser letztere arbeitet zumeist unter Dach, geschützt vor schädlichen meteorologischen Einflüssen und kann, wenn nötig, sogar in die Werkstatt zu Wagen sich begeben.

Und gerade die atmosphärischen Noxen sind es, die hier am meisten zu fürchten sind, die bei chronischen Ohreiterungen leicht eine Rezidive, eine Exacervation, eine Komplikation verursachen können. Eine Verkühlung der Paukenhöhle, ein frischer Nasen- oder Nasenrachenkatarrh bewirkt gewöhnlich eine Hyperaemie und eine Transuclation im Mittelohr, wodurch günstige Bedingungen für die Entwicklung, die Ernährung und die Verbreitung der Mikrokokken geschaffen werden und das Eindringen derselben in die Schädelhöhle und in den Blutkreislauf begünstigt wird. Ein solcher Zustand ist einem Pulverfaß gleich, in das unversehens ein zündender Funke fallen und eine tödliche Explosion bewirken kann. Und die Gefahr steigt im geometrischen Verhältnisse zu der Gleichgültigkeit, mit der man sie traktiert (Eitelberg).

Ist in einem solchen an die Front gesandten Fall eine Komplikation ausgebrochen, dann soll er bestimmt ins Spital geschickt werden. Nun denke man sich einen solchen Fall mit Schwindel, Übelkeiten, Fieber und Kopfschmerzen, mit drohender Meningitis oder drohendem Durchbruch eines Hirnabszesses vom Felde, manchmal auch auf schlechten Wegen und ungeeigneten Transportmitteln in eine rückwärtige Heilanstalt behufs spezialistischer Behandlung zu befördern. Da muß man sich der Ansicht Imhofers anschließen: ‚daß es ein Mißverstehen des Geistes der diesbezüglichen Vorschriften wäre, wenn man die Truppe mit hinsichtlich des Gesichts- oder Gehörsinnes unzulänglichen oder fortwährender Behandlung und Schonung bedürftigen Leuten belasten würde.‘

Was soll nun aber mit solchen Fällen geschehen? Da ist eine Lücke auszufüllen.

Es würde zu weit führen, hier die mannigfachen Formen der Mittelohreiterung auseinanderzusetzen. Aber Grundsatz sollte es sein, jeden mit Ohreiterung behafteten Rekruten zunächst an ein Militärspital zur Konstatierung und Qualifizierung der Ohrenkrankheit abzugeben. Hier hat der Spezialist durch Untersuchung, Beobachtung und Heilversuche zu ermitteln, ob die Krankheit leicht oder schwer heilbar ist. Im ersten Fall hat der Rekrut bis zur Genesung in der Sanitätsanstalt zu verbleiben. Dann kann er im besten Fall zum Kader abgegeben werden. Für solche Fälle wird sich eine Rubrik nach dem Muster der deutschen Vorschriften, Anlage 1 c, Nr. 31, empfehlen: ‚Krankheiten oder Gebrechen, die zeitig untauglich machen, aber beseitigt oder doch so vermindert werden können, daß vollkommene oder bedingte Tauglichkeit, zutreffendenfalls Feld- oder Garnisonsdienstfähigkeit eintritt.‘ Erweist sich die Krankheit als schwer heilbar, dann kommt die Rubrik 13 c zur Geltung. Wann aber die Krankheit als leicht oder schwer heilbar zu bezeichnen ist, das läßt sich nicht in wenigen Worten formulieren. Nähere Anhaltspunkte könnten allenfalls im ersten, allgemeinen Teil des Dienstbuches ausgeführt werden. Die Ursachen der schweren Heilbarkeit einer Ohreiterung sind so mannigfach, daß sie im speziellen Teil auszuführen zu weitläufig wäre. Der Ausdruck: ‚offenkundig schwer heilbar‘ bei 13 c ist insofern richtig, als in manchen Fällen tatsächlich sofort die schwere Heilbarkeit konstatiert werden kann. Das ist aber nicht immer der Fall. Die schwere Heilbarkeit einer Ohreneiterung hängt durchaus nicht allein von den lokalen, objektiven, anatomischen Veränderungen ab, sondern zum großen Teil von den allgemeinen konstitutionellen und hygienischen Verhältnissen des Patienten ab. So kann eine einfache, nicht komplizierte Schleimhauteiterung oder eine Tubeneiterung bei skrophulösen, tuberkulösen, syphilitischen, anaemischen, uretischen usw. Individuen sich schwer heilbar erweisen, während umgekehrt, vernachlässigte, scheinbar schwere Fälle von Ohreiterung bei sonst gesunden Personen in verhältnismäßig kurzer Zeit ausgeheilt, zur Trockenheit des Ohres gebracht werden können. Solche Fälle sind besonders bei uns in Galizien häufig anzutreffen. Die geringe Kultur, die mangelhafte Bildung, die große Zahl der Analphabeten und der damit Hand in Hand gehende herrschende Aberglaube bei einem großen Teil der Landbevölkerung und selbst bei einem geringeren Teil der städtischen Bevölkerung bilden die ursächliche Erklärung für die Vernachlässigung solcher und ähnlicher Fälle. Noch immer finden sich Patienten, welche eine Ohreiterung für eine wohltätige Erscheinung halten, deren Beseitigung schädliche Erkrankungen des Kopfes nach sich ziehen kann. Diese Krankheit kann in gewissem Sinne der historisch berüchtigten ‚Plica polonica‘ an die Seite gestellt werden. Und welche Begriffe von Reinlichkeit manche Patienten haben, illustriert ein Fall, betreffend eine Patientin, die mir auf den Vorwurf der Vernachlässigung ihrer jahrelang dauernden Krankheit mit Entrüstung und dem vollen Brustton

der Überzeugung erwiderte, sie habe das Ohr fleißig gepflegt und reingehalten, indem sie jeden Tag mit der Gansfeder den Ohreiter auswischte. Die Gansfeder wurde dann mit der Schürze abgewischt, beim Ofen getrocknet, um dann demselben Zwecke weiter zu dienen.

Die schwere Form solcher Fälle hängt also nicht immer von der Schwere der Krankheit, sondern oft nur vom Schmutz und von der Vernachlässigung ab und kann durch gründliche energische Behandlung leicht und rasch günstig beeinflußt werden. So habe ich Fälle gesehen, von langdauernder Mittelohreiterung mit übelriechendem Sekret, mit Polypen, Granulationen, oberflächlicher Karies und selbst mit Cholesteatom usw., die unerwartet schnell bei entsprechender Behandlung gebessert und selbst geheilt werden konnten. Der Grad der Heilbarkeit ist also nicht immer auf den ersten Blick möglich. Es muß daher dem Spezialisten im Spitale ein gewisser Zeitraum behufs Beobachtung und Heilversuche zur Verfügung gestellt werden, um den Fall richtig beurteilen zu können.

Aber nicht bloß die geringere oder größere Heilbarkeit allein hat bei solchen Kranken bei der Klassifizierung berücksichtigt zu werden. Es sind besonders zwei Erscheinungen, die hier noch in Rechnung gezogen werden müssen, und zwar begleitende Schwindelerscheinungen und Neigung zu Rezidiven. Es gibt Fälle von Mittelohrerkrankungen, bei denen die damit behafteten Patienten Neigung zu Schwindel besitzen und bei gewissen Bewegungen leicht von Schwindelanfällen heimgesucht werden. Wir haben jetzt Mittel in der Hand, Ohrenschwindel objektiv feststellen zu können. Solche Begleiterscheinungen sind bedeutend erschwerend für die Beurteilung der Dienstfähigkeit und sollten nicht aus den Augen gelassen werden. Ferner gibt es Fälle von chronischen Ohreiterungen, die erfahrungsgemäß nach der Heilung und selbst nach der Radikaloperation häufig und hartnäckig rezidivieren, wie besonders bei Cholesteatom oder bei chronischen Affektionen der Nase und ihrer Nebenhöhlen. Solche Fälle sollten nur zu solchen Diensten verwendet werden dürfen, bei denen sie unter ständiger ärztlicher Kontrolle verbleiben können.

Bei Post Nr. 12, Verzeichnis A, sollte hinzugefügt werden: mit Ausschluß der Marine. Seeleute sollen bekanntlich gute Schwimmer sein. Nun sollen aber Patienten mit trockener Trommelfellperforation nicht ohne besondere Vorsichtsmaßregel baden. Plötzliches Eindringen von Wasser in die Paukenhöhle, ein Sprung ins Wasser kann da leicht Schwindel und Ertrinken zur Folge haben. Solche Patienten sind daher für den Seedienst ungeeignet.

Nun zu einem anderen Punkt. Es wurde in der oben erwähnten Sitzung angeregt, Fälle mit einseitiger Taubheit in die Rubrik A einzustellen. Diesem kann, wenigstens ohne Vorbehalt, nicht zugestimmt werden. Bei vollständiger Taubheit ist fast immer das Labyrinth affiziert. Nun ist bei vollständiger Labyrinthtaubheit der einen Seite wohl nur selten eine vollständige Intaktheit des anderen Labyrinths anzunehmen. Dies geht schon aus der Ethiologie der Labyrinthkrankheiten hervor. Die Ursachen einer Labyrinthaffektion machen sich mit wenigen Ausnahmen doppelseitig geltend. Abgesehen von den lokalen direkten Traumen und Schädlichkeiten (Schnitt, Stich, Verbrühung, Verätzung, von der Nachbarschaft fortgeleitete Eiterung u. dgl.) kommen da als häufigste ethiologische Momente in Betracht: Intoxikationen (Chinin-, Salicyl-, Morphium-, Nikotin-, Nierenkrankheiten u. dgl.), Infektionen (Scharlach, Diphtherie, Typhus, Influenza, Meningitis usw.); ferner indirekte Traumen (Schlag, Sturz auf den Kopf, Schuß, Detonation, Explosion usw.). Alle diese Schädlichkeiten können gleichzeitig auf beide Gehörorgane, wenn auch mit verschiedener Intensität, einwirken. Es wird also a priori in den meisten Fällen gleichzeitig eine, wenn auch geringere Affektion des Labyrinthes der äußeren Seite anzunehmen sein. Solche Patienten dürften höchstens mit besonderer Berücksichtigung des Truppenkörpers eingestellt werden. Sie sind für Schützenregimenter, Artillerie, Maschinengewehrabteilungen u. dgl. ungeeignet, ebensowenig auch für Dienstleistung, welche ein gutes doppelseitiges Gehör und eine gute Orientierung erfordern, wie als Patrouillenteilnehmer oder -führer, ebenso als Taucher, Luftschiffer, Caisson-Brücken-Arbeiter. Vielleicht dürften sich solche Fälle eher als Sappeure oder zum Train eignen. Am richtigsten wäre es jedoch, einseitig Taube für das „Verzeichnis B“ zu qualifizieren.

Auf Seite 7 bis 9 finden wir sehr treffende und anerkennenswerte Anleitungen zur Untersuchung des Gehörorgans. Hier wäre auch der passende Ort, Anhaltspunkte für die Annahme einer schweren Heilbarkeit einer Mittelohreiterung einzuschalten, wie randständige Perforation, tiefgreifende Karies des Mittelohres, übelriechender, weißfarbiger, käsiger Eiter, häufig rezidivierende Polypen und Granulationen, häufige Schwindelanfälle und Erkrankung der Nebenhöhlen. Hier wären die Methoden anzugeben zur objektiven Konstatierung von Neigung zu Schwindelanfällen, zur Untersuchung des Vertibutarapparates. Ferner wäre es wünschenswert, an dieser Stelle einige Methoden mitzuteilen, welche zur Feststellung einseitiger Taubheit, beziehungsweise zur Konstatierung, eventuell Entlarvung von simulierter Taubheit und Schwerhörigkeit dienen. Leider ist es trotz aller Umsicht und Mühe nicht immer möglich, simulierte Taubheit zu entlarven. Immerhin verfügen wir über eine ansehnliche Zahl

dazu sehr geeigneter Mittel und Kniffe, welche die Erreichung dieses Zieles oft ermöglichen und die zum Nutzen des begutachtenden Militärarztes hier angeführt werden sollten.

Schließlich möchte ich noch besondere Vorschriften für die Musterung für die Marine und für die Luftschiffahrt vorschlagen. Für den Dienst zur See ist Neigung zu Schwindel, selbst bei gesundem Labyrinth und das Vorhandensein einer trockenen Trommelfellperforation als ausschließend zu betrachten.

Für Luftpiloten muß nicht nur ein normales Mittelohr und Labyrinth, sondern vor allem eine normale Empfindlichkeit des statischen Apparats verlangt werden. Eine normale Funktion des Trommelfelles, des Gehörknöchelchens und der Tuba ist hier ebenso erforderlich, wie bei Caissonarbeitern, wegen der wechselnden, veränderlichen Druckverhältnisse der Umgebung. Die Erfahrung hat gezeigt, daß Störungen und Täuschungen in der Vorstellung im Raume, über die Körperlage und über die Richtung der Bewegung in Residuen geheilter Mittelohreiterungen und in funktionellen Störungen der Vestibularapparate ihren Grund haben können. Ein gutes Gehör ist zur Kontrolle der richtigen Funktion des Apparates, des Motors erforderlich. Nun gibt es aber auch Personen, die bei vollständig normalem Gehörorgan, trotz gutem Gehör und normaler Reaktion des Vorhofsapparates eine schlechte Orientierungsfähigkeit und Neigung zu Schwindel besitzen. Diese Abnormität beruht wahrscheinlich auf einer funktionellen Störung, einer Hyperaesthesie oder Paraesthesie des statischen Organes und äußert sich darin, daß die damit behafteten Personen bei Seefahrten, in höherem Grade der Krankheit schon bei Eisenbahnfahrten, beim Schaukeln, beim Bücken, beim Herabschauen von einer großen Höhe, bei Rundhängen u. dgl. von Schwindel und Übelkeiten wie bei der Seekrankheit befallen werden. Solche Personen sind natürlich für die Aviatik nicht geeignet. Kandidaten für die Luftschiffahrt sind daher einer besonderen Untersuchung auf eine gute Orientierungsfähigkeit, auf ein gutes dynamisches Gleichgewicht, auf den Mangel von Schwindel bei gewissen Bewegungen zu unterziehen.

Die dazu geeigneten Untersuchungsmethoden wären in dem allgemeinen Teil des Dienstbuches unterzubringen."

Da der obige Artikel eine zeitgemäße, dem Standpunkte der Wissenschaft entsprechende Änderung der Untersuchungsvorschriften der Wehrpflichtigen beabsichtigt, und zwar sowohl im Interesse des Staates, des Militärdienstes, wie auch der zum Militärdienst herangezogenen Wehrpflichtigen, fragen die Unterzeichneten:

„1. Ist Eurer Exzellenz dieser Fall bekannt?

2. Wie wollen Eure Exzellenz dieses Vorgehen der Staatsanwaltschaft rechtfertigen?

3. Sind Eure Exzellenz bereit anordnen zu wollen, daß wissenschaftliche Arbeiten nicht durch derartiges Verhalten der Staatsanwaltschaft gehindert und ihre Veröffentlichung nicht gehemmt wird?"

Wien, 28. November 1917.

Dr. Emil Bobrowski.
Dr. Liebermann. Klemensiewicz.
Cingr. J. Reger.
Dr. Adolf Groß. Moraczewski.
J. Stapiński. Diamand.
Rychlik. Dr. S. Marek.

1600
—
I

Dotaz

poslanců Miloše Vojty, Staňka a soudruhů na Jejich Excellenci pány: ministerského předsedu, pány ministra zeměbrany, ministra výživy, ministra obchodu, ministra veřejných prací, ministra financí a ministra orby ohledně neudržitelných poměrů v poštovní, telegrafní a telefonní službě.

V této sněmovně přednesena byla již řada stížností na nespolehlivost, nejistotu a nedochvílnost naší poštovní dopravy, která nedá se již omluviti mimořádnými poměry přítomné doby a na nepořádky v našem poštovnictví, jež zakořenily se, ačkoliv po zkušenostech tříleté války mohly by býti při dobré vůli súčastněných činitelů odstraněny.

Ačkoliv censura listovních poštovních zásilek v zázemí byla téměř všude zrušena, dochází v zázemí podané a do zázemí adresované zásilky se spozděním, které nelze omluviti obmezením počtu vlaků a spojů poštovních. I při nynějším obmezení vlaků není zajisté omluvitelno, aby doprava dopisů z Vídně do Prahy plných osm dní trvala, jak se často stává. Doprava listovních zásilek, která v míru trvala 24 hodin, trvá nyní pravidelně týden. Doprava zásilek povozných trvá ještě déle, tak že množství zboží a potravin poštou zasilaných, dojde-li vůbec dojde vesměs ve stavu zkaženém, tak že tím celá veřejnost a zejména výživa lidu škodu nenahraditelnou utrpí.

Množství státních občanů trpí hladem, na poštách kazí se však tisíce zásilek s drahocenným nenahraditelným obsahem, potravinami, jichž se jeví takový nedostatek. Zejména zásobování velikých míst a středisk průmyslových, kam se z venkova množství potravin zasílá, trpí škody veliké.

Ku zlu zdlouhavé dopravy přistupují i časté ztráty a vykrádání zásilek, jež zejména v poslední době dostoupilo vrchole, že téměř 30 procent zásilek se buďto ztrácí, zkazí, nebo obsah jejich z části vyloupen jest.

Služba telegrafní povážlivě vázne, tak že i nutné telegramy, za něž odesílatel trojnásobný poplatek platiti musí, docházejí tyto se zpožděním 2 až 3 dnů. Telegramy i když dojdou v čas docházi zkomoleny a bývají i nesprávným adresátům doručeny, což vede ku zmatkům a nenahraditelné škodě.

Poštovní doprava zvýšila sice podstatně veškeré poplatky od 1. října 1916, ale necítila se býti ani morálně vázána, by se postarala o dochvílnou a jistou dopravu zásilek.

Za zvýšené poplatky máme i zvýšenou nejistotu poštovní dopravy.

Telefonní služba jest téměř výsměchem svého poslání. Celé hodiny a dny čeká obecenstvo na telefonní spojení a když se ho konečně dočká, přesvědčí se, že vede hovor s abonentem úplně cizím, že byl spojen nesprávně. A běda abonentům, jichž vedení jest poškozeno. Ten se nedovolá nikoho, by přerušení opět v brzku upraveno bylo. Ba i úřední linie bývají celý týden přerušeny.

Poměry v našem poštovnictví dosáhly svého vrchole a celá poštovní, telegrafní a telefonní doprava stojí před blízským se zhroucením, jež

strhne sebou celou státní správu i úspěšné vedení války, neb vojenská správa v prvé řadě tohoto času nejvíce poštovní dopravy nejnutněji potřebuje.

Jest se obávati, že poštovní doprava v dohledné době zastavena bude.

Příčiny těchto poměrů jsou následující:

1. Naprostý nedostatek vyškoleného personálu.

Na nedostatek poštovního personálu bylo již v čas míru trpce žalováno.

Při vypuknutí války byla více jako jedna třetina poštovního personálu povolána k vojenským výkonům. Poštovní i vojenská správa počítala jednak s krátkým trváním války a jednak s naprostým polkesem poštovního provozu v době válečné. Oba tyto předpoklady zklamaly. Válka trvá již 4. rok a poštovní provoz se v době válečné téměř zdesateronásobnil. Vojenská ani poštovní správa nevzala si z té zkutečnosti poučení a na místě, aby poštovní personál, konající službu vojenskou na mnoze pro neschopnost ke službě v poli, konající různé písařské ba i nádenické práce ve vnitrozemí, neposlala domů do svého povolání, aby zlepšila poměry poštovní provozu, nýbrž povolala nové a nové poštovní zaměstnance do zbraně i ty, kteří byli v zájmu služby doma osvobozeni, tito mají býti nyní povoláni do služby vojenské, an jejich osvobození konanou revisí zrušeno bylo.

Tím ubude znova zapracovaného poštovnímu personálu a služba na novo citelně utrpí.

Kdyby bylo při povolávání poštovního personálu do zbraně jen trochu ohledu vzato na potřebu poštovního provozu a služby, nemohlo by dojíti k tomu, by místo pošťáků vypomáhati museli vojíni v městech garnisonních, lidé různé profese, jímž jest služba poštovní neznámou pevninou a jímž důležitý úkol pošty jest věcí vedlejší. Dle toho také poštovná služba, bezpečnost spolehlivost poštovní vypadá, ba možno říci, ještě hůře později v důsledcích toho vypadati bude.

Za narukované poštovní zaměstnance úřednické kategorie přijímá poštovní správa tak zvané školáky a školačky, kteří již předem vědí, že po válce půjdou zase od pošty domů.

Jsou to po většině sotva škole odrostlá děvčata (jinochů málo) bez zvláštního předběžného vzdělání, prakse a zkoušek, kteří spíše překážejí zapracovanému zbylému personálu, než aby mu pomáhali. Spíše množí čísla exhibitních podání týkající se stálých udání na nadřízené úřady.

Služba poštovní vyžaduje a zvláště v době válečné celých zapracovaných a své zodpovědnosti si vědomých úředníků a ne polovičatých dětí, kteří jsou si vědomi, že jest to jejich postavení, které si byli z lásky k povolání vyvolili a ne dětí, které nelze za nic zodpovědným činiti.

Připomínáme, že mimořádná opatření na poštách, telegrafních a telefonních stanicích provedená, která směřují ku znemožnění vyzvědačství, poškození branné moci, zájmů vojenských atd. jsou pouze důvěrného rázu. Nejhlubší tajemství státní svěřují se tedy nedospělým dětem, které nemají ani ponětí o dosahu následků a neuposlechnutí různých důvěrných pokynů nebo prozrazení úředního tajemství může míti dalekosáhlé následky.

Takové síly nejsou ani tělesně, ani duševně vyspělé, k tak důležitým úkonům, jež se dnes poště, telegrafu a telefonu svěřují. Mohou se tedy nevědomky dopustiti těch největších zločinů, ba i zemězrady.

A tyto síly se najímají za denní mzdu 2 K 20 h až 2 K 60 h.

Poněvadž nelze při dnešní drahotě s tímto platem vystačiti, jsou vydány morální zkáze. Není dnes žádným tajemstvím, že u těchto děvčat u pošty zaměstnaných se vzmáhá zlo, které ohrožuje i sám stát v samém kořenu života.

Tyto poměry jsou poštovní správě známy a dlouhý čas byly uměle ukrývány. O zpronevěrách a krádežích jakož i podobných proviněních nesmí věrně veřejnost se dozvěděti. Kdyby slavná sněmovna zvěděla, kolik mladých lidí upadlo neřestem a zločinům za obět, byla by ohromena.

Za síly sluhovské do zbraně povolané přijímají se náhradní síly bez jakékoliv kvalifikace, mravní zachovalosti a spolehlivosti. A není také divu . . .

Který pořádný dělník nebo dělnice půjde dnes za výpomocnou sílu k poště, kde celý den a mnohdy i noc vázán namahavou službou za odměnu . . . 2 K 20 h až 2 K 60 h? Vždyť jako nádeník vydělá při lehčí práce daleko více všude jinde.

Možno směle říci, že náhradní síly tyto jsou většinou individua z různých obchodů a továren vyhozená. Dnes se vezmou však k poště přímo z ulice . . . A mohou-li tito mizerně placení lidé dělati rozdíl mezi mým a svým, to ponechejme úsudku slavné sněmovně.

Za takových poměrů není divu, že se na poštách krade.

2. Další příčinou nespolehlivosti a nedochvilnosti pošty jest naprosté vyčerpání stálého poštovního personálu namahavou, nadlidskou službou, již čtvrtý rok trvající, vyživovacími potížemi a podvýživou. Nikdo nepostaral se o to, aby poštovní

personál požíval aspoň částečných výhod za účelem ulehčení výživy a ponechán na pospas lichvářům, ačkoliv se stále zástupcové poštovních organisací pomoci dožadovali. Vázán denní a noční službou, nemůže se věnovati shánění potravin pro sebe a svoji rodinu. Vysílující těžká služba poštovní a podvýživa musela poštovní zřízenectvo silně vyčerpati.

3. Vedle těchto vyživovacích obtíží poštovního personálu trpí samotné poštovní úřady různými nedostatky jako:

a) Nedostatkem krmiva pro poštovní koně a nedostatečně vyměřenými paušály za poštovní jízdy, bude nutno v brzku nemožno udržeti jízdy v chodu a nepomáhají veškeré intervence u centrál pro krmiva, poštovních nadřízených úřadů, nikdo nechce poštovním podnikatelům jízd krmiva přikázati. Ba i podnikatelům jízd těchto zabavuje seno a sláma, které za drahé peníze sobě opatřili, by poštovní doprava nevázla. A podaří-li někomu, že mu od někud něco se poukáže, jest to stuchlé a zkažené, po čemž koně onemocní.

Podnikatelům nechtí nadřízené úřady zvýšiti paušály výši nynějších cen za krmiva a řemeslnické práce odpovídající a podaří-li se některému zvýšení dosíci, trvá to dlouhou dobu, tak že za tu dobu stoupnou ceny krmiv o několik set procent a jest dotyčný podnikatel zase v téže finanční kalamitě jako před tím byl. Následkem toho vypovídají tito smlouvy a není nikoho, kdo by za tak malé paušály tyto najímal. Zastavením těchto jízd budou města ve výživě velmi poškozena, ne-li úplně vyhladověna.

b) Poštovním úřadům nebylo dosud přiděleno žádné uhlí pro otop poštovních úřadoven a úředník nebude moci konati vzhledem na možné ztráty u pokladen službu v nevytopené úřadovně, an týž při čítání bankovek vysazuje se v nebezpečí, že bude museti, postrádaje citlivosti prstou, differencc ze svého platu ještě vyrovnávati.

Proč vysoká vláda nenašla času za celé léto, by v čas poštovní úřady zaopatřila uhlím, žádá-li od poštovní správy bezvadný chod?

c) Poštovním úřadům nedostává se potřebného petroleje pro večerní a noční služby.

Z přiděleného petroleje nelze udržeti nařízené a předepsané úřední hodiny a bude nutno úřady dříve zavírati a tím zase dopravu poštovní omeziti.

Politické úřady nevěnují otázce osvětlování poštovních úřadů patřičnou pozornost, neb těmto potřebné kvantum petroleje nepřidělují, ač žádají po těchto často službu i v noci.

d) Poštovním úřadům nedostává se pečetního vosku, lepidel, motouzů, papíru a jiných nevyhnutelných potřeb. Cenu těchto kancelářských potřeb stoupły o 300 až 1000 procent.

Přednostům poštovních úřadů, zejména třídních přiznány byly již v roce 1900 vyměřené, dle tehdejších cen úřední paušály, z nichž musí tito hraditi nájem z úředních místností, otop, světlo, mobilář, různé kancelářské potřeby atd.

Poštovní správa nechce tyto úřední paušály generelně nynějším cenám přiměřeně zvýšiti a odkazuje přednosty venkovských pošt na podání jednotlivých žádostí, o nichž koná se zdlouhavé šetření dlouhou dobu trvající, někdy i do roků jdoucí.

Za těchto poměrů musí dojíti buď k hospodářskému zničení přednostů třídních pošt, poněvadž jsou nuceni ze svého hubeného platu na tyto paušály dosazovati a neb budou nuceni se zadlužiti.

Veřejnost by užasla, kdyby zvěděla, kolik těchto přednostů bylo v době válečné pro zpronevěru suspendováno a kdyby zvěděla, kolik úřednictva poštovního vůbec bylo zoufalými poměry nynějšími svedeno z cesty správné na cestu zločinu. Kdo zodpoví na tyto zničené existence?

e) Poštovním úřadům přiznány byly tak zvané sluhovské paušály k obstarávání různých úkonů u poštovních úřadů I. a II. třídy, pro něž nebyla systemována místa venkovských poštovních sluhů a k obstarávání sluhovských a listonošských úkonů na úřadech III. třídy.

Tyto paušály pohybují se mezi 160 až 710 K ročně. Vyměřeny byly v čas míru a za války, ačkoliv se práce na poštách zdesateronásobnila, nebyly zvýšeny.

Sluhovský personál nechce za tuto nepatrnou mzdu pracovati a také nemůže, neboť mu obnosy tyto nestačí ani na obuv.

Přednostové úřadů mají z paušály největší nesnáze a chtějí-li chod služby udržet, musí ze svého dopláceti. Šetření o jednotlivě podaných žádostech protahuje se dvě až tři léta. Jeden rok bylo možno při největší obětavosti tyto poměry vydržeti, válka však trvá již čtvrtý rok a tu není divu, že nadále v těchto poměrech žíti nemožno. Poštovní a finanční správa na místě, aby poskytla rychlou pomoc, odpírá sluhům na paušál

ustanoveným, pokud mají vyměřeno méně jako 40 hodin týdenní práce, dokonce přiznání drahotních přídavků, neberouc na to zřetele, že dnes práce na poštách desetkrát tolik jako v míru, kdy byly služební hodiny vyměřeny.

Na generelní zvýšení těchto paušálů nechce poštovní správa přistoupiti, šetří a škrtí na těch nejmenších a nejchudších, kteří pomoci nevyhnutelně potřebují.

Poštovní personál vykonal za války nadlidskou obětavou a obdivuhodnou práci, jak bylo uznáno i z Nejvyšších míst zvěčnělým mocnářem i nynějším mocnářem, Nejvyššími vlastnoručními rozkazy. Za to dostává se mu odměny, že veškeré instance státní správy jsou hluchými k jeho steskům, bolestem a potřebám, jako by se jednalo o úplné jeho vyhubení.

Jestli-že za těchto poměrů jakž takž udržována jest poštovní doprava v chodu, jest za to co děkovati jen bezpříkladné věrnosti, obětavosti a vyvinutému smyslu pro povinnost vůči veřejnosti našeho poštovního personálu.

O hladu, bez obuvi, šatstva, prádla, s promrzlými údy, nedá se stav tento na dlouho udržet.

f) Poštovní služebnictvo nedostalo již po tři roky žádný služební oděv, náhradou vypláceny mu byly obnosy, za něž se dnes nedostane ani kapesník, natož oděv. Rovněž o obuv pro služebnictvo není postaráno, ačkoliv služba jeho vyžaduje mnoho a dobré obuvy, když v každém počasí, zejména listonoši musí obcházeti i ty nejzapadlejší samoty a doručovati poštovní zásilky. Na podzim 1914 začala poštovní správa provozovati různé úspory v poštovní službě:

Zrušovány jízdy, škrtány různé paušály, obmezovány služby bez ohledu na potřeby obecenstva. Šetřilo se ponejvíc na úkor poštovního personálu. Dnes jeví se tohoto úsporného systému následky. Poštovní doprava vysazena v šanc nejistotě a nespolehlivosti. Mnohé z těchto škrtů a úspor byly po čase zrušeny, když se ukázalo, že takto pokračovati nelze. Vzdor tomu tato éra zanechala důkaz o bezhlavosti státní správy.

Všude jeví se nedostatek sil a následky přijdou. Psalo se mnoho a píše se stále zjednodušení agendy, však se nedostavilo ani v této době. Ještě dnes koná se množství úředního šetření, vyřizují se akty, jež prováděním škrtů vznikly a dnes se tato opatření zrušiti by měla jako neudržitelná. Množství zrušených jízd dnes poštovní dopravě schází a nelze je znova zříditi, poněvadž není materiálu k jich znovuzřízení. Mnozí podnikatelé jízdy museli prodati celý inventář a dnes poštovní správě a provozu tento inventář schází.

Osvobození poštovního personálu od služby domobranecké dělo se bez určitého plánu, čímž přivoděn byl do poštovní služby úplný rozvrat. Staří zkušení a zapracovaní přednostové a úředníci povoláni do zbraně. Za jejich zástupce ustanovení mladičkové 18 až 20letí a ti byli od vojenské služby sproštěni.

Rovněž tak postupovalo se v kategorii sluhovské. Definitivní staří a osvědčení sluhové museli narukovati a náhradní síly za ně přímo z ulice byly najmuté, tyto pak byly osvobozeni.

Vzdor tomu, že na poměry tyto bylo poukazováno úředními zprávami přednostů, kteří s náhradními, nezapracovanými silami si rady nevěděli, nestala se téměř za 4 roky trvání války v tomto směru žádná náprava. Bylo by zapotřebí mnoho času a papíru k vylíčení všech nesrovnalostí, nedostatku poštovního provozu a veškeré bídy a utrpení poštovního personálu.

Podepsaní obmezili se jen na to nejnutnější a nejkřiklavější. Již to stačí, aby se prokázalo, že takto to jít dále nemůže a že vládě nastává nutná povinnost, postarati se v čas o odstranění vylíčených nedostatků, nemá-li býti překvapena úplným zhroucením se poštovní, telegrafní a telefonní dopravy.

Musí býti uváženo, že poštovní personál po většině neměl po čas války dovolené na zotavenou a byla-li tato povolena, stalo se tak bez náhradních sil, tak že zbylý personál musel konati službu i za dovolence.

Nasadil-li tudíž poštovní personál ve čtvrtém roce války poslední síly, aby zdolal úkol naň vložený, udržeti poštovní, telegrafní a telefonní provoz v chodu, nutno s tím počítati, že dlouho síla jeho nevydrží, čehož důkazem jsou četná onemocnění, která objevila se býti téměř epidemická. V některých velkých úřadech a odděleních (hlavní telegrafní a telefonní stanice v Praze) onemocněl téměř veškerý personál a byl nahražen personálem nedostatečně vyškoleným.

Takové zjevy nutí zajisté ku přemýšlení a vyzívají k opatřenum, dokud ještě čas.

Zhroucením poštovního, telegrafního a telefonního provozu zasažena bude celá státní správa ve své nejdůležitější životní tepně a celý stát i vojenská správa na místě nejchoulostivějším.

Z těchto důvodů varuji a upozorňuji podepsaní vysokou vládu, aby s urychlením učinila nutné opatření, která mohou katastrofě zabrániti.

Podepsaní vznáší na celou vládu následující dotazy:

„1. Jsou tyto poměry vysoké vládě známy?

2. Jest vysoká vláda ochotna ihned zaříditi vše, co jest k zažehnání katastrofě našeho poštovnictví, zejména:

A. Propustiti veškerý poštovní personál, jehož není u reservního polního telegrafu, telefonu, u polní a etapní pošty nevyhnutelně zapotřeby, z vojny domů?

B. Odvolati veškerá zrušení sproštění poštovního personálu od služby vojenské a ponechati dotyčné zřízence i na dále ve službě civilní?

C. Propustiti nespolehlivé náhradní síly a zostřiti dozor a učiti vhodná opatření proti ztrátě a vylupování poštovních zásilek?

D. Postarati se o lepší zásobování poštovního personálu nutnými potravinami, uhlím a petrolejem?

E. Postarati se o dostatečný příděl krmiv pro poštovní koně, o okamžitý a dostatečný příděl uhlí a petroleje pro poštovní úřady a o zaopatření nutných kancelářských potřeb za snesitelné ceny?

F. Generelně zvýšiti veškeré jízdní, úřední a sluhovské paušály, přiměřeně nynějším cenám životních potřeb?

G. Přiznati drahotní přídavky poštovnímu personálu, který dosud drahotních přídavků neobdržel.

H. Přiznati ovdovělým a provdaným ženským zaměstnancům, kteří mají povinnost starati se o rodinu a děti, drahotní přídavky dle stavu rodiny?

I. Poštovním sluhům a listonošům přiděliti služební oděv a obuv?

J. Odvolati veškerá úsporná nařízení z roku 1914?

K. Poskytnouti poštovnímu personálu dovolené na zotavenou proti přidělení náhradních sil?

L. Odstraniti veškeré nesrovnalosti v poměrech poštovního personálu a poměry jeho upraviti přiměřeně k jeho obtížné a namahavé službě?

M. Nařiditi, by náhrady za ztracené zásilky byly s urychlením vypláceny a ne jako dosud po době několika roků?

3. Jest vysoká vláda ochotna sděliti této sněmovně, jakým způsobem chce odčiniti zničení mnoha existencí poštovního personálu, který vylíčenými poměry, bídou nedostatkem a hladem upadl na scestí zločinu, zpronevěrou peněz neb zásilek mu svěřených?

Jest vysoká vláda ochotna provésti revisi veškerých těchto disciplinárních nálezů na podkladě moderního disciplinárního řádu, služební pragmatiky, který dosud není v platnosti pro poštovní personál c. k. poštovního a telegrafního ústavu (c. k. poštmistry, poštovní officianty, expedienty, venkovské poštovní sluhy atd.), kteří tvoří více jako polovinu veškerého poštovního personálu?“

Ve Vídni, 28. listopadu 1917.

Mašata.	Miloš Vojta.
H. Srdínko.	F. Staněk.
Žďárský.	Dr. Zahradník.
Okleštěk.	J. Sedlák.
Bukvaj.	Hyrš.
Udržal.	Prášek.
Chaloupka.	Jar. Rychtera.
Vacek.	Měchura.
Prošek.	Kotlant.
Václ. Donát.	Špaček.

Authentische Übersetzung.

1600
I

Anfrage

der

Abgeordneten Miloš Vojta, Staněk und Genossen an Ihre Exzellenzen den Herrn Ministerpräsidenten, den Herrn Minister für Landesverteidigung, den Herrn Minister für Volksernährung, den Herrn Handelsminister, den Herrn Minister für öffentliche Arbeiten, den Herrn Finanzminister und den Herrn Ackerbauminister, betreffend die unhaltbaren Verhältnisse im Post-, Telegraphen- und Telephondienste.

Es wurde in diesem Hause bereits eine ganze Reihe von Beschwerden über die Unverläßlichkeit, Unsicherheit und Unpünktlichkeit unseres Postverkehres vorgebracht, die durch die außerordentlichen Verhältnisse der gegenwärtigen Zeit nicht entschuldigt werden können, sowie über Unzukömmlichkeiten, die sich in unserem Postwesen eingenistet haben, obwohl sie nach den Erfahrungen des dreijährigen Krieges bei etwas gutem Willen der beteiligten Faktoren beseitigt werden könnten.

Obwohl die Zensur der Briefpostsendungen im Hinterland beinahe überall aufgehoben wurde, langen die im Hinterland aufgegebenen und nach dem Hinterland adressierten Sendungen mit Verspätungen ein, die durch die Beschränkung der Anzahl der Züge und der Postverbindungen nicht entschuldigt werden können. Es ist auch bei der gegenwärtigen Beschränkung der Züge nicht entschuldbar, daß die Briefbeförderung von Wien nach Prag volle acht Tage dauert, wie es häufig vorkommt. Die Beförderung der Briefpostsendungen, die im Frieden 24 Stunden gedauert hat, dauert jetzt regelmäßig eine Woche. Die Beförderung von Fahrpostsendungen dauert noch länger, so daß eine Menge von Waren und Lebensmitteln, die mit der Post geschickt werden, wenn sie überhaupt einlangt, durchwegs im verdorbenen Zustand ankommt, so daß dadurch die ganze Öffentlichkeit und namentlich die Volksernährung einen unersetzlichen Schaden erleidet.

Eine große Zahl von Staatsbürgern muß Hunger leiden, auf der Post verderben jedoch Tausende von Sendungen mit kostbarem, unersetzlichem Inhalt, mit Nahrungsmitteln, an denen es so mangelt. Namentlich erleidet die Approvisionierung der großen Orte und Industriezentren, wohin vom Lande eine Menge von Nahrungsmitteln geschickt wird, einen großen Schaden.

Zu dem Übel der langsamen Beförderung treten auch die häufigen Verluste und Bestehlungen der Sendungen hinzu, die namentlich in der letzten Zeit den Höhepunkt erreichten, so daß beinahe 30 Prozent der Sendungen entweder verloren gehen, verderben oder teilweise ihres Inhaltes beraubt werden.

Der Telegraphendienst stockt in bedenklicher Weise, so daß selbst dringende Telegramme, für welche der Absender eine dreifache Gebühr entrichten muß, mit einer zwei- bis dreitägigen Verspätung eintreffen. Die Telegramme, wenn sie rechtzeitig eintreffen, kommen verstümmelt an und werden auch unrichtigen Adressaten zugestellt, was zu Verwirrungen und einem unersetzlichen Schaden führt.

Die Postverwaltung hat zwar sämtliche Gebühren ab 1. Oktober 1916 wesentlich erhöht, erachtete sich jedoch nicht einmal moralisch für verpflichtet, für die Rechtzeitigkeit und Sicherheit der Beförderung der Sendungen Sorge zu tragen.

Für erhöhte Gebühren haben wir auch eine erhöhte Unsicherheit der Postbeförderung.

Der Telephondienst wird beinahe zum Hohn seiner Mission. Ganze Stunden und Tage wartet die Bevölkerung auf die Telephonverbindung und wenn es schließlich dazu kommt, findet sie, daß sie das Gespräch mit einem ganz fremden Abonnenten führt, daß sie unrichtig verbunden ist, und wehe den Abonnenten, deren Leitung beschädigt ist. Die finden niemanden, der die Störung bald wieder in Ordnung bringen würde. Selbst die amtlichen Linien bleiben ganze Wochen unterbrochen.

Die Verhältnisse in unserem Postwesen erreichten den Höhepunkt und der gesamte Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr steht vor nahem Zusammenbruch, der die ganze Staatsverwaltung und die ersprießliche Kriegführung mit sich reißen wird, denn vor allem die Militärverwaltung bedarf derzeit den Postverkehr am meisten und am notwendigsten.

Es ist zu besorgen, daß der Postverkehr in absehbarer Zeit eingestellt werden wird.

Die Ursachen dieser Verhältnisse sind folgende:

1. Gänzlicher Mangel an geschultem Personal

Über den Mangel an Postpersonal wurde bereits zu Friedenszeiten bitter geklagt.

Beim Ausbruch des Krieges wurde mehr als ein Drittel des Postpersonals zum militärischen Dienst einberufen. Die Post- und die Militärverwaltung rechnete einerseits mit einer kurzen Dauer des Krieges und andrerseits mit einem vollständigen Rückgang des Postverkehres während der Kriegszeit. Diese beiden Voraussetzungen haben jedoch versagt. Der Krieg dauert bereits das vierte Jahr und der Postverkehr hat sich in der Kriegszeit beinahe verzehnfacht. Weder die Militär- noch die Postverwaltung hat aus dieser Tatsache Lehre geschöpft, und anstatt daß sie das im militärischen Dienst stehende Postpersonal, welches vielfach wegen Untauglichkeit zum Felddienst verschiedene Schreiber-, ja sogar Taglöhnerarbeiten im Hinterland verrichtet, nach Hause zur Ausübung seines Berufes schickt, um die Verhältnisse des Postverkehrs zu verbessern, berief sie neue und neue Postbedienstete zu den Waffen, selbst solche, die im Interesse des Dienstes zu Hause befreit waren; diese sollen jetzt zum Militärdienst einberufen werden, da ihre Enthebung bei der durchgeführten Revision aufgehoben wurde.

Das wird wieder einen Abgang an eingearbeitetem Postpersonal zur Folge haben und der Dienst wird neuerlich empfindlich benachteiligt werden.

Wenn man bei der Einberufung des Postpersonals unter die Waffen nur ein bißchen Rücksicht auf den Bedarf des Postverkehrs und des Postdienstes nehmen würde, könnte es nicht dazu kommen, daß anstatt der Postbediensteten in den Garnisonsstädten verschiedene Soldaten, Leute von verschiedener Profession, aushelfen müssen, für welche der Postdienst ein unbekanntes Gebiet bildet und denen die wichtige Aufgabe der Post eine Nebensache ist. Darnach sieht auch der Postdienst, die Sicherheit, die Verläßlichkeit der Post aus, ja man kann sagen, daß es in Konsequenz dessen später noch ärger sein wird.

Für die eingerückten Postbediensteten der Beamtenkategorie nimmt die Postverwaltung sogenannte Schüler und Schülerinnen auf, die bereits im vorhinein wissen, daß sie nach dem Kriege wieder von der Post nach Hause gehen werden.

Es sind dies zumeist der Schule kaum entwachsene Mädchen (Jünglinge seltener), ohne besondere Vorbildung, Praxis und Prüfung, die eher dem eingearbeiteten zurückgebliebenen Personal im Wege stehen, anstatt daß sie ihm helfen. Sie vermehren eher die Exhibitsnummern der die fortwährenden Anzeigen an die vorgesetzten Behörden betreffenden Eingaben.

Der Postdienst erfordert, und zwar namentlich in der Kriegszeit, nicht halbwüchsige Kinder, sondern ganz eingearbeitete und ihrer Verantwortlichkeit bewußte Beamte, die sich dessen bewußt sind, daß es ihr Beruf ist, den sie sich aus Berufsneigung erwählt haben und kann nicht Kinder brauchen, die man für nichts verantwortlich machen kann.

Wir bemerken, daß die außerordentlichen Vorkehrungen bei den Post-, Telegraphen- und Telephonämtern, welche die Verhinderung der Spionage, der Benachteiligung der Wehrmacht, der militärischen Interessen usw. bezwecken, durchwegs einen vertraulichen Charakter haben. Es werden somit die größten Staatsgeheimnisse unerwachsenen Kindern anvertraut, die keine Idee von der Tragweite der Folgen haben, und es kann doch die Nichtbefolgung verschiedener vertraulicher Weisungen oder Verratung des Amtsgeheimnisses weitgehende Folgen haben. Solche Kräfte sind weder physisch noch geistig zu solch wichtigen Aufgaben befähigt, die heutzutage der Post, dem Telegraph und dem Telephon anvertraut werden. Sie können also unbewußt die größten Verbrechen, ja sogar den Hochverrat begehen.

Und diese Kräfte werden gegen einen Taglohn von K 2·20 bis K 2·60 aufgenommen. Da man bei der heutigen Teuerung mit diesem Gehalt nicht das Auslangen finden kann, sind sie dem moralischen Verderben ausgeliefert. Es ist heutzutage kein Geheimnis, daß sich unter diesen bei der Post beschäftigten Mädchen ein Übel verbreitet, welches selbst den Staat in seinen Lebenswurzeln gefährdet.

Diese Verhältnisse sind der Postverwaltung bekannt und wurden lange Zeit künstlich bemäntelt. Über Veruntreuungen und Diebstähle sowie über ähnliche Vergehungen darf in die Öffentlichkeit keine wahrheitsgetreue Mitteilung gelangen. Wenn das hohe Haus erfahren würde, wieviel junge Leute dem Laster und dem Verbrechen zum Opfer fielen, wäre es ganz bestürzt.

Für die unter die Waffen einberufenen Dienerkräfte werden Ersatzkräfte ohne jede Qualifikation, moralische Unbescholtenheit und Verläßlichkeit aufgenommen. Und da ist es kein Wunder, wenn . . .

Welcher anständige Arbeiter oder Arbeiterin geht heutzutage als Aushilfskraft zur Post, wo sie den ganzen Tag und manchmal auch die ganze Nacht durch anstrengenden Dienst gegen eine Entlohnung von K 2·20 bis K 2·60 gebunden sind? Sie verdienen ja als Taglöhner überall anderswo bei leichterer Arbeit weit mehr.

Man kann direkt sagen, daß diese Ersatzkräfte zumeist aus verschiedenen Geschäften und Fabriken davongejagte Individuen sind. Heutzutage werden sie jedoch zur Post direkt von der Gasse aufgenommen. Und ob diese elend gezahlten Leute einen Unterschied zwischen mein und dein machen können, das wollen wir dem Ermessen des hohen Hauses überlassen.

Unter solchen Verhältnissen ist es kein Wunder, daß bei der Post gestohlen wird.

Eine weitere Ursache der Unverläßlichkeit und Unpünktlichkeit der Post bildet die absolute Erschöpfung des ständigen Postpersonals durch den anstrengenden, übermenschlichen, bereits das vierte Jahr dauernden Dienst, durch Ernährungsschwierigkeiten und Unterernährung. Es hat sich niemand darum gekümmert, daß dem Postpersonal wenigstens Teilbegünstigungen zum Zweck der Erleichterung der Ernährung zuteil werden, es wurde vielmehr den Wucherern preisgegeben, obwohl die Vertreter der Postorganisationen fortwährend um Hilfe gebeten haben. Da es durch den Tag- und Nachtdienst gebunden ist, kann es sich nicht dem Auftreiben von Nahrungsmitteln für sich und seine Familie widmen. Der entkräftende schwere Postdienst und die Unterernährung mußten eine starke Erschöpfung der Postangestellten herbeiführen.

3. Neben diesen Ernährungsschwierigkeiten des Postpersonals leiden die Postämter selbst an verschiedenen Mängeln, wie:

a) An Futtermangel für Postpferde und unzulänglich bemessenen Pauschalien für Postfahrten, so daß es in kurzer Zeit nicht mehr möglich sein wird, die Postfahrten im Gange zu erhalten. Alle Interventionen der vorgesetzten Postbehörden bei den Futtermittelzentralen können nichts helfen, es will niemand den Unternehmern der Postfahrten Futter zuweisen. Ja es wird den Unternehmern dieser Fahrten noch das Heu und Stroh, welches sie sich um teures Geld beschafft haben, damit der Postverkehr nicht stocke, beschlagnahmt und wenn es jemand gelingt, daß ihm von irgendwelcher Seite etwas zugewiesen wird, ist es dumpfig und verdorben, so daß die Pferde davon erkranken.

Die vorgesetzten Behörden wollen den Unternehmern die Pauschalien auf ein den gegenwärtigen Futterpreisen und den Preisen der Handwerkerarbeiten entsprechendes Maß nicht erhöhen und wenn es irgendeinem gelingt, eine Erhöhung zu erreichen, so dauert es solange, daß während dieser Zeit die Futtermittelpreise um einige hundert Prozent steigen und der betreffende Unternehmer sich in der gleichen finanziellen Kalamität befindet wie vorher. Infolgedessen kündigen sie die Verträge und es gibt niemand, der für so ein kleines Pauschale diese pachten möchte. Durch Einstellung dieser Fahrten werden die Städte in ihrer Ernährung sehr benachteiligt, wenn nicht ganz ausgehungert.

b) Den Postämtern wurde bis jetzt keine Kohle zur Beheizung der Postamtslokalitäten zugewiesen und der Beamte wird im Hinblick auf die möglichen Verluste bei den Kassen im nichtgeheizten Amtslokal den Dienst nicht verrichten können, da er sich bei der Banknotenzählung der Gefahr aussetzt, daß er mangels Empfindlichkeit in seinen Fingern die Differenzen noch aus seinem Gehalt wird ersetzen müssen.

Warum fand die hohe Regierung während des ganzen Sommers keine Zeit, um die Postämter rechtzeitig mit Kohle zu versorgen, wenn sie von der Postverwaltung verlangt, daß diese tadellos funktioniert?

c) Es mangelt den Postämtern an notwendigem Petroleum für den Abend- und Nachtdienst.

Aus dem zugewiesenen Petroleum kann man die angeordneten und vorgeschriebenen Amtsstunden nicht einhalten und es wird notwendig sein, die Ämter früher zu schließen und dadurch abermals den Postverkehr einzuschränken.

Die politischen Behörden widmen der Frage der Beleuchtung der Postämter nicht die erforderliche Aufmerksamkeit, denn sie weisen ihnen nicht das notwendige Petroleumquantum zu, obwohl sie von denselben häufig auch bei Nacht Dienste verlangen.

d) Den Postämtern mangelt es an Siegelwachs, Klebstoff, Spagat, Papier und sonstigen unumgänglichen Erfordernissen. Die Preise dieser

Kanzleierfordernisse sind um 300 bis 1000 Prozent gestiegen.

Den Vorstehern der Postämter, namentlich der Klassenpostämter, wurden bereits im Jahre 1900 nach den damaligen Preisen bemessene Pauschalien zuerkannt, von welchen diese die Miete für Amtslokalitäten, die Beheizung, die Beleuchtung, das Mobilar, verschiedene Kanzleierfordernisse usw. bestreiten müssen.

Die Postverwaltung will auf eine generelle Erhöhung dieser Amtspauschalien im Verhältnis zu den gegenwärtigen Preisen nicht eingehen und verweist die Vorsteher der Landpostämter auf Überreichung von individuellen Gesuchen, über welche langwierige, oft jahrelang dauernde Erhebungen gepflogen werden.

Unter diesen Verhältnissen muß es entweder zum wirtschaftlichen Ruin der Vorsteher der Klassenpostämter kommen, da sie genötigt sind, von ihrem mageren Gehalt auf diese Pauschalien draufzuzahlen oder sie werden gezwungen, Schulden zu machen.

Die Öffentlichkeit würde staunen, wenn sie erfahren möchte, wie viele dieser Vorsteher in der Kriegszeit wegen Veruntreuung suspendiert wurden, und wenn sie hören möchte, wie viele Postbeamte überhaupt durch die verzweifelten heutigen Verhältnisse vom korrekten Weg auf den Weg des Verbrechens verleitet wurden. Wer wird die Verantwortung für diese vernichteten Existenzen tragen?

e) Den Postämtern wurden sogenannte Dienerpauschalien zur Besorgung verschiedener Verrichtungen bei den Postämtern I. und II. Klasse, für welche keine Landpostdienerstellen systemisiert wurden, und zur Besorgung von Diener- und Briefträgerverrichtungen bei den Postämtern III. Klasse zuerkannt.

Diese Pauschalien bewegen sich zwischen 160 bis 710 K jährlich. Sie wurden in Friedenszeiten bemessen und im Krieg, obwohl sich die Arbeit bei den Postämtern verzehnfacht hatte, nicht erhöht.

Das Dienerpersonal will für diesen geringfügigen Lohn nicht arbeiten und kann es auch nicht tun, denn es reichen ihm diese Beträge nicht einmal auf Beschuhung aus. Die Amtsvorsteher haben mit den Pauschalien die größten Schwierigkeiten und müssen, wenn sie den Dienst im Gang erhalten wollen, aus eigenem draufzahlen. Die Erhebungen über individuell überreichte Gesuche dauern zwei bis drei Jahre. Ein Jahr könnte man schon bei der größten Aufopferung diese Verhältnisse ertragen, der Krieg dauert jedoch bereits das vierte Jahr, und da ist es kein Wunder, daß man weiterhin in diesen Verhältnissen nicht leben kann. Anstatt einer raschen Hilfe, verweigert die Post- und die Finanzverwaltung den aus dem Pauschal bestellten Dienern, wenn ihnen weniger als 40 Arbeitsstunden wöchentlich zugewiesen sind, sogar die Zuerkennung der Teuerungszulagen, wobei sie keine Rücksicht darauf nimmt, daß es heutzutage bei den Postämtern zehmal soviel Arbeit gibt als im Frieden, wo die Amtsstunden festgesetzt wurden.

Auf eine generelle Erhöhung dieser Pauschalien will die Postverwaltung nicht eingehen, sie spart und knausert an den Kleinsten und Ärmsten, die unumgänglich einer Hilfe bedürfen.

Das Postpersonal leistete während des Krieges eine übermenschlich aufopfernde und bewunderungswürdige Arbeit, wie es auch von den höchsten Stellen, von dem verewigten Monarchen und vom jetzigen Monarchen durch Allerhöchste eigenhändige Befehle anerkannt worden ist. Dafür wird ihm als Belohnung zuteil, daß sämtliche Instanzen der Staatsverwaltung zu seinen Klagen, Schmerzen und Bedürfnissen taub sind, als ob es sich um seine gänzliche Ausrottung handeln würde.

Wenn unter diesen Verhältnissen der Postverkehr halbwegs im Gang erhalten wird, so ist es nur der beispiellosen Treue, Opferwilligkeit und dem entwickelten Pflichtgefühl unseres Postpersonals gegenüber der Öffentlichkeit zu verdanken.

Bei Hunger, ohne Schuhe, Kleider, Wäsche, bei durchfrorenen Gliedern kann sich dieser Zustand nicht lange halten.

f) Die Postbediensteten bekamen bereits durch drei Jahre kein Dienstkleid, als Ersatz wurden ihnen Beträge ausgezahlt, für die man heutzutage nicht einmal ein Taschentuch, geschweige denn ein Kleid bekommt. Desgleichen ist nicht für Schuhe für die Dienerschaft vorgesorgt, obwohl ihr Dienst reichliches und gutes Schuhwerk erfordert, wenn sie bei jeder Witterung, wie namentlich die Briefträger, selbst die verlorensten Einschichten begehen und die Postsendungen ustellen müssen. Im Herbst 1914 begann die Postverwaltung verschiedene Sparmaßnahmen im Postdienste durchzuführen:

Es wurden Fahrten aufgehoben, verschiedene Pauschalien gestrichen, der Dienst wurde ohne Rücksicht auf den Bedarf des Publikums eingeschränkt. Man sparte zumeist zum Nachteil des Postpersonals. Heute zeigen sich die Folgen dieses Sparsystems. Die Postverwaltung ist der Unsicherheit und Unverläßlichkeit preisgegeben. Manche von diesen Streichungen und Sparmaßnahmen wurden nach einiger Zeit aufgehoben, als es sich zeigte, daß es nicht so weiter gehen kann. Trotzdem lieferte diese

Ära den Beweis einer Kopflosigkeit der Staatsverwaltung.

Überall herrscht ein Mangel an Arbeitskräften und die Folgen werden sich zeigen. Man hat viel geschrieben und schreibt fortwährend über die Vereinfachung der Agenda, aber es ist auch in dieser Zeit nichts geschehen. Es werden auch heute noch viele amtliche Erhebungen gepflogen, Akten erledigt, die bei der Durchführung der Streichungen entstanden sind, und man sollte diese Maßnahmen heute als unhaltbar aufheben. Viele von den aufgehobenen Fahrten fehlen heute dem Postverkehr und man kann sie nicht mehr neu aktivieren, weil es kein Material zu ihrer Wiedereinführung gibt. Viele Unternehmer der Postfahrten mußten das ganze Inventar verkaufen und heute fehlt dieses Inventar der Postverwaltung und dem Postverkehr.

Die Enthebung des Postpersonals vom Landsturmdienst geschah ohne einen bestimmten Plan, wodurch im Postdienst eine gänzliche Desorganisation verursacht wurde. Alte, erfahrene und eingearbeitete Amtsvorsteher und Beamte wurden unter die Waffen einberufen. Als ihre Stellvertreter wurden 18- bis 20jährige Jünglinge angestellt und diese wurden vom Militärdienst enthoben.

Ebenso wurde in der Dienerkategorie vorgegangen. Definitive, alte und bewährte Diener mußten einrücken und die an ihrer Stelle direkt von der Gasse aufgenommenen Ersatzkräfte wurden dann enthoben.

Trotzdem, daß auf diese Verhältnisse durch amtliche Berichte der Amtsvorsteher hingewiesen wurde, die sich mit den nichteingearbeiteten Ersatzkräften keinen Rat wußten, wurde während der fast vierjährigen Kriegsdauer in dieser Richtung keine Remedur geschaffen. Man würde viel Zeit und Papier zur Schilderung aller dieser Inkongruenzen, Mängel des Postverkehres und des gesamten Elends und Leidens des Postpersonals brauchen.

Die Gefertigten beschränken sich nur auf das Notwendigste und Schreiendste.

Schon das genügt, um zu zeigen, daß es nicht so weiter gehen kann und daß für die Regierung die dringende Pflicht entsteht, rechtzeitig für die Beseitigung der geschilderten Mängel Sorge zu tragen, falls sie nicht vom vollständigen Zusammenbruch des Post-, Telegraphen- und Telephonverkehres überrascht werden soll.

Es muß berücksichtigt werden, daß das Postpersonal zum größten Teile während des Krieges keinen Erholungsurlaub hatte, und wenn ihm ein solcher bewilligt wurde, daß es ohne Ersatzkräfte geschah, so daß das übriggebliebene Personal auch für die Urlauber den Dienst versehen mußte.

Es hat somit das Postpersonal im vierten Kriegsjahre seine letzten Kräfte eingesetzt, um die ihm obliegende Aufgabe, den Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr im Gange zu erhalten, und es ist damit zu rechnen, daß seine Kräfte nicht mehr lange aushalten, was die zahlreichen Erkrankungen beweisen, die sich beinahe als epidemisch zeigten. In manchen großen Ämtern und Abteilungen (Haupttelegraphen- und Telephonstation in Prag) erkrankte beinahe das gesamte Personal und wurde durch ein unzulänglich geschultes Personal ersetzt.

Solche Erscheinungen zwingen gewiß zum Nachdenken und fordern zu Vorkehrungen auf, solange es noch Zeit ist.

Durch einen Zusammenbruch des Post-, Telegraphen- und Telephonverkehres wird die gesamte Staatsverwaltung in der wichtigsten Lebensschlagader und der gesamte Staat und die Militärverwaltung an der heikelsten Stelle getroffen.

Aus diesen Gründen warnen die Gefertigten die hohe Regierung und machen sie aufmerksam, daß sie mit größter Beschleunigung die notwendigen Maßnahmen treffe, durch die einer Katastrophe vorgebeugt werden kann.

Die Gefertigten stellen an die ganze Regierung folgende Anfragen:

„1. Sind diese Verhältnisse der hohen Regierung bekannt?

2. Ist die hohe Regierung geneigt, alles zu veranlassen, was zur Verhinderung einer Katastrophe unseres Postwesens erforderlich ist, namentlich:

A. Das gesamte Postpersonal, welches beim Reservefeldtelegraph, -telephon, bei der Feld- und Etappenpost nicht unumgänglich notwendig ist, aus dem Militärdienste nach Hause zu entlassen?

B. Sämtliche Außerkraftsetzungen der Enthebungen des Postpersonals vom Militärdienste zu widerrufen und die betreffenden Bediensteten auch weiterhin im Zivildienste zu belassen?

C. Unverläßliche Ersatzkräfte zu entlassen und die Aufsicht zu verschärfen, um geeignete Maßnahmen gegen Verluste und Beraubungen der Postsendungen zu treffen?

D. Für eine bessere Versorgung des Postpersonals mit notwendigen Nahrungsmitteln, Kohle und Petroleum zu sorgen?

E. Für hinreichende Zuteilung von Futter für die Postpferde, für die sofortige und genügende Zuweisung von Kohle und Petroleum für die Postämter und für die Beistellung der notwendigen Kanzleierfordernisse zu erträglichen Preisen Sorge zu tragen?

F. Alle Fahr-, Amts- und Dienerpauschalien im Verhältnis zu den gegenwärtigen Preisen der Lebensbedürfnisse generell zu erhöhen?

G. Teuerungszulagen dem Postpersonal, welches bis jetzt keine Teuerungszulagen erhielt, zuzuerkennen?

H. Verwitweten und verheirateten weiblichen Bediensteten, welche für Familie und Kinder zu sorgen haben, Teuerungszulagen nach dem Familienstande zuzuerkennen?

I. Postdienern und Briefträgern die Dienstkleider und Schuhe zuzuweisen?

J. Alle Sparmaßnahmen vom Jahre 1914 zu widerrufen?

K. Dem Postpersonal Erholungsurlaube gegen Zuweisung von Ersatzkräften zu gewähren?

L. Sämtliche Anomalien in den Verhältnissen des Postpersonals zu beseitigen und dessen Verhältnisse entsprechend seinem schweren und anstrengenden Dienste zu regeln?

M. Anzuordnen, daß die Ersätze für verlorengegangene Sendungen mit der größten Beschleunigung und nicht wie bisher nach einem Zeitraume von mehreren Jahren ausgezahlt werden?

3. Ist die hohe Regierung geneigt, diesem Hause bekanntzugeben, in welcher Art sie die Vernichtung zahlreicher Existenzen des Postpersonals gutmachen will, die durch die geschilderten Verhältnisse, durch Not, Mangel und Hunger auf Abwege des Verbrechens durch Veruntreuung der ihnen anvertrauten Gelder oder Sendungen geraten sind?

Ist die hohe Regierung bereit, eine Revision aller dieser Disziplinarerkenntnisse auf Grund einer modernen Disziplinarordnung, der Dienstpragmatik vorzunehmen, die für das Postpersonal der k. k. Post- und Telegraphenanstalt (k. k. Postmeister, Postoffizianten, Expedienten, Landpostdiener usw.), welches mehr als die Hälfte des gesamten Postpersonals ausmacht, noch nicht gilt?"

Wien, 28. November 1917.

Měchura.	Miloš Vojta.
Mašata.	F. Staněk.
Jar. Rychtera.	Wenzel Donát.
Špaček.	Zdárský.
Chaloupka.	Vacek.
Kotlant.	J. Prošek.
Bukvaj.	Udržal.
H. Srdínko.	Dr. Zahradník.
Prášek.	Hyrš.
Okleštěk.	J. Sedlák.

1601
―
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Trylowskyj, Lawruk und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend die Zusammensetzung der Unterhaltsbeitragskommission in Kolomea.

Der letzte Absatz des § 1 der Verordnung des Ministers für Landesverteidigung im Einvernehmen mit den übrigen beteiligten Ministern vom 27. Juli 1917, R. G. Bl. Nr. 314, besagt, daß bei der Bestellung von Vertretern der Bevölkerung für die Unterhaltsbeitragskommissionen auf die in den betreffenden Gebieten bestehenden bedeutendsten Organisationen der Landwirtschaft, des Gewerbes, des Handels und der Industrie Bedacht zu nehmen ist.

Die bedeutendste Organisation der Landwirtschaft in Ostgalizien ist die ukrainische landwirtschaftliche Gesellschaft „Silskyj Hospodar".

Bei der Zusammensetzung der Unterhaltsbeitragskommission für den Bezirk Kolomea wurde jedoch der betreffende Vorschlag des „Silskyj Hospodar" von der k. k. Statthalterei nicht berücksichtigt, trotzdem daß einen der Vorgeschlagenen — den Herrn Zacharias Skwarko — auch die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Kolomea in Vorschlag brachte. Die Statthalterei hat die Kandidatur des Herrn Zacharias Skwarko aus diesem Grunde nicht bestätigt, da er Direktor einer Vorschußkassa ist. Diese Behörde hat jedoch gänzlich außer acht gelassen, daß die betreffende Vorschußkassa lauter Landwirte zu ihren Mitgliedern zählt, daß Herr Skwarko von ihnen zum Direktor gewählt wurde, und daß überdies Zacharias Skwarko selbst Besitzer einer Landwirtschaft ist.

Die jetzt bestehende Unterhaltsbeitragskommission in Kolomea wurde über Bericht der k. k. Bezirkshauptmannschaft vom 12. September 1917, Z. 8943, mit dem Reskripte vom 3. Oktober 1917, Z. 171377/K. Z., ernannt. Als der Vertreter der Landwirtschaft wurde ein Ukrainer (Nykola Malayczuk) und ein Pole, als Vertreter der Industrie ein Ukrainer (Farczyscyn) und ein Pole ernannt; in den Gruppen des Gewerbes und des Handels wurde überhaupt kein Ukrainer ernannt.

Unter den Vertretern ist in jeder Gruppe einer ernannt worden, da sie jedoch selten in die Lage kommen, tatsächlich ihr Amt auszuüben, so haben wir mit der befremdenden Tatsache zu tun, daß in der Unterhaltsbeitragskommission für den Bezirk Kolomea, welcher 80 Prozent Ukrainer ausweist — nur zwei Ukrainer sitzen, von denen einer — Farczyscyn, eine der ukrainischen Öffentlichkeit ganz unbekannte, mit den Verhältnissen des Bezirkes gar nicht vertraute Persönlichkeit ist, der andere aber: Nykola Malayczuk ein Subjekt ist, welches bei den Wahlen immer gegen sein eigenes Volk gegangen ist, und bei demselben sich des denkbar größten Mißtrauens erfreut. Seine Berufung auf eine so verantwortliche Stelle nimmt die ukrainische Bevölkerung des Kolomeaer Bezirkes einfach als eine Provokation auf, als einen Beweis, wie die polnischen administrativen Beamten jede Gelegenheit benützen, um die Renegaten des ukrainischen Volkes öffentlich zu unterstützen und die nationalen Gefühle der Ukrainer zu verletzen.

Wir stellen daher die Anfragen:

„Ist Seiner Exzellenz dem Herrn Minister des Innern der oben dargestellte Sachverhalt bekannt?

Ist Seine Exzellenz bereit, der k. k. galizischen Statthalterei aufzutragen, daß bei der Zusammensetzung der Unterhaltsbeitragskommissionen in Ostgalizien als Vertreter der Landwirtschaft die vom „Silskyj Hospodar" vorgeschlagenen Kandidaten ernannt werden, und daß demgemäß auch die bereits organisierten Kommissionen entsprechend rekonstruiert werden?"

Leo Lewickyj.	Dr. Holubowycz.	Reizes.	Dr. Trylowskyj.
Dr. Lew Baczyński.	Budzynowskyj.	Wityk.	Lawruk.
E. Pohoreckyj.	Dr. Kolessa.	Dr. Smal-Stockyj.	Stefanyk.
Dr. Kost' Lewyckyj.	Dr. Eugen Lewickyj.	Onyszkewycz.	Dr. Straucher.

1602
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Trylowskyj, Lawruk und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Mißhandlung der Naslania Kusvirczuk seitens des Gendarmeriepostenkommandanten Beistätter in Koswacz, Bezirk Perzcnizyn.

Ungefähr am 15. August 1917 mißhandelte der Gendarmeriepostenkommandant Beistätter in Koswacz die zirka 40 Jahre alte Huzulin Naslania Kusvirczuk. An dieser Mißhandlung nahm auch der die Funktion eines Gemeindevorstehers ausübende Gemeindeassessor teil. Die Zeugen dieses Vorfalles sind: Frau Lysinecka, Gattin des dortigen griechisch-katholischen Pfarrers, ihre Tochter Fräulein Leontine Lysinecka und Fräulein Paraska Trutiak.

Die Gefertigten stellen also an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, diesen Fall untersuchen zu lassen und den schuldigen Gendarmen zu bestrafen?"

Dr. Trylowskyj.
Lawruk.
Dr. Kolessa.
Dr. Smal-Stockyj.
Onyszkewycz.
Dr. Holubowycz.
Dr. Eugen Lewickyj.
Stefanyk.
Leo Lewyckyj.
Dr. Wladimir Baczyńskyj.
E. Pohoreckyj.
Dr. Kost' Lewyckyj.
Budzynowskyj.

1603
I

Anfrage

des

Abgeordneten Jan Stapiński und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten und Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend die verfassungswidrigen Zustände in Żmigród, Galizien.

Ich habe noch vor einigen Monaten sowohl den Herrn k. k. Ministerpräsidenten und den Herrn k. k. Minister des Innern bei Vorlage genauer Daten über die verfassungswidrigen Zustände in Żmigród, Galizien, in Kenntnis gesetzt.

Jeder Tag bringt neue Beschwerden und die Paschawirtschaft des der Gemeinde aufgedrängten Regierungskommissärs dauert fort.

Ich frage daher an:

„1. Was haben Ihre Exzellenzen der Herr k. k. Ministerpräsident und der Herr k. k. Minister des Innern veranlaßt, um die Mißwirtschaft in Żmigród abzuschaffen?

2. Sind Ihre Exzellenzen geneigt, in diesem unglücklichen Städtchen endlich nach drei Jahren verfassungsmäßige Zustände einziehen zu lassen?“

Stapiński.
Bomba.
Lewicki.
Siwula.
Madej.
Witos.
Kubik.
Dylo.
Tetmajer.
Łyszczarz.

1604
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Jan Stapinski und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die bei der Feldhaubitzbatterie 4/45, Feldpost 444 II, herrschenden Zustände.

Eure Exzellenz!

Von einigen Seiten werden die Interpellanten aufmerksam gemacht auf die unerhörten Zustände, die bei der Feldhaubitzbatterie 4/45, Feldpost 444/II, herrschen.

Die Mannschaft der genannten Batterie wird sehr schlecht behandelt, was sich besonders auf die polnischen Soldaten Westgaliziens bezieht. Sie leiden förmlich Hunger. Das Brot, das die Mannschaft kriegt, ist steinhart, bitter und direkt ungenießbar.

Diese Zustände sind im vierten Jahre des Krieges Soldaten gegenüber, die volle drei Jahre unter den Fahnen kämpfen und bluten, für eine Großmacht einfach beschämend.

Wir fragen daher an:

„1. Sind Eurer Exzellenz die geschilderten Zustände bei der genannten Batterie bekannt?

2. Sind Eure Exzellenz geneigt, genaue Erhebungen in dieser Sache anstellen zu lassen und die unerhörten Verpflegungspraktiken unverzüglich abzustellen?“

Madej.	Stapinski.
Lyszczarz.	Kubik.
Tetmajer.	Siwula.
Dylo.	Lewicki.
Bomba.	Wiros.

1605
I

Anfrage

des

Abgeordneten Jan Stapiński und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung in Sachen der Enthebung des Leiters der Volksschule in Lubcza (Bezirk Pilzno), Galizien, Edmund Kuśnierz.

Eure Exzellenz! Der 42jährige Leiter der Volksschule in Lubcza, Bezirk Pilzno, Galizien, Edmund Kuśnierz, steht seit dem Jahre 1915 in Militärdiensten. Der Mann ist schwer herzleidend, hat eine schwere Nervenerkrankung durchgemacht und hat überdies während eines Eisenbahnunfalles im Jahre 1915 einen Nervenchok erlitten. Er gehört zum Landsturmregiment Nr. 32.

Als Lehrer hat er regen Anteil an der politischen Tätigkeit der polnischen Volkspartei genommen und insbesondere die Aufklärungsarbeit unter den Bauern seines Bezirkes geleitet. Unter diesen Umständen hat er sich die Ungunst des Herrn k. k. Bezirkshauptmannes in Pilzno zugezogen. Der Herr Bezirkshauptmann hat ohne Rücksicht auf den dadurch der Schule zugefügten Schaden die Befürwortung des von der Gemeinde und vom Bezirksschulrat eingebrachten Enthebungsansuchens abgelehnt. Erst vor einigen Monaten hat sich der Herr k. k. Bezirkshauptmann mit Rücksicht auf das Drängen der Ortsbevölkerung, deren Kinder ohne Pflege und ohne Schule direkt der Verwahrlosung anheimgefallen sind, gezwungen gesehen, das genannte Enthebungsansuchen zu befürworten. Nun ist aber dieses Gesuch von der Enthebungsgruppe des k. k. Ministeriums für Landesverteidigung abgewiesen worden.

Die Frau des genannten Lehrers bekommt keine Unterstützung, weil sie Gehalt bezieht und nur ein Kind zu ernähren hat. Aber dieses „Kind“ ist ein Mädchen im dritten Jahrgang des Seminars, das monatlich 120 K benötigt. Der Rest des Gehaltes, das sind 80 K, soll der Gattin fürs Leben ausreichen!

Wir fragen daher an:

„1. Ist Eurer Exzellenz der Fall Kuśnierz bekannt?

2. Sind Exzellenz geneigt, die Enthebungsakten des Mannes sich vorlegen zu lassen und die Gründe der Abweisung seitens der k. k. Enthebungsgruppe zu überprüfen?“

Witos.	Stapiński.
Madej.	Kubik.
Łyszczarz.	Tetmayer.
Bomba.	Siwula.
Dyko.	Lewicki.

1606
I

Anfrage

des

Abgeordneten Jan Stapiński und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Minister für Landesverteidigung in Sachen eines rechtswidrigen Requisitionsaktes des k. k. Militärkommandos Przemyśl.

Eure Exzellenz! Der Landwirt Josef Dudek hat im Jahre 1915 beim Kaufmann Moses Brejtowicz in Krosno, Galizien, ein Pferd um den Preis von 160 K gekauft. Brejtowicz hat dieses Pferd samt zwei anderen während einer öffentlichen Versteigerung beim russischen Kommando — es war die Zeit der russischen Invasion — käuflich erworben und besitzt die betreffenden Dokumente.

Im Jahre 1916 kam eine Militärkommission seitens des k. u. k. Militärkommandos in Przemyśl nach Krosno und ein Oberleutnant vom k. u. k. Infanterieregiment Nr. 45 als Kommandant dieser Kommission nahm dem Dudek trotz aller seiner Proteste das von ihm rechtlich erworbene Pferd weg.

Alle Bitten und Beschwerden an das k. u. k. Militärkommando in Przemyśl blieben bis zur Stunde ohne Antwort. Der genannte Landwirt ist dadurch sehr hart betroffen, da bereits zwei seiner Pferde von der k. u. k. Armee requiriert worden sind und der ganze Viehstand der russischen Plünderung zum Opfer fiel.

Der Mann hat im Kriege seinen Schwiegersohn verloren. Seine Wirtschaftsgebäude sind abgebrannt. Der Mangel eines Pferdes bedeutet für ihn also eine wahre Katastrophe, abgesehen davon, daß die rechtswidrige, durch nichts begründete Wegnahme eines Pferdes unter allen Umständen zu verurteilen ist.

Wir bringen diesen Fall zur Kenntnis Eurer Exzellenz und fragen an:

„1. Sind Eure Exzellenz geneigt, in dieser Sache genaue Erhebungen einleiten zu lassen?

2. Sind Eure Exzellenz geneigt, für die Zukunft solchen rechtswidrigen Requisitionsakten vorzubeugen?"

Madej. Stapiński.
Kubik. Lyszczarz.
Tetmajer. Bomba.
Dyło. Lewicki.
Siwula. Witos.

1607
I

Anfrage

des

Abgeordneten Jan Stapiński und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Minister für Landesverteidigung, betreffend die Bestimmung eines Epileptikers zum Frontdienst.

Eure Exzellenz!

Beim Landsturminfanteristen Jakob Verschleißer des k. k. Schützenregiments Nr. 19, ist im k. k. Garnisonsspital Nr. 14 in Lemberg (Filiale Invalidenhaus) am 2. Juli 1917 ein epileptischer Anfall einwandfrei konstatiert worden. Drei Militärärzte, die den Anfall gleichzeitig durch 20 Minuten beobachtet haben, haben denselben als schweren epileptischen Anfall dokumentarisch bezeichnet und mit Berufung auf ihren Diensteid mit ihren Unterschriften in das Vormerkblatt des genannten Garnisonsspitals eingetragen.

Am 31. August 1917 hat der Mann im k. u. k. Festungsspital Nr. 1 in Krakau einen Anfall erlitten, der wieder von einem k. u. k. Regimentsarzt — Dr. Latinek ist sein Name — beobachtet und als schwere Epilepsie bezeichnet worden ist. Auch für diesen Anfall besteht ein Dokument des genannten Festungsspitals in Krakau.

Außer diesen zwei Anfällen, die von Militärärzten beobachtet und einwandfrei konstatiert worden sind, hat Verschleißer einige Anfälle gehabt, wo kein Militärarzt, bloß die Sanitätsmannschaft zugegen war. Auch diese Anfälle werden im Vormerkblatt des Mannes erwähnt.

Vom Festungsspital Nr. 1 ist Verschleißer mit einem Dienstzettel an seinen Kader nach Hohenstadt, Mähren, abgegangen, damit „das Weitere veranlaßt werde".

Im Sinne der bestehenden Vorschriften des Wehrgesetzes sollte der Mann unverzüglich, ohne Superarbitrierung aus dem Heeresverband entlassen werden.

Es geschah jedoch etwas ganz anderes, etwas in Westösterreich unerhörtes, aber in unserem armen Lande immer häufiger vorkommendes.

Der Mann mit konstatierter Epilepsie wurde am 3. Oktober 1917 mit einer Marschformation ins Feld geschickt. Diese Verfügung des Bataillonskommandos erschien sogar den Offizieren unmenschlich. Und so meldete der k. k. Leutnant Dr. Dornhelm dem Kompagniehauptmann, daß er den Mann ins Feld nicht mitnehmen könne, da die Anfälle bei ihm zu oft vorkommen und dies in einer Form, die auf die übrige Mannschaft höchst deprimierend wirkt.

Alle Vorstellungen hatten keinen Erfolg. Der an Cäsarenwahn leidende Bataillonsadjutant Oberleutnant Braila, auf dessen Praxis wir noch bei nächster Gelegenheit eingehen werden, hat sich versteift und den armen Epileptiker ins Feld abkommandiert.

Schon am 5. Oktober ist der Mann in Salzburg zusammengebrochen und hat sich während des Falles ganz blutig geschlagen. Es muß noch bemerkt werden, daß während eines früheren Anfalles Verschleißer sämtliche Zähne verloren hatte. Und diesen Krüppel schickt Herr Braila, der sich ganz unbekümmert in der warmen Bataillonsstube aufhält, für den Winterfeldzug ins Feld.

Von dem ganzen Vorfall, der ein trauriges Licht auf die in den galizischen Kadern bestehenden Verhältnisse wirft, ist das k. k. Ministerium für Landesverteidigung durch eine Eingabe der Ehegattin des genannten Mannes noch am 20. Oktober l. J. in Kenntnis gesetzt worden. Außerdem sind Seiner Exzellenz dem Herrn k. k. Minister für

Landesverteidigung aus Abgeordnetenkreisen viele interessante Einzelheiten und genaue Daten dieser Skandalaffäre zugekommen.

Es muß im Interesse der Wahrheit bezeugt werden, daß der Herr Landesverteidigungsminister die nötigen Erhebungen unverzüglich einleiten ließ, aber nun beginnt erst das einfach Beschämende:

Bis zum 22. November hat der Herr Minister als oberster Chef der Landwehr von den genannten Spitälern trotz allen Schreibens und Telegraphierens die betreffenden Dokumente, wo die Epilepsie Verschleißers konstatiert worden ist, nicht erlangen können.

Denn der Herr Bataillonsadjutant Braila ist mächtiger als sein oberster Chef, der k. k. Minister für Landesverteidigung.

Die weiteren Schicksale Verschleißers sind den Interpellanten nicht bekannt. Er befindet sich auf dem südwestlichen Kriegsschauplatze, hat dort einige Male den Anfall erlitten, wurde vom Chefarzt der Marschformationsgruppe ins k. u. k. Reservespital in Brunneck geschickt, wo ein epileptischer Anfall ebenfalls konstatiert worden ist.

Wir fragen daher an:

„1. Sind Eure Exzellenz geneigt, den Landsturminfanteristen Jakob Verschleißer im Sinne der bestehenden Vorschriften aus dem Heeresverbande auszuscheiden?

2. Sind Eure Exzellenz geneigt, alle die an dieser Affäre schuldigen Organe zur Verantwortung zu ziehen und durch eine strenge Bestrafung ein Exempel zu statuieren?

3. Was gedenkt Exzellenz zu veranlassen, um der Willkürherrschaft des Herrn Braila in Hohenstadt ein Ende zu machen?"

Madej.	Stapiński.
Kubik.	Bomba.
Łyszczarz.	Lewicki.
Tetmayer.	Dyko.
Witos.	Siwula.

1608
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. J. Holubowycz und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Justizminister, betreffend die Ernennungen der Richter im Gebiete des Oberlandesgerichtes.

Der gegenwärtige Krieg hat bereits manches Unrecht hervorgerufen. Am meisten erleidet dieses Unrecht die Beamtensphäre, deren Schicksal öfters von der Willkür der leitenden Behörden abhängt, um so mehr, weil sie fast immer rat- und hilflos ist. Wir wollen uns hier mit der Existenzfrage der richterlichen Beamten, besonders aber mit deren Beförderung befassen und sie besprechen und erörtern. Insbesondere betrifft dies die richterlichen Beamten Ostgaliziens, welche seit dem Kriegsausbrauche auf ihre Beförderung vergebens warten. Im Jahre 1914, 1915 und im ersten Halbjahre 1916 gab es gar keine Beförderung, obzwar an mehreren Beamten bereits die Reihe war. Erst in der zweiten Hälfte 1916 und im laufenden Jahre wurden richterliche Beamte, vorwiegend aus den niedrigeren und einige aus den höheren, wie zum Beispiel aus der VIII. und VII. Rangklasse befördert. Die hohe Regierung hat in Anerkennung dieses Unrechtes, welches die richterlichen Beamten erleiden, geruht, im laufenden Jahre eine Art automatischer, der normalen Beförderung gleichkommenden eingeführt.

Diese Beförderung beruht darauf, daß den Beamten einer gewissen Rangklasse, welchen im Sinne der Dienstpragmatik die Bezüge, nicht aber der Charakter der höheren Rangklasse gebühren, dieser Charakter zuerkannt wurde. Dies geschah leider in einem sehr kleinen Umfange und betraf vorwiegend die Beamten der niedrigeren, wie zum Beispiel der X. und IX. Rangklasse. Die richterlichen Beamten der höheren, besonders aber der VIII. und VII. Rangklasse, deren Beförderung bereits der Dienstpragmatik gemäß erschwert und beschränkt ist, erwarten sie vergebens, obzwar sie die Bezüge der VII., respektive der VI. Rangklasse haben und obzwar diese automatische Beförderung keinen Einfluß auf das Budget haben könnte. So wie sich die Sache augenblicklich verhält, gibt es zirka vierzig solche richterliche Beamte, denen die Bezüge der VII. Rangklasse zukommen. In der normalen Zeit wären bereits drei Viertel Teile von ihnen befördert, mittlerweile erwarten sie ihre Beförderung vergebens und haben keine Aussichten sie zu erlangen, und zwar infolge der anormalen, durch den Krieg verursachten Verhältnisse. Dies betrifft insbesondere die Richter, welche im Gebiete des Lemberger k. k. Oberlandesgerichtes, welches sich längere Zeit hindurch in feindlichen Händen befand, amtieren. Die hohe Regierung hat zwar im August 1917, gleichzeitig mit der Einführung der oben besprochenen, sogenannten automatischen, der normalen gleichkommenden, Beförderung kaum einige, ungefähr fünf, Gerichtsräte ernannt, und zwar deswegen, weil das Justizministerium diese Beförderung auf solche Richter beschränkt hat, welche die VIII. Rangklasse im Jahre 1909 erlangt haben. Aus demselben Grunde erwarten vergebens ihre Ernennung zu Gerichtsräten die richterlichen Beamten, welche bereits im Jahre 1910 und 1911 zu Bezirksrichtern ernannt worden sind, obzwar auch diesen laut Dienstpragmatik die Bezüge, nicht aber der Charakter der VII. Rangklasse gebühren.

Die hohe Regierung wird nicht in Abrede stellen, daß trotz Erlangung der Bezüge der höheren Rangklasse den betreffenden Beamten, vorwiegend aber deren Angehörigen ein großes Unrecht geschieht,

denn einerseits hat dies einen gewissen Einfluß auf die Höhe der Bezüge selbst dadurch, weil für den Fall der Beförderung die verflossene Zeit zu den Quadriennien nicht eingerechnet wird und erst von dem Zeitpunkte der wirklichen Beförderung zu laufen anfängt, andrerseits, und dies ist viel wichtiger, besonders mit Hinblick auf den jetzigen Kriegszustand, erhalten im Sterbefalle des Beamten seine Angehörigen die Zuwendungen der niedrigeren Rangklasse, obzwar dem verstorbenen das Recht auf die Bezüge der höheren zustand.

Endesgefertigte fragen deswegen:

„Sind der hohen Regierung diese anormalen Zustände in der Beförderung der höheren, im Gebiete des Lemberger k. k. Oberlandesgerichtes amtierenden richterlichen Beamten bekannt und ist die hohe Regierung geneigt, dieser Sache ihr Augenmerk zu widmen und sie der gehörigen Prüfung zu unterziehen und zugleich die Beförderung der genannten Beamten in möglichst kurzer Zeit zu veranlassen?"

Dr. Holubowycz.
Okunewskyj.
Dr. Petruszewycz.
R. v. Singalewycz.
Leo Lewickyj.
Dr. Trylowskyj.
Dr. Wl. Baczyńskyj.
Dr. Chelskyj.
Onyszkewycz.
Kolessa.
Dr. Smal-Stockyj.
E. Bohoreckyj.
Budzynowskyj.

1609
I

Anfrage

des

Abgeordneten Leo Lewickyj und Genossen an Ihre Exzellenzen den Herrn Minister des Innern, Herrn Landesverteidigungsminister und den Herrn Minister für öffentliche Arbeiten, betreffs der Wiederherstellung und den Aufbau der infolge der Kriegsoperationen abgebrannten und beschädigten Wohnungs- und Wirtschaftsgebäude in der Gemeinde Orawa, Bezirk Skole.

Im Jahre 1914/15 wurden in der Gemeinde Orawa, Bezirk Skole, teils von Kugeln und Granaten, teils durch die Armee infolge planmäßiger Kriegsoperationen zehn Wohnungs- und Wirtschaftsgebäude verbrannt und eingeäschert. Dadurch erlitten die Eigentümer der betreffenden Objekte, die zu den ärmsten der Einwohner schon früher gezählt wurden und durch die patriotische Gesinnung zu Österreich während der russischen Invasion viel gelitten haben, schweren Schaden.

Diese unglücklichen Abbrändler haben jetzt kein Dach über dem Kopfe und müssen bei Fremden einen Zufluchtsort für sich und ihre Familien suchen.

Diese schwer getroffenen Abbrändler wandten sich wiederholt selber und sohin in deren Namen die Gemeinde Orawa an die Wiederaufbausektion in Skole und an die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Skole mit der Bitte, die abgebrannten Objekte aufzubauen, jedoch blieb ihre Bitte bisher erfolglos.

Wir stellen daher die Anfragen:

„1. Ist Euren Exzellenzen das Vorgehen der Wiederaufbausektion im Bezirk Skole bekannt?

2. Sind Eure Exzellenzen geneigt, dafür zu sorgen, daß der Wiederaufbau der infolge der Kriegsoperationen eingeäscherten Wohnungs- und Wirtschaftsgebäude in Orawa, Bezirk Skole, am ehesten vorgenommen werde?

3. Sind Eure Exzellenzen geneigt, daß den betreffenden Abbrändlern in Orawa bis zur Übergabe der hergestellten Objekte sofortige materielle Hilfe von Amts wegen geleistet werde?“

Pohoreckyj. Dr. Cehelskyj. Dr. Trylowskyj.
Dr. Petruszewycz. Dr. Kost' Lewyckyj. Dr. Leo Baczynskyj.
Dr. Kolessa. Dr. Holubowycz. Onyszkewycz.
Leo Lewyckyj. Spenul. Semaka.

1610
I

Anfrage

des

Abgeordneten Ganser und Genossen an den Herrn Finanzminister.

Wie Wiener Tagesblättern, zum Beispiel der „Zeit“ vom 26. d. M., zu entnehmen ist, heben Wiener magistratische Behörden bei Ausfolgung von Bezugscheinen auf Kleider oder Wäsche eine Stempelabgabe ein, welche die Bevölkerung um so schwerer trifft, als der erhaltene und mit der Stempelsteuer belastete Bezugschein gar keine Sicherheit auf tatsächlichen Erhalt des angesprochenen Bedarfsstückes gibt.

„Ist der Herr Minister geneigt, sofort die nötigen Schritte einzuleiten, um eine solche Schädigung der notleidenden Bevölkerung umgehend abzustellen?“

Wien, 30. November 1917.

Dr. Heilinger.	Ganser.
Fahrner.	Erb.
Dr. Diamand.	Neumann.
Zenker.	Dr. Schürff.
Kuranda.	Wüst.
Friedmann.	E. Kraft.

1611
I

Anfrage

des

Abgeordneten Wüst und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister, betreffend die Enthebung von Gewerbetreibenden.

Durch die Länge der Kriegszeit hat insbesondere auch der Gewerbestand furchtbar gelitten, weil ein Großteil unter die Fahnen gerufen wurde, wodurch unzählige Geschäfte durch die Abwesenheit des Gewerbetreibenden selbst gesperrt werden mußten.

Nachdem auch hier keine Gehilfen zu bekommen waren, so hat der betreffende Gewerbetreibende einen doppelten Verlust, nachdem ihm auch seine Kunden verloren gegangen sind. Die traurige Lage dieses Standes ist hinreichend bekannt, zumal auch die Bewilligung von Unterhaltsbeiträgen nicht in jenem Maße erfolgt, wie sie eben erfolgen soll. Selbst jene, die heute noch ihr Geschäft offen haben und nur halbwegs führen können, tun dies lediglich, um nur den Kundenverlust nicht zur Gänze zu beklagen, weshalb es dringend notwendig erscheint, daß eine Enthebung von Gewerbetreibenden insofern erfolgt, als man jene, die sich im Etappenraum befinden und die, welche auch über das 37. Lebensjahr alt sind, ins Hinterland versetzt. Täglich erwartet man, daß die Entlassung der älteren Manschaft erfolgt, und bis heute ist dies nicht eingetreten.

Unter Berücksichtigung der angeführten Gründe erlauben sich die Gefertigten die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, zu verfügen, daß dem Gewerbestand eine Hilfe dadurch zuteil wird, daß die älteren Jahrgänge ihrem früheren Berufe wiedergegeben werden, daß man ferner die Rückversetzung von der Front in das Hinterland veranlaßt, um womöglich der Familie Gelegenheit zu geben, daß sie mit dem Ernährer und dem Geschäftseigentümer öfters in persönliche Fühlung treten können, um nicht dem vollständigen Ruin preisgegeben zu werden?“

Wien, 26. November 1917.

Wüst.
Dr. Waber. E. Kraft.
Kletzenbauer. Dr. Jäger.
Kudlich. A. Einspinner.
F. Held. Erb.
Kittinger. Dr. Schürff.
Wedra. Beyer.

1612
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Zenker und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten.

Da der Wortlaut des von der russischen Republik gemachten Friedensanbotes, wie er der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde, unvollständig, und zwar nicht nur infolge einer technischen Störung, sondern wie aus dem Inhalt hervorgeht, offenbar auch noch an anderen Stellen gekürzt ist, erlauben wir uns die Anfrage:

„Ist die Regierung bereit, dieses weltgeschichtliche Dokument ungesäumt im vollen Wortlaut und unverkürzt bekanntzugeben?"

Zenker.
Brandl Michael.
Otto Ganser.
Hruška.
Dr. Wilhelm Neumann.
Pantz.
Dr. Ofner.
Kemetter.
Onciul.
Simionovici.
Friedmann.

1613
I

Anfrage

des

Abgeordneten Hillebrand und Genossen, betreffend den von Oberleutnant Friedrich Hoffmann verübten Totschlag.

Von Personen, die im Mai 1916 im „Café Praterstern“ in der Praterstraße als Angestellte beschäftigt waren und sich am 27. Mai 1916 nachmittags im Vorgarten des Kaffeehauses befanden, wurde schon zu jener Zeit folgende Darstellung gegeben:

Samstag, den 27. Mai 1916 zwischen $^{3}/_{4}2$ und 2 Uhr nachmittags ging Oberleutnant Friedrich Hoffmann, der oft Gast im „Café Praterstern“ war und den man hier kennt, vor dem Kaffeehause so, daß er wieder zum Kaffeehauseingang gelange. An ihm ging ein Soldat vorbei, der nicht salutierte. Der Oberleutnant stellte den Mann, der Mann entschuldigte sich und beide gingen weiter.

Gewiß in Aufregung über diesen Vorfall stieß gerade vor dem Eingang ins Kaffeehaus nahe an dem auf dem Trottoirrande stehenden Kandelaber Johann Eder, Monteur der städtischen Gaswerke, der gerade in das Kaffeehaus gehen wollte, um an der Beleuchtung etwas zu richten, mit dem Oberleutnant zusammen. Der Oberleutnant nannte den Monteur „Lausbub“. Der Monteur, der verheiratet ist und so ziemlich im gleichen Alter stehen dürfte wie der Oberleutnant — die beiden waren 26 bis 27 Jahre alt — erwiderte: „Wenn ich ein Lausbub bin, sind Sie ein Rotzbub!“ Die beiden Schimpfwörter können auch in umgekehrter Reihenfolge gefallen sein. Darauf stieß der Oberleutnant sein Bajonett in den Kopf Eders und dieser war in wenigen Augenblicken tot. Die Rettungsgesellschaft führte ihn weg. Vor den Pfuirufen derer, die den Vorfall sahen, flüchtete Hoffmann in das „Café Praterstern“ und versteckte sich dort. Drei Wachleute holten ihn und fuhren mit ihm in einem Kraftwagen weg. Nach der Tat hat der Oberleutnant im Kaffeehaus gesagt: „Ich kann mich doch nicht „Rotzbub“ (Lausbub) heißen lassen.“

Über jenen Vorfall durfte man, weil es die Zensur verbot, in den Zeitungen nicht schreiben. Die Öffentlichkeit hat noch nicht vernommen, welchen Verlauf die Sache weiter gehabt hat.

Wir vermuten allerdings, daß der Oberleutnant Friedrich Hoffmann nicht wegen Totschlages verurteilt wurde, sondern daß das Verfahren gegen ihn eingestellt worden ist. Die Rechtfertigung für die Einstellung könnte nur darin gefunden werden, daß — weil eben die Zensur damals vermocht hat, vollständiges Schweigen zu gebieten — man sich nicht darum gekümmert hat, was rechtens war. Unzweifelhaft hat Oberleutnant Friedrich Hoffmann das Verbrechen des Totschlages begangen, gleichgültig, ob er zuerst geschimpft hat oder ob er, wie wir vermuten, in Abrede gestellt hat, zuerst ein Schimpfwort gebraucht zu haben. Aber kein Gesetz gibt einem mit einer Waffe ausgestatteten Menschen das Recht, einen Schimpfenden umzubringen oder nur körperlich zu beschädigen.

Wohl wissen wir, daß viele Offiziere der Meinung sind, sie hätten wirklich das Recht, eine Beleidigung auf der Stelle mit der Waffe zu sühnen. Zu dieser falschen Meinung kommen sie, weil sich zu den vielen Fehlern ihrer Berufserziehung noch der eine gesellt, daß man sie nicht belehrt, wie es denn von Gesetzes wegen mit der

sogenannten Ehrennotwehr steht. Der § 114 d des Militärstrafgesetzes erklärt: „Ein Milderungsumstand bei Beurteilung einer strafbaren Handlung ist es, wenn Offiziere oder den Offizierscharakter bekleidende Militärpersonen an ihrer Ehre in Gegenwart einer oder mehrerer anderer Personen rechtswidrig angegriffen, sich, um der Fortsetzung solcher Beleidigungen ein Ziel zu setzen, auf der Stelle der ihnen zuständigen Waffen bedienen. Wenn dieser Zweck nicht auf andere Art erreicht werden konnte und in dem Gebrauche der Waffen das Maß unumgänglicher Notwendigkeit nicht überschritten wurde, so hat die Strafbarkeit wegen einer solchen Tat ganz zu entfallen."

Daß aber Hoffmann vielleicht eine ungenügende Belehrung über das Strafgesetz bekommen hat, hebt seine Strafbarkeit nicht auf, denn auch die anderen Staatsbürger, die jahraus jahrein vor das Strafgericht geschleppt werden, haben keinen Kurs im Strafrecht hinter sich. Von der Ehrennotwehr des § 114 d kann natürlich keine Rede sein, denn erstens hat Eder nicht zu erkennen gegeben, daß er die Beleidigung fortsetzen würde, und zweitens wären in der belebten Praterstraße dem Oberleutnant zahlreiche Mittel zur Verfügung gestanden, einer allfälligen Fortsetzung der Beleidigung ohne Blutvergießen ein Ziel zu setzen.

Wir fragen daher den Herrn Landesverteidigungsminister:

„1. Ist gegen den Oberleutnant Friedrich Hoffmann die gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden?

2. Welches Ergebnis hat das Verfahren gehabt?

3. Wird der Herr Landesverteidigungsminister in dem Fall, daß Friedrich Hoffmann nicht wegen Totschlages verurteilt wurde, dem Hause die Akten über den Fall vorlegen?"

Wien, 27. November 1917.

Hillebrand.

Müller.	David.
Dr. K. Renner.	Resel.
Bretschneider.	Seliger.
Palme.	K. Seitz.
D. Löw.	Dötsch.
Rieger Ed.	Neumann.
Pernerstorfer.	Gröger.
Volkert.	Polke.
Jokl.	Sever.
Glöckel.	F. Skaret.
Schäfer.	Ellenbogen.
Max Winter.	Forstner.

1614
I

Anfrage

des

Abgeordneten Sever und Genossen an den Herrn Landesverteidigungsminister betreffs Nichtzuerkennung der Löhnung bei zum Hilfsdienst eingeteilten Militärinvalidenpensionisten.

Exzellenz!

Am 1. August 1916 wurde folgender Erlaß unter Zahl 44176/Abt. Nr. 9 (448 Beiblatt 38/16) vom Militärkommando ausgegeben:

Abschrift. „Die im Genusse von Militärversorgungsgebühren stehende Mannschaft, die im Wege der Musterungen zum aktiven Dienst wieder herangezogen wurde, tritt mit dem Präsentierungsergebnis wieder in den Bezug der chargenmäßigen Aktivitätsgebühren. Überdies ist ihr die etwa zuerkannte Verwundungs-Personalzulage weiter zu erfolgen.

Dort, wo die Löhnung geringer ist als die Invalidenpension, ist das Superplus von der Löhnung auf die Pension zu erfolgen.“

Durch diesen Erlaß wurden Mannschaftspersonen, die sich Krankheit oder Krüppelhaftigkeit im Felde geholt haben, denen infolge ihres Leidens von der Superarbitrierungskommission eine Invalidenpension zugesprochen wurde, mit dem Tage, wo sie zu irgend einem Hilfsdienste wieder einberufen werden, durch Entzug der Löhnung bestraft eine Strafe, die durch kein Gesetz begründet erscheint. Während der Invalidenpension Beziehende, der nicht zum Hilfsdienst einberufen wurde, seiner Beschäftigung nachgehen kann, um sein Leben fortfristen zu können; nachdem kein Mensch glauben kann, daß man von 72 K Invalidenpension und 96 K Verwundungspension ein ganzes Jahr leben kann, zieht man den zu Hilfsdiensten Herangezogenen, bei der geringen Pension und noch geringeren Menage, die 16 h pro Tag als Löhnung ab, in derselben Zeit, in der man den Offizieren um 40 Prozent den Gehalt aufbessert.

Die Gefertigten stellen die Frage:

„Ist der Herr Landesverteidigungsminister bereit, sich dafür einzusetzen, daß dieser Erlaß, der wahrlich kein Ruhmesblatt der österreichischen Militärverwaltung ist, außer Kraft gesetzt werde?“

Sever.
Glöckel.
Resel.
Gröger.
Seliger.
Jokl.
Ed. Rieger.

K. Seitz.
Dr. K. Renner.
D. Löw.
Volkert.
Müller.
Polke.

Bretschneider.
Palme.
Forstner.
Neumann.
F. Skaret.
Ellenbogen.

Hillebrand.
Dötsch.
Schäfer.
Max Winter.
David.
Pernerstorfer.

1615
I.

Anfrage

des

Abgeordneten Hans Jokl und Genossen an die Herren Arbeitsminister, Handelsminister und Minister für Landesverteidigung, betreffend die Heranziehung der mährisch-schlesischen Schieferindustrie bei Vergebung staatlicher und ärarischer Lieferung.

Die einst blühende mährisch-schlesische Schieferindustrie, welche vielen hunderten Arbeiterfamilien eine Existenz bot, hatte vor Ausbruch des Krieges, infolge der Verdrängung des Schiefers durch Kunstschiefer (Eternit), eine schwere Krise durchzumachen. Zahlreiche Betriebe wurden stillgelegt, die Arbeiter arbeitslos dem größten Elend überantwortet. Der Krieg hat die Möglichkeit für den Wiederaufschwung der Schieferindustrie geschaffen. Infolge der Unmöglichkeit, das zur Erzeugung von Eternit erforderliche Rohmaterial aus dem Auslande zu bekommen, kann Kunstschiefer nicht erzeugt werden, so daß für die Auswechslung der Kupferdächer nur Schiefer, für den Wiederaufbau durch den Krieg zerstörter Häuser nur Schiefer oder Dachpappe zur Verfügung steht.

Tatsächlich verwendet die Militärverwaltung bei den Umdeckungen vorwiegend Schiefer. Dieser wird aber nicht aus Österreich, sondern fast zur Gänze aus Deutschland (Bayern) bezogen. Schon die Rücksicht auf unsere Valuta würde gebieten, den Bedarf an Schiefer in erster Linie in Österreich zu decken. Dies um so mehr, als der österreichische Schiefer dem deutschen an Qualität gleichwertig und, wenn die österreichischen Betriebe voll in Gang gesetzt sind, in genügender Menge vorhanden ist.

Wir fragen daher:

„Ist der Herr Landesverteidigungsminister geneigt, dafür zu sorgen, daß die Militärbehörden verhalten werden, bei den Umdeckungsarbeiten (Abnahme der Kupferdächer) österreichischen Schiefer in Verwendung zu ziehen?

Sind der Herr Handelsminister, beziehungsweise das Generalkommissariat für Übergangswirtschaft, und der Herr Arbeitsminister geneigt, darauf zu dringen, daß bei den Wiederherstellungsarbeiten der durch den Krieg verwüsteten Gebiete zu der Eindeckung der Gebäude österreichischer Schiefer verwendet wird?

Sind die Herren Minister bereit, durch Beistellung von Kohle, Beleuchtungsmaterial, Sprengmaterial, Enthebung von Arbeitern und Kommandierung von Kriegsgefangenen, die Flottmachung der zum Teil stillgelegten Schieferbrüche Mährens und Schlesiens zu ermöglichen, daß die Industrie die staatlichen und ärarischen Aufträge durchführen kann?“

Hans Jokl.

Müller.	Max Winter.	Palme.	Resel.
F. Skaret.	D. Löw.	Glöckel.	Pernerstorfer
Dötsch.	Sever.	Bretschneider.	Gröger.
Dr. K. Renner.	Seliger.	Forstner.	Ed. Rieger.
Ellenbogen.	Hillebrand.	Reumann.	Volkert.
Polke.	David.	Schäfer.	K. Seitz.

1616
I

Anfrage

des

Abgeordneten Sever und Genossen an den Herrn Landesverteidigungsminister, betreffend die Urlaubsberechtigung der Mannschaftspersonen.

Durch das k. u. k. Lokomotiv-Feldbahnkommando ist an alle Unterkommandos folgender Befehl abgegangen:

Zahl 314, Punkt 3. 16. November 1917.

Die Mannschaft ist zu belehren, daß ein Urlaub keine Gebühr ist, sondern eine Belobung für Pflichttreue und braves Verhalten im Felde. (4. A. K. Qu. Nr. 12160.199).

Bei Urlaubsanträgen ist dies von dem Unterabteilungskommandanten zu berücksichtigen.

Die Anzahl der Strafen ist im Antrage zu nennen.

Schemerl, Hauptmann.

Gefertigte stellen die Anfragen:

„1. Glaubt der Herr Landesverteidigungsminister, daß durch diesen Erlaß der Pflichteifer der Mannschaft im Felde gehoben wird? Der Offizier erhält alle drei Monate einen Urlaub, während die Mannschaftsperson durch diesen Erlaß vollständig der Willkür des Kommandanten überlassen ist?

2. Ist der Herr Landesverteidigungsminister bereit, dafür zu sorgen, daß der alte Erlaß des Kriegsministeriums, nach welchem der Mann im Felde nach sechs Monaten, und der im Hinterlande nach neun Monaten berechtigt ist, seinen Urlaub zu erbitten, wieder in Rechtskraft tritt?“

Sever.
Polke. Glöckel.
Pernerstorfer. Volkert.
K. Seitz. F. Staret.
Resel. David.
Seliger. Reumann.
Ed. Rieger. Gröger.
Schäfer. Bretschneider.
Ellenbogen. Müller.
Max Winter. Forstner.
Dr. K. Renner. Hillebrand.
Jokl. D. Löw.
Palme. Dötsch.

1617
I

Anfrage

der

Abgeordneten Bretschneider, Volkert und Genossen an den Herrn Landesverteidigungsminister, betreffend die Beurlaubung der landsturmpflichtigen Personen, die seinerzeit freiwillig in das gemeinsame Heer eingetreten sind und ihr 47. Lebensjahr bereits erreicht haben.

Mit kaiserlichem Befehl vom Mai 1917 wurde die Beurlaubung der landsturmpflichtigen Geburtsjahrgänge 1865 und 1866 verfügt. Die selbstverständliche Konsequenz dieses Befehls wäre nun zweifellos die Entlassung und Beurlaubung auch derjenigen Landsturmpflichtigen, die vor dem erreichten 19. Lebensjahr seinerzeit freiwillig in die gemeinsame Wehrmacht eingetreten sind und bereits mit dem Ende des Jahres, in dem sie ihr 47. Lebensjahr erreichten, ihre gesetzliche Landsturmpflicht abgeschlossen haben. Dies ist bei vielen der Betroffenen im Jahre 1915, beziehungsweise 1916 der Fall gewesen, ebenso wie bei den Geburtsjahrgängen 1865 und 1866.

Der dritte Absatz des § 1 der Kaiserlichen Verordnung vom 1. Mai 1915 bestimmt nämlich, daß für jene Landsturmpflichtigen, welche vor Inkrafttreten des Gesetzartikels 19 vom Jahre 1912, R. G. Bl. Nr. 128, vor der Vollendung des 19. Lebensjahres in die gemeinsame Wehrmacht freiwillig eingetreten sind, die Landsturmpflicht mit dem Ende desjenigen Jahres abschließt, in welchem dieselben ihr 47. Lebensjahr erreicht haben.

Die seinerzeit vorzeitig freiwillig in die Wehrmacht eingetretenen, heute landsturmpflichtigen Militärpersonen, soweit sie im Laufe des Vorjahres oder bereits im Jahre 1915 ihr 47. Lebensjahr erreicht haben, sind nun trotz dieser Bestimmung bisher weder aus der Landsturmpflicht entlassen noch beurlaubt worden und befinden sich auch heute noch in militärischer Dienstleistung.

Es muß bemerkt werden, daß diese Landsturmpflichtigen seinerzeit im Hinblick auf die klaren Bestimmungen des Landsturmgesetzes bereits mit dem erreichten 39. Lebensjahr und nicht wie die übrigen normal assentierten 1865 und 1866 Gebornen mit dem 42. Lebensjahr aus der alten Landsturmpflicht ausgeschieden und mit dem Ende des Jahres, in dem sie ihr 47. Lebensjahr vollendeten, gleich den 1865 und 1866 Gebornen, also am 31. Dezember 1908, beziehungsweise 1907, auch ihren Abschied erhalten haben. Sonach erfolgte hier die im Gesetze begründete Gleichstellung der Oberwähnten mit den 1865 und 1866 Gebornen.

In den Durchführungsbestimmungen zu dem kaiserlichen Befehl vom Mai 1917 wurde — wohl entgegen der Absicht dieses Befehls — die im vorstehenden entwickelte logische Konsequenz jedoch nicht berührt, trotzdem die Betroffenen ebenso wie die 1865 und 1866 Gebornen ihre gesetzliche Landsturmpflicht bereits erfüllt haben. Sie werden vielmehr ungesetzlich in militärischer Dienstleistung zurückgehalten, lediglich weil sie gegenwärtig erst im 48., beziehungsweise 49. Lebensjahre stehen und der kaiserliche Befehl vom Mai 1917 nicht auch diese Kategorie von Landsturmpflichtigen ausdrücklich anführt. Der seinerzeit erfolgte freiwillige Eintritt in das k. u. k. Heer erscheint demnach gegenwärtig wie

mit einer Strafe belegt, während die Betroffenen konsequenterweise gleich den 1865 und 1866 Geborenen und seinerzeit normal in das Heer eingetretenen Militärpersonen zu behandeln wären.

Es sind Fälle bekannt, wonach von solchen Personen beim Ersatzkörper eingebrachte Gesuche um Gleichstellung mit den 1865 und 1866 Geborenen einfach unter Hinweis auf die Geburtsjahrgänge 1865 und 1866 abgelehnt oder zurückgewiesen wurden, ohne daß diese Gesuche an das Kriegsministerium oder das Landesverteidigungsministerium zur Entscheidung vorgelegt worden wären.

Die Gefertigten richten daher an den Herrn Landesverteidigungsminister folgende Anfrage:

„Ist der Herr Minister bereit, unverzüglich ein Einvernehmen mit dem Herrn Kriegsminister dahin zu treffen, daß der kaiserliche Befehl vom Mai 1917 über die Beurlaubung der in den Jahren 1865 und 1866 geborenen landsturmpflichtigen Personen durch Erlaß einer besonderen Nachtragsbestimmung zu den Durchführungsvorschriften dieses Befehles konsequenterweise auch auf jene Personen Anwendung zu finden habe, welche seinerzeit vor erreichtem 19. Lebensjahre freiwillig in die gemeinsame Armee eingetreten sind und bereits ihr 47. Lebensjahr erreicht haben?"

Wien, 28. November 1917.

Bretschneider.

Sever.	Volkert.
Ellenbogen.	Glöckel.
D. Löw.	Pernerstorfer.
Dr. K. Renner.	Gröger.
Dötsch.	Jokl.
Resel.	Rieger Ed.
Hillebrand.	Reumann.
Palme.	Müller.
Forstner.	David.
Polke.	Schäfer.
F. Skaret.	Seliger.
Max Winter.	K. Seitz.

1618
I

Anfrage

des

Abgeordneten Florian Gröger und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung der Soldaten der Reserve-Bauabteilung Nr. 82 in Villach.

Über die Behandlung und Verpflegung der Mannschaft der genannten Bauabteilung sind eine Reihe von Beschwerden laut geworden, welche dringend einer Untersuchung bedürfen.

So ist es zum Beispiel vorgekommen, daß die Mannschaft in der Zuweisung von sogenannten „Zubußen“ verkürzt wurde und als sie dagegen im vorgeschriebenen Dienstweg Beschwerde erhob, wurde sie wegen angeblicher Verleumdung des Rechnungsunteroffiziers mit strengem Arrest bis zu fünf Tagen bestraft. Oberleutnant Pichler droht jedem Mann mit Strafe, wenn er sich über die Benachteiligung in der Zuweisung von Nahrungsmitteln beschwert. Häufig ist es vorgekommen, daß die Mannschaft die für sie bestimmten Lebensmittel nicht erhielt, wo sie hingekommen sind, weiß kein Mensch.

Der Infanterist Johann Treitler wurde am 10. Oktober 1917 vom Rechnungsunteroffizier Johann Simonovici ohne eigentliche Ursache mit Ohrfeigen traktiert und obwohl diese Roheit durch Zeugen bewiesen werden konnte, wurde der Geschlagene, als er sich am 13. Oktober l. J. beim Rapport beschwerte, mit 5 Tagen Arrest bestraft, die er auch abbüßen mußte.

Auch bei der Erteilung von Urlauben wird höchst ungerecht vorgegangen. So hat zum Beispiel der Russenwächter Josef Khun schon im Frühjahre und im Sommer um Urlaub zu landwirtschaftlichen Zwecken angesucht, um seinem Vater, einem Bauer in Nordböhmen, bei der Arbeit behilflich zu sein. Dieser Urlaub wurde ihm jedoch verweigert. Dafür mußte Khun aber Tag für Tag mit einigen Russen auf die Besitzungen der Schwiegermutter des Abteilungskommandanten, einer Frau v. Vahlkampf, marschieren, um dort zu arbeiten. Außerdem wurden für die Privatarbeiten dieser Dame Telegraphenarbeiter der Abteilung verwendet.

Der Zugsführer Johann Zawadczky ist am 2. August 1914 eingerückt und er erhielt trotz wiederholten Ansuchens bis jetzt noch keinen Urlaub.

Der Landsturminfanterist Anton Prettner, ein im Jahre 1867 geborener schwerhöriger und brustleidender Mann, bat im Sommer dieses Jahres gleichfalls um Urlaub. Er wurde ihm zwar versprochen, aber nicht gegeben. In seiner Verzweiflung schrieb er dies seiner Frau. Der Brief wurde jedoch aufgefangen und Prettner mit 5 Tagen Arrest bestraft. Mit Recht sagen daher die gequälten Soldaten in einer Zuschrift: „Bei dieser Abteilung, wo man kein Recht findet, leidet natürlich auch der Dienst und niemand hat mehr Lust und Freude am Leben.“

Daß durch solche Schikanen Verbitterung und Verzweiflung unter den Soldaten erzeugt wird, ist leicht begreiflich.

Schließlich können wir noch eine Bemerkung nicht unterdrücken. Es kommt nicht selten vor, daß die Mannschaften gelegentlich von Erhebungen über solche Interpellationen gezwungen werden, diejenigen anzugeben, die die Beschwerde erhoben haben, ja, daß man bestimmte Personen herausgreift und sie als die Anreger der Beschwerde bestraft.

Wir fragen daher den Herrn Minister für Landesverteidigung:

„1. Ob er bereit ist, die hier geschilderten Vorfälle untersuchen zu lassen und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen?

2. Ob er bereit ist, sogleich bei der Anordnung der Erledigung zu verfügen, daß wegen dieser Beschwerde niemand bestraft werde, ja, daß die Anzeiger auch nicht ausgeforscht werden dürfen?"

Wien, 29. November 1917.

	Gröger.
K. Seitz.	Glöckel.
Pernerstorfer.	Jokl.
Resel.	Hillebrand.
Seliger.	D. Löw.
Palme.	Dötsch.
Müller.	Volkert.
Forstner.	Reumann.
Schäfer.	Sever.
Polke.	David.
Dr. K. Renner.	F. Skaret.
Ellenbogen.	Max Winter.

1619
I

Anfrage

des

Abgeordneten Neunteufel und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister.

In Rottenmann (Steiermark) werden die Unterhaltsbeiträge seit Wegnahme des Steueramtes derart verspätet ausbezahlt, daß die Bezugsberechtigten in schwerste Notlage geraten und die Gemeinde die schlimmsten Auftritte erlebt.

Die jetzt fälligen Unterhaltsbeiträge sollen erst am 6. Dezember ausbezahlt werden, für einen halben Monat im nachhinein, einen halben Monat im vorhinein.

Die Gemeinde kann die Vorschüsse nicht leisten, ganz abgesehen davon, daß behördlicherseits nicht hierfür vorgesorgt wurde.

Der Zustand ist unhaltbar und muß, wenn man nicht den Zweck der Unterhaltsbeiträge illusorisch machen will, raschestens beseitigt werden.

Wir fragen daher Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister:

„Ist Seine Exzellenz bereit, sofort telegraphisch den Auftrag zu geben, daß die Unterhaltsbeiträge unverzüglich ausbezahlt werden und auch in Zukunft immer rechtzeitig den Bezugsberechtigten zukommen?"

R. Neunteufel.
A. Einspinner. Dr. Hofmann.
F. Held. Marckhl.
Erb. E. Kraft.
Kofler. Dr. Kinz.
Dr. Schürff. Richter
Wedra. Kittinger.
Waber. Erler.

1620
I

Anfrage

des

Abgeordneten Hladnik und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Leiter des k. k. Amtes für Volksernährung, betreffend die Konfiskation von Lebensmitteln auf der Unterkrainerbahn.

Bei dem großen Mangel an Lebensmitteln in den Städten Krains werden öfters kleinere Mengen Mehl, Eier usw. entweder als Handgepäck oder als Mitgepäck vom Lande insbesondere nach Laibach mitgenommen.

Sehr oft wurden jedoch diese Lebensmittel während der Fahrt konfisziert. Besonders im Bereiche der k. k. Bezirkshauptmannschaft Littai, wo der Herr Bezirkshauptmann Karl Ekel „herrscht", wird äußerst streng vorgegangen und unnachsichtlich konfisziert.

Manche Sendung verschwindet vollkommen spurlos, zum Beispiel eine am 15. Oktober 1917 von Neudegg nach Laibach abgeschickte.

Dadurch kommen oft auch Beamte, die von den Verwandten Lebensmittel bekommen, in arge Bedrängnis und der Schaden, der ihnen bei den jetzigen hohen Preisen erwächst, ist oft ein bedeutender. Warum soll demselben verwehrt werden, wenn sie sich zu helfen wissen, sich und die Ihrigen vor dem Hunger zu schützen?

Die Gefertigten erlauben sich an Seine Exzellenz den Leiter des k. k. Amtes für Volksernährung folgende Anfragen zu stellen:

„1. Wohin gelangen solche auf der Eisenbahn konfiszierte Nahrungsmittel?

2. Warum wird in einigen Bezirken strenger, in anderen weniger strenger verfahren?

3. Sind Eure Exzellenz geneigt zu verordnen, daß die Leute, welche durch solche Konfiskationen benachteiligt worden sind, gehörig entschädigt werden?"

Wien, 30. November 1917.

Dr. Benković.	J. Hladnik.
M. Brenčič.	Gostinčar.
Jaklič.	Roškar.
Fon.	Perić.
Fr. Demšar.	Dr. Laginja.
Spinčić.	Pišek.
Jarc.	Dr. K. Verstovšek.

1621
―――
I

Anfrage

des

Abgeordneten Leo Lewickyj und Genossen an Ihre Exzellenzen den Herrn Minister des Innern und den Herrn Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend die Weigerung der Wiederherstellung der Pfarramtshäuser in Orawa und Koziowa, Bezirk Skole, durch die Wiederaufbausektion des Bezirkes Skole.

Während der Kriegsoperationen im Bezirk Skole wurden durch Schrapnellsplitter und Granatenabfälle die Pfarramtshäuser in den Dörfern Orawa und Koziowa stark beschädigt.

Der Pfarrer in Orawa hat sich wiederholt an die Wiederaufbausektion im Bezirk Skole, beziehungsweise an die Bezirkshauptmannschaft Skole mit der Bitte, die zwei griechisch-katholischen Pfarramtshäuser wiederherzustellen, gewendet, jedoch blieben seine Bitten erfolglos.

Den beiden genannten griechisch-katholischen Pfarramtshäusern droht das Einstürzen, die Dächer sind stark von Kugeln durchschossen und werden infolgedessen während eines Regenwetters die Mobilien in den Pfarramtshäusern vernichtet, schon abgesehen davon, daß die Pfarrer und ihre Familien infolgedessen diese Häuser nicht bewohnen können.

Wir stellen daher die Anfragen:

„1. Ist Ihren Exzellenzen der Zustand der Pfarramtshäuser in Orawa und Koziowa, Bezirk Skole, bekannt?

2. Sind Ihre Exzellenzen geneigt, der Wiederaufbausektion für den Bezirk Skole sofort aufzutragen, die beiden Pfarramtshäuser in Orawa und Koziowa auszubessern und unverzüglich die wiederhergestellten Pfarramtshäuser den betreffenden Pfarrern zur Verfügung zu stellen?"

Leo Lewickyj.
Dr. Petruszewycz.
Dr. Kolessa.
Dr. Kost' Lewyckyj.
Dr. Leo Baczyński.
Onyszkewycz.
Dr. Trylowskyj.
Dr. Cehelskyj.
Spenul.
Semaka.
Lukaszewicz.
Dr. Hołubowycz.
Pohorecky.

1622
I

Anfrage

des

Abgeordneten Pišek und Genossen an Ihre Exzellenzen die Herren Kriegsminister, Minister des Innern und Eisenbahnminister, betreffend die Explosion in Pragerhof und die dadurch bewirkten Privatschäden.

Am 10. Juli 1917, nach 1½ Uhr nachts explodierte aus einem unaufgeklärten Grunde die Munitionsladung eines Waggons des in der Station Pragerhof zur Abfahrt nach Ungarn bereitgestellten Güter- und Transportsammelzuges Nr. 271, was zur Folge hatte, daß einige Waggons in die Luft flogen und bei 80 Waggons beschädigt wurden. In diesem Zuge befanden sich zur Zeit ungefähr 300 Militärpesonen; davon wurden 42 Mann getötet, zirka 30 Mann verletzt.

Das durch die Explosion entstandene Feuer griff auch auf einen beim Heizhause dortselbst schon längere Zeit gestandenen Panzerzug über und es wurden davon 4 Waggons verbrannt und eine größere Menge Munition vernichtet.

Der Gendarmerieführer Franz Friedl des Postens in Pragerhof, der mit der übrigen Mannschaft des Postens auf der Unfallstelle im Dienste stand, wurde von einer Schrapnellkugel der Geschosse des Panzerzuges am Kinn getroffen und verletzt.

An Frachtgut wurde eine Menge Lebensmittel, die sich zurzeit in mehreren dortselbst gestandenen Lastzügen befanden, vernichtet. Eine größere Anzahl solcher Waggons wurden durch Eisenbahnbedienstete unter kräftiger Beihilfe der dortigen Mannschaft durch Abschub und Absonderung gerettet.

Den Gefertigten ist es nicht bekannt, ob schon eine Untersuchung eingeleitet wurde, auf Grund welcher den Angehörigen der Gefallenen sowie den Verwundeten die gebührende Entschädigung beziehungsweise Unterstützung zu gewähren ist.

In Pragerhof wurden auch bei der Explosion über 1000 Fensterscheiben zertrümmert. Es weigert sich nun aber jede Behörde, überhaupt an die Privatbeschädigten Ersatz zu leisten.

Wir fragen daher:

„1. Wurde schon die Untersuchung eingeleitet behufs Feststellung der Ursache der Explosion?

2. Sind Eure Exzellenzen geneigt, das Nötige zu veranlassen, daß den Angehörigen der Verunglückten und Verwundeten die Entschädigung zuteil wird?

3. Was gedenken Eure Exzellenzen zum Zwecke der Leistung des Schadenersatzes an die Privatbeschädigten zu verfügen?"

Wien, 30. November 1917.

Pišek.

Dr. Pogačnik. Fon. Roškar.
Dr. Jankovič. Laginja. Dr. Rybář.
Brenčič. Dr. Verstovšek. J. Hladnik.
Dr. Korošec. Perić. Dr. Gregorčič.

1623
I

Anfrage

des

Abgeordneten Pišek und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ernährungsminister wegen Requisitionen im Bezirke Marburg.

Laut vieler uns zugekommener Berichte und Beschwerden werden im Bezirke Marburg alle Lebens- und Futtermittel in einer Weise requiriert, welche eine Katastrophe zur Folge haben muß.

Bei der Requirierung der Kartoffeln wird die irrige mutmaßliche Berechnung von 80 Meterzentner pro Hektar zur Grundlage genommen. Erwiesenermaßen aber wurden höchstens 50 bis 65 Meterzentner geerntet. Es wird keine Rücksicht genommen auf den tatsächlich vorhandenen Vorrat und wird den Leuten nicht einmal das zur Aussaat notwendige Quantum belassen.

Die Inwohnerin A. Blažič, eine Witwe mit sieben Kindern, erhielt von einem Besitzer einen Acker zum Anbau von Kartoffeln. Das eingeerntete Quantum hätte kaum für die Familie und für die Aussaat im Frühjahr ausgereicht. Sie mußte aber trotzdem 75 Kilogramm abgeben. Weil sie nur 65 Kilogramm abführte, kamen nach einigen Tagen Soldaten — 2 Stunden weit — und nahmen ihr noch die 10 Kilogramm weg.

Einer Besitzerin in Skoggen wurden mit Gewalt die Kartoffeln genommen; es wurden ihr nur 200 Kilogramm belassen.

In gleicher Weise wird bei der Requirierung der Haide (Buchweizen) vorgegangen, so daß auch die Haidenaussaat für das nächste Jahr unmöglich gemacht werden wird.

Wir fragen daher:

„1. Ist Eure Exzellenz gewillt, unverzüglich zu verfügen, daß im Bezirke Marburg die vorgenannten Requisitionen auf das im Interesse der Frühjahrsaussaat gebotene Maß eingeschränkt werden und hierbei auf die Ernährung der Bevölkerung und Erhaltung des Viehstandes die nötige Rücksicht genommen wird?

2. Ist Eure Exzellenz bereit, den bezüglichen Behörden mit dem notwendigen Nachdrucke aufzutragen, sämtliche Requisitionen nur auf Grundlage des tatsächlichen Bestandes der Vorräte durchzuführen?

3. Ist Eure Exzellenz gewillt, behufs Abwendung der Hungergefahr im genannten Bezirke die schonungslose unverhältnismäßige Abnahme bei den Produzenten hintanzuhalten und den Statthalter von Steiermark, Exzellenz H. Grafen Clary-Aldringen, zu beauftragen, alle Landesteile gleichmäßig und mit der nötigen Rücksicht zu behandeln?“

Wien, 30. November 1917.

Pišek.
M. Brenčič.
Roškar.
Dr. Jankovič.
Dr. Gregorčič.
Dr. Vukotić.
Dr. Rybář.
Prodan.
Dr. Benkovič.

V. Hladnik.
Dr. Pogačnik.
Dr. Laginja.
Fon.
Dr. Dulibić.
Dr. Korošec.
Dr. Verstovšek.
Perić.

1624
I

Anfrage

des

Abgeordneten Karl Jedek und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung, betreffend die mit den diesjährigen Ernteergebnissen im Widerspruch stehenden Ablieferungsaufträge für Heu und Stroh in den Gerichtsbezirken Spitz, Pöggstall, Persenbeug, Ottenschlag und in der Wachau.

Eine große Anzahl von Gemeinden aus den obigen Bezirken haben sich bitter beschwert, daß sie zu Heu- und Strohlieferungen in zu großen Mengen verhalten werden, während der Beamte der Landesfuttermittelstelle am Amtstage in Spitz nur die Anlieferung von einem einen Achtelteil der Heu- und einem einen Zehntelteil der Stroherntе in Anspruch zu nehmen glaubte.

Tatsächlich aber wird die an das Ärar abzuliefernde Heu- und Stroherntе nicht nach den wirklichen Ergebnissen, sondern nach dem Flächenausmaß des vorhandenen Besitzes an Gärten, Wiesen und Weiden gerechnet, welche Berechnung aber unbedingt falsch und unrichtig sein muß, bei dem Umstand, daß manche Wiese dreimal und manche nur einmal zu mähen kommt.

Die anhaltende Dürre im heurigen Sommer war ja allgemein, jedoch nicht überall von so verheerender Wirkung, wie an den Berglehnen dieser angeführten Bezirke und in der Wachau, welche ja bei normaler Witterung kaum einen Überschuß an Heu aufweisen können; daß das Stroh meist nur spannlang war ist ja allgemein bekannt, daher auch dieser Ausfall ungemein ins Gewicht fällt, wozu teilweise ja auch die Hagelschläge das ihrige beitrugen. Angesichts dieser tatsächlichen Verhältnisse ist, wenn die angeforderte Menge an Heu und Stroh, welche vielfach die ganze Hälfte des Vorrates in Anspruch nehmen, abgeliefert werden muß, als eine Katastrophe für die meisten Wirtschaftsbesitzer, weil ja in vielen Betrieben der Viehstand so dezimiert werden muß, daß für die Milchlieferung und Aufzucht keine Kuh, für die Feldarbeiten im Frühjahr kein Gespann bleiben wird, wodurch es aber dann auch an Stalldünger fehlt und den gänzlichen Ruin der Landwirtschaften dieser Bezirke herbeiführen muß, wenn nicht eine namhafte Herabminderung der Lieferungsquote platzgreift, was dann auch gewiß für die allgemeine Versorgung von großer Wichtigkeit ist.

Wir richten daher an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung die Anfragen:

„1. Sind dem Herrn Minister diese Verhältnisse bekannt?

2. Ist der Herr Minister geneigt, das Geeignete vorzukehren, damit die Landwirtschaften in diesen Bezirken aufrecht erhalten bleiben?"

Wien, 30. November 1917.

			Karl Jedek.
Dr. Scheicher.	Mich. Huber.	R. Gruber.	Bogendorfer.
Parrer.	Karl List.	Kienzl.	Schoiswohl.
R. Wollek.	Alois Höher.	Meixner.	Prisching.
Lechner.	Miklas.	Bauchinger.	Alois Brandl.

1625
―
I

Anfrage

der

Abgeordneten Polke, Forstner, Müller und Genossen an den Herrn Unterrichtsminister, betreffend die Beschlüsse der Bischofskonferenz einer unfreien Universität in Salzburg.

Zeitungsnachrichten zufolge hat sich die österreichische Bischofskonferenz mit der Errichtung einer staatlichen Universität in Salzburg, an welcher der Kirche ein vertragsmäßig sichergestellter Einfluß gewahrt wird, einverstanden erklärt und die Generalversammlung des katholischen Universitätsvereines hat am 25. November beschlossen, die Erträgnisse eines gegen fünf Millionen betragenden Vereinsvermögens zur Erhaltung von sogenannten „Vertragsprofessoren“ zur Verfügung zu stellen. Es ergibt sich daraus, daß die im Frühjahre dieses Jahres bekannt gewordenen Angaben über das zwischen Personen, die allerdings in keiner Weise kompetent sind, über staatliche Universitätsfragen zu entscheiden, abgeschlossene „Kompromiß“ auf Richtigkeit beruhen, und daß die Klerikalen mit Hilfe einer Anzahl von Lokalpolitikern die Zeit des vielgepriesenen Burgfriedens für geeignet erachten, in das Gebiet staatlicher Rechte einzubrechen und dem Staate durch einen Vertrag, durch ein Konkordat, einen Teil seiner Unterrichtsbarkeit zu entreißen und die staatsgrundgesetzlich festgelegte Freiheit der Lehre der Wissenschaft vertragsmäßig einzuschränken. Da die erwähnten privaten Faktoren — kirchliche Würdenträger und Salzburger Honoratioren — aber an sich nicht kompetent sind, die Grundsätze der Unterrichtspolitik des modernen Staates abzuschaffen, könnten ihre Verlautbarungen als bloße Äußerungen ihrer unbescheidenen und unzeitgemäßen Wünsche gewertet werden, wenn nicht von ihnen als der andere vertragschließende Teil der Staat oder die Regierung angesehen wurde und nicht anzunehmen wäre, daß ihnen, sei es von dem früheren Minister Hussarek oder von den gegenwärtigen Regierungen Zusicherungen gemacht oder ihre Zumutungen wenigstens nicht in gebührender Weise zurückgewiesen wurden. Zur Klarstellung des Sachverhaltes stellen daher die Unterzeichneten an den Herrn Minister für Kultus und Unterricht folgende Anfragen:

„1. Ist sich der Herr Minister dessen bewußt, daß die Errichtung einer staatlichen Universität, wie die ganze Universitätsgesetzgebung, und daher auch die Regelung der Anstellung der Professoren zu den Rechten des Parlaments gehört?

2. Ist der Herr Minister darüber im klaren, daß das Zugeständnis, die Anstellung eines staatlichen Professors von der Zustimmung oder dem Vorschlage einer außenstehenden Person oder Korporation und insbesondere der Kirche abhängig zu machen, sowohl gegen die Staatsurteile als auch gegen die staatsgrundgesetzlich gewährleistete Freiheit der Lehre verstößt?

3. Weiß der Herr Minister, daß ein in diesem Sinne von der Regierung ein-

gegangener Vertrag daher niemals bindende Kraft erlangen kann?

4. Ist der Herr Minister geneigt, dem hohen Hause Aufklärungen darüber zu geben, welche geheimen Unterhandlungen — wenn nicht gar Abmachungen — zwischen der früheren oder der gegenwärtigen Regierung einerseits und jenen kirchlichen Würdenträgern und Salzburger Honoratioren andrerseits gepflogen worden sind?

5. Ist der Herr Minister bereit, zu erklären, daß er pflichtgemäß auf dem Boden der staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Lehrfreiheit steht, die seinem Schutze anvertraut ist, daß er die Einrichtung von „Vertragsprofessoren“ nicht kennt und daß er klerikale Vorstöße auf dem Gebiete des Hochschulwesens abzuwehren bereit ist?“

David.	Polke.
Reumann.	Forstner.
Palme.	Müller.
Glöckel.	Resel.
Bretschneider.	Jokl.
Ellenbogen.	Gröger.
Sever.	Rieger.
D. Löw.	Hillebrand.
Seliger.	Schäfer.
Dötsch.	F. Skaret.
Pernerstorfer.	Max Winter.
K. Seitz.	Volkert.

1626
I

Anfrage

der

Abgeordneten Perwein, Heilmayer und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister.

Nach einer Mitteilung von gut unterrichteter Seite soll die Zustimmung der Regierung zum Verkauf der Zellulosefabrik Hallein und Villach bereits erfolgt sein. Nach dieser Mitteilung soll das Generalkommissariat für die Übergangswirtschaft im Namen und mit Zustimmung der Regierung dem Verkauf zugunsten des Baumwollkonzerns Isak Mautner und Kufler zugestimmt haben.

Die Gefertigten stellen daher an Seine Exzellenz die Anfragen:

„1. Ist der Verkauf der Halleiner Fabrik, beziehungsweise die Zustimmung dazu erfolgt?

2. Welche Bedingungen hat der Staat gestellt?

3. Ist die Regierung gewillt, alle darauf bezüglichen Akten und Abkommen vorzulegen?“

Wien, 30. November 1917.

J. Wohlmeyer.	Perwein.
Eisterer.	Heilmayer.
Erb.	Johann Tomaschitz.
Pichler.	Huber (Steiermark).
L. Diwald.	Schweiger.
Berger.	Loser.
Höher.	Roitinger.
Bogendorfer.	M. Huber.
List.	Wagner.
Noggler.	Dr. Jerzabek.
Jedek.	Dr. V. v. Fuchs.

1627
I

Anfrage

des

Abgeordneten Schweiger und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Eisenbahnminister, betreffend Inbetriebsetzung der Sulmtalbahn.

Am 20. August d. J. wurde der Betrieb der Sulmtalbahn eingestellt. Diese Maßnahme hat insbesondere bei dem derzeitigen gänzlichen Mangel an anderen Verkehrsmitteln Unzukömmlichkeiten verschiedenster Art, namentlich aber außerordentliche Schwierigkeiten bezüglich der Approvisionierung im Gefolge.

Die Gefertigten stellen daher im Namen und im Auftrage der hauptsächlich betroffenen Gemeinden Gleinstätten, Pistorf, Prarat, St. Andrä, Brunngraben, Höch, Steinriegel, St. Johann, Klein Heimschuh und Kaindorf an den Herrn Eisenbahnminister die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, Veranlassung zu treffen, daß die Sulmtalbahn, deren Strecke mit zwar alten, aber vielfach brauchbaren Waggons verstellt ist, ehestens wieder in Betrieb gesetzt werde?“

Wien, 30. November 1917.

Schweiger.
Tomaschitz.
Huber.
Berger.
M. Huber.
Wagner.
Leys.

Schoiswohl.
Parrer.
Roggler.
Siegele.
Riedrist.
G. Mayer.

1628
I

Anfrage

des

Abgeordneten R. Marckhl und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Zustände an der wiedereröffneten nautischen Schule in Lussin.

Das „Grazer Tagblatt“ vom 13. Oktober 1917 brachte folgende Notiz:

Triest, 7. Oktober.

Muß das wirklich sein?

Wie verlautbart, soll über Auftrag des Unterrichtsministeriums demnächst unter anderen auch die nautische Schule auf Lussin wieder eröffnet werden. Es ist öffentlich bekannt, daß die Zustände in dieser Schule vor ihrer Schließung einfach skandalös waren. Der Leiter der Anstalt war halb taub. Seine Inspektion im Unterricht war wirkungslos, sein eigener Unterricht ebenso, da die Schuljugend sein Gebrechen ausnützte und in den Stunden groben Unfug trieb. Die Lehrer an der Schule waren teilweise nicht qualifiziert, ihre Amtsführung ließ aber auch sonst alles zu wünschen übrig. Es kam vor, daß plötzlich ein Lehrer vom Unterricht fortging und die Schüler allein ließ. Der Herr — man möchte es den Kennern der Verhältnisse einfach nicht glauben — ging sich eine Jause besorgen. Zwischen einzelnen Lehrern gab es — in Anwesenheit von Schülern, die sich daran herrlich ergötzten — wiederholt persönliche Auseinandersetzungen, bei denen es gegenseitig Schimpfworte nur so regnete usw. Statt nun ruhigere Zeiten und vor allem günstigere Zeiten abzuwarten und dann endlich in aller Ruhe einmal Ordnung zu machen dort unten, vor allem auch ordentliche Lehrkräfte zu beschaffen, hat die Regierung nichts Besseres zu tun, als gerade jetzt die Schule wieder zu eröffnen. Und warum? Lediglich weil irgend ein Irredentist, der jetzt wieder Boden unter den Füßen zu haben meint, darnach schreit. Wohin um Gottes willen soll das noch führen? Kommen die Interessen des Staates überhaupt nicht mehr in Betracht? Wie lange glaubt man noch so fortfahren zu können?

Diese Mitteilung entspricht durchaus den Tatsachen und muß die Frage aufgeworfen werden, ob dem Herrn Unterrichtsminister, der ja die Wiedereröffnung dieser Schule verfügt hat, das bekannt war. Schon vor dem Kriege waren die Verhältnisse an dieser Schule unhaltbar und war es nicht möglich, ordentliche und tüchtige Lehrkräfte zu beschaffen. Wie sollte dies nun mitten im Kriege möglich und eine Besserung an dieser Schule erreichbar sein?

Wenn nach Wiedereröffnung der Schule die unhaltbaren Verhältnisse, wie sie vor dem Kriege bestanden, weiter bestehen, so müßte dies nicht nur die Unterrichtsverwaltung diskreditieren, sondern auch in der Bevölkerung falsche Vorstellung über die Art erwecken, wie der Staat seine Pflicht auf dem Gebiete des Unterrichtswesens auffaßt.

Die Aufgaben, die diese Schule zu erfüllen hat, sind sehr wichtige, berühren in hervorragendem Maße das Interesse des Staates, insbesondere aber der südlichen Gebiete des Reiches. Es handelt sich vor allem um die Heranbildung eines tüchtigen Schiffspersonals, worauf man bei Wiedereröffnung der Schule offenbar keine Rücksicht genommen hat.

Die Gefertigten stellen daher die Anfragen:

„1. Sind Seiner Exzellenz dem Herrn Unterrichtsminister die unhaltbaren Zustände, wie sie vor Kriegsbeginn an der nautischen Schule in Lussin herrschten, bekannt?

2. Was hat ihn zur Wiedereröffnung dieser Schule bewogen, ohne daß für die Beseitigung dieser unhaltbaren Zustände und für die Beschaffung der notwendigen geeigneten Lehrkräfte, von welchen die Erfüllung der Aufgabe dieser Schule, das ist die Heranbildung eines geschulten und tüchtigen Schiffspersonals, abhängig ist, Vorsorge getroffen worden wäre?

3. Ist Seine Exzellenz geneigt, bekanntzugeben, was im Kriege zur Heranbildung eines tüchtigen Lehrpersonals für nautische Schulen geschehen ist?"

R. Marckhl.
Dr. Waldner. Dobernig.
Erler. Einspinner.
Kittinger. Held.
Dr. Schürff. Hofmann.
Kraft. Denk.
Neunteufel. Nagele.
Dr. Waber. Pirker.
Wedra. Dinghofer.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

1668
—
I

Der Wortlaut der Anfrage 1668/I befindet sich im stenographischen Protokolle der 47. Sitzung, Seite 2515 bis 2517.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

Anhang I.

Anträge.

(Urtexte.)

239
A

Wniosek

posła Zygmunta Klemensiewicza i towarzyszy

w sprawie

podwyższenia żołdu dla podoficerów i żołnierzy linii i pospolitego ruszenia.

Spowodowana wojną drożyzna stała się dziś, w 4. roku wojny klęską powszechną, którą przedewszystkiem najbardziej odczuwać muszą — z natury rzeczy — najuboższe warstwy ludności. Skutki tej drożyzny odbijają się równomiernie zarówno dotkliwie na tyłach walczących armii, jak i w rowach strzeleckich.

Żołd żołnierzy armii austryackiej był już w czasie pokoju najzupełniej niewystarczający i już w czasie pokoju głośnymi były i w prasie robotniczej i tu w parlamencie żądania podwyższenia żołdu. Rząd austryacki ze zwykłą połowicznością dokonał też epokowej reformy, „podwyższając“ żołd z 12 na 16 hal. dziennie.

Dziś żądanie podwyższenia żołdu dla podoficerów i żołnierzy występuje wprost z elementarną siłą ze strony całej siły zbrojnej, ale też dziś tem bardziej przyznać należy, iż żądanie to jest najzupełnej usprawiedliwione. Wszak dziś drożyzna środków żywności oraz wszelkich innych przedmiotów codziennego użytku poszła o 100 do 1000 procent w górę, wszak o uregulowanie płacy, o specyalne dodatki drożyźniane dopominają się zarówno urzędnicy, jak służba i funkcyonaryusze państwowi, wszak o podwyższenie zarobków walczą wytrwale wielkie zastępy robotnicze, ba! wszak tu w parlamencie występują oficerowie i urzędnicy wojskowi z żądaniem udzielenia i im i ich rodzinom nowych dodatków drożyźnianych. Tylko o tych szarych masach żołnierskich ani rząd, ani państwo nie pomyśli i zbywa ich — teraz, w czasie najstraszliwszej z wojen, jak za starych czasów — 16 h żołdu!

Podczas gdy oficerom na tyłach podwyższono dodatek pogotowia (Bereitschaftszulage) w myśl rozporządzenia Ministerstwa wojny z 26. września 1917 z 2 K na 3 K 50 h, to żołnierzom na tyłach z dniem 30. grudnia 1916 roku wstrzymano wypłatę 10 h dodatku pogotowia!

Państwo niemieckie, jak w wielu wypadkach, tak i w sprawie ustalenia żołdu, dawno Austryę wyprzedziło.

Porównajmy wysokość żołdu w Austryi a w Niemczech:

W Austryi otrzymuje żołdu dziennie: żołnierz 16 h, starszy żołnierz 20 h, kapral 30 h, plutonowy 45 h, sierżant 75 h. Dodatek marszowy 10 h, dodatek polowy 20 h. Żołnierze będący w leczeniu względnie aresztanci otrzymują aż 6 h dziennie.

W Niemczech otrzymuje żołnierz 53 f. dziennie, zaś sierżant 2 Mk. względnie 3 Mk. Nie wliczono tu różnych dodatków w gotówce, które żołnierze niemieccy specyalnie na poprawę wiktu otrzymują.

A przecież mimo tego noszą się wojskowe koła niemieckie z zamiarem, już w czasie najbliższym podwyższyć żołd żołnierski do 80 f. i odpowiednio wysoko żołd podoficerów.

Jakież skutki pociąga za sobą ten niestosunkowo niski żołd austryackiego żołnierza?

Jeżeli już przed wojną nie wystarczał on stanowczo nawet na zakupno najpotrzebniejszych (regulaminem przepisanych) przedmiotów codziennego użytku. toż dzisiaj ten żołd nie wystarcza wogóle na nic, bo przecież dziś za 16 h nic i nigdzie kupić nie można. A z jakim uczuciem spogląda żołnierz austryacki na swego kolegę z armii niemieckiej, z którym już czwarty rok walczy ramię w ramię, gdy porówna tę rażącą różnicę żołdów? Czy taki fakt zachęca go i dodaje mu ducha i sił do dalszej walki?

A już przecież wstydem palącym jest fakt, iż żołnierz chory, ranny, sponiewierany walką, który swą krew przelewał, który uległ trudom tej strasznej wojny, otrzymuje śmiesznie małą, poniżającą po prostu jałmużnę 6 h dziennie. I tę kwotę dostaje żołnierz, który się przecież powinien dobrze odżywiać, sił nabierać, aby jak najprędzej do zdrowia powrócić! Wszak dzisiejszy wikt wojskowych szpitali zgoła mu nie wystarczy a na poprawę go brak im jakichkolwiek środków.

W myśl powyższych wywodów stawiają podpisani następujące wnioski:

„1. Wzywa się c. k. Rząd, a specialnie Ministerstwo obrony krajowej, aby w najkrótszym czasie przedłożył parlamentowi ustawę, normującą pobory żołnierzy i podoficerów wszystkich gatunków broni, z tem, iż najniższy żołd żołnierza na froncie stojącego ma wynosić 1 K, żołnierzy etapowych 70 h dziennie, oraz odpowiednio podwyższono pobory podoficerów. Pobory żołnierzy chorych i rekonwalescentów nie mogą być niższe od poborów żołnierzy w służbie będących.

2. Wzywa się c. k. Rząd, aby wszedł w porozumienie z c. i k. wspólnym Rządem, a specyalnie z Ministerstwem wojny, celem wypracowania i przeprowadzenia w delegacyach ustawy, normującej na wyżej wymienionych zasadach pobory żołnierzy i podoficerów wspólnej armii, przydzielonego i jej pospolitego ruszenia oraz marynarki wojennej.“

Pod względem formalnym należy wniosek ten bez pierwszego czytania przydzielić do komisyi wojskowej.

Wiedeń, 16. listopada 1917.

Cingr.	Zygmunt Klemensiewicz.
Moraczewski.	Diamand.
Dr. Marek.	Dr. Adolf Gross.
T. Reger.	Rychlik.
Madej.	Stapiński.
Łyszczarz.	Kubik.
Jachowicz.	Lewicki Ant.
Liebermann.	Śliwiński.
Daszynski.	Fila.
Dyło.	Rusin.

Anhang II.

Anfragen.

1629

I

Interpelacya

posła Bomby i towarzyszy do Jego Ekscellencyi pana Ministra obrony krajowej w sprawie zwolnienia od służby wojskowej dwóch roczników, t. j. urodzonych w roku 1868. i 1867.

Według obowiązującej ustawy świadczenia wojskowe powinni za zdolnych uznani obywatele państwa, spełniać do roku 50.

Tymczasem wobec przedłużającej się wojny światowej przedłuża się świadomie służba roczników, które na mocy obowiązującej ustawy powinni być zwolnieni od tejże służby.

Traci na tem gospodarstwo państwowe, bowiem ziemia, ten warsztat życiodajny, w wielkich kompleksach stoi odłogiem z braku rąk do pracy albo z braku fachowego kierownictwa; prowadzone przez słabe niewiasty, liche wydaje plony, niewystarczające do utrzymania przy życiu istniejących jednostek.

Brak rzemieślników, a więc brak narzędzi do uprawy ziemi powinien skłonić wysoki rząd, by temu zapobiedz, zwalniając tych latowych ludzi od służby wojskowej, a pozostawić ich na ich dawnych stanowiskach cywilnych, gdzie w daleko wyższym stopniu przyczynić się mogą do obrony ojczyzny przez twórczą pracę.

Podpisani wobec tego zapytują Jego Ekscellencyę:

„1. Czy Jego Ekscellencya byłby skłonny, urodzonych w roku 1868. i 1867. z dniem 1. stycznia 1918 zwolnić od służby wojskowej, a przedewszystkiem rolników i rzemieślników?

2. Czy raczy jeszcze w miesiącu grudniu b. r. zarządzenia takie przeprowadzić, by uspokoić umysły, którzy zaniepokojeni są nieświadomością obecnego swego położenia?“

Bomba.
Średniawski.
Kubik.
Rychlik.
Stapiński.
Kędzior.
Angerman.
Banaś.
Śmiłowski.
Edmund Zieleniewski.
Dyło.
Dr. Wróbel.
Bojko.
Łyszczarz.
Myjak.
Madej.
Siwula.
Potoczek.
Jachowicz.
Matakiewicz.
Dr. Adolf Gross.

Authentische Übersetzung.

1629
I

Anfrage

des

Abgeordneten Bomba und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Entlassung zweier Jahrgänge, und zwar der im Jahre 1868 und 1867 geborenen Personen.

Nach dem geltenden Gesetze sind die als geeignet befundenen Staatsbürger verpflichtet, bis zu ihrem 50. Lebensjahre Kriegsdienste zu leisten. Infolge des andauernden Weltkrieges dauert indessen auch der Dienst jener Jahrgänge fort, die nach den gesetzlichen Bestimmungen von der Dienstleistung befreit sein sollten. Darunter leidet die ganze Volkswirtschaft, weil große Gebiete des Bodens, dieser das Leben des Menschen sichernden Werkstätte, infolge Mangels von Arbeitskräften oder der fachlichen Leitung brachliegen oder durch schwache Weiber bewirtschaftet, nur karge, für den Lebensunterhalt aller nicht ausreichende Früchte bringen.

Der Mangel an Handwerkern und der dadurch bedingte Mangel an landwirtschaftlichen Geräten sollte die hohe Regierung zur Enthebung dieser bejahrten Leute vom Militärdienst und deren Belassung auf ihren früheren Zivilposten veranlassen, wo sie in weit höherem Maße durch die schöpferische Arbeit zur Verteidigung des Vaterlandes beizutragen in der Lage wären.

Die Gefertigten fragen daher Seine Exzellenz:

„1. Ob er geneigt wäre, die Jahrgänge 1868 und 1867, insbesondere die Landwirte und Handwerker vom Militärdienst zu entheben?

2. Ob er geneigt wäre, eine solche Verfügung zur Beruhigung der um ihre Zukunft besorgten Leute noch im Monate Dezember dieses Jahres zu treffen und durchzuführen?“

Bomba.

Dr. Matakiewicz.	Myjak.	Śmiłowski.	Stapiński.
Banaś.	Łyszczarz.	Kędzior.	Jachowicz.
Bojko.	Średniawski.	Kubik.	Madej.
Dr. Adolf Groß.	Angerman.	Potoczek.	Dyko.
Siwula.	Dr. Wróbel.	Rychlik.	Edmund Zieleniewski.

1630
I

Anfrage

des

Abgeordneten Karel Exner und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen des Kommandanten des k. u. k. Infanterieregiments Nr. 18, Obersten Horzinek, gegenüber dem Zugsführer Josef Valášek.

Josef Valášek, Zugsführer des k. u. k. Infanterieregiments Nr. 18, 3. Komp., Feldpost Nr. 282, hatte am 3 Mai d. J. Urlaub von 14 Tagen für Feldarbeiten erhalten. Sein Vater ist 75 Jahre alt und vollkommen arbeitsunfähig. Am 17. Juni d. J. erhielt Valášek einen dreitägigen Urlaub zur Durchführung einer Zeichnung für die Kriegsanleihe. Laut betreffenden Erlasses des k. u. k. Kriegsministeriums werden diese drei Tage als eine Beurlaubung nicht betrachtet. Josef Valášek während seiner dreijährigen früheren Dienstzeit, sowie während der Absolvierung seiner Übungen als Ersatzreservist wurde nie bestraft. Sein Verhalten war stets mustergültig. Er kämpfte im Jahre 1914 (eingerückt ist er am 27. Juli 1914) gegen Rußland und wurde verwundet. Kaum ausgeheilt, rückte er im Frühjahr 1915 zu seinem Regiment gegen Italien ein und wurde zum zweiten Mal schwer verwundet. Am 8. Mai 1916 rückte er zum dritten Mal ins Feld gegen Italien ein und befindet sich bis heute im Felde.

Von dem dreitägigen Urlaube rückte er mit einer eintägigen Verspätung ein, da er seit Winter 1916 fußleidend ist und durch die lange Reise ihm schon während des Aufenthaltes zu Hause die Füße wundgeworden sind, so daß er der Meinung war, daß er ein nahe liegendes Kriegsspital aufsuchen müssen wird, und nur mit größter Mühe und Schmerzen zurückgekehrt ist. Nach seiner Rückkehr meldete er sich beim Arzte, wurde auch als krank anerkannt. Trotz dieser ärztlichen Feststellung wurde er von seinem Oberst zum Rapport gerufen, welcher trotz der Aufklärung und sicher begründeten Entschuldigung ihm fünf Tage Einzelarrest diktiert hat, mit den Worten: „Wenn Sie gesund auf Urlaub gefahren sind, so müssen Sie auch gesund vom Urlaub zurückkehren und wenn Sie nicht in die Stiefel können, so hätten Sie die Stiefel in die Hand nehmen sollen und barfuß einrücken, und wenn Sie noch so krank wären, rechtzeitig einrücken müssen Sie doch." (Über das Verhalten des Obersten Horzinek habe ich vieles erfahren, und behalte mir vor, diesbezüglich den Interpellationsweg anzutreten.)

Im Juli 1917 ist die Mutter des Josef Valášek schwer erkrankt und die Bezirkshauptmannschaft aus Neustadt an der Mettau sandte an Josef Valášek ein Telegramm folgenden Inhaltes:

Nr. 311, Neustadt a. d. Mettau, 20./VII. 1917, an Inf. Reg. Nr. 18, Feldpost 282. „Mutter des Zugsführers Josef Valášek der III. Komp. aus Slavoňov lebensgefährlich erkrankt, Urlaubsbewilligung befürwortet. Bezirkshauptmann."

Am 23. Juli kam zum Kompagniekommando ein Dienstzettel mit dem Auftrage, den Mann zu belehren, daß er schon zweimal heuer auf Urlaub war und daß er daher keinen weiteren Urlaub bekommt.

Darauf starb die Mutter. Die Bezirkshauptmannschaft in Neustadt an der Mettau sandte an das Regimentskommando folgendes Telegramm:

Nr. 85 aus Neustadt a. d. Mettau, 4./VIII., 17. 5h 50'.

„Mutter des Zugsführers Josef Valášek, III. Komp. aus Slavoňov heute gestorben. Urlaubsbewilligung befürwortet. Bezirkshauptmann."

Dieses Telegramm wurde dem Sohn der Verstorbenen, Marie Valášek, am 5. August früh übergeben. Um 5 Uhr nachmittags wurde der Adressat dem Stellvertreter des Regimentskommandanten Herrn Major Jahnl vorgeführt Dabei erklärte Herr Major, daß er mit Rücksicht darauf, daß er heuer zweimal auf Urlaub war und das letztemal vom Urlaub verspätet eingetroffen ist, keinen Urlaub bekommt, und daß er überhaupt nicht dem Telegramm Glauben schenkt, nachdem er sich dasselbe von zu Hause hat selbst schicken lassen können.

Nach dieser Antwort schrieb Valášek eine Feldpostkarte an die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Neustadt an der Mettau, worin er aufmerksam machte, daß das gesandte Telegramm als falsch betrachtet wird und bat um Bestätigung und eventuelle Eruierung, wer das Telegramm geschickt hat. Die Bezirkshauptmannschaft bestätigte darauf, daß das abgesandte Telegramm richtig war und daß eine Beurlaubung dringend notwendig erscheint. Das Regimentskommando hat jedoch wiederum durch das Kompagniekommando die Beurlaubung des Josef Valášek nicht erteilt.

Obzwar im Regimentsbefehl immer der Mannschaft gesagt wurde, daß die kurzen Urlaube zur Durchführung der Zeichnung von Kriegsanleihe als wirkliche Urlaube nicht gelten und als solche der Mannschaft nicht angerechnet werden. Dies geschieht nach dem Erlasse des Kriegsministeriums.

Aber selbst, wenn das nicht der Fall wäre, hätte das Gefühl der Menschlichkeit verlangt, daß ein Regimentskommandant einem Soldaten Urlaub bewilligt, welcher sechs Jahre Dienstzeit hinter sich hat und zweimal verwundet wurde, damit er bei den letzten Augenblicken seiner Mutter verweilen kann und als einziger Sohn dieselbe zu Grabe begleiten kann.

Leider ist der Oberst Horzinek des Infanterieregiments Nr. 18 wegen seines grausamen Verhaltens bekannt und wird sich in der Zukunft noch Gelegenheit bieten, auch in anderer Hinsicht sein Vorgehen zu beleuchten.

Die Bezirkshauptmannschaft in Neustadt an der Mettau hat nach dem Tode der Mutter zur Austragung der Erbangelegenheiten neuerdings im amtlichen Wege das Regimentskommando um Bewilligung eines Urlaubes für den Valášek angesucht, was jedoch damit erledigt wurde, daß man demselben befohlen hat, nach Hause zu schreiben, daß er keinen Urlaub bekommen wird.

Zirka am 10. September wurde dem Josef Valášek von dem Kompagniekommando eine Vorladung von dem k. k. Bezirksgerichte in Neustadt an der Mettau vorgelegt, womit derselbe aufgefordert wird, am 17. September d. J. vor das genannte Gericht zur Verhandlung der Erbangelegenheiten seiner Mutter zu erscheinen. Das Kompagniekommando hat diese Vorladung dem Regimentskommando vorgelegt, welches jedoch darauf gar nicht reagiert hat.

Der Urlaub zur Ordnung der Erbangelegenheiten ist für Josef Valášek dringend notwendig. Die Mutter, welche bis zum letzten Atemzuge auf das Kommen ihres einzigen Sohnes gewartet hat, starb, ohne Testament gemacht zu haben. Es sind drei Erben vorhanden. Der 75 Jahre alte Gatte der Verstorbenen, welcher die ihm zugefallene Hälfte des Vermögens der Verstorbenen wegen seinem Alter nicht annehmen will, weiter der genannte einzige Sohn, Zugsführer Josef Valášek, welcher die ganze Erbschaft übernehmen soll und drittens sechs Kinder, Waisen nach dem im Jahre 1913 verstorbenen älteren Bruder des Josef Valášek, zu denen derselbe Vormund ist.

Der 75 Jahre alte Vater Franz Valášek, welcher vollkommen arbeitsunfähig ist, hat die Absicht, noch bei Lebzeiten die ganze Wirtschaft auf seinen einzigen Sohn in die Grundbücher amtlich übertragen zu lassen, wozu unbedingt die Anwesenheit des Josef Valášek notwendig ist.

Aus dem vorliegenden Sachverhalt geht hervor, daß dem genannten Josef Valášek ein Unrecht geschehen ist, und darum fragen die Unterfertigten:

„Ist Eure Exzellenz bereit, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit dem Zugsführer Josef Valášek des Infanterieregiments Nr. 18, 3. Kompagnie, Feldpost Nr. 282, zur Ordnung seiner dringenden unaufschiebbaren Familienangelegenheiten ein entsprechender Urlaub sofort gewährt wird?

Ist Eure Exzellenz bereit, den Unzukömmlichkeiten, welche bei diesem genannten Regimente bei Erteilung der Urlaube vorkommen, wobei auch der in der Regimentskanzlei amtierende Feldwebel Aust die Schuld trägt, das Augenmerk zuzuwenden, respektive die maßgebenden Faktoren darauf aufmerksam zu machen, damit solche Ungerechtigkeiten sich künftighin nicht wiederholen?“

Wien, 3. Dezember 1917.

	Udržal.	Kotlant.	Karel Exner.
Stříbrný.	A. Konečný.	Dr. Hübschmann.	Staněk.
Lisý.	Slavíček.	Dr. Baxa.	Fiedler.

1631
―
I

Anfrage

des

Abgeordneten Friedmann und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten.

Die Unterzeichneten stellen an den Herrn Ministerpräsidenten die Anfrage:

„Ob zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung bezüglich der Wiedereinführung der während des Krieges aufgehobenen Getreidezölle Vereinbarungen getroffen wurden und ob, falls dies zutrifft, der Herr Ministerpräsident bereit ist, diese Vereinbarungen dem Hause mitzuteilen?"

M. Friedmann.

Dr. Schürff.
Dr. Lodgman.
Hock.
Ganser.
Neumann.
Richter.
Kittinger.
Langenhan.

Dr. H. v. Oberleithner.
Dr. Heilinger.
Mayer.
Heine.
Denk.
Primavesi.
Dr. Waber.
Zenker.

1632
―――
I

Anfrage

des

Abgeordneten Otto Glöckel und Genossen an den Herrn Minister des Innern, betreffend eine unzulässige Agitation für die Zeichnung der 7. Kriegsanleihe.

Es ist begreiflich, daß sich die Regierung bemüht, die Zeichnungen für die 7. Kriegsanleihe möglichst zu fördern. Es ist bisher unbekannt geblieben, welche tauglichen Mittel angewendet wurden, um die Kriegsgewinner, für die die Zeit der größten Opfer und des schwersten Leides zur Gelegenheit zum Zusammenraffen ungeheurer Geldsummen wurde, ausgiebig zur Zuwendung hoher Beträge für die Kriegsanleihe zu zwingen. Hingegen werden durch Gesuchserledigungen der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Aussig Methoden offenbar, den Erfolg der Kriegsanleihe-Zeichnungen zu beeinflussen, die den entschiedensten Widerspruch hervorrufen müssen.

Die k. k. Bezirkshauptmannschaft Aussig verhängte in den letzten Wochen über Eigentümer kleiner landwirtschaftlicher Besitzungen Geldstrafen von je 50 K, weil sie „die Ihnen aufgetragene Kontingent-Buttermenge nicht regelmäßig geliefert und sich dadurch einer Übertretung der Kundmachung vom 3. September 1917, Z. 41813, schuldig gemacht haben. Gegen diese Straferkenntnisse wurden an die Statthalterei in Prag durch die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Aussig Rekurse eingelegt, die folgende merkwürdige vorläufige Erledigung fanden.

„K. k. Bezirkshauptmannschaft Aussig.

Z. 55.000.

Sie haben ein Gesuch an die k. k. Statthalterei in Prag wegen gnadenweisen Erlasses der über Sie verhängten Strafe eingebracht. Die Statthalterei legt Wert darauf, vor Entscheidung über dieses Gesuch die Höhe Ihrer Zeichnung zur 7. Kriegsanleihe zu erfahren. Sie werden daher aufgefordert, mir binnen acht Tagen die Höhe Ihrer Zeichnung sowie die Anstalt, bei welcher Sie die Zeichnung gemacht haben, bekanntzugeben. Es liegt in Ihrem Interesse, sich über die Zeichnung eines Ihrer Vermögensverhältnissen angemessenen Betrages zur 7. Kriegsanleihe auszuweisen.

Der k. k. Statthaltereirat:

Sigl."

Es sei bemerkt, daß dieses Schriftstück vervielfältigt ist, so daß man auf eine Massenerledigung im gleichen Sinne schließen kann. Trotzdem es sich um verschiedenartig zu behandelnde Straffälle dreht, erfolgt die Erledigung rein mechanisch und unter Anführung der gleichen Erledigungszahl. Es widerspricht dem einfachen Rechtsbewußtsein, daß die Entscheidung über eine Rechtsfrage von der Statthalterei in Prag abhängig gemacht wird von der Höhe der Zeichnung zur 7. Kriegsanleihe. Entweder liegt tatsächlich eine Übertretung und eine angemessene Strafe vor, dann soll man die Rekurse abweisen, oder aber es sind Gründe vorhanden, die zur Aufhebung der ersten Entscheidung ausreichen, dann darf der Umstand der Kriegsanleihezeichnung keine

Rolle spielen. Es handelt sich hier offenkundig um eine gar nicht maskierte Art der Erpressung und um eine Beugung des Rechtes.

Die Unterzeichneten fragen daher:

„1. Sind dem Herrn Minister diese Vorgänge bekannt?

2. Ist er bereit sofort diese völlig ungesetzlichen, das Rechtsbewußtsein des Volkes verletzenden Praktiken einzustellen und dafür zu sorgen, daß ausschließlich eine objektive und gerechte Beurteilung von Straferkenntnissen erfolgt?“

Wien, 3. Dezember 1917.

Otto Glöckel.

Polke.	David.
Forstner.	Hillebrand.
Schiegl.	Smitka.
K. Seitz.	Schäfer.
Müller.	Ellenbogen.
F. Skaret.	Max Winter.
Jos. Tomschik.	Reifmüller.
L. Widholz.	Rieger.
Resel.	Dr. K. Renner.
Bretschneider.	Pernerstorfer.
Sever.	Adler.
Volkert.	Seliger.

1633
———
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Heilinger und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister wegen Benachteiligung der Reserveoffiziere anläßlich des November-Avancements.

Der mit Erlaß des Kriegsministeriums vom 19. September d. J., Pr. Nr. 24884. festgesetzte Beförderungsumfang für November 1917 und das inzwischen erfolge November-Avancement weist neuerlich eine empfindliche Benachteiligung der Offiziere in der Reserve, im Verhältnis der Evidenz und des Landsturmes gegenüber den Offizieren des Aktivstandes auf. Während die Beförderung der Oberoffiziere des Aktivstandes aller Rangklassen und Waffengattungen inklusive der Sanitätstruppe und des Gendarmeriekorps für Bosnien und Hercegovina lediglich nach dem Range erfolgte und Fälle vorgekommen sind, daß aktive Offiziere mit kaum einwöchentlicher Frontdienstleistung zu Oberleutnants und Hauptleuten während des Krieges avancierten, wurde die Ernennung der Reserveoberleutnants vom Range 1; November 1914 zu Hauptleuten an die Erfüllung einer Reihe erschwerender Bedingungen geknüpft. Zu Hauptleuten wurden nur jene Oberleutnants der Reserve ernannt, die bis zum tourlichen Beförderungstermin (1. November) gerechnet, wenn auch mit Unterbrechungen während eines Zeitraumes von insgesamt sechs Monaten als Unterabteilungskommandanten im Frontdienst fungiert haben und sich dabei bewährten. Bei verwundeten oder erkrankten Oberleutnants in der Reserve wurden kleine Erleichterungen gewährt. Aber selbst dann, wenn der Reserveoberleutnant diese Bedingungen erfüllt hat, ist er noch weiter dadurch benachteiligt, daß von ihm eine längere Dienstzeit verlangt wird als vom aktiven Oberleutnant, der mit kürzerer Dienstzeit auch dann bedingungslos Hauptmann wird, wenn er den ganzen Feldzug in einer Schreibstube oder als Manipulationsoffizier, zum Beispiel im Kriegsministerium, beim Armeeoberkommando oder sonstwo im Hinterland mitgemacht hat.

Aber auch eine große Anzahl von Reserveoffizieren, die obige Bedingungen erfüllten, wurden nicht befördert, weil die zur Beförderungseingabe berufenen Stellen, infolge offenbar unrichtiger Auslegung des Kriegsministerialerlasses, von der Voraussetzung ausgingen, daß nur solche Reserveoffiziere befördert werden können, die sich am 1. November 1917 in aktiver Dienstleistung befanden. Der Beförderungstermin ist jedoch nach dem Wortlaut des Ministerialerlasses nur die zeitliche Grenze, bis zu welcher die Beförderungsbedingungen erfüllt sein müssen. Infolge der engherzigen Auffassung des Erlasses der Kriegsministeriums durch die Ersatzkaderkommanden blieben zahlreiche invalid klassifizierte, dem Reservestande entstammende Offiziere außer Dienst, die ihre Gesundheit für die Verteidigung des Vaterlandes geopfert haben und die durch Verwundung oder Kriegsstrapazen dienstuntauglich geworden sind, ferner alle jene Reserveoffiziere, die lange Zeit, viele unter ihnen zwei bis drei Jahre ununterbrochen im Felde gestanden sind und deren Enthebung als öffentliche Beamte im Hinblick auf die immer schwieriger werdenden Verhältnisse im Hinterlande ex offo, ohne ihr Zutun erfolgte, von der Beförderung ausgeschlossen. Während nun wie bereits erwähnt, für aktive Offiziere selbst jeglicher Mangel einer Felddienstleistung im Kriege kein Hindernis für die Beförderung bildet, sind mehrfach dekorierte Reserveoffiziere, deren viele zwei bis drei Jahre ununterbrochen im Felde standen nur deshalb von der Beförderung ausgeschlossen worden, weil sie aus Gründen für welche sie nicht verantwortlich gemacht werden können, am 1. November nicht in aktiver Dienstleistung standen. Noch krasser tritt das diesen Offizieren zugefügte Unrecht dadurch in Erscheinung, daß in militärischen Ämtern des Hinterlandes Dienst tuende aktive Offiziere, die

gar keine oder nur kürzere Felddienstleistung aufweisen, ohne weiteres befördert wurden, während in öffentlichen zivilen (Staats-) Ämtern Dienst tuende Reserveoffiziere, die eine lange Felddienstleistung im Kriege hinter sich haben, von der Beförderung ausgeschlossen wurden. Das vom Kriegsministerium im erwähnten Erlasse den Reserveofizieren bekundete geringe Wohlwollen ist besonders deutlich daraus ersichtlich, daß invalid klassifizierten Offizieren des Ruhestandes und „außer Dienst“, nur wenn sie dem Berufsstande entstammen, eine Beförderung ermöglicht ist, während dies bei Reserveoffizieren nicht vorgesehen ist.

Die Unterfertigten stellen daher an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister die Anfrage:

„Ist Seiner Exzellenz die empfindliche und ungerechtfertigte Benachteiligung der Reserveoffiziere, der Offiziere in der Evidenz und des Landsturmes beim letzten November-Avancement bekannt? Ist Seine Exzellenz bereit, das Entsprechende zu veranlassen, daß die in weiten Kreisen der Bevölkerung Verstimmung erregende Hintansetzung der Reserveoffiziere beim November-Avancement noch im Laufe dieses Jahres gutgemacht werde und in Hinkunft eine vollkommene Gleichstellung der aktiven und der Offiziere in der Reserve, im Verhältnisse der Evidenz und des Landsturmes hinsichtlich der Beförderung während des Krieges Platz greife?

Ist Seine Exzellenz geneigt, eingehende Aufschlüsse über die Motive zu erteilen, welche für die Abverlangungen für das November-Avancement der Reserveoffiziere maßgebend waren?“

Josef Mayer.	Dr. Heilinger.
Ganser.	Fahrner.
Dr. G. Gentili.	Knirsch.
Dr. Erler.	Dr. Hofmann.
Erb.	Herzmansky.
Gust. Richter.	F. Wagner.
L. Pongratz.	Pirker.
Hartl.	Wüst.
Dr. Neumann.	Dr. Schürff.

1634
I

Interpelacija

poslancev dr. Korošca, dr. Ravniharja in dr. Rybářa na celokupno ministrstvo v zadevi ustavitve delovanja slovenskih telovadnih društev „Sokol“ na Kranjskem, Štajerskem in Koroškem.

Meseca julija 1914 je bilo nenadoma ustavljeno delovanje slovenskih telovadnih društev „Sokol“ na Kranjskem, Štajerskem in Koroškem. Telovadno društvo „Sokol“ v Ljubljani je na primer dobilo odlok c. kr. policijskega ravnateljstva v Ljubljani od 26. julija 1914. št. 596/16/pr. te-le vsebine:

„Na podlagi ukaza vsega ministrstva z dne 25. julija 1914, drž. zak. št. 158, s katerim se odrejujejo izjeme od obstoječih zakonov, se v smislu § 6 zakona z dne 5. maja 1869, drž. zak. št. 66 od danes naprej vsako nadaljno delovanje naslovnega društva ustavlja in prepoveduje vsako prirejanje zborovanj. Kršitov te prepovedi se bi kaznovalo po § 9 zakona z dne 5. maja 1869, drž. zak. št. 66, oziroma po strožjih določilih kazenskega zakona.“

Odredba ne navaja nobenih razlogov, ki jih tudi biti ne morej, vsaj takih ne, ki bi bili utemeljeni v zakonu. Ne vemo torej, kaj so zakrivila omenjena telovadna društva, kar bi opravičevalo tako izjemno odredbo. Kot tako jo moramo tembolj smatrati, ker so druga telovadna društva v omenjenih kronovinah, zlasti nemška, smela nadaljevati svoje delovanje brez vsakega zadržka. Še več! Sokolska telovadna društva na Goriškem, Primorskem, v Dalmaciji in na Hrvaškem so nemoteno obstajala ter vršila svoje delovanje v smislu svojih pravil in stavljenega si namena. Prej navedene prepovedi si torej kratkomalo ne moremo razlagati, ako ne temelji na neosnovanih denuncijacijah ter neopravičljivi sumnji kakih podrejenih organov — uradnikov.

Obstoj prepovedi je pa dandanes tembolj neutemeljen, ker je dolgi potek svetovne vojne jasno pokazal, da je vsako sumničenje slovenskih telovadnih društev „Sokol“ docela brez temelja. Sokolske domove in telovadnice so društva radovoljno dala na razpolago za bolnice in vojaški upravi sploh. Nepristranska statistika nam daje dokaz, da je članstvo sokolskih društev utrpelo ogromnih žrtev na bojiščih. Niti enega slučaja ni bilo in ni, ki bi dal povod, sumničiti korektno obnašanje članov omenjenih sokolskih društev.

Podpisani poslanci se torej usojajo vprašati:

„1. Je li visoko celokupno ministrstvo pripravljeno, navesti razloge za ustavitev delovanja telovadnih društev „Sokol“ na Kranjskem, Štajerskem in Koroškem ob izbruhu svetovne vojne?

2. Je li visoko celokupno ministrstvo pripravljeno, nemudoma odrediti, da se omenjena prepoved razveljavi?

3. Je li visoko celokupno ministrstvo pripravljeno, povrniti prizadetim društvom materijelno škodo, ki jo utrpe vsled nenadne ustavitve svojega delovanja?

4. Je li visoko celokupno ministrstvo pripravljeno, pozvati na odgovor vse one činitelje, ki so provzročili bili odredbo, v stvari neutemeljeno, ki pa je vtegnila upravičeno razburjati vso slovensko javnost ter žaliti ves slovenski narod?“

Na Dunaju, 28. listopada 1917.

			Dr. Korošec.
Roškar.	Jarc.	Spinčić.	Dr. Ravnihar.
Dr. Dulibić.	M. Brenčič.	Pišek.	Dr. Rybař.
Dr. Fr. Jankovič.	Dr. Benkovič.	Fon.	Dr. Verstovšek.

Authentische Übersetzung.

1634
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Korošec, Dr. Ravnihar und Dr. Rybář an das Gesamtministerium, betreffend die Einstellung der Tätigkeit der slowenischen Turnvereine „Sokol" in Krain, Steiermark und Kärnten.

Im Monate Juli 1914 wurde die Tätigkeit der slowenischen Turnvereine „Sokol" in Krain, Steiermark und Kärnten plötzlich eingestellt. Der Turnverein „Sokol" in Laibach zum Beispiel erhielt einen Erlaß der k. k. Polizeidirektion in Laibach vom 26. Juli 1914, Z. 596/10 Pr., folgenden Inhaltes: „Auf Grund der Verordnung des Gesamtministeriums vom 25. Juli 1914, R. G. Bl. Nr. 158, mit welcher Ausnahmen von den bestehenden Gesetzen verfügt werden, wird im Sinne des § 6 des Gesetzes vom 5. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 66, von heute an jede weitere Tätigkeit des obgenannten Vereines eingestellt und jede Veranstaltung von Versammlungen verboten. Eine Verletzung des Verbotes würde nach § 9 des Gesetzes vom 5. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 66, beziehungsweise nach den strengeren Bestimmungen des Strafgesetzes geahndet werden."

Die Verfügung führt keine Gründe an, die es auch nicht geben kann, wenigstens nicht solche, die im Gesetze begründet wären. Wir wissen also nicht, was die erwähnten Turnvereine verschuldet haben, was eine solche Ausnahmsverfügung rechtfertigen würde, als eine solche müssen wir sie um so mehr ansehen, weil andere Turnvereine in den genannten Kronländern, insbesondere die deutschen, ohne jedes Hindernis ihre Tätigkeit fortsetzen durften. Noch mehr, die „Sokol"-Turnvereine im Görzischen, im Küstenland, in Dalmatien und in Kroatien bestanden ungestört weiter und übten ihre Tätigkeit im Sinne ihrer Statuten und des gesteckten Zieles aus. Das vorerwähnte Verbot können wir uns demnach kurzerhand nicht erklären, wenn es nicht auf unbegründeten Denunziationen sowie auf einem unentschuldbaren Haß gewisser untergeordneter Organe (Beamten) beruht.

Der Bestand des Verbotes ist aber heutzutage um so mehr unbegründet, weil der lange Verlauf des Weltkrieges klar gezeigt hat, daß jede Verdächtigung der slowenischen Turnvereine „Sokol" vollkommen ohne Grundlage ist. Die Vereine haben die Sokolheime und Turnhallen bereitwillig für Spitäler und der Militärverwaltung überhaupt zur Verfügung gestellt. Die unparteiische Statistik liefert uns den Beweis, daß die Mitgliedschaft der Sokolvereine ungeheure Opfer auf den Kampfplätzen gebracht hat. Weder gab es einen Fall, noch gibt es einen, der den Anlaß geben würde, das korrekte Verhalten der Mitglieder der erwähnten Sokolvereine zu verdächtigen.

Die unterfertigten Abgeordneten erlauben sich daher die Frage zu stellen:

„1. Ist das hohe Gesamtministerium bereit, die Gründe für die Einstellung der Tätigkeit der Turnvereine „Sokol" in Krain, Steiermark und Kärnten bei Ausbruch des Weltkrieges anzugeben?

2. Ist das hohe Gesamtministerium bereit, ungesäumt die Verfügung zu treffen, daß das erwähnte Verbot aufgehoben werde?

3. Ist das hohe Gesamtministerium bereit, den betroffenen Vereinen den materiellen Schaden zu ersetzen, den sie infolge der unerwarteten Einstellung ihrer Tätigkeit erleiden?

4. Ist das hohe Gesamtministerium bereit, alle jene Funktionäre zur Verantwortung zu ziehen, welche die in der Sache unbegründete Verfügung verursacht haben, die aber berechtigterweise die ganze slowenische Öffentlichkeit zu erregen und die ganze slowenische Nation zu kränken imstande war?"

Wien, 28. November 1917.

Dr. Korošec.
Roškar.
Dr. Ravnihar.
Dr. Dulibić.
Dr. Rybář.
Dr. Fr. Jankovič.
Spinčić.
Fon.
Dr. Verstovšek.
Dr. Benkovič.
Pišek.
Jarc.
Brenčič.

1635
I

Dotaz

poslance Lisýho a společníků na Jeho Excellenci ministra obchodu v příčině zásobování personálu vlakových pošt.

Excellence!

V odpovědi na dotaz ze dne 10. července 1917 v příčině zásobování personálu vlakových pošt uvádí se, že má možnost stravovati se v železničních kuchyních pro nádražní personál zřízených. Tato možnost jest z velké části ilusorní, poněvadž četné nádražní kuchyně zdráhají se personálu vlakových pošt poskytnouti vůbec potraviny vymlouvajíce se, že jich buď nemají nebo že o možnosti té vůbec zpraveny nebyly. Tak děje se na příklad na nádražích císaře Františka Josefa v Praze a ve Vídni.

Dále jest v odpovědi uvedeno, že personál vlakových pošt má možnost odebírati veškeré potraviny z nádražních potravinářských skladišť. Tato možnost neodpovídá vůbec skutečnosti. neboť personál ten nebyl ještě vůbec přijat, ačkoliv se na úřední vyzvání do nádražních potravinářských skladišť již více jak před dvěma měsíci přihlásil. Nádražní úřady v Čechách a příslušná jejich skladiště nebyla vůbec o možnosti zásobování personálu vlakových pošt vyrozuměna.

Personál vlakových pošt na příklad v Praze byl sice z obecních aprovisačních míst na základě těchto přihlášek vyloučen, avšak nádražním skladištím posud nepřidělen, čímž jeho situace byla ještě více zhoršena.

Podepsaní se proto táží:

„Hodlá Vaše Excellence tyto závady odstraniti a zásobování personálu vlkakových pošt zlepšiti?“

Dr. Šubrt.	Č. J. Lisý.
Dr. Baxa.	Exner.
Dr. Tobolka.	Dr. O. Hübschmann.
Votruba.	Konečný.
Pokorný.	Stříbrný.
V. Klofáč.	Prunar.
Dr. E. Formánek.	Ant. Kalina.

Authentische Übersetzung.

1635

I

Anfrage

des

Abgeordneten Lisý und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister, betreffend die Approvisionierung des Personals der Bahnposten.

Eure Exzellenz!

In der Beantwortung der Anfrage vom 10. Juli 1917, betreffend die Approvisionierung des Personals der Bahnposten wird ausgeführt, daß dieses Personal die Möglichkeit habe, sich in den für das Bahnhofpersonal eingerichteten Eisenbahnküchen zu verköstigen. Diese Möglichkeit ist jedoch zum großen Teil illusorisch, weil sich zahlreiche Bahnhofsküchen weigern, dem Personal der Bahnposten überhaupt Lebensmittel beizustellen, indem sie sich ausreden, daß sie dieselben entweder nicht besitzen, oder daß sie von einer solchen Möglichkeit überhaupt nicht verständigt worden sind. Das geschieht beispielsweise in den Bahnhöfen der Kaiser Franz Josefsbahn in Prag und in Wien.

Ferner wird in der Beantwortung gesagt, daß das Personal der Bahnposten die Möglichkeit habe, sämtliche Lebensmittel in den Bahnhoflebensmittelmagazinen zu beziehen.

Diese Möglichkeit entspricht überhaupt nicht den Tatsachen, denn dieses Personal wurde überhaupt noch nicht angenommen, obwohl es sich über amtliche Aufforderung bei den Bahnhoflebensmittelmagazinen bereits vor mehr als zwei Monaten angemeldet hat. Die Bahnhofämter in Böhmen und die betreffenden Magazine derselben wurden überhaupt noch nicht von der Möglichkeit der Versorgung des Personals der Bahnposten verständigt.

Das Personal der Bahnposten wurde zwar zum Beispiel in Prag von den Gemeindeapprovisionierungsstellen auf Grund dieser Anmeldungen ausgeschieden, den Bahnhofmagazinen jedoch bisher nicht zugewiesen, wodurch seine Situation noch mehr verschlechtert wurde.

Die Gefertigten fragen somit:

„Gedenkt Euer Exzellenz diese Hindernisse zu beseitigen und die Approvisionierung des Personals der Bahnposten zu verbessern?“

Wien, 30. November 1917.

		Pokorný.	Č. J. Lisý.
Dr. Tobolka.	Kalina.	Dr. Šubrt.	Exner.
Klofáč.	Dr. Formánek.	Dr. Hübschmann.	Konečný.
Dr. Baxa.	Votruba.	Stříbrný.	Prunar.

1636
I

Dotaz

poslanců Č. J. Lisýho, Rydla a Exnera a společníků na Jeho Excellenci ministra obchodu o větším přídělu petroleje pro domácí průmysl sklářský a tkalcovský.

V horských chudých okresích: Železnobrodsku, Semilsku, Vysocku n. J., Jilemnicku, Novoměstsku, Náchodsku, Červenokostelsku a Policku odkázána jest obyvatelstvo ve většině na domácí sklářství, ruční tkalcovství a výrobu papírové příze. Tato zaměstnání v nynější době válečné přinášejí dělnictvu velmi skrovné výdělky, a i ten jest lidu znemožnován malým — vlastně v mnohých případech — žádným přídělem petroleje, který při práci domácké sklářské i tkalcovské nevyhnutelně jest nezbytným.

Nedostatek petroleje, který se v jmenovaných okresích jeví, způsobuje, že domácí dělníci mohou jen pracovati za denního světla, čím výdělek jejich jest tak nepatrný, že nestačí na životní potřeby a tím mezi skláři a tkalci panuje přímo hlad. Vinu na tom nesou ony úřady, které nestarají se o to, aby domáckému dělnictvu bylo poskytnut dostatek petroleje ku provozování svého zaměstnání.

Upozorňujeme na to, že v soudních okresích německých, kde podobný průmysl se provozuje, je dostatek petroleje lidu vydáván.

Podepsaní se táží:

„Jsou Vaší Excellenci známy bídné poměry, které následkem nedostatečného přídělu petroleje pro sklářské a tkalcovské dělnictvo českých okresů nastaly a jest Vaše Excellence ochotna postarati se, aby domácí skláři a tkalci ruční a textilní dělníci, kteří pracují doma papírovou přízi dostali dostatek potřebného petroleje?

Jest Vaše Excellence ochotna postarati se o to, aby českým okresům byl stejně přidělován petrolej jako okresům německým?“

Č. J. Lisý.
Ant. Rydlo.
Exner.
Kalina.
Prunar.
Dr. Šubrt.
Dr. E. Formánek.
Votruba.
Pokorný.

Dr. Baxa.
Maštálka.
Slavíček.
Klofáč.
Konečný.
Dr. Tobolka.
Dr. Ot. Hübschman.
Stříbrný.

Authentische Übersetzung.

1636
I

Anfrage

der

Abgeordneten Č. Jos. Lisý, Rydlo, Exner und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister, betreffend eine reichlichere Petroleumzuweisung für die Glasmacher- und Weberhausindustrie.

In den armen Gebirgsbezirken Eisenbrod, Semil, Hochstadt a. d. J., Starkenbach, Neustadt, Nachod, Rotkostelez und Politz ist die Bevölkerung größtenteils auf die Glasmacherheimarbeit, Handweberei und Papiergarnerzeugung angewiesen. Diese Beschäftigungen bringen in der gegenwärtigen Kriegszeit der Arbeiterschaft sehr geringfügige Arbeitsverdienste und auch diese werden dem Volke durch kleine, eigentlich in vielen Fällen durch gar keine Zuweisung von Petroleum, welches bei der Heimarbeit der Glasermacher und Weber unumgänglich notwendig ist, unmöglich gemacht.

Der in den genannten Bezirken herrschende Petroleummangel hat zur Folge, daß die Heimarbeiter nur bei Tageslicht arbeiten können, wodurch ihr Arbeitsverdienst so geringfügig ist, daß er zur Bestreitung der Lebensbedürfnisse nicht ausreicht und dadurch unter den Glasmachern und Webern direkt Hunger herrscht. Die Schuld daran tragen jene Behörden, welche nicht dafür sorgen, daß den Heimarbeitern genug Petroleum zur Ausübung ihrer Beschäftigung zugewiesen werde.

Wir machen darauf aufmerksam, daß in den deutschen Nachbarbezirken, wo eine ähnliche Industrie betrieben wird, der Bevölkerung genug Petroleum ausgefolgt wird.

Die Gefertigten fragen:

„Sind diese elenden Verhältnisse, welche infolge unzulänglicher Petroleumzuweisung für die Glasmacher- und Weberarbeiterschaft der böhmischen Bezirke entstanden sind, Eurer Exzellenz bekannt und ist Eure Exzellenz geneigt, dafür Sorge zu tragen, daß die Glasmacher- und Handweberheimarbeiter sowie die Papiergarn erzeugenden Textilheimarbeiter das erforderliche Petroleum in genügender Menge bekommen?

Ist Eure Exzellenz bereit, dafür Sorge zu tragen, daß den böhmischen Bezirken das Petroleum in gleicher Weise zugewiesen werde, wie den deutschen Bezirken?"

Č. J. Lisý.
Rydlo.
Exner.
Konečný.
Dr. Formánek.
Dr. Tobolka.
Dr. Hübschmann.
Kalina.
Prunar.

Votruba.
Pokorný.
Maštálka.
Stříbrný.
Dr. Baxa.
Slavíček.
Klofáč.
Dr. Šubrt.

1637
I

Anfrage

des

Abgeordneten v. Semaka und Genossen an Ihre Exzellenzen die Herren Minister des Innern, Ernährungsminister und Minister für Landesverteidigung, betreffend die der Gemeinde Karancze (Bukowina) drohende Hungersnot.

Das Dorf Karancze in der Bukowina ist ganz nahe der russischen Grenze gelegen. Auf den Feldern von Karancze spielten sich gleich zu Beginn des Krieges heftige Schlachten ab und im Monate Jänner 1916 wurden die Einwohner dieser Grenzgemeinde aus strategischen Gründen nach den Gemeinden Kuczurmare, Michalcze und Kamena evakuiert.

In den kritischen Jahren wurden ihre Felder von niemand bebaut, die meisten Wohnhäuser und Nebengebäude sind von den k. u. k. Truppen auseinandergenommen und das Material für die Schützengräben verwendet worden.

Die gesamte Ernte aus diesem Jahre wurde sowohl von den reichsdeutschen als auch von unseren Truppen requiriert. So wurde die bereits geschnittene Frucht (Weizen und Korn) auf dem Felde von den Soldaten als Pferdefutter verwendet, dasselbe geschah mit dem noch unreifen Mais, der einfach abgemäht wurde. Die Kartoffeln wurden ausgegraben und dienten zur Verpflegung der Truppen. Den Karanczaer Insassen konnte somit von der heurigen Ernte fast gar nichts übrig bleiben, so daß dieser Gemeinde Hungersnot droht.

Die Schäden wurden sofort von der k. k. Gendarmerie unter Zuziehung von zwei gerichtlich beeideten Schätzleuten aufgenommen. Ein diesbezügliches Verzeichnis der Beschädigten ist der Bezirkshauptmannschaft Czernowitz vorgelegt worden. Bisher hat jedoch niemand von den Beschädigten eine Aushilfe bekommen.

Zur Hintanhaltung der drohenden Hungersnot wären folgende Vorkehrungen für Karancze notwendig:

a) An die Insassen von Karancze wären Maismehl und Kartoffeln in entsprechenden Quantitäten, und zwar den mittellosen unentgeltlich, den übrigen zu ermäßigten Preisen abzugeben.

Auch wären dieselben mit warmen Kleidern und Schuhen unentgeltlich zu versehen;

b) für das Vieh wäre Futter zu ermäßigten Preisen an die Viehbesitzer abzugeben, da sonst infolge Futtermangel der gesamte Viehstand zugrunde gehen müßte:

c) der der Bevölkerung zugefügte Schaden wäre den Betroffenen am schnellsten von Amts wegen zu ersetzen. Indessen sind denselben unverzüglich entsprechende Vorschüsse auszuzahlen.

Auf Grund des Dargestellten richten die Gefertigten an Ihre Exzellenzen die Herren Minister des Innern, Ernährungsminister und Minister für Landesverteidigung die Anfrage:

„1. Sind Ihren Exzellenzen die angeführten Umstände bekannt?

2. Was gedenken Ihre Exzellenzen zu veranlassen, um den durch den Krieg schwer betroffenen Insassen von Karancze in der Bukowina die ihnen drohende Gefahr des Hungertodes abzuwenden?"

Wien, 3. Dezember 1912.

Dr. Trylowskyj. Semaka.
Lawruk. Lukaszewicz. Wityk Dr. Eugen Lewickyj.
Dr. Lahodynskyj. Spenul. Dr. Smal-Stockyj. Dr. Leo Baczynskyj.

1638
I.

Dotaz

poslance Josefa Šamalíka a soudruhů na Jejich Excellence pana c. k. ministra veřejných prací a pana c. k. ministra zemské obrany ve příčině velkého poškození okresní silnice Blansko—Lažánky—Rudice, okres Boskovice, na Moravě, pro vozy s válečnými potřebami.

Silniční trať Blansko—Pojdom—Výškov jest — počínaje od Blanska-nádraží — až po odbočku Rudickou, v celkové délce $8^1/_2$ kilometrů, během války nadužívána povozy, jimiž odváží se hlína, písek a dříví pro válečné účely.

Každodenně projíždí trati tou mnoho povozů s těžkým nákladem, které silnici tu téměř úplně zničily. Jak bylo zjištěno komisionálním ohledáním silnice té dne 11. října t. r., nachází se silnice ve velmi špatném stavu, takže jízda po silnici té stává se už téměř nebezpečnou. Úprava silnice té vyžadovati bude nákladu 45.000 až 60.000 K.

Okresní silniční výbor blanenský nemůže tak velkého, mimořádného nákladu unésti, a vedle toho nemůže povozy k odvozu štěrku opatřiti, neboť veškery povozy v kraji tom jsou zrekvirovány pro odvoz válečných potřeb.

Silnice ta vede do Moravského Krasu a velké poškození její znemožňuje jízdu povozům i automobilům, čímž utrpí i návštěva kraje se strany výletníků, nebude-li silnice v brzké době sjízdnou učiněna.

Proto táží se podepsaní:

„Jsou Vaše Excellence ochotny učiniti příslušné kroky, aby okresnímu silničnímu výboru blanenskému byla ze státních prostředků povolena mimořádná vydatná podpora na znovuzřízení okresní silnice Blansko—Lužánky—Rudice a k provedení nezbytně nutných prací přiděleni buď zajatci nebo zbraně neschopní vojíni a dva vojenské nákladní automobily na odvoz štěrku?“

Ve Vídni, 29. listopadu 1917.

Jos. Šamalík.
Dr. Šubrt. Filipínský.
Fiedler. Dr. Hruban.
Dr. Franta. Dr. Stojan.
Dr. Tobolka. Valoušek.
Maštálka. Navrátil.

Authentische Übersetzung.

1638
I

Anfrage

des

Abgeordneten Josef Šamalík und Genossen an Ihre Exzellenzen den Herrn k. k. Minister für öffentliche Arbeiten und den Herrn k. k. Minister für Landesverteidigung, betreffend die starke Beschädigung der Bezirksstraße Blansko—Lažanek—Rudiß, Bezirk Boskowitz in Mähren, durch Fuhrwerke mit Kriegsbedarfsartikel.

Das Straßennetz Blansko—Poidom—Wischau wird von Blansko-Bahnhof bis zur Abzweigung nach Rudiß in einer Gesamtlänge von 8½ Kilometer während des Krieges von Fuhrwerken, mittels welcher Lehm, Sand und Holz für Kriegszwecke abgeführt wird, übermäßig benützt.

Diese Strecke wird alltäglich von vielen Fuhrwerken mit schwerer Ladung passiert, welche diese Straße beinahe ganz ruiniert haben. Wie durch die kommissionelle Besichtigung dieser Straße am 11. Oktober l. J. festgestellt worden ist, befindet sich diese Straße in einem sehr schlechten Zustande, so daß die Fahrt auf dieser Straße beinahe gefährlich wird. Die Instandsetzung dieser Straße wird einen Aufwand von 45.000 bis 60.000 K erfordern.

Der Bezirksstraßenausschuß in Blansko kann einen so hohen außerordentlichen Aufwand nicht tragen und überdies kann er auch keine Fuhrwerke zur Schotterabfuhr beschaffen, da sämtliche Fuhrwerke in dieser Gegend für die Abfuhr von Kriegsbedarfsartikeln requiriert sind.

Diese Straße führt in die mährische Schweiz und die starke Beschädigung derselben macht den Fuhrwerken und Automobilen die Fahrt unmöglich, wodurch auch der Besuch dieser Gegend durch Ausflügler leiden wird, falls die Straße nicht in kurzer Zeit fahrbar gemacht werden sollte.

Deshalb fragen die Gefertigten:

„Sind Ihre Exzellenzen geneigt, die entsprechenden Schritte zu unternehmen, damit dem Bezirksstraßenausschuß in Blansko eine ausgiebige außerordentliche Unterstützung aus Staatsmitteln zur Wiederherstellung der Bezirksstraße Blansko—Lažanek—Rudiß bewilligt werde und damit zur Durchführung der unumgänglich notwendigen Arbeiten entweder Kriegsgefangene oder waffenunfähige Soldaten und zwei militärische Lastautomobile zur Schotterabfuhr beigestellt werden?“

Wien, 29. November 1917.

Jos. Šamalík.

Navrátil.	Mašťálka.
Filipínský.	Dr. Stojan.
Dr. Šubrt.	Dr. Tobolka.
Fiedler.	Valoušek.
Dr. Hruban.	Dr. Franta.

1639
I

Dotaz

poslance Mil. Vojty a soudruhů k Jeho Excellenci panu c. k. ministru obchodu.

V nedostatku vyškoleného služebního personálu při c. k. poštovním úřadě Praha, Františkové nádraží, přibráni byli vojíni maďarského pluku čís. 51 a 68 k poštovní službě. Z počtu 70 přidělených mužů těchto maďarských pluků přistiženo bylo tyto dny v krátké době pouhých čtyr dnů celkem 17 mužů národnosti maďarské i s jejich velitelem, závodčím, při krádeži poštovních zásilek. Tito byli všichni ihned zatčeni a odvedeni. Případy takové nejsou ojedinělými a při bedlivější kontrole přišlo by se zajisté na více podobných případů.

Podepsaní táží se:

„Hodlá Vaše Excellence nahraditi tyto nespolehlivé maďarské vojíny spolehlivými poštovními zřízenci?“

Ve Vídni, 29. listopadu 1917.

Hyrš.	Vojta.
Mašata.	Dr. Tobolka.
H. Srdínko.	Klofáč.
Bukvaj.	Krž.
Žďárský.	Dr. Hübschmann.
Vodňanský.	Janovec.
Vacek.	Čech.
Donát.	Dr. Franta.
Dr. Baxa.	Feltl.
Funk.	Prošek.
Fiedler.	Pavlok.

Authentische Übersetzung.

1639
I

Anfrage

des

Abgeordneten Mil. Vojta und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Handelsminister.

Eure Exzellenz!

In Ermanglung geschulten Dienstpersonals beim k. k. Postamte Prag-Franz Josefsbahnhof wurden Soldaten der ungarischen Regimenter Nr. 51 und 68 zum Postdienste herangezogen. Von den 70 zugeteilten Soldaten dieser ungarischen Regimenter wurden dieser Tage in dem kurzen Zeitraum von bloß vier Tagen zusammen 17 Mann magyarischer Nationalität samt ihrem Kommandanten, dem Zugsführer, beim Stehlen von Postsendungen betreten. Sie wurden alle sofort verhaftet und abgeführt. Solche Fälle sind nicht vereinzelt und bei einer aufmerksameren Kontrolle würde man gewiß auf mehrere solche Fälle kommen.

Die Gefertigten fragen:

„Gedenkt Eure Exzellenz diese unverläßlichen ungarischen Soldaten durch verläßliche Postbedienstete zu ersetzen?"

Wien, 29. November 1917.

Prášek.	Mil. Vojta.
Mašatá.	Čech.
Bukvaj.	Pavlok.
Feltl.	Dr. Franta.
Zdárský.	Hyrš.
Krz.	Vacek.
Donát	Janovec.
Dr. Hübschmann.	Klofáč.
H. Srdínko.	Dr. Tobolka.
Dr. Baxa.	Funk.
Fiedler.	Vodňanský.

1640
I

Anfrage

des

Abgeordneten Seitz und Genossen an den Herrn Minister des Innern.

Gegen Ende des Jahres 1915 wendete sich die Ortsgemeinde Illyrisch-Castelnuovo (Podgrad) an den damaligen Kanzleidirektor in Volosca-Abbazia namens Johann Mogorovic mit dem Ersuchen, er möge bei ihr die Stelle eines Gemeindesekretärs annehmen. Erst nach langem Zögern entschloß sich Mogorovic, dem Verlangen zu willfahren. Er wurde am 31. März 1916, unter Zahl Upr 6/16, als Gemeindesekretär gegen einen Monatsgehalt von 240 K bestellt. Der k. k. Bezirkshauptmann Gazar Murad bezeichnete Herrn Mogorovic bei dieser Gelegenheit als einen der besten Beamten. Er wurde zunächst vom Militärdienst enthoben und wirkte in der Gemeinde bis zum 1. Oktober 1916. An diesem Tage wurde er plötzlich zur militärischen Dienstleistung zu seinem Ersatzbataillon nach Prag einberufen.

Warum? Weil bei einer im August 1916 in Belgrad vorgenommenen Hausdurchsuchung eine Anfrage gefunden wurde, durch welche sich Mogorovic im Juli 1910 bei der Redaktion der Belgrader „Politika" erkundigt hatte, ob er vielleicht irgendwo in Serbien eine Anstellung finden könnte, die er damals in Österreich vergebens angestrebt hatte.

Zugleich wurde gegen ihn beim k. k. Landes- als Strafgericht in Wien das Ermittlungsverfahren im Sinne des § 65 a St. G. eingeleitet, obwohl die ihm supponierte, im Jahre 1910 begangene Tat im schlechtesten Falle vor mehr als einem Jahre verjährt war.

Schon einige Tage nach seiner Einrückung wurde Mogorovic seitens des Gerenten der Gemeinde Illyrisch-Castelnuovo (eines k. k. Bezirksförsters) — offenbar im Einverständnisse mit der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Volosca-Abbazia — von seinem Amte entlassen.

Gegen diesen gesetzwidrigen und unmenschlichen Vorgang der Gemeinde Illyrisch-Castelnuovo (Entlassung und sofortige Einstellung der Gehaltsauszahlung infolge der Einrückung) hat Mogorovic einen Einspruch an die Landesverwaltungskommission für Istrien in Parenzo eingebracht.

Dieser Rekurs ist bis heute nicht erledigt. Die Schuld daran trägt offenbar der k. k. Bezirkshauptmann von Volosca-Abbazia, der der Ansicht zu sein scheint, daß Mogorovic noch zu wenig ins Elend gestoßen sei und dessen Lage noch durch die Erhebung einiger anderer vollkommen aus der Luft gegriffener Beschuldigungen verschlimmert hat. Für Mogorovic ist die für andere zum Segen gereichende Amnestie zum Fluch geworden, weil dadurch das gegen ihn schwebende Verfahren eingestellt und er derart außerstand gesetzt wurde, sich zu rechtfertigen und seine Unschuld zu erweisen. Alle seine Bitten und auch das Majestätsgesuch seiner Frau vom 15. September 1917 um Abtretung der Strafakten an ein Militärgericht und Durchführung einer Verhandlung waren vergebens. Überdies wird er trotz der wiederholten Verfügungen immer noch als „politisch unverläßlich" geführt. Eine von ihm persönlich bei dem Leiter der Bezirkshauptmannschaft

in Volosca-Abbazia, Geza Murad, vorgebrachte Bitte um Vidierung eines ihm durch das Gemeindeamt Volosca-Abbazia ausgestellten Sittenzeugnisses, daß er sich während seines dortigen Aufenthaltes in den Jahren 1911 bis 1916 einwandfrei benommen habe, welches Zeugnis ihm seinerzeit ausgestellt worden war, wurde abgelehnt, obwohl der Bezirkshauptmann im Jahre 1915 ein solches Zeugnis anstandslos vidiert hatte. Der Bezirkshauptmann scheint sich dafür rächen zu wollen, daß die Frau des Mogorovic sich um Hilfe an einen Reichsratsabgeordneten gewandt und dieser sich für Mogorovic verwendet hatte.

Mogorovic steht derzeit im militärischen Dienst und ist aller Mittel bar, so daß seine Frau mit ihrem Kind in der schrecklichsten Not lebt. Sie mußte zu ihrem Vater flüchten, zu einem alten Mann, der von einer Gendarmenpension per 150 K sich selbst, diese zwei Personen und noch eine Tochter zu erhalten hat.

Die Gefertigten stellen an den Herrn Minister des Innern die Anfrage:

„Ist der Herr Minister bereit, anzuordnen, daß die Bezirkshauptmannschaft Volosca-Abbazia den Rekurs des Herrn Mogorovic gegen die gesetzwidrige Entlassung aus den Diensten der Gemeinde Illyrisch-Castelnuovo und gegen die Einstellung der Gehaltsauszahlung pflichtgemäß sofort erledige?"

Ellenbogen.	K. Seitz.
Dr. K. Renner.	Glöckel.
Seliger.	David.
Adler.	F. Skaret.
Schäfer.	Leuthner.
Hillebrand.	Resel.
Volkert.	L. Widholz.
Sever.	Max Winter.
Pernerstorfer.	Bretschneider.
Smitka.	Forstner.
Polke.	Dr. Schacherl.

1641
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Wilhelm Neumann und Genossen an das Gesamtministerium, betreffend den Verkauf bedeutender Mengen österreichisch-ungarischer Silber- und Goldmünzen im neutralen Auslande.

Laut Mitteilung der „Wiener Zeitung“ vom 25. November 1917 bemerkte Generalsekretär v. Schmied in der am 24. November 1917 in Budapest abgehaltenen Generalratssitzung der Österreichisch-ungarischen Bank: „Nach der vor einigen Tagen erfolgten Verhaftung des bekannten Rubel- und Goldspekulanten Jakob Rabinowicz in Wien sank der bereits auf 21.000 K für das Kilogramm Feingold hinaufgetriebene Goldpreis sofort auf 18.000 K, um nach weiteren drei Tagen auf 15.000 K zurückzugehen.“

Die Verhaftung des Rabinowicz erfolgte, weil die Steuerbehörde die exekutive Sicherstellung einer ihm vorgeschriebenen Kriegsgewinnsteuer per 613.000 K verfügte und ein Polizeiagent feststellte, daß der Genannte zur Vereitlung dieser Exekution große Silbermengen beiseite schaffen wollte.

Im Zuge des Verfahrens ergab sich, daß der Genannte das Haupt einer großen über Österreich und Ungarn verbreiteten Organisation ist, welche während der Kriegsjahre außerordentlich bedeutende Mengen österreichisch-ungarischer Silber- und Goldmünzen aus dem Verkehre zog und im neutralen Auslande verkaufte.

Aus der Mitteilung des Generalsekretärs v. Schmied ist zu ermessen, wie sehr hierdurch unsere Valuta geschädigt wurde.

Um unsere Valuta zu schützen, wird die Einfuhr wichtiger Bedarfsartikel aus dem neutralen Auslande behindert, und das Treiben der erwähnten Organisation war deshalb geradezu von Gefahr für die Widerstandskraft des Staates.

Wir stellen deshalb an das Gesamtministerium die Anfragen:

„1. Womit erklärt es die Regierung, daß eine große über Österreich und Ungarn verbreitete Organisation durch Jahre unbemerkt außerordentlich bedeutende Mengen österreichisch-ungarischer Silber- und Goldmünzen aus dem Verkehre ziehen und zum Nachteile unserer Valuta im Auslande verkaufen konnte, und daß die Aufdeckung erst durch den Zufall einer energischen Steuerexekution erfolgte?

2. Gedenkt die Regierung künftig geeignete Maßnahmen, auch im neutralen Auslande, zu veranlassen, um derartige Umtriebe zu verhindern?

3. Werden gegen die Schuldigen Strafen beantragt werden, welche der Gefährlichkeit ihrer Handlungsweise für die höchsten staatlichen Interessen entsprechen?“

Wassilko. Fahrner. Spenul. Ofner.

Knirsch. Dr. Schürff. Semaka. Dr. Wodirsky.

Denk. Kemetter. Brandl. Hruska.

Dr. Wilh. Neumann. Pantz. Hock. Lukaszewicz.

1642
I

Interpellace

poslance dra. B. Franty a soudruhů o rekvisici zvonů, řízená k pánům ministrům vyučování a zeměbrany.

Jako konservátor obdržel jsem úžasné zprávy z některých okresů v Čechách o tom, jak proti udělenym příkazům rekvirují se staré, památné, umělecké zvony.

V okresu Dolních Královicích byl v listopadu rozbit a odvezen jediný zvon ve Všebořicích, vyňatý z rekvisice, ulitý roku 1483.

V Křenovicích u Ledče byl odvezen proti právu, poněvadž byl chráněn, zvon ze 14. století, mistrovské dílo mistra Petra z Písku.

V Čihošti u Ledče shozen z věže velice vzácný zvon ze 14. století, jeden z nejkrásnějších zvonů zachovaných z panování krále Václava IV.

Vojenský inženýr Bečwarowsky dával snímati ihned rozbíjeti i zvony chráněné proti předpisům a daným instrukcím. Dal bráti zúmyslně zvony staré, tedy velmi cenné a ponechával zvony novější, méně cenné. Získal tím nový material na další rekvisice, který již těžko bude lze chrániti.

Podepsaní táží se Jejich Excellencí pánů ministrů vyučování a zeměbrany:

„1. Je Vaším Excellencím známo, že drahé kulturní památky takovýmto způsobem zúmyslně se ničí?

2. Jsou Vaše Excellence ochotny učiniti přítrž těmto zjevům, jež kulturního státu jsou nedůstojny?“

Ve Vídni, 30. listopadu 1917.

Č. J. Lisý.	Dr. Franta.
Chaloupka.	Exner.
Dr. Ravnihar.	Votruba.
Funk.	Kotlant.
Dr. Koerner.	Dr. Velich.
Paďour.	Prunar.
J. V. Pokorný.	Dr. Víškovský.

Authentische Übersetzung.

1642
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. B. Franta und Genossen an den Herrn Minister für Kultus und Unterricht und den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Requisition der Kirchenglocken.

Als Konservator bekam ich aus einigen Bezirken in Böhmen erstaunliche Nachrichten darüber, wie entgegen den bestehenden Weisungen alte monumentale künstlerische Glocken requiriert werden.

Im politischen Bezirk Unterkralowitz wurde im November in Schebořitz die einzige von der Requisition ausgenommene, im Jahre 1483 gegossene Glocke zerschlagen und weggeführt.

In Křenowitz bei Ledeč wurde eine Glocke aus dem vierzehnten Jahrhundert, ein Meisterwerk des Meisters Peter aus Písek, obwohl sie geschützt war, widerrechtlich weggeführt.

In Cihošt bei Ledeč wurde eine sehr seltene Glocke aus dem vierzehnten Jahrhundert, eine der schönsten aus der Regierungszeit des Königs Wenzel IV. erhaltenen Glocken, vom Turme heruntergeworfen.

Der Militäringenieur Bečvarovský ließ, entgegen den Vorschriften und bestehenden Instruktionen, sogar geschützte Glocken herunternehmen und gleich zerschlagen. Er ließ absichtlich alte, somit sehr wertvolle Glocken herunternehmen und beließ neuere Glocken von geringerem Werte zurück. Er gewann dadurch ein neues Material für spätere Requisitionen, welches schon schwer zu schützen sein wird.

Die Gefertigten fragen Ihre Exzellenzen, den Herrn Minister für Kultus und Unterricht und den Herrn Minister für Landesverteidigung:

„1. Ist Ihren Exzellenzen bekannt, daß kostbare Kulturdenkmäler auf solche Weise absichtlich zerstört werden?

2. Sind Eure Exzellenzen geneigt, diesen, eines Kulturstaates unwürdigen Erscheinungen Einhalt zu tun?"

Wien, 30. November 1917.

Dr. Franta.
Pokorný.
Padour.
Chaloupka.
Dr. Velich.
Ravnihar.
Kotlant.

Exner.
Č. J. Lisý.
Votruba.
Prunar.
Funk.
Dr. Koerner.
Dr. Viškovský.

1643
I

Interpelacya

posła Witosa i towarzyszy do całego Ministerstwa w sprawie postępowania przy ustaleniu i wypłacie świadczeń wojennych w powiatach brzeskim i tarnowskim.

Mimo tego, że od czasu, gdy na rzecz państwa ludność poczyniła różnego rodzaju świadczenia wojenne, mija już rok czwarty, nie tylko że świadczeń tych nie wypłacono, choćby w minimalnej mierze, lecz w wielu powiatach albo nie przystąpiono jeszcze do ustalenia zgłoszonych pretensyi albo jeśli to uczyniono, czynności te prowadzone są w tak powolnym tempię, że gdyby w dalszym ciągu takie zastosowano postępowanie, całe dziesiątki lat musiałyby upłynąć, zanim te sprawy zostałyby w całości przeprowadzone.

Ponadto t. zw. postępowanie ugodowe prowadzone jest przez komisye powiatowe tak powolnie, szczególnie w powiecie brzeskim i tarnowskim, że interesowani, ażeby cośkolwiek mogli otrzymać, zrzekać się są zmuszeni nieraz większej części swoich zupełnie uzasadnionych pretensyi.

Wobec tego, że obowiązkiem państwa było natychmiastowe uiszczenie należytości za świadczenia wojenne, wobec tego, że dotąd tego wcale prawie nie uczyniono, z ogromną szkodą dla ludności tych powiatów w wysokim stopniu przez wojnę zniszczonych, a dotychczasowe postępowanie władz powołanych musi wzbudzać uzasadnioną obawę, że ludność ta długo jeszcze nie będzie w możności otrzymać swej należytości, lecz zostanie ponadto w wysokim stopniu skrzywdzona, tem więcej, że w drodze telegraficznej zarządzono wstrzymanie wypłat gotowych już operatów;

z uwagi, że ceny przyjęte za poszczególne przedmioty, podlegające pojęciu świadczeń wojennych są niezwykle niskie, że wskutek obniżenia się wartości monety bezustannie one jeszcze spadają, że wskutek przewłoki interesowani tracą wiele w procencie, jakiby uzyskać mogli, że nie są w stanie poczynić koniecznych wkładów w gospodarstwa, skutkiem czego one coraz więcej upadają, zapytują podpisani:

„Czy Wysokiemu Rządowi znane jest tego rodzaju postępowanie?

Co zamierza uczynić, ażeby interesowani jak najśpieszniej swoje należytości otrzymali?

Czy gotów jest pouczyć dotyczące komisye, że nie jest życzeniem Rządu obcinanie do minimum uzasadnionych pretensyi z tytułu świadczeń wojennych zgłoszonych?“

Witos.
Długosz.
Bomba.
Tetmajer.
Bojko.
Ruebenbauer.
Dobija.
Skarbek.

Dr. Biały.
Śmiłowski.
Jachowicz.
Lewicki.
Siwula.
Dyło.
Myjak.
Fila.

Ruthenische Übersetzung.

1643
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Witos und Genossen an das Gesamtministerium betreffend den Vorgang bei Feststellung und Vergütung von Kriegsleistungen in den Bezirken Brzesko und Tarnów.

Trotzdem seit der Zeit, als die Bevölkerung zugunsten des Staates verschiedenartige Kriegsleistungen verrichtet hat, bereits das vierte Jahr zu Ende geht, wurden sie nicht einmal im geringsten Ausmaße vergütet, in vielen Bezirken wurde auch bisher noch nicht an die Feststellung der angemeldeten Ansprüche herangetreten, und wo das bereits geschehen ist, werden die einschlägigen Verhandlungen derart schleppend geführt, daß, wenn ein solches Verfahren auch weiterhin beobachtet werden sollte, ganze Jahrzehnte vergehen müßten, bis diese Angelegenheiten vollständig bereinigt würden.

Überdies wird das sogenannte Ausgleichsverfahren durch die Bezirkskommissionen, namentlich in den Bezirken Brzesko und Tarnów, derart in die Länge gezogen, daß die Beteiligten, um wenigstens etwas erlangen zu können, oft gezwungen sind, auf einen größeren Teil ihrer vollkommen begründeten Ansprüche zu verzichten.

Da der Staat verpflichtet war, die Kriegsleistungen sofort zu vergüten und dieser Pflicht zum großen Schaden der durch den Krieg in hohem Grade vernichteten Bevölkerung bisher fast gar nicht nachgekommen ist und das bisherige Vorgehen der zuständigen Behörden befürchten läßt, daß diese Bevölkerung lange noch die ihr zukommende Vergütung nicht wird erhalten können, sondern daß sie überdies in hohem Grade geschädigt werden wird, zumal zuletzt die Einstellung der Liquidierung der bereits fertigen Operate im telegraphischen Wege verfügt wurde, da ferner einzelne im Wege der Kriegsleistungen in Anspruch genommene Gegenstände äußerst niedrig abgeschätzt wurden und die betreffenden Preise infolge Verminderung des Geldwertes ununterbrochen weiter sinken, da schließlich die Beteiligten infolge der Verzögerung der Auszahlung die Zinsen verlieren, die sie sonst erhalten könnten, und da sie infolge der Zurückhaltung ihrer Gebühren nicht imstande sind, die notwendigsten Aufwendungen in ihren Wirtschaften zu machen, weshalb die letzteren immer mehr untergehen, fragen die Gefertigten:

„Ist der hohen Regierung dieser Vorgang bekannt?

Was gedenkt sie zu unternehmen, damit die beteiligten Parteien baldmöglichst ihre Gebühren erhalten?

Ob sie geneigt ist, die betreffenden Kommissionen zu belehren, daß es den Intentionen der Regierung widerspricht, die begründeten Ansprüche auf Vergütung der angemeldeten Kriegsleistungen ad minimum herabzudrücken?"

Bomba.
St. Bialy.
Dobija.
Ruebenbauer.

Dlugosz.
Bojko.
Skarbek.
Tetmajer.

Jachowicz.
Fila.
Lewicki.
Myjak.

Witos.
Tilo.
Smilowski.
Siwula.

1644
I

Interpelacya

posłów Witosa, Dyły i towarzyszy do Jego Ekscellencyi pana Ministra obrony krajowej w sprawie brutalnego obchodzenia się z żołnierzami przez nadporucznika Kurza, komendanta trzeciej kompanii. 32. pułku strzelców w Bochni.

Dnia 23. września b. r. wydaliło się trzech żołnierzy 32. pułku strzelców w Bochni, należących do stojącej tam od trzech tygodni 53. marszkompanii, bez pozwolenia do swych domów, gdyż pozwolenia tego mimo próśb otrzymać nie mogli, ażeby przynieść sobie chleba, a w ten sposób zaspokoić głód, którego już więcej wytrzymać nie mogli.

Żołnierze ci Caboła Michał, Anioł Józef i Bieda Stanisław zjawili się już nazajutrz rano o 5. godzinie w kompanii wraz z przywiezionemi od rodzin swoich prowiantami.

Mimo to nadporucznik Kurz, z pochodzenia żyd, ukarał żołnierzy tych 10dniowym aresztem, przywiezione przez nich prowianty rozkazał podzielić pomiędzy całą kompanię.

Widząc to, jeden z żołnierzy, wymieniony już Caboła Michał, biedny wyrobnik z Tarnowa, służący od początku wojny, dzielny żołnierz zbiegły wśród największych niebezpieczeństw z niewoli rosyjskiej, że jego dotąd jeszcze nie zapłacone prowianty zostają komu innemu oddane, przywiedziony do rozpaczy, odezwał się: „Kiedy zabraliście mi wszystko, to możecie mnie teraz zastrzelić.“

Wtenczas wyż wymieniony nadporucznik Kurz w największej furyi przyskoczył do niego i chwyciwszy go ręką pod szyję, łżąc najwięcej obelżywemi wyrazami, pchnął go tak silnie, że Caboła co tylko do fosy nie upadł.

Biedny żołnierz, który wiernie służąc państwu, tylokrotnie odważnie śmierci zaglądał w oczy, będąc tak sponiewieranym i znieważonym, rozpłakał się z żalu, a żołnierze całej kompanii, solidaryzując się z nim, dawanych im prowiantów zupełnie nie tknęli, które też na rozkaz Kurza zostały oddane do kuchni wojskowej.

Gdy tego rodzaju postępowanie niektórych oficerów i podoficerów z steranymi w boju i pracy często posiwiałemi żołnierzami jest bardzo często nie tylko w Bochni ale w wielu innych miejscowościach praktykowane,

gdy coraz więcej jest wiadomym, że różni bohaterzy tyłowi znęcają się w sposób nieludzki, obrażający godność narodową i własną żołnierzy Polaków, zapytują podpisani:

„Czy Jego Ekscellencyi panu Ministrowi znane są fakta podobnego postępowania?

Co zamierza uczynić, ażeby winnych pociągnąć do surowej odpowiedzialności i podobnemu jak w Bochni postępowaniu nareszcie kres położyć?“

Tetmajer.	Witos.
Fila.	Dyło.
Bojko.	Lewicki.
Śmiłowski.	Dobija.
Kędzior.	Siwula.
Myjak.	Jachowicz.
Długosz.	Bomba.
Potoczek.	Skarbek.

Ruthenische Übersetzung.

1644
I

Anfrage

der

Abgeordneten Witos, Dyło und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die brutale Behandlung der Soldaten durch den Kommandanten der 3. Kompagnie des 32. Schützenregiments Oberleutnant Kurz in Bochnia.

Am 23. September d. J. begaben sich drei Soldaten des 32. Schützenregimentes in Bochnia, die der dort seit drei Wochen garnisonierenden 53. Marschkompagnie angehören, ohne Bewilligung nach Hause, weil sie diese Bewilligung trotz Bitten nicht erhalten konnten, trotzdem sie sich nur Brot holen wollten, um ihren Hunger zu stillen, den sie nicht mehr ertragen konnten.

Diese Leute namens Michael Cabola, Josef Aniol und Stanislaus Bieda meldeten sich mit den von ihren Familien gebrachten Lebensmitteln schon den nächsten Tag um fünf Uhr früh bei der Kompagnie; dessenungeachtet hat sie der Oberleutnant Kurz mit je einem zehntägigen Arrest bestraft und anbefohlen, die von ihnen mitgebrachten Lebensmittel unter die ganze Kompagnie aufzuteilen.

Als einer von diesen Soldaten, und zwar Michael Cabola, ein armer Taglöhner aus Tarnów und braver Soldat, der seit Beginn des Krieges dient und unter den größten Gefahren aus der russischen Gefangenschaft entkommen ist, gesehen hat, daß seine noch nicht bezahlten Lebensmittel anderen übergeben wurden, sagte er in seiner Verzweiflung: „Wenn Ihr mir alles weggenommen habt, könnet mich jetzt erschießen.“ Auf diese Worte hin sprang der Oberleutnant Kurz in der größten Furie an den Soldaten heran, packte ihn beim Halse und stieß ihn unter den gröbsten Ausdrücken so stark, daß Cabola beinahe in den Graben gefallen wäre.

Der arme Soldat, der treu dem Staate gedient und mehrmals dem Tode tapfer ins Gesicht geschaut hat, brach angesichts dieser Beschimpfung und Mißhandlung in Tränen aus und die Soldaten der ganzen Kompagnie haben zum Zeichen der Solidarität die ihnen übergebenen Lebensmittel gar nicht berührt, welche schließlich auf Befehl des Kurz der Militärküche überwiesen wurden.

Da ein derartiges Vorgehen einzelner Offiziere und Unteroffiziere gegenüber den in Kampf und Arbeit ermüdeten, oft ergrauten Soldaten nicht nur in Bochnia, sondern auch in vielen anderen Ortschaften öfters Platz greift, da ferner bekannt ist, daß verschiedene Hinterlandshelden in einer unmenschlichen, die nationale und die eigene Ehre der polnischen Soldaten verletzenden Weise die letzteren mißhandeln, fragen die Gefertigten:

„Sind Seiner Exzellenz dem Herrn Minister diese Tatsachen bekannt?

Was gedenkt er zu unternehmen, um die Schuldtragenden zur strengen Verantwortung zu ziehen und einem ähnlichen Vorgehen, wie es in Bochnia der Fall war, endlich das Ende zu bereiten?“

Skarbek.	Bomba.	Kędzior.	Witos.
Fila.	Tetmajer.	Jachowicz.	Dyło.
Śmiłowski.	Bojko.	Dobija.	Lewicki.
Myjak.	Długosz.	Potoczek.	Siwula.

1645
I

Interpelacija

poslancev Pišek, Dr. Pogačnik in tovarišev na Ekscelenci gospoda poljedelskega in železniškega ministra radi prevoznih dovoljenj za sadna drevesca.

Jesenski čas je letos posebno ugoden za nasad mladega drevja.

Posestniki so uvideli, da je sadjereja zelo koristna za splošno prehrano. Naročili so sadna drevesca, da jih vsade. Drevesnice pa so odklonile pošiljatev drevesc, ker ne dobe prevoznega dovoljenja po železnici.

Spomladi bo radi drugih nujnih del in pomanjkanja delavcev na sploh to delo zamujeno in ga ne bo mogoče nadomestiti.

Nujna dolžnost države je, da tudi med vojsko skrbi, da produkcijska sila poljedelstva in sadjereje ne zastane. Letošnja sadna letina je pokazala, kolike važnosti je umno sadjerejstvo za prehrano celotnega prebivalstva države.

Vprašamo torej Njiju Ekscelenci:

„Ali jima je znano, da kmetovalci južnih dežel ne dobe dovoljenja za prevoz sadnih drevesc, in ali sta pripravljena temu nedostatku takoj odpomoči.“

Dunaj, 30. novembra 1917.

Pišek.
Dr. L. Pogačnik.
J. Hladnik.
Benkovič.
Dr. Vukotić.
Fon.
Prodan.

Brenčič.
Dr. Rybář.
Fr. Demšar.
Dr. Verstovšek.
Dr. Jankovič.
Dr. Ravnihar.

Authentische Übersetzung.

1645
I

Anfrage

der

Abgeordneten Pišek, Dr. Pogačnik und Genossen an Ihre Exzellenzen den Ackerbauminister und Eisenbahnminister wegen Transportbewilligungen für Obstbäumchen.

Die Herbstzeit ist heuer besonders geeignet für die Pflanzung junger Bäume.

Die Grundbesitzer haben eingesehen, daß die Obstkultur für die allgemeine Ernährung sehr nützlich ist. Die Obstbaumschulen haben jedoch die Versendung von Bäumchen abgelehnt, weil sie keine Transportbewilligung auf der Bahn erhalten. Im Frühjahre wird wegen anderer dringender Arbeiten und wegen Mangel an Arbeitern überhaupt, diese Arbeit verspätet sein und wird nicht nachgeholt werden können.

Es ist dringende Pflicht des Staates, auch während des Krieges dafür zu sorgen, daß die Produktionskraft des Ackerbaues und der Obstkultur nicht zurückbleibe. Die heurige Obsternte hat gezeigt, von wie großer Wichtigkeit ein vernünftiger Obstbau für die Ernährung der Gesamtbevölkerung des Staates ist.

Wir stellen daher an Ihre Exzellenzen die Frage:

„Ob Ihnen bekannt ist, daß die Landwirte der südlichen Länder keine Bewilligung für den Transport von Obstbäumchen erhalten, und ob Sie bereit sind, diesem Übelstande sogleich abzuhelfen“.

Wien, 30. November 1917.

	Pišek.
Dr. Janković.	Dr. Pogačnik.
Jon.	V. Hladnik.
Prodan.	Dr. Ravníhar.
Dr. Verstovšek.	Dr. Benković.
Dr. Rybář.	Dr. Vukotić.
Fr. Demšar.	M. Brenčič.

1646
I

Interpelacija

poslancev Dr. Lovro Pogačnik in tovarišev na Njegovo Ekscelenco ministerskega predsednika radi uradnih potvorb krajevnih imen v slovenskih deželah.

V seznamu krajev in krajevnih občin iz leta 1915, katerega je izdala c. kr. statistična centralna komisija na Dunaju, opažamo z ogorčenjem, da so slovenska krajevna imena v deželah, kjer stanujejo ali Slovenci izključno sami za se ali pa pomešani z drugimi narodi (Nemci ali Italijani) po Koroškem, Štajerskem in Primorskem, docela vtajena in nameščena z grdimi nemškimi potvorbami. Pa tudi na Kranjskem, kjer prebiva le 5 % Nemcev, obsega seznam za vsako slovensko ime tudi nemško popačenko. Za primer navajamo le imena 7. volilnega okraja (Postojna), kjer ob ljudskem štetju ni bilo izvzemši par uradnikov, nobenega Nemca:

Kaltenfeld — Studeno.
Altendorf — Staravas.
Sagon — Zagon.
Salog — Zalog.
Sterniza — Strmca.
Bukuje — Bukovje.
Narein — Narin.
Kleinmeierhof — Mala Pristava.
Großmeierhof — Velika Pristava.
Neudirnbach — Nova Sušica.
Altdirnbach — Stara Sušica.
Deutschdorf — Nemška vas.
Dorn — Trnje.
Graz — Gradec.
Palitschje — Palčje.
Oberlesetsche — Gornje Ležeče.
Senosetsch — Senožeče.
Losize — Lozice.
Großpule — Veliko polje.
Kleinpule — Malo polje (Dobropolje).
Babenfeld — Babnopolje.
Radockendorf — Radohovavas.
Mautersdorf — Matenjavas.
Pröstranegg — Prestranek.
Saretschje — Zarečje.
Meretsche — Mejrečje.
Saretschiza — Barečica.
Jurschitz — Juršiče.
Killenberg — Kilovče.
Sagorje — Zagorje.
Schillertabor — Šilen tabor.
Unterurem — Dolnje Vrenco.
Hrenowitz — Hrenovice.
Großberdo — Veliko Brdo.
Kleinbrdo — Malo Brdo.
Witousche — Otošče.
Iggendorf — Iga vas.
Kosarsche — Kozarišče.
Lipsein — Lipsejn.
Uschenk — Viševik.
Podlaas — Podlož.
Bösenberg — Hudivrh.
Großoblak — Velike Bloke.
Großberg — Veliki Vrh.

Opozorjamo, da so zgorej navedena nemška imena za uradno vporabo v vsakem oziru popolnoma nepotrebna. Kajti po večini so le potvorbe slovenske besede, nekatere kakor n. pr. Schillertabor za slovenski Šilen tabor pa naravnost bedaste, ker Šilen tabor s kakim Schillerjem ni imel nikdar opravka. Te potvorbe delajo naravnost sramoto avstrijskemu uradovanju.

Tudi ne pridobi nemški jezik s krajevnimi imeni kakor Oberlesetsche, ali Unterurem, ali Pröstranegg na svojem blagoglasju prav nič.

Da bi bilo iz vojaškostrategičnih ozirov potrebno obdržati še dalje te skovanke, ni res. Sedanja vojna nas je naučila ravno nasprotno. Vojak mora na karti najti samo tako krajevno ime, kakor ga ljudstvo v dotičnem kraju res pozna in govori. Znano nam je obilo slučajev, da vojaki ki ne znajo slovenščine, sprašujejo po dotičnem kraju z nemško skovanko, a nihče jim ne more povedati, kje je, ker ljudstvo teh spak ne pozna.

Jasno je, da so taka imenovanja le kaprica tujega uradništva, ki hoče germanizirati naše zemlje in s tem zatajiti njih značaj; s tem pa odtujuje naše zvesto in pošteno ljudstvo državi in vladarski hiši.

Kot kuriozum te germanizatorične tendence navajamo najnovejši kričeči slučaj. Ko je pred par meseci napravila južna železnica na kranjsko-primorski meji v bližini kraja Gaberk blagovno postajališče, je nameravala dati postajališču ime po kraju. Toda vsled nekega „višjega povelja“-menda od strani nekega vojaškega železniškega poveljstva, je dobilo postajališče samonemško ime Krainer End. Ta oznaka žali tamošnje prebivalstvo. Odločno proti temu protestiramo in ponavljamo staro zahtevo našega ljudstva, da se takoj neha v naših od slovenskega ljudstva naseljenih krajih taka nesramna germanizacija. Zahtevamo, da v samoslovenskih krajih obveljajo samoslovenska imena, v narodnomešanih krajih pa poleg tujerodnega na prvem mestu pravilno slovensko ime.

Vprašamo Njegovo Ekscelenco:

„Ali so mu te naše ljudstvo žaleče razmere znane, in ali je Njegova Ekscelenca voljna te neredností v interesu države in javnega reda čimprej odstraniti.“

Dunaj, 30. novembra 1917.

Jarc.	Dr. Lovro Pogačnik.
M. Brenčič.	Fon.
Gostinčar.	Benkovič.
J. Hladnik.	Pišek.
Pogačnik.	Roškar.
Dr. Rybář.	Prodan.
Fr. Demšar.	Dr. Ravnihar.
Dr. Verstovšek.	Dr. Jankovič.

Authentische Übersetzung.

1646
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Lovro Pogačnik und Genossen an Seine Exzellenz den Ministerpräsidenten wegen der amtlichen Verstümmlungen der Ortsnamen in den slowenischen Ländern.

Im Verzeichnisse der Ortschaften und Ortsgemeinden aus dem Jahre 1915, welches von der k. k. Statistischen Zentralkommission in Wien herausgegeben wurde, bemerken wir mit Entrüstung, daß die slowenischen Ortsnamen in Ländern, in welchen die Slowenen entweder ausschließlich für sich allein oder aber gemischt mit anderen Nationen (Deutschen und Italienern) wohnen, in Kärnten, Steiermark und im Küstenlande, vollkommen unterdrückt und durch abscheuliche deutsche Verstümmlungen ersetzt sind. Aber auch in Krain, wo nur 5 Prozent Deutsche wohnen, enthält das Verzeichnis für jeden slowenischen Namen auch eine deutsche Verhunzung. Als Beispiel führen wir nur die Namen des 7. Wahlbezirkes (Postojna — Adelsberg) an, wo es bei der Volkszählung, mit Ausnahme von ein paar Beamten, keinen einzigen Deutschen gab:

Kaltenfeld — Studeno.
Altendorf — Stara vas.
Sagor — Zagor.
Salog — Zalog.
Sterniza — Strmca.
Bukuje — Bukovje.
Narein — Narin.
Kleinmeierhof — Mala Pristava.
Großmeierhof — Velika Pristava.
Neudirnbach — Nova Sušica.
Altdirnbach — Stara Sušica.
Deutschdorf — Nemška vas.
Dorn — Trnje.
Graz — Gradec.
Palitschje — Palčje.
Oberlesetsche — Gornje Ležeče.
Senosetsch — Senožeče.
Losize — Lozice.
Großpule — Veliko polje.
Kleinpule — Malo polje (Dobropolje).
Babenfeld — Babnopolje.
Radockendorf — Radohova vas.
Mautersdorf — Matanja vas.
Pröstranegg — Prestranek.
Saretschje — Zarečje.
Meretsche — Mejrečje.
Saretschiza — Zarečica.
Jurschitz — Juršiče.
Killenberg — Kiloviče.
Sagorje — Zagorje.
Schillertabor — Šilen tabor.
Unterurem — Dolnje Vrenee.
Hrenowitz — Hrenovice.
Großberdo — Veliko Brdo.
Kleinberdo — Malo Brdo.
Witousche — Otošče.
Iggendorf — Iga vas.
Kosarsche — Kozarišče.
Lipsein — Lipsejn.
Uschenk — Viševik.
Podlaas — Podlož.
Bösenberg — Hudi vrh.
Großoblah — Velike Bloke.
Großberg — Veliki Vrh.

Wir machen aufmerksam, daß die oben angeführten deutschen Namen für den Amtsgebrauch in jeder Hinsicht vollkommen überflüssig sind. Denn

der Mehrzahl nach sind es nur Verstümmlungen der slowenischen Namen, einige, wie zum Beispiel Schillertabor für das slowenische Šilen tabor, aber geradezu dumm, weil Šilen tabor mit einem Schiller niemals etwas zu tun hatte. Diese Verstümmlungen sind geradezu eine Schande für die österreichische Amtierung.

Auch gewinnt die deutsche Sprache mit den Ortsnamen, wie Oberlesetsche oder Unterurem oder Pröstranegg, absolut nichts an ihrem Wohllaute.

Daß es aus militärisch-strategischen Rücksichten notwendig wäre, diese künstlichen Namensbildungen noch weiter beizubehalten, ist nicht wahr. Der gegenwärtige Krieg hat uns gerade das Gegenteil gelehrt. Der Soldat kann auf der Karte nur einen solchen Ortsnamen finden, wie ihn das Volk in der betreffenden Gegend wirklich kennt und spricht.

Es sind uns eine Menge Fälle bekannt, daß Soldaten, die die slowenische Sprache nicht verstehen, nach dem betreffenden Orte mit der deutschen Ortnamensbildung fragen, aber es kann ihnen niemand eine Auskunft geben, wo der Ort ist, weil das Volk ein solches Unding eines Namens nicht kennt.

Es ist klar, daß solche Benennungen nur eine Kaprize der fremden Beamtenschaft sind, die unsere Länder germanisieren und damit ihren Charakter verleugnen will; dadurch aber entfremdet sie unser treues und ehrliches Volk dem Staate und dem Herrscherhause.

Als Kuriosum dieser germanisatorischen Tendenz führen wir den neuesten schreienden Fall an. Als vor einigen Monaten von der Südbahn an der krainisch-küstenländischen Grenze in der Nähe des Ortes Gaberk eine Güterhaltestelle errichtet wurde, hatte sie die Absicht, der Haltestelle nach dem Orte den Namen zu geben. Doch infolge eines „höheren Befehles“ — vielleicht von seiten irgend eines militärischen Bahnkommandos — erhielt die Haltestelle lediglich den deutschen Namen „Krainer End“. Diese Bezeichnung beleidigt die dortige Bevölkerung. Wir protestieren entschieden dagegen und wiederholen die alte Forderung unseres Volkes, daß in unseren vom slowenischen Volke besiedelten Gegenden eine solche unverschämte Germanisation sofort aufhöre, daß in rein slowenischen Gegenden nur die slowenischen Namen Geltung erhalten, in den national gemischten Gegenden aber neben dem fremden Namen an erster Stelle der richtige slowenische Name stehe.

Wir stellen an Seine Exzellenz die Frage:

„Ob ihm diese unser Volk beleidigenden Verhältnisse bekannt sind und ob Seine Exzellenz gewillt ist, diese Ordnungswidrigkeiten im Interesse des Staates und der öffentlichen Ordnung so bald als möglich abzuschaffen?“

Wien, 30. November 1917.

Josef Pogačnik.	Dr. Lovro Pogačnik.
V. Hladnik.	Fon.
Pišek.	Dr. Benković.
Roškar.	Prodan.
Dr. Korošec.	Dr. Janković.
Dr. Ravnihar.	M. Brenčič.
Jarc.	Gostinčar.
Fr. Demšar.	Dr. Rybář.

1647
I

Interpelacya

posła J. Jachowicza i towarzyszy do Jego Ekscellencyi pana Ministra obrony krajowej w sprawie odszkodowania rodzinom za niewinnie straconych Szymana Nisioła, Franciszka Kłopota z Woli Żarczyckiej, Grzegorza Wańczyka i syna Michała z Jelny, powiat Łańcut w Galicyi.

W październiku roku 1914, kiedy wojska austryacko-węgierskie cofały się przed nieprzyjacielem, w niektórych miejscowościach popełniały wprost przerażające nadużycia i pastwiły się nad spokojnymi niewinnymi mieszkańcami gmin wiejskich i miasteczek.

Za wszystko, co uczyniło społeczeństwo w obronie państwa, ponosząc jak największe ofiary i ciężary, jakie tylko wojna przynieść mogła i jakich od niego żądano, postępowano i obchodzono się z ludnością nie jak w kraju koronnym, wyniszczonym walkami, przemarszami wojsk tak swoich jak i nieprzyjacielskich, ale jak z krajem zbuntowanym nieprzyjacielskim.

Niszczono, rabowano, zabijano i wieszano bez żadnych sądów i dochodzeń każdego, co się nie podobał władzy wojskowej, jak tylko odważył się wypowiedzieć słówko w obronie swego mienia.

Z jakiego to powodu czyniono, trudno przypuszczać.

Za przykład mogą posłużyć następujące fakta: Dnia 19. października 1914 roku, kiedy oddziały wojsk węgierskich honwedów Nr. 11 i 12 i tren przechodził, zatrzymał się dla odpoczynku w gminie Wola Żarczycka w powiecie Łańcut. Po północy tego dnia żołnierz owego oddziału zaczął dobijać się do drzwi gospodarza Szymona Nisioła, a ponieważ właściciel domu drzwi mu nie otworzył, wyłamał okno i wszedł do stancyi, rabując mienie gospodarza.

Szymon Nisioł, widząc postępowanie owego żołnierza, począł go prosić, gdy to nie odniosło skutku, zawołał do pomocy swojego szwagra włościanina Franciszka Kłopota i obaj rozpoczęli prosić ponownie żołnierza, aby im krzywdy nie wyrządzał (jak świadczą zeznania), a kiedy i ta prośba nie pomogła, a raczej kiedy ów żołnierz chciał użyć broni, ubezwładnili go i powiązali.

Po owym zajściu udał się jeden z włościan na plebanię, aby zawiadomić komendę, do której ów żołnierz należał.

Komendant wysłał natychmiast kilkunastu oficerów, którzy bez wszelkiego przesłuchania rozkazali powiesić obydwóch włościan w obecności rodzin i wielu mieszkańców gminy.

Szymon Nisioł jako wdowiec osierocił siedmioro małoletnich dzieci, którzy zostali bez opieki rodzicielskiej i bez środków do życia, Franciszek Kłopot zaś zostawił żonę i dziecko.

Drugi wypadek zaszedł w sąsiedniej wiosce gminie Jelna tego samego powiatu, albowiem zabrano Grzegorza Wańczyka i syna Michała 17letniego, niewiadomo z jakiego powodu uprowadzono, i jak wieści krążą, miano ich również powiesić w lesie bez dochodzeń, gdyż od roku 1914 wieść o nich zupełnie zaginęła. W największej nędzy i niedostatku pozostała żona z małemi dziećmi. Podobnych wypadków jest w powiecie wiele więcej.

Wobec niedającego się niczem usprawiedliwić podobnego barbarzyńskiego postępowania, które wywołać musiało oburzenie w całej okolicy, która znała wymienionych jako lojalnych obywateli państwa i ludzi jak najlepszych konduitów, że wskutek podobnego postępowania pozbawiono ludzi życia i osierocono rodziny, przeto podpisani zapytują Jego Ekscellencyę pana Ministra obrony krajowej:

„Czy znane są Mu wyż podane fakta?

Co zamierza uczynić, aby winnych pociągnąć do odpowiedzialności?

Czy nie byłby skłonny wydać stosowne zarządzenie, aby pozostałym wdowom i sierotom, którym żywicieli niewinnie stracono, przyjść z pomocą i egzystencyę zabezpieczyć?“

J. Jachowicz.

Witos. Dyło.
Bojko. Lewicki.
Rusin. Siwula.
Bomba. Śmiłowski.
Dobija. Madej.
Myjak. Tetmajer.
Średniawski. Fila.
Długosz. Łyszczarz.

Authentische Übersetzung.

1647
I

Anfrage

des

Abgeordneten J. Jachowicz und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Entschädigung der Familien der unschuldig hingerichteten Simon Nisiol, Franz Klopot aus Wola Zarczycka, Gregor Wańczyk und seines Sohnes Michael aus Jelna, Bezirk Łańcut, in Galizien.

Als im Oktober 1914 die österreichisch-ungarischen Truppen sich auf dem Rückzuge vor dem Feinde befanden, haben sie in den einzelnen Ortschaften direkt schauerliche Mißbräuche begangen, indem sie bei den ruhigen unschuldigen Einwohnern in den Dörfern und Marktgemeinden ihren Zorn ausgelassen haben.

Für alles, was die Bevölkerung zur Verteidigung des Staates mit allergrößten Opfern und Lasten, die nur der Krieg mit sich bringen kann und die von ihr verlangt wurden, getan hat, wurde sie nicht wie die Bevölkerung eines durch die Kämpfe und Durchmärsche von eigenen und feindlichen Truppen vernichteten Kronlandes, sondern wie die Bevölkerung eines feindlichen Landes behandelt.

Jeder, der der Militärbehörde mißfallen hat, wurde ohne Gericht und Untersuchung vernichtet, ausgeraubt, getötet und gehängt, falls er sich getraute, nur ein Wort zur Verteidigung seines Vermögens auszusprechen. Worauf ein solcher Vorgang zurückzuführen ist, ist schwer zu erraten.

Als Beispiel mögen folgende Tatsachen dienen: Am 19. Oktober 1914 machten Abteilungen der ungarischen Honveds Nr. 11 und 12 sowie der Train in der Gemeinde Wola Zarczycka, Bezirk Łańcut, Rast. Nach Mitternacht suchte ein Soldat dieser Abteilung mit Gewalt in die Wohnung des Landwirtes Simon Nisiol zu kommen und da dieser ihm die Tür nicht aufmachte, brach er das Fenster aus und kam auf diese Weise in das Zimmer des Landwirtes, wo er raubte.

Angesichts dieses Vorgehens des Soldaten bat ihn Simon Nisiol, vom Raub abzusehen; als diese Bitte jedoch von keinem Erfolg begleitet war, rief er seinen Schwager Franz Klopot zu Hilfe und beide begannen laut der Depositionen den Soldaten zu bitten, er möge sie nicht schädigen. Als auch diese Bitte nicht fruchtete und der Soldat von der Waffe Gebrauch machen wollte, haben sie ihm die Waffe weggenommen und ihn gebunden.

Nach diesem Vorfalle begab sich einer der Landwirte auf die Pfarre, um dem Kommando, dem dieser Soldat angehörte, von dem Vorfall die Mitteilung zu machen. Der Kommandant hat sofort mehrere Offiziere hinausgeschickt, die ohne jede Einvernahme die beiden Landwirte in Gegenwart der Familien und einer großen Anzahl der Einwohner aufhängen ließen.

Simon Nisiol, der Witwer war, hat sieben minderjährige Kinder zu Waisen gemacht, die ohne elterliche Fürsorge und ohne irgendwelche Mittel zum Leben zurückgeblieben sind; Franz Klopot ließ die Frau und ein Kind zurück.

Ein zweiter Fall dieser Art ereignete sich in der benachbarten Gemeinde Jelna, desselben Bezirkes,

wo aus unbekannter Ursache Gregor Wańczyk und sein 17jähriger Sohn Michael entführt und nach den zirkulierenden Gerüchten gleichfalls im Walde ohne jede Untersuchung gehängt wurden, da beide seit dem Jahre 1914 vollkommen verschollen sind. In der größten Notlage blieb die Frau mit den kleinen Kindern zurück. Viele ähnliche Vorfälle haben sich in dem Bezirke ereignet.

Angesichts dessen, daß dieser barbarische Vorgang nicht gerechtfertigt werden kann und in der ganzen Gegend Entrüstung hervorgerufen hat, weil die angeführten Personen als loyale Staatsbürger bekannt waren und sich des besten Leumundes erfreuten, da ferner infolge dieses Vorganges das menschliche Leben zugrunde gegangen ist und die Familien verwaist wurden, fragen die Gefertigten Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung:

„Sind ihm die obigen Tatsachen bekannt?

Was gedenkt er zu unternehmen, um die Schuldtragenden zur Verantwortung zu ziehen?

Ob er geneigt ist, die entsprechende Verfügung zu treffen, um den zurückgebliebenen Witwen und Waisen, deren Ernährer unschuldig hingerichtet wurden, die Hilfe angedeihen zu lassen und ihre Existenz sicherzustellen?"

Średniawski.	J. Jachowicz.
Tetmajer.	Bojko.
Długosz.	Dyło.
Dobija.	Siwula.
Myjak.	Witos.
Madej.	Rusin.
Filo.	Bomba.
Łyszczarz.	Smiłowski.

1648
I

Interpelacya

posła Dobiji i towarzyszy do Jego Ekscellencyi pana Ministra żywnościowego w sprawie zaniechania ograniczenia rekwizycyi ziemniaków w powiecie wadowickim.

W gminie Wieprz, powiat Wadowice, nałożono nadmierną rekwizycyę przez c. k. Starostwo w ilości 20 wagonów ziemniaków.

Tak wysokiego kontyngentu gmina bezwarunkowo nie jest w stanie oddać, chyba że się ją przemocą ogłosi do ostatniego ziemniaka.

Wszak rok obecny, z powodu posuchy, to rok ogólnej klęski w kraju. Ludność bezrolna już głoduje, a zamożniejsza brak zboża uzupełnia ziemniakiem, o ile go posiada.

Ludność Wieprza, rozumiejąc potrzeby państwowe, wezwana, złożyła co było możliwem (sześć wagonów ziemniaków.) Starostwo Wadowice jednak obstaje przy 20 wagonach i grozi, że takowe bez zapłaty przymusowo zabierze.

Wobec takiego stanu rzeczy zapytują podpisani:

„Czy Jego Ekscellencyi panu Ministrowi znany jest stan w wyż wspomnianem powiecie i co zamyśla uczynić, aby tego rodzaju nieprawności usunąć?“

Średniawski.	Dobija.
Siwula.	Rauch.
Matakiewicz.	Angerman.
J. Jachowicz.	Dyło.
Witos.	Dr. Wróbel.
Rychlik.	Lewicki.
Skarbek.	Potoczek.
Gall.	Tetmajer.
Madej.	Śmiłowski.
Czaykowski.	Serwatowski.

Authentische Übersetzung.

1648
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dobija und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ernährungsminister, betreffend die Beschlagnahme von Kartoffeln im Bezirke Wadowice.

In der Gemeinde Wieprz, Bezirk Wadowice, hat die k. k. Bezirkshauptmannschaft 20 Waggons Kartoffeln requiriert. Ein so übermäßig hohes Kontingent vermag die Gemeinde absolut nicht zu liefern, es sei denn, daß ihr zwangsweise alles bis auf die letzte Kartoffel weggenommen wird. Das heurige Jahr hat doch infolge der Dürre die allgemeine Notlage im Lande herbeigeführt. Die arme Bevölkerung hungert dort schon jetzt, die vermögendere dagegen trachtet den Mangel an Getreide mit Kartoffeln zu ersetzen, soweit sie die letzteren besitzt.

Die Bevölkerung der Gemeinde Wieprz hat aus Erkenntnis für die Bedürfnisse des Staates geliefert, was sie konnte (sechs Waggons Kartoffeln). Die Bezirkshauptmannschaft in Wadowice besteht aber auf der Lieferung von 20 Waggons und droht, daß sie dieselben ohne Vergütung zwangsweise beschlagnahmen werde. Angesichts dessen fragen die Gefertigten:

„Ist Seiner Exzellenz dem Herrn Minister diese Tatsache bekannt und was gedenkt er zu unternehmen, um derartige Ungerechtigkeit hintanzuhalten?“

	Smiłowski.	Lewicki.	Dobija,
Dr. Wróbel.	Skarbek.	Serwatowski.	Gall.
Matakiewicz.	Madej.	Potoczek.	Rychlik.
Jachowicz.	Rauch.	Tetmajer.	Witos.
Średniawski.	Dyło.	Siwula.	Angermann.

1649
I

Interpelacya

posła Dobiji i towarzyszy do Jego Ekscellencyi pana Ministra obrony krajowej w sprawie nadużywania władzy przez c. k. Starostwo w Wadowicach przy udzielaniu zasiłków wojennych.

Komisya zasiłkowa przy c. k. Starostwie w Wadowicach zniewala każdego, otrzymującego zasiłek wojenny do asekuracyi odnośnego żołnierza, bez względu, gdzie tenże się znajduje, czy na froncie, czy w etapie, czy w warsztacie jakimś wojskowym, wreszcie w niewoli, w przeciwnym razie wstrzymuje mu wypłatę zasiłku.

Proceder swój z asekuracyą urządza w ten sposób, że każdego kandydata o zasiłek wzywa wezwaniem, jak świadczy dołączony egzemplarz i wezwanemu bezpośrednio oświadcza, że musi się asekurować. Gdy wezwany się sprzeciwi, odchodzi bez skutku. Na to są setki dowodów. Wezwana dołączonem wezwaniem, Marya Wróbel z Wieprza, nie stawiła się w terminie, bo słaba to 70cio letnia staruszka, a na furmankę do Wadowic pieniędzy nie ma. Dlatego też i zasiłku dotąd nie otrzymała.

Dzieją się tu i takie rzeczy, że jeden i ten sam żołnierz bywa dwukrotnie asekurowany, zwłaszcza, gdy pobiera zasiłek żona i rodzice żołnierza. Wówczas bywa tak, że żona asekuruje i matka asekuruje.

Urząd podatkowy w Andrychowie idzie jeszcze dalej. Oto kobiecie pewnej z Wieprza, Agnieszce Madeja, oświadczył, że podwyżkę zasiłkową za syna żołnierza otrzyma, jeżeli podpisze VII. pożyczkę państwową.

Czy też taka procedura w powiatowej komisyi zasiłkowej i c. k. urzędzie podatkowym w Andrychowie w sprawie zasiłków wojennych nie wygląda, jakoby to było nadużycie władzy urzędowej?

Podpisani zapytują Waszą Ekscellencye:

„Czy gotów jest, tą sprawą się zająć, aby tego rodzaju nadużycia zostały naprawione?“

Dobija.
Serwatowski.
Potoczek.
Śmiłowski.
Rychlik.
Gall.
Siwula.
Tetmajer.
Kędzior.
Średniawski.
J. Jachowicz.

Dr. Matakiewicz.
Stesłowicz.
Dr. Adolf Groß.
Fila.
German.
Diamand.
Skarbek.
Dyło.
Lewicki.
Witos.

Authentische Übersetzung.

1649
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dobija und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend den Mißbrauch der Amtsgewalt seitens der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Wadowice anläßlich der Zuerkennung der Unterhaltsbeiträge.

Die Unterhaltskommission der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Wadowice zwingt jeden, der den Unterhaltsbeitrag bezieht, zur Versicherung des betreffenden Soldaten, ohne Rücksicht darauf, wo sich der letztere befindet, an der Front oder im Etappenraume, in irgendeiner militärischen Werkstätte oder gar in der Kriegsgefangenschaft, denn anderenfalls stellt sie die Auszahlung des Beitrages ein.

Diese Prozedur mit der Versicherung richtet die Bezirkshauptmannschaft in der Weise ein, daß sie jeden Bewerber um den Unterhaltsbeitrag mit einer Vorladung, deren Exemplar beiliegt, zitiert und dem Vorgeladenen direkt erklärt, er müsse sich versichern. Wenn der Vorgeladene die Versicherung ablehnt, geht er ohne Resultat weg. Hierfür sind Hunderte von Beweisen vorhanden. Die mit der beigeschlossenen Vorladung zitierte Marie Wróbel aus Wieprz hat sich in dem vorgeschriebenen Termine nicht gemeldet, weil sie eine 70jährige Greisin ist und für einen Wagen nach Wadowice nicht aufkommen kann. Infolgedessen hat sie den Unterhaltsbeitrag bisher nicht erhalten. Es kommt hier auch vor, daß ein und derselbe Soldat zweimal versichert wird, namentlich wenn die Unterhaltsbeiträge von seiner Frau und seinen Eltern bezogen werden. Es kommt dann vor, daß die Versicherung sowohl von der Frau als auch von der Mutter abgeschlossen wird.

Das Steueramt in Andrychów geht noch weiter. Dieses hat einer Frau aus Wieprz namens Agnes Madeja gegenüber erklärt, daß ihr Unterhaltsbeitrag für ihren beim Militär dienenden Sohn erhöht wird, falls sie die siebente Kriegsanleihe zeichnet.

Ist dieser Vorgang der Unterhaltsbezirkskommission und des k. k. Steueramtes in Andrychów in Angelegenheiten der Unterhaltsbeiträge nicht als Mißbrauch der Amtsgewalt zu bezeichnen?

„Die Gefertigten fragen Seine Exzellenz, ob sie nicht geneigt wäre, dieser Sache näher zu treten, damit ein derartiger Mißbrauch hintangehalten werde."

Dobija.

Potoczek.	German.	Siwula	Dyko.
Rychlik.	Gall.	Lewicki.	Tetmajer
Jachowicz.	Kędzior.	Średniawski.	Serwatowski.
Witos.	Śmikowski.	Stesłowicz.	Fila.
Diamand	Skarbek.	Dr. Matakiewicz.	Dr. Adolf Groß.

Z. 54.544/707. Beilage.

Vorladung.

Frau Marie Wróbel aus Wieprz wird angewiesen, sich bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft am 26. September d. J. um 9 Uhr vormittags in Angelegenheit der Zuerkennung des Unterhaltsbeitrages bestimmt einzufinden.

Das persönliche Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Im Falle des Nichterscheinens finden die Zwangsmitteln auf Grund des § 9 der Kaiserlichen Verordnung vom 20. April 1854, R. G. Bl. Nr. 96, statt.

Wadowice, 21. September 1917.

Unterhaltsbezirkskommission.

1650
I

Dotaz

poslance Prokeše a soudruhů na pana ministra vnitra ohledně nesprávného počínání politických úřadů a jejich orgánů u okresního hejtmanství v Opavě a v Bílovci při stíhání provozu potravin najmě bramborů na dráze Svinov — Opava.

Obyvatelstvo průmyslového kraje Ostravského trpí velkým nedostatkem potravin a jímá jej přímo hrůza při pomyšlení, jak bude později na jaře. Již dnes vypovídá aprovisační aparát službu, jak teprv bude až malé zásoby budou spotřebovány a dovoz od nikud nebude.

Proto v měsíci říjnu a listopadu nastal shon po zemácích. Každý se snažil nějakou zásobu na zimu opatřit. Chudší lidé, přirozeně nemohli si opatřit pro nedostatek peněz ani onu kvotu 1 *q*, kterou jim nařízení ministerstva pro výživu přiznávalo.

Pro Ostravsko bylo Opavsko ode dávna zásobárnou bramborů. I nyní se tam lidé o zemáky obraceli. Když si je dělnické ženy s velikou potíží po vesnicích na Opavsku sehnaly, byly jim na dráze zřízenci okresního hejtmanství v Opavě a v Bílovci zabaveny. Ale nedosti na tom. Správcové těchto politických úřadů ještě diktovali ubohým ženám, že si bez úředního povolení chtěly z Opavska odvézti trochu bramborů, pokuty až do 50 K neb 5 dnů vězení.

Ve stanicích drah protínajících opavské a bílovské hejtmanství odehrávají se každý den téměř srdcelomné výstupy. Úřední zřízenci svádějí pravé bitvy s chuďasy, sehnavšími si nepatrné množství potravin.

Odnímají jim tyto, aniž by zjištěno bylo, kam se podějí, zda-li vše, co bylo odejmuto, odevzdáno bylo k veřejné potřebě. Události tyto vyvolávají veliké rozhořčení v obyvatelstvu, jež nabývá stále větších rozměrů, jelikož bída a nedostatek širokých vrstev jsou nezměrny.

V uvážení těchto okolností táží se podepsaní:

„Jest Vaše Excellence ochotna poměrům těmto učiniti přítrž, nařiditi orgánům politickým umírněnost a šetrnost k chudému lidu?

Jest Vaše Excellence ochotna vyšetřiti, co s odejmutými tak brutálním způsobem potravinami se stalo a jest Vaše Excellence ochotna postarati se o nápravu v tom směru, aby těmto chudým ženám nebyly pokuty diktovány?“

Ve Vídni, 30. listopadu 1917.

	Bechyně.	A. Němec.	Prokeš.
Habrman.	Svoboda.	Jaroš.	Charvát.
Tomášek.	Filipínský.	Klička.	Aust.
Dr. Winter.	Dr. Witt.	Pik.	Biňovec.
Vaněk.	Svěcený.	Stejskal.	J. Marek.

Authentische Übersetzung.

1650
I

Anfrage

des

Abgeordneten Prokeš und Genossen an den Herrn Minister des Innern, betreffend das unrichtige Vorgehen der politischen Behörden und ihrer Organe bei den Bezirkshauptmannschaften in Troppau und Wagstadt bei der Verfolgung der Lebensmittel- und namentlich der Kartoffeldurchfuhr auf der Bahnstrecke Schönbrunn—Troppau.

Die Bevölkerung des Ostrauer Industriegebietes leidet großen Mangel an Nahrungsmitteln und wird geradezu von Schauer ergriffen, wenn sie bedenkt, wie es später im Frühjahr sein wird. Schon heute versagt der Approvisionierungsapparat den Dienst, wie wird es denn erst sein, bis die geringen Vorräte verbraucht sein werden und es von nirgend her eine Zufuhr geben wird?

Deshalb entstand in den Monaten Oktober und November eine Jagd nach Kartoffeln. Jeder trachtete sich einen Vorrat für den Winter zu beschaffen. Ärmere Leute konnten sich natürlich infolge Geldmangels nicht einmal jene Quote von einem Meterzentner beschaffen, die ihnen mit der Verordnung des Ministeriums für Volksernährung zuerkannt wurde.

Für den Ostrauer Bezirk bildete seit jeher der Troppauer Bezirk die Kartoffelvorratskammer. Und jetzt, als sich die Leute dorthin um Kartoffeln gewendet haben, als sich die Arbeiterweiber mit großen Schwierigkeiten in den Dörfern der Troppauer Gegend Kartoffeln aufgetrieben haben, wurden ihnen diese auf der Bahn von den Organen der k. k. Bezirkshauptmannschaften in Troppau und Wagstadt beschlagnahmt. Doch nicht genug daran. Die Leiter dieser politischen Behörden diktierten noch den armen Weibern, weil sie ohne behördliche Bewilligung ein bißchen Kartoffeln aus dem Troppauer Bezirk wegführen wollten, Geldstrafen bis zu 50 K oder fünf Tage Arrest.

In den Stationen der die Bezirkshauptmannschaften Troppau und Wagstadt durchkreuzenden Bahnen spielen sich beinahe täglich herzzerreißende Szenen ab. Amtliche Organe veranstalten wahre Schlachten mit armen Schluckern, die sich eine geringfügige Menge Nahrungsmittel aufgetrieben haben.

Sie nehmen ihnen dieselben ab, ohne daß festgestellt wäre, wohin sie kommen, ob alles, was abgenommen wurde, dem öffentlichen Bedarfe abgeführt wird. Diese Vorfälle rufen in der Bevölkerung eine große Erbitterung hervor, die immer größere Dimensionen ergreift, da das Elend und die Notlage der breiten Schichten unermeßlich sind.

In Anbetracht dieser Umstände fragen die Gefertigten:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, diesen Verhältnissen Einhalt zu tun und die Organe der politischen Behörden zur Mäßigung und schonenden Behandlung der armen Bevölkerung anzuweisen?

Ist Eure Exzellenz bereit, zu untersuchen, was mit den auf diese so brutale Weise abgenommenen Nahrungsmitteln geschehen ist, und ist Eure Exzellenz geneigt, für eine Remedur in der Richtung zu sorgen, daß diesen armen Weibern keine Strafen diktiert werden?"

Wien, 30. November 1917.

Prokeš.
Biňovec.
Charvát.
J. Marek.
Aust.
A. Němec.
Pik.
Jaroš.
Stejskal.
Klička.
Habermann.
Tomášek.
Dr. Winter.
Filipínský.
Vaněk.
Dr. Witt.
Bechyně.
Svěcený.
Svoboda.

1651
—
I

Dotaz

poslance Prokeše a soudruhů na pana ministra zemské obrany v příčině neslýchaného týrání vojáků se strany vojenských představených a nepoctivých manipulací s potravinami ku škodě vojáků i vojenského eráru.

Vaše Excellence!

V parlamentě dostalo se nám se strany pana ministra zemské obrany slavnostního ujištění, že vojenská správa netrpí týrání vojáků se strany jejich představených. Rovněž je známo, že nejvyšší vojenský pán císař Karel odstranil poslední vojenske tresty. které představovaly určitou tělesnou trýzeň potrestaného.

Přes to však týrání vojínů v naší armádě buje dále. Vojíni z různých front se vracející vypravují své trpké zkušenosti a líčí jednání některých surových důstojníků tak drasticky, že bouře odporů musí zachvátit každého, kdo si uchoval ještě kus lidského cítění.

Tuto uvádím Vaší Excellenci k vědomí případy týrání a okrádání vojáků dle zaručených zpráv:

Na besarabské frontě u c. k. zeměbranecké pracovní setniny 11/34, polní pošta 365, vystaveni jsou vojíni staří 45—47 let nejsurovějšímu jednání se strany poručíka A. Meitnera a šikovatele Rudolfa Riegra.

Poručík Adolf Meitner nejen sprostě nadává starým mužům, ale také je kope a bije holí. Když se vojín Jan Krziwoň hlásil nemocen, ztloukl jej poručík Meitner holí.

Ještě hůř si počíná šikovatel Rudolf Rieger. Vojínům spílá „psi“, „bestie“, „svině“, dobytku“, při tom vojáky kope, tluče do tváře, šťouchá do prsou nejsurovějším způsobem.

Vojáci trpí hlad, neboť nedostanou k potravě co jim náleží. U této setniny se totiž mužstvo strašně okrádá o menáž a přiznané mu přídavky.

Tak bývalý inženýr poručík Kornel Feneö, nyní v Budapešti, Király utca 9, okrádal své mužstvo o vše a nechal je hladovět. Co mělo býti použito ku menáži mužstva, různá přilepšení, všechno ukradl a posílal své rodině do Pešti, kam mu vojáci často veliké balíky potravin odváželi. Ba tento důstojník kradl i píci pro vojenské koně určenou a posílal vojáky krásti píci pro koně, z nichž 5 následkem špatného krmení pošlo a zvěrolékařem bylo zjištěno, že následkem hladu.

Toto jsou notoricky zjištěná fakta, z nichž mužstvo i poddůstojníci setniny 11/34 mohou podati zprávu.

U Train-Retablierungsstation, Fuhren-Reserve, záložní oddělení v Kielcích, slouží praporčík Vilém Brug. Tento mladíček, který se dovedl vždy vykroutit, by nemusel do pole, chce dělat vojenskou kariéru v etapě; nemoha svou bojovnost uplatnit v poli proti nepříteli, zaměňuje ji v surovost vůči mužstvu. Staré šedivé muže fackuje, šťouchá a kope, nadávaje při tom nevýslovně sprostě.

Jednoho starého šedivého muže, poněvadž nemohl stát v řadě přímo dle předpisu, chytil za knír a smýknul s ním z řady, až mu chumáč vousů zůstal v hrsti. Pak ještě nešťastného muže šťouchl až tento spadl na kamenitou zem, těžce se uhozením zraniv.

Vaše Excellence! Toto jsou zjištěná fakta. Jímá nás hanba i odpor při pomyšlení, že takto se zachází v naší armádě se starými muži, kteří musí ve svém stáří, kdy již také jejich synové konají vojenskou povinnost, snášeti bez odporu surovosti kloučků, kteří zneužívají své důstojnické hodnosti.

Může podobné jednání zůstati bez trestu?

Podepsaní se proto táží:

„Hodlá Vaše Excellence nechat vylíčené případy přísně zjistit a k zamezení opakování při zjištění vinníků tyto přísně potrestat?"

Ve Vídni, 30. listopadu 1917.

	Prokeš.
Haberman.	Charvát.
Tomášek.	Aust.
Dr. Winter.	Biňovec.
Vaněk.	J. Marek.
Bechyně.	A. Němec.
Svoboda.	Jaroš.
Dr. Witt.	Klička.
Svěcený.	Pik.
Stejskal.	Filipínský.

Authentische Übersetzung.

1651
I

Anfrage

des

Abgeordneten Prokeš und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die unerhörte Mißhandlung von Soldaten seitens der militärischen Vorgesetzten, sowie unehrliche Manipulationen mit Nahrungsmitteln zum Nachteil von Soldaten und des Militärärars.

Eure Exzellenz!

Im Parlament wurde uns seitens des Herrn Ministers für Landesverteidigung die feierliche Zusicherung erteilt, daß die Militärverwaltung keine Mißhandlung der Soldaten seitens ihrer Vorgesetzten duldet. Ebenso ist es bekannt, daß der Oberste Kriegsherr, Kaiser Karl, die letzten militärischen Strafen, die eine gewisse körperliche Peinigung des Bestraften beinhalteten, beseitigt hat.

Trotzdem herrscht jedoch die Soldatenmißhandlung in unserer Armee weiter. Die von verschiedenen Fronten zurückkehrenden Soldaten erzählen ihre bitteren Erfahrungen und schildern die Handlungsweise einiger roher Offiziere so drastisch, daß ein Sturm des Widerspruches einen jeden hinreißen muß, der sich noch ein bißchen menschliches Gefühl bewahrte.

Hier bringe ich Eurer Exzellenz auf Grund verbürgter Tatsachen einige Fälle von Mißhandlung und Bestehlung von Soldaten zur Kenntnis:

An der bessarabischen Front, bei der k. k. Landwehrarbeitskompagnie 11/34, Feldpost 365, sind 45 bis 47 Jahre alte Soldaten der rohesten Behandlung seitens des Leutnants Adolf Meitner und des Feldwebels Rudolf Rieger ausgesetzt.

Leutnant Adolf Meitner pflegt nicht nur alte Männer in gemeiner Weise zu beschimpfen, sondern versetzt ihnen auch Fußtritte und schlägt sie mit dem Stock. Als sich der Infanterist Johann Krziwon krank meldete, wurde er vom Leutnant Meitner mit dem Stock mißhandelt.

Noch ärger benimmt sich der Feldwebel Rudolf Rieger. Er beschimpft die Soldaten mit Schimpfworten „Hunde", „Bestie", „Schwein", „Vieh", dabei versetzt er den Soldaten Fußtritte, schlägt sie ins Gesicht, stoßt sie in rohester Weise in die Brust.

Die Soldaten müssen Hunger leiden, denn sie bekommen nicht die ihnen gebührenden Nahrungsmittel. Bei dieser Kompagnie wird nämlich die Mannschaft furchtbar um ihre Menage und die zuerkannten Zubußen bestohlen.

So hat der ehemalige Ingenieurleutnant Kornel Fencö, derzeit in Budapest, Király utca 9, seine Mannschaft um alles bestohlen und ließ sie hungern. Was als Menage für die Mannschaft verwendet werden sollte, verschiedene Aufbesserungen, das alles hat er gestohlen und seiner Familie nach Budapest zugeschickt, wohin ihm die Soldaten häufig große Pakete mit Nahrungsmitteln mitbrachten. Ja, dieser Offizier stahl sogar das für militärische Pferde bestimmte Futter und schickte die Soldaten, daß sie das Futter für die Pferde stehlen; von den Pferden sind fünf infolge schlechter Fütterung zugrunde gegangen, wobei vom Tierarzt festgestellt wurde, daß es infolge Hungers geschah.

Dies sind notorisch festgestellte Fakten, über welche die Mannschaft und die Unteroffiziere der 11./34. Kompagnie Bericht erstatten können.

Bei der Trainretablierungsstation, Fuhrenreserve-Ersatzabteilung in Kielce dient der Fähnrich Wilhelm Brug. Dieser Jüngling, der es stets so einzurichten wußte, daß er nicht ins Feld gehen müsse, will seine militärische Karriere in der Etappe machen. Da er seine Kampfslustigkeit nicht im Feld gegen den Feind zur Geltung bringen kann, betätigt er sie durch Roheit gegenüber der Mannschaft. Er ohrfeigt und stoßt alte, ergraute Männer, versetzt ihnen Fußtritte und beschimpft sie dabei in unaussprechlich gemeiner Weise. Einen alten grauhaarigen Mann packte er, da dieser nicht genau nach der Vorschrift in der Reihe stehen konnte, beim Schnurrbart und riß ihn aus der Reihe, bis ihm ein Büschel von Barthaaren in der Hand blieb. Dann stieß er noch in den unglücklichen Mann, so daß dieser auf den steinigen Boden fiel und sich beim Sturz schwer verletzte.

Eure Exzellenz! Daß sind festgestellte Fakten. Es ergreift uns Scham und Widerwillen, wenn wir bedenken, daß man in unserer Armee in solcher Weise alte Männer behandelt, die in ihren alten Jahren, wo bereits schon auch ihre Söhne ihrer Militärpflicht nachkommen, ohne Widerspruch Roheiten von Bürschlein ertragen müssen, die ihren Offiziersrang mißbrauchen.

Kann eine solche Handlungsweise unbestraft bleiben?

Die Gefertigten fragen daher:

„Gedenkt Eure Exzellenz die geschilderten Fälle streng feststellen zu lassen und behufs Verhinderung einer Wiederholung bei Feststellung der Schuldigen dieselben streng zu bestrafen?"

Wien, 30. November 1917.

Jan Prokeš.
Filipinský. Charvát.
Dr. Witt. Auſt.
Pik. Biňovec.
Svěcený. J. Marek.
Stejskal. Němec.
Habermann. Jaroš.
Tomášek. Klička.
Dr. Winter. Svoboda.
Vaněk. Bechyně.

1652
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Grandi, Degasperi und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten, betreffend die Aushebung von Geiseln im politischen Bezirk Cles.

Im Jahre 1915 hat die Bezirkshauptmannschaft Cles an mehrere Personen des dortigen Bezirkes ein Dekret folgenden Inhalts zugestellt:

„K. k. Bezirkshauptmannschaft Cles
am 27. Mai 1915.

Nr. 218/Praes.

An den Herrn . . . . . .

Auf Befehl des k. u. k. Militärkommandos in Fucine sind angesehene Personen als Geiseln zu bestimmen, um die Sicherheit der Eisenbahnlinien Trient—Malé und Dermullo—Mendel ebenso wie der telegraphischen und telephonischen Leitungen, der Elektrizitätswerke usw. usw. zu garantieren und welche auch beim geringsten Anstand ohneweiters interniert werden würden.

Das wird zur gleichen Zeit in allen Gemeinden des Bezirkes Cles kundgemacht.

Ich verständige Euer Hochwohlgeboren, daß Sie sich unter diesen Geiseln befinden und daß Sie auf Befehl des obgenannten Kommandos von dem jenem der Zustellung dieses Dekretes folgenden Tage an zweimal täglich vor dieses k. k. Gendarmeriekommando zu erscheinen haben.

Soviel zur Kenntnisnahme und strengster Darnachachtung.

Der k. k. Bezirkshauptmann:
Dr. Lantschner m. p.

L. S."

Dementsprechend wurde auch in den nächstfolgenden Tagen im ganzen Bezirk eine Kundmachung plakatiert, welche die Unterschrift des Generalmajors Georgi trägt und in welcher folgendes zu lesen war:

„Laut Befehl des Armeeoberkommandos habe ich in den Ortschaften des Verteidigungsgebietes Geiseln ausheben lassen, und ich habe sie zu mir führen lassen, um ihnen folgendes zur Kenntnis zu bringen:

Ihr haftet mit Eurer eigenen Person dafür, daß kein Bewohner Eurer Gemeinde sich in irgend einer Art gegen unsere Truppen feindlich benehmen oder gegen ihre Anlagen wie vorbereitete Stellungen, Telegraphen- und Telephonleitungen, Eisenbahnen u. dgl. oder in irgend einer Weise dem Feinde Vorschub leiste. Wenn jedoch so etwas geschehen sollte, so würden die genannten Geiseln nach dem Standesgericht verurteilt werden, zwei Stunden nach dem Urteil aufgehängt und die Ortschaft selbst würde in Brand geschossen werden.

Um Eure eigene Person in Sicherheit zu bringen und gleichzeitig die dem Kaiser treu gesinnten Einwohner eurer Gemeinde zu schützen, seid ihr verpflichtet, die Namen jener Personen bekannt zu geben, von welchen, sei es gegen namhafte Belohnung, sei es infolge ihrer politischen Gesinnung, eine hochverräterische Handlung zu erwarten ist.

Diese verdächtigen Personen würden festgenommen und interniert werden.

Nur auf diese Weise könnt ihr vollen Schutz Eures Lebens und Eures Eigentums erreichen.

Die verhafteten Geiseln werden einzeln vorgeladen und verhört werden.

Handelt so, wie sowohl die Ehre als die Sicherheit Eurer Gemeinde es verlangt."

Unter diesen Geiseln befanden sich Personen aus Cles, Tajo, Malé, Rabi, Breg, Cloz, Revó und Fucine im Alter von 53 bis 73 Jahren, Landwirte, Gewerbetreibende, Priester, ein Landesgerichtsrat außer Dienst und ein Gemeindearzt. Kurz darauf wurde die Maßnahme der Meldung bei dem Gendarmeriekommando für die Geiseln von Cles, Tajo, Cloz und Breg in dem Sinne verschärft, daß alle diese dreimal in der Woche durch 24 Stunden einen Anwesenheitsdienst in der Kaserne von Cles und dort auf dem Boden schlafen mußten.

Nach vier Monaten wurden sie von diesem Anwesenheitsdienste befreit, wurden aber verpflichtet, die von Cles sich zweimal in der Woche beim dortigen, die von den anderen Orten bei dem nächstliegenden Gendarmeriekommando zu melden; allen aber wurde verboten, das Gemeindegebiet zu verlassen.

Auf die bei seiner Exzellenz dem Herrn Minister des Innern im August 1917 eingebrachte Beschwerde, damit diese Aushebung von Geiseln gänzlich aufgehoben werde, ließ die k. k. Bezirkshauptmannschaft Cles den betreffenden Geiseln folgendes Dekret zustellen:

„K. k. Bezirkshauptmannschaft Cles.

Cles, am 24. November 1917.

Nr. 285/16.

An die Herren Geiseln des politischen Bezirkes Cles

An den Herrn . . . . . .

Das k. u. k. Militärkommando in Fucine hat mitgeteilt, das Heeresgruppenkommando habe angeordnet, von den für die Geiseln eingeführten Beaufsichtigungsmaßregeln abzusehen und die Beaufsichtigung derselben dieser k. k. Bezirkshauptmannschaft anzuvertrauen. Dieses Amt findet sich daher veranlaßt, diese Verpflichtung der Geiseln, von Zeit zu Zeit vor dem k. k. Gendarmeriekommando zu erscheinen, aufzuheben.

Davon setze ich Sie in Kenntnis, in der Hoffnung, daß Sie aus Dankbarkeit und um ihren Patriotismus darzutun, einen schönen Betrag zur 7. Kriegsanleihe zeichnen werden.

Der k. k. Statthaltereirat:

Dr. Lantschner."

Indem die Unterfertigten hervorheben, daß die Aushebung von eigenen Staasbürgern als Geiseln durch keine gesetzliche Bestimmung begründet und gerechtfertigt werden kann, daß dieselbe vielmehr gegen das Gesetz, die Bürgerrechte und die Grundprinzipien des Rechtes selbst verstößt, daß die den als Geiseln bezeichneten Staatsbürgern auferlegten Verpflichtungen der Haftung und der Meldung und die damit verbundene Beschränkung der persönlichen Freiheit ihnen einen unermeßlichen moralischen, physischen und ökonomischen Schaden verursacht haben, daß das am 24. November 1917 Nr. 285/16 datierte Dekret der Bezirkshauptmannschaft Cles diese Einrichtung noch nicht aufgehoben, sondern nur die Beaufsichtigungsmaßregeln gemildert hat, daß dieses Dekret in seinem letzten Absatz, sei es formell, sei es materiell, den Adressaten wie eine Verhöhnung klingen muß, stellen die Gefertigten an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten die Anfrage:

„1. Sind Eurer Exzellenz die geschilderten Tatsachen bekannt?

2. Ist Eure Exzellenz geneigt, die unbedingte Aufhebung der im Bezirke Cles weiter bestehenden Institution der Geiseln unverzüglich zu veranlassen?

3. Ist Eure Exzellenz geneigt, den Herrn Bezirkshauptmann von Cles dahin zu instruieren, daß die Aufhebung einer so eklatanten Verletzung ihrer persönlichen und bürgerlichen Rechte, noch weniger aber die einfache Milderung der Begleitmaßnahmen, die Bürger weder zu besonderem Dank noch zu besonderen Kundgebungen verpflichten kann?"

Wien, 3. Dezember 1917.

Conci. Oliva. Spadaro. Dr. Gasser. Tonelli. Uffai. Malfatti. Dr. Grandi. Dr. Degasperi. Dr. G. Gentili.

1653
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Rybář und Genossen an Ihre Exzellenzen die Herren Minister des Innern und Landesverteidigungsminister, betreffend die Vorenthaltung des Unterhaltsbeitrages und der Flüchtlingsunterstützung.

Die Frau des seit Kriegsbeginn zur militärischen Dienstleistung einberufenen Peter Pegan aus Triest, Anna Pegan, wurde am 22. November 1916 interniert und ihre drei minderjährigen Kinder in Triest allein zurückgelassen. Erst nach Aufhebung der Internierung im heurigen Sommer erlangte Anna Pegan wieder ihre Freiheit, durfte jedoch nicht nach Triest, der Heimatsgemeinde der ganzen Familie, zurückkehren. Es wurde ihr nur die Wahl des Aufenthaltes in Mähren oder Böhmen freigestellt. Sie entschloß sich nach Pistau bei Iglau in Mähren zu gehen und bat um die Zuerkennung einer Flüchtlingsunterstützung von 2 K täglich. Ihrer Bitte wurde jedoch keine Folge gegeben. Ebenso verweigerte man ihr als Gattin eines einberufenen Soldaten die gebührende Unterstützung.

Schließlich wurde auch ihre Bitte um Bewilligung zur Rückkehr nach Triest zum Zwecke der Vereinigung mit ihren Kindern abgeschlagen. Nach längeren vielen Bemühungen gelang es den Gefertigten endlich, die Kinder am 23. November zur Mutter nach Pistau zu bringen.

Die vom Manne bei der Bezirkshauptmannschaft in Iglau unternommenen Schritte, um für seine Familie eine oder die andere Unterstützung (es gebühren wohl beide) zu erwirken, blieben ohne Erfolg. Es wurde ihm bedeutet, daß eine Flüchtlingsunterstützung deshalb nicht gebühre, weil Triest nicht evakuiert sei.

Es ergibt sich also der Fall, daß der Frau die Rückkehr in die Heimatsgemeinde verweigert und daß ihr gleichwohl nicht die Möglichkeit, sich und ihre unmündigen Kinder zu erhalten, gewährt wird.

Ganz unbegreiflich ist es, warum dieser Familie nicht der Sustentationsbeitrag ausbezahlt wird. Die Familie erscheint dem Hungertode preisgegeben, den der Mann nicht verhindern kann, weil ihn die Dienstpflicht unter den Waffen hält.

Die Gefertigten erlauben sich daher die Anfrage:

„1. Ist Euren Exzellenzen der obige Fall ganz unbegründeter Vorenthaltung der gebührenden Unterstützung bekannt?

2. Was gedenken Eure Exzellenzen zu verfügen, damit die oben genannte Familie zu ihrem Rechte komme und vor dem Hungertode bewahrt werde?

Wien, 3. Dezember 1917.

Dr. Rybář.
Fr. Demšar. Spinčić.
Gostinčar. Dr. Laginja.
J. Hladnik. Prodan.
Roškar. Dr. Cingrija.
Perić. Dr. Korošec.
Pišek. J. Biankini.
Benkovič. Dr. Pogačnik.

1654
I

Upit

zastupnika dra. B. Vukotića i družine na Njegovu preuzvišenost gospodina ministra za prehranu.

Na temelju Previšnje odredbe ustanovljena je Fischereiabteilung na Adriji. Tijem se je imalo u vidu u prvom redu, da se pomogne nesretnom pučanstvu, koje je prošle i ove godine pretrpilo toliko od gladi, a koje iduće godine stoji pred očitom katastrofom. U stvari se ta plemenita ideja — barem u Boki Kotorskoj — sasvim protivno izvadja. Sva riba, koja se ulovi, stoji na raspoloženje vojništva, jedino u rijetkijem slučajevima neznatne količine, koje ne trebuje vojništvo, daju se pučanstvu. Na taj način ne samo da ovom akcijom pučanstvu nije ništa pomognuto, već naprotiv ono sada ima mnogo manje ribe nego prije.

Potpisani s toga postavljaju slijedeći upit:

„Je li Vašoj preuzvišenosti poznato neopravdano uskraćivanje ribe pučanstvu u Boki Kotorskoj?

Je li Vaša preuzvišenost voljna bezodvlačno odrediti shodno, da se u buduće toga ne dogadja?“

Beč, 29. studenoga 1917.

Perić.	Dr. Vukotić.
Dr. Čingrija.	Dr. Ravnihar.
Smodlaka.	Gostinčar.
Dr. Rybář.	Fr. Demšar.
Dr. Gregorčič.	Spinčić.
J. Biankini.	Dr. Jankovič.

Authentische Übersetzung.

1654
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Vukotić und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ernährungsminister.

Auf Grund der Allerhöchsten Verfügung wurde an der Adria eine Fischereiabteilung errichtet. Damit wollte man vor allem der unglücklichen Bevölkerung helfen, welche voriges Jahr und heuer so viel Hunger gelitten hat und welcher im nächsten Jahre geradezu eine Katastrophe droht. Dieser edle Gedanke wird in der Wirklichkeit — wenigstens in der Boka Kotorska (Bocche di Cattaro) — gerade im entgegengesetzten Sinne durchgeführt. Alle Fische, die gefangen werden, stehen zur Verfügung des Militärs, nur in seltenen Fällen werden unbedeutende Mengen, die das Militär nicht brauchen kann, der Bevölkerung zugewiesen. Auf diese Weise wurde durch diese Aktion der Bevölkerung nicht nur nicht geholfen, sondern im Gegenteil hat die Bevölkerung jetzt viel weniger Fische als früher.

Deshalb fragen die Gefertigten:

„Ist es Eurer Exzellenz bekannt, daß der Bevölkerung der Boka Kotorska (Bocche di Cattaro) Fische ungerechterweise verweigert werden?

Ist Eure Exzellenz geneigt, unverzüglich geeignete Maßnahmen zu treffen, daß in Hinkunft etwas solches nicht mehr vorkomme?"

Wien, 29. November 1917.

Perić.	Dr. Vukotić.
Dr. Čingrija.	Dr. Ravnihar.
Smodlaka.	Gostinčar.
Dr. Rybář.	Demšar.
Dr. Gregorčič.	Spinčić.
Biankini.	Dr. Janković.

1655
I

Interpelacya

posłów Zygmunta Klemensiewicza, inżyniera Jędrzeja Moraczewskiego i towarzyszy do Ekscellencyi Ministra rolnictwa w sprawie gospodarki w lasach państwowych w Galicyi.

Lasy państwowe w Galicyi, stanowiące ongiś dobra koronne państwa polskiego powinny być w pierwszym rzędzie przeznaczone do ratowania ludności, zamieszkującej Galicyę, w czasie tak bezprzykładnej klęski, jaką temu krajowi wojna już zadała i zadać jeszcze może.

Jakie stanowisko w tej sprawie zajmuje cała Galicyę zamieszkująca ludność, której oczy zwrócone są przedewszystkiem na włodarzy lasami pozostającymi w administracyi państwowej.

Lasów tych jest, okrągło licząc, około 300.000 hektarów a prowadzi się w nich — jak to miarodajne koła przy wszystkich sposobnościach zapewniają — gospodarkę racyonalną i zachowawczą.

Wobec tego zapewnienia przyjąć możemy, że przeciętny roczny przyrost masy drzewnej wynosi na 1 hektara conajmniej 4 m^3, to jest rocznie na całej powierzchni około 1,200.000 m^3. W rzeczywistości użytkuje rząd daleko więcej rocznie.

Gdyby więc rząd przynajmniej przyrost masy drzewnej za minione trzy lata wojny krajowi do użytku był oddał, to centrala dla odbudowy kraju byłaby otrzymała 3,600.000 m^3 drzewa z czego — licząc wedle przyjętego w kamerze stosunku — około 70 procent, to jest 2,520.000 m^3 drzewa użytkowego (budulcu) a 30 procent, to jest 1,080.000 m^3 albo 1,440.000 m^3 drzewa opałowego, miękkiego i twardego.

Społeczeństwo polskie i ruskie miałoby zupełną słuszność, gdyby się domagało wydania powyższej ilości z lasów pozostających w administracyi rządu — bo tym sposobem żądałoby wydania tylko procentu bez naruszenia kapitału (substancyi leśnej), który przez wypadki wojenne wprawdzie trochę się zmniejszył — jednak na ogół względnie dobrze się utrzymał.

Należało się też spodziewać, że władze, to jest c. k. Ministerstwo rolnictwa — w szczególności jednak dyrekcya domen i lasów, jako bezpośrednia administratorka — staną na tem dla kraju życzliwym stanowisku — a już w pierwszej linii dyrekcya lasów i domen wraz z przydzielonymi jej zarządami lasów jako organami pierwszej instancyi — z własnej inicyatywy i w poczuciu spełnienia obowiązku względem kraju i społeczeństwa — pójdą w tym kierunku jaknajdalej — w przekonaniu, że służąc krajowi — przyczynią się tem samem do wzmocnienia stanowiska państwa.

Niestety jednak tak się nie stało!

Wprawdzie Ministerstwo rolnictwa zamarkowało swą dla kraju życzliwość, zezwalając reskryptem z dnia 29. czerwca 1915, L. 25632 na bezpłatne wydawanie pogorzelcom wojennym budulcu na cele odbudowy jak i opału w drodze pośredniej przez odnośne c. k. Starostwa — ale kierownictwo dyrekcyi lasów — zamiast wykorzystać rozszerzenie swej kompetencyi i przyjść krajowi z prawdziwą pomocą — nie zrozumiało ducha czasu — i zasklepione w swych fiskalno-kameralnych poglądach — ograniczyło tę akcyę ratunkową ad minimum, — działając wprost na szkodę społeczeństwa, a przy najbliższej sposobności, to jest z chwilą kiedy centrala dla

odbudowy kraju rozpoczęła swą działalność, — zastanowiło zupełnie bez wiadomości ministerstwa na własną odpowiedzialność dalsze bezpłatne wydawanie drzewa dla pogorzelców wojennych, odmawiając także ekspozyturom centrali prawa zakupna budulcu od c. k. zarządów lasów i dóbr skarbowych.

Nie dość na tem; kierownictwo dyrekcyi lasów od początku istnienia centrali dla odbudowy kraju stanęło na stanowisku dla tej instytucyi niesłychanie nieżyczliwem, odmawiając jej sprzedaży większych ilości drzewa w miejscach dostępnych a oferując na sprzedaż po wysokich cenach drzewo w zapadłych kątach naszych karpat położone lub wiatrołomy i wywroty w niedostępnych oddziałach po kilka lat na miejscu leżące, często nadpsute już i do budowy niezdatne.

Dość powiedzieć, że znane są wypadki iż w miejscowościach gdzie kilkaset gospodarstw spalonych zostało — centrala nie dostała od dyrekcyi lasów dostatecznej ilości drzewa, choć drzewo to w ogromnych ilościach znajdowało się w sąsiednich lasach kameralnych, skąd je handlarzom i spekulantom drzewnym za bezcen sprzedawano.

Przeciw żądaniu centrali dostarczenia jej gotowego towaru loco stacya kolei — broni się administracya lasów państwowych — wysuwaniem naprzód przeszkód jakie wojna ze sobą przyniosła i utyskuje na równi z innymi prywatnymi przedsiębiorcami na brak robotnika i sił pociągowych.

Tymczasem wiadomem jest ludziom w stosunki wtajemniczonym, że mimo braku sił roboczych dałoby się w lasach pozostających w zarządzie państwa, wyrobić dostateczne do zaprowiantowania armii i miast ilości opału drzewnego, gdyby kierownictwo tych dóbr postarało się o jeńców i . . . co się tu z naciskiem podkreśla, o ich wyżywienie.

W czasie trwania wojny można było z początku otrzymać dowolną ilość jeńców, których skarb wojskowy utrzymywał, względnie potrzebnych wiktuałów dostarczał. Skoro stosunki aprowizacyjne się pogorszyły, stanął skarb wojskowy na wygodnem dla siebie stanowisku, przydzielania jeńców do pracy tylko pod warunkiem udzielenia im wiktu własnem staraniem! Na tem samem stanowisku stanęła również dyrekcya lasów wobec zarządów kameralnych, pozostawiając im całą troskę o przeprowadzenie wyrębów i ignorując zupełnie niemożność wyżywienia jeńców przez te zarządy.

Znaną jest jednak rzeczą, że czem mniejszy zakres działania, wpływ i znaczenie urzędu czy też prywatnego przedsiębiorcy, tem trudniejszem staje się w dzisiejszych czasach zadanie wydobycia i zapewnienia na dłuższy okres czasu większych zapasów żywności. Z tego też powodu zarządcowie dóbr i lasów skarbowych mimo najlepszych chęci i energii nie mogli i nie mogą w dzisiejszych warunkach podjąć się żywienia jeńców, bo się poparciem ich usiłowań u władz centralnych i wojskowych nikt u góry zająć nie chce.

Tymczasem w ten sposób sprawa ta załatwić się nie da. Jeśli rząd oraz najwyższe władze wojskowe nie zrozumią tego, że one są właśnie do tego powołane, by przez stosowne zarządzenia u władz centralnych i krajowych, ułatwić sobie (w tym wypadku administracyi lasowej) zaopatrzenie jeńców w żywność a więc ułatwić wyróbkę i dostawę opału, choćby specyalnie do tego celu odkomenderować się mającymi wojskowymi oddziałami robotników lasowych i przez takie zarządzenie przyczynić się do przetrzymania wojny, to zarządy lasów i dóbr państwowych nic na to nie pomogą.

Ale o wyrobieniu potrzebnego dla kraju opału, należało pomyśleć jeszcze w jesieni roku 1916, ażeby wyrobiony na wiosnę 1917 roku opał miał czas przeschnąć i stał się przydatnym do opalania. Tymczasem w sezonie 1916/17 nie przygotowano w lasach skarbowych dostatecznej ilości opału, ograniczając się tylko do czerpania z reszty pozostałych starych zapasów, których znaczne ilości odstąpiono administracyi wojskowej i to stanowi właśnie powód, dla którego otwarcie składów drzewa opałowego natrafia obecnie na przeszkody nie do zwalczenia.

Podczas, gdy centrala dla odbudowy kraju walczy z olbrzymiemi trudnościami w nabyciu drzewa budulcowego, a ludność kraju marznie w nieogrzanych mieszkaniach doprowadzona do rozpaczy brakiem opału, sprzedaje c. k. dyrekcya lasów we Lwowie kupcom spekulantom ogromne ilości budulcu i opału po bardzo niskich cenach, dając im sposobność do kolosalnych zysków. Oto fakty:

W ciągu niespełna roku, bo od jesieni roku 1916 do dziś dnia sprzedano Seligowi Borakowi, handlarzowi drzewem i wielokrotnemu milionerowi w Stryju:

w rewirach Rachin i Turza wielka . . . . 100.000 m^3
loco stacya kolejki lasowej w Dolinie po 20 K za 1 m^3,

w Suchodole i Łopiance przeszło . . . . 25.000 „
na pniu w przecięciu po 12 K,

w Tustanowicach około . . 120.000 „
na pniu po 13 K 50 h.

w Polanicy (koło Bolechowa)
około . . . . 5.000 m³
na pniu w przecięciu po 13 K.
w Lisowicach (koło Stryja)
około . . . . 50.000 „
na pniu w przecięciu po 12 K,
wreszcie
opału bukowego w Polanicy
około . . . . 15.000 „
na pniu po 3 K do 4 K 50 h.

Razem sprzedano budulcu
miękkiego około . . . . 300.000 m³
opału bukowego . . . . 15.000 „

W Zarządzie Damienice sprzedała dyrekcya handlarzowi Knollowi od 2500 do 3000 metrów — a naprawdę będzie ich przeszło 5000 — po 9 K, jednak loco las, na szczęście bez dostawy. Obecnie spaliła się gmina Kłaj i drzewo potrzebne do odbudowy musi sprowadzać z innych lasów po bardzo wysokiej cenie i leżąc pod lasem może tylko spoglądać jak handlarze wywożą w świat drzewo po tak nizkiej cenie.

W lasach niepołomickich zastrzegł sobie pan dyrektor polowanie na dziki i pod grozą kary nie wolno zarządom polować w tych lasach, ale za to dziki robią nieobliczalne szkody w ziemi, płodach i polach leżących pod lasem.

Jakie sumy zarobili ci kupcy tylko na różnicy między ceną kupna a ceną targową, wynika z następującego zestawienia:

1 m³ gotowego budulcu świerkowego lub jodłowego loco stacya kolei Dolina wart jest 50 K, więc na 100.000 m³ rezultuje na korzyść kupca różnica 3,000.000 K, ale że ma odbudować tartak, którego koszta wyniosą najwyżej 500.000 K, przeto zysk na różnicy w cenie wynosi 2,500.000 K

1 m³ budulcu miękkiego na pniu (to jest w lesie bez wycięcia i zwózki) wart jest obecnie w całej Galicyi, gdzie jest dostęp do lasu otwarty za pomocą dróg i kolejek 25 K.

S. Borak kupił na pniu i zapłacił w Suchodole i Łopiance 25.000 m³ po 12 K, więc zysk . . 325.000 „

w Tustanowicach tuż pod bokiem wielkiego przemysłu naftowego, płacącego za materyały budowlane (na wieże i rygi) podwójne ceny targowe 120.000 m³ po 13 K 50 h a z budową 3·5 kilometrów długiej, do której się zobowiązał (koszta najwyżej 300.000 K) po przeciętnej cenie 16 K za m³ na pniu, podczas gdy drzewo to warte jest 30 K, więc zysk . . . . 1,680.000 „

w Polanicy 5000 m³ po 13 K
z zyskiem . . . . 60.000 K
w Lisowicach 50.000 m³ po
12 K z zyskiem . . . . 600.000 „

Sprzedający stracił przeto a kupiec zyskał na różnicy w cenie
około . . . . 5,165.000 K

Nie zaszkodzi dodać, że S. Borak z tytułu dawniejszego kontraktu przejętego od barona Poppera i jego następców ma jeszcze do pobrania od kamery w rewirach (Rachin) i Turza wielka około 118.000 m³ po bajecznie niskiej cenie 9 K za 1 m³ budulcu i 3 K 80 h za 1 m³ opału miękkiego, pobieranego wraz z budulcem w całych sztutach, to jest po przeciętnej cenie siedm (7) K 30 h loco stacya kolei lasowej Dolina.

Ten dawniejszy kontrakt, na który kamera dostarczyć miała 277.000 m³, wygasnąć miał 30. czerwca 1918, ale za staraniem S. Boraka i dzięki poparciu hofrata Małaczyńskiego przedłużony został do końca roku 1924, z tą zmianą, że dodano jeszcze Borakowi 100.000 m³ — jak to wyżej powiedziano — po 20 K za m³ loco Dolina.

W porównaniu do wartości targowej, straci przeto rząd na S. Boraku z tytułu dawnego kontraktu (118.000 m³) po 42 K 70 h na 1 m³ czyli dalszych . . . . . . 5,038.600 „

Zarobek Knolla znacznie skromniejszy (200 procent) . . . . . 80.000 K

Ta cyfra, przeszło 10 milionów koron zysku dwóch kupców przy 4·6 milionowej cenie kupna mówi sama za siebie; daje ona w przybliżeniu wyobrażenie o szalonej protekcyi, jaką cieszy się S. Borak u obecnego kierownika dyrekcyi lasów rządowych, a zarazem uwidaczniają bajeczne wprost zyski — jakie dzięki bezwzględnemu poparciu — schować mogą do kieszeni jednostki ze stratą dla rządu, a ze szkodą dla kraju.

Gdyby takie większe sprzedaże przychodziły do skutku w drodze wolnej konkurencyi, przez rozpisanie licytacyi, to centrala dla odbudowy kraju miałaby możność konkurowania, a ceny, jakieby rząd uzyskał, z pewnością odpowiadałyby istotnej względnie targowej wartości.

Ale sprzedaże na początku wymienione, zawarto po cichu z wyłączeniem wszelkiej konkurencyi, z wolnej ręki, nie zawiadamiając o tem

centrali! Zaiste znamienny to objaw obecnych stosunków w dyrekcyi lasów rządowych.

Takie trwonienie olbrzymich wartości i forytowanie poszczególnych kupców nie byłoby możliwe, gdyby nie bezwzględne poparcie, jakiem pan dyrektor Małaczyński cieszy się u swego protektora, szefa sekcyi w Ministerstwie rolnictwa Köhlera.

Pan dyrektor ma władzę absolutną, robi co mu się podoba, a za to wywdzięcza się jak umie.

Oto w swej usłużności idzie tak daleko, że zgodził się, by c. k. Ministerstwo rolnictwa zamianowało w roku 1915 koncepistą przy dyrekcyi lasów rządowych we Lwowie, syna pana szefa, młodego pana Köhlera, który jako umysłowo chory, uwolniony został z wojska. Ten umysłowo chory człowiek został przyjęty przez pana Małaczyńskiego i figuruje na papierze jako urzędnik biura prawniczego, pobiera pełne pobory od roku 1915, choć ani jednej godziny nie był w biurze zatrudniony, ba, nawet nie wstąpił do służby i nie mieszka w miejscu urzędowania!

Wygląda to zupełnie na zorganizowaną spółkę, broniącą wyłącznie swoich interesów, a jest tylko drobną cząstką całego szeregu nadużyć, z powodu których cierpi cała ludność Galicyi.

Lasy, za pomocą których rząd miał możność regulowania ceny tak ważnego materyału jak drzewo, służą do napełniania kieszeni milionerów, jednostek.

I tu niema żadnego usprawiedliwienia. O urządzenie składów drzewa opałowego i budulcowego z lasów państwowych dla ogółu ludności kołatają posłowie z Galicyi od szeregu lat. Szereg uchwał powziął parlament w tym kierunku. Wszystko się rozbijało o złą wolę czy niechęć Ministerstwa rolnictwa, odpowiedzialnego za gospodarkę w dyrekcyi domen i lasów.

Protegowanie pojedynczych kupców posiadających nieomal monopol na kupno drzewa i wyzyskiwanie w tym kierunku ludności stało na przeszkodzie dziełu użyteczności publicznej o wielkim gospodarczym i społecznym znaczeniu. Lasy państwowe zamiast być przykładem dla prywatnych właścicieli, jak powinna być prowadzona w nich gospodarka, aby były dobrodziejstwem dla ogółu, służą za pośmiewisko dla właścicieli prywatnych, gdyż nawet ze stanowiska wyzyskiwacza, prowadzą głupią politykę, protegując kupców, niszczących lasy na korzyść własnej kieszeni.

Wymówką nie może być brak sił fachowych dla prowadzenia eksploatacyi lasów we własnym zarządzie, zamiast sprzedawania ich na pniu. Można przecie tych kupców, jak pana Boraka, Knolla zakontraktować dla państwa. Dać im wysokie płace, w danym wypadku order lub tytuł Ekscellencyi, — to wszystko co mogłoby ich skłonić do zadowolenia się płacą zamiast milionowych zysków, — i im powierzyć organizacyę publicznych składów.

Jeżeli ta myśl wyda się nieodpowiednią lub nieprzeprowadzalną, w każdym razie należy sprzedaż lasów odbywać w drodze publicznej, należycie opublikowanej licytacyi.

Podpisani zapytują Ekscellencyę Ministra rolnictwa:

„1. Czy znane Mu są te stosunki, sposób sprzedaży lasów?

2. Czy zamierza w przyszłości nie zatwierdzać kontraktów sprzedaży a dotychczas zawarte unieważnić jako szkodliwe dla państwa?

3. Czy zamierza z całą energią nakazać dyrekcyi domen i lasów urządzenie publicznych składów i prowadzenie eksploatacyi lasów we własnym zarzędzie?“

Wiedeń, 29. listopada 1917.

Stapiński. Zygmt. Klemensiewicz.
Kubik. Inż. Moraczewski.
Madej. Dr. Bobrowski.
Łyszczarz. Liebermann.
Rychlik. Dr. Marek.
Diamand. Reger.

Authentische Übersetzung.

1655
I

Anfrage

der

Abgeordneten Zygmunt Klemensiewicz, Ing. Jędrzej Moraczewski und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ackerbauminister, betreffend die Wirtschaft in den Staatsforsten in Galizien.

Die galizischen Staatsforste, die einstens zu den Krongütern des polnischen Staates gehörten, sollten in erster Reihe bei der Notstandsaktion zugunsten der galizischen Bevölkerung verwertet werden, zumal in der gegenwärtigen Zeit, da der Krieg diesem Lande so furchtbare Wunden geschlagen hat und noch zufügen kann.

Welchen Standpunkt vertritt nun in dieser Angelegenheit die gesamte Bevölkerung, deren Augen vor allem auf jene Machthaber gerichtet sind, die über diese der staatlichen Verwaltung anvertrauten Waldungen zu verfügen haben.

Es sind ungefähr 300.000 Hektar solcher Wälder vorhanden und es sollen dieselben — wie von maßgebender Seite bei jeder Gelegenheit versichert wird — rationell und vorsorglich bewirtschaftet werden.

Auf Grund dieser Versicherungen kann demnach angenommen werden, daß der jährliche Durchschnittszuwachs auf 1 Hektar mindestens 4 m^3 beträgt, das ist auf der Gesamtfläche ungefähr 1,200.000 m^3. Tatsächlich erzielt aber der Staat einen viel höheren Jahresertrag.

Wenn daher die Regierung dem Lande den Holzzuwachs wenigstens für die abgelaufenen drei Kriegsjahre zur Verfügung gestellt hätte, dann würde die Wiederaufbauzentrale 3,600.000 m^3 Holz erhalten haben, wovon nach dem ärarischen Schlüssel ungefähr 70 Prozent, das ist 2,520.000 m^3 Nutzholz (Bauholz) und 30 Prozent, das ist 1,080.000 m^3 oder 1,440.000 m^3 weiches und hartes Brennholz sein würde.

Das polnische und ruthenische Volk wäre vollständig im Recht, wenn es die Herausgabe dieser Holzmenge aus den staatlich bewirtschafteten Forsten verlangen würde, denn es würde nur die Herausgabe der Zinsen verlangen, ohne Schmälerung des Kapitals (Substanz), das infolge der Kriegsereignisse zwar etwas kleiner geworden ist, aber im großen und ganzen sich gut erhalten hat.

Man könnte zwar glauben, daß die Behörden, das ist das Ackerbauministerium und vor allem die Forst- und Domänendirektion als unmittelbares Verwaltungsorgan, diesen für das Land wohlwollenden Standpunkt vertreten werden. Dies gilt namentlich von der Forst- und Domänendirektion und von den ihr untergeordneten Organen, den Forstverwaltungen, als Behörden erster Instanz, von denen man annehmen sollte, daß sie aus eigener Initiative und eine Pflicht gegen das Land und seine Bevölkerung erfüllend, ihr möglichstes tun werden in der Überzeugung, daß sie dadurch auch zur Kräftigung der staatlichen Interessen beitragen.

Das ist aber leider nicht geschehen.

Das Ackerbauministerium hat zwar sein Wohlwollen dem Lande gegenüber dadurch zum Ausdruck gebracht, daß es mit dem Erlaß vom 29. Juni 1915, Z. 25632, die unentgeltliche

Lieferung von Bau- und Brennholz an Kriegsabbrändler durch die zuständigen Bezirkshauptmannschaften gestattete, dafür hat aber die Leitung der Forstdirektion, anstatt von dieser Kompetenzerweiterung Gebrauch zu machen und dem Lande mit einer ausgiebigen Beihilfe beizuspringen, den Geist der Zeit nicht verstanden und, eingeengt in ihre fiskalisch-kameralistischen Anschauungen, die ganze Notstandsaktion ad minimum beschränkt. Auch hat sie geradezu zum Schaden der Bevölkerung gehandelt, da sie mit dem Augenblick der Errichtung der Zentrale für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Galiziens, ohne Wissen des Ministeriums und unter eigener Verantwortung, die unentgeltliche Lieferung von Holz für die Kriegsabbrändler gänzlich einstellte und auch den Expondituren der erwähnten Zentrale die Berechtigung, bei den k. k. Forst- und Domänenverwaltungen Bauholz einzukaufen, entzog.

Nicht genug an dem, hat die Leitung der Forstdirektion, seit die Wiederaufbauzentrale ihre Amtstätigkeit aufgenommen hat, gegen dieselbe eine ungemein ungünstige Haltung eingenommen und den Verkauf von größeren Holzmengen in zugänglichen Orten verweigert, dagegen dasselbe in entlegenen Gegenden der Karpathen, zu hohen Preisen oder seit vielen Jahren in unzugänglichen Revieren liegende, angefaulte und zu Bauzwecken unbrauchbare Windbrüche zum Kauf angeboten.

Es genügt wohl, daß Fälle bekannt sind, in denen der Wiederaufbauzentrale von der Forstdirektion nicht die genügende Holzmenge für Ortschaften geliefert wurde, in denen einige hundert Anwesen abgebrannt waren, obwohl in den benachbarten Staatsforsten genug Holz vorhanden war und dasselbe an Händler und Spekulanten zu Spottpreisen verkauft wurde.

Die Staatsforstverwaltung wehrt sich gegen das Verlangen der Wiederaufbauzentrale auf Lieferung von Holz loko Bahnstation, indem sie Schwierigkeiten geltend macht, die sich aus den Kriegsverhältnissen ergeben haben sollen und geradeso wie jedes Privatunternehmen über den Mangel an Arbeitskräften und Transportmitteln klagt.

Indessen ist es aber den mit den einschlägigen Verhältnissen vertrauten Personen bekannt, daß es trotz des Arbeitermangels möglich wäre, in den vom Staate bewirtschafteten Waldungen die zur Versorgung der Armee und Städte erforderlichen Mengen an Brennholz herzustellen, wenn nur die Forstdirektion für die Beistellung von Kriegsgefangenen und, worauf hier nachdrücklichst hingewiesen werden muß, auch für ihre Verpflegung Sorge tragen würde.

Zu Beginn des gegenwärtigen Krieges war es möglich, Kriegsgefangene in beliebiger Anzahl zu bekommen, die von der Heeresverwaltung verpflegt, beziehungsweise für die die erforderlichen Verpflegsartikel beigestellt wurden. Seitdem sich die Approvisionierungsverhältnisse verschlechterten, werden von der Heeresverwaltung (die nunmehr einen sehr bequemen Standpunkt vertritt) Kriegsgefangene nur unter der Bedingung beigestellt, daß der Arbeitgeber für deren Verpflegung aus eigenem aufzukommen hat. Auf demselben Standpunkt steht nun auch die Forstdirektion gegenüber ihren Forstverwaltungen, indem sie denselben die Sorge für die Durchführung der Rodungsarbeiten überläßt und dabei die Unmöglichkeit der Verpflegung der Kriegsgefangenen durch die Forstverwaltungen gänzlich außer acht läßt.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß, je geringer der Wirkungskreis, der Einfluß und die Bedeutung eines Amtes oder Privatunternehmens ist, um so größer die Schwierigkeiten in der Beschaffung und Sicherstellung von Nahrungsmitteln für einen längeren Zeitraum. Deshalb konnten und können sich die Forst- und Domänenverwalter unter den gegenwärtigen Verhältnissen und trotz ihres besten Willens nicht der Aufgabe unterziehen, die Kriegsgefangenen zu verpflegen und das um so weniger, als die diesbezüglichen Bestrebungen derselben bei den Zentralstellen und Militärbehörden keine Unterstützung finden.

Auf diese Weise läßt sich aber die in Rede stehende Sache nicht machen. Denn, wenn die Regierung und die höchsten Militärbehörden es nicht werden verstehen wollen, daß gerade sie dazu berufen sind, durch entsprechende Maßnahmen bei den Zentral- und Landesbehörden — in diesem Falle der Staatsforstverwaltung — die Verpflegung der Kriegsgefangenen, somit auch die Herstellung und Lieferung von Brennmaterial — nötigenfalls unter Zuhilfenahme von zu diesem Zwecke besonders abzukommandierenden militärischen Holzarbeiterabteilungen — zu erleichtern und auf diese Weise zum Durchhalten beizutragen, dann werden wohl die Forst- und Domänenverwaltungen hier keine Abhilfe schaffen können.

An die Herstellung des für das Land erforderlichen Brennholzes hätte man aber noch im Herbst 1916 denken sollen, damit das im Frühjahr 1917 gefällte Holz zum Austrocknen Zeit hätte, denn erst dann wäre es für Beheizungszwecke brauchbar gewesen. Indessen ist in der Periode 1916/17 für die Herstellung genügender Mengen von Brennholz nicht Sorge getragen worden. Man hat sich lediglich darauf beschränkt, von den Resten der alten Vorräte zu nehmen, von denen große Mengen der Heeresverwaltung abgetreten wurden und das ist gerade Ursache dessen, daß die Errichtung von Brennholzlagern gegenwärtig auf unüberwindliche Hindernisse stößt.

Während die Wiederaufbauzentrale mit ungeheuren Schwierigkeiten in der Beschaffung von Bauholz zu kämpfen hat und die Bevölkerung des Landes in ungeheizten Wohnungen frieren muß, verkauft die durch den Holzmangel zur Verzweiflung gebrachte k. k. Forstdirektion in Lemberg riesige Mengen an Bau- und Brennholz zu sehr niedrigen Preisen an Spekulanten und gibt ihnen dadurch die Möglichkeit, kolossale Gewinne zu erzielen.

Hier die Beweise:

Im Laufe fast eines Jahres, nämlich seit dem Herbst 1916 bis heute, sind an den Holzhändler und vielfachen Millionär Selig Borak in Stryj verkauft worden:

in den Revieren von Rachin und Turza wielka . . . . 100.000 m³
loko Station der Waldbahn in Dolina zum Preise von 20 K für 1 m³,

in Suchodół und Lopianka über . . . . 25.000 „
am Stock zu 13 K 50 h,

in Polanica (bei Bolechów) ungefähr . . . . 5.000 „
am Stock zu durchschnittlich 13 K,

in Lisowice (bei Stryj) ungefähr . . . . 50.000 „
am Stock zu durchschnittlich 12 K,
schließlich

Buchenbrennholz in Polanica, ungefähr . . . . 15.000 „
am Stock zu 3 K bis 4 K 50 h,

demnach weiches Bauholz im ganzen . . . . 300.000 m³
und Buchenbrennholz insgesamt 15.000 „

Im Revier Damienice hat die Forstdirektion dem Händler Knoll ungefähr 2500 bis 3000 Klafter — tatsächlich werden es über 5000 sein — zu 9 K, jedoch loko Wald und zum Glück ohne Zufuhr, verkauft. Gegenwärtig ist die Gemeinde Klaj abgebrannt und muß das zum Wiederaufbau notwendige Holz aus anderen Waldungen zu sehr hohen Preisen beziehen, kann dabei aber, obwohl sie hart an einem Walde gelegen ist, nur zuschauen, wie Händler dieses Holz zu so niedrigen Preisen in die weite Welt ausführen dürfen.

In den Forsten von Niepolomice hat sich der Herr Direktor die Wildschweinjagd vorbehalten und den Forstverwaltungen ist das unter Strafe verboten, dafür machen aber die Wildschweine im Acker, in den angrenzenden Feldern und im Getreide ungeheure Schäden.

Was die erwähnten Händler nur an der Differenz zwischen dem Kauf- und Marktpreis verdient haben, geht aus der nachstehenden Zusammenstellung hervor:

Ein Kubikmeter Fichten- oder Tannenbauholzes kostet loko Bahnstation Dolina 50 K, was bei 100.000 m³ für den Händler eine Differenz von 3,000.000 K ergibt, und wenn man die Kosten des von ihm wiederaufzubauenden Sägewerkes von höchstens 500.000 K abrechnet, resultiert zu seinen Gunsten noch immer eine Preisdifferenz von . . . . 2,500.000 K

1 m³ weichen Bauholzes am Stock (das ist im Wald ohne Fällen und Zufuhr) kostet gegenwärtig in Galizien, vorausgesetzt, daß der Wald durch Wege oder Schmalspurbahnen zugänglich ist, rund 25 K.

S. Borak hat gekauft: in Suchodół und Lopianka 25.000 m³ zu 12 K am Stock, daher sein Verdienst . . 325.000 „

in Tustanowice, gleich neben dem großen Naphtharevier, wo für Bauholz (für Bohrtürme) die doppelten Marktpreise gezahlt werden, 120.000 m³ zu 13 K 50 h, und nach Hinzurechnung der Kosten der 3·5 Kilometer langen Schmalspurbahn (Kostenaufwand höchstens 300.000 K), zu deren Erbauung er sich verpflichtete, stellt sich der durchschnittliche Kaufpreis auf 16 K für 1 m³ am Stock, während das Holz sonst 30 K kostet, was einem Profit von . . . . 1,680.000 „
gleichkommt,

in Polanica 5000 m³ zu 13 K mit einem Verdienst von . . . . 60.000 „

in Lisowice 50.000 m³ zu 12 K mit einem Profit von . . . . . 600.000 „

Es hat demnach der Verkäufer bei dieser Preisdifferenz verloren, beziehungsweise der Käufer verdient . 5,165.000 K

Es muß noch beigefügt werden, daß S. Borak aus dem Titel des vom Baron Popper und dessen Nachfolgern übernommenen Kaufvertrages von der Domänenverwaltung in den Revieren von Turza wielka und Rachin noch ungefähr 118.000 m³ zu beziehen hat zu dem fabelhaft geringen Preise von 9 K für 1 m³ Bauholz, und 3 K 80 h für 1 m³ Brennholz, wie Bauholz in ganzen Klötzen, was einen Durchschnittspreis von 7 K 30 h loko Station der Waldbahn in Dolina ausmacht.

Dieser alte Vertrag, auf Grund dessen die Forstverwaltung 277.000 m³ zu liefern hatte, hätte am 30. Juni 1918 erlöschen sollen, ist aber infolge der Bemühungen des S. Borak und dank der Unterstützung durch den Hofrat Małaczyński bis Ende 1924 mit der Abänderung verlängert worden, daß Borak noch weitere — wie oben erwähnt — 100.000 m³ zugestanden wurden zu einem Preise von 20 K für 1 m³ loko Dolina.

Wenn man das mit dem Marktwert des Holzes vergleicht, so verliert der Staat bei S. Borak aus dem Titel des alten Vertrages (118.000 m³) 42 K 70 h bei jedem Kubikmeter, somit weitere . . 5,038.600 K

Der Profit des Knoll ist bedeutend bescheidener (200 Prozent) nämlich nur . . . . 80.000 K

Diese Ziffer, mehr als 10 Millionen Kronen Verdienst von zwei Kaufleuten bei einem Kaufpreis von 4·6 Millionen Kronen, spricht eine deutliche Sprache und läßt so ungefähr ahnen, welch unglaublicher Protektion sich S. Borak bei dem gegenwärtigen Leiter der Forst- und Domänendirektion erfreut. Zugleich kann man sich auch ein Bild davon machen, was für ungeheure Gewinne einzelne Personen, dank einer rücksichtslosen Unterstützung, zum Schaden des Staates und des Landes einheimsen können.

Wenn derartige größere Verkäufe im Wege freien Wettbewerbes, das ist durch Ausschreibung einer Offertverhandlung, zum Abschlusse gelangen würden, dann hätte auch die Wiederaufbauzentrale Gelegenheit mitzubieten, und die von der Staatsverwaltung auf diese Weise erzielten Preise würden zweifellos dem tatsächlichen, beziehungsweise Marktwert entsprechen.

Aber diese vorerwähnten Verkäufe sind im geheimen, unter Ausschluß jedes Wettbewerbes, aus freier Hand abgeschlossen und die Wiederaufbauzentrale gar nicht verständigt worden. Diese Tatsachen charakterisieren wohl zur Genüge die bei der Forst- und Domänendirektion gegenwärtig herrschenden Zustände.

Eine derartige Vergeudung unermeßlicher Werte und Protegierung einzelner Unternehmer wäre ganz unmöglich, wenn sich der Herr Direktor Małaczyński nicht einer rückhaltlosen Unterstützung seitens seines Gönners, des Sektionschefs Köhler vom Ackerbauministerium, erfreuen würde.

Der besagte Herr Direktor hat eine absolute Gewalt, er tut was er will, und erweist dafür auch seine Dankbarkeit auf jede erdenkliche Weise.

Er ist in seinem Servilismus so weit gegangen, daß er zu der vorgenommenen Ernennung des Sohnes des Herrn Sektionschefs Köhler zum Konzipisten bei der Lemberger Forst- und Domänendirektion durch das Ackerbauministerium im Jahre 1915 seine Zustimmung erteilt hat, obwohl derselbe als Geisteskranker vom Militärdienst entlassen wurde. Dieser Geisteskranke ist vom Herrn Małaczyński aufgenommen worden, er figuriert am Papier als Beamter des Rechtsbureaus und bezieht seinen vollen Gehalt, obwohl er nicht eine Stunde im Amt beschäftigt war und weder den Dienst angetreten noch im Dienstorte seinen Wohnsitz genommen hat.

Das hat ja ganz den Anschein einer organisierten Gesellschaft zur Verfolgung eigener Interessen und stellt nur einen geringen Bruchteil der begangenen Mißbräuche dar, durch welche ganz Galizien zu leiden hat.

Der Staat als Waldbesitzer hatte die Möglichkeit, die Preise eines so notwendigen Artikels wie Holz zu regulieren, statt dessen füllt nur er die Taschen einzelner Millionäre.

Da gibt es keine Entschuldigung. Die Abgeordneten aus Galizien bemühen sich schon seit Jahren wegen Errichtung durch die staatliche Forstverwaltung von Bau- und Brennholzniederlagen für die Bevölkerung. Das Abgeordnetenhaus hat in diesem Belange eine ganze Reihe von Beschlüssen gefaßt. Alle diesbezüglichen Bestrebungen sind aber stets an der böswilligen oder ablehnenden Haltung des Ackerbauministeriums gescheitert, welches für die Amtsführung der Forst- und Domänendirektion verantwortlich ist. Das Protegieren einzelner Unternehmer, die fast ein Ankaufsmonopol für Holz besitzen, sowie die Ausbeutung der Bevölkerung haben es unmöglich gemacht, daß ein nützliches Werk von hoher wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung gelinge. Anstatt daß man die Staatsforste den privaten Besitzern als Muster einer rationellen Waldwirtschaft hinstellen könnte, statt daß dieselben eine Wohltat für die Bevölkerung wären, sind sie zum Gegenstand des Spottes für die Privatbesitzer geworden, da von der Staatsforstverwaltung, selbst vom Standpunkt eines Ausbeuters, eine dumme Politik verfolgt wird, bei der nur solche Unternehmer bevorzugt werden, die die Wälder devastieren und dabei ihre Taschen füllen.

Man darf sich da nicht auf den Mangel an Arbeitskräften ausreden, die zur Holzbereitung in eigener Regie notwendig wären, was zum Verkaufe des Holzes am Stock zwinge. Denn man kann doch solche Unternehmer wie den Herrn Borak oder Knoll für den Staat kontraktlich verpflichten. Man könnte ja solchen Personen hohe Bezüge zugestehen

oder gar Orden und Geheimratswürden verleihen — dadurch würden sie sich mit einem fixen Gehalt anstatt mit einem Millionenverdienst zufriedenstellen — und mit der Organisierung öffentlicher Holzniederlagen betrauen.

Wenn aber eine derartige Maßnahme ungeeignet oder undurchführbar sein sollte, dann steht jedenfalls fest, daß Waldverkäufe unter allen Umständen im Wege einer öffentlichen, gehörig kundgemachten Offertverhandlung vorzunehmen sind.

Die Gefertigten stellen demnach an Seine Exzellenz den Herrn Ackerbauminister die Anfragen:

„1. Sind Eurer Exzellenz die geschilderten Verhältnisse und die besprochene Art der Waldverkäufe bekannt?

2. Sind Eure Exzellenz bereit, in Hinkunft derartigen Verkäufen die Genehmigung zu versagen und die bis jetzt abgeschlossenen, nachdem durch dieselben das Ärar benachteiligt wird, zu annullieren?

3. Sind Eure Exzellenz bereit, die Forst- und Domänendirektion auf das entschiedenste anzuweisen, daß öffentliche Holzniederlagen zu errichten sind und die Holzbereitung in eigener Regie vorzunehmen ist?"

Wien, 29. November 1917.

Zygmunt Klemensiewicz.

Dr. Bobrowski.	Ing. Moraczewski.
Rychlik.	Reger.
Stapiński.	Kubik.
Diamand.	Dr. Marek.
Madej.	Łyszczarz.

1656
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Korošec, Dr. Laginja, Dr. Vukotić und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten, betreffend die Bereisung der südlichen Alpenländer durch eine Ministerialkommission.

Im Morgenblatte der „Neuen Freien Presse“ vom 2. Dezember 1917 lesen wir:

„Wie wir erfahren, begibt sich heute eine aus hohen Beamten verschiedener Ressorts zusammengesetzte Ministerialkommission nach Graz, um von dort die südliche Steiermark, einzelne Bezirke Kärntens, Krain, das Küstenland und Dalmatien zu bereisen. Wie verlautet, hat diese Ministerialkommission die Aufgabe, die in den genannten Kronländern während des Krieges entstandenen Verhältnisse an Ort und Stelle zu erheben.“

Sicherem Vernehmen nach soll die oben genannte Ministerialkommission die insbesondere anfangs des Krieges in den südslawischen Gebieten von zivilen und militärischen Behörden aus nationalem und oft aus persönlichem Hasse verursachten Verfolgungen und Einkerkerungen der Slowenen, Kroaten und Serben untersuchen und die Verfehlungen der Behörden feststellen sowie den unschuldigen Opfern eine materielle Entschädigung und moralische Genugtuung verschaffen.

Die erwähnte Kommission soll, ebenfalls dem Vernehmen nach, aus drei Beamten bestehen, von denen zwei der deutschen, einer aber der kroatischen Nationalität angehört.

Unentwegt auf dem Standpunkt stehend, daß eine Untersuchung der Verfolgungen unumgänglich notwendig ist, daß die Schuldigen bestraft und die unschuldigen Opfer vollauf entschädigt werden müssen, können die Gefertigten jedoch in der Zusammensetzung der Kommission keine Gewähr erblicken, daß sie der Aufgabe gerecht werden wird.

Die Mitglieder dieser Kommission genießen keine entsprechende Unabhängigkeit, vielmehr sind sie ihren Chefs verantwortlich, daher abhängige Beamte, welche jedem Wink ihrer Chefs Folge zu leisten haben. Unbelehrt über die Aufgabe dieser Kommission, wird die Bevölkerung derselben kein Vertrauen entgegenbringen, sondern vielmehr wegen der Einschüchterung, welche in den südlichen Ländern noch immer anhält, sich aus Furcht vor neuen Verfolgungen sogar die Wahrheit auszusagen hüten.

Die Kommission genießt auch nicht das Recht, die Aussagen der Verhörten unter Eid entgegenzunehmen, weshalb man den Ergebnissen ihrer Untersuchung immer ein Mißtrauen, je nach der Parteistellung entgegenbringen kann.

Nur eine ganz unabhängige parlamentarische Kommission könnte Gewähr genug bieten, daß der Wahrheit über die Verfolgungen der Südslawen während des Krieges zum unbestrittenen Siege verhelfen werde.

Die Gefertigten befürchten daher mit Recht, daß das Ergebnis der Kommission nur eine Beschönigung der schrecklichen Schandtaten seitens der zivilen und militärischen

Behörden an den Südslawen zu Kriegsbeginn sein werde.

Wir stellen daher an Seine Exzellenz die Anfrage:

„Ist Eure Exzellenz gewillt, anstatt der Beamtenkommission die Wahl einer unabhängigen parlamentarischen Kommission zu befürworten, welche die Aufgabe der gegenwärtig in die südslawischen Gebiete entsandten Ministerialkommission zu erfüllen hätte?"

Wien, 3. Dezember 1917.

Dr. Korošec.
Biankini. Dr. Laginja.
Fon. Dr. Vukotić.
Roškar. Prodan.
Spinčič. Dr. Benkovič.
Pišek. Dr. Pogačnik.
Dr. Jankovič. Fr. Demšar.
Dr. Cingrija. Brenčič.
Jarc. Dr. Verstovšek.

1657
I

Anfrage

des

Abgeordneten Gostinčar und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, in Angelegenheit eines Amtsblattes in slowenischer Sprache in Laibach.

Das Kronland Krain ist mit sehr geringer Ausnahme rein slowenisches Land. Die fünf Prozent deutscher Bevölkerung zusammen mit den sogenannten „Nemškutarji", bildet die verschwindende Minderheit.

Trotz dieser Tatsache erscheint in Laibach das Amtsblatt, die „Laibacher Zeitung", in deutscher Sprache. Von einem slowenischen Amtsblatt wollen die maßgebenden Faktoren nichts hören.

Um diesen unnatürlichen Zustand abzuschaffen ist es dringend notwendig, daß in Laibach in erster Linie das Amtsblatt in slowenischer Sprache erscheine, dafür sprechen auch alle praktischen Umstände.

Die Gefertigten fragen:

„Ist Euer Exzellenz geneigt, dem Gerechtigkeitsprinzipe gemäß anzuordnen, daß das Amtsblatt in Laibach in slowenischer Sprache erscheine?"

Wien, 3. Dezember 1917.

Dr. Korošec.
Cingrija.
Dr. Rybář.
Spinčić.
Fr. Demšar.
Dr. Benkovič.

Gostinčar.
Dr. Dulibić.
Perić.
Pišek.
Prodan.
Dr. Verstovšek

1658
I

Anfrage

des

Abgeordneten Gostinčar und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister in Angelegenheit der Behandlung der Näherinnen und Arbeiterinnen in der Montur-Retablierungsanstalt in Josefsthal in Krain.

In der Montur-Retablierungsanstalt in Josefsthal, Gemeinde Mariafeld der k. k. Bezirkshauptmannschaft Laibach Umgebung, werden die dort beschäftigten Arbeiterinnen von den in der Anstalt kommandierenden Offizieren roh und grob behandelt, beschimpft, geschlagen und geohrfeigt, und das alles aus kleinlichen Ursachen.

So wurde ein Mädchen am 21. November, gelegentlich der Lohnauszahlung, von Herrn Oberleutnant Herkner mit dem Lineal geschlagen, weil es seinen Befehl, „Platz zu machen", nicht verstehend, nicht sofort „Platz machte".

Herr Oberleutnant Secs hat vorher eine andere Arbeiterin wegen einer Geringfügigkeit geohrfeigt.

Beide Arbeiterinnen sind sofort ausgetreten und mit ihnen noch andere zwanzig (20) Arbeiterinnen, welche eine solche Behandlung erschreckte.

Die Arbeiterinnen werden wegen kleiner Verfehlungen, die überall vorkommen, mit Geldstrafen bestraft, diese Geldstrafen werden vom Lohne abgezogen; wozu sie verwendet werden, wissen die Leute nicht. Die Arbeiterinnen meinen, daß diese Geldstrafen unzulässig sind.

Der Lohn der Arbeiterinnen beträgt täglich fünf (5) Kronen, hiervon müssen sie täglich 3 K 54 h für „Soldatenkost" zahlen, die aus lauter Rüben und Kraut besteht und bei weitem nicht genügt, um die Arbeiterinnen bei Kräften zu erhalten. Häufige Erkrankungen sind unzweifelhaft die Folge dieser ungenügenden und schlechten Kost.

Die Unterkünfte der Arbeiterinnen sind für Menschen nicht geeignet. Es müssen oft zwei auf einem Strohsacke schlafen, zudem sind zu wenig Decken und äußerst schmutzige Räume, worin 60 bis 80 Arbeiterinnen schlafen müssen.

Die Arbeiterinnen werden auch zu Geldsammlungen für „Präsente" für abgehende Vorgesetzte verhalten.

Die vorgesetzten Kommandanten verstehen die slowenische Sprache nicht, wodurch die Verwirrung noch größer wird.

Die Gefertigten fragen:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, die oben angeführten Mißstände einzustellen und zu diesem Zwecke in der Montur-Retablierungsanstalt in Josefsthal die strengste Untersuchung betreffs der Behandlung der Arbeiterinnen anzuordnen?"

Wien, 3. Dezember 1917.

Gostinčar.

Brenčič.	Fr. Demšar.	Dr. Pogačnik.	Dr. Dulibić.
Perić.	Cingrija.	Dr. Benković.	Prodan.
Dr. Laginja.	Biankini.	Spinčić.	Dr. Korošec.

1659
―――
I

Anfrage

des

Abgeordneten Gostinčar und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend die Reichsstraße Logatec—Idria in Krain.

Die Reichsstraße Logatec—Idria in Krain befindet sich derzeit in einem sehr schlechten Zustande. Der Verkehr mit Idria ist dadurch gestört und die Approvisionierung erschwert, besonders weil Idria gerade auf diesem Wege fast alle Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände bekommt. Es ist daher sehr dringend, daß diese Straße unverzüglich ausgebessert und instand gesetzt wird.

Die Gefertigten fragen:

„Ist Eure Exzellenz gewillt, dafür Sorge zu tragen, daß die Reichsstraße Logatec (Loitsch)—Idria unverzüglich ausgebessert und hergestellt wird?“

Wien, 3. Dezember 1917.

Korošec.	Gostinčar.
Prodan.	Dr. Rybář.
Dr. Benković.	Pišek.
Spinčić.	Roškar.
Dr. L. Pogačnik.	Dr. Verstovšek.
Demšar.	Biankini.

1660
I

Anfrage

des

Abgeordneten Karl Exner und Genossen an Seine Exzellenz Herrn Minister für öffentliche Arbeiten, betreffs Verweigerung der Auszahlung von Provisionen der Bruderlade in Klein Schwadowitz an den ehemaligen Obersteiger Anton Šimek in Zbečník und der Witwe nach dem umgekommenen Bergmann Johann Vrba aus Hronov.

Es vergingen schon einige Jahre, ohne daß es möglich wäre diesen Rechtsstreit zu beenden. Obersteiger A. Šimek, welcher durch 35 Jahre seinen Pflichten den Bruderladen gegenüber nachgekommen ist, kann zu seinem Rechte nicht gelangen. Alle bisherigen Schritte zerschellten an zwei hauptsächlichen Hindernissen:

1. an der Nichtabführung der Beiträge des Inhabers der Kohlengruben in Zdárek bei Hronov Gustav Deutsch, Fabrikant in Königinhof an der Elbe, an die Bruderlade in Klein Schwadowitz und

2. an dem passiven Verhalten respektive Wehr der Bruderlade von Klein Schwadowitz der Regelung der Versicherung von Bergleuten des Wilhelminenschachtes gegenüber. Dem Fabrikanten Deutsch ist es bis jetzt gelungen, durch Einwendungen selbst der Vollstreckung der gegen ihn gefällten Urteile der höchsten Instanzen sich zu entziehen und diese Sache jahrelang in die Länge zu ziehen.

Es ist ein grausames Spiel, welches hier mit armen Arbeitern — Bergleuten — getrieben wird. Da bis jetzt alle Schritte, selbst solche, die unzweifelhaft den Bergarbeitern, namentlich dem Anton Šimek sein Recht zuerkannt haben, erfolglos blieben, muß öffentlich das Augenmerk auf diese Sache gelenkt werden, in der Hoffnung, daß Seine Exzellenz der Minister für öffentliche Arbeiten, in dessen Kompetenz dieser Gegenstand fällt, alle seine Energie anwenden wird, um den Bergleuten, deren Wohl, wie er schon einige Male in diesem Hause öffentlich erklärt hat, ihm am Herzen liegt, zum Rechte endlich und endgültig zu verhelfen.

Wie schaut das Alter dieser abgerackerten Leute aus? Krankheit, Not und Elend, das sind die Kennzeichen ihrer alten Tage. Zu denen gehört auch der ehemalige Obersteiger Anton Šimek. Nach 35 Jahren schwerer Arbeitszeit, bei seinem Berufe beinahe vollständig erblindet, gehört er unter die unzähligen Opfer seines schweren Berufes. Um seine blutigen Ersparnisse ist er bei der Liquidation der Sparkassa in Hronov gekommen und die Bruderlade in Klein Schwadowitz verweigert ihm die Auszahlung der Provision. Wovon soll er leben? Er und seinesgleichen befinden sich in einer schrecklichen Lage und rufen um Hilfe nach oben. Gebet ihnen Recht, gebet ihnen endlich das, was ihnen gebührt, zwinget die, welche bis jetzt die Regelung der Angelegenheit zu verhindern wußten, zur Erfüllung dieser Pflicht. Keine Ausrede ist mehr am Platze.

Es ist unmöglich, das umfangreiche Material, welcher dieser seit Jahren sich ziehende Streit beinhaltet, chronologisch hier anzuführen, es wäre ein ganzer Band, aber das ist schließlich auch nicht der Zweck dieser Interpellation. Wir wollen hier nur der Öffentlichkeit bekanntgeben, daß es noch Leute gibt, die, aus der Arbeit der arbeitenden Klasse reich geworden, sich weigern, die Beiträge, welche sie von den Bergleuten beheben, den Bruderladen abzuführen, und zu denen gehört nämlich in diesem Falle Millionär Gustav Deutsch aus Königinhof an der Elbe. Uns liegt daran, daß diese Angelegenheit endgültig ausgetragen wird.

Um den kurzen Sachverhalt klar zu legen, sei hier angeführt:

Im Jahre 1907 kaufte Herr Gustav Deutsch die verlassene Kohlengrube „Wilhelminenschacht" in Zďárek bei Hronov an der Elbe von der Miroschau-Schwadowitzer Bergwerksgesellschaft und fing dort am 1. April desselben Jahres zu arbeiten an.

Die Bergarbeiter wurden mit demselben Tage von dem Bergrevieramt in Kuttenberg der Bruderlade in Klein Schwadowitz zugeteilt, wohin sie die Beiträge abzuliefern hatten.

Herr Fabrikant Deutsch aus Königinhof an der Elbe als Inhaber der Kohlengrube kassiert zwar die Beiträge der Bergleute ein, ohne dieselben jedoch abzuführen, und daher weigert sich die Bruderlade in Schwadowitz, die Pflichten den Bergleuten gegenüber zu erfüllen.

Einige Male wurde der Rekurs des Inhabers Deutsch gegen die Angliederung an die Bruderlade in Schwadowitz selbst von dem Verwaltungsgerichtshofe abgewiesen.

Auch die k. k. Bergämter haben viele Anordnungen diesbezüglich getroffen, aber bis jetzt ist alles vergebens gewesen, Herr Deutsch sowie die Bruderlade haben es verstanden, sich durch zehn Jahre ihrer Pflichten gegenüber den Bergleuten zu entziehen.

Es sind demzufolge Fälle vorgekommen, daß den altgewordenen Bergleuten, die Anrecht an die Provision haben, dieselbe stets verweigert wird, auch zum Beispiel einer Witwe nach einem umgekommenen Bergmann namens Vrba mit ihren drei Kindern, und den ausgetretenen Bergleuten werden die Beiträge nicht zurückgezahlt usw. Deutsch schickt die Leute an die Bruderlade in Schwadowitz und diese weist sie wieder an den Deutsch zurück, und dieses grausame Spiel mit den Rechten dieser armen Leute dauert schon über zehn Jahre unverändert fort.

Wir wollen hier den Fall, welcher den ehemaligen Obersteiger Anton Šimek betrifft, ein wenig beleuchten. Derselbe war durch 35 Jahre Bergmann und zahlte die Bruderladebeiträge durch diese Zeit ununterbrochen, die letzten Jahre am Wilhelminenschacht in Zďárky in Beträgen von 7 K 16 h monatlich. Demselben wird von der Bruderlade in Schwadowitz die Auszahlung der Provision schon durch 8 Jahre verweigert, ja nicht einmal die Zinsen von den eingezahlten Geldern bekommt derselbe.

Obzwar das Schiedsgericht die Provision dem Šimek zuerkannt hat und zwar schon in den Jahren 1911 und 1913 und auch der Rechtsvertreter der Schwadowitzer Bruderlade Dr. Adam in Prag bei dem Schiedsgerichte in Kuttenberg, Herr Deutsch, sowie die Bruderlade in Schwadowitz kümmern sich wenig selbst um den Ausspruch des eigenen Rechtsanwaltes und beachten und respektieren alles dies nicht.

Allerletzt läßt die Bruderlade in Schwadowitz dem Gustav Deutsch alle schuldigen Beiträge in die Grundbücher eintragen, jedes Vierteljahr arbeitet dieselbe einen Auszug über die schuldigen Beiträge aus, legt diese Liste der politischen Behörde vor, Herr Deutsch protestiert wieder dagegen, und so geht es als eine schändliche Komödie, durch die die armen Bergleute auf das empfindlichste geschädigt werden, weiter. Der in die Grundbücher einverleibte Schuldbetrag übersteigt schon 100.000 K.

Das Vorgehen der Bruderlade in Schwadowitz ist umso unbegreiflicher, als sie doch die Exekution gegen Herrn Deutsch durchführen und auf diese Weise dem vorbeugen könnte, daß ein Bergmann, wie Anton Šimek, der 35 Jahre seine Pflicht gegenüber der Bruderlade getan hat, auf diese Weise geschädigt wird.

Ein zweiter Fall betrifft die Witwe nach dem erschlagenen Bergmann Johann Vrba und ihre drei Kinder im Alter von zwei bis fünf Jahren, welche ebenfalls nichts bekommt, ja Herr Deutsch ging so weit, daß er derselben armen Frau die Unfallsrente von 400 K verpfändete und zahlt derselben nur die Zinsen. Was soll sie in dieser schrecklichen Zeit tun?

Der ganze Sachverhalt ist übrigens dem k. k. Ministerium, welches öfter die Gelegenheit hatte sich mit dieser Sache zu beschäftigen, bekannt. Das umfangreiche Material liegt teilweise im genannten Ministerium selbst sowie bei dem k. k. Bergrevieramte in Kuttenberg und bei der k. k. Berghauptmannschaft.

Diese Angelegenheit ruft laut nach einer raschen endgültigen Erledigung und darum fragen die Unterfertigten:

„Ist Eure Exzellenz bereit, als Fachmann auf diesem Gebiete dieser Angelegenheit Aufmerksamkeit zuzuwenden, das Material, welches teilweise im k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten selbst, teilweise bei der k. k. Revierbergamtsdirektion in Kuttenberg und k. k. Berghauptmannschaft in Prag, durchprüfen zu lassen und alle Maßnahmen zur raschen, endgültigen Erledigung dieser Sache zu treffen, um auf diese Weise den armen geschädigten Bergleuten zum Rechte zu verhelfen?"

Wien, 3. Dezember 1917.

Konečný.	Karl Exner.
Klofáč.	Stříbrný.
Dr. Hübschmann.	Č. J. Lisý.
Dr. Formánek.	Staněk.
Dr. Baxa.	Slavíček.

1661
I

Upit

zastupnika Prodana i drugova na Njegovu preuzvišenost gospodina ministra pravde o zloporabi sa zvonovima crkava i javnoj štampi.

Ne samo u novinstvu nego i u saborima bilo je govora o zloporabama sa zvonovima, koji se na veliku štetu naroda i štetu vjere, prosvjete i države skidaju sa crkava.

Časopis „Hrvatska Kruna“ u Zadru u Dalmaciji nije, obzirom na ratno stanje, priopćila o tom ništa svoga, da se još više, i potpunim pravom, ne uzrujava i ne uznemiruje, već i onako do skrajnosti uznemiren narod, nego se je samo jednom ograničila, da priopći ovu jednostavnu vijest — u kronaci broja 70. od 5. rujna ove godine —, na što je držala, da ima pravo i dužnost, kad je već i tako predmet postao javnom tajnom:

„Kamo idu naša zvona?“ bio je naslov vijesti, pa je slijedila doslovno vijest ovog sadržaja:

„Reichspost“ doznaje, da zvona dobiva magjarski židov Manfred Weiss u Budimpešti, a što snjima radi? Gospodin Weiss ih prodaje za modru galicu, kako se vidi iz interpelacije u hrvatskom saboru. Iz naših zvonova se proizvadja modra galica za vinograde magjarskih velikaša. Trebalo bi, piše „Reichspost“, da vlada hitno i temeljito stavi u tom reda.“

Ako ova vijest nije, eventualno, u čem bila tačna, pravo je ispravka bilo tu, ali ne čitasmo, da bi se tko tim pravom bio poslužio, pa je tim čudnovatije, što se radi te vijesti zaplijenilo jedan pokrajinski list, koji na koncu nije učinio drugo, do li priopćio što drugi pišu i što je bečka cenzura ostavila netaknuto.

I ovaj slučaj, kako zapljena mirovne papinske note u istom zadarskom listu, i toliko drugih slučajeva, koje još ne iznosimo, pokazuje, da se za „Hrvatsku Krunu“ pri plijenjenju rabe neki, da blago rečemo, čudni kriteriji.

Potpisani pitaju visoku vladu:

„Što visoka vlada misli o zapljeni vijestice pod naslovom: „Kamo idu naša zvona?“ u „Hrvatskoj Kruni“, broj 70. od 5. rujna ove godine?“

Beč, 27. studenoga 1917.

Prodan.

J. Hladnik. Dr. Korošec.
Fon. Jarc.
Perić. Roškar.
Dr. Dulibić. M. Brenčič.
Pogačnik. Pišek.

Authentische Übersetzung.

1661
I

Anfrage

des

Abgeordneten Prodan und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Justizminister, betreffend die Mißbräuche mit den Kirchenglocken und die öffentliche Presse.

Nicht nur in den Zeitungen, sondern auch in den Landtagen wurden die Mißbräuche mit den Kirchenglocken besprochen, die zum großen Nachteile der Bevölkerung sowie zum Nachteile der Religion, der Zivilisation und des Staates aus den Kirchen weggetragen werden. Die Zeitschrift „Hrvatska Kruna" in Zadar in Dalmatien hat mit Rücksicht auf den Kriegszustand über diesen Gegenstand keine eigenen Notizen veröffentlicht, damit die ohnehin schon ungemein aufgeregte Bevölkerung nicht mit vollem Rechte noch mehr aufgeregt werde, sondern sie hat sich darauf beschränkt, nur einmal eine einfache Nachricht (in der Chronik der Nummer 70 vom 5. September l. J.) mitzuteilen, wozu sie sich berechtigt und verpflichtet fühlte, da der Gegenstand ohnehin bereits ein öffentliches Geheimnis geworden war.

„Kamo idu naša zvona? (Wohin gelangen unsere Glocken?)" war die Notiz betitelt und darauf folgte buchstäblich der folgende Text:

„Die „Reichspost" erfährt, daß die Glocken der ungarische Jude Manfred Weiß in Budapest erhält. Und was tut er mit den Glocken? Herr Weiß verkauft sie für Zwecke der Kupfervitriolerzeugung, wie es aus einer im kroatischen Landtage eingebrachten Interpellation hervorgeht. Aus unseren Glocken wird Kupfervitriol für die Weingärten der ungarischen Magnaten erzeugt. Die Regierung sollte, schreibt die „Reichspost", in diese Angelegenheit eiligst und gründlichst Ordnung bringen."

Wenn diese Nachricht eventuell in irgendwelcher Beziehung nicht richtig war, hatte man ja das Recht, sie zu berichtigen, wir lesen aber nirgends, daß jemand von diesem Rechte Gebrauch gemacht hätte, weshalb es noch merkwürdiger erscheint, daß wegen dieser Nachricht ein Provinzblatt konfisziert wurde, welches endlich und letztlich nichts anderes getan hat, als daß es gebracht hat, was andere geschrieben haben und was von der Wiener Zensur freigelassen wurde.

Auch dieser Fall zeigt ebenso wie die Konfiskation der Friedensnote des Papstes in demselben Blatte in Zader und viele andere Fälle, die wir noch nicht in die Öffentlichkeit bringen, daß bei den Konfiskationen der „Hrvatska Kruna" gewisse, milde gesagt, auffällige Kriterien angewendet werden, weshalb die Gefertigten an die hohe Regierung die Frage richten:

> „Was denkt die hohe Regierung über die in der „Hrvatska Kruna" Nr. 70 vom 5. September d. J. erfolgte Konfiskation der „Kamo idu naša zvona? (Wohin gelangen unsere Glocken?") betitelten Notiz?"

Wien, 27. November 1917.

	Perić.	Pogačnik.	Prodan.
Dr. Korošec.	Dr. Dulibić.	Roškar.	Brenčič.
Jaklič.	Pišek.	Fon.	Hladnik.

1662
I

Upit

zastupnika Prodana i drugova na Njegovu preuzvišenost gospodina ministra za prehranu i gospodina ministra za socijalno skrb za diobu petrolja narodu po selim i gradovim u većoj mjeri od sadašnje.

Mast i ulje postali su predmeti tako razmjerno rijetki i skupi, da se, poimence ulje, ako ga tko još malo ima, ne može rabit u rasvijetne svrhe. Ne ostaje dakle nego kamenoulje; rijetko gdje i to samo po nekim gradovima, plin i električna rasvijeta; a petrolja se tako malo dijeli, da ne dostaje ni za dva, tri dana na mjesec. Sad su duge zimske večeri kad i težak kod kuće i radnik i obrtnik u tvornici, i domaćica i učenici trebaju petrolja, da im ne prodje u taman, na veliku štetu posebnoga i obćega rada i gazdinstva, dobra polovica noći. Naša je država do pred sam rat imala toliko petrolja — do godine 1913. do blizu šest milijuna metrskih centa, —, da ga je i izvažala na milijune metrskih centa. Sad je rat i petrolja se valjda troši sveukupno više u tuzemstvu, ali je istina, da je ratom monarkija došla i do novih izvora nabave; u Rumunskoj i drugdje, a dok pućanstvu i vojsci treba petrolja, o izvažanju ne smije biti ni govora.

S toga potpisani pitaju visoku vladu:

„Hoće li vlada naredit, da se pućanstvu dijeli redovito svakog mjeseca onolik kvantum kamenoulja, koliko ga treba težaku na selu za noćnu radnju i obrtniku i drugim gradjanim za zanat i kućne potrebe?“

Beč, 27. studenoga 1917.

	Prodan.
Dr. Dulibić.	Roškar.
Vitez Pogačnik.	J. Hladnik.
Jarc.	Fon.
Perić.	M. Brenčič.
Pišek.	Dr. Korošec.

Authentische Übersetzung.

1662
I

Anfrage

des

Abgeordneten Prodan und Genossen an Ihre Exzellenzen die Herren Ernährungsminister und Minister für soziale Fürsorge, betreffend die Verteilung des Petroleums auf dem Lande und in den Städten in einem größeren Umfange als bisher.

Das Fett und das Öl sind jetzt so seltene und teure Artikel geworden, daß namentlich das Öl, soweit es überhaupt noch vorhanden ist, zu Beleuchtungszwecken nicht verwendet werden kann. Es bleibt also nichts anderes übrig als das Petroleum und in seltenen Fällen, und zwar nur in einigen Städten, die Gas- und elektrische Beleuchtung. Trotzdem wird das Petroleum in so geringen Mengen verteilt, daß es nicht einmal für zwei oder drei Tage im Monate ausreicht. Gegenwärtig sind lange Winterabende, an welchen sowohl der Bauer zu Hause als auch der Arbeiter und der Gewerbetreibende in der Fabrik ebenso wie die Hausfrauen und Schüler Petroleum brauchen, um nicht zum großen Nachteil der privaten Wirtschaft und der öffentlichen Interessen einen guten Teil der Nacht umsonst zu verlieren. Unser Staat hatte unmittelbar vor dem Krieg so viel Petroleum (im Jahre 1913 gegen 6 Millionen Meterzentner), daß er Millionen Meterzentner ausführen konnte. Jetzt sind wir im Krieg und infolgedessen wird der Verbrauch des Petroleums im Inlande wohl gestiegen sein, andrerseits aber hat die Monarchie im Kriege in Rumänien und anderswo neue Beschaffungsquellen erschlossen; so lange der Bedarf der Bevölkerung und der Armee an Petroleum nicht gedeckt ist, darf von einer Ausfuhr keine Rede sein.

Deshalb fragen die Gefertigten die hohe Regierung:

„Wird die Regierung anordnen, daß der Bevölkerung regelmäßig jeden Monat so viel Petroleum zugewiesen werde, als es die Bauern auf dem Lande für die Nachtarbeit und die Gewerbetreibenden und übrigen Bürger für das Gewerbe und den Hausbedarf brauchen?"

Wien, 27. November 1917.

Roškar.	Prodan.
Fon.	Hladnik.
Pišek.	Brenčič.
Dr. Dulibić.	Perić.
Ritter v. Pogačnik.	Korošec.

1663
/I

Upit

zastupnika Prodana i drugova sveukupnom ministarstvu o suši in umjetnom natapanju.

Ovogodišnja suša od dugih sedam mjesece u Dalmaciji otela je narodu trude cijele jedne godine i prouzročila na stotine miljuna kruna štete. Na žalost bude u Dalmaciji suše veoma često, te narod je malne svake godine u pogibelji, da ga snadje potpuna katastrofa, a i kad nije slučaj do skrajnih granica, suša svedj ostaje jedno i odveć ozbiljno gospodarstveno pitanje za ovu tužnu pokrajinu.

Jedan od načina, da se barem dijelomice pućanstvo obezbijedi od preteški poslijedica suše, koje ubijaju težački ekonomični i fizični život, jest opće poznato i drugdje rabljeno umjetno natapanje.

Potpisani pitaju visoku vladu:

„1. Je li visoka vlada voljna, buduć bez sumnje svijestna svoje izvanredno velike odgovornosti pred Bogom i pred narodom, nastojat umjetnim natapanjem iz jezera i rijeka, dovažanjem živih voda putom vodovoda i bušenjem zemlje za pronalazak novih vrela, te gradjenjem jeftinih bunata za vrtove i t. d., kako bi se umanjile poslijedice suše, koja u Primorju uopće, a u Dalmaciji na po se, skoro svake godine nanosi narodu na stotine miljuna kruna štete?

2. Je li visoka vlada spravna živo pregnut, da se ta akcija odmah započne i sustavno nastavi, u što bržem tempu i u što većem obsegu te se tako odsle unaprijed obezbijedi narod od ljutih posljedica skoro svakogodišnje dugotrajne suše, koja odnosi narodu plodove njegovih krvavih truda i napora?“

Beč, 27. studenoga 1917.

Prodan.
M. Brenčič. Roškar.
Jarc. Dr. Korošec.
Perič. J. Hladnik.
Vitez Pogačnik. Fon.
Dr. Dulibič. Pišek.

Authentische Übersetzung.

1663
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Prodan und Genossen an das Gesamtministerium, betreffend die Dürre und die künstliche Bewässerung.

Die heurige Dürre, die in Dalmatien volle sieben Monate anhielt, hat das Volk um die Mühe eines ganzen Jahres gebracht und einen Schaden von hunderten Millionen verursacht. Leider ist die Dürre in Dalmatien eine häufige Erscheinung, so daß das Volk fast jedes Jahr der Gefahr ausgesetzt ist, von einer Katastrophe ereilt zu werden und wenn sie auch nicht die höchste Grenze erreicht, bleibt sie doch noch immer eine sehr ernste Frage für die Wirtschaft dieses unglücklichen Landes.

Ein Mittel, die Bevölkerung wenigstens teilweise vor den schweren Folgen der Dürre, die die Bauern ökonomisch und physisch zugrunde richtet, zu schützen, ist die allgemein bekannte und anderswo bereits angewendete künstliche Bewässerung.

Deshalb fragen die Gefertigten die hohe Regierung:

„I. Ist die hohe Regierung, da sie sich ohne Zweifel ihrer außerordentlichen Verantwortlichkeit vor Gott und dem Volke bewußt ist, geneigt, dahin zu wirken, daß durch künstliche Bewässerung aus den Seen und Flüssen, durch Beschaffung von Quellenwasser mittels Wasserleitungen, durch Erdbohrungen behufs Erschließung neuer Quellen sowie durch Errichtung billiger Gartenbrunnen usw. die Folgen der Dürre, die in den Küstenländern im allgemeinen und in Dalmatien insbesondere fast jedes Jahr dem Volke einen Schaden von mehreren hunderten Millionen Kronen verursacht, vermindert werde?

II. Ist die hohe Regierung geneigt, energisch dafür einzutreten, daß diese Aktion unverzüglich in Angriff genommen und systematisch in einem möglichst raschen Tempo und im tunlichst großen Umfange fortgesetzt werde, damit auf diese Weise das Volk in Hinkunft vor den schweren Folgen der Dürre geschützt werde, die fast jedes Jahr lange anhält und das Volk um die Früchte seiner schweren Arbeit bringt?"

Wien, 27. November 1917.

Brenčič.	Prodan.
Dr. Korošec.	Roškar.
Dr. Dulibić.	Hladnik.
Ritter v. Pogačnik.	Fon.
Perić.	Pišek.

1664
I

Upit

zastupnika Prodana i drugova sveukupnomu ministarstvu o izkoristitvi silnog ratnog materijala na korist širokih masa, a i same države.

Rat je preuzročio, uz ostalo i, poznatu stagnaciju u radnjama privatnim i javnim. Država se je već shodnim zakonskim osnovama hvalevrijedno poskrbila, da priskoči u pomoć onim stotinama i stotinama tisuća, pače milijuna stanovnika, koji su uslijed nazadka spali na bankrot, ili im prédstoji i koji, i ako su se kako tako dosle odhvali, stoje ipak još svedj na robu propasti. Ali vladina pomoć, i da je puno obilatija, ne bi doskočila cijeloj potrebi. Njezina će pomoć, u koliko za koga stigne na vrijeme, bit kaplja u moru i bez obzira na činjenicu, da će i ta, kako svaka vladina akcija u novcu, na koncu konca spasti na ledja naroda, bilo u kojoj formi.

S toga bilo bi uputno, da se u koliko to nije već sporadično i kojekako učinjeno, izkoristi, na uhar stradajućih, silni ratni materijal svake vrsti, a osobito onaj u drvlju, opekam, gvoždju i t. d., materijala, i ako se čitavu i novu, pak veoma vrijedan i koristan za svačiju ekonomiju. U taj su materijal uloženi miljardi kruna, pa da se izkoristi pametno i savijestno, na korist širokih masa i same države i samo jedan dio, već bi tu bila dobit, odnosno pri̇štednja, koja bi brojila na stotine i stotine milijuna kruna ta se akcija naravno ne može sveosve provesti prije svršetka rata, ali dobrim dijelom može i preko rata, osobito na frontam država s kojima bi medjutim došlo do mira.

Potpisani pitaju visoku vladu:

„Kako visoka vlada misli izkoristit, daleko od bilo čijih špekulacija i litva, na korist trgovine i obrti i širokih masa pučanstva, osobito u ratnim područjima one silne glavnice uložene u svakojaki materijal, koji će bez shodnih navremnih odredaba, kao tobože „res nullius“, „primi occupantis“ ili roba za ropotarnicu, paé većinom izgubljen državnom eraru i otet će se utećenoj ekonomiji težko ratom izkušanih naroda?“

Beč, 27. studenog 1917.

Prodan.
Pogačnik. **Roškar.**
Dr. Korošec. **J. Hladnik.**
Fon. **M. Brenčič.**
Dr. Dulibić. **Pišek.**
Perić. **Jarc.**

Authentische Übersetzung.

1664
I

Anfrage

des

Abgeordneten Prodan und Genossen an das Gesamtministerium, betreffend die Ausnützung des gewaltigen Kriegsmaterials zum Vorteile der breiten Volksmassen und des Staates selbst.

Der Krieg hat unter anderem auch die bekannte Stagnation in den privaten und öffentlichen Betrieben verursacht. Der Staat hat bereits durch entsprechende Gesetzesvorlagen in lobenswerter Weise dafür gesorgt, das den Hunderttausenden, sogar Millionen von Einwohnern, die infolge des wirtschaftlichen Rückschrittes dem Ruin verfallen sind oder vor einem solchen stehen und die, wenn sie sich bis jetzt auch zur Not gehalten haben, noch immer am Rande des Abgrundes stehen, Hilfe geboten werde. Jedoch die Hilfsaktion der Regierung, wenn sie auch viel reichlicher wäre, würde dem Ernst der Lage nicht entsprechen. Die Hilfe der Regierung wird, soweit sie für einzelne rechtzeitig geboten wird, ein Tropfen ins Meer sein, auch ohne Rücksicht darauf, daß auch diese sowie jede finanzielle Regierungsaktion endlich und letztlich, in welcher Form immer, das Volk tragen wird.

Deshalb wäre es ratsam, soweit es nicht bereits sporadisch geschehen ist, das gewaltige Kriegsmaterial, insbesondere die Vorräte an Holz, Ziegeln, Eisen usw., im Interesse der leidenden Bevölkerung auszunutzen, denn wenn auch dieses Material nicht mehr ganz und neu ist, so ist es doch für jede Wirtschaft wertvoll und nützlich. In dieses Material sind Milliarden Kronen angelegt worden, und wenn man nur einen Teil dieses Materials zum Vorteile der breiten Volksmassen und des Staates selbst gewissenhaft ausnutzen würde, wäre das ein Gewinn, beziehungsweise eine Ersparnis, die hunderte Millionen Kronen erreichen würde. Diese Aktion kann naturgemäß im ganzen und großen erst nach der Beendigung des Krieges durchgeführt werden, zum großen Teil aber kann vieles bereits während des Krieges, insbesondere an den Fronten der Staaten, mit welchen inzwischen Friede geschlossen werden sollte, in Angriff genommen werden.

Deshalb fragen die Gefertigten die hohe Regierung:

„Wie gedenkt die hohe Regierung, weit von wessen immer Spekulationen und Wucher, im Interesse des Handels und des Gewerbes sowie im Interesse der breiten Volksmassen insbesondere in den Kriegsgebieten die gewaltigen Kapitalien auszunutzen, die in allerlei Material angelegt sind, welches ohne entsprechende rechtzeitige Maßnahmen angeblich als „res nullius", „primi occupantis" oder Rumpelkammerware größerenteils für das Ärar und für die geschädigte Wirtschaft der durch den Krieg schwer geprüften Völker verloren gehen wird?"

Wien, 27. November 1917.

Dr. Korošec.	Prodan.
Pogačnik.	Hladnik.
Fon.	Roškar.
Dr. Dulibić.	Brenčič.
Perić.	Pišek.

1665
—
I

Upit

zastupnika Prodana i družine na Njegovu Preuzvišenost gospodina ministra bogoštovlja glede crkava i duhovništva u Dalmaciji.

Iznimne okolnosti otežčavaju još više nego drugdje življenje i napredak pučanstva u Dalmaciji. Ova pokrajina, zaslužna boljeg udesa, za 400 godina nesretne mletačke vladavine bila je za „provediture“ „Serenissime“ i za njihovu aristokratsku republiku samo predmet izrabljivanja. Od preko 100 godina pak odkad je nadošla nova, austrijska uprava (nakon kratkotrajne francuzke), nije, na žalost, bila ni ona do zadnjih decenija, a djelomice, glede nekih grana javne uprave, ni do dana današnjega, nimalo bolja od mletačke neuprave, jer se je vjerno držala njezine natražnjačke metode i slijedila primjer njezina grdna nemara, pače, „incredibile dictu“, i njezinih nekulturnih, nepravednih, nenarodnih tradicija u pogled jezika u državnoj upravi, i glede škola, puteva i ostalih koristnih i prepotrebitih ustanova, radnja i investicija. Da nije svećenstvo i narod sam, neizmjernim žrtvama, uznastojao, da barem u koječem poboljša svoje tužno stanje, Dalmacija bi još bila gdje se je nalazila na izmaku 18., odnosno na početku 19. vijeka. Bogato obdarena prirodnim, božjim darovima, ova pokrajina, ovaj istom u novije doba opće priznavani najdragocjeniji prirodni biser na Jadranskom moru, u nijednom pogledu nije radi zle uprave mogo da izkoristi umnu darovitost pučanstva, njegovu sposobnost, želju i volju za napredkom, prirodne ponajbolje uslove, te su mnogi predjeli crne Afrike danas puno sretniji, napredniji od Dalmacije. I glede komunikacija, poimence željeznica.

Pod tlakom te skandalozne zapuštenosti izpred drugih pokrajina, pučanstvo i što se tiče materijalnog stanja slabije prolazi, nego druge pokrajine habsburžke monarkije, pogotovo u ovo ratno doba. Osim nekih prirodnina, sve se ostalo za Dalmaciju uvaža iz vana, te svaki predmet, mučno i iz daleka dovezen, zapada znat no više nego drugdje u monarkiji. Radi toga i svećenstvo i činovništvo, uz jednake plate, a ni to nije svedj slučaj, gore prolazi, nego ono drugih pokrajina. Ova istina, ove faktične okolnosti, kao da nekako ne mogu u glavu državnoj upravi, ili radje neće da ih shvati i uvaži, te se ne samo ne stvara za Dalmaciju izniman položaj „in melius“, nego se pri mnogim naredbama u teoriji i u izvadjanju stvara položaj „in pejus“. Stanje naših crkava i naših crkovnjaka to na sebi najbolje dokazuje i kuša, a u koliko se je poduzelo koraka za poboljšanje, to ide olovnim nogama i nije u razmjeru prema iznimno nepovoljnim okolnostima, niti općenito.

Množtvo je župa u Dalmaciji, koje ne imaju ama baš nikakve pristojne i dostatno prostrane kuće božje. I sučelice glavnom gradu Zadru, na Prekom, po mletačkom adetu zvanom „Oltre“, gdje se je pučanstvo zadnjeg vijeka počeverostručilo, još, na sve molbe, nastojanja, nije ono moglo, da vidi uslišanu svoju davnu molbu, da se gradi nova crkva, te su vjernici primorani stati djelomice pri službi božjoj „sub diu“. Takvih primjera ima izobila.

S toga potpisani, radi vjere i napretka, radi prosvjete, radi dužnog obzira prema puku i radi ugleda javne uprave, u 20. vijeku, pitaju visoku vladu:

„1. Je li visoka vlada voljna poduzet već jednom osobitih, obsežnih i žurnih mjera za razne investicije u Dalmaciji, u razmjeru prema potrebama nastalim uslijed svačije zapuštenosti od više vijekova?

2. Je li visoka vlada spravna i odlučna izvesti bezodvlačno sve one bogoštovne radnje, koje su jur načelno uzete u obzir. a za druge pospješit nacrte i izvedbu radnja?

3. Je li visoka vlada voljna pri opskrbi crkovnjaka u Dalmaciji uzet u obzir, da kad se Dalmaciji daje 100, to prema drugim pokrajinama, faktično izpada kako da se daje malo više od 50, a ta se razlika u obskrbi još gore osjeća, ako se Dalmaciji i pri odredjenju prihoda za kler viši i niži ostavlja sistematično skoro zadnje mjesto u cijeloj monarkiji. i posebno:

4. Je li visoka vlada spravna uzet specijalno u osobit obzir nedostatnost plata profesorim bogoslovlja u Zadru, ne samo u smislu odnosne molbe upravljene i poduprte auktoritetom presv. Ordinarijata, još prije rata, nego takodjer uzet u obzir, da je ratno stanje u zadnje doba prouzročilo tako duboko pogoršanje, da što se željelo i tražilo prije rata. to nije ni iz daleka u razmjeru sa onim, što sila okolnosti diktuje za doba rata i za doba poslije rata. koje se neće glede životnih namirnica, skupoće, nego možda jedva nakon stoljeća povratit na „statu quo ante bellum“?

5. Je li visoka vlada voljna, pogledom na upit pod br. 4. ubrojit u korist profesora bogoslovlja u Zadru kao godine službe i ono doba, koje je sprovedeno u bilo kojoj drugi službi; i to smatrat kako dio suslijedne aktivne sistemizovane službe, po antecedentu pravične odredbe poprimljene pri platam profesora za preparandije, da se, naime, uzimlje u obzir i njihova predhodna služba u svojstvu pučkih učitelja?

6. U savezu sa svim gori rečenim, je li visoka vlada spravna požurit se s izvanrednom pripomoći, pristojnom i dostatnom, te barem dvostrukom za profesore bogoslovlja u Zadru u ratno doba, kako se to već čini i za druge profesore i činovnike?

7. Je li visoka vlada spravna udijelit ratnu pripomoć i onima, koji su takodjer kako svi ini pod težkim posljedicama ratnoga stanja, a kojima, bilo s kojega uzroka, ta pripomoć nije bila udijeljena?“

Beč, 23. studenoga 1917.

Prodan.
Pišek. Perić.
Fon. Dr. Jankovič.
Dr. Dulibić. Dr. Benkovič.
Dr. Laginja. Roškar.
Dr. Korošec. M. Brenčič.

Authentische Übersetzung.

1665
I

Anfrage

des

Abgeordneten Prodan und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Kultusminister, betreffend die Kirchen und die Geistlichkeit in Dalmatien.

Die Ausnahmsverhältnisse erschweren in Dalmatien noch mehr als irgendwo sonst das Leben und Fortkommen der Bevölkerung. Dieses Land, welches ein besseres Los verdient, war 400 Jahre lang unter der unheilvollen venezianischen Regierung ein Ausnutzungsobjekt für die Provveditoren, „Serenissime“ und ihre aristokratische Republik. In den letzten 100 Jahren, seit das Land unter die neue, österreichische Verwaltung (nach einem kurzen französischen Regime) gelangt war, war die Verwaltung leider bis in die letzten Dezennien und bezüglich einzelner Zweige der öffentlichen Verwaltung teilweise bis heute nicht im geringsten besser als die venezianische Mißwirtschaft, weil man an den rückständigen Methoden der letzteren treu festhielt und dem Beispiel ihrer großen Nachlässigkeit, ja sogar — incredibile dictu — auch bezüglich ihrer ungerechten, unkulturellen Traditionen in der Frage der Sprache der Staatsverwaltung sowie bezüglich der Schulen, der Straßen und der übrigen nützlichen und unentbehrlichen Einrichtungen, Arbeiten und Investitionen folgte. Hätten die Geistlichkeit und das Volk selbst mit unermeßlichen Opfern sich nicht bemüht, wenigstens hie und da die traurige Lage zu verbessern, wäre Dalmatien noch heute dort, wo sie am Ende des XVIII., beziehungsweise zu Beginn des XIX. Jahrhunderts war. Mit Gaben der Natur und Gottes reich beschenkt, konnte dieses Land, diese erst in der neueren Zeit allgemein anerkannte kostbare Perle am Adriatischen Meere, infolge der schlechten Verwaltung die geistige Begabung der Bevölkerung, deren Fähigkeiten, Wunsch und Willen zum Fortschritte, die günstigsten Naturbedingungen in keiner Beziehung ausnutzen, so daß viele Gegenden des schwarzen Afrika heute viel glücklicher, fortschrittlicher sind als Dalmatien. Auch bezüglich der Verkehrsmittel, insbesondere der Bahnen.

Unter dem Drucke dieser skandalösen Vernachlässigung gegenüber den anderen Ländern geht es der Bevölkerung auch in materieller Beziehung viel schlechter als den übrigen Ländern der Habsburger Monarchie, besonders jetzt zur Kriegszeit. Abgesehen von einigen Naturprodukten, wird alles übrige nach Dalmatien von außen eingeführt, so daß jeder Gegenstand, der mit Mühe aus entfernten Gegenden gebracht wurde, bedeutend teurer ist als sonst in der Monarchie. Infolgedessen muß auch die Geistlichkeit und die Beamtenschaft bei gleichen Bezügen — was übrigens auch nicht immer der Fall ist — weit schlechter daran sein als die der übrigen Länder. Es scheint, daß die Staatsverwaltung diese Wahrheit, diese Tatsachen nicht begreifen kann oder vielmehr nicht begreifen und berücksichtigen will, so daß für Dalmatien nicht nur keine Ausnahmsstellung in melius geschaffen wird, sondern vielmehr wird bei vielen Verordnungen in der Theorie und in der Praxis die Lage noch verschlechtert. Der Zustand unserer Kirchen und die Lage unserer Geistlichkeit beweist dies am besten, denn insofern zur Verbesserung dieser Lage welche Schritte unternommen wurden, zieht sich diese Aktion sehr langsam und entspricht gar nicht den besonders ungünstigen Verhältnissen.

Sehr zahlreich sind in Dalmatien die Pfarren, die gar kein anständiges und entsprechend geräumiges Gotteshaus haben. Sogar vis-à-vis der Landeshauptstadt Zadar in Prijeko, nach der venezianischen Sitte Oltre genannt, wo sich die Bevölkerung im Laufe des letzten Jahrhunderts vervierfacht hat,

hat man trotz aller Bitten und Bemühungen eine Berücksichtigung des alten Wunsches der Bevölkerung nicht erwirken können, auf daß eine neue Kirche errichtet werde, so daß die Gläubiger bemüssigt sind, während des Gottesdienstes teilweise unter freiem Himmel zu stehen. Solche Beispiele sind sehr zahlreich.

Im Interesse der Religion und des Fortschrittes, im Interesse der Aufklärung sowie wegen der dem Volke schuldigen Rücksicht und wegen des Ansehens einer öffentlichen Verwaltung des XX. Jahrhunderts fragen die Gefertigten die hohe Regierung:

„1. Ist die hohe Regierung geneigt, endlich einmal besondere, umfangreiche und dringende Maßnahmen im Interesse verschiedener Investitionen in Dalmatien zu unternehmen, und zwar in einem Maße, welches den durch die von allen Seiten seit mehreren Jahrhunderten geübte Vernachlässigung verursachten Bedürfnissen entspricht?

2. Ist die hohe Regierung bereit und entschlossen, alle jene gottesdienstlichen Bauten, welche bereits grundsätzlich genehmigt wurden, unverzüglich auszuführen und bei den anderen die Ausarbeitung der Pläne und die Durchführung der Arbeiten zu beschleunigen?

3. Ist die hohe Regierung geneigt, bei der Versorgung der Geistlichkeit Dalmatiens zu berücksichtigen, daß 100 K, die man in Dalmatien erhält, im Vergleich mit den anderen Ländern tatsächlich kaum mehr als 50 K wert sind, welcher Unterschied in der Versorgung noch fühlbarer wird, wenn Dalmatien auch bei der Festsetzung der Bezüge der höheren und niedrigeren Geistlichkeit systematisch an der letzten Stelle in der ganzen Monarchie steht? Insbesondere:

4. Ist die hohe Regierung bereit, die Unzulänglichkeit der Bezüge der Theologieprofessoren in Zadar speziell zu berücksichtigen, nicht nur im Sinne des diesbezüglichen, auf die Autorität des Ordinariates gestützten, noch vor dem Kriege eingereichten Gesuches, sondern auch unter der Berücksichtigung der maßlosen Verschlechterung der Lage, die in der neueren Zeit durch den Kriegszustand herbeigeführt wurde, so daß dasjenige, was man vor dem Kriege wünschte und verlangte, bei weitem nicht mehr den Forderungen der Kriegszeit und der Zeit nach dem Kriege entspricht, denn die letztere wird uns bezüglich der Lebensmitteln und der Teuerung kaum nach einem Jahrhundert die Verhältnisse wiederbringen, die vor dem Kriege bestanden?

5. Ist die hohe Regierung geneigt, mit Rücksicht auf die unter vier vorgebrachte Frage zugunsten der Theologieprofessoren in Zadar auch die in einem anderen Dienst zugebrachte Zeit als Dienstjahre anzurechnen und diese Dienstzeit analog der gerechten, hinsichtlich der Bezüge der Professoren der Lehrerbildungsanstalten getroffenen Verfügung als einen Teil ununterbrochenen systemisierten aktiven Dienstes gelten zu lassen, ebenso wie dies bei den genannten Professoren der Lehrerbildungsanstalten hinsichtlich ihrer in der Eigenschaft der Volksschullehrer zurückgelegter Dienstjahre geschieht?

6. Ist die hohe Regierung bereit, in Würdigung aller im Vorstehenden vorgebrachten Tatsachen den Theologieprofessoren in Zadar eine außerordentliche, entsprechende und ausreichende Unterstützung, wenigstens im doppelten Ausmaße, für die Kriegszeit schleunigst zu gewähren, wie man es bei den anderen Professoren und Beamten bereits getan hat?

7. Ist die hohe Regierung bereit, auch denjenigen, die gleich allen anderen unter den schweren Folgen des Kriegszustandes leiden und denen aus welchem Grunde immer eine Kriegsunterstützung nicht gewährt wurde, eine solche zu gewähren?"

Wien, 23. November 1917.

Prodan.
Dr. Korošec.
Perić.
Dr. Dulibić.
Dr. Janković.
Dr. Laginja.
Roškar.
Dr Brenčič.
Dr. Benković.
Pišek.
Fon.

1666
———
I

Upit

zastupnika Prodana i drugova sveukupnom ministarstvu glede činovnika i neposjednika u Dalmaciji.

Porezi, uz državne dugove, koji su, notorno, ponarasli do strašne visine i još dnevno rastu na milijune, neće nikako moć sami po sebi, da stvore ravnovisje u državnim financijam, a povisujuć ih neprestano ide se u susret nedoglednim posljedicama, kojima bi mogla bit kao završetak opća katastrofa.

Pored poreza potrebita je privatna i državna štednja. Za prvu se skrbi nevolja, nameće ju ljuta nužda, te se štednja već provadja oskudicom i trajnim postom svih slojeva pučanstva i preko onoga, što narav može da podnese. Nadojmo se, da će simplifikacijom javne uprave i razoružanjem i drugim budućim medjunarodnim i državnim mjerama, i državna štednja ući u drugu kolotečinu. Pokraj štednje intensivna je radnja druga kotva spasa. Treća su plodonosne investicije posvuda i u što većoj mjeri. Ali ni to neće, poimence glede gorućeg pitanja o prehrani i kobne rastuće skupoće, biti dostatno za spas narodà i države, bez što veće produkcije.

U tu svrhu potpisani predlažu, odnosno pitaju visoku vladu:

„1. Je li visoka vlada spravna odmah postarat se, kako bi odsle u buduće svim neposjednicim, poimence činovnicim, državnim i inim, i državnim, pokrajinskim, općinskim namještenicim i poslužnicim, i njihovoj djeci bila data mogućnost i prigoda, da svaki posebice, u koliko bi to želio i u koliko bi bilo izvedivo, a osobito u zadrugarskom pravcu, dobije ili u vlastitost, ili, barem u nekim slučajevim, kao trajan i siguran najam: vrtova i drugih kompleksa zemalja za obradjivanje, u svoju sobstvenu korist, a uz svestranu pripomoć vlade za alate, gnoj, sjemenja, stabla i sve drugo što zajamčuje uspjeh poduzeća i što brži i lakši i veći proizvod?

2. Pokle „jam proximus ardet Ucalegon“ i najveći je „periculum in mora“, je li vlada voljna poprimit mjere, da se ova osnova, barem djelomice, provede već prije dojdućeg proljeća, te se, već nastajne gogodine oćute blagodatne posljedice proširenog i u istinu upravo općeg poljodjelskog alias gospodarstvenog rada i nastojanja?

3. Je li vlada spravna ukinut, odnosno zabranit, privremeno, sve neplodne športove, i gimnastike i vojne vježbe učenika, a navratit sve mlade sile na koristonosni poljodjelski, odnosno ribarski, uopće gospodarski rad, a u koliko nije moguć samostalan rad, suradnju, i za budućnost, i kako se troši u kazne i za uzdržavanje reda putem redarstva, oružništva, sudaca, tamnica i t. d., tako nagradama svakoga sokolit na dobro?“

Beč, 23. studenoga 1917.

Prodan.
Pišek. Perić.
Dr. Dulibić. Dr. Benkovič.
M. Brenčič. Dr. Jankovič.
Dr. Luginja. Dr. Korošec.
Fon. Roškar.

Authentische Übersetzung.

1666
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Prodan und Genossen an das Gesamtministerium, betreffend die Beamten und Nichtbesitzer in Dalmatien.

Angesichts der Staatsschulden, die bekanntlich eine schreckliche Höhe erreicht haben und noch immer täglich um Millionen zunehmen, werden die Steuern an und für sich in den Staatsfinanzen das Gleichgewicht nicht herstellen können, während eine fortschreitende Erhöhung der Steuern unabsehbare Folgen zeitigen würde, dessen Ende eine allgemeine Katastrophe sein könnte.

Neben den Steuern ist sowohl im privaten Leben als auch im Staatshaushalte Sparsamkeit notwendig. Für die erstere sorgt die Not, sie wird vom bitteren Elend auferlegt, so daß diese Sparsamkeit durch den Mangel und das dauernde Fasten aller Volksschichten auch über das Maß, welches die Natur verträgt, durchgeführt wird. Hoffen wir, daß die Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung sowie die Abrüstung und andere in Aussicht genommenen internationalen und staatlichen Maßnahmen auch die Sparsamkeit im Staatshaushalte in ein anderes Geleise bringen werden. Neben der Sparsamkeit ist eine intensive Arbeit der zweite Rettungsanker. Drittens kommen fruchtbringende Investitionen überall und in möglichst ausgedehntem Maße in Betracht. Aber auch das wird nicht, insbesondere in der brennenden Ernährungsfrage und angesichts der verhängnisvoll zunehmenden Teuerung, ohne eine Steigerung der Produktion für die Rettung der Völker und Staaten genügen.

Zu diesem Zwecke stellen die Gefertigten den Antrag, beziehungsweise richten an die hohe Regierung die Anfragen:

„1. Ist die hohe Regierung geneigt, unverzüglich dafür zu sorgen, damit in Hinkunft allen Nichtbesitzern, insbesondere den staatlichen und anderen Beamten sowie den Angestellten und Dienern des Staates, der Länder und der Gemeinden sowie ihren Kindern die Möglichkeit und Gelegenheit geboten werde, daß jeder für sich, soweit er wünscht und es durchführbar ist, insbesondere im Wege der Genossenschaften, Gärten und andere Grundstücke zur Bebauung für eigene Rechnung entweder als Eigentum oder wenigstens in einigen Fällen in dauernde und sichere Miete erhalte und daß die Regierung in jeder Beziehung zu Hilfe komme, indem sie Gerätschaften, Düngemittel, Samen, Bäume und alles, was den Erfolg des Unternehmens und eine möglichst leichte und große Erzeugung zusichert, bietet?

2. Da „vam proximus ardet Ucalergon“ und die größte Gefahr im Verzuge ist, ist die Regierung geneigt, Maßnahmen zu treffen, daß dieser Plan wenigstens teilweise bereits vor dem nächsten Frühjahr durchgeführt werde und daß schon im nächsten Jahre die segensreichen Folgen einer erweiterten und wirklich allgemeinen landwirtschaftlichen oder ökonomischen Tätigkeit ins Leben treten?

3. Ist die Regierung geneigt, alle unnützen Sporte, gymnastischen und militärischen Übungen der Schüler vorläufig aufzuheben, beziehungsweise zu verbieten und die jungen Kräfte für die nützlichen landwirtschaftlichen, beziehungsweise Fischereiarbeiten

und überhaupt für die ökonomische Tätigkeit zu gewinnen und — insofern eine selbständige Tätigkeit nicht möglich sein sollte — wenigstens zur Mitwirkung heranzuziehen, so daß in Hinkunft, ebenso wie für die Strafen und für die Erhaltung der Ordnung durch die Polizei, Gendarmerie, Gerichte, Gefangenhäuser usw. viel ausgegeben wird, in demselben Maße auch die Bevölkerung durch Belohnungen für die Arbeit im allgemeinen Interesse gewonnen werde?"

Wien, 23. November 1917.

Prodan.
Perić.
Dr. Korošec.
Dr. Janković.
Dr. Dulibić.
Roškar.
Dr. Laginja.
Dr. Benković.
Brenčič.
Fon.
Pišek.

1667
I

Upit

zastupnika Prodana i drugova Njihovim preuzvišenostima gospodi ministrima: za unutarnje poslove i za prehranu i socijalnu skrb glede nekih najnovijih primjera, kako se postupa s narodom u Zadru i okolici i ostaloj Dalmaciji.

Da je potrebita svestrana i radikalna reforma javne uprave, to je po dnevnim žalostnim zgodjajim jasno kao na dlanu, ali već sada treba energičnije nastojat, da narodi, mase pučanstva, ne trpe preko onoga što uzrokuju iznimne okolnosti, te stat na put tolikim neumjestnim i samovoljnim odredbama i postupku mnogih podredjenih organa javne uprave, koji često muče narod do zdvojnosti a bez ikakve potrebe.

Od težaka se sve iziskuje, a ništa mu se ne daje i otežčava mu se življenje, da je strahota. Nekoliko najnovijih primjera i činjenica.

U neposrednoj blizini Zadra, gdje je sijelo svih kotarskih i pokrajinskih vlasti, od 1. listopada do 15. istoga mjeseca, dato je puku na selu doisto tri kilograma pšenice na glavu, ali od 15. listopada do 9. studenoga samo dva. Dali su narodu tri četvrt kilograma ječma i samo pô kilograma i to gnjilog, smrdećeg krumpira. Ulja obećali to da, ali ne dali ni kapi. Sili se narod, da ide sjeći u gori i gajevim drva, ne za sela, nego za neku gospodu u gradu, i neka, i to je, reći će se, potrebito. Ali silit narod, da uz to na svoje troškove živi, da vozi sobom kola i konje, pak za sve to, da prima svaki dnevno samo 4—5 kruna, nije li to grdna zloporaba i ekonomno ubijanje naroda? Vlasti su zapečatile mlinove, te ni ono malo maslina, što ih je suša ove godine ostavila, ne može, da se samelje, s posljedicom, da, već nezdrave, gnjiju. Bude li težak, da mu trud ne gine, gnječio primitivnim načinom svoje masline, polovica će mu ulja, na njegovu i opću štetu, radi zapečaćenih mlinova, poć izgubljena. Za mljevenje žita treba da težak dangubi idući do žandarske postaje za dozvolnu kartu, nu ako je to moglo imat smisla prije, čemu to za mlijenje onoga žita što ga težaku sada daje aprovizacija? Zima, težak gladan, gô i bos mora prevalit 10 do 15, 20 i 30 kilometara puta, amo i tamo, do oružničke postaje, da samelje ono primljenih kukavnih 5 do 6 kilograma žita! Još i gore je za otočane, koji moraju iz daleka po moru, u malim brodicam, uz opasnost života, do oružničke postaje i mlina.

Još samo jedan od najnovijih primjera van zadarskog okoliša, u pokrajini, kako se stavlja narod na muke.

Naredjeno je, da narod iz Imotske krajine, mora ići sve do daleke Makarske — amo i tamo za neke čak 150 kilometara puta —, da pridigne ono 6 kilograma žita, što vlada uslijed rekvizicije daje za prehranu mjesečno. Dakle napatit se kroz 3 do 4 dana putovanja, gô i bos, gladan, u očaju. Na mjesto, da se dijelilište primakne narodu, sili se narod cijelog kotara, da ide ovoliko daleko svakog mjeseca. Kako se može da trpi toliko bezumlje i nehumanitarnost?

Potpisani pitaju c. kr. vladu:

„Je li visoka vlada voljna narediti strogo svim podredjenim organima, da imaju svim silama nastojat ić narodu u svem na ruku, a ne mučit ga bez potrebe do pravog očaja?“

Beč, 23. studenoga 1917.

Prodan.

Dr. Jankovič.	Dr. Korošec.
Dr. Dulibić.	Dr. Benkovič.
Dr. Laginja.	Roškar.
Pišek.	Perić.
Fon.	M. Brenčič.

Authentische Übersetzung.

1667
―
I

Anfrage

des

Abgeordneten Prodan und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern und an Ihre Exzellenzen die Herren Ernährungsminister und Minister für soziale Fürsorge.

Daß eine allseitige und radikale Reform der öffentlichen Verwaltung notwendig ist, ist nach den täglichen traurigen Vorkommnissen sonnenklar, jedoch schon jetzt muß man energischer dahinwirken, daß die breiten Volksmassen nicht über das durch die außerordentlichen Verhältnisse verursachte Maß leiden, man muß den zahlreichen, unnützen und willkürlichen Verfügungen und Maßnahmen vieler untergeordneter Organe der öffentlichen Verwaltung entgegentreten, die das Volk vielfach unnötigerweise bis zur Verzweiflung martern.

Von dem Bauern verlangt man alles, es wird ihm aber nichts geboten und das Leben wird ihm in grausamster Weise erschwert.

Nur einige neuere Beispiele und Tatsachen:

In der unmittelbaren Nähe von Zadar, wo der Sitz aller Bezirks- und Landesbehörden ist, erhielt die Bevölkerung vom 1. Oktober bis 15. desselben Monats auf dem Lande zwar 3 Kilogramm Weizen pro Kopf, jedoch vom 15. Oktober bis 9. November bloß 2 Kilogramm. Man hat der Bevölkerung 3/4 Kilogramm Gerste und bloß 1/2 Kilogramm verfaulte, stinkende Erdäpfel gegeben. Öl wurde zwar versprochen, man erhielt aber keinen einzigen Tropfen. Das Volk wird gezwungen, im Gebirge und in den Wäldern Holz zu fällen, jedoch nicht für die Dörfer, sondern für gewisse Herren in der Stadt. Meinetwegen, soll auch das sein: es heißt, daß es notwendig sei. Es ist aber ein grausamer Mißbrauch und ökonomischer Ruin des Volkes, wenn es dabei gezwungen wird, auf eigene Kosten zu leben, Wagen und Pferde mitzunehmen, um für alles das täglich bloß 4 bis 5 K zu erhalten. Die Behörden haben auf die Mühlen Siegel angelegt, so daß auch die kleinen Mengen Oliven, die von der heurigen Dürre verschont geblieben sind, nicht gemahlen werden können, so daß sie infolgedessen, an und für sich ungesund, verfaulen. Wenn der Bauer, um die Früchte seiner Mühe teilweise zu retten, die Oliven auf primitive Weise pressen wird, wird er zu seinem und zum allgemeinen Nachteil wegen der unter Siegel gelegten Mühlen kaum die Hälfte des Öls bekommen. Um das Getreide zu vermahlen, muß der Bauer viel Zeit verlieren, bis er sich vom Gendarmerieposten den betreffenden Erlaubnisschein geholt hat; wenn das auch früher einen Sinn haben konnte, was hat es für einen Zweck gegenwärtig hinsichtlich der Vermahlung des Getreides, das der Bauer von der Approvisationsstelle erhält? Im Winter muß der Bauer hungrig, nackt und barfuß zehn, fünfzehn, zwanzig und auch dreißig Kilometer bis zum Gendarmerieposten und zurück zurücklegen, um die armseligen 5 bis 6 Kilogramm Getreide, die er erhalten hat, zu vermahlen! Noch ärger geht es den Inselbewohnern, die unter Lebensgefahr weit über die See mit kleinen Schiffen zum Gendarmerieposten und zur Mühle fahren müssen.

Wir wollen nur noch eines von den neuesten Beispielen außerhalb der Umgebung von Zadar erwähnen, um zu zeigen, wie das Volk auf dem Lande geplagt wird. Es wurde verfügt, daß die Bevölkerung aus der Gegend von Imotski bis nach Makarska (hin und zurück gegen 150 Kilometer)

gehen muß, um die 6 Kilogramm Getreide abzuholen, welche die Regierung infolge der Requisition monatlich zur Ernährung gibt. Das Volk muß sich also drei bis vier Tage nackt und barfuß, hungrig und verzweiflungsvoll auf dieser Reise plagen. Statt die Verteilungsstelle näher zu errichten, wird die Bevölkerung des ganzen Bezirkes gezwungen, jeden Monat so weit zu gehen. Wie kann man einen solchen Wahnsinn, eine solche Unmenschlichkeit dulden?

Die Gefertigten fragen die k. k. Regierung:

„Ist die hohe Regierung geneigt, den untergeordneten Organen strengstens einzuschärfen, daß sie aus allen Kräften sich bemühen müssen, dem Volke an die Hand zu gehen, statt es unnötigerweise bis zur Verzweiflung zu martern?"

Wien, 23. November 1917.

	Prodan.
Dr. Jankovič.	Dr. Korošec.
M. Brenčič.	Dr. Benkovič.
Fon.	Roškar.
Dr. Dulibić.	Perić.
Dr. Laginja.	Pišek.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

1691
—
I

Der Wortlaut der Anfrage befindet sich im stenographischen Protokolle der 48. Sitzung, Seite 2575—2576.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

Anhang.

Anfragen.

1669

I

Anfrage

der

Abgeordneten v. Guggenberg, Dr. Stumpf und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten, betreffs der behördlich festgesetzten Holzpreise in Tirol.

In Friedenszeiten stellte der Holzerlös eine bedeutende Einnahmequelle der Tiroler Landwirtschaft dar. Werte über 20 Millionen wurden jährlich ausgeführt. Seit Kriegsbeginn ist die freie Ausfuhr jedoch untersagt, ausgenommen von Lärchen-, Zirben- und Hartholz, sowie Spaltware, jedoch muß auch dafür die Fahrtbescheinigung des k. u. k. Heeresgruppenkommandos eingeholt werden. Dieses bestimmt auch die gültigen Höchstpreise. So wie bei den meisten der landwirtschaftlichen Bedarfsartikel, sind dieselben jedoch derart festgesetzt, daß der Tiroler Holzproduzent im Vergleich zu solchen anderer Länder zu kurz kommt, trotzdem das Land durch die sich abspielenden Kriegsbegebenheiten in den Grenzgebieten in seinen Waldbeständen außerordentlich zu leiden hatte.

Die Höchstpreise für Nutzholz differieren selbstverständlich, je nachdem das Holz am Stock oder aber loco Bahnhof erstanden wird. Die Preise richten sich auch nach der Stärke des Stammes und der Entfernung von der Verfrachtungsstation. Es bestehen drei Stärkeklassen, gemäß welchen, abgestuft nach Entfernungsgrenzen, das Nutzholz bezahlt wird. Die Höchstpreise der Hölzer innerhalb der untersten Entfernungsstufe, das ist bis 5 Kilometer von der Verfrachtungsstelle ab, schwanken je nach der Stammesstärke zwischen 26 und 50 K. Lärchen- und Zirbenholz um 20 Prozent höher.

Für Säge- und Schnittware bestehen höhere Holzpreise, gleichfalls nach Entfernungsklassen abgestuft; der oberste Preis für Fichten- und Eichenholz beläuft sich auf 90 K. Auf Basis des gleichen Betrages übernimmt die Militärverwaltung auch jedes Quantum sägefallende Ware.

Vorstehende Höchstpreise sind nach dem Dafürhalten der landwirtschaftlichen Interessenten Tirols viel zu niedrig bemessen und entsprechen keinesfalls der Preislage anderer Gebrauchsartikel. Aber selbst diese Preise scheinen nicht immer eingehalten zu werden, denn eine Zuschrift der Marktgemeinde Innichen im Pustertale besagt, daß ihr für den Kubikmeter Nutzholz nur 22 K zugesagt worden sind.

Andrerseits überbietet in letzter Zeit die Militärverwaltung selbst die obigen von ihr festgesetzten Höchstpreise, woraus wohl am besten ersehen werden kann, daß dieselben zu niedrig bemessen wurden. Sie bietet nunmehr für Nutzholz je nach Stärkeklassen 50 bis 70 K loco Bahnhof oder Säge.

Für Salzburg und Nieder- und Oberösterreich bewilligte das Kriegsministerium bedeutend höhere Höchstpreise. Während in Tirol für sägefallende Ware nur 90 K bemessen wurden, beläuft sich der Preis in den genannten Kronländern auf 130 bis 140 K. Selbst in Kärnten, dem Nachbarlande Tirols, erreicht derselbe zwischen 90 und 110 K, wozu noch kommt, daß der Verkäufer als Draufgabe gemeiniglich eine Bewilligung zur Ausfuhr

von Holz nach den übrigen Kronländern, insbesondere nach Wien erhält; dort aber betragen die Höchstpreise 180 bis 200 K.

In Bayern wird für sägefallende Ware 120 bis 180 K bezahlt; in der Schweiz 100 bis 200 K. Ungarn hat gar Preise bis 240 K pro Festmeter. Es ist durchaus nicht einzusehen, warum Tirol in der Bewertung seiner Bodenerzeugnisse im Vergleich mit seinen Nachbarn stets hintangesetzt werden müsse, und die Gefertigten richten aus diesem Grunde an Seine Exzellenz die Anfragen:

„1. Ist Eurer Exzellenz die durch nichts gerechtfertigte Verkürzung der Tiroler Holzbesitzer bekannt?

2. Sind Eure Exzellenz geneigt, dieses andauernde Unrecht, welches in den beteiligten Kreisen sehr böses Blut erzeugt, in geeigneter Weise des ehesten zu beheben?"

Wien, 4. Dezember 1917.

Josef Wille. — Atanas v. Guggenberg.
Dr. Mataja. — Dr. Stumpf.
Parrer. — Dr. Jerzabek.
F. Prisching. — J. Weiß.
Perwein. — M. Huber.

1670
I

Anfrage

der

Abgeordneten Pik, Němec, Charvát und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die sofortige Demobilisation der ältesten Jahrgänge des Heeres und die Beurlaubung weiterer Jahrgänge.

Eure Exzellenz! Die Vertreter der Zentralmächte und der jetzigen russischen Regierungsmacht sind schon zu Verhandlungen über die Friedensbedingungen zusammengetreten. Nach amtlichen Nachrichten wurde schon spontan zwischen österreichisch-ungarischen und russischen Abteilungen vorläufig ein Waffenstillstand als Beweis der Nutzlosigkeit weiteren Blutvergießens geschlossen. Die russische revolutionäre Regierung ist schon früher vorbildlich vorangegangen und hat die Demobilisation der ältesten Jahrgänge des Heeres der russischen Armee durchgeführt und hat selbe den Familien und einer nützlichen wirtschaftlichen Arbeit zurückgegeben. Da es auch bei uns ganz überflüssig ist, die ältesten Jahrgänge der Reservisten und Landsturmmänner in Kriegsbereitschaft zu halten, und da es notwendig ist, daß unsere Regierung einen Beweis ihrer aufrichtigen Friedensliebe gibt, fragen die Gefertigten:

„1. Ist der Herr Minister geneigt, dahin zu wirken, daß die Heeresjahrgänge 1865, 1866 und 1867 überhaupt als demobilisiert erklärt werden und die noch im Dienste sich befindlichen Landsturmmänner des Jahrganges 1867 noch vor Weihnachten in ihre Heimat beurlaubt werden?

2. Ist der Herr Minister geneigt, weiters dahin zu wirken, daß auch die Mannschaften der Jahrgänge 1868 bis 1875 von der russischen Front beurlaubt werden?"

Wien, 4. Dezember 1917.

Pik.
Dr. Witt. Ant. Němec.
Anst. Charvát.
Stejskal. Tomášek.
Svoboda. Dr. Winter.
Modráček. Hybeš.
Jaroš. Prokeš.
Klička. Tusar.
Filipínský. Vaněk.
Hnátek. Habermann.
Svěcený. Bechyně.

1671
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Waber, Dr. Schürff und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister, betreffend die Durchführung der Kriegsanleihe.

Für die Kriegsanleihe wird wieder eine sehr unzweckmäßige und höchst kostspielige Propaganda betrieben. Jede in Wien wohnhafte Person erhält mehrere gleichlautende Aufrufe und überdies noch umfangreiche Broschüren, deren Einfluß auf das Ergebnis der Kriegsanleihe sehr gering ist. In der Zeit der Papiernot wird eine ungeheure Verschwendung mit Drucksorten getrieben und die Postanstalt, welche mit dem verringerten Personal nicht einmal den normalen Betrieb in klagloser Weise zu bewältigen vermag, wird mit der Zustellungsarbeit überbürdet. Nicht nur die Wiener Banken überschwemmen Wien mit solchen Drucksorten, auch die „Živnostenská banka" übermittelt jeder Partei solche Aufrufe. In jeder Zeitung werden überdies Inserate veröffentlicht, die durchaus zwecklos sind, und das Inseratenbureau Mosse scheint aus diesem Geschäft einen großen Gewinn zu ziehen. Bei der letzten Kriegsanleihe hat dieses Bureau doppelte Rechnungen von den Zeitschriften verlangt und es war offenbar die höhergestellte Rechnung für das Finanzministerium bestimmt.

Das Unzweckmäßige dieser Propaganda liegt wohl auf der Hand. Wenn die Zusendung von Prospekten wünschenswert erscheint, dann sollte dies von einer Stelle, von der Postsparkasse aus, erfolgen. Die Zeichner für die Kriegsanleihe folgen doch nicht dem Rufe der Banken und den Inseraten der Zeitung, sondern lassen sich von patriotischem Gefühl und Vertrauen zum Staate und von dem Bestreben einer nutzbringenden Verwendung ihres Kapitals leiten. Offenbar werden den Banken sehr hohe Beträge zur Durchführung der Propaganda zur Verfügung gestellt.

Die Gefertigten stellen deshalb die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz der Herr Finanzminister geneigt, dem hohen Hause eine detaillierte Übersicht über die gesamten Auslagen bei Begebung der Kriegsanleihe (Annoncen-, Provisions- und alle sonstigen Auslagen) mitzuteilen?

Ist Seine Exzellenz geneigt, eine zweckmäßigere und sparsamere Durchführung der Aufforderung zur Zeichnung der Kriegsanleihe und der kommenden Friedensanleihe in Erwägung zu ziehen?

Ist Seine Exzellenz geneigt zu verfügen, daß die Postsparkasse nicht nur von den großen Banken, sondern auch von den kleineren Instituten, eventuell auch von Privaten Geld zu einem entsprechenden Zinsfuß in laufende Rechnung übernimmt und daß die Postsparkasse zu einer von den großen Kreditinstituten unabhängigen Staatsbank ausgestaltet wird?"

Wien, 3. Dezember 1917.

Held.	R. Marckhl.	Kittinger.	Dr. Waber.
Dr. Lodgman.	Wedra.	Denk.	Dr. Schürff.
Dr. Kofler.	Richter.	Dr. Heilinger.	Dr. Dinghofer.
Dr. Erler.	Dr. Kindermann.	Kemetter.	Beyer.
	Neunteufel.	Erb.	E. Kraft.

1672
I

Anfrage

des

Abgeordneten v. Semaka und Genossen an Ihre Exzellenzen die Herren Minister des Innern und Eisenbahnminister in betreff der Verfolgung des Bahnwächters Roman Moszuk und dessen Konfinierung.

Roman Moszuk, Bahnwächter aus Hatna (Bukowina), ein Mensch von durchaus loyaler Gesinnung, wurde in den Jahren 1914 und 1915 vom griechisch-orthodoxen Pfarrer aus Merizeja (bei Hatna), der sich zur Aufgabe gestellt hat, dieses rein ukrainische Dorf zu romanisieren, auf Schritt und Tritt deshalb verfolgt, weil er gegen diese Romanisierungsarbeiten in der Gemeinde offen aufgetreten ist.

Der Merizejaer Pfarrer drohte von der Kanzel aus den Insassen, daß jene, die ihre Kinder in die ukrainische Schule schicken werden, ins Kriminal kommen werden. Moszuk klärte hingegen die Leute auf, daß das alles nicht richtig sei und daß die Staatsgrundgesetze den Unterricht in der ukrainischen Sprache gestatten. Er las den Bauern einen Artikel der ukrainischen Zeitschrift „Bukowyna" vor, aus welchem hervorging, daß die Abgeordneten N. v. Wassilkó und Dr. Kost' Lewickyj beim damaligen Thronfolger sowie im Armeeoberkommando waren, woselbst ihnen erklärt wurde, daß der Gebrauch der kyrillischen Schrift und selbstverständlich der ukrainischen Sprache in den von den Ukrainern bewohnten Gebieten von Galizien und der Bukowina erlaubt sei. Dies überzeugte und beruhigte die Bauern und sie schickten ihre Kinder in die ukrainische Volksschule.

Die Folge davon waren Denunziationen seitens der Romanisatoren an die Bahnbetriebsleitung und andere Behörden, insbesondere wurde Moszuk als politisch unverläßlicher Mensch angegeben. Es wurde bei ihm eine Hausdurchsuchung vorgenommen, wobei die Gendarmerie nichts Verdächtiges fand. Konfisziert wurden bei dieser Gelegenheit einige Nummern der ukrainischen Zeitungen „Dilo", „Bukowyna", „Wistnyk Sojuza wyzwolenia Ukrainy" und „Missionar". Wie ein Verbrecher gefesselt wurde Moszuk nach Gurahumora geführt, woselbst er von der Bezirkshauptmannschaft mangels jedes Tatbestandes einer strafbaren Handlung auf freien Fuß gesetzt wurde.

Ungeachtet dessen, daß gegen ihn ein politischer Einwand von ernster Seite nicht erhoben werden konnte, wurde infolge neuerlicher Denunziationen am 23. April 1915 seine Versetzung von Hatna (Bukowina) nach Hadersdorf am Kamp, Niederösterreich, veranlaßt. Der Mann ist nicht bloß verfolgt, sondern auch an seinem gegenwärtigen Dienstorte konfiniert.

Für ihn bedeutet diese Maßregelung ein schweres Unglück. Denn abgesehen davon, daß er hier mit sprachlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, besitzt Moszuk in Luran (Bukowina) eine ansehnliche Wirtschaft, die infolge seiner Abwesenheit zugrundegehen muß.

Auf Grund des Dargestellten richten die Gefertigten an Ihre Exzellenzen den Herrn Eisenbahnminister und den Herrn Minister des Innern die Anfrage:

„1. Sind Ihren Exzellenzen die angeführten Umstände bekannt?

2. Was gedenken Ihre Exzellenzen zu veranlassen, damit Bahnwächter Roman Moszuk ehebaldigst nach der Bukowina rückversetzt werde?"

Semaka.
Dr. Trylowskyj.
Dr. Dnistriańskyj.
Dr. Okunewskij.
Lukaszewicz.
Wityk.
Petryckyj.
Singalewicz.
Spenul.
Lawruk.
Dr. Lew Baczyńskyj.

1673
I

Anfrage

der

Abgeordneten R. v. Wassilkó, Semaka und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Ausschaltung der slawischen Liturgie aus der griechisch-orthodoxen Kathedrale sowie aus allen übrigen griechisch-orthodoxen Kirchen von Czernowitz.

Am 17. August und 4. November l. J. wurden in der griechisch-orthodoxen Kathedralkirche zu Czernowitz für Seine Majestät unseren Kaiser Doxologien abgehalten. Diese Andachten wurden ausschließlich in rumänischer Sprache zelebriert. Selbst die Volkshymne führte der Chor bloß rumänisch aus.

Die Anwesenheit der ukrainischen Gläubigen wurde völlig ignoriert und der Chor sang ostentativ nur rumänisch, trotzdem er aus dem für die Gläubigen beider Nationalitäten bestimmten Religionsfonds dotiert wird.

Der gegenwärtige Landeschef der Bukowina, welcher diesen Andachten persönlich beiwohnte, wurde von ukrainischen Würdenträgern sofort auf das die Ukrainer tief verletzende Vorgehen aufmerksam gemacht. Allem Anschein nach dürfte derselbe den Leitern der Kathedralkirche in dieser Richtung Vorstellungen gemacht haben. Die Folge davon war offenbar, daß in der am 15. November d. J. aus Anlaß der glücklichen Errettung unseres Kaisers aus der Lebensgefahr in der Kathedralkirche zelebrierten Andacht sage ein einziges „Hospode pomyluj“ (Herr, erbarme Dich unser) und eine Strophe der Volkshymne in slawischer, beziehungsweiser ukrainischer Sprache gesungen wurden.

Im übrigen wurde die Andacht auch diesmal wie immer rumänisch abgehalten.

Auch in den anderen griechisch-orthodoxen Kirchen von Czernowitz wird ausschließlich rumänisch zelebriert.

Diese nationale Unduldsamkeit wirkt auf die ukrainischen Gläubigen demütigend und verbitternd.

Nicht einmal auf die heranwachsende ukrainische Schuljugend wird Rücksicht genommen. Selbst die Absingung der Volkshymne wird dem ukrainischen Volke in seiner Kathedrale vorenthalten und nur gelegentlich auf höheren Wink ausnahmsweise gnädig gewährt.

Dieser Zustand ist weiter nicht zu ertragen, er bedeutet für die Ukrainer ein Unrecht, wie solches keinem Volke sonst angetan wird. Die Vergewaltigung einer Nation in der Kirche von seiten einiger engherzigen fanatisierten rumänischen Geistlichen ist wahrscheinlich einzig dastehend in unserer Monarchie. Dabei bilden die griechisch-orthodoxen Gläubigen ukrainischer Nationalität, trotz der jahrzehntelangen Romanisierungsarbeiten der rumänischen Priester noch immer die Majorität unter den Bekennern der griechisch-orthodoxen Kirche im Lande.

Die größtenteils unter Mitwirkung der rumänischen Priester zuungunsten der Ukrainer abgeführte Volkszählung vom Jahre 1910 weist nämlich in der Bukowina (Gesamtbevölkerung 794.929) 547.603 Angehörige des griechisch-orthodoxen Glaubens auf und davon sind 280.000 Ukrainer und 273.000 Rumänen.

Selbst in Czernowitz sind von den rund 20.000 Gläubigen der griechisch-orthodoxen Kirche mehr als die Hälfte ukrainischer Nationalität.

Und fast die ganze Umgebung dieser Landeshauptstadt ist ukrainisches Gebiet.

Ungeachtet dessen wurde noch seit dem Jahre 1880 die Kirchenhierarchie ganz den Rumänen überlassen, welche den Gebrauch der kirchenslawischen, beziehungsweise ukrainischen Sprache in der Kathedrale wie auch in allen übrigen griechisch-orthodoxen Kirchen von Czernowitz entweder vollkommen oder fast zur Gänze eliminiert haben.

Im allgemeinen wäre zu bemerken, daß während die abendländische Kirche eine durchaus einheitliche Kirchensprache und Organisation besitzt, sich bei der morgenländischen Kirche die administrative Selbständigkeit einzelner Kirchenkörper entwickelt hat.

Gegenwärtig gehören der griechisch-orthodoxen Kirche 15 autokephale Kirchenprovinzen an.

Diese Kirchenprovinzen sind fast durchwegs für jedes ihnen zugehörige Volk national, so zum Beispiel bei den Bulgaren, Serben, Griechen, Rumänen, Russen und anderen.

Wir sehen dies am besten an den griechisch-orthodoxen Kirchen in Wien. So wird in der griechischen Kirche der Gottesdienst griechisch, in der serbischen kirchenslawisch, beziehungsweise serbisch, in der rumänischen Kapelle rumänisch zelebriert.

Selbst die griechisch-katholischen Ukrainer in Galizien sind in ihrer Kirche gegen Übergriffe und Schmähungen durch das nationale Prinzip der morgenländischen Kirche geschützt.

Nur die Bukowinaer griechisch-orthodoxen Ukrainer müssen in ihrer Kirche schweres Unrecht ertragen, weil die österreichische Verwaltung die Ukrainer und Rumänen in eine gemeinsame Diözese zusammengezwängt und den letzteren die Hegemonie in der Hierarchie überlassen hat.

Die Folgen davon sind, daß, wie dies die geschilderten Vorgänge am 17. August und am 4. November d. J. dartun, nicht einmal die österreichische Volkshymne in der Kathedrale ukrainisch gesungen wird.

Bei der großen Seelenanzahl griechisch-orthodoxer Ukrainer ist der Anspruch vollkommen begründet, daß in einer der griechisch-orthodoxen Kirchen von Czernowitz die Andachten ausschließlich in kirchenslawischer, beziehungsweise ukrainischer Sprache von ukrainischen Priestern zelebriert werde.

Diese Veranlassung müßte sofort getroffen, zugleich aber auch zur endgültigen Lösung der griechisch-orthodoxen Kirchenfrage in der Bukowina geschritten werden.

In diesem Belange fordern die Ukrainer die Schaffung einer eigenen Diözese. Dieses Verlangen haben dieselben bereits in mehreren der Regierung vorgelegten Memoranden zum Ausdruck gebracht.

Ein diesbezügliches Memorandum hat auch die von weiland Kaiser Franz Joseph I. im März 1906 empfangene Deputation der Bukowinaer Ukrainer dem Allerhöchsten Throne unterbreitet und wurde ihr die wohlwollende Prüfung und Erledigung derselben in Aussicht gestellt.

In der Gründung einer selbständigen Diözese erblicken die griechisch-orthodoxen Bukowinaer Ukrainer ihre Befreiung von der jahrelangen Unterdrückung, von der sie demütigenden Kuratel von seiten der fanatisierten rumänischen Hegemonen.

Das Unrecht, das den Bukowinaer Ukrainern in ihrer Kirche widerfährt, wurde selbst von führenden rumänischen Politikern der Bukowina wiederholt offen zugegeben und auch sie sprachen sich uns gegenüber für die Notwendigkeit der endlichen Bereinigung dieser unleidlichen Frage aus.

Übrigens ist auch in dem Belange der Zweiteilung der Bukowinaer Diözese gerade bei den Rumänen selbst ein Präzedenzfall vorhanden.

So haben die ungarländischen griechisch-orthodoxen Rumänen, welche gemeinsam mit den Serben in Ungarn eine Kirchenprovinz bildeten, sich von den Serben ungefähr Mitte des 19. Jahrhunderts losgetrennt und bilden seit damals eine selbständige griechisch-orthodoxe rumänische Diözese.

Auf Grund des Dargestellten richten die Gefertigten an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Kultus und Unterricht die Anfragen:

„Sind Eurer Exzellenz die angeführten Umstände bekannt?

Was gedenken Eure Exzellenz zu veranlassen:

a) daß allerschleunigst eine griechisch-orthodoxe Kirche in Czernowitz für die Gläubigen ukrainischer Nationalität bestimmt und in derselben die Andachten ausschließlich in kirchenslawischer, beziehungsweise ukrainischer Sprache von Priestern ukrainischer Nationalität abgehalten werden?

b) daß die Bukowinaer griechisch-orthodoxen Ukrainer von der rumänischen Hegemonie in der Kirchenhierarchie endlich befreit und daß für sie eine eigene griechisch-orthodoxen Diözese mit einem Bischof ukrainischer Nationalität ehestens geschaffen werde?"

Wien, 4. Dezember 1917.

Urkaszewicz.	Singalewicz.	Dr. Trylowskyj.	Nikolaj Wassilko.
Dr. Leo Baczynskyj.	Onyszkewycz.	Petryckyj.	Semaka.
Spenul.	Dr. Okuniewskyj.	Wityk.	Dr. Kost' Lewyckyj.

1674
I

Anfrage

des

Abgeordneten Leo Lewickyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend die Fürsorge für alle Evakuierten, die außerhalb ihrer Zuständigkeit ihren Aufenthalt nehmen.

Es ist bekannt geworden, daß alle die Evakuierten, die in ihrer Zuständigkeits-, respektive Heimatsgemeinde noch nicht ihren Wohnsitz nehmen können, und sich in den in der Nachbarschaft liegenden Gebieten aufhalten, keine staatliche Unterstützung beziehen.

So sind die Evakuierten aus Ratyszcze, Bezirk Zboriw, die derzeit ihren Aufenthalt in Buzok, Post Bilyj Kamin genommen haben, da sie nach Ratyszcze nicht zurückkehren können, bis jetzt ohne irgendwelche Fürsorge geblieben und leiden fürchterlich unter dem Nahrungsmangel und der inzwischen eingetretenen Winterkälte.

Die mündlichen bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft eingebrachten Gesuche sind bis jetzt erfolglos geblieben, man hat sie einfach mit der Drohung, sie in einem Barackenlager unterzubringen, abgespeist.

Die Gefertigten sehen sich daher veranlaßt, die Anfrage zu stellen:

„1. Ist es Eurer Exzellenz bekannt, daß viele Evakuierte, die sich zwar in unmittelbarer Nähe von ihren zerstörten Aufenthaltsgemeinden aufhalten, in die letztere aber noch nicht zurückkehren können, sich vollständig ohne staatliche Fürsorge befinden und Hunger leiden?

2. Was gedenkt Exzellenz anzuordnen, daß auch solche Evakuierte der staatlichen Fürsorge unverzüglich teilhaft gemacht werden."

Dr. Wlad. Baczyńskyj. — Leo Lewickyj.
E. Pohoreckyj. — Dr. Smal-Stockyj.
Dr. Petruszewycz. — Dr. Kolessa.
Dr. Cehelskyj. — Dr. Holubowycz.
Dr. Eugen Lewickyj. — Leo Baczyńskyj.

1675
I

Anfrage

des

Abgeordneten Leo Lewickyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend den Gebrauch der ukrainischen Sprache bei der landwirtschaftlichen Expositur der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Stryj.

Die landwirtschaftliche Expositur der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Stryj ist der ukrainischen Sprache gar nicht mächtig, da dieselbe die Schriftstücke, die in ukrainischer Sprache verfaßt, an dieselbe gerichtet worden sind, erst der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Stryj zur Übersetzung einsendet.

So hat dieselbe das Ansuchen des Gemeindevorstandes in Bereznycia vom 1. November 1917, Z. 290, mit der Zuschrift vom 4. November 1917 an die k. k. Bezirkshauptmannschaft übersendet, mit dem Ersuchen, dieses Ansuchen zu übersetzen.

Da dieser Zustand unhaltbar ist und der erwähnte Vorgang einen klaren Beweis liefert, daß die Besetzung dieser Expositur in einem durchaus von ukrainischer Bevölkerung bewohnten Sprengel mit Beamten, die der ukrainischen Sprache nicht mächtig sind, nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung, sondern den Interessen dieser Beamten dient, erlauben sich die Gefertigten die Anfragen zu stellen:

„1. Ist Seiner Exzellenz der Vorgang der landwirtschaftlichen Expositur der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Stryj sowie die ungeeignete Besetzung dieser Stelle mit Beamten, die der ukrainischen Sprache nicht mächtig sind, bekannt?

2. Was gedenkt Seine Exzellenz anzuordnen, daß die ungeeigneten Beamten der erwähnten Expositur unverzüglich entlassen werden und dieselbe mit Beamten, die der ukrainischen Sprache in Wort und Schrift mächtig sind, besetzt werde?“

Dr. Wladimir Baczyńskikyj. — Leo Lewickyj.
E. Pohoreckyj. — Dr. Smal-Stockyj.
Dr. Petruszewycz. — Dr. Kolessa.
Dr. Eugen Lewyckyj. — Dr. Holubowycz.
Dr. Czechelskyj. — Dr. Lew Baczynśkyj.

1676
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Leo Lewickyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister, betreffend die Bestellung der griechisch-katholischen und der griechisch-orientalischen Feldkurate ukrainischer Nation für griechisch-katholische und griechisch-orientalische Soldaten ukrainischer Nation.

Die griechisch-katholischen und griechisch-orientalischen Soldaten ukrainischer Nation entbehren vielfach der Seelsorge der griechisch-katholischen und der griechisch-orientalischen Feldkurate ukrainischer Nation, und zwar aus dem Grunde, daß die Zahl der bis jetzt angestellten Feldkurate ukrainischer Nation unzulänglich ist, daß für die griechisch-katholischen Soldaten kein besonderer Superiorat gebildet worden ist und daß nicht bei jedem k. u. k. Militärkommando ein besonderer Referent für die Angelegenheit der Feldkurate oben angeführter Religionen angestellt ist.

Da es nicht gerecht und billig ist, daß die Seelsorge für die ukrainischen Soldaten von Feldkuraten fremder Nation besorgt werde, ist die Bestellung von hinreichender Zahl der ukrainischen Feldkurate, die Bildung eines griechisch-katholischen besonderen Superiorates sowie die Anstellung eines besonderen Referenten dringend erwünscht.

Die Gefertigten erlauben sich daher folgende Anfrage zu stellen:

„1. Ist Seiner Exzellenz dem Herrn Landesverteidigungsminister bekannt, daß die Zahl der griechisch-katholischen und der griechisch-orientalischen Feldkurate ukrainischer Nation unzureichend ist und daß die Seelsorgeführung durch Feldkurate fremder Nation, die nicht einmal der Sprache der ukrainischen Soldaten mächtig sind, weder den Erfordernissen der Seelsorge noch der Gerechtigkeit entspricht?

2. Was gedenken Seine Exzellenz zu tun, daß die Zahl der Feldkurate ukrainischer Nation griechisch-katholischer und griechisch-orientalischer Religion vermehrt, für die griechisch-katholischen Feldkurate ein Superiorat gebildet und für beide Religionen bei jedem k. u. k. Militärkommando ein besonderer Referent für Feldkuratangelegenheiten angestellt werde?"

Dr. Smal-Stockyj.
Dr. Kolessa.
Dr. Holubowycz.
Dr. Lew Baczyński.
Budzynowskyj.

Leo Lewickyj.
E. Pohoreckyj.
Dr. Petruszewycz.
Dr. Czelskyj.
Dr. Eugen Lewickyj.

1677
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Leo Lewickyj und Genossen an die Exzellenzen Herrn Ministerpräsidenten, Herrn Minister des Innern und Herrn Landesverteidigungsminister, betreffend die griechisch-orientalische Seelsorge in den okkupierten ukrainischen Gebieten.

Zur Führung der griechisch-orientalischen Seelsorge für Ukrainer im okkupierten Gebiete Wolhyniens wurde eine unzureichende Anzahl der Seelsorger ukrainischer Nation angestellt — vielfach, wie zum Beispiel beim Kommando der 4. k. u. k. Armee, wurde ein Rumäne Russu, der der ukrainischen Sprache nicht mächtig ist, mit der Seelsorge betraut —, so daß in jeder Hinsicht den Erfordernissen der gedeihlichen Seelsorge nicht entsprochen werden kann. So ist die in Wladimir existierende ukrainische Schule mit mehr als 300 Kindern griechisch-orientalischer Religion ohne Religionsunterricht geblieben. Aber auch die in der Umgebung wohnende einheimische Bevölkerung entbehrt des religiösen Trostes in ihrer Muttersprache.

Da diese Zustände auf die Gesinnung der Bevölkerung keinen guten Eindruck machen können und der Glaube an die Gerechtigkeit der österreichischen Administration dadurch erschüttert werden muß, sehen sich die Gefertigten veranlaßt, anzufragen:

„1. Ist es Exzellenzen bekannt, daß die griechisch-orientalische Seelsorge in ukrainischen okkupierten Gebieten Wolhyniens unzureichend ist?

2. Was gedenken Exzellenzen zu verfügen, daß in den erwähnten Gebieten die Zahl der angestellten griechisch-orientalischen Seelsorger ukrainischer Nation vermehrt werde und die Seelsorger, die der ukrainischen Sprache nicht mächtig sind, durch ukrainische Seelsorger ersetzt werden?"

Dr. Cehelskyj.	Leo Lewyckyj.
Dr. Lew Baczyńskyj.	Budzynowskyj.
E. Pohoreckyj.	Dr. Kolessa.
Dr. Petruszewycz.	Dr. Hołubowycz.
Dr. Okunewskyj.	Dr. Wl. Baczyńskyj.

1678
I

Anfrage

der

Abgeordneten Karl Exner, Zenker und Genossen an die Exzellenzen die Herren Handelsminister, Minister für Landesverteidigung, Finanzen und Leiter des Amtes für Volksernährung, betreffend die Einrückendmachung der als unentbehrlich bisher enthobenen Beamten bei der Post- und Telegraphenanstalt.

Die in der letzten Zeit eingerissene Unsicherheit im Postverkehr nimmt Dimensionen an, wie sie einer staatlichen Anstalt unwürdig erscheinen. Tausende von Sendungen werden täglich ihres Inhaltes beraubt oder verschwinden ganz. Der dadurch verursachte Schaden und von der Post zu leistende Ersatz soll bereits mehrere Millionen Kronen für das Jahr 1917 betragen. In der letzten Woche verschwand in Wien ein ganzer Wagen Pakete spurlos und die Verwaltung beginnt für die Aufdeckung von Diebstählen Prämien auszusetzen, ohne hierin bisher Erfolge erreicht zu haben. Die Ursache dieser die Geschäftswelt und Steuerträger direkt und indirekt schwer schädigenden und tief beklagenswerten Erscheinungen im Postverkehr bildet die Einberufung des versierten Personals zum Heeresdienst und die Heranziehung eines ungeschulten, meist im jugendlichen Alter stehenden Ersatzpersonals. Ungeachtet dieser bedauerlichen Zustände bei der Post plant das Handelsministerium nunmehr abermals 6 Prozent des ohnehin durch die stattgefundenen Einrückungen stark reduzierten männlichen Personalstandes einrückend zu machen. Bewahrheitet sich diese Nachricht, so ist mit einem vollständigen Zusammenbruch des Betriebes und nicht zuletzt des verbleibenden, schon derzeit auf das höchste ausgenützten Personals mit Sicherheit zu rechnen. Die Post hat weniger auf Grund ihrer Organisation, sondern auf Grund der Arbeitsfreudigkeit und Tüchtigkeit des Personals Arbeitsleistungen hinter sich, die nirgends und zu keiner Zeit überboten werden können. Sie leistet der Heeresverwalturg täglich und stündlich in den Feld- und Etappenpostämtern beim Reservetelegraphen so ungeheure Dienste, daß dieselbe auf Grund der vorliegenden Umstände täglich auf weitere Leistungen von Frontdiensten verzichten muß, soll nicht der ganze Betrieb in Frage gestellt werden. Diese übermenschliche Tätigkeit des Postpersonals wurde selbst vom k. u. k. Armeeoberkommando rühmend hervorgehoben, ist somit auch ein Faktor der Schlagfertigkeit unseres Heeres, wodurch es wiederum gewaltig zur ruhmreichen Verteidigung des Vaterlandes beiträgt.

Die wenigen, infolge der bisherigen Einrückungen in ihrem Postdienst belassenen eingeschulten Postbediensteten leisten Übermenschliches. Sie müssen nicht nur für ihre eigene Person ein Vielfaches ihrer Friedensarbeit infolge der immensen Verkehrssteigerung leisten, sie müssen auch die wenig eingeschulten Substitutinnen unterstützen, wie auch Nachtdienste und ununterbrochene Doppeldienste verrichten. Unerfaßlich ist aber die Entschädigung hierfür. So bekommt der Beamte für einen außertourlichen Halbtags- oder Nachtdienst K 3·20 bis K 5·80, der Diener gar nur K 1·70 bis K 4·60. Für einen turnusmäßigen Nachtdienst erhält der Beamte K 2·—, der Diener K 1·20. Rechnet man für die Hin- und Rückfahrt 44 h Tramwayspesen ab, so verbleiben zur Stillung des durch den Nachtdienst ohnehin schon permanent gewordenen Hungers — 76 h. Demzufolge erklärten

manche Angestellten, sie könnten nicht zu oft solche Dienste verrichten. Die Folge war, daß dieselben in Disziplinaruntersuchung gezogen und auch bestraft wurden.

Für diese ungewöhnlichen Dienstleistungen (wöchentlich 4 Nachtdienste von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens mit halbstündiger Pause nebst doppelten Tagdiensten) hat man den Postangestellten keine Nahrungszubuße gewährt. Kein Wunder, wenn in diesen Reihen eine unbeschreibliche Unzufriedenheit herrscht.

Die Eingerückten werden vielfach gar nicht zum Truppendienst herangezogen, sondern verrichten oft ganz ungewöhnliche Landsturmdienste. Zum Beispiel Postadjunkt Josef Donhauser war der Briefumleitung am Südbahnhof (wegen der italienischen Offensive eines der wichtigsten Ämter) zugeteilt. Für ihn kamen natürlich zwei Substitutionen als Ersatz. Der Eingerückte mußte nun einige Tage mithelfen, die Fenster der Kaserne am Sterneckplatz zu putzen. Später wurde derselbe am Nordbahnhof als Kohlenschaufler kommandiert, wo er noch andere Postangestellte in dieser Anstellung antraf. Daß dieser Mann aus Antipathie die wenigste Kohlenmenge verschaufelte, ist erklärlich. Für diese Arbeit als Kohlenschaufler mußte natürlich ein Gehalt für einen Adjunkten, zwei Substitutinnen, seine Löhnung, Menagegeld und Arbeitszulage ausbezahlt werden (Kohlenteuerung!).

Ein zweiter krasser Fall betrifft den Postadjunkten Maresch aus Olmütz 2. Dieser mußte ebenfalls beim Postamt Südbahnhof durch Monate bei der Paketverladung Rodeln schieben. Umgekehrt warten manche, die sich wegen der schlechten Dienstverhältnisse und Nahrungssorgen freiwillig zum Truppendienst gemeldet haben, bis heute auf ihre Einberufung.

Um eine wirksame Kontrolle im Hinterland zu erreichen und die Unsicherheit zu beheben, ist die Rückstellung aller zur Front und sonstigen militärischen Diensten herangezogenen Beamten und Bediensteten ein dringendes Gebot.

Die Gefertigten stellen daher die Anfragen:

„1. Ist Seine Exzellenz der Herr Handelsminister bereit, im Einvernehmen mit dem k. k. Landesverteidigungsminister zu veranlassen, daß weitere Einrückungen von Postbeamten und Bediensteten unterlassen und die im Etappengebiete nicht Post- und Telegraphendienste versehenden Postangestellten vom Heeresdienste enthoben und ihrer eigentlichen staatlichen Dienstbestimmung zugeführt werden?

2. Ist Seine Exzellenz der Herr Ernährungsminister im Einvernehmen mit dem Handelsminister bereit, zu veranlassen, daß den Postangestellten analog den Munitionsarbeitern Nahrungszubußen und eine sichere leichtere Nahrungsmittelbeschaffung gewährt werde?

3. Ist Seine Exzellenz der Herr Handelsminister bereit, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium zu veranlassen, daß die Mehrarbeitsgebühren abgeschafft und durch Stundengelder von 1 K ersetzt sowie daß die Nachtdienstgebühren von 2 K auf 5 K erhöht werden?"

Dr. Hübschmann.
Dr. Baxa.
Dr. Formánek.
Stříbrný.
Hrásky.

Karl Exner.
Zenker.
A. Konečný.
Dr. Lukavský.
Slavíček.

1679
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Stölzel, Dr. Sylvester, Hueber und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister, betreffend die Zuweisung von Petroleum für die Häuserbeleuchtung in Salzburg.

Zu wiederholten Malen sind die Abgeordneten der Stadt Salzburg in persönlichen Vorsprachen, aber auch die Salzburger Hausbesitzervereine in direkten Eingaben an das Handelsministerium herangetreten, damit für die Stiegen- und Gangbeleuchtung in den Häusern entsprechende Petroleummengen zur Verfügung gestellt werden. Ein Umstand, der um so mehr die Notwendigkeit der Petroleumbeistellung erfordert, ist die alte Bauart vieler Salzburger Häuser mit ihren gekrümmten Stiegen und Gängen. Alle diese Vorsprachen und Eingaben blieben jedoch ergebnislos und wurden die Hausbesitzervereine auf das sogenannte ordentliche Kontingent verwiesen.

In einer Notiz des „Salzburger Volksblattes“ vom 3. Dezember wurde authentisch auf die Petroleumzuweisung in der Stadt Wien verwiesen, aus welcher klar hervorgeht, daß für die Beleuchtung von Stiegen und Gängen besondere Petroleummengen den Hausbesitzern der Stadt Wien zur Verfügung gestellt werden.

Die Unterzeichneten sind peinlich überrascht von diesem Messen mit zweierlei Maß und darüber, daß, wenn schon von Seite der Regierung dieser Vorgang beliebt wird, ihnen Antworten zuteil wurden, welche mit den Tatsachen nicht in Einklang stehen.

Die Gefertigten fragen daher Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister:

„War Seiner Exzellenz diese verschiedenartige Behandlung bekannt und gedenkt er sie auch weiterhin aufrecht zu erhalten, oder welche Vorkehrungen gedenkt er zu treffen, daß die unbedingte Zuweisung von Petroleum für die Gang- und Stiegenbeleuchtung der Häuser der Stadt Salzburg und Umgebung raschestens erfolge?“

Wien, 4. Dezember 1917.

Dr. Stölzel.
Dr. Sylvester.
Anton Hueber.
Goll.
Paulik.
Müller Karl.
Knirsch.

Fahrner.
Wedra.
Beyer.
Erb.
Kittinger.
Dr. Schürff.

1680
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Velich und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend das Verbot des Lustspieles „Císař“ von Karl Mečíř.

Unter der Herrschaft des be—kannten Prager Zensors k. k. Polizeirat Demartýn wurde dem Böhmischen Nationaltheater verboten, das Lustspiel „Císař“ von Karl Mečíř aufzuführen.

Ein Grund dieser Maßnahme ist überhaupt nicht ersichtlich. Da der genannte Beamte sogar ein einfaches Bild Napoleons konfiszieren ließ, so wurde das Verbot vielleicht dadurch veranlaßt, daß er die Hauptperson des Stückes ist. Nun wird er aber in diesem Stück nur als Liebhaber, kurz, von seiner schwächsten Seite, dargestellt. Das Verbot ist also vollkommen unbegründet. Die Unterzeichneten fragen daher:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, dieses durch nichts begründete Verbot aufzuheben, das Stück freizugeben und die Beteiligten davon verständigen zu lassen?“

Wien, 4. Dezember 1917.

Dr. Alois Velich.
Mašata.
Jindřich Padour.
Malík.
Tomáš Janovec.
Dr. Viškovský.
J. Vodňanský.
G. Sedlák.
Dr. Šubrt.
Feltl.
Prošek.
Hyrš.
Bukvaj.
T. Mlčoch.
Zďárský.
Jos. Hrásky.
Krž.
Dr. Zahradník.
Bradáč.
Rydlo.
Dr. Baxa.
Dr. Franta.
Měchura.

1681
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Trylowskyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend das widerrechtliche Vorgehen des Gendarmeriepostenkommandanten Gregor Grzeszczuk in Ispas, Bezirk Kolomea.

Der Gendarmeriepostenkommandant Gregor Grzeszczuk in Ispas benützte die Abwesenheit des an der Front kämpfenden Soldaten Wasyl Gojaniuk Mychajlna dazu, um seine Frau zu verführen und ein Kind mit ihr zu erzeugen. Zum größten Ärgernis des ganzen Dorfes besuchte er sie tagtäglich und spielte beinahe die Rolle ihres Mannes, fuhr mit ihr auf demselben Wagen nach Kolomea, um die Schweine Gojaniuks zu verkaufen und verkaufte mit ihr zusammen auch seine Kuh. Die Zeugen auf diese Umstände sind: Fedor Gojaniuk, Mychajla, Leś Kiczak, Nykola Borowskyj und Hofija Gojaniuk, Dmytra Andrijewska, die letzte auf den Umstand des gemeinsamen Verkaufes von Schweinen.

Als Grzeszczuk einige Zeit einen anderen Postenkommandanten in Wynohrady vertrat, so besuchte ihn seine Geliebte mit dem von ihm erzeugten Kinde auch dort, was als Zeuge: Dmytro Bojko Olenïw bestätigen kann.

Als ihr Mann Wasyl Gojaniuk Mychajla vom Militär zurückkehrte, flüchtete sie mit dem von Grzeszczuk erzeugten Kinde in das benachbarte Dorf Kowaliwka, indem sie ihr legitimes, sieben Jahre zählendes Kind zurückließ.

Die rechte Hand des Grzeszczuk war der gewesene Gemeindepolizist Stefan Ilczuk, welcher zur Zeit der russischen Invasion in russischer Uniform einherstolzierte und dann dem Beispiel seines Protektors Grzeszczuk folgend, zwei Soldatenfrauen je ein Kind erzeugte.

Als Briefe von den Soldaten im Felde ankamen, so hat er sie solange nicht den Soldatenfrauen ausgefolgt, bis sie ihm einen Kuß gaben. Die Zeugen: Poczaska Iwaniuk Semena, geborene Gojaniuk und auch die Frau Wasyls Tyniofijiw-Juryn, geborene Bojko.

Die beiden Ortsgewaltigen terrorisierten das ganze Dorf und den Marko Skrypczuk Iwana haben sie so terrorisiert und mit Zwangsarbeiten sekkiert, daß er Haus und Familie im Stich ließ, in den Wald flüchtete und sich endlich erhängte.

Die Zeugen: Seine Frau und sein Nachbar Hawrylo Diduszak.

Als Fedor Kreczko zum Vorspanndienst nichts geben konnte, da sein Pferd krank war, schlug ihn der Grzesczuk mit seinem Gewehr blutig, so daß er einige Tage bettlägerig krank war.

Außer dem Mißhandelten kann das auch seine Frau Paraska bestätigen.

Aus einem ähnlichen Anlaß verprügelte Grzeszczuk den Bauer Hryć Sorycz-Babinkiw.

Grzeszczuk zwang durch Mißhandlungen auch den Leś Kiczak bei seiner (Grzeszczaks) Geliebten Frau Gojaniuk Wasyla das Gras ganz umsonst abzumähen.

Bei der Behörde ist gegen den gewesenen Ortsrichter Iwan Semczyszyn Wasyla eine Anzeige erstattet worden, daß derselbe in unerlaubten Beziehungen zu den Russen gestanden ist.

Man hat also Grzeszczuk beauftragt, die nötigen Vorerhebungen zu pflegen. Er zwang jedoch den Zeugen Michajlo Semczyszyn nichts Belastendes gegen Iwan Semczyszyn auszusagen, da er ihm sonst mit dem Ausschlagen von Zähnen drohte.

Auch Dmytro Slipaniuk Petra wird diesen Umstand als Zeuge bestätigen können.

Wir stellen also an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, die oben angeführten Tatsachen untersuchen zu lassen und die Bestrafung des Schuldigen zu veranlassen?"

Dr. Lahodyńskyj.	Dr. Trylowskyj.
Dr. Eugen Lewickyj.	Stefanyk.
Dr. Holubowycz.	E. Pohoreckyj.
Dr. Wlad. Baczyńskyj.	Leo Lewyckyj.
Kolessa.	Dr. Straucher.
Budzynowskyj.	Reizes.
Dr. Smal-Stockyj.	Spenul.

1682
I

Anfrage

des

Abgeordneten Gostinčar und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister, betreffend den Betrieb der Ziegelfabriken in Krain.

Bald nach Beginn des Krieges wurden in Krain die Ziegeleien wegen Arbeiter- und Brennstoffmangel geschlossen. Die Bau- und Dachziegelvorräte gingen rasch zu Ende und die Folge war, daß die beschädigten Gebäude und Dächer nicht ausgebessert werden können und dringend notwendige Neubauten unterbleiben mußten.

Im Laufe der letzten zwei Jahre brachen mehrere Feuersbrünste aus, wobei viele Wohn- und Wirtschaftsgebäude zum Opfer fielen.

Idria wurde durch italienische Flieger arg beschädigt und Koroška Bela fast vernichtet. In dieser Not konnten die beschädigten Einwohner, aus Ursache des Stillstandes der Ziegeleien, die nötigen Bau- und Dachziegel nicht bekommen, und mußten anderwärts dieselben teuer und nur das Allernötigste beziehen.

Da derzeit viele Kriegsgefangene vorhanden sind, die für diese Arbeit leicht verwendbar sind, erscheint die eine Ursache behoben zu sein. Der Mangel an Brennmaterial wäre durch Kohlenzuweisung zu beheben. Bis Frühjahr, wo diese Arbeiten beginnen, ist hinreichend Zeit genug, für Zuweisung des Brennmaterials und der Arbeiter an die Ziegeleien. Möge dieses nicht versäumt werden.

Die Gefertigten fragen:

„Wäre Eure Exzellenz geneigt, dafür Sorge zu tragen, daß die Ziegeleien in Krain zur Ermöglichung des Betriebsbeginnes im Frühjahr 1918, die nötigen Brennmaterialien und Arbeitskräfte (Kriegsgefangene) zur Verfügung bekommen werden?“

Wien, 4. Dezember 1917.

Fr. Demšar.
Pogačnik.
J. Hladnik.
Dr. Rybář.
Fon.

Gostinčar.
Dr. Korošec.
Roškar.
Dr. K. Verstovšek.
Pišek.

1683

I

Anfrage

des

Abgeordneten Benkovič und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Bekleidung und Beschuhung der bei Landwirten eingeteilten Kriegsgefangenen und Auszahlung des Pauschales für die Bewachungsmannschaft.

Die Ausrüstung der in der Landwirtschaft verwendeten Kriegsgefangenen befindet sich in einem ganz unzulänglichen Zustande; ihre Beschuhung und Bekleidung ist so defekt geworden, daß dieser Zustand ihre Arbeitsfähigkeit insbesondere im Winter, gänzlich beeinträchtigt. Die Landwirte sind nicht in der Lage, die dringend nötige Ausrüstung der Kriegsgefangenen zu besorgen, da sie ja nicht einmal für sich das notwendige Material auftreiben können.

Ebenso wird als drückend empfunden, daß die Pauschalien für die Bequartierung und Verpflegung der den Kriegsgefangenen zugeteilten Bewachungsmannschaft an die Landwirte nicht mehr ausbezahlt werden.

Insbesondere verweisen wir auf die diesbezüglichen Verhältnisse in den Gemeinden Vlahovica, Bezirk Stein in Krain; die daselbst eingeteilten Kriegsgefangenen gehören in den Stand des k. u. k. Kriegsgefangenenlagers Wegscheid bei Linz, die Wachmannschaft zu Begleitkompagnie Nr. 12; in der Nachbarschaft sollen die geschilderten Verhältnisse weniger drückend sein.

Wir stellen die Anfrage:

„Ist der Herr Minister für Landesverteidigung geneigt zu veranlassen, daß

1. die in der Landwirtschaft verwendeten Kriegsgefangenen mit entsprechendem Schuhwerk und Kleidern versehen werden?

2. das Pauschale für die Bequartierung und Verpflegung der Begleitmannschaft für die Kriegsgefangenen an die betroffenen Landwirte ausbezahlt werde?“

Wien, 4. Dezember 1917.

Dr. Dulibić.	Dr. Benkovič.
Prodan.	Perić.
Dr. Pogačnik.	Gostinčar.
M. Brenčič.	Dr. Ravnihar.
Dr. Rybář.	Fr. Demšar.
Fon.	J. Hladnik.
Krek.	Dr. Verstovšek.

1684
I

Anfrage

der

Abgeordneten Franz Mašata, Dr. Velich und Genossen an Ihre Exzellenzen den Herrn k. k. Minister für Landesverteidigung und den Herrn k. k. Eisenbahnminister, betreffend die durch die militärische Bahnbewachung in Beneschau verübten Belästigungen an der Bevölkerung.

Samstag, den 1. d. M., um die vierte Stunde nachmittags weilten auf dem Perron in Beneschau mehrere Personen, die den Zug von der Richtung von Tabor abwarteten, um diesen für die Fahrt nach Prag zu benützen. Unter diesen befand sich auch ein gewisser technischer Beamter A. Zahel aus Prag-Vyšehrad, welcher in einen grauen Touristenanzug gekleidet war und einen Rucksack trug. Diesem Reisenden näherte sich der Führer der Bahnwache Zugsführer Steig vom 2. Kaiserjägerregiment, forderte ihn zur Vorweisung der Legitimation auf, behielt diese sogleich und befahl nun dem Genannten, ihm samt seinem Reisegepäck in die militärische Bahnhofwachstube zu folgen. Dieses Einschreiten war derart provokant, so daß sich sofort eine Menschenmenge ansammelte und über das Benehmen des genannten Unteroffiziers, der nicht ein Wort böhmisch versteht, ihren Unwillen kundgab. Die Leute warnten den Herrn Zahel, auf die Wachstube mit seinem Gepäck zu gehen, weil es dort untersucht und jene Sachen, welche den Soldaten passen, rechtswidrig einem jeden abgenommen werden. Derselbe wehrte sich auf die Wachstube zu gehen und frug nach der Ursache dieses Einschreitens. Der Unteroffizier Steig hat, wahrscheinlich in einer Verwirrung, darauf hingewiesen, daß er feststellen muß, ob der Rucksack nicht ein militärischer und der Anzug nicht aus einem Ärarstoffe ist, obwohl man auf den ersten Blick sehen konnte, daß dies nicht der Fall ist.

Diese unangenehme Angelegenheit endete mit meinem Einschreiten und dem des Inspektionsoffiziers, welcher sofort die Freilassung des Reisenden anordnete.

Die Bahnhofwache besteht aus einer Mannschaft von nur deutscher Nation, welche die Sprache der Bevölkerung überhaupt nicht kennt. Demzufolge kommt es sehr häufig zu Mißverständnissen zwischen den böhmischen Soldaten, welche die Station Beneschau durchfahren, und der Wache. Auch die Bevölkerung ist, wie der gegebene Fall zeigt, unnütz belästigt und schikaniert.

Im Hinweis darauf stellen die Unterfertigten die Anfragen:

„1. Sind Eure Exzellenzen bereit, veranlassen zu wollen, daß die Zivilreisenden durch die Bahnhofwache nicht belästigt werden?

2. Sind Eure Exzellenzen bereit, Vorkehrungen zu treffen, daß der Wachdienst auf den Bahnhöfen einer Mannschaft anvertraut werde, welche der Sprache der Bevölkerung mächtig sei?“

Wien, 4. Dezember 1917.

Frant. Mašata.
Prof. Dr. Velich.
Ant. Rydlo.
Prošek.
Bukvaj.
J. Sedlák.
Chaloupka.

Vacek.
Feltl.
Hyrš.
Padour.
Tomaš Janovec.
Bradáč.
Pavlok.

F. Němec.
Kulich.
Špaček.
F. Staněk.
H. Srdínko.
Malík.

Krč.
Udržal.
Donát.
Zdárský.
Kotlant.
Mlčoch.

1685
I

Запит

посла Дра Володомира Бачиньского і товаришів до Єго Екcцеленциї пана Мінїстра внутрішних справ в дїлї виплати евакуацийних причинків селянам з Гнильча, повіт Підгайцї.

В прилові подаю спис селян, котрих наші війска евакуовали дня 3. вересня 1916. року з громади Гнильче, повіт Підгайцї.

В часї евакуациї мешкали они в повітї Бібрка і Жидачів і не побирали жадних причинків — були отже приневолені удержувати ся власним коштом, і на сю цїль мусїли випродати останок свого движимого майна.

Доввіл на поворот дістали доперва в половинї серпня 1917. року, а повернувши, застали свої ґаздівства переважно цїлковито знищеними і жиють тепер у великій нуждї.

Підписані запитують:

„Чи відомий сей факт Єго Екcцеленциї?

Чи думає Єго Екcцеленция зарядити, щоби тим нещасним жертвам війни виплачено як найскорше евакуацийні причинки за час від 3. вересня 1916 до 16. чи там 20. вересня 1917. року?“

Dr. W. Baczyńskyj.

Dr. Smal-Stockyj.	Dr. Trylowskyj.
Dr. Kost Lewyckyj.	Stefanyk.
Kolessa.	E. Pohoreckyj.
Dr. Petruszewycz.	Dr. Dnistriańskyj.
Dr. Eugen Lewyckyj.	Okunewskyj.
Dr. Hołubowycz.	Lew Lewickyj.

Число порядкове	Число дому	Імя і назвиско евакуованого	літ	Де був евакуований		У кого мешкав	День повороту
				село	повіт		
1	488	Гарасим Винник . . Мария Винник . . . Дорка Винник (вмерла 30. мая 1917) . . Юстина Винник (вмерла 19. січня 1917) Варвара Винник . .	66 58 24 3 13	Молоденче	Бібрка	Гануська Коваль	20. серпня 1917
2	—	Михайло Хрептак (німий)	38	Молоденче	Бібрка	Мария Баран	20. серпня 1917
3	267	Катерина Кульчицка . Мария Кульчицка . Йосиф Кульчицкий .	42 16 7	Бережниця королівска	Жидачів	Мария Кухтин до 7. грудня 1916, відтак на бараках	—
4	59	Мария Янчецка . . Анна Янчецка . . . Мария Янчецка . . Стефанія Янчецка . Евгенія Баюк . . .	56 13 7 5 25	Черниця	Жидачів	Іван Мороз до 7. грудня 1916, відтак на бараках в Хоцені	—
5	198	Елеонора Вноровска . Генрих Вноровский . Антонина Вноровска . Казимира Вноровска . Ванда Вноровска . . Йосиф Слуґоцкий (отець)	32 12 7 6 5 70	Держів	Жидачів	Михайло Щербицкий, лісничий	16. серпня 1917
6	77	Мария Слуґоцка (Йосифова) . . . . . Каролина Слуґоцка . Казимир Слуґоцкий . Йосиф Слуґоцкий (муж)	40 15 12 44	Пісочна	Жидачів	Василь Щепанюк до 7. грудня 1916, відтак на бараках	—

Евакуовані 3. вересня 1916.

Authentische Übersetzung.

1685
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Wolodymyr Baczyńskyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend die Auszahlung der Evakuierungsbeiträge an die Landwirte aus Hnylcze, politischer Bezirk Pidhajci.

In der Anlage überreiche ich das Verzeichnis jener Landwirte, welche von unseren Militärabteilungen am 3. September 1916 aus der Dorfgemeinde Hnylcze, politischer Bezirk Pidhajci, evakuiert worden sind.

Während der Evakuierung wohnten die Genannten im politischen Bezirk Bibrka und Żydaczów und bezogen keine Evakuierungsunterstützungen, sie waren daher genötigt aus Eigenem die Auslagen für ihren Unterhalt zu bestreiten und zu diesem Zwecke mußten sie den Rest ihrer Fahrnisse veräußern.

Die Einwilligung zur Rückkehr in die Heimat wurde erst diesen Leuten im August 1917 erteilt, und als sie nach Hause zurückkehrten, trafen sie ihre Anwesen überwiegend gänzlich zerstört und verwüstet, infolgedessen sie in äußerster Not darben müssen.

Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten an Eure Exzellenz die Anfragen:

„Haben Eure Exzellenz von diesen Verhältnissen Kenntnis?

Sind Eure Exzellenz geneigt, die Verfügung zu treffen, daß diesen unglücklichen Opfern des Weltkrieges die Evakuierungsunterstützungen für die Zeit vom 3. September 1916 bis zum 16., beziehungsweise 20. August 1917 schleunigst ausbezahlt werden?“

Dr. Wolodymyr Baczyńskyj.
Dr. Smal-Stockyj.
Lew Lewyckyj.
Dr. Kost' Lewyckyj.
Dr. Holubowycz.
Dr. Okunewskyj.
Stefanyk.
Dr. Trylowskyj.
Dr. Petruszewycz.
Dr. Eugen Lewickyj.
E. Pohoreckyj.
Dr. Kolessa.
Dr. Dnistriańskyj.

Lauf. Zahl	Hausnummer	Vor- und Zuname des Evakuierten	Alter	Aufenthaltsort des Evakuierten		Bei wem wohnte er?	Tag der Rückkehr
				Gemeinde	Bezirk		
1	488	Harasym Wynnyk . . Marija Wynnyk . . . Dorka Wynnyk (gestorben 30. Mai 1917) Justyna Wynnyk (gestorben 19. Jänner 1917) Warwara Wynnyk . .	66 58 24 3 13	Molodencze	Biberka	Hanuszka Kowal	20. August 1917
2	—	Mychajlo Chreptak (stumm)	38	Molodencze	Biberka	Marija Baran	20. August 1917
3	267	Kataryna Kulczycka . Marija Kulczycka . . Josyf Kulczyckij . . .	42 16 7	Bereżnycja Koroliwska	Żydaczіw	Marija Kuchtyn, bis 7. Dezember 1916, nachher in den Baracken	—
4	59	Marija Janczecka . . Anna Janczecka . . . Marija Janczecka . . Stefanija Janczecka . Eugenija Bosjuk . . .	56 13 7 5 25	Czernycja	Żydaczіw	Iwan Moroz, bis 7. Dezember 1916, nachher im Barackenlager Chotzen	—
5	198	Eleonora Wnorowska . Heinrich Wnorowskyj . Antonina Wnorowska . Kasimira Wnorowska . Wanda Wnorowska . . Josef Slugockyj (Vater)	32 12 7 6 5 70	Derżiw	Żydaczіw	Mychajlo Szczerbickyj, Förster	16. August 1917
6	77	Marija Slugocka (Josefs Frau) . . . . . . Karolina Slugocka . . Kasimir Slugockyj . . Josef Slugockyj (Gatte)	40 15 12 44	Pisoczna	Żydaczіw	Wasyl Szczepanjuk, bis 7. Dezember 1916, nachher in den Baracken	—

Wurden am 3. September 1916 evakuiert.

1686
I

Запит

посла Дра Льва Бачиньского і товаришів до Їх Ексцеленций пана Міністра внутрішних справ і пана Міністра виживленя в справі помочи для повернувших евакуованих в повіті Городенка.

Громади Петрів і Сокирчин були евакуовані і мешканці по 16 місяцях повернули перед майже 7 тижнями до своїх цілковито знищених осель.

Ніхто тими нещасними доси не опікує ся, они до тепер не дістали жадної підмоги для виселенців, ані жадної поживи. Не маючи можности прожити, змушені є люди з Петрова і Сокирчина жебрати по околичних рівнож сильно знищених селах і примирають з голоду.

Людям тим треба як найскорше прийти з помочею, щоби уратувати їх від голодової смерти.

Длятого питають ся підписані:

„Чи Єго Ексцеленция пан Міністер внутрішних справ зволить зарядити, щоби повернувшим до дому евакуованим з городеньского повіта виплачено сейчас належні їм підмоги для виселенців або бодай значнійші задатки, і щоби зорґанізовано належну ратункову акцию для тих людий?

Чи Єго Ексцеленция пан Міністер виживленя зволить зарядити, щоби тим виселенцям доставлено потрібну скількість поживи і паші для худоби?“

Dr. Lew Baczyńskyj.
Dr. W. Baczyńskyj.
Semaka.
Dr. Smal-Stockyj.
E. Pohoreckyj.
Stefanyk.
Kolessa.
Hołubowycz.
Budzynowskyj.
Cehelskyj.
Dr. Łahodyński.

Authentische Übersetzung.

1686
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Lew Baczyńskyj und Genossen an Ihre Exzellenzen den Herrn Minister des Innern und den Herrn Minister für Volksernährung, betreffend die Fürsorge für die in ihre Heimat zurückgekehrten Evakuierten im politischen Bezirke Horodenka.

Die Dorfgemeinden Petriw und Sokyrczyn waren evakuiert und die Bevölkerung derselben ist nach sechzehn Monaten vor zirka sieben Wochen in ihre vollkommen zerstörten Wohnstätten zurückgekehrt.

Für diese Unglücklichen sorgt bis heute kein Mensch, sie bezogen bis heute keine Evakuierungsunterstützungen und auch keine Nahrungsmittel. Außerstande sich irgendwie zu erhalten, sind diese Unglückseligen aus Petriw und Sokyrczyn genötigt, als Bettler in den benachbarten, ebenfalls sehr verwüsteten Dörfern herumzugehen und stehen knapp vor dem Hungertode.

Diesen Leuten soll man sofort hilfreich beispringen, um sie vor dem Hungertode zu bewahren.

Aus diesen Gründen stellen die Gefertigten an Eure Exzellenzen nachstehende Anfragen:

„Sind Eure Exzellenz als Minister des Innern geneigt, die Verfügung zu treffen, daß den in ihre Heimat zurückgekehrten Evakuierten aus dem politischen Bezirke Horodenka die ihnen entfallenden Evakuierungsunterstützungen sofort ausbezahlt oder daß wenigstens bedeutendere Vorschüsse an diese Leute gewährt werden, ferner, daß endlich eine entsprechende Rettungsaktion für diese hungernden Kriegsopfer von der politischen Behörde organisiert werde?

Ist Seine Exzellenz der Herr Volksernährungsminister geneigt, anzuordnen, daß diesen Evakuierten eine entsprechende Menge an Lebensmitteln und Viehfutter beigestellt werde?“

Dr. Lew Baczyńskyj.
Dr. Cehelskyj. Semaka.
Dr. Lahodyńskyj. E. Pohoreckyj.
Dr. Smal-Stockyj. Dr. Kolessa.
Stefanyk. Budzynowskyj.
Dr. Hołubowycz. Dr. Wołodymyr Baczyńskyj.

1687

I

Запит

посла Дра Льва Бачиньского і товаришів до Єго Екселенциї пана Міністра внутрішних справ в ділї виплати підмоги для виселенців в повітах Товмач і Станиславів.

Після розпорядка ц. к. Міністерства внутрішних справ з дня 23. липня 1917 признано незасібним виселенцям підмогу по 2 корони денно без огляду на те, де виселенець замешкав.

Розпорядок сей обовязує від 21. липня 1917, та заки він ввійшов в житє, більшість виселенців вернули до дому, не одержавши підмоги.

Надіяти ся слїдувало, що підмога та, бодай за час від 21. липня 1917 виплачена їм буде в своїм повіті, та тимчасом на внесені просьби старостваі відмовляють їм виплати підмоги так за минувший час (від 21. липня 1917 аж до повороту, а навіть підмоги через 2 місяці по повороті до дому, а відмову свою мотивують тим, що дотичні виселенці не мешкали в тих повітах які були обняті опікою над виселенцями.

Такі рішеня стоять в суперечности з розпорядком з 23. липня 1917 і з численними заявами Вашої Екселенциї, після котрих незасібні виселенці мають одержати підмогу без огляду на те, де они перебували. Такі відмовні рішеня дотикають болючо, особливо тих східно-галицких виселенців, котрі були в минувшім році евакуовані до сусїдних повітів, які не були обняті опікою над виселенцями і які в наслїдок того вже другий рік жадної підмоги не дістають.

Є се майже без виїмки люди, що їх оселї є цілковито знищені, отже они находять ся тепер в страшнім положеню, бо є бездомні, не мають жадних грошевих засобів, бо через $1^1/_2$ року видали все, ще мали, і які не мають жадних припасів живности. Коли їм ще до того відмовляє ся цілком неслушно підмоги навіть за час від 21. липня 1917, то засуджує ся їх сим чином на голодову смерть.

Такі рішенці доручує тепер староство в Товмачи і Сганиславові.

Щоби уникнути численних жа́лоб, які обтяжували би і так перетяжені власти і які потягнули би кошти для самих по більшій части неписьменних виселенців, вказане було би видати розпорядок до підчинених властий, щоби они прихильно полагоджували просьби виселенців і згідно з покликаним на вступі розпорядком міністерства внутрішних справ признавали від 21. липня 1917 підмогу виселенцям без огляду на їх місце пробуваня і всім незасібним виселенцям признавали двомісячну підмогу, числячи від дня повороту до дому.

Підписані питають ся проте:

„Чи Ваша Екселенция зволять видати відповідні поясненя для підчинених властий в справі признаваня і виплати підмог для виселенців, які доси не тїшили ся державною опікою?"

	Dr. Smal-Stockyj.	Kolessa.	Dr. Lew Baczyńskyj.
Budzynowskyj.	E. Pohoreckyj.	Cehelskyj.	Dr. Woł. Baczyńskyj.
Dr. Łahodyńskyj.	Hołubowycz.	Stefanyk	Semaka.

Authentische Übersetzung.

1687
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Lew Baczyńskyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend die Auszahlung der Unterstützungen an die Evakuierten in den politischen Bezirken Towmacz und Stanyslawiw.

Gemäß der Verordnung des k. k. Ministeriums des Innern vom 23. Juli 1917, wurde für unbemittelte Evakuierte eine Unterstützung von je 2 K täglich bestimmt, und zwar ohne Rücksicht darauf, wo sich der Evakuierte angesiedelt hat. Diese Verordnung ist seit dem 21. Juli 1917 in Wirksamkeit, jedoch vor dessen Inkrafttreten ist die Mehrheit der Evakuierten in die Heimat zurückgekehrt, ohne eine Evakuierungsunterstützung erhalten zu haben.

Es wäre zu erwarten, daß diese Unterstützung wenigstens für die Zeit vom 21. Juli 1917 ihnen in ihrem Bezirk ausgezahlt werden wird, leider wird ihnen jedoch diese Auszahlung trotz der eingebrachten Gesuche von den politischen Bezirksbehörden verweigert, und zwar pro praeterito, das ist für die Zeit vom 21. Juli 1917 bis zu ihrer Rückkehr; es wird ihnen auch diese Unterstützung durch zwei Monate nach der Rückkehr in die Heimatgemeinde abgeschlagen. Der abweisliche Bescheid wird damit motiviert, daß die betreffenden Evakuierten sich nicht in jenen Bezirken aufhielten, auf welche die Evakuiertenfürsorge ausgedehnt war.

Solche Bescheide stehen mit den Bestimmungen der Ministerialverordnung vom 23. Juli 1917, sowie mit zahlreichen Erklärungen Eurer Exzellenz im krassen Widerspruch, laut deren unbemittelte Evakuierte solche Unterstützungen erhalten sollen, und zwar ohne Rücksicht darauf, wo sie sich aufgehalten haben.

Solche abweisliche Bescheide treffen insbesondere jene ostgalizische Evakuierte aufs empfindlichste, welche im vorigen Jahre in benachbarte Bezirke evakuiert waren, und zwar in jene Bezirke, für welche die obbezeichnete Fürsorge nicht galt und welche infolgedessen schon das zweite Jahr keine Unterstützung beziehen.

Das sind beinahe ohne Ausnahme Leute, deren Besitzungen vollständig verwüstet sind, weswegen die Leute gegenwärtig in der äußerst tristen Lage sich befinden, weil sie obdachlos sind, keine Geldmittel besitzen, indem sie binnen anderthalb Jahren ihr ganzes Geld verausgabten und welche jetzt gar keine Lebensmittelvorräte besitzen.

Wenn ihnen nun obendrein mit Unrecht die für die Zeit vom 21. Juli 1917 gebührende Unterstützung verweigert wird, werden sie auf diese Weise zum Hungertod verurteilt.

Solche Bescheide werden gegenwärtig von den k. k. Bezirkshauptmannschaften in Towmacz und in Stanislau zugestellt.

Um zahlreichen Beschwerden aus dem Wege zu gehen, welche selbstredend die ohnedies überlasteten Behörden noch mehr belasten und weitere Kosten für die Evakuierten selbst, die meistens schriftunkundig sind, zur Folge haben müßten, wäre es angezeigt einen Erlaß an die unterstellten Behörden herauszugeben, sie mögen nämlich diesbezügliche Gesuche der Evakuierten günstig erledigen und gemäß der im Eingang zitierten Ministerial-

verordnung den Evakuierten ihre Unterstützungen vom 21. Juli 1917 abzuerkennen, und zwar ohne Rücksicht auf deren Aufenthaltsort, schließlich daß sie sämtlichen unbemittelten Evakuierten eine zweimonatliche Unterstützung gewähren, vom Tage ihrer Rückkehr in die Heimat gerechnet.

Aus diesen Erwägungen stellen die Gefertigten an Eure Exzellenz nachstehende Anfrage:

„Gedenken Eure Exzellenz für die Ihnen unterstellten Behörden geeignete Erläuterungen, betreffend die Zuerkennung und Auszahlung der Unterstützungen an jene Evakuierten zu erlassen, welche bisher im Genusse einer staatlichen Fürsorge nicht gestanden sind?"

Dr. Lew Baczyński.
Dr. Wolodymyr Baczyński.
Dr. Lahodyński.
Stefanyk.
Budzynowskyj.
Dr. Smal-Stockyj.
Semaka.
E. Pohoreckyj.
Dr. Kolessa.
Dr. Holubowycz.
Dr. Cehelskyj.

1688
I

Запит

посла Дра Льва Бачинського і товаришів до Єго Екселенції пана Міністра внутрішних справ в ділї збігців, приміщених в повітї Новий Торг.

В громадї Шляхтова повіта Новий Торг перебуває доси 116 душ виселенців з повітів Броди, Тернопіль і Золочів.

Збігцї сї находять ся прямо в страшнім положеню.

Мешкають в опущених хатах, без вікон, без печий, з ушкодженими стїнами і дахами, а придїл поживи є так недостаточний, що люди тї все голодують. Громада Шляхтова се убога гірска оселя, де і тубильче населенє не має чим прокормити ся.

Надходить зима, люди зле відживлені, не можуть перезимувати особливо, коли їх помешканя не можуть їх перед студенню хоронити.

Слїдувало би як найскорше перенести їх до таких місцевин, де була би спромога набути поживи і де би були хати можливі до замешканя. Се річ не трудна, коли більшість виселенців вернула уже в свою вітчину. Заки се стане ся, слїдує зарядити, щоби виселенцям придїлювано правильно тілько поживи, кілько випадає на особу після дотичних приписів, і щоби заосмотрено їх в конечну одїж і обув.

Підписані питають ся проте:

„Чи Ваша Екселенция зволять як найскорше видати відповідні припорученя, що до перенесеня виселенців зі Шляхитови зглядно що до заосмотреня їх в конечну поживу, в одїж і обув?"

Dr. Lew Baczyńskyj.
Dr. Woł. Baczyńskyj.
Semaka.
Stefanyk.
Dr. Smal-Stockyj.
E. Pohoreckyj.

Dr. Kolessa.
Cehelskyj.
Hołubowycz.
Budzynowskyj.
Dr. Łahodyńskyj.

Authentische Übersetzung.

1688
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Lew Baczyńskyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend die im politischen Bezirke Neumarkt (Nowyj Torh) untergebrachten Flüchtlinge.

In der Gemeinde Szlachtowa, politischer Bezirk Nowyj Torh, weilen bis heute 116 evakuierte Personen aus den politischen Bezirken Brody, Ternopil und Zolocziw. Diese Flüchtlinge befinden sich in einer direkt schaudererregenden Lage. Sie wohnen in ganz verlassenen Landhütten, in denen keine Fenster und keine Öfen vorhanden sind. Die Wände und Dächer sind in schadhaftem Zustande und die Zuweisung der Nahrungsmittel ist so unzureichend, daß diese Menschen stets Hunger leiden. Die Dorfgemeinde Szlachtowa ist eine arme Gebirgsniederlassung, in welcher auch die heimische Bevölkerung außerstande ist, nötige Nahrungsmittel in erforderlicher Menge aufzutreiben.

Die Winterszeit naht heran und die unterernährte Bevölkerung kann diese schwere Zeit nicht überdauern, insbesondere wenn man das in Erwägung zieht, daß diese dürftigen Wohnungen den armen Leuten vor der strengen Winterskälte keinen Schutz bieten.

Es wäre nun angezeigt, diese Flüchtlinge so rasch als möglich in solche Ortschaften zu verlegen, wo die Möglichkeit für die Nahrungsbeistellung geboten wäre und wo für das Bewohnen geeignete Häuser zur Verfügung stehen würden.

Das ist nicht schwer, denn die Mehrheit der Flüchtlinge ist bereits in ihre Heimat zurückgekehrt.

Bis diese Abhilfe geschaffen wird, sei anzuordnen, daß den Flüchtlingen regelmäßig so viel an Lebensmitteln zugewiesen werde, wieviel auf eine einzelne Person nach den einschlägigen Vorschriften entfällt, ferner daß die Flüchtlinge mit unentbehrlichen Kleidungsstücken sowie mit nötiger Beschuhung versehen werden.

Aus diesen Gründen stellen die Gefertigten an Eure Exzellenz die Anfrage:

„Sind Eure Exzellenz geneigt, in kürzester Zeit entsprechende Maßregeln zu treffen, daß die Flüchtlinge aus Szlachtowa in eine hiezu besser geeignete Ortschaft transferiert und mit nötigen Lebensmitteln sowie Kleidungsstücken und Schuhwerk versehen werden?“

Dr. Lew Baczyńskyj.
Dr. Wolod. Baczyńskyj.
Semaka.
Dr. Lahodyńskyj.
Stefanyk.
Dr. Smal-Stockyj.

E. Pohoreckyj.
Dr. Cehelskyj.
Dr. Holubowycz.
Budzynowskyj.
Dr. Kolessa.

1689
I

Запит

посла Дра Льва Бачиньского і товаришів до Его Ексцеленциї пана Міністра краєвої оборони в справі побитя хлопця жандармом.

На фальшивий донос Тетяни Шиндак, що малолітний Мафтей Кушнір, син Гаврила з Єзуполя украв у неї кукурудзи, явив ся в домі матери посудженого вахмайстер жандармериї Муха з постерунка, стаціонованого тепер в Побережи, і щоби змусити Мафтея Кушніра до признаня, почав его бити кольбою карабіна в груди, рукою в лице, кидав ним до землї і ушкодив его на тілї так сильно, що побитий 16-лїтний хлопець відчуває ще тепер біль в грудях.

Діяло ся се в неприяві матери і по вигнаню з хати меншого брата побитого.

Побитє се викликало серед населеня Єзуполя, яке по цілорічній евакуациї повернуло до цілковито знищеного місточка, дуже прикре вражінє. Голодуюче, бездомне населенє надіяло ся помочи від ораґанів вселюдної власти, а натомість того знущане над малим хлопцем.

Прикро се вражає особливо, що жандармерия, яка ще перед війною научила ся була обходити належито з горожанами, починає тепер що раз частійше забувати на свої приписи і обовязки супроти так тяжко навіщеного населеня східної Галичини.

Покликуючи на сьвідків побитя, Матвія Бачуна, Олексу Кушніра, сина Гаврила з Єзуполя, самого побитого і его матір Дороту Кушнір з Єзуполя, запитують підписані:

„Чи Ваша Ексцеленция зволять провинившого ся жандарма потягнути до строгої відвічальности і видати відповідні зарядженя, щоби подібні случаї не повторяли ся?“

Dr. Lew Baczyński.
Stefanyk.
Onyszkewycz.
Dr. Cehelskyj.
Dr. Eugen Lewickyj.
Dr. Petruszewycz.
Dr. Łahodyńskyj.
Dr. Woł. Baczyńskyj.
Budzynowskyj.
Dr. Hołubowycz.
Dr. Okunewskyj.
Dr. Kolessa.
Ławruk.

Authentische Übersetzung.

1689
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Lew Baczyńskyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Mißhandlung eines Knaben durch den k. k. Gendarmeriewachtmeister Mucha.

Über eine falsche Anzeige der Tetjana Szyndjat, daß der minderjährige Maftej Kusznir Hawryliw aus Jezupil bei ihr Kukuruz gestohlen habe, ist im Hause der Mutter des Beschuldigten der k. k. Gendarmeriewachtmeister Mucha von dem gegenwärtig in Pobereże stationierten Gendarmerieposten erschienen und begann den genannten Knaben, um von ihm das Geständnis zu erpressen, heftig mit dem Gewehrkolben an die Brust zu schlagen, orfeigte denselben, stieß ihn zu Boden herunter und mißhandelte ihn am Körper so heftig, daß der geschlagene 16jährige Knabe noch jetzt einen Schmerz in der Brust empfindet. Dies geschah in der Abwesenheit seiner Mutter. Außerdem wurde der jüngere Bruder des Geschlagenen aus dem Zimmer verjagt.

Dieser empörende Vorfall rief unter der Jezupoler Bevölkerung, welche nach einer einjährigen Evakuierung in die vollständig zerstörte Stadt zurückgekehrt ist, eine große Erbitterung hervor. Die hungernde und obdachlose Bevölkerung erwartete eine hilfreiche Obsorge von seiten der Organe der öffentlichen Behörde, sah jedoch enttäuscht und entmutigt den obgeschilderten Peinigungen eines kleinen Buben zu.

Insbesondere macht das einen peinlichen Eindruck und muß jedermann befremden, daß die k. k. Gendarmerieorgane, welche noch vor dem Kriege gelernt haben, mit den Staatsbürgern nach der Vorschrift umzugehen, gegenwärtig immer öfter anfangen, an diese Dienstvorschriften zu vergessen und unentschuldbar ihre Pflichten der so schwer heimgesuchten Bevölkerung Ostgaliziens gegenüber versäumen.

Indem sich die Gefertigten auf die Zeugenschaft des Matwij Baczun, Olexa Kusznir Hawrylim aus Jezupil, welche die Mißhandlungsszene mit angesehen haben, auf den Mißhandelten selbst sowie auf dessen Mutter Dorotha Kusznir aus Jezupil berufen, stellen sie an Eure Exzellenz nachstehende Anfrage:

„Sind Eure Exzellenz geneigt, den schuldtragenden k. k. Gendarmeriewachtmeister Mucha zur strengen Verantwortung zu ziehen und die geeigneten Verfügungen zu treffen, daß ähnliche Dienstwidrigkeiten künftighin sich nie wiederholen?"

Dr. Lew Baczyńskyj.
Dr. Wolodymyr Bachyńskyj.
Dr. Holubowycz.
Dr. Petruszewycz.
Lawruk.
Dr. Kolessa.
Dr. Okunewskyj.
Dr. Eugen Lewickyj.
Onyszkewycz.
Dr. Lahodyńskyj.
Stefanyk.
Budzynowskyj.
Dr. Cehelskyj.

1690
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Schürff, Wedra und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister, betreffend die rechtzeitige Beförderung der Weihnachtsliebesgaben-Postsendungen.

Aus Anlaß des Weihnachtsfestes wurden in den letzten Jahren viele hunderttausende Postpakete für die Soldaten im Felde aufgegeben. Die Aufgabe erfolgte größtenteils drei bis vier Wochen vor Weihnachten, so daß bei entsprechender Vorbereitung des Weihnachtspostdienstes sicher diese Weihnachtsgaben leicht rechtzeitig an die Empfänger hätten zugestellt werden können. Bedauerlicherweise kamen aber die Empfänger oft erst vier bis sechs Monate nach Weihnachten in den Besitz dieser Weihnachtsgaben, weshalb ihr Inhalt nicht nur ganz unzeitgemäß eintraf, sondern meist auch unbrauchbar war. Auch Weihnachtssendungen durch das k. k. Kriegsfürsorgeamt in Wien wiesen solche unglaubliche Verspätungen auf.

Um eine Wiederholung solcher Fälle für heuer zu vermeiden, fragen die Gefertigten:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, sofort Anordnungen zu treffen, daß heuer eine glatte, ungestörte und rechtzeitige Beförderung der Weihnachtspostsendungen an die Soldaten im Felde erfolgt?"

Wien, 4. Dezember 1917.

Erdmann Spies.	Dr. Schurff.
Denk.	Wedra.
Richter.	Beyer.
Dr. Waber.	Erb.
Strzibka.	Kittinger.
J. Goll.	Pirker.
Kraft.	Pacher.
Dr. Kinz.	Dr. Erler.
Hruschka.	Dr. Kofler.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

Anhang.

Anfragen.

1692
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. v. Baechlé und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Eisenbahnminister, betreffend die geplante Tariferhöhung auf den Staatsbahnen.

Ein in der kürzlich stattgefundenen Plenarversammlung des Staatseisenbahnrates eingebrachter Antrag, in welchem gefordert wurde, daß mit Rücksicht auf unsere jetzigen so beklagenswerten Ernährungsverhältnisse von einer Tariferhöhung für Nahrungsmittel wenigstens dermalen abzusehen sei, wurde von der agrarischen Sektion angenommen, hingegen von der Sektion für Industrie und Gewerbe und von der Sektion für Handel und Verkehr abgelehnt.

Das Eisenbahnministerium wird mit den letztgenannten beiden Sektionen die volle Verantwortung zu tragen haben, wenn, wie leider infolge dieser unglücklichen rein fiskalischen Tarifpolitik zu befürchten steht, die Preise der wichtigsten Nahrungsmittel noch namhaft gesteigert werden und die Zufuhr derselben zu den großen Konsumplätzen, hauptsächlich nach Wien, noch eine weitere Einschränkung erfährt, die besonders bei Milch, Gemüse, Obst rc. einen geradezu katastrophalen Charakter annehmen dürfte.

Die gleichzeitig beabsichtigte sehr bedeutende Erhöhung der Tarife für Vieh und Fleisch in Österreich und in Ungarn wird auch eine namhafte Erhöhung der Fleischpreise im Detailverkauf zur Folge haben.

Es ist daher geradezu unerfindbar, daß man den Mut hat, in einem Moment, wo man von einem Tag zum andern nicht weiß, ob und wie die für die Versorgung der Bevölkerung nötigen Nahrungsmittel aufzutreiben sind, die Nahrungsmittelzufuhr aus rein fiskalischen Gründen zu verteuern und zu erschweren, ja in gewissen Relationen ganz unmöglich zu machen, statt dieselbe durch die weitestgehenden Verkehrsbegünstigungen zu erleichtern.

Die Gefertigten stellen daher an den Herrn Eisenbahnminister die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz in der Lage, die geplante Tariferhöhung auf den Staatsbahnen, die unausbleiblich eine weitere und bedeutende Preiserhöhung der für das Volk ohnehin kaum erschwinglichen notwendigsten Nahrungs- und Bedarfsartikel im Gefolge haben muß, vom vaterländischen, sozialen und volkswirtschaftlichen Standpunkt aus zu rechtfertigen und zu verantworten?“

Wien, 5. Dezember 1917.

W. Kuhn. | Dr. Josef v. Baechlé.
Hötzendorfer. | Alois Brandl.
Josef Grim. | Eisterer.
Georg Baumgartner. | Frankenberger.
Parrer. | Leys.

1693
!

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Stanislaus Bialy und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ernährungsminister, betreffend außergewöhnliche Getreiderequisitionen im Bezirke Brzozów in Galizien.

Bezirk Brzozów, von allen Landbezirken Galiziens von der größten Bevölkerungsdichte, gehört zu den Bezirken, welche schon in Friedenszeiten während der durchschnittlichen Ernte große Mengen von Getreide importierten, weil das im Bezirke produzierte Getreide für die Ernährung der Bevölkerung des Bezirkes nicht ausreichte.

Das Jahr 1917 war, was die Ernte anbelangt, katastrophal. Großer Frost, welcher einige Tage am Ende des Monates Mai dauerte, hat den größeren Teil und in manchen Gemeinden, wie Trześniów, Humniska, Starawieś, Haczów, Jasionów, Wzdów, fast gänzlich die Wintersaaten vernichtet, die den ganzen Sommer dauernde Dürre hat die Sommersaaten und das Futter vernichtet. Die von der Regierung eingesetzten Bezirkskommissionen haben in allen Gemeinden des Bezirkes diese Mißernte festgestellt, und zwar haben sie festgestellt, daß in vielen Gemeinden, insbesondere in den oben aufgezählten, die Mißernte 70 Prozent groß ist, daß daher in diesem Jahre nur 30 Prozent der gewöhnlichen Ernte eingenommen wurde.

Es herrscht daher schon heute unter der Bevölkerung dieses Bezirkes ein Hunger.

Trotzdem hat die Regierung im Oktober l. J. die Requisition eines sehr großen Getreidekontingents im Bezirke angeordnet und rücksichtslos durchgeführt. Gegenwärtig wird von der Regierung neuerdings Getreide sogar bei Militärassistenz requiriert, und zwar auf eine so rücksichtslose Weise, daß für die Landbevölkerung zu ihrer Ernährung beinahe nichts zurückgelassen wird. Bei dieser Gelegenheit ist die Art der Requisition seitens einzelner Organe in einigen Gemeinden, wie zum Beispiel in Starawieś, sehr brutal, es werden Fußböden, Dachböden aufgerissen, um dort Getreide zu suchen.

Diese Behandlung der Bevölkerung führt die Bevölkerung, welche schon heute Hunger leidet, zur Verzweiflung. Sie ist aber auch für den Staat höchst gefährlich, weil die Bevölkerung, sobald sie einsieht, daß ihr die Regierung die ganze Ernte gegen ein sehr geringes Entgelt wegnimmt und nicht einmal soviel zurückläßt, was ihr zu ihrer Ernährung notwendig ist, verzweifelt, sehr leicht den Gedanken fassen kann, daß sie gar kein Interesse, die Felder mit so vieler Mühe und Kosten zu bebauen. hat, wenn sie selbst dann Hunger leiden muß. Solche Gedanken der Bevölkerung, wenn sie sich verallgemeinern, wären für den Staat sehr gefährlich, weil das Durchhalten im Kriege unmöglich wäre.

Es soll daher die erste Pflicht der Regierung sein, der produzierenden Landbevölkerung das nötige Getreide zu ihrer Ernährung zurückzulassen und die Getreiderequisitionen dort, wo eine Mißernte war, einzuschränken. Es ist ganz unverständlich, daß man den Produzenten das ganze Getreide wegnimmt und ihnen nicht einmal das zurückläßt, was sie für sich und ihre Angehörigen brauchen.

Die Einschränkung der Requisitionen ist ein einziges Mittel, um gegen den oben angegebenen Gedanken entgegenzuwirken.

Die Gefertigten stellen daher die Anfragen:

„1. Ist Euer Exzellenz diese Sachlage bekannt?

2. Ist Eure Exzellenz geneigt, die Getreiderequisitionen im Bezirke Brzozów bis zur neuen Ernte einzustellen?“

Wien, 4. Dezember 1917.

Rusin.	Lasocki.	Michejda.	St. Bialy.
Loudzin.	Jachowicz.	Matakiewicz.	Dębski.
Kędzior.	Dr. Wróbel.	Tetmajer.	Serwatowski.

1694
―――
I.

Upit

zastupnika Jurja Biankinia i družine na Njegovo Preuzvišenost gospodina ministra za javne radje Emila viteza Homanna od Herimberga.

Preuzvišenosti! I ako u proračunu ministarstva za javne radje nalazimo zabilježene razne svote za gradje puteva u Dalmaciji, nepobitna je činjenica, da odkada je rat bukmo nije se u Dalmaciji ma baš ništa učinilo, da je sve sasvim zapušteno i da su sve puste osnove za ekonomsko preporodjenje one zemlje ostale mrtvim slovom.

Rat je rat i to se dade donekle opravdati; ali se ne dade nikako opravdati, da se i u vrieme najžešćeg rata sasvim zapusti jedna ciela zemlja, odavna toliko zanemarena i zapuštena. Ako se je u drugim kraljevinama i zemljama moglo ipak štogod raditi i u vrieme rata, pomoću ratnih zarobljenika, moglo se je štogod učiniti i u Dalmaciji, koja je osobito u pogledu puteva unicum na svietu.

Potraje li ovako dalje svi putevi u Dalmaciji postati će samo ruševine, jer su i seoski i obćinski putevi već u takvom stanju da postaše uprav neprolazni. Sa polutoka Pelješca nam javljaju, da su im i seoski i občinski putavi u takvom stanju, da im se je na raznim mjestima i trag izgubio, da to nisu već putevi nego preskoci, stranputice, kud koze samo mogu hodati. A to se može reći mal ne o svim seoskim i obćinskim putevima u Dalmaciji, osobito po otocima.

Ne bi li se toj nevolji moglo barem donekle doskočiti pomoću ratnih zarobljenika? Država mora i tako da hrani ratne zarobljenike, pa zašto ih ne bi mogla uporebiti za radje javne koristi? Obćine polnotoku Pelješca, a cienimo i svaka druga obćina u Dalmaciji, osobito one po otocima, spravne su na svaku moguću žrtvu.

S toga smo dužni upitati Vašu Preuzvišenost:

I. Je li Vaša Preuzvišenost voljna zauzeti se u svrhu, da sa obćinama dalmatinskim, kojima su u ovo ratno doba putevi postali neprolazni doznači doličan broj ratnih zarobljenika da ih urede i popravę?

II. Je li Vaša Preuzvišenost voljna pomoću istih zarobljenika dati izvesti barem nekoje od raznih državnih radja u Dalmaciji, kroz vrieme rata sasvim zanemarenih i zabovavljenih?

Juraj Biankini.

Fr. Demšar.	Dr. Rybář.
Dr. Gregorčič.	Gostinčar.
Dr. Korošec.	Spinčić.
Pišek.	Dr. Vukotić.
Dr. Laginja.	Dr. Verstovšek.

Authentische Übersetzung.

1694
I

Anfrage

des

Abgeordneten Juraj Biankini und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter Homann v. Herimberg.

Exzellenz! Trotzdem wir im Voranschlag des Ministeriums des Innern verschiedene Summen für den Bau der Wege in Dalmatien eingetragen finden, so ist es doch eine unwiderlegbare Tatsache, daß seit dem Ausbruch des Krieges in Dalmatien absolut gar nichts geschehen ist, daß alles völlig vernachlässigt ist und daß alle Pläne für die ökonomische Wiedergeburt dieses Landes tote Buchstaben geblieben sind.

Der Krieg ist Krieg und das läßt sich einigermaßen rechtfertigen; es kann aber keineswegs gerechtfertigt werden, daß auch zur Zeit des heftigsten Krieges ein ganzes Land, welches seit langem so sehr vernachlässigt wurde, ganz verwahrlost bleibt. Wenn in den übrigen Königreichen und Ländern unter Zuhilfenahme der Kriegsgefangenen auch zur Kriegszeit etwas geschehen konnte, hätte man auch in Dalmatien etwas tun können, insbesondere, da dieses Land hinsichtlich der Wege ein Unikum auf der Welt ist.

Wenn es weiter so geht, werden alle Wege in Dalmatien lauter Ruinen sein, weil sowohl die Dorf- als auch die Gemeindewege sich bereits in einem solchen Zustand befinden, daß sie geradezu ungangbar sind. Von der Halbinsel Pelješac wird uns mitgeteilt, daß dort sowohl die Dorf- als auch die Gemeindewege in einem solchen Zustand sind, daß an vielen Stellen jede Spur vom Weg verschwunden ist, daß dies keine Wege mehr, sondern verwahrloste Fußsteige und Umwege sind, auf welchen nur Ziegen gehen können. Und dasselbe kann man beinahe von allen Dorf- und Gemeindewegen in Dalmatien, insbesondere auf den Inseln, sagen.

Könnte man denn nicht diesem Übelstand wenigstens teilweise durch Heranziehung der Kriegsgefangenen abhelfen? Der Staat muß ohnehin die Kriegsgefangenen erhalten und warum sollte er sie nicht für gemeinnützige Arbeiten verwenden können? Die Gemeinden der Halbinsel Pelješac und — wir glauben — auch jede andere Gemeinde in Dalmatien, insbesondere diejenigen auf den Inseln, sind zu jedem möglichen Opfer bereit.

Deshalb ist es unsere Pflicht, an Eure Exzellenz folgende Fragen zu richten:

„I. Ist Eure Exzellenz geneigt, dahin zu wirken, daß den Gemeinden Dalmatiens, in denen im Laufe dieses Krieges die Wege ungangbar geworden sind, eine entsprechende Anzahl Kriegsgefangener zugewiesen werde, welche diese Wege herrichten sollen?

II. Ist Eure Exzellenz geneigt, unter Heranziehung dieser Kriegsgefangenen wenigstens einige von den verschiedenen staatlichen Arbeiten in Dalmatien, die zur Kriegszeit völlig vernachlässigt wurden und in Vergessenheit gerieten, ausführen zu lassen?“

Biankini.
Demšar. Gostinčar.
Prodan. Dr. Rybář.
Dr. Laginja. Dr. Verstovšek.
Dr. Gregorčič. Spinčić.
Dr. Korošec. Dr. Bukolić.

1695
———
I

Upit

zastupnika Jurja Biankinia i družine na Njegovi Preuzvišenosti gospodina ministra za zemaljsku obranu podmaršala Czappa od Birkenstettena i ministra poljodjelstva grofa Silva-Tarouca.

Preuzvišenosti! U početku rata dignuto je narodu u Dalmaciju sve oružje valjano i nevaljano, pa i starinsko uresno oružje, koje je od pamtivieka čuvao kao obiteljski amanet. Digunte su mu mal ne svuda i lovačke puške. Do sada, premda je radi toga bilo već tužuba u ovoj visokoj kući, oružje nije narodu povraćeno, niti mu je izplaćena propisama naknada.

Posljedica je tog postupka, da se zvjerad po Dalmaciji množi, osobito vukovi po zagorskim kotarima, gdje strašno tamane marvu, i čagalji (canis lupus anerus, Schakal) na poluotoku Pelješcu i otoku Korčuli, koji neumoljivo uništuju domaće životinje, vinograde, usjeve i svaku zelen. U nekim predjelima i zecovi se mnogo razplodiše, na veliku štetu poljodjelstva.

Pošto je sada lov u Dalmaciji dozvoljen uz neka ograničenja, nema već nikakva razloga da se narodu ne povrati steto oružje, osobito da mu se ne povrate sve lovačke puške.

To je neobhodno potrebito ne samo da obrani sebe i svoje imanje od divlje zvjeradi, nego i za to da lovom oblakša barem donekle težku borbu proti gladu.

S tega smo dužni upitati Vaše Preuzvišenosti:

„Jesu li Vaše Preuzvišenosti voljne svom pospješnošću zauzeti se, da se u korist poljodjelstva i marvogojstva i na oblakšanje glada, povrati narodu u Dalmaciji u početku rata dignuto oružje, a osobito da mu se najprije povrate lovačke puške?“

Juraj Biankini.
Dr. Laginja.
Gostinčar.
Prodan.
Dr. Verstovšek.
Dr. Gregorčič.
Spinčić.
Dr. Vukotić.
Dr. Rybář.
Dr. Korošec.
Fr. Demšar.

Authentische Übersetzung.

1695
I

Anfrage

des

Abgeordneten Juraj Biankini und Genossen an Ihre Exzellenzen die Herren Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Czapp v. Birkenstetten und Ackerbauminister Grafen Silva-Tarouca.

Exzellenzen! Zu Kriegsbeginn wurden der Bevölkerung in Dalmatien alle Waffen, sowohl die verwendbaren als auch die unverwendbaren, sogar auch die altertümlichen als Schmuck dienenden Waffen, die seit Menschengedenken als Familienschatz aufbewahrt wurden, weggenommen. Es wurden auch fast überall die Jagdgewehre weggenommen. Trotzdem in dieser Angelegenheit bereits Beschwerden in diesem hohen Hause vorgebracht wurden, wurden der Bevölkerung weder die Waffen zurückgegeben noch die vorgeschriebene Vergütung ausgezahlt.

Eine Folge dieses Vorgehens ist, daß sich wilde Tiere in Dalmatien, insbesondere Wölfe in den Bezirken des Binnenlandes vermehren, wo sie das Vieh fürchterlich vernichten, während auf der Halbinsel Pelješac und der Insel Korčula die Schakale (canis lupus aureus) die Haustiere, Weingärten, Saaten und Gemüse jeder Art schädigen. In einigen Gegenden haben sich auch die Hasen zum großen Nachteil der Landwirtschaft sehr vermehrt.

Da die Jagd gegenwärtig in Dalmatien unter gewissen Beschränkungen erlaubt ist, liegt weiter kein Grund vor, die Rückstellung der weggenommenen Waffen, insbesondere aller Jagdgewehre, zu verzögern.

Diese Rückstellung ist nicht nur deshalb unbedingt notwendig, damit die Bevölkerung sich selbst und ihr Hab und Gut vor wilden Tieren schütze, sondern auch damit durch die Jagd der schwere Kampf gegen den Hunger wenigstens einigermaßen erleichtert werde.

Deshalb ist es unsere Pflicht, an Ihre Exzellenzen die Frage zu richten:

„Sind Ihre Exzellenzen geneigt, mit aller Beschleunigung dahin zu wirken, daß im Interesse der Landwirtschaft und der Viehzucht, sowie zur Milderung der Hungersnot, die zu Kriegsbeginn weggenommenen Waffen, insbesondere vor allem die Jagdgewehre der Bevölkerung in Dalmatien zurückgestellt werden?"

Biankini.
Dr. Verstovšek.
Spinčić.
Dr. Rybář.
Demšar.
Dr. Gregorčič.

Prodan.
Dr. Laginja.
Dr. Korošec.
Dr. Bukotić.
Gostinčar.

1696
I.

Upit

zastupnika Jurja Biankinia i družine na Njegovu Preuzvišenost gospodina ministra za pučku prehranu generalmajora Höfera.

Preuzvišenosti! Naša crna predvidjanja, da će ove zime biti u Dalmaciji mnogo novih žrtava od glada, već se žalibože obistinjuju.

Prekjučer, na 1. prosinca o. g., primili smo od opskrbnog odbora u Orebiću, na poluotoku Pelješcu, tužnu brzojavnu vijest, da se ondje narod bori s gladom i skrajnjom bijedom radi nestašice hrane. Od 18. studenoga o. g. Orebićani ne primaju ni ono nevoljnih deka kruha, što im je na papiru doznačeno! Ostali su evo od toliko dana i bez kruha, a nemaju ništa, ma baš nikakve druge hrane. Glad je zavladao u cijeloj općini!

I glad se ćuti tim oštrije, što za Orebić nije bila ribarština militarizovana i uredjena, kao za cio kotar korčulanski. Za Orebić je učinjena mrska iznimka, u pretpostavi da će ono 5—6 domaćih iznemoglih i starih ribara moći opskrbljivati općinu ribom, dočim ne mogu da ni sami sebe prehrane.

S toga je skrajnje vrijeme, da se i za općinu Orebić uredi ribarština i da joj se doznači barem jedna vojnička trata. Zašto da narod općine Orebić gleda kako mu se pred kućom riba lovi i odnosi, a on da želi zalogaj iste i skapava uslijed nestašice svega?

Na temelju navedenih činjenica dužni smo upitati Vašu Preuzvišenost:

I. Je li Vašoj Preuzvišenosti poznato, da narod u općini Orebić u Dalmaciji od 18. p. m. studenoga ne prima ni ono malo doznačenih mu deka kruha te da se bori s gladom i skrajnjom bijedom?

II. Je li Vašoj Preuzvišenosti poznato, da ni ribarština nije uredjena za općinu Orebić, te da to još više pooštrava glad i nevolju?

III. Koje odredbe misli Vaša Preuzvišenost naprešno poprimiti, da se tim ružnim neprilikama čim prije doskoči, a da narod one općine dalje ne strada i ne gine?“

Juraj Biankini.
Gostinčar.
Spinčić.
Dr. Rybář.
Dr. Verstovšek.
Dr. Vukotić.

Dr. Gregorčič.
Dr. Korošec.
Fr. Demšar.
Prodan.
Dr. Laginja.

Authentische Übersetzung.

1696
I

Anfrage

des

Abgeordneten Juraj Biankini und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung Generalmajor Höfer.

Exzellenz! Unsere unheilahnenden Voraussagungen, daß es im bevorstehenden Winter in Dalmatien viele neue Hungeropfer geben wird, beginnen sich leider bereits zu erfüllen.

Vorgestern, am 1. Dezember l. J., erhielten wir vom Approvisionierungsausschuß in Orebić, auf der Halbinsel Pelješac, die traurige telegraphische Nachricht, daß die dortige Bevölkerung wegen Nahrungsmangel mit dem Hunger und der äußersten Not kämpft. Seit dem 18. November l. J. erhalten die Einwohner von Orebić nicht einmal die armseligen paar Dekagramm Brot, die ihnen am Papier zugewiesen sind! Seit so vielen Tagen sind die Bedauernswerten ohne Brot, haben aber auch sonst nichts, gar keine anderen Lebensmittel. Der Hunger herrscht in der ganzen Gemeinde!

Die Hungersnot ist um so fühlbarer, weil der Fischfang für Orebić nicht militarisiert und geregelt wurde, wie es sonst für den ganzen Bezirk Korčula geschehen ist. Für Orebić wurde eine odiose Ausnahme geschaffen, in der Voraussetzung, daß die erschöpften und alten fünf bis sechs einheimischen Fischer die Gemeinde werden mit Fischen versorgen können, während sie nicht imstande sind, sich selbst zu ernähren. Es ist deshalb die höchste Zeit, daß auch für die Gemeinde Orebić die Fischerei geregelt und ihr wenigstens eine militärische Tratte zugewiesen werde. Warum soll die Bevölkerung der Gemeinde Orebić zusehen, wie vor den eigenen Häusern Fische gefangen und weggetragen werden, während sich das Volk nach einem Stückchen Fisch sehnt und infolge des allgemeinen Lebensmittelmangels an Hunger zugrunde geht?

Auf Grund der vorgebrachten Tatsachen halten wir es für unsere Pflicht, an Eure Exzellenz folgende Fragen zu richten:

„I. Ist es Eurer Exzellenz bekannt, daß die Bevölkerung der Gemeinde Orebić in Dalmatien seit dem 18. November nicht einmal die wenigen zugewiesenen Dekagramm Brot erhält und infolgedessen mit dem Hunger und der äußersten Not kämpft?

II. Ist es Eurer Exzellenz bekannt, daß auch der Fischfang für die Gemeinde Orebić nicht geregelt ist, und daß dadurch der Hunger und die Not noch zunehmen?

III. Welche Verfügungen gedenkt Eure Exzellenz unverzüglich zu treffen, auf daß diese argen Mißstände ehebaldigst beseitigt werden und die Bevölkerung dieser Gemeinde in Hinkunft nicht leide und zugrunde gehe?"

Biankini.
Gostinčar. Dr. Gregorčič.
Spinčić. Demšar.
Dr. Laginja. Dr. Rybář.
Dr. Korošec. Prodan.
Dr. Verstovšek. Dr. Bukšić.

1697
―――
I

Upit

zastupnika Jurja Biankinia i družine na Njihove Preuzvišenosti gospodu: ministra zemaljske obrane podmaršala Karla Czappa od Birkenstetten i ministra unutrnjih posala Friedricha grofa od Toggenburga.

Preuzvišenosti! U ovo doba, kada se toliko brige posvećuje javnom zdravlju, kada se bolnice neumoljivo odalečuju sa napučenih središta, kada se je austrijska država odlučila da ustroji osobito ministarstvo za pučko zdravlje, kada se osobita borba vodi proti tuberkulozi — naredba c. i kr. vojničkog zapovjedništva u Mostaru, B. A. Nr. 3018 o. g., kojom se odredjuje, da palača sa parkom vojničkog zapovjednika u Zadru bude preuredjena za sanatorij tuberkuloznih vojnika, morala je da iznenadi i začudi svakog izobraženog čovjeka, a da ogorča cielo pučanstvo zadarsko.

Kad bi se naumice bilo htjelo što izmisliti, da se u toliko zlostavljenoj Dalmaciji stvori i jedan grad sučijavca, težko bi se bilo našlo shodnijeg sredstva, nego li je odredjeni sanatorij za tuberkulozne vojnike u glavnom gradu Zadru.

Naumljeni sanatorij izložen je zapadnjaku te bi jake struje tog vjetra ravno raznosile tuberkulozne bacile ne samo u njegovu jako napučenu okolicu, nego i kroz cio grad, koji je sagradjen na ograničenom prostoru te je tim više pristupačan strašnoj bolesti.

Ali bez obzira na to, gdje bi se danas moglo dopustiti u Beču, ili bilo gdje, da se naredi tuberkulozni sanatorij u neposrednoj blizini jedne vrlo posjećene crkve, u blizini jedne ribarnice, gdje gladno pučanstvo svaki dan na hrpe navaljuje i čeka Bog zna koliko sati da štogod dobije, u neposrednoj blizini jedne filijalke austro-ugarske banke i financijalne vojarne, a s jedne strane jednog niza novih palača, a s druge starinskih svakovrstnih kuća i kućica, baš kao stvorenih da se pretvore u tuberkulozna ognjišta?

Još nam je opaziti, da je tik naumljenog sanatorija zemaljski odbor nabavio zemljište za gradju svoga sjedišta, svih centralnih pokrajinskih ureda i sabora kraljevine Dalmacije.

Obzirom na sve to, i uvjereni da je spomenuta naredba c. i. kr. vojničkog zapovjedništva u Mostaru izašla samo s nepoznavanja prilika grada Zadra; uvjereni da je dužnost vladina marno i savjestno paziti na zdravlje pučanstva, osobito u ovo težko doba kada je, izgladnjeno i izcrpljeno, pristupačno svakoj bolesti, a osobito strašnoj sušici — dužnost nam je upitati Vaše Preuzvišenosti:

„Jesu li Vaše Preuzvišenosti voljne zauzeti se, da se uredjenje sanatorija za tuberkulozne vojnike u palači vojničkog zapovjednika u Zadru odmah obustavi i da se dotična naredba c. i. kr. vojničkog zapovjedništva u Mostaru, B. A. Nr. 3018 o. g., ukine?"

Juraj Biankini.
Prodan. Gostinčar.
Fr. Demšar. Dr. Rybář.
Dr. Gregorčič. Dr. Laginja.
Dr. Vukotić. Spinčić.
Dr. Korošec. Dr. Verstovšek.

Authentische Übersetzung.

1697

I

Anfrage

des

Abgeordneten Jurai Biankini und Genossen an Ihre Exzellenzen die Herren Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl Czapp v. Birkenstetten und Minister des Innern Friedrich Grafen v. Toggenburg.

Exzellenzen! In der gegenwärtigen Zeit, wo man so viel Sorge der öffentlichen Gesundheitspflege widmet, wo die Spitäler aus bevölkerten Zentren unerbittlich entfernt werden, wo sich der österreichische Staat zur Errichtung eines besonderen Ministeriums für Volksgesundheit entschlossen hat, wo ein ernster Kampf gegen die Tuberkulose geführt wird, mußte die Verordnung des k. u. k. Militärkommandos in Mostar, B. A. Nr. 3018 laufenden Jahres, mit welcher verfügt wird, daß das Palais samt dem Park des Militärkommandanten in Zadar in ein Sanatorium für tuberkulose Soldaten umgewandelt werden soll, jeden gebildeten Menschen überraschen und verwundern und die gesamte Bevölkerung von Zadar erbittern.

Wenn man absichtlich hätte etwas erfinden wollen, um in dem so sehr mißhandelten Dalmatien auch eine Stadt der Schwindsüchtigen zu schaffen, hätte man kaum ein geeigneteres Mittel gefunden, als die angeordnete Errichtung eines Sanatoriums für tuberkulose Soldaten in der Landeshauptstadt Zadar.

Das in Aussicht genommene Sanatorium ist dem Westwind ausgesetzt, so daß starke Strömungen dieses Windes die Tuberkelbazillen nicht nur direkt in die stark bevölkerte Umgebung der Stadt, sondern auch durch die ganze Stadt tragen würden, die auf einem eng beschränkten Raume erbaut und um so leichter der schrecklichen Krankheit zugänglich ist.

Aber auch abgesehen davon, wie wäre es denkbar, daß man heutzutage in Wien oder sonst wo in der unmittelbaren Nähe einer sehr besuchten Kirche, in der Nähe einer Fischhalle, wo die hungrige Bevölkerung jeden Tag haufenweise sich drängt und Gott weiß wie viele Stunden wartet, um etwas zu bekommen, in der unmittelbaren Nähe einer Filiale der Österreichisch-ungarischen Bank und der Finanzwachkaserne sowie einerseits in der Nähe einer Reihe neuer Paläste und andrerseits in der Nähe allerlei altertümlicher Häuser und Häuschen, die wie geschaffen sind, um in eine Brutstätte der Tuberkulose umgewandelt zu werden, die Errichtung von Sanatorien für tuberkulose Kranke verfügen würde?

Es muß noch bemerkt werden, daß unmittelbar bei dem in Aussicht genommenen Sanatorium der Landesausschuß einen Bauplatz für den Bau seines Amtsgebäudes, aller Landeszentralämter und des Landtages des Königreiches Dalmatien erworben hat.

Mit Rücksicht auf alle angeführten Tatsachen und in der Überzeugung, daß die erwähnte Verfügung des k. u. k. Militärkommandos in Mostar nur infolge der Unkenntnis der Verhältnisse der Stadt Zadar erlassen wurde und daß andrerseits

es eine Pflicht der Regierung ist, eine besondere Aufmerksamkeit und Sorgfalt der Gesundheit der Bevölkerung zu widmen, besonders in der gegenwärtigen schweren Zeit, wo die Bevölkerung ausgehungert und erschöpft, jeder Krankheit, vor allem der grausamen Schwindsucht zugänglich ist, halten wir es für unsere Pflicht, an Eure Exzellenzen die Frage zu richten:

„Sind Eure Exzellenzen geneigt, dahin zu wirken, daß die Errichtung eines Sanatoriums für tuberkulose Soldaten im Palaste des Militärkommandanten in Zadar unverzüglich eingestellt und die diesbezügliche Verordnung des k. u. k. Militärkommandos in Mostar, B. A. Nr. 30018 laufenden Jahres aufgehoben werde?"

Biankini.
Prodan. Gostinčar.
Demšar. Dr. Verstovšek.
Dr. Korošec. Dr. Rybař.
Dr. Gregorčič. Dr. Laginja.
Dr. Vukotić. Spinčić.

1698
I

Upit

zastupnika Jurja Biankinia i družine na Njegovu Preuzvišenost gospodina ministra za zemaljsku obranu podmaršala Karla Czappa od Birkenstetten-a.

Kod gradjevne podružnice Zelenika — K. u. k. Baukompagnie 1/7 in Zelenika — zaposleno je dosta radnika-zanatlija, od kojih je većina iz Dalmacije.

Ti radnici nisu vojnici, a od početka rata do 21. rujna 1915. primali su plaću od sedam kruna na dan. Od 21. rujna 1915. do danas ne dobivaju nego samo 50 para dnevno i hranu, što sve skupa iznaša približno 4 K na dan.

Tim su naši radnici u Zeleniki oštećeni najmanje za 3 K na dan, a to je novac otet iz grla njima i njihovim obiteljima, koje pri današnjim užasnim prilikama prehrane u Dalmaciji moraju se svaki dan boriti s crnim gladom.

Ta ružna nepravica tim više vrijedja naše pravno i humanitarno čuvstvo, što radnici kod K. u. k. Baufiliale Mostar primaju i danas svu svoju plaću kao iz početka rata, dapače primaju svu plaću i sami vojnici, koji su ondje upotrebljeni kao zanatlije.

I kod K. u. k. Marine-Baufiliale Baošić radnici primaju uvijek svoju plaću, koja danas iznaša dnevno od 8—12 kruna. Čemu da radnici-zanatlije u Zeleniki budu žrtvom nedokučive, ali mrske iznimke?

S toga nam je dužnost upitati Vašu Preuzvišenost:

„Je li Vaša Preuzvišenost voljna zauzeti se u svrhu, da se sa radnicima zaposlenim kod K. u. k. Baufiliale Zelenika — K. u. k. Baukompagnie 1/7 in Zelenika — postupa na isti način, kao što se je postupalo u početku rata i ko što se još danas postupa sa radnicima kod K. u. k. Baufiliale u Mostaru i K. u. k. Marine-Baufiliale u Baošića?“

Juraj Biankini.
Gostinčar.
Spinčić.
Fr. Demšar.
Dr. Gregorčič.
Dr. Rybář.

Dr. Verstovšek.
Dr. Laginja.
Dr. Korošec.
Prodan.
Dr. Vukotić.

Authentische Übersetzung.

1698

I.

Anfrage

des

Abgeordneten Juraj Biankini und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister Feldmarschalleutnant Karl Czapp v. Birkenstetten.

Bei der Baufiliale Zelenika — k. u. k. Baukompagnie 1/7 in Zelenika — sind als Arbeiter viele Handwerker beschäftigt, deren Mehrzahl aus Dalmatien ist.

Diese Arbeiter sind keine Soldaten und haben seit Kriegsbeginn bis 21. September 1915 einen Taglohn von 7 K bezogen. Seit 21. September 1915 bis heute erhalten sie nur 50 h täglich und Kost, was zusammengenommen annähernd 4 K täglich beträgt.

Dadurch werden unsere Arbeiter in Zelenika wenigstens um 3 K täglich verkürzt. Dieses Geld wird ihnen und ihren Familien vom Munde weggenommen, während sie in den gegenwärtigen schrecklichen Ernährungsverhältnissen Dalmatiens täglich mit dem Hunger kämpfen müssen.

Diese beschämende Ungerechtigkeit verletzt um so mehr unser Rechts- und Humanitätsgefühl, als die Arbeiter bei der k. u. k. Baufiliale Mostar auch heute noch ihren vollen Lohn wie zu Kriegsbeginn beziehen, ja es erhalten sogar den vollen Lohn auch die Soldaten, die dort als Handwerker verwendet werden.

Auch bei der k. u. k. Marinebaufiliale Baošić erhalten die Arbeiter immer ihren Lohn, der gegenwärtig 8 bis 12 K täglich beträgt. Warum sollen die Arbeiter und Handwerker in Zelenika das Opfer einer unbegreiflichen, odiosen Ausnahme sein?

Deshalb halten wir es für unsere Pflicht, an Eure Exzellenz die Frage zu richten:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, dahin zu wirken, daß die bei der k. u. k. Baufiliale Zelenika — k. u. k. Baukompagnie 1/7 in Zelenika — beschäftigten Arbeiter in gleicher Weise behandelt werden, wie dies zu Kriegsbeginn der Fall war und wie noch heute die Arbeiter bei der k. u. k. Baufiliale in Mostar und der k. u. k. Marinebaufiliale in Baošić behandelt werden?"

Biankini.

Dr. Korošec.	Dr. Gregorčič.
Spinčić.	Gostinčar.
Prodan.	Dr. Verstovšek.
Dr. Laginja.	Dr. Bukotić.
Demšar.	Dr. Rybář.

1699
—
I

Upit

zastupnika Jurja Biankinia i družine na Njegovu Preuzvišenost gospodina ministra pravde dra. H. vit. Schauera.

Od početka rata sliedila su u Dalmaciji samo jedanput imenovanja sudaca u IX. razredu čina i baš osmerica su bila imenovana, dočim je u isto vrieme bilo ukinuto sedam mjesta sudaca u području višeg zemaljskog suda u Zadru.

Nazad malo vremena uzsliedila su takodjer neka imenovanja i to onih sudaca, koji su već uživali beriva višeg čina. Medju ovim je bilo promaknuto i šest sudaca iz devetog u osmi razred čina, tako da je ostalo izpražnjeno šest redovitih mjesta sudaca u IX. razredu, a ta mjesta nisu do sada bila izpunjena, niti stavljena u natječaj.

Sadašnji prislušnici u okružju prizivnog suda svi su skoro položili sudački izpit, a nekoji otrag više od tri godine, tako da ima prislušnika u Dalmaciji sa skoro sedam godina službe.

Doista prislušnici sa sudačkim izpitom uživaju adjutum desetog razreda, ali su zato upotrebljeni — osobito u ovo ratno vrieme radi pomanjkanja sudaca — u obavljanju svih poslova suda, koji nisu skopčani izravno s judikaturom, tako da su neki od njih bili čak i premješteni u drugo mjesto, da naknade pomanjkanje sudca. Pri ovim premještajima, barem do sada bili su prislušnicima plaćeni jedino troškovi putovanja, dočim im nisu bile priznate dnevnice. Suvišno bi bilo, s obzirom na današnje izvanredne prilike izticati, u kakovoj se ekonomskoj neprilici mora u obće da nadje prislušnik, a pogotovo onda, kad je uslied premještaja odalečen od svoje obitelji.

Ovo očito zapostavljanje prislušnika kroz ovo vrieme rata donosi njima veliku štetu tako, da je veći dio njih odlučio, ako potraje ovakovo stanje, da izadje iz službe i da potraže bolja mjesta.

A to bi bilo tim škodnije za sudbenu službu u Dalmaciji, što od kada je buknuo rat nitko nije bio primljen u sudbenu praksu kao pravni vježbenik.

Obzirom na sve to dužni smo upitati Vašu Preuzvišenost:

„I. Je li Vaša Preuzvišenost voljna narediti, da se čim prije uzpostavi ono sedam ukinutih mjesta sudaca u području Višeg zemaljskog suda u Zadru i da se na ista otvori natječaj, kao što i na šest redovitih mjesta sudaca IX. razreda odavno izpražnjenih?

II. Je li Vaša Preuzvišenost voljna dalje narediti, da prislušnicima u Dalmaciji, u slučaju premještaja bude priznato pravo na dnevnice i da se odsada primaju u sudbenu praksu pravni vježbenici, kao što su se primali prije rata?"

Juraj Biankini.

Dr. A. Gregorčič.	Spinčić.
Dr. Korošec.	Gostinčar.
Prodan.	Dr. Verstovšek.
Dr. Laginja.	Fr. Demšar.
Dr. Vukotić.	Dr. Rybář.

Authentische Übersetzung.

1699
I

Anfrage

des

Abgeordneten Juraj Biankini und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Justizminister Dr. H. Ritter v. Schauer.

Seit Beginn des Krieges erfolgten in Dalmatien nur einmal Ernennungen von Richtern in der IX. Rangklasse, und zwar wurden deren acht ernannt, während gleichzeitig sieben Richterstellen im Sprengel des Oberlandesgerichtes Zadar aufgehoben wurden.

Vor kurzer Zeit erfolgten ebenfalls einige Ernennungen, und zwar derjenigen Richter, die bereits im Genusse von Bezügen der höheren Rangklasse waren. Unter diesen wurden auch sechs Richter aus der IX. in die VIII. Rangklasse befördert, so daß sechs systemisierte Richterstellen in der IX. Rangklasse erledigt sind, welche Stellen bisher weder besetzt wurden, noch für dieselben ein Konkurs ausgeschrieben wurde.

Die gegenwärtigen Auskultanten des Oberlandesgerichssprengels haben fast alle die Richteramtsprüfung abgelegt, einige vor mehr als drei Jahren, so daß es in Dalmatien Auskultanten mit beinahe sieben Dienstjahren gibt.

Die Auskultanten, welche die Richteramtsprüfung haben, beziehen zwar das Adjutum der X. Rangklasse, werden aber deshalb — besonders jetzt zur Kriegszeit infolge des Mangels an Richtern — zur Verrichtung aller Gerichtsgeschäfte verwendet, die nicht unmittelbar mit der Judikatur verbunden sind, so daß einzelne von ihnen sogar in eine andere Ortschaft versetzt wurden, um den Mangel an Richtern zu decken. Bei solchen Transferierungen wurden den Auskultanten wenigstens bisher bloß die Reisekosten vergütet, während ihnen keine Diäten zuerkannt wurden. Es wäre überflüssig, mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Ausnahmsverhältnisse hervorzuheben, in welcher mißlichen ökonomischen Lage sich ein Auskultant überhaupt befinden muß, insbesondere aber, wenn er infolge einer Transferierung weit von seiner Familie weilt.

Diese offensichtliche Zurücksetzung der Auskultanten in der gegenwärtigen Kriegszeit fügt ihnen einen großen Schaden zu, so daß die Mehrzahl derselben entschlossen ist, falls solche Verhältnisse anhalten, aus dem Dienste auszutreten, um eine bessere Anstellung zu suchen.

Dies wäre für den Gerichtsdienst in Dalmatien um so nachteiliger, als seit dem Kriegsausbruch niemand als Rechtspraktikant in die Gerichtspraxis aufgenommen wurde.

Mit Rücksicht auf alle diese Tatsachen halten wir es für unsere Pflicht, an Eure Exzellenz folgende Fragen zu richten:

„I. Ist Eure Exzellenz geneigt anzuordnen, daß die aufgehobenen sieben Richterstellen im Sprengel des Oberlandesgerichtes Zadar ehebaldigst wieder errichtet werden und für sie Konkurs ausgeschrieben werde, ebenso wie für die längst erledigten sechs systemisierten Richterstellen der IX. Rangklasse?

II. Ist Eure Exzellenz weiters geneigt anzuordnen, daß den Auskultanten in Dalmatien im Falle einer Transferierung der Anspruch auf Diäten zuerkannt werde und daß von nun an, wie es auch vor dem Kriege der Fall war, Rechtspraktikanten in die Gerichtspraxis aufgenommen werden?"

	Prodan.	Spinčić.	Biankini.
Dr. Korošec.	Dr. Laginja.	Dr. Verstovšek.	Dr. Rybař.
Dr. Gregorčič.	Dr. Vukotić.	Demšar.	Gostinčar.

1700
I

Interpelacija

zastupnika Dr. Dulibića i drugova Njegovoj Preuzvišenosti gospodu ministru financija o popustu poreza vinograda zaraženih po filokseri i o postupku pri prijavama za promjenu kulture.

Zakonom 26. lipnja 1894. l., D. z. br. 139, bio je uveden popust na porezu za vinograde uništene po filokseri.

Od toga su uživali osobitu pogodnost vinogradari šibenskog kotara, dok niso započele financijske vlasti i podregjeni im uredi praviti poteškoća.

Prve poteškoće započeše pred četiri godine jer su vlasti zahtjevale od vinogradara svake godine posebnu molbu za oprost, što večini posjednika i seljaka nije bilo poznato i time večini pučanstva nije odobren nikakav popust.

Zatim je slabo shvačena carska naredba 16. ožujka 1917. l., D. z. br. 124. po čijem I. članku, da je tobože uskračen popust vinogradima zaraženim po filokseri, pa su po tome c. kr. porezne vlasti I. molbe u Dalmaciji i c. kr. pokrajinsko financijsko ravnateljstvo u Zadru odbilo sve molbe podnešene u taj naslov sa strane posjednika i seljaka.

Obzirom da su se odbivene molbe odnosile na vinograde potpuno uništene po filokseri, upravili su zanimanici šibenskog kotara prijave c. kr. mjeraču očividnosti u Šibeniku za promjenu kulture, ali i tu lošom srećom, jer kao da je i mjeraču stigao nalog, da Vinograde uništene po filokseri upiše za „dobru zemlju oranicu“, po čemu je neznatna razlika na porezu med vinogradom i takovom orabicom, a da zemlja ipak ne dava nikakva ploda.

S toga podpisani pitaju:

„1. Je li Vaša Preuzvišenost voljna upozoriti dalmatinske financijske vlasti, da imaju uvažiti molbe upravljene od posjednika i seljaka za popust poreza na vinograde zaražene po filokseri i

2. uputiti odnosne organe na tačno opsluživanje postoječih propisa za slučaj, da posjednici i seljaci iza potpunog uništenja vinograda po filokseri prijave c. kr. mjeraču očevidnosti promjenu obragjivanja (kulture), na način, da za takove zemlje pretvoreno u ledine, ne budu dotičnici nepravedno opterećeni porezom i nametima?“

Beč, 1. decembra 1917.

Brenčić.	Dr. Dulibić.
Dr. Jankovič.	Gostinčar.
Dr. Benkovič.	Roškar.
Perić.	Fr. Pišek.
Prodan.	J. Hladnik.
Dr. Verstovšek.	Fr. Demšar.

Authentische Übersetzung.

1700
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Dulibić und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister, betreffend den Steuernachlaß für die von der Phylloxera heimgesuchten Weingärten und das Verfahren bei Anmeldungen von Kulturänderungen.

Durch das Gesetz vom 26. Juni 1894, R. G. Bl. Nr. 139, wurde ein Steuernachlaß für die von der Phylloxera vernichteten Weingärten eingeführt.

Einen besonderen Nutzen hatten davon die Weinbauern des Bezirkes Šibenik, bevor die Finanzbehörden und die ihnen untergeordneten Ämter angefangen hatten, Schwierigkeiten zu bereiten.

Die ersten Schwierigkeiten begannen vor vier Jahren, indem die Behörden von den Weinbauern jedes Jahr ein besonderes Befreiungsgesuch verlangten, was der Mehrheit der Besitzer und Bauern nicht bekannt war und infolgedessen auch der Mehrheit der Bevölkerung kein Nachlaß gewährt wurde.

Nachher wurde die Kaiserliche Verordnung vom 16. März 1917, R. G. Bl. Nr. 124, unrichtig in dem Sinne interpretiert, daß nach dem ersten Artikel derselben den von der Phylloxera erfaßten Weingärten der Steuernachlaß angeblich verweigert sei und infolgedessen haben die k. k. Steuerbehörden I. Instanz in Dalmatien sowie die k. k. Finanzlandesdirektion in Zadar alle aus diesem Titel seitens der Besitzer und Bauern eingereichten Gesuche abgewiesen.

Mit Rücksicht darauf, daß sich die abgewiesenen Gesuche auf Weingärten bezogen, die von der Phylloxera völlig vernichtet sind, haben die Beteiligten des Bezirkes Šibenik bei dem k. k. Evidenzgeometer in Šibenik Anmeldungen der Kulturänderung erstattet, haben aber auch damit wenig Glück gehabt, denn der Geometer scheint den Auftrag erhalten zu haben, die von der Phylloxera vernichteten Weingärten als „gutes Ackerfeld" einzutragen, wodurch sich zwischen den Weingärten und solchen Ackerfeldern ein unbedeutender Steuerunterschied ergibt, während das Grundstück doch keine Frucht abwirft.

Deshalb fragen die Gefertigten:

„1. Ist Eure Exzellenz geneigt, die Finanzbehörden Dalmatiens aufmerksam zu machen, daß sie den von Besitzern und Bauern wegen Steuernachlaß für die von der Phylloxera heimgesuchten Weingärten eingereichten Gesuchen stattzugeben haben, und

2. die betreffenden Organe anzuweisen, daß sie sich für den Fall, daß die Besitzer und Bauern nach völliger Vernichtung der Weingärten durch die Phylloxera beim k. k. Evidenzgeometer Kulturänderung anmelden, genau an die bestehenden Vorschriften zu halten haben, damit die Beteiligten für solche in Haiden umgewandelte Grundstücke nicht ungerechterweise mit Steuern und Umlagen belastet werden?"

Wien, 1. Dezember 1917.

Brenčič. Pišek. Dr. Dulibić.
Dr. Benković. Perić. Hladnik. Gostinčar.
Dr. Janković. Prodan. Demšar. Roškar.

1701
———
I

Anfrage

des

Abgeordneten Josef Grim und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung, betreffend die Bewirtschaftung des Staatsgestüts in Zwerbach.

Die Inanspruchnahme von Heu und Stroh bei den Grundbesitzern bedeutet die vollständige Zugrunderichtung der vorhandenen Viehbestände, somit aber auch die gänzliche Unterbindung der weiteren Milch- und Fettproduktion. Man hat als Grundlage zur Lieferungsaufteilung die im Laufe des Sommers vorgenommenen Grundflächenaufnahmen vorgenommen, welche nur den einen Wert hatte, daß sie Millionen gekostet hat, dafür aber das Produkt zutage gefördert hat, welches ganz und gar von Unrichtigkeiten strotzt.

Man hat aber dabei ganz und gar vergessen, auf die Großherrschaftsbesitzer und Staatsbetriebe, dieselben mit in die Anlieferungsverurteilten einzuzeichnen.

So ist zum Beispiel das Staatsgestüt in Zwerbach bei Wieselburg in der angenehmen Lage, 125 Hektar Wiesen ihr Eigen zu nennen. Es sind dort ungefähr 50 Stück Rinder und 80 Pferde untergebracht, man sollte meinen, daß aus diesem vorhandenen Grundbesitz die vorhandene Pferde- und Rinderzahl mehr als vollauf gedeckt sei, weil man doch allgemein annimmt, daß mit einem so großen Grundbesitz mit Leichtigkeit auch ein größerer Viehstand zu ernähren ist, um so mehr da diese Gründe guter Qualität sind. Dem ist aber nicht so, denn dort wurde ganz einfach so die Einteilung getroffen, daß gar kein Heu gemacht wurde, sondern läßt sich ihren Bedarf in reichlichem Ausmaß aus den umliegenden Gemeinden hierherstellen.

Diese staatliche Mißwirtschaft erregt das allgemeine Ärgernis der wirtschaftlich wohlerzogenen Bevölkerung und erheischt dringend Abhilfe.

Die Gefertigten stellen daher an Seine Exzellenz die Anfragen:

„1. Sind Eurer Exzellenz diese Mißwirtschaftsformen bekannt?

2. Sind Eure Exzellenz geneigt, diese Übelstände zu erheben und auch dafür zu sorgen, daß etwas mehr Wirtschaftssinn in diesem Betrieb analog allen anderen bäuerlichen Wirtschaften in dieser schweren Zeit dort Platz greifen werde?"

Wien, 5. Dezember 1917.

Parrer. Bogendorfer. Josef Grim.
R. Gruber, Zufel. Joh. Tomaschitz.
Diwald. Eisenhut. Perwein. Wille.
Heilinger.

1702
—
I

Interpelacija

poslanca dra. Verstovšeka in tovarišev na Ekscelenco ministra notranjih zadev grofa Toggenburga radi nečuvenega postopanja javnih funkcijonarjev, katere so nastavile politične oblasti, proti slovenskemu prebivalstvu Štajerske dežele.

Že opetovano so podpisani vložili pritožbe in interpelacije radi surovega postopanja raznih uradnikov, zlasti pa javnih funkcijonarjev proti slovenskemu ljudstvu Spodnjega Štajerja. Slovencem nasprotna, da, celo sovražna namestnija v Gradcu, kakor tudi razna c. kr. glavarstva, v katerih sede možje, katerim mrzi vsaka slovenska govorica, so nastavila povsod na slovenskem Štajerskem javne funkcijonarje, ki so po veliki večini narodni nasprotniki in zagriženi odpadniki — renegati. Ni čuda, da se po teh funkcijonarjih godijo ljudem največje krivice ter surovosti. Za to postopanje je odgovorna le c. kr. namestnija, katero se je večkrat opozorilo na to Slovence izzivajoče postopanje in nastavljanje najzagrizenejših narodnih nasprotnikov. Kako ti funkcijonarji delujejo, najbolj dokazuje pismo poštenega, priprostega kmeta, katero sledi doslovno:

„Velespoštovani gospod!

Prosim dovolite, da Vam predložim to-le pritožbo:

Znabiti se Vam kedaj nudi prilika, odpomoči tem neznosnim okoljščinam. Dajte nam slovenskim kmetovalcem slovenskih uradnikov, ki nas bodo razumeli po besedi in po srcu, ki bodo čutili z nami! Tako pa nas enaki dogodki vedno spominjajo na sužne in njih žalostno osodo. Torej prosim to-le:

Sem kmetovalec v Vajgnu, občina Jarenina, okraj Maribor, oziroma pomagam materi vdovi gospodariti, imam pa še tudi svoje posestvo za oskrbeti. Na dan 24. septembra 1917 peljal sem zrnje po uradnem ukazu na prevzemni urad v Maribor, kamor sem dospel okoli 9. ure. Vojni vjetniki, ki so bili pri uradnem sk'adišču na razpolago, so vzeli vreče raz voza, jaz pa položim službujočemu uradniku izročilne listke na mizo in on dostavi: „Warten Sie!“ Uradnik se telefonično razgovarja s predstojnim uradnikom pri c. kr. okrajnem glavarstvu, na kar razburjen reče: „Jetzt will er mir das abstreiten! Nun lasse ich die ganze Arbeit stehen.“ Kaj sta se razgovarjala, ne vem, zapre urad, naju pa „dene“ iz urada. Jaz ga vprašam: „Kaj pa naj storim s svojim zrnjem?“ On: „Machen Sie, was Sie wollen! — Gehen Sie zu den hohen Herren hincin!“ Jaz storim tako, grem na c. kr. okrajno glavarstvo in gospod uradnik, žitni komisijonar, ga telefonično opozori na nedostatnost njegovega ravnanja. Ko se vrnem v prvotni urad, me prvi uradnik vznevoljen vpraša kričeč: „Warum sind Sie fortgegangen?“ Jaz: „Saj ste mi to rekli!“ „Ali Vas nisem nazaj klical?“ (To je res, pa poslal je pota, ko sem že bil sredi steze do okrajnega glavarstva.) Jaz: „Prosim, ni treba kričati nad menoj!“ On: „Werden Sie nicht das Maul halten!“ Postanem precej po teh besedah razburjen. Uradnik: „Ich lasse Sie arretieren!“ Jaz: „Le me!“ (Rečem hlapcu: „Pelji domov in jaz sem pripravljen iti v zapor!) Uradnik: „Wissen Sie nicht, was ich bin? Ein k. k. Beamter der politischen Behörde!“ Jaz: „In jaz sem posestnik!“ Uradnik mi grozi ponovno: „Warten Sie, wir werden schon zusammenkommen!“ Jaz: „Vi mi ne boste nič napravili! Na to postane uradnik (Nemec, bržčas Vsenemec), mi vrne listke in grem na glavarstvo. Tam me žitni komisijonar Urban vpraša kako je bilo in povem mu vse. Sprejmi me k gospodu dr. Kramerju (sicer sami

Nemci, pa ta je bil prijazen z menoj) in ta se izrazi: „Ich werde ihn schon beim Kr . . . . nehmen!“

1915. leta je isti uradnik mojemu sosedu Paherniku raz vreče vrv prerezal, leta 1916. so mi na ta način vrečo prerezali, ker si niso vzeli časa, da bi bili razvezali. Ko sem stopil bliže, da pazim na vreče, se zadere isti uradnik nad menoj: „Was stehen Sie da auf dem Weg?!“ Ko mu povem, da pazim na vreče, pa spet zarenči: „Habe ich das gemacht!“ (Pa delavcem ni rekel, da ne smejo rezati.)

Tako glejte gospod poslanec, kako srednjeveško postopajo z nami ti tujci na naši zemlji; zato pa Vas prosimo velezaslužni gospod doktor, pomagajte nam do prostejših dni, dajte nam naš jezik govorečih in z nami čutečih uradnikov! Proč od dunajskega in graškega suženjstva, a tem ožje se oklenimo našega dobrega, pravičnega cesarja in cele hiše habsburške! Ali bode kmalo prišel čas, ko se ne bodo več tuji oholeži obregali po uradniških pisarnah nad nami ubogimi slovenskimi kmetovalci.

Vajgen, pošta Jarenina, na dan 18. novembra 1917.

Janez Venger,
posestnik-kmetovalec.“

Z ozirom na slične dogodke, ki se pripetijo dan na dan proti slovenskim strankam, si dovoljujejo podpisani vprašati Njegovo Ekscelenco notranjega ministra:

„1. Ali je voljen, si predložiti zapisnik vseh funkcijonarjev spodnjega Štajerja ter ukazati c. kr. namestniji, da nadomesti narodne nasprotnike s slovenskimi funkcijonarji?

2. Ali je Ekscelenca že kaj ukrenila na opetovane pritožbe glede uradovanja nemških uradnikov na slovenskem Štajerskem?“

Dunaj, 3. decembra 1917.

	Dr. K. Verstovšek.
Fon.	J. Hladnik.
Jarc.	Gostinčar.
Spinčić.	Fr. Demšar.
Dr. Rybář.	Roškar.
Dr. Lovro Pogačnik.	Dr. Korošec.
Prodan.	Dr. Jankovič.
Dr. Dulibić.	Biankini.
Perić.	Pišek.

Authentische Übersetzung.

1702
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Verstovšek und Genossen an Seine Exzellenz den Minister des Innern Grafen Toggenburg wegen des unerhörten Vorgehens der öffentlichen, von den politischen Behörden bestellten Funktionäre gegenüber der slowenischen Bevölkerung des Landes Steiermark.

Schon wiederholt haben die Gefertigten Beschwerden und Interpellationen wegen des rohen Vorgehens verschiedener Beamten, insbesonders aber der öffentlichen Funktionäre gegenüber dem slowenischen Volke von Untersteiermark eingebracht. Die den Slowenen gegnerisch gesinnte ja sogar feindselige Statthalterei in Graz sowie auch verschiedene k. k. Bezirkshauptmannschaften, bei denen Männer sitzen, denen jedes slowenisches Wort verhaßt ist, haben überall in der slowenischen Steiermark öffentliche Funktionäre bestellt, die der großen Mehrzahl nach nationale Gegner und verbissene Abtrünnige — Renegaten sind. Es ist kein Wunder, daß durch diese Funktionäre den Leuten die größten Unbilden und Rohheiten widerfahren. Für dieses Vorgehen ist nur die k. k. Statthalterei verantwortlich, die mehrmals auf das für die Slowenen herausfordernde Vorgehen und auf die Bestellung der verbissendsten nationalen Gegner aufmerksam gemacht wurde. Wie diese Funktionäre wirken, beweist am besten der Brief eines biedern, einfachen Bauern, der wörtlich folgt:

Hochverehrter Herr!

Bitte, gestatten Sie, daß ich Ihnen folgende Beschwerde vorlege; vielleicht bietet sich Ihnen einmal die Gelegenheit, diesen unerträglichen Verhältnissen abzuhelfen! Geben Sie uns slowenischen Landleuten slowenische Beamten, die uns dem Worte und dem Herzen nach verstehen werden, die mit uns fühlen werden. So aber erinnern uns ähnliche Vorkommnisse immer an Sklaven und ihr trauriges Schicksal. Ich bitte also folgendes: Ich bin Landwirt in Vajgen, Gemeinde Jarenina, Bezirk Marburg, beziehungsweise ich helfe meiner Mutter, die Witwe ist, bei der Wirtschaft, habe aber auch meine eigene Wirtschaft zu besorgen. Am 24. September 1917 führte ich auf amtliche Anordnung Getreide zum Übernahmsamt nach Marburg, wohin ich ungefähr um 9 Uhr gelangte. Kriegsgefangene, die beim Amtsmagazine zur Verfügung standen, luden die Säcke vom Wagen ab, ich aber legte dem diensthabenden Beamten die Ablieferungsscheine auf den Tisch, worauf er hinzufügte: Warten Sie! Der Beamte sprach telephonisch mit dem vorgesetzten Beamten bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft, worauf er erregt sagte: „Jetzt will er mir das abstreiten! Nun lasse ich die ganze Arbeit stehen.“ Was sie sprachen, weiß ich nicht, er schloß das Amt, uns aber „setzte“ er aus dem Amte. Ich fragte ihn: „Was soll ich denn mit meinem Getreide machen?“ Er: „Machen sie, was sie wollen! Gehen sie zu den hohen Herren hinein!“ Ich tat so, ging zur k. k. Bezirkshauptmannschaft und der Herr Beamte (Getreidekommissionär) machte ihn telephonisch auf die Ungehörigkeit seines Vor-

gehens aufmerksam. Als ich ins erste Amt zurückkehrte, fragte mich der erste Beamte unwillig (schreiend!): „Warum sind sie fortgegangen?“ „Ich: „Sie haben es mir doch gesagt!“ „Habe ich sie nicht zurückgerufen (was wahr ist, aber er schickte einen Boten, als ich schon mitten auf dem Wege zur Bezirkshauptmannschaft war.) Ich: „Bitte, anzuschreien brauchen Sie mich nicht!“ Er: „Werden sie nicht Maul halten!“ Nach diesen Worten wurde ich ziemlich erregt. Der Beamte: „Ich lasse sie arretieren!“ Ich: „Nur zu!“ (Dem Knechte sagte ich — fahr nur nach Hause und ich bin bereit, in den Arrest zu gehen!)

Der Beamte: „Wissen sie nicht, was ich bin? Ein k. k. Beamter der politischen Behörde!“ Ich: „Und ich bin ein Grundbesitzer!“ Der Beamte drohte mir wiederholt: „Warten sie, wir werden schon zusammenkommen!“ Ich: „Sie werden mir nichts machen!“ Darauf hörte der Beamte (ein Deutscher, wahrscheinlich ein Alldeutscher) auf, gab mir die Scheine zurück und ich ging zur Bezirkshauptmannschaft! Dort fragte mich der Getreidekommissionär Urban, wie der Vorgang war, und ich erzählte ihm alles. Er begleitete mich zu Herrn Dr. Kramer (zwar lauter Deutsche, aber dieser war freundlich mit mir) und dieser drückte sich aus: „Ich werde ihn schon beim Kr . . . nehmen.“

Im Jahre 1915 hat derselbe Beamte meinem Nachbar Pohernik die Schnur vom Sack durchschnitten, im Jahre 1916 hat man mir auf diese Weise den Sack durchschnitten, weil man sich nicht Zeit genommen hat, ihn aufzubinden. Als ich näher trat, um auf die Säcke aufzupassen, schrie mich derselbe Beamte an: „Was stehen sie da im Wege?“ Als ich ihm sagte, daß ich auf die Säcke acht gebe, schnauzte er mich wieder an: „Habe ich das gemacht?“ (Aber den Arbeitern hat er nicht gesagt, daß sie nicht schneiden dürfen.)

So sehen Sie Herr Abgeordneter, wie mittelalterlich diese Fremdlinge auf unserem Boden mit uns verfahren, deshalb bitten wir Sie, verdienstvoller Herr Doktor, verhelfen Sie uns zu freieren Zeiten, geben Sie uns unsere Sprache sprechende und mit uns fühlende Beamte! Los von der Wiener und Grazer Sklaverei, aber um so enger schließen wir uns an unseren guten, gerechten Kaiser und das ganze Haus Habsburg an! Wird bald die Zeit kommen, da in den Beamtenkanzleien nicht mehr hochmütige Fremdlinge an uns armen slowenischen Landwirten nörgeln werden.

Vajgen, Post Jarenina, 18. November 1917.

Janez Venger m. p.,
Grundbesitzer=Landwirt.

Mit Rücksicht auf ähnliche Vorkommnisse, die sich tagtäglich den slowenischen Parteien gegenüber zutragen, erlauben sich die Unterzeichneten an Seine Exzellenz den Minister des Innern die Fragen zu stellen:

„1. Ist er gewillt, sich ein Verzeichnis aller Funktionäre Untersteiermarks vorlegen zu lassen und der k. k. Statthalterei aufzutragen, daß sie die nationalen Gegner durch slowenische Funktionäre ersetze?

2. Hat Exzellenz auf die wiederholten Beschwerden bezüglich der Amtstätigkeit der deutschen Beamten im slowenischen Teile Steiermarks schon irgend eine Verfügung getroffen?“

Wien, 3. Dezember 1917.

Dr. Verstovšek.
V. Hladnik.
Gostinčar.
Pišek.
Fr. Demšar.
Roškar.
Dr. Korošec.
Dr. Rybář.
Dr. Janković.
Spinčić.
J. Biankini.
Perić.
Jarc.
Prodan.
Fon.
Dr. Dulibić.
Dr. Lovro Pogačnik.

1703
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Schürff, Dr. Waber und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend das Vorgehen der k. k. Wiener Polizeidirektion in der Angelegenheit der Erhöhung der Theatergebühren für die k. k. Polizeikommissäre.

Bekanntlich erhalten die in den Theatern den Inspektionsdienst versehenden k. k. Polizeikommissäre und Ingenieure des Stadtbauamtes für diesen Inspektionsdienst eine sogenannte Theatergebühr. Diese im Jahre 1889, also vor 28 Jahren festgesetzte Gebühr beträgt vier Kronen, nur an ganz wenigen Theatern sechs Kronen. Da diese Inspektionsgebühr bei der gegenwärtigen Teuerung für einen mitunter sechsstündigen Nachtdienst in Uniform eine geradezu lächerlich geringe Entlohnung für akademisch gebildete Beamte ist, trat Mitte November l. J. die Stadtbauamtsdirektion an die Polizeidirektion mit dem Ersuchen heran, mit ihr gemeinsam bei den Theaterdirektionen wegen Erhöhung der Theatergebühren vorstellig zu werden. Die Polizeidirektion Wien lehnte aber das Ersuchen der Stadtbauamtsdirektion ab, da als Gegenleistung möglicherweise einige ihrer Freiplätze aufgelassen worden wären und verhinderte so eine materielle Besserstellung der Polizeikommissäre.

Nach Ablehnung durch die Polizeidirektion ging die Stadtbauamtsdirektion in dieser Sache selbständig vor und die Theaterdirektoren erhöhten ohneweiters die Theatergebühren der inspizierenden Ingenieure des Stadtbauamtes um 50 Prozent, da sie einsahen, daß bei der gegenwärtigen Teuerung eine Erhöhung der Gebühren eigentlich eine Selbstverständlichkeit sei.

Es ergab sich nunmehr der Zustand, daß die im Theaterdienst bedeutend mehr in Anspruch genommenen Polizeikommissäre eine bedeutend geringere Entlohnung erhalten, als die diensthabenden Ingenieure des Stadtbauamtes. Ja die Polizeikommissäre erhielten schon vor der Erhöhung eine geringere Gebühr als die ihnen untergeordneten Löschmeister der Feuerwehr.

Ein solcher Zustand ist ungerecht und entwürdigend und doch wagt kein Polizeikommissär in dieser Sache einen Schritt bei der k. k. Polizeidirektion zu unternehmen, weil er mit Recht befürchten muß, auf ein „Strafkommissariat“ versetzt zu werden.

Bemerkt muß noch werden, daß die Theatergebühren für die Polizeiagenten und die Wache bereits vor längerer Zeit um 50 Prozent erhöht wurden. Die Polizeikommissäre haben sich schon im Jahre 1911 in einem Memorandum an die k. k. Polizeidirektion wegen der Erhöhung der Theatergebühren gewendet. Bis zum heutigen Tage aber ist keine Erledigung und keine Antwort auf dieses Memorandum erfolgt. Es liegt hier der wohl seltene Fall vor, daß eine Behörde eine materielle Besserstellung ihrer schwer angestrengten Beamten verhindert hat, obwohl dadurch der Staatssäckel nicht im geringsten belastet wird.

Die Gefertigten fragen daher Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern:

„Ist Seine Exzellenz bereit, die k. k. Polizeidirektion Wien anzuweisen, die Erhöhung der Theatergebühren für die Polizeikommissäre nicht nur nicht zu verhindern, sondern im Gegenteil nach Kräften zu fördern?“

Wien, 5. Dezember 1917.

	Richter.	Dr. Erler.	Dr. Schürff.
Hueber.	Beyer.	Dr. Kofler.	Dr. Waber.
Nagele.	Erb.	Wedra.	Kittinger.

Anfrage

des

Abgeordneten Wagner und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten, Seine Exzellenz den Herrn Ernährungsminister und Seine Exzellenz den Herrn Ackerbauminister, betreffend der in Steiermark eingeleiteten und in Durchführung begriffenen Requirierungen aller Lebensmittel und Abnahme von Heu und Stroh sowie von zu starker Abnahme von Vieh, welches böse Folgen nach sich ziehen muß.

Über viele Klagen und Beschwerden der Bevölkerung, welche sich hilfesuchend an ihre Abgeordneten wendet, bringe ich nur eine Zuschrift, auf welcher 19 Gemeindevorsteher unterfertigt sind, auf diesem Wege, da einzeln gemachte Vorstellungen ohne Berücksichtigung bleiben, im Wortlaut zur Kenntnis:

Seiner Wohlgeboren

Herrn Franz Wagner,
Landtags- und Reichsratsabgeordneter

für den Wahlbezirk Feldbach.

So unangenehm es den gefertigten Gemeinden auch scheinen mag, ebenso notwendig ist es auch, gegen allzugroße Anforderungen von verschiedenen Artikeln Protest zu erheben.

Die Anforderung der Kartoffeln hat das erstemal ihren Höhepunkt vollkommen erreicht: es mußte um so mehr überraschen, als auf einmal das zu liefernde Kontingent des politischen Bezirkes Feldbach von 666 Waggons auf fast 1300 Waggons stieg.

Aus welchem Grunde dies geschah und ob diese unter allen Umständen nicht aufzubringende und doch angeforderte Menge ihren Ursprung auf den statistischen Nachweis der Ernte hat oder der freien Willkür entsprang, bleibt eine Frage.

Sei dem wie es sei, es ist eine absolute Unmöglichkeit, dieses Kontingent aufzubringen; und würde man dies mit Gewalt, so müßte natürlich die letzte Knolle abgegeben werden und man reiche der produzierenden, schwer arbeitenden Landbevölkerung das Hungertuch in die Hand, um an demselben sich satt zu nagen. Die Folgen, die sich daraus ergeben würden, sind heute nicht absehbar, denn schließlich wird auch aus dem geduldigen Lamm ein reißender Wolf und aus dem Dulder Job ein Flucher.

Zur Rechtfertigung, daß die Abgabe des verlangten Quantums eine Unmöglichkeit ist, sei nachstehendes erörtert:

Die Lebensmittelknappheit erreichte heuer im Frühjahr infolge der strengen Requirierung auch beim größten Bauer den höchsten Grad; ja die wenigen Kartoffeln die er noch hatte, mußte er zu Samenzwecken abgeben und es kann nachgewiesen

werden, daß dann Leute damit beteilt wurden, die den Samen selbst im Keller hatten, es aber verstanden, sich Samenkartoffeln zu Fütterungszwecken anzueignen.

Durch diese Lebensmittelknappheit mußte sofort, bevor daß sie reif waren, auf die Kartoffeln gegriffen werden. Die Kleinbesitzer, die Brotkarten bezogen, lebten bis zur Edelgetreideernte ausschließlich von Kartoffeln. Die Bäuerin, die junge Ferkeln hatte, wo die meisten im Monat März und April geworfen werden, hatte denselben, infolge Abnahme jeglicher anderer Frucht bis auf das äußerste, nichts zu geben und mußte notgedrungen, als sie noch unreif waren, zu den Kartoffeln greifen. Wem, möchte man da fragen, kommt denn dann der eiserne Fleiß und das Wie und Wo um Vieh zu züchten wiederum zugute? Der Gesamtheit, dem Allgemeinwohl beim Abverkauf des Viehes unter den schwersten züchterischen Verhältnissen. Also nach den wahrheitsgetreuen vorerwähnten Angaben hat ein großer Kartoffelverbrauch schon vor der wirklichen Ernte notgedrungen stattgefunden und beeinträchtigt die statistischen Zahlen.

Was nun die statistischen Nachweise anbelangt, welche auf den heuer gemachten Aufnahmen beruhen, so sind dieselben mehr als zweifelhaft. Auf mancher Parzelle sind fünf bis sechs Kulturgattungen gebaut. Mancher Bauer hat drei und noch mehr Fleckchen Kartoffeln auf seinem Grunde. Mancher Kleinbesitzer hat nur etliche Piffing und die nicht an einem Platze. Viele Piffing (kleine Teile des Ackers) sind und wurden an Mietparteien vergeben und das sogenannte „Abdienen“, das heißt, die Mietpartei zahlt diese Piffing durch arbeiten im Taglohn für landwirtschaftliche Arbeiten; denn die Arbeitskräfte sind hier sehr rar, trotz den Kriegsgefangenen; denn, wenn welche abgezogen werden, so nimmt man sie beim Bauer, wie dies heuer der Fall war. Man hat eben für die landwirtschafttreibende Bevölkerung kein Verständnis, oder besser gesagt, kein Herz.

Unter all diesen Umständen möchte man fragen: Wer kann mit Richtigkeit sagen, daß die bebaute Fläche mit Kartoffeln nach Angabe der Aufnahme, welche nur ganz flüchtig ist und stets auf ein Mehr bestrebt war, richtig ist?

Die an die Mietparteien abgegebenen Ackerteile wurden schon gar nicht in Abrechnung gebracht, weil man den Besitzer eben darnach nicht fragte.

Was nun den Ertrag pro Hektar anbelangt sei darauf verwiesen, daß die Probegrabungen merkwürdigerweise auf den besten Plätzen vorgenommen wurden.

Ein Beispiel hierfür sei angeführt, daß in Kirchberg zu einem Besitzer ein Herr Oberstleutnant kam und in seiner Gegenwart eine Probegrabung vorgenommen wurde, welche aber am besten Acker, da der Besitzer die übrigen schon gegraben hatte, geschah, höchst befriedigt verließ er den Ort mit dem Bemerken: „So, jetzt weiß man es.“

Die Dürre hat es heuer mit sich gebracht, daß die Ernte mehr als verschiedenartig war. Sandige Berglehnen, Äcker an einer Waldlisiere hatten fast gar keinen Ertrag. Ferner ist zu berücksichtigen, daß heute an und für sich schon gute Böden weniger ertragreich werden, denn es fehlt an Arbeitskraft und der Hauptsache nach an Dünger. Kunstdünger ist gar nicht mehr erhältlich und an Stalldünger mangelt es infolge Abnahme des Viehes, verbunden mit der Futternot.

Alles in allem ist die Anbaufläche geringer als behauptet wird und der Ertrag auch.

Zu diesem hinzugerechnet der große Verbrauch, anfangs sofort sogar in unreifem Zustande infolge der Knappheit der übrigen Lebensmittel, so ist vollauf begründet, daß eine Abgabe der nun erhöhten Menge vollkommen ausgeschlossen ist, außer, man nimmt die letzte Knolle und man beläßt sogar den nur notdürftigsten Samen nicht. Geschieht dies, so bedeutet dies eine Katastrophe und die Folgen sind unabsehbar.

Wir alle sind gewiß vom Gedanken des Durchhaltens beseelt. Es kämpfen unsere Väter und Söhne draußen und wie viele Mütter und Frauen beweinen Söhne und Gatten. Wenn man aber sieht, daß in Böhmen, Galizien 150 Kilogramm pro Kopf und Jahr zuerkannt werden, so wirft sich die Frage auf: „Sind wir zu Kaiser und Reich haltenden Steirer schlechter?“ Vielleicht deswegen, weil wir gute Patrioten sind, nicht davonlaufen oder gar übergehen und dann gegen unser eigenes Vaterland kämpfen so wie nachgewiesen es die Tschechen machten?

Man belasse uns das Notdürftigste, das Übrige geben wir gerne ab. Man belasse uns pro Kopf, Schwund und Fütterung und Samen den gerechten Teil und das Übrige nehme man.

Wenn wir aber das angegebene Quantum abgeben müssen, dann beläßt man uns eben nichts. Ja, mit der reinsten Wahrheit gesagt, nicht den nötigen Samen.

Sollte auf der Durchführung dieser Anforderung bestanden werden, dann ist es uns Gefertigten nicht mehr möglich, das Amt des Gemeindevorstehers zu versehen und wir werden daraus die Konsequenzen zu ziehen wissen.

Gleiches Recht für alle!

Steiermark, zum großen Teil ein Gebirgsland, ist im Frieden auf die Einfuhr angewiesen. Wieso man von diesem Lande, von diesem, dem

Kaiser und Reich so treu ergebenen Volk Unmögliches verlangt, ist unerklärlich.

Wir bitten Euer Wohlgeboren, als den von uns gewählten Vertreter, unsere Bitte maßgebenden Ortes zur Kenntnis zu bringen und mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß von uns nur Mögliches und nicht Unmögliches verlangt wird.

(Folgen die Unterschriften.)

Erlaube mir daher die Anfrage:

„Auf welche Anordnungen hin werden in Steiermark die militärischen Requierungen von allen Lebensmitteln, Abnahme von Heu und Stroh sowie Zugtieren, welche die schwersten Nachwirkungen nach sich ziehen müssen, durchgeführt und sind Eure Exzellenzen in Anbetracht der unausbleiblichen schlimmen Folgen bereit, Abhilfe anzuordnen?“

Wien, 5. Dezember 1917.

Prisching.	Wagner.
Tomaschitz.	Huber.
Schweiger.	Berger.
M. Huber.	Perwein.
Dr. Jerzabek.	Alois Brandl.
Kreilmeir.	Mayer.
Parrer.	Schoiswohl.
Jedek.	Eisterer.

1705
I

Anfrage

des

Abgeordneten Zaunegger und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister sowie an Seine Exzellenz den Herrn Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend die Versorgung des Gewerbestandes mit Rohmaterial.

Die gegenwärtigen unhaltbaren Zustände in der Versorgung des Handels- und Kleingewerbestandes mit Material, teils hervorgerufen durch die lange Dauer des Krieges, zumeist aber herbeigeführt durch verfehlte, nur auf das Interesse gewisser Kreise bedachter Maßnahmen, erheischen dringend Abhilfe, wenn nicht der Großteil unseres Kleinhandels- und Gewerbestandes an den Folgen einer einseitigen Klassenwirtschaftspolitik zugrunde gehen soll.

Was jahrzehntelangen Bemühungen bekannter Faktoren „den Handels- und Gewerbestand vom allgemeinen Wettbewerbe gänzlich auszuschalten" bisher nicht gelang, das soll der Krieg mit seinen Begleiterscheinungen zuwege bringen.

Fabriken, Großwaren- und Versandhäuser, Konsume und Wirtschaftsvereine taten in Friedenszeiten ihr möglichstes, unterstützt von einer kurzsichtigen Sozialpolitik, dem Kleingewerbestand den Lebensnerv zu unterbinden; es gelang ihnen nur zum Teil, dank der zähen Ausdauer, die den bürgerlichen Kreisen bisher noch innewohnt, dank der bescheidenen Anforderungen, die wir in bezug auf Lebensführung und Existenzberechtigung gestellt.

Nun hat man in der Kriegswirtschaft endlich eine wirksame Handhabe gefunden, das langersehnte Ziel zu erreichen, wenn auch auf Umwegen, mit der beschönigenden Begründung „für eine gerechte Verteilung der Waren und die Hintanhaltung der Preistreiberei zu sorgen". Wie es mit der gerechten Verteilung der Waren, der Materialien, tatsächlich aussieht, ist allgemein bekannt.

Wenn dem Kaufmann, welchem naturgemäß die Vermittlung des Verkehrs zwischen Produzenten und Konsumenten zufiel, durch die staatliche Inanspruchnahme und Verteilung der Waren die Möglichkeit benommen wurde, seine Einkäufe frei wie früher zu besorgen, so wäre jede Einwendung dagegen ungerechtfertigt, angesichts der Knappheit in den meisten Artikeln, angesichts der Wichtigkeit einer einwandfreien Versorgung der Armee.

Wenn aber Wirtschafts- und Konsumvereine, Lebensmittelmagazine, Fabriksbetriebe und Organisationen einseitig, auf Kosten der übrigen Bevölkerung bei der Zuteilung der allernötigsten Bedarfsartikel so begünstigt werden, wie bisher, dann darf man sich an den maßgebenden Stellen nicht wundern, wenn der Glaube an die Gleichbewertung des Volkes allmählich verloren geht.

Während den Gewerbetreibenden seit Jahr und Tag die nötigsten Materialien zur Aufrechterhaltung des Betriebes gänzlich oder zum großen Teile mangeln, wird für die Fabriken und die unter staatlicher Aufsicht stehenden Betriebe alles beschlagnahmt, während diese unter staatlicher Aufsicht florieren und ungeahnte Millionen Gewinn abwerfen, wird der Kleingewerbetreibende dem Untergange preisgegeben oder zum Flickarbeiter degradiert.

Die Gewerbetreibenden der Bekleidungsbranche und der verwandten Gewerbe, die Schneider, Schuhmacher, Sattler, Tapezierer u. a. m. werden mangels Material zur Untätigkeit verdammt, weil deren wichtigste Bedarfsartikel als Leder, Gradl, Futterstoffe, Zwirn, Garn, Nägel 2c. beschlagnahmt und den Großbetrieben zugewiesen wurden, jenen Großbetrieben, die auf den Niedergang des Kleingewerbes hinarbeiten.

Eine treffliche Illustration hierzu bietet die Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten Iro durch den Handelsminister, welcher in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 27. September d. J. erklärte, daß für die Zivilstaatsbediensteten, Briefträger rc. bei der Firma Boduschovsky 130.000 Paar Schuhe bestellt wurden, wovon bereits je 5000 Paar an die Post- und Telegraphendirektionen in Wien, Prag, Linz und Brünn abgegangen sind.

Es wird also nicht nur die Armee, es werden nun auch die Zivilstaatsbediensteten, welche früher zum Großteil beim heimischen Schuhmacher arbeiten ließen, von Staats wegen mit Fabrikserzeugnissen versorgt, die dann erst, weil sie häufig nicht passen, vom ortsansässigen Gewerbsmann umgearbeitet werden müssen.

Zu dieser Arbeit und zur Flickarbeit ist ja der kleine Gewerbsmann gerade noch gut genug.

Dasselbe gilt heute auch für die übrigen Gewerbe und nicht zuletzt für das Handelsgewerbe, das durch die staatliche Bewirtschaftung und die Approvisionierung durch die Gemeinden ausgeschaltet wird und dem man schließlich die geringe Lagerware auch noch beschlagnahmt hat, auch solche Waren, die weder für die Armee noch für die breiten Schichten der Bevölkerung Verwendung finden.

Es wäre von Interesse zu erfahren, wohin alle die beschlagnahmten Waren kommen, die nicht Heereszwecken dienen, darüber Gewißheit zu erlangen, ob alle die Materialien, die die Gewerbetreibenden heute so schwer missen, wirklich alle nur für die Versorgung der Armee gebraucht werden.

Die Gefertigten stellen daher an den Herrn Handelsminister sowie an den Herrn Minister für öffentliche Arbeiten die Anfrage:

„Sind Ihre Exzellenzen geneigt, dem hohen Hause Auskunft darüber zu erteilen, inwieweit die dem Kleingewerbe vorenthaltenen Waren und Materialien für Handelszwecke benötigt werden, ob sie sachgemäße Verwendung finden und ob nicht die zum Fortbetriebe des Gewerbes erforderlichen Mengen abgegeben werden könnten?“

Wien, 5. Dezember 1917.

Zaunegger.
Hauser. Alois Brandl.
Josef Grim. Eisterer.
Georg Baumgartner. Frankenberger.
Parrer. W. Kuhn.
Fink. Leys.
Karl Schachinger. Hötzendorfer.

1706
I

Anfrage

des

Abgeordneten Jan Stapiński und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung und den Herrn Minister des Innern, betreffend einen Übergriff des Rayonskommandos in Jasło.

Eure Exzellenz!

Ich erhalte folgenden Brief von Frau Eugenie Jedlińska, der Ehegattin des Vorstandes der Krakauer Versicherungsgesellschaft in Lemberg:

„Hochgeehrter Herr Abgeordneter!

Ich habe seitens des Rayonskommandos in Jasło ein Unrecht erlitten. Mein Schwiegersohn Dr. Johann Mirminski, Gymnasialprofessor, ist am 1. Oktober d. J. aus Krosno nach Lemberg versetzt worden. Ein Teil seines Proviants ist in Krosno zurückgeblieben. Ich bin darum gefahren und habe an Ort und Stelle beschlossen, Proviant für den Winter einzukaufen. Eine Nichte des Stabsarztes Dr. Uderski ersuchte mich, auch für sie Proviant einzukaufen. Ihr Mann hat sich während des Krieges Rheumatismus zugezogen, liegt in einem Sanatorium und sie, gezwungen, bei einem kranken kleinen Kinde zu bleiben, kann überhaupt nicht hinauskommen. Am 23. Oktober d. J. verließ ich mit dem Abendzug Krosno, um nach Lemberg zu gelangen. Als Mitgepäck (Mitgut) habe ich eine Kiste von 143 Kilogramm aufgegeben, die folgende Artikel enthielt:

15 Kilogramm Schinkenwurst	à K 12·—	K	180·—
18 Kilogramm Speck	„ „ 14·—	„	252·—
3·40 „ Fett	„ „ 18·—	„	61·20
3 „ Rindstalg	„ „ 10·—	„	30·—
95 frische Eier	„ „ —·38	„	36·10
3·30 Kilogramm Schweinslungenbraten		„	22·44
Paradeiser		„	6·—
Kartoffel		„	10·—
30 Kilogramm Mehl	à K —·78	K	23·40
10 „ „	„ „ 1·20	„	12·—
5 „ Weizengries	„ „ 1·16	„	5·80
2 Kilogramm Kukuruz	„ „ —·90	„	1·80
Zusammen		K	640·74
Die Reisespesen mit dem dreitägigen Aufenthalt in Rzeszów und Krosno, mit der Kiste und Verpackung haben mich gekostet		„	380·90
zusammen also		K	1021·64

Am 24. Oktober d. J. gegen 7 Uhr früh kam ich nach Lemberg ohne Heller, da ich den letzten Kreuzer für den Einkauf verausgabt habe. Um so mehr wollte ich die Kiste abholen, da ich kein Geld und Proviant hatte. Die Kiste kam aber nicht. Nach 11 Tage des Wartens und des Reklamierens erfuhr ich von meinem Schwiegersohne, der aus Krosno kam, daß die Kiste konfisziert worden ist. Man hat eine Anzeige an die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Jasło erstattet. Ich fuhr sofort nach Jasło, schilderte dem Herrn Obersten vom Rayonskommando unsere Verhältnisse und die Größe des Verlustes, den wir erleiden müßten, wenn die Kiste nicht zurückgegeben werde. Ich appellierte an seinen Gerechtigkeitssinn und setzte ihm auseinander, daß man mich doch nicht wi einen Händler, wie einen Brotwucherer strafen darf. Wir sind Beamte und ich habe die Ausfuhrbewilligung von der k. k. Bezirkshauptmannschaft gehabt. Der Herr Oberst empfing mich barsch und erklärte, alles sei verkauft und er könne mir dafür bloß 280 K auszahlen. Außerdem sind mir Kleidungs-

stücke und Bettwäsche von hohem Werte zugrunde gegangen. Ich bitte Sie, Herr Abgeordneter, dieses Unrecht dem Herrn Minister zur Kenntnis zu bringen, damit er erfährt, wie bei uns in dieser traurigen Zeit in Galizien gewirtschaftet wird."

Ich erfülle diesen Wunsch der Frau Jedlińska und frage Ihre Exzellenzen den Herrn Minister des Innern und den Herrn Minister für Landesverteidigung:

„1. Sind Ihnen diese Tatsachen bekannt?

2. Sind Sie bereit, die Angelegenheit untersuchen zu lassen und der armen Frau entsprechende Entschädigung zuzubilligen?"

Wien, 29. November 1917.

Lawruk.	Jan Stapiński.
Potoczek.	Madej.
Siwula.	F. Jachowicz.
Klemensiewicz.	Lyszczarz.
Stern.	Kubik.

1707
I

Anfrage

des

Abgeordneten Jan Stapiński und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die eigenartige, Galizien gegenüber geübte Praxis seitens der Enthebungsgruppe des k. k. Ministeriums für Landesverteidigung.

Eure Exzellenz!

Während der letzten Beratungen des Polenklubs mit der Regierung sind öfters Beschwerden laut geworden, daß die Enthebungspraxis des k. k. Ministeriums für Landesverteidigung unserem Lande gegenüber eine engherzige, in vielen Fällen eine ungerechte ist. Die Landwirtschaft des größten Kronlandes wird von der obersten Enthebungsbehörde nicht in diesem Maße berücksichtigt wie es die Sachlage und der hohe Ernst der Zeit erfordern würde. Tausende und Abertausende für die Landwirtschaft wertvoller und unentbehrlicher Kräfte verkümmern in den diversen Militärkanzleien, sind ein Ballast für den Staat und werden auf ganz unverantwortliche Weise dem Lande entzogen.

Viele Fälle, die mir aus den Kreisen meiner Wähler zugekommen sind, habe ich Seiner Exzellenz dem Herrn Landesverteidigungsminister brieflich mitgeteilt.

Heute bekomme ich Nachricht, in welch unbegründeter Weise die Enthebungspraxis den spärlichen Überresten unserer Landesindustrie gegenüber geübt wird.

In Krakau besteht seit 20 Jahren eine registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung des Vereines der Schuhlieferanten für die k. u. k. Armee und die k. k. Landesverteidigung. Die Genossenschaft hat immer die übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft erfüllt und hat zahlreiche Belobungen seitens der zentralen Militärbehörden und des k. k. Monturdepots in Brünn erhalten.

Seit Beginn des Krieges haben sie zahlreiche Bestellungen für die Armee ausgeführt, obwohl die Arbeitsbedingungen ungünstig waren. Die zwangsweise durchgeführte Evakuierung im Jahre 1914 hat dem Verein empfindlichen materiellen Schaden zugefügt. Der Verein muß mit Schwierigkeiten in der Erlangung von Material und mit Transportunzukömmlichkeiten kämpfen. Trotzdem beharrt die Genossenschaft auf dem Posten, um Zeugnis über die Lebensfähigkeit der polnischen Industrie und des polnischen Arbeiters zu geben.

Nun hat man die Genossenschaft aller ihrer Arbeiter nach den diversen Musterungen und Einberufungen entblößt. Es sind kaum einige zurückgeblieben. Die unzähligen Reklamationen und Enthebungsgesuche sind nicht berücksichtigt worden oder sie warten noch ihrer Erledigung. Von Zeit zu Zeit werden seitens des k. u. k. Arbeiterkaders in Troppau einige Arbeiter zugewiesen, aber nur zu dem Zwecke, damit sie nach einigen Wochen, wenn sie etwas besser ernährt werden und etwas erlernt haben, abberufen werden.

Mit welchen Schwierigkeiten die genannte Genossenschaft zu kämpfen habe, beweist nachstehend an das k. u. k. Kriegsministerium eingebrachtes Gesuch:

„Mit Bezug auf unser ergebenstes Ansuchen vom 14. August l. J., betreffs den Vorarbeiter Jakob Zurek und am 29. Oktober l. J. übersendete Verzeichnis, erlauben wir uns folgende Bitte zu unterbreiten:

Mit Erlaß des hohen k. k. Ministeriums für öffentliche Arbeiten vom 13. Juli 1917, Z. 82801, hat die Genossenschaft die Lieferung von 1500 Paar Schuhen und mit Bestellauftrag dieses k. k. Ministeriums vom 23. Oktober 1917, Nr. 2478/7, Verordnung des hohen k. u. k. Kriegsministeriums

13. Abt., Nr. 7340/17, die neue Lieferung von 450 Halbstiefel erhalten.

Da die Lieferungen terminmäßig und in kürzester Zeit zu effektuieren sind, brauchen wir mehrere gut ausgelernte Arbeiter. Infolge aber stattgefundener Musterungen und Einberufungen, haben wir jetzt nur eine sehr geringe Arbeiteranzahl und unter diesen nur einen Enthobenen.

Landsturmmann Jakob Zurek, der schon 15 Jahre als Vorarbeiter bei der Genossenschaft arbeitet, der immer außerordentlich tüchtig und gewandt ist, ist gegenwärtig für die Genossenschaft von größter Bedeutung. Er ist unersetzbar und unentbehrlich und als solcher erscheint er als die wichtigste technische Stütze unserer Fabrik, so daß ohne seine Anwesenheit überhaupt von weiterer regelmäßiger, ordentlicher Arbeit seitens der Gefertigten keine Rede wäre, um so mehr, als die Genossenschaft für ihn gegenwärtig keinen Ersatz zu finden imstande ist.

Die Genossenschaft, die vor dem Kriege über 20 Jahre hindurch permanent ausschließlich mit Lieferungen für die k. k. Landwehr und die k. u. k. Armee, vom Anfang des Krieges ausschließlich für die k. u. k. Armee sich befaßt, wird nach Einrückung des Obgenannten gezwungen, fast die ganze Produktion einzustellen, da die Beendigung der Lieferungen in termingemäßer Zeit ganz unmöglich sein werde, und das geschnittene Material unnütz liegen bleiben müsse, denn nach seiner Einrückung blieben wir ohne Vorarbeiter, der mit allen Maschinen und spezifistischer Einteilung der Arbeit betraut und welcher in jetziger Zeit unersetzlich ist, weil die Hilfskräfte fortwährend gewechselt werden und bei diesem Wechsel immerfort ärgere und minderwertige zurückbleiben.

Aus diesen Gründen ersucht die gefertigte Genossenschaft ergebenst:

Das hohe k. u. k. Kriegsministerium geruhe unser Ansuchen vom 14. August 1917 zu berücksichtigen und Jakob Zurek auf unbestimmte Zeit vom Landsturmdienste zu entheben, um so mehr, als Zurek bei der letzten Überprüfung als waffenuntauglich der Gruppe „C" zugewiesen wurde".

Den Interpellanten liegt es ganz bestimmt fern, diesen Einzelfall zu generalisieren. Aber aus dem reproduzierten Gesuch der Genossenschaft erhellt es über allen Zweifel, daß die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen unseres Landes in der Enthebungsgruppe eine mangelhafte und die Beurteilung der Unentbehrlichkeit der für Industrie und Landwirtschaft notwendigen Kräfte eine engherzige sei. Und so erlauben sich die Interpellanten an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Minister für Landesverteidigung die Fragen zu richten:

„1. Sind dem Herrn Minister obige Tatsachen bekannt?

2. Was gedenkt der Herr Minister für Landesverteidigung zu veranlassen, um diese ungerechte Enthebungspraxis unserem Lande gegenüber in der Zukunft abzustellen?"

Potoczek. Jan Stapiński.
Siwula. Madej.
Ławruk. J. Jachowicz.
Stern. Kubik.
Klemensiewicz. Łyszczarz.

1708
I

Anfrage

des

Abgeordneten Jan Stapiński und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Minister für Landesverteidigung in der Enthebungsangelegenheit des Volksschullehrers Alexander Pykosz, derzeit beim k. k. Landsturmbezirkskommando Nr. 32 (Stabsabteilung), Neusandez, Galizien.

Eure Exzellenz!

Der Volksschullehrer Alexander Pykosz dient seit dem 1. August 1914. Er ist frontdienstuntauglich und für Kanzleidienste gewidmet und derzeit beim k. k. Landsturmbezirkskommando Nr. 32 in Neusandez, Galizien.

Die Gemeinde Dobrynia, wo er die Schule leitet, hat mehrmals Enthebungsgesuche an das Militärkommando in Krakau gerichtet, so am 30. April 1916 zur Z. M. A. 25678/L und am 24. April 1917 zur Z. M. A. 1370/L. Diesen beiden Ansuchen wurde jedoch aus unbekannten Gründen keine Folge geleistet. Mit Zuschrift vom 20. Juli 1917 hat der k. k. Bezirkshauptmann in Jasło den genannten Volksschullehrer verständigt, daß im Sinne des Reskripts des k. k. Landesschulrates vom 9. Juni 1917, Z. 16696/IV, auf Ansuchen der Gemeinde Dobrynia ein Antrag auf Enthebung an das k. k. Ministerium für Landesverteidigung abgegangen sei.

Trotzdem ist bis zum heutigen Tage keine Entscheidung eingelangt.

Es muß bemerkt werden, daß die genannte Schule ganz ohne Lehrer ist und die 190 Volksschulkinder keinen Schutz und keinen Unterricht genießen können. Es sind meistens Soldatenkinder, deren Väter im Felde stehen.

An diesem Beispiel ist deutlich zu erkennen, wie trotz allem guten Willen die Enthebungsvorschriften und die Enthebungspraxis unserem Lande gegenüber geübt werden und welche unbeschreibliche Verwüstung an kulturellen und wirtschaftlichen Gütern die ins Maßlose gehenden Einberufungen unentbehrlicher und unersetzlicher Kräfte anrichten.

Wir bringen diesen Fall zur Kenntnis Eurer Exzellenz und fragen an:

„1. Sind Eure Exzellenz geneigt, der Enthebungsgruppe des k. k. Ministeriums für Landesverteidigung die Weisung zukommen zu lassen, daß der Fall Pykosz schleunigst der Erledigung zugeführt und daß der Mann auf telegraphischem Wege seinem Berufe zugeführt werde?

2. Sind Eure Exzellenz geneigt, in analogen Fällen bei Enthebungsansuchen von Volksschullehrern bei der Enthebungsgruppe auf die durch die Not unseres Volksschulwesens gebotene Eile zu drängen?"

Lasocki.
Madej.
Łyszczarz.
Kubik.
Klemensiewicz.

Jan Stapiński.
Potoczek.
Stern.
J. Jachowicz.
Siwula.

1709
I

Anfrage

des

Abgeordneten Stapiński und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung in Sachen des Landsturmkorporals Jan Szurlej, derzeit k. u. k. Schweres Reserve-Feldartillerieregiment Nr. 204, Batterie 1.

Der Landsturmkorporal Jan Szurlej steht im 50. Lebensjahr, ist Eigentümer eines größeren Grundbesitzes und steht trotzdem fortwährend an der Front.

Infolge Einschreitens der k. k. Bezirkshauptmannschaft Strzyżów ist der Mann auf Antrag des k. k. Ackerbauministeriums bereits zweimal enthoben worden, letztens am 23. Oktober 1917, z. Z. E. G. IV 166971/17.

Der Mann wird trotzdem nicht entlassen, trotz aller Reklamationen seiner Familienangehörigen, trotzdem der Anfragende schon mehrmals den Herrn k. k. Minister über diese unerhörte Benachteiligung eines polnischen Landwirtes in Kenntnis gesetzt hat.

Die Unterzeichneten fragen daher an:

„1. Ist Seine Exzellenz geneigt, seinem Machtwort endlich Geltung zu verschaffen und den Szurlej auf unbestimmte Zeit zu entheben?

2. Ist Seine Exzellenz geneigt, den Mann mit Rücksicht auf sein Alter (49 Jahre) in der Nähe seines Domizils militärisch zu verwenden?"

Madej. — Jan Stapiński.
Potoczek. — J. Jachowicz.
Ławruk. — Kubik.
Stern. — Klemensiewicz.
Łyszczarz — Siwula.

1710
I

Anfrage

des

Abgeordneten Jan Stapiński und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Handelsminister, betreffend die eigenartigen Post- und Telegraphenverhältnisse in Galizien.

Die Post- und Telegraphenverhältnisse in Galizien sind in einen Zustand geraten, der das gesamte wirtschaftliche Leben im Lande unterbindet und von einer Kalamität in eine wahre Katastrophe auszuarten droht.

Niemand verkennt die Schwierigkeiten, vor die die Postverwaltung infolge des Krieges gestellt wurde. Wir kennen die Klagen und Beschwerden über Mangel an geeigneten und verläßlichen Kräften, über die gewaltigen Lücken, die die fortwährenden Einberufungen in die Reihen der Postbeamten gerissen haben, wir sind nicht blind auf alle diese mit dem Kriege verbundenen Tatsachen, aber: Est modus in rebus! Eine Grenze muß es geben, und diese Zustände, diese postalische Wirtschaft im größten Kronlande Galizien sind ein Skandal, der nirgends seinesgleichen findet.

Der Abgeordnete Kolischer hat im Ausschusse eine ganze Blütenlese dieser Postunikate zur Kenntnis des Herrn k. k. Handelsministers gebracht.

Aber die Wirklichkeit stellt alle krasse Beschreibung in den Hintergrund.

Briefe von Lemberg nach Wien wandern vier bis fünf Tage, obwohl die Briefzensur seit 15. November amtlich aufgehoben ist und obwohl auf der Strecke Schnellzüge mit 16 stündiger Fahrtdauer verkehren. Die meisten Briefsendungen gehen verloren und alles in Galizien schickt jetzt Briefe nur rekommandiert, was gewissermaßen eine postalische Strafmaßregel für unser Land bildet.

Telegramme liegen stunden- und zuweilen tagelang bei der Zensur und erst dann wandern sie drei bis vier Tage von Krakau nach Lemberg. Die Postverwaltung hat es sich in den letzten Tagen überhaupt sehr bequem gemacht. Sie nimmt Telegramme auf, zieht die vorgeschriebenen Taxen ein und befördert die Telegramme — „postlich“.

Ich habe soeben ein solches Telegramm bekommen:

Abgeordneter Johann Stapiński,
Parlament.

Wróblik. 414. 1/12. 10. Mil.-Zens. Lemberg.

Bin ohne Lebensmittel, alles requiriert.
Josef Boczar.

Dieses Telegramm wurde also am 1. Dezember um 10 Uhr vormittags in Wróblik aufgegeben und kam ins Parlament am 4. Dezember um 4 Uhr nachmittags, mit dem charakteristischen Vermerk: Postlich eingelangt von Lemberg 3./12.

Dem armen Mann, dem man alles requiriert, nimmt man noch die letzten paar Groschen aus der Tasche für das Telegramm und schickt es als . . . Brief weg! Im Privatleben würde eine solche Handlung als Prellerei gekennzeichnet werden. Aber in Galizien geht es sogar bei der k. k. Postverwaltung an!

Geradezu erschreckende Dimensionen haben die Postdiebstähle angenommen. Niemand traut sich der Post etwas zu übergeben. Es ist direkt beschämend, wie frech die Postpakete erbrochen und geplündert werden.

Der bekannte Strafrechtler, der Lemberger Advokat Dr. Jakob Horowitz hat von einem seiner Verehrer viermal Zigarettensendungen vom Postamt

Reichsrat rekommandiert abgeschickt bekommen. Alle diese rekommandierten Sendungen sind erbrochen und der Inhalt weggestohlen worden und der alte Mann, der das ganze Leben dem Recht und der Gesetzlichkeit lebte, schreibt mit begründeter Erbitterung: „Ich habe von Postdiebstählen vieles gehört, ich habe aber nie angenommen, daß die Diebe mich, der sie so oft mit Erfolg verteidigte, bestehlen werden . . .“

Auch das Telephon ist für die galizische Hauptstadt ausgeschaltet. Warum? Darauf gibt niemand Antwort. Längst ist Lemberg kein Kriegsgebiet, längst sind in Lemberg normale Verhältnisse, aber das Telephon wird nicht dem Publikum übergeben. Eine große Viertelmillionenstadt, eine Stadt mit pulsierendem Handel und Gewerbe muß ohne Telephon auskommen.

Unter diesen Umständen vegetiert auch die Lemberger Presse. Telephonische Verbindung zwischen Lemberg und Wien gibt es keine.

Erst vor kurzem erschien beim Herrn Ministerpräsidenten und beim Herrn Handelsminister eine Abordnung Lemberger Journalisten und ersuchte um Reaktivierung des telephonischen Verkehrs zwischen Lemberg und Wien. Die Herren Minister versprachen Remedur. Es blieb beim Versprechen. Es geschah nichts in dieser Richtung.

Diese Umstände sind für die Dauer unhaltbar. Die Regierung muß hier unbedingt Wandel schaffen. Es muß durch Anstellung genügender Kräfte diese unerhörte Skandalwirtschaft endlich aufhören. Die Postdiebe und Posthyänen müssen mit rücksichtsloser Strenge der Bestrafung zugeführt werden.

Das erheischt nicht nur das Wohl der Öffentlichkeit, aber auch das Dekorum der vielen Tausende braver Postbeamten und Postdiener, die bei der k. k. Post schuften und darben.

Wir fragen daher den Herrn k. k. Handelsminister:

„1. Was gedenkt der Herr Minister zu tun, um die geschilderten Mißstände abzustellen?

2. Wie gedenkt der Herr Handelsminister den sich immer mehr häufenden Postdiebstählen zu steuern?

3. Ist der Herr Handelsminister geneigt, die telephonische Verbindung zwischen Lemberg und Wien herzustellen?“

Lyszczarz.	Jan Stapiński.
Potoczek.	Kubik.
Klemensiewicz.	Madej.
Siwula.	J. Jachowicz.
Lawruk.	Stern.

1711
I

Anfrage

des

Reichsratsabgeordneten Michael Petryckyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister in Angelegenheit einer markanten Ungerechtigkeit und Hintansetzung staatstreuer Soldaten.

Anton Benesch wurde assentiert im Jahre 1915 den 11. März zum Infanterieregiment Nr. 95 und ist am 3. Juni 1915 ins Feld abgegangen. Am 22. Juli 1915 wurde er mit dem übriggebliebenen Rest seiner Kompagnie in russische Gefangenschaft genommen und nach dem Katherinoslauer Gouvernement überführt, von wo er am 1. September 1915 entwichen ist. Nach einer Woche wurde er doch von Russen unterwegs schon an der rumänischen Grenze festgenommen und dann strafweise nach Turkestan in der Nähe von Persien verschickt. Den 7. November 1915 ist er von dort wiederum entwichen und durch das denkbar schwierigste Terrain, Felsen und Wüste, ohne jede Kenntnis der Gegend, ist es ihm schließlich gelungen, die persische Grenze zu erreichen. Zweimal noch vor der Grenze ist er mit größter Not der russischen Grenzpatrouille glücklich entgangen. Jetzt hat er einen wahren Kreuzweg durch Persien begonnen durch öde Gegenden, ohne jede Nahrungs- sowie Geldmittel, kein persisches Wort verstehend und noch dazu an heftigen rheumatischen Schmerzen, die er sich in schändlichen Gefangenenbaracken zugezogen hat, stark leidend. Unterwegs nach Teheran hat er den österreichisch-ungarischen Reserveleutnant Boguslaw Szafzkewycz, Ukrainer, vom Infanterieregiment Nr. 58 (der Kader des Infanterieregiments Nr. 58 befindet sich derzeit in Lublin, Russisch-Polen) begegnet, dem es auch gelungen ist, aus russischer Gefangenschaft nach Persien zu entweichen. In Teheran ist er am 7. Dezember 1915 angekommen und hat sich sofort beim österreichisch-ungarischen Militärattaché Oberst Heller gemeldet. Von Russen bedroht, mußten die Österreicher von Teheran sich flüchten und anfangs Jänner 1916 sind sie nach der Stadt Ispahan gekommen, wo der genannte Anton Benesch mit anderen sich bei der dortigen deutsch-persischen Militärmission meldete, von welcher er als Meldereiter und Instrukteur persischer Soldaten angestellt wurde. Dortselbst war als sein Kompagniekommandant der österreichisch-ungarische Oberleutnant Karl Napravil (jetzt befindet sich derselbe bei der 9. Ersatzeskadron in Tarnów), der gleichfalls aus russischer Gefangenschaft nach Persien entwichen ist. Von dem Oberleutnant Karl Napravil wurde er zum wirklichen Korporal befördert, was der deutsche Oberst Bopp bestätigt hat. Nachdem Anton Benesch an Malaria erkrankt war, hat er um seine Abschickung nach Österreich gebeten. Anfangs Mai 1916 ist er nach Konstantinopel gekommen und vom dortigen k. u. k. Militärbevollmächtigten Generalmajor Pomiankowski mit dem Akt Mb. Nr. 1250/690 vom 16. November 1916 zur Dekorierung mit der Silbernen Medaille 1. Klasse vorgeschlagen worden. Ferner mit den Akten Nr. 9938/17 und Nr. 3523/17 wurden ihm seine Charge des wirklichen Korporals und eine Geldprämie zuerkannt. Am 18. Mai 1916 ist er zu seinem Kader des Infanterieregiments Nr. 95 in Mährisch-Schönberg eingerückt, wo mit ihm wiederum ein Protokoll aufgenommen wurde. Trotz alledem wurde er in seinem Kader zu der Gruppe politisch unverläßlicher Soldaten eingeteilt und als solcher am 18. Juni 1916 mit dieser Gruppe an ein fremdes Regiment an die italienische

Front fortgeschickt, ohne Charge, als Infanterist, ohne Medaille und ohne Prämie! Jetzt befindet er sich an der italienischen Front bei der k. k. Standschützenkompagnie Cles, Feldpost 611.

Flaszczuk Basil wurde im November 1914 zum Infanterieregiment Nr. 95 assentiert und ist im Dezember 1914 ins Feld abgegangen. Im Felde war er bis zum 25. August 1915, an welchem Tage er mit seinen Kriegskameraden in russische Gefangenschaft genommen wurde. Von der Gefangenschaft ist es ihm in kurzer Zeit durchzugehen gelungen und wiederum zu seinem Regiment zurückzukehren. Doch sein Regimentskommando hat ihn dem Militärgerichte übergeben nach Mährisch-Ostrau. Von demselben wurde er freigesprochen, da er gar keine Schuld begangen habe, und zum Kader des Infanterieregiments Nr. 95 geschickt. Im Kader hat er sich infolge der Verlautbarung seines Kompagniekommandos zwecks Erlangung der versprochenen Geldprämie für die Flucht aus russischer Gefangenschaft gemeldet. Doch anstatt einer Prämie wurde er nach einigen Tagen zu politisch Unverläßlichen eingeteilt und als solcher mit diesen an ein fremdes Regiment an die italienische Front fortgeschickt, wo er sich jetzt bei der k. k. Standschützenkompagnie Cles, Feldpost 611, befindet.

Franz Opaliński hat gedient in Friedenszeit drei Jahre, 1902 bis 1905, beim Ulanenregiment Nr. 13 und ist am 1. August 1914 in dieses Ulanenregiment Nr. 13 eingereiht worden. Im September 1914 ist er ins Feld abgegangen. Im Felde war er bis zum Mai 1915, in welchem Monat er in russische Gefangenschaft samt seinen Kriegskameraden genommen wurde. Nach einigen Tagen desselben Monats ist er aus der Gefangenschaft entwichen und zu seinem Ulanenregiment Nr. 13 wiederum zurückgekehrt und verblieb weiter in der Schwarmlinie bis Weihnachten 1915. Von Weihnachten 1915 bis zum 19. März 1916 war er mit seiner Eskadron in der Reserve bei Brody. An diesem Tage wurde er zum Kader des Infanterieregiments Nr. 55 und von dort wiederum nach 14 Tagen zum Kader des Infanterieregiments Nr. 95 transferiert. Hier wurde er als von russischer Gefangenschaft seinerzeit Zurückgekehrter zu den politisch Unverläßlichen eingeteilt und mit ihnen an ein fremdes Regiment an die italienische Front geschickt, wo er bis heute bei der k. k. Standschützenkompagnie Cles, Feldpost 611, sich befindet.

Johann Bojko wurde am 1. August 1914 zum Infanterieregiment Nr. 41 assentiert und im September 1914 zum Infanterieregiment Nr. 95 transferiert. Im Februar 1915 ist er ins Feld abgegangen, wo er am 8. März 1915 schwer verwundet, im linken Fuß und in der linken Hand, außerdem einen Kopfstreifschuß erlitten hat und von den Russen gefangengenommen wurde. Nach drei Monaten gelang es ihm, aus dem russischen Spital in Sokal zu entweichen und zum Kader des Infanterieregiments Nr. 95 zu kommen. Vom Kader wurde er zum zweitenmal im August 1915 an die russische Front geschickt, wo er bis zum März 1916 war und schwer verwundet in der rechten Hand ins Spital, dann zum Kader gekommen ist. Aber jetzt wurde er zu politisch Unverläßlichen eingeteilt und an die italienische Front geschickt, wo er bis jetzt bei der k. k. Standschützenkompagnie Cles, Feldpost 611, sich befindet.

Daher stellen die Gefertigten an Seine Exzellenz die Anfragen:

„1. Sind Seiner Exzellenz diese Tatsachen bekannt?

2. Was für Maßnahmen gedenkt Seine Exzellenz zu treffen, um diese krassen Ungerechtigkeiten sofort abzuschaffen?"

Michael Petryckyj.
Budzynowskyj. — Dr. Petruszewycz.
Dr. Trylowskyj. — Dr. Leo Baczyńskyj.
Dr. W. Baczyńskyj. — Leo Lewickyj.
Dr. Eugen Lewickyj. — Lawruk.
Dr. Okunewskyj. — Onyszkewycz.
Dr. Kolessa. — Stefanyk.
Smal-Stockyj. — Dr. Holubowycz.

1712
I.

Anfrage

des

Abgeordneten Michael Petryckyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister in Angelegenheit der gewalttätigen Ungerechtigkeit gegenüber den Familien eingerückter Soldaten.

Katharina Popel, in der Gemeinde Towstenke, Bezirk Husiatyn, Gattin des Landsturmsoldaten Paul, und Rosalie Miszczanczuk von der Gemeinde Majdan, Gattin des Landsturmsoldaten Michael, beide Frauen leidend und mit kleinen Kindern, wurden von deutschen Soldaten aus ihren Wohnhäusern vertrieben und in einem Viehstall zu wohnen angewiesen, ungeachtet dessen, daß der Winter herankommt. Über ähnliche, äußerst traurige Vorfälle werden leider zahlreiche Klagen von meinem Wahlkreis erhoben.

Daher stellen die Gefertigten an Seine Exzellenz die Anfrage:

„1. Sind diese unerhörten Umtriebe Seiner Exzellenz bekannt?

2. Welche Maßnahmen gedenkt Seine Exzellenz zu treffen, um solchen höchst ungerechten Gewaltakten ein Ende zu machen?"

Dr. Eugen Lewickyj.
Dr. Okunewskyj.
Onyszkewycz.
Lawruk.
Leo Lewickyj.
Dr. Trylowskyj.
Dr. Holubowycz.

Michael Petryckyj.
Dr. Petruszewycz.
Budzynowskyj.
Stefanyk.
Dr. Lew. Baczyńskyj.
Dr. Kolessa.
Dr. Wlad. Baczyńskyj.

1713
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Lew Baczynśkyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Justizminister, betreffend die auffallend milde Behandlung des Oberlandesgerichtsrates Brzozowski durch den Disziplinarsenat des Lemberger Oberlandesgerichtes und des Obersten Gerichtshofes.

Die Äußerung des Oberlandesgerichtsrates Brzozowski: „Die Ruthenen sind Schweine, die Ukrainer lauter Gesindel" die er in einem Restaurant ohne jeden Anlaß als Text eines Liedchens gesungen hat, wurde von den betreffenden Disziplinarsenaten als bloße Ordnungswidrigkeit qualifiziert und mit der Strafe des Verweises geahndet.

In der Beantwortung unserer am 10. Juli 1917 gestellten Anfrage, meinte Seine Exzellenz der Herr Justizminister behaupten zu können, „daß darin keine willkürlich von den Vorschriften der Gesetze abweichende Behandlung dieser Angelegenheit erblickt werden könne, weil hierbei für die erkennenden Senate die Erwägung maßgebend war, daß Oberlandesgerichtsrat Brzozowski eine feindliche Gesinnung gegen die ukrainische Bevölkerung nie verraten und auch sonst in keiner Weise deren Vertrauen zu seiner Amtstätigkeit erschüttert habe, daß er bisher durch sein Verhalten in und außer dem Amte kein Bedenken rücksichtlich seiner Unparteilichkeit auftauchen ließ, weshalb angenommen werden müsse, daß er sich nur momentan vergessen habe und mit Bestimmtheit zu erwarten sei, daß er bei der Erfüllung seiner Amtspflichten getreu dem Diensteide und unparteiisch seines Richteramtes walten und künftighin auch außer Amt immer durch taktvolles Benehmen das Ansehen seines Standes zu wahren wissen werde".

Wir fragen aber, auf welcher Grundlage Seine Exzellenz zu diesen Annahmen gelangen konnte? Denn wir wissen genau, wie solche heikle Angelegenheiten in Galizien untersucht zu werden pflegen und deswegen wagen wir zu behaupten, daß die Frage der Unparteilichkeit, beziehungsweise des früheren, angeblich korrekten Verhaltens des Oberlandesgerichtsrates Brzozowski der ukrainischen Bevölkerung gegenüber im Laufe des Disziplinarverfahrens überhaupt nicht ventiliert, daß Brzozowski nicht einmal gefragt wurde, wieso er auf die Idee kam, in einem Restaurant ohne jeden Anlaß das erwähnte Liedchen zu singen, und daß auch er selbst sich nicht darauf berief, er habe sich nur momentan vergessen.

Von alldem kann sich Seine Exzellenz der Herr Justizminister aus den fraglichen Disziplinar akten leicht überzeugen, und diese in die Augen springenden Umstände hätten vor ihm nicht verschwiegen bleiben sollen.

Was bedeutet übrigens die Phrase: Brzozowski habe sich nur momentan vergessen? Wird dadurch die Tatsache ungeschehen gemacht, daß er seine gehässige Gesinnung und seine Verachtung der ukrainischen Bevölkerung gegenüber vollkommen klar an den Tag legte? Oder kann er deswegen einen Anspruch auf das Vertrauen der ukrainischen Bevölkerung in seine richterliche Unparteilichkeit erheben? Die Herren Mitglieder der betreffenden Disziplinar-

senate würden gewiß niemanden zum Schiedsrichter in ihrer Angelegenheit bestellen, der sie „nur in momentaner Vergessenheit“ Schweine und Gesindel genannt hätte, und würden ein für allemal jedes Vertrauen in seine Unparteilichkeit ihnen gegenüber verlieren.

Mit welchem Recht erwarten sie daher und zwar „mit Bestimmtheit“, daß Brzozowski künftighin der ukrainischen Bevölkerung gegenüber unparteiisch seines Richteramtes walten werde?

Aus allen diesen Umständen erhellt sonach zur Genüge, daß die fragliche Untersuchung entweder auf nationale Parteilichkeit oder aber auf ein solches geistiges Gebrechen der Mitglieder der betreffenden Disziplinarsenate zurückgeführt werden muß, welches sie zur Ausübung ihres Amtes untauglich macht.

Mit Rücksicht darauf wiederholen die Gefertigten die bereits am 10. Juli 1917 an Seine Exzellenz den Herrn Justizminister gerichtete Anfrage, und indem sie ausdrücklich betonen, daß die darin enthaltenen Vorwürfe weder gegen den Obersten Gerichtshof als solchen, noch gegen dessen Präsidium gerichtet waren, welches solche Folgen der zufälligen Zusammensetzung des bezüglichen Disziplinarsenates nicht voraussehen konnte, fragen sie überdies:

„Was gedenkt Seine Exzellenz der Herr Justizminister anzuordnen, damit ihm künftighin in ähnlichen Angelegenheiten verläßliche und genaue Berichte erstattet werden?“

Stefanyk.	Dr. Lew Baczyńskyj.
Dr. Petruszewycz.	Dr. Wladimir Baczyńskyj.
Dr. Holubowycz.	Budzynowskyj.
Dr. Cehelskyj.	Dr. Smal-Stockyj.
Petryckyj.	E. Pohoreckyj.
Kolessa.	Leo Lewickyj.
Tusar.	Lawruk.
Dr. Korošec.	Okunewskyj.

1714
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. E. Bobrowski und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die ungerechte und vorschriftswidrige Behandlung der der Armee zugeteilten Ärzte der polnischen Legion.

In der 37. Sitzung der XXII. Session des Abgeordnetenhauses ist am 13. November 1917 eine Anfrage eingebracht worden, betreffend die vorschriftswidrige und höchst ungerechte Behandlung der Legionsärzte, welche zur k. u. k. Armee transferiert worden sind.

In der Übersetzung dieser in polnischer Sprache verfaßten Interpellation sind zwei Worte, und zwar das Wort „sierżant“ als Fähnrich statt Feldwebel und das Wort „podporucznik sanitarny“ als Assistenzarzt statt Sanitätsleutnant fehlerhaft angegeben, was den Wortlaut der Anfrage und den Grad des geschehenen Unrechtes entstellt.

Bis zum heutigen Tage ist weder eine Beantwortung der Anfrage erschienen noch eine Aufhebung dieser unerträglichen Schikanen veranlaßt worden, im Gegenteil ist ein neuer Fall zur Kenntnis gelangt, wo ein diplomierter Arzt zum Wachtmeister — ohne irgendeine Untersuchung noch Urteil degradiert wurde.

Es handelt sich um den ehemaligen Legionsoberleutnant Dr. Bolesław Wieniawa Długoszewski, welcher sich jetzt im Krankenstande des k. u. k. Garnisonsspitals Nr. 15 in Krakau befindet.

Obwohl sich Genannter persönlich im Landwehr-Ergänzungs-Bezirkskommando in Krakau wie auch beim Stadtkommandanten Exzellenz Zalewski als Arzt meldete, obwohl er eine Abschrift seines ärztlichen Diploms dem Kommando des Festungsspitals Nr. 5 und dem Obersten Blassier im Landwehr-Ergänzungsbezirkskommando überreichte, obwohl er im Oktober 1917 ein Gesuch um Verleihung der gebührenden Charge an das k. k. Ministerium für Landesverteidigung richtete, ist in den letzten Tagen ein Befehl erschienen, laut welchem Dr. med. Długoszewski die Abzeichen eines Wachtmeisters anzulegen habe.

Sowohl in diesem Fall, wie auch in dem in der vorigen Anfrage geschilderten Falle des Dr. Kucharski erblicken wir einen krassen Mißbrauch der Militärgewalt, ein System ungerechter Schikanen, wie auch eine ungerechte und unbegreifliche Mißhandlung von Ärzten, welche mit großem Nutzen im Militär- oder Zivildienst angestellt werden könnten.

Dieses unerhörte Unrecht trifft ehrenhafte Offiziere, welche drei Jahre hindurch ihren Dienst ausgezeichnet im Felde ausübten und weder gerichtlich noch ehrenrechtlich bestraft worden sind.

In Anbetracht dessen fragen die Unterzeichneten:

„1. Sind Seiner Exzellenz die geschilderten Fälle bekannt?

2. Ist Seine Exzellenz geneigt, dieses ungerechte System sofort einzustellen und den mißhandelten Ärzten die volle Satisfaktion zu verleihen?“

Wien, 4. Dezember 1917.

Rychlik.	Dr. Adolf Groß.	Jabłoński.	Dr. Emil Bobrowski.
Haller.	Śliwiński.	Daszyński.	Moraczewski.
Michejda.	Gallik.	Tertil.	Zygm. Klemensiewicz.
Dr. Wróbel.	Średniawski.	Dr. Marek.	Reger.
St. Biały.	Dr. Kolischer.	Dębski.	Diamand.

1715
―――
I

Anfrage

der

Abgeordneten Forstner, Dr. Schacherl und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend unlautere, betrügerische Manipulationen bei den militärischen Baubehörden.

Vor dem Heeresdivisionsgericht in Graz hat am 27. und 28. November 1917 eine Verhandlung gegen einen, des Betruges angeklagten Oberleutnant stattgefunden, in deren Verlauf mit einer jeden Zweifel ausschließenden Sicherheit festgestellt wurde, daß es bei den militärischen Baubehörden allgemeine Gepflogenheit sei, ordnungswidrige, betrügerische Manipulationen durch Verrechnung gefälschter Lohnlisten zu betreiben, daß die Vorgesetzten in einem bestimmten Falle, und zwar betrifft diese Manipulation das Kriegsgefangenenlager in Freistadt, nicht nur davon gewußt und es gebilligt, sondern sogar noch Unterweisungen über die Verrechnungsform und Höhe der zu unterschlagenden Beträge gegeben haben. Der des Betruges angeklagte, überwiesene und geständige Oberleutnant wurde von der Anklage freigesprochen und sofort auf freien Fuß gesetzt, weil, wie der Verhandlungsleiter Hauptmann-Auditor Grünspan in der Begründung ausführte „subjektiv jedes Schuldmoment fehle, während objektiv die strafbare Handlung im Sinne der Anklage erwiesen war. Dem Angeklagten mangelte jede betrügerische Absicht, er war von dem Bewußtsein beseelt, wenn auch eine ordnungswidrige, so doch eine von oben tolerierte Handlung zu begehen. Er hatte, wo immer er sich erkundigte, wo immer er ein Beispiel sah, den Vorgang so gesehen, wie er ihn selbst übte. Er hat sich bei seinen Vorgesetzten in Linz erkundigt und von dort nicht nur die Bewilligung oder gar den Auftrag erhalten, es so zu machen, sondern sogar Instruktionen, wie es zu machen sei. Er hat dieses System in Freistadt von der Generalität gebilligt gesehen und da konnte ihm doch wohl das Bewußtsein nicht überkommen, daß es ein Betrug sein könnte.

Die Verhandlung hat allerdings einen tiefen Einblick in das militärische Verrechnungswesen gestattet. Er konnte wohl mit Recht glauben, daß seine vorgesetzte Behörde seine Handlung gebilligt und damit einverstanden war, weil es doch, wie das Beweisverfahren in einer, alle Zweifel ausschließenden Weise ergab, ein allgemein üblicher Usus war. Es fehle daher der nach dem § 1 des Militärstrafgesetzes zum Schuldspruch nötige verbrecherische Dolus, weshalb mit einem Freispruch vorgegangen werden mußte."

Nach einem ziemlich umfangreichen Bericht des „Arbeiterwille" in Graz handelte es sich um folgendes:

Der Landsturmoberleutnant Horsky, Chef der Gebäudeverwaltung im Kriegsgefangenenlager in Freistadt, hat beim Bau eines Schweinestalles, einer Bäckerei, bei der Eindeckung des Schloßturmes und bei der Verkleidung der Postbaracke das Ärar um nachweisbar 2518 K geschädigt, indem er falsche Listen führen ließ, in welchen mehr Russen als Arbeiter angegeben wurden, als tatsächlich bei den genannten Bauten gearbeitet hatten. Diese Listen mußte über seinen Befehl der Feldwebel Gustav Köhler verfertigen. Von den 2518 K hatte der Angeklagte 1461 K für sich behalten, 708 K bekam der Landsturmleutnant Ingenieur Slezak und 349 K der Feldwebel Köhler. Feldwebel Köhler ging scheinbar auf die Sache ein, weil er ja die Befehle befolgen mußte, machte sich jedoch Notizen und deponierte die empfangenen Geldbeträge bei einem Notar in Wien.

Der Angeklagte verantwortete sich dahin, daß ihm Oberoffizial Marx von der Bauamtsabteilungsfiliale in Linz durch Leutnant Slezak mitteilen ließ, daß er nur einer allgemeinen Gepflogenheit folge, wenn er die Listen fälsche. Oberleutnant Horsky hat die fiktiven Listen durch Leutnant Slezak der vorgesetzten Behörde nach Linz zur Prüfung geschickt und als dieser die Rechnungen am nächsten Tag

wieder gebracht habe, sei daran nichts geändert gewesen und mußte er daraus folgern, daß die Bauamtsabteilungsfiliale in Linz diese Verrechnungsart billige. Eines Tages sei Major Franke von der Bauamtsabteilungsfiliale in Linz nach Freistadt gekommen und habe ihm spontan gesagt, die Rechnung über die Turmeindeckung bei der Schloßkaserne komme zurück, und zwar zu dem Zweck, um statt der vielen fiktiv geführten Russen, einen Zivilarbeiter einzusetzen. Der Angeklagte fragte den Major Franke, ob denn das erlaubt sei, worauf Major Franke antwortete: „Gewiß, wir machen es ja auch so“. Auf die Frage des Angeklagten, ob denn das bei der Bauleitung in Innsbruck nicht auffallen werde, erwiderte Major Franke: „Nein, das ist ja allgemein üblich.“ Ferner gab der Angeklagte an, daß ihm Major Franke gesagt habe, „daß die Verrechnung der Bauzulagen auf solche Art erfolgen könne, das kann in Innsbruck nicht auffallen, denn das ist ein allgemeiner Usus. Wenn die Akten durch meine Kanzlei gegangen sind, dann ist die Sache in Ordnung. Das machst nicht nur Du so und nicht nur ich, das machen alle Baukanzleien so.“ Ferner gab der Angeklagte noch an, daß die Einführung von fiktiven Listen nicht seine Schöpfung sei, daß sie alt ist und sich auf alle Körperschaften erstrecke, die mit Kriegsgefangenen zu tun haben. Wenn in Freistadt ein Unteroffizier Zulagen bekommen hat, so sind einfach Spesen für fünf Russen verrechnet worden. Auch zwei Hauptleute, welche einmal nach Freistadt gekommen sind, haben ihm gesagt, man müsse einfach ein paar Russen mehr verrechnen, um diverse Spesen hereinzubringen. Der Rechnungsunteroffizier Feldwebel Köhler sagte, daß die unredlichen Manipulationen durch Herstellung von falschen Arbeitslisten mit Wissen und Einwilligung der vorgesetzten Baubehörde in Linz durchgeführt wurden. Ferner gab Feldwebel Köhler als Zeuge an, daß Major Franke gesagt habe, „ihr wäret dumm, wenn ihr nichts nehmen würdet.“

Es wurde ferner festgestellt, daß Major Franke dem Feldwebel Weichselberger befohlen habe, den Feldwebel Köhler zu instruieren, wie die falschen Listen gemacht werden sollen. Feldwebel Weichselberger sagte als Zeuge aus, daß selbst die höchsten Behörden Akten an die Unterbehörden zum Umarbeiten zurücksenden, das heißt, es werden aus Kriegsgefangenen teure Zivilarbeiter gemacht. Dieser Zeuge sagte auch aus, daß Gelder, die beispielsweise für vier Soldaten bestimmt waren, zwischen acht Unteroffizieren aufgeteilt wurden.

Zeuge Leutnant-Rechnungsführer des Kriegsgefangenenlagers in Freistadt, Johann Lillich, sagte aus, daß ganze Partien Kriegsgefangener nicht existierten, sondern einfach falsch geführt wurden. Es habe ein sogenannter „schwarzer Fonds“ existiert, der aus Provisionen, die die Lieferanten bezahlten, gespeist wurde. Aus diesen Fonds seien Unteroffizieren Zulagen gegeben worden. Um diese Zulagen auszahlen zu können, hat der Oberst erklärt: „Verrechnen wir halt ein paar Russen mehr“.

Diese Feststellungen lassen in einen Abgrund von Verbrechen blicken. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, vernehmen zu müssen, daß die widerrechtliche Entnahme von Geld aus den Amtskassen und die Einschiebung gefälschter Listen ein, von der Generalität geduldeter Usus ist. Ungeheuerlich ist auch, daß ein solches Verbrechen straffrei macht. Wie sieht dagegen die Härte aus, mit der Mannschaftspersonen gerichtet werden? Es hat den Anschein, als ob der Krieg alle Gesetze der Sittlichkeit außer Kurs gesetzt hätte. Das Mißtrauen, das Mannschaftspersonen gegen ihre Vorgesetzten haben, ist also sehr gerechtfertigt und die Entrüstung des Herrn Landesverteidigungsministers bei Beantwortung von Interpellationen über eventuelle Mißbräuche ist durchaus nicht am Platze. Die Bevölkerung hat ein Recht, Gewißheit darüber zu erlangen, wie mit den von ihr aufgebrachten Geldern von seiten der Militärverwaltung gewirtschaftet wird.

Die Gefertigten stellen demnach die Anfragen:

„1. Ist der Herr Minister geneigt, zu veranlassen, daß durch eine strenge Untersuchung in dem vorliegenden Falle alle Schuldigen, ohne Unterschied des Ranges, festgestellt und vor die zuständigen Gerichte gestellt werden?

2. Ist er geneigt, unverzüglich strenge Maßnahmen zu ergreifen, um die von der Bevölkerung unter schweren Mühen aufgebrachten Gelder vor verbrecherischen Zugriffen zu schützen?“

Wien, 5. Dezember 1917.

August Forstner.

Jos. Tomschik.	F. Skaret.	Dr. K. Renner.	Dr. Schacherl.
Volkert.	David.	K. Seitz.	Hillebrand.
Polke.	Josef Pongratz.	Seliger.	Eingr.
Sever.	Schäfer.	Pernerstorfer.	Bretschneider.
Ellenbogen.	Muchitsch.	L. Widholz.	Max Winter.
Resel.	Glöckel.	Rudolf Müller.	Smitka.

1716
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Emil Kraft und Genossen an den k. k. Minister des Innern Grafen Friedrich v. Toggenburg, betreffend die Krankenhausverpflegskosten für zahlungsunfähige Angehörige des Königreiches Galizien.

Der ziemlich erhebliche Zuzug von nach Galizien zuständigen Personen bringt es mit sich, daß einen größeren Prozentsatz der Krankenhauspfleglinge, als dies in Friedenszeiten der Fall war, nach Galizien zuständige Zahlungsunfähige ausmachen. Da die Erlangung der Ausstellung eines Armutszeugnisses für nach Galizien zuständige Personen mit den größten Schwierigkeiten verbunden und in den wenigsten Fällen zu erreichen ist, andrerseits aber auch bei Erlangung eines legalen Armutszeugnisses seitens des galizischen Landesausschusses schon seit langem eine Liquidation der Verpflegskosten nicht stattfindet, so sind die bezüglichen Verpflegskostenrückstände zahlreicher Krankenhäuser im Laufe der Zeit bereits auf eine ziemliche Höhe angewachsen. Nachdem dies jedoch auf die Dauer nicht angängig ist und unter diesem Übelstande beinahe sämtliche Krankenhausverwaltungen leiden, gestatten sich die Unterzeichneten an Eure Exzellenz die Frage zu richten, „auf welche Weise diese Verpflegskosten zur Deckung gebracht werden sollen?"

E. Kraft.
Wedra.
Dr. Schürff.
Dr. Erler.
Dr. Kofler.
Denk.

Dr. Waber.
Kittinger.
Richter.
Beyer.
Erb.

1717
―
I

Anfrage

des

Abgeordneten Kroy und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Justizminister wegen ungerechtfertigter Beschlagnahme eines Artikels des „Deutschen Volksboten“ in Görkau über den Unmut der Görkauer Bevölkerung wegen der mangelhaften und willkürlichen Lebensmittelversorgung in Görkau.

Der „Deutsche Volksbote“ schreibt in seiner Folge 48 vom 30. November 1917:

„Zuckerrevolte in Görkau. Anläßlich des gänzlichen Ausbleibens des Zuckers zeigte sich in allen Schichten unserer Bevölkerung bereits vor 14 Tagen eine tiefgehende Bewegung des Unmutes, welche sich endlich vergangenen Freitag, den 23. d. M., in offener Empörung Luft machte. Um die neunte Stunde vormittags kam es vor dem hiesigen Lebensmittelamte und am Marktplatz zu großen Ansammlungen von Hausfrauen aus allen Kreisen, wobei es alsbald sehr laut herging. Ohne Scheu und Zurückhaltung wurde die Fahrlässigkeit der zuständigen Verwaltungsbehörde kritisiert, und als die Menge dabei des Leiters unseres Lebensmittelamtes, Herrn Richard Pohl, ansichtig wurde, bestürmte man denselben unter Hinweis auf den nunmehr unerträglich gewordenen Zuckermangel. In Anbetracht der steigenden Erbitterung der Menge trat unser Wirtschaftsrat mit der politischen Sicherheitsbehörde in telephonische Verbindung und siehe da — der Zucker, auf den die Bevölkerung schon seit Wochen lauerte, war auf einmal zur Stelle! Wo er plötzlich auftauchte oder bislang „reserviert“ war, entzieht sich unserem Wissen, ist aber auch weniger von Bedeutung als der Umstand, daß es die Behörde tatsächlich erst auf die Selbsthilfe der Bevölkerung ankommen läßt. Soll dieser Vorgang etwa zum System erhoben werden? Dann danken wir schön für die gesetzlich gewährleistete Lebensmittelfürsorge! Ein anderes Mal kennen wir den Weg, den wir zu gehen haben, um unser Recht zu finden. Dabei können wir aber nicht garantieren, daß die Sache immer so glatt abläuft.“

Der Artikel verfiel dem Rotstift der Staatsanwaltschaft.

„Gedenkt der Herr Minister die ihm unterstehenden Organe anzuweisen, nicht durch Beschlagnahme derartiger Artikel die berechtigte und notwendige Kritik unserer Lebensmittelversorgung zu unterbinden?“

Wien, 4. Dezember 1917.

Al. Rieger.
Dr. Herold.
Kroy.
K. Schürl.
Dr. v. Mühlwerth.
Hummer.
F. Bernt.
K. H. Wolf.
Dr. F. Wichtl.
Pacher.
Kopp.
Kraus.
Dr. Bodirsky.
Dr. Roller.
Felzmann.
Dr. Kindermann.
Dr. Michl.
Frz. Schreiter.
Kasper.

1718
I

Anfrage

des

Abgeordneten Kroy und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Eisenbahnminister, wegen Einführung eines Schülerzuges oder Umgestaltung eines regelmäßig von Wiesa-Oberleutensdorf nach Brüx verkehrenden Güterzuges in einen gemischten Zug behufs Beförderung der Schuljugend.

Eure Exzellenz!

In der Stadt Oberleutensdorf, Bezirk Brüx in Böhmen mit mehr als 10.000 Einwohnern, befindet sich keine höhere Lehranstalt, oder Mittelschule. Es werden deshalb die in der nächst gelegenen Stadt Brüx bestehenden Anstalten als: k. k. Staatsrealgymnasium, Handelsschule, Vierte Bürgerschulklasse usw. von der studierenden Jugend (80 an der Zahl) besucht. Bisher konnten die Schüler und Schülerinnen mit der elektrischen Straßenbahn nach Brüx gelangen und früh rechtzeitig in den betreffenden Anstalten eintreffen. Seit längerer Zeit jedoch sind die Verhältnisse im Verkehre auf der Elektrischen so schlecht geworden, daß zufolge des Mangels einer entsprechenden Anzahl von Motorwagen und der damit verbundenen Überfüllung der noch verkehrenden Wagen die Benützung dieses Verkehrsmittels fast ganz unmöglich ist. Denn entweder findet die studierende Jugend wegen der Überfüllung keinen Platz, oder aber es treten nach langem langem Warten — nicht selten über zwei Stunden — große Verspätungen ein. Und nicht genug damit, es droht sogar und zwar unausbleiblich beim Eintritte der Winterszeit und schlechter Witterung die vollständige Einstellung des Verkehres. Dies bedeutet jedoch sowohl für die Schüler, als auch für deren Eltern einen gewaltigen, geradezu unberechenbaren Schaden, da einerseits — abgesehen vom großen Zeitverluste — der Mangel an Kleidung und Schuhwerk die Gesundheit der Jugend gefährdet; andererseits die überwiegende Mehrzahl der Eltern in Rücksicht auf die herrschende Teuerung und große Nahrungsmittelnot die Kosten nicht zu erschwingen und zu leisten imstande ist, die ein Außerhausgeben verursachen.

Nun ist die Möglichkeit eines regelmäßigen und klaglosen Verkehres mit Brüx durch die k. k. Staatsbahn von der Station Wiesa aus geboten.

Die Gefertigten fragen Seine Exzellenz:

„Ob er geneigt ist, unverzüglich Weisungen zu erlassen, daß entweder ein eigener Schülerzug um 7 Uhr früh von Wiesa-Oberleutensdorf nach Brüx abgehe oder wenn dies undurchführbar, daß einem Lastzuge, welcher zur angegebenen Zeit von Wiesa abgeht, einige Personenwagen angeschlossen werden?"

Wien, 4. Dezember 1917.

Bodirsky.	Dr. Roller.	K. H. Wolf.	Kroy.
Felzmann.	Hummer.	Kaspar.	Kopp.
Fr. Schreiter.	K. Schürl.	F. Bernt.	Dr. Kindermann.
Dr. Michl.	Kraus.	Pacher.	Dr. Herold.
Al. Rieger.	Dr. F. Wichtl.		Mühlwert.

1719
——
I

Anfrage

des

Abgeordneten Leopold Pongratz und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ernährungsminister v. Höfer, betreffend den Obst- und Rübenverkehr im Bezirk Wolfsberg in Kärnten.

Die Obsternte im Bezirk Wolfsberg im Lavanttale war dieses Jahr eine sehr günstige. Den Einkauf der Äpfel für die „Geos“ in Wien besorgte ein Syndikat, bestehend aus früher bekannten Obsthändlern in Wolfsberg, St. Andrä und St. Paul. Anfangs gab man den Produzenten für gepflückte, tadellose Ware pro Kilogramm 50 h, für Preßobst 25 h, später aber, als sich die Zufuhr steigerte, nur mehr 45 und 40 h, beziehungsweise 20 h. Die Bauern lieferten die Äpfel noch bereitwillig zu, in der Meinung, daß sonst niemand zum Einkaufe berechtigt sei.

Jetzt erst wird in Erfahrung gebracht, daß die „Geos“, beziehungsweise dieses Obsteinkaufssyndikat das Obst an die Militärverwaltung und andere Konsumzentren um viel höhere Preise abgegeben hat, als solche durch die Einkaufspreise und Regien bedingt waren; daß diese Leute außer der festen Provision von 500 K pro Waggon noch gegen 1000 K und darüber beim Waggon ins „Verdienen“ gebracht haben sollen!

Ist es doch himmelschreiend, wenn dem Produzenten das Kilogramm schöner Äpfel um eine halbe Krone abgeknöpft wird, während dasselbe in größeren Konsumorten, zum Beispiel in Wien, mehrere Kronen kostet!

Ähnlich hat es diese Gesellschaft mit den weißen Rüben gemacht. Dem Bauer gab man 15 h pro Kilogramm, in Wien kostet es 45 h und darüber!

Die Gefertigten stellen daher die Anfragen:

„1. Sind Eurer Exzellenz die Einkaufs- und Verkaufsmodalitäten der „Geos“ bekannt?

2. Haben Eure Exzellenz Kenntnis, daß das Obsteinkaufssyndikat der „Geos“ im Lavanttale außer der Provision und dem Regiepauschal noch Tausende, ja Hunderttausende von Kronen unberechtigt eingesteckt haben soll?

3. Ist Eure Exzellenz geneigt, hierüber eine genaue Untersuchung einzuleiten und die Schuldigen der verdienten Strafe zuzuführen?“

Wien, 5. Dezember 1917.

	Dr. Schreiner.	Spies.	Leopold Pongratz.
Albrecht.	Barbo.	Herzmansky.	Dobernig.
Primavesi.	R. Paulik.	F. Wagner.	Kopp.
Brunner.	M. Brandl.	J. Goll.	Pirker.
Wilhelm Meixner.	Steinwender.	A. Seidel.	Lukich.
Kudlich.	Jakob Lutschounig.	Ansorge.	Nagele.

1720
―
I

Anfrage

des

Abgeordneten Reizes und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung Generalmajor Höfer, betreffend die Ernährungsverhältnisse in der Marktgemeinde Schaffa (Isr.) in Mähren.

In der kleinen Marktgemeinde Schaffa, Bezirk Znaim, sind seit Kriegsausbruch Flüchtlinge aus Galizien untergebracht, für deren Ernährung und Verpflegung keine Vorsorgen getroffen sind. Dazu sind die Lebensverhältnisse in der Gemeinde sehr schlecht und die Gemeindevertretung ist ihrer Aufgabe entweder nicht gewachsen oder wird von der Bezirkshauptmannschaft in Znaim nicht genügend kontrolliert, welch letztere gegen alle Bitten und Beschwerden kalt bleibt. Zucker zum Beispiel wird monatelang nicht an die Einwohner und Flüchtlinge abgegeben, so daß die Karten verfallen, Fleisch wird nur über den behördlich festgesetzten Höchstpreis verkauft.

Die Gefertigten fragen an:

„1. Sind Eurer Exzellenz die geschilderten Zustände bekannt?

2. Gedenken Eure Exzellenz im Wege einer genauen Untersuchung die Schuldigen festzustellen und die Verhältnisse möglichst zu verbessern?"

Wien, 3. Dezember 1917.

Semaka.	Reizes.
Dr. Straucher.	Spenul.
Dr. Holubowycz.	Wityk.
Dr. Cehelskyj.	Lukaszewicz.
Aurel v. Onciul.	Hormuzaki.

1721
———
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Stölzel, Hueber und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung wegen Nichtbeschäftigung der Salzburger Mühlen.

Eure Exzellenz!

Aus den Tagesblättern und sonstigen Anzeichen ist zu entnehmen, daß die Getreidezuschübe aus Rumänien nahezu erschöpft sind und aus anderen Kronländern keine solchen zu erwarten sind, weil letztere sich dem Lande Salzburg gegenüber abschließen.

Die Folge davon ist, daß die Mühlen Salzburgs so minimal beschäftigt sind, daß sie mit einer Betriebseinschränkung und eventuell mit einer Betriebseinstellung rechnen müssen, in welchem Falle eine Reihe von Personen, zumeist Kriegsinvalide, brotlos und eine Reihe von bisher steuerkräftigen Staatsbürgern als solche außer Betracht kämen, abgesehen von der dadurch hervorgerufenen katastrophalen Futtermittelnot im Kronlande Salzburg.

Allgemein ist die Sorge um Kohle und doch werden überall die größten Mühlen, welche mit Dampf arbeiten müssen, einzig bevorzugt, die zahlreichen Wassermühlen, wie sie in Salzburg bestehen, stehen leer.

Die Gefertigten fragen daher:

„Ist Seiner Exzellenz dem Herrn Minister dieser Zustand bekannt?

Gedenkt Seine Exzellenz den Mühlen, besonders den Wasserkraftmühlen Salzburgs Getreide zuführen zu lassen und zu sorgen, daß die Mühlenindustrie Salzburgs nicht zugrunde gerichtet werde?"

Dr. Stölzel.
Anton Hueber.
Denk.
Hartl.
Dr. Waldner.
Dr. Roller.

Heine.
Dr. Bodirsky.
J. Goll.
Rudolf Paulik.
Albrecht.

1722
I

Anfrage

der

Abgeordneten Pik, Němec, Haberman und Genossen an den Herrn Ministerpräsidenten, betreffend die Frage des Waffenstillstandes und der Friedensverhandlungen.

Eure Exzellenz!

Laut amtlichen Mitteilungen wurden schon die offiziellen Verhandlungen um Waffenstillstand zwischen den Vertretern Österreich-Ungarns und den Besitzern der Regierungsmacht in Rußland eingeleitet. Dem Abgeordnetenhaus, als einer Volks- und Nationalitätenvertretung, wurde seitens der Regierungskreise keine geringste Mitteilung darüber gemacht, unter welchen Umständen und Bedingungen ein so wichtiger Schritt stattgefunden hat, wie es die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen sind. Zur gewichtigen, bedeutungsvollen Zeit, wo über Fragen, welche die ganze Welt betreffen und das Schicksal der Völker und Staaten auf Jahrhunderte bestimmen werden, Entscheidung fallen wird, werden vom Abgeordnetenhaus die Weihnachtsferien angetreten. Sämtliche inner- und außerpolitischen Fragen sollen ohne jede Kontrolle der Volksvertretung bleiben und die Abgeordneten gehen voneinander, ohne geringste authentische Information über den Zustand der Friedensverhandlungen erhalten zu haben. Nachdem die Bevölkerung und alle Völker der Monarchie ein außerordentliches Interesse an dem Verlauf und Ergebnis der Friedensverhandlungen haben, fragen die Gefertigten:

„1. Ist der Herr Ministerpräsident gewillt, mit dem Präsidium des Abgeordnetenhauses in Verbindung zu treten zwecks Einberufung einer Sitzung des Reichsrates auf die nächsten Tage, um in dieser Sitzung authentische Berichte über die Verhandlungen um Waffenstillstand mit Rußland erstatten zu können?

2. Ist der Herr Ministerpräsident gewillt, dafür die Sorge zu übernehmen, damit das Abgeordnetenhaus in der nächsten Zeit in Kenntnis der Friedensverbindungen unserer Monarchie und der eventuellen Friedensanträge Rußlands, beziehungsweise auch anderer kriegführender Mächte gesetzt wird?"

Wien, 5. Dezember 1917.

	Pik.
Filipinsky.	Němec.
Hybeš.	Haberman.
Svoboda.	Dr. Witt.
Dr. Soukup.	Dr. Winter.
Svěcený.	Stejskal.
Biňovec.	Hnátek.
Mička.	Jirásek.
Charvát.	Baněk.
Tusar.	Jaroš.

1723
—
I

Запит

посла Дра Льва Бачинського і товаришів до Єго Ексцеленциї пана Міністра краєвої оборони в справі неправного забраня коний і воза капітаном 36. полку резерви.

В серпнї 1916. казав капітан 36. полку резерви, іменем Єнч, забрати у Івана Белея з Пітрича, станиславівского повіта, два конї, на які вручив війтови посьвідку, і від вартости 160 корон без жадного потверджeня.

Так само казав він забрати коня у Йосифа Федорняка також з Пітрича і посьвідку рівнож вручив начальникови громади.

Кіньми тими виконувано ріжні роботи, а по 18 днях звернено Белеєви одного коня, не заплативши нїчого за его уживане до роботи, а другого коня і віз задержано, а так само задержано і коня Федорнякового.

При звороті одного коня казав собі згаданий капітан звернути обі посьвідки, так що Белей і Федорняк остали тепер без жадної посьвідки, що до своїх коний і воза. Посьвідчить се війт Іван Федорняк і Стась Марунишин, господар, оба з Пітрича.

Підписані питають ся:

„Чи Ваша Ексцеленция зволать зарядити розслїди, на якій підставі відобрано назад посьвідки що до віддачі коний і воза і припоручити, щоби обом господарям з Пітрича були заплачені забрані у них конї і віз, або бодай щоби вручено їм посьвідки як слїд виставлені що до достарчених ними річий?“

Dr. Lew Baczyńskyj.
Cehelskyj.
Ławruk.
Kolessa.
Dr. Woł. Baczyńskyj.
Łahodyńskyj.
Onyszkewycz.
Lew Lewickyj.
Budzynowskyj.
Okunewskyj.
Stefanyk.

Authentische Übersetzung.

1723
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Lew Baczyński und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die gesetzwidrige Beschlagnahme des Pferdegespannes und des Wagens durch den k. k. Hauptmann des Reserveregiments Nr. 36.

Im August 1916 befahl der Hauptmann des Reserveregiments Nr. 36, namens Jentsch, bei Ivan Belej aus Pitrycz, politischer Bezirk Stanislau, zwei Pferde in Beschlag zu nehmen, über welche er dem Gemeindevorsteher eine Empfangsbestätigung behändigte, ferner einen Wagen im Werte von 160 Kronen ohne eine Bestätigung. Ebenso ließ er ein Pferd bei Josyf Fedornjak, auch aus Pitrycz, abnehmen, worüber er dem Gemeindevorsteher einen Schein ausstellte.

Durch diese Zugtiere ließ er verschiedene Arbeiten verrichten und nach 18 Tagen wurde an Belej ein Pferd zurückgegeben, wobei für dessen Benützung zur Arbeitsleistung nicht ein Heller vergütet wurde, während das zweite Pferd samt dem Wagen zurückbehalten wurde. Auch das dem Fedornjak gehörige Pferd wurde ebenfalls zurückbehalten.

Bei der Rückstellung dieses einzigen Pferdes ließ sich der obgenannte Hauptmann beide Empfangsbestätigungen zurückgeben, so daß Belej und Fedornjak nunmehr keine Bestätigungen in bezug auf ihre Pferde und Wagen besitzen.

Diese Tatumstände können vom Gemeindevorsteher Ivan Fedornjak und Landwirt Stoch Morunyszyn, beide aus Pitrycz, bezeugt werden.

Aus diesen Gründen stellen die Gefertigten an Eure Exzellenz die Anfrage:

„Sind Eure Exzellenz geneigt, die Erhebungen einleiten zu lassen, weswegen diese Bestätigungen, betreffend die Übergabe der Pferde und des Wagens, eingezogen worden sind, ferner die Verfügung zu treffen, daß beiden Landwirten aus Pitrycz die ihnen abgenommenen Pferde und Wagen gehörig vergütet oder daß ihnen wenigstens Bestätigungen vorschriftsmäßig ausgestellt werden, aus denen zu ersehen wäre, daß sie den Wagen samt Pferdegespann beigestellt haben?"

Dr. Lew Baczyńskyj.
Dr. Okunewskyj. Dr. Lahodyńskyj.
Lawruk. Dr. W. Baczyńskyj.
Stefanyk. Dr. Czehelskyj.
Budzynowskyj. Onyszkewycz.
Dr. Kolessa. Lew Lewickyj.

1724
I

Запит

посла Дра Володомира Бачинського і товаришів до Єго Ексцеленциї пана Міністра внутрішних справ в ділї безправного поступованя управителя староства в Жовкві пана Ради.

Український дневник „Діло“ у Львові ч. 282 з пятниці 30. падолиста с. р. подає слїдуючу новинку під наголовком „Панськї жарти“ в Мостенщинї.

Дня 24. с. м. відбуло ся в добрих князя Сапігп зі Станиславівки велике польоване з нагінкою при співучасти спортовців, між ними і управителя ц. к. староства в Жовкві пана Ради. В навечеріє панських ловів приїхав пан Рад до Мостів великих і сейчас розіслав всїх громадських поліцийнтів, як також ополченців з ц. к. станицї жандармерії, котрі до 11-ої години в ночи ходили по хатах та примусово визначали і виганяли тих, котрі мали досьвіта іти до Станиславівки на нагінку. Вигнані на нагінку, дівчата і хлопцї спішили рано громадно з Мостів великих до Станиславівки, віддаленої 6 кільометрів ходу, а заінтересовані мешканцї питали один другого, що то за наглі роботи в полі, що так богато людий вигнано. Коли вигнані на нагінку явили ся в Станиславівцї в числї понад 80 душ, вибрано самих хлопців, а дівчат відправлено домів.

Подаючи сей факт до відома Єго Ексцеленциї, запитують підписані:

„На підставі якого закона, або цісарського чи міністерського розпорядка та від коли обовязує нова военна чинитьба, що знищене війною українське населенє, приневолюване до примусової, лихоплатної роботи на панських ланах, має ще примусово тратити дорогий час для панської забавки і розривки?

Чи думає Єго Ексцеленция взяти населенє в оборону перед того рода надужитєм?

Чи думає Єго Ексцеленция потягнути пана Ради, управителя ц. к. староства в Жовкві, до відвічальности за сє ярке над'ужитє урядової власти?“

Dr. Wl. Baczyńskyj.
Dr. Lew Baczyńskyj.
Budzynowskyj.
Dr. Trylowskyj.
Dr. Smal-Stockyj.
Dr. Kolessa.

Ławruk.
Petruszewycz.
Stefanyk.
Hołubowycz.
Cebelskyj.

Authentische Übersetzung.

1724
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Wolodymyr Baczyński und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend ein gesetzwidriges Vorgehen des Leiters der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Żowkwa, Herrn Rad.

Das ukrainische Tagblatt „Dilo“ in Lemberg bringt in der Nummer 282 vom Freitag, 30. November l. J., nachstehende Notiz unter dem Titel „Herrschaftliche Scherze“ im politischen Bezirk Mosty.

Am 24. d. M. fand im Gutsgebiete des Fürsten Sapieha aus Stanyslawiwka eine große Treibjagd unter Teilnahme vieler Sportsleute statt, unter denen auch der Leiter der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Zowkwa, Herr Rad, war.

Am Vortage dieser herrschaftlichen Jagd kam Rad nach Mosty Welyki an und sogleich wurden alle Gemeindepolizisten sowie Landsturmsoldaten vom k. k. Gendarmerieposten nach allen Richtungen versendet. Bis 11 Uhr nachts trieben sich diese Leute in allen Häusern herum und bestimmten zwangsweise und jagten diejenigen aus den Häusern heraus, welche mit Tagesanbruch nach Stanyslawiwka als Jagdtreiber ausrücken mußten.

Als Treiber fortgejagte Mädchen und Burschen eilten sehr früh in großer Gruppe aus Mosty Welyki nach Stanyslawiwka, welcher Ort sechs Kilometer entlegen ist, und die Ortsbewohner fragten aus Neugierde einer den anderen, was dies für dringende Arbeiten im Felde gebe, daß so viele Arbeiter herangezogen wurden.

Als die zum Treiberdienste Herangejagten nach Stanyslawiwka in der Zahl von über 80 Personen anlangten, wurden bloß die Burschen ausgewählt und die Mädchen nach Hause zurückgeschickt.

Indem wir dieses Faktum Eurer Exzellenz zur Kenntnis bringen, stellen Gefertigte nachstehende Anfragen:

„Auf Grund welchen Gesetzes oder auf Grund welcher Kaiserlichen, beziehungsweise Ministerialverordnung und seit wann diese neue Kriegsleistung besteht, daß die durch den Krieg zugrunde gerichtete ukrainische Bevölkerung, welche zwangsweise zu einer schlecht gezahlten Arbeit auf den herrschaftlichen Feldern gezwungen wird, obendrein unter dem Zwange noch ihre teuere Zeit zum Vergnügen und Spaß der polnischen Herrschaften verlieren soll?

Sind Eure Exzellenz geneigt, die Landbevölkerung vor ähnlichen Mißbräuchen in Schutz zu nehmen?

Gedenken Eure Exzellenz den Herrn Rad, Leiter der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Zowkwa wegen dieses krassen Mißbrauches der Amtsgewalt zur strengen Verantwortung zu ziehen?“

Stefanyk.
Budzynowskyj.
Dr. Smal-Stockyj.
Dr. Cehelskyj.
Dr. Lew Baczyńskyj.
Dr. Holubowycz.

Dr. Wolodymyr Baczyńskyj.
Dr. Trylowskyj.
Lawruk.
Dr. Kolessa.
Dr. Petruszewicz.

1725
I

Запит

посла Дра Льва Бачинського і товаришів до Єго Ексцеленциї пана Міністра краєвої оборони в справі неслушного задержаня Онуфрія Дмитрова при війску.

В серпні 1916, коли наші війска відступали з околиць Станиславова, забрано до воєнних чинитьб між иншими многими і Онуфрія Дмитрова з Чуканівки станиславівского повіта.

Хотяй при всїх пересмотрах ополченців Дмитрова признано за нездібного, приділено єго до „k. u. k. Pferdesammelkommando des Armeeoberkommando Detachement Nr. IV“ в Младеновац в Сербії і він там вже другий рік вперед в своїй одежи, а від марта 1917 в військовім мундурі відбуває службу військову як жовнїр.

Винадгорода денна єго виносить 36 сотиків і се вже вказує, що єго уважають вояком.

Дмитрів є вітцем 7 дітий, має господарство зложене з 8 моргів орного поля, яке тепер цілком запущене, бо два єго сини повнять рівнож чинну військову службу.

Підписані запитують про те:

„Чи Ваша Ексцеленция зволять зарядити, щоби Онуфрій Дмитрів був як найскорше відпущений до дому і щоби єму надгороджено єго 16 місячну працю як чинитьбу воєнну?“

Dr. Lew Baczyńskyj.
Dr. W. Baczyńskyj.
Onyszkewycz.
Dr. Łahodyńskyj.
Kolessa.
Stefanyk.
Cehelskyj.
Budzynowskyj.
Ławruk.
Lew Lewickyj.
Okunewskyj.

Ruthenische Übersetzung.

1725
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Lew Baczyńskyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend eine unbegründete Zurückbehaltung des Landsturmmannes Onufrij Dmytriw im Landsturmdienste.

Im August 1916, als unsere Truppen den Rückzug von den Stanislauer Gegenden antraten, wurde unter vielen anderen auch Onufrij Dmytriw aus Czukaliwka im politischen Bezirke Stanislau zu den Kriegsleistungen herangezogen. Obwohl Dmytriw bei allen Landsturmmusterungen für untauglich erklärt wurde, wurde er trotzdem dem k. u. k. Pferdesammelkommando des Armeeoberkommando-Detachements Nr. IV in Mladenowac in Serbien zugeteilt, wo er bereits das zweite Jahr, früher in Zivilkleidung und seit März 1917 in der Militäruniform seinen Militärdienst leistet. Seine Löhnung beträgt 36 h pro Tag und daraus ergibt sich, daß er für einen Soldaten gehalten wird.

Dmytriw ist Vater von sieben Kindern, besitzt eine aus acht Joch Ackerfeld bestehende Landwirtschaft, welche gegenwärtig gänzlich verwahrlost daliegt, weil seine zwei Söhne ebenfalls den aktiven Militärdienst leisten.

Aus diesen Gründen stellen die Gefertigten an Eure Exzellenz die nachstehende Anfrage:

„Sind Eure Exzellenz geneigt, die Verfügung zu treffen, daß Onufrij Dmitriw sobald als möglich in seine Heimat entlassen und dessen 16monatige Arbeitsleistung als eine Kriegsleistung bezeichnet und nach dem Kriegsleistungsgesetz und nachträglichen Verordnungen gehörig entlohnt werde?"

Dr. Lew Baczyńskyj.
Dr. Wolodymyr Baczyńskyj.
Onyszkewycz.
Dr. Lahodyńskyj.
Budzynowskyj.
Dr. Okunewskyj.
Lawruk.
Lew Lewyckyj.
Dr. Kolessa.
Dr. Cehelskyj.
Stefanyk.

1726
—
I

Запит

посла Дра Льва Бачинського і товаришів до Єго Ексцеленциї пана Міністра зелїзниць в справі покривдженя одного зелїзничого сторожа.

Михайла Масляка з Семиковець станиславівського повіта, який має за собою 16 літ бездоганної служби яко зелїзничий сторож австрийських зелїзниць державних, арештовано на фальшивий донос дня 20. серпня 1914, передержено без слїдства цїлий рік в Талергофі в таборі інтернованих, а відтак поставлено до пересмотра ополченцїв, почім як здібний до служби військової був він приділений до 58. полку піхоти і доси повнить службу військову, а тепер перебуває в віддїлї видужанцїв реконвалесцентів в Люблинї.

Найприкрійше для него те, що станиславівска дирекция зелїзниць письмом з дати Mährisch-Weißkirchen, 21. серпня 1914, число R. Z. 339/5/II/1914, повідомила єго, що против него введено дисциплїнарне поступоване за службову провину з § 18, служб. орд., але доси розслїдів тих навіть не розпочато.

Тимчасом на Масляку тяжить дальше підзор, що він чимось провинив ся проти службового правильника, він мусить супроти того відбувати чинну військову службу, коли тимчасом инші зелїзничники, що навіть ставали перед военним судом, але належали до польської народности, вже давно повнять свою службу при зелїзници, де є величезний брак персоналу, а єго родина находить ся в нуждї.

Підписані питають ся проте:

„Чи Ваша Ексцеленция зволять зарядити, щоби заповіджені Масляковн розслїди дисциплїнарні були як найскорше переведені і в той спосіб дану єму була можність виказати свою невинність?“

Dr. Lew Baczyńskyj.
Dr. W. Baczyńskyj.
Dr. Łahodyńskyj.
Onyszkewycz.
Budzynowskyj.
Okunewskyj.

Stefanyk.
Kolessa.
Cehelskyj.
Ławruk.
Lew Lewickyj.

Ruthenische Übersetzung.

1726
―
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Lew Baczyńskyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Eisenbahnminister, betreffend die Verfolgung eines Bahnwächters.

Mychajlo Maslak aus Semykiwci im Stanislauer Bezirke, welcher bereits 16 Jahre ohne Anstand seinen Bahndienst als Bahnwächter der k. k. österreichischen Staatsbahnen erfüllt, wurde über eine falsche Anzeige am 20. August 1914 verhaftet, ohne Untersuchung ein ganzes Jahr in Thalerhof im Interniertenlager gehalten und nachher zur Landsturmmusterung beigestellt, bei welcher er als zur Militärdienstleistung geeignet gehalten und dem k. u. k. Infanterieregiment Nr. 58 zugeteilt wurde. Bei demselben leistet er seinen Militärdienst bis heute und weilt gegenwärtig in der Rekonvaleszentenabteilung in Lublin.

Am schwersten trifft den Bahnwächter dieser Moment, daß die k. k. Staatsbahndirektion in Stanislau denselben mit der Zuschrift ddto. Mährisch-Weißkirchen, 21. August 1914, Z. R. Z. 393/5/II 1915 verständigte, gegen ihn sei ein Disziplinarverfahren wegen eines Dienstvergehens nach § 18 des Dienstreglements eingeleitet. Die Erhebungen wurden jedoch bis heute nicht einmal angeordnet.

Auf dem Bahnwächter lastet aber weiter der unbegründete Verdacht, daß er sich eines Vergehens wider die Bestimmungen des Dienstreglements zuschulden kommen ließ, weswegen er den aktiven Militärdienst leisten muß, während andere Bahndiener, welche sogar vor dem Kriegsgericht sich verantworten mußten, aber der polnischen Nationalität angehörten, schon längst zu ihrem Bahndienste zurückgekehrt sind, wo gegenwärtig ein allgemein empfundener Personalmangel herrscht.

Obendrein muß die Familie Maslaks das größte Elend ertragen.

Deswegen stellen die Gefertigten an Eure Exzellenz nachstehende Anfrage:

„Sind Eure Exzellenz geneigt, die Verfügung zu treffen, daß das gegen Maslak angekündigte Disziplinarverfahren schleunigst durchgeführt und auf diese Weise ihm die Möglichkeit geboten werde, seine Unschuld baldigst darzutun.“

Dr. Lew Baczyńskyj.
Lew Lewyckyj.
Budzynowskyj.
Dr. Lahodyńskyj.
Lawruk.
Stefanyk.

Dr. Wolodymyr Baczyńskyj.
Dr. Kolessa.
Dr. Cehelskyj.
Dr. Okunewskyj.
Onyszkewycz.

1727
I

Anfrage

des

Abgeordneten Benković und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister wegen Freigabe der Häute selbstgeschlachteter Tiere an die Viehbesitzer zur Lederverarbeitung.

Wie schon in den Anträgen der Abgeordneten Grimm und Genossen, Nr. 821 der Beilagen, und Schweiger und Genossen, Nr. 798 der Beilagen, ferner in der Interpellation des Abgeordneten Benković und Genossen dargelegt, ebenso in anderen aus dem Hause hervorgegangenen Anregungen, ist durch den Mangel an Leder am flachen Lande ein ganz unhaltbarer Zustand verursacht worden. Durch die jetzige Art der Verteilung durch die Lederbeschaffungsstelle in Wien, beziehungsweise die Handels- und Gewerbekammern (wie in Krain) und durch das Gewerbeförderungsinstitut (wie in Steiermark), werden die Bedürfnisse in gänzlich unzulänglichem Maße berücksichtigt. Die durch die Lederübernahmskommissionen bei den Gerbern für die Lederbeschaffungsgruppe freigegebene Ledermenge ist beiweitem nicht geeignet, die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen; über diese Mengen verfügen sodann die obgenannten Faktoren, welche kaum den Bedürfnissen des flachen Landes, insbesondere der Landwirte Rechnung tragen, sondern in erster Linie auf die städtische Bevölkerung und auf die Gewerbetreibenden Rücksicht nehmen. Die von Viehbesitzern zur Lohgerbung übergebenen Häute werden bei den Gerbern beschlagnahmt und für andere Zwecke verwendet, was insbesondere als eine große Ungerechtigkeit empfunden wird. Mindestens die Häute der von Viehbesitzern selbst geschlachteten Tiere könnte man denselben direkt für ihren eigenen Bedarf überlassen. Den Umstand der Selbstschlachtung könnte man durch Beibringung von amtlichen Bestätigungen leicht kontrollieren. Den Ledermangel verspüren insbesondere die von Verkehrszentren weit entfernten Landstriche, wie in Untersteiermark die Bezirke Luttenberg, Rann, Windischgraz, oberes Sautal, wo man auch durch freien Einkauf das Leder, beziehungsweise Schuhwerk gar nicht besorgen kann.

Wir stellen die Anfrage:

„Ist Eure Exzellenz geneigt, dem Verlangen der Landbevölkerung nach Zuweisung von Leder endlich durch zweckmäßige Verfügungen im obigen Sinne Rechnung zu tragen?“

Wien, 4. Dezember 1917.

M. Brenčič.
Roškar.
Dr. Laginja.
Dr. Ravnihar.
Dr. Lovro Pogačnik.

Dr. Benković.
J. Hladnik.
Fon.
Dr. Rybář.
Dr. Vukotić.

1728
I.

Interpellace

poslance Filipínského, Svobody a soudruhů na pana ministra zeměbrany v příčině nepořádku ve vojenských nemocnicích v Uhrách.

František Bříza, zedník z Heršpic u Slavkova (okresní hejtmanství Vyškov), narukoval při všeobecné mobilisaci roku 1914 ku 14. domobraneckému pluku. Na podzim téhož roku stal se nezvěstným. Jeho manželka, jata úzkostí, poptávala se na všech stranách po osudu svého muže. Ale na všechny její dotazy u Červeného kříže v Brně i ve Vídni byla jí dána odpověď, že není ničeho známo, co se s jejím manželem stalo a že všechno pátrání po něm zůstalo bezvýsledným. Tak byl František Bříza úředně prohlášen nezvěstným. Nikde po něm nebylo stopy, vojenské úřady o jeho osudu neměly ani zdání. Až najednou 28. října t. r. dostala jeho manželka vyrozumění úřední, že její muž již 30. ledna 1915 zemřel v nemocnici ve Fehértemplom (komitát Temes) v Uhrách. Lze si představiti úžas i bolest ubohé vdovy a osiřelých dětí. Rakouský voják zemře ve vojenské nemocnici v Uhrách a po celé dva roky nikomu nenapadne podat o tom zprávu zoufalé jeho rodině a když tato sama zahajuje po něm pátrání, odpovídá se jí všude pokrčením ramen. S úžasem se ptáte, jak je to možno, když Uhry leží jen za Litavou a ne za Tichým oceánem. Jaký hrozný šlendrián panuje dle toho v tamních vojenských nemocnicích, je-li možným takovýto neuvěřitelný případ! Ale tím není ještě míra nepravosti dovršena. Vdova po Františku Břízovi byla úředně vyrozuměna, že se má dostavit do Brna, kde prý jí bude vydána pozůstalost po zemřelém muži. Domnívala se, že jí bude vrácen jeho civilní oblek, fotografie dětí a jiné cenné předměty, jež zesnulý u sebe měl. Místo toho obdržela však jen malý balíček, jejž v přítomnosti šikovatele, jej doručujícího, otevřela. Užasla! Byly v něm 4 čtyři balíčky komisního tabáku! Více nic! To byla celá pozůstalost po zemřelém muži! Osiřelá, chudá rodina nemá jiné památky po zesnulém živiteli kromě — 4 balíčků tabáků. A celé dva roky neměl nikdo času, aby jí, všude zoufale pátrající, podal zprávu o jeho úmrtí v uherské nemocnici.

Podepsaní se táží:

„Jsou tyto poměry v uherských vojenských nemocnicích Vaší Excellenci známy?

Hodlá Vaše Excellence ochotně nechati tento případ vyšetřiti a podepsaným podati zprávu?“

Ve Vídni, 4. prosince 1917.

Filipínský.
Svobvda.
Svěčený.
Charvát.
Pik.
Biňovec.
Hnátek.
Vaněk.

Haberman.
Jaroš.
J. V. Stejskal.
J. Marek.
Tomášek.
Klička.
Aust.

Authentische Übersetzung.

1728
—
I

Anfrage

der

Abgeordneten Filipinský, Svoboda und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Unordnung in ungarischen Militärspitälern.

Franz Bříza, Maurer aus Herspitz bei Austerlitz (Bezirkshauptmannschaft Wischau) rückte bei der allgemeinen Mobilisierung im Jahre 1914 zum 14. Landsturmregiment ein. Im Herbst desselben Jahres war er verschollen. Seine Gattin fragte von Angst ergriffen auf allen Seiten nach dem Schicksal ihres Gatten. Aber auf alle ihre Nachfragen beim Roten Kreuz in Brünn und in Wien wurde ihr die Antwort zuteil, daß es nicht bekannt sei, was mit ihrem Gatten geschah und daß alle Nachforschungen nach ihm erfolglos blieben. So wurde Franz Bříza amtlich als verschollen erklärt. Es gab nirgends eine Spur nach ihm, die militärischen Behörden hatten keine Ahnung von seinem Schicksal. Da bekam plötzlich seine Gattin am 28. Oktober d. J. die amtliche Verständigung, daß ihr Gatte bereits am 30. Jänner 1915 im Spital zu Fehértemplom (Komitat Temes) in Ungarn gestorben ist. Man kann sich das Entsetzen und den Schmerz der armen Witwe und der verwaisten Kinder vorstellen. Ein österreichischer Soldat stirbt in einem Militärspital in Ungarn und durch volle zwei Jahre fällt es niemandem ein, seine verzweifelte Familie hiervon zu verständigen und als diese selbst nach ihm forscht, antwortet man ihr überall mit Achselzucken. Man fragt mit Staunen, wie es möglich sei, nachdem doch Ungarn nur jenseits der Leitha und nicht hinter dem Stillen Ozean liegt. Was für ein fürchterlicher Schlendrian muß nach dem Gesagten in den dortigen Militärspitälern herrschen, wenn ein solcher unglaublicher Fall möglich ist! Damit ist jedoch das Maß dieser Mißstände nicht vollgefüllt. Die Witwe nach Franz Bříza wurde amtlich verständigt, daß sie sich in Brünn einzufinden habe, wo ihr der Nachlaß nach dem verstorbenen Manne ausgefolgt werden wird. Sie war der Meinung, daß ihr sein Zivilanzug, die Photographien der Kinder und andere Wertgegenstände, die der Verstorbene bei sich hatte, zurückgestellt werden. Anstatt dessen bekam sie jedoch nur ein kleines Paket, welches sie in Gegenwart des Feldwebels, der die Ausfolgung vornahm, öffnete. Sie war erstaunt. Es waren in demselben vier Päckchen Kommistabak! Sonst nichts. Das war der ganze Nachlaß nach dem verstorbenen Manne. Die verwaiste arme Familie besitzt kein anderes Andenken nach dem verstorbenen Familienernährer außer — vier Päckchen Tabak. Und volle zwei Jahre hat niemand Zeit gefunden, um ihr, nachdem sie verzweifelt überall Nachforschungen pflegte, eine Nachricht von seinem Ableben in dem ungarischen Spital zukommen zu lassen.

Die Gefertigten fragen:

„Sind diese Verhältnisse in den ungarischen Militärspitälern Eurer Exzellenz bekannt?

Gedenkt Eure Exzellenz diesen Vorfall erheben und den Gefertigten eine Mitteilung zukommen zu lassen?“

Wien, 4. Dezember 1917.

	Mareč.	Tomášek.	Filipinský.
Jaroš.	Hnátek.	Pik.	Svoboda.
Vaněk.	Biňovec.	Klička.	Svecený.
Stejskal.	Aust.	Habermann.	Charvát.

1729
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Gostinčar und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister, betreffend die Beurlaubung der alten Landsturmmänner.

Zur Bebauung der Felder und zur Verrichtung anderer landwirtschaftlicher und gewerblicher Arbeiten sind fast keine Männer vorhanden, weil alle nur halbwegs Tauglichen zum Militärdienste herangezogen wurden. Es besteht die Gefahr, daß im Frühjahre so mancher Acker brach liegen bleiben wird. Um das zu verhüten, ist es dringend notwendig, daß wenigstens die ältesten drei Jahrgänge des Landsturmes in der kürzesten Zeit beurlaubt werden.

Die Gefertigten fragen:

„Ist Eure Exzellenz gewillt, darauf hinzuwirken, daß die drei ältesten Jahrgänge des Landsturmes in der kürzesten Zeit beurlaubt werden?"

Wien, 5. November 1917.

Roškar.	Gostinčar.
Pišek.	Dr. K. Verstovšek.
V. Hladnik.	Dr. L. Pogačnik.
Fon.	Fr. Demšar.
Jaklič.	Brenčič.

1730
―――
I

Anfrage

der

Abgeordneten Jarc, Dr. Benkovič und Genossen an das Gesamtministerium wegen Ausscheidung Untersteiermarks und Krains aus dem Kriegsgebiete.

Der Erfolg unserer Offensive gegen Italien hat die Front unserer Heere weit in Feindesland hinein verschoben. Die Front hat sich nunmehr stabilisiert; ein Rückschlag ist Gott sei Lob und Dank nicht mehr zu erwarten.

Weite slowenische Gebiete sind vom Feinde befreit; andere slowenische Gebiete spüren eine Erleichterung, indem sie von Truppenmassen teilweise entblößt wurden und hiermit der Druck auf die Ernährungsverhältnisse weniger fühlbar geworden ist.

Doch noch immer lastet auf unseren Gebieten der schwere Druck, den die Kriegsgebiete zu tragen haben, samt den Folgen, wie Verkehrsschwierigkeiten, Erschwernisse beim Reisen, Brief- und Telegrammzensur usw. Es ist kein praktischer Grund vorhanden, um diesen Zustand weiter aufrechtzuerhalten. Wir verweisen nur auf Ostgalizien, wo das engere Kriegsgebiet nur einen schmalen Streifen hinter der Front darstellt und auch das weitere Kriegsgebiet eine starke Einschränkung erfahren hat.

Wir stellen daher die Anfrage:

„Ist die hohe k. k. Regierung geneigt, beim k. u. k. Armeeoberkommando mit allem Nachdrucke dahin zu wirken, daß ganz Steiermark und Krain aus dem Kriegsgebiete ausgeschieden werden?"

Wien, 5. Dezember 1917.

Jarc.
Dr. Benkovič.
J. Hladnik.
Dr. Laginja.
Dr. Ravnihar.
M. Brenčič.
Dr. K. Verstovšek.

Fon.
Gostinčar.
Dr. Pogačnik.
Dr. Rybář.
Fr. Demšar.
Pogačnik.

1731
—
I

Anfrage

der

Abgeordneten Jarc, Dr. Pogačnik und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ernährungsminister wegen Versorgung der Bevölkerung Krains mit Mehl und Kartoffeln.

Krain gehört zu den Ländern, die durch den gegenwärtigen Krieg am schwersten gelitten haben, da es jahrelang unmittelbar an die Kampfzone grenzte und durch angesammelte Truppen ausgesogen wurde.

Die Regierung scheint sich dessen nicht bewußt zu sein, da es sonst unmöglich wäre, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Mehl und Kartoffeln so arg liegen würde, wie es tatsächlich der Fall ist. Der Bedarf an Mehl und Kartoffeln für drei Monate (zweite Hälfte September bis zweite Hälfte November) betrug für Krain 700 Waggons; zugeschoben wurden jedoch nur 480 Waggons, das ist 68 Prozent des Bedarfes. Im Monat Oktober betrug der Bedarf 231 Waggons, der Zuschub jedoch nur 85 Waggons, während in anderen Ländern der Zuschub regelmäßig 100 Prozent und mehr beträgt (zum Beispiel Oberösterreich in der gleichen Periode Bedarf 1000 Waggons, Zuschub 1350 Waggons, Salzburg 340 Waggons, Zuschub 380 Waggons). Die Folge davon ist, daß insbesondere in ländlichen Gemeinden die Nichtselbstversorger schon wochenlang, ja sogar monatelang kein Mehl bekommen haben, und daß die Stadt Laibach aus der Hand in den Mund leben muß, so daß schon etlichemale das Mehl erst im letzten Augenblick angerollt kam, als Laibach schon daran war, ohne Brot dazustehen.

Nicht minder ungünstig ist die Versorgung mit Kartoffeln. Die Situation wird am meisten damit beleuchtet, daß das Ernährungsamt die Kartoffelproduktion des Landes Krain auf 22.500 Waggons geschätzt hat, daß sie aber tatsächlich 11.000 Waggons betrug.

Anläßlich der Offensive gegen Italien wurden vom Heeresgruppenkommando Boroević 400 Waggons Kartoffeln dringend angefordert, um der Unterernährung der Armee abzuhelfen. Die Sache war dringend, da die Truppen seit Dezember 1916 keine Kartoffeln bekommen hatten, und Zufuhren von anderwärts erst nach Beendigung der Offensive eintreten konnten, wendete sich die Landesregierung an das Ernährungsamt wegen späteren Ersatzes, blieb aber ohne Antwort. Als schon 300 Waggons geliefert wurden, antwortete erst das Ernährungsamt, es könne keinen Ersatz geben, weil die Lieferung ohne Disposition des Ernährungsamtes geschehen sei. Es muß nun bemerkt werden, daß das Heeresgruppenkommando B im Einvernehmen mit dem Armeeoberkommando mit Zwangsrequisitionen drohte, falls die Kartoffeln nicht geliefert würden. Die Folge dieses sonderbaren Vorgehens des Ernährungsamtes ist, daß die ganze Industrie in Krain sowie die Stadt Laibach ohne Kartoffeln sind, ja, daß die Eisenbahner vor kurzem mit Streik drohten, falls sie keine Kartoffeln bekämen. Infolgedessen wurden die für Laibach bestimmten Kartoffeln den Eisenbahnern zugewiesen.

Die Gefertigten fragen daher:

„Sind Eurer Exzellenz die angeführten Mißstände bekannt und sind Sie gewillt denselben sofort abzuhelfen?“

Wien, 5. Dezember 1917.

Gostinčar. Jarc.
Biankini. J. Hladnik. Fon. Dr. Pogačnik.
Dr. Laginja. Roškar. Spinčić. Prodan.
Dr. Vukotić. M. Brenčič. Perić. Pišek.

1732
―
I

Interpelacya

posła Kędziora i towarzyszy do Jego Ekscellencyi pana Ministra żywnościowego w sprawie należonego na Galicyę kontyngentu ziemniaków.

C. k. Urząd żywnościowy nałożył na Galicyę w roku 1917 kontyngent 35.600 wagonów (3,500.000 *q*) kartofli, jaki ten kraj ma dostarczyć dla armii, stolicy państwa Wiednia i krajów południowych. Równocześnie nałożył Urząd żywnościowy na przykład na kraj Morawę kontyngent 7000 wagonów (700.000 *q*) kartofli, to jest pięć razy mniejszy.

Zbiór kartofli przed wojną w roku 1913 wynosił:

w Galicyi 33,267.922 *q*,
na Morawie 18,633.222 *q*;

w roku 1916 zaś podczas wojny:

w Galicyi 23,394.525 *q*,
na Morawie 11,197.032 *q*,

z czego okazuje się, że bezpośrednio przed wojną, jak i podczas wojny zbiór kartofli na Morawie był przeciętnie dwa razy, a nie pięć razy, mniejszy.

Nałożenie więc stosunkowo tak wysokiego kontyngentu na Galicyę nie jest sprawiedliwe, zwłaszcza, że z powodu tegorocznej posuchy i nieurodzaju zboża i paszy w zachodniej części Galicyi tak ludność jak i żywy inwentarz muszą się żywić kartoflami.

Tak samo nierównomiarny i niesprawiedliwy jest rozkład kontyngentu kartofli w tak zwanej „zachodniej Galicyi", obejmującej 36 powiatów politycznych poza obszarem armii. Mianowicie nałożono na te powiaty kontyngent 16.000 wagonów (1,600.000 *q*), a rozkład na poszczególne pawiaty tak został przeprowadzony, że niektóre powiaty mimo małych różnic w powierzchni uprawionej kartoflami i oszacowanego zbioru dostarczyć mają 10 do 24 razy więcej kartofli, aniżeli inne.

I tak powiat Jarosław, w którym uprawiono 11.047 morgów kartofli, a oszacowano zbiór z morgi na 55 *q*, dostarczyć ma po zaspokojeniu własnej potrzeby powiatu w ilości 489.480 *q* 2400 wagonów dla armii i innych krajów, a powiat Mielec, w którym zasadzono 10.138 morgów kartofli, a oceniono zbiór z morgi na 35 do 40 *q*, dostarczyć ma po zaspokojeniu własnej potrzeby 365.000 *q*, 950 wagonów.

Natomiast inny powiat z obszarem uprawionym kartoflami 11.633 morgów i oszacowanym zbiorem z morgi 40 do 46 *q*, dostarczyć ma po zaspokojeniu własnej potrzeby 427.000 *q* tylko 100 wagonów.

Szef krajowego Urzędu gospodarczego, do którego odniósł się podpisany interpelant o udzielenie wykazu repartycyi kartofli między 36 powiatów zachodnich, polecił podwładnym organom odpis wykazu podpisanemu doręczyć, gdy jednak mimo kilkakrotnych urgensów organe te nie wypełniły polecenia, ostatecznie i szef krajowego Urzędu żywnościowego odmówił wydania odpisu wykazu.

Podpisani zapytują tedy Jego Ekscellencyę pana Ministra żywnościowego:

„1. Czy Ekscellencya skłonnym jest zarządzić równomierny rozkład kontyngentu kartofli na poszczególne kraje z uwzględnieniem zachodnich powiatów Galicyi dotkniętych nieurodzajem zboża i paszy?

2. Czy Ekscellencya skłonnym jest zażądać od galicyjskiego krajowego Urzędu gospodarczego przedłożenia repartycyi kontyngentu kartofli na poszczególne powiaty i w miarę wyniku badania zarządzić równomierny i sprawiedliwy rozkład kontyngentu?“

Wiedeń, 3. grudnia 1917.

	Kędzior.
Lasocki.	Dr. Banaś.
Angerman.	Średniawski.
St. Biały.	Londzin.
Dyło.	Dębski.
Tertil.	Stesłowicz.
Matakiewicz.	Głąbiński.

Authentische Übersetzung.

1732
I

Anfrage

des

Abgeordneten Kędzior und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ernährungsminister, betreffend das Galizien auferlegte Kartoffelkontingent.

Das k. k. Ernährungsamt hat Galizien im Jahre 1917 ein Kontingent von 35.000 Waggons (3,500.000 Meterzentner) Kartoffeln auferlegt, welches das Land zur Verpflegung der Armee, der Reichshauptstadt Wien und der südlichen Kronländer liefern soll. Gleichzeitig hat das Ernährungsamt dem Kronlande Mähren ein Kartoffelkontingent von 7000 Waggons (700.000 Meterzentner), das ist fünfmal weniger, vorgeschrieben.

Die Kartoffelernte hat vor Kriegsausbruch im Jahre 1913 betragen:

in Galizien 33,267.922 Meterzentner
„ Mähren 18,633.222 „

im Kriegsjahre 1916:

in Galizien 23,394.525 „
„ Mähren 11,197.032 „

Daraus geht hervor, daß unmittelbar vor Kriegsausbruch und auch während des Krieges die Kartoffelernte in Mähren um das Zweifache und nicht um das Fünffache geringer war.

Die Vorschreibung eines verhältnismäßig so großen Kontingents für Galizien ist daher eine Ungerechtigkeit, namentlich mit Rücksicht auf die diesjährige Dürre und den Mißwachs in Getreide und Futtermitteln in Westgalizien, was zur Folge hatte, daß gegenwärtig sowohl Menschen als auch Vieh auf die Kartoffelnahrung angewiesen sind.

Ebenso ungleichmäßig und ungerecht ist die Aufteilung des Kartoffelkontingents in dem sogenannten „Westgalizien", das ist in 36 politischen Bezirken, außerhalb des Armeebereiches, durchgeführt worden. Es ist nämlich diesen Bezirken ein Kontingent von 16.000 Waggons (1,600.000 Meterzentner) vorgeschrieben und die Aufteilung auf die einzelnen Bezirke derart durchgeführt worden, daß einige Bezirke trotz ganz geringer Unterschiede in der mit Kartoffeln angebauten Fläche und dem schätzungsweisen Erträgnis, 10- bis 24mal mehr Kartoffeln abzuliefern haben als andere.

So hat der Bezirk Jaroslau, in dem 11.047 Joch Kartoffeln angebaut wurden und der Ertrag pro Joch 55 Meterzentner betragen soll, nach Befriedigung des eigenen Bedarfes dieses Bezirkes von 489.480 Meterzentner für die Armee und für andere Kronländer 2400 Waggons abzugeben. Der Bezirk Mielec, in dem 10.138 Joch Kartoffeln angebaut wurden, und der Ertrag von 1 Joch auf 35 bis 40 Meterzentner geschätzt wird, hat nach Befriedigung des eigenen Bedarfes von 365.000 Meterzentner, 950 Waggons zu liefern. Hingegen hat ein anderer Bezirk, in dem 11.633 Joch Kartoffeln angebaut wurden, und der schätzungsweise Ertrag von 1 Joch 40 bis 46 Meterzentner betragen soll, nach Befriedigung des eigenen Bedarfes von 427.000 Meterzentner, nur 100 Waggons abzugeben.

Der gefertigte Interpellant hat sich an den Chef des Landeswirtschaftsamtes mit dem Ersuchen um Erteilung einer Abschrift der Kartoffelkontingentierung rücksichtlich der 36 westlichen Bezirke gewendet, worauf der letztere seinen unter-

gebenen Organen einen diesbezüglichen Auftrag erteilte, als aber diese, trotz wiederholter Betreibung diesem Auftrage nicht nachgekommen waren, hat auch der Chef des Landeswirtschaftsamtes die Ausfolgung der besagten Abschrift verweigert.

Die Gefertigten stellen demnach an Seine Exzellenz den Herrn Ernährungsminister die Anfragen:

„1. Sind Eure Exzellenz bereit, die gleichmäßige Aufteilung des Kartoffelkontingents auf die einzelnen Länder mit Berücksichtigung der westgalizischen Bezirke, die von einer Mißernte in Getreide und Futtermitteln heimgesucht wurden, zu veranlassen?

2. Sind Eure Exzellenz bereit, vom galizischen Landeswirtschaftsamte die Vorlage des Operates, betreffend die Aufteilung des Kartoffelkontingents auf die einzelnen Bezirke abzuverlangen und nach Maßgabe der durchzuführenden Erhebungen eine gleichmäßige und gerechte Aufteilung dieses Kontingentes zu verfügen?"

Wien, 3. Dezember 1917.

Kędzior.
Angerman. Głąbiński.
Średniawski. Stesłowicz.
Lasocki. Dr. Matakiewicz.
Dr. Banaś. Dębski.
Londzin. Tertil.
St. Biały. Dyło.

1733
I

Anfrage

des

Abgeordneten Kraus und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Finanzministers wegen Stempelfreiheit aller Eingaben, die seitens der Gemeinden und Lebensmittelversorgungsausschüsse an die politischen oder andere Behörden gerichtet werden.

Der Krieg hat es mit sich gebracht, daß Lebensmittel und verschiedene Bedarfsgegenstände dem freien Verkehr entzogen wurden, damit die in beschränktem Maße vorhandenen Gegenstände möglichst gleichmäßig auf alle Teile der Bevölkerung aufgeteilt werden. Alle diese Maßnahmen sind zweifellos nur im Interesse des Staates und nicht im Privatinteresse der einzelnen Staatsbürger getroffen worden.

Es wäre daher selbstverständlich, daß alle durch diese Angelegenheiten hervorgerufenen Eingaben an die Verwaltungsbehörden stempel- und gebührenfrei zu behandeln sind.

Nun ist das aber nicht der Fall und die Verwaltungsbehörden verlangen, daß Eingaben wegen Zuteilungen von Lebensmitteln mit einem Zweikronenstempel versehen und die Beilagen überdies mit einem 50-Hellerstempel beklebt sein müssen.

Die Unterzeichneten betrachten einen solchen Vorgang der Verwaltungsbehördem nicht bloß als ungemein erschwerend, sondern auch für die Lebensmittelversorgung ungemein hemmend und stellen daher an Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister die Anfrage:

„Sind Eure Exzellenz bereit eine Verordnung an die Verwaltungsbehörden ergehen zu lassen, nach welcher alle Eingaben und Zuschriften in Lebensmittelversorgungsangelegenheiten stempelfrei behandelt werden?"

Wien, 5. Dezember 1917.

	Kraus.
Dr. Herold.	Kroy.
Pacher.	K. Schürl.
O. Teufel.	F. Bernt.
Hummer.	Dr. Roller.
Dr. Michl.	Dr. F. Wichtl.

1734
—
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Liebermann und Genossen an den Herrn Landesverteidigungsminister, betreffend die Entlassung aus dem Militärdienste der älteren Jahrgänge des Landsturms.

Es ist eine unwidersprochene Tatsache, daß die russische Revolutionsregierung mit der Demobilisierung begonnen hat. Die das 39. Lebensjahr überschreitenden Jahrgänge wurden von ihr bereits entlassen. Andrerseits sind die Verhandlungen über einen allgemeinen Waffenstillstand an der Ostfront im Gange und ist deren günstiger Abschluß bevorstehend.

Angesichts dieser ganz erheblichen Entlastung unserer wichtigsten Front wäre es hoch an der Zeit, der unter der schweren Kriegslast fast zusammenbrechenden Volkswirtschaft und Hunderttausenden durch den Krieg zugrunde gerichteten Familien auch bei uns durch eine teilweise Demobilisierung wenigstens der ältesten Jahrgänge des Landsturms aufzuhelfen.

Es ist notorisch, daß Galiziens Volkskraft viel stärker zu kriegerischen Zwecken herangezogen wurde, als die anderen Kronländer. Das Land leidet unter einem überaus schweren Mangel an Arbeitskräften, weshalb Landwirtschaft, Handel und Industrie lahmgelegt wurden. Elend, Hungersnot- und Seuchen breiten sich immer mehr aus.

In Anbetracht dessen und in weiterer Erwägung, daß die Zurückhaltung so vieler älterer Männer auch vom militärischen Standpunkte keine dringende Notwendigkeit darstellt, fragen die Unterfertigten:

„Ist der Herr Minister geneigt, raschestens dahin zu wirken, daß die älteren Jahrgänge des Landsturms, wenigstens vom 43. Lebensjahr angefangen, sofort nach Abschluß des Waffenstillstandes mit Rußland aus dem Militärdienst entlassen, eventuell schon jetzt auf längere Zeit beurlaubt und so ihrer Arbeit und ihren Familien wiedergegeben werden?"

Dr. Liebermann.
Bobrowski.
Kemensiewicz.
Angerman.
Śliwiński.
Marek.
Moraczewski.
Diamand.
Daszyński.
T. Reger.
Smiłowski.
German.
Michejda.
Stapiński.

1735
―
I

Dotaz

poslance Lisýho a společníků na Jeho Excellenci c. k. ministra veřejných prací ohledně nedostatku uhlí v českých městech a okresích.

Ze všech českých měst a okresů docházejí zprávy o nedostatku uhlí. Nejen domácnosti, ale i školy, úřady, průmyslové závody, ano i ty, které pracují na vojenských dodávkách nemají uhlí. Na mnohých místech musí ve školách přestati vyučovati, úřady zavříti; mnohé průmyslové závody nemohou pracovati, čímž dělnictvo uvrženo jest v bídu největší. Bude mrznouti a hladověti. Nemožno čekati, že bude klidně k těmto strašným poměrům přihlížeti. Českými městy a okresy, kde nedostatek uhlí jest přímo katastrofální, neboť namnoze není ani potřebné uhlí na pečení chleba, projíždějí vlaky s uhlím do německých měst a okresů. Praha jest bez uhlí, Vídeň dle sdělení Vaše Excellence je již zásobena na celé dva měsíce. Stejně tak dobře postarala se správa ministerstva veřejných prací o to, aby německé kraje měly dostatek uhlí.

Na důkaz uvádím: České okresy železnobrodský, semilský, vysocký, jilemnický, kde zima byla vždy zvláště drsná, je obyvatelstvo bez uhlí, naproti tomu sousední německé okresy, jako Liberecko, Jablonecko, Tanvaldsko atd. mají uhlí dostatek. V uvedených českých okresích jsou průmyslové české závody bez uhlí, v německých závodech jsou plní skladiště uhlí, velké haldy uhlí leží v továrních dvorech. Zná-li lid náš, jak německé obyvatelstvo jest dobře zásobováno uhlím, vidí-li denně projížděti českými městy a osadami celé vagony uhlí do německých krajů, poznává, že v ministerstvu veřejných prací v ohledu zásobování uhlí panuje dvojí loket. Proti takovému jednání co nejdůrazněji protestujeme.

Upozorňujeme na to, že žádosti za příděl se vyřizují sice příznivě, ale uhlí přikázané žadatelé často vůbec nedostanou. Nepořádky v zásobování uhlím jeví se také tím, že uhlí hornoslezské, které se přidělí pekařům, mlýnům a průmyslovým závodům na určité měsíce, v měsících těch uhlí nedostanou, ale dostanou přípisy od ministerstva veřejných prací, že pro příští měsíc uhlí pro jinou důležitější a naléhavější spotřebu vůbec nedostanou.

Tedy dostaly od ministerstva veřejných prací jen vyřízení — arch papíru, ale uhlí žádné. Jednání takové musí rozčíliti i nejklidnější občany.

Slyšíme stále, že špatné zásobování uhlím zaviněno jest nedostatkem vagonů, kterých bylo potřeba ku dovozu brambor a řepy, a které zejména potřebuje vojenská správa. Doba dovozu brambor a řepy končí, ale náprava v dovozu uhlí nenastává. Na mnohých nádražích stojí celé řady vagonů, které by se mohly upotřebiti ku dopravě uhlí. Ministerstvo veřejných prací jest povinno energicky žádati na vojenské správě dostatek vagonů ku zásobení obyvatelstva uhlím, zejména v době, kdy začíná opravdově zima. Vojenská správa musí v zájmu veřejného dobra a klidu vyhověti. Očekáváme, že v zásobování uhlím českých měst a okresů nastane náprava dříve, než mrznoucí lid

nebude veřejně a hlasitě protestovati. Jest příliš křiklavým zjevem, že lid v zemi, kde uložen je tak velký poklad uhlí, nemá čím zatopit a oběd si uvařit.

Vzhledem k uvedeným stížnostem táží se podepsaní:

„Jest Vaše Excellence ochotna postarati se, aby nepořádky v zásobování českých měst a okresů uhlím byly odstraněny, aby pekaři a mlýny, které pracují pro aprovisaci, dostali dostatek uhlí?

Jest Vaše Excellence ochotna postarati se, aby české průmyslové závody dostaly dostatek uhlí a nemusely zastavovati výrobu?

Jest Vaše Excellence ochotna zakročiti u vojenské správy, aby tato uvolnila dostatečný počet vagonů ku dopravě uhlí?“

Ve Vídni, 4. prosince 1917.

Exner.
Stříbrný.
Slavíček.
V. Klofáč.
Čech.
F. Staněk.
Hráský.
Smrček.
Žďárský.
Dr. Hübschman.
Bradáč.
Ant. Rydlo.
Č. Lisý.
Prášek.
Dr. Formánek.
Frant. Mašata.
Konečný.
Jirásek.
Feltl.
Rychtera.
Kulich.
Dr. Šubrt.
Dr. Lukavský.
Dr. Baxa.

Authentische Übersetzung.

1735
I

Anfrage

des

Abgeordneten Lisý und Genossen an Seine Exzellenz den k. k. Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend den Kohlenmangel in böhmischen Städten und Bezirken.

Aus sämtlichen böhmischen Städten und Bezirken treffen Nachrichten über Kohlenmangel ein. Nicht nur die Haushaltungen, sondern auch Schulen, Ämter, Industriebetriebe, sogar solche, die an militärischen Lieferungen arbeiten, besitzen keine Kohle. An vielen Orten muß der Schulunterricht eingestellt, die Ämter müssen geschlossen werden; zahlreiche Industriebetriebe können nicht arbeiten, wodurch die Arbeiterschaft in die größte Notlage versetzt ist. Sie wird frieren und hungern. Es ist nicht zu erwarten, daß sie diesen furchtbaren Verhältnissen ruhig zusehen wird. Durch böhmische Städte und Bezirke, wo der Kohlenmangel geradezu katastrophal ist, da es vielfach nicht einmal die zum Brotbacken notwendige Kohle gibt, fahren Kohlenzüge für deutsche Städte und Bezirke. Prag ist ohne Kohle, Wien ist laut Mitteilung Eurer Exzellenz bereits auf volle zwei Monate versorgt. Ebensogut hat die Leitung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten dafür gesorgt, daß die deutschen Gebiete genug Kohle haben. Als Belege führe ich an: die böhmischen Bezirke Eisenbrod, Semil, Hochstadt, Starkenbach, wo der Winter stets besonders rauh zu sein pflegt und in welchen die Bevölkerung ohne Kohle dasteht, während die deutschen Nachbarbezirke, wie: Reichenberg, Gablonz, Tannwald usw., genug Kohle haben. In den erwähnten böhmischen Bezirken sind böhmische Industrieunternehmungen ohne Kohle, in deutschen Unternehmungen sind die Magazine voll Kohle, auf den Fabrikshöfen liegen große Kohlenhaufen. Wenn unsere Bevölkerung sieht, wie gut die deutsche Bevölkerung mit Kohle versorgt wird, wenn sie täglich ganze Waggons Kohle durch böhmische Städte und Ortschaften nach deutschen Gebieten durchfahren sieht, gelangt sie zur Erkenntnis, daß im Ministerium für öffentliche Arbeiten bei der Versorgung mit Kohle zweierlei Elle herrscht. Gegen eine solche Handlungsweise müssen wir nachdrücklichst protestieren. Wir machen darauf aufmerksam, daß Gesuche um Zuweisung zwar günstig erledigt werden, die Gesuchsteller jedoch die zugewiesene Kohle häufig überhaupt nicht bekommen. Eine Unordnung in der Kohlenversorgung zeigt sich auch in der Richtung, daß Bäcker, Mühlen und Industriebetriebe die oberschlesische Kohle, welche ihnen für bestimmte Monate zugewiesen wird, in diesen Monaten nicht erhalten, sondern vom Ministerium für öffentliche Arbeiten Zuschriften bekommen, daß sie für den nächsten Monat infolge eines anderen wichtigeren und dringlicheren Bedarfes die Kohle überhaupt nicht bekommen.

Sie bekamen also vom Ministerium für öffentliche Arbeiren nur eine Erledigung, ein Blatt Papier, aber keine Kohle. Ein solches Vorgehen muß selbst die ruhigsten Bürger in Aufregung bringen. Wir hören fortwährend, daß die schlechte Kohlenversorgung durch Waggonmangel verschuldet wird, weil die Waggons zur Kartoffel- und Rübenzufuhr und namentlich von der Militärwaltung benötigt werden. Die Kartoffel- und Rübenzufuhr geht zu Ende, aber in der Kohlenzufuhr tritt keine Besserung ein. In manchen Bahnhöfen stehen ganze Reihen von Waggons, die zum Kohlentransporte verwendet werden könnten. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten ist verpflichtet, von der Militärverwaltung eine genügende Waggonanzahl zur

Versorgung der Bevölkerung mit Kohle energisch zu verlangen, namentlich jetzt, wo der Winter ernstlich beginnt. Die Militärverwaltung muß im Interesse des öffentlichen Wohles und der öffentlichen Ruhe diesem Begehren Rechnung tragen. Wir erwarten, daß in der Versorgung der böhmischen Städte und Bezirke mit Kohle eine Sanierung früher eintritt, bevor die frierende Bevölkerung öffentlich und laut protestieren wird. Es ist eine zu schreiende Erscheinung, daß die Bevölkerung eines Landes, in welchem sich ein so großer Kohlenschatz befindet, nichts zum Einheizen und zum Kochen des Mittagsmahls hat.

Angesichts der angeführten Beschwerden fragen die Gefertigten:

„Ist Eure Exzellenz bereit, dafür Sorge zu tragen, daß die Mißstände in der Versorgung der böhmischen Städte und Bezirke mit Kohle beseitigt werden und daß die Bäcker und Mühlen, welche für die Approvisionierung arbeiten, genug Kohle bekommen?

Ist Eure Exzellenz geneigt, dafür zu sorgen, daß böhmische Industrieunternehmungen genug Kohle bekommen und nicht genötigt werden, den Betrieb einzustellen?

Ist Eure Exzellenz geneigt, bei der Militärverwaltung einzuschreiten, damit diese eine genügende Waggonanzahl für den Kohlentransport freigebe?“

Wien, 4. Dezember 1917.

Čech.
Hrásky.
Smrček.
Mašata.
Zďárský.
Exner.
Dr. Formánek.
Dr. Hübschmann.
Prášek.
Bradáč.
Staněk.

Č. J. Lisý.
Ant. Rydlo.
Dr. Baxa.
Konečný.
Dr. Šubrt.
Dr. Lukavský.
Kulich.
Rychtera.
Feltl.
Stříbrný.
Slavíček.
Klofáč.

1736
—
I

Dotaz

poslance Č. Jos. Lisýho na Jejich Excellence pana c. k. ministr-praesidenta, c. k. ministra výživy, c. k. ministra obchodu, c. k. ministra financí a c. k. ministra zeměbrany ohledně vyšetření ubohých poměrů mezi ručními tkalci hor krkonošských na Jilemnicku a Vysocku nad Jizerou a udělení jim nouzové pomoci a přiměřené práce pro státní dodávky.

Situace ručních tkalců okresu jilemnického a vysockého obou národností stala se za války přímo strašnou. Již za míru bylo ruční tkalcovství nejchudší zaměstnání, výdělek 8 až 12 K týdně naprosto nestačoval ku výživě rodiny. Nyní za války jest výdělek daleko menší, nestačí za dnešní drahoty ani na chleba. Většina tkalců jest však bez zaměstnání. Následek toho jest, že v horách krkonošských mezi ručními tkalci českými a německými jest hlad a z hladu řádí nemoce: úplavice, tuberkulosa i všechny ostatní válečné nemoce z podvýživy.

Bolestný jest pohled na ten ubohý, hodný, přičinlivý lid horský; jako bledé kostry potácejí se muži, ženy a děti ve svých chaloupkách a tiše jeden po druhém pomalu zmírají hladem. Ruční tkalci nemají svých zásob, nemají polí a aprovisace jest nedostatečná. Za šťastné se považují mají-li na jídelním lístku to, co dříve bylo krmivem dobytka: vikev, otruby, slupky s brambor. Zachvějeme se hrůzou a žalem, vidíme-li jak tkalcovské dítě hltavě požívá nemastnou polévku z otrub a k tomu přikusuje chléb z bramborových slupek. Mnozí ani toho nemají a ponenáhla hynou. Úmrtnost mezi ručními tkalci jest tak velká, že lékaři vyslovují obavy, že veškeren ten stav stane se obětí tuberkulosy. Lidskost káže, aby vláda ihned nařídila vyšetřiti poměry mezi ručními tkalci a poskytla jim potřebných potravin a tak zachránila je před smrtí hladem, který zejména v době zimní bude v řadách těchto chuďasů řáditi.

Upozorňujeme na to, že jen malá část ručních tkalců jest zaměstnána, ostatní jsou následkem války bez zaměstnání. Nezaměstnaní dostávají podporu, a to muž 3 až 6 K týdně, což jest obnos pro celou rodinu, poněvadž žena a děti nedostávají ničeho. Tato podpora jest nedostatečná, je to jen žebrácká almužna, jest povinností vlády zvýšiti podporu ze státních prostředků tak, aby rodiny ručních tkalců mohly býti živy. Podpora ručním tkalcům jest vyplácena nesprávně. Podporu tu dostávají jen ti, kteří v roce 1915 pracovali na stavech, ale již v tom roce mnoho tkalců bylo bez práce bez vlastní své viny, jen následkem války. Za podmínku udělení podpory má býti vzat stav za vypuknutí války. Jest nutno, aby i v tom ohledu vláda nařídila nápravu.

Celá řada těchto hladových tkalců chodí žebrati do krajin zámožnějších. Běda však těmto ubožákům! Četnictvo a političtí úředníci nemají v nynější vážné době snad jinou práci, než tyto ubohé lidi pronásledovati. Vše co dostali od milosrdných lidí nebo co za poslední peníz pro své hladové děti koupili, jim vezmou. Pro tyto skutky úřední činnosti a horlivosti nemáme slov. Žádáme ochranu pro tyto nebožáky, kteří jen z hladu shání sousto pro sebe a svou rodinu, poněvadž nemohou snésti pohled na hladem chřadnoucí dětí.

Chování politických úřadů jest bezohledné, jen že klidně a nečinně dívají se na bídné poměry ručních tkalců, ale ještě samy poměry ty zhoršují tím, že i příspěvky vyživovací jim ve velmi četných případech odpírají, nebo velmi nízko vyměřují. Jest nutno, aby vláda přikázala příslušným úřadům, aby každým směrem hleděli pomoci ručním tkalcům a neztěžovaly smutný život nešťastných rodin tkalcovských.

Pracovitý, přičinlivý horský lid volá po práci. Za dnešních poměrů může vláda a jest povinna opatřiti ručním tkalcům přiměřenou práci pro státní dodávky. Nebylo-li by možno ručním tkalcům takovou práci zabezpečiti, jest nezbytno, aby tkalci obdrželi náležitou podporu státní, která by jim ulehčila krutou bídu, dokud se jejich pracovní poměry nezhorší.

Bída ručních tkalců den ke dni je hroznější. Nemají dostatek potravin, nemají na zimu šatů, obuvi, teplého prádla, nemají uhlí, nemají petroleje, ani svíček! Pro horský lid nastává doba hrůzná, lid se strachem a bolestí dívá se v budoucnost! Žádáme vládu a jednotlivé pány ministry, aby největší pozornost věnovali smutným poměrům ručních tkalců v okresích jilemnickém a vysockém nad Jizerou a učinili vše, co by mohlo bídu, hlad a úmrtnost jich zmenšiti. Očekáváme, že tak se stane dříve než propukne u hladového lidu toho zoufalost se všemi svými následky.

Podepsaní se táží:

„Jsou Vaše Excellence ochotny v dotaze uvedené poměry vyšetřiti a nejrychlejší nápravu a pomoc ručním tkalcům poskytnouti dle návrhů uvedených?“

Žďárský.
Vacek.
Dr. O. Hübschmann.
Dr. Viškovský.
F. Staněk.
Dr. Formánek.
Konečný.
Feltl.
V. Klofáč.
Čech.

Č. J. Lisý.
Ant. Rydlo.
Janovec.
K. Prášek.
Jar. Rychtera.
Krž.
Stříbrný.
Dr. Zahradník.
Donát.
Bradáč.
Slavíček.

Authentische Übersetzung.

1736
I

Anfrage

des

Abgeordneten C. Jos. Lisý an Ihre Exzellenzen den Herrn k. k. Ministerpräsidenten, den Herrn k. k. Minister für Volksernährung, den Herrn k. k. Handelsminister, den Herrn k. k. Finanzminister und den Herrn k. k. Minister für Landesverteidigung, betreffend die Untersuchung der trostlosen Verhältnisse der Handweber im Riesengebirge in den Bezirken Starkenbach und Hochstadt a. d. I. sowie die Gewährung einer Notstandsaushilfe und entsprechender Arbeiten für Staatslieferungen an dieselben.

Die Situation der Handweber beider Nationalitäten in den Bezirken Starkenbach und Hochstadt ist während des Krieges geradezu furchtbar geworden. Bereits zu Friedenszeiten bildete die Handweberei die ärmlichste Beschäftigung, der Arbeitsverdienst von 8—12 K wöchentlich konnte zur Ernährung der Familie absolut nicht ausreichen. Jetzt während des Krieges ist der Arbeitsverdienst weit niedriger und genügt bei der heutigen Teuerung nicht einmal aufs Brot. Die Mehrzahl der Weber ist jedoch beschäftigungslos. Dies hat zur Folge, daß im Riesengebirge unter den Handwebern böhmischer und deutscher Nationalität Hunger herrscht und infolge Hungers verschiedene Krankheiten Ruhr, Tuberkulose, sowie alle sonstigen, infolge Unterernährung entstandenen Kriegskrankheiten sich verbreiten. Es ist ein schmerzlicher Anblick auf diese arme, brave, strebsame Gebirksbevölkerung! Bleichen Skeletten gleich taumeln Männer, Weiber und Kinder in ihren kleinen Hütten und gehen still einer nach dem andern dem Hungertode entgegen. Die Handweber besitzen keine Eigenvorräte, haben keine Felder und ihre Approvisionierung ist unzulänglich. Sie schätzen sich glücklich, wenn sie auf ihrer Speisekarte dasjenige haben, womit man früher das Vieh gefüttert hat: Wicke, Kleie, Kartoffelschalen. Es wird uns angst und bange, wenn wir sehen, wie das Weberkind gierig die fettlose Kleiensuppe ißt und dazu Brot aus Kartoffelschalen verzehrt. Manche haben nicht einmal das und sterben langsam ab. Die Sterblichkeit unter den Handwebern ist so groß, daß die Ärzte die Besorgnis aussprechen, daß dieser ganze Stand der Tuberkulose zum Opfer fallen wird. Die Menschlichkeit verlangt, daß die Regierung unverzüglich eine Untersuchung der Verhältnisse der Handweber anordnet und ihnen die notwendigen Lebensmittel beistellt und sie auf diese Weise vor dem Hungertode rette, der namentlich zur Winterszeit in den Reihen dieser armen Schlucker wüten wird.

Wir machen darauf aufmerksam, daß nur ein kleiner Teil der Handweber eine Beschäftigung hat, die übrigen sind infolge des Krieges beschäftigungslos. Die Nichtbeschäftigten bekommen eine Unterstützung und zwar der Mann 3—6 K wöchentlich, welcher Betrag für die ganze Familie bestimmt ist, da das Weib und die Kinder gar nichts bekommen. Diese Unterstützung ist unzulänglich, sie ist nur ein Bettelalmosen. Die Regierung ist verpflichtet, dieselbe aus Staatsmitteln derart zu erhöhen, daß die Familien der Handweber leben können. Die Unterstützung

der Handweber wird ungerecht ausgezahlt. Diese Unterstützung bekommen nur diejenigen, die im Jahre 1915 an Webstühlen gearbeitet haben, aber bereits in diesem Jahre waren sehr viele Weber ohne eigenes Verschulden, nur infolge des Krieges arbeitslos. Als Bedingung für die Gewährung der Unterstützung soll der Zustand zur Zeit des Kriegsausbruches genommen werden. Es erscheint notwendig, daß die Regierung auch in dieser Hinsicht eine Remedur anordnet.

Eine ganze Reihe dieser hungrigen Weber geht in wohlhabendere Gegenden betteln, doch wehe diesen armen Schluckern! Die Gendarmerie und die politischen Beamten haben in der jetzigen ernsten Zeit wahrscheinlich nichts anderes zu tun, als diese bedauernswerten Leute zu verfolgen. Alles, was sie von barmherzigen Menschen bekamen, oder um den letzten Groschen für ihre hungernden Kinder gekauft haben, wird ihnen abgenommen. Wir finden keine Worte, für diese Tätigkeit und diesen Amtseifer der Behörden. Wir verlangen Schutz für diese armen Teufel, die nur infolge Hungers ein bißchen für sich und ihre Familie aufzutreiben trachten, weil sie den Anblick auf ihre durch Hunger zugrunde gehenden Kinder nicht ertragen können.

Das Verhalten der politischen Behörden ist rücksichtslos; nicht nur daß sie ruhig und untätig den trostlosen Verhältnissen der Handweber zuschauen, sie verschlimmern noch diese Verhältnisse dadurch, daß sie ihnen selbst die Unterhaltsbeiträge versagen oder sehr niedrig bemessen. Es erscheint notwendig, daß die Regierung die kompetenten Behörden anweise, daß sie in jeder Richtung den Handwebern zu helfen trachten und das trostlose Leben der unglücklichen Weberfamilien nicht noch mehr erschweren.

Das arbeitsame, strebsame Gebirgsvolk ruft nach Arbeit. Unter den heutigen Verhältnissen ist die Regierung in der Lage und auch verpflichtet, den Handwebern eine angemessene Arbeit für staatliche Lieferungen zu beschaffen. Falls es nicht möglich sein sollte, den Handwebern eine solche Arbeit sicherzustellen, erscheint es notwendig, daß die Weber eine entsprechende Staatsaushilfe bekommen, damit ihre harte Notlage, solange sich ihre Arbeitsverhältnisse nicht bessern werden, erträglich gemacht werde.

Die Notlage der Handweber ist von Tag zu Tag schrecklicher! Sie haben nicht genug Nahrungsmittel, besitzen für den Winter keine Kleider, keine Schuhe, keine warme Wäsche, sie haben weder Kohle, noch Petroleum, noch Kerzen! Für die Gebirgsbevölkerung tritt eine furchtbare Zeit ein. Das Volk schaut mit Angst und Bangigkeit der Zukunft entgegen! Wir ersuchen die Regierung und die einzelnen Herren Minister, daß sie den trostlosen Verhältnissen der Handweber in den Bezirken Starkenbach und Hochstadt a. d. J. die größte Aufmerksamkeit widmen und alles unternehmen, wodurch die Notlage, der Hunger und die Sterblichkeit derselben vermindert werden könnten. Wir erwarten, daß es früher geschieht, bevor noch bei dieser hungernden Bevölkerung die Verzweiflung mit allen ihren Folgen zum Ausbruch gelangt.

Die Gefertigten fragen:

„Sind Eure Exzellenzen geneigt, über die in der Anfrage angeführten Verhältnisse Erhebungen zu pflegen und im Sinne der vorstehenden Anträge Remedur zu schaffen und den Handwebern Hilfe zu gewähren?“

Ždárský.
Dr. Viškovský.
Hübschmann.
Slavíček.
Dr. Formánek.
Konečný.
Feltl.
V. Klofáč.
Čech.
Koerner.

Č. J. Lisý.
Ant. Rydlo.
Janovec.
K. Prášek.
Rchytera.
Krž.
Stříbrný.
Donát.
Prášek.
Zahradník.
Vácek.

1737
/I

Upit

zastupnika Prodana i drugova Njihovim preuzvišenostima gospodi ministrim unutrnjih posala, za prehranu i za socijalnu skrb o lihvarskoj razlikosti u cijenama za Dalmaciju.

Prvi potpisani interpelant, govoreć o osobitim obzirim, koje bi c. kr. vlasti morale da imaju prema stradanju pučanstva u Dalmaciji, opetovano je naglasio markantnu, neoborivu činjenicu, da su u Dalmaciji troškovi širokih masa pučanstva, i posebno činovništva, svećenstva i pučkog učiteljstva, za nabavu u prvom redu živeža, puno veći nego u drugim pokrajinam; te plate i potpore, koje dotičnici dobivaju, ne vrijede faktično u Dalmaciji često niti polovicu što one vrijede drugdje. O tom se centralne vlasti mogu neoborivo uvjerit, ako zatraže od podredjenih organa savjesna i tačna izvješća u tom predmetu.

Nego, dok se ta silna razlika opaža u prodaji predmeta, koje privatnici, obrtnici i trgovci na svoj izključivi „riziko“ stavljaju u promet, a na koje vlada ne vrši po dosle postojećim propisim do li malu ili nikakvu kontrolu i upliv, ni pô jada, ali je neizrečeno žalit, što vlada pušta, da i aprovizacije, koje uživaju sve moguće povlastice i oblakšice i koje ne smiju bit spekulantni zavodi i ustanove, a još manje smiju bit kao neka lihvarska poduzeća, zlorabe svoj položaj i autonomni djelokrug, deruć pučanstvo više puta do dvostruke i trostruke cijene. To se primjerice zbilo u Zadru pri nabavam i prodajam donekle krumpira (prije rekvizicije), pa drugih živežnih potrebština. A i krumpiri se sada, poslije rekvizicije, prodavaju u Zadru od aprovizacije za 10 postotaka skuplje nego u Beču.

Koliko pučanstvo mora da trpi u svojoj, već i tako kukavnoj, ekonomiji, radi povišenih cijene u predmetim aprovizacije i lihvarskih cijena glede slobodnih živežnih sredstva, svak će lako uvidjet, kad se prispodobe cijene uopće nekih potrebština u Zadru sa cijenam u Sarajevu, Beču i drugdje.

U Zadru se prodavala marmelada, ono malo što je tamo stiglo po 6·80 K (u dućanim), kad je u Sarajevu bila po 3 K, a u Beču po 2·80 K na općini.

Jabuke su se i tunedavno u Zadru prodavale po 3 K ili, loša vrst, kad ih u Beču bilo na stotine i stotine vaguna po 1 K i nekoliko para, u maloprodaji.

U Zadru brašno za kruh, izpod ruke, po 19 K najmanje, kad u Banovini, u Zagrebu, u aprovizaciji samo po 60 para. Kafa (prava) u Beču bila za gradske činovnike po 8 K, kad joj u Dalmaciji cijena bila već poskočila na 50, 100, 200 K.

Rajčice ljeti u Zadru po 3 do 4 K, kad ih drugdje bilo u trgovini izobila, a u Beču i polovicom ovoga mjeseca moglo ih se dobit, u sitnoprodaji po 1 K. U Beču ni pet jaja ne zapada koliko u Zadru samo jedno.

Krumpiri, jedna od glavnih hrana, izpod ruke, isto tako. Ovu brojanicu mogli bismo protegnut na sve što se nabavlja i prodaje, ali, cijenimo, da su za dokaz teze dostatni i navedeni primjeri.

S toga potpisani pitaju visoku vladu:

„1. Je li c. kr. vladi poznato, da se u Zadru, a više manje i po ostaloj Dalmaciji, životne namirnice mogu nabavit jedva uz veoma povišenu, kadkad uz dvostruku, trostruku i još višu cijenu, nego u Beču i drugdje, a da k tomu nadolaze znatni troškovi prevoza za sela i otoke?

2. Je li voljna visoka vlada poprimit što prije shodne mjere, da se toj prekomjernoj razlici u cijenam stane već jednom na kraj?

3. Je li voljna u buduće, obzirom na te iznimne okolnosti, bit obilatije ruke pri platam i potporam činovništvu, svećenstvu i pučkomu učiteljstvu u Dalmaciji i pružit tim stališim naknadno doplatu, da se budu mogli nać faktično na istoj stopi, na kojoj su činovnici, svećenici i pučki učitelji u drugim pokrajinam ove jedne te iste monarkije?“

Beč, 30. studenoga 1917.

Dr. Ravnihar.	Prodan.
Pišek.	Korošec.
Roškar.	Dr. Jankovič.
Dr. Verstovšek.	M. Brenčič.
Gostinčar.	Dr. Vukotić.
Fr. Demšar.	J. Hladnik.

Authentische Übersetzung.

1737
I

Anfrage

des

Abgeordneten Prodan und Genossen an Ihre Exzellenzen die Herren Minister des Innern, Ernährungsminister und Minister für soziale Fürsorge, betreffend den wucherischen Unterschied in den Preisen für Dalmatien.

Der erstgefertigte Interpellant, als er von besonderen Rücksichten sprach, welche die k. k. Behörden gegenüber der leidenden Bevölkerung Dalmatiens haben müßten, hat zu wiederholten Malen die markante, unwiderlegbare Tatsache betont, daß in Dalmatien die Auslagen der breiten Volksmassen und insbesondere der Beamten, der Geistlichen und der Volksschullehrer für die Anschaffung der Lebensmittel viel größer sind als in den übrigen Ländern, so daß die Bezüge und Unterstützungen, welche die Betreffenden erhalten, in Dalmatien tatsächlich vielfach nicht einmal die Hälfte des Wertes erreichen, den sie anderswo haben. Davon können sich die Zentralbehörden unwiderlegbar überzeugen, indem sie von den untergeordneten Organen gewissenhafte und genaue Berichte über diesen Gegenstand abverlangen.

Jedoch solange dieser gewaltige Unterschied beim Verkauf von Gegenständen zum Vorschein kommt, welche die Privaten, Gewerbetreibenden und Kaufleute ausschließlich auf ihr „Risiko" in den Verkehr bringen und bezüglich welcher die Regierung nach den bisher bestehenden Vorschriften bloß eine geringe oder gar keine Kontrolle und Einfluß ausübt, wäre es noch nicht so arg, es ist aber tief zu bedauern, daß die Regierung zuläßt, daß die Approvisionierungsstellen, die alle möglichen Begünstigungen und Erleichterungen genießen und keineswegs spekulative Anstalten und Einrichtungen und noch weniger eine Art von Wucherunternehmen sein dürfen, ihre Stellung und ihren autonomen Wirkungskreis mißbrauchen, indem sie der Bevölkerung vielfach zwei- bis dreimal höhere Preise auferlegen. Das ist beispielsweise in Zadar bei Ankauf und Verkauf der Erdäpfel (vor der Requisition) und anderer Lebensmittel der Fall gewesen. Aber auch jetzt nach der Requisition werden die Erdäpfel seitens der Approvisionierungsstelle in Zadar um zehn Prozent teurer verkauft als in Wien.

Wieviel die Bevölkerung in ihrer ohnehin schon armseligen Wirtschaft infolge der erhöhten Preise der Approvisionierungsartikel sowie infolge der Wucherpreise der Lebensmittel des freien Verkehrs zu leiden hat, wird jedermann leicht einsehen, wenn man die Preise einiger Bedarfsgegenstände in Zadar mit denjenigen in Sarajevo, Wien und anderen Städten vergleicht.

Die kleine Menge Marmelade, die nach Zadar gelangte, wurde zu K 6·80 (in den Geschäften) verkauft, während der Preis in Sarajevo K 3·— und in Wien bei der Gemeinde K 2·80 betrug. Äpfel hat man unlängst in Zadar zu K 3·— verkauft, und zwar minderwertige Art, während in Wien mehrere hundert Waggons zu K 1·— und etliche Heller im Kleinverkauf erhältlich waren. In Zadar zahlt man für Brotmehl unter der Hand wenigstens K 19·—, während man in Kroatien, in Zagreb in der Approvisionierungsstelle, bloß 60 h zahlt. Den (echten) Kaffee bezogen die städtischen Beamten in Wien zu K 8·—, während der

Kaffeepreis in Dalmatien zu der Zeit bereits K 50, 100, 200 erreicht hatte. Paradeis zahlte man in Zadar im Sommer mit K 3 bis 4, während sie anderswo im Handel im Überfluß vorhanden waren, so daß man sie in Wien auch um die Mitte des laufenden Monats im Kleinverkauf zu K 1·— bekommen konnte. In Wien kosten 5 Stück Eier nicht so viel wie in Zadar ein einziges. Ebenso verhält es sich mit den Erdäpfeln, die zu den wichtigsten Nahrungsmitteln gehören. Diese Aufzählung könnten wir auf alles, was gekauft und verkauft wird, ausdehnen, doch glauben wir, daß auch die angeführten Beispiele vollkommen genügen, um unsere Behauptung zu beweisen.

Deshalb fragen die Gefertigten die hohe Regierung:

„Ist es der k. k. Regierung bekannt, daß in Zadar und mehr oder weniger auch im übrigen Dalmatien die Lebensmittel mit Mühe zu viel höheren Preisen als in Wien und anderswo erworben werden können, so daß man manchmal zweimal, dreimal so viel und noch mehr zu zahlen bemüßigt ist, wozu noch bedeutende Kosten für den Transport in die Dörfer und auf die Inseln hinzuzurechnen sind, ist die hohe Regierung geneigt, ehebaldigst zweckentsprechende Maßnahmen zu treffen, damit dieser übermäßige Unterschied in den Preisen endlich einmal aufhöre, und ist die Regierung mit Rücksicht auf die Ausnahmsverhältnisse bereit, in Hinkunft den Beamten, Geistlichen und Volksschullehrern in Dalmatien reichlichere Zulagen und Unterstützungen zu gewähren sowie den Angehörigen dieser Stände nachträglich einen Zuschuß zuzuerkennen, damit ihnen tatsächlich das Leben in demselben Maße erleichtert werde, wie es den Beamten, Geistlichen und Volksschullehrern in den übrigen Ländern einer und derselben Monarchie erleichtert wird?“

Wien, 30. November 1917.

Dr. Verstovšek.	Prodan.
Brenčič.	Dr. Jankovič.
Hladnik.	Dr. Vukotić.
Pišek.	Dr. Ravnihar.
Korošec.	Roškar.
Demšar.	Gostinčar.

1738
—
I

Upit

zastupnika Prodana i družine Njihovim Preuzvišenostima gospodi ministrim unutrnjih posala, za prehranu i socijalnu skrb glede vladine skrbi za Dalmaciju, koja treba da popuni neskrb aprovizacionih odbora.

Nemar, a gdjegdje i nesposobnost, aprovizacija u Dalmaciji, kako je obće poznato, stvara bezprimjernu oskudicu i glad u pučanstvu.

A da u Cislitavi i Translitavi ima ipak hrane, koja bi se mogla upotrebit, da se utaži glad u Dalmaciji, to je takodjer notorna činjenica.

Nećemo se osvrćat na statistične podatke, koje su stanovite, veoma raširene bečke novine doniele iz Berlina, a koji idu za tim, da dokažu, kolike su se stotine tisuća vaguna hrane iz Rumunjske izvezle za našu monarkiju u više nego za njemačko carstvo, premda je ono pučanstvom daleko pretežitije; nećemo apelirat na dužnu vladinu nepristranost i pravičnost i zahtievat, da čini neka i Dalmacija oćuti uhar od pliena u živežu našastu i nabavljenu pri zauzeću sjeverozapadnih krajeva Italije, što sada za se reklamiraju predvidne uprave velegradova. Vlada zna, koje su joj dužnosti prema onima, koji gore trpe, naposeb prema onomu narodu, koji je u svojoj dragocienoj krvi, nekmoli samo u imovini i novcu, razmjerno najviše žrtava doprinio za razna slavodobića vojske na bojnim poljanama; te se ograničujemo, da samo pitamo c. kr. vladu:

„Do šta je, da Primorske strane, poimence Dalmacija i Istra, nijesu oćutile, da su Rumunjska, Rusija i Italija pružile našoj monarkiji, pokraj naših unutrnjih, i one svojih, inozemnih sredstva za bolju prehranu gladujućeg pučanstva, i je li voljna visoka vlada, pri diobi hrane i drugoga čega, što je došlo u posjed naše monarkije, svrnut osobitu brigu na onaj narod, koji junački, svedj vjerno, stoji u težkim prvim redovim i unatoč bezprimjernomu zapostavljanju i nepravdam, bio i ostao glavni štit za obranu prestolja, svoje domovine i države?“

Beč, 30. studenoga 1917.

Fr. Demšar.	Prodan.
Pišek.	Dr. Verstovšek.
Dr. Vukotić.	Dr. Jankovič.
Gostinčar.	M. Brenčič.
Roškar.	J. Hladnik.
Korošec.	Dr. Ravnihar.

Authentische Übersetzung.

1738
I

Anfrage

des

Abgeordneten Prodan und Genossen an Ihre Exzellenzen die Herren Minister des Innern, Ernährungsminister und Minister für soziale Fürsorge, betreffend die Notwendigkeit, der Nachlässigkeit der Approvisionierungsausschüsse in Dalmatien durch Fürsorge der Regierung abzuhelfen.

Die Nachlässigkeit und stellenweise auch Unfähigkeit der Approvisionierungsorgane in Dalmatien führen bekanntlich eine beispiellose Not und Hunger unter der Bevölkerung herbei.

Daß es aber in Zisleithanien und Transleithanien genug Lebensmittel gibt, die zur Linderung der Hungersnot in Dalmatien herangezogen werden könnten, ist ebenfalls eine allgemein bekannte Tatsache.

Wir wollen nicht die statistischen Daten heranziehen, die von einer sehr verbreiteten Wiener Zeitung aus Berlin mitgeteilt wurden und die den Zweck verfolgen, zu beweisen, um wieviel Hunderttausende Waggons Getreide aus Rumänien mehr in unsere Monarchie als nach Deutschland eingeführt wurden, trotzdem die Bevölkerungszahl Deutschlands weit höher ist; wir wollen auch nicht an die der Regierung obliegende Unparteilichkeit und Gerechtigkeit appellieren und verlangen, daß von den bei der Eroberung der nordwestlichen Gebiete Italiens vorgefundenen und erbeuteten Lebensmitteln, die jetzt von den vorsorglichen Verwaltungen der Großstädte reklamiert werden, auch Dalmatien einen Nutzen haben soll. Die Regierung weiß wohl, welche Pflichten sie gegenüber denjenigen hat, die mehr leiden, insbesondere gegenüber jenem Volke, das an unschätzbarem Blut — um vom Vermögen und Geld gar nicht zu reden — für die ruhmvollen Siege der Armeen auf den Schlachtfeldern verhältnismäßig die größten Opfer dargebracht hat, und wir beschränken uns darauf, an die k. k. Regierung nur die Frage zu richten:

„Wie kommt es, daß die Küstenländer, namentlich Dalmatien und Istrien gar nicht zu fühlen bekamen, daß Rumänien, Rußland und Italien neben unseren inländischen auch ihre ausländischen Lebensmittel zur besseren Ernährung der hungernden Bevölkerung unserer Monarchie geboten haben, und ist die hohe Regierung geneigt, bei der Verteilung der Lebensmittel und anderer Bedarfsgegenstände, die in Besitz unserer Monarchie gelangt sind, ihre besondere Fürsorge jenem Volke zu widmen, das heldenmütig, unerschütterlich treu in den ersten Reihen kämpft und trotz der beispiellosen Zurücksetzungen und Ungerechtigkeiten eine Hauptstütze des Thrones, seines Vaterlandes und des Staates war und ist?“

Wien, 30. November 1917.

Dr. Janković.	Dr. Vukotić.	Pišek.	Prodan.
Brenčič.	Roškar.	Demšar.	Gostinčar.
J. Hladnik.	Dr. Ravnihar.	Dr. K. Verstovšek.	Korošec.

1739
―――
I

Upit

zastupnika Prodana i drugova sveukupnomu c. kr. ministarstvu glede odlučnih i odsudnih časova za austro-ugarsku monarkiju.

Ponudom primirja od strane Rusije centralnim carstvima i njihovim saveznicima stavlja se četverosavez s vojničkoga vida u najugodniji položaj za sadašnjost, i odatle odjeci radovanja, ali tko hoće da pronikne i malo u sveukupne konkomitantne okolnosti, neće oklijevat, da prizna, da je ponuda primirja i mogućnost posebnoga mira sa najjačim dosadašnjim u ratu našim protivnikom, u isto doba za našu monarkiju možda najveća kušnja i najopasniji dogodjaj. Primirje i mir sa samom Rusijom mogo bi stavit na kocku u nedalekoj budućnosti i samu eksistenciju austro-ugarske monarkije, na što potpisani, kao zastupnici znatnog dijela habsburžkog carstva, radi sebe i monarkije smatraju svojom svetom dužnošću, da najozbiljnije svrate najveću moguću pozornost svih odlučujućih čimbenika.

Spominjemo ovom prigodom samo našu monarkiju, jer dalja je likvidacija sadašnje Turske, barem do nekih granica povjesna potreba, kojoj ona težko da će moć izbjeći, pa sve da ovaj rat svrši po nju i daleko povoljnije, nego to ona, sva prilika, očekuje. Bugarska je, doisto, malena pučanstvom, ali je država slavenska i stoji na Balkanu, gdje nijednoj ondješnjoj drugoj državi neće nikada moć biti počudno, da Bugarska izčezne, na korist bilo koje vanbalkanske države, a premda malena, i odveć je velika, samosvijesna i žilava, a da bi ju ijedna druga državu na Balkanu mogla, i prepolovljenu, a kamo li cijelu, da trajno proguta. Njemačka carevina ima sreću, da je u unutrnjosti posve dobro uredjena i pučanstvo joj k tomu onako napredno i brojno, posve zadovoljno, a da bi ikad ikako, u bitnosti, mogla, bilo uslijed unutrnjih tržaja, bilo vanjskih udaraca, ikomu ili ičemu sasvim podleći. Ni maleni kršćanski narodi ne ginu, a veliki pogotovo ne, osim ako bi ih nestašica kršćanskoga, a upliv poganskoga života malo po malo moralno i fizički raztočilo i predalo u naručaj narodne smrti, izčeznuća.

Habsburžka monarkija, koja inače, kao poliglotna skupina malih naroda, u sredini Evrope, ima po prirodi i geografskom položaju zadaću, da bude koncentracijona i atrakcijona tačka, te bi ju po poznatim riječima velikoga češkoga historičara i po općem mnenju misaonih ljudi trebalo stvorit, kad je ne bi već bilo ondje gdje je. Ali, ne izpunjujuć austro-ugarska monarkija uzvišenu, dalekosežnu zadaću kao habsburžka i poliglotna, a to krivnjom kratkovidnih ili strastvenih, zlonamjernih političara, koji, osobito, zadnjih decenija, kroz najsudbonosnija vremena, ravnaju njezinim kormilom, odvaja od ostalih svojih bližih saveznika, poimence od Njemačke, koja nema u glavnom s narodnostnoga vida nego samo poljsko pitanje na vratu, nu koje ona može, bez svoga oslabljenja a gestom, koji bi ju pače izpred jakoga poljačkoga naroda ojačao, skinut u svako doba i za kratak čas s vrata.

Bezbrigu Njemačke hoće da dijele i naši vlastodržci, a niti najmanje ne pomišljaju na promjene u teritorijima, koje povjest već zapisala u svoje anale odnosno na obseg nekadašnjih habsburžkih krunovina i pokrajina, kroz samo doba jednog jedinog vladara i na okolnost, da je naša monarkija svedj trim velikim državama Evrope na putu i da im silno smeta u njihove imperijalistične i u ekspansivne i obrtničke i trgovačke svrhe, a da ništa, ama baš ništa ju ne garantuje od novih kušnja, nego tradicijonalna odanost i prirodjena vjernost i ljubav naroda prema dinastiji, osobito onog naroda, koji je svakom prigodom, pa i prigodom bune u Beču i Ugarskoj, bio i monarkiji

i dinastiji skoro jedini štit i obrana, pokraj pomoći, koju joj je, u odsndnom času, bila pružila Rusija, a naša monarkija i za krimskoga i za rusko-japanskoga rata kvitirala.

Ali od onda, kao i prije, mnogo se šta dogodilo i dogadja, što bi moglo, da nije ljubavi i razbora, uvesti u napast i onaj narod, koji joj se svedj dosle oteo.

I vremena su druga. Republikanska i demokratska ideja hvataju maha munjevnom brzinom i elementarnom silom.

Prema svemu tomu naši vlastodržci, ne samo ne poprimaju mjera, koje bi bile kadre, da bez nasilja a onako kako je najuspješnije, odstrane svaku oluju u budućnosti, nego iz strančarskih i zlo shvaćenih svojih narodnih misli i težnja, rade u pravcu, koji vodi sve drugamo nego je unutrnja konsolidacija habsburžke monarkije i njezina snaga prema vani.

Podržavanjem dualizma, nepravde, premoći dviju manjina nad dvjema, ukupno, većinama, misle Magjari, da će se bolje održat u moru drugih, osobito slavenskih naroda, a ne paze, da su im baš Slaveni, osobito Hrvati, oni dragocjeni drugovi, koji im, na žalost, krivnjom zlih uprava, daju u zlu snagu i bezbijednost. Nijemci, radi sebe, kako se vidi iz cijela njihova postupka prije rata, i sada iz izjava vlastodržaca u doba rata, drže takodjer dualizam, nagodbu, koja je baš sada na dnevnom redu, kao svoj paladij, a koji nasuprot oduzimlje, baš Niemcima, mogućnost, da dobiju posvemašnju neodvisnost od Ugarske, prema kojoj su prosta „Dependenz“, kako se to javno, s ugledne i baš njemačke strane naglasilo u doba obnovljene nagodbe doset godina natrag.

Ali kad im je to pravo, neka im bude. Nama je do toga, da se svi skupa ne izvrgnemo novim trzavicama i pogibeljima, te radi toga stavljamo ovaj upit:

„I. Je li cielokupna austrijska vlada proučila eventualnosti i opasnosti, koje bi mogle nastat za narode habsburžke monarkije i za dinastiju, ako se prije sklapanja mira ne urede unutrnji odnošaji na način, da ni republikanske ideje, koje nijesu ni u prošlosti bile tudje drugomu nagodbenomu kompaciscentu, ni zdrave demokratske ideje, ne budu mogle uzdrmat temelje sadašnjosti i budućnosti, a budu mogle, odgovarajuć prirodnim i historičnim pravima svih naroda monarkije, stvoriti svestrano zadovoljstvo i snagu, te čvrste temelje boljoj budućnosti i monarkije i dinastije, osobito obzirom na dobro promišljenu i pravičnu „parolu“ ciele Entente, naposeb Amerike, u prilog slobodi i pravu samoodluke za manje narode, kao, takodjer vriedno najveće moguće pažnje, da se Rusija, nudeć primirje, ne samo nije odrekla toga istoga stanovišta, nego ga pače i kroz usta sadašnjih svojih vlastodržaca iztakla, kao jedan od uvjeta trajna mira, te unapried prebacila most za prelaz k Ententi pri konačnim medjunarodnim dogovorim?

II. Je li austrijska vlada, ako sama navremno otvori oči, da uvidi, što se dan danas hoće, na mjesto narodnoga šovinizma gospodujućih elemenata, spravna, da bezodvlačno, u interesu cielokupne monarkije, i u interesu trajnoga mira, uputi i Magjare na razmišljanje te „ad meliora consilia“, prema zlatnomu geslu „justitia regnorum fundamentum“?

III. Drži li c. kr. vlada pred očima, da je stanovište „ni aneksija ni odšteta“ korisno, doisto, svima, koji su što u ratu izgubili, kao Rusiji, Rumunjskoj, Belgiji, Francuzkoj i Italiji, a i samoj Njemačkoj, koja je izgubila svoje brojne i prostrane kolonije; ali da habsburžka monarkija nije ništa teritorijalno izgubila, niti ima i sam četvorni metar medjunarodnom kradjom otetih kolonija te habsburžkoj monarkiji predstoji zaključak, da na koncu ovoga rata nakon neizmjernih žrtava, bude morala kazat i prema Italiji, da je za nju ovaj rat bio kao bez cilja te najglupiji rat, što ga je u cieloj svojoj povjesti u jezeru krvi svojih naroda, doživjela?“

Beč, 4. prosinca 1917.

	Prodan.
Dr. Dulibić.	Ravnihar.
Pogačnik.	Pišek.
Dr. Sesardić.	Fr. Demšar.
Perić.	Gostinčar.
Jaklič.	Roškar.

Authentische Übersetzung.

1739
I

Anfrage

des

Abgeordneten Prodan und Genossen an das k. k. Gesamtministerium, betreffend die entscheidende und schicksalschwere Stunde der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Durch das seitens Rußland den Zentralmächten und deren Verbündeten gemachte Waffenstillstandsangebot wird der Vierbund vom strategischen Standpunkt im gegenwärtigen Augenblick in die angenehmste Lage gebracht, woraus auch die Freudengrüße zu erklären sind; wer aber auch die sämtlichen Begleitumstände etwas tiefer erfaßt, wird nicht umhin können, einzugestehen, daß das Waffenstillstandsangebot und die Möglichkeit eines Sonderfriedens mit den bisher stärksten Gegner zugleich für unsere Monarchie vielleicht die größte Versuchung und das gefährlichste Ereignis ist. Der Waffenstillstand und der Friede mit Rußland allein könnte in einer nicht weiten Zukunft selbst die Existenz der österreichisch-ungarischen Monarchie aufs Spiel setzen, weshalb die Gefertigten als Vertreter eines bedeutenden Teiles des Habsburger Reiches im eigenen Interesse und im Interesse der Monarchie es für ihre heiligste Pflicht halten, die möglichst intensive Aufmerksamkeit aller entscheidenden Faktoren auf diesen Umstand ganz ernst zu lenken.

Bei dieser Gelegenheit erwähnen wir nur unsere Monarchie, weil eine weitere Liquidierung der gegenwärtigen Türkei wenigstens bis zu einer gewissen Grenze eine geschichtliche Notwendigkeit ist, welcher sie wird kaum entgehen können, wenn auch dieser Krieg für die Türkei weit günstiger enden sollte, als sie es selbst wahrscheinlich erwartet.

Bulgarien ist zwar, was die Bevölkerung anbelangt, klein, es ist aber ein slawischer Staat und befindet sich auf dem Balkan, so daß es keinem dortigen Staate recht sein könnte, wenn Bulgarien zugunsten irgendeines Staates außerhalb der Balkanhalbinsel von der Karte verschwinden würde, während andrerseits Bulgarien, wenn auch an sich klein, so doch zu groß, zu selbstbewußt und zu stark ist, um von einem anderen Balkanstaate, wenn auch in zwei Teile geteilt, dauernd verschlungen zu werden.

Das Deutsche Reich hat das Glück, im Innern gut geordnet zu sein, seine Bevölkerung, sehr fortgeschritten und zahlreich, ist ganz zufrieden, so daß es im wesentlichen ausgeschlossen ist, daß Deutschland infolge welcher inneren Krisen oder infolge von außen gekommener Schläge irgend jemand unterliegen könnte. Auch die kleinen christlichen Völker werden nicht zugrunde gehen, die größeren noch weniger, außer, wenn sie ein Niedergang des christlichen Lebens und eine Zunahme des Einflusses des Heidenlebens allmählich moralisch und physisch schwächen und zum nationalen Tode, dem völligen Verschwinden verurteilen sollte.

Die Habsburger Monarchie hat als eine vielsprachige Gruppe kleiner Völker im Herzen Europas nach der Natur und der geographischen Lage die Aufgabe, ein Konzentrations- und Attraktionspunkt zu sein, so daß es nach den bekannten Worten des großen böhmischen Historikers und nach der allgemeinen Ansicht der vernünftigen Menschen geschaffen werden sollte, wenn es nicht da wäre. Wenn aber die österreichisch-ungarische Monarchie die erhabene, weitreichende Aufgabe als ein vielsprachiger Staat der Habsburger durch die Schuld der kurzsichtigen oder leidenschaftlichen,

übelgesinnten Politiker nicht erfüllt, die insbesondere in den letzten Dezennien in den schicksalschweren Zeiten deren Steuer führen, unterscheidet sie sich von ihren näheren Verbündeten, namentlich von Deutschland, welches in nationaler Beziehung im wesentlichen nur mit der polnischen Frage zu tun hat, die es ohne eigene Schwächung mit einer Geste, welche das Reich sogar vor dem starken polnischen Volke stärken würde, jederzeit in einem Augenblick vom Halse schaffen kann.

Die Sorglosigkeit Deutschlands wollen auch unsere Machthaber teilen, ohne im geringsten an die Territorialänderungen zu denken, welche die Geschichte bereits in ihren Annalen verzeichnet hat, beziehungsweise an den Umfang der einstigen Habsburgischen Kronländer und Provinzen im Laufe der Regierung eines einzigen Herrschers sowie an den Umstand, daß unsere Monarchie immer drei großen Staaten Europas im Wege ist und deren imperialistische und expansive gewerbe- und handelspolitische Zwecke behindert, so daß die Monarchie vor neuen Versuchungen gar keinen anderen Schutz hat, als die traditionelle Ergebenheit und angeborene Treue und Liebe der Völker zur Dynastie, insbesondere desjenigen Volkes, daß bei jeder Gelegenheit, auch gelegentlich der Revolution in Wien und Ungarn, fast die einzige Stütze der Monarchie und der Dynastie war, abgesehen von der Hilfe, die in der Schicksalstunde von Rußland geboten und von unserer Monarchie sowohl zur Zeit des Krimfeldzuges als auch während des russisch-japanischen Krieges quittiert wurde.

Jedoch seither, wie auch früher, ist vieles geschehen und geschieht noch jetzt, was geeignet wäre, auch jenes Volk, wenn es nicht seine Liebe und Vernunft führen würde, in eine Versuchung zu bringen, von der es sich bis jetzt immer losgesagt hat.

Die Zeiten sind auch anders geworden. Die republikanische und demokratische Idee nimmt Oberhand mit Blitzschnelligkeit und Elementarkraft.

Demgegenüber treffen unsere Machthaber keine Maßnahmen, die geeignet wären, ohne Vergewaltigung in erfolgreichster Weise jeden Sturm in der Zukunft abzuwenden, vielmehr wirken sie, von Parteiinteressen und schlecht aufgefaßten nationalen Ideen und Bestrebungen geleitet, in einer Richtung, in der sie alles eher als eine innere Konsolidierung der Habsburger Monarchie und ihrer Kraft nach außen erreichen können.

Durch die Aufrechthaltung des Dualismus, der Ungerechtigkeit, der Übermacht zweier Minoritäten gegen zwei Majoritäten hoffen die Ungarn, sich im Meere anderer, insbesondere slawischer Völker, besser zu erhalten, bedenken aber nicht, daß gerade die Slawen und insbesondere die Kroaten ihre nicht zu unterschätzenden Genossen sind, die ihnen leider durch die Schuld schlechter Verwaltungen im Schlechten Kraft und Sicherheit bieten. Die Deutschen, wie man aus ihrem ganzen Vorgehen vor dem Kriege und jetzt zur Kriegszeit aus den Äußerungen der Machthaber ersieht, halten ebenfalls den Dualismus, den eben jetzt auf der Tagesordnung stehenden Ausgleich für ihr Palladium, während er im Gegenteil gerade den Deutschen es unmöglich macht, ihre volle Unabhängigkeit Ungarn gegenüber durchzusetzen, so daß sie, wie es von einer angesehenen deutschen Seite in der Öffentlichkeit der Erneuerung des Ausgleiches vor zehn Jahren betont wurde, ganz einfach eine Dependance Ungarns sind.

Nachdem es aber ihnen recht ist, so soll sie dabei bleiben. Uns liegt es vor allem daran, daß wir alle insgesamt nicht neuen Krisen und Gefahren uns aussetzen und deshalb stellen wir folgende F r a g e n:

„I. Hat die österreichische Gesamtregierung alle Eventualitäten und Gefahren überlegt, die sowohl für die Völker der Habsburger Monarchie als auch für die Dynastie entstehen könnten, wenn vor Friedensschluß die inneren Verhältnisse nicht in einer Weise geregelt werden, daß weder die republikanischen Ideen, die auch in der Vergangenheit dem zweiten Ausgleichskompaziszenten fremd waren, noch die gesunden demokratischen Ideen die Grundlagen der Gegenwart und der Zukunft erschüttern können, daß sie vielmehr im Einklang mit den Naturrechten und den historischen Rechten aller Völker der Monarchie eine allseitige Zufriedenheit und Kraft zeitigen können, die eine feste Grundlage einer besseren Zukunft der Monarchie und der Dynastie sein werden, insbesondere mit Rücksicht auf das gut überlegte und gerechte Losungswort der ganzen Entente, vor allem Amerikas, zugunsten der Freiheit und des wirklichen Selbstbestimmungsrechtes der kleineren Völker, wie es auch sehr zu beachten ist, daß Rußland bei seinem Waffenstillstandsangebot von diesem Standpunkt nicht nur sich nicht entfernt hat, sondern diesen Grundsatz auch durch die gegenwärtigen Machthaber als eine der Bedingungen eines dauernden Friedens hervorgehoben und im voraus eine Brücke geschlagen hat, die ihm bei den endgültigen internationalen Verhandlungen den Übergang zur Entente ermöglichen soll?

II. Ist die österreichische Regierung — wenn sie selbst rechtzeitig die Augen aufmacht, um einzusehen, was heutzutage notwendig ist — bereit, statt des nationalen

Chauvinismus der herrschenden Elemente unverzüglich im Interesse der Gesamtmonarchie sowie im Interesse eines dauernden Friedens, die Ungarn zur Überlegung und „ad meliora consilia“ nach dem goldenen Wahlspruch „justitia regnorum fundamentum“ aufzufordern?

III. Hält sich die k. k. Regierung vor Augen, daß der Grundsatz „ohne Annexionen und Entschädigungen“ wohl für alle vorteilhaft ist, die im Kriege etwas verloren haben, wie Rußland, Rumänien, Belgien, Frankreich und Italien, sogar selbst Deutschland, welches seine zahlreichen und großen Kolonien verloren hat, das aber die Habsburger Monarchie in territorialer Beziehung nichts verloren hat und nicht einmal ein Quadratmeter Kolonien besitzt, der durch einen internationalen Diebstahl weggenommen wäre, so daß die Habsburger Monarchie am Ende dieses Krieges nach unermeßlichen Opfern, sogar Italien gegenüber, wird sagen müssen, daß dieser Krieg für sie ohne Ziel war und daß es infolgedessen der sinnloseste Krieg ist, den sie in ihrer ganzen Geschichte im Blutbade ihrer Völker erlebt hat?“

Wien, 4. Dezember 1917.

Prodan.
Dr. Dulibić.
Dr. Ravnihar.
Pogačnik.
Jaklič.
Perić.
Dr. Sesardić.
Gostinčar.
Demšar.
Roškar.
Pišek.

1740
I

Anfrage

der

Abgeordneten Reger, Cingr und Genossen an den Herrn Justizminister, betreffend die Anwendung der Vorschriften der Ministerialverordnungen vom 26. Jänner 1917, R. G. Bl. Nr. 34 und vom 30. Juli 1917, R. G. Bl. Nr. 323 (über den Schutz der Mieter) auf sämtliche Ortschaften der Kreisgerichtssprengel Teschen und Neutitschein.

Die beiden Verordnungen des Gesamtministeriums vom 26. Jänner 1917, R. G. Bl. Nr. 34 und vom 30. Juli 1917, R. G. Bl. Nr. 323, enthalten wichtige Bestimmungen zum Schutze der Mieter, besonders aus der Klasse der Arbeiter, des Kleingewerbes und der kleineren Beamten. Leider gelten diese Bestimmungen gerade nicht in dem Lande Schlesien und den nordöstlichen Bezirken Mährens, mit Ausnahme weniger Städte, wo die Wohnungsnot schon in der Friedenszeit immer sehr groß war und wo sie jetzt, infolge des rapiden Aufschwunges der Kriegsindustrie bei gleichzeitigem vollständigem Stillstande der Bautätigkeit, zu einer Katastrophe sich ausgewachsen hat. Diesen Umstand scheinen habgierige und gewissenlose Hauseigentümer ausnutzen zu wollen, um sich auf Kosten der Mieter zu bereichern. Die Wohnungen werden grundlos gekündigt um von dem nächsten Mieter einen erhöhten Mietzins herauspressen zu können. Insbesondere trifft das selbstverständlich Kleinwohnungen, deren Mangel am schwersten empfunden wird. Tagtäglich werden die Advokaturskanzleien und auch die Gerichte von Scharen verzweifelter, armer Leute bestürmt, die ohne jede Ursache gekündigt wurden und nicht imstande sind, eine neue Wohnung zu finden. Das Kündigungsregister eines einzigen (gar nicht allzu großen) Bezirksgerichtes in Oderberg weist bereits mehr als 250 Aufkündigungen auf. In keinem einzigen dieser Fälle ist es vom juristischen Standpunkte aus möglich, Einwendungen gegen die Aufkündigung zu erheben, da die Hausbesitzer sich an die Kündigungsfrist halten.

In fast allen Aufkündigungsfällen, die in den betreffenden Bezirksgerichten der beiden Kreisgerichtssprengel Teschen und Neutitschein verhandelt werden, handelt es sich immer wieder nur um die bloße Willkür der Hausherren, die einesteils eine ungerechtfertigte Erhöhung der Mietzinse anstreben, andrerseits in ihren durch die großen Kriegsgewinnste gesteigerten Übermut den Mietparteien ihre Macht zeigen wollen.

Sogar Arbeiter, die auf Kriegsartikel beeidet wurden, die daher ihre Arbeit in der Grube, in einem Hüttenwerk oder in einer Fabrik, weder wechseln, noch versäumen dürfen, werden rücksichtslos gekündigt und die Gerichte sind außerstande auf Grund der geltenden allgemeinen Gesetze die Aufkündigungen abzuweisen.

Soweit uns bekannt ist, haben sich einige Bezirksgerichte und Gemeindevorstände in den Kreis-

gerichtssprengeln Teschen und Neutitschein bereits bei den zuständigen Behörden auf das Entschiedenste für die Ausdehnung der Gültigkeit der Mieterschutzverordnung auf ihre Bezirke ausgesprochen. Es ist aber notwendig, die Gültigkeit dieser Verordnungen auf die ganzen Kreisgerichtssprengel Teschen und Neutitschein auszudehnen.

Die Gefertigten stellen daher an Seine Exzellenz den Herrn Justizminister die Anfrage:

„Wäre der Justizminister nicht geneigt, allsogleich die Gültigkeit der Verordnungen des Gesamtministeriums über den Mieterschutz auf alle Orte in den Kreisgerichtssprengel Teschen und Neutitschein auszudehnen?"

Wien, 5. Dezember 1917.

Charwát. T. Reger.
Prokeš. Cingr.
Tomášek. Dr. Liebermann.
Klička. Dr. Witt.
Michejda. Londzin.
Moraczewski. Klemensiewicz.
Bobrowski. Dr. Marek.

1742
I

Vprašanje

poslanca dra. Rybářa in tovarišev na Njega Ekscelenco gospoda ministrskega predsednika gledé žaljivega in resničnim potrebam nasprotujočega preziranja slovenskega prebivalstva v Gorici.

Že revizija ljudskega štetja v Gorici je pokazala, da sta si slovenski in italijanski živelj v Gorici po številu skoro enaka, dasi ob reviziji vsled znanih razmer ni bilo več mogoče dognati vseh mahinacij popisovalnih komisarjev na mestnem magistratu.

Zdaj pa, ko se ljudstvo vrača v Gorico, je poznavalcem razmer znano, da je tam velika večina, da skoro vseskozi slovensko ljudstvo, ki je pohitelo v ljubljeno domačijo, katero si hoče vsaj za silo vrediti s svojimi pridnimi rokami ter si vstvariti nove življenjske pogoje.

Toda tamošnji vladni komisar, ki vodi magistratne posle, se obnaša tako, kakor da ima voditi čisto italijansko mesto. Kakor je poprej vedno in dosledno magistrat preziral slovensko prebivalstvo, tako dela tudi on, kar Slovence neizmerno draži, razburja in žali.

Pred nekaj dnevi pa je tudi c. in kr. armadno poveljstvo izdalo razglas, da se morajo vsi moški od 16. leta naprej zglasiti pri etapnem štacijskem poveljstvu, kjer dobé svoje legitimacije. Dasi je tam brez dvoma takih oseb, ki se jih ta razglas tiče, nad tri četrtine slovenske narodnosti, vendar je sestavljen v furlanskem, nemškem in italijanskem jeziku, — v slovenskem pa ne.

Nemščina na Goriškem ni in nebo nikdar deželni jezik, in danes ni v Gorici morda niti enega Nemca, ki bi se ga ta razglas dotikal, vendar je armadno poveljstvo čutilo potrebo, izdati ga tudi v nemškem jeziku. A za peščico Italijanov je izdalo razglas poleg v italijanskem jeziku še v — furlanskem narečju.

Ker doslej furlanščina ni imela nikjer zavetja, ker so bile doslej povsod le italijanske šole, je praktična vrednost furlanskih razglasov zelo problematične vrednosti — in vendar je armadno vodstvo čutilo potrebo, postreči celo Furlanom z razglasom v njihovem starodavnem narečju; slovensko večino je pa žaljivo prezrlo.

V Trstu izhajajoči slovenski dnevnik „Edinost“ je dodal tej vesti naslednje pripomnje:

„Samo za slovenski jezik, za jezik večine prebivalstva v deželi ni prostora. Ta se ne pripozna! Gorica veljaj tudi nadalje kot italijansko mesto s privilegiji za nemški živelj; Slovencev pa nevidijo, jih ne pripoznajo; za njihov jezik ni mesta v uradnih razglasih! Potem pa se čudijo in morda tudi zgražajo nad drznostjo Italijanov, ki se oglašajo s svojimi aspiracijami na to deželo, sklicevaje se na narodni princip, na narodnost prebivalstva. Človek mora strmeti, ker ne more razumeti take državniške modrosti v časih, ko se toliko govori o pravičnosti do vseh narodov in o pravici samoodločbe.“

Z ozirom na vse to vprašamo:

„1. Ali hoče Njegova Ekscelenca kot šef celokupne vlade poskrbeti za to, da vsa resortna ministrstva ukrenejo vse potrebno v svrho izvrševanja popolne narodne enakopravnosti pri vseh državnih uradih in na goriškem magistratu?

2. Ali hoče storiti pri c. in kr. vojnem ministrstvu in armadnem poveljstvu primerne korake v ta namen, da bodo tudi vojaške oblasti vpoštevale jezik večine deželnega prebivalstva?“

		Dr. Dulibić.	Dr. Rybář.
Pogačnik.	J. Hladnik.	Prodan.	Dr. Verstovšek.
Korošec.	Dr. L. Pogačnik.	Fr. Demšar.	Dr. Ravnihar.
Jarc.	Dr. Gregorčič.	Gostinčar.	Perić.

Authentische Übersetzung.

1741
―――
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Rybář und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten, betreffend die beleidigende und den wirklichen Bedürfnissen widersprechende Ignorierung der slowenischen Bevölkerung in Görz.

Schon die Revision der Volkszählung in Görz hat gezeigt, daß das slowenische und italienische Element in Görz der Zahl nach fast gleich ist — obwohl es bei der Revision infolge der bekannten Verhältnisse nicht mehr möglich war, alle Machenschaften der Zählungskommisiäre beim Stadtmagistrate festzustellen.

Jetzt aber, da das Volk nach Görz zurückkehrt, ist es den Kennern der Verhältnisse bekannt, daß sich dort eine große Majorität, ja fast durchwegs das slowenische Volk befindet, das in die geliebte Heimat geeilt ist, die es sich mit seinen fleißigen Händen wenigstens zur Not einrichten und sich selbst die neuen Lebensbedingungen schaffen will.

Doch der dortige Regierungskommissär, der die Magistratsgeschäfte führt, benimmt sich so, als ob er eine rein italienische Stadt zu leiten hätte. Wie früher der Magistrat die slowenische Bevölkerung immer und konsequent ignoriert hat, so macht es auch er, was die Slowenen ungeheuer reizt, erregt und kränkt.

Vor einigen Tagen hat nun auch das k. u. k. Armeekommando eine Kundmachung erlassen, daß sich alle Männer vom 16. Lebensjahre an beim Etappen-Stationskommando melden müssen, wo sie ihre Legitimationen erhalten. Obwohl dort ohne Zweifel von solchen Personen, welche diese Kundmachung betrifft, mehr als drei Viertel slowenischer Nationalität sind, ist doch die Kundmachung in friaulischer, deutscher und italienischer Sprache verfaßt, nicht aber in der slowenischen.

Die deutsche Sprache ist im Görzischen nicht Landessprache und wird es niemals sein und heute gibt es in Görz vielleicht keinen einzigen Deutschen den diese Kundmachung betreffen würde, und doch hat das Armeekommando das Bedürfnis gefühlt, die Kundmachung auch in deutscher Sprache zu erlassen. Und für das Häuflein Italiener hat es die Kundmachung außer in der italienischen Sprache auch im friaulischen Dialekt erlassen.

Weil die friaulische Sprache bisher keine Zufluchtsstätte hatte, da es bisher überall nur italienische Schulen gab, ist der praktische Wert der friaulischen Kundmachungen sehr problematisch — und doch hat die Armeeleitung das Bedürfnis gefühlt, sogar den Friaulern mit der Kundmachung in ihrem alten Dialekte entgegenzukommen, — die slowenische Majorität aber hat sie beleidigend übersehen.

Das in Triest erscheinende slowenische Tagblatt „Edinost“ hat dieser Nachricht folgende Bemerkungen hinzugefügt:

„Nur für die slowenische Sprache, für die Sprache der Majorität der Bevölkerung im Lande, gibt es keinen Platz. Diese wird nicht anerkannt! Görz soll auch künftighin für eine italienische Stadt gelten mit Privilegien für das deutsche Element; die Slowenen aber sieht man nicht, erkennt sie nicht an; für ihre Sprache gibt es keinen Platz in den amtlichen Kundmachungen! Und dann wundert man sich und entrüstet sich vielleicht auch über die Dreistigkeit Italiens, das sich mit seinen Aspirationen auf dieses Land meldet, unter Berufung auf das nationale Prinzip, auf die Nationalität der Bevölkerung! Man muß staunen, weil man eine solche staatsmännische Weisheit nicht verstehen kann in Zeiten, in denen man so viel von der Gerechtigkeit gegenüber allen Völkern und vom Selbstbestimmungsrecht spricht.“

Mit Rücksicht auf alles das stellen wir die Frage:

„1. Will Seine Exzellenz als Chef der Gesamtregierung dafür Vorsorge treffen, daß alle Ressortministerien alle nötigen Vorkehrungen treffen behufs Durchführung der vollkommenen nationalen Gleichberechtigung bei allen staatlichen Ämtern und beim Magistrat von Görz?

2. Will er beim k. u. k. Kriegsministerium und beim Armeekommando die entsprechenden Schritte unternehmen zu dem Zwecke, daß auch die Militarbehörden die Sprache der Majorität der Bevölkerung im Lande achten werden?“

Dr. Gregoričič.	Dr. Rybář.
Jarc.	Dr. Dulibić.
Pogačnik.	Prodan.
Dr. Korošec.	Fr. Demšar.
Dr. K. Verstovšek.	Gostinčar.
Dr. Ravnihar.	V. Hladnik.
Perić.	Dr. Pogačnik.

1742
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Verstovšek, Brenčič, Pišek, Roškar und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung wegen der Requirierungen in Untersteiermark und Nichtbelassung der vorgeschriebenen Mengen von Getreide an die Produzenten.

Die politischen Behörden Steiermarks haben anläßlich der Requirierungen in den meisten Fällen an die Gemeinden Erläße hinausgegeben, in denen ein Verzeichnis für die abzugebenden Mengen verschiedener Getreidesorten angelegt ist.

Die Vorschreibungen des angeforderten Getreides stimmen oft nicht mit den Weisungen von seiten des k. k. Ernährungsamtes überein. So ist besonders der Vorgang zu tadeln, daß nicht ausdrücklich erwähnt ist, daß unter die Personen des Haushaltes alle landwirtschaftlichen Arbeiter zu rechnen sind. Die Kommissionen, die die Requirierungen vornehmen, berücksichtigen in den meisten Fällen nicht die Angaben der Landwirte über die zu verpflegenden landwirtschaftlichen Arbeitskräfte. Auch wird es nie in Rechnung gezogen, daß die Gerste, wenn deren Anbau unter einen halben Hektar beträgt, nicht in Rechnung gezogen, sondern dem Haushalte zugeschlagen wird.

Da bei dem gering bemessenen Quantum von Mahlprodukten für die Produzenten diese Zuerkennungen eine große Rolle spielen und die Bauern ohne Hilfskräfte, die verpflegt werden müssen, die Arbeiten auf dem Felde nicht verrichten können, erlauben sich die Gefertigten an Eure Exzellenz die Anfrage zu richten:

„Ist Eure Exzellenz bereit, an die politischen Behörden strenge Weisungen zu geben, daß den Landwirten für die Arbeiter die vorgeschriebenen Mengen von Getreide belassen werden?“

Wien, 5. Dezember 1917.

Dr. Karl Verstovšek.
Brenčič.
Pišek.
Roškar.
Dr. Vukotić.
Dr. Ravnihar.
Dr. Korošec.
Dr. Dulibić.
Prodan.
Gostinčar.

Jarc.
Dr. Laginja.
Perić.
Dr. Fr. Janković.
Fon.
Hladnik.
Spinčič.
Dr. Sesardić.
Dr. Pogačnik.

1743
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Korošec, Hladnik und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Leiter des k. k. Ernährungsamtes, betreffend die Requisition der Kartoffeln und anderer Nahrungsmittel.

Die Ernährung gestaltet sich immer schwieriger. Es gibt Landgemeinden, welche meistenteils auf die Approvisionierung angewiesen sind, und es wurde schon drei Monate kein Mehl verteilt, zum Beispiel in Trebelno in Krain. Zucker ist auch schon drei Monate nicht zu bekommen. Vom Obst und von der Wasserrübe kann sich die Landbevölkerung, da sie schwer arbeiten muß, doch nicht erhalten. Auch in den Stadt- und Marktgemeinden sieht es in bezug auf Approvisionierung nicht viel besser aus. In Krain ist eine Marktgemeinde Ratschach bei Steinbrück. Daselbst wohnen viele Beamte, Lehrer, Eisenbahner und Flüchtlinge, die keine Nahrungsmittel gefechst haben: Die umliegenden Bauern dürfen ihre Nahrungsmittel einzig und allein nur dem Kommissionär der Getreide-Verkehrsanstalt verkaufen. Die Beamten, die Lehrer, die Flüchtlinge dürfen vom Bauern nichts kaufen, von der Approvisation bekommen sie aber Monate lang weder Kartoffeln, noch Mehl, noch Zucker. Wegen der Unterernährung ist in der Gemeinde Ratschach eine verheerende Ruhr entstanden, welche viele Menschenopfer verlangte.

Woher sollen Beamte, Flüchtlinge, Eisenbahner für sich und ihre Familien im Winter die Nahrungsmittel bekommen, wenn die Getreide-Verkehrsanstalt kein Mehl, die Zuckerzentrale keinen Zucker hergibt? Soll die Kindersterblichkeit noch weiter fortschreiten?

Wir stellen an Seine Exzellenz den Herrn Leiter des k. k. Ernährungsamtes die Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz bereit, die nötigen Anordnungen auszugeben, daß Kartoffeln, Mehl und Zucker wenigstens den Familien von Beamten, Lehrern, Eisenbahnern und Flüchtlingen zur Verfügung gestellt werden?“

Wien, 5. Dezember 1917.

Dr. Dulibić.	Dr. Korošec.
Prodan.	Hladnik.
Fon.	Dr. Verstovšek.
Brenčič.	Roškar.
Dr. Janković.	Pišek.
Demšar.	Dr. Pogačnik.

1744
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Straucher und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Minister des Innern, betreffend die Behandlung von Flüchtlingen.

Die Flüchtlingsfürsorge in persönlicher und sachlicher Hinsicht ist völlig unzulänglich, die Maßnahmen der Behörden aus Anlaß der Heimbeförderung der Flüchtlinge nach Galizien und der Bukowina sind verfehlte und ganz unzureichend, das Vorgehen der Überwachungs- und Exekutivorgane vielfach verständnis- und herzlos; ebenso fehlt es zumeist an den nötigen Vorbereitungen durch die Behörden und an den unentbehrlichsten Lebensmitteln, gleichwie auch die Fürsorge der Behörden gegenüber den heimgekehrten Flüchtlingen eine vollständig mangelhafte ist.

Die diesbezüglichen Klagen und Beschwerden der Flüchtlinge sind Legion!

Diese Opfer des Krieges sind vielfach Gegenstand von Schikanen, Vexationen und Rücksichtslosigkeiten aller Art, so daß sich bei der Heimkehr und Heimbeförderung von Flüchtlingen höchst unerquickliche, bedauerliche und unerträgliche, ja peinliche Szenen abspielen. Die Gepäcksdurchsuchungen und Revisionen bei den Flüchtlingen werden verständnislos durchgeführt und sind mit vielfachen, ganz unnötigen Härten verbunden.

Die heimbeförderten und heimkehrenden Flüchtlinge, zumeist Frauen, Kinder, Greise, Kranke und schwächliche Leute, werden — nachdem sie oft halbe Tage auf die abfahrenden Züge gewartet hatten — in ungebührlich überfüllten Waggons zusammengepfercht, daß sie kaum stehen können; die Zwischengänge in den Waggons 2c. können wegen der phantastischen Überfüllung kaum passiert werden, die Unglücklichen können geradezu ihre Notdurft nicht verrichten. Für die Verköstigung der Flüchtlinge wird weder auf der Fahrt, noch selbst bei ihrem Anlangen in der Heimat vorgesorgt, dagegen werden ihnen etwaige Lebensmittelvorräte, die ja zumeist nur in ganz geringen Mengen beschafft werden können, beschlagnahmt. Selbst für die Unterbringung der Heimgekehrten wird nicht gesorgt!

In der „Heimat", die die Flüchtlinge vielfach eingeäschert, zerstört oder stark beschädigt und ihrer Habe zumeist beraubt vorfinden, harrt ihrer ein verdrossener Empfang von Seite der Behörden und ihrer Organe. Oft müssen die heimkehrenden Flüchtlinge durch mehrere Tage und Nächte in der Bahnstation im Freien kampieren, bis sie in ihre Heimatsorte zurückkehren, da in keiner Weise für sie gesorgt wird. Vielfach zahlen die berufenen Behörden an die heimkehrenden Flüchtlinge selbst die diesen gebührende staatliche Flüchtlingsunterstützung nicht aus, so daß die Unglücklichen, die aller Mittel entblößt sind, mit den Ihrigen buchstäblich hungern. Es sind geradezu katastrophale Zustände, denn all das spielt sich jetzt, in der Winterszeit, ab!

Die Summe der Unterlassungen, Fehler, Mängel und Vergehungen seitens der verschiedenen behördlichen und administrativen Organe — der Leiden, Entbehrungen, Not und das tragische Los der Flüchtlinge läßt sich gar nicht erschöpfend schildern — das Bild des Jammers und Elends ist tief erschütternd, und viele heimkehrende Flüchtlinge holen sich während ihrer Heimkehr den Todeskeim, wenn nicht schon den Tod selbst!

Darum erachte ich es als meine heiligste und gebieterische Pflicht, Eurer Exzellenz Aufmerksamkeit auf diese nicht näher zu qualifizierenden Verhältnisse zu lenken und die Anfrage zu stellen:

„Sind Eurer Exzellenz die geschilderten Übelstände bekannt und gedenkt Eure Exzellenz unverzüglich Maßnahmen zu treffen und deren strenge, pünktliche und gewissenhafte Befolgung anzuordnen, damit die im wesentlichen bezeichneten Mißstände allsogleich behoben, die heimkehrenden Flüchtlinge menschlich behandelt werden und daß für sie in jedem Belang ausreichend gesorgt wird, insbesondere ihnen auch bis zur Durchführung einer ausreichenden Notstandsaktion die staatliche Flüchtlingsunterstützung weiter ausbezahlt wird?"

Wien, 5. Dezember 1917.

Dr. Straucher.

Lukaszewicz.	Dr. Wladimir Baczyńskyj.
Lawruk.	Hormuzaki.
Serbu.	Isopescul.
Spenul.	Semaka.
Simionovici.	S. Wityk.
Dr. Trylowskyj.	Onciul.

1745
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Viškovský, Staněk, Sedlák und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister wegen Beurlaubung von älteren Jahrgängen des Landsturmes, insbesondere der mobilisierten Angehörigen der Landwirtschaft.

Eure Exzellenz!

Der Waffenstillstand auf der östlichen Front steht unmittelbar bevor; die Feindseligkeiten auf der hunderte Kilometer langen Front sind tatsächlich eingestellt worden. Hiedurch ist der Bedarf an Streitkräften auch auf unserer Seite bedeutend vermindert worden. Hingegen droht nach wie vor die Hungersnot im Hinterlande, die Landwirtschaft leidet aber unter Arbeitsmangel, dem nur durch ausgiebige Beurlaubung der mobilisierten Angehörigen der Landwirtschaft, namentlich der älteren Jahrgänge, abgeholfen werden kann. Wenn der Kampf an der Front aufhört, muß um so mehr die Hungersgefahr bekämpft werden.

Die Unterzeichneten fragen daher Eure Exzellenz:

„Ist Eure Exzellenz bereit zu verfügen, daß eine Demobilisierung der älteren Jahrgänge des Landsturms mit besonderer Berücksichtigung der Angehörigen der Landwirtschaft demnächst durchgeführt werde?“

Wien, 5. Dezember 1917.

Dr. Viškovský.
F. Němec. Fr. Staněk.
Padour. J. Sedlák.
Vojta. Jos. Švejk.
Kulich. Janovec.
V. Krš. Vacek.
Mlčoch. Malík.
Oklešték. Dr. Funk.
Srdínko. Mašata.
J. Rychtera. Feltl.
Prošek. Měchura.

1746
I

Anfrage

des

Abgeordneten Stapiński und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung, betreffend die Enthebung für unbestimmte Zeit des Władisław Zabawski, Chefredakteur des „Dziennik Cieszyński“ in Teschen.

Władysław Zabawski, Chefredakteur der einzigen polnischen Tageszeitung in Schlesien, des „Dziennik Cieszyński“ wurde zum Landsturmdienst einberufen und leistet diesen Dienst als mit „C“ qualifiziert als Schreiber in der Kanzlei des 53. Landsturmbataillons in Kielce.

Es ist offenkundig, daß die k. u. k. Armee diese Kraft leicht entbehren kann. So muß also die Entblößung des einzigen polnischen Tagblattes dieser hervorragenden Kraft den Verdacht aufkommen lassen, daß hier politische Motive im Spiele sind, was den Intentionen Seiner Exzellenz des Herrn Ministers für Landesverteidigung schwerlich entsprechen dürfte.

Wir fragen daher:

„Ist Seine Exzellenz geneigt, die unverzügliche Enthebung des Chefredakteurs Władisław Zabawski anzuordnen?“

Kędzior.	Jan Stapiński.
Madej.	Łyszczarz.
Londzin.	Lewicki.
Galik.	Dyło.
Moraczewski.	J. Jachowicz.
Dr. Mareк.	Siwula.
T. Reger.	Tertil.
Śmiłowski.	Serwatowski.
Rusin.	Dr. Wróbel.

1747
I

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Steslowicz und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister Generalmajor Höfer, Leiter des k. k. Amtes für Volksernährung, und Seine Exzellenz den Herrn k. k. Handelsminister, betreffend die Schädigung der galizischen Bierindustrie.

Die galizische Abteilung der Brauerzentrale hat von dieser Zentrale am 18. August 1917 die Verständigung erhalten, daß den galizischen Brauereien 143 Waggons Gerste zugewiesen worden sind. Obgleich die genannte Abteilung diese Menge verteilt und disponiert hat, haben die galizischen Brauereien diesen Anteil nicht erhalten. Es scheint, daß in dieser Erzeugungsperiode sich derselbe Vorgang wiederholen wird, welcher schon in den früheren Perioden sich ereignet hat. Insbesondere hat der Anteil Galiziens in der Kampagne 1915/16 787 Waggons Gerste betragen, faktisch aber hat Galizien nur 368 Waggons erhalten, das ist 46 Prozent. Andere Kronländer haben jedoch zirka 100 Prozent bekommen. In der Kampagne 1916/17 betrug der Anteil Galiziens 1147 Waggons, es wurden aber nur 2·10 Waggons geliefert, das ist nur zirka 1 Prozent, während andere Kronländer zum Beispiel Mähren und Niederösterreich zirka 25 Prozent bekommen haben. Für die Kampagne 1917/18 hat man Galizien 143 Waggons Gerste zugeteilt, bisnun aber 25 Waggons geliefert, das ist zirka 17 Prozent. In dieser Zeit bekam Mähren 100 Prozent, Niederösterreich zirka 80 Prozent, die Alpenländer bekamen zirka 60 Prozent, Böhmen zirka 60 Prozent.

Die galizische Abteilung hat dem k. k. Amte für Volksernährung am 2. September dieses Jahres eine Vorstellung unterbreitet, dahingehend, daß die galizischen Brauereien ebenso behandelt werden, wie die übrigen Kronländer, und unter einem um die Verfügung ersucht, daß eine Erhebung durchgeführt werde, aus welchen Gründen die galizische Bierindustrie ihre Zuteilung nicht erhält. Nachdem diese Eingabe unbeantwortet geblieben ist, wurde eine zweite Eingabe, und zwar am 10. September 1917 dem Amte für Volksernährung unterbreitet. Auch diese Eingabe blieb ohne Antwort, andrerseits hat das Lieferungstempo von Gerste an die galizischen Brauereien keine Änderung erfahren. Am 23. September wurden schließlich diese Eingaben beantwortet. Als Grund, warum die Lieferungen nicht erfolgt sind, wurden in diesem Erlasse die von der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt angegebenen Momente angeführt, welche jedoch den Tatsachen nicht entsprechen. Sollten aber diese Momente auch teilweise auf Wahrheit beruhen, so ist es doch unbegreiflich und unverständlich, warum gerade diese Momente nur für Galizien gegolten haben, und warum dieselben gar kein Hindernis gebildet haben die übrigen Länder unverhältnismäßig besser als Galizien zu versorgen. In diesem Jahre, wie auch in den Vorjahren hat daher die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt die Zuteilungen an die Kronländer dem Zufall und dem guten Willen ihrer Angestellten überlassen.

Sämtliche österreichische Bierbrauereien haben heuer zirka 2200 Waggons Gerste, daher 55 Prozent bekommen. Wie ist dann die Tatsache zu erklären, daß Galizien in demselben Verhältnis nicht 55 Prozent, sondern nur zirka 17 Prozent bekommen hat? Diese Zahlen benötigen keine Kommentare, sie beweisen evident und klar, wie die galizische Industrie von den Zentralstellen behandelt und in

ihren vitalsten Existenzinteressen geschädigt wird. In welchem Lichte erscheint die staatliche Produktionspolitik, wenn eine wichtige Industrie des Landes, das so verwüstet und zerstört ist, auch künstlich weiter ruiniert und vernichtet wird? Glaubt die Zentralregierung, daß diese Maßnahmen den Wiederaufbau Galiziens fördern, indem dieselben diese Unternehmungen, die noch erhalten blieben, vernichten helfen?

Wir können nicht eine solche Kriegswirtschaft und solche Methoden billigen, die unsere Industrie auf jedem Gebiete ausschalten und dieselbe als nicht bestehend behandeln. Wir können uns nicht mit dem Vorgang einverstanden erklären, daß unsere Fabriksunternehmungen deshalb keinen Betrieb aufnehmen, weil man die ganze Erzeugung in den Fabriken der westlichen Kronländer zu konzentrieren trachtet und unsere Unternehmungen mit einem Geldbetrag abzufinden sucht. Wenn die Erzeugungsmenge vom Jahre 1913 oder 1914 als Grundlage für die Zuweisung von Rohstoffen und Hilfsmaterialien genommen wird, so kann dieser Grundsatz vielleicht bezüglich der westlichen Kronländer als ein richtiger gelten, in welchem gar keine Fabriken durch Kriegsereignisse zerstört oder beschädigt worden sind. Dieser Grundsatz bedeutet aber für Galizien ein großes Unrecht, da einerseits zahlreiche Fabriken zerstört sind, andrerseits infolge der feindlichen Besetzung große Gebiete überhaupt ausgeschaltet waren. Aus diesen Gründen wäre es gerecht, den noch im Betriebe sich befindlichen galizischen Fabriken das auf Grund der im Jahre 1913 oder 1914 erzeugten Menge berechnete Kontingent des Landes ungeschmälert zuzuweisen und nicht dasselbe an die Fabriken der westlichen Kronländer zu übertragen.

Die Unterzeichneten beehren sich die Anfrage zu stellen:

„1. Sind Eure Exzellenzen geneigt die sofortige Verfügung zu treffen, daß den galizischen Brauereien das zugewiesene Quantum von Gerste tatsächlich geliefert werde?

2. Sind Eure Exzellenzen geneigt im Rahmen Ihrer Ressorts die Verfügungen zu treffen und die Durchführung derselben überwachen zu lassen, daß die galizische Industrie in entsprechender Weise berücksichtigt und gefördert werde, und daß den im Betrieb stehenden Fabriken durch Zuweisung von größeren Kontingenten an Rohstoffen und dergleichen die Existenz und die weitere Entwicklung ermöglicht werden?"

Galik.
Dr. Marek.
Kleski.
Godek.
Dębski.
Rychlik.
F. Wróbel.

Stesłowicz,
Edmund Zieleniewski.
Dr. Steinhaus.
Rauch.
Krogulski.
Tertil.
Matakiewicz.
Serwatowski.

Anfrage

der

Abgeordneten Cingr, Reger und Genossen an den Herrn Landesverteidigungsminister und den Minister für öffentliche Arbeiten.

Am 7. November 1917 wurden beim Mähr.-Ostrauer Landwehrdivisionsgericht die Bergarbeiter des „Silesiaschachtes“ in Czechowitz: Dorda Johann, Uchač Theophil, Jarczok Franz, Perusek Stanislaus, Gok Johann, Kyjas Andreas, Koska Franz, Mentel Josef, Szywiec Ignaz, Chmilniok Anton, Chmura Thomas und Szwetz Johann wegen Fernbleibens von der Arbeit, was seitens des genannten Gerichtes als Subordinationsverletzung qualifiziert wurde, zu je acht Wochen Kerker mit je einem Fasttag in der ersten und letzten Woche der Strafhaft verurteilt.

Der diesem Urteil zugrunde liegende Sachverhalt ist der folgende:

Infolge der immer drückender werdenden Lebensmittelnot waren die Arbeiter des erwähnten Betriebes gezwungen, sich von auswärts Lebensmittel zu beschaffen und setzten bei der Betriebsleitung die Arbeitsruhe an jedem zweiten Sonntag durch. In den Verhandlungen zwischen Delegierten und Betriebsleitung stellte sich nämlich heraus, daß der Leiter des Betriebes, Halama, nichts gegen die Sonntagsruhe einzuwenden hatte. Demzufolge feierten die Bergarbeiter in der Zeit vom 8. Juli bis 5. August jeden zweiten Sonntag. Mittlerweile überlegte sich die Betriebsleitung die Sache, wendete sich an den Kohlenkaderkommandanten von Libigcz, Oberleutnant Dr. Kuzniok, worauf derselbe eine Kundmachung an die Arbeiter am Schachte aushängen ließ, deren Sinn eigentlich ein Appell an die Arbeiter war, dem Staate gegenüber ihre Pflicht zu erfüllen, und erst im letzten Absatz hieß es darin: „Am Sonntag den 5. August wird wie gewöhlich gearbeitet.“ Außerdem ließ der Oberleutnant eine Deputation der Belegschaft zu sich in die Betriebskanzlei weisen, wo er ihr ans Herz legte, die Bergarbeiter zur Anfahrt am kommenden Sonntag zu bewegen. Dies wurde den im Zechenhause befindlichen Arbeitern überbracht, worauf dieselben erklärten, insolange auf den freien Sonntag nicht verzichten zu können, als sie nicht Lebensmittel in genügender Menge bekommen; hungrig können sie nicht arbeiten.

Am Sonntag, den 5. August wurden die Bergleute zeitlich in der Früh unter militärischer Assistenz in den Wohnungen zur Arbeit ausgehoben, doch waren die meisten bereits außer Haus — auch wohnen viele von der Belegschaft des Silesiaschachtes auswärts —, so daß bloß 30 bis 40 Mann zur Arbeit gebracht werden konnten. Das Kaderkommando hat nun, nach den Äußerungen des Herrn Inspektors Halama, zwölf Namen von Bergarbeitern aus dem Schichtenbuche herausgesucht und ließ dieselben ohne Rücksicht darauf, ob schuldig oder nichtschuldig, nach Krakau überstellen und in Haft setzen. Später wurden die zwölf Leute aus der Haft entlassen und wurde gegen sie die Untersuchung bei Belassung auf freiem Fuße geführt.

Bei der Verhandlung gab der als Zeuge erschienene Oberleutnant Dr. Kuzniok an, er habe den Befehl, am Sonntag zu arbeiten, vom Militärkommando erhalten und ihn den Arbeitern kundgemacht. Anfangs hätten sich die Leute daran gehalten, bis dann die Unruhen im Reviere ausbrachen. Als er in Erfahrung gebracht habe, daß die Bergarbeiter nicht anfahren wollen, sei er zur Bergdirektion gefahren, um mit ihr zu beraten.

Auf die Einwendung des Verhandlungsleiters, daß er doch nur der militärischen Behörde unterstehe, und daß lediglich die Befehle dieser Behörde für ihn maßgebend sein müssen, gab der Zeuge zur Antwort, daß sich oft diese Befehle nicht durchführen lassen und er oft gezwungen wäre, mit den Werksleitungen zu beraten. Nach einer solchen Beratung habe er die bewußte Kundmachung verfaßt, aushängen lassen und die Belegschaft aufgefordert (durch die Deputierten?), zur Arbeit zu kommen. Auf die Frage, ob er vordem jemals die Arbeiter mündlich über ihre Pflichten belehrt habe und ob er den Befehl an alle Arbeiter mündlich und direkt ergehen ließ, erklärte der Zeuge, daß dies nicht möglich war, wenn er, so sagte dieser Herr, mit einem jeden Arbeiter über dessen Pflichten reden wollte, um ihn zu belehren, dann müßte er unter die Arbeiter mit dem Revolver in der Hand treten und das sei mit Rücksicht auf die Anzahl der Arbeiter und die Ausdehnung des Revieres unmöglich.

Direkten Befehl ließ er an die Arbeiter niemals ergehen und schriftlichen — das erstemal! Auf die Frage bezüglich der Approvisionierung auf der Grube gibt er zu, daß sie damals außerordentlich ungenügend war.

Zeuge Inspektor Halama, der Betriebsleiter der Grube „Silesia", meint, er könnte wohl gesagt haben, daß die Arbeiter am Sonntag nicht arbeiten müßten oder sollten, aber bei welcher Gelegenheit, weiß er nicht mehr. Er wird wohl gesagt haben, daß es auch ihm lieber wäre, wenn die Bergleute Sonntags nicht arbeiten müßten, allein es liege nicht in seiner Macht, dies anzuordnen, nachdem er ebenso Soldat sei, wie die anderen. Hinsichtlich der Approvisionierung gibt er zu, daß damals alles „knapp gewesen"; kein Gemüse, kein Mehl, und die Hauptsache, keine Kartoffeln. Wenn sich der Bergarbeiter, so meinte er zynisch, den Magen mit Kartoffeln nicht vollstopfen kann, so ist er hungrig.

Der als Zeuge einvernommene Leiter des Kohlenkaders Oberleutnant Ikaczyk, im Zivil Bergrat im Ministerium, erklärte, die Bergarbeiter hätten Lebensmittel regelmäßig bekommen, ja sogar über die Gebühr.

Aus der ganzen Verhandlung und Zeugenaussagungen ist zu entnehmen:

1. daß die Bergarbeiter am „Silesiaschachte" infolge ungenügender Approvisionierung Hunger gelitten haben, daß sie bestrebt waren, an Sonntagen frei zu haben, um, teils von zu Hause sich Lebensmittel zu beschaffen, teils in der Umgebung zu kaufen;

2. daß sie über ihre Pflichten nicht genügend belehrt waren und infolgedessen sich der Tragweite ihrer Handlung nicht bewußt waren, und

3. daß man trotz dieser Tatsache beliebige zwölf Mann, ob schuldig oder unschuldig, aus dem Schichtenbuch herausgesucht und dieselben vor das Kriegsgericht gestellt hat. Das Kriegsgericht hat ohne lange zu prüfen alle zwölf Arbeiter zu je acht Wochen Kerker mit einem Fasttag am ersten und letzten Tage der Woche bestraft. Es sind fast alle Verurteilten verheiratete Familienväter, und der erste Angeklagte, Dorda Johann, hat sogar die Sonntagsschicht auf die Aufforderung des Wachtmeisters verfahren.

Trotzdem von diesen Leuten niemand verlangen kann, daß sie die Kenntnisse über die militärischen Gesetze besitzen, und ohne daß man von ihnen die geringsten militärischen Dienste in der jetzigen Zeit verlangen könnte, wurden sie als Exempel für die übrige Arbeiterschaft so streng bestraft. Und nicht genug daran, der Militäranwalt hat trotz dieser exemplarischen Strafe die Nichtigkeitsbeschwerde angemeldet.

Die Gefertigten fragen daher:

„Sind die Herren Minister bereit, diesen Vorfall zu prüfen?

Sind die Herren Minister geneigt, dafür zu sorgen, daß die Bergarbeiter vor einer solchen willkürlichen Verfolgung und Bestrafung in Zukunft geschützt werden?"

Wien, 5. Dezember 1917.

F. Skaret.	Cingr.
Gröger.	T. Reger.
Seliger.	Dr. K. Renner.
Max Winter.	Ellenbogen.
Bretschneider.	Schäfer.
Glöckel.	David.
Pernerstorfer.	Sever.
K. Seitz.	Resel.

1749
I

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Schürff, Goll, Hartl, Knirsch, Dr. v. Langenhan, Wolf und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten und Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister, betreffend das Verhalten der Tschechen im Weltkriege.

In zahlreichen Reden im österreichischen Abgeordnetenhaus, insbesondere nach den Darlegungen Seiner Exzellenz des gewesenen Herrn Landesverteidigungsministers, Freiherrn v. Georgi, im Immunitätsausschuß, haben tschechische Abgeordnete behauptet, daß die gegen das Verhalten der Tschechen im Hinterlande, im Auslande und an der Front vorgebrachten Tatsachen beweislose Behauptungen wären, daß die Tschechen ihre Pflicht getan hätten, ja in einzelnen Fällen mehr als die anderen Völker der Monarchie.

Insbesondere hat der k. u. k. geheime Rat, Minister a. D., Abgeordneter Prášek in der 10. Sitzung der XXII. Session des österreichischen Abgeordnetenhauses vom 26. Juni 1917, nach dem stenographischen Protokoll (Seite 446), folgendes ausgeführt:

„Der ehemalige Minister Georgi hat im Immunitätsausschuß verschiedenes Klatschmaterial vorgelesen, worin er unsre Truppen und unsre Soldaten eines mangelhaften Patriotismus beschuldigt hat. Aber schauen Sie, meine Herren; ich gebe beispielsweise ohne Belege zu, daß das alles wahr ist. Haben sich aber, meine Herren, die Regierungen und die Militärverwaltung und die herrschenden Deutschen jemals die Frage vorgelegt, wieso es kommt, daß überhaupt solche Erscheinungen möglich sind? Vielleicht könnte man einen bewährten und gewandten Militäranwalt, wie den Oberauditor Preminger, veranlassen, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Er müßte dann gewiß zur Überzeugung gelangen, daß nicht Kramář, Klofáč und Genossen, sondern die österreichischen Regierungen und die deutschen Inspiratoren Österreichs auf die Anklagebank gestellt werden sollten. Den Slawen ist es ja unmöglich gemacht worden, sich als gute Österreicher zu fühlen."

In derselben Weise hat in der 11. Sitzung am 27. Juni 1917 Abgeordneter Stránský gesagt:

„Der Abgeordnete Dr. v. Mühlwerth hat sich zur Unterstützung seiner über die angebliche Unverläßlichkeit des böhmischen Volkes und der böhmischen Regimenter in diesem Krieg angeführten und vorgebrachten Ausführungen auf die Rede des gewesenen Ministers Baron Georgi berufen, welche derselbe im Immunitätsausschusse vorgebracht hat.

Demgegenüber erlaube ich mir tatsächlich zu berichtigen, daß Baron Georgi seine dort vorgebrachten Auslassungen mit keinem einzigen, wie immer gearteten Beweise unterstützt und belegt hat. (Hört! Hört!) Die Ausführungen des Ministers Georgi stellen sich als ein noch nie dagewesener Wutausbruch eines Ministers dar (Sehr richtig!), der, weil er schwer von seinem Ministerposten schied, noch im letzten Moment an demjenigen, dem er wahrscheinlich seinen aufgezwungenen und aufgedrungenen Abgang zu verdanken hat, sich noch zu rächen gedachte. Und da hat Minister Georgi alle möglichen und unmöglichen Gifte zusammengemischt und hat gedacht, daß er mit dieser Giftmischerei das böhmische Volk in seinem öffentlichen Ansehen

vernichten werde. Nun aber ist das nicht der Fall. Minister Georgi aber kann mit dem Bewußtsein aus dem Amte scheiden, daß er, wenn nichts anders, außer seiner Pension die tiefste Verachtung des böhmischen Volkes mitnimmt." (Lebhafter Beifall und Zwischenrufe.)

Präsident: „Ich muß den Herrn Redner wegen dieser Äußerung zur Ordnung rufen." (Lebhafte Zwischenrufe. — Abgeordneter Dr. Michl: „Tatsachen können sie nicht hören!")

Abgeordneter Dr. Stránský: „Bewiesene Tatsachen können wir hören, aber unbewiesene, entstellte und erlogene Tatsachen können wir nicht hören." (Anhaltende Zwischenrufe.)

In der bekannten „Anfrage des Abgeordneten Staněk und Genossen, betreffend das Verhalten der Regierungskreise während des Krieges gegenüber der ‚böhmischen' Nation" vom 3. Juli 1917 heißt es: „ . . . jetzt zur Zeit des Weltkrieges, wo die Angehörigen aller Nationen gleichmäßig ihr Blut vergießen und wo die „böhmische" Nation in der Frage des wirtschaftlichen Durchhaltens dem Staate so riesige Dienste leistet."

Und in der Rede des Abgeordneten Koerner, gehalten in der 14. Sitzung am 4. Juli 1917, finden sich folgende Stellen:

„Wenn der Wanderer einen beschwerlichen Weg zurückgelegt hat und an einem Ruhepunkte angelangt ist, um frische Kräfte zu schöpfen, so sieht er wohl noch zurück auf die durchschrittene Strecke. Und so sehe ich heute auch zurück auf die drei Jahre des Regimes der Polizei- und der Militärjustiz. Es waren böse Tage in Böhmen, meine Herren, sie erinnerten und glichen den Zeiten der römischen Kaiser, den Zeiten des Tiberius. Es gab ein sogenanntes Majestätsgesetz unter Tiberius und Montesquieu schrieb darüber (liest):

„Nicht nur die Handlungen fielen unter dieses Gesetz, sondern auch Worte, Zeichen und sogar Gedanken, denn jene Herzensgrüße, welche das Gespräch zwischen zwei Freunden hervorruft, können doch nur für Gedanken angesehen werden. Es gab infolgedessen keine Vertraulichkeit bei den Gastmahlen, kein Vertrauen bei den Verwandten, keine Treue bei den Sklaven."

Briefe von Kindern an ihre Eltern und Briefe der Eltern an ihre Kinder, verschlossene Briefe wurden zum Gegenstand einer Anklage nach § 65 gemacht, trotzdem im Gesetz dazu die Öffentlichkeit und Mitteilung an mehrere Personen verlangt wird. Montesquieu sagte weiter: „Es gibt keine grausamere Tyrannei als die, welche unter dem Deckmantel der Gesetze und mit dem Scheine der Gerechtigkeit ausgeübt wird (Zustimmung), denn das heißt sozusagen Unglückliche auf der Planke ertränken, auf die sie sich gerettet haben." (So ist es!)

Und was sagt Montesquieu weiter? Er sagt: „Und es ist noch nie vorgekommen, daß es einem Tyrannen an Werkzeugen seiner Tyrannei gemangelt hätte und Tiberius fand immer Richter, die bereit waren, soviel Leute zu verurteilen, als er für schuldig halten konnte." Und Saint Evremond sagt: „Bis dahin sah man Verbrechen, wie sie der Argwohn einer falschen Politik gebar; jetzt dagegen zeigt sich offenbar Grausamkeit und unverhüllte Tyrannei. Man begnügt sich nicht, die guten Maximen beiseite zu setzen, sondern man schafft die guten Gesetze ab und erläßt dafür eine Unzahl neuer, die anscheinend das Wohl des Kaisers, in Wahrheit aber das Verderben der Rechtschaffenen (!) bezwecken, die es noch in Rom gab. Alles wird zum Majestätsverbrechen. Früher bestrafte man eine wirkliche Verschwörung, jetzt bestraft man ein unschuldiges aber tückisch gedeutetes Wort. Die Klagen, die man den Unglücklichen zur Erleichterung ihrer Leiden freigegeben, die Tränen, dieser natürliche Ausdruck des Schmerzes, die Seufzer, die uns unwillkürlich entschlüpfen, einfache Blicke, alles wurde verderblich. Die offene Rede gab böse Anschläge zu erkennen, das zurückhaltende Schweigen verhüllte böse Absichten." . . „Eine Äußerung der Furcht nahm man zum Zeugnis für ein böses Gewissen." . . . „Stand jemand in dem Rufe, Mut oder Entschlossenheit zu besitzen, so fürchtete man ihn als einen Verwegenen, der alles zu unternehmen imstande sei. Schweigen und Reden, Freude und Trauer, Furcht oder Zuversicht, alles war Verbrechen und zog sehr häufig die schwersten Strafen nach sich. Der Verdacht . . . machte schon zum Schuldigen."

So sah es in Böhmen aus. Und warum? Weil man bei Ausbruch des Krieges und im Verlaufe des Krieges das böhmische Volk des Hochverrates zu beschuldigen den Mut hatte und Grund zu haben glaubte. Ich frage mich: Ist es überhaupt begrifflich möglich, ein Volk des Hochverrates zu beschuldigen? Ist es möglich, ein Volk der Staatsfeindlichkeit zu beschuldigen? Ja, was sind wir denn hier? Sind wir nicht auch der Staat? Kann ein Volk, das den Staat mitbildet, gegen diesen Staat Hochverrat treiben? Das waren Verleumdungen, das waren Beschuldigungen, die vorgebracht werden mußten, um einen Grund zu haben, das böhmische Volk niederzuhalten, weil man mit oder ohne Grund es fürchtete. Es war, meine hochverehrten Herren, das böse Gewissen. (Zustimmung.) Ursache und Wirkung wurden verwechselt. (So ist es!) Die verfehlte Politik der früheren Zeiten, das war die Ursache und die Stimmung des Volkes nach Ausbruch des Krieges, das war die Wirkung und nicht umgekehrt, die Stimmung im Volke die Ursache, die notwendige Ursache zu den Maßregeln, welche gegen das Volk

ergriffen wurden. Völker sind keine Schulkinder und jene Liebe, die festhalten will durch Strafen, durch Einengung der Freiheit, ruft niemals Gegenliebe hervor. (Zustimmung.)

Wir wollen und brauchen uns nicht zu begnügen mit dem, was wir, wie man uns vorwirft, in vollem Maß haben, nämlich mit der Möglichkeit der Entwicklung unserer Nationalität und der Möglichkeit unserer Weiterentwicklung in der Kultur. Das genügt uns nicht. Dazu brauchen wir niemand. Wir wollen politisch leben, wir wollen unsere politischen Rechte als Volk, wir wollen unsere politischen Rechte und unseren Einfluß in diesem Staate. Es wäre nicht den Tatsachen entsprechend, wenn ich leugnen wollte, daß im böhmischen Volk keine Stimmung war, die gegen den Krieg klang. Nein, die Tatsachen will ich nicht fälschen. Aber ich frage mich, meine hochverehrten Herren, woher kam diese Stimmung? Und da zum allergrößten Teil muß ich sagen: wie sich in Böhmen überhaupt alles auf den nationalen Nenner reduzieren läßt, ist auch diese Stimmung zum allergrößten Teil auf nationaler Grundlage entstanden. Warum kam man mit diesen provokatorischen Aufzügen, warum kam man mit diesem Projekte einer Zollunion, einer staatsrechtlichen Verbindung mit dem Deutschen Reiche? Warum mußten wir fast bei jeder Gelegenheit, wo nur Deutsche und Tschechen in der Öffentlichkeit zusammenkamen, immer empfinden: Ja wartet nur, jetzt werdet ihr es bekommen! (Zustimmung.)

Da dürfen Sie sich nicht wundern, daß in dem Volk eine Stimmung entstand, die allerdings nicht eine Begeisterung für den Krieg war. Begeisterung haben wir nicht gezeigt, wurde uns vorgeworfen? Nun, es ist mit der Begeisterung eine eigene Sache. Ich habe in diesen drei Jahren und bei vielen Gelegenheiten, wo ich ein wenig die Seele des Volkes studieren konnte, nicht bloß bei uns keine Begeisterung gefunden, es war die Begeisterung auch anderwärts, namentlich dort, wo Opfer zu bringen waren, nicht groß. Aber unsere Pflicht haben wir getan (Bravo!) und derjenige, welcher jene Pflicht erfüllt, gilt, glaube ich, mehr, als derjenige, welcher nur das Strohfeuer der Begeisterung abbrennen läßt.

Meine Herren! Es wurde uns vorgeworfen, es sind ja eine Masse Verurteilungen in Böhmen vorgekommen. Ja, das ist wirklich wahr. Die Verurteilungen hätten aber nicht müssen vorkommen, wenn nicht unnütze Anklagen wären erhoben worden wegen Dinge, die sonst nur als Polizeiübertretung gestraft werden. Diese Verurteilungen wären nicht vorgekommen, wenn die Beschuldigten nicht ihrem ordentlichen Richter wären entzogen worden. Die Verurteilungen sind vorgekommen, aber wofür? Das waren nur immer Worte, das waren niemals Taten. Es hat sich niemals gezeigt, daß bei diesen vielen Verurteilungen eine Organisation, eine Verbindung unter den Verurteilten bestand. Ist es möglich, daß in dem Verlauf von drei Jahren unter soviel Angeklagten, soviel Zeugen, nicht einer gewesen wäre, der den Verräter gespielt und die angebliche Organisation aufgedeckt hätte? Und trotzdem glaubte die Militärbehörde und glaubte der Staat und glaubt es vielleicht noch heute, daß eine Organisation, eine revolutionäre Propaganda bestand. Und die Manifeste, die verteilt wurden! Ja, meine Herren, das ist das Eigentümliche, daß man nie ein Original dieser Manifeste gesehen hat. Es waren immer nur Kopien auf kleinen Zetteln, die verteilt wurden. Ja, woher kamen diese Manifeste? Unser Volk hat auch in diesen schweren Zeiten seinen Humor nicht verloren und es wurde da erzählt, es sei einmal hinter einem Haustor ein Paket mit diesen Manifesten hinterlegt worden, damit es jemand aufhebe; und der Polizist stand unweit und paßte auf. Da kam aber der Hausmeister, sah das gar nicht an, er glaubte, es könne etwas gefährliches sein, nahm das Paket und übergab es dem Polizisten. Dann kam ein zweiter dazu, der es auf die Polizeidirektion zu tragen hatte und jener sagte ihm: „Zählen Sie nach, ob es alle sind.“ (Heiterkeit.)

Man wollte uns durchaus zu Hochverrätern erklären und suchte den Hochverrat. Mir kommt die Sache so vor, wie die Geschichte von der tugendhaften Frau, die der Untreue beschuldigt wird, der man nicht glaubt und deren eifersüchtiger Mann nicht glauben will, daß die Frau wirklich tugendhaft geblieben ist. Schließlich wird die Frau der Beschuldigung überdrüssig und es reut sie, daß sie so tugendhaft gewesen ist.

Die Soldatendesertionen und das Überlaufen ist, meine Herren, auch eine vom tatsächlichen Standpunkte aus dunkle Geschichte. In dem Prozesse gegen Dr. Kramář, den ich als Verteidiger mitgemacht habe, waren die Akten nicht zu haben. Trotz des Antrages waren sie nicht zu bekommen. Und auf die Frage, wie das bewiesen wird, daß jemand übergelaufen ist und nicht normal kriegsgefangen wurde, sagte der Sachverständige: das müßte kriegsgerichtlich konstatiert werden. Man sagt, ein kaiserlicher Befehl hat die Auflösung der Regimenter verfügt. Das ist richtig, das ist eine wahre und richtige Tatsache, daß die Regimenter aufgelöst wurden. Aber die Unterlage ist dafür doch nicht so ganz. Aber angenommen, es sei so gewesen — ich kann den Beweis nicht führen, daß es nicht der Fall war: schließlich mag von dem vielen, was da gesprochen, geschrieben, konstatiert wurde, etwas wahr sein — welche Gründe und welche Motive können dazu führen, daß sich ein Truppenkörper ergibt?“

Es wurden noch viele ähnliche Reden vorgebracht, deren Anführung zu weit führen würde.

Im folgenden wird nun die Antwort, insbesonders auf die Frage gegeben, welche Gründe und welche Motive zu den staatsfeindlichen Handlungen der Tschechen führten, wieso es kam, daß solche Erscheinungen möglich sind, beziehungsweise von wo aus diese angeregt wurden.

Durch dieses Tatsachenmaterial wird die lächerliche Behauptung, die deutsche Bevölkerung habe durch ihr Verhalten dazu beigetragen, restlos ad absurdum geführt. Denn jene Erscheinungen traten im In- und Auslande sogleich bei Kriegsausbruch auf, wo zum Beispiel von einer Zollunion noch keine Rede war.

Im folgenden wird auch gezeigt, ob tatsächlich die Behauptungen ohne jeden Beweis erhoben werden, ob sie tatsächlich nur Giftmischerei, zusammengebraut aus möglichen und unmöglichen Giften, ob sie ferner nur unbewiesene, entstellte und erlogene Tatsachen sind, ob es weiter wirklich nur so unschuldige Worte waren, welche bestraft wurden, ob tatsächlich in Böhmen ganz grundlos mit aller Strenge vorgegangen wurde, ob alles nur Verleumdungen und grundlose Beschuldigungen, dunkle Geschichten, unnütze Anklagen, die immer nur Worte, nie Taten betrafen, waren, und ob schließlich wirklich, wie Dr. Koerner behauptete, die Tschechen ihre Pflicht getan haben.

Es wird auch klargestellt, was es mit der Behauptung, daß „alle Nationen gleichmäßig ihr Blut vergießen“, und daß „die ‚böhmische‘ Nation in der Frage des wirtschaftlichen Durchhaltens dem Staate so riesige Dienste leistete“, in Wirklichkeit für eine Bewandtnis hat.

Diesen Behauptungen gegenüber sehen sich die Unterzeichneten im Interesse der historischen Wahrheit verpflichtet, aus dem unübersehbaren Aktenmaterial, welches die Tatsachen vor aller Welt feststellt, nur einige wenige Beweisstücke anzuführen, die geeignet sind, die vorstehenden Reden der tschechischen Abgeordneten in entsprechender Weise richtigzustellen. Es ist dabei darauf Rücksicht genommen, daß möglichst viele Konnationale der vorgenannten Herren Redner selbst oder anerkannte Freunde der tschechischen Nation im Auslande zu Worte kommen; denn diesen gegenüber wird man wohl nicht von Voreingenommenheit, Unkenntnis der Dinge oder Böswilligkeit sprechen können.

Man kann nicht behaupten, daß die österreichische Regierung ungewarnt und ohne Kenntnis über die Gefährlichkeit der tschechisch-russophilen Bewegung geblieben ist und daß sie von den Ereignissen, die bald nach Kriegsausbruch sich unter den tschechischen Truppen und im Hinterlande zutrugen und der Wehrkraft des Staates, wie amtlich bestätigt erscheint, die schwersten Schäden zufügten, überrascht werden konnte. Der gewesene Landesverteidigungsminister Georgi hat selbst in seiner Darlegung im Immunitätsausschusse angegeben, daß er von den Folgen der antimilitaristischen Umtriebe der Klofáč und Genossen schon im Jahre 1912 im Wehrausschusse warnte, und es ist allgemein bekannt, daß sowohl die Heeresleitung als die Regierung vor dem Kriege zahlreiche

I.

Warnungen vor den Folgen der Duldung der panslawistischen Propaganda

in den Sitzungen des Abgeordnetenhauses und in den Delegationen erhielt. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß alle jene, die auf diese Gefahren aufmerksam machten, als „Denunzianten“ in der gemeinsten Weise beschimpft wurden, leider auch unter anderem von der „Arbeiter-Zeitung“ und einigen Führern der deutschösterreichischen Sozialdemokraten. Wie die Ereignisse leider zeigten, haben jene ehrlichen Warner nur zu Recht gehabt. Alle die schrecklichen Wirkungen dieser Agitation für die Kriegführung unseres Staates, insbesondere durch den Verlust zahlreicher Menschenleben, durch das Scheitern strategischer Operationen und durch die Hemmung unserer Kriegführung, wurden klar vorhergesagt. Es sei hier zunächst das Wichtigste aus einer Rede des Abgeordneten Dobernig in der 4. Sitzung der 44. Session der Delegation des österreichischen Reichsrates am 10. November 1910*) angeführt, in welcher zum erstenmale die Gefahren aufgezeigt wurden, welche für den Staat aus der Propaganda des Abgeordneten Dr. Kramář und insbesonders aus seiner Tätigkeit für den Neoslawismus hervorgehen mußten und tatsächlich hervorgegangen sind.

In der Rede heißt es unter anderm:

„Hohe Delegation! Von deutscher Seite des Abgeordnetenhauses ist bisher zu den großen Fragen der Weltpolitik noch nicht Stellung genommen worden. Diese Aufgabe fällt mir zu. Aber ich gestehe ganz offen, daß ich mit Bangen an die Lösung derselben schreite, mit umso größerem Bangen, als ich noch unter dem Eindruck des letzten Teiles der Rede meines unmittelbaren Herrn Vorredners**) stehe. Im Verlauf meiner Ausführungen, in welchen ich die Stellung der Deutschen oder, um mich genauer auszudrücken, der im Deutschen Nationalverband des Abgeordnetenhauses vereinigten Parteien zur Politik des Grafen Aehrenthal darlegen werde, muß ich auch auf den Neoslawismus zu sprechen kommen, und zwar deshalb, damit die gesamte deutsche Öffentlichkeit,

*) Sten. Prot. S. 208 bis 218.

**) Dr. Karl Kramář.

welche bisher — wenigstens die deutschösterreichische Öffentlichkeit — an dieser Frage achtlos vorübergegangen ist, darüber aufgeklärt werde, in welcher Gefahr die Deutschen in Österreich geschwebt haben.

Nun, meine Herren, werden Sie meine Gefühle begreifen, Sie alle, die Sie die Rede des Herrn Dr. Kramář gehört haben, wenn ich sage, daß es unendlich schwer ist, gegenüber einem tapferen Kämpfer, der am Grabe seiner Hoffnungen*) ein Schwanenlied gesungen hat, den gegenteiligen Standpunkt zu vertreten und Herrn Dr. Kramář auf den vielverschlungenen Wegen zu folgen, auf welchen er es versucht hat, die slawische Welt in Österreich dem Neoslawismus oder Panslawismus in die Arme zu führen.

Bevor ich aber zu dieser meiner eigentlichen Aufgabe komme, muß ich einige Bemerkungen über unsere augenblickliche Lage machen.

In meiner langjährigen Tätigkeit in der Delegation konnte ich der auswärtigen Politik der Monarchie noch nie so rückhaltlos zustimmen als diesmal. Ich sage folgendes: Die Annexion scheint auch uns eine unbedingte Notwendigkeit und eine natürliche Folge der Okkupation gewesen zu sein. Unser Standpunkt wird dadurch erschwert, daß durch die Annexion der Monarchie ein Zuwachs an Slawen erstanden ist, der dem deutschen Gewichte natürlich nicht günstig sein kann, aber in Fragen, welche die Großmachtstellung des Reiches berühren, haben wir Deutschen eben zu zeigen, daß die staatlichen Interessen auch die Interessen des deutschen Volkes in Österreich sind, weil von allen Erschütterungen des Staates auch das vornehmste Bindeglied dieses Staates, eben das deutsche Volk, in seinem Innersten getroffen wird.

Gestatten Sie mir einen Vergleich zwischen der Haltung der deutschen Delegierten von einst und heute.

Die Politik der deutschen Delegierten im Jahre 1878 war, wie es sich herausstellt, jedenfalls mit ein Grund, wenn auch nicht der einzige, der jene innerpolitische Wandlung herbeigeführt hat, deren Hauptinhalt die Zurückdrängung des deutschen Einflusses auf allen Gebieten des staatlichen Lebens gewesen ist. Ich will damit gegen unsere Vorgänger keinen Vorwurf aussprechen. Sie standen unter den Bedenken, die ich früher auch angedeutet habe, unter den Bedenken gegen den Zuwachs an slawischen Elementen. Von diesem Gesichtspunkt aus glaubten sie die Bemühungen des damaligen Ministers des Äußern Grafen Andrássy nicht unterstützen zu sollen. Diese ihre Haltung hat wesentlich zur Schwächung des deutschen Einflusses in Österreich beigetragen. Ich berufe mich hierbei nicht auf meine eigene Kenntnis der Verhältnisse und auf meine eigene Urteilskraft, sondern auf die Aussprüche von Staatsmännern, deren Andenken für alle Zeiten in der Erinnerung der Parlamentsgeschichte festgelegt ist. So zitiere ich eine Äußerung Kaiserfelds, des einstigen Präsidenten des Abgeordnetenhauses, aus einem Briefe an Stremayr aus dem Jahre 1878. Kaiserfeld sagt (liest):

„Der Patriotismus der Regierung und der Volksvertretung fordert, daß die geschaffene Tatsache als etwas Unabänderliches akzeptiert werde. Nur um die Weiterentwicklung kann es sich handeln."

Und in einem Briefe desselben an Carneri heißt es (liest):

„Je mehr ich mich in die Okkupationsfrage vertiefe, desto mehr fühle ich, daß sich die Politik Andrássys leichter und glänzender verteidigen läßt als der negative Standpunkt der Opposition, die nichts anzuführen weiß als den leidigen Bankrottjammer, der uns in den Augen Europas herabsetzt, weil er uns an Ohnmacht mit der Türkei auf gleichen Fuß stellt."

Und nun füge ich hinzu das Bekenntnis eines noch lebenden*) Politikers, des jetzigen Herrenhausmitgliedes Alexander v. Peez, der in seinem Buche „Die Aufgaben der Deutschen in Österreich" unter anderem folgendes sagt (liest):

„Für eine von größeren politischen Gesichtspunkten ausgehende Auffassung ist es nicht zweifel-

---

*) Dr. Kramář sagte nämlich in dieser Rede unter anderem: „Wir wollten gerade die Bande zwischen Österreich und Rußland fester knüpfen. Das ist leider durch die Annexion zunichte geworden und der Draht geht auf lange, lange Zeit nach Berlin und wir werden genötigt sein, mit Petersburg über Berlin zu sprechen. Für eine aktive Teilnahme der Slawen an einer solchen Politik ist kein Platz. Wir bleiben immer nur passiv, kühl bis ans Herz und diejenigen, welche mit dabei sein wollen, sind gezwungen, krampfhaft geistreiche Formeln zu suchen, um sich über diesen inneren Gegensatz hinwegzusetzen. Das ist die Tragik der Ereignisse für die Slawen. Wir haben keine Hoffnung, ans volle Licht zu kommen, wir werden immer nur im Schatten bleiben als nicht Mitzählende. Die auswärtige Politik wird nur für Deutsche und Magyaren da sein. Denken Sie sich, meine Herren, was das für die slawischen Völker bedeutet, welche die Majorität des Reiches ausmachen, wenn sie wissen, daß sie nie vollgültig sein werden, nie mitbestimmend über die Geschicke des Reiches, daß sie also nichts anderes bleiben können als Bürger zweiter Ordnung — ein notwendiges Übel. Die Konsequenzen dieser Umstände auszudenken, überlasse ich den verantwortlichen Faktoren, ich kann nichts anderes, als mit schwerem Herzen konstatieren, daß ich jedes Vertrauen in unsere auswärtige Politik auf lange Zeit verloren habe." — „Passiv, kühl bis ans Herz" sind die Tschechen auch in dem furchtbaren Ringen um die Zukunft der Monarchie geblieben. Das hat Dr. Kramář damals schon angekündigt. In der Folge werden jene „Konsequenzen" aufgezeigt werden, welche das hatte. Die Slawen als „Bürger zweiter Ordnung" in Österreich hinzustellen — sie, die immer gehätschelt wurden — heißt der Wahrheit ins Gesicht schlagen.

*) Inzwischen verstorben.

hast, daß die Besitznahme Bosniens innerhalb der geschichtlichen Mission Österreichs gelegen war. Insofern war also der Widerstand eines Teiles der Verfassungspartei ein Fehler und ein noch größerer Fehler war die Verbissenheit, womit dieser Kampf fortgeführt ward, nachdem schon längst die Sache entschieden war." (Der Verfasser muß bekennen, daß er selbst zu jenen Abgeordneten gehört hatte, welche dieses Fehlers sich schuldig machten.)

Heute nach 30 Jahren, ist die Situation wesentlich anders. Das Verhältnis der Deutschen zum Staate hat sich geändert. In den Drangsalen, welche die Regierung Taaffe mit allen ihren Folgen über die Deutschen in Österreich gebracht hat, sind wir selbst national erwacht, regsamer und kräftiger geworden und innerlich erstarkt. Es hat sich aber auch die allgemeine Erkenntnis durchgerungen, daß es ein Regieren gegen die Deutschen im Staate nicht gibt, daß in diesem polyglotten Staate doch in erster Linie die Deutschen das erhaltende und völkerverbindende Element sind. Das Gründervolk dieses Staates kann den Staat selbst nicht im Stiche lassen, unsere Heimat dürfen wir nicht preisgeben, auf diesem Posten, auf den uns die Geschichte gestellt hat, müssen wir ausharren bis zum Letzten.

Daraus ergibt sich, daß wir als Staatsvolk auch eine Staatspolitik zu treiben haben. Ich bitte, mich nicht mißzuverstehen. Nicht um eine Regierungspolitik kann es sich handeln, nicht um Geschäfte mit Ministerposten. Unter Staatspolitik verstehe ich die rastlose Arbeit auf geistigem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet zur Entwicklung des Volkes und damit des Gesamtstaates, die Umformung des Staates zu einem Körper auf modernen Grundlagen und nicht in letzter Linie die Behandlung der großen nationalen Fragen, der bisher die Deutschen mit Scheu ausgewichen sind. Wir haben nicht im Schmollwinkel zu stehen, wir haben nicht bloß Kulturdünger zu sein, sondern wir haben mitzutun, wir haben das volle Gewicht unserer Stellung auf allen Gebieten der inneren und äußeren Politik zur Geltung zu bringen und wir haben zu beweisen, daß ohne uns in diesem Staate nichts geschehen kann. „Es gibt" — ich führe da das Wort eines hervorragenden Staatsmannes an — „keinen Staat von Bedeutung ohne eine führende politische Nation und diese kann in Österreich nur die deutsche sein" — ohne daß, füge ich hinzu, etwa die anderen Völker in ihrer Entwicklung dabei gehemmt werden sollen.

Wir anerkennen nun die Politik des Grafen Aehrenthal, wir billigen sie und wir sind bereit, sie nach unseren Kräften zu unterstützen, so lange sie sich auf den bisherigen Bahnen bewegt. Unsere Gründe dafür sind folgende: Der erste wurde in früheren Reden schon berührt und wird von allen Parteien, Deutschen und Nichtdeutschen, insgesamt anerkannt. Sie werden mir daher zustimmen, wenn ich sage, daß durch die Politik des Grafen Aehrenthal das Selbstbewußtsein in uns — und jetzt sage ich nicht Deutschösterreichern, sondern in uns Österreichern — erweckt worden ist, das Selbstbewußtsein, daß wir an diesem Staate doch noch etwas besitzen, daß dieser Staat noch nicht so siech ist, wie er oft hingestellt wird, daß die Monarchie nicht schon am Rande des Abgrundes ist, wie es oft geschildert wurde. Es hat sich gezeigt, plötzlich über Nacht gezeigt, daß unsere Monarchie mächtig ist, und dadurch sind in den Völkerschaften Impulse zu neuer Tatkraft wachgerufen worden. Es scheint die Zeit vorüber, in der die impotente Raunzerei allein auf der Tagesordnung war, es scheint, daß man überall in unserem Staat anfängt, den Blick nach Außen zu richten, über das Kirchspiel hinaus, daß man sich anschickt, an der weltwirtschaftlichen Entwicklung Anteil zu nehmen. Seine Exzellenz Dr. v. Gautsch hat sehr richtig auf das Streben unserer Jugend nach staatlicher Versorgung hingewiesen. Ich stimme ihm vollkommen bei, genau so, wie es andere Vorredner bereits getan haben. Unsere österreichische Jugend kommt mir immer vor, wie der Peter in der Fremde, der, kaum daß er das letzte Haus seines Dorfes erreicht hat, am liebsten wieder umkehren würde, um sich an die Rockfalten seiner Mutter zu hängen. Nur nicht hinaus! Ich ziehe die Grenzen viel enger, als sie von früheren Rednern gezogen sind, ich spreche nicht einmal von Auslandsscheu, sondern ich sage Kronlandsscheu, wir leben in einem Provinzialismus, so zwar, daß einer aus einem Lande in den Alpen sich förmlich fürchtet in ein Land der Sudeten zu übersiedeln. Wenn die auswärtige Politik des Grafen Aehrenthal dazu beigetragen hat, das Selbstbewußtsein in uns Österreichern zu stärken und uns darauf aufmerksam zu machen, daß es außerhalb unseres Staates auch noch andere Länder gibt, in denen wir mit Ehren bestehen können, so muß ihm dies die Geschichte Österreichs danken.

Für uns Deutsche gibt es natürlich auch einen anderen Grund, denjenigen, der so vielfach betont, mit Freuden hervorgehoben, von anderer Seite bekämpft worden ist, denjenigen, daß der Wert des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche so recht der ganzen Welt zur Erscheinung gebracht wurde.

Das Bündnis mit dem Deutschen Reiche hatte ja bisher in der Delegation und in unseren Parlamenten keinen offenen Freund als die Deutschen selbst, und ich erinnere mich an so manche Rede des geehrten Herrn Kollegen Dr. Kramář, in welcher er unsere Haltung bespöttelt, um nicht zu sagen verhöhnt hat. Das Bündnis hatte keinen offenen Freund, wir allein haben daran festgehalten und können nun sagen, daß sich unsere Voraussicht erfüllt hat. Es ist so weit ge-

kommen, daß auch der schroffste Gegner des Bündnisses den Wert desselben anerkennen muß, vielleicht mit einziger Ausnahme des Herrn Dr. Kramář. Wenn behauptet wird, daß wir uns im Schlepptau des Deutschen Reiches befinden, daß wir umklammert und nicht in der Lage sind, uns selbständig zu bewegen, so erlaube ich mir auf Stimmen hinzuweisen, welche im Deutschen Reiche laut geworden sind, und zwar auf einer Seite, die uns politisch nahe steht, und die mit Nachdruck hervorgehoben hat, daß gerade die Politik des Deutschen Reiches in erster Linie vom Grafen Aehrenthal geführt wird und daß nicht Österreich-Ungarn, sondern umgekehrt das Deutsche Reich sich unter der Führung des Grafen Aehrenthal befindet. *(Zwischenrufe.)*

Wenn Herr Dr. Kramář früher von Herzenssache gesprochen hat, so erwidere ich ihm darauf nichts Neues, sondern etwas, was in der Delegation sehr häufig von deutscher Seite gesagt worden ist: Das Bündnis mit dem Deutschen Reiche ist uns Herzenssache und wird uns immer Herzenssache bleiben. Es freut uns aber auch, feststellen zu können, daß auf slawischer Seite sich die Erkenntnis durchgerungen hat, daß dieses Bündnis für sie doch wenigstens einen gewissen geschäftlichen Wert besitzt. Herzenssache und Geschäftssache zugleich, das dürfte doppelt gut halten!

Wir haben — meint Dr. Kramář — keine Ursache, Deutschland dankbar zu sein, und es sei von uns unklug, davon zu sprechen. Das, was im Wiener Rathaus geschehen sei, nannte er geschmacklos. Nun, meine Herren, ich begebe mich auf ein heikles Gebiet, wenn ich sage: Nennen Sie es Byzantinismus oder wie Sie wollen, wenn wir Deutsche mit innigem Danke der Worte in der Thronrede von der Vertiefung des Bündnisses gedenken, wenn wir auch hier wieder feststellen, daß wir in unserem greisen Kaiser einen überzeugten Anhänger des Bündnisses erblicken, ebenso wie es Kaiser Wilhelm ist, und wenn ich weiter es ganz unumwunden ausspreche, daß der Beschluß der Stadt Wien, den deutschen Kaiser im Weichbilde der Stadt durch den Namen zu verewigen, im deutschösterreichischen Volke mit Freuden aufgenommen worden ist. Wenn Herr Dr. Kramář darin eine Kränkung für sich und seine slawischen Volksgenossen erblickt, so kann er ja andrerseits wieder beruhigt sein, wenn er durch eine Straße von Berlin geht und auf derselben den Namen des Kaisers Franz Joseph liest. . . .

Wir wollen, meine Herren, auf den realen Grundlagen arbeiten, wir wollen alles beitragen zur Erhaltung des Bündnisses, dessen Notwendigkeit heute nicht nur von den Deutschnationalen oder von den Deutschösterreichern, sondern von allen Nichtdeutschen, die sich nicht vom Hasse blenden lassen, anerkannt wird. Diese politische Freundschaft hat sich seit 1878 bewährt und selbst jene Kreise in Österreich, die im Jahre 1870 für Frankreich und gegen Preußen Krieg führen wollten, dürften zu einer anderen Anschauung bekehrt worden sein. Weil wir unbedingte Anhänger des Bündnisses sind, so sagen wir aber auch: Wir sind, so schwer es uns fällt und so groß die Verantwortung auch ist, bereit, die Konsequenzen, die daraus sich ergeben, zu tragen.

Ich komme nun, meine Herren, zur Besprechung des Neoslawismus. Hierbei muß ich leider das persönliche Gebiet berühren, weil Herr Dr. Kramář der hervorragendste Träger des Neoslawismus in Österreich ist und weil sich seine Person von der Sache nicht trennen läßt. Ich muß vom Neoslawismus reden, damit auch die deutsche Öffentlichkeit diese Frage beachtet, aber auch deshalb, daß man bei den Slawen sieht, wie wir Deutschösterreicher neben der Beachtung und Berücksichtigung unserer Tagessorgen auch die auswärtigen politischen Vorgänge genau verfolgen und beobachten. Es ist selbstverständlich, daß ich nicht mit der Autorität des Forschers reden kann, sondern als einfacher Beobachter der verschiedenen Vorgänge, der sich bemüht, ihren Zusammenhang zu ergründen. Ich kann mich bei Besprechung dieser Frage fast durchaus auf slawische, auf russische, polnische und ruthenische Quellen berufen, und zwar auf Zeitschriften hervorragender Art, die in der gesamten slawischen Welt Ansehen genießen.

Der Neoslawismus bezweckt oder bezweckte — bezweckte muß es von dem heutigen Tage an lauten — angeblich nur die kulturelle und wirtschaftliche Einigung aller Slawen, verfolgte also rein ideale Ziele, trug aber in Wirklichkeit durchaus politischen Charakter und war nichts anderes als eine Neuauflage des alten politischen Panslawismus. Nach der Demütigung Rußlands durch Japan wurde er geboren: wie auf Verabredung ging das Wort von der slawischen Solidarität durch die slawische Presse.

Österreich war damals erfüllt von der Bewegung zur Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes. Im Vordergrunde dieser Bewegung stand Dr. Kramář, aber nicht so sehr, wie man glauben mochte, getragen vom Hochgedanken der Erweiterung der freiheitlichen Rechte der Völker, sondern wegen der Hoffnung, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht eine Stärkung des slawischen Einflusses in Österreich mit sich bringen werde. In dieser Zeit tauchte das Deckwort „Neoslawismus“ auf: Zusammenfassung aller Slawen zur gemeinsamen Betätigung der wirtschaftlichen und geistigen Kräfte, hieß es, sei das Ziel. In Wirklichkeit steckte viel mehr dahinter. Was, das wird uns klar, wenn wir die Vorgänge in Rußland und die allslawischen Tagungen verfolgen. In der russischen Duma bemerken wir

das Hervortreten der sogenannten Kadettenpartei. Diese Konstitutionelle demokratische Partei hatte schon vor dem Kriege zwischen Rußland und Japan eine Abneigung gegen die ferne ostasiatische Politik gezeigt. Nach dem Kriege, welchem das russisch-englische Einvernehmen folgte, das ganz im Sinne der Kadettenpartei geschaffen worden war und worin sie eine Bürgschaft der Verfassung für Rußland zu erblicken glaubte, bot sie sich Iswolski durch ihren publizistischen Führer Paul Struve förmlich als Regierungspartei an. Es hieß in der Zeitschrift „Russkaja Mysl“, zu deutsch „Russische Gedanken“ (liest):

„Die Mitarbeit der Kadetten für ein großes Rußland ist unter der Bedingung der Änderung der inneren Politik im freiheitlichen Sinne zu haben, wofür sie als Äquivalent verlangen eine energische äußere Politik im nahen Orient, die, gestützt auf die Ausbeutung der Kohlen- und Erzlager im Donbecken und die Hilfe des russischen Südens bei vollster Beherrschung des Schwarzen Meeres und aller seiner Küsten, die Herrschaft über den ganzen Balkan ausdehnen könnte. Für diese äußere Politik müßte die Regierung aber auch eine andere Grundlage schaffen: Die Versöhnung mit den Polen. Diesen sei die Autonomie zu gewähren, damit Rußland neben dem slawischen Österreich auch auf die Polen zählen könnte. Denn ein slawisches Österreich allein sei noch keine Bürgschaft für Rußlands Sicherheit; auch die zwei deutschen Großmächte seien 1866 aneinander geraten.“ Daher müssen die Polen und ihr Einfluß in Österreich russischen Zielen dienstbar gemacht werden.

Inzwischen hatte sich ein Umschwung in der äußeren Politik Österreich-Ungarns vorbereitet. Der stillen Beschaulichkeit und Ruhe folgte die von Aehrenthal eingeleitete aktive Politik, die ihren ersten Ausdruck fand in der Sandschakrede vom Jänner 1908.

Hierüber finden wir eine kennzeichnende Äußerung in der von Maxim Kowalewski, Mitglied des Reichsrates, Anhänger der Kadettenpartei, herausgegebenen Zeitschrift „Vestnik Ewropy“ (liest):

„Der besonders selbstbewußte Ton, in dem dieses neue österreichische Programm verkündet wurde, rief in den benachbarten slawischen Staaten eine starke Beunruhigung hervor und mußte auch in Rußland unangenehmen Eindruck machen, um so mehr, als die Fiktion des österreichisch-russischen Übereinkommens in der mazedonischen Frage für die Diplomatie in Kraft blieb. Faktisch hatte die russische Politik am Balkan schon längst jede Bedeutung verloren und sich in ein passives Werkzeug des einseitigen österreichischen Einflusses verwandelt. Deshalb hat Aehrenthal bei seinen Plänen mit ihr überhaupt nicht mehr gerechnet. Der österreichisch-ungarische Minister, der früher als Botschafter in Petersburg engste Beziehungen zu den einflußreichsten Persönlichkeiten unserer reaktionären Partei unterhielt, benutzte seine Beobachtungen für die entsprechenden praktischen Konsequenzen. Gleichwohl ließ er außer acht, daß man sich auf die Stimmung in den höfischen Kreisen nur mit großer Vorsicht stützen darf; sie ist in ihrem Wesen sehr veränderlich und unterliegt nur zu leicht dem Einflusse der bekannten sozialen Elemente, welche Willfährigkeit mit zur Schau getragenem Patriotismus verbinden. Es ist nicht angezeigt, das öffentlich auszusprechen, was man ohne Hindernis durch die Tat durchsetzen kann. Die allmähliche Ausbreitung der österreichischen Interessensphäre am Balkan hätte von keiner Seite einen Protest hervorgerufen, solange sie nicht formuliert war durch ein offiziell eingestandenes Prinzip, das mit der direkten Negation oder der Ignorierung fremder Interessen, slawischer und russischer, verknüpft war. Die unerwartete Aktion Österreich-Ungarns gab der slawischen Bewegung einen starken Anstoß und das neue Slawophilentum fand bei uns rührige Adepten, wozu die Ankunft einiger hervorragender tschechischer und serbischer Politiker in Rußland beitrug.“

Im Frühjahre 1908 fand ein

Vorkongreß in Podèbrad

statt, an dem sich tschechische und südslawische Abgeordnete beteiligten und bei welchem ein Aktionsprogramm aufgestellt wurde. (Delegierter Dr. Kramář: Wo?) In Podèbrad*). Es ist nicht unwichtig, festzuhalten, daß um jene Zeit Dr. Kramář großen Einfluß auf die österreichische Regierung besaß und daß ihm

der österreichische Ministerpräsident Beck

sehr geneigt war. Daher versprach man sich in Rußland von der unter seiner Ägyde eingeleiteten neoslawischen Aktion ein günstiges Ergebnis.

Der Podèbrader Vorbesprechung folgte im Frühsommer 1908 die

Tagung zu Petersburg,

wobei die Voreinleitungen für den allslawischen Kongreß in Prag getroffen wurden. In Petersburg verlangte das Dumamitglied Roman Dmowski, der Führer der Allpolen, die Aussöhnung der Russen mit den Polen gegen den gemeinsamen Feind aller Slawen, das Deutschtum.

Im Juli 1908 treffen sich die Vertreter der verschiedenen Slawenvölker auf dem

Prager Kongresse,

an welchem auch die Polen hervorragend beteiligt waren. Einen Hauptgegenstand der Beratung bildete die polnisch-russische Frage. Von den russischen Vertretern wurden, ohne daß sie ein Mandat oder die

*) Wird von Dr. Kramář geleugnet.

Macht der Durchführung gehabt hätten, den Polen verschiedene Versprechungen gemacht. Trotzdem sind die polnischen Neoslawen vom Kongreß enttäuscht geschieden. Ein weiterer Gegenstand von Wichtigkeit war die vom Abgeordneten Hribár angeregte Organisierung der slawischen Banken. Dies steht im engen Zusammenhange mit der Aktion des wirtschaftlichen Boykotts der Deutschen.

Die Stimmung in slowenischen Kreisen erhellt aus einem Laibacher Briefe der „Nowoje Wremja“ vom Jänner 1909, in dem es heißt (liest): „Es bedürfte nur eines halben Jahres und der entsprechenden Geldmittel, um deutschen Handel und Industrie in den slowenischen Gebieten vollständig auszumerzen . . . . . Gelänge es, die Deutschen Österreichs von der Adria abzuschließen, dann sei aus diesem Gebiete samt Kroatien, Slawonien, Bosnien und Hercegovina und Dalmatien in drei bis vier Dezennien eine zweite Lombardei geschaffen,

reif zum Abfalle,

(Hört! Hört!) denn die in Istrien, Görz, Gradiska und Triest lebenden Italiener zu verdrängen oder zu slawisieren, sei keine übermäßig schwere Aufgabe.“

Inzwischen ward ein langsames Zurücktreten der Polen von dem Neoslawismus bemerkbar. Die russische Regierung war nämlich keineswegs gesonnen, eine Änderung der Polenpolitik eintreten zu lassen und damit verlor Dmowski den Boden, weshalb er sein Dumamandat niederlegte. Dazu kam die Annexion Bosniens und der Hercegowina wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Getreu den Grundsätzen des Neoslawismus hatten seine Bekenner gegen die Annexion Front zu machen. Für eine solche Haltung fehlte ihnen der Mut und daraus erklärte sich das etwas unsichere Verhalten des geehrten Kollegen Dr. Kramář in der Delegation vom Jahre 1908. Hierin liegt auch der Grund, warum die slawischen Parteien des österreichischen Abgeordnetenhauses der Verabschiedung der Annexionsvorlage Hindernisse bereiteten. Es klaffte ein großer Zwiespalt zwischen Süd- und Nordslawen, erstere hatten die Annexion begrüßt, letztere, insbesondere die Tschechen, durften sie nicht anerkennen.

Im Mai 1909 fanden die Vorberatungen des neoslawischen Exekutivkomitees in Petersburg statt. Hierbei zeigte es sich, in welche schiefe Stellung die Neoslawen des österreichischen Parlamentes geraten waren. Die serbischen Delegierten beantragten eine Resolution, welche zwar abgelehnt wurde, aber das Exekutivkomitee verlangte von den slawischen Abgeordneten des österreichischen Parlamentes, daß sie für die weitestgehende autonome Verwaltung von Bosnien und der Hercegovina einzutreten hätten. (Delegierter Dr. Kramář: Ist das ein Unglück? Sie sind ja auch dafür!) Gewiß. Zugleich wurden die Delegierten aller freien slawischen Völker aufgefordert, ihre ganzen Kräfte zur Entwicklung der kulturellen Beziehungen mit den Brüdern in Bosnien und in der Hercegovina aufzuwenden.

Die Resolution ging darüber weit hinaus. Ich habe den Wortlaut hier. In diesem Dokumente, verehrter Herr Dr. Kramář, liegt ein Beweis für die politische Betätigung des Neoslawismus, dessen politische Ziele übrigens im Gegensatz zu Kramář von russischer Seite offen zugegeben werden. Professor Pagodin erklärte in einem Aufsatze der Zeitschrift „Vestnik Ewropy“ vom Jänner 1909 über die Ursachen und Ziele der neuesten slawischen Bewegung ausdrücklich (liest): „Der Neoslawismus ist schon durch seine bloße Existenz eine Bedrohung des österreichischen Deutschtums.“ Ja, noch mehr, derselbe Professor Pagodin, der im vorjährigen Sommer als Emissär der Panslawisten in Österreich agitatorisch tätig war, gestand unter anderem im Moskauer „Ježenedelnik“, Nr. 25, vom 27. Juni/10. Juli 1909 offen ein, daß die russophilen Ruthenen Galiziens durch russisches Geld vollständig korrumpiert seien. (Hört! Hört!)

Als Beleg dieses Geständnisses des russischen Politikers führe ich jene Äußerungen an, die wir aus dem Munde des Ruthenenführers Ritter von Wassilkó in der Sitzung vom 18. Mai 1910 im Abgeordnetenhause gehört haben.

Die Taktik des Neoslawismus besteht darin, die österreichischen Slawen in ihrem Hasse gegen das Deutschtum und ihre hervorragende Stellung im Gesamtstaate zu bestärken. Zwei der Führer, Fürst Trubeckoj und Pagodin, haben es im Moskauer „Ježenedelnik“ öffentlich ausgesprochen, daß das Hindernis, welches Österreich-Ungarn auf dem historischen Wege Rußlands nach Stambul bilde, bei der augenblicklichen Schwäche Rußlands nur durch Hilfe der österreichischen Slawen und die Slawisierung der Monarchie beseitigt werden könne. In der gleichen Nummer desselben Blattes — ich führe das ohne jede Verantwortung dafür an — heißt es,

daß die tschechischen Massen mit Begeisterung für Rußland, ja selbst für eine eventuelle russische Herrschaft in Böhmen gewonnen seien.

(Gelächter.)*) Das sind authentische Übersetzungen aus einem russischen Blatte; ich sage kein Wort dazu. (Delegierter Dr. Kramář: Diese Nummer zeigen Sie mir!) Es ist der Moskauer „Ježenedelnik“, Nr. 25 vom 27. Juni/10. Juli 1909.

*) Damals lachten die Tschechen darüber; wie sie es wirklich meinten, hat sich dann beim Infanterieregiment Nr. 28 und 36 usw. usw. gezeigt.

Im Laufe des Jahres 1909 gerät das neoslawische Exekutivkomitee in eine bedenkliche Situation, weil die Repressalien der Russen gegen die Polen mehr und mehr zunehmen und weil aus dem Lager der alten, rechtsstehenden Panslawisten immer mehr Stimmen laut werden, welche mit der Versöhnungspolitik gegen die Polen nicht einverstanden sind. So ist es begreiflich, daß die Polen von vornherein die Beteiligung an dem für 1910 in Aussicht genommenen Kongreß in Sofia ablehnten. Mit der Absage der Polen wurden die liberalen Elemente vom Kongresse ferngehalten und die Leitung lag ganz in den Händen von Bobrinsky, Florinsky, Vergun, der alten Panslawisten. (Delegierter Dr. Kramář: Ich bitte Sie, wer hat Ihnen diese Märchen aufgeschrieben? Das ist unerhört!) Ich habe das aus guter Quelle, Herr Dr. Kramář. Wollen Sie leugnen, daß zum Beispiel Bobrinsky Neoslawist ist? (Delegierter Dr. Kramář: Der hat etwas in Händen gehabt?)

Der Kongreß trat im Jänner 1910 zusammen. Wie gesagt, spielten dort jene Elemente die führende Rolle, welche dem Prager Kongreß als einziges Verdienst beimaßen, daß er die galizisch-russische Frage, das ist die Unterstützung der russophilen Bewegung durch russisches Geld in Galizien ins Rollen gebracht habe, jene Elemente, welche aus der slawischen Bewegung auch materielle Vorteile für Rußland herausschlagen wollen und herausgeschlagen haben durch die schwimmende Ausstellung im Schwarzen Meere, dann durch die Ausstellung russischer Hausindustrie in Belgrad. Diese Elemente hatten es vor dem Kongresse mit Freuden begrüßt, daß die Leitung Bobtschew und nicht Kramář, dieser „Freund der Polen" in Händen hatte. In der Tat wurde Kramář zum Ehrenpräsidenten des Kongresses gewählt, während Bobtschew der wirkliche Präsident desselben war. Kramář hat als Ehrenpräsident dieses Kongresses unter anderem gesagt: Nicht Politik zu treiben, ist ein Axiom des Neoslawismus; die einzig mögliche und nützliche Politik ist, Solidarität unter den Slawen zu schaffen.

Eine kennzeichnende Charakteristik dieses Sofiaer Kongresses findet sich in einem Aufsatz des Organs des Fürsten Trubeckoj im Moskauer „Ježenedelnik" vom 17. Juli 1910. Es heißt dort (liest):

„Die Teilnehmer der Junifeierlichkeiten konnten drei Beobachtungen machen:

1. Die Zuneigung unter den Slawen ist größtenteils verkehrt proportioniert zu der materiellen und geographischen Nähe der slawischen Völker. Dort, wo diese in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht aufeinanderstoßen, kann man bemerken, daß die Entfremdung, das Mißtrauen und die Feindschaft wachsen. So verhalten sich die Serben feindlich zu den Bulgaren und zu den österreichischen Slawen. Die Polen zu den Russen. Hingegen herrscht eine idyllische Bereitwilligkeit zur Einigung dort, wo die Slawen von einander durch Berge und Täler, durch fremde, fremdartige und fremdrassige Völker getrennt sind. Die Kroaten empfinden brüderliche Liebe für die Russen, die Tschechen für die Bulgaren und die Serben für die Polen. Die Kilometer der Entfernung, das Händedrücken hinter fremden Rücken sind die beste Bedingung der Annäherung.

2. Die slawische Einigkeit steht im verkehrten Verhältnisse zu der realen Bedeutung der Fragen, welche eine gemeinsame Arbeit der Brüdervölker verlangen. Überall aber, wo aktuelle und wichtige politische Probleme in den Vordergrund treten, begleitet die Debatten der streitenden Nachbarn nicht freundschaftliche Brüderlichkeit, sondern organischer Haß, der mit elementarer Gewalt die slawische Stimmung vernichtet.

3. Und darauf ist das Hauptgewicht zu legen. Der einzige Fall wirklicher Annäherung der Slawen auf realer Grundlage hat als Fundament nicht die Erkenntnis der slawischen Idee, sondern eines von dem Rassengefühle vollständig unabhängigen praktisch politischen Interesses."

In solcher Form äußern sich die Beziehungen Rußlands und Serbiens, die durch die Feindschaft gegen Österreich-Ungarn verbunden sind. Auf einer ähnlichen Basis allgemeiner antideutscher Interessen suchte Kramář die Arbeit der österreichisch-ungarischen Slawen aufzubauen und wir begreifen heute, nachdem ihm dies nicht gelungen ist, die Wehmut, welche über seiner Rede gelagert war.

Nachdem Dr. Kramář seinen Neoslawismus selbst zu Grabe getragen hat" . . . (Delegierter Dr. Kramář:

„Aber das ist mir gar nicht eingefallen!"

„Aus der heutigen Rede ist das zu schließen.

Erlauben Sie, meine Herren, daß ich Ihnen noch einen weiteren Beleg liefere.

In welcher Richtung sich die Arbeit der neuen Freunde des Herrn Kramář bewegt, das geht aus einem

Aufrufe des Präsidenten der slawischen Gesellschaft in Moskau, Čerep-Spiridović,

hervor. Die Kenntnis des an die größeren russischen Tagesblätter gerichteten Schriftstückes verdanken wir einem polnischen Blatte, dem „Słowo Polskie", Nr. 465, vom 7. Oktober 1910, welches gewiß nicht als deutschfreundliche Quelle zu bezeichnen ist. Das genannte Blatt veröffentlichte den Aufruf, weil die gegenwärtige panslawistische Strömung mit der Polenfrage nichts zu tun haben will. Es ist aber zu vermuten, daß das polnische Blatt aus Rücksichtnahme auf die slawische Solidarität mehrere auf

die Agitation in Österreich sich beziehende Stellen des Aufrufes unterdrückt hat.

Cerep-Spiridovic, ehemaliger serbischer Generalkonsul in Moskau, ist ein alter Agitator gegen Österreich und Deutschland, der während der Annexion sogar in Amerika gegen uns agitiert hat. Der Aufruf ist sehr interessant und um so interessanter, weil Dr. Kramář soeben erklärt hat, daß er auch in Zukunft an seinem neoslawistischen Programme festhalten wolle. Der Aufruf ist datiert: Moskau, 16. September 1910. Da heißt es (liest):

„Sehr verehrter Herr Redakteur!

Die Slawische Gesellschaft in Moskau, die mich durch die Wahl zu ihrem Präsidenten für das vierte Triennium ausgezeichnet hat, besitzt 56 Agentien in Europa und Amerika und empfängt Nachrichten, die sonst niemandem zur Kenntnis kommen. Unter ihren 150 Ehrenmitgliedern befinden sich die slawischen Monarchen sowie alle hervorragenden Minister und Politiker der slawischen Länder.

Die Zusammenstellung dieser Nachrichten führt zur Überzeugung, daß für Europa sehr unruhige Zeiten herannahen. Mit jeder Minute wächst die kriegerische Tendenz. Mit jedem Tage nähert sich uns die Lawine in der Gestalt der Chinesen; ihre Rücksichtslosigkeit uns gegenüber übersteigt alle Grenzen und führt uns in fünf bis zehn Jahren zum Kriege.

In dieser kurzen Frist müssen wir uns in Europa sichern, indem wir mit allen Kräften arbeiten am Zerfall der zwei Hauptbundesgenossen Deutschlands, der Türkei und Österreichs, durch Unterstützung der separatistischen Tendenzen ihrer einzelnen Nationen.

Wenn wir im Frühjahre während der albanischen Bewegung die Mazedonier unterstützt und Proklamationen an die Araber gerichtet hätten, würde die Türkei jetzt unbedingt eine solche Anarchie durchleben, daß sie gewiß nicht an Anleihen (niemand würde ihr, wenn sie sich am Rande des Abgrundes befände, Geld leihen) und an den Kauf von Panzerschiffen gegen uns und Verstärkung der Armee denken würde. Unsere turkophile Politik ist ein großer Irrtum: aus Asche werden wir noch einmal einen starken Gegner schaffen. Für unsere Sicherheit ist im Gegenteile der Zerfall der Türkei in kleine Staaten notwendig.“

Jetzt wird es begreiflich, warum Dr. Kramář vor einer Erstarkung der Türkei gewarnt hat. (Delegierter Dr. Kramář: Erlauben Sie, ich habe ja nicht gelesen, was dieser Spiridovic geschrieben hat!) Es ist aber bezeichnend!

„Mazedonien (nach Art der Schweiz mit Bulgaren, Serben und Griechen), Albanien, Arabien, Syrien, Palästina (allgemein europäisch) und die eigentliche Türkei. Gegenwärtig haben wir im griechisch-türkischen Streite die Partei der Türkei ergriffen; aber dies ist ungerecht und schädlich und es ist nötig, daß Rußland zu seiner ruhmvollen historischen

Rolle des großen Befreiers

zurückkehre. Für den Fall des Krieges Rußlands mit Österreich und Deutschland oder mit China, oder mit allen zusammen, wird die Türkei immer von Rache träumen und den Kaukasus beunruhigen, Griechenland aber sich ruhig verhalten. Daher ist die Stärkung des letzteren auf Kosten des ersteren wie überhaupt die Schwächung der Türkei einfach unsere Pflicht. Wenn sich Slawien, ein slawisches Kaisertum nach dem Muster des deutschen bildet, wird auch Griechenland mit seiner zur Hälfte slawischen Bevölkerung unbedingt in dessen Rahmen sich einfügen.

Die Slawische Gesellschaft wendet sich daher an Sie, verehrter Herr, und bittet Sie, der Entwicklung der slawischen Bewegung unter der russischen Bevölkerung alle Unterstützung zu leihen. Sie bittet Sie, das Ansuchen der Slawischen Gesellschaft nicht aus Gründen der Zugehörigkeit zu der einen oder anderen politischen Partei abzulehnen. Die Slawische Gesellschaft hat in ihrem Verbande Mitglieder der verschiedensten politischen Färbungen und kennt nicht und will nicht kennen Ihre Anschauungen in anderen Dingen.

Die Gesellschaft nimmt in ihre Reihen alle, die den Vorteil Rußlands in der engen Annäherung desselben an die 40 Millionen Slawen außerhalb Rußlands und der Vereinigung mit diesen in ein Slawien, das bis zur Adria, dem Ägäischen und Mittelländischen Meere mit einer Bevölkerung von 200 Millionen reicht, sehen. Dann kann man im Bündnisse mit den Vereinigten Staaten China vom Angriffe zurückhalten.“ (Delegierter Dr. Kramář: Warum lesen Sie nicht, was Ihre Alldeutschen schreiben? Mein Gott und Himmel, da würden Sie etwas Schönes lesen! Wenn ich so etwas lese, so haben Sie mich immer einen Denunzianten genannt und jetzt lesen Sie einen solchen Quatsch!)*) Also, das nennen Sie einen Quatsch? Gut, das will ich feststellen! (Delegierter Dr. Kramář: Das ist doch nicht ernst zu nehmen!)

Ich will Sie mit der Verlesung des weiteren Teiles des Dokumentes nicht aufhalten. Mir ist es darum zu tun gewesen, Herr Dr. Kramář, nachzuweisen, daß das, was Sie sagen, der Neoslawismus trage einen durchaus unpolitischen Charakter, unrichtig ist.

*) Heute sehen wir mit Schrecken, wie recht Abgeordneter Dobernig hatte und welcher Abgrund sich vor uns auftat. Damals nannte das Dr. Kramář einen Quatsch!

Der Neoslawismus ist politisch.

Das geht auch aus vielen Stimmen ruthenischer Zeitschriften und aus Äußerungen ruthenischer Abgeordneter und zum Teil auch slowenischer Abgeordneter der liberalen Partei hervor. Mit Details will ich heute nicht weiter kommen.

Wir sehen somit, meine Herren, die Ziele einer deutschnationalen Politik, die ich ganz offen dargelegt habe und die den Staat erhalten will (Zwischenruf des Delegierten Dr. Kramář), auf der anderen Seite die Ziele des Neoslawismus, welche den Staat verseuchen wollen. Der Unterschied zwischen unserer und der anderen Politik besteht darin: Wir wollen zusammenhalten, wir wollen weiterbauen;

der Neoslawismus will zerstören und will zersetzen.

Wir erblicken ohne jede politische Nebenabsicht in dem Bestehen eines mächtigen Deutschen Reiches und eines starken Österreichs ein Glück für beide und einen Schutz für alle Nationen in Mitteleuropa, eine Bürgschaft des Weltfriedens. Die Anhänger des Neoslawismus wollen den Staat zermürben und vor allem Rußland auf Kosten der Monarchie stärken. Sie wollen das Deutschtum in Österreich schwächen, in der richtigen Voraussicht, daß auch das Schicksal dieses Staates besiegelt wäre, wenn die Deutschen als staatserhaltender Faktor nicht mehr in Betracht kämen.

Und nun, verehrter Herr Dr. Kramář, erlauben Sie mir noch eine persönliche Bemerkung Ihnen gegenüber. Wenn Sie statt einem Phantom nachzujagen, einem unausführbaren Problem, mit dem Feuer Ihrer Leidenschaft sich bemüht hätten, die Notwendigkeit eines Waffenstillstandes oder gar einer Verständigung der Deutschen mit den Tschechen in Böhmen das Wort zu reden und das zu predigen, wenn dieser begabte Politiker, statt seinen offenen Brief an Adolf Wagner zu schreiben, in welchem er dem Deutschtum in Österreich nahezu jede Bedeutung abspricht und es leugnet, daß die Deutschen in Österreich etwas Wertvolles auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft geleistet haben, wenn, sage ich, dieser begabte Politiker seinen Volksgenossen immer wieder vor Augen gehalten hätte, wie viel die Slawen Österreichs durch die Anlehnung an die Deutschen erreicht haben, dann wäre er vielleicht ebensowenig populär als er es heute ist, aber er hätte sich den Dank der Nachwelt um so sicherer verdient. Ich gebe gerne zu und jeder, der Dr. Kramář kennt, wird es zugeben,

daß er alles, was er getan hat, aus Liebe zu seinem Volke getan hat.

Das anerkennen auch wir, seine schroffsten Gegner aus dem Jahre 1897. Aber er hat es getan auf dem unrechten Wege und mit den unrechten Mitteln.

Erlauben Sie mir zum Schlusse noch einige Bemerkungen über den

Trialismus.

Sie haben früher gehört, daß die neoslawistischen Bestrebungen auch auf die Abdrängung der Deutschen vom Meere hinzielen. Nun wurde ja heute von Herrn Dr. Kramář ausdrücklich betont, daß die Schwärmer des Trialismus sich ihre Schwärmerei abgewöhnt haben. Es wäre auch ein Wunder, wenn es anders wäre. Denn, meine Herren, wer wollte denn zu den Schwierigkeiten, die unsere Monarchie mit dem Dualismus hat, noch eine andere Schwierigkeit hinzugesellen, den Trialismus, und durch das Aufwerfen dieser verfassungs- und staatsrechtlichen Frage die Monarchie von einer Krise in die andere treiben?

Was Bosnien und die Hercegovina anbelangt, ob es einmal an Ungarn fallen, oder ob es bei Österreich bleiben, ob es ein selbständiger Körper bleiben soll, das zu entscheiden überlassen wir der ferneren Zukunft. Wir bescheiden uns mit dem gegenwärtigen Zustande, wenn er auch nur als ein Provisorium angesehen wird. Es gibt bei uns nichts Definitiveres als provisorische Verfügungen; daher dürfte auch das bosnisch-hercegovinische Provisorium ein langfristiges bleiben und es ist nicht notwendig, eine augenblickliche Entscheidung herbeizuführen. Aber schon jetzt muß etwas vom deutschen Standpunkte, und zwar insbesondere von jenem der deutschen Alpenländer gesagt werden, daß wir nämlich die Abdrängung der Deutschen vom Meere nicht vertragen können, daß wir uns mit allen Mitteln dagegen zur Wehr setzen werden. Die Deutschen in Österreich lassen sich den Weg zur Adria nicht abschneiden. Wenn man das Anwachsen des Slawentums im Süden bemerkt — ich stehe nicht auf dem Standpunkte der Überwertigkeitstheorie, welche alles, was nicht deutsch ist, als gering einschätzt, sondern ich verfolge die wirtschaftliche und geistige Erstarkung des Slawentums und insbesondere der Slowenen mit großer Aufmerksamkeit — so muß man zur Überzeugung kommen, daß früher oder später die erwähnte Stimme aus Laibach, welche in einem russischen Blatte sich dahin geäußert hat, daß die Italiener im Küstengebiete früher oder später slawisiert oder verdrängt werden würden, recht hat. Deshalb, meine ich, wäre es an der Zeit, daß auch die Italiener zur Einsicht kommen, wo sie ihre natürlichen Bundesgenossen im Reiche zu suchen haben (Zustimmung) und daß sie uns entgegenkommen.

Was die Versicherung der guten

Beziehungen unserer Monarchie zum Königreiche Italien

anbelangt, so muß ich sagen: Die Botschaft höre ich wohl! Die diplomatischen Beziehungen können

und mögen sehr gute sein, allein die Wahrnehmungen, die wir als Bewohner eines Grenzlandes machen, lassen uns andere Schlüsse ziehen und auch die Äußerungen der gegenseitigen Vertreter des Militärs lauten durchaus nicht freundschaftlich. Ich betone aber ausdrücklich, daß ich, wie ich schon früher gesagt habe, als Bewohner eines Grenzlandes großen Wert darauf lege, daß der Friede mit Italien erhalten werde, weil gerade wir Kärntner die Schrecken und Greuel eines Krieges unter allen Ländern des Reiches in erster Linie zu spüren bekämen.

Es ist, meine Herren — das haben wir aus den von schwerer Sorge durchtränkten Äußerungen Seiner Exzellenz des Herrn Ministers des Äußern gehört — schwer, den Weltfrieden zu erhalten, schwer genug, angesichts der

Hetzereien Englands,

die fortdauern, und von welcher Seite unsere Monarchie keinen Frieden zu erwarten hat. Österreich-Ungarn hat seit dem Krimkrieg bis in die neueste Zeit, soweit es sich um den näheren Orient gehandelt hat, mit England zusammengehalten, um von diesem nichts weniger als loyal im Stiche gelassen zu werden, als es an die Einverleibung Bosniens und der Hercegovina schritt. In diesen schweren Zeitläufen hat Österreich-Ungarn sich vor allen Mächten Respekt zu verschaffen gewußt und damit seinen berechtigten Anspruch an die weltwirtschaftliche Entwicklung angemeldet. Jeder Staatsbürger, welcher Nation immer, muß wünschen, daß unsere Monarchie diese günstige Situation nicht unbenutzt vorüber gehen lasse, sondern zum besten aller seiner Völker verwende. Österreich-Ungarn hat aber in diesen Zeiten auch seine wahren Freunde kennen gelernt. Möge es die Lehren daraus niemals vergessen." (Beifall.)

Amtlicherseits wurden leider gar keine Lehren daraus gezogen.

Wenn man diese Rede heute liest, muß man geradezu staunen über den Grad politischer Voraussicht, den Abgeordneter Dobernig bewies. Seine Befürchtungen haben sich als zutreffend in jeder Hinsicht erwiesen.

Dr. Kramář

antwortete auf die Rede Dobernigs und leugnete alles. Angesichts der heute klar zutage getretenen Wahrheit ist es nicht unwichtig, sich diese damaligen Ableugnungsversuche vor Augen zu halten. Die Rede ist auch deshalb so bemerkenswert, weil Dr. Kramář darin sogleich auf das schärfste gegen die Auffassung Dobernigs polemisierte, der Neoslawismus sei mit der Ergebnislosigkeit des Kongresses von Sofia begraben. Dr. Kramář stellte sofort das Gegenteil fest, und dies ist deshalb so wichtig, weil er bekanntlich in seinem Prozesse dasselbe behauptete, um sich von der Anklage, der Neoslawismus trage mit die Schuld am Weltkriege, zu reinigen. In seinem Prozesse behauptete er kühn, der Neoslawismus sei ja seit 1910 tot gewesen. In jener Antwort auf diese Rede Dobernigs aber sagte er das gerade Gegenteil! Doch hören wir ihn selbst:*)

„Ich bin genötigt, noch einmal das Wort zu ergreifen, weil ich gestern in der Rede des Herrn Delegierten für Kärnten den Stoff zu einer weitläufigen Polemik gefunden habe. Ich will mich damit begnügen, nur einzelne Unrichtigkeiten richtigzustellen, und dann über gewisse Konsequenzen, welche der Delegierte für Kärnten daraus gezogen hat, ein paar Worte verlieren.

Ich bin mit meinen Argumentationen und Ausführungen hier so ziemlich verlassen. Ich werde von allen Seiten angefallen und kritisiert und muß aufrichtig sagen, für jemanden, der ein beschauliches, ruhiges Dasein vorzieht, würde eine solche Rolle gerade nicht die allererwünschteste sein.

Ich bin jedoch, wie gesagt, an solche Dinge gewohnt. In meinem politischen Leben war ich sehr selten in der Lage, eine andere Position einzunehmen: und wenn ich sie eingenommen habe, so hat es schlecht geendet.**) (Heiterkeit.) Ich werde also schon so bleiben wie ich war und auch der sehr geehrte Herr Berichterstatter wird sich schon damit abfinden.

Und nun gestatten Sie, daß ich einige Worte dem Herrn Kollegen Dobernig erwidere. Ich muß ihm aufrichtig sagen: mir war um ihn leid, als ich ihm zuhörte.

Ich habe auch einmal über das Alldeutschtum hier eine große Rede gehalten. Ich sage ganz offen, hätte ich sie nicht gehalten, es wäre viel gescheiter gewesen. (Heiterkeit.) Wozu? Das kommt ja auf eines hinaus. Einmal spreche ich über das Alldeutschtum und der Herr Delegierte Dobernig spricht halt jetzt über den Neoslawismus. Ich weiß nicht, ob meine Daten richtiger waren als die des Kollegen Dobernig, aber ich glaube, ja.

Denn was Kollege Dobernig vorgebracht hat, ist wirklich nur eine Dichtung.

(Zwischenruf des Delegierten Dobernig.) Ich werde mir sofort erlauben, Ihnen darauf einiges zu sagen.

Vor allem möchte ich bitten, mich noch nicht für einen Leidtragenden zu halten, der hinter seinem

*) Stenographisches Protokoll der Verhandlungen der Delegation, 5. Sitzung am 11. November 1910, S. 268 bis 274.

**) Hoffentlich kommt es diesmal — nach seinem Einzug als Triumphator und ungekrönter König nach Prag — wieder so.

eigenen Sarge geht. Ich habe wirklich nicht an dem Grabe gesprochen, in dem ich gelegen wäre. Das ist mir gar nicht eingefallen.

Der Neoslawismus — man mag über ihn urteilen, wie man will, das ist Ansichtssache und nichts anderes — ist nicht begraben.

Er wird nie begraben sein,

geradeso wie die große Idee der Brüderlichkeit unter den Nationen trotz der schlechten Erfahrungen, die wir diesbezüglich haben, trotz der Rüstungen, in denen wir alle stehen, trotzdem wir sehen, daß sich alles vielmehr zu einem Blutbad als zu einem Friedensfeste rüstet, nie ersterben wird. Es mag vielleicht naiv sein zu glauben, daß einmal die Zeit kommen wird, wo die Leute vernünftiger werden. Aber geradeso wie man diese Hoffnung für die Nationen, die verschiedenen Stämmen und Rassen angehören, nicht aufgeben darf, wenn man nicht jedes höhere Streben aufgeben will, gilt das auch für die slawischen Völker. Wenn ich die Hoffnung aufgeben müßte, daß einmal die slawischen Völker doch so vernünftig sein werden,

um sich nicht gegenseitig zu bekriegen,

um sich nicht mehr zu hassen, als es bei ihrer Naturanlage absolut notwendig ist, dann — ich muß es aufrichtig sagen — müßte ich jeden Glauben an den Fortschritt der Menschen verlieren und das will ich doch nicht. Ich bin überzeugt, die Zeit wird und muß kommen,

weil es geradezu ein Wahnsinn ist, daß man einen so brudermörderischen Kampf führt, der niemand nutzt als dem Gegner"

(! ! Vgl. sein Verhalten im Weltkrieg!) „und uns in einer Weise schwächt, welche geradezu erschreckend ist. Glauben Sie, wenn es möglich wäre — und das ist das einzige Politische im Neoslawismus —, daß sich die slawischen Völker wie Brüder behandeln, daß es dann möglich wäre, daß man sie so behandelt, wie es eben jetzt geschieht? (Zustimmung.) Das wäre absolut unmöglich. Und nichts anderes wollen wir. Ich bitte mir zu erlauben, dies hier offen zu sagen, wie ich es überall gesagt habe: ich würde aufhören, den slawischen Gedanken zu predigen und ein Slawe zu sein, wenn ich wüßte, daß die Slawen eine Einigung nur darum anstreben, um andere zu bedrücken. Nie und nimmer darf das ein Slawe tun; wenn sich jemand Slawe nennen will, dann darf er weder den eigenen slawischen Bruder noch einen Nichtslawen bedrücken. Das ist mein Glaube an das Slawentum. Aber meine Herren, wenn ich diesen Glauben habe und wenn diese Hoffnung zur Wirklichkeit wird, dann wird das wahrhaftig kein Unglück für die anderen Nationen sein, sondern ein Sieg der Humanität, des Edelsten, was wir Menschen überhaupt anstreben können." (Siehe die Russen in Ostpreußen 1914/15.)

„Ich komme gleich wieder zu den Ausführungen des Delegierten Dobernig zurück. Er hat behauptet, daß der Neoslawismus einen politischen Charakter hat.

Seit dem ersten Anfang — und

ich bin doch der Vater des Neoslawismus,

ich muß doch wissen was drin ist — war es die allererste Bedingung, unter der ich mit anderen darüber zu sprechen angefangen habe, daß eine Politik, welche die Grenzen der Staaten, denen wir angehören, oder unser Verhältnis zu diesen Staaten affizieren würde, absolut ausgeschlossen ist, daß wir dieselbe nicht machen können und werden." (?) „Dezidierter kann man das nicht sagen. Und wenn — und damit komme ich zu den Unrichtigkeiten, mit welchen ich die Herren aber nicht lange aufhalten will — Herr Kollege Dobernig mit Geschichten von den russischen Kadetten (!) kommt, so weiß ich nicht, was die Kadetten mit dem Neoslawismus zu tun haben. Ich muß konstatieren, daß die Kadetten gerade am wenigsten mit dem Neoslawismus in Verbindung waren: die Kadetten waren immer abseits und es war nicht notwendig, die Kadetten zu zitieren. Es hätte genügt, meine Rede zu zitieren, die ich in der Delegation in Budapest — glaube ich — gehalten habe. Ich habe, als man sich überall über die japanischen Siege über die Russen freute, warnend gesagt: Frohlocken Sie nicht zu früh! Rußland ist ein für allemal aus Ostasien herausgedrängt, es wird sich aber dafür natürlich (!) wieder gegen den Westen wenden und dann haben Sie die slawischen Fragen da. Das mußte jeder sehen, der in dem Augenblicke, wo alles so schadenfroh gestimmt war, auch an die Konsequenzen und an die Zukunft dachte. Aber das ist das, was am seltensten vorkommt.

Nun hat Kollege Dobernig hier als eine große Neuigkeit vom Neoslawismus auch gesagt, daß die Sandschakrede Seiner Exzellenz eine große Mißstimmung in den russischen Kreisen hervorgerufen hat. Das weiß ja die ganze Welt und Seine Exzellenz hat das doch zuerst erfahren, daß seine Rede in Rußland große Mißstimmung hervorgerufen hat. Aber diese Mißstimmung ist doch einer sehr freundschaftlichen Stimmung für Österreich gewichen, als wir nach der Sandschakgeschichte nach Petersburg gekommen sind, wo wir das bekannte Bankett mit dem Toast auf unseren Kaiser und mit der Kaiserhymne gehabt haben. (!) Das, was hier über Kowalewski gesprochen wurde, war also ziemlich überflüssig.

Nun kommt Herr Kollega Dobernig und sagt, daß im Frühjahr 1908 in Poděbrad ein Vorkongreß stattgefunden habe. Ja, meine sehr verehrten Herren,

wenn ich der Vater des Neoslawismus bin, so müßte ich doch auf dem Vorkongreß gewesen sein. Nun war ich in meinem ganzen Leben leider nicht in Poděbrad, sondern bin nur durchgefahren. (Delegierter Dobernig: Das war Ende Mai 1908!) Ich war nie in Poděbrad. (Delegierter Dobernig: Ich habe gar nicht behauptet, daß Sie dabei waren!)

Wie kann denn ein neoslawistischer Vorkongreß ohne mich stattgefunden haben? Das möchte ich sehen.

(Lebhafte Heiterkeit.) Ich bitte, ich konstatiere, daß ich nur im Eisenbahnzug durch die Station Poděbrad gefahren, aber nie dort gewesen bin.

Daß die Polen von Prag enttäuscht weggefahren sind, ist auch etwas, was ich zum ersten Male höre.

Ich bin ja mit ihnen nach Lemberg gefahren und die Lemberger haben mich anders als mit Enttäuschung empfangen, im Gegenteil.*)

Die Enttäuschung ist erst später gekommen.

Nun wird auch gesagt, daß die Slawische Bank dazu gegründet worden ist, um einen Boykott gegen die Deutschen zu üben. Das ist wieder eine Behauptung, von der es unbegreiflich ist, wie sie aufgestellt werden kann. (!) Ich bin der entschiedenste Gegner eines jeden wirtschaftlichen Boykotts und habe es immer ganz offen gesagt, als bei uns diese Boykottbewegung auf der deutschen und böhmischen Seite bestand. Ich war immer ein absoluter Gegner dieser Boykottbewegung, weil ich es — verzeihen Sie! — für einen Nonsens halte.

Daß in jeder Nation das Bestreben liegt, sich ökonomisch zu emanzipieren, das heißt die eigene Industrie zu heben, das ist doch selbstverständlich. Das machen ja die Herren in Galizien, das machen die Herren im Süden, das will man überall machen. Das ist so klar, daß ich nicht weiß, wie man überhaupt anderer Ansicht sein kann.

Eine Boykottbewegung aber, meine Herren, ist — glaube ich — nicht nur ein unpolitisches Ding, sondern ein sehr unwirtschaftliches Ding, weil sie meist viel mehr ins eigene Fleisch schneidet als in das fremde.

Es ist eine andere Sache, wenn sich zum Beispiel die Türkei einen Boykott leistet. Die Türkei kann ja von allen möglichen Seiten Waren, so viel sie will bekommen, die ihr in gleicher Qualität und vielleicht noch billiger angeboten werden. Vielleicht sind sie an die Waren nicht so gewöhnt, alte Gewohnheiten spielen da mit usw. Die Türkei ist eben nur Konsument — und verkau[illegible] selbst sehr wenig, kann also sehr leicht den [illegible]tt arrangieren.

Bei uns, die wir ein Wirtscha[illegible]iet bilden, wo wir alle kaufen und verkaufen, [illegible] dem Boykott zu sprechen, ist, meines Eracht[illegible] ein wirtschaftliches Unding. Und da soll ich [illegible]n geholfen haben, eine spezielle Bank zum Boykot[illegible] gründen! Nein, das ist eine Phantasterei und n[illegible] anderes, und der Herr, der dem Herrn Kolleg[illegible] Dobernig das mitgeteilt hat, sollte doch vorsichtiger in seinen Mitteilungen sein.

Was war den eigentlich der Zweck der slawischen Bank? Der Zweck der slawischen Bank war ein solcher, daß es mich wundert, daß man so dagegen spricht. Wir wollten eine slawische Bank hauptsächlich für den Balkan haben und auf dem Balkan ist doch bei dem heutigen Stande der Industrie, unserer Industrie, die böhmische Industrie beinahe konkurrenzfähiger als die russische; und auch die Verhältnisse, wie sie sich entwickelt haben, sind ja gerade für unsere Konkurrenz günstiger. Hätten wir also die slawische Bank für die Unterstützung unseres Exportes, so hätte hauptsächlich die böhmische Industrie dabei gewonnen. Aber wäre das ein Unglück für Österreich? Ist die böhmische Industrie nicht auch eine österreichische Industrie? Und werden die Ziffern des Exportes der böhmischen Industrie nicht in die Gesamtziffer unseres Exportes eingerechnet? Wie kann man also dagegen sein? Und wäre es nicht gut, wenn es uns gelingen würde, auf Grund der slawischen Gegenseitigkeit in wirtschaftlicher Beziehung die reichsdeutsche Konkurrenz zu schlagen? Wäre das so ungünstig für Österreich? Ich muß also aufrichtig sagen, auch diese Verdächtigung war so ziemlich überflüssig.

Nun hat der Herr Delegierte Dobernig auch zitiert, was Führer wie Trubetzkoi und Pogodin über den Neoslawismus geschrieben haben. Fürst Sergej Trubetzkoi ist nur ein höchst gebildeter Herr, der die Sachen auf dem Balkan sehr gut aus eigener Anschauung kennt. Er war auch in der Diplomatie tätig, aber in die neoslawische Bewegung gehört er absolut nicht hinein, er ist kein Führer, denn er ist weder in einem Komitee noch hat er aktiv an unserer Sache teilgenommen, er war eigentlich nur ein passiver Zuhörer in Moskau, als wir dort waren. Pogodin ist ungemein ideal angelegt, aber er ist gerade wegen seiner Stellung in der Ukrainer Frage nicht derjenige, der zum Führer der neoslawischen Bewegung gestempelt werden könnte. Ich konstatiere, daß also auch in dieser Beziehung Kollege Dobernig vollständig unrichtig informiert ist. (!) Ebenso unrichtig ist es, daß die liberalen Elemente von Sofia ferngehalten

*) Auch hier gab Dr. Kramář in seinem Prozesse eine ganz andere Darstellung.

wurden *). Es wurde absolut niemand ferngehalten, im Gegenteil, ich habe einen Artikel geschrieben, wo ich den liberalen Elementen sehr scharf vorgeworfen habe, daß sie nichts machen als passive Politik. Das machen sie immer und durch diesen Fehler schaden sie am meisten ihrer eigenen Sache.

Und daß dort die Herren Bobrinsky, Florinski, Wergun ꝛc. eine entscheidende Rolle gespielt hätten, davon weiß ich wieder nichts **). Ich war Ehrenpräsident und Bobtscheff war Präsident und ich weiß, daß nichts gemacht wurde, was wir nicht wollten ***).

Der Experte, den sich Herr Kollege Dobernig gerufen hat, hat zwar ein paar Artikel gelesen, aber er hat von der ganzen Sache keine Ahnung. (!)

Nun muß ich noch von Čerep-Spiridović sprechen. Dieser Herr gehört absolut nicht zu unserer Bewegung und ich muß mir doch ausbitten, daß wir, welche wir ernste Männer sind, für alles, was man sagt und druckt, verantwortlich gemacht werden. Verzeihen Sie, Herr Kollege Dobernig, wenn ich so Ihre Blätter nehmen und vorlesen würde, was da gedruckt wird und Ihnen sagen würde . . . (Delegierter Dobernig: Das sind angesehene Zeitschriften, Zeitschriften von Bedeutung, wie wir sie in Österreich gar nicht haben!) Moskowskij Eženedelnik war gewiß eine der besten Zeitungen, sie ist übrigens eingegangen.

Ich konstatiere also nur, daß Fürst Trubetzkoi und Pogodin nicht Führer der neoslawischen Bewegung sind und daß die neoslawische Bewegung für alles, was diese sagen, nicht verantwortlich gemacht werden kann. Alle die Sachen, welche der Delegierte Dobernig vorgebracht hat, mögen wohl irgendwo gedruckt sein, aber mit der neoslawischen Bewegung haben sie gewiß nichts zu tun. Wie ich gezeigt habe, ist eine Menge von Unrichtigkeiten (!) darin und es hat sich wieder einmal gezeigt, daß es immer ein Unglück ist, wenn man sich auf Sachen verläßt, welche man nicht selbst verfolgen, welche man nur aus dritter Hand beziehen kann.

Und nun noch was. Kollege Dobernig hat auch etwas gesagt, was sehr unschön war, aber das war leider sein Eigengewächs; das Frühere hat er nicht gekannt, da hat er sich einfach von einem Gewährsmann anschmieren lassen, aber das, was er jetzt gesagt hat, war Eigengewächs. Kollege Dobernig hat nämlich gesagt, wir hätten Front machen sollen gegen die Annexion, dazu habe uns aber der Mut gefehlt und deswegen die unsichere Haltung des Dr. Kramář und deswegen seien die Annexionsvorlagen im Hause nicht erledigt. Ich konstatiere, daß die Annexionsvorlagen absolut nicht wegen des Neoslawismus im Hause nicht erledigt sind. Da sitzt Kollege Dr. Šusteršič, der am meisten in diesen Sachen zu reden hat, und ich glaube, er ist kein heißer Anhänger des Neoslawismus. (Delegierter Dr. Šusteršič: Überhaupt nicht!) Also überhaupt nicht — das ist auch kein Unglück. (Heiterkeit.) Ich will also in bezug auf die Annexion, wenn schon davon gesprochen wurde, ganz offen und kurz meinen Standpunkt sagen. Ich stand immer auf dem Standpunkt, daß wir in Bosnien bleiben. Das habe ich nicht nur gegenüber österreichischen Politikern immer behauptet, sondern ganz ruhig und offen auch gegenüber russischen und slawischen, überhaupt gegenüber allen Politikern, mit denen ich gesprochen habe. Das war für mich eine ausgemachte Sache. Ich wurde vor der Annexion von einflußreichen Leuten in Rußland gefragt, was mit der Annexionsfrage sei, über welche man sprach, und da habe ich gesagt, ich habe zwar keine Ahnung davon, aber ich glaube, man wird sie nicht durchführen, weil das beste Prinzip in der Politik ist: Quieta non movere und weil es überflüssig wäre, deshalb Schwierigkeiten zu schaffen, wo wir ganz ruhig dasitzen in Bosnien in der Hercegovina, wo uns niemand hinausdrängen wird, ohne einen Krieg zu riskieren, und wo wir Herren sind, die Verhältnisse so einzurichten, wie wir wollen. Das war mein Standpunkt vor der Annexion und ich glaube — verzeihen Sie — das war so ziemlich der Standpunkt aller derjenigen, welche an die Annexion gar nicht gedacht haben. (Delegierter Dr. Šusteršič: Die ungarische Krise, die ganze Krise hat ja zur Folge gehabt, daß wir nicht zur Erledigung der Annexionsvorlage gekommen sind!) Ganz richtig. (Zwischenruf des Delegierten Dr. Šusteršič.) Aber ich spreche jetzt von der Annexion selbst. Nun bin ich von meinem Landaufenthalt nach Österreich zurückgekommen und habe auf einmal an der Grenze erfahren, (!) daß die Annexion proklamiert wurde. Ich sage ganz offen, ich war bestürzt, weil ich befürchtet habe, daß dadurch große Komplikationen entstehen werden und daß infolgedessen einmal der Friede bedroht wird, aber auch deshalb, weil ich um das Einvernehmen mit Rußland gefürchtet habe, also um die Politik, welche ich immer verteidigt habe, seitdem ich in die Delegation eingetreten bin, also seit 15 Jahren Jahr für Jahr. Ich wiederholte immer, daß ja das Bündnis bleiben könne, (!) daß wir aber neben dem Bündnis uns in ein gutes Verhältnis zu Petersburg setzen mögen, damit wir die Gesuchten im Bündnis sind und nicht diejenigen, welche die Unterstützung von den anderen

*) Auch hierin wich Dr. Kramář in seiner Darstellung im Prozeß von dem hier Gesagten ab.

**) Gerade das behauptete Dr. Kramář in seinem Verhöre. Er stellte dort seine Rolle als ganz nebensächlich hin.

***) Genau das Gegenteil sagte Dr. Kramář in einem Prozeß.

suchen müssen. Das war die Politik, die ich immer verteidigt habe und deshalb hatte ich Befürchtungen (!). Nachdem mir aber von Seiner Exzellenz dem Herrn Grafen Aehrenthal in der kategorischesten Weise versichert wurde, daß das, was geschehe, im Einverständnis mit Rußland geschehe, war für mich, trotzdem ich wußte, welche Aufregung in Serbien war, kein Schwanken, ich habe für die Annexion gestimmt und auch gesprochen, und zwar nicht nur in der Öffentlichkeit, in der Delegation, sondern auch in einer Versammlung der slawischen Delegierten, welche sich an dem Tage, bevor die Delegationsberatungen begannen, versammelt hat. Dabei bin ich geblieben, trotzdem ich angefeindet wurde. Allerdings habe ich immer den Mut gehabt — wie ich immer den Mut habe, die Wahrheit auszusprechen — zu sagen, daß das ein Vertragsbruch ist und habe gewarnt davor, etwas anderes zu sagen, weil niemand daran glauben wird und weil darin eine überflüssige Hypokrise gelegen wäre. Das habe ich schon 1908 gesagt. Und ebenso habe ich es für meine Pflicht gehalten, zu sagen, daß man über Serbien nicht so sprechen möge, wie gesprochen wurde; die Serben haben geblutet für die Freiheit von Bosnien und der Hercegovina, sie haben ihre Stammesbrüder dort, man kann also nicht so über sie hinweggehen, sondern muß trachten, es ihnen möglich zu machen, sich mit dem neuen Zustand der Dinge auszusöhnen. So habe ich gesprochen und habe überall wiederholt, was ich in der Delegation gesagt habe. Ich habe damals vollständig die Politik des Grafen Aehrenthal gebilligt und habe mich gar nicht geniert, öffentlich, auch dort, wo es nicht sehr angenehm war und wozu gewiß Mut gehört hat, gegen die Politik des Herrn v. Iswolsky aufzutreten. (!) Erst nachdem ich erfahren hatte, daß sich die Sachen nicht so verhielten, wie ich geglaubt hatte, und daß gewisse Zweifel darüber möglich sind, ob auch alles, was von unserer Seite über die Form der Durchführung der Annexion versprochen worden war, eingehalten wurde,*) habe ich diesen Zweifeln durch meine zwei Fragen-Ausdruck gegeben, welche Seine Exzellenz nicht beantwortet hat. Erst dann, als ich die furchtbaren Folgen dieser Politik gesehen habe, habe ich nicht die Annexion selbst, nicht das Faktum der Annexion bekämpft, sondern die Form, in welcher sie durchgeführt wurde, denn die Form der Annexionsdurchführung, nicht die Annexion selbst war es, welche es verursacht hat, daß wir heute in der Politik absolut isoliert dastehen, weil wir keinen anderen Ausweg haben als den nach Berlin. Das war mein Standpunkt in der Annexionsfrage. Wo da ein Einfluß des Neoslawismus oder ein Schwanken ist, kann ich nicht sehen. Ich konstatiere, daß ich in Petersburg, wo ich war, gegenüber einer Versammlung, die mir zufolge des Umstandes, weil ich für die Annexion eingetreten bin, gar nicht sehr gewogen war, rücksichtslos, frei und offen gesagt habe, daß wir in dieser Beziehung absolut das tun müssen, was unsere Pflicht gegenüber unserem Volke**) und auch gegenüber dem Staate, in welchem wir leben, uns gebietet. So bin ich aufgetreten und wenn der Gewährsmann des Kollegen Dobernig sagt, daß wir in Petersburg damals einen serbischen Antrag zurückgewiesen haben, so hat er vollständig recht. Ob er daraus eine Anklage gegen uns konstruieren kann, ist wirklich eine Frage, die sich Kollege Dobernig früher hätte selbst vorlegen sollen; aber daß wir eine Resolution angenommen haben, wonach wir die Autonomie Bosniens und der Hercegovina unterstützen wollen, das war nicht nur unser Recht, sondern auch unsere Pflicht und für diese Autonomie ist Kollege Dobernig, Gott sei Dank, ebenso eingetreten wie wir. Und daß wir für die innere (!) kulturelle Einheit uns mit den slawischen Völkern Bosniens und der Hercegovina einzusetzen versprochen haben, verzeihen Sie mir, was hätten wir anderes tun sollen? Hätten wir das Gegenteil annehmen sollen? Ich muß aufrichtig sagen, ich habe bedauert, daß ein Kollege, der immer so loyal ist, wie der Kollege Dobernig, in dieser Art sprechen konnte.

Nun sagt er zuletzt — und das wird auch der Schluß meiner Ausführungen sein —: Ja, die deutschnationale Idee ist die staatserhaltende Idee von Österreich, die neoslawische Idee will hingegen den Staat zermürben. Ich möchte den Kollegen Dobernig nur bitten, über diese Sachen etwas weniger dezisiv zu sprechen.

Es ist noch nicht so lange her, es ist zehn oder zwölf Jahre, als man das Jahr 1898 geschrieben hat, als der Sprachenkampf tobte; da haben die Herren von Österreich anders gesprochen, da waren sie nicht eine solche Stütze Österreichs. Ganz im Gegenteil! Ich glaube, etwas ganz anderes gehört zu haben und ich brauche gar nicht in den stenographischen Protokollen nachzusehen, um zu finden, was damals gesprochen wurde. Die Herren erinnern sich daran.

Damals war ihnen Österreich wirklich nicht etwas, das ihnen so ans Herz gewachsen ist. Jetzt sagen sie aber, ein starkes Deutschland mit einem starken Österreich sei notwendig zum Schutze der Völker Österreichs.

---

*) Diese Informationen erhielt Kramář nämlich, wie in seinem Prozeß zutage trat, vom Petersburger Ministerium des Äußeren!

**) Dr. Kramář ging nämlich von dem Standpunkt aus, die Vermehrung der Slawen in der Monarchie würde es ihm leichter machen, die ganze äußere Politik derselben in ein slawisches Fahrwasser zu bringen. Er hat das ja auch ausgesprochen.

Erlauben Sie mir, meine Herren! Wenn uns dieses starke Deutschland so schützen soll, wie es die Polen in Posen schützt, so muß es uns schon verzeihen, daß wir uns höflichst dafür bedanken. Und wenn wir sehen, daß im Namen des deutschen Bündnisses jetzt zwei Jahre eine antislawische Politik im Innern (!) gemacht wurde — und es wurde immer gesagt, es war Kollege Dr. Lecher, der es in Brünn gesagt hat, es müssen aus der auswärtigen Politik die Konsequenzen gezogen werden, die Nibelungentreue des Deutschen Reiches müsse an den Deutschen in Österreich vergolten werden —, dann muß ich aufrichtig sagen, daß Sie sich nicht wundern können, daß ich mich als Slawe

für ein solches Bündnis aufrichtig bedanke.

Nein, so ist es nicht. Wir haben keine Notwendigkeit, über unseren Patriotismus hier Eide abzulegen.

Ich stehe vollkommen auf dem Standpunkte des Herrn Professors Masaryk, daß es schon geradezu ekelhaft ist, wie viel hier mit Patriotismus herumgeworfen wird und daß es geradezu krankhaft ist, in Österreich lauter Hochverräter zu suchen.*)

(Zustimmung.)

Ich habe mir nur erlaubt, in Prag meine Meinung in bezug auf die Einzelheiten des § 42 der künftigen Landesordnung klarzulegen und sofort habe ich in einer so angesehenen Zeitung, wie es die „Grazer Tagespost" ist, gelesen, daß wir endlich in Österreich ein russisches Veto haben, weil man mir aus Petersburg befohlen hat, mich gegen die Versöhnung in Böhmen zu stellen. Das ist geradezu krankhaft, ja ekelhaft, etwas, was man in keinem anderen Staate der Welt findet.

Mit dem Suchen nach Hochverrätern soll man schon einmal aufhören.**)

Ich wollte es schon einmal im Delegationsausschusse sagen, aber wenn hier schon davon gesprochen wurde, sage ich,

mir ist es vollständig gleichgültig, ob man mich Hochverräter oder Exzellenz nennt.

Und namentlich für die Deutschen paßt es nicht, immer von Hochverrat zu sprechen. Für Sie ist es ja wahrlich keine Kunst, patriotisch zu tun! Ich werde es Ihnen sagen, wenn Sie wollen!

Das Alldeutschtum wurde ja verstaatlicht!***)

*) Dieselbe Übereinstimmung mit Masaryk trat dann auch im Weltkriege zutage!

**) Leider hat man offiziellerseits gar nicht damit angefangen. Das ist die Mitschuld der früheren Regierungen!

***) Es genügt, diesen Unsinn mitzuteilen.

Es ist Ihnen aber sehr leicht, jetzt sehr patriotisch zu tun. Was war denn das erste und größte Ziel der Alldeutschen? Das war eine unzerreißbare Gemeinschaft Österreichs und Deutschlands in der auswärtigen Politik, die niemand mehr bezweifeln, die niemand mehr zerreißen kann. Das war der Traum von den — ich weiß nicht — 5 Millionen Bajonetten von der Ostsee bis herunter gegen die serbische Grenze und gegen die Adria. Die Verwirklichung dieses Traumes haben Sie erreicht. Warum sollen Sie jetzt noch nicht zufrieden sein und die Staatsidee nicht hochhalten? Das ist etwas, was ich nicht begreifen kann. Es ist ja selbstverständlich und ich nehme es Ihnen nicht übel. Absolut nicht! Es wäre ja widernatürlich, wenn Sie anders denken und wenn Sie sich jetzt nicht auf den Standpunkt stellen würden: Jetzt wollen wir nicht mehr Nörgler sein, sondern dem Staate alles geben, jetzt, wo wir alle unsere Träume erfüllt sehen. (!) Ob zu seinem Vorteile, ob es für ihn eine bessere Zukunft ist, das ist eine andere Frage. Aber, meine Herren, wenn wir Unzufriedenheit äußern, wenn wir nicht begeistert sind, so geben Sie auch uns das Recht, so zu fühlen, wie wir fühlen müssen. Ist es denn so schwer, Patriot zu sein, wenn man Politik in Ihrem Sinne macht?

Es ist aber schwer, dem Staate alles zu geben und seine Pflichten ihm gegenüber ganz zu erfüllen, wenn man in diesem Staate so selten — mit wenigen Ausnahmen (!) — so behandelt wurde, wie man es verdient.*) Und wenn wir Tschechen uns unsere Stellung auch erzwungen haben, wenn man es heute nicht mehr wagt, uns gegenüber so vorzugehen (Na also!), wie man es früher durch Jahrhunderte getan hat, wenn wir eine gewisse Kraft erlangt und uns Respekt erkämpft haben, so sehen Sie sich die anderen Slawen an. Sehen Sie sich an, wie man bei Ihnen in Kärnten die Slowenen behandelt. Dafür, daß Sie sie im Namen der deutschen Idee so behandeln, wollen Sie haben, daß diese Leute patriotisch sind. Und doch sind gerade diese Südslawen, diese Slowenen, immer die opferfreudigsten Patrioten gewesen (!) und Österreich kann sich über sie wirklich nicht beklagen. Es war daher sehr unschön, wenn Kollega Dobernig irgendeinen Brief oder ich weiß nicht was aus der „Nowoje Wremja" zitiert hat, nach welchem der Neoslawismus die Slowenen und die südslawischen Länder zum Abfall vorbereitet.

Diesen Blödsinn hätte er nicht zitieren sollen.**)

*) Zum Beispiel durch den Amnestieerlaß.

**) Es genügt, auf die im folgenden (nur in einer kleinen Auswahl) angeführten Dokumente über die staatsfeindliche Propaganda der Südslawen (auch österreichischer Staatsbürger) während des Weltkrieges im feindlichen Auslande hinzuweisen, um diesen „Blödsinn" ins rechte Licht zu setzen.

Sehen Sie sich an, wie die armen Slowaken in Ungarn behandelt werden. Wenn die Slawen dennoch treu sind und immer ihre Pflicht getan haben, so haben sie wenigstens das Recht, daß sie über die Politik des Staates frei urteilen und ihr Urteil frei aussprechen können, und Sie haben kein Recht, darin sofort einen Mangel an Patriotismus zu sehen. (!)

So stehen also die Sachen und ich muß aufrichtig sagen, ich bedaure es, daß über alle diese Angelegenheiten wieder so gesprochen wurde und daß ich gezwungen war zu antworten. Lassen Sie diese ewige Hochverratsschnüffelei. Sie führt zu gar nichts und wir machen uns damit nur vor dem Auslande lächerlich. (!) Sie sagen immer, und auch Seine Exzellenz der Herr Berichterstatter hat heute mit großem Selbstbewußtsein gesagt, daß gewisse Bücher nicht mehr oder in einer verbesserten Auflage werden geschrieben werden. Nun, ich kann ihm nur sagen, daß er, wenn er die Bücher wirklich und aufmerksam gelesen hat, gefunden haben muß, daß diese Bücher wirklich mit dem größten Wohlwollen für Österreich geschrieben sind (!) und in ihnen nur der alldeutsche Gedanke als Gefahr hingestellt wurde. Ob sie jetzt anders werden geschrieben werden, nachdem, wie gesagt, das Alldeutschtum verstaatlicht ist, weiß ich nicht.

Ich will schließen, indem ich sage: Wenn wir nun schon so trostlose Verhältnisse auf dem Gebiete der auswärtigen Politik haben, so trachten wir wenigstens auf alle mögliche Weise, die Verhältnisse im Innern besser zu gestalten. Und wenn mich der Herr Abgeordnete Dobernig eingeladen hat, anstatt den Neoslawismus zu fördern, in Prag alles daran zu setzen, um den Frieden herzustellen, so werde ich ihm nur so viel antworten, daß mich der Neoslawismus absolut nicht daran hindert, mein Bestes daranzusetzen, daß in Prag Friede werde, ganz im Gegenteil. (!) Ebenso wie ich den Frieden unter den slawischen Nationen will, ebenso will ich, daß wir dort, wo wir genötigt sind, mit den Deutschen zusammenzuleben, in Frieden leben. (!) An mir wird es gewiß nicht fehlen, wenn es gilt, alles zu versuchen, damit wir einen ehrlichen, aber wirklich einen ehrlichen Frieden schließen können." (!)

Leider hat uns diese „Hochverratsschnüffelei" durchaus nicht vor dem Auslande „lächerlich" gemacht. Wie der Weltkrieg zeigte, nahm das Ausland den wirklich vorhandenen Hochverrat nur viel zu ernst und glaubte, mit seiner Hilfe leicht über Österreich siegen zu können. Da allerdings hat es sich getäuscht, infolge des unerhörten Opfermutes vor allem des deutschen Volkes in Österreich.

Es ist bezeichnend, daß nicht nur deutsche Politiker die Ziele und Gefahren des Neoslawismus so klar erkannten, sondern daß auch Nichtdeutsche, die aber auf österreichischem Standpunkte stehen — diese werden allerdings immer seltener! — Dr. Kramář bei dieser und anderen Gelegenheiten offen sagten, was sie von seiner Propaganda hielten.

So sagte zum Beispiel in derselben Debatte

Fürst Schwarzenberg,

den man gewiß nicht für einen „Denunzianten" ansehen kann, am 11. November 1910:*)

„Auf etwas möchte ich noch zurückkommen, auf eine gewisse Empfindlichkeit gerade meiner Landsleute tschechischer Nationalität gegenüber dem

Bündnisse mit Deutschland,

in welchem sie vielleicht einen Grund der Präponderanz des deutschen Stammes in Österreich sehen, unter welcher sie zu leiden behaupten. Meine Herren! Nicht das Bündnisverhältnis zum Deutschen Reiche ist vielleicht der Grund eines gewissen Unbehagens der tschechischen und slawischen Politiker in Österreich, nein, gerade unter dem Bestande dieses Bündnisses haben die Slawen und hat die slawische Politik in Österreich eigentlich ihre größten Erfolge erreicht (Zwischenruf), und ich werde mir bei dieser Gelegenheit, meine sehr geehrten Herren Kollegen, an etwas zu erinnern erlauben, was mir seinerzeit

der selige Dr. Rieger

gesagt hat. (Delegierter Dr. Lecher: Hört!) Dr. Rieger, meine Herren, war gewiß ein guter Sohn seines Volkes und nicht nur ein abgeklärter, sondern auch ein aufgeklärter Politiker und er hat mir — ich war damals noch um vieles jünger und vielleicht anderer Ansicht in diesem Punkte, wie ich sie jetzt habe — zu meiner damals sehr großen Überraschung gesagt: Wissen Sie, wir müssen mit Deutschland auf einem guten Fuße sein, denn nur unter dem Dache guter Beziehungen zum Deutschen Reiche können sich die Slawen und speziell die Tschechen in Österreich entwickeln, weil bei dem umgekehrten Verhältnisse die Spannung eine so große wäre, daß diese am meisten darunter leiden würden.

Ich will nicht polemisieren und mich nicht auf die innere Politik einlassen. Aber gestatten Sie mir nur die Bemerkung, daß mir die Haltung einiger mir sonst sehr werter Kollegen aus dem böhmischen Landtage gerade während dieser kritischen Zeit, insofern sie es damals nämlich für gut befunden haben,

sich der Serben gar so warm anzunehmen,

nicht geeignet erschien, ihre Position im Reiche zu festigen und günstiger zu gestalten. Diese Haltung

---

*) Stenographisches Protokoll der Delegation des Reichsrates, 5. Sitzung der 44. Session, Seite 289 und 291.

hat mich viel zu sehr an die Haltung erinnert, welche zur Zeit der Okkupation Bosniens gerade ihre nationalen Widersacher eingenommen haben und durch die diese damals, wie bekannt, für Jahre in eine ungünstige Lage gekommen sind. Und siehe da, meine Herren, diejenigen, die heute eine ähnliche Politik betrieben und eine ähnliche Haltung eingenommen haben, fühlen sich mehr als ihnen und vielleicht auch mir lieb ist, etwas beiseite gestellt."

Und an anderer Stelle sagte Fürst Schwarzenberg: „Als Mittel, ein geistiges Band zwischen den Südslawen in Bosnien und der übrigen Monarchie zu schaffen, wurde auch der

Neoslawismus

angeführt. Dem Neoslawismus fehlt aber, meine Herren, ich möchte sagen, zunächst gerade für dieses Bedürfnis und für diesen Zweck ein Moment; nämlich das Moment der Stabilität schon dadurch, daß, nachdem Dr. Kramář, der Vater, das Zentrum des Neoslawismus,

seinen Wohnsitz einen Teil des Jahres hier und einen anderen Teil des Jahres in der Krim

hat, leider das Zentrum der Bewegung nicht stabil in Österreich sich befindet. (Heiterkeit.)

Der Neoslawismus leidet ferner noch an einem Fehler, und zwar an einem von Dr. Kramář als Lichtseite dieser Bewegung hingestellten Mangel, dem Mangel der politischen Bedeutung. Herr Dr. Kramář legt eben darauf Gewicht, daß der Neoslawismus nicht politisch ist. Ja, meine Herren, um eine gute südslawische Bewegung zu führen, eine Bewegung, welche die Südslawen an die Monarchie bindet, brauchen wir etwas Politisches, da brauchen wir ein Politikum katexochen. Mit einem unpolitischen Phantasiegebilde werden wir dieses Ziel nicht erreichen. Da ist noch etwas dabei und das gibt der Sache einen gewissen Einschlag,

daß nämlich die Bewegung leider zuviel hinausneigt

und

zu sehr an das Russentum erinnert,

um uns allen, besonders den hiesigen Slawen sympathisch zu sein, denn leider — vielleicht haben die Leute bisher keine geschickte Hand gehabt — hatte eine slawische Bewegung, die von den Russen patronisiert war,

nie eine österreichfreundliche Richtung.

Es mag vielleicht eine zufällige Erscheinung sein, aber es ist Tatsache, daß jede slawische Bewegung, die gewissermaßen unter der russischen Patronanz gestanden ist, bis zu einem gewissen Grade immer eine

Spitze gegen Österreich

gehabt hat. Ich bedaure es, daß Dr. Kramář, den ich lange kenne und lange verehre und dessen Talent ich hochschätze, dieses Talent statt dem Neoslawismus nicht dem Austroslawismus gewidmet hat. Ich kann mich selbst gut erinnern, daß, als der Neoslawismus aufs Tapet kam, gleichzeitig auch der Gedanke des Austroslawismus lanciert wurde. Aber leider haben gerade die Patrone des Neoslawismus den Gedanken des Austroslawismus sehr bald begraben, obzwar es nach meiner Ansicht viel vorteilhafter und für uns Österreicher viel verständlicher und für die österreichischen Slawen auch viel nützlicher wäre, wenn man statt des Neoslawismus den Austroslawismus hätte stärken wollen. Sollte beim Fallenlassen des austroslawischen Gedankens vielleicht das religiöse Moment störend gewirkt haben?"

Es war wirklich nicht zwecklos, daß Dr. Kramář seinen Wohnsitz gerade in der Krim aufschlug; Fürst Schwarzenberg hatte instinktiv begriffen, daß der Neoslawismus österreichfeindlich war. Wie sehr er recht hatte, daraus Befürchtungen für die Zukunft abzuleiten, bewies der Weltkrieg.

Zum Abschluß dieser Stimmen der Warnung sei hier nur noch ein Artikel aus einer deutschen Zeitung angeführt, der, wenn man ihn heute liest, geradezu prophetischen Geist vermuten läßt. Es muß doch Leute gegeben haben, welche genau wußten, was sich vorbereitete. Aber solche Leute waren allerdings nicht auf der Regierungsbank zu finden. Der Artikel ist in der „Deutschen Warte" in Mährisch Schönberg am 25. Juni 1914, also knapp vor der Ermordung des Thronfolgers erschienen und war betitelt:

„Markow, Klofáč und Kramář."

Es hieß da:

„Aus Wien wird uns geschrieben:

Die hervorragendsten Vertreter des Allslawentums im österreichischen Reichsrate sind zweifellos der russophile ruthenische Abgeordnete Dr. Markow, der Führer der tschechischen Nationalsozialen Klofáč und der Führer der Jungtschechen Dr. Kramář. Es lohnt sich der Mühe, diese drei Politiker der Öffentlichkeit vorzustellen, lassen sich doch aus ihren persönlichen Verhältnissen nicht unwichtige Schlüsse ziehen.

Dr. Dimitrij Markow, Abgeordneter des galizischen Wahlbezirkes Sokal-Brody-Zborow-Zalozce-Mosty Wielkie-Lopatyn, ist der Führer der russischen Bewegung unter den Ruthenen, der hervorragendste österreichische Verfechter der Idee einer Volks-

einheit von Großrussen und Ruthenen. Er ist natürlich ein Freund des Grafen Bobrinski und sein Name ist in den letzten Gerichtsverhandlungen wegen Ausspäherei und russischer Wühlerei in Galizien oft genug genannt worden. Die russische Bewegung unter den Ruthenen Ostgaliziens steht, das haben die letzten Verhandlungen bewiesen, im vollen Einklang mit den militärischen Vorbereitungen des russischen Generalstabes und die Wahl des Dr. Markow in dem erwähnten Wahlbezirk läßt darauf schließen, daß die russische Bewegung gerade in jenen Gebieten besonders gefördert wird, die in einem Kriege Rußlands gegen Österreich eine militärisch außerordentlich wichtige Rolle spielen werden. Die Bezirke Sokal, Brody, Założce usw. bilden die Grenze Galiziens im Nordosten und öffnen den Weg nach Lemberg.*) Der zweite Bezirk, den die russischgesinnten Ruthenen zu erobern vermochten, ist der Wahlbezirk Sanok-Rymanów-Buchowsko-Dukla-Lisko-Dolne, der an die Karpathen angrenzt und in dessen Gebiete der strategisch außerordentlich wichtige Duklapaß liegt.*) Von einem Zufall zu reden ist bei dieser Verteilung der Wahlbezirke nicht gut möglich, denn jeder, der galizische Wahlen nur einigermaßen kennt, weiß, daß den russischgesinnten Ruthenen die Eroberung dieser Wahlbezirke Hunderttausende gekostet hat, die natürlich von den armen ruthenischen Bauern nicht gezahlt worden sind. Der Vertreter dieses zweiten Wahlbezirkes, den die Russischnationalen in Galizien besitzen, ist Herr Wladimir Kurylowicz, k. k. Oberlandesgerichtsrat in Lemberg. Es ist dies jener Abgeordnete, von dem die ukrainisch-, also antirussischgesinnten Ruthenen erzählen, er sei zwar russischnational, könne aber nicht russisch. Dr. Dimitrij Markow ist, wie er selbst angibt, Mitarbeiter mehrerer russischer Zeitungen, insbesondere der „Nowoje Wremja“ in Petersburg. Im Reichsrat gehören er und Kurylowicz, da sie von den ukrainischgesinnten Ruthenen mit Recht als Volksverräter mit Haß und Verachtung gestraft werden, als Gäste dem Verband der tschechischen Nationalsozialen an.

Führer der tschechischen Nationalsozialen ist der Schriftsteller und Redakteur Wenzel Klofáč, Herausgeber des „České Slovo“ in Prag. Dem Abgeordneten Klofáč ist gelegentlich der Balkanwirren 1908 und 1912 oft vorgeworfen worden, er sei von Rußland und Serbien bestochen. Dies ist wenig wahrscheinlich, ändert aber nichts an der Tatsache, daß er und seine Parteigänger im tschechischen Volke die offensten Anwälte des Zusammenschlusses aller Slawen unter russischer Führung sind.

---

*) Man vergleiche damit die tatsächlichen militärischen Ereignisse im September 1914!

Seine Reisen nach Belgrad sind bekannt, ebenso bekannt ist seine Anhaltung durch die österreichischen Grenzbehörden in Semlin und der vergebliche Einfluß, den Dr. Šviha auf Klofáč im Sinne einer vorsichtigeren, weniger offenkundigen allslawischen Politik genommen hat. In der Preßfehde, die sich an den Šviha-Prozeß anschloß, ist ohne Widerspruch berichtet worden, daß 1908 ein hoher Staatsbeamter eine Verbindung mit Klofáč suchte, um ihn in Beziehungen zu Konopischt zu bringen, doch sind diese Bemühungen damals gescheitert.

Dasselbe wollte, wie die Nationalsozialen zugeben, auch Šviha, doch scheiterten auch dessen Bemühungen an der Festigkeit, mit der Klofáč an all seinen allslawischen Anschauungen hängt. So bedeutungsvoll aber auch der Einfluß von Klofáč im Mittelstand des tschechischen Volkes ist, der gefährlichste unter den Anhängern panslawistischer Ideen im tschechischen Volke ist er nicht.

Diese Bezeichnung muß man vielmehr dem Dr. Kramář, dem Führer der „allzeit staatstreuen und regierungsfähigen“ Jungtschechen zubilligen. Dr. Kramář ist ein schwer reicher und infolgedessen völlig unabhängiger Politiker, der eine ausgezeichnete Schulbildung genossen hat (auch in Straßburg und Berlin) und der zweifellos als der beste Kopf der derzeitigen tschechischen Politik angesehen werden muß. Seine Frau ist eine russische Gutsbesitzerin und alljährlich verbringt er längere Zeit auf einem Gute seiner Frau in der Krim, in der Nähe von Livadia (in Barbo). Dr. Kramář ist in den Delegationen und im Abgeordnetenhaus der „aufrichtigste“ Österreicher, ein Freund des Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh und des böhmischen Statthalters Fürsten Thun, ein kluger abwägender Politiker, der bei allen seinen Reden auf eine gewisse Wirkung „nach oben“ bedacht ist.

Sein wahres Gesicht hat er aber doch vor kurzer Zeit enthüllt, als er in der russischen Zeitschrift „Nowoje Zweno“ einen Aufsatz veröffentlichte, in dem er ganz offen aussprach, daß der Mittelpunkt jener Bestrebungen, die es verhindern wollen, daß Österreich ein slawischer Staat werde, in Berlin sei und daß man deshalb alles daransetzen müsse, diesen Mittelpunkt zu zerstören. Dr. Kramář kommt ab und zu auch in der „Nowoje Wremja“ zu Worte, wenn auch nicht immer mit Namen. Herr Kramář ist diejenige Persönlichkeit, die von den Wiener Vertretern der dreibundfeindlichen Presse mit Vorliebe aufgesucht wird, ein Umstand, der gewiß zu denken gibt. Besonders häufig sah man die Vertreter des Pariser „Journal“, bekanntermaßen eines der wüstesten Hetzblätter, und der Londoner „Times“ während der letzten Balkanwirren mit ihm im eifrigen Ge-

sprach. Es ist kaum anzunehmen, daß Dr. Kramář hierbei der Anwalt der Politik des Dreibundes gewesen ist."

Alle diese Warnungen waren aber bedauerlicherweise umsonst. Es geschah vor dem Kriege seitens der österreichischen Regierungen nicht das geringste, um gegen die staatsgefährlichen panslawistischen Wühlereien aufzutreten, ja es ist in zahlreichen Beweisverfahren hervorgekommen, daß die staatsgefährliche Propaganda nicht nur unter den Augen, sondern auch unter der stillschweigenden Duldung der früheren Regierungen stattfanden. Man erinnere sich nur an die Beteiligung österreichischer Minister an dem allslawischen Sokolkongresse in Prag 1912, wo sie allerdings hinter den offiziellen Vertretern der Entente-Regierungen weit zurückstehen mußten. Die Folgen einer solchen selbstmörderischen Duldung seitens des Staates, wie sie in keinem der angeblich so demokratischen Staaten der Entente, insbesondere nicht in den Vereinigten Staaten von Amerika geübt worden wäre, sollten sich nur allzubald für diesen selben Staat einstellen.

Wir werden darüber im folgenden hören.

II.

„Die Lage zu Beginn des Weltkrieges"

kann nicht besser geschildert werden, als mit den Worten der Begründung des Urteiles gegen Dr. Kramář und Genossen:*)

„Der volle Umfang aller Aufgaben, die im Weltkriege an die Heeresführungen herantraten, wird erst in kommenden Zeiten klargelegt werden können. Mit Sicherheit kann derzeit nur gesagt werden, daß im Laufe der Weltgeschichte weder so schwierige noch so vielseitige Probleme jemals an die Heeresleitungen herantraten und daß unzweifelhaft von allem Anfange der österreichisch-ungarischen Heeresleitung die Lösung ganz besonderer Schwierigkeiten zufiel.

Die Worte: „Feinde ringsum" — soweit es sich um den äußeren Feind handelt — galten vorzüglich für die Monarchie: Die beiden nächsten Feinde, Serbien und Rußland, zusammen eine bedeutende Übermacht, Feinde, die überdies in der Wirklichkeit des Krieges kurz vorher Schulung genossen — vor der Front — einen tückischen Bundesgenossen, bereit und begierig, jede Blöße der Monarchie zum Überfalle zu benutzen — im Rücken, im äußersten Osten die latente Gefahr, daß ein neuer Feind erstehe, war schon die Aufgabe, an allen bedrohten Punkten gleichzeitig Vorsorge zu treffen, eine schier übermenschliche.

Es wird nicht sobald gelingen, voll und ganz zu würdigen, was bei dieser Lage jene Erscheinungen zu bedeuten haben, die bei einem Teil der eigenen Staatsangehörigen beobachtet wurden, was jener Verrat bedeutet, der — gestützt auf jahrelanges Einvernehmen mit den äußeren Staatsfeinden in Serbien, Rußland, Frankreich, England, Amerika, Italien und seine aus diesem Einvernehmen geschöpfte Kraft — durch zähen Fanatismus und Verhetzung ersetzte, was ihm an Zahl der Anhänger und unmittelbarer Kraftwirkung mangelte.

Daß Bewegungen im größeren Umfange die Spitze genommen wurde, ist darauf zurückzuführen, daß die maßgebenden Militärstellen auf Grund umsichtigster Beobachtung die im Rahmen der Zuständigkeit möglichen Vorkehrungen bereits im Frieden getroffen und zweckdienliche Anleitungen weitergegeben hatten. Zu den Lasten der Heeresleitung trat infolge gemachter Wahrnehmungen eine weitere Aufgabe von außerordentlicher Schwierigkeit. Die Beobachtung bedenklicher Vorkommnisse bei den Truppen und im Hinterlande sowie die Auffindung der bestehenden Beziehungen, noch dazu in einer Zeit, als die Kriegsereignisse vorübergehend eine ernst zu beurteilende Lage herbeiführten.

Gerade, weil trotz einmütiger Begeisterung aller Nationen der Monarchie, einzustehen für Kaiser und Reich, die verdächtigen Bewegungen nicht sofort mit Kriegsausbruch verschwanden, erheischte eine richtige Beurteilung dieser Erscheinungen unabweislich die Bloßlegung der Wurzeln des staatsfeindlichen Treibens.

Sollte die notwendige gerichtliche Behandlung der gegen den Staat gerichteten Bestrebungen nicht nur an der Oberfläche haften, dann war vor allem darauf hinzuweisen, daß die Gerichtsverfahren gegen russophile Ruthenen — Kabaljuk und Genossen in Marmaros-Sziget, Brüder Gerowsky in Czernowitz, Bendasiuk und Genossen in Lemberg, Dr. Markow und Genossen in Wien — aber auch eine beträchtliche Anzahl anderer Prozesse gegen Angehörige der tschechischen Nation (O.-Nr. 991, 996, 999, 1004 1168)*) Tatsachen zur allgemeinen Kenntnis brachten, welche die Überzeugung begründen, daß die staatsfeindlichen Bestrebungen nicht akuter, sondern chronischer Natur sind, und zwar mit stärkster Förderung des Auslandes, vorwiegend Rußlands, seit dem Kriege auch Frankreichs und Englands."

---

*) Akt des k. k. Landwehrdivisionsgerichtes in Wien, Dst. $\frac{2978/15,}{1577}$ ddo. 3. Juni 1916, S. 3.

*) Derartige Ziffern beziehen sich stets auf Beilagen aus dem Aktenmaterial im Prozesse gegen Dr. Kramář und Genossen.

Über denselben Gegenstand heißt es in der Anklageschrift gegen Hajek, Olić und Genossen:*)

„Als unsere Feinde im Sommer 1914 den lang vorbereiteten Angriff auf unsere Monarchie und Deutschland unternahmen, spielte in ihren Berechnungen die Hoffnung eine große Rolle, daß der Widerstand der slawischen Völker Österreichs gegen einen Krieg mit Rußland binnen kurzem zum vollständigen Zerfalle unseres Staates führen werde. Bedenkt man, daß die Nationalitätenkämpfe in unserem Staatswesen zeitweise Formen angenommen hatten, welche das Gefüge der Monarchie fast zu sprengen drohten, daß slawische Politiker ganz ungescheut mit Rußland und Serbien zu einer Zeit liebäugelten, als infolge der aggressiven Politik Rußlands und der fortwährenden Provokationen Serbiens der Ausbruch eines bewaffneten Konfliktes unserer Monarchie mit diesen beiden Staaten nur mehr eine Frage der Zeit war, so muß man anerkennen, daß die Hoffnungen unserer Gegner auf den inneren Zusammenbruch Österreichs der Berechtigung nicht zu entbehren schienen. Aber die Lebenskraft unserer Monarchie wurde, wie schon öfter, auch diesmal unterschätzt. Wohl traten in Böhmen, in Ostgalizien und den südlichen Teilen unseres Staates Erscheinungen zutage, welche die flammende Entrüstung jedes Patrioten wecken müssen und welche unserem Staate gewiß schweren Schaden zugefügt haben, aber die Vaterlandsliebe und Opferwilligkeit aller kaisertreuen Völker und Volksteile — auch der von der gewissenlosen Verhetzung nicht berührten Teile der slawischen Nationen — errang nicht nur über den äußeren, sondern auch über den inneren Feind einen glänzenden Sieg. Allerdings darf man darüber die schweren Nachteile, die unserem Vaterlande aus dieser hochverräterischen Bewegung erwachsen sind und noch immer erwachsen, nicht außer acht lassen, und darf den ganzen Ernst der Gefahr, welcher unserer Monarchie angesichts der Bedeutung und des Umfanges dieser Bewegung drohte, nicht unterschätzen."

Im Frühjahr 1915 hatten die aufrührerischen Bewegungen in tschechischen Truppenteilen, die offenkundigen Meutereien, die Übergänge zum Feind usw. einen bedenklichen Grad erreicht. Gleichzeitig kamen Meldungen von der Bildung tschechischer Legionen aus österreichischen Staatsbürgern, teilweise auch aus Kriegsgefangenen in Rußland, England, Frankreich und Amerika. Die passive Haltung der tschechischen Bevölkerung im Hinterlande äußerte sich vor allem in ihrer geringen Anteilnahme an den Kriegsanleihen und an der Kriegsfürsorge. Das Armeeoberkommando ging den Ursachen dieser Erscheinungen nach und als Haupturheber derselben wurde über dessen Befehl Dr. Kramář am 21. Mai 1915 verhaftet.

*) K. k. Militäranwaltschaftsakt Wien, A 3641/15 vom 2. August 1916, Seite 6 ff.

III.

„Die Begründung der Verhaftung des Dr. Kramář"

wurde in einem von Seiner kaiserlichen Hoheit dem Feldmarschall

Erzherzog Friedrich selbst gezeichneten Schriftstücke

gegeben, das im folgenden wörtlich wiedergegeben sei.

K. u. k.
Armeeoberkommando.
K. Nr. 8395/I.
Verhaftung Dr. Kramář
und Dr. Scheiner.

An den Militäranwalt der Landwehrgruppe des Militärkommandanten

in Wien.

Standort, am 24. Mai 1915.

Das k. u. k. Armeeoberkommando hat es mit Rücksicht auf die politischen Verhältnisse in Böhmen als eine unbedingte Notwendigkeit erachtet, daß gewisse gefährliche Elemente unschädlich gemacht werden. Vor allem war es dringlichst geboten, den Abgeordneten Dr. Kramář und Dr. Scheiner unverzüglich verhaften zu lassen. Diese beiden wurden bereits dem k. k. Landwehrdivisionsgericht in Wien eingeliefert, welches Gericht auch fernerhin über ein vom Armeeoberkommando ergangenes Ersuchen an das k. k. Ministerium für Landesverteidigung ein für allemal berufen sein wird, alle derartigen Spionage- und Hochverratsfälle durchzuführen.

Die Gründe, welche die Verhaftung Kramářs und Scheiners veranlaßten, sind folgende:

Dem Armeeoberkommando ist seit längerem bekannt, daß die im Ausland befindlichen tschechischen Kolonien sowohl in Amerika als auch in Rußland und Frankreich eine lebhafte agitatorische Tätigkeit gegen den Bestand der Monarchie entwickelten und daß angesichts der zunehmenden Unverläßlichkeit der tschechischen Truppenkörper es keinem Zweifel unterliegt, daß dieses hochverräterische Treiben nicht nur in vielen tschechischen Kreisen den lebhaftesten Widerhall findet, sondern in Böhmen auch im geheimen unterstützt wird.

Das Armeeoberkommando mußte daher in erster Linie das Augenmerk auf die Zerreißung der zwischen dem Ausland und den Tschechen im Innlande bestehenden Verbindungen richten.

Hinsichtlich dieser Verbindungen sind dem Armeeoberkommando in vertraulichem Wege Mitteilungen zugekommen, welche besagen:

„In Böhmen bestehen, vorläufig vollständig unbehelligt von den Behörden, drei Korporationen, deren geheimes Ziel die Verwirklichung der tschechischen Träume, das heißt die Selbständigkeit der Länder der böhmischen Krone ist. In erster Linie ist dies der tschechische Nationalrat (Národni Rada) und der Landesverband der Sokolvereine (Česká Obec sokolská), welche auf rein nationaler Basis stehen. Die weitaus wichtigsten Persönlichkeiten dieser beiden Vereine sind Dr. Kramář und Dr. Scheiner.

In zweiter Linie ist die „Volná Myšlenka" (Freier Gedanke), in welcher Vereinigung die nationaltschechischen Tendenzen gemischt mit freimaurerisch-republikanischen gepflegt und gefördert werden.

Ziel der gemeinsamen Bestrebungen obbezeichneter Vereinigungen ist

die Selbständigkeit der Länder der böhmischen

Krone unter Einbeziehung der ungarischen Slowakei,*) vielleicht auch Preußisch-Schlesiens mit der Lausitz, wobei sie es offen lassen, in welcher Form dieses Ziel erreicht werden soll. Es scheinen in dieser Beziehung verschiedene Meinungen zu bestehen, von habsburgischen Royalisten angefangen bis zu den Republikanern. Sicher ist das eine, daß man die Erfüllung dieser Hoffnungen vom Kriege erwartet, gleichviel, ob er glücklich oder unglücklich ausfällt. Im Falle des glücklichen Ausganges erwartet man von dem Zuwachs slawischer Länder eine Stärkung des slawischen Elements und hiervon die Verwirklichung der tschechischen Träume. Im Falle der Niederlage hofft man vom russischen Einfluß die Aufrichtung eines tschechischen Staates.

Es wurde in Erfahrung gebracht, daß zwischen dem in Amerika bestehenden Ausschuß zur Selbständigmachung der Länder der böhmischen Krone einerseits und den beiden erstgenannten tschechischen Vereinigungen andrerseits eine ständige Verbindung besteht.

Die Prager Behörden sind den vertraulichen Mitteilungen zufolge im Besitze von Belegen, welche diese Behauptungen erhärten.

Dr. Kramář,

der als außerordentlich intelligent und schlau geschildert wird, beobachtete seit Kriegsausbruch eine ungemein reservierte Haltung und vermied alles, was ihn hätte kompromittieren können. Trotz dieser seiner Vorsicht ist es erwiesen, daß er seinerzeit eine von der Prager Statthalterei noch unter dem Fürsten Thun gewünschte Loyalitätskundgebung der tschechischen Parteien, für welche bereits die Tschechisch-Klerikalen, die Nationalsozialisten und die tschechischen Agrarier gewonnen waren, durch seine Arbeit hintertrieb, offenkundig mit der Tendenz, durch eine solche Kundgebung die Stimmung in Rußland den Tschechen gegenüber nicht zu schädigen. In jüngster Zeit soll er sich über diese Angelegenheit folgendermaßen geäußert haben: „Jetzt werdet Ihr wohl einsehen, daß ich recht gehabt habe, wenn ich der Meinung war, daß man sich durch eine solche Loyalitätskundgebung nicht präjudizieren soll."

Es ist nicht ganz klar, warauf diese Äußerung abzielte. Als sie gemacht wurde, war der für uns günstige Stand der kriegerischen Operationen auch in tschechischen Kreisen anerkannt. Es bestehen zwei Möglichkeiten. Kramář kann dabei das drohende Eingreifen Italiens im Auge gehabt, es als unvermeidlich angesehen haben und daher die Lage Österreichs für so ungünstig gehalten haben, daß er diese Äußerung tun konnte. Die zweite Möglichkeit wäre, daß die Äußerung auf die wirtschaftliche Lage sich bezieht. Diese wird in tschechischen Kreisen äußerst ungünstig beurteilt. Man führt aus, daß die zweite Kriegsanleihe bestenfalls einen dreimonatigen Bedarf zu decken vermöge. Dann stünde man aber vor finanziellen Schwierigkeiten, die nicht mehr zu bewältigen seien, und das Wort Lloyd Georges, von der letzten Million, die den Krieg gewinnen würde, werde zu unserem Nachteil Geltung bekommen.

Kramář ist die maßgebendste Persönlichkeit in der „Národni Rada" und spielt darin die erste Rolle. Durch das Vorschieben eines Strohmannes als Obmann dieser gefährlichen Vereinigung war es ihm eben möglich, bis nun keine Handhabe zu einem Einschreiten wider seine Person zu bieten und so seine agitatorische Tätigkeit im Verborgenen fortzusetzen. Erst in der allerjüngsten Zeit hat Kramář seine Vorsicht außer acht gelassen. Es wurde einwandfrei festgestellt, daß er gegen seine sonstige Gewohnheit zweimal im Hotel „de Saxe" in Prag nächtigte, in welchem Hotel der italienische Konsul Sabetta wohnte, wobei hervorgehoben werden muß, daß er ein Zimmer bewohnte, welches mit jenem des italienischen Konsuls durch ein Badezimmer kommunizierte.

Dieses Vorgehen läßt zur Genüge darauf schließen, daß zwischen den beiden geheime Besprechungen stattgefunden haben.

Zur weiteren Charakterisierung des Mehrgenannten möge noch nachstehendes dienen:

Kramář hatte sich zwar seinerzeit aus dem reinen Panslawisten in den sogenannten Neo- oder Austroslawisten verwandelt, ist jedoch später neuer-

*) Man vergleiche hierzu die Reden der tschechischen Abgeordneten im österreichischen Abgeordnetenhause im Juni 1917 sowie ihre staatsrechtlichen Erklärungen und man wird sehen, wie überraschend richtig das Armeeoberkommando damals schon die Bewegung beurteilte. Im Kramář-Prozesse noch hatten die Tschechen diese Behauptung als eine schwere Beleidigung ihres Volkes und als Verleumdung bezeichnet!

dings zu der von den echtrussischen Leuten propagierten Idee des Panslawismus zurückgekehrt. Weiters ist festgestellt, daß er jedes Jahr mehrere Monate in Rußland verbrachte, was er wohl damit zu begründen versuchen wird, daß seine Frau eine Russin ist und in der Krim Besitzungen hat. Diesbezügliche Daten über seine Reisen nach Rußland werden seitens der Staatspolizei in Prag aufgebracht werden können. Zur Illustrierung der jetzigen Verhältnisse, an welchen die beiden Verhafteten und ihre Gesinnungsgenossen einen großen Teil der Schuld tragen, möge nachstehendes Stimmungsbild dienen.

Gegenwärtig ist man sich auch in Prag darüber klar, daß die Kriegslage zu unseren Gunsten steht. Man erwartet jedoch das Eingreifen Italiens auf Seite unserer Gegner und hiervon die erwünschte ungünstige Wendung. Auffallend ist es, daß italienischerseits als Hauptargument gegen ein friedliches Übereinkommen mit Österreich geltend gemacht wurde, Österreich werde sich nach siegreichem Abschluß des gegenwärtigen Krieges mit Gewalt wieder holen, was es an Italien hätte geben müssen. Auf tschechischer Seite wurde nun mit einer gewissen Absichtlichkeit betont, daß der Krieg gegen Italien bei der tschechischen Bevölkerung ebenso populär sein werde wie bei der deutschen und daß der italienische Konsul in Prag über diese Stimmung auch sehr gut unterrichtet gewesen sei und dies zweifellos nach Hause berichtet habe. Andrerseits fanden aber in der Brauerei Fleck in Prag Zusammenkünfte des italienischen Vizekonsuls Finzi mit tschechischen Vertrauensmännern statt. Es ist demnach nicht ausgeschlossen, daß die italienfeindliche Stimmung nur betont wurde, um ein Argument mehr gegen den friedlichen Ausgleich mit Italien zu liefern. . . .

Höchst eigentümlich ist auch die Haltung der Tschechen in der Approvisionierungsfrage. Ihr entspricht ganz ihr Vorgehen bei den Sammlungen für das Rote Kreuz und bei den Zeichnungen für die Kriegsanleihe. In beiden Fällen wurde die Parole größter Zurückhaltung ausgegeben. . . .

Zur weiteren Illustrierung dieser Tatsachen liegt die auszugsweise Abschrift eines Stimmungsberichtes des k. u. k. Militärkommandos in Prag bei.*)

Was nun den Zweiten der Verhafteten anlangt, so ist

Dr. Scheiner

oberster Obmann der Sokolvereine in Böhmen. Gleichzeitig ist er Ausschußmitglied der Bank „Bohemia“ in Prag. Diese Bank und somit die Národni Rada stehen in lebhaftem Verkehr mit der tschechischen Bank in New-York, deren politisch bekanntestes Mitglied der tschechische Notar Thomas Capek in New-York ist, welcher aber auch gleichzeitig Funktionsmitglied des amerikanischen Ausschusses zur Selbständigmachung Böhmens ist. Der Verkehr Scheiners, beziehungsweise der Národni Rada zum amerikanischen Ausschuß ging somit unter dem Deckmantel einer anscheinend harmlosen finanziellen Korrespondenz von Bank zu Bank vor sich, so daß dieser Briefverkehr einem in die Verhältnisse nicht vollkommen eingeweihten Zensor einwandfrei erscheinen muß.

Zieht man dagegen die politische Tätigkeit der Beiden, welche diese Jahre hindurch vor Ausbruch des gegenwärtigen Krieges entwickelt haben, in Betracht, so stellt sich die geheime Korrespondenz durch die Banken unzweifelhaft als Verbindung mit dem umstürzlerischen amerikanischen Komitee dar und kann nicht anders als — denn Hochverrat bezeichnet werden.

Hinsichtlich der ersterwähnten Funktion des Dr. Scheiner als oberster Obmann der Sokolvereine in Böhmen diene nachstehende

Charakteristik der Sokolvereine.

Laut einer beim ersten operierenden Armeekommando eingelaufenen konfidentiellen Meldung genießen jene Gefangene tschechischer Nationalität, welche sich im Besitze von Sokollegitimationen befinden, seitens der Russen eine besonders gute Behandlung. Diese konfidentielle Meldung stammt aus dem Dezember 1914 und wurde vom Armeeoberkommando an alle beteiligten Militärkommanden mit dem Auftrag weitergegeben, die Mannschaften nach solchen Legitimationen zu visitieren.

Laut Meldung des Militärkommandos Krakau, Praes. Nr. 3190 vom 28. April 1915, wurden gelegentlich der Visitierung der tschechischen Mannschaften bei den Ersatzkörpern bei ziemlich vielen Leuten Sokollegitimationen gefunden. Es ist zweifellos, daß die eingangs erwähnte konfidentielle Meldung auf Wahrheit beruht. Denn die Russen haben wiederholt ganz offen zugestanden, daß sie in Gefangenschaft geratene Leute tschechischer Nationalität besonders gut behandeln. Die panslawistische Sokolorganisation hat sicherlich von diesem Umstand Kenntnis und ihren Mitgliedern das Mitnehmen der Legitimationen nahegelegt. Obwohl letzteres nur vermutet und vorläufig nicht bewiesen werden kann, ist der Zusammenhang zwischen dem russischen Verhalten und jenem der Sokolvereine in der Legitimationsangelegenheit doch klar, da kein einziger Fall bekannt geworden ist, daß beispielsweise deutsche oder ungarische Mannschaften irgendwelche andere als die vorgeschriebenen Legitimationspapiere ins Feld mitgenommen hätten, die den Russen die Feststellung ihrer Identität erleichtern sollen.

*) Dieser folgt auch hier.

Auch von anderen Stellen sind ähnliche Mitteilungen gemacht worden. So berichtet die Zentralstelle für den defensiven Kundschaftsdienst (VHK) Budapest unterm 26. Februar 1915, mit Nr. 7344, VHK an das Evidenzbureau des Generalstabes: „Ein Grenzpolizeidetektiv meldet, daß bei den meisten Offizieren und Mannschaftspersonen in Leva Sokollegitimationen vorgefunden wurden. Da in Kreisen von Militärpersonen öfters Äußerungen gehört wurden, daß sie sich vollkommen sicher fühlen und sich auch in der Gefangenschaft wohl fühlen werden, scheint es nicht ausgeschlossen, daß diese Legitimationen zu dem Zwecke dienen, nötigenfalls in der Gefangenschaft bessere oder eventuell besondere Behandlung den Inhabern der Legitimationen zu sichern."

Militärstationskommando Jičin Nr. 297/14.

Leutnant Repous erfährt am 12. Oktober, daß von seiten der Sokolvereine Legitimationen zum selben Zweck wie oben ausgegeben wurden.

Militärkommando Leitmeritz praes. Nr. 1367/14:

Beim Landwehrdivisionsgericht in Theresienstadt wurde das Ermittlungsverfahren gegen einen gewissen Miroslav Černy eingeleitet, weil er sogenannte „Kriegslegitimationen" ausgeteilt hatte. Positives Ergebnis bisher keines.

Einsichtsakt des Kriegsüberwachungsamt Nr. 12465:

Der beim Landwehrdivisionsgericht in Theresienstadt als Schriftführer in Verwendung gestandene Leutnant in der Evidenz Lehař erfuhr bei der gegenständlichen Gerichtsverhandlung von dieser Angelegenheit, fuhr am 16. Oktober im Auto von Theresienstadt nach Jičin und verriet die Anzeige dem Schriftführer des Sokolvereines in Jičin Franz Klečař (Offizial beim Bezirksausschuß), der im Verdachte steht, als zweiter Aussteller der inkriminierten Legitimationen fungiert zu haben. Die Bezirkshauptmannschaft Jičin hat erfahren, daß einige Mitglieder des Sokolvereines am 16. Oktober abends bei Lehař eine geheime Zusammenkunft abgehalten haben sollen. Wider Černy mußte später mangels an Beweisen das Verfahren eingestellt werden. Jedenfalls war durch die Bekanntmachung durch Lehař das Beweismaterial rechtzeitig beiseite geschafft worden.

Auch bei mährischen Ersatzkörpern wurden bei einem großen Teil der Mannschaft in tschechischer Sprache abgefaßte Mitgliederlegitimationen der Sokolvereine gefunden.

Bericht der Bezirkshauptmannschaft Königinhof an das Kriegsüberwachungsamt:

Die Frau eines in Rußland in Anstellung befindlichen Anton Roth will ihrem Gatten eine Sokollegitimation in einem Briefe schicken und schrieb: „Eben brachte mir Herr Jankovec eine Sokollegitimation. Ich weiß nicht, ob du sie mithast, sie könnte dir gute Dienste leisten."

In vielen Fällen geben Leute, darunter Einjährig-Freiwillige an, sie hätten die Legitimationen ohne besondere Absicht mitgenommen. Dies kann aber nur darauf hinweisen, daß die Zentralleitung der Sokolvereine verlautbaren ließ, keine Gründe anzugeben, um sich nicht zu kompromittieren.

Scheiner und seine Organe waren sich eben ihrer hochverräterischen Tätigkeit bewußt.

Was die früher erwähnten geheimen Zusammenkünfte Dr. Kramář mit dem italienischen Konsul Sabetta anbelangt, so bildete den Gegenstand ihrer Besprechungen zweifellos die Haltung der Tschechen im Falle des Konfliktes Italiens mit der Monarchie.

Bei diesem geheimen Verkehr dürfte auch unsere militärische Lage zur Sprache gekommen sein, da einerseits Kramář, dem der Zutritt zu allen Ministerien offen stand, als wohlinformiert angesehen werden muß und andrerseits, weil der italienische Vertreter das höchste Interesse hatte, das Substrat für seinen Bericht über unsere politische und militärische Lage auch aus dem Verkehr mit einer orientierten politischen Persönlichkeit zu schöpfen.

Aus all dem Gesagten geht somit deutlich hervor, daß wider Dr. Kramář durch diesen Verkehr mit dem italienischen Konsul der Verdacht der Spionage, wider Dr. Scheiner und den Erstgenannten wegen ihrer von staatszersetzenden Ideen durchdrungenen Tätigkeit der Verdacht des Hochverrates vollauf begründet erscheint.

Das k. u. k. Armeeoberkommando legt einen großen Wert darauf, daß das Verfahren wider alle diese Elemente mit der größten Rigorosität durchgeführt werde und daß vor allem dafür zu sorgen ist, daß jede Kollision zwischen ihnen vermieden werde.

Erzherzog Friedrich,
Feldmarschall."

Es sei gleich hier erwähnt, daß diese Darstellung des Verhaltens der Tschechen im Weltkrieg von den Taten und Handlungen der angeklagten oder verurteilten tschechischen Abgeordneten, sowohl von Dr. Kramář und Genossen als auch von Choc und Genossen und allen übrigen, während des Krieges absieht. Sie werden nur dort gestreift, wo dies zum Verständnis des ganzen oder des Zusammenhanges halber nötig ist. Über die „Tätigkeit" dieser gerichtsordnungsmäßig als Hochverräter für alle Zeiten festgestellten Abgeordneten wird an anderem Ort noch zur Genüge zu sprechen sein.

IV.

Im Zusammenhange mit diesen Mitteilungen sei nun zunächst

das Verhalten der Tschechen im Hinterlande

gekennzeichnet. Das Verhalten der tschechischen Bevölkerung nach Ausbruch des Krieges im Hinterlande überhaupt war zum Teile teilnahmslos, zum Teile geradezu feindlich gegenüber den Interessen des Staates. Diese Stimmung äußerte sich überall durch Tragen allslawischer Abzeichen, durch geringe Beteiligung an den Kriegsanleihen und den Werken der freiwilligen Kriegsfürsorge, durch massenhafte Verbreitung hochverräterischer Aufrufe, zahllose gerichtliche Aburteilungen aus derartigen Ursachen usw. Auf all das wird noch ausführlich zurückgekommen werden.

Hier sei zunächst der in dem Schriftstücke des Armeeoberkommandos über die Gründe der Verhaftung des Dr. Kramář angeführte „Stimmungsbericht" des k. und k. Militärkommandos in Prag in seinem wesentlichen Inhalte wiedergegeben:

IVa.

„Gesinnungsäußerungen der Tschechen in Prag während der Kriegszeit."

Stand: Mitte März 1915.

Verhalten der Bevölkerung.

„Tägliche Wahrnehmungen ergeben das Bild eines im besten Falle teilnahmslosen, zum Teil geradezu feindlichen Verhaltens der tschechischen Bevölkerung, die sich da und dort sogar gegen Verwundete gekehrt hat. Es zeigen sich die Wirkungen einer jahrzehntelangen, ungehemmten Agitation, die sogar mit Hilfe der öffentlichen Verwaltung den Haß gegen alles Deutsche und die dem Staate dienenden Einrichtungen derart geschürt hat, daß er in alle Fasern des politischen Denkens und Fühlens der großen Masse eingedrungen ist. Sympathien für Russen, Serben und Franzosen sind selbstverständlich in dieser Stadt, die zum Mittelpunkt der Anknüpfung von österreich- und deutschfeindlichen Beziehungen geworden ist. Durch das plötzliche Hereinbrechen des Weltkrieges zunächst überrascht, hat die tschechische Bevölkerung alsbald in allen Schichten ihren allslawischen Gefühlen deutlichsten Ausdruck gegeben. Zahlreich waren die ostentativ getragenen allslawischen Abzeichen. Drohender wurde die Stimmung nach den ersten Mißerfolgen in Galizien. In Žižkov war man für den St. Wenzelstag auf den Einzug der Russen vorbereitet und gedachte ihn durch Aufzug weißgekleideter Mädchen zu feiern. Wetten wurden über die Zeit des Eintreffens der Russen abgeschlossen. Fortdauernd befanden sich die unsinnigsten Gerüchte im Umlauf, nicht nur in den Kreisen des niederen Volkes, sondern auch in denen der Intelligenz. Eine Quelle der Beunruhigung ist nachträglich aufgedeckt worden. Von Angestellten der Bank „Bohemia" wurden aus russischen und anderen ausländischen Zeitungen regelmäßige Berichte hergestellt und verbreitet, die tendenziös lediglich durch Aufnahme der ungünstigsten und erlogenen Nachrichten den Schein einer gefährlichen Lage der Armee hervorrufen sollten. Die tschechischen Zeitungen trachteten, unter strenge Zensur gestellt, durch die Art der Aufmachungen namentlich die deutschen Erfolge herabzusetzen. Fremde, sonst nicht zugelassene Zeitungen gingen im Café Slawia von Hand zu Hand. In der Buchhandlung Topič befand sich noch lange nach Kriegsausbruch ein in französischer Sprache abgefaßtes, in Pardubitz gedrucktes Buch in der Auslage, das die Aufteilung Deutschlands und Österreichs an Rußland und Frankreich zum Inhalte hatte; erst auf Intervention eines Offiziers wurden drei Exemplare von den früheren zehn in der Auslage beschlagnahmt. Im tschechischen Nationaltheater fand eine Massenverbreitung eines mittels Typenschrift hergestellten Gedichtes statt, worin das sechste Egerer Landwehrregiment beschuldigt wird, serbische Greise und Weiber zu ermorden; es heißt darin weiter, nur die Niederlage der Deutschen sei der Sieg der Tschechen und die Bevölkerung wird aufgefordert, keinen Arm und keinen Heller für den brudermörderischen Kampf zu leihen. Auf dem Wolschaner Friedhof fanden sich am Allerseelentage Flugblätter mit dem gereimten Schluß: Maria Theresia hat Schlesien verloren, Franz Joseph wird alles verlieren. Schon äußerlich zeigt sich die Haltung der Bevölkerung in der Nichtbeflaggung der Häuser. Auf tschechischen Gebäuden sind Fahnen nur infolge des Druckes der Statthalterei, die anläßlich der masurischen Siege ihrerseits erst eine Anfrage von Wien erhielt, aufgezogen worden.

Von tschechischen Privathäusern haben die wenigsten überhaupt Flaggenschmuck angelegt, und auch diese nur mit weiß-roten Fahnen, um zugleich für das böhmische Staatsrecht zu demonstrieren. Die Landesbank hängte am Tage der Belgradfeier (3. Dezember) nur eine schwarze Fahne aus (wegen des Todes eines gewesenen Direktors). An diesem Tage wurden Fahnen eingezogen, die am Tage des Regierungsjubiläums noch aufgezogen waren. Von den Prager Straßennamen: Serbische, Russische, Montenegrinische, Petersburger Gasse wurde gleichwie in den Vororten nichts geändert; ebenso wenig an den russischen Aufschriften vieler Kaffeehäuser und Hotels sowie an den von der Stadtgemeinde angebrachten Orientierungstafeln, die an erster Stelle russisch, an letzter deutsch abgefaßt sind. Wegen antidynastischer Demonstrationen mußte von der

Militärbehörde der Besuch des Lido Bio verboten werden. Im Bio Koruna wurde bei Darstellung einer Episode aus dem Rückzug der Deutschen von der Marnelinie so stürmisch applaudiert, daß die weitere Vorführung des Films untersagt wurde. Ähnlichen Beifall finden die ausgehängten minder-günstigen Kriegsnachrichten, während günstige möglichst verkleinert werden. Papierhandlungen weigern sich, patriotische Karten in die Auslage zu geben, mit Berufung darauf, daß sie auf ihre tschechischen Kunden Rücksicht nehmen müßten. Die Volksdichtung betätigt sich in verletzendster Weise; zahlreiche der-artige Dichtungen laufen in der Bevölkerung um und charakteristisch sind die beiden zunächst einzigen tschechischen literarischen Neuerscheinungen, die der Krieg gezeitigt hat: Der Landsturmmann, welche Fehler machen zum Landsturmdienst untauglich? 2. Politische Gebrechen. Soweit Exzesse der Zivil-bevölkerung vor das Landwehrdivisionsgericht ge-kommen sind, hat dessen Rechtsprechung vielfach Be-fremden hervorgerufen. Viele Urteile der ersten In-stanz mußten verschärft, überdies wiederholt Ver-änderungen in der Zusammensetzung der Militär-anwaltschaft und des Militärgerichtes vorgenommen werden. (Vgl. S. 173.)

In Königgrätz wurde die Volkshymne bei einer Militärfeier am Marktplatze ausgepfiffen.

Verhalten tschechischer Soldaten.

Ein schmähliches Verhalten legten die zu den beiden Prager Regimentern (28. Infanterieregiment und 8. Landwehrinfanterieregiment) einberufenen Truppen an den Tag. Allgemein war in der tsche-chischen Bevölkerung verbreitet, es sei dafür gesorgt, daß die tschechischen Regimenter keinen Schuß auf ihre slawischen Brüder abgeben und sofort die weiße Fahne aufziehen werden. Der Aufzug der Truppen in den Straßen bildete eine Schande für die öster-reichische Armee. Die Mannschaft stieß beim Ab-marsch Drohungen gegen ihre Offiziere aus und verursachte eine unbeschreibliche Unordnung. Auf Ge-wehren konnte man leere Bierflaschen aufgesteckt sehen. Zahlreiche Soldaten trugen demonstrative Ab-zeichen. Mitte September führte eine größere, durch die Zeltnergasse marschierende Infanterieabteilung eine 1 Meter breite und 1 1/2 Meter lange weiß-blau-rote Fahne mit. Ganze Abteilungen mußten eskortiert werden. Die am 1. Dezember 1914 gegen 10 Uhr abends abmarschierende Truppe gebärdete sich völlig disziplinlos, schrie und gestikulierte, der eine warf sein Gewehr weg, der andere schleifte es am Trag-riemen nach, ein dritter warf die Laterne auf die Straße und wurde von dem Offizier gezwungen, sie wieder aufzuheben. Schon in der Kaserne war es zu Krawallen gekommen, auf die unten stehende Wachmannschaft wurden Biertassen und Flaschen herabgeworfen. Auf dem Bahnhof mußten die Leute mit Gewalt einwaggoniert werden, wobei es auch zu blutigem Einschreiten eines Offiziers kam. In einem anderen Falle wurde auf dem Bahnhof fest-gestellt, daß 58 Mann abhanden gekommen waren. Nachträglich wurde bekannt, daß Legitimationen ver-teilt worden waren, die dem einzelnen für den Fall der Gefangenschaft eine gute Behandlung durch den Feind mit Rücksicht auf tschechische Herkunft und bloß erzwungene Kriegsleistung sicherstellen sollte. Manche trugen die von der Palackýfeier 1912 her-rührenden Anhängsel, mit der Inschrift: „Wir sind vor Österreich gewesen und werden nach Österreich sein." Unverständlicherweise ist einer derartigen Stimmung wiederholt noch offiziell entgegengekommen worden; so war anläßlich der Beeidigung und des Abmarsches eines Marschbataillons des 28. Regi-ments die Aujezdkaserne lediglich mit zahlreichen weiß-roten Fahnen und mit Emblemen von Böhmen, Mähren und Schlesien mit reintschechischen In- und Aufschriften geschmückt, die schwarz-gelben Fahnen fehlten, bis auf einige ganz kleine Fähnchen in zwei oder drei Fenstern; kurze Zeit wehte sogar eine weiß-rot-blaue Trikolore. Nach der Beeidigung sang die Mannschaft das Lied: „Kde domov můj" und „Hej Slovane", in welch letzterem der Refrain die Worte enthält: „Der Russe ist mit uns, wer gegen uns ist, den fegt der Franzose weg." Die traurigen Erfahrungen, die man mit dieser Truppe auf dem Kriegsschauplatz machte (über die später zu sprechen sein wird), haben schließlich zur Verlegung der Ersatzformierung nach Szegedin in Ungarn ge-führt, doch blieb die Bewachung der Bahnhöfe weiter 28ern anvertraut, trotzdem einige von ihnen sogar einen Anstand mit einem deutschen Beamten wegen österreichfeindlicher Auslassungen hatten. Es ist natürlich, daß sich Verwundete dieser Truppe mit allen Mitteln dem Wiedereinrücken zu entziehen suchen; hierbei erfahren sie oft eine befremdende Unterstützung seitens tschechischer Ärzte. Für die Sicherheit der deutschen Bevölkerung ist es nicht ohne Bedeutung, daß den Schutzwachdienst das bürgerliche Scharfschützenkorps übernahm. Bei der Beeidigung erschienen mehrere dieser Schützen mit serbischen und montenegrinischen Orden und Medaillen geschmückt.

Kriegsfürsorge, Kriegsopfer.

Gemäß der herrschenden Stimmung beteiligte sich die tschechische Bevölkerung an der Kriegsfür-sorge in ganz unzulänglichem Maße. Selbst in besten Kreisen wird geäußert, dieser Krieg sei ein deutscher Krieg, der die Tschechen nichts angehe, für die Truppen im Felde und alle Opfer müsse der Staat sorgen, ein Verhalten, das um so mehr zu verurteilen ist, als sich im Balkankrieg die tschechische Opferwilligkeit zugunsten der Serben glänzend geäußert hat. Der Kriegsfürsorge haben

nur etliche offizielle Persönlichkeiten ihre Namen zur Verfügung gestellt. Selbst für Zwecke des Roten Kreuzes lauteten die in den Zeitungen ausgewiesenen Sammlungen überaus bescheiden, wogegen an das serbische Rote Kreuz im Balkankrieg mehr als eine Million Kronen abgeführt worden war. Der glänzenden Tätigkeit der deutschen Zweigstelle des Kriegsfürsorgeamtes ist auf tschechischer Seite nicht entfernt eine ähnliche an die Seite gestellt worden. Dazu machten die tschechischen Spenden noch die besondere Widmung für tschechische Truppen zur Bedingung, um deutsche Soldaten auszuschließen, ein Vorgehen, das gleichwohl nur teilweise umgekehrte Widmungen von deutscher Seite zur Folge hatte. Für Zwecke der Kriegsanleihe wurde eine wirksame Werbetätigkeit kaum eingeleitet, es kam sogar vor, daß seitens tschechischer Institute den Kunden abgeraten wurde, die Anleihe zu zeichnen. Dem entsprach auch das Ergebnis. Von den Zeichnungen der sämtlichen Zeichenstellen in Böhmen sind trotz des von offizieller Seite geübten Druckes bei günstigster Berechnung, die noch im einzelnen belegt werden wird, nur 15 Prozent tschechischer, 85 Prozent deutscher Herkunft, und selbst von den gezeichneten Beträgen wurde noch ein Teil durch Rückverkauf an die Banken abgestoßen. Auch an den persönlichen Kriegsopfern haben beide Nationalitäten einen merkwürdig ungleichen Anteil. Läßt sich auch derzeit ein allgemeiner statistischer Nachweis nicht erbringen, so ist es doch bezeichnend genug, daß bis vor kurzem von den im Felde gefallenen Justizbeamten des Oberlandesgerichtssprengels Prag, der etwa ein Viertel deutsche Beamte enthält, 16 Deutsche und 7 Tschechen gefallen waren. Von den Lehrern sind aus Deutschböhmen bis Anfang dieses Jahres 102 gefallen gegenüber 77 tschechischen Lehrern aus Böhmen und Mähren zusammen, obschon die Zahl der tschechischen Lehrstellen weitaus jene der deutschen übersteigt." (Vgl. auch S. 94 ff.)

Verhalten tschechischer Amtspersonen.

In der tschechischen Beamtenschaft aller Staatsämter, bei Gericht und in der Verwaltung sind unpatriotische Reden, eifrige Kolportierung angeblich feindlicher Erfolge, Äußerungen des Bedauerns über die von der deutschen Herrschsucht verfolgten slawischen Brüder in Serbien usw. an der Tagesordnung. Bei einem hohen Gerichte legten die tschechischen Richter das schwarz-gelbe Kriegsfürsorgeabzeichen, das sie vor dem Vorsitzenden zur Schau trugen, nach Verlassen des Saales sofort wieder ab. Ein k. k. Staatsanwalt äußerte sich, daß er die Kriegslage in Galizien nach den russischen Zeitungen, die er lese, und dem russischen Generalstabsberichte, dem er gegenüber unserem Glauben schenke, für sehr ungünstig halte. Bei der k. k. Staatsbahndirektion führte der Oberrevident Michael bei einer Amtshandlung in Durchführung der Mobilisierung hochverräterische Reden; eine geringfügige Ordnungsstrafe war die Folge. Bei derselben Direktion versuchte der extremnationale Inspektor Vyhnal chiffrierte Mitteilungen unmittelbar vom Kriegsschauplatz zu erhalten, angeblich weil er den offiziellen Darstellungen nicht traute; die Sache wurde durch Versetzung des Vyhnal in eine andere Abteilung erledigt. Der Vorstand der Heizhausleitung Bubna, Staatsbahnrat Kroupa, der vorsätzlich einen Russen als Bahnbediensteten aufgenommen hatte und darum in Untersuchung kam, erhielt gleichwohl den auszeichnenden Titel eines Oberstaatsbahnrates.

Die allgemeine Vertrauenswürdigkeit des tschechischen Bahnpersonals erhellt daraus, daß nach Galizien grundsätzlich nur deutsches Personal abzugeben ist. Bei der Post- und Telegraphendirektion äußerten sich tschechische Ingenieure hochverräterisch. Tschechische Telegraphistinnen tun sich durch unverschämteste Reden hervor. Eine erklärte, „es ist ein Unglück für uns, daß wir zu Österreich gehören". In den Amtsräumen wird Russisch studiert. Als ein deutsches Fräulein ein Bild der beiden Kaiser auf den Schreibtisch stellte, befahl ihr der Vorstand, den „Kram" wegzugeben. Gleiche Stimmung herrscht bei den weiblichen Bediensteten der Prager Handelskammer; eine äußerte, „es ist noch ein Glück für uns, daß unsere Armee die allerelendeste ist". Eine Offiziantin der Finanzlandesdirektion, eine bekannte Agitatorin, mußte wegen Hochverrats vom Landwehrdivisionsgericht abgeurteilt werden. Bei der Fondsgüterdirektion in Prag leitete der Hofrat Jvan Arh zugleich einen slowenischen Verein, der als staatsgefährlich aufgelöst wurde; seine Privatkorrespondenz wird gelesen. Selbst seitens militärischer Amtspersonen sind bei Assentierungen deutschfeindliche Bemerkungen vorgekommen. Ein Herd staatsfeindlicher Beamter befindet sich beim Prager Magistrat, derselben Behörde, der die militärischen Angelegenheiten im übertragenen Wirkungskreise anvertraut sind und die diese unter Duldung der Statthalterei ausschließlich in tschechischer Sprache erledigt. Noch heute gibt der Prager Magistrat den Sanitätsbericht und die statistischen Berichte in tschechischer und französischer Sprache hinaus. In Amtsräumen des Magistrats wurden Aufrufe des Zaren und des Generals Rennenkampf an das tschechische Volk aufbewahrt; im Zusammenhang damit erfolgte die Aburteilung eines obersten Beamten, des Baurates Matějovský und zahlreicher Mitschuldiger wegen Hochverrats. Wie unter den Beamten, so sind auch unter den Mittelschulprofessoren staatsfeindliche Äußerungen etwas gewöhnliches. Selbst tschechische Kleriker vermögen ihre feindlichen Gesinnungen nicht zu unterdrücken; im bischöflichen Seminar wurde den deutschen Mitgliedern sogar

das Tragen schwarz-gelber Abzeichen des Kriegsfürsorgeamtes abgestellt, weil es tschechische Kleriker als Herausforderung bezeichneten." (Vgl. auch S. 40.)

Zum Beweise dafür, wie genau damals schon das feindliche Ausland, beziehungsweise die den Mittelmächten feindlich gesinnten Kreise in den neutralen Ländern über diese Verhältnisse unterrichtet waren, sei gleich hier ein Artikel aus dem bekannten ententefreundlichen

„Journal de Genève" vom Sonntag, den 6. Dezember 1914

angeführt, der durch seine völlige Übereinstimmung mit dem vorstehenden Berichte gleichzeitig einen wichtigen Beleg für dessen Richtigkeit bildet. Der Artikel lautet:

„Die Erzählung eines Tschechen.

Wir haben bereits den ersten Teil des Briefes eines Journalisten über das veröffentlicht, was sich in Böhmen im Augenblick der Kriegserklärung und von da an zugetragen hat.

Wir bringen heute die Fortsetzung dieser außerordentlich interessanten Berichte.

Nachdem die Regierung auf Grund des Berichtes der Hunderte von Agenten der Geheimpolizei sich über die vollständige antiösterreichische Meinung der tschechischen Bevölkerung klar geworden war, schritt sie zu immer größeren Vorsichtsmaßregeln. Nach der ersten großen russophilen Manifestation, die sich in den Straßen von Prag in dem Augenblick zugetragen hatte, als die die russische Mobilisation anzeigende Depesche veröffentlicht wurde, hat man Hausdurchsuchungen bei allen alten radikalen Abgeordneten veranlaßt (die durch die Auflösung des Reichsrates ihrer Immunität beraubt worden waren), ebenso wie bei allen Journalisten dieser Partei. Der Obmann der nationalsozialen Partei, der Abgeordnete Klofáč, wurde verhaftet und unter der Beschuldigung des Hochverrats ins Gefängnis gebracht und man müßte ein ganzes Buch schreiben, um alle die Verhaftungen von Journalisten und von Funktionären der politischen und Arbeiterorganisationen der radikalen Partei anzuführen.

Es ist gewiß interessant hier aus den zahllosen Fällen von Verhaftungen eine der charakteristischesten anzuführen: Die Frau des Rektors der Technischen Hochschule, des kaiserlichen Rates Professors Stohlasa wurde verhaftet und während acht Tage eingesperrt, weil sie angeklagt war, gesagt zu haben: „Gott gäbe, daß die Russen schon in Prag wären."

In diesem Augenblick erreichten uns trotz allem vom Schlachtfelde des Südens die Nachrichten von den letzten Meutereien tschechischer Soldaten. Vor allen Dingen waren es die tschechischen Regimenter, die von Prag (Nr. 28), von Beneschau (Nr. 102), von Písek (11) stammten, und das 8. Regiment der Landwehr, die vom Beginn der Feindseligkeiten an gegen Serbien geschickt worden waren und dort durch ihre Passivität und selbst durch ihre Rebellion zur Niederlage der kaiserlichen Truppen auf dem serbischen Gebiete bei Schabatz und Losnica um die Mitte des Monats August beitrugen.

Die Wiener Regierung konnte sich so überzeugen, daß die tschechischen Soldaten, die 1909 und 1913 schon in den Kasernen und im Laufe der Transporte rebelliert hatten, nun ihre Taktik geändert hatten und erst auf dem Schlachtfeld revoltierten.

Der Eindruck in Wien war tief. Die Wiener begannen heftig gegen die „tschechischen Verräter" zu demonstrieren und die Regierung wollte den Belagerungszustand über Böhmen verhängen. Die Anwendung dieser Maßregel wurde indessen durch die Intervention des Statthalters von Böhmen, des Fürsten Thun, verhindert oder vielmehr hinausgeschoben, der den Zustand der Gemüter in Böhmen kannte und nicht daran zweifelte, daß die Anwendung schärferer Maßregeln in diesem Lande nur eine offene tschechische Revolution verursachen würde.

In den tschechischen politischen Kreisen sagte man auch, daß der Fürst Thun in einem politischen Gespräch erklärt habe: „Es gibt in diesem Augenblick nur zwei Arten von Tschechen: jene, die offen russophil sind und jene, die es heimlich sind; es ist nicht opportun, die letzteren zu reizen." So brach also in den Straßen von Prag infolge der Klugheit des Statthalters die blutige Revolution nicht aus, obzwar sie bei Beginn der Feindseligkeiten unrichtigerweise durch einige russische Zeitungen angekündigt war.

Es scheint indessen nicht, daß die scheinbare Ruhe in Böhmen und Mähren auf die Länge aufrecht zu erhalten sein wird; denn nach den Schlachten von Lemberg und von Grodek, denen ein überstürzter Rückzug der österreichischen Truppen folgte, wurde der Zustand der Gemüter in Prag und überhaupt in den Provinzen Böhmen und Mähren mehr und mehr unruhig.

Ich gebe hier, ohne etwas zu übertreiben, einige Einzelheiten und einige für den Seelenzustand der Bevölkerung, besonders der tschechischen Landsturmtruppen, in der zweiten Hälfte des Monats September und noch später wieder. Knapp vor dem 28. September, an dem das Fest des heiligen Wenzeslaus gefeiert wird, wurde in Prag und in ganz Böhmen ein Lied gesungen, dessen Inhalt war:

„Bratet Gänse
Für die Russen
Zum Kirchweihfest,
Damit unser Väterchen Zar
Sich über uns freut.“

Die Bevölkerung, die mit skeptischem Lächeln über den Ausgang des Krieges die offiziellen Kriegsberichte der Regierung begleitete und wohl wußte, daß die tschechischen Zeitungen hier nicht die Wahrheit sagen konnten, erwartete von einem Tag zum andern die Ankunft der Russen. Es verbreitete sich insbesondere in den östlichen Teilen von Mähren das Gerücht, daß die Russen, sobald sie auf tschechischem Gebiet angekommen sein würden, sofort tschechische Freiwilligenlegionen bilden würden, die gegen die Deutschen marschieren oder doch wenigstens die Etappen sichern würden.

Man wird begreifen, daß viele von jenen, die solche beunruhigende Neuigkeiten verbreiteten oder solche Lieder sangen, wie wir eines wiedergegeben haben, verhaftet wurden. Aber diese ernsten Repressalien konnten durchaus nicht zum gewünschten Ergebnis führen. Sie haben vielmehr die Nervosität und die Gereiztheit des Volkes noch erhöht.

Gegen Ende September entdeckte die Polizei in Prag eine lithographierte Zeitung, die Nachrichten vom Schlachtfelde entsprechend den Berichten französischer und russischer Zeitungen enthielt; es war hier und dort gelungen, solche Zeitungen in einigen, übrigens sehr seltenen Exemplaren über die Grenze zu schmuggeln. Diese Zeitung brachte auch Artikel, die die Sympathie für die Sache der Verbündeten ausdrückten. Nummern dieser Zeitung wurden in den Wartehallen, in den Bahnhöfen, in der Post, in den Zügen und an anderen öffentlichen Orten gefunden. Die Behörden haben nach langen Untersuchungen festgestellt, daß diese Zeitung in den Amtsstuben des Prager Gemeinderates redigiert und gedruckt wurde. Der Gemeinderat M. Matejovsky und sieben andere Angestellte der Gemeinde wurden auf diese Entdeckung hin unter der Beschuldigung des Hochverrates ins Gefängnis geworfen.

Dieser Affäre folgte bald, am 1. Oktober, eine viel ernstere Episode bei Gelegenheit der Abfahrt zweier Ergänzungsbataillone des Prager Regimentes Nr. 28 mit der Bestimmung nach Galizien. Wir geben den Bericht eines Augenzeugen wieder:

Das 3. Territorialbataillon des 28. Infanterieregiments (Marschbataillon) sollte am 1. Oktober nach dem nördlichen Kriegsschauplatz transportiert werden. Im Augenblicke, als die Truppe die Kaserne verlassen sollte, bemerkte der Bataillonskommandant, daß ein Soldat eine weiß-rote Fahne (Farben des Königreichs Böhmen) mit folgender Inschrift trug: „Rote Fahne flattere und erzähle, daß wir nach Rußland müssen und nicht wissen warum.“

Der Oberst befahl einem Korporal, die Fahne wegzunehmen und zu zerstören. Dieser ergriff sie, als wenn er sie wegnehmen wollte, verweigerte jedoch den Gehorsam und gab sie, in der letzten Reihe angekommen, einem anderen Soldaten, der sie von neuem entfaltete. Der Oberst, selbst ein Tscheche, wollte die sofortige Strafe der Beschuldigten befehlen, aber in diesem Augenblicke begann das ganze Bataillon die Gewehre zu laden. Der Offizier, der seine Ohnmacht einsah, war gezwungen, vom Pferd zu steigen und mit den Aufrührern zu verhandeln. Sie erklärten entschieden, daß sie niemals gegen die Russen marschieren würden und tatsächlich haben sie an diesem Tage die Kaserne nicht verlassen. Am andern Morgen bei Tagesanbruch gelang es dennoch — man weiß nicht, durch welches Mittel — dieses Bataillon zum Bahnhof zu bringen, man sagt, daß es später dezimiert worden sei — das heißt, daß jeder zehnte Mann erschossen worden ist — was sehr wahrscheinlich ist.

Einige Tage später war die Reihe am 4. Marschbataillon des 28. Regimentes (jedes Linienregiment hat 4 Marschbataillone, das heißt Territorialbataillone) aus der Stadt nach dem Kriegsschauplatz auszurücken. Wir lassen nochmals einen Augenzeugen über dieses Ereignis berichten:

Gegen 6 Uhr abends wurde der Zug durch die Stadt von der Kaserne Mala Strana gegen den Bahnhof inmitten einer zahllosen Menge geführt. Die Soldaten, in der Mehrzahl Familienväter, Leute von 30 bis 40 Jahren, hatten ihre Mützen über und über mit slawischen Trikoloren geschmückt. Eine große Zahl von ihnen trugen rot-weiße Fähnchen. Es gab keine österreichischen Fahnen. Sie sangen ihre Nationallieder und auch die slawische Hymne „Hej Slovanje“ mit den unterlegten Worten:

„Der Ruß ist für uns
Wer gegen uns ist, den
wird der Franzose zerschmettern.“

Die Aufregung der Menge war ungeheuer. Man hörte Schreie: „Schießt nicht!“ „Ihr wäret Feiglinge, wenn ihr auf die Russen schießen würdet!“ „Übergebt euch so rasch als möglich!“ Und die Soldaten antworteten, indem sie mit den weißen Taschentüchern winkten, die sie aus den Taschen zogen: „Da haben wir schon die weißen Fahnen!“ Die tschechischen Offiziere erblaßten, reagierten aber in der Mehrzahl nicht auf diese Szenen. Sie schritten nicht ein, denn sie wußten wohl, daß ein einziger Funke, ein einziges Wort, eine einzige Verhaftung genügt hätte, um die Truppe zu desorganisieren und einen Aufruhr hervorzurufen. Die Polizei

griff noch weniger ein und die Gendarmen, die übrigens in den mit Leuten gefüllten Straßen sehr spärlich verteilt waren, zogen sich diskret zurück.

Man schien am Vorabend einer Revolution zu stehen. Nur Dank der klugen Taktik der Behörden wurde bei dieser Gelegenheit ein blutiger Zusammenstoß vermieden.

Was ist aus diesem aufrührerischen Bataillon geworden? Man weiß darüber nichts Genaues in Prag. Man sagt nur, daß es ebenso wie das dritte Bataillon desselben Regimentes dezimiert worden sei.

Diese Zwischenfälle zeigen den wahren Zustand Böhmens. Wie lange noch die künstliche Ruhe wird aufrechterhalten werden können, weiß ich nicht. Wie die Haltung des Landes beschaffen sein wird, wenn es der russischen Armee gelingen sollte, die böhmische Grenze zu überschreiten, das können Sie sich ohne Mühe selbst vorstellen."

Wenn auch diese Darstellung nicht in allen Einzelheiten zutrifft, so trifft sie doch das Wesen der Sache. Auf welchen Wegen das neutrale und feindliche Ausland trotz Briefzensur und strengster Grenzkontrolle zur Kenntnis solcher Dinge gelangte, wird später zu erörtern sein.

Aber auch ein direkter Beweis für die wahren Gesinnungen eines großen Teiles der Tschechen liegt vor. Es wurde nämlich in der Untersuchung gegen die Abgeordneten Choc, Vojna, Buřival und Netolický bei der Witwe des seinerzeit in der Haft verstorbenen tschechischen nationalen Abgeordneten Fresl gelegentlich einer Hausdurchsuchung 18 lose

Tagebuchblätter des Abgeordneten Fresl

gefunden, die unter den Prozeßakten unter der Zahl b zu O. Z. 8 erliegen, und die nach dem Urteile in der Strafsache gegen Choc und Genossen*) in den hauptsächlichsten Punkten folgende Schilderung über die Zeit des Kriegsausbruches geben:

„Ergreifend, aber auch tragisch wirkt das Erscheinen der ersten Reservisten. Ihr Aussehen, mit dem Bündelchen, den Frauen und Kindern. Hunger und Not sah der Mehrzahl aus den Augen. Von einer Stimmung für den Krieg ließ sich bei diesen Leuten überhaupt nicht reden. Entscheidend waren zwei Momente: das nationale (slawische Fühlen) und das soziale. Wer in Not ist, will nicht in den Krieg, weil er um sich selbst sorgen muß, und wem es gut geht, der fürchtet erst recht um sein Leben. Der Krieg wurde auf diese Weise sehr unpopulär und allgemein verhaßt, auch seitens der Offiziere . . . . ."

„Das ganze öffentliche Leben hörte infolge der Mobilisierung auf. Die Aufregung und Erregung wuchs. Samstag, den 1. August marschierte

*) Vgl. S. 107 ff. jenes Urteiles.

die Mannschaft des 35. Regiments nach Bosnien. Ich hörte die Soldaten laut murren. Die Stimmung sehr gedrückt. Die Rede des Kommandanten wurde von den Soldaten und dem Publikum gleichgültig aufgenommen. Nur die Kinder schrien „Slava" und die Juden „Hoch".

„Dem Bericht über die zwar teueren, aber doch nur mit Mühe erreichten österreichisch-ungarischen Erfolge gegen Serbien schenkte niemand Glauben (2000 Gefangene und 300 Getötete). Im Gegenteile, während einiger Tage kamen nicht einmal prahlerische Nachrichten und dieses erklärte sich jeder, daß die Serben im Vorgehen sind.

Bei der Abfahrt der Soldaten am 1. August aus Pilsen. Ein Betrunkener. Vor dem Bahnhofe tötete der Soldat sich und die Geliebte . . . . ."

„Die allgemeine Mobilisierung, Samstag, den 1. August wurde beim Landsturm mit einer noch größeren Beunruhigung aufgenommen, als früher die teilweise . . . . jetzt erst sah das Volk, was die Sozialdemokraten mit der Durchlassung des Gesetzes über die Mobilisierung, 10. Dezember 1912, begangen haben . . . . . ."

„Am 1. August kam nach Pilsen die Privatnachricht, daß die Serbien in Bosnien vorgehen, daß sie bereits in Foča sind und daß es in Wien bereits eine Menge Verwundeter gibt . . . . . .! (Kollar: Was Tschechen, Russen, Polen und Serben? Löscht das alles und schreibt Slawen!)" . . . . .

Fresl: „In schweren Augenblicken ist es notwendig, das slawische Fühlen mehr durch Taten zur Geltung zu bringen und nicht bloß in Zeiten der Ruhe auf Banketten. Ein bloßes Bankettslawentum wird uns nicht helfen . . . ."

„. . . . . Es kam zu vielen Erschießungen von Soldaten, welche sich aufgelehnt haben und sagten, daß sie gegen die Serben nicht gehen. Ein gewisser Fiala, Voprsalek."

„Der Kaiser sagte in Schönbrunn, den 30. Juli 1914, in Gegenwart des Dr. Groß, Weiskirchner, Sylvester rc., daß die „Kriegserklärung" an Serbien nach allem gut ist, daß diese „Tat" auf allen Seiten Billigung findet. Niemand sagte ihm, daß es niemand erlaubt ist, dies nicht zu billigen.

Der Charakter der kriegerischen Kundgebungen in Wien.

Sie hörten gleich auf, als es zur allgemeinen Mobilisierung kam. Den Krieg mit Serbien und dadurch auch den europäischen hat die christlichsoziale Partei in Wien hervorgerufen."

„Im Pilsener städtischen Museum ist ein Plakat (?) aus dem Jahre 1866 über einen Sieg Benedeks geschrieben, trotzdem er vollständig geschlagen wurde."

. . . . . „Weil vom Kriegsschauplatz keine Nachrichten kamen, erklärte sich dies die Öffentlichkeit als ein Faktum, daß die Serben in Bosnien und Herzegowina im Fortschreiten begriffen sind.

Am 3. August fanden in Pilsen sechs Begräbnisse von Soldaten statt, welche durch Selbstmord geendet hatten, aus Wut, daß sie in den Krieg gehen mußten. Es waren dies namentlich . . . . .

Aber über solches durfte man nicht schreiben. Viele solcher Fälle bleiben aber überhaupt verheimlicht. Ein bedeutendes Interesse der Öffentlichkeit rief die Neutralität Italiens hervor; die Leute sagten, daß der Krieg, je allgemeiner er sein wird, um so früher beendet sein wird.

Am 5. August . . . Viele bedauerten, daß sie den „Sokol“ besucht haben ꝛc. Sie sind dadurch stärker geworden und deshalb hat man sie angeblich assentiert . . . Der unvorsichtige Ausspruch Dr. Kramář in den „Národní Listy“ vom 3. August 1914, und zwar „daß angeblich nach dem jetzigen Kriege niemand die Grenzen Europas erkennen wird.“

Hierzu bemerkt dann die Urteilsbegründung nur zu richtig:

„Aus solchen Worten, welche derart die Stimmung gegen den Krieg schildern, welche auf so mißgünstige, abfällige Weise über die Haltung der Bevölkerung und der Soldaten sprechen und die eigenen militärischen Erfolge herabsetzen, geht nicht allein der illoyale Charakter des Darstellers hervor, wenn Fresl, insbesondere durch den Hinweis auf die „unvorsichtige“ Haltung Dr. Kramář zu verstehen gegeben hat, daß man in der gegenwärtigen Zeit seine wahre Gesinnung verbergen muß, wenn er nach den angeblichen Worten Kollars („Was, Tschechen, Russen, Polen und Serben? Löscht das alles und schreibt Slawen!“) seine eigenen Worte anführt, nach welchen man das „slawische Fühlen“ mehr durch Taten zur Geltung bringen müsse, so beweist er damit nicht nur seine ausgesprochene staatsfeindliche Gesinnung, sondern darüber hinaus auch sein auf die Betätigung derselben gerichtetes Streben, ein Streben, das sich auch der Vorteile einer geheimen, unter der Maske gegenteiliger Überzeugung verborgenen Haltung bedienen will.“

Die Urteilsbegründung erwähnt bei dieser Gelegenheit noch den Einwand der übrigen Angeklagten, daß Fresl im Herbst 1914 und im Jahre 1915 sowohl physisch als seelisch schwer krank und überreizt gewesen sei und die Angeklagten ihn nicht mehr für normal gehalten haben und sagt dazu: „Wie wenig aber Fresl im Jahre 1914 anders gewesen ist als früher, dies nachzuweisen genügt nur der Hinweis auf die Tatsache, daß Fresl, wie aus O. Z. 195 hervorgeht, am 2. Dezember 1908, dem Tage des Regierungsjubiläums unseres Kaisers, durch Heranziehung des Straßenmobs die Abhaltung der Huldigungsfeier im Tschechischen Theater in Pilsen, welche in der Aufstellung eines Huldigungsbildes und dem Vortrage der Volkshymne bestehen sollte, unmöglich machte, weswegen gegen ihn wegen Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit und Majestätsbeleidigung die strafgerichtliche Untersuchung eingeleitet worden ist. Der Zweck des Einwandes der Angeklagten ist also ein zu durchsichtiger und erscheint vollständig haltlos.“

Die von ihm selbst dargelegten Ansichten des Abgeordneten Fresl und seiner Anhänger können die tschechischen Abgeordneten denn doch nicht für „Stimmungsmache“ erklären.

Besonders klagt die bekannte Anfrage Staněk vom 3. Juli über die grausame „Persekution“, die gegen

IV. b)

„die tschechischen Schulbücher“

unternommen wurde. Aber sogar aus diesem von den Tschechen gewiß zu ihrem Gunsten ausgewählten Material erhalten wir dennoch recht bezeichnende wertvolle Aufschlüsse darüber, wie die Vergiftung der tschechischen Jugend und damit des Volkes mit staatsfeindlichen Ideen betrieben worden ist. Wir lassen daher einige Angaben daraus folgen:

„So wurden zum Beispiel bei der Verlegerfirma „J. Otto“ in Prag im ganzen 41 Bücher vom Schulgebrauche ausgeschlossen. Sämtliche Bücher waren vom Ministerium für Kultus und Unterricht geprüft und approbiert, manche bereits in zwei Auflagen, andere stehen schon seit dem Jahre 1898 in Gebrauch. Říhas Deutsche Sprachlehre, Horčičkas Böhmische Sprachlehre 18 Jahre, Pateras Geographie in I. Auflage 17 Jahre, Mončkas Gesangbuch 15 Jahre, Říhas Schule der böhmischen Sprache 14 Jahre usw. Horčičkas Lehrbücher sind im Jahre 1900 erschienen, stehen somit 16 Jahre in Verwendung, diese Bücher haben schon eine ganze Generation von Bürgern erzogen, die gewissenhaft ihre staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen (!!) und sind daher (!) keineswegs anstößig. Andere Bücher desselben Verlages wurden nach einer langen und kostspieligen Prozedur bereits während der Kriegszeit approbiert (III. Teil der beiden Horčičkaschen Lehrbücher wurden im Jahre 1915 approbiert), aber einige Monate später wurden diese Bücher als schlecht erklärt und ausgeschlossen.

Das gleiche Schicksal ereilte auch zahlreiche im Verlage der „Union“, der Firma „D. L. Kober“, des Lehrerkonsortiums „Komenium“, im Rašinschen, Kytkaschen Verlage in Prag herausgegebenen Bücher, ja sogar auch namentlich den

k. k. Schulbücherverlag

selbst, wo die Lehrbücher von Grund aus geändert wurden.

.... Und wenn wir fragen, welche Schulfachleute es waren, die ohne Rücksicht sowohl auf die materiellen Riesenschäden, als auch auf den Niedergang des Schulwesens und des Unterrichtes in der Zeitperiode der größten Beschränkung der bürgerlichen Freiheiten absolutistisch in Sachen hausten, die den Eltern und der Nation als heiligste gelten, in den Sachen der Erziehung der nationalen Generation, in den Grundlagen der nationalen Kultur? Die Lesebücherzensur fand heimlich statt, diese äußerst verantwortliche Arbeit versahen Personen, die der Öffentlichkeit verheimlicht blieben und was das traurigste dabei ist, waren es nicht immer Schulfachleute! Und welche Gründe waren es, mit denen diese unberufenen Zensoren ihre Vereinigungsarbeit motivierten? Daß der österreichische Staatsgedanke zu wenig gefördert werde, daß die Lesebücher wenig Erwähnung über hervorragende Persönlichkeiten Österreichs, über österreichische Feldherren und Nationalhelden enthalten, daß sie wenig Liebe zum weiteren Vaterlande, dagegen zuviel zu der engeren Heimat wecken, daß sie zu wenig Liebe zu dem Militärstande wecken. Es wurde bemängelt, daß die Worte, Sätze oder ganze Abschnitte verschiedener Abhandlungen panslawistischer Tendenz sind oder daß durch dieselben bei den Schulen Feindschaft gegen unsere Kriegsverbündeten gepflegt werde. Von dem Gesichtspunkte der tendenziös konstruierten Idee des österreichischen Staatsgedankens wurde in den rein belehrenden Abhandlungen Mangel an patriotischer Empfindung erblickt, es wurden nicht nur literarische, sondern auch historische Abhandlungen korrigiert, geographische Angaben umgearbeitet, die Geschichte der ruhmvollen Zeiten der böhmischen Nation umgearbeitet, zum Beispiel die Geschichte der Hussitenzeit vom einseitigen, engherzigen, religiösen Gesichtspunkte, es wurden Anleitungen herausgegeben, wie auch die Fachlehrbücher, zum Beispiel Lehrbücher für Naturgeschichte, Physik, Geometrie, Landwirtschaftslehre u. dgl. patriotisch einzurichten sind. Die Grundlagen aller Wissenschaften, die den jugendlichen Seelen in den untersten Schulen beigebracht werden, sollen im Geiste des Weltkrieges gefärbt sein, die reine ewige Kultur (!) soll das Gewand momentaner gegenwärtiger Interessen erhalten, die durch die gegenwärtige Kriegstragödie hervorgerufen wurden. Und diese ganze, teils bereits vollzogene, teils weiter vorbereitete Umwälzung findet ohne Einfluß der Schule, ohne Einfluß von Schulinstitutionen, ohne Einfluß der Bevölkerung statt, um deren Kinder es sich handelt! Beinahe alle Maßnahmen stammen von den Präsidien der Landesschulräte, nicht aus Plenarbeschlüssen. (Über die Ursachen dieser „Persekution“ vergleiche Seite 40.)

Wenn wir alles an dem böhmischen Schulwesen während des Krieges begangene Unrecht vorführen wollten, wäre es ein Buch von riesigem Umfange. In unsere Interpellation wollen wir daher nur einige Proben der Konfiskations- und Zensurpraxis anführen, um zu zeigen, worüber wir im vorstehenden kurz und objektiv klagten. Einige Proben aus dem Herčíkschen böhmischen Lesebuch für Knabenbürgerschulen, III. Teil und II. umgearbeitete Auflage. Die biographische Abhandlung „Wenzel Matthias Kramerius“ wurde wegen den Worten „und so paralysierte er den Einfluß der Germanisation, die in den josephinischen Zeiten unsere Nation schwer drückte“ konfisziert. Der Auszug aus dem Gedichte „Slávy dcera“ von J. Kollár wurde als unpassend befunden, ebenso der Auszug aus dem Werke Palackýs „Geschichte der böhmischen Nation“ über die Schlacht bei Taus im Jahre 1431 und die Rede des Franz Palacký bei der Grundsteinlegung des Nationaltheaters vom 16. Mai 1868.

Das Gedicht „Veliká panichida“ (Die große Panichide) aus dem Werke „Ohlas písní ruských“ (Der Widerhall der russischen Lieder) von F. L. Čelakovský wurde als unpassend befunden, da es den Tod russischer Kämpfer während des französisch-russischen Krieges verherrlicht. Der Artikel von K. Havlíček Borovský „Smělé ku předu“ (Wacker nach Vorwärts) wurde bemängelt, weil er politisch sei, ebenso das „Schreiben Havlíčeks an Palacký“, weil es angeblich bei den Kindern neben dem Mitleid mit Havlíček und seiner Familie, Haß gegen die Regierungsmaßnahmen hervorrufen könnte. Das Gedicht von Fr. S. Procházka „Žluté kvítí“ (Gelbe Blüten) wurde beanstandet, weil es angeblich die traurige Verlassenheit der königlichen Burg am Hradschin in Prag schildert.

Beanstandet wurde das Gedicht von Sv. Čech „Husita na Baltu“, (Der Husite am Baltischen Meere), das Gedicht von El. Krásnohorská „Chodská“ (Das Chodenlied), dieses deshalb, weil es erzählt, daß aus Deutschland zu uns nur Stürme, Elend und Krieg kommen. Ferner wurde ein Auszug aus dem Roman „F. L. Věk“ von Jirásek „Mladý Věk na studiích“ (Der junge Věk als Student) bemängelt, weil hier die Behandlung böhmischer Schüler an deutschen Schulen geschildert und hierdurch Haß gegen die deutsche Sprache und gegen die Professoren erweckt wurde. Das Gedicht „Osterballade“ von Anton Klášterský wurde beanstandet, weil es die politischen Führer Sladkovský und Trojan betrifft, die Biographie des Schriftstellers Josef Holeček, weil in derselben die Worte „slawische Gegenseitigkeit“, „der Kampf der Südslawen“, die Worte „er besuchte Rußland“ und die Titel seiner Werke „Für Freiheit“ und „Montenegrinische Erzählungen“ vorkommen. In der Abhandlung von Fr. Žákovec „Der heilige Wenzeslaus von Aleš“ wurde die Weglassung der Worte „unter den Klängen des Husitengesanges“, „Wer seid Ihr Gotteskämpfer“

angeordnet. Ferner wurde die Weglassung des Gedichtes „Drei Ringe" von J. Sv. Machar, und zwar vom strengen katholischen Standpunkte angeordnet, weil durch dasselbe Zweifel über die Richtigkeit des katholischen Glaubens erweckt werden.

Beanstandet wurde die Biographie des Alois Jirásek von J. Sv. Machar und die Biographie des J. Sv. Machar, diese deshalb, weil in derselben die Titel der konfiszierten Bücher angeführt sind. Übergehen wir weiter zum „Böhmischen Lehrbuch für Knabenbürgerschulen", I. Teil, II. Auflage von Kuser und Horčička. In diesem Lehrbuch wurde das Gedicht „Nachtgespräch" wegen der Worte „und es antwortet die heimatliche Gegend in der süßen russischen Sprache" konfisziert. Als unpassend wurde bezeichnet das Gedicht von Karl Havlíček-Borovský: „Mein Lied"

Versprechet mir,
Befehlet mir,
Drohet mir,
Ich werde doch nicht zum Verräter!
Meine Farbe ist Rot und Weiß,
Mein Erbe Ehrlichkeit und Kraft.

Beanstandet wurde der Auszug aus den Erinnerungen des Alois Jirásek, „Im deutschen Lande", weil er dort angeblich die Marter der in deutsche Gegenden geschickten böhmischen Kinder schildert. Dasselbe habe ein deutsches Kind zu ertragen, wenn es auf „Wechsel" in eine böhmische Gegend kommt.

In dem Artikel, „Wie lehrte die Großmutter die Kinder die Heimat zu lieben", mußten die Worte „als daß ich mir die Kinder entfremden ließe" weggelassen und durch die Worte „und ich blieb lieber in unserem Lande und im lieben Österreich" ersetzt werden *). In der Abhandlung „Der Zauber der Muttersprache" wurde die Weglassung der Worte: „Nie zuvor und niemals nachher wurde mir die Bedeutung der Muttersprache so nachdrücklich beleuchtet, wie in diesem Augenblicke. Der alte Herr war offenbar ein geborener Böhme, er ist Ende des achtzehnten Jahrhunderts geboren und als Beamter längst deutsch geworden. Doch es hilft nichts! Er flüchtete sich doch als es ihm am schlechtesten ging, als er Erleichterung suchte zur Muttersprache, die er am Schoße der Mutter vernahm." Es wurde angeordnet, das Gedicht von K. Kálal „Die slowakische Sprache":

Ich bin stolz, ich bin ein Slowake,
Zurück, wer mich verspottet!
Wer kann die Blitze der Morgensonne
In der Früh bei Tagesanbruch auslöschen?
Wer erschöpft das Meerwasser,

*) Allerdings schrecklich!

Wer kann die hellen Sterne herunterreißen?
Es wäre eine vergebliche Mühe:
Noch vergeblicher ist der Wunsch des Mörders,
Daß unsere Nation zu bestehen aufhöre!

Es sei leicht zu erraten, wen der Slowake als seinen Mörder bezeichnet.

In der Abhandlung „Gegen den Alkohol" wurde die Weglassung der Unterschriften der Verfasser: „Masaryk" und „Alice Masaryk" angeordnet, desgleichen beim Aphorismus „Ohne gesunde Familie gibt es keine gesunde Nation, ohne Nation sind wir niemand etwas" die Weglassung der Unterschrift „T. G. Masaryk" eventuell des ganzen Aphorismus, obwohl er gut sei.

In der Abhandlung „Božena Němcová" wurde die Weglassung des Satzes „Doch dadurch hat sie die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich gelenkt, bei welchen ihr Gatte wegen seiner patriotischen Gesinnung nicht beliebt war,*) und der Aufenthalt in der Slowakei wurde ihr so unbequem gemacht, daß sie lieber wieder nach Prag zurückkehrte . . .", bei den Biographien „Johann Neruda" und „Svatopluk Čech" wurde eine andere Redigierung derselben angeordnet. Wie sie zu revidieren seien, wurde nicht näher angegeben.

Betrachten wir nun das Lesebuch für die Fortbildungskurse an Bürgerschulen von Horčička und Klima!

Hier wurde angeordnet, den Auszug aus der Übersetzung des Eugen Onègin von A. F. Jung wegzulassen.

In der Abhandlung „Die Hauptströmungen in der Geschichte der böhmischen Literatur" wurde die Eliminierung des nachstehenden Satzes angeordnet: „Zu Hause wurden nicht nur Bücher, die den katholischen Reformatoren, namentlich jenen aus dem Jesuitenorden als bedenklich vorkamen, sondern überhaupt alle böhmischen Bücher verboten und verbrannt. Der berüchtigte Konias soll während seiner unheilvollen Wirksamkeit ungefähr 30.000 böhmische Bücher verbrannt haben." An dessen Stelle wurde die Einschaltung des Satzes: „Zu Hause wurden Bücher verboten, die anstößig erschienen." In demselben Artikel wurde ferner die Weglassung des Satzes „Josef II., der seinen Staat einheitlich (mit einheitlicher deutscher Sprache) haben wollte, rief einerseits bei den böhmischen Ständen, andrerseits auch bei gelehrten Priestern und Gelehrten Widerstand hervor." Dieser Satz könnte angeblich Widerstand gegen staatliche Einrichtungen hervorrufen. In der Abhandlung des Dr. Ulrich Koštál „Die Befruchtung der Pflanzen" wurde die Eliminierung

*) Was muß das für eine „patriotische" Gesinnung gewesen sein?

des Satzes: „Die befruchteten Blüten neigen sich keusch nieder und schließen ihre Mündung mittels einer zungenförmigen Kappe, während die nichtbefruchteten aufrecht stehen und die Öffnung in die Stempelröhre offen haben. . . . “ Ferner wurde die Weglassung des Artikels „Abschnitte aus den Abhandlungen und Reden des Dr. Mir Tyrš“ angeordnet, weil sie auf das Gebiet des Vereinswesens hinübergreife und den wahren Patriotismus keineswegs fördere, desgleichen des Artikels von T. G. Masaryk „Über die Liebe zum Vaterlande und der Nation“, weil sie angeblich den Anhauch einer Polemik besitze und die Schüler in den geheiligten Gefühlen nicht stärken, sondern eher irreführen könnte.

Betrachten wir nun das böhmische Lesebuch für Bürgerschulen II. Teil von Ruser und Horčička! Es wurde die Eliminierung des Gedichtes von L. Quis „Wie Hans in den Himmel kam“, angeordnet, weil in demselben angeblich die Schüchternheit des Böhmen und die Zudringlichkeit des Deutschen geschildert werde, desgleichen des Gedichtes von F. X. Svoboda: „Ein volkstümliches Motiv“, weil durch dasselbe — angeblich — Erbitterung und Schmerz wegen Ungerechtigkeit zur böhmischen Nation erweckt werde.

Desgleichen wurde ein Auszug aus dem historischen Stücke Al. Jirásek „Johann Žižka“ beanstandet, weil dieser Artikel weder in religiöser noch in dynastischer Hinsicht in ein Lesebuch passe

Ferner wurde die Weglassung der dem Werke des Ernst Denis entnommenen Abhandlung „Das Märtyrertum der böhmischen Landgemeinden während des 30jährigen Krieges“ angeordnet.

In der Abhandlung „Der Beginn meiner literarischen Tätigkeit“ von Karoline Světlá befindet sich der Satz „. . . ganz zufällig wurde ein erfahrener Lehrer, ein allseitig gebildeter Mann, jedoch — ein verbissener Deutscher und ein absoluter Feind der Frauenbestrebungen erworben“. Es wurde angeordnet, die Worte „ein verbissener Deutscher“ auszuschalten. *)

In dem Artikel Karoline Světlá heißt es: „Ihr Schicksal in deutschen Schulen hat sie später in meinen Erinnerungen rührend und warm geschildert. Die fortwährenden Verspottungen, denen die böhmische Nation und das böhmische Vaterland preisgegeben waren, reizten sie und zwangen sie, sich in die ärgsten nationalen Streitigkeiten nicht nur mit ihrem Lehrer, sondern auch mit deutschen Kindern einzulassen . . .“. Es wurde angeordnet, diesen Satz zu eliminieren, weil hier von der deutschen Schule Erwähnung geschieht, in welcher die böhmische Nation verspottet wurde. In der Abhandlung „Jaroslav Vrchlický“ wurde die Eliminierung der Worte „nach dem ihm das Leben im Seminar zuwider geworden ist“ angeordnet.

*) Allerdings schrecklich.

Das denkwürdige „Schreiben des Hus“ an die böhmische Nation aus Konstanz vom 4. Juni 1415 sei überhaupt wegzulassen. Gründe wurden nicht angegeben.

Betrachten wir ferner einige Beispiele aus dem Rechenbuche für Knabenbürgerschulen, III. Teil, von Horčička und Nešpor.

Es wurde die Weglassung des nachstehenden Beispieles angeordnet:

„In den Sammelbüchsen der „Ústřední Matice Školská“ (des böhmischen Zentralschulvereins) wurden 115 Francs und 236 Cts. gefunden. Wieviel bekam der Verein für dieses Geld vom Wechselstubenbesitzer (nach dem Kursblatte).“

Es werde dort unpassend die Sammelbüchse des böhmischen Zentralschulvereines mit der französischen Währung in Verbindung gebracht.

Führen wir nun einige Proben der Zensurpraxis aus dem Lesebuche für Knaben- und Mädchenbürgerschulen von Horčička und Pozdník an:

Es wurde angeordnet, die Abhandlung: „In der alten Schule“ von Božena Němec wegzulassen, weil dort angeblich in einer nicht entsprechenden Weise der deutsche Sprachunterricht und die vom Lehrer verhängten Strafen, wenn die Schüler nicht gute deutsche Aufgaben lieferten, geschildert werde. Es werde hierdurch eine Abneigung gegen die deutsche Sprache und gegen den Lehrer erweckt.

Ebenso wurde der Artikel „böhmisches Kind gehört in böhmische Schule“ von V. Kamil Jeřábek beanstandet, weil dort angeblich in drastischer Weise die Qualen eines Studenten in deutscher Schule geschildert werden.

„Die Erinnerungen aus der Kindheit“ von Josef Sv. Machar wurden beanstandet, weil sie angeblich schlechtes Beispiel geben.

In dem Artikel „Liebet das Vaterland und die Nation!“ wurde der Satz: „unterstützet die Nationalunternehmungen und Nationalvereine, namentlich die Ústřední Matice Školská“ beanstandet, weil zu erwarten sei, daß auch die Lesebücher anderer Nationen nicht in ähnlicher Weise geschrieben sein werden. *)

In der Abhandlung „Prag“ wurde die Eliminierung des Satzes: „Die Gegner der böhmischen Nation versuchten seit Jahrhunderten Mißtrauen zwischen dem Königreich und der Markgrafschaft zu erwecken“, ferner des Satzes: „alle verbeugen wir uns vor Hus“ angeordnet.

*) Sehr richtig!

In dem Artikel: „Unsere Monarchie“ wurde die Weglassung des Satzes: „Sage nicht, daß es Patriotismus sei, wenn jemand andere Völker haßt oder sich nach dem Kriege sehnt, denn der Trieb ist ein Überrest des Barbarentums“ (Tolstoj). Diese Notiz über den Krieg eigne sich nicht für die gegenwärtige Zeit, doch die Zeiten ändern sich angeblich. (!)

In dem Übungsbuche der deutschen Sprache für Bürgerschulen, III. Teil, von Ulrich wurde die Weglassung des nachstehenden, als anstößig bezeichneten Artikels:

„Die drei Fragen.“

„Der deutsche Kaiser Friedrich der Große hatte die Gewohnheit, jedesmal, wenn er unter seinen Gardesoldaten ein neues Gesicht bemerkte, die drei Fragen zu stellen: „Wie alt bist du? Seit wann stehst du in meinen Diensten? Erhältst du deine Kleidung und Löhnung nach Gebühr?“

Nun trat einmal ein junger Franzose in die Garde ein. Er verstand jedoch kein Wort deutsch. Sein Hauptmann teilte ihm mit, was der Kaiser immer fragt und der Soldat lernte die betreffenden Antworten auswendig.

Am folgenden Tage erschien der Kaiser, er begann aber diesmal mit der zweiten Frage: „Wie lange stehst Du in meinen Diensten?“ „Einundzwanzig Jahre“ antwortete der Soldat. Überrascht fragte der Kaiser weiter: „Wie alt bist Du?“ „Ein Jahr, zu Befehl!“ Friedrich, noch erstaunter, erklärte nun: „Einer von uns ist verrückt, ich oder Du!“ Da der Soldat die Frage hörte, antwortete er stramm: „Beide!“ Jetzt zeigte es sich erst, daß der Soldat kein Wort deutsch versteht und der Kaiser lachte herzlich über den Vorfall.“

In dem böhmischen Lesebuche für Knabenbürgerschulen, II. Teil, II. Auflage, von Kufer und Hořička, wurde das Gedicht „Ein volkstümliches Motiv“ von F. X. Svoboda konfisziert, weil es angeblich Erbitterung und Schmerz über die Unzufriedenheit mit der böhmischen Nation erwecke. Ferner wurde das Gedicht „Eine Romanze über Karl IV.“ von J. Neruda konfisziert, weil Karl IV. niemals so gesprochen habe, wie es dort geschildert werde.

Beanstandet wurde die Auswahl aus dem Gedichte „Lešetinský kovář“ („Der Schmied von Leschetin“) von Sv. Čech, als für die gegenwärtige Zeit unpraktisch. Desgleichen wurde der Artikel „Kozina stirbt für die Rechte der Choden“ aus dem Werke „Psohlavci“ von Al. Jirásek beanstandet, weil er angeblich aufregend ist und weil dort der Tod eines Verurteilten, der die Rechte gegen die Obrigkeit verteidigt, in rührender Weise geschildert wird.

Aus dem Artikel „Das erste böhmische Passionsspiel“ nach dem Werke des Alois Jirásek „Sousedé“ („Die Nachbarn“) mußten einige Abschnitte weggelassen werden, weil in denselben von Klöstern, von Haß gegen die böhmische Geschichte die Rede ist. Im Auszuge aus dem Lustspiel „Die Frau Münzmeister“ von L. Stroupežnický mußten die Worte „. . . und eine treue Verehrerin des Andenkens des Hus“ wegfallen.

Der dem Werke des K. Havlíček Borovský „Bilder aus Rußland“ entnommene Artikel „Der Festtag der Orthodoxie“ mußte weggelassen werden, weil angeblich dadurch Achtung und Zuneigung zur Orthodoxie erweckt wird. Der Artikel schildert die russischen kirchlichen Zeremonien in Moskau und die nationale Erziehung in der Kirche.

Es wurde angeordnet, den Artikel „Magister Johannes Hus“ wegzulassen, weil in demselben von der Geschichte und von der Religion die Rede sei. Es wurde dort erzählt, daß er mit der ganzen Seele zum Anhänger der Ideen Wicliffs geworden ist und daß er das Leben des unwürdigen „Antichristi“ der Geistlichkeit rügte.

In der Abhandlung „Franz Ladislaus Čelakovský“ wurde die Eliminierung des nachfolgenden Absatzes angeordnet: „Es sollte also eine Anstellung in Rußland helfen: eine Bibliothekarstelle, eine Professur oder etwas Ähnliches. Doch zu jener Zeit war es schwer, einen Reisepaß über die Grenze zu bekommen und auch Čelakovský hat ihn trotz aller Bemühungen nicht erlangt. Es blieb daher nichts anderes übrig, als sich nach einer Erzieherstelle umzusehen und zu Hause zu bleiben. Čelakovský war dem böhmischen Vaterlande erhalten und unserer Literatur gereichte sein persönlicher Mißerfolg zum großen Vorteile.“

Im Lehrbuche „Diktate für Bürgerschulen und Volksschulen“ von Truhlář-Špalek wurden folgende Artikel beanstandet: „Wie Tolstoi an Spaziergängen Gefallen fand“, „Im Krieg“ (wegen der Worte „und der Krieg, ein Werk der Hölle“), „Die Sokolexpedition nach London“, „Erinnerungen eines japanischen Gelehrten an den Aufenthalt in Böhmen“, „Über Hus“, „Josef Georg Stoßmayer“. Wenn man diese Artikel durchliest, kann man wahrlich keine anderen Beweggründe des Zensors finden, als daß dort vom russischen Schriftsteller Tolstoi, von dem Sokolwesen, von London, von einem japanischen Gelehrten, vom Magister Johannes Hus und von der ehemaligen Stellung der Kroaten in Transleithanien die Rede ist. (!)

Eine ähnliche, dem gesunden Verstande geradezu unbegreifliche Zensurpraxis findet man auch in anderen Lehrbüchern, in böhmischen Sprachbüchern für Bürgerschulen (Hötzl, Hraba, Ott), in der

Geschichte für Bürgerschulen (Gebauer, Jirák, Reitler), in der Geographie für Bürgerschulen (Hötzl), in der Geschichte für Lehrerbildungsanstalten (Josef Letošník), welches Buch vom Direktor einer Lehrerbildungsanstalt verfaßt wurde und 30 Jahre in Verwendung stand, im Lehrbuche der Geschichte für Knaben- und Mädchenbürgerschulen von Titl und Zelený usw.

In dem Lehrbuche „Stručná slovesnost“ (Kurzgefaßte Anthologie) von Slejhar und Zenkel mußte unter den Schriftstellernamen der Name Sv. Machar, ferner der Satz: „Nach der Schlacht am Weißen Berge fristete das Böhmische nur sein Dasein ebenso wie überhaupt alles, was böhmisch ist“ wegfallen, ebenso unter den Schriftstellernamen der Name Tolstoj, ferner mußte der als Beispiel eines elegischen Doppelverses angeführte Doppelvers Kollars: „Wer selbst der Freiheit würdig ist, versteht es, jede Freiheit zu würdigen, derjenige, der die Sklaven fesselt, ist selbst ein Sklave. Die höchste aller Lastertaten ist die Lastertat, im Unglück über Lastertaten zu fluchen, derjenige tut besser, der den Zorn des Himmels mit der Tat zu beschwichtigen sucht“, eliminiert werden. Im selben Lehrbuche mußte das Beispiel der Versklangnachahmung „Slavme slavně slávu slavných slavů“ (feiern wir feierlich den Ruhm der ruhmvollen Slawen)“, ferner das Beispiel des Wechselrhythmus: „In den Ruinen schlummerte die böhmische Nation wie ein verzauberter Prinz in einer verlassenen Burg, wo der Wind klagend um das Burgtor und über den Rasen im verlassenen Garten wehte“, weggelassen werden. Ebenso mußte das Beispiel der Antithese wegfallen: „Es bedeckte nicht das Herbstlaub das Tal, das Tälchen, sondern es rutschte mit dem russischen Heere das Land, das Ländchen.“ (!!)

Ferner mußte das Beispiel der Inversion wegfallen: „Wo sich ehemals die schönstimmige Zunge der anmutigen Slawen vernehmen ließ, da verstummte sie, nachdem sie zum Anstoß des Stolzes wurde.“ In den kurzgefaßten Notizen über böhmische Schriftsteller mußte wegfallen: „Bezruč Petr, Pseudonym des Paul Vašek (*1867), Dichter von starker Revolte, von leidenschaftlicher und mächtiger Kraft“, „Herben Johann (*1857), Philosophiedoktor, Belletrist, historischer und ethnographischer Schriftsteller“, „Machar Johann Svatopluk (*1864), Dichter, Realist, Satyriker und Feuilletonist“, „Masaryk Thomas G. (*1850) Universitätsprofessor, Philosoph, Kritiker und Politiker“, „Tolstoj Leo Nikolajevič“ (kurzgefaßte Biographie desselben).

Auf Grund des Erlasses des k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 17. März 1916, Z. 687, wurden weitere, früher approbierte Lehrbücher ausgeschlossen, und zwar Říha-Fryba, französische Sprachlehre und Lesebuch für Bürgerschulen, I. bis III. Stufe. In welcher Richtung sich die Reform bewegte, ist aus nachstehender Probe hübsch ersichtlich.

Artikel 17 lautete:

Autriche-Hongrie.

1. (premierement.) Pays cisleithans: la Basse-Autriche, dont la capitale est Vienne, la résidence de l'empereur et roi; la Haute-Autriche, le Salzbourg, la Styrie, la Carinthie. la Carniole, Gorice et Gradisca; Trieste, l'Istrie, la Dalmatie, le Tyrol avec le Vorarlberg; la Bohéme, capitale Prague, la Moravie. capitale Brunn, la Silésie, capitale Troppau; la Galicie et la Bukovine.

(Deutsch): Österreich-Ungarn.

1. (Erstens): Zisleithanien: Niederösterreich mit der Hauptstadt Wien, Residenz des Kaisers und Königs, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Görz-Gradiska; Triest, Istrien, Dalmatien, Tirol mit Vorarlberg, Böhmen, Hauptstadt Prag, Mähren, Hauptstadt Brünn, Schlesien, Hauptstadt Troppau, Galizien und Bukowina).

In neuer Auflage wurde es in folgender Weise umgearbeitet:

Autriche-Hongrie.

1. (premierement.) Pays cisleithans: la Basse-Autriche, dont la capitale est Vienne, la résidence de l'empereur et roi; la Haute-Autriche, la Bohéme, la Bukovine, la Carinthie, la Carniole, la Dalmatie, la Galicie, Gorice et Gradisca, l'Istrie, la Moravie, le Salzbourg, la Silésie, la Styrie, Trieste, le Tyrol avec le Vorarlberg.

(Deutsch)): Österreich-Ungarn.

1. (Erstens): Zisleithanien: Niederösterreich mit der Hauptstadt Wien, die Residenz des Kaisers und Königs, Oberösterreich, Böhmen, Bukowina, Kärnten, Krain, Dalmatien, Galizien, Görz und Gradiska, Istrien, Mähren, Salzburg, Schlesien, Steiermark. Triest, Tirol mit Vorarlberg.

Mit dem Erlasse des k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 7. Mai 1916, Z. 1617, wurden folgende Lehrbücher ausgeschlossen: Gebauer-Novák, böhmische Sprachlehre für Bürgerschulen mit Stil- und Literaturlehre, Říha-Sláma, deutsche Sprachlehre und Lehrbuch für Bürgerschulen, I. bis III. Teil. So wie sonst, wurde auch hier die Nennung von Wien und Berlin vor den Hauptstädten der anderen Staaten angeordnet. Anstatt der Beispiele aus dem russischen, englischen und französischen Milieu sind Beispiele aus Österreich und Deutschland zu wählen, jede Erwähnung über

Angehörige der im feindlichen Verhältnisse zu uns stehenden Staaten mußte wegfallen.

In der deutschen Sprachlehre von Říha und Sláma wurde der Satz: „Der Löwe ist der König der Tiere“ durch den Satz „Österreich ist mein Vaterland“ ersetzt*), „Der Böhme ist ein Slawe“ durch den Satz: „Der Böhme ist ein Österreicher*)“. Der Satz: „Die Böhmin ist eine Slawin“ mußte wegfallen.

Der Artikel: „Ich war in London. Du warst in Paris. Er war in Wien. Sie war in Petersburg. Wir waren in Rom. Ihr waret in Berlin. Sie waren in Madrid“ wurde durch folgenden Artikel ersetzt: „Ich war in Wien. Du warst in Berlin. Er war in Linz. Sie war in München. Wir waren in Pola. Ihr waret in Leipzig. Sie waren in Hamburg.“

Die Sätze: „Wann bin ich in England gewesen? Warum bist du nicht in England gewesen?“ wurden durch folgende Sätze ersetzt: „Wann bin ich in Österreich gewesen? Warum bin ich nicht in Deutschland gewesen?“

Im Artikel 17 sollte aufgezählt werden, wo sich Slawen befinden. Anstatt des Begriffes Slawe mußte hier der Begriff Österreicher gesetzt werden*), aber dann mußte auch hier der Begriff „Serbe“ wegfallen. Bei der Aufzählung der Städtenamen mußten die Namen London, Paris, Petersburg, Rom, Madrid wegfallen, bei der Aufzählung der Ländernamen wie Namen England, Frankreich, Rußland, Italien. Im Wörterbüchel zu diesem Buch mußten die Worte: französisch, Frankreich, London, Paris, Rom, slawisch u. a. wegfallen.

Charakteristisch ist jedenfalls das amtliche Gutachten über das böhmische Übungsbuch und Sprachlehre und Stillehre für Bürgerschulen von Karl Novák. Der auf Seite 90 unter 330 bis 337 abgedruckte Satz: „Der angenehmste Aufenthalt für einen Gebildeten soll in Zürich sein“ wäre auszuschalten, „weil sich in dieser Stadt Masaryk und andere Elemente aufgehalten haben und somit dieser Text zu verschiedenen Bemerkungen Anlaß geben könnte.“

Der verdiente pädagogische Schriftsteller Franz Hrnčíř hat ein Hilfsbuch für Schulen: „Die Länder der böhmischen Krone“**) herausgegeben, von dem bereits 37 Auflagen erschienen sind; die erste Auflage bereits im Jahre 1896, die letzte im Jahre 1913. Gedruckt wurde es in Rokytzan, Böhmischbrod und in Nimburg. Siebenunddreißigmal wurde dieses Werk zensuriert, immer gleich (nur die Ziffern wurden richtiggestellt), bis plötzlich im Jahre 1916 diese Publikation wegen zwei Verbrechen des Hochverrates und des Vergehens der Aufwiegelung konfisziert wurde. Dies geschah mit Urteil des k. k. Kreisgerichtes in Pilsen als Preßgericht über Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft vom 27. Juni 1916. Der eine Fall des Hochverrates sei durch den Satz: „Westlich von Prag erhebt sich der Weiße Berg, das unglückliche Schlachtfeld vom 8. November 1620, wo die Selbständigkeit des Königreiches Böhmen und der böhmischen Nation begraben wurde“; der andere Hochverratsfall soll durch die Endverzierung auf der letzten Seite des Werkchens, wo die drei Wappen der Länder der böhmischen Krone abgebildet sind, begangen worden sein. Das Vergehen der Aufwiegelung sei durch den Satz: „Der Handel in Schlesien ist lebhaft, befindet sich jedoch in deutschen und jüdischen Händen“ begangen worden.

Das Kreisgericht in Pilsen bewilligte über Ersuchen des Schriftstellers, daß er aus dem Buche die beanstandeten Blätter herausschneide und den Rest behalte. Als er jedoch eine verbesserte Auflage (die betreffenden Stellen weglassend) veranstalten wollte, wurde ihm mitgeteilt, daß die neue Ausgabe wegen des Titels „Länder der böhmischen Krone“ nicht bewilligt würde! Dieses betrifft freilich nur Hilfsbücher für die Schule, aber dieser Fall ist höchst charakteristisch. Charakteristisch ist es auch dafür, mit welcher Strenge man gegen die wissenschaftlich historisch richtige Benennung (!) „Länder der böhmischen Krone“, aufgetreten ist.

Dieser Titel wurde aus allen Lehrbüchern der Geschichte und Geographie abgeschafft, wegen dieses Titels wurden geographische Landkarten beanstandet, dieser Benennung durfte man sich beim Unterrichte, beim Prüfen der Schüler u. dgl. nicht bedienen.

Bei der Begutachtung der zu genehmigenden geographischen Lehrbücher wurde ausgestellt, daß man für das Land, wo man geboren ist, nicht die Benennung „engeres Vaterland“ gebraucht; es wurde angeordnet, Worte: „der ehemalige Ruhm des böhmischen Staates u. a.“ auszulassen. Welche Verhältnisse im böhmischen Schulwesen eingetreten sind, sieht man daraus, daß die Weglassung folgender Sätze verlangt wurde: „War ja Wien im XIII. Jahrhundert auch der Sitz Přemysl Ottokars. Gegenwärtig leben hier ungefähr 400.000 Böhmen, von denen die Hälfte ihrer böhmischen Herkunft treu blieb. Hier auf dem größten Kriegsschauplatze Europas kämpften schon die Römer mit den Markomanen, Karl der Große mit den Avaren, die Böhmen mit den Magyaren und Deutschen. Hier fand 1278 im Kampf den Heldentod Přemysl Ottokar II.“ Zum Titel „Deutsches Kaiserreich“ wurde in der Geographie angeordnet, beizufügen: „unser treuer Bundesgenosse im Kriege 1914/16.*)

*) Das ist freilich ein grausamer Zwang für die doch so patriotisch gesinnten Tschechen.
**) Was ist das?

*) Freilich grausam! Diese armen unterdrückten Tschechen!

Im Satze: „Deutschland bewohnt ein fleißiges, unternehmendes, kampflustiges Volk", wurde das Wort „kampflustig" beanstandet. Auch der Satz: „Die Franzosen hören gerne etwas von der böhmischen Nation und loben ihren Fleiß, Kraft, Bildung und Heldenmut". Aus solchen Gründen wurden sämtliche Lehrbücher der Geographie für Bürgerschulen verboten, so daß die Kinder, da es noch nicht möglich war, einen Ersatz zu verschaffen, bis jetzt ohne Lehrbücher sind. Die Konfiskation der Lehrbücher überhaupt ist jedoch bis jetzt noch nicht beendet, sondern wird in demselben Geiste fortgesetzt. Die strenge Zensur ereilte auch die Elementarbücher der Kleinsten von den Kleinen, die Fibeln.

Sie mußten anders geordnet werden und man mußte ihnen eine entsprechende Anzahl sogenannter loyaler Lesestücke, welche oft prozentuell bestimmt wurden, beifügen. Je mehr Prozent der sogenannten loyalen Lesestücke dort enthalten waren, um so besser war das Buch. Was alles hier beanstandet wurde, illustriert gut dieses Beispiel. In der Fibel, Ausgabe B, wurde folgender Artikel konfisziert: „Otto spricht böhmisch. Cäcilie, seine Schwester, spricht ebenfalls böhmisch. Beim Nachbar wohnt Wilhelm. Dieser besucht eine andere Schule. Otto und Cäcilie sind mit ihm befreundet. Sie lehren ihn die einzelnen Dinge böhmisch nennen. Wilhelm lehrt sie, die Sachen deutsch bezeichnen. Oft lasen sie. Einer lehrt den andern und sie haben sich lieb . . ."

So stellt die Interpellation die Bücherkonfiskationen dar. Wenn natürlich auch zugegeben werden kann, daß unter der hier selbstverständlich nicht vollständig angeführten großen Zahl einzelne Beschlagnahmungen übereilt sein mögen, so ist es doch unbegreiflich, warum sich die Tschechen darüber aufregen. Aus den von ihnen selbst gebrachten Beispielen ist ja die Tendenz so klar ersichtlich, daß kein Wort darüber verloren werden kann. In deutschen Lehrbüchern wird man vergebens auch nur ähnliche Stellen suchen. Die notwendigen Folgen dieser Unterrichtsmethoden hat ja Dr. Beneš, der Herrn Staněk hoffentlich ein genügender Zeuge sein wird, offen ausgesprochen (Vergleiche Seite 217). Und dagegen soll sich der Staat nicht einmal wehren dürfen!

Wer aber die sogenannten ‚Persekutionen' veranlaßt hat,

daß es nicht die Deutschen und nicht die Staatsbeamten oder die Regierung waren, darüber werden wir aus zwei unverdächtigen, nämlich tschechischen Quellen belehrt: So findet man im „Venkov" vom 7. September 1917 folgende Notiz: Er weist darauf hin, „daß das klerikale Blatt „Čech" die behördliche Kastrierung der tschechischen Literaturwerke und der Schulbücher angeregt habe. Jenes Diözesanblatt habe besonders im Dezember 1915 unter anderm die Verstaatlichung der Volksschule verlangt, „da die religiöse Erziehung vom Staat besser besorgt wird. Wenn der Staat Einfluß auf die Schule hätte, würde er nicht dulden, daß die Schullesebücher so aussehen, wie sie heute sind. Unsere Lesebücher kennen keine anderen Tschechen als die husitischen . . ." „Čech" habe in der Zeit der ärgsten Persekutionen die Werke Jiráseks und vieler andrer Schriftsteller bekämpft. Und noch mehr als der „Čech" habe damals der Olmützer „Našinec" und der Brünner „Hlas" gegen die tschechischen Schriftsteller gehetzt. So sei der Regierung die Handhabe zum Einschreiten gegeben worden. Wegweiserin der Regierung sei die klerikale Presse gewesen. Hier habe es sich um weittragende Denunziationen und um materielle und geistige Schädigung des tschechischen Volkes gehandelt . ."

Auch die „Národni Listy" veröffentlichen eine interessante Zuschrift aus tschechischen Lehrerkreisen, in der es heißt: „Im September 1915 gab das Präsidium des böhmischen Landesschulrates einen Erlaß heraus, in welchem die tschechische Lehrerschaft für die Handlungen aller tschechischen Soldaten an der russischen und der serbischen Front und der gesamten tschechischen Bevölkerung verantwortlich gemacht wurde. Im ersten Kriegsjahr hätten sich gewisse Ereignisse als schlechte Früchte der Arbeit der tschechischen Lehrerschaft geoffenbart. Deshalb wurde der tschechischen Lehrerschaft mit den strengsten Strafen gedroht, wenn sie sich nicht um Besserung der bestehenden Mißstände bemühen würde. — Im Dezember 1915 begann das klerikale Tagblatt „Čech" mit der Veröffentlichung einer Reihe von Aufsätzen, in welchen Stellen aus tschechischen Lehrbüchern angeführt wurden als Beweise einer der Kirche, dem Staat und der Dynastie gefährlichen Tendenz.

„Auf Grund dieser Beschuldigung"

wurde (wie wir im „Pozor" vom 5. September lesen) im Jahre 1916 die behördliche Revision der tschechischen Schulbücher angeordnet. „Die behördlichen Edikte stimmen in auffallender Weise damit überein, worauf in den Aufsätzen des „Čech" aufmerksam gemacht worden war . . ."

Daraus geht hervor, daß auch unter den Tschechen nicht alle von dem unschuldvollen Inhalt der tschechischen Lehrbücher überzeugt waren und daß nicht nur die „deutschen" Behörden darin staatsgefährliche Tendenzen entdeckten. Die Herren Staněk und Genossen sollen also lieber bei ihren klerikalen Konnationalen als bei der Regierung anfragen, warum denn eigentlich diese Konfiskationen erfolgten.

Es wurde bereits an mehreren Stellen das

IV c)

„Verhalten der tschechischen Staatsbeamten"

gestreift. Nun ist in der Anfrage Staněk vom 3. Juli 1917 weiter herzzerreißend geklagt, daß

die Staatsbeamten tschechischer Nationalität „unerhörten Persekutionen ausgesetzt" seien und daß von ihnen — weiß Gott welche — entehrende Haltung verlangt worden sei und daß in diesbezüglichen Erläßen „das tschechische Volk schwer beleidigt werde". Man höre also, was Staněk zu sagen hat:

„Die böhmische Staatsbeamtenschaft hat in den gegenwärtigen schweren Kriegszeiten soviel Disziplin und Einsicht für die staatlichen Interessen bekundet, daß sie zumindest schon seit Kriegsbeginn, was die Pflichterfüllung gegenüber dem Reiche und dem Staate anbelangt, mit den Beamten anderer Nationalität auf gleicher Stufe steht. Ihre Beteiligung sowie aktive Mithilfe bei sämtlichen Unternehmungen der Kriegshilfe, bei der Zeichnung der Kriegsanleihe, ihre Einwirkung auf die übrigen Bevölkerungsschichten, ihr unermüdliches Streben, daß trotz des Beamtenabganges und Erhöhung der Arbeitsaufgaben der staatliche Organismus im regelmäßigen Gange erhalten bleibe, dies alles beweist gewiß jedem unvoreingenommenen Beobachter, daß sich die böhmischen Staatsbeamten ihrer Pflichten in dieser Kriegszeit voll bewußt waren und sie bereitwillig und freiwillig erfüllten, wobei sie nur die höheren staatlichen Interessen vor Augen hatten. Für diese ganze aufopferungsvolle und mit größter Selbstverleugnung verrichtete Arbeit im Interesse des Staates erlebten sie jedoch eine Enttäuschung und Undank seitens einiger entscheidender Faktoren, welche es nicht verstanden, diese ganze Opferwilligkeit zu würdigen und auf alle mögliche Weise die Bedeutung und Würde der böhmischen Beamten herabzusetzen trachteten. Es wurden amtliche Erläße hinausgegeben, in welchen die böhmischen Staatsbeamten direkt als Feinde des Staates geschildert, ihre ganze im Interesse des Staates geleistete Arbeit unterschätzt wurde; in den Erläßen wurde die ganze böhmische Nation beleidigt und ihren Angehörigen den Staat im Kampfe mit den Feinden schädigende Bestrebungen zugemutet. Namentlich seien hier

zwei Erläße der Landesbehörden

im Königreich Böhmen angeführt, welche folgenden Wortlaut haben, und zwar der erste, für die böhmischen und gemischten Bezirke bestimmte Erlaß:

„Im Laufe der letzten Monate haben sich sowohl im Lande selbst als leider sogar auch bei mehreren Truppenteilen böhmischer Nationalität an der Front Vorfälle abgespielt, die beweisen, daß Strömungen vorhanden sind, welche unter Verkennung des eigenen österreichischen Standpunktes russophile Tendenzen verfolgen. Es ist über allen Zweifel erhaben, daß der größte Teil der böhmischen Bevölkerung des Reiches vollkommen loyal gesinnt ist und derlei Vorgänge verurteilt, es besteht aber die Gefahr, daß, wenn diesem Treiben nicht Einhalt geboten wird, für dasselbe auch andere mitverantwortlich gemacht werden, insofern es nicht gelingt, die schuldtragenden Kreise in zweifelloser Weise von den patriotisch gesinnten zu scheiden.

Für die loyalen Staatsbürger böhmischer Nationalität ist es daher heute eine ganz besondere Pflicht, mit größtem Eifer und in offenkundigster Weise ihren Patriotismus zu betätigen und den selbstverständlichen Grundsatz zu vertreten und mit allen Kräften zu propagieren, daß die Entwicklung des böhmischen Volkes nur im Rahmen des österreichischen Staates möglich ist, daß das böhmische Volk einen starken österreichischen Staat notwendig braucht und daß bei der künftigen Entwicklung die Tschechen im Staate nur dann ihr Gewicht und ihren Einfluß geltend machen können, wenn sie sich als patriotische und treue Österreicher betätigen und auf ihre besondere Loyalität und Vaterlandstreue im Kriege hinzuweisen in der Lage sind.

Die Betätigung auf humanitärem Gebiete (Rotes Kreuz, Kriegsfürsorge u. dgl.) kann allein noch nicht als ausreichender Beweis patriotischen Denkens und Fühlens betrachtet werden. So löblich solches Vorgehen ist, so genügt es keineswegs, um der patriotischen Pflicht voll zu entsprechen. Letztere Pflicht erfüllt nur der, der bei jeder Gelegenheit seine Treue und begeisterte Anhänglichkeit für Kaiser und Reich zum Ausdruck bringt.

Jeder einzelne hat in dieser Hinsicht Pflichten, denen er sich nicht entziehen kann und darf, ohne sich der Gefahr einer Mißdeutung seiner vaterländischen Gesinnung auszusetzen; er darf nicht nur vor seinem Gewissen ein treuer Österreicher sein, sondern muß dies auch offenkundig zur Schau tragen und bei jedem Anlaß betätigen. In einem ganz besonderen Maße sind aber zu einer solchen Betätigung die Beamten und Angestellten des Staates verpflichtet.

Dieselben müssen sich jene Pflichten eindringlich vor Augen halten, welche ihnen aus den gegenwärtigen Verhältnissen erwachsen.

Eine wenn auch noch so eifrige Erfüllung ihrer gewöhnlichen dienstlichen Obliegenheiten erschöpft heute nicht ihren Pflichtenkreis, sie müssen vielmehr in ihrem besonderen Treuverhältnisse zum Staate gegenwärtig eine ihrer vornehmsten Aufgaben darin erblicken, unentwegt und überall, im öffentlichen und im privaten Leben jene Haltung zu beobachten und jene aktive Tätigkeit zu entwickeln, die den oben dargelegten Anforderungen entspricht und auf diese Weise führend und vorbildlich für die übrige Bevölkerung zu wirken.

Daß die Staatsbeamten als kaisertreue Österreicher sich heute mehr noch als sonst von allen einseitigen parteipolitischen Bestrebungen fern zu halten und gegen jede Äußerung staatsfeindlicher

Gesinnung mit aller Entschiedenheit aufzutreten haben, ist ja selbstverständlich.

Aber die Pflicht der Beamtenschaft ist mit einer solchen bloß formal korrekten Haltung noch nicht erfüllt; nicht wie ein unbeteiligter Zuschauer darf sie die Kriegsereignisse und alles, was damit im Zusammenhang steht, bloß beobachtend verfolgen, sondern mit sichtlicher Begeisterung, mit Herz und Sinn für das Wohl und Wehe des Reiches muß sich jeder als treuer Bürger Österreichs betätigen, die Idee des Gesamtstaates hochhalten und vertreten und bei jeder Gelegenheit mit dazu beitragen, daß der österreichische Staatsgedanke in der Bevölkerung zum bewußten und begeisterten Ausdruck komme und allen Anforderungen des Staates auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiete mit freudiger und hingebungsvoller Opferbereitschaft entsprochen werde.

So muß heute die Haltung eines jeden, seiner beschworenen Pflichten treu bewußten österreichischen Staatsbeamten sein und darauf, daß eine solche Haltung von allen Beamten beobachtet werde, muß mit um so größerem Nachdruck hingewirkt werden, als eine Verletzung der hier gegebenen Pflichten, ja selbst bloße Lauheit und Lässigkeit in ihrer Rückwirkung auf die Allgemeinheit von den ernstesten und schlimmsten Folgen begleitet sein würde.

Aber nicht bloß in der persönlichen Haltung des Staatsbeamten muß den gezeichneten Forderungen entsprochen werden, dieselben müssen vielmehr auch bei den Amtshandlungen der Behörden insofern zu maßgebender Bedeutung gelangen, als Personen, die sich im Sinne des Vorgesagten als treue Patrioten bewähren, in jeder möglichen Weise zu fördern sind und ihnen Mut für weiterhin gemacht werden muß. Wo immer es der Behörde möglich ist, solchen Personen zu nützen und ihre Interessen, welcher Art immer diese sein mögen, zu unterstützen, muß dies (selbstverständlich unter Vermeidung von Gesetzwidrigkeiten) geschehen. Das gleiche gilt von Gemeinden und Körperschaften, wo die Behörde sowohl in der bezeichneten Art als bei Antragstellung über Gesuche der verschiedensten Art Gelegenheit hat, den erwähnten Grundsatz zu betätigen. Es unterliegt keinem Anstande, in jedem solchen Falle das Vorhandensein oder den Mangel an patriotischer Betätigung als Grund für die Stellungnahme der Behörde auch der Partei bekannt zu geben."

Und der zweite:

„Ich habe die Wahrnehmung gemacht, daß die Beamten an den Veranstaltungen für die Kriegsfürsorge und den hiermit zusammenhängenden gemeinnützigen Aktionen sowie an sonstigen patriotischen Veranstaltungen, auch bei solchen, wo die Teilnahme keine finanziellen Opfer erheischt, nicht in jenem Maße Anteil nehmen, wie es bei ihrer Stellung als Staatsbeamte, in welcher sie der Bevölkerung ein leuchtendes Beispiel patriotischen Denkens und opferfreudiger Betätigung sein sollen, mit Recht erwartet werden könnte.

Ich kann auch nicht unbemerkt lassen, daß die Beamten in dieser Beziehung den Beamten anderer Dienstzweige nicht selten nachstehen.

Wenn ich auch von der Loyalität der mir unterstehenden Beamten und Funktionäre überzeugt bin und nicht verkennen kann, daß die von mir beklagte geringe Anteilnahme derselben an den genannten Veranstaltungen in vielfacher Hinsicht in dem anstrengenden und aufreibenden Dienst ihren Grund haben mag (!), möchte ich dennoch darauf hinweisen, daß es besonders in den jetzigen Zeiten die vornehmste Pflicht eines jeden Staatsbeamten ist, nicht nur seinen amtlichen Obliegenheiten auf das gewissenhafteste nachzukommen und alle seine Kräfte in den Allerhöchsten Dienst zu stellen, sondern darüber hinaus auch den Patriotismus offenkundig zu betätigen und keine Gelegenheit unbenützt zu lassen, denselben auch äußerlich zum Ausdruck zu bringen, um nicht nur ein leuchtendes Vorbild für die übrigen Bevölkerungskreise zu sein und sie zur Mitbetätigung anzueifern, sondern insbesondere auch dem feindlichen Auslande gegenüber offenkundige Beweise der Vaterlandsliebe zu geben. Eine laxe Betätigung in dieser Hinsicht könnte leicht mißdeutet werden und zu Trugschlüssen in der Öffentlichkeit führen, welche nicht dem Ansehen der Beamtenschaft, auf welches dieselbe mit Rücksicht auf die eminente Wichtigkeit seiner Stellung in der Staatsverwaltung vollsten Anspruch hat, förderlich wäre.

Ich glaube es bei dieser Erinnerung bewenden lassen zu können und gebe der Erwartung Ausdruck, daß in Hinkunft ein jeder einzelne Beamte in der Betätigung seines patriotischen Gefühles den Beamten der anderen Ressorts nicht nachstehen wird.

Ich lade hiermit die Herren Amtsvorstände ein, auf die ihnen unterstehenden Funktionäre in dem obangedeuteten Sinne entsprechend einzuwirken."

Die Interpellation Staněk bemerkt hierzu:

„Aber auch sonst wurde auf die böhmischen Staatsbeamten eingewirkt und ihre bürgerliche Freiheit eingeschränkt, wie aus dem Runderlasse der Statthalterei im Königreiche Böhmen vom 9. Juli 1916, Z. 20864, ersichtlich ist, wonach die Teilnahme, beziehungsweise Mitgliedschaft von Staatsbeamten in Sokolvereinen im Hinblicke auf die in mancher Hinsicht unbefriedigende Haltung einiger Sokolvereine, namentlich der böhmischen Sokolgemeinde, die amtliche Maßnahmen zur Folge hatte, mit den Pflichten eines Staatsbeamten als solchen unvereinbar ist. Die Staatsbeamten wurden

sohin aufgefordert, aus diesen Vereinen auszutreten, beziehungsweise in dieselben nicht einzutreten.

Diese amtliche Maßnahme mußte notwendigerweise bei den böhmischen Staatsbeamten den Eindruck hervorrufen, daß die maßgebenden Stellen überhaupt die ganze anstrengende Arbeit, die sie im Interesse des Staates unternehmen, nicht zu würdigen verstehen und daß die maßgebenden Kreise vielleicht von der fixen Idee beherrscht sind, im böhmischen Staatsbeamten Gegner und Schädlinge dieses Staates zu sehen."

Dabei haben die Behörden, wie man aus dem Wortlaut der Erlässe sieht, noch nach Entschuldigungsgründen für das passive Verhalten vieler Beamten gesucht!

Wo in jenen Erlässen „eine Beleidigung des ganzen tschechischen Volkes" gelegen sein soll, begreife, wer es kann. Wird doch darin sogar ausdrücklich von der „Loyalität des größten Teiles der tschechischen Bevölkerung" gesprochen!

Oder gilt es einem Tschechen tatsächlich schon als Beleidigung, wenn von ihm loyale Gesinnung und Haltung verlangt wird, besonders wenn er Staatsbeamter ist? Nach der Aufregung des Herrn Staněk scheint es so zu sein.

Aber aus den Erlässen geht jedenfalls klar hervor, daß auch unter der tschechischen Staatsbeamtenschaft manches nicht so war, wie es die Staatsinteressen erfordert hätten. Aus beiden Gründen können wir Herrn Staněk für die Vermittlung der Kenntnis dieser beiden interessanten und wichtigen Dokumente zur Zeitgeschichte nur dankbar sein. (Über das Verhalten der tschechischen Staatsbeamten siehe auch Seite 29.)

Wir müssen uns nunmehr mit jener großen tschechischen Kampforganisation näher beschäftigen, deren wirkliche Aufgaben und auch deren „Tätigkeit" im Beginn des Krieges in der Begründung der Verhaftung des Dr. Kramář bereits gestreift wurde: es sind das

IV. d)

„die Sokoln."

Wir müssen hier etwas weiter ausholen und zunächst das anführen, was in der bekannten Anfrage der Abgeordneten Staněk, Tobolka und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten am 3. Juli 1917*), betreffend das Verhalten der Regierungskreise während des Krieges gegenüber der „böhmischen" Nation darüber gesagt wurde. Es heißt da unter anderm:

„Von einer harten Persekution wurde von allem Anfang des Krieges die „böhmische" Sokolorganisation verfolgt. Die Tätigkeit der Sokolvereine besteht bekanntlich in der Pflege der körperlichen und moralischen Kräfte der böhmischen Nation, welche Tätigkeit vor einem jeden noch so geringen politischen Einfluß ängstlich bewahrt wird. Die körperliche Stählung und seelische Veredlung des böhmischen Volkes — dies ist die Richtschnur und das Ziel der böhmischen Sokolorganisation. Die Tätigkeit der Sokolvereine ist öffentlich, jedermann zugänglich und alles, was die Sokolvereine unternahmen, taten sie immer vor den Augen der k. k. Behörden, ohne etwas zu verheimlichen und zu verbergen.

Die Sokolvereine haben Tausende und Tausende von Jünglingen und Männern erzogen, von welchen über 70 Prozent den Militärdienst leisteten und leisten.

Während des Krieges beschränkte sich die Tätigkeit der Sokolvereine fast ausschließlich auf Übung der Jugend und auf Kriegshilfstätigkeit, wofür den besten Beweis der Umstand liefert, daß sozusagen nicht ein einziger Sokolturnsaal in Benutzung des Vereines steht, sondern alle Krankenanstaltszwecken gewidmet sind.

Die böhmische Sokolgemeinde beschloß unmittelbar nach Kriegsausbruch, ohne vorher dazu aufgefordert zu werden, die weitestgehenden Schritte zur Unterstützung der Kriegshilfstätigkeit."

Diese wird nun „in ihrer ganzen Großartigkeit" ausführlich geschildert. Weder absolut betrachtet noch im Verhältnis der zur Verfügung stehenden weit längeren Zeit reicht sie an jene heran, die während der Balkankriege „für die serbischen Brüder" ausgeübt wurde. Nicht im entferntesten atmen die heutigen Aufrufe jenen enthusiastischen Geist, der die Aufrufe vom Jahre 1912 auszeichnete.*)

„Aber diese ganze Tätigkeit konnte die Verfolgung der Sokolvereine nicht verwehren. Die ersten Schritte erfolgten in Mähren, wo im Jahre 1915 und 1916 eine ganze Reihe von Vereinen aufgelöst wurde, und zwar:

in Gewitsch, weil zum Obmann ein Mitglied gewählt wurde, welches noch nicht durch die in den Statuten bestimmte Zeit dem Vereine als Mitglied angehört hat;

in Paskau, weil in den Ausschuß ein aus dem ärarischen Dienste (Briefträger) entlassenes Mitglied gewählt wurde, was als eine Demonstration angesehen wurde;

in Hussowitz, weil der Vereinsobmann gegen das Aushängen der reichsdeutschen Fahnen an der Turnhalle anstatt (?) der Landes- und österreichischen Farben eine Vorstellung eingebracht hat.

In Eibenschitz, Landshut, Löschna, Hoschtitz, Heropitz und Kostitz wurden die Sokolvereine aus

---

*) Zahl $\frac{442}{I}$ des Anhanges zum stenographischen Protokoll des Abgeordnetenhauses.

*) Vergleiche den Abschnitt: „Die Tschechen und die Kriegshilfe" auf Seite 91 ff.

dem Grunde aufgelöst, weil sie die wegen Hochverratsverdacht verhafteten Mitglieder nicht ausgeschlossen haben oder weil sie es nach Meinung der Behörden erst zu spät getan haben. Es wurden jedoch zum Beispiel die Mitglieder des Kostitzer Vereines gerichtlich von der Anklage freigesprochen und der Verein bleibt dennoch bis jetzt aufgelöst.

Gegen die Auflösung aller dieser Vereine wurden Beschwerden eingebracht, welche jedoch bis heute nicht erledigt sind.

In Böhmen wurden folgende Vereine aufgelöst:

In Neudorf bei Dux im Jänner 1916 aus dem Grunde, weil die Ausschußmitglieder Mitglieder aufgelöster anarchistischer Vereine waren;

in Kuttenberg im Februar 1916 aus dem Grunde, weil vom Vereine an Soldaten Karten mit vermutlich (!) gefährlichem Inhalte geschickt wurden.

Der Schreiber der Karten, der Schriftführer Kvíčala wurde in Untersuchungshaft genommen, später nach 7 Wochen jedoch freigelassen und von der Anklage wurden abgesehen.*) Der Obmann des Vereines, der Lehrer Horáček, wurde suspendiert und sein Gehalt um ein Drittel gekürzt. Erst nach 3 Monaten wurde diese Suspendierung aufgehoben, aber die finanziellen Konsequenzen, namentlich die Entziehung der Einnahmen für Nebenstunden, trafen ihn auch nach Aufhebung der Suspension, so daß sein Gesamtverlust an Nebeneinnahmen bis heute 2000 K beträgt;

in Říčan wurde der Sokolverein aus dem Grunde aufgelöst, weil ein Mitglied in das Gefangenenlager nach Serbien schrieb und den Adressaten auf der Adresse als einen Böhmen bezeichnete, wie es in den Tagesblättern empfohlen war. (!)

Im Jänner 1917 wurden weiters die Sokolvereine in Höritz, Miletein, Bělohrad, Neu Paka, Jičínoves, Oubyslavic, Großzdikau aufgelöst.

Gleich bei Ausbruch des Krieges wurde der Sokolverein in Themenau aufgelöst. Der an das Ministerium des Innern ergriffene Rekurs ist bis heute unerledigt.

Am 23. November 1915 wurde die böhmische Sokolgemeinde aufgelöst, weil sie der Mittelpunkt der böhmischen Sokolvereine ist, die vor dem Krieg eine intensive Bestrebung zur Pflege der Beziehungen mit der Fremde und brüderliche Gesinnung gegenüber Serbien und Rußland geäußert haben sollen. (!) Außerdem soll die böhmische Sokolgemeinde durch Vermittlung ihres Obmannes JUDr. J. Scheiner in Verbindung mit den Sokolvereinen in Amerika gestanden sein, welche eine äußerst feindliche antiösterreichische Propaganda betrieben. Diese vermutliche Verbindung verschuldete ein von der amerikanischen Sokolgemeinde an Dr. Scheiner gesendetes Schreiben mit der Anfrage, ob er bereit sei, Sammlungen zugunsten der in der Monarchie vom Kriege betroffenen Personen zu verteilen. Dr. Scheiner wurde verhaftet und zwei Monate in Haft gehalten. (Vergleiche über diese „vermutliche" Verbindung Seite 188 ff.)

Gleichzeitig wurde der Verband der slawischen Sokolvereine aufgelassen, obzwar er gleich beim Beginne des Krieges seine Tätigkeit einstellte.

Gegen die Mitglieder wurde auf folgende Weise vorgegangen: Durch Erlaß des k. k. Justizministeriums vom 13. Juli 1915, Z. 20203, wurde den Richtern und den Gerichtsbeamten nahegelegt, sich von den Sokolvereinen fernzuhalten, da die Tätigkeit dieser Vereine vor dem Kriege nicht in Einklang mit der Pflicht der Beamten zu bringen sei, alles zu vermeiden, was die Achtung und das durch ihre Stellung bedingte Vertrauen zu schmälern geeignet ist.

Auf Grund dieses Erlasses wurden die Gerichtsbeamten in Mähren im Wege des Oberlandesgerichtspräsidiums in Brünn aufgefordert, sich von den Sokolvereinen fernzuhalten und zugleich forderte dieses Präsidium die Präsidien der k. k. Bezirksgerichte auf, über das Resultat dieses Einschreitens bis zum 1. September Bericht zu erstatten. Die böhmische Sokolgemeinde als Zentralorgan aller Sokolvereine in den Ländern der böhmischen Krone und in den österreichischen Ländern protestierte mit allem Nachdruck gegen eine solche grundlose Beschuldigung der Tätigkeit der Sokolvereine und empfand diese Beschuldigung um so tiefer, weil sie einerseits jeder sachlichen Grundlage entbehrte und andrerseits von der Staatsbehörde ausging, welche doch gerade die Gerechtigkeit schützen und walten soll.

Es wäre doch ein Bekenntnis der Schuld, wenn die böhmische Sokolgemeinde gegen eine solche Beschuldigung nicht protestiert und im Namen ihrer Hunderttausende zählenden Mitglieder nicht verlangt hätte, daß der oberwähnte Erlaß, welcher verursachte, daß die besten und intelligentesten Mitarbeiter der Sokolvereine durch den ihnen erteilten Auftrag gezwungen waren, die Sokolreihen zu verlassen, aufgehoben werde. Die gegen dieser Erlaß eingereichte Vorstellung ist bis heute unerledigt.

Ein ähnlicher Erlaß wurde auch in Mähren an die Postbeamten und Professoren, ferner in Böhmen an die Postbeamten gerichtet, in welchem zum Unterschiede von dem mährischen Erlasse die Tätigkeit der Sokolvereine auch während des Krieges selbst verurteilt wird. Derselbe lautet wörtlich folgend:

*) Das beweist, wie wir wissen, noch lange nichts für die „Unschuld" des betreffenden Herrn.

Z. 16363—P. 15.

Betreff: Mitgliedschaft der Staatsbeamten und Diener bei den Sokolvereinen.

Zu Handen des Herrn Amtsvorstandes.

Zirkularerlaß.

An alle untergeordneten Dienststellen des Postdirektionsbezirkes.

Die Gestaltung der Verhältnisse in den Sokolvereinen unmittelbar vor Kriegsausbruch und während des Krieges steht nicht im Einklange mit der Pflicht des Beamten, alles zu vermeiden, was die Achtung und das durch seine Stellung bedingte Vertrauen zu schmälern geeignet ist.

Die Herren Amtsvorstände werden daher angewiesen, den Post- und Telegraphenangestellten aller Kategorien im Namen der k. k. Post- und Telegraphen-Direktion nachdrücklichst zu empfehlen, sich von allen Sokolvereinen fernzuhalten.

K. k. Post- und Telegraphen-Direktion.

Prag, am 12. November 1915.

Der S. S. Präsident.
Dr. Kalandra m. p.

Im Jahre 1917 wurde bei den Sokolvereinen in allen Gauen und Gruppen mit sehr weitgehenden Durchsuchungen begonnen, die in Hunderte ja Tausende reichen, und zwar sowohl in den Vereinslokalitäten als auch in den Wohnungen der Funktionäre, wo Schriftstücke, Protokolle, Kassabücher abgenommen wurden. Das Vereinseigentum und eine ganze Reihe von der Zensur durchgelassene und ganze Jahrzehnte hindurch anstandslos kolportierte Druckschriften wurden beschlagnahmt.*)

So wurden namentlich beschlagnahmt die Sokolbücher:

„Za praporem sokolským“ vom Jahre 1882 (Eine Denkschrift, redigiert von Swatopluk Čech und Jaroslav Vrchlický. Verlag der Böhmischen Sokolgemeinde).

„Sokolský katechismus“ (Sokolkatechismus) vom Jahre 1898 (Jaroslav Obrátil).

„Slet Sokolstva 1912“ (Sokoltag 1912, Bibliothek „Besedy Sokolské“, Band Nr. 7), Red. R. V. Novák.

„V. slet všesokolský 1907“ (V. Allgemeiner Sokoltag 1907). Im Verlage der „Besedy Sokolské“ in Smichow.

„Ročenka dorostu sokolského 1916“ (Jahrbuch des Sokolnachwuchses 1916). Sokolská Beseda, Smichow, Redakteur J. Pelikán.

„Povinnosti členů tělocvičných jednot sokolských“ (Die Pflichten der Mitglieder von Sokol turnvereinen). V. Kukaň, Neuhaus.

„Pamětni listy sletů sokolských z roku 1907 a 1912“ (Denkschriften der Sokoltage vom Jahre 1907 und 1912). Herausgegeben von der Böhmischen Sokolgemeinde.

Die Zeitschriften:

„Sokol z Pojizeří“ (Jahrgänge V, VI und VII).

„Věstník sokolské župy Východočeské“ vom Jahre 1912.

„Ročník sokolské župy Orlické“ (Jahrgänge 1911 und 1912).

„Věstník sokolské župy Budečské“ (Jahrgänge 1912, 1913 und 1914).

„Prapor“, Monatsschrift in Kolin (Nummer vom Jahre 1914 und 1915). Diese Monatsschrift wurde anfangs Mai 1915 eingestellt.

„Borec americký 1915“.

Gesangbücher:

„Společenský zpěvník Polenského“ (Polenský, Gesellschaftsgesangbuch).

„Zpěvník sokolský“ (Sokolgesangbuch), Prágr, Kolin.

„Veselý Borec“ (Lustiger Turner).

„Nejnovější zpěvník sokolský“ (Neuestes Sokolgesangbuch).

„Sokolský zpěvník“ (Sokolgesangbuch), Šviťal, Jungbunzlau.

Janoušek: „Sokolský zpěvník“ (Sokolgesangbuch), Neubert, Starkenbach.

Weiters wurden einige Übungshandbücher aus der Edition „Sokol“ in Nusle beschlagnahmt, weil sie verbotene Lieder enthielten, zum Beispiel auch „Rej s tamburinami“ (ohne Worte) und dergleichen.

Von den Sokolzeitschriften wurden eingestellt:

„Věstník sokolské župy Podbělohorské“.

„Sokolice“, Monatsschrift für weibliche Mitglieder der Sokolvereine, herausgegeben in Nusle, anfangs März 1917 auf immer.

„Sokol“, Prag, im Jahre 1917 auf ein Vierteljahr.

Konfiskationen einzelner zum Druck vorbereiteter Nummern und Bücher gibt es eine Unzahl, aus meist unbekannten Gründen. Die Konfiskationen von Sokoldruckschriften gehen bis zur Lächerlichkeit. So zum Beispiel in der Denkschrift des Fünften allge-

*) Bekanntlich ist es eine beliebte Ausrede der Tschechen, zu sagen, „Das wurde ja früher immer geduldet“, oder „Das hat ja die Regierung gewußt“ u. dgl. Als ob die Schwäche der Regierungen staatsfeindliche Handlungen sanktionieren könnte!

meinen Sokoltages wurden sogar Bilder der belgischen sowie der französischen Gymnasten bei Übungen auf Geräten konfisziert.

Die Verfolgung der Sokolgruppen erreichte den Höhepunkt im März 1917 in solchem Maße, daß in der Gegend von Turnau, namentlich in der Umgebung von Eisenbrod, zum Beispiel in Loužnist, Dyžkan und an anderen Orten, von der Prager Staatspolizei 18 Personen verhaftet wurden (größtenteils Lehrer, so daß in manchen Orten sogar der Unterricht eingestellt werden mußte), und dies alles wegen gar nicht festgestellter und unzusammenhängender Notizen eines Teilnehmers der Gauversammlung.(!) Sechs von diesen Personen, und zwar J. Bem aus Semil, Fr. Beránek, Baumeister aus Smichow, Fr. Habr, Obmann des Orlitzergaues in Senftenberg, J. A. Jiroš, Obmann des Riesengebirgsgaues in Böhmisch-Schönberg bei Tannwald, V. Kulich, Obmann des Jeschkengebirgsgaues in Turnau und Al. V. Prágr, Obmann des Sokolvereines und des Tyršgaues in Kolin, sind bis heute, seit April 1917, beim Landwehrdivisionsgericht in Wien in Haft gehalten.

Diese Persekutionspraxis übte die Statthalterei entweder direkt oder unter Mitwirkung der Bezirkshauptmannschaften auf die verschiedenartigste Weise, durch Hausdurchsuchungen, Gendarmerieverhöre, und zwar selbst bei den geachteten Personen ganz rücksichtslos aus.

Besonders charakteristisch ist die Art, wie die Militärorgane die Mitglieder der Sokolvereine behandeln.*) In zahlreichen Fällen werden die Soldaten, namentlich Rekruten, nach dem Einrücken gefragt und verhört, ob sie einem Sokolverein angehören. Man späht bei ihnen nach Sokolabzeichen und Legitimationen und jene, bei denen die Vereinslegitimation vorgefunden wird, werden empfindlich bestraft.

Die Mitglieder der Sokolvereine, sofern sie den Militärdienst ausüben, werden auf verschiedene Weise schikaniert, verhört und verfolgt, zu schwierigeren Dienstleistungen versetzt, zur Beförderung nicht vorgeschlagen, und es wird mit ihnen überhaupt viel strenger als mit anderen Soldaten umgegangen. Bei Militärdelinquenten, auch in Ziviluntersuchung, bildet eine der ersten Fragen des Untersuchungsrichters, ob der Betreffende Mitglied eines Sokolvereines sei. Die bloße Mitgliedschaft in irgendeinem Sokolverein bildet in jedem Falle einen sehr erschwerenden Umstand.

Es ist klar, daß in dieser ganzen Persekution der böhmischen Sokolvereine ein System herrscht, und,

*) Sie haben eben, wie noch gezeigt werden wird, die meiste Ursache dazu!

da die Beweggründe dieser Verfolgung uns und unserem Volke entweder unbekannt oder direkt unbegreiflich sind,

können wir die Persekution der böhmischen Sokolvereine nicht anders

als eine Persekution der ganzen böhmischen Nation auffassen."

Wir werden nun im folgenden ausführlich darlegen, was es „mit der ängstlichen (!) Fernhaltung des politischen Einflusses", mit der „jedermann zugänglichen Tätigkeit des Sokols", mit dem Vermeiden jeder Heimlichkeit, mit der „fast ausschließlichen" Beschränkung ihrer Tätigkeit während des Krieges auf „die Kriegshilfe", mit dem so ganz „harmlosen und unschuldigen" Verband der slawischen Sokolvereine und mit den ungerechtfertigten „Persekutionen" für eine Bewandtnis hat und warum man gerade mit den Sokols beim Militär vorsichtiger umgehen mußte. Es sei aber hier schon darauf hingewiesen, daß weitere Mitteilungen und Belege für die „Tätigkeit" der Sokols sich zahlreich auch in den weiteren Abschnitten dieser Darstellung befinden, insbesondere unter den Mitteilungen aus den Ententeblättern der „Nation tchèque", vor allem auch in den Abschnitten über das Versagen der Tschechen im Felde (hier wieder besonders in den Mitteilungen Exzellenz Georgis, siehe S. 215 usw.), dann in dem „Militärischen Gutachten zum Kramář-Prozeß", in den „Neueren Dokumenten", in den „Bulletins mensuels des Volontaires tchèque" usf.

Die meisten Urkunden und Quellen über die Sokolen sind im Prozesse Kramář und Genossen gesammelt worden. Eine Reihe der wichtigsten sind dort im Urteil angeführt und wir folgen daher diesem in unserer Darstellung im allgemeinen. Die angeführten Ordnungszahlen beziehen sich auf Aktenstücke welche im Materiale des Prozesses aufzufinden sind. Das Urteil sagt*):

„Soweit das Aktenmaterial Beweise für die immer mehr sich ausprägende und entwickelnde Staatsfeindlichkeit dieser Unternehmung bietet, soll im folgenden auf einige dieser Beweise eingegangen werden.

Das hervorragendste Charaktermerkmal ist darin zu finden, daß auch das Sokoltum vom Gedanken des Nationalitätenprinzips völlig durchdrungen ist, daß es damit das allslawische Hauptprinzip in sich aufgenommen hat, dasselbe Prinzip, das alle die gegen den Bestand der Monarchie gerichteten Unternehmungen beherrscht.

Wichtig für die Vorbereitung des nationalen Heeres im Sokoltum ist der Umstand, daß in dieser Organisation Parteipolitik ausgeschaltet war,

*) Siehe Urteilsbegründung im Prozesse Kramář S. 183 bis 200.

was aber nicht bedeutet, daß parteilose Personen Aufnahme fanden, sondern Angehörige aller tschechischen Parteien vereinigt wurden. Graf Bobrinsky bezeichnet dies auch ganz richtig dahin, daß unter den Sokols Parteipolitik verpönt ist, daß aber die Einrichtung als Kampforganisation gegen das Teutschtum außerordentliche Dienste leistet. Nicht anders sprechen auch Dr. Scheiner und Karawajew."

(Daraus sieht man schon, daß die in der Anfrage Staněk und Genossen behauptete „unpolitische" Tätigkeit lediglich mit Hilfe der in Österreich infolge des rückständigen Vereinsgesetzes möglichen Spielerei mit den Begriffen „politisch" und „unpolitisch" als solche bezeichnet werden kann.)

„Diese Organisation hat nicht nur ihre besonderen, in gewissen Zeiträumen wiederkehrenden großen Schaustellungen, sondern findet auch auf Kongressen besondere Beachtung; so auch auf dem Prager Kongresse 1908, gemeinsam mit dem Kongresse in Sofia 1910, mit der Palackýfeier 1912.

Wieder ist es das tschechische Sokoltum, das allem voransteht, das damit Organisationstätigkeit, Beharrlichkeit und Umsicht in der Schaffung, Erhaltung und Ausgestaltung von Kampforganisationen auf tschechischer Seite beweist.

Daß auch die Turnerorganisationen anderer Nationalitäten auf gleicher, nämlich nationaler Grundlage beruhen, ist für die vorliegende Sache ohne Belang, da es nicht auf diese Grundlage an sich, sondern auf das Überspannen des Nationalitätenprinzips zum Nachteile des Staates ankommt. Ob die leitenden Personen den Zusammenhang zwischen Sokolwesen und jener zum Nachteile des Staates eingetretenen Überspannung des Nationalitätenprinzips in der Organisation wahrnahmen oder nicht, ist ohne Belang. Festgestellt ist jedenfalls auf Grund der urkundlichen und Zeugenbeweise, daß diese Überspannung, und zwar sehr zum staatlichen Nachteile, bestand und im Kriege die bedenklichsten Folgen zeitigte. Zeuge Dr. Scheiner muß selbst einräumen, daß er heute die Bedeutung dessen, was er sich unter Slawismus dachte, anders als bisher beurteilen muß.

Selbst eine nur oberflächliche Beurteilung der Ausdehnung der Organisation über die Reichsgrenzen, speziell in dermalige Feindesländer, die auch lange vor dem Kriege zur Monarchie im Gegensatze standen, die einheitliche Betätigung der von Böhmen aus mit Turnlehrern versehenen ausländischen Vereine, durchwegs gegen die Monarchie, Vorkommnisse im Felde und im Hinterlande und die eindeutige Sprache der Auslandspresse weisen klar auf die Wurzel — die slawische Gegenseitigkeitsbewegung — hin. Diese Bewegung wurde im Sokoltum wesentlich gefördert.

Wenn behauptet wird, daß Redewendungen, wie „nationale Armee" und ähnliche, leere Phrasen seien, so ist demgegenüber darauf zu verweisen, daß nach allgemeiner Erfahrung darin Schlagworte gelegen sind, die in erregten Verhältnissen, und solche behaupten ja gerade die Angeklagten für Böhmen auf nationalem Gebiet unentwegt mit Nachdruck, zu Vorstellungen, Begriffen und Grundsätzen führen, an deren Ernst niemand zweifeln kann. Es kann daher nicht wundernehmen, wenn Russen und Franzosen auch schon im Frieden Ansichten aussprachen, die sich mit den im Volke verbreiteten deckten. Es kann dies um so weniger verwundern, wenn solche Organisationen über die Reichsgrenzen wachsen und Bannerträger des Gegenseitigkeitsprinzips werden, wenn sie bei den verschiedensten Gelegenheiten machtvoll auftreten und damit unbedingt suggestive Wirkung auf die Massen üben, immer anschließend an die gesamte slawische Bewegung.

Die Briefe von Gefangenen, die Überläuferkonsignationen, die Betätigung der kongenialen Auslandsverbände, deren Legionsbildung, die Zeitungsnachrichten, die Berichte der militärischen Kommandos über den Mißbrauch von Legitimationen als Empfehlungsdokumente in Feindesland, das sind durchwegs untrügliche Beweise für die Gesinnung eines Teiles der Sokolschaft, die nur aus der slawischen Bewegung heraus in ihrem Umfange erklärt werden kann" ......

„Wenn nach dem Berichte des Bogdan Pavlu über den Prager Kongreß 1908 auch nur gekürzte Mitteilungen veröffentlicht wurden, so sind doch auf einige Fragen so deutliche Antworten enthalten, daß jeder Kommentar entbehrlich erscheint. Dies gilt zum Beispiel von der

Stellung des Sokolwesens bei den Tschechen.

Der Obmann des gesamten Sokolwesens erstattete das Referat.

Von besonderem Belange sind dabei auch die chronologischen Erhebungen der Prager Staatspolizei, aus denen klar die vollständige Einfügung des Sokoltums in die panslawistische Bewegung hervorgeht.

Berichterstatter Dr. Scheiner führt aus: „In der Reihe der Verhandlungen des vorbereitenden slawischen Kongresses wurde auch die Frage der Sokolorganisation in den slawischen Ländern aufgeworfen. Die Frage wurde nicht künstlich herbeigeführt, sondern früher durch ihre eigene Bedeutung und ihren heutigen Aufschwung. Zweifellos ist sie die mächtigste Organisation des Slawentums, große Massen slawischer Jugend unter einem Banner und in einem Geist vereinigend, welcher der endgültigen Mission des Slawentums bestimmt ist und welcher die Entfaltung der körperlichen und moralischen Kräfte des ganzen slawischen Volkes bedeutet.

Die Sokolinstitution hat bereits selbst durch den eigenen Wert die Knochen des ganzen Slawentums mitgerissen. Sie ist in seinen Organismus eingedrungen, sie hat Hindernisse überwunden, sie ist am besten Wege, ein Bindeglied zu werden, welches alle noch nicht selbstbewußten Slawen auf der Grundlage der edlen Idee der Brüderlichkeit, der Gleichheit und der Freiheit aller, der Reinigung, der Veredlung und der Machtentfaltung des Slawentums vereinigen wird. . . . . . .

Indem das Sokoltum diese Aufgaben übernommen hat, wurde es in Böhmen die Zentrale einer begeisterten, vaterlandsliebenden — (lies: slawischen) — Arbeit und im Laufe der Zeit durch seine bedeutenden Erfolge die mächtigste und erfolgreichste Nationalinstitution, der Stolz und gleichzeitig eine mächtige Stütze seines Volkes. Es schließt alle politischen, parteiischen Bestrebungen aus — (siehe Buch Bobrinsky und Karawajew!) —, es gehört dem ganzen Volke ohne Unterschied an, es bekümmert sich um alle Stände und Schichten und es verzeichnet von Jahr zu Jahr einen andauernden Fortschritt und eine Entwicklung, sowohl an Zahl als an dem Werte seiner Arbeit. Die tschechische Sokolgemeinde zählt heute nahezu 800 Sokolvereine mit 75.000 Mitgliedern. Den sprechendsten Beweis ihrer Bedeutung bot der im Jahre 1907 in Prag arrangierte fünfte Allsokolistenkongreß, welcher durch seine Dimensionen, vorwiegend aber infolge von gemeinschaftlichen Übungen von 8000 Sokolen und 3000 Sokolinnen zur ersten Manifestation der Welt in dieser Art wurde, und sein Programm hat eine allgemeine Bewunderung und einen Respekt gefunden. Das polnische Sokolentum zählt in seinem Verbande in Galizien 150 Vereine mit 20.000 Mitgliedern und in Posen 162 Vereine mit 7000 Mitgliedern Die vielversprechende Bewegung im Königreiche Polen geriet infolge von ungünstigen politischen Verhältnissen leider für einen Augenblick ins Stocken. Die Ruthenen haben bis jetzt nur drei Vereine in Galizien nach dem Muster der Sokolen. Das ruthenische Landvolk in Galizien und der Bukowina organisiert sich in Vereinen, die infolge der heißen politischen Kämpfe gegründet wurden. Die Slowenen zählen in ihrem Verbande im Jahre 1907 33 Vereine mit 2500 Mitgliedern, die Kroaten 50 Vereine mit 6500 Mitgliedern. In Serbien wird in letzter Zeit in dieser Richtung eine Bewegung wahrgenommen, besonders in Slawonien und Bosnien."

Wie die Ausführungen Dr. Scheiners noch während des Kongresses wirkten, geht daraus hervor, was am fünften Tage (17. Juli 1908) Dr. Bohumil Vinkowić, kroatischer Delegierter, ausführte: „Die demokratische Organisation der Sokols hat für unser Volk mehr getan, als viele andere Organisationen, von denen wir ein nationales Gedeihen erwartet haben. Es ist deshalb wünschenswert, daß die Sokolorganisation in alle slawischen Länder als eine einheitliche slawische Sokolorganisation eindringt."

Graf Bobrinsky in seinem Buche über den Prager Kongreß berichtet folgendermaßen:

Ich werde noch einige Worte von den Sokolen vorbringen, über die auf dem Kongresse ein Bericht von dem Ältesten des Verbandes des „slawischen Sokoltums" Dr. J. Scheiner erstattet wurde.

Sowohl die Begründer als auch die jetzigen Leiter des Sokoltums sind von der Überzeugung durchdrungen, daß nur dieses Volk sich entwickeln und seine Stellung in dem Weltkampfe behaupten kann, welches zugleich mit dem moralischen und geistigen Progresse auch eine physisch starke und geistig rüstige Jugend erzeugt.

Dies ist die Stütze und die Hoffnung des Slawentums.

Eine Politik im Parteisinne wird überhaupt in den Sokolvereinen nicht zugelassen.

Dies hindert sie natürlich nicht, hochpatriotische (lies: slawische) Anstalten zu bleiben.

Das Sokoltum in Böhmen leistet einen ungeheuren Dienst im Kampfe mit den Deutschen.

Alle Sokols sind verpflichtet, einander im gewöhnlichen Leben nach Möglichkeit zu unterstützen: wenn sie in der Sokoluniform sind, dann sind alle Sokolen ihre Brüder und sie können mit ihnen nur „per du" sprechen. Die Form der Anrufung ist: „Bruder, Bruder!"

Auch Professor und Dumamitglied Kuzmin Karawajew schreibt in seiner Broschüre: „Das Sokoltum und die Idee der slawischen Vereinigung" St. Petersburg 1912, über den in Prag abgehaltenen Sokolkongreß.

Es wäre müßig, auf alle Einwendungen einzugehen, die immer vorgebracht werden, wenn von dem wahren Wesen der Sokolorganisation, so wie sie sich in letzter Zeit gestaltet hat, die Rede ist.

Es genügt vollauf, hinzuweisen auf jene Betätigung, die von den Sokols im Kriege ins Werk gesetzt wurde, und zwar im Auslande sowie bei den eigenen Truppen und im Hinterlande und auf die übrigen Erscheinungen im öffentlichen Leben Böhmens. Ohne die entsprechende Vorbereitung der Stimmung und Gesinnung im Frieden wären die Erscheinungen unmöglich.

Die Darstellung Karawajews, der Augenzeuge des Kongresses war und mit maßgebenden Faktoren das Thema besprach, muß demnach Beachtung finden, zumal er sicherlich nicht zum Nachteile der tschechischen Nation befangen ist und seine Darstellung nach Überzeugung des Gerichtes in Verbin-

dung mit den anderweitigen Beweismitteln vollkommen sachlich zutreffend ist. Er schreibt:

„Widmung: Dem hochverehrten Herrn Dr. Kramář zur Aufklärung des heißen Streites beim Diner am 29. Juni. Der vom goldenen Prag entzückte Autor. Das Sokolentum und die Idee der slawischen Einigung. (Im Jahre 1912.)

Unauslöschlich stark ist der Eindruck, den die Feierlichkeiten in Prag anläßlich der Enthüllung des František Palacký-Denkmals und der erste allslawische Sokolisten-„Slet“ (Sokolistentag) hinterlassen haben.

Um diesen Eindruck zu empfangen, mußte man leider an Ort und Stelle gewesen sein. Wenn auch unsere Presse der Feier eine gewisse Aufmerksamkeit zugewendet hat, so wird sie jedenfalls der Bedeutung der Feier nicht entsprechend. In den russischen Zeitungen erschienen aus Prag Korrespondenzen und Telegramme, die aber viel weniger ausführlich und systematisch waren, als die aus Stockholm, wo fast gleichzeitig die internationalen „olympischen Spiele“ stattgefunden haben.

Das Hauptfazit von dem, was man in Prag sehen und beobachten konnte, kann man so formulieren: Wie modern auch zur Zeit in Rußland das sokolistische Turnen und Übungen sind, aber wir Russen kennen nicht die Idee, noch das Wesen des tschechischen Sokoltums. Das Verhalten unserer Presse zu diesen Feierlichkeiten wird dadurch natürlich erklärlich. Wir behandeln das Sokoltum ausschließlich von seiner äußeren Seite. Und uns schien die Verbindung des „Slet“ (der Zusammenflug der Sokols, Anmerkung des Dolmetsch) mit der Enthüllung des Palacký-Denkmals künstlich und überflüssig. Palacký war in der Tat als Gelehrter ein Historiograph des tschechischen Volkes. Als Politiker war er sein „Erwecker“ und „Führer“. Am Palacký-Denkmal ist ausgehauen: „Seinem Erwecker und Führer — das auferstandene Volk“. Was für eine Bewandtnis haben die gymnastischen Übungen? . . . Oder berühmte Turngriffe, wenn sie auch eine Weltberühmtheit erlangt haben? . . . Schon am ersten Tage des Prager Aufenthaltes war es offensichtlich klar, daß diese Fragen das Ergebnis des Unwissens sind. Bei den Tschechen können und konnten diese Fragen nicht entstehen. Für die Tschechen waren der „Slet“ und die Denkmalenthüllung Ereignisse, die unzertrennlich miteinander verbunden sind.

Und das ist richtig. Die Sokolübungen und der feierliche Umzug in der Stadt waren eine notwendige Ergänzung der politischen Reden bei der Denkmalenthüllung und zu der Palacký gewidmeten Sitzung der Nationalakademie, wo Begrüßungen von seiten der Universitäten und der gelehrten Gesellschaften vorgelesen wurden.

Palacký „erweckte“ das tschechische Volk. Das Sokoltum verkörperte bei den Feierlichkeiten in sich vor dem Slawentum und der ganzen Welt dieses Erwachen als eine unverrückbare bestehende Tatsache. Das großartige Bild einfacher und gleichzeitig äußerst in ihrer Einfachheit komplizierten Evolutionen, welche von 12.000 tschechischen Sokols vor 150.000 Zuschauern ausgeführt wurden, waren ein Symbol des „auferstandenen Volkes“, das sich selbst erkannt und sein Erwachen in blendenden und lebenden Formen verkörpert hatte. Über den Tribünen ragte das mit großen Buchstaben geschriebene Losungswort der Sokols: „Alle für einen, einer für alle.“ Und die Feierlichkeiten haben augenscheinlich gezeigt, daß dieses Losungswort, durch das Sokoltum hindurch den Tschechen ins Blut übergegangen ist und sie unlösbar zusammengeschweißt hat.

Vor diesem Losungsworte haben auch die österreichischen, dann die Balkanslawen, auch die amerikanischen Emigranten und die russischen Sokols ihre Übungen ausgeführt. Sie haben es stets vor sich gehabt. In einer allen Sokols gemeinsamen Kleidung gleichen Schrittes, mit gleichen Fahnen defilierten Tausende Sokolgäste mit vielen tausend tschechischen Sokols durch die Straßen des „goldenen“ Prags. Sie gelangten auf den historischen Platz vor dem Rathause, wo nach der Schlacht auf dem Weißen Berge die tschechischen Führer hingerichtet wurden und wo das Husdenkmal steht. Kramář hat bei der Denkmalenthüllung erinnert, daß Palacký Vater des großen Gedankens der Einigung des tschechischen Volkes ist und wiederholt seine Worte, welche er in einem tragischen Augenblicke der tschechischen Geschichte gesagt hat: „Wir waren vor Österreich, wir werden auch nach Österreich sein.“ Für diesen Gedanken und diese Worte dienten die tschechischen Sokols um das Denkmal herum als eine lebende Illustration. Und die Sokolgäste waren wieder eine Illustration der von den Tschechen ins Auge gefaßten Formen der Weiterentwicklung desselben Gedankens.

Der erste allslawische Sokol-„Slet“ fiel mit dem 30. Jahrestag der Entstehung des Sokoltums in Böhmen zusammen. Anzeichen des nationalen Bewußtseins haben sich bei den österreichischen Slawen etwas früher gezeigt, und zwar in der Revolutionszeit 1848. Beiläufig um dieselbe Zeit begann man auch in Rußland, in dem damals und in dem Verlauf vieler Jahre darauf einzigen selbständigen slawischen Staate, über die Idee der slawischen Einigung und die Idee des Entgegenhaltens des Slawentums der slawischen Welt gegenüber zu debattieren. In Rußland mündete diese Idee in das Slawophilentum, in eine literarisch-philosophische Strömung, welche lange Gegenstand eines Streites gebildet hatte, der bereits vergessen ist.

Und im Bewußtsein unserer Öffentlichkeit konnte auch diese Strömung keinen anderen Ausdruck gefunden haben. Die Frage hatte an sich keine unmittelbare, sozusagen häusliche Aktualität. Übrigens in ihrer praktischen Fassung war dies eine Frage der äußeren Politik, eine in den damaligen Zeiten für die Bevölkerung verbotene Frage, sie ging nicht die Bevölkerung, sondern ausschließlich die Regierung an. Und die Regierung ließ sich, wie bekannt, in ihren Aktionen von ganz anderen Prinzipien leiten.

Es genügt, daran zu erinnern, daß Ungarn und Transsylvanien im Jahre 1849 durch das russische Militär beruhigt und Österreich wieder zu Willen gebracht wurde. Übrigens ist später am Ende der siebziger Jahre der Augenblick eingetreten, wo die Idee der Blutsverwandschaft mit den Balkanslawen der russischen Staatsgewalt eine andere Orientierung bei der Einmengung in die türkischen Angelegenheiten eingegeben hat. Aber das öffentliche Bewußtsein nahm daran insofern teil, als es ihm möglich war, auf die Staatsgewalt einzuwirken; es wußte, wohin es mit seinen Forderungen sich zu wenden habe, und es richtete sich eben darnach. Das tritt immer dann ein, wenn angesichts der vom Volke getrennten und unabhängigen Staatsgewalt vor dem öffentlichen Bewußtsein eine Frage entsteht, welche sowohl für die Staatsgewalt als auch für das Volk eine gemeinsame ist: von der Höhe abstrakter Urteile und theoretischer Wünsche gelangt diese Frage nicht in die Tiefe des öffentlichen Bewußtseins.

Als bei den Tschechen das Nationalbewußtsein zu erwachen begann, war die Gegenüberstellung des Slawentums und des Nichtslawentums keine abstrakte Frage. Es war keine Idee, die eine Begründung erforderte, es war vielmehr eine schmerzlich empfundene Wirklichkeit.

Die Tschechen, durch die fremde Herrschaft unterdrückt, haben im Laufe der Jahrhunderte diese Gegenüberstellung als eine Tatsache, welche in der Form des triumphierenden Germanismus vor ihnen unentwegt gestanden hatte, empfunden. Die Idee der nationalen slawischen Absonderung war für die Tschechen die Stütze des Rechtes auf die staatliche und kulturelle selbständige Existenz, welche ihnen die Geschichte genommen hatte. Die Idee der slawischen Einigung erschien als Mittel zur Erreichung der Verwirklichung dieses Rechtes. Es ist selbstverständlich, daß sich die Blicke aller österreichischen Slawen knapp nach der Revolution 1848 im Namen der slawischen Einigung auf Rußland zu richten begonnen haben. Das Volk, einmal erwacht, erwartet aber nicht bloß Hilfe von anderer Seite, es übergeht selbst zu Aktionen. Diese haben aber bei den Tschechen, welche sich nach der Richtung der nationalen Wiedergeburt gerichtet hatten, nicht sofort den richtigen Weg eingeschlagen. Sie waren allerdings sehr kompliziert. Auf jeden Fall jetzt, wo in kultureller Beziehung das Ziel erreicht ist, zeigt sich mit voller Kraft, welch große Bedeutung im Kampfe der Tschechen für die Wiedergeburt das Sokoltum gehabt hat. Das tschechische Volk, an Geist und Führung stark, hat bei den Feierlichkeiten gezeigt, was es erreicht hatte und auf welche Weise. Beides wurde durch die Sokols illustriert.*)

Im Kampf um die Wiedergeburt hat das Volk das Sokoltum geboren. Darin ist sein inneres Wesen enthalten. Der Kampf hatte ein ganz bestimmtes reales Objekt — die österreichische Regierungsgewalt und den Germanismus — zum Ziele. Dieser Kampf war eine Sache, die allen Klassen naheging: Arme und Reiche, Städter und Ackerbauer, Hochgebildete und Halbanalphabeten. Darin ist das Pfand des Erfolges des tschechischen Sokoltums gelegen.*)

Dieser Kampf ist in politischer Beziehung noch nicht abgeschlossen. Darin ist auch der Grund für eine noch heute bestehende Vitalität enthalten.

Das Moment des Kampfes, und zwar eines revolutionär-nationalen Kampfes, erklingt laut in den sokolistischen Losungsworten.*) Nur ein gemeinsamer Kampf macht die Menschen zu Brüdern. Der Kampf schafft am sichersten und ausgiebigsten zwischen den Menschen Gleichheit. Das dritte Element in der Formel der französischen Revolution hatte man der tschechischen Sokolbewegung weder einzuimpfen noch einzusagen: sie wurde durch den Freiheitsdrang erzeugt, die Befreiung des Volkes war ihr anfänglicher und endlicher Sinn. Außer den slawischen Völkern haben an den Feierlichkeiten Franzosen und einige sehr wenige Engländer teilgenommen. England hat nur Turner kommandiert. Frankreich war auch durch Turner vertreten, aber es waren mit ihnen auch Vertreter der vereinigten gymnasiastischen Vereine des Landes, der Pariser Stadtrat vollzählig und eine besondere Delegation aus Elsaß. Bei allen diesen Versammlungen und Banketten haben die Franzosen sehr viel gesprochen.

Und ihre Reden ließen keinen Zweifel bestehen, was sie eigentlich nach Prag gezogen hatte.

Das Gebot der großen französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ war das Hauptthema der französischen Reden. Sie haben die Sokols als die Verkörperung dieser Idee begrüßt. Andere Themen waren für das Sokoltum nicht minder charakteristisch: die Franzosen erinnerten an ihr Debakel im Jahre 1870 und haben unterstrichen, daß in ihren Turnvereinen die Idee der Revanche nicht erstirbt.

---

*) Die Sokols sind aber — — unpolitisch!!

Der Vertreter von Elsaß hat auf das Palacký-denkmal einen schwarzumflorten Kranz niedergelegt.

Als er die Rede gehalten hatte, hat er geweint. Das war theatralisch,

aber für das wahre Wesen der Feierlichkeiten charakteristisch.

Frankreich ehrte die Tschechen als ein Volk, welches auf unblutigem friedlichen Wege, durch Selbsterziehung und Organisierung der Volkskräfte nach Prinzipien, welche die Franzosen der Welt verkündet hatten, die Wiedergeburt und kulturelle Befreiung erreicht hat. Im Sokoltum ehrt Frankreich das, wessen es bereits seit 40 Jahren bedarf.

Von der „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ haben nicht nur die Franzosen gesprochen, die die Tschechen im allgemeinen und die tschechischen Sokols im besonderen geehrt haben. Die gleiche Formel stellte den dominierenden Inhalt der Rede des Prager Bürgermeisters Dr. Groš, des Führers des Sokolistentums Dr. Scheiner, des Reichsratsabgeordneten Kramář und aller Vertreter der österreichischen und der Balkanslawen ohne Ausnahme dar, sowie auch der slawischen Emigranten von jenseits des Ozeans. Zu dieser Formel kehrten die Redner gleich zurück, wie bei der Sitzung der Akademie, indem sie die Verdienste des Palacký vor dem Vaterland hervorgehoben haben, wie auch weiters bei dem Empfang im Rathaus, in der Begrüßung der Sokols, so auch bei der Denkmalsenthüllung, im Rathaus, bei dem Bankett, als die Gastgeber und Gäste, welche dem Sokoltum teils angehörend waren, in den Begrüßungsreden ausgetauscht haben. Man konnte aus den durch Beifallsstürme und Ausrufe unterbrochenen Reden fehlerlos den Schluß ziehen, daß eben die Worte von der Freiheit, und nichts anderes, bei den Zuhörern, in den Sokolmassen und beim befrackten Publikum den größten Widerhall gefunden haben.

Die Übungen stellen eine zauberhafte Demonstration eines der kompliziertesten Begriffe des öffentlichen und staatlichen Lebens — den der Disziplin — dar.

Die Disziplin ist dem Militär am meisten notwendig und eigentümlich

und in dem Maße, als Tausende Sokols das Bild der Massenübungen entwerfen, tritt in die Vorstellung der Zuschauer, ohne daß sie es wollen, immer tiefer der Gedanke:

Die Sokols sind ein fertiges Heer. Sie haben bloß keine Kanonen und Flinten.*)

*) Herr Staněk freilich meint heuchlerisch, die Sokols wären „ängstlich bemüht“ gewesen, alles Politische fernzuhalten! Ihm ist heute noch „unverständlich“ und „unbegreiflich“, warum die österreichische Regierung gegen die Sokols vorging — heute können sie ja ohnehin wieder tun was sie wollen.

Diejenigen, die der Ansicht sind, daß die Kampfkraft einer Armee durch die technischen Qualitäten ihrer Bewaffnungsmittel bestimmt werde, dürften einwenden, in diesem „bloß“ ist eben alles enthalten. Die Sokols haben weder Kanonen, noch Gewehre, das heißt sie bilden kein Heer. Selbstverständlich erscheint eine solche Erhebung des Stockes über den Menschen, der Faustkraft über jene des Verstandes und des Willens, welche die Faust zu richten haben, äußerst unrichtig. Selbstverständlich, wie weittragend Kanonen und Gewehre sein mögen, wie unbezwingbar Festungen und unverletzbar Panzerschiffe auch sind, der Hauptfaktor des Kampfes und die Grundlage für die Wehrkraft der Armee ist der Mensch. Dabei ist es der Mensch nicht in der Gesamtheit seiner physischen, sondern in seinen psychischen Qualitäten. Denn im Kampfe wirkt weder Kanone noch Gewehr, sondern der Mensch, denn im Kampfe eher als in einer anderen seiner Tätigkeiten führt der Mensch, um mit Dragomirow zu sprechen, immer das gleiche aus: er setzt seine Gedankengänge in Taten um.

Das Sokoltum hat glänzend die Frage der Disziplin gelöst. Noch mehr

es hat die Frage jeder Militärdisziplin gelöst,

die durch die modernen Methoden der Komplettierung europäischer Armeen und durch die modernen Kampfesbedingungen gegeben ist. Die Frage der bewußten Disziplin im Gegensatz zum blinden unüberlegten Gehorsam. In der Theorie und in der Gesetzgebung erscheint dieser Übergang als schon lange vollendet. Aber im Leben hängt dieser Gehorsam als Gewissensfrage noch immer in der Luft als etwas schwer Greifbares und es herrscht noch immer der grobe Gehorsam aus Furcht. Das Komplizierte der Übungen, die sokolistischen Freiübungen stehen den Friderizianischen Marschübungen nicht nach.

Es wäre vergeblich etwa zu glauben, der deutsche Volksgenius vermöchte in dieser Sache nichts anderes zu schaffen, außer den hölzernen leblosen Übungen, außer den Soldaten als Automat; und der slawische Genius hat das Sokoltum geschaffen, dessen Übungen Leben atmen und ohne Kommandoschrei vor sich gehen, nur unter den rhytmischen Klängen der Musik. Der Grund für diesen Unterschied ist nicht in der Verschiedenheit und den Qualitäten des Volksgenius, weder im Germanismus, noch im Slawentum, gelegen.

Der Grund ist dort zu finden, daß das Sokoltum vom Volk erschaffen und von einer schöpferischen Gewalt beseelten großen Idee erfüllt ist, von der Idee des Kampfes.

Den Sokols stehen keine Zwangsmittel zur Verfügung. Allein ihrem Wunsche folgend, werden Kinder und Erwachsene, Frauen und Männer, An-

wälte, Ärzte, Gutsbesitzer, Fabrikanten und Arbeiter Sokols. Wenn die Eingetretenen nicht weiter bleiben wollen, so ziehen sie sich zurück. Bei der Abrichtung fehlt selbstredend jede strafende, von Staats wegen geübte Einwirkung. Innerhalb des Sokoltums gibt es weder Vorgesetzte noch Untergebene, es gibt keine Subjekte noch Objekte der Disziplinargewalt. An Stelle der Zwangsmaßregel stehen den Sokols der freie Wille der Menschen zu Gebote, welche Sokols sein wollen und die Idee des Sokoltums erfassen, wenn sie auch erdrückend in ihrer Majorität von ihr keine klare Vorstellung haben. Das Sokoltum erzieht den menschlichen Willen unmittelbar und nicht auf dem Wege der Einwirkung auf so niedrige Instinkte, wie es die Angst ist.

Unter militärischem Gesichtspunkte betrachtet, selbst wenn das tschechische Sokoltum den üblichen Entgegnungen gegen das Milizsystem noch nicht den Boden entziehen sollte, so sollte dies auf jeden Fall ernst zu denken geben.

Die französische Armee stellte als Heer dasselbe dar, wie das von Deutschland, Österreich und Rußland, nur eine Armee wahrnehmbar minderer Qualität. Aber im Sokoltum ist das Problem der neuen Art der Massendisziplinierung gelöst. Ist es jedoch nicht dank dem Umstande gelöst, weil die Sokols doch nicht eine eigentliche Armee bilden und weil das Sokoltum nicht durch den Staat, sondern durch die Öffentlichkeit geschaffen wurde. Wenn dem so ist, so liegen hier bereits fatale Zweifel nicht nur für den modernen Militarismus, sondern auch für den modernen Staat.

Der nationale Charakter des tschechischen Sokolismus spiegelt sich deutlich in der Zusammensetzung der Sokols. Als Symbol der Gleichheit und der Brüderlichkeit haben im Verlaufe der Feierlichkeiten nicht nur Männer aus verschiedenen Berufszweigen, sondern auch die Vertreter aller politischen Parteien eine und dieselbe Kleidung getragen. Unter den tschechischen Sokols finden sich äußerst viele Sozialdemokraten vor, Mitglieder einer Partei, die vornehmlich kosmopolitisch ist, und die den Klassenkampf für den Triumpf des Weltproletariats führt. Bei einem Meeting hat am „Slet“ ein bedeutender Sozialdemokrat*) des österreichischen Reichsrates, Herr Klofáč, eine Rede gehalten, und er hat auch die Sokolkleidung angehabt.

In den Augen der Tschechen steht also die Nationalidee außerhalb und über allem realgrammatischen Parteileben. Insofern diese oder jene soziale oder politische Frage den Gegensatz zwischen dem Slawen- und dem Germanentum nicht berührt, können die Sokols ebenso eingeteilt werden wie die Bürger aller parlamentarischen Länder. Aber in dem Augenblicke, wo die nationale Idee in Frage kommt, werden alle Verschiedenheiten in den Ansichten vermischt, und alle Strömungen des öffentlichen Gedankens fließen in einem Bette zusammen. Dieses Bett hat im Sokoltum klar vorgezeichnete und stark befestigte Ufer. Die während der Feierlichkeiten aufgestellten Beobachtungen bezeugen Schritt für Schritt, daß das Sokoltum seinem ideellen Wesen und seiner politischen Bedeutung nach alles das getreu symbolisiert, was dem tschechischen Volke die Wiedergeburt verliehen hatte, wovon es lebt und worin seine Kraft gelegen ist. Im Sokoltum konzentrierte sich wie in einem Brennpunkte der alles umfassende Grundgedanke und die Sorge für das Volk.

Die Feierlichkeiten (in Prag 1912) haben einen streng nationalen und demokratischen Geist zur Schau getragen. Es wurde kein einziges Mal an keiner Stelle und von niemand auch nur ein Wort öffentlich deutsch gesprochen. Bei der Enthüllung des Palacký-Denkmals, bei der Sitzung der Akademie und bei den öffentlichen Übungen der Sokols waren die höchsten Vertreter der österreichischen Behörde anwesend: Der Statthalter Böhmens, Graf Thun, die Minister für Kultus und Unterricht und für öffentliche Arbeiten. Aber sie waren bloß Gäste. Ihre Schlußröcke und die von ihnen inmitten anderer Gäste besetzten Plätze haben das deutlich zum Ausdruck gebracht. Die Rolle der Gastgeber hat in der Akademie ihr Präsident, beim „Slet“ das gewählte Haupt des Sokoltums, Dr. Scheiner, bei allen Empfängen und Banketten, im Theater und bei der Denkmalenthüllung der Bürgermeister Gros übernommen. Bei den Feierlichkeiten war alles, was eine österreichische Montur trägt, beseitigt. Überall in Österreich sieht man stets Offiziere und Soldaten mit ihren charakteristischen Kappen. In den Volksmassen, die mauerdicht in den Gassen von Prag standen und sich bewegten, hat man äußerst selten eine Kappe sehen können.

Unter den 150.000 Zuschauern konnte man beim „Slet“ nur äußerst selten einen vereinzelten Offizier sehen. Und wenn ein Gast aus einem Grunde seine Aufmerksamkeit auf einen ihm begegnenden Offizier oder Soldaten lenkte, so wurde ihm mit einer entschuldigenden Note in der Stimme gesagt, „er ist ein Tscheche“ . . . .

Wenn nun die Sokols ein fertiges Heer sind, so sind die Tschechen als Volk fertige Bürger. Wenn bei den Sokols es „nur“ an Kanonen und Gewehren gebricht, so hat das tschechische Volk keine selbständige staatliche Existenz.

Wie die Armee von den Soldaten, so verlangt der Staat von seinen Bürgern Disziplin — die Fähigkeit, seinen persönlichen Willen dem Gesamtwillen unterzuordnen, das Vermögen, seines „Ich“

*) Ein Irrtum des Verfassers. Heute freilich, wo die Nationalsozialisten und Sozialdemokraten verschmolzen werden sollen, könnte man das sagen.

sich zu entäußern, die Bereitwilligkeit, seine persönliche Freiheit einzuschränken und sie in dem Rahmen des Rechtes zu halten. Wie im Heere so auch im Staate ist ein anderer neuer Inhalt für den Begriff der Disziplin enthalten. Ein Rechtsbewußtsein ist hier angedeutet, welches an Stelle der Furcht vor der Bestrafung als einzige Stütze des staatlichen Seins zu treten hat. Aber ebenso wie in der Armee trotz aller nicht zu bestreitenden Beweisführungen des wissenschaftlichen Denkens noch immer Gehorsam vorzuherrschen und mit ihm gleichzeitig die überlaute Methode der Disziplinierung zu obwalten pflegt, so hatte auch im Staate das bürgerliche Rechtsbewußtsein bei weitem noch nicht jene Stufe erreicht, damit neben der Furcht vor Bestrafung auch nicht eine andere Stütze des staatlichen Seins Platz finde. Da den Tschechen die selbständige Staatlichkeit benommen wurde, so hatten sie auch keine Möglichkeit der Selbsterziehung nach dem Prinzip der Furcht vor der Bestrafung. Die Strafgewalt über sie hatte Österreich. Sie wirkte und wirkt auch in jener Richtung nicht, in deren Endergebnisse die Tschechen ihre durch die Höhe verblüffende bürgerliche Erziehung erhalten haben. Im Gegenteil: die Selbsterziehung ist hier der Furcht vor Bestrafung zu Trotz erstanden. Sie wurde durch die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, welche in den realen Formen des Sokoltums erfaßt und verkörpert wurde, geschaffen, und wo alle für einen sind und einer für alle ist, wo Frauen, Mütter und Schwestern an der gemeinsamen Sache des nationalen Kampfes teilnehmen.

Die nationale Idee ist bei den Tschechen eine Kampfidee — eine Idee des Kampfes. Es ist nicht jene Idee, welche, plötzlich entfacht, die Leute zu den Barrikaden führt.

Diese Idee loht schon über 150 Jahre lang. Es ist ein ruhiges Brennen, ohne Explosionen, aber auch ohne Erlöschen. Im Gegenteil, das Feuer erstarkt und sein Bereich umfaßt das in gleicher Lage befindliche Süd- und Westslawentum. Möglicherweise wird sich das Feuer niemals in eine stürmische Feuersbrunst umwandeln. Es ist möglich, daß die Geschichte auch darin nicht seinen Helden sieht . . . Die Russen waren bei der Feier in Prag Gegenstand besonders warmer Begrüßung und überschwänglicher Ovationen. Nach dieser Richtung haben die Korrespondenten des „Nowoje Wremja“, „Russkoje Slowo“ und der Petersburger Telegraphenagentur nicht im geringsten übertrieben.

Die Tschechen und mit ihnen die Delegierten aller österreichischen und der Balkanslawen haben in den wenn auch wenigen Vertretern der russischen Öffentlichkeit, in den russischen Sokols und Gymnasien und besonders im Gehilfen des russischen Ministers für Volksaufklärung jenes Rußland gesehen, welches sie so lange und leidenschaftlich sehen wollten. In der Tat kann man von einem kulturellen Triumph des Slawentums über das Germanentum träumen, solang Rußland von diesem Streben nicht erfaßt wurde? Kann man von einer allslawischen Einigung sprechen, wenn Rußland daran nicht beteiligt ist? Kann man von einem allslawischen Sokoltum sprechen, wenn Rußland kein Sokoltum hat? Damit wird natürlich der gehobene Ton in allen Ansprachen an die Russen erklärlich: im Namen des tschechischen Volkes, im Namen der Stadt Prag, beim Eingang im Rathause, bei der Begrüßung der Sokols am Bahnhof, beim Bankett, bei den Empfängen privaten Charakters, beim sozialdemokratischen Meeting. Die Beteiligung der Russen an den Prager Feierlichkeiten war in den Augen der Tschechen jene vielseitige Tatsache von einer ungeheuren Tragweite, deren Bedeutung man nicht einmal imstande ist, zu ermessen.

Der Nationalismus wird als politische Strömung des nationalen Gedankens seiner Natur nach stets eine Kampfströmung sein. Der Nationalismus ist aktiv. Der Nationalismus fordert zur Einigung und zur Absonderung auf, zu jener Absonderung, welche die Nation abschließt, und zu solcher Einigung, welche ihre Reihen in ein kompaktes Ganzes schließt. Die Völker schließen sich ab und ein, indem sie das Banner erheben „Alle für Einen, Einer für Alle“, nur im Namen des Kampfes. Wo ist der Feind, der die russische Nation bedroht? Der Kampf setzt aber einen Feind voraus als Objekt.

. . . Das Moment des Kampfes liegt so tief im Nationalismus als einer politischen Strömung, daß, wenn dem Volk ein realer Feind fehlt, so sehen sich die Nationalisten bemüßigt, einen mythischen Feind zu schaffen.

Bei sich zu Hause sind die russischen Nationalisten jene Burschen, die die Reihen der in Prag aufziehenden Sokols zu stören suchen, aber keineswegs jene tschechischen Sokols, die jede Berührung der österreichischen Polizei, die österreichischen Uniformen und die deutsche Rede bei den Feierlichkeiten sorgsam zur Seite geschoben haben. In Rußland gibt es keinen die russische Nationalität bedrückenden Feind. Die Tschechen führten und führen einen Kampf, in dem sie die Staatsgleichheit mit den Deutschen zu erreichen suchen (O. Nr. 664).

„Die Aufforderung zur Einigung Böhmens ist ein Protestschrei gegen die Unterdrückung mittels des groben Prinzips der Wirklichkeit, der Kraft nämlich, des Höheren, des Rechtes.

Wenn das passive Verhalten des russischen öffentlichen Gedankens gegenüber der Idee des

Slawentums oder der slawischen Einigung eine tatsächliche und logische Erklärung findet, so ist die Passivität, welche sich in ein direktes negatives Verhalten zu dem, worin die Tschechen bei den Feierlichkeiten in Prag die Anfänge des russischen Sokoltums erblickt haben, um so erklärlicher. Anfänge des Sokoltums gibt es in Rußland überhaupt nicht. Wo die Bedingungen für das Entstehen und die Entwicklung des Sokoltums auf der Hand liegen, dort wird es nicht zugelassen; im Königreiche Polen sind die Sokolvereine verboten, in Finnland wird die . . voima „in strengster Art und Weise liquidiert". In Rußland gibt es Sokols, welche sich in eine ihnen nicht geziemende, dem Geiste des tschechischen Volkes entsprechende Kleidung geworfen haben: in der Armee und in der Schule kommt der Unterricht in den sokolistischen Turngriffen hie und da vor. Mit dem Symbol eines langjährigen Kampfes für die Wiedergeburt des tschechischen Volkes gibt es nichts Gemeinsames außer der Entstehung der Turnmethode und des äußeren Habitus der Männer, welche sich Sokols heißen.

Das hindert uns nicht, von dem tschechischen Sokoltum entzückt zu sein. Das kann uns nicht hindern, aufrichtig die Tschechen zu begrüßen, und als Blutsbrüder mit ihnen die Gefühle zu teilen. Aber das Sokoltum als nationale Sache bleibt für uns eine fremde und fernliegende Sache. Man darf die Frage nicht stellen: ist etwa die Entwicklung des tschechischen Sokoltums in Rußland erwünscht? Nur eine einzige Fragestellung ist möglich: ist eine solche überhaupt möglich? Das Sokoltum, welches feste Wurzel in Serbien und Bulgarien faßt, vermag dieser Fragestellung nicht zu widersprechen. Serbien und Bulgarien hat in einer allzujungen Vergangenheit ihre selbständige Staatlichkeit erhalten. In beiden Königreichen lebt noch die Erinnerung an die türkische Herrschaft. Weder die Serben noch die Bulgaren haben das Gefühl der Sicherheit in die Dauer ihrer selbständigen Existenz. Bulgarien sieht vor sich unverwandten Blickes Mazedonien, Serbien — das Schicksal Bosniens und der Hercegovina.

Wie im tschechischen Sokoltum das Turnen und die Sorge für die physische Entwicklung nur die Außenseite der im Sokoltum enthaltenen politischen Idee bildet, so wird auch bei uns das, was unter der Sokolfrage eingeführt wird, in nicht minderem Maße von einer politischen Tendenz durchtränkt und ihr unterworfen. Aber diese Tendenz hat mit der Idee des tschechischen Sokoltums nichts gemein. Sie wandelte eine Angelegenheit der tschechischen Öffentlichkeit in eine der russischen fremden um. Sie verlieh ihr den Charakter eines Kampfes, der gegen die sozialen Ideale gerichtet ist.

Die russische Staatsgewalt wurde durch zwei Momente bestimmt, das tschechische Sokoltum auf unseren Boden zu überpflanzen: durch den verlorenen Krieg und die Revolution. Es schien so verlockend und einfach, den verlorenen Krieg nicht auf die Rechnung der inneren staatlichen Mißgestaltung oder des Abgrundes, welcher jahrhundertelang zwischen der Staatsgewalt und dem Volke gähnt, zu setzen, sondern den technischen Unvollkommenheiten der Armee und zum Teile dem Mangel an Disziplin des die Armee stellenden Kontingents die Schuld zuzuschreiben. Von allen Seiten strömte Geld für die Kanonen, Festungen und Panzerschiffe herbei. Es entstand der Gedanke, das Volk zu militärisieren, bereits Kinder für den zukünftigen Militärberuf vorzubereiten. Das Sokoltum hat den Tschechen ein „fertiges" Heer selbst ohne Beteiligung der Staatsgewalt gegeben. Die russische Bureaukratie, welche sich stets allmächtig erachtet, hat beschlossen, daß in ihren Händen die Sache viel rascher gehen wird, und am sichersten das gleiche glänzende Resultat geben würde."*) (O. R. 654.)

So wie den Russen, stellt sich auf Grund von Besprechungen in Prag mit maßgebenden Personen auch den Franzosen das Sokoltum dar. Und wie enge mit den Prinzipien des streitbaren Nationalismus, der Abkehr vom eigenen Staate und Annäherung an das feindliche Ausland das Sokoltum — anders als bei anderen Turnern — verbunden ist, führt der Franzose Cloarec in „La nouvelle revue" aus, in einer Zeitschrift, in welcher auch zahlreiche andere, die tschechischen Bestrebungen betreffenden Nachrichten erscheinen:

„Bei den Sokols. (Aus „La nouvelle revue" vom 15. Juli 1912.) Die Feierlichkeiten, die sich eben in Prag abgespielt haben und die sich alle fünf Jahre wiederholen, beanspruchen ein Interesse, welches über die Bedeutung eines Besuchern gebotenen Schauspieles weit hinausgeht.

Den Anblick, welchen die weite Arena von 35.000 Quadratmeter, welche auf dem Belvedereplatz aufgebaut ist, mit den über 10.000 Turnern, welche die Arena voll füllen und mit einer vollendeten Übereinstimmung ihre Übungen ausführten, war sicherlich bezaubernd. Diese Männer, die blaue Hosen und einen weißen Trikot, der die Armee frei läßt, tragen, führen unter den Klängen einer rhythmischen Musik Übungen auf, welche das Braun ihrer Haut, das Blau und das Weiß ihrer Kostüme allmählich zum Vorschein bringt. Die Wirkung ist äußerst harmonisch und gelungen. Dann kommen Frauen und junge Mädchen, nicht so zahlreich wie die Männer — es waren ihrer diesmal etwa

*) Man muß anerkennen, daß das den Russen bis 1914 in hohem Maße gelungen war. Glücklicherweise reichte es aber zur Besiegung der deutschen Kraft nicht aus.

6000 — aber nicht weniger präzis in ihren Massenbewegungen. Mit ihren roten runden Mützen und weißen Halskrausen verleihen sie der Arena, wenn sie in ihren regelmäßigen Abständen verteilt sind, den Anblick eines Erdbeerfeldes. Dazwischen treten weniger zahlreiche Turner auf, mit besonders schwierigen Produktionen.

Am letzten Tage führen die Sokols, Frauen und Männer, eine griechische Szene auf. In diesem Jahre war es Marathon. Der berühmte griechische Krieger stürzt mit dem Rufe Sieg auf dem öffentlichen Platz zusammen, dann tritt unter Beifall und Tänzen eine Armee auf, während Priester den Göttern Opfer darbringen; schließlich kommt es zu athletischen Übungen, Spießwerfen, Diskuswerfen, Kämpfen usw.

Das Schauspiel ist mit einer zu bewundernden Sorgfalt in Szene gesetzt, die Regie ist bewundernswert und man kann dem Herrn Organisator, Herrn Vanicek, wahrlich aufs beste gratulieren.

Die 125.000 auf den Bänken gedrängt sitzenden Zuschauer sparten übrigens weder mit Beifall noch mit Ausrufen der Freude.

Dies alles wäre dennoch nicht von Bedeutung, fühlte man hinter den Apparat von Festlichkeiten nicht den energischen Willen, welcher diese Männer und Frauen, die aus allen Ecken des slawischen Horizonts stammen, beseelt, den Willen, ihre nationale Empfindung zu betonen, ebenso wie das Recht auf Freiheit, welches sie in verschiedenen Ländern, wo die slawische Rasse vertreten ist, beanspruchen.

Hierin liegt die wahre Bedeutung der Prager Feste.

Die Sokols sind nicht einfache Turner, wie man versucht wäre zu glauben, sie sind Vertreter des Slawismus, welche periodisch in jene Stadt kommen, welche sie als eine Art heilige Stadt betrachten, um ihren Glauben in die Geschicke ihrer Rasse zu betonen. Seit 1862, seit der Schaffung der Sokols, kommen Serben, Bulgaren, Montenegriner, Slowaken, Bosniaken, Russen und Ruthenen, kommen alle Slawen, um sich in ihrem nationalen Glauben zu vereinigen.

Und wenn im Laufe der Festlichkeiten die Gelegenheit sich ergeben hatte, erschienen jedesmal die Delegierten einer jeden Nation, um ihrer Anhänglichkeit an die große slawische Sache Ausdruck zu geben.

Die Wahl der Stadt Prag könnte von allem Anbeginn wundernehmen; um sie zu verstehen, muß man die Geschichte Böhmens kennen, in deren Verlauf man die Tschechen als Verteidiger des Rechtes und der Gewissensfreiheit stets im vordersten Rang findet. Wenn die Tschechen auch Fackelträger der Zivilisation an den Grenzen der christlichen Welt waren, so waren sie ebenfalls die ständigen Opfer ihres Idealismus.

Eine große Tatsache beherrscht ihre gegenwärtige Geschichte, das ist die flammende Anhänglichkeit an die Doktrinen des Jan Hus. „Der Kreuzzug, den das Papsttum gegen sie gepredigt hat“, um dieses Ketzertum auszurotten, jener Kreuzzug, der im Jahre 1620 zur Schlacht am Weißen Berge geführt hat. Nach dieser Schlacht, die die Habsburgerherrschaft einweiht, überfluten die Jesuiten das Land. Die ganze Aristokratie, welche hussitisch war, wird systematisch vernichtet, durch Schrecken und Scheiterhaufen wird das ganze Volk zum römischen Glauben geführt.

Die klerikale und deutsche Herrschaft der Habsburger unternimmt die systematische Unterdrückung der tschechischen Nationalität. Sie wollte beinahe gelingen, als die Ereignisse und der Patriotismus einiger Tschechen dem eine andere Wendung gegeben haben.

Wenn man sich nicht stets auf den Weißen Berg als Ausgangspunkt bezieht, so kann man die gegenwärtige Situation in Böhmen nicht begreifen: dieser Name kommt unaufhörlich in den Gesprächen der Tschechen jedes Standes vor, als Basis ihrer ganzen nationalen Politik.

Die Tschechen bleiben ein Volk, das durch die katholische Reaktion von 1620 erdrückt, seit dieser Zeit nicht aufgehört hat, im Namen des Rechtes gegen den Mißbrauch der Macht zu protestieren. Darin findet man den Umstand für die Erklärung, warum das tschechische Volk sich immer Frankreich zugewendet hat, als zu einem Lande, wo der Rechtsgedanke stets in Ehren war, und warum der böhmische Landtag, allein in Europa, im Jahre 1871 eine feierliche Verwahrung gegen die Verletzung des Völkerrechtes durch Deutschland eingelegt hat. Das erklärt auch, warum das tschechische Volk ein wesentlich demokratisches ist, was für dasselbe wieder ein Grund ist, seine Blicke gegen das demokratischeste Volk Europas, gegen Frankreich zu richten . . .“

„Was wir oben gesagt haben, zeigt, wie wenig dieser Nationalismus der politischen französischen Partei gleichen Namens ähnlich ist: weit davon entfernt, eine politische Partei zu sein, absorbiert der tschechische Nationalismus alle Parteien und versammelt sie alle von dem Augenblicke an, als Rasseninteressen im Spiele sind. Er richtet sich gegen niemand, er ist ausschließlich für die unterdrückte Rasse, für die Erreichung der Freiheit.

Die Tschechen, denen anfangs alle Rechte genommen wurden, die durch die Wiener Deutschen verwaltet und gelenkt wurden, welch letztere sie als Angehörige einer niederen Rasse behandelten, haben

sich alle Gelegenheiten zunutze gemacht, um ihre Rechte zu erweitern.

Im Jahre 1848, als die Republik in Frankreich verkündet wurde, setzt unter den Tschechen eine Bewegung ein, die aber unterdrückt wird. Erst nach Solferino, wo Österreich geschlagen wurde, ist es ihnen erlaubt, gewisse Vorteile zu erzwingen.

Dann kommt der Krieg von 1866. Österreich, nach Sadowa aus dem Deutschen Bunde vertrieben, ist nun gezwungen, eine Unterstützung bei den nichtdeutschen Völkern des Reiches zu suchen. Der deutsche Einfluß ist wohl in Wien weiter überwiegend, aber dieses Übergewicht verringerte sich von Tag zu Tag.

Wir können uns diese Organisation in Österreich, bei welcher die Rassenfrage sich allen anderen politischen Fragen unterordnet, schwer vorstellen. Die Vertretung eines jeden Landes umfaßt Vertreter aller Richtungen, wenn sie aber in politischen Fragen auseinandergehen, so finden sie sich, wenn eine nationale Frage in Betracht kommt, sofort national vereint. Selbst die Minister gehören von Rechts wegen zu verschiedenen Nationalitäten.

In einer solchen Schule müssen die österreichischen Staatsmänner bald zu unvergleichlichen Diplomaten werden.

Man weiß, daß die österreichische Regierung Ungarn bereits die Autonomie gewähren mußte, und einige unserer Schriftsteller wundern sich, daß Böhmen von dieser Seite nicht eine Stütze gegen die deutsche Oberherrschaft in Wien sucht. In Wirklichkeit hassen die Tschechen die Ungarn vielleicht noch mehr als die Deutschen.

Die Ungarn sind in der Tat eine aristokratische Nation und seitdem sie in Ungarn Herren sind haben sie durch die Magyarisierung des Landes Maßnahmen eingeführt, gegen welche die Tschechen in Zisleithanien unaufhörlich protestieren.

Den Norden des Landes bewohnen zwei Millionen Slowaken; und da sie noch härter als die Tschechen in Österreich behandelt werden, rufen die Slowaken ihre Brüder in Böhmen an. Diese Unglücklichen, die sehr gesucht sind, dank ihrer Eigenschaften, ihrer Nüchternheit, ihrem Arbeitseifer, suchen, da sie notleidend sind, ein günstigeres Vaterland überall dort, wo sie nur können, besonders aber in Amerika. Auswanderungsagenten haben sich in der Slowakei dauernd niedergelassen, um diese Auswanderung zu organisieren. Wir hätten alles Interesse daran, einen Teil dieses Auswanderungsstromes, der aus Leuten guter Rasse besteht, nach unserem Lande zu richten, wo sie als ausgezeichnete Ackerbauer nützlich würden, oder nach Algier, wo sie prächtige Kolonisatoren wären.

Die Tschechen hätten die Empfindung, ihre slawische Sache zu verraten, wenn sie zu denen gehören würden, die als Tyrannen ihre Brüder betrachten.

Im Jahre 1909 haben die tschechischen Ärzte in einer feierlichen, Europa zur Kenntnis gebrachten Erklärung, sich geweigert, an dem internationalen Kongresse in Budapest teilzunehmen, indem sie sagten, sie können die Gastfreundlichkeit einer Regierung und einer Nation nicht annehmen, welche in einer erdrückenden Mehrheit sich mit einem gewalttätigen, chauvinistischen, jeder Zivilisation zuwiderlaufenden Regime indentifiziert und sich feindlich gegenüber allem demokratischen Empfinden in Europa verhält.

Wie man sieht, sind die nationalistischen Forderungen der Tschechen wie die der Slowaken in Transleithanien Forderungen menschlicher Freiheit, die eines jeden gegenüber einer anderen Nation kriegerischen Geistes bar (?) sind.

Und wenn man diese organisierten Sokols betrachtet, welche sich als Brüder behandeln und duzen, begonnen mit dem Obmann Dr. Scheiner bis zum letzten aus irgend einem mährischen Winkel hervorgekommenen Bauern, wenn man diesen kleinen, einfachen, beinahe schüchtern aussehenden Dr. Scheiner sieht, wie er angesichts einer Sokolmenge tiefe, aus dem Herzen kommende Akzente anzuschlagen vermag, welche den Enthusiasmus von Tausenden von Männern, die aus allen Winkeln des slawischen Horizontes hergekommen sind, erwecken, so hat man den Eindruck, daß man sich einer bedeutenden Kraft gegenüber befindet, welche eine große Rolle zu spielen vermag.

Sie kommen in geschlossenen Reihen, leichten und martialischen Schrittes, sie haben graue Hosen, ein rotes Hemd, eine graue, über die Schulter geworfene Mantille, sie tragen runde, mit Falkenfedern geschmückte und mit der Nationalkokarde versehene Mützen. Nur die aristokratischen und katholischen Polen halten sich abseits, indem ihnen das alle Unterschiede aufhebende Duzen widerstrebt. Sie sind heuer nach Prag nicht gekommen. In den Augen der anderen Slawen erscheinen sie gleichfalls eingeschlafen, in ihrer Not von ihrer Aristokratie unterdrückt und durch das Regime, dem sie unterworfen sind, geschwächt.

. . . Zweifellos läßt sich ihr Gedanke manchmal bis zu Träumen einer slawischen Union gehen, da sie aber keine praktische Möglichkeit sehen, unter den gegebenen Verhältnissen in Europa diese Union zu verwirklichen, so bescheidet sich ihr Ehrgeiz damit, politische Freiheiten zu verlangen. Dieser Ehrgeiz wäre vollauf befriedigt, wenn sie von Österreich die Anerkennung der historischen Rechte der böhmischen Krone erlangen würden, das heißt in der Tat, eine Verwaltungsautonomie im föderativen Österreich.

Die Erfolge, die sie bereits auf diesem Wege erreicht haben, ermutigen sie zu dem Glauben, daß sie allmählich dahin gelangen werden. Ein gewisser Teil glaubt, daß die parlamentarische Aktion genügen würde, die anderen sind der Meinung, daß im gegebenen Augenblicke es notwendig sein wird, auf Wien einen energischen Druck auszuüben, um die Freiheit zu erlangen.

Im Blicke, den viele von den Tschechen gegen Frankreich richten, liegt die Hoffnung, daß dieses, seiner Nationalitätenpolitik treu, auf diese oder jene Weise ihnen helfen werde. Sie finden, daß heute das Interesse Frankreichs dahin geht, Österreich zu stützen, welches gerne bei uns eine Unterstützung gegen die preußische Hegemonie suchen würde, und daß diese Unterstützung offenbar eine slawische Orientierung der inneren Politik Österreich-Ungarns im Gefolge haben würde; auf diese Weise würde die Ausschaltung Österreichs aus der germanischen Konföderation, welche gemäß den Absichten ihres Urhebers den Triumph des Germanismus sichern wollte, zur Folge haben, daß vor der germanischen Expansion gegen den Orient ein slawisch-magyarischer Wall sich errichten würde.

Gut unterrichtete Leute behaupten, daß der Thronfolger diese Politik klar ins Auge gefaßt hat, welche der Monarch Franz Joseph nicht einzuschlagen wagt. Sein glühender Katholizismus vermag gewisse Beunruhigungen zu erwecken, man glaubt jedoch, daß er ein genügend feiner Politiker ist, um nicht allzu sehr den klerikalen Beeinflussungen nachzugeben.

Wird die Habsburgerdynastie, welche klerikal, autoritär und deutsch ist, vermögen, in der Religion und Politik, welche in ihren Aspirationen slawisch ist, liberal zu werden? Das wäre eine Änderung, welche ein wenig schwer durchführbar ist; sie scheint aber vermöge der historischen Evolution logisch zu sein.

Die Möglichkeit einer solchen Umgestaltung beruht in ihrer Gänze auf der Entwicklung der tschechischen Rasse; von ihrer Macht, von ihrer Energie wird die Stellung des Slawismus im Reiche abhängen. Die Tschechen empfinden das lebhaft und versäumen nichts, um ihre nationale und internationale Stellung zu erweitern. Nach der Universität, das heißt dem Unterricht, haben sie allmählich die Industrie, die Bank, erobert und sie erobern den Boden.

Prag, welches vor 30 Jahren das Aussehen einer deutschen Stadt hatte, ist heute ausgesprochen tschechisch. Die Straßennamen sind ausgesprochen in der Nationalsprache gehalten, die deutschen Schilder sind selten, das Volk spricht nur ein schlechtes Deutsch, welches im Handel nicht notwendig erscheint.

Die tschechischen Bauern erwerben bei der ersten Möglichkeit Boden, wenn es nottut, mit schweren Hypotheken; die nationalen Banken unterstützen sie und andrerseits breiten sie ihre Aktion auf die Industrie aus, welche sich rasch entwickelt; sie vermitteln selbst die ökonomische Organisation der Slawen außerhalb Böhmens, indem sie auf diese Weise einen bedeutenden Einfluß auf alle Südslawen erreichen.

Dieses Vorgehen ist um so bemerkenswerter, als die schweren Steuern, die in Böhmen, das das reichste Land des Reiches ist, alljährlich bedeutende Summen einnehmen, welche zugunsten der deutschen Gemeinden ausgegeben werden. (!)

Die Bodensteuer erreicht in Prag die Höhe von 52 Prozent der Haussteuer, und trotzdem erweitert sich die Stadt unaufhörlich; sie hat im Laufe von zehn Jahren die Bedeutung verdoppelt und zählt heute die Vorstädte inbegriffen über 600.000 Einwohner . . . .

Auf diese Weise ist das Geld eher selten, der Zinsfuß im Kontokorrent der Banken erhöht sich auf $5\frac{1}{2}$ Prozent, die Hypothekaranleihen wurden zu 9 und 10 Prozent gewährt.

Das tschechische Volk jedoch, durch die erreichten Resultate stark, hat in seine Zukunft Vertrauen.

Indem es eine politische und wirtschaftliche Freiheit nicht zu erreichen vermag, hat es in Prag einen

Nationalrat

geschaffen, welcher, ohne eine offizielle Eigenschaft zu besitzen, trotzdem gewissermassen

die Rolle eines Parlamentes

spielt, in welchem die tschechischen Interessen behandelt werden. Dieser Rat ist in verschiedene Kommissionen eingeteilt, die offiziöse Ministerien sind. Dieser Rat hat zum Präsidenten einen überzeugten Sokol, einen aufgeklärten Patrioten, den Herrn Podlypny, den früheren Bürgermeister von Prag und böhmischen Landtagsabgeordneten.

Um ihn gruppiert sich die Elite der tschechischen Nation: Herr Kramář, einer der beredsamsten Reichsratsabgeordneten, Herr Pinkas, der Präsident der Prager Alliance française, der in Frankreich von einer französischen Mutter geboren wurde, Herr Cenkow, einer der Jungen, auf die die Nation die meisten Hoffnungen setzt u. a. m.

Wir haben bereits erwähnt, welche bevorzugte Stellung Frankreich in den Sympathien der Tschechen inne hat. Eine Sektion der Alliance française, in welcher um den Präsidenten Pinkas, der französisch spricht wie ein Pariser, sich auch Männer von gutem Willen gruppieren, darunter besonders Herr Pichom, der Lehrer der französischen Sprache an der Universität, gibt sich löbliche Mühe;

leider gebricht es ihren Mitteln, um sich zu entwickeln.

Man spricht in Prag in gebildeten Kreisen ein geläufiges Französisch. Aber noch mehr als unsere Sprache dringt nach Böhmen unser Geist.

An der Universität, deren Gründung die Tschechen 1882 Wien abgerungen hatten, und welche heute doppelt so viel Schüler als die deutsche Universität zählt, sind es eben unsere Autoren, die man studiert, und unsere Ideen, denen man nachgeht. „Dem französischen Gedanken", sagt ein junger und glänzender Professor dieser Universität, Herr Jellinek, „verdanken die anderen Nationen ihre Einigung und ihr politisches Erwachen, den geistigen Fortschritt und soziale Reformen. Wir Tschechen verdanken ihm zum größten Teil unsere nationale Existenz selbst." Auf diese Weise sind beinahe alle unsere Dichter übersetzt. Beinahe alle von unseren erfolgreichen Theaterstücken werden aufgeführt. Und wenn ich in dem Nationaltheater einer Oper von Smetana, welche die anmutige Nationalsage von der Libussa auf die Bretter bringt, beigewohnt habe, so habe ich im Stadttheater in Königliche Weinberge eine Übersetzung des „Heiligen Haines" angehört, welcher sehr sorgfältig aufgeführt wurde und an welchem ein zahlreiches Auditorium einen lebhaften Gefallen zu finden schien.

Diese Sympathien für Frankreich treten unter allen Formen zutage. Außer den Slawen wurden zu den Sokolfestlichkeiten offiziell nur die Franzosen eingeladen. Da es unmöglich war, die Regierung einzuladen, so hat der Prager Stadtrat und sein in Paris wohlbekannter Bürgermeister, Herr Groš, den Pariser Gemeinderat eingeladen. 18 Munizipalräte leisteten dieser Einladung Folge, 50 französische Turner, die auf der Letna Arena erschienen, waren auch die einzigen nichtslawischen Turner, und es wurde ihnen gegenüber mit Beifall nicht gespart. — — —

Jedesmal, wenn die französische Vertretung innerhalb der Einfriedung erschien, gab es Beifall ohne Ende, Rufe: „Vive la France" „Nazdar", und überall auf den Bänken erhoben sich die Mützen und die Hüte, die Sacktücher der Frauen flatterten in die Höhe.

In den Gassen, in dem Augenblick, als man uns erkennt, werden wir selbst vereinzelt von den Passanten begrüßt, die uns ein vertrauensvolles Nazdar zurufen, welches sich von Schritt zu Schritt auf dem Wege fortpflanzt. Übrigens gibt es da keine indiskrete Neugierige; wie auch die Menge zahlreich ist, so bleibt sie stets ausnehmend höflich. Das Volk, welches von einem aufmerksamen Feind unaufhörlich überwacht wird, hat sich die Gewohnheit anerzogen, sich zu beherrschen; jedes Individuum hat das Bewußtsein, daß aus seiner persönlichen Haltung sich die Meinung, welche man sich von seiner Rasse bilden wird, ergeben wird. Jeder von ihnen weiß, daß jede persönliche Blöße sofort gegen die Rasse ausgenützt werden würde, daß selbst Tatsachen zu ihrem Schaden umgemodelt und ins Unnatürliche gezerrt werden könnten. In der großen Halle des Hotels „Slata husa" (Goldene Gans), das ein traditionelles tschechisches Zentrum ist, hält sich die Menge gedrängt bis zu den vorgerückten Nachtstunden. Die Kellner winden sich mit Mühe zwischen den belasteten Tischen hindurch, das Bier fließt in Strömen. Die Menge stimmt von Zeit zu Zeit von einem Orchester begleitet mit Ernst ein patriotisches Lied, von einem kräftigen Nazdar gefolgt, an; dann überlassen sie sich dem freudigen Bewußtsein, sich stark zu fühlen, zu plaudern, zu lachen, ohne daß irgendein bedauernswerter Zwischenfall gekommen wäre.

Die Einwohner deutscher Rasse, welche bis heute auf ein Zehntel der Prager Bevölkerung reduziert sind, einem Fünftel der Bevölkerung Böhmens (!), schmollen übelgelaunt; manchesmal versuchten die Studenten, welche ihre deutsche Eitelkeit dazu antrieb, ihre Rassenverachtung zu bekunden (!), die allgemeine Freude zu stören*), einen Zwischenfall zu schaffen, welcher in Wien dann durch die Kompatrioten übertrieben werden wird: Die freiwillige stramme Disziplin, welche sich die Tschechen in Prag auferlegt haben, macht alle diese Berechnungen (!) zu nichte.

Eines Tages versuchte eine Studentengruppe sich einen Durchgang quer durch eine marschierende Sokolistenkolonne zu verschaffen (?), wobei sie Beleidigungen ausstößt gegen jene, deren friedliche Kundgebung sie auf diese Weise zu stören versucht. Da gibt es Sokols vom Lande, welche weniger Geduld aufweisen, auch Serben oder Bulgaren, welche bald erbost sind, aber die Prager Sokols wachen (!): Indem sie einen bedeutenden Ordnungsdienst organisiert haben, stürzen sie sich schützend gegen (!) die Deutschen, verschaffen ihnen Platz (?) und ziehen sie in ein Haus, um sie vor dem Wiederangriff einiger erbitterter Sokols zu schützen (!). Und die Deutschen erscheinen in den Fenstern und spucken auf die Menge (!). Und trotzdem gelingt es den Sokols, diesen freiwilligen Polizisten, ihre Freunde zu beruhigen, sie zu zerstreuen, denn es gilt jedem Vorwand für gegen ihre Nation gerichtete Maßnahmen den Boden zu entziehen.

Ein andermal beobachtete ich auf der Gasse eine große Ansammlung. Wieder sind es die Deutschen, welche mit friedlichen Passanten Händel suchen (!) und welche von den wachsamen Sokols

---

*) Nämlich durch ihre bloße Existenz in Prag.

dem Schutze eines Hauses anvertraut werden (!), dessen Tor von vier Regierungswachleuten beschützt wird.

Die Menge brummt grollend. Nun hält ein Prager Sokol einen vorüberfahrenden Wagen an, besteigt den Bock und von dieser improvisierten Tribüne hält er an die Menge eine Ansprache. Er erklärt, was vorgefallen war, empfiehlt Ruhe, sagt, aus welchem Grunde man sich zerstreuen und keinen Zwischenfall schaffen solle. Die Menge erwidert mit einem Nazdar und nun wiederholt sich von Mann zu Mann das Wort „Ruhe, auseinandergehen" und jedermann entfernt sich. Ich habe in meinem Leben wenig Szenen mitgemacht, welche in ihrer rührenden Schlichtheit so groß erschienen wie die.

... Wenn die Tschechen unsere wohlwollende Aufmerksamkeit verdienen, so glauben wir, daß Böhmen und Prag auch die Aufmerksamkeit unserer Industriellen auf sich lenken müsse. Hier gibt es sechs Millionen, deren wirtschaftliche Lage sich von Tag zu Tag verbessert, die alles, was aus Frankreich kommt, lieben und dafür Interesse haben. Bis heute scheint es mir, daß wir dorthin Dinge von einer geringen Bedeutung importiert haben. Wir wollen jedoch erwähnen, daß die Stadt Prag in Frankreich die ganze Wasserkanalisierung bestellt hat. Französische Geschäftsreisende kommen selten nach Prag und gewisse Firmen betrauen Deutsche mit ihrer Vertretung. Man sieht den Irrtum, den sie damit begehen. Herr Freté, unser ausgezeichneter Konsul, gibt sich alle löbliche Mühe, um Frankreich bekanntzugeben, welcher Markt ihm offen steht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß unsere Industriellen, Kaufleute und Finanziers dasselbe zahlreiche und gute Geschäft versuchen könnten. Außerdem, indem sie die Beziehungen unseres Landes mit dem tschechischen Böhmen vermehren, würden sie eine gute nationale Tat verrichten.

Wir wünschen, daß diese Beziehungen zum größten Wohle unseres Landes und auch zum größten Vorteile unserer tschechischen Freunde sich herstellen würden.

Zum Schlusse unter dem lebhaften Eindrucke, den wir ihnen verdanken, will ich zu ihren Ehren und zu Ehren der Stadt mit einem Nazdar schließen." (D. Nr. 1476.)

Hiezu bemerkt die erwähnte Urteilsbegründung:

Die Ausführungen von Cloarec treffen in vielen Punkten mit Kundgebungen von und über die Tschechen überein, im In- und Auslande vollkommen zusammen, insbesondere auch mit Ausführungen, zum Beispiel des Denis, Dr. Kramář und anderer.

Die innige Verbindung des Sokolwesens mit der ganzen slawischen Bewegung kommt auch in den Ausführungen Cloarecs zum Ausdruck und wenn dabei sogar die Frage des Anschlusses der Tschechen an Rußland oder ein anderes Staatswesen

erörtert wird*), so ist dies ein klarer Beweis, wie in diesen Kreisen Zukunftspläne der verschiedensten Richtung erörtert werden, ausgehend selbstverständlich vom Standpunkte der Wahrung des nationalen Vorteiles.

Es wäre vollkommen müßig, in dem gelegentlichen Satze, daß ein starkes Österreich verlangt wird, etwa ein Bekenntnis zur Monarchie zu erblicken. Dieser Annahme widerstreitet das, was über das Verhältnis zu Andersnationalen und zum ungarischen Staatswesen vorgebracht wird, und vor allem die klar ausgesprochene antidynastische Gesinnung.

Es ist auch beachtenswert, welche Erwägungen der Lostrennung von der Monarchie entgegengestellt werden: Der unbeliebte Zarismus, die Befürchtung, daß man zu schwach sei, um sich zu erhalten.

Daß beides nur Scheingründe sind, die von niemand ernst genommen wurden, noch weniger im Kriege ernst genommen werden von denen allen, die der slawischen Bewegung anhängen, kann an der Hand vieler Urkunden dargelegt werden.

Beschlagnahmt wurde die Zeitung „La nouvelle Revue" bei der „Narodni Rada Česká".

.... Nr. 1 der Zeitschrift „L'Independance Tchèque" enthält die folgenden Notizen: Die letzten Ereignisse in der Pariser tschechischen Kolonie von A. Vesely, Jänner 1915.

„Die tschechische Kolonie in Paris datiert nicht von heute. Einer von diesen in Rede stehenden Vereine, der älteste und auch mächtigste Sokol von Paris, ist nur ein Zweig der allergrößten Organisation von Turnern, des tschechischen Sokols, welche mehr als 300.000 Mitglieder zählen. Er ist nur eine Sektion dieser Nationalarmee, welche die Hoffnung unserer Nation bedeutet und welche in dem großen Kampfe für Recht und Freiheit der Völker ihre geschichtliche Aufgabe erfüllen wird. . . .

Auch sind es zwei Jahre her, daß die Pariser Tschechen die Gründung eines irredentistischen tschechischen Komitees, mit dem Sitze in Paris, versuchten.

Die Ehre, dies versucht zu haben, gebührt der zweitgenannten Sektion." (Rovnost.)

Einer der Feinde der Monarchie, Georges Biennaime, schreibt: Böhmen und Frankreich. (An die französischen Senatoren und Abgeordneten.)

„Ich vermag indessen nicht zu verhehlen, daß die Tschechen von Böhmen und Mähren Frankreich sehr lieben.

*) Aber die Sokols halten „ängstlich alles Politische fern", wie es in der Anfrage heißt!

Ich finde kein Volk, das den französischen Ideen sympathischer zugetan, vom französischen Geiste mehr eingenommen würde, als die Tschechen Prags und die Polen von Warschau. Dies ist auf Charakterähnlichkeit zurückzuführen sowie auf Widerwillen, den die Tschechen und die Polen Deutschland gegenüber empfinden und den wir lebhaft teilen.

Die patriotische Organisation der tschechischen Sokols hat die physische Kraft Böhmens neu gestärkt, nachdem die Kollar, die Palacký, die Rieger vorher dessen moralische Energie neu belebten.

Die Böhmen schäumen vor Wut.

Sobald die Russen in tschechische Gebiete gelangen, wird die Lage unhaltbar."

Über die Tschechen und Slowaken schreibt Louis Leger, Mitglied der Academie française:

„Wir besitzen sogar eine Sokolgesellschaft in Paris, doch konnten sich die tschechischen Sokols noch nicht als eigene Nation anerkennen lassen, als eines Tages der gegenwärtige Krieg ausbrach und ein sehr vernünftiges Dekret alle Österreicher und alle Deutschen auswies.

Die Tschechen sagen: Wohl sind wir österreichisch-ungarische Untertanen, jedoch schlechte Untertanen. Wir wollen nicht wie die anderen Österreicher-Ungarn behandelt werden.

Der Minister des Innern, das heißt die französische Regierung, hat sie als unabhängige Nation anerkannt.

Die Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie beruht auf einer Serie von Raubzügen. Gegenwärtig haben wir in Frankreich eine tschechische Legion, die sich für uns schlägt, und eine andere Legion in Rußland.

Österreich ist zertrümmert, leset die Stücke auf."

In Nummer 3 dieser Zeitung wird berichtet: Das Werk der Befreiung. „Der ausgezeichnete Artikel ‚Echo aus Böhmen‘, erschienen im Journal ‚Gymnaste‘ vom 13. Februar, zeigt uns klar den Zustand Böhmens seit dem Anfange des Krieges und dem gigantischen Kampf des ganzen slawischen Volkes gegen die Deutschen Österreichs und Deutschlands.

Unsere lieben Sokolfreunde haben sich geweigert, gegen ihre serbischen und russischen Brüder zu kämpfen und die tschechischen Regimenter haben sich lieber ergeben, als ein Verbrechen gegen ihre Nationalität zu begehen.

Wie sehr wünsche ich nochmals und bald nach den bewunderungswürdigen und feierlichen slawischen Manifestationen zu Prag in den Jahren 1891, 1895, 1901, 1907 und 1913 das VII. Bundesfest der Sokols von Böhmen und das zweite Fest der slawischen Union zu sehen."

So schreibt A. Leroy, Präsident der Assoziation der gymnastischen Gesellschaften im Departement Seine.

Ein Franz Javurek läßt sich in der Doppelnummer 10/11 der gleichen Zeitschrift folgendermaßen vernehmen:

„Die tschechische Armee.

In dem Manifest, welches das Zentralkomitee des Nationalrates der tschechoslawischen Kolonien an Frankreich gerichtet hat, unterbreitet dieses Komitee, indem es auf die sehr beträchtliche Zahl der in allen Ländern außerhalb Böhmens wohnenden Tschechen hinweist, den verbündeten Nationen die Bitte, man möge aus allen tschechischen und slawischen Kriegsgefangenen, die gegenwärtig in Serbien und in Rußland sind und später in Italien sein werden, eine besondere tschechische Armee formieren.

In Serbien sind schon 20.000 tschechische Soldaten in die serbische Armee eingereiht worden und leisten dort wichtige Dienste.

Man kann schätzungsweise annehmen, daß aus der Bevölkerung von zwölf Millionen Tschechoslawen Österreichs bei Beginn des Krieges etwa eine halbe Million Soldaten der verschiedensten Waffengattungen in Böhmen, Mähren, Schlesien und in der Slowakei mobilisiert worden sind. Von dieser Zahl hat sich ein Drittel den Russen oder den Serben ergeben, der Rest ist tot und ein Teil befindet sich in österreichischen Festungen als Sträflinge.

In der weiteren Folge hat Österreich andere Altersklassen einberufen, die etwa 300.000 bis 400.000 ausmachten und die mit Gewalt in die Heere der österreichisch-ungarischen Monarchie eingereiht wurden, indem man sie von deutschen Soldaten umrahmen ließ. Und wieder hat sich auch von diesen ein Teil ergeben. Indem sie einen günstigen Moment benutzten oder auch die ihnen nachgesandten Kugeln mißachteten, überschritten sie die Feuerlinie und gingen zu den Russen über.

Man kann also sagen, daß gegenwärtig in Rußland wenigstens 200.000 allen Waffengattungen angehörige kriegsgefangene Tschechen sind, ohne auch nur die südslawischen Kriegsgefangenen zu zählen, welche von demselben Gefühl des Hasses gegen Deutsche und Magyaren beseelt sind wie die Tschechen.

Die tschechische Armee könnte aus ihren eigenen Mitteln bestehen und leben und ein ganz spezielles Korps unter dem Protektorate des russischen und serbischen Generalstabes formieren."

Der Bericht der Polizeidirektion Wien, Pr. Z. 14.690 K enthält folgendes Zeitungsreferat:

„Die Märznummer des in Chicago erscheinenden Borec Americky, Organ der Sokolgruppe „Fügner-Tyrs“ in den Vereinigten Staaten und in Kanada,

führt in einem Artikel aus, es sei bedauerlich, daß wegen Geldmangel nicht eine größere Anzahl von Sokolisten für den Kampf und die slawische Freiheit aus Amerika auf den serbischen Kriegsschauplatz abgehen konnten. Doch gebe es einen anderen Weg, sich politisch von dem Joche Österreichs zu befreien, nämlich die pekuniäre Unterstützung des „Národni Zdrušeni“, welche Organisation das Geld für die politische Aktion nach Europa absenden werde. Der Einwand, daß es tschechische Millionäre in Europa gebe, sei hinfällig, denn das Geld, respektive die Geldwerte derselben seien in den Händen von Sparkassen und Banken, also eigentlich in den Händen Österreichs.“

„Über die Glaubwürdigkeit und den Ernst des Appells, der uns nach Amerika gesandt wurde“, so heißt es in dem Artikel weiter, „kann kein Zweifel bestehen; denn derselbe wurde durch einen Mann gesendet, der seine Ehrlichkeit, seinen Mut und seine Umsicht durch sein ganzes Leben hindurch bewies. Wenn also auch dieser Mann an die tschechische Selbständigkeit glaubt und in diesem Sinne arbeitend uns um materielle Hilfe anruft, wozu dann noch warten?“ Der Name des Mannes wird nicht genannt.

Eine andere Notiz desselben Blattes erwähnt, daß in kurzer Zeit die slowakische Sokolistengruppe in die Gruppe (Zapa) „Fügner-Tyrš“ aufgenommen wird.

Man solle sich zusammenschließen und erfreulicherweise geschehe dies auch. Und wenn es auch der Wiener Regierung gelungen sei, die Slowaken von den Tschechen zeitweise zu trennen, so hoffen diese doch, daß diese Trennung nicht immer dauern würde.

Die Aprilnummer desselben Blattes enthält außer einem von Charles Albert verfaßten und von Ladislaus Knotek übersetzten Artikel „Heimat, Krieg, Kaserne“, der in durchaus antimilitaristischem Geist gehalten ist, einen aus der Feder eines gewissen Tiza Dittert stammenden Aufsatz, dessen markanteste Stelle wie folgt lautet:

„Herr Zimola (der Schreiber eines Aufsatzes über die Sokolisten) beweist, daß die Farbe des Roten Hemdes, des Originalkostüms Fügners, identisch war mit der Farbe des Hemdes, das die Garibaldianer trugen, und er korrigiert den Satz: „Was Tscheche ist — das ist Sokolist“, in „das ist Garibaldianer“. Man kann herausfühlen, daß die Sokolisten eine Art Kampforganisation sein sollen, die beim Kriegsausbruch zu sagen hätten: Franz, oder eigentlich Kaiser Wilhelm, hat den Krieg ohne uns begonnen, nun soll er ihn auch ohne uns zu Ende führen, wir gehen nicht mit und Schluß.“

„. . . heute können wir sagen, daß sich nicht polnische, magyarische und deutsche Regimenter empörten, sondern daß das nur tschechische Regimenter waren, in deren Reihen 40 Prozent Sokolisten kämpfen.“

„Es ist möglich, daß die Unzufriedenheit der tschechischen Regimenter und deren Revolten und Meutereien das Werk einiger Mitglieder des Sokoltums sind.“

Das Blatt druckt auch einen aus San Franzisko vom 14. März 1915 datierten Brief ab, wonach der Gau Fügner-Tyrš in den Vereinigten Staaten und Kanada die Einladung erhalten habe, der Vereinigung „Spojené Slovanské sokolstvo pacifického Pobřeži“ (Vereinigte slawische Sokolen des Pazifik) beizutreten, die auf einen Antrag des „Český Sokol“ von San Franzisko gegründet worden sei.

Adressaten der Nummer des „Borec Americky“ sind: die „Akademická čatarna“, Praha, II., Museum des Königreiches Böhmen, Prag und Dr. Scheiner, Prag, Václavské nam. Č. 79.

In der Maifolge des „Borec Americky“ wird ein von einem Ingenieur Wladimir Skrivanek, Skoplje (Üsküb), Kaserne, stammender Brief abgedruckt, in welchem davon gesprochen wird, daß überzeugte Sokolisten desertierten und sich absichtlich gefangen nehmen ließen. Auch erwähnt der Schreiber, daß seine Konnationalen in Skoplje das von ihm verfaßte Gedicht „Auf den österreichischen Kaiser“ mit großer Freude begrüßten. Eine hochverräterische Bemerkung schließt den Brief. (O. Nr. 291.)

Verwiesen wird auch auf solche Ausführungen des militärwissenschaftlichen Gutachtens, betreffend die Wahrnehmungen bei Sokols, auf die Akten der „Národni Rada Česká“ und die chronologischen Erhebungen über das Wirken des Dr. Scheiner. (O. Nr. 31.)

Das k. k. Ministerium des Innern hat am 24. November 1915 an die Prager Statthalterei folgenden Erlaß gerichtet:

„Das Ministerium des Innern verfügt hiermit auf Grund der §§ 24 und 25, Absatz I des Gesetzes vom 15. November 1867, R. G. Bl. Nr. 134, die

Auflösung des Vereines „Česká obec sokolská“

mit dem Sitze in Prag.

Gründe:

Die „Česká obec sokolská“, die der Mittelpunkt des tschechischen Sokolwesens ist, hat in der den kriegerischen Ereignissen vorhergegangenen Zeitperiode in ihrem Kreise durch Pflege intensiver Beziehungen mit dem Auslande die brüderliche Gesinnung gegenüber dem Russentum und Serbentum gefördert, die Folgen hiervon sind in ihrer Staatsgefährlichkeit erst im Verlauf des

Krieges mit Rußland und Serbien in verschiedener Richtung klar in Erscheinung getreten. Dies allein würde schon unter den jetzt gegebenen Verhältnissen die Staatsgefährlichkeit der „Česká obec sokolská“ als der Zentralorganisation des tschechischen Sokolwesens begründen.

Hierzu kommt noch folgendes Bild: Bald nach Kriegsausbruch traten nach den gepflogenen Erhebungen in Amerika verschiedene tschechische Organisationen hervor, welche seither offen eine maßlose österreichfeindliche Propaganda betreiben. Es ist nun erwiesen, daß an diesen hochverräterischen Bestrebungen sich in hervorragender Weise die nordamerikanischen Sokolvereine beteiligt haben. Ebenso ist erwiesen, daß die „Česká obec sokolská“ mindestens mit einem dieser Sokolvereine durch ihren Obmann Dr. Scheiner in brieflicher Verbindung stand.“ (Vgl. S. 188.)

„Ganz ohne Rücksichten darauf, ob nun dieser festgestellte Fall einer Verbindung mit einem nordamerikanischen, tschechischen Sokolvereine an und für sich den Tatbestand einer gerichtlich strafbaren Handlung bildet oder nicht, liegt schon in der Tatsache einer solchen Verbindung allein im Zusammenhange mit den dargelegten österreichfeindlichen Tendenzen der nordamerikanischen Sokolschaft und mit der durch die „Česká obec sokolská“ geförderten Stimmung die Gefahr, daß durch derlei Verbindungen die gegen den österreichischen Staat gerichteten Umtriebe der erwähnten nordamerikanischen Sokolvereine im Wege der „Česká obec sokolská“ in die weit verzweigten hierländischen Sokolorganisationen hineingetragen werden könnten.

Der weitere Bestand des Vereines „Česká obec sokolská“ stellt sich daher als staatsgefährlich dar.“ (O. Nr. 1114.)

Soweit die Urteilsbegründung im Prozesse Kramář. Und angesichts aller dieser, den tschechischen Anfragestellern natürlich genauest bekannten Umständen haben sie die Stirne, in ihrer Anfrage zu schreiben, „daß die Beweggründe der Verfolgung der Sokols ihnen und ihrem Volke entweder unbekannt oder — vollständig unbegreiflich sind!!“

Höher geht es wirklich nimmer!

Die Haltung und wahre Gesinnung eines großen Teiles der tschechischen Bevölkerung des Hinterlandes geht am unzweideutigsten aus den während des Krieges

IV e.)

vom k. u. k. Militärkommando in Leitmeritz (Pr. Nr. 4180/2007 L. G.)

gemachten

„Wahrnehmungen“

hervor, die folgendes besagen:*)

*) Abgedruckt in der Urteilsbegründung im Prozesse Kramář, S. 167.

„Die militärische Jugendvorbereitung ist eine nicht genug hoch zu bewertende Friedensvorsorge, welche nicht nur im Interesse der Allgemeinheit, sondern auch im Interesse jedes einzelnen liegt.

Nach den persönlichen Eindrücken, die ich bei meinen bisherigen Inspizierungen sammelte, kann ich sagen, daß in den loyalen, dynastietreuen Teilen der Bevölkerung — kurz gesagt in der Bevölkerung der deutschen Gegenden — diese Erkenntnis schon tiefe Wurzel faßte und sichtbare Erfolge zutage förderte.

So sah ich anfangs April l. J. in Turnau die deutschen Rekruten des Infanterieregiments Nr. 94, als selbe das erstemal auf dem Exerzierplatz erschienen und ich kann sagen, daß sich diese jüngsten Krieger ohne Waffen so ausgebildet und so in der Hand des Kommandanten zeigten, wie dies bei galizischen Regimentern erst in der fünften oder sechsten Woche der normalen Rekrutenausbildung zu finden ist.

Die tschechische Mannschaft stach dagegen höchst unvorteilhaft ab.

Bei dieser sieht man eben immer wieder, daß keine Begeisterung für die Sache der Monarchie besteht, nur gehorcht wird, weil gehorcht werden muß.

Unwillkürlich stellte ich mir die Frage, wo wohl der Grund für diese höchst traurige, bedenkliche und unhaltbare Tatsache zu suchen ist?

Nach meinem Empfinden und meiner Überzeugung ist der Grund in der

Erziehung in den tschechischen Schulen

zu suchen.

Zu diesem Schlusse kam ich hauptsächlich auf Grund meiner Erfahrungen als zuständiger Kommandant, also auf Grund von Tatsachen, die nicht abgeleugnet werden können.

So mußten in Kuttenberg 18 Schüler der tschechischen Realschule in Haft genommen werden, weil ein Schüler Aufrufe staatsfeindlichen Inhaltes auf einen Zettel niederschrieb und dieser Zettel in der Schule an 17 Schüler weitergegeben wurde. Das Vergehen dieser Schüler wurde wegen Verfassung, respektive Verbreitung dieses Zettels wegen Verbrechens nach § 65 a Strafgesetz unter Anklage gestellt, jedoch merkwürdigerweise vom k. k. Landwehrdivisionsgericht in Theresienstadt freigesprochen, so daß die Nichtigkeitsbeschwerde eingebracht werden mußte.

Ein anderer typischer Fall ereignete sich am 16. Mai l. J. in Nimburg, indem 17 tschechische Schüler deutsche Schüler (der Beamtenkolonie), welche österreichische Fahnen trugen, überfielen und unter den Zurufen: „Österreichische (deutsche) Fahnen darf man in Böhmen nicht tragen, wir werden euch diese Fahnen verbrennen ꝛc.“ mit Sand und Papierbrocken beworfen.

Von diesen tschechischen Schülern war nur einer über 14 Jahre alt, derselbe wurde in Haft genommen und wegen Verbrechens nach § 65 a. St. G. angeklagt.

Noch ein typischer Fall sei erwähnt, welcher sich am 25. Mai l. J. in Brüx ereignete; ein zwölfjähriger Knabe der tschechischen Bürgerschule begegnete einem anderen Knaben, welcher auf der Brust ein Medaillon mit dem Bildnisse Seiner Majestät und des deutschen Kaisers trug und dieserhalb von dem tschechischen Knaben mit den Worten: „Was trägst du für ein Gelumpe, ich möchte es in den Abort werfen“ angeschrien wurde, gleichzeitig hatte derselbe das Medaillon angespuckt.

Diese drei Fälle, welche sich im 10. Monate des Krieges ereigneten, sind wohl so markant, daß weitere Beispiele gar nicht angeführt werden brauchen.

Wenn ich auch zugebe, daß außerhalb der Schule die Kinder viel hören können und der Einfluß der Familie ein verderblicher sein kann, so beweist dies nur meine Ansicht, daß die Vergiftung der Familienangehörigen eben auch schon in den tschechischen Schulen erfolgt.

Die Folgen der äußerst mangelhaften patriotischen Erziehung der tschechischen Jugend zeigen sich leider auch in äußerst deutlicher Form bei den zu der Musterung gelangenden Leuten tschechischer Nationalität. Aus den diesbezüglichen Meldungen ist mir bekannt, daß hierbei immer wieder aufs Neue der Eindruck gewonnen wird, daß von diesen Leuten nicht einer eine Freude zeigt, für Kaiser und Vaterland kämpfen zu können, im Gegenteil, fast jeder ist bestrebt durch Krankmeldung, Selbstbeschädigung, Enthebungsgesuch rc. sich von der Einrückung loszuschrauben. Die Gemusterten lassen die Nase hängen und bemühen sich, den Eindruck zu erwecken, als ob ihnen Unrecht geschehen ist. Viele bringen dies auch hörbar zum Ausdrucke, indem sie laute Rufe des Unmutes hervorstoßen; andere legen Trauerschleifen an, und mitunter kam es vor, daß ganze Ortsgruppen mit schwarzen Fahnen zur Musterung kamen: wenn diese Leute singen, so sind es Lieder der Trauer rc., keineswegs aber österreichische patriotische Lieder.

Mitunter äußerten sich sogar Untaugliche, daß die Tschechen gegen die Russen nicht kämpfen wollen, daß sie aber mit Vergnügen gegen die Deutschen losgehen würden.

Leider habe ich auch Beweise in Händen, daß äußerst gemeine Parodien auf unsere Volkshymne verbreitet sind, daß die denkbarst gemeinsten Majestätsbeleidigungen seitens der tschechischen Leute auf der Tagesordnung sind und daß fortgesetzt von Tschechen, auch von Weibern, immer wieder der Wunsch hörbar wird, daß Österreich fallen und Rußland siegen muß, daß Russen und Serben die Brüder der Tschechen sind, auf welche die Tschechen nicht schießen sollen, wollen und werden rc.

Nach diesen Andeutungen ist mein Schluß, daß an den traurigen Tatsachen gewiß in erster Linie die Erziehung in den tschechischen Schulen schuld ist, indem in denselben die Pflege des österreichischen Patriotismus entweder gar nicht oder in höchst unzulänglichem Maße betrieben wird, gerechtfertigt.

Es kann daher auch in den tschechischen Schulen durch die militärische Jugendvorbereitung, selbst unter dauernder Leitung hervorragender Offiziere, nicht das erreicht werden, was angestrebt wird, wenn nicht seitens aller Lehrer schon vom ersten Schultage an auf die Kinder in österreichisch-patriotischem Sinne systematisch eingewirkt wird.

An dieser Stelle müßte daher der Hebel, und zwar mit Kraft und Energie, angesetzt werden. Es befanden sich auch mehrere Lehrer wegen staatsfeindlicher Handlungen und russophiler Äußerungen in gerichtlicher Untersuchung, ein tschechischer Lehrer, der aktiver Einjährig-Freiwilliger war, wurde sogar wegen Verbreitung des hochverräterischen russischen Aufrufes an die slawischen Völker zum strengen Kerker in der Dauer von elf Jahren verurteilt.

Soll daher die militärische Jugendvorbereitung wirklich auch bei der tschechischen Bevölkerung mit Erfolg gekrönt sein, dann muß auch Hand in Hand mit dieser Aktion eine gründliche, energische und rücksichtslose Reinigung der Lehrkräfte, und zwar bis hinauf durchgeführt werden.

Die Gesinnung, die ein Teil des tschechischen Volkes im Kampfe um die Existenz der Monarchie deutlich zum Ausdruck brachte — grundverschieden von jener aller anderen Nationen der Monarchie — entspringt aber nicht einer panslawistischen Strömung, sondern einer ausgesprochen russophilen, österreichisch-feindlichen Strömung.

Wenn ein Volk einmal so verhetzt ist und auf solche Abwege selbst unter den Augen der Regierung gebracht werden konnte, kann die militärische Jugendvorbereitung allein keine Wunder wirken.

Wenn in all den unglaublich vielen, und zwar zumindest reich subventionierten tschechischen Schulen seitens aller Lehrer und Professoren auf die ihnen anvertraute Jugend, so wie selbe eidlich verpflichtet waren, in österreichisch-patriotischer Weise eingewirkt worden wäre, hätte es niemals so weit kommen können, wie es leider gekommen ist.

Ich kann ruhig sagen daß in der tschechischen Jugend — wenigstens in einem Teile — heute nicht ein Funken echt österreichischen Patriotismus zu finden ist, dagegen eine kaum für möglich zu haltende Begeisterung für Rußland.

Diese Forderung stellte sich als begründet, wenn man bedenkt, daß auch seitens der Geistlichkeit nicht

mit Aufmerksamkeit die Verhältnisse in den Schulen verfolgt wurden, da sonst doch in irgend einer Weise von dieser Seite dagegen Stellung genommen worden wäre.

Nachdem, wenn auch nur sporadisch, Anzeigen gegen Geistliche wegen ihrer politisch nicht einwandfreien Haltung einliefen, könnte man allerdings auch andere Gedanken aufkommen lassen.

Daß
die Schule als ein Hauptmachtwerkzeug für die
Vergiftung der Jugend im russophilen Sinne
von gewissen Volksvertretern erkannt und ausgenützt worden ist, ist schon daraus zu erkennen, daß in allen tschechischen Städten oft unglaublich viele tschechische Schulen entstanden sind.“ (Man vergleiche die damit auffallend übereinstimmende Äußerung des tschechischen Hochverräters Dr. Beneš über die notwendigen Folgen der tschechischen Schulerziehung auf Seite 217! Wenn Herr Staněk schon dem Kommandanten von Leitmeritz nicht glaubt, seinem guten Landsmann Dr. Beneš wird er doch glauben!)

„Anbei sei bemerkt, daß diese Schulen alle subventioniert wurden, und zwar zumeist mit zwei Dritteln aller Baukosten. Im Vorwissen dessen sollen die Kostenvoranschläge so gestellt worden sein, daß mit den zwei Dritteln der ganze Bau tatsächlich gut bezahlt werden konnte.

In deutschen Städten fand ich nirgends etwas ähnliches.

Damit im Zusammenhange dürfte auch die allgemein bekannte Tatsache stehen, daß alle Schulfragen in deutschen Gegenden immer verschleppt, wobei allerlei Schwierigkeiten gemacht wurden, während derartige Fragen für tschechische Gegenden immer glatt und oft innerhalb acht Tagen bei persönlicher Verantwortung aller damit in Verbindung stehenden Organe erledigt werden mußten.

Im tschechischen Volke ist gerade wie bei den Serben in Kroatien auch eine nicht unbedeutende militärische Jugendvorbereitung im Gange gewesen, nämlich in den

Sokolvereinen,

die doch alle unter einheitlicher Leitung stehen oder standen und zielbewußt gearbeitet haben. Allerdings nicht im Interesse der Monarchie. Heute dürfte wohl kein österreichisch-ungarischer Staatsbürger existieren, welcher den Sokols auch nur den kleinsten Bruchteil einer patriotischen Tendenz zuerkennen würde. Deshalb sieht es heute wie eine Ironie aus, wenn man bedenkt, daß noch vor Jahresfrist gerade den Sokolvereinen das denkbar größte Entgegenkommen, ja man sollte es gar nicht für möglich halten, selbst seitens der Regierung entgegengebracht wurden, vielleicht auch entgegengebracht werden mußte.

Den wahren Wert dieser unbedingt durchaus staatsfeindlichen Sokolvereine hätte man erst erkennen sollen, bis die richtige Zeit für den nach Ansicht unserer Feinde zu früh ausgebrochenen Weltkrieg hereingebrochen wäre.

Interessant ist die Tatsache — aus inhibierten Briefen —, daß die Leute selbst die Auflösung aller Sokolvereine erwarten und sich Ratschläge geben, wie es angestellt werden soll, damit das Vermögen derselben nicht, wie es nach den Statuten zu geschehen hätte, dem Staate zufällt, sondern auf die Mitglieder verteilt werden könnte.

Ganz die gleichen vordenkenden Ideen fand ich in Kroatien und Slawonien.“

Die Urteilsbegründung bemerkt hierzu:

„Wie richtig wieder die gemachten Beobachtungen sind, geht aus den Aussagen des Zeugen Chum, Dr. Hruban und den Publikationen im „Našinec“ (O. Nr. 296), aber auch aus den zahlreichen politischen Strafsachen hervor, an denen nicht nur die Jugend, sondern mehrfach Jugendbildner beteiligt sind (O. Nr. 991, 996, 999, 1004, 1168); endlich aus den Broschüren wie „Die militärischen Aufgaben der böhmischen Politik“.

Für die Intelligenz wirkten allerdings Schriften wie das „böhmische Staatsrecht“, „Anmerkungen zur böhmischen Politik“ (von Dr. Kramář) und Zeitungen wie „Národni Listy“ im gleichen Sinne.

Die Tatsachenwahrnehmungen im Berichte des Militärkommandos Leitmeritz werden daher dort auch vollkommen zutreffend gewürdigt und sind in zahlreichen anderen Beweisartikeln über die Entwicklungsgänge der Jugenderziehung bestätigt.“

(Im Zusammenhange damit sei darauf verwiesen, daß der im Kramářprozeß als Zeuge einvernommene mährische Statthalter

Regner Ritter v. Bleyleben

mitteilte, es seien vom Kriegsausbruch bis 12. Dezember 1915 in Mähren 500 Straffälle wegen Hochverrat und Majestätsbeleidigung anhängig gewesen und sieben Todesurteile gefällt worden. Das Urteil im Prozesse Marków bemerkte: „Inwiefern all das durch Häufung von Loyalitätserklärungen“ (auf tschechischer Seite) „nach einjähriger Kriegsdauer ausgeglichen werden könnte, ist hier nicht näher zu untersuchen.“)

Bekannt ist ferner, daß fast sämtliche

Lehrbücher

in den tschechischen Volks- und Bürgerschulen Mährens wegen ihres mit österreichischem Patriotismus nicht im Einklange stehenden Inhaltes von der Unterrichtsverwaltung zurückgezogen und durch neue ersetzt werden mußten, auch diejenigen, die vor dem Kriege die Approbation der österreichischen Unterrichtsbehörde gefunden haben.

Schließlich sei noch eine Tatsache hervorgehoben:

Der böhmische Landesschulrat hat in der „Ehrentafel“ im „Verordnungsblatt für das Volks-

schulwesen" bis ungefähr Ende 1916 die Namen von 477 gefallenen Lehrern aus Böhmen veröffentlicht, und zwar von 270 deutschen und 207 tschechischen. Kriegsauszeichnungen für Lehrer aus Böhmen wurden darin 356 angeführt, und zwar für deutsche Lehrer 272, für tschechische (darunter vier Katecheten) 84. Die Deutschen zählen bekanntlich in Böhmen 36 Prozent, die Tschechen 64 Prozent. Die deutschen Bürger- und Volksschulen Mährens verzeichnen den Wegfall von 734 Lehrern (während 57 Lehrerinnen dazugekommen sind), bei den Tschechen, die weit über zwei Drittel der Landesbevölkerung bilden, fehlen nur 1161 (indes 199 Lehrerinnen neu eintraten).

Aus all dem Angeführten ergibt sich, daß die tschechische Intelligenz, die aus den Mittelschulen und Hochschulen, ferner aus den Lehrerbildungsanstalten hervorgegangen ist, fast durchwegs als russophil zu bezeichnen ist, und daß diejenigen Führer im Kreise des tschechischen Volkes, die den Deutschen Österreichs als die erbittersten Feinde gegenüberstanden, sich während des Krieges auch als die Verräter des österreichischen Gedankens erwiesen haben. Es wäre jedoch ungerecht, wenn man nicht auch die tapferen Leistungen jener tschechischen Truppen hervorheben würde, die vor allem aus den ländlichen Bezirken ergänzten und den erwähnten Einflüssen nicht oder nicht in solchem Maß erlegen sind.

Wir kommen nun zur Besprechung des

IV f.

„Verhaltens der Tschechen zu den Kriegsanleihen des Staates."

Hier zeigte sich die wahre Gesinnung eines Großteils der Tschechen vielleicht am augenfälligsten; aber ihr passives Verhalten war auch von den bedenklichsten Folgen für die Schlagkraft der Monarchie begleitet.

Es sei hier der entsprechende Teil der Anklageschrift gegen Dr. Preis, den Direktor der Živnostenská banka, und Genossen wörtlich angeführt, um zu zeigen, was darüber die staatlichen Behörden für Erfahrungen sammeln mußten. Die Anklageschrift sagt: *)

„Unter den Aufgaben, die bald nach Ausbruch des gegenwärtigen Krieges an unsere Staatsverwaltung herantraten, war die Beschaffung der für die Fortführung des Krieges nötigen Geldmittel wohl eine der wichtigsten und zugleich schwierigsten. Denn es boten sich auf dem Gebiete der finanziellen Kriegsbereitschaft nur unzulängliche Anhaltspunkte aus der Erfahrung; diese Frage, von deren Lösung die Möglichkeit der Fortführung des Krieges abhing, war in dieser Form eine vollständig neue. Je klarer sich zeigte, daß der Krieg keineswegs, wie man so ziemlich allgemein erwartet hatte, in einigen Monaten beendet sein werde, desto mehr schieden alle provisorischen Mittel der Geldbeschaffung auf kurze Zeit aus dem Kreise der Erwägungen aus. Eine auch die Zeit nach dem Kriege berücksichtigende Finanzpolitik mußte ferner alle Wege meiden, die zwar einen Erfolg gewährleistet, aber nach dem Übergange zur Friedenswirtschaft unser Vaterland vor die Gefahr einer wirtschaftlichen Katastrophe gestellt hätten.

Es verblieb daher nur die Möglichkeit, die zur Kriegführung nötigen Mittel im Wege einer im Inlande aufzunehmenden Anleihe zu beschaffen. Wohl war es in dieser Richtung eine gute Schule, daß uns schon seit einer Reihe von Jahren der Geldmarkt des feindlichen Auslandes, insbesonders Frankreichs, für staatliche Anlehen verschlossen war; aber damals handelte es sich doch stets um Summen, die im Verhältnisse zu den für den Krieg zu beschaffenden Beträgen fast geringfügige zu nennen sind, und es stand wenigstens zum Teile die Unterstützung durch die Finanzkraft des Deutschen Reiches zu Gebote, die nunmehr für die eigenen Kriegsanleihezwecke in Anspruch genommen war. Sollte es daher gelingen, im Inlande selbst die Geldmittel für einen längerdauernden Krieg aufzubringen, so mußte sich die neue Anleihe in ihren Bedingungen und in der Werbetätigkeit wesentlich von den Anleihen in Friedenszeiten unterscheiden. Hatten bei den letzteren im Wesen die einzelnen Finanzgruppen und die Postsparkasse feste Beträge übernommen und sie dann an die Zeichner abgesetzt, so mußte bei der Kriegsanleihe getrachtet werden, auch diejenigen Kreise, die sich sonst vom Ankaufe von Wertpapieren fernhielten, heranzuziehen, denn nur die Beteiligung der breitesten Bevölkerungsschichten konnte die Aufbringung eines den Zwecken entsprechenden Betrages ermöglichen. Nicht die günstigen finanziellen Bedingungen der Anleihe allein durften daher die treibende Kraft bilden, sondern, um einen vollen Erfolg zu erreichen, mußte in allen Kreisen der Bevölkerung, die für die Zeichnung in Betracht kamen, das Bewußtsein geweckt werden, daß die Zeichnung patriotische Pflicht eines jeden sei, der über die nötigen Mittel verfügt. Unter diesem Zeichen stand auch die rege Werbetätigkeit für die Kriegsanleihen, und die Berufung auf die patriotische Opferwilligkeit der Bevölkerung war auch keine vergebliche.

Mit dem freudigen patriotischen Wetteifer aller Völker des Reiches stand aber leider die offenkundig zur Schau getragene

*) Anklageschrift S. 8 ff. Vergleiche auch (bezüglich der ländlichen Kassen Mährens) S. 106 dieser Anfrage selbst.

passive Haltung eines nicht unbeträchtlichen Teiles des tschechischen Volkes

gegenüber der Kriegsanleihe in auffallendem Widerspruch. Diese Teilnahmslosigkeit trat schon zu Beginn der Zeichnungsfrist für

die erste Kriegsanleihe

so bedenklich in Erscheinung, daß sie die Aufmerksamkeit der Regierung erregte und sie veranlaßte, Maßnahmen zur Abhilfe zu versuchen. Daß hierdurch das Übel nicht behoben werden konnte, liegt auf der Hand. Das Ergebnis der ersten Kriegsanleihe zeigte einen derartigen Unterschied zwischen der Beteiligung der tschechischen und der deutschen Bevölkerung, daß es in Finanzkreisen geradezu Aufsehen erregte und dieses Verhältnis besserte sich zwar bei der zweiten Kriegsanleihe einigermaßen, doch noch immer nicht wesentlich. Erst als bei der dritten Kriegsanleihe seitens der Regierungsbehörden, soweit es möglich war, durch Kontrolle und Mahnung auf die tschechischen Geldinstitute und die mit Staatslieferungen bedachten Industrieunternehmungen eingewirkt wurde, und nachdem auch das Eingreifen des Strafgerichtes gezeigt hatte, daß man Umtrieben gegen die Sicherheit des Staates mit Strenge entgegenzutreten gewillt sei, setzte eine regere Beteiligung der tschechischen Kreise ein, die allerdings noch immer hinter der deutschen zurückblieb und nicht imstande war, einen Ausgleich für die dem Staate bei den früheren Anleihen entgangenen Summen zu bieten.

Die bei der ersten Kriegsanleihe gemachten Wahrnehmungen veranlaßten die Statthalterei in Prag, bei der zweiten und dritten Kriegsanleihe eine genaue Zusammenstellung des Anteiles der deutschen und der tschechischen Teilnehmer auszuarbeiten. Es wurden bei der

zweiten Kriegsanleihe aus Böhmen

gezeichnet, und zwar bei

böhmischen Banken	584,846.700 K
bei den Filialen der Österreichisch-ungarischen Bank	23,420.200 „
bei Wiener Banken	17,688.700 „
bei Sparkassen nach Abzug der bereits unter den Bankzeichnungen gerechneten Beträge .	8,618.625 „
bei den Steuerämtern	5,082.545 „
und bei den Postämtern	25,978.858 „

Von dieser Gesamtzeichnung im Betrage von . . . . 665,635.628 K entfallen nun nach der äußerst genauen und vorsichtigen Berechnung der Statthalterei 548,561.728 K, also 82·4 Prozent, auf die deutsche Bevölkerung und 117,073.900 K = 17·6 Prozent auf die tschechische.

Dieses Ergebnis steht zunächst mit der Bevölkerungsziffer in Böhmen (36·78 Prozent Deutsche, 63·22 Prozent Tschechen) im krassen Mißverhältnis, indem auf den Kopf der deutschen Bevölkerung eine Kriegsanleihezeichnung von 222 K 30 h kommt, während sich die tschechische Kopfquote nur auf 27 K 60 h beläuft, also auch weit hinter der Kopfquote in ganz Österreich mit 92 K 05 h zurücksteht. Noch wichtiger ist, daß diese Anteile auch mit dem auf beide Volksstämme entfallenden steuerpflichtigen Einkommen keineswegs im Einklang stehen. Vom ganzen steuerpflichtigen Einkommen in Böhmen von 1,178.234.000 K entfallen auf die deutsche Bevölkerung 540,359.000 K, auf die tschechische 637,875.000 K. Während also bei der deutschen Bevölkerung auf eine Krone steuerpflichtigen Einkommens eine Zeichnung von 1·015 K zweiter Kriegsanleihe entfällt, beträgt die entsprechende Ziffer auf tschechischer Seite nur 0·184 K.

Bei der

dritten Kriegsanleihe

ist zwar insofern eine Besserung festzustellen, als die Steigerung der Zeichnung gegenüber der zweiten Kriegsanleihe bei den Deutschen 54·76 Prozent, bei den Tschechen 81·74 Prozent beträgt. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß diese bedeutendere Zunahme eben infolge der bei den früheren Kriegsanleihen geübten Zurückhaltung leichter möglich war, daß sie, wie bereits erwähnt wurde, keine ganz freiwillige war, und daß trotzdem die Beteiligung der Deutschen auch bei dieser Kriegsanleihe eine weitaus regere war. Von dem in Böhmen auf diese Kriegsanleihe zustande gebrachten Gesamtbetrage von 1.061,742.017 K entfallen nämlich noch immer 79·96 Prozent (848,966.579 K) auf die deutsche und nur 20·04 Prozent (212,775.438 K) auf die tschechische Bevölkerung. Die Kopfquote beträgt somit 334·03 K für die Deutschen, 50·16 K für die Tschechen und stellt sich für ganz Österreich auf 142 K 45 h. Einer Krone steuerpflichtigen Einkommens entspricht auf deutscher Seite eine Kriegsanleihezeichnung von 1·571 K, auf tschechischer von nur 0·334 K.

Für die

erste Kriegsanleihe

fehlen allerdings derartige genaue Ziffern und können mangels der nötigen Daten nicht mehr ohne unverhältnismäßige Schwierigkeiten nachgetragen werden. Es beweisen jedoch schon die Rohziffern der Zeichnungen bei den tschechischen und bei den deutschen Geldinstituten, sowie die auch bezüglich der ersten Kriegsanleihe vorliegenden Einzelziffern über die Zeichnungen bei den Steuer- und Postämtern und bei den Sparkassen, daß die Teilnahme des tschechischen Kapitals an dieser Kriegsanleihe, sowohl

absolut genommen, als auch verhältnismäßig, eine noch weit geringere war, als bei der folgenden, zweiten Anleihe. Von dem bei den Steuerämtern in Böhmen bei der ersten Kriegsanleihe gezeichneten Betrage von 1,647.251 K entfallen 73·7 Prozent auf deutsche, 26·3 Prozent auf tschechische Anmeldungen. Bei den Postämtern verteilt sich das Zeichnungsergebnis von 17,545.976 K mit 82·9 Prozent auf die Deutschen und mit 17·1 Prozent auf die Tschechen. Die tschechische Beteiligung war daher eine noch geringere als bei der zweiten Kriegsanleihe, anläßlich welcher das tschechische Zeichnungsprozent bei den Steuerämtern auf 40·2 Prozent und bei den Postämtern auf 25·1 Prozent gestiegen ist.

Ein besonders wertvolles Vergleichsmaterial bieten

die Zeichnungen bei den Sparkassen,

nicht nur, weil hier bezüglich aller drei Kriegsanleihen genaue Daten vorliegen, und die nationale Sonderung am leichtesten möglich ist, sondern hauptsächlich deshalb, weil hier die Mobilität des zur Zeichnung verwendbaren Kapitales, die wirtschaftliche und soziale Schichtung der Einleger, mit einem Worte die Zeichnungsfähigkeit auf beiden Seiten vollkommen gleich ist, sodaß eine verschiedene Beteiligung der beiden Volksstämme auf diesem Gebiete einzig und allein auf verschiedenen Zeichnungswillen zurückgeführt werden kann. Bei den Sparkassen in Böhmen wurden nun bei der ersten Kriegsanleihe insgesamt 131·8 Millionen Kronen, bei der zweiten 176·7 Millionen Kronen, bei der dritten 303·7 Millionen gezeichnet. Hiervon entfallen auf die deutschen Sparkassen 109 Millionen bei der ersten, 140 Millionen bei der zweiten und 217·9 bei der dritten Kriegsanleihe. Während die Gesamtzeichnung der deutschen Sparkassen bei der ersten Kriegsanleihe 7·88 Prozent, bei den folgenden 10·31 Prozent und 16·21 Prozent ihres ganzen Einlagestandes ausgemacht, betragen die entsprechenden Ziffern bei den tschechischen Sparkassen nur 2·06 Prozent, 3·96 Prozent und 9·09 Prozent. Noch deutlicher tritt die Zurückhaltung der tschechischen Zeichner zu Tage, wenn man berücksichtigt, daß von 1000 deutschen Einlegern bei der ersten Kriegsanleihe 37, bei der zweiten 46, bei der dritten 71 gezeichnet haben, von 1000 tschechischen aber nur 6 bei der ersten, 12 bei der zweiten und 41 bei der dritten Kriegsanleihe. Dasselbe Ergebnis liefert die Vergleichung der Sparkassenzeichnungen

in Mähren.

Hier zeichneten die deutschen Einleger bei der ersten Kriegsanleihe 8·08 Prozent, die Tschechen nur 3·78 Prozent des gesamten Einlagestandes, bei der zweiten Kriegsanleihe ist das Verhältnis 13·69 Prozent zu 6·80 Prozent, und erst bei der dritten Kriegsanleihe tritt annähernde Gleichheit ein, indem das deutsche Prozent auf 14·48, das tschechische auf 13·70 Prozent gestiegen ist. Von 1000 deutschen Sparkasseneinlegern in Mähren zeichneten 44 bei der ersten Kriegsanleihe, 52 beziehungsweise 60 bei den beifolgenden, während die entsprechenden Ziffern auf tschechischer Seite 14, 25 und 63 betragen.

Es ist daher begreiflich, daß die gesamten Einlagen der deutschen Sparkassen die vor der ersten Kriegsanleihe in Böhmen 1386 Millionen, in Mähren 287 Millionen betragen haben, durch die Entnahmen für die beiden ersten Kriegsanleihen mit Ende September 1915 in Böhmen um mehr als 41 Millionen Kronen, in Mähren um 8 Millionen Kronen gesunken sind. Hingegen weisen die Einlagen der tschechischen Sparkassen (883 Millionen in Böhmen, 139 Millionen in Mähren) in der gleichen Zeit eine Steigerung auf, die in Böhmen über 60 Millionen, in Mähren über 14 Millionen, beträgt. Hand in Hand damit geht ein Fallen der Bankeinlagen der deutschen Sparkassen in der gleichen Zeit um 4·6 Millionen Kronen in Böhmen und um 1·6 Millionen Kronen in Mähren, und ein Steigen der Bankeinlagen auf seiten der tschechischen Sparkassen um 43·6 Millionen in Böhmen und um 8 Millionen in Mähren. Ebenso ist auf die geringere Beteiligung der tschechischen Einleger an den Kriegsanleihezeichnungen die Tatsache zurückzuführen, daß die Passiven der tschechischen Sparkassen in Böhmen und Mähren in demselben Zeitraume um 15·4 Millionen sich verringert haben, während die der deutschen Sparkassen in den beiden Kronländern um 74·6 Millionen angestiegen sind.

Hätten die Einleger der tschechischen Sparkassen in Böhmen im gleichen Verhältnisse an der Zeichnung teilgenommen, wie die Deutschen, wäre das Ergebnis ihrer Zeichnungen bei der ersten Kriegsanleihe um 48 Millionen, bei der zweiten um 58 Millionen, bei der dritten um 67 Millionen, insgesamt daher um 173 Millionen Kronen höher gewesen. Der Ausfall, der durch die ablehnende Haltung der tschechischen Bevölkerung in Böhmen bei den drei ersten Kriegsanleihen verursacht wurde, ist daher, da die Zurückhaltung in den übrigen Kreisen mindestens die gleiche war und die Sparkassazeichnungen ungefähr ein Viertel der Gesamtzeichnungen ausmachen, mit einer halben Milliarde eher zu niedrig als zu hoch eingeschätzt, wobei der Ausfall in Mähren ganz außer Betracht bleibt."

(Es sei an dieser Stelle nur nebenbei bemerkt, daß nach einer vom Reichsverband deutscher Sparkassen in Österreich zusammengestellten Übersicht über die Sparkassenzeichnungen in Österreich bei der ersten Kriegsanleihe 1·1 Millionen von slowenisch-kroatischen Sparkassen, 2·7 Millionen von italienischen, 28 Millionen von tschechischen und 471 Millionen

von deutschen Sparkassen gezeichnet wurden. Bei der zweiten Kriegsanleihe stellen sich die Ziffern wie folgt: slowenisch-kroatische 1·9 Millionen, italienische Angaben fehlen, tschechische 46·4 Millionen, deutsche 499·4 Millionen. Im ganzen entfallen bei diesen beiden Anleihen von Sparkassenzeichnungen auf die Deutschen 970·4 Millionen, auf alle Nichtdeutschen 79·5 Millionen.)

„Nicht mit Unrecht wird daher in den hochverräterischen tschechischen Zeitungen des Auslandes die ablehnende Haltung der tschechischen Bevölkerung gegenüber den Kriegsanleihen hervorgehoben. So schreibt die von Professor Denis in Paris herausgegebene Zeitung „La nation tscheque“, das bedeutendste Organ der revolutionären tschechischen Bewegung im Auslande, in der Nummer 4 vom 15. Juni 1915:

„Böhmen und Mähren, die reichsten Länder der Monarchie, haben gegenüber der Anleihe die größte Gleichgültigkeit an den Tag gelegt, wiewohl die Regierung wiederholt alles daransetzte, eine lebhaftere Zeichnung zu bewirken. In dem reichen tschechischen Bezirke von Melnik wurde nur 9900 K gezeichnet, hiervon der größte Teil von Juden, während in dem armen deutschen Bezirke Bergreichenstein 150.000 K zustande kamen.“

Und wenn es in Nummer 6 derselben Zeitung heißt, daß die Opposition aller tschechischen Kreditinstitute die Kriegsanleihe sichtbar gelähmt habe, so ist dies nur insofern übertrieben, als es dank der Opferwilligkeit der loyalen Bevölkerungskreise der Monarchie gelang, nicht nur einen Mißerfolg zu verhindern, sondern einen Erfolg herbeizuführen.

Die Angeklagten haben den Versuch unternommen, die Richtigkeit der angeführten statistischen Daten der Statthalterei in Prag anzuzweifeln und zu behaupten, daß der Anteil der tschechischen Zeichnungen ein höherer sei. In dieser Hinsicht genügt wohl der Hinweis auf die äußerst genauen und zuverlässigen Grundlagen der Berechnung, durch welche die Fehlergrenze bedeutend herabgesetzt ist, so daß es sich nur um geringe Beträge handeln kann, die das Gesamtbild in keiner Weise zu ändern vermögen. Es mag übrigens darauf verwiesen werden, daß gerade bei der „Živnostenská banka“ die deutschen Zeichnungen eine sehr bedeutende Rolle spielen.“

An dieser Stelle sei aus der Urteilsbegründung im Prozesse Kramář folgendes angeführt:

„Von der Prager Statthalterei werden den statistischen Aufstellungen die folgenden

„Erläuterungen“

beigefügt, welche hinreichend die äußerst gewissenhafteste und genaue Arbeit darlegen und auch weiterhin einwandfrei dartun, daß auf die möglichen Einwände relevanter Natur mit größter Umsicht Bedacht genommen wurde. Es konnten auch von den im Prozesse Kramář Angeklagten irgendwie berücksichtigungswerte, begründende Entgegnungen nicht vorgebracht werden.

Nachdem genaue Angaben über die nationale Zugehörigkeit der einzelnen Zeichner nicht zu erlangen sind, da einerseits die Geldinstitute mit Rücksicht auf das von ihnen zu wahrende Geschäftsgeheimnis zu Angaben über Namen, Personen und Nationalität der Zeichner nicht verhalten werden können und da andrerseits die übrigen Zeichenstellen verläßliche Auskünfte über die Volkszugehörigkeit der Zeichner nicht zu liefern vermögen, mußte in dieser Richtung eine auf festen Grundsätzen beruhende schätzungsweise Ermittlung der Anteile der beiden Volksstämme an den Zeichnungen Platz greifen.

Durch die bei dieser Ermittlungsart sich vielleicht hie und da ergebenden Ungenauigkeiten werden sich im großen und ganzen gegenseitig ausgleichen.

Die Grundsätze, nach welchen vorgegangen wurde, sind folgende:

1. Die bei den deutsch geleiteten Banken in Prag und ihren in Böhmen befindlichen Filialen, und zwar bei der Böhmischen Escomptebank, Zentralbank der deutschen Sparkassen, Deutschen Agrarbank für Österreich, Böhmischen Unionbank und landwirtschaftlichen Kreditbank für Böhmen, dann bei den in Böhmen befindlichen Filialen der Wiener Banken (mit Ausnahme der abgesondert behandelten Filialen der Österreichisch-ungarischen Bank), und zwar der Anglobank, Österreichischen Länderbank, Bank- und Wechselstuben A. G. Merkur, Österreichische Kreditanstalt f. H. u. G. und dem Wiener Bankverein gemachten Zeichnungen wurden als deutsch gerechnet. Von der so ermittelten Summe wurden aber Beträge, welche von tschechischen Geldinstituten bei den genannten Banken gezeichnet wurden, abgezogen und die bei tschechischen Banken gemachten Zeichnungen deutscher Geldinstitute zugezählt.

Die bei den tschechisch geleiteten Banken in Prag und deren in Böhmen befindlichen Filialen, und zwar bei der „Agrarni banka“, „Banka pro průmysl pivovarská“, „Bohemia“, „Akciová banka“, „Česká banka“, „Pozemková banka“, „Pražská úvěrni banka“, „Ústředni banka českých spořitelen“, „Zemská banka království Českého“ und „Živnostenská banka“ gemachten Zeichnungen wurden als tschechisch gerechnet. Auch hier wurden die bei diesen Banken vorgenommenen Zeichnungen deutscher Geldinstitute abgezogen und die von tschechischen Geldinstituten bei deutschen Banken gemachten Zeichnungen zugezählt.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß bei deutschen Banken auch tschechische Privatparteien und umgekehrt gezeichnet haben; diese nicht feststellbaren und

gewiß nicht sehr zahlreichen Fälle gleichen sich aber wohl zum größten Teile gegenseitig aus. Da aber die tschechischen Zeichnungen bei deutschen Banken doch vielleicht etwas größer sind als die deutschen Zeichnungen bei deutschen Banken, so wurde die Landesbank des Königreiches Böhmen, welche einen nicht unbedeutenden deutschen Kundenkreis hat, mit der ganzen bei ihr erfolgten Zeichnung in der Statistik als tschechisch behandelt.

2. Die unmittelbar bei den Zentralen von Wiener deutschen Banken gemachten Zeichnungen wurden als deutsch gerechnet.

3. Die bei den Filialen der Österreichisch-ungarischen Bank außer der Filiale Prag gemachten Zeichnungen wurden demjenigen Volksstamm zugerechnet, dessen Sprache als Umgangssprache der Mehrheit an dem Sitze der Filialen erscheint, also bei den Filialen in Aussig, Eger, Gablonz, Karlsbad, Saaz, Teplitz, Tetschen, Trautenau deutsch, bei den Filialen in Budweis, Jungbunzlau, Königgrätz, Königinhof, Kolin, Pardubitz und Pilsen tschechisch.

Das Zeichnungsergebnis bei der Prager Filiale wurde nach dem Verhältnis der deutschen und tschechischen Einwohnerzahl Böhmens auf die beiden Volksstämme aufgeteilt.

4. Die Volkszugehörigkeit der Zeichnungen bei den Sparkassen ist ohne Schwierigkeit nach deren Geschäftssprache und nach der Organisation, welcher sie angehören, zu beurteilen.

Nur die beiden Prager Anstalten: Die „Böhmische Sparkasse“ und die „Městanská spořitelna pražská“ haben beide Landessprachen; doch gehört die erste dem Verbande deutscher Sparkassen in Böhmen, die zweite dem „Svaz českých spořitelen v Čechách, na Moravě a Slezsku“ an.

Bei diesen beiden Anstalten werden, wenn auch nur in geringerer Ausnahme, Zeichnungen von Parteien der anderen Nationalitäten stattgefunden haben, doch kann angenommen werden, daß sich diese Beträge gegenseitig ausgleichen.

5. Steuerämter und

6. Postämter.

Bei diesen beiderlei Ämtern wurden die Zeichnungen in nationaler Beziehung in der Art verteilt, daß Amtssprengel, welche keine oder nur unter 10 Prozent betragende nationale Minderheit aufweisen, als einsprachig behandelt und deren Zeichnung dem die Mehrheit bildenden Volksstamm zugeteilt, die Zeichnungen der anderen Amtssprengel in demselben Verhältnis auf beide Nationalitäten aufgeteilt wurden, in welchem die Bevölkerung bezüglich ihrer Umgangssprache steht.

Mahnungen an Sparkassen.

Diejenigen Sparkassen, bei welchen die eigene Zeichnung nicht 1·5 Prozent des Einlagenstandes erreichte, wurden von der Statthalterei zur Erhöhung der Zeichnung gemahnt.

Von den 130 deutschen Sparkassen wurden 22 je einmal gemahnt, was eine Steigerung der eigenen Zeichnungen von . . . 31,961.300 K
um 6·89 Prozent . . . . . 2,142.000 „
auf die ausgewiesenen . . . . 33,203.300 K
bewirkte.

Von den 119 tschechischen Banken wurden 104, und zwar 52 einmal, 46 zweimal, 6 dreimal gemahnt und hierdurch eine Steigerung der eigenen Zeichnungen von . . . . . . 6,660.400 K
um 231·82 Prozent . . . . 8,780.100 „
auf die ausgewiesenen . . . . 15,365.500 K
erzielt. (O. Nr. 1276, 561.)“

(Ein Kommentar ist wohl überflüssig.)

„Wird dem entgegengehalten, in welch allgemeiner Form die Zifferngenauigkeit bemängelt wird, wie außerordentlich schwankend die Behauptungen über die tschechische Vermögenslage auf seiten der Angeklagten und ihnen nahestehenden Kreisen sind — sie wird nur im Zusammenhange mit der Kriegsanleihe als ungünstig, sonst aber wiederholt als gut, insbesondere als so gut bezeichnet, daß die Nation selbständig wirtschaftlich bestehen könne —, so besteht absolut kein Zweifel, daß die aufgestellten Berechnungen sehr vorsichtig und sicher nicht zum Nachteile der tschechischen Nation ausgefallen sind.

Dabei muß immer betont werden, daß für die richtige Beurteilung dieser Verhältnisse das wichtigste Symptom nicht so sehr die Zifferngenauigkeit ist, als das Moment, daß auf eine bestimmte negative Willensrichtung geschlossen werden kann und muß.“

Soweit die Urteilsbegründung im Prozesse Kramář und Genossen.

Die Anklageschrift gegen die Funktionäre der Živnostenská banka sagt weiter:

„Trotz der angeführten erdrückenden Ziffern wollen die Beschuldigten die geringere Beteiligung der Tschechen an den Kriegsanleihen auch auf rein wirtschaftliche Ursachen zurückführen und das Vorliegen einer Zurückhaltung aus politischen Gründen bestreiten.

Als Hauptgrund wird hervorgehoben, daß die tschechische Kapitalskraft eine bedeutend geringere sei als die deutsche, das tschechische Volk sei nicht reich, sondern befinde sich erst in wirtschaftlicher Entwicklung, die großen Vermögen seien in Händen der Deutschen und die tschechische Industrie sei jung, auf Kredit angewiesen und könne sich mit der deutschen nicht messen. Es gibt nun allerdings keine verläßliche Statistik des deutschen und tschechischen

Volksvermögens. Eine im Jahre 1903 erschienene Abhandlung des Universitätsprofessors

Dr. Freiherrn von Wieser

berechnet die Steuerleistung der Deutschen in Böhmen mit 50 Prozent, die der Tschechen mit 42·8 Prozent; der Rest von 7·2 Prozent entfällt nach Wieser auf den feudalen Großgrundbesitz und neutrale Institute. Es ist nun interessant, daß auf Veranlassung des tschechischen Volksrates in Prag im Jahre 1905 eine von Dr. Herold, Professor Dr. Fiedler und Dr. Ladislaus Dvorak verfaßte

Gegenschrift

erschien, in welcher die Berechnungen Wiesers als falsch erklärt werden und ihm insbesondere der Vorwurf gemacht wird, daß er den deutschen Anteil an großkapitalistischen Unternehmungen übertrieben und die Vertretung der Tschechen im gewerblichen Mittelstande, die ungefähr ebenso groß sei, wie die deutsche, unterschätzt habe. Die Schrift gelangt zu dem Schlusse, das richtige Verhältnis der Steuerleistung der beiden Volksstämme in Böhmen sei vielmehr 37·6 Prozent auf deutscher und 62·4 Prozent auf tschechischer Seite und entspreche daher ungefähr dem Verhältnis der Bevölkerungsziffern. Selbstverständlich können diese Zahlen, mögen sie auch von tschechischer Seite stammen, nicht als Grundlage irgendeiner Berechnung angenommen werden. (Vgl. hierzu die Berechnungen Masaryks, mitgeteilt auf S. 248.)

Denn ebenso wie man sich heute bestrebt, das tschechische Volk als arm hinzustellen, um die Nichterfüllung vaterländischer Pflichten zu erklären, ebenso übertrieb man damals, als es sich um die Erkämpfung politischer Rechte handelte, seine finanzielle Bedeutung. Die Wahrheit liegt zwischen beiden Grenzen. Richtig ist, daß die Kapitalskraft des tschechischen Volkes in Böhmen eine geringere ist, als die des deutschen und daß insbesondere die Schichtung der Vermögen insofern eine für die Tschechen ungünstigere ist, als die großen Vermögen bei den Deutschen überwiegen. Auch die tschechische Industrie ist gewiß jünger als die deutsche und steht gegen diese, soweit Ausdehnung und Kapitalsbesitz in Betracht kommt, zurück. Es darf aber hierbei nicht übersehen werden, daß gerade in den letzten 10 Jahren die tschechische Industrie einen mächtigen Aufschwung genommen hat, so daß es ihr auf manchen Gebieten gelungen ist, die deutsche Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Einen namhaften Anteil besitzt insbesondere das tschechische Kapital an den mit der Landwirtschaft zusammenhängenden Industrien (Zuckerindustrie, Malzfabrikation, Bierbrauereien und Spiritusfabriken). Die Erzeugung landwirtschaftlicher Maschinen in ganz Österreich ist zur Hälfte in tschechischen Händen und schon am 1. November 1908 konnte der Beschuldigte Dr. Preiß in einem Aufsatze in den „Národní listy“ mit Stolz betonen, daß ein Sechstel der Baumwollspinnerei im ganzen Reiche in tschechischem Besitze sei. Wenn ferner in den im Jahre 1916 erschienenen Sammelwerke „Das böhmische Volk“ — einem gewiß ernst zu nehmenden literarischen Unternehmen — von tschechischer Seite das den tschechischen Geldinstituten zur Verfügung stehende Kapital mit 5 Milliarden berechnet wird, so ist dies gewiß eine Achtung gebietende Ziffer, die auch auf die Entwicklung der Kapitalskraft der tschechischen Industrie einen Rückschluß zuläßt. Sicher ist jedenfalls trotz des Mangels genauer Ziffern, daß der Unterschied zwischen der tschechischen und der deutschen Kapitalskraft keinesfalls bedeutend genug ist, um das schreiende Mißverhältnis zwischen dem Ergebnisse der Kriegsanleihezeichnungen bei beiden Volksstämmen auch nur annähernd begründen zu können. Die Probe für die Richtigkeit dieser Behauptung bildet das bereits ausführlich besprochene Zeichnungsergebnis bei den Sparkassen, da auf diesem Gebiete die Zeichnungsfähigkeit beider Volksstämme vollständig die gleiche ist und trotzdem ein so bedeutendes Zurückbleiben der tschechischen Zeichnungen hinter den deutschen festzustellen ist, das nur auf mangelnden Zeichnungswillen zurückzuführen ist. Die Tatsache, daß auch die Zahl der Zeichner aus Einlegerkreisen bei den Deutschen eine unverhältnismäßig höhere ist als bei den Tschechen und daß sich auch bei den Banken die gleiche Erscheinung zeigt, widerlegt auch vollständig den Einwand des Angeklagten Dr. Preiß, daß die rege Beteiligung des tschechischen Volkes an den Kriegsanleihen nicht in der Höhe der Gesamtzeichnung, sondern in der Vielheit der Zeichnungen zum Ausdruck gekommen sei.

Als weiteren Grund für den ungünstigen Ausfall der Kriegsanleihe auf tschechischer Seite wird ferner angeführt, daß infolge des früheren Beginnes der Mobilisierung in Böhmen die Bevölkerung namhafte Beträge aus den Geldinstituten abgehoben habe. Diese Behauptung erledigt sich schon deshalb von selbst, weil durch den angeführten Umstand ja die deutschen Geldinstitute Böhmens in ganz gleichem Maße betroffen wurden wie die tschechischen. Übrigens hat der Angeklagte Kuzička schon am 29. Juli 1914 in der Exekutivkomiteesitzung der Živnostenská banka hervorgehoben, daß die Geldabhebungen bei der Zentrale in Prag und den Filialen in Böhmen und Mähren aufgehört hätten und daß sich die Bevölkerung bereits beruhigt habe.

Der Angeklagte Dr. Preiß hat anläßlich seiner Zeugenvernehmung in der Hauptverhandlung gegen Dr. Kramář auch die Behauptung aufgestellt, daß die Ernte noch nicht realisiert gewesen und hierdurch ein Mangel an verfügbaren Kapitalien hervorgerufen worden sei. Unglücklicherweise hatte aber Dr. Preiß bei dieser seiner Vernehmung offenbar vergessen, daß er in der Verwaltungsratssitzung der

Živnostenská banka vom 27. Oktober 1914, also vor der ersten Kriegsanleihe, mit großer Befriedigung auf eine Erleichterung auf dem Geldmarkte hingewiesen und sie auf das gute Ergebnis der Ernte und die verhältnismäßig rasche Möglichkeit, die Ernte zu realisieren, zurückgeführt hat!

Endlich soll auch die schlechte Situation mehrerer tschechischer Geldinstitute, insbesondere der Königgrätzer Vorschußkasse und der Semiler Sparkasse zur Begründung der geringeren Ziffer der tschechischen Zeichnung herhalten. Abgesehen davon, daß keinem der beiden Geldinstitute, deren Schwierigkeiten schon auf längere Zeit zurückreichen, eine größere Bedeutung für den tschechischen Kapitalsmarkt zukommt, und daß sie gewiß nicht die einzigen in Österreich waren, die sich in ungünstiger finanzieller Situation befanden, gingen hierdurch nach der im Kramář-Prozesse abgelegten Zeugenaussage des gewiß unterrichteten Präsidenten der Prager Städtischen Sparkasse und der Zentralbank der tschechischen Sparkassen Dr. Ladislaus Pinkas nur etwa 15 Millionen Kronen Einlagen für Zwecke der Kriegsanleihezeichnung verloren. Da das tschechische Beteiligungsprozent bei den Sparkassen 2·4 Prozent des Einlagenstandes für die erste und rund 4 Prozent für die zweite Kriegsanleihe beträgt, hätte sich also bestenfalls das Ergebnis auf tschechischer Seite um 360.000 K bei der ersten und 600.000 K bei der zweiten Kriegsanleihe erhöht, also um Beträge, die bei der Gesamtsumme keine Rolle spielen. Muß also der Versuch, die geringere Beteiligung der tschechischen Bevölkerung an den Kriegsanleihen mit wirtschaftlichen Gründen zu erklären, als vollständig fehlgeschlagen bezeichnet werden, so bleibt als Erklärung nur die absichtliche Zurückhaltung eines Teiles der tschechischen Bevölkerung aus politischen Gründen. Damit im Einklang stehen auch die bedauerlichen Erscheinungen, die nach Kriegsausbruch auf anderen Gebieten, insbesondere auf militärischem, zutage getreten sind und das offen hochverräterische Auftreten der tschechischen Organisation im Auslande. Von diesem Gesichtspunkt aus fällt die ablehnende Haltung gegenüber der Kriegsanleihe in den Rahmen der allgemeinen bei einem Teile des tschechischen Volkes im Inlande wahrgenommenen passiven Resistenz gegen die Kriegführung.

Für die strafrechtliche Beurteilung ist es von Wichtigkeit, ob es sich um ein rein spontanes Vorgehen eines Teiles des tschechischen Volkes handelt oder ob diese Erscheinung darauf zurückzuführen ist, daß von irgend einer Seite auf die tschechische Bevölkerung in dieser Richtung eingewirkt wurde. Es ist nun allerdings richtig, daß schon seit Jahren das Bestreben eines Teiles der führenden tschechischen Politiker darauf gerichtet war, das Zugehörigkeitsgefühl der Tschechen zu unserem Staatswesen bewußt zu untergraben und panslawistische Ideen in das Volk zu tragen, die insbesondere in den Kreisen der Intelligenz begierig aufgenommen und weiterverbreitet wurden. Aber wenn auch durch diese geheime jahrelange Wühlarbeit der Boden für staatsfeindliche Äußerungen und Handlungen gut vorbereitet war, so hat doch schon das Strafverfahren gegen Dr. Kramář und Dr. Rašin den Beweis geliefert, daß diese Personen, ebenso wie sie im allgemeinen zur passiven Haltung des tschechischen Volkes gegenüber dem Kriege aufforderten, auch im Sinne einer Zurückhaltung bei der Zeichnung der Kriegsanleihen auf die Bevölkerung einwirkten. In noch weit intensiverer und wirksamerer Weise wurde aber, wie die folgende Darstellung zeigen wird, eine solche Einwirkung durch die verschiedensten Mittel seitens leitender Funktionäre der größten tschechischen Bank, der Živnostenská banka in Prag, unternommen. Bedenkt man, wie wichtig der Einfluß der Finanzinstitute auf ihren Kundenkreis und das große Publikum und ihre tätige Mitwirkung für das Gelingen der Kriegsanleihe war, so begreift man, von welch weittragender Bedeutung es sein mußte, wenn eine Bank, die im tschechischen Finanzleben seit Jahren richtunggebend war, statt den Erfolg der Kriegsanleihe nach Möglichkeit zu fördern, wie es ihrer Verpflichtung als öffentlicher Zeichnungsstelle entsprochen hätte, diesem Erfolge auf jede Weise entgegenarbeitete und dazu noch diese ihre Haltung in geschickter Weise gegenüber ihren Angestellten und der Öffentlichkeit zum Ausdruck brachte."

Die Anklageschrift schildert nun das

IV g.

Verhalten der Živnostenská banka zu den Kriegsanleihen.

„Die Živnostenská banka in Prag ist die älteste tschechische Privatbank und auch älter als die meisten deutschen Finanzinstitute Prags. Im Jahre 1868 in erster Linie als Zentralbank der tschechischen Vorschußkassen mit einem Aktienkapital von 1 Million Kronen gegründet, befaßte sie sich gleich anfangs mit der Kreditgewährung für industrielle und gewerbliche Zwecke und gegenüber dieser Tätigkeit als Handelsbank trat ihre Funktion als Zentralstelle der Vorschußkassen allmählich fast ganz zurück. Eine rasche Vermehrung ihres Aktienkapitals bis auf 10 Millionen Kronen in den auf die Gründung folgenden Jahren legt von ihrem raschen Aufschwunge Zeugnis ab und andrerseits ist es der beste Beweis für ihre gesunde finanzielle Basis, daß sie allein von allen nach ihr gegründeten tschechischen Banken Prags die große Krisis des Jahres 1873 überwand. Wohl war sie damals zu einer Einschränkung ihres Aktienkapitals auf 6 Millionen Kronen genötigt und die auf die Krise folgenden Jahre waren einer wirtschaftlichen Entwicklung

selbstverständlich wenig günstig. Die Živnostenská banka hat diese Zeit zu ihrer inneren Sammlung und Erstarkung benutzt und im Jahre 1891 war es ihr möglich, durch die Erhöhung ihres Aktienkapitals auf 10 Millionen Kronen den seinerzeitigen Verlust wieder aufzuholen. Mit diesem Zeitpunkt beginnt ein erstaunlich rascher Aufschwung, der auch in der rapiden Erhöhung des Aktienkapitals bis auf 80 Millionen Kronen zum Ausdruck kommt. Die schon beschlossene weitere Vermehrung des Aktienkapitals auf 100 Millionen Kronen konnte infolge Ausbruches des Krieges nicht mehr zur Durchführung gelangen.

Gegenwärtig verfügt die Bank neben der Zentrale in Prag noch über 21 Filialen, von denen sich 11 in Böhmen, 6 in Mähren 2 in Galizien, 1 in Triest und 1 in Wien befinden. Der letzteren unterstehen 13 Wechselstuben in verschiedenen Wiener Bezirken. Diese Wiener Filiale ist nicht nur deshalb von großer Bedeutung, weil sie die Verbindung mit dem hiesigen Geldmarkte herstellt, sondern hauptsächlich, weil sie mit ihrem ausgedehnten Netz von Wechselstuben auch dem Zwecke dient, in größerem Umfange deutsche Bankklientel heranzuziehen.

Durch die von der Živnostenská banka mit fortschreitender Kapitalskraft immer reger betriebene Gründungstätigkeit hat sich die Bank auf bedeutende industrielle Unternehmungen und Finanzinstitute ihren Einfluß gesichert. So sind von ihr mehrere Zuckerfabriken in Böhmen und in Esseg, das Böhmische Pilsener Aktienbräuhaus, die Uniondampfmühle in Esseg, ein Eisen- und Stahlwerk, zwei Maschinenfabriken, eine Papierfabrik, eine Kerzenfabrik, Kaolin- und Chamottewerke, die Aktiengesellschaft für chemische Industrie in Wien und ähnliche Unternehmungen abhängig. Von Geldinstituten, die von der Živnostenská banka, und zwar teils von der Zentrale in Prag, teils von der Filiale in Wien, gegründet wurden oder auf welche der Bank vermöge ihres Aktienbesitzes maßgebender Einfluß zusteht, sind zu erwähnen die neue Wiener Diskontgesellschaft, die Wiener Vorschußkasse, der Erste Österreichische Apothekerkreditverein in Wien, die Böhmische Handelsgesellschaft in Aussig, die Versicherungsgesellschaft „Moldavia", die Kroatische Landesbank in Esseg, die Landesindustriebank in Budapest, die Kreditbank in Rószahegy, die Küstenländische Sparkasse in Susak, die Laibacher Kreditbank und endlich die Handels- und Industriebank in Warschau.

Die Bilanzsumme der letzten Jahre beträgt mehr als 400 Millionen, der gesamte Jahresumsatz wird auf 10 Milliarden geschätzt. Neben dem Aktienkapital von 80 Millionen stehen der Bank an eigenen Geldern noch Reservefonds von mehr als 23 Millionen zur Verfügung. Die in Verwahrung der Bank befindlichen fremden Gelder erreichen die Summe von fast 300 Millionen Kronen. Schon diese Ziffern zeigen, daß die Živnostenská banka, die in Finanzkreisen ganz allgemein als sehr gut fundierte erstklassige Bank gilt und sich in rasch aufsteigender Entwicklung befindet, hinter den Wiener Großbanken nicht weit zurücksteht und sie in absehbarer Zeit eingeholt haben wird. Ihre führende Rolle auf dem tschechischen Geldmarkte ist längst unbestritten. Die an Kapitalskraft auf dem Prager Platze an zweiter Stelle stehende Tschechische Industriebank (Česká Průmyslová Banka) verfügt nur über die Hälfte des Aktienkapitals der Živnostenská banka. Es folgen dann die Prager Kreditbank und die Zentralbank tschechischer Sparkassen mit je 25 Millionen Aktienkapital; die übrigen tschechischen Banken sind kleinere Unternehmungen.

Um so größer war das Aufsehen in Finanzkreisen, als bekannt wurde, daß die Živnostenská banka bei der ersten Kriegsanleihe lediglich rund 38 Millionen Kronen aufgebracht hatte, während sich die Ergebnisse der Wiener Banken zwischen 100 und 200 Millionen Kronen bewegten. Noch krasser tritt aber die Geringfügigkeit dieses Ergebnisses bei einem Vergleiche mit den Zeichnungssummen der deutschen Banken in Prag hervor. Die

Böhmische Unionbank,

die über ungefähr ebenso viele Filialen verfügt, wie die Živnostenská banka, jedoch ein eigenes Kapital (Aktienkapital und Reservefonds) von nur 83 Millionen besitzt und nur rund 240 Millionen fremder Gelder in Verwahrung hat, hatte bei der ersten Kriegsanleihe ein Zeichnungsergebnis von 107 Millionen Kronen, also 31·8 Prozent des gesamten eigenen und fremden Kapitals aufzuweisen, während die bei der Živnostenská banka gezeichnete Summe nur 9·5 Prozent ihres gesamten Kapitalsbesitzes (103 Millionen eigene und 300 Millionen fremde Gelder) beträgt.

Aber auch die Böhmische Eskomptebank in Prag mit 15 Filialen und fünf Exposituren, einem Aktienkapital von 12 Millionen, Reservefonds von 15 Millionen und fremden Kapitalien von 155 Millionen Kronen hat mit ihrem Zeichnungsergebnis von 67 Millionen (36·76 Prozent des gesamten Kapitals) die bedeutend kapitalskräftigere Živnostenská banka nicht nur verhältnismäßig, sondern auch absolut genommen, weit übertroffen. Von Interesse ist auch die Vergleichung verschiedener Einzelheiten, die bezüglich der Böhmischen Unionbank und der Živnostenská banka, erhoben wurden. So hat die erstere für eigene Rechnung 7 Millionen erster Kriegsanleihe, die letztere nur 3 Millionen gezeichnet und nach Angabe des landesfürstlichen Kommissärs der Živnostenská banka, des Statthaltereirates Brusak, erfolgte die Zeichnung in dieser

Höhe auch nur auf Grund seines Einschreitens. Die Verwaltungsräte der Böhmischen Unionbank haben 3,640.000 K, die der Živnostenská banka 163.000 K, die Beamtenschaft der ersteren 406.200 K, der letzteren 43.200 K anläßlich der ersten Kriegsanleihe gezeichnet. Überdies erfolgte noch eine Zeichnung von 250.000 K für Rechnung des Pensionsvereines der Beamten der Böhmischen Unionbank, während auf seiten der Živnostenská banka eine Zeichnung für den Pensionsfonds überhaupt nicht vorliegt. Die Böhmische Unionbank hat anläßlich der ersten Kriegsanleihe 150.000 bis 200.000 Prospekte versendet, die Živnostenská banka rund 50.000, die Kosten der Werbetätigkeit für die Anleihe beliefen sich bei der erstgenannten Bank auf 40.000 bis 50.000 K, bei der letzteren auf ein Zehntel dieser Summe. Wenn von seiten der Angeklagten der Versuch unternommen wird, das Verhältnis der Zeichnungen der beiden Banken durch den Hinweis auf die reichere Klientel der Böhmischen Unionbank zu erklären, so ist dem entgegenzuhalten, daß nicht nur die Summe der Zeichnung, sondern auch die Zahl der Zeichner bei der Böhmischen Unionbank weit größer ist. Wenn daher Dr. Preiß, wie bereits erwähnt wurde, den Standpunkt vertritt, daß der Zeichnungswille der tschechischen Bevölkerung in der

Vielheit der Zeichnungen

und in dem Überwiegen der kleinen und mittleren Zeichnungen zum Ausdruck kommt, so beweisen gerade die Ziffern der Zeichner bei der Živnostenská banka einerseits, und bei den deutschen Banken Prags andrerseits, daß auch in diesem Punkte die deutschen Banken weit im Vorsprunge sind. Während nämlich bei der Živnostenská banka 7074 Personen erste Kriegsanleihe gezeichnet haben, beläuft sich die Zahl der Zeichner bei der Böhmischen Unionbank auf 17.185. Die Schichtung der Zeichnungen ist hingegen ungefähr dieselbe. Die kleineren Zeichnungen (100 bis 900 K) verteilen sich bei der Živnostenská banka auf 2462 Personen = 34·8 Prozent aller Zeichner, bei der Böhmischen Unionbank auf 5934 Zeichner = 34·6 Prozent. Auch der Prozentsatz der mittleren Zeichnungen (1000 bis 9900 K) ist bei beiden Banken ungefähr der gleiche, und zwar 49·4 Prozent bei der Živnostenská banka, 50·4 Prozent bei der Böhmischen Unionbank. Gerade bei den deutschen Banken war, ebenso wie bei den deutschen Sparkassen in Böhmen, die größere Zahl der Zeichner eine der Hauptgrundlagen des Erfolges.

Auch bei den folgenden beiden Kriegsanleihen haben die erwähnten deutschen Banken die Živnostenská banka weit übertroffen. Die Böhmische Unionbank hat bei der zweiten Kriegsanleihe 147 Millionen (45·34 Prozent ihres Gesamtkapitals), bei der dritten 223 Millionen (65·73 Prozent) aufgebracht, die Böhmische Eskomptebank 113 Millionen (62·01 Prozent ihres Gesamtkapitals) und 175 Millionen (96·01 Prozent). Die Zeichnungsergebnisse der Živnostenská banka bei der zweiten und dritten Kriegsanleihe von 59 Millionen (14·85 Prozent ihres Gesamtkapitals) und 111 Millionen (27·88 Prozent) bleiben dagegen weit zurück.

Ebenso fällt der

Vergleich der Živnostenská banka mit der Bank für Oberösterreich und Salzburg,

also einer kleineren Provinzbank, deren Aktienkapital 6 Millionen und deren fremde Gelder 56 Millionen betragen, und die sich daher nicht einmal annähernd an Kapitalskraft mit der Živnostenská banka messen kann, zuungunsten der letzteren aus. Diese kleine deutsche Bank hat bei der ersten Kriegsanleihe fast 40 Millionen zustande gebracht, also um 2 Millionen mehr als die Živnostenská banka. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die genannte Bank ihren Wirkungskreis in Ländern hat, die weder über größere Industrien, noch über Kapitalsreichtum verfügen und daß sie daher auch in diesem Punkte gegenüber der Živnostenská banka im Nachteile ist. Nicht durch große Einzelzeichnungen, sondern durch die große Zahl der Zeichner (fast 4000 mehr als die Živnostenská banka) hat sie dieses glänzende Ergebnis erzielt.

Der von seiten der Angeklagten erhobene Einwand, es seien bei der Böhmischen Unionbank und der Böhmischen Eskomptebank auch tschechische Zeichnungen eingelangt, wäre — seine Richtigkeit vorausgesetzt — an und für sich nur für die Frage der Beteiligung der beiden Volksstämme an der Kriegsanleihe, nicht aber für die Beurteilung der Tätigkeit der Banken von Bedeutung. Es wäre sogar sehr begreiflich gewesen, wenn patriotisch gesinnte Tschechen angesichts der Schwierigkeiten, die ihnen bei der Kriegsanleihezeichnung seitens der Živnostenká banka gemacht wurden, sich an eine deutsche Bank mit ihrer Zeichnung gewendet hätten, bei der sie Entgegenkommen und ausgiebige Unterstützung fanden. Während es sich übrigens bei den genannten deutschen Banken nur um vereinzelte tschechische Zeichnungen handelt, die auf die Endsumme so gut wie keinen Einfluß hatten, ist gerade bei der Živnostenská banka der Anteil der deutschen Zeichnungen ein sehr bedeutender. Es ergibt sich dies schon daraus, daß das Zeichnungsergebnis der ersten Kriegsanleihe bei der Zentrale in Prag, deren Kundenkreis wohl fast ausschließlich tschechisch ist, nur rund 10 Millionen beträgt und um 3 Millionen Kronen gegenüber dem Zeichnungsergebnisse bei der Filiale Wien, zu deren Kundenkreis zum großen Teil Deutsche gehören, zurückbleibt. Wohl ist dies zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß

der Widerstand von der Zentrale in Prag ausging, während der Leiter der Wiener Filiale, Oberdirektor-Stellvertreter Spitalský, sich hierin nur insoweit beteiligte, als ihn sein Unterordnungsverhältnis nötigte. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, daß der überwiegende Teil der Zeichnungen bei der Filiale Wien von deutschen Zeichnern herrührt. Einen ziemlich verläßlichen Anhaltspunkt für die Beurteilung der Nationalität des Zeichners bildet der Umstand, daß die Živnostenká banka ihren Briefwechsel mit tschechischen Kunden in tschechischer, mit deutschen in deutscher Sprache führt. Da nun seitens der Filiale für die Abrechnung der ersten Kriegsanleihe mit ihren 3151 Zeichnern 3000 deutsche und 900 tschechische Drucksorten bestellt wurden, ist der Schluß gerechtfertigt, daß rund drei Viertel aller Zeichner der Filiale Wien Deutsche waren. Nimmt man an, daß die Durchschnittszeichnung bei Tschechen und Deutschen gleich hoch ist — nach dem von den Beschuldigten vertretenen Standpunkte sollte die deutsche Durchschnittsziffer ja sogar höher sein —, so entfallen von den bei der Filiale Wien im ganzen gezeichneten Betrage von 13,780.000 K erster Kriegsanleihe drei Viertel, also rund 10 Millionen Kronen auf deutsche Zeichner. Selbst wenn man also vorsichtsweise die deutschen Zeichnungen bei den übrigen Filialen und bei der Zentrale in Prag ganz außer Rechnung setzt — auch diese Ziffer ist bei mehreren Filialen, wie Karlsbad, Reichenberg, Brünn, Iglau unter andern, nicht unbedeutend — stammt mehr als ein Viertel der bei der ganzen Bank gezeichneten ersten Kriegsanleihe von deutschem Kapital.

Eine restlose Aufklärung des großen Unterschiedes zwischen dem Zeichnungsergebnisse bei der Živnostenská banka und den zum Vergleich herangezogenen deutschen Banken bietet aber der durch das Ermittlungsverfahren festgestellte Umstand, daß von seiten der letzteren eben in Würdigung des patriotischen Zweckes der Anleihe in aufopferungsvoller Weise alles unternommen wurde, um durch wirksame Werbetätigkeit nicht nur den Kundenkreis der Bank, sondern auch breite Schichten zur Zeichnung zu veranlassen, während die Leitung der Živnostenská banka in dieser Richtung nur das unternahm, was ohne Aufsehen zu erregen und die Gefahr sofortiger strafgerichtlicher Verfolgung nach sich zu ziehen nicht gut unterlassen werden konnte, im übrigen aber unter Mißbrauch des ihr im tschechischen Finanzleben zustehenden Einflusses und der ihr als öffentliche Zeichnungsstelle eingeräumten Vertrauensstellung bewußt und absichtlich auf das Mißlingen der Anleihe hinarbeitete."

Zur Kennzeichnung des inzwischen amnestierten, in dem Prozesse gegen die Živnostenská banka Hauptangeklagten Oberdirektors Dr. Preiß, ist weiter aus der Anklageschrift zu erwähnen, daß er seit 1908 für die Gründung einer großslawischen Bank mit dem Sitze in Moskau arbeitete und vor dem Kriege die Gründung eines russisch-tschechischen Klubs in Prag im Einvernehmen mit dem russischen Prager Konsul anregte, die aber von der Behörde verboten wurde.

Kennzeichnend für die von der Živnostenská banka gebrauchte Ausrede, sie hätte sich wegen Mangel an flüssigen Geldmittel an den Kriegsanleihen nicht beteiligen können, ist die Tatsache, daß sie zwei Tage vor Beginn der Anmeldungsfrist der zweiten Kriegsanleihe 40.000 bis 50.000 Zentner Exportzucker ankaufte, um ihren Geldüberschuß anzubringen. Sie erschwerte die Zeichnung von Kriegsanleihen dadurch, daß sie die 10prozentige Kaution in Bargeld verlangte und Wertpapiere, die ihr als Kaution eingesandt wurden, ablehnte. In diesem Sinne wurden auch die Filialen der Živnostenská banka angewiesen. Dieselben Weisungen erhielten ihre Filialen für die zweite Kriegsanleihe, trotzdem der Überfluß an Barmitteln der Bankleitung geradezu Sorge bereitete. Eine Änderung ihrer Politik trat erst seit 27. Mai 1915 (Verhaftung Dr. Kramář am 21. Mai 1915) ein.

Vor diesem Zeitpunkte wurden die größten Schwierigkeiten gemacht, wenn jemand Kriegsanleihe zeichnen wollte. So wurden überflüssige Anfragen gestellt, ob die Zeichnung als endgültige anzusehen sei, ob der Zeichner auf seiner Zeichnung beharre usw. Hingegen wurde denen, die Zeichnungen rückgängig machen wollten, das denkbar größte Entgegenkommen bewiesen.

Dr. Preiß ließ in der „Národni Listy" zahlreiche Aufsätze erscheinen, in der er in einer für den Zensor anscheinend nicht verständlichen, sonst aber sehr deutlichen Weise gegen die Kriegsanleihen Stimmung machte und für den Ankauf von böhmischen und mährischen Landespapieren eintrat.

Dies ist nur eine kleine Auslese aus dem reichhaltigen und so überaus charakteristischen Material.

In der Anklageschrift werden eine ganze Reihe von Briefen von Kunden der Bank wörtlich angeführt, die über das auch ihnen auffallende merkwürdige Gebaren der Živnostenská banka, ihre Versuche, die Zeichnungen zu verschleppen oder überhaupt zu verhindern, beweglich Klage führen.

Sehr bezeichnend ist auch folgende, in der Anklageschrift dokumentarisch belegte Angelegenheit:

Der Wiener Filialleiter Spitalský arbeitete einen Entwurf eines Begleitschreibens aus, der den Prospekten der Kriegsanleihe beigeschlossen werden sollte. Die Prager Hauptstelle der Bank strich in dem Schreiben sämtliche Stellen, die auf die patriotische Bedeutung der Anleihe verwiesen. Sie verbot den Filialen die Verwendung des von Spitalský ausgearbeiteten Entwurfes und gab ein

eigenes Schreiben ganz kurzen Inhaltes heraus. Später wurde, da die Sache auffiel, ein zweites Begleitschreiben ausgearbeitet, in dem die Zeichnung empfohlen wurde: in den Begleitschreiben an deutsche Klienten heißt es: „Aufs wärmste“ empfohlen, der so wichtige Hinweis auf die Belehnungsmöglichkeit der Kriegsanleihe durch die Oesterreichisch-ungarische Bank fehlte. Allerdings wurde ein drittes Begleitschreiben gedruckt, das sehr patriotischen Inhaltes war, jedoch nur in 500 Stücken „pro slechtici“ (für die Adeligen) bestimmt war. Es ist ja bekannt, daß sehr zahlreiche hohe Adelige und sonstige hochgestellte Persönlichkeiten auf dieses Werbeschreiben hereinfielen; die Živnostenská banka benutzte nun diese Leute förmlich als Schild, der sie decken mußte, wenn sie wegen ihres Verhaltens getadelt wurde. Diese Adeligen wurden so die Verteidiger der Živnostenská banka, die allen Angriffen gegen sie entgegentraten. Hatten sie doch den „Beweis“ für die „patriotische“ Werbetätigkeit und Haltung der Živnostenská banka in Händen. Sie entrüsteten sich daher sehr, wenn man ihnen gegenüber die Haltung dieser „Bankfachmänner“ anzweifeln wollte.

Wer die Art und Weise des Vorgehens der Tschechen in solchen Dingen und ihre schlauen Verhüllungsmethoden noch nicht kennt, kann sie an diesem sehr informativen Beispiel studieren.

Aber es gelang auch, die Leitung der Živnostenská banka davon zu überführen, daß sie bei ihren Kunden direkt und persönlich

Propaganda gegen die Kriegsanleihe

getrieben hat. Die wichtigsten der diesbezüglichen Fälle sind die folgenden:*)

„Schon zur Zeit der ersten Kriegsanleihe war in Wien das Gerücht verbreitet, daß die Živnostenská banka Zeichnern tschechischer Nationalität von der Zeichnung abgeraten habe. Es gelang jedoch nicht bestimmte Fälle zu erheben. Erst anläßlich der Zeichnungen zur zweiten Kriegsanleihe kamen solche Fälle zur Kenntnis der Behörden.

Der Fabrikant

Franz Schiel

aus Römerstadt begab sich anfangs Mai 1915 in die Wechselstube der Živnostenská banka im VII. Bezirk in Wien und fragte einen dort anwesenden Beamten, ob er als Privatmann jetzt Kriegsanleihe zeichnen oder Aktien kaufen würde. Der Beamte erwiderte, daß er abwarten würde, bis die Lage geklärt sei und beantwortete den Hinweis Schiels auf die günstige militärische Lage mit der Bemerkung, das sei kein Sieg der Österreicher, sondern nur ein „durch Munitionsmangel“*) hervorgerufener strategischer Rückzug der Russen: das sehe man an der geringen Beute. Als Schiel meinte, daß bei der Kriegsanleihe die Zinsen doch sicher seien, entgegnete der Beamte, es sei nicht ausgeschlossen, daß eine Konvertierung eintrete. Dadurch, daß Schiel diesen Vorfall entrüstet weiter erzählte, gelangte er zur Kenntnis der Polizeidirektion Wien, welche sofort Erhebungen veranstaltete. Diese ergaben zunächst, daß die Živnostenská banka nach der allgemeinen Ansicht in Bank- und Finanzkreisen sich durchaus nicht bemüht habe, für die Zeichnung der Kriegsanleihe zu werben, sondern nur soweit gegangen sei, daß sie nicht offen der Illoyalität überwiesen werden konnte. Um eine Bestätigung der Angaben Schiels zu erhalten und die Identität des betreffenden Beamten festzustellen, wurde am 2. Juni 1915

ein Polizeiagent

in die Wechselstube entsendet, der dort an den Leiter Josef Janda gewiesen wurde. Der Agent fragte ihn, ob die Zeichnung der Kriegsanleihe empfehlenswert sei und wußte in geschickter Weise das Vertrauen Jandas zu gewinnen, der der Meinung war, einen Gesinnungsgenossen vor sich zu haben, dem gegenüber er sich keine Beschränkungen aufzuerlegen brauche. Er erwiderte daher,

daß er von der Zeichnung der Kriegsanleihe auf das entschiedenste abrate.

Es sei dies jetzt

ein gewagtes Hasardspiel,

weil alles in Schwebe sei und Rumänien, das Zünglein an der Wage, gegen uns losschlagen werde.**) Die österreichischen Papiere, mit Ausnahme der böhmischen und mährischen Landeswerte, stünden sehr niedrig, die Rente sei von 94 auf 73 gesunken. Was das zu bedeuten habe, sei ganz klar. Bezeichnend sei, daß man die Frist zur Zeichnung der Kriegsanleihe, die angeblich einen so glänzenden Erfolg habe, ins ungemessene erstreckt habe. Die erste Kriegsanleihe habe man noch während der Zeichnungsfrist um 94 und noch billiger bekommen. Die Siegesnachrichten aus Galizien seien aufgebauscht und selbst wenn Przemyśl genommen werden sollte, werde das auf die finanzielle Lage keinen Einfluß haben, weil alles nur künstlich gehalten werde. Übrigens sei die Eroberung durch die Russen seinerzeit angeblich ohne Bedeutung

*) Aus Seite 266 bis 276 der erwähnten Anklageschrift.

*) Bezeichnend ist diese Begründung, die auch offiziell von russischer Seite gegeben wurde. Bei uns wußte man sonst nichts davon; wieder ein Beweis direkter Verbindung der Tschechen mit dem Feinde!

**) Hier muß man wieder fragen: Woher wußte Janda das so genau?

gewesen und jetzt lege man auf einmal der Wiedereroberung so große Wichtigkeit bei. Janda fügte noch hinzu, dies sei nur seine persönliche Ansicht, die er

nur im Vertrauen

preisgebe, offiziell könne man den Leuten, die Kriegsanleihe zeichnen wollen, nicht abraten. Auf die Frage des Agenten, ob man nicht ausländische Papiere kaufen solle, entgegnete Janda, daß russische Papiere nicht zu bekommen seien und

für deutsche Papiere gelte dasselbe, wie für österreichische.

Wenn nun auch in diesen Äußerungen Jandas gegenüber dem Polizeiagenten nur ein strafloses Putativdelikt gelegen ist, weil der Agent gar nicht die Absicht hatte, Kriegsanleihe zu zeichnen, so kennzeichnen sie doch deutlich den Standpunkt Jandas und bilden zugleich eine wichtige Bestätigung der Angaben Schiels.

Der Beschuldigte Janda, der von Franz Schiel mit Bestimmtheit wieder erkannt wird, erklärte ursprünglich, sich an eine Unterredung mit diesem überhaupt nicht errinnern zu können. Erst später gab er zu, mit ihm gesprochen zu haben, doch habe sich das Gespräch gar nicht um die Kriegsanleihe, sondern um Petroleum- und Eisenwerte gedreht!....

Im Verlauf der polizeilichen Erhebungen wurde noch ein anderer ganz ähnlicher Fall, der sich schon während der Zeichnungsfrist zur ersten Kriegsanleihe abgespielt hatte, ermittelt. Das Dienstmädchen Anna

Kacirek,

das ein Einlagebuch der Živnostenská banka mit einer Einlage von einigen Hundert Kronen besaß, faßte auf Anraten ihrer Dienstgeberin den Entschluß, für diesen Betrag erste Kriegsanleihe zu zeichnen.

Sie begab sich mit dem Einlagebuche am 21. November 1914, einem Samstag nachmittags, in die Wechselstube der Živnostenská banka in der Gumpendorferstraße, legte zuerst noch einen Betrag in das Einlagebuch ein und teilte dann einem Beamten ihre Absicht mit. Statt ihre Anmeldung sofort entgegenzunehmen, wie es in Anbetracht des ganz einfachen Falles seine Pflicht war, händigte ihr der Beamte einen Prospekt ein und trug ihr auf, am nächsten Tage wiederzukommen, die Wechselstube werde den ganzen Tag geöffnet sein. Er setzte noch lächelnd hinzu, es sei sehr schön von ihr, wenn er aber Geld hätte, würde er nichts zeichnen.

Die Kacirek erzählte zu Hause ihrer Dienstgeberin, sie habe auf den Rat des Bankbeamten, sich die Sache noch zu überlegen und auf seine Bemerkung, wenn er Geld hätte, würde er nichts zeichnen, die Anmeldung unterlassen. Trotzdem versuchte die Kacirek am nächsten Tag, einem Sonntag, ihre Zeichnung anzubringen. Sie ging im Laufe des Nachmittags zur Wechselstube hin, fand dieselbe aber entgegen der ihr tags vorher gegebenen Auskunft geschlossen. Durch diese unrichtige Auskunft hatte der Beamte auch wirklich erreicht, daß die Kacirek die Zeichnung gänzlich unterließ.

Nach den Eintragungen im Sparkassabuche und dem Ergebnisse der übrigen Erhebungen war der Beamte ein gewisser Vladimir Brodl, der jetzt im Felde steht. Auch er leugnet, eine solche Äußerung gemacht zu haben und behauptet, er habe sich nur manchmal gegenüber Personen, die kleinere Beträge in Ratenzahlungen zeichnen wollten, dahin ausgesprochen, daß es nicht vorteilhaft sei, sein Geld in Kriegsanleihe anzulegen, wenn man es bald darauf wieder brauche, da die Kriegsanleihe erst in einer Reihe von Jahren rückzahlbar und bis dahin unverkäuflich sei.

Aus dieser Aussage geht nichts anderes hervor, als daß Brodl außer der Kacirek noch andere Personen durch unrichtige Auskünfte von ihrer Absicht, Kriegsanleihe zu zeichnen, abgebracht hat oder wenigstens abzubringen suchte." Soweit die Anklageschrift. Weiteres über Živnostenská banka und Kriegsanleihe s. S. 80.

Über die

IV. h.

sonstige eindeutige Finanzpolitik der Živnostenská banka

sei aus der erwähnten Anklageschrift nur folgendes angeführt: *)

„Alle patriotisch gesinnten Bankleitungen vermieden tunlichst Verkäufe österreichischer Staatspapiere unter Umständen, welche ein Sinken des Kurses nach sich ziehen konnten, also beispielsweise Verkäufe größerer Posten auf einmal oder Verkaufsanbote ohne vorliegender Nachfrage, sogenannte Leeranbietungen. Sie unterließen jede Anhäufung anderer Papiere oder Kurstreibereien mit ihnen, da hierdurch die finanziellen Transaktionen des Staates ungünstig beeinflußt werden mußten.

Selbstverständlich hat keine loyale Bank Ankäufe von Werten des feindlichen Auslandes in größeren Mengen vorgenommen, da dies ja einer Spekulation auf den Sieg unserer Feinde gleichgekommen wäre, sie mußte im Gegenteil bestrebt sein, solche Werte, und zwar womöglich an das Ausland abzustoßen.

Käufe von Wertpapieren im befreundeten oder neutralen Ausland waren geeignet, eine Verschlechterung unserer Valuta herbeizuführen und

*) Anklageschrift gegen Dr. Preiß und Genossen. S. 291—366.

daher auf das Notwendigste zu beschränken. Hingegen hatten Verkäufe im Ausland die gegenteilige, also eine günstige Wirkung. In Anbetracht der Wichtigkeit des Goldschatzes für unser Währungssystem war es endlich Pflicht jeder die Staatsinteressen vertretenden Bank, einer Thesaurierung von Gold bei ihrer Klientel entgegenzuarbeiten und sie natürlich auch selbst zu unterlassen.

Diese in den wichtigsten Grundzügen wiedergegebene Bankpolitik wurde auch von sämtlichen deutschen Banken, deren Geschäftstätigkeit im Zuge des Strafverfahrens zu Vergleichungszwecken untersucht wurde, befolgt. Sie haben damit zum Ausdruck gebracht, daß sie ihr Schicksal mit dem des Staates enge verknüpfen und auf den Sieg unseres Vaterlandes vertrauen.

In grassem Gegensatz dazu steht nun die Finanzpolitik, welche die Leitung der Živnostenská banka in ihren eigenen Geschäften und denen ihrer Klienten einschlug. Es sei gleich hier betont, daß jede Bankleitung auch für die im Auftrage ihrer Kunden abgewickelten Geschäfte verantwortlich ist, denn immer entspricht die von den Klienten einer Bank eingeschlagene allgemeine geschäftliche Richtung den Anschauungen und Absichten der Bankleitung. Jeder Bank ist es nämlich ohne Schwierigkeit möglich, auf ihre Auftraggeber in dem von ihr gewünschten Sinne einzuwirken, denn der allergrößte Teil der Klientel richtet sich bei seinen geschäftlichen Unternehmungen nach den Ratschlägen der Bank und diese hat es überdies noch stets in der Hand, ihr nicht passenden Aufträgen entgegenzutreten oder ihre Übernahme einfach abzulehnen.

Eine ausgesprochene Vorliebe nun für Werte der feindlichen Staaten, insbesondere Rußlands, die im Inland und Ausland angekauft wurden, forcierte Käufe der böhmischen und mährischen Landespapiere, trotz hoher und immer steigender Kurse, namhafte Ankäufe von Gold und Rubeln, hingegen das Bestreben, österreichische Staatspapiere, insbesondere Kriegsanleihe, ohne Rücksichtnahme auf die Erschütterung des Kurses abzuverkaufen, charakterisieren im allgemeinen die Tendenz der Živnostenská banka in ihren eigenen Geschäften und denen ihrer Klienten in der Zeit von Kriegsbeginn bis Ende November 1915.*) Neben dem Hauptziele: Sammlung tschechischen und slawischen Kapitals und finanzielle Schädigung unserer Monarchie, verfolgten die forcierten Ankäufe böhmisch-mährischer und russischer Werte noch den Zweck, die freien Mittel der Bank und ihrer Klienten zu binden, um durch den Mangel verfügbarer Gelder die Zeichnung der Kriegsanleihe zu beeinträchtigen. Es ist daher kein Zufall, daß diese Ankäufe am stärksten in der Zeit vor und während der zweiten und dritten Kriegsanleihe einsetzen, und daß fast alle Personen, welche namhafte Summen für den Ankauf russischer oder böhmisch-mährischer Werte verwendet haben, an der Zeichnung der Kriegsanleihen sich entweder überhaupt nicht, oder nur mit ganz unbedeutenden Beträgen beteiligt haben. Gerade die böhmischen und mährischen Landespapiere boten den Vorteil, daß ihre Anhäufung nicht so auffällig wirken konnte, wie die der russischen Werte, und daß sie auch in weit größerem Umfang erhältlich waren als diese. Die Menge der im Inland und Deutschland verfügbaren russischen Renten, Eisenbahnprioritäten und Aktien war eine nicht allzu große. Russische Aktien sind an inländischen und deutschen Börsen überhaupt nicht kotiert, so daß ihr Ankauf an den Börsen des feindlichen Auslandes hätte erfolgen müssen, was durch die gesetzlichen Bestimmungen verhindert war. Trotzdem versuchte die Börsenabteilung der Živnostenská banka, deren Vorstand der Beschuldigte Pilat war, durch Umgehung der bestehenden Vorschriften

Käufe an der Pariser und Petersburger Börse vorzunehmen. Wäre dieser Versuch nicht zum größten Teile gescheitert, so hätte die gegen die Staatsinteressen gerichtete Politik der Živnostenská banka natürlich in weit bedeutenderem Umfange und wirksamer durchgeführt werden können. Die ersten Versuche der Bankleitung in dieser Richtung datieren vom 1. März 1915, an welchem Tage die Bank an den Schweizerischen Bankverein in Genf und den Bankverein in Zürich gleichlautende Schreiben folgenden Inhaltes absandte:

„Es würde uns weiter auch interessieren, zu erfahren, ob Sie gegenwärtig in der Lage wären, für unsere Rechnung Käufe an der Pariser Börse vorzunehmen. Bei diesem Anlaß ersuchen wir Sie höflichst, uns zu unserer Information eine Kursliste speziell der internationalen Papiere Ihres Platzes zugehen lassen zu wollen.“

Diese beiden, von den Beschuldigten Dr. Preiß und Pilat unterfertigten Briefe verfielen aber der Zensur und gelangten daher nicht an ihren Bestimmungsort. Die Beschuldigten ließen sich jedoch hierdurch nicht abschrecken und am 20. März 1915 erging ein gleichfalls von Dr. Preiß und Pilat gefertigtes Schreiben an das Bankhaus Lippmann, Rosenthal & Co. in Amsterdam, in dem es heißt:

„Wir beorderten Sie heute telegraphisch in London für unsere Rechnung Nominale 5000 Gulden 4prozentige ungarische Goldrente bestens anzukaufen, worüber wir Ihrer werten Ausführungsanzeige entgegensehen.“

Mit dem Ankaufe ungarischer Goldrenten in London, also im feindlichen Ausland, war nicht

*) Die Originalbelege, soweit sie hier nicht wörtlich angeführt sind, befinden sich unter den Akten des Prozesses gegen die Funktionäre der Živnostenská banka.

nur eine Schädigung unserer Valuta, sondern auch eine finanzielle Unterstützung des Feindes verbunden, welchem es ermöglicht wurde, ein österreichisches Papier abzustoßen.

Der Kauf wurde auch tatsächlich an der Londoner Börse am 23. Mai 1915 vorgenommen

und die weiteren in Abwicklung dieses Geschäftes gewechselten Schreiben nehmen auch stets auf den Ankauf in London bezug. Offenbar durch diesen Erfolg ermutigt, richtete die Živnostenská banka am 8. April 1915 an das genannte Amsterdamer Bankhaus die Anfrage, ob es nicht möglich wäre, für Rechnung der Živnostenská banka Rubelauszahlungen auf Petrograd anzukaufen und ob das Amsterdamer Bankhaus nicht geneigt wäre, hierfür in seinen Büchern ein Rubelkonto zu eröffnen. Dieser Brief, der gleichfalls von den Beschuldigten Dr. Preiß und Pilat unterfertigt ist, wurde von der Zensur aufgehalten, nicht aber ein gleichlautendes Schreiben der Živnostenská banka an den Schweizerischen Bankverein in Zürich vom selben Tage. Die Antwort, die von der Züricher Bank einlangte, ist nicht ohne Interesse. Das Ansinnen der Živnostenská banka wird mit der Begründung abgelehnt, daß dem Schweizerischen Bankverein „bei den gegenwärtigen schwierigen politischen Verhältnissen die Eröffnung eines Rubelkontos in seinen Büchern keine Konvenienz biete". Eine neutrale Bank lehnte also aus Gründen der finanziellen Sicherheit die Beteiligung an einem Geschäfte ab, an welchem eine österreichische Bank, die überdies noch durch patriotische Rücksichten hätte gebunden sein sollen, nichts Bedenkliches fand.

Im August 1915 beginnen neuerliche, diesmal von Erfolg begleitete Versuche der Živnostenská banka, an der Pariser Börse zu kaufen. Am 3. August 1915 erteilte sie dem Bankverein in Basel den telegraphischen Auftrag, russische Aktien, und zwar 25 Brianster und 25 Maltzoff bestens, das heißt ohne Beschränkung des Kaufpreises, anzukaufen. Man konnte wohl nicht im Zweifel sein, daß dieser Kaufauftrag nur an der Pariser Börse, die der nächstgelegene Markt für die Schweiz war, und an der russische Aktien hauptsächlich gehandelt wurden, durchgeführt werden würde. Am 4. August 1915 schrieb auch der Baseler Bankverein der Živnostenská banka, daß er den Auftrag drahtlich nach Paris aufgegeben habe und fügte noch folgende Warnung hinzu:

„Wir erlauben uns indessen Sie höflichst darauf aufmerksam zu machen, daß keine Möglichkeit für Sie vorhanden ist, die in Paris eventuell gekauften Titres während der Dauer des Krieges daselbst wieder verkaufen zu können, indem laut den an der Pariser Börse zu Kraft bestehenden Kriegsbestimmungen Personen oder Firmen, die Angehörige eines der mit Frankreich im Kriege stehenden Staates sind, keine Verkäufe an der Pariser Börse während der Dauer des Krieges bewerkstelligen können. Diese Bestimmungen gehen sogar so weit, daß nur französische Staatsangehörige, die in Frankreich ihren Wohnsitz haben, Titres an der Pariser Börse zum Verkaufe bringen können."

Dieses Hindernis berührte die Živnostenská banka nicht, da sie ja die Absicht hatte, russische Wertpapiere tunlichst anzusammeln, und sie teilte daher in dem Schreiben vom 10. August 1915 dem Schweizerischen Bankhause mit, daß ihr die jetzigen Verhältnisse an der Pariser Börse aus den Zeitungsnotizen bekannt seien. Schon am 6. August 1915 hatte die Živnostenská banka dem Bankverein einen neuerlichen Kaufauftrag auf 20 Maltzoff-Aktien zum Kurse von 360 erteilt. Als am 12. August vom Baseler Bankhause die Mitteilung einlangte, daß der erste Kaufauftrag auf 25 Stück Maltzoff-Aktien zum Kurse von 407 in Paris durchgeführt worden sei, schreckte auch dieser höhere Kurs die Živnostenská banka nicht ab. Im Gegenteil, sie änderte sofort telegraphisch ihren zweiten Kaufauftrag dahin ab, daß die Aktien „bestens", also ohne Limit, anzukaufen seien. Die Baseler Bank entschuldigte am 16. August 1915 eine Verzögerung der Durchführung damit, daß die Pariser Börse bis 17. August 1915 geschlossen gewesen sei und teilte am darauffolgenden Tage die Durchführung des Kaufes zum Kurse von 478 mit. Am 23. und 30. August 1915 erhielt die Živnostenská banka die Abrechnung über beide Geschäfte — der Kaufpreis betrug 25.294·55 Franken — und die Mitteilung, daß die gekauften Titres in das Dossier der Živnostenská banka in Paris erlegt worden seien.

Ein weiterer Versuch, an einer Börse des feindlichen Auslandes, diesmal in Petersburg, zu kaufen, fällt in den Oktober 1915. Am 5. Oktober 1915 telegraphierte nämlich die Živnostenská banka an den Bankverein in Basel: „Nehmet Petrograd 10 Moskau-Kiew-Woronesch-Aktien 601 Oktober Ende". Im Sinne dieses Auftrages teilte der Bankverein Basel auch der Živnostenská banka die Weiterleitung dieser Kaufsorder nach Petersburg mit, erhielt jedoch am 15. Oktober ein Telegramm der Živnostenská banka, mit welchem der Auftrag widerrufen wurde. Daß der Grund hierfür nicht etwa nachträglich aufgetauchte patriotische Bedenken waren, geht schon daraus hervor, daß zur selben Zeit demselben Schweizer Bankhause zwei Aufträge zum Ankaufe von je 50 Stück Brianskaktien erteilt wurden, obwohl die Bankleitung auf Grund der früheren Käufe über die Durchführung an der Pariser Börse nicht im Zweifel sein konnte. Die Schreiben des Baseler Bankvereines enthalten auch in diesem Falle durchwegs

die Mitteilung über die Durchführung der Käufe in Paris, und zwar um den Gesamtbetrag von 24.993·74 Franken.

Es war nun vollständig überflüssig, daß die Direktion der Živnostenská banka nach der Einleitung der strafgerichtlichen Untersuchung gegen die Bankfunktionäre sich der Mühe unterzog, durch

Einleitung eines Disziplinarverfahrens

gegen den Beschuldigten Pilat wegen der Käufe an feindlichen Börsen eine Komödie aufzuführen, deren Zweck allzu durchsichtig ist.

Pilat

rechtfertigte sich vor der Disziplinarkommission damit, daß er die Anfrage an die beiden Bankhäuser in der Schweiz, betreffend die Vornahme von Käufen an der Pariser Börse, nicht ernst gemeint, sondern nur vorgeschützt habe, um dadurch Kurszettel der Pariser Börse zu erhalten. Er habe ferner durch die Beifügung der Worte „London“ und „Petrograd“ in den telegraphischen Kaufaufträgen nicht etwa ausdrücken wollen, daß die Käufe an den genannten Börsen durchzuführen seien, sondern „nur die Usance“ dieser beiden Börsen gemeint; endlich habe er auch angenommen, daß die Mitteilung des Bankvereines in Basel über den Ankauf der russischen Aktien an der Pariser Börse unrichtig und nur ein Vorwand gewesen sei, um die Verrechnung nach der Pariser Usance vornehmen zu können. Mit Rücksicht auf den klaren und eindeutigen Wortlaut der vorliegenden Briefe ist wohl jedes Wort zur Charakterisierung dieser Verantwortung entbehrlich. Selbstverständlich fand sie aber bei der Disziplinarkommission der Živnostenská banka vollen Glauben und Pilat wurde auch von dieser Anschuldigung freigesprochen. Um angesichts der aufliegenden Gesetzesverletzung doch etwas zu tun, verhängte jedoch die Disziplinarkommission über ihn die Strafe des Verweises, weil er die Mitteilung des Bankvereines in Basel vom Ankaufe der Aktien in Paris stillschweigend zur Kenntnis genommen und seinen Vorgesetzten darüber nicht berichtet habe.

Es muß nun betont werden, daß es sich für das gegenwärtige Strafverfahren nur in letzter Linie darum handelt, ob der beschuldigte Pilat durch diese Käufe das Verbot der Zahlung an das feindliche Ausland verletzt hat; wichtig ist vielmehr, daß sich dieser zum Teil gelungene Versuch, Werte feindlicher Staaten im feindlichen Auslande anzukaufen, als Teilhandlung in den Rahmen der gesamten Finanzpolitik einfügt, und daß er zeigt, wie die Bank auch diesen Weg nicht scheute, um ihre gegen die Interessen des Staates gerichteten Bestrebungen wirksamer zu gestalten. Es ist daher auch unentscheidend, ob die Beträge, die auf diese Weise ins feindliche Ausland gingen, bedeutende oder geringe sind. Ebenso wenig kann es die Strafbarkeit der in ihrer Gesamtheit zu würdigenden Tendenz der Bankleitung berühren, daß einzelne Geschäfte mit Gewinn für die Bank verbunden waren. Daß auch eigensüchtige Motive in Frage kommen, kann niemals die Strafbarkeit einer Handlung aufheben. Eine große Zahl der unternommenen Geschäfte war aber für die Bank nicht nur äußerst gewagt, sondern auch mit Verlust verbunden, und dies beweist am besten, daß der eigentliche Zweck der Handlungsweise der Beschuldigten nicht die Erlangung eines materiellen Vorteiles für die Bank, sondern nur die Schädigung der finanziellen Interessen unseres Staatswesens bildete.

Die erwähnte Richtlinie beim Wertpapiergeschäfte wurde, wie bereits erwähnt, von der Živnostenská banka nicht nur für eigene Rechnung, also bei Geschäften vom Eigenbesitze (Nostrostand) befolgt, sondern sie verwendete auch den ihr auf die Klienten zustehenden Einfluß im gleichen Sinne. Die Gegenüberstellung der vom Eigenbesitze der Bank allein vorgenommenen Käufe und Verkäufe würde daher ein unvollständiges, manchmal auch unrichtiges Bild bieten. Es ist vielmehr die Bank und ihr

Kundenkreis

als Ganzes zu behandeln und es kommt für die Klarlegung nicht so sehr auf die Geschäfte der Bank mit ihren Kunden, sondern in erster Linie auf diejenigen Käufe und Verkäufe von Wertpapieren an, welche im Marktverkehr, also damals infolge Schließung der Börsen im Wege des Handels von Bank zu Bank mit oder ohne Vermittlung eines Sensals, abgeschlossen wurden. Diese Geschäfte, die kurz als

börsenmäßige Käufe oder Verkäufe

bezeichnet werden können, sind es, welche ein verläßliches Bild von der Finanzpolitik der Bank geben, denn nur durch sie wurde eine Veränderung des als Ganzes betrachteten Besitzstandes der Bank und ihrer Kommittenten hervorgerufen; sie allein hatten auch Einfluß auf die Bildung der Kurse im Verkehr. Ein vollständiges Bild über diese börsenmäßigen Geschäfte in Effekten und Valuten der Zentrale in Prag bieten die Handbücher und die Strazza des Beschuldigten Pilat, des Vorstandes der Börsenabteilung der Živnostenská banka, durch dessen Hand alle diese Geschäfte gingen, sowie die Tagebücher des Prager Sensalen Ugge, der den größten Teil der Geschäfte der Bank auf dem Prager Platze vermittelte. Auf Grund dieser Behelfe wurden unter Mitwirkung des Beschuldigten Pilat im Ermittlungsverfahren für alle in Betracht kommenden Kategorien von Wertpapieren die börsen-

mäßigen Geschäfte der Zentrale Prag in der Zeit vom 1. August 1914 bis 30. November 1915 erhoben und die Schlußziffern stimmen bis auf unbedeutende Abweichungen auch mit den Tabellen überein, die von seiten der Živnostenská banka im Auftrage des Strafgerichtes aus den Büchern verfaßt wurden. Die Zeit nach dem 30. November 1915 kommt für das Strafverfahren nicht mehr in Betracht, weil von diesem Zeitpunkt an die Bankleitung in Kenntnis des eingeleiteten Strafverfahrens ihre geschäftliche Tendenz vollkommen änderte.

Unter den Geschäften der Prager Zentrale in den einzelnen Gattungen der Wertpapiere sind zunächst die

Verkäufe der österreichischen und ungarischen Staatspapiere

(Renten- und staatliche Eisenbahnwerte) zu besprechen.

Der Eigenbesitz der Bank an diesen Papieren war schon vor dem Kriege, insbesondere bei der Zentrale in Prag, ein äußerst niedriger. Die ganze Bank besaß am 31. Juli 1914 ungefähr 7·5 Millionen, davon die Zentrale in Prag 2·5 Millionen, die Filiale Wien 3·8 Millionen, somit mehr als die Zentrale, die übrigen Filialen 1·2 Millionen. Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß die Kautionen bei öffentlichen Behörden in Staatspapieren erlegt werden müssen und daß für diesen Zweck allein bei der Zentrale Prag ungefähr zwei Millionen Kronen gebunden waren, so daß ihr freier Besitz eigentlich nur eine halbe Million Kronen betrug. Ungeachtet dieses niedrigen Standes wurde in der Exekutivkomiteesitzung der Zentrale in Prag am 11. November 1914 beschlossen, einen Teil des Rentenvorrates abzuverkaufen, und ein dahingehender Auftrag auch an die Filialen erlassen. In Ausführung dieses Beschlusses wurden bis Ende des Jahres 1914 von der Filiale Wien eine Million, von den übrigen Filialen eine halbe Million verkauft. Auch im Juli 1915 hat sich die Filiale Wien eines Nominalbetrages von einer Million aus ihrem Rentenvorrate entäußert. Der Stand an Staatspapieren war daher am Ende November 1915 bei der ganzen Bank 5,671.180 K, somit um rund zwei Millionen niedriger als vor dem Kriege. Es darf hierbei nicht übersehen werden, daß diese Verkäufe naturgemäß zu ungünstigem Kurs erfolgten und daher der Bank Verlust brachten, wie es denn auch in dem Protokoll über die Vorstandssitzung der Filiale Budweis am 16. Februar 1915 heißt:

„Einen Verlust an Wertpapieren im Betrage von über 6200 K haben wir dadurch erlitten, daß wir auf Befehl der Zentrale einen Teil unseres Nostro zu den niedrigsten Kursen verkaufen mußten.“

Im börsenmäßigen Verkehr hat die Zentrale in Prag in dem die Grundlage der Untersuchung bildenden Zeitraum um 2,497.000 K Staatspapiere verkauft, hingegen nur um 679.400 K gekauft. Da sie von ihrem Besitz nur rund 400.000 K verkaufen konnte — 2,068.700 K waren durch Kautionen gebunden —, sind somit ungefähr 1,400.000 K aus dem Besitze der Klientel der Anstalt verkauft worden. Um sich über

die Tendenz dieser Verkäufe

klar zu werden, genügt die Vergleichung mit der Böhmischen Unionbank, die in der gleichen Zeit börsenmäßig 15 Millionen Kronen österreichische und ungarische Renten gekauft und nur fünf Millionen verkauft hat. Nicht ohne Interesse ist, daß die Živnostenská banka auch in einem Falle den Kaufauftrag einer ausländischen Bank auf österreichische Schatzscheine, also ein Geschäft, dessen Durchführung den finanziellen Interessen des Staates förderlich gewesen wäre, abgelehnt hat. Das Bankhaus M. Warburg & Co. in Hamburg wollte nämlich am 20. November 1915 durch die Zentrale in Prag 100.000 K vierprozentige österreichische Schatzscheine und 100.000 Mark Wiener Schatzscheine kaufen. Die Živnostenská banka lehnte aber das Geschäft mit der Begründung ab, daß am hiesigen Markte wenig Material vorhanden sei, ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, sich die Wertpapiere zu verschaffen, was zum mindesten durch die Wiener Filiale ohne Schwierigkeit möglich gewesen wäre.

Ebenso wie mit österreichischen Renten und Eisenbahnwerten verfuhr die Bank auch mit den

österreichischen Kriegsanleihen.

Zunächst muß hervorgehoben werden, daß es keineswegs in den Absichten der Staatsverwaltung gelegen war, einen Verkauf von Kriegsanleihen seitens der Banken aus dem von ihnen für eigene Rechnung gezeichneten Stand unter allen Umständen zu verhindern. Im Gegenteil sollte der Besitz der Banken dazu dienen, allmählich an den Kundenkreis verkauft zu werden, um einerseits die Anleihe in festen Händen unterzubringen und andrerseits den Banken wieder frische Mittel für neue Anleihen zu beschaffen. Diese Verkäufe an die Kommittenten der Bank konnten auch keinerlei nachteiligen Einfluß auf den Kurs der Anleihe haben. Es war ferner nicht erwünscht, wenn Kriegsanleihe auf erfolgte Nachfrage im Auslande untergebracht wurde, da hierdurch neben der günstigen Wirkung auf den Stand unserer Währung auch ausländische Geldmittel für Staatszwecke dienstbar gemacht wurden. Unbedingt zu vermeiden war aber das Rückströmen der Kriegsanleihe aus den Händen der Privatzeichner an die Banken und ebenso der Verkauf größerer Mengen im börsemäßigen Verkehr. Besonders

gefährlich waren in letzterer Beziehung sogenannte Leeranbietungen, das heißt Verkaufsanträge ohne bestehende Nachfrage. War eine Bank schon gezwungen, Verkäufe von Kriegsanleihe im Marktverkehre vorzunehmen, um sich freie Mittel zu beschaffen, so war es wenigstens ihre Pflicht, den Abverkauf allmählich in kleineren Posten und auch sonst in einer Weise vorzunehmen, die eine Schädigung des Kurses nach Tunlichkeit vermied. Ein beträchtliches Sinken des Kurses der Kriegsanleihe hätte die in der Folge notwendigen weiteren Anleihen bedeutend erschwert und deshalb hat auch die Postsparkasse am 1. August 1915 sämtliche Banken schriftlich ersucht, der von ihrer Klientel etwa geäußerten Absicht, die gezeichnete Kriegsanleihe zu verkaufen, entgegenzutreten. Beigelegt war als Beispiel das Rundschreiben einer Wiener Großbank an ihre Filialen, das die Aufforderung enthielt, Aufträge von Klienten auf Verkauf von Kriegsanleihe nicht entgegenzunehmen, sondern im Gegenteil durch Entfaltung einer lebhaften Propaganda das Interesse des Publikums für diese Anleihe nach Tunlichkeit zu wecken. Die Direktion der Živnostenská banka hat nun zwar daraufhin ihren Filialen den Wunsch der Postsparkasse mitgeteilt, und sie ersucht, sich nach Möglichkeit darnach zu richten, falls ihnen aber trotzdem von einem ihrer Kommittenten ein derartiger Verkaufsantrag zukommen sollte, die Zentrale zu benachrichtigen, im übrigen hat sie sich nicht abhalten lassen, sowohl ihre eigenen Bestände an Kriegsanleihe nach Möglichkeit abzuverkaufen, als auch die gleiche Absicht ihrer Klienten zu unterstützen. Der allererste, der knapp nach Schluß des Zeichnungstermines der Bank den Auftrag gab, die von seinen Familienmitgliedern gezeichnete Kriegsanleihe im Betrage von 5000 K zu verkaufen, war der Oberdirektor der Anstalt, der Beschuldigte Ruzicka. Dabei sind seine Vermögensverhältnisse derart glänzende, daß finanzielle Gründe für diesen Verkauf unmöglich maßgebend gewesen sein können. Überhaupt haben alle Direktoren der Anstalt die von ihnen gezeichnete erste und zweite Kriegsanleihe zum Teil ganz kurze Zeit nach der Zeichnung wieder verkauft und das gleiche haben auch die Verwaltungsräte der Anstalt bis auf zwei der alttschechischen Partei angehörenden getan. Sehr aufrichtig hat auch der Vorstand der Filiale Karlsbad, Leopold Dostal, der Bruder des als Offizier der tschechischen Legion in Frankreich gefallenen österreichischen Reserveoffiziers Wenzel Dostal, an seinen Schwager, den Beschuldigten Dr. Preiß, am 12. Juli 1915 geschrieben: „Hinsichtlich der Kriegsanleihe

versteht es sich von selbst,

daß ich sie, sobald es möglich sein wird, gerne verkaufen würde."

Es ist daher begreiflich, daß die Bank nicht nur jede Einwirkung auf verkaufslustige Klienten unterließ, sondern diesen Wünschen bereitwillig entgegenkam.

Aus der Korrespondenz der Bank mit den Spar- und Vorschußkassen ergibt sich, daß die Bank niemals auch nur den leisesten Versuch unternahm, von einem Verkaufe der Kriegsanleihe zurückzuhalten, sie nahm vielmehr noch während der Zeichnungsfrist für die dritte Kriegsanleihe Verkaufsaufträge für diese Anleihe in Vormerkung, und am 22. Februar 1915 antwortete sie der Bürgerlichen Vorschußkasse in Nimburg, daß sie

„mit Vergnügen"

(milé radi) bereit sei, ihr den Verkauf der ersten Kriegsanleihe zu besorgen. Daß auch

ganz unvermittelt Klienten zum Verkaufe von Kriegsanleihe aufgefordert

wurden, geht aus dem Konzept eines Briefes vom März 1915 hervor, der in der Privatkorrespondenz des Beschuldigten Dr. Preiß aufgefunden wurde. Dieser an Hofrat Dr. Brejcha in Prag gerichtete Brief lautet:

„Weil manche Herren, die bei uns die letzte Kriegsanleihe haben, eventuell das Interesse an ihrem Verkaufe geäußert haben, erlaube ich mir Sie zu fragen, ob wir nicht auch eventuell Ihre Stücke verkaufen sollten.

Dr. Preiß."

Hier wird also ohne jede Veranlassung in geradezu frivoler Weise ein Zeichner zum Verkauf seiner Kriegsanleihestücke aufgefordert und der ganze Inhalt des Briefes, sowie die einleitenden Worte lassen darauf schließen, daß ähnliche Aufforderungen auch an andere Personen ergangen sind. Daß Hofrat Brejcha angibt, diesen Brief nicht erhalten zu haben, ist für die strafrechtliche Beurteilung der Handlungsweise des Beschuldigten Preiß ohne Bedeutung.

Die Bankleitung hat auch ein Mittel gefunden, um sich eines namhaften Teiles der für eigene Rechnung gezeichneten Beträge von 3 Millionen Kronen erster und 6 Millionen Kronen zweiter Kriegsanleihe gleich nach Schluß der betreffenden Zeichnungstermine auf einfache Art entledigen zu können. Sie hat nämlich das Gesamtergebnis der bei ihr eingelangten Anmeldungen für die erste Kriegsanleihe am 17. Dezember 1914 der Postsparkasse mit dem Betrage von 37,904.600 K angegeben und auch verrechnet. Nun betrug aber die Summe der bis 10. Dezember 1914, dem Schluß des Zeichnungstermines, bei der Zentrale

eingelangten Anmeldungen nach den Matriken mindestens . . . . 10,375.700 K

die der Zentrale bis spätestens 12. Dezember gemeldeten Zeichnungen bei den Filialen . . . 25,467.000 „

so daß mithin nach Zurechnung der Eigenzeichnung der Bank im Betrage von . . . . 3,000.000 „

insgesamt innerhalb der Zeichnungsfrist angemeldet waren . . . . 38,842.700 K

somit um . . . . 938.100 „ mehr als der Postsparkasse verrechnet wurde.

Außerdem wurden noch über 70.000 K aus dem Eigenbesitz der Anstalt zur Deckung von Zeichnungen, die möglicherweise erst nach dem 10. Dezember 1914 angemeldet wurden, verwendet. Rund eine Million Kronen, der auf eigene Rechnung der Bank übernommenen Kriegsanleihe, also ein Drittel des Bestandes konnte daher sofort an Klienten abgegeben werden.

Ebenso wurde der Postsparkasse als angebliches Gesamtzeichnungsergebnis der zweiten Kriegsanleihe am 5. Juli 1915 der Betrag von . 58,840.000 K bekanntgegeben. Nun war aber das Gesamtergebnis der Klientenzeichnung bis zum angeführten Tag bei der Zentrale in Prag tatsächlich . . . . 18,031.000 „

bei den Filialen . . . . 36,724.600 „

die Eigenzeichnung der Bank . . . 6,000.000 „

somit zusammen . . . . 60,755.600 K

also um . . . . 1,915.600 „ mehr als die Bank der Postsparkasse verrechnete.

Dazu kommen noch nachträgliche Zeichnungen im Betrage von . . 940.500 „

so daß die Bank von ihrer Eigenzeichnung sofort . . . . 2,856.100 „ also fast die Hälfte an Zeichner abgesetzt hat.

Nach der Angabe Dr. Soureks wurde ihm der

Auftrag, die Zeichnungssumme niedriger anzugeben,

vom Beschuldigten Ružička erteilt, angeblich, damit unsichere Zeichnungen dadurch gedeckt seien. Obwohl nun der Noftrostand der Kriegsanleihe sofort nach Schluß des Zeichnungstermines um ein Erhebliches verringert war, also um so weniger Anlaß für weitere Abverkäufe vorlag, hat die Bankleitung bis 30. November 1915 ihren gesamten Bestand an den beiden ersten Kriegsanleihen bis auf 64.000 K erster und 3900 K zweiter Kriegsanleihe abverkauft. Der Verkauf der ersten Kriegsanleihe wurde in den Exekutivkomiteesitzungen vom 3. Februar und 4. März 1915 beschlossen, also zu einer Zeit, zu der die Bank Überfluß an Geldmitteln hatte.

Die Abverkäufe erfolgten auch keineswegs, um die Anleihe im Kundenkreis der Bank in feste Hände zu bringen, denn an Kommittenten der Anstalt wurden in der Zeit bis Ende Dezember 1915 nur 226.400 K erster und 101.500 K zweiter Kriegsanleihe abgesetzt. Hingegen übernahm die Živnostenská banka von Privatzeichnern 1,350.500 K erster und 1,166.700 K zweiter Kriegsanleihe zum Verkauf. Insgesamt wurden im börsenmäßigen Verkehr von der Zentrale der Živnostenská banka 3,600.000 K erster Kriegsanleihe und 4,630.800 K zweiter Kriegsanleihe verkauft, während die börsenmäßigen Käufe nur 519.500 K und 2100 K betragen. In Wien wurden von der dortigen Filiale der Živnostenská banka durch Sensale und im direkten Verkehr mit Wiener Banken rund 12 Millionen Kronen erster und zweiter Kriegsanleihe verkauft, dagegen rund nur 4 1/2 Millionen gekauft und auch die Wiener Filiale hat sich bestrebt, die Zeichner bei ihrer Absicht, die gezeichnete Kriegsanleihe loszuschlagen, zu unterstützen, denn sie hat von Privatkunden fast 2 1/2 Millionen Kriegsanleihe gekauft und nur 175.000 K an sie abgesetzt.

Gerade die gegenteilige Tendenz wie die Zentrale und die Filiale Wien der Živnostenská banka haben

die deutschen Banken in Prag

bei dem Verkehre mit Kriegsanleihe befolgt. So hat beispielsweise die Böhmische Unionbank 3,157.355 K erster und zweiter Kriegsanleihe börsenmäßig gekauft, hingegen nur 379.000 K verkauft und davon 275.000 K im Ausland. Bei der Filiale Prag der Wiener Kreditanstalt stehen börsenmäßige Käufe von 1,370.700 K Verkäufen von nur 390.000 K gegenüber. Ebenso ist das Verhältnis bei der Prager Filiale der Länderbank (Käufe 3,012.200 K, Verkäufe 130.000 K), bei der Filiale der Anglobank (Käufe 9,000.000 K, Verkäufe 1,000.000 K).

Es ist begreiflich, daß die Millionenverkäufe der Živnostenská banka am Prager und Wiener Platze, um so mehr als sie zum Teil auf einmal in großen Mengen erfolgten — vom 2. bis 4. November 1915, also in drei Tagen wurden am Prager und Wiener Platze von der Živnostenská banka 1,735.000 K Kriegsanleihe verkauft —, die nachteiligste Wirkung auf den Kurs der Anleihe haben mußten. Die Prager deutschen Banken haben auch, um einer Verschlechterung des Kurses nach Mög-

lichkeit vorzubeugen, die von der Živnostenská banka am Prager Platze angebotene Kriegsanleihe nach Möglichkeit aufgekauft. Verkäufe an Kriegsanleihe seitens der Prager deutschen Banken an die Živnostenká banka kommen überhaupt nicht vor.

Da sich bei der Živnostenská banka schon seit Jänner 1915 ein derartiger immer steigender

Geldüberfluß

bemerkbar machte, daß die Bankleitung nicht wußte, was sie mit dem überschüssigen Bargelde anfangen sollte, können daher die besprochenen namhaften Abverkäufe gewiß nicht auf finanzielle Gründe zurückgeführt werden, sondern es liegt ihnen einzig und allein die Absicht zugrunde, die Bank und die tschechische Bevölkerung von der Kriegsanleihe möglichst zu befreien und die staatliche Finanzwirtschaft, insbesondere die Aussichten der folgenden Kriegsanleihen zu schädigen.

Dem staatlichen Interesse zuwiderlaufend waren auch die

Geschäfte der Živnostenská banka in Gold.

Der durch den Krieg verursachte erhöhte Bedarf an Bargeld veranlaßt die Finanzverwaltung, schon zu Beginn des Krieges Vorsorge zu treffen, daß die Erhöhung des Banknotenumlaufes mit der Vermehrung des Goldschatzes der Österreichisch-ungarischen Bank tunlichst gleichen Schritt halte. Goldreserven waren auch deshalb nötig, weil der Krieg unsere Ausfuhr nach neutralen Ländern behinderte, so daß diese ungünstigere Gestaltung unserer Handelsbilanz schließlich im Interesse unserer Währung zu Ausgleichungen durch Goldzahlung führen mußte. Ebenso wie in Deutschland wurde auch in Österreich die Bevölkerung aufgefordert, gemünztes und ungemünztes Gold dem Staate zur Verfügung zu stellen. Private Organisationen unterstützten diese Absicht der Regierung, und die starke Beteiligung der Bevölkerung, ganz besonders aber der weniger bemittelten Schichten, lieferte den Beweis ihrer patriotischen Opferwilligkeit auch auf diesem Gebiete. Um so verwerflicher ist es, wenn die Živnostenská banka sich bemühte, durch ihren Geschäftsverkehr in Gold diesen Bestrebungen geradezu entgegenzuarbeiten und die schädliche Thesaurierung von Gold, die nach den Absichten der Staatsverwaltung mit allen Mitteln bekämpft werden sollte, noch zu fördern.

Obwohl die Ausfuhr von Gold durch die Verordnung vom 20. März 1915, R. G. Bl. Nr. 71, verboten war, sandte die Živnostenská banka am 12. April 1915 50.000 Franks in Gold an den Schweizerischen Bankverein in Zürich für Rechnung eines böhmischen Großgrundbesitzers und Klienten der Anstalt, der es für angezeigt fand, sich ein Golddepot in der Schweiz einzurichten.

Zwei weitere Sendungen von 40.000 Franken in Gold für denselben Klienten nach der Schweiz wurden von der Militärzensurstelle in Feldkirch aufgehalten und damit der Fortsetzung dieses Treibens ein Riegel vorgeschoben. In der Zeit seit Kriegsbeginn bis Ende November 1915 hat die Živnostenská banka namhafte Mengen von in- und ausländischen Goldmünzen angekauft und sie zum größten Teile an ihre Privatkunden abgesetzt. Die börsenmäßigen Käufe der Zentrale in Gold betragen, nach dem durchschnittlichen Kurswerte in Kronen umgerechnet, in der angegebenen Zeit ungefähr 3,844.466 K (davon rund 1,000.000 K aus Deutschland), die börsenmäßigen Verkäufe nur 1,082.086 K. Der Eigenbesitz der Bank an Gold hat sich in der angegebenen Zeit um rund 440.000 K vermehrt, der Unterschied von fast 2½ Millionen Kronen wurde daher an die Klientel der Anstalt verkauft. Dieser Betrag dürfte sich übrigens noch höher stellen, denn nach der Aussage des Valutakassiers der Živnostenská banka-Wechselstube in Prag wurde an Privatkunden mitunter zu billigerem Kurse verkauft als nach dem Bankkartell vereinbart war und dann wurde der Kassabeleg nicht auf den Namen des Klienten, sondern auf den irgendeiner Bank, zum Beispiel der Böhmischen Unionbank oder Böhmischen Eskomptebank — es ist bezeichnend, daß man deutsche Banken wählte — geschrieben. Dieser Zeuge muß auch angeben, daß seitens der Klientel der Živnostenská banka große Nachfrage nach Goldmünzen herrschte und daß die Živnostenská banka Gold meist von deutschen Banken in Prag kaufte, während wieder ihre Abnehmer aus Bankkreisen hauptsächlich tschechische Banken waren. Dies bestätigt auch der Vergleich mit dem Goldverkehr der deutschen Banken Prags.

So hat die Böhmische Unionbank in der Zeit vom 1. August 1914 bis 31. November 1915 nur um 250.000 K Goldmünzen börsenmäßig angekauft, also ungefähr ein Zwanzigstel der von der Živnostenská banka gekauften Betrages, und rund 65.000 K verkauft. Den Käufen der Prager Anglobankfiliale im Betrage von 2800 Mark stehen Verkäufe von 48.960 Mark, davon 30.000 Mark an die Živnostenská banka, gegenüber. Bei der Filiale Prag der Kreditanstalt gleichen sich die börsenmäßigen Käufe von Gold mit den Verkäufen ungefähr aus, die Böhmische Eskomptebank hat überhaupt kein Gold börsenmäßig angekauft. Auch die Wiener Großbanken waren bestrebt, die Anhäufung von Gold bei ihren Klienten und in der Bank selbst zu vermeiden, sie haben auch Ankäufe von Gold tunlichst eingeschränkt, weil daraus eine Verteuerung des Goldwertes und eine Verschlechterung unserer Valuta hervorgehen konnte.

Sehr bedeutend waren auch die im gleichen Zeitraum abgewickelten

Geschäfte der Živnostenská banka in Rubeln.

Es ist jedenfalls auffällig, daß sich gerade die Geldsorte des mit uns im Kriege befindlichen Landes bei der Bank und ihren Klienten solcher Beliebtheit erfreute. Die Behauptung der Beschuldigten, man habe die Rubeln für Geldsendungen an Kriegsgefangene benötigt, kann in Anbetracht der gekauften Mengen keine Erklärung bilden und ist schon dadurch widerlegt, daß Rubelankäufe auch von Personen vorgenommen wurden, die nicht in die Lage kommen konnten, sie zu dem gedachten Zwecke zu benützen. Der Grund für die von dem Beamten der Bank auch zugegebene ungewöhnlich große Nachfrage des Publikums kann nur in der

Spekulation auf den Sieg Rußlands —

und das damit verbundene Steigen seiner Valuta oder darin gelegen sein, daß man für die Stunde der „Befreiung“ durch die russische Armee Vorbereitungen traf. Der Eigenbesitz der Živnostenská banka an Rubeln, und zwar an Noten und Gold ist vom 31. Juli 1914 bis 30. November 1915 von 2091 auf 34.019 Rubeln gestiegen. Börsenmäßig wurden in der angegebenen Zeit 543.111 Rubel in Noten (davon fast 200.000 in Berlin) angekauft und nur 166 455 Rubel (davon 90.000 an tschechische Banken in Prag) verkauft. Der Unterschied von fast 400.000 Rubel wurde daher an Privatkunden der Anstalt abgegeben.

Es ist selbstverständlich, daß

diese Ankäufe im In- und Auslande geeignet sein mußten, den Rubelkurs in die Höhe zu treiben

und dadurch unsere Valuta zu verschlechtern. Wie bedeutend die Umsatzziffern der Živnostenská banka in Rubeln den normalen Geschäftsbedarf übersteigen, wird ersichtlich, wenn man die Umsätze der deutschen Banken in Prag zum Vergleiche heranzieht. Die Böhmische Unionbank hat in derselben Zeit 421.263 Rubel, also nicht einmal ein Zehntel, börsenmäßig gekauft und 89.754 Rubel verkauft. Von der verkauften Summe gingen überdies 76.000 Rubel ins Ausland. Die Böhmische Eskomptebank hat börsenmäßig überhaupt keine Rubeln gekauft, dagegen 4800 Rubel, und zwar an die Živnostenská banka verkauft. Die Filiale der Anglobank hat zweimal so viel verkauft (10.300 Rubel) als sie gekauft hat (5113 Rubel) und bei der Prager Filiale der Kreditanstalt ist die Ziffer der Verkäufe (25.481 Rubel) sogar zwanzigmal so groß als die der Käufe; auch hier erfolgte der größte Teil der Verkäufe ins Ausland.

Ganz dieselben Gesichtspunkte, wie den großen Rubelankäufen, lagen auch den Geschäften der Živnostenská banka und ihrer Klienten in

russischen Wertpapieren

zugrunde. Wenn eine Bank in so auffallender Weise Wertpapiere eines feindlichen Staates, noch dazu bei hohen und durch ihre Ankäufe stets steigenden Kursen, im In- und Auslande für sich und ihre Kunden zusammenrafft, wie es die Živnostenská banka getan hat, findet darin die Hoffnung auf den Sieg des Feindes einen so klaren und eindeutigen Ausdruck, daß sich jedes Wort erübrigt. Es tritt auch die ungemein schädliche Wirkung, welche die Ankäufe in Deutschland und im neutralen Ausland auf den Stand unserer Währung ausüben mußten, fast noch hinter der schweren Schädigung des finanziellen Ansehens unserer Monarchie zurück, welches vor dem Ausland in der empfindlichsten Weise dadurch bloßgestellt wurde. Die deutschen Banken Prags haben sich auch von jedem Verkehre mit russischen Werten in der Kriegszeit so gut wie vollständig ferngehalten.

Die Böhmische Unionbank, die Prager Filialen der Anglobank und der Kreditanstalt hatten in russischen Wertpapieren überhaupt keinen Umsatz; die Böhmische Eskomptebank und die Prager Filiale des „Mercur“ haben nichts gekauft, hingegen um 18.960 K und um 19.500 Franken russische Rente, und zwar an die Živnostenská banka und in die Schweiz verkauft; die Länderbank-Filiale in Prag hat 8480 K gekauft und sie wieder, und zwar gleichfalls an die Živnostenská banka, von der am Prager Geldmarkte bekannt war, daß sie hohe Kurse für russische Rente zahle, verkauft. Vergleicht man damit die Umsätze der Živnostenská banka, deren Zentrale in Prag in derselben Zeit (vom Kriegsbeginn bis Ende November 1915) um rund zwei Millionen Kronen russischer Renten und Wertpapiere gekauft und nur ungefähr eine halbe Million davon börsenmäßig verkauft hat, so sprechen diese Zahlen wohl für sich allein. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im Inlande nur die russische Rente vom Jahre 1906 an der Wiener und Prager Börse kotiert ist und daß die bei Kriegsbeginn davon im Inlande vorhandene Menge eine verhältnismäßig geringe war, so daß man tatsächlich schon von einem Aufkaufen dieser Rente sprechen kann. Auch die Filiale Wien hat die an diesem Platze verfügbare Menge an russischer Rente tunlichst zusammengekauft, und zwar rund 480.000 K von Sensalen und Agenten, 200.000 K in den Wechselstuben oder von Privatkunden, den Rest von verschiedenen Banken, im ganzen 700.000 K. Von diesen gekauften Renten gab die Filiale Wien rund 250.000 K Nominale an die Zentrale in Prag ab. Die zweitgrößte Post, mehr als 200.000 K, wurde von der Filiale Wien an einen gewissen L. Lagjevic, einen Privaten, verkauft und ungefähr 100.000 K wurden an andere Filialen der Živnostenská banka, der Rest an verschiedene Banken abgegeben. Die Zentrale hat mit Einschluß der von der Filiale Wien übernommenen Stücke börsenmäßig um rund 350.000 K dieser russischen Rente angekauft, hingegen nur

20.000 K verkauft. Der Eigenbesitz der Živnostenská banka an russischer Rente vom Jahre 1906 betrug zu Kriegsbeginn 2500 K und war am 30. November 1915 auf das vierzigfache dieses Betrages gestiegen. Ungefähr 300.000 K Nominale dieser Rente wurden daher an Privatkunden abgegeben. Die bedauerliche Erscheinung, daß der Kurs der erwähnten russischen Rente in Österreich bald nach Kriegsbeginn von 95 bis auf 104 im März 1915, also über pari stieg, kann wohl mit gutem Grunde hauptsächlich auf dieses von der Živnostenská banka betriebene Aufkaufen zurückgeführt werden. Aus der Tatsache, daß die Käufe zu derart hohen Kursen erfolgten, muß auch geschlossen werden, daß die Spekulationsabsicht ganz in den Hintergrund tritt und nur politische Motive maßgebend gewesen sein können. An anderen im Inlande nicht kotierten russischen Renten und russischen Eisenbahnprioritäten wurde von der Živnostenská banka seit Kriegsbeginn bis Ende November 1915, von den an der Pariser Börse um rund 50.000 Franken gekauften russischen Aktien abgesehen, die unglaubliche Summe von 1,405.032 Mark börsenmäßig, und zwar durchwegs im Auslande, in Berlin und Amsterdam, angekauft. Die börsenmäßigen Verkäufe betragen lediglich 50.000 Mark. Während der Eigenbesitz der Bank an diesen Renten und Prioritäten zu Kriegsbeginn ein sehr geringer — 1000 Mark — war, stellte er sich am 30. November 1915 auf 845.192 Mark. Rund um eine halbe Million dieser Wertpapiere wurde daher an Klienten der Anstalt abgesetzt. Wenn die Beschuldigten sich auf den Standpunkt stellen, daß die Nachfrage nach russischen Papieren unvermittelt im tschechischen Publikum aufgetreten sei, so hat die Bank jedenfalls nicht das Geringste getan, um dieser Tendenz entgegenzutreten, was ihr ein Leichtes gewesen wäre, sie hat sie vielmehr selbst gefördert, und in einigen Fällen ist auch ausdrücklich festgestellt, daß die Einkäufe russischer Werte seitens Klienten der Anstalt auf den Rat des Beschuldigten Pilat erfolgten.

Die Planmäßigkeit dieses ganzen Vorganges erhellt aus einem in der Exekutivkomiteesitzung vom 18. März 1915 gefaßten Beschlusse. In dem Protokolle über diese Sitzung heißt es:

„Infolge Anhäufung von Barmitteln wird beschlossen, daß wir auf Rechnung der Bank allmählich für einen größeren Betrag zirka ein bis zwei Millionen Kronen verschiedene kurante Anlagewerte, hauptsächlich Renten in Berlin und Wien, sofern sie in Wien oder Berlin notiert sind, kaufen sollen. Einstweilen wurde bereits an russischer Rente in Wien 70.000 K und in Berlin 75.000 K angekauft.“

Im ersten Satz zeigt das Wort „ruznych“ (verschiedene) eine Radierung. Es war von vornherein anzunehmen, daß dort ursprünglich das Wort „ruskych“ (russische) gestanden ist, weil dann der erste Satz seine auffallend unklare Fassung verliert und mit dem zweiten Satze, in dem lediglich von russischen Papieren, und zwar von Renten im Gegensatz zu anderen Anlagewerten, also Eisenbahnprioritäten, gesprochen wird, vollkommen übereinstimmt. Auch die Anführung der beiden Plätze Wien und Berlin steht damit im Einklange, da die russische Rente vom Jahre 1906 nur in Wien, die übrigen Renten und die russischen Eisenbahnprioritäten nur in Berlin kotiert sind. Merkwürdigerweise hat sich nun der Verfasser dieses Protokolls, der Beamte Hansa, knapp vor dem Schlusse des Ermittlungsverfahrens plötzlich erinnert, daß er infolge eines Mißverständnisses statt „ruznych“ tatsächlich „ruzkych“ geschrieben hatte und diesen angeblichen Fehler anläßlich der nächsten Exekutivkomiteesitzung dann verbessert hat. Leider ergibt sich aber aus der Aussage des Beschuldigten Pilat, nach welcher nur von dem Ankaufe russischer Werte die Rede war, und dem Zusammenhange der beiden Sätze, daß der Schriftführer den Beschluß nicht mißverstanden, sondern nur zu gut verstanden hat. Es wurde auch tatsächlich nichts anderes als russische Anlagewerte in Berlin und Wien, und zwar ungefähr um den im Beschlusse genannten Betrag von ein bis zwei Millionen angekauft. Dieser Beschluß wurde noch dazu in einem Zeitpunkte gefaßt, in dem die zweite Kriegsanleihe bevorstand und alle loyalen Banken ihre Mittel für diese bereithielten; und 14 Tage vorher in seiner Sitzung vom 4. März 1915 hatte das Exekutivkomitee beschlossen, den restlichen Bestand an erster Kriegsanleihe im Betrage von 950.000 K durch weiteren sukzessiven Verkauf abzustoßen.

Bemerkenswert ist noch, daß nach Einleitung des Strafverfahrens, in der zweiten Hälfte Dezember 1915, der Beschuldigte Ruzicka den Auftrag erteilte, den ganzen Bestand an russischen Wertpapieren zu verkaufen, damit sie nicht in der Jahresbilanz erscheinen. Diese Verkäufe, die mit nicht unbedeutenden Verlusten für die Anstalt verbunden waren, konnten aber im Dezember nicht mehr zu Ende geführt werden und erstreckten sich noch bis zum Februar 1916.

Setzte die in Österreich und Deutschland befindliche beschränkte Menge an russischen Anlagewerten der Živnostenská banka in der Verfolgung ihrer staatsfeindlichen Finanzpolitik notwendig gewisse Schranken, so war eine andere Effektengattung in namhaften Mengen für den Zweck der Sammlung slawischen Kapitals und der Absperrung gegen die österreichische Volkswirtschaft verfügbar. Es waren dies die böhmischen und mährischen Kommunalobligationen und Hypothekenpfandbriefe. Es wäre selbstverständlich lächerlich, in dem Ankaufe dieser Wertpapiere unter allen Umständen

eine staatsfeindliche Tendenz erblicken zu wollen. Es liegt nichts näher, als daß jemand, der eine Kapitalsanlage in derartigen Papieren wünscht, die Papiere seines Kronlandes bevorzugt. Dieser ganz natürliche Lokalpatriotismus muß gewiß keine Spitze gegen den Staat haben. Ganz anders liegt aber die Sache, wenn derartige Papiere forciert und geradezu aufgekauft werden, in der

Absicht, die für Staatszwecke notwendigen freien Geldmittel zu binden,

und, wenn diese Bevorzugung gerade aus dem Grunde geschieht, um einen Gegensatz zwischen österreichischem und tschechischem Kapital herzustellen oder das Mißtrauen zu österreichischen Staatswerten zum Ausdruck zu bringen. Denn nicht um die abgesonderte Beurteilung jeder einzelnen in diesem Abschnitte angeführten Kategorie von Geschäften handelt es sich; ausschlaggebend ist vielmehr, daß alle diese Geschäfte, mögen sie auch zum Teil einzeln genommen harmlos sein, in ihrer Gesamtheit das eindeutige Bild einer gegen die Staatsinteressen gerichteten Tendenz bieten. In diesem Rahmen fügt sich auch die auffallende Begünstigung der böhmischen und mährischen Landespapiere ein; auch hierdurch sollte der Abfluß tschechischen Kapitals für österreichische Staatszwecke, insbesondere für Kriegsanleihen verhindert werden, und es ist bezeichnend, daß die Ankäufe der Bank gerade in den der zweiten und dritten Kriegsanleihe unmittelbar vorangehenden Monaten am stärksten sind. Auch hier handelt es sich ebensowenig wie bei den russischen Wertpapieren und Rubeln um eine von selbst und unvermittelt auftretende Nachfrage des tschechischen Publikums. Schon die Tatsache, daß sich diese stürmische Nachfrage erst einige Zeit nach Kriegsbeginn bemerkbar machte, liefert den Beweis, daß es sich hier um keine normale Erscheinung handelt, sondern daß fremde Einflüsse maßgebend waren, die damit politische Zwecke verfolgten. Tatsächlich hat auch Dr. Preiß in seinen Artikeln in den „Národní listy“ im Frühjahre 1915 die Anschaffung dieser Gattung von Wertpapieren dem Publikum empfohlen und ebenso ergibt sich aus der Korrespondenz der Živnostenská banka mit den Spar- und Vorschußkassen, daß die Bank fast ausschließlich diese Landeswerte angeboten und dabei immer die stürmische Nachfrage und die schwere Erhältlichkeit der Ware betont hat. In einem Schreiben wird noch besonders hervorgehoben, daß die stürmische Nachfrage „vor Auflage der dritten Kriegsanleihe“ herrschte. In einem Falle ist auch dargetan, daß die Bank, um den Kurs dieser Papiere zu treiben, teurer verkauft hat als andre Banken.

Die börsemäßigen Käufe der Bank in diesen Landespapieren erreichen in der als Grundlage der Untersuchung genommenen Zeit die unglaubliche Ziffer von fast 21,000.000 K, der eine Verkaufsziffer von nur 3·8 Millionen gegenübersteht. Der Eigenbesitz der Zentrale der Živnostenská banka ist in diesem Zeitraum von 1,188.600 K auf 5,841.500 K gestiegen, der der Filialen von 754.700 K auf 3,072.500 K. Über 11,000.000 K wurden an Privatkunden der Anstalt abgesetzt.

Auch hier können die Umsatzziffern der deutschen Banken in Prag einen Anhaltspunkt für den normalen Geschäftsbedarf bieten und es ist bemerkenswert, daß diese Banken nicht nur weit geringere Umsätze aufweisen, sondern daß auch ihre Tendenz in den Geschäften mit diesen Werten im allgemeinen gerade die gegenteilige war, wie bei der Živnostenská banka. Nur bei der Länderbankfiliale in Prag übersteigt die Summe der börsenmäßigen Käufe in diesen Papieren (2,578.400 K), die der Verkäufe (867.000 K), hingegen hat die Böhmische Unionbank 1,639.400 K börsemäßig gekauft und 7,643.100 K verkauft. Eben so hoch ist die Verkaufsziffer bei der Böhmischen Eskomptebank, deren börsemäßigen Käufe nur 412.400 K betragen; die Filiale Prag der Kreditanstalt weist im börsemäßigen Verkehre Käufe um rund 4,000.000 K, Verkäufe um über $7\frac{1}{2}$ Millionen aus, und bei den Prager Filialen der Anglobank und des „Mercur“ halten sich Käufe und Verkäufe ungefähr die Wage. Bemerkenswert ist auch, daß sowohl bei der Živnostenská banka als auch bei diesen deutschen Banken die Käufe hauptsächlich von deutschen, die Verkäufe an tschechische Geldinstitute erfolgten.

Die

Anhäufung der böhmischen und mährischen Landeswerte

in den Kreisen der tschechischen Kapitalisten wird auch in einem Artikel hervorgehoben, der in Nummer 4 des Hauptorganes der tschechischen revolutionären Bewegung im Auslande, der bereits erwähnten „Nation tcheque“, am 15. Juni 1915 erschienen ist. Dieser Aufsatz ist auch deshalb bemerkenswert, weil er die Ankäufe russischer Wertpapiere in Berlin erwähnt und auch sonst mit fast photographischer Treue die Finanzpolitik der Živnostenská banka, des ersten tschechischen Geldinstituts, wiedergibt, so daß der Verfasser offenbar gerade diese Bank im Auge hatte. Zugleich wird die Absicht dieser geschäftlichen Tendenz in ganz unverhüllter Weise ausgesprochen. Nach einer Schilderung der ungünstigen finanziellen Lage Österreichs wird darauf hingewiesen, daß die Metallgeldanhäufung in der Bevölkerung immer allgemeiner werde und die Opposition des tschechischen Volkes gegen die Kriegsanleihe rühmend hervorgehoben. Dann heißt es weiter:

„Im Gegensatze zu den französischen und englischen Kapitalisten, welche im Vertrauen zu den Banknoten ihres Landes die böse Neigung haben, sie in ihrer eisernen Kasse für weniger bewegte Zeiten aufzubewahren, sucht der Kapitalist der tschechischen Länder, der dem österreichischen Papiergelde nicht traut, sich desselben zu entledigen, trägt es zur Bank und bemüht sich, es gegen sichere Werte einzutauschen. Und statt zu steigen, fällt der Zinsfuß der Bankeinlagen, während der Preis guter Werte in die Höhe geht, anstatt zu sinken."

„Das Publikum bemüht sich, sein Geld vorteilhaft unterzubringen. Die vierprozentigen Hypothekarschuldverschreibungen der Böhmischen Hypothekenbank werden noch zu dem gleichen Kurse von 91·25 wie vor Kriegsausbruch verkauft und sind im stetigen Steigen. Die Bank hatte in ihren Kassen vor Kriegsausbruch für 7 Millionen Schuldverschreibungen, heute hat sie überhaupt keine mehr, und die neue Ausgabe erreicht schon 3 Millionen."

„Desgleichen erhalten sich die Gemeindeschuldverschreibungen der Landesbank der Böhmischen Krone und die vierprozentigen Schuldverschreibungen der Prager Sparkasse auf dem Kurse von 94. Die vierprozentige Rente ist mit 68 K bewertet, man kann sie aber nur durch Vermittlung der Sparkassen erhalten.

Die erstklassigen tschechischen Wertpapiere sind unerhältlich und das Publikum sucht ausländische Papiere zu erhalten. Man würde die russische Rente vom Jahre 1906 zum Kurse von 105 bezahlen, wenn man sie sich beschaffen könnte."

„Nichtsdestoweniger gelang es, über Berlin eine große Anzahl russischer Wertpapiere kommen zu lassen, doch genügte alles nicht den gegenwärtigen Bedürfnissen. Das gewöhnliche Publikum, welches sein Geld in Wertpapiere nicht einzutauschen pflegt, bemüht sich seines Papiergeldes zu entledigen, indem es Stoffe oder andere wichtige Gegenstände kauft."

„Es ist nicht uninteressant, zu verzeichnen, daß diese Vorsorge mit weit größerem Nachdruck bei denjenigen Völkern Österreich-Ungarns sich kundgibt, welche auf ihre Befreiung warten, als bei jenen, welche vom schließlichen Siege der Deutschen überzeugt sind. Die ersteren wissen sehr gut, daß sie finanziell im Augenblicke der großen Abrechnung stark sein müssen, um ihre Verpflichtungen jenen gegenüber zu erfüllen, welche die Aufteilung Österreich-Ungarns vornehmen. Gleichzeitig schützen sie sich gegen die Folgen eines Krieges, welcher nicht der ihrige ist und welcher von ihren Bedrückern entfesselt wurde."

Diese letzten Sätze sprechen in bündiger Form den Gedanken aus, der den Wertpapiergeschäften der Živnostenská banka zu Grunde liegt, sie entsprechen dem von Dr. Preiß in seinen vor dem Kriege erschienenen Zeitungsaufsätzen verfolgten Ziele der Sammlung des tschechischen Kapitals und Lösung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Österreich; sie stehen auch im Einklange mit den Ansichten, die Dr. Preiß, allerdings natürlich in vorsichtiger und verhüllter Form, in seinen nach Kriegsausbruch verfaßten Artikeln vertreten hat."

Soweit die Anklageschrift.

Aber nicht nur bei den Kriegsanleihen und bei diesen Geldgeschäften der Živnostenská banka zeigte sich die Passivität der tschechischen Bevölkerung des Hinterlandes, sondern auch bei vielen anderen Zweigen der

IV. i.

Kriegshilfe.

In den Urteilen des Landwehrdivisionsgerichtes in Wien gegen den ruthenischen Reichsratsabgeordneten Dr. Markow wurde zum Beispiel festgestellt, daß in Böhmen die Beiträge für Kriegshilfe in der Zeit von Kriegsbeginn bis 15. Juni 1915 bei den Tschechen 15·7 Prozent, bei den Deutschen 65·7 Prozent betrugen. Dieses Ergebnis wurde aber nur dadurch erreicht, daß die Tschechen einen sehr namhaften Rest ihrer Sammlungen für die slawischen Roten Kreuze des Balkankrieges infolge deutlicher Winke der österreichischen Kriegshilfe widmeten.

In der Urteilsbegründung im Prozesse Kramář und Genossen heißt es über die

Beteiligung der Tschechen am Roten Kreuz

unter anderm*):

„Was die Beteiligung der tschechischen Bevölkerung für das Institut des Roten Kreuzes anlangt, so ist vor allem die Zeit vor und während des Krieges zu trennen. In Übereinstimmung mit den tatsächlichen Verhältnissen bekunden Zeugen Graf Nostitz und Baron Zdekauer, daß seit Kriegsbeginn beim Landeshilfsverein eine stärkere Beteiligung der Tschechen durch Mitgliederwerbung einsetzte, die allerdings seitdem wieder abflaute. Was die Spenden anbelangt, so ist auch hier — wie bei der Kriegsanleihe — eine wesentlich geringere Beteiligung auf tschechischer Seite nach den vom Landeshilfsverein ermittelten Ziffern festzustellen.

Obwohl man bei den eminent humanitären Zwecken dieser Einrichtung und ihrer utraquistischen Führung (Zeuge Graf Nostitz) hätte annehmen können, daß die Beteiligung nicht auf Schwierigkeiten stoßen würde, war dies nicht der Fall; dies wäre aber immerhin eine erklärliche Erscheinung mit Rücksicht auf die bestehenden nationalen Differenzen.

*) Urteilsbegründung Seite 365.

Wenn aber die außerordentliche lebhafte Tätigkeit und Begeisterung berücksichtigt wird, mit welcher im Jahre 1912 die Hilfsaktion für die Balkanslawen eingeleitet und in kürzester Frist durchgeführt wurde, dann muß wohl der Umstand auffallen, daß hievon im gegenwärtigen Kriege der Monarchie nichts ähnliches auf der tschechischen Seite, soweit es die den Angeklagten nahestehenden Kreise betrifft, sich ereignete,

insbesondere auch nicht die Bildung der selbständigen Hilfstätigkeit,

wenn man schon kein als ausreichend erachtetes nationales Entgegenkommen finden konnte (wie behauptet wurde), um bei der bestehenden Einrichtung mitzuwirken.

Am deutlichsten sprechen hier die Ziffern jener Beträge, welche die

Beteiligung der Prager Geldinstitute

darstellen; es entfallen 89·5 Prozent auf die deutschen und 10·5 Prozent auf die tschechischen Institute, darunter befinden sich Institute, wie die Prager Kreditbank mit einhundertzwanzig Kronen (!), die Agrarbank mit 47·90 K (!), das ist siebenundvierzig Kronen 90 h, die Česka banka mit 430 K 15 h (!), somit drei tschechische Geldinstitute mit einer Gesamtleistung von 598 K 5 h und das größte tschechische Geldinstitut, die Živnostenská banka, mit 47.683 K 66 h, wovon aber ein Betrag von 25.000 K als Rest aus der Balkansammlung überwiesen wurde, so daß die wirkliche Leistung 22.683 K 66 h beträgt.

Freiwillige Sammlungen in größerem Betrage brachten die „Bohemia" und das „Prager Tagblatt" zusammen. Daß „Národni Listy" selbst gesammelt hätte, liegt nicht vor.

Die eben genannten Ziffern im Zusammenhalte mit dem Verhalten zu der Kriegsanleihe sind neuerlich ein Beweis für eine gewollte Zurückhaltung gegenüber einem Krieg, in welchen nach der Ansicht des Dr. Kramář „alles vermieden werden muß, was wie eine Billigung desselben aussehen könnte." *)

Daß die breiten Massen nicht in einem gleichen Maße diese Anschauungen teilen, geht wohl daraus hervor, daß die Hälfte der gesamten Spenden auf solche unter 1000 K entfällt.

Aus der Zeugenaussage des Schatzmeisters des Landeshilfskomitees vom Roten Kreuz für Böhmen des Barons Wolf-Zdekauer im Kramář-Prozesse ging hervor, daß bei den bis Dezember 1915 von diesem gesammelten zwei Millionen Kronen die Tschechen mit einem Prozentsatz von ungefähr 16 Prozent beteiligt waren."

*) In seinem Briefe an den Fürsten Thun.

(Für die Balkanslawen wurde während des ersten Balkankrieges in kaum einem Viertel Jahr über eine Million Kronen von den Tschechen aufgebracht.)

„So wie bei der Kriegsanleihe liegt aber ein in gewisser Richtung gleicher Grundzug vor: Die Subjekte größerer Vermögen halten zurück, die kleinen Vermögen können die Ziffern nicht wesentlich erhöhen.

Die Angaben des Zeugen R. v. Bojáček, daß aus der Balkansammlung 200.000 K übrig geblieben und nun dem Landesvereine vom Roten Kreuze überwiesen wurden, ist irrig und beruht offenbar auf einer Verwechslung der Überweisung der Stadt Prag und aus dem von ihr seit 1866 verwalteten Fond, den das damalige Hilfskomitee gesammelt hatte, mit dem Betrag von 42.000 K, der tatsächlich aus der Balkansammlung erübrigte. Diese beiden Beträge — also schon vorhandenes, nicht erst gesammeltes Vermögen — sind den tschechischen Beiträgen schon beigezählt.

Wenn von dem Angeklagten mit besonderem Nachdruck darauf verwiesen wird, daß ein besonderer tschechischer Aufruf wegen Beteiligung erlassen wurde, so ist bereits darauf verwiesen worden, daß die Beteiligung bald wieder abflaute (Baron Zdekauer) und der Aufruf (Beilage Nr. 8 zum Hauptverhandlungsprotokoll) recht spät erschien. Inwiefern dieser Aufruf auf diesem rein humanitären Gebiet von freudiger oder opferwilliger Stimmung Zeugnis abzulegen vermag, die in sonstigen Aufrufen für den humanitären Gedanken allgemein zum Ausdruck kommt, läßt sich am besten durch eine Gegenüberstellung dieses Aufrufes und jener aus Anlaß der Balkansammlungen, in den „Národni Listy" abgedruckten, ermessen.

Besonders charakteristisch sind in diesem Belange auch die Sokolbetätigungen 1912 und 1914. Hier findet sich derselbe Gegensatz."

Die Aufrufe, die während des Balkankrieges zugunsten der Roten Kreuz-Vereine der Balkanslawen erlassen und auch von Dr. Kramář unterzeichnet wurden, verglichen mit den tschechischen Aufrufen jetzt im Kriege für das österreichische Rote Kreuz, ergeben ein für die Haltung der Tschechen in diesem Kriege wahrhaft beschämendes Resultat.

Das Urteil gegen Dr. Kramář und Genossen sagt darüber: *)

„Daß

„Národni Listy"

anders schreiben kann, als dies in ihren Artikeln über die Kriegsanleihe geschehen ist, wenn sie ein

*) Urteilsbegründung S. 353.

Unternehmen fördern will, ergibt sich aus dem Verhalten gegenüber den Humanitätsaktionen zur Zeit der Balkankriege und im jetzigen Kriege der Monarchie.

Dem Existenzkampfe des Staates wohnt zumindest eine nicht geringere humanitäre Bedeutung inne, als der Unterstützung der Balkanslawen im Kriege gegen die Türkei.

Das Verhalten gegenüber dem Roten Kreuze in bezug auf die Aufrufs- und Agitationstätigkeit ist aber gleichfalls — trotz des ganz gleichen Gedankens der Humanität — ein wesentlich verschiedenes im gegenwärtigen Kriege, gegenüber der für die Balkanaktion entfalteten Tätigkeit."

Die Angeklagten beriefen sich auch auf die Rubrik der „Národni Listy", betreffend die Hilfsaktion. Glühende, patriotische Begeisterung, ähnlich der zur Zeit des Balkankrieges für die Serben gezeigten, tritt aber dort jedenfalls nicht hervor.

„Die Beschuldigten beriefen sich ferner, zum Beweis der angeblichen regen Tätigkeit der Tschechen für das Rote Kreuz, vor allem auf folgenden Artikel der „Národni Listy" (Beilage Nr. 8 zum Hauptverhandlungsprotokoll):

„P. T.

Der langjährige Friede hat es mit sich gebracht, daß bei uns die Institution des Roten Kreuzes bis jetzt keine entsprechende Bewertung gefunden hat. Heute, nach halbjähriger Dauer des Krieges, werden die sämtlichen Bevölkerungsschichten sich der segensreichen Tätigkeit und der Nützlichkeit des Vereines des Roten Kreuzes erst recht bewußt, welcher mit gleicher Menschlichkeit die verwundeten und kranken Soldaten aller Nationalitäten pflegt. Unter diesen sind allerdings auch Tausende tschechischer Soldaten, welche gemäß ihrer Pflicht heldenhaft auf den Schlachtfeldern gekämpft haben.

Durch die Unterstützung des Vereines Rotes Kreuz tragen wir somit zum Wohle und zur Genesung auch der wackeren tschechischen Soldaten bei.

Zur Unterstützung und Durchführung der humanen Aufgaben des Roten Kreuzes ist in Prag

der Landes-Hilfsverein des Roten Kreuzes
für das Königreich Böhmen

errichtet worden, welchen wir hiermit warm der Aufmerksamkeit und der Unterstützung unserer Bürgerschaft und unserer Korporationen empfehlen.

Dieser Verein ist nicht vom menschlichen, sondern auch vom wirtschaftlichen Standpunkte aus von Wichtigkeit.

Sein im ganzen Königreich Böhmen verbreitetes Netz von Vereinsspitälern ist auch zugleich ein bedeutender Arbeitsgeber und Konsument von hunderterlei Bedürfnissen und es kann auch nicht einerlei sein, ob daran auch das tschechische Element in gleichem Maße teilnimmt oder nicht.

Indem wir das mit dem Fortschreiten des Kampfes wachsende Maß und die Bedeutung und die Wichtigkeit des Landeshilfsvereines des Roten Kreuzes in Prag voll schätzen, laden wir hiermit die Einzelpersonen und öffentlichen Korporationen ein, ordentliche Mitglieder und Förderer des erhabenen Gedankens des Roten Kreuzes zu werden.

Ordentliche Mitglieder werden solche Personen oder Korporationen, welche einen Jahresbetrag von mindestens 4 K zahlen oder ein Kapital erlegen, dessen Jahreserträgnis mindestens der Zahl des kleinen oben angeführten Jahresbetrages entspricht, mit der Widmung, daß dieses Kapital dauernd bei dem Verein auf Zinsen angelegt werde.

Wir bitten deshalb, daß Einzelpersonen und Vereine uns ihren Beitritt als ordentliche Mitglieder anmelden, mit Beträgen nach Können in der Höhe von 4, 6, 10, 20 bis 50 K jährlich oder Erlag eines Betrages von 100, 150, 250, 500 bis 1000 K ein- für allemal.

Mit der Anmeldung, welche gütigst baldigst zu einer Disposition eingesendet werden möge, wolle auch der entsprechende Mitgliedsbeitrag in barem mittels des beiliegenden Posterlagscheines eingesendet werden.

Prag, 20. Februar „(!)" 1915."

Dieser Aufruf wurde von einem Komitee erlassen, an dem auch die Zeugen Tobolka und Čech beteiligt waren. Bei der Versendung wurde er — um die Wirkung zu erhöhen, nach Behauptung der Angeklagten — handschriftlich unterfertigt.

Nach halbjähriger Dauer des Krieges keine Anrede an das tschechische Volk — ohne Unterschrift, anonym — trocken, im Tone bedauernd, „Allerdings auch tausende tschechische Soldaten, welche gemäß ihrer Pflicht . . . .", „wird hiermit warm empfohlen", und zwar vorwiegend unter Betonung der geschäftlichen nützlichen Seite, Förderer des Gedankens zu werden. Die Tat, der Beitrag, wird gewissermaßen limitiert, denn es wird gebeten, „nach Können" im Rahmen von 4 bis 1000 K zu spenden.

Der Schlußpassus verweist auf die möglichst baldige Antwort und findet es für erforderlich, zu ersuchen, daß der dementsprechende Widmungsbeitrag eingesendet werde." Wie anders während der

Balkankriege!

Mit obigem einzigen Aufrufe — nach mehr als einem halben Jahre Krieg! — vergleiche man folgendes:

„Die Aufrufe zu den Balkansammlungen erschienen in großer Zahl. Aus ihrem Inhalt ergibt sich der Kontrast zu vorstehendem Aufrufe am deutlichsten. Ganz besonders unterscheidet sich aber

die Sokolaktion

von jener, die im gegenwärtigen Kriege eingeleitet wurde. Die Aufrufe lauten:

„Národni Listy", Nr. 192, 22. Oktober 1912.*)

„Teure Tschechen!

Tschechisches Volk!

Am Balkan tobt ein schrecklicher Kampf. Ein Ringen um das Sein oder Nichtsein, ein Ringen um Leben oder Tod.

Durch 30 Jahre blickt das kultivierte Europa untätig auf das Hinmorden der Balkanslawen und schrieb diplomatische Noten.

Das Maß der Leiden wurde voll. Das Stöhnen der Schutzlosen, das Klagen der Greise, das Jammern der entehrten Frauen und der Säuglinge, die auf Bajonette aufgespießt wurden, erfüllte Makedonien, Altserbien und Novi Bazar.

Ein Schrei des Entsetzens begleitet alle diese Bestialitäten, die die Bevölkerung des Balkans zu erdulden hatte.

Das Maß der Leiden wurde voll — es begann der Kampf.

Als erstes gab das kleine heldenhafte Montenegro das Signal zum Kriege, Serbien und Bulgarien, unterstützt von Griechenland, folgen.

Heute donnern schon die Kanonen. Es dröhnen die Geschütze, das slawische Blut fließt in den Bergen und Tälern des Balkans.

Es begann der slawische Krieg — würdig dieses Namens, weil geweiht dem hohen Gedanken der Freiheit.

Die Nachrichten von dem Schlachtfelde lauten siegreich, aber es begleitet sie die Kunde von den schrecklichen Qualen der Verwundeten, der Waisen und der Witwen, der Opfer des Krieges.

Tschechisches Volk!

Du weißt, daß du vor allen anderen verstehst, was das Wort „Kampf um Recht und Freiheit" bedeutet, du, welches immer an Seite der leidenden Brüder standest, stehe auch in diesem weihevollen Augenblicke, in diesem geschichtlichen Kampfe der Slawen um Befreiung, den unschuldigen Opfern des Krieges bei.

Trage jeder nach seinen Kräften zur Milderung der Wunden und des Schmerzes der Kämpfer Montenegros, Bulgariens, Serbiens, die für ihre Brüder bluten, bei. Erlege deine Beiträge, als Zeichen deiner brüderlichen und christlichen Liebe zugunsten des Roten Kreuzes in Montenegro, Bulgarien und Serbien.

Im goldenen slawischen Prag, 21. Oktober 1912.

Der slawische Klub in Prag.

Dr. Brat. Verhin, Obmann.

Dr. Scheiner, Obmannstellvertreter.

Artur Gr. Aichelberg, Dr. Karl Baxa, Dr. Ettel v. Hvoddomil, Stanislaw Foman, J. Formanek, J. Heirein, J. Holecek, J. D. Konrad, J. U. Dr. Nesyn, Dr. Anton Nowotny, J. O. G. Patocka, Artur Pflanzer, Dr. J. Podlipny, A. Starcek, Dr. Premisil Samal, O. Simacej, Ing. Schiller, Fr. Taborsky, Kaiserl. Rat Urban, J. U. Zidlicky.

Geldspenden werden auf Konto des slawischen Klubs, für das Rote Kreuz bei der Živnostenská banka und bei der Zentralbank der böhmischen Sparkassen erlegt werden." (O. Nr. 1161/13 1 a.)

Das ist gleich ein anderer Ton! Doch hören wir weiter:

„Národni Listy". 22. Oktober 1912.

„Teure Kollegen!

In ihrem schweren Freiheitskampfe erwarten unsere südlichen slawischen Brüder von uns Ärzten Hilfe.

Unser Beruf hat uns gelehrt, ohne vorsichtige Schönfärberei der Worte, uns zu entschließen und zu handeln. Wir sprechen kurz.

Es hat sich unter dem Vorsitze des Professors Kukula

ein tschechisches ärztliches Hilfskomitee

zur raschen Expedition der ersten Hilfe, des ersten Ärztezuges, gebildet. Wir ersuchen Euch, die Ihr Euch in welcher Weise immer an der Tätigkeit beteiligen wollt, Euch unter uns zu melden. Alle werden für ihre Dienste honoriert werden. Meldet Euch, die Ihr im Süden ärztlichen Dienst tun wollt. Wer sich in die serbischen Lazarette melden will, wird ein monatliches Honorar von 400 K, derjenige der die Praxis in serbischen Städten ausüben wird, ein solches von 300 K erhalten. Wir werden Euch dankbar sein, wenn Ihr uns einen Pfleger, eine Pflegerin empfehlen wollt, wenn Ihr uns ärztliche Bedarfsmittel, die Ihr bei Euch habt, Eure kurzen sachlichen Ratschläge usw. senden werdet. Schreiben erbitten wir uns an die Adresse: Tschechisches ärztliches Hilfskomitee, Prag, II., Ferdinandsstraße,

*) Also wenige Tage nach Ausbruch des Balkankrieges!

Národni Klub, wo täglich um 6 Uhr abends Sitzungen abgehalten werden."

Prof. Dr. Kulka, Prof. Dr. Vesly, Prof. Dr. Pesina, Dr. Boucek, Dr. Klima, Dr. Zahradnicky, Dr. Mesany, Dr. Niederle, Dr. Simsa, Dr. Stepan, Dr. Bailoni, Dr. Semerad, Dr. Polak, Dr. Mikenda, Dr. Znoijemsky, Dr. Mestekh, Dr. Michael, Prof. Babak, Prof. Hervenoch, Prof. Haskowec, Dr. Kaspar, Prof. Jedlicka, Prof. Hlava, Dr. Kotinek." (O. Nr. 1311 a.)

So etwas gab es im Weltkrieg natürlich nicht!

„Das tschechische Sokoltum für die verwundeten südslawischen Kämpfer.

Sogleich als die Nachrichten von dem ersten Kampf der südslawischen Nationen für die Freiheit der unterjochten Brüder eingelangt sind, erklang im Sokollager eine starke Bewegung, die nach Hilfe für die im Kriege darbenden Helden (Junaken) rief, und es wurden Sammlungen unter der Mitgliedschaft der einzelnen Gruppen zugunsten der Verwundeten eingeleitet.

Das Präsidium der tschechischen Sokolgemeinde beschloß, einen Aufruf behufs Organisierung dieser Sammlungen herauszugeben, die zu einer einheitlichen Tat namens des Sokoltums benutzt werden können und ersucht deshalb die brüderlichen Verbände, ihre Sammlungen an die Adresse der tschechischen Sokolgemeinde zu senden, die darüber im Einverständnisse mit dem Hilfskomitee beim slawischen Klub verfügen wird.

Um eine rasche Entsendung der ärztlichen Expedition auf den montenegrinischen Kriegsschauplatz zu ermöglichen, hat das Präsidium das Hilfskomitee mit dem Betrage von 40.000 K bevorschußt und widmete für die Sokolhilfsaktion 10.000 K. Ferner wurde beschlossen, einen freiwilligen Beitrag im Sokoltum auszuschreiben, und zwar 1 K pro Mann und Frau, welcher Betrag ehestens abzuführen sein wird. Gleichzeitig gab das Präsidium der tschechischen Sokolgemeinde dem Hilfskomitee seine regen Kongreßsektionen zur Verfügung und betraute den Bruder J. Stepanek mit der Errichtung und der Führung der Kanzlei. Durch diese Tat stellt sich das Sokoltum neben der tschechischen Ärzteschaft in die ersten Reihen derer, die den unglücklichen Opfern des heroischen Kampfes für die Freiheit des Slawentums am Balkan zu Hilfe eilen und beweist seine große Bedeutung in unserer Nation."

An diese Begeisterung und diese Zahlen reicht die in der Anfrage Stanĕks geschilderte Tätigkeit der Sokolen während des Weltkrieges nicht im entferntesten heran. Hier geschah das alles in wenigen Tagen! Dort nicht einmal ähnliches in ebensoviel Monaten!

„Den Brüdern im Kampfe.

Der Jahrhunderte lange Kampf zwischen Asien und Europa, zwischen der Barbarei und der Kultur, zwischen den Unterjochten und Unterjochern, geht vielleicht heute der Beendigung entgegen. Mit Aufwand aller Kräfte schüttelt das Südslawentum das schmähliche Joch der türkischen üppigen Grausamkeit ab. Der Balkan ist entbrannt, allzu viele Tränen sind geflossen. Europa wollte das Klagen der Gemordeten nicht hören. Dieses bequem gewordene Europa! Durch Jahrhunderte haben die Slawen ihre Brust den Angriffen Asiens entgegengestellt, indem sie einen Wall bildeten, hinter dem sich die westliche Kultur ungestört entwickeln konnte. Auch sie sehnten sich nach Licht. Aber in die Dunkelheit warf sie der Barbar und sie haben sich darin kaum ihres nackten Lebens erwehren können. Und wie dankt Europa dem Slawentum diesen Dienst? Es ist stumpf zu seinem Kampfe für die Freiheit, ja es stellt sich sogar auf die Seite der Bedrücker. In seinem Pharisäertume anerkennt es nur das Heldentum der letzteren, aber für den Heroismus der Bedrückten hat es nur Hohnlachen. Und wenn die slawischen Helden von allen verlassen werden, wir dürfen sie im heiligen Kampfe nicht verlassen. Wir lassen uns von der Journalistik des Mammons nicht trügerisch umarmen. Slawen zu einander! Der große Augenblick vereint uns, deshalb begrüßen wir Euch, Ihr Helden, die Ihr hingeht, Euren Mitbürgern die Freiheit zu erkämpfen. Der Stern der Einigkeit erglänzte dem Slawentume, er wird nicht mehr erlöschen. Unter den ersten Kämpfern stehen unsere Brüder aus den Sokolverbänden der serbischen und bulgarischen Junaken. Das Vaterland rief sie und sie haben sich, die Turnhallen verlassend, in die Gebirgspässe begeben, die Schädiger auf die Junakenwallstatt (zum heroischen Turnier) herausfordernd. Mögen doch ihre mächtigen Arme das Vaterland befreien!

Wer hätte geahnt, Ihr serbischen Junaken, daß in so kurzer Zeit das entstehen wird, was Eure Freiübungen auf dem Belvedereplatz „(1912)" vorstellten „(!*)" — den Kampf für die Befreiung! Unsere Gedanken (Sinn) sind mit Euch, möget Ihr siegen."

„Brüder, Schwestern!

Der slawische Süden ist vom Kriegsfeuer ergriffen, unsere Brüder kämpfen für die Freiheit. In solchen Zeiten sollen die menschlichen Herzen mit Liebe und Mitleid zu den Verwundeten erfüllt sein.

Wenn die Genfer Konvention Ärzte und Lazarette schützt, dann sollte die Konvention edler Seelen die Unglücklichen vor dem schrecklichen Feinde

*) Ein offenes Bekenntnis! Aber Abgeordneter Stanĕk wird weiter behaupten, das Sokoltum sei „ängstlich" bemüht gewesen, „unpolitisch" zu bleiben.

schützen — vor dem Mangel an Hilfe. Auf den Balkankriegsschauplätzen herrscht Mangel an Hilfe, an Ärzten, Lazaretten und ärztlichen Hilfsmitteln.

Das Präsidium der tschechischen Sokolgemeinde ruft deshalb die Sokols zur Menschenpflicht, die ein jeder durch ein Geldgeschenk, sei es auch noch das geringste, erweisen kann.

Liebe Schwestern und teure Brüder, helfet das Leiden der Elenden zu lindern. Veranstaltet Sammlungen in den Verbänden, damit die Sokolhilfe zur ausgiebigsten und schnellsten werde. Konzentriert die Sammlungen in der tschechischen Sokolgemeinde.

Das Präsidium der tschechischen Sokolgemeinde hat zu diesem Zweck 10.000 K gewidmet und schreibt einen freiwilligen Beitrag von einer Krone (für Mann und Frau) pro Mitglied aus, der durch den Verband an die tschechische Sokolgemeinde ehestens einzusenden ist.

Die Gelder werden namens des Sokoltums im Einverständnis mit dem Hilfskomitee beim slawischen Klub benützt werden.

Präsidium der tschechischen Sokolgemeinde (O. Nr. 1311 a)."

Sokolhilfe.

Národni Listy, 25. Oktober 1912.

„Das tschechische Sokoltum hat also in die Aktion zugunsten der verwundeten Montenegriner, Serben und Bulgaren wirksam eingegriffen. Es führte sie dazu nicht nur die Liebe zu den leidenden Brüdern und der gesunde Sinn für Humanität und Barmherzigkeit, sondern auch, und zwar in erster Reihe, eine alte Pflicht.

Seit 20 Jahren arbeitet das tschechische Sokoltum an der slawischen Gegenseitigkeit. Es vermochte Slawen, Serben, Kroaten und Bulgaren in einem Lager zu vereinigen,*) es setzte der gemeinsamen Organisation ein bestimmtes Arbeitsprogramm fest und war bestrebt, sich selbst und die Slawen zu lehren, im Geiste dieses Programms zu arbeiten.

Durch Veranstaltung von jährlich in Prag abgehaltenen Übungsschulen legte es den Grund zur Erziehung der fachlichen Sokolarbeiten, durch Abhaltung von Kongressen in Laibach, Agram, Cetinje, Belgrad und Sofia und der unvergeßlichen Prager Kongresse hat es die breitesten Volksschichten für den Gedanken der Sokolgegenseitigkeit gewonnen, durch Entsendung von tschechischen Sokolvorturnern in die südlichen Slawenländer hat es die Tätigkeit der Sokolverbände gestärkt, durch die Fürsorge der Montenegriner Lehrlinge und deren Erziehung in Prag und auf dem tschechischen Lande machte es einen Versuch wegen praktischer Lösung der in Prag verkündeten Ideen . . .

*) Aber es ist — unpolitisch, meint Herr Staněk!

Die Tschechen und Sokols waren es also nicht in letzter Reihe, die durch eine Reihe von Jahren nicht aufhörten, nach einer dauernden und sachlichen fundierten Annäherung der slawischen Nationen zu rufen. Auf dem Gebiete der Turnlehre, auf Kultur- und wirtschaftlichem Gebiete. Nicht auf politischem. (!)

Und gerade jetzt, wo Tausende von verwundeten slawischen Brüdern leiden und entbehren, wo Tausende um Hilfe und Unterstützung rufen, jetzt kam der Augenblick, um neuerlich zu beweisen, daß die Idee der slawischen und Sokolgemeinsamkeit nicht ein bloßes Losungs- und ein leeres Wort war.

Es kam die Zeit der Tat. Das tschechische Sokoltum hat ihren Ernst begriffen, und deshalb tut es seine Pflicht.

In welcher Richtung?

Allseits. Die tschechische Sokolgemeinde ist dem Komitee hilfreich beigesprungen, welches die Aufgabe übernahm, namens der tschechoslawischen Nation zu handeln und die Ausgestaltung der ärztlichen Expeditionen zu verwirklichen und gab ihm einen Vorschuß — ohne jedwede Garantie — von 40.000 K, damit die erste Expedition schon am nächsten Montag oder Dienstag" (!*) die Reise nach Cetinje antreten könne.

Das Präsidium der tschechischen Sokolgemeinde hat, mit dem Beispiel vorangehend, dem Komitee einen Betrag von 10.000 K gewidmet und außerdem beschloß es einen freiwilligen Betrag von einer Krone pro Mann und Frau, sofern sie Mitglieder der Sokolverbände sind, auszuschreiben und alle Verbände aufzufordern, in ihren Gemeinden und Städten die Agitation zugunsten der allgemeinen Sammlungen aufzunehmen, um für diesen Gedanken alle bürgerlichen Kreise, lokalen Vereine, Gemeindeausschüsse und Vertretungen, Handels- und Geldkreise usw. zu gewinnen.

Das Sokoltum will hier das erste unter den Ersten sein. Durch Tat, Arbeit und Opferwilligkeit. Die riesige und sinnreiche Organisation gestattet ihm, alle Kräfte und alle Energie zu benützen. Das Sokoltum wird sie ausnützen. Zugunsten der guten und humanen Sache.

Wenn sich das Sokoltum selbst nicht gegen jeden wie immer gearteten Separatismus in der Nation wehren würde, wenn es vielleicht eine besondere Klasse oder Kaste bilden wollte, würde es sich selbst eine Kronenpflichtsteuer auferlegen und in kurzer Zeit würde es sich selbst 100.000 K zur Disposition stellen. Aber das Sokoltum will sich aus der Nation nicht ausschließen, es will sich von den allgemeinen nationalen Sammlungen nicht fern halten, sondern es will gemeinschaftlich mit dem

*) Im Weltkrieg hatten sie es durchaus nicht so eilig!

Volke und Bürgertum gehen, deshalb legte es sich lediglich einen freiwilligen, einen Sokolbeitrag auf.

Kann ich einen Rat beisteuern? Lasset Euch besondere Legitimationen verfertigen, etwa nach nachstehendem Wortlaut: „Der Bruder (Schwester), X. Y., Mitglied des Turnvereines „Sokol" im Königlichen Vyšehrad, erlegte eine Krone zugunsten der verwundeten Südslawen.

Königlich Vyšehrad, den . . . . . 191 .

L. Bau, Schriftführer."

Verteilt die Legitimationen an die Mitglieder, die gewiß unter den ersten sein werden, welche jede freiwillige Krone erlegen werden, weist jeden von ihnen 20 bis 30 Adressen beitragender Mitglieder zu und gebet ihnen eine 24stündige Frist, damit sie alle Sokols aufsuchen und ihnen die Überweisung als Quittung für den Kronenbeitrag vorlegen.

In einigen Tagen werden wir auf die Weise so viel sammeln, daß wir den Vorschuß von 40.000 K, den wir heute ausgezahlt haben, morgen abschreiben werden." (O. Nr. 1311 a). Heller.

„Tschechisches Volk! („Národni Listy", 27. Oktober 1912.)

Am Balkan wütet die Kriegsfurie. Die den Balkan bewohnenden slawischen Völker, welche die grauenhaften, an ihren unter dem türkischen Joch seufzenden leiblichen Brüdern und Schwestern begangenen Grausamkeiten nicht länger ertragen konnten, sind zum gigantischen Ringen um ihre Befreiung aus der schon unerträglichen Knechtschaft auferstanden.

Vor unseren Augen wurde ein weltgeschichtlicher verzweifelter Kampf um die Freiheit und die Menschenrechte des an seinem Leben und Gütern durch Jahrhunderte bedrohten slawischen Volkes begonnen.

Und die slawischen Fluren wurden durch das rote Blut der für die reinsten menschlichsten Ideale kämpfenden tapferen Krieger gefärbt, Berge und Schluchten, Ebenen und Täler sind mit den Leibern verwundeter Helden belegt, deren Wunden um Hilfe und Linderung der Schmerzen rufen. Wer von uns könnte sie überhören!

Tschechisches Volk! Du uralter Träger und Verteidiger der großen Losungsworte der Menschlichkeit und Brüderlichkeit, erstehe und eile den notleidenden Brüdern zur Hilfe. Öffne Dein Herz der Barmherzigkeit und zeige Dich in dieser schweren Stunde würdig der Achtung und des Vertrauens des ganzen Slawentums.

Wir veranstalten eine Sammlung zugunsten der am Balkankriegsschauplatze verwundeten Soldaten und wir rufen um Unterstützung zum gesamten tschechischen Volke ohne Unterschied. Von Mann zu Mann, von Weib zu Weib, von Hütte zu Hütte, von Ort zu Ort, möge der inbrünstige Aufruf der Darbringung von Opfern auf dem Altar der brüderlichen Liebe erklingen.

Wir ersuchen die Verwaltungen, unsere Gemeinden und Städte sich der Sammlung anzunehmen, wir ersuchen unsere Vereine und Vereinigungen und auch die einzelnen um die Unterstützung des beabsichtigten Werkes, wir wenden uns an alle edlen tschechischen Herzen um Hilfe.

Unsere Lande mögen vom Feuer der heiligen Begeisterung für die Linderung der großen Leiden der kämpfenden Brüder erglühen, unserem Mitgefühl und blutsverwandter Liebe möge es gelingen, wenigstens zum Teil die für die Freiheit des geknechteten Slawentums erlittenen Wunden zu heilen. Geldgeschenke wollen an die tschechische Agrarbank oder an die böhmische Industrialbank oder Zentralbank der slawischen Sparkassen oder an die Živnostenská banka mit der Bestimmung „Für Rechnung des slawischen Klubs für die verwundeten Südslawen" gesendet werden.

Naturalgeschenke und Briefe wollen unter derselben Adresse an das Warenhaus J. Nowak in Prag, II., Wassergasse, Anfragen an die ärztliche Hilfsaktion im Národní Klub in Prag, im Louvre, Ferdinandsstraße, gerichtet werden.

Wer schnell gibt, gibt doppelt.

Prag, den 26. Oktober 1912.

Dr. Karl Dienalt, Dr. J. Drozda, Redakteur Dr. A. Haijn, Reichsrats- und Landtagsabgeordneter Václav Choc, Reichsrats- und Landtagsabgeordneter Dr. Kramář, Reichsratsabgeordneter Dr. Thom, G. Masaryk, Landtagsabgeordneter Dr. J. Potlipny, Dr. Heinrich Šolc, Landtagsabgeordneter A. Swehla, Dr. M. Ursiny.

Für das ärztliche Hilfskomitee:

Professor Dr. Kukala. Primarius Dr. Semerad.

Für den slawischen Klub:

Dr. Scheiner. Dr. V. Černy."

(O. Nr. 1311 a).

An die Frauen der tschechischen Nation in den Ländern der böhmischen Krone, Österreich und überall, wo treue tschechische Herzen schlagen! („Národni Listy", 27. Oktober 1912.)

„In dem slawischen Süden sind nach 500 Jahren Rächer und Befreier auferstanden, die wie einst, unsere Väter, Blut und Leben für die Nächstenliebe, für Freiheit, für das Gesetz des Herrn, für die liebe slawische Sprache hergeben. Ihr Blut ist unser Blut, ihr Schmerz unser Schmerz.

Nun, Schwestern, reichen wir die Hand den bluttriefenden Helden, Märtyrern für die heilige Sache, geben wir ihnen auf dornigem Wege die Liebe, welche Wunder wirkt, damit die Schwestern am Balkan die Treue tschechischer Frauen segnen können.

Die Frauensektion des Hilfskomitees.

Geldbeträge sind zu senden an die böhmische Industrialbank, Zentralbank der böhmischen Sparkassen, Živnostenská banka und Agrarbank, sämtliche in Prag, für Rechnung des slawischen Klubs, für die verwundeten Südslawen. Auch eine Reihe Prager Firmen, insbesondere von Buchhandlungen, hat sich bereit erklärt, Geldgeschenke entgegenzunehmen und sie dem slawischen Klub abzuführen.

(Es folgt die Aufzählung der weiteren wünschenswerten Liebesgaben)."

Der Erfolg mußte sich natürlich infolgedessen einstellen.

Überflüssig zu sagen, daß weder die Sokols oder irgend eine andere tschechische Organisation von 1914 bis 1917 auch nur einen annähernd ebenso warm gehaltenen Aufruf erlassen hätten.

Aus der Urteilsbegründung im Prozeß Kramář ist ferner zu entnehmen:*)

„Für die bei Besprechung des Verhaltens der Tschechen zu den Kriegsanleihen zutage getretene negative Willensrichtung sind weitere Belege die amtlichen Erhebungen über die

patriotische Kriegsmetallsammlung.

Darüber wird amtlich vom k. u. k. Kriegsministerium gemeldet:

„Die Sammlung wurde unter Leitung der VII. Abteilung des k. u. k. Kriegsministeriums im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern, für Kultus und Unterricht und für Landesverteidigung durchgeführt. Der bezügliche Appell erging an die Gemeindevorstände und Schullehrer, laut Beilage 1. Die k. k. Ministerien des Innern, für Kultus und Unterricht wiesen die ihnen untergestellten Organe an, die Sammlung in jeder Richtung zu fördern, insbesondere verfügte das Unterrichtsministerium die Mitwirkung der Schulen. Derart wurde die Durchführung der Sammlung in den einzelnen Orten in die Hand der maßgebenden Funktionäre gelegt. An die Bevölkerung selbst gingen Aufrufe laut Beilage 2, welche plakatiert und den einzelnen Haushaltungen zugestellt wurden.

Die Lokalkomitees wurden ersucht, das Sammelergebnis und die erfolgte Absendung der Zentralleitung im Kriegsministerium mittels zur Verfügung gestellter vorgedruckter Karten bekanntzugeben.

Diese Verständigungen wurden gesammelt und registriert, eine Arbeit, welche noch nicht völlig abgeschlossen ist. Bemerkt wird, daß die in diesen Karten enthaltenen Angaben teils unvollständig, teils sehr ungenau waren, zumal die Leiter der Sammlung die oft schwierige Unterscheidung der Metalle und auch die Abwägung in häufigen Fällen nicht vornehmen konnten. Diese allgemeinen Bemerkungen sollen die Grundzüge der Organisation darlegen. Für die Beantwortung der gestellten Anfrage wird zunächst die vom k. k. Ministerium des Innern auf Grund der von den k. k. Bezirkshauptmannschaften abverlangten Berichte gemachte Zusammenstellung verwertet, welche die in den einzelnen Bezirken bei der Hauptsammlung gesammelten und angemeldeten Gewichtsmengen ausweist. Diese Daten erhellten aus den beiden angeschlossenen Tabellen, Beilage 3 und 4, in welchen die Bevölkerung nach den Gesamtziffern und der prozentuellen Aufteilung dargestellt ist.

Aus diesen Tabellen ergibt sich:

	Bevölkerung
in 29 deutschen Bezirken (90 Prozent deutsch) . . .	1,563.400
in 9 überwiegend deutschen Bezirken (über 50 Prozent deutsch)	676.700
in 48 „böhmischen" Bezirken (über 90 Prozent „böhmisch")	3,182.300
in 15 überwiegend „böhmischen" Bezirken (über 50 Prozent „böhmisch")	892.200

Gesammelte Metalle	Auf 100 Einwohner entfallen gesammelte Metalle in 1 Kilogramm
221.900	24·18
83.100	11·92
81.500	2·56
38.300	4·28

In betreff der

Sammlung in Prag

wird der Auszug aus dem Bericht des dortigen Lokalkomitees wie folgt mitgeteilt. In der Prager Sammlung wurden Karolinenthal und Königliche Weinberge einbezogen, Žižkov hingegen nicht. Aus Smichov lieferten nur die deutschen Schulen Sammlungen ab. Ferner haben nach Prag an das Lokalkomitee zahlreiche auswärtige Gemeinden und Schulen von ihrem gesammelten Metall abgeliefert.

*) Urteilsbegründung Seite 352.

Es ergibt sich folgende Zusammenfassung:

deutsche Schulen in Prag	11.694·4	Kilogramm
„böhmische" Schulen in Prag	7.203·3	„
verschiedene Private und Anstalten in Prag .	14.261·9	„
Stadtgemeinde Prag . .	508·6	„
daher Gesamtergebnis in Prag . . . . . :	33.668·2	Kilogramm
hierzu kamen noch ferner:		
Spende des k. k. Eichinspektors in Prag .	1.134·7	„
	34.802·9	Kilogramm
Sammlung Karolinenthal	1.318·5	„
25 auswärtige deutsche Schulen	3.328·—	„
137 auswärtige „böhmische" Schulen . .	3.555·—	„
22 auswärtige deutsche Gemeinden	2.265·—	„
37 auswärtige „böhmische" Gemeinden . .	1.060·—	„
Gesamteinlauf beim Lokalkomitee Prag . . .	45.329·4	Kilogramm

Bei der Bevölkerungsziffer von 221.100 (mehr als 90 Prozent böhmisch) und dem Sammelergebnis für Prag per 34.802·9 Kilogramm ergibt sich ein Prozentsatz von 15·66 für die Stadt Prag.

In Reichenberg wurden laut Bericht der dortigen Bezirkshauptmannschaft 4613 Kilogramm gesammelt, außerdem hat der Verband der Hausfrauenvereine für Nord- und Ostböhmen in Reichenberg eine Sondersammlung veranstaltet, welche ein Ergebnis von rund 18.000 Kilogramm zeitigte. Das zu mehr als 90 Prozent deutsche Reichenberg mit seiner Einwohnerzahl von 35.200 hat demnach rund 22.600 Kilogramm gesammelt, was einem Prozentsatz von 64 entspricht.

Schließlich sei bemerkt, daß die Stadt Teplitz-Schönau eine spezielle Sammlung für einen besonderen lokalen Invalidenfonds veranstaltete, die gesammelten Metalle aber mit der Hauptsammlung vereinigt hat. Diese Sammlung ergibt ein Nettogewicht von 6734 Kilogramm.

Die Bevölkerungsziffern sind der Zeitschrift „Österreichische Statistik", neue Folge, 1. Band, 1. Heft, entnommen." (O. Nr. 1327.)

„Nach dem, was in den in- und ausländischen Zeitungen vor und im Kriege kundgegeben wurde, ist es zweifellos, worauf die für die tschechische Bevölkerung so ungünstige Statistik bei den österreichischen Kriegsanleihen, bei der Beteiligung für das österreichische Rote Kreuz und bei der österreichischen patriotischen Kriegsmetallsammlung zurückzuführen ist: Auf die Agitation gegen die vaterländische Betätigung zum Zwecke der Benachteiligung der eigenen Kriegsmacht und auf das Eingehen weiterer Kreise in die Absichten dieser Propaganda.

Hand in Hand geht die Kommassierung des tschechischen Vermögens im Lande.

Die Ausführungen über die vorerwähnten Gegenstände ergeben in jeder Richtung den Tatbestand nach § 327 M. St. G.

Die gesamte Staatsmacht hat sich bei allen kriegführenden Staaten in diesem, in der Weltgeschichte ohne Beispiel dastehenden Krieg in der Kriegsmacht konzentriert, nach innen wie nach außen, und jede einzelne der angeführten Schädigungen richtet sich sonach auch direkt gegen die Kriegsmacht als das zu schützende Rechtsgut."

Soweit die Urteilsbegründung.

Von größter Bedeutung für den Ausgang des furchtbaren Ringens für unsere Monarchie, für ihren Bestand überhaupt ist die Ernährungsfrage. Dies ist heute, bei dem infolge der glänzenden Heldentaten unserer Truppen und der Genialität unserer Feldherren so ausgezeichneten Stand der militärischen Verhältnisse eigentlich die Sorge überhaupt, die unsere verantwortlichen Staatslenker zu ernstestem Bemühen veranlassen müßte.

Was helfen alle Siege, wenn es nicht möglich sein sollte, wirtschaftlich durchzuhalten? Damit rechnet die Entente, deshalb führt England den Hungerkrieg.

Und hier sehen wir dasselbe wie bei allen früher besprochenen Angelegenheiten.

Während die Deutschen in Österreich alles tun, um auch in dieser Beziehung ihre Pflicht zu erfüllen, während sie tatsächlich über ihr eigenes Interesse hinwegsehen und mehr als ihre Pflicht tun, versagt auch hier ein Großteil der tschechischen Landbevölkerung. Es ist geradezu, als ob direkt im Einverständnisse mit der Entente planmäßig insbesondere die Industriebevölkerung der großen Städte in Verzweiflung gestürzt werden sollte, damit vielleicht, wenn irgend möglich, der Sieg der Zentralmächte doch noch verhindert werden könnte.

Und die Regierung sieht allem Anschein nach tatenlos diesen Dingen zu und traut sich nicht gegenüber der tschechischen Abstinenz so vorzugehen, wie es einzig und allein am Platze wäre! Und dabei wird die Gefahr einer tatsächlichen Hungersnot in den deutschen Bezirken Böhmens und in den übrigen deutschen Städten immer größer.

In dieser Angelegenheit des

IV. k.

Verhaltens der Tschechen in der Ernährungsfrage

wurden bereits mehrere Anfragen an die Regierung gerichtet und um Vorlage des amtlichen Materials sowie um schleunigste Abhilfe ersucht. Diese Anfragen blieben bisher unbeantwortet; es seien daher hier nur die wichtigsten Daten wiedergegeben und die Regierung nochmals auf die unaufschiebbare Dringlichkeit dieser Angelegenheit aufmerksam gemacht.

In der bekannten Rede des Abtes Helmer im Herrenhause am 27. Oktober 1917*) waren die hauptsächlichsten Daten enthalten; wir geben daher ihre wichtigsten Stellen im folgenden wieder:

„Es ist erlaubt und gebräuchlich, gelegentlich der Besprechung des Staatshaushaltes nicht nur über die Staatswirtschaft, sondern auch über Staatsangelegenheiten im allgemeinen zu sprechen. In dieser schweren Schicksalsstunde des Staates sei es mir gestattet, einige Gedanken allgemeiner Art vorzubringen und an einige Wunden unserer Öffentlichkeit, wenn ich so sagen darf, die Sonde zu legen.

Am 17. April d. J. brachten die Morgenblätter die Nachricht, daß in kurzer Frist der Reichsrat ohne die Belastung der sogenannten

„Voraussetzungen“

einberufen werden wird. Seit diesem erschütternden Zusammenbruch einer kraftvollen Staatspolitik, besonders aber seit der Einberufung des Parlaments haben sich in unserem Staate Dinge zugetragen und vollziehen sich noch jetzt vor unseren Augen Dinge, welche das Herz jedes Patrioten, jedes Altösterreichers mit banger Sorge erfüllen müssen. (Zustimmung.)

Um beim Parlamente zu bleiben: Es wurden gleich anfangs von zwei größeren Vereinigungen des Abgeordnetenhauses sogenannte

staatsrechtliche Erklärungen

abgegeben, deren Inhalt wir schon früher öfter in den Forderungen, in den Kriegszielen unserer Feinde, in der Entente gehört hatten. Es dauerte nicht lange, so vernahmen wir in demselben Parlamente von einigen Vertretern des tschechischen Volkes, daß sie die Erfüllung ihrer staatsrechtlichen Wünsche von unseren Feinden, mit denen wir uns in einem Kampfe auf Leben und Tod befinden, erwarten.**) Als zum ersten Male diese unerhörte Dreistigkeit begangen wurde, da bemühte sich der Obmann jenes Ausschusses — ich glaube, es war der Verfassungsausschuß —, in der Presse diese Äußerungen nur als eine rednerische Entgleisung darzustellen. Aber die dickere Fortsetzung kam schon nach: Andere Abgeordnete sprachen dasselbe aus, es wurde in öffentlichen Versammlungen wiederholt, und die tschechische Presse durfte sich in staatsfeindlichen Auslassungen austoben, natürlich ohne konfisziert zu werden.

Konfisziert wurden höchstens Äußerungen deutscher Zeitungen, welche sich solchen Maßlosigkeiten entgegenstellten.

Das Höchste aber wurde, wie ich glaube, in der 21. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 18. Oktober geleistet, als ein Mitglied des anderen Hauses*) sich herausnahm, zu sagen, daß diejenigen, welche in der Front die „Hände hoch“ gemacht haben und zum Feinde übergelaufen sind,

recht gehabt haben.

(Hört! Hört!) Er sagte: „Die haben recht gehabt, das muß hier einmal offen gesagt werden.“

Ich will nicht sagen, was nach diesen Worten alles unterblieben ist, was hätte geschehen sollen, aber ich will sagen, daß vieles andere auch offen gesagt werden muß, besonders auch über gewisse Zustände in Böhmen, und das will ich sagen. (Hört! Hört!)

Es haben sich auch im Süden der Monarchie Gründer neuer Staaten angemeldet, welche ebenfalls auf dem Gebiete unseres Staates und aus Teilen unserer Monarchie einen neuen Staat errichten wollen. So soll unser altehrwürdiger österreichischer Staat zerstückelt und zerteilt werden.

Wenn wir

das Verhalten der hohen Regierung

gegenüber diesen leidenschaftlichen Bestrebungen, diese Tatenlosigkeit der berufenen Wächterin über die Einheit und Unversehrtheit des Staates betrachten, dann müssen einem schwere Sorgen um die Zukunft aufsteigen. (Sehr gut!) Es kommt einem tatsächlich manchmal vor, als wollte unser altehrwürdiger Staat — ich wiederhole dieses Wort — der mit seiner ruhmreichen Dynastie jahrhundertelang ein so hohes Ansehen genoß, dessen Heere, die „Kaiserlichen“, beim Freunde geehrt und beim Feinde gefürchtet waren, dieser Staat, der sich um die Zivilisation und Kultur von ganz Europa so hohe Verdienste erworben hat, als wollte dieser Staat müde und altersschwach sich schlafen legen. Und es fielen mir schon oftmals in diesen Wochen die letzten Worte Wallensteins ein, welche ihn Schiller im fünften Aufzug auf der Burg zu Eger sprechen läßt: „Gute Nacht, Gordon, ich denke einen langen Schlaf zu tun, denn dieser

---

*) Sten. Prot. der 17. Sitzung, S. 405—414.

**) „Sind ja gar nicht unsere Feinde“— rief Abgeordneter Kalina in einer der letzten Sitzungen des Abgeordnetenhauses, als Ministerpräsident Dr. v. Seidler dieses Vorgehen tadelte. Offener kann nicht mehr gesprochen werden!

*) Abgeordneter Stříbrný.

letzten Tage Qual war groß. Sorgt, daß sie nicht zu zeitig mich erwecken!" (Sehr gut! und Heiterkeit.) Hohes Haus! Das war der letzte Schlaf Wallensteins.

Welchen Schaden uns diese Politiker, die fortwährend mit trotzigem Ungestüm ihre Staatengründungen verkünden, im feindlichen Auslande zufügen, das kommt ihnen selbst, zu ihrer Entschuldigung sei es gesagt, vielleicht nicht recht zum Bewußtsein." (?) „Es macht mich ein hoher Herr dieses hohen Hauses aufmerksam, diesen Gedanken nicht zu vergessen. Aus der Presse des feindlichen Auslandes, aus der französischen, englischen, italienischen Presse, welche über unsere Verhältnisse so genau informiert ist — Sie begegnen dort bei Besprechung der österreichischen Verhältnisse immer denselben Namen: Korošec, Stránský usw. — kann sich jeder überzeugen, daß das Vorgehen der Tschechen und der Slowenen den Eindruck hervorruft, daß unser Staat, so wie etwa Rußland, sich in einem vollen Auflösungsprozesse befindet.

Und das muß gerade jetzt geschehen, jetzt, wo wir, Gott sei Dank, in diesem fürchterlichen Kriege infolge der unvergleichlichen Haltung und der großartigen Leistungen unserer Heere so weit sind, daß unseren Feinden in ihren offenkundigen Absichten, Österreich zu zertrümmern, jede Aussicht auf Erfolg geschwunden ist. Wir haben ja in diesem Kriege Momente durchgemacht, in welchen wir für die Zukunft und die Sicherheit unseres Staates zittern mußten. Aber gerade jetzt, nach Überwindung der größten äußeren Gefahren, melden sich im Innern des Staates Politiker, welche den Staat zerreißen wollen. Ich frage,

wo sind denn die Zionswächter,

welche das Heiligtum schützen sollen? Welche Gründe leiten die hohe Regierung, daß sie diesen Bestrebungen nicht energisch entgegentritt? Glaubt die Regierung, die Bestrebungen so bagatellisieren zu können, wie etwa ein Teil unserer Presse sie abtun zu können glaubt, nämlich durch die Bezeichnung als staatsrechtliche Träumereien?

Oder glaubt die Regierung, schweigen zu müssen, damit sie nicht etwa noch ärgere Exzesse der Rede und der Tat hervorruft?

Gerade dann, glaube ich, hätte die Regierung erst recht die Pflicht, offen ihres Amtes zu walten. Wunden müssen bloßgelegt werden, wenn sie heilen sollen. Oder ist es etwa die Ungewißheit der kommenden Ereignisse überhaupt, welche die Regierung veranlaßt, so zu handeln, daß niemand sagen kann, sie hätte ja gesagt oder sie hätte nein gesagt?

Wenigstens in einer Frage, hohes Haus, hätte die Regierung klar und bestimmt sprechen müssen. Sie betrifft den Plan einer

südslawischen Staatengründung.

Wir wissen seit langer Zeit, besonders aber seit der Annexion Bosniens und seit den damit verbundenen Krisen, daß die südslawische Frage einer Lösung bedarf. Wie das geschehen soll, darüber sind gewiß verschiedene Meinungen möglich und es werden nicht leicht alle Politiker sich auf eine Meinung und einen Plan einigen können; das will ich zugeben. Aber eines ist klar und sicher, und zwar von der negativen Seite aus. Schon Karl der Große und seine Nachfolger, die Kärlinger und die sächsischen Kaiser, haben gewußt, daß das Reich den Ausgang zum Adriatischen Meere braucht. Deshalb gründeten sie in jenen Gegenden

die Friaulische Mark

zum Schutz des Reiches nach Osten und zum Schutz des Zuganges zum Meere. Auf dem Gebiete des Reiches haben sich, wie natürlich, Veränderungen zugetragen. Es bestehen heute nach Angliederung anderer Teile auf dem Gebiete des Reiches mehrere Staaten, aber für diese verbündeten mitteleuropäischen Staaten und vor allem für die österreichisch-ungarische Monarchie ist der Ausgang zum Adriatischen Meere heute noch ein Lebensbedürfnis.

Die Staatengründer, die den südslawischen Staat aufrichten wollen, wollen ja auch, wie man hört, bezüglich Triests mit sich reden lassen und dem Bedürfnisse der inneröstereichischen Länder, des österreichischen Staates dadurch Rechnung tragen, daß

Triest ein Reichshafen

werden soll.

Aber, hohes Haus, wer kann in die Zukunft schauen! Was ich jetzt sage, möchte ich nicht als Politiker gesagt haben, sondern gewissermaßen vom theoretischen, vom geschichtswissenschaftlichen Standpunkt aus. Wenn auch der südslawische Staat, der aufgerichtet werden soll, der österreichisch-ungarischen Monarchie angegliedert wird, wir müssen doch mit der zukünftigen Möglichkeit seiner Loslösung und seiner völligen Selbständigkeit rechnen. Dann aber wäre für unseren Staat ein Konflikt von größter Bedeutung gegeben, denn unser Staat muß Triest haben und kann darauf nicht verzichten. (Sehr richtig!)

Die Regierung hätte also nach meiner Meinung die Pflicht gehabt, klar und deutlich auszusprechen, daß sie, falls die Errichtung eines südslawischen Staates erfolgt, niemals ihre Zustimmung dazu geben kann, daß die von Slowenen bewohnten Länder Krain und gewisse Teile von Kärnten, Steiermark und das Küstenland, diesem Staate zugeschlagen werden. Diese Offenheit wäre besser gewesen als

der gegenwärtige Schaukelzustand.

Clara pacta, boni amici! Aber hier den Politikern und in dieser und auch in einer anderen Sache,

vielleicht auch privat der ungarischen Regierung zu sagen, das wird ja nicht geschehen, da sei Gott vor, und andrerseits wiederum den südslawischen Politikern, obwohl mit ihnen über verschiedenes andere verhandelt wird, nicht klaren Wein einzuschenken und ihnen zu sagen, ihr Bestreben sei unerfüllbar, das halte ich für den schlimmsten Zustand; das befriedigt hier nicht und befriedigt dort nicht. Aber, hohes Haus, das ist ja der Fehler schon vieler früherer österreichischer Regierungen gewesen, daß sie es unterließen, in entscheidenden Augenblicken zu sagen: Bis hierher und nicht weiter! Daran krankt unser Staatswesen und unsere Verwaltung schon seit jeher.

Hohes Haus!

Diese Schwachmütigkeit der hohen Regierung

zeigt sich noch auf einem anderen Gebiete, dem der

Approvisionierung.

Ich will mich da nicht etwa ins Weite verlieren und alle die Klagen vorbringen, die man vorbringen könnte, nur eines möchte ich ganz nebenbei erwähnen. Es sollte doch endlich dafür gesorgt werden, hohe Herren, daß bei dem großen Mangel, der ja tatsächlich bei uns herrscht, wo man alles zusammenraffen muß, Lebensmittel wenigstens nicht mehr zugrunde gehen. (Sehr richtig!) Dafür sollte gesorgt werden, selbst auf die Gefahr hin, daß der Berg von Erlässen, den wir schon haben, noch um neue vermehrt wird, und daß einige Groschen an Verzehrungssteuern in den großen Städten nicht mehr bezahlt werden. Ich habe diesbezüglich Erfahrungen, was durch die Lagerung gerade in den Verzehrungssteuerstädten an Lebensmitteln zugrunde geht. Das möchte ich nur so nebenbei gesagt haben.

Im übrigen will ich mich, betreffend die Approvisionierung, nur mit dem befassen, worin meine engere Heimat,

Deutschböhmen,

Ursache zur Beschwerde hat.

Hohes Haus! Meine Landsleute, der deutschböhmische Stamm, haben dem Staate in der Stunde der Gefahr voller Hingebung, bedingungslos alles, alles gegeben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Mit der größten Begeisterung eilten alle unter die Waffen, und für alle Zeit bleibt es in der Geschichte dieses Krieges und dieses Reiches mit goldenen Buchstaben eingetragen, mit welchem Heldenmut die deutschböhmischen Regimenter und Truppenformationen überall gekämpft haben. (Beifall.) Sie haben ja oft in den Heeresberichten gerade die Egerländer, meine engsten Volksgenossen, loben hören. Aber, hohes Haus, unser Volk weiß auch, daß seine Truppen wiederholt in kritischen Lagen gerade an den gefährlichsten Stellen, gerade dort, wo ein Mißerfolg von den verhängnisvollsten Folgen begleitet gewesen wäre, eingesetzt wurden, unser Volk weiß auch genau, daß viele seiner Söhne das Leben lassen mußten, weil die Lücken geschlossen werden mußten, die durch das landesverräterische Verhalten anderer — . . . — durch

Überläufer

entstanden waren. (Sehr richtig!) Unser Volk kennt natürlich auch genau seine ungeheuren Verluste im Kriege — hohes Haus! diese

Verluste

sind unerhört! — nicht etwa an Gefangenen und Vermißten, aber

an Toten.

Unsere Stift Tepler-Pfarrei hatte schon im Sommer des Jahres 1915 zwei Prozent der sämtlichen Bevölkerung einschließlich der Weiber und Kinder an Toten — natürlich ist seitdem dieser Prozentsatz sehr gestiegen, insbesondere seit den großen Verlusten unserer Formationen in der zehnten und elften Isonzoschlacht. Wir haben in Westböhmen Pfarreien, welche 3·2, und andere, welche 3·7 bis 4 Prozent der gesamten Bevölkerung an Toten verloren haben. Es besteht natürlich jetzt noch keine gesamte und erschöpfende Statistik darüber, es ist dies auch noch nicht möglich, denn wir werden auch noch viele verlieren,

aber diese Statistik wird kommen,

und ich weiß nicht, ob ein Teil der Monarchie, auch die Ergänzungsbezirke der Tiroler Kaiserjäger, einen so enormen Abgang an Menschenleben aufweist, wie wir.

Hohes Haus! Das alles hat unsere Bevölkerung mit wahrem Heldensinne ertragen. Wenn auch die Frauen, wenn oft Mann und Bruder, manchmal sogar Mann und Vater den Heldentod erlitten hatten, an einsamem Orte laut aufschrien vor Qual und Kummer; von den Männern, auch wenn sie ihre Söhne verloren hatten, hörte ich noch immer sagen, wenn sie ihres Schmerzes gedachten: Was nützt das alles, es muß halt sein, der Kaiser braucht Soldaten, wir können den Staat nicht zugrunde gehen lassen. (Bravo!)

Aber, hohes Haus, jetzt kamen zu diesen Leiden noch andere: die

Benachteiligung in der Approvisionierung.

(Sehr richtig!) Unsere Grenzgebiete sind auch im Frieden auf den Zuschub von außen angewiesen. Allerdings haben wir auch bessere agrarische Bezirke, welche nicht notleidend sind und welche auch eine Menge von Nahrungsmitteln für das öffentliche Wohl geliefert haben; statistische Zusammenstellungen der einzelnen Bezirke Böhmens zeigen ja, daß gerade ein deutscher Bezirk im Jahre 1916 das allermeiste geliefert hat und daß noch einige andere deutsche Bezirke in Hinsicht der Menge des

Gelieferten an erster Stelle stehen. Im großen und ganzen aber ist Deutschböhmen ein Zuschußland. Das ergibt sich zum Teil aus der

schlechten Lage seiner agrarischen Bezirke

und zum anderen Teil aus der Konzentrierung der Bevölkerung in den Industriebezirken. Und gerade in diesen Industriebezirken und im Erzgebirge zeigte sich nun schon von 1916 an ein ausgesprochener Notstand, der sich seit Februar 1917 fast unerträglich gestaltete. Besonders in den Bezirken Gablonz, Rumburg und Warnsdorf, also im sogenannten Niederlande und im Erzgebirge war ein entsetzlicher Notstand. Die Erkrankungen infolge schlechter Ernährung häufen sich. Es zeigte sich das sogenannte

Hungerödem.

Den Leuten schwellen die Füße und bei fortschreitender Krankheit Partien des Gesichtes an, und wenn ein solcher sich nicht ordentlich ernähren und pflegen kann, dann geht er, besonders wenn er eine Krankheit, zum Beispiel Typhus, durchgemacht hat, unrettbar an Herzschwäche zugrunde. Bei den Frauen und Mädchen, welche ja im Kriege schwerer arbeiten müssen als im Frieden, zeigten sich außerdem Störungen und auch völliges Einstellen anderer wichtiger Lebensfunktionen, was zu schweren Erkrankungen führte. Über

die Sterblichkeit,

welche das zur Folge hatte, will ich nur ein Beispiel anführen. Seit dem April 1917 bis jetzt — es ist noch nicht lange — kamen im Bezirk Gablonz bei einer Bevölkerungszahl von 80.000 Einwohnern vor: 7700 Hungererkrankungen und 293 Todesfälle infolge von Unterernährung. Ich will, hohes Haus, darüber berufener Seite das Wort lassen, ich selbst aber kann berichten, daß seit jener Zeit, nämlich seit dem Februar 1917, eine große tägliche Wanderung der Erzgebirgler in unsere Gegend, zum Beispiel in den Bezirk Tepl und in die Nachbarbezirke Weseritz und Tuschkau stattgefunden hat. Es stiegen am Bahnhof in Tepl seit jener Zeit täglich mehrere hundert Personen aus, manchmal waren es sogar 400 bis 500 — die Leute gingen zunächst in die nähere Umgebung, später aber immer weiter — welche in den Ortschaften um Gotteslohn oder gegen Tauschartikel, manchmal auch um Geld von dem, was unseren Landsleuten nach den Requisitionen noch übrig geblieben war, einiges wenigstens zur Stillung ihrer ärgsten Not zusammenschleppten.

Das Herz mußte einem wehe tun, wenn man diese ausgehungerten Erzgebirgler sah. Und doch wußten wir und wissen wir auch jetzt, meine Herren,

daß es in der Monarchie und auch in unserem Lande Böhmen weite Gebiete gab, wo man keine

Not kennt,

(Sehr richtig!)

wo alles in Hülle und Fülle ist . . .

(Ritter v. Wohanka: Welche Gebiete meinen Sie?) Besonders Innerböhmen. (Ritter v. Wohanka: Dort ist ebensoviel Not wie bei Ihnen!)

Präsident: Ich bitte nicht zu unterbrechen.

Abt Helmer:

Ich meine besonders die tschechischen Bezirke

und werde es noch ganz genau sagen. Wie man erzählt — und in einem Bezirke wenigstens habe ich es selbst gesehen — gab es dort noch weißes Brot, Brot ohne Brotkarten, und man erklärte, daß man die behördlichen Vorschriften über die täglich zum Verbrauch erlaubte Menge nicht halten könne. (Ritter v. Wohanka: Wo?) Ich habe schon gesagt, ich meine besonders die tschechischen Bezirke Innerböhmens.

Hohes Haus! Es hat da an zwei Dingen gefehlt, an der Bereitwilligkeit der tschechischen Bevölkerung, rücksichtlich der Lieferung ihre Pflicht zu tun, aber auch an der Sorgfalt und Energie der politischen Behörden, den für alle geltenden gesetzlichen Verordnungen, betreffend die Lieferung von Nahrungsmitteln, Geltung zu verschaffen. Dazu kam in der letzten Zeit noch, daß man auf tschechischer Seite, als auch dort stellenweise, wo die Bevölkerung dichter ist, besonders in der Landeshauptstadt, sich Mangel einstellte, dies dem Umstand zuzuschreiben begann, daß

angeblich große Mengen von Lebensmitteln nach Deutschland ausgeführt

werden. Die tschechische Presse suchte damit sogar die Erzesse in Prag und Pilsen zu beschönigen.

Diese unwahre Behauptung,

diese boshaften Hetzereien gegen unseren treuen Bundesgenossen hätten gewiß rascher und energischer zurückgewiesen werden sollen. (Sehr richtig!)

Daß sich eine geringere Bereitwilligkeit der tschechischen Bevölkerung hinsichtlich der Lieferung von Lebensmitteln gezeigt hat, läßt sich auch

ziffermäßig

beweisen. Sie wissen, meine Herren, daß die innerböhmischen Bezirke im fruchtbaren Flachland gewiß ertragreicher und agrarisch besser sind als unsere Grenzbezirke, welche sich ja vielfach mit Ausnahme weniger Gegenden im Gebirge befinden; und doch wurde aus diesen deutschen Bezirken im Erntejahre 1916 verhältnismäßig viel mehr geliefert als aus den tschechischen Bezirken.

Ich will das hohe Haus nicht mit der Aufzählung vieler Ziffern ermüden, ich habe sie augenblicklich nicht einmal alle hier, aber ich will Ihnen nur zwei Reihen von Ziffern nennen, und zwar die Ziffern nach Hektar bebauter Fläche und nach dem Meterzentner des davon abgelieferten Getreides. Bei den Lieferungen aus den deutschen Bezirken entfällt auf 1 Hektar bebauter Fläche beim

Weizen

6·64 Meterzentner, aus den tschechischen Bezirken 5·46 Meterzentner, (lebhafte Rufe: Hört! Hört!) beim

Roggen

auf 1 Hektar bebauter Fläche 4·95 Meterzentner aus den deutschen Bezirken und 2·87 Meterzentner aus den tschechischen Bezirken. (Neuerliche lebhafte Rufe: Hört! Hört! — Ritter v. Wohanka: Wie ist es mit den Rüben?) Das ist die mit Roggen bebaute Fläche, aber nicht mit Rübe.

Bei der

Gerste

auf 1 Hektar bebauter Fläche — natürlich mit Gerste bebauter Fläche — aus den deutschen Bezirken 6·36 Meterzentner und aus den tschechischen Bezirken 5·23 Meterzentner; beim

Hafer

aus den deutschen Bezirken 4·88 Meterzentner und aus den tschechischen Bezirken 3·87 Meterzentner. Damit ist ja der Beweis erbracht, daß die deutschen Bezirke verhältnismäßig viel mehr geliefert haben als die anderen. Das habe ich behauptet.

Hohes Haus! Was sich nun schon vor der Einbringung der letzten Ernte im Jahre 1916 bis zum Sommer 1917 gezeigt hat, nämlich diese geringere Bereitwilligkeit der tschechischen Bevölkerung zur Lieferung von Nahrungsmitteln, das hat sich jetzt nach der Einbringung der Ernte vom Jahre 1917, wie es scheint, zu einem förmlichen System herausgebildet. Wir sind ganz berechtigt, von einer förmlichen

passiven Resistenz der Bevölkerung gegen die Lieferung von Nahrungsmitteln

zu sprechen. (Zustimmung.) Wir haben ja aus den öffentlichen Blättern und aus der Öffentlichkeit auch schon einige Male gehört, daß tschechische Abgeordnete in ihren Wählerkreisen die Bevölkerung förmlich aufgefordert haben, nichts zu liefern. Einer hat zu ihnen gesagt, sie sollen den Kommissionären und den Behörden, welche bei ihnen etwas requirieren wollen, die Türe weisen, weil das ungesetzlich sei. Wir merken also seitens der Bevölkerung in den tschechischen agrarischen Bezirken ein förmliches Bestreben, eine förmliche Organisation, die Lieferung des für den Konsum notwendigen Brotgetreides zu unterbinden.

Hohes Haus! Hören Sie einige Daten darüber, welche beweisen, daß diese Aktion, insofern sie vorhanden ist, auch schon einen Erfolg aufzuweisen hat. Um den täglichen Konsum des Landes Böhmen zu befriedigen, benötigt die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt in Prag täglich 117 Waggons Brotgetreide. Die bis jetzt erreichte tägliche Ablieferungsziffer an die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt des Landes Böhmen hat aber noch niemals die Höhe von 90 Waggons überschritten, so daß also ein bedeutender täglicher Ausfall, nämlich von 27 Waggons sich ergibt, und schon jetzt die notwendige Zufuhr von Mehl und Brot in vielen Gemeinden nicht mehr vorhanden ist. Das wird besonders graß beleuchtet, wenn ich hinzufüge, daß im vorigen Jahre in dem gleichen Zeitabschnitte, nämlich in der Druschperiode, die tägliche Anlieferung von Getreide 180 Waggons betrug. Hohes Haus! Mit der geringeren Ernte dieses Jahres kann dieser Zustand nicht begründet werden, denn wir haben ja jetzt eben die Druschzeit und jetzt ist ja die Drescherei mit Maschinen und der Flegeldrusch in voller Arbeit und kann ja dasselbe Quantum von Getreide produzieren, ob der Gesamtbestand nun größer oder kleiner ist; die geringere Ernte wird sich doch erst am Ende des Ausdreschens zeigen, und zwar in der geringeren Druschzeit und in der kürzeren Ablieferungszeit. Also die geringere Ernte des Jahres kann diesen großen Ausfall: im vorigen Jahre 180 Waggons, heuer 90 Waggons, nicht begründen, wenigstens jetzt nicht und nicht in diesem Maße. Einige wenige Tabellen mit Ziffernangaben werden den wahren Grund dieser Erscheinung weiterhin dartun. In der Zeit vom 1. bis 9. Oktober wurden in den 3 Pilsener Großmühlen eingeliefert 263 Meterzentner Getreide aus den tschechischen und 2193 Meterzentner aus den deutschen Gebieten, 650 Meterzentner aus den gemischten Gebieten, das heißt aus denen, wo die Nationalität nicht ohne weiteres festzustellen ist, also fast zehnmal so viel aus den deutschen als aus den tschechischen Gebieten.

Bei der Ablieferung des Mehles in dieser Zeit ist es umgekehrt. Seit der letzten Ernte wurden nämlich an die tschechischen Gebiete von diesen Mühlen 2245 Meterzentner Mehl ausgegeben, in die deutschen Gebiete nur 250 Meterzentner. (Hört! Hört!) Eine noch bessere Beleuchtung erfährt dieser Zustand aus folgender Zusammenstellung. Es steht uns von 21 sogenannten agrarischen Bezirken eine Berechnung zu Gebote. Von diesen Bezirken sind 17 tschechischer und 4 deutscher Nationalität. In diesen 21 Bezirken nun steht das Ablieferungsresultat von seiten der deutschen und der tschechischen Bezirke im Verhältnisse von 4 zu 1, wenn

also die deutschen Bezirke 40 Waggons liefern, liefern die tschechischen erst 10 Waggons.

Das sind Tatsachen. Ich will jetzt hier eine persönliche Bemerkung einfügen. Ich will gewiß nicht generalisieren und sagen: So sind alle Tschechen. Ich will gewiß sagen, daß viele unter den Tschechen gerne ihre patriotische Pflicht erfüllen, aber ihr Einfluß scheint nicht groß zu sein, wenigstens nicht maßgebend. Ich bin auch weit davon entfernt, etwa aus gehässiger Gesinnung gegen das tschechische Volk das hier vorzubringen; ich habe eine Menge guter Bekannter und Freunde im tschechischen Volke, denen ich in keiner Weise wehe tun wollte. Ich bringe das, was ich sage, ganz sine ira vor; sine studio darf ich nicht hinzusetzen, denn ich möchte durch diese Darlegungen unserem Staate und unserem deutschböhmischen Volke gerne irgendeinen Nutzen stiften. (Beifall.) Denn dieser Zustand, diese passive Resistenz, wie ich gesagt habe, muß ja natürlich vorwiegend zum Nachteil der Deutschen Böhmens ausschlagen, weil das Gebiet eben, wie aus dem früheren hervorgeht, in seiner Gesamtheit ein Zuschubland ist und das Notwendige nicht erhält.

Ich möchte der hohen Regierung sagen, hier ist sie verpflichtet zu handeln, denn hier ist Gefahr im Verzuge. Ich möchte dabei auf die Motive, aus denen etwa diese Handlungsweise hervorgeht, gar kein Gewicht legen. Weite Kreise unseres Volkes und nicht bloß etwa, wie man zu sagen pflegt, die Bierbankpolitiker, sondern nach ihrer Bildung und nach ihrem Stande hochstehende Personen sind der Meinung, daß dieses Verhalten der Bevölkerung im Innern Böhmens aus denselben Motiven und aus denselben Absichten hervorgeht, wie die Drohung Stránskýs im Parlament, nämlich daß man die Erfüllung der staatsrechtlichen Wünsche von unseren Feinden, bei der Entente erwartet. Ich will ja nicht sagen, daß das meine Meinung ist, ich kann mich noch nicht zu der Annahme eines solchen politischen Tiefstandes bekennen; aber, hohe Herren, Sie werden mir glauben, wenn ich Ihnen folgendes sage: Alle diese Dinge sind natürlich mehr oder weniger unserer deutschböhmischen Bevölkerung bekannt. Wir müssen alle durch den Krieg leiden, aber unsere Bevölkerung weiß, daß durch die Schuld anderer, nämlich durch die geringere Bereitwilligkeit der tschechischen Bevölkerung, Brotgetreide zu liefern, und durch die Lauheit und Energielosigkeit der Regierungsorgane (Rufe: Sehr richtig!) ihre Leiden unnötigerweise vermehrt werden, und diese Bevölkerung befindet sich infolgedessen in einem Zustande der Erregung und der Erbitterung, wie er kaum zu beschreiben ist. (Ruf: Sehr wahr!) Unser Volk sagt sich laut — ich habe das selbst gehört —: Die Tschechen sind natürlich jetzt auf dem besten Wege,

den böhmischen Ausgleich

fertig zu machen und die deutsch-böhmische Frage zu lösen: Ein Teil bleibt im Krieg, ein Teil kann verhungern und der dritte wird dem tschechisch-slowakischen Staate inkorporiert; und da werden sie schon mit ihm aufräumen! Es hat ja ein tschechischer Abgeordneter uns bereits drohend zugerufen:

„Wir werden den Deutschen im böhmischen Staate schon zeigen, daß es kein geschlossenes deutsches Sprachgebiet gibt!"

Hohe Herren! Sie werden begreifen, wenn ich aus dieser Stimmung heraus sage, ich fühle mich mit ganz Deutschböhmen einig, wenn ich erkläre,

daß wir uns einem tschechisch-slowakischen Staate niemals unterordnen werden

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen), sei es nun

der „souveräne Staat,"

wie er von den tschechischen Politikern hier im Parlament angekündigt wurde, dessen Karte wir bereits im „Narod" und in den „Národni Listy" gesehen haben (Ruf: Sehr richtig!), sei es jenes unmögliche komplizierte Gebilde, welches jetzt unberufene Stubengelehrte ausgeheckt haben.

Hohes Haus! Die deutschböhmische Bevölkerung läßt sich keinem neuen Staate inkorporieren. Wir haben genug an dem alten österreichischen Staate! (Lebhafter Beifall.) Aber auch im Rahmen dieses altehrwürdigen Staates verlangen wir eine Verbesserung unserer bisherigen Lage. Wir waren bisher, was die Verwaltung im Lande und den Landtag anbelangt, unter Fremdherrschaft gestellt. Doch wir haben dem Kaiser und dem Reich in dieser Not und Gefahr gegeben, was wir geben konnten. Wir haben ihm vor allem unsere innige Liebe und Anhänglichkeit gegeben. Wir haben Soldaten geschickt, wir haben die kranken und verwundeten Soldaten jeder Nationalität und Konfession auf das liebevollste bei uns aufgenommen, wir haben auch Flüchtlinge anderer Konfession in Menge bei uns aufgenommen, wir haben sie in christlicher Liebe als Mitbürger bei uns aufgenommen und unterstützt, auch wenn sie nicht das Bestreben hatten, unsere Sympathien zu erringen. (Heiterkeit.)

Wir haben sie aufgenommen und unterstützt, wir haben den letzten Sack Getreide geliefert, wir sind bereit, das letzte Stück Vieh zu liefern, wenn es notwendig ist; wir haben Kriegsanleihe in Fülle gezeichnet, wir haben auch den Patriotismus unserer Krieger und den Mut und die Ausdauer unserer Arbeiter im Hinterlande in jeder Weise zu stützen und zu fördern gesucht, kurz, hohes Haus, wir haben unsere Pflicht gegen den Staat restlos erfüllt, so wie alle anderen Deutschen des Staates. Wir verlangen auch, daß wir nach dem Kriege nicht

schlechter behandelt werden als die Deutschen der anderen Kronländer.

Und wir verlangen auch nichts Unmögliches. Wenn man uns

die Kreiseinteilung

gibt, so werden wir außer den gemischten vier deutsche Kreise haben, von denen jeder seiner Bevölkerungszahl nach so groß ist, daß er mehrere andere Kronländer und der größte Kreis sechs bis sieben andere Kronländer an Größe und wirtschaftlicher Bedeutung hinter sich läßt. Und dabei haben diese anderen Kronländer eine vollständige Statthalterei, mit allen ihren kostspieligen Nebenämtern. Man gebe uns also, was uns gebührt, niemand zu leide, aber auch uns nicht bloß zur Freude, sondern als ein notwendiges Erfordernis unseres Bestandes und als Erfordernis der Ruhe im Lande. (Bravo!)

Hohes Haus! Die Deutschen in Böhmen hatten es zwar schon aufgegeben, von ihren Landsleuten tschechischer Nationalität gegenüber ihren politischen Lebensbedürfnissen Gerechtigkeit und Billigkeit zu erhoffen. Aber jetzt, als die tschechischen Politiker in dem

Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker

einen souveränen Staat verlangten, da werden doch manche erwartet haben, daß nunmehr die Tschechen doch auch den Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien ihr Selbstbestimmungsrecht einräumen oder daß sie das wenigstens versprechen werden. Aber weit gefehlt. Auf den Einwand gegenüber den Tschechen, daß sie ihren Staat auf Grund der Selbstbestimmung der Völker, also, wie wir früher gesagt haben, der nationalen Autonomie, verlangen und daß sie, im Widerspruch dazu, doch wieder an den historischen Grenzen der alten Länder festhalten und auf diese Weise auch die Deutschen in diesen Ländern in ihren Staat einzwängen wollen, wurde geantwortet: Die Deutschen müssen dem tschechischen Staate inkorporiert werden, und der Führer der tschechischen katholisch-nationalen Partei rief aus: „Zu einer Zweiteilung Böhmens" — das wäre also die selbständige Stellung und selbständige Verwaltung Deutschböhmens — „kommen Sie nur über unsere Leichen!"

So stehen die Dinge. Es wurden hier bei einer Debatte zu Beginn der wieder aufgenommenen parlamentarischen Tätigkeit im Anschluß an die staatsrechtlichen Erklärungen, die im anderen Hause abgegeben worden waren, von zwei sonst sehr verehrten Rednern dieses hohen Hauses uns, den Deutschen in Böhmen, Ratschläge erteilt, ich muß schon sagen,

unerbetene Ratschläge

(Heiterkeit), daß wir uns doch mit unseren Landsleuten an den Beratungstisch setzen und über den Ausgleich verhandeln sollen. Ja, hohes Haus, wie lange verhandeln wir denn schon? Wir verhandeln ja schon drei Jahrzehnte! Und glaubt denn jemand noch, daß bei Verhandlungen wirklich etwas herauskommen soll? Man muß sagen,

die zuständigen Stellen im Staate werden sich, wenn sie die Ruhe und Ordnung im Lande herstellen wollen, schon um einen anderen Weg umsehen müssen.

Auf dem Wege der Verhandlungen wird nach den bisherigen Erfahrungen diese Ruhe nicht zustande kommen. Dem Herrn Dr. Hruban aber, dem Führer der tschechisch-nationalen Katholiken, der den vorhin zitierten Ausspruch getan hat, und seinen Kompatrioten möchte ich zurufen: Die Deutschen werden in der Verteidigung ihrer Rechte gewiß nicht weniger mutvoll und zähe sein als die Tschechen.

Einen Gedanken möchte ich noch hinzufügen. Ich bin auch nicht der Meinung, daß die Ruhe in Böhmen, wie man sich früher ausgedrückt hat, der Neuaufbau der Verfassung in Österreich, vom Abgeordnetenhause gemacht werden wird, und man sollte endlich dieser politischen Unaufrichtigkeit ein Ende machen und damit brechen, vorzugeben, daß der Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses etwa Österreich regenerieren und die österreichische Verfassung ausbauen und neu aufbauen kann. Das ist kaum zu hoffen."

Die weiteren ganz ausgezeichneten Ausführungen dieses wackeren deutschen Mannes über das Schlagwort von der Demokratie, über die „Demokratie" in der Entente und über das einzige Mittel, zu dem von allen ersehnten Frieden zu kommen (nämlich „das Mittel, das Kaiser Karl im Süden und Hindenburg im Norden anwendet") gehören nicht mehr hierher.

Auf Abt Helmer „antworteten" Dr. Fort und Prinz Schwarzenberg. Sie konnten die Tatsachen und vorgebrachten Ziffern nicht entkräften; im Gegenteil, Prinz Schwarzenberg mußte an mehreren Stellen zugeben, „daß in diesen Zahlen eine sehr mäßige Überleistung der deutschen Bezirke zu finden ist"*) — also doch eben eine Überleistung! Sie versuchten, sich damit auszureden, daß die tschechischen Bezirke mehr Hackfrüchte, Rüben und dergleichen anbauen, die deutschen Bezirke dagegen mehr Getreide. Aber die statistischen Daten, die Abt Helmer vorbrachte, bezogen sich ausdrücklich auf die angebauten Flächen und die von diesen jeweilig abgelieferten Produkte. Die absoluten Zahlen spielen hierbei keine oder doch nur eine untergeordnete Rolle. Die Ausrede mit der Mißernte

*) Zum Beispiel vergleiche stenographisches Protokoll, Seite 456.

aber hinkt erst recht, denn das ist ein Umstand, der das ganze Land traf, ärger noch natürlich die fast ausschließlich im Gebirge gelegenen deutschen Bezirke!

Es seien jedoch hier auch noch die Daten mitgeteilt, welche der mährische Genossenschaftsinstruktor Fr. Hilmer in einem sehr lehrreichen Artikel der „Landzeitung" in Brünn veröffentlichte und die deshalb von besonderer Wichtigkeit sind, weil sie sich nicht nur auf das Getreide, sondern auch auf andere landwirtschaftliche Produkte erstrecken.

Der Artikel lautet:

Eine Abrechnung mit den Staatsrechtlern.

Auf Grund authentischer Zahlen aufgestellt von Genossenschaftsinstruktor Fr. Hilmer.

„Immer dreister — um den von Abt Helmer in der Sitzung des Herrenhauses vom 27. Oktober gebrauchten Ausdruck zu wiederholen — werden die Tschechen in ihren Forderungen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker oder wie sie dieses Schlagwort in ihrem Sinne zu deuten wissen, das selbständige Königreich Tschechien, umfassend Böhmen, Mähren, Schlesien und die ungarische Slowakei — wollen sie als herrschend für sich in Anspruch nehmen, während sie den Mitvölkern nicht einmal das nackte Leben gönnen. Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß sie uns nicht das nackte Leben vergönnen. Denn zum Leben gehört das Essen und essen kann man vorläufig nur die Produkte der Mutter Erde. Es ist nun Tatsache, daß Böhmen und Mähren die Kornkammern Österreichs sind und daß in diesen beiden Ländern die Tschechen nicht nur den überwiegendsten Teil des Bodens, sondern auch die fruchtbarsten Gebiete ihr eigen nennen. Denn die Deutschen in Böhmen bewohnen nur die Randgebirge, während das deutsche Nordmähren durchwegs Gebirgscharakter trägt und im deutschen Südmähren, das sich durch eine große Trockenheit auszeichnet, der Weinbau vielfach überwiegt.

Man sollte nun glauben, daß die tschechischen Gebiete in der Getreideablieferung die deutschen weit übertreffen, und zwar sowohl absolut als auch relativ. Meinen sollte man es, obwohl es weder in Böhmen noch in Mähren der Fall ist.

Da

Böhmen

in der Bevölkerungsanzahl nur 37 Prozent deutsch ist und im deutschen Gebiet die Industrie überwiegt, entfällt weniger als ein Drittel der landwirtschaftlich benutzten Fläche auf das deutsche Wirtschaftsgebiet. Dabei sind, wie gesagt, in den deutschen Bezirken die steinigen Gebirgsgegenden vorherrschend, während im tschechischen Teil die Landwirtschaft sich fast durchwegs auf tiefgründige Niederungsböden aufbaut. Nichtsdestoweniger hat nach den Angaben des Prinzen Schwarzenberg der deutsche Teil des Landes bis 20. Oktober 6007 Waggons und der tschechische nur 10.197 Waggons abgeliefert, so daß dieser tschechisch-feudale Großgrundbesitzer, der die Anschuldigungen des Abtes Helmer gegen die tschechische Landwirtschaft widerlegen wollte, im Herrenhaus zugeben mußte, daß ein „Vorsprung seitens der deutschen Bezirke" besteht. Zu dieser Tatsache hat sich in der folgenden Sitzung des Herrenhauses auch Ernährungsminister Generalmajor Höfer bekennen müssen. Mit Recht hat Abt Helmer in seiner Rede im Herrenhaus darauf verwiesen, daß erst aus dem Vergleiche der Ablieferungen, bezogen auf die Flächeneinheit, ein entsprechendes Bild gewonnen wird. Diesbezüglich hat Abt Helmer aus den bei der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt in Prag erhobenen Zahlen herausgerechnet, daß pro Hektar bebauter Fläche an Ablieferung für den allgemeinen Versorgungsdienst entfallen bei:

	Hinsichtlich der deutschen Bezirke Meterzentner	Hinsichtlich der tschechischen Bezirke Meterzentner
Weizen . .	6·64	5·64
Roggen . .	4·95	2·87
Gerste . .	6·36	5·23
Hafer . .	4·88	3·87

Roggen beispielsweise wurde aus den deutschen Bezirken beinahe ebensoviel (818.000 Meterzentner gegen 840.300 Meterzentner) abgeliefert als aus den tschechischen, obwohl im deutschen Gebiet nur 165.390 Hektar, im tschechischen aber 290.398 Hektar angebaut waren. Hätte Tschechischböhmen nur so geliefert wie Deutschböhmen, dann hätte seine Ablieferung 1,437.470 Meterzentner, also um 597.170 Meterzentner mehr betragen müssen, als es tatsächlich geliefert hat. Was dies aber für die Approvisionierung unseres Vaterlandes bedeutet, will ich dadurch veranschaulichen, daß ich es auf Brotkartenmonate umrechne. Die normale Quote von 240 Gramm pro Kopf und Woche und die vorjährige vorgeschriebene Mehlausbeute angenommen, hätten die Unversorgten des Landes Mähren volle sechseinviertel Monate von dem Roggenquantum leben können, um welches Tschechischböhmen zu wenig abgeliefert hat. Dabei wurde nur die Lieferung Deutschböhmens unter Berücksichtigung der Fläche als Grundlage genommen. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß Tschechischböhmen um mindest ein Drittel pro Hektar mehr liefern kann als Deutschböhmen, nachdem es einerseits besseren Boden und andrerseits größere Wirtschaften hat und bekanntlich beim Kleingrundbesitzer ein Großteil der Ernte für die Selbstversorgung

der Familie benötigt wird. Berücksichtigt man diese Momente, so kann man ruhig behaupten, daß die von Tschechischböhmen zu wenig abgelieferte Roggenmenge (wohlgemerkt nur Roggen allein) dem Jahresbedarfe der Unversorgten Mährens gleichkommt oder zur Versorgung Wiens für siebeneinhalb Monate gereicht hätte.

Nach einer anderen zuerst in der „Reichenberger Zeitung" veröffentlichten Zusammenstellung steht, was die Gesamtmenge anbelangt, der deutsche Bezirk Mies mit 2364 Waggon Getreide an erster Stelle: es folgen dann die deutschen Bezirke Podersam und Saaz mit 1670 und 1655 Waggon und erst an vierter Stelle kommt ein tschechischer Bezirk (Kolin) mit 1569 Waggon, dem gleich der Bezirk Eger mit 1513 Waggon folgt. Hinsichtlich der Ablieferung pro Hektar Getreidefläche steht Saaz (deutsch) mit 1121 Meterzentner an erster Stelle, es folgen dann die ebenfalls deutschen Bezirke Brüx mit 10·67 Meterzentner, Eger 10·62 Meterzentner, Podersam 8·73 Meterzentner, dann Kolin (tschechisch) mit 8·25 Meterzentner, dann Bilin (deutsch) mit 8·10 Meterzentner, Daube (deutsch) mit 7·84 Meterzentner, Mies (deutsch) mit 7·84 Meterzentner, Ludiz (deutsch) 7·79 Meterzentner, Kaaden (deutsch) 7·72 Meterzentner und erst dann kommt Schlan (tschechisch) mit 7·69 Meterzentner und die übrigen tschechischen Bezirke. Die geringste Flächenlieferung weisen eine Anzahl tschechischer Bezirke auf, so Pardubitz (2·83 Meterzentner), Příbram (2·57 Meterzentner), Semil (1·58 Meterzentner) und andere.

Über die Getreidelieferung der Deutschen und der Tschechen in Böhmen veröffentlicht der Präsident der deutschen Sektion des Landeskulturrates in Böhmen, Zuleger, unter anderem folgendes: Auf Grund einer amtlichen Übersicht über das Ergebnis der Getreidelieferung mit dem 5. Juli 1917 als Stichtag (also Jahresfechsung 1916) in den einzelnen Bezirken Böhmens nach der Größe des Verhältnisses in der gesamten Ablieferung bei den Hauptgetreidearten im Vergleich zu einem Hektar mit diesen Getreidesorten bebauter Bodenfläche erlaube ich mir einige besonders drastische Ziffern aus dieser Gesamtübersicht hervorzuheben und ohne jede Folgerung der Öffentlichkeit vor Augen zu führen, so daß jeder objektiv Denkende in der Lage sein wird, aus diesen amtlichen Ziffern die richtigen Schlüsse zu ziehen. So hat der Bezirk Saaz (deutsch) in den vier Hauptgetreidearten abgeliefert pro Hektar 11·21 Meterzentner. Der unter den gleichen klimatischen und Bodenverhältnissen stehende und von ebenso wirtschaftlich hochstehenden Landwirten bebaute Nachbarbezirk Rakonitz (tschechisch) 3·38 Meterzentner, wobei ich nebenher bemerke, daß der Bezirk Saaz mit dieser Ziffer an der Spitze aller deutschen und tschechischen Bezirke Böhmens steht. Stellen wir nun einige unter bedeutend schlechteren klimatischen und Bodenverhältnissen arbeitende deutsche Bezirke, und zwar Reichenberg (Isergebirge), Preßnitz (hohes Erzgebirge), Tachau (oberer Böhmerwald), Falkenau (Vorlage des Erzgebirges), einigen der allerbesten Bezirke von Tschechischböhmen in der Elbeniederung mit warmem Klima und bedeutend besseren, sogar besten Bodenverhältnissen gegenüber, so erhalten wir folgendes, die im Streite befindliche Frage hell beleuchtendes Bild: Deutsche Bezirke pro Hektar: Reichenberg (Isergebirge) 5·83 Meterzentner, Preßnitz (hohes Erzgebirge) 4·74 Meterzentner, Tachau (oberer Böhmerwald) 5·93 Meterzentner, Falkenau (Erzgebirge) 7·12 Meterzentner. Tschechische Bezirke pro Hektar: Melnik (fruchtbare Elbeniederung) 5·52 Meterzentner, Nimburg (fruchtbare Elbeniederung) 5·45 Meterzentner, Kuttenberg (fruchtbare Elbeniederung) 5·38 Meterzentner, Pardubitz (fruchtbare Elbeniederung) 2·80 Meterzentner, Königgrätz (fruchtbare Elbeniederung) 4·72 Meterzentner, Časlau (in der berühmten fruchtbaren „goldenen Rute") 6·87 Meterzentner. Das sind Ziffern, welche ich der Öffentlichkeit mitteile, welche nun klar sehen wird, was für Dinge bei der Getreidelieferung vorgehen und wie sehr berechtigt die von Abt Helmer im Herrenhause erhobenen schweren Vorwürfe sich darstellen.

Interessant ist nun, daß sich in einzelnen Gebieten von Tschechischböhmen die Bevölkerung, die sich ansonsten gegen jede Versorgung anderer Gebiete mit böhmischem Getreide wehrt, ruhig von der deutschböhmischen Landwirtschaft erhalten läßt. So wurden in die drei Pilsener Mühlen in der Zeit vom 1. bis 9. Oktober 263 Meterzentner Getreide aus tschechischen und 2193 Meterzentner aus deutschen Gegenden angeliefert. Abgegeben wurden von diesen Mühlen in der heurigen Kampagne 2445 Meterzentner Mehl an tschechische und nur 250 Meterzentner an deutsche Orte. Nun muß vielleicht Pilsen mit seinen Skodawerken eine Ausnahme auf dem Gebiete der Approvisionierung bleiben — immerhin zeigt gerade dieses Beispiel, daß es nicht richtig ist, wenn behauptet wird, daß der tschechische Landwirt die deutsche Industrie erhalten muß. Eher dürfte — wie die vorhergehenden Zahlen zeigen — vielleicht das Umgekehrte der Fall sein.

Mähren

ist in seiner Bevölkerung zu 27·9 Prozent deutsch und zu 72·1 Prozent tschechisch. Gemeinden zählt Mähren 3028, davon 612 deutsche und 2416 tschechische. Da von der deutschen Bevölkerung der größte Teil in der Industrie seinen Erwerb findet, kann man annehmen, daß von der mährischen Landwirtschaft nur ein Fünftel auf Deutschmähren entfällt. Im Aufbringungsjahr 1916/17 wurden nun

an die Kommissionäre der Kriegsgetreideverkehrsanstalt zur Ablieferung gebracht:

	Deutschmähren	Tschechischmähren
	Meterzentner	
Weizen	167.469	273.731
Roggen	161.525	272.875
Gerste	294.852	736.648
Hafer	215.523	460.877
Getreide in Summe	839.369	1,744.131
Kartoffeln	292.832	907.868

Wenn auch die Unterschiede zwischen Deutschmähren und Tschechischmähren nicht so graß sind, wie dies in Böhmen hinsichtlich der verschiedenen nationalen Gebiete der Fall ist, so sehen wir auch bei Betrachtung der mährischen Zahlen, daß das tschechische Gebiet im Rückstande geblieben ist. Statt vier Fünftel der Gesamtmenge hat Tschechischmähren nur zwei Drittel aufgebracht. Den natürlichen Grundbedingungen entsprechend hätte Tschechischmähren, um nur den prozentischen Anteil Deutschmährens zu erreichen, um mindestens 773.800 Meterzentner Getreide mehr liefern müssen und es wäre Wien mit diesem Quantum 5½ Monate ausgekommen.

Auf dem Gebiet der

Fettapprovisionierung

sehen wir ein ähnliches Bild. Zunächst seien die Verhältnisse in

Böhmen

behandelt.

Deutschböhmen, ein Drittel der Landwirtschaften des Königreiches besitzend, hat — nach dem „Deutschen Agrarblatt" (Prag) vom 10. Oktober — von der 331.622 Kilogramm betragenden Butteraufbringung 192.462 Kilogramm, also mehr als die Hälfte, aus seinem Gebiet herausgepreßt, während das doppelt so große Tschechischböhmen glaubt, mit 138.560 Kilogramm ebenfalls seine Pflicht erfüllt zu haben. Der Bezirk Jungbunzlau (tschechisch) hat dabei in sechs Monaten Summa Summarium 46 Kilogramm (gegen 1200 Kilogramm), der Bezirk Pisek (tschechisch) 224, Raudnitz (tschechisch) 200, Klattau (tschechisch) 370 Kilogramm aufgebracht, während beispielsweise die weniger agrarischen deutschen Bezirke Deutsch-Gabel und Niemes 1700, beziehungsweise 1900 Kilogramm in derselben Zeit zur Abstellung gebracht haben.

In

Mähren

bestehen im großen und ganzen dieselben Verhältnisse, obwohl die Lieferungen Mährens an Intensität die böhmischen übertreffen. Mähren, dessen Gebiet nur zwei Fünftel von dem Böhmens einnimmt, hat in derselben Zeit (1. April bis 30. September) 337.574 Kilogramm Butter (also um 5952 Kilogramm mehr als Böhmen) aufgebracht. Nach der Vorschreibung der k. k. Statthalterei (aufgebaut auf die vom Landeskulturrate zur Verfügung gestellten Vorarbeiten) entfällt auf Deutschmähren ein Tagesquantum von 14·99 Meterzentner, auf Tschechischmähren ein solches von 55·01 Meterzentner. Mithin sollte Tschechischmähren — da es auch weniger Milch nach Wien liefert als Deutschmähren — viermal so viel zur Abstellung bringen, als das deutsche Wirtschaftsgebiet. Geliefert wurden bis 30. September 337.574 Kilogramm und davon vom deutschen Wirtschaftsgebiet (aufgebracht durch den Zentralverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften Mährens und Schlesiens) 159.166 Kilogramm, also 47 Prozent (gegen 21 Prozent Vorschreibung), während auf das tschechische Wirtschaftsgebiet (Aufbringungsorganisationen: Ústřední jednota und Ústřední svaz) nur 53 Prozent (gegen 79 Prozent) entfallen. Allerdings hat auch Deutschmähren der vollen Anforderung nicht entsprochen. Immerhin hat es 64·06 Prozent der Vorschreibung zur Abstellung gebracht, während der tschechische Teil es nicht einmal auf ein Drittel der Vorschreibung brachte. Die Höchstzahl des Wochenquantums wurde um die Juni-Juliwende erreicht. Damals betrug die durchschnittliche Aufbringung hinsichtlich Deutschmährens 86·6 Prozent und es betrugen die Lieferungen des deutschen Teiles der Bezirke Sternberg 120 Prozent, Mährisch-Trübau 115 Prozent, Hohenstadt 76 Prozent usw. bis herunter zu Datschitz, dessen deutsche Gemeinden 26 Prozent aufbrachten; zur selben Zeit lieferte der tschechische Teil der Bezirke Hohenstadt 35 Prozent, Mährisch-Trübau 25 Prozent, Datschitz 25 Prozent, während nachstehende rein tschechische Bezirke nur lieferten: Groß-Meseritsch 23 Prozent, Göding 10 Prozent, Ungarisch Hradisch 7 Prozent, Neustadtl 7 Prozent, Ungarisch-Brod 5 Prozent, Boskowitz 4 Prozent, Wallachisch-Meseritsch 1½ Prozent, Wsetin 1½ Prozent. Anfang Oktober betrug die Wochenbutterlieferung zirka 70 Meterzentner und davon lieferte Deutschmähren 42 Meterzentner. Würde Tschechischmähren seine Lieferungsverpflichtung so ernst nehmen wie Deutschmähren und hätte es dies auch vom Anbeginn getan, dann hätte Tschechischmähren bis 30. September statt 178.408 Kilogramm Butter nicht weniger als 598.135 Kilogramm aufgebracht und dann wären statt 337.574 Kilogramm 747.301 Kilogramm für die öffentliche Approvisionierung zur Verfügung gestanden; es hätte also die Fettkarte mit dem doppelten Quantum eingelöst werden können.

Nun ist es sicher, daß die tschechische Landwirtschaft nicht infolge geringerer Produktion, sondern aus mannigfachen anderen Gründen ihrer Pflicht bis jetzt nicht nachgekommen ist. Die Gründe, die allbekannt sind, sollen hier nicht breitgetreten werden, Tatsache aber ist, daß man heute Mehl mit 6 bis 8 K und Butter mit 24—30 K soviel erhalten kann als man will. Nimmt man nun an, daß die Butter, die mit 8·20 K abzugeben ist, nur mit 18 K verkauft wird, so macht dies für Tschechischmähren in den sechs Monaten von Anfang April bis Ende September eine unberechtigte Mehreinnahme von 4,197.270 K aus. Bei Getreide ergeben sich natürlich die analogen Zahlen und hinsichtlich Tschechischböhmen handelt es sich gewiß um mehrstellige Millionenwerte.

Die weitere Frage ist nun die, inwieweit die von der tschechischen Landwirtschaft eingenommenen Beträge dem Staate zur Verfügung gestellt werden. Auch da sollen wieder Zahlen sprechen und sei diesbezüglich mitgeteilt, daß bei den ersten fünf

Kriegsanleihen

die ländlichen Kassen Deutschmährens (durch den Zentralverband) 47,956.000 K, die tschechischen 60,892.000 K (26,200.000 K durch den Ústředni svaz, 34,692.000 K durch die Ústředni jednota) gezeichnet haben. Die Leistung Deutschmährens als Grundlage genommen, müßten, um von einer gleich starken Beteiligung sprechen zu können, die tschechischen ländlichen Kassen 191,824.000 K statt 60,892.000 K gezeichnet haben. Es ergibt sich bei dieser Betrachtung für Tschechischmähren also ein Rückstand von nicht weniger als 130,932.000 K. Noch grasser liegen die Verhältnisse in Böhmen. Dort haben die deutschen Landgemeinden durch ihren Zentralverband 106,902.500 K, die tschechischen durch die Ústředni jednota und den Zemský svaz zusammen nur 57,680.200 K gezeichnet. Die Leistung des deutschen Gebietes von Böhmen als Grundlage genommen, ergibt sich ein Rückstand von 156,124.800 K, das deutsche Gebiet Mährens als Grundlage betrachtet ein solcher von 206,078.000 K. Und damit will ich meine Zahlenbeweise schließen.

Man möge meine Arbeit nicht mißverstehen. Nicht provozieren will ich mit diesen Faustpfändern und nationale Hetze liegt mir fern. Ich habe mit Vertretern der tschechischen Landwirtschaft während des Krieges oft zusammenarbeiten müssen und habe die Überzeugung gewonnen, daß es unüberbrückbare Hindernisse nicht gibt.

Den Utopisten im tschechischen Lager, den modernen Staatsrechtlern aber muß der Kopf zurechtgesetzt werden.

Forderungen kann man erst stellen, wenn man Pflichten erfüllt und Leistungen vollbracht hat. So sind wir es aus unserem Privatleben gewöhnt. Denjenigen aber, der mit seiner Leistung nicht befriedigt und ständig neue Forderungen stellt, den setzt man vor die Tür. Auch des Staatsbürgers erste Pflicht ist, dem Staate zu geben, was er braucht. Die Tschechen haben — (Budgetabstimmung!) — auch dies nicht getan. Sie geben ihren Mitbürgern nicht, was diese benötigen und wollen nicht anerkennen, daß nur gegenseitige Unterstützung ein Vorwärtskommen ermöglicht, daß der Gleichheit der Rechte, die Gleichheit der Pflichten vorangeht. Sie haben damit ihre Unfähigkeit, einen eigenen Staat zu erhalten, bewiesen.

Sie nennen sich Sklaven und vergessen, daß die Deutschen schon heute im Interesse des Staates und der Länder Sklavendienste leisten. Sie sind es, die arbeiten und darben und alles hergeben und ihre Wünsche müssen deswegen zunächst gehört werden. Auch wir würden ihre staatsrechtlichen Erklärungen ruhig über uns ergehen lassen müssen, wenn die günstigen Zahlen auf ihrer Seite wären. So aber haben sie anläßlich der 7. Kriegsanleihe und im heurigen Wirtschaftsjahre zunächst ihre Rückstände zu erfüllen und sich ruhig zu verhalten. Das Füttern aber, nur um die Schreier zu befriedigen, muß ein Ende bekommen, wenn der Staat nicht zugrunde gehen soll."

Diesen erschöpfenden Darlegungen ist nur der nochmalige dringende Wunsch hinzuzufügen, die Regierung möchte endlich das gesamte amtliche statistische Material über diese Fragen vorlegen und auf das rascheste Abhilfe schaffen, ehe es zu spät ist.

Insbesondere möge die Regierung der Wahrheit gemäß mitteilen, ob die folgenden Ziffern auf Richtigkeit beruhen:

Ernteschätzung und Getreideaufbringung in Böhmen aus der Ernte 1916.

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
	in Hektar			
Nach den amtlichen Schätzungen betrug in Böhmen die gesamte Erntefläche an	227.697	530.898	318.513	481.091
Hiervon entfallen auf die tschechischen Bezirke . .	159.434	290.398	204.133	239.499
Auf die deutschen Bezirke	46.717	165.390	87.482	161.095
Auf die gemischtsprachigen Bezirke	21.546	75.110	26.898	80.497
Zusammen .	227.697	530.898	318.513	481.091

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
	in Meterzentner			
Von dieser Erntefläche wurden nach Abzug der Selbstversorgerquote und des notwendigen Saatgutes bei der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt insgesamt angeliefert	1,228.500	1,816.100	1,891.200	2,129.600
Daraus ergibt sich eine Ablieferung in ganz Böhmen pro Hektar Erntefläche	5·39	3·45	5·93	4·42

In den deutschen Bezirken:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
	in Hektar			
Erntefläche an	46.717	165.390	87.482	161.095
	in Meterzentner			
Hiervon gelangten bei der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt zur Anlieferung	310.400	818.000	586.500	798.400
Das ergibt eine Ablieferung pro Hektar Erntefläche	6·64	4·94	6·60	4·95

In den tschechischen Bezirken:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
	in Hektar			
Erntefläche an	159.434	290.398	204.133	239.499
	in Meterzentner			
Hiervon gelangten bei der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt zur Anlieferung	871.300	840.300	1,179.700	1,022.500
Das ergibt eine Ablieferung pro Hektar Erntefläche	5·46	2·87	5·73	4·25

In den gemischtsprachigen Bezirken:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
	in Hektar			
Erntefläche an	21.546	75.110	26.898	80.497
	in Meterzentner			
Hiervon gelangen bei der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt zur Anlieferung	43.800	157.800	125.000	298.700
Das ergibt eine Ablieferung pro Hektar Erntefläche	2·10	2·10	4·70	3·60

Nunmehr seien einige Bezirke einzeln angeführt:

Im Bezirke Eger (deutsch)

betrug die Anbaufläche an	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
in Hektar	304	7.160	3.040	5.330
Hiervon gelangten bei der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt zur Anlieferung in Meterzentner . . .	2.200	64.200	33.900	52.000
Daraus ergibt sich eine Ablieferung im Bezirke Eger pro Hektar Erntefläche in Meterzentner .	7·23	9·20	11·10	9·70

Im Bezirke Hohenmaut (tschechisch)

betrug die Erntefläche an	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
in Hektar	5.112	5.971	3.115	5.437
Hiervon gelangten bei der Kriegs=Getreide=Verkehrs=anstalt zur Anlieferung in Meterzentner	23.000	13.500	11.000	16.300
Daraus ergibt sich eine Ablieferung im Bezirke Hohenmaut pro Hektar Erntefläche in Meterzentner	4·20	2·70	3·50	2·99

Im Bezirke Königinhof a. d. Elbe.

(Gemischtsprachig: 46 Prozent deutsche und 54 Prozent tschechische Landwirte.)

Erntefläche an	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
in Hektar	2.020	4.240	4.300	3.750
Hiervon gelangten bei der Kriegs=Getreide=Verkehrs=anstalt zur Anlieferung in Meterzentner	14.100	32.800	27.400	38.000
Daraus ergibt sich eine Ablieferung im Bezirke Königinhof pro Hektar Erntefläche in Meterzentner	6·90	7·60	6·40	10·40

Im Bezirke Leitomischl.

(Gemischtsprachig: 18 Prozent deutsche und 82 Prozent tschechische Landwirte.)

Erntefläche an	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
in Hektar	3.740	6.386	1.623	7.509
Hiervon gelangten bei der Kriegs=Getreide=Verkehrs=anstalt zur Anlieferung in Meterzentner	7.800	14.900	2.400	36.600
Daraus ergibt sich eine Ablieferung im Bezirke Leitomischl pro Hektar Erntefläche in Meterzentner	2·08	2·30	1·45	4·80

Ein weiterer Kommentar erübrigt sich wohl.

Die Abgeordneten Kraus und Genossen haben in der 35. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 6. November 1917 an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten eine Anfrage eingebracht, die bisher unerledigt blieb und in der es heißt:

„War schon immer die Lebensmittelversorgung in Deutschböhmen während des Krieges trotz aller Bemühungen der deutschen Gemeinden eine ungünstige zu nennen, so hat sich die Lebensmittelzufuhr seit Mai 1917 derart verschlechtert, daß es zu einer Unterernährung der Bevölkerung gekommen ist, die sich nicht bloß im ausgesprochenen Industriegebiete nachweisbar zeigt, sondern auch in jenen Bezirken, welche als landwirtschaftliche bezeichnet werden, wo aber doch einzelne Gemeinden eine industrielle Bedeutung haben.

Das neue Wirtschaftsjahr 1917/18 hat, trotzdem die neue Ernte dem Verbrauche zugeführt wurde, an diesen traurigen Verhältnissen nichts geändert; noch immer wird an Mehl anstatt der vorgeschriebenen Menge von ½ Kilogramm pro Kopf und Woche bloß ¼ Kilogramm (an manchen Wochen gar kein Mehl) zugewiesen, an Butter oder Fett anstatt 12 Dekagramm bloß 1 bis 4 Dekagramm pro Woche zugeteilt. In mehreren Gemeinden des politischen Bezirkes Deutsch-Gabel wurde vom 1. September bis Ende Oktober bloß ein Kilogramm Mehl verteilt.

Ganz anders verhält sich die Lebensmittelversorgung im tschechischen Teil von Böhmen, aber auch in anderen Kronländern. Nirgends sind solche Stockungen in der Lebensmittelzufuhr zu verzeichnen wie in Deutschböhmen. Das ist darauf zurückzuführen, weil Böhmen als ein eigenes Wirtschaftsgebiet erklärt wurde; während die Landwirtschaft des deutschen Teiles des Landes seinen Ablieferungsverpflichtungen an Butter und Getreide ohne Widerspruch nachkam, sogar viel mehr ablieferte, wie den deutschen Bezirken vorgeschrieben wurde, hat Tschechischböhmen seine Pflicht in der Ablieferung nicht erfüllt.

Deutschböhmen hat alles gern und willig gegeben; so viel gegeben, daß im Mai keine Kartoffeln für die Aussaat vorhanden waren. Das

Letzte mußte in die tschechischen Bezirke Turnau und Semil geliefert werden. Selbst bereits gesteckte Kartoffeln mußten 1917 im Bezirk Deutsch-Gabel aus der Erde genommen und abgeliefert werden.

Bloß ein so geduldiges Volk wie das deutschböhmische hat dazu geschwiegen, es schweigend geduldet, daß ihm bloß ein Drittel und noch weniger jener Lebensmittel zugewiesen wird, die ihm nach den staatlichen Zuweisungen gebühren.

Hervorragende Ärzte machen schon seit Monaten auf den gefahrdrohenden Zustand der Unterernährung aufmerksam. Es wird darauf hingewiesen, daß sich die Fälle mehren, daß arbeitende Männer, auch des Mittelstandes, in die Ordination kommen, förmlich zum Skelett abgemagert, nur Haut und Knochen, blutarm, hohlwangig, oft mit geschwollenen Beinen, im höchsten Grade schwindlig.

Den Leuten wird oft schlecht, sie werden ohnmächtig. Abnahmen an Körpergewicht von 10, 15, 20 Kilogramm und darüber sind täglich nachzuweisen. Die Leute sterben langsam Hungers. Wenn das noch eine Zeitlang so fortgeht, tritt eine Katastrophe ein Es ist noch ein Glück, daß in diesem Sommer die Witterung so günstig war, daß sich Krankheit nicht einstellte. In dem Zustande müßte die Mehrzahl der arbeitenden Bevölkerung, wenn eine Krankheit über sie käme, elend eingehen, da von diesen Leuten niemand mehr über eine Widerstandskraft verfügt, weil jeder ausgepumpt, im höchsten Grade hinfällig ist. So kann es nicht weiter gehen.

Irgendwo muß ein Fehler sein, daß es nicht klappt, daß die Leute seit Mai darben. Ist denn gerade unsere Gegend dazu verurteilt, zugrunde zu gehen? Muß gerade ausgerechnet unser Hinterland am meisten leiden?

Ein Arzt schreibt über die Lebensmittelversorgung wörtlich:

„Ich will nicht kritisieren, ich erfülle ganz einfach meine Pflicht als Arzt, daß ich meine warnende Stimme erhebe, daß es die allerhöchste Zeit ist, daß eine Wandlung in der besseren Versorgung der Bevölkerung eintritt. Es ist eine Versündigung an unserer Bevölkerung, wenn nicht in energischester und raschester Weise alles veranlaßt wird, daß eine Änderung in der Zuweisung von Nahrungsmitteln eintritt. Denn bei uns würde dann tatsächlich im 20. Jahrhundert der Fall eintreten, daß man auf den Totenbeschauzettel als Arzt einschreiben müßte: „Hungers gestorben“.

Der Fehler liegt in der Lebensmittelversorgung Deutschböhmens darin, daß die tschechischen Bezirke zur Getreide- und Butterabfuhr nicht genügend herangezogen wurden. Ob in dieser Widerspenstigkeit der tschechischen Bezirke System liegt, soll Sache der Staatsbehörden sein, zu untersuchen. Tatsache aber ist, daß der tschechische Vorstand der Mühlenabteilung der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt in Prag einer deutschen Abordnung gegenüber, die größere Zuweisungen von Mehl verlangte, höhnisch erklärte:

„Die Deutschen sollen zum Frieden beitragen und denselben herbeiführen, dann werden die Klagen aufhören und Deutschböhmen wird mit Mehl hinreichend versehen sein.“

So wird von der tschechischen Verwaltung ein Volk behandelt, welches willig und freudig die größten Opfer dem Vaterlande brachte.

Deutschböhmen ist ein eigenes Wirtschaftsgebiet; wie haben nun die Landwirte beider Böhmen bewohnender Völker ihre Verpflichtungen im Wirtschaftsjahr 1916|17 bei Ablieferung von Getreide erfüllt?

In den Friedensjahren 1904 bis 1913 betrug die Durchschnittsernte pro Hektar in Meterzentner:

an Weizen	18·3
„ Roggen	16·3
„ Gerste	18·4
„ Hafer	14·8
zusammen	67·8,

somit im Durchschnitt 16·9 Meterzentner pro Hektar.

Deutschböhmen liegt an den Grenzen des Landes; ein großer Teil ist in den Grenzgebirgen des Böhmerwaldes, Erz- und Riesengebirges gelegen, ein rauhes Klima und früh eintretender Winter macht oft die Einbringung der Ernte unmöglich.

Keinesfalls können die Gründe in Deutschböhmen mit den bekannt ertragreichen des Innern von Böhmen verglichen werden.

Trotzdem stehen die deutschen Bezirke, wie nachfolgende Zusammenstellung zeigt, bei der Ablieferung von Getreide an der Spitze.

Politischer Bezirk	Volkszugehörigkeit	Ablieferungsquote
Saaz	deutsch	11·21
Brüx	deutsch	10·67
Eger	deutsch	10·62
Karolinenthal	tschechisch	10·20
Podersam	deutsch	8·73
Laun	tschechisch	8·28
Kolin	tschechisch	8·25
Bilin (Exp.)	deutsch	8·10
Mies	deutsch	7·84
Dauba	deutsch	7·84
Luditz	deutsch	7·79
Kralup a. d. M.	tschechisch	7·73
Kaaden	deutsch	7·72
Schlan	tschechisch	7·69
Dux	deutsch	7·39
Brandeis a. d. E.	tschechisch	7·39

Politischer Bezirk	Volkszugehörigkeit	Ablieferungsquote pro Hektar
Komotau	deutsch	7·22
Friedland	deutsch	7·15
Falkenau	deutsch	7·12
Raudnitz	tschechisch	7·01
Bischofteinitz	deutsch-tschechisch	6·96
Deutsch-Gabel	deutsch	6·90
Časlau	tschechisch	6·87
Kladno	tschechisch	6·53
Königinhof a. d. E.	deutsch-tschechisch	6·49
Smichow	tschechisch	6·43
Kralowitz	tschechisch	6·40
Braunau (Böhmen)	deutsch	6·31
Böhmisch-Leipa	deutsch	6·11
Aussig	deutsch	6·09
Plan	deutsch	6·06
Žižkov	tschechisch	6·06
Tachau	deutsch	5·93
Teplitz-Schönau	deutsch	5·90
Niemes (Exp.)	deutsch	5·91
Böhmisch-Brod	tschechisch	5·86
Reichenberg	deutsch	5·83
Jungbunzlau	tschechisch	5·83
Melnik	tschechisch	5·52
Nimburg	tschechisch	5·45
Pilgram	tschechisch	5·43
Kuttenberg	tschechisch	5·25
Karlsbad	deutsch	5·25
Leitmeritz	deutsch	5·22
Pilsen	tschechisch	5·04
Münchengrätz	tschechisch	4·98
Joachimsthal	deutsch	4·96
Beneschau	tschechisch	4·85
Weinberge, Königl.	tschechisch	4·76
Hořowitz	tschechisch	4·76
Preßnitz	deutsch	4·74
Königgrätz	tschechisch	4·72
Chrudim	tschechisch	4·67
Přestitz	tschechisch	4·65
Humpoletz	tschechisch	4·64
Warnsdorf	deutsch	4·64
Wlaschim (Exp.)	tschechisch	4·59
Hořitz (Exp.)	tschechisch	4·57
Tepl	deutsch	4·52
Ledec	tschechisch	4·44
Poděbrad	tschechisch	4·38
Trautenau	deutsch	4·38
Chotěboř	tschechisch	4·37
Graslitz	deutsch	4·35
Neustadt a. d. M.	tschechisch	4·23
Deutsch-Brod	tschechisch	4·16
Selčan	tschechisch	4·15
Nachod	tschechisch	4·12
Klattau	tschechisch	4·10
Asch	deutsch	4·09
Marienbad	deutsch	4·06
Rumburg	deutsch	3·90
Elbogen	deutsch	3·82
Neubydžow	tschechisch	3·75
Hohenmauth	tschechisch	3·69
Tabor	tschechisch	3·68
Schluckenau	deutsch	3·66
Blatna	tschechisch	3·59
Leitomischl	tschechisch-deutsch	3·46
Rakonitz	tschechisch	3·38
Přelauč (Exp.)	tschechisch	3·33
Jičin	tschechisch	3·30
Neupaka	tschechisch	3·29
Turnau	tschechisch	3·28
Strakonitz	tschechisch	3·25
Mühlhausen	tschechisch	3·19
Tetschen	deutsch	3·16
Schüttenhofen	tschechisch	3·10
Polička	tschechisch	3·10
Rokitzan	tschechisch	3·06
Hohenelbe	deutsch	3·06
Kamenitz a. d. L.	tschechisch	3·—
Pisek	tschechisch	2·90
Pardubitz	tschechisch	2·83
Böhmisch-Kamnitz (Exp.)	deutsch	2·80
Taus	tschechisch	2·78
Krumau	deutsch-tschechisch	2·74
Reichenau a. d. Kn.	tschechisch	2·58
Příbram	tschechisch-deutsch	2·57
Neuhaus	tschechisch	2·48
Moldautein	tschechisch	2·39
Prachatitz	deutsch-tschechisch	2·33
Gablonz a. d. N.	deutsch	2·20
Neudek	deutsch	2·15
Landskron	deutsch	2·10
Kaplitz	deutsch	2·06
Starkenbach	tschechisch	1·96
Senftenberg	tschechisch	1·95
Budweis	deutsch-tschechisch	1·85
Semil	tschechisch	1·58
Wittingau	tschechisch	1·28

Die vorgebrachten Ernteablieferungsergebnisse bedürfen keiner Ergänzung; sie zeigen, daß die tschechische Landwirtschaft weit hinter ihrer Verpflichtung in der Getreidelieferung zurückgeblieben ist.

Die k. k. Regierung kann dieses vorgelegte Verzeichnis aber auch nach der Grundeinschätzung und dem Katastralreinertrage der Grundstücke in den einzelnen Bezirken ergänzen. Das Ergebnis würde, was Getreideablieferung anbelangt, für die tschechischen Bezirke vernichtend sein.

Die Not ist in Deutschböhmen, und sogar mehr in den ländlichen Bezirken, eingezogen. Die Verhältnisse erfordern, ohne Rücksicht auf die Mehrheit im Lande, gebieterisch das Einschreiten der Regierung.

Die Gefertigten stellen daher zu Beginn eines neuen Wirtschaftsjahres, wo die Ernte nicht verbraucht ist, an den verantwortlichen Leiter des Ministeriums, an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten, die Anfragen:

„1. Sind der k. k. Regierung die geschilderten Verhältnisse in Böhmen bekannt?

2. Was gedenkt die k. k. Regierung zu tun, um die tschechischen Bezirke zu verhalten, nach der Ertragsfähigkeit der Grundstücke Getreide abzuliefern?

3. Welche Mittel will die k. k. Regierung in Anwendung bringen, um auch Deutschböhmen mit Lebensmitteln soweit zu versorgen, wie es den aufgestellten Grundsätzen bei den staatlich bewirtschafteten Lebensmitteln entspricht?

4. Welche Maßnahmen will die k. k. Regierung anwenden, damit Organe der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt in Prag im Verkehr mit der deutschen Bevölkerung des Landes lediglich jene sachlichen Momente in Anwendung bringen, welche für die Lebensmittelversorgung am Platze sind?“

Die Ausführungen Seiner Exzellenz des Herrn Ministers und Leiters des Ernährungsamtes im Abgeordnetenhause über die Ernährungsverhältnisse und Getreideablieferungen in Böhmen können als eine ausreichende Antwort und Auskunft der Regierung in dieser Angelegenheit nicht betrachtet werden; daher sei die Anfrage hiermit wiederholt.

Von besonderer Gefährlichkeit war für die österreichische Kriegsführung von vornherein das

V.

staatsfeindliche Verhalten der Tschechen im feindlichen Auslande.

Die Bestrebungen, zwischen den Tschechen und den übrigen Slawen des In- und Auslandes Beziehungen zu knüpfen, gehen bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts zurück. Als Begründer der panslawistischen Idee ist der Russe Pogodin anzusehen, der in Rußland im Jahre 1857 das Komitee zur Förderung der außerhalb Rußlands wohnenden Slawen begründete. Der sichtbare Ausdruck des Panslawismus lag in den slawistischen Krongressen, deren erster in Prag im Jahre 1848 abgehalten wurde. Unter den späteren ist der Slawenkongreß in Moskau 1867 und vor allem die letzten großen slawischen Kongresse im Jahre 1908 in Prag und 1910 in Sofia hervorzuheben. Aus den letzten Kongressen gehen die Bestrebungen hervor, alle slawischen Völker in gemeinsame Organisationen (journalistisch, wirtschaftlich, durch Gründung einer gemeinsamen Bank, kulturell, durch Schaffung einer slawischen Ausstellung, durch Ausdehnung der Sokolorganisation) zusammenzufassen.

Kennzeichnend für die Bestrebungen des Panslawismus, für den seit 1908 der harmlose Ausdruck Neoslawismus gefunden wurde, sind die Worte, die **Kramář** beim Prager Kongresse sprach: „Bei einem zukünftigen Kriege, der dieses oder jenes slawische Volk betreffen könnte, sollen alle Slawen nicht nur mit ihren Sympathien, sondern auch tatsächlich nach Möglichkeit auf die slawische Seite treten.“ Er begrüßte auch die aus Galizien erschienenen „Russen“. Kramář und seine Anhänger standen im allerregsten Verkehre mit den Führern des feindlichen Auslandes, die gegenwärtig die Hauptträger der Bestrebungen sind, Österreich zu zerreißen und ein von Rußland geschütztes Tschechenreich zu gründen. Kramář gab in seinem bekannten Hochverratsprozeß (allerdings nur unter gewissen Voraussetzungen, zu denen er die angebliche „Bedrückung“ der Tschechen durch die Wiener Regierung (!) zählte) zu, daß das Echo, das seine panslawistische Arbeit in Rußland fand, eine Gefahr für die Monarchie bedeuten mußte.

Die Frucht dieser Bestrebungen war das Versagen vieler tschechischer Truppenteile an der Front, das Versagen der tschechischen Bevölkerung, zumindest der tschechischen Intelligenz im Hinterlande und das hochverräterische Verhalten der Tschechen im Auslande.

Dort sammelten sich die österreichischen Staatsbürger tschechischer Nationalität direkt unter den Fahnen der Entente, traten teils in die feindlichen Heere ein, teils gründeten sie eigene Legionen, um gegen ihr Vaterland zu kämpfen, teils auch unterstützten sie mit allen Mitteln die passive Haltung der tschechischen Bevölkerung in Böhmen und Mähren, indem sie Aufrufe, geheime Botschaften an sie sandten, wofür sie ihrerseits Spionageberichte erhielten.

Über diese Bestrebungen sagt die Anklageschrift gegen Hajek, Olič und Genossen auf Seite 8 ff. *):

„Selbstverständlich steht die im Auslande von tschechischer Seite betriebene hochverräterische Aktion mit der tschechischen Bewegung im Inlande in engem Zusammenhange. Sie greift auf dieselben Wurzeln zurück, wie diese, verfolgt die gleichen Zwecke, unterscheidet sich jedoch von ihr wesentlich durch die angewandten Mittel. Während der inländischen Bewegung, dank der Umsicht und Energie der Behörden ein offenes Auftreten nicht möglich war und sie sich daher, wie in mehreren Straf-

*) Die entsprechenden Dokumente sind dort angeführt und als Beilagen in den Akten des Prozesses vorhanden.

prozessen festgestellt wurde, zu einer anderen Taktik entschloß, die man kurzweg als passive Resistenz, zum Teil auch als Sabotage charakterisieren kann, konnte die Bewegung im Auslande die heuchlerische Maske abwerfen und offen gegen unseren Staat und die Person unseres Monarchen auftreten. Es läßt sich leider nicht leugnen, daß sie von dieser Möglichkeit den schamlosesten Gebrauch gemacht hat. In den Kundgebungen der hochverräterischen tschechischen Vereinigungen im Auslande und in den Spalten ihrer Zeitungen wird ganz ungescheut die Losreißung der von Tschechen und Slowaken bewohnten Gebietsteile und die Errichtung eines selbständigen Staates, Böhmen, Mähren, Schlesien und die Slowakei umfaßend, gepredigt. Ja, man begnügt sich nicht einmal mit der Verringerung des Länderumfanges der Monarchie um die von Slawen bewohnten Gebietsteile, sondern man fordert die vollständige Vernichtung unseres Vaterlandes. Mit der dem Franzosen eigentümlichen Liebe zur tönenden Phrase hat der Professor an der Sorbonne in Paris, Ernst Denis, einer der eifrigsten Vorkämpfer der tschechischen Unabhängigkeitsbewegung, diesem Gedanken in einem Artikel, betitelt „Die Wiederauferstehung Böhmens“, durch die Worte Ausdruck gegeben:

„In dem aufsteigenden Europa ist für Österreich kein Platz mehr. Totengräber, trägt dieses Aas (charogne) hinweg! Möge auf seinen Ruinen eine Welt des Friedens, der Freiheit und der Brüderlichkeit entstehen. — Platz für die tschechische Nation!“

Könnte man den Berichten der im Ausland erscheinenden tschechischen Zeitschriften vollkommenen Glauben schenken, so müßte man annehmen, daß sich an dieser wohlorganisierten Bewegung alle im Auslande lebenden Tschechen ohne Unterschied angeschlossen hätten. Aber wenn man auch darüber befremdet ist, daß nirgends im Ausland von tschechischer Seite aus gegen dieses hochverräterische Treiben Widerstand geleistet wurde, darf man nicht vergessen, daß die staatstreuen Elemente nicht nur einer zahlenmäßig weitüberwiegenden Mehrheit ihrer staatsfeindlich gesinnten Landsleute gegenüberstanden, sondern daß sie auch ihrer ausgezeichneten Organisation und ihrer finanziellen Hilfsmittel ermangelten. Jedenfalls ist es den Anhängern der hochverräterischen Bewegung gelungen, im feindlichen und im neutralen Ausland den Eindruck zu erwecken, daß das ganze tschechische Volk ohne Ausnahme die „Befreiung vom österreichischen Joche“, wie es in den Kundgebungen mit Vorliebe heißt, ersehne. Dies allein schon brachte eine schwere Schädigung des Ansehens unserer Monarchie mit sich und mußte die Hoffnung unserer Feinde auf einen für sie siegreichen Ausgang des Krieges stets von neuem stärken *). Ja, es dürfte dieser moralische Nachteil vielleicht noch schwerer ins Gewicht fallen als der tatsächliche Schaden, den uns die an Seite Rußlands, Englands und Frankreichs kämpfenden tschechischen Legionen zugefügt haben.

Räumlich erstreckte sich die hochverräterische Bewegung hauptsächlich auf die tschechischen Auslandskolonien in Rußland, Frankreich England, Amerika und der Schweiz. Von geringerer Bedeutung, zum mindesten weniger hervorgetreten, ist die Bewegung in Serbien, Bulgarien, Rumänien und Spanien.

Im Allgemeinen sind

zwei verschiedene Richtungen in der ganzen Bewegung

wahrzunehmen. So einig man sich nämlich über das nächstliegende Ziel, die Zertrümmerung Österreichs und die Errichtung eines selbständigen tschecho-slowakischen Staatswesens war, so schwer konnte man zu einer Übereinstimmung der Ansichten über die Gestaltung dieses Zukunftsstaates gelangen. Während die eine Partei, die man kurz als die zaristische bezeichnen kann, kein Bedenken trug, aus dem zukünftigen Böhmen eine Art Vasallenstaat Rußlands mit einem russischen Großfürsten an der Spitze zu machen, wollte die andere republikanische, nicht eine bloß nominelle, sondern eine volle Unabhängigkeit, auch gegenüber Rußland, erreichen, insbesonders den Staat dem reaktionären Einflusse der offiziellen russischen Kreise entziehen; das Ideal dieser Richtung war daher die Schaffung einer tschecho-slowakischen Republik. Eng an diese republikanische Richtung schließt sich die sogenannte anglikanische Gruppe an, die kaum als selbständige Partei gezählt werden kann. Denn ihr Ideal, ein streng konstitutionelles Königtum nach englischen Begriffen mit einem englischen Prinzen als König an der Spitze, war schließlich nicht viel anderes, als eine Republik mit erblicher Präsidentschaft. Wenn es auch zeitweise zu heftigen Kämpfen zwischen beiden Richtungen gekommen ist, bei denen auch persönliche Eifersüchteleien der Führer eine Rolle spielten, so darf man doch die Bedeutung dieses Gegensatzes nicht überschätzen. In einem Punkte waren beide Parteien einig, in dem Streben nach Zertrümmerung unserer Monarchie. Zur Erreichung dieses Zieles arbeiteten sie sich gegenseitig in die Hände, und die hin und wieder auftretenden Streitigkeiten wurden, da sie ja noch nicht aktuell waren, stets ausgeglichen.

Der zaristischen Richtung gehörten aus leicht erklärlichen Gründen die in Rußland lebenden Tschechen an, während in England, Amerika und der Schweiz die republikanische, beziehungsweise angli-

*) Vergleiche die Vorgänge im österreichischen Abgeordnetenhause Juni-Juli 1917!

kanische Richtung maßgebend war. In Frankreich waren beide Parteien vertreten. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die republikanische Partei im Laufe der Zeit immer mehr an Bedeutung gewann".

Besonders rührig zeigte sich die hochverräterische tschechische Bewegung

V a.

in Frankreich.

Die Verhältnisse lagen hier aber auch besonders günstig. Hierüber sagt dieselbe Anklageschrift:

„Der Boden war in Frankreich seit langem vorbereitet. Seit einer Reihe von Jahren hatten tschechische Politiker unaufhörlich und eindringlichst um die französische Freundschaft geworben, wobei sie anfänglich auf der anderen Seite allerdings nur geringes Verständnis und Entgegenkommen fanden. Wohl hatten sich einzelne französische Gelehrte und Publizisten, zum Teil schon in den Sechzigerjahren, bemüht, ihre Landsleute über die ganz fremden Verhältnisse Böhmens aufzuklären, sie fanden aber beim großen Publikum, so gut wie gar kein Interesse. Erst als das russisch-französische Bündnis abgeschlossen worden war, als sich die politischen Verhältnisse Europas immer mehr zuspitzten, und als die letzte Aussicht unserer Gegner, Österreich von Deutschlands Seite zu trennen, schwand, erkannte man in Frankreich den politischen Vorteil, welchen die tschechische Freundschaft bringen konnte und kam nunmehr dem tschechischen Liebeswerben verständnisvoll entgegen. Auf französischer Seite waren insbesondere der Professor an der Sorbonne in Paris, Ernst Denis und André Cheradame, beide verbissene Feinde Österreichs, im Dienste der

tschechisch-französischen Annäherung

eifrig und unermüdlich tätig. Durch wechselseitige Besuche der Pariser und Prager Stadtvertretungen, durch Veranstaltungen von Sokolfesten in Frankreich wurden diese Beziehungen ständig gepflegt, und die Reden, die bei solchen, die Begeisterung leicht entfachenden Anlässen gehalten wurden, brachten klar zum Ausdruck, daß Böhmen nicht an der Seite der Zentralmächte, sondern in der Freundschaft mit Frankreich und Rußland sein Heil erblicke. So heißt es in einer Besprechung der Auflösung des Sokolverbandes in der „Nation tchèque" vom 15. Dezember 1915:

„Die Auflösung aller Sokolverbände wird lebhaft bedauert, nicht nur in Böhmen, sondern auch in Frankreich, wo ihre zahlreichen Besuche seit 1889 (Paris) und 1892 (Nancy) die besten Erinnerungen zurückgelassen haben. Diese Besuche, ebenso wie der triumphale Empfang, der unseren Gymnasten zuteil wurde, und den Delegierten des Pariser Stadtrates bei den Prager Festen in den Jahren 1907 und 1912 war etwas anderes als gewöhnliche konventionelle Höflichkeiten einer Gymnastengesellschaft an eine andere."

Und der französische Deputierte Galli sagte in einer Rede am 2. Mai 1915 über den Empfang der Pariser Stadträte in Prag:

„Ich sah, welche begeisterte Kundgebungen der bloße Name Frankreich bei dieser Bevölkerung entfachte, welche immer eine tiefe Zuneigung zu unserem Lande besaß und welche der Unterdrücker ihren hartnäckigen Patriotismus teuer bezahlen läßt."

Demgemäß nahm auch in den Beratungen des tschechischen Nationalrates in Prag, wie das Ergebnis der vorgenommenen Hausdurchsuchung dargetan hat, die Pflege der Beziehungen zu Frankreich einen breiten Raum ein. In französischen Schriften wiederum wurde Böhmen als das unter österreichischem Joch schmachtende Land betrauert und verschiedentlich mit Elsaß-Lothringen in eine Parallele gebracht. Es darf daher nicht Wunder nehmen, daß, wie in der ersten Nummer der tschechischen in Paris erscheinenden hochverräterischen Zeitung „Indépendance tchèque" vom 15. Jänner 1915 berichtet wird, schon zwei Jahre vor Kriegsausbruch von den Pariser Tschechen die Gründung eines irredentistischen Komitees versucht wurde.

Im Sommer 1914 waren die bedeutendsten tschechischen Vereine in Frankreich

der „Sokol von Paris"

und die Sozialistengruppe „Rovnost" (Gleichheit). Beide begannen sofort am Tage der Kriegserklärung an Serbien die österreichfeindliche Propaganda mit einer

Straßendemonstration vor dem Gebäude der österreichischen Botschaft

in Paris. Man kann sich vorstellen, welchen Eindruck diese Kundgebung am Vorabende des Kriegsausbruches mit Österreich und Deutschland in Paris machen und wie sie die kriegerischen Absichten der französischen Regierung stärken mußte. Am 29. Juli beriefen die beiden tschechischen Vereine eine Vollversammlung der tschechischen Kolonie ein, bei welcher vier Delegierte gewählt wurden, die sich mit den französischen Behörden darüber ins Einvernehmen zu setzen hatten, in welcher Weise die Pariser Tschechen sich Frankreich im Kriege nützlich erweisen könnten. Tatsächlich wurde am 1. August 1914, an demselben Tag, an dem in unserer Monarchie alle staatstreuen Bürger freudig zu den Waffen eilten, um das Vaterland gegen den Überfall seitens unserer Feinde zu verteidigen, von den Pariser Tschechen die

Bildung einer tschechischen Legion

beschlossen, die an Frankreichs Seite gegen die österreichische Sache kämpfen sollte und der — wie sich die erwähnte hochverräterische Zeitung aus-

drückt — schon fünf Tage später die „Ehre“ zuteil wurde, in die Bataillone der Republik eingereiht zu werden. Die erste tschechische Freiwilligenkompagnie, die am 2. August 1914 ins Feld abging, war 500 Mann stark; im ganzen erreichte die tschechische Legion in Frankreich nach tschechischen Berichten bald nach Kriegsbeginn die Stärke von ungefähr 1000 Mann.

Noch im August 1914 schritt man zur Gründung des

„Comité de la Colonie tchèque et des Volontaires tchèques“,

dessen Präsident ein gewisser Josef Čapek war und das nicht nur die Organisation der tschechischen Legion übernahm, sondern auch als tschechisches Konsulat gedacht war. Dieses Komitee wurde von den französischen Behörden tatsächlich offiziell anerkannt. Im Oktober 1914 wurde durch mehrere Erlässe der französischen Ministerien den Tschechen die gleiche Behandlung wie den Angehörigen der befreundeten Nationen zugesichert und ihr Privateigentum von der Sequestration ausgenommen. Damit hatte die tschechische Kolonie in Paris ihr Schicksal auch äußerlich von dem Österreichs gelöst und gleichzeitig ein außerordentlich wirksames Propagandamittel erlangt, da diese materiellen Begünstigungen für die schwankenden Elemente einen mächtigen weiteren Anreiz zur Beteiligung an der hochverräterischen Bewegung bilden mußten.

Etwas später entstand in Paris auch eine Organisation, welche die Oberleitung der tschechischen Abfallsbewegung in allen feindlichen und neutralen Staaten bildete, der „Conseil National des Colonies tchèque-slovaques“ (tschechisch: Narodni rada obci česko-slovanských, zu deutsch:

Nationalrat der tschechisch-slowakischen Gemeinden).

Sein Präsident wurde ein gewisser Koniček-Horský, der auf seiner Agitationsreise Ende des Jahres 1914 aus Rußland nach Paris gekommen war. Der Zweck dieses Nationalrates war nach einer Mitteilung in der „L'Indépendance tchèque“, die „Tätigkeit aller tschechischen Kolonien in ihren Bemühungen zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit der tschechischen Nation und zur Verteidigung ihrer Interessen zu zentralisieren“. Als seine Aufgabe wurde auch das Einvernehmen mit dem tschechischen Nationalrat in Prag, den er auch zu vertreten hatte, bezeichnet, was auf eine zwischen beiden Korporationen auch während des Krieges bestandene Verbindung schließen läßt. In Ausführung dieses Programms veranstaltete der Pariser Nationalrat in den Tagen vom 28. Jänner bis 5. Februar 1915 einen

Kongreß,

der von tschechischen Vertretern aller feindlichen und neutralen Länder beschickt war und bei welchem Paris neuerdings als Sitz des Zentralausschusses der hochverräterischen Bewegung bestimmt wurde. Zur Erzielung einer größeren Einheitlichkeit der Organisation wurden vier Kreise gebildet, von denen der eine in Amerika, der zweite England mit den skandinavischen Ländern und Holland, der dritte Frankreich, Belgien, die Schweiz und die übrigen lateinischen Länder, der vierte Rußland mit den Balkanländern und Asien umfaßte. Als Frucht des Kongresses erschien das

Manifest vom 16. Februar 1915,

das unter den sehr zahlreichen Kundgebungen, um welche die Tschechenbewegung die Weltliteratur bereichert hat, so ziemlich die unverschämteste sein dürfte. „In diesem Schriftstück erklärt der tschechische Nationalrat in Paris, angeblich im Namen von zwei Millionen tschechischer Auswanderer, unseren Kaiser für unwürdig, den Titel eines böhmischen Königs weiter zu führen. Nach weiteren Beschimpfungen der Person unseres Monarchen werden alle tschechischen Soldaten und Staatsbeamte des Treueides gegenüber dem Kaiser entbunden. An das tschechische Volk in Böhmen wird der Appell gerichtet, ruhig zu bleiben und in der passiven Resistenz zu verharren; der Zar habe der tschechischen Nation die vollkommene Unabhängigkeit und Selbständigkeit versprochen und in dem Augenblick, in dem die siegreiche russische Armee den böhmischen Boden betreten werde, würden alle Amtshandlungen im Namen der tschechischen Regierung stattfinden. Den Schluß bildet ein Hoch auf den Zar-Befreier, den Großfürsten Nikolaus, das tapfere russische Heer, die ganze edelmütige russische Nation und ihre Verbündeten.“ Dieses Pamphlet stammt aus der Feder Masaryks. (Ausführlich wiedergegeben S. 139 und 140.)

„Ein jedenfalls wirksameres Propagandamittel als dieses Machwerk war die Versorgung der französischen Presse mit entsprechend gefärbten Nachrichten über die Verhältnisse in Österreich und über die Ansprüche des tschechischen Volkes. Zu diesem Zwecke wurde in Paris unter der Leitung eines gewissen Erkal

ein tschechisches Pressebureau

gegründet, dem diese Information der französischen Presse oblag. Auch selbständige hochverräterische Zeitungen wurden ins Leben gerufen. Bald nach Kriegsbeginn entstanden zwei solche, der „Český Národ“ und der „Nazdar“, denen jedoch keine lange Lebensdauer beschieden war. Der „Nazdar“ wurde schon am 1. Jänner 1915 durch das offizielle Organ des tschechischen Nationalrates, die bereits genannte

„Indépendance tchèque“

abgelöst, deren Redaktion der frühere Mitarbeiter der „Národni Listy“ Wilhelm Erkal übernahm. War dieses Blatt, über dessen verräterische Richtung jede Zeile unzweideutigen Aufschluß gibt, in erster Linie für die tschechischen Kreise in Frankreich bestimmt, so war die von Professor Denis seit 1. Mai 1915 herausgegebene Zeitung

„La Nation tchèque“

das Organ, das hauptsächlich die gebildeten Schichten des französischen Volkes und die Diplomaten aller neutralen und mit Österreich im Kriege befindlichen Staaten mit den tschechischen Unabhängigkeitsbestrebungen vertraut machen sollte.

„Unser Programm“ heißt es in der ersten Nummer, „ist einfach und erschöpft sich in den Worten: Die Unabhängigkeit Böhmens.“

Die Persönlichkeit Denis, der schon vor dem Kriege mehrere Werke über Böhmen verfaßt hatte und dem wegen seiner Verdienste um die tschechisch-französische Freundschaft von der tschechischen Universität in Prag das Ehrendoktorat verliehen worden war, genoß sowohl im tschechischen als auch im französischen Lager hohes Ansehen. Wenn selbstverständlich auch diese Zeitschrift in jeder Zeile glühenden Haß gegen Österreich atmet, so war sie doch im allgemeinen bemüht, sich den Anschein der Sachlichkeit und Wissenschaftlichkeit zu geben. Sie verfügte über ziemlich genaue Berichte aus Böhmen, die, entsprechend übertrieben und entstellt, infolge ihres wahren Kernes nicht verfehlen konnten, Eindruck auf den nicht vollständig informierten Leser zu machen. Einige Artikel werden später wörtlich angeführt werden.

Zu erwähnen ist, daß das Zusammenwirken der tschechischen Verräter in Paris kein sehr harmonisches gewesen zu sein scheint. In den tschechischen Blättern finden sich teils Andeutungen, teils Klagen über die fortdauernden Streitigkeiten im „Comité de la Colonie“ und in der „Národni rada“. Diese Streitigkeiten hatten aber nicht nur in persönlichen Eifersüchteleien ihren Grund, wie man beschwichtigend anführte, sondern wohl hauptsächlich darin, daß in Frankreich die beiden Richtungen der hochverräterischen tschechischen Bewegung, die zaristische und die republikanische, hart aufeinander stießen. Während der „Sokol von Paris“ zum überwiegenden Teil russophil gesinnt war, stand die andere Gruppe, die Sozialistenvereinigung „Rovnost“, strenge im republikanischen Lager. Dieser Gegensatz dürfte sich noch verschärft haben, als Horský die Leitung der „Národni rada“ übernahm und sie selbstverständlich in zaristischem Sinne führte. Diese Krise führte zu einer gänzlichen Umgestaltung der „Národni rada“ im Sommer 1915, über die noch gesprochen werden wird, und endlich im Oktober 1915 zur Fusionierung mit dem „Comité de la Colonie“.

Im folgenden seien nun einige Dokumente wörtlich wiedergegeben, zunächst aus der Zeitschrift der in Frankreich weilenden Tschechen.

„La Nation tchèque“,

von deren ersten Nummer bekanntlich in der linken Hosentasche des Dr. Kramář bei seiner Verhaftung ein Exemplar vorgefunden wurde, über dessen Herkunft Dr. Kramář nur etwa sagte: „Wir haben schon unsere Wege.“ Bezeichnend ist es, daß die österreichischen Amtsstellen in Prag erst acht Tage später durch Vermittlung unserer Schweizer Gesandschaft in den Besitz eines weiteren Stückes dieser hochverräterischen Zeitschrift gelangten. Die Urteilsbegründung gegen Dr. Kramář und Genossen sagt über diese Zeitschrift*) u. a:

„Denis Ernst, Professor der Sorbonne in Paris, Freund Dr. Kramář, von diesem verehrt, [O. Nr. 9,**) Seite 5], der erste böhmische Geschichtsschreiber für die Zeit nach 1620, Mitglied der tschechischen Akademie der Wissenschaften und Ehrendoktor der Prager tschechischen Universität, läßt sich in der bei Dr. Kramář beschlagnahmten Nummer 1 von „La Nation tchèque“ folgendermaßen vernehmen — wobei schon die Eingangsworte von besonderer Bedeutung sind, aber auch der mit allem Nachdruck zu betonende Umstand, daß gerade in den ersten Nummern von „La Nation tchèque“ eine Reihe von Lieblingsthemen von Dr. Kramář und in solchen Redewendungen behandelt werden, welche nicht nur eine auffallende Ideenkongruenz, sondern eine solche Annäherung der Schreibweise, kurz einen solchen Parallelismus aufweisen, daß die Schlußfolgerung auf einen näheren Zusammenhang zwischen Dr. Kramář und dieser Zeitung, als der Besitz der Nummer 1 bei Dr. Kramář allein bedeuten würde, unabweislich wird, um so mehr, wenn auf die Schreibweise der „Národni Listy“ und „Národni Rada Česká“ verwiesen wird.

Denis schreibt — und er könnte ohne jede Störung des Zusammenhanges in der Gedanken- und Gefühlsrichtung damit sein“ (bekannt österreichfeindliches) „Geschichtswerk über Böhmen nach dem Weißen Berge“ fortsetzen) —:

„Unser Programm“.

„Einige tschechische Schriftsteller und Politiker waren der Ansicht, daß es von sehr großem Nutzen wäre, eine Halbmonatsschrift ins Leben zu rufen, deren Hauptaufgabe in der Schilderung der wahren

*) Urteilsbegründung S. 57 ff

**) Diese und die hier folgenden O. Nr. beziehen sich auf die Aktenbeilagen zum Material des Kramář-Prozesses.

Lage des zeitgenössischen Österreichs und gleichzeitig in der Darlegung der Aspirationen und Wünsche der Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie, in erster Linie jener der Tschechen und Slowaken, gelegen wäre. Sie haben ihr Vorhaben einer gewissen Anzahl russischer, englischer und französischer Journalisten dargelegt, die von der Wichtigkeit ihrer Motive überrascht, das Interessante dieser Absicht erkannt haben. Sie haben mich mit dem Vorschlage, ihnen bei diesem Werke behilflich zu sein, geehrt und mich ersucht, ihr Programm darzulegen.

Dieses Programm ist einfach und läßt sich in folgende Worte fassen:

Unabhängigkeit Böhmens.

Ich habe die Rolle ihres Sprachrohrs übernommen, weil ich die Überzeugung habe, der Sache Frankreichs auf diese Weise zu dienen.

Die Unabhängigkeit Böhmens ist für uns von außerordentlicher Wichtigkeit. Sie ist eine der Bedingungen, für unsere Sicherheit und ein Pfand für unseren Einfluß.

Gleichzeitig mit uns ist die Unabhängigkeit Böhmens auch eine europäische Notwendigkeit, da Europa entschlossen ist, ein für allemal imperialistischen Organisationsversuchen ein Ende zu machen, unter welcher Form auch immer sich diese zeigen oder auch vermummen mögen.

Die Unabhängigkeit Böhmens wird durch unser Nationalprogramm verlangt, das ein Ausfluß der Deklaration der Menschenrechte ist und für jedes Volk das Recht auf Leben, auf volles Gesamtleben beansprucht, unabhängig von der Bevölkerungszahl.

Franz I., Heinrich IV. und Richelieu haben die Habsburger niedergehalten, indem sie gegen die letzteren die kleineren Nationen, welche jene verschlingen wollten, unterstützt haben. Die Südslawen und Tschechen werden uns auch helfen können, den Hohenzollern und magyarischen Junkern, welche Schleppträger Wilhelm II. geworden sind, einen Maulkorb aufzusetzen.

Wenn auch niemand, wie ich hoffe, sich auch die mindeste Illusion bezüglich der (folgen Majestätsbeleidigungen) sich machen dürfte, so liegt doch die Vermutung nahe, da sein Thron durch die Schliche Preußens und durch das alldeutsche Programm sichtbar erschüttert ist, daß er nicht ewig die Augen von feststehenden Tatsachen verschließen wird. Lange Zeit hindurch hat man bei uns geglaubt, daß er sich von Berlin emanzipieren und den Forderungen seiner slawischen Untertanen Rechnung tragen werde. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes, wenn es loyal angewendet wäre, hätte dem Reichsrat eine erdrückende föderalistische Majorität und für immer die ewige Drohung, die der Dreibund für den Weltfrieden bedeutet hatte, aus der Welt schaffen können. Götter nehmen den Monarchen, deren Untergang sie beschlossen hatten, das Augenlicht. (Folgen Majestätsbeleidigungen.) Von diesem Augenblick an hat die Habsburger Dynastie aufgehört zu regieren. Und tatsächlich, Österreich existiert nicht mehr. Wilhelm II. entwirft die Befehle, welche sein Vasall willig annimmt; er verabschiedet die Kanzler und die Minister und wählt an ihrer statt neue; sein Generalstab setzt die österreichischen Generale ab und Hindenburg diktiert ihnen ihre Operationspläne. Die deutschen Zeitungen geben sich nicht einmal mehr die Mühe, die unsagbare Verachtung zu verbergen, die ihnen ihr bejammernswerter Verbündeter einflößt.

Die letzten Monate haben der staunenden Welt die Zersetzung dieser österreichisch-ungarischen Monarchie offenbart, welche vor dem Kriege das Ansehen einer Großmacht hatte. Die Kriegsgefangenen, welche von den Russen und Serben in Hunderten und Tausenden aufgelesen werden, bezeugen die Indifferenz und den Widerwillen der Soldaten gegen die Dynastie, welche sie einer Sache zu dienen verurteilt, die sie verabscheuen. Diese Länder, die eine der Brotkrumen der Welt sind, wurden durch die Sorglosigkeit einer kurzsichtigen Verwaltung in den Hunger getrieben. Der Kredit ist hin und die Münze entwertet. Überall keimt die Unzufriedenheit, man hört die Revolte ihre Stimme erheben. Es würde das Herannahen eines fremden Regiments genügen, um der Revolution in Brünn, Prag, Agram, Laibach und Triest zum Triumphe zu verhelfen. Seit August hatten Frankreich, England, Rußland und Deutschland ihre Parlamente einberufen, um an die Öffentlichkeit zu appellieren (folgt Majestätsbeleidigung). Selbst die Deutschösterreicher und die Magyaren haben im Abgrunde, aus dem heraus sie sich wehren, bloß Worte (folgt Majestätsbeleidigung). Der Zorn ist derart allgemein, daß er selbst in der offiziösen Presse sich kundgibt, und die Zensur wagt es noch, die Artikel zu unterdrücken, die übrigens anderswo als Aufruf zur Empörung verurteilt worden wären.

Wollen wir den Versuch machen, diesen Leichnam zu beleben? Wer ist der halsstarrige Diplomat oder sentimentale Doktrinär (folgen Majestätsbeleidigungen).

Alle Versuche der Vertuschung wären vergeblich, denn die seit langem betrogenen Völker wissen (folgen Majestätsbeleidigungen).

An der schönen blauen Donau ist ein Erbe offen. Es hat endgültig fallit gemacht, dieses größte Unternehmen von Fälschungen, das die Geschichte kennt.

Platz den Völkern, die im Entstehen begriffen sind, im Süden für Serbien und die Südslawen;

im Norden für Böhmen und Mähren, vereinigt mit der Slowakei.*)

Gegen Deutschland werden Böhmen und die Südslawen unsere natürlichen Verbündeten sein.

Gleich Serbien wird auch Böhmen die Reihe der Sekundärstaaten mehren, wie Holland, die skandinavischen Staaten, Rumänien usw., als die Beschützer der öffentlichen Ruhe und Verteidiger des europäischen Gleichgewichtes bezeichnet werden.

Der Genius Frankreichs ist der Genius der Mäßigung und der Vernunft.

In der irdischen Werkstätte war Böhmen, so lange es über seine Geschicke frei zu verfügen hatte, ein guter und treuer Arbeiter. Louis Blanc hatte auf der ersten Seite seiner Geschichte der französischen Revolution den Namen des Johann Hus, der als erster die mittelalterliche Theokratie untergraben hatte. George Sand verherrlichte diese Taboriten, „die Krieger Gottes“, deren Marseillaise die kaiserlichen Horden zerstreute. Comenius hatte aus der stillen Zurückgezogenheit, wo ihn die Dragoner Ferdinands II. verfolgten, als Vorläufer des August Comte und Tolstois die Versöhnung der Völker durch Wissenschaft, Duldsamkeit und Liebe verkündet.

Unsere Revolution im Jahre 1848 hatte nirgends einen so starken Widerhall, einen so spontanen und tiefen wie in Prag.

Rieger, der große tschechische Redner, hat am 8. Dezember 1870 in Gemeinschaft mit seinen Freunden, den slawischen Landtagsabgeordneten, dem österreichischen Kanzler ein Memorandum überreicht, in dem sie von vornherein gegen die Annexion von Elsaß durch Deutschland protestierten:

„Das tschechische Volk ist ein kleines Volk aber seine Seele und sein Mut sind nicht klein. Es würde erröten, wenn es durch sein Schweigen den Glauben aufkommen ließe, daß es die Ungerechtigkeit gutheiße oder daß es nicht wage, gegen sie zu protestieren.“

Die Unabhängigkeit Böhmens wird auf obige Weise für unsere natürlichen Interessen und unsere Sicherheit zu einer Notwendigkeit.

Das unabhängige Böhmen wird die tückischen Ränküne der Deutschen und der Magyaren überwachen und ihre aggressiven Absichten in Schach halten.

Es wird der natürliche Vermittler sein zwischen Westeuropa und den orthodoxen Slawen.

Seine Wiederherstellung wird den neuen Sieg unserer Prinzipien bedeuten und das Ausstrahlen unserer Ideen erweitern.,

*) Man glaubt, Herrn Dr. Stránský oder den Geheimen Rat Seiner Majestät, Herrn Minister a. D. Prašek, reden zu hören.

Sie wird den Triumph des Programms, das unsere Verbündeten auf ihre Fahnen geschrieben hatten, symbolisieren: Die Vernichtung des deutschen Imperialismus, das Gleichgewicht, Anerkennung des Nationalitätenprinzips, gleiches Recht aller Völker auf Existenz. (O. Nr. 51.)

So läßt sich der Geschichtsschreiber und Ehrendoktor der tschechischen Universität Prag, Denis, über die Monarchie aus!“ . . . .*) „Auf militärischem Gebiete betätigte sich die feindliche Presse hervorragend an der Herabsetzung unserer gesamten militärischen Einrichtungen und

offenkundiger Spionage,

wie auch gerade jene Nummer 1 von „La Nation tchèque“ beweist, die bei Dr. Kramář beschlagnahmt wurde.

Unter der Rubrik „Nachrichten von der Armee“ wird der Fall Przemyśls in äußerst gehässiger Weise behandelt. Der Inhalt einer Reihe weiterer Nachrichten kann schon aus den Überschriften hinreichend beurteilt werden, wie: „Nach Przemyśl ist die Reihe an Budapest“ — „Befestigungsanlagen zwischen Wien und Budapest“ — „Die Verteidigung Wiens wird vervollständigt“ — „Man beginnt Krakau zu räumen“ — „In Tirol“ — „Der Geist in der österreichischen Armee“ — „Die österreichisch-deutschen Verluste nach offiziellen Berichten“ — „Triest“.

Besonders bezeichnend ist, daß gerade in der bei Dr. Kramář gefundenen Nummer von „La Nation Tchèque“ auch solche militärische Nachrichten enthalten sind, die“ (der wegen Spionage im gleichen Prozeß verurteilte) „Zamazal sammelte und an die „Národní Listy“ weitergab.

Unter „Letzte Nachrichten“ wird folgendes berichtet:

„Das gesamte Interesse richtet sich auf die militärischen Operationen in den Karpathen. Die Zahl der täglich in den Hauptstädten einlangenden Verwundeten hat in letzter Zeit erheblich zugenommen.

In den letzten drei Wochen sandten die Deutschen, stets getreu ihrem Versprechen, ihre Verbündeten und Diener, die Magyaren, zu schützen, über Wien mehr als 300.000 Männer von der Westfront nach den Karpathen.

In Ungarn hat man mit möglichster Beschleunigung alle Maßnahmen für die Verteidigung des Landes in Angriff genommen. Die Eisenbahnen dienen fast ausschließlich den militärischen Operationen; auf den meisten Linien ist sowohl der Handelsverkehr, wie die Beförderung von Reisenden

*) Urteilsbegr. gegen Dr. Kramář, S. 71 ff.

eingeschränkt, stellenweise gänzlich eingestellt. In aller Eile legt man neue Kommunikationen an, Straßen und Eisenbahnen, und befestigt mehrere Städte, welche die Vorrückung der Russen aufhalten könnten.

Der Mangel an Metallen macht sich derart fühlbar, daß die Regierung die Absicht hegt, in den Destillationsanstalten die Requisitionen durchzuführen." (O. Nr. 51.)

Mit den gleichen Themen auf militärischem Gebiet befassen sich auch andere Nummern derselben Zeitung. So werden die Vorkommnisse in einigen tschechischen Regimentern unter ausführlicher Wiedergabe der betreffenden amtlichen Erlässe mitgeteilt und fortlaufend Vorkommnisse im Innern der Monarchie und an der Front registriert.

Nummer 2 von „La Nation tchèque" berichtet (O. Nr. 207):

„Nachrichten von der Armee."

Die neuaufgestellten Marschbataillone wurden gegen Ende April schleunigst an die galizische Front und in die Karpathen dirigiert. Andere Bataillone, die ursprünglich nicht vor dem 15. Juni an die Front gelangen sollten, gehen am 15. Mai ab. Man kann sich leicht den militärischen Wert vorstellen, den man Regimentern zumessen darf, die aus Soldaten von fünfwöchentlicher Ausbildung bestehen. Ein Offizier der an den letzten Karpathenkämpfen teilgenommen hat, schreibt uns:

„Es werden Leute an die Front geschickt, die sich bei der ersten Gelegenheit ergeben, vorwiegend Tschechen, betont wird der Offiziersmangel sowie der Mangel an Organisation und angeführt, daß die Tschechen nicht aufhören, ihren Haß gegen Österreich kundzutun und zu beweisen. Das 11. Landwehrregiment, das 8., 28., 36., 88. und 91. Infanterieregiment wurden wegen Desertion zum Feind und Meuterei bestraft."

Weiters berichtet der Briefschreiber über Munitions- und Waffenmangel, daß die Feldkanonen recht abgenutzt und in unzulänglicher Zahl vorhanden sind, daß Kupfermangel bestehe, daß beträchtliche Truppentransporte nach den verschiedenen Teilen der Monarchie gehen, daß ein Soldatenkontingent entsandt wurde, die Rumänen einzuschüchtern, daß die Stellungen in den Karpathen erheblich verstärkt wurden, daß neuausgebildete Leute eingestellt werden, alle sechs Wochen 150.000. Die Berliner Regierung sandte gegen den 20. April fünf Unterseeboote nach Pola in zerlegtem Zustand per Bahn." (O. Nr. 207.)

Die Art dieser Berichte weist gerade auf solche Nachrichten, wie Zamazal sie sammelte und weitergab.

Weiters unten:

„Österreichs letzte Kraftanstrengung."

Die österreichische Regierung entschloß sich zum letzten Mittel, das ihr zur Verteidigung des Reiches noch blieb, Zuflucht zu nehmen. Sie schritt zur Massenaushebung, indem sie sämtliche Männer von 18 bis 50 Jahren einberief. (O. Nr. 207.)

Unter dem Titel „Denkwürdigkeiten und Dokumente" findet sich in O. Nr. 48, Nummer 3, von „La Nation tchèque":

Wir erhalten von unserem Korrespondenten in Lemberg den Text des Tagesbefehls der österreichischen Karpathenarmee, welcher den tschechischen Soldaten anläßlich eines Vorfalles verlesen wurde, dessen wir in der letzten Nummer Erwähnung getan haben:

„Tagesfehl der österreichischen Karpethenarmee vom 28. April 1915." (Betrifft das 28. Infanterieregiment, der Befehl wird im vollen Wortlaut abgedruckt. Vgl. S. 221.)

Die gleiche Nummer bringt folgendes:

„Neuigkeiten von der Armee."

Zu Beginn des April ist das 11. Infanterieregiment (tschechisches Regiment aus Pisek vollständig, mit Ausnahme von zwei Kompagnien, in den Karpathen zu den Russen übergegangen. Von den Österreichern verfolgt, haben die Soldaten wacker gekämpft, um sich von dem österreichisch-ungarischen Joche zu befreien. Diejenigen, welche im Verlaufe des Kampfes gefangen genommen wurden, wurden von den Soldaten Franz Josefs sofort aufgehängt.

In einem Tagesbefehl erklärt Erzherzog Friedrich, nicht genug strenge Worte zu finden, um einen solchen Verrat zu brandmarken und eine solche Felonie gegen die österreichisch-ungarischen Fahnen zu stigmatisieren.

Er hat die Ablösung aller tschechischen Garnisonen in Böhmen und Mähren und ihren Ersatz durch Deutsche angeordnet. Die tschechischen Soldaten wurden einem Regimente äußerster Strenge unterworfen; in den Kasernen werden sie durch geheime Agenten überwacht, welche das geringste Zeichen von Unzufriedenheit melden müssen.

Die Garnison von Kuttenberg hat bei ihrem Abmarsch im April lebhaft gegen die österreichische Barbarei manifestiert und die deutschen Offiziere bedroht.

Die Österreicher haben an die italienische Grenze Mörser eines neuen Modells geschickt. Sie waren ursprünglich für die Türkei bestimmt, aber Transportschwierigkeiten und die drohende Gefahr an der Grenze Italiens haben Österreich gezwungen, sie für den eigenen Dienst zu verwenden. Die Versuche mit ihnen sollen den Generalstab vollständig

befriedigt haben, so daß neue bestellt wurden, welche aber nicht vor sechs Monaten geliefert werden können. Die Fabrikation von Waffen und Munition ist infolge Mangels englischen Stahls verhindert.

Man kann das Resultat der neuen österreichischen Aushebungen folgendermaßen schätzen: 1,300.000 Männer von 43 bis 50 Jahren werden sich vor den Musterungskommissionen stellen; man hofft davon höchstens 20 Prozent einzureihen, das ist 260.000 Mann. Dann werden sich stellen ungefähr 380.000 junge Leute von 18 Jahren und schätzt man, daß hiervon 30 Prozent zum Kriegsdienst tauglich sein werden, das ist 120.000 bis 130.000 Mann. Das gibt im ganzen für die österreichisch-ungarische Armee eine Vermehrung von 400.000 Mann, nicht einmal ausreichend, um die Lücken zu füllen.

Deutschland fährt fort an die österreichische Grenze nicht nur Soldaten zu schicken, sondern alle Arten von Kriegsmaterial, Waffen, Transportmittel, um seinen Verbündeten und dadurch auch sich zu retten.

„O, du mein Österreich!" Dieser Refrain klingt ironisch, wenn man in den Zeitungen die Affäre des Sieges von Komarów liest.

Der österreichischen Zensur ist es gelungen einen Teil der Informationen aufzuhalten. Wir werden sie ergänzen.

Die Akte der österreichischen Administrative sind nichts als eine lange Reihe von Skandalen, aber mehr oder weniger geschickt verdeckter Skandale. Wien will nichts sehen, es macht es wie der Vogel Strauß." (O. Nr. 48.)

Der ausdrückliche Hinweis auf die Umgehung der Zensur ist bezeichnend genug für das Bestreben und die Möglichkeit, diese zu umgehen, wie überdies der ganze Inhalt der Nachricht beweist, daß die Information genau und mit Erkundung von Umständen verbunden ist, die im Auslande nur wenigen zugänglich waren.

Nr. 4 derselben Zeitung (O. Nr. 196) bringt unter „Die tschechischen Soldaten" die folgende Nachricht:

„Seit einiger Zeit wurde in Böhmen durch die Militärverwaltung ein Schreckensregime eingeführt. Dieselbe sucht durch die allerschärfsten Strafen den sich in der Armee vermehrenden Subordinationsverletzungen wirksam entgegenzutreten. Fast täglich verkünden die offiziellen Kommuniqués die Hinrichtung oder Einkerkerung von tschechischen Soldaten, welche durch ihre Haltung, ihre Worte oder Schriften ihrer Abneigung gegen Kaiser und gegen Österreich Ausdruck verliehen. Doch die härtesten Strafen vermögen die tapferen tschechischen Soldaten nicht einzuschüchtern und deren Haltung lähmt immer mehr die österreichische Armee.

Die tschechischen Regimenter von Pilsen, das 7. Landwehr- und das 35. Linienregiment wurden wegen Gehorsamverweigerung vor dem Feinde das eine nach Rumburg (deutsche Stadt), das andere nach Szekesfehervar (Ungarn) verlegt." (O. Nr. 196.)

Aus allen derlei Mitteilungen geht auch zur Genüge hervor, daß nicht eine Person diese fortlaufenden Nachrichten aus verschiedenen Gegenden über die verschiedensten Angelegenheiten und Truppenkörper berichten konnte, sondern daß dafür eine Sammelstelle im Inlande bestanden hat, an welche solche Meldungen behufs Weitergabe an das Ausland vertrauensvoll gesendet werden konnten. Es ist weiter klar, daß diese Sammelstelle als an den Nachrichten interessiert bekannt sein mußte und daß sie zur zweckentsprechenden Verwertung der Meldungen mit dem feindlichen Ausland der Verbindung bedurfte." . . .

Die Urteilsbegründung verweist dann auf jene Umstände, welche es wahrscheinlich machen, daß die „Národni Listy", das Organ Dr. Kramář, der Zamazal ganz ähnliche Spionageberichte gesandt hatte, als solche Sammelstelle in Betracht kommt.

. . . „Alle revolutionären Zeitungen befassen sich auch systematisch mit der Herabsetzung und Untergrabung der

wirtschaftlichen Verhältnisse

der Monarchie; so schreibt die erwähnte Nummer 1 von „La Nation tchèque":*)

„Wirtschaftliche Lage. — Wie Österreich mit Lebensmitteln versorgt ist.

Selbst Böhmen, das reichste und fruchtbarste Land, weist trotzdem ein Defizit auf. Anstatt, wie berechnet, 30 Kilogramm für fünf Monate per Kopf, verfügt man nur über 23 Kilogramm. Prag, welches verhältnismäßig gut versorgt ist, hat nur 25 Kilogramm pro Kopf, während die Vororte, besonders Žižkov mit 5 Kilogramm und Vinohrady mit 16 Kilogramm pro Bewohner, ein sehr fühlbares Defizit ausweisen. Man muß festhalten, daß der vom Staat bestimmte Durchschnitt nur den Stadtbewohnern genügen kann. Am Lande, wo das Mehl in der Ernährung die höchste Rolle spielt, wird es unmöglich sein, sich mit diesem Minimum zu begnügen. Der Mangel an Mehl wird bereits fühlbar. In Wien hat die Bevölkerung bereits wiederholt ihre Unzufriedenheit kundgegeben und geschrien: „Wir wollen Brot und das Ende des Krieges". Gleiche Demonstrationen entstanden in mehreren Provinzstädten, hauptsächlich in Arbeiter-

*) Urteilsbegründung gegen Dr. Kr., Seite 74 ff.

gegenden. Nicht um vieles besser ist die Lage in Ungarn, wo übrigens die Verpflegsvorräte bedeutende waren. Namentlich leidet der Norden Ungarns. Wie es heißt, soll man dort für 2 Kilogramm Speck und 2 Kilogramm Schweinefleisch bis zu 30 K bezahlt haben."

Auch solche Nachrichten werden aber bezeichnenderweise mit militärischen verbunden, der beste Beweis für weiterverbreitende Spionage. Der Artikel fährt fort:

„Die Mehlversorgung im Heer ist sehr unzureichend. Manchmal mangelt es den Soldaten sogar an Brot, und man gibt ihnen dann zur Entschädigung 14 h pro Tag. Die Fleischrationen wurden verringert und einmal pro Woche gänzlich eingestellt. Es ist leicht begreiflich, daß infolge des Mangels an Lebensmitteln selbst die deutschen und ungarischen Soldaten der österreichischen Armee eine drohende Haltung einzunehmen beginnen.

Für Pferde fehlt es immer mehr an Hafer. Man mußte einige Kavalleriekörper auflösen und den Fußtruppen einverleiben.

Seit längerem ist der Vorrat an Gewehren und Uniformen erschöpft, und man besitzt nur eine sehr kleine Menge für neu eingerückte Rekruten. Sobald eine Kompagnie ihre Übungen am Exerzierplatz beendet hat übergibt sie ihre Gewehre der nachfolgenden. Infolge Seltenheit von Salpeter mußten mehrere Fabriken ihre Arbeit einstellen, wodurch die Munitionserzeugung erhebliche Verzögerung erleidet. Das gleiche kann man in Deutschland feststellen, wenn auch die offiziellen Nachrichten dies widerlegen.

In Österreich soll man sich zu einer neuen Kriegsanleihe für den Monat Mai entschlossen haben, doch wurde die Presse aufgefordert, bis dahin keine Erwähnung zu tun. Man fürchtete nämlich, daß durch eine vorzeitige Verlautbarung bei neuerlichen Erfolgen der Russen das ganze Unternehmen einen Mißerfolg erleiden könnte. Zweifellos würde die Besetzung der tschechischen Gebiete durch die russischen Armeen die wirtschaftlichen Kräfte des Reiches sehr empfindlich treffen."

Zamazal schreibt in einem Briefe (O. Nr. 493) von „Mangel an Salpeter und dessen Notwendigkeit für die Munitionserzeugung!" . . .

. . .*) „Von gleich hoher Bedeutung für die Beurteilung der ganzen slawischen Bewegung, wie der vorerwähnte Artikel von Denis, ist das

Memorandum, betreffend das unabhängige Böhmen, das vermutlich

von Professor Masaryk

herrührt und in die Kategorie jener Arbeiten fällt, welche auch die Národní Rada Česká intensiv betrieb.

*) Urteilsbegründung gegen Kr. S. 59 ff.

Das unabhängige Böhmen. (Auszug.)

„Dieses Memorandum enthält das Progamm für die Reorganisation Böhmens als selbständiger Staat. Es ist das Programm aller böhmischen politischen Parteien mit Ausschluß der Klerikalen.

Britische Staatsmänner und Politiker haben als die Idee und das Ziel dieses Krieges die Befreiung und Freiheit der kleinen Staaten und Nationen proklamiert. Dasselbe Prinzip wurde in Frankreich proklamiert. In Rußland hat der Zar und der Generalissimus öffentlich von der Befreiung ihrer slawischen Brüder gesprochen, während England und Frankreich die Integrität Belgiens speziell nachdrücklich betont haben.

In der Praxis ist die Sprache als Hilfsmittel des gewöhnlichen Kulturlebens und das Bestreben nach Einheit das Hauptmerkmal der Nationalität. Nebenbei ist die Nationalität in der modernen Zeit der ökonomischen Entwicklung, sowie der vorsehenden Fürsorge der Massen nicht allein für aristokratische Minderheiten eine große politische und geistige Kraft geworden.

Österreich ist degeneriert. Es ist eine katholische Türkei, es hat seine „Raison d'être" verloren.

Böhmen für Rußland, Serbien und die Alliierten; Böhmens Anteil am Kriege:

Die Tschechen sind seit dem Erwachen des Nationalgefühls streng slawophil. Die politische Bedeutung des tschechischen Slawophilismus wurde im Jahre 1848 durch die Aufforderung des slawischen Kongresses in Prag aufgedeckt und später in der sogenannten Moskauer Wallfahrt im Jahre 1867. Palacký selbst, „der Vater der Nation", bekundete russophile Tendenzen gegen das dualistische Österreich.

In dem letzten Kriege der Serben und Bulgaren gegen die Türkei halfen die Tschechen sehr, wie allgemein bekannt ist, den slawischen Alliierten durch Sendung von Ärzten, Sanitätsmaterial, Geld rc. Vor diesem Kriege haben die tschechischen Vertreter in den Delegationen und im Parlament die südslawische Sache gegen Wien, Budapest offen unterstützt.

Seit dem Anfang des Krieges im verflossenen August und dessen Vorspiele hat die tschechische Nation ihre Sympathien für Rußland, Serbien und die Alliierten bekundet. Böhmen hat, beziehungsweise die Vertreter der tschechischen Nation haben, als die Majorität der kämpfenden Nationen, Ungarn und Polen, ihre Unterstützung für die Kriegslasten und Anhänglichkeit an die Dynastie proklamiert haben, sich diesen Proklamationen nicht angeschlossen: die Tschechen haben die Kriegsanleihe nicht begünstigt. Es ist bekannt, daß die tschechische öffentliche Meinung fortwährend im Konflikt mit

den Behörden ist, dadurch, daß sie ihre Sympathie für die Alliierten bekundet. Es ist auch bekannt, daß viele tschechische Regimenter nur unter Zwang an die Front gingen und daß sie ihre Antipathie dem Krieg gegenüber durch häufige Demonstrationen bekundeten und sich weigerten zu kämpfen und sich öfter ergaben. Es ist dokumentarisch bewiesen, daß der österreichische Generalissimus fürchtet, daß dieses Verhalten der tschechischen Truppen und der Zivilbevölkerung eine ernste Schwächung der österreichisch-ungarischen Armee mit sich bringen wird.

Böhmen verlangt seine Unabhängigkeit.

Alle tschechischen Kolonien im Auslande, besonders die in England, Frankreich, der Schweiz und den Vereinigten Staaten Amerikas, die nicht unter der Pression Österreichs sind, haben wiederholt die wahren Gefühle der Nation bekundet, indem sie die Notwendigkeit der Wiedererrichtung der politischen Selbständigkeit Böhmens proklamierten. Das offizielle Organ des politischen Böhmens im Auslande ist „La Nation tchèque“, das in Paris unter der Direktion des Herrn Ernest Denis, Professor an der Sorbonne, dem bekannten Historiker Böhmens, erscheint.

Die Selbständigkeit zu erlangen, ist das offenen Ziel von ganz Böhmen und von allen politischen Parteien; es sind nur wenige Einzelne individuelle Anhänger von Österreich. Kein Politiker von Bedeutung ist unter ihnen.

Der unabhängige tschechische Staat: Ausdehnung und Bevölkerung.

Der tschechische Staat würde bestehen aus den sogenannten böhmischen Ländern, namentlich von Böhmen, Mähren, Schlesien: zu diesen würden die slowakischen Distrikte von Nordungarn, von Ungvár durch Kaschau entlang den ethnographischen Grenzen herunter zum Flusse Ipoly, zu der Donau samt Preßburg und den ganzen slowakischen Norden bis zur ungarischen Grenzlinie kommen.*)

Die Slowaken sind Tschechen, trotzdem sie ihren Dialekt als literarische Sprache benutzen. Die Slowaken streben auch nach Unabhängigkeit und nehmen das Programm der Vereinigung mit Böhmen an. Der tschechische Staat würde eine Bevölkerung von über zwölf Millionen haben. Die Ausdehnung des neuen Staates würde beiläufig 50.000 englische Quadratmeilen betragen. (Belgien 11.373.) Österreich wurde gegründet als eine Konföderation von kleinen Staaten im Mittelalter, gegen die wilden Türken und Hunnen und gegen den widerstrebenden Zeitgeist.

Böhmen würde natürlich einen Teil der österreichischen Schuld übernehmen; da der Krieg diese Schuld bedeutend vergrößern würde, müßte das selbständige Böhmen seine eigene Administration mit einer sehr bedeutenden Last anfangen; die leitenden politischen Männer Böhmens sind sich dieser schweren Aufgabe bewußt und von der Notwendigkeit einer ordentlich equilibrierten finanziellen Administration.

Es mag erwähnt werden, daß nach dem Kriege die finanzielle Erschöpfung aller Nationen die genaueste finanzielle Administration notwendig machen wird.

Italien und die slawische Frage: das dalmatinische Problem.

Die Herrschaft über die Adria wird durch eine zahlreiche und gute Flotte gesichert und nicht durch eine arme und nackte Küste. Italien wünscht die Befreiung der Italiener vom österreichischen Joche, aber zur selben Zeit befolgt es die verhaßte österreichische Politik der unterdrückten Nationalitäten. Italien muß diese Frage beantworten: Entweder wünscht es in der Adria eine starke österreichische und türkische Flotte und eine deutsche Flottenbasis in Triest, Pola oder irgend einem Ort südlich zu sehen oder es muß im Frieden leben mit Serbien, welches bis jetzt nicht ein einziges Schiff besitzt. Triest als ein italienischer Freihafen. Pola, Valona, die Inseln in dem Ägäischen Meere sind mehr denn genug für Italiens Ansprüche in Asien und Afrika.

Der Weg von Berlin nach Bagdad geht nicht nur über Konstantinopel, sondern auch über Venedig und Triest.

Italien ist der natürliche Verbündete der Süd- und Nordslawen gegen den „Drang nach Osten.“

Das unabhängige Böhmen: Verfassung und Verwaltung.

Böhmen ist als monarchischer Staat projektiert, eine tschechische Republik wird nur von wenigen radikalen Politikern befürwortet.

Die Dynastie könnte auf zweierlei Weise geschaffen werden. Entweder geben uns die Alliierten einen ihrer Prinzen, oder man könnte, falls die Schaffung des böhmisch-serbischen Korridors möglich wäre, eine Personalunion zwischen Böhmen und Serbien einführen.

Das tschechische Volk, dies muß noch einmal betont werden, ist durchaus russophil. Eine russische Dynastie in irgend einer Form würde am populärsten sein. Die tschechischen Politiker wünschen unbedingt, daß die Schaffung des Königreiches Böhmen im engen Einvernehmen mit Rußland erfolge.

*) Man vergleiche die staatsrechtliche Erklärung der Tschechen im österreichischen Abgeordnetenhause im Jahre 1917, die Karte des tschechischen Zukunftsstaates in der Nar. L. vom 21. Oktober 1917 u. s. f. In seinem Prozesse machte Dr Kramář Witze darüber, insbesondere, daß das „das Programm aller tschechischen Parteien mit Ausnahme der Klerikalen“ sei. Heute stehen auch die Klerikalen offen dafür ein! Erst jetzt sieht man so recht, wie gerechtfertigt das Urteil im Prozesse Kramář gewesen ist!

Rußlands Wünsche und Absichten werden von entscheidendem Einflusse sein.*)

Die tschechischen Politiker kennen die Schwierigkeit der Aufgabe, Böhmen wieder zu errichten und schrecken vor der Verantwortung für die zu leistende Arbeit nicht zurück. Sie wünschen volle Unabhängigkeit, um alle politischen Kräfte der Nation zum Aufbau eines starken Staates auszunutzen. Nicht nur Rußland, sondern auch seinen Verbündeten wird am besten durch starke slawische Nationen und Staaten gedient sein und dieses Ziel wird am sichersten erreicht, wenn diese Nationen die volle Verantwortung für ihre Politik tragen.

Böhmen wird natürlich konstitutionell und demokratisch sein, wie es für die Nation eines Hus Chelcický und Comenius paßt, eine Nation, welche als erste, die mittelalterliche Theorie stürzte, und welche durch ihre Reformation und ihren Kampf um geistige Freiheit die moderne Entwicklung Europas vorbereitete. Dieser große Dienst, den Böhmen Europa und der Menschheit erweisen wird, gibt ihm ein Anrecht auf Unabhängigkeit und auf Sitz und Stimme im Areopag der freien Nationen.

Die Wiedergeburt Europas kann nicht durch bloße äußere Politik erreicht werden, sie muß hauptsächlich durch tätige Verbreitung der Freiheit und durch den Fortschritt des Innenlebens der europäischen Nationen erzielt werden. In dieser Arbeit können die Verbündeten vollkommen auf die tschechische Nation bauen.

„Sine qua non.“

Die Voraussetzung des tschechischen Programms ist eine Verkleinerung Deutschlands und dessen Niederlage im Kriege.

Die Niederlage muß eine zweifache sein, erstens der unmittelbare Sieg der Verbündeten über Deutschland, die zweite und dauernde Niederlage Deutschlands besteht in der Niederlage Österreich-Ungarns und der Aufteilung dieses künstlichen Staates. Jede Schwächung Österreichs bedeutet eine Schwächung Deutschlands.

Das befreite Böhmen wird sicher im Einvernehmen mit der Entente handeln und stets ein loyaler Verbündeter derselben bleiben; jetzt wünscht und hofft Böhmen, daß es seinen russischen Brüdern bald gelingen möge, die tschechischen und slowakischen Länder zu besetzen. Dies wäre nicht nur die beste Lösung der tschechischen Frage, sondern auch für die deutsche, österreichische und andere auf der Tagesordnung stehenden Fragen.“ (O. Nr. 454.) Die Urteilsbegründung bemerkt hiezu:

„Das vollständige Operat stellt sich als ein Grundriß für eine umfangreichere Arbeit dar, die zweifellos nach wissenschaftlicher Methode angelegt ist, und vom Standpunkt der revolutionären Bewegung Logik und Konsequenz bis in alle Einzelheiten aufweist. . . .“

„. . . Belanglos ist es, wenn in einem anderen Schriftstücke berichtet wird, daß Masaryk als künftiger Präsident einer tschechischen Republik bezeichnet wird, vorzitierte Arbeit aber — die dem Masaryk zugeschrieben wird — auf dem monarchischen Prinzipe steht.

Hochverrat ist hier und dort bekundet.

Charakteristisch ist auch, daß eine Reihe von Gedanken, und zwar gerade die grundlegendsten, mit Ansichten Dr. Kramář und seines Anhanges vollkommen übereinstimmen, ebenso wie mit den Ausführungen von „La Nation tchèque“, „L'Indépendance tchèque“. Gerade die Grundanschauungen führen aber mit zwingender Logik hier wie sonst zur Aufstellung der Forderung nach Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Länder der böhmischen Krone — „Emanzipierung“ sagt Dr. Kramář (O. Nr. 1483.)*)

Und daß in diesen Kreisen der einmal gefaßte Plan zäh festhalten wird, ergibt ein

Aufruf vom 15. November 1915

als schon längst die Kriegsereignisse sich gegen die Feinde gewendet hatten.

Das begleitende Rundschreiben des Dr. Leo Sychrawa (O. Nrn. 454, 425) weist deutlich auf die Verbreitung dieser Denkschrift und die Vorarbeit zum Manifest vom 15. November 1915 hin.

„La Nation tchèque“, 1. Jahrgang Nr. 14, 15. November 1915 enthält folgenden

Aufruf des tschechischen Aktionskomitees im Auslande.

In dem Augenblick, da das noble serbische Volk sich zur äußersten Anstrengung aufrafft, um dem deutschen Angriffe standzuhalten, da die preußischen Offiziere und die habsburgischen Schergen, welche das Gespenst der baldigen Strafe treibt, unter ihren Sohlen die slawischen Völker zertreten, da die Dalmatiner, Kroaten, Slowenen, und Polen die Kerker füllen und zu Tausenden auf dem Wege in die Verbannung und ins Exil zugrundegehen, da von einem Ende des Staates zum anderen die Leichen der Märtyrer auf dem Galgen baumeln, erheben sich ihrerseits die Tschechen und Slowaken, Brüder, was die Rasse, die Sprache und die Leiden anbelangt, um den Habsburgern und deren Helfern ihre Verachtung, ihren Haß entgegenzurufen und ihnen

*) Man vergleiche hierzu die Erklärung des Abgeordneten Stránský im Verfassungsausschusse des österreichischen Abgeordnetenhauses, die Tschechen würden die Regelung ihrer Angelegenheiten von der Friedenskonferenz erwarten — eine Erklärung, die durch deren sogenannte Richtigstellung nur bekräftigt wurde.

*) Diese Übereinstimmung leugnete Dr. Kramář damals in seinem Prozesse; heute ist sie offenkundig!

zu erklären, und zwar im Angesichte des als Zeugen genommenen Europas, daß die hochherzigen slawischen Völker nichts mehr mit den niederträchtigen Vollstreckern der niedrigen Werke der Hohenzollern gemein haben werden.

An der Spitze der Unterschriften, die wir veröffentlichen, befinden sich die Namen zweier Abgeordneten des Reichsrates. Einer derselben, Herr T. G. Masaryk, Professor der Prager Universität, dessen moralischer Wert von allen denen, welchen die menschliche Würde noch etwas bedeutet, in der ganzen Welt geachtet wird, war in den letzten Jahren einer der gefürchtetsten Gegner der Gewaltpolitik und der Politik des Betruges, welche von Aehrenthal inauguriert worden war und zum jetzigen Zusammenbruch geführt hat. Sein Kollege, Herr Dürich, ist der Führer der Agrarpartei, der bedeutendsten Gruppe der tschechischen Opposition im Reichsrate. Sein Einfluß im Lande ist bedeutend. An deren Seite sagen sich Journalisten, Schriftsteller, Repräsentanten aller sozialen Klassen definitiv von den Banden los, welche sie seit vier Jahrhunderten zum Unglück Böhmens an die Dynastie der Habsburger geknüpft haben.

Diese Liste wäre um vieles länger gewesen, wenn es der österreichisch-ungarischen Polizei nicht geglückt wäre, einige der am meisten beim Volke beliebten Führer anzuhalten und ins Gefängnis zu werfen.

In dem Augenblick, da andere kleine Völker, welche in ihrem Schicksal freier sind, noch zögern und schwanken, stellt sich das tschecho-slawische Volk durch die Stimmen seiner autorisierten Repräsentanten an die Seite der Alliierten, an die Seite der Verteidiger der Gerechtigkeit und der Freiheit der Völkerschaften. Es glaubt an den Sieg derselben, es erwartet von ihnen seine Befreiung*).

Die Alliierten werden ihre Reihen den Soldaten öffnen, welche den definitiven Sieg derselben nicht abwarten, um sich zu erklären. Sie werden ihre Hilfe und Unterstützung, welche eine tatkräftige sein wird, falls sie sie erhalten, nicht verachten; Österreich-Ungarn bricht in sich zusammen; es wäre längst in Stücke zerfallen, wenn Deutschland nicht, so gut es eben noch ging, die Überreste zusammengeklaubt hätte. Aber es ist eine schwere Aufgabe, dem Feinde mit einem in Verwesung begriffenen Leichnam auf den Schultern die Stirne zu bieten. Wie groß auch die Kräfte des germanischen Reiches sein mögen, fühlen wir doch, daß es in seinen Grundlagen schwankt und die Stunde des vollkommenen Zusammenbruches rückt heran.

Wenn am Horizont das Morgenrot des Sieges erglühen wird, wenn die Trompete der Welt den endgültigen Zusammenbruch der imperialistischen Gespinste ankündigen wird, da wird kein Volk mit mehr Freude das Ende der deutschen und magyarischen Herrschaft begrüßen als die Tschechen, weil keines von der Herrschaft jener mehr gelitten hat, als letztere.

Die gegenwärtige Stunde ist ernst. Die russischen Armeen wurden zurückgedrängt und Polen ist durch deutsche Truppen besetzt. Serbien, welches in verräterischer Weise durch Ferdinand von Koburg angegriffen wurde, ist überflutet und ist trotz des staunenswerten Heroismus seines Volkes nicht imstande, sein Territorium zu verteidigen; die deutschen Armeen haben sich mit den Bulgaren und den Türken vereinigt und die im Delirium befindliche deutsche Presse feiert den Sieg, welcher ihr die Herrschaft über den Orient eröffnet.

In diesen tragischen Tagen fühlen wir uns verpflichtet, unser unbegrenztes Vertrauen in den vollständigen Sieg der Alliierten zu proklamieren und wir verstehen die Ehre zu schätzen, daß wir im Namen des tschechischen Volkes, welches wir repräsentieren, an der Seite derselben Platz nehmen dürfen.

Einem jeden der Freiheit würdigen Bürger und einem jeden Volke, welches den Titel einer zivilisierten Nation für sich beansprucht, drängt sich eine Frage auf, welche sie nicht ohne Scham und ohne Falschheit übergehen könnten: Auf welcher Seite ist das Recht? Wo ist die Zukunft? In wessen Lager flattert das Banner der Gerechtigkeit und des Fortschrittes? Das moralische Gewissen der Menschlichkeit hat überall geantwortet. Der Augenblick des Schwankens und der Kompromisse ist vorbei. In diesem verschiedenen Konflikte ist die Neutralität eine Waffenstreckung und das Schweigen ein Abfall. Die „Kämpfer für Gott" *) haben sich im 15. Jahrhundert erhoben, um die Unabhängigkeit der Nationalitäten zu verteidigen und das deutsche Joch zu brechen; wir werden unsere Väter nicht verraten und deren Lehren nicht abschwören.

Die Tschechen sind ein slawisches Volk und sind stolz auf ihre Abstammung. Sie kommen, um ihr Recht zu verlangen. Sie haben dem germanischen Ansturm stets ein unüberbrückbares Hindernis entgegengestellt. Heute rufen wir Tschechen so wie die Russen, welche mit einer staunenswerten Beharrlichkeit ihre Kräfte sammeln, um den frechen Eindringling zu erdrücken," (!) „so wie die Serben, deren unbesiegbarer Mut einhellige Bewunderung hervorruft, so wie die Polen, die ihre unsagbaren Leiden in der Erwartung der Wiedergeburt ihrer Heimat vergessen, in unserem und im Namen aller unserer Bürger, denen eine unglaubliche Schreckensherrschaft es verbietet, ihren Willen zu äußern, unseren

*) Vergleiche die passive Resistenz der Tschechen im Verfassungsausschusse 1917!

*) Das heißt die Hussiten.

Glauben an die Gerechtigkeit, unsere Gewißheit an den Sieg, unsere Überzeugung, daß Deutschland erdrückt werden wird, in die Welt hinaus, zugleich mit der Überzeugung, daß diese Erdrückung für die Welt den Beginn einer Zeit der Freiheit, Brüderlichkeit und des Friedens bedeuten werde.

Von dem Sieg der Alliierten erwarten wir die vollständige Unabhängigkeit der tschechischen Rasse in ihrer Gesamtheit und die Vereinigung unter ein und derselben Regierung, des sogenannten Böhmens, dann Mährens und der Slowakei.

Die jetzt bestehende österreichische Monarchie ist durch die freie Wahl Ferdinands von Habsburg durch die Repräsentanten der tschechischen Nation entstanden, welcher Fürst bereits die deutschen Provinzen der mittleren Donau besaß, und den zur selben Zeit die Ungarn zu ihrem Oberhaupt annahmen.

Im Augenblick der Wahl im Jahre 1526 haben sich die Tschechen ihrer Unabhängkeit nicht entäußert, und es haben sich die Habsburger verpflichtet, die Konstitution und die Sprache derselben anzuerkennen.

Ein gegenseitig bindender Vertrag war zwischen der Nation und dem von ihr freigewählten Herrscher geschlossen worden; die Punkte desselben verpflichteten zu gleichen Teilen beide Seiten. Dieser Vertrag ist endgültig null und nichtig, da er systematisch durch die Habsburger verletzt wurde.

Die Dynastie hatte es sich vom ersten Tage an vorgenommen, das Land zu germanisieren und seine Unabhängigkeit zu beseitigen; durch eine beharrliche und langsame Germanisierungsarbeit hatte sie die Rechte desselben verbraucht, die Freiheiten eingeschnürt und den moralischen Bestand gefährdet. Sie hat mit verdammenswertem Vorbedacht an der Beseitigung der Rasse, welche sich ihr ehrlich anvertraut hatte, gearbeitet. Seit vier Jahrhunderten blickt Europa auf dieses nichtswürdige Schauspiel einer kaiserlichen Familie, die ihre Untertanen mit wildem und blinden Hasse verfolgt.

Mehrere Male erhoben sich die Tschechen, um das Joch, welches von Regierung zu Regierung immer schwerer auf ihnen lastete, abzuschütteln. Die allgemeinen Umstände waren ihnen ungünstig gesinnt. Jeder ihrer verschiedenen Versuche führte zu einem Verhängnis und ihre Bemühungen führten nur zur Verschärfung der Situation. Nach der Niederlage auf dem Weißen Berge und nach den unglaublichen Verfolgungen, welche das tschechische Volk zu erleiden hatte, waren die Slawen erschöpft, ihrer Führer beraubt und durch ein Regime wildester Unduldsamkeit und dümmsten Despotismus niedergehalten, außerstande weiter zu kämpfen. Sie brauchten zwei Jahrhunderte, um ihre Kräfte wieder zu sammeln . . . .

Sobald ihre Wunden zu heilen begonnen hatten, nahmen sie den Kampf um das Wohl ihres Volkes wieder auf. Im Jahre 1848 waren sie die ersten in Österreich, welche sich auf den Ruf der französischen Revolution hin meldeten, und sie nahmen von letzterer die beglückende und unsterbliche Devise: „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ an.

Sie bewiesen dadurch sowohl ihre natürliche Großmut als auch ihre unheilbare Naivität. Zu einer Rasse von Eroberern und von Räubern, welche sich Deutschland nennen, von Brüderlichkeit sprechen!

Zu hoffen, daß das Volk der Herren sich herbeilassen wird, die verachtungswürdige Plebs der Tschechen als ihnen gleichgestellt zu betrachten!

Anzunehmen, daß ein Volk, dessen erster Laut im Parlament zu Frankfurt ein Ausruf der Drohung und der stolzen Manifestation des Imperialismus war, geruhen würde, die Freiheit seiner Nachbarn zu achten!

Die Tschechen hätten die plumpe Rasse besser kennen sollen. Ihre Entschuldigung besteht darin, daß auch die anderen Völker Europas in gleicher Naivität Deutschland vertrauten.

Sobald die Revolution vom Jahre 1848 unterdrückt war, nahmen die Habsburger sofort die Konzessionen, welche sie zu geben gezwungen waren, wieder weg. Als sie nach 1859 und 1866 gezwungen wurden, die Konstitution nur pro forma zu akzeptieren, gewannen die Tschechen hierdurch nichts und ein betrügerisches Wahlregime lieferte sie der deutschen Herrschaft in Zisleithanien aus, während zu gleicher Zeit ihre Brüder in Ungarn, die Slowaken, der magyarischen Tyrannei überlassen wurden.

Von dieser Zeit prallten alle Bemühungen, die Anerkennung ihrer elementaren Rechte anzuerkennen, an der Untätigkeit der kaiserlichen Familie und dem atavistischen Despotismus der Magyaren und der Deutschen ab. Alle ihre Bemühungen, eine Versöhnung herbeizuführen, wurden zurückgewiesen; alle ihre Vorschläge, Frieden zu schließen, wurden verschmäht.

Vor dem Kriege war

der Konflikt zwischen der Dynastie und dem tschechischen Volke

bereits zugespitzt. Der Krieg hat jeden Versuch einer Verbesserung unmöglich gemacht.

Der Krieg wurde begonnen, ohne daß der Reichsrat oder die Landtage gefragt worden wären. Die österreichische Regierung hat als einzige unter allen Regierungen Europas es nicht gewagt, die Repräsentanten ihrer Völker um ihre Meinung zu befragen; sie kannte deren Antwort zu gut.

Die Tschechen sind sicher eine der Volksgruppen, in welcher die Idee der slawischen Solidarität am meisten verbreitet ist; sie ging von ihnen aus, sie wurde durch ihre Dichter, durch ihre Geschichtsschreiber und ihre Publizisten verkündet. In den letzten Jahren waren sie die Initiatoren und die Führer des Neoslawismus, welcher, wenn er gelungen wäre, vielleicht die Katastrophe, die jetzt Europa heimgesucht hat, verhindert hätte. Sie waren von der ersten Stunde an Gegner des Dreibundes und des teutonischen Imperialismus. Seit Beginn des Krieges haben sie auf alle mögliche Art ihre glühenden Sympathien für die Russen, für Serbien und deren Verbündete im Westen dokumentiert.

Man wunderte sich des öfteren, daß sie ihre Gefühle nicht in einer mehr eklatanten Weise zur Schau getragen haben und daß sie keinen Aufstand versucht haben. Ungerechte Vorwürfe, welche gegenüber den Bedingungen des modernen Krieges nicht standhalten. Was würde die Auflehnung eines Volkes ohne Waffen bedeuten, welches durch die Mobilisation aller seiner aktiven Elemente beraubt, durch die Ereignisse und deren Überstürzung überrascht, durch eine Verwaltung überrascht wird, welche die Zeitungen unterdrückt, Versammlungen untersagt, ins Gefängnis wirft oder Leute, deren Gesinnung ihr verdächtig erscheint, vor das Kriegsgericht stellt? Die improvisierten und vorzeitigen Auflehnungen hätten keinen anderen Effekt gehabt, als die Kräfte des Widerstandes ohne Nutzen zu zerstören, während es klug ist, sie für die entscheidende Stunde aufzusparen.

Die Tschechen haben, derartig in die schwierigste Lage gestellt, wenigstens versucht, ihre Pflicht gegenüber der Zivilisation zu erfüllen. Ihre passive Resistenz hat Österreich desorganisiert; ihnen und den anderen Slawen der Monarchie ist es zu verdanken, daß die habsburgischen Armeen überall, wo sie auf den Feind stießen, zersprengt und vernichtet worden sind.

Wenn Österreich von der Liste der Staaten noch nicht verschwunden ist, so liegt der Fehler nicht in der Aufopferung jener. Die Begebenheiten und das Eingreifen Berlins haben dessen endgültigen Untergang, welcher nicht zu verhindern ist, nur verzögert.

Die Tschechen werden es den Habsburgern nicht verzeihen, daß sie versucht haben, nachdem sie sie durch lange Zeit ruiniert und unterdrückt haben, sie zu entehren, indem sie sie zu Komplizen einer Politik von Schurkerei und Blut machen*). Erschöpft unter dem wilden Druck Deutschlands, übergibt Böhmen denjenigen seiner Söhne, denen es gelungen ist, die Grenze zu überschreiten und dem Kerker Franz Josefs zu entschlüpfen, die Sorge, es vor der zivilisierten Welt zu verteidigen und letzterer sein Vergeltungsvermächtnis zu überbringen.

Und in seinem Namen sprechen wir hier. Das Aktionskomitee hat zahlreiche Beweise des Vertrauens von seiten des Volkes erhalten; es ist sicher, von letzterem nicht desavoniert zu werden.

Keine Kompromisse mehr! Keine halben Maßnahmen*)!

Vor dem Kriege verfolgten die einzelnen tschechischen politischen Parteien die Absicht der Umgestaltung der dualistischen österreichisch-ungarischen Monarchie in eine föderalistische Monarchie, welche den diversen Völkerschaften des Staates ausgedehnte Autonomie und die Anerkennung ihrer besonderen Rechte gewährleistet hätte. Heute ist diese Bastardenlösung unmöglich geworden.*) Dadurch, daß die Habsburger unsere Kinder und unsere Brüder verurteilt haben, gegen unsere natürlichen Verbündeten zu marschieren und dadurch, daß sie uns gezwungen haben, uns gegen die anderen Slawen zu bewaffnen, haben sie die letzten Bande zerrissen, welche uns an sie fesselten.

Das, was wir von nun an anstreben, ist: Ein vollständig unabhängiger tschechisch-slawischer Staat.*)

Österreich hat aufgehört zu existieren. Erdrückt durch Rußland, besiegt durch Serbien, fand es kein anderes Mittel, seine Agonie zu verlängern, als die Souveränität Berlins anzunehmen. Die Habsburger sind nichts mehr als die Diener der Hohenzollern. Die Generale des Kaisers befehlen die österreichischen Heere. Das Kanzlerministerium des Kaisers diktiert seinen Willen den österreichischen Diplomaten; die Deutschen verwischen die letzte Spur unserer Unabhängigkeit. Unsere Sprache verschwindet aus dem öffentlichen Leben.

Franz Josef wartete nicht einmal das Ende der Feindseligkeiten ab, um unsere Knechtschaft zu verkünden. Die höchste mögliche Erniedrigung, die er uns vorbereitet, nehmen wir nicht an. Österreich hat selbst seine Abdankung proklamiert. Diese Abdankung nehmen wir zur Kenntnis. Aber die wirklichen Erben sind die Völker der von nun an nicht mehr lebenden Monarchie.

Letztere hat in der Welt eine Rolle des Gleichgewichtes und des Friedens spielen können, wenn sie die Rechte ihrer verschiedenen Völker respektiert hätte und wenn sie diese um sie in

*) Vergleiche hierzu den Schluß der Rede des tschechischen Abgeordneten Stránský in der Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses vom 12. Juni 1917, wonach die Dynastie die Tschechen „am Leben, an Gut und Blut gefährdet, geschändet und geschädigt" habe, „wie sie nur konnte."

*) Exzellenz Prášek, Seiner Majestät Geheimer Rat, in der Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses vom 26. Juni 1917: „Ich beschwöre euch in dieser ernsten Stunde, nicht eine Konzessionspolitik zu treiben. Weg mit den Beschwichtigungspolitikern" . . . (Vgl. hiezu auch die damit vollständig übereinstimmende Rede Stranskys im Abgeordnetenhause am 12. Juni 1917, abgedruckt in dieser Anfrage S. 151.)

Gestalt eines freien Bundes gruppiert hätte. Wir haben es versucht, sie auf dem fatalen Gefälle, auf welchem sie Hals über Kopf herunterrutschte, aufzuhalten; wir haben die Dynastie in loyaler Weise auf die Gefahren aufmerksam gemacht, welchen sie entgegeneilte. Alles war vergebens. Die Habsburger haben sich, von Torheit geschlagen, selbst verurteilt.

Der jetzige Krieg hat allen, welche sich so lange der Wahrheit verschlossen haben, bewiesen, daß es von nun an unmöglich sei, Österreich der Beklemmung durch Deutschland zu entreißen.

Unter der Form einer dualistischen Monarchie war sie nur ein Instrument der Unterdrückung in den Händen der Deutschen und Magyaren, die eine verbrecherische Großmannssucht in ihre Arme geworfen hat. Sie widersetzte sich jedem Fortschritt, sie erstickte unter der dreifachen Last einer bigotten Aristokratie, einer untertänigen Bürokratie, eines antinationalen Heeres, die Ideen der Freiheit und Unabhängigkeit; sie wurde zur Dienerin der Ambitionen Deutschlands und zur Mitschuldigen der Sünden dieses Staates. Sie würdigte sich durch die regelmäßige Benutzung von Sträflingen, Agents provocateurs und pflichtvergessener Richter herab. Sie übte einen schlechten Einfluß auf die Herrscher der sekundären Staaten, welche sie umgeben, und sie bezahlte einem Ferdinand von Koburg den Mord an seinem Volke.

Zu allen Zeiten war sie ein Agent der Vernichtung, Korruption und des Todes. So wie der Fanatismus Ferdinand II. den dreißigjährigen Krieg heraufbeschworen hatte, so provozierte der servile Ehrgeiz seines schwachen Nachfolgers den jetzigen Krieg. Die Dynastie wird die namenlose Sünde, die sie begangen hat, büßen, eine Sünde, für welche es keine Amnestie gibt*), und sie wird bei ihrem Sturz auch das imperialistische Deutschland mit sich reißen, welch letzteres sie aufstachelte und ihre stupiden und verbrecherischen Prätentionen ausnützte.

Der Krieg wird länger oder kürzer dauern. Der Ausgang ist aber jetzt schon gewiß. Damit aber die Welt nach so fürchterlichen Heimsuchungen die Wohltaten des Friedens endlich genießen, ihre Wunden heilen und den Weg zum Fortschritt wieder fortsetzen könne, muß sie auf neuen Grundlagen wieder errichtet werden; auch ist es notwendig, daß alle endlich befreiten Nationen in die Lage kommen, ihre Kräfte für eine nützliche und nutzbringende Arbeit zu verwenden.

Böhmen wird sein Geschick in die Obhut von Rußland, der großen slawischen Nation, von England, welches als erstes die Gesetze der Regierung der Nation durch die Nation aufgestellt hat, von Italien eines Cavour, Mazzini und Ferrero und von Frankreich, der Mutter der Revolution, geben.*)

Dank den Alliierten wird das unabhängige und alle ihre Söhne um sich gruppierende Böhmen im Verein mit dem entgültig von der ungarischen Gefahr befreiten Serbien ein Element des Gleichgewichtes, ein Pfand des allgemeinen Friedens und ein brauchbarer Arbeiter in der großen Werkstatt der Menschlichkeit sein."

Den 14. November 1915.

Für das tschechische Aktionskomitee im Ausland:

T. G. Masaryk, tschechischer Abgeordneter im Wiener Parlament, Professor der tschechischen Universität in Prag und der Universität in London.

J. Dürich, Abgeordneter der tschechischen Agrarpartei im Wiener Parlament.

Dr. L. Fisher, Präsident der tschechischen Nationalvereinigung in den Vereinigten Staaten.

Fr. Kupka, Mitglied der tschechischen Akademie der Wissenschaften, Präsident der tschechischen Kolonie — tschechischer Freiwilliger — in Frankreich.

B. Čermak, Präsident der Union tschecho-slawischer Vereinigungen in Rußland.

Albert Mamacey, Präsident der slowakischen Liga in den Vereinigten Staaten

J. Sykora, Präsident des tschechischen Komitees in London.

Bogdan Pavlu, Direktor des „Čecho-slovák“ in Petersburg. (Gewesener Redakteur der „Národni Listy“.)

E. Voska, Mitglied der tschechischen Nationalvereinigung in den Vereinigten Staaten (New-York).

Anton Veselý, Präsident der tschechisch-sozialen Gruppe „Egalité“ in Paris.

Ch. Pergler, Advokat, Mitglied der tschechischen Nationalvereinigung in den Vereinigten Staaten.

Franz Dazner, Sekretär der slowakischen Liga in den Vereinigten Staaten.

Franz Kopetzky, Sekretär der tschechischen Nationalvereinigung in London.

(O. Nr. 1229.)

*) 4. Juli 1917!

*) Vgl. die Weigerung der Tschechen 1917, an den Arbeiten des Verfassungsausschusses teilzunehmen, da ja ohnedies die Friedenskonferenz die böhmische Frage lösen werde!

Daß Masaryk und Pavlu, auch Dürich, Neoslawisten sind, wird nicht nur von Dr. Kramář selbst zugegeben, sondern geht auch aus deren Betätigung hervor, überdies enthält der vorstehende Aufruf das Bekenntnis zum Neoslawismus als möglich gewesene Rettung vor der Katastrophe, ganz im Sinne der Verantwortung des Dr. Kramář Die Möglichkeit einer gemeinsamen Arbeit mit Masaryk findet dadurch eine zweifellose Bestätigung."

Von einer neueren Nummer der „Nation tchèque" und von den übrigen, für die tschechischen Freiwilligen in Frankreich gegründeten Organen wird noch in dem Abschnitte „einige neuere Dokumente" die Rede sein. (Siehe S. 253 ff. und S. 273.)

Im Zusammenhange damit seien noch

weitere tschechisch-französische Zeitungsberichte

aus derselben Urteilsbegründung angeführt. Einleitend bemerkt die Urteilsbegründung:*)

„Im weiteren folgen Zitate aus französischen Zeitungen, die im wesentlichen von jenen Personen alimentiert werden, die sich seit Jahren in dem Bannkreise der gleichen Ideen befinden wie Dr. Kramář und sein inländischer Anhang.

Die Vielseitigkeit des darin betriebenen Hochverrates und der Begehung oder Berichterstattung von Verfehlungen gegen Punkt 327, M. St G., die emsige Sammlung von Nachrichten aller Art aus verschiedenen Ländern auf diesen Gebieten, der rege Wechselverkehr der beteiligten Personen untereinander und ebenso der Organisation, die laufenden Benachrichtigungen aus dem Inlande und Hinweise auf versteckte Andeutungen inländischer Blätter entsprechen durchwegs dem Charakter einzelner dieser Zeitungen als solche, die ausschließlich der revolutionären Propaganda dienen.

Durch dieses Verhalten werden aber auch die außerordentliche Gefährlichkeit, der große Umfang der Bewegung, die zielbewußte Führung, vollste Ernstlichkeit, Förderung durch die maßgebendsten Kreise des feindlichen Auslandes, starke Organisation, nationaler Fanatismus und ebenso fanatische Feindschaft gegen die allerhöchste Dynastie, den Staat und die übrigen Nationen in unzweifelhafter Weise dargetan.

Ebenso sicher geht aus allen diesen Kundgebungen auch hervor, daß die schon im Frieden bestandenen Beziehungen und Freundschaften vom gleichen Geiste durchdrungen waren und von allen in- und ausländischen Feinden der Monarchie benutzt wurden, im Konfliktfalle die Zertrümmerung des Staates im Interesse der „unterdrückten kleinen Völker" und der feindlichen Staaten herbeizuführen.

Wenn auch vielleicht im Frieden die Bewegung — aus welchen Gründen immer — anders beurteilt wurde, so ergibt sich aus den eben gemachten Feststellungen nunmehr mit vollster Deutlichkeit, daß für die österreichisch-ungarische Monarchie in erster Linie jene Überspannung des Nationalitätenprinzips (auch Rassenprinzips), von der bereits wiederholt gesprochen wurde, eine unversiegliche Quelle für Handlungen im Sinne des § 58 c St. G., (das ist Hochverrat), und § 327 M. St. G. (das ist Verbrechen wider die Kriegsmacht des Staates) bildete. Für diesen Nationalismus war demnach auch jede Förderung aus anderen Ursachen (Weltwirtschaftskampf, Vergeltungsgedanke) eine willkommene Stütze und er suchte und er fand auch willige Helfer im eigenen Interesse der verschiedenen feindlichen Staaten.

Wenn auch (vergleiche O. Nr. 428) Unstimmigkeiten unter den Revolutionären selbst ausbrachen, so ändert dies an dem einheitlichen Handeln, sobald es sich um die Richtung gegen Österreich-Ungarn dreht, nichts, denn die Bestrebungen gegen diesen Staat bleiben dieselben und einheitliche.

Wie sehr schon in Friedenszeiten von Tschechen im Auslande die Monarchie herabgesetzt wurde, ergibt sich beispielsweise aus einem Artikel des V. Crkal (der sowohl zur „Narodny Listy" als zu Dr. Kramář in Beziehung stand, auch einen Artikel desselben (O. Nr. 1312) in der gleichen Zeitschrift in Übersetzung erscheinen ließ), in dem er am 1. Jänner 1913 unter dem Titel „Schließung der tschechischen Schulen durch die Gemeinde Wien" schrieb (in „Les annales des nationalités"):

„In gleicher Zeit, wo sich Österreich auf den Beschützer Albaniens aufspielen möchte und Garantien für dessen Autonomie fordert, zur Zeit wo Dr. Hochenburger, der Justizminister, die den Grundgesetzen der österreichischen Verfassung entgegenstehenden Verordnungen erläßt, zu gleicher Zeit, wo mit so viel Lärm in der Wiener Presse die Affäre Prohaskas aufgebauscht wird und die einem Interview des vor einem halben Jahre verstorbenen russischen Botschafters, Grafen d'Osten-Sacken entnommenen, dem Slawismus feindlichen Äußerungen wiedergegeben werden, spielt sich in Wien das einzig dastehende Ereignis ab.

Dies Ereignis entblößt die österreichischen Bestrebungen und gibt der ganzen Welt einen Beweis für die Heftigkeit, mit der die Regierung ihre germanisierende Politik betreibt. Selbst die Wiener Gemeinde scheut vor Brutalität und Gewalt nicht zurück, um ihre Pläne in Vollzug zu bringen.

Die tschechische Privatschule des Komenskyvereines ist wiederholt von der Gemeinde geschlossen worden.

*) Urteilsbegründung im Prozesse Kramář Seite 99.

Die Deutschen sind weniger tolerant wie die Türken, die österreichischen Tschechen werden unaufhörlich von ihnen drangsaliert.

Der Zweck dieser Gewalttaten ist, die Tschechen herauszufordern, sie zum Aufruhr zu stimmen und dadurch der österreichischen Regierung den Anlaß zu bieten, gegen das Volk mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln einzuschreiten und dessen Rechte zu unterdrücken, wie es bereits der Begründer des österreichischen Reiches getan hat.

Das tschechische Volk versteht es, eine ruhige und würdige Haltung zu wahren, doch wird der Tag kommen, an dem man zur Erkenntnis gelangen wird, wie sich die Handlungen der österreichischen Staatsmänner an Österreich selbst rächen werden. Österreich handelt dadurch gegen seine eigenen Interessen und

das Schicksal der Türkei wird es bald ereilen.

Wir verlangen ein föderatives System, ein Königreich Böhmen, wir verlangen unsere Rechte. Wir möchten die gänzliche Föderalisation Österreichs haben, die Tschechen würden dann in ihrer Hauptstadt Prag bleiben.

Von dem Schicksal des altertümlichen Böhmens wird das Schicksal des zukünftigen Österreichs abhängen." (O. Nr. 650.)

Die Zeitung „L'Indépendance Tchèque". Im Mai 1915 wird berichtet über einen begeisterten Empfang des Delegierten der N. N. R. C. Sl. O. Stefan Horsky aus Moskau und Kopecky aus London. (N. R. C. Sl. O. Der Nationalrat der tschechisch-slowakischen Gemeinden).

Weiters:

Die französische sozialdemokratische Akademie hat in der Märznummer einen Artikel veröffentlicht: „Die Nation ohne Führer".

Dieser Artikel hat eine scharfe Polemik hervorgerufen (soweit dies allerdings das Eisenregime zuläßt) und „Národni Listy", Organ des heute bedeutungsvollsten tschechischen Politikers Dr. Kramář (25. März), waren die ersten, welche den Vorwurf der Akademie als unbegründet zurückwiesen und mit Recht bemerkten, daß sie keine Gründe, Beweise und genügende Informationen besitzt. Weiters schreiben die „Národni Listy": „Die Abgeordneten und Führer des tschechischen Volkes sind auf der Wacht." Auch das „Pravo Lidu", Organ der tschechischen Sozialdemokraten (Autonomisten) schreibt am 26. März:

„Die politischen Führer sind zueinander näher getreten, schöpfen gegenseitig Vertrauen und darum sollen wir ihnen mit allen unseren Kräften helfen."

Eine andere Zeitung schreibt:

„Alles ist aus einem zu feinen Gewebe gesponnen, als daß man damit an die Sonne gehen könnte. Es wird gearbeitet, es wird sehr zähe gearbeitet.

Jawohl, man arbeitet und namentlich die im Auslande lebenden Tschechen spannen ihre sämtlichen Kräfte an, um den Boden für eine diplomatische Handlung vorzubereiten." (O. Nr. 749.)

Ferner:

„Der Zerfall Österreichs.

Wie die Karte Europas am Ende des schrecklichen Krieges, welcher gegenwärtig so viele Opfer erheischt, aussehen wird, ist jetzt recht schwer zu sagen. Von allen Änderungen, auf die man gefaßt sein muß, gibt es eine, die schon heute als gewiß erscheint. Es ist die Transformation der verrotteten Staatsgebilde, durch welche die alte Dynastie der Habsburger noch lebt. Diese Gebilde werden mit Gewalt auseinandergesprengt. Österreich ist das am schlechtesten gebildete Land Europas. Durch Heiraten, durch die Gunst komplizierter historischer Umstände haben die Habsburger den größten Teil der Länder erworben, welche die gegenwärtige Monarchie konstituieren. Sie haben überreichlich von der Not profitiert, in welcher sich die Völkerschaften Zentraleuropas zu Anfang des 15. Jahrhunderts befunden haben, gegen die türkische Gefahr ankämpfen zu müssen.

Einen der stärksten Eindrücke, den mir meine Reisen in Zentraleuropa gemacht haben, ist das Gefühl, daß sich eine Art Rassenpatriotismus gebildet hat, welcher nach der Konstituierung neuer politischer Zusammensetzungen strebt.

Kapitän Georges Blondel, Professor an der Schule für politische Wissenschaften in Paris." (O. Nr. 744.)

Ferner:

„Österreich, der Verbündete Deutschlands.

Zwischen dem Europa der Zivilisation und des Fortschrittes einerseits und Deutschland andrerseits ist die Situation Österreichs ebenso parador, als beklagenswert. Seine stupide Politik hat den Kampf ausgelöst. Die hauptsächlichste Verantwortung für die Katastrophen, welche die Welt zur Verzweiflung bringen, fällt auf Österreich. Denn es ist völlig gewiß, daß drei Viertel seiner Einwohner den Sieg Deutschlands nicht wünschen.

Österreich ist mehr das Opfer als der Komplize der Chefs, die es verraten. Und noch einmal sei es gesagt: „Die Habsburger" (folgen eine Reihe von Majestätsbeleidigungen und Beleidigungen der gesamten Allerhöchsten Dynastie).

Die 21 Millionen Slawen verabscheuen alle Deutschen.

„Seit dem Siege der Preußen über Österreich und dann über Frankreich“ — schreibt 1874 Palacký, der große tschechische Historiker — „hat der Durst der Deutschen nach Herrschaft und Eroberung in einem unglaublichen Maße zugenommen, und sie sind überzeugt, daß nicht nur die Slawen, ihre verabscheuten Nachbarn, sondern die ganze Welt sich ihrem Willen beugen muß. Sie reizen in rapidester Weise durch ihre Unverschämtheit und ihren Hochmut alle ihre Nachbarn gegen sich auf. Die Slawen werden nicht zum Kampfe auffordern, aber sie werden den Kampf auch nicht fliehen. Das Kriegsglück kann eine Weile unentschieden bleiben, aber zum Schluß — davon bin ich überzeugt — werden die Deutschen der Überlegenheit der Feinde unterliegen, welche sie vom Osten und Westen her bedrohen. Die Zeit könnte kommen, wo sie selbst den genialen Mann verfluchen werden, den sie heute anbeten, den Fürsten mit den fünf Milliarden.

Die Weissagung Palacký's wird sich erfüllen. Der dumpfe Widerstand der Slawen hat die Siege der Russen und der Serben schon begünstigt.“ (O. Nr. 745.)

Ernst Denis,
Professor an der Sorbonne.

Ferner:

„Die Russen und die Tschechen.

Die Tschechen freuen sich über die Einnahme von Przemysl. Der Nationalrat der tschechoslawischen Kolonien von Paris hat an den Generalissimus des russischen Heeres, Großfürsten Nikolaus, gelegentlich der Einnahme Przemysls nachfolgendes Telegramm gerichtet:

„An Seine kaiserliche Hoheit den Generalissimus Großfürsten Nikolaus, Petrograd.

Mit begeistertem Vertrauen erfreuen wir uns der Kapitulation Przemysls. Es lebe Rußland, der Schutzherr der Slawen.

Die Tschechen erwarten Euch mit offenen Armen.“

Der Nationalrat hat als Antwort nachfolgende Depesche empfangen:

Herr Präsident!

Seine kaiserliche Hoheit, der Großfürst beauftragt mich, Ihnen gleichwie den anderen Delegierten des Nationalrates der tschechoslawischen Kolonien seinen aufrichtigen Dank für Ihre Glückwünsche gelegentlich der Kapitulation von Przemysl zukommen zu lassen.

General Janusсhkowitsch.“ (O. Nr. 747.)

Ferner:

„Der Munizipalrat von Paris hat den Tschechen neuerdings seine Sympathien bezeugt. (Sitzung vom 22. März 1915.)

Ansprache des Alterspräsidenten Herrn M. Lampue.

Erlauben Sie Ihrem Alterspräsidenten, Sie daran zu erinnern, daß er im Juli 1907 das Vergnügen und die große Ehre hatte, mit einigen unseren Kollegen die Stadt Paris beim fünften Bundeskongreß der Sokolgesellschaft in Prag zu repräsentieren.

Ich bin immer ein glühender und sogar blinder Anbeter meines Vaterlandes gewesen, wie ich es noch heute bin; aber ich muß ihnen auch gestehen, daß es mir schien, als ob mein Patriotismus bleich und lau wäre, wie ich mich in Prag sah, inmitten dieser glühenden Bevölkerung, die vor Begeisterung delirierte und fest entschlossen war, alle Opfer zu bringen und alles zu wagen, um ihre Freiheit zu gewinnen.

Es müssen die Mächte der Tripelentente, als Befreierinnen aller unterdrückten Völker, die Ketten zerbrechen, die Böhmen noch immer unter dem Joche eines Kaisers halten, dessen hohes Alter nicht genügt, um die Gegenwart zu entschuldigen, noch viel weniger als die Vergangenheit und dessen Schatten sowohl seiner Familie als seinem Reiche immer Unheilbringend gewesen ist.“ (O. Nr. 747.)

Ferner:

„An meine tschechischen Freunde.

Ich begrüße mit Freuden das Erscheinen der „L'Indépedance Tchèque“ und spreche ihr aus vollem Herzen meine aufrichtigsten Wünsche aus, hoffend, daß ihr symbolischer Name, gegenwärtig ein einfacher Zeitungsartikel, in allernächster Zukunft zu einer großen und ruhmvollen Tätigkeit der internationalen Politik werden möge.

Es ist mir um so angenehmer, ihre Bestrebungen festzustellen, als meine leidenschaftlichen Sympathien für die tschechische Nation nicht von heute herrühren. Ohne von meiner früheren Kampagne zu sprechen, habe ich seit Kriegsbeginn und später Ihrem Lande und Ihren geschätzten Landsleuten zahlreiche Artikel in den Blättern „La France“, „Le Radical“, La Presse“, „La petit Provençal de Marseille“ gewidmet.“ (O. Nr 743.)

Louis Martin,
Senator des Departements Var.

Derselbe äußert sich weiter:

„Die Zukunft Böhmens.

Böhmen, heute unterdrückt, morgen souverän, wirst du bald die größten Genugtuungen der Welt-

geschichte erfahren, wirst du von deinen Brüdern befreit sein, glänzender und stolzer dastehen als je. Edles Böhmen, heiliges Land der Tschechen, ich grüße dich voll Ehrfurcht." (O. Nr. 745.)

Louis Martin,
Senator des Departements Var.

Ferner:

„Die letzten Ereignisse in der tschechischen Kolonie in Paris. Von A. Vesely.

Selbst auf dem freien französischen Boden mußten wir für die imperialistischen, unseren nationalen Träumen entgegengesetzten Bestrebungen Österreichs leiden, denn auch auf uns bezogen sich die Maßnahmen für verdächtige Ausländer, trotzdem wir uns aus ganzem Herzen mit Frankreich eins fühlten.

Wir beschlossen, uns nicht für Franz Josef zu schlagen, deshalb verließen wir nicht Frankreich.

Es folgten unvergeßliche Tage, der 22. August, wo sich alle Tschechen von Paris, jeden Alters, in demselben Garten versammelten und in geschlossenen Reihen mit entfalteten Fahnen von der Straßburger Statue defilierend, sich zum Invalidenplatz begaben, um ihre Aufnahme in das Freiwilligenkorps zu erwirken." (O. Nr. 743.)

Ferner:

„An unsere Freunde.

Begrüßen wir das Morgenrot von 1915, das eine Jahr der Befreiung der unterdrückten Völker, indem wir dem heldenmütigen Belgien, dem edlen England, dem großen Rußland, der Mutter der Slawen und unseren tapferen Brüdern Serbiens und Montenegros unsere Bewunderung und lebhafte Dankbarkeit zurufen.

Unseren, unter den ruhmreichen Fahnen Frankreichs und Rußlands kämpfenden tschechischen Freiwilligen unseren Brudergruß! Na zdar!" (O. Nr. 742.)

Für den Nationalrat der tschecho-slawischen Kolonien
Javurek, Präsident.

Für das Komitee der Kolonien und der tschechischen Freiwilligen:
J. Čapek, Präsident."

Ferner:

„Gruß an unsere Freiwilligen.

Teuerste Kameraden!

In dem Augenblicke, in welchem das Gebäude der brutalen Macht des germanischen Militarismus Stein für Stein einstürzt, im Momente, in welchem ihr euer Blut jenem der siegreichen französischen Armee beimischt, begrüße ich in euch die würdigen Abkömmlinge der tschechischen Demokratie des 16. Jahrhunderts, würdig unserer ruhmreichen Ahnen, welche die Größe unseres teuren Vaterlandes und die Ehre seiner Fahne begründet haben.

Der Sieg des edlen Frankreichs und seiner Verbündeten wird die Befreiung der bedrückten Völker, wird die Erlösung des slawischen Böhmens aus dem deutschen Joche bedeuten.

Vorwärts für den schließlichen Sieg, für die Unabhängigkeit und Freiheit der tschechischen Nation! *)

Es lebe das siegreiche Frankreich! Es lebe das freie Böhmen! Na zdar!" (O. Nr. 747.)

J. Čapek,
Präsident der Kolonie der tschechischen Freiwilligen von Frankreich.

Ferner:

„Unsere Freiwilligen.
(Briefe des Kapitäns M. Salle.)

Welchen Geist des guten Glaubens und Vertrauens an dem Endresultat des Kampfes unsere Freiwilligen sind, zeigt ein Auszug aus dem Schreiben unseres Freiwilligen Josef Sibal.

Natürlich liegt uns am meisten die Zukunft unserer Heimat am Herzen und um keinen Preis können wir zulassen, daß Böhmen nach dem Kriege unterjocht bleibt.

Vergeblich würden dann die Opfer aller sein, die für die Freiheit der Nationen streben, und wir Tschechen haben das Recht unsere Freiheit zu verlangen, um den Preis aller Verbrechen, die an uns begangen wurden, und für das Blut, welches unser Volk bei Kriegsbeginn vergossen hat, weil es sich weigerte, gegen seine Verbündete zu ziehen.

Und ich glaube dann noch fester an den Endsieg der Verbündeten und die Verwirklichung unserer tschechischen Republik. (O. Nr. 743.)

Ferner:

„Die Lage in Böhmen.

Im historischen Moment, wo sich die russische Armee bereitet, in das Gebiet Böhmens einzudringen, wohin es die Freiheit bringt, wie die Erfüllung der nationalen Hoffnungen der Tschechen, sehen wir unter dem erschütternden Eindruck des Manifestes des freiheitsbringenden (!) Zars mit unerschütterlichem Vertrauen der Zukunft entgegen.

Der Wiederhall dieses Manifestes hat bei den Dienern der Habsburger Schrecken verbreitet; er ist

*) Vergleiche die von Staněk, Stránský und Genossen 1917 öffentlich geforderte „Souveränität" für den „zukünftigen Staat" Böhmen.

aber mit Freuden von den Tschechen aufgenommen worden, deren Seele die slawische geblieben ist. Hunderttausend geheim gedruckte Exemplare dieses Manifestes sind über das ganze Land verbreitet worden*).

Die „Národni Listy“ erscheint nicht mehr, sie ist verurteilt worden, weil sie einen dem Grafen Skarbek günstigen Artikel veröffentlichte. Dieser Graf Skarbek, Kommandant der polnischen, gegen Rußland organisierten Legionen, weigerte sich, das Gelöbnis der Treue dem Kaiser von Österreich zu leisten und wollte es nur dem „König von Polen“ leisten.

Der zukünftige, unabhängige tschechische Staat soll Böhmen, Mähren, den von den Tschechen bewohnten Teil Schlesiens und die Slowakei umfassen**). (O. Nr. 744.)

V. Erkal.“

Ferner:

„Die Martern der Wiener Tschechen.

Heute bezahlt Österreich teuer für alle seine Fehler, alle seine Gewalttätigkeiten, all seine Verbrechen; es steht zwei Schritte vor seiner Zerstückelung. Und es wird eintreffen, was Herr Ernest Denis gesagt hat: „Im neuen Europa, welches jetzt geboren wird, wird es keinen Platz für Österreich geben!“ (O. Nr. 748.)

V. Erkal.

Ferner:

„Nachrichten aus Rußland.

Von S. Koniček, Vizepräsident des tschechischen Komitees in Moskau.

Die Tschechen von Moskau haben sich ohne Zaudern der gemeinschaftlichen Aktion angeschlossen; aus ihrem Schoß ging der einladende Aufruf an das vom österreichisch-ungarischen Joch befreite tschecho-slawische Volk aus, unter die Fahnen der Legionen der tschechischen Hussiten zu treten.

Nach Art des tschechischen Komitees von Moskau, welches das ganze Unternehmen in seine Hände nahm, wurden ähnliche Komitees in Kiew, Petersburg, Warschau und Wladiwostok gegründet. Auf die telegraphische Anfrage des tschechischen Komitees in Moskau haben die amerikanischen Tschechen den tschechischen Legionen ihre Mitwirkung versprochen.“ (O. Nr. 742.)

*) In der bekannten Interpellation Staněk hat dieser behauptet, die in Böhmen verbreiteten Manifeste seien apokryph gewesen! Herr Erkal weiß das freilich besser. Vielleicht glaubt ihm Abgeordneter Staněk als seinem Landsmann mehr als den österreichischen Behörden. (Vergleiche auch S. 140 u. 141.)

**) Kramář erklärte in seinem Prozesse, das seien Ausflüsse der Kriegspsychose! (Vergleiche 1917!)

Fortsetzung des Artikels „Nachrichten aus Rußland“.

„Der Zar hat sich um die Legionen der Hussiten und die Lage der Tschechen und Slowaken sowie um das Schicksal unserer Führer Kramář, Klofáč und anderer sehr interessiert.

Abgesehen von dieser bedeutenden inneren Arbeit, hat das tschechische Komitee in Moskau seinen Abgesandten Herrn Etienne Horský zu dem Zweck nach dem Westen entsendet, um die Pläne der tschechischen Kolonien zu sondieren und um dieselben soweit als möglich im Hinblick auf eine gemeinschaftliche Tätigkeit zu vereinigen und die alte Heimat über die Ereignisse am laufenden zu halten.

Der russische Delegierte hat überall ein ausgezeichnetes Verständnis hinsichtlich einer gemeinschaftlichen Aktion begegnet, und das erste praktische Ergebnis seiner Wanderungen, betreffend die tschechische Frage, war die Gründung in Paris des „Conseil national des Colonies Tchèques slaves.“ Národni rada česko-slovanské kolonie.“ (O. Nr. 743.)

Ferner:

„Das tschechische Volk und der Krieg.
(Von Denis.)

Der Krieg war in Österreich von zwei Gruppen vorbereitet und gewollt: durch die Deutschen in Böhmen und durch die Ungarn (!) oder genauer durch die judäo-magyarische Oligarchie.

Gott verblendet diejenigen, die er verderben will. Vergebens schreien Kramář, Masaryk, Klofáč und ihre Freunde aus voller Lunge, daß eine Klippe in Sicht ist, daß die Dynastie durch die Kriegserklärung an seine eigenen Untertanen ins Verderbnis rennt und erinnern an die berühmten Worte des großen Historikers Palacký: „Die Tschechen haben vor Österreich bestanden, sie werden auch nach Österreich bestehen.“

Zur Zeit der Mobilisierung brachen indessen in Prag, Pisek, Jungbunzlau Unruhen aus und empörten sich einige Regimenter. Kompagnien weigerten sich abzumarschieren; andere stecken die rot-weiße Fahne auf, die Farbe unseres Elsaß. (!) Die Volksmenge begleitet unter Tränen die Soldaten zur Bahn und ruft ihnen ihre Pflicht zu: „Schießt nicht auf die Russen! Beschmutzt nicht Eure Hände mit brüderlichem Blut? Erinnert Euch an die slawische Mutter, die unser Dichter Kolár besang.“

Wer wird leugnen wollen, daß die wiederholten und niederschmetternden Erfolge der Serben, daß die ersten Siege der Russen bis zu einem gewissen Grade durch ein einverständliches Zusammenhalten der in der österreichisch-ungarischen Armee befindlichen slawischen Kräfte erleichtert wurden?

Jedes Volk hat seine Gebräuche und jede Dynastie hat ihren Ruhm. England ist stolz auf seine freiheitlichen Rechte, Preußen auf seine Unteroffiziere, Frankreich liebt, die Namen Hoche und Marseau anzuführen, die Habsburger stellen ihnen den Namen Sedlnicky entgegen, der ein ausgezeichneter Schüler Fouchés war und die Polizei, die wirkliche Stütze der österreichisch-ungarischen Monarchie, auf unzerstörbaren Grundbogen errichtet.

Wie lassen sich aber auf die Dauer die Grenzen eines großen Reiches verschließen? Wie die Schweizer, Italiener, Dänen am Ein- und Austritt hindern?

Wir kennen somit, wenn auch nicht im Detail, so doch den allgemeinen Charakter der Ereignisse sehr genau.

Was immer die Zeitungen sagen mögen, das tschechoslawische Volk singt nicht die „Wacht am Rhein“, ebensowenig, wie wir sie selbst singen würden, aus dem einfachen Grunde, weil wir nicht können. Die einzige Hymne, welche es im Chor anstimmt, ist die russische, weil sie das Vorspiel des befreienden Zaren ist und die Marseillaise, weil diese von sich selbst aus dem Herzen aller Unterdrückten quillt: „Fliehet, Tyrannen!“ Nachdem sich die Tschechen nicht freuen wollen, wird man ihnen Gründe zur Betrübung geben. Die strengen Maßnahmen vermehren sich. Die Kaffeehäuser und die Restaurants sind überschwemmt von Polizeispitzeln, verdächtig, wer nicht mit trunkener Begeisterung die Siege der Kronprinzen begrüßt. Verdächtig, wer sich erlaubt festzustellen, daß Rußland und England reich sind, daß Frankreich immerhin einige Regimenter besitzt. Verdächtig die Schulkinder, welche eine mittelmäßige Note im deutschen Examen haben; und sei es auch aus dem Grunde, weil sie meinen, daß sehr bald die zweite obligatorische Sprache nicht mehr die deutsche, sondern die russische sein wird. Verdächtig der Offizier, welcher kürzlich sagte: man kann sagen was man will, es ist doch schön, daß die Franzosen, mitten in ihren Vorbereitungen überrascht, sich unter dem Feuer zu organisieren und so kühn standzuhalten vermögen! Verdächtig der Kaufmann, der saumselig die Kriegsanleihe zeichnet.

Die „Národni Listy“, die große tschechische Zeitung, wurde eingestellt. Der Redakteur vom „Čas“ ist unter dem Verdacht des Hochverrates im Gefängnis.

Wissen Sie, so sagte mir gestern ein aus Böhmen kommender amerikanischer Reisender, welche Phrase ich am häufigsten gehört habe?

„Wenn nur die Russen kämen!“

Geduld, sie werden kommen. (O. Nr. 743.)

Ferner:

„Die Auferstehung Böhmens. (Von Ernest Denis, Professor an der Sorbonne.

Motto:
Österreich. Im neuen Europa, das jetzt geboren wird, gibt es keinen Platz für Österreich. Totengräber schleppt dieses Aas fort!

Das Maß ist voll, die Tschechen kündigen heute den Vertrag auf, den sie an einem Tage des Wahnsinns geschlossen haben und zu verletzen und zu brechen die Habsburger nie aufgehört haben.

Und auf den Ruinen möge eine neue Welt des Friedens, der Freiheit, der Brüderlichkeit geboren werden.

Platz für die tschechische Nation. (O. Nr. 750.)

Ein Artikelschreiber, der Gelegenheit hatte, sich vermöge seiner Stellung in Prag entsprechend zu informieren — Pichon — schreibt unter dem Namen Chopin folgendes:

„Das Ende Österreichs.“ Von Jules Chopin (ehemaliger Sprachlehrer in Prag, namens Pichon). Der Zusammenbruch.

Daß die Stunde des Hallali sich nähert! Der Frühling wird den Zusammenbruch bringen. „(1915!)“ Schon setzt sich die Lawine von den Höhen der Karpathen in Bewegung und das Totengeläute beginnt an den Ufern der Donau zu ertönen. Man hört es in Wien und man zittert darüber.

Man zittert nicht nur im Volke, sondern auch höher hinauf. Ein Beben durchläuft das (folgen Majestätsbeleidigungen und Beleidigungen der Mitglieder der Allerhöchsten Dynastie) . . . haben Furcht. Sie haben Furcht, nicht für sich, sondern für ihre Reichtümer. Sie fürchten, daß der Sturm, welcher den Thron wegfegen wird, auch ihre Güter wegfege und sie treffen ihre Vorsichtsmaßnahmen. Und ich entnehme in der Tat aus dem in diesen Dingen wohlinformierten Journal „L' Indénpendance Tchèque“ in Paris nachstehende Nachricht: Man schreibt uns aus Wien, daß die Mitglieder der herrschenden Familie Habsburg, mit Ausnahme Kaiser Franz Josefs, im Februar Grundstücke in den Vereinigten Staaten sowie amerikanische Aktien angekauft haben. Sie befürchten somit das Ende ihrer Herrschaft oder Staatsbankerott.

Es scheint, daß die Metalldeckung des österreichischen Papiergeldes nicht mehr als 20 Prozent beträgt.

Ich habe durchblicken lassen, daß eine Revolution ausbrechen wird, wenn der Krieg die gerechten

Wünsche des durch die Deutschen der Wiener Regierung unterdrückten Böhmens nicht befriedigt.

Die Erzherzoge haben guten Grund zu zittern. (O. Nr. 749.)

„Entthront.

Der Zusammenbruch beginnt. Das wankende Gebäude der Habsburger zerbröckelt und das (folgen Majestätsbeleidigungen) . . .

Ungeachtet zweier formeller Versprechungen, zweier feierlicher Reskripte, ein deutsches Wort, ein Lügenwort — —, hat (folgen Majestätsbeleidigungen). . . Der vakante Thron von Prag wird somit vakant bleiben, die tschechische Nation hat nur ihren König ohne Krone abgesetzt.

Für den Augenblick ist das tschechisch-slowakische Manifest, so feierlich es auch an sich sein mag, nur platonischer Art; dennoch ist es eine Waffe, und dazu eine sehr gefährliche Waffe, die man gegen (Majestätsbeleidigungen) geschmiedet hat.

Wenn uns das Kriegsglück ungünstig wäre, so würden sich diese 12 Millionen Menschen in Masse gegen das geschwächte Österreich-Ungarn erheben. Sie würden in den zahlreichen tschechoslawischen Soldaten, die sich den Russen und Serben im allgemeinen freiwillig ergeben haben, eine wohlgeübte Armee finden, die imstande wäre, eine ausgedehnte Revolution zu stützen.

Jules Chopin.“ (O. Nr. 749.)

Die Anlehnung an den Satz Dr. Kramář von der Korrektheit nach allen Seiten, um an Stelle der zukünftigen Diplomaten seinerzeit mit den Feinden zu verhandeln, findet sich „L'Indénpendance Tchèque“ vom 1. Mai 1915 ebenso die Theorie von den kleinen Nationen.

„Österreich und das europäische Gleichgewicht.“

„In Erwartung der Zukunft, sagt der „Matin“, trachtet Eure Staatsmänner, die eines Tages berufen werden, an der großen diplomatischen Konferenz teilzunehmen, zu überzeugen, daß den Tschechen bei der Wiedergewinnung der Autonomie und Unabhängigkeit Böhmens, nebst den anderen Ländern dieser Kronen behilflich zu sein, nichts anderes heißt, als im Interesse Frankreichs und seiner Bundesgenossen, im Interesse der Zivilisation und Humanität zu arbeiten*).

Die beharrlichen Gerüchte, denen zufolge Österreich in der höchsten Not einen Separatfrieden erbeten hätte, zeigen deutlich die Richtigkeit dieser Schlußforderung.

Indessen vergaß man, indem man Österreich „erfand“, eine sehr wichtige, durchaus wesentliche Sache; man vergaß nämlich, auch Österreicher zu schaffen. Keiner der Untertanen wider ihrem Willen des Kaisers Franz Josef fühlt sich als Österreicher. Zisleithanien hat Deutsche, die alle mehr oder weniger pangermanistisch gesinnt sind und davon träumen, einen Teil des größeren Deutschlands zu bilden, Tschechen, Polen, Ruthenen, Serbo-Kroaten, Italiener usw., kurz alles, ausgenommen Österreicher. Franz Josef selbst erklärte im Jahre 1871, als er Frankreich seine Mithilfe versagte: „Ich bin ein deutscher Fürst.“ Transleithanien ist auch noch nicht viel besser eingeteilt. Es besitzt Magyaren — welche allmächtig sind — Rumänen, Slowaken, Serben, Italiener, aber keine Ungarn.

Wenn Tschechen, Polen, Ruthenen, Slowaken, Serbo-Kroaten, Slowenen und andere Völker sich untereinander hätten verständigen und ihre erdrückende Majorität organisieren können, würde Österreich slawisch und nicht germanisch sein. Das war der Traum Palackys: einen slawischen Bundesstaat zu konstituieren.

Nun kann ein österreichischer Staat, welche Konstitution er auch immer haben möge, nur deutsch sein, wie er es heute tatsächlich ist, oder slawisch. Gleichviel, ob deutsch oder slawisch, wird er immer das europäische Gleichgewicht stören, welches zu erhalten man so sehr bedacht ist. Man wird also begreifen, daß dieses von Palacky formulierte Axiom durchaus falsch ist. Er fühlte dies auch übrigens selber, da er eines Tages, als er von Böhmen und der tschechischen Nation sprach, sagte: „Wir haben vor Österreich existiert, wir könnten sehr wohl auch nach Österreich existieren.“

Dieses so seltsam erfundene Österreich gänzlich auslöschen und die Existenz der kleinen Staaten, die es bilden, konservieren, nachdem man allen Nachbarn Österreichs gegeben hat, was ihnen davon gehört, scheint die einzig mögliche Lösung des Problems zu sein. Sobald das Trentino zu Italien zurückgekehrt sein wird, sobald Serbien die Länder Bosnien, Hercegowina, Slawonien, Kroatien und Dalmatien wiedererlangt haben wird, sobald die Bukowina an Rumänien und Galizien an Polen wieder angefügt sein wird, dann wird es sich schicken, das tschechische Böhmen zu rekonstruieren, und zwar inbegriffen

die Länder Böhmen, Mähren, Schlesien, die Slowakei und die Lausitz *),

das rein magyarische Ungarn zu begrenzen und die deutschen Regionen der Mitte und des Westens Österreichs (Ober- und Niederösterreich, Tirol, Vorarlberg) in ein kleines Königreich zu gruppieren.

*) Also für die Entente!

*) Ganz das Programm Staněk 1917, vertreten auch öffentlich in der „Narodni Listy“ vom 21. Oktober 1917 (mit Karte!). In seinem Prozesse nannte Dr. Kramář alle diese Bestrebungen Kindereien!

Die Zerstückelung Österreichs wird solcherart dem Rechte der Nationalitäten gemäß sein. Das große Kaiserreich wird verschwinden und kleinen, aber freien, unabhängigen und homogenen Staaten Platz machen.

Man wird für lange Zeit das so mühsam gesuchte Gleichgewicht gesichert und den Interessen ganz Europas gedient haben." (O. Nr. 748.)

Jules Chopin.

Ferner:

„Edmont Privat publiziert in dem Journal „Temps" vom 23. Februar nachfolgenden Artikel:

In Prag.

Prag, im Februar 1915.

Welche Freude, mich wieder in Prag zu befinden. Es ist ein bißchen das Paris der Slawen, gleichwie die tschechische Sprache ihr Französisch ist. Man atmet dort den gesunden Menschenverstand, den guten Geschmack, die Feinheit und Lebhaftigkeit des Geistes ein, welchen kein offizieller Dämpfer je ersticken kann.

Das Rollen der Wagen auf den Pflastern in Prag ist betäubender als anderswo, aber es erstickt wenigstens die gefährlichen Gespräche. Denn man lebt jetzt wie unter der Inquisition." (O. Nr. 745.)

In der Aprilnummer 1915, die Zeit, für welche die Revolution nach mehrfachen (insbesondere Schweizer-Berichten) angekündigt war, bringt eine sehr beachtenswerte Presseschau.

Rundschau über die Presse. Aus dem „Temps" In Prag.

„Wann wird denn eigentlich die tschechische Revolution anheben?" hört man in Paris fragen. In Prag ist man weniger eilig.

Die Polizei ist zu stark und die Tschechen sind vorsichtig. Wozu kann es dienen, alle ihre besten Patrioten erschießen zu lassen, ohne ein anderes Resultat zu erzielen? Sie warten lieber. Sie haben die Hoffnung und die Besonnenheit für sich.

Die Frauen sticken die drei Farben: weiß, blau, rot. Und sie pflegen ihre Rosenstöcke. Und sie werden sehr schöne Rosen haben, die sie den Russen bei ihren Einmarsche in Prag zuwerfen werden können. Man rechnet so darauf: „Es wird ungefähr im Juli geschehen!" Die Einbildungskraft des Volkes eilt der Zeit voraus und stürzt sich den Kosaken entgegen, welche die Freiheit bringen werden. Man glaubt, sie seien jetzt in Miskolz, auf dem Wege gegen Budapest.

„Nicht so schnell, nur langsam. Sie sind noch in den Karpathen."

„Um so schlimmer! Aber sie werden schließlich doch kommen. Und wir werden das Königreich Böhmen oder die tschechische Republik haben." (O. Nr. 746.)

Mit Rücksicht auf die Meldungen aus der Schweiz und wiederholte andere „Nachrichten aus Böhmen", gerade um die Zeit des Erscheinens der Nr. 6 von „L'Indépendance Tchèque" klingt folgende Meldung von Attentaten geradezu als Ankündigung kommender Ereignisse, die zufällig verhindert wurden:

Aus dem „Matin".

„Große Unruhen in Prag.

Man zählt seit 1. Februar nicht weniger als fünf Dynamitattentate, die gegen politische Persönlichkeiten gerichtet wurden." (O. Nr. 746.)

Aus dem „Matin". „Die Aufregung steigert sich in Böhmen und Mähren.

Man meldet aus Prag, daß die Situation in Böhmen und Mähren der österreichischen Regierung die schwersten Sorgen bereitet.

Man hätte mehrere Verschwörungen entdeckt, welche die Bestimmung hatten, die gegenwärtige Regierung umzustürzen." (O. Nr. 746.)

Aus dem „Journal".

In Prag.

„Die Tschechen haben eine alte Rechnung mit der zweiköpfigen Monarchie abzuschließen und regen sich nicht um eine Sache auf, die ihnen fremd ist. Man hat sie allzusehr schikaniert und in Schach gehalten.

Die Revolution glimmt immerfort. Es mögen die Russen nur Krakau nehmen und in Mähren eindringen und sofort wird ganz Böhmen in einem einzigen Feuermeer aufflammen." (O. Nr. 747.)

Aus dem Journale: „La France de demain".

„Böhmischer Kalvarienberg. (Brief eines Tschechen.)

Unter den Tschechen gibt es nicht einen einzigen Soldaten, der fähig wäre, auf einen Russen zu schießen. Alle Tschechen schießen in den Sand oder über die Köpfe." (O. Nr. 746.)

Aus dem „Journal de Debats." „Im Innern der österreichisch-ungarischen Monarchie." Von Pierre Morane.

Der Zusammenhalt der unter dem österreichisch-ungarischen Joche vereinigten Nationalitäten lockert sich nun, wo die Erfolge der Verbündeten diesen Völkern eine nahe Befreiung in Aussicht stellen, immer mehr. Noch vor dem entgültigen Zusammenbruch wird Österreich-Ungarn aufgelöst sein." (O. Nr. 746.)

Aus der „Gazette de la Bourse“.

Die Welt nach dem Kriege. Prophezeiung des Cinsky (im Jahre 1912.)

„Das niedergetretene, zerstückelte, ohnmächtige Österreich wird als Opfer seines blinden Vertrauens zu Preußen die von den Verbündeten vorgeschlagenen Friedensbedingungen annehmen. Es wird auf diese Weise mehr retten als es selbst zu hoffen wagte. Indessen werden Galizien, Schlesien, Böhmen, Mähren, Ungarn und die Südslawischen Länder von der Doppelmonarchie abgetrennt werden.“ (O. Nr. 746.)

Aus der „Illustration.“

„Der Pangermanische Plan.“ Von Andre Cheredame.

„Was Frankreich und England betrifft, sind ihre Anschauungen identisch, denn wenn die Bemühungen des preußischen Pangermanismus zum Ziele führten, würden sie sich schließlich angesichts einer für sie unerträglichen Lage befinden als vor dem Kriege. Weder England, noch Frankreich würde es je zugeben, daß 11 Millionen glühend franzosen- und englandsfreundlicher Slawen Österreichs, die Tschechen ganz besonders, dem preußischen Moloch geopfert werden sollen.“ (O. Nr. 746.)

Kurz nach diesen ausländischen Ankündigungen der Revolution und des Zerfalles in Österreich erscheint der Artikel des Dr. Kramář: „Auferstehung“. Der innere Zusammenhang, die sachliche Übereinstimmung bis zur Einzelheit des zeitlichen Zusammentreffens ist so augenfällig, daß das Gericht darin neuerlich den Beweis der Einheitlichkeit der ganzen Bewegung erkannte.

„Unterredung mit Gustav Hervé.

Der Korrespondent des russischen Blattes „Vecerneje Vremja“ besuchte Hervé, Redakteur der „La Guerre Sociale“, im lateinischen Viertel, in seiner kleinen Wohnung und plauschte mit diesem neuerlichen Apostel des Anarchismus und feurigen Gegner des Militarismus.

So zeigte der oft auf dem Balkan entstehende Krieg allen denkenden Menschen, daß in Europa zwei Kranke sind, einer in Konstantinopel und der zweite in Wien. Beide gerieten in jenen Zustand, in welchem eine chirurgische Operation notwendig ist.

Dieser Krieg wird definitiv zum Zerfall der habsburgischen Monarchie führen und wird den Völkern die Möglichkeit geben, sich frei zu entwickeln, denn manche Völker werden sich in den eigenen Staaten selbständig machen. (O. Nr. 747.)

F. K. Snepp.“

Am 15. Juni 1915 wird weiter berichtet:

In der „Gazette de Lausanne“ erscheint ein in der Tat bemerkenswert geschriebener Artikel über die tschechische Frage.

„Warum lüftet heute die österreichische Regierung die Larve? Sie kann doch nicht glauben, daß die Verhaftung des Dr. Kramář von Europa ignoriert bleiben wird?

Der Dr. Kramář war eines Tages, als er noch frei sprechen konnte, so freundlich, uns sein politisches Programm darzulegen. Herr Kramář ist sicherlich ein tschechischer Nationalist, der glühendste unter den glühenden. Ungeduldig erduldet er mit der ganzen Auslese seines Volkes die Herrschaft, welche Wien Böhmen auferlegt hat, und die der deutschen Minorität des Landes eine so ungerecht privilegierte Stellung sichert.“ (!)

„All seine politische Tätigkeit zielt darauf ab, zugunsten der ursprünglichen Eigentümer des Bodens, zugunsten dieser tschechischen Nation, die sich sowohl in geistiger wie wirtschaftlicher Hinsicht seit 50 Jahren so mächtig entwickelt hat, jene politischen Garantien zu erlangen, auf die ihre Dankbarkeit ihr ein Recht gibt.

Aber es ist in diesem Augenblick nicht gut, in Österreich oder in Ungarn für die Sache eines slawischen Volkes zu plädieren.“ (O. Nr. 751.)

Zeitung „Indépedance Tchèque et Slovaque“.

„An alle unsere Landsleute in Paris.

Am 20. Juli d. J. ist eine Generalversammlung unserer Kolonie einberufen worden, um die Ausführungen des Herrn Horsky über den Erfolg seiner Mission in den „Vereinigten Staaten“ anzuhören, bevor er nach Rußland abreist.

Gleichzeitig gab diese Versammlung Herrn Kopecky Gelegenheit, uns auch seine Ideen, seine Eindrücke, die er von der Gesinnung unserer Landsleute in Nordamerika empfangen hatte, mitzuteilen, insbesondere sich über nachfolgende Fragen auszusprechen:

1. Will die Pariser Kolonie ihre Autonomie und Unabhängigkeit, ihren lokalen Einfluß auch fernerhin bewahren und behaupten, um über ihre eigenen, für sie so vitalen Angelegenheiten selber zu entscheiden; um ferner gemäß ihren eigenen Ideen, ihren eigenen Ansichten, ihr politisches Ideal weiter zu verfolgen, und zwar in der völligen Übereinstimmung mit den französischen Absichten, mit der Politik Frankreichs, unseres idealen, unseres Adoptivvaterlandes?

Oder will die Pariser Kolonie sich den Entscheidungen des Komitees für Amerika oder für England unterwerfen, die beide den Wunsch haben,

daß wir ihre Art, zu handeln, ihre Art, die tschechische Politik zu betrachten und zu orientieren, annehmen möchten? Und dieses alles unter dem Vorwande, daß sie zahlreicher und geldreicher seien als wir?

2. Ist es der Wille der Pariser Kolonie oder nicht, daß unser Journal „L'Indépendance tchèque", welches bisher ihr offizielles Organ gewesen ist, unterdrückt werde und zu erscheinen aufhöre?

Die Unterdrückung dieses Journals wird nämlich von den tschechischen Kolonien in Amerika und in der Schweiz gleichfalls gefordert.

3. Will die Pariser Kolonie (wie es die tschechischen Kolonien Amerikas und der Schweiz gleichfalls fordern) oder will sie nicht ihren Nationalrat oder besser gesagt ihren politischen Rat (der, wie wir schon gesagt haben, aus denselben Männern besteht wie das Komitee der tschechischen Kolonie und der tschechischen Freiwilligen) unterdrücken? Dieser Nationalrat hat bisher, ohne die Unkosten für die Propaganda der tschechischen Sache zu rechnen, auch noch die Unkosten für die Herstellung des Journals „L'Indépendance tchèque", das in unserer Kolonie unentgeltlich verbreitet wurde, auf sich genommen.

Dieses Komitee hat sich bisher der unternommenen Aufgabe gewachsen gezeigt; es ist ihm gelungen, pekuniäre Quellen zu erschließen, um dadurch unseren teuren verwundeten Freiwilligen und ihren Familien zu Hilfe kommen zu können.

Auch ist es ihm gelungen, der

Bildung einer zukünftigen französisch-tschechischen Handelskammer

auf die Beine zu helfen, deren pekuniäre Grundlagen gesichert erscheinen.

4. Die Kolonie muß sich über die Orientierung aussprechen, welche der nationalen Frage zu geben ist, und sie muß ihren politischen Rat autorisieren, in einem oder anderem Sinne zu arbeiten:

a) Sollen wir im Augenblicke gemäß unseren hohen Aspirationen arbeiten, das heißt in Harmonie mit den französischen Interessen, in der Richtung auf ein französisch-tschechisches Ziel, ohne uns von gegenteiligen, aus anderen Ländern (Amerika, Schweiz usw.) emanierenden Erwägungen beirren zu lassen oder nicht?

b) Sollen wir ein Majoritätsvotum provozieren, und zwar schon jetzt über die Regierungsform, welche unser Ideal als „Republik" behaupten möchte, und uns bemühen, unsere Ansichten nach dieser Richtung hin in Harmonie zu bringen?

c) Sollen wir deklarieren, daß unser gegenwärtiges Desideratum einzig und allein

die absolute Unabhängigkeit der tschechischen und slowakischen Länder

sei, ein Desideratum, das übrigens alle Stimmen vereinigt und für den Moment diese oder jene andere politische Nuance beiseite läßt?" (O. Nr. 428.)

Die Zeitung „La Nation tchèque":

„Austria delenda est.

Die österreichisch-deutschen Erfolge in Galizien und der Rückzug der Russen sowie gleichzeitig die Unentschlossenheit Rumäniens haben einen traurigen Eindruck hervorgerufen, den zu verbergen kindisch wäre und der übrigens begreiflich und berechtigt ist.

Österreich hat keinen Platz in dem wiedergeborenen Europa, welches wir beanspruchen.

Kaiser Ferdinand II. hatte sich im 17. Jahrhundert am Tage nach der Schlacht am Weißen Berge die Aufgabe gestellt, das tschechische Volk ganz und gar zu vernichten.

Welcher Minister würde indessen die Grausamkeit aufbringen, vor solchen Opfern nicht zurückzuschrecken? Welcher Herrscher könnte so unempfindlich sein inmitten der Verzweiflungsschreie all der Opfer, die nach Hunderttausenden zählen würden, ruhig schlafen zu können? . . . (Majestätsbeleidigung) Auch einen solchen Minister gibt es. Er nennt sich Tisza.

Herr Reiß hat uns bereits die Verbrechen geschildert, deren die Habsburgischen Generäle fähig sind. Wir wissen heute, daß es sich um ein wirkliches System handelte.

Herr Reiß hat bereits erzählt, wie die österreichischen Offiziere alle serbischen Dörfer in Syrmien verwüstet hatten — das heißt in einer Provinz der Monarchie — und zitiert einen Tagesbefehl des Kommandanten des 9. Korps, Generals Hortstein.

Es regnet stupide und widerwärtige Urteile. Die Hinrichtungsdetachements sind absichtlich aus slawischen Soldaten zusammengesetzt, hinter welchen ungarische und deutsche Bataillone stehen.

Wie einst die durch die Slawata und die Martinitz zum Scheiterhaufen verurteilten Protestanten schreiten sie, slawische Nationallieder singend zur Hinrichtung.

Und diese Helden, Jugoslawen, Ruthenen, Polen, Tschechen, die beleidigt, vertrieben und verfolgt wurden, werdet ihr eurem väterlichen Souverän zurückgeben?

O nein! Es gibt immerhin gewisse Zusagen, die man aus Gründen der Moral und des gesundene Menschenverstandes nicht einhält.

Ein rekonstruiertes Österreich wäre nichts anderes als ein ungeheures Mazedonien, ein

ständige Gefahr für den Weltfrieden, gleichzeitig aber auch eine bleibende Insulte gegen alle menschlichen Gewissen.

Vernichten wir Österreich.

Die Tschechen wie die Serben haben einen genug langen Weg von Prüfungen zurückgelegt. Sie sind berechtigt zur endgültigen Befreiung.

Die Habsburger haben ebensowenig ein Recht auf die Krone des heiligen Wenzeslaus wie auf die Krone des heiligen Sava. Mögen sie die Stephanskrone behalten, wenn Graf Tisza seine Zustimmung hierzu zu geben geruht. Die Ungarn sind geschaffen, sich mit den . . ." (folgen Beleidigungen der Allerhöchsten Dynastie). (O. Nr. 196.)

Ferner:

„An unsere Freunde der ersten Stunde.

Wenn wir die Unabhängigkeit Böhmens verteidigen, so geschicht dies in erster Linie, weil wir es geradezu für lächerlich halten, daß ein Volk von 10 Millionen Menschen, dessen hervorragende Kenntnisse niemand bezweifelt und welches im Laufe seiner langen Geschichte zu wiederholten Malen Proben eines bemerkenswerten Nationalgenius gegeben hat, dazu verdammt wird, seine Kraft in einem furchtbaren Kampfe gegen eine fremde Dynastie und eine rivalisierende Rasse zu verbrauchen.

Die Furcht, geschlagen zu werden, ist der Beginn der Weisheit.

Unsere Könige haben das immer begriffen, Franz I. von Frankreich entsandte eine Botschaft nach Prag, um die Aufmerksamkeit der tschechischen Großherren auf die Unklugheit zu lenken, die sie durch die Thronberufung Ferdinands I. von Habsburg begingen, und als Heinrich VI. sein Königreich gegen die spanischen und kaiserlichen Horden verteidigte, hatte er in seinem Lager den Großherrn von Zierotin, der bei ihm die Protestanten Mährens repräsentierte. Richelieu verhandelte mit Waldstein, um in Böhmen ein unabhängiges Königreich zu gründen.

Diese Ideen wurden übrigens schon seit langem von Herrn Louis Leger verteidigt." (O. Nr. 207.)

Ferner:

„Politische Lage. Die österreichische Schreckensherrschaft in Böhmen.

Die Verhaftung der Abgeordneten Kramář und Scheiner bestätigt sich. In einem Zeitraume von wenigen Monaten folgten sie ihrem Kollegen Klofáč ins Gefängnis. Von den Führern der Opposition in Böhmen vermochte ein einziger durch freiwillige Verbannung der österreichisch-ungarischen Tyrannei zu entgehen; es ist dies Professor Masaryk, der in den österreichisch-ungarischen Delegationen eine mehrjährige Kampagne gegen Aehrenthal und gegen jenes Österreich geführt hatte, welches niemals vor den abscheulichsten Mitteln in seiner slawenfeindlichen Politik zurückscheute. Er ist es auch, der gelegentlich des berühmten Prozesses Friedjung und Vasitsch als erster nachgewiesen, daß das Beweismaterial in den österreichisch-ungarischen Reichsämtern selbst gefälscht wurde und der auf diese Weise den traurigen moralischen Wert der Leiter Wiens und Budapest aufdeckte.

Kramář war der ausgesprochene Gegner der Tripelalliance, während Wien und Budapest antirussisch und antiserbisch waren, wollte er, daß Österreich freundschaftliche Beziehungen mit Petersburg unterhalte.

Scheiner, Abgeordneter des böhmischen Landtages, war Vorstand aller Sokols, jener herrlichen nationalen Vereine von Turnern, welche ihre Mitglieder im ganzen Reiche und im Ausland nach Tausenden zählen. Bei Kriegsbeginn wurden die kroatischen, slowenischen und polnischen Sokols aufgelöst, deren Güter mit Beschlag belegt. Die Gefahr, welche die Sokols in den tschechischen Ländern durch das Mißtrauen der Militärverwaltung ausgesetzt waren, erkennend, suchte Scheiner dagegen zu wirken, daß er zu äußerster Vorsicht riet und dieselbe auch anwandte.

Nunmehr ist das ganze tschechische Volk gegen Wien und Budapest aufgebracht. In seiner Gesamtheit seufzt es unter dem österreichisch-ungarischen Druck und erwartet das Zeichen, das es zum Kampfe von der Tripelentente erwartet, dann wird es mit gleicher Bereitwilligkeit Folge leisten, gehe es nun von seinen Märtyrern oder seinen Führern aus.

Die Verhaftung der Doktoren Kramář und Scheiner fand in der Nacht des 23. März statt. Es war Erzherzog Friedrich, der Oberbefehlshaber der österreichisch-ungarischen Heere, selbst, der trotz Einspruches des Außenministers und der Zivilverwaltung,

welche unnötige Herausforderungen möglichst zu vermeiden wünschten, die Inhaftsetzung angeordnet hatte . . . ." (Folgt die Beleidigung eines Mitgliedes des kaiserlichen Hauses.)

„Das Ereignis verbreitete sich mit blitzartiger Geschwindigkeit im ganzen Lande. Dasselbe erhöhte die Willenskraft in der Opposition, welche mehr denn je entschlossen ist, im gegebenen günstigen Augenblick gegen Österreich vorzugehen. Mit Ausnahme der Klerikalen haben die Vertreter aller politischen Parteien bei der Regierung Widerspruch erhoben, um so die Einigkeit des gesamten tschechischen Volkes zum Ausdruck zu bringen und den Widerruf dieser Maßnahmen durchzusetzen." (O. Nr. 196.)

Die Intervention für Dr. Kramář bestätigt dieser selbst als richtig.

Ferner:

„Tschechische Musik und österreichische Musik. Das Aufführungsverbot der Werke Smetanas in Böhmen.

Selbstverständlich begnügte sich die Regierung nicht damit, sich diesen Kundgebungen für unsere nationalen Kunstwerke zu widersetzen, sondern ist gewillt, dieselben durch andere zu ersetzen, die nach ihrer Meinung geeignet erscheinen, den schwindenden Loyalismus der Tschechen zu beleben. Ihr beliebtester Vorgang, der banalste übrigens, ist der, durch eigens hierzu bestimmte Agenten die österreichische Hymne zu verlangen. Diese Agenten begeben sich in ein Kaffeehaus oder Restaurant zu Zeiten, wo das Orchester dort spielt, und nach Verlauf von wenigen Minuten fordern sie das Spielen der kaiserlichen Hymne. Weh dem, der dann nicht sofort aufsteht. Verhaftung und Kriegsgericht sind die Folgen seiner Langsamkeit." (O. Nr. 196.)

Ferner: „Das Komitee der tschechischen Kolonien und der Freiwilligen hat am 30. Mai die monatliche Versammlung abgehalten, in deren Verlauf Herr Rudolf Keppel, Sekretär der „Nation tchèque", über den „Krieg und die tschechische Frage" sprach. Sich stützend auf zahlreiche glaubwürdige Urkunden bewies er, welch sträflicher Handlungsweise sich die Budapester und Wiener Regierung gegenüber dem tschechischen Volke hingegeben haben. Die Habsburger Monarchie ist in der Tat, vom politischen, militärischen und wirtschaftlichen Standpunkte aus betrachtet, in voller Zersetzung.

Das tschechische Volk erwartet mit Ungeduld den Tag der Erlösung.

In keinem Augenblick und in keinem Fall während der langen Kriegsmonate hat es seinen festen Entschluß, sich der Habsburger zu entledigen und seine Freiheit gegen die Deutschen und Ungarn zu verteidigen, aufgegeben.

Stets bewußt ihrer Verwandtschaft mit dem russischen Volke bewahren die Tschechen ihr volles Vertrauen dem befreienden Rußland. Eine einzige Lösung zeigt sich also nach dem Kriege, folgerte der Redner: Die vollständige Auflösung Österreich-Ungarns und die Schaffung des unabhängigen tschechischen Staates." (O. Nr. 196.)

Ferner:

„Frankreich und die Tschechen.

Eine Französin befand sich während der Mobilisierung in Prag und verbrachte dort die ersten Monate des Krieges. In einem an ihre Pariser Freunde gerichteten Brief beschreibt sie ihre Eindrücke. Die Wechselfälle des Krieges wurden natürlich mit einer großen Ängstlichkeit verfolgt.

Jedesmal, wenn ein französischer Sieg angekündigt oder durch die tschechischen Zeitungen, welche im Anfange eine gewisse Ausdrucksfreiheit besaßen, vermutet wurde, kamen schon zeitlich am Morgen viele Freunde mit der Nachricht zu mir und waren bestrebt, mich ihre Freude darüber erkennen zu lassen." (O. Nr. 196.)

Angesichts der allgemeinen Mißerfolge der feindlichen Armeen versuchte es „Le Matin" vom 13. Jänner 1916, 2. Ausgabe, mit folgender Kundgebung: „Ein Appell an die Quadrupelentente. Die Freundschaft der Tschechen. Angeeifert von uns werden sie den Persekutionen trotzen und den österreichischen Widerstand schwächen.

Seit fast 18 Monaten, die der Krieg dauert, gibt es ein Parlament, das sich nie versammelt hat und das nicht einmal gerufen wurde, die Kriegserklärung zu sanktionieren. Dieses Parlament ist der österreichische Reichsrat. Deutschland drängt seinen Verbündeten, es endlich einzuberufen. „Es ist notwendig", sagt es ihnen, „durch eine auffallende Kundgebung zu beweisen, daß alle Söhne Österreichs übereinstimmend für die Fortsetzung des Krieges sind. Daraus wird man schließen, daß sie eines Willens waren, ihn zu erklären."

Das Manöver ist schwierig. Im österreichischen Reichsrat gibt es mehr als 100 Tschechen. Ein großer Teil von ihnen kam ins Gefängnis. Ihr Führer Kramář ist dem Wiener Kriegsgerichte übergeben. 160 Zeugen sind geladen. Sein Prozeß hat seit zwei Tagen begonnen. Die Eingeweihten wissen voraus die Verurteilung, der er entgegengeht: 15 Jahre Festung*), die Konfiskation seiner Güter und die Absprechung seiner politischen Rechte. Diese Persekutionen disponieren nicht zur Loyalität.

Doch damit diese Session ihre vollkommene Wirkung habe, ist die Einstimmigkeit zu schaffen. Die Tschechen (diejenigen, die in Freiheit sind) weigern sich bisher, die Verbrechen der Habsburger zu sanktionieren. Man stellt sie vor nachfolgendes Dilemma: „Entweder stimmt ihr für die Regierung oder ihr werdet einberufen und wir übergeben euch den Kriegsgerichten."

Und wenn sie noch zögern, fügt man hinzu: „Ihr seht gut, daß die Partie für euch unwiederbringlich verloren ist, weil die Quadrupelentente nicht ein einziges Wort der Erwiderung auf euer Manifest gefunden hat."

Dieses Argument ist das stärkste und unglücklicherweise sind wir es, die es den Wiener Despoten geliefert haben.

„Das Manifest. (Vergleiche S. 114.)

Wir haben vor einigen Tagen das von dem größten Namen Böhmens gezeichnete, ergreifende Manifest veröffentlicht, durch welches die tschechische

*) Geschrieben am 13. Jänner 1916! Also lange vor der Verurteilung, beziehungsweise Begnadigung.

Nation in feierlicher Weise jegliche Solidarität mit Österreich zurückweist. Dieses Manifest wurde in demselben Augenblick verfaßt und veröffentlicht, als die habsburgischen Armeen auf dem Balkan Glück hatten und die Russen aus Galizien hinausgedrängt worden waren. Es ist nicht das Werk von einigen Intellektuellen. Wir wissen, daß es in allen Dörfern Böhmens gelesen, besprochen und gutgeheißen wurde. Seine Veröffentlichung hatte zur Folge, daß massenhafte Verhaftungen verfügt wurden. Was haben wir diesem erhebenden Vertrauen, das uns von einem Volke von zehn Millionen Seelen, welches von allen Seiten von preußischen Bajonetten umgeben ist, entgegengebracht worden ist, geantwortet? Nicht ein Wort.

Wir begreifen, daß sich die verbündeten Regierungen nicht in offizieller Weise für die Unabhängigkeit Böhmens aussprechen können. Doch mangels Regierungserklärung wäre die Ermutigung durch einen Minister, die lebhaft ausgedrückte Sympathie der öffentlichen Meinung in den vier großen Völkern, welche gegen Deutschland kämpfen, ein wertvoller Triumph für diese Wackeren, welche unter Mißachtung ihrer Leiden im Herzen Österreichs eine dauernde Konspiraton unterhalten.

Wir glauben, daß es von großer Bedeutung wäre, die Tschechen durch eine autorisierte Stimme wissen zu lassen, daß wir mit ihnen sind und daß die siegreiche Quadrupelentente das unabhängige Böhmen wieder aufrichten wird.*)

Wir werden nicht zögern, das Lebensinteresse zu unterstreichen, das darin läge, in der Zukunft einen unabhängigen slawischen Staat gerade im Zentrum des austro-deutschen Blockes zu erhalten, der in fataler Weise der Einigung zustrebt. Begnügen wir uns, die unmittelbaren und praktischen Konsequenzen aufzuzählen, welche eine Aufrichtung Böhmens oder wenigstens ein moralischer restloser Anschluß des tschechischen Volkes an die Sache der Alliierten hätte. Diese Folgen wären unserer Meinung nach nachstehende:

Allen slawischen Völkern würde erneuter Mut eingeflößt werden. Serbien ist gemartert worden und hat sein Territorium verloren. Montenegro ist ernstlich bedroht. Das Entstehen einer mächtigen Bewegung unter den Slawen Österreich-Ungarns würde beiden eine wertvolle Ermutigung bringen."

„Was wir erhoffen können.

Von dem Augenblick an, da die Zergliederung Österreich-Ungarns sich als praktisch lösbares Problem darstellen würde, hätte Rumänien ein unendlich viel größeres Interesse daran, die ernstesten Anstrengungen um den Besitz Siebenbürgens zu machen.

*) Ist dann später erfolgt! Vgl. S. 268.

Vom militärischen Standpunkte aus wollen wir nicht vergessen, daß mehr als 150.000 österreichische Slawen als Gefangene bei den Russen sind und daß man unter der halben Million Tschechen, die die Vereinigten Staaten bewohnen, ein oder zwei Armeekorps zum Teil aus gut geübten Turnern (Sokols) zusammengesetzt finden könnte,

die sich mit Freuden schlagen würden,

wenn sie wüßten, daß die Unabhängigkeit des Vaterlandes der Kampfpreis ist.

Endlich sind als gegenwärtig letzte Folge die österreichischen Soldaten, die an der italienischen Front kämpfen, fast alle Tschechen. Regimenter, die sich bei der ersten Gelegenheit den Russen oder Serben ergeben hätten, geben Beweise einer außerordentlichen Tapferkeit und Erbitterung gegen unsere südlichen Bundesgenossen. Man staunt darüber, daß eine Nation in einem Manifest von geschichtlicher Bedeutung die Quadrupelentente anruft und daß ihre Söhne mit einem solchen Feuereifer gegen eine der verbündeten Nationen kämpfen.

Die Erklärung dafür ist einfach: Es ist Österreich gelungen, seine slawischen Untertanen zu überzeugen, daß Italien ihr schlimmster Feind ist. Es sagte ihnen, daß die italienischen Rückerwerbungen am Adriaufer die Wirkung hätten, die Südslawen zu unterdrücken. Wenn man diese Männer in den Schützengräben am Isonzo und in Tirol wissen läßt, daß sie getäuscht wurden, daß Italien die Auferstehung Böhmens billigt und die Empfindungen seiner slawischen Untertanen in Zukunft achten wird, dann kann man hier diese tschechischen Regimenter dazu bestimmen, sich ebenso leicht zu ergeben, als es die galizischen oder jene taten, die zum ersten Male unter dem Oberbefehl des Generals Potiorek in Serbien einrückten."

An anderer Stelle der Urteilsbegründung werden noch folgende Artikel mitgeteilt:

„Erklärung des Zentralausschusses der „Národní Rada Česká" der Tschechoslowakischen Gemeinde in Paris. (Das eben erwähnte Manifest, s. a. S. 114.)

Mit Hilfe einer von der Wiener und Budapester Regierung abhängigen Presse wird die Öffentlichkeit noch immer durch die Behauptung getäuscht, daß das tschechischslowakische Volk den jetzigen Krieg ohne Protest, am Ende vielleicht gar noch mit Begeisterung aufgenommen habe.

Um einer weiteren Täuschung der Öffentlichkeit vorzubeugen — und weil die unter der Gewalt der österreichisch-ungarischen Behörden stöhnende Bevölkerung des Königreiches Böhmen mit einer Aufklärung des tatsächlichen Zustandes der Dinge nicht auftreten kann — konstatieren wir, vom

österreichisch-ungarischen Joche freien, in der „Národni Rada“ der tschechoslowakischen Gemeinden vereinigten Tschechoslawen, in Ausübung der Pflicht gegenüber unserem unterdrückten Volke und im Interesse der Wahrheit und Gerechtigkeit, daß das tschechische Volk, dessen hunderttausende Söhne im ausgebrochenen Kriege für die Interessen seiner Feinde mißbraucht werden, mehr als einmal gegen diesen brudermörderischen Krieg protestierte, daß jedoch alle seine Proteste blutig unterdrückt und vor der Öffentlichkeit verborgen wurden.

Die „Národni Rada“ der tschechoslowakischen Gemeinden, welche in ihrer Organisation mehr als zwei Millionen tschechoslowakischer Auswanderer konzentriert, erachtet die Kriegserklärung an die Serben und an die Russen als das schlimmste Verbrechen, das man an dem tschechischen Volke begehen konnte.

Durch die Kriegserklärung an die slawischen Brudervölker und durch die Überantwortung von unseren aufgeklärtesten Leuten, welche gegen den Krieg protestierten, da sie Brudermord nicht begehen wollten, an die Todesstrafe, beging der österreichische Kaiser — der sich bis jetzt auch böhmischer König nannte — und seine Ratgeber . . . . . (folgt eine Majestätsbeleidigung) und weiters . . . . (folgt eine die Absetzung der Dynastie aussprechende Majestätsbeleidigung und Beleidigung der gesamten Dynastie).

Für die Morde, die an unseren Brüder verübt wurden, möge . . . (folgen Majestätsbeleidigungen).

Das tschechische Volk, gegen dessen Willen der Krieg begonnen wurde und dessen Blut auf den polnischen und französischen Kriegsschauplätzen verbrecherisch vergossen wird, vermochte auch unter den traurigsten Umständen und bei der hundertjährigen Unterdrückung das Erbe seiner glorreichen Vorfahren zu verteidigen, es glaubt an den schließlichen Sieg der Verbündeten über die eroberungssüchtigen Deutschen und Magyaren.

Das durch seine Geschichte auferzogene tschechische Volk ist zu sehr gereift, als daß es zum willenlosen Sklaven seiner Feinde gegen die slawischen Interessen werde oder daß es Verrat an den erhabenen Idealen der Humanität, der Wahrheit und der Gerechtigkeit begehen könnte.

Das tschechische Volk, welches heute noch von demselben Gedanken durchdrungen ist, für welchen vor 500 Jahren Johann Hus sein Leben hingegeben hat, dieses Volk kann nicht anders als die Verräter-Brudermörder abstoßen und infolgedessen entbindet es die tschechoslowakischen Soldaten und die Staatsbeamtenschaft von dem den Habsburgern geleisteten Eid.

Slawischer Soldat! Wisse, daß zur Seite der russischen Helden nicht nur die südslawischen Recken kämpfen, sondern auch die polnische Legion und die tschechische Druzina. Es möge sich nicht einer von euch gegen eure Brüder und Freunde mißbrauchen lassen.

Tschechisches Volk! Wisse, daß wir die vollständige Unabhängigkeit des tschecho-slowakischen Volkes von Wien und Budapest verlangen und daß uns durch den Mund des Oberkommandanten der russischen Armee im Namen des Zaren die Unabhängigkeit versprochen ist. Bleibe jedoch ruhig, indem du deinen Feinden nur passiven Widerstand leistest. Die von der Wiener und Budapester Regierung ernannten Beamten bestehen nicht mehr zu Recht; in dem Augenblick, wo die siegreiche russische Armee den tschechoslowakischen Boden betritt, wird das Amtieren bereits im Namen der tschechischen Regierung erfolgen, welche nach Anhörung der Anträge unseres Vertrauensmannes bei der russischen Regierung, des politischen Führers der hussitischen Druzina, Bruders Tucek, von Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus II. angedeutet wurde, von dessen glorreichem Heeressieg über unsere gemeinsamen Feinde wir überzeugt sind. (!)

Dankbar für diese auf dem Altar unserer Freiheit dargebrachten Opfer begrüßen wir herzlich die Brüder Russen im tschechischen Lande. Schon jetzt erschallt auf der ganzen weiten Welt, wo nur der Bruder den Bruder trifft, aus der Tiefe der Seele die freudige Stimme:

Dem Zar-Befreier, dem Armeekommandanten Großfürsten Nikolaus, dem ganzen tapferen russischen Heere, dem ganzen edlen russischen Volke, seinen Verbündeten:

Slava! Nazdar!

Der Zentralausschuß.

Zu Paris, am 16. Februar 1915.“

(Beilage der in Paris erschienenen Zeitung „L'Indépendance Tchèque“, O. Nr. 358.)

Es wäre vollkommen verfehlt, diesen Kundgebungen nicht die größte Bedeutung beizumessen, lehnen sie sich doch auf das engste an die sogenannten zarischen und Rennenkampfschen Proklamationen an, die — wie gerichtsbekannt — in tschechischen Gebieten in Tausenden von Exemplaren verbreitet waren und von Hand zu Hand gingen, und zwar zu einer Zeit, wo die schwersten Kämpfe von der österreichisch-ungarischen Armee in den Karpathen und in den Beskiden zu bestehen waren.

V. Crkal berichtet in Nr. 1 vom 15. Jänner 1915 der „L'Indépendance Tchèque“ (O. Nr. 742)

über das Rennenkampfsche Manifest

folgendes:

„Rußland und der Slawismus.

Das vom Generalissimus Großfürsten Nikolaus nach den russischen Siegen in den eroberten Gebieten in neun hauptsächlichen Nationalsprachen Österreichs abgefaßte Manifest weckte in den Seelen der tschechischen Völker ein Echo all der Hoffnungen, deren Verwirklichung so sehr und seit so langer Zeit ersehnt wird. Mit Ungeduld erwarten diese den Tag, wo die russische Armee und deren hervorragender Führer den Boden des alten Böhmens betreten werde und mit Vertrauen erwarten sie die Einlösung des Versprechens der Unabhängigkeit; für die Tschechen wie für alle Slawen sind die Worte des Zaren heilig.“ (O. Nr. 742.)

Die Urteilsbegründung gegen Dr. Kramář teilt dann in diesem Zusammenhang auch zwei für die Beurteilung der

südslawischen Bewegung

sehr beachtenswerte Dokumente mit:

„Nicht minder bedeutsam ist die Protestkundgebung der Jugoslawen gegen den Grafen Tisza und das Manifest des jugoslawischen Komitees, dessen Zusammensetzung von besonderem Interesse ist. Beides ist abgedruckt in der bei Dr. Kramář gefundenen Nr. 1 von „La Nation Tcheque“, beide Kundgebungen gehen nicht vielleicht von unreifen, unerfahrenen Leuten, sondern von Personen aus, die durchwegs im öffentlichen Leben der beiden Reichshälften wichtige Stellungen inne hatten.

Nirgends finden sich jene „unreifen Burschen von 20 Jahren“, welche Politik machen, wie Dr. Kramář behauptet (Rede vom 3. Juli 1914), sie gingen nur im Handeln weiter, der Geist, der aus diesen Kundgebungen spricht, ist derselbe.

Protestkundgebung des Sektionskomitees der emigrierten Kroaten.

Dr. H. Hinkowitsch, der hauptsächlichste Verteidiger der Serbokroaten im Agramer Prozeß von 1909, hielt am 27. April im „Foyer“ einen äußerst beredten Vortrag über Kroatien. Gegen Ende desselben nahm er Gelegenheit, die an den Grafen Tisza vom Sektionskomitee der ausgewanderten Kroaten gerichtete Protestkundgebung zu verlesen.

Dieser bereits in der italienischen Presse veröffentlichte Protest besagt:

„In einer kürzlich gehaltenen öffentlichen Rede fügte Graf Tisza Kroatien die Beleidigung zu, indem er den Loyalismus der kroatischen Bevölkerung und den Heroismus der jugoslawischen Truppe im Kriege gegen Serbien rühmend hervorhob.

Auf diese Herausforderung antwortete das Sektionskomitee der ausgewanderten Kroaten: Die Kroaten, welchen es gelang, sich rechtzeitig dem Gefängnisse zu entziehen oder den Verfolgungen, die es unseren Vertretern nicht gestattet, auf Österreichs Boden ihre wahren Gefühle zu äußern, erheben vor dem zivilisierten und freien Europa energischen Widerspruch gegen die Insinuation des Grafen Tisza.

Alle Bemühungen des Ministers, die Sache des kroatischen Volkes von jener des serbischen zu trennen, sind unvermeidlich dem Mißerfolg verfallen. Es betrachten sich die Kroaten und die Serben als eine Nation, einzig und unteilbar durch die heiligen Bande der Sprache, des Vaterlandes und des Blutes.

Das kroatische Komitee weist mit Verachtung die Lobreden zurück, welche der Minister sich an unser Volk zu richten erlaubte und die aus seinem Munde nur als Beleidigung aufgefaßt werden könne.

Der gegenwärtige Krieg ist ein ungarischer und österreichischer Krieg; in keiner Beziehung ein kroatischer oder slawischer. Gegen Deutschland und Österreich, welche gegenwärtig nur mehr eine eroberungslustige Gruppe von Kämpfern bilden, vereinigen sich die Slawen Kroatiens, Serbiens und der Tscherna Gora im gemeinsamen Haß.

Sie hatten mit Freude die Siege der Serben über die Muselmanen begrüßt, sie waren mit Betrübnis Zeugen der furchtbaren Beschießung Belgrads. Als vor 200 Jahren Eugen von Savoyen dort die kaiserlichen Adler aufpflanzte, erschien er wie ein Befreier. Heute erscheinen die Generäle Franz Josephs wie Mörder unserer Brüder und als Zerstörer unserer Ideale. Die Kroaten lehnen unbedingt den Bund mit einem preußisch gewordenen Österreich ab, welches dadurch seiner Aufgabe untreu wird und die Slawen unterwirft, um die deutsche Hegemonie zu sichern.

Unsere Söhne sind gegenwärtig noch gezwungen, für eine verhaßte Sache zu kämpfen. Mit Vertrauen erwarten jedoch die Kroaten die Stunde der Befreiung und der Vergeltung.“ (O. Nr. 51.)

Aus der folgenden Urkunde ergibt sich insbesondere, welche Kreise an der südslawischen Bewegung beteiligt sind und es geht daraus hervor, daß auch in südslawischen Kreisen durchwegs Männer an der Spitze der Revolution stehen, die Anspruch auf Ernstlichkeit und Überlegung in der Beurteilung ihrer Handlungen erheben können. Im Süden wie im Norden ist die leitende Idee die der slawischen Gegenseitigkeit. Der Zusammenschluß der Konnationalen tritt im Süden stärker als im Norden hervor, weil dort die Reichsgrenze nicht die Nationalitätengrenze ist. Es zeigt sich bei der südslawischen Bewegung, auch wie sehr sie sowohl gegen den Bestand Österreichs, als auch gegen den Bestand Ungarns gerichtet ist, wie somit die Bewegung als Ganzes betrachtet (bei Tschechen, russophilen Ruthenen,

Südslawen) die völlige Zertrümmerung der Monarchie anstrebt.*)

Das Manifest der Jugoslawen.

Das jugoslawische Komitee, welches sich ganz kürzlich aus serbokroatischen und slowenischen Vertretern zusammengesetzt hat und sich gegenwärtig im Ausland befindet, hat zum Zwecke des Schutzes der Interessen der slawischen Bevölkerung Dalmatiens, Bosniens und der Hercegovina, Kroatiens, Istriens und der slowenischen Provinzen am 13. Mai in London ein Manifest veröffentlicht:

Die Südslawen sind entschlossen, sich zu vereinigen und einen einzigen unabhängigen Staat zu bilden. Die innere Zusammensetzung des neuen Staates würde durch die Nation selbst entsprechend ihren Wünschen und Bedürfnissen durchgeführt werden.

Als Vertreter eines demokratischen Volkes wenden wir uns an die französische Nation und an ihr Parlament, und erwarten dort jene Hilfe, die der jugo-slawischen Nation endlich ermöglichen wird, nach Jahrhunderten des Märtyrertums Einheit und Unabhängigkeit zu erlangen.

Das jugo-slawische Komitee:

Präsident:

Dr. Ante Trumbic, Advokat, Präsident der nationalen kroatischen Partei im dalmatinischen Landtag, ehemaliger Bürgermeister von Split (Spalato) und ehemaliger Abgeordneter von Zadar (Zara) im österreichischen Reichsrat.

Mitglieder:

Dr. Anton Biankini de Starigrad, Dalmatien, Präsident des jugo slawischen Komitees in Chicago.

Dr. Ivo de Guilli, Advokat, Gemeinderat in Dubrovnik (Ragusa), Dalmatien.

Dr. Julije Gazzari, Advokat, ehemaliger Gemeinderat in Sibenik (Sebenico), Dalmatien.

Reverend Don Nikko Grskovic, Präsident der kroatischen Liga in Cleveland, Vereinigte Staaten von Amerika.

Dr. Hinko Vinkovic, Advokat, Mitglied des kroatischen Landtages und kroatischer Abgeordneter im ungarischen Reichstag.

Dr. Josep Jedlovski, Advokat, Sekretär des slowenischen Vereines „Edinost“ und des kroatischen Schulvereines in Triest, Milan Marjanovic de Kastav, Istrien, Herausgeber der „Narodni Jedinstvo“ Nationale Vereinigung, Zagreb (Agram), Kroatien.

Ivan Mestrovic, Bildhauer in Otavice, Dalmatien.

Dr. Mice Micic, Advokat, Gemeinderat in Dubrovnik (Ragusa), Dalmatien.

Dr. Franko Potocznjak, Advokat, ehemaliger kroatischer Landtagsabgeordneter und Abgeordneter im ungarischen Reichstag.

Dr. Niko Stojanovic, Advokat, Mitglied des bosnischen Landtages.

Franjo Supilo, Herausgeber der „Novi List“ in Fiume, ehemaliger kroatischer Landtagsabgeordneter und Abgeordneter im ungarischen Reichstag, Michajlo Pupin v. Pancevo, Südungarn, Professor an der Universität in Kolumbia, New-York.

Dusan Vasiljevic, Advokat, Mostar, Hercegovina, Vizepräsident der nationalen Vereinigung aller Serben in Bosnien.

Dr. Nikola Zupanic, Publizist in Metlika, Krain.

London, am 13. Mai 1915.“ (O. Nr. 207.)

Im Zusammenhange damit wird berichtet:

Eine große

Versammlung von Serben, Kroaten und Slowenen wurde in Nisch

abgehalten. Nach einer Rede des kroatischen Landtagsabgeordneten Herrn Franjo Supilo und noch mehreren anderen über adriatische und jugo-slawische Fragen nahm die ganze Versammlung eine Tagesordnung an, in welcher sie die nationale serbo-kroatisch-slawonische Zusammengehörigkeit ausspricht und unter Anrufung des Nationalitätenprinzipes und der Gerechtigkeit gegen jedwede Zersplitterung Einspruch erhebt sowie gegen jede Entnationalisierung der Länderstriche, in welchen die Slawen seit undenklichen Zeiten eine zusammenhängende Majorität bilden. Diese Tagesordnung hebt auch nachdrücklichst die Notwendigkeit hervor, die dauerhafte Freundschaft zwischen den Italienern und den Südslawen zu schaffen. (O. Nr. 207).“

An einer anderen Stelle der Urteilsbegründung im Prozesse Kramář*) wird über die

„Südslawische Bewegung“

noch mitgeteilt.

„In welchem Umfange die Monarchie durch die slawische Bewegung bedroht war, geht des weiteren auch daraus hervor, daß unter den Südslawen infolge der großserbischen Propaganda gleichzeitig eine revolutionäre Bewegung einsetzt, wenn sie auch gleichwie die ruthenische nicht jene Bedeutung hat wie die von tschechischer Seite mit weit gründlicherer und umfassenderer Vorbereitung eingeleitete hochverräterische Unternehmung, gerichtet auf die Losreißung der Länder der böhmischen Krone vom Staatsverbande der österreichisch-ungarischen Monarchie.

*) Wie recht die Urteilsbegründung damit hatte, ersieht man erst heute völlig, da Tschechen, Ruthenen und Südslawen gemeinsam und offen im Abgeordnetenhause die Zerreißung der Monarchie betreiben. Mit dem Manifest der Jugoslawen deckt sich völlig das Programm Korošec.

*) Urteilsbegründung S. 124 ff.

Einer kurzen Erwähnung bedarf aber die südslawische Bewegung schon darum, weil sie zweifellos dem Gedanken der slawischen Gegenseitigkeit entspringt, weil gerade die Balkankriege nicht nur bei den Südslawen, sondern vor allem in tschechischen Kreisen einen Enthusiasmus hervorriefen, der in kaum verhüllter Form zu öffentlichen Kundgebungen führte, die deutlich jene Hoffnungen aussprechen, welche nunmehr verwirklicht werden sollten.

Es bestanden zudem enge Wechselbeziehungen zwischen Dr. Kramář und den Serben, nicht bloß auf Kongressen und Nationalfeiern, sondern auch persönliche, so daß Dr. Kramář Ende 1912 sich anbot, zwischen der Monarchie und Serbien zu vermitteln, und zwar unter Berufung auf seine guten Beziehungen.

Einer der auch literarisch tätigen Monarchiefeinde, Professor Cvijić, war Vertrauensmann der „Národni Rada Česká“. Er vertritt die großserbische Idee unverhohlen, ebenso wie Kosutic mit dem Dr. Kramář auf Kongressen und Banketten in Rußland und Bulgarien zusammen war. „Národni Listy“ nehmen noch im Kriege Partei für die Serben, ebenso Dr. Kramář, der auch im Laufe des Prozesses seine Parteinahme nicht änderte.

Bei der Bedeutung des österreichisch-ungarisch-serbischen Konfliktes für die Entstehung des Krieges, den Dr. Kramář seit der Annexion als unvermeidlich kommen sah, ist daher kurz auch diese Bewegung zu streifen, um so mehr als Dr. Kramář heimliche Beziehungen zur serbischen Regierung pflegte. (O. Nr. 1474, 1517 bis 1520.)

Auf gewisse programmatische Erklärungen (Manifest der Jugoslawen) wurde bereits hingewiesen.

Die südslawischen Bestrebungen bekunden auch deutlich den Gegensatz zu den konkurrierenden italienischen Ansprüchen.

Das südslawische Komitee in London.

Ansprache des dalmatinischen Landesabgeordneten und Bürgermeisters von Spalato im Namen des südslawischen Komitees an Minister Lord Crewe (Vertreter Greys):

„Gestatten Sie mir, Herr Minister, Ihnen die Huldigung des südslawischen Komitees, von welchem ich der Vertreter und meine anwesenden Freunde die Mitglieder sind, darzubringen.

Dieses Komitee hat sich aus den Vertretern aller südslawischen Länder zusammengesetzt, um bei den befreundeten Nationen ihre Interessen und nationalen Aspirationen zu verteidigen.

Gestatten Sie mir, Ihre Aufmerksamkeit ganz speziell auf die Tatsache zu lenken, daß die indische Post, nachdem sie Frankreich, die Schweiz und Norditalien durchkreuzt hat — um deutsche Länder zu vermeiden —, die einzige und zugleich kürzeste Route durch die südslawischen Länder nehmen müßte, indem sie Görz, Laibach, Agram und Belgrad berührt.

Jener Teil unseres Volkes, welcher die ganze Nord- und Ostküste des adriatischen Meeres bewohnt, ist gänzlich dem Seedienste hingegeben. Diese Südslawen sind seit undenklichen Zeiten immer tapfere Schiffer, erprobte Fischer und renommierte Handler gewesen.

Wir hoffen, daß Großbritannien, welches sich mit seinen Verbündeten für Recht und Gerechtigkeit erhoben hat, uns bei der Verwirklichung unseres nationalen Ideals beistehen wird; ein Ideal, das in der Vereinigung der ganzen südslawischen Rasse in einem einzigen Einheitsstaate besteht.

Unsere nationalen Aspirationen sind ausführlicher in einem Memorandum dargestellt, welches wir die Ehre haben werden, beim Kanzleramte niederzulegen.“ (O. Nr. 361.)

Tschechisch-slawische Propaganda in Serbien.

Skoplje, Serbien, 7. März 1915

„Unsere Sympathie muß durch eine edle Tat dokumentiert werden. Helfet den leidenden Landsleuten, helfet dem serbischen Volke, welches für unsere politische Gleichberechtigung dahinstirbt.

In den letzten Tagen erwachte in den prominenten Landsleuten in den neuen serbischen Gebieten das aufrichtige Bestreben, zum Zwecke der Bildung eines nationalen Komitees, welches mit einem ähnlichen Programme wie jenes der Assoziation in Frankreich, in England, in der Schweiz und in Amerika, die projektierte Form der tschechischen Selbständigkeit, weiters die Bekanntschaft der serbischen Journalistik mit unserer Forderung im Interesse einer allslawischen Propaganda, drittens die wechselseitige Organisation aller tschechischen Gefangenen, die freiwillig bereit sind, im Dienste der serbischen Armee zum Schutze der Eisenbahnen und Grenzwache an den Grenzen Albaniens zu treten, zu fördern.“ (O. Nr. 751.)

Fr. Klepal (Svernost).

„Die Tschechen in Serbien.

Nach dem Beispiele der in Amerika, Frankreich, England, Rußland und in den anderen von Deutschland nicht unterjochten Ländern lebenden Tschechen arbeiten und auch die Tschechen in Serbien an dem Befreiungswerke ihres unglücklichen Vaterlandes. Am 20. März haben sie in Üsküb eine Zusammenkunft abgehalten.

Die zahlreichen tschechischen Kriegsgefangenen in Serbien waren durch eine besondere Abordnung vertreten.

Die Tätigkeit dieser Zusammenkunft führte zur Gründung der „Alliance des tchèques slaves en Serbie". Diese Vereinigung stellt sich zur Aufgabe, unter den gefangenen Tschechen den Gedanken zur Bildung von tschechischen Regimentern, die gegen Österreich-Ungarn kämpfen würden, zu verbreiten und dermaßen die Verwirklichung unserer nationalen Wünsche zu fördern.

Diese neue Vereinigung hat die Absicht, unter den Slawen des Balkans zugunsten der tschechischen Frage Propaganda zu machen und dieselben über die Wünsche unserer Nation bei der Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie zu informieren.

Als Präsidenten hat man Herrn Rudis Jicinsky, Direktor des tschechischen Roten Kreuzes der Vereinigten Staaten gewählt und als Sekretär Herrn C. Skrivanek vom Sokolverband in Chicago, gleichfalls Mitglied des tschechischen Roten Kreuzes." (O. Nr. 196.)

Der Zeitung „La Nation tchèque" vom 1. Juni 1915 ist zu entnehmen:

„Die Südslawen.

Unser Direktor Ernst Denis publiziert ein Buch über Großserbien. (Delegrave, Paris).

Um Serbien Aussichten zu geben, wie sie seine besten Freunde nicht hätten geben können, bedurfte es nur der außergewöhnlichen Unerfahrenheit (folgen eine Reihe von Majestätsbeleidigungen und Beleidigungen der Allerhöchsten Dynastie).

Die Habsburger haben sich zu allen Zeiten gut mit den Wienern verstanden, welche sich nie in den Kopf gesetzt haben zu siegen und sich für alles mit einem Walzer von Strauß trösten . . . . liebt die Slawen nicht, weil sie nicht „Geborene" waren, schlechte Manieren hatten und zu den vorgeschriebenen Zeiten nicht beichteten. (Folgen eine Reihe von Majestätsbeleidigungen.) . . . ., daß Österreich seit 1879 aufgehört hat zu bestehen, daß es weniger unabhängig ist als Bayern und Sachsen. Der Slowak ist kein Mensch, sagt ein ungarisches Sprichwort. Außer den Slowaken gibt es aber noch den Serben, der für den Magyaren eine Art böses und ekelerregendes Tier ist. M. Reiß hat in seiner Enquete die fürchterlichen und infamen Grausamkeiten gezeigt, die von österreichischen Generalen während der Invasion von Serbien anbefohlen waren. Es war ganz unnötig, diese abscheulichen Exekutionen vorzuschreiben, jeder Magyar hat die Überzeugung, daß er ein frommes Werk tut, wenn er einen Jugoslawen erschlägt.

Der wütende Haß der Magyaren zusammen mit dem hochmütigen unverschämten Ehrgeiz der Deutschen machte den Südslawen die Wiedervereinigung mit den Habsburgern unmöglich. Notwendigerweise versuchten sie sich den Serben des Königreiches zu nähern. Das Zentrum der Vereinigung überträgt sich so dank der Fehler der österreichischen Minister von Agram nach Belgrad. Es ist wahrscheinlich, daß Aehrenthal und Berchtold ohne Not die Unruhe übertrieben, welche ihnen die allserbische Propaganda einflößte. Es ist unzweifelhaft, daß sie sie anfangs selbst nicht genügend geprüft haben, und um ein ungewisses und jedenfalls sehr entferntes Übel zu vermeiden, gewiß nicht die sofortige Zuflucht zum äußersten Mittel der Waffen notwendig gehabt hätten. Sie trieben so den Feind, welcher allein niemals den Gang gewagt hätte, in die Notwendigkeit zu siegen, in dem sie ihn in eine Situation ohne Ausgang drängten und von ihm eine Unterwerfung ohne Reserve verlangten.

Die Chancen Peter I. waren, Serbien in dem Moment zu beherrschen, wo der Despotismus der Politik von Wien und Budapest begann und die virtuosen Kaskaden der Diplomatie desorganisierten die österreichisch-ungarische Monarchie und zerschlugen endgültig die Bande, die sich langsam zwischen den verschiedenen Untertanen der Habsburger geknüpft hatten. Seine Ehre war es, den Konflikt vorausgesehen und sein Volk darauf vorbereitet zu haben." (O. Nr. 48.) Auch dieser Artikel weist wieder deutlichste Anklänge an Ausführungen Dr. Kramář auf.

Die erste Nummer von „La Nation tchèque" führt aus:

„Die Tschechen und die Serben."

Wenn die tschechischen Provinzen den Serben gegenwärtig in ihrem heldenhaften Ringen nicht so beistehen können, wie sie es während des Balkankrieges getan, so bleiben dafür die tschechischen Kolonien im Auslande nicht untätig. Von Anbeginn des Krieges haben die Tschechen von Amerika mit einer bedeutenden Geldsumme zu den Sammlungen beigetragen, welche durch die serbokroatischen Organisationen Amerikas nach Serbien gesandt wurden. Im Dezember stellten die Tschechen und Slowaken für Serbien eine Sanitätsabteilung auf, bestehend aus fünf Ärzten, dem gesamten Krankenwärterpersonal und aus dem nötigen Sanitätsmaterial. Außerdem wurde ein ziemlicher Betrag für die Erhaltung dieser Abteilung gezeichnet. Kürzlich veröffentlichte die größte tschechische Tageszeitung von Chicago, die „Svornost" einen Brief des Leiters dieser Mission, in welchem Herr Rudis-Jicinsky, gegenwärtig in Uesküb, mit großer Bewunderung von der Tapferkeit der serbischen Soldaten spricht. Das tschechische Spital leistet ausgezeichnete Dienste. Wenn dessen Tätigkeit durch den Mangel an chirurgischen Instrumenten beeinträchtigt wird und durch Verbandsmaterial, worunter die Serben besonders

leiden, so haben die Tschechen Amerikas alsbald Sorge getragen, diesem Zustand durch Neusendungen abzuhelfen. Leider wurde die tschechische Legion zweier ihrer eifrigsten Mitarbeiter im Februar beraubt. Herr Rudis-Jicinsky fügt seinem Bericht die Erzählung eines Tschechen, Offizier in der serbischen Armee, bei. Einige Teile dieses Briefes legen deutlich Zeugnis ab von den Gefühlen der gegen ihre serbischen Brüder ins Feld geschickten Regimenter.

„Ich nahm“, so schreibt dieser Offizier, „an dem Gefechte bei Cern teil. Es war die erste große Schlacht nach dem Übergang über die Save und die Donau und seit der serbischen Invasion. Österreichisch-ungarische Regimenter waren gegen uns entsandt worden. Österreich, welches die Empfindungen unserer Slawen genau kannte, stellte die Tschechen und Serbo-Kroaten in die vorderste Linie, dahinter die Deutschen und Ungarn mit den Maschingewehren. Und nun vorwärts. Machte man Miene zum Zurückgehen, wurde man von den rückwärtigen Truppen beschossen. Und trotzdem wollte niemand gegen die Serben marschieren. Doch man wurde hierzu gezwungen. So ging man vor, schoß jedoch in die Luft und im gegebenen Augenblicke ergab man sich. Wie erfreut und sangeslustig waren unsere Gefangenen, sobald sie sich in den serbischen Reihen befanden, wo sie mit offenen Armen empfangen wurden.“ (O. Nr. 51.) Vergleiche O. Nr. 160, 1244, 1331, 1492 und Gefangenenbriefe. (Siehe Seite 225.)

„L'Indépendance tchèque“ berichtet:

„Unsere südslawischen Brüder!

Am 10. März 1915 hat in der Stadt Chicago (Illinois) ein Nationalkongreß in der Absicht stattgefunden, die nationale Einheit der Kroaten, Serben und Slowenen vor der ganzen zivilisierten Welt laut und offen zu bekennen und zu bestätigen und ihre Aspirationen der Welt bekanntzugeben.

Auf diesem Kongresse welcher ein wahres nationales Parlament darstellte, wurde mit einer unbeschreiblichen und einhelligen Begeisterung die nachfolgende Resolution votiert:

„Die Union mit Serbien und die Freiheit, das ist es was wir wollen.“ (O. Nr. 750).

Soweit die Urteilsbegründung im Prozesse Kramář.

„Weniger innere Schwierigkeiten als in Frankreich hatte die Tschechenbewegung

V. b.

in England

zu überwinden,*) da sie hier durchwegs im Lager der der republikanischen nahe verwandten anglikanischen Richtung stand. Das traurige Verdienst sich hier gleich nach Kriegsbeginn an die Spitze der Bewegung gestellt zu haben, hat der Maler Franz Kopecky, der sich selbst rühmt, er habe, als nach der Kriegserklärung ein Teil der Tschechen dem militärischen Einberufungsbefehl Folge leisten und nach Österreich abreisen wollte, alle hiervon abgehalten.

Schon am 3. August 1914 wurde bei einer tschechischen Versammlung im Hydepark in London ein Manifest beschlossen, in dem die Kriegserklärung Österreichs als feiger Anschlag auf die slawischen Brüder bezeichnet und erklärt wurde, daß alle Tschechen nur auf Seite Englands kämpfen werden, falls sie in den Krieg hineingezogen würden. Schon zwei Tage später wurde in London ebenso wie in Paris eine tschechische Vereinigung mit hochverräterischen Zielen, das

„London Czech Comite and Legion for British Service“

gegründet, welches dank der Bemühungen Kopeckys die Anerkennung der englischen Behörden erhielt und mit den Konsularagenden für die in England lebenden Tschechen betraut wurde. Ebenso wie in Frankreich wurde in England den Tschechen die Behandlung als Angehörige einer befreundeten Nation und die Befreiung von allen, die übrigen österreichischen Staatsangehörigen treffenden Beschränkungen, wie Internierung und Vermögensbeschlagnahme, gewährt. Auch

eine tschechische Legion für englische Kriegsdienste

wurde gegründet, die allerdings im April 1915 noch nicht einberufen war. Hingegen trat eine große Zahl Londoner Tschechen anfangs 1915 in die tschechische Legion in Frankreich ein.

Zu Anfang des Jahres 1915 hielt es das Londoner Komitee auch für angezeigt, ein

Manifest

herauszugeben, das sich inhaltlich an das berüchtigte Pariser Manifest anschloß und dem die Ehre des Abdruckes in der „Times“ am 2. März 1915 zuteil wurde. Es heißt darin unter anderem:

„Durch die Kriegserklärung gegen unsere slawischen Brüder, durch die Verdammung der besten Söhne Böhmens zum Tode, weil sie sich geweigert hatten, Brudermord zu begehen, indem sie ihre Waffen gegen ihre slawischen Brüder nicht führen wollten, hat der Kaiser von Österreich mit seinen Beratern zahllose Verbrechen begangen, für welche dieselben eine gerechte Strafe verdienen. Wir erklären daher Franz Josef I. des Hauses Habsburg-Lothringen als Feind der Slawen und der tschechischen Nation, unwürdig, weiter den Titel eines Königs von Böhmen zu führen. Wir werden darauf beharren, ihm und seiner ganzen Familie alle An-

*) Diese Darstellung nach der Anklageschrift gegen Hajek, Olic und Genossen, Seite 57.

sprüche auf die Länder der böhmischen Krone zu entziehen. Die tschechische Nation . . . kann nicht umhin, diesen verräterischen, meineidigen König zu verwerfen und daher alle tschechischen Soldaten und Staatsbeamten ihres Eides zum kaiserlichen Hause zu entbinden."

Auch anläßlich der Kriegserklärung Italiens an Österreich veranstaltete das Londoner Komitee eine Straßenkundgebung und versicherte den italienischen Gesandten durch Überreichung einer Adresse der Sympathien des tschechischen Volkes zu Italien.

Die publizistische Tätigkeit des Londoner Komitees war eine außerordentlich rege. Wenn auch über die Gründung einer eigenen tschechischen Zeitung in England nichts bekannt ist, so gelang es andrerseits die englischen Tagesblätter in den Dienst der tschechischen Unabhängigkeitsbewegung zu stellen. Nach dem Tätigkeitsberichte des Komitees für den Juli 1915 wurden in diesem Monat allein 31 Zeitungsartikel in englische Blätter eingerückt und zwei Broschüren über die Ziele der tschechischen Bewegung vom Komitee herausgegeben.

Zum Zwecke eines einheitlichen Vorgehens war das Londoner Komitee auch in steter Verbindung mit den übrigen hochverräterischen Tschechenvereinigungen im Auslande, insbesondere in Frankreich. Der bereits genannte Kopecky wohnte als Delegierter des Londoner Komitees einer Versammlung im Jänner 1915 in Paris bei und unternahm im Frühjahr 1915 eine Agitationsreise durch Amerika."

Aus der Urteilsbegründung im Prozeß Kramář entnehmen wir hierzu noch folgendes*):

„Die folgenden Zitate betreffen weitere Ereignisse in England.

Wie auch dort schon im Frieden Anknüpfungspunkte gesucht und gefunden wurden, welche auf monarchiefeindliche Umtriebe hinweisen, ist bereits erwähnt und wird noch näher auszuführen sein bei Vorführung der journalistischen Tätigkeit des Dr. Kramář und seiner Beziehungen zu den Engländern, die auf längere Zeit zurückreichen.

Charakteristisch ist auch hier die Verbindung mit offiziellen Kreisen und wie nahe gerade solche der revolutionären tschechischen Bewegung stehen, ergibt sich wohl am deutlichsten aus dem Umstand, daß Professor Masaryk an eine englische Universität berufen wurde, wo er über das viel erörterte Thema „Über die Selbständigkeit der kleinen Nationen" Vorträge hielt.

Aus den Zeitungsberichten geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die in London lebenden Tschechen in nichts ihren Konnationalen in Frankreich oder Rußland oder Amerika oder in der Schweiz nachstehen, was um so weniger überraschen kann, als zum Beispiel der englische Agitator Birbek schon lange mit der russophilen Propaganda unter den Ruthenen in Verbindung steht und dafür in der Heimat wirkt.

Nicht weniger beachtenswert ist auch hier wieder der Umstand, daß die monarchiefeindliche Strömung seit der Annexion stärker einsetzt und seither die Öffentlichkeit mehr mit den österreichischen Slawen sich befaßt, als es früher der Fall war.

In erster Reihe findet sich unter den Monarchiefeinden wieder eine Person, die zu Dr. Kramář in Beziehung stand, der Journalist

Steed.

Allerdings lehnte auch hier wieder Dr. Kramář ein näheres Bekanntsein ab und behauptete, daß nicht er, sondern Masaryk in den letzten Jahren mit Steed verkehrte; allein ein vorliegender Brief läßt auf engere Bekanntschaft mit vollem Recht schließen und ähnliche Behauptungen wurden von Dr. Kramář immer aufgestellt, wenn die Bekanntschaft keine empfehlenswerte ist. Diese Behauptungen wurden aber in allen Fällen bei näherer Prüfung als Verantwortungstaktik erkannt und müssen als solche gewertet werden.

Die Parallelität der Bewegung in England mit jener in anderen Staaten ergibt sich aus der Vergleichung der vorgebrachten Umstände (Organisation, Aufrufe, Waffendienst in Feindesreihen usf.).

Die Notizen sind aus englischen Kreisen übernommen in die Zeitschriften „La Nation Tchèque" und „L'Indépendance Tchèque" und darnach zitiert.

„Die tschechische Kolonie in England, Manifest der Tschechen in London.

Wir, die in London lebenden Tschechen, die wir in Hyde Park auf dem britischen Boden der Freiheit versammelt sind, erachten es als unsere geheiligte Pflicht, dem unparteiischen und großherzigen britischen Publikum unsere wahren nationalen Gefühle zu offenbaren.

Wir verurteilen und verdammen die ungerechte und grausame Politik der österreichisch-ungarischen Regierung gegen die kleine serbische Nation als die Handlung eines Feiglings, der die schändliche Absicht verfolgt, das Volk von Serbien auszurotten.

Unter solch fürchterlichen Umständen würden wir es als ein unverzeihliches Verbrechen gegen unsere Nation und gegen alle slawischen Brüder erachten, in die verhaßten Reihen der österreichischen Heere einzutreten und deren ungerechte, gegen die uns befreundeten Völker gerichtete Sache zu unterstützen. (D.-Nr. 745)."

*) Urteilsbegründung Seite 111 ff.

Ferner:

„Die Tschechen und der Krieg. Britische Anerkennung ihres freundschaftlichen Wohlwollens.

Von Oberleutnant Roustam Beck („Daily Express", 12. Jänner 1915).

Der gleichen Rasse wie die Serben und die Russen angehörend, erwarten sie ihre Befreiung und die Wiederaufrichtung ihres ehemaligen unabhängigen Königreiches Böhmen durch den Erfolg ihrer englischen und französischen Verbündeten.

Desgleichen haben hier in London mehr als hundert Tschechen ihre Dienste in derselben Eigenschaft ohne Bezahlung dem Kriegsbureau angeboten.

Das Londoner tschechische Komitee und Legion für englischen Dienst in London 26, Gloucester Road, Regentspark, hat die Herren J. Sykora zum Präsidenten, F. Stanislaus zum Vizepräsidenten, G. Forman und F. Kopetzky zu Ehrensekretären gewählt, um dem tschechischen Kongreß in Paris beizuwohnen (O. Nr. 743)."

Ferner:

„Bibliographie.

In den politischen Kreisen Englands kann man eine neue Richtung gegenüber Österreich-Ungarn feststellen. Am besten kennzeichnet die Presse diesen Anschauungswechsel. Heute zweifelt keine Zeitung mehr über die tatsächliche Mission des österreichischen Reiches. Der gegenwärtige Krieg hat zu augenscheinliche Beweise geliefert, daß die Monarchie der Habsburger sich gänzlich entäußert hat. In früheren Zeiten sprach man in England mit einer gewissen Sympathie von Österreich. Aber gelegentlich der räuberischen Wegnahme Bosniens und der Hercegovina begann man dieselbe von einem anderen Gesichtspunkte ins Auge zu fassen.

Die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand, wohl als ein Verbrechen verurteilt, brachte keine günstige Änderung dieser Anschauungen und der kurze Zeit darauf entfesselte furchtbare Krieg deckte die ganze Wahrheit über die eigentlichen Beweggründe des Habsburgerreiches auf. Die in den letzten Monaten erschienenen Publikationen bringen die gleiche Auffassung zum Ausdruck wie die Zeitungsartikel. Was jedoch vor allem bemerkenswert erscheint, ist das Interesse, welches die Engländer den slawischen Nationen zu widmen beginnen.

Es würde einfach genügen, die Revue „The Round Table", a quarterly review of the Politics of the British Empire" anzuführen. *)

*) „The Round Table" brachte sehr bemerkenswerte Artikel über Rußland, über den Balkan und über Österreich-Ungarn.

Der leitende Gedanke dieser Artikel gipfelt in der Feststellung, daß Österreich-Ungarn ebenso wie die Türkei, jedes Recht, die Slawen als Untertanen zu beanspruchen, verwirkt hat.

Die Brüder Buxton, wohlbekannte Bulgarenfreunde, gehen in ihrem kürzlich unter dem Titel „The War and the Balkan" veröffentlichen Buch noch weiter. Sie stellen darin die These auf und verteidigen dieselbe auch, daß Österreich-Ungarn zu bestehen aufhören muß.

Im gleichen Sinne und mit großer fachmännischer Kenntnis ist das Buch „Germany and Eastern Europe" von M. Lowis, N. Namier B. A. verfaßt, mit einer Einleitung von Herrn K. A. Fisher, Vizekanzler der Universität von Sheffield.

„Eine Menge Soldaten der österreichischen Armee", so schreibt der Verfasser, „erflehen bis zum letzten Atemzuge den Sieg der verbündeten Ententemächte. Es bedeutet ein Verbrechen gegen die Menschheit, diese Leute für eine Sache zum Kampfe zu zwingen, die nicht nur nicht die ihre ist, sogar allen ihren Gefühlen zuwiderläuft. Österreich-Ungarn muß um jeden Preis zu bestehen aufhören."

In London soll dem „The London Cech Comitee" (Bohemian) 26, Glaucester Road, ein gewisser Hata aus Böhmen angehören. Derselbe hat anläßlich des Unterganges der „Lusitania" dem englischen König, dem englischen Premier und dem amerikanischen Botschafter kondoliert. (O. Nr. 307.)

Ferner:

„Die Tschechen von London.

Ebenso wie die „Alliance nationale Tchèque" der Vereinigten Staaten hat die tschechische Kolonie in London anläßlich des Mißgeschickes der „Lusitania" an den König von England, an den Gesandten der Vereinigten Staaten Depeschen gerichtet, in welchen sie ihre Mißbilligung über das verbrecherische Treiben der deutschen Seeräuber ausspricht. Bei Beginn des italienischen Krieges haben die Londoner Tschechen an den italienischen Gesandten ein Schreiben gerichtet, in welchem sie ihre Sympathien für die Italiener kundgaben, deren Eingreifen die Befreiung des tschechischen Volkes beschleunigen wird. Sie haben mit entfalteter Fahne, mit Inschriftstafeln zu Ehren Italiens, an der enthusiastischen Kundgebung vor der italienischen Botschaft in London teilgenommen." (O. Nr. 196.)

Ferner:

„Das Haus Österreich.

Die Enthüllungen, die Herr Steed über die Gesundheitszustände des Erzherzogs Ferdinand gemacht hat, haben das Publikum, welches selbst in demokratischen Ländern die Souveräne nur allzu-

leicht mit einer Strahlenkrone des Respektes umgibt, ungeachtet aller Diskretion, mit der sie vorgebracht wurden, darum doch nicht weniger gründlich überrascht. Die französische Presse hat sich seit langem befleißigt, eine Art Heiligenlegende um die Person Franz Josefs, des Friedensfürsten, zu weben. Sie stellte ihn als einen arbeitsamen, an seinen Pflichten hängenden Herrscher dar, welcher — durch harte Heimsuchungen gereift und geläutert — sich bestrebe, ein gerechtes Gleichgewicht zwischen seinen, durch tiefen Haß voneinander getrennten Völkern aufrechtzuerhalten: sie sah in ihm einen Schiedsrichter Europas, dessen gewitzigte Erfahrung das ... (folgt eine Beleidigung des Kaisers Wilhelms II.).

Daß eine Dynastie, die durch keine ernstliche Gefahr bedroht wurde, eine derartige Sinnflut in so entschlossener Weise entfesselt hat, daß sie vor dem entsetzlichen Jammer, den ihre Haltung herausfordern mußte, nicht zurückgeschreckt ist ... (folgen Beleidigungen der Allerhöchsten Dynastie). Würde nämlich die Monarchie besiegt werden, so müßte sie auseinander fallen und in Trümmer gehen; würde sie siegen, so müßte sie aufhören, eine unabhängige Existenz zu führen, um in die Abhängigkeit Deutschlands zu geraten. (Folgen Majestätsbeleidigungen und Beleidigungen der gesamten allerhöchsten Dynastie.)

Nirgends auf der Welt ist das Geheimnis so dicht gewebt als in Wien und das Leben der Regierenden ist dort von einem so undurchsichtigen Schleier umwoben, daß es nicht ohne große Mühe gelingt, die Wahrheit zu durchschauen. Nach und nach scheint indessen diese Wahrheit, trotz aller Vorsichtsmaßregeln, doch durch und so kommen wir dazu, einzusehen ... (folgt Beleidigung der Allerhöchsten Dynastie).

Zwei Bücher, die vor einiger Zeit in England erschienen sind, bringen uns in dieser Hinsicht interessante Aufsätze. Die genannten Bücher sind „Meine Vergangenheit" von der Gräfin Marie Larisch, London 1913; und das „Geheimnis einer Kaiserin" von der Gräfin Zanardi Landi, London 1914 (folgen Beleidigungen der Mitglieder des Allerhöchsten Kaiserhauses.)" (O. Nr. 361.)

Ferner:

„Einem Organisator des tschechischen Waffendienstes unter England, Sully, wird amtlich mitgeteilt:

Entschuldigen Sie gefälligst dieses Diktat, da ich sehr in Anspruch genommen bin. Ich habe an Lord Kitschener die Liste der tschechischen Herren, die sich so tapfer freiwillig gemeldet haben, in der gegenwärtigen Krisis mit den britischen Soldaten gemeinsam zu kämpfen, weitergesendet. Wollen Sie den Herren den Ausdruck meiner Dankbarkeit übermitteln, für deren Loyalität denjenigen gegenüber, zwischen denen sie ein gastfreundliches Heim gefunden haben und den Ausdruck meiner Hochachtung für den Wert des Anerbietens für die Engländer während der größten Krisis in unserer Geschichte. (O. Nr. 745.)

Charles Beresfort.".

Ferner:

Böhmen und der Krieg. An den Herausgeber des „Outlook".

„Böhmen ist seit Jahrhunderten von Österreich tyrannisiert worden.

Die bitterste Fehde besteht zwischen Deutschen (die Deutschösterreicher inbegriffen) und Tschechen.

Das tschechische Volk muß daher mit den verbündeten Mächten sympathisieren und ihnen vom ganzen Herzen Glück wünschen. Gewisse Umstände verhindern es, ihnen offen beizustehen.

Sie beten für den Erfolg Rußlands und für die Niederlage Deutschlands und beklagen bloß, daß sie nicht auf jener Seite aktiv an dem Befreiungskriege teilnehmen können, zu welchem ihre traditionellen Sympathien von jeher hinneigten. Wenn die Verbündeten Erfolg haben, wie es fast gewiß ist, muß Böhmen aus seiner österreichischen Sklaverei befreit und nach seinem Wunsche zu einem unabhängigen autonomen Staate unter dem Protektorate Rußlands umgebildet werden. (O. Nr. 745.)

45, Wellington Road. Dublin.

R. J. Kelly."

Ferner:

Sir Valentin Chirol schreibt in den „Times" am 29. Oktober 1914:

„Aber ist es gerecht, ist es politisch, daß sie (die Tschechen) mit der nämlichen Strenge behandelt werden sollten, als jene, welche der Sache wie dem Namen nach wirklich Deutsche und Österreicher sind? Diese Frage erhebt sich mit Rücksicht auf die Dänen und Tschechen, Serben und Kroaten, Elsässer und Italiener, welche das Unglück haben, gegenwärtig die Untertanen Deutschlands oder Österreichs zu sein." (O. Nr. 745.)

Der Schriftsteller und Journalist James Backer sagt in dem „Outlook" vom November:

„Die Tschechen haben uns in diesem Krieg geholfen durch ihre Organisation, durch ihre Weigerung für Österreich zu kämpfen, beziehungsweise durch ihre massenhafte Übergabe an die russischen und serbischen Heere." (O. Nr. 745.)

Backer befand sich 1912 unter den Ehrengästen Prags aus Anlaß der Palackyfeier und des Sokolkongresses!

Ferner:

Walter Jerrold schreibt in der „Pall Mall Gazette“ vom 26. Oktober 1914:

„Die Tschechen, welche leider nur allzulange Opfer der Germanisierungsmethode waren, sind die bittersten Feinde der Deutschen.“ (D. Nr. 745.)

Ferner:

Österreich-Ungarn und England. (Wiener Brief.)

„Eigentlich besteht das österreichisch-ungarische Reich nicht mehr. Was einst in der Diplomatensprache unter dieser Beziehung verstanden war, ist heute nur mehr ein Vasallenstaat. Dieser Umstand beginnt einen Teil der Deutschen Österreichs zu beunruhigen und da und dort widersetzt man sich bereits, wenn auch in diskreter und kluger Form, dieser Art von Unabhängigkeit. Die „Neue Freie Presse“ hat hierfür einen um so bemerkenswerteren Beweis geliefert, als sie am liebsten beiden Teilen angenehm sein möchte. Gewöhnlich schwingt sie die weiß-schwarze pangermanistische Fahne. Zu gewissen Augenblicken jedoch hält sie es für zweckmäßig, die österreichischen schwarz-gelben Fahnen zu hissen. Am 25. April veröffentlichte sie einen nicht unterschriebenen Artikel eines Mitgliedes des Herrenhauses. Der Verfasser sucht nachzuweisen, daß Österreich-Ungarn sich dem Hasse Deutschlands gegen England nicht anschließen kann. England tat seine Pflicht, wenn es Belgien und Frankreich verteidigte, da es wohl wußte, daß nach dem Mißgeschicke Frankreichs das seine an die Reihe käme. Man kann von einem hinterlistigen England nicht sprechen. Es wird in diesem Artikel sogar zugegeben, daß Deutschland sehr häufig die internationalen Rechte verletzt hat. Im ganzen ist dieser Artikel eine Kritik über Deutschland.

Worum handelt es sich aber? Um nichts anderes, als um eine Captatio Benevolentiae. Übrigens weiß man in London, daß die Wiener Presse direkt von Berlin inspiriert wird, und daß dadurch auch sie verpflichtet ist, „die Hinterlist Albions“ zu verkünden.“ (D. Nr. 207.)

Es sei hier ein für allemal bemerkt, daß nur eine ganz verschwindend kleine Auswahl aus den Zeitungsnachrichten gegeben werden kann. Diese Blütenlese ließe sich natürlich bezüglich aller Länder bis ins unendliche fortsetzen.

„Die Bewegung

V. c.

in Rußland

und die staatsfeindlichen Bestrebungen der in Rußland lebenden Tschechen setzten gleich nach Kriegsbeginn mit voller Heftigkeit ein und bewegten sich begreiflicherweise so ziemlich rein auf zaristischen Bahnen.*) In allen größeren Städten, so in Petersburg, Moskau und Kiew entstanden tschechische Komitees mit offen hochverräterischer Tendenz und die bestehenden tschechischen Vereine stellten sich sofort in den Dienst der russischen Sache. Schon am 7. August 1914 wurde eine Deputation der in Rußland lebenden Tschechen, bestehend aus dem Buchhändler Svatopluk Koniček, der sich auch Stefan Horsky oder Gorsky nannte, dem Leiter der Moskauer Filiale der Firma Laurin und Klement, Alois Tuček, und einem gewissen Hrabe, im Moskauer Kreml vom Zaren in Audienz empfangen und versicherte ihn der treuen Ergebenheit des tschechischen Volkes. „Möge die freie unabhängige St. Wenzelskrone in den Strahlen der Krone der Romanows erglänzen!“ hieß es in der Ansprache der Deputation. Eine zweite tschechische Abordnung berichtete im September 1914 in Zarskoje-Selo dem Zaren über die Ereignisse in Prag und unterbreitete ihm die Wünsche des tschechischen Volkes.

Um auch unmittelbar zum Siege der russischen Waffen beizutragen, schritt man in Moskau, Petersburg und Kiew zur

Bildung tschechischer Legionen

für russische Kriegsdienste. Hierbei taten sich neben dem tschechischen Husverein in Moskau, der Beamte der Firma Laurin und Klement in Petersburg, Zdenko Raimann, und der Vertrauensmann des tschechischen Volksrates in Prag, der Kiewer Grundbesitzer und Redakteur V. Vondrak, besonders hervor. Der letztere hielt auch bei der Fahnenweihe der Kiewer Legion am 18. Oktober 1914 die Festrede. Alle diese Legionen wurden später zu einer einzigen

„Česka Družina“

vereinigt, deren Organisator der bereits erwähnte Alois Tuček, von seinen Bewunderern der „tschechische Garibaldi“ genannt, war. Durch fortwährende Anwerbungen unter den österreichischen Kriegsgefangenen slawischer Nationalität und durch tschechische Überläufer verstärkt, bildete diese Družina vermöge der Vertrautheit ihrer Mitglieder mit den österreichischen Verhältnissen eine wertvolle Unterstützung der russischen Armee, insbesondere im Kundschafts- und Aufklärungsdienste.

Um die hochverräterische Bewegung einheitlich zu gestalten, wurde beim Kongreß in Petersburg vom 10. bis 13. September 1914 der „Svaz českych spolku na Rusi“

*) Anklageschrift gegen Hajek, Olič und Genossen, Seite 37.

(Verband der tschechischen Vereine in Rußland)

gegründet, dem Ausschüsse für die organisatorische, finanzielle, militärische und redaktionelle Tätigkeit angegliedert wurden. Ein im März 1915 in Moskau tagender Kongreß beschloß nach Absendung von Huldigungstelegrammen an die Oberhäupter der mit Österreich im Kriege befindlichen Staaten eine Resolution zugunsten der „Errichtung eines selbständigen nationalen Staates" aus den Ländern der böhmischen Krone und der Slowakei mit einem slawischen König an der Spitze, der in einen engen Kontakt mit den slawischen Schwesternationen, namentlich mit Rußland zu treten hat."

Es entbehrt nicht des Humors, daß sich die russischen Kongreßteilnehmer Aristow und Sawelow mit diesem „engen Kontakte" keineswegs zufrieden gaben, sondern sehr zum Mißvergnügen der anwesenden Tschechen die Einverleibung Böhmens in das russische Reich forderten. Auch die Errichtung einer Armee des tschechischen Zukunftstaates wurde bei diesem Kongresse in Erwägung gezogen; ihren Grundstock sollte die „Česka Družina" bilden.

Die russische Regierung förderte diese hochverräterische Bewegung selbstverständlich auf jede mögliche Weise. Die Tschechen in Rußland erhielten Legitimationen, auf Grund deren sie von der Internierung und allen die österreichischen Staatsbürger treffenden vermögensrechtlichen Nachteilen verschont blieben. Um ganz sicher zu gehen, ließ jedoch die russische Regierung die in Rußland lebenden Tschechen durch Kundmachungen zum Erwerbe der russischen Staatsbürgerschaft auffordern, und die tschechischen Vereine mußten sich dieser, mit der Idee des selbständigen Königreiches nicht ganz verträglichen Forderung anbequemen und auf ihre Mitglieder einen Druck in dem gewünschten Sinne ausüben.

Ein wirksames Mittel der Propaganda bildeten auch die

tschechisch-russischen Zeitungen,

so der in Kiew erscheinende „Čechoslovan" insbesondere aber die in Petersburg gegründete Zeitung „Čechoslovak", die von dem ehemaligen Redakteur der „Narodni Listy" in Prag, Bogdan Pavlu, geleitet wird, der bei Kriegsbeginn als Kadett eingerückt, mit seiner ganzen Truppenabteilung zum Feinde überging. (Vgl. Seite 156.)

Die Führer der tschechisch-russischen Bewegung waren bestrebt, auch mit den hochverräterischen Organisationen der anderen Staaten in Fühlung zu treten. Der bereits als Teilnehmer an der Zarendeputation genannte Konicek-Horsky, einer der rührigsten Mitarbeiter im Dienste der hochverräterischen Sache, bereiste im Auftrage des tschechischen Nationalrates in Rußland im Herbste 1914 Rumänien, Bulgarien, Serbien, Griechenland, Italien, Frankreich, die Schweiz, England und Nord-Amerika. Besonders lebhaft war seine agitatorische Tätigkeit in Frankreich, wie bereits erwähnt, und in Amerika, worauf noch zurückzukommen sein wird." Soweit die erwähnte Anklageschrift.

Aus einer großen Anzahl

russischer Zeitungsberichte über dieses Treiben der Tschechen

seien nur folgende angeführt:

Golos Moskwy, 14. März 1915.

„Ein tschechischer Aufruf.

Das Pariser tschechische Journal „Indépedance Tchèque" veröffentlicht einen Aufruf, dessen Text von den Delegierten der englischen Tschechen vorgeschlagen und einstimmig vom ersten Kongreß der Tschechen und Slowaken, der sich unlängst in Paris versammelt hat, angenommen worden ist. Der Text dieses Aufrufes lautet folgendermaßen:

„Wenn irgend jemand aus der Dynastie der Habsburger künftig in Böhmen herrschen würde, so würden wir dies für das größte Unglück halten, in welcher Form immer sich seine Macht äußern würde. Im Verlaufe von vier Jahrhunderten mußten wir viele Schmerzen und Leiden erdulden. Wir waren entgegen den abgeschlossenen Verträgen Opfer der Vergewaltigung, dem Millionen Menschenleben zum Opfer gebracht wurden. Deshalb ist es unsere erste Sorge, der ganzen Welt zu verkünden, daß das tschechische und slowakische Volk für immer die Macht der Habsburger von sich wirft. Sie wollen nicht mehr, daß über ihnen irgend ein Prinz deutscher Rasse herrsche. Das tschechische Volk erkennt sein historisches Recht und proklamiert entschieden die Wiederaufrichtung unserer Unabhängigkeit. Wir wünschen, daß die Organisation des tschechischen Staates, der alle tschechischen und slowakischen Länder vereinigen soll, auf dem Prinzip voller Freiheit gegründet werde. Wir verlangen eine konstitutionelle Regierungsform analog der in Frankreich und England existierenden. Unsere Volksgenossen werden sich zu diesem Punkte äußern, wenn für sie eine offene Formulierung ihrer Wünsche möglich sein wird."

Damals gab es Leute unter den Tschechen, welche solche Aufrufe für apokryph erklärten. Dr. Kramář erklärte zum Beispiel in seinem Prozesse, das seien Hirngespinste. Außerdem gehe ihn das nichts an, was ein Haufen Wahnsinniger irgendwo beschließe. Wenn man aber mit diesem und eine ganze Reihe ähnlicher Aufrufe heute die bekannten

staatsrechtlichen Erklärungen der Tschechen

im österreichischen Abgeordnetenhause am Beginn des Tagungsabschnittes am 30. Mai 1917 vergleicht, so findet man keinen Unterschied, nicht einmal in den Worten. Oder sagt der Führer der Tschechen

Dr. Stransky in seiner Rede am 12. Juni 1917

im österreichischen Abgeordnetenhause etwas anderes, als was in dem vorstehenden Aufrufe jener offenen Hochverräter schon damals zu lesen stand? Hören wir ihn selbst:*)

„Was wollen wir? Wir wollen glücklich sein gerade so wie die anderen und wir wollen frei werden, frei von jedem Zwange, von jeder fremden Vorherrschaft. Wir wollen unsere Kinder in unserer Schule, in unserer Sprache und im Geiste unserer Geschichte und unserer Kultur zu guten Bürgern unseres böhmischen Vaterlandes erziehen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wir wollen die Formen unseres politischen Lebens selbst bestimmen. (Bravo!) Wir wollen uns in Hinkunft selbst Gesetze geben, wollen uns selbst regieren. Wir wollen den Sitz aller unserer Behörden am geschichtlichen Boden unseres Vaterlandes wissen und es ist unser Wille, daß dieselben untereinander und mit uns in allen Instanzen ausnahmslos in unserer Sprache verkehren. (Bravo!) Wir wollen in Hinkunft auch die auswärtigen Beziehungen unseres Vaterlandes zu der Völkerfamilie der Welt selbst bestimmen, wir wollen uns in Bündnisse nicht schließen lassen, sondern uns an Bündnissen beteiligen (So ist es!), mit den Freunden unserer Nation im Frieden leben, ihre Feinde abwehren.

Da zum vollen Genusse des Glückes und der Freiheit auch die innere Ruhe und Gewißheit gehört, daß diese Güter dauernd und stabil gesichert sind und nicht vom Wohlwollen oder von der Gunst labiler Verhältnisse abhängen, verlangen wir die Wiederherstellung der politischen Selbständigkeit und des souveränen Staatsrechtes der böhmischen Nation auf dem geschichtlichen Boden der Länder der böhmischen Krone. (Zustimmung.)

Wenn wir in unserer letzten Rechtsverwahrung verlangt haben, daß bei der Neuordnung der Dinge auf Grund des natürlichen Rechtes auch der stammverwandte slowakische Zweig unserer Nation berücksichtigt werde, der an der Grenze unseres geschichtlichen Vaterlandes lebt, haben wir es mit dem selbstverständlichen Vorbehalte getan, daß auch in dieser Frage nicht bloß unser sehnlicher Wunsch und unser Interesse, sondern die freie Entscheidung und Selbstbestimmung der drei Millionen Slowaken maßgebend zu sein hat, die bisher unter unsagbar gewalttätiger Unterdrückung des magyarischen Stammes zu leiden hatten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)"

Und am Schlusse seiner Rede sagte er ausdrücklich folgendes, was die österreichische Zensur unterdrückte, so daß leider der wahre Charakter dieser Rede nicht zum Ausdruck kam:

„Wir sind, meine Herren, 1866 Österreich treu geblieben, wir haben zu Reich und Dynastie gehalten. Seit der Zeit sind 50 Jahre verflossen, aber das Reich und die Dynastie haben unsere Rechte, unsere Gerechtsame, unsere Interessen, haben uns am Leben, an Gut und Blut gefährdet, geschändet, geschädigt, wie sie es nur konnten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)"

Wo ist da ein Unterschied?

Doch hören wir nun weiter, was die russischen Zeitungen damals schon zu berichten wußten:

Utro Rossij, 20. März 1915.

„Kongreß der tschechischen Gesellschaften in Rußland.

Gestern fand im kleinen Saale des Hotels Metropole in Moskau die allgemeine Sitzung des Kongresses statt. Den Vorsitz führte Herr Rixi. Der Kongreß hörte den Bericht der provisorischen Leitung des Verbandes tschecho-slowakischer Gesellschaften über den Besuch tschechischer Delegierter im August-September vergangenen Jahres beim Zaren, Oberkommandierenden und dem Minister des Auswärtigen Sasanow, denen eine Denkschrift über die wünschenswerte Einrichtung des zukünftigen freien Tschechiens überreicht wurde. Die Denkschrift habe in diesen Kreisen eine sehr sympathische Aufnahme gefunden."

Rjetsch, 12. März 1915.

„Der tschechische Kongreß.

In der heutigen Schlußsitzung des tschechischen Kongresses wurde eine Resolution angenommen, in der es unter anderem heißt:

„Die brüderliche Einigung des russischen und polnischen Volkes, die in dem historischen Aufrufe des Oberkommandierenden an das polnische Volk verkündet wurde und die Hoffnung, die das polnische Volk ergriffen hat, festigt auch in unserem Volke, das immer nach der Wiederaufrichtung seiner zu Boden getretenen Rechte gestrebt hat, die Hoffnung, daß bald die Zeit kommen wird, da ein tschechoslawischer Generallandtag als einziger Repräsentant des tschecho-slowakischen Volkes sich mit der Organisation seines Reiches beschäftigen kann. Wir sind überzeugt, daß nicht nur unsere nationalen Interessen, sondern auch die Interessen des gesamten Slawentums und eines sicheren politischen Gleichgewichts Mitteleuropas energisch verlangen, daß der Jahrhundert alte Damm im äußersten Westen verstärkt werde. Ein selbständiges tschecho-slowakisches Reich, an dessen Spitze ein slawischer König stehen soll, kann sich nur im vollen Einvernehmen der gesamten slawischen Welt, besonders mit seiner großen Verteidigerin Rußland halten."

*) Sten. Prot. S. 136 ff.

Utro Rossij, 10. März 1015.

Der Krieg und die russische Gesellschaft.

„Slawisches Gastmahl.

Das gestrige slawische Gastmahl im Hotel Metropole in Moskau verlief sehr stürmisch . . . . der Konflikt, der schon längst zwischen der Gruppe der Slawophilen und den tschechischen Mitgliedern der Gastmale herangereift war, nahm gestern sehr scharfe Formen an.

Aristow verhielt sich in seinem Berichte gegen die Idee der Bildung eines unabhängigen tschechischen Königreiches ablehnend. Nach seiner Meinung kann Tschechien, das auf 7 Millionen Tschechen, 3 Millionen Deutsche zählt, von der deutschen Vergewaltigung nur unter der Bedingung seiner Einverleibung in den Verband Rußlands auf autonomem Prinzip befreit werden.

Nach dem Berichte Aristows hielt der Präsident des tschechischen Kongresses, Herr Rixi, eine leidenschaftliche Rede. Er erklärte, daß eine endgültige Entscheidung über die zukünftigen Formen der tschechischen Staatlichkeit nur das tschechische Volk allein in der Person eines tschechischen Landtages in Prag zu fällen bevollmächtigt ist. Die Arbeit der Moskauer Slawophilen auf den slawischen Gastmählern kann der Sache der slawischen Einigung nur schaden.

Der Stellvertreter der Vorsitzenden der slawischen Gastmahle, Kammerherr Sawelow, protestierte gegen die Worte Rixis: „Das russische Volk wird nicht sein Blut zur Schöpfung eines zweiten Bulgariens vergießen. Wenn die Tschechen gegen die Vereinigung mit Rußland sind, so mögen sie sich selbst ihre Unabhängigkeit erkämpfen."

Nach der Rede Sawelows verließen die am Gastmahle anwesenden Tschechen dasselbe."

Utro Rossij, 11. März 1915.

„Der Kongreß der tschechisch-slowakischen Gesellschaften in Rußland.

. . . . . In der Abendsitzung wird eine politische Resolution des Kongresses eingebracht werden, in der jene politischen Hoffnungen und Wünsche formuliert werden, die die Tschechen auf den Zusammenbruch Österreich-Ungarns setzen.

Heute wird auch der Bericht der Militärkommission beraten werden, über die Bildung einer besonderen Militärabteilung aus kriegsgefangenen Tschechen in Rußland, für die Tätigkeit innerhalb Böhmens."

Utro Rossij, 10. Februar 1915.

Der Krieg und die russische Gesellschaft.

„Das slawische Gastmahl.

Auf dem gestrigen slawischen Gastmahl im Hotel Metropole wurde jene Linie bestimmt, die die Teilnehmer am Gastmahl in zwei Lager teilt. In die Anhänger der endgültigen Vereinigung aller slawischen Völker in ein einziges großes slawisches Reich und in die Anhänger der Schaffung gesonderter unabhängiger slawischer Staaten, die sich im Bündnis mit Rußland befinden.

Die erste Anschauung äußerte der beständige Referent der slawischen Gastmahle P. P. Aristow. Sein Bericht, der der kroatischen Frage gewidmet war, nahm dank der Geradheit und der Schärfe der Schlüsse des Berichterstatters den Charakter einer prinzipiellen Erklärung in der allslawischen Frage an.

Von den drei Mitteln der Lösung der kroatischen Frage, Schaffung eines selbständigen slawischen Reiches, Vereinigung von Kroatien und Serbien oder seine Einverleibung in Rußland billigt Aristow nur das letztere. Kroatien kann nicht mit Serbien vereinigt werden, denn es bildet sowohl historisch als auch ethnographisch einen selbständigen nationalen Organismus. Das sogenannte „Groß-Serbien" könne nur aus dem jetzigen Serbien, Bosnien und der Herzegovina, Montenegro und dem südlichen Dalmatien gebildet werden.

Für Rußland hat es keinen Sinn, einzelne slawische Reiche zu schaffen, denn dadurch beraubt es sich selbst der eigenen slawischen Politik und der Handlungsfreiheit. Der Berichterstatter erinnert, daß noch kein einziges slawisches Volk irgend etwas für Rußland geopfert habe, Rußland aber habe sogar den jetzigen Krieg Serbiens wegen begonnen. Heiß und leidenschaftlich appellierte Aristow an die Vertreter der slawischen Völker, den ewigen slawischen Separatismus zu vergessen und sich mit Rußland in einem großen slawischen Reiche zu vereinigen.

Der Kroate Garanich schloß sich dem Standpunkt Aristows an und begrüßte „die große russische Seele, in der die Gerechtigkeit der ganzen Welt und die Liebe der ganzen Menschheit sich verkörpert."

Herr Pawlu, ein Tscheche, der Redakteur einer tschechischen Zeitung in Böhmen war*) und sich gleichzeitig mit seiner Abteilung den russischen Truppen gefangen ergab und jetzt aus der Gefangenschaft befreit wurde, hielt eine Rede zur Verteidigung der Schöpfung eines tschechischen Königreiches und der Vereinigung der Serben und Kroaten in einen serbokroatischen Staat.

*) Der „Národní Listy".

Der Vorsitzende der Gastmahle Rodionow stellte sich auf einen versöhnlichen Standpunkt und erklärte, daß die Verschiedenheit der Meinungen auf den slawischen Gastmahlen nur der wirklichen und wohltätigen Aufklärung der allslawischen Fragen dienen.

„Nowoje Zweno" vom 16. Jänner 1915.
Nr. 1.

Organ des vereinigten Slawentums und des unabhängigen liberalen Gedankens. Herausgegeben von Brjancaninow unter der Mitwirkung u. a. von Professor Marian Zdziechowski (Krakau), Klofáč, Kramář und des Abgeordneten Formánek.

(Diese und andere Namen stehen heute noch am Kopf der Zeitschrift gedruckt!)

„Als Ziel des Krieges wurde die Entmilitarisierung Europas erklärt und festgelegt. Alle stimmen darin überein, daß zu diesem Zweck notwendig sei, das Preußentum sowohl als System, als auch die Hegemonie der hohenzollernschen Junkerschaft in Deutschland zu vernichten. Aber an „den würdigen Franz Joseph", den wahren geistigen Anstifter aller Balkanwirren, Streitigkeiten, Fälschungen und der internationalen Sittenverderbnis denkt man nicht. Österreich, und schon gar Ungarn, könnte und muß nach der Meinung vieler „entschlossener und strenger Richter" auch nach dem Kriege seine für die internationalen Sitten schädliche Existenz fortsetzen. „Wozu eine slawische Föderation auf den Ruinen eines Staates, der uns nach dem Untergang des Preußentums nicht gefährlich sein wird?" fragen auch sogenannte Staatsmänner. Wir antworten auf diese Frage vorläufig mit zwei Worten: weil der Untergang des Preußentums und der Hohenzollern noch nicht den Zusammenbruch des Germanismus bedeutet." (Im Original fett gedruckt.) „Die deutsche Rasseneinheit zu vernichten, ist ebenso unmöglich, als wie aus Deutschen Vagabunde und Faulpelze zu machen.

Die Niederlage des Preußentums kann nicht das Verschwinden, sondern eine unglaubliche Blüte des kulturell und wirtschaftlich konzentrierten Deutschtums bedeuten. Wenn wir Österreich-Ungarn mit den Habsburgern und ihren Traditionen lassen, wird Europa nicht nur ein auf neuen Prinzipien vereinigtes Deutschland-Österreich erhalten, sondern eine zahllose komplizierte Reihe auf Lösung brennender nationaler und wirtschaftlicher Fragen zwischen Slawen und Deutschen" (zwei Zeilen konfisziert) . . . „Wie immer bei der Belassung des Restes internationaler Sittenverderbnis, als welches traditionell Wien immer erschienen ist, in deutschen Händen die in Haag oder an einem anderen Orte unterschriebenen Übereinkommen über ein obligatorisches Schiedsgericht oder die Einschränkung der Rüstungen sein werden, faktisch wird die Entmilitarisierung Europas nicht erfolgen. Wer diese Entmilitarisierung will, der muß die Reinigung Europas von Österreich-Ungarn und Wiens von den Habsburgern wünschen." (Diese Stelle ist im Original fett gedruckt.)

„Brjancaninow."

Nowoje Zweno, vom 16. Jänner 1915.
Nr. 1.

„Aus der Sitzung der progressistischen Politiker: . . . . . . Schließlich wurden folgende Resolutionen angenommen:

1. (Auf Antrag des Referenten Klezanda):*)

a) Das Schicksal und die staatliche Organisation Tschechiens, wobei darunter die Verwirklichung des historischen Ideals des tschechischen Volkes, das heißt die Vereinigung Böhmens, Mährens, Schlesiens mit Ausschluß des polnischen Gebietes und Einschluß der Slowakei und Angliederung der Lausitz in ein Ganzes muß auf Wunsch der Vertreter des tschecho-slowakischen Volkes in vollständiger Übereinstimmung mit den allslawischen und russischen, kulturell-staatlichen Aufgaben verwirklicht werden.

b) Die konstituierenden Funktionen einer unabhängigen Tschecho-Slowakei müssen einer konstituierenden Versammlung anheim gegeben werden, die aus Vertretern der Bevölkerung Böhmens, Mährens, Schlesiens, der Slowakei und der Lausitz gebildet wird.

2. (Auf Antrag Brjancaninows):

Der Abschluß eines Separatfriedens mit Österreich-Ungarn ist unvereinbar mit der slawischen Frage und mit der Entmilitarisierung Europas und deshalb äußerst unerwünschenswert vom russischen Standpunkt. Der Krieg muß bis zum vollständigen Zusammenbruch Deutschlands, der notwendig ist für die Entmilitarisierung Europas, und bis zur Auflösung Österreich-Ungarns in seine Bestandteile fortgeführt werden, wodurch allein nur die Garantie eines Friedens im Südosten Europas und am Balkan gegeben sein werden. Die verspätete Einmischung Rumäniens und Italiens darf auf keine Weise irgend welche Konzessionen zugunsten dieser Staaten auf Kosten Rußlands und des Slawentums führen, namentlich aber dürfen Triest und Dalmatien auf keine Weise Italien, Bukowina an Rumänien überlassen werden, denn sonst wird ein fester Friede nicht erreicht werden und die Südslawen werden den Kampf gegen Italien, den sie mit Österreich beendigt haben, führen müssen.

Das Erscheinen Italiens in Albanien verletzt den Beschluß der Londoner Konferenz, demzufolge zugunsten eines unabhängigen Albaniens, Serbien

*) Eines Tschechen.

und Montenegro verletzt wurden, was auch zu dem für Österreich und Deutschland erwünschten zweiten Balkankriege und zum Zerfall des Balkanblockes geführt hat.

Mit der Okkupation Valonas durch Italien kann man sich nur unter dem formellen Verzicht Italiens von allen Prätensionen auf Dalmatien und Triest und alte serbische Gebiete (Skutari) abfinden."

„Nowoje Wremja", 7. März 1915.

„Was Böhmen gegenwärtig denkt.

(Ein Brief aus der Schweiz.)

Der diese Zeilen geschrieben hat, hat eben glücklich das österreichische „Völkergefängnis" verlassen und kann als früherer tschechischer Politiker slawophiler Richtung, der bis zum letzten Augenblick Beziehungen mit vielen hervorragenden tschechischen Persönlichkeiten hatte, solange diese in Frankreich waren, ein wirkliches Bild der gegenwärtigen Lage Böhmens zeichnen. Über Böhmen wurde im Auslande viel geschrieben, aber manche Nachrichten erwiesen sich direkt als falsch und wirkliche Tatsachen hatten eine bei weitem geringere Bedeutung als man ihnen zuschrieb.

Die hervorragendsten tschechischen Politiker befinden sich unter Polizeiaufsicht oder wurden gewaltsam in die Armee eingereiht und überhaupt der Möglichkeit, sich zu äußern, beraubt. Daher spielen anstatt der Politiker wie Klofáč (im Gefängnis eingesperrt) oder Kramář (Hausarrest) und Masaryk, der sich im Ausland versteckt, in Böhmen jetzt eine Rolle Personen zweiten Ranges, die sich um die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bevölkerung bemühen, und das häufig um den Preis ihrer politischen Ehre. Diese Leute an der Spitze mit Dr. Groš, dem Bürgermeister von Prag, der der Gehilfe des Statthalters von Böhmen, Grafen Thun, geworden ist, befinden sich gegenwärtig in der Reihe der politischen Leichname. Sie kann nicht einmal die Entschuldigung retten, daß sie durch ihre Haltung sich bemüht haben, Böhmen und Prag vor dem Unglück preußischer Okkupation zu bewahren. Denn wenn es sich um die ganze Zukunft eines Volkes handelt, dann sind keine Opfer zu groß, wie dies Belgien bewiesen hat.

Jetzt ist es natürlich unmöglich, in Böhmen eine Revolution mit den Waffen in den Händen zu beginnen, aber die Tschechen sind bestrebt, der Regierung bei ihrem wirtschaftlichen und politischen Vordringen passive Resistenz zu leisten. Das zeigte sich bei der Weigerung, an den Siegesfeiern teilzunehmen (zum Beispiel nach der Einnahme Belgrads), und an dem Mißerfolge der Kriegsanleihe. Übrigens ist es schwierig, alle Tatsachen aufzuzählen über die unterdrückten revolutionären Aufstände der Tschechen sowohl in der Armee als auch zu Hause, die teilweise im Auslande bekannt sind, gar nicht zu sprechen von den Legionen der im Ausland befindlichen Tschechen.

Man hätte mehr tun können, wenn die Beziehungen Böhmens zum Dreiverbande und unserem inneren Verhältnisse vor dem Kriege andere gewesen wären. Wir Tschechen waren anfangs von diesem Weltkriege betroffen, denn auch die Weitsichtigen von uns haben auch ihn für später erwartet und deshalb gab es für ihn fast keine Vorbereitungen . . ."

„Ein Eingreifen der Tschechen am Beginn des Krieges hätte für Österreich noch viel empfindlicher sein können. Die Partei des tschechischen Staatsrechtes hat kurz vor dem Kriege, die Partei Dr. Kramář unmittelbar vor dem Ausbruch offen gegen die Politik des Dreibundes in Albanien und Serbien und namentlich gegen die Form des Ultimatums an Serbien Stellung genommen. Aber damals war die Verbindung mit dem Auslande schon fast vollständig unterbrochen und jetzt erst befreit sich Böhmen von den ersten fürchterlichen Eindrücken und beginnt die Lage zu erkennen. In Böhmen hat sich schon die Mehrheit orientiert und der Umschwung in der Gedankenwelt ist jetzt vollständig. Die tschechische Politik der letzten Jahre erwies sich als fehlerhaft, wie dies die tschechischen Radikalen immer behaupteten, und jetzt ist die ganze Intelligenz, Politiker und Gelehrte darin eines Sinnes, daß die tschechische Politik antiösterreichisch sein muß und daß man Hand in Hand mit den Gegnern Deutschlands und Österreichs zur endgültigen Befreiung Böhmens arbeiten muß.

Wenn Böhmen gegenwärtig nicht die politische Kraft zur Verwirklichung dieser Überzeugung besitzt, so muß man ihm zu Hilfe kommen durch die Erneuerung der Beziehungen mit Europa und durch die Organisation der im Auslande lebenden Tschechen in Europa und Amerika gleichzeitig, ob dies Kolonisten oder Deserteure sein werden, die sich schon vom österreichischen Joch befreit haben. Wenn diese Bemühungen durch diplomatische und politische Kreise der Mächte des Dreiverbandes und besonders Rußlands unterstützt werden, dann wird Böhmen bald die alte Macht erlangen und die Welt wird sehen, wie auf den Trümmern Österreichs ein neuer slawischer Staat entstehen wird, ebenbürtig und verbündet mit Rußland, wie etwa Serbien oder Montenegro, eine neue Bürgschaft der Freiheit der kleinen Staaten und Völker Europas, aber näher an Frankreich und England, so daß es dem deutschen Imperialismus im Herzen Europas selbst hindernd entgegentreten kann.

Die im Ausland lebenden Tschechen haben sich in Paris und London versammelt und mit

der Herausgabe einer Zeitung „Indépendance Tchèque“ begonnen. Aber aus Böhmen wird das Wehen einer Erneuerung kommen. Böhmen wartet mit Ungeduld und fürchtet nur, daß man jetzt seine Stimme vergesse, wie zu Zeiten des Abschlusses des Westfälischen Friedens die Stimme des genialen Komensky ungehört blieb. Böhmen bereitet sich vor, Opfer der Erlösung zu bringen. Dies zu erleichtern und vorzubereiten, das ist die Aufgabe aller Kreise, die schon jetzt die Möglichkeit haben, an der tschechischen Befreiung mitzuwirken.

S. S. c.“

Nach der Meinung dieses tschechischen Politikers vom 7. März 1915 müssen also die Slawen Österreichs dieses zunächst vom Bündnisse mit dem Deutschen Reiche losreißen, um es dann mit Hilfe der Entente desto besser zerschmettern zu können. Spüren wir nicht diese Absichten und das „Wehen der Erneuerung“ in der

Rede des Geheimen Rates Seiner Majestät, des Ministers a. D. Prášek,

wenn er am 26. Juni 1917 im österreichischen Abgeordnetenhause unter anderem sagte: *)

„In einem Volke, welches sich jetzt vorbereitet, die Selbständigkeit zu erkämpfen, in einem solchen Volke muß ein jeder politisch tätig sein, und Gott sei Dank, daß in Böhmen alles, von der letzten Hütte bis zu den Schlössern, von dem letzten Mann bis zum höchsten, vom Knaben angefangen bis zum Manne und Greise, Mädchen und Frauen, alles Politik macht, alles ein politisches Lager bildet, das vorbereitet ist, um den Kampf anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)“ . . . .

„Nach meiner Überzeugung können wir nur durch eine Aktion zu einem Frieden kommen. Wir Slawen sind überzeugt, daß Seine Majestät der Kaiser den Frieden wirklich und aufrichtig will und daß er ihn auch mit Taten unterstützt. Aber, meine Herren, bei einer so wichtigen und weitestgehenden Frage braucht auch die Krone eine Unterstützung und ich frage: Wie sollen wir zu einem Frieden kommen, wenn wir uns an Deutschland halten und mehr die reichsdeutschen als unsere Interessen verteidigen müssen? (So ist es!) Der Haß der ganzen Welt ist doch nicht gegen Österreich gerichtet, sondern gegen Deutschland. Sollen wir der Expansion Deutschlands weiter unsere Interessen widmen, sollen wir weiter den deutschen Militarismus unterstützen? Ich sage nein! Jedermann fühlt es, in Privatgesprächen und in den Familien wird es laut gesagt, aber niemand getraut sich das Wort zu sagen. Ich halte es für meine patriotische Pflicht, wenn ich es von dieser Stelle aus, nicht als tschechischer Chauvinist, sondern als tschechischer Abgeordneter und auch als Minister außer Dienst und wirklicher Geheimer Rat Seiner Majestät ausspreche: Los von Deutschland! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Das ist, meine Herren, der einzige Weg, der bald zum Frieden führt. (Zahlreiche Zwischenrufe.)“ . . . .

Und am Schlusse seiner Rede sagte er:

„Unsere Monarchie muß andere Wege einschlagen, unsere Monarchie muß andere Allianzen schließen, damit sie, wenn es eventuell mit Deutschland zu Konsequenzen kommt, auch bereit ist, diese Konsequenzen daraus zu ziehen. (Beifall.) Vor allem ist aber notwendig, im eigenen Hause Ordnung zu machen. Der Ausbau der Monarchie muß mit der Abschaffung des Dualismus anfangen und auf den Trümmern desselben müssen gesunde, der Weltanschauung entsprechende Staaten entstehen, wo den Tschechoslawen der heiligen böhmischen Wenzelskrone mit der Slowakei, den Polen ihr historisches Königreich, allen Südslawen in den beiden Reichshälften, verbunden mit Bosnien und der Hercegovina — Serbien und Montenegro werden auch einen Staat bilden —, und den Magyaren und den Deutschen(!) die Selbstbestimmung und die Selbstverwaltung werden gesichert werden.

Ich komme zu Ende. Was ich hier jetzt gesprochen habe, ist das Programm, das wir Slawen uns hier am 30. Mai bei unserer Erklärung gestellt haben. Jetzt heißt es, dieses Programm in diesem geschichtlichen Augenblicke hochzuhalten, sich nicht durch Lockungen, Drohungen oder Persekutionen von diesem Programme ablenken zu lassen. (Beifall.) Ich versichere allen slawischen Brüdern, daß wir Tschechen an diesem Programme festhalten werden, und ich schwöre euch in dieser schweren Stunde, nicht eine Konzessionspolitik zu treiben. Weg mit den Beschwichtigungspolitikern. Der zukünftige Geschichtsschreiber müßte mit schwarzer Schrift diese Beschwichtigungspolitiker in der Geschichte der Slawen Österreichs aufschreiben. Lassen wir in der großen Stunde nicht nur den staatsmännischen Verstand, sondern auch die Gefühle, die Seele und das slawische Herz sprechen. (Beifall und Händeklatschen. — Redner wird beglückwünscht.)“

Prášek gehört, das muß man wissen, dabei noch zu den sogenannten „gemäßigten“ Tschechen!

So stimmt ein Geheimer Rat Seiner Majestät im Jahre 1917 den vorhin aufgezählten Ansichten der Tschechen im Auslande vom Jahre 1915 vollständig zu! Und die Regierung findet nicht den Mut, gegen einen so unerhörten Vorgang aufzutreten!

*) Sten. Prot. S. 144 ff.

Doch hören wir noch einen besonderen Freund Dr. Kramář's, den vielgenannten Pavlu:

„Utro Rossij“, 11. Februar 1915. Gefangene.

„In russischer Gefangenschaft.

(Ein Gespräch mit dem Redakteur der tschechischen Zeitung „Národni Listy“, Bogdan Pawlu, mit einem Bilde des letzteren.)

In Moskau befindet sich gegenwärtig der Fähnrich der Reserve der österreichischen Armee und Redakteur der tschechischen Zeitung „Národni Listy“ in Prag, Bogdan Pawlu, der sich gleichzeitig mit den Resten seines Regimentes am Ende des abgelaufenen Jahres an der österreichischen Front gefangen gab.

Die russische Militärbehörde hat Pawlu aus der Gefangenschaft befreit und er reist dieser Tage nach Kiew, um die einzige gegenwärtig freie tschechische Zeitung in Europa, die augenblicklich in Kiew herausgegeben wird, den „Tschechoslavjanin“ zu redigieren.

Unsere Leser sind unter anderem mit Pawlu schon aus seinem Artikel, der vor zwei Jahren im „Utro Rossij“ gedruckt wurde, bekannt, indem Herr Pawlu unsere Leser mit den tschechischen Stimmungen vor dem Kriege bekannt machte. Im Gespräch mit unserem Mitarbeiter teilte Herr Pawlu seine Eindrücke mit, die er während seiner Anwesenheit in der österreichischen Armee davongetragen sowie mit den gegenwärtigen politischen Hoffnungen und Wünschen Böhmens.

„Ich wurde Ende November als Fähnrich der Reserve in die Reihen der österreichischen Armee eingeteilt. Mein Regiment, ein galizisch-russisches, besteht aus Ruthenen und Polen, wurde bald nach Galizien abgeschoben, südlich Tarnows, und hier erfolgte jene Schlacht, in der unser Regiment fast aufgerieben und seine Reste gefangen genommen wurden. Die Stimmung unseres Regimentes äußerte sich noch vor der Schlacht mit den Russen vollständig klar auf dem Wege zu den vorgeschobenen Stellungen. Während die gleichzeitig mit uns vorrückenden Tiroler Schützen mit den verwundeten und gefangenen Russen sehr roh und feindselig umgingen, teilte unser Regiment mit den Russen alle Lebensmittelvorräte, bewirtete sie und befragte sie genau darüber, „wie man in Rußland in der Gefangenschaft lebt“. Noch vor meiner Abreise aus Prag hörte ich häufig österreichisch-slawische Reservisten auf den Straßen Prags ausrufen: „Es lebe Serbien und Rußland!“ „Wir wollen nicht mit den Brüdern kämpfen!“ Die listige österreichische Regierung wendete auf diese Rufe keine besondere Aufmerksamkeit auf und bemühte sich nur um eines: so rasch als möglich dieses aufrührerische Element in vorgeschobene Stellungen zu bringen, wo es zwischen zwei Feuer gestellt, zwischen die österreichischen und russischen Maschinengewehre, auch unfreiwillig kämpfen mußte. Bei geeigneter Gelegenheit zogen es natürlich die Slawen vor, sich gefangen zu geben. Aber wer die Bedingungen und die Atmosphäre der Kriege kennt, wird sich nicht wundern, daß so günstige Gelegenheit nicht so häufig ist und daß mit Flüchen auf den Lippen, aber trotzdem das slawische Element im österreichischen Heere manchmal mit größter Tapferkeit kämpft.

Ich habe schon vor zwei Jahren (!) in den Spalten des „Utro Rossij“ meine Anschauung über die zukünftige Haltung der Tschechen und österreichischen Slawen im Falle eines Krieges mit Rußland geäußert. Ich sagte damals, daß die Mehrheit der österreichischen Slawen einen Krieg mit Rußland unwillig ertragen wird, daß sie den Krieg verfluchen wird, daß sie aber gleichwohl wenn auch schlecht und ohne Lust kämpfen wird, denn sonst würde sie buchstäblich von den österreichischen Militärbehörden zusammengeschossen werden.

Leider ist meine Vorhersagung eingetroffen und wir sind Zeugen eines brudermörderischen Krieges, in dem die Slawen aufeinander schießen. Zum Glück kann man jetzt schon einen vollständigen Zusammenbruch der österreichischen Armee beobachten (!) und hat das slawische Element in ihr bereits eine größere Möglichkeit erhalten, seine slawischen Gefühle zu äußern.

In der letzten Zeit meiner Anwesenheit im Regiment hat die Losung, sich gefangen zu geben, breite Popularität erlangt. Einzelne Abteilungen von Kundschaftern sind sehr häufig überhaupt nicht mehr zurückgekehrt und waren nicht mit der Aufklärung beschäftigt, sondern mit der Suche nach russischer Gefangenschaft.

Die galizischen Russen, die den Kern unseres Regimentes bildeten und unter denen die Mehrheit Ukrainer waren (die Moskophilen wurden erschossen), waren anfangs sehr kriegerisch gestimmt, hierauf aber im Zusammenhang mit den beständigen Niederlagen der österreichischen Armee ist die kriegerische Stimmung unter ihnen verschwunden und es bildete sich die Überzeugung, daß jetzt Ostgalizien für immer unter den „Moskalen“ bleiben wird. Als sie aber erfuhren, daß die Russen die Galizier nach Hause in ihre Dörfer entlassen, da begann unter ihnen eine allgemeine Flucht in die Gefangenschaft.

Unter den Offizieren, Polen und Ukrainern, herrscht vollständige Mutlosigkeit und die Überzeugung des schließlichen Zusammenbruches Österreichs“ . . .

. . . „Nehmen sie noch dazu zu dem allen die schlechte Zusammensetzung der Kommandanten, die

aus den Günstlingen der Wiener Hofkreise genommen sind, den Mangel an Vorbereitung für den Felddienst, das Unverständnis, sich dem Terrain anzupassen, die veraltete und nicht ausgebildete Artillerie und endlich die slawischen Gefühle der Soldaten, die es diesen doch verbieten, gegen die Brüder zu kämpfen, und sie erhalten ein Bild der Kampffähigkeit der österreichischen Armee und sie werden die Ursachen für ihre Niederlagen begreifen.

Für uns Tschechen ist dieser Krieg eine unleidliche Folter, denn wir sind genötigt, mit unseren Brüdern Russen und Serben für die uns feindlichen deutschen Interessen zu kämpfen. Und trotzdem bin ich überzeugt, daß Tschechien aus diesem Kriege neugeboren, unabhängig und frei hervorgehen wird.

Gegenwärtig, da Österreich durch Deutschland und Ungarn vollständig erdrückt ist, wäre es ein großer und verbrecherischer Fehler, vom russischen und internationalen Standpunkt, Österreich, sei es auch nur in verkleinerter Form, wie einige glauben, zu belassen. Ein „kleines Österreich“ ohne Bosnien, Hercegovina, Galizien und die Bukowina würde gleichwohl in seinen Grenzen 15 Millionen Slawen haben, darunter 10 Millionen Tschechen und Slowaken. Kann man nun dafür bürgen, daß in einem zukünftigen Krieg sie nicht von neuem der moralischen Folter unterzogen werden, auf der Seite ihrer Feinde gegen Rußland zu kämpfen? Es ist daher notwendig, danach zu streben, aus den befreiten slawischen Völkern selbständige slawische Staaten mit slawischen Dynastien, die sich in naher Beziehung zu Rußland befinden, zu schaffen.

Die Deutschen aber und Magyaren muß man unbedingt in ihre ethnographischen Grenzen zurückweisen und ein für allemal für das Glück und den Frieden von ganz Europa unschädlich machen.

Das sind jene Erwartungen, Wünsche und Anschauungen, die, ich wage es zu glauben, mit mir auch die Mehrheit des tschechischen Volkes teilt.

Unsere Zeitung „Národni Listy“ war das Organ der jungtschechischen Partei und ist in seiner Richtung sehr ähnlich dem „Utro Rossij“. Ihr Leiter Kramář befindet sich gegenwärtig unter Polizeiaufsicht und lebt größtenteils in der Provinz auf seinem Gute. Die Zeitung wurde einige male eingestellt und bis jetzt drückt auf sie das Joch der militärischen Zensur. Erstickt wurde auch die übrige tschechische Presse, aber die Anschauungen des Volkes, seine Hoffnungen und Wünsche sind klar für alle, darunter auch für die österreichische Regierung.“

Nun wollen wir

die Tschechen in Rußland

selbst zu Worte kommen lassen. Unter dem Titel

„Czeszsko Russkoje Jedinenie“
(Tschechisch-russische Einigung)

erscheint in Kiew eine von Tschechen herausgegebene russische Zeitschrift.

Die erste Nummer vom Juli 1915

trägt am Titelblatt das neue Wappen des künftigen Königreiches Böhmen: Der böhmische Löwe, gekrönt vom ungarischen Wappen, daneben links das mährische und rechts das schlesische Wappen.

Die Nummer 2 und 3 vom September hat am Titelblatt die künftige Karte des Königreiches Böhmen in derselben Farbe wie Rußland, bestehend aus Böhmen, Mähren, Nordwestungarn von Preßburg bis über Kaschau und Österreichisch-Schlesien — also genau so groß wie nach der Karte in der „Národni Listy“ am 21. Oktober 1917! Alles nur Zufall — oder Kriegspsychose — nach Dr. Kramář!?

In der Erklärung der Redaktion am Beginn der ersten Nummer heißt es:

„Die tschechisch-russische Einigung stellt sich zum Ziele, mit allen Mitteln der engsten Annäherung der Russen mit den Tschechen auf geistigem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet Mithilfe zu leisten.“

In einem „In zwölfter Stunde“ überschriebenen Artikel heißt es weiter, daß die Herausgeber dieser Zeitschrift den Plan verfolgen, „daß das russische Volk uns so kennen lernt, wie wir es kennen, schon längst kennen, da unsere Kinder mit der Muttermilch die Liebe zu Rußland in sich aufnehmen.“

Ein weiterer Artikel von Ernest Denis „Die Auferstehung Böhmens“ trägt als Motto die Worte: „Österreich! Im neuaufsteigenden Europa ist kein Platz für dieses. Totengräber, tragt dieses Aas weg!“ Er klingt aus in einer rohen Beschimpfung Kaiser Franz Josephs.

Ein anderer Artikel (Czerwinka: „Böhmen und der Befreiungskrieg“) verherrlicht die wegen Meuterei bestraften oder zu den Russen übergelaufenen tschechischen Regimenter, er nennt dabei die Infanterieregimenter 8, 21, 28, 86 und 91 und einige Landsturmregimenter, deren Nummern er nicht anführt, und setzt sich dafür ein, daß die russische Regierung die übergelaufenen Tschechen nicht als Kriegsgefangene behandle. Sie hätten nur gezwungen die Waffen gegen die Brüder geführt und dieser moralische Zwang dauere nun in der Gefangenschaft fort und werde von ihnen unter ihren slawischen Brüdern um so härter empfunden. „Und die gefangenen Tschechen bitten nur um eines: Man möge ihnen erlauben, nicht mehr Österreicher sein zu müssen und möge ihnen gestatten, in die Reihen ihrer russischen Brüder einzutreten und gegen den gemeinsamen Feind des gesamten Slawentums zu kämpfen.“ (Seite 24.)*)

*) Wie man sehen wird, ist diesem Wunsche sogleich Rechnung getragen worden.

Unter die Kategorie Kriegsgefangene im Sinne der existierenden Kriegsgesetze „kommen viele Tschechoslawen, galizische Kleinrussen, bosnisch-hercegovinische Serben und Kroaten nicht, die unter Gefahr ihres Lebens unter dem Feuer der Österreicher und ihrer sie daran zu hindern suchenden deutschen Offiziere, wie dies durch die österreichischen Armeebefehle festgestellt ist, auf unsere Seite übergingen. Man darf sie schon deshalb nicht mit den Kriegsgefangenen vermengen, weil sie, wenn sie nach Beendigung des Krieges gleich den anderen Kriegsgefangenen der österreichischen Regierung ausgeliefert werden, die letztere nach den Gesetzen der Kriegszeit aburteilen und hängen lassen wird." (Der letzte Satz ist gesperrt gedruckt.)

„Wenn man die Tatsache in Betracht zieht, daß viele zu uns geflohene Tschechen und Slowaken gebeten haben, sie in unseren Dienst zu nehmen, kann man nicht auf Grundlage des Artikels 949, Abschnitt XXII des Pariser Vertrages, ihnen ein gewisses Entgegenkommen erweisen, das heißt, sie der Gewalt der deutschen Offiziere und Unteroffiziere entziehen und aus der allgemeinen Masse der Kriegsgefangenen feindlicher Nationalitäten ausscheiden, abgesondert zusammenbringen und nach einem solchen Ort des europäischen Rußlands führen, wo man im Falle der Notwendigkeit" (das Folgende gesperrt gedruckt), „wenn das Schicksal ihres Vaterlandes schon durch einen internationalen Akt entschieden sein wird, sich ihrer bedienen könnte, indem man sie mit allen Waffen und ihrer früheren militärischen Organisation schon in ihrer Eigenschaft als Kern eines zukünftigen freien Böhmens in ihre Heimat zurückschickt." (Seite 25).

Zum Schlusse heißt es: „Böhmen in den Händen Deutschlands und Österreichs zu lassen wäre gleichbedeutend einem Todesurteile. Daraus gehe von selbst die Stellung des tschechischen Volkes in diesem Kriege hervor. Es ist vollkommen auf Seite Rußlands."

Ein Artikel hat den Organisator der tschechischen Legion Reimann zum Autor. Es ist eine Unterredung mit dem bekannten Belgrader Professor Koschutitsch, der nach der Annexion Bosniens zur Aufhetzung der russischen Öffentlichkeit nach Petersburg entsandt worden ist. Aus dieser Unterredung seien folgende bezeichnende Stellen mitgeteilt:

K.: „Ich freue mich sehr, einen Bruder Tschechen bei mir zu sehen. Bei uns in Serbien gibt es jetzt sehr viele kriegsgefangene Tschechen. Sie sind vollständig frei, sie arbeiten in allen Industieunternehmungen und sogar in den Arsenalen, wobei sie unsere in den Krieg gezogenen Arbeiter ersetzen."

R.: „Man sagt, daß meine Landsleute sogar Ihre südlichen Grenzen vor den Einfällen der Albanesen verteidigen?"

K.: „Davon haben Sie auch schon gehört? Ja, ja, wir haben aus ihnen unsere Grenzgendarmerie formiert."

R.: Ich (Reimann) machte den Professor mit dem Projekte bekannt, aus den in Rußland befindlichen Tschechen, die gemeinsam mit der russischen Armee für die Verwirklichung unserer Ideale gekämpft haben, einen großen Heeresteil zu bilden. Koschutitsch begrüßte unseren Entschluß, gegen den gemeinsamen alten Feind einzugreifen, und sagte:

„Ich bin tief davon überzeugt, daß Ihr Heer sich als ausgezeichnet erweisen wird.*) Ich habe doch gelesen von den ruhmvollen Taten des zweiten tschechischen Freiwilligenbataillons in Frankreich. Ich hörte von den heldenmütigen Taten der tschechischen Legion auf der österreichisch-russischen Front. Hier sind die begeisterten Worte des Generals Radko Dimitriew über ihre Legion ausgezeichnet bekannt."

R.: „Wissen Sie, Radowan Iwanowitsch (Koschutitsch), daß wir jetzt auch eine Armee aufstellen könnten, die an Zahl die montenegrinische dreimal übertreffen würde?"

K.: „Wenn Ihnen das gelingt, so werden Sie sich bei der zukünftigen Umformung Europas das Recht darauf sichern, daß die Frage über Ihre Zukunft nicht ohne ihre Teilnahme entschieden wird. Ich bin tief überzeugt, daß der Sieg der Ententemächte Ihnen die Verwirklichung der nationalen Bestrebungen bringen wird. Der Aufruf des Oberkommandierenden an die Völker Europas, das ist doch ein Staatsakt, der mit Wissen Englands und Frankreichs erlassen wurde."

Schließlich seien aus dem ersten Hefte noch die „Kriegssonette" von F. Velehoßky erwähnt. Das erste trägt die Aufschrift: „Auf den Tod Franz Ferdinands" und ist eine Verherrlichung des serbischen Mörders. Dabei trägt das erste Heft an der üblichen Stelle den Vermerk „Von der Militarzensur erlaubt, Kiew, 3. Juli 1915 a. St.".

Als Anhang unter der Rubrik: „Aus dem tschechischen Leben" erscheint an erster Stelle ein Artikel über die tschechische Presse in Paris. Danach sei von Hofmann-Kratky im Oktober 1914 zuerst ein französisches Journal „Nazdar" erschienen. Mitte Jänner 1915 sei „Nazdar" abgelöst werden durch die „L'Indépendance Tchèque". Anfang Mai 1915 sei dann „La Nation tchèque" gegründet worden.

Von besonderer Wichtigkeit ist ferner der

Artikel des Professors Masaryk

in demselben Hefte der „Czeszsko-Russkoje Jedinenie". Er ist betitelt.

---

*) Siehe die Erwähnung der tschechoslowakischen Brigade im russischen Heeresberichte über die Offensive bei Zborow im Juli 1917! (Vgl. S. 230.)

„Böhmen und der gegenwärtige Krieg.“

„An der Spitze des Artikels erzählt ein gewisser Vatezky, wie er von Przemysl über Prag im Dezember v. J. in die Schweiz fuhr, wo er die Möglichkeit hatte, die Tätigkeit der Emigranten genau zu verfolgen. Hierauf gibt er den Inhalt des Referates wieder, das Professor Masaryk auf Bitten der Genfer tschechischen Gesellschaft „Slovan“ im Frühling dieses Jahres in Genf hielt. Professor Masaryk sei fast der einzige große tschechische Politiker, dem es gelang, dem scharfen Blick der österreichisch-ungarischen Polizei zu entkommen und der sich bemüht, die zerstreuten Kräfte der ausländischen Tschechen in ein Ganzes zu organisieren, um sie in das Bett zu leiten, das zum Endziele aller Tschechen führt, zur vollen Befreiung der Tschechen und Slowaken vom deutsch-magyarischen Joche und zur Aufrichtung eines selbständigen tschecho-slowakischen Staates.

Masaryk, der bisher äußerst zurückhaltend und vorsichtig aufgetreten ist, augenscheinlich nur deshalb, um der österreichischen Polizei keinen Anlaß zu geben, die tschechischen Politiker zu verfolgen, die in Böhmen geblieben sind, hat sich gegenwärtig entschlossen, offen aufzutreten. Es ist für niemand ein Geheimnis, daß er der Hauptinspirator der Halbmonatsschrift „La Nation tchèque“ ist, die in Paris unter der Redaktion Professors Denis' erscheint. Das Ziel der Zeitschrift ist, die westeuropäische öffentliche Meinung mit der gegenwärtigen Lage der Tschechen und Slowaken, ihren Träumen und Wünschen bekanntzumachen. Nach privaten Unterredungen zu schließen, findet Professor Masaryk, daß die Tschechen persönlichen Anteil an dem Kampfe nehmen müssen, indem sie tschechische Legionen bilden oder als Freiwillige in die Ententeheere eintreten, um sich auf diese Weise eine Stimme auf der Friedenskonferenz zu sichern. Er sagte ferner:

Allen ist es natürlich bekannt, daß als Hauptanstifter des Krieges Wilhelm erscheint, aber ich will auf die österreichisch-ungarischen Schuldtragenden am Kriege hinweisen.

Wenn wir auch nur ein wenig den Schleier von der österreichisch-ungarischen Auslandspolitik emporheben, so müssen wir mit Staunen eingestehen, daß Österreich, das mit zwei Dritteln an den allgemeinen Ausgaben der Doppelmonarchie teilnimmt, den unbedeutendsten Einfluß auf die auswärtige Politik Österreich-Ungarns besitzt und daß alle Angelegenheiten im Ministerium des Äußern auf Befehl der Herren Magyaren gemacht werden. Die hervorragendsten Stellen in diesem Ministerium sind von magyarischen Aristokraten besetzt. Als bester Beweis, daß die auswärtige Politik im Geiste der Magyaren auch während des Krieges geführt werden muß, dient der Umstand, daß an Stelle Berchtolds ein heftiger Magyarone Burian, der Spießgeselle und die Kreatur des Grafen Tisza, berufen wurde, der selbst als die charakteristische Verkörperung des frechen, störrischen, rauhen und unverschämten Magyaronentums erscheint. Die Magyaren haben den Krieg mit Serbien vorbereitet, sie wünschen ihn und dieser Krieg ist ihr Krieg.

Wie verhalten sich die österreichisch-ungarischen Völker zum Kriege, wie verhalten sich zu ihm die Slawen und im besonderen die Tschechen? Viel müßte man darüber sprechen, viel Tatsachen anführen, um erschöpfend darzulegen, wie dieser Krieg nicht notwendig war und den Völkern, die unter dem Zepter der Habsburger leben, verhaßt ist. Es wäre zu sagen, daß die Regierung sich mit allen Mitteln bemüht, jede Erscheinung allgemeiner Unzufriedenheit zu verdecken und zu unterdrücken. Ich werde nicht die allen bekannten Tatsachen der barbarischen Abrechnung der Magyaren, der österreichischen Deutschen mit der unglücklichen slawischen Bevölkerung Galiziens, der Bukowina, Kroatiens, Dalmatiens, der slowenischen Länder Bosnien und der Hercegovina wiederholen. Wie viel unglückliche Slawen wurden dort erschossen und in den Gefängnissen gemartert, wie viel Mädchen und Frauen vergewaltigt! Und all das nicht gegen den Willen der Behörden, sondern auf direkten Wunsch derselben oder sogar auf formellen Befehl. Es gibt Befehle der Kommandierenden, bei deren Lektüre man zittert und deren direktes Ziel ist, den trunkenen Soldaten auf die friedlichen Bewohner zu hetzen. In der Ausgabe und Durchführung solcher Befehle zeichnen sich die Magyaren durch besondere Meisterschaft aus. Aber nicht genug, daß man die verdächtigen Slawen martert und hinrichtet, der Haß der Deutschen und Magyaren zu allem Slawischen geht noch viel weiter. Unter dem Vorwande der Ausrottung der Spionage verwüsten sie mit Feuer und Schwert uralte slawische Länder, die zu Österreich-Ungarn gehören. Aus ganzen slawischen Provinzen (Syrmien) vertreibt man alle slawischen Bewohner und siedelt auf den fruchtbaren Ländereien, die durch Jahrhunderte von slawischem Schweiß und Blut gedüngt wurden, wenig oder gar kein Land besitzende Magyaren und Deutsche an.

Und in Böhmen lebt man auch nicht leicht. Nicht leicht deshalb, weil das tschechische Volk niemals seine Sympathien zum Slawentum und im besonderen zu Rußland verbarg. Wer von uns ist nicht serbophil, russophil und slawophil? Verfolgen Sie die Geschichte Böhmens seit der Zeit ihrer Renaissance und auf jeder Seite werden Sie finden, daß das tschechische Volk an eine glänzende Zukunft des Slawentums glaubt, daß es den Traum

slawischer Einigung träumt und daß es im geeinigten Slawentum den Besieger des uns in jeder Beziehung feindlichen Deutschtums erblickt. Die endgültige Einigung aller Slawen, das ist der leitende Stern aller hervorragendsten tschechischen Blätter, Historiker, Politiker und Arbeiter der Öffentlichkeit. Die Tschechen könnten sich zeitweise zu den Regierungen verschieden verhalten und zur Form der Regierung der verschiedenen Staaten, aber sie alle waren zusammengekittet durch die allgemeine Liebe zum Slawentum, sie alle waren Serbophile und Russophile im besten Sinne dieses Wortes.

Und dieses Serbo- und Russophilentum, das in den schweren Prüfungen noch mehr zugenommen hat, die im vergangenen Kriege auf die Balkanvölker fielen, ist im gegenwärtigen Kriege erstarkt und hat die österreichischen Behörden wie ein Gespenst erschreckt. Wien fürchtet die Tschechen und als daher der Krieg ausgebrochen war, beabsichtigten die österreichischen Behörden in Böhmen das Standrecht zu verhängen und eine Militärdiktatur einzuführen. Aber dieser Plan traf auf den entschiedenen Widerstand des böhmischen Statthalters Grafen Thun, der großen Einfluß bei Hof genießt. Thun, der alle Gewalt in Böhmen besitzt, verstand es, Wien zu überzeugen, daß derartige Maßnahmen zu negativen Resultaten führen werden. In der ausländischen Presse nannte man Thun einen Anhänger, ja fast einen Verteidiger der Tschechen. Aber das ist ein Irrtum. Thun ist der typische Polizeiprovokator, der heimlich vorgeht und mit solcher Berechnung den Schlag versetzt, daß keine Möglichkeit besteht, daß ein Widerstand aufkommt. So zum Beispiel wurde der Führer der tschechischen Nationalsozialisten, der Abgeordnete Klofáč, bekannt durch seine Beziehungen mit den russischen und serbischen Politikern, unter irgendeinem vollständig nichtigen Vorwand verhaftet. Als man aber nicht genügend Beweismaterial fand, um ihn dem Militärgerichte zu überliefern, wurde er so lange in Haft gehalten, bis der Untersuchungsrichter das notwendige Material fand, um ihn einem gewöhnlichen Gerichte für irgendwelche Vergehen, die er vor dem Kriege begangen, zu überliefern.

Als in Böhmen Separatabdrücke des Aufrufes des (russischen) Oberkommandierenden an die österreichischen Völker auftauchten, beschlossen die Behörden, andere kühne Leute radikal zu schrecken und verurteilten vier Personen, die mit dem Aufrufe in der Hand verhaftet wurden, zur Todesstrafe durch Erhängen. Einer von ihnen wurde aus Gnade des Monarchen anstatt erhängt, erschossen.

Die tschechische Presse durchlebt in der Tat tragische Augenblicke. Für sie existiert kein Gesetz, keine bestimmte Norm. Die tschechischen Zeitungen wagen es nicht, ihre eigene Meinung zu haben, und geben nur offizielle Nachrichten wieder. Die Polizeibehörden bringen jetzt mit den Zeitungen und ihren Mitarbeitern alte Rechnungen zur Abrechnung. So zum Beispiel wurde der Redakteur des „Čas“, K. Dužek, zur Polizeizensur vorgeladen, wo man ihm jene Richtlinien angab, die er in Zukunft einzuhalten habe. Am folgenden Tag aber wurde er verhaftet, und er erfuhr beim Untersuchungsrichter zu seinem Erstaunen, daß er wegen systematischer Verletzung der Vorschriften der Zensur und der ihm erteilten Richtlinien dem Gerichte überliefert werde. Wie kann man hier von einer systematischen Verletzung sprechen, wenn er erst am Vortage mit den Forderungen der Zensur bekannt gemacht wurde! Aber die österreichische Bureaukratie erkennt keine Logik und Gerechtigkeit an.

In dieser Atmosphäre wachsen und erstarken die patriotischen Gefühle „(!)“ der Tschechen gegen Österreich. Das den Tschechen verhaßte Wien*) sieht die Tschechen als Feinde an und überbietet sich, für diese immer neue und neue Strafen zu finden, daher beobachten alle Schichten der tschechischen Gesellschaft schweigend, wie die Donaumonarchie zusammenbricht und wie der volle politische, finanzielle und moralische Zusammenbruch des geflickten Reiches herannaht.

Die österreichischen Slawen und im besonderen die Tschechen haben keinen Grund, Österreich ergeben und dankbar zu sein, das ihnen gegenüber immer eine Stiefmutter war und sie werden nicht traurig sein über das Schicksal, das für dieses sich vorbereitet. Im tiefen Glauben an eine bessere Zukunft hegen sie alle den gesetzlichen „(!)“ Traum, daß der Sieg der Ententearmeen ihr Sieg sein wird und sie erwarten mit Ungeduld das Erscheinen der siegreichen russischen Heere, die ihnen Befreiung vom Jahrhunderte alten Joch bringen werden.

Leider können die Tschechen und Slowaken, die in Böhmen, Mähren, Schlesien und der Slowakei wohnen, vorläufig keinen aktiven Anteil an dem großen Kampf auf Seite ihrer natürlichen Bundesgenossen nehmen.

Dafür müssen sich ihre Landsleute, die sich außerhalb der Erreichweite der österreichisch-ungarischen Polizei befinden, erinnern, daß auf ihren Teil eine ernste und verantwortliche Aufgabe gefallen sei.

Alle im Auslande befindlichen Tschechen sind verpflichtet, sich darüber klare Rechenschaft zu geben“ (das Folgende gesperrt gedruckt), „daß es jetzt keine Opfer gibt, die genügend groß wären und daß sie verpflichtet sind, in Freundschaft und mit allen Mitteln an der Aufrichtung eines selbständigen tschecho-slowakischen Staates zu arbeiten.“

*) In dem Leitartikel Dr. Kramář in der „Národní Listy“ am 21. Oktober 1917 erhebt er als erster den Ruf: „Los von Wien!“

Aus der

Tschesko-ruskoje Jedinenie

(Tschechisch-russische Einigung) vom September 1915, Heft 2 und 3, sei nur noch folgendes angeführt:

Der erste Artikel Czerwinkas unter dem Titel „Ein Jahr Krieg“ beschäftigt sich mit den Ergebnissen des bisheriges Krieges. An einer Stelle (Seite 66) heißt es:

„Und wenn dieser erste Krieg nicht die Befreiung von 10 Millionen Tschecho-Slowaken, 5 Millionen galizischer und ungarischer Russen, 6 Millionen Serbo-Kroaten, Bosnier, Hercegovinaer und Slowenen und 6 Millionen österreichischer und preußischer Polen bringen wird, so wird in einem künftigen Kriege mit Deutschland in 20 oder 30 Jahren oder früher das letztere nicht wie im gegenwärtigen Kriege irgendwelche 2 oder 3 Millionen ihm ergebene Soldaten slawischer Nationalität, sondern mehr als das Doppelte in seinen Reihen gegen Rußland zwingen. Als die natürlichen, nächsten und hoffnungsvollsten Verbündeten eines zu ihnen gerechten Rußlands werden immer die ausländischen Slawen bleiben. Dieses Bündnis aber darf Rußland, wenn es seine große historische Rolle in der slawischen Welt erfüllen will, absolut nicht verachten. Wie die Slawen ihre Unabhängigkeit nicht lange ohne Rußland verteidigen können, so kann auch Rußland seine Feinde im Westen nicht ohne die Slawen niederringen.“

Von einigem Interesse ist ein redaktioneller Artikel unter der Aufschrift „Sprechen wir uns aus!“ von dem bekannten panslawistischen Politiker Grafen Perowski-Petrowo-Solowowo:

„... Die Rolle, die das tschechische Volk im gegenwärtigen Kriege spielt, indem es in der ungeheuren Mehrheit die Feinde Rußlands verteidigt und in Strömen sein Blut für Österreich-Ungarn vergißt, ist derart, daß Worte über eine Einigung mit den Tschechen für mich gegenwärtig wie eine Verhöhnung klingen. Die Tschechen können zu dieser Handlungsweise ihre hochachtbaren Ursachen haben. Ich verurteile sie nicht und greife niemanden an. Ich konstatiere einfach ein augenfälliges, unzweifelhaftes Faktum. Überhaupt ist die Rolle des Slawentums mit wenigen glänzenden Ausnahmen (Polen, Serben) im gegenwärtigen Kriege eine solche, daß ich wenigstens es für meine Pflicht erachten werde, mich von jeder slawischen Gegenseitigkeit feierlich loszusagen.“

Die Redaktion sucht sich nun gegen diese Vorwürfe Perowskis zu verteidigen und sagt unter anderem folgendes:

„Wir geben vollständig zu, daß unter den Tschechischklerikalen, unter dem wenig zahlreichen und entarteten Adel, unter dem Beamtenstand man einzelne finden kann, die Rußland feindselig und sogar russophob sind. Man muß aber gleichwohl denken, daß der Graf, indem er das ganze Volk beschuldigt, nicht nur die angeführten Kategorien im Auge hatte, sondern alle Klassen der tschechischen Gesellschaft. „Die Tschechen vergießen ihr Blut in Strömen für Österreich-Ungarn“, schreibt Graf Perowski.

Ist das wahr, Graf?

Wir und Sie können widersprechende Informationen haben. Die Zeitungsnachrichten während des Krieges können sich nicht durch Genauigkeit auszeichnen, aber sie sind uns Tschechen günstig und nach unseren Privatnachrichten sind die Tschechen in der österreichischen Armee so vorgegangen, wie dies Slawen zukommt. In die erste Reihe gestellt, häufig mit Deutschen und Magyaren vermengt, und unter dem Kommando deutscher Offiziere stehend, sind die tschechischen Soldaten unter außerordentlich ungünstigen Bedingungen in ganzen Massen zu den Russen übergegangen und nicht wenige von ihnen sind in diesem Augenblick von österreichischen Schrapnells oder Granaten getötet worden.

Auf der serbischen Front sehen wir dasselbe. Und die Serben benützen die gefangenen Tschechen, soweit die letzteren darum baten, zur Verteidigung Serbiens, besonders gegen Albanien und sie fliehen nicht in dieses gelobte Land der österreichischen Einflußsphäre.

Vielleicht kann man an die Heimgebliebenen einen neuen Angriff in der Form eines Tadels richten, daß sie dies alles getan haben, um ihr eigenes Fell zu retten

Nein, ihr Beweggrund war nicht Feigheit, im Kampfe gegen die Preußen im Jahre 1866 haben die tschechischen Soldaten sich nicht als Gefangene ergeben. Wir besitzen Nachrichten über Meutereien tschechischer Soldaten und über zahlreiche Hinrichtungen derselben.

Vielleicht ist dies alles dem Grafen Perowski zu wenig und er ist enttäuscht, weil er annahm, daß alle tschechischen Soldaten ohne Ausnahme mit den Waffen in den Händen auf die Deutschen und Magyaren schießen werden. Wir selbst würden uns darüber sehr freuen, aber wahrscheinlich werden uns die militärischen Autoritäten, die mit der Organisation der Armeen überhaupt und mit der österreichischen im besonderen vertraut sind, nach dem Kriege sagen, in welchem Grade ein derartiger Wunsch überhaupt durchführbar war, besonders wenn man die Plötzlichkeit der Kriegserklärung ins Auge faßt, die nicht irgendwelche allgemeine Verabredungen und Verschwörungen zuließ.

Am Beginne des Krieges selbst konnten wir mehr als einmal die Annahme hören, daß das ganze tschechische Volk sich erheben wird und wir haben jedesmal loyal geantwortet, daß man darauf

nicht rechnen darf, daß dies undenkbar, ja unmöglich ist.

Wir konnten nicht voraussehen, daß Deutschland imstande ist, eine so ungeheure Kraft zu entwickeln, wie es sich gezeigt hat, „(!)“ aber wir wußten, daß Deutschland und Österreich vortrefflich vorbereitet sind. Was soll da ein Aufstand eines vollständig unvorbereiteten Volkes, das für diesen Zweck keine Organisation besaß, noch Waffen, außer Sensen und Beile!? Wenn unter solchen Verhältnissen ein Aufstand angezettelt worden wäre, so hätte sich nur das Resultat ergeben, das gerade die Deutschen wünschen, eine vollständige massenhafte Ausrottung des tschechischen Volkes und dabei vollständig ohne jeden Nutzen für die allgemeine slawische Sache. Wir hoffen, daß auch in dieser Frage kenntnisreiche und ihr Gleichgewicht bewahrende Leute urteilen werden und nicht solche, die sich nur dem Schmerze und Kummer hingeben.

Die Schweizer und russische Presse (Amfiatrow) haben uns lebhaft beschrieben, was die österreichischen Behörden in Böhmen und Mähren treiben. Diese Beschreibungen sind derart, daß man nur sagen kann: Unglückliches Land! Ist es nicht augenscheinlich, daß man ein Volk nicht so behandelt hätte, das für die Feinde Rußlands einstehe, sein Blut für Österreich-Ungarn in Strömen vergießt? Ist dies nicht im Gegenteil eine Bestrafung des Volkes für seine Sympathien für Rußland und für die Flucht seiner Söhne von den österreichischen Fahnen? Wir versichern, daß alle Hoffnungen und Wünsche des tschechischen Volkes mit dem Siege Rußlands verknüpft sind, an den die Tschechen tief glauben. Man muß sich nur in die Lage jener Tausende gefangener Tschechen versetzen, die freiwillig sich gefangen gaben. Was würde sie im Falle des Sieges der deutschen Staaten erwarten? Sie sind mit dem Glauben an Rußland in die Gefangenschaft gegangen, zu Hause aber erwartet sie der Galgen. Die Bemerkung über die wenigen glänzenden Ausnahmen, Polen und Serben, erscheint uns vollständig unangebracht.

Ist dem Grafen Perowski bekannt, daß zur selben Zeit, während die Tschechen russischer Staatsangehörigkeit aus Pflicht zu ihrem neuen Vaterlande Rußland zu Tausenden sich unter den ruhmvollen russischen Fahnen versammelten, in Kiew sich überwiegend aus Tschechen österreichischer Staatsbürgerschaft die tschechische Druschina bildete, die sich bald darauf auf dem Schlachtfelde mit Ruhm bedeckte und schmeichelhaftes Lob der hochgestellten Heerführer verdiente? Graf Perowski hat wahrscheinlich nicht die kleine, aber sehr charakteristische Tatsache bemerkt, daß von allen in Paris lebenden Tschechen 90 Prozent in die Reihen der tschechischen Legion eingetreten sind, denn sonst hätte er nicht sagen können, daß das ganze tschechische Volk für die Feinde Rußlands kämpfte.

Indem wir uns gegen das Unrecht verteidigen, sind wir genötigt, einige Worte über die Polen und Serben vergleichsweise zu sagen und hoffen, daß die Brüder Serben und Polen in unseren Worten keine Beleidigung sehen und nicht glauben werden, daß wir ihre Verdienste verkleinern wollen. Wenn die wirklich grausamen Worte des Grafen Perowski dadurch hervorgerufen wurden, daß in den Reihen der österreichischen Truppen noch Tschechen geblieben sind und daß sich das tschechische Volk nicht erhoben hat, so möge es uns gestattet sein, eine Reihe von Fragen nur der einfachen Konstatierung offenkundiger und unzweifelhafter Tatsachen wegen zu stellen.

Sind die galizischen Polen noch in den Reihen der österreichischen Truppen geblieben?

Sind dort auch österreichische Serben geblieben?

Sind im deutschen Heere posensche Polen geblieben?

Haben die posenschen und galizischen Polen und die österreichischen Serben einen Aufstand unternommen, wenn auch russische Truppen zugegen waren?

Ist der Prozentsatz zwischen den vollständig freiwillig sich ergebenden und der nach der Mobilisierung Eingerückten erhoben worden?

Diese Fragen genügen vollständig und die Antwort auf die ersten vier Fragen ist allen bekannt.

Uns interessiert eigentlich im Wesentlichen nur die letzte Frage. Und da sagen wir ohne Umschweife, daß wir die Beantwortung dieser Frage nicht fürchten, weil wir tief überzeugt sind, daß sie vollständig zugunsten der Tschechen beantwortet und die Meinung des Grafen Perowski vom tschechischen Volke, als ob es für die Feinde Rußlands eingetreten wäre, glänzend widerlegt werden würde.“

In der Zeitungsschau wird aus einem Artikel des „Tschecho-Slowak“ eine Unterredung mit einem verstorbenen slawophilen russischen Staatsmann mitgeteilt, der unter anderem folgendes gesagt hätte:

„Unsere Russen verstehen nicht, daß wir bei der gegenwärtigen Technik keinen Volksaufstand von ihnen verlangen können. Wenn wir ihnen nichts Bestimmtes versprechen, ja wenn wir in der Vergangenheit sogar nicht einmal den guten Willen gezeigt haben, ihre Interessen in Rechnung zu ziehen. Nur laßt euch dadurch nicht beirren, bereitet den Boden für eine Annäherung vor, aber versöhnt euch um Gottes Willen nicht mit Österreich. Wenn es euch gelingt, in den breiten Massen das Vertrauen zu uns zu erwecken, so ist dies genügend.“

„Tschecho-Slowak“ fügt hinzu, daß die letzten Lebenstage des russischen Staatsmannes durch den Aufruf des Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch an die Polen erleuchtet wurden.

Der letzte Artikel ist unter dem Titel „Die Zugehörigkeit zu den Sokoln — ein Staatsverbrechen?“ Dr. Scheiner und seiner Verhaftung gewidmet, dessen Bild auch die erste Seite dieses Heftes ziert. Schon in einem früheren Artikel (Seite 79) „wird der Enthusiasmus und die Wirkung auf die tschechischen Volksmassen geschildert, die der Einzug der russischen Sokoln am Kongresse in Prag im Jahre 1912 hervorgerufen hat.“

Auch in der Urteilsbegründung zum Prozesse Kramář werden eine Reihe russischer Zeitungsstimmen wiedergegeben; es heißt darin unter anderen:*)

„Im folgenden werden einige russische Zeitungen zitiert, die in näherer Beziehung zu Dr. Kramář und den „Národni Listy“ stehen und standen, sei es, daß Dr. Kramář selbst Mitarbeiter und Bekannter des Herausgebers ist („Nowoje Zveno“, Brancaninow), sei es, daß er die Zeitung besonders bevorzugt und in den „Národni Listy“ zitiert haben wollte („Golos Moskwy“, Gutschkow), sei es, daß die Zeitung seit längerem zur „Národni Rada Česká“ und nun durch Pavlu und Swihowsky der genannten Korporation und der Person des Dr. Kramář nahestehen („Tschechoslowan“, später „Tschechoslowak“) und vermöge dieser Verbindung sich ganz besonders eignen, die Ideen und Absichten Dr. Kramář' im Osten zu vertreten, sei es, daß der gewiß kompetente Beurteiler Pavlu selbst die Zeitung als den „Národni Listy“ verwandt bezeichnet und ein umständliches Bekenntnis in ihr niederlegt („Utro Rossij“), sei es, daß der Zeitungsherausgeber schon zu Friedenszeiten die Ideen des Dr. Kramář zustimmend begrüßte und mit Dr. Kramář in Verbindung stand („Birschewia Wjedomosti“, Propper), sei es, daß Dr. Kramář auf einem zwar nicht zugegebenen, aber doch erwiesenen Wege mit der Zeitung — abgesehen von dem Abonnement derselben — in Verbindung stand („Nowoje Wremja“, Swatkowsky, Jantschewetzki, Bobrinsky, Suworin, Stolypin, Wergun), sei es endlich, daß die Zeitung auch in Kriegszeiten den „Národni Listy“ bis zu der dort vorgenommenen Hausdurchsuchung zukam. („Rjetsch“.) Alle diese Zeitungen sind hinreichend durch die Zitate gekennzeichnet (es liegt überdies über die erstgenannte auch eine amtliche Information vor), ebenso durch die Personen der Mitarbeiter und was im besonderen die „Nowoje Wremja“ anbelangt, so ist notorisch, daß sie schon längst in Friedenszeiten (ebenso wie „Nowoje Zveno“) zu den staatsfeindlichsten Auslandszeitungen gehört.

Gerade diese Verbindungen beweisen, welche Stellung Dr. Kramář schon längst gegen, nicht für die Monarchie vorbereitet hatte, für den Fall der von ihm vorgesehenen Ereignisse, die seinen Wünschen nicht entsprachen. Auch in dieser Beleuchtung gewinnen Handlungen, wie die Unterdrückung einer unzweideutigen Stellungnahme der tschechischen Abgeordneten für den Staat ihre einwandfreie rechtliche Beurteilung nach Punkt 58 c, St. G. und Punkt 327, M. St. G. — objektiv wie auch subjektiv — in erhöhtem Maße noch seine Kundgebungen im Kriege, seine geheimen Verhandlungen mit dem italienischen Konsul usf.

Aus O. Nr. 336 geht hervor, daß „Nowoje Zveno“, das Organ des vereinigten Slawentums und des unabhängigen liberalen Gedankens, herausgegeben von Brjancaninow unter Mitwirkung unter anderen von Professor Marian Zdiechowski, Klofáč, Kramář und des Abgeordneten Formánek ist. (Diese und andere Namen stehen — noch zur Zeit des Prozesses — am Kopfe der Zeitschrift gedruckt.)

Brjancaninow schreibt in der ersten Nummer schon:

„Wer die Entmilitarisierung will, der muß die Reinigung Europas von Österreich-Ungarn und Wiens von den Habsburgern wünschen.“ (O. Nr. 326).

Einer der deutlichsten, allerdings im Kriege geschriebenen Artikel ist der folgende, welcher auffallende Anklänge an den von Dr. Kramář geschriebenen Artikel „Auferstehung“ in „Národni Listy“ vom 6. April 1915 aufweist und programmatisch für die Panslawisten ist.

„Ein Glied des Lebens.

> Der Tod zerstört den Leib, so wie man Wälder zerstört, wenn das Gebäude fertig ist. Dieser, für den das Gebäude gebaut wurde, freut sich über die Zerstörung des Waldes und des Leibes.
>
> Leo Tolstoj.“

Nicht nur für alle war dieser „leuchtende Feiertag“, für alle leuchtend in diesem Jahre. In den Schützengräben war es wohl leuchtend, denn leuchtend brennt dort der Glaube über den Erfolg unserer Waffen und für die Feier der großen Wiedergeburt, welche dieser Krieg Rußland bringen wird. Leuchtend war er auch auf den Schiffen unserer Flotte, welche einen ungeheueren, in unserer Gesellschaft noch nicht gewürdigten Dienst versieht und welche sich täglich mehr und mehr freut über

*) Vergleiche Urteilsbegründung im Prozesse Kramář. Seite 83 ff.

die Beweise ihrer Wiedergeburt nach Tschuschima. Leuchtend war er auch in dem russischen Volke, welches ungeduldig wartet auf die Wiederaufrichtung des Kreuzes an der heiligen Aga Sofia, auf die Erlösung der Slawen, auf die Niederwerfung der Deutschen und auf einen solchen Frieden, damit niemand die Lust hätte und auch nicht die Kraft, denselben zu stören. Nicht leuchtend war dieser leuchtende Feiertag nur denjenigen, welche ihre Nächsten in den Gefechten verloren hatten und in Erwartung seiner sich erinnerten auf das unlängst Vergangene und nicht Wiederkehrende. Eine große Befriedigung in ihnen ist es, indem daß sie sich als die beteiligten Opfer ansahen, daß sie für das große Glück der Menschheit Waisen geworden sind, daß die Namen ihrer teuren Getöteten mit Achtung und Dankbarkeit von Mund zu Mund und von Nachkommen zu Nachkommen wiedergegeben werden. Nun alle in diesen ersten Tagen der nicht wieder einbringlichen Verluste, in diesen so freudigen für die anderen, so freudig noch unlängst für sie gewesenen Feiertage, wie schwer, wie bitter ist es ihnen in der Seele, mit welcher Liebe, mit welchem Feingefühl sind wir verbunden, sie zu umkreisen und ihnen wenigstens ein Körnchen von der nicht bezahlbaren Schuld zurückgeben zu können, welche wir Lebende, wohlbehaltend in diesen Monaten des Krieges vor ihnen, den Getöteten, den Verkrüppelten, den Verwaisten gemacht und beschlossen haben. Die Schuld ist unbezahlbar im wahren Sinne des Wortes und darum, daß, je deutlicher unsere Freude bei der Feier des beendigenden Schlußakkordes sein wird, und je breiter, dank dessen, sich alle diese Möglichkeiten in der Zukunft offenbaren werden, desto trüber und ungerechter wird das gleichgültige Schicksal sich demjenigen zeigen, auf dessen Opfer und Unglück sich die Höhe des Gebäudes unseres Glückes und Wohlergehens aufbauen wird. Es werden sich unter ihnen möglicherweise auch solche Heilige finden, welche auf ihr eigenes Leid vergessend, sich über unsere Freude wieder freuen werden, und werden mit uns in die festliche Fanfare der heranbrechenden Weltordnung einstimmen! Nun, sind wir berechtigt, zu erwarten, daß es derer viel werden? Und sind wir auch im Rechte zu erwarten und uns abzufinden, daß ohne Anstrengung von unserer Seite, wie von sich selbst, sich ihrer zu wenig zeigten? Und die mit Bitterkeit auf uns blickenden Unglücklichen waren Millionen. Wir sollen nicht unsere Gedanken beschwichtigen, daß durch die Pensionen, durch Stipendien, durch Ländereien, durch Medaillen und Titel in dieser delikaten physiologischen Frage etwas gemacht werden kann. Man fühlt hier etwas anderes, etwas Tieferes, Wichtigeres, etwas Großes, Großartiges. Es ist notwendig, daß die Früchte für die Menschheit sind und nicht für uns und unsere kleinen Aufgaben und kleinlichen Interessen. Daß sie proportioniert waren im Verhältnisse zu den Opfern, ist es notwendig, daß die Bewegung zu unserem moralischen Emporleben und zu unserer Reinigung nach dem Kriege, die Bewegung durch Erkennung des religiösen Sinnes für all das verbrochene Blut so bemerkenswert werde, daß unter seinem Einflusse die Waisen, die Krüppel, die Zugerichteten und die Beschädigten ihr persönliches Leid vergessen und darin das Glück in einer Vereinigung physischer Massenbewegung zur Wahrheit, zum Wohle und zum Schönen eines neuen Lebens finden. Nach diesem ist es nicht Grausamkeit gegen den Gegner, nicht der Geiz nach seinen Ländern und seinem Reichtum, nicht eine Herrschsucht, nicht die Rache für das den Völkern zugefügte Böse, das uns nötigen darf, zu einer Fortsetzung des Krieges gegen diese drei sittenlosen Kaiserreiche, sondern das einzige starke Bewußtsein einer unbezahlbaren Schuld gegenüber den Gefallenen und Verwaisten, nicht zu vergessen, wie schön sich einer von unseren gescheiten Generälen ausgesprochen hatte, daß ein Krieg eine ebenso großartige Wohltat wie ein großartiges Verbrechen sein kann, was nur von dem Fakt abhängt, ob die Hydra ganz vernichtet wird, oder man ihr nur den Stachel genommen hat, welcher in zehn Jahren wieder wächst.

Und die Hydra zu vernichten heißt: Das Kaisertum der Habsburger zu vernichten, alle seine Sklaven zu befreien, das Kaisertum der Hohenzollern zu vernichten, von ihm alles das zu nehmen, was man nehmen kann, und das ganze, unbedingt das ganze östliche und westliche Preußen, vernichten das Kaisertum der Osmanen, alle seine Völker befreien von dem Joche der zur Regierung unfähigen Türken: dann und nur dann wird der Frieden dauernd sein. Denn von einer Revanche wird niemand träumen und ich wüßte auch nicht für was." (O. Nr. 143.)

Ähnlich wie „Národní Listy“ und „Nowoje Wremja“ schreibt Brjancaninow am 22. Februar 1914:

„In bezug auf das Slawentum in Rußland ist der Máramaros-Szigeter Prozeß eine Verhöhnung und Verspottung, in bezug auf Ungarn ein Justizfehler und ein Justizverbrechen. Denn die ungarischen Slawen müssen wissen, daß sie von Ungarn etwas zu gewärtigen haben. Und so wird denn das Schicksal Ungarns entschieden werden, so wie schon das Schicksal Österreichs im Geiste der Slawen beschlossen ist." (O. Nr. 668.)

In der Nummer vom 15. April 1914 (!) findet sich folgender Artikel:

„Wonach strebt Österreich? (von Sumibor.)

Österreich setzt seine Beschäftigung mit dem beliebten ewigen Handwerk fort: Mit der Be-

drückung seiner Untertanen und der Beunruhigung der Nachbarn, ob es schon lauter loyale Untertanen oder lauter korrekte Nachbarn sind. (!)

Wie der Fisch nicht ohne Wasser leben kann, so kann Österreich nicht ohne Skandale leben. Deshalb setzt es sein Handwerk fort, indem es seine ganze Schärfe hauptsächlich gegen die Slawen richtete. Die Aufhebung der Konstitution in Böhmen usw.

Österreich begnügt sich hinsichtlich der Slawen nicht mit der Peinigung im Kerker und der Nachstellung und der Verfolgung seiner Untertanen slawischer Herkunften, sondern ist bemüht, mit aller Gewalt Serbien und Montenegro zugrunde zu richten, und verstieg sich in seinem Hasse zu einer solchen Frechheit, daß es in der letzten Zeit sogar offen Propaganda zu machen und auf jede Weise die Idee der Vernichtung Rußlands zu unterstützen begann. Dieser Plan besteht darin, von Rußland Kleinrußland, das mehr als 30 Millionen Einwohner zählt, Einwohner reinrussischen Blutes und mit einem Territorium von einigen 100.000 Quadratkilometern Werst fruchtbaren Ackerbodens loszureißen.

Aber es gibt keinen Russen, welcher Richtung er immer angehört, der es zulassen würde, daß ein bankerottes Land, das durch den Fortschritt und die Zivilisation dem Verderben geweiht ist wie Österreich, etwas äußern könnte über die Reformierung Rußlands.

Die Einmischung Österreichs in unsere inneren Angelegenheiten Rußlands führt es mit einer schwindelnden Schnelligkeit nicht nur einer Niederlage ähnlich der bei Sadowa und Solferino, sondern dem endgültigen Untergange entgegen. Wenn es sich noch weiterhin so herausfordernd verhalten wird, Rußland gegenüber, wie dies der Fall war und ist, bei der Annexion Bosniens und der Hercegovina, bei der Balkankrise, beim Máramoros-Szigeter und dem Lemberger Prozeß, bei der offenkundigen Unterstützung des ukrainischen Separatismus, wird Rußland gezwungen sein, das Schwert zu ziehen und endgültig dem ohnehin sterbenden Staate ein ewiges Grab anzuweisen. Dann werden sehen, nicht Österreich, denn es wird nicht mehr sein, aber seine offenen und heimlichen Verbündeten, daß Rußland vermehren könne die Gräber seiner Feinde." (O. Nr. 669.)

In eine ausländische Zeitung, die so schreibt, schreibt Dr. Kramář auch weiterhin noch, siehe seinen Artikel in O. Nr. 230 „Rußland, Deutschland, Österreich", und bespricht dort Aufteilungspläne der Monarchie vom Standpunkte der Interessen Rußlands und Serbiens!

„Nowoje Zveno" Nr. 26 vom 21. Juni 1914 a. St. schreibt über den Sarajevoer Mord, und zwar in dem Leitartikel des A. Brjancaninow.

„In Sarajevo, auf dem Territorium des serbischen Volkes, ist unter der Hand eines Serben der österreichische Thronfolger gefallen. Ermordet wurde auch die ihn begleitende Herzogin v. Hohenberg. Eingedenk des weisen Spruches: „De mortuis nihil nisi bene" ziehen wir es in dieser Minute vor, uns einer jeden Kommentierung zu enthalten. Wir können nicht umhin, das Haupt in Ehrfurcht vor dem Andenken der seligen Herzogin zu neigen, die trotz der Warnung vor der Gefahr ihren Gatten nicht verlassen wollte, und die Kugel des Rächers seines Volkes erhielt. Ein jeder, der in Bosnien und der Hercegovina war, weiß, was dieses altehrwürdige serbische Land ist, wo auch bis heute trotz des türkischen Greuels und der österreichischen Seidenschlingen die Serben in der Mehrzahl sind.

In unserer Zeit vereinigt nicht, wie der (folgt Beleidigung des verstorbenen Thronfolgers) glaubte, die Religion, sondern die Sprache und die Geschichte die Menschen eines Volkes.

Und es ist dann möglich, daß das Sarajewoer Verbrechen von einem unparteiischen Beobachter als ein Akt des Präventivschutzes angesehen wird.

Jedenfalls müssen die Serben wissen, daß alle aufrichtigen russischen Herzen in Sympathien erglühen zu ihnen.

Wir teilen durchaus nicht den Optimismus einzelner informierter Persönlichkeiten in bezug auf die Möglichkeit einer friedlichen Wiedergeburt Österreich-Ungarns unter der klugen Führung ihres Monarchen. Diese Aufgabe ist unlösbar, ebenso wie die Quadratur des Kreises. Tausendjährige Dynastien, wie die habsburgische, lassen sich auch nicht besser machen.

Die Habsburger tragen die alte Idee der Monarchie von Gottes Gnaden und von Gnaden der römischen Kurie in sich.

Deshalb muß die österreichische Monarchie trotz aller Listen und unzweifelhaften Künsteleien der Wiener Bureaukratie als Trägerin des Vergänglichkeitsprinzipes zugrunde gehen, und sie wird zugrunde gehen, wir müssen sagen, vor unseren Augen. Die große Verantwortlichkeit Europas und speziell Rußlands und Italiens, besteht darin, den historischen Gang der Dinge vorauszusehen und nach Möglichkeit eine glückliche Wiedergeburt neuer Formen des Staatslebens in Mitteleuropa anstatt der absterbenden und abgestorbenen zu begünstigen." (O. Nr. 667.)

Auch in diesem Artikel finden sich sinnfällige Anklänge an die Berichte der „Národní Listy", so daß zumindest die Tendenz der Auffassung der Ereignisse und ihrer möglichen Folgen, aber auch der Ursachen des Mordes übereinstimmen. Der Unterschied beruht nur in der Deutlichkeit der

Sprache, angepaßt den inländischen Möglichkeiten im Handeln.

Dem Wesen nach, gleich der Schreibweise der „Národni Listy“ sind die Berichte in Balkansachen, so vom 12. Juli a. St. 1914, also unmittelbar vor dem Kriege:

„Die Kampagne unziemlicher Schikanen, die vom Grafen Forgach gegen die serbische Regierung inszeniert wurde, nutzte, wie wir auch voraus gesehen haben, den Tod des F. F. (Franz Ferdinand) zu einer Verschärfung bis zur Stufe der Unerträglichkeit aus, die mit der Würde Serbiens als eines unabhängigen Staates nicht vereinbart werden kann.

Grund ist zu hoffen, daß Italien, wenn es seine wirklichen Interessen versteht, verzichten wird auf eine neue hochzeitliche Verbindung mit der lebendigen Leiche und im Vereine mit Rußland auf dem Wege einer entsprechenden Mobilisierung der Grenzkorps Wien zu verstehen geben wird, daß das Angreifen Serbiens oder Montenegros einen europäischen Krieg bedeuten würde, das ist in der Praxis das Vernichten des habsburgischen Imperialismus.“ (O. Nr. 670).

Die Beziehungen der Südslawen zu Italien werden genau so wie in „La Nation tchèque“ gekennzeichnet und der Grundgedanke ist der gleiche im Gespräche Dr. Kramář mit dem italienischen Konsul Sabetta, wie Dr. Kramář das Gespräch wiedergibt (vergleiche Zeuge Čech).

Die unter O. Nr. 143 erliegende, diese Zeitung betreffende Information führt vollkommen zutreffend aus:

„Schon während der Balkankrise seit Herbst 1912 begann der russische Exdiplomat A. N. Brjancaninow sich in die vorderste Reihe der Kriegshetzer zu schieben. Durch seine Frau, eine Fürstin Gorcakow, in der ersten Petersburger Gesellschaft aufgenommen, suchte er nun als Publizist eine große Rolle zu spielen. Zunächst begründete er die Zeitschrift „Molwa“, die ebenfalls bei Dr. Kramář vorgefunden wurde. Brjancaninow ging 1913 daran, eine Wochenschrift herauszugeben.

Die erste Nummer dieser Zeitschrift „Novoje Zveno“, das „Neue Glied“, das Rußland mit den übrigen Slawen verbinden soll, genannt, erschien am 27. Dezember 1913. Seitdem erscheint sie wöchentlich.

Das Programm der Zeitschrift umriß Brjancaninow an der Spitze der ersten Nummer unter anderem mit folgendem Ziel:

„Treue dem Bündnis mit Frankreich, Ausnutzung des Einvernehmens mit England und wirkliche Unterstützung der Slawen als unsere natürlichen Bundesgenossen, erscheint uns als Grundlage einer Realpolitik Rußlands, sowie als mächtiger Faktor der Erleichterung der Lasten des russischen Steuerträgers.“

Vom ersten Augenblick an hat die „Novoje Zveno“ die wüsteste Hetze gegen Österreich-Ungarn und Deutschland auf ihr Panier geschrieben. Unverhüllt hat sie die russische Diplomatie verhöhnt, die vor Österreich-Ungarn und Deutschland zurückweiche. Immer hat sie den Krieg gepredigt. Ihr Herausgeber, von Poincaré und Grey im Mai 1914 empfangen, hat zuerst die Nachricht gebracht, daß England bei einem Kriege gegen die Zentralmächte mitgehen werde und daraus sofort die entsprechenden Konsequenzen gezogen. Als Vorbereitung zum Kriege wurde nun von Brjancaninow sofort die Schaffung eines unabhängigen Polens verlangt. Die Ermordung des Thronfolgers wurde nicht ohne Schadenfreude vermerkt, der Tod Hartwigs aber besonders betrauert. Seit Ausbruch des Krieges verlangt „Novoje Zveno“ hartnäckig die Zertrümmerung Österreich-Ungarns und die Vertreibung der Habsburger.

„Golos Moskwy“, 14. März 1915, schreibt:

„Ein tschechischer Aufruf.

Das Pariser tschechische Journal „Indépendance Tchèque“ veröffentlicht einen Aufruf, dessen Text von den Delegierten der englischen Tschechen vorgeschlagen und einstimmig vom ersten Kongresse der Tschechen und Slowaken, die sich unlängst in Paris versammelt haben, angenommen worden ist. Dem Text dieses Aufrufes ist zu entnehmen: Wenn irgendjemand aus der Dynastie Habsburgs künftig in Böhmen herrschen würde, so würden wir dies für das größte Unglück halten, in welcher Form immer sich seine Macht äußern würde. Im Verlaufe von vier Jahrhunderten mußten wir viele Leiden und viele Schmerzen erdulden. Sie wollen nicht mehr, daß über sie irgendein Prinz deutscher Rasse herrsche. Das tschechische Volk erkennt sein historisches Recht und proklamiert entschieden die Wiederaufrichtung unserer Unabhängigkeit.“ (O. Nr. 326.)

Es ist dies jene Zeitung, deren Bezug Dr. Kramář wegen ihrer slawischen Schreibweise empfiehlt und welche auch tatsächlich von den „Národni Listy“ bezogen wurde (O. Nr. 673), um vom Redakteur Holeček fleißig zitiert zu werden. Die Stellungnahme zu einem Herrscher deutscher Rasse hat Dr. Kramář deutlich im selben Sinne zum Ausdruck gebracht. (O. Nr. 1346.)

Am 28. September 1914 berichtet die Zeitung „Tschechoslowan“, Vorläufer des „Tschechoslowak“ unter der Leitung Pawlus:

„Tschechentagung in Petersburg.“

Für den 28. August war nach Petersburg eine Tagung des tschechischen Komitees für die vier russischen Hauptstädte Petersburg, Moskau,

Kiew und Warschau einberufen worden. Für Moskau hatten sich eingefunden die Herren Tucek und Koniček, für Kiew die Herren Červeni, Pavlu und Dedina. Die Warschauer Vertreter, die Herren Hampel, Heijt, Oeszag, Hromadko. Für Petersburg waren anwesend die Herren Kleĉenka und Čermak.

Der Zweck der Zusammenkunft war:

1. Im Ministerium des Innern um die Genehmigung der Statuten des Rates der Tschechen in Rußland anzusuchen, welchem die Fürsorge für die Familien, Invaliden und die Waisen nach den Freiwilligen der „České Družiny" („Tschechische Legion") zufallen wird. Diese finanzielle Tätigkeit soll dem Kiewer Ausschuß für die Kriegsopfer zugewiesen werden, weil Kiew als Mittelpunkt der Organisation der tschechischen Legion bestimmt wurde.

2. Ausarbeitung einer Denkschrift mit einer Begründung der Ansprüche der Neuerrichtung eines selbständigen „böhmischen" Königreiches, damit die Sehnsucht der ganzen Nation erfüllt werde, daß in der königlichen Burg Hradschin ein mit der historischen Krone des heiligen Wenzel gekrönter tschechischer König seine Residenz nehme. An der Beratung beteiligten sich auch die Vertreter der Slowaken.

Die Grenzen des wiederhergestellten böhmischen Königreiches wurden in der Denkschrift in bereits bekannter Ausdehnung festgesetzt.

Das ungewöhnliche Wohlwollen der russischen Regierung und der öffentlichen Meinung gegenüber den in Rußland lebenden Tschechen vor und nach dem Ausbruche des Krieges sind ein Unterpfand für eine bessere Zukunft für die Tschechen und für die Slawen überhaupt.

Der Panslawismus wird kein Gespenst und keine Utopie mehr sein, vielmehr die große Idee des Allslawentums eine fertige Tatsache. Der tschechische Staat wird eine treue Wacht der slawischen Welt im Westen sein." (O. Nr. 155.)

Im folgenden läßt sich Bogdan Pawlu, der Vertraute Dr. Kramář, Angestellter der „Národni rada Česká", Verfasser des offiziellen Berichtes über den Prager Kongreß von 1908 und steter Begleiter Dr. Kramář auf den folgenden Kongressen sowie Redakteur der „Národni Listy", somit ein genauer Kenner der slawischen Bewegung und Strebungen, ebenso aber auch der Intentionen Dr. Kramář, deutlich genug in den maßgebendsten Belangen vernehmen.

Bemerkenswert sind eine ganze Reihe von Sätzen, die sich auch in Kundgebungen Dr. Kramář finden.

Im Juni 1915 schreibt Pawlu:

„Unsere Bestrebungen im gegenwärtigen Kriege."

Wir können nur mit Bedauern feststellen, daß uns dieser nie dagewesene riesige Krieg eigentlich unvorbereitet getroffen hat. Wir waren sowohl als Tschechen wie auch als Slawen unvorbereitet. Unter uns war keine bestimmte Verabredung, weder darüber, wie wir uns zu verhalten haben, falls der Krieg zugunsten der deutschen Interessen ausfallen sollte, noch darüber, was eigentlich zu tun und zu fordern wäre, wenn für die habsburgische Monarchie die Stunde der Abrechnung kommen sollte, von der man so viel geredet und an deren Verwirklichung man gewissermaßen nicht glauben wollte.

Aber trotz aller dieser zersplitterten Ansichten gab es zu Beginn des Krieges unter den aufgeklärten Tschechen und Slowaken keinen einzigen, der den Sieg den verbündeten deutsch-magyarischen Waffen wünschen würde. Im Gegenteil, unsere Sympathien haben sich schon zu Anfang des Krieges jenen Teilen zugewendet, die mit einer so großen Opferwilligkeit für die Verteidigung der bedrohten und niedergetretenen Rechte der kleinen Völker eintraten. Dort, wo wir unsere Gefühle frei bekunden konnten, zögerten wir keinen Augenblick, unseren Protest gegen die schändliche Handlung der österreichisch-deutschen Diplomatie, welche nach ihrer alten Gewohnheit alle ihre Verträge und Gelöbnisse als einen „Fetzen Papier" betrachtet, zu erheben. Wir haben während unserer mehr als hundertjährigen Erfahrungen unter der deutschen Herrschaft genug Gelegenheit gehabt, uns davon zu überzeugen, was für dieselben, mögen sie (folgen Beleidigungen österreichischer Herrscher). Das bezeugt uns der berühmte französische Historiker unseres Volkes, Ernst Denis, der geschrieben hat (folgt ein die gesamte Dynastie beleidigendes Zitat).

Wie hoch dagegen stand über dieser gemeinen Schändlichkeit die russische Politik! Die Tschechen und Slowaken zögerten nicht, dort, wo sie durch die verhängnisvolle politische Lage nicht verbunden waren, sich werktätig zu beteiligen und schufen darum von den Tschechen und Slowaken in Rußland eine Legion der Freiwilligen, welche sich durch ihre heldenmütige Haltung die allgemeine Anerkennung der russischen Armee erwarben. Schon heute können wir auf die Husarenstücke dieser echten Nachkommen der Hussiten, die tagtäglich ihr Leben in der Verteidigung „der göttlichen Wahrheit und der slawischen Sprache" einsetzten, wahrlich stolz sein. Ein großer Krieg ruft auch große Pläne hervor. Was in den Tiefen unserer Herzen schlummerte, unsere heißesten Hoffnungen, deren wir uns nie, nicht einmal während der schlimmsten Unterjochung entsagten, unsere Sehnsucht nach der endgültigen Befreiung von dem deutsch-magyarischen Joche, all dies hat dieser Krieg wachgerufen. Wir müssen die Befreiung von dem habsburgischen Joche anstreben, um dadurch nicht nur die hundertjährige Unterjochung, sondern auch für die Zukunft den ungeheuren Seelenqualen des Zwanges an der Seite unserer

verbissenen Gegner kämpfen zu müssen, zu entgehen.

Seine Majestät, der Kaiser (von Rußland natürlich!) haben im höchsteigenen Kabinett die Tschechen zu empfangen geruht, welch letztere an Seine Majestät folgende Ansprache hilten: [identisch mit der in „La Nation tchèque“ abgedruckten (O. Nr. 155.)]

„Von welchen Bestrebungen das tapfere russische Heer, als es zur Befreiung der Slawen auszog, durchdrungen war, darüber gibt einen klaren Aufschluß das an die Völker Österreich-Ungarns gerichtete Manifest des Oberbefehlshabers der russischen Armee, des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch.“ (Folgt der Aufruf.)

„Angesichts dieser Verhältnisse wurde in den Tagen vom 28. August bis 5. September (10. bis 18. September) 1914 der tschechisch-slowakische Kongreß in Petrograd abgehalten, der den Zweck hatte, über die nötige gemeinsame Organisation der Tschechen und Slowaken in Rußland und über die Schritte und Wege, auf welchen die ersehnte Befreiung erreicht werden könnte, zu beraten.

Der Verband der tschechisch-slowakischen Vereine wurde, wie es auf dem Petersburger Kongresse beantragt wurde, konstituiert. Und als seine Vertreter auf dem Kongresse zu Moskau in den Tagen vom 22. bis 26. Februar (7. bis 11. März) 1914 zum ersten Male zusammen gekommen waren, wurde ein politisches Programm in der Schlußresolution ausgedrückt: Ein selbständiger nationaler Staat mit einem slawischen König an der Spitze, mit innigen Beziehungen zu dem slawischen Nachbarn, namentlich zu seinem großen Befreier Rußland.

Die Teilnehmer des Kongresses faßten, überzeugt, daß die Idee der Wiedergeburt des tschechoslowakischen Staates unter direkter gemeinsamer Betätigung des tschechisch-slowakischen Volkes zustande zu kommen habe, den Entschluß, mit allen Mitteln für die Errichtung eines tschechisch-slowakischen Heeres zu sorgen.“ (O. Nr. 324.)

In Nr. 1 des „Tschecho-Slowak“ vom 4. (17.) Juni 1915 findet sich folgender Artikel von Bogdan Pawlu:

„Wir waren vor Österreich und werden nach Österreich sein.“

Also sprach Palacký!

„In dieser Richtung entwickelte sich allmählich die Politik des gesamten tschechischen Volkes. Selbstverständlich trat die tschechische Politik nicht auf einmal so klar auf. Wenn ein so allseits erfahrener Mann wie Palacký zwei Jahrzehnte brauchte, um derart die neue Richtung der tschechischen Politik in Beziehung zu Österreich zu stimmen, um so mehr brauchte die allgemeine Gesinnung des ganzen tschechischen Volkes.

Und wie stiefmütterlich auch sich Österreich zu ihm verhielt, erreichte es doch durch seine hartnäckige Widerspenstigkeit in schwerem Kampfe um Gleichberechtigung jederzeit bedeutende Erfolge.

Die Lage der Tschechen in Österreich bis zum Kriegsausbruche kann man keine verzweifelte nennen, jedoch wurden alle Gemüter beunruhigt bei dem Gedanken über das zukünftige Schicksal Österreichs und über den bevorstehenden Konflikt der Slawen mit den Germanen.

In den Siebzigerjahren verdammten die Tschechen nicht nur die österreichischen Aspirationen in Bosnien und der Herzegowina, sondern auch den tückischen, an den Prinzipien des Christentums durch den römischen Papst verübten Verrat, welcher zur Zeit des türkisch-russischen Krieges zugunsten der ungläubigen Muselmanen und gegen das schismatische Rußland seine Stimme erhob.

Ebenso zu Anfang des Dreibundes, als sich der Führer der jungtschechischen Partei Grégr in bezug auf die österreichische und russische Politik auf dem Balkan im österreichischen Parlamente folgendermaßen geäußert hat: „Nach jedem russischen Kriege auf dem Balkan haben wir ein neues befreites Volk gesehen, nur mit dem Momente, wo Österreich den balkanischen Boden betritt, sehen wir ein neues unterjochtes Volk.“

Wir können hier die Worte aus der Programmrede des jetzt schon im österreichischen Gefängnisse schmachtenden Kramář anführen, welche er auf dem Jubiläumskongresse der jungtschechischen Partei im Mai des Jahres 1914, zu einer Zeit, wo selbstverständlich noch niemand den Sarajewoer Mord und die bevorstehenden Kriegsereignisse voraussehen konnte, gebrauchte. Die Worte klingen heute wie die unheilverkündende Wahrsagung Kassandras:

„Wir wollen kein Reich, welches durch seinen germanischen Zentralismus seine innere Zusammensetzung schwächt und welches durch seine deutsch-magyarische Politik schweren Konflikten mit seinen slawischen Nachbarn entgegengeht. Weder ich, noch ein anderer vermag es zu sagen, ob das Reich einen Wandel zu schaffen und die Folgen der langandauernden Sünden wettzumachen vermögen wird. Ich sage nur so viel, daß wir Tschechen angesichts der leichtfertigen Politik des Reiches unsere Gefühle nicht verändern werden. Wir werden gute und aufrichtige, alle slawischen Völker gleich liebende Slawen bleiben, unbekümmert dessen, ob es jemandem gefallen wird oder nicht. Wenn diejenigen, welche für die Reichspolitik verantwortlich sind, sehen, daß die Gefühle der Völker mit dem, was die Reichspolitik treibt, nicht übereinstimmen, so scheint es mir, es wäre eben ihre Pflicht, diese Reichspolitik abzuändern und nicht die Völker zur Überstimmung ihrer Gefühle zu zwingen.“ (O. Nr. 324.)

Einem weiteren Artikel, „Was wir erwarten", werden folgende Stellen entnommen:

„Die stillschweigende Sanktion, die unseren Bestrebungen zuteil wurde, flößt uns die moralische Ermutigung ein, uns nach unseren bescheidenen Kräften an der Vernichtung Österreich-Ungarns werktätig zu beteiligen.

Alle die von der kaiserlichen Regierung den Mitgliedern des tschechoslawischen Volkes gewährten Ausnahmestellungen und Begünstigungen bedeuten nichts weniger denn die den Slawen als mit den Russen befreundeten Nationalitäten eingeräumten Rechte. Das für die österreichischen Völker „Recht und Freiheit wiederherstellende Rußland" bringt ihnen jetzt die Freiheit und die Realisierung ihrer nationalen Bestrebungen. Ein Fehler mit allen seinen Folgen muß von Anfang an vermieden werden, daß nämlich an der Spitze des slawischen Volkes kein Nichtslawe zu stehen komme.

Jetzt ist es nicht an der Zeit, an Palackýs Spruch vom Jahre 1849 zu erinnern: „Wenn Österreich nicht wäre, müßten wir österreichischen Slawen es schaffen", denn die Gerechtigkeit verlangt in der gegenwärtigen Zeit, seinen letzten Spruch auszuführen: „Daß wir Tschechen waren vor Österreich und werden nach Österreich sein." (O. Nr. 324.) In der Nummer vom 4. Juni 1915 findet sich folgende Notiz:

„Der tschechische Staat als dringende Notwendigkeit des tschechischen Volkes."

Unter diesem Titel veröffentlichte Professor Jastrebow einen Artikel in der „Birzewije-Wjedemosti".

Die Tschechen, wie Professor Jastrebow schreibt, streben die Errichtung eines eigenen Staates nicht nur darum an, weil sie ihn einstmals gehabt, was in ihrer Erinnerung lebt, sondern hauptsächlich darum, weil die Staatslosigkeit der Tschechen große Schwierigkeiten bereitet, ihnen die Verwirklichung der dringenden nationalen Bedürfnisse unmöglich macht und sie verhindert, eine würdige Stellung unter den Völkern Europas einzunehmen. Als Antwort auf die tschechischen Klagen und Verlangen nach der Bestätigung der Rechte der tschechischen Sprache stellen die Deutschen ihr Programm auf, welches die Teilung der tschechischen Länder im rein deutsche und rein tschechische bezweckt. Und wird ein solches Programm zurückgewiesen, dann setzen die Deutschen im Landtage mit der Obstruktion ein, machen in demselben jedwede Arbeit unmöglich, hemmen die Wirkungsfähigkeit der Landwirtschaft. Seit einigen Jahren arbeitet der tschechische Landtag nicht mehr und ist durch die kaiserliche Landeskommission ersetzt worden.

„So schaut die Lage des tschechischen Volkes aus," sagt zum Schluß des Artikels Professor Jestrebow. Und wie kann man da den Tschechen einen eigenen tschechischen Staat nicht vergönnen, in welchem sie die Möglichkeit haben würden, ihren dringenden Verhältnissen nachzukommen. Wäre es dem Moskauer Kongreß der Tschechen möglich, diese Forderungen des tschechischen Volkes nicht laut auszusprechen? Wir wünschen seiner Arbeit die Verwirklichung, seinen herzlichsten Sehnsuchten und Hoffnungen auch den vollen Erfolg." *) (O. Nr. 324.)

(Vergleiche O. Nr. 669, 734.) Auch Jastrebow ist eifriger Teilnehmer an den Kongressen und Feind der Monarchie.

In einer der folgenden Nummern wird dann berichtet:

Staunenswerte Verhältnisse in Böhmen.

Großmeister des Deutschen Ordens will die tschechische Nation ausrotten.

„Alle Tschechen aufs Schlachtfeld verschleppt. Man wird bis 60jährige assentieren. Man will uns ausrotten. (!) Drakonisches Regime in böhmischen Regimentern. Hunger in Prag. Blutige Exzesse in Žižkow. Oberbefehlshaber der österreichischen Armee — ausgesprochener (folgt Beschimpfung des Armeeoberkommandanten) der böhmisch-slawischen Nation. Smetanas „Má vlast" (übersetzt „Meine Heimat") verboten.

(Es folgen eine Reihe von Beschimpfungen des Armeeoberkommandanten.)

Unter uns kann kein Streit sein. Wer ein guter Tscheche ist, der helfe zu vernichten das verfluchte Österreich, dieses Gefängnis der Nationen, in dem die Nation am längsten büßte. Nur über Österreich kommen wir zur Freiheit.

Kramář und Scheiner wurden am 23. Mai arretiert und eingesperrt. Masaryk ist noch zur richtigen Zeit davongefahren und gibt jetzt in Paris die Zeitschrift „La Nation tchèque" heraus. (Die Zeitschrift wird eigentlich von Paul Denis, allerdings unter enger Beteiligung des Professor Masaryk herausgegeben. Anm. d. Red.) Diese Zeitschrift in Prag zu erhalten, ist eine sehr gefährliche Sache. Es droht nicht nur die Kerker, sondern sogar die Todesstrafe.

(Folgen Beschimpfungen des Oberbefehlshabers der österreichischen Armee Erzherzog Friedrich.)

. . . . ohne Rücksicht auf den Widerstand der Minister des Innern und des Äußern, die ganz richtig in diesen terroristischen Vorkehrungen eine grobe Provokation sehen."

*) Ist zwischen all diesen Artikeln und den Reden und Forderungen der Tschechen in und außerhalb des österreichischen Abgeordnetenhauses 1917 ein Unterschied? In seinem Prozesse suchte Dr. Kramář diese Ideen der „Souveränität" als „Ausgeburt der Kriegspsychose" hinzustellen und leugnete ihren Ernst! Das Prozeßurteil erfährt durch die heutige offene tschechische Politik die beste Rechtfertigung.

Alexander Amfiteatrow,

tschechischer Berichterstatter des Moskauer „Ruskoje Slowo". (O. Nr. 429.)

Am Jahrestage der Sarajevoer Morde schreibt ein mit „K—da" zeichnender Mitarbeiter (vermutlich Klecanda) folgendermaßen:

„Am 28. Juni 1914. Brünn schwelgte in Nationalfarbentracht. . . . . Es war Brünn, die Hauptstadt des Landes Mähren und nicht das deutsche Bollwerk auf dem tschechischen Boden. Auf dem Festplatze waren an 100.000 Menschen angesammelt. Und mit einem Schlage verstummte diese tausendköpfige Menge. Der gewaltige Tod des Erzherzogs und dessen Gemahlin dämmte — durch seine rein menschliche Seite — die aus den politischen und slawischen Betrachtungen hervorsprießenden Gefühle. Da kam es niemandem in den Sinn, sich zur spontanen Verurteilung der Handlung Prinzips und Gabrinovics veranlaßt zu sehen, doch auch keiner wagte es, seine Zustimmung zu bekunden. Nur die vorher erheiterten und jetzt ernst gewordenen Gesichter des Publikums ließen erkennen, welch ein rätselhafter Felsblock an diesem Tage in den bodenlosen Abgrund hinabstürzte. Die antislawische Eroberungspolitik verlor an diesem Tage ihre mächtigste Stütze und mit derselben stürzten gleichzeitig auch die Zentralisierungsbestrebungen, welche in den letzten Jahren die von Tschechen nach harten Kämpfen besetzten Positionen unterwühlten. Das am 28. Juni vorgefallene Ereignis ist die Grenzscheide einer neuen, einer besseren, mit Blut bezahlten und mit Blut erkämpften Zukunft des tschechoslowakischen Volkes wie überhaupt der Slawen und bedeutet einen blutigen Abschluß der (folgt Beleidigung der Dynastie) in Böhmen und der deutschen Unterdrückung der Slawen." (O. Nr. 337.)

Die Anklänge dieses Artikels an die Rede des Dr. Kramář vom 3. Juli 1914 sind auffallend.

Am 25. Juli 1915 wird berichtet:

„Gefangene Tschechen und Slowaken.

Gefangenen Landsleuten wurden in Rußland verschiedene Vorteile gegeben. Es geschah vor allem dadurch, daß die russische Regierung zu ihrer Gesinnung Vertrauen hatte. Deshalb hat sie sie nicht in weite sibirische Gegenden geschickt, sondern hat sie im europäischen Rußland oder vorderen Sibirien oder Mittelasien belassen.

Wir haben verbürgte Nachrichten von Fluchtversuchen einiger Tschechen aus Turkestan.

Wir wenden uns an alle gefangenen Tschechen und Slowaken, Menschen guten Willens und guter Gesinnung, sie sollen unter ihren Genossen wirken, daß ähnliche Fälle, die unseren nationalen Namen schänden, nicht mehr vorkommen.

Landsleute! Es geht heute um große nationale Sachen, es geht darum, daß im endlichen Ziel unser Vaterland vom deutschen Joch dauernd befreit wird, und zwar mit Hilfe der brüderlichen russischen Nation. Unsere besten Leute bürgen Euch durch ihren Tod und Verlust ihrer Freiheit dafür, daß es der einzig richtige Weg ist, auf dem unsere ganze Nation gehen soll! Es soll sich daher jeder Landsmann dieser heiklen Aufgabe bewußt sein. Er soll trachten, mit allen Kräften Rußland in seiner großen Botschaft zu unterstützen.

Redaktion des „Tschechoslowak".

Die Verwaltung des Verbandes
der tschechischslawischen Vereine
in Rußland." (O. Nr. 430.)

„Kurzer Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung des Verbandes der tschechoslowakischen Vereine in Rußland.

Die Verwaltung des Verbandes macht die Mitglieder des Verbandes aufmerksam, daß in absehbarer Zeit das Mitglied der Pariser Kolonie Herr Redakteur Wilhelm Erkal in Petersburg eintreffen wird, um sich über die Tätigkeit der Tschechen und Slowaken in Rußland zu informieren. Die Ankunftszeit wird den Mitgliedern des Verbandes bekanntgegeben.

Der Sekretär:
Georg Klecanda."
(O. Nr. 337.)

Die Beziehungen Erkals zu Dr. Kramář wurden im Prozesse hervorgehoben und geht aus dieser Notiz die schon aus der Vergleichung des Inhaltes der Zeitschriften „La Nation Tchèque", „L'Indépendance tchèque" und „Tschechoslowak" in die Augen springende Wechselseitigkeit hervor.

Berichte aus dem Heimatlande. („Tschechoslowak" vom 17. Juni 1915.)

„Den aus Genf eingelangten Berichten zufolge sind in der Schweiz einige hervorragende tschechische Abgeordnete eingetroffen — ihre Namen werden nicht bekanntgegeben — denen es gelang, aus dem österreichischen Völkergefängnisse vor der Tyrannei der politischen Behörden zu flüchten. Alle sollen sich als Anhänger der Lostrennung Böhmens von Österreich und der Errichtung eines selbständigen Staates bekannt haben. Die schweizerischen Zeitungen sehen darin das erste entscheidende Symptom einer Zersetzung Österreichs. Die Abgeordneten dürften sich an die Spitze der die Selbständigmachung bezweckenden Bewegung stellen. Von den in Russenkreisen lebenden Tschechen wurden sie mit großer Freude bewillkommt und werden ihnen bereitwilligst die Hände zur Mittätigkeit an diesem großen nationalen Werke gereicht.

Nach Genf wird die Auflösung eines tschechischen Regiments berichtet — es soll dies das Prager 28. Regiment sein —, und zwar sollte diese Maßregelung deshalb getroffen worden sein, weil dieses Regiment sich einem russischen Bataillon ergeben haben soll. Eine derartige Auffassung der slawischen Pflicht hat freilich den deutschen Schicksalsleitern nicht gefallen.

In Genf soll auch kürzlich Professor Masaryk eingetroffen sein, welcher die Mitteilung macht, daß die Verhaftung des Kramář und Scheiner über Befehl des Erzherzogs Friedrich, des österreichischen Armeeoberkommandierenden, und über Drängen Deutschlands, das mit den Sympathien Kramář' äußerst unzufrieden ist, erfolgt ist.

Hart wurden die Sokolvereine in Mitleidenschaft gezogen, viele wurden aufgelöst.

Das massenhafte Verhaften der tschechisch-nationalen Führer soll auf der österreichischen Befürchtung vor einem möglichen Aufstande in Böhmen beruhen.

Der blutige Terrorismus feiert vorderhand in unserem Heimatlande seine Orgien." (!) (O. Nr. 324.)

Eine andere Nummer berichtet:

„Briefe aus dem Heimatslande.

In dem amerikanischen „Hlas Lidu" lesen wir die Erzählung von zwei Damen, die kürzlich aus dem Vaterlande in Amerika eingetroffen sind. Sie beide stammen aus der mährischen Slowakei. Ihren Schilderungen nach erwartet die Bevölkerung Mährens mit Sehnsucht schon die Ankunft der Russen.

Die größte Erbitterung haben die Assentierungen der achtzehnjährigen Knaben und jene der Waffenunfähigen von 24 bis 36 hervorgerufen. Die Deutschen sollen den tschechischen Bauern alles Getreide weggenommen haben. (!) Die Regierung hat dieses Getreide mit Scheinen bezahlt, wofür sie kaum zu ihrem Gelde kommen werden, selbst im Falle, daß Österreich siegen sollte, geschweige denn, wenn es unterliegen sollte, was ein jeder erwartet, der tschechisch spricht.

Das arme Volk stößt öffentliche Drohungen aus. Unser Getreide wurde nach Deutschland verschleppt (!), dafür erhielten wir einige paar tausend galizische Juden. Es ist dies eine saubere Gesellschaft, lauter Spitzel unter ihnen.

Helfet uns auf irgendwelche Art. Ihr werdet wohl am besten wissen, wie zu helfen wäre. Doch lasset nicht zu, daß wir künftighin unter dieser Schreckensherrschaft weiter verbleiben und lasset nicht zu, daß das tschechische Volk ausgerottet wird." (O. Nr. 337.)

Auch in diesem Sinne berichteten „Národni Listy" unter den Kriegsnachrichten.

Ferner:

„Russische Stimmen über die tschechisch-slowakische Frage.

Der hervorragende Historiker und Slawist Konstantin Jakowlewitz schreibt im Nachtrage zu seinem Buche: „Österreich-Ungarn oder die Karpathen- und Donauländer in den Schicksalsläuften der Slawen und in dem russischen Studium" folgendes:

„Im westlichen Europa und um so mehr in den Ländern der Entente besteht kein Zweifel mehr über das Zerfallen Österreichs und darüber, daß Rußland den gegenwärtigen Krieg mit Österreich als einen Befreiungskrieg nicht nur für die gesamten westlichen und südlichen Slawen, sondern auch für alle Völker Österreich-Ungarns ansieht.

Ein weiteres Bestehen eines, wenngleich ein wenig zugestutzten, verminderten und beträchtlich abgeschwächten, seinen Vermächtnissen, Ansprüchen und Bestrebungen von altersher treubleibenden Österreich ist denn auch dem Wohle und den Interessen der slawischen Welt geradezu entgegengesetzt.

Hat wohl je einer von den slawischen Brüdern im vollen Maße verdient, die Früchte dieser jahrelang andauernden slawischen Arbeit zu ernten, so sind es wohl unsere Brüder — die Tschechen.

Das Recht der böhmischen Krone ist älter als das Recht der österreichischen und habsburgischen Krone. (!) (Folgt eine Majestätsbeleidigung.)

Jetzt rückt für sie die Stunde der Vergeltung und der Genugtuung heran.

Mit einem Worte, die politische Befreiung Böhmens und die Bildung eines tschechischen Königreiches aus den Ländern Böhmen, Mähren, Schlesien und wahrscheinlich auch der Slowakei ist die unumgängliche Bedingung der Neuerrichtung und Neugruppierung der politischen Länder „Nationalitäten der Karpathen- und Donauländer!" (O. Nr. 337.)

Die tschechische Frage im französischen Senate.

Aus der Rede des Senators Martin wird berichtet:

„Die Frage, welche Stellung gegenüber den in Frankreich lebenden Tschechen und Slowaken, österreichisch-ungarischen Untertanen, eingenommen werden soll, entscheiden unsere Verbündeten klipp und klar: die Tschechen und die Slowaken wurden als eine befreundete Nation außerhalb der einschränkenden Gesetze gestellt. Da ist eine Karte, welche die Tschechen allerorts verbreiten, den Ereignissen zuvorkommend: Auf dieser Karte der tschechischen Länder Böhmens, Mährens, Schlesiens und der Slowakei sehe ich: Böhmen 6,500.000, Mähren 2,300.000, Schlesien 500.000, Slowakei 2,500.000 Einwohner. Sie alle sind Frankreichs Freunde." (O. Nr. 337.)

Über Amerika und die Slawen wird berichtet:

„In der letzten Zeit steigert sich immer mehr das Interesse Amerikas für die Slawen. Dies beweist die Gründung der publizistischen Gesellschaft: „The Slawonic Publishing Companie“ (Slawische publizistische Gesellschaft). Dem Redaktionskomitee sind, wie uns berichtet wird, zahlreiche europäische und amerikanische Slawisten und öffentliche Faktoren beigetreten.“ (O. Nr. 337.)

Diese und andere ähnliche Notizen finden sich zum Beispiel auch in dem belletristischen Blatte „Zlatá Praha“, dessen Redakteur Červinka ist. (O. Nr. 1182.)

Dem unter O. Nr. 155 erliegenden Zeitungsreferate ist folgendes zu entnehmen (betrifft den „Tschechoslowak“).

Die Zeitschrift bezeichnet sich im Titel als das einzige in Rußland erscheinende tschechische Blatt. Am Kopfe befindet sich die Aufschrift: „Das einzige tschechische Blatt in Europa, das die Gefühle und die Sehnsucht aller Tschechen frei und wahr verdolmetscht.“

Der von Jaroslav Červinka gezeichnete Leitartikel „Deine Stunde hat geschlagen, altes tschechisches Vaterland“ bringt zunächst einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung Böhmens, das als Märtyrer deutscher Tyrannei dargestellt wird. Unter anderem heißt es dann: „Jetzt kommt vielleicht die letzte Probe für dich, altes tschechisches Vaterland. Wirst du deiner Zukunft diese großen Opfer gerade jetzt bringen können, wo über deine Zukunft wird entschieden werden? In den maßgebenden Kreisen wird gewiß schon über das österreichische Problem beraten. Übrigens verlauten von den Ufern der Themse Pläne über die Bildung irgend eines „verkleinerten Österreichs“, das bestehen soll aus den deutschen Provinzen Zisleithaniens (Österreich), dem magyarischen Teile Ungarns und noch aus Böhmen, Mähren, Schlesien. Und solche unsinnige, der feierlichen Proklamation des Oberbefehlhabers widersprechende Kombinationen werden dann in den Lokalblättern wiederholt. Bei der ersten Möglichkeit wird gewiß auch Tschechien selbst auf den Plan treten und seine Ehre verteidigen.

Das untergehende Österreich soll in diesem Augenblicke in seinen slawischen Ländern die „Russophilen“ schändlich martern und morden.“

Im Artikel „Geliebte Stammesbrüder, Nachkommen der Gotteskämpfer“ feiert der Protojerej Manial Nemecek in Form einer Predigt den Beginn einer neuen Epoche des Slawentums. Der Artikel schließt mit den Worten:

„Und wenn ihr Euer Vaterland als Ruine sehen werdet und wenn ihr Eure Lieben dort nicht mehr wiederfinden werdet, weint nicht ohne Trost, denn unter dem Schutze des großen Zaren Nikolaus II. wird unser Vaterland bald seine Wunden ausheilen, das goldene Prag wird stolz aufblühen, der Vyšehrad und Hradšin werden in einem solchen Ruhme glänzen, von dem unsere Vorfahren nicht einmal geträumt haben.“

Der mit Franz Erben, Petersburg, den 10. September 1914, gezeichnete Artikel „Sei gerecht“ nimmt die Slawen gegen den von Menschikow in der „Nowoje Wremja“ vom 9. September erhobenen Vorwurf in Schutz, daß die österreichischen Slawen, statt ihr Joch abzuschütteln, ihren Feinden treu dienen und daß es bisher zu keinen Massenaufständen der Slawen gekommen ist.

Der Artikelschreiber führt zur Entschuldigung an, daß jeder slawische Soldat im österreichischen Heere unter strengster Aufsicht steht. Nicht nur die Offiziere, sondern auch die gewöhnlichen deutschen und magyarischen Soldaten überwachen jede Bewegung der slawischen Soldaten und schießen sie bei dem geringsten Verdachte, ja bei einem bloßen unvorsichtigen Worte, nieder.

„Eine schwere Beleidigung scheint es mir zu sein, die Soldaten, die ihre Waffen wegwerfen, wo sie können, jede Gelegenheit suchen, sich zu ergeben und von denen gewiß ein großer Teil lieber durch die Kugel eines deutschen Soldaten oder den Säbel eines Offiziers fällt, als daß er den slawischen Gefühlen zuwiderhandeln würde, solche Soldaten eine billige Waffe seiner Feinde zu nennen. Sie sind bis zu einem gewissen Grade Helfer der russischen Soldaten.

Wenn in Galizien und in der Bukowina, wo doch ungefähr vier Millionen Ruthenen wohnen, denen der siegreiche Vormarsch der brüderlichen Armee nicht verborgen bleiben konnte, kein Aufstand ausbrach, so müssen wir doch glauben, daß eine Revolution in Böhmen und Mähren erst recht die reine Unmöglichkeit ist.

Mit der tiefsten und hingebungsvollsten Liebe hängen seit jeher Tschechen, Slowaken, Slowenen und Serben an den Russen. Sie sind und waren stets bereit, dieser Liebe in jeder Richtung Opfer zu bringen, auch Blutopfer. Ich schwöre, daß sie alles getan haben, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich war und sie verdienen nicht einen einzigen der Vorwürfe des Herrn Menschikow.“ (O. Nr. 155.)

(Vergleiche auch O. Nr. 202.)

Über dieses hochverräterische Zeitungsunternehmen äußert sich im Zusammenhange mit Wahrnehmungen über die Verbreitung das k. u. k. operierende Oberkommando am 7. September 1915:

„Am 31. August wurde vom Infanterieregiment Nr. 89 in der Ortschaft Poddubce die Zeitung „Tschechoslowak“ aufgefunden.

Der erste Artikel forderte die Errichtung eines nationalen tschechischen Reiches unter einem

Regenten slawischer Herkunft. Diesem Staate soll bei einem künftigen Weltkriege die Rolle Belgiens zufallen. Er soll alle Tschechen in Böhmen und Mähren, die Slowaken und Lausitzer vereinigen.

Der zweite Artikel handelt von den in Rußland gefangenen österreichischen Soldaten tschechischer Nationalität. Der Autor des Aufsatzes klagt über die geringe Verbreitung des Blattes „Čechoslovak“, wodurch nicht alle Kriegsgefangenen über die auf Seite der Russen kämpfenden „Česka druzina“ (Tschechische Legion) aufgeklärt und unterrichtet werden.

Der Aufsatz schließt mit dem Appell, Adressen tschechischer Kriegsgefangener zu sammeln und an die Redaktion einzusenden.

Der dritte Artikel „Z vlásti“ (Aus der Heimat) bespricht die Verlegung ungarischer und deutscher Regimenter nach Böhmen, die Auflösung des Infanterieregiments Nr. 28 und erwähnt das Abwerfen panslawistischer Broschüren in Brünn durch einen russischen Aeroplan, welche durch die Hörer der tschechischen Technik in Brünn über Land verbreitet wurden.

Der Artikel schließt mit einer schweren Majestätsbeleidigung.

Der vierte Artikel gibt eine Nachricht des „Russkoj Invalid“ vom 26. Juli 1915 wieder, der die Dekorierung eines tschechischen Offiziers der tschechischen Legion behandelt.

Der fünfte Artikel beschreibt den Sturm der auf Seite der Franzosen kämpfenden tschechischen Legionäre auf Arras.

Der sechste Artikel bespricht in aufreizender Art die Aburteilung eines tschechischen Unteroffiziers in Prag, der bei der Rekrutenausbildung die Neueingerückten aufforderte, beim Kampfe mit Russen über die Köpfe dieser zu schießen.

Die letzte Seite des Blattes enthält eine Ankündigung der österreichischen Firma „Laurin und Klement“ in Jungbunzlau.

Nach Aussagen von Landesbewohnern sollen im Orte Poddubce tschechische Kriegsgefangene angesiedelt gewesen sein.“ (O. Nr. 943.)

Unter den dem Zeugen Maštálka und Exzellenz Baron Heinold vorgehaltenen Berichten über die — Taten von Tschechen im Auslande — erinnert sich Zeuge Maštálka insbesondere an einen solchen unter dem Titel „Im Rücken des Feindes“. Dieser findet sich auch im „Utro Russija“ abgedruckt. Daraus wird entnommen:

„Drei tschechische Legionäre, die vollständig die deutsche Sprache beherrschen, verkleiden sich in der entsprechenden Weise, drangen des Nachts hinter die Vorpostenkette der Österreicher und marschierten sehr weit hinter ihren Rücken. Sie werden von einer österreichischen Patrouille gestellt.

„Feuer!“ kommandiert leise der älteste Legionär.

Drei Revolverschüsse werden abgegeben und die österreichische Patrouille hörte auf zu existieren.

Für die Aufklärung wurden alle drei Legionäre zum Georgsorden vorgeschlagen.

Die Tschechen sind so überzeugt von der baldigen und unausbleiblichen Ankunft der russischen Truppen nach Tschechien, daß sie schon ihre Frauen bitten, die Gänse bereit zu halten, denn wie es im Volksliede heißt: „Leute laßt die Gänse hier, zu Weihnachten kommen die Russen.“

(Mit dem Bilde des tschechischen Legionärs Reimann in Uniform. O. Nr. 329.) Vergleiche O. Nr. 465.

Die „Birschewija Wjedomosti“ schreibt am 14. April 1915:

Bei den Tschechen.

(Reiseskizzen des Spezialkorrespondenten der „Birschewija Wjedomosti“, Jonko Garesku.)

In der Tat wütet in Prag der schlimmste militärische Terror. Die österreichische Polizei erschreckt die Bevölkerung mit grausamen Repressalien und die Zeiten der Inquisition leben fast auf. Aber alle diese grausamen Maßnahmen haben den lebhaften Geist und den eigenartigen Humor der Tschechen, die verwandte Züge mit den Franzosen haben, nicht erstickt.

Die Tschechen können kaum die Erlösung vom verhaßten deutschen Joche erwarten. Sie bereiten sich vor, die slawischen Brüder mit den dreifarbigen russischen Fahnen in den Händen zu begrüßen.

Ganz Prag wimmelt von Spionen. Offene Gespräche kann man nur in Privathäusern und einigen Kaffees führen, deren Besitzer sich geweigert haben, Geheimpolizisten als Kellner bei sich in den Dienst zu nehmen.

Die Tschechen sprechen mit Enthusiasmus von dem im bevorstehendem Sommer zu erwartenden feierlichen Einzug der Russen in Prag.

Die tschechischen Zeitungen natürlich sind der Möglichkeit beraubt, ihre wahren Meinungen und Anschauungen auszudrücken, aber häufig fühlt man zwischen den Zeilen giftigen Hohn über das österreichische Hauptquartier.

Die tschechischen Zeitungen beschreiben dann in so hyperbolischen Ausdrücken die glänzenden Siege der Österreicher, daß es für alle außer der Zensur sonnenklar ist, daß dies Ironie ist.

Vor einigen Wochen äußerten die Bürger von Prag sehr beredt ihre Gefühle gegen den Kaiser Franz Joseph. Bei der Festvorstellung zugunsten des „Roten Kreuzes“ im „Großen Operntheater“, als der Bürgermeister das von ihm erhaltene Telegramm mit der Nachricht von einem unbedeutenden Erfolg der Österreicher in Westgalizien verlas und

das traditionelle „Hoch“ zu Ehren des Kaisers Franz Joseph ausbrachte, antwortete der Saal mit Grabesstille.

Die Stimmung der tschechischen Bürger teilen vollkommen auch die tschechischen Regimenter.

Die Tschechen geben sich bei der ersten Möglichkeit gern gefangen, wobei sie es sogar riskieren, zwischen zwei Feuer zu kommen.

Die mährischen Tschechen schauen nicht so optimistisch in die Zukunft wie ihre Prager Brüder.“ O. Nr. 465. Vergleiche auch O. Nr. 915, „Journal de Genève“, 5. März 1915, bei Dr. Kramář beschlagnahmt.)

Am 21. Juni 1915 wird berichtet:

„Tschechische Stimmungen.

Böhmen zeichnet sich schon seit langem durch separatistische Strömungen aus, wandte seine Blicke gegen Rußland in der Hoffnung irgend einmal seine Unterstützung zur Abwälzung des verhaßten österreichischen Joches zu erlangen.

Es gab eine Zeit, als die Tschechen vielleicht sich mit Österreich ausgesöhnt hätten, aber nur unter der Bedingung, daß man in Wien den Eroberungstendenzen zum Nachteile der Slawen und der engen Annäherung mit dem kriegerischen Deutschtum entsage. Es ist daher begreiflich, daß nach dem Abschlusse des Dreibundes, im Wesen eines deutschen Bündnisses, die Tschechen diesen Gedanken aufgeben mußten.

Die Politik Gregrs setzt auch Kramář fort, der jetzige Führer der jungtschechischen Partei. Vorsichtiger und versöhnlicher gestimmt gegen Österreich als Gregr, trat Kramář nichtsdestoweniger bei jeder passenden Gelegenheit scharf gegen den Dreibund auf.

Der Krieg hat Kramář überrascht. Es ist wahrscheinlich, daß seine Verhaftung nicht so sehr durch seine gegenwärtige Tätigkeit hervorgerufen wurde, weil Kramář seit Beginn des Krieges sich auf sein Gut begeben hatte, als durch seine vergangene und seinen ungeheuren Einfluß im tschechischen Volke.

Die Politik der Aussöhnung mit Österreich findet Sympathien nur unter den tschechischen Sozialdemokraten, die verhältnismäßig gering an der Zahl sind und unter den tschechischen Klerikalen, die bei den letzten Wahlen nicht ein Mandat erhielten.

Als ein ernstes Element der tschechischen Gesellschaft muß man auf die Sokolorganisationen hinweisen.

Aus all dem Gesagten muß man zum Schlusse kommen, daß am Beginne des Krieges Böhmen in der ungeheuren Mehrzahl seiner Bevölkerung gegen die Monarchie der Habsburger feindlich gestimmt war und im Gegensatze dazu mit ganzer Seele mit Rußland sympathisierte, das sein Schwert zur Befreiung aller unterdrückten Slawen gezogen hatte.

Dessenungeachtet war Böhmen trotz dieser Stimmung nicht in der Lage, die Fahne des Aufstandes zu entfalten.

Man mußte, ob man wollte oder nicht, sich unterwerfen.

Die Stimmung der Volksmassen aber zeigte sich darin, daß die mobilisierten Soldaten offen schrien: „Es lebe Serbien! Es lebe Rußland!“, wobei die Polizei bei diesen feindseligen Demonstrationen durch die Finger sah.

Obgleich Massenergebungen in die Gefangenschaft sehr schwierig waren, so haben sich die Tschechen in einzelnen Fällen doch ergeben, wofür als Beweis der Umstand gilt, daß es in Rußland mehr als hunderttausend, in Serbien aber mehr als dreißigtausend gefangene Tschechen gibt*).

Was die Strömungen der ungeheuren Mehrheit des tschechischen Volkes betrifft, so sind diese zweifellos auf die Schöpfung eines unabhängigen tschechisch-mährisch-slowakischen Staates mit monarchischer Regierungsweise und unter der strikten Bedingung, daß die regierende Dynastie eine slawische sei, gerichtet. Den Versuch mit dem Koburger Ferdinand halten sich die Tschechen vor Augen.

Insarow.

(Erhält seine Informationen aus dem Ministerium des Äußern in Petersburg.) (O. Nr. 465.)

Bemerkenswert ist die genaue Information über die behauptete Zurückgezogenheit Dr. Kramář' und die Vermutung über die Gründe der Verhaftung. (Vergleiche Interview des Pavlu, O. Nr. 155 und O. Nr. 359, 398, 305.)

Am 22. Juni 1915 wird geschrieben:

„Tschechische Stimmungen.

Da die Tschechen aus sehr begreiflichen Gründen nicht in der Lage sind, ihrer politischen Stimmung innerhalb der Heimat Ausdruck zu geben, so organisieren sie sich außerhalb derselben.

In diesen Tagen wurde in Zürich ein Komitee der tschechischen Selbständigkeit gebildet, an dessen Spitze der bekannte tschechische Politiker Masaryk sich stellte, der mit Recht als der beste Kenner der slawischen Frage gilt.

Einst galt Professor Masaryk als ein Anhänger eines Übereinkommens mit Wien, versteht sich natürlich unter der Bedingung, daß das Wiener Kabinett eine slawische Politik befolgen werde. Von Wien enttäuscht, wurde Masaryk in der letzten Zeit zu einem noch größeren Radikalen als die Jungtschechen selbst.

---

*) Geschrieben am 21. Juni 1915!

Ohne allen Zweifel muß man angesichts der Popularität Professor Masaryks dem von ihm in Zürich gebildeten Komitee eine sehr ernste Bedeutung beilegen." (C. Nr. 465.)

Wie unentwegt gehässig dagegen dieselbe Zeitung gegen die Monarchie und Seine Majestät schreibt, geht aus der Nummer vom 1. November 1915 hervor:

„Österreich und die Tschechen.

Ungeachtet seines 86. Lebensjahres fährt Kaiser Franz Joseph fort, in der Ausrottung seiner slawischen Untertanen eine erstaunliche Energie zu zeigen(!). Seine Armee hat er zur freien Verfügung Wilhelm II. übergeben und ihm die auswärtigen Angelegenheiten seines Reiches anvertraut, selbst beschäftigt er sich aber eifrig mit den inneren Reichsangelegenheiten. Vor allen Dingen lenkte er seine Aufmerksamkeit auf die himmelschreiende Anomalie, die darin liegt, daß das von ihm regierte zweieinige Reich der Habsburger bisher nicht nur kein richtiges Staatswappen, sondern nicht einmal eine passende Bezeichnung besaß. Die Trödelmonarchie hieß ja nur bei den Ausländern „Österreich-Ungarn". Bei sich zu Hause, so für den täglichen Gebrauch hieß sie seit der Schlacht bei Sadowa und Einführung des Dualismus im Jahre 1867: „Die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder" und das Königreich Ungarn. Die Länge des ersten Titels, der die zisleithanischen Länder umfaßte, wurde immer als unbequem empfunden und wiederholt wurden Versuche gemacht, diesen langen Titel durch die einfache Bezeichnung „Österreich" zu ersetzen. Jedesmal aber erhoben die Vertreter der einzelnen Königreiche im Parlamente dagegen Protest und die Regierung vermochte nie die erforderliche Stimmenmehrheit für ein solches Gesetzprojekt zusammenzubringen. Besonders ablehnend verhielten sich die tschechischen Abgeordneten, da unter den im Reichsrate vertretenen Königreiche das „Königreich Böhmen" den ersten Platz eingenommen hat; erst nach ihm folgten das „Königreich Galizien und Lodomerien" und an dritter Stelle das „Königreich Dalmatien".

Kaiser Franz Joseph hat jetzt beschlossen, daß das gegenwärtige parlamentlose Regime am besten geeignet sei, um ein entsprechendes Gesetz ins Leben treten zu lassen. Er nahm die von den deutschen parlamentarischen Parteien der Regierung unterbreitete Bitte um Stärkung des Zentralismus zum Anlasse, um gleichzeitig zwei Verordnungen zu erlassen, die erste betrifft das neue Reichswappen und die zweite die neue Bezeichnung des Reiches in der inneren Gesetzgebung.

Das neue Wappen des Donau-Kaiserreiches ist zusammengesetzt aus dem Wappen des einstmaligen österreichischen Kaiserreiches wie es vom Kaiser Franz I. im Jahre 1806 festgesetzt wurde und dem Wappen der ungarischen Krone. Die neue Bezeichnung lautet einfach Österreich-Ungarn, ohne Erwähnung irgend welcher Königreiche, die zu seinem Bestande gehören. Die Rechte des böhmischen und kroatischen Königreiches sind durch diese neue Verordnung in der empfindlichsten Weise geschädigt. Die Tschechen konnten diese Vergewaltigung ihrer historischen Rechte nicht unbeantwortet lassen. Alle ausländischen Tschechenkomitees traten dieser Tage mit einem Aufrufe hervor, der von tschechischen Abgeordneten des Wiener Parlaments und des tschechischen Landtages, ferner von den Präsidenten der tschechischen Organisationen in Rußland, England, Frankreich und Amerika unterschrieben ist; sie alle protestieren in diesem Aufrufe gegen die erfolgte Vergewaltigung ihrer Rechte.

„Die politische Arena in der gegenwärtigen Zeit betretend, haben wir uns auf die Seite der slawischen Völker und deren Verbündeten gestellt, ohne Rücksicht auf Erfolge oder Mißerfolge des Krieges. Uns leitet das Bewußtsein in der slawischen Einheit und wir drücken unsere Sympathien den russischen, serbischen und polnischen Brüdern aus, die so entsetzlich unter den kriegerischen Aktionen gelitten haben."

Im weiteren Teile des Aufrufes ist davon die Rede, daß die Tschechen nicht einmal daran denken, „auf die Selbständigkeit des tschechischen Staates zu verzichten". Diese im gegenwärtigen Momente abgegebene Erklärung beweist, wie fest das tschechische Volk vom endgültigen Siege der gerechten slawischen Sache überzeugt ist. Diese Erklärung erscheint als Antwort auf eine Reihe von Artikeln, die irgend ein anonymer tschechischer Journalist in der Prager deutschen Zeitung „Union" geschrieben hat und von denen Auszüge an die gesamte westeuropäische Presse gesandt wurden, um zu beweisen, was für ein Umschwung in der Stimmung des tschechischen Volkes im Zusammenhange mit den Erfolgen der deutschen Heere in Serbien vor sich gegangen ist. In diesen Artikeln wurde tatsächlich die Forderung geäußert, die tschechischen politischen Parteien mögen an eine Revision ihrer politischen Programme schreiten und von ihrer wichtigsten Forderung — der Wiedererrichtung des Königreiches Böhmen — Abstand nehmen, da dieses ja ohnehin von der derzeitigen österreichischen Konstitution anerkannt wird und vom Kaiser Franz Joseph im Jahre 1871 bestätigt worden ist.

Die deutsche Presse beeilte sich, diesem Artikel eine hervorragende Bedeutung als reuiges Geständnis des tschechischen Politikers und Anzeichen der beginnenden tschechischen Ernüchterung beizumessen. Der Artikel wurde zuerst dem gewesenen tschechischen Minister Fiedler zugeschrieben. Als aber die

„Národni Listy“ diese Nachricht dementierte, wurde aus Wien mitgeteilt, daß der Artikel vom vormaligen Redakteur der Zeitung „Čas“, einem Gesinnungsgenossen des Abgeordneten Masaryk, von der Partei der Tschechischradikalen stamme.

Der Name des Professors Masaryk wurde nicht ohne Grund genannt. Österreich hoffte immer noch, diesen hervorragenden tschechischen Politiker auf seine Seite zu ziehen. Nach der Verhaftung von Kramář und Klofáč, der Führer der beiden einflußreichen tschechischen politischen Parteien, gedachte die österreichische Regierung den Professor Masaryk in ihren Netzen zu fangen. Da er sich durch die Flucht in die Schweiz gerettet hatte, bemühten sich österreichische Agenten auf alle Art, ihn zur Rückkehr in die Heimat zu bewegen, wo man ihm goldene Berge verhieß.

Professor Masaryk widerstand aber allen diesen Verlockungen und übersiedelte nach England, von wo aus er an der Festigung des Selbstbewußtseins unter den Tschechen zu arbeiten begann. Die österreichische Regierung

erklärte ihn des Lehramtes an der Prager Universität für verlustig,

aber dafür ernannte ihn die englische Regierung ungesäumt zum Professor an der Londoner Universität und vertraute ihm die Organisation einer neuen Abteilung — Einführung in das Slawentum — für die englische Studentenschaft an.

Die Unterschrift des Professors Masaryk unter dem Aufrufe der tschechischen ausländischen Organisationen bedeutet, daß die Rechnung der österreichischen Regierung auf einen Zwiespalt zwischen den Tschechischradikalen und den Sozialdemokraten nicht zum Erfolge geführt hat. Dergestalt steht derzeit nur die Handvoll tschechischer Klerikaler auf der Seite Österreichs und diese protestieren nicht gegen die Maßnahmen des Kaisers, die auf die völlige Vernichtung der alten tschechischen Rechte hinzielen.

Diese neue Vergewaltigung der Tschechen muß sich widerspiegeln in den Heldentaten der tschechischen Hussitendruschinen, die derzeit an unserer und der französischen Front kämpfen und darin, daß die Tschechen der österreichischen Armee sich in vermehrtem Maße gefangen geben werden. Über 400 Georgsauszeichnungen haben im verflossenen Jahre die tschechischen Druschinen bei uns erhalten, 25 Georgsauszeichnungen wurden unlängst den in der französischen Fremdenlegion dienenden Tschechen gesandt — das ist der beste Beweis für das von den tschechischen Kämpfern bisher bewiesene Heldentum. Die verschiedenen kassierten tschechischen Infanterieregimenter, die sich den Russen ergeben haben, beweisen das gleiche „in adverso“.

Das Tschechenkomitee hat seine nationale und Stammespflicht erfüllt, indem es durch seine neueste Erklärung die gehobene Stimmung bei seinen Volksgenossen unterstützt. Der Glaube an den Sieg der gerechten slawischen Sache, — das ist schon der halbe Sieg.“ (O. Nr. 1086.)

„Rjetsch“ vom 12. März 1915 berichtet — somit aus einer Zeit, wo diese Zeitung noch in die „Národni Listy“ gelangte, unter anderem:

„Der tschechische Kongreß.

In der Schlußsitzung des tschechischen Kongresses wurde eine Resolution angenommen, in der unter anderem ausgesprochen ist, die Hoffnung, daß die Zeit bald kommen wird, da ein tschecho-slawischer Generallandtag als einziger Repräsentant des tschecho-slawischen Volkes sich mit der Organisation des Reiches beschäftigen kann — ein selbständiges tschecho-slowakisches Reich, an dessen Spitze ein slawischer König stehen soll.“ (O. Nr. 326.)

In der Urteilsbegründung zum Prozesse Kramář wird an anderer Stelle über das

Verhalten der Tschechen in Rußland

unter anderem noch mitgeteilt*):

„Selbstverständlich ist, daß die Tschechen und die Slowaken, die in England, Frankreich, Amerika und Rußland ansässig sind, ihren Konnationalen in anderen Ländern nicht nachstehen. Auch dort bildeten sich schon mit Kriegsbeginn in verschiedenen Städten, insbesondere in London, Paris, Chicago, Newyork, Petersburg, Moskau, Kiew, Odessa und anderen hochverräterische Vereinigungen.“

„L'Indépendance Tchèque“ vom 1. Februar 1915 berichtet:

„Die Russen und die Tschechen.

Nach Kenntnisnahme der Proklamation des Großfürsten Nikolaus und nach dem Rechenschaftsberichte über den historischen Empfang der tschechischen Delegierten Rußlands in Moskau und Zarskoje Selo durch Seine Majestät haben die tschechischen Freiwilligen von Paris folgende Depesche gesandt:

‚An Seine Majestät, den befreienden Zar Nikolaus II. Beste Wünsche zum Neujahr und zu neuen Siegen Eurer Majestät in freudigem Vertrauen und tiefster Ergebenheit.

Für das Komitee der tschechischen Kolonie und der tschechischen Freiwilligen von Paris:

Čapek, Präsident.‘“

---

*) Urteilsbegründung zum Prozesse Kramář Seite 68 ff.

Wir erhielten folgende Antwort durch Vermittlung des Herrn Iswolsky, Botschafter und bevollmächtigter Minister Rußlands:

„Herr Präsident!

Seine Majestät der Kaiser, mein erhabener Herr, geruhten, mich zu beauftragen, Ihren Mitgliedern den Dank Seiner Majestät für die gütigst dargebrachten Neujahrswünsche auszusprechen.

Indem ich mich des Auftrages meines Souveräns entledige, ist es mir daran gelegen, Ihnen gleichfalls auch in meinem Namen auf das herzlichste zu danken für die Gefühle, die Sie in Ihrem Schreiben an mich gütigst zum Ausdrucke brachten.

Empfangen Sie, werter Herr, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Gefühle.

Iswolski." (O. Nr. 743.)

Am 15. Februar 1915 bringt dieselbe Zeitschrift folgende Proklamation, proponiert von den tschechischen Delegierten Englands und mit Stimmeneinhelligkeit angenommen durch den ersten Kongreß der Tschechen und Slowaken, abgehalten in Paris, vom 28. Jänner bis 5. Februar d. J.:

„Teure Landsleute!

Wir würden es als das größte Unglück betrachten, daß ein Mitglied der Dynastie Habsburg länger in Böhmen herrschen sollte, sei es unter welchem Titel immer.

Während vier Jahrhunderte mußten wir das schmerzlichste Martyrium ertragen; wir sind unter Mißachtung der eingegangenen Verpflichtungen seitens der Dynastie Opfer einer Bedrückung gewesen, welche die Hinschlachtung von Millionen menschlicher Leben zur Notwendigkeit gemacht hat.

Der böse Wille, den man uns gegenüber bewiesen hat, hat ein verabscheuungswürdiges Vorgehen gegen uns und ein großes Elend zur Folge gehabt.

Daher ist es auch unsere erste Sorge, der ganzen Welt bekanntzumachen, daß das tschechische und slowakische Volk hinfort die Herrschaft der Habsburger zurückweist. Die Völker wollen an ihrer Spitze keinen Fürsten aus deutschem Blute mehr erblicken.

Das tschechische Volk ist sich seines historischen Rechtes voll bewußt und reklamiert entschieden die Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit.

Wir wollen, daß die Konstitution des tschechischen Staates, welcher alle tschechischen und slowakischen Länder umfaßt, auf den freiheitlichen Prinzipien begründet sei. Wir fordern ein konstitutionelles Regieren, analog demjenigen, welches in Frankreich oder in England existiert. Unsere Landsleute werden sich über diesen Punkt auszusprechen haben, wenn es ihnen möglich sein wird, öffentlich ihre Wünsche zu formulieren.

Das Zentralkomitee des Nationalrates der tschechoslawischen Kolonien." (O. Nr. 744).

(Vergleiche S. 166.)

„Russkoje Slowo" vom 9./22. August 1914 bringt folgenden Aufruf des tschechischen Komitees:

„Das tschechische Komitee in Moskau wendet sich an alle russischen, österreichischen und amerikanischen Tschechen mit einem Aufrufe folgenden Inhalts:

Tschechen!

Alle Waffenfähigen von Euch, insbesondere Reservisten der österreichischen Armee, sind moralisch verpflichtet, in die Reihen der tschechischen Freiwilligen einzutreten.

Die siegreiche russische Armee geht nun in einen heldenmütigen Kampf zur Befreiung der Slawen aus den Krallen des blutdürstigen deutschen Raubtiers, folglich kämpft sie auch für unser vielgeprüftes tschechisch-slowakisches Volk.

Der Sieg Rußlands über unsere ewigen Feinde bringt uns die längsterwünschte Freiheit und staatliche Unabhängigkeit.

Brüder, beweiset, daß ihr würdig seid des Andenkens unserer siegreichen hussitischen Armeen, vor welchen das ganze germanisch-römische Europa zitterte, Armeen, deren mächtiger Choral „Boži bojovnici" allein die deutschen Horden in Flucht wendete.

Durchdrungen von der Überzeugung unserer heiligen Pflicht dem Vaterland gegenüber, haben die tschechischen Komitees in Moskau und Petersburg den Behörden die Bitte um Bewilligung zur Formierung einer tschechischen Freiwilligenabteilung vorgelegt, welche — Seite an Seite mit der russischen Armee — im gegebenen Momente die Länder der tschechischen Krone betreten wird, um das seit dem XVI. Jahrhunderte unter dem Joch der Habsburger schmachtende Vaterland von den Feinden zu befreien.

Unserer Bitte wurde willfahrt.

Das tschechische Komitee."

(O. Nr. 155).

Dasselbe Blatt berichtet auch über die offizielle russische Anerkennung der tschechischen Bestrebungen durch das russische Staatsoberhaupt.

„Empfang der Deputation der Tschechen beim Zaren.

Nach Empfang der Deputation der Bürgermeister der russischen Städte geruhte Seine Majestät — in Anwesenheit der Suite — die tschechische Deputation zu empfangen. Die Deputation bestand aus

den Herren Hrabě, Swatopluk Koniček und Louis Tuček.

Herrn Koniček wurde das Glück zuteil, folgende Ansprache an Seine Majestät richten zu dürfen:

Großer Herrscher!

Die Tschechen waren immer Vorkämpfer der slawischen Vereinigung. Jetzt, wo wir zum ersten Male von der Höhe des Thrones das Wort des Zaren über die Vereinigung aller Slawen vernommen haben, haben sich unsere Herzen mit tiefster Freude erfüllt.

Es naht der langerwartete, für uns heilige Moment der Befreiung der tschechischen Länder.

Der Ruf unserer Brüder aus unserem vom Feinde bedrängten Vaterlande Böhmen kann jetzt das heilige Rußland nicht erreichen, und wir, die russischen Tschechen, treue Untertanen Seiner Majestät, vor der geweihten Person des regierenden Herrschers des brüderlichen ritterlichen russischen Volkes stehend und die Gefühle unserer grenzenlosen Ergebenheit und Liebe unterbreitend, wagen der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, daß das von Eurem Großvater glorreichen Andenkens begonnene Werk der Befreiung der südlichen Slawen zur Vollendung durch die Befreiung sämtlicher westlicher Slawen seitens der Vorsehung Euch, großer Herrscher, übertragen wurde.

Der allmächtige Gott helfe Eurer Majestät, die slawische Idee zu verwirklichen und in die Familie der befreiten slawischen Völker auch unseren tschechisch-slowakischen Stamm auf Grund seiner historischen Rechte und in seinen historischen und ethnographischen Grenzen einzuführen.

Möge diese freie und unabhängige Krone des heiligen Wenzel neu erstrahlen im Glanze der Romanowschen Krone."

Seine Majestät geruhte der Deputation für die geäußerte Gesinnung gnädigst zu danken. (O. Nr. 155).

Koniček, der Sprecher der Deputation, ist Vertrauensmann der „Národní Rada Česká", Obmann des panslawistischen Vereines „Slawia" in Moskau, von dem auch zum Sofioter Kongresse eine Denkschrift eingesendet und dort verlesen wurde. Koniček war unter den Begleitpersonen der mährischen Sänger, an deren Reise sich Zamazal beteiligte, er ist der Begründer des Vereines „Jan Hus" in Moskau, welcher gegründet wurde, als eine ähnliche Gründung Dr. Scheiners in Österreich fehlgeschlagen hatte. Koniček hielt eine Vortragsreihe in Amerika nach Kriegsausbruch für die Angliederung Böhmens an Rußland, er stand endlich in Korrespondenz mit dem russischen Erzpriester in Prag, Ryschtow.

Tuček ist Angestellter der österreichischen Firma Laurin und Klement und intensiv an der revolutionären Bewegung beteiligt. (Vergl. auch O. Nr. 229.)

Die unentwegte Fortarbeit an der slawischen Gegenseitigkeit auch im Kriege beweist die Abhaltung des tschechischen Kongresses in Moskau, worüber „Ruskoje Slowo" vom 8. bis 12. März 1915 berichtet:

Am 7. März wurde im Restaurant Metropol der erste Kongreß der Tschechen eröffnet. An dem Bankette nahmen über 100 tschechische Delegierte aus ganz Rußland teil. Unter den vielen Ehrengästen befanden sich G. M. Silanowicki, der serbische Archimandrit Michail, der Rektor der Moskauer Universität Professor Ljubawski, der Vorsitzende des slawischen Komitees Rodionow. Unter den vielen Reden, die gehalten wurden, war die bemerkenswerteste jene des Rektors Ljubawski, der die Leiden des tschechischen Volkes, das durch viele Jahrhunderte unter den schweren Schlägen des teutonischen Hammers gemartert wurde, schilderte. Die Schläge des Hammers zertrümmerten nicht das kleine Böhmen. Im Gegenteil, sie schmiedeten es zu Stahl.

G. Raymann begrüßt die russische Armee in ihrem Vertreter dem G. M. Silanowski.

An Seine Majestät wurde ein Ergebenheitstelegramm gerichtet. Das Andenken aller Tschechen, die in der slawischen Družina auf dem Schlachtfelde gefallen sind, wurde geehrt.

Als Vorsitzender des Kongresses wurde Rifii, als dessen Gehilfen Tschermak und Hampel und als Sekretäre Pavlu und Schkarwan gewählt.

9. März. Bei der gestrigen Sitzung des Kongresses wurden anläßlich des 500. Jahrestages des Todes Huß' Gedenkreden gehalten. Begrüßungstelegramme wurden an den Armeeoberkommandanten, an den König der Belgier und den Vorsitzenden des Ministerrates sowie endlich an den russischen Konsul in Prag, Zukowski, der sich derzeit in Petersburg befindet, abgesendet.

In der Sitzung am 10. März wurde das Präsidium und die Mitglieder der Revisionskommission gewählt. Zum Vorsitzenden des Verbandes wurde Čermak, zu seinem Stellvertreter Moravec, zum Sekretär Klecanda und zu Beisitzenden die Herren Böle und Reis gewählt. Der Sitz des Präsidiums ist Petersburg.

Am 12. März. Gestern beschloß der Kongreß der tschecho-slowakischen Vereine in Rußland seine Tätigkeit. Es wurde die Ausgabe einer offiziellen Zeitung bei der Verbandsverwaltung in tschechisch-slowakischer, aber zum Teil auch in russischer Sprache, beschlossen. Die Herren Swihowski und Pawlu werden die Zeitung redigieren. Außerdem sollen einige populäre Broschüren ausgegeben werden, um Rußland mit dem kulturellen und ökonomischen Leben des tschechischen Volkes bekanntzumachen.

Vom ersten russischen Konsul in Prag Žukowski langte folgendes Antworttelegramm ein:

„Von der Aufmerksamkeit des Kongresses bin ich tief gerührt. Ich schätze die bewußte slawische Tätigkeit des mutigen tschechischen Volkes, die ich aus der Nähe kennen lernte. Ich vertraue in die lichte Zukunft Tschechiens und der Slowakei und in deren Vereinigung mit der ganzen slawischen Familie unter dem mächtigen Schutz des siegreichen Rußlands. Heißen Dank dem Kongreß und Euch für die freundlichen Gefühle."

Die Mitglieder der gründenden Versammlung der tschechisch-slowakischen Vereine in Rußland, die in Moskau in der Zeit vom 7. bis 11. März 1915 zusammenkamen, haben in der Schlußsitzung nachstehende Resolution angenommen:

„In diesen schweren Augenblicken, wo das tschechisch-slowakische Volk, in den Reihen seiner alten Bedrücker zu Tausenden zu verderben gezwungen wird, einen der schlimmsten Momente seiner hundertjährigen Geschichte durchlebt, haben wir, Dank dem allergnädigsten Wohlwollen des Beherrschers der russischen Erde und der brüderlichen Liebe des russischen Volkes die Möglichkeit, nicht nur frei über unsere nationalen Bestrebungen zu sprechen, sondern sogar im jetzigen Kampf, zusammen mit der russischen Armee, Anteil zu nehmen.

Ein selbständiges tschechisch-slowakisches Reich, an dessen Spitze ein König zu stehen hat, kann sich nur in vollkommener Übereinstimmung mit der ganzen slawischen Welt und besonders mit seiner großen Beschützerin Rußland halten.

Die Gemeinsamkeit der Lebensinteressen des tschecho-slowakischen Volkes mit den wahren Interessen Rußlands ist eine Bürgschaft dafür, daß unser Volk, das stets dem russischen Volk ein ergebener Freund war, sich auch als treuer Verbündeter seiner Befreierin Rußland erweisen wird, wenn es die Möglichkeit haben wird, sein Schicksal frei zu bestimmen." (O. Nr. 155.)

Zahlreich sind die Berichte sowohl in russischen als in französischen Zeitungen über die Tätigkeit der tschechischen Freiwilligen, Druzinen, Hussitenlegionen, wodurch amtliche Erhebungen in diesem Gegenstande volle Bestätigung finden.

Das Generalkonsulat Berlin berichtet zum Beispiel schon am 10. Oktober 1914 zum Gegenstande:

Die tschechische Freiwilligenlegion „Hussická Družina" ist in Moskau und darauf auch in anderen Städten Rußlands auf Anregung des panslawistischen Agitators Swatopluk Koníček organisiert worden. Koníček suchte zum Eintritt in dieselbe nicht nur die Tschechen, sondern auch die übrigen slawischen Nationalitäten, namentlich die in Rußland ansässigen Slowaken zu bewegen. Er erließ zu diesem Behufe auch vielfache Aufrufe in den russischen Tagesblättern und fuhr zur Anwerbung von Freiwilligen auch nach Kiew. Dahin sowie nach Odessa begab sich zur Anwerbung außerdem noch ein anderes Mitglied der tschechischen Kolonie Moskaus, Alois Tuček, Leiter der Filiale der Automobilfirma Laurin & Klement. Nach Charkow wurde zum selben Behufe ein gewisser Wastomil Amort, der in Moskau als Bildhauer lebte, entsendet.

Die „Hussická Družina" sollte unter dem Kommando von russischen Offizieren stehen und bei Eindringen der russischen Armee nach Österreich-Ungarn zwecks Abtrünnigmachung der slawischen Bevölkerung der Armee vorangeschickt werden. Zu diesem Behufe sollen zahlreiche Proklamationen gedruckt und die Legion mit 10.000 Gewehren versehen worden sein. Als Haupttätigkeitsfeld für die Legion war Böhmen und Mähren in Aussicht genommen. Der genannte Koníček entfaltete auch eine lebhafte Propaganda, um die Tschechen zum Übertritt zum orthodoxen Glauben zu bewegen. (O. Nr. 155.)

„L'Independance Tchèque et Slovaque" berichtet im August 1915:

Es wird Licht.

Die „Botschaft nach der Slowakei" gab der „Nationalrat der böhmisch-slowakischen Gemeinden" aus, welcher in Paris seinen Amtssitz hat.

Welcher Slowake wäre nicht begeistert, wenn er zum Beispiel die brüderlichen Worte hört:

„Jawohl, du wirst mit uns sein, du tapfere, freiheitsliebende Janosiknation der Berge, bei welcher, Gott sei dank, die Tradition von den ruhmreichen Kämpfen der slowakischen Rächer an der Husitenseite noch nicht ausgestorben ist."

In dem jetzigen gigantischen schrecklichen Kriege kommt unsere Freiheit.

Es wird Licht.

Also steht alle, welche des slowakischen Namens würdig sind, auf, und brechet dieses verfluchte Joch nieder.

In der brüderlichen Einigkeit bürgen wir für die vollkommene Autonomie des slowakischen Gebietes, mit eigenem slowakischen Landtage in deiner altberühmten Nyitra, die böhmische Nation will dir, du slowakische Nation, einen unabhängigen böhmisch-slowakischen Staatenbund gründen.

Herr Horský ist tatsächlich sowohl der Auserwählte als auch der Berufene für diese weitgreifende und hochbedeutungsvolle Mission.

Ein Böhme von Geburt, jedoch mit unseren Verhältnissen vertraut.

Horsky konferierte mit dem russischen Ministerpräsidenten und dieser versicherte ihm, daß Rußland jedem slawischen Volke, demnach auch dem böhmischen und slowakischen, die vollkommene staatliche Autonomie und Unabhängigkeit sicherstellen werde.

Herr Horsky war zweimal beim russischen Zar in Audienz, hatte eine wichtige Unterredung mit dem russischen Kriegsminister und dann ging er auf eine Agitationsreise in die Welt. In Serbien hat er eine Beratung mit dem Ministerpräsidenten Pašić, in Italien mit den ersten Diplomaten, ebenfalls in Bulgarien, in der Schweiz, bis er endlich den Sitz seiner Tätigkeit, die mit den Slawen sympathisierende Weltstadt Paris wählte.

Von da kam er nach Amerika, um hier seine Lebensmission, das Zusammenwirken zwischen Tschechen und Slowaken bezüglich der Selbständigkeit und Unabhängigkeit, zu fördern. (O. Nr. 428.)

„Utro Rossiy“ vom 9. März 1915 berichtet über den tschechischen Kongreß in Moskau:

Dem Vorsitzenden des Ministerrates Goremkin wurde ein Telegramm folgenden Inhaltes geschickt:

„Die in Moskau auf dem konstituierenden Kongresse versammelten Delegierten der tschecho-slowakischen Gesellschaften Rußlands haben die Ehre, in der Person Eurer Exzellenz dem Ministerrate die tiefste Dankbarkeit für seine geneigte Haltung gegenüber dem Schicksale der Tschechen und Slowaken, die in dieser denkwürdigen Zeit in Rußland leben, darzutun. Voll der Hoffnung, daß sie auch in der Zukunft ihres hohen Schutzes gewürdigt werden, fügen wir unseren heißen Wunsch eines vollständigen Erfolges des großen edlen Rußlands im großen gigantischen Kampfe gegen unseren jahrhundertalten Feind hinzu.“

Dem ehemaligen russischen Konsul in Prag Zukowski wurde folgendes Telegramm geschickt:

„Der Kongreß der tschecho-slowakischen Gesellschaften Rußlands gedenkt der Verdienste des ersten russischen Konsuls im goldenen Prag, des erprobten Freundes des tschechischen Volkes und hält es für seine Pflicht, Sie, Vladimir Grigorgevic, als verdienten Arbeiter auf dem Boden der slawischen Einigung zu begrüßen.“ (O. Nr. 465.)

Die Zeit des Moskauer Kongresses wurde auch in anderen Städten für Kundgebungen ausgenutzt, wie die Berichte über den Slawentag in Petersburg dartun:

Deputationen der Tschechen und anderer Nationen mit Plakaten: „Das Kreuz auf die Sophienkirche!“, „Österreich muß geteilt werden!“ „Für die Freiheit des karpatischen Rußlands“, wohnten der Feier bei. Die Aufmerksamkeit aller zog eine schwarze Hussitenfahne mit dem roten Kelch auf sich. (O. Nr. 155.)

Weiters:

„Die Slawen, Truppenreservoir für Österreich-Ungarn.

Die Ungerechtigkeit gegen die Slawen war und ist, mehr denn je, das hauptsächlichste und letzte Auskunftsmittel der österreichisch-ungarischen Leitung. Und dies namentlich jetzt, wo dieselbe mit Entsetzen ihr schreckliches Ende sieht. Diese grundsätzliche Ungerechtigkeit gelangte durch die Österreicher hauptsächlich bei der Truppenaushebung in Anwendung. Kürzlich, zwischen dem 7. und 15. Mai berief man auf Grund einer einfachen Verordnung schon für das zweite Kontingent die Leute von 24 bis 37 Jahren ein. Bei den Slawen gelangte diese mit einer bisher unbekannten Hast zur Durchführung.

80 Prozent derselben wurden zum Waffendienst geeignet befunden. An manchen Tagen und in zahlreichen Gemeinden Böhmens, wie auch in Prag, wurden 90 bis 95 Prozent der Gemusterten behalten.

Nicht die Ärzte entscheiden die Tauglichkeit der Leute, sondern in den meisten Fällen der von der Militärbehörde delegierte Offizier. (Diese österreichischen Offiziere sind wegen ihrer pangermanistischen Auffassungen bekannt.)

Die anderen slawischen Völker der Monarchie mußten die gleichen willkürlichen Verfügungen über sich ergehen lassen, während die Deutschen sehr geschont blieben. (!) Alle diese Handlungen zeigen in unwiderlegbarer Weise, daß es sich seitens der Habsburger um einen ganz bestimmten Plan handelt, dessen Ziel die Ausrottung der auf dem Boden der zweiköpfigen Monarchie lebenden slawischen Rassen ist. (!) Auch werden die slawischen Soldaten alsbald nach Ungarn in jene Städte befördert, die am meisten von Epidemien heimgesucht sind.

Die eigentlichen tschechischen Regimenter bestehen sozusagen nicht mehr, da nach den letzten Erfahrungen die Regierung dafür Sorge trug, eine große Zahl von Deutschen dortselbst einzuteilen und ebenso viele Tschechen deutschen Regimentern zuzuwerfen.

Auf diese Art können die Tschechen und Slawen nirgends homogene Körper bilden und gefährliche Elemente zur eventuellen Auflehnung werden.

Schließlich vom 16. bis 30. August kommen die 50- bis 60jährigen daran.

Das Los dieser letzteren ist wirklich tragisch. Als einstige Soldaten sind sie im Besitz eines ihnen von der Militärbehörde ausgestellten Dokumentes, welches „Abschied“ heißt. Unter dem Siegel, das den kaiserlichen Adler trägt und im Namen Seiner Majestät Kaiser Franz Joseph I. wird darin bestätigt, daß der Besitzer seiner Militärpflicht genüge geleistet hat und daher von jeder Dienstverpflichtung befreit ist. (Folgt Majestätsbeleidigung.)

Der deutsche Schriftsteller Hermann Bahr gibt in seinem Buche „Wien“ eine treffende Charakteristik der Dynastie der Habsburger. (Folgt eine Beleidigung der gesamten Dynastie durch ein Zitat des Hermann Bahr, O. Nr. 196.)

Eine Nachricht von besonders gehässiger Ironie ist die folgende, aus der auch die Beteiligung der englischen Presse ersichtlich ist:

„Die Benzinhusaren.“

In den „Times“ hat sich Herr Stanley Washburn in einer seiner Mitteilungen von der russischen Front über die Anstoß erregende Haltung der österreichischen Offiziere von Przemyśl geäußert. Bis zum letzten Augenblick des Widerstandes haben dieselben ihre aristokratische Dünkelhaftigkeit behalten. Während die Soldaten Hunger und Kälte litten, Hunde, Katzen und umgestandene Pferde aßen, vereinigten sich die Offiziere im Kaffee Sieber und im Hotel Royal, um sich zu unterhalten.

An der serbischen Front war es ebenso. Man kann nicht behaupten, daß alle Offiziere sich so benahmen, aber die Vertreter der Aristokratie und des reichen Bürgertums geben im Kriege weder ihr Benehmen noch ihr Wohlleben auf. An der serbischen Front veranstalteten sie Feste, und um sich Vorräte zu verschaffen, die oft weit entfernt waren, verwendeten sie Militärautomobile, sogar solche, welche zum Sanitätsdienst notwendig waren. Die österreichischen Soldaten gaben ihnen den Beinamen „Benzinhusaren“. (O. Nr. 51.)

„Kijewlanin“, Samstag, den 15. November 1914, bringt folgenden Artikel:

Was geschieht in Österreich?

(Ein Bericht eines tschechischen Augenzeugen.)

„Tschechoslowan“ teilt folgende Begebenheit mit:

„Die teilweise Mobilisation in der Hanna (einer Gegend von Mähren) hat große Unzufriedenheit hervorgerufen.

Überall kamen die Reservisten in die Kaserne zur Meldung erst in dem letzten Augenblick des festgesetzten Termines.

Das allgemeine Signal zum „Pogrom“ auf die Deutschen sollte am Sonntag gegeben werden, an welchem dann die allgemeine Mobilisierung verkündet wurde.

Alle Parteien, mit Ausnahme der Klerikalen, waren damit einverstanden.

Zu jener Zeit kam die Mobilisation, doch sie begann ohne jede Seelenstimmung unter den Reservisten.

Fiume wird man nicht verteidigen und was möglich, überführte man nach Pola. Die Zufahrten in die Bucht von Pola sind unterminiert, aber auf den Inseln sind keine Befestigungen. In gleicher Lage befindet sich Triest.

Am Tage des Geburtstages Franz Josephs sah ich auf keinem einzigen italienischen Hause eine österreichische Fahne. Den Unterseebooten war aber anbefohlen, Flaggenschmuck anzulegen. Der Gouverneur fuhr in die Kirche unter militärischer Bedeckung. Dann begab ich mich weiter nach Osnoeze. Auf der Fahrt traf ich Militärzüge, welche nach Galizien, in die Nähe von Lemberg, dirigiert wurden.

Am Tage nach meiner Ankunft sprach ich mit Tschechen des 8. Korps, welches bei Schabatz in die Flucht geschlagen worden war. Die Verwirrung war eine derartige, daß die Deutschen des 73. Regiments auf das 102. Regiment schossen. Ich finde es überflüssig, davon zu sprechen, daß fast das ganze 28. böhmische Regiment auf die Seite der Serben überging.

Die Offiziere erfanden die schrecklichsten Plagen für die tschechischen Soldaten.

Am Samstag stellte ein Deutscher, ein Leutnant des 102. Regiments, acht Soldaten in eine Reihe, schlug sie zuerst ins Gesicht und prügelte sie dann mit einem Stocke dafür, daß sie vor Hunger die Konserven verzehrt hatten. Am Montag wurde dieser Offizier von seinen eigenen Soldaten (es waren dies Prager) erschossen.

Am Standort einer der tschechischen Divisionen wurde nach dem unglücklichen Kampfe bei Schabatz der Belagerungszustand proklamiert.

Das Volk auf dem Boden der böhmischen Krone wird sich den Russen gegenüber freundlich und entgegenkommend zeigen, wie gegenüber langersehnten Gästen.

Bei uns erschienen Proklamationen, aus denen die Bewohner erfuhren, daß die Russen den Tschechen die Freiheit bringen. Die Russen sollen nur kommen, die freiwillige tschechische Legion soll nur kommen zu uns nach Mähren und mögen sie auch gleich Waffen bringen, dann werden sich auch gleich jetzt gut verborgene Lebensmittellager eröffnen und das russische Heer, wird sich in Mähren in keinem fremden Lande fühlen.“ (O. Nr. 464.)

„Utro Rossij“ vom 11. Februar 1915 berichtet:

„Im Rücken des Feindes.

Auf einige Tage kam der tschechische Legionär Zdenek Reimann nach Moskau. Im Gespräch mit unserem Mitarbeiter erzählte Reimann einige Kampfepisoden aus der

Tätigkeit der tschechischen Druzin a,

die sehr scharf die Tätigkeit der letzteren kennzeichnen.

Die tschechische Druzina ist auf der ganzen österreichischen Front in einzelnen kleinen Ab-

teilungen verteilt. Ihre Rolle bildet vorläufig die Aufklärung. Wenn möglich, im Rücken des Feindes. Hier haben Sie einige Beispiele aus ihrer Tätigkeit:

Sehr häufig bitten Serben und Tschechen, die sich in die Gefangenschaft ergeben, sofort in die tschechische Druzina aufgenommen zu werden, denn sie haben ihre Rechnung mit der österreichischen Regierung und wollen mit ihr abrechnen. In einigen Fällen werden diese Bitten erfüllt.

Drei tschechische Legionäre wurden von der österreichischen Regierung außerhalb des Gesetzes für Kriegsgefangene gestellt und zwei von ihnen, die in die Gefangenschaft der Österreicher gerieten, wurden schon gehängt.

Die Tschechen sind so überzeugt von der baldigen und unausbleiblichen Ankunft der russischen Truppen in Tschechien, daß sie schon ihre Frauen bitten, die Gänse bereit zu halten, denn, wie es im Volkslied heißt: „Leute, laßt die Gänse hier, zu Weihnachten kommen die Russen!"

(Mit dem Bild des tschechischen Legionärs Reimann in Uniform.) (O. Nr. 465.)

Zeuge Maštalka erwähnt, daß ihm ein solcher Artikel von Seiner Exzellenz dem Minister des Innern Baron Heinold zur Begründung der gemachten Vorhalte bekanntgegeben wurde." *)

V. d.

„In Amerika

war allerdings schon vor der erwähnten Ankunft Kopeckys die tschechische Aufstandsbewegung fest organisiert**).

Schon im Herbste 1914 wurde in New-York ein

„Ausschuß für die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Böhmens"

gegründet, der es sich zum Ziele setzte, die hochverräterische Bewegung in jeder möglichen Weise zu unterstützen. Dies geschah zunächst durch Fühlungnahme mit den Diplomaten der Dreiverbandsmächte.

Deputationen des Ausschusses erschienen beim englischen und russischen Botschafter in Washington, versicherten beiden die Ergebenheit des tschechischen Volkes für die Sache der Alliierten und ersuchten den letzteren um die Überlassung eines Verzeichnisses der tschechischen Kriegsgefangenen in Rußland, damit noch während des Krieges die antiösterreichische Propaganda unter ihnen vorbereitet werden könne. Auch die Einsendung von Artikeln für die Ententepresse und Geldsammlungen für die hochverräterische Bewegung ließ sich der Ausschuß angelegen sein.

Von noch größerer Bedeutung war die im März 1915 auf dem Kongresse in Cleveland begründete

„Bohemian National Alliance"

(„Český národni združeni") in Chikago, deren Vorsitzender der Arzt Dr. Ludwig Fischer war und welche die offizielle Vereinigung aller hochverräterischen amerikanischen Tschechen darstellt. Diesem Verbande, der eine Filiale in New-York besaß, gehörten 26 tschechische Kolonien in Amerika an. Auch im Aktionsprogramme dieser Vereinigung findet sich die Unterstützung der Befreiungsbestrebungen des tschechischen Volkes, insbesondere durch Information amerikanischer Zeitungen über die Ziele der tschechischen Bewegung und durch Geldsammlungen zur Förderung des hochverräterischen Zweckes. Nach einem in der „New-Yorské Listy" vom 8. August 1915 enthaltenen Ausweise erreichten diese Sammlungen bis zu diesem Zeitpunkte die Summe von 18.000 Dollars, während nach einer Meldung der k. k. Polizeidirektion Prag bis zum Frühjahr 1916 von den amerikanischen Tschechen im ganzen die Summe von 900.000 Dollars aufgebracht und dem Professor Masaryk für Zwecke der staatsfeindlichen Propaganda zur Verfügung gestellt worden war. Auch mit tschechischen Politikern in Prag stand der „Národni združeni" über Lausanne in Verbindung.

In Nummer 1 der Pariser Zeitung „Independance Tchèque" vom 15. Jänner 1915 ist das

Manifest der amerikanischen Tschechen

an den Präsidenten Poincaré abgedruckt, in welchem es unter anderem heißt:

„Der Tag der Revanche ist für Frankreich gekommen: Glorreich drängt es die deutsche Invasion zurück, aber unsere böhmischen Brüder sind auf Gnade und Ungnade der harten österreichischen Militärherrschaft ausgeliefert. Unsere Brüder, unsere Jünglinge, unsere Familienväter wurden gezwungen, die Waffen zu ergreifen."

Zum Schluß wird die feste Hoffnung ausgesprochen, daß der Endsieg Frankreichs auch die Auferstehung der tschechischen Unabhängigkeit herbeiführen werde, für welche die Tschechen zu jedem Opfer bereit seien. Unterfertigt haben dieses Schriftstück neben der „Národni združeni" auch ein „Nationalrat der Tschechen in Amerika", sowie

*) Minister Heinold wollte nämlich versuchen, eine Loyalitätskundgebung von den Tschechen zu erreichen und zeigte dem Alttschechen Maštalka derartige Sachen, um zu versuchen, ihm beizubringen, daß das doch nicht so weiter gehe, ohne daß die Tschechen dazu — er meinte natürlich ablehnend — Stellung nehmen. Selbstverständlich war das völlig vergeblich!

**) Nach der Anklageschrift gegen Hajek, Olič und Genossen. S. 60.

die Tschechenvereinigungen von Omaha und Cleveland.

Im Herbst 1915 erschien auch ein

Manifest der tschechischen Sozialdemokraten in Amerika,

mit welchem die Sozialdemokraten den Bestrebungen des „Národni združeni“ ausdrücklich ihre Unterstützung zusagt und die Forderung nach der vollständigen Unabhängigkeit der tschechischen Länder, vereinigt in einem vollkommen freien tschechisch-slowakischen Staate, als die erste menschliche sozialistische Pflicht erklärt.

Nicht unerwähnt darf auch die Tätigkeit der

„Beseda V. Frič“

in Chikago bleiben, die sich hauptsächlich mit der Ausbreitung der hochverräterischen Bewegung unter den tschechischen Kriegsgefangenen in Rußland und Serbien befaßte. Zu diesem Zwecke wurden tschechisch-amerikanische Zeitungen staatsfeindlicher Richtung in großer Menge — bis 2. Februar 1915 612 Ballen — an die Kriegsgefangenenlager, und auch durch brieflichen Verkehr mit tschechischen Kriegsgefangenen waren der Vorstand der Beseda Fellt und der Sekretär Nosek im Interesse der Verbreitung der hochverräterischen Propaganda eifrigst tätig.

Für diese Zeitungssendungen stand der „Beseda V. Frič“ reichliches Material zur Verfügung. Mehr als 60 tschechische Zeitungen bestanden in Amerika, die sich fast ohne Ausnahme in den Dienst der hochverräterischen Bewegung stellten, allen voran die in Chikago erscheinenden Zeitschriften „American By-Honthly“, „Danni hlasatel“, „Slavie“, „Borec Americky“, das Organ der Sokolgruppe Fügner-Tyrš, und „Organ Bratrstva“, die offizielle Zeitung der tschechisch-slawischen Unterstützungsvereine in den Vereinigten Staaten und Kanada. In New-York waren die „New-Yorske Listy“ das führende Blatt der tschechischen Unabhängigkeitsbewegung. Zur Unterstützung und Information der tschechischen und der amerikanischen Zeitungen wurde seitens des „Národni združeni“ ein eigenes Preßbureau unter der Leitung Zvrzicky-Kramorz gegründet; außerdem bestand eine „böhmische Zeitungsassoziation“ in Chikago, deren Präsident ein gewisser J. P. Stopina war, eine „böhmisch-amerikanische Zeitungsassoziation“ in New-York und ein „Bureau der tschechischen Presse in Amerika“.

Nicht minder intensiv, als die publizistische, war die

Versammlungstätigkeit.

Schon am 26. Juli 1914 wurde in Chikago ein tschechisches Protestmeeting abgehalten, bei welchem nach dem in der „Independance Tshèque“ enthaltenen Versammlungsberichte zahlreiche Redner gegen die österreichische „Brutalität“ sprachen und die „Leiden“, die das tschechische Volk ertragen hatte, zur allgemeinen Kenntnis brachten. Dieses Meeting, bei welchem auch 3000 Franken für das serbische Rote Kreuz gesammelt wurden, soll nach dem Berichte lauten Widerhall in der amerikanischen Presse gefunden haben. Von Bedeutung sind auch die Kongresse in Chikago vom 20. September 1914, in Cleveland vom 13. März 1915, und die anläßlich der amerikanischen Agitationsreise des russischen Tschechenführers Stepan Horsky und des Leiters der hochverräterischen Bewegung in England, Franz Kopecky, im Frühjahre 1915 in Bridge Port, Cedar-Rapids und New-York abgehaltenen Versammlungen.

Besonders wichtig und gefährlich war aber die eifrige Tätigkeit aller tschechisch-amerikanischen Vereinigungen, als die

Frage der Munitionslieferungen aus den Vereinigten Staaten

für Frankreich und England den Gegenstand diplomatischer Vorstellungen der Mittelmächte bei der Regierung der Vereinigten Staaten sowie lebhafter Erörterungen in den amerikanischen Blättern bildete. Zielbewußt und systematisch traten die amerikanischen Tschechen, unterstützt von den südslawischen Auswanderern aus unserer Monarchie, den Bemühungen der deutschen und österreichischen Regierung, der Deutschamerikaner und eines Teiles der amerikanischen Presse auf Erlassung eines staatlichen Ausfuhrverbotes für Kriegsmaterial entgegen. In allen tschechischen Kolonien wurden wiederholt Versammlungen abgehalten und Resolutionen beschlossen, in allen tschechischen Zeitungen wurde lebhaft für die „Beibehaltung der Neutralität“, nämlich die Gestattung der Kriegsmateriallieferungen an die Alliierten, Stimmung gemacht und eine große Anzahl von Flugschriften, von denen eine im Akte erliegt, in ganz Amerika verbreitet. Der „Národni združeni“ hatte sogar die Unverschämtheit, diese Flugschrift unserem Gesandten in Washington mit einem Begleitschreiben zuzusenden, in dem es heißt, daß der tschechische Nationalverband, der im Namen von mehr als einer halben Million von Männern und Frauen tschechischer Geburt und Abstammung in den Vereinigten Staaten spreche, tief mit den Brüdern in Böhmen fühle, welche „gezwungen waren, die österreichische Uniform anzulegen und für eine Sache zu kämpfen, welche sie als ungerecht ansehen“.

War auch dieses Verhalten gewiß nicht ausschlaggebend für die Haltung der amerikanischen Regierung in der Munitionslieferungsfrage, so war es doch sicher geeignet, die österreichfeindliche Stimmung in den Vereinigten Staaten zu stärken und ihr sogar einen Schein von Berechtigung dadurch zu verleihen, daß die eigenen Staatsange-

hörigen gegen Österreich in offen feindseliger Weise Stellung nehmen.

Die amerikanisch-tschechische Bewegung stand durchwegs auf anglikanisch-republikanischem Boden. Für die zaristischen Bestrebungen Horskys und für die kindischen Phrasen von der Absetzung unseres Kaisers und dergleichen, hatte man in den amerikanischen Tschechenkreisen kein Verständnis. In einzelnen tschechisch-amerikanischen Zeitungen wurde Horsky ganz unzweideutig abgelehnt. Aber gerade deshalb war die tschechisch-amerikanische Bewegung, die sich nicht auf marktschreierische Kundgebungen verlegte, sondern nüchtern und berechnend jede Gelegenheit benützte, um der Sache unseres Vaterlandes empfindlichen Schaden zuzufügen, äußerst wirksam und von bedeutendem Einflusse auf die nichttschechischen amerikanischen Kreise.

Von anderer Seite stammt noch folgende Darstellung der Verhältnisse in Amerika, welche infolge der wörtlich zitierten Blätterstimmen besonderes Gewicht hat: „Schon frühzeitig brachten die Tschechen ihre hochverräterischen Kundgebungen auch zur Kenntnis der leitenden Kreise der uns feindlichen Staaten und verstärkten dadurch deren Hoffnung auf innere Schwierigkeiten Österreichs.

So hat beispielsweise der „tschechisch-amerikanische Nationalrat“ in Chicago an den Präsidenten der französischen Republik und an den russischen Minister des Äußern die Kundgebung gerichtet, daß alle Tschechen und die übrigen „slawischen Völker Österreich und Deutschland feindlich gesinnt seien und die Befreiung durch Rußland ersehnen.“

Eine aus den amerikanischen Tschechen Čapek, Tvrdý und Voská bestehende Deputation hat den großbritannischen Botschafter in Washington gebeten, er möge bei der englischen Regierung erwirken, daß die in England lebenden Tschechen, deren Sympathien ganz auf Seite der Ententemächte seien, nicht mehr als Österreicher angesehen und somit aus der Internierung entlassen würden.“ (New-Yorské Listy, Nr. 87)

Die letztgenannten Tschechen sind die Hauptmacher des „Výbor“ in New-York, der dort die antiösterreichische Hetze leitet und der, wie es in einem amtlichen Berichte heißt, „seine Mitgliederliste geheim hält, seitdem die Führer auf das Gefährliche ihres Treibens, falls sie überhaupt je nach Prag zurückzukehren gedenken, aufmerksam gemacht wurden.“

Bezeichnend ist, daß nach demselben Berichte zu den Führern der Präsident der von der Prager Bank „Bohemia“ ins Leben gerufenen New-Yorker „Bank of Europa“ und deren Oberbeamter Pacák gehören, der vor einigen Jahren von der Prager Bank „Bohemia“ nach New-York entsendet wurde. (Hier sei daran erinnert, daß der Oberbeamte Martinek derselben Bank „Bohemia“ im Prozesse Matejovsky wegen Vervielfältigung und Verbreitung hochverräterischer Manifeste zu 14 Jahren schweren Kerkers verurteilt wurde.) Auch die an der Gründung der „Bank of Europa“ beteiligte Tschechen Brodsky (Schiffsagent) und Sowák sowie der Rechtsanwalt Vojtíšek gehören zu den Leitern des „Výbor“.

Neben dem „Výbor“ bestehen in den Vereinigten Staaten Nordamerikas noch eine Reihe tschechischer Verbände, welche eine gleich intensive antiösterreichische Agitation entwickeln und hierbei erwiesenermaßen mit den Tschechen in Österreich und anderen Ländern in Verkehr stehen. So erklärt die „Česká národní združení v Americe“ (Zentralpräsident Dr. Fischer), die Zweigvereine in Baltimore, Boston, Chicago, Cleveland, Cedar Rapids, Detroit, Ohama und anderen mehr unterhält, die „politische Befreiung der Tschechen“ als ihr Ziel und schreibt in ihrem Blatte „Organ Bratrstva“ vom 3. März 1915: „Das tschechische Volk muß den großen Augenblick, die nie wiederkehrende Gelegenheit benützen und losschlagen gegen seine Tyrannen.“

Die „National-soziale Beseda zur Verbreitung von Bildung J. V. Frič“ in Chicago versendet systematisch an die in Rußland und Serbien befindlichen tschechischen Kriegsgefangenen tschechisch-amerikanische Zeitungen, in denen sie aufgefordert werden, in die feindlichen Armeen einzutreten. Diesen Zeitungen liegen Aufrufe folgenden Wortlautes bei: „Landsleute! Teilt uns mit, wieviel Gefangene Ihr seid und woher Ihr stammt. Wenn möglich, sendet uns ein Verzeichnis, das wir dringend brauchen. Josef Nosek, 2333 S. Clifton Park. Av. Chicago U. S. of A.“ (Hier sei erwähnt, daß eine Abordnung des tschechischen Komitees im Dezember 1914 beim russischen Botschafter in Washington um ein Verzeichnis der in russischer Gefangenschaft befindlichen Tschechen ersuchte, damit „sie diese Leute schon jetzt zu einer antiösterreichischen Propaganda vorbereiten können“. Der Botschafter soll zustimmend geantwortet haben.)

„Pokrok západu“ (Ohama) vom 24. März 1915 bemerkt hierzu, daß diese regelmäßige Zusendung der aufwieglerischen Zeitungen „jene nicht wenigen, welche sich auf den Schlachtfeldern aus politischer Überzeugung gefangen gaben, sicher erfreuen wird.“

Neben der Zeitungshetze wird auch die persönliche Agitation unter den österreichisch-slawischen Gefangenen eifrigst betrieben. Die Chicagoer Zeitung „Katholík“ vom 26. Jänner 1915 berichtet beispielsweise von einer Weihnachtsfeier der in Üsküb gefangenen Tschechen, bei welcher die Leiter der amerikanisch-serbischen Hilfsexpedition Dr. Jičínsky

und Klepal Reden hielten und die Hoffnung aussprachen, „daß in nicht allzuferner Zeit die aus den Gefangenen organisierten tschechischen Regimenter mit der serbischen Armee vereinigten Österreich ziehen werden."

Bemerkenswert ist, daß amerikanische antiösterreichische Blätter auch an den „tschechischen Nationalrat in Prag" und einzelne Prager Tschechen abgesandt werden. Ob sie die Adressaten erreicht haben, ist nicht bekannt. Beachtenswert ist auch, daß nach einer Notiz des „Svornost" (Chicago) vom 9. März 1915 die amerikanischen Tschechen den „Besuch" des Prager Sokolführers Dr. Scheiner, der seinerzeit verhaftet wurde, erwarteten.

In der „Pacificke Listy" vom 15. März wird ein Artikel aus der Feder eines „hervorragenden Mitgliedes einer der fortschrittlichen Parteien der tschechischen Nation", also eines aktiven tschechischen Politikers, wiedergegeben, in welchem zuerst ausgeführt wird, daß die tschechische Nation durch den Krieg überrascht worden sei und nicht gleich eine richtige Politik aufgenommen habe. Dann heißt es weiter: „Heutzutage ist man wieder orientiert und die intelligenten Kreise, die politischen Führer und die Universitätsprofessoren sind sich darin einig, daß das einzige Heil bloß in einer antiösterreichischen Politik zu finden ist, und daß man schnell die nötigen Verbesserungen an Haupt und Gliedern durchführen müsse, um den entscheidenden Schlag zu tun und im Bunde mit Rußland nach Überwindung des österreichischen Marasmus dem deutschen Imperialismus den Todesstoß zu versetzen."

Als Mittel zur Durchführung „dieser herrlichen Tat" erscheinen dem Verfasser unter andern „die Organisation der amerikanischen und europäischen Tschechen und nicht zuletzt die Ausbildung von Soldaten, die von dem österreichischen Joche befreit sind", das heißt wohl der kriegsgefangenen Tschechen.

Im Dienste dieser amerikanisch-tschechischen Organisation hat wohl auch der am 14. Juni 1915 wegen Hochverrates vom k. k. Landwehrfeldgerichte in Mährisch-Ostrau zum Tode verurteilte Franz Berka gestanden, der nach eigener Angabe amerikanischer Staatsbürger war. (Verlautbarung des k. k. schlesischen Landespräsidiums in Troppau.)

Wenn die amerikanisch-tschechischen Blätter in solcher Weise die österreichischen Slawen aufzuwiegeln trachten, so fehlt es natürlich andrerseits auch nicht an Bemühungen, von Österreich her die tschechisch-amerikanische Hetze anzufeuern und zu ermutigen.

So brachte „Hlasatel" (Chicago) schon am 5. Jänner 1915 einen Artikel eines Prager aktiven Politikers, worin mitgeteilt wird, daß in Prag eine Menge russischer Manifeste zirkulieren und die Tschechen fleißig russisch lernen, worin sie durch den tschechischen Buchhandel eifrig unterstützt werden. Bekannte Polizei- und Statthaltereibeamte verbreiten Gerüchte über Versprechungen des Kaisers an das tschechische Volk und über beabsichtigte Thronentsagung. Natürlich fehlt auch nicht der Hinweis auf die angeblichen Verfolgungen, welche die tschechischen Parteiführer und Beamten durch die Regierung erleiden.

Gemeint sind damit die Verhaftungen einiger notorischer Hochverräter.

Nach dem „Cretesky Pokrok" vom 20. Jänner 1915 besteht in Prag ein besonderer Ausschuß, der das Ausland „über die Zustände in Böhmen informiert".

Ein in Lausanne weilender tschechischer Politiker soll den Briefwechsel zwischen Prag und dem tschechisch-amerikanischen Nationalrat vermitteln.

Dieser Nationalrat hat im Februar eine Summe von 10.000 bis 50.000 Dollar gesammelt, welche „einem tschechischen Politiker für eine politische Aktion in Prag" zur Verfügung gestellt werden sollte.

An dieser Stelle seien auch die in den amerikanischen Tschechenblätter zum Abdruck gelangenden „Prager Briefe" aus dem „Journal de Genève" erwähnt. Einige Stellen aus diesen Briefen seien hier angeführt: „Die Tschechen haben ihr Vertrauen wiedergewonnen und zweifeln nicht, bald ihren Platz in einem unabhängigen Staate zu haben, den sie für ihre Rasse erhalten. Die Deutschen in unserem Staatsgebiete sollen machen was sie wollen. Sie wollten uns verdrängen. Wir lassen sie in Ruhe, aber es ist sicher, daß sie aus unserer tschechischen Republik selbst flüchten werden mit Sack und Pack." (Hier ist — das einzige Mal — von einer tschechischen Republik die Rede, während sonst stets eine tschechische Dynastie ersehnt wird.)

An anderer Stelle heißt es: „Die Prager haben auch ihre Art, ihre nationale Gesinnung zu bekunden. Man gab vor kurzem im Nationaltheater ein großes Konzert zugunsten des Prager Zweigvereines vom Roten Kreuz. Der Bürgermeister war vom Statthalter gebeten worden, der Versammlung ein Telegramm vorzulesen, welches einen großartigen österreichischen Sieg in einigen kleinen Karpathendörfchen verkündete. Er mußte natürlich seine Verlautbarung von der Loge aus mit der Aufforderung zu einem dreifachen „Slava" auf den Kaiser schließen. Eine absolute Stille antwortete auf diese Aufforderung. Alles blieb sitzen, als ob man nichts gehört hätte. Eine eisige Verlegenheit folgte und das Programm wurde beträchtlich abgekürzt."

Auch hier seien noch einige Stellen aus der Urteilsbegründung im Prozeß Kramář*) angeführt:

„Die Angeklagten versuchten zwar zunächst, Beziehungen zu Amerika abzulehnen, allein mit Unrecht.

Im Laufe des Verfahrens mußten sie zugeben, daß von den Tschechen im Auslande, namentlich in Amerika, bekannt ist, daß sie sehr radikal sind, die Sokolorganisation bildet ein einigendes Band (Zeuge Dr. Scheiner), die Bedeutung der „tschechischen Kolonien" in amerikanischen Städten und die Verbindung mit dem Mutterlande wird anerkannt, das Zeitungswesen und die Auswanderungsbewegung schafft Berührungspunkte, ebenso auch wirtschaftliche Beziehungen (Bank Bohemia).

Die „Národni Rada Česká", auswärtige Sektion, regelt eine Reihe von Beziehungen und „Národni Listy" sind 1906 auch bestrebt, die Auslandspropaganda zu fördern.

Im Balkankrieg entsandten auch die amerikanischen Tschechen Hilfskomitees und gewährten den Balkanslawen Unterstützung.

Unter solchen Umständen anzunehmen, daß gerade dem Angeklagten derartige Beziehungen unbekannt gewesen wären und bei der Intensität ihres Nationalismus sie die Konnationalen in Amerika nicht richtig eingeschätzt hätten, wäre wahrlich Naivität.

Es zeigte sich denn auch, daß sofort nach Kriegsausbruch nicht nur in Amerika von der slawischen Gegenseitigkeit, sondern auch übereinstimmend im Inlande die Idee der Selbständigkeit der Länder Rußland, Frankreich, England, der Schweiz und auch der böhmischen Krone proklamiert wurde.

Auch in diesem Belange referieren jene drei Zeitungen, die schon mehrmals die wichtigsten Revolutionszeitungen genannt wurden: „La Nation Tchèque" (Denis, Kepl, Leger u. a.), „L'Indépendance Tchèque" (Denis, Erkal u. a.), „Tchechoslowak" (Svihovski, Pawlu u. a.).

Einer dieser Artikel lautet:

„Die Tschechen Amerikas.

Alle Kinder unserer Nation, welchen Weltteil sie auch immer bewohnen mögen, haben die Nachricht von der Kriegserklärung mit einem vor Ungeduld bebenden Herzen zur Kenntnis genommen. Wohl wußten wir, das Tausende unserer Brüder genötigt sein würden, ihr Blut in der österreichischen Armee, unserer Feindin, zu vergießen, ebenso wußten wir, daß dieselben verfolgt würden, trotzdem wahren wir im Grunde des Herzens die Hoffnung, daß dieser Krieg zu unserer Befreiung vom österreichischen Joch führen wird.

Die Tschechen im Auslande waren frei im Handeln, und Ihr, die Gäste Frankreichs, ergriffet die Waffen gegen die barbarischen Deutschen. Ihr werdet vielleicht auch die Frage aufwerfen, was wir in Amerika, einem neutralen Staate, machen?

Am Abend der Kriegserklärung Österreichs gegen Serbien (28. Juli) veranstalteten die Tschechen von Chicago ein großes Protestmeeting gegen die österreichische Gewalttätigkeit.

Am Abend darauf bildeten die amerikanischen Zeitungen unser Sprachrohr und verkündeten unseren Entschluß, unsere Bedrücker zu bekämpfen.

In der Versammlung konnten wir den Betrag von 3000 Franken zur Unterstützung des serbischen Roten Kreuzes zusammenbringen.

Seither hat sich eine Gesellschaft gebildet und wir vermochten neuerdings 5000 Franken nach Serbien zu schicken. Überdies machte sich eine ärztliche Expedition, bestehend aus drei Ärzten und fünf Krankenpflegerinnen, auf den Weg, um den unglücklichen Serben hilfreich beizustehen." (O. Nr. 743.)

Ferner:

„Das tschechisch-slowakische Einvernehmen.

(Von V. V. Erkal.)

Ein eben eingelangtes Kabeltelegramm erfüllt uns mit Jubel.

Die Antwort auf unsere Einladung an die Slowaken, sich den Tschechen anzuschließen. Die Slowaken der Vereinigten Staaten sind willens, mit Euch gemeinsam zu arbeiten und bereiten ein Memorandum für den Kongreß vor. Viel Erfolg. Bitte, mich am laufenden zu halten". (O. Nr. 743.)

Ferner:

„Die tschechischen Kolonien.

Die Tschechen der Vereinigten Staaten bilden die wichtigste und zahlreichste tschechische Kolonie im Auslande. Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, vor allen Dingen in gewissen, von Industrie entblößten Gegenden, zu welchen noch die brutale Unterdrückung der slawischen Bevölkerung in Ungarn hinzukommt, haben die ununterbrochene Auswanderung der Tschechen und Slowaken nach Nordamerika veranlaßt. Heute zählt man nicht weniger als eine Million in den größeren Städten der Vereinigten Staaten, darunter besitzt Chicago allein eine tschechische Kolonie von 153.000 Einwohnern.

Seit vielen Jahren zu festen Organisationen vereinigt, waren die Tschechen und Slowaken der durch den gegenwärtigen Krieg geschaffenen Lage nicht unverhofft gegenübergestellt. Seit den ersten Tagen verstanden sie, ihre großen politischen und sozialen Organisationen sowie ihre einflußreiche und sehr verbreitete Presse ganz in den Dienst der aus-

*) Urteilsbegründung, Seite 113ff.

ländischen tschechischen Propaganda zu stellen. Ja, sie waren noch mehr bemüht, dieselben sofort zu vervollständigen, indem sie eine Zentralorganisation bildeten, die sogenannte „Alliance nationale tchèque americane“, deren endgültige Gründung auf dem im Monat März in Cleveland abgehaltenen Kongreß erfolgte.

Wenn es auch den Tschechen und Slowaken in Amerika unmöglich war, ihre Sympathien für die Verbündeten durch Entsendung eines Freiwilligenkorps an die Westfront direkt zu verkündigen, haben sie dennoch keine Gelegenheit verpaßt, um gegen Deutschland zu manifestieren, die Auflösung Österreich-Ungarns und die Befreiung der bisher dieser Monarchie angehörigen Slawen zu verlangen und ihre Ideen- und Interessengemeinschaft mit den Verbündeten zu bestätigen. In zahlreichen Versammlungen, in ihrer Presse und im Kreise ihrer persönlichen Beziehungen haben es sich die Tschechen und die Slowaken der Vereinigten Staaten zur Pflicht gemacht, der deutschen Propaganda entgegenzutreten und, um mindest eine charakteristische Handlung zu zitieren, brauchen wir nur die vollständige Schlappe der deutschen Kandidaten in der Bürgermeisterwahl von Chicago zu erwähnen, eine Schlappe, welche rundweg das Werk unserer tapferen Landsleute war.

Wir werden demnächst Gelegenheit haben, von dieser großen und edlen Tätigkeit der tschechischen Patrioten, (!) welche sich in New York und in Chicago für die tschechische und in Pittsburg für die slowakische Aktion vereinigen, ausführlich zu sprechen. Diesmal fügen wir nur hinzu, daß unsere Landsleute in den Vereinigten Staaten, treu ihrer tschechisch-amerikanischen Überlieferungen, sich damit begnügen, an unserer Unabhängigkeit in ihrer neuen überseeischen Heimat zu arbeiten, sondern an den von den großen Zentren Europas unternommenen Aktionen in ausgedehnter Weise und mit hochherziger Hingebung mithelfen.“ (O. Nr. 196.)

In O. Nr. 207 teilt das k. u. k. Ministerium des Äußern mit:

„In New York bildete sich nach Ausbruch des Krieges ein Komitee, „Česko-amerikánský výbor pro samostatnost a podporu českého národa“. Präsident desselben wurde ein gewisser Konas, Präsident des dortigen „roten“ Sokol, Vizepräsident ein gewisser Modr, Präsident des dortigen „blauen“ Sokol, Kassier ein Fleischhauer namens Martinek.

Die treibenden Personen der Bewegung sind: Emanuel V. Voska, Steinhauer und Agent und A. Tordy, Fahrkartenagent.

Unter den Mitgliedern des „Výbor“ sollen sich auch repräsentative tschechische Persönlichkeiten befinden, wie die Herren Brodsky und Sovak, Eigentümer der gleichnamigen Schiffsagentur, ferner der amerikanische Advokat slowakischen Ursprungs Čapek, der derzeitige Präsident der „Bank of Europe“ und der von der Bank Bohemia in Prag vor einigen Jahren nach New York entsendete Oberbeamte Pačák und endlich Rechtsanwalt Vojtíšek.

Die Mitgliederliste dieses „Výbor“ wird geheimgehalten.“

Ein ähnliches Komitee befindet sich auch in Chicago. (O. Nr. 207, vergleiche hierzu O. Nr. 1487, 31229 und andere.)

Ferner:

„Die tschechisch-slowakische Deputation beim Präsidenten Amerikas.

Den uns im Monate Mai aus New York zugekommenen Berichten zufolge sprach eine Deputation der Tschecho-Slowaken bei dem Präsidenten der vereinigten Staaten, Herrn Wilson, vor, welche dem Präsidenten als Wunsch des tschecho-slowakischen Volkes die Forderung nach einer politischen Selbständigkeit unseres Volkes vortrug und um die Unterstützung der tschecho-slowakischen Bestrebungen auf dem Friedenskongresse ersuchte.

Diese erfreuliche Nachricht über das gemeinsame Auftreten der beiden Zweige des tschecho-slowakischen Volkes in Amerika legt das beste Zeugnis ab, ob der Richtigkeit der von der slowakischen Öffentlichkeit in Rußland, die mit den Tschechen eines Sinnes ist, unternommenen Schritte.“ (O. Nr. 324).

Ferner:

„Die böhmische Nationalvereinigung in Amerika.

1. Sie unterstützt moralisch und finanziell die kulturellen (Bestrebungen) Befreiungsabsichten des böhmischen Volkes.

2. Sie belehrt die amerikanische Öffentlichkeit durch Vorträge von dem Ziel und von dem Streben des böhmischen Volkes.

3. Sie verschickt in die englischen Zeitschriften in Amerika und wenn es möglich ist, auch nach Europa alle Informationsberichte dieser Sorte.

4. Sie unterstützt die Blätter, welche das Bestreben der böhmischen Nationalvereinigung in Amerika propagieren, durch die Vermittlung des Presseausschusses.

5. Sie vermittelt die landwirtschaftlichen Verbindungen mit der alten Heimat durch die Gründung einer nationalökonomischen Vereinigung.

Es wurde eine ganze Reihe von Vorträgen und Resolutionen durchgenommen. Von den angenommenen wollen wir nennen:

1. Die bisherigen Vertrauensmänner werden in die neue Organisation der Vertrauensmänner

aufgenommen und die europäischen Vertrauensmänner sind durch diese Beratung anerkannt als Vertrauensmänner der böhmischen Nationalvereinigung in Amerika.

2. Die böhmische Nationalvereinigung in Amerika gibt eine künstlerisch ausgeführte Ein-Cent-Nationalmarke heraus mit der Überschrift „Für das Vaterland, böhmische Nationalvereinigung in Amerika“.

3. Die Beratung spricht die aufrichtige Sympathie den freiheitlichen Bestrebungen des slowakischen Volkes aus und verlangt Gründung von Sektionen, welche den Verkehr zwischen den Brüdern Slowaken unterhalten würden.

4. Die Beratung begrüßt mit Enthusiasmus die südslawische Kundmachung der südslawischen Freiheit, welche auf dem Kongresse in Chicago gemacht wurde und mit Freude beglückwünscht sie zur Verbrüderung der Kroaten und Serben.

5. Der Beschluß der New Yorker Konferenz wird approbiert:

Als der Mittelpunkt wurde einmütig die Böhmische Nationalvereinigung in Amerika in Chicago angenommen. (O. Nr. 747.)

In der letztgenannten Stadt befindet sich der Sitz der tschechisch-amerikanischen „Národni Rada Česka“ (O. Nr. 1527.) Zu vergleichen ist auch die Korrespondenz der „Národni Rada“ in Prag mit Amerika im Kriege und ebensolche Korrespondenz Dr. Scheiners.

Den Berichten der Generalstabsabteilung Prag unter O. Nr. 31 ist zu entnehmen:

„Eine besondere Tätigkeit entwickelten schon gleich zu Beginn des Krieges die in Amerika lebenden Slawen. So hat sich bereits am 27. Juli 1914 auf einer großen Manifestationsversammlung der in Chicago lebenden Tschechen ein Ausschuß gebildet, der die Einleitung einer großen Hilfsaktion in die Hand nehmen sollte, welcher die Sympathie der in Amerika lebenden Tschechen für die durch den Krieg betroffenen slawischen Stämme zum Ausdruck bringen, gleichzeitig aber Protest gegen diesen Krieg erheben sollte. Dieser Ausschuß organisierte sich als „Tschecho-slawisches Rotes Kreuz“. (Československý Červený Kříž Č. S. Č. K.) Nach seinem Organisationsstatut war dieser Ausschuß bestimmt zur Unterstützung der Verwundeten, der Witwen und Waisen nach gefallenen slawischen Soldaten in diesem Kriege sowie jener, welche wegen Aufstandes oder sonstiger Übertretungen militärischer Vorschriften gestraft worden sind, ferner zur Unterstützung jener, welche der Stimme ihres Gewissens folgend sich diesem brudermörderischen Kampfe entzogen haben.

Mit Rücksicht auf den im Jahre 1905 in den Vereinigten Staaten eingeführten gesetzlichen Schutz der Bezeichnung des amerikanischen Roten Kreuzes, durch welchen die Führung des Namens und des Abzeichens des Roten Kreuzes gewissen Beschränkungen unterworfen war, wurde, um Mißhelligkeiten zu vermeiden, das „tschecho-slawische Rote Kreuz“ (Č. S. Č. K.) noch im September 1914 durch Beschluß des Exekutivausschusses in einen tschecho-slawischen Hilfsausschuß („Česko-slovanský pomocný výbor Bohemia Slavic Relief-Komitee“) umgebildet. („Iovský Pokrok“ Nr. 7 vom 10. September 1914. Erscheint in Cedar Rapids.)

An der gemeinsamen Arbeit des „Ausschusses zur Selbständigmachung und Unterstützung Böhmens“ beteiligen sich die verschiedenen nationalen Vereinigungen in Amerika, wie die „Česko-americká Národni rada“, die dortigen Sokolvereine usw.

Was die letzteren anbelangt, nehmen dieselben gleich zu Beginn der Aktion lebhaften Anteil an derselben. So veröffentlicht dieselbe „Sokolska Župa Fügner Tyrš“ in der Sokolzeitschrift „Borec Americký“ (September 1914) einen Aufruf zur lebhaften Beteiligung an dieser Aktion. Die einzelnen Sokolvereine veranstalteten zahlreiche Versammlungen, bei denen Geld für diese Zwecke gesammelt und dabei unser Kaiser schwer beleidigt wurde. Bezeichnend ist ein in der „Svornost“, Chicago, vom 30. Jänner 1915 veröffentlichter Bericht über den Maskenball des „Sokol Tábor Slovénska Lipy“; bei dieser Unterhaltung wurden die besten Masken mit Preisen bedacht; die ersten Preise erhielten majestätsbeleidigende Darstellungen.

Diese amerikanischen Organisationen, deren Handlungsweise nur kurz skizziert werden kann, haben auch mit dem tschechischen Nationalrat in Prag („Národni rada“) und der „Česká obec Sokolská“ mit ihrem Obmanne Dr. Scheiner Fühlung genommen.

Ein am 8. März 1915 von der k. k. Telegramm- und Briefzensurkommission in Prag inhibierter Brief an F. G. Trusucek in Cleveland (Ohio), den Obmann der Clevelander Gruppe der „Česko Amerikanská Národná rada“, welcher am 4. März d. J. von der „Národni rada“ in Prag eingeschickt wurde, nimmt Bezug auf ein von der Clevelander Sektion der „Česko-americká Národni rada“ an die hiesige „Narodni rada“ gerichtetes Schreiben vom 25. Dezember 1914, in welchem offenbar von der Veranstaltung der oberwähnten Sammlungen Mitteilung gemacht und um Direktiven oder Ratschläge hinsichtlich der Verwendung der gesammelten Gelder ersucht wird. Die hiesige „Národná rada“ legt in ihrer Antwort der Clevelander Sektion der „Česko-americká Národni rada“ nahe, vorläufig — da noch keine vollkommene Evidenz vorliegt — das Ergebnis der böhmisch-amerikanischen nationalen Sammlungen im Einvernehmen mit der „Česko-americká Národni rada“ in Chicago in einer Bank einzulegen. Erst später,

bis es möglich sein wird, die Verhältnisse in Böhmen mit Rücksicht auf das Erfordernis der Unterstützungen definitiv zu beurteilen, würde die „Česká Národni Rada“ in Prag Anträge für diesbezügliche Dispositionen stellen, welche dann auch bereit wäre, die ganze Hilfsaktion im Einvernehmen mit dem Vorstand der „Česká Obec Sokolská“ durchzuführen, welche diesbezüglich mit der „Národni Rada“ vollkommen eins ist.

Ein weiterer von der k. u. k. Telegramm- und Briefzensurkommission in Prag am 19. Februar 1915 inhibierter Brief des Obmannes der „Česká Obec Sokolská“, Dr. Josef Scheiner an Josef Stiber in Cleveland übermittelt den Dank Dr. Scheiners für die Mitteilung, daß auch die „Župa Severovýchodni“ (also der nordöstliche Gauverband der Sokolvereine in Nordamerika) Sammlungen zugunsten der Bedürftigen in Böhmen eingeleitet habe; gleichzeitig ersucht jedoch Dr. Scheiner, rücksichtlich der Verteilung dieser Sammlungen seine Winke abzuwarten.

Am 13. März 1915 passierte die hieramtliche Zensur der aus dem Auslande an die hiesige Bank „Bohemia“ eingelangte Brief der „Bank of Europe“ in New-York vom 26. Februar 1915, in welchem der Präsident dieser Bank Thomas Čapek, der an der Aktion des „Československý pomocný výbor“ in Amerika hervorragend Anteil nimmt, über die bevorstehende Reise des Dr. Scheiner nach Amerika spricht.

Dr. Scheiner hat auch bereits mit einer Eingabe um Ausstellung eines Reisepasses für Amerika angesucht. Wenn er in dieser Eingabe auch nur die Abwicklung eines wichtigen Baumwollgeschäftes für die Bank „Bohemia“, deren Präsident er ist, als Grund der Reise anführt, so ist es doch zweifellos, daß er die Reise zum mindesten auch zu dem Zwecke unternehmen möchte, um persönlich über die Aktion der amerikanischen Tschechen an Ort und Stelle Rücksprache zu pflegen“ (O. Nr. 31).

Aus dem Runderlasse des k. k. Statthaltereipräsidiums in Böhmen vom 30. April 1915, Nr. 14/723, geht hervor: „. . . Danach sammelte ein Mitglied des in Chikago bestehenden tschechisch-amerikanischen Nationalrates, als dessen Vorsitzender J. F. Stepina, als Kassier V. K. Simunek und als Sekretär Dr. Jaroslav R. Salaba-Vojan, 2004 „South Albany Ave Chicago“ genannt werden, 10.000 Dollars, welche Summe ein aktiver Politiker für eine politische Aktion in Prag benötige. Den Briefwechsel zwischen dem böhmisch-amerikanischen Nationalrat in Chikago und Prag soll eine in Lausanne weilende Persönlichkeit vermitteln, der seine Briefe nur mit „Aktivni Politik“ unterzeichne. Von demselben sollen Berichte aus Prag, Brünn, Proßnitz, Olmütz, Mährisch-Ostrau und Prerau über die Hinrichtungen in den von Tschechen bewohnten Ländern stammen. Die gesammelte Summe (10.000 Dollars) soll Ende Februar oder Anfangs März von Chikago abgesendet werden. Diese Sammlung soll übrigens mit den in früheren Berichten gemeldeten, für die Organisation der Selbständigmachung Böhmens bestimmten nichts zu tun haben. Nach derselben Quelle hätten tschechische Bergarbeiter, die früher in Bruch und in anderen Orten Nordböhmens gearbeitet hätten, die aber nach Frankreich übersiedelt wären, an den Redakteur der „Volné Listy“ in New-York geschrieben, daß sie in Frankreich zwar nicht interniert seien, weil die Tschechen als Feinde der Deutschen angesehen werden, daß sie aber wirtschaftlich zugrunde gerichtet worden wären.

Alle diese bezeichnet der Briefschreiber Hladicek, der sich auch nach den bekannten Anarchisten Michael Kacha, Dr. Vrbensky, Vlastimil Borek und K. Drazl erkundigte, als ehemalige Mitglieder der anarchistischen Föderation in Böhmen.

Anschließend an diesen Brief meldet der Vertrauensmann, daß der New-Yorker Hilfsausschuß die Genannten mit Geld versorgen und im geeigneten Moment, wenn die Russen den Weg nach Böhmen erzwungen haben würden, nach Böhmen senden werde.“

Soweit die Urteilsbegründung im Prozesse Kramář.

„Auch in einem zweiten neutralen Lande,

V. c.

in der Schweiz,

trat die tschechische Bewegung organisiert und zielbewußt auf.*) Allerdings erreichte hier die Agitation schon mit Rücksicht auf die geringere Zahl der in der Schweiz lebenden Tschechen und ihre geringere finanzielle Kraft äußerlich nicht den Umfang wie in den Vereinigten Staaten. Die Lage der Schweiz, als Nachbarland Österreichs und Frankreichs, wies jedoch der Schweizer tschechischen Bewegung die wichtige Rolle zu, die Verbindung zwischen den hochverräterischen Elementen im Inlande und in den feindlichen Ländern herzustellen. Schweizer Tschechenkreise waren es daher, mit denen die Beschuldigten in unmittelbarer Verbindung standen. Nicht nur aus diesem Grunde bedarf die tschechische Abfallsbewegung in der Schweiz einer etwas ausführlicheren Darstellung, sondern auch deshalb, weil die Schweiz es war, die sich Masaryk, diese Seele der österreichfeindlichen Bewegung unter den Tschechen im Ausland, „zunächst als Schauplatz seiner Tätigkeit wählte“. Sie wird gelegentlich der Schilderung von dessen Tätigkeit ergänzt werden.

„Schon vor Kriegsausbruch bestanden in der Schweiz sieben tschechische Vereine, und zwar in Zürich, Schaffhausen, Genf, Bern, Basel, St. Gallen und Lausanne, von denen der Verein „Svatopluk

*) Nach der Anklageschrift gegen Hajek, Olic und Genossen, Seite 71.

Čech“ in Zürich der bedeutendste war. Neben ihm traten noch der Verein „Hus“ in Schaffhausen, die „Beseda slovanů“ in Genf und die „Česká Beseda“ in Bern hervor. Die Mitgliederzahl aller dieser Vereine war keine große, der stärkste, der Züricher Verein, hatte in Friedenszeiten nur etwas über 60 Mitglieder. Sämtliche Vereine waren Angehörige des bei der tschechisch sozialdemokratischen Partei in Prag bestehenden Sekretariates der auswärtigen Tschechen, wenn auch die Mitglieder, zum größten Teil Fabriksarbeiter oder kleine Handwerker, nicht durchwegs sozialdemokratischer Gesinnung gewesen sein sollen. Vor dem Kriege scheinen sich die Vereine mit Politik nicht viel beschäftigt, sondern sich auf die finanzielle Unterstützung bedürftiger Landsleute und die Pflege der Geselligkeit beschränkt zu haben.

Bald nach Kriegsausbruch änderte sich dies jedoch. Sämtliche Vereine, besonders der „Svatopluk Čech“ in Zürich und der „Husverein“ in Schaffhausen übernahmen nunmehr die Rolle revolutionärer Komitees und entfalteten eine intensive antiösterreichische Tätigkeit. Im ersteren Vereine, der zugleich Vorort des Zentralverbandes der tschechischen Vereine in der Schweiz war, trat neben dem Vorstande Vinzenz Chudoba insbesondere der Vorstandstellvertreter Jan Kyjovský, der auch der Nachfolger Chudobas in der Vorstandschaft wurde, in der antiösterreichischen Propaganda hervor.

Kyjovský ist am 14. Mai 1886 zu Herrspitz in Böhmen geboren, gelernter Schlosser und wurde im Jahre 1911 in Prag assentiert. Der Einrückung zum Heere entzog er sich durch rechtzeitige Abreise in die Schweiz. Was seine politische Parteirichtung betrifft, wird er als Sozialdemokrat mit anarchistischen Anschauungen bezeichnet. Er lebt in Zürich im Konkubinate mit Franziska Vorel, einer Nichte des Angeklagten Bohumil Mareš, und wird in verschiedenen Berichten österreichischer Vertrauensmänner als besonders gefährlicher Fanatiker, der auch vor Gewalttätigkeiten nicht zurückschreckt, geschildert.

Sehr eifrig beteiligte sich an der hochverräterischen Bewegung auch der Vorstand des Vereines „Hus“ in Schaffhausen, Josef Linhart, der Gatte der Beschuldigten Alosia Linhart. Er stand mit Kyjovský in enger Verbindung, besuchte ihn, wie aus seiner Korrespondenz hervorgeht, mehrmals in Zürich, wobei er auch bei ihm übernachtete, und war, ebenso wie Kyjovský, entschiedener Republikaner. So sprach er auf einem Kongresse in Bern im April 1915 für die Gründung der tschechischen Republik, „aber einer demokratischen und nicht unter der reaktionären Politik des russischen Zaren stehenden“. Unter den Führern der Schweizer Tschechen ist auch noch der Obmann der „Beseda slovanů“ in Genf, der Mechaniker Josef Tomes aus Ziselitz in Böhmen zu erwähnen.“

Wieder lassen wir der Urteilsbegründung im Prozesse Kramář das Wort:*)

„Über die Umtriebe der Tschechen in der Schweiz, über welche auch die Verbindungen mit dem Inlande hergestellt wurden, geben amtliche Auskünfte reichhaltigen Aufschluß. Hier handelt es sich nicht um lokale Betätigung, sondern um die Zentrale im Auslande, welche damit den geographisch günstigen Punkt erwählte und die staatliche Neutralität in ihrer Art benützte.

Über die Vereinigungen der Tschechen in der Schweiz, die hochverräterischen Tendenzen verfolgend, wird amtlich berichtet, „daß das Manifest, in welchem die Tschechen ihre Unabhängigkeit und über die Absetzung der Dynastie verkünden, sowie die österreichischen-ungarischen Truppen tschechischer Nationalität ihres Treueides entbanden, in der Schweiz hätte verbreitet werden sollen, was rechtzeitig verhindert wurde. Der Text erschien dann in den tschechisch-französischen Zeitungen.

Tschechische Vereine, welche sämtlich hochverräterische Tendenzen verfolgen, bestehen in mehreren Städten der Schweiz. Die Mitglieder sind meistens Handwerker und kleine Angestellte. Das Zentrum ist Zürich. Die Mitgliederzahl spielt eine geringe Rolle, da die Vereine die meisten materiellen und moralischen Unterstützungen von Tschechen und anderen Personen, die aus irgendwelchen Gründen formell nicht Mitglieder sein wollen, erhalten.

Die Gefährlichkeit dieser Leute besteht vor allem darin, daß sie mit den Gegnern in engster Verbindung stehen, Aufrufe, Nachrichten und sonstige Publikationen hochverräterischen Inhaltes nach Böhmen und Mähren senden und von dort wieder Nachrichten militärischen und politischen Inhaltes erhalten, die sie unseren Gegnern geben. Außerdem veranlassen sie in der uns feindlichen Presse, darunter besonders der welschschweizerischen, die Veröffentlichung von Artikeln über die Monarchie, die unser Ansehen schwer schädigen.

Der Verkehr zwischen diesen Menschen und ihren Gesinnungsgenossen in der Monarchie war bis vor einiger Zeit zweifellos ein sehr reger, was dadurch bedeutend erleichtert wurde, daß bei der Ausstellung und Revidierung von Pässen sowie an der Grenze die Kontrolle eine ungenügende war. Im übrigen gehen die Leute sehr schlau vor und benützen als Kuriere Personen, die ganz ausgestellte Pässe haben, unverdächtig aussehen und sehr sicher auftreten.

Der Reichsratsabgeordnete Professor Masaryk hatte in Genf mehrere Unterredungen mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Bourgeois. Außerdem begaben

*) Urteilsbegründung im Prozeß Kramář, S. 117 ff.

sich zu Pfingsten mehrere Tschechen, und zwar auch Redakteure aus Prag zu einem Kongreß nach Paris.

Ganz besonders gefährlich sind die Tschechen dadurch, daß sie dem hiesigen russischen Militärattaché regelmäßig Nachrichten aus der Monarchie zukommen lassen, der Meldungen an seine Regierung richtet, in denen er sich auf die tschechischen Agenten beruft. Diese Meldungen betreffen vor allem Truppenbewegungen sowie die Erzeugung von Kriegsmaterial, wobei oft Ziffern über die Lieferungen der Skoda-Werke gegeben werden. Es liegt unter anderem ein sehr bemerkenswertes Telegramm vor:

„Nachrichten der böhmischen Agenten, mitgeteilt von Professor Masaryk. Im Laufe einer Woche, beginnend mit dem 11./24. März gingen durch Prag nach Osten deutsche Truppen, im Mittel täglich 3000 Mann, unter diesen Truppen befand sich das 19. Regiment aus Görlitz. Die Absendung von 120.000 Deutschen aus Ungarn über Mähren nach Westen oder Norden bestätigt sich."

Die Tschechen faßten den Plan, böhmische Regimenter, welche sich gegenwärtig in Tirol befinden, zur Desertion in die Schweiz zu verleiten und ihnen den Übertritt zu erleichtern. Die Ausführung dieses Planes scheint auf Schwierigkeiten gestoßen zu sein, doch rühmten sich die hiesigen Tschechen noch vor einigen Tagen, daß der französische Botschafter in Bern sie empfangen und dabei diesen Plan gebilligt habe."

Über die Organisation der Tschechen in Frankreich orientierten die in Paris erscheinenden Zeitungen „L'Indépendance" und „La Nation Tchèque".

Die „La Nation Tchèque", welche vom Professor E. Denis redigiert ist, wird von der französischen Regierung besonders unterstützt. Eine Schleife, in welcher dieses Blatt nach Genf gesandt wurde, trägt den Vermerk „Journal officiel", was zeigt, daß das Blatt als ein amtliches angesehen wird. Die „Indépendance Tchèque" enthält die niederträchtigsten Artikel über die Dynastie, über die Verhältnisse in der Monarchie, über die Meutereien und Verrat tschechischer Regimenter, worüber detaillierte Angaben gemacht werden. (Vergleiche auch O. Nr. 454.)

Unter den Tschechen in Frankreich scheinen verschiedene Differenzen, meist persönlicher Art, zu bestehen. Wie aus Artikeln hervorgeht, welche die „Humanité" vor einigen Monaten veröffentlichte, ist auch eine allerdings verschwindend kleine Minorität gegen eine vollkommene Loslösung der Tschechen von der Monarchie.

Am 6. Juli dieses Jahres soll in Genf ein Kongreß der Tschechen stattfinden, zu welchem Mitglieder aus Böhmen und Mähren sowie aus Frankreich und England und wahrscheinlich auch aus anderen Ländern erwartet werden. (O. Nr. 159, 182.)

Die Generalstabsabteilung des k. u. k. Militärkommandos in Prag, K. Nr. 901, berichtet:

„Die zum Andenken des vor 500 Jahren (6. Juli) erfolgten Feuertodes Johannes Hus', ursprünglich in Prag, dann aber auf dem historischen Boden in Konstanz selbst geplante Feier, konnte infolge des von deutscher Seite erhobenen Protestes, dessen Ursache nach Angabe einiger in Zürich lebender Tschechen in der Spionage liegt, welche in Zeichengeben (Lichtsignalen) bestand, die durch tschechische Radfahrer im Vereine mit einem Süddeutschen den Franzosen gegeben wurden, auch in der letzteren Stadt nicht abgehalten werden.

Es fanden daher anfangs Juli Hussfeierlichkeiten in mehreren Städten statt, von welchen die in Zürich am 4. Juli und die in Genf am 6. Juli veranstalteten infolge ihrer bedeutenden Teilnehmerzahl sowie der Festredner und ihrer Programme eine besondere Beachtung verdienen.

Die Züricher Feier (veranstaltet durch den Verein „Svatopluk Čech" in Zürich, Vereinslokal Hotel Bern, Linaikai) fand am 4. Juli in Plattengarten statt, hatte zirka 500 Festgäste, darunter auch eine Anzahl von Deutschen.

Der im Auslande weilende Reichsratsabgeordnete, Professor der tschechischen Universität in Prag Dr. phil. Thomas Masaryk hielt hierbei in tschechischer und sodann in deutscher Sprache einen historischen Vortrag über das Leben und Wirken des Johannes Hus und forderte zum Schlusse seiner Rede die anwesenden Tschechen auf, sich einmütig der jetzigen Reformation, welche nur eine Fortsetzung der Hussitenreformation sei, anzuschließen. Die Feier wurde durch Singen der tschechischen Nationallieder und namentlich durch die mit Begeisterung aufgenommene Hymne der Hussitenlegion, beendet.

In Genf wurde die Husfeier am 6. Juli im Saal der Reformation durch den tschechischen Verein „Slovan" in Genf veranstaltet und zählte zirka 1300 Teilnehmer, und zwar Tschechen, Slowaken, Serben, Russen und Franzosen.

Nach einem historischen Vortrag des Professors an der Sorbonne-Universität in Paris, Dr. Ernest Denis, über Hus, ergriff Professor Dr. Masaryk das Wort und führte in französischer Sprache insbesondere an, daß Johannes Hus seinerzeit namentlich gegen die Hierarchie, die mit dem Staatsgedanken (Regierung) identisch war, kämpfte, und daß die Tschechen zur Zeit wieder für eine Reformation kämpfen müssen. Es müsse sich daher jeder Tscheche entweder für die Reformation, welche nunmehr die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Länder der tschechischen Krone bedeutet, oder gegen die Refor-

mation erklären, was mit der österreichischen Gewalttätigkeit und Unterdrückung der tschechischen Nation gleichbedeutend ist.

Dieser Appell, sich der Reformation anzuschließen, wurde mit großer Begeisterung aufgenommen und erwidert. Masaryk schloß seine Rede mit dem Zitat Havlíčeks: „Früher gingen viele für die Nation in den Tod; wir aber müssen leben, um für die Nation zu arbeiten.“

Zum Schluß der Feier wurden durch den Genfer russischen Gesangsverein tschechische Nationallieder in tschechischer Sprache vorgetragen und die Hussitenhymne angestimmt.

. . . Masaryk fragte ihn über die Neuigkeiten in Prag, zeigte jedoch, als er nur unbestimmte Antworten erhielt, im Laufe des Gespräches, daß er nicht über die Verhältnisse in Prag, sondern überhaupt in der Monarchie viel besser orientiert war als er selbst.

Masaryk gab seiner Verwunderung über die Musterungen mit den Worten Ausdruck: „Und die Leute gehen ruhig zu den Musterungen und rücken ein? Findet sich denn niemand, der sich lieber von seinen Unterdrückern, seinen Feinden als von seinen Freunden und Befreiern (verstehe Russen) töten läßt?“

Auch äußerte Masaryk seine Empörung über das Verhalten des Prager Bürgermeisters, Dr. Gros, nannte denselben den größten Feind der Nation. Gros soll an den offiziellen Huldigungen und Ovationen nicht teilnehmen, sondern lieber trachten, daß die städtische Autonomie durch Militär- oder Staatsgewalt abgelöst werde.

Auch wunderte sich Masaryk, daß bei der Hausdurchsuchung in der Redaktion der „Národní Listy“ kein Volksaufstand entstanden sei.

Er verabschiedete sich mit dem Troste, keine Sorge für die Zukunft zu haben, mit den Worten: „Ich habe von der englischen Regierung bindende Versprechungen, daß der Krieg für die Ententemächte siegreich enden müsse (!) und daß wir als freie Bürger in die Heimat zurückkehren werden. England hat noch nie einen Krieg verloren und kann und wird sich jederzeit soviel Soldaten als es braucht, kaufen.“ (!) Ein echter Freiheitsmann!

Masaryk, welcher in den Schweizer tschechischen Kreisen als der Präsident des zukünftigen tschechischen Staates angesehen wird, arbeitet im großen Stile und mit voller Energie für die Sache. Er besitzt im Hotel Richmond einige Arbeitsräume mit vielen Werken, Zeitungen, Broschüren usw., hat für die einzelnen Länder wie England, Frankreich, Rußland usw., einige Fächer, einen Empfangssalon eingerichtet.

Dr. Sychrava erzählte, daß Masaryk zur Zeit an den Gesetzen für den zukünftigen tschechoslawischen Staat arbeite und daß Masaryk und Sychrava wiederholt mit Denis Konferenzen abhalten.

Masaryk vertritt offiziell die revolutionäre tschechische Partei im Auslande, er ist der einzige tschechische, im Auslande weilende Abgeordnete und steht in direkter Verbindung mit dem tschechoslawischen Nationalrat in Paris und mit sämtlichen Vertretern der tschechoslawischen Nationalräte sowohl der neutralen als auch feindlichen Staaten.

Dr. Sychrava ist nebenbei der beständige Berichterstatter der „L'indépendance tchèque“ und „La Nation tchèque“ und besorgt, da Masaryk nur sehr selten ausgeht, sämtliche auswärtige Angelegenheiten, Übersetzungen aus fremden Sprachen 2c.

Sie erhalten sämtliche in Österreich-Ungarn erscheinenden maßgebenden Tagesblätter sowie die des Auslandes 2c. und Sychrava verwendet das daraus geschöpfte Material sowohl für die zwei oben erwähnten Zeitschriften als auch für die Auslandspresse, wobei er, wie erwiesen ist, alles in einem die Monarchie schädigenden Lichte schildert und auf die Vernichtung derselben abzielt.

Sychrava sagte, daß sie (Masaryk und Sychrava) täglich wiederholt mit Böhmen im telegraphischen Verkehre stehen, da die Briefe sehr schlecht ankommen.

Ein gewisser Stepanek, welcher ebenfalls in Genf lebt und in die Politik der dortigen Tschechen eingeweiht ist, erwähnte, daß ein eigenes Nationalgericht eingesetzt wird, welches den Zweck verfolgt, sämtliche Personen, welche sich nach den Begriffen des tschechisch-slawischen Nationalrates vergehen, zu verurteilen; so steht zum Beispiel der Bauer, welcher den aus dem Kriegsgefangenenlager entwichenen Grafen Tolstoi anhielt und dem Gericht übergab, bereits an der schwarzen Tafel geschrieben.

Weiters wird an sämtliche Beamte, dann an Offiziere ein Aufruf mit der Warnung erlassen, die tschechische Nation nicht weiter zu verfolgen, ansonsten sie dem Urteile des Nationalgerichtes verfallen.

Die der tschechischen Nation angehörenden Beamten und Offiziere werden aufmerksam gemacht, daß sie vom Nationalrate von dem den Habsburgern geleisteten Eide der Treue enthoben werden.

Aus den Andeutungen verschiedener Persönlichkeiten (auch ein gewisser Krupička) wurde entnommen, daß wahrscheinlich auf einen, von den tschechischen Kreisen und England ausgehenden Druck die gewaltsame Beseitigung Seiner kaiserlichen Hoheit des Erzherzog-Thronfolgers und auch dessen Sohnes geplant wird.

Ebenso soll auch der Armeeoberkommandant Seine kaiserliche Hoheit Herr Erzherzog Friedrich wegen des über Dr. Kramář und Dr. Scheiner erlassenen Haftbefehles dem Tode verfallen.

Durch die in den Zeitungen „La Nation Tchèque" und „L'indépendance Tchèque" betriebenen Agitation gelang es, die früher vollends mißlungene Anwerbung tschechischer Kriegsgefangener für die serbische Armee auf 4000 Mann in die Front zu bringen und soll außerdem noch eine viel größere Anzahl im Etappenraume usw. verwendet werden.

Über die Grenzkontrolle wird berichtet: „Die am Boden des Koffers liegenden und überbrachten zahlreichen ausländischen Zeitungen und Druckschriften, auf einem Seidenpapier gedruckten und zwischen die Innen- und Außenseiten eines Doppelkuverts gelegte hochverräterische Aufrufe wurden nicht gefunden" (O. Nr. 200, 357).

Die Generalstabsabteilung des k. k. Militärkommandos in Prag berichtet (O. Nr. 1025):

In Genf fanden in der neuesten Zeit Verhandlungen mit Anarchisten statt, unter welchen sich auch ehemalige Arbeiter aus den Skodawerken in Pilsen befanden, wegen eines auf diese Werke geplanten Attentates im großen Stile.

Ein gewisser Stepanek teilte mit, daß diese Aktion noch betreffs des finanziellen Teiles und des Transportes der Sprengstoffe nicht gänzlich abgeschlossen wurde.

Die im Auslande weilenden Tschechen haben sich nunmehr (in drei Parteien) gegliedert, und zwar:

1. Die sogenannte Masaryk-Partei. Masaryk hat bei seiner Abreise in das Ausland von einigen tschechischen Abgeordneten Empfehlungen an französische und englische Politiker miterhalten.

Er verband sich jedoch allmählich mit den Sozialdemokraten und bildete auf die Art eine neue, sogenannte republikanische Partei, welche besonders die volle materielle und moralische Unterstützung der französischen Regierung genießt, sodann stehen hinter ihr alle tschechischen sozialdemokratischen Vereine des Auslandes, die wieder sämtlich mit dem Sekretariate der tschecho-slawischen sozialdemokratischen Partei in Prag organisatorisch zusammenhängen. Die Partei wird auch kräftigst mit Geld unterstützt und durch die Presse der amerikanischen Tschechen und Slowaken gefördert.

Ein eigenes Parteiorgan „Československá Samostatnost" (Tschechisch-slawische Unabhängigkeit) wird in dem Städtchen Annemasse in Frankreich, eine Stunde mit der elektrischen Bahn von Genf, herausgegeben werden und soll die erste Nummer schon am 8. August l. J. erscheinen.

Diese Partei verfügt, wie schon erwähnt wurde, über bedeutende Geldmittel und wird nebstbei durch das französische Blatt „La Nation Tschèque", welches kostenlos an sämtliche Politiker des Vierverbandes versendet wird, propagiert.

2. Partei. Diese umfaßt die „Česká Národni Rada" (Tschechischer Nationalrat) und die mit ihr vereinigten Nationalsozialisten, die Fortschrittspartei, die staatsrechtliche Partei und die tschechischen Vereine in Rußland und in Serbien. Obmann dieser ist der bekannte Koniček-Horský (auch Gorský), sie ist vollkommen russophil und will aus früher angeführten Ländern nicht eine Republik, sondern ein selbständiges Königreich unter einem russischen Prinzen, am meisten wird hier der mit der serbischen Prinzessin Helene verheiratete Großfürst genannt, gründen. Diese Partei genießt auch in Böhmen die meisten Sympathien.

Sie soll in letzter Zeit an Geldmangel leiden, da die bisher zu dem oberwähnten Zwecke aus Rußland an Horský erfolgten Geldunterstützungen ausgeblieben sind.

Diese Partei gibt als Propagationsorgan die Halbmonatsschrift „L'Indépendance tchèque" heraus.

3. Partei. Diese muß als die anglo-amerikanische bezeichnet werden. Führer ist der in England lebende Tscheche Kopetzky. Sie genießt die Unterstützung der englischen Regierung und sind darin einige Vereine der amerikanischen sowie aller europäischen Tschechen vertreten. Sie propagiert die Befreiung, beziehungsweise Losreißung der früher bezeichneten Länder von Österreich mit einem zum Könige erhobenen Prinzen aus dem Hause Cornwallis. Diese Partei erfreut sich vermöge der disponiblen großen Geldmittel und ihrer Verbindung mit den Anarchisten einer bedeutenden Aufmerksamkeit der zwei anderen Parteien, obzwar sie an Mitgliederanzahl die schwächste ist.

Die Beratungen und Sitzungen aller drei Parteien finden bisher gemeinschaftlich statt, es ist jedoch sicher, daß die republikanische Masaryk-Partei mit der russophilen Königspartei Horskýs auseinandergehen und sich trennen müssen. Zu welcher Partei die Fraktion Kopeckýs sich schließlich neigen wird, ist zur Zeit noch nicht bestimmt.

Masaryk, welcher bis zum Rücktritt des Statthalters in Böhmen, Fürsten Thun, ehrenwörtlich verpflichtet war, nicht nach Paris zu fahren, war bereits zweimal in Frankreich und in England.

Der tschechische Nationalrat in der Schweiz verlor das bisherige Recht, Empfehlungen zwecks Erlangung von Reisepässen nach Paris auszustellen, und behielt nunmehr Masaryk das alleinige Privilegium hierzu; nur auf eine Empfehlung Masaryks stellt der serbische Konsul in Genf Petrović einen serbischen Paß, welchen sodann der französische Konsul vidiert, aus und erst dann ist eine Reise möglich (O. Nr. 356.)

Vom Evidenzbureau des k. k. Generalstabes wird unter K. Nr. 10.770 berichtet:

„Sonntag, den 1. August 1915 kamen die aus Paris delegierten Vertreter der Tschechen, Restaurateur Svoboda und der Berichterstatter der „Národni Listy“ und der Redakteur der „L'Indépendance tchèque“ Erkal nach Genf zu Dr. Masaryk.

Am 1. und 2. August fanden in Luzern Beratungen mit den Anarchisten statt und lassen diese im Vereine mit der Ankunft der Pariser Delegierten darauf schließen, daß wichtige Sachen vorbereitet werden.

Auf eine von Prag ausgehende Weisung wird die „Česká národni rada“ (Tschechischer Nationalrat), freilich nur als öffentliche Korporation, aufgelöst. Horský hat das Amt des Präses niedergelegt und diesmal übernimmt ihn offiziell Dr. Masaryk, welcher mit Sychrava und Erkal die ganze Agenda der „Národni - Rada“ weiterführen wird.

„L'Indépedance tchèque“ wird eingestellt und an ihrer Stelle tritt das bereits avisierte republikanische Masaryk-Organ „Československá samostatnost“ (Tschechisch-slawische Unabhängigkeit), für die Diplomaten bleibt auf weiteres „La Nation tchèque“.

Gelder, welche durch Vermittlung des Professors Denis vom französischen auswärtigen Amte, dann von den tschechischen sozialdemokratischen Vereinen aus Amerika einlangen, werden zur Führung der Druckerei in Annemasse verwendet, woselbst sich die Redaktion, aber nur pro forma befindet, während eigentlich alles in Genf geführt und von dort geleitet wird.

Die erste Nummer der „Československá samostatnost“ soll nach den bisherigen Dispositionen mit verschiedenen Flugschriften, Broschüren usw. von Genf, beziehungsweise von Annemasse über Dänemark nach Böhmen versendet werden.

Zuerst sollen die Sachen an Svoboda und nach Paris gehen, dieser expediert sie weiter nach Dänemark und von dort werden sie erst nach Böhmen befördert.

Der Adressat in Dänemark soll dieselbe Persönlichkeit sein, welcher unmittelbar nach Verhaftung des Dr. Kramář ein diesbezügliches Telegramm aus Prag gesendet wurde und welches bereits 20 Stunden nach erfolgter Verhaftung in Paris und in Petersburg einlangte.

Die Masaryk-Partei hat in den stattgefundenen Beratungen den Vorschlag angenommen, daß im Falle der Unmöglichkeit, in Böhmen mit der Republik durchzudringen, wenn die Mehrheit der Nation sich für einen König erklären sollte, auf den Thron einen französischen Prätendenten zu setzen, welcher bereits die Partei unterstützt.

Horský, welcher das Amt des Präses der „Československá národni rada“ (tschechisch-slawischer Nationalrat) niedergelegt hat, nimmt nun den Kampf gegen Masaryk offen auf und ist demselben durch die Herausgabe der Zeitschrift „L'Indépendance tchèque et slovaque“, welche drei Tage früher erfolgte, als es Masaryk beabsichtigte, zuvorgekommen. Masaryk gab daher vorläufig jene Zeitschrift nicht heraus und wird sie, wenn es überhaupt noch dazu kommt, jedenfalls unter einem anderen Namen herausgeben müssen.

Der Redakteur dieses neuen Horský-Parteiblattes ist der bekannte Professor Dr. Vitěslav Stepanek, welcher zur Zeit in Genf lebt.

Horsky erhielt Geld aus Rußland und auch von einer jüdischanarchistischen Partei, deren Führer ein gewisser Wedeles, ein bekannter Pariser Nabob sein soll. Stepanek erhielt Geld von Vergun aus Petersburg.

Durch die sich steigernden Parteistreitigkeiten der einzelnen Führer, welche sich gegenseitig nicht nur in Bern, sondern auch in Paris bei den Behörden anschwärzen, haben sich die Verhältnisse für die Monarchie günstig gestaltet. Wie ein Blitz wirkte die Erklärung des schweizerischen Bundesrates, keine weitere Propaganda für die tschechische Unabhängigkeit in der Schweiz zu dulden und Zuwiderhandelnde mit der Landesausweisung zu strafen. Nichtsdestoweniger sind einige darauf vorbereitet, daß im Kanton Genf dieses Verbot nicht strenge gehandhabt wird. Es wurde jedoch, um allen Eventualitäten zu steuern, bereits eine Petition an die französische Regierung gerichtet, jeden an einen Tschechen lautenden Ausweisbefehl als genügende Legitimation zur Reise nach Frankreich anzuerkennen. Horský und Sichrava haben vom Grafen von Lützow einen Betrag zu Agitationszwecken erhalten. Redakteur Erkal fährt im Auftrage des jungtschechischen Sekretariates in Prag und auch des Masaryk, welcher sich dem Wunsche dieser Körperschaft unterstellt (seine eigenen Worte), nach Rußland: (O. Nr. 398.) (Vergleiche auch O. Nrn. 155, 305, 465, 359.)

Ein Missionsbericht vom 1. April 1915 zu Nr. 1041 enthält folgende Meldung:

„Unter den in der Schweiz wohnhaften Tschechen besteht tatsächlich eine gegen die Integrität der Monarchie gerichtete, gierig betriebene Propaganda. So hat auch erst kürzlich in Bern ein Kongreß der Tschechen stattgefunden, an welchem die Veröffentlichung eines separatistische Ziele verfolgenden Manifestes beschlossen wurde. Der Sitz der Organisation in der Schweiz dürfte sich in der mit der slawischen Sache sympathisierenden Westschweiz, und zwar in Genf befinden. Es haben sich nämlich in Basel wohnhafte Tschechen, die wegen ihrer Teilnahme am tschechischen Kongreß in Bern

seitens der Bundesanwaltschaft überwacht worden sind, als sie dies merkten, schleunigst von hier nach Genf begeben, sei es um dort Verhaltungsmaßregeln einzuholen oder weil sie sich in der Westschweiz in größerer Sicherheit fühlen.

Wie in allen größeren Städten der Schweiz, so besteht auch in Basel ein tschechischer Verein (Beseda), der eigentlich nur geselligen Zwecken dienen sollte. In diesen Vereinen wird jedoch stets viel Politik betrieben. Man hat behufs Aufbringung eines Fonds zu nationalen Zwecken Marken zum Ankauf herumgeboten und auch Subskriptionen gesammelt."

In welch engen Beziehungen tschechische Politiker schon in Friedenszeiten zu französischen Kreisen gestanden sind, erhellt aus den nachfolgenden Angaben:

Der französische

Vizekonsul Baron de Camas

ist im Jahre 1913 von Prag nach Basel versetzt worden. Er erzählte hier dem Kanzleisekretär Honda, in dem er einen der slawischen Sache ergebenen Kroaten erblicken zu können glaubte, daß das französische Konsulat in Prag während der Krise im Jahre 1912/13 die wertvollsten Informationen über politische Vorkommnisse in der Monarchie, Truppendislokationen 2c. von tschechischen Politikern erhalten hat. Besonders eifrig soll dort der Abgeordnete Dr. Kramář verkehrt haben. Als man diesen im genannten Konsulate darauf aufmerksam machte, daß er sich durch seine häufigen Besuche leicht kompromitieren könnte, ging Dr. Kramář angeblich auf das Fenster zu, machte dort das Konsulatspersonal auf den vor dem Hause herumstehenden Geheimpolizisten aufmerksam, indem er ihm zum Zeichen eines gegenseitigen Einverständnisses freundlich zuwinkte. (O. Nr. 320, 579. Vergleiche hierzu insbesondere die Korrespondenz O. Nr. 1474, 1517, 1518, 1519, 1520, 113, 67, 120, 1333 und andere.)

Der Gehilfe des Professors Masaryk, Dr. Leo Sychrawa, hat am 6. August 1915 folgendes Rundschreiben erlassen:

„Geehrter Herr, lieber Landsmann!

Vertraulich.

Gewiß ist Ihnen die traurige Lage bekannt, in der sich unser Volk in den tschechischen Ländern befindet. Die tschechischen Regimenter, denen sich keine gegenwärtig Gelegenheit darbot, zu den Russen oder Serben überzugehen, wurden dezimiert. Die politischen Führer der Tschechen wurden in den Kerker geworfen, der Presse wurde der Maulkorb angehängt. Die Wiener Regierung war bestrebt, den Widerstand des tschechischen Volkes gegen diesen von Österreich-Ungarn in verbrecherischer Weise provozierten Krieg durch (allerlei) Schreckmittel zu unterdrücken. Die tschechischen Kolonien im Auslande haben auf diese Gewaltakte mit spontanen Manifestationen ihrer slawischen Gesinnung selbst und durch die Bildung von Freiwilligenlegionen für die Heere der Verbündeten geantwortet. Aber unglücklicherweise konnte die Aktion der Kolonien, welche von den Ereignissen ebenso überrascht wurden wie fast die ganze Welt, nur ungenügend organisiert werden und vermag in keiner Weise den vollständigen Mangel einer Vertretung des tschechischen Volkes bei den Regierungen der verbündeten Staaten zu ersetzen, weil sie ohne Verbindung mit dem Vaterlande ist. Die gegenwärtige Lage erheischt es aber gebieterisch, daß die Gesinnung des tschechischen Volkes, welche aufrichtig slawisch und antiösterreichisch ist, durch wahrhafte politische Repräsentanten unseres Vaterlandes der Öffentlichkeit bekannt gemacht werde, durch Vertreter, die sich bemühen würden, die tschechische Frage auf dem Gebiete der internationalen Politik aufzurollen und welche parallel mit der Propaganda der Kolonien eine planmäßige Aktion zur Errichtung der tschechischen Unabhängigkeit einleiten würden.

Daher haben sich der Präsident, Herr Masaryk, der Vereinigung der ehemaligen unabhängigen Wiener Reichsratsabgeordneten, der seit einigen Monaten im Auslande weilt, und Herr Abgeordneter Dürich, der Präsident der Gesellschaft zur Errichtung tschechischer Komenský-Schulen in Wien, entschlossen, ein tschechisches politisches Komitee zu gründen, wie dies vorher die Jugo-Slawen getan hatten. Dieses Komitee hat bereits ein Manifest vorbereitet, welches das tschechische Unabhängigkeitsprogramm entwickelt und die Sympathien des ganzen tschechischen Volkes für Rußland, Serbien und deren Verbündete zum Ausdruck bringt. Opportunitätsgründe verhindern uns, Ihnen schon heute den Wortlaut dieses Manifestes zu unterbreiten, welches übrigens die Billigung eines jeden ehrlichen und gewissenhaften Tschechen notwendigerweise wird finden müssen. In dieser Überzeugung erlauben wir uns, Sie zu bitten, uns telegraphisch (an die Adresse des Unterzeichneten) den Namen des Vertreters der tschechischen Kolonie in Rumänien mitzuteilen, welcher zum Zeichen des Einverständnisses der Kolonie mit der eingeleiteten Aktion den Unterschriften der Herren Masaryk und Dürich, welche an der Spitze des Komitees stehen werden, auf dem Manifest folgen könnte. Gleichzeitig teilen wir Ihnen mit, daß gegen Ende dieses Monats in Annemasse eine zweimal monatlich gedruckte, in tschechischer Sprache herausgegebene Zeitschrift „Československá Samostatnost" zu erscheinen beginnen wird, welche als Organ der politischen Flüchtlinge über die Vorgänge in Böhmen in den tschechischen Kolonien der verschiedenen Länder und in der politischen Welt

im allgemeinen Aufschluß erteilen wird. Zuschriften an die Schriftleitung und an die Verwaltung dieses Blattes mögen an die Buchdruckerei Grandcamp in Annemasse, Haute Savoi, Frankreich, (für die „Československá Samostatnost") gerichtet werden.

Adresse: An den Präsidenten der tschechischen Gesellschaft „Beseda". Nananina, Bukarest.

In französischer Sprache geschrieben, um die Zensur zu erleichtern. (O. Nr. 454, 425.)

Das unter O. Nr. 454 erliegende Elaborat „Das unabhängige Böhmen" (abgedruckt S. 120), wurde ebenfalls in der Schweiz zustande gebracht und bildet einen der untrüglichsten Beweise wissenschaftlicher Begründung der Losreißungsbestrebungen in der Monarchie selbst oder in der nächsten Nachbarschaft und damit einen Beweis der vollsten Ernstlichkeit des Strebens nach dem selbständigen tschechischen Staat in führenden Kreisen. (Vergleiche O. Nr. 1229.)

Aus dem Schreiben, dessen Versendung und dem ganzen Inhalte geht hervor, daß die Beziehungen überallhin aufrechterhalten wurden."

Dies aus der erwähnten Unteilsbegründung. Heute, nach den Eingeständnissen der Tschechen und ihrem offenen Verlangen nach dem „souveränen" tschechischen Staat sieht man erst, wie richtig und scharfsinnig darin schon damals die seinerzeit ja noch abgeleugnete Wahrheit erkannt wurde.

Im Zusammenhange mit dieser Schilderung der Bewegung unter den Tschechen im Auslande muß man besonders eine Persönlichkeit und ihre Helfershelfer etwas näher betrachten.

Es wurde bereits gesagt, daß im Frühjahr 1915 die republikanische Richtung unter den Tschechen im Auslande immer mehr an Bedeutung gewann. Hierüber sagt die Anklageschrift gegen Hajek, Olič und Genossen folgendes*): „Die Ursache hiervon liegt teils in den glänzenden Erfolgen unserer Armee im Frühjahre 1915, dank welcher die Eroberung Böhmens durch die russischen Waffen für jeden halbwegs nüchternen Beobachter aus dem Bereiche der Möglichkeit ausschied, teils in dem Eingreifen eines Mannes, der sich mit dem ganzen Gewichte seiner Autorität für die republikanische Richtung einsetzte, und der, dank seiner unbestreitbaren Begabung, dank der Verbindungen, die er schon früher im Auslande mit Gelehrten und Politikern angeknüpft hatte, geradezu als Führer der hochverräterischen Tschechenbewegung im Auslande zu bezeichnen ist. Es ist dies der Reichsratsabgeordnete und Professor der Prager tschechischen Universität, Dr. Thomas

Masaryk.

Die traurige Berühmtheit, die dieser zukünftige Präsident der tschecho-slowakischen Republik, wie er von seinen Anhängern genannt wurde, durch seinen Verrat am Vaterlande erlangt hat," die engen Beziehungen zu zahlreichen wegen Hochverrats Angeklagten rechtfertigen, daß die ganze umfassende

V. f).

Tätigkeit des Professors Masaryk

von dem Beginne seiner Tätigkeit an ausführlicher behandelt wird.

Zunächst sei aus der erwähnten Anklageschrift einiges über sein

Verhalten vor dem Kriege

angeführt. Er „wurde am 7. März 1850 in Göding als Sohn des Herrschaftsdieners Josef Masaryk geboren. Nach Absolvierung der Mittelschule, und zwar des deutschen Gymnasiums in Brünn, dann des akademischen Gymnasiums in Wien, oblag er seinen Studien an der Wiener Universität, an der er im Jahre 1876 zum Doktor der Philosophie promoviert wurde. Noch zwei Jahre benützte er zur weiteren Ausbildung an der Universität in Leipzig, bis er 1878 eine Supplentur am Leopoldstädter Gymnasium in Wien erhielt und als Privatdozent an der Wiener Universität zugelassen wurde. Deutsche Erziehungs- und Bildungsanstalten waren es also, denen er seine Entwicklung zu verdanken hatte. Im Jahre 1882 wurde er zum außerordentlichen Professor an der tschechischen Universität in Prag ernannt, wo er bis zu seinem endgültigen Abgange aus unserer Monarchie seit 1899 als ordentlicher Professor wirkte.

Die wissenschaftliche Bedeutung Masaryks war auch außerhalb der Grenzen unserer Monarchie anerkannt. Seine Sprachkenntnisse boten ihm die Möglichkeit, bei seinen wiederholten Reisen ins Ausland mit der ausländischen Gelehrtenwelt in persönliche Fühlung zu treten. Neben häufigen Reisen nach Deutschland und Italien fuhr er zu politischen Zwecken mehrmals nach Serbien und weilte dreimal in Rußland, wo er unter anderem auch mit Tolstoi zusammentraf; im Jahre 1901 unternahm er eine Studienreise nach England; dreimal war er in Amerika, wo er 1878 zu Brooklyn eine Amerikanerin heiratete. Im Jahre 1902 hielt er Vorlesungen an der Universität in Chicago, 1907 nahm er am Kongresse für freie Religion in Boston teil und hielt anschließend daran eine Vortragstournee in mehreren amerikanischen Städten.

Die Lehrkanzel Masaryks in Prag bildete nicht nur für die tschechische, sondern auch für die südslawische Jugend einen interessanten Anziehungspunkt. Der Einfluß, den Masaryk nicht nur durch seine wissenschaftliche Bedeutung und seine zu selbständigem Denken anregende Vortragsweise, sondern auch durch seine Leutseligkeit, sein Verständnis für die Bestrebungen der Jugend auf die Studentenschaft erlangte, machte ihn zum Freund und

*) Anklageschrift Seite 17 ff.

Berater der ganzen slawischen Studentenschaft, die wieder in ihm ihr Vorbild und Ideal erblickte. Dadurch ist es erklärlich, daß seine Ideen, zum Teil unbewußt, auch in Kreisen weiterlebten, die sich später von ihm scheinbar abwandten, ja sogar eine gegnerische Haltung ihm gegenüber einnahmen.

Die Anfänge der politischen Betätigung Masaryks reichen in die achtziger Jahre zurück, wobei jedoch nicht außeracht gelassen werden darf, daß die von ihm begründete „realistische“ Bewegung zunächst eine wissenschaftliche und kulturelle war und erst in zweiter Linie auch politische Bedeutung erlangte. In letzterer Beziehung läßt sich das Ziel der realistischen Bewegung im wesentlichen dahin charakterisieren, daß sie gegenüber der auf Autoritätsglauben basierten Herrschaft der Alt- und Jungtschechen das Recht der freien Kritik in Anspruch nahm. Nur das Streben nach einer „realen“, das heißt von überlieferten Vorurteilen befreiten Betrachtung der Dinge sollte in diesem Namen der Bewegung zum Ausdrucke kommen, keineswegs darf er mit Materialismus verwechselt werden. Im Gegenteil, das Parteiprogramm enthielt zum größten Teil idealistische Forderungen und war daher von vornherein nicht auf die großen Massen zugeschnitten. Die Anhänger der realistischen oder, wie sie sich später nannte, der fortschrittlichen Partei waren daher zum allergrößten Teil Intellektuelle. Getreu diesem seinem Programme trat Masaryk schon in den achtziger Jahren in die Öffentlichkeit, indem er die später allseits anerkannte Behauptung aufstellte, daß die Königinhofer Handschrift eine Fälschung sei. Dieser unter den damaligen politischen Verhältnissen außerordentlich kühne Angriff führte zu erbitterten Kämpfen, in denen Masaryk als Volksverräter, der sich an den Heiligtümern der Nation vergreife, aufs heftigste befehdet wurde. In ähnlicher Weise nahm er auch gegen eine Überschätzung des sogenannten tschechischen Staatsrechtes Stellung, wodurch er gleichfalls in Gegensatz zu den führenden tschechischen Parteien kam, und suchte die nationalen Ansprüche des tschechischen Volkes weniger aus historischen Privilegien, als aus der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des Volkes herzuleiten. Die Absicht Masaryks war ursprünglich überhaupt nicht auf die Gründung einer selbständigen politischen Partei, als vielmehr auf die Neubelebung des politischen Lebens durch die Annahme seiner Grundsätze seitens der bestehenden politischen Parteien gerichtet. Auf diesem Wege schien ihm im Jahre 1890 ein Erfolg zu winken, als die Jungtschechen die wichtigsten realistischen Programmpunkte annahmen, worauf die Realistenführer Masaryk, Kaizl und Kramář in den jungtschechischen Exekutivausschuß eintraten und im Jahre 1891 auf das jungtschechische Programm in den Reichsrat gewählt wurden. Aber diese Freundschaft war nicht von langer Dauer. Schon 1893 trat Masaryk aus der jungtschechischen Partei aus, und sieben Jahre später erfolgte die Gründung einer selbständigen politischen Partei, welche den Namen „tschechische Volkspartei“ erhielt, und deren Organ die Zeitung „Čas“ wurde. 1905 entstand durch Vereinigung der Volkspartei mit einem Teil der staatsrechtlichen Fortschrittspartei die „tschechische Fortschrittspartei“. Die Partei als solche war an Zahl ihrer Vertreter in den öffentlichen Körperschaften stets eine der schwächsten und erhielt ihre Bedeutung nur durch die Persönlichkeit ihres Führers Masaryk, der zuletzt im Jahre 1911 mit Unterstützung der Sozialdemokraten, denen die realistische Partei politisch sehr nahe stand, im Bezirke Wallachisch-Meseritsch in den Reichsrat gewählt wurde.

Von besonderer Bedeutung in der politischen Tätigkeit Masaryks war sein in weiten Kreisen aufsehenerregendes Auftreten anläßlich des sogenannten Agramer Hochverratsprozesses im Jahre 1908 und des Ehrenbeleidigungsprozesses der Mitglieder der serbisch-kroatischen Koalition im kroatischen Landtage gegen den Schriftsteller Dr. Friedjung. In beiden Prozessen handelte es sich um die großserbische Propaganda auf dem Gebiete unserer Monarchie. Der erstgenannte Prozeß bot Masaryk Gelegenheit zur Einbringung eines Dringlichkeitsantrages im österreichischen Abgeordnetenhause, den er in ausführlicher Rede begründete. Im Verlaufe dieser Rede richtete er die heftigsten Angriffe gegen die am Prozesse beteiligten richterlichen Funktionäre und stellte das Bestehen einer großserbischen Bewegung auf österreichischem Gebiete überhaupt in Abrede. Er verstieg sich hierbei, was in Anbetracht seiner gegenwärtigen Tätigkeit nicht uninteressant ist, auch zu der Behauptung, daß der Begriff des Hochverrates, mit Rücksicht auf die modernen staatsrechtlichen Anschauungen, jede praktische Bedeutung verloren habe. Auch im Friedjungprozesse nahm er zugunsten der Privatankläger Stellung. Im Verlaufe dieser Verhandlung, die am 9. Dezember 1909 vor dem Wiener Geschwornengerichte begann und am 22. Dezember mit einem Vergleich endete, wurde Masaryk als Zeuge vernommen. In seiner Aussage bestritt er gleichfalls das Bestehen eines Geheimbundes in Serbien und behauptete, die berüchtigte „Narodna obrana“, welche später eine so traurige Berühmtheit erlangte, sei nur zur Verhinderung(!) von Demonstrationen in Belgrad anläßlich der Annexion Bosniens und der Erhebung Bulgariens zum Königreich gegründet worden; weder auf österreichisch-ungarischem Gebiete, noch in Bosnien gäbe es eine bezahlte großserbische Propaganda. Masaryk behandelte den Prozeß in einer Broschüre, betitelt „Vasic-Forgach-Aehrenthal“, in der er die österreichische Gesandtschaft in

Belgrad der Urkundenfälschung und den damaligen Minister des Äußern, Grafen Aehrenthal, der Mitwissenschaft beschuldigte. Die Annahme, daß Masaryk in beiden Fällen in gutem Glauben gehandelt habe, läßt sich bei Berücksichtigung aller späteren Ereignisse wohl schwer aufrechterhalten". . . „Die Tatsache allein, daß Masaryk die erwähnte Schmähschrift gegen Forgach und Aehrenthal gleichzeitig in serbischer Sprache in Belgrad erscheinen ließ, gibt zu denken. Die folgenden Ereignisse haben, wie allgemein bekannt, auch dargetan, daß eine großserbische Bewegung, und zwar eine von größter Ausdehnung und Gefährlichkeit tatsächlich in unserer Monarchie bestanden hat, obwohl sie Masaryk, der über serbische Verhältnisse und die Ziele der serbischen Politik gewiß ausgezeichnet unterrichtet war, so entschieden in Abrede stellte.

Daß er sich tatsächlich über die Organisation der „Narodna obrana" und über die unserer Monarchie seitens der großserbischen Bewegung drohende Gefahr nicht im Unklaren war, ergibt sich aus einem Briefe des serbischen Hauptmannes Milan Pribicevic vom 30. Mai 1910 und aus dem Briefe, den Masaryk am 28. Juni 1914, unmittelbar unter dem Eindrucke der Ermordung unseres Thronfolgers an den Berichterstatter des „Čas" in Wien, Hlavač, richtete, in dem er, ohne ein Wort der Entrüstung oder der Mißbilligung, mitteilt, daß er das Attentat erwartet habe. Wessen Interessen Masaryk bei seinem Auftreten anläßlich der beiden Prozesse am Herzen lagen, geht auch aus einem Briefe an seinen Freund, den tschechischen Dichter Machar, vom 21. Mai 1911 hervor. In diesem beklagt er sich über die angeblich schwächliche Unterstützung seitens der dalmatinischen Serben und Kroaten in seinem Kampfe gegen Aehrenthal und fährt dann wörtlich fort:

„Und hauptsächlich, wie in Serbien Milovanović es elend geführt hat; nicht nur, daß er mit Forgach über einen Handelsvertrag verhandelte, durch den Serbien nichts bekommt und den Serbien nicht mehr braucht, als Österreich; er hat aber zugelassen, daß auch der König in seine, respektive Aehrenthals Politik verwickelt wurde."

So kann wohl nur jemand schreiben, der mit seinem ganzen Fühlen und Denken auf der Seite Serbiens und nicht auf der Österreichs steht. Wenn es anläßlich seines damaligen Auftretens niemand wagte, seinen guten Glauben und seinen Patriotismus ernsthaft anzuzweifeln, ist dies auf den Ruf Masaryks als besonnenen und gemäßigten (!) Politikers zurückzuführen. Diesen Anschein wußte sich Masaryk auch in der tschechischen Politik zu geben. Die Haltung, die er gegenüber dem im

Neoslawismus

verkörperten Panslawismus einnahm, mußte diesen Eindruck verstärken. Tatsächlich hatte Masaryk für diese Bewegung, obwohl er selbst die Forderung der Kulturgemeinschaft aller Slawen vertrat, nichts übrig. Er nahm zwar am Prager Kongresse im Jahre 1908, auf dem der Neoslawismus begründet wurde, teil, verhielt sich jedoch vollkommen zurückhaltend. Später hat er den Neoslawismus auch ausdrücklich abgelehnt. Die Erklärung dafür liegt darin, daß er mit seinen demokratischen Ideen dem offiziellen Rußland, in dem er ganz richtig die Vertretung der Reaktion erblickte, feindlich gegenüberstand. Diese Haltung Masaryks gegenüber dem Neoslawismus ist auch ein Beweis dafür, daß er die wahre Natur dieser Bewegung richtig erkannte und überzeugt war, daß es sich dabei nicht um die als Ziel des Kongresses vorgeschützte kulturelle Annäherung der slawischen Völker, sondern um die Leistung politischer Vorspanndienste für die russische Regierung handelte. Seinen Ideen entspricht ungefähr ein Aufsatz aus dem ihm nahestehenden „Časopis českého studenstva" (Zeitschrift der tschechischen Studentenschaft) vom 19. Juni 1891, in dem es heißt:

„Die in jenem Artikel der „Národni Listy" geäußerten Ideen repräsentieren die Ideen einer bei uns zahlreichen russophilen, oder sagen wir panrussischen Schule in dem Sinne, daß sie alles, was russisch ist, preisen und daß es bei ihnen schön ist, die Regierung und die Beamtenschaft und vielleicht auch Sibirien und die von den Russen an einigen Nationalisten begangene Gewalt, welche wir bei den Deutschen und den Magyaren in Ungarn, als unliberal, ja als barbarisch verdammen."

Es wäre aber verfehlt, Masaryk als Austroslawisten, das heißt als Politiker anzusehen, der ehrlich bestrebt war, die slawische Frage im Rahmen des österreichischen Staatsgedankens zu lösen. Wohl wußte er sich auch bei seinen Gegnern diesen Anschein zu geben, aber es ist nicht nur sein Verhalten im gegenwärtigen Kriege und seine bereits besprochene Stellungnahme anläßlich der serbischen Hochverratsprozesse, welche einen Rückschluß auf seine damaligen wahren Absichten zulassen. Auch aus seinem

Briefwechsel mit Dr. Kramář

ergibt sich unzweideutig, wie er über die Dynastie und Österreich dachte. So schreibt er in dem Briefe vom 5. Jänner 1898:

„Sie sind gründlich nach rechts gekommen! Ich habe eine einzige psychologische Erklärung (lange habe ich darüber nachgedacht), daß Sie Vertrauen, ja geradezu Liebe zur Dynastie gewonnen haben. . . Ich teile dieses Vertrauen nicht und deshalb scheine ich Ihnen „ordentlich links" zu stehen."

Noch deutlicher ist der Brief vom 9. Jänner 1899, in dem es heißt:

„Hauptsache, Sie haben Angst um Österreich! Ich nicht. Palacký sagte: Wir waren und werden

vor und nach Österreich sein. Aber wenn es bei Palacký nur eine Phrase war — ich will, daß es eine Tatsache werde. (Es gibt auch solche Tatsachen.)"

Schon im Jahre 1899 dachte also Masaryk an ein selbständiges böhmisches Staatswesen außerhalb unserer Monarchie. Daß dieses Ziel nicht auf friedlichem Wege, sondern nur als Folge eines für Österreich unglücklichen Krieges erreicht werden konnte, darüber konnte Masaryk nicht im Zweifel sein. Daraus erklärt sich sein

Verhalten nach Ausbruch des Krieges,

durch welches er die Erfüllung seines Traumes näher gerückt glaubte. Wohl konnte er, solange er sich im Inlande befand, die Maske nicht völlig abwerfen, aber die von ihm eingenommene Haltung, die aus seinen später aufgefundenen Notizen klar wurde, läßt den letzten Zweifel an seiner wahren Gesinnung schwinden. Im Prozesse gegen Dr. Kramář ist hervorgekommen, daß nach Kriegsausbruch geheime Konferenzen einer Anzahl tschechischer Parteiführer stattgefunden haben, an denen auch Masaryk teilgenommen hat. Er hielt auch am 1. Oktober 1914 eine Besprechung mit mehreren national-sozialistischen Abgeordneten ab*), bei welcher das Verhalten der tschechischen Führer während der erwarteten Besetzung Böhmens durch die russische Armee besprochen wurde. Der Zweck dieser Beratung wird noch verständlicher, wenn man das Ziel Masaryks, die Schaffung eines auch gegenüber Rußland selbständigen Böhmens, bedenkt. Der damals erwartete Einmarsch der russischen Armee hätte eben nach seiner Ansicht zwar die „Befreiung von der österreichischen Herrschaft", aber auch die Schwierigkeit gebracht, die „Befreier" wieder los zu werden. Rußland war ihm nicht, wie den Russophilen, Zweck, sondern nur Mittel zum Zweck. Darum legte er in dieser Beratung das Hauptgewicht darauf, daß die Sache vom tschechischen Programm aus beurteilt werde und daß man sich nicht nur auf die Russen verlasse, wie es in seinen Aufzeichnungen wörtlich heißt. Er befürchtete offenbar, daß das Übergewicht der russophilen Kreise in Böhmen Verhältnisse schaffen könnte, aus denen ein Zurück zur vollen staatlichen Selbständigkeit Böhmens nicht mehr möglich wäre. Damit in Übereinstimmung ist auch ein Satz in den Aufzeichnungen über ein Gespräch am folgenden Tage mit dem Abgeordneten Dr. Stransky:

„Die Russen, geographisch, kulturell uns fremd, wie könnten wir ein Teil Rußlands sein?"

Ähnliche schlagwortartige Aufzeichnungen in seinen zurückgelassenen Schriften betreffen seine

*) Choc, Buřival, Fresl, Vojna und Netolický.

Unterredung mit dem damaligen Statthalter Böhmens, Fürsten Thun,

vom 2. Oktober 1914, bei welcher er die passive Haltung, die das tschechische Volk dem Kriege gegenüber einnahm, verteidigte. Alle tschechischen Parteien hätten ein slawisches Programm; auch er selbst habe slawische Sympathien, namentlich russische, werde aber nicht für den Zarismus und für die zarische Politik sein. Er schloß nach seinen Aufzeichnungen das Gespräch mit der bezeichnenden Wendung, er nehme an, daß er auch in dem verstanden worden sei, was er nur angedeutet habe.

Im Dezember 1914 entschloß sich Masaryk, um eine wirksamere Propaganda gegen Österreich entfalten zu können,

seine Tätigkeit im Ausland,

und zwar in der Schweiz fortzusetzen. Diese Reise scheint das Resultat eines Beschlusses in den bereits erwähnten geheimen Konferenzen gewesen zu sein, denn es wird später in verschiedenen ausländischen Zeitungen darauf hingewiesen, daß Masaryk im Auftrage der maßgebenden tschechischen Parteiführer und mit ihren Vollmachten ausgestattet, ins Ausland gekommen sei, um von hier aus die tschechische Sache wirksam zu fördern. In dem Organe Masaryks, der in Annemasse in Frankreich erscheinenden „Československá Samostatnost" heißt es ausdrücklich, daß „Professor Masaryk einzig und allein mit dem Gedanken Prag verließ, um sich in der Fremde der politischen Aktion für unser tschechisches (Landesverrats-) Programm zu widmen." „Anfänglich hatte er beabsichtigt" — fährt der Artikel fort — „vor seiner Abreise auf die Professur zu verzichten, mit der Begründung, daß er nicht mit dem Kriege und der österreichischen Politik einverstanden ist, und hatte auch schon ein Telegramm aufgesetzt, womit er seinen Entschluß der Regierung anzeigen wollte. Nur aus taktischen Gründen unterließ Professor Masaryk diesen Schritt."

Auf Seite 75 fährt die erwähnte Anklageschrift fort:

„Alles in allem läßt sich sagen, daß die Schweizer Tschechen, deren frühere Tätigkeit bereits geschildert wurde, aus sich allein heraus wohl kaum imstande waren, ihrer staatsfeindlichen Agitation einen für Österreich besonders bedrohlichen Charakter zu geben. Ihren Führern mangelte vor allem die nötige Bildung und politische Reife, und sie standen auch nicht auf einer sozialen Stufe, die es ihnen ermöglicht hätte, mit einflußreichen Personen des feindlichen Auslandes in unmittelbare Verbindung zu treten. Wohl waren es eifrige und entschlossene Agitatoren, die jedoch, um im Interesse der hochverräterischen Bewegung erfolgreich tätig sein zu können, der Leitung durch umsichtige,

politisch gebildete Führer bedurften. Solche fanden sich nun in der Person des Professors Masaryk und seiner Helfer, des nationalsozialistischen Advokaturskandidaten Dr. Leo Sychrava, der im September 1914 in der Schweiz erschien, des Professors an der tschechischen Handelsakademie in Prag, Dr. Siegfried Stepanek, und seit Mai 1915 auch des tschechisch agrarischen Reichsratsabgeordneten Josef Dürich, des Präsidenten der Gesellschaft zur Errichtung tschechischer Komenský-Schulen in Wien.

Das Eingreifen dieser Personen verlieh der tschechischen Bewegung in der Schweiz erst ihre besondere Gefährlichkeit.

In der

erften Zeit seines Schweizer Aufenthaltes

trat Professor Masaryk noch nicht öffentlich hervor und scheint sich auf die Fühlungnahme mit auswärtigen Politikern und Publizisten, mit denen er zum großen Teil schon von früher her bekannt war, und auf Vorarbeiten für sein öffentliches Auftreten beschränkt zu haben, die Verbindung mit den Schweizer Tschechenkreisen überließ er vorerst dem bereits erwähnten Dr. Leo Sychrava, der sein ergebener Helfer war und bei ihm die Dienste eines Sekretärs versah. Begünstigt wurde diese verborgene Tätigkeit Masaryks dadurch, daß ihm mit Rücksicht auf seine anscheinend stets maßvolle und dem Interesse des Gesamtstaates dienende Politik niemand die Beteiligung an einer hochverräterischen Bewegung zumuten konnte." (!) „Sein späterer offener Verrat war daher auch für alle nichteingeweihten Kreise eine

Überraschung.

Überdies beobachtete er im Anfang für seine Person besondere Vorsicht. Aber schon in der ersten Zeit hat er gezeigt, wie wenig ihn Gewissenszweifel bei der Auswahl der Mittel zur Verfolgung seiner staatsfeindlichen Zwecke beschwerten. Ein Mann von seiner wissenschaftlichen Bedeutung und sozialen Stellung, ein Mann, dessen persönliche Ehrenhaftigkeit auch seine erbittertsten politischen Gegner kaum jemals ernsthaft anzuzweifeln wagten, trug kein Bedenken, gemeine Spionagedienste für die russische Regierung zu verrichten und Nachrichten über Munitionserzeugung und Truppenbewegungen in Österreich, die er von tschechischen Agenten erhalten hatte, den russischen Militärattaché in Bern mitzuteilen. Der österreichische Militärattaché gelangte auch in Kenntnis eines

Telegrammes,

das der russische Attaché am 29. März 1915 aufgegeben hatte, und in dem der Durchzug deutscher Truppen durch Prag gemeldet und hervorgehoben wurde, daß es sich um eine „Nachricht von böhmischen Agenten, mitgeteilt von Professor Masaryk" handle. Auch mit dem russischen Konfidenten Sviatkovski und dem Leiter der russischen Spionagestelle in Genf, Iwanoff, stand Masaryk in reger Verbindung. Eine solche Handlungsweise, die Verrichtung von

Spionagediensten

zum Nachteile des eigenen Vaterlandes, dem er seine ganze gesellschaftliche und wissenschaftliche Stellung verdankte, bezeichnet bei einem Menschen, der sich stets als den berufensten Hüter sittlicher Ideale aufspielte, wohl die tiefste Stufe des moralischen Verfalles.

Um dieselbe Zeit hatte Masaryk auch eine Zusammenkunft mit dem ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Bourgeois, der ihn in Genf aufsuchte.

Sychrava, die rechte Hand Masaryks, war inzwischen an dem weiteren Ausbau der hochverräterischen Bewegung unter den Schweizer Tschechen tätig. So nahm er an der grundlegenden

Versammlung der Schweizer Vereine am 3. Jänner 1915 in Bern

teil, bei welcher auch Rudolf Kepl als Delegierter der Pariser Tschechen anwesend war. Bei dieser Versammlung, deren Vorsitz der Obmann des Berner Vereines, Josef Buliček, führte, machten sich schon die ersten Anzeichen des Gegensatzes zwischen der republikanischen und der zaristischen Richtung geltend, indem ein Redner gegen das Überhandnehmen des „bürgerlichen Einflusses" im Pariser Tschechenvereine sprach. Auch Dr. Sychrava hielt bei diesem Anlaß eine Rede, welche offenbar die Gegensätze ausgleichen sollte. Der bereits genannte Kyjovsky trat für die nationale Selbständigkeit Böhmens, die Verbrüderung und Gleichberechtigung aller Völker ein, und beantragte die Gründung eines Zentralverbandes der tschechischen Vereine in der Schweiz mit Zürich als Vorort und Bern als Versammlungsort, was auch angenommen wurde.

Das nächste Ergebnis dieses Berner Kongresses war ein von Dr. Sychrava verfaßtes

Manifest der tschechischen Vereine in der Schweiz,

in dem erklärt wird, daß sich die Schweizer Tschechen mit vollem Einverständnis und mit voller Begeisterung der Aktion anschließen, welche die tschechischen Gemeinden in Rußland, Frankreich, England und namentlich die Millionengemeinde in Amerika zur Erneuerung der Selbständigkeit der tschechischen Länder (Böhmen, Mähren, Schlesien und der Slowakei) unternehmen. Die tschechische Nation wünsche diesen Krieg nicht und ihr verzweifelter Protest könne nur deshalb von Europa nicht gehört werden, weil er von der österreichischen

Regierung im Keime erstickt worden sei. Schließlich wird der festen Hoffnung auf den Sieg des Dreiverbandes Ausdruck gegeben, aus welchem eine neue Zeit des Rechtes und der Gerechtigkeit auferstehen werde, welche die tschechischen Länder der unheilvollen Unterjochung entledigen, und der tschechischen Nation die ihr durch verfassungswidrige Akte der Dynastie entzogene Selbständigkeit zurückgeben werde.

Im März 1915 brachte die in San Francisco erscheinende Zeitung „Pacificke Listy“ einen Artikel, der nach der Angabe der Redaktion von einem der ersten tschechischen fortschrittlichen Politiker, der gegenwärtig im Auslande weile, stammte. Es ist klar, daß dies nur Masaryk sein kann, für dessen Urheberschaft auch der Inhalt des Artikels, insbesondere die abfällige Beurteilung der inneren Politik Kramář, mit welcher Masaryk nie einverstanden war, spricht. In diesem Artikel wird erklärt, daß das einzige Heil für die Tschechen in einer antiösterreichischen Politik zu finden sei und daß man im Bunde mit Rußland nach Überwindung des österreichischen Marasmus dem deutschen Imperialismus den Todeshieb versetzen müsse. Beziehungen mit der Fremde, Organisation der europäischen und amerikanischen Tschechen und Ausbildung von Soldaten, die vom österreichischen Joche befreit sind, würde die Macht geben, diese herrliche Aufgabe durchzuführen.

Im selben Monate wurde auch in dem Organe der Sokolgruppe „Fügner-Tyrs“, den in Chicago erscheinenden „Borec-americky“, zu Geldsammlungen für die politische tschechische Aktion in Europa aufgefordert und hervorgehoben, daß dieser Appell von einem Manne ausgehe, der seine Ehrlichkeit, seinen Mut und seine Umsicht durch sein ganzes Leben hindurch bewiesen habe. Wenn also auch dieser Mann an die tschechische Selbständigkeit glaube und in diesem Sinne arbeite, wozu dann noch zuwarten. Wenn auch der Name dieses Mannes nicht erwähnt wird, so ist es doch mehr als wahrscheinlich, daß auch hier Masaryk gemeint ist, der ja, wie schon erwähnt wurde, tatsächlich bedeutende Geldsammlungen aus Amerika erhielt.

Um diese Zeit wurde vertraulichen Nachrichten zufolge in Genf ein eigenes

Zentralbureau der revolutionären Ausschüsse für die Losreißung der böhmischen Länder und der Slowakei

gegründet, das auch mit radikalen Kreisen in Böhmen, hauptsächlich mit der staatsrechtlichen und der nationalsozialen Partei in Verbindung stand. Die Seele dieses Bureaus, welches 25 Mitglieder zählte, war wieder das ausführende Organ Masaryks, Dr. Sychrava.

Sychrava nahm auch, offenbar gleichfalls im Auftrage Masaryks, an dem zweiten Kongresse der Schweizer Tschechenvereine in Bern, am 4. und 5. April 1915 teil. Auch bei diesem Kongresse waren Vertreter aus Paris, und zwar Raoul Klepal sowie der Vorstand der Sozialistengruppe „Rovnost“, Anton Vesely, anwesend. Eröffnet wurde die Versammlung von Kyjovsky, geleitet von Josef Linhard. Diesmal traten die Parteigegensätze noch etwas schärfer hervor, wobei Vesely, Linhart und Kyjovsky wiederholt die Notwendigkeit des demokratischen Charakters der auf die Selbständigkeit und Lostrennung Böhmens abzielenden Bewegung betonten. Dr. Sychrava empfahl die Verschmelzung der beiden in Frankreich erscheinenden Zeitungen „L'Indépendance tchèque“ und „La Nation tchèque“, und die Wahl des Professors Denis als Redakteur. Daraus geht hervor, daß die Gründung der letzteren Zeitschrift, deren erste Nummer am 1. Mai 1915 erschien, seitens der Masarykpartei damals schon beschlossen war und daß die Übertragung der Redaktion an Denis auf die Initiative Masaryks zurückzuführen ist. Damit steht es auch im Einklange, daß Masaryk auf den Inhalt und die Richtung dieser hochverräterischen Zeitung bestimmenden Einfluß hatte, wie es sehr bezeichnend in einem Telegramme Amfiteatrovs, des römischen Berichterstatters des „Russkoje slovo“ heißt:

„Masaryk ist rechtzeitig weggefahren und gibt jetzt in Paris die „Nation tchèque“ heraus — eigentlich gibt sie Denis heraus, aber Masaryk arbeitet mit.“

Mit Denis stand Masaryk, wie sich aus der aufgefundenen Korrespondenz ergibt, schon vor dem Kriege in reger Verbindung. Anläßlich des 60. Geburtstages Masaryks hatte Denis auch einen kleinen Aufsatz für die Festschrift geschrieben. Besonders bezeichnend ist der Brief Denis an Masaryk vom 20. Dezember 1905, in dem es heißt:

„Ich bin überzeugt davon, daß wir alle beide, die gleiche Leidenschaft für die Unabhängigkeit des tschechischen Volkes hegen. Und dies erlaubt uns, trotz vielfacher Meinungsverschiedenheiten, zusammenzugehen.“

Die „Indépendance tchèque“ blieb auch nach dem Erscheinen der „Nation tchèque“ noch bis zum August 1915 bestehen, bis die von Sychrava redigierte „Česko slovenská samostatnost“ an ihre Stelle trat.

Nach einiger Zeit nahm Masaryk auch persönlich mit den Schweizer Tschechenkreisen Fühlung, wovon allerdings damals, offenbar über seinen Wunsch, noch nichts in die Öffentlichkeit drang. Er hielt im Frühjahr 1915 in der „Beseda slovan“ in Genf einen Vortrag unter dem Titel: „Böhmen

und der gegenwärtige Krieg", der in der ersten Nummer der Kiewer tschechischen Zeitung „Czeszko Ruskoje Jedinnenie" (tschechisch-russische Einigung) im Juli 1915 erschienen ist. (Vergleiche Seite 158 ff.) In diesem Vortrage hob er den Widerstand der Tschechen gegen den Krieg hervor, betonte, daß alle Tschechen Serbophile und Russophile im besten Sinne des Wortes seien, führte Klage über die Verfolgungen tschechischer Politiker durch die österreichische Regierung, wobei er insbesondere das gegen Cyrill Tusek, einem Mitbeschuldigten im Prozesse Olič, eingeleitete Strafverfahren erwähnte, und richtete zum Schlusse einen Appell an alle im Auslande befindlichen Tschechen, ohne Rücksicht auf die Opfer, mit allen Kräften an der Errichtung des tschecho-slowakischen Staates zu arbeiten. Die von einem gewissen Batetzki verfaßten Begleitworte des Artikels bilden eine erschöpfende Charakteristik der Bedeutung Masaryks für die tschechische Unabhängigkeitsbewegung. Es heißt dort:

„Die Persönlichkeit Masaryks, die große Rolle, die er im tschechischen politischen Leben spielt und seine Gelehrtentätigkeit sind zu gut bekannt, als daß es notwendig wäre, ihn den Lesern vorzustellen. Ich bemerke nur, daß Professor Masaryk fast der einzige große tschechische Politiker ist, dem es gelang, dem scharfen Blicke der österreichisch-ungarischen Polizei zu entkommen, und der, die gegenwärtige Lage vollkommen begreifend, kühn zur Verteidigung seines Vaterlandes auftritt und sich bemüht, die zerstreuten Kräfte der ausländischen Tschechen in ein Ganzes zu organisieren, um sie in das Bett zu leiten, das zum Endziel aller Tschechen führt, zur vollen Befreiung der Tschechen und Slowaken vom deutsch-magyarischen Joche und zur Aufrichtung eines selbständigen tschecho-slowakischen Staates." Professor Masaryk, heißt es weiter, habe in privaten Unterredungen geäußert, daß die Tschechen persönlichen Anteil an dem Kampfe nehmen müssen, indem sie tschechische Legionen bilden oder als Freiwillige in die Ententeheere eintreten, um sich derart eine Stimme auf der Friedenskonferenz zu sichern.

Aus diesen Worten ergibt sich, daß man zu einer Zeit, als man im Inlande von der staatsfeindlichen Tätigkeit Masaryks noch kaum etwas wußte, darüber im Auslande sehr genau informiert war. Wie weit die traurige Berühmtheit übrigens noch zu einem früheren Zeitpunkte reichte, ist einer Notiz der „New-Yorske Listy" vom 5. Mai 1915 zu entnehmen. Dort findet sich nämlich die Mitteilung, daß der schon erwähnte Agitator Konicek-Horsky, der sich damals in Amerika aufhielt, von seiner Frau aus Paris eine Kabeldepesche mit der Ankündigung der Abreise Masaryks nach Amerika erhalten habe. Wenn dies auch nicht in Erfüllung ging, ist die Nachricht doch ein Beweis dafür, welche große Bedeutung man in den Kreisen der ausländischen hochverräterischen Tschechen mit Recht dem Eingreifen Masaryks beilegte.

Sehr genau war man auch in den staatsfeindlichen Kreisen Böhmens über die Tätigkeit Masaryks unterrichtet. Die Tochter des Distriktsarztes von Wallachisch-Meseritsch, Hana v. Kraizs, schrieb am 26. Juli 1915 in einem an den Kriegsgefangenen Terev in Rußland gerichteten Briefe:

„Unser Abgeordneter ist in der Schweiz und arbeitet wie eine Biene für die tschechischen Leute. Er weilte auch außerhalb der Schweiz."

Diese letztere Behauptung stimmt auch mit der Meldung eines Vertrauensmannes aus dem August 1915 überein, der zufolge Masaryk bereits zweimal in Frankreich und England war. Aus einer Meldung der Brünner Polizeidirektion geht hervor, daß in Wallachisch-Meseritsch die hochverräterische Tätigkeit Masaryks anfangs August 1915 gerüchtweise allgemein bekannt war.

In die volle Öffentlichkeit

trat Masaryk zu Beginn des Monats Juli 1915, als die 500. Wiederkehr des Todestages Hus' von den Tschechen im Auslande allenthalben zu antiösterreichischen Feiern benutzt wurde. Hus galt in diesen Kreisen vornehmlich als der erste Revolutionär gegen die österreichische Herrschaft und als der Repräsentant der tschechischen Idee gegen die österreichische, welche angeblich den Klerikalismus verkörpert. In diesem Sinne hielt auch

Masaryk bei der Husfeier in Zürich

am 4. Juli 1915 die Festrede, in der er sagte:

„Zwischen der tschechischen und der österreichischen Idee, die bei uns gewaltsam mittels der Gegenreform durchgeführt wurde, ist eine Versöhnung nicht möglich . . . Hoffen wir, daß dieser große Weltkrieg auch unsere Nation zur Freiheit führt und daß wir nach dem Programme aller tschechischen Parteien die tschechische Selbständigkeit erleben, nach den Worten Palackys, daß wir vor Österreich waren und nach ihm sein werden, und wenn es notwendig wäre — und es wird notwendig sein — ohne Österreich."

Zwei Tage später, am 6. Juli fand eine
Husfeier in Genf

statt, an welcher auch Professor Denis erschien und die Festrede hielt, in der er unter anderem sagte:

„Europa, das zweihundert Jahre später die tschechische Nation durch die brutale Gegenreformation der Habsburger vernichten ließ, muß heute seine Schuld dem wiederauferstandenen Böhmen zahlen!"

Und Professor Masaryk fand es nicht unter seiner Würde, nach dieser offen staatsfeindlichen Rede eines Mannes, der einen Monat vorher in der von Masaryk gewiß gelesenen „Indépendance tchèque“ in so geschmackvoller Weise unsere Monarchie mit einem Aas verglichen hatte, das Wort zu ergreifen. In Übereinstimmung mit der Anschauung, Denis führte er aus, daß sich jeder Tscheche im Hinblick auf die Vergangenheit seines Landes für die Reformation oder die Gegenreformation entscheiden müsse, für die Idee Böhmens oder die Idee Österreichs, dem Organe der europäischen Reaktion. Der Gegensatz zwischen der tschechischen und der österreichischen Idee war für Professor Masaryk allerdings kein Hindernis, daß er noch bis zum September 1915,“ (!) „während er bereits längst mit den verwerflichsten Mitteln gegen Österreich arbeitete, von diesem „Organe der europäischen Reaktion“ den Gehalt als Universitätsprofessor ohne Bedenken weiterbezog.“ Und die braven österreichischen Behörden haben ihn anstandslos ausbezahlt!

„Ein Vertrauensmann der österreichischen Regierung, welcher der Husfeier in Genf beiwohnte, konstatierte auch, daß Masaryk im Hotel Richmond in Genf für seine antiösterreichische Propaganda Arbeitsräume und einen Empfangssalon besaß. Dem Vertrauensmann gegenüber äußerte Masaryk seine Verwunderung, daß die Leute in Böhmen ruhig einrückten und daß bei der Hausdurchsuchung der „Národni Listy“ kein Aufstand ausgebrochen sei.

Die ganze Tätigkeit der Schweizer Tschechen wurde aber durch ein Ereignis ernstlich gefährdet, daß wie der Blitz aus heiterem Himmel wirkte. Es war dies die dem wahren Begriffe der Neutralität entsprechende

Haltung des Schweizer Bundesrates.

Es ist zugleich auch ein Beweis für die Intensität der von den Schweizer Tschechen betriebenen Aktion, daß sich sogar die Regierung eines Landes, das traditionell politischen Flüchtlingen aus anderen Staaten Asylrecht gewährt, genötigt sah, gegen diese Bewegung einzuschreiten, welche sich als Mißbrauch dieses Asylrechtes darstellte, und eine Gefahr für die Neutralität der Schweiz in sich barg. Schon am 1. Juli 1916 erschien ein Erlaß der Schweizer Bundesregierung, daß alle jene Ausländer, die keine entsprechenden Legitimationspapiere oder nur solche mit abgelaufener Gültigkeitsdauer hatten, sich bei den Kreispolizeiämtern zu melden hatten, von denen ihnen das Verbleiben auf ihrem bisherigen Aufenthaltsorte nur gegen Leistung einer Kaution von 1500 Franken gestatten werden durfte. Durch diese Maßregel wurden alle jene österreichischen Staatsbürger betroffen, die sich in der Schweiz an der staatsfeindlichen Bewegung beteiligt hatten und zum großen Teil Deserteure oder Musterungsflüchtlinge waren, da ihnen hiedurch naturgemäß die Möglichkeit, bei den österreichischen Vertretungsbehörden die Verlängerung der Gültigkeitsdauer ihrer Papiere zu erlangen, genommen war. Die Schweizer Tschechenvereine begegneten dieser Maßregel dadurch, daß die Kautionssummen aus den Vereins- und Agitationsgeldern bezahlt wurden. Eine Anzeige unseres Gesandten in Bern an die Schweizer Bundesregierung über die hochverräterische Bewegung unter den Schweizer Tschechen veranlaßte aber auch den Bundesrat, genaue Erhebungen bei den tschechischen Vereinen vornehmen zu lassen, welche das Ergebnis hatten, daß auch die Schweizer Bundesregierung an dem Bestande einer gegen Österreich gerichteten revolutionären Bewegung nicht mehr zweifeln konnte. Sie ließ daher gegen Ende Juli 1915 allen tschechischen Vereinen in der Schweiz mitteilen, daß jeder, der sich fernerhin durch Beteiligung an dieser antiösterreichischen Bewegung bemerkbar mache, seine Ausweisung zu gewärtigen habe. Wenn auch durch diese Maßregel die tschechische Bewegung in der Schweiz nicht erstickt wurde, so war sie doch gehindert, offen aufzutreten und mußte sich begnügen, im Geheimen gegen unser Vaterland zu wirken.

Ein Nachspiel fand die Haltung des Schweizer Bundesrates auch bei der

Versammlung des Vereines „Svatopluk Čech“

am 31. Juli 1915, als sich Kyjovsky an Stelle Vinzenz Chudobas um die Vorstandschaft bewarb. Es machte sich gegen ihn eine starke Opposition geltend, welche der Befürchtung Ausdruck gab, daß seine Wahl in Anbetracht seiner öffentlichen bekannten agitatorischen Tätigkeit den Schweizer Behörden Anlaß zu Maßregeln gegen den Verein bieten könnte. Trotzdem gelang es Kyjovsky, der im Laufe dieser Debatte offen zugab, daß er vom russischen Konsulate monatlich 400 Franken bezog, bei der nächsten Versammlung am 14. August 1915 seine Wahl zum Obmanne durchzusetzen. Um den Argwohn der Schweizer Behörden zu beruhigen, erließ er als Obmann des Zentralverbandes, und zwar wie er selbst sagte, bloß der Form halber, ein Rundschreiben an alle Schweizer Vereine, in dem er sie aufforderte, sich jeder politischen Agitation, welche bei den Landesbehörden Anstoß erregen könnte, zu enthalten. Es ist für Masaryk bezeichnend, daß er sich mit einem solchen, von der ausländischen Regierung bezahlten Individuum, wie es Kyjovsky war, einließ und mit ihm, wie die Meldungen von Vertrauensmännern besagen, in ständiger Korrespondenz war.

Ungefähr zur gleichen Zeit entstand in der „Česká národni rada“ in Paris, dem Zentral-

organe der ganzen ausländischen Tschechenbewegung, eine Krise, deren Einzelheiten nicht bekannt sind. Die Nachrichten, welche in den ausländischen Zeitungen darüber veröffentlicht sind, lassen jedoch den sicheren Schluß zu, daß es der

Gegensatz zwischen beiden Richtungen der Tschechenbewegung

war, der diese Körperschaft zu sprengen drohte Masaryks trauriges Verdienst war es, rettend eingegriffen zu haben. Svoboda und Erkal, der Redakteur der „Indépendance tchèque", kamen aus Paris nach Genf, um mit Masaryk und Sychrava über die weiteren Schritte zu beraten. Masaryk eignete sich zu dieser Vermittlerrolle insbesondere deshalb, weil er das Vertrauen beider Richtungen genoß und hauptsächlich den Sozialdemokraten, mit deren Unterstützung er auch seinerzeit in den Reichsrat gewählt worden war, in seiner ganzen politischen Betätigung sehr nahe stand. Das Ergebnis der Beratungen war die Auflösung der „Česka národni rada" als öffentliche Korporation, deren Funktionen an das

„Comité d'action tchèque à l'étrangère"

mit Masaryk an der Spitze übergingen. Mitglied dieses Komitees, später Vorstandstellvertreter, war auch der Reichsratsabgeordnete der tschechischen Agrarpartei Josef Dürich, der im Mai 1915 aus Österreich nach der Schweiz gekommen war; die russischen Tschechen waren durch Bohumil Čermak und Bogdan Pavlu, den Redakteur des „Čechoslovak", die englischen durch Franz Kopecký und Johann Sykora, die französischen Russophilen durch Franz Kupka, die französischen Republikaner durch Anton Veselý, den Obmann der Sozialistengruppe „Rovnost", die amerikanischen Tschechen endlich durch Ludwig Fisher, Emanuel Voska und Karl Pergler vertreten.

Im Zusammenhang mit diesen Veränderungen stand auch die

Gründung einer neuen hochverräterischen Zeitung, der „Česko-slovenská samostatnost", deren Redakteur Masaryks Schildknappe Sychrava wurde. Daß diese Zeitschrift, deren erste Nummer am 22. August 1915 erschien, nicht in der Schweiz, sondern in dem kleinen französischen Grenzorte Annemasse, unweit von Genf, herausgegeben wurde, ist jedenfalls darauf zurückzuführen, daß man angesichts der korrekten Haltung des Schweizer Bundesrates einer von dieser Seite drohenden Gefahr vorbeugen wollte. Ergötzlich ist es, daß ein anderer Getreuer Masaryks, Dr. Vieslav Stepanek, ein Anhänger der tschechischen staatsrechtlichen Partei, der gleichfalls von Masaryk für die Redaktion der „Samostatnost" in Aussicht genommen war, aber dann ausgeschaltet wurde, nunmehr ganz in das Lager der Pariser Russophilen überging und mit Horský in Paris eine neue Zeitung mit dem Titel „L'Indépendance tchèque et slovaque", als Kokurrenzunternehmen der „Česko-slovenská samostatnost", herausgab. Allerdings scheint dieses Blatt nur eine einzige Nummer erlebt zu haben.

Die „Česko-slovenská samostatnost" war, was Schreibweise und Richtung anbelangt, die würdige Nachfolgerin der „Indépendance tchèque" Erkals, die mit Ende August ihr Erscheinen einstellte. In dem Artikel in Nr. 9 der „Nation tchèque" vom 1. September 1915 begrüßt Denis das Erscheinen der „Samostatnost" als eines Bindegliedes zwischen den verschiedenen ausländischen tschechischen Kolonien, das bestimmt ist, „ihre Beziehungen mit unserem Vaterlande wieder enger zu knüpfen und die Direktive für unsere Aktion auszugeben."

„Die Patronanz des „Comitè d'action tchèque a l'ètranger" heißt es dann weiter, „mit unseren Abgeordneten an der Spitze, ebenso wie der Name des Leiters der Zeitung, unseres sympathischen Freundes und ergebenen Mitarbeiters Herrn Leo Sychrava, sind eine Gewähr dafür, daß es sich hier um eine ernste und aufrichtige Unternehmung handelt, würdig des größten Vertrauens in unseren tschechischen Bevölkerungskreisen."

Masaryk traf in seiner neuen Würde als Vorstand der Zentralkomitees zunächst Vorbereitungen für die Herausgabe eines Manifestes. Sein Sekretär Sychrava richtete am 6. August 1915 ein

Rundschreiben an alle tschechischen Auslandskolonien,

in welchem er es zunächst beklagte, daß die noch ungenügende Organisation der tschechischen Bewegung nicht imstande sei, den Mangel einer diplomatischen Vertretung des tschechischen Volkes bei den verbündeten Regierungen zu ersetzen, es sei daher notwendig, daß wahrhaft politische Repräsentanten die Öffentlichkeit mit der Gesinnung des tschechischen Volkes bekannt machen, die tschechische Frage auf dem Gebiete der internationalen Politik aufrollen und eine planmäßige Aktion zur Errichtung der tschechischen Unabhängigkeit einleiten. Masaryk und Dürich hatten sich daher entschlossen, ein politisches Komitee zu bilden, das ein Manifest vorbereite. Schließlich wurde die Kolonie ersucht, einen Vertreter bekanntzugeben, dessen Name unter das Manifest gesetzt werden sollte.

Des Zusammenhanges halber sei gleich hier erwähnt, daß dieses Manifest aus unbekannten Gründen etwas lange auf sich warten ließ und erst am 14. November 1915 erschien. (Es wurde bereits im Wortlaute mitgeteilt). Nach einer Betonung der slawischen Solidarität und einer staatsrechtlichen Erörterung über die Stellung Böhmens gegenüber dem österreichischen Staate, folgen die

gewöhnlichen Angriffe wegen angeblicher Vergewaltigung der Tschechen, deren Kundgebungen gegen den Krieg unterdrückt würden. Das tschechische Volk, heißt es zum Schlusse, erkenne nun die Berechtigung Österreichs nicht mehr an und strebe nach dem selbständigen tschechoslowakischen Staate. Wie man sieht, geht die Kundgebung allen Streitfragen zwischen der zaristischen und republikanischen Partei vorsichtig aus dem Wege.

Im August 1915 schrieb Professor Masaryk über Einladung des südslawischen Komitees, welches sich die Losreißung aller serbischen, kroatischen und slowenischen Gebietsteile unserer Monarchie und ihre Vereinigung zu einem selbständigen südslawischen Staate zum Ziele setzt, eine

Vorrede zu einer von der südslawischen Jugend herausgegebenen hochverräterischen Broschüre.

Die Vorrede enthält die bekannten Angriffe gegen Österreich und vergleicht die Lage der Südslawen mit derjenigen der Tschechen. Der Zusammenhang der Masarykpartei mit der Revolutionären südslawischen Bewegung ergibt sich auch daraus, daß bei Dr. Sychrava von einem Vertrauensmanne eine andere Flugschrift des südslawischen Komitees gefunden wurde.

Wie hochfliegend die Pläne Masaryks im Sommer 1915 waren, zeigt eine Meldung der Generalstabsabteilung des k. u. k. Militärkommandos Prag vom 23. November 1915, derzufolge Masaryk bei Versammlungen in Genf und in Paris von den Teilnehmern als erster Präsident der tschechischen Republik begeistert begrüßt wurde und diese Ovationen sichtlich hocherfreut entgegennahm.

Vorläufig mußte sich Masaryk allerdings mit der eigens für ihn geschaffenen Stellung als

Leiter des neugegründeten slawischen Instituts an der Londoner Universität

begnügen, wo er am 19. Oktober 1915 seine Antrittsvorlesung über das Problem der kleinen Nationen im gegenwärtigen Europa hielt. Der englische Ministerpräsident Asquith war durch ein Unwohlsein verhindert, dieser Vorlesung anzuwohnen. Sein Vertreter Lord Robert Cecil verlas eine Botschaft Asquiths, in welcher er seiner Überzeugung Ausdruck gab, daß die von ihm aufs lebhafteste begrüßte Anwesenheit Masaryks in London ein weiteres Band zwischen Großbritannien und den Völkern Rußlands — zu denen er offenbar schon die Tschechen rechnete — bilden werde. In der Vorlesung, die selbstverständlich durchwegs in österreichfeindlichem Sinne gehalten war, gab Masaryk der Hoffnung Ausdruck, daß das freie Polen, Böhmen und Serbokroatien Pufferstaaten bilden und die Errichtung eines magyarischen Staates und eines Großrumänien erleichtern würden, und schloß mit dem Ausdrucke seiner Sympathie für das von Deutschland, Österreich und Bulgarien angegriffene Serbien. Bei dem ihm zu Ehren veranstalteten

Bankette der Londoner Tschechenkolonie

hielt Masaryk eine Rede, in der er unter anderem sagte:

„Österreich-Ungarn hat bewiesen, daß es unfähig ist ein Staat zu sein, in dem die Gesetze der Menschlichkeit und der Zivilisation geachtet werden. Wir haben heute die Gewißheit, unsere Unabhängigkeit verwirklichen zu können und aufzuhören, österreichische Untertanen zu sein.“

Eine Charakteristik der politischen Tätigkeit Masaryks enthält der „Matin“ vom 4. Februar 1916, in dem es heißt:

„Abgeordneter des österreichischen Reichsrates, hat er es vermocht, die Wachsamkeit der Polizei der Habsburger irrezuführen, zu Beginn des Krieges sein Land zu verlassen und den Verfolgungen zu entgehen, deren Opfer seine Kollegen geworden sind. Seither ist er die Seele jener patriotischen Bewegung, welche darauf abzielt, eines Tages die Souveränität und Unabhängigkeit Böhmens wiederherzustellen. Die englische Regierung hat für ihn eine Kanzel am Kings College geschaffen und sein Einfluß wächst mit jedem Tage.“

In diesem Artikel wird auch mitgeteilt, daß Masaryk am Vortage eine Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Briand hatte, dem er den Zweck seiner Propaganda darlegte und von dem er zu seiner Tätigkeit beglückwünscht und zur Fortsetzung ermutigt wurde. Sehr redselig war Masaryk gegenüber dem Berichterstatter des „Matin“. Den Kernpunkt seiner Ausführungen bildete die These, daß eine bloße Schwächung Österreichs nicht genüge, sondern daß seine Vernichtung notwendig sei.

Im Februar 1916 hielt Masaryk in Paris anläßlich eines vom slawischen Institute unter der Patronanz der Pariser Universität veranstalteten Vortragszyklusses eine Vorlesung über das Thema: „Die Slawen in der Welt“. In diesem Vortrage befaßt er sich zunächst mit der Furcht der abendländischen Völker vor dem Panslawismus, verwirft den panslawistischen Zentralismus und verlangt die selbständige Entwicklung aller slawischen Völker auf demokratischer Grundlage; hingegen bilde der Pangermanismus, der tatsächlich bestehe und in der Unterdrückung der Slawen und in dem Drange nach Osten seinen Ausdruck finde, eine Gefahr für Europa und die ganze Menschheit.

Anfangs Mai 1916 ließ das „Ausländische Tschechische Aktionskomitee“ durch Flieger an mehreren Teilen unserer italienischen Front Aufrufe in allen

slawischen Sprachen abwerfen, in denen nach den üblichen Phrasen über die ungerechte Behandlung der Slawen in Österreich die slawischen Soldaten zum Treubruche aufgefordert und die Verdienste Masaryks und Dürichs hervorgehoben werden. (Vgl. die Anfrage Bodirsky S. 241.)

Man sieht daraus, wie rührig die Leiter der hochverräterischen Bewegung arbeiteten und wie sie kein Mittel unversucht ließen, das ihre Zwecke fördern konnte.

Von besonderer Wichtigkeit war es für die Führer der ausländischen Bewegung, den

Zusammenhang mit ihren Gesinnungsgenossen im Inlande

nicht zu verlieren. Denn nur dann durften die Führer auf Beachtung seitens der Regierungen der feindlichen und neutralen Staaten rechnen, wenn sie sich darauf berufen konnten, daß es sich nicht um eine von Einzelpersonen angezettelte Bewegung handle, sondern daß sie sich in Übereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit des tschechischen Volkes befanden, das nur durch die „Brutalität der österreichischen Regierung" an der offenen Kundgebung seiner Gesinnung gehindert sei. Von ebensolcher Bedeutung war es aber auch andrerseits, daß die Gesinnungsgenossen im Inlande über den Stand der hochverräterischen Bewegung im Auslande auf dem Laufenden erhalten und daß ihnen Richtlinien für ihr Verhalten gegeben wurden. Sehr richtig heißt es darum in einem Artikel der ersten Nummer der „Československá Samostatnost": „Aber ohne Verbindung mit dem Vaterlande, ohne gründliche Orientierung über die Situation Österreichs vor dem Kriege und während des Krieges war es nicht möglich, eine derartige politische Aktion mit Erfolg zu improvisieren . . . Diese leider vernachlässigte tschechische Auslandspolitik muß und kann nicht von den Kolonien ausgehen, sondern aus Böhmen. Wir können heute sagen, daß diese Politik bereits gemacht wird und daß nicht wenig bereits geschehen ist."

In derselben Nummer wird es auch als notwendig bezeichnet, daß „die Staaten, auf welche wir uns verlassen, authentisch darüber informiert sind, was eben bei uns zu Hause geschieht, was man will, was vorbereitet wird, zu welchen Opfern das tschechische Volk bereit ist."

Wie bedeutend andrerseits der Einfluß der Tätigkeit Masaryks und der übrigen Führer auf die im tschechischen Volke in Böhmen herrschende Stimmung war, ergibt sich aus einem Berichte der k. k. Polizeidirektion in Prag vom 18. März 1916, nach welchem um diese Zeit in den Kreisen der dortigen tschechischen Intelligenz das Gerücht verbreitet war, daß die Selbständigkeit Böhmens einen Programmpunkt der Entente bilde,*) auf welchem sie beim Friedensschluß bestehen werde. In dem Berichte wird ausdrücklich hervorgehoben, daß die subversive Arbeit der Tschechen im Auslande, insbesondere jene Masaryks, welche den Tschechen mehr oder weniger bekannt ist und ihnen imponiert, die utopistischen Hoffnungen auf die Erreichung des gewünschten Zieles stärkt.**)

Neben diesen Zwecken war die Verbindung mit dem Inlande auch für publizistische Zwecke notwendig, um die zahlreichen im Auslande erscheinenden hochverräterischen Zeitungen mit Nachrichten aus dem Inlande zu versorgen, und nicht zuletzt diente sie gewiß auch zu Zwecken der Ausspähung. Tatsächlich ist es nun den ausländischen Tschechen gelungen, einen diesen Zwecken dienenden

V. g).

geheimen Nachrichtendienst

mit ihren in Österreich zurückgebliebenen Gesinnungsgenossen einzurichten und ununterbrochen aufrecht zu erhalten. Trotz der peinlichsten Genauigkeit der Briefzensur, trotz der sorgfältigen Kontrolle der Auslandsreisenden war es natürlich nicht möglich, die Übermittlung staatsgefährlicher mündlicher und schriftlicher Nachrichten ganz unterbinden.

Wie gut dieser geheime Nachrichtendienst arbeitete, ergibt sich auch aus der schon besprochenen Tatsache, daß in den hochverräterischen tschechischen Zeitungen des Auslandes über Ereignisse in Böhmen, die in den inländischen Zeitungen nicht veröffentlicht wurden, unter Anführung ziemlich genauer Einzelheiten berichtet wurde. Aus Nummer 16 der „Nation tchèque" vom 15. Dezember 1915 geht hervor, daß diese Zeitung eigene Korrespondenten in Böhmen hatte, da sie die Nachricht über die angebliche Auflösung der Realistenpartei mit dem Vorbehalt bringt, daß sie noch der Bestätigung durch die Korrespondenten des Blattes bedürfe. Die „Československá Samostatnost" konnte daher auch bei Entwicklung ihres Programms in der ersten Nummer versprechen, „daß die Kolonien durch Vermittlung des Blattes genaue Nachrichten darüber erhalten, was im Vaterland vor sich geht, um ein richtiges Bild der heimischen Verhältnisse zu bekommen."

Eine besondere wichtige Rolle bei der Vermittlung dieses Verkehrs fiel naturgemäß den Schweizer Tschechen zu, nicht nur infolge der günstigen geographischen Lage dieses Landes, sondern auch, weil sich hier die hervorragendsten Führer der Bewegung, wie insbesondere Masaryk, aufhielten.

---

*) Vergleiche das Verhalten der Tschechen im Verfassungsausschusse des österreichischen Reichsrates 1917!

**) Weitere Mitteilungen über die fernere Tätigkeit des Herrn Masaryk finden sich in dem Abschnitte „Einige neuere Dokumente" S. 246 ff.

So hieß es in der „Gazette de Lausanne“ vom 20. Mai 1915, anläßlich einer Besprechung des Einschreitens der Bundesbehörden gegen Dr. Sychrava:

„Die Schweiz blieb der Berührungspunkt zwischen dem erdrosselten Böhmen und den Vertretern des tschechischen Patriotismus im Auslande.“

Ein Bericht des österreichischen Militärattachés hebt hervor, daß der Verkehr der Schweizer hochverräterischen Tschechen mit der Monarchie ein sehr reger ist, daß Aufrufe, Nachrichten und sonstige Publikationen hochverräterischen Inhalts nach Böhmen und Mähren gesendet werden, von wo wieder Nachrichten politischen und militärischen Inhalts zurückgelangen. Als Boten werden nach diesem Berichte in der Regel Personen verwendet, die ganz ordnungsgemäß ausgestellte Pässe haben, unverdächtig aussehen und sehr sicher auftreten.

In der Schweiz wurden auch nach einem Berichte der k. k. Polizeidirektion Wien Vorbereitungen zur Einschmuggelung hochverräterischer, in Genf, Paris und Petersburg gedruckter Flugschriften getroffen, durch welche die tschechischen Soldaten zur Desertion veranlaßt werden sollten. In einer Information des k. u. k. Ministeriums des Äußern ist der Vorgang, der in der Regel bei dem Verkehr der Schweizer Komitees mit Vertrauensmännern in Böhmen durch Boten eingehalten wurde, genau beschrieben. Ein Beispiel für die Schlauheit, mit welcher man zu Werke ging, bietet auch die Mitteilung eines deutschen Zeitungsberichterstatters, der zufolge einer Frauensperson durch eine gut gespielte Rührszene sich einen Paß nach der Schweiz verschaffte und dadurch in die Lage versetzt wurde, wichtige Mitteilungen an Sychrava zu überbringen.

Zutreffend sagt daher der Erlaß des k. k. Ministeriums des Innern vom 14. Juli 1915, daß sich „die monarchiefeindliche Tätigkeit der Tschechen in der Schweiz vorwiegend in dem Bestreben äußert, einen Kontakt zwischen den panslawistischen Agitatoren sowie derartigen Vereinigungen im Ausland und den gleichgesinnten Kreisen Österreichs herzustellen und aufrechtzuerhalten“, und daß

„die Einschmuggelung von Aufrufen und Publikationen hochverräterischen Inhalts

an die hierländigen Tschechen und die Entgegennahme von Nachrichten militärischen und politischen Inhalts für unsere Feinde, den Österreich feindlich gesinnten tschechischen Elementen in der Schweiz vollkommene Mittel zur Entwicklung ihrer subversiven Tätigkeit bilden.“

In Prag andrerseits hatte sich nach einem Genfer Berichte der tschechisch-amerikanischen Zeitung „Cretecký Pokrok“ vom 20. Jänner 1915 ein Ausschuß zu dem Zwecke gebildet, um das Ausland über die Zustände in Böhmen zu informieren.

Zu Anfang Oktober 1915 gelang es nun der Prager Polizei, einer solchen Übermittlung von Nachrichten aus der Schweiz nach Böhmen durch einen Boten, die im Prozeß Olič Angeklagte Aloisia Linhart, auf die Spur zu kommen und eine Anzahl von Personen, die sich an dieser geheimen Korrespondenz beteiligt hatten, zu eruieren. Die Erhebungen ergaben, daß es sich nicht um einen vereinzelten Fall handelte, sondern daß schon früher, und zwar mindestens zweimal gleichfalls durch einen Boten, einmal durch eine Ansichtskarte mit einer Einlage, die Übermittlung von Nachrichten aus der Schweiz und wieder zurück gelungen war. In der Schweiz war es der bereits mehrfach genannte Vorstand des „Zentralverbandes der Schweizer Tschechenvereine“, der mit Masaryk in enger Verbindung stehende Jan Kyjovský, welcher die Boten abgefertigt hatte, und der Bergingenieur Paul Baracek, der ebenfalls zu den Helfern Masaryks zählte, an dem die Korrespondenzkarte mit dem versteckt eingelegten Zettel gerichtet war. Der Kreis wird dadurch geschlossen, daß die Zentralstelle in Prag für diese hochverräterische Korrespondenz die Redaktion des „Čas“, des Parteiorganes des Professors Masaryk und die Hauptperson sein eifriger Parteigänger, der Privatdozent an der tschechischen Universität in Prag und Professor an der tschechischen Handelsakademie dortselbst, Dr. Eduard Beneš, der Gatte der Beschuldigten Anna Beneš war. Im August 1915, als ihm der Boden in Prag bereits zu heiß wurde, ist es ihm gelungen, sich den Nachforschungen der Behörden durch die Flucht in die Schweiz zu entziehen, ebenso wie es seinem Bruder, dem Lehrer Adalbert (Vojta) Beneš glückte, sich durch lügenhafte Angaben die Reiseerlaubnis nach Amerika zu erschleichen, wo er sich nunmehr eifrigst der antiösterreichischen Propaganda widmet.

Dr. Eduard Beneš hatte schon zu Weihnachten 1914 und zu Ostern 1915 Reisen in die Schweiz unternommen, war hierbei mit Professor Masaryk zusammengekommen und hatte bei diesen Gelegenheiten offenbar mit ihm das weitere Vorgehen vereinbart. Nach seiner Flucht in die Schweiz wurde er dadurch belohnt, daß er neben Masaryk im slawischen Institute der Pariser Universität Vorträge halten durfte, und schließlich wurde er Generalsekretär des tschechischen Aktionskomitees im Ausland, dessen Präsident Masaryk und dessen Vizepräsident Dürich war. . .“

Die Anklageschrift gegen Olič und Genossen sagt weiter:

„Durch die polizeilichen Erhebungen und das Ermittlungsverfahren gelang es

vier Fälle

festzustellen, in denen seitens der Beschuldigten ein geheimer Verkehr mit den Schweizer Tschechen und

der Masaryk-Partei ins Werk gesetzt wurde, wobei noch verschiedene Anzeichen dafür vorliegen, daß die Tätigkeit der Beschuldigten eine viel weiter reichende war und daß sie sich auch noch in zahlreichen anderen Fällen, deren Feststellung nicht mehr gelungen ist, an diesem Nachrichtendienste beteiligt haben. Die erhobenen Fälle sind in zeitlicher Reihenfolge nachstehende:

Ende Mai oder Anfang Juni 1915 erschien abends beim Angeklagten im Olič-Prozeß Bohumil Mareš eine ältere Frau und teilte ihm mit, daß sie aus der Schweiz komme und ihm Grüße von Knjovský zu überbringen habe und ersuchte ihn,

einen Schirm und einen kleinen Koffer, in welchem schriftliche Mitteilungen verborgen seien,

dem Redakteur Hajek, dessen Wohnung sie ihm angab, zu überbringen. Sie fügte bei, daß er nur mittags zuhause zu treffen sei. Mareš überzeugte sich zunächst nach ihrem Weggange von der Richtigkeit ihrer Angaben über die geheimen Nachrichten, indem er das Blech des Schirmstockes entfernte und im hohlen, unteren Ende des Holzes tatsächlich ein Papierröllchen sah. Er ging zunächst ohne Schirm und Koffer in die Wohnung Hajeks, teilte ihm die Ankunft der Frau und ihren Wunsch mit und erhielt von ihm den Auftrag, die Gegenstände abends gegen 9 Uhr in die Redaktion des „Čas“ zu bringen. Als sich Mareš dort einfand, nahm ihm Hajek Schirm und Reisekoffer ab und forderte ihn auf, die Antwort am nächsten Tage mittags in einer Wohnung abzuholen. Als Mareš am nächsten Tage dort erschien, teilte ihm jedoch Hajek mit, die Antwort sei noch nicht fertig, er solle sie abends in der Redaktion des „Čas“ abholen und hierbei nach Hajek oder Kral fragen. Abends in der Redaktion händigte Dr. Beneš ihm einen Regenschirm ein und sagte ihm, daß sich die Antwort an der bekannten Stelle befinde. Als Entlohnung für seine Mühewaltung gab er ihm eine Zwanzigkronennote. Als Mareš mit dem Schirm nachhause kam, wurde er schon von der Frau aus der Schweiz erwartet, die den Schirm übernahm und mit ihm wieder in die Schweiz zurückfuhr.

Auch an dem

zweiten Falle

war der Beschuldigte Hajek beteiligt. Von der Zensurbehörde wurde eine am 3. August 1915 in Prag zur Post gegebene und an einen Ingenieur Baráček gerichtete

Ansichtskarte

als verdächtig beschlagnahmt. Die Untersuchung der Karte ergab, daß der Karton gespalten und nach Einfügung eines kleinen mit Buchstaben beschriebenen Zettels wieder zugeklebt worden war. Die Entzifferung ergab folgende in tschechischer Sprache geschriebene Mitteilung:

„In Böhmen macht das germanisatorische und terroristische Regime Fortschritte. Freund Smirtod wurde versetzt, Braun befördert und versetzt, es ist transferiert worden Vojaček und pensioniert worden Krikava. Alle diese Leute sind dem österreichischen Dienst ergeben, aber die Soldaten sagen, daß man sich auf keinen Tschechen verlassen kann, weil sie alle Verräter sind. Auch wird neuerdings von einem militärischen Gouverneur für Böhmen gesprochen. Auf den Bahnen wird im inneren Dienst überall die deutsche Sprache eingeführt und laut einer Dienstverordnung dürfen die Leute im Dienste nicht miteinander tschechisch sprechen.“

In gewöhnlicher Schrift schloß sich daran die weitere Bemerkung in tschechischer Sprache:

„Gleichzeitig gehen noch zwei Karten an Jotl und an Ebenstreit. Melden Sie sich um dieselben. Wenn es glücklich ankommt, so werden wir auf diesem Wege mehr schicken. Expediert am 2. August.“

Der Adressat der Karte ist der am 1. Februar 1885 zu Kladno geborene Bergingenieur Paul Baráček, ein Anhänger der Realistenpartei, welcher im Herbst 1914 in die Schweiz gefahren war, wo er mit Sychrava und später mit Masaryk in Verbindung trat. Er hatte die Kühnheit, Ende Februar 1915, wahrscheinlich im Auftrage Masaryks und Sychravas, in Prag zu erscheinen und rühmte sich dort, das Manifest der Schweizer Tschechen gemeinsam mit Sychrava und Kepl verfaßt zu haben. (!)

Auf der Außenseite der Karte steht folgende, mit Jaro Král unterschriebene schriftliche Mitteilung:

„Prag, Vojtěšská 2, 3. August 1915. Geehrter und lieber Freund! Ich war in diesen Tagen bei der Musterung und bin nicht assentiert worden. Dadurch ist für diese Zeit mein Geschäft gerettet. Aber nichtsdestoweniger rechne ich immer noch mit dem Dienen. Ich denke an eine Erweiterung und da, wenn Sie Lust hätten, zurückzukommen, könnten wir zusammen arbeiten. Aber darüber werde ich Ihnen noch schreiben. Indes grüße ich Sie freundschaftlich und bin Ihr Jaro Král.“

Diese Mitteilung hat ebenso wie die Adresse der Beschuldigte Hajek geschrieben. Es ist klar, daß das „Geschäft“, von dessen Ausbreitung die Rede ist, nichts anderes ist als die Vermittlung des hochverräterischen Verkehrs, wie ja auch in dem eingelegten Zettel in Aussicht gestellt wird, daß im Falle des Gelingens des Versuches auf diesem Wege mehr geschickt werden sollte. Tatsächlich scheinen die beiden anderen gleichzeitig abgeschickten Karten an Jotl und Ebenstreit ihren Bestimmungsort erreicht zu haben, denn in der Nr. 8 der „Nation tchèque“ vom 15. August 1915 sind die mitgeteilten Nach-

richten bereits in dem Artikel „Politische Situation“ und „Das neue Regime in Böhmen“ verarbeitet. Der erstere Artikel beginnt fast mit denselben Worten wie die chiffrierte Mitteilung.

Ebenstreit ist Mitglied des Vereines „Hus“ in Schaffhausen. Über die Person des Jokl konnte nichts Sicheres in Erfahrung gebracht werden.

Bezeichnend ist, daß in dem besprochenen Falle gleichfalls der fingierte Name Kral gebraucht wurde, unter dem im Mai 1915 Dr. Beneš aufgetreten war. Es ist daher sehr wahrscheinlich, daß er auch in diesem Falle beteiligt ist und daß jede der drei Karten von einer anderen Hand geschrieben wurde, um nicht im Falle der Beschlagnahme einer Karte auch das Schicksal der anderen zu gefährden.

Noch im selben Monate erschien, dies ist

der dritte eruierte Fall,

wieder ein Bote aus der Schweiz mit einer geheimen Mitteilung in Prag. Diesmal war es ein älterer Mann, der den Beschuldigten Mareš in seiner Wohnung aufsuchte, wieder Grüße von Kyjovský ausrichtete — offenbar war dies das Erkennungszeichen für Mareš — und ihm

einen Regenschirm,

den er zu Hájek tragen sollte, übergab. Er fügte die Mahnung bei, daß die Antwort vorsichtiger in den Schirm hineingegeben werden solle; auch solle der untere Teil des Schirmes leicht verleimt werden und die Mitteilung nicht mit Bleistift geschrieben werden, da sie das letztemal nur schwer lesbar gewesen sei. Mareš begab sich noch am selben Abende mit dem Schirme in die Redaktion des „Čas“, traf jedoch den Beschuldigten Hájek, der inzwischen zum Militär eingerückt war, nicht mehr an. Mareš fragte zunächst den Redakteur Ladislaus Kunte nach Král, da er diesen Namen für den des Dr. Beneš hielt. Kunte erinnerte sich gleich, daß er den Mareš schon mehreremal mit Dr. Beneš im Gespräche in den Redaktionsräumlichkeiten gesehen hatte und schloß daraus, daß er diesen meine. Schon daraus ergibt sich, daß Mareš mit Dr. Beneš öfter in Angelegenheit des geheimen Nachrichtendienstes verkehrt haben muß, als er zugibt, da nach seiner Angabe er ihn vorher nur ein einziges=mal in der Redaktion gesprochen hatte. Da Kunte es eilig hatte, rief er den im Nebenzimmer befindlichen Beschuldigten Cyrill Dušek, damit er mit Mareš weiter verhandle und teilte ihm auch mit, daß er wahrscheinlich Dr. Beneš suche. Dušek führte den Mareš in sein Zimmer; hier teilte ihm Mareš den Zweck seines Erscheinens und auch die bezüglich der Antwort eingeschärften Vorsichtsmaßregeln mit und übergab ihm den Schirm. Dušek bestellte ihn zur Empfangnahme der Antwort für den nächsten Tag in eine Bierhalle oder in ein Kaffeehaus, was jedoch Mareš mit dem Hinweise darauf ablehnte, daß er in seinem Arbeiteranzuge nicht in ein solches Lokal gehen könne. Es wurde daher als Ort der Zusammenkunft der Platz beim Weinberger Theater und als Zeit die 9. Abendstunde vereinbart, wobei Dušek noch erwähnte, daß möglicherweise ein anderer Herr die Antwort bringen werde. Dies veranlaßte den Mareš zu der Frage, wie er diesen erkennen werde, worauf Dušek entgegnete, daß der Überbringer der Antwort als Erkennungszeichen den Daumen im Knopfloch des Rockes halten werde.

Bei der verabredeten Zusammenkunft erschien Dr. Beneš und teilte dem Mareš mit, die Antwort sei noch nicht fertig, er solle sie sich am nächsten Tage um 5 Uhr nachmittags abholen; sie werde in dem Griffe einer Reisetasche und in einem Regenschirme versteckt sein. Da Mareš um diese Zeit im Geschäfte zu tun hatte, wurde vereinbart, daß beide Gegenstände dorthin gebracht werden sollten. Schließlich gab Dr. Beneš dem Mareš wie im früheren Falle eine Zwanzigkronennote.

Tatsächlich brachte am nächsten Tage nachmittags ein Herr in das Geschäft der Firma Mazač eine Reisetasche und einen Schirm und übergab sie der Kassierin Schwarz, welche sie nach dem Geschäftsschlusse dem Mareš einhändigte. Von diesem erhielt sie noch am selben Abende der unbekannte Mann aus der Schweiz, um sie dorthin mitzunehmen.

Während alle diese Unternehmungen wenigstens teilweise geglückt waren, führte ein zu Anfang Oktober 1915 unternommener Versuch zur

Entdeckung.

Auch in diesem Falle war es Kyjovský, von dem die Sendung ausging. Die Rolle des Boten übernahm diesmal die Gattin des mit Kyjovský in regem Verkehre stehenden Vorstandes des tschechischen Vereines in Schaffhausen, Josef Linhart. Da Dr. Beneš bereits in der Schweiz weilte und dem Kyjovský mitgeteilt hatte, daß Hajek wahrscheinlich eingerückt sein dürfte, wurde diesmal von Kyjovský als Adressat für den Fall, als die Zustellung an Hajek nicht möglich wäre, der Reichsratsabgeordnete Dr. Franz Soukup in Aussicht genommen. Sei es nun, weil der Verkehr mit dem letzteren bisher durch andere, nicht mehr zur Verfügung stehende Mittelspersonen ausgeführt wurde, oder, weil Dr. Soukup überhaupt besondere Vorsichtsmaßregeln verlangte, fand es Kyjovský diesmal für notwendig, der Linhart eine eigene Legitimation mitzugeben, aus welcher der Empfänger ersehen sollte, daß die Nachricht tatsächlich aus den Kreisen der tschechischen Hochverräter in der Schweiz stammte. Zu diesem Zwecke ließ sich Kyjovský von der Linhart einen

Stoffknopf ihres Kleides

geben und brachte unter dem Stoffe an der Holzlinse einen kleinen Zettel mit chiffrierten Zeichen an, worauf sie den Knopf wieder an ihr Kleid annähte.

Aloisia Linhart kam am 5. Oktober 1915 nach Prag, besuchte zunächst ihren Vater, den Hausbesorger Polak, und ging noch am selben Abend zu Mareš. Diesem gegenüber wies sie sich wie die früheren Boten durch die Grüße von Kyjovský aus. Sie teilte ihm dann mit, daß sie eine mündliche Botschaft an den Redakteur Hájek ... zu überbringen habe, ersuchte den Mareš, ihr die Zusammenkunft zu vermitteln und händigte ihm den Knopf als Legitimation ein."

Die Anklageschrift schildert dann ausführlich, welche Gänge die Botin diesmal unternahm, um den Adressaten zu erreichen.

... „Im Zuge der polizeilichen Erhebungen wurden nun diesmal Mareš und die Linhart verhaftet und es gelang auch, nachdem sie zunächt versucht hatten, durch unrichtige Angaben zu verhindern, daß der Knopf mit dem chiffrierten Zettel in die Hände der Polizei falle, ihn doch im Besitze des Mareš zustande zu bringen, wodurch

die Entzifferung des Zettels

möglich wurde. Dies hatte das bezeichnende Ergebnis, daß bei der Chiffrierung derselbe Schlüssel benützt worden war, wie bei der Einlage der an Paul Baráček gerichteten Karte. Auf dem Zettel stand folgendes:

„Da wir nicht wissen, ob der Onkel angekommen ist und unsere Botschaft ausrichtet, alles mündlich. Volles Vertrauen haben, die Frau ist sehr intelligent und informiert.' Gebt wieder nur gemeinsame und mündliche Botschaft."

Diese mündliche Botschaft bestand nach Angabe der Linhart in der Mitteilung, daß Hradecky am 26. September aus Paris nach London gefahren sei; Dr. Bloch solle zum alten Giskra in die Mühle gehen und das Kistchen, welches aus Davos komme, für sich ausbitten und vorsichtig auseinandernehmen, weil Nachrichten darin verwahrt seien.

Hradecky ist der Decknahme Masaryks, der tatsächlich zur angegebenen Zeit nach London übersiedelt war. Auch die übrigen Namen dürften Decknamen sein, die nur den eingeweihten Personen bekannt waren. Es ist auch die Möglichkeit naheliegend, daß die außerordentlich intelligente Beschuldigte Linhart, welche auch sonst eine Reihe von erwiesenermaßen unrichtigen Angaben gemacht hat, die Namen und den Inhalt der Botschaft absichtlich unrichtig wiedergegeben hat, um weitere Nachforschungen der Behörde unmöglich zu machen. Tatsächlich blieben die in dieser Richtung gepflogenen Erhebungen ergebnislos.

Bei der Hausdurchsuchung in der Wohnung des Beschuldigten Hajek wurde ein Schreibmaschinenkopierpapier vorgefunden, auf welchem der Durchschlag einer chiffrierten längeren Mitteilung zum Teil lesbar ist. Auch hier war derselbe Chiffrenschlüssel zur Anwendung gebracht, wie in den anderen Fällen. Der vollständige Wortlaut dieser Mitteilung ist allerdings nicht mehr herzustellen, da nur einzelne Worte lesbar sind, aber auch diese lassen unzweifelhaft erkennen, daß es sich um eine hochverräterischen Zwecken dienende Nachricht handelt, in welcher auch der Name Masaryk erwähnt wird. Ob dies die Antwort ist, welche im ersten besprochenen Falle durch die unbekannte Frau in die Schweiz gesendet wurde, oder ob diese Nachricht bei einer anderen, der Behörde nicht zur Kenntnis gelangten Gelegenheit abgesendet wurde, läßt sich nicht mehr feststellen."

Von Interesse ist auch die Schilderung derselben Anklageschrift, in welcher Weise auch hochgestellte Persönlichkeiten versuchten, den

Behörden bei ihren Nachforschungen Hindernisse

in den Weg zu legen. Es heißt darüber weiter:

„Anläßlich der Erhebungen, welche seitens der Prager Polizei in dieser Angelegenheit vorgenommen wurden, gelang es auch durch einen Zufall, 13 Kisten und 3 Koffer mit Schriften Professor Masaryks in der Wohnung einer gewissen Božena Preßler aufzufinden. Masaryk hatte nämlich die Gewohnheit, sich über wichtige Unterredungen sofort Aufzeichnungen zu machen, Zeitungsausschnitte und Broschüren über wissenschaftliche und politische Fragen zu sammeln und nebst seinen eigenen Notizen zu diesen Themen, nach Materien geordnet, in Regalen aufzubewahren.' Die aufgefundenen Schriften dürften so ziemlich das ganze auf diese Art von Masaryk seit Jahren für seine wissenschaftliche und politische Tätigkeit gesammelte Material enthalten. Da aus der Zeit nach Kriegsbeginn nur fünf Zettel mit handschriftlichen Notizen vorhanden sind, scheint jedoch eine

Beseitigung der belastenden Schriften

schon vorher stattgefunden zu haben, bei welcher diese Zettel, die in einem Umschlag mit der Aufschrift: „Valka" (Krieg) eingelegt waren und die über die hochverräterische Gesinnung Masaryks unzweideutigen Aufschluß bieten, nur aus Versehen zurückgeblieben sind.

Die erwähnten Kisten mit den Schriften hatten seit ihrer Wegbringung aus der Wohnung Masaryks im Mai 1915 bis zu ihrer Auffindung im Oktober desselben Jahres ein sehr bewegtes Schicksal, indem ihr Aufbewahrungsort wiederholt offenbar zu dem

Zwecke gewechselt wurde, um, falls die Behörde in Kenntnis ihrer Beseitigung gelangen sollte, die weitere Verfolgung der Spur unmöglich zu machen. Die Hauptrolle hierbei spielte wieder Dr. Eduard Beneš. Nach seiner Rückkunft von der letzten Schweizer Reise zu Ostern 1915 ersuchte er im Auftrage Masaryks dessen Tochter Alice, ihm die Möglichkeit zu geben, die Schriften ihres Vaters zu sichten, damit er einen Teil ihrem Vater in die Schweiz nachsenden könne. Dr. Alice Masaryk ersuchte zwei Damen, welche mit ihr in der soziologischen Sektion des Verbandes der tschechischen Studentenvereine arbeiteten, Iva Neubauer und Renate Jan, bei der Ordnung der Schriften Dr. Beneš behilflich zu sein, bekümmerte sich aber sonst nicht weiter um die Sache.

Daß sie zu jenem Zeitpunkte schon wußte, welcher Art die Tätigkeit ihres Vaters in der Schweiz war, läßt sich nicht sicher erweisen. Ihre Behauptung, daß ihr Vater stets vermieden habe, politische Angelegenheiten im Familienkreise zu besprechen, und daß sie der Meinung gewesen sei, es handle sich lediglich um Material für eine wissenschaftliche Arbeit ihres Vaters, ist schon in Anbetracht des Umstandes, daß sie nur ganz oberflächlichen Anteil an der Angelegenheit nahm und sich in der Folge überhaupt nicht mehr mit ihr befaßte, nicht verläßlich widerlegbar. Nachdem Dr. Beneš zunächst im Bibliothekzimmer Dr. Masaryks eine Durchsicht seiner Schriften vorgenommen hatte, welche ihm auch Gelegenheit geboten hat, verschiedenes zu beseitigen, banden Iva Neubauer und Renate Jan die in den Fächern der Regale liegenden Schriften zusammen und legten zu jedem Pakete zwei Zettel, auf welche sie nach dem am Regale angebrachten Übersichtsplane den Inhalt vermerkten. Die Verpackung in die Kisten nahm das Dienstmädchen Masaryks, Marie Blaha, vor. Dr. Beneš ließ hierauf die Kisten abholen und in ein Magazin des Hauses Riegerpark 14 bringen, in dem er wohnte. Eigentümer dieses Hauses ist der Angeklagte Hofrat Wenzel Olic, seinerzeit Chef des Sicherheitsbureaus der Prager Polizeidirektion, der mit der Familie Beneš eng befreundet ist. Seine Tochter Anna ist eine Jugendfreundin der Beschuldigten Anna Beneš, die im Hause Olic gleichsam als Familienmitglied behandelt wurde. Auch im Sommer pflegten die beiden Familien zusammen in der dem Beschuldigten Olic gehörigen Villa in Rentsch zu wohnen, so daß das gegenseitige Verhältnis der beiden Familien ein außerordentlich intimes war.

In dem erwähnten Magazine blieben die Kisten bis Ende August 1915. Zu diesem Zeitpunkte ließ sie der Beschuldigte Olic im Auftrage des Dr. Beneš durch den Spediteur Antfeist in den Keller eines Hauses in Wrschowitz bringen, das einem Bruder des Dr. Beneš gehört. Diese Überführung fand wenige Tage (!) vor der in der Wohnung Professor Masaryks am 30. August 1915 seitens des Militäranwaltes vorgenommenen Hausdurchsuchung statt und steht jedenfalls mit dem Einschreiten der Behörde gegen Masaryk, von welchem Dr. Beneš oder Hofrat Olic rechtzeitig erfahren hatten, im Zusammenhange.

Anläßlich dieser Durchsuchung erklärte Frau Charlotte Masaryk, daß ihr Gatte vor seiner Abreise für den Fall einer Hausdurchsuchung einen Zettel des Inhaltes hinterlassen habe, es seien alle politischen Schriften von ihm beseitigt, ohne daß die Familie wisse, wo sie sich befänden. Diesen Zettel konnte Frau Masaryk nicht vorweisen, da sie ihn nach ihrer Angabe verbrannt hat. In Nr. 4 der „Československá Samostatnost“ vom 23. September 1915 erschien bereits ein Bericht über diese Hausdurchsuchung und die Mitteilung, die Polizei habe einzig und allein ein Schreiben Professor Masaryks vorgefunden, daß ein Suchen völlig unnütz sei, denn alles, was die Polizei interessieren könnte, sei rechtzeitig ausgeräumt worden.

Auch die Aufbewahrung im Keller des Hauses in Wrschowitz schien den Beteiligten offenbar nicht sicher genug, und deshalb wurde in den letzten Tagen des September 1915 ein neuerlicher Wechsel des Aufbewahrungsortes vorgenommen. Nach Angabe der Beschuldigten Beneš hatte ihr Gatte vor seiner Flucht in die Schweiz ihr den Auftrag erteilt, die Kisten in eine leerstehende Wohnung bringen zu lassen. Ein außerordentlich günstiger Aufbewahrungsort war auch bald gefunden. Die Cousine der Beschuldigten Anna Beneš, Božena Preßler, mietete nämlich in dem Hause des Hofrates Olic in Wrschowitz eine Wohnung, die sie erst später beziehen wollte, und gestattete auf Ersuchen der Frau Beneš, daß in einer zur Wohnung gehörigen Kammer einstweilen „Kisten mit Büchern“ eingelagert würden. Frau Beneš wandte sich an Hofrat Olic, der wieder durch den Spediteur den Transport der Kisten in die Wohnung der Preßler veranlaßte. Gleichzeitig ließ er Möbel in die Wohnung bringen, angeblich, um sie durch den Hausbesorger ausbessern zu lassen und sie der Preßler zum Kaufe anzubieten.

Nachdem die Möbel und die Kisten in die Wohnung gebracht worden waren, erschien Hofrat Olic dort, sperrte die Kammer ab und nahm den Schlüssel ebenso wie die Wohnungsschlüssel zu sich. Wenn es auch auffallend ist, daß später weder die Wohnung von der Preßler bezogen noch die dort eingestellte Einrichtung von ihr gekauft wurde, so haben doch die Erhebungen keinen Anhaltspunkt dafür ergeben, daß Božena Preßler in die Sache eingeweiht und die ganze Miete ein zwischen den Beteiligten abgekartetes Scheingeschäft war. Jeden-

falls haben es aber die Beschuldigten Olic und Beneš verstanden, diese sich ihnen bietende günstige Gelegenheit zu ergreifen und die Kisten in einer Weise unterzubringen, die eine Gefahr der Entdeckung anscheinend völlig ausschloß. Denn es war nicht anzunehmen, daß die Polizei in der einer ganz unbeteiligten Person gehörigen eingerichteten Wohnung die Bücher vermuten konnte. Ihre Entdeckung erfolgte auch tatsächlich nur durch das schlechte Gewissen der beschuldigten Beneš.

Als nämlich der Polizeibeamte in der Annahme, daß auch Proklamationen Masaryks aus der Schweiz nach Böhmen eingeschmuggelt und versteckt worden waren, an sie die Frage richtete, wo sich die Schriften Masaryks befänden, schloß diese aus der Frage offenbar, daß die Polizei in Kenntnis ihrer Beteiligung an der Beseitigung der Kisten gelangt sei und gab das Geheimnis des Aufbewahrungsortes preis.

Bedeutend hartnäckiger als Anna Beneš war der Beschuldigte Olic, der bis zuletzt noch mit allen Mitteln bestrebt war, die Auffindung der Kisten zu verhindern.

In gleicher Weise bemühte er sich, in dieser Beziehung mit teilweisem Erfolge, der Beschuldigten Anna Beneš die Gelegenheit zu bieten, vor der polizeilichen Hausdurchsuchung in ihrer Wohnung Schriften ihres Mannes zu beseitigen. Dem Polizeiagenten Tomas, der am 10. Oktober 1915 im Hause erschien, um den Aufenthaltsort der Familie Beneš zu erheben, machte er nämlich die falsche Angabe, daß sie sich offenbar in Kozlau befinde, obwohl ihm bekannt sein mußte, daß Dr. Beneš in der Schweiz, seine Gattin in der Villa in Rentsch war. Überdies war an diesem Tage kurz vorher Marie Olic, eine Tochter des Beschuldigten, aus Rentsch nach Prag gekommen, so daß es ihm, wenn er den geringsten Zweifel über den Aufenthalt des Ehepaares Beneš gehabt hätte, ein Leichtes gewesen wäre, sich sofort zu erkundigen und dem Polizeiagenten die richtige Auskunft zu geben. Dabei ist nicht zu übersehen, daß Tomas ihm ausdrücklich mitteilte, es handle sich um eine diskrete Angelegenheit und er komme im Auftrage der Staatspolizei, so daß sich Olic der Wichtigkeit und Dringlichkeit der Sache bewußt sein mußte. Sein Verhalten läßt sich daher nur damit erklären, daß er die Polizei auf eine falsche Fährte bringen wollte, um Zeit zu gewinnen. Damit stimmt auch sein weiteres Vorgehen vollkommen überein. Denn gleich nach dem Weggange des Agenten beauftragte er seine Tochter Marie, bei ihrer Rückkunft nach Rentsch der Beschuldigten Beneš auszurichten, sie möge sofort nach Prag kommen, da die Polizei nach ihr gesucht habe. Frau Beneš fuhr auch tatsächlich am Nachmittag des 11. Oktober 1915 nach Prag, wo sie sich mit Hofrat Olic besprach. Angeblich wurde hierbei nur ausgemacht, daß er sie am nächsten Tage zur Polizeidirektion begleiten solle.

Daß der Gegenstand dieser Unterredung aber kein so harmloser war, ergibt sich aus der feststehenden Tatsache, daß Frau Beneš noch am Abend in ihrer Wohnung eine Anzahl von Schriftstücken, offenbar die ihren Mann belastenden, verbrannte, denn es wurden, als die Polizeikommission am Morgen des nächsten Tages in der Wohnung erschien, im Küchenherde, und in allen Zimmeröfen Reste von verbrannten Papieren vorgefunden.

Der Angeklagte Olic versuchte auch dann, als Anna Beneš den Aufbewahrungsort der Schriften verraten hatte, die Polizei irrezuführen, indem er angab, von der Sache nichts zu wissen. Auch nach Vorhalt des Geständnisses der Beneš blieb er dabei und erklärte, die Beneš müsse blödsinnig sein. (!) Er stellte auch in Abrede, im Besitze der Wohnungsschlüssel zu sein und folgte sie erst, als sich die vernehmenden Polizeibeamten entfernt hatten, um die Wohnung der Preßler öffnen zu lassen und er somit die Zwecklosigkeit eines weiteren Leugnens einsehen mußte, dem Sicherheitswachinspektor Spacek aus. Aus dieser Darstellung ergibt sich, daß es sich um ein zwischen dem Ehepaare Beneš und dem Angeklagten Olic vereinbartes Vorgehen handelte, welches den Zweck verfolgte, die Schriften Masaryks der Entdeckung durch die Behörden zu entziehen."

So handelte ein k. k. Hofrat und gewesener Vorstand des Prager Sicherheitsdepartements!

Daß ein solcher geheimer Nachrichtendienst, wie er im Vorstehenden geschildert ist, nicht nur über die Schweiz vermittelt wurde, zeigt insbesondere

der Fall Posker.

Dieser spielte auch im Kramář-Prozeß eine Rolle.

Er sei hier nach einer

Reservatverlautbarung

des 5. Armee-Etappenkommandos am 28. Juli 1915 wiedergegeben.

Zufolge Verordnung des Kommandos der k. u. k. Südwestfront, Res. Nr. 8613, vom 18. Juli 1915 wird der Bericht des Feldgerichtes des Militärkommandos Krakau in Mährisch Ostrau IK 903/15 vom 7. Juli 1915 an das k. u. k. Armeeoberkommando (Etappenoberkommando) zur reservierten Kenntnis, entsprechender Erhebung bei der unterstehenden Mannschaft (insbesondere der böhmischen Nationalität) und Mitteilung des Ergebnisses an das Militärkommando Mährisch-Ostrau mit der Beziehung auf IK 903/15 vom 7. Juli 1915 im Wege des Armeeoberkommandos verlautbart.

Im Nachtrage zur Meldung vom 4. Juli 1915 wird eine zusammenhängende Darstellung der bisher in der Strafsache Emil Posker und Genossen erhobenen Tatsachen, insofern dieselben das Staats- und militärische Interesse in Anspruch nehmen können, vorgelegt.

Emil Posker, der österreichische Staatsbürger tschechischer Nationalität, 17 Jahre alt, gewesener Gymnasiast, kam nach sechswöchentlicher Schulung in Kiew als angeblicher russischer Sanitätssoldat, tatsächlich aber als Emissär der österreichisch-feindlich gesinnten Vereinigung „Česka Družina“ nach Lemberg und von dort ins Hauptquartier des General Radko Dimitriew. Zu gleicher Zeit wurden noch zirka 50 Emissäre aus der in Kiew gebildeten tschechischen Legion (Česka Družina) nach verschiedenen Ortschaften Schlesiens und Mährens versendet. General Dimitriew nahm mehrmals an Gastmählern der Emissäre teil und hielt auch zuweilen an dieselben flammende Ansprachen. Bei seiner Abreise wurde Emil Posker vom General Dimitriew mit Händedruck und Abschiedskuß sowie der Versicherung eines baldigen Wiedersehens in Schlesien gnädigst entlassen. Im geplünderten Schloß eines polnischen Aristokraten hatte sich Emil Posker mit Zivilkleidern versehen, verbrannte in einem Walde das Abzeichen des russischen Roten Kreuzes und gelangte, von zwei Kosaken aus dem russischen Hauptquartier eskortiert, um unbehelligt zu bleiben, schließlich in ein Karpathendorf, wo er hinter einem Garten auf österreichische Vorpatrouillen traf. Dank dem ihm entgegengebrachten Vertrauen seitens eines tschechischen Gendarmen, sowie der mit erlogener Treuherzigkeit vorgebrachten Angabe, er sei ein polnischer, aus Gorlice stammender Flüchtling und habe deshalb keine Papiere bei sich, wie dies Verdächtiger Masopust des Näheren angab, gelangte Emil Posker über den Duklapaß nach Bártfa, Eperjes und Abos und aus dem letzteren Orte mit einem Krankenzuge nach Dombrau. In Nordungarn hatte Emil Posker laut Aussage des Verdächtigen Josef Masopust den Auftrag, einem slowakischen Pfarrer oder Pastor einen im Überrock unterhalb des Kragens am Rücken eingenähten Brief zu übergeben.

Nach Polnisch Leuthen anfangs November 1914 zurückgekehrt, trat nun Emil Posker an seine eigentliche Aufgabe heran. Vor allem hielt er sich zwei bis drei Wochen unangemeldet zu Hause auf, verließ das Haus wenig und hielt bloß mit seinen nächsten Freunden: Ferdinand und Franz Posker, Karl Stankus, vermutlich auch mit Method Kracmar, Franz Sedlacek und Johann Havlas, deren Gesinnung ihm bekannt war, geheime Rücksprache.

In diese Zeit fällt auch vermutlich die Ausführung seiner Mission in Prag an die Abgeordneten Kramář und andere, von denen auch der Abgeordnete Klofáč als einer derjenigen ausdrücklich genannt wird, an den Emil Posker gewiesen wurde.

Der Zar hatte zu Anfang des Krieges einer tschechischen Deputation einen unabhängigen böhmischen Staat, mit Einverleibung der Stadt Wien in denselben versprochen. Dieser Staat sollte laut weiteren an Emil Posker gemachten Mitteilungen außer Böhmen und Mähren noch die Lausitz, die Grafschaft Glatz, Österreichisch-Schlesien und die ungarische Slowakei umfassen und dürften in allen diesen Ländern russische Emissäre in Erwartung eines großen kriegerischen Erfolges an der Vorbereitung des Bodens unter der Zivilbevölkerung zugunsten Rußlands gearbeitet haben. Der bei der Audienz der Tschechen anwesende russische Minister Sasonow soll laut Aussage des Verdächtigen Masopust eine staunenswerte Kenntnis der böhmischen Geschichte an den Tag gelegt haben, was beweist, mit welch gründlicher Überlegung und Vorbereitung die tschechische Beihilfe von Rußland in Szene gesetzt wurde. Auch spricht dafür der Umstand, daß dem Abgeordneten Kramář laut Aussage der Mitverdächtigen Faykus, Svehelka und Masopust sowohl vom Zaren wie von leitenden Staatsmännern in England und Frankreich die Unabhängigkeit Böhmens zugesichert wurde. Daß in Frankreich Marken mit der Aufschrift: „Für die Unabhängigkeit der böhmischen Länder“ in französischer Sprache herausgegeben wurden, dürfte bereits bekannt sein.

Laut Aussage der Verdächtigen Faykus und Masopust hatte nun Emil Posker auch den Auftrag, dem Abgeordneten Kramář Nachrichten aus Rußland zu überbringen.

Die weitere Aufgabe des Posker beruhte laut Aussage der Verdächtigen Josef Zebzou und Ferdinand Posker darin, für Rußland unter der Zivilbevölkerung seiner Heimat Stimmung zu machen und laut Mitteilung des Verdächtigen Method Kracmar russische Aufrufe und Manifeste, die er in seinem Stocke oder in den Stiefeln versteckt hätte, nach Mähren und Schlesien zu überbringen. Tatsächlich fällt die Verbreitung russischer Manifeste seitens der Verdächtigen Necas, Kraus und Cichy in Orlau und Dombrau in die Zeit der zweiten Hälfte des November 1914, als bereits Emil Posker seit mindestens zwei Wochen nach Hause zurückgekehrt war.

Schließlich hatte Emil Posker noch eine weitere außerordentlich staatsgefährliche Mission, die Veranlassung der einrückenden Soldaten böhmischer Nationalität zum Übergang auf russische Seite. Dies war laut Aussage der Verdächtigen Faykus und Masopust die hauptsächlichste Aufgabe der angeblich bloß dem russischen Roten Kreuze beigetretenen böhmischen Legionäre. Emil Posker erzählte auch den Verdächtigen Svehelka und Masopust, daß

die russischen Soldaten den Befehl erhalten haben auf tschechische Regimenter nicht zu schießen und daß sie deshalb vor jedem Gefechte Kundschafter entsenden, um zu erfahren, welcher Nationalität die feindlichen (österreichisch-ungarischen) Regimenter angehören. Emil Posker erzählte auch dem Verdächtigen Svehelka, daß einmal schwere russische Artillerie einen halben Tag in der Nähe von Jaroslau österreichische Artillerietruppen beschossen hatte, ohne daß die österreichischen Geschütze das Feuer erwidert hätten. Als die Russen vorrückten, fanden sie die aus tschechischen Soldaten bestehende Mannschaft eines österreichischen Artillerieregiments untätig am Boden liegen, die Geschütze demontiert, die Schlitten entfernt. Das zwischen Rußland und den böhmischen Soldaten verabredete durch die Emissäre nach Mähren und Schlesien, wahrscheinlich auch nach Böhmen mitgebrachte geheime Verständigungszeichen sollte nach mehreren Aussagen ein Musikspiel (hudba), dagegen beim Nahkampf laut Aussage des Verdächtigen Masopust ein kurzer Spruch in russischer Sprache sein, etwa des Inhaltes: „Ich bin dein Bruder."

Method Kracmar erzählte dem Mithäftling Hofer im Vertrauen, daß Emil Posker auch weiter in Beziehungen zu Rußland stand und periodisch Befehle von Lemberg über Stockholm erhielt. Dieselben waren zwischen den Zeilen unverfänglicher Briefe mit sympathetischer Tinte geschrieben, die nur durch ein verabredetes Verfahren lesbar gemacht werden konnte. In einem dieser Briefe soll im Sinne der Aussagen der Verdächtigen Svehelka und Masopust die Weisung enthalten gewesen sein, die böhmischen Soldaten mögen das Gefecht bloß markieren und bei passender Gelegenheit zu den Russen übergehen.

Zu erwähnen ist noch mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Nachforschung nach weiteren Emissären, daß unter anderem der Aufenthalt nachstehender Mitglieder der tschechischen Legion innerhalb Österreichs zu vermuten ist.

1., 2., 3. Dreier Brüder des Emil Posker, Alois, Ferdinand und August, von denen die beiden ersten seit mehreren Jahren in Kiew leben, der „Česká Družina" angehören sollen und der zweite laut Aussage des Verdächtigen Masopust dem Emil in Kiew bei dessen Abreise ein baldiges Wiedersehen in Aussicht stellte, schließlich der dritte, August, welcher seinerzeit in Frankreich weilte und während des Krieges von den Gastwirteheleuten Alfons und Sophie Moczydlan in Polnisch-Leuthen gesehen wurde.

4. Des jüngeren Sohnes des früheren Dombrauer Gastwirtes Franz Maximilian Wysoczky, später Elektrotechnikers in Zvino grodka bei Kiew und Schwiegervaters des Alois Posker, mit Vornamen Josef, derzeit als Dolmetsch in russischen Diensten.

5. Des im November 1913 mit Emil Posker nach Kiew abgereisten Franz Oslak, welchem laut Aussage des Verdächtigen Svehelka Alois Posker einen Posten bei der Firma Laurin & Klement verschafft hatte, einer Firma, bei welcher eine Reihe von Österreich feindlich gesinnten Tschechen wie Raymann, Stefan Horsky u. a. sich in Stellung befinden.

Auch der der tschechischen Legion angehörende Bruder des böhmischen Schriftstellers Heyduk sowie möglicherweise auch die Vertreter der Kiewer Tschechen vom Moskauer, am 28. August 1914 stattgefundenen Kongresse: Cerweny, Pawlo und Dedina, dürften sich gegenwärtig irgendwo in Österreich aufhalten.

Behufs erfolgreicher Weiterführung sowohl dieser wie einiger anderen wichtigen Spionageaffären wäre die Zuweisung eines Chemikers, mit dem unmittelbare Verständigung seitens des Untersuchungsführers gepflogen werden könnte, von außerordentlicher Wichtigkeit. Überdies erscheint es behufs Aufdeckung der geheimen Organisation der russischen Emissäre in Mähren, Schlesien und Böhmen außerordentlich wünschenswert, bei allen Regimentern, bei denen tschechische Soldaten eingestellt sind, genaue Einvernahme derselben über alle hier skizzierten Einzelheiten zu veranlassen sowie unter den bei den Abgeordneten Kramář und Klofáč vermutlich saisierten Briefschaften und Dokumenten nach einer Verbindung mit Emil Posker und dem General Dimitriew genaue Nachforschungen einleiten zu wollen.

Mit Rücksicht auf die eminente Wichtigkeit dieser staatsgefährlichen Propaganda gewärtige ich, daß die Erhebungen mit aller Vorsicht und entsprechendem Nachdrucke durchgeführt werden."

Schon hier sieht man, welche gefährlichen Ergebnisse die russophile Propaganda unter den Tschechen für die Kriegführung der Monarchie nach sich zog.

Die schwersten Folgen aber mußte natürlich das oft verräterische

VI.

Verhalten tschechischer Truppen im Felde

haben. Es wurde bereits gelegentlich der zahlreichen Wiedergaben aus tschechischen, beziehungsweise feindlichen Zeitungen eine Reihe von Material über diese schwerwiegendsten Vorkommnisse mitgeteilt, insbesondere was die Tätigkeit der tschechischen Legionen in Frankreich und Rußland betrifft; man erinnere sich nur an den erwähnten Fall Pavlu. (Vergleiche Seite 156 ff.) Hier sei zunächst nochmals auf jene Angaben gewiß unverdächtiger Zeugen verwiesen. (Vergleiche hiezu auch Seite 131, 145, 148, 149, 150, 158, 167, 173, 176 bis 182.)

Außerdem aber liegen dokumentarische Nachweise für das Verhalten tschechischer Truppenteile im Felde vor, auf Grund welcher die bekannten

Ausführungen Seiner Exzellenz des damaligen Landesverteidigungsministers Freiherrn v. Georgi

im Immunitätsausschusse des österreichischen Abgeordnetenhauses am 22. Juni 1917 erfolgten. Diese Ausführungen, welche, wie bereits erwähnt, ganz unbegründeterweise einen Sturm der Aufregung seitens tschechischer Abgeordneter hervorriefen, seien der Vollständigkeit halber hier dem ungefähren Inhalte nach wiedergegeben:

„Der Landesverteidigungsminister Freiherr v. Georgi beschäftigte sich zunächst mit dem Falle Klofáč und meinte, daß es für Beurteilung der Schwere der Angelegenheit gewiß von entscheidender Bedeutung sei, welche Folgen die Tätigkeit des Abgeordneten Klofáč und seiner Anhänger gezeitigt hat.

Er selbst habe ihn in den Jahren 1908 bis 1913 im Wehrausschusse, aber auch im Abgeordnetenhause am 13. Mai 1908, wiederholt aufmerksam gemacht, welche verderblichen Folgen für ihn und sein Volk aus der, unter dem in manchen Kreisen populären Schlagwort: „Antimilitarismus“ betriebenen Propaganda entstehen würden, und wie gefährlich für das Vaterland diese Agitation sei.

Wenn anläßlich der Assentierung beispielsweise Flugzettel unter den Assentierten verteilt wurden, die unter anderem den Satz enthielten: „Wenn sie Euch schießen lehren, so erlernt es; im richtigen Augenblick wird es Euch dann möglich sein, das Gewehr gegen Eure Henker umzudrehen“; wenn beispielsweise in einem Hetzblatt, welches in die Kasernen geschmuggelt wurde, erklärt wird, daß „in der Armee die Soldaten zu gefährlichen Feinden der Menschheit, zu gewerbsmäßigen Mördern, zu sinnlosen Maschinen und zu Tieren erzogen werden, was den Zusammenbruch der christlichen Moral bedeutet“, so kann man daraus ersehen, wie gefährlich diese Propaganda war, der sich regelmäßig erscheinende Druckschriften, in Prag mehr als 38, unter verschiedenen Namen und an verschiedenen Orten Böhmens 41 kleine Blätter widmeten.

Gott sei Dank habe die böse Saat des Abgeordneten Klofáč nicht überall den richtigen Boden gefunden und hat der gesunde Sinn eines Großteiles des tschechischen Volkes, hauptsächlich auf dem Lande, und die Jahrhunderte alte Tradition unserer glorreichen Armee es verhindert, daß diese Saat in dem Momente ernster Kriegsnot voll aufgehen konnte. Dessenungeachtet halte er es für notwendig, einmal offen, klipp und klar und ohne Voreingenommenheit gegen die tschechischen Regimenter, deren gute militärische Eigenschaft er in seiner Dienstzeit persönlich schätzen gelernt habe, zu sagen, was geschehen ist, damit einerseits Übertreibungen vermieden werden, andrerseits aber der Behauptung entgegengetreten wird, daß überhaupt kein Vorkommnis vorhanden war, welches dazu berechtigt, dem Abgeordneten Klofáč und seinen Gesinnungsgenossen einen Vorwurf zu machen, daß sie mit ihrer Agitation der Armee, dem Staate und ihrem Vaterlande einen großen Schaden zugefügt haben.

Im Anfang des Krieges hat sich in Böhmen in der tschechischen Bevölkerung wenig Kriegsfreudigkeit gezeigt, was mit Rücksicht auf unseren slawischen Gegner zwar nicht erfreulich war, aber, wie der Landesverteidigungsminister meinte, bei gutem Willen erklärt werden konnte. Wörtlich sagte er weiter: „Um so mehr trat aber in den deutschen Teilen des Landes eine bewunderungswürdige Kriegsbegeisterung zutage und kann ich die dankbare Konstatierung derselben nicht unterdrücken.“

In Böhmen war anläßlich der Mobilisierung die Mannschaft in vielen Fällen den zersetzenden Einflüssen durch Agitatoren ausgesetzt und es haben sich insbesondere die Mitglieder tschechischer Sokolvereine und ein Teil der tschechischen Lehrerschaft, die als führende Personen in den Sokolvereinen auftraten, in Böhmen und auch in der Gefangenschaft als russophil erwiesen.

So forderte der kriegsgefangene Turnwart Hladuvka des Rostislaver Sokolgaues (Mähren) zum Eintritt in die Družina auf, wobei er rief: „Erfüllt den Schwur, den Ihr so oft in den Turnsälen wiederholt habt und beweist, daß unsere Losungsworte keine leeren sind.“

Und ein anderer Sokolfunktionär, der Anführer der V. Abteilung des in Böhmen befindlichen Barakschen Sokolgaues X, forderte in ähnlicher Weise alle kriegsgefangenen Mitglieder der Sokolvereine dieses Gaues zur Anmeldung für die Družina auf, wobei er sie gleichfalls an die Erfüllung ihres Schwures mahnt.

Das Verhältnis zwischen der bedeutenden Anzahl der Sokoln, die in die Front abgegangen und der Zahl der tschechischen Soldaten, die heute in gegnerischer Gefangenschaft sind, dann die Tatsache, daß die Sokollegitimationen als Dokumente der russophilen Gesinnung den Überläufern sich in jeder Hinsicht förderlich erweisen, sprechen klar und überzeugend für den Effekt der agitatorischen Tätigkeit, wie sie in den „Turnvereinen“ betrieben wurde.

Der Landesverteidigungsminister verwies dann auf die passive Haltung der Tschechen im Hinterlande, auf ihre bekannte geringe Anteilnahme an der Kriegsanleihe, Kriegsfürsorge usw. und ging dann zur Betrachtung der Verhältnisse bei der Armee über.

Im Inlande zeigten sich mitunter bei einzelnen Truppenkörpern tschechischer Nationalität mehrfach Disziplinwidrigkeiten und krasse Fälle von Insub-

ordination, denen allerdings mit schärfsten Mitteln ein Ende gemacht wurde; hauptsächlich anläßlich des Abmarsches und auf der Fahrt in den Aufmarschraum, in vielen Fällen durch übermäßigen Alkoholgenuß begünstigt.

Immerhin war eine größere Anzahl von Regimentern, der Landesverteidigungsminister nannte die Zahl 10, davon betroffen und es wurde durch Erhebungen zweifellos festgestellt, daß die Wurzel des Übels in der Heimat zu suchen sei.

Anführen müsse er gerechterweise, daß zum Beispiel ein Regiment im Anfange des Krieges in dieser Richtung sehr viele Anstände hatte, später aber sehr gut wurde und gegenwärtig, allerdings zu einem Drittel mit deutscher Mannschaft aus Troppau, St. Pölten und Wien gemischt, die glänzendsten Waffentaten ausführt. Andere Regimenter ausschließlich tschechischer Nationalität haben nicht nur einzelne hervorragende Waffentaten, sondern sich während des ganzen Feldzuges brav gehalten und zeichneten sich auch in letzter Zeit mehrfach aus.

Trotzdem müsse der Landesverteidigungsminister leider konstatieren, daß insbesondere in der ersten Periode des Krieges zahlreiche Fälle von Massendesertion zum Feinde und andere schwere militärische Delikte vorgekommen sind, so im September, Oktober, November, Dezember 1914, März 1915 an mehreren Tagen nacheinander und auch später.

Alle diese Einzelfälle lassen den Schluß zu, daß die staatsfeindliche Gesinnung in einem nicht unbeträchtlichen Teile der tschechischen Bevölkerung tief Wurzel gefaßt haben muß. Sie sind durchaus nicht gering einzuschätzen.

Besonders bezeichnend war der Fall des gewesenen Redakteurs der „Národní Listy“, Bogdan Pavlu, der auch mit Dr. Kramář im freundschaftlichen Verkehr war. Dieser wurde, nachdem er zu den Russen mit seiner Abteilung übergelaufen war, Redakteur des von der russischen Regierung für die Tschechen in Rußland herausgegebenen Blattes „Čecho-Slovák“ und schilderte in mehreren Aufsätzen in russischen Zeitungen, wie es ihm gelang, als Fähnrich in der österreichisch-ungarischen Armee alles auszuspionieren, dann mit seiner ganzen Abteilung die Feldwachen niederzumachen und zu den Russen überzugehen.

Am aufklärungsbedürftigsten für die öffentliche Meinung ist die Auflösung der Infanterieregimenter Nr. 28 und 36.

Am 3. April 1915 hatte das Infanterieregiment Nr. 28 einen Stand von 2000 Mann, von welchen nach Beendigung des Gefechtes bis zum 4. April nur zirka 150 Mann gesammelt wurden. In diesen schweren Kämpfen am Duklapaß haben sich zwei Bataillone des Infanterieregiments Nr. 28, ohne von der Feuerwaffe Gebrauch zu machen, einem einzigen russischen Bataillon ergeben, wodurch die Gefechtslage kritisch wurde. Dem 73. Infanterieregimente im Vereine mit reichsdeutschen Truppen gelang es, mit schweren Verlusten an Toten und Verwundeten sich bis zum Eintreffen neuer Truppen zu behaupten. Artilleriebeobachter konstatierten, daß etwa drei Kompagnien des Infanterieregiments Nr. 28 unverwundet gefangen und über Lemanec gegen Biharo abgeführt wurden.

Die Auflösung des Regiments wurde am 17. April 1915 vom Kaiser genehmigt.

Ein Kriegsgefangener namens Pasowsky schrieb an seine Angehörigen in Prag, daß er bereits die russische Staatsangehörigkeit erworben habe und daß 30.000 bis 40.000 solcher Gesuche tschechischer Gefangener vorliegen. Auch nach Auflösung des Regiments kamen noch verschiedene gravierende Fälle vor.

Feldwebel Lahecka, nach Meldung eines Gefangenen, soweit erinnerlich, grüne Aufschläge und auf der rechten Brustseite ein rundes Abzeichen mit Blitzpfeilen, wurde von den Russen gefangen. Als Kundschafter der letzteren hatte er dann die Aufgabe, das russische mit dem österreichischen Telephon zu verbinden. Später machte er die Bekanntschaft von Tschechen der Legion und erbot sich dann freiwillig, zu den Österreichern zurückzukehren, um sie zum Überlaufen zu überreden. Es soll ihm nach Aussage russischer Gefangener, anderthalb Wochen später gelungen sein, Teile des 28. Infanterieregiments zu den Russen zu bringen. In der Zwischenzeit soll ein tschechischer Kriegsgefangener zu den Russen einen Brief von ihm gebracht haben, in welchem Feldwebel Lahecka versichert, daß er selbst noch nicht zurückkehren kann, daß ihm aber seine Aufgabe sicher gelingen werde.

Verschweigen dürfe der Landesverteidigungsminister im Interesse des Infanterieregiments Nr. 28 nicht, daß sich ein Bataillon des Regiments, als nicht aufgelöst, an der Isonzofront hervorragend geschlagen hat und dadurch die Ehre des Regiments wieder hergestellt hat, so daß dasselbe mit kaiserlicher Entschließung vom 21. Dezember 1915 wieder aufgestellt wurde, und weiter, daß dieses Regiment sich seither tadellos verhält und tapfer wie die anderen kämpft.

Das Infanterieregiment Nr. 36 hat sich in den ersten Kämpfen gut verhalten. Anfangs 1915 aber mußte es, da immer häufiger ganze Patrouillen zu den Russen übergingen, schließlich vom Aufklärungsdienste ausgeschaltet werden. Bei einem Angriffe am 6. Mai 1915 wurde ein ganzes Bataillon gefangen genommen. Während der Nacht vom 26. auf den 27. Mai hatten zwei Bataillons einen Teil von der Nordfront des Brückenkopfes Sieniava zu halten. Gegen Morgen gelang es

starken feindlichen Kräften, die durch mehrere Tage mit allen Mitteln der Feldbefestigung hergerichtete Stellung der genannten Bataillone in überraschend kurzer Zeit fast ohne Feuergefecht zu durchbrechen, wobei das Regiment 31 Offiziere und 1543 Mann an Gefangenen einbüßte. Daher mußten die Nachbargruppen, welche durch übermächtigen Angriff in Flanke und Rücken bedroht waren, in einem verlustreichen Rückzug auf das westliche Sanufer zurückgezogen werden.

Das Gravierende dieser Vorgänge bei Sieniawa war, wie gesagt, daß die Stellung des Regiments Nr. 36 mit allen technischen Mitteln ausgebaut war und daß Ende Mai gegen 2000 Gefangene mit lichtroten Aufschlägen, von Sieniawa kommend, durch Rosanec passierten, in heiterster Stimmung waren und von sechs Russen eskortiert wurden. Mit kaiserlicher Entschließung vom 16. Juli 1915 wurde dieses Regiment aufgelöst.

Man kann sich wohl sehr schwer vorstellen, mit welchem Gefühl Truppen kämpfen müssen, welche wissen, daß neben ihnen solche unverläßliche Regimenter kämpfen, von denen sie fürchten müssen, daß sie von ihnen gerade im kritischen Momente verlassen werden. Durch dieses Vorgehen wurden natürlich nicht nur andre Truppen schwer geschädigt, sondern auch die Durchführung weiterer Operationen auf das äußerste gefährdet und gehindert.

Im allgemeinen müsse aber betont werden, daß sich in der Front selbst ein großer Teil der tschechischen Regimenter ihrer alten Tradition würdig erwiesen habe und daß auch das Verhalten einzelner, nicht tadelfreier Regimenter gewechselt hat, je nachdem mit den Marschbataillonen unverläßliche, von Agitatoren verleitete Elemente eintrafen.

Ein viel traurigeres Kapitel ist aber das Verhalten der Tschechen im Ausland und in der Gefangenschaft.

Daß in Frankreich eine Tschechenlegion existiert hat, ist erwiesen.

Der Pariser Sokolverein zählt nach dem eigenen Jahresbericht in der Hauptversammlung vom 4. Februar 1917 202 Mitglieder, wovon 113 an der Front, 3 als Soldaten in Betrieben, 34 nach erfolgter Verwundung wieder in den Dienst gestellt sind. Vierzig dieser Sokols sind in den Reihen des französischen Gegners gefallen. Im ganzen sind 190 unter die Fahnen geeilt und haben 35 französische und 15 russische Auszeichnungen erhalten.

Der österreichisch-ungarische Reserveleutnant Wenzel Dostal (der Schwager des gewesenen Oberdirektors der Živnostenská banka, Preis) ist am 9. Mai 1915 in der Schlacht bei Carenci gefallen.

Außer den Sokols sind aber noch andre Tschechen eingetreten und die Tschechenlegion wurde anfänglich mit 600 Mann aufgestellt; davon waren 400 Mann aus Paris, 50 aus England und die übrigen aus anderen Orten. Die Legion wurde in Bayonne organisiert und erhielt vom dortigen Bürgermeister eine mit dem böhmischen Löwen gezierte Fahne.

Die Tschechenlegion wurde im Mai und Juni 1915 bei Arras, im September in der Champagne, im Juli 1916 in der Piccardie und zum Teil in der Sarrail-Armee bei Bitolia verwendet und hat 80 Mann an Toten und 30 an Invaliden verloren; 84 wurden ausgezeichnet. Gegenwärtig sind nur noch 126 Mann an der Front. Die Tschechenlegion hat auch aus fünf Feldpiloten ein eigenes Flugzeuggeschwader gebildet. Bezeichnend ist, daß die französischen höheren Kommandanten Befehle an die Tschechenlegion ergehen ließen, worin die Legionäre vor dem Überlaufen gewarnt wurden, und daß die Legion aus disziplinären Gründen eine Zeitlang nach Lyon und später sogar nach Afrika versetzt wurde. Später wurden über einen im Mai 1915 von dem Senator Lebert eingebrachten Gesetzentwurf allerdings die Freiwilligen dann wieder aus Afrika zurückversetzt.

Einer der gefährlichsten Hetzer war in Frankreich der Generalsekretär des tschechischen Nationalrates Dr. Eduard Beneš (bis nach Kriegsbeginn Professor der tschecho-slawischen Handelsakademie und Dozent der tschechischen Universität in Prag).

Eduard Beneš hat im September 1916 anläßlich der Feier des Jahrestages der Schlacht in der Champagne den tschechischen Freiwilligen einen Vortrag gewidmet und dabei ausgeführt, daß die ersten Freiwilligen ganz instinktiv aus Haß gegen Deutschland, Wien und die Magyaren in die feindliche Armee eintraten, ebenso wie die tschechischen Soldaten in der Heimat instinktiv zum Feinde übergingen.

„Es darf nicht vergessen werden,“ sagt Dr. Beneš, „daß jedes unsrer Bücher, jeder unsrer Lehrer und Politiker, unser ganzes nationales Leben ganze Jahrzehnte hindurch Ideen und Ansichten ausgesäet haben, die jetzt in unsren Jungen an der Front und in unsren Kriegsgefangenen in Rußland symbolisiert sind. Was wäre das für eine Intelligenz, was wären das für Führer, was wären das für Lehrer, die dies Jahrzehnte hindurch verkündet hätten durch Darlegung aus der Geschichte, aus der Literatur und der Politik und die jetzt, wo diese Darlegungen bei unseren einfachen, aufrichtigen, begeisterten Jungen Früchte tragen sollen, artig, unentschlossen und Österreicher bleiben würden.“

Auch unsre tschechischen Kriegsgefangenen in Frankreich wurden durch Beneš im Aufruf vom 31. März 1917 im tschechischrevolutionären Sinne bearbeitet.

Daß Tschechen auch in den Reihen der Engländer gekämpft haben, ist ebenfalls erwiesen.

In Rußland wurde unter dem Titel „Česká Družina“ anfänglich aus in Rußland lebenden Tschechen eine Truppe aufgestellt, die dann durch Überredung und Verleitung tschechischer Kriegsgefangener immer weiter vergrößert und ausgestaltet wurde.

Die erste Aufstellung der „Česká Družina“ erfolgte in Kiew, und zwar im August 1914 mit 1000 Mann, mit Bewilligung des russischen Kriegsministeriums, durch einen im „Rußkoje Slowo“ am 4. August 1914 erlassenen Aufruf. Die beiden tschechischen Hauptpersonen waren als Mittelspersonen zwischen den russischen Militärstellen und der Družina die Tschechen Alois Tuček, Vertreter der Firma Laurin und Klement in Moskau, und der aus Böhmen stammende Petersburger Juwelier Zdenko Reimann (die beide mit Dr. Kramář in Verbindung standen).

Am 11. Oktober (28. September), das ist der St. Wenzelstag, erhielt die Družina in der Sophienkirche eine weiß-rote, mit dem Wappen der drei böhmischen Länder und der Wenzelskrone gezierte Fahne; der Kommandant war Oberst Sezontovic, die Subalternoffiziere der Družina waren österreichische Reserveoffiziere tschechischer Nationalität, welche bei der Mobilisierung in Rußland verblieben waren.

Interessant sind auch die Ausweise über Sammlungen zugunsten der tschechischen Družina, die im „Čecho-Slovák“ verlautbart wurden, in denen sich nicht nur häufig die kriegsgefangenen Mannschaften, sondern auch nicht selten kriegsgefangene Offiziere als Spender befinden.

Bemerkenswert ist, daß bei Kriegsausbruch ein tschechischer Politiker in russischen Zeitungen ausführte, daß von mehreren Hundert österreichischen Staatsbürgern, die in Rußland lebten, sich nur drei für den Dienst in der Heimat meldeten, der Rest in die Družina eintrat.

Im Jänner 1916 zählte diese erste Družina vier Rotten (Kompagnien) und wurde im März 1916 in der Duma die Stärke des tschechischen Regiments mit 1500 Mann angegeben.

Die Družina wurde anfänglich nicht so sehr als geschlossene Kampftruppe, sondern als Patrouillen und zum Kundschafterdienste zur Herüberlockung von tschechischen Truppen benutzt. Nach Kriegsgefangenenaussagen wurden auch mehrere Družina-Mitglieder als Kundschafter nach Böhmen und Mähren entsendet. Ein solcher Emissär namens Emil Posker, der angeblich Nachrichten an die Abgeordneten Kramář und Klofáč überbringen sollte, wurde im Inlande verhaftet.

Im März 1915 lag in der Moskauer tschechischen Militärkommission ein Antrag betreffs Bildung einer Militärabteilung aus den kriegsgefangenen Tschechen für die Tätigkeit innerhalb Böhmens vor.

Die Anwesenheit der Družinen in Galizien wurde von den Bewohnern daselbst wiederholt konstatiert und in verschiedenen russischen Blättern über die tschechischnationale Armee eine Menge des Lobenswerten — nach russischem Sinne — mitgeteilt, insbesondere ihre hervorragende Befähigung zum Kundschafterdienste.

Die tschechische Družina soll zu 60 Prozent aus absolvierten Mittelschülern und zu 20 Prozent aus Hochschülern bestehen, namentlich das dritte Regiment Jan Žižka von Troznow.

Ende 1915 war die tschechische Družina schon zum tschechoslowakischen Schützenregiment angewachsen.

In Omsk allein sollen nach Kriegsgefangenenaussagen auf den ersten Aufruf hin von 1200 kriegsgefangenen Tschechen 800 in die Družina eingetreten sein.

Das Jahr 1916 brachte eine neuerliche Vergrößerung und wurde zu Ostern 1916 in Kiew die Aufstellung der tschechoslowakischen Brigade beschlossen, die aber Ende 1916 erst aus einer Feldbrigade und einem Ersatzkörper bestand. Die Feldbrigade hatte drei Regimenter, die beiden ersten zu drei Bataillonen, das dritte zu einem Bataillon; also sieben Bataillone, jedes aus vier Rotten (Kompagnien) bestehend. Die Bezeichnung war: „Česko-slovacký střelecký pluk“.

Das dritte Regiment, das nur ein Bataillon hatte, das ist Žižka von Troznow, hat durchaus den orthodoxen Glauben angenommen. Die Feldbrigade war 6000 bis 7000 Mann stark. Der Ersatzkörper 1000 bis 1400 Mann.

Kommandant der Feldbrigade ist der russische Oberst Trojanow, die Mannschaft meistens Tschechen, wenig Slowaken, vereinzelte Ruthenen und Polen. Die Kommandosprache ist russisch; beim Ersatzkörper: tschechisch und russisch; Abzeichen sind weiß-rote Streifen an der Mütze.

Die weitere Organisation wird jetzt in die Hände des Generals Čerwinka gelegt. Letzterer ein Tscheche von Geburt, soll vor etwa 40 Jahren nach Rußland ausgewandert sein.

Am 13. Dezember 1916 wird schon von einer tschechoslowakischen Schützendivision in russischen Zeitungen gesprochen, und zwar in der Zeitung „Čecho-Slovák“. Am 25. Jänner 1917 wird gemeldet, daß schon eine zweite Division aufgestellt werden soll.

Česká Družina hat sich zahlreiche Auszeichnungen erworben und es ist tief bedauerlich, daß Leute mit so guten militärischen Eigenschaften durch nationale Verhetzung in die Reihen unsres Feindes getrieben wurden.

Was den Übertritt zum orthodoxen Glauben anbelangt, so hat auch das dritte Bataillon des zweiten Regiments wie das dritte Regiment gehandelt.

Am Namenstag des Zaren, am 19. Dezember 1916, sind von dieser Druzina 14 Offiziere und 1370 Mann zum orthodoxen Glauben übergetreten.

Die Führer der russischen Tschechenbewegung sind ehemalige österreichische Reserveoffiziere: Tuček, Reimann, Pavlu, Klecanda, Vitaček 2c.

Was aber besonders traurig ist, aus den Berichten geht auch hervor, daß manche, ihre Sonderstellung (Tschechen und Serben in der Gefangenschaft) benutzend, ihre mitgefangenen Kameraden andrer Nationalität mißhandelten.

Besonders feurige Russophile waren die Mitglieder des Turnvereins „Sokol". Diese waren durch die Bank alle Feinde Österreich-Ungarns und Deutschlands; das aber nur Mitglieder des tschechischen und serbischen Sokols.

Am meisten belastet erscheinen junge Reserveoffiziere tschechischer Nationalität, die auch erwiesenermaßen vielfach an der Gefangennahme ganzer Truppenteile Schuld haben. Leider sind auch aktive, sogar Stabsoffiziere kompromittiert.

Nicht alle tschechischen Kriegsgefangenen sind aber in die tschechischen Druzinen übergetreten, sondern eine Anzahl Treuloser ist in die serbische Freiwilligenlegion bei der Dobrudschaarmee eingetreten; so meldet der „Čecho-Slovák" in Nr. 70 vom 30. Oktober 1916, daß 24 tschechische Offiziere und 40 Einjährig-Freiwillige in die serbische Freiwilligendivision eingetreten sind.

Der General Szivkovich erwähnt ausdrücklich in seinem Antrittsbefehl die Tschechen und Slowaken; es beträgt die Anzahl der in der serbischen Division gegen Österreich kämpfenden früher kriegsgefangenen Tschechen mehr als 4000 Mann, was auch im „Temps" vom 20. November 1916 bestätigt wird.

Der Landesverteidigungsminister wolle nicht verschweigen, daß aus Kriegsgefangenenkorrespondenzen die erfreuliche Wahrnehmung gemacht wurde, daß viele der tschechischen Überläufer in Rußland herbe Enttäuschungen erfahren haben und jetzt mit sich und ihrem Gewissen kämpfen, wie sie ihren Verrat gutmachen könnten.

Der Landesverteidigungsminister führte aber auch gern und mit Genugtuung als Beweis, daß Tausende im ehrlichen Kampfe unverschuldet gefangene Tschechen, ihrem Eidschwur und ihrem Kaiser treu, allen Verführungskünsten widerstanden sind, an, daß es erfreulicherweise auch nicht an Nachrichten fehlt, aus denen hervorgeht, daß die hochverräterische Agitation nicht nur bei Offizieren, sondern auch bei der Mannschaft oft auf Widerstand stößt.

Im „Čecho-Slovák" Nr. 3 vom 8. Juli 1915 drückt der „Svaz" sein Bedauern aus, daß unter den Kriegsgefangenen so viele aktive Offiziere seien, die zwar Tschechen, aber dennoch schwarz-gelb bis in die Knochen sind.

Gefährliche Formen nahm auch die Agitation unter den Tschechen in Amerika an, welche die staatsfeindlichen Organisationen der Tschechen des übrigen Auslandes mit reichlichen Geldmitteln unterstützten.

Der Landesverteidigungsminister wies schließlich darauf hin, welche schwere moralische Schädigung des Ansehens der Monarchie im feindlichen und im neutralen Ausland durch dieses verräterische Verhalten eigener Staatsbürger hervorgerufen wurde und nannte die Folgen unabsehbar."

Wir wollen zunächst nur darauf hinweisen, daß hier die klare Antwort auf die verwunderte Anfrage des Herrn Staněk und Genossen gegeben ist, die laut Anhang zur 13. Sitzung (S. 1401) unter anderm behaupteten:

„Es ist klar, daß in dieser ganzen Persekution der böhmischen Sokolvereine ein System herrscht, da die Beweggründe dieser Verfolgung uns und unsrem Volke entweder unbekannt oder direkt — unbegreiflich sind!"

Unbegreiflich, das glauben wir! Denn Herr Staněk wird es nie begreifen, daß solche intime Beziehungen zu dem Feinde, der unsre Grenzen bedroht, im Kriege nicht geduldet werden dürfen!

Man sieht aber schon aus der Anführung der Rede Seiner Exzellenz des gewesenen Herrn Landesverteidigungsministers, daß er in Wirklichkeit eine große Reihe konkreter Tatsachen anführte, und Namen nannte, also nicht wie Abgeordneter Stránský am 27. Juni sagte, „seine Auslassungen mit keinem einzigen wie immer gearteten Beweise unterstützt und belegt" hat.

Aber da Herr Abgeordneter Stránský so nach Belegen schreit, wollen wir nicht unterlassen, für Seine Exzellenz Freiherrn v. Georgi einen Zeugen anzuführen, mit dem sich ersterer selbst auseinandersetzen soll. Es ist dies nämlich der bereits oft erwähnte Dr. Beneš, ein Gesinnungsgenosse des Herrn Abgeordneten Stránský, also gewiß ein recht unverdächtiger Zeuge. Denn von ihm wird Herr Abgeordneter Stránský nicht annehmen, daß er sich „rächen" will und daher „beweislos" Gifte zusammenbraut.

Wir lassen also hier nur die eine Schilderung aus dem im Kriege in der Schweiz erschienenen Buche „Détruisez l'Autriche-Hongrie" von Dr. Beneš, Dozent an der Handelsakademie in Prag, wörtlich folgen:

„Der Krieg bildete eine ungeheure Überraschung für die Tschechen, sie waren noch nicht vollständig vorbereitet für einen Entscheidungskampf. Die Habsburger zogen es vor, Vasallen der Hohen-

zollern zu sein, statt Herrscher eines Staates, in dem die Slawen nicht unterdrückt gewesen wären. Es war also natürlich, daß vom ersten Tage des Krieges an die ganze tschechische Nation ohne Ausnahme ihre Feindschaft gegen Österreich und Deutschland bekundete. Der Sieg würde bedeuten: die Verwirklichung der alldeutschen Pläne, die Germanisation Österreichs, die Unterjochung der österreichischen Slawen. Die Zeitungen veröffentlichten Aufsätze gegen Österreich, die Bevölkerung verweigerte glatt die Zeichnung der Kriegsanleihen, sie weigerte sich ebenso, die Lebensmittel der Regierung zur Verfügung zu stellen und trug auf diese Weise zum finanziellen und ökonomischen Bankrott der Monarchie bei. Heute gibt es nicht eine einzige Partei der Nation, die für Österreich wäre. Endlich verweigerten die tschechischen Soldaten es systematisch, für Österreich zu marschieren und sich zu schlagen; durch ihre Haltung desorganisierten und demoralisierten sie erfolgreich in großem Maßstab die österreichisch-ungarische Monarchie. Das elfte Regiment aus Pisek weigerte sich, gegen Valjevo in Serbien zu marschieren und wurde dezimiert. Der Rest wurde unter die Kanonen der Serben geschickt und dann vollkommen vernichtet durch die magyarische Artillerie. Soldaten von 102 (Beneschau) erzählten, wie ihre Kameraden mit ihren Freunden, den Serben, sich in Verbindung setzten und wie diese Verbrüderung beendet ward durch die Übergabe der tschechischen Soldaten, durch das Unglück bei Kolubara und durch die vollkommene Desorganisation der österreichisch-ungarischen Südarmee. Das 36. Regiment aus Jungbunzlau meuterte in den Kasernen und wurde zum Teil niedergemacht. Viel später wurde es aufgelöst. In den Karpathen wollte das 88. Regiment sich ergeben und kam dabei in das Feuer der preußischen Garde und der Honvéd. Das 35. Regiment (Pilsen) war eine halbe Stunde nach seiner Auswaggonierung schon in den russischen Schützengräben, wo man sie mit großem Enthusiasmus aufnahm. Tragisch ist die Geschichte der Übergabe des 28. Regiments. Es hatte sich den Russen am 3. April 1915 in den Karpathen mit seinem ganzen Material und seiner Musik übergeben. Zweitausend Mann gingen so zu den Russen über und ein großer Teil von ihnen kämpfte darnach gegen die Österreicher. Der Kaiser löste das Regiment auf. Die Auflösung rief revolutionäre Gefühle bei den Tschechen in Böhmen und in Mähren hervor. Um diesen Eindruck zu verwischen, entschlossen sich die militärischen Kreise, sich an den Tschechen höchst brutal zu rächen. Im letzten Herbst stellten sie ein neues Bataillon vom 28. Regiment zusammen, ausschließlich aus jungen Leuten von 20 Jahren und schickten es vor die italienische Artillerie bei Görz. Nach einem wütenden Angriff kamen bloß 80 Mann zurück, der Rest der tausend jungen Menschen blieb auf dem Schlachtfeld. Kurz darauf kam ein neuer Tagesbefehl, der verkündete, daß die Schande der 28er ausgetilgt sei." (Das also ist nach diesem gänzlich unverdächtigen Zeugen der Ursprung der vielberufenen „Rehabilitierung" des 28. Infanterieregiments! Daß diese Opfer zum größten Teil Deutsche waren, verschweigt Beneš natürlich.) „Die kleinen Vorfälle, Meutereien, Dienstverweigerungen usw. sind unzählig. Viele Verschwörungen wurden entdeckt. Das Beispiel steckte sogar deutsche Soldaten an. In Gorlize hat man im April 1915 eine Verschwörung von tschechischen Soldaten entdeckt, in die auch Deutsche verwickelt waren. Jetzt gibt es keine tschechischen Regimenter mehr; sie sind verteilt."

Wenn Herr Abgeordneter Stránský Seiner Exzellenz dem Freiherrn v. Georgi nicht glaubt, so wird er vielleicht Herrn Dr. Beneš glauben . . .

Man könnte sich eigentlich mit diesem Zeugnis begnügen. Aber es seien zum Überflusse noch eine kleine Anzahl jener unwiderleglichen Armeebefehle zum Beweise wörtlich angeführt, welche jeweilen auf Grund der eingetretenen Ereignisse erlassen worden waren. (Vergleiche hiezu die bereits früher mitgeteilten Berichte tschechischer, beziehungsweise feindlicher Blätter über das Verhalten einzelner tschechischer Regimenter, Seite 28, 30, 31, 118, 119, 157, 181, 221.

Op. Nr. 5581 des v. O. K. vom 23. Dezember 1914.

Auf Grund von Gefangenenaussagen wurde festgestellt, daß tschechische Freiwillige in Družinen vereinigt, bataillonsweise in russische Infanterieregimenter eingereiht werden. Diese Freiwilligen sollen teils österreichische, teils russische Untertanen sein. Als Erkennungszeichen . . . Unter den jeweils gefangen Genommenen sind die Tschechen möglichst bald festzustellen und als Hochverräter sofort in Anwesenheit tunlichst vieler eigener Truppen zu erschießen.

A. O. K. Res. 2832 vom 27. Jänner 1915.

Bei der Mannschaft eines tschechischen Truppenkörpers wurde konstatiert, daß die Rückseite des Einlageblocks in den Legitimationskapseln mit Inschriften cyrillischer Lettern bedeckt waren. Deren Inhalt soll dahin lauten, daß Inhaber ein guter Slawe sei, dementsprechend zu behandeln wäre und die feste Absicht hat, zum Feinde überzugehen.

K. u. k. 1. Op. A. K.

Op. Nr. 2916 vom 5. Februar 1915.

Sowohl vom Landsturminfanterieregiment Nr. 32 als auch vom Landwehrinfanterieregiment Nr. 32 sind in letzter Zeit Patrouillen, die an den Feind geschickt wurden, nicht mehr eingerückt. Sie sind zu den Russen übergegangen.

Ich befehle 1. diese Regimenter sind neuerlich zu vereidigen; 2. . . . .; 3. die Ortsgemeinden sind zu verständigen, daß der N. N. zu den Russen entwichen ist und daß er nach seiner Rückkehr sofort dem Scharfrichter verfällt.

K. u. k. 1. K. K.

R. Nr. 344 vom 14. März 1915.

Sokollegitimationen auch bei Offizieren vorgefunden. Überdies kam dem Armeekommando im vertraulichen Wege zur Kenntnis, daß sich einzelne Militärpersonen, die dieselben Legitimationen besaßen, im Kameradenkreise dahin geäußert hatten, daß sie sich vollkommen sicher fühlen, denn es wird ihnen auch in freiwilliger Gefangenschaft gut gehen.

K. u. k. 1. K. K.

Op. Nr. 637/15 vom 16. April 1915.

Es ist festgestellt: „An der untersten Szreniawa, in der Gegend von Bobin, Malkowice, Kuchary, ferner bei Beysce haben im Herbste vorigen Jahres österreichische Soldaten tschechischer Nationalität sich in feiger und hochverräterischer Art verhalten. Sie haben sich während des Gefechtes in Häusern und Kellern versteckt, ohne sich am Kampfe zu beteiligen, um den Rückzug der eigenen Truppen und das Herannahen der Russen abzuwarten und sich diesen freiwillig zu ergeben.

Tschechische Soldaten haben freiwillig die Gewehre weggeworfen, die herankommenden Russen mit den Worten „Servus bratři“ begrüßt und sich mit den Russen geküßt. Eine 14 Mann starke Offizierspatrouille hat sich einem Kosaken, der auch nicht einen Schuß abgegeben hat, ergeben. Der Offizier hat sich bei der Eskortierung die Sterne von der Bluse herabgerissen.

Eine Stellung bei Kuchary war zwei bis drei Tage durch tschechische Truppen besetzt. Ein Bauer kam öfter in diese Stellungen. Endlich führte dieser Bauer 28 russische Infanteristen gegen diese von 200 bis 300 Mann besetzte Stellungen. Die Russen schossen nicht, sie stürmten mit Hurra! 2 Offiziere und die 200 bis 300 Mann gaben sich sofort gefangen. Nur ein Offizier deutscher Nationalität verteidigte sich allein mit dem Revolver. Er fiel dabei.

Tschechische Gefangene sagten den russischen Soldaten: „Wir sind auch Slawen, allen Slawen wird es unter russischer Herrschaft besser gehen.“

Ein russischer Hauptmann erzählt, daß im Orenburger- und Grodowiecky-Infanterieregiment zirka 2000 freiwillige Tschechen dienen, die schon vor der allgemeinen Mobilisierung aus Österreich desertiert sind.

Ewige Schande trifft alle diese pflichtvergessenen und vaterlandslosen Frevler. Die gewissenlosen Hetzer werden vom Geschicke ereilt werden.

Erlaß des Armeeoberkommandos, Op.-Nr. 9274 vom 20. April 1915.

Das k. u. k. Infanterieregiment Nr. 28 (Prag) hatte zu Beginn der Kämpfe am 3. d. M. einen Stand von zirka 2000 Mann, von welchen nach Beendigung des Gefechtes bis zum Abend des 4. d. M. nur 150 gesammelt werden konnten. Artilleriebeobachter konstatierten, daß der Gegner ungefähr drei Kompagnien unverwundeter Gefangener abgeführt hatte.

Aus den Aussagen des Regimentskommandos geht mit Sicherheit hervor, daß diese Truppen ohne auch nur einen Schuß abzugeben, von beiläufig einem feindlichen Bataillon gefangen oder eigentlich aus ihrer Stellung abgeholt wurden, ferner, daß der zersetzende Geist von den in der letzten Zeit eingetroffenen Marschformationen ausgegangen ist.

Das schmähliche Verhalten dieses Truppenkörpers veranlaßte das 3. Armeekommando in sinngemäßer Anwendung . . . die vorläufige Auflösung des genannten Regiments und Aufteilung der noch vorhandenen Offiziere und Mannschaften auf Truppenkörper des 3. Korps zu verfügen.

Über Bitte des Armeeoberkommandos geruhten Seine Majestät mit Allerhöchster Entschließung vom 17. April zu entscheiden:

„Ich genehmige die vom 3. Armeekommando angeordnete vorläufige Auflösung des Infanterieregiments Nr. 28 und befehle, daß diese Maßregelung in der Armee allgemein verlautbart, die Regimentsfahne aber im Heeresmuseum deponiert wird.“

„Am 3. April 1915 haben sich in den schweren Kämpfen am Duklapaß zwei Bataillone des Infanterieregiments Nr. 28 ohne von der Feuerwaffe Gebrauch zu machen, einem einzigen russischen Bataillon ergeben und daher die größte Schmach und Schande auf sich geladen. Dem 73. Infanterieregiment im Verein mit reichsdeutschen Truppen ist es gelungen, mit schweren Verlusten an Toten und Verwundeten, sich bis zum Eintreffen neuer Truppen zu behaupten. Das Infanterieregiment Nr. 28 wird für ewige Zeiten aus der Liste der österreichischen Regimenter gestrichen und die zurückgebliebenen Offiziere und Mannschaften haben im Heere und in der Marine aufgeteilt, diese Schuld mit ihrem Blute zu sühnen“.

Großes Hauptquartier, Erzherzog Friedrich m. p.

„Schmerzerfüllt verordne ich, daß das Infanterieregiment Nr. 28 wegen Feigheit und Hoch-

verrat vor dem Feinde aus meinem Heere ausgestoßen wird.

Die Fahne ist dem Regimente abzunehmen und dem Heeresmuseum einzuverleiben

Die Geschichte des Regiments, das vergiftet in seiner Moral vom Hause aus ins Feld gezogen ist, hat mit dem heutigen Tage aufgehört".

Franz Joseph m. p.

An Infanterieregimenter Nr. 21 in Kuttenberg, Nr. 36 in Jungbunzlau, Landwehrinfanterieregimenter Nr. 12 in Caslau und Nr. 8 in Prag.

Armeebefehl des Erzherzogs Josef Ferdinand Nr. 4049, 15. Juni 1915.

Tschechische Truppen haben im Laufe des Feldzuges, besonders in den letzten Kämpfen wiederholt versagt oder nicht ganz entsprochen. Speziell in der Verteidigung mit vorbereiteten und durch längere Zeit besetzten Stellungen haben sie oft versagt. Im Schützengrabenkriege gelang es dem Feinde in kürzester Zeit, mit nichtswürdigen Elementen solcher tschechischer Truppen Verbindungen anzuknüpfen. Fast immer richtete der Feind dann, durch Verräter unterstützt, seine Angriffe gegen Frontteile, die von solchen Truppen besetzt sind, häufig gelang es dem Gegner, überraschend und fast ohne Widerstand in solche Stellungen einzudringen und zahlreiche Gefangene zu machen. Schimpf und Schande, Verachtung und Schmach jenen gewissen- und ehrlosen Gesellen, die Kaiser und Reich verraten, die Fahnen unserer ruhmreichen Armee und zugleich die Ehre ihrer Nation beschmutzen. Früher oder später erreicht sie die Kugel oder erwartet sie des Henkers Strick. Pflicht eines jeden Tschechen, der Ehre im Leibe hat, ist es, jene schurkischen Hetzer und Verräter, die in ihrer Mitte sind, dem vorgesetzten Kommando zu melden. Wer es nicht tut, ist ein ebensolcher Schurke wie der Hetzer und Verräter selbst.

Dieser Befehl ist der ganzen Mannschaft der tschechischen Truppen an wiederholten Tagen erläuternd zu verlautbaren.

Erzherzog Josef Ferdinand m. p.

A. O. K. Op. Nr. 13016 vom 19. Juli 1915.

Das k. u. k. Infanterieregiment Nr. 36 ist seinen Pflichten als Kampftruppe in den letzten Monaten nicht nachgekommen. Immer häufiger gingen einzelne Männer und ganze Patrouillen zu den Russen über, so daß das Regiment schließlich vom Aufklärungsdienste ausgeschaltet werden mußte.

Bei einem Angriff am 6. Mai wurde ein ganzes Bataillon gefangen genommen.

Während der Nacht vom 26. auf den 27. Mai hatten zwei Bataillone einen Teil der Nordfront des Brückenkopfes Sieniawa zu halten. Gegen Morgen gelang es starken feindlichen Kräften, die durch mehrere Tage mit allen Mitteln der Feldbefestigung hergerichtete Stellung der genannten Bataillone in überraschend kurzer Zeit fast ohne Feuergefecht zu durchbrechen, wobei diese 31 Offiziere und 1543 Männer einbüßten. In der Folge wurden auch die Nachbargruppen durch übermächtigen Angriff in Flanke und Rücken in einem verlustreichen Rückzuge auf das westliche Sanufer zurückgezwungen.

Durch diese Ereignisse sieht sich das 4. Armeekommando veranlaßt, ... zu verfügen. Über Bitte des Armeeoberkommandos geruhten Seine Majestät mit Entscheidung vom 16. Juli zu verfügen: „Ich verfüge die vorläufige Auflösung des Infanterieregiments Nr. 36."

Verordnung des Armeeoberkommandos, Op. Nr. 12810 vom 17. Juli 1915.

Das Dulden der panslawistischen Agitation durch die ihrer staatserhaltenden Aufgabe vielfach nicht gewachsenen Behörden hat unter anderem dazu geführt, daß nicht nur von Zivilpersonen, sondern auch von eingerückten Soldaten immer mehr allslawische Abzeichen entweder zur offenen Dokumentierung der Gesinnung oder in gedankenloser Nachahmung getragen werden.

Durch diesen Unfug kann je nach der Absicht des Trägers und den entsprechenden Folgen auch das Verbrechen des Hochverrates oder der Verleitung dazu begangen werden, ohne daß es bei den geltenden gesetzlichen Bestimmungen und bei der Auffassung der Mehrzahl der richterlichen Organe möglich wäre, dagegen wirksam einzuschreiten.

Zur energischen Bekämpfung dieser Art der Bekundung staats- und armeegefährlicher Bestrebungen wird angeordnet:

Das Tragen von Abzeichen, welche durch Farben, Wappen, Bildnisse u. dgl. auf irgendwelche Beziehungen zum Ausland, mit Ausnahme der Verbündeten, hinweisen, ist allen Personen der gesamten bewaffneten Macht verboten.

Die Verbotsübertretung unterliegt, insofern dadurch nicht eine schwerer zu bestrafende Handlung begangen wurde, der Strafsanktion des § 270 M. St. G.

Conrad GO. m. p.

Einen außerordentlich bezeichnenden Aufruf, der die tschechischen „Proteste" gegen die von der Entente-Presse angekündigte Befreiung des tschechischen Volkes in das richtige Licht setzt, bringt die Nummer 23 des „Ceчhoslovan" vom 30. Oktober 1916.

Dieser Aufruf lautet:

„An die nationalsozialistische Jugend!

Aus den Wirren des gegenwärtigen Krieges wird die Freiheit unseres so lange geknechteten Volkes auferstehen. Die Verbündeten kämpfen für die Befreiung der kleinen Völker vom deutschen Joche und für ihre kulturelle Gleichstellung mit den anderen Nationen, und uns ist die Errichtung eines unabhängigen tschechoslowakischen Staates verheißen worden. So wird das Programm erfüllt werden, für welches wir gekämpft und gelitten haben.

In diesem großen Augenblick darf das tschechische Volk nicht untätig bleiben. Die in den Kampf gegen das große Brudervolk getriebenen Tschechen haben ihre Aufgabe richtig erkannt, indem sie sich ergaben oder in das tschechische Heer, das an der Seite der Brüder kämpfen soll, eintraten. Unser Aufruf gilt denen, die noch in diesen Reihen fehlen.

Brüder! Ihr habt jetzt die Gelegenheit, alles Böse zu vergelten, das die Habsburger und deren Helfer an unserem Volke verübt haben. Erfüllt jetzt, was ihr so oft bei unseren Kongressen versprochen habt!

Indem wir daran gehen, mit der Waffe in der Hand unserem Volke die Selbständigkeit zu erkämpfen, erfüllen wir nur unsere Pflicht. Wir verteidigen gemeinsam mit den Sozialisten der verbündeten Mächte das durch die deutsche Gewalt und die österreichische Bureaukratie unterdrückte Recht und wollen den Völkern Europas eine ruhige, von dem deutschen Militarismus nicht mehr bedrohte Entwicklung sichern.

Ein großes tschechisches Heer ist in Bildung begriffen, das auf allen Kriegsschauplätzen an der Seite der Verbündeten für die Befreiung unseres Volkes kämpfen wird.

Es ist eure Pflicht, ungesäumt in unsere Reihen zu treten! Nichts kann euch darin hindern und nichts kann euer Fernbleiben entschuldigen! Unser Unternehmen wird mit Zustimmung aller tschechischen politischen Parteien seitens des Nationalrates mit Professor Masaryk und Abgeordneten Dürich an der Spitze, denen wir unbegrenztes Vertrauen entgegenbringen, durchgeführt.

Brüder! Aus der Front ergeht unser Ruf an euch. Ihr wißt jetzt, wo euer Platz ist. Handelt darnach!

Operierende Armee, 28. September 1916.

Bohus Ausobsky. Frant. Turek. Josef Psenick."

* * *

Nach einer Mitteilung des stellvertretenden Generalstabes in Berlin im Februar 1917 an das Evidenzbureau des k. k. Generalstabes hat ein aus Rußland entwichener Kriegsgefangener unter Eid folgende Aussagen gemacht:

„Die in Irkutsk stationierten tschechischen Offiziere und Einjährigen haben ihre konnationalen Mitgefangenen in handschriftlichen Aufrufen aufgefordert, ihren Angehörigen nach Hause zu schreiben, sie sollen nicht gegen das heilige Rußland kämpfen, sondern die Waffen strecken und sich ergeben. Rußland habe nicht den Krieg, sondern nur die Befreiung der Slawenvölker gewollt. Der schuldige Teil sei lediglich der Deutsche Kaiser.

Diese Aufrufe wurden von den tschechischen Offizieren auch in andere Lager an die tschechischen Gefangenen geschickt mit der Aufforderung, sie an die Angehörigen in die Heimat zu senden.

Die Aufrufe wurden vielfach abgeschrieben. Auch ich könnte eine solche Abschrift vorlegen, wenn mir diese nicht nebst allen anderen Papieren auf der Halbinsel Kola von einem Gendarmen verbrannt worden wäre."

* * *

Der Höchstkommandierende der russischen Armee hat im Jänner 1916 an den Zaren folgende Meldung erstattet:

„Die Repräsentanten der in den Kiewer Armeeversorgungsfabriken arbeitenden kriegsgefangenen Tschechoslawen haben mich ersucht, ihre überströmenden Gefühle der Liebe, der Dankbarkeit und der Verehrung für die durch Eure Majestät verwirklichte Mission der Verteidigung und Beschützung des Slawentums zu Eurer Majestät Füßen niederzulegen. Sie versichern, daß dasselbe Gefühl der slawischen Pflicht, das sie bewogen hat, das schmähliche Joch der österreichischen Armee abzuschütteln, sie auch jetzt, wo sie an der Versorgung der ihrem Herzen so nahestehenden tapferen russischen Armee mitarbeiten, begeistert. Wissen sie doch, daß sie vorläufig nur auf diese Weise zur Überwindung des grausamen Räubers beitragen können. In dieser Erkenntnis sind die gefangenen Tschechoslawen erfüllt von der Entschlossenheit, bei der Arbeit alle ihre Kräfte, Kenntnisse und Energie einzusetzen, in Erwartung des Augenblickes, in welchem es ihnen vergönnt sein wird, mit der Waffe in der Hand für die Verteidigung ihres Vaterlandes (!) einzutreten."

In Erwiderung vorstehender Kundmachung erhielt der Kommandierende des Militärbezirkes Kiew, Generaladjutant Trockij folgenden Befehl:

„Kiew, 8. Jänner 1916.

Seine Majestät der Kaiser geruhte zu befehlen, daß den Repräsentanten der kriegsgefangenen Tschechoslawen, welche in den Kiewer Armee-

versorgungsfabriken als Arbeiter beschäftigt sind, der Dank Seiner kaiserlichen Majestät für die zum Ausdruck gebrachten Gefühle übermittelt werde."

Vorstehender Befehl ist in allen Fabriken, Werkstätten und Unternehmungen, wo kriegsgefangene Tschechoslawen arbeiten, zu verlesen.

* * *

Über das

Verhalten tschechischer Kriegsgefangener

und ähnliches wird in der Urteilsbegründung im Prozesse Kramář auf Grund amtlicher Dokumente folgendes mitgeteilt: *)

„Aus amtlichen Erhebungen in Galizien nach Abzug der Russen geht folgendes hervor:

Przecaw. Nach übereinstimmenden Aussagen aller Einwohner kamen am 26. Dezember 1914 etwa 200 österreichische Kriegsgefangene (Tschechen) mit zwei Offizieren an. Sie hatten grüne Aufschläge. Ein Offizier ging in die Kanzlei des Etappenkommandos und kam dann als russischer Offizier angekleidet heraus. Er gab den Kriegsgefangenen deutsche Befehle, worauf ihm dieselben ohne Eskorte folgten und sich vor einem Hause formierten. Der andere österreichisch-ungarische Offizier ging mit. Der Offizier in der russischen Uniform hielt eine Ansprache und fragte die Mannschaft, ob sie einen eigenen König haben wollten und dem Zaren dienen wollten. Er schloß mit einem Hoch auf den Zaren, in das alle einstimmten. Am nächsten Tage gingen sie nach Tarnow ab, wo sie russische Monturen erhalten sollten. Die Gefangenen sollen in Ryglice und Tuchow in Gefangenschaft geraten sein. (L. J. R. Nr. 10.) Alle tschechischen Soldaten, die die Stadt passierten, äußerten sich, daß sie nicht gegen die Russen kämpfen wollen, weil Österreich in jedem Falle den Krieg verlieren müsse. Die Überläufer wurden beeidet. (O. Nr. 741.)**)

Tuchow. In dem Orte ist bekannt, daß Tschechen im russischen Heere dienen. Der Apotheker Voltinski in Tuchow legte den in Photographie angeschlossenen Passagierschein vor, der ihm zur Zeit der russischen Invasion ausgestellt worden war. Dieser Stationskommandant befehligte gleichzeitig die tschechischen Legionäre. Die Stampiglie lautet: „Česká Družina perwaja Rota". Die Abteilung der Družina war etwa 250 Mann stark. Sie trugen russische Uniformen und waren aus der Richtung von Tarnow gekommen. Alle sprachen tschechisch, einige auch deutsch. Nach Aussage eines anderen Zeugen hielt sich in der Zeit von Ende März bis Ende April laufenden Jahres eine Abteilung russischer Soldaten, die sich Česká Družina nannte, 250 bis 300 Mann stark war, in Tuchow auf. Die Soldaten sprachen zumeist tschechisch. Einer von ihnen erzählte dem Zeugen, daß sie Desertenre seien und daß die Russen ein Königreich Böhmen und einen russischen Großfürsten als König einsetzen wollen. Zwei junge Leute hatten goldene Achselspangen und galten als Offiziere.

Bei einer Frau in Tuchow waren drei Legionäre einquartiert, ein Unteroffizier und zwei Einjährig-Freiwillige. Sie sagten, daß sie Tschechen seien und sich schon vor Kriegsausbruch in Rußland aufgehalten hatten. Der eine hieß Jaroslav Ružička, die Einjährigen nannten sich Andreas Kozina und Josef Guth oder Kut.

Der Redemptoristenpriester Alois Polak aus Prag sagte aus, daß ein Offizier mit sieben bis acht Mann ins Kloster kam, um eine Revision der Schriften vorzunehmen, da die Redemptoristen im Rufe einer gut österreichischen Gesinnung standen. Die Leute durchsuchten alles und fanden nichts. Später wurde einiges vermißt. Sie sprachen alle tschechisch und Pollak ließ sich mit ihnen in ein Gespräch ein. Einer nannte sich Johann Kaher aus Lieben bei Prag, ein anderer war aus Königgrätz, einer aus Pilsen und einer aus Smichow. Sie sagten, daß sie als Kriegsfreiwillige in die russische Armee eingetreten seien, da es in ihren Kreisen hieß, daß ein selbständiges Königreich Böhmen würde errichtet werden. (O. Nr. 741.)

Tarnow. Nach der Aussage des Bürgermeisters Dr. Tertil wurde ein Angebot tschechischer Kriegsgefangener, in das russische Heer einzutreten, nicht angenommen, worauf die Tschechen in die Dienste der Ochrana traten, deren eifrigste Mitglieder sie wurden. Sie nahmen auch eine Revision des Bureaus des Bürgermeisters vor, der als Austrophiler galt. Der Kommandant der Ochrana, bei dem sich der Bürgermeister beschwerte, bemerkte hierzu, daß die Russen den Tschechen wegen ihres verräterischen Verhaltens wenig Vertrauen schenken, ja sie verachten.

Tschechische Überläufer wurden anderen Aussagen zufolge sofort in russische Infanterieuniformen gesteckt, einige Tage auf dem Platze in der Nähe der Landwehr- und Ulanenkaserne gedrillt und dann in die Position geschickt. Vorher mußten sie korporativ vor dem russischen Erzpriester den Eid ablegen. Anfangs machte man ihnen große Versprechungen, 25 Rubel monatlich, Grund und Boden in Rußland. Infolge Nichteinhaltung entstand eine Mißstimmung unter diesen Überläufern.

Gleich in Tarnow wurden die österreichischen Kriegsgefangenen sortiert in Tschechen, in Deutsche und in Ungarn. Die Tschechen marschierten an der Spitze der Kolonne und duldeten keine Deutschen in ihrer Mitte. Sie sangen tschechische Lieder, hängten

*) Urteilsbegründung im Prozeß Kramář, S. 208 ff.
**) Diese Ordnungsziffern beziehen sich auf die im Prozeßmaterial vorhandenen diesbezüglichen Dokumente.

sich in die russischen Soldaten ein, und riefen: „Hoch Rußland, nieder mit Österreich!“

Das Hotel und Restaurant „City“ in Tarnow wurde von Offizieren in russischen Uniformen, die jedoch tschechisch sprachen, in der Zeit zwischen Dezember und Mitte Jänner öfters besucht. Einmal wurde vom russischen Etappenkommando ein Nachtmahl für gefangene österreichische Offiziere veranstaltet, unter denen auch ein kleiner Leutnant von starkem Körperbau war. Dieser wurde später in Gesellschaft russischer Offiziere als russischer Fähnrich uniformiert gesehen.

Vom Jänner bis Mitte März besuchten etwa zehn tschechische Offiziere das Café „Avenue“ in Tarnow. Mit ihnen kam öfter ein älterer, etwa 50 Jahre alter Mann mit Vollbart, der nur russisch sprach und als Oberst galt. Sein Bild mit Biographie erschien in der illustrierten Zeitung „Panorama“.

Einmal vor den Weihnachtsfeiertagen stand ein Offizier in russischer Uniform auf der Straße. Dieser wurde dann am Weihnachtsabend in Gesellschaft des Obersten und der anderen Offiziere in russischer Uniform, die tschechisch sprachen, in Zivilkleidung gesehen. Er war etwa 33 Jahre alt, mittelgroß, blond, etwas nach vorn gebeugt und trug einen Zwicker.

Bei dem Photographen Mroczkowski in Tarnow wurde die Photographie der Musik der tschechischen Družina vorgefunden. Die Mitglieder der Kapelle sollen tschechische Überläufer sein. Sie sprachen jedenfalls tschechisch. Der Offizier mit dem Vollbart in der Mitte war angeblich der Oberst der tschechischen Družina. (O. Nr. 741.)“

Aus verexpedierten Korrespondenzen

ergibt sich gleichfalls die Verwendung von österreichischen Kriegsgefangenen aus Rußland in Serbien. Die Briefzensurstelle teilte darüber mit:

„Bereits am 31. Oktober 1915 hatte die Gruppenabteilung Gelegenheit, auf die Verwendung unserer Kriegsgefangenen aus Rußland in Serbien hinzuweisen. Auch im allgemeinen darstellenden Berichte vom 14. Jänner 1916 wurde an der Hand der diesbezüglichen Korrespondenz die völkerrechtswidrige Verwendung unserer Kriegsgefangenen aus Rußland auf dem südöstlichen Kriegsschauplatz festgehalten.

Nunmehr wird eine verexpedierte Korrespondenz vorgelegt, die die Hilfsaktion für die Serbien aus den Reihen der Kriegsgefangenen betrifft. Die Karte ist mit Tjumen, 14. Oktober 1915 datiert und von Adolf Krek, Karl Sykacek und Johann Rambousek gefertigt.

Sykacek scheint der Schreiber der Karte zu sein.

Als Adressaten werden die Einjährig-Freiwilligen in Semipalatinsk, Sibirien, Rußland, angeführt.

Die Karte scheint schon von der Fahrt aus einer Hilfsexpedition für Serbien gesendet worden zu sein und es wurden den Einjährig-Freiwilligen in Semipalatinsk bittere Vorwürfe deswegen gemacht, daß sie die Teilnahme an der Aktion verweigert haben. Es dürfte unter den Kriegsgefangenen Propaganda für die serbische Expedition gemacht worden sein, die jedoch bei den Einjährig-Freiwilligen in Semipalatinsk vergeblich war.

Nachstehend die deutsche Übersetzung der Karte:

„Liebe!

Wir sind schon in Tjumen. Wir werden hier nicht lange bleiben und fahren weiter. Meine lieben Herren, Sie haben sehr gefehlt, daß Sie nicht gefahren sind, und noch einen größeren Fehler machen diejenigen, die das verurteilen. Nichts kann der „böhmischen“ Sache mehr nützen als diese Aktion. Ihr würdet nicht einen Moment säumen, wenn Ihr die hiesige Begeisterung sehen möchtet. Jede Nation hat ihre Fahne und mit uns gehen Slowaken und Franzosen. Serbien braucht 50.000 Menschen für den hinterländischen Dienst, damit es die eigenen Leute an die Front geben kann. Überall werden wir begrüßt und bewillkommt. Später werdet Ihr einsehen, wie egoistisch Ihr gehandelt habet, und womit werden sich die sogenannten Sokols entschuldigen? Denket darüber nach. Es hat den Anschein, daß Euch Semipalatinskische Suppe in den Adern quillet.

Es grüßt Euch Adolf Krek, Karl Sikacek, Rambousek Johann.“

Ferner wurden noch zwei Karten vorgelegt, die beide aus Tjumen von Kriegsgefangenen geschickt wurden und mit der besprochenen Hilfsaktion im Zusammenhange sein dürften.

Tjumen und der Monat Oktober 1915 scheinen daher das Zentrum und der Zeitpunkt dieser Agitation gewesen zu sein.

Kriegsgefangener G. Gras schreibt am 30. September 1915 seiner Mutter Gabriele Gras, Prag:

„VII., 839 „Jedu do Sr.“ bedeutet „ich fahre nach Sr. . . .“ „Sr.“ wahrscheinlich „Srbsko“ — Serbien.

Kriegsgefangener Heinrich Fleißig schreibt am 15. Oktober 1915 an Bozena Vovak, Smichow, Komenskystraße 5, in folgender unklarer Schreibweise. „ . . . . Es kommt noch die Zeit, daß du auch mir wirst schreiben können, jedoch nicht mehr nach Sibirien. Meine arme Rusalka (in slawischen Sagen Wassernixe). Du bist eine solche verzauberte Salka. (Endung von Rusalka?) Ich fürchte mich, das ganze auszuschreiben, damit man es nicht

zensuriert. Mond . . . Dein Licht sieht weit. Er sieht die Not und den Hunger und er wird auch die gesprengten Fesseln sehen." (O. Nr. 1371. Vergleiche hierzu insbesondere die Nachricht in O. Nr. 751.)

Karte von einem unbekannten Aufgeber in Nisch an den kriegsgefangenen Professor Jaroslav Skorpil in Bijsk, Gouvernement Tomsk:

„Wir Tschechen denken ein bißchen tschechisch und darum versprechen uns die deutschen und magyarischen Brüder zu Hause alles mögliche. Während dessen hoffen wir alle auf ein glückliches Ende und ein freies Tschechien (Cesku), wie man zu sagen pflegt und machen uns nichts aus ihren lockenden Versprechungen. Wie denkt Ihr dort über die Zukunft?" (O. Nr. 409.)

Ein Brief mit dem Stempel der russischen Feldpost, mit dem Datum 13. oder 18. Juli 1915, außerdem dem russischen Zensurenvermerk mit dem Datumzeichen 24. Juli und endlich die Stampiglie „Česka družina". Die Adresse lautet: Anton Cila, Fähnrich der Česka družina, bei der Reservekompagnie.

„Lieber Anton! Sende Dir einen herzlichen Gruß, gedenke oft Deiner. Ich bin, wie Dir vielleicht bekannt, beim Kompagniekommandanten der 2. Kompagnie, Herrn Hauptmann Pamlow zugeteilt, einstweilen zum 4. Zug.

Wir sind schon längere Zeit in dem Dorfe Neledow, bei der 45. Division und machen nichts. Die Jungen gehen nur auf Karaul (Wache), die Zuckerfabrik beschützen, damit sie nicht von den Zivilisten und Kosaken fortgetragen werde. Von dem, was in der Welt vorgeht, wissen wir fast nichts. Unsere Division ist am Abmarsch gemeinsam mit dem 29. Korps zur 13. Armee und hat sehr spärliche Nachrichten, als hätte sie überhaupt die Verbindung mit der Welt verloren. Von Zeitungen keine Spur. Wir wollten zur kurzen Ausspannung zum Stabe der Družina kommen, aber der neue Kommandant Trijanow bewilligt es nur einem Zuge, so daß wohl nichts daraus wird. Aber die Kompagnie würde es brauchen, sich zu restaurieren, es sind so viele Jungen schon von den Karpathen her gründlich zerschlagen.

Ich bitte Dich, Anton, schreibe mir, wie es Euch allen unter dem neuen Befehlshaber geht, was mit der tschechischen Sache geschieht. Dann wie es mit dem neuen Bataillon in Zitomir aussieht und was es mit den 140 Leuten wird, die sich eben bei Euch befinden. Werden sie mit ihnen die Družina ergänzen oder wie? Von Jenicek und Nemec hast du keine Nachricht? Und wie steht es mit den neuen Ernennungen zu Fähnrichen? Unser Kompagniekommandant schlägt im Wege der Division den Syrowie, der voller Georgsritter ist und sich neuerdings auszeichnete, vor.

Eben jetzt habe ich eine Aufgabe erhalten. Mit 20 Leuten gehe ich auf erste Rekognoszierung — etwas weit — weiß auch nicht was weiterhin sein wird.

Inzwischen gehabe Dich herzlich wohl; herzlich grüßt dich dein . . . .

Unterschrift.

Nazdar. Neledow, 30. Juni 1915."
(O. Nr. 958.)

Otto Prohazka in Skobelwe schreibt am 19. Juli 1915:

„Feldarmee, tschechische Družina, an den Fähnrich J. V. Vilimek.

P. T. Wie befinden Sie sich, Herr Vilimek? Ich wurde in die Družina nicht aufgenommen, ohne Zweifel weil ich nur allein war. In Tarnov wurde angenommen, aber ich kann nicht nach Tarnów. Jetzt erwarte ich, daß wir bald zur serbischen Armee abfahren, schon seit einigen Wochen. Gewiß würde uns der Fall der Dardanellen die Reise beschleunigen. Ich erwarte es von Tag zu Tag, ich hoffe, es geht Ihnen gut und Sie sind gesund. Herzlichen Dank für Ihre Gastfreundschaft Nazdar. Heil dem slawischen Sieg." (O. Nr. 957.)

Feldarmee tschechische Družina, an den Unterfähnrich E. W. Husner.

„Geschätzter Herr! Wie geht es immer? Ich bedaure, daß ich nicht unter die ersten tschechischen Krieger aufgenommen wurde. Ich hoffe, daß es den gleichen Zweck haben wird, gegen unsere Feinde. Bin gemeldet als Freiwilliger zur serbischen Armee, erwarte beständig die Abfahrt. Ich hoffe, Sie sind bislang gesund. In tiefster Achtung empfiehlt sich Ihnen . . . .

Gruß an die Krieger der tschechischen Družina." (O. Nr. 957.)

Weitere Mitteilungen über das Verhalten der Tschechen im Feld, insbesondere über die tschechoslawische Division an der russischen Front sind in dem Abschnitte „Einige neuere Dokumente" enthalten; man vergleiche übrigens die bereits früher mitgeteilten Darstellungen in der ausländischen Presse. Von besonderer Bedeutung für die militärische Seite der Frage ist das

VII.

militärwissenschaftliche Gutachten,

welches der Oberstleutnant im Generalstab, Ronge, im Kramářprozeß erstattete.*) Es sei hier im Wortlaut wiedergegeben:

---

*) Abgedruckt in der Urteilsbegründung zum Kramářprozeß, Seite 556.

„Militärgutachten zu § 327, M. St. G.

Auf Grund des militärwissenschaftlichen Gutachtens im Zusammenhalte mit den sonstigen Beweismitteln wird festgestellt:

Das militärwissenschaftliche Gutachten klärt zunächst auf, warum in den revolutionären Kreisen und insbesondere in der Auslandspresse wiederholt von einem Mangel an Vorbereitetsein gesprochen werden kann und erst das Jahr 1917 als der Zeitpunkt des von den Staatsfeinden erwarteten Zusammenstoßes angesehen und bezeichnet wurde. Allerdings ist damit keineswegs im Widerspruche, daß seit längerer Zeit mit allen Kräften dem Ziele zugestrebt wurde, im angegebenen Zeitpunkt auf der ganzen Linie die Oberhand zu haben. Nicht bloß im rein militärischen Belange, sondern auch durch entsprechende Vorarbeiten im Innern der Monarchie durch Förderung von Zersetzungsbestrebungen und Lösung des bestehenden Bündnisses, sollte demselben Ziele näher gekommen werden.

Die glatte Durchführung der Mobilisierung im Anfange wird bestätigt. Auch der Heeresverwaltung waren in Kenntnis der panslawistischen, russo- und serbophilen Strömungen, die im Laufe des Prozesses wiederholte Bestätigung erfuhren, die Gefahrsmomente wohl bekannt, zumal auch damit zusammenhängende Spionagetätigkeit im großen Umfange wahrgenommen wurde.

Auch vom Standpunkte der konkreten militärwissenschaftlichen Erfahrung im Kriege in verschiedenen Gebieten der Monarchie wird die Beeinflussung der Kriegführung der eigenen und der Truppen des Verbündeten durch vielfache Verratsfälle auf russo- und serbophiler Grundlage bestätigt. Das sonstige Beweismaterial steht damit im vollen Einklange.

Es ist wohl nur selbstverständlich, daß die schon in Friedenszeiten in jedem Belange äußerst wachsame Heeresverwaltung um so mehr im Kriege allen für die Kriegführung belangreichen Momenten ein um so schärferes Auge zuwandte, als schon am Beginne der Operationen am östlichen Kriegsschauplatz Ereignisse wahrgenommen wurden, die auf die Operationen von nachteiligstem Einflusse waren. (Vergleiche auch O. Nr. 63).*)

Die Wahrnehmungen der Heeresleitung über die tschechischen Legionen (Husitenlegionen, Družinen) und insbesondere über die Verwendung von Personen tschechischer Nationalität im russischen Heeresverbande stehen vollkommen im Einklange mit jenen Schilderungen, die in der ausländischen revolutionären Presse so vielfach erschienen, sie sind im Einklange mit dem Auftreten eines Posker, mit den Erhebungen in galizischen Orten nach Abzug der Russen, mit den Meldungen Kriegsgefangener, mit der sehr umfangreichen Gefangenenkorrespondenz usf.

Es kann daher schon mit Rücksicht auf die Vielfältigkeit der voneinander ganz unabhängigen, weder im einzelnen oder in der Gesamtheit bedenklichen Beweise irgendwie an der Verläßlichkeit der Wahrnehmungen gezweifelt werden.

Ebenso haben voneinander unabhängig die verschiedensten Kommandos im Felde Wahrnehmungen gesammelt und der Heeresleitung vermittelt, welche darin übereinstimmten, daß unter den zur Auffüllung der Stände nachgeschobenen tschechischen Mannschaften die Unzuverlässigkeit immer mehr zunehme.

Gleichzeitig wurde, sowohl in der Zivilbevölkerung tschechischer Nationalität im Hinterlande, vor allem in Böhmen und Mähren, und bei dem noch im Hinterlande und Etappenraume befindlichen tschechischen Militär das Hervortreten staatsfeindlicher und gegen die militärischen Dienstpflichten auf das gröbste verstoßender Handlungen in größerem Umfange wahrgenommen.

Es sei verwiesen auf die Verbreitung von Tausenden von hochverräterischen Proklamationen in Böhmen und Mähren, welche durch eine Reihe von Prozessen, aber auch durch die Unmasse der Proklamationen zur Notorität wurden, ferner auf die außergewöhnliche Verbreitung des Deliktes nach § 65 des Strafgesetzes, das in zahlreichen Fällen in den genannten Gebieten durch Sympathiekundgebungen für Russen und Serben vollbracht wurde,*) auf die vielfachen Verleitungen von Soldaten zur Verletzung ihrer eidlichen Verpflichtungen, vielfache Majestätsbeleidigungen; einen nicht geringen Prozentsatz bilden die wegen Hochverrates anhängig gemachten Strafsachen.

Beachtenswert für das Gesamtverhalten ist die Stellung eines Teiles der Presse und das Verhalten der Bevölkerung zu den verschiedenen Kriegsereignissen, apathisch gegen Waffentaten der eigenen und verbündeten Truppen, ja nicht selten deren höhnende Kritisierung, Feier von Erfolgen der Feinde.

Die graphischen Darstellungen in den Beilagen A und B geben ein Bild, das — wenn auch nicht vollständig und nur auf den im Kriege bestätigten Erfahrungen aufgebaut — immerhin die starke Verbreitung der Staatsfeindlichkeit im tschechischen Gebiete genügend aufweist.

Daß die Wahrnehmungen der militärischen Stellen nicht einseitig sind, geht aus verschiedenen Zeugenaussagen und behördlichen Verfügungen sowie aus den bloß beispielsweise angeführten größeren politischen Strafsachen einiger Gerichte zur Genüge hervor, daraus ist aber auch ersichtlich, daß gewisse

*) Diese Ziffern beziehen sich immer auf Aktenbeilagen zum Prozeßmaterial.

*) Das sollen wohl die „harmlosen Worte“ Dr. Koerners sein!

Intelligenzkreise an der ganzen Bewegung lebhaften Anteil haben.

Die Umtriebe in militärischen Kreisen im Hinterlande, wie Meutereien, Tragen allslawischer Trikolore, verschiedene Verbaldelikte, Aufschriften, Fahnen, Nichterfüllung des Dienstes, Verbreitung beunruhigender Berichte, Trauerabzeichen bei Musterungen u. dgl., sind gerichtsbekannte Vorkommnisse in slawischen, speziell tschechischen Bevölkerungskreisen, und werden durch die Wahrnehmungen der militär schen Stellen aufs neue bestätigt. Dazu kommen die vielfachen Wahrnehmungen bei tschechischen Truppentransporten.

Nicht minder vielseitig ist die praktische Betätigung der slawischen Gegenseitigkeit und Gegnerschaft gegen den Krieg in anderen Belangen unter tschechischen Truppen.

Tschechische Kriegsgefangene lassen sich in das russische Heer einreihen, tschechische Bewachungsmannschaft fraternisiert mit russischen Kriegsgefangenen, Kriegsgefangene tschechischer Nationalität sind nach Aussage von Kriegsgefangenen die ärgsten Peiniger anderer österreichischer Kriegsgefangener, tschechische Patrouillen kehren oft nicht zurück, sie werden gefangengenommen, ohne daß Zeichen eines Kampfes wahrnehmbar wären. Letztere Wahrnehmung bestätigt die Zeitung „Tschechoslowák“, indem sie bemerkt, daß die Patrouillen nur auf die Suche nach Gefangenschaft auszögen. Aber auch Überläufe oder Gefangengabe, diese ohne erfindliche militärische Notwendigkeit, werden vielfach bezüglich verschiedener tschechischer Truppenkörper gemeldet. Daß die Geneigtheit zu derartigen Unternehmungen bei einzelnen tschechischen Truppenkörpern besteht, wird deutlich aus dem Verhalten der Feinde bei Durchführung von Angriffen erschlossen, die Benutzung von Sokollegitimationen zum Ausweise beim Feinde wird bestätigt, ebenso die schlechte Qualität von Sokols als Soldaten.

Das Verhalten von tschechischen Truppenteilen in Ungarn zur Bevölkerung und zum Krieg drückt sich in Feindseligkeiten gegen Deutsche und Magyaren, Freundschaftsäußerungen für die Russen und Bezeichnung des Krieges als Bruderkrieg aus. Weggeworfene scharfe Munition findet sich nach Abmarsch solcher Truppen.

Daß die Heeresleitung aus solchen Erscheinungen verschiedene Konsequenzen ziehen mußte, ist eine Selbstverständlichkeit

und wäre die Annahme von Einzelerscheinungen so wenig am Platz, daß darüber kein Wort zu verlieren ist.

Schon die Mannigfaltigkeit bei den Erscheinungen der verschiedensten tschechischen Truppenteile an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten schließt die Annahme vereinzelter Verfehlungen mit Denknotwendigkeit aus.

Und die Berichte zahlreicher Kommandos, daß immer bei Einstellung neuer Nachschübe aus dem Hinterland in Gefechtsformationen eine Verschlechterung des Geistes der Truppen eintrat, ist ebenso ein Beleg für Massenerscheinungen wie dafür, daß derartige Störungen für die Operationen gegen den Feind von den nachteiligsten Folgen sind.

Welche geringe Beschwerde dem Feind die Bewachung derartiger in Gefangenschaft geratener Truppen macht, geht aus dem erhobenen Fall hervor, wo 2000 Mann Gefangene von sechs russischen Soldaten eskortiert wurden.

Aber nicht nur in den schon angeführten Richtungen erwuchs der eigenen und verbündeten Kriegsmacht in bezug auf die Operationen gegen den Feind unermeßlicher Nachteil, sondern auch noch in einer anderen Richtung, nämlich aus der Notwendigkeit, Abwehrmaßregeln im großen Umfang und von verschiedener Art durchzuführen, welche einen Apparat erforderten und Personal sowie Transportmittel in Anspruch nahmen, die große ununterbrochene Truppenverschiebungen unbedingt erfordern. All das im gegenwärtigen Krieg, der alle Staaten nötigt, die äußersten Anstrengungen zu machen, um die Existenz zu sichern.

Bei all dem ist noch nicht in Rücksicht gezogen die moralische Wirkung auf Nachbartruppen, auf die Führer und disponierenden Stellen und die Bedeutung der Unsicherheit eines wesentlichsten Faktors in jedem militärischen Kalkül: das Vertrauen in den unbedingten Patriotismus des Soldaten.

Die Zusammenstellung D in Verbindung mit dem zahlreichen Urkundenmaterial der Korrespondenz tschechischer Kriegsgefangener zeigt deutlich den Geist, von dem die Personen beseelt sind und wie sehr gerade die panslawistische russophile und serbophile Verbrüderungsidee, der Nationalismus (oder Rassenpatriotismus) das treibende Moment für ihre Handlungsweise bildet. (Vergleiche auch D. Nr. 160, 174, 265, 267, 309, 374, 409, 410, 566, 957, 958, 1204, 1210, 1212, 1226, 1227, 1230, 1231, 1232, 1235, 1236, 1240, 1242, 1272, 1369, 1371, 1460 u. a.) Auch in diesem Zusammenhange muß auf die Auslandspropaganda jeder Art, wie sie von Dr. Kramář, den Sokolorganisationen, der „Narodni Rada Česka“, durch Aufklärungs- und Informationsschriften gehandhabt wurde, aber auch auf die Tätigkeit im Inland, die durch die Zeitungen („Narodni Listy“ u. a.), Reden, Veranstaltungen von Gegenseitigkeitsfesten u. dgl. betrieben wurde, verwiesen werden.

Daß der tschechische Einfluß in Amerika — zumindest im Verein mit anderen dort auftretenden feindlichen Strömungen gegen die Zentralmächte,

somit auch gegen Österreich-Ungarn — nicht gering ist, namentlich was das Lieferungswesen, Munitionserzeugung und ähnliches anlangt und in dem Kampfe, der die gesamten Staatskräfte in der Richtung der Kriegführung bereitzustellen zwingt, in militärischer Hinsicht der Monarchie großen Schaden zufügt, wird in Übereinstimmung mit den Erhebungen zu O. Nr. 31 vollkommen klar. Die revolutionäre Auslandspresse rühmt sich dessen.

Die Erscheinungen ganz analoger Art in Frankreich, wie sie in Rußland erwiesen sind, werden in voller Übereinstimmung mit dem Aktenmaterial als von gleicher Bedeutung gewürdigt. Der Verbindungsweg geht über die Schweiz, wo sich Hauptzentren für die revolutionären Umtriebe und eine Spionagetätigkeit im großen Stil entwickeln, die im steten und regen Verkehr mit dem Inland, vor allem in Böhmen, stehen.

Wie groß und vielseitig die Verkehrsmöglichkeiten mit der Schweiz sind und wie sehr sie benützt wurden, ist an anderer Stelle auf Grund der vorhandenen Urkunden ebenfalls angeführt.

Wie der Bestand der tschechischen Legionen, die Überläufe und die Unverläßlichkeit einiger tschechischer Truppen, namentlich im Zusammenhang mit den Begleiterscheinungen, ein zweifelloses Symptom praktischer Betätigung der Gegenseitigkeitsidee sind, so ist es auch kar, daß diese Umstände um so bedeutendere Schadenfaktoren für die eigene und verbündete Kriegsmacht sein mußten, verbunden mit den korrespondierenden hervorragenden Vorteilen für den Feind, als erwiesen ist, daß die Verwendung solcher Angehöriger tschechischer Nation für die wertvolle Erkundungstätigkeit ausgenutzt wurde.

In Behandlung der Angehörigen der tschechischen Nation durch die Feinde, welche auch urkundlich vielfach erwiesen ist, liegt der beste Maßstab für die außerordentliche Wertschätzung der geleisteten Dienste für die Feinde.

Die Verbreitung der Zeitung „Tschechoslowak“ bei monarchiefeindlichen tschechischen Elementen, des von Pawlu-Swihowsky herausgegebenen revolutionären Blattes, vermittelt auch einen direkten Zusammenhang zur „Národni Radá Česká“ und zu den „Národni Listy“ sowie zu Dr. Kramář und Dr. Rašín im Sinne des § 327 des Militär-Strafgesetzes, zu Cerwinka-Zamazal in der Richtung des § 321 des Militärstrafgesetzes:

In voller Übereinstimmung des vorliegenden Beweismaterials und der eigenen Würdigung des Gerichtes kommt das Sachverständigengutachten zu dem Schluß,

daß durch langjähriges Irreführen

ein Teil der tschechischen Bevölkerung und insbesondere auch solche, die zum Kriegsdienst herangezogen wurden, die verschiedensten Handlungen und Unterlassungen begingen, welche zu Verrätereien, Einlassung in Einverständnisse mit dem Feinde in Kriegszeiten führten, welche die kaiserlich österreichische Kriegsmacht und den mit demselben verbündeten Kriegsheeren einen Nachteil, dem Feinde Vorteile zuwendeten, wobei der eigenen Kriegsmacht in Beziehung auf die Operationen gegen den Feind ein sehr wichtiger Nachteil zugefügt worden ist.

Damit ist der objektive Tatbestand auch vom Standpunkte der Militärwissenschaft völlig übereinstimmend mit den Festellungen des Gerichtes klargelegt, insofern es sich um die Begehung des Deliktes nach § 327 des Militärstrafgesetzes, durch Dr. Kramář und Dr. Rašín, als Mittäter handelt und sofern es sich um die Begehung des Deliktes in der angegebenen Richtung handelt, nämlich die panslawistische Propaganda in den verschiedenen Formen.

Wenn auch dem Sachverständigengutachten sowie dem genannten sonstigen Beweismaterial gegenüber behauptet wird, daß immer nur Einzelerscheinungen vorliegen, daß keine Kausazusammenhänge vorhanden seien und die verschiedensten Motive für die Handlungen vorliegen können, so wird auf die bereits mehrfach vorgebrachten Beweise verwiesen, weiters auf die Beilage D zum militärwissenschaftlichen Gutachten, aus der zu entnehmen ist, daß der Überläuferreferent des G. Z. N. B. die Ziffer von 27.331 Stück Überläufer- und Hochverratskorrespondenzen feststellt, wovon die Zahl von mehr als 3000 durch Selbstbeschuldigung markant ist. Beide Ziffern beziehen sich nur auf tschechische Korrespondenz.

Die Relation dieser Ziffer im Entgegenhalte der Bevölkerungsgesamtziffer oder der eingerückten Personen allein zu beurteilen ist falsch.

Bei der richtigen Wertung von Ziffern für die Kriminalität im hier maßgebenden Belange hat vor allem auch in Betracht zu kommen, daß es sich um Gleichartigkeit der Verfehlungen und solche schwerster Art handelt.

Aus diesen Gesichtspunkten hält das Gericht in Übereinstimmung mit dem Gutachten daran fest, daß es sich

um eine Massenerscheinung,

hervorgegangen aus den genannten Wurzeln, handelt, als solche ist sie auch ein Beweis für die Kausalität der slawischen Bewegung und des Verhaltens der beiden Erstangeklagten im besonderen.“

Das bisher Dargelegte kann nun wirksam ergänzt werden durch eine Reihe von

VIII.

neueren Dokumenten,

welche ebenfalls unwiderleglich sind. Von besonderem Interesse sind hier abermals jene Belege, welche die militärische Seite der ganzen Frage beleuchten.

Wir verweisen hier nur auf die öftere Erwähnung der „Heldentaten“ der

tschechoslowakischen Brigade

in den amtlichen russischen Heeresberichten. Diese zu unterdrücken, wagte denn doch die österreichische Zensur nicht, so daß auch die österreichischen Zeitungen sie wenigstens abdrucken konnten. Sie sind daher der gesamten Öffentlichkeit, also hoffentlich auch der hohen Regierung bekannt.

Wir können nicht unterlassen, auf den tiefen Eindruck hinzuweisen, den es auf die breitesten Schichten der Bevölkerung naturgemäß machen mußte, als am Tage nach der Amnestie, welche doch in der Erwartung erlassen worden war, daß sie die Tschechen zu einem nunmehr loyalen Verhalten bewegen würde, der amtliche Bericht über die „Erfolge“ der tschechoslowakischen Brigade bei Zborow erschien, die bekanntlich während des allerdings glücklicherweise kurzen Offensivtraumes des revolutionären Blutzaren Kerenski als grimmigster Feind der österreichisch-ungarischen Truppen sich hervortat.

In der „Neuen Freien Presse“ vom 5. Juli 1917 war die erste Nachricht in folgender Form zu lesen:

Die tschechoslowakische Brigade.

Aus dem russischen Bericht.

Aus dem Kriegspressequartier wird berichtet: Wien, den 5. Juli.

Der russische Generalstab berichtet:

„Die tapferen Truppen der 4. finnländischen Division sowie die tschechoslowakische Brigade bemächtigte sich der mächtig befestigten feindlichen Stellungen auf den Hügeln westlich und südwestlich des Dorfes Zborów und des befestigten Dorfes Korchilów, nachdem sie drei feindliche Schützengrabenlinien durchbrochen haben. Der Gegner wich jenseits des Flusses Mala Strypa zurück.

Die finnländische Division nahm 1560 Offiziere und Soldaten gefangen und erbeutete vier Schützengrabenkanonen, neun Maschinengewehre und einen Minenwerfer. Die tschechoslowakische Brigade nahm 62 Offiziere und 3150 Soldaten gefangen und erbeutete 15 Kanonen und viele Maschinengewehre, die zum großen Teile gegen den Feind gerichtet wurden.“

Die Redaktion setzte hinzu: „Welch trostloser Eindruck!“

Der militärische Mitarbeiter der „Neuen Freien Presse“ kommentierte das Ereignis folgendermaßen:

Die tschechoslowakische Schützenbrigade im russischen Dienst.

Von Fabius.

„Seit geraumer Zeit ging ein Raunen, ein Flüstern durch die Monarchie, das von Ohr zu Ohr flatterte und über manche geheimnisvolle militärische Ereignisse zu wispern wußte, die besonders einzelne Verbände tschechischer Truppen betrafen. Die amtlich verlautbarte Auflösung der Infanterieregimenter 28 und 36 bestätigte einen Teil der bis dahin unglaublichsten Gerüchte. Diese bekanntgegebenen sowie die übrigen Fälle von militärischen Verfehlungen dürfen allem Anschein nach vom gewesenen Landesverteidigungsminister Generalobersten Freiherrn von Georgi in den Parlamentsausschüssen kürzlich mitgeteilt worden sein. Welcher Art, welchen Umfanges dieselben gewesen seien, sowie unter welchen Umständen sie stattgefunden hätten, entzieht sich unserer Kenntnis; wir können nur soviel sagen, daß eine Generalisierung ein Vergreifen an der Wahrheit wäre und dürften mit gutem Recht behaupten, daß es Verirrungen nur eines Bruchteiles waren. Seither ist das Infanterieregiment Nr. 28, dessen Isonzobataillon sich heldenhaft geschlagen hat, wieder neuerrichtet und seine Fahnenehre hergestellt worden. Die Infanterieregimenter Nr. 28 und 36 sind Regimenter von über 200jähriger ruhmreicher Vergangenheit, ersteres ergänzt sich von Prag, letzteres von Jungbunzlau. Bei ersterem hat der dahingeschiedene Erzherzog Otto als Oberstleutnant, bei letzterem der verewigte Kronprinz Rudolf als Oberst den Dienst der Infanterie praktisch kennen gelernt, ein Beweis, daß diese Regimenter damals etwas gegolten haben. Aber schon in den achtziger Jahren sind die Anfänge einer Propaganda zu erkennen, die als antimilitaristisch zu bezeichnen ist und die in die tschechischen Regimenter hineingetragen wurde. Sie setzte fortschreitend immer intensiver ein und bemächtigte sich listigerweise eines großen Teiles des künftigen Rekrutenmaterials, indem die zahlreichen Sokolvereine zu ihren Pflanzstätten ausersehen wurden. So konnte es geschehen, daß manche schwärende Wunde während des Weltkrieges aufgebrochen ist. In der jüngsten Zeit war man geneigt, anzunehmen, daß der alte gute militärische Geist, wie ja die heroischen Taten vieler tschechischer Regimenter seither bewiesen haben, in alle Truppenkörper der tschechischen Nation wiedergekehrt sei.

So schwankend das Urteil sein dürfte, ebenso feststehend ist jedoch schon jenes über die tschechoslowakische Schützenbrigade, von welcher der russische Kriegsbericht vom 3. d. meldet. Auch diesbezüglich waren seit langem Gerüchte im Umlauf, die von Kampfverbänden österreichisch ungarischer Untertanen in Feindesdiensten erzählten.

Diese Nachrichten schienen jedoch so ungeheuerlich zu sein, daß sie nur wenig Glauben fanden. Nun aber sind diese Gerüchte zur Tatsache geworden, sie wurden von amtlicher feindlicher Seite einwandfrei selber festgestellt.

Der russische Generalstab berichtet: „Die tapferen Truppen der 4. finnländischen Division sowie die tschecho-slowakische Brigade bemächtigten sich der mächtig befestigten feindlichen Stellungen auf den Hügeln westlich und südwestlich des Dorfes Zborów und des befestigten Dorfes Korchilów, nachdem sie drei feindliche Schützengräben durchbrochen haben. Der Gegner wich jenseits des Flusses Mala Strypa zurück.

Die finnländische Division nahm 1560 Offiziere und Soldaten gefangen und erbeutete 4 Schützengrabenkanonen, 9 Maschinengewehre und 1 Minenwerfer. Die tschechoslowakische Brigade nahm 62 Offiziere und 3150 Soldaten gefangen und erbeutete 15 Kanonen und viele Maschinengewehre, die zum großen Teile gegen den Feind gerichtet wurden."

Die Bezeichnung „tschechoslowakisch" wäre dahin aufzufassen, daß der Kern dieser russischen Brigade aus tschechischen Staatsbürgern besteht, dem sich andere österreichisch-ungarische Slawen angegliedert haben.

Wie lautet die Beurteilung dieser Tat? Es ist ein Akt der Felonie. Felonie ist die höchste unauslöschliche Schmach der Soldaten. Die Überläufer haben ihre Waffen gegen ihre eigenen Brüder gekehrt. Bisher galt als militärisches Axiom, daß der Bruch des Fahneneides bei Freund und Feind die größte Verachtung hervorgerufen hat. Die russische Heeresleitung hat sich von diesem tausendjährigen Grundsatze entfernt, sie hat eine Schamlosigkeit sondergleichen begangen. Das Urteil der Geschichte über diesen krassen Akt von Felonie wird in der Geschichte fortleben."

Das „Grazer Tagblatt" schrieb über denselben Gegenstand:

Die tschechische Brigade bei Zborów.

Eine tschechisch-slawische Brigade bei Zborów im Kampfe gegen unsere Truppen.

„Das offizielle Korrespondenzbureau brachte gestern aus dem russischen Kriegsbericht eine Meldung, die bei allen österreichisch gesinnten Völkern die größte Empörung hervorrufen muß. Tschechische Soldaten, die in den drei Kriegsjahren entweder zum Feinde übergegangen waren oder in russische Gefangenschaft gerieten, bilden im russischen Heeresverband eine Brigade, nicht etwa, um im russischen Hinterlande Dienste zu machen, sondern um an der Front die Waffen gegen ihr Vaterland, ja gegen ihre Volksgenossen zu erheben.

Vielleicht ist dieses Ereignis bei Zborów das schimpflichste Verbrechen, das im Kriege von Söhnen Österreichs verbrochen wurde.

Die Tschechen, die nach dem Amnestieerlaß so stolz ihr Haupt tragen, werden gut tun, nach dem Sieg ihrer Volksgenossen bei Zborów bescheidener aufzutreten und endlich von der Hochverräterei abzurücken und bei sich eine ernste Gewissenserforschung anzustellen, ob nicht ihre Politik und ihre Taktik an diesem empörenden Vorkommnisse mitschuldig sind.*) Daß die gefangenen Tschechen in Rußland nicht als Feinde behandelt wurden, haben wir schon lange gewußt, daß sie aber so tief sinken werden, um auf österreichischer Erde an einer von englisch-französischer Seite anbefohlenen Offensive teilzunehmen, das mußte erst in einer Zeit offenbar werden, in der die russischen Regimenter mit roten Fahnen beschenkt werden. Ist das der Dank vom Hause Libussa für die hochherzige Tat unseres Kaisers?

Dieses traurige „Heldenstück" der tschechisch-slawischen Brigade soll aber endlich den Anlaß geben, um der Öffentlichkeit über gewisse Vorkommnisse in tschechischen Regimentern reinen Wein einzuschenken und um die tschechische Wühlarbeit im Auslande bekannt zu machen.

Bisher hat uns die Zensur diese Aufklärungsarbeit unmöglich gemacht und der erste Versuch des Freiherrn von Georgi mußte hinter verschlossenen Türen stattfinden. Der Pariser Tschechenausschuß gibt heute noch die Zeitschrift „L'Indépendance tchèque" heraus und wir sind überzeugt, das unser Auswärtiges Amt sich im Besitze dieser Zeitung befindet.

Auch London hat einen tschechischen Ausschuß, der seine Hetzartikel gegen unsere Monarchie in dieser Zeitschrift ablagert. Ist es vielleicht bekannt, daß es in einer Kundgebung dieses Ausschusses vom 2. März 1917 heißt:

„Mit Hilfe einer gewissen von Wien und Pest aus geleiteten Presse wird die Öffentlichkeit noch immer durch die falsche Nachricht irregeführt, daß die Tschechen in diesen Krieg ohne Verwahrung und mit Begeisterung gegangen wären. Der von der österreichisch-ungarischen Regierung niedergehaltenen Bevölkerung Böhmens ist es nicht möglich, den wahren Sachverhalt kundzutun. Zur Vermeidung einer weiteren Irreführung der Öffentlichkeit erklären wir außerhalb der habsburgischen Monarchie wohnenden freien Tschechen, daß unsere Volksgenossen gegen diesen Krieg oftmals Verwahrung eingelegt haben. Alle ihre Verwahrungen wurden aber roh unterdrückt und vor der breiten Öffentlichkeit geheimgehalten."

---

*) Heute sind sie schon so weit, dies offen und ohne jedes Schamgefühl zuzugestehen.

Von diesen Gesinnungen scheint jene tschechische Brigade erfüllt zu sein, die im Heeresverband Rußlands gegen uns kämpft. Vielleicht ist jetzt Gelegenheit, etwas mehr Licht über die tschechische Irredenta zu verbreiten. Anhaltspunkte für die Ausbildung der tschechischen Brigade finden wir in dem Buche Hans Paasches

„Der Fremdenlegionär"

von Kirsch (Berlin 1916), der von seinen Erlebnissen im südfranzösischen Garnisonsort Bayonne folgendes berichtet:

„Eines Morgens war großer Lärm. Auf dem Kasernenhof kam in geschlossenen Reihen ein großer Zug Engländer an. Bald hörte man, daß es Tschechen seien, die bei Ausbruch des Krieges in England waren, von England erst als Österreicher gefangengesetzt, dann aber freigelassen wurden, als die sich bereit erklärt hatten, für die Sache der Tschechen mit Rußland gegen Österreich zu kämpfen. Es waren meist junge Menschen, Studenten, Kaufleute, Kellner, die den Sokolvereinen angehörten. Sie wurden von Männern gebildeter Stände geführt; es waren österreichische Reserveoffiziere dabei!" Vielleicht hat sich mancher dieser Leute bei Zborów die russische Kriegsauszeichnung geholt. Allgemein wird erwartet, daß der Tschechenklub des Reichsrates die Schandtat offen verurteilt und erklärt, mit solchen ehrvergessenen Elementen nichts zu tun zu haben. Unterläßt er eine solche Kundgebung, so muß ein solches Schweigen im Auslande so ausgelegt werden, als ob er diesen Hochverrat billigt. Der tschechische Sieg bei Zborów muß die Klärung bringen, ob dem Tschechenklub im Reichsrat die Staatstreue ein leerer Wahn oder eine heilige Sache ist." —

„Allgemein wird erwartet" — aber — der Tschechenklub des Reichsrates tat natürlich — — gar nichts. Das heißt anfangs; später gab es Mitglieder desselben, die sich — dieser „Heldentaten" direkt oder indirekt rühmten!

Und die Regierung voller Huld sah auch dieses mit Geduld.

So kehrten die amnestierten Tschechen „ins Vaterhaus zurück"!

Es ist nicht uninteressant, daran zu erinnern, wie die tschechischen Blätter diese Nachricht aufnahmen.

Die tschechischen Blätter brachten den russischen Generalstabsbericht zumeist ohne Kommentar. Der „Venkov" knüpft die Bemerkung daran, es sei notwendig, abzuwarten, was an diesen Angaben wahr ist. „Uns", so schreibt er, „scheinen sie tendenziös. Daß Tschechen und Slowaken in Rußland eine Brigade gebildet hätten, davon haben wir wahrlich keine Ahnung" (!) „und während des ganzen Krieges hat man darüber kein Wort gehört. Woher ist sie also auf einmal hergekommen?"*) Die „Bohemia" bemerkte dazu: Soweit der „Venkov". Die Behauptung, daß man bisher von der tschecho-slowakischen Brigade nichts gewußt habe, ist nicht ganz richtig; neutrale und reichsdeutsche Blätter haben darüber als über eine bekannte Tatsache gesprochen.

Die „Národni Politika" verzeichnet nur die Wirkung dieser Nachricht im Verfassungsausschuß des Parlaments. „Die deutschen Abgeordneten", schreibt sie, „haben sie gründlich ausgeschrotet. Exzellenz Schreiner hat sich so aufgeregt, daß es einem Wunder nimmt, daß er keinen Tobsuchtsanfall bekommen hat, um so mehr, als er an dieser Front seinen Sohn hat. Die Zeitungen gingen von Hand zu Hand. Die deutschen Abgeordneten gaben ihren Bedenken laut Ausdruck und riefen unablässig: „Das ist gerade recht gekommen!" „A tempo!" Der Sinn dieser Rufe wurde gut verstanden."

Das Abendblatt des „Pravo Lidu" schreibt: „Mit Ausnahme einiger allgemeiner Bemerkungen Höfers in jüngster Zeit sei dies die erste Nachricht über Tschechen, die in der russischen Armee kämpfen. Die Zensur der früheren Regierungen habe konsequent alle Nachrichten konfisziert, die das Leben der Auslandstschechen betrafen und damit natürlich nichts anderes erzielt, als daß die abenteuerlichsten Gerüchte entstanden sind. Es wäre wahrlich an der Zeit, daß über das Leben, die Bestrebungen und die Ziele der Auslandstschechen ein mannhaftes Wort im Parlament (!) gesprochen werden dürfte.

Dann erst wird es möglich sein, sich ernstlich mit der Angelegenheit zu befassen. Wenn nämlich die tschecho-slowakische Brigade aus russischen Staatsbürgern tschechischer und slowakischer Nation bestehen sollte, die in Rußland militärpflichtig sind, so wäre dies ein ähnliches Verhältnis wie das der österreichischen und deutschen Polen, Italiener und Rumänen, allenfalls auch in den Ententestaaten naturalisierten Deutschen. (!) Wenn die Soldaten der tschecho-slowakischen Brigade aber österreichische Staatsbürger sind, dann wird man eingehend und ruhig (!) die Ursachen überprüfen müssen, welche diese Leute dazu getrieben haben, daß sie die Waffe gegen ihre eigenen Landsleute ergriffen. Leidenschaften werden nichts gut machen und heute ist es wohl schon Zeit, daß man auf Tatsachen ohne Leidenschaften sehe, denn nur durch ruhiges und offenes Vorgehen (!) wird diese Sache aufgeklärt und was die Hauptsache ist — eine Besserung erzielt werden können. Durch Geheimnistuerei wird nichts erreicht als eine Verwirrung der Begriffe."

*) Das war natürlich offenkundiger Hohn.

Hier seien nunmehr auch jene Berichte mitgeteilt, deren Wiedergabe die Zensur nicht gestattete, die also möglicherweise bisher auch der hohen Regierung noch unbekannt sind:

Im allgemeinen sei vorausgeschickt, daß die nationalistische russische Presse entschieden für das Selbstbestimmungsrecht der Völker Österreich-Ungarns eintritt; sie fordert besonders scharf die Errichtung des tschecho-slowakischen Staates, dem nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Österreich-Ungarn, beziehungsweise Deutschland gewährleistet werden müßte. Die Erledigung dieser Forderung sei die Aufgabe des Friedenskongresses.

So stimmt also die russische Presse völlig mit Abgeordneten Hochwürden P.-Zahradník überein, der bekanntlich kürzlich in einer öffentlichen Versammlung sagte:

„Wir können uns mit der „Autonomie“ nicht zufrieden geben; was wir fordern, ist die Souveränität.“

Man versteht auch jetzt, warum die tschechischen Abgeordneten, entsprechend dem russischen Winke, ihre Mitarbeit im Verfassungsausschuß ablehnten.

Es sei nun zunächst angeführt, was das russische Blatt „Birschewija Wjedomosti“ vom 26. Mai (8. Juni) 1917 berichtet:

„Die Tschechen und Österreich.

Während des tschechischen Revolutionskongresses in Kiew wurde der tschechischen Regimenter der österreichisch-ungarischen Armee, die zum Feinde übergegangen sind, wie folgt Erwähnung getan: Schon während der Mobilisierung und des Abmarsches zur Front meuterten Regimenter der österreichisch-ungarischen Armee, darunter das 36. Jungbunzlauer Regiment; sie trugen slawische Fahnen oder Fahnen mit Aufschriften, die die Deutschen verspotteten. An der serbischen und russischen Front kam es gleichfalls zu Gehorsamsverweigerungen: Das 11. Piseker Regiment weigerte sich, gegen Valjevo (in Serbien) vorzugehen und wurde teils durch die Serben, teils durch die Ungarn, die auf sie feuerten, aufgerieben. Das 102. Beneschauer Regiment verbrüderte sich mit den Serben (November 1914) und fügte der österreichischen Armee am Flusse Kolubar großen Schaden zu. Es ereignete sich, daß an der Südfront sich Zehntausende tschechischer Soldaten und Offiziere den Serben gefangengegeben hatten. Das 88. Regiment, das sich in den Karpathen den Russen ergeben wollte, wurde von preußischer Garde und Honvéds zusammengeschossen. Das 35. Pilsener Regiment ergab sich, eine halbe Stunde nachdem es die Bahn verlassen hat, in Galizien den Russen, mit Ausnahme derjenigen, die von den Deutschen und Ungarn erschossen wurden. Das 28. Prager Regiment ging im April 1915 mit dem ganzen Train unter Musik zu den Russen über und wurde vom verstorbenen Kaiser Franz Josef aus der Armee gestrichen. Im Endergebnis befanden sich etwa 250.000 Tschechen und Slowaken in russischer Gefangenschaft. Die Unzuverlässigkeit tschechisch-slowakischer Regimenter verhalf den Rumänen zu ihren Anfangserfolgen in Transsylvanien. Heute existieren rein tschechische oder slowakische Regimenter überhaupt nicht mehr in der österreichisch-ungarischen Armee.“

Große Beachtung zollt man in der russischen Presse insbesondere der tschecho-slowakischen Brigade, deren Auftreten bei Zborów besonders hervorgehoben wird. Während das alte Regime die Beteiligung der Tschechen an der Front nicht mehr zuließ, gestattet man nun in der letzten Zeit der Brigade, sich aktiv an den Operationen zu beteiligen. Nach Angabe des „Russkij Invalid“ ist die ganze Brigade fast ausschließlich aus österreichisch-ungarischen Staatsbürgern (Kriegsgefangenen) zusammengesetzt. Hervorzuheben wäre die Antwort der Brigade auf das bekannte Begrüßungstelegramm Masaryks, worin der Wunsch ausgesprochen wird, die Regimenter nicht als nationalistische, sondern als revolutionäre Truppen anzusehen, welche sich dem revolutionären Rußland gegen die Unterdrückung der Freiheit angeschlossen haben. Geradezu unglaublich ist die halbamtliche Bekanntmachung des „Russkij Invalid“, daß über Anordnung des Kriegsministers die neulich gefangenen tschechischen Soldaten des Infanterieregiments Nr. 81 als Ergänzung der tschecho-slowakischen Brigade herangezogen werden. Die erwähnten Gefangenen dokumentierten beim Verlassen des russischen Armeekommandoquartiers ihren Eintritt in die revolutionäre russische Armee durch Anheften von roten Kokarden an Brust und Kappen.

Im besonderen seien nun die folgenden russischen Blätterstimmen wörtlich angeführt:

Der „Russkij Invalid“ vom 7. Juli 1917 schreibt:

„Das Ansuchen der tschechischen Kriegsgefangenen.“

Das Blatt veröffentlicht folgende Notiz:

An den Vorsitzenden des Kriegskomitees in der Stadt Luga!

Wir tschechischen Kriegsgefangenen, welche sich derzeit auf der Dolgowskischen Försterei und unter der Leitung des Ingenieurs Bekulin auf der Station Mschinks befinden, bitten Sie ergebenst, uns in die Stadt Bobruisk des Minsker Gouvernements abzu-

senden, damit wir dort in das Ersatzbataillon der tschecho-slowakischen Schützenbrigade eintreten können.

Wir übersandten schon einige Gesuche mit der Bitte, uns in die Reihen der freiwilligen tschecho-slowakischen Truppen einzuteilen, um für die Befreiung des tschecho-slowakischen Volkes kämpfen zu können. Da jetzt nun in ganz Rußland freiwillige Korps organisiert werden, sind wir überzeugt, daß wir mit ihrer Hilfe bald von dem entehrenden Brandmal der österreichisch-ungarischen Uniform befreit werden und in die Reihen der Freiheits-, Rechts- und Gerechtigkeitsverteidiger eintreten werden."

Derselbe „Russkij Inwalid" schreibt am 8. Juli 1917:

„Die tschechisch-slowakischen Freiwilligen."

An der ersten Offensive des revolutionären russischen Heeres nahm, den Mitteilungen des Oberkommandierenden zufolge, die tschecho-slowakische Freiwilligenbrigade Anteil. Ein in Petersburg weilender Offizier dieser Brigade teilte uns über seine Truppen folgendes mit: Die erste tschecho-slowakische Freiwilligenabteilung in Rußland begann sich im August 1914 zu formieren und ging im Oktober dieses Jahres an die Front ab. Das war die in Rußland gut bekannte tschechische Družina, welche mit ihrer kühnen Aufklärungsarbeit häufig an den Erfolgen der russischen Truppen, zu welchen ihre Kompagnien kommandiert waren, beteiligt war. Gegen das Ende des Jahres 1915 wurde, unter dem Eindrucke der zahlreichen Gesuche der Kriegsgefangenen um Aufnahme in die Freiwilligenabteilung, beschlossen, die vier Kompagnien zählende Družina in ein Regiment und im Mai 1916 in eine Brigade umzuformieren. Von dieser Zeit an wurde die Weiterentwicklung der tschecho-slowakischen Truppen eingestellt, da seitens der Regierung den Kriegsgefangenen, welche sich als Freiwillige meldeten, nicht mehr die Entlassung bewilligt wurde.

Die russische Revolution brachte auch den Tschechen in dieser Hinsicht eine Befreiung. Die Volksregierung, selber aus der Revolution hervorgegangen, konnte nicht umhin, den Tschechen das Recht auf Revolution gegen unsere Tyrannen, auf die Befreiung unseres Vaterlandes aus dem Joche des deutschen und ungarischen Imperialismus uns anzuerkennen. Kurz nach dem Ausbruche der Revolution wurde die weitere Formierung der tschecho-slowakischen Brigade aus Kriegsgefangenen beschlossen, doch wegen einiger, durch den Wechsel des Kriegsministers und des Generalstabschefs des Kiewer Militärkreises hervorgerufenen Mißverständnisse, war es erst vor zirka einem Monat möglich, die Werbearbeit zu verstärken, weshalb in der Sonntagsschlacht (1. Juli) nur unsere „alten" Bestände teilgenommen haben.

Ich will Sie noch darauf aufmerksam machen, daß unsere Brigade fast ausschließlich aus österreichischen und ungarischen Bürgern zusammengestellt ist. Durch unsere aktive Beteiligung an dem Kampfe gegen den österreichisch-ungarischen Staat wollen wir der Welt zeigen, daß auch wir nicht gewillt sind, auf das Selbstbestimmungsrecht zu verzichten und dadurch beweisen, daß wir nicht mehr unter der Fremdherrschaft verbleiben wollen. Wenn von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gesprochen und geschrieben wird, wird häufig unser Volk vergessen, das Volk, welches Rußland nach dem Blute, nach seiner Kultur und nach seinen Idealen so nahe steht. Jene Geschütze, welche von uns erbeutet wurden, und die — darüber zweifle ich nicht — gerade so gut gegen den Feind gerichtet werden, wie die Maschinengewehre, von denen in dem offiziellen Berichte Erwähnung gemacht wurde, werden der ganzen Welt mit donnernder Stimme den Freiheitsdurst, unseren festen Willen, über unser Schicksal frei verfügen zu können, verkünden. Ihr Donner wird auch in die Slowakai und zu den böhmischen Ländern dringen und unsere Teueren, welche in der österreichisch-ungarischen Sklaverei schmachten, benachrichtigen, daß die Zeit der Befreiung nicht weit sei."

„Russkoje Slowo" schreibt am 5. Juli 1917:

„Das tschechische Infanterieregiment 81.

Der Kriegsberichterstatter des „Russkoje Slowo", M. Lembitsch, berichtet unter anderem folgendes: Den schönsten Erfolg erzielten gestern (Sonntag) unsere Heere im Abschnitt Koniuchy. Dort traf unser Stoß auf die Truppen des bekannten Korpskommandanten Hoffmann, des traditionellen Pechvogels der österreichischen Armee. Jedesmal, wenn wir in diesem Krieg zum Angriff übergingen, war General Hoffmann der beste Lieferant von Gefangenen.

Das tschechische Regiment Nr. 81, das sich uns mit seinem ganzen Bestande, mit seinem Kommandanten Oberst Sieger ergab, befindet sich unter dem Kommando des Generals Hoffmann, unter anderem werden folgende Einzelheiten über das Ergeben dieses Regiments erzählt: Als unsere Artillerievorbereitung begann, verkrochen sich die Tschechen in ihre Unterstände und entsandten dann Überläufer in unsere Schützengräben mit der Erklärung, es sei überflüssig, so viel Munition gegen ihre Stellungen zu vergeuden, da sie nur den Angriff abwarten um sich zu ergeben. Tatsächlich hielten die Tschechen ihr Wort, sie streckten die Waffen ohne jeden Widerstand."

Dasselbe „Russkoje Slowo“ schreibt am 22. Juli 1917.

„Tschecho-slowakische Truppenwerbung.

Die Werbung von Freiwilligen unter den Tschecho-Slowaken hat großen Umfang angenommen. Einige Hundert Emissäre bereisen die Kriegsgefangenenlager und fordern die Tschecho-Slowaken auf, mit der Waffe in der Hand gegen die österreichische Regierung vorzugehen, um das tschecho-slowakische Volk zu befreien.

Die Deckung sämtlicher Auslagen hat der tschecho-slowakische Nationalrat übernommen, welcher sämtlichen in Rußland lebenden Tschechen und Slowaken eine Nationalsteuer auferlegt hat.“

„So hat — sagt das Blatt — die revolutionäre Bewegung das tschechische Volk nicht nur im Heimatlande, in Österreich, sondern auch hier in Rußland ergriffen.“

Und allen diesen Tatsachen gegenüber behauptet die Prager „Union“, das bekannte deutschgeschriebene Tschechenblatt, mit Beziehung auf die vielgenannten tschecho-slowakischen Legionen in Rußland mit kühner Stirne noch am 12. August 1917: „Fama crescit eundo... Das gilt auch von der legendären tschecho-slowakischen Legion...“

Können die Schreiber einer solchen Notiz, können die tschechischen Abgeordneten mit solchen Ableugnungen die Thränen jener österreichischen Mütter stillen, deren Söhne unter jenem Maschinengewehrfeuer der Tschechen bei Zborów gefallen sind?

Am 11. Oktober 1917 erteilte Seine Exzellenz der Herr Landesverteidigungsminister folgende Antwort auf eine Anfrage in dieser Angelegenheit:

Mit Beziehung auf die in der 14. Sitzung der XXII. Session des Abgeordnetenhauses am 4. Juli 1917 von den Herren Abgeordneten Mag. Gustav Hummer, Oskar Teufel und Genossen an mich gestellte Anfrage, betreffend das Verhalten der tschechischen Mannschaften der 19. Infanteriedivision bei Zborów, beehre ich mich, auf Grund der mir vom Armeeoberkommando zuteil gewordenen Information mitzuteilen:

Eine eingehende Untersuchung hat ergeben, daß die Truppen der 19. Infanteriedivision, so besonders das bosnisch-hercegovinische Infanterieregiment Nr. 1, das Feldjägerbataillon Nr. 5 und die Artillerie bei Zborów völlig einwandfrei gekämpft und mit blankem Ehrenschild aus der Schlacht hervorgegangen sind; nur kleinere Abteilungen zweier Infanterieregimenter ließen es an der von ihnen erwarteten Widerstandskraft fehlen.

Die 19. Infanteriedivision befindet sich nach wie vor in der Front.

Hinsichtlich der im Zusammenhange mit den Kämpfen bei Zborów mehrfach erörterten Teilnahme der sogenannten „Tschecho-slowakischen Brigade“ an diesen Kämpfen auf russischer Seite, gestatte ich mir bei diesem Anlasse beizufügen, daß ein solcher Verband — wie auch in einem russischen Heeresbericht ausdrücklich erwähnt — tatsächlich besteht und das erstemal im Frühjahr 1916 zuverlässig festgestellt wurde.

Bedauerlicherweise ist dieser Verband zum beträchtlichen Teil aus Kriegsgefangenen unserer Wehrmacht gebildet. Die russische Heeresleitung nimmt eben — im schroffen Gegensatz zu den bei uns geltenden Gepflogenheiten — keinen Anstand daran, unsere Kriegsgefangenen mit allen erdenklichen Mitteln zum Treubruch zu verleiten. Schwache und durch gewissenlose Agitatoren verhetzte Elemente fanden sich zum Verrat an der beschworenen Eidespflicht, zum Verrat an Kaiser, König und Vaterland.“

Wenn auch in dieser Antwort zum erstenmal von hoher amtlicher Stelle offen die Wahrheit ausgesprochen wurde, so kann diese Antwort doch nicht als ausreichend bezeichnet werden, denn es ist nötig, das amtliche Aktenmaterial über die gesamte „Tätigkeit“ dieser Verbrecher der Öffentlichkeit bekannt zu geben; denn eine solche Eiterbeule kann man nicht sanft anfassen, man muß sie vollständig und gründlich öffnen. Andrerseits ist es wirklich, wie ein tschechisches Blatt schrieb, nötig, alle Ursachen dieser Krankheitserscheinung und ihre Zusammenhänge restlos aufzuklären, denn nur dann kann eine Heilung eintreten und Wiederholungen vorgebeugt werden. Dazu gehört aber eine starke Hand!

Außerdem dürfte Seine Exzellenz über die 19. Infanterietruppendivision tatsächlich nicht ausreichend informiert worden sein, denn nach ganz einwandfreien Mitteilungen ist es zweifellos, daß sich gerade die Hauptmasse derselben, und das ist natürlich die Infanterie, und zwar die Infanterieregimenter Nr. 35 und 75 (ersteres aus Pilsen, letzteres aus Neuhaus) fast zur Gänze damals glatt ergeben haben. Die tapfere Haltung der von Seiner Exzellenz in seiner Antwort genannten Truppenkörper wird nicht in Zweifel gezogen; es muß auch, um der Wahrheit die Ehre zu geben, gesagt werden, daß auch diese eben genannten Regimenter früher nicht ohne Verdienst waren. Es scheint, daß der schädliche Einfluß der geradezu staatsfeindlichen Haltung der tschechischen Abgeordneten im Parlament und die Berichte tschechischer Blätter darüber sich in dieser geänderten Haltung ausdrückte.

Es ist natürlich auch richtig, daß sich „die 19. Infanteriedivision“ „nach wie vor“ an der Front befindet. Aber es ist nicht die Division, die bei Zborów kämpfte — davon befinden sich die damaligen Mannschaften der erwähnten Regimenter

sehr gut untergebracht in Rußland. Bevor die 19. Division nach der Südwestfront gebracht worden ist, mußte sie jedoch vollständig neu aufgestellt und komplettiert werden. Übrigens haben sich dem Vernehmen nach dort abermals bei dieser Division Unzukömmlichkeiten zugetragen, die dringendst einer neuerlichen Aufklärung bedürfen.

Es wäre daher sehr wünschenswert, wenn diese Angelegenheit neuerdings geprüft und das Ergebnis bekanntgegeben würde.

Wie übrigens das Auftreten der tschechischen Abgeordneten auf die Stimmung der Truppen und der Bevölkerung im Hinterlande gewirkt hat, dafür nur zwei Belege:

Johann Bosek, derzeit beim Schützenregiment Nr. 28, ist zur Musterung I nicht erschienen. Er wurde deshalb zur Bezirkshauptmannschaft Klattau unter Androhung der Vorführung vorgeladen, worauf er einen Brief einsandte, in dem er sagt, er anerkenne „übereinstimmend mit der Deklaration der tschechischen Abgeordneten im Reichsrate fernerhin nicht mehr die Zuständigkeit des österreichischen Wehrgesetzes über sich."

Bemerkenswert ist auch folgende von den Militärbehörden in Temesvár beschlagnahmte Karte

„Mitkämpfende Tschechen!

Sendet sofort im Namen der Regimenter die Zustimmung zur staatsrechtlichen Erklärung des tschechischen Verbandes im Reichsrate an die Adresse Rudolf Bechyně, Reichsratsabgeordneter Wien, Parlament, wohin auch Beschwerden zu richten sind. Gleichzeitig fordert mit vollem Recht und mit ganzem Nachdruck die augenblickliche Berufung böhmischer Regimenter aus dem ungarischen Lande, wo wir so viele Ungerechtigkeiten und finanzielle Ausbeutung erleiden müssen. Hoffentlich erwacht ihr! Zögert nicht!

Es lebe der Frieden und Kaiser Karl! Nazdar!

Auf Wiedersehen im neuen Vaterlande (Heimat)!

Von uns bereits abgesendet. Bekanntgegeben von tschechischen Soldaten in allen tschechischen Regimentern."

Eine Erläuterung dieser Folgen des Auftretens des tschechischen Abgeordneten erübrigt sich wohl.

In die Hände der österreichischen Militärbehörde ist auf unbekannte Weise ein Brief des Josef Kroupa, 1892 in Vehlowitz, Bezirk Melnik geboren, dahin zuständig, Schütze des Schützenregiments Nr. 8, derzeit in russischer Kriegsgefangenschaft, an den Verband der tschechoslowakischen Vereine in Rußland gelangt, worin dieser um eine Anstellung in einer Maschinen- oder Waffenfabrik ersucht, das russische Volk sein Bundesvolk nennt und erklärt, daß die Tschechen nicht ihre Feinde seien, im Gegenteil aus vollstem Herzen den Sieg der slawischen Waffen und damit die Befreiung Böhmens wünschen.

Im Zusammenhang damit sei auch folgendes angeführt:

Bekanntlich haben sich die Tschechen am Schlusse des sommerlichen Tagungsabschnittes sehr darüber aufgeregt, daß man von seiten des Armeeoberkommandos verbot,

tschechische Mannschaften zur Bewachung der russischen Kriegsgefangenen

zu verwenden. Die Herren haben deshalb der Heeresleitung alles Mögliche vorgeworfen, das geringste war noch, daß sie fälschlich behaupteten, die früheren Bewachungsmannschaften kämen jetzt an die Front und so sei ein — Ausrottungskrieg gegen die Tschechen im Gange!

Aus welchen Gründen dieser Erlaß tatsächlich erfolgte, beweist schlagend folgende Notiz des „Pester Lloyd" vom 31. Juli 1917, deren Wiederholung man in den österreichischen Blättern vergebens suchen wird:

„Die Flucht des Generals Kornilow.

Der russische General Kornilow, der derzeit die achte russische Armee befehligt, war bekanntlich gelegentlich des Durchbruches bei Gorlice als Divisionär samt seinem Stab in unsere Kriegsgefangenschaft geraten. Nach fünfvierteljähriger Kriegsgefangenschaft wurde General Kornilow, der inzwischen schwer erkrankt war, in dem Kößeger Truppenspital untergebracht, aus dem er jedoch mit Hilfe eines tschechischen Soldaten namens Josef Mrnak am 12. August 1916 entfloh. Mrnak wurde bald darauf in Vorle, als er für den General Lebensmittel beschaffen wollte, von der Gendarmerie verhaftet, doch Kornilow setzte allein seine Flucht fort und am 4. September überschritt er die russische Grenze und befand sich nun in Sicherheit. Mrnak wurde vor das Pozsonyer Militärgericht gestellt, das ihn zum Tode durch den Strang verurteilte. Das Urteil wurde jedoch vom Wiener Obersten Gerichtshof annulliert (!) und der Prozeß gelangte nochmals vor das Pozsonyer Divisionsgericht, das ihn Samstag zum zweiten Male verhandelte. Der Angeklagte gab an, General Kornilow hätte ihm für seine Hilfe bei der Flucht 20.000 K und die Verleihung einer Apothekenlizenz in Rußland versprochen. Als armer Mann habe Mrnak das Anerbieten wohl angenommen, später, auf der Flucht, jedoch seine Tat bereut (!) und den General an die Behörden ausliefern wollen, woran ihn jedoch seine Gefangennahme verhindert habe. (!) Nach durchgeführter Verhandlung und den Plaidoyers verur-

teilte das Gericht den Angeklagten Josef Mrnak zu zehn Jahren Kerker."

Später wurde nach Brussilows Abgang bekanntlich derselbe Kornilow von dem neuen sozialdemokratischen Blut-Zaren Rußlands, Kerenskij, zum Oberbefehlshaber allerrussischen Armeen ernannt. Auch heute noch ist er, die Hoffnung der Entente, ein gefährlicher Feind der Bolschewiki und des Friedens, leider noch immer nicht völlig abgetan.

Die Mittelmächte verdanken also diesen Reorganisator des „demokratisch-revolutionären" russischen Heeres einem derartigen tschechischen „Bewachungs"-soldaten! Es ist wahrlich nicht das Verdienst der Tschechen, wenn sein Reorganisationsversuch scheiterte. Wäre es nach ihm gegangen, so hätten neue Ströme Blutes fließen müssen!

Man kann nur darüber staunen, daß Seine Exzellenz der Herr Landesverteidigungsminister, Feldmarschalleutnant Czapp v. Birkenstetten, sich in seiner Antwort auf die tschechischen Anfragen wegen jenes Erlasses auf allgemeine Redensarten beschränkte und es unterließ, auch nur diesen einen schlagenden Beweis für die „hervorragende Verläßlichkeit" der tschechischen Bewachungsmannschaften anzuführen.

Es konnte nicht Wunder nehmen, daß die Regierung des damals noch feindlichen Rußland alle diese hervorragenden Dienste, welche ihrer Kriegführung von den Tschechen geleistet worden waren, anerkannte und sie auch belohnte. So lasen wir neidlos im „Russkoje Slowo" vom 16. August 1917 unter dem Titel:

Auflassung aller privatrechtlichen Beschränkungen für die Tschechoslowaken in Rußland.

„Die provisorische Regierung Rußlands beschloß den lokalen Behörden zu erlauben, Dokumente für das freie allgemeine Wohnrecht im russischen Reiche an Personen der tschechoslowakischen Nationalität auszufolgen (mit Ausnahme derjenigen Kriegsgefangenen, Geiseln und Personen, welche im Verdacht der Spionage stehen), welche Untertanen der mit Rußland kriegführenden Länder sind und besondere Bestätigungen vom Verbande der tschechoslowakischen Gesellschaften Rußlands vorzuweisen imstande sind. Es sind alle Beschränkungen in den persönlichen und Vermögensrechten, welche durch das Gesetz oder durch administrative Verfügungen der militärischen und zivilen Behörden festgesetzt sind, in bezug auf die Personen tschechoslowakischer Nationalität, welche eine Bestätigung und Empfehlung des Verbandes der tschechoslowakischen Gesellschaften besitzen, aufzuheben."

Können die tschechischen Abgeordneten auch noch ferner die Stirne haben, zu leugnen, daß man solche Vorteile nur Freunden, nicht aber Feinden einräumt, und schämen sie sich nicht vor jenen Ärmsten der Armen, welche nach wie vor in Hunger und Elend in Sibirien schmachten mußten, während ihre tschechischen Landsleute frei und ungehindert russische Bürgerrechte genossen?

Sieht aber auch unsere Regierung noch nicht ein, wohin solche Zustände treiben, wenn man sie leugnet, zu vertuschen sucht, der Wahrheit nicht die Ehre gibt, und die Freunde und Verteidiger solcher Vaterlandsverräter noch belohnt?

Unter solchen Verhältnissen ist es kein Wunder, wenn unser Armeeoberkommando sich immer wieder zur Erlassung von Armeebefehlen wie dem folgenden genötigt sieht, bei dessen Durchsicht einem jeden anständigen Österreicher die Schamröte ins Gesicht steigen muß, aber auch der Zorn darüber erfaßt, daß man solche Elemente unter seine Landsleute zählen muß:

„AOK. Op. Nr. 27566 vom 17. Juli 1916.

Ein nach Odessa entsandter Vertrauensmann gibt mit Bestimmtheit an, zahlreiche österreichisch-ungarische gefangene Offiziere und Unteroffiziere gesehen zu haben, welche das Eintreffen serbischer Uniformen ohne Nummer erwarten, um in die serbische Division einzutreten. Er habe in einem Kaffeehaus zwei österreichisch-ungarische Offiziere gesehen, welchen die russischen Offiziere mit ziemlich unverblümter Verachtung entgegenkamen, wie dies auch allgemein der Fall sein soll.

Im allgemeinen erzählten dem Vertrauensmann russische Offiziere und speziell der Stadtkommandant, General Ebelow, den er von früher her persönlich kennt, daß ein gewisser Unterschied zwischen österreichisch-ungarischen und deutschen kriegsgefangenen Offizieren herrsche. Erstere sollen manchmal gleich nach ihrer Gefangennahme versuchen, durch freiwillige Aussagen ihr künftiges Los zu erleichtern und überhaupt vielfach trachten, sich beim Feinde angenehm zu machen. Ebelow sagte, wenn die Russen auch solche Bestrebungen aus militärischen Gründen unterstützen, so fühlen sie doch alle eine große Verachtung gegen solche Elemente und behandeln sie, wenn sie ihre Sache ausgesagt haben, auch dementsprechend.

Von dieser Nachricht sind alle Offiziere reservat mit dem Beifügen zu verständigen, daß die Schädigung der eigenen Wehrmacht und die Mißachtung der Ehre des k. und k. Offizierskorps an den Schuldtragenden nach dem Austausch der Kriegsgefangenen strengstens geahndet werden wird.

Ein aus Turkestan zurückgekehrter Vertrauensmann teilt mit, daß sich in Turkestan und Orenburg große Gruppen slawischer kriegsgefangener Offiziere befinden, welche nun an die russische Front abgehen. Die Trennung unserer nichtslawischen Offiziere von den slawischen und eine systematische Be-

einflussung der letzteren habe zu dem von den Russen angestrebten Ziel geführt.

Unter den kriegsgefangenen Offizieren und Mannschaften konstatierte ehemalige österreichisch-ungarische Soldaten oder eigene Staatsbürger sind sofort standrechtlich zu behandeln.

Der Vollzug solcher Urteile ist dem AOK. zu melden.

Wer in der Lage ist, derartige Schurken zu entlarven und anzuzeigen, dies aber zu tun unterläßt, verfällt gleichfalls der schonungslosesten Behandlung."

Es sei noch auf eine weitere Anfragebeantwortung seitens Seiner Exzellenz des Herrn Landesverteidigungsministers hingewiesen, welche auf eine neuerliche Anfrage wegen der

Bewachungsmannschaften

erfolgte. Sie lautete:

„Auf die im hohen Hause in der Sitzung am 28. September 1917 von den Herren Abgeordneten Daszyński, Lubomirski, Witos, Zieleniewski, Głąbiński und Genossen, in der Sitzung am 11. Oktober 1917 von den Herren Abgeordneten Dr. Ritter v. Isopescul-Grecul, Faidutti und Genossen und in derselben Sitzung von den Herren Abgeordneten R. v. Schilling-Singalewicz und Genossen an die Gesamtregierung eingebrachten Anfragen, betreffend einen im Einvernehmen mit dem k. k. Ministerium für Landesverteidigung herausgegebenen Reservaterlaß des k. u. k. Kriegsministeriums, durch welchen die

Nichteinteilung von Mannschaften deutscher Nationalität in gewisse für die Isonzoarmee bestimmte Formationen

angeordnet wurde, beehre ich mich auf Grundlage der mir vom k. u. k. Kriegsministerium mitgeteilten Informationen dem hohen Hause folgende Mitteilungen zu machen:

Zunächst teile ich mit, daß der fragliche Erlaß tatsächlich ergangen ist und daß der von den Herren Anfragestellern wiedergegebene Teil desselben tatsächlich richtig zitiert ist. Aber — und das möchte ich gleich eingangs meiner Ausführungen betonen — der Erlaß hat nicht wegen der von den Anfragestellern in Beschwerde gezogenen Stelle seinen reservaten Charakter, sondern deshalb, weil er, und zwar hauptsächlich in seinem ersten Teile, den die Herren Anfragesteller dankenswerterweise nicht hier vorgebracht haben, Angaben über Organisation sowie auch Instradierungsdaten enthielt und weil er — wie alle einschlägigen Erlässe — aus rein militärischem Interesse nur an jene Stellen gerichtet wurde, welche aus dienstlichen Gründen Kenntnis von den darin enthaltenen Verfügungen haben müssen.

Um nun die Beweggründe für die in der Anfrage behandelte Verfügung des Kriegsministeriums aufzuklären, muß ich etwas weiter ausgreifen.

In gleicher Weise wie für die Aufrechterhaltung des rollenden Ersatzes für die Kampftruppen haben die Zentralstellen des Hinterlandes auch für die Aufstellung und Ergänzung der Baukompagnien, welche bei der Armee im Felde Verwendung finden, fortgesetzt zu sorgen.

Für derlei Beistellungen stehen die „Ersatzkompagnien für Wachdienste" zur Verfügung, in denen solche jeweilig nicht verwendeten Mannschaften gesammelt werden, welche ihrem Tauglichkeitsgrade nach „für Bewachungsdienste gewidmet" klassifiziert werden.

Aus diesen „Ersatzkompagnien für Wachdienste" werden die Ersätze für die Baukompagnien lediglich nach dem Tauglichkeitsgrade und dem Geburtsjahre entnommen. Hinsichtlich der Nationalität wird hierbei selbstverständlich grundsätzlich kein Unterschied gemacht. Die im vorliegenden Falle erfolgte singuläre Ausnahme ist auf folgende besondere Umstände zurückzuführen:

Nach der Explosionskatastrophe am Steinfeld am 17. Juni d. J. war die Militärverwaltung in der darauffolgenden Zeit bemüht, alle Sicherungsmaßnahmen, welche dazu bestimmt waren, ähnlichen Unglücksfällen vorzubeugen, zu überprüfen und — soweit möglich — zu vervollständigen. Hierzu zählte unter anderem auch die Erhöhung der Wachkontingente am Steinfeld sowie der Austausch solcher Mannschaften, welche für den schwierigen und verantwortungsvollen Wachdienst dort nicht geeignet waren.

Es war eine Forderung im Interesse des ganzen Dienstbetriebes zur Sicherung von für die Kriegführung eminent wichtigen Objekten und Bewahrung der in der Umgebung wohnenden Bevölkerung vor den Gefahren einer Explosion für diesen Zweck auf Mannschaften deutscher Nationalität schon deshalb zu greifen, weil diese Wachmannschaft in der Lage sein muß, sich mit der deutschen Bevölkerung der Umgebung des Steinfeldes zu verständigen.

Die Beistellungen waren selbstverständlich dringend. Um daher die geeigneten Leute rascher einstellen zu können — es handelte sich um rund 2450 Mann — mußte vermieden werden, derlei Mannschaften durch andere Beistellungen zu zersplittern. Daher mußten diese Mannschaften von der Einteilung in die zur gleichen Zeit und höchst dringlich notwendig gewordenen Baukompagnien bei der Isonzoarmee ausgenommen werden.

Lediglich aus dem angeführten Grunde wurde die von den Antragstellern angefochtene Bestimmung getroffen.

Es sei mir gestattet, bei diesem Anlasse darauf aufmerksam zu machen, daß bereits zu wiederholten Malen Diskussionen über Erlässe, welche von der Militärverwaltung aus Gründen der Kriegführung vertraulich ausgegeben wurden, in den öffentlichen Plenarsitzungen des hohen Hauses erfolgten.

Ich glaube vollem Verständnis im hohen Hause begegnen zu können, wenn ich inständigst bitte, von solchen Erörterungen im Plenum, welche für das doch gesamtstaatliche Interesse der Kriegführung gewiß abträglich sind, absehen zu wollen*); ich stehe ja sowohl jedem einzelnen der sehr geehrten Herren, als auch im Wehrausschusse für derartige Anfragen und Rekriminationen stets zur Verfügung.

In der Interpellation der Herren Abgeordneten Daszyński, Lubomirski, Witos, Zieleniewski, Głąbiński und Genossen wird unter anderem vorgebracht, daß die Arbeit der Baukompagnien manchmal eine der gefährlichsten ist und daß den Herren Interpellanten Fälle bekannt sind, daß solche Kompagnien vollständig aufgerieben wurden.

Hierzu gestatte ich mir zu bemerken, daß die bestimmungsgemäße Verwendung der Baukompagnien im allgemeinen es nicht mit sich bringt, daß sie der unmittelbaren feindlichen Einwirkung ausgesetzt sind, da sie lediglich zu technischen Arbeiten in den Stellungen, so namentlich zum Baue oder zur Verbesserung derselben verwendet werden. Daher sind auch im allgemeinen und erfahrungsgemäß ihre Verluste durch die feindliche Einwirkung durchschnittlich an den verschiedenen Fronten nicht groß.

Loyalerweise muß ich hinzufügen, daß es allerdings in ganz besonderen Ausnahmsfällen und in äußerst kritischen Momenten, wenn überhaupt keine anderen Kräfte momentan an Ort und Stelle zur Abweisung des Gegners bei Überwindung einer Kampfkrise zur Verfügung stehen, vorkommen kann, daß einzelne Baukompagnien im Kampfe selbst verwendet werden und haben sich in solch vereinzelten Fällen in dem lange andauernden Kriege allerdings schon manche Baukompagnien verschiedenster Nationalität Kampfesruhm erworben. Es sind dies jedoch — wie erwähnt — nur ganz singuläre Vorkommnisse und kann deshalb gewiß noch nicht generalisierend die Verwendung in den Baukompagnien als eine besonders gefährliche bezeichnet werden.

Ebensowenig aber kann die Verwendung der Mannschaften in den Wachkontingenten auf dem Steinfeld als ungefährlich angesehen werden; diese Kontingente stehen vielmehr zweifellos auch auf einem gefährdeten Dienstposten. Ich erinnere an die stete Explosionsgefahr und hebe speziell hervor, daß bei der mit so traurigen Folgen verbundenen Katastrophe vom 17. Juni 1917 von den Wachkontingenten 20 Mann getötet und zirka 360 Mann verwundet worden sind.

In einer der vorliegenden Anfragen wird die Behauptung aufgestellt, daß der in Rede stehende Erlaß die

Schonung der Mannschaften deutscher Nationalität im Vergleiche zu den anderen Nationen im Staate bezwecke.

Eine ähnliche Behauptung hat auch der Herr Abgeordnete

Stapiński

in der Sitzung des hohen Hauses am 26. September d. J. vorgebracht und behauptet, daß speziell an den gefährdetsten Punkten der Isonzofront keine oder fast keine Truppen deutscher Nationalität im Kampfe stehen (!) und haben auch noch weitere Redner auch bei anderen Gelegenheiten vorgebracht, daß Truppen deutscher Nationalität und Truppen magyarischer Nationalität zuungunsten der anderen Volksstämme der Monarchie geschont würden.

Diesen Behauptungen muß ich —

um der Wahrheit die volle Ehre zu geben

— jede Berechtigung absprechen und will mich zur Beleuchtung dieser meiner Stellungnahme auf jene Daten beschränken, welche ich mir aus ohnehin öffentlichen Berichten zusammenstellen ließ, sowie auf die Erfahrungen stützen, welche ich selbst im Kriege gesammelt habe.

Vor allem möchte ich die sehr geehrten Herren bitten, mir zu glauben,

daß bei den blutigen Verlusten dieses Krieges die Bevölkerung deutscher Nationalität unseres Vaterlandes alles weniger als an letzter Stelle steht.

Mit statistischen Daten für diese Behauptung kann und darf ich aus militärischen Gründen während des Krieges nicht kommen, da aus solchen Verhältnisziffern auf andere Zahlen und Umstände, deren Geheimhaltung unbedingt geboten erscheint, ein Rückschluß gezogen werden könnte. Speziell an der Isonzofront kämpfen ebenso Truppen deutscher und magyarischer Nationalität wie solche anderer Nationalitäten.

Ich kann mit voller Bestimmtheit behaupten, daß sich kein Führer bei der Verwendung der ihm unterstellten Truppen an Ort und Stelle gegebenen Falles von Motiven leiten lassen kann, wie sie in

*) Diese „inständige Bitte“ wird natürlich auf tschechischer Seite auf wenig Verständnis stoßen.

der Anfrage der Herren Abgeordneten Daszyński und Genossen angeführt werden — ganz abgesehen davon, daß solche Motive auch bei Möglichkeit ihrer Realisierung bei keinem unserer Führer vorhanden sein würden.

Am allerwenigsten aber könnten solche Tendenzen an der Isonzofront verwirklicht werden, wo jeder Truppenteil schon infolge der langen Dauer und der Intensität der dortigen Kämpfe, welche beispielsweise während der elften Isonzoschlacht die ganze Front in Atem hielten, am Kampfe gleichen Anteil nehmen muß.

Überdies läßt es sich schon mit den Grundsätzen der Gefechtsführung nicht vereinbaren, einen Kampfabschnitt, in dem eine besondere Gefechtstätigkeit erwartet wird, von kampferprobten Truppen zu entblößen, um sie zu schonen, es wäre denn vielleicht, daß die bisherige Kampfstätigkeit dieser Truppen deren Retablierung dringend erfordert.

Alle sonstigen, die Verwendung der Truppen mannigfach beeinflußenden Ursachen sind durch Verhältnisse lokaler Natur oder durch Kampfhandlungen bedingt, deren Beurteilung unbedingt dem Führer überlassen bleiben muß, der die volle Verantwortung für die Erfüllung seiner jeweiligen Aufgabe trägt.

Jedenfalls muß aber allgemein anerkannt werden, daß die Ursache der hervorragenden Erfolge, welche unsere ruhmreichen Truppen an allen Fronten erzielen, insbesondere aber jener, welche sie im gewaltigen und zähen Ringen am Isonzo immer wieder vom neuen erringen, einzig und allein im fruchtbaren Zusammenwirken aller und in der gewissenhaftesten Pflichterfüllung jedes einzelnen unserer tapferen Helden — gleichgültig welcher Nation er immer angehören mag — zu suchen ist.

Verhältnismäßig selten ist der Chef des Generalstabes in der Lage, in seinen Gefechtsberichten besondere Taten einzelner Truppenverbände zu erwähnen. Zumeist muß er der Allgemeinheit Anerkennung zollen, wie dies zum Beispiel in nachstehenden Berichten besonderen Ausdruck findet: am 24. August d. J.: „In unvergleichlicher Einigkeit haben Söhne aller Gaue beider Staaten der Monarchie und Bosniens Anteil an den stolzen Erfolgen."

Am 31. August d. J. wird gerade bezüglich des heißest umstrittenen Punktes in der Schlachtfront — des Monte San Gabriele — berichtet: „Wieder war es der Tapferkeit und Ausdauer von Truppenverbänden aus allen Teilen Österreichs und Ungarns zu danken, daß in hin- und herwogender Schlacht sämtliche Stellungen siegreich behauptet wurden."

Unter jenen einzelnen Truppenverbänden aber, welchen zeitweise besonderes Lob zuteil wurde, dürfen deutsche und ungarische Truppen neben solchen aller anderen Nationalitäten mit Stolz behaupten, daß sie sich neuerlich besonderen und dauernden Ruhm erworben haben.

So entnimmt man bei Durchsicht der Preßberichte aus der 11. Isonzoschlacht, daß die Taten von Truppen aus deutschen Gegenden Österreichs, sowie von solchen aus Ungarn wiederholt ganz besonders rühmlich hervorgehoben wurden, was wohl zur berechtigten Annahme führen muß, daß diese Nationalitäten denn doch nicht dem Kampfe zwecks Schonung ihrer Söhne entzogen wurden.

So wurden zum Beispiel besonders genannt:

20. August: Die Egerländer bei Vrh, der Wiener Landsturm an der Front Descla—Monte San Gabriele, alpenländische Schützenregimenter am Fajti Hrib;

21. August: Die niederösterreichische erste Landsturmbrigade südlich Descla;

22. August: Die ungarischen Heeresregimenter Nr. 39, 46, Fajti Hrib—Kostanjevica;

23. August: Das Wiener Feldjägerbataillon Nr. 25, am Karst;

24. August: Infanterieregiment Nr. 47 (Marburg), dann die ungarischen Infanterieregimenter Nr. 51, 62, 63, am Karst;

25. August: Das steirische Feldjägerbataillon Nr. 9, am Monte San Gabriele;

27. August: Das Infanterieregiment Nr. 47 (Marburg), östlich Auzza;

29. August: Das ungarische Infanterieregiment Nr. 34;

17. September: Honvedtruppen am Monte San Gabriele usw.

Ich habe diese Daten nur angeführt, um der nun schon zu wiederholten Malen vorgebrachten Behauptung entgegenzutreten, daß von seiten unserer Armeeleitung irgendwelche Erwägungen einer nationalen Bevorzugung eine Rolle spielen; ich erachte aber jede derartige Erörterung über das mehr oder minder in der Teilnahme an diesem blutigsten aller Kriege unter den Verhältnissen dieser schweren Zeit für keineswegs wünschenswert und vermeine sogar, daß getrachtet werden sollte, ein solches Abwägen unter allen Umständen zu vermeiden.

Jeder Volksstamm unseres Vaterlandes, jeder Teil desselben und jeder Einzelne hat in diesem schweren Kampfe um unsere Existenz die Pflicht, sein Äußerstes herzugeben und zwischen den Begriffen des Äußersten kann und soll es logischerweise kein Vergleichen geben, am allerwenigsten ist aber hierfür der jetzige Moment geeignet, wo wir noch an allen Fronten, stellenweise im heißesten Ringen, für den ungeschmälerten Bestand unseres teuren Vaterlandes kämpfen!

Wien, 16. Oktober 1917."

Diese Antwort ist aus mehreren Gründen bemerkenswert. Erfreulich ist zunächst die amtliche Zurückweisung und erschöpfende Widerlegung der gehässigen und völlig aus der Luft gegriffenen Verleumdung, als würden irgendwie die deutschen Truppen geschont — wo doch männiglich bekannt ist, daß das gerade Gegenteil der Fall ist!

Dankenswert ist ferner die offene, der Wahrheit entsprechende Feststellung bezüglich der

blutigen Verluste der Deutschen

in diesem Weltkriege. Nicht einzusehen aber ist es, warum, wenn statistische Ziffern darüber vorhanden sind (wie ja aus der Antwort geschlossen werden kann), diese nicht veröffentlicht, sondern noch geheimgehalten werden müssen. Es ist nicht klar, was der Feind aus einer solchen Veröffentlichung — insbesondere wenn sie eine zurückliegende Zeit, etwa bis 31. Dezember 1916, vergleichsweise umfaßte — für sich Vorteilhaftes daraus schließen könnte.

Aber jedenfalls wird auch hier einmal die volle Wahrheit ans Licht kommen. Auch diese Statistik wird einmal veröffentlicht, und dann wird sich ja zeigen, ob „jeder Volksstamm in diesem Kriege sein Äußerstes hergab", was er, nach den Worten Seiner Exzellenz, und nach unserer Auffassung, einfach, ohne viel zu reden und zu vergleichen, zu tun „hat".

Abt Helmer hat ja in seiner hier teilweise wiedergegebenen Rede bereits einige Ziffern aus seinen Heimatsbezirken über die blutigen Verluste dortselbst mitgeteilt. (Vgl. S. 98.)

Wenn alles veröffentlicht wird, wird man ja sehen, ob es wirklich „kein Vergleichen" geben kann, wie es allerdings nach der gewöhnlichen Logik und der These Seiner Exzellenz des Herrn Landesverteidigungsministers von der „äußersten Pflichterfüllung" sein sollte.

Aber das Leben ist gewöhnlich nicht logisch! Das ist es ja eben, daß diese These nicht zutrifft, wie man wohl jetzt auf Grund all des ungeheuren mitgeteilten Materials auch objektiv wird zugeben müssen. In Wirklichkeit kann man vergleichen und muß es daher auch tun.

Auch Seine Exzellenz wird es vielleicht begreifen, daß es hier kein Unterlassen der Erörterung mehr geben kann, wo allen Ernstes von tschechischer Seite behauptet wurde, die Regierung — — führe einen — Ausrottungskrieg gegen das tschechische Volk!

Dabei befindet sich der größte Teil seiner wehrhaften Männer ohne besondere Not in — Rußland, während ungefähr derselbe Prozentsatz der deutschen Männer leider in der kühlen Erde ruht und nicht wieder heimkehren kann. — —

An Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister wurde am 20. November 1917 auch eine

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Bodirsky, Teufel und Genossen, betreffend die

staatsfeindliche Agitation unter den tschechischen Soldaten an der Südwestfront,

gerichtet. Diese wurde bisher noch nicht beantwortet und sei daher wiederholt:

„In Tausenden von Exemplaren wurden vor der 11. Isonzoschlacht an der südwestlichen Front Flugzetteln abgeworfen" (Vgl. denselben Vorgang Mai 1916, Seite 205), „welche in deutscher Übersetzung folgenden Wortlaut hatten:

„Tschechen! Slowaken! Teure Brüder!

Wie im Vorjahre, so treten auch jetzt jene an euch heran, welche in Italien, Frankreich, England und Amerika für unsere Freiheit arbeiten. Wir haben die Freundschaft der Verbündeten für unsere Sache gewonnen. Die Verbündeten versprachen uns feierlich die Befreiung der Tschecho-Slowaken. Wir bereiten eine große tschechoslawische Armee vor, deren Teile bereits ruhmvoll an der russischen und französischen Front kämpfen.

Tschechen! Slowaken! Teure Brüder! Kämpft nicht gegen eure Freunde! Schlagt euch nicht für eure eigenenen Mörder, für die Vergewaltiger und Unterdrücker eures Volkes! Wir arbeiten in Italien, Frankreich, England und Amerika sowie in Rußland für unsere Ideale und erzielen neue Vorteile für unsere Sache. Eurer eigenen Sache, eurem Volke, euren Familien und euch selbst würdet ihr schaden, wenn ihr für eure jetzigen Herren kämpfen würdet!

Das Ende des Krieges naht. Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn werden böse geschlagen werden, denn die Verbündeten werden nicht eher den Kampf einstellen, bis diese Ziele erreicht sind. Alle Unseren wissen dies zu Hause, deshalb haben sie am 1. Juni im Parlament erklärt, daß wir aus diesem Kriege selbständig hervorgehen und Österreich-Ungarn zerschlagen wollen.

Höret auf unsere Stimme, höret auf die Unsrigen zu Hause und auf unsere Abgeordneten im Parlament. Verlängert nicht den Krieg gegen die Interessen des eigenen Volkes! Kämpfet nicht! Ergebt euch Italien! Wir warten auf euch! Auf Wiedersehen!

Im Namen des tschecho-slawischen Nationalrates in Paris:

Professor T. G. Masaryk, Vorsitzender; Professor Eduard Beneš, Generalsekretär; Dr. M. R. Stefannik, Vertreter der Slowaken."

Von sehr verläßlicher Seite wurde ferner über die Ereignisse an der Südwestfront folgendes mitgeteilt:

Der Erfolg dieser Agitation österreichischer, beziehungsweise ungarischer Staatsbürger unter den Soldaten tschechischer Nationalität zeigte sich darin, daß im Gefechte bei Carzano am 18. September 1917 und bei anderen Gelegenheiten tschechische Reserveoffiziere zum Feinde übergingen, und zwar waren es unter anderem der Oberleutnant i. d. R. Dr. Pivko, Oberleutnant i. d. R. Irsa, Leutnant i. d. R. Kohoutek und Leutnant i. d. R. Zeleny. Man fand auch bei gefallenen italienischen Offizieren die Beweise, daß seit langem tschechische Soldaten den Italienern militärische Daten auslieferten und daß die verräterische Propaganda in tschechischen Regimentern stark betrieben wird. Ein tschechischer Leutnant, namens Martinec, soll an der Agitation beteiligt gewesen sein; da er in einem Spitale lag, konnte er nichts weiteres unternehmen, jedoch steht er in gerichtlicher Untersuchung.

Auch nach der letzten glorreichen Offensive der Mittelmächte an der Südwestfront fand man in italienischen Kundschaftsaktenstücken Andeutungen, daß man über Ort und Zeitpunkt des Beginnens des Angriffes genau informiert war, und zwar nicht nur durch Abhören der darüber geführten österreichischen telephonischen Gespräche, sondern auch durch direkte Nachrichten aus den österreichischen Linien. Es ist nur der überwiegenden Heldenkraft unserer Truppen zu danken, daß es trotz dieser Tatsache gelang, die italienische Front zu durchbrechen.

Auf die vorerwähnte tschechische Agitation ist wohl auch der bekannte Verlauf der 11. Isonzoschlacht zurückzuführen. Der italienische Angriff auf der Hochfläche von Bainsizza geschah beim Schützenregiment Nr. 28, Ergänzungsbezirk Pisek (90 Prozent Tschechen), und zwar beim rechten Bataillon (bei Vodrež). Wie es sich dabei eigentlich zutrug, ist niemand bekannt. Wie stark, beziehungsweise wie schwach der Widerstand war, kann man daraus ersehen, daß das linke Bataillon (bei Canale), allerdings sehr stark unter den italienischen Minenwerfern leidend, von den linken Nachbarn (Schützen Nr. 7, Pilsen, 70 Prozent Tschechen, 30 Prozent Deutsche aus Mies, Bischofteinitz, Offiziere meist deutsche Lehrer) mit Handgranaten aus den Kavernen gejagt werden mußte, als die Italiener den Isonzo schon überbrückt hatten. Hier erweiterte sich infolge der Haltung dieser Truppen der Durchbruchsraum, so daß die Siebener nur mit Mühe gegen rechts abriegelnd sich halten konnten. Inzwischen gingen die Italiener durch die Lücke weiter gegen Vrh, wie das auch den Zeitungen bekannt ist. Hier „warfen" sich ihnen die Achter, das Prager Landwehrregiment, entgegen (90 bis 95 Prozent Tschechen), die den Gegenangriff zu spät ansetzten. Das Regiment, freilich unter dem schweren Feuer sehr leidend, setzte nicht den notwendigen Widerstand entgegen, der an dieser Stelle den Angriff hätte aufhalten können, ja Truppenteile (Züge und Schwärme) ergaben sich. Durch diese zwei Regimenter wurde also alles, was dann in der 11. Isonzoschlacht verloren ging, verschuldet. Zwischen dem 15. und 17. September griffen die Italiener wieder bei den Stellungen der Schützenregimenter Nr. 8 und 28 an. Sie wußten also schon, wo diese Truppen standen. Der Anfangserfolg war ebenfalls wieder auf ihrer Seite, doch wurde er von anderen verläßlichen Truppen wieder gut gemacht.

Diese Mitteilungen von verläßlicher Seite beleuchten die immer wiederholten Behauptungen, daß die Tschechen wenigstens an dieser Front ihre Pflicht getan hätten. Wenn nun auch der bekannte Zwischenruf des tschechischen Abgeordneten Stříbrný, der besagt, daß jene Tschechen ganz recht hätten, die sich freiwillig dem Feinde ergeben, also ein endliches Geständnis von tschechischer Seite selbst, den Sachverhalt klarstellt, scheint es doch im Interesse der historischen Wahrheit notwendig, daß auch die vorstehend erwähnten Ereignisse restlos aufgeklärt werden."

Die Gefertigten stellten dabei an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister folgende Anfrage:

„Ist Seine Exzellenz bereit, dem Abgeordnetenhause darüber der Wahrheit entsprechend Aufklärung zu geben, ob die vorerwähnten Ereignisse sich tatsächlich so zugetragen haben? Ist Seine Exzellenz geneigt, im Interesse der historischen Wahrheit alle etwa darüber vorhandenen Dokumente und Belege dem Abgeordnetenhause vorzulegen? Welche Maßnahmen wurden getroffen, um für die Zukunft allen derartigen, kriegsverlängernden und die Wehrmacht des Staates auf das äußerste schädigenden Vorkommnissen und Agitationen vorzubeugen?"

Übrigens meldeten der „Temps" und verschiedene andere Blätter vom 11. September 1917 aus Innsbruck (!) unter der Überschrift:

„Meuternde tschechische Regimenter an der Isonzofront,"

daß zwei zur Verstärkung an die Isonzofront gesandte tschechische Regimenter wegen mehrfacher Meuterei wieder ins Hinterland gesandt und durch slowenische Truppen ersetzt werden mußten. Diese Nachricht dürfte sich wohl auf die obigen Mitteilungen beziehen.

Gleichfalls noch nicht beantwortet und daher wiederholt sei auch folgende **Anfrage der Abge-**

ordneten Wedra, Dr. Waber und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Schicksal des österreichisch-ungarischen Torpedobootes Nr. 11, die folgende vom 9. d. datierte Anfrage lautet: Der „Corriere della Sera“ enthält in Nummer 282 vom 9. Oktober 1917 folgende Mitteilungen:

„Una torpediniera austriaca catturata.

Roma, 9. ottobre, notte.

L'Ufficio del Capo di Stato Maggiore della Marina comunica: „Nella scorsa settimana catturamo in adriatico una torpediniera austriaca essa è entrata a far parte del nostro naviglio silurante. (Stefani.)“

Übersetzung:

„Ein österreichisches Torpedoboot erbeutet. Rom, 9. Oktober. In der vergangenen Woche haben wir in der Adria ein österreichisches Torpedoboot in Besitz genommen und es in unsere Torpedoflotille eingereiht (Stefani).“

Daraus geht hervor, daß in der ersten Oktoberwoche in der Adria ein österreichisch-ungarisches Torpedoboot, das in einen italienischen Hafen einlief und sich als Teil der italienischen Flotte meldete, von den Italienern in Besitz genommen wurde. Darüber verlautet, daß dieses Torpedoboot am 5. Oktober d. J. aus Sebenico ausgelaufen, die Offiziere von der unter dem Einfluß eines tschechischen Torpedomeisters stehenden Mannschaft geknebelt worden sein sollen und daß das Torpedoboot dann in Ancona durch die verräterische Mannschaft den Italienern überliefert wurde. Und zwar soll es sich um das Torpedoboot Nr. 11 unter dem Kommando des Linienschiffsleutnants Simmel handeln. Die Gefertigten stellen daher die Anfrage, ob der Minister geneigt ist, über diesen Vorfall und die daran schuldtragenden Personen sowie über deren Nationalität Aufschluß zu geben.

Über dieselbe Angelegenheit berichtete ein Reuter-Telegramm aus Holland (abgedruckt in den „Daily News“ vom 13. Oktober)

im Zusammenhang mit der Meuterei in der deutschen Flotte

„aus bester Quelle“, daß „das österreichisch-ungarische Torpedoboot Nr. 11 am Morgen des 5. Oktober zu Porto Ricanati 13 Meilen südlich von Ancona angefahren sei. Die Mannschaft des Schiffes habe gemeutert, habe die Offiziere überwältigt und sich freiwillig den Italienern übergaben“. Der römische Spezialkorrespondent desselben Blattes behauptet, „die Unzufriedenheit und der Mangel an Kampfgeist seien in der österreichisch-ungarischen Flotte im Wachsen. Die Kommandanten können sich auf die Ausführung ihrer Befehle nicht mehr verlassen, obgleich die Mannschaft bisher das Beispiel ihrer deutschen Kollegen nicht nachgeahmt und zu offener Meuterei noch nicht geschritten sei. Die Hauptursache der Unzufriedenheit sei die ungenügende Ernährung.“

Auch hier wäre eine eheste amtliche Aufklärung im Interesse der Beruhigung der Öffentlichkeit dringend geboten.

Ebenso in folgender Angelegenheit, über welche die Berichterstattung den „Deutschösterreichischen Stimmen“ (Zeitungskorrespondenz, Wien, VIII., Langegasse Nr. 13) von der Zensur verboten wurde:

„Blutiger Kampf zwischen Deutschen und Tschechen an der russischen Front“.

„Der „Temps“ vom 15. September 1917 meldet nach der Agence des Balkans aus Jassy: Die nachstehende Episode, die den Sektor des Sereth zum Schauplatze hat, wirft ein neues, grelles Licht auf den unversöhnlichen Haß, der die Tschechen und Deutschösterreicher trennt. Ein russisches Bataillon, das aus von den Russen gemachten tschechischen Gefangenen bestand und gebeten hatte, gegen die Deutschen verwendet zu werden, wurde von dem numerisch überlegenen Feinde umzingelt. Nach einem wütenden Kampfe gelang es einem Teile der Tschechen, zu entkommen. Die übrigen wurden gefangen genommen und von den Deutschösterreichern gehenkt. Die tschechischen Offiziere verübten Selbstmord. Einige Stunden später machten die entkommenen Tschechen, die Verstärkungen erhalten hatten, einen Gegenangriff, nahmen die verlorene Stellung und machten etwa zehn Gefangene. Nachdem sie diese gezwungen hatten, die Gehenkten abzuknüpfen, hingen sie sie auf denselben Stricken auf.“

Die „Deutschösterreichischen Stimmen“ bemerkten hierzu:

„Selbstverständlich, so werden die Tschechen bei uns sagen, ist das eine Verleumdung ihrer durch und durch patriotischen Nation, die für Österreich doch so heldenmütig kämpft und hungernd durchhält.

Daß aber Ententeblätter solche Dinge schreiben, ist peinlich.“

Auch diese Bemerkung wurde konfisziert.

Von derselben Front wurde gemeldet:

„Ein bosnisches Regiment geht zum Feinde über.“

Der „Matin“ vom 22. September 1917 bringt aus Jassy die nachstehende Meldung der „Agence des Balcans“: „Ein bosnisches Regiment

in voller Ausrüstung mit allen seinen Offizieren ist letzten Montag

bei Okna

zu den Russen übergegangen. Der Oberstkommandant des Regiments war ein mohammedanischer Serbe aus der Gegend von Sarajevo. Vor den russischen General geführt, drückte er diesem den Wunsch seiner Offiziere und Mannschaft aus, den serbischen und südslawischen Freiwilligenkorps Rußlands einverleibt zu werden. Die Mannschaften dieses Regiments, die erst vor drei Tagen an die rumänische Front gekommen waren, erklärten den rumänischen und russischen Soldaten, daß ihr Beispiel, sobald sich nur die Gelegenheit hiezu bieten würde, von allen tschechischen und südslawischen Regimentern der österreichischen Armee befolgt werden würde."

Wir gestehen, daß uns diese Meldung kaum glaublich erscheint, da es ja bekannt ist, daß sich die bosnischen Regimenter bisher gut geschlagen haben. Sollten diese Mannschaften und Offiziere etwa keine echten Bosniaken gewesen sein? Eine Aufklärung über den Vorfall, gegebenenfalls über die Herkunft der Mannschaft dieses Regiments, wäre dringend nötig. Hat sich dort überhaupt etwas Ähnliches abgespielt? Ganz aus der Luft gegriffen sind diese Nachrichten der Ententeblätter ja leider selten.

Nochmals möge hervorgehoben sein, daß die vorstehenden Tatsachen und Mitteilungen durchaus keine erschöpfende Wiedergabe aller vorgekommenen oder auch nur bekannten Fakten bilden, sondern nur eine Auslese aus dem unübersehbar reichhaltigen Material.

Es sei nun ganz kurz auf den

Widerhall der Ereignisse in Österreich in der Ententepresse

hingewiesen.

Das „Journal des Débats" vom 1. Juni 1917 veröffentlicht den nachstehenden

Tschechischen Protest gegen die Einberufung des Wiener Reichsrates.

Er ist von T. G. Masaryk, Präsidenten des Nationalrates der tschechischen Länder und tschechischem Abgeordneten im Wiener Parlament, gezeichnet.

„Im Augenblicke der Einberufung des Wiener Parlaments erheben wir unseren Protest gegen alles, was sich gegen unser Volk vorbereitet. Das Wiener Parlament ist auf ungesetzlichem Wege einberufen worden. Die Mandate der Abgeordneten wurden nicht verlängert und sind ungültig. Mehr als 50 Abgeordnete können ihre Tätigkeit nicht ausüben, weil die Mehrheit verurteilt oder im Gefängnis ist. Die Verfassung vom Jahre 1867, welche die Tschechen nie anerkannt haben, besteht nicht mehr, weil sie mehrmals durch Franz Joseph I. gebrochen worden ist. Aber viel schwerere Einwände nötigen uns zum Protestieren. Die österreichische Regierung hat, ohne das Parlament zu fragen und ohne den ausdrücklichen Willen der Abgeordneten und der tschechischen Nation den Krieg entfesselt. Sie hat tschechische Soldaten in Massen erschießen lassen, Hunderte unserer Patrioten ins Gefängnis geworfen, zum Tode verurteilt, unsere Abgeordneten eingekerkert, unsere Presse unterdrückt oder eingestellt, sie hat mehr als 60 Milliarden für den verbrecherischen Krieg hinausgeworfen, die Bevölkerung bedrückt und unser Land ruiniert. Sie hat sich geweigert, die acht gefangenen und verbannten tschechischen Deputierten ins Parlament zurückkehren zu lassen. Sie hat sogar die Frechheit gehabt, einen Hochverratsprozeß dem Führer der radikalen Tschechen, Herrn Klofáč, anzuhängen und dies zwei Tage vor der Einberufung, obgleich er in Präventivhaft seit Kriegsbeginn war. Sie hat für den nächsten Monat zwei neue große politische Prozesse gegen die tschechischen Patrioten vorbereitet.

Die Einberufung des Parlaments ist nichts als ein Schwindelmanöver gegenüber den Mächten der Entente. Die österreichische Regierung hofft, sie zu täuschen, indem sie sie zur Annahme eines deutschen und österreichischen Friedens bewegt. Einerseits will sie den Völkern einen Teil der Verantwortlichkeit für alle ihre Handlungen seit Kriegsbeginn auferlegen; andrerseits will sie eine Manifestation der Völker Österreichs für den Frieden und eine loyale Erklärung zugunsten des Staates erzielen. Sie hofft so, den entscheidenden Beweis zu liefern, daß die Monarchie wirklich lebenskräftig ist. Wir müssen zunächst gegen diese für das ganze demokratische Europa gefährlichen Intrigen protestieren. Schon haben 50 tschechische Schriftsteller in Übereinstimmung mit den tschechischen Abgeordneten vor einigen Tagen erklärt, daß sie niemals diese Verantwortung für die Handlungen einer Regierung übernehmen würden, die verbrecherisch ist, und daß sie im Begriffe seien, vor dem Abgeordnetenhaus das vollständige tschechische Programm zu vertreten: Die Unabhängigkeit Böhmens und seine Vereinigung mit den Slowaken. Trotzdem wissen wir, daß jede derartige tapfere Erklärung der Tschechen gegen den österreichischen Frieden und gegen jede loyale Erklärung mit Gewalt erstickt werden wird" (?!), „um so mehr, als ja die acht einflußreichsten tschechischen Abgeordneten, die wirklichen Führer der Nation, eingesperrt oder verbannt sind.

Wir allein besitzen die vollständige Freiheit, um den wahren Willen unseres Volkes zum Ausdruck zu bringen. Wir protestieren also mit aller Kraft gegen all diese Intrigen und gegen all die Be-

drückungen, deren Gegenstand wir seitens Österreichs waren, und wir erklären vor dem Scheinparlament von Wien, daß seine Entscheidungen und seine Abstimmungen eine Nation nicht binden können, die seit mehr als drei Jahren in einem verzweifelten Kampf gegen seine Wiener Bedrücker und gegen jene in Berlin und Budapest eingetreten ist und das heute mehr als jemals — nach der großen russischen Revolution — seinen festen Willen verkündet, endlich seine Freiheit und seine vollständige Unabhängigkeit durchgeführt zu sehen.

(Au nom du conseil national des pays tchèques.)"

Wie vorauszusehen war, haben auch die von slawischen Parteien in der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses abgegebenen

staatsrechtlichen Erklärungen

in der französischen Presse sogleich ein entsprechendes Echo gefunden. Drei Jahre, sagt der „Temps" vom 1. Juni 1917, wagte man nicht, das österreichische Parlament einzuberufen. Jetzt, da nach 34 Kriegsmonaten Europa vor der Frage der Zerstückelung Österreichs steht, möchte man von den unterdrückten Nationalitäten Loyalitätskundgebungen erhalten und sofort wird der tiefgehende und unvermeidliche Zerfall sichtbar. Unter solchen Umständen biete die Session des österreichischen Reichsrates ein großes Interesse nicht nur vom Standpunkte der inneren Lage Österreichs, sondern auch von dem der allgemeinen Situation der Zentralmächte im Weltkriege.

Der „Petit Parisien" vom 1. findet es angesichts der staatsrechtlichen Erklärungen der slawischen Parteien verständlich, warum man durch drei Jahre den Reichsrat nicht einzuberufen wagte. Die historische erste Sitzung des Abgeordnetenhauses beweist, daß, wenn die in den Botschaften Wilsons und von der jungen russischen Demokratie proklamierten Prinzipien überall Wahrheit würden, es kein Österreich mehr gäbe, respektive daß dieses Österreich sich von dem heutigen Österreich zumindest ebenso sehr unterschiede wie das Rußland vom Mai 1917 von dem Rußland vom Februar.

Das „Journal des Débats" vom 1. setzt sich speziell für die Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes ein. „Die Deutschen," sagt das Blatt, „die gegen die Wiederbelebung der politischen Rechte Böhmens protestierten, vergessen, daß diese Rechte den gegenwärtigen gesetzlichen Zustand, oder nach dem deutschen Terminus, das Staatsrecht Böhmens bilden, das weder eine österreichische Provinz, noch ein Bezirk, sondern ein Königreich ist, dessen Herrscher in Prag gekrönt sein und vor dem böhmischen Landtag den Eid leisten muß. Wie Karl I. und Clam-Martinic alle diese Widersprüche miteinander in Einklang bringen wollen, ist schwer begreiflich."

So blieb es während der ganzen Tagung des Abgeordnetenhauses. Es würde zu weit führen, alle die Blätterstimmen anzuführen, welche beweisen, wie sehr das Benehmen der tschechischen Abgeordneten im österreichischen Parlamente auch in der Folge zur Aufpulverung des vorher schon bedenklich gesunkenen Siegeswillens der Bevölkerung aller Ententeländer dienen mußte.

Es sei nur noch angeführt, was das gelesenste französische Blatt, „Le Matin", am 21. Juni 1917 unter dem Titel:

„Krise in Österreich; Böhmen erhebt sich"

schreibt; es berichtet in diesem Artikel ausführlich über die Verhältnisse in Österreich und führt unter anderem aus:

„Erst seit drei Wochen tagt der Reichsrat in Wien und man kann heute schon sagen, daß die Tagung vollständig erfolglos ist. Anstatt die heilige Einigkeit in die Tat umzusetzen, die man in den Monaten vor der Einberufung des Parlamentes eifrig vorbereitete, hatte der Reichsrat ganz im Gegenteil das Ergebnis, daß die Schande der österreichischen Verwaltung vor aller Welt zur Schau gestellt wurde und daß die ganze zivilisierte Welt die Schandwirtschaft erkennen konnte, welche die Habsburger über ihre Untertanen slawischer Rasse haben ergehen lassen. Die Sitzungen sind zu Faustkämpfen ausgeartet und der gegenseitige Haß ist ärger geworden als jemals."

Der „Matin" schildert dann den aus diesen Zuständen sich ergebenden Sturz des Ministeriums Clam-Martinic und fährt fort:

„Was aber in Böhmen vorgeht, ist unendlich schwerwiegender als alles andere, obzwar die offiziösen Zeitungsnachrichten davon keine Erwähnung machen. Folgendes haben wir darüber aus sicherer Quelle erfahren:

Seit einigen Tagen ist

Prag der Schauplatz einer ausgedehnten revolutionären Bewegung.

Es hat sich ein Arbeiterausschuß gebildet, der die tschechischen Arbeiter aller Prager und vorstädtischen Fabriken ohne Unterschied der Partei vertritt. In einem Manifest verlangen sie die Einberufung einer konstituierenden Versammlung der tschechischen Länder auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechtes, um den unabhängigen tschecho-slowakischen Staat ins Leben zu rufen. Sie protestieren gegen die Haltung der sogenannten tschechischen Delegierten bei der Stockholmer Konferenz.

Die revolutionäre Unternehmung der Prager Arbeiter hat in der Stadt eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Viele Zehntausende der Einwohner versammelten sich auf dem Altstädter Platz vor dem Monument des Johannes Hus und sangen die — bekanntlich verbotene — Hymne „Hej Slovane“ mit dem Refrain: Die Russen und die Franzosen sind mit uns. Die Demonstranten begaben sich hierauf auf den Graben und bewarfen das Deutsche Haus mit Steinen. Die Gendarmen und die ungarischen Soldaten, die in Prag einquartiert sind, griffen die Menge mit blanker Waffe an; es gab Tote und zahlreiche Verletzte. Gleichartige Aufstände ereigneten sich in den hauptsächlichsten Städten von Böhmen, insbesondere in Pilsen und in Budweis. Man kann annehmen, daß diese Ereignisse den Ausschlag gegeben haben, daß Clam-Martinic sich bewogen fühlte, seine Demission einzureichen.“

Wenn auch vielleicht diese letztere Folgerung nicht ganz zutrifft, so sieht man doch, wie eingehend das feindliche Ausland nach wie vor über die Vorgänge und Stimmungen unter den Tschechen unterrichtet wird, die man vergebens im Inlande zu verschleiern trachtet. Daraus ergibt sich zunächst, wie unzweckmäßig es ist, wenn unsere Zensur die Kenntnis dieser Vorgänge der Bevölkerung des Inlandes vorenthält.

Es ergibt sich aber auch daraus, daß die während der früheren Kriegsjahre festgestellte Verbindung des feindlichen Auslandes mit den hochverräterischen Elementen des Inlandes, welche vor allen Dingen Spionagezwecken dient, noch immer aufrechterhalten ist.

Man kann sich vorstellen, daß alle derartigen Nachrichten in den bereits erschöpften feindlichen Ländern die Hoffnung immer wieder aufleben lassen, daß es doch gelingen werde, die Mittelmächte niederzuringen. Die Tätigkeit jener Leute, welche solche Nachrichten ins feindliche Ausland vermitteln, ist also tatsächlich kriegverlängernd und bedeutet eine außerordentliche Unterstützung des Feindes und eine Schädigung unserer Wehrmacht.

Man darf sich nur nicht wundern, daß solche Vorkommnisse möglich sind. Man beachte nur, was Abgeordneter Dr. Šmeral im „Právo Lidů“ über seine Erfahrungen in Stockholm schreibt:

„Ich bin auch der Berührung und der sehr eingehenden Besprechung mit einem Tschechen nicht ausgewichen, der im Auslande mit Professor Masaryk in fortwährender Verbindung steht, mit dem ehemaligen Prager Professor Mayer, welcher als Gefangener aus Przemyśl nach Rußland kam, jetzt dort frei lebt, journalistisch tätig ist und von hier wegen der Verbrechen des Hochverrates und der Desertion verfolgt wird . . . Ich habe mir auch über die Agitationen einiger im Auslande erscheinender tschechischer Blätter berichten lassen und habe mir auch die Nummern der Zeitung „Čecho-slovak“, die in Rußland eine antiösterreichische Agitation betreibt, verschafft und habe sie mir öffentlich durch Vermittlung der Gesandtschaft nach Hause schicken lassen.“

Nach diesen Vorkommnissen ist es kein Wunder, wenn das Ausland über unsere Verhältnisse stets unterrichtet ist. Und charakteristisch für unsere Verhältnisse ist es, daß ein österreichischer Abgeordneter, der den österreichisch-feindlichen Charakter des „Čecho-slovak“ offen zugibt, sogar durch die Vermittlung der österreichischen Gesandtschaft in Stockholm dieses Blatt ins Inland hereinschafft!

Nicht uninteressant ist ferner zur Beurteilung der fortgesetzten staatsgefährlichen Tätigkeit der Tschechen im Auslande und zur Beurteilung der damit ganz parallel laufenden Tätigkeit der tschechischen Abgeordneten folgender Artikel des Professors

Masaryk

über die

Gestaltung des zukünftigen selbständigen tschecho-slowakischen Staates.

Er wird im amtlichen russischen „Wjestnik finansow. torgepromyslnost“ in seiner Nummer vom 13. Mai (a. St.) 1917, Nr. 17, wiedergegeben. Zuerst erschienen ist er Ende Februar dieses Jahres in der Londoner Zeitschrift „The new Europe“.

„Einleitend wird in der russischen amtlichen Zeitschrift hervorgehoben, daß Masaryk Österreich bereits bei Beginn des Krieges verlassen habe und nun zu den gewichtigsten Propagandisten der Idee einer Aufteilung Österreich-Ungarns auf Grundlage des nationalen Prinzips gehöre. Insbesondere verfechte er die Bildung eines selbständigen tschecho-slowakischen Staates nach dem von den Ententemächten formulierten Programme. Mit besonderer Ausführlichkeit behandle er namentlich die wirtschaftlichen Hilfsquellen des projektierten neuen tschecho-slowakischen Staates.

Bei einer Vereinigung der von Tschecho-Slowaken bewohnten Gebiete, das heißt der Länder der Krone des Heiligen Wenzel: Böhmen, Mähren und Schlesien und der von Slowaken bevölkerten nördlichen Komitate Ungarns würde der neue Staat gegen 12 Millionen Einwohner und einen Flächeninhalt von annähernd 50.000 englischen Quadratmeilen umfassen, das heißt viermal so viel wie Belgien, dessen Flächenausmaße nur 11.373 englische Quadratmeilen betrage.

Die Zahl der Tschecho-Slowaken in Österreich-Ungarn sei in Wirklichkeit zwar bedeutend geringer wie 12 Millionen — es seien in Öster-

reich 6,435.983 Tschechen und in Ungarn 1,967.970 Slowaken —, aber Masaryk betrachte es als notwendig, in die Grenzen des zukünftigen tschecho-slowakischen Staates auch die nationalen Minoritäten einzubeziehen, die auf dem Territorium dieses Staates leben, das sind ungefähr 3,000.000 Deutsche in Böhmen und Mähren, 230.000 Polen in Schlesien und 15.000 Magyaren in der Slowakei. Masaryk verteidige diese Forderung und erblicke in derselben keine Verletzung des nationalen Prinzips, „(!)" in dessen Namen die Tschecho-Slowaken die Selbständigkeit anstreben, da auf dem tschechisch-slowakischen Territorium die Nationalitäten in solchem Grade vermischt seien, daß es eine Unmöglichkeit wäre, zwischen ihnen eine geographische Grenze zu ziehen.

Der projektierte Staat verfüge über alles, was er zu einem selbständigen wirtschaftlichen Leben brauche. Böhmen sei nicht umsonst die „Perle Österreichs" genannt worden. Seit der ersten Periode der Angliederung Böhmens an Österreich bildete dasselbe gleichsam „das Rückgrat" der Reiche der Habsburger. Die Alpengebiete waren damals noch sehr arm, Triest und die Meeresküste hatten keine große Bedeutung und Ungarn war in wirtschaftlicher Hinsicht damals gleich null. Böhmen führte aber schon zu jener Zeit Getreide und Fabrikate (Arbeitsprodukte) aus. Erst in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts wurde Ungarn die Kornkammer Österreichs und teils auch Böhmens. Jetzt beschäftige sich rund die Hälfte der Bevölkerung der tschechischen Länder mit Landwirtschaft, die andere mit Industrie. (In Böhmen seien 35 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig, die übrige Bevölkerung aber im Handel, in der Industrie und den sogenannten freien Berufen; in Mähren und Schlesien beschäftigen sich 50 Prozent mit Landwirtschaft; in den slowakischen Komitaten Ungarns sei der Prozentsatz der landwirtschaftlichen Bevölkerung ein noch höherer.)

In der Periode von 1906 bis 1914 habe die durchschnittliche jährliche Getreideproduktion in Böhmen 54½ Millionen Meterzentner, in Mähren 24 Millionen, in Schlesien 4 Millionen betragen, was nach Abzug des Saatgutes 810 Pfund pro Jahr und Kopf der Bevölkerung in Böhmen und 890 in Mähren, im Durchschnitte 815 Pfund beträgt, während im übrigen Österreich die Ernte kaum 511 Pfund pro Kopf übersteige. Im Jahre 1914 ergab die Ernte in den tschechischen Ländern durchschnittlich 839 Pfund pro Kopf. Dabei müsse im Auge behalten werden, daß die Landwirtschaft in Böhmen noch lange nicht die Höhe erreichte, auf welcher sie sich in Dänemark und Belgien befinde; demgemäß sei anzunehmen, daß das Ernteergebnis der tschechischen Länder in der Zukunft noch bedeutend steigen werde.

In den Jahren 1906 bis 1910 lieferten Böhmen und Mähren ungefähr 46 Prozent des ganzen Getreides an Österreich, 41 Prozent der Kartoffeln, 44 Prozent von Klee und Heu und 93 Prozent der Zuckerrübe. „(Und 1917??)" Die österreichische Zuckerindustrie sei hauptsächlich in den tschechischen Ländern konzentriert. Nicht weniger bedeutend sei auch der Anteil dieser Länder in der Gemüseproduktion usw. Ihre Bedeutung für die österreichische Landwirtschaft sei größer als das prozentuelle Verhältnis der Bevölkerung und des Territoriums dieser Länder zum ganzen Staate, da sie im ganzen 26·4 Prozent des gesamten Gebietes Österreichs und fast 35 Prozent der Bevölkerung Österreichs bilden.

Von der Gesamterzeugung an Braunkohle in Österreich — 26¼ Millionen Tonnen — entfalle auf Böhmen allein 83 Prozent, und von 15·8 Millionen Tonnen Steinkohle 86·66 Prozent. Diese Ziffern stellen Böhmen in die Reihe der reichsten Länder des Erdballes, neben England, die Vereinigten Staaten und Deutschland, da auf einen Kopf der Bevölkerung desselben 26½ Meterzentner Steinkohle und 51 Meterzenter Braunkohle im Jahre entfallen.

An Eisenerz, welches in Österreich gewonnen wird (27 Millionen Meterzentner), werde annähernd ein Drittel in Böhmen produziert. Es sei nicht sehr reich an Eisen, aber infolge des großen Umfanges der Kohlenproduktion sei in Böhmen mehr als 60 Prozent der gesamten Eisenindustrie Österreichs konzentriert.

46 Prozent aller Bierbrauereien Österreichs befinden sich in Böhmen; in den tschechischen Ländern werde der gesamte Hopfen gebaut. In Böhmen sei weiters ein bedeutender Teil der Maschinenbau-, Textil-, Glas-, chemischen und elektrotechnischen Industrie Österreichs zentralisiert.

Parallel mit dieser hohen industriellen Entwicklung besitze Böhmen auch das dichteste Eisenbahnnetz Österreichs und auf seinen Teil entfallen 52 Prozent aller Einnahmen der Postanstalt. In bezug auf das Bank- und Geldkapital befanden sich die tschechischen Länder in Abhängigkeit von Wien, aber in den letzten Jahrzehnten hatten sie sich auch in dieser Hinsicht von Wien emanzipiert; so zum Beispiel habe sich das Kapital der Banken Böhmens in den letzten Jahren, seit 1895, um das siebenfache erhöht; von 48 Millionen Kronen auf 336 Millionen Kronen.

Am zurückgebliebensten unter den tschechischen Ländern seien die slowakischen Komitate Ungarns. Die Industrie ist dort schwach entwickelt, die Landwirtschaft herrscht vor, und da das Land gebirgig ist, ist auch die landwirtschaftliche Technik dort sehr zurückgeblieben; darum sei die Slowakei bedeutend ärmer, wie die übrigen tschechischen Länder. Im

südlichen Teile der Slowakei, dem am wenigsten gebirgigen, gedeihe ein guter Wein, der nördliche Teil aber sei reich an Eisenerzen, ausgedehnten Wäldern usw. Diese werden noch wenig ausgenützt, aber in der Zukunft wäre eine industrielle Entwicklung in diesem Teile sehr möglich. Die Slowakei erinnere ganz an Schlesien, dessen größter Teil jetzt industrialisiert sei, weshalb anzunehmen wäre, daß auch der nördliche Teil der Slowakei denselben Weg einschlage. Die Slowakei könnte dann die übrigen Teile der tschechischen Länder mit dem ihnen jetzt fehlenden Eisen versorgen, ferner mit Kupfer und Zinn. Überhaupt sei die Slowakei auch sehr zur Viehzucht geeignet. Einen bedeutenden Teil des nationalen Reichtums Böhmens bilden auch dessen in der ganzen Welt bekannten Kurorte, wie Karlsbad, Franzensbad, Marienbad, Teplitz usw., der Hauptfundort von Radium und Uran Joachimsthal.

Auf diese Weise erscheinen in den tschechischen Ländern alle Bedingungen vereinigt, welche für die selbständige kulturelle Entwicklung notwendig sind. Österreich habe bis jetzt riesenhafte Gewinne aus dem Besitze Böhmens gezogen. Während für die übrigen Teile der Monarchie die Ausgaben des Staates oft die Einnahmen übersteigen, sei das Defizit in bedeutenden Maße durch die Einnahmen der tschechischen Länder gedeckt und ausgeglichen worden. In dieser Hinsicht sind die von Masaryk angeführten Daten über den Anteil der tschechischen Länder an den direkten Steuern Österreichs sehr interessant. Von Niederösterreich abgesehen, in welchem sich die Residenz des Reiches, Wien, befindet, und welches Kronland infolgedessen eine Ausnahmsstellung einnehme, verteilen sich die direkten Steuern unter den tschechischen Ländern und den übrigen Ländern Österreichs derart, daß auf die ersteren 57 Prozent und auf die übrigen 43 Prozent entfallen, wobei die tschechischen Länder von der Gesamtbevölkerung Österreichs (wieder mit Ausnahme von Niederösterreich und Wien) nur 40·5 Prozent derselben darstellen. In gleichem Maße sei auch der Anteil der tschechischen Länder an allen indirekten Steuern bedeutend. (Und an der Kriegsanleihe?)

„Masaryk erachtete es nicht als Hindernis einer selbständigen wirtschaftlichen Existenz Böhmens, daß bei den tschechisch-slowakischen Ländern kein direkter, zum Meere führender Weg vorhanden sei. Das Beispiel der Schweiz zeige, daß ein Land, welches keine Meeresküste habe, nichtsdestoweniger nicht nur politisch selbständig sein, sondern daß es auch einen hohen Grad von industrieller Entwicklung erreichen könne. Dabei sei in der Schweiz keine Kohle vorhanden, die aber Böhmen im Übermaße besitze. Außerdem sei nicht außer acht zu lassen, daß für das künftige selbständige Böhmen die Möglichkeit eines Weges ans Meer durch den serbisch-kroatischen Hafen Triest, welches nach dem Vorschlage Masaryks eine freie Stadt werden soll, oder über Danzig, welches nach seiner Meinung der Hafen für Polen worden soll, gegeben wäre. Gestalten sich die Beziehungen Deutschlanes zum künftigen Böhmen derart, daß es für dasselbe nicht vorteilhaft sein werde, sich Hamburgs zu bedienen, welches von Prag gleich weit entfernt ist wie Triest, so werde ihm Danzig Hamburg ersetzen können, besonders dann, wenn der die Morawa mit der Oder und der Weichsel verbindende Kanal erbaut werde. Nach Masaryks Ansicht werde das künftige Böhmen einen Teil der bis zum gegenwärtigen Kriege bestandenen österreichischen Staatsschuld auf sich nehmen, der der Bedeutung Böhmens entspreche, daß es aber an der Deckung der Österreich schon riesiges Geld kostenden und dessen Bankerott nahezu unabwendbar machenden Schulden für den jetzigen Krieg keineswegs teilnehmen werde. Damit erkläre Masaryk die wirtschaftliche Bedeutung der Unabhängigkeit der tschecho-slowakischen Länder. Es sei klar, daß die Ausscheidung dieser Länder aus Österreich für das heutige Reich der Habsburger ein verhängnisvollerer Schlag wäre, wie der Verlust der südslawischen Territorien oder Galiziens."

Aber Herr

Professor Masaryk

ist auch heute noch unermüdlich; so ist erst in der Nummer des „Daily Chronicle" vom 11. November 1917 ein Artikel erschienen, in welchem der ehemalige Abgeordnete Professor

Masaryk gegen die Friedenspolitik des Grafen Czernin

sowie gegen jene englischen Kreise polemisiert, die in der Budapester Rede des genannten Staatsmannes den redlichen Wunsch nach Herbeiführung eines baldigen ehrlichen Friedens erblicken. Wie Professor Masaryk ausführt, „dürfe man dem Grafen Czernin nicht trauen, der sich trotz seines böhmischen Ursprunges als Deutscher bekenne und

ein Verräter am tschechischen Volke

sei. Masaryk bezeichnet den Czerninschen Pazifismus als wertlos, da er ein „imperialistischer Pazifismus" sei (!) und auf die Erhaltung des Status quo abziele. „Es gebe nur eine Lösung und diese sei: Die Zerstücklung der österreichisch-ungarischen Monarchie, ihre Aufteilung unter Serbien, Italien und Rumänien, sowie die Schaffung eines selbständigen böhmischen Staates."

Die neueste Phase der russischen Revolution ist natürlich Herrn Professor Masaryk besonders unbequem. Den Frieden kann er — ohne „Zerschmetterung" Österreichs — nicht brauchen. Also tobt

er gegen die Bolschewiki, nach Berichten in Wiener Blättern am 26. November 1917:

„Professor Masaryk protestiert.
Das alte Lied des Hetzapostels.

Wie erinnerlich, wurde Skobelew im vergangenen Monat vom Zentralexekutivkomitee der Arbeiter- und Soldatendeputiertenräte in Petersburg zum Vertreter der Demokratie auf der Pariser Kriegszielkonferenz bestimmt und ihm zu diesem Zweck eine ausführliche Instruktion erteilt. Gegen diese Instruktion erhebt Professor Masaryk in der Zeitung „Utro Rossji“ einen flammenden Protest und wirft dem Zentralexekutivkomitee vor, es habe sich damit gegen das von Rußland angenommene Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker schwer vergangen und sei der Sache der Demokratie untreu geworden. Die Weisung an Skobelew sage nichts von dem Volke der Hus und Komensky und anerkenne nicht das Recht der Völker, ja schütze geradezu Österreich-Ungarn, das durch seine ehrlose Balkanpolitik den Weltkrieg angezettelt habe. (!) Die Arbeiter- und Soldatendeputiertenräte hätten somit die Verteidigung einer Monarchie übernommen, in welcher der Militarismus im Bunde mit einer degenerierten Autokratie sieben Völker in Knechtschaft halte.

Masaryks Protest ergeht sich in maßlosen Beschimpfungen der habsburgischen Dynastie, der er die „Freiheitskämpfer“ Wilson, Briand, Asquith, Lloyd George usw. gegenüberstellt. Der Protest schließt mit der Versicherung, ein fester Friede sei unerreichbar, solange nicht der deutsche und österreichische Imperialismus niedergetreten und die Aufteilung Österreich-Ungarns durchgeführt sei.“

Es ist bezeichnend, daß auch sogleich die tschechischen Blätter in Böhmen den gleichen Standpunkt einnahmen. So berichtete das „Prager Tagblatt“ schon am 10. November 1917:

„Eine tschechische Stimme gegen Lenin.
(Er soll ein Feind der Slawen Österreich-Ungarns sein).

Der „Venkov“ schreibt über Lenin: Lenin mit dem richtigen Namen Zedermann, ist jüdischen Ursprungs und mit der Familie des Führers der österreichischen Sozialdemokraten Dr. Adler verwandt. Er ist jetzt Herr von Petersburg und nach deutschen Blättern auch Präsident von ganz Rußland. Wenn sich Lenin faktisch in seiner Stellung behaupten würde, was allerdings sehr fraglich ist, dann haben die österreichischen und ungarischen Slawen in ihm einen großen Feind. Lenin erklärte immer, daß die österreichisch-ungarische Politik gut sei, weil sie den Slawen das Recht der freien Entwicklung lasse; auch den Slawen in Ungarn gehe es viel besser, als man sich in Rußland vorstellen könne. Es sei deshalb eine Narretei, zu behaupten, daß die österreichischen Slawen irgendwelche Selbständigkeit benötigen. Trotzki, seine Hauptstütze, sei ehemaliger Mitarbeiter deutscher sozialistischer Blätter.“

Das ist allerdings furchtbar! Was wird da aus den Hoffnungen auf „das russische Erwachen?“ Am 11. November berichtet das „Prager Tagblatt“:

„In bemerkenswerter Weise befaßte sich der tschechisch-agrarische „Venkov“ gestern mit den Friedensabsichten der russischen Maximalistenregierung. Das Blatt schrieb unter anderem:

„Das Ziel der Bolschewiki, die Erzwingung eines baldigen Friedens, ist zwar schön, aber die Bolschewiki werden auf ihrem Wege zu ihm auf eine Reihe von Schwierigkeiten stoßen. Vor allem müssen „(!)“ die internationalen Verpflichtungen des Reiches (darunter auch die Verpflichtung Rußlands, nach dem Londoner Vertrag keinen Separatfrieden zu schließen) von den Erben des alten Regimes eingehalten werden.“

Die Maximalisten sind darin anderer Meinung. Sie haben alle alten Verträge kurzerhand annulliert und werden nun wohl die Folgen tragen müssen, die der „Venkov“ folgendermaßen schildert:

„Das Mißachten des Londoner Vertrages bedeutet für Rußland, daß es bei Verhandlungen über den Frieden gegenüber der Entente als ein wortbrüchiger Verbündeter dasteht und gegenüber den Zentralmächten noch als Gegner. „(!)“ Deshalb spreche die Regierung Lenins vorläufig von einem bloßen Waffenstillstand. Das wäre nur ein Ausgang für den Augenblick, der wohl mit einem Frieden mit den Zentralmächten enden könnte, aber es wäre dann keine Überraschung, wenn die Entente in demselben Augenblicke Rußland als Feind betrachten würde. In dieser Hinsicht könnte sich die Entente auf China und auf Japan sehr wohl stützen.“

Die Russen haben sich offenbar bei den Tschechen sehr geschadet. Sie wären sicherlich viel besser dran, wenn sie um jeden Preis weiter Krieg führen würden.

Die Tschechen sind einfach entrüstet über den Wortbruch Rußlands gegenüber der Entente. Wenn noch ein Zweifel bestünde, wurde dieser durch die Reden der tschechischen Abgeordneten im Reichsrate genommen werden. So sagte Abgeordneter Modráček in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 27. November 1917:*)

„Die ursprüngliche Furcht vor der russischen Revolution schwindet dahin, und wir können das sonderbare Bild betrachten daß die Annexionisten und Hakatisten in Deutschland, die „Neue Freie Presse“ in Wien und die Tiszas in Budapest in Lenin und Trotzki ihre besten Bundesgenossen gefunden zu haben glauben. Mit ihrem sozialen und

*) Stenographisches Protokoll, Seite 2306.

nationalen Programme werden sie zwar ein wenig im Widerspruch stehen, aber für Rußland allein sind sie sogar imstande, auch den sozialistischen Staat gut zu heißen.

Wir dürfen uns tatsächlich nicht verheimlichen, daß die große revolutionäre Macht Rußlands, die die Freiheit und Gleichheit aller Völker mit solcher Kraft auf die Tagesordnung der Welt gestellt hatte, daß sie die wilden Stürme des Krieges übertönte, vorläufig durch die Revolution der Bolschewiki als Stütze und Hoffnung der bedrückten Nationen sowie der Arbeiterschaft außerhalb Rußlands nicht mehr in Betracht kommt.

Die Revolution zerstört ihre eigene Macht, die notwendig wäre, um ihren hochfliegenden Ideen auf der Friedenskonferenz Geltung zu verschaffen. Aber auch durch diese Tragödie im Osten lasse ich mir mein Vertrauen nicht erschüttern, daß auch hier bei uns die Gerechtigkeit und die Idee der Freiheit siegen werden."

Noch schärfer betonte er diesen Standpunkt am 28. November 1917:

„Der Herr Kollege Dr. Ellenbogen hat über meine gestrige Rede die Äußerung getan, daß ich die große russische Revolution herabgesetzt hätte. Die Revolution der Bolschewiki ist ein Unglück für die Revolution, für die russische Republik, für alle bedrückten Nationen Europas. Das ist nicht nur meine Ansicht, das ist die Ansicht des größten Teiles der sozialistischen Welt „(!) (Widerspruch)" und auch eines großen Teiles der russischen Sozialisten.

Entgegen den Worten des Herrn Kollegen Dr. Ellenbogen führe ich an: Die Revolution der Bolschewiki hätte einen Sinn, wenn sie an ihrer Seite eine revolutionäre Macht der deutschen Sozialdemokratie hätte; solange aber die deutschen Sozialdemokraten die Arbeitermassen im Interesse des Imperialismus wie eine Schafherde auf die Schlachtfelder führen lassen (!) und zu der ungeheuren Bedrückung der Arbeitermassen im Hinterlande beinahe (!) schweigen, solange an der russischen Grenze ein deutsches und österreichisches Heer steht, das in jedem Momente die Revolution ersticken kann, bedeuten die Aktionen der Bolschewiki nicht eine Arbeit für den Sozialismus, sondern für den deutschen und russischen Zarismus (!). Ich setze die Bedeutung und die Größe der russischen Revolution nicht herab. Wer sie herabsetzt, das ist vor allem die deutsche Sozialdemokratie, die ihre geschichtliche Aufgabe in diesem Kriege nicht erfüllt hat.*) Wenn den werten deutschen Genossen die Revolution der Bolschewiki so gefällt, warum weisen sie es dann in ihren Zeitungen so entschieden ab, die Bolschewiki nachzuahmen? Wer der Revolution der Bolschewiki bei uns und in Deutschland Beifall klatschen will, der muß sie mitmachen, (!) sonst halte ich ihn für einen bloßen Schwätzer."

Sehr richtig charakterisiert dieses kriegsverlängernde Treiben der Tschechen am 2. Dezember 1917 die „Reichspost", also gewiß ein Blatt, das man nicht als „hakatistisch" oder „alldeutsch" bezeichnen kann. Sie schreibt:

„Machenschaften gegen den Frieden.
(Störungen der Friedensverhandlungen durch slawische Gruppen des österreichischen Abgeordnetenhauses.)

Das Treiben der slawischen Justamenter des österreichischen Abgeordnetenhauses beginnt gemeingefährlich zu werden.

Es ist noch nicht lange her, daß die Sprecher des Tschechischen Verbandes und Südslawen im Abgeordnetenhause sich selbst als Engel des Friedens aufspielten und andere der Kriegsverlängerung beschuldigten. Wenn wir nicht irren, war es unter anderen der Wortführer der südslawischen Vereinigung, Abgeordneter Korošec, der es gewagt hat, von „deutschen Kriegsverlängerern" zu sprechen. Und nun ist das Unglaubliche, Unerhörte geschehen, daß diese nämlichen, angeblich von Friedensliebe triefenden „Pazifisten", da die Möglichkeit des Friedens am östlichen Horizont aufdämmert, dem Frieden mit mörderischer Elektrizität geladene Drahthindernisse in den Weg stellen.

Die Vorstände des Tschechischen Verbandes, des Südslawischen Klubs und aus törichter Oppositionssolidarität auch der ukrainischen parlamentarischen Vertretung haben nämlich folgende

gemeinsame Verlautbarung

beschlossen:

„Das Friedensangebot der gegenwärtigen russischen Regierung beruht nicht nur auf dem Prinzip „ohne Annexionen und Kontributionen", sondern auch auf dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes aller Nationen, was von unserer Regierung verschwiegen wird. Wir stellen daher fest, daß die Basis, auf welcher die österreichische Regierung nach der Erklärung des Ministerpräsidenten in Friedensverhandlungen einzutreten bereit ist, in diesem wesentlichen Punkte, in direktem Widerspruch zu den Bedingungen des Friedensmanifestes der gegenwärtigen russischen Regierung an alle Völker der kriegführenden Staaten steht. Denn das Angebot setzt Garantien für das nationale Selbstbestimmungsrecht voraus, wogegen die im Einvernehmen mit dem Minister des Äußern abgegebene

*) Nach Modráček hätte offenbar ihre geschichtliche Aufgabe vornehmlich darin bestanden, das deutsche Volk zu ruinieren. Gewisse Führer hätten das vielleicht auch gern gewollt, aber zum Glück ist das ursprüngliche Gefühl der wirklichen Arbeiter, auch der Sozialdemokraten, für ihr Volkstum in großen Augenblicken immer noch mächtig genug, um über die falschen Theorien solcher „Führer" hinwegschreiten zu können.

Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten die Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes durch Verschweigung geradezu auszuschließen scheint. Mit Rücksicht auf diesen Gegensatz zu dem wichtigen Punkte des Waffenstillstandsangebotes fürchten wir, daß die bereits eingeleiteten Verhandlungen zu einem Friedensabschluß nicht führen könnten, wofür wir die Regierung voll verantwortlich machen müssen. Von unserem Standpunkt aus stellen wir nochmals fest, daß wir im Sinne unserer Deklarationen vom 30. Mai l. J. vollinhaltlich auf der Forderung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker beharren."

Diese Verlautbarung verfolgt offenkundig den Zweck, den Friedensverhandlungen durch willkürliche Konstruktion von Gegensätzen Schwierigkeiten zu bereiten, ja womöglich die Aufnahme der Friedensverhandlungen zu vereiteln. Es ist Felonie, wenn in demselben Augenblicke, da die berufene Vertretung der Monarchie gegenüber dem Auslande, der k. u. k. Minister des kaiserlichen Hauses und des Äußern, feierlich erklärt und der Petersburger Regierung mitteilt, daß „die von ihr bekanntgegebenen für den abzuschließenden Waffenstillstand und Friedensvertrag, hinsichtlich welcher die Regierung der russischen Republik Gegenvorschlägen entgegensieht, nach Ansicht der österreichischen Regierung geeignete Grundlagen für die Einleitung dieser Verhandlungen bieten," österreichische Parlamentsparteien aufstehen und dem friedensbereiten Kriegsgegner einzureden suchen, daß zwischen ihm und uns unüberwindliche Gegensätze bestünden. Solches Verhalten ist ein Verbrechen an den Kriegern aller Nationen und Volksstämme unserer Monarchie, die sich der Stunde des Friedens entgegensehnen und keine Lust fühlen, den Krieg, dessen Beendigung der Regierung möglich erscheint, den Herren Stránský Korošec und Genossen zuliebe auch nur einen Tag über die unbedingte vaterländische Notwendigkeit hinaus zu verlängern. Die Verlautbarung der Vorstände der drei slawischen Gruppen unter deren Mitglieder, wie zu ihrer Ehre angenommen sei, hoffentlich doch eine ganze Anzahl den Schritt ihrer Vorstände verurteilt, ist politische „Hände hoch"-Taktik, ja schlimmer als diese; sie ist aktive Unterstützung der friedensfeindlichen Parteigruppen in Rußland und der Verbandspolitik gegen das eigene Vaterland. Die Verlautbarung der drei Gruppenvorstände ist ohneweiters erkennbar als Versuch, die Friedensverhandlungen womöglich zu vereiteln, den Frieden mit Rußland womöglich zu verhindern, jedenfalls aber die Stellung unserer Unterhändler zu erschweren und die Bedingungen und Aussichten unserer Monarchie im vorhinein zu verschlechtern.

Das ist der Dank der drei Gruppenvorstände für das Entgegenkommen, das sie seit Jahr und Tag bei allen Zentralstellen finden; der Dank für das willige Gehör, das ihren politischen Rekriminationen geschenkt wurde, der Dank für das wohlwollende Verlassen des starken, zielfesten Kurses, der die perverse Masarykrichtung im Zaume hielt, der

Dank für die hochherzige kaiserliche Amnestie, die, um Wunden vernarben zu machen, den Treuen Wunden auferlegte, der Dank an unsere Krieger, die seit 40 furchtbaren Monaten tagtäglich ihr Leben in die Schanze schlagen und Unerhörtes ertragen und verrichten, um der Heimat wieder Ruhe und Frieden vor einer internationalen, durch Geheimverträge gebundenen Räuberbande zu verschaffen. Wir haben uns diesem Frieden genähert. Unsere Krieger haben es geschafft. Unter den Tapfersten und Heldenhaftesten im österreichischen Weltkriegsehrenbuche stehen auch unsere kroatischen und slowenischen Truppen, auch unsere ukrainischen Krieger und, trotz verschiedener tief bedauerlicher Zwischenfälle, verschuldet durch die von kurzsichtigen Regierungen leider geduldete jahrelange Verseuchung der tschechischen Öffentlichkeit mit dem Gift des Masarykgeistes, auch Regimenter verschiedener tschechischer Gebiete. Ihnen allen fällt die politische Felonie der drei Parlamentsgruppen, die es wagen, durch einen Schachzug den Frieden mit Rußland zu erschweren, in den Rücken. Sie strafen die eigenen friedliebenden Worte, die man noch vor kurzem von ihnen gehört hat, Lügen, und die katholischen Mitglieder der drei Gruppen — diese Feststellung sei ihnen nicht erspart — versündigen sich gegen das brave katholische Volk, das sie zu vertreten haben, und gegen den autoritativen ausdrücklichen Willen des Oberhauptes der Kirche, gegen das freilich schon einmal in öffentlicher Parlamentssitzung ein Zahradnik die Pfeile seiner Unzufriedenheit abzuschnellen die Verwegenheit besaß. Wir rufen den katholischen Mitgliedern der drei Gruppen allen Ernstes die Frage zu: Wohin des Weges? Wie lange noch im Geleise eines Stránský und Stříbrný?

Welches Interesse hat eine Parteigruppe des österreichischen Parlaments, in die Welt hinauszuschreien, daß zwischen den Friedensvorschlägen unserer und der russischen Regierung Gegensätze und Widersprüche bestünden? Und wenn es solche gäbe, müßte sie nicht trachten, die Regierung des eigenen Landes zu unterstützen und die russische von ihren Widersprüchen abzubringen? Aber die Behauptung, daß unsere Regierungserklärung „die Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes auszuschließen scheine", widerspricht dem Worte und Sinne der Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten, es wäre denn, daß die Vorstände der drei Gruppen sich vom „nationalen Selbstbestimmungsrecht" jene Definition zu eigen gemacht haben, welche in

London zur Zertrümmerung unserer Monarchie erfunden wurde und die daheim im eigenen Reiche anzuwenden kein Lloyd George und kein Wilson und kein Clemenceau auch nur im entferntesten beabsichtigen.

Die ostgalizischen Ukrainer stehen seit einiger Zeit unter Führung des Abgeordneten Dr. Petruszewycz. Es fehlt uns durchaus nicht das Verständnis für die Stimmung und die augenblickliche schwierige Lage der Ukrainer. Aber kann eine Besserung dadurch hervorgerufen werden, daß sich die Ukrainer von den Stránský und Genossen in den Schein der Gesinnung und Taktik der Markow und Genossen bringen lassen? Das wäre ein durchaus verkehrter Weg und das schlechteste Mittel, das sich denken läßt.

Es war ein böser Streich, den die drei Gruppenvorstände unserer Monarchie und allen ihren Völkern mit ihrer gestrigen Kundgebung gespielt haben. Aber gerade dieser Streich wird sich vor allem an jenen rächen, die ihn ausgeheckt haben." So die gemäßigte „Reichspost".

Die Absichten der Tschechen sind also von allen Seiten erkannt; sie liegen auch klar genug zutage.

Um den Reigen voll zu machen, können in diesem edlen Chorus derer, die jetzt plötzlich nicht genug vom Kriege haben können — die Prager und Pilsener tschechischen Arbeiter haben schon vor Monaten angeblich „für den Frieden" gestreikt und demonstriert! — auch die Staatsfeinde unter den Südslawen nicht fehlen.

Darüber berichtet unter dem Titel

„Die Südslawen gegen die Sowjets"

das Journal des débats vom 11. November: „Die südslawische Vereinigung in Paris hat an den Präsidenten des provisorischen Rates der russischen Republik ein Telegramm nachstehenden Inhaltes gesandt: Die südslawische Kolonie von Paris protestiert dagegen, daß in der vom Zentralkomitee der Sowjets dem Delegierten Skobelew gegebenen Instruktionen die Desiderata der Südslawen weggelassen wurden und sie appelliert an den Edelmut und an die Weisheit des provisorischen Rates der russischen Republik, damit diese Weglassung wieder gutgemacht und der einhellige Wunsch der Serben, Kroaten und Slowenen Österreich-Ungarns nach Befreiung vom habsburgischen Joche und Vereinigung mit Serbien und Montenegro zu einem nationalen Staate in das offizielle Programm der provisorischen Regierung aufgenommen werden. Durch diesen Akt des Edelmutes wird der provisorische Rat der russischen Republik sich auch einer Dankesschuld gegen jene Tausende von serbo-kroatisch-slowenischen Freiwilligen entledigen, die vor und nach der Revolution im Kampfe für die russische und südslawische Freiheit" (!) „an der russischen Front gefallen sind." Zwei weitere Proteste seien an Skobelew und Tereschtschenko gesendet worden.

Man sieht überall und immer die gleichen Tendenzen und Taten. Wer daraus noch nichts lernt, dem ist wahrlich nicht zu helfen.

Recht belehrend sind auch noch einige andere Mitteilungen

aus dem südslawischen Lager

aus letzter Zeit. So meldet das Journal des débats vom 11. Oktober 1917 aus Stockholm unter der Überschrift:

„Die südslawischen Sozialisten gegen ihre österreichisch-ungarischen Genossen.

In den internationalen Sozialistenkreisen hat das Memorandum der Sozialisten Kroatiens

sowie Bosniens und der Hercegovina auf den Fragebogen des holländisch-skandinavischen Komitees lebhafte Sensation hervorgerufen. Das Memorandum, das von Dr. Radošević und Franco Markić gezeichnet ist, ist eine heftige Anklage gegen die österreichisch-ungarische Regierung und gegen die Delegierten der deutsch-österreichisch-magyarischen Sozialisten. „Unsere österreichisch-ungarischen Genossen," heißt es in dem Memoradum der südslawischen Sozialisten, „kennen sehr wohl die elende Lage der Südslawen im allgemeinen und des südslawischen Protektorates im besonderen, so wie wir sie dargelegt haben. Übrigens behandelt man auch die anderen Nationalitäten der Monarchie in der gleichen Weise. Sie wissen es sehr wohl und es ist uns ganz und gar unbegreiflich, wie sie in ihrem Memorandum behaupten können, daß die österreichisch-ungarische Politik bestrebt ist, die Südslawen zu erhalten und zu begünstigen. Es ist ganz unerfindlich, wie man das Vorgehen einer Regierung, die das politische Leben durch agents provocateurs vergiftet hat, die die Völker zur Verzweiflung treibt, sie wirtschaftlich, politisch und geistig ausrottet, die sie durch gefälschte Dokumente (!), durch Monstreprozesse und Justizverbrechen beschmutzt, als eine Politik der Erhaltung der kleinen Völker bezeichnen kann. Die machiavellistische Politik Österreich-Ungarns hat sich bei ihren gegenrevolutionären Zwecken stets demokratischer Prinzipien bedient.

Nur wenn sie sich in einer schlechten Lage befand, war unsere Regierung „gut" gegen das Volk. Wir glauben nicht an ihre leeren Versprechen. Doch anstatt über die Ungerechtigkeit zu seufzen und von der Freiheit zu träumen, ist es weit besser, für sie zu kämpfen und sie zu verwirklichen. Und obgleich die Südslawen bereits am Ende ihrer Kraft sind,

kämpfen sie noch, denn der Kampf erstrebt nationale und soziale Befreiung vom jahrhundertelangen Joche des Fremden. Damit der künftige Friede ein wahrer Friede sei, geschlossen gemäß der vom russischen Arbeiter- und Soldatenrate proklamierten Prinzipien, das heißt ein auf dem Selbstbestimmungsrechte der Völker gegründeter Friede ohne Annexion und ohne Entschädigungen, fordern wir im Namen der Südslawen und im Interesse des Proletariats und des Friedens der Welt, daß den Südslawen das Recht zuerkannt werde, sich als politisch und wirtschaftlich unabhängiger Staat mit allen Attributen der Souveränität zu konstituieren*), damit sie in eine republikanische Föderation der Balkanstaaten eintreten und darin, zusammen mit den anderen, die beste Friedensgarantie werden können."

Hierzu noch folgendes: Das serbische Blatt „La Serbie" veröffentlicht im November unter dem Titel:

„Meinungsverschiedenheit unter den nordamerikanischen Südslawen wegen der Staatsform des neuen jugoslawischen Staates"

einen Bericht aus Washington über die Tätigkeit der serbisch-südslawischen Propaganda in Nord- und Südamerika sowie über die Aufnahme, die das Zustandekommen des

Paktes von Korfu

in den amerikanisch-südslawischen Kreisen gefunden hat. „Während fast in allen serbischen und kroatischen Kreisen" — sagt das Blatt — „die Nachricht von dem Abschlusse des Paktes von Korfu die größte Freude ausgelöst hat, kann man dies von den Slowenen nicht behaupten. Sie anerkennen zwar den durch die Deklaration von Korfu errungenen Erfolg und betrachten die in derselben niedergelegten Prinzipien als richtunggebend für das neue südslawische Staatswesen, in welchem auch den Slowenen eine viel bessere Existenz gewährleistet ist, als dies gegenwärtig innerhalb des österreichischen Staatswesens der Fall ist, — allein sie akzeptieren nicht die in der Deklaration vorgesehene Staatsform, die Monarchie, also auch nicht diejenige Peter Karageorgevićs.

Der in Cleveland erscheinende „Slovenski Narod", das Hauptorgan der amerikanischen Slowenen, spricht sich in diesem Sinne offen aus und fordert überdies, daß auch die Bulgaren in den neuen südslawischen Staat als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen werden.

Natürlich kann namentlich von der letzteren Forderung keine Rede sein, und es ist überhaupt zu bedauern, daß es zwischen Serben und Kroaten einerseits und den Slowenen andrerseits zu einer Meinungsverschiedenheit gerade in diesem Punkte kommen konnte."

So schreibt „La Serbie". Es wäre aber besser, wenn sich diese Herren einstweilen noch nicht die Köpfe über das zukünftige Südslawien zerbrechen würden. Am Ende bestimmen doch vielleicht gar noch die Zentralmächte über ihr Schicksal!

Schließlich seien hier noch auszugsweise Stellen aus der in Paris erscheinenden Monatszeitschrift

Bulletin de la Colonie tchèque de France; Volontaires tchèques;

dem Organ der

tschechischen Legionen in Frankreich,

wiedergegeben, um den Bestand derselben bis auf die jüngste Zeit nachzuweisen.

Die Weihnachtsnummer vom 15. Dezember 1916 enthält unter anderem folgendes:

E. Denis: Die Husiten und der Krieg.
(Seite 1—5.)

Der Verfasser schildert die Bedeutung der Husitenkriege für die Entwicklung der künftigen Kriegführung, ihre Methoden, Mittel usw. Das konfessionelle Moment sei der Leitgedanke der Husiten gewesen: Der Sieg des Glaubens und die Unabhängigkeit der Heimat.

I.

Es wird eine Parallele zwischen der Zeit der Husitenkriege und 1914 gezogen. . . . „Die Situation, wie man sieht, eine auffallende Ähnlichkeit mit dem Stande der Dinge im Jahre 1914. Auf der einen Seite Deutschland mit seinem fanatischen Kult der Tradition, mit seiner bodenständigen Gehässigkeit gegen neue Gedanken, seiner passiven Ergebenheit einer starren Autorität und Prinzipien, die es vertritt; ihm gegenüber die Tschechen, eingenommen für Gefühlsbewegungen, Fortschritt, beschimpft wegen ihres unerbittlichen Bedürfnisses nach Bruderliebe, die sie im Erbe des Heilands fanden . . ."

„. . . Ein deutscher Schriftsteller schrieb, die Schlacht am Vitkov sei das Valmy der Husitenkriege. Das Bild ist in den Jahren 1420 und 1792 dasselbe wie heute. Nicht mehr als die Revolutionäre von 1789 oder die Husiten von 1420 haben die Russen, Franzosen und Engländer jemand bedroht und wollten die ganze Welt bezwingen, als sie durch den Wahnsinn Wilhelm II. und Franz Josephs herausgefordert wurden. Noch einmal erhebt sich Deutschland, hungrig nach Reichtum und Macht, unerbittlich fordernd und mit seinem brutalen und schweren Riesenleib will es die Zukunft der ent-

*) Ganz dasselbe, was die bürgerlichen Herren Staněk, Stránský und Pater Zahradník für die Tschechen verlangen.

stehenden Keime ersticken. Reaktionär in seinen ruchlosen krankhaften Gedanken, unverständig für eine Wiedergeburt und Fortschritt, ist es der Feind der Menschheit, deren Fortschritt es behindert und die es zu schwerstem Leiden verurteilt. Zur Ehre rechnet es sich seinen Haß, den es weckt, stolz auf die Ströme von Tränen und Blut, die seine Fußstapfen bezeichnen. „Sie mögen nur hassen, sofern sie nur fürchten.“ Wir hassen sie nicht, wir fürchten uns nicht vor ihnen. Die Tschechen bewiesen das im 15. Jahrhundert. Sie wollten keinen Krieg, das Wort Christi ward ihr Programm, das in Fleisch und Blut ihnen überging, das die Lehre von Gerechtigkeit und Liebe predigte. Genötigt, sich zu wehren, säten sie Entsetzen und Angst im Herzen des Landes des unvorsichtigen Gegners.

II.

Es folgt eine Besprechung der Organisation des Hussitenheeres, seines modernen Geistes, eine Beschreibung der „Kampfwagen“, der Ausrüstung des Hussitenheeres, seiner Artillerie und Infanterie usw.

III.

Denis führt aus, die Deutschen hätten langsam die neue von den Hussiten eingeführte Kriegsmethode nachgeahmt und hätten die hussitische militärische Ordnung übernommen, nur daß die Hussiten in den Kämpfen „weniger roh und wild als die Deutschen sich gebärdeten. Denn Hussiten hätten niemals des Gebotes des Evangeliums vergessen! . . . Wieviel Jahrhunderte werden noch vergehen, ehe die Deutschen, die „auserwählten“ Vertreter der Zivilisation, die moralische Höhe der „barbarischen“ Slawen erreichen werden!

* * *

Beim Vergleiche der Hussitenkriege mit der heutigen Lage ist es unmöglich, daß nicht eine gewisse Ähnlichkeit unser Augenmerk erregt. Vor allem im Jahre 1914 wie im Jahre 1420 drückten die Deutschen die Waffen friedliebenden Völkern in die Hand, die niemals für den Krieg gerüstet waren. 1914 wie 1420 verteidigten die Deutschen die Vergangenheit gegen die neuen Gedanken des Fortschrittes und der sozialen Wiedergeburt. Schließlich, 1914 wie im 15. Jahrhundert, wollen sie ihre Antipoden ausrotten, und um die Oberherrschaft über die Welt zu erhalten, vermeiden sie nicht die barbarischesten Mittel und ruchlosesten Methoden.

Damit die Ähnlichkeit zwischen den beiden Epochen eine vollständige sei, fehlt nichts als eines: es ist notwendig, daß die Alliierten jenes materielle Übergewicht und jene einheitliche Organisation erreichen, die die Hussiten sich zu sichern so schnell verstanden. Die Zeit des Herumirrens war lange, es ist aber augenscheinlich, daß sie sich dem Ende nähert, wofür die Unruhe und die pazifistischen meuchlerischen Umtriebe sichere Zeugen sind. Das Werk, das die tschechischen Bauern im 15. Jahrhundert zu einem guten Ende führten, kann nicht die Willenskraft Englands, Rußlands und Frankreichs übersteigen, wo es sich doch darum handelt, daß ihre eigene Existenz gesichert werde, daß vor germanischen Gelüsten die Zukunft und Freiheit der Welt gesichert werde.

(Übersetzt von J. Skalicky.)

Es folgen Weihnachtsbetrachtungen:

„Die zweiten Weihnachten an der Front“ (Seite 5 bis 8),

Vrchlickýs Gedicht „Weihnacht“ (Seite 8—9),

Jan Nerudas Gedicht „Auf der Spur des Löwen“ (Seite 9—10).

J. Skalicky zieht in einem

Reminiszenzen

betitelten Artikel einen Vergleich zwischen Paris und Prag, „jenen zwei Städten, denen das Leben jedes einzelnen von uns mit hunderterlei Gedanken der Freude und Trauer zugetan ist“. Er schildert den Aufenthalt im August 1914 in Paris. Die Marseillaise sei nicht mehr der Gesang Paris und Frankreichs, „es sei die Hymne der gesamten Menschheit, die keine Grenzen kennt, nur Freiheit und Recht. In ihr drückt sich unsere Sehnsucht aus, die nach Jahrhunderten unsere Seele reift.“ „. . . Wir fühlten, daß die Stunde jetzt auch für uns schlägt, für unser Volk und unser Land und wir bereiteten unsere Seele für den Augenblick der Kreuzigung vor.“

„Und in Gedanken sah ich Prag . . . Die Blaniker Ritter verließen ihre Berge und zerstreuten sich über die Schlachtfelder, aber abends kehren sie zurück und wie ein leuchtendes Phantom fliegen sie über die tschechischen Gefilde, sie säen Begeisterung und wecken Mut . . . Es kam die Stunde, da das Volk seinen Platz an der Sonne haben will, wohin es seine Arbeit und sein Wert stellen . . . Wir werden siegen!“

(Bezugnehmend auf diesen Artikel sind zwei Bilder: Das eine stellt die im Berge schlafenden alten Blaniker Ritter dar, das andere die modernen Blaniker Ritter, die tschechischen Freiwilligen im heftigsten Kampfe mit den Deutschen, die größtenteils bereits zu ihren Füßen liegen, von den tschechischen Bajonetten durchbohrt.)

Der folgende Artikel enthält eine literarische Würdigung des Wirkens des tschechischen Dichters Jan Neruda.

Unsere Tätigkeit. (Seite 15—16.)

„Eine der Hauptaufgaben des Konsularausschusses ist die Sorge um die Freiwilligen. Es ist notwendig, daß sie ihrer übermenschlichen Anstrengung, von der die, welche rückwärts sind, keine Ahnung haben, unterstützt werden und daß sie, wenn sie auf ein paar Tage zu uns kommen, hier warme, offene Arme, Ruhe und verschiedene Annehmlichkeiten finden...“ An jeden wohlhabenden Landsmann wurde eine Adresse gesandt, an die er ins Feld eine Weihnachtsgabe abschicken sollte.

Im Monate November liefen 271 Schriftstücke ein, 384 wurden abgesandt.

Folgender Geldgebarungsbericht wird veröffentlicht:

	Kassa der Kolonie		Soldatenk.		Für Witwen, Waisen und Mutilés:	
In der Kassa am 1. November . .	510·45	Franken	4.704·35	Franken	2.129·65	Franken
Im November empfangen	989·55	„	707·80	„	193·—	„
„ „ ausbezahlt	1.115·85	„	973·25	„	281·65	„
In der Kassa am 1. Dezember . .	384·15	Franken	4.438·90	Franken	2.041·—	Franken

Es ergeht eine Aufforderung an die Landsleute zur regelmäßigen Zahlung der Nationalspende.

Am 25. Dezember, 2 Uhr nachmittags fand im Café Véfour, rue de Valois 43, eine Weihnachtsfeier für die Familien der Freiwilligen statt.

Auch heuer müssen wir der tschechischen Kriegsgefangenen gedenken, die aus Serbien nach Frankreich gebracht worden sind. . . . Pakete aus Böhmen erreichen sie hier nicht, weil sie Österreich nicht durchläßt oder sie dadurch verloren gehen, daß die Gefangenen ihren Aufenthaltsort öfters ändern müssen.“ Das „Conseil National des Pays Tchèques“ nimmt für sie Wäsche und Kleider entgegen.

Aus der Propagandatätigkeit wird angeführt ein Vortrag Skalickýs am 12. November „An der Schwelle einer neuen Zeit“ und ein Konzert der Tonča Urbanskova und des Bogea Dumirov, gewidmet slawischer Musik.

Weiter wird von der eifrigen Organisationstätigkeit der Tschechischen Kolonien in Nordamerika gemeldet, die „zu ihrem Kampf mit den starken lokalen deutschen Kolonien“ sich rüsten; besonders wird die Tschechenkolonie in Buenos Aires erwähnt.

„In Rußland entstand ein neues Leben: eine tschechische Armee wird gebildet. Unter unseren Fahnen bereits, unter unserem tschechischen Kommando defilieren die Züge, Kompagnien und Regimenter. „In einem kleinen verfallenen Dörfchen“, berichtet der „Čechoslovan“ vom 6. November, „nicht weit hinter der Front, wohin nur spärlich eine Nachricht aus der Außenwelt dringt, aber desto häufiger die Meldung vom schrecklichen Kriegssturm eilt, ist der Sitz des . . . Regimentes der

tschechischen Armee.

Hier wohnen und arbeiten in brüderlicher Liebe und Einmütigkeit die Söhne des tschechischen Volkes, die das Banner des Widerstandes gegen den Erbfeind Böhmens erhoben und das Schwert schärften um gemeinsam mit den teuren russischen Brüdern den Feind des Slawentums zu schlagen. Wie frei atmet man hier! . . . . Wir sind das Regiment Jan Žižka von Trocnow, wir führen den Namen des tschechischen Kriegshelden und wir schworen uns zu, ihn nicht zu entehren. Bei uns darf und kann es nicht geben Feigheit, Verrat und Hinterlist. Wir modernen Hussiten wollen nicht um einen Schritt den alten Hussiten nachstehen, im Gegenteil, in Kameradschaft und Eintracht wollen wir sie überflügeln. Für uns wird es schon kein Lipany geben. Heute gab es hier eine ausgezeichnete Feier, unter den Abteilungen wurden die Fahnen verteilt.“ Der Bericht dieser Feier schließt: „Es ertönen die Klänge der Nationalhymne und der Regimentskommandant hält eine tschechische Ansprache.“

* * *

Der Umschlagbogen enthält folgende Mitteilung über

„Unsere Organisation“.

Gelegentlich der Ausgabe der Weihnachtsnummer unseres „Bulletin“ wollen wir einige Worte unserer Organisation widmen. Angeschlossen ist ein Auszug aus den Statuten, daß deren Paragraphen, soweit sie sich auf Details beziehen, weggelassen wurden, leuchtet wohl ein. Zum Gebrauche eines jeden führen wir auch die Ministerialerläße an, die unsere Interessen schützen und uns die Freiheit gewährleisten.

An der Spitze der Kolonie stehen zwei Administrations- und Repräsentationsämter, das „Comité de la Colonie et des Volontaires Tchèques“ (für Konsularangelegenheiten) und die „Alliance Nationale Tchèque“ (Propaganda). Ihre pragmatische Arbeit ergänzt sich gegenseitig und es obliegt ihnen der Schutz der politischen und

wirtschaftlichen Rechte des tschechischen Bürgers in Frankreich und seinen Kolonien (§ 3, 4, 5 der Statuten). Jeder Tscheche ist schon „par sa qualité de Tchèque“ Mitglied der Organisation und muß die Pflicht erfüllen, die ihm auferlegt ist (§ 7 der Statuten).

Wer unser certificat de nationalité besitzt, ist frei und genießt alle Begünstigungen, soweit sich nicht außerordentliche Hindernisse in den Weg stellen. Wer interniert ist, kann um die Erlaubnis ansuchen, in seinen Wohnsitz vor dem Kriege zurückkehren zu können. (Auch mit Erlaubnis anderer Ämter.) Aber immer muß er eine Arbeit verbürgt oder hinreichende Mittel zum Unterhalt haben.

Jeder Tscheche, der ein Zertifikat über seine tschechische Nationalität (de nationalité tchèque) erhalten hat, ist Mitglied unserer Kolonie, ist bei uns eingeschrieben und es ist nicht nötig, daß er sich noch besonders melde. Seine Pflicht ist es, in allen seinen Taten und unter allen Umständen dem tschechischen Namen zur Ehre zu gereichen und nach seinen Kräften monatlich zu den angeführten administrativen Instituten beizutragen.

Das Märzheft 1917 des II. Jahrganges wird mit einer Einleitung zum Blattbezug eingeleitet, in welcher es heißt: „In der Zeit, in welcher die Verbindung mit unserer Heimat vollständig unterbunden ist, hoffen wir fest, daß wir uns die Gunst unserer Landsleute erwerben, wenn wir ihnen von Zeit zu Zeit die Gelegenheit einer tschechischen Lektüre darbieten, in welcher sie den moralischen Halt und die sittliche Kraft in Stunden der Ermüdung und Hoffnungslosigkeit finden mögen. Wir wollen besonders an unsere Kriegsgefangenen erinnern, denen jedes tschechische, freundschaftliche und aufrichtige Wort die Stimme der Erlösung ist.“

Das Bild auf der ersten Seite stellt den doppelschweifigen Löwen dar, der den auf dem Rücken liegenden Doppeladler würgt. Das Bild trägt den Leitspruch: „Jetzt oder nie!“

Im ersten Artikel wird das Leben und Wirken Palackýs gewürdigt. Daran schließen sich Soldatenbriefe, denen folgende Einführung vorangeschickt wird (Seite 8):

„In dem Augenblicke, wo wir dem Endsiege entgegenschreiten, der uns den letzten entscheidenden Erfolg bringen soll, ist es gut, in der befreiten geheiligten Atmosphäre der großen Gedanken des Volkes zu schreiten und sich zu sonnen in seinen geheimnisvollen, wunderbaren Kräften, die uns auf dem weiten Wege zur Vollendung der Aufgabe führen und stärken. Es scheint uns, daß sie niemals sterben: ihr ehrlicher Wille, ihre ungebrochene Energie, ihre unendliche krystallklare Liebe für Recht und Gerechtigkeit ergießt sich neu über die Generation, schwelgt in der Kraft und in den Farben später Blüten, die der Lenz und der Sommer genährt haben, wächst mit der Zeit und schillert im Meere, das die Dämme durchbricht. Deshalb führen wir hier einige Bruchstücke aus Zuschriften an, die dieses neue Geschlecht geschrieben hat, das die Reihen der ungekannten Helden unendlich vermehrt, die im Dienste für Wahrheit und Heimat gefallen sind. Ihre Worte sind schlicht, einfach, voll männlicher Entschlossenheit, tiefen Mitgefühls . . . so wie sie selbst.“

Brief des Freiwilligen J. Š. . . gestorben fürs Vaterland in den Schanzen am 2. März 1915 (Seite 9/10).

„Liebe Freunde! Ich entbiete Euch die freundschaftlichsten Wünsche zum neuen Jahre! Zwar ein wenig spät, aber ich hoffe, daß Ihr mir verzeiht; hier hat man nicht immer die Lust und, was die Hauptsache ist, Gelegenheit zum Schreiben. Was soll ich Euch schreiben? Ich meine, wir alle zusammen haben jetzt nur einen Wunsch, und zwar den, es möge der Kampf, den wir heute durchkämpfen, uns die erwünschte Freiheit bringen und es mögen diejenigen, die in diesem Kampf schon gefallen sind, ihr Blut nicht umsonst vergossen haben.

Ein freies Böhmen! Werde ich es erleben? Ich fürchte die Kugel nicht, weil ich hierher gekommen bin, ihr die Stirne zu bieten und dennoch schimmert mir oftmals im Innern der Wunsch auf, diesen furchtbaren Krieg zu überleben und den Erfolg unserer Opfer und unserer Arbeit sehen zu können.

Den Polen wurde im Manifest des Zaren die Freiheit versprochen und was bekommen wir? Was geschieht mit den 10 Millionen Tschechen, Mährern und Slowaken? Wird das Ende dieses schrecklichen Krieges nicht den Beginn einer glücklicheren Ära bedeuten, die uns vielleicht die politische und wirtschaftliche Freiheit bringt?

Ich hoffe zuversichtlich, daß es so geschehen wird und diese Hoffnung stärkt mich auch in jenen Augenblicken, wo meine Kräfte zu erschlaffen beginnen. Und nun aufs neue an die Arbeit. Ihr, unsere Vertrauensmänner, seid unser Haupt, und wir, die wir uns hier schlagen, sind Eure Hände. Wohlan denn, arbeiten wir so einträchtig wie bisher für „das freie Böhmen“ und für unsere vollständige Freiheit.

Mit freundschaftlichen Grüßen drückt Euch die Hand Euer

Pepa Š.“

„In den Schanzen, 7./8. Mai 1915.

An Fräulein R . . . . . .

Meine Geliebte! Noch vor unserem Abmarsch hatte ich das Glück, von Dir drei Briefe zu erhalten.

Meine gute Seele, warum waren Deine letzten Zeilen so verzagt! Du weißt gut, daß ich für den Fall, wenn wir nach Lyon gefahren wären, mit den Zuaven oder mit anderen hierbleiben wollte. Und nun kann ich Dir sagen, daß ich glücklich bin, daß ich gemeinsam mit allen Genossen gehen werde. „Die Legion Tchèque" marschiert in der ersten Reihe an der Spitze des Regimentes und in der ersten Reihe der Legion marschiere ich. Vielleicht werde ich fallen! Vielleicht! Aber nicht alle, die in der ersten Reihe stehen, fallen; aber wenn ich falle, so falle ich in dem Bewußtsein, meine Pflicht als Tscheche und als Republikaner erfüllt zu haben. Ich liebe Dich, meine Teure, und dennoch, wenn ich noch einmal zu wählen hätte zwischen Liebe und Pflicht, würde ich dasselbe tun. Man denkt sich, daß man mit seinem Blute das „unabhängige Böhmen" erwecken wird und für die Erreichung dieses Zieles ist es notwendig, alles zu opfern.

Wenn ich zurückkehre, dann wird mir Deine Liebe und Freundschaft Belohnung sein. Wenn aber unser Blut umsonst fließen und Böhmen weiterhin unter dem Joche der elenden Habsburger verbleiben sollte, dann wähle ich lieber zu fallen. Doch nein, das wird nicht geschehen! Der Sieg ist unser. Ich weiß, Du wirst an mich denken, aber ich will absolut nicht, daß Du vielleicht für mich betest. Ich küsse Dich, Geliebte, und hoffen wir, daß wir doch noch einmal zusammen kommen.

Dein Pepa S."

Brief des Freiwilligen J. K. (Seite 11) gegenwärtig an der Front. Auf dem Wege in die mazedonischen Berge am 7. Mai 1916.

„Sehr geehrter Herr! Ich bitte Sie, meinen herzlichen Dank für Ihr Schreiben und für die Zeitung entgegenzunehmen. Brief und Zeitung sind mir sehr teuer und wenn ich sie lese, vergesse ich den Ort, wo ich bin und es kommt mir vor, als würde ich mich unter meinen teuren Landsleuten befinden. Vom ersten Tag an, an dem ich freiwillig das Gewehr nahm, war mein Streben stets das gleiche, nämlich so viel Feinde des tschechoslawischen Landes als möglich zu töten. In diesem Gedanken mache ich alle Kämpfe mit, meine Vorgesetzten und Genossen anerkannten in mir einen „poilu", der keine Angst vor dem Tode hat. Die paar Worte, die der Oberstleutnant vor dem ganzen Regimente in der Champagne zu verlesen befahl, geben Ihnen über mich folgende Auskunft. (Folgt der französische Regimentsbefehl.) Diese Verwundung brachte mir das Kriegskreuz, welches ich hier in Mazedonien erhielt. Bis Sie einige dieser Zeilen gelesen haben, hoffe ich und bitte ich Sie, mir eine kleine Stelle unter den tschechischen Landsleuten zu geben, die für die Freiheit unserer geliebten Heimat an der Front in Frankreich kämpfen. Ich bitte Sie, geehrter Landsmann, mir bald zu antworten und die Vorsehung nehme Sie in ihren Schutz.

Ihr J. K."

Die Stimmen der Gefangenen.
(Seite 12.)

„Sehr geehrtes Komitee! Wir wurden gegen unseren Willen von unseren Bedrückern in die Reihen ihrer Söldner eingereiht, um durch unsere Blutopfer ihre Faust zu stärken, die seit langer Zeit auf unserem Volke schwer lastet. Aber wir kannten unsere wahre Pflicht und verließen die uns verhaßte Kriegsgenossenschaft.

Aber damit haben wir unserer Überzeugung gemäß unsere nationale Pflicht nicht völlig erfüllt und wir haben gehofft, es werde uns Gelegenheit geboten werden, gegen den gemeinsamen Feind der ganzen europäischen Kultur zu arbeiten. Bis jetzt sind wir ständig in Gefangenschaft, nicht nur wir, sondern Tausende von anderen Slawen, Tausende von starken Fäusten sind untätig. Der Wille zu kämpfen ist da, der Wille, den befreundeten Nationen zu beweisen, daß ihre Feinde unsere Feinde sind, daß von dem Ausgange dieses Krieges auch unsere nationale Zukunft abhängt, daß das Schicksal unseres Volkes enge verbunden ist mit ihrem Schicksal.

In Rußland sind unsere Brüder für unsere große Mutter Rußland, in Serbien kämpften sie an der Seite ihrer serbischen Brüder, in Frankreich bildeten sie eigene Verbände, nur unsere Kräfte liegen brach, niemand sieht unsere Sehnsucht, niemand versteht unsere Empfindungen.

Wir wenden uns an Sie als den Vertreter unseres Volkes in Frankreich, wissend, daß wir bei Ihnen Verständnis finden. Wenn es Ihnen möglich ist, uns in diesem Kampfe auf unseren Platz zu stellen, wohin wir gehören, dann bitten wir Sie im Namen der gemeinsamen Liebe zum Volke, veranlassen Sie es. Wir sind überzeugt, daß die Behörden des brüderlichen Frankreichs Ihnen nach Möglichkeit helfen werden. Wir bitten Sie um freundliche Mitteilung, ob es möglich ist, rücksichtlich unserer Freilassung etwas zu tun und rufen unseren Brüdern in Frankreich ein herzliches „Nazdar!" zu.

. . . . Italien, T. und M."

(Wird fortgesetzt.)

Zuschrift von der Front.
(Gedicht Seite 13.)

Im Felde, 23. November 1916.

Das Land bedeckt mit Schnee, an der Front donnern die Geschütze:
Der Sturmwind braust in der Bäume Krone.
Die Explosionen der Granaten zerwühlen die ganze Gegend.
In Österreich gibts einen Thronwechsel.

Rings in der Polesie lodern unsere Feuer
Und aus der Ferne tönen Jagdfanfaren,
Wo unsere Rotten auf den Anstand gehen
Auf Österreicher, Deutsche und Magyaren.

Am Abend werden beim Dämmerschein in den Zelten
Die verschiedenartigsten Probleme gelöst,
Österreich entfernt man von der Karte Europas,
Es ist für dasselbe kein Platz auf der Welt.

Unlängst fand beim Regiment ein feierliches Begräbnis statt,
Den alten Franz legte man ins kühle Grab
Mit einem Galgenstrick am Halse. Es tut uns leid, daß er verschied,
Bevor er noch ärgere Zeiten erlebte.

Und an den Zöpfen der Mädchen Klein-Rußlands
Lernen unsere Jungen Hanf drehen.
Wenn wir zurückkehren, werden wir das in der Praxis üben,
Und zwar an jedem, der es begreifen soll.

Wir hatten zu Hause stets so viele Freunde
Und verschiedene Freunderln, o Jemine.
Ein paar Dutzend Galgen und einen ganzen Zug voll Stricken.
Aber die Vergeltung wird an diesen Herren nicht ausbleiben.

Wovon soll ich weiterschreiben? Von unserer harten Rache?
Der Kienspan ist verlöscht, es ist an der Zeit schlafen zu gehen.
Die Wiege unserer tschechischen Revolution,
Unser Kiew, grüßet hundertmal.
„Tschechoslovan."

Jaroslav Hašek.

In der „Unsere Arbeit" (Seite 14) betitelten Übersicht wird zunächst der Bericht über die Jahresversammlung und das Wahlergebnis mitgeteilt. Sodann heißt es: „Der Einleitungsartikel ‚Die Hussiten und der Krieg' in der Weihnachtsnummer unseres „Anzeigers" wurde im französischen Original in der „Nation Tchèque" vom 1. Jänner gedruckt. Der Autor, Professor E. Denis schrieb empfehlend dazu: „Den Helden von Carency und den tschechischen Freiwilligen, die in den Reihen des französischen und russischen Heeres so standhaft kämpfen". Heute nach der Wahlversammlung führen wir einige Zeilen an, die unser sehr geschätzter Vorsitzender am Ende des Artikels anreihte: „Dieser Artikel wurde für die Weihnachtsnummer des „Monatsanzeigers" geschrieben, den die tschechische Kolonie in Frankreich veröffentlichte. Ich ergreife mit Freude die Gelegenheit, die sich mir bietet, um mich bei der tschechischen Kolonie zu bedanken und sie zu ihrem Werke zu beglückwünschen, ihren Ausschuß und ihren Vorsitzenden Kupka, der nicht nur ein seiner Kunst ernst ergebener Maler ist, sondern auch ein großherziger Mann. Nie hat sie ihren Glauben verloren und in keinem Augenblicke ist ihre Hingebung gesunken. In den Stunden der bangen Angst, die wir alle erkannten, bildete es einen mächtigen Halt, an seiner Seite unerschrockene Mitkämpfer zu haben, die in ihrer Liebe Frankreich und Böhmen vereinigen." Allen Angehörigen unserer Kolonie werden diese Ausführungen eine teuere Anerkennung sein, dessen Worte immer ein so tiefes Echo in den tschechischen Herzen finden und dessen energisches Auftreten für unsere Selbständigkeit vom ersten Augenblicke des Krieges an uns außerhalb der Grenzen und den Unserigen zuhause der wertvollste Halt in den Momenten der Unsicherheit und Verwirrung war.

Die laufende Erledigung der Konsularagenden im Monate Jänner und Februar beläuft sich auf 557 eingelaufene und 582 abgesendete Schreiben. Die Rundreise Kupkas in den Konzentrationslagern glückte vollständig. Im Einvernehmen mit dem Minister des Innern werden alle arbeitslosen Tschechen in den Konzentrationslagern sobald als möglich angesiedelt werden. Bisher wurden die Lager im nordwestlichen Frankreich untersucht. In den nächsten Tagen wird die Inspizierung der Lager in den südlichen Bezirken durchgeführt. Es werden Maurer und Hilfsarbeiter gesucht.

Auf unsere Forderung wurden auf Grund der Ministerialentscheidung vom 11. Februar 1917 unseren Freiwilligen, die in Algier und in Marokko dienen, Urlaube bewilligt.

Gefangene aus Italien (M . . . .) senden 50 Franken für unsere Soldatenkasse. Welch schönes Beispiel geben sie unseren Landsleuten!

Schließlich wird um finanzielle Unterstützung unter Hinweis darauf gebeten, daß jeder Freiwillige für sieben Tage seines Urlaubes aus der Vereinskasse 30 bis 40 Franken erhält.

Das Aprilheft bringt das Bildnis Ernest Denis' mit den Worten: „Ernest Denis, der Fortsetzer Palackýs, der hochsinnige Verteidiger unserer Rechte."

In der Fortsetzung des Artikels über „Franz Palacký" (Seite 19 bis 25) heißt es auf Seite 21 im Anschluß an das Zitat: „Wenn es einen österreichischen Staat nicht gäbe, hätten wir ihn im Interesse Europas schon längst haben müssen, ja uns im Interesse der Menschheit sobald als möglich bestreben müssen, auf daß er geschaffen werde": Damals bemühte sich Palacký noch, an die Möglichkeit eines gerechten Österreich zu glauben; 17 Jahre später aber brach er über dasselbe den Stab, sowie heute ganz Europa.

Der Artikel schließt mit den Worten: „Hus, Chelčický, Komenius, Dobrovský, Jungman, Palacký, Havlíček, Rieger, Masaryk . . . . gibt es bessere Bürgen für unseren Sieg?

Unter dem Titel „Im Dienste der Idee und der Heimat“ Seite 25 bis 29 werden Bruchstücke aus dem Tagebuch des Korporals J. H., eines Piloten, der am 18. März 1917 „pour la patrie“ gestorben ist, wiedergegeben. In der Einleitung, die eine Würdigung des Charakters dieses Mannes darstellt, heißt es auf Seite 27 u. a.: „In dieser ruhigen, lauen Nacht, inmitten wunderbarer Rosen, unter der Zeugenschaft von tausenden von Sternen wurde dieser feierliche Eid geleistet . . . einige Tage später fielen die gutgezielten Schüsse in Sarajevo.“

Im Tagebuch selbst kehrt die Apotheose auf die Freiheit und Heimat in den verschiedensten Variationen immer wieder.

Der Überblick über „Unsere Arbeit“ (Seite 30 und 31) trägt den Untertitel: „Dem Feinde nach“.

Es heißt darin:

„Nach dem zweiten Kriegswinter ist der Frühling gekommen und mit ihm der Sieg. Unsere Jungen — welche erfreuliche Genugtuung für sie! — befinden sich unter den Verfolgern der fliehenden, raubenden, brennenden, die Brunnen vergiftenden, Bäume vernichtenden, Frauen auf ihrer Flucht in die Gefangenschaft schleppenden deutschen Soldateska.

Mit jedem ihrer Schritte nach vorwärts neigt sich der gegenwärtige Krieg seinem Ende zu und der Sieg unserer Sache über die übermütige Stärke des deutschen Eigendünkels wird früher als man hofft zur Tat werden. Wir begleiten unsere Jungen im Geiste auf ihrem Wege dazu und wünschen ihnen aus ganzer Seele baldige Rückkehr als Sieger.

Die Nachrichten aus dem Feld sind mangelhaft, aber die Hoffnung lebt und die Freude der Freiheitskämpfer. Die Barbarei der Germanen zeigte sich aufs neue: wir zitieren die beredte Zeugenschaft unserer Jungen:

„. . . Die Deutschen bekamen von dem Feuer unserer Geschütze Fieber und Gehirnentzündung, sie gehen nach Hause, um sich zu heilen, aber in ihrem unermeßlichen Zorn darüber, daß sie ein so schönes und reiches Land verlassen müssen, verwüsten sie es wie Wilde, zerstören Straßen, brennen Dörfer nieder, vergiften Brunnen und, was die ärgste von ihren Barbareien ist, in allen Gärten schnitten sie sämtliche Obstbäume bis zur Wurzel ab . . . . . . Franz K.“

„. . . Die Deutschen vernichten alles, Straßen, Bahnen. In allen Gärten, an denen wir vorbeigingen, waren sämtliche Obstbäume in der Mitte abgeschnitten . . . Josef R.“

„. . . Hier gibt es auch viele Leute, namentlich Greise, Frauen und Kinder aus jenen Städten, welche die Deutschen verlassen mußten und diese sind noch ärmere Schlucker als wir verwundeten Soldaten. Sie haben nichts mehr als das, was sie an sich haben, alles übrige haben ihnen die Deutschen gestohlen, sogar die jungen Frauen und Mädchen nahmen sie mit sich . . . Josef C.“

„Auf unsere unzähligen Interventionen und auf das ständig wiederholte Verlangen unserer dortigen Jungen gestattete ihnen das Kommando schließlich die Abfahrt von Saida nach Frankreich. Für ihre Bravour und für ihre Willensstärke, ihre Pflicht dem Feinde gegenüber zu erfüllen, haben sie sich nicht nur die Anerkennung ihrer Kommandanten erworben, sondern auch die der gesamten Einwohnerschaft, die ihnen am Tage der Abfahrt ihre innige Sympathie bezeugte.

Der Kommandant der Garnison wünschte ihnen zu ihrem Abgange an die Front in seinem Tagesbefehl Glück.“ (Folgt der französische Tagesbefehl.)

Die Erledigung von Konsulatsangelegenheiten im Monat März zeigt folgendes Bild:

Es liefen 395 Zuschriften ein, 365 wurden abgeschickt.

Mit herzlichem Dank bestätigen wir größere Beiträge für die Soldatenkasse: Gefangene aus Italien, 70 Lire, 180 Franken; Gefangene aus Frankreich 22 Franken, 23 Franken; die Schweizer Tschechen senden 1000 Franken.

Sodann wird über einen Musikabend Bericht erstattet.

Schließlich wird über einen Vortrag eines Ingenieurs Novák folgendes gesagt:

Der Vortrag des Ingenieurs Novák, den wir in der letzten Mitgliederversammlung anzuhören Gelegenheit hatten, hatte einen bedeutenden Erfolg. Und es ist ganz natürlich, daß das tragische Geschick unseres Volkes bei uns zu Hause, die unerfreulichen Erinnerungen aus den österreichischen Schützengräben, die Freude über die Befreiung, den Aufenthalt in Serbien und dessen Fall Dinge sind, bei deren Erzählung man den Atem verhält und die Faust ballt. Wir führen wenigstens eine Szene an: In Nisch, dem Zentralcafé, drängen sich tausende von Flüchtlingen zwischen den Tischen. Die Österreicher rücken vor, der fürchterliche Rückzug beginnt. Überall Verwirrung und Verzweiflung. In der Mitte des Saales sitzen sieben österreichische Offiziere. Bleich im Gesicht, Trauer und Ergebung in den Augen. Es nähert sich der Diener, der einem leise etwas mitteilt. Alle sieben erheben sich, um sich auf einen Augenblick zu entfernen. Nach einigen Minuten kehrten sie als sieben tschechische Freiwilligen Offiziere in der serbischen Armee zurück.

Nunmehr aus demselben

Bulletin de la Colonie Tchèque de France: Volontaires Tchèques,

und zwar aus dem Mai-Juniheft 1917 einige Stellen.

„Zum 9. Mai, dem denkwürdigen Tage.

Einem für uns Tschechen immer denkwürdigen Tage. Zu ihm wird das tschechische Volk mit geheiligter Begeisterung und mit erleuchteter Kühnheit immer wieder zurückkehren. Der 9. Mai 1915 ist der Tag, an dem die tschechische Kompagnie mit ihrer tschechischen Fahne, einem Geschenke der Damen von Bayonne, an der Seite ihrer lieben Kameraden der französischen Armee siegreich kämpfte.

An diesem Tage nahm das zweite Infanterieregiment der ersten Fremdenlegion bei Targette-Souchez-Carency im Bajonettkampfe drei Linien deutscher Schützengräben und das ganze Bataillon C, wobei die tschechischen Freiwilligen an der Spitze marschierten, wurde mit besonderer Hervorhebung im Armeetagesbefehle ausgezeichnet „für seine Hingebung an diesem Tage unvergleichlichen Beispieles, ernsten Geistes der Hingebung und Opferfreudigkeit . . . . . .“

Weiters führt der Verfasser dieses Artikels, Kupka, aus: Frankreich war auf den Krieg nicht vorbereitet, da es denselben nicht wollte. Den ganzen Winter hindurch mußte es auf seinem Boden das deutsche Heer dulden, „das wieder hier einfiel und wieder von neuem handelte, wie nur ein menschliches Geschöpf am schlechtesten zu handeln vermag . . . . Freilich, wenn der Franzose sich wehren muß, dann wehrt er sich kavaliersmäßig und tapfer . . . . Es mußten aber die auf den Krieg ausgezeichnet vorbereiteten Heere Deutschlands erkennen, daß der Franzose nicht nur tapfer sich verteidigen kann, sondern daß er auch geistig das Übergewicht besitzt. Leider vermag gar oft eine noch so hohe Intelligenz nichts gegen die brutale Macht und gegen die Menge. Und so zog der eingedrungene Feind nicht ab, sondern setzte sich in seinen ausgebauten Schützengräben fest.“

„Und gedenken wir der politischen und militärischen Situation an der Front während des ganzen Winters und Frühlings. Erinnern wir uns an das leidvolle Warten, wie sich Italien entscheiden werde . . . .“ Nach einer Schilderung der Bautätigkeit der Deutschen an der Front heißt es: „Unter uns wurde schon ganz frei von der Uneinnehmbarkeit der deutschen Stellungen gesprochen. Traurige Tage der Hoffnung, welche sich in unserer Seele genau und deutlich zeichneten. Traurige Tage selbst im Vertrauen auf das Wort „Wir waren und wir werden sein!“ Im Vertrauen zu uns selbst, welches auch Frankreich nie verließ und ebenso auch uns Tschechen nicht verläßt“ . . .

„Ich war bereits von der Front zu Hause. Unsere Burschen gingen nach einem Verweilen im Depot neuerlich an die Front ab . . . Sie wurden nach Artois gebracht . . . Es kamen Testamente von der Front. Unsere Jungen werden über die Gummeln gehen. Ihre Testamente, so ergreifend schön, voll Begeisterung und Äußerungen edelster Liebe für die Idee . . . Auf einmal verbreitete sich in Paris die Kunde, bei Targette, Souchez, bei Carency drängt die französische Armee vor und entriß den Deutschen drei Grabenlinien. Und die Tschechen hatten daran den bedeutendsten Anteil!“

* * *

Der Autor schildert die „Greueltaten“ der Deutschen in Nordfrankreich, die Stimmung unter der französischen Bevölkerung und fährt fort: „In solchen Augenblicken erkennt man seine wahren Freunde. Und wer sich in der Franzosen Geist und Herz versteht, konnte sehen, mit welcher Zartheit und Aufrichtigkeit schon der Name eines tschechischen Freiwilligen überall ausgesprochen wird . . . Für die tschechische Sache wirkte der tschechische Freiwillige mehr, als je geschah und vielleicht noch geschehen wird. Diese Freundschaft von der man nur bisher sprach, wurde am 9. Mai mit brüderlichem Blut besiegelt. Die Tschechen erhoben sich auf die Höhe des französischen Volkes, das mit Recht gefeiert und als das erste Volk der Welt betrachtet wird, als die Elite der Menschheit, und die Tschechen taten dies dadurch, daß sie sich in die Reihen der Franzosen stellten u. zw. in die vordersten Reihen, daß sie Nichtsoldaten, wie die Franzosen selbst . . . gemeinsam kämpften, siegten oder starben.“

* * *

„Haltet es uns nicht für ungut, teure Brüder die ihr in der russischen Druzina oder in der serbischen Armee seid, daß wir hier in Frankreich nur von den tschechischen Freiwilligen in Frankreich sprechen. In Wirklichkeit gibt es keinen Augenblick, wo wir euch vergessen könnten, und wir alle fühlen, daß uns ein und derselbe Gedanke eint, ein und derselbe Wunsch, daß wir heute alle für dieselbe Idee kämpfen, daß wir alle wollen, daß die Menschheit befreit werde vom preußischen Militarismus und daß es endgültig dazu komme, daß jedes ethnographische Ganze, das Volk, zu Hause allein wirtschafte, ohne weiterhin von einem anderen Volke bedrückt zu werden, daß wir für unsere tschechische Selbständigkeit kämpfen. Auch ihr könnt euch rühmen einer ganzen Reihe von Heldentaten ebenso wie wir in Frankreich. Aber darauf lege ich einen gewissen Nachdruck: Die Pflicht der hiesigen Kolonie ist es, daß (sie) neben der praktischen Ausnutzung des Ruhmes, den sich die Unseren in Frankreich erkämpften, auch ihre Taten in der Geschichte niedergeschrieben würden. Und bei den Mitteln, die uns die Möglichkeit bieten und die eng begrenzt sind, schreiben wir nur von dem, was hier in Frankreich geschieht. Damit benachrichtigen wir euch, immer in der Hoffnung, daß es von euch so brüderlich, auf-

richtig aufgenommen werden wird, wie wir hier alle Berichte von euch in Rußland und Serbien aufnehmen.

Wisset daher, teure Brüder: Seit der Zeit, da die Tschechen hier an die Front kamen, hörten sie nie auf, in den ersten Reihen zu stehen, vollführten ganze Reihen von Stürmen, von allen sind sie geehrt und geliebt... Wie man an der Front hört, Tschechen sind da, durchläuft das Bataillon eine freudige Aufregung. Das ist der Ruf, den sie sich erwerben. Und bei uns zu Hause kennt man alle ihre Namen und nennt sie mit heiliger Verehrung und Dankbarkeit . . . Die tschechischen Freiwilligen haben sich während dieses Krieges schon viele Sympathien erworben, viele Auszeichnungen und sind gefeiert. Aber erlaubt, daß wir ein Datum hervorheben, den 9. Mai 1915, als im Artois die tschechische Kompagnie „Na zdar“ sich mit Ruhm bedeckte. Feiert diesen Tag mit uns, freut euch mit uns, daß an diesem Tage die tschechisch-französische Freundschaft besiegelt wurde, an der uns soviel gelegen ist. Mit Dankbarkeit wird das tschechische Volk immer an diesen Tag denken, das ganze Volk wird den 9. Mai feiern als den Feiertag der tschechischen Freiwilligen in Frankreich . . .“

Der Autor zitiert die Zuschrift des französischen Kriegsministers General Roques:

„In der Kriegszeit, welchen Krieg Frankreich schon durch zwei Jahre für den Sieg des Rechtes und der Gerechtigkeit führt, vergißt es nicht, daß neben seinen Kindern zu kämpfen kamen die tapferen Krieger, die ihnen die tschechische Kolonie in Frankreich bot. Das für Frankreich vergossene Blut der besten Eurer Söhne besiegelte für immer die brüderliche Vereinigung beider Völker, die Seite an Seite bis zum endgültigen, nun schon nahem Siege kämpfen werden, aus welchem ein neues Leben für die gesamte Menschheit hervorgehen wird.“

Der Artikel schließt: „Hingabe, Opferfreudigkeit und Tapferkeit, sofern jeder von uns will, weil wir nur auf militärischem Wege gewinnen können!“

Kupka.

In Diensten der Idee und Heimat

betitelt sich ein Auszug aus dem Tagebuch des „für das Vaterland“ (pour la patrie) gefallenen Piloten Korporal J. H . . . . ., dem man unter anderem entnimmt: „. . . . . Heute stritt ich mit dem Sergeanten; ich vertrage nicht, daß man mich anschreit . . . So sind wir alle Tschechen. In uns ist so viel Stolz, Zwang an unserer individuellen Freiheit, daß wir uns die ganze nationale Freiheit mehr verdienen, als irgend jemand anderer auf der Welt. Und sicherlich wird sie uns heilig sein! Deshalb sind wir ja hier und um ihren Lohn!“

„Den ganzen Tag über war ich lustig. Ich erhielt die Nachricht, daß Masaryk ernstlich nach Paris kommt: es ist sicherlich an der Zeit und wir alle haben zu ihm das größte Vertrauen . . . . Gerade heute erfuhr ich, daß wieder die Reihen unserer Jungen so angeschossen wurden und daß Prag stürmisch und aufgeregt ist!“

Arras, 15. Mai 1915.

„Die Eroberung der weißen Stellungen — das ist unsere Arbeit, unser Erfolg . . . . Es ist einen Tag vor dem Angriff . . . . Wir sind ungeduldig, wir brennen vor Sehnsucht, mit unserem Feinde, dem Urfeinde, in nächste Berührung zu kommen.“ Es werden die Vorbereitungen zum Angriff geschildert, das französische Artilleriefeuer und der Sturm selbst. „Ich blicke mich um: herrliche Reihen, ins Unabsehbare eilend, Tausende tummeln sich in Reihen gedrängt, als ob sie der Erde entstiegen wären . . . . wir stürmen weiter, unaufhaltsam wie eine Lawine.“ Er schildert nun das Zusammentreffen mit einem anderen tschechischen Legionär auf dem Schlachtfelde, beide suchen die übrigen auf . . . . . „Wir erfahren dort, wie viel von uns blieben, von der tapferen „compagnie tchèque“.“ Schmerzvolle Verluste . . . Aber sollen wir geopfert sein, dann werden wir alle fallen, wir werden zwar fallen, ohne die ‚freie Heimat‘ zu sehen, aber für sie. Eine schreckliche Tragödie, ohne Beispiel in der Geschichte. Wir sind im Armeetagesbefehle besonders genannt und der Divisionsgeneral beglückwünscht uns.“

Pau, 8. März 1916.

„Warum sich nicht opfern, damit bei uns im Lande ein freies Volk im ‚Königreiche des Friedens‘ leben könne? . . . Die russische Revolution ist da, sie war stets die Sehnsucht nach sozialer Gleichheit, nach besserem Leben; aber bei uns ist (sie) es reicher, es ist das der Kampf um die nationale Freiheit, mit der dann kommen Sozialismus und Demokratie.“

Cazeaux, 15. Oktober 1916.

„. . . . Was wäre das für ein Leben ohne Freiheit? . . . . Blieb ich etwa mein Lebtag ein Vagant, hassend, verachtend, weil ohne Volk, ohne Heimat, aber ich bliebe doch stolz auf den Rest des Tschechentums, stolz, mag ich Bettler oder Vagant sein, daß ich ein Tscheche bin . . . . . Ich glaube zuversichtlich, daß ich küssen werde die Erde, die mich gebar, daß ich mich zu Hause sehen werde, sehen werde ein freies Volk.“

Auf den Tod des Jenda H., eines tschechischen Piloten.

Diesem in Briefform gehaltenen Nekrologe ist unter anderem folgendes zu entnehmen: „.... Er fiel im Kampfe für seine Überzeugung; ich wünschte nur, daß dieses junge Blut nicht umsonst geflossen wäre ... Ich gedenke des 9. Mai, der Nacht nach dem Sturme ... Wir waren die einzigen Übriggebliebenen aus unserem intimen Kreise der „Zwölf", die übrigen waren verwundet, tot ... Und später am 16. Juni. Wir kämpften beide nebeneinander, wurden in demselben Augenblicke verwundet, beide in die linke Hand ... Wie mir aber das Glück hold ist und wie ich mit irgendeinem Deutschen zusammenstoße, der erste wird Entgelt für den Jenda sein. ..."

Briefe des Freiwilligen Karl B., tschechischen Fahnenträgers, gefallen fürs Vaterland am 9. Mai 1915.

„Ja, wir werden siegen, aber nur Hingabe, Opferfreudigkeit und Beständigkeit." Ich glaube, diese Worte waren das Motto, das uns unsere ganze nationale Existenz gab; in ihrer Erkenntnis sterben unsere besten Jungmannen, mit ihren Taten woben sie es in unsere rot-weiße Fahne. Wir hatten am 9. Mai die tschechische Kompagnie, wir hatten unser tschechisches Fähnchen."

Es folgt die Charakteristik zweier tschechischer Freiwilliger und schließlich: „... Zuletzt am 29. Mai, als sie gemeinsam zum Angriff gingen, nach ihrer gemeinsamen Überzeugung und für eine gemeinsame Sache. Heute wissen beide vielleicht mehr als wir hier. Sie gingen dahin, um die unsichtbare Reihe der nationalen Helden zu vermehren, um — bewahren wir uns diesen kindlichen schönen Glauben — über das Urteil über unser Vaterland zu wachen. Vor wenigen Tagen ward diese Reihe wieder vermehrt."

Bayonne, 11. September 1914.

Die Schilderung Biarriz und seiner Umgebung: „... noch im Nebel stieg empor in ihrer Ähnlichkeit die slawische, alles zerschmetternde Riesenkraft. Und auf ihr beruht mein Glaube. Sie wird sein unsere Wiedergeburt, unsere Kräftigung nach so vielen Hunderten Jahren des Joches germanischer Tyrannei."

Bayonne, 30. Oktober 1914.

„... Wir dürfen uns nicht fürchten, die Waffen in der Hand zu halten. Halten wir sie doch, um sie im Kampfe zu führen für unsere Freiheit, die wir zu unserer Aufklärung erklären: Unter der deutschen Oberherrschaft haben wir weder Freiheit, noch Aufklärung. Deshalb weg mit der deutschen Obergewalt! Ihr rohes Hausen und Toben schreit nach Rache zur ganzen zivilisierten Welt, die friedliebend ist.

Am heiligen Wenzelstage rief uns alle unser Leutnant zu sich und sprach: „Tschechen, ... Ihr seid gekommen, um jetzt zu kämpfen im Interesse des europäischen Friedens und für die Freiheit der unterdrückten Völker und so auch für Eure Freiheit. Ich wünsche Euch aus ganzem Herzen, Ihr möchtet sie nach dem Frieden haben und rufe: Es lebe Böhmen!"

Bayonne, 13. Oktober 1914.

„Gestern gab es einen großen Tag für uns tschechische Freiwillige." Es wird nun in ausführlicher Weise die feierliche Übergabe einer Fahne an die tschechischen Freiwilligen durch den Bayonner Bürgermeister Garat geschildert, auf die die Tschechen schwören. In der Ansprache sagte Garat: „... Ihr seid gekommen, um unserem teueren Frankreich zu dienen. Ihr, die Ihr am meisten den Druck der Deutschen verspüret, kommt, um der Demokratie und Menschlichkeit zu dienen ... Handelt so, wie Eure berühmten Vorfahren handelten. Die künftige Freiheit wird auch die Eurige sein ...!"

„... Darauf leisteten wir folgenden Schwur: „Im Namen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und im Vertrauen auf die Republik geloben wir, wir werden kämpfen für die Rechte der Republik bis zum letzten Mann und letzten Blutstropfen." Die Musik spielt die tschechische Nationalhymne. „... In der Kaserne sagte uns der Kolonel, da wir die Fahne so feierlich erhielten, dürfen wir sie nicht eher wieder enthüllen, als bis wir ins Feuer gehen ..."

Im Schützengraben, 7. April 1915.

„... Nach meinem Dafürhalten dürften wir beiläufig im August zurückkehren. „Wir wollen und wir müssen," sagt jeder von uns. Und die Pläne, die wir haben. Du möchtest es gar nicht glauben! ..."

Acq, 6. Mai 1915.

„... Morgen greifen wir an. Das Bataillon C hat die Ehre, als erstes loszugehen. Es wird hier auch unsere Kompagnie die erste sein. 20 Kilometer haben wir zur Grenze. Vielleicht erreichen wir sie. Wir müssen es! ... Furcht kennen wir nicht. ... Es wäre traurig, das Leben zu lassen, ohne zu erreichen, was ich wollte. Ich stellte mir immer vor, wie glücklich ich leben werde und jetzt dieses große Fragezeichen! Doch niemals verliere ich die Begeisterung ..."

Leutnant Wenzel Dostal*), tschechischer Freiwilliger, gestorben „für das Vaterland" am 9. Mai 1915.

„Eine edle Erscheinung, ergeben ihren Idealen, eintretend für sie bis zum Ende ... voll Liebe für

*) Bekanntlich der Schwager des Oberdirektors der Živnostenská banka, Jaroslav Preiß.

seine Heimat." Es wird uns sein Tod im Kampfe geschildert, seine Teilnahme am Kampfe.

„Unsere Verluste waren schmerzvoll. Auf einmal fiel unser Leutnant Tostal um, eine Kugel durchbohrte ihm die Brust. Er rief mich ... mit den Worten: Grüßt mir die Tschechen! ..."

„Der anwesende französische Offizier ... gab mich für eine Auszeichnung ein."

Aus Korporals V. S. Briefen.

Quimper, 11. April 1916.

„... Wir haben feste Hoffnung in unsere unzerstörbare Kraft und sicherlich wird uns unser begonnenes Werk glücken und vielleicht über unsere Erwartungen hinaus. Der Weg dazu birgt zwar viele Schwierigkeiten, aber wir alle, die wir echte Tschechen und Slawen sind, fühlen uns stark genug, allen Gefahren zu begegnen und dem Beispiel unserer Vorfahren zu folgen. ... In der Ambulanz des Roten Kreuzes in Douarnenez ist mein Name und die Nummer meines Regiments mit meiner Zitation und meinen drei Auszeichnungen im Rahmen hinter Glas, geschmückt mit Blumen, zum Andenken an den ersten Tschechen und überhaupt des ersten Mannes, der an diesem Orte dekoriert wurde. Voll Freude blicke ich oft auf meinen Namen, geschrieben mit roten Lettern, und besonders auf das Wort: „tschechischer Freiwilliger". Gar oft waren Besucher bei dieser „Ehrentafel" und fragen nach dem Manne. ... Es freut mich, weil dies eine Auszeichnung nicht nur für uns alle, sondern für unser ganzes Volk ist ..."

„Tschechische Freiwillige in Rußland.
(Aus dem „Čechoslovák".)

Es wird eine Begebenheit geschildert. Der tschechische Freiwillige Leutnant C. schlich sich mit mehreren seiner Leute an die österreichischen Schützengräben. Auf seine bloße Aufforderung „im herrischen Tone" ergaben sich ihm ein Offizier und 180 Mann. „Und das waren nicht etwa Slawen, sondern Deutschtiroler gemischt mit Ungarn." An einem anderen österreichischen Frontteile, wo er Tschechen wußte, schlich er sich mit seinen Leuten an diesen „Feind" heran und sie begannen das „Kde domov můj?" zu singen. Dieses schöne, gedehnte (geschmeidige) Motiv hypnotisiert die Tschechen, die hinter den Drahthindernissen sitzen. Sie schlossen sich dem Gesang der Nationalhymne an aus ihren Schützengräben heraus. ... Und so trafen wir uns und die Unterredung war kurz. „Brüder, wünscht ihr euch frei zu sehen?" Die Tschechen: „Wir wünschen es!" „So kommt mit uns!" ... „Und die österreichischen Gräben leeren sich und die Reigen unserer Freiwilligen vermehren sich und alle reißt der eine begeisterte Wunsch mit: ihr Böhmen zu sehen nicht unter dem Joche der Schwaben, sondern frei und stolz, wie es vor etlichen hundert Jahren war, als es der Ursprung der Bildung und Erleuchtung für ganz Mitteleuropa war. ..."

„Unser Werk.

Artois — Champagne — Picardie — Rennes.

Diese Namen sprechen für sich, und unsere Worte genügen nicht, um all das zu sagen, was sie bedeuten. Überall dort ruhen unsere Jungen, unser Stolz. In den letzten Tagen in der Schlacht, die sich am 17. April östlich von Reims entwickelte, im Gebirgsknoten von Maronvillers kämpfen unsere Burschen von neuem. Eine Reihe Verwundeter, etliche frische Grabhügel in der weinspendenden Champagne. Lassen wir sie selbst reden: ..."

Es folgen nunmehr Auszüge aus den Briefen der Tschechen.

Valbone, 27. Juni 1917.

„Eure Mitteilung von den Verlusten der Unseren bestätigten unsere Befürchtungen, die uns von dem Augenblicke an beengten, als wir erfuhren, daß unser Regiment an der Schlacht teilnimmt. Wieder um einige weniger von den braven Jungen. Wo wir gehen, bauen wir Grabhügel und betten in ihnen unsere treuen Gefallenen ...

August Smutny."

Im Krankenhause, 24. April 1917.

„Als wir in die Champagne gerufen wurden, wußten wir gleich, ... daß wir angreifen sollen ..." Es folgt eine Schilderung der französischen Artillerievorbereitungen.

„Mit Courage gingen wir es an, viele blieben dort, aber wir bewältigten doch die Arbeit ...

Josef V. ..."

„Alle gaben ihr Leben in der Stunde, da der Germane den Griff versuchte, mit dem er alle bisherigen Erfolge zu zerstören ..., als das russische Volk im Anfange einer glücklichen Zukunft war, die Freiheit wieder zu erlangen, die es erreichte und unvorbereitet war auf den Griff des heuchlerischen Feindes ... Wie die da ihr Leben an der Marne und bei Verdun ließen, so opferten sich auch diese im entscheidungsvollsten Momente für die ganze, ganze Welt.

L."

Es folgt ein Tätigkeits- und Geschäftsbericht:

„Die Erledigung der Konsularagenden, bestehend im Schutze der wirtschaftlichen und bürgerlichen Rechte der Tschechen in Frankreich betrug im Mo

nate April 376 empfangener, 398 abgesandter Briefe ..."

„Zu besonderem Danke sind wir unseren Kriegsgefangenen verbunden, die aus ihren (eigenen) spärlichen Ersparnissen unsere Soldatenkasse bedenken."

In einem Briefe heißt es: „So viel Wille, Kraft in unseren Herzen, aber die Fäuste sind gefesselt."

Es folgt die Aufzählung von zugekommenen Spenden französischer und tschechischer Organisationen.

Tschechische Kriegsgefangene in Italien: 23. Februar 100 Lire, 26. April 730 Lire; Verein „Slowan" Genf, 100 Franken.

„Feier der slawischen Solidarität. Zwei Ereignisse von unermeßlicher Bedeutung erzeugten im verflossenen Monate eine unerwartete Wendung im gleichzeitigen Völkerkampfe: Die russische Revolution und der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg. Beide Ereignisse berühren in erster Linie uns Tschechoslowaken: sie bringen die volle Gewähr ... der Befreiung unseres Volkes aus der deutsch-magyarischen Untertänigkeit und der Schaffung eines selbständigen tschechoslawischen Staates."

In Besprechung der russischen Revolution, die in erster Linie „auf uns Tschechen wirkt, die stets vertrauensvoll und mit Sehnsucht den Moment erwarteten, da das russische Brudervolk befreit wird aus den Fesseln der Selbstherrschaft" heißt es: „Treu ergeben den Traditionen der slawischen Wechselseitigkeit, deren ergebenste Aposteln die besten Söhne unserer Heimat waren, wollen wir unseren slawischen Brüdern die Freude über den Erfolg des Regierungs- und Verfassungswechsels in Rußland ausdrücken. Das russische Volk, der kräftige Jungbrunnen, ... wird künftig der Beschützer aller Slawen."

Man entnimmt dem Berichte weiter, daß die tschechische Kolonie in Frankreich am 26. April eine große Versammlung, „veranstaltet zu Ehren des freien Rußlands und als Beweis der slawischen Wechselseitigkeit" abhielt, in der Professor E. Denis einen Vortrag hielt und in dessen Verlaufe er auch ein „unverbindliches Projekt" zur Befreiung der Polen, Tschechen und Jugoslawen erörterte.

Es folgt ein Bericht über die tschechische Kolonie in Amerika:

„Die Tschechen in Kanada hatten schon früher Gelegenheit, in die Kanadische Armee sich aufnehmen zu lassen. Vor etlichen Tagen erhielten wir von ihnen aus Winipeeg, wo ein Teil eines Bataillons aufgestellt wird, ein Begrüßungstelegramm."

Der Bericht schließt: Heil der tschechischen Druzina, Heil tschechischer Arbeit in der Fremde!

Aus einer anderen Halbmonatszeitschrift, dem offiziellen Organ der „Narodni rada ceskoslovanská" in Paris, aus der

„Ceskoslovenská Samostatnost"
(„Tschechische Selbständigkeit"),
(Organ der politischen Emigration),

sei aus der Nummer 12 des 2. Jahrganges, datiert aus Paris, Dienstag, den 10. April 1917, folgendes angeführt:

„An die tschechoslawischen Gefangenen in Frankreich und Italien!

Aufruf des Sekretariats des tschechoslawischen Nationalrates an unsere Gefangenen.

Tschechoslawen! Slawen! Teure Landsleute!

Am Ende des dritten Kriegsjahres wenden wir uns an Euch mit Worten des Trostes, aber zugleich mit dem Gefühle der Genugtuung, der Beruhigung und der Freude darüber, was während des Krieges für unsere künftige nationale Stellung geschaffen wurde. Wir wenden uns an Euch auch deshalb, damit Ihr richtig und angelegentlich unterrichtet werdet, zunächst darüber, was alles geschah und geschieht, damit Ihr den wahren Stand der Kriegs-, politischen und diplomatischen Begebenheiten kennet, die sich auf unser Volk beziehen, damit Ihr Euch demgemäß ein richtiges Urteil bilden könnt, sowohl in bezug auf die eigene Zukunft als auch vom eigenen Tun in der Vergangenheit und Gegenwart und schließlich, damit Ihr seht, welches unsere Pflicht als Tschechoslawen in diesem Kriege in der Vergangenheit war und in der Zukunft sein wird."

„I. Warum trieb Euch Österreich-Ungarn auf die Schlachtbank? Das Verhalten des tschechischen Volkes während des Krieges.

Österreich und Deutschland riefen im Jahre 1914 den Weltkrieg hervor.*) Der Krieg hatte als Ziel, den österreichischen Slawen die Erreichung großer Hoffnungen zu verwehren, er hatte zum Ziele, den tschechischen Völkern diejenigen Rechte zu rauben, die es sich im Laufe des letzten Jahrhunderts errang, er sollte der letzte Nagel für den Sarg der ungarischen Slowaken sein: wenn wir bedenken, was heute gegen uns Österreich tut, wenn wir uns dessen bewußt werden, daß man den Zentralismus befestigt, den Absolutismus, die Herrschaft der deutschen Sprache im Amt, Schule, auf der Eisenbahn und überall sonst, wenn wir

*) Schade, daß der Suchomlinow-Prozeß und die von den Bolschewiki veröffentlichten Geheimverträge der Entente das Gegenteil jetzt vor aller Welt beweisen! Der Haß der Tschechen gegen die Bolschewiki ist daher ja sehr erklärlich.

uns dessen bewußt werden, daß man Serbien und das südslawische Land vernichtet hat, wenn wir uns schließlich daran erinnern, daß Berlin und die Preußen zuerst den Plan von dem zukünftigen Mitteleuropa ausgearbeitet haben, wodurch eine gewaltige politische und wirtschaftliche Einheit geschaffen werden soll, die sich aus Deutschland, Österreich-Ungarn, aus dem Balkan und der Türkei zusammensetzt, worin sie mit den Magyaren gemeinsam die Herren wären, dann begreifen wir, warum Österreich und Deutschland den Krieg hervorgerufen haben.

Für diese Pläne mußtet Ihr leiden; die einen von Euch machten den gewaltigen Rückzug über Albanien mit, die andern trieb man in die Felsen und Abgründe der Alpen, damit sie sich dort für ihre Herren und für ihre eigene Knechtschaft schlagen.

Zur Verwirklichung dieser politischen Pläne wurdet ihr gegen die Serben und die Italiener geschickt und Eure anderen Landsleute und Brüder gegen die Russen und Franzosen.

In Böhmen haben wir alle begriffen, was dieser Krieg bedeutet. Wir sahen, daß sie aus uns Kanonenfutter machen wollten, damit sie uns zu Sklaven machen können. Jeder von euch hat gesehen, mit welchen Gefühlen das tschechische Volk in den Krieg zog, die ganze Welt für die Deutschen und Magyaren zu unterwerfen und in Österreich-Ungarn für das eigene Volk Fesseln zu schmieden. Ihr alle habt begriffen, was für ein schreckliches Attentat das gegen uns alle war, und wir alle gaben darauf die Antwort, die sich einzig auf solche Untaten erteilen läßt.

Ihr wisset wohl, daß unser Volk in diesem Krieg seine Ehre wahrte, daß es sich nicht zum Verbrecher erniedrigte und sich nicht mit Schande bedecke, sondern ablehnte, für seine Tyrannen und gegen Recht und Gerechtigkeit zu kämpfen. Ihr wisset, daß an allen unseren Fronten unsere Soldaten

sich überall mit Freude ergaben

und daß sie schließlich Heldentaten dort vollbrachten, wo sie Österreich und Deutschland schädigen und verwunden konnten. Ihr wisset, daß es heute gegen 350.000 tschecho-slawische Gefangene in Rußland, viele in Italien gibt und daß noch eine große Menge wartet, die kommen wird, damit sie von der österreichischen Uniform befreit werde.

Ihr wisset aber auch, daß das ganze Volk auch hinter der Front sich ähnlich benahm. Unsere Zeitschriften haben so geschrieben, daß man ihnen heute öffentlich Hochverrat vorwirft, weil sie sich unverhohlen über jede Niederlage und jeden Mißerfolg Österreichs freuten. Unser Volk zu Hause störte auf alle mögliche Art den Fortschritt der politischen und militärischen Verwaltung, verhinderte den Transport, die Approvisionierung des Heeres, die Ausführung der Aufträge, die Erzeugung von Munition. Sie lehnten ab, Kriegsanleihe zu zeichnen, lehnten ab, patriotische Aufrufe zu erlassen, sie unterstützten überall, wo sie es vermochten, den Geist des Aufruhrs, sie lehnten ab, Getreide, Fleisch und andere Nahrungsmittel an das Heer und den Staat zu liefern, nur um das Ende Österreichs um so schneller herbeizuführen.

Ihr wisset vielleicht auch, daß uns für alle diese Taten schon die Rache traf. Wien rächte sich brutal: eine Reihe von Soldaten wurde erschossen, eine Reihe von Prozessen endigte mit furchtbaren Urteilen. Die Abgeordneten Kramář und Rašín wurden zum Tode verurteilt, dann wurde die Strafe in 15- und 10jährigen Kerker und Zwangsarbeit umgewandelt. Zu vielen Jahren Kerker wurden auch die Abgeordneten Choc, Vojan, Burival, Netolicky verurteilt; Klofač ist seit Kriegsbeginn in Haft. Professor Masaryk, der zu Kriegsbeginn ins Ausland ging und heute an der Spitze unserer Bewegung steht, wurde in seiner Abwesenheit zum Tode verurteilt*). In Haft waren auch der sozialdemokratische Abgeordnete Soukup, der Dichter Machar und Dyk sowie der Vorstand des „Sokol" Scheiner, in Haft sind unsere Journalisten, unsere Publizisten und auch eine Reihe unserer Frauen, durchwegs unschuldig. Hunderte und Hunderte von Leuten wurden von der Vermögenskonfiskation betroffen, ganze Hunderte von ihnen befinden sich vom ersten Augenblicke des Krieges an in Präventivhaft. Ihr wisset auch, daß die Mehrheit unserer Blätter unterdrückt wurde, daß unsere Bücher, die von unseren Rechten und unserer Geschichte sprechen, von der Polizei konfisziert und vernichtet wurden, daß Autoren, die Machar und Jirasek, auf den Index gesetzt wurden — daß, kurz gesagt, gegen uns wie im Mittelalter barbarisch vorgegangen wird. Man nimmt uns die Zeitungen und Bücher, verbietet uns unsere Lieder und Musik, man nimmt uns unsere Abzeichen, man raubt den Kindern in der Schule unsere Geschichte aus den Lesebüchern, unsere teuersten nationalen Erinnerungen führt man aus Prag nach Wien, man verbietet uns unsere nationalen Farben und die slawischen Trikoloren, man verurteilt das tschechische Banner und den tschechischen Löwen zum Vergessen und errichtet neue Schulen und neue Institutionen, wo man uns angeblich den österreichischen Geist einpfropfen wird. Unsere Sokolvereine hat man uns aufgelöst ebenso wie eine Reihe sozialistischer Arbeiter- und Bildungsvereine usw. Mit alldem zeigte man uns die Ziele des von ihnen verkündeten Krieges."

---

*) Unwahr!

II. Der Untergang Österreich-Ungarns ist unabwendbar.

„Aber gewaltig irrten sie sich in ihrer Rechnung. Deutschland wähnte, der Krieg werde in sechs Monaten mit einem gewaltigen Triumphe beendet sein, da es voraussetzte, daß die Verbündeten nicht vorbereitet seien. Diese aber hielten den ersten Ansturm aus und trafen im Laufe der letzten zwei Jahre derartige Vorbereitungen, daß der Untergang Deutschlands und Österreich-Ungarns heute unabwendbar ist. Beide Mittelmächte befinden sich heute in verschiedentlichen Beziehungen am Rande des Abgrundes. Deutschland hat heute bereits eine Kriegsschuld von 80 Milliarden, Österreich-Ungarn eine solche von 50 Milliarden. Beide Staaten leiden an wirklichem Hunger und vollständiger Erschöpfung. Das gesamte Gewerbe ist dort vernichtet, weil beide Staaten die ganze Bevölkerung mobilisierten und den verschiedenen Gewerbezweigen alle Rohprodukte nahmen, um diese zu Kriegszwecken zu verwenden. In Österreich-Ungarn gibt es kein Brot, kein Mehl, kein Fleisch, keine Milch, keine Eier, keine Kohle, kein Bier — nichts gibt es dort! Der Staat steht vor einer wirklichen Katastrophe, die früher oder später unabwendbar kommen muß.

Beide Zentralmächte haben allmählich jede Unterstützung und jeden Freund verloren. Der Krieg Nordamerikas gegen sie wird ehestens erklärt werden, es geht auch China gegen sie, es steht gegen sie die ganze Welt. England ist so vorbereitet, daß es nicht zurücktritt, Frankreich muß für seine Opfer entschädigt werden, Rußland — dieses gewaltige Rußland, das jetzt eine siegreiche Revolution durchführte, befreite sein eigenes Volk und machte zu Hause Ordnung — wird erst seine unermeßliche Macht und Kraft erweisen. Alles in Rußland weiß, daß das neue Regime der Freiheit nur möglich ist, wenn Rußland den Krieg siegreich besteht. Deshalb gibt es auch alles her, um zu siegen. Mit Rußland siegen auch wir, da ein freies Rußland auch ein freies Böhmen bedeutet. Und das große Rußland, soll es wirklich eine Neugeburt erleben, muß siegen und will siegen.

In kurzer Zeit werdet Ihr von Niederlagen der Deutschen an allen Fronten hören." (!) „Schon jetzt laufen die Türken mit den Deutschen kopfüber an der asiatischen Front davon und in Frankreich sind sie zum ersten Male in diesem Krieg gezwungen, zurückzuweichen, sie fliehen vor der Offensive, welche gegen sie vorbereitet wird. Das alles deutet auf ihren kommenden Fall hin. Heute ist die ganze Welt gegen die Deutschen und Magyaren. Beide Mittelmächte sind im Innern vollständig ausgesaugt und ahnen schon die baldige Katastrophe. Unser Sieg ist nahe.

Wir haben dieses Ende vorausgesehen, wir waren desselben sicher. Wir haben gewußt, noch als wir in Böhmen waren, daß unser Volk nicht mit den Deutschen zusammenkämpfen und unsere Brüder und Freunde nicht niedermachen wird. Unsere Politiker haben Österreich lange vor dem Kriege gewarnt, es möge diese Politik nicht weiter verfolgen und unsere führenden Männer warnten die Regierung noch während des Krieges. Der Abgeordnete Kramář verkündete, daß die Tschechoslawen die Verantwortung für den Krieg nicht übernehmen und Professor Masaryk sagte der Regierung offen, daß Österreich-Ungarn die Folgen des Krieges allein zu tragen habe. Unsere Leute machten die Regierung auch darauf aufmerksam, daß wir uns für Österreich nicht schlagen werden; sie machten sie darauf aufmerksam, daß unsere Ideale andere seien, daß Österreich die Strafe treffen werde und daß wir nicht aufhören werden, uns unsere Freiheit zu erkämpfen.

Alle Warnungen waren umsonst. Unsere Leute zu Hause und unsere Politiker befolgten die richtige Taktik und zeigten klar, welche Gefühle unser ganzes Volk erfüllen. Nicht imstande, dem Galgen und dem Kerker zu entrinnen, konnten sie offen gegen Österreich nichts unternehmen. Sie wählten daher eine andere Taktik. Während der ganzen zwei Jahre warteten sie und schwiegen. Die Regierung wütete, daß sie von den tschechischen Politikern nicht eine einzige aufrichtige und ernste Loyalitätskundgebung für Österreich erhielt. Die Regierung zürnte, weil sie wußte, was dieses Schweigen zu bedeuten hat.

Heute begannen sie zu reden. In Prag gründeten unsere Abgeordneten einen einheitlichen Klub, bestehend aus allen Parteien ohne Ausnahme, von den Sozialisten bis zu den Katholiken, und begannen eine staatsrechtliche Politik: Sie kündeten Österreich-Ungarn an, daß sie aus diesem Kriege als Freie, mit einem selbständigen tschechischen Staat hervorgehen wollen. Und sie schreiten in ihrer guten Taktik fort; sie machen dem Staat Schwierigkeiten und warten auf den Augenblick, da Österreich sich zu spalten beginnt, dann werden sie ihm das Messer an die Kehle setzen." (!) „Das ganze tschechische Volk versteht diese Politik und wartet ruhig ab. Es hat feste Zuversicht und Sicherheit. Es sieht die Lage in Österreich und fühlt, daß es bald zum Krachen kommt.

Wir, die wir außerhalb der Grenzen unseres Vaterlandes gegangen sind, sind heute der Zustimmung unseres Volkes in der Heimat sicher. Es weiß, was in der Fremde vorgeht, es kennt die politische und militärische Situation und weiß, daß sich Österreich seinem Ende nähert. Es segnet uns dafür, daß wir in den Ententestaaten unsere Rechte verteidigen und sie auf unsere Wünsche verweisen, auf unsere Schmerzen, auf unser Sehnen und auf

unsere Bestrebungen. Unser ganzes Volk kennt heute unsere Arbeit und freut sich darüber unsäglich. Unser ganzes Volk hat heute nicht nur die Hoffnung, sondern sogar die Gewißheit, daß wir aus diesem Kriege siegreich hervorgehen werden und nicht Deutschland und Österreich. Deshalb begann es zu Hause eine Politik für die tschechische Selbständigkeit und führt den Kampf, den wir mit revolutionären Mitteln durchführen, offen mit loyalen Mitteln".

III. Unsere auswärtige Aktion für die Befreiung der tschechischen Länder.

„Wir begannen unsere Arbeit bald nach Kriegsausbruch. Zuerst organisierten sich unsere Kolonien in den einzelnen Staaten. Wir errangen die Anerkennung der befreundeten Nationen, und zwar überall: Zuerst in Frankreich und Rußland, dann in England und zuletzt in Italien. Unsere Leute, die in diesen Staaten vor dem Kriege lebten und nach Ausbruch des Krieges interniert wurden, erlangten die Freiheit, konnten frei leben und schließlich wurden sie den übrigen Bürgern gleichberechtigt. In Frankreich wurde die tschechische Legion gegründet, die sich heldenmütig schlug und stets unseren Ruhm bilden wird. In Rußland wurde die tschecho-slawische Kompagnie ins Leben gerufen, aus der sich zuerst ein Regiment, dann eine Brigade, schließlich eine Division bildete. Jetzt wird schon die zweite tschecho-slawische Division rekrutiert. Unsere Jungen in Rußland erwarben sich in heldenmütigen Kämpfen unsterblichen Ruhm und die Dankbarkeit der Nation. Heute ist auch schon eine Legion unserer Soldaten in England und Kanada gebildet, in kürzester Zeit wird eine solche in Amerika hinzukommen.

Neben dieser militärischen Tätigkeit wurde riesig viel auf politischem Gebiete geleistet. Wir unternahmen es, die verschiedenartigen tschecho-slawischen Auswanderer und Flüchtlinge zu organisieren. Zuerst wurden Schritte zur Organisierung unserer Tschecho-Slawen in Amerika unternommen. Aus Böhmen wurde Lehrer Adalbert Beneš dorthin entsandt, der Nachrichten aus unserer Heimat unseren Auswanderern brachte und ihnen erzählte, was das Vaterland von ihnen erwartet. Es wurde die „České Národni Združeni v Chicagu" gegründet, die heute im ganzen 700.000 Tschechen in sich schließt. Unsere amerikanischen Slowaken gründeten die „Slovenska Liga v Pitsburgu" und traten gleichermaßen in den Kampf ein. Sie organisierten sich, sie begannen mit Geldsammlungen für politische Aktionen und heute können wir mit Stolz sagen, daß das gesamte tschechische und slawische Amerika, etwa eineinhalb Millionen unserer Leute, mit Hingabe, Aufrichtigkeit und nie gesehener Entschlossenheit für die Vernichtung Österreichs arbeitet. Es stellt seine finanzielle Hilfe zur Verfügung, stellt Hunderte von Zeitschriften bei, arbeitet auch in der amerikanischen Öffentlichkeit usw.

In Europa begann hernach die richtige politische Arbeit. Diejenigen, welche aus der Heimat in die Fremde entsendet worden waren, die Interessen des Volkes zu vertreten, gründeten eine national-politische Delegation, die „Narodni rada československa" mit dem Sitze in Paris, wo sich ihr Sekretariat befindet. An ihrer Spitze steht als Vorsitzender Abgeordneter Professor T. G. Masaryk, dessen große Arbeit, Opferfreudigkeit, Ehrlichkeit und Welterfahrung als Lehrer wie als Philosoph Euch allen bekannt ist. Unter seiner Leitung errangen wir bereits eine solche Reihe politischer Erfolge, von denen wir früher uns nicht einmal etwas träumen ließen. Die Slowaken vertritt im Nationalrate Dr. Milan R. Štefánik, Offizier des französischen Heeres, wiederholt dekoriert, ein bekannter Lehrer und hervorragender Arbeiter, der namentlich bei der Arbeit in Frankreich uns große Dienste leistete. Das Sekretariat der „Narodni rada" in Paris (18. Rue Bonaparte) wird von Dr. Eduard Beneš, Dozent an der tschechischen Universität in Prag, geleitet.

Der Nationalrat führt unsere gesamte politische und diplomatische Arbeit in den verbündeten Ländern. Er wurde allgemein anerkannt und von unseren Kolonien als Repräsentant unseres Volkes genehmigt. Er handelt mit der gehörigen Autorität und organisiert die ganze Bewegung. Sein Organ ist „Česko slovenska Samostatnost" („Tschecho-slawische Selbständigkeit"), geleitet von Dr. Leo Sychrava.

Für die journalistische Tätigkeit fungiert in Paris im Sekretariat ein Preßbureau, das den Blättern Nachrichten über Böhmen und Österreich übermittelt. Ein Preßbureau besteht auch in London und in Rom als Filialen des Pariser Bureaus. Der Nationalrat gibt auch eine französische Revue „La Nation Tchèque" heraus, die von Professor Ernst Denis begründet wurde, der unserer Sache unermeßliche Dienste geleistet hat.

In Rußland wurde der „Svaz česko-slovanských Spolků" („Verband czechoslawischer Vereine") ins Leben gerufen, der unsere verschiedenen Vereine in Rußland zentralisierte und dort eine Aktion für die Gefangenen und Freiwilligen durchführte. In dieser Hinsicht wurden sehr große Erfolge erzielt. In Petersburg wurde vom Redakteur B. Pavlů ein Wochenblatt „Čechoslovak", in Kiew der „Čechoslovan" gegründet. Auch in Amerika wurden neue Blätter gegründet, die ausschließlich für den Kampf um die Selbständigkeit bestimmt sind. Vor kurzem wurde dort eine englische Monatsschrift gegründet.

Der Nationalrat ist das höchste Organ unserer politischen Tätigkeit. Die einzelnen Vereine und Kolonien überließen ihre gesamte politische Tätigkeit nur diesem einen verantwortlichen Zentralorgan. In diesem Sinne genießt er das vollste Vertrauen sowohl des tschechoslawischen Amerika, wie der europäischen Kolonien.

Mit Prag steht er in ständiger Verbindung,

so daß unsere Leute zuhause von unserer ganzen Tätigkeit wissen. Auf diese Art wurde tatsächlich erreicht, daß unsere Bewegung sehr wuchs. Sie repräsentiert ungefähr zwei Millionen ausländischer Tschechen und es ist ihr gelungen, ein einheitliches Programm, eine einheitliche Organisation und einheitliche Arbeit zu schaffen. In allen Hauptstädten des Vierverbandes leitet ein Mitglied des Nationalrates unsere politische Arbeit. Professor Masaryk ist in London und Dr. Štefanik weilt schon länger als ein halbes Jahr in Petersburg. Die slowakische Liga in Amerika schickte ihre Delegierten nach Europa, um am Werke unserer Befreiung gemeinsam mitzuarbeiten. Dr. Stefan Osuský arbeitet in Paris, Gustav Košík wandte sich nach Rußland. Die gemeinsame Arbeit der Tschechen mit den Slowaken ist eine vollkommene.

Unsere journalistische Tätigkeit machte uns zuerst die Welt zugänglich; als vor 15 Monaten die Aufklärungsarbeit in Frankreich begann, war von uns sehr wenig bekannt. Wir begannen damit, auf das Verhalten unseres Volkes zu verweisen, auf die Verfolgungen unserer Politiker, Journalisten und Soldaten, wir zeigten auf, warum Österreich den Krieg begann. Heute haben wir unsere Arbeit vollendet, sodaß man das Wesen Österreich-Ungarns kennt, daß man begreift, was für ein elender Staat das ist und daß es notwendig ist, ihn zu vernichten.

Heute erscheinen hunderte und hunderte Zeilen über unsere Reden, über die Notwendigkeit unserer Befreiung in den vornehmsten französischen Blättern. Täglich erhalten wir eine Reihe der verschiedensten Blätter, in denen von uns mit Begeisterung und Anerkennung geschrieben wird. Wir haben eine Reihe hervorragender französischer Männer, die ergeben für unsere Freiheit arbeiten und die die tschecho-slowakische Sache auf sich genommen haben.

Ebenso ging es allmählich in England und in Italien. Masaryk gewann bedeutenden Einfluß in England, wo er sowohl persönlich wie als Universitätsprofessor und Schriftsteller viel arbeitet. Er arbeitet zugleich viel in der Presse und hat so die Möglichkeit, ständig zu beleuchten, was dieses Österreich ist.

Auch in Italien hat die Arbeit vielversprechend eingesetzt."

IV. Die Bürgschaften unseres schließlichen diplomatischen Sieges.

„So kam es, daß es uns gelang, in allen Staaten des Vierverbandes überaus mächtige Freunde zu gewinnen. Heute ist die Idee von der Notwendigkeit der Vernichtung Österreichs allgemein Wir könnten Hunderte und Hunderte von derartigen Äußerungen zitieren, Hunderte und Hunderte Äußerungen der ausgezeichnetsten Männer in allen Staaten der Entente, die die einzige Möglichkeit eines künftigen dauernden Friedens in der Vernichtung Österreichs erblicken. Wir führen heute nur die wichtigsten Äußerungen an. Es ist etwas über ein Jahr her, seitdem der Chef der französischen Regierung zum erstenmal Professor Masaryk gegenüber seine volle Zustimmung mit unserem Kampf um die Selbständigkeit zum Ausdruck brachte und uns volle Unterstützung in unserem Kampfe zusagte. Als Professor Masaryk vor einem Jahre an der Londoner Universität seine Vorlesungen antrat, gab die englische Regierung bei dieser Gelegenheit selbst ihren entschiedenen Wunsch kund, alle leidenden kleinen Völker zu befreien. Nach diesen ersten Äußerungen erfolgten ebenso Dr. M. Štefánik wie dem Sekretär Dr. E. Beneš gegenüber eine Reihe offizieller und nichtoffizieller Äußerungen von verschiedenen Seiten, unter anderen insbesondere auch aus Rußland, betreffend die absolute Zustimmung der Vierverbandsstaaten mit unseren Zielen.

Den Gipfel unserer Erfolge bildete die Antwort der Vierverbandsstaaten an den Präsidenten der nordamerikanischen Republik, Wilson, vom 10. Jänner 1917, in der sich die Staaten feierlich verpflichten, die Tschechoslawen vom österreichisch-ungarischen Joch zu befreien.

Das bedeutet für uns einen unermeßlichen Triumph. Nach 300 Jahren gestaltet sich das tschechoslawische Problem zum erstenmal zu einer wahrhaft internationalen Frage, zu einer Frage Europas, die vom internationalen Forum nicht mehr beseitigt werden kann. Nach 300 Jahren erhalten die Tschechen das feierliche Versprechen sozusagen ganz Europas. Die Unsrigen zu Hause haben begriffen, was das bedeutet, und ihre Freude war eine ungeheure. Wir haben Nachrichten aus der Heimat, welchen gewaltigen Eindruck diese uns betreffende internationale Deklaration der Staaten des Vierverbandes hervorrief. Wir haben Berichte, wonach alle Bemühungen der österreichischen Regierung nach dieser feierlichen Erklärung der Verbündeten, unser Volk möge seine Loyalität bewahren, vergeblich waren, wonach unser Volk dessen sicher ist, daß wir aus diesem Kriege siegreich hervorgehen werden.

Allerdings, gewaltige und vielleicht die größtmöglichen Garantien unseres endgültigen Sieges

ergaben sich für uns aus der russischen Revolution." (!) „Die siegreiche russische Revolution brachte in Rußland unsere persönlichen Freunde an die Macht, Männer, die unsere nationalen Führer und unsere Politik kennen, die unsere Frage kennen und entschlossen sind, um jeden Preis die Slawen zu befreien, Österreich zu zerschmettern." (!) „Die russische Revolution bedeutet überhaupt eine neue Ära des Slawentums, die russische Revolution bedeutet, daß die neue und gut organisierte Macht des demokratischen russischen 180 Millionen-Staates sich auf Österreich-Ungarn stürzt, da sie nicht dulden kann, daß neben ihm autokratische, gewalttätige militaristische Staaten wie Deutschland und Österreich bestehen, mit denen sich das alte Regime verband gegen die Demokratie und Freiheit, so in Rußland wie bei uns. Heute schon ist es klar, daß dieser Krieg uns so erstaunliche Wendungen brachte, die kaum jemand zu Beginn des Krieges ahnte. Das Ende der Hohenzollern und Habsburger ist unabwendbar von dem Augenblick an, wo in Rußland die Revolution triumphierte. Es beginnt sich tatsächlich die Zukunft und die Freiheit der slawischen Völker zu formen. Noch vor kurzem verhandelte unser Nationalrat persönlich mit dem jetzigen Minister des Äußern Miljukow." (!) „Noch vor kurzem vernahmen wir seine öffentlichen und privaten Äußerungen in diesem Sinne.

Wir können euch heute mitteilen, daß wir uns dem Augenblicke näherten, wo wir an unseren Triumph fest glauben, wo wir unseres schließlichen Erfolges sicher sind.

Die Tschechen und Slawen gehen aus diesem Kriege befreit hervor.

Das heutige Österreich-Ungarn wird in diesem Kriege definitiv verschwinden."

V. Unsere außenpolitische Aktion und unsere Gefangenen.

„Dies alles wollten wir euch sagen, teure Landsleute, ruhig, nüchtern, ohne Übertreibung. Als wir unsere Arbeit begannen, hat kaum jemand von uns etwas gewußt. Heute hat Frankreich das tschechische Volk entdeckt, und überall, wo man uns erkannt hat, liebt man uns, bewundert man uns, hat man uns wegen unseres hundertjährigen und unnachgiebigen historischen Ringens gegen die germanische Übermacht gerne. Europa hat uns erkannt und wir feiern überall Erfolge, da man unsere politische und wirtschaftliche Kraft, unsere Energie, unser nationales Heldentum, unsere ruhmvolle Vergangenheit, unsere Bildung und intellektuelle Kraft erkannte und unseren verzweifelten Kampf in diesem Kriege an der russischen und französischen Front (tschechoslawische Freiwillige), das antiösterreichische Verhalten unserer Soldaten, den Widerstand unseres Volkes, unser Leiden und unsere Verfolgungen. Man erkannte, daß wir wert der Freiheit sind, daß wir sie erhalten müssen, weil wir sie uns verdient haben, sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart. Namentlich erkannte man, daß für die Zukunft Europas die Schaffung eines selbständigen tschechoslawischen Staates unermeßliche Folgen haben wird und daß das in ihrem und im Interesse des künftigen dauernden Friedens gelegen ist.

Mit all dem wenden wir uns an euch, ehemalige österreichisch-ungarische Soldaten, nunmehr Kriegsgefangene, einerseits um euch zu informieren, andrerseits um euch für all das zu danken, womit ihr zu diesem Triumphe beigetragen habet. Unser Volk wird einstens mit Hochachtung daran denken, daß in dieser so furchtbar historischen Zeit alle seine Glieder ohne Unterschied instinktiv, ohne Propaganda" (?) „ohne Überredung ihre nationale Pflicht erfüllten, unsere ruhmvolle Vergangenheit und unseren ehrlichen slawischen Namen nicht beschmutzten. Viele von euch wissen selbst, mit welcher Begeisterung in Prag" (!) „und in allen tschechischen Ländern die Nachrichten von der Übergabe unserer Regimenter (28, 11, 35, 88 und andere), von den österreichischen Niederlagen und von den Kämpfen unserer Freiwilligen in den Reihen der Verbündeten aufgenommen wurden. Heute können wir Euch mitteilen, daß man mit einem Fluche die Namen einiger einzelner ausspricht, die bei uns zu Hause aus persönlichem augenblicklichem Vorteile ihre nationale Pflicht vergessen haben. Und es besteht wirklich kein Zweifel darüber, daß diejenigen, die sich als unzuverlässig erwiesen haben, sich einst werden in ihrer eigenen Seele furchtbar schämen müssen, bis man sich im freien Böhmen daran erinnern wird, daß sich der und jener in der großen historischen Zeit unserer Befreiung so benahm, wie ein echter Tschechoslawe sich niemals benehmen darf, wenn er nur ein wenig Achtung vor sich selbst hat. Dafür aber gedeiht unsere Arbeit außerhalb der Grenzen. Von ihren Erfolgen sind sie zu Hause am laufenden" (!) „und Worte des Dankes äußert der Mund all unserer Väter und unserer Mütter denen, denen es gelang, heute das Banner unserer Nation heldenmütig emporzuheben."

VI. Schluß.

„Tschechoslawen! Slawen! Teuere Landsleute!

Bald treten wir in das vierte Jahr des jetzigen gewaltigen Krieges ein. Ihr dürft nicht wollen, daß dieser Krieg umsonst gewesen, daß eure Brüder ermordet und ohne Vergeltung zur Schlachtbank geführt wurden. Ihr dürft nicht wollen, daß Euer Volk der Paria unter den Völkern sei, dieses Volk von so ruhmvoller Vergangenheit, von einem

so großen Selbstbewußtsein, ein Volk, das sich schon zwölf Jahrhundert lang mit der ungeheuren Übermacht der Deutschen schlägt und bisher nicht unterlegen ist, auch nicht unterliegen wird.

Es gestaltet sich für uns eine baldige, schöne Zukunft, in der alle unsere Leiden beendet sein werden. Gedenket dessen, gedenket Eurer und Eures Volkes Zukunft, denket daran, daß zwölf Jahrhunderte unserer Geschichte auf jede einzelne unserer Taten blicken und daß es nicht lange dauern wird, bis unser ganzes Volk über unser Tun in so kritischen Stunden urteilen wird.

Ein jeder denke daran, daß er Tscheche, Slowake und Slawe ist. Gedenket, daß Österreich-Ungarn stets Euer ärgster Feind war und heute noch ist! Denket daran, daß die Revolution in Rußland allen Slawen das Tor zu einem neuen Leben und zu voller nationaler Freiheit geöffnet hat, daß es in Deutschland und in Österreich wahrscheinlich mit der Revolution gleichfalls enden wird.

In unserer Bewegung und in unserer Tätigkeit habt Ihr verläßliche Vertreter, Freunde und Genossen.

Ihr seid Tschechen und Slowaken, handelt stets und überall wie selbstbewußte, ehrliche und energische Tschechen und Slowaken!"

Paris, 31. März 1917.

Für das Sekretariat des tschechoslawischen Nationalrats in Paris:

Dr. Eduard Beneš,
Generalsekretär.

Aus den kleineren Aufsätzen dieses Heftes seien folgende angeführt:

Aus den Gefangenenlagern.

„An anderem Orte bekümmern wir uns um das Leben unserer Leute in der Gefangenschaft. Wir sind wirklich glücklich darüber, daß wir eine Reihe von Äußerungen unserer Gefangenen anführen können, aus denen erhellt, mit welch großer Wahrhaftigkeit, Energie und mit welchem Eifer sie ihrer patriotischen Pflicht nachkommen. Das ist wiederum ein Beweis dafür, daß, wie schon weiter oben gesagt wurde, unser Volk in seiner Gänze seine Ehre in diesem Kriege nicht befleckte. Wir würden uns wünschen, daß die wenigen übrigen unserer Leute, die noch zaudern oder sich fürchten, diese warmen und freudevollen Ausführungen durchlesen."

„Entschuldigen Sie, daß ich Ihnen nicht schon früher geantwortet habe. Wir durchlebten in unserem Lager Tage voller Aufregung, Freude, Schmerz und Kämpfe, weil uns unsere freiwilligen Serben — unsere treuen und entschlossenen Verbündeten hier in unseren — sagen wir — Kämpfen mit den Germanen und Austrophilen — verlassen haben. Sie gingen weg . . . Wie war uns bange, als sie vor ihrem Abmarsche ihr serbisches Banner entrollten, als wir Tschechen vor dem ganzen Lager diesen slawischen Farben die Ehre erwiesen und beim Abschiede der Brüder, erfüllt von so eindrucksvollen Szenen, das „Hej Slovanje" und andere slawische Lieder sangen. Sie gingen für die Freiheit in die Freiheit, und wir robotten weiter. Da wir jetzt noch mehr vereinsamt waren, unternahmen wir einen entscheidenden Schritt. Tschechen wurden wir und wir sagten offen, wer wir sind. Mit einem eigenen französisch geschriebenen Memorandum eröffneten wir dem Gefangenenkommando unsere traditionelle Sympathie für die französische Republik, eine Sympathie, die diktiert ist von den Gefühlen der Bürger des Zukunftsstaates, den die generöse Hand der freien Republik aufs neue errichten will. Sodann schlossen wir uns der tschechischen Revolution an, die auf dem Boden des tschecho-slawischen Nationalrates organisiert ist. Unser nationales und frankophiles Gefühl ist durch die Deutschen und Austrophilen stark verletzt. Wir glauben, daß die Zeit unsererer Befreiung aus diesem Terror, aus diesen Drohungen und Beleidigungen kommen wird. Wir haben einen antiösterreichischen und antidynastischen Aufruf der tschecho-slawischen Gefangenen vorbereitet. Mit brüderlichem Gruße an alle Euer . . . . . v. C."

„Während unseres Aufenthaltes in Frankreich und mit Hilfe unserer Zeitschrift sind wir schließlich nach so langer Zeit von der Situation unseres Volkes zu Hause und hier, in Amerika und Rußland unterrichtet. Unsere Abteilung, bestehend aus . . . Tschechen, entschloß sich, die schöne Tat unserer Freiwilligen durch häufige finanzielle Unterstützung solange als möglich zu fördern. Früher war uns das nicht möglich. In welchen Verhältnissen wir uns befanden, wissen Sie. Die erste Sammlung im Betrage von 22·20 Franken haben wir Ihnen geschickt. Besten Dank von all unseren Jungen für die uns gesandte Wäsche, für die rasche Erfüllung der Wünsche jedes Einzelnen und insbesondere für die Zusendung Ihrer Zeitschrift „Československá Samostatnost", um die wir fernerhin bitten. Von der Verbreitung unserer Bewegung in Amerika haben wir mit Hilfe Ihrer uns übersandten Zeitungen auch schon einen Überblick.

Die Abteilung tschechischer Gefangener in . . . . . ."

„Diese Woche erhielt ich Ihr liebes Brieflein, für das ich Ihnen hiermit herzlich danke. Es freut uns alle, daß wir hier jemanden haben, der mit uns fühlt und aufrichtig denkt. „Československá Samostatnost" geht hier von Hand zu Hand, und ich meine, es gibt keinen von uns, der sie nicht bis zur letzten Zeile gelesen hätte. Warmen Dank

für das gespendete Lehrbuch. Glück und Heil wünscht Ihnen Ihr M."

„Große Freude haben Sie uns damit bereitet, daß Sie sich so patriotisch um uns kümmern. Wir versichern Ihnen, daß diese Bereitwilligkeit einen bedeutenden Eindruck und eine große weihevolle Stimmung in unseren Herzen hinterläßt, die mit Ihnen nach der Verwirklichung unserer nationalen Sehnsucht rufen. Unsere besten Wünsche begleiten Sie, wie unsere Herzen und mögen Sie in ihrer Arbeit stärken. Wir erhalten regelmäßig tschechische Zeitungen, aus denen wir gierig Seelenkraft schöpfen. Wir sind stolz und davon überzeugt, daß unser altes Ideal seiner Verwirklichung entgegeneilt und daß unser silberner Löwe im roten Felde bald über den Häuptern derer flattern wird, die standhaft ihr Leben in den Reihen der französischen Soldaten für unsere tschechische Freiheit hingegeben haben. Wir haben von dem Angriffe der tschechischen Freiwilligen bei Arras gelesen und diese Tat erfüllt unsere Herzen mit Schmerz, um so mehr darüber, daß wir leider in Uniform und mit den Bajonetten unserer Erbfeinde — der Deutschen — gegen unsere slawischen Brüder gehen mußten. Wir haben die feste Zuversicht, daß das vergossene Blut nicht umsonst geflossen sein wird und daß unsere Heimat — dieses irdische Paradies — erglänzen wird im neuen Europa, im vollen Glanze der Selbständigkeit, so wie bisher unser Ideal geleuchtet hat. B. N. N. in . . . ."

„Was uns anbelangt, sind wir Ihnen dankbar und freuen uns schon, wenn wir nur wissen, daß Sie uns gerne helfen möchten. Unsere Verhältnisse sind, wenn sie auch in jeder Hinsicht im Vergleiche zu den abgelaufenen zwei Jahren besser geworden sind, in bezug auf Wäsche nicht beneidenswert und namentlich empfinden wir den Mangel an Socken. Und noch eine Bitte erlauben wir uns Ihnen vorzutragen, und zwar um Lektüre und Bücher, da außer Ihrer Zeitschrift, die, sobald sie kommt, noch im Laufe des Tages vielfach ausgelesen ist, eine andere Lektüre wir uns nicht beschaffen können. Damit teilen wir Ihnen auch unseren wichtigsten Bedarf mit und wollen Sie nicht so sehr belästigen, da wir wissen, daß Ihre Arbeit im Interesse des ganzen Volkes weit notwendiger ist als die Sorge um uns. Empfangen Sie unseren herzlichen Gruß. Ihrer Tätigkeit wünscht viel Erfolg und Glück für alle . . . . in Ch."

„Wir übermitteln warmen Dank für die gesandten Geschenke dem Nationalrat und denen, die sie ermöglichten. Es war uns lieb, daß in der Fremde, mitten unter Fremden, es doch noch Seelen gibt, die es unternahmen, durch Erinnern und durch Hilfe unsere Seele zu erfreuen, die durch Leid und Sehnsucht nach der Heimat und nach ihren lieben Familien ermattet sind. Wenn wir uns auch körperlich durch ein regelmäßiges Leben erholt haben, so hat doch unsere Seele die Leiden in Albanien noch nicht vergessen. B."

„Heute bin ich zum erstenmal in Frankreich wahrhaft glücklich, da ich von Ihnen die „Česko-slovenska Samostatnost" zugeschickt erhielt, ferner Bücher, Broschüren und auch „La Nation tchèque". Ich danke Ihnen wärmstens dafür und bin bemüht, soweit es mir als Gefangenen möglich ist, sie mögen nicht nur bei mir, sondern auch bei den übrigen Tschechen hier und den Franzosen reiche Früchte tragen. Ich kann Ihnen aber auch mitteilen, daß der Erfolg ihrer geehrten Zeitschrift ein sehr guter und zu meiner größten Befriedigung ein offenkundiger ist. Es ist nur der Zusammenschluß der gefangenen Tschechoslawen in einem Lager notwendig, wo sie allein wären, wo sie sich eine Bücherei errichten könnten, eine Musikkapelle, Sängerriegen, gelegentlich auch ein Theater — lauter Dinge, durch die es wenigstens ermöglicht wäre, den geistigen Hunger zu stillen. — Alle Hoffnungen ruhen auf Ihnen! . . . . in L."

„Im Namen aller übermittle ich herzlichsten Dank für die Übersendung der „Československa Samostatnost". Wir bitten um weitere freundliche Zusendung der Zeitschrift. Wir haben auch Nachrichten von der Situation zu Hause, aber trübe und mangelhafte. Hier ist die Mehrzahl von uns bereit, Hand anzulegen an das Werk der Befreiung unserer teuren Heimat und wir sind gerüstet zum Aufruf in geeigneter Zeit! . . . . in B."

„Die „Čechoslovenska Samostatnost" vom vorigen Monat haben wir noch nicht und wir erwarten sie so sehnsüchtig. Nicht einmal auf den Brief von zu Hause freuen wir uns so und nichts ist uns so lieb wie Ihre Zeitung. Wenn wir von der Arbeit kommen, ist unsere erste Frage immer: „Ist die Zeitung schon gekommen?" — Senden Sie uns Ihre Zeitschriften, auch russische, wir sind bereit, mit Ihnen den Sous zu teilen, den wir verdienen. Wir haben nur das, was Sie uns senden, und darin suchen wir Trost und Stärkung gegen die spottenden Deutschen, Magyaren und alle unsere „Freunde" wir verleugnen unsere Überzeugung nicht und erklären offen, daß wir keine Österreicher, sondern Tschechen — Slawen sind!

Die tschechischen Gefangenen in . . . ."

„Sie können sich nicht vorstellen, mit welcher Freude der Tscheche die tschechischen Worte liest, ja, sozusagen verschlingt, der Tscheche, der seit zweieinhalb Jahren so viel Knechtschaft erduldete, daß er beinahe vergaß, daß er ein Mensch ist Nichts kann auf seine durch die Knechtschaft verkümmerte und abgestumpfte Seele so wohltuend wirken, wie einige Zeilen in seiner teuern tschechischen Muttersprache. . . . . . in L."

„Wir versprechen Ihnen, daß Euer Programm auch unser Programm ist, da wir alle nichts anderes sind als Tschechen, die wir bleiben wollen und bleiben werden. Was die nationale Gesinnung von uns Tschechen in N. anbelangt, so können sie sich auf uns vollkommen verlassen. Es wäre zu wünschen, daß Ihr Wirken in allen Lagern, wo sich tschechoslawische Gefangene befinden, soviel Erfolg finden, wie hier; dann wäre nicht an der Erreichung des geforderten Zieles zu zweifeln. Unser Motto wird sein: Die Vernichtung Österreich-Ungarns und die Erneuerung unserer tschechischen Heimat, befreit vom Joche der österreichisch-deutschen Tyrannei!

Landsmannschaftlichen Gruß sendet im Namen der ganzen Abteilung tschechischer Gefangener in ..... A.“

„Wir lesen hier die „Československá Samostatnost“ wie ein Evangelium, weil sie so freie und kühne Worte, die unsere alte Sehnsucht verdolmetscht, jedem, auch dem national Gleichgültigen, zu Herzen sprechen und in seiner Gleichgültigkeit aufrütteln zum richtigen Urteile über unsere unterjochte Heimat. Wir freuen uns sehr auf die Bücher und Broschüren, da es hier zur Erweckung des nationalen Bewußtseins und der Pflicht eines jeden Tschechen seinem Volke gegenüber daran not tut! ..... in C.“

„Wir sind Tschechen in der Uniform des österreichischen Soldaten. In welcher Situation wir uns befinden, wissen Sie am besten. Wir wissen, wir fühlen es und es schlägt uns das Herz in der Brust, da wir die Traditionen unseres geliebten Volkes kennen..... Wir wollen dem Volke Ehre erweisen, zumal wir fest daran glauben, daß die Zeit kommen wird, wo der tschechische Löwe wiederum in seinem alten Ruhme erblühen wird. ...... in G.“

„Wir ertragen unser trauriges Geschick in Geduld, da wir fest hoffen, daß wir rückkehren werden in unsere schöne Heimat als freie Bürger des tschechischen Staates. Wir waren durch die Not und unser Leiden demoralisiert und am meisten tat uns Albanien an. In Italien haben wir wiederum durch sechs Monate nichts von der Welt gewußt. Aber jetzt wissen und kennen wir, daß in der Zukunft dem tschechischen Volke sein Platz unter den ersten Nationen der Welt winkt und daß es frei sein wird. Es wird nicht notwendig sein, daß der tschechische Arbeiter sein Brot unter seinen Feinden wird verdienen müssen. Sicherlich wird es die erste Aufgabe des tschechischen Staates sein, sich um seine Angehörigen zu kümmern und das tschechische Volk wird in keiner Hinsicht von dem deutschen unterdrückt sein. .....K.“

„Wir wollen in die französische Armee eintreten. Wir wollen mit unserem Blute der Heimat und Frankreich dienen; denn glauben Sie mir, ich liebe das französische Volk geradeso wie das tschechische und ich habe dazu auch meine Gründe und Erfahrungen. Ich wiederhole, Sie werden mich zum glücklichsten Menschen machen, wenn Sie mir dazu verhelfen, daß ich in die französische Armee aufgenommen werde. Unsere Familie war stets antiösterreichisch, da doch die Habsburger unsere Vorfahren vernichteten und jetzt sich mir Gelegenheit bietet, mich für die erlittene Vergewaltigung zu rächen. .....K.“

„Was unser Interesse und unsere Anteilnahme an Ihrer politischen Aktion anbelangt, so glaube ich, daß jeder Tscheche ohne Unterschied mit Ihnen gleich denkt. Und wenn er seine Gesinnung nicht auf jene Art offen zeigt, wie er sollte, so sind daran sicher die Verhältnisse schuld, in denen er sich befindet. . . R.“

„Schwer ist es für uns, die Gefühle zu schildern, die in uns Ihr edles Geschenk weckte. Dankbar drücken wir Ihnen im Geiste die Hand, dankbar für Ihre ansehnliche Unterstützung, die erste dieser Art, die wir in unserer langen Gefangenschaft erhielten. Zugleich ist uns dieses Geschenk eine moralische Unterstützung und die Zeitschriften, die uns von Ihnen zukommen, sind ein Beweis dafür, daß wir nicht mehr das Aschenbrödel unter den Völkern sind und sein werden, da wir doch so eifrige Vertreter in der Fremde haben, die die Kenntnis über uns verbreiten und unsere nationalen Rechte wahren. Die tschechischen Kriegsgefangenen in .....“

„Aus dem Sekretariat des tschechoslawischen Nationalrates (Abteilung für Kriegsgefangene): Der tschechoslawische Nationalrat in Paris hat in der Erkenntnis, unseren Gefangenen zu helfen, schon früher bei den zuständigen serbischen und französischen Autoritäten Schritte unternommen und Versprechungen verschiedenster Art für die tschechoslawischen Gefangenen erhalten. Es gibt allerdings verschiedene Schwierigkeiten, hauptsächlich administrativer Natur, Unzulänglichkeit der Arbeitskräfte, der tschechischen Dolmetsche unter den Soldaten usw., die an vielen Orten Bezahlung erhalten, damit die Tschechoslawen von den Deutschen und Magyaren entfernt und konzentriert werden. Wir hoffen aber, daß das in nächster Zeit geschehen wird. Wir schicken jetzt allen unseren Gefangenen in Frankreich, die Hilfe brauchen, Unterwäsche. Zu diesem Zwecke ist aber ein vollständiges Verzeichnis aller tschechoslawischen Gefangenen in allen Lagern und die genauen Adressen der Vertrauensmänner notwendig, an die die Sendungen expediert werden sollen.“

Zum Beweis dafür, daß auch die „Nation Tchèque“ in neuerer Zeit durchaus nichts an Gehässigkeit gegenüber der österreichisch-ungarischen Monarchie eingebüßt hat, seien in folgendem auch noch aus der

„La Nation Tchèque“ vom 15. April 1917

einige Stellen angeführt.

Es ist jene Nummer, in welcher der bisherige Herausgeber, der Professor Ernest Denis, sich von seinen Lesern verabschiedet, weil die Redaktion von da an der uns bereits gut bekannte gewesene Professor der Prager Handelsakademie Dr. Beneš übernahm. Offen spricht Professor Denis im Leitartikel aus, daß er für die Losreißung der Tschechen nur aus dem Grunde arbeitet, weil das im französischen Interesse gelegen sei. Er spricht davon, daß bis zum Kriegsausbruch man immer noch gehofft habe, die Habsburger vom Berliner Einflusse zu „befreien“. „Wir hofften trotz der wiederholten Beweise, welche Franz Joseph I. von seiner Unintelligenz gab, daß es vielleicht doch möglich wäre, ihn aus seinem schrecklichen Irrtum zu reißen.“ . . . „Ein föderalistisches Österreich, das eben dadurch von Deutschland emanzipiert wäre, wäre gleichzeitig die Garantie für einen allgemeinen Frieden gewesen“. . . „aber der deutsche Gott ist eine blutrünstige Gottheit, für seine Gläubigen noch schrecklicher als für seine Feinde. Diese Gottheit hat den Geist der Habsburger zerrüttet. Der Verfolgungswahnsinn ist ausgebrochen. Mit fröhlichem Herzen haben die Kaiser von Österreich wie die von Deutschland selbst immer nur Opfer gesucht, um sich darauf zu stürzen. Die Weltgeschichte, die so viele Fälle von Verrücktheit kennt, erzählt uns doch von keiner Narrheit, die so unwahrscheinlich und so unaussprechlich wäre. Das an Serbien gerichtete Ultimatum, die Kriegserklärung, die noch verrückter als verbrecherisch war und von da an alle politischen und militärischen Ereignisse boten den klaren Beweis, daß das Delirium der Habsburger heute tatsächlich unheilbar ist. Aus Ehrgeiz, aus Einbildung, aus Atavismus, vor allen Dingen aber aus Beschränktheit wollen die Habsburger nichts anderes als die Landsknechte der Hohenzollern sein. So haben sie sich ihr Schicksal selbst bestimmt. Sie werden so verschwinden, wie sie immer gelebt haben, in einem Meer von Blut.

Selbst wenn sie sich heute ehrlich bemühen würden, wäre es ihnen heute unmöglich, das Übel wieder gut zu machen, dessen Ursache sie gewesen sind . . .“

„. . . Das Leitwort unserer Zeitschrift wurde uns durch die Umstände gegeben: Die Notwendigkeit der Zerschmetterung der österreich-ungarischen Monarchie . . .“ „. . . Das wäre wirklich eine merkwürdige Gerechtigkeit, welche darin bestände, eine degenerierte Dynastie zu erhalten, die zu regieren glaubt, während sie massakriert und die sterbend in einem blutigen Kotmeer erstickt.“ „. . . Wenn man nach den Rechten der Völker fragt, werden wir die Antwort vernehmen. Wurde sie uns nicht gegeben durch die Tausende tschechoslowakischer, kroatischer und serbischer Soldaten, die sich unter Lebensgefahr in die Reihen der russischen Armee geflüchtet haben, um nicht einer Sache dienen zu müssen, die sie verabscheuen? Wurde uns diese Antwort nicht durch die slawischen Freiwilligen, welche ihr Blut jeden Tag mit dem Blute unserer Soldaten mischen? Wurde uns diese Antwort nicht gegeben durch die Haltung der tschechischen oder kroatischen Abgeordneten, welche den Drohungen Tiszas und Clam-Martinic so heroischen Widerstand leisteten . . .“ „. . . Was wäre das für ein Wahnsinn, zehn Millionen Tschecho-Slowaken und zehn Millionen Südslawen, ohne von den Rumänen, Ruthenen und Polen zu reden, an die Magyaren und die Deutschen auszuliefern! Wie kann Frankreich mächtiger werden, wenn wir unseren Feinden erlauben würden, auch weiterhin gegen uns 30 Millionen Menschen zu mobilisieren, welche nach nichts anderem lechzen, als darnach, an unserer Seite gegen ihre grausamen Unterdrücker zu marschieren? Wird man noch einmal wagen, unsere Ohren mit dem Geschwätz von den angeblichen Sympathien der Magyaren für die französische Republik zu erfüllen . . .?“ „. . . So verlangen es die französischen Interessen, die Zukunft Europas, der allgemeine Friede, der Wille der Völker und die Gerechtigkeit, daß Österreich vom Erdboden verschwinde. Die einige Meinung verlangt es und diese Meinung ist so klar und mächtig, daß sogar die Regierungen, welche oft die Gewohnheit haben, vor radikalen und neuartigen Eingriffen zurückzuscheuen, dahin übereingekommen sind. Die Vereinigten Staaten und die Alliierten haben offiziell erklärt, daß es keinen allgemeinen Frieden geben dürfe ohne die Befreiung der Tschecho-Slowaken, der Südslawen und der Polen . . .“ „. . . Von diesem Ziele könnte nur eine plötzliche Narrheit der Alliierten uns entfernen.“

„Schrieb man uns nicht schon davon, unter dem Vorwande, damit den Verband zu sprengen, daß wir mit Bulgarien verhandeln könnten? Das wäre der erste Schritt, um mit Österreich zu verhandeln. Unter dem Siegel der Verschwiegenheit erfährt man allerlei Geheimnisse; man flüstert bereits: Sollen wir den jungen Kaiser für die Verbrechen Franz Josephs verantwortlich machen? Er sei ja bereit, uns Beweise für seine gute Aufführung in der Zukunft zu geben. Seine Gemahlin Zita habe ja französisches Blut in den Adern und ihre Schwäger dienen doch in der belgischen Armee. Laßt uns also diesem reuigen Sünder die Arme öffnen!“

„Aber dieses Geschwätz ist nur lächerlich und sein Ziel ist klar. Österreich ist der verwundbare Punkt Deutschlands. Wenn wir es in Wien treffen, versperren wir ihm den Weg nach dem Orient.“ . . . „Rette Dein Kaiserreich um jeden Preis, hat Kaiser Wilhelm zu dem Habsburger gesagt, denn sein Fortbestand ist die beste Garantie für unsere zukünftige Revanche. Zögere nicht, Dich von mir zu trennen, denn indem Du mich verläßt, bewahrst Du mich vor dem vollständigen Zusammenbruch.“ . . . „Dieses verbrecherische Manöver haben die Tschechen wohl durchschaut. Sie haben die unbestrittene Autorität, um ihre genauen Ziele und Absichten festzusetzen. Sie verstehen am besten, was mit derartigen Manövern es für eine Bewandtnis hat. Es ist also natürlich, daß wir ihnen die Entscheidung überlassen.“ . . . „Mit vollem und ganzen Vertrauen übergebe ich die Geschäfte der Nation Tchèque meinem Freunde Herrn Beneš, den unsere Leser bereits kennen und der mein tüchtigster und geschicktester Mitarbeiter war. Er hat seine Ergebenheit für die heilige Sache, die wir verteidigen, durch harte persönliche Opfer bewiesen. Mit Herrn Masaryk ist er durch die Bande einer engeren Zuneigung verknüpft. Niemand ist besser dazu geeignet, vor der Öffentlichkeit die tschecho-slowakische Sache zu vertreten als er.“ . . . „Ich werde ab Monat Jänner „Le Monde Slave“ erscheinen lassen, welche gewissermaßen eine vergrößerte Ausgabe der Nation Tchèque und die zum Ziele haben wird, den Franzosen die Russen und die übrigen slawischen Völker näher zu bringen.“ . . . „In Petersburg wie in Warschau, in Prag wie in Agram und Belgrad genießen wir alte Sympathien, trachten wir danach, sie nicht zu verlieren.“ . . . „In jedem Falle ist es natürlich, daß die „Monde Slave“ die Partei der Nation Tchèque ergreife. Denn nirgends hat die slawische Idee tiefere Wurzeln gefaßt als in Böhmen. Gegen Deutschland — für die Gerechtigkeit und Unabhängigkeit der Völker — das war der Wahlspruch Havlíčeks, das ist auch der Wahlspruch der Südslawen, der Polen und der Russen, das wird auch unsere Fahne sein.“

In demselben Heft befindet sich auch das Inhaltsverzeichnis des zweiten Jahrganges. Es würde zu weit führen, es hier wiederzugeben. Man kann daraus die Beharrlichkeit entnehmen, mit der die planmäßige Hetze gegen Österreich-Ungarn von österreichischen Staatsbürgern im feindlichen Ausland unternommen wurde.

Wir glauben, das genügt. Offenere Bekenntnisse sind nicht mehr denkbar. Was sagt die hohe Regierung dazu?

* * *

Es ist wohl nicht nötig, angesichts dieser erdrückenden Fülle von Tatsachen noch weitere Worte hinzuzufügen.

Wir fragen nun abermals die hohe Regierung, ob sie nicht angesichts dieser furchtbaren Wahrheiten bedenken will, ob der Weg, den sie zu gehen anscheinend gewillt ist, der richtige ist; ob nicht aus einer weiteren Duldung und Beschönigung an Stelle offener Wahrheit und Bekämpfung solcher Tendenzen nur ein Anreiz zu fortgesetzten Umtrieben hervorgeht.

Wir appellieren aber auch an das Gewissen derjenigen Tschechen, die sich noch ein Gefühl für Recht und Gesetz gewahrt haben, ob es nicht hoch an der Zeit wäre, durch offenes Eintreten für das österreichische Vaterland und durch entschiedene Bekämpfung aller dieser Erscheinungen wenigstens einigermaßen das ungeheure Elend gutzumachen, das ihre staatsfeindlichen Konnationalen über die Monarchie heraufbeschworen haben.

Wir fragen auch die tschechischen Abgeordneten, ob sie auch weiterhin den Mut haben wollen, diesen Dokumenten gegenüber die Wahrheit leugnen zu wollen, anstatt als Männer zuzugeben, daß alles, was wir hier angeführt haben, der Wahrheit entspricht.

Die Unterfertigten konnten angesichts der Versuche der Tschechen, in mehr als 50 Druckseiten starken Anklageschriften gegen den Staat diese Tatsachen zu vertuschen, im Interesse der historischen Warheit nicht schweigen.

Sie konnten aber auch nicht schweigen im Gedenken an jene Tausende und aber Tausende treuer Söhne Österreichs und aller seiner Völker, auch des tschechischen, welche durch alle diese staatsfeindlichen Umtriebe auf dem Schlachtfelde in den Tod getrieben wurden. Noch rinnen unstillbar die Tränen ihrer Mütter und Geschwister. Ihrem Andenken sind wir Wahrheit schuldig, wenn jene Stellen schweigen, die zur Feststellung der Wahrheit in erster Linie berufen wären.

Wir haben nun in großen Zügen eine allgemeine Übersicht über das

Verhalten der Tschechen im Weltkriege

gegeben. Wir haben zunächst einige tschechische Stimmen zu Worte kommen lassen, welche behaupteten, daß alles nur leeres Gerücht und unbewiesene Tatsachen wären. Hierauf haben wir angeführt, welche

1. Warnungen vor den Folgen der Duldung der panslawistischen Propapanda (siehe Seite 4)

vor dem Kriege die Regierung erhielt. Wir haben dann

II. die Lage zu Beginn des Weltkrieges (siehe Seite 22)

dargestellt, ferner die amtliche

III. Begründung der Verhaftung des Dr. Kramář (siehe Seite 23)

wiedergegeben. Dann wurde das

IV. Verhalten der Tschechen im Hinterlande

eingehend geschildert, darunter zunächst die

IV a. Gesinnungsäußerungen der Tschechen in Prag (siehe Seite 27)

behandelt, dann

IV b. die Frage der tschechischen Schulbücher (siehe Seite 33)

gestreift; hierauf wird

IV c. das Verhalten der tschechischen Staatsbeamten (siehe Seite 40)

geschildert, dann sehr ausführlich

IV d. das Sokoltum (siehe Seite 43)

besprochen sowie der

IV e. Wahrnehmungsbericht aus Leitmeritz (siehe Seite 62)

wörtlich mitgeteilt. Ausführlich wird von dem

IV f. Verhalten der Tschechen zu den Kriegsanleihen (siehe Seite 65)

gesprochen, insbesondere auch von dem

IV g. Verhalten der Živnostenská banka zur Kriegsanleihe (siehe Seite 71)

sowie auch die

IV h. sonstige Finanzpolitik der Živnostenská banka (siehe Seite 77)

dargestellt, ebenso das

IV i. Verhalten der Tschechen zur Kriegshilfe (siehe Seite 87).

Einer der wichtigsten Abschnitte handelt von dem

IV k. Verhalten der Tschechen in der Ernährungsfrage (siehe Seite 96).

Einen größeren Umfang nimmt die Darstellung des

V. Verhaltens der Tschechen im feindlichen Auslande (siehe Seite 111)

ein, darunter zunächst jenes

V a. in Frankreich (siehe Seite 113),

wo wieder besonders aus der Nation tchèque das wesentliche mitgeteilt wird, darunter wörtlich der Aufruf der Tschechen vom 15. November 1915. Den Beschluß bilden weitere französische Zeitungsberichte.

Weiter werden Dokumente mitgeteilt über das Verhalten der Tschechen

V b. in England (siehe Seite 145),

hierauf über jenes

V c. in Rußland (siehe Seite 149),

dann über jenes

V d. in Amerika (siehe Seite 182);

besonders ausführlich wird das Verhalten der Tschechen

V e. in der Schweiz (siehe Seite 189)

geschildert, wo hauptsächlich der Schauplatz der

V f. Tätigkeit des Professors Masaryk (siehe Seite 196)

gelegen war. Im Zusammenhange damit steht die Aufdeckung des

V g. geheimen Nachrichtendienstes der Tschechen (siehe Seite 206)

aus dem Auslande ins Inland und umgekehrt.

Von den schrecklichsten Folgen begleitet war das oft verräterische

VI. Verhalten tschechischer Truppen im Felde (siehe Seite 214).

Von besonderer Wichtigkeit hierzu ist das

VII. Militärische Gutachten darüber im Kramářprozesse (siehe Seite 227).

Schließlich werden aus der Fülle des Materiales

VIII. Einige neuere Dokumente (siehe Seite 229)

über alle diese Angelegenheiten mitgeteilt.

Alle diese Darlegungen erfolgten an der Hand von Originaldokumenten, amtlichen Mitteilungen und Feststellungen oder ausländischen Zeitungen.

Auf Grund der obigen Darlegungen erlauben sich nunmehr die Gefertigten an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten und an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung folgende Anfragen zu richten:

„1. Sind der hohen Regierung diese Dokumente über das Verhalten der Tschechen im Weltkriege bekannt?

2. Ist sich die hohe Regierung der großen Wichtigkeit bewußt, die alle diese Vorfälle für die gesamte innere und äußere Entwicklung der österreichisch-ungarischen Monarchie notwendigerweise haben müssen?

3. Gedenkt die hohe Regierung von nun an bei allen ihren Regierungsmaßnahmen dieses Verhalten der Tschechen im Weltkriege in Berücksichtigung zu ziehen?

4. Ist Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident und Seine Exzellenz der Herr Landesverteidigungsminister bereit, im gegebenen Falle den tschechischen Ableugnungsversuchen gegenüber auch im hohen Hause der Wahrheit die Ehre zu geben und an der Hand der Originaldokumente, die der Regierung doch zur Verfügung stehen müssen, die Richtigkeit obiger Tatsachen vor aller Welt festzustellen?

5. Welche Maßnahmen gedenkt die hohe Regierung zu treffen, um von nun an in aller Zukunft derartigen unerhörten Vorkommnissen und Zuständen ein Ende zu machen, beziehungsweise vorzubeugen, die in keinem geordneten Staatswesen der Welt möglich wären?"

Wien, 5. Dezember 1917.

	Einspinner.	Dr. Lodgmann.	Dr. Schürff.
Dr. Wichtl.	Heine.	Beyer.	J. Goll.
Kroy.	Kraus.	Hueber.	Hartl.
Schreiter.	Anforge.	Kraft.	Knirsch.
Dr. Bodirsky.	Keschmann.	Dr. Erler.	Langenhan.
Mayer.	L. Pongratz.	Dr. Kinz.	K. H. Wolf.
M. Soukup.	Dr. Mühlwerth.	Kittinger.	Wedra.
Waldner.	Dr. Michl.	d'Elvert.	Dr. Dinghofer.
Pacher.	Dr. Sommer.	A. Seidel.	Urban.
Dr. Roller.	Dr. Herold.	Müller.	Schreiner.
Kasper.	Hofer.	Krützner.	Paulik.
Glöckner.	Iro.	W. Teltschik.	Richter.
Kletzenbauer.	W. Mairner.	Kudlich.	Dobernig.
Luksch.	K. Schürl.	Dr. Waber.	Dr. Hofmann.
F. Held.	Felzmann.	Jesser.	Erb.
Strziska.	Albrecht.	Dr. Sylvester.	Herzmansky.
R. Marckhl.	Kopp.	Fahrner.	Brunner.
Bernt.	Denk.	Wagner.	Nagele.
Freißler.	Keller.	Spies.	Lutschounig.
Dr. Kindermann.	Dr. Stölzel.	Pirker.	Mr. Hummer.
Dr. H. v. Oberleithner.	Dr. Kofler.	O. Teufel.	Al. Rieger.

1750
I

Anfrage

der

Abgeordneten Prokeš, Dr. Witt und Genossen an den Herrn Ministerpräsidenten in Angelegenheit der Nichtlieferung der für die Kohlenzufuhr seitens der ungarischen Regierung zugesagten Quantität von Mehl, Kartoffeln und Fetten.

Bei den Verhandlungen, welche seinerzeit zwischen der Regierung und der Deputation der Bergarbeiterschaft des Ostrau-Karwiner Kohlenreviers stattgefunden hat, machte der Herr Minister für öffentliche Arbeiten den erwähnten Deputierten die Zusage, es werde der Arbeiterschaft dieses Reviers von jenem Quantum an Kartoffeln, Mehl und Fetten, welches die ungarische Regierung für die Überlassung der Kohle an unsere Reichshälfte vertragsmäßig zu liefern sich verpflichtete, der entsprechende Teil zur Aufbesserung über das bereits statuierte Maß verabfolgt werden.

Gegenwärtig leidet wieder diese Bergarbeiterschaft an einem empfindlichen Mangel der obgenannten Lebensmittel und sie bekommt kaum das allgemeine Maß, viel weniger die zugesagte Aufbesserung. Der Grund liegt einfach darin, daß die ungarische Regierung trotz der bereits verstrichenen langen Zeit ihren Vertrag nicht hält und für das Revier gar nichts liefert, wogegen sie ruhig die Kohlenlieferungen entgegennimmt, welche im Revier mit peinlichster Sorgfalt erledigt werden. Im Revier selbst leidet die Bevölkerung an einem äußerst empfindlichen Kohlenmangel, und diesen Mangel empfinden nicht nur private Leute, sondern auch öffentliche Anstalten, insbesondere Schulen, die nicht beheizt werden konnten und geschlossen werden mußten. Dessenungeachtet wandern täglich von Mährisch-Ostrau nach Ungarn 300 Waggon Kohle und dies zu einer Zeit, wo ein kolossaler Waggonmangel herrscht. Dies alles genügte der ungarischen Regierung noch nicht und sie schickte vergangene Woche eine besondere Kommission der ungarischen Kohlenzentrale nach Mährisch-Ostrau, welche die Aufgabe hatte, auf eine größere Kohlenausfuhr nach Ungarn hinzuarbeiten.

Die Gefertigten erlauben sich die Anfragen:

„1. Ist der Herr Ministerpräsident geneigt, sich dafür mit allen zu Gebote stehenden Mitteln einzusetzen, daß die königlich ungarische Regierung den Vertrag, betreffend die Lieferung von Kartoffeln, Mehl und Fetten für die nach Ungarn ausgeführte Kohle unverzüglich erfülle?

2. Ist der Herr Ministerpräsident geneigt, dafür Sorge zu tragen, daß die Bergarbeiterschaft des Ostrau-Karwiner Reviers hievon die zugesagte Aufbesserung erhalte?“

Wien, 5. Dezember 1917.

Charvát.
Aust.
Smeral.
Modráček.

J. Marek.
J. V. Stejskal.
K. Vaněk.
Jaroš.

Biňovec.
Hybeš.
Svoboda.
Tusar.
Ant. Němec.

Prokeš.
Dr. Witt.
Bechyně.
Filipinsky.
Tomášek.

1751
I

Anfrage

des

Abgeordneten Kemetter und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten, betreffend Warenaufkauf seitens Österreichs in den eroberten Gebieten Oberitaliens.

Während zahlreiche ungarische Agenten das eroberte Gebiet von Oberitalien bereisen und nach Möglichkeit Waren für Ungarn aufkaufen, ist von Österreich bisher nicht der mindeste praktische Schritt in dieser Richtung unternommen worden. Das Armeeoberkommando hat bis heute noch keine diesbezügliche Zuschrift der österreichischen Regierung erhalten.

Die Unterzeichneten fragen:

„Sind Eure Exzellenz bereit, unverzüglich das Nötige zu veranlassen, daß das schwere Versäumnis nach Kräften gutgemacht wird?“

Kemetter.
Hruska. Mich. Brandl.
Jäger. Spies.
Dr. Hofmann. F. Held.
Wedra. W. Teltschik.
Dr. Waber. Richter.
Josef Mayer. Dr. Schürff.
E. Kraft. Wüst.

1752
―――
I

Anfrage

der

Abgeordneten Ziegele, Kienzl, Niedrist, Roggler und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ernährungsminister, betreffend die Übernahmspreise für Schlachtvieh in Tirol.

Die bäuerliche Bevölkerung in Deutschtirol ist sehr beunruhigt darüber, daß die wertvollen Zuchtviehbestände des Landes durch die Requisitionen an Schlachtvieh für den Heeresbedarf und die Konsumorte des engeren Landes unersetzbaren Schaden leiden, so daß die Produktionskraft für lange Zeit nach dem Kriege sehr geschwächt sein wird. Für den Termin Herbst 1917 bis Herbst 1918 müssen in Deutschtirol 77.000 Stück Schlachtrinder, das ist nicht weniger als 26 Prozent des gesamten Viehbestandes, abgeliefert werden. Die Requisition von Heu und Stroh verringert überdies in doppelter Hinsicht die Viehhaltung, indem das vorhandene Futter und Rauhfutter aus der bäuerlichen Wirtschaft entzogen wird und auch der so notwendige Dünger immer mehr fehlt.

In dieser Not wirkt es geradezu aufreizend und allenthalben wird auf das bitterste geklagt, daß gerade für das Tiroler Schlachtvieh wesentlich niedrigere Preise gezahlt werden, als in den übrigen Kronländern.

Die Tiroler Bauern wurden dadurch in den zwei Jahren 1916 und 1917, wenn die abgelieferten Viehstücke im Durchschnittsgewicht von bloß 300 Kilogramm angenommen werden, um zirka 25 Millionen Kronen verkürzt, gegenüber anderen Ländern.

Welcher Grund liegt zu solcher Zurücksetzung vor? Gerade in Tirol ist die Gewinnung von Heu und anderen Futtermitteln wesentlich schwieriger, daher auch die Aufzucht von Vieh kostspieliger; das Vieh hat als Zuchtvieh einen höheren Marktpreis und höheren Wert.

Die niedrigen Schlachtviehpreise erschweren auch in besonderer Weise die Lieferung von Milch und Fett für die Städter.

Will zum Beispiel ein Bauer eine Melkkuh einstellen, so muß er für ein Kilogramm Lebendgewicht mindestens 4 K zahlen, das sind 2000 K für die Kuh zu 500 Kilogramm. Jahresleistung an Milch höchstens 1800 Liter zu 36 h ab Stall = 648 K im günstigsten Falle. Diese Kuh hat aber nach einer Melkzeit von einem Jahr, da Kraftfutter fehlt, gewiß 50 Kilogramm an Gewicht abgenommen und erzielt bei der Viehstellung nicht mehr als 2 K 60 h pro Kilogramm, das ist 450 Kilogramm × 2 K 60 h = 1170 K; der Bauer hat somit einen Schaden von 630 K; 648 K Einnahme für Milch = 18 K Bruttogewinn; aus diesem soll er Verzinsung des Ankaufskapitals leisten, das Futter (15 Kilogramm täglich, in 365 Tagen = 5474 Kilogramm à 23 h = 1259 K im Jahre) und die ganze Arbeit beistellen und das Risiko tragen. Solche Geschäfte kann niemand machen.

Eine andere böse Folge der zu niedrigen Preise für Schlachtvieh ist diese: Die Bauern bringen fast nur Jungvieh zur Stellung, weil der Verlust um so geringer scheint, je weniger das gestellte Vieh gewogen hat. Die Konsumenten haben aus diesem Grunde auch keinen Nutzen von den niedrigen Preisen. Sind die Preise angemessen im Hinblick auf die Marktpreise, so kommt auch schwereres Vieh zur Stellung, welches bessere Fleischausbeute verspricht.

Es ist daher sowohl im Interesse der Bauern als auch im Interesse der Konsumenten, daß die Preise für Schlachtvieh in Tirol nach den Marktpreisen für Zucht- und Nutzvieh reguliert werden. Es ist diese Preisregulierung zur Schonung des Jungviehbestandes und somit der Viehzucht notwendig.

Es ist endlich ein Gebot der Billigkeit und Gerechtigkeit, daß auch den Tiroler Bauern in ihrer Not der gleiche Preis für ihre Produkte bewilligt werde als den Bauern der anderen Kronländer.

Die Gefertigten stellen daher die Anfragen:

„1. Ist Seine Exzellenz bereit, den Übernahmspreis für Schlachtvieh in Tirol ehestens bis 3 K 50 h für Ia Ware (gut angefleischtes Vieh) zu erhöhen?

2. Ist Seine Exzellenz bereit, dahin zu wirken, daß auch für jenes Vieh, welches in der Zeit vom 1. Oktober 1917 bis zum Inkrafttreten des erhöhten Tarifes abgeliefert wurde, die Differenz nachgezahlt werde?“

Wien, 5. Dezember 1917.

Jos. Siegele.

Hauser.	Kienzl.
Meixner.	Niedrist.
Hötzendorfer.	Roggler.
Eisterer.	L. Diwald.
Schoepfer.	Thurnher.
Kreilmeir.	Karl Schachinger.

1753
I

Anfrage

des

Abgeordneten Ofner und Genossen an den Herrn Minister des Innern, betreffend die Konfiskation eines Artikels.

Der „Abend“ veröffentlichte folgenden Artikel:

„Noch immer kein Friede?

Bei seinem Wiederzusammentritt am 29. November ist dem deutschen Reichstag bekanntlich eine neue Kriegskreditvorlage über 15 Milliarden Mark zugegangen. Das ist die zehnte Forderung, und die Summe der Kriegskredite steigt damit auf 109 Milliarden Mark.

Die Kreditforderungen ergeben folgendes Bild:

August 1914	5	Milliarden Mark
Dezember 1914	5	„ „
März 1915	10	„ „
August 1915	10	„ „
Dezember 1915	10	„ „
Juni 1916	12	„ „
Oktober 1916	12	„ „
Februar 1917	15	„ „
Juni 1917	15	„ „
Dezember 1917	15	„ „
zusammen .	109	Milliarden Mark

Bisher nämlich!

Wie dieser Tage im Abgeordnetenhause mitgeteilt wurde, ist ein Fünftel aller Todesfälle auf Tuberkulose zurückzuführen. In Prag war in der vergangenen Woche die Zahl der Sterbefälle höher als die Zahl der Geburten. Man schätzt die Zahl der Opfer der Tuberkulose in Österreich in diesem Jahr auf 120.000.“

Aus diesem Artikel wurden von der Wiener Preßpolizei am 3. Dezember der Titel „Noch immer kein Friede?“, der Zusatz „Bisher nämlich!“ und die Sätze „In Prag war in der vergangenen Woche die Zahl der Sterbefälle höher als die Zahl der Geburten. Man schätzt die Zahl der Opfer der Tuberkulose in Österreich in diesem Jahre auf 120.000“ konfisziert.

Die Tendenz des Artikels geht sichtlich dahin, durch Beispiele die steigende Schuldenlast und die steigenden Leiden in allen kriegführenden Staaten zu zeigen, die sie veranlassen müssen, Frieden zu schließen. Die gleichen Gedanken sind in vielen anderen Artikeln und in Parlamentsreden verschiedenster Richtung ausgesprochen worden.

Die Gefertigten stellen daher an den Herrn Minister des Innern die Anfragen:

„Hält der Herr Minister des Innern die Konfiskation für gerechtfertigt, insbesondere mit Rücksicht auf seine Versprechungen bezüglich einer freiheitlichen Handhabung der Preßzensur?

Ist er geneigt, entsprechende Aufträge zu erteilen, daß die Zensurbehörde ihre Nervosität gegenüber jedem freieren Wort mehr als bisher beherrsche?“

Ofner.
Liebermann.
Hormuzaki.
Isopescul.
Malfatti.
Simionovici.
Conci.
Witt.
Zenker.
Hock.
Gauser.
Neumann.
Kuranda.
Okunewskyj.
Dr. Friedmann.

1754
I

Anfrage

des

Reichsratsabgeordneten Leo Lewickyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend die Gemeindewirtschaft des Gemeindevorstehers in Pohar, Bezirk Skole, Maxym Snihur.

Seit längerer Zeit fungiert in der Gemeinde Pohar, Bezirk Skole, als Gemeindevorsteher ein gewisser Maxym Snihur, der durch seine Taten bewiesen hat, daß er zur Führung eines Gemeindevorstandes in der jetzigen kritischen Zeit durchaus untauglich ist.

Abgesehen davon, daß er während der russischen Invasion den Russen, von diesen nicht einmal aufgefordert, seine Dienste angeboten hat (Zeugen: Matij Iwanykowycz, Parania Iwanykowycz, Sara Klein und Parania Oryniak, Frau des Hryń), ist er jetzt bei der Verteilung der Nahrungsmittel ungerecht, mißbraucht seine Amtsgewalt, um sich Bestechungsgelder, respektive Trinkgelder zu sichern (Zeugen: Tasia Masynec, Nastasia Chorobryj, Wekla Michnykowycz), hat sich der Trunkenheit ergeben und verfolgt die Reservistenfrauen mit Liebesanträgen (Zeugin Julia Oryniak), ohne Drohungen und Drangsalierungen der Armen zu verabscheuen.

Die Beschwerden der Gemeindeinsassen an die k. k. Bezirkshauptmannschaft sind ohne Erfolg geblieben.

Infolgedessen sehen sich die Gefertigten veranlaßt, anzufragen:

„1. Ist Seiner Exzellenz die angeführte Art der Amtsführung des Gemeindevorstandes Maxym Snihur bekannt?

2. Was gedenkt Seine Exzellenz anzuordnen, daß dieser Mißwirtschaft des genannten Gemeindevorstehers von der politischen Bezirksbehörde ein Ende bereitet werde?“

Budzynowskyj.
Dr. Wlad. Baczyńskyj.
Dr. Okunewskyj.
S. Wityk.
Lukaszewicz.

Leo Lewickyj.
Dr. Petruszewycz.
Dr. Lew Baczyńskyj.
Dr. Kolessa.
Pohoreckyj.

1755
———
I

Anfrage

des

Abgeordneten Leo Lewickyj und Genossen an Ihre Exzellenzen den Herrn Minister des Innern und den Herrn Minister für Volksernährung, betreffend den ungesetzlichen Vorgang der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Żydaczów.

Der Kriegsinvalide Kasimir Kwieciński führt ein Selchgeschäft in Mikolajów am Dn. und leistet seinen Obliegenheiten stets Rechnung.

Als solider Kaufmann hat er aber auch Gegner. Einer von ihnen bot dem Militär den Verkauf von 1000 Kilogramm Speck zu je 15 K pro 1 Kilogramm und noch andere Waren an.

Das Militär hat diese Offerte wegen Preissteigerung an die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Żydaczów abgetreten, welche, ohne zu prüfen, ob die Offerte von Kasimir Kwieciński herrühre, und, ohne irgendwelche Erhebungen zu pflegen, mit Erlaß von 1. Juli 1917, Z. 21161, alle im Geschäfte des Kasimir Kwieciński befindlichen Waren beschlagnahmt und deren Verkauf mit Zuziehung der Gemeindeobrigkeit in Mikolajów selbst unter den Maximalpreisen angeordnet.

Da sich Kwieciński mit einer Beschwerde an die dortige Bezirkshauptmannschaft wandte, wurde ihm außerdem noch eine Geldstrafe von 2000 K ausgemessen.

Auf diese Art wurde der Kaufmann Kasimir Kwieciński an einem Tage ungefähr um sein ganzes Vermögen gebracht — ein Kriegsinvalide und Vater von mehreren Kindern.

Die Gefertigten fragen an:

„1. Sind diese Tatsachen Ihren Exzellenzen bekannt?

2. Sind Ihre Exzellenzen geneigt, wegen dieser krassen Mißgriffe der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Żydaczów zielbewußte Erhebungen einzuleiten und dem schwer benachteiligten Gewerbsmanne Genugtuung und Schadenersatz zu verschaffen?"

Wityk.	Leo Lewickyj.
Dr. Petruszewycz.	Dr. Kolessa.
Dr. Leo Baczyński	Lukaszewicz.
Dr. Okunewskyj.	Dr. Wlad. Baczyńskyj.
Spenul.	Semaka.

1756
I

Anfrage

des

Reichsratsabgeordneten Leo Lewickyj und Genossen an Ihre Exzellenzen den Herrn Minister des Innern und den Herrn Minister der öffentlichen Ernährung, betreffend übermäßige Requisitionen von Heu, Kartoffeln und Vieh in den Gemeinden Rozanka nyzna i wyzna, Bezirk Skole.

Die Gemeinden Rozanka nyzna i wyzna, politischer Bezirk Skole, liegen zwischen den Wäldern im Karpathengebirge und weisen nur 700 Joch Ackerfeld auf, auf welchen infolge der Höhenlage und des felsigen Bodens außer Kartoffeln und etwas Hafer beinahe gar nichts mehr gedeiht. Infolgedessen baut die Bevölkerung Kartoffeln und Hafer nur für eigene Ernährungsbedürfnisse — den Rest des kargen Unterhaltes verschaffen sich die Bauern durch Viehzucht, für welche sie auf den Gebirgswiesen Heu bereiten.

Trotzdem wurde den genannten Gemeinden von der k. k. Bezirkshauptmannschaft die Pflicht auferlegt, für das Heuaufbringungsdetachement Leutnant Frank der W. Gr., 3. Ak., Qu. Abt. Skole, Heu, für den k. u. k. Kartoffelaufbringungsrayon B des 19. Korps Kartoffeln zu liefern, was beide Gemeinden zur vollsten Befriedigung der genannten Militärbehörden effektuiert haben.

Es blieb in den Gemeinden nur so viel Vorrat an Heu und Kartoffeln, daß die Bevölkerung und ihr Vieh durch den Winter knapp durchrutschen konnte.

Trotzdem hat man am 27. Oktober 1917 in den Gemeinden die k. u. k. Infanteriemunitionskolonne Nr. 36 unter Kommando des Herrn Oberleutnants Dr. Moskowitz mit 130 Pferden einquartiert, und zwar zum Zwecke der Erholung dieser Pferde. Außerdem wurde bekanntgemacht, daß beide Gemeinden auch für die Division, die 1300 Pferde besitzt, Heu zu liefern verpflichtet sind — und daß für die Erhaltung dieser Division auch Vieh abgenommen werden soll.

Nachdem nun am 16. November 1917 einige von den einquartierten Pferden aus unbekannten Gründen (es soll Milzbrand gewesen sein) abgegangen sind, hat man, um die geplante Wegnahme von Heu und Vieh zu begründen, die Gemeindeinsassen der verbrecherischen Anschläge auf die krepierten Pferde beschuldigt, und trat man unverzüglich zur unentgeltlichen gewaltsamen Wegnahme von Heu.

Auf die Vorstellungen der Gemeindevorstehungen wurde ihnen vom Kommandanten die Mitteilung gemacht, daß die Pferdekolonne bis April 1918 von den Gemeinden erhalten werden muß, ja daß dieselbe sogar um weitere 60 Pferde erhöht werde.

Es liegt auf der Hand, daß die arme Bevölkerung unter diesen Lasten zusammenbrechen muß, als daß erstens ihr Vieh aus Nahrungsmangel krepieren muß, zweitens, daß die Bevölkerung selbst, der Milch und der Kartoffeln beraubt, einen elenden Hungertod sterben muß.

Wenn man in Berücksichtigung nimmt, daß die Einwohner beider Gemeinden immer loyal waren, daß die Väter, Männer und Söhne für das Vaterland kämpfen — und es unmöglich ist, daß man diese Bevölkerung absichtlich vernichten will — sind die Vorgänge so haarsträubend, daß es sofortiger unverzüglicher Abhilfe bedarf, denn jeder Tag ist imstande, die ausgequetschte Bevölkerung an den Rand des Grabes zu bringen.

Infolgedessen fragen die Gefertigten an:

„1. Sind Exzellenzen die geschilderten Vorgänge in den Gemeinden Rożanka nyzna i wyzna bekannt?

2. Was gedenken Exzellenzen anzuordnen, daß den übermäßigen Requisitionen dortselbst unverzüglich Einhalt getan werde und daß den Einwohnern die notwendigen Ernährungsrationen für diese selbst sowie für ihr Vieh sichergestellt werden?"

Dr. Petruszewycz.
Dr. Smal-Stockyj.
Dr. Cehelskyj.
Wl. v. Singalewicz.
Dr. L. Baczyńskyj.

Leo Lewickyj.
E. Pohoreckyj.
Kolessa.
Semaka.
Dr. Wl. Baczyńskyj.

1757
I

Anfrage

des

Abgeordneten Leo Lewickyj und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, betreffend die Zuerkennung und Auszahlung der Unterhaltsbeiträge seitens der Reservistenunterstützungskommission bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Zydaczів.

Die Reservistenunterstützungskommission bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Zydaczів verfolgt bei der Zuerkennung und Auszahlung der Reservistenunterstützung einen für die Kommission zwar sehr bequemen, jedoch die Reservistenfrauen und -angehörigen arg schädigenden Vorgang, und zwar diese Unterstützungen haufenweise abzusprechen.

So hat diese Kommission in einer einzigen Gemeinde Mikolajow am Dnjester die Unterstützung dem Iwan Szuszkiewicz für den Sohn Stefan, der sich seit 26. Juni 1915 im Militärdienst befindet, dem Stefan Ustyanowycz für den Sohn Michael, der vom 1. August 1914 im Felde steht, der Anastasia Kobryn für den Sohn Wasyl, der vom 10. Mai 1917 beim Militär dient, der Rosalie Nyszcza für den seit 26. Juni 1915 dienenden Sohn, abgesprochen, ungeachtet dessen, daß die Genannten teils infolge vorgerückten Alters, teils aus Gesundheitsrücksichten von den genannten Söhnen den Unterhalt bezogen und jetzt am Hungertuche darben.

Die Gefertigten fragen daher an:

„1. Sind Seiner Exzellenz die per Bausch und Bogen arrangierten Absprechungen der Reservistenunterstützungen seitens der Unterhaltsbeitragskommission in Zydaczів bekannt?

2. Was gedenkt Eure Exzellenz zu veranlassen, daß die Unterhaltsbeitragskommission in Zydaczів mehr Rücksicht auf die des Ernährers beraubte Reservistenfamilie als auf eigene Bequemlichkeit nehme und daß dieselbe den Unterhaltsbeitrag an die oben angeführten Familien unverzüglich zur Auszahlung bringe?"

Leo Lewickyj.
Dr. Petruszewycz. Dr. Holubowycz.
Dr. Leo Baczyńskyj. Dr. Trylowskyj.
Dr. Wlad. Baczyńskyj. Dr. Smal-Stockyj.
Lawruk. Dr. Okunewskyj.
Pohoreckyj. Dr. Eugen Lewickyj.

1758

I

Anfrage

des

Abgeordneten Cingr und Genossen an den Herrn Minister für öffentliche Arbeiten.

Es ist noch nicht lange her, als im Ostrau-Karwiner Steinkohlenrevier große Unruhen unter den Arbeitern ausbrachen, die lange vorher schon durch unerträgliche Verhältnisse genährt worden sind. Die Folgen dieser Ereignisse sind noch nicht verwischt und es beginnt von seiten der Unternehmer, respektive ihrer Vertreter eine neue Kampagne von Provokationen, die schwere Folgen nach sich ziehen können und für die natürlich die ganze Verantwortung nur die Provokateure allein tragen müßten.

1. Am Austriaschachte in Karwin hat der Heizer Martinek Ludwig nach vollbrachter zwölfstündiger Nachtschicht keine Ablösung bekommen und der Obermeister Oskar Wecker hat ihm anbefohlen, weiter zu arbeiten, bis der Ablöser kommt. Martinek war durch die schwere Arbeit in der Nacht vollkommen erschöpft und verlangte wenigstens eine zweistündige Pause, da er nichts zum Essen mithatte und die Arbeit nicht leisten kann, bei derselben zusammenbrechen werde. Der Obermeister wollte anfangs nichts davon hören, schließlich ließ er den Heizer durch einen anderen Mann ablösen. Als der Heizer Martinek abends seinen Dienst antreten wollte, wurde er zur Arbeit nicht mehr zugelassen und erhielt den Auftrag, den nächsten Tag früh als Taglöhner am Hofe zu arbeiten.

Der Heizer Martinek konnte deshalb den Ablöser nicht erwarten, weil der Obermeister denselben anstatt für den Dienst zum Schweineschlachten benötigte.

Auf derselben Grube wurde der zweite Heizer mit 5 K Strafe bestraft, weil er während seiner Arbeitszeit aufs Klosett gehen mußte. Der Obertagsarbeiter Franz Chmiel ersuchte um eine Aufbesserung des Taglohnes, wurde jedoch in die Grube kommandiert, wo er noch weniger verdient.

2. Am Salmschacht VII in Polnisch-Ostrau wurde der Schmied Schwarz Justin zu fünf Tagen Arrest verurteilt, weilt er gesagt hat, daß im Werksmagazin für die Arbeiter keine Butter vorhanden ist, während dem Betriebsleiter Butter zugestellt wird.

Schwarz wollte Butter haben, erhielt jedoch vom Magazineur zur Antwort, daß keine vorhanden ist. Gleich darauf kam jedoch das Dienstmädchen des Herrn Betriebsleiters ins Werksmagazin und bekam Butter, die der Arbeiter mit 5 Kilogramm schätzte. Nach dem Dienstmädchen des Betriebsleiters kamen wieder Arbeiter um Butter und bekamen ebenfalls keine mehr. Schwarz sagte dies der Frau Hruby, einer Bergmannsgattin, und deshalb bekam er beim Rapport fünf Tage Arrest, weil angeblich die Butter nicht 5, sondern nur 2½ Kilogramm gewogen hat. Daß der Betriebsleiter die Butter bekommen hat, gibt er selbst zu, und daß die Arbeiter keine bekommen haben, ist ebenfalls festgestellt.

3. In der elektrischen Zentrale der Salmschächte in Polnisch-Ostrau ist auf unaufgeklärte Weise in den Raum unter dem Turbokompressor und Turbogenerator Wasser eingedrungen, wodurch zwei elektrische Motore überschwemmt worden sind. Die Maschinenwärter Kudrys und Záruba wurden, ohne daß mit ihnen eine Untersuchung eingeleitet worden wäre, zu 15, beziehungsweise 20 Tagen Arrest verurteilt. Die Genannten standen weder beim Rapport noch vor einem anderen Tribunal, um sich verantworten zu können, sondern es wurde

ihnen das Urteil schriftlich zugestellt. Bemerkt wird, daß die Genannten nie bestraft und viele Jahre im Betriebe ihre Pflichten auf das gewissenhafteste erfüllt haben. Unter den genannten Maschinen steigt von Zeit zu Zeit noch immer Wasser und liegt der Fehler in der Konstruktion des Betriebes selbst. Durch die Überschwemmung der Motore ist dem Betrieb kein Schaden erwachsen, es war nur eine Austrocknung der Motore notwendig.

4. Auf der Koksanstalt der Salmschächte in Polnisch-Ostrau haben die Koksarbeiter Martin Nosal, Josef Jaskulka, Josef Drozd, Johann Pochlopnik, Josef Novak und der Maschinenwärter Johann Trlik jeden Sonntag bis 2 Uhr nachmittags gearbeitet. Für diese Arbeitsleistung wurden sie mit einem Schichtenlohne vergütet. Im Laufe des Krieges wurde ihnen diese Arbeitszeit um eine Stunde, das ist bis 3 Uhr nachmittags, verlängert, ohne daß sie für diese Stunde separat vergütet worden wären. Sonntag, den 2. September l. J., haben die Genannten nach der vollbrachten Schicht um 3 Uhr nachmittags wie immer die Arbeitsstätte verlassen, weil sie keinen anderen Auftrag erhalten haben. Nach einer Woche wurde beim Rapporte jeder dieser Arbeiter mit zwei Tagen Arrest bestraft, weil sie angeblich bis 4 Uhr nachmittags arbeiten sollten. Von dieser Zeit an müssen sie auch tatsächlich jeden Sonntag bis 4 Uhr nachmittags arbeiten, ohne daß man sie hierfür separat entlohnen würde.

Diese Ereignisse sind nichts anderes als Provokationen, die schwere Folgen nach sich ziehen können. Die Gefertigten stellen sonach folgende Fragen an den Minister für öffentliche Arbeiten.

Die Gefertigten fragen daher:

„Ist der Herr Minister geneigt, endlich dafür zu sorgen, daß die Arbeiter des genannten Bergbaureviers solchen Schikanen und Vergewaltigungen in der Zukunft nicht ausgesetzt werden?

Ist der Herr Minister geneigt, zu veranlassen, daß den Arbeitern die Möglichkeit geboten wird, sich verteidigen zu können, bevor ein Urteil über sie gefällt wird?“

Wien, 5. Dezember 1917.

Cingr.
Wutschel. Ellenbogen.
Jokl. Sever.
Resel. K. Seitz.
Schäfer. Seliger.
Polke. Bretschneider.
Gröger. Volkert.
F. Skaret. Glöckel.
Dr. K. Renner. David.
Max Winter. Domes.
Pernerstorfer. L. Widholz.
Ed. Rieger. Jos. Tomschik.
Muchitsch. Hanusch.
Abram. Reumann.
Reifmüller. Rudolf Müller.

1760
I

Anfrage

der

Abgeordneten Jos. Luksch, Strziska und Genossen, betreffend die angebliche Vorratsaufnahme bei den Landwirten mit Militärassistenz.

Dem Vernehmen nach sollen derzeit bei den Landwirten wieder Vorratsaufnahmen mit Militärassistenz stattfinden. Das würde den vielen Drangsalierungen der Landwirte die Krone aufsetzen und wäre so recht geeignet, die Gemüter der Landwirte zu erregen und die berechtigten Hoffnungen auf starke Zeichnung der siebenten Kriegsanleihe in deutschen Landwirtekreisen vollständig zu zerstören.

In diesem Frühjahr wurde mit einem Kostenaufwand von Millionen von Kronen eine peinlichst genaue Anbauflächenaufnahme durchgeführt, eine Riesenarbeit, die in erster Linie dem Zwecke dienen sollte, die für den Landwirt so verletzende Art der Getreideaufbringung grundlegend zu ändern und das erforderliche aufzubringende Getreidequantum gerecht auf die Anbauflächen unter Berücksichtigung der Erträge aufzutreiben, so daß jede Vorratsaufnahme und Requisition entfallen wäre und der Landwirt nach Ablieferung des ihm vorgeschriebenen Quantums wenigstens über den ihm verbleibenden Rest frei verfügen hätte können. Die Landwirte waren mit dieser Art der Aufbringung vollständig einverstanden. In wenigen Bezirken ist die Vorschreibung auf Grund der Anbauflächen erfolgt, in anderen noch nicht. Wenn nun dessenungeachtet schon jetzt wieder mit militärischen Requisitionen eingesetzt wird, dann war die ungeheure Arbeit der Anbauflächenaufnahme ganz und gar unnütz.

Was aber die Landwirte am meisten empört, ist die beabsichtigte Assistenz des Militärs. Sie wäre zu verstehen, wenn die Landwirte sich weigern würden, die ihnen vorgeschriebene Getreidemenge abzuliefern. Da dies aber nicht der Fall ist, vielmehr die Ablieferung in den letzten Wochen eine sehr starke war, viele Landwirte auch mit dem Drusch noch nicht fertig sind, so empfinden die Landwirte ein solches Vorgehen als einen rohen Gewaltakt, der ihre Gesinnung auf das tiefste verletzt und gegen den daher die schärfste Verwahrung eingelegt werden muß. Nichts ist geeignet, die Arbeitsfreudigkeit, den Opfermut und die patriotische Gesinnung der Landwirte schärfer zu treffen und zu vernichten, als ein derartiges rohes, durch nichts zu rechtfertigendes Vorgehen.

Die deutschmährischen Landwirte sind sich ihrer Pflicht gegen den Staat und Volk bewußt. Sie fordern eine gerechte Aufteilung des abzuliefernden Getreidequantums nach Anbaufläche, Bonität des Bodens und Ernteertrag und werden sich nicht weigern, wenn irgend möglich, allen gerechten Anforderungen zu entsprechen. Die Berechtigung einer Vorratsaufnahme unter Militärassistenz können sie erst dann anerkennen, wenn sich Landwirte diesen Anforderungen entziehen, früher nicht. Sollte das aber wirklich der Fall sein, dann darf die Vorratsaufnahme nicht wie im Vorjahr eine einseitige sein und nur die Landgemeinden betreffen, sondern sie muß in derselben Weise auch in den Städten durchgeführt werden.

Die Regierung darf sich nicht scheuen, zumindest in gleich schroffer Weise wie den selbsterbauten Vorräten der Landwirte, auch den Lagern der Hamsterer und Lebensmittelwucherer nachzuspüren.

Die Gefertigten stellen daher im Sinne des § 69 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses des hohen Reichsrates an Seine Exzellenz den

Herrn k. k. Minister für Volksernährung folgende dringende Anfragen:

„1. Werden tatsächlich wieder in diesem Jahre wie im Vorjahre bei den Landwirten Vorratsaufnahmen mit Militärassistenz, die den vielen Drangsalierungen der Landwirte die Krone aufsetzen und die Gemüter der Landwirte auf das heftigste erregen mußten, durchgeführt werden?

2. Sollte dies trotz der eindringlichsten Warnung vor einer derartigen Handlungsweise seitens der Gefertigten tatsächlich der Fall sein, wird auch die Vorratsaufnahme, damit sie nicht einseitig sei, in derselben Weise wie bei den selbsterbauten Vorräten der Landwirte, um auch den Lagern der Hamsterer und Lebensmittelwucherer nachzuspüren, auch in den Städten durchgeführt werden?“

Jos. Lutsch.
Brunner. Strzista.
A. Seidel. Dr. Schreiner.
Dr. Waldner. Wilhelm Maixner.
Frz. Kopp. Al. Rieger.
R. Felzmann. Müller.
Kreutzner. Wagner.
W. Teltschik. Herzmansky.
J. Goll. Spies.
M. Sontup. K. Schürl.
L. Pongratz. Nagele.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.